



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



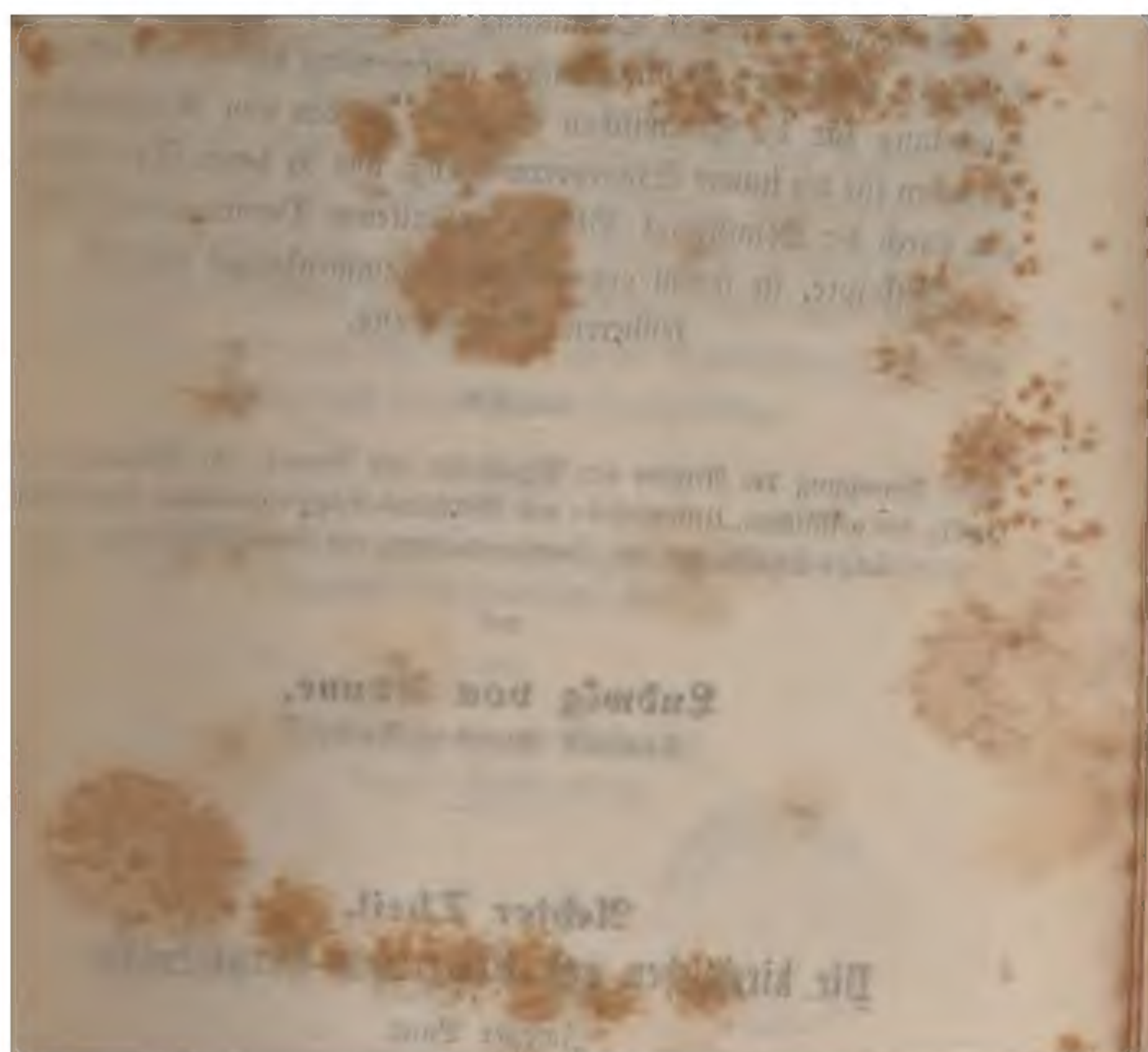




000036735T







Erhöhet den Geist.

Erhöhet den Geist.

Die Bienen...

Erhöhet den Geist.

Die  
**Verfassung und Verwaltung**  
des  
**Preussischen Staates;**  
eine

systematisch geordnete Sammlung aller auf dieselben Bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetzsammlung für die Preussischen Staaten, in den von Kamphschen Annalen für die innere Staatsverwaltung, und in deren Fortsetzungen durch die Ministerial-Blätter enthaltenen Verordnungen und Reskripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der früheren Gesetzgebung,

dargestellt

unter Benützung der Archive der Ministerien des Innern, der Finanzen, der Justiz, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, des Königl. Hauses, und der Hauptverwaltung der Staatsschulden,

von

**Ludwig von Mönne,**  
Kammer-Gerichts-Rathe.

**Achter Theil.**  
**Die kirchlichen und Unterrichts-Verhältnisse.**  
Zweiter Band.  
**Das Unterrichts-Wesen.**

---

**Berlin,**  
bei Veit & Comp.

**1855.**

Das

# **Unterrichts = Wesen**

des

## **Preussischen Staates;**

eine

systematisch geordnete Sammlung aller auf dasselbe Bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetzsammlung für die Preussischen Staaten, in den von Kamptz'schen Annalen für die innere Staatsverwaltung, in den von Kamptz'schen Jahrbüchern für die Preussische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung, und in deren Fortsetzungen durch die Ministerial-Blätter, sowie in anderen Quellen-Sammlungen enthaltenen Verordnungen und Reskripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der früheren Gesetzgebung,

dargestellt

unter Benützung der im Justiz-Ministerium ausgearbeiteten „revidirten Entwürfe der Provinzial-Rechte“,

von

**Ludwig von Mönne,**

Kammer- u. Gerichts-Rathe.

Erster Band.



Allgemeiner Theil. Privat-Unterricht. Volksschulwesen.

**Berlin,**

bei Veit & Comp.

1855.

*12*

240. e. 204





Das  
**Volksschul-Wesen**

des  
**Preussischen Staates**

mit  
**Einschluß des Privat-Unterrichts,**

dargestellt

unter Benützung der im Justiz-Ministerium ausgearbeiteten, revidirten  
Entwürfe der "Provincial-Rechte" und Beifügung der drei Regulative  
vom 1., 2. und 3. Oktober 1854,

von

**Ludwig von Rönne,**  
Kammer- und Gerichts-Rathe.

---

**Berlin,**  
bei **Veit & Comp.**  
**1855.**



## **U e r t h.**

---

Daß die Sorge für Unterricht und Erziehung der ~~schwachförmigen~~ schwächer eine Hauptseite der Staatsthätigkeit einnimmt, und daß sie letztere gerade in dieser Beziehung durch private Bestrebungen, — ohne Ueberblick des Ganzen — unsicher und unzusammenhängend bleiben müssen, bei Allem nicht ersetzt werden kann, das ist die Anschauung vom Unterrichtswesen, welche sich nach und nach zu allgemeiner Geltung durchgearbeitet hat, und welche auch den Schuleinrichtungen in Preußen zu Grunde liegt.

Bei dieser Nothwendigkeit staatlichen Waltens für das Unterrichtswesen ließe sich vielleicht erwarten, daß die Gesetzgebung besondere Ermächtigung genommen hätte, dasselbe organisch zu entwickeln und zu bilden. Dem ist jedoch nicht so. Allerdings zeichnete sich die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts durch das Streben aus, einzelne Schulzweige durch allgemeine Gesetze zu regeln, wie z. B. das Elementarschulwesen durch das General-Landschul-Reglement von 1763; auch enthält das A. L. R. im 12. Tit. des II. Th., neben seinen dem Schulrechte angehörigen Bestimmungen, sogar die, freilich dürftigen,

Grundlinien einer Schulorganisation. Allein was damals geschah, ist längst durch den Aufschwung des Unterrichtswesens, der seit Ende des vorigen Jahrhunderts eintrat, überflügelt, und eine neue umfassende Gesetzgebung darüber war seit lange ein oft gehörter Wunsch.

Dieser Wunsch hat nur in sofern Beachtung gefunden, als hin und wieder, wie in der Konsistorial-Instr. v. 23. Okt. 1817 (§. 7.) die Verheißung einer allgemeinen Schulordnung gegeben wurde. Diese Schulordnung blieb aber aus, und selbst gegenwärtig, wo doch die Staatsverfassung die Regelung des gesammten Unterrichtswesens durch ein besonderes Gesetz verkündet, scheint die Emanation einer solchen, so viel sich aus verschiedenen Äußerungen des Kultusministers entnehmen läßt<sup>1)</sup>, in erhebliche Entfernung gerückt zu sein.

Für jetzt beruht demnach das Schulwesen Preussens noch auf einer großen Anzahl einzelner Gesetze, Ministerial-Reskripte und Regierungs-Verfügungen, welchen letztern oft ein über ihren Bezirk hinausgehender Einfluß dadurch beigelegt worden ist, daß sie, und zwar häufig genug mit ausdrücklicher Empfehlung zur Nachahmung, Aufnahme in die ministeriellen Reskripten-Sammlungen gefunden haben.

Eine systematische Zusammenstellung aller dieser einzelnen das Schulrecht oder die Schulverfassung betreffenden Verordnungen mußte daher um so mehr an der Zeit sein, als nur so der empfindliche Mangel eines allgemeinen Schulgesetzes weniger fühlbar gemacht werden kann.

Das Werk, welches hiermit der Öffentlichkeit übergeben wird, soll eine derartige Sammlung bilden.

---

1) Vergl. den 4. Abschn. des allgemeinen Theils sub II., S. 235.

Dasselbe reiht sich als zweiter Band in den die kirchlichen und Unterrichtsverhältnisse umfassenden achten Theil des Gesamtwerkes über die Verfassung und Verwaltung des Preussischen Staates ein.

Für sich zerfällt es wiederum in zwei Theile; in den ersten oder allgemeinen, welcher, nach einer geschichtlichen Einleitung, die Entwicklung des Unterrichtswesens in Preußen nebst einer Sammlung der hieher gehörigen Provinzialgesetze, so weit sie umfassenderen Inhalts, oder in die im Justiz-Ministerium<sup>\*</sup> ausgearbeiteten „revidirten Entwürfe der Provinzialrechte“ aufgenommen sind<sup>1)</sup>, so wie endlich die Grundzüge des jetzigen Schulwesens und eine Darstellung seiner Central- und Provinzialbehörden enthält. Der besondere Theil dagegen giebt in 5 Abtheilungen: das Privatunterrichtswesen, die Volksschule, die höheren Bürgerschulen und Gymnasien, die Universitäten, die sonstigen zur Förderung der Kultur vorhandenen Anstalten.

Die einzelnen Abtheilungen des besondern Theils werden, so weit dies möglich ist, selbstständig dastehen, und insbesondere bildet der allgemeine Theil mit den beiden ersten Abtheilungen des besondern für sich ein Ganzes, welches das gesammte Volksschulwesen umfaßt.

Es ist bei der Ausarbeitung dieses Werkes die möglichste Vollständigkeit angestrebt worden, was aber allerdings nicht ausschließt, daß da, wo Ministerial-Reskripte gegeben wurden, den in der Regel dazu Seitens der einzelnen Regierungen erlassenen Amplifikationen die Aufnahme versagt blieb, sowie daß eben so rein lokale Verordnungen und Instruktionen weggeblieben sind, da Umfang und Preis des Werkes

---

1) Diese revidirten Entwürfe sind bloß als Manuscript gedruckt, und nie in den Buchhandel gekommen.



sonst, ohne erheblichen Gewinn für die Sache, bedeutend gesteigert worden wären. Außerdem wird man von Allem, was in der Gesetzsammlung, in den v. Kampp'schen Annalen und Jahrbüchern, in den Ministerialblättern, sowie in andern ältern Sammlungen über das Schulwesen publizirt, und seit seiner Publikation nicht antiquirt ist, Nichts vermissen.

Im Uebrigen ist bei der ganzen Arbeit der Gesichtspunkt festgehalten worden, nur Gegebenes wiederzugeben. Es würde Nichts, als eine nüchterne, praktisch brauchbare Zusammenstellung des Vorhandenen beabsichtigt, die Entwicklung eigener Ansichten zurückgedrängt, und der Kritik des Bestehenden den Lesern des Werkes überlassen.

Eine Uebersicht des Inhalts, sowie chronologische und sachliche Register, werden den Gebrauch des Werkes erleichtern.

Berlin, im April 1854.

von Rönne.

# Erklärung der Abkürzungen.

. . . . .	bedeutet:	v. Kampff, Annalen für die innere Staatsverwaltung.
. . . . .	—	Abschnitt.
. . . . .	—	Abtheilung.
. . . . .	—	Allgemeine Gerichtsordnung.
. . . . .	—	Allgemeines Landrecht.
. . . . .	—	Allgemein.
. . . . .	—	Allerhöchst.
. . . . .	—	Amtsblatt.
. . . . .	—	Anhang zum (zur).
. . . . .	—	Anlage.
. . . . .	—	anliegend.
. . . . .	—	August.
. . . . .	—	Band.
. . . . .	—	Bekanntmachung.
. . . . .	—	Bericht.
. . . . .	—	betreffend.
. . . . .	—	Cirkular.
. . . . .	—	Cirkular = Reskript.
. . . . .	—	Cirkular = Verordnung.
. . . . .	—	Centralblatt für Preuß. Juristen. Rammer.
d. Fin. Min. .	—	Centralblatt des Finanz-Ministeriums.
. . . . .	—	Corpus Constitutionum Marchicarum (Myllius, Edikten-Sammlung) mit 4 Continuationes (C. I., II., III. u. IV.) bis 1750.
. . . . .	—	December.
. . . . .	—	Departement.
. . . . .	—	dergleichen.
.). . . . .	—	derjenige (diejenige ic.).
.). . . . .	—	derselbe (dieselbe ic.).
. . . . .	—	Direktor.
. . . . .	—	Edikt.
. . . . .	—	Ex. Excellenz.
. . . . .	—	ergebenst.
. . . . .	—	Ergänzungen der Preussischen Rechtsbücher durch Gesetzgebung und Wissenschaft von Gräff, v. Rönne und Simon.
. . . . .	—	Entscheidungen des Geh. Ober-Tribunals.
. . . . .	—	Ex. Wohlgeboren.
. . . . .	—	Februar.
. . . . .	—	Finanz-Minister (Ministerium).
. . . . .	—	Gesetz.
. . . . .	—	Gesetz-Sammlung für die Preussischen Staaten.
. . . . .	—	gehorsamt.
. . . . .	—	Gräff's Sammlung der Verordnungen, welche in den von Kampffschen Jahrbüchern für Preuß. Gesetzgebung enthalten sind.

[illegible]

# Allgemeine Inhalts-Uebersicht des Werkes.

---

## Erster oder allgemeiner Theil.

- Erster Abschnitt. Allgemein geschichtlicher Ueberblick über die Entwicklung des Unterrichtswesens und dessen heutigen Zustand.
- Zweiter Abschnitt. Die Entwicklung des Unterrichtswesens in Preußen.
- Dritter Abschnitt. Literatur und Quellen.
- Vierter Abschnitt. Allgemeine Grundzüge des Preussischen Schulwesens.
- Fünfter Abschnitt. Die Behörden des Schulwesens.

## Zweiter oder besonderer Theil.

- Erste Abtheilung. Der Privatunterricht.
- Zweite Abtheilung. Die Volksschulen.
- Dritte Abtheilung. Die höheren Bürgerschulen und Gymnasien.
- Vierte Abtheilung. Die Universitäten.
- Fünfte Abtheilung. Die sonstigen zur Förderung der Kultur vorhandenen Anstalten.
-

## Zweite Abtheilung. Die Volksschule.

Literatur . . . . .	306 — 307
Einleitung.	
I. Begriff und Wesen der Volksschule . . . . .	307 — 316
II. Stellung der Preussischen Volksschule . . . . .	316 — 318
III. Allgemeine gesetzliche Bestimmungen über die Volksschule:	
1) des N. L. R. . . . .	318 — 320
2) der Staatsverfassung . . . . .	320

## Erster Abschnitt. Die Aufsicht über die Volksschule.

Erstes Kapitel. Lokale Aufsichts-Behörden . . . . .	321 ff.
I. Schulvorstände auf dem Lande.	
1) Allgemeine Einführung und Instruktion . . . . .	321 — 326
2) Besondere Instruktionen . . . . .	326 — 328
3) Bestellung und Wahl der Mitglieder . . . . .	328 — 329
II. Städtische Schul-Deputationen.	
1) Vorschriften der verschiedenen Städte-Ordnungen . . . . .	329 — 332
2) Zusammensetzung und Geschäftsführung. Instruktion . . . . .	332 — 339
3) Qualifikation zum Vorsteher . . . . .	339 — 340
4) Verhältniß zum Magistrat . . . . .	340
5) Verhältniß zu den Superintendenten und Geistlichen . . . . .	340 — 341
6) Verhältniß zu den Spezial-Schulvorständen . . . . .	341 — 343
7) Jahresberichte der Schul-Deputationen . . . . .	343 — 344
8) Rechtliche Stellung nach außen . . . . .	344
III. Bürgermeister . . . . .	344
IV. Geistliche . . . . .	344 ff.
1) Bestimmung derselben zu Lokal-Schulinspektoren . . . . .	345 — 347
2) Instruktion zur Aufsichtsführung . . . . .	347 — 351
3) Schulberichte derselben . . . . .	351 — 359
4) Anlegung und Aufbewahrung der Schulakten . . . . .	359
5) Praktische Ausbildung der Kandidaten der Theologie in der Pädagogik . . . . .	359 — 360
6) Einwirkung der Militär-Geistlichen auf den Unterricht der Soldatenkinder . . . . .	360 — 363
Zweites Kapitel. Kreis-Aufsichtsbehörden.	
I. Schul-Inspektoren.	
1) Vereinigung der Schul-Inspektion mit den Superintendenturen . . . . .	363 — 364
2) Schulvisitationen . . . . .	364 — 365
3) Schulberichte:	
a) Abfassung derselben im Allgemeinen . . . . .	365 — 366
b) Visitations-Berichte . . . . .	366
c) Jahres-Berichte . . . . .	366
d) Berichte über Fortbildung der Lehrer . . . . .	366
e) Geheime Konduitenlisten, deren Abschaffung und Surrogat . . . . .	366 — 368
4) Aufsicht über in andern Bezirken gelegene Nebenschulen . . . . .	368 — 369
II. Seminar-Direktoren . . . . .	369 — 370
III. Landräthe.	
1) Allgemeine Vorschriften . . . . .	370
2) Einzelne Verpflichtungen . . . . .	370 — 371
3) Bezirks-Kommissarien in Posen . . . . .	371
Drittes Kapitel. Aufsicht über das Berliner Schulwesen . . . . .	371 ff.
1) Ressort-Verhältnisse im Allgemeinen und Aufsichtsführung durch Magistrat, Schulrath und Schuldeputation . . . . .	372 — 373

2) Special-Schulvorstände und Schulvorsteher bei den Parochial- und Privatschulen . . . . .	375 — 381
3) Hauptlehrer bei den Kommunal-Armenschulen . . . . .	381 — 386

## Zweiter Abschnitt. Der Lehrer.

<b>Erstes Kapitel. Ausbildung im Seminar . . . . .</b>	<b>386 ff.</b>
<b>I. Die Aufnahme in das Seminar.</b>	
1) Nachweis körperlicher Tauglichkeit . . . . .	389 — 391
2) Vorbildung (Präparanden-Anstalten) . . . . .	391 — 403
3) Meldung . . . . .	403
4) Aufnahmeprüfung . . . . .	403 — 404
5) Zulassung jüdischer Aspiranten . . . . .	404
6) Besondere Vorschriften für einzelne Seminare:	
a) für das Berliner Seminar für Stadtschulen . . . . .	404 — 405
b) für das Lehrerinnen-Seminar zu Drossig . . . . .	405 — 407
<b>II. Unterricht im Seminar.</b>	
1) Lehrplan . . . . .	407 — 408
2) Vorschriften über einzelne Lehrzweige:	
a) Methodik . . . . .	408
b) Gesang . . . . .	408
c) Orgelbau . . . . .	408 — 409
d) Gemeinnützige Kenntnisse . . . . .	409
e) Obst- und Gartenbau . . . . .	409
<b>III. Disziplin im Seminar.</b>	
1) Mitwirkung der Zöglinge in öffentlichen Konzerten . . . . .	409 — 410
2) Verweisung oder eigenmächtige Entfernung aus dem Seminar . . . . .	410
<b>IV. Der Abgang aus dem Seminar.</b>	
1) Aufnahme-Prüfung . . . . .	411 — 413
2) Qualifikation aus dem Zeugnis der Reise:	
a) zur Anstellung im Schulfach . . . . .	413
b) zur Aufnahme in das K. Musikinstitut in Berlin . . . . .	413
c) zur Annahme als Civil-Supernumerare . . . . .	413 — 414
3) Verpflichtungen nach dem Abgange:	
a) hinsichtlich der Beaufsichtigung . . . . .	414
b) zur Annahme von Schulstellen . . . . .	414 — 415
<b>Zweites Kapitel. Die Prüfungen für das Schulfach . . . . .</b>	<b>415 ff.</b>
<b>I. Die erste Prüfung:</b>	
1) der Seminaristen . . . . .	416
2) der außerhalb der Seminare vorbereiteten Schulamts- Kandidaten . . . . .	416 — 418
3) Grade der Qualifikation nach den Abstufungen der Zeugnisse . . . . .	418 — 419
4) Prüfung katholischer Schulamts-Kandidaten . . . . .	419 — 420
<b>II. Die abermalige Prüfung.</b>	
1) Fälle und Vornahme derselben . . . . .	420 — 422
2) Insbesondere bei Lehrern, die in Seminaren anderer Reg. Bez. vorgebildet wurden . . . . .	422 — 423
3) Folgen der nicht bestandenen Prüfung . . . . .	423 — 424
<b>III. Besondere Vorschriften über die Prüfungen ein-       zelner Lehrerklassen.</b>	
1) Prüfung für städtische Volksschulen.	
a) Allgemeine Bestimmungen . . . . .	424 — 427
b) Insbesondere für Berlin . . . . .	427 — 428
2) Musikalische Prüfung der Kantoren, Organisten, Ge- sanglehrer . . . . .	428
3) Prüfung von Lehrerinnen:	
a) allgemeine Bestimmungen . . . . .	428 — 429



	<b>Seite</b>
c) Begräbnisklassen . . . . .	538 — 539
2) durch Niederlegung des Amtes . . . . .	539 — 540
3) durch Pensionierung.	
a) Verfahren dabei . . . . .	540
b) Ausschluß vom allgemeinen Pensionsreglement. . .	540
c) Gewährung der Pension aus dem Amtseinkommen oder von der Gemeinde . . . . .	540 — 542
d) durch Pensionsbeiträge der Volksschullehrer selbst .	542 — 546
e) Besondere Bestimmungen für Elementarlehrer an Strafanstalten . . . . .	546
f) Verlust der Pension . . . . .	547
4) Amtsentsetzung im Disziplinar-Verfahren . . . . .	547
5) Amtsentsetzung im Wege gerichtlicher Untersuchung .	547
6) Amtsentlassung aus Gründen, die außerhalb der Per- son des Lehrers liegen . . . . .	547
<b>II. Anzeige von Schulveranlassungen:</b>	
a) durch die Schulvorstände . . . . .	547
b) durch die Schulinspektoren . . . . .	547
c) General-Nachweisungen . . . . .	547
d) Insertion in das Amtsblatt . . . . .	547 — 548
<b>III. Auseinandersetzung mit dem Amtsnachfolger.</b> . . . .	548 — 551
<b>IV. Sorge für die Hinterbliebenen.</b>	
1) Sterbequartal und Gnadenmonat . . . . .	551 — 552
2) Wittwen- und Waisenkassen . . . . .	552 — 556
3) Außerordentliche Unterstützungen . . . . .	556 — 557

### Dritter Abschnitt. Die Schule.

<b>Erstes Kapitel. Schulpflicht und Schulbesuch . . . . .</b>	<b>559 ff.</b>
<b>I. Schulpflicht.</b>	
1) Allgemeine Feststellung derselben . . . . .	560
2) Provinzielle Bestimmungen . . . . .	560 — 562
3) Anfang der Schulpflicht bei Entfernung des Wohnortes .	562 — 563
4) Schulpflicht bei Aufenthaltswechsel . . . . .	563 — 564
5) Schulpflicht nicht vollstündiger Kinder . . . . .	564 — 566
6) Schulpflicht der Kinder von Dissidenten . . . . .	566
7) Schulpflicht jüdischer Kinder . . . . .	566 — 567
<b>II. Aufnahme in die Schule.</b>	
1) Aufnahmetermin . . . . .	567 — 568
2) Wahl der Schule . . . . .	568
3) Vorherige Impfung . . . . .	568 — 569
4) Aufnahme unehelicher Kinder unter dem Namen der Mutter . . . . .	569 — 570
<b>III. Schulbesuch.</b>	
1) Allgemeine Instruktionen . . . . .	570 — 579
2) Förderung desselben, insbes. durch Geistliche u. Lehrer .	579 — 582
3) Kontrolle des Schulbesuchs.	
a) Führung und Einreichung der Schullisten . . . . .	582 — 588
b) Schulbesuchskarten in Berlin . . . . .	588 — 592
4) Bestrafung der Schulversäumnisse.	
a) Kompetenz zur Bestrafung . . . . .	592
b) Anwendung der Strafe . . . . .	593
c) Höhe und Verwendung der Strafgeelder . . . . .	593 — 594
d) Umwandlung der Geldstrafen in Gefängniß . . . . .	594
e) Spezielle Instruktionen:	
aa) für Berlin . . . . .	594
bb) für Pommern . . . . .	594 — 596
cc) für die Rheinprovinz . . . . .	596 — 602
5) Erlaubte Schulversäumnisse . . . . .	602
6) Schulbesuch bei ansteckenden Krankheiten . . . . .	602 — 603

<b>IV. Verwendung schulpflichtiger Kinder zur Arbeit.</b>	
1) Zur Aushilfe beim Feldbau (Sommerschule).	
a) Einrichtung der Sommerschule auf dem Lande . . . . .	603 — 606
b) Sommerschule in kleinen Städten . . . . .	606 — 608
c) Besuch der Sommerschule . . . . .	608 — 611
2) Hütefinder.	
a) Verbote des Viehhütens durch Schulkinder . . . . .	611 — 612
b) Sommerschulen für Hütefinder . . . . .	612 — 614
3) Verdingung in Dienst oder Lehre.	
a) Dienstkinder . . . . .	614 — 616
b) Lehrlinge . . . . .	616 — 618
4) Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Fabriken (Fabrik- schulen) . . . . .	618 — 625
5) Handlangerdienst bei Bauhandwerk . . . . .	625 — 626
6) Vermietten zu Feld- und Gartenarbeiten . . . . .	626 — 628
7) Begleitung von Hausirern . . . . .	628 — 629
<b>V. Schulferien.</b>	
1) Allgemeine Vorschriften . . . . .	629
2) Ferienordnung für Schlesien . . . . .	629 — 631
3) Ferien in Stadtschulen . . . . .	631 — 632
<b>Zweites Kapitel. Schuleinrichtung.</b>	
<b>I. Errichtung neuer oder Trennung bestehender     Schulen.</b> . . . . .	632 — 633
<b>II. Schulgehalt.</b>	
1) Gesundheit des Gebäudes.	
a) Lage der Schulkube . . . . .	633
b) Trockenheit und Wärme . . . . .	633 — 634
c) Dielung des Fußbodens . . . . .	634
2) Flächenraum der Schulzimmer . . . . .	634 — 635
3) Einteilung zweckmäßiger Räume . . . . .	635 — 636
4) Reinhaltung und Lüftung . . . . .	636
5) Verbot der Benutzung zu andern Zwecken . . . . .	636 — 638
6) Entfernung geräuschvoller Gewerbe . . . . .	638
<b>III. Schul-Inventarium.</b>	
1) Ausstattung der Schule:	
a) mit Subsellien, einem Schranke und Wandtafeln . . . . .	638 — 639
b) mit Lehrmitteln . . . . .	639 — 640
c) mit Schulglocken . . . . .	640
2) Aufzeichnung des Inventariums . . . . .	640
<b>Drittes Kapitel. Schulunterricht.</b>	
<b>Erster Titel. Allgemeine Vorschriften.</b>	
<b>I. Lehrplan.</b>	
1) Inhalt des Lehrplans . . . . .	641 — 642
2) Aufstellung desselben.	
a) Entwerfung durch den Pfarrer . . . . .	642
b) Bestätigung . . . . .	642
3) Warnungen vor Ueberbildung . . . . .	642 — 644
<b>II. Ertheilung des Unterrichts.</b>	
1) Anfang und Schluß mit Gesang und Gebet . . . . .	645
2) Verbot, Tagesbegebenheiten einzumischen . . . . .	645
3) Häusliche Arbeiten . . . . .	645
<b>III. Sorge für die Gesundheit der Schulkinder</b> . . . . .	645 — 647
<b>IV. Schulbücher und Lehrmittel.</b>	
1) Auswahl derselben . . . . .	647 — 650
2) Anschaffung . . . . .	650 — 652
3) Verkauf gebundener Schulbücher durch Buchbinder . . . . .	652
<b>Zweiter Titel. Die einzelnen Unterrichtsgegenstände.</b>	
<b>I. Religionsunterricht.</b>	
1) Bestimmung der Religion durch die Eltern . . . . .	653 — 654
2) Obliegenheiten der Pfarrer . . . . .	654

	Seite
3) Obliegenheiten der Lehrer . . . . .	654 — 655
4) Hülfsmittel.	
a) Bibel . . . . .	655 — 656
b) Gesangbuch . . . . .	656
c) Biblische Historien von Zahn . . . . .	657
d) Verbot des Gebrauchs von Niemeyers Lehrbuch . . . . .	657
e) Missbilligung des Gebrauchs von Dinters Schul- lehrerbibel . . . . .	657
5) Verbindung des Kirchenbesuchs mit dem Religions- unterricht . . . . .	657 — 658
6) Dispensation für Andersgläubige . . . . .	658 — 659
7) Simultanschulen . . . . .	659 — 660
II. Sprechen und Lesen.	
1) Behandlung des Sprachunterrichts . . . . .	661 — 673
2) Das Polnische in den betreffenden Landesheilen . . . . .	673
3) Heilung des Stotterns . . . . .	673
III. Schreiben und Rechnen.	
1) Verpflichtung zur Theilnahme . . . . .	673 — 674
2) Orthographie . . . . .	674
3) Münzvergleichung . . . . .	674 — 675
4) Schreibbücher und Vorschriften.	
a) Kühnsche Normalschreibbücher . . . . .	675
b) Kirchhoffs ewiges Papier . . . . .	675
c) Beseitigung der revolutionären und unästhetischen Bilder auf Umschlägen . . . . .	675 — 676
5) Hülsbücher zum Rechnen . . . . .	676
IV. Gesang.	
1) Behandlung des Gesangunterrichts . . . . .	676 — 682
2) Unterstützung des Kirchengesangs . . . . .	682 — 684
3) Auswahl lokaler weltlicher Schullieder . . . . .	684
4) Notenbücher . . . . .	684 — 685
5) Gebrauch des Harmoniums . . . . .	685
6) Schonung des Stimmorgans . . . . .	685
V. Naturgeschichte.	
1) Anlegung von Sammlungen . . . . .	685 — 686
2) Belehrung über Giftpflanzen . . . . .	686 — 687
VI. Geographie und Geschichte.	
1) Anschaffung von Lehrmitteln dazu . . . . .	687
2) Empfehlung einzelner Bücher und Karten . . . . .	687 — 688
VII. Handarbeiten.	
1) Allgemeine Anordnung . . . . .	688 — 693
2) Obstbaumschule für Knaben.	
a) Anordnung dieses Unterrichts . . . . .	693 — 697
b) Ueberweisung von Land zur Baumschule . . . . .	697 — 699
c) Anschaffung guter Obstsorten . . . . .	699
d) Aufgaben der Baumschule . . . . .	699 — 700
e) Berichte darüber . . . . .	700 — 701
f) Belohnungen für die Lehrer . . . . .	701
g) Hülsbücher . . . . .	701 — 702
3) weibliche Industrieschulen.	
a) Einschränkung auf nützliche Handarbeiten . . . . .	702 — 703
b) Aufsicht . . . . .	703
c) weibliche Zeitung . . . . .	703 — 704
d) Unterricht im Webziehen . . . . .	704
4) Spinnschulen.	
a) in Westphalen . . . . .	704
b) in Schlesien . . . . .	704
VIII. Turnen . . . . .	705 ff.
1) Errichtung von Turnanstalten . . . . .	706 — 710
2) Theilnahme am Unterricht und Beschaffung der Kosten . . . . .	710 — 712

3) Bildung von Turnlehrern.	
a) Centralbildungsanstalt in Berlin . . . . .	712 — 713
b) Umwandlung derselben in die Centralturnanstalt . . . . .	713 — 714
4) Verbindung militärischer Uebungen mit dem Turnen auf Seminaren . . . . .	714 — 715
5) Andere Leibesübungen: Baden, Schwimmen, Schlittschuhlaufen . . . . .	715
6) Turnanstalten für die weibliche Jugend . . . . .	715 — 716
<b>ritter Titel: Schulprüfungen.</b>	
1) Regelmäßige . . . . .	716 — 717
2) Außerordentliche.	
a) bei Schulvisitationen . . . . .	717
b) abwechselnde Prüfungslectionen . . . . .	717
3) Verpflichtung zum Besuche der Prüfungen . . . . .	717 — 718
4) Andere Schulfeste zur Reformationstfeier und am Geburtstage des Königs . . . . .	718
<b>Viertes Kapitel: Schulzucht.</b>	
<b>Erster Titel: Schulerziehung.</b>	
I. Allgemeine Vorschriften . . . . .	718 — 721
II. Einzelne Belehrungen und Verbote.	
1) Abhaltung der Schulljugend von sittengefährlichen Vergnügungen.	
a) von Schank- und Spielstuben und Tanzböden . . . . .	722 — 725
b) von Spielstuben . . . . .	725
c) vom Branntweingenuß . . . . .	725 — 726
2) Abhaltung von Straßentumult:	
a) auf dem Schulwege . . . . .	726
b) bei Aufläufen . . . . .	726
3) Bestrafung von Baumfreveln . . . . .	726
4) Warnung vor dem Wegfangen der Singevögel und dem Ausnehmen von Vogelnestern . . . . .	726 — 727
5) Belehrung über Thierquälerei . . . . .	727
6) Warnung vor Fahrlässigkeit mit Schießgewehr . . . . .	727
7) Verbot dramatischer Aufführungen . . . . .	728
8) Verbot der Theilnahme an politischen Vereinen . . . . .	728 — 729
9) Belehrung über die Erhaltung öffentlicher Anlagen und Denkmäler . . . . .	729 — 730
<b>Zweiter Titel: Schulzucht.</b>	
I. Allgemeine Vorschriften . . . . .	730
II. Ueberschreitung des Züchtigungsrechts.	
1) Gerichtliche oder Disciplinar-Untersuchung . . . . .	731
2) Civilllage auf Schadenersatz . . . . .	731 — 733
III. Störungen der Disciplin . . . . .	733 — 734
<b>Fünftes Kapitel: Entlassung aus der Schule.</b>	
I. Schul-Entlassung.	
1) Erfordernisse . . . . .	735
2) Entlassungsprüfung . . . . .	735
3) Entlassungsakt . . . . .	735
4) Entlassungszeugniß . . . . .	735
II. Konfirmation.	
1) Allgemeine Instruktionen . . . . .	736 — 740
2) Konfirmandenunterricht.	
a) Aufnahme . . . . .	740
b) Dauer (Katechumenen- und Konfirmandenunterricht in einem Seminare) . . . . .	740 — 741
c) Verpflichtung zum Besuche . . . . .	741 — 742
3) Konfirmationsprüfung . . . . .	742
4) Konfirmationsakt . . . . .	742
a) Zeitpunkt . . . . .	742
b) Zulassung von Kindern aus fremden Pfarochien . . . . .	742

	Seite
c) Feierlichkeit . . . . .	742
5) Konfirmationschein . . . . .	742 — 743
III. Schulentlassung vor dem gesetzlichen Alter oder der Konfirmation.	.
1) Dispensation von dem zur Konfirmation erforderlichen Alter . . . . .	743 — 744
2) Dispensation vom Schulbesuche während des Kon- firmandenunterrichts . . . . .	744 — 745
Vierter Abschnitt. Schulunterhaltung.	
Erstes Kapitel. Schulvermögen.	
I. Aeußere Rechte der Schulen im Allg. Korporas- tionsrecht . . . . .	745 — 747
II. Vermögenserwerb.	
1) Erwerb von Grundstücken . . . . .	747 — 748
2) Geschenke und Vermächtnisse . . . . .	748 — 751
III. Verwaltung des Vermögens.	
1) Die Verwalter . . . . .	751
2) Schulmatrikel . . . . .	752 — 753
3) Aufbewahrung der Gelder und Urkunden . . . . .	753 — 754
4) Hypothekarische Eintragung.	
a) des Besitztels . . . . .	754
b) der übrigen Hypothekenrechte . . . . .	754 — 756
5) Feuerversicherung der Gebäude . . . . .	756
6) Kapitalien.	
a) Allgemeine Vorschrift . . . . .	756
b) Darlehne . . . . .	756 — 758
c) Belegung bei der Bank . . . . .	758
d) Ankauf von Werthpapieren . . . . .	758 — 759
e) Anlegung in Sparkassen . . . . .	759
f) in Provinzial-Hülfskassen . . . . .	759
g) Bestimmungen für die Rheinprovinz . . . . .	759
7) Schulden . . . . .	759 — 760
8) Einziehung der Einkünfte . . . . .	760
9) Vermiethung und Verpachtung von Grundstücken . . . . .	760
IV. Veräußerung.	
1) Verkauf von Grundstücken . . . . .	760 — 761
2) Vererbpachtung und Erbzinsverleihung . . . . .	761
V. Prozesse, Vergleiche, Auseinandersetzungen.	
1) Prozesse . . . . .	761 — 762
2) Vergleiche . . . . .	762
3) Gemeinheitsheilungen.	
a) Zuziehung der Vorsteher . . . . .	762
b) Weigerung der Vorsteher . . . . .	762
c) Bestätigung der Rezesse . . . . .	762
d) Wege, Gränzsteine ic. . . . .	762
e) Landdotation . . . . .	762 — 766
f) Kosten bei Gemeinheitsheilungen . . . . .	766
4) Ablösungen.	
a) Aeltere Gesetzgebung . . . . .	767
b) Gesetzgebung vom Jahre 1850 . . . . .	767
c) Sistirung der Umwandlung in Geldrenten . . . . .	767 — 768
d) Erläuterungen zu §. 65 des G. v. 2. März 1850 . . . . .	768 — 769
5) Dismembrationen.	
a) Vertheilung der Abgaben und Leistungen . . . . .	769 — 770
b) Vertretung der Schulen . . . . .	770
c) Kosten . . . . .	770 — 771
VI. Besondere Vorrechte der Schulen.	
1) Rechte der Minderjährigen . . . . .	771

	Seite
2) Verjährungsfrist . . . . .	771 — 772
3) Vorrechte im Konkurs . . . . .	772 — 773
4) Abgabenbefreiungen.	
a) Grundsteuer . . . . .	773 — 774
b) Kommunalaufgaben . . . . .	774 — 775
5) Portofreiheit . . . . .	775 — 777
6) Gerichtskostenfreiheit . . . . .	777
7) Stempelfreiheit . . . . .	778
<b>zweites Kapitel. Schul-Einkünfte.</b>	
<b>I. Schulgeld.</b>	
1) Erhebung . . . . .	779
2) Schulgeldsätze . . . . .	780
3) Besondere Vorschriften über Zahlung des Schulgeldes.	
a) für versäumten Unterricht . . . . .	780 — 781
b) in Krankheitsfällen . . . . .	781 — 782
c) bis zur wirklichen Entlassung . . . . .	782
4) Befreiungen vom Schulgeld.	
a) arme Kinder . . . . .	782
b) Militäirkinder . . . . .	782 — 784
<b>II. Schulbeiträge.</b>	
1) Einführung der Beiträge statt Schulgeldes . . . . .	785 — 788
2) Verpflichtung zu Beiträgen.	
a) der Schulgemeinde . . . . .	788 — 790
b) der Einzelnen . . . . .	790 — 791
c) Besondere Bestimmungen wegen der Kosten der Schulrevisionen . . . . .	791 — 792
3) Feststellung und Repartition.	
a) Kompetenz der Regierung . . . . .	792 — 793
b) Repartitions-Maßstab . . . . .	793
4) Modifikationen und Befreiungen.	
a) Staatsbeamte . . . . .	793 — 796
b) Geistliche . . . . .	796 — 798
c) Militärstand und Gendarmarie . . . . .	798 — 799
d) Auswärtige Grundbesitzer . . . . .	799
e) Guts herrschaften . . . . .	799 — 804
5) Schulbeiträge bei Verschiedenheit der Konfession . . . . .	804 — 805
<b>III. Eintreibung der Schulabgaben. Administrative     Gefektion . . . . .</b>	<b>805 — 807</b>
<b>IV. Außerordentliche Einkünfte.</b>	
1) Privatunterstützungen.	
a) Kollekten . . . . .	807
b) Freikure . . . . .	808
2) Staatsunterstützung . . . . .	808
<b>Drittes Kapitel. Unterhalt des Lehrers.</b>	
I. Verbesserung der Schulstellen im Allgemeinen . . . . .	808 — 815
II. Bestandteile des Lehrergehalts.	
1) Baares Gehalt . . . . .	815
2) Natural-Kompetenzen . . . . .	815 — 817
3) Insbes. Deputatholz.	
a) Allg. Vorschriften . . . . .	817
b) Anfuhr . . . . .	817
c) Verwendung . . . . .	817 — 819
d) Annahme von Knüppelholz . . . . .	819
e) von Torf . . . . .	819
f) von Kohlen . . . . .	819 — 820
g) Lustheizung . . . . .	820
h) Holzanbau auf dem Dienstlande . . . . .	820
4) Dienstwohnung.	
a) Allgemeine Vorschriften . . . . .	820
b) Verpflichtung zu kleinen Reparaturen . . . . .	820 — 823



	Seite
c) Verbot, zu vermietten . . . . .	823
d) Mobiliar-Feuerversicherung . . . . .	823 — 824
5) Dienstländerei.	
a) Verleihung . . . . .	824
b) Erhaltung der Zäune . . . . .	824 — 826
c) Kosten der Gränzernerneuerungen . . . . .	826
6) Sonstige Emolumente.	
a) Abschaffung des Wandeltisches . . . . .	826 — 827
b) Neujahrs Geschenke . . . . .	827 — 828
c) Zählgelber . . . . .	828
d) Gratifikationen . . . . .	828 — 830
e) Diäten und Fuhrkosten . . . . .	830 — 831
7) Gehaltsquittungen . . . . .	831 — 832
8) Rechtsweg wegen entzogenen Gehalts . . . . .	832 — 833
III. Immunitäten der Lehrer.	
1). Klassensteuer . . . . .	833 — 835
2) Gewerbesteuer . . . . .	835
3). Kommunallasten . . . . .	835 — 836
4) Inbes. Miethsteuer in Berlin . . . . .	836
5) Einquartirung . . . . .	836 — 837
IV. Vorrechte bei Exekution wegen Schulden.	
1) bei Auspfändungen . . . . .	837
2) bei Gehalts-Beschlagnahmen. . . . .	837
3) beim Personalarrest . . . . .	837 — 838
Viertes Kapitel. Unterhaltung der Schulgebäude.	
I. Vorbereitung und Ausführung der Schulbauten.	
1) Ressortverhältnisse.	
a) Konkurrenz der Regierungen . . . . .	838 — 839
b) der Landräthe . . . . .	839
c) der Königl. Baubeamten . . . . .	839
d) höhere Genehmigung . . . . .	839 — 840
2) Anzeige und Untersuchung des Baufalles.	
a). Allgemeine Vorschriften . . . . .	840
b) Termine der Anzeigen . . . . .	840 — 841
c) Zuziehung der Interessenten zur Untersuchung.	
a) der Mitglieder der Gemeinde (Repräsentanten) . . . . .	841
β) der Kirchenvorsteher . . . . .	841 — 842
3) Bauplananschlag.	
a) Nothwendigkeit der Veranschlagung . . . . .	842
b) Abfassung des Anschlags . . . . .	842
c) Superrevision . . . . .	842 — 843
4) Verdingung des Baues.	
a) Nothwendigkeit derselben . . . . .	843
b) Wahl unter den Lizitanten . . . . .	843
c) Bedingungen der Entreprisekontrakte . . . . .	843 — 844
d) Stempel . . . . .	844
e) Ausschluß der administrativen Exekution . . . . .	844
5) Ausführung des Baues.	
a) nach dem Anschläge . . . . .	844
b) Zeitfolge der Arbeiten . . . . .	844
c) Gartenmäßige Einrichtung der umgebenden Plätze . . . . .	844
d) Bauprozeß . . . . .	844
e) Uebrig gebliebenes Material . . . . .	844
6) Abnahme und Revision des Baues . . . . .	844 — 845
II. Bauverpflichtung.	
1) der Schulgemeinde.	
a) Allgemeine Vorschriften . . . . .	845 — 846
b) Kommunal-, Kirchen- und Schul-Baufonds . . . . .	846 — 847
c) bei Schul- und Küsterhäusern . . . . .	847 — 848

	Seite
2) der Guts Herrschaften und Patrone . . . . .	848 — 850
3) des Fiskus. . . . .	
a) Feststellung der Verpflichtung . . . . .	850
b) Patronat-Baufonds. . . . .	
α) Errichtung . . . . .	840
β) Bestimmung . . . . .	850 — 851
γ) Ausschüßfonds . . . . .	851
c) Lieferung von Bauholz . . . . .	851 — 852
4) Provinzialrechtliche Vorschriften . . . . .	852 — 853
II. Regulirung eines Interimistilums bei Schulbauten.	
1) Anordnung des Interimistilums . . . . .	853
2) Abfassung des Resoluts . . . . .	854 — 857
3) Exekution . . . . .	857
4) Vorbehalt des Rechtswegs . . . . .	858
V. Außerordentliche Staatsunterstützung zu Schulbauten.	
1) Vorbereitung der Anträge . . . . .	858 — 859
2) Bewilligung von Gnaden-Unterstützungen . . . . .	859
3) Ausführung der Bauten nach dergleichen Bewilligungen . . . . .	859 — 860
I. Feuerversicherung der Schulgebäude.	
1) Nothwendigkeit der Versicherung . . . . .	860
2) Wahl der Versicherungs-Gesellschaft . . . . .	860
3) Zahlung der Versicherungs Beiträge . . . . .	860
tes Kapitel. Etats- und Rechnungswesen.	
I. Pflichten der Lokalbehörden.	
1) Allgemeine Vorschriften . . . . .	861
2) bei städtischen Schulen.	
a) Trennung der Schulkassen von andern städtischen Fonds . . . . .	861
b) Konkurrenz der Stadtverordneten . . . . .	861 — 862
3) Verwendung von Schulgeld-Überschüssen . . . . .	862
4) Verwendung des Einkommens in Balancen . . . . .	862 — 863
II. Pflichten der Regierungen.	
1) Allgemeine Vorschriften . . . . .	863
2) Aufsichtsführung . . . . .	863
3) Einsendung von Etats- und Finalabschlüssen . . . . .	864
 Fünfter Abschnitt. Nebenanstalten der Volksschule.	
I. Kleinkinder-Bewahranstalten.	
1) Anlegung und Beförderung . . . . .	865 — 866
2) Aufsicht.	
a) der Regierung . . . . .	867
b) der Ortsschulbehörden . . . . .	867
3) Korporationsrecht.	
a) Im Allgemeinen . . . . .	867 — 868
b) Besondere Verleihungen . . . . .	868
4) Immunitäten.	
a) Stempel- und Gebührenfreiheit . . . . .	868 — 869
b) Grundsteuerfreiheit . . . . .	869
c) Portofreiheit . . . . .	869
II. Fortbildungs-Anstalten . . . . .	869 — 873
II. Anstalten für Waisen und arme Kinder.	
1) Allgemeine Vorschriften.	
a) Aufsicht . . . . .	873 — 874
b) Äußere Rechte . . . . .	874
c) Sukzessionsrecht . . . . .	874
d) Innere Verfassung . . . . .	874

	Seite
e) Vorsteher und Verwalter . . . . .	874
f) Pflichten der Aufgenommenen . . . . .	875
2) Armenschulen nach Muster der v. Treslow'schen An- stalt zu Friedrichsfelde . . . . .	875
3) Einzelne Anstalten . . . . .	875 — 876
4) Militair-Waisens- und Erziehungs-Anstalten . . . .	876
IV. Sorge für verwahrloste Kinder.	
1) Nachweisungen jugendlicher Verbrecher . . . . .	876 — 877
2) Maassregeln zur Besserung, insbes. Vereine dafür .	877 — 885
3) Ueberweisung jugendlicher Verbrecher an Vereine oder Privatpersonen . . . . .	885
V. Taubstummens-Anstalten.	
1) Bevormundung der Taubstummens . . . . .	886
2) Ermittlung der Zahl der Taubstummens . . . . .	886
3) Unterricht . . . . .	886 — 888
4) Einzelne Anstalten . . . . .	888 — 889
5) Centralverein für das Wohl der Taubstummens . .	889
6) Prämien für Ausbildung der Taubstummens in Kunst und Handwerken . . . . .	889 — 891
VI. Blindens-Anstalten.	
1) Unterricht der Blinden in den Ortschaften . . . .	891
2) Besondere Blindens-Anstalten . . . . .	891 — 892
3) Versagung von Prämien für Ausbildung von Blinden	892
VII. Jüdische Schulen . . . . .	892 — 894

### Anhang.

Die drei Regulative v. 1., 2. u. 3. Okt. 1854 über die Einrichtung des evangel. Seminar-, Präparanden- und Elementar-Schul- Unterrichts . . . . .	895 — 926
Nachträge . . . . .	927 — 928

# Erster oder Allgemeiner Theil.



## Erster Abschnitt.

# Allgemein geschichtlicher Ueberblick über die Entwicklung des Unterrichtswesens und dessen heutigen Zustand.

---

Die Vernunft setzt als Lebenszweck des Menschen die möglichst allseitige Entwicklung und Ausbildung seiner sämmtlichen Geistes- und Körperkräfte. Dieser Zweck, mehr oder minder vollständig erkannt, liegt jedem geordneten Zusammenleben eines Volks, jedem Staate, zu Grunde. Die Voraussetzung reinerer Entwicklung und Ausbildung ist aber Erziehung der Jugend. Der Jüngling muß in seinen Lehrjahren nachholen, was der menschliche Geist vor ihm, und für ihn geleistet hat, um später selbst in der Gegenwart stehen, und mitarbeiten zu können. *Homo non nascitur, sed fit.* Ohne Jugenderziehung ist der Staat nicht zu denken.

Wie und wie weit diese Idee in den verschiedenen Zeiten praktisch zur Geltung gekommen, darüber soll das Folgende einen kurzen Ueberblick gewähren.

Bei den Völkern vorchristlicher Zeit finden wir strenggeschlossene Nationalitäten. National war selbst die Religion, und darum Vaterlandsliebe die höchste Pflicht. Diese zu erwecken, war neben körperlichen Uebungen, welche zu Entbehrungen und Opfern für das Gemeinwohl fähig machten, eine geistige Ausbildung erforderlich, die das Verdienstvolle und Nothwendige der Befriedigung persönlicher Interessen begreifen lehrte. Erforderlich war, die Geschichte, das eigentliche Nationale seines Vaterlandes kennen zu lernen, um eben sein Vaterland jedem andern vorzuziehen. Demgemäß beschränkte sich der älteste und erste Unterricht auf Lehrgespräche, auf Lesen und Auslegen solcher heiligen Bücher, in denen die Götterlehre oder die Thatthaten einer Heroenzeit enthalten waren.

Im Morgenlande waren solche Kenntnisse ein Privatgut Weniger, und blieben es, da weder die Herrschsucht der Priester, noch der Despotismus der Könige Veranlassung finden konnte, ihre Wissenschaft, welche sie vor-

zugswise zum Beherrschen der Massen fähig machte, aus den Händen zu geben. So blieb in China, in Indien und Aegypten die Bildung kastenartig geschlossen.

Anders bei den Griechen. Hier war die nationale Freiheit Mutter und Pflegerin des Großen und Schönen. Die Oeffentlichkeit, durch Gesetze geboten, machte Erkenntniß und Wissen zum Gemeingute. Oeffentliche Spiele spornten den Ehrgeiz, der versammelten Nation Werke des schöpferischen Genies in Wissenschaft und Kunst zur Erringung des Preises vorzulegen; denn nur in den frühesten Zeiten war die Gymnastik der ausschließliche Gegenstand dieser Spiele. Bei zunehmender Kultur machten die musikalischen Uebungen — in dem die gesammte ideale Bildung umfassenden, griechischen Sinne des Wortes — der Gymnastik den Rang streitig, so daß manche Spiele, namentlich die Pythischen, <sup>1)</sup> der Musik, wenn nicht allein, doch vorzugsweise gewidmet wurden.

Um aber auf solchen Nationalfesten um Preise ringen zu können, mußte die Jugend vorbereitet und unterrichtet werden. Dies geschah in folgender Weise.

Bis zum siebenten Jahre dauerte für den Knaben die Spielzeit in dem Weibergemache unter den Augen der Eltern, und belehrt bei jeder Rede und Handlung. Von dieser Zeit an besuchte er die Schulen der Pädotriben, Grammatisten und Kitharisten, wo er zunächst die ersten Elemente, *τὰ πρῶτα στοιχεῖα*, d. h. Lesen und Schreiben erlernte, und darauf mit den Dichtern, vor Allem mit Homer, und bei dessen Erklärung mit den anzuknüpfenden Realien bekannt gemacht wurde. Doch blieb die Sprache, und zwar die Muttersprache, das Hauptbildungsmittel; nächst ihr der Gesangunterricht. Die Zucht in diesen Schulen war streng, kein Unterschied zwischen Reich und Arm; durcheinander saß alles auf dem Boden im bloßen Sande. Zwar waren es nur Privatanstalten, allein sie unterlagen nicht nur der allgemeinen Kontrolle des öffentlichen Lebens, sondern waren auch durch Gesetze und strenggebotene Aufsicht der Staatsbehörden überwacht. In Athen hatte der Areopagus, der oberste Gerichtshof, auf Zucht und Ordnung in den Schulen zu halten.

Nach einigen Schuljahren betrat der Knabe das Gymnastium, <sup>2)</sup> wo er regelmäßig vom Aufgange der Sonne bis zu deren Untergange verweilte. Hier galt zwar die körperliche Ausbildung bis zu eigentlichen Waffen- und Kriegsbübungen als Grundlage, doch wurden daneben nicht nur die Lieder zum Preise der Vorfahren, und die Hymnen, die bei den Spielfesten zu

1) Ihre Feier (alle 4 Jahre bei Delphi) bestand hauptsächlich in Lobgesängen auf den Sieg Apollon über den Drachen Pytho. Bei den olympischen Spielen, welche in der Ebene des gleichnamigen Fleckens in der Landschaft Elis seit 776 v. C. alle 4 Jahre im Juli gefeiert wurden, kämpften auch Dichter und Sänger im Wettstreit. Alle Bewerber um den Olivenkranz, mußten sich einer zehnmonatlichen Vorbereitung im Gymnastium zu Elis unterwerfen. Die Nemeischen Spiele in Argolis im 2. und 4. Jahre jeder Olympiade, und die Isthmischen auf der Landenge von Korinth (zuerst alle 3, später alle 5 Jahre) scheinen vorwiegend körperlichen Uebungen gewidmet gewesen zu sein.

Außer diesen allgemeinen hatte fast jede Völkerschaft, jede Stadt ihre besondere Spielfeste.

2) Die Gymnastien, anfangs freie Spielplätze zu Uebungen des Körpers, wurden, als später der gesammte Unterricht in ihnen seinen Mittelpunkt fand, mit Gebäuden, Säulenhallen, Spaziergängen und Bädern versehen, und mit Allem, was die Kunst bot, ausgeschmückt. Hier suchten sich die Philosophen freiwillige Schüler. Die berühmtesten dieser Anstalten waren zu Elis, Athen, Sparta, Theben, Olympia.

Ehren der Götter üblich waren, sondern auch die Gesetze auswendig gelernt, nach denen die Jüglinge in Zukunft als Bürger zu leben hatten.

Nach einem solchen Bildungsgange wurde der Jüngling, gewöhnlich im achtzehnten Jahre, für würdig gefunden, im Theater vor dem versammelten Volke mit Speer und Schild wehrhaft gemacht zu werden. <sup>1)</sup> Die Armeren wandten sich dann zum Landbau, zu den Gewerben, während die Reicheren ihre wissenschaftliche Ausbildung in den Schulen der Philosophen, der Sophisten, vollendeten, in welchen die grammatischen Studien erwei-

---

1) So war die Erziehung in Athen. In Sparta dagegen gehörte das Kind nicht sowohl den Eltern, als dem Staate. Schon das Neugeborene prüften die Stammältesten und ließen es, wenn sie es schwach oder ungestaltet fanden, in die Abgründe des Berges Taygetos werfen. Von den ersten Jahren an mußte der Knabe an Abhärtung und Entbehrung gewöhnt werden. Mit dem 7. Jahre übernahm ihn der Staat ganz und gar, der Vater behielt kein größeres Recht an ihm, als jeder ältere Mann besaß, das Recht ihn zu ermahnen und zur Strafe zu ziehen. Alle Knaben lebten in Kotten, unter Aufsicht der besten Jünglinge; sie lernten, spielten, kämpften und schliefen zusammen, ohne Unterschied der Geburt. Leibesübungen und die Versuche: Hunger, Durst, Frost, Entbehrungen aller Art zu ertragen, erzielten ihre körperliche Kräftigung; die strenge Zucht dagegen, die mit den Jahren immer schärfer wurde, sollte sie an Bescheidenheit und Bezähmung der Leidenschaften gewöhnen. Nur stillschweigend, ohne sich umzublicken, die Hände im Gewande verbergen, durften sie über die Straße gehen, ihr Lager bestand aus Binsen, die Kleidung vom 12. Jahre an in einer einfachen Decke. Ihre Spiele waren nicht selten blutig; auch harte körperliche Züchtigungen fehlten nicht. Doch wurde neben dieser Erziehung zum Kriege auch rhythmischer Tanz, Gesang und Ruff geübt, auf andere Kenntnisse, selbst auf die Elemente des Lesens und Schreibens, aber wenig Fleiß verwandt, so daß, nach Mansos „Sparta“, die berühmte lakonische Kürze nichts als nothwendige Folge der Armuth und geringere Ausbildung der Sprache war.

Wie großes Gewicht im Allgemeinen die alten Griechen auf die Erziehung legten, erhellt aus dem Ausspruche Platos: der Beste unter allen Bürgern ist dem gesammten Unterrichtswesen vorzusetzen. In gleichem Sinne heißt es im 7. Buche der Politik des Aristoteles:

„Kein Mensch kann zweifeln, daß der Gesetzgeber für die Erziehung der Jugend ganz vorzüglich sorgen müsse. Die Erfahrung lehrt, daß in Städten, wo dies nicht geschieht, selbst die Verfassung dadurch Schaden leidet. Denn nach der Verfassung muß auch die Erziehung eingerichtet sein. So wie jene ursprünglich aus bestimmten Sitten und einer bestimmten Denkungsweise des Volkes, welches sie gründete, hervorging, so kann sie auch gewöhnlicherweise nur bei der Fortdauer dieser Sitten und Denkungsart erhalten werden. Bessere Sitten werden aber immer die Ursache einer bessern Staatsverfassung werden. Ueberdies, wenn zu jeder Geschicklichkeit, zu jeder Kunst manches gelernt, manches geübt werden muß, so wird sicherlich auch die Ausübung der Menschen- und Bürgertugend überhaupt einen solchen Unterricht, eine solche Verübung erfordern. Da nun aber alle Glieder des Staats einen gemeinschaftlichen Endzweck haben, so müssen auch Alle eine und dieselbe Erziehung erhalten; die Sorge dafür darf daher nicht Privatpersonen überlassen werden, sondern gehört dem Staate zu. Kein Bürger muß glauben, daß er nur für sich da sei und lebe, sondern alle, daß sie für den Staat leben. Denn Jeder verhält sich zum Staate, wie das Glied zum Körper, der Theil zum Ganzen; es giebt aber keine mehr passende, mehr der Natur angemessene Pflege eines Gliedes, als die, welche sich auf das Wohlbefinden des ganzen Körpers bezieht.“

Allerdings blieb dies eine einseitige und einförmige Staatserziehung, ohne Anerkennung der freien menschlichen Individualität. Aber sie prägte immerhin die Jugend zu kräftigen, tüchtigen Bürgern, zu gewandten Volkrednern, zu unerzrockenen Vaterlandsvertheidigern aus.



zugswise zum Beherrschen der Massen fähig machte, aus den Händen zu geben. So blieb in China, in Indien und Aegypten die Bildung kastenartig geschlossen.

Anders bei den Griechen. Hier war die nationale Freiheit Mutter und Pflegerin des Großen und Schönen. Die Oeffentlichkeit, durch Gesetze geboten, machte Erkenntniß und Wissen zum Gemeingute. Oeffentliche Spiele spornten den Ehrgeiz, der versammelten Nation Werke des schöpferischen Genies in Wissenschaft und Kunst zur Erringung des Preises vorzulegen; denn nur in den frühesten Zeiten war die Gymnastik der ausschließliche Gegenstand dieser Spiele. Bei zunehmender Kultur machten die musikalischen Uebungen — in dem die gesammte ideale Bildung umfassenden, griechischen Sinne des Wortes — der Gymnastik den Rang streitig, so daß manche Spiele, namentlich die Pythischen, <sup>1)</sup> der Musik, wenn nicht allein, doch vorzugsweise gewidmet wurden.

Um aber auf solchen Nationalfesten um Preise ringen zu können, mußte die Jugend vorbereitet und unterrichtet werden. Dies geschah in folgender Weise.

Bis zum siebenten Jahre dauerte für den Knaben die Spielzeit in dem Weibergemache unter den Augen der Eltern, und belehrt bei jeder Rede und Handlung. Von dieser Zeit an besuchte er die Schulen der Pädagogen, Grammatisten und Ritharisten, wo er zunächst die ersten Elemente, τὰ πρῶτα στοιχεῖα, d. h. Lesen und Schreiben erlernte, und darauf mit den Dichtern, vor Allem mit Homer, und bei dessen Erklärung mit den anzuknüpfenden Realien bekannt gemacht wurde. Doch blieb die Sprache, und zwar die Muttersprache, das Hauptbildungsmittel; nächst ihr der Gesangunterricht. Die Zucht in diesen Schulen war streng, kein Unterschied zwischen Reich und Arm; durcheinander saß alles auf dem Boden im bloßen Sande. Zwar waren es nur Privatanstalten, allein sie unterlagen nicht nur der allgemeinen Kontrolle des öffentlichen Lebens, sondern waren auch durch Gesetze und strenggebotene Aufsicht der Staatsbehörden überwacht. In Athen hatte der Areopagus, der oberste Gerichtshof, auf Zucht und Ordnung in den Schulen zu halten.

Nach einigen Schuljahren betrat der Knabe das Gymnasium, <sup>2)</sup> wo er regelmäßig vom Aufgange der Sonne bis zu deren Untergange verweilte. Hier galt zwar die körperliche Ausbildung bis zu eigentlichen Waffen- und Kriegsbübungen als Grundlage, doch wurden daneben nicht nur die Lieder zum Preise der Vorfahren, und die Hymnen, die bei den Spielfesten zu

1) Ihre Feier (alle 4 Jahre bei Delphi) bestand hauptsächlich in Lobgesängen auf den Sieg Apollon über den Drachen Python. Bei den olympischen Spielen, welche in der Ebene des gleichnamigen Fleckens in der Landschaft Elis seit 776 v. C. alle 4 Jahre im Juli gefeiert wurden, kämpften auch Dichter und Sänger im Wettstreit. Alle Bewerber um den Olivenkranz, mußten sich einer zehnmonatlichen Vorbereitung im Gymnasium zu Elis unterwerfen. Die Nemeischen Spiele in Argolis im 2. und 4. Jahre jeder Olympiade, und die Isthmischen auf der Landenge von Korinth (zuerst alle 3, später alle 5 Jahre) scheinen vorwiegend körperlichen Uebungen gewidmet gewesen zu sein.

Außer diesen allgemeinen hatte fast jede Völkerschaft, jede Stadt ihre besondere Spielfeste.

2) Die Gymnasien, anfangs freie Spielplätze zu Uebungen des Körpers, wurden, als später der gesammte Unterricht in ihnen seinen Mittelpunkt fand, mit Gebäuden, Säulenhallen, Spaziergängen und Bädern versehen, und mit Allem, was die Kunst bot, ausgeschmückt. Hier suchten sich die Philosophen freiwillige Schüler. Die berühmtesten dieser Anstalten waren zu Elis, Athen, Sparta, Theben und Olympia.

ist sowohl dem Eltern, als dem Staate. Schon das Knechtentum prüften  
müßten und ließen es, wenn sie es schwach oder ungekallt fanden, in  
des Berges Lappelos werfen. Von den ersten Jahren an mußte  
die Abhärtung und Entbehrung gewöhnt werden. Mit dem 7. Jahre  
war der Staat ganz und gar, der Vater behielt kein größeres Recht an  
dem älteren Mann besaß, das Recht ihn zu ermahnen und zur Strafe zu  
verurtheilen. Die Knaben lebten in Hütten, unter Aufsicht der besten Jünglinge; sie  
schrien, kämpften und schliefen zusammen, ohne Unterschied der Geburt.  
Ganz und die Versuche: Hunger, Durst, Frost, Entbehrungen aller Art  
erzielten ihre körperliche Kräftigung; die strenge Nacht dagegen, die  
jeden immer schärfer wurde, sollte sie an Bescheidenheit und Bescheidenheit  
gewöhnen. Nur stillschweigend, ohne sich umzublicken, die Hände  
verborgen, durften sie über die Straße gehen, ihr Lager bestand aus  
einer Decke vom 12. Jahre an in einer einfachen Decke. Ihre Spiele  
sind selten blutig; auch harte körperliche Züchtigungen fehlten nicht. Doch  
war dieser Erziehung zum Kriege auch rhythmischer Tanz, Gesang und  
Musik, auf andere Kenntnisse, selbst auf die Elemente des Lesens und  
Rechens, aber wenig Fleiß verwandt, so daß, nach Platon's „Sparta“, die  
griechische Kultur nichts als notwendige Folge der Armut und geringere  
der Sprache war.

großes Gewicht im Allgemeinen die alten Griechen auf die Erziehung  
setzt aus dem Aussprache Platon's: der Beste unter allen Bürgern ist  
dem Unterrichtswesen vorzusetzen. In gleichem Sinne heißt es im  
Vorwort des Aristoteles:

ein Mensch kann zweifeln, daß der Gesetzgeber für die Erziehung der  
Jugend ganz vorzüglich sorgen müsse. Die Erfahrung lehrt, daß in Städ-  
ten, wo dies nicht geschieht, selbst die Verfassung dadurch Schaden leidet.  
Nun nach der Verfassung muß auch die Erziehung eingerichtet sein. So  
ist jene ursprünglich aus bestimmten Sitten und einer bestimmten Den-  
kungsweise des Volkes, welches sie gründete, hervorgegangen, so kann sie auch  
wiederum nur bei der Fortdauer dieser Sitten und Denkungsart  
halten werden. Bessere Sitten werden aber immer die Ursache einer  
bessern Staatsverfassung werden. Ueberdies, wenn zu jeder Geschicklich-  
keit, zu jeder Kunst manches gelernt, manches geübt werden muß, so wird  
gerade auch die Ausübung der Menschen- und Bürgertugend überhaupt  
von solchen Unterricht, eine solche Verübung erfordern. Da nun aber  
die Glieder des Staats einen gemeinschaftlichen Endzweck haben, so

weitert, und namentlich Rhetorik, Mathematik und Philosophie gelehrt wurden. Hier hörte jede Beaufsichtigung von Seiten des Staates auf. Freizogen die Philosophen in dem Lande umher, und traten bald hier, bald dort als Lehrer auf, überall in unverwehrter Verbreitung dessen, was sie als wahr und recht erkannten. Und so fest hielt man an dieser Freiheit der Lehre, daß, wie Diogenes Laërtius erzählt, als einst zu Athen der Demagoge Sophokles die philosophischen Schulen der Aufsicht des Senates unterwerfen wollte, und dieselben demzufolge sofort von ihren Lehrern geschlossen wurden, das Atheniensische Volk die den Philosophen zuge dachte Beleidigung durch eine große Geldstrafe gut zu machen suchte, die es dem Redner wegen seines unbefonnenen Vorschlages auferlegte.

In einer von der der Griechen verschiedenen Weise entwickelte sich der Unterricht bei den Römern. Dort herrschte das Schöne und Ideale, die *καλοκαγαλία* war das höchste Ziel; hier prävalirte der Verstand mit der Richtung auf sofortige und unmittelbare Anwendung im praktisch-politischen Leben. Zur Zeit der Republik war die Erziehung lediglich den Eltern überlassen: eine Einmischung des Staates fand nicht Statt. Dürftige Elementarkenntnisse, welche das Lesen und Verstehen der Geschichte der Vorzeit, sowie der Gesetze der Gegenwart, der zwölf Tafeln, ermöglichten, waren hinreichend, aus der Jugend patriotische Bürger zu gestalten. Höherer Bildung bedurfte es für diesen Zweck nicht, und eine solche war in der That auch nicht eher vorhanden, als bis griechische Sitte und griechische Kultur in den Kriegerstaat eindrang. Von da an näherte sich die Unterrichtsweise auch mehr der griechischen.

Bis zum siebenten Jahre wurden die Knaben im elterlichen Hause von der Mutter erzogen. Dann kamen sie zu dem Grammatistes oder Literator, welcher die ersten Elemente des Lesens und Schreibens in seiner Schule einprägte. Die weitere Ausbildung fanden sie in der Schule des Grammatikos oder Literatus durch Belehrung über die richtige Sprache und Schrift, und durch Erklärung von Schriftstellern, vorzugsweise von Dichtern. Mit diesen Kenntnissen begnügte sich bei Weitem die Mehrzahl, und dies um so mehr, als schon der beschriebene Unterricht gewöhnlich bis in das siebzehnte Lebensjahr zu dauern pflegte, in welchem der Jüngling bereits die toga virilis anlegte, und mithandelnd in das öffentliche Leben eintrat.

Nur Höherstrebende machten dann noch einen Kursus bei dem Rhetor, um in der Rhetorik und in der Philosophie Unterweisung zu empfangen. Bei steigender Kultur ward dies zur allgemeinen Regel für Alle, die sich zu bedeutenderen Staatsämtern würdig vorbereiten wollten.

Das ganze Unterrichtswesen blieb indessen immer nur Privatangelegenheit. Und wenn auch Cäsar den Lehrern das Bürgerrecht ertheilte, wenn auch der Kaiser Vespasian einzelnen lateinischen und griechischen Rhetoren in Rom ein Jahrgehalt aus dem öffentlichen Schatze bewilligte, und Hadrian eine ganze Schule, das Athenäum, <sup>1)</sup> aus Staatsfonds gründete, so war dennoch von einem vom Staate geordneten, alle Kreise der Gesellschaft durchdringenden Schulwesen noch keine Rede. Die Kultur erstreckte sich im besten Falle allein auf die Städte, während das Landvolk in vollständiger Unwissenheit verblieb.

Eine wesentliche Umgestaltung erhielt das Erziehungswesen durch die Verbreitung des Christenthums, welches, auf die Idee menschlicher Gleichberechtigung und Brüderlichkeit gegründet, nicht darauf ausgehen konnte,

---

1) Das Athenäum war übrigens, seiner ganzen Einrichtung nach mehr unsern Universitäten zu vergleichen, als unsern Gymnasien.

ein Sondergut bevorzugter Stände zu sein, sondern Alle, herrschende und dienende, mit gleicher Sorgfalt umfaßte, die Frauen aus ihrer untergeordneten Stellung erhob, und die Persönlichkeit der Kinder rettete, die bis dahin entweder dem Staatsinteresse, wie namentlich in Sparta, gänzlich geopfert, oder, wie in Rom, der Privatwillkühr des Vaters Preis gegeben war.

In ihrer uranfänglichen Reinheit hatte die neue Lehre keinen anderen Weg zu ihrer Ausbreitung als den naturgemäßen des Unterrichts. Sie gründete Schulen, theils um die erwachsenen Heiden durch Privatunterricht, theils um die Christenkinder durch öffentlichen Religionsunterricht in den neuen Heilswahrheiten zu unterweisen. Während immer noch die alte heidnische Gelehrsamkeit und Weisheit in den großen, von den römischen Kaisern unterstützten Gymnasien für die Ep.öfplinge der vornehmen Welt genossen wurde, <sup>1)</sup> gab es christlicherseits, insbesondere auf dem Lande, schon zahlreiche Katechumenenschulen, die bereits sehr frühe methodisch geregelt und unter strenger Aufsicht der Geistlichkeit gestellt waren; neben diesen aber auch noch Katechetenschulen zur Bildung der Geistlichkeit selbst. Unter den letztern werden die zu Alexandria und die durch ein ausführliches Reglement vollständig organisirte Schule zu Nisibis als die blühendsten genannt.

Sollte nun das Evangelium auch unter gelehrten, mit den Schätzen der Wissenschaft und Philosophie ausgerüsteten Heiden Proselyten machen, so mußte es sich nothwendig mit den gleichen Waffen versehen. Auch dies geschah durch die Katechetenschulen. Es wurde in ihnen, besonders seit sie vom fünften Jahrhundert ab bei schon vollständig gegliederter Hierarchie in die gelehrten Episkopal- oder Kathedralschulen übergegangen waren, neben der reinen Theologie auch Philosophie gelehrt, und überhaupt Alles, was die heidnischen Sophisten zum Gegenstande ihres Unterrichts zu machen pflegten. Aus dieser abenteuerlichen Vermischung von heidnischer, besonders aristotelischer Philosophie und christlicher Gottesgelahrtheit entstand jene eigenthümliche Schulweisheit, die, später in den Klosterschulen gepflegt, sich länger als tausend Jahre den Fortschritten freier Erkenntniß entgegenstellte hat. Schon im fünften Jahrhundert kam die Gründung der sogenannten sieben freien Künste in Uebung, welche dem Geiste der Wissenschaft die Fesseln eines beschränkten Schematismus auferlegte. <sup>2)</sup> Der Unterricht zerfiel in das Trivium und Quadrivium. Jenes enthielt als Elementarkenntniße Grammatik, Dialektik und Rhetorik, dieses dagegen, nur von den eigentlichen Fachgelehrten erstrebt, Arithmetik, Geometrie, Astronomie und Musik. Jenes sollte ad eloquentiam, dieses ad sapientiam führen.

Neben den mit diesen Studien beschäftigten Episkopal- oder Kathedralschulen waren seit dem sechsten Jahrhundert auch Klosterschulen entstanden, anfangs bloß innere als Pflanzstätten für das Mönchthum, später aber auch äußere als Bildungsanstalten für die Laien. Die Lehrer an diesen Schulen, Scholastici genannt, wurden die Hauptträger der scholastischen Philosophie des Mittelalters, <sup>3)</sup> die von vorn herein die freie Forschung

1) Sie bestanden noch eine Zeitlang, nachdem die Kaiser christlich geworden waren, und wurden erst unter Theodosius (377 – 395) von Staatswegen geschlossen. Vergl. Scheidler, die Universität, S. 185.

2) Das Schema der sieben freien Künste findet sich schon in der Enzyklopädie des Afrikaners Martianus Capella um das Jahr 470. Der „artium liberalium Magister“ hat sich bis in die neueste Zeit konservirt.

3) Erst in dem Zeitalter der Reformation wurden die Fesseln dieses Systems getrocken, doch keinesweges vollständig. Namentlich gelten die Englischen Univer-





Fromme sich bemüht, Volksschulen zu begründen, allein ohne dauernden Erfolg. Sie hatten es den bei den Kathedralkirchen vereinigten Canonikern <sup>1)</sup> zur Pflicht gemacht, Schulen zur Unterweisung des Volkes zu errichten <sup>2)</sup> und nur unter dieser Bedingung gaben sie die Erlaubniß zur Anlegung neuer Biethümer und Stifter. Demzufolge entstanden auch im neunten und zehnten Jahrhundert eine Menge Dom- und Stiftsschulen (Kirchschulen, Parochialschulen), wie zu Mainz, Paderborn, Hildesheim, Bremen, Magdeburg, Hamburg, Würzburg, Braunschweig und Utrecht. Aber schon unter den Nachfolgern Karls und seines Sohnes, schon im zehnten Jahrhundert begann der Verfall die-

1) Canonici, so genannt von canones, Regeln, weil sie zu einem gemeinsamen Leben nach bestimmten Regeln, nach Art der Benediktiner-Mönche, verpflichtet waren. Zuerst hatte Chrodegang, Bischoff von Metz, die Geistlichen seiner Kathedralkirche um das Jahr 750 auf diese Weise vereinigt, und dies hatte bald bei allen Kathedralen Nachahmung gefunden.

2) Zuerst im Capitularo Aquisgran. v. J. 789: „ut scholae legentium puerorum fiant, Psalmos, Notas, Cantus, Computum, Grammaticam per singula Monasteria et Episcopia discant, sed et libros catholicos bene emendatos habeant et pueros suos non sinant eos vel legendo, vel scribendo corrumpere, et si opus est Evangelium vel Psalterium et Missale scribere, perfectae aetatis homines scribant cum omni diligentia. (Bei Georgisch. corp. jur. germ. pag. 550. sq. cap. 70.) Ludwig der Fromme schärfte dies im: Capit. Lud. P. a. 823: Cap. 5. de admonitione Domni Imperatoris ad Episcopos. — „Scholae sane ad filios et ministros ecclesiae instruendos vel edocendos sicut nobis praeterito tempore ad Atiniacum promisistis et vobis injunximus, in congruis locis, ubi nec dum perfectum est, ad multorum utilitatem et profectum a vobis ordinari non negligantur.“ (Georgisch. l. c. pag. 374.) Auf alle Parochien ausgedehnt, finden sich die Schulen im can. Recht: „Cap. 3. de vita et honest. cleric. (3, 1.) aus Conc. Nannet. a. 895. can. 7: Ut quisque presbyter, qui plebem regit, clericum habeat, qui secum cantet, et epistolam et lectionem legat, et qui possit scholas tenere, et admonere suos parochianos, ut filios suos, ad fidem discendam, mittant ad ecclesiam, quos ipse cum omni castitate erudiat.“ — Das Küster- und Schulmeisteramt bei den eigentlichen Parochialschulen war hiernach vereinigt, und wurde von einem Kleriker, der die niedern Weihen, oder doch die Tonsur hatte, verwaltet. R. F. Eichhorn, Kirchenrecht, Göttingen 1833, Th. II. S. 628. Daß diese Vor- schrift nicht überall ausgeführt, und, wo sie ausgeführt, im Laufe der Zeit wieder vergessen wurde, zeigt die Folge. Bei den eigentlichen Dom- und Stiftsschulen, welche sich hauptsächlich auf die Priesterbildung beschränkten, wirkten außer den Geistlichen und Canonikern auch andere freiwillig als Lehrer, und diesen letztern wird hauptsächlich die Blüthe einzelner dieser Anstalten zugeschrieben. Die Erlaubniß zum freiwilligen Lehren sollte unentgeltlich ertheilt, und tauglichen Personen nicht versagt werden. An jeder Kathedrale sollte aber ein Lehrer für die Fortstudien zur Theologie vorhanden und mit einer Pfründe versehen sein. So verordnete Papst Alexander III. auf der 3. Lateranensischen Synode 1179: cap. 1. h. f. „per unamquemque cathedralem ecclesiam magistro, qui clericos ejusdem ecclesiae et scholares pauperes gratis doceat, competens aliquod beneficium praebeatur. Pro licentia vero docendi nullus (sc. praelatus) pretium exigit, vel sub obtentu alicujus consuetudinis ab eis qui docent, aliquid quaerat, nec docere quoenquam, qui sit idoneus, petita licentia interdicat. — Papst Innocenz III. dehnte dies durch ein Defret der 4. Lateranensischen Synode auf alle benedictinen Kollatorien aus: cap. 4. h. f. adjicimus ut non solum in cathedrali ecclesia, sed etiam in aliis, quarum sufficere poterunt facultates, constituatur magister idoneus, a praelato cum capitulo eligendus, qui clericos ecclesiarum ipsarum et aliarum gratis in grammatica facultate ac aliis instruat juxta posse. Sane, metropolis ecclesia theologum nihilominus habeat, qui sacerdotes et alios in sacra pagina doceat, et in his praesertim informet, quae ad curam animarum spectare nos-

ser Anstalten, indem die Chorherren in Trier im Jahre 977 mit Genehmigung ihres Erzbischofs ihr gemeinschaftliches Zusammenleben aufhoben. Die Kanonici verzehrten nun, ohne Residenz zu halten, ihre Präbenden, wo sie wollten, und der Unterricht, den sie bisher erteilt hatten, hörte damit von selbst auf. Dies Beispiel wirkte auf die andern geistlichen Stiftungen so schnell, daß man in den Errichtungsurkunden der Klöster und Stifter, welche seit dem zwölften und dreizehnten Jahrhundert in Sachsen, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg entstanden, keine Spur von der sonst gebotenen Verpflichtung zur Anlegung von Stifteschulen vorfindet. <sup>1)</sup>

Trägt man nun nach den Leistungen der Klosterschulen während ihres Bestehens vom sechsten bis in das zwölfte, und der Parochial- und Stifteschulen vom achten bis in das elfte Jahrhundert, so kann die Antwort keine andere sein, als daß, die Bildung weniger ausgezeichneten Männer abgerechnet, die in den innern Klosterschulen erzogen waren, wie z. B. der schon genannte Rhabanus Maurus, Lupus, Abt von Ferrières, Otfried, Mönch und Schulvorsteher in Weisenburg <sup>2)</sup> und einige Andere, im Ganzen diese Schulen nichts gethan haben, um es zu verhindern, daß Europa in tiefe Barbarei versank. Selbst von den Predigern und Landgeistlichen, die doch zu den Gelehrten gezählt werden müssen, forderte man nur „daß sie die lateinischen Formeln der Liturgien und Sakramente verständen; daß sie sich derselben im Singular oder Plural, im Maskulinum oder Femininum, nach Maaßgabe der Umstände bedienen könnten; daß sie im Stande wären, die Episteln und Evangelien beim Gottesdienste lateinisch abzulesen und ihren buchstäblichen Sinn zu erkennen; daß sie die Psalmen auswendig wüßten, und die vom genannten Otfried von Weisenburg verdeutschten Homilien oder Predigten des heiligen Gregorius nebst den Auslegungen des apostolischen Glaubensbekenntnisses, der zehn Gebote und des Vater Unser im Hause hätten. Man glaubte, es sei hinlänglich für einen Prediger, wenn er seine Bildung in den Trivialschulen der Klöster empfinde, und der Besuch der höhern Schulen wurde gar nicht verlangt.“ <sup>3)</sup> War dieses die Bildung, welche die innern Klosterschulen dem Gelehrtenstande verliehen, so wird begreiflich, daß die bloß für die Laien bestimmten äußeren Schulen, wenn schon sie von den vornehmen Ständen, von Prinzen und Ritterbürtigen besucht wurden, ihren Unterricht auf das Nothdürftigste von einigen Religionsbegriffen, und auf das Lesen beschränkten. Schreiben und Rechnen wurde nur ausnahmsweise getrieben, und die Schreibekunst so selten, daß man sie vorzugsweise „die geistliche Kunst, ars clericalis“ nannte. <sup>4)</sup>

---

1) Möhsen, Geschichte der Wissenschaften in der Mark Brandenburg, S. 116 ff. — Zeisert in dem Aufsatz „die vernunftgemäße Selbstständigkeit der Schule“ (Pädagogischer Jahresbericht I. 1846, S. 293) motivirt den fast gänzlichen Verfall dieser Stifteschulen damit, daß Karl der Große in der durch sie zu fördernden Heranbildung für die Ausübung des christlich-kirchlichen Kultus ein Mittel gesucht habe, die verschiedenen von ihm unterjochten Völker zu einer Gesamtnation zu verschmelzen. Dieser antinationale Charakter der Anstalten habe das Volk gegen sie gleichgültig gemacht, und die Gleichgültigkeit des Volkes Gleichgültigkeit der Geistlichen hervorgerufen.

Einzelne dieser Anstalten erhielten sich in hohem Rufe, wie z. B. die Domschule in Paris, u. die der Abtei v. St. Genevieve u. v. St. Viktor.

2) Er verfaßte um 870 eine Evangelienharmonie in freier dichterischer Bearbeitung, ein wichtiges Denkmal althochdeutscher Mundart, herausgegeben von Graff unter dem Titel „Krisi“ Königsb. 1831.

3) Ruhkopf a. a. O. S. 40 u. die S. 41, Not. angeführten Beläge.

4) Ruhkopf a. a. O. S. 34, Not. — Die vornehmsten Personen, die obersten Richter konnten mitunter nicht einmal ihren Namen schreiben. Dieser Periode,

Erst mit dem fünften Jahrhundert beginnt die Dämmerung einer hellern Zeit. Außerhalb Europas, in dem Morgenlande war ein Nest alter Kultur von den Arabern gepflegt worden, und nach dem Sturze der Omajjaden blühte unter den Abbassiden Wissenschaft und Kunst. Sie beriefen christliche Gelehrte aus den dem byzantinischen Kaiserthume abgerungenen Provinzen an ihren Hof, gründeten Bibliotheken in Bagdad, Kairo und Alexandria, sowie Schulen zu Bagdad, Bassora, Bosphora und Kufa, deren Ruhm sich weit verbreitete. Man übersehte die griechischen Klassiker, namentlich den Hippokrates und Galen, den Euklid und Ptolemäus, den Aristoteles und Theophrast, <sup>1)</sup> und förderte so das Studium der Medizin, der Mathematik und Philosophie.

Auf gleiche Weise verpflanzten die vertriebenen Omajjaden die Wissenschaft nach Spanien, wo sie das Königreich Cordova gegründet hatten. Auch hier warf sich das Studium vorzugsweise auf Medizin und Mathematik; Chemie und Pharmakologie wurden erst durch die Araber zu Wissenschaften, und die arabischen Ziffern und die Algebra sind für alle Zeiten Denkmale arabischer Kultur. Ihren Mittelpunkt fand diese in der unter Abderrhaman III. gestifteten Hochschule zu Cordova. Aber auch die Elementarkenntnisse wurden eifrig verbreitet. Mit allen Moscheen waren Schulen verbunden, in denen der erste Unterricht erteilt wurde. Gegenstände desselben waren Lesen, Schreiben, die Anfangsgründe der Grammatik, Memoiren alter und neuer Gedichte, und Religion durch Auswendiglernen des Koran. <sup>2)</sup>

Um dieselbe Zeit gab es im Morgen- und Abendlande berühmte Judenthulen, <sup>3)</sup> zum Theil in Verbindung mit den arabischen Schulen, wie zu Cordova, Sevilla, Kairo, zum Theil selbstständig, wie z. B. zu Trier und Länel in Frankreich, Schulen von solcher Bedeutung, daß die christlichen Gottesgelehrten zu Paris, welche sich mit den Rabbinern in einen öffentlichen Streit über den Talmud eingelassen hatten, sich bald in die Enge getrieben sahen, und um ihren Gegnern das Feld nicht zu räumen, den weltlichen Arm zu Hülfe rufen mußten. <sup>4)</sup>

Die spanischen Schulen wurden auch von Auswärtigen besucht, <sup>5)</sup> und auf diese Weise von ihnen aus allmählig ein frischerer Geist in das bei den christlichen Nationen verkümmerte Studium der artes liberales gebracht. Es traten diesen die sogenannten Scientiae, die Realdisziplinen, gegenüber und verschafften sich Geltung. Dazu kam das Aufblühen von christlichen Hoch-

---

dem 10. u. 11. Jahrhundert, in denen man aus vollen 150 Jahren nicht mehr als 25, zum großen Theil unbedeutende Schriftsteller nennen kann, verdanken die „Handzeichen“ ihre Erfindung.

1) Riemeyer, Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts, 9. Ausg. Bd. 3. S. 514.

2) Büßensfeld, die Akademie der Araber, Göttingen 1837, S. 5. — Riemeyer, a. a. O. S. 516 u. 517, Note. Derselbe hebt hinsichtlich des Unterrichts in der Grammatik insbesondere die Sorgfalt hervor, welche auf richtiges Sprechen und Schreiben verwendet wurde, und führt Stellen aus der 39. Masaeur des Fariri (übersetzt von Müllert) an, in denen der Schulmeister den Unterschied einzelner Laute, wie G. u. Gh., D. u. T. u. a. m. darstellt.

3) Aus diesen Schulen ging unter andern der berühmte Moses Ben Maimon, auch Maimonides genannt, hervor, Leibarzt des Sultan Saladin, u. Stifter einer eignen Philosophenschule zu Alexandria.

4) E. Rotted's Weltgeschichte, 11. Aufl. Th. II. S. 437, Note, u. die dort angeführte Stelle aus Gesenius, Geschichte der hebräischen Sprache u. Schrift.

5) So von dem wegen seiner Gelehrsamkeit als Zauberer verrufenen Gerbert, der von armen Eltern in der Auvergne geboren, später unter dem Namen Sylvester II. zum Papste erwählt wurde.



schulen, zuerst im zwölften Jahrhundert zu Salerno in Neapel für Medizin, bald darauf zu Bologna für das Rechtsstudium,<sup>1)</sup> und in rascher Folge zu Paris und Oxford für Philosophie und Theologie. Fast zu gleicher Zeit wurde durch Gelehrte aus dem byzantinischen Kaiserreiche, welche sich vor dem Andrang der Türkenherrschaft flüchteten, das Studium des klassischen Alterthums in Italien, namentlich in den italienischen Freistaaten, wieder aufgeweckt. Aber mehr noch als alle diese Beispiele waren es innere Ursachen, welche in Deutschland die erloschene Wissenschaftlichkeit zu neuem Leben aufachten.

Das Aufblühen der Städte, namentlich durch die Hanse im dreizehnten Jahrhundert, das enge Zusammenleben in denselben, die dadurch gesteigerten Bedürfnisse des Luxus, und vor Allem der Handel machten die Lebensverhältnisse verwickelter, so daß nicht nur das Ansehen begreiflich wird, in welchem ein Gelehrter, namentlich ein Magister oder Doctor juris stand, sondern sich auch das Bedürfnis nach allgemeiner Bildung erklärt, welches, wenigstens hinsichtlich der ersten Elemente des Wissens immer unabwiesbarer auftrat. Zunächst suchten denselben die um diese Zeit entstehenden Orden der Dominikaner und Franziskaner<sup>2)</sup> einigermassen Befriedigung zu verschaffen. Die Pflicht dieser Ordensleute bestand außer der allgemeinen Reherbefeuerung hauptsächlich darin, überall zu predigen und das Volk zu belehren. Mit besonderm Eifer unterzogen sich die Dominikaner dieser letztern Obliegenheit. Schon 1222, wenige Jahre nach der Gründung ihres Ordens, erhielten sie zwei Lehrstühle an der Universität zu Paris, und bald übernahmen sie, neben ihren Klosterschulen, auch den Unterricht in den kümmerlichen Ueberbleibseln der Parochialschulen, die hin und wieder noch vorhanden waren.

Die Städte dagegen bestrebten sich, neue Schulen anzulegen und einzurichten. Dies war indessen nicht ohne Schwierigkeit und Kämpfe durchzuführen. Die Geistlichkeit, namentlich die Bischöfe an Orten, wo es noch Parochial- und Stiftsschulen gab, wollten nichts von solchen Schulen wissen, weil sie durch dieselben ihren Einfluß gefährdet glaubten. Nicht selten mußten die Städte wegen derartiger Streitigkeiten den Papst angehen, vor dem sie, wie aus den noch vorhandenen Bestätigungsbriefen erhellt, ihre Gesuche auf die vergrößerte Volksmenge, auf die Entfernung der Dom- und Stiftsschulen und auf die Beschwerden und Gefahren gründeten, welchen die Kinder „auf diesen langen Wegen nach der Schule ausgesetzt seien, wo sie befürchten mußten, auf den zerbrechlichen Brücken und auf den mit Menschen und Wagen angefüllten Straßen Schaden zu leiden.“<sup>3)</sup> Und selbst dann noch, wenn der Papst seine Konzession erteilt hatte,<sup>4)</sup> legten häufig die Ortsgeistlichen so viele Hindernisse in den Weg, daß die

1) Insbesondere suchten die Päpste das Studium des kanonischen Rechtes zu fördern. In Bologna lehrte dasselbe im 12. Jahrhundert Irnerius, eigentlich Werner, ein Deutscher, der es durch seine zahlreichen Schüler hauptsächlich in Deutschland verbreitet hat.

2) Bedeutend später, 1371, wurde von Gerhard Groot die geistliche Genossenschaft der hieronymischen Brüder gestiftet, welche ohne Gelübde bestand und den Jugendunterricht zum Hauptzweck hatte. Aus ihnen ging Hegius, der Lehrer des Erasmus, hervor. Sie, sowie der gleichzeitige Orden der Gregorianer, der sich des eigenen Volksunterrichts annahm, wirkten in Holland.

3) Ruhkopf, a. a. O. S. 89.

4) Es giebt eine Verordnung von Papst Alexander III. vom J. 1170, wonach die Bischöfe sich in die Schulangelegenheiten nicht mischen, sondern sie frei sich entwickeln lassen sollen, weil die Wissenschaften „eine Gabe Gottes seien.“ *Pädagogischer Jahresbericht* 1846 S. 294.

Städte sich in Vergleiche einließen, und den bisherigen Schulen Privilegien zusicherten. So wurde es in Lübeck 1161 nur durch einen Vergleich mit der Geistlichkeit dahin gebracht, daß die Bürgerschaft „eine Schriescholen“ anlegen durfte, in welcher jedoch, wie ausdrücklich vorbedungen war, nur das deutsche Lesen und Schreiben und nichts anderes gelehrt werden sollte. Außerdem findet sich in solchen Vergleichen gewöhnlich als Bedingung aufgestellt, daß die übrigen Kenntnisse, wie vorher, in der Stiftsschule erlernt werden, und die Knaben sich zum Singen der großen Vigilien und zu den Seelenmessen in der Kirche einstellen mußten. Auf solche Weise entstanden Stadtschulen 1251 zu Hamburg, 1267 und 1293 zu Breslau, <sup>1)</sup> 1319 zu Nordhausen, 1390 und 1403 zu Stettin, 1395 die Nikolaischule zu Leipzig und andere.

Besser waren diejenigen Städte daran, in denen sich kein Scholastikus oder keine privilegierte Schulanstalt befand. Hier hatte der Landesherr, oder der Stadtmagistrat, und zwar letzterer oft durch vom Landesherrn erkaufte Beleihung, das Recht Schulen anzulegen und demnächst volles Patronatsrecht über dieselben auszuüben. Der Schulmeister gelobte in solchen Fällen dem Magistrate: „daß er mit Hülfe seiner Gefellen, des Kantors (Sangmeisters, Singers), des Provisors (so hieß der zweite Lehrer), und der Kollaten (so wurden die zeitweise gemieteten Unterlehrer genannt) die Schüler nicht nur zum Lateinlernen und beständigen Lateinsprechen sorgfältig anführen, sondern auch „höflich“ halten, überhaupt für sie sorgen, und sich selbst eines guten und anständigen Lebenswandels befleißigen wolle.“

Sobald nun die Stadt einen solchen Lehrer — in der Regel ebenfalls nur auf ein Jahr — gebungen und das Schulhaus eingeräumt hatte, so hörte die Sorge für die Schule auf. Von einer Besoldung des Schulmeisters wird fast nirgends etwas erwähnt. Derselbe war auf das Schulgeld angewiesen, und zog daneben seinen Unterhalt wohl hauptsächlich aus seiner Verbindung mit der Kirche, indem die Dienste, welche er und seine Gehülfen als Sänger bei Vigilien, Messen und Jahrgedächtnissen zu leisten hatten, reichlich bezahlt wurden. Hieraus und aus dem Umstande, daß die Schulmeister immer wieder völlig in kirchliche Dienste zurücktreten konnten, erklärt es sich auch, daß sie die bloß einjährige Dauer ihrer Schulkontrakte nicht für bedenklich ansahen.

Der Gebrauch der gemieteten Hülfslehrer, verbunden mit dem Zunftzwangsgriffe, welcher das Mittelalter in allen seinen Institutionen durchdrang, brachte die fahrenden Schüler, Scolares, hervor, welche theils zu ihrer eigenen Ausbildung von niederen an höhere und berühmte Schulen zogen, theils auf Wanderschaft gingen, um Beschäftigung als Unterlehrer zu suchen. Dies steigerte sich im vierzehnten Jahrhundert zu einem wahren Unwesen. Die Scholaren theilten sich in Bachanten und Schützen, d. h. in größere und kleinere, von denen die letztern durch ihren Bachanten Schutz und Unterricht erhielten, während sie ihm dagegen „präsentiren“, d. h. ihm aufwarten, für ihn schließen (bitteln, flehnen?) und ihn als ihren Herrn und Meister unterhalten mußten. Die Eifersucht zwischen ihnen führte, namentlich an Orten, wo es mehrere Schulen mit Bachanten gab, oft zu bedeutenden Schlägereien, ja, da sie Degen tragen durften, zu wahren Feinden. <sup>2)</sup> Dies wußte Umherttreiben, welches manche Bachanten bis

1) Das Magdalenäum und Elisabethenm. Bei beiden wird die Rücksicht der Geistlichen gerühmt, welche die Knaben keinem Zwange, den angeregten Unterricht in den privilegierten Schulen zu vollenden, unterwerfen wollten, sondern gestatteten, dieselben auf jede beliebige hohe oder andere Schule zu schicken.

2) Vergl. die Schilderungen in den Lebensbeschreibungen von Duxard Jingo

in das 32. Lebensjahr fortsetzten, und der unaufhörliche Wechsel von ankommenden und abziehenden Scholaren konnte auf den Unterricht nicht anders, als äußerst nachtheilig einwirken, und noch Luther fand sich veranlaßt, die Städte zur Anstellung ordentlicher Lehrer mit folgenden Worten zu ermahnen:

weil die Städte jetzt nicht wollen neuen noch halten fromme, ehrliche, züchtige Schulmeister und Lehrer, — so sollen sie dafür kriegen Solaten, Bachanten, grobe Eßel und Tröpel, wie sie vorhin gehabt haben, die ihre Kinder mit großer Unkost und Geld dennoch nichts anders lehren, denn eitel Eßel sein. <sup>1)</sup>

Die Unterrichtsgegenstände in den neuen Stadtschulen waren, auch wo sich der Kursus am vollständigsten eingerichtet fand, keine anderen, als früher in den Kloster- und Stiftsschulen. Höchstes und letztes Ziel für wissenschaftliche Bestrebungen blieb immer der geistliche Stand, und die Kirche mußte im Laufe der Zeit auch über diese Schulen vollständige Herrschaft zu gewinnen.

Zwei neue Erfindungen aber bewirkten, wie in der ganzen geistigen Welt, so auch in dem Unterrichtswesen einen völligen Umschwung: die Erfindung des Leinenpapiers und die der Buchdruckerkunst.

Die erstere Erfindung fällt wahrscheinlich noch in den Anfang des vierzehnten Jahrhunderts, ohne darum das bisher gebräuchliche Baumwollen-Papier sogleich zu verdrängen, oder so gewöhnlich und billig zu werden, daß sie als Allgemeingut gelten konnte. <sup>2)</sup> Gleichwohl bahnte sie den Weg an, die ars clericalis, die Schreibekunst dem geistlichen Stande zu entreißen, und zuletzt der großen Mehrzahl zu eigen zu machen. Die Erfolge der Buchdruckerkunst, <sup>3)</sup> sind noch weit mächtiger. Mit vollem Rechte durfte Herder sagen: daß durch sie „die Gesellschaft aller denkenden Menschen in allen Welttheilen eine gesammelte und sichtbare Kirche geworden ist.“

In dem Schulunterricht zeigte sich die Wirkung dieser doppelten Erfindung zunächst darin, daß durch das Papier die zeitraubende Methode, wonach der Lehrer das zu Lernende seinen Schülern so lange vorsagen mußte, bis sie es auswendig wußten, außer Gebrauch kam, und nun in viel kürzerer Zeit das zu Memorirende diktiert werden konnte, während später der erleichterte Besitz gedruckter Bücher auch die geisttödtende Diktirmethode verdrängte. Durch die Buchdruckerkunst allein wurde es möglich, nicht bloß die Gelfteserzeugnisse der Vorfahren allgemein zu benutzen und auf ihnen weiter zu bauen, sondern auch, was in andern Ländern in Wissenschaft und Kunst geleistet wurde, ohne die bisher erforderlichen Reisen und persönliche Gegenwart in den entferntesten Gegenden kennen zu lernen. <sup>4)</sup>

und Thomas Plater. Bei letzterm heißt es aus dem Anfange des 16. Jahrhunderts von Breslau: Die Stadt Breslau hat 7 Pfarren, jegliche eine besondre Schule; dörfß kein Schüler in des andern Pfarr gehen singen, oder sie schrauen: ad idem, ad idem und schlügen gar greulich auf Einander. f. Schwarz, Geschichte der Erziehung Th. II. S. 189.

1) Luthers Schriften, Deutsche Jenaische Aug. T. V. fol. 170.

2) J. G. Im. Breitkopf, Versuch den Ursprung der Spielfarten, die Einführung des Leinenpapiers und den Anfang der Holzschneldekunst in Europa zu erfahren, 1784.

3) J. G. Im. Breitkopf, über die Geschichte der Erfindung der Buchdruckerkunst, 1779. — R. Falkenstein, Geschichte der Buchdruckerkunst, Leipzig. 1840. — D. A. Schulz, Gutenberg, oder Geschichte der Buchdruckerkunst, Leipzig. 1840. — Gutenberg, geb. 1397, starb 1465. Das erste Werk, bei welchem Drucker und Druckort bemerkt stehen, ist der 1457 vollendete Codex psalmorum.

4) Ueber die Wirkungen der Buchdruckerkunst vergl. Condorcet, Geschichte

In dem Allen kam, daß die Erfindung der Buchdruckerkunst gerade in einer Zeit fiel, in welcher sich der Geist der Wissenschaftlichkeit, neu hervorgerufen durch die Universitäten, kräftig zu regen begann. Die griechische Poesie, seit dem 15. Jahrhundert in Italien einheimisch, wirkte auch auf Deutschland, und mit der Neigung für sie, erwachte zugleich die für humanistische Studien überhaupt. So belebten die ersten Lehrer griechischer Poesie in Deutschland: Georg Bauerbach <sup>1)</sup> und sein Schüler und Freund Johann Müller <sup>2)</sup> zugleich das Studium der Mathematik und Astronomie. Conrad Celtes <sup>3)</sup> gab eine Beschreibung Nürnbergs heraus und wirkte für Stadtvermehrung. Busch <sup>4)</sup> las zuerst in Marburg über Geschichte. Es kamen an sich Gelehrten - Vereine zu bilden, welche in offenem Kampfe der Geistlichkeit gegenübertraten. So stiftete Celtes die Rheinfische Gesellschaft, <sup>5)</sup> welche Männer wie Johann v. Dalberg, Kleininger, Wirtheimer, Rudolph Agricola und Johann Neuchlin zu den ihrigen zählte, ebenso benachbarte die gelehrte Gesellschaft in Wien. Aus der Verbindung von Neuchlin, Busch, Ulrich von Hutten und anderen Gleichgesinnten gingen die Epistolae obscurorum virorum <sup>6)</sup> hervor, eine satirische Schrift, welche auf Einschränkung der lateinischen Studien in den Schulen, auf Einschränkung der scholastischen Philosophie und auf Verwerfung der alten Schulbücher <sup>7)</sup> mit kräftiger Bülung drang. Neben den Genannten wirkte Erasmus <sup>8)</sup> mit Eiß und Gelehrsamkeit für Aufklärung und gegen kirchliche und weltliche Mißbräuche.

Seit Celtes, 1490, reisten die Poeten, so genannt von ihrer in Italien erlangten Ausbildung in der alten Literatur, von Universität zu Universität, und drangen überall auf das Studium der Klassiker. Ihre Bemühungen blieben nicht fruchtlos. Seit 1520 gab es keine Hochschule mehr, auf welcher nicht griechisch gelehrt wurde.

Die niederen Schulen hielten aber nicht den gleichen Schritt. In Schlesien und in der Mark Brandenburg drang erst nach der Reformation ein

der Fortschritte des menschlichen Geistes. — v. Aretin, über die frühesten universitätsmäßigen Folgen der Buchdruckerkunst, vorgelesen in einer öffentlichen Sitzung der Akademie der Wissenschaften in München, 1808.

1) Geb. 1423 in Baiern, gest. 1461 als Professor in Wien.

2) Geb. 1436 in Königsberg in Franken (daher Rigiomontanus, auch Rostiter, Joh. Hermanns u. J. Francus v. Rungsbere genannt), war Professor in Wien, in Raab, gab in Nürnberg einen 33jährigen Kalender heraus, und wurde vom Papst Sixtus IV. 1474 wegen der schon von diesem beabsichtigten Kalenderreform nach Rom berufen, wo er 1476 starb.

3) Eigentlich Bidel, geb. 1459, gest. 1503 in Wien.

4) Geb. 1468 im Münsterschen, gest. 1534.

5) Sodalitas Cethica zu Heidelberg. Dalberg, ihr Vorsteher, lebte 1445—1503, Wirtheimer 1470—1530, Agricola (Hausmann) 1441—1485, Neuchlin 1455 bis 1522.

6) Fagen, 1516. — Leipz. 1827. — Ulr. v. Hutten 1468—1523.

7) Die lateinische Grammatik wurde bis in diese Zeit nach dem von einem französischer Mönche, Magister Alexander in Dole in der Bretagne, um 1230 in lateinischen Versen abgefaßten Doctrinale gelehrt. In dessen Stelle schrieb Joh. Aventinus (ein Schüler von Celtes, 1476—1534) seine rudimenta Grammaticae de octo partibus orationis (Monachi, 1517), welche solchen Beifall fanden, daß schon 1525 das Doctrinale überall vergessen war. Um dieselbe Zeit verdrängte Neuchlinus breviloquus das ebenfalls aus dem 13. Jahrhundert herkommende alte, hammetroctus genannte Wörterbuch. Auch erschien 1516 in Leipzig die erste Griechische Grammatik in Deutschland von Richard Greus. Vergl. Ruhloff, a. a. O. S. 136, 137, Note, 240, 251, Note.

8) Geb. 1467 zu Rotterdam, gest. 1536 in Basel.

wissenschaftliches Streben ein. Bis dahin kam es vor, daß Schüler bis nach dem dreißigsten Jahre auf den Schulen verweilten, und ein Mensch, der Griechisch verstand als ein Wunder angestaunt wurde.<sup>1)</sup> In diesem Zurückbleiben der Schulen mochte die Ursache liegen, daß es Mode wurde, die Universität schon in der frühesten Jugend zu beziehen. So ging Melancthon 1509, also in seinem dreizehnten Jahre auf die Universität Heidelberg, Andere sogar noch früher.<sup>2)</sup>

Abgesehen von Einzelnen, ist indessen für die Schulen im Ganzen schon vor der Reformation von den Humanisten ein erheblich gebesserter Zustand errungen worden. Vor allem ist es ihnen zu verdanken, wenn die Schule endlich die Fesseln der Kirche abzuwerfen begann. Es gab jetzt Schulmänner, welche keine geistlichen Weihen angenommen hatten, welche nicht zum Eölibate verpflichtet waren und sich verheiratheten.<sup>3)</sup> Solche Lehrer waren nicht mehr der Geistlichkeit, sondern dem Magistrate untergeordnet, und die Nation erhielt auf diese Weise einen von der Hierarchie unabhängigen Gelehrtenstand. Auf der andern Seite hörte aber für diese Lehrer die Einnahme auf, welche sie bisher von der Kirche gehabt hatten, und ihre äußere Lage verschlechterte sich bedeutend, da die Städte, welche nunmehr für Bezahlung sorgen sollten, dieß nur in der karglichsten Weise thaten. So klagt schon Coban Hesse, der Freund von Melancthon und Erasmus:

Welcher Lohn wird uns für unsre Mühe? Fasten, Auszehrung, Verdruß, Krankheiten, immerwährender Kummer! Jede andere Arbeit nährt ihren Mann: den Schullehrer drückt schreckliche Armuth, und der übermüthige Stolz Anderer schlägt ihn vollends nieder; jeder gemeine Schreiber, Rabulist, Bettelmönch hat oder fordert den Vorzug. So übereilt uns mitten im Lenze unserer Jahre das bleiche Alter! O lieber den Tod als diesen Stand!<sup>4)</sup>

Und in gleichem Sinne sagt Luther:

Es dürfte wohl eine Zeit kommen, daß die Obrigkeiten gern wollten hundert Gulden geben für einen halben Gelehrten, da sie jetzt nicht zehn gegeben hätten für einen guten Gelehrten. Und geschähe ihnen auch kaum Recht, weil sie jetzt nicht wollen neren noch halten fromme, ehrliche, tüchtige Schulmeister. — Mich wundert, daß sich rechtschaffne Leute noch zur Schule brauchen lassen!<sup>5)</sup>

Luthers kraftvolles Auftreten war überhaupt nicht bloß für die Kirche, sondern auch für die Universitäten und Schulen von dem bedeutendsten Einflusse.

Schon 1520 entwarf er einen Plan zur Reformation der Universitäten. Vor allem forderte er Studium der Bibel statt alter Sophistik, und wenn er auch bei seinem Kampfe gegen die scholastische Philosophie den Aristoteles mit großer Heftigkeit angriff,<sup>6)</sup> so stellt er doch mit gleichem Eifer die For-

1) Möhsen, Geschichte der Wissenschaften u. S. 160.

2) Ruhkopf, a. a. D. S. 275, Note.

3) So z. B. verheirathete sich der berühmte Dichter Coban Hesse, Rektor der Severischule zu Erfurt, 1515. — Vergl. Ruhkopf, a. a. D. S. 259, Note.

4) Estors kleine Schriften, Th. III. S. 35—40, und die Trostgründe von Erasmus in dessen Epistolae, I. 55 und I. 51, 31, 53. — Vergl. Ruhkopf, S. 265, Note.

5) Luthers Schriften Th. V. S. 173, 185.

6) „Er hat mit seinen falschen Worten so viele der besten Christen verführt und genarrt. Gott hat uns also mit ihm geplagt um unserer Sünden willen. — Die heilige Schrift lehrt überreichlich von allen Dingen, deren Aristoteles nicht einen kleinsten Geruch je empfunden hat; dennoch hat der todte Selbe überwunden, und des lebendigen Gottes Bücher verhindert und fast unterdrückt, daß wenn ich solchen Jammer bedenke, nicht anders achten mag, der böse Feind hab alles Studiren hereingebracht.“

Vergl. Ruhkopf a. a. D. S. 303.



derung von tüchtigen Sprachstudien und vom Studium der Geschichte auf. Er sagt über erstere in seiner deutlichen Ausdrucksweise:

Was ist uns aber nütze Lateinische, Griechische und Hebräische Zungen und andere freie Künste zu lehren? Konnten wir doch wohl Deutsch die Bibel und Gottes Wort lehren, die uns genugsam ist zur Seligkeit? Antwort: Ja, ich weiß, leider, wohl, daß wir Deutschen müssen immer Bestien und tolle Thiere sein und bleiben, wie uns dann die umliegende Länder nennen, und wir auch wohl verdienen. Mich wundert aber, warum wir nicht auch einmal sagen: Was sollen uns Seiden, Wein, Würze und der Fremden ausländische Waaren, so wir doch selbst Wein, Korn, Wolle, Flach, Holz und Steine in Deutschen Landen, nicht allein die Fülle haben zur Nahrung, sondern auch die Ruh und Wahl zu Ehren und Schmuck? Die Künste und Sprachen, die uns ohne Schaden, ja größerer Schmuck, Ruh, Ehre und Frommen sind, beide zur heiligen Schrift zu verstehen, und weltlich Regiment zu führen, wollen wir verachten: und der ausländischen Waaren, die uns weder noth noch nütze sind, der wollen wir nicht gerathen. Heißen das nicht billig Deutsche Narren und Bestien? <sup>1)</sup>

In eben derselben Rede fügt er an einer spätern Stelle hinzu:

Ja, wo wir's versehen, daß wir (da Gott vor sei) die Sprachen fahren lassen, so werden wir nicht allein das Evangelium verlieren, sondern wird auch endlich dahin gerathen, daß wir weder Lateinisch noch Deutsch recht reden oder schreiben können. Desß laßt uns das elende, greuliche Exempel zur Beweisung und Warnung nehmen in den hohen Schulen und Klöstern, darinnen man nicht allein das Evangelium verlernet, sondern auch Lateinische und Deutsche Sprache verderbet hat, daß die elenden Leute schier zu lauter Bestien geworden sind, weder Deutsch noch Lateinisch recht reden oder schreiben können, und beinahe auch die natürliche Vernunft verloren haben.

Von dem Studium der Geschichte endlich heißt es:

Die allerbeste Weise zu lehren ist, wenn man zu dem Wort Exempel oder Beispiel giebt. Denn dieselben machen, daß man die Rede klarlicher versteht, auch viel leichter behält; sonst wo die Rede ohne Exempel gehört wird, wie gerecht und gut sie immer ist, beweget sie doch das Herz nicht so sehr; ist auch nicht so klar, und wird nicht so fest behalten; darum ist es ein sehr köstlich Ding um die Historien. Denn was die Philosophie, weise Leute und die ganze Vernunft lehren oder erkennen kann, das zum ehrlichen Leben nützlich sei, das giebt die Historie mit Exempel und Geschichten gewaltiglich, und stellet es vor die Augen, als wäre man dabei. — Und wenn man's gründlich besinnet, so sind aus den Historien und Geschichten fast alle Rechte, Künste, guter Rath, Warnung, Dräuen, Schrecken, Irren, Stärken, Unterricht, Fürsichtigkeit, Weisheit, Klugheit, sammt allen Tugenden und so ferner, als aus einem lebendigen Brunnen gequollen. — Darum sind auch die Historienreiber die allernützlichsten Leute, und besten Lehrer, daß man sie nimmermehr genug kann ehren, loben, oder Dank sagen. <sup>2)</sup>

Diese Aeußerungen und Rathschläge Luthers blieben auch nicht ohne Erfolg. Die Bestrebungen von Karlstadt (eigentlich Andreas Bodenstein) und die der Zwischauischen „himmlischen Propheten“, welche sich der göttlichen Offenbarung rühmten, die Sprachen für unnütz und die Schulen für zwecklos erklärten, konnten keinen Boden gewinnen. Im Gegensatz zu ihnen wurde an den Universitäten Geschichte, Geographie und Mathematik noch eifriger, als früher gelehrt, und noch im sechszehnten Jahrhundert, 1572, in Wittenberg sogar für Französische Literatur eine Professur errichtet. <sup>3)</sup>

1) Fr. Gedike, Luthers Pädagogik, oder Gedanken über Erziehung und Schulwesen, aus Luthers Schriften gesammelt, Berlin 1792, S. 25. — Luther, Bd. 10, S. 545 f. — Dieses und die folgenden Citate aus Luthers Schriften beziehen sich auf die Walchische Ausgabe, Halle 1740—1753.

2) Gedike, a. a. O. S. 29. — Luther, Bd. 14, S. 354.

3) Ruhkopf, a. a. O. S. 307, 308, Note.

Mit noch größerer Wärme verwandte sich Luther für die Besserung des niedern Schulwesens. Vor allem hob er die Wichtigkeit und Ehrwürdigkeit des Lehrerberufs hervor, und sprach es gerade zu aus:

Unter allen guten Werken ist kein größeres noch besseres, denn junge Leute recht zu ziehen. <sup>1)</sup>

Zugleich ertheilte er treffliche Lehren für das Erziehungswerk selbst:

Es ist eine sonderliche Gnade Gottes, andere lehren zu können. Und lasse sich Niemand flug dünken und verachten Kinderspiel. Christus, da er Menschen ziehen wollte, mußte er Mensch werden. Sollen wir Kinder ziehen, so müssen wir auch Kinder mit ihnen werden. <sup>2)</sup>

Endlich schrieb er nicht nur „an den christlichen Adel Deutscher Nation“ und „an die Burgermeister und Rathsherren der Deutschen Städte“ um Aufrichtung von Schulen, <sup>3)</sup> bat nicht nur, daß man sowohl in den Städten, als auch auf dem Lande Schulen anlege „in denen die fürnehmste und gemeinste Lektion die heilige Schrift sein solle,“ sondern griff auch selbst organisatorisch ein, indem er einen Studienplan, die sogenannte Sächsische Kirchen- und Schulordnung vom Jahre 1525 und 1528 entwarf, welche schon die Pflicht der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu halten, den Schulzwang, ausspricht, <sup>4)</sup> den ganzen Unterricht nach einzelnen Schulklassen oder „Hausen“ regelt, und bis in die Neuzeit in Deutschland Norm für Volks- und Landschulen geblieben ist.

Allerdings beschränkte Luther diese Schulen auf die nothdürftigsten Elementarkenntnisse und die Glaubenslehre. Seine Bestrebungen hatten aber immerhin den Erfolg, daß sich dieses Maaß von Bildung auf weite Kreise verbreitete. Er selbst erlebte es noch, daß namentlich auf dem Lande, in den größern Dorfschaften, der Unterricht im Lesen, Schreiben und in dem „der Kinder Handbüchlein“ genannten Katechismus, so bedeutende Fortschritte machte, daß er erfreut an den Kurfürsten von Sachsen schreiben konnte:

Die Knaben und Mädchen wurden jetzt so gut in dem Katechismus und in der Kenntniß der heiligen Schrift unterrichtet, daß er mit großer Herzensfreude die Fortschritte der Jugend ansehe, welche mehr lerne, glaube und sprechen könne von

1) In gleichem Sinne heißt es an einer andern Stelle:

Und ich, wenn ich vom Predigtamt und andern Sachen ablassen könnte oder müßte, so wollte ich kein Amt lieber, denn Schulmeister oder Knabenlehrer sein. Denn ich weiß, daß dies Werk nächst dem Predigtamt das allernützlichste, größte und beste ist. Denn es ist schwer alte Hunde bändig und alte Schälke fromm zu machen, daran doch das Predigtamt arbeitet, und viel umsonst arbeiten muß; aber die jungen Bäumlein kann man besser biegen und ziehen.

Vergl. Gedike, a. a. O. S. 39. — Luther, Bd. 10. S. 526.

2) Gedike, a. a. O. S. 37. — Luther, Bd. 10. S. 531 f.

3) In der letztern Flugschrift v. J. 1524 heißt es: „Müsse man jährlich so viel wenden an Büchjen, Wege, Stege, Dämme und dergl., damit eine Stadt zeitlich Friede und Gemach habe, worumb sollte man man nicht vielmehr auch so viel wenden an die dürftige, arme Jugend, daß man einen geschickten Mann oder zween hielte zu Schulmeistern. Und warum leben die Alten anders, dann daß sie des jungen Volks lehren, warten und aufziehen. Ich acht' auch, daß unter den äußerlichen Sünden die Welt vor Gott von keiner so hoch beschwert ist und so gräuliche Strafe verdient, als eben von dieser, die wir an den Kindern thun, daß wir sie nicht ziehen.“

4) Ich halte aber, daß auch die Obrigkeit hie schuldig sei, die Unterthanen zu zwingen, ihre Kinder zur Schule zu halten.“

Gedike, a. a. O. S. 37. — Luther, Bd. 10. S. 531 f.

Gott und Christus, als vor Zeiten und noch jetzt alle Stifter, Klöster und Schulen im Papstthume wußten noch wissen. <sup>1)</sup>)

Auch die höheren Schulen wurden in Folge der Reformation ansehnlich vermehrt. So verwandelte Kurfürst Moriz von Sachsen (1543) Klöster zu Meissen, Wittenberg und Grimma in sogenannte Fürstenschulen, welche 60 bis 100 Zöglingen freien Unterhalt und Vorbereitung auf die Universität gewährten. Auch Herzog Christoph von Württemberg bestimmte die meisten Klöster des Landes zu Schulen, in denen Knaben von 14 oder 15 Jahren durch einen Lehrer der freien Künste und einen Lehrer der Theologie für den Dienst der Kirche erzogen werden sollten, und überhaupt wurde, seitdem der Augsburger Religionsfrieden die Besitzrechte der protestantischen Fürsten anerkannt hatte, ein großer Theil der Kirchengüter und Revenüen zur Anlegung und Unterhaltung von Schulen verwendet. Aber auch in diesen Schulen, wie in den Volksschulen blieb nach Luthers Vorgang die religiöse Seite des Unterrichts vorzugsweise betont, und das wissenschaftliche Studium fast nur als ein Mittel zum bessern Eindringen in die Glaubenslehren angesehen.

Doch gab es noch Vertreter einer freieren Auffassung, welche, wie die vorreformatorischen Humanisten die klassischen Studien aus ihrem dienstbaren Verhältniß zur Kirche zu befreien und unabhängig zu stellen suchten, welche den Zweck der Schulen nicht in das konfessionelle Dogma, sondern allgemein in die Bildung nützlicher Menschen setzten. Vor allen waren dies Valentin Friedland Trogendorf <sup>2)</sup>), dessen Thätigkeit die Einrichtung fast aller Schulen zwischen Elbe und Oder und die Bildung zahlreicher Lehrer zu verdanken ist, und Johann Sturm <sup>3)</sup>), welcher 1568 die Universität zu Straßburg organisierte hat.

Neben dem Fortschritt des Unterrichtswesens, der durch die Reformation theils herbeigeführt, theils befestigt wurde, durften auch deren Gegner, die Katholiken, nicht zurückbleiben. Was von den alten Klosterschulen in Oberdeutschland, namentlich in Baiern, geleistet wurde, blieb zwar, nach wie vor, unbedeutend, da sie, trotz des Eindringens der klassischen Studien, die ihnen sogar den Namen „poetische Gymnasien“ verschafften, starr an der alten pedantischen Scholastik festhielten. Von den wichtigsten Folgen dagegen war in dieser Beziehung die in dieselbe Zeit <sup>4)</sup>) fallende Stiftung des Jesuitenordens durch Ignatius Loyola begleitet. Ihr neues, den bekannten drei Gelübden aller Mönchsorden als viertes hinzugefügtes Ordens-

1) Ruhkorf, a. a. O. S. 351. Diese Fortschritte beschränkten sich aber im Wesentlichen auf Sachsen. Hier waren allerdings seit der Reformation die Dorfschulen ganz allgemein, zum Theil gut eingerichtet und in ihren äußeren Verhältnissen einigermaßen bestimmt. In andern Deutschen Ländern blieben dagegen bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts viele Ortschaften ganz ohne Schulen, und sehr häufig fehlte, wenn auch eine Schule vorhanden war, darin das bildende Leben. (Bayerischer Jahresbericht 1846, S. 296.)

2) Geb. 1490 zu Trogendorf bei Wittenberg, 33 Jahre lang Rektor des Gymnasiums zu Goltberg, starb 1566. — Vergl. Ruhkorf, a. a. O. S. 355, Note. — Arab. Gottlob Rosenbergs, Schleusche Reformationgeschichte, Breslau 1767 Kap. VI. §§. 30—37. S. 357—374. — Pinkger, B. Fr. Trogendorf, 1825.

3) Geb. 1507, gest. 1589 zu Straßburg.

4) Ignatius Loyola und sechs Andre verbanden sich zuerst am Mariä Himmelfahrtstage (15. Aug.) 1534 in einer Kapelle des Nonnenklosters Montmartre bei Paris durch feierliches Gelübde. Bestätigung durch Papst Paul III. erhielt der neue Orden 1540, darauf 1550 das Privilegium, Kollegien zu heißen, 1552 die Rechte der Universitäten, 1571 die Erlaubniß, an allen Hochschulen Vorlesungen zu halten.



gelübde des unbedingten Gehorsams gegen den Papst machte sie durch die Gunst des letztern in wenigen Jahren so ausgebreitet, daß sie an Macht alle andern Orden überflügelten. In der Erziehung der Jugend fanden sie bald ein Hauptgeschäft. Sie errichteten überall Kollegien mit streng geregeltem Gymnasial- und Fakultätsunterricht<sup>1)</sup> zunächst für die Bildung der zum Eintritt in den Orden bestimmten Jüglinge, daneben aber auch Konvikte (*convictoria alumnorum*), in denen die übrige Jugend wohnte, welche ohne sich dem Orden zu widmen, den Kollegienunterricht benutzen wollte. Die von den Ordensmitgliedern zur Schau getragene Sittenreinheit, die Sanftmuth, mit welcher sie, im Kontraste zu der herrschenden Schultyrannet, ihre Jüglinge behandelten, und vor Allem ihre Gewandtheit, sich den Großen und Fürsten unentbehrlich zu machen, „Allen Alles“ zu sein, brachte ihre Schulen in solchen Ruf, daß sie nicht nur mit den protestantischen Schulen wetteifern konnten, sondern dieselben zeitweise an Zahl und Frequenz überflügelten.<sup>2)</sup>

Das Emporstreben des Schulwesens erhielt sich auch in den ersten Zeiten nach der Reformation, und es fehlte nicht an Schulmännern, welche nicht nur den praktischen Unterricht förderten, sondern auch vorzugsweise über Erziehung und Unterrichtsmethoden zu philosophiren und zu schreiben anfangen.<sup>3)</sup>

Der dreißigjährige Krieg brachte in diese Entwicklung einen Stillstand,

1) Die Gymnasialstudien zerfallen bei den Jesuiten in 3 Abtheilungen: 1) Grammatik in drei Klassen, 2) Humanitätsstudium als Fortsetzung des Sprachunterrichts, 3) Rhetorik (*facultas oratoria et poetica*). Die Ausgaben der Klassiker für diesen Unterricht sind gereinigt (*editiones castigatae*), Stunden, Prüfungen, Erholungen, Andachtsübungen u. s. w. auf das Genaueste vorgeschrieben. Die Fakultätsstudien umfassen: 1) Mathematik, 2) Moralphilosophie nach Aristoteles, 3) Philosophie (*scientiae naturales*) als Logik, Physik, Metaphysik nach Aristoteles, mit Disputationen, 4) Kasuistik (*casus conscientiae*), 5) scholastische Theologie, 6) Hebräische Sprache, 7) die heilige Schrift. — *Institutum Societatis Jesu etc.*, Prag 1757 Vol. II. p. 169–237, dazu Vol. I. p. 370 f. — Man wirft der jesuitischen Erziehung vor, daß sie die Selbstthätigkeit ersticke, und auf mechanische Abrichtung hinauslaufe. Die Jesuiten bilden allerdings zu strengem Gehorsam, aber, was mitunter vergessen wurde, vor Allem zu strengem Gehorsam gegen den Orden und die alleinseligmachende Kirche.

2) In der Mark Brandenburg z. B. war es ihnen in wenigen Jahren gelungen, sogar über 400 protestantische Schüler zur alten Kirche zurückzubringen. Als sie sich aber dessen laut rühmten, nahm sich Kurfürst Johann Georg 1574 des Schulwesens ernstlich an, verbesserte die Berliner Schulen, erhöhte das Gehalt der Lehrer, und richtete das Unterrichtswesen überhaupt so ein, daß der Märker nicht mehr im Auslande zu studiren brauchte.

3) Michael Neander (1525–1595) machte sich als Rektor zu Nordhausen durch Bearbeitung neuer Schulbücher verdient. Seine *tabulae graecae* wurden in wenigen Jahren in mehr als 10000 Exemplaren verkauft. Auch fügte er den Lehrgegenständen des Luther-Melanchthonschen Schulplans das Griechische, Hebräische, alte Geschichte und Kosmographie (Geographie) hinzu. Caselius (1533 bis 1613) und C. Helwig in Gießen (1581–1617) zeichneten sich durch pädagogisch-didaktische Schriften aus. Wolfgang Ratich (1571–1635) erdachte eine neue erleichterte Lehrmethode. Er pries dieselbe den Fürsten mit großer Geheimnisthuerie an, gründete auch mit Unterstützung des gelehrten Fürsten Ludwig in Röhren eine Anstalt nach seiner Lehrart, wurde jedoch bald vergessen. Tiefer war die Wirksamkeit von Johann Amos Comenius, geb. 1592 zu Comna in Mähren, gest. 1671 zu Amsterdam. Auch er suchte die Lehrmethode zu reformiren, und stellte den Grundsatz auf, daß das wahre Lernen von der Anschauung ausgehen müsse. Sein „*Orbis sensualium pictus* oder die sichtbare Welt“ (Nürnberg 1658) war das erste Bilderbuch für Kinder, ist oft aufgelegt und vielfach nachgeahmt worden. Noch berühmter wurde seine „*Janua linguarum reserata*“, die binnen 26

ein Zurückschreiten. Bei dem Schlachtenlärm, welcher Deutschland nach allen Seiten hin durchdrang, konnten die Schulen nicht fortgedeihen. Während aber unser Vaterland verwüstet, in manchen Gegenden fast menschenleer, und in materieller und geistiger Kultur um mehr als ein Jahrhundert zurückgeworfen wurde, entwickelte sich außerhalb Deutschlands der durch die Reformation gelegte Keim der Kritik, und überschritt das Feld des Dogmenglaubens. Descartes (Renatus Cartesius 1596—1650) brach die Bahn, und suchte die Philosophie ausschließlich aus der Gewißheit des eignen Denkens zu entwickeln, während gleichzeitig in England Bacon v. Verulam (1561—1626) der Schöpfer der neuen Naturwissenschaften wurde, zu denen er zuerst den einzig richtigen Weg zeigte, nämlich den der Induktion, also Beobachtung und Erfahrung. Einen Schritt weiter suchte John Locke (1632—1704) aus der Erfahrung alle Erkenntniß abzuleiten, und schrieb von diesem Prinzip aus „Gedanken über die Erziehung der Kinder“, denen Jean Jacques Rousseau viele Ideen für seinen *Emile*<sup>1)</sup> entlehnt hat, durch welchen er um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf Umkehr zur Natur und zum Naturgemäßen drang, und die gesammte bisherige Erziehungstheorie erschütterte.

Diese Bestrebungen konnten bei dem erleichterten Verkehr zwischen den Nationen und bei der geistigen Verbindung durch die Presse nicht ohne Einfluß auf Deutschland bleiben. Auch hier wenden sich seit Anfang und noch mehr im Verlaufe des achtzehnten Jahrhunderts wieder tüchtige und zahlreiche Kräfte der Erziehung zu, und bilden das Schul- und Unterrichtswesen zu einer eigenen Doktrin aus. Verschiedene Methoden werden aufgestellt, versucht, und bringen sich in vier Hauptrichtungen zur Geltung. Diese sind:

- 1) die Halle'sche oder Pietist'sche Schule,
- 2) die Schule der Humanisten,
- 3) die der Philanthropisten,
- 4) die der Effektiker.

Stifter der ersten Schule war August Hermann Francke.<sup>2)</sup> Den

Jahren in alle Sprachen Europa's, und ins Arabische, Türkische, Persische und Mongolische übersezt wurde. Göthe (Aus meinem Leben, Wahrheit und Dichtung, Ausg. v. 1819, Bd. 3. S. 275) vergleicht die Lehrmethoden von Basedow und Amos Comenius, und erkennt der des letztern den Vorrang zu. — Vergl. Herders Briefe zur Beförderung der Humanität, 5. Samml. S. 37.

1) *Emile ou de l'éducation*, zuerst Haye, 1762, wurde durch Urtheil des Parlaments v. Paris v. 9. Juni 1762 verdammt, und am 11. Juni daselbst öffentlich verbrannt. Als Verläufer dieses Werkes ist der Discours von Rousseau anzusehen: *Si le rétablissement des Sciences et des Arts a contribué à épurer les mœurs*, eine von der Akademie zu Dijon im Jahre 1750 gekrönte Preisschrift. — Rousseau war 1712 zu Genf geb., u. starb 1778.

Aus der Zeit vor ihm ist auch Fénelon (1651—1715) zu erwähnen, welcher in seinem *Télémaque* einen unzählig oft aufgelegten und übersezten Erziehungsroman geliefert hat. Im Uebrigen kam es hier nur darauf an, aus dem in Folge der Reformation eingetretenen Wendepunkte für die Wissenschaften dasjenige anzudeuten, was auf das Unterrichts- und Schulwesen unmittelbaren Einfluß geübt hat. Was die freiheitliche Entwicklung der Philosophie überhaupt anlangt, in welcher, außer den Genannten, Spinoza, Newton, Bayle, Voltaire, d'Alembert, Diderot, und bei den Deutschen Leibniz, Thomassius, Wolf u. a. m. unvergänglich emporragen, so sind die kulturhistorischen Abschnitte in Schloßers Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts (2. Ausg. Th. I. u. II.) zu vergleichen. — S. auch G. Terminier, die Philosophie des 18. Jahrh. in ihrem Einflusse auf die Gesetzgebung und den gesellschaftlichen Zustand des neunzehnten. Deutsch Leipzig, 1835.

2) Geb. 1663 zu Lübeck, Anhänger Speners, gründete 1694 mit Thomassius die Universität zu Halle, wo er neben seiner Professur das Pastorat zu Blanka verwaltete, gest. 1727. — Vergl. *Franckens Stiftungen*, eine von 1792 bis

Zweck aller Erziehung setzte er in „lebendige Erkenntniß Gottes und in ein rechtschaffnes Christenthum,“ und drang, um Herz und Willen zu bilden, neben dem Unterricht eifrig auf praktische Frömmigkeitsübungen und Zurückhalten von weltlichen Vergnügungen. In diesem Sinne legte er zu Halle die nach ihm benannten, später vom Staate übernommenen Stiftungen an: eine Armenschule, eine Bürgerschule, ein Waisenhaus und ein Pädagogium, in denen 1714, noch keine 20 Jahre nach ihrer Gründung, 1075 Knaben und 700 Mädchen unter 108 Lehrern Erziehung erhielten. Insbesondere richtete er das Augenmerk auf die Bildung der Lehrer und zwar auf Bildung je nach der künftigen Stellung und Wirksamkeit derselben. Für Lehrer an Volksschulen wurden theoretische und praktische Anleitungen zur Katechetik, für Lehrer in lateinischen Schulen Uebungen in den philologischen Disziplinen veranstaltet, während man den Erziehern der höhern Stände eine encyclopädische Ausbildung in Sprachen und Realien zu geben suchte. Auch hinsichtlich der Schüler wurde der Gedanke, daß Alles von Einem zu fordern sei, verlassen, und denselben je nach ihrem dereinstigen Berufe verschiedener Unterricht erteilt. In jedem Falle aber sollte der Lehrer der unzertrennliche Gefährte seiner Jüglinge sein, und durch väterliche Liebe für ihre Erziehung sorgen. Schelt- und Schimpfworte und extemporäre Züchtigungen waren ganz verboten, dagegen fromme Nüchternungen und Erweckungen auf jede Weise empfohlen. Was die äußere Einrichtung anlangt, so drangen Franke und seine Nachfolger auf helle und geräumige Schulzimmer, und auf möglichst viele Klassenabtheilungen. Dabei wurde eine feste Norm für Lehrplan und Lehrmethode aufgestellt: Gespräch an Stelle des Rathbertons, möglichste Erleichterung im Lernen, stete Wiederholung des Erlernen, und vor Allem klare Veranschaulichung, behufs welcher Besuche in Handwerker- Werkstätten geboten, und Naturalien-Sammlungen angelegt wurden.

Unter den tüchtigen Lehrern, welche der Frankeschen Schule angehört haben, sind vorzugsweise Joachim Lange, Reformator des Friedrichswerderschen Gymnasiums zu Berlin, und Hecker, der daselbst 1748 die erste Realschule gründete, zu erwähnen. Aus der von Franke zugleich angelegten Buchhandlung gingen auch die besten Schulbücher hervor, wie Ernestis Cicero und Wolff's Homer.

Die Schule der Humanisten erklärte die alten Sprachen für das Fundament wahrer Gelehrsamkeit, die griechischen und lateinischen Autoren für die Quelle aller Wissenschaft. Das grammatische Studium sollte dem historischen, philosophischen und ästhetischen Unterricht vorausgehen; Sachkenntnisse mußten kurz und beiläufig und erst in reifern Jahren ausführlich gegeben werden; daher seien auf der Schule die Sprachen, auf der Universität die Wissenschaften zu treiben. Letztere schon in das Schulbereich zu ziehen, mache leichte Köpfe. Außer der philologischen gebe es überall keine gründliche Bildung für Männer der Wissenschaft.

Am strengsten wurde diese Theorie in Sachsen, in den Schulen zu Wfotta, Grimma, Meissen und Leipzig zur Ausführung gebracht. An andern Orten verfuhr man nach gemäßigteren Grundsätzen, erkannte, daß die ausschließlich philologische Ausbildung nur für den eigentlichen Gelehrten nützlich sei, und nahm in den Schulunterricht, wenn auch die alten Sprachen die Hauptsache blieben, doch auch andere Wissenschaften auf.

Gründliche Kenntniß des Alterthums wurde durch diese Schule geschaffen, namentlich durch Gefner (1691—1771) und seinen Nachfolger

Ch. G. Heyne (1729—1812) in Göttingen, durch David Anshufen (1728—1798) in Leyden, durch Ernesti († 1781), Meiske (1716—1774) und Hermann (1772) in Leipzig, und Fr. Aug. Wolf (1759—1824) in Halle und Berlin. Auch verdanken wir den Humanisten in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nicht nur treffliche Uebersetzungen der alten Klassiker, sondern auch überhaupt die Erhebung der Deutschen Sprache und Literatur.<sup>1)</sup>

Im Gegensatz zu beiden Schulen der Pietisten und Humanisten, kündigte sich Joh. Bernh. Basedow<sup>2)</sup> als Reformator des Erziehungs- und Schulwesens an. Sein System war im Wesentlichen auf Rousseaus Ideen (S. 21) gegründet, mit welchen er die auf sinnliche Anschauung gebaute Lehrmethode des Amos Comenius (S. 20 Note 3) zu verbinden sucht. Den Pietisten gegenüber forderte er, daß der Jugend die Religion nur in der höchsten Einfachheit und ohne Rücksicht auf Secten und Parteien gelehrt werde,<sup>3)</sup> den Humanisten warf er vor:

Ihr Unterricht trage noch immer das Gepräge der Zeit, in welcher man die Schulen errichtet habe, den Charakter des Mönchthums. Das Meiste sei Gedächtnißwerk und Wiederhram. Die Sprachen, die doch nur Mittel sein sollten, würden als Zweck an sich betrachtet; und man lehre junge Leute eine Menge Dinge, wovon sie in ihrem Leben keinen Gebrauch machen würden. Man thue als wolle man lauter Professoren der Philologie erziehen. Realien seien die Hauptsache bei einer allgemeinen Bildung der Jugend.

Um sein System in das Leben zu führen, wandte er sich um Geldunterstützung an das Publikum, namentlich an die Großen und Fürsten, reiste zu diesem Behufe durch ganz Deutschland und gab endlich 1774 sein „Elementarwerk“<sup>4)</sup> in 4 Bänden mit hundert Kupfertafeln in Deutscher, Französischer und Lateinischer Sprache heraus, in welchem nach seiner Versicherung Alles zu finden sein sollte, was zur Unterweisung und sittlichen Bildung des jungen Weltbürgers bis in das 15. Lebensjahr verlangt werden

1) Lessing, Wieland, Herder, Ramler, Voß, die Brüder Christian und Leopold Friedr. v. Stolberg, J. G. Schloffer, Solger u. a. gingen aus der Schule der Humanisten hervor. Der Aufschwung, welchen die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nahm, blieb auch von Friedrich dem Großen nicht unbeachtet. In seiner Schrift *de la littérature allemande* heißt es:

Wir werden unsere Klassiker haben; jeder wird sie lesen wollen, unsere Nachbarn werden deutsch lernen, die Höfe werden es mit Vergnügen sprechen; und hat sich unsere Sprache geglättet und völlig ausgebildet, so kann es kommen, daß sie von einem Ende Europas bis zum andern sich verbreitet. Diese schönen Tage sind für unsere Literatur noch nicht gekommen, aber sie nahen, ich sage es, sie werden bald anbrechen. Ich bin zu alt, um sie zu erleben; wie Moses sehe ich von ferne das verheißene Land, werde es aber nicht erreichen.

2) Geb. 1724 in Hamburg, gest. 1790 in Dessau. Vergl. über ihn Meyer, Leben, Charakter u. Schriften Basedows, 2 Bde., Hamburg 1791, 1792. — Obthe, Dichtung u. Wahrheit, Th. 2. S. 275.

3) „In dem Hauptbegriffe der Erkenntniß des Allvaters und seiner Verehrung durch Rechtthun begegneten sich religiöse Menschen aller Zeiten und Völker. Der Kirchenglaube gehöre für spätere Jahre. Bis jetzt wiederhole mancher gute Knabe in täglich verwünschten Schulstunden die mit Striemen eingebläuten Worte eines Gesandten Gottes, um sie nie zu verstehen, wenigstens nicht zu verehren, wenn er dem Zuchtmeister entwachsen.“

Vergl. Neue Bibliothek der schönen Wissenschaften, Bd. 12. S. 182.

4) Schon 1770 erschien es in 3 Bänden, die vollständige Ausgabe v. 1774 wurde neu aufgelegt 1785, und neu bearbeitet Stuttgart 1847, aber ohne die Kupfer von Chodowiecki.

könne. Gleichzeitig legte er in Dessau ein Lehrerseminar oder, wie er es nannte, Philanthropie an, weil erst Künstler gebildet werden müssen, bevor die Kunst gedeihen könne. Indessen weder diese Anstalt, an welcher Wolke (1741—1825), Campe (1746—1818), Guthmuths (1759—1839), Salzmann (1744—1811), Rud. Zach. Becker (1752—1822) u. A. lehrten, und von welcher sich Basedow schon 1778 wieder zurückzog, noch die in gleichem Sinne gegründeten Institute<sup>1)</sup> hatten Dauer. Trotzdem aber war Basedows Streben von eingreifendem Erfolge für das Erziehungswesen. Seine Bemühungen um Erleichterung und Faßlichkeit des Unterrichts riefen eine Menge Schul-, Elementar- und Kinderschriften in das Leben, und während bisher in den meisten Volksschulen nichts als Bibel und Katechismus existirt hatten, wurden Weises Abc- und Lesebuch, 1772, und Rochows Kinderfreund<sup>2)</sup> in hunderttausenden von Exemplaren verkauft, und durch Campe, Salzmann, Becker Löhr, und viele Andere ganze Jugendbibliotheken geschaffen. Eben so nachhaltig wirkt Basedows Sorge für die körperliche Ausbildung der Jugend und für Wiederbelebung der vergessenen Gymnastik<sup>3)</sup> und nicht mit Unrecht heißt es von ihm:

Er hat die Kinderstuben durch seine durchdringenden Strafreden gegen tausend Mißbräuche der frühesten Erziehung aus Marterkammern in heitere Wohnsitze der Gesundheit, Freude und Liebe verwandelt, die Kleidung der Kinder gelüftet und natürlicher eingerichtet, den heimlichen Sünden der Jugend gewehrt, das weibliche Geschlecht von der Schnürbrust, und die Köpfe der Kleinen und Großen von dem Perrücken-, Zopf- und Pudertand befreit. Ihm verdankt die jetzige Generation eine Körperkraft, Abhärtung, Gewandtheit und Munterkeit, die in den Freiheitskriegen manchen Jüngling und Mann aus der Studir- und Arbeitsstube in die Reihe der Helden führte; und tausend Vorurtheile, die das Leben verfinsterten, die Geschäfte erschwerten, und die Geselligkeit in steife Formen einzwängten, sind durch ihn verschwunden.

Die vierte Schule, die der Eklektiker, umfaßt die Bestrebungen aller derjenigen Männer, welche, ohne sich einer der drei vorgenannten Hauptrichtungen unbedingt anzuschließen, aus jeder, was sie für gut erkannten, annahmen, und zu einer großen Mannigfaltigkeit von mehr oder minder verwandten Erziehungssystemen verarbeiteten. Aus der Reihe von Männern, welche in dieser Weise wirksam gewesen sind, ist zuerst Joh. Georg Sulzer<sup>4)</sup>

1) Z. B. von Ulfes v. Salis zu Marschlins in Graubünden, von Campe und Trapp in Hamburg, von Pfeffel und Lersé in Kolmar (die sogen. Militärschule), sowie in Dürkheim u. Heidesheim bei Worms, wo K. Fr. Bahrdt aus Halle, der auch dem Philanthropie zu Marschlins vorgestanden hatte, eine Zeit lang Direktor war. Nur die von Salzmann gestiftete Erziehungsanstalt in Schnepfenthal bei Gotha, an welcher auch Guthmuths und Glas (1776—1831), der später nach Wien kam, wirkten, hat hiervon eine Ausnahme gemacht.

2) Ueber Rochow s. unten.

3) Für die Einführung von Leibesübungen in die Erziehungsanstalten war namentlich Gutsmuths thätig. Von ihm erschien auch die erste Gymnastik für die Jugend, 1793 u. 2. Aufl. 1804. Jahn und Maßmann wirkten später für das eigentliche Turnen. Doch wurde dies, insbesondere seit der Demagogenverfolgung von 1819, so vernachlässigt, daß der durch Loriners Schrift „zum Schutze der Gesundheit in den Schulen“ im J. 1836 in der Philologenwelt erregte Sturm dazu gehörte, um es auf den Gymnasien wieder in sein Recht einzusetzen.

4) Aus Winterthur, geb. 1720, 1747 Professor am Joachimsthaler Gymnasium in Berlin, gest. 1779. Friedrich der Große ließ durch ihn eine neue Ordnung für die Akademie der Wissenschaften, später auch für das Joachimsthaler Gymnasium entwerfen. Gemeinschaftlich mit Spalding und Sack reorganisirte er die Schulen zu Klosterbergen, Stettin und Stargard.



zu nennen, welcher durch seine „vernünftigen Gedanken von der Auferziehung und Unterweisung der Kinder“ (1745), so wie durch seinen ein Jahr darauf herausgegebenen „kurzen Begriff aller Wissenschaften“ zu vielen Nachahmungen anregte. E. F. Weiße (1726—1804) nützte durch Uebersetzungen von Richardsons Jugendlehre, der Bibliothek für Jünglinge<sup>1)</sup> und durch seine eignen Jugendschriften, den vierundzwanzig bändigen Kinderfreund, seinen Briefwechsel u. dgl. J. G. Büsch<sup>2)</sup> gründete gemeinschaftlich mit Ebeling 1767 die erste Handelsschule in Hamburg, welche lange Zeit die Musterschule für Europa blieb und nach deren Vorbilde die Handelsschulen zu Magdeburg, Berlin und Elberfeld eingerichtet wurden. Fr. Gabr. Resewitz<sup>3)</sup> stellte in seiner Erziehung des Bürgers zuerst die Nothwendigkeit auf, Belehrungen über die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten in den Unterrichtskreis aufzunehmen. Andere, wie Stephani<sup>4)</sup> und Grafer<sup>5)</sup> in Baiern, Ziegenbein<sup>6)</sup> in Braunschweig, A. H. Niemeier<sup>7)</sup> in Halle, Gedike<sup>8)</sup> in Berlin, Dinter in Königsberg, Vogel und Dolz<sup>9)</sup> in Leipzig, Zerrenner, Vater und Sohn,<sup>10)</sup> der eine in Halberstadt der andere in Magdeburg, Schwarz in Heidelberg, v. Weiller in München,<sup>11)</sup> machten sich theils durch Aufstellung vollständiger Erziehungssysteme, theils durch Einführung besserer Lehrmethoden für einzelne Zweige des Unterrichts, theils durch Einrichtung, Vervollkommnung oder musterhafte Leitung von Schulanstalten, theils endlich als Jugendschriftsteller verdient.

Gleich wie verschiedene unter den genannten Pädagogen,<sup>12)</sup> so suchten auch die Philosophen von Fach das Wesen der Erziehung wissenschaftlich zu ergründen. Kant<sup>13)</sup> schrieb seine Pädagogik (1803), welche namentlich

1) In diese Zeit fallen auch die Uebersetzungen von Fenelons Telemach, und von den Briefen der Frau v. Lambert und v. Beaumont über Kindererziehung.

2) Geb. 1728, gest. 1800. Ueber den Einfluß, welchen Büsch auf die Abfassung des A. L. R. gehabt hat, vergl. den Bericht über die scientivische Redaction der Materialien der Preuß. Gesetzgebung von Simon, in Mathis Monatschrift Bd. 11. S. 212 ff.

3) 1729—1806. Seine Idee ist namentlich von Stephani, System der öffentlichen Erziehung, 2. Aufl., Erlangen 1813, Zacharia, über die Erziehung des Menschengeschlechts durch den Staat, Leipz. 1802, und Robert v. Mohl, die Polizeiwissenschaft, 2. Aufl. Tübingen 1844, Bd. 1. S. 453, in dieser naturgemäßen Beschränkung weiter entwickelt worden, in welcher sie von der ausschließlichen Abrichtung für den Staat, wie sie bei den antiken Völkern zu finden war, weit entfernt bleibt.

4) 1761—1850, ist außer seinem Erziehungssystem als Mitbegründer der Lautirmethode beim Lehrunterricht bekannt.

5) 1766—1841, machte in seinem „Divinität“ betitelten Erziehungssystem zuerst wieder auf die schon von Ratich (S. 20, Note 3.) angeregte, und von de Lauen 1741 erneuerte Schreiblesemethode aufmerksam, welche seitdem große Verbreitung gewonnen hat.

6) 1766—1824, verbesserte die Erziehung der weiblichen Jugend.

7) 1754—1828, stand lange Zeit dem Pädagogium in Halle vor. Seine „Grundsätze der Erziehung“ wurden vielfach aufgelegt.

8) 1755—1803, wirkte für Schulbibliotheken, Seminarien für Gelehrtenschulen und Einrichtung der Abiturientenexamen.

9) Vogel, geb. 1755, Dolz, geb. 1769, wirkten beide als praktische Schulmänner für Reorganisation des Schulwesens, und ebenso durch ihre Schulschriften.

10) 1750—1811 u. 1780—1851 sind hauptsächlich als Schriftsteller bekannt. Ihr „Schulfreund“ erschien 1791—1824 in 60 Bänden.

11) Schwarz (1766—1831) u. v. Weiller (1762—1826) gaben vollständige Erziehungslehren heraus.

12) Stephani, Grafer, Dinter, Weiller.

13) 1724—1804. Vergl. Kants Werke, herausgeg. v. Hartenstein, Bd. X.

von Niemeyer, Heusinger († 1820) und Schwarz bearbeitet wurde, Fichte<sup>1)</sup> drängte in seinen Reden an die Deutsche Nation auf eine umfassende Nationalerziehung, während Herbart<sup>2)</sup> den innern Gang des Unterrichts erforschte, und Brucke<sup>3)</sup> die Erfahrungsseelenlehre als dessen Grundlage darstellte.

Auch vom Auslande kamen belebende Anregungen. Jean Jakotot, geb. 1740 zu Dijon, gest. 1840 zu Brüssel, trat mit seiner Lehrmethode des „Universalunterrichts“ hervor, welche er aus den beiden Grundsätzen ableitete: „Alle Menschen haben denselben Verstand“ und „Alles ist in Allem“. Er ging deshalb auf vollständige Aufnahme und Durcharbeitung des einzelnen Lehrstoffes nach allen Seiten aus. Beim Lesen und Schreiben z. B. soll ein Satz durch Vorlesen und Nachlesen bis zum Auswendigwissen gebracht, dabei jedes einzelne Wort, jede Silbe, jeder Buchstabe angegeben und demnächst der Satz aufgeschrieben werden. In ähnlicher Weise knüpfte er den Sprachunterricht an irgend ein Buch, welches zum Theil auswendig gelernt werden muß.<sup>4)</sup> Nahe verwandt mit dieser Methode war der Sprachunterricht von James Hamilton (1769—1829). Auch dieser beginnt mit Wortübersetzungen und knüpft daran die Grammatik.<sup>5)</sup> Noch weit größeres Aufsehen erregte der sogenannte wechselseitige Unterricht, welcher zugleich von zwei Seiten, 1797 von einem Pfarrer Bell (1742—1832), der durch die Einrichtung der Hinduschule in Indien darauf geführt worden war und 1798 durch Joh.兰卡ster (1778—1838) angeregt wurde. Dieses System sucht Lehrkräfte dadurch zu sparen, daß es einzelne Schüler als Gehülfen des Lehrers, als „Monitoren“ über Abtheilungen von je 10 Schülern benützt. Alle unterrichten in einem Raume vereint unter Ueberwachung des Lehrers. Zur Erhaltung der Ordnung dient eine fast militärisch ge-

---

— Immanuel Kant über die relig. u. pol. Fragen der Gegenwart, Darmst., Leske, 1847, S. 37 ff.

1) 1762—1814. „Unter den Augen der Zeitgenossen hat das Ausland die Errichtung des vollkommenen Staats leicht und mit feuriger Kühnheit ergriffen, und kurz darauf dieselbe also fallen lassen, daß es durch seinen jetzigen Zustand genöthigt ist, den bloßen Gedanken der Aufgabe als ein Verbrechen zu verdammen, und Alles anwenden müßte, um, wenn es könnte, jene Bestrebungen aus den Jahrbüchern seiner Geschichte auszutilgen. Der Grund dieses Erfolges liegt am Tage: der vernunftgemäße Staat läßt sich nicht durch künstliche Vorkehrungen aus jedem vorhandenen Stoffe aufbauen, sondern die Nation muß zu demselben erst gebildet und herausgezogen werden. Nur diejenige Nation, welche zuvörderst die Aufgabe der Erziehung zum vollkommenen Menschen durch wirkliche Ausübung gelöst haben wird, wird sodann auch jene des vollkommenen Staats lösen.“

2) 1776—1841. Allgem. Pädagogik, 1806. — Umriss pädag. Vorlesungen, 1835.

3) Geb. 1798. Erfahrungsseelenlehre als Grundlage alles Wissens, 1820. — Erziehungs- u. Unterrichtslehre, 2 Bde, 1835 u. 1836.

4) Vergl. Jakotots Schriften, 2. Aufl., Deutsch, Gießen 1840. — Lüpeltberger, Reisesfrüchte, Alenb. 1837. — Beiträge zur Würdigung der Jakototschen Methode v. R. Seltsam, Breslau, Aberholz 1848 (5 Sgr.) und der Geist der Jakototschen Methode in Beziehung auf den ersten Leseunterricht von demselben, Breslau, Aberholz 1846 (6 Sgr.). — Die Schriften von Seltsam, sowie die Konferenzrede des Lehrers Teuber (Schles. Schullehrerzeitung, Breslau, P. Th. Schol 1847 Nr. 5. u. 6.) vertheidigen die Jakototsche Methode gegen die Vorwürfe der Mechanischen, der Verwirrung u. s. f., und legen ihr als Vorzüge bei: stetes Dringen auf vollkommene Geläufigkeit, stetes Vergleichen des neu Gelernten mit dem ältern, Mannichfaltigkeit der Uebungen, sowie Erregung der Selbstthätigkeit des Schülers. Vergl. Pädagogischer Jahresbericht 1848, S. 33. — 1847, S. 81.

5) Schwarz, kurze Kritik der Hamiltonschen Lehrmethode, Stuttg. 1837.

nane Disziplin, zur Anspornung des Ehrgeizes häufiger Gebrauch von Belohnungen und von Strafen. Auch auf Ersparung von Lehrmitteln wird gesehen, indem z. B. die ersten Schreibübungen in Sand gemalt werden. Der Kreis der Unterrichtsgegenstände beschränkt sich auf Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion. Ueberall wo es darauf ankam, mit geringen Kosten wenigstens einige Elementarkenntnisse über größere Massen zu verbreiten, ist diese Unterrichtsmethode von wohlthätigen Folgen gewesen, und hat daher weit und breit Wurzel geschlagen.<sup>1)</sup> Auch selbst da, wo das Schulwesen sich aus seiner Kindheit erhoben hat, wird sie für Einzelnes, wie z. B. für das Abhören von Auswendiggelerntem als vortheilhaft geschildert.

Mitten unter allen diesen Bestrebungen, die sich bald förderten, bald durchkreuzten, trat Joh. Heint. Pestalozzi in der Schweiz<sup>2)</sup> als Reformator des Erziehungswesens auf, und gewann in Kurzem einen großen Theil der Pädagogen zu seinen Anhängern. Er ging davon aus, daß die Erziehung nur eine Unterstützung, eine Handbietung der Natur sein dürfe, daß die Individualität heilig zu halten, daß sinnliche Anschauung die Grundlage des ganzen Unterrichts bilden, und selbstthätige Entwicklung der gesamten Geisteskraft, also subjektiver Gewinn an Kraft, gegenüber dem gedankenlosen Einsammeln todtten Wissens erzielt werden müsse. Die Anschauung habe der Definition, die Fertigkeit der Regel, die Sachkenntniß der Worterklärung vorauszu gehen. Der Unterrichtsstoff sei in bestimmte Reihenfolgen auseinanderzulegen, und zu keiner neuen Uebung fortzuschreiten, bevor in der vorhergehenden Klarheit und Sicherheit erreicht worden. Die Elemente aber, an welchen sich die Geisteskraft entwickeln müsse, und die den Schüler fähig machen, Alles zu lernen, wozu er Kraft habe, seien Form, Zahl und Sprache<sup>3)</sup>.

1) Im Jahre 1829 zählte man in Europa 10,600 Lankasterschulen mit 4,700,000 Schülern, in Asien 1600 mit 500,000, in Afrika 130 mit 50,000, in Amerika, wohin Lankaster seit 1820 übergesiedelt war, 1000 mit 380,000, in Australien 100 mit 25,000. In Deutschland haben diese Schulen verhältnißmäßig am wenigsten Eingang gefunden; das Bedürfniß war geringer. Mehr in Frankreich, schon sie von der Restaurationsregierung behindert wurden, vorzüglich aber in Dänemark, Schweden, Rußland und in einigen Theilen Italiens. Auch finden sie sich in der Asiatischen Türkei, Egypten, Siam, Kolumbien u. a. m. An der großen Mesche zu Damascus bestand eine Lankasterschule, in welcher 1600 junge Leute gleichzeitig im Lesen des Koran unterrichtet wurden. Vergl. Lankasters „einziger Schulmeister unter 1000 Kindern“. Deutsch v. C. L. Matorp, Duisburg 1808. — Tilgenkamp, Bell's Schulmethodus, Duisburg 1808. — Hamel, der gegenseitige Unterricht, Geschichte seiner Einführung und Ausbreitung, Paris u. Leipz. 1818. — Zerrenner, Mittheilungen über Erziehung und Unterricht, 1. Bd. 1. Heft, Halle, 1839. — Harnisch, Handbuch für das Deutsche Volksschulwesen, 3. Aufl., Breslau, 1839.

2) 1746—1827. Vergl. Niemeyer über Pestalozzi's Grundsätze und Methoden, Halle u. Berlin 1810. — J. Pestalozzi, sämmtl. Werke, 15 Bde., Tübingen 1819—1826. — Ragot Christoffel, Pestalozzi's Leben und Ansichten, in einem vorgefr. Ausg. aus sämmtl. von Pestalozzi herrührenden Schriften, Zürich, Meyer u. Zeller 1846. — Die zahlreichen Schriften über Pestalozzi, welche zu dessen Sekularfest, 12. Jan. 1846, erschienen sind, finden sich in der pädagogischen Zeitung von Gräfe u. Clemen (Leipzig, Teubner) 1846, Nr. 10. u. 11. zusammengestellt. Vergl. pädagog. Jahresbericht v. Naeke 1847, S. 15 ff.

3) Heuser zu Elberfeld hat in einer zur Pestalozzifeier gehaltenen Rede (Rheinische Blätter für Erziehung und Unterricht von A. Diesterweg, Bd. 33. Heft 2.) Pestalozzi und Basedow verglichen: Das Ziel ist Beiden mit ihrem Vorgänger Rousseau gemeinsam: Menschenbildung, Humanität. Gemeinam ist ihnen auch das Streben nach Naturgemäßheit im Unterricht und in der Erziehung. Wenn gleich dagegen auch Beide den Unterricht auf Anschauung gründen, so beschränkt



Pestalozzi wandte seine Thätigkeit vor Allem der Erziehung der Armen zu. Er gründete zuerst eine Anstalt für arme Kinder zu Neuhof im Aargau, dann widmete er sich 1798 den Waisen in Stanz, deren Väter vor den eindringenden Franzosen gefallen waren. Später gründete er Erziehungsanstalten in Burgdorf, in Münchenbuchsee, und zuletzt in Yverdon<sup>1)</sup>. Allein bei dem Mangel an Geldmitteln und an Harmonie unter seinen Hauptgehülfen: Hermann Krüsi (1775—1844), Joseph Schmid (geb. 1787) und Joh. Niederer (1778—1843) war in seinen Unternehmungen kein Gedeihen. Dagegen hat das von seinem Freunde Emanuel v. Fellenberg (1771—1844) in dem von ihm 1799 erkauften Hofwyl bei Bern in Pestalozzi's Geiste gegründete und geleitete Erziehungsinstitut, welches mit einer landwirthschaftlichen Armenschule unter Wehrli (Wehrli'schule) begann, und sich allmählig zu einer höhern wissenschaftlichen Anstalt, landwirthschaftlichen Lehranstalt, Realschule und Normalbildungsschule für Lehrer erweiterte, bis zu des Gründers Tode rühmlich bestanden, und sich eines mehr als europäischen Rufes erfreut<sup>2)</sup>.

Die Unterrichts- und Erziehungsmethode Pestalozzi's erhielt bald in Deutschland Verbreitung. Namhafte Pädagogen, wie Schwarz, Niemeyer,

sich Basedow doch auf die Sinnenwelt und deren passives sinnliches Auffassen, während Pestalozzi selbstthätiges Auffassen sinnlicher und geistiger Gegenstände forderete. Wenn ferner auch Beide auf Erleichterung des Lernens hinarbeiteten, so that dies doch Basedow bloß in der Weise, daß er dem Kinde das Leichtfaßliche, Mögliche und Praktische darreichte, während Pestalozzi durch systematische Uebungen den Geist erstarke, und bei allen Gegenständen die Anfangspunkte, die Elemente aufsuchte, um von da aus den Unterricht sicherer und folgenreicher zu machen. Basedow sah hauptsächlich auf den objektiven Gewinn, den Besitz der Kenntnisse, Pestalozzi auf den subjektiven, die Erhöhung der Geisteskräfte. Basedow begann seine Schulreform mit Zöglingen der höhern Stände, suchte von oben nach unten zu wirken, Pestalozzi nahm sich der niedrigsten Volksklassen, der Bettelkinder, der verlassenen und verwahrlosten Waisen an, und strebte allgemeine Geisteskultur von unten nach oben zu verwirklichen. Wenn endlich auch Beide den konfessionellen Religionsunterricht aus der Schule verbannen wollten, so gab Basedow dafür allgemeine Religionswahrheiten, während Pestalozzi die religiöse Bildung durch Bede, Erhöhung und Bewahrung der kindlichen Liebe, des Vertrauens und der Ehrfurcht im Gemüthe des Kindes, weniger durch Unterricht, als durch Erziehung und Beispiel erzielte. — Ein neuerer Schriftsteller, Dr. Franz Zoller (Pestalozzi und Rousseau, pädag. Monographie, Frankf. a. M., Auffarth, 1851) stellt die Principien Pestalozzi's wie folgt zusammen: 1) Die Erziehungskunst ist die vom Menschen begriffene Natur; 2) die Methode muß daher eine organisch-genetische sein; 3) individuell wirken; 4) positiv sein; 5) lückenlos in fortschreitender Entwicklung; 6) die Entfaltung der Kräfte muß ihrer Anwendung vorausgehen; 7) sämtliche Unterrichts- und Bildungsmittel müssen psychologisch begründet und bearbeitet werden; 8) die Erziehung muß die sittliche, geistige und physische Erziehung umfassen. Die Methode „verwirft daher alle diejenigen Erziehungsmittel, welche die Sittlichkeit und Religiosität bloß von Außen an den Menschen zu bringen suchen, sie will vielmehr beide aus dem Innern des Individuums herauswachsen lassen.“

1) Zur Säcularfeier wurde 1846 an Pestalozzi's Grabe in Birr, Kanton Aargau, ein einfaches Denkmal enthüllt, mit der Inschrift:

„Hier ruhet Heinrich Pestalozzi, geboren in Zürich den 12. Januar 1744, gestorben in Brugg den 17. Hornung 1827, Retter der Armen auf Neuhof, in Stanz Vater der Waisen, in Burgdorf und Münchenbuchsee Gründer der neuen Volksschule, in Yverdon Erzieher der Menschheit, Mensch, Christ, Bürger, Alles für Andre, für sich Nichts. Friede seiner Asche.“

2) Der Versuch, die Hofwyl'sche Anstalt nach Fellenbergs Tode fortzusetzen, wurde zwar vom ältesten Sohne desselben mit Hülfe eines Pädagogen Mönch gemacht, aber im Jahre 1848 völlig aufgegeben.

v. Türk <sup>1)</sup>), machten sie bekannt, andere, wie Denzel, Plamann <sup>2)</sup>), führten sie praktisch ein, Schüler und Anhänger Pestalozzi's wurden berufen, um Schulen nach seinem Systeme einzurichten <sup>3)</sup>), oder die Lehrer wurden zu ihm geschickt, um sich von ihm Unterweisung zu holen. Im Laufe der Zeit sind natürlich einzelne Grundsätze Pestalozzi's entwickelt oder modifizirt worden <sup>4)</sup>), aber im Wesentlichen gilt Pestalozzi als Vater der Volkserziehung. Allerdings wird häufig seiner Lehrmethode vorgeworfen, daß sie zu einseitiger Verstandesbildung auf Kosten des religiösen Glaubens führe <sup>5)</sup>), und es sind sogar einzelne von den Schülern Pestalozzi's, welcher selbst kein dogmatischer, aber ein werththätiger Christ war <sup>6)</sup>), mit diesem Vorwurfe in die strengste Orthodoxie zurückgekehrt <sup>7)</sup>), trotzdem beherrscht aber Pestalozzi und seine menschlich freie Richtung noch heute einen großen Theil der Pädagogienwelt. Wie sehr dies der Fall, das ließ sich erkennen, als Friedr. Ad. Dießterweg <sup>8)</sup>), einer der eifrigsten Vertreter der Pestalozzi'schen Schule,

1) Schwarz, Pestalozzi's Methode und ihre Anwendung in Volksschulen, Bremen 1202. — Niemeyer s. oben S. 27 Note 2. — v. Türk, Preuß. Schulrath, über Pestalozzi, 2 Bde., Leipz. 1806.

2) Denzel 1773–1832, Seminardir. in Gßlingen in Württemberg. — Plamann († 1834) wandte Pestalozzi's Methode auf Naturgeschichte, Geographie u. Sprache an, und gründete eine eigne Erziehungsanstalt. (Vergl. die Rede des Dr. Wiese, Prof. am Joachimsthalschen Gymnasium in Berlin über Vergleichung Pestalozzi's und Plamanns im 1. Hefte des Brandenb. Schulbl. 1846.)

3) So J. Ramsauer (geb. 1790) nach Württemberg, und später Oldenburg, Zeller (1774–1847) nach Königsberg. Ueberhaupt wurde in Preußen 1808 die Volksschule nach Pestalozzi'schen Grundsätzen zu organisiren versucht.

4) Nach Dießterweg heißt das Pestalozzische Erziehungsprinzip im Allgemeinen: Naturgemäße, allseitige, harmonische Entwicklung der menschlichen Anlagen und Kräfte; hinsichtlich des Unterrichts: Entwicklung der Selbstthätigkeit auf der Basis unmittelbarer Anschauung. Die Grundlegung aller Erziehung und Bildung ist in den Händen der Mutter. Ihr Leben hat das Leben des Kindes zu entzünden, und die tiefsten und stärksten Gemüthskräfte in Schwingung zu setzen. Die Dinge der Natur, Ereignisse, Zustände, Erscheinungen sind dem Kinde selbst vorzuführen. Nichts ist mehr zu meiden, als unzeitiges Versagen begriffsmäßiger Sätze. Der Mensch ist aus sich heraus zu entwickeln. An den äußern Dingen, wie an sich selbst, soll er die in ihm liegenden Keime entfalten, und sich zum Bewußtsein bringen. Es ist unendlich viel wichtiger, die Anlagen des Menschen zu Kräften zu gestalten, als äußeres Wissen ihm anzueignen. Letzteres ohne jenes wirkt verderblich, lähmend, die Menschennatur unterdrückend. Die Kunst der Bildung besteht in dem Anschluß an die Natur; die Kunst des Unterrichts in der Aufstellung der natürlichen Reihenfolgen der Universalbildungsmittel, der Sprache, der Form, der Zahl, und in der erweckenden, aus der Liebe zum Zögling entspringenden Verführung derselben zur Entfaltung seiner Selbstthätigkeit. Darin besteht das Wesen der Elementarmethode, welche die eine gleiche ist für alle Kinder auf dem ganzen Erdenrund, und welche jedes spätere Eindringen in die Wissenschaften, wie jedes energische Auftreten im Leben vorbereitet. (Vergl. „H. Pestalozzi und seine Bedeutung für unsere Zeit“ in der Gegenwart, bei Brockhaus 1849, Th. 3. S. 310.)

5) Vergl. den in der vorstehenden Note allegirten Aufsatz in der Brockhaus'schen Gegenwart, welcher von diesem Standpunkte aus geschrieben ist.

6) Lavater sagte von Pestalozzi: „Einen solchen Menschen, in welchem der Geist des Erlösers in Gesinnung, Wort und That sich so verherrlicht, habe ich noch keinen getroffen; einen bessern Jünger hatte Christus selbst zu seinen Lebzeiten nicht.“

7) J. B. Ramsauer, Blechmann (Schulrath, Professor u. Direktor eines Instituts zu Dresden), W. Stern (Seminardirektor in Karlsruhe), Henning (Seminardirektor in Köslin), Harnisch (Seminardirektor in Weissenfels, später Prediger).

8) Geb. 1790 zu Siegen in Westphalen, war Lehrer in Worms, Frankfurt,

zu Pestalozzi's Säcularfeier für den 12. Jan. 1846 aufrief, eine Feier, die durch ganz Deutschland und die Schweiz begangen wurde, und in dankbarer Erinnerung an den großen Meister der Erziehung an vielen Orten eigenen Pestalozzistiftungen das Leben gab <sup>1)</sup>).

Die schon angedeutete Spaltung der Pädagogen in die Pestalozzi'sche oder rationale Schule und in die orthodoxe ist die Veranlassung, daß der Hauptkampf, welcher schon von den Humanisten vor und in der Reformation, und wiederum in der Aufklärungsperiode des achtzehnten Jahrhunderts geführt wurde, aufs Neue bis zum heutigen Tage die Schulwelt bewegt. Es handelt sich zwischen den Parteien darum, ob der Religionsunterricht in den Schulen konfessionell sein solle, oder nicht, und ob und inwieweit den Geistlichen ein Einfluß auf die Schulen gebühre.

Inzwischen ist, namentlich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts, immer mehr anerkannt worden, daß die Jugenderziehung eine Angelegenheit des Staates sei, nicht in dem Sinne der alten Welt <sup>2)</sup>, sondern in dem, daß der Staat dafür zu sorgen habe, daß überall die erforderlichen Bildungsanstalten in gehöriger Einrichtung vorhanden sind, und daß er Eltern

Elbersfeld, 1820 Seminardirektor in Meurs, 1833 Direktor des Seminars für Stadtschullehrer in Berlin. 1847 wurde er vom Min. zur Disposition gestellt, 1850 mit Verlust von einem großen Theile seines Gehaltes pensionirt.

1) Die von Diesterweg angeregte Deutsche Pestalozzistiftung wurde 1850 bei Pankow, einem Dorfe bei Berlin, eröffnet. Sie ist hauptsächlich zur Erziehung von Lehrerwaisen bestimmt. Vergl. den Auszug aus dem 3. Rechenschaftsbericht in den Rheinischen Blättern von Diesterweg, Bd 46. Heft 2. S. 236. — Außerdem giebt es Pestalozzistiftungen in Dresden mit 10 Freistellen und Beschäftigungsanstalten für Mädchen und Knaben, in Hannover, 1850 mit 73 Pflöglingen, in Hamburg, 1850 mit 30 Zöglingen, in Frankfurt a. M., 1849 mit 44 Pflöglingen, in Asberg im Kanton Aargau, 1849 mit 27 Zöglingen, die unter 2 „Hausväter“ vertheilt sind; ferner gehört hierher der Sächsische Pestalozziverein zur Unterstützung von Lehrerwaisen u. a. m. Vergl. Rastke, pädag. Jahresbericht 1847 S. 12 ff., 1852 S. 292. ff.

2) Einzelne haben sich allerdings auch einer Staatserziehung in diesem Sinne zugeneigt, so Filangieri, Scienza della legislaz. libro VI. (Deutsch Ansb. 1784 bis 1793). — Chr. Dan. Voss, über die Erziehung für den Staat, 2 Th. 1799. — Joh. Ad. Dori, Briefe über die philosoph. Rechts- u. Staatswirthschaftslehre, Görlitz 1805. — Münch, die Freiheit des Unterrichts. — Götte, Ideen über Erziehung und Unterricht im Geiste der Monarchie, Braunschm. 1837. — Auch wohl Fichte in den Reden an die Deutsche Nation. Daß die auf völliger Vernichtung der freien Individualität aufgebauten socialistischen Systeme von St. Simon u. v. Fourier einer durch Zwang durchzuführenden uniformen Nationalbildung bedürfen, kann nicht Wunder nehmen.

Auf der andern Seite ist völlige Unabhängigkeit der Schule vom Staate gefordert worden. In Belgien hat man den Versuch gemacht, diese Lehrfreiheit aus der Gewerbefreiheit abzuleiten. Aber auch bei dieser ist der Staat so berechtigt als verpflichtet, von demjenigen, der ein Gewerbe treiben will, welches Dritten Gefahr droht, den Nachweis seiner Qualifikation zu fordern. Andere, wie H. Gräfe, Schulrecht, Quedlinburg 1829, und Weigand, Wichtigkeit der Elementarschule, wollen die Schule als einen selbstständigen, dem Staate und der Kirche gleichgestellten Lebenskreis angesehen wissen. Es giebt aber im Staate nur eine Souverainität, die politische, und wenn Religion oder Wissenschaft, die allerdings frei sein sollen, sich als Kirche oder Schule konstituiren, so treten sie aus ihrer Idealität auf das politische Gebiet des Willens, und haben nur unter dem allgemeinen Willen, unter den Gesetzen des Staats, berechnete Existenz. Die souveraine Schule ist der Gedanke Proudhons, in dessen Anarchie „der Weise die Gesetze entdecken“, das Volk also neuen Orakelsprüchen gehorchen soll. Vergl. Mohl, Polizeiwissenschaft, Th. I. S. 460, 463, Note 5, 464, Note 6.

gegenüber, die ihre Kinder ohne Unterricht lassen wollen, den Schulzwang ausübe, und damit den vernünftigen Willen des Kindes selbst ergänze. In die Hände des Staates ist daher gegenwärtig auch die Entscheidung des Kampfes zwischen der rationalen und der orthodoxen Schule gelegt, und die Wage scheint zu Gunsten der letztern zu sinken. Im Uebrigen war es der erhöhten Staatsthätigkeit für das Schulwesen zu verdanken, daß vieles von dem, was die Pädagogen angeregt, im Großen ausgeführt, daß für die Vorbildung der Lehrer gesorgt, daß die Disziplin veredelt, und der körperlichen Gesundheit der Schüler die lange vermiste Rücksicht geschenkt wurde. Die bedeutende Vermehrung der Schulen selbst, ihre Gliederung nach den Bedürfnissen des Lebens, insbesondere die Gründung der durch das Wachsthum der Industrie, sowie durch den Aufschwung der Naturwissenschaften geforderten eignen Unterrichtsanstalten für die Realien, Alles dies wurde zum großen Theile nur durch die Sorge und Hülfe des Staates möglich.

Gegen frühere Zeiten war Vieles besser geworden, doch fanden viele Schulmänner bei weitem noch nicht Alles gut. Das Jahr 1848 löste die Jungen. Von allen Seiten sprachen Lehrervereine, Lehrerversammlungen, sowie Einzelne ihre Wünsche aus, welche neben Beseitigung des konfessionellen Religionsunterrichts und der geistlichen Schulaufsicht im Wesentlichen darauf gerichtet waren, daß die Schule zur wahren Staatsanstalt werde, und einen gesonderten Verwaltungszweig des Staates unter eigener sachkundiger Behörde bilde, ferner, daß der Unterricht, wenigstens in der Elementarschule, unentgeltlich ertheilt werde, endlich, daß auch die Lehrer vom Staate als Staatsdiener angestellt, nur durch richterliches Urtheil für absetzbar erklärt, hinsichtlich des Gehaltes, der Pensionsansprüche, der Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, vor Nahrungsorgen gesichert, und zu ihrem Berufe, statt in geschlossenen Seminarien, auf Universitäten vorgebildet würden<sup>1)</sup>. In den Hauptpunkten wurde diesen Wünschen durch die von der Deutschen Nationalversammlung vom 21. Dec. 1848 zu Frankfurt a. M. beschlossenen und von dem Reichsverweser, Erzherzog Johann von Oestreich, im Reichsgesetzblatt Nr. 8. v. 28. Dec. 1848 verkündeten „Grundrechte des Deutschen Volkes“ entsprochen. Der VI. Artikel derselben lautete:

§. 22. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§. 23. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Gräulichkeit als solcher enthoben.

§. 24. Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu ertheilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat.

Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung.

§. 25. Für die Bildung der Deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend werden.

Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

§. 26. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener.

Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Theilnehmung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksschulen an.

§. 27. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt.

Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

1) Auch entgegengesetzte Stimmen wurden laut, jedoch nur vereinzelt. Vergl. Geschichte der Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Deutschen Volksschule seit den Tagen des März 1848, in Rade, pädagog. Jahresbericht 1849, S. 1—320.

§. 28. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will! <sup>1)</sup>

Daß und weshalb diese Bestimmungen nicht zur Ausführung gekommen sind, ist bekannt. Seitdem sind auch in den einzelnen deutschen Staaten die im Jahre 1848 angestrebten Reformen im Schulwesen immer mehr wieder verlassen worden.

In Oesterreich sollte nach den zugleich mit der Verfassung octroyirten Grundrechten vom 4. März 1849 ein Schritt vorwärts geschehen <sup>2)</sup>. Es erging indessen nur ein Erlaß v. 23. April 1850, welcher das Recht zur Anstellung und Entlassung der Religionslehrer an den Schulen den Bischöfen überträgt, während die Geistlichkeit, „weil sie von Gott eingesetzt sei, um das Menschengeschlecht für das ewige Leben zu erziehen,“ in einer 1849 zu Wien gehaltenen Versammlung nicht bloß den Religionsunterricht, sondern leitenden Einfluß auf die Schule überhaupt beansprucht hatte. Diesen letztern wahrte sich übrigens die Kirche durch Gründung eigener Schulen. Klosterschulen, namentlich weibliche, verbreiten sich über das ganze Land. Auch Schulen der Jesuiten (Redemptoristen, Rigorianer) waren seit 1820 entstanden, und erlitten durch die 1848 dem Orden ertheilte Weisung, das Land zu verlassen, nur eine vorübergehende Unterbrechung. Zu den neuesten Regierungsmaaßregeln für den Unterricht gehört die Einführung einer neuen Bibel, die Verpflichtung der Lehrlinge, bis ins 15. Jahr die Sonntagschulen zu besuchen, und die Anordnung von Lehrerkonferenzen unter Aufsicht eines Geistlichen. Für pekuniäre Besserung der Lage der Lehrer

1) Sie bildeten §§. 152—158. der Reichsverfassung v. 28. März 1849, und lagen auch den §§. 150—156. des Preuß. Sächsl. Hannöverschen Entwurfs zur Unionsverfassung v. 28. Mai 1849 zu Grunde:

§. 150. der letztern gleichlautend mit §. 152. der erstern.

§. 151. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats; er übt sie durch eigne von ihm ernannte Behörden aus.

§. 152. gleichlautend mit §. 154. oben (nur statt an solchen in solchen).

§. 153. gleichlautend mit §. 155. oben.

§. 154. gleichlautend mit §. 156. oben.

§. 155. Unbemittelten soll in allen Volksschulen und niederen Gewerbeschulen freier Unterricht ertheilt werden.

§. 156. gleichlautend mit §. 158. oben.

2) In den Grundrechten v. 4. März 1849 hieß es:

Art. 3. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu ertheilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hierzu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung.

Art. 4. Für eine allgemeine Volksbildung soll durch öffentliche Anstalten, und zwar in den Landestheilen, in denen eine gemischte Bevölkerung wohnt, der Art gesorgt werden, daß auch die Volksstämme, welche die Minderheit ausmachen, die erforderlichen Mittel zur Pflege ihrer Sprache und zur Ausbildung in derselben erhalten. Der Religionsunterricht in den Volksschulen wird von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft besorgt. Der Staat führt über das Unterrichts- und Erziehungswesen die Oberaufsicht.

Daran schloß sich ein vom Ministerium Billersdorf bearbeiteter „Entwurf der Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens“, in dessen Vorbemerkungen anerkannt wird: „Vermehrung der Schulen und ihres bisherigen allzuärmlichen Lehrstoffs, höhere Bildung der Lehrer, eine günstigere äußere Stellung derselben, endlich eine solche Leitung des Volksschulwesens, welche alle Interessen derselben mit gleichem Eifer und gründlicher Einsicht verfolgt, sind dasjenige, was hier vorzüglich Noth thut.“

3) Noch im December 1853 erging eine neue Bekanntmachung, daß in ver-  
mögenden Gemeinden mit Besserung der Schulgehälter vorgeschritten werden solle.



(es soll in Wien Stellen mit 120, auf dem Lande mit 25 bis 50 fl. Besoldung geben) geschah wenig oder nichts. Auch ist die Zahl der Schulen noch unzureichend: 1842: 83,222 Lehranstalten mit 2,552,087 Schülern <sup>1)</sup>, also erst auf 15 Einwohner ein Schulkind, so daß im Ganzen 28 pCt. der schulpflichtigen Jugend ohne Unterricht bleiben. Zwischen den verschiedenen Provinzen herrscht jedoch hierin bedeutender Unterschied. Es besuchen die Schule nicht: in Oesterreich unter der Ens 0 pCt., in Tyrol 0 pCt., in Oesterreich ob der Ens 4 pCt., in Mähren 5 pCt., in Böhmen 6 pCt., in Steiermark 24 pCt., in Kärnten-Krain 66 pCt., im Küstenland 79 pCt. der schulpflichtigen Kinder. Das österreichische Unterrichtswesen ist vollständig vom Staate organisiert und beherrscht, an speziellen Berufsanstalten vorzugsweise reich, und größtentheils aus öffentlichen Fonds unterhalten. Charakteristisch ist die große Theilnahme der Geistlichkeit am Unterricht, der geringe Werth, den man auf die Ausbildung der Volksschullehrer legt, und die strenge Ueberwachung der Lehrmittel. Die K. K. Hofstudienkommission diktiert das Maas wissenschaftlicher Erkenntniß <sup>2)</sup>.

Salern hatte schon 1808 sein Schulwesen als ein zusammenhängendes Ganze organisiert. Von den in der Neuzeit verlangten Reformen dagegen ist nichts ins Leben geführt. Die alte Klage über die konfessionelle Trennung der Schulen ist geblieben, die Disziplin gegen die Lehrer verschärft; doch hat zur Unterstützung der Lehrern die Ständeversammlung von 1849 90,000 fl. bewilligt. Es giebt noch Schulstellen, deren Einkommen die Summe von 200 fl. nicht erreicht, während dasselbe nach der Versicherung eines Regierungskommissars auf 250 fl. gebracht werden soll. Man zählt, außer 3 Universitäten, einer Forst-, einer Bergwerks- und einer landwirthschaftlichen Akademie, außer 9 Lyceen, 26 Gymnasien, 60 lateinischen, 8 polytechnischen, einer Baugewerks-, einer Handels- und 22 Gewerbeschulen, 5600 Volksschulen mit gegen 7000 Lehrern <sup>3)</sup>. Der Staatsbeitrag für das

1) Darunter 20,285 Volksschulen mit 41,839 Lehrern, und 11,143 Wiederholungsschulen mit 673,574 Besuchenden. Außerdem giebt es in der Lombardie Privatanstalten für den Elementarunterricht, für Knaben 343 mit 686 Lehrern, für Mädchen 518 mit 1042 Lehrern. Die Schulpflicht erstreckt sich v. 6. bis zum 12. Jahre. Eine andere Angabe, mit Ausschluß von Ungarn, Siebenbürgen und der Militärgrenze, lautet:

29 Akademien, höhere Spezial- und Kunstschulen mit	7,537 Schülern,
101 Lyceen, theolog. u. philos. Lehranstalten . . . . .	9,013 „
164 Gymnasien . . . . .	34,321 „
1,363 besondere Lehranstalten für beide Geschlechter . . .	48,368 „
17,511 Haupt-, Trivials- u. Mädchenschulen . . . . .	1,622,069 „
(schulfähige Kinder: 2,595,563)	

10,238 Wiederholungsschulen . . . . . 651,384 „

Der Universitäten sind 9, mit 419 Professoren oder Supplenten und 15,794 Schülern. Der Aufwand für diese beträgt 669,418 fl. Conv. Für die gesammten Unterrichtsanstalten wird der Staatsaufwand auf 3,700,000 fl., von Becker (Statistische Uebersicht der Bevölkerung der Oesterreichischen Monarchie, 1841) auf 7,894,987 fl. angeschlagen. Vergl. genealogisch-historisch-statistischer Almanach für 1848, Weimar, Industriekomptoir, S. 78 ff., 81.

2) Vergl. die Gegenwart (Brodhans) Bd. 3. Deutschlands Bevölkerungsverhältnisse S. 38. — Nach einer andern Angabe haben in der Prov. Oesterreich alle Orte Volksschulen. In Tyrol fehlt eine, in Böhmen fehlen 8, in Mähren und Schlesien 37, in Steiermark 2329 ( $\frac{1}{4}$  der Kinder), in Dalmatien 77 (mehr als  $\frac{1}{2}$ ), in Kärnten und Krain 1968 (mehr als  $\frac{1}{2}$ ) im Küstenlande 295 ( $\frac{1}{2}$ ) in Galizien 5717 ( $\frac{1}{2}$ ). Nach, pädag. Jahresbericht 1848 S. 376.

3) Nach neuerer Zählung 7101 Haupt- und 252 Nebenschulen mit 9023 Lehrern.

Schulwesen ist im Budget für 1851—1855 mit 792,867 fl. aufgeführt. Dies ergiebt 154 fl. oder 330 Kr. auf 1000 Seelen. 20 pCt. der schulpflichtigen Jugend bleiben ohne Unterricht.

Sachsen besaß ein Volksschulgesetz v. 6. Juni 1835. Auf einige Verbesserungen an diesem durch ein Gesetz v. 3. Mai 1851 hat sich, unter Zuvorlegung eines vom Minister Pfordten veranlaßten, und unter dem Minister Held vollendeten vollständigen Reorganisationsentwurfs, die Schulreform beschränkt. Das Minimum des Lehrergehalts ist an Schulen von 60 Kindern für einen Lehrer, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, auf 140 Thlr. gebracht, und soll nach 5 Dienstjahren auf 160 Thlr., nach 10 auf 190, nach 15 auf 220 Thlr. vermehrt werden. Lehrer, die noch nicht das 25. Jahr zurückgelegt haben, erhalten bis dahin 120 Thlr. Eben so viel Lehrer an kleinern Schulen, bei denen auch das Steigen des Gehalts in den angegebenen Dienstperioden auf 130, 140 u. 150 Thlr. eingeschränkt bleibt. Zugleich ist die Disziplin gegen die Lehrer verschärft worden. Die Lehranstalten in Sachsen bestehen aus der Universität zu Leipzig, 2 Fürstenschulen, 9 Gymnasien, der Bergakademie zu Freiberg, der forst- und landwirthschaftlichen Akademie zu Tharand, mehrere Fachschulen, 3 Gewerbeschulen, 8 Schullehrerseminarien und 1923 lutherischen, 2 reformirten, sowie 15 katholischen Elementarschulen.

In Hannover fand das Jahr 1848 ebenfalls schon ein besonderes Volksschulgesetz v. 26. Mai 1845 vor, welches die Schule unter Aufsicht und Oberleitung der Geistlichkeit stellte und das Minimum des Lehrergehalts auf 80, bei freier Kost sogar nur auf 30 Thlr. bestimmte. Dies Gesetz war indeß noch nicht zur Ausführung gekommen, und wurde nun wesentlich mittelst einer neuen Anordnung v. 14. Okt. 1848 modifizirt, wodurch besondere Schulvorstände eingeführt wurden, in denen nach einer spätern Verfügung v. 5. Nov. 1850 der Lehrer stimmberechtigtes Mitglied ist. Außerdem erfolgten an die Stände unterm 9. Febr. u. 13. März 1849 ministerielle Mittheilungen über die „Grundzüge“ zur Gestaltung des Volksschulwesens und über die „Grundsätze“ für dessen weitere Entwicklung. Beide beschäftigen sich mit der Vorbildung, der Gehaltsverbesserung, der Pensionirung der Lehrer und mit der Sorge für deren Wittwen. Die Kammern haben diese Mittheilungen nicht nur im Wesentlichen gebilligt, sondern auch Geldbewilligungen namentlich zur Aufbesserung der Lehrergehälter gemacht<sup>1)</sup>. Die erstrebte Grundreform ist aber auch hier in einige äußere Meliorationen hinausgelaufen. Die bestehenden Lehranstalten in Hannover sind: die Universität zu Göttingen, 17 Gymnasien, 13 Progymnasien und höhere Stadtschulen, 1 Navigations-, 1 höhere Gewerks-, 1 chirurgische, 2 Thierarznei- und andere Fachschulen, 3 Prediger- und 5 Lehrerseminarien (von jeder Art eins katholisch), und, außer der Hof- und der Stadt- und Töchter Schule zu Hannover selbst, 3501 Stadt- und Landschulen<sup>2)</sup>.

In Württemberg sollte im Jahre 1848 sofort zu einer Revision des Volksschulgesetzes v. 29. Sept. 1836 geschritten werden, welches die Gl-

1) Im Ganzen bewilligten die Stände für das Volksschulwesen auf 1851—52 72,526 Thlr. Davon zu persönlichen Gehaltszulagen für verdiente, ungenügend besoldete Lehrer 15,000 Thlr., 10,000 Thlr. zur bessern Vorbildung der Lehrer, 5000 Thlr. zu Pensionirungen, 5000 Thlr. Behuf der Wittwenkassen, 7526 Thlr. für verschiedene Seminarien, und 30,000 Thlr. (aus ältern Bewilligungen hervührend) zur Verbesserung der Schulstellen auf 80 Thl. und freie Wohnung, auf 150 u. 300 Thlr.

2) Nach neuerer Angabe 3777 Elementarschulen mit 3840 Lehrern.

fügung der Schule in den kirchlichen Organismus nicht gestört hatte.<sup>1)</sup> Der allgemeinen Verwaltungs-Organisations-Kommission, welche am 16. Mai 1848 zusammenberufen wurde, war ausdrücklich die Aufgabe gestellt: „in Beziehung auf das Unterrichts-, besonders auf das Volksschulwesen, wohlbegründeten Wünschen entgegen zu kommen.“ Es wurde deshalb im August eine amtliche Konferenz der von den Lehrern gewählten Vertrauensmänner veranlaßt, welche sich für die Staatsaufsicht, Erweiterung der Unterrichtsgegenstände, namentlich auf Welt- und Vaterlandeskunde, Verbesserung des Lehrergehalts und überhaupt für die Organisation des Schulwesens als eines zusammenhängenden Ganzen aussprach. Hiernach wurde von der Kommission der Entwurf eines neuen Schulgesetzes ausgearbeitet, und vom Ministerium veröffentlicht; in die verschiedenen Entwürfe zur Revision der Verfassung wurden den Deutschen Grundrechten analoge Bestimmungen aufgenommen, die Abgeordnetenversammlung versuchte mehrmals das Lehrergehalt bis zu einem Minimum von 300 fl.<sup>2)</sup> aufzubessern und das Pensionswesen so, wie bei den übrigen Staatsdienern, zu regeln. Alles aber ohne Erfolg. So wie die Verfassung von 1819 einseitig durch den König wieder hergestellt und ihre Revision beseitigt wurde, so ließ man auch die verheißene Schulrevision wieder fallen. An bestehenden Lehranstalten besitzt Württemberg die Universität zu Tübingen, 9 theils höhere, theils niedere Priesterseminare, von denen 4 katholisch, das Forst- und landwirthschaftliche Institut zu Hohenheim, 6 höhere Gymnasien, 5 Lyceen, 3 Lehrerseminare, darunter das zu Gmünd katholisch, 1 polytechn. und 1 Kunst-Schule zu Stuttgart, 9 Oberrealschulen, 87 niedere lateinische und Realschulen, 2 Ackerbau, 1 Thierarznei-, 1 Militärschule (zu Ludwigsburg), 3 Taubstumm- und Blindeninstitute, das Katharinenstift in Stuttgart für Mädchen, 2 Waisenhäuser zu Stuttgart und Weingarten und 1455 evangelische, so wie 870 katholische Volksschulen.

Auch in Baden unterblieb die Schulreform. Nur das Zusammenlegen der Schulen verschiedener Konfessionen wurde durch ein Gesetz vom 8. März 1849 geregelt; ferner durch einen provisorischen Erlaß v. 22. Sept. 1849 die Disziplin gegen die Lehrer geschärft, und insbesondere unter Aenderung des Gesetzes v. 28. Aug. 1835: „über den Aufwand für die Volksschulen und die Rechtsverhältnisse der Schullehrer“<sup>3)</sup>, die Versetzung und Entlassung der letztern erleichtert. Endlich sind durch eine Verordnung v. 13. Nov. 1851 nicht nur Lehrerkonferenzen, sondern auch vierteljährliche schriftliche Ausarbeitungen der Lehrer eingeführt, welche die ersten 10 Dienstjahre hindurch, und nach Befinden noch länger, dem Bezirksschulinspektor zur Censur vorgelegt werden sollen. An Lehranstalten zählt Baden außer den Universitäten zu Heidelberg und Freiburg, dem kath. Priesterseminar, dem kath. Konvikt und dem, 5 Fachschulen umfassenden, polytechnischen Institute zu Karlsruhe, 7 Lyceen, 4 Gymnasien, 4 Pädagogien, 28 höhere

1) Der Staat ließ seine Schulaufsicht durch die Geistlichkeit ausüben. So kam es, daß nach den Verfügungen der Schulbehörden Bibellesen, biblische Geschichte und das Memoriren von 1200 Gedächtnisstücken der Hauptinhalt der Schulbildung wurde. Vergl. Gegenwart (Brockhaus) „d. Königr. Württemberg bis zum März 1848.“ Bd. 4. S. 333.

2) Unter den 2300 Volksschullehrern Württembergs erreicht bei  $\frac{1}{3}$  der Gehalt nicht diese Summe.

3) Dies Gesetz theilt die Normalbesoldungen den Lehrer in 4 Klassen: 175, 200, 250 u. 350 fl., ausschließlich der freien Wohnung und des Schulgeldes. Doch wird auch dadurch in den beiden untern Klassen, in welche 1610 Lehrer gehören, eine Jahreseinnahme von 300 fl. nur von Wenigen erreicht. In den beiden obern Klassen werden 321 Lehrer gezählt.



Bürger-, 33 Gewerbeschulen, 3 Lehrerseminare, wovon 2 katholisch, 586 evangelische und 1330 katholische Volksschulen, 8 kath. weibl. Lehrinstitute, 1 Thierarzneischule, 1 Taubstumm- und 1 Blinden-Institut.

Eben so wie in den genannten größern Staaten Deutschlands waren auch in den mittleren und kleinen die Bestrebungen, welche sich im Jahre 1848 für Reform des Schulwesens geltend machten, resultatlos. Wenn auch vielfach in den revidirten oder neu gegründeten Landes-Konstitutionen die allgemeinen grundrechtlichen Bestimmungen Aufnahme, ja Erweiterung, fanden, so hatten doch diese Landes-Konstitutionen selbst keine lange Lebensdauer. Besondere Schulgesetze blieben, wo es überhaupt zu ihrer Ausarbeitung kam, gewöhnlich in dem Stadium des Entwurfs,<sup>1)</sup> und statt einer Gesamtorganisation, sind fast überall nur einzelne Modifikationen früherer Zustände eingetreten. Das Meiste ist noch für die Besserung der Lehrergehälter geschehn, für welche z. B. in Kurhessen 1849 (7. März) ein außerordentlicher Zuschuß von 38,000 Thlrn., in Hessen Darmstadt 4000 fl., in Nassau 15,000 fl. bewilligt wurden. Zugleich ist fast überall eine strenge politische Ueberwachung des Lehrerstandes angeordnet, und insbesondere die Theilnahme an Vereinen erschwert oder völlig untersagt worden.

An bestehenden Lehranstalten giebt es in den bedeutenderen der übrigen Staaten Deutschlands folgende:

1) So in Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Bremen, Waldeck, Nassau. Lippe-Deilmold erhielt ein neues Schulgesetz am 11. Dec. 1849, Anhalt-Deßau am 24. April 1850. Auch in Sachsen-Weimar vereinigten sich im Febr. 1851 die Stände mit der Regierung über ein solches, wonach das Minimum des Lehrergehältes 125 Thlr. betragen, und nach 10 Jahren eine Vermehrung auf 150, nach 15 auf 175, nach 20 auf 200 Thlr. eintreten soll. In Detmold wurde das Minimum auf 150, in Deßau, wo schon früher kein Lehrer unter 125 Thlr. hatte, auf 200 Thlr. gestellt, u. die staatliche Aufsicht u. Leitung des Schulwesens durch eigene Behörden vollständig organisiert. Letzteres auch im Weimarschen Gesetze. Auch in Kurhessen erhielt die Provinz Niederhessen am 11. Jan. 1853 eine neue Schulordnung, wonach die Aufsicht u. Leitung, bis zur Feststellung des Lehrplanes, dem Geistlichen zustehen soll, u. als nothwendige Unterrichtsgegenstände: Lesen, biblische Geschichte, Katechismus u. Gesang bezeichnet werden. Als nützliche Unterrichtsgegenstände werden Schreiben u. Rechnen aufgeführt, und diesen, „da wo die lokalen Verhältnisse dies erfordern, oder wo der Lehrer der Sache in christlichem Geiste besonders mächtig ist, u. eine Beeinträchtigung der übrigen Unterrichtsgegenstände nicht zu besorgen steht, auch die Zahl oder Eigenthümlichkeit der Kinder kein Hinderniß abgiebt,“ Erdbeschreibung, Naturgeschichte u. das Wichtigste aus Kirchen-, Missions- u. Profangeschichte, in wöchentlich höchstens 2 Stunden, angereicht. Vergl. Rhein. Bl. Bd. 47. S. 3. S. 378 ff., 382.

	Elementar- schulen.	Lehrer- Seminare.	Real- schulen.	Gym- nasien.	Hochschulen, Fachschulen und besondere Unterrichts- Anstalten.
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.	390 (21 Bürger-, 369 Dorfschulen)	1	—	4	1 Predigersem. zu Wolfenbüttel, das Karolinum in Braunschweig (höhere Humanist. u. technisch-mercantil. Anstalt), 1 Gesamtgymnasium (Ober-Pro- u. Realgymn.) das., 1 anatom.-chirurg. Kollegium.
	—	3 (1 kath.)	6 u. 21 Handwerksch., sowie 1 höhere Gewerbsch.	6	1 Universität zu Marburg, 1 kath. Priestersem. zu Fulda, 1 Forstinstitut das., 1 Militärsch., 1 Zeichnen-, Bau- u. Maler-Akademie in Kassel.
	1600	3 (1 kath.)	5	7	1 Universität zu Gießen mit Forstinst. u. Thierarzneisch., 1 evang. Predigersem. zu Friedberg, 1 bischöfl. Sem. zu Mainz mit kath. Gymn. u. 2 Vorbereitungssch., 1 Handelsinst., 1 Militärsch., 1 Zeichensch. in Darmstadt.
	1097 (49 Bürger-, 1048 Landsch.)	1	—	5	1 Univ. u. Predigersem. zu Rostock, 1 Handlungsinst. das., 1 Taubstummeninst., 1 Thierarzneisch., 2 Steuermannsschulen. 1)
	221 Landschul., — Stadtsch.	1	1	3	
	728 (mit 936 Lehrern)	1	8 u. 1 Realgymn.	3 u. 1 Pädagogium.	1 evang. u. 1 kath. theol. Sem., 1 landwirthschaftl. Schule, 1 Militärsch., 1 Taubstummeninst.
	—	2 u. 1 Normalch.	3 höhere Bürgersch.	4	1 Militärsch. (zugleich für die Hansestädte), 1 Taubstummeninst.
	514 (69 Stadt-, 445 Landsch.)	2	2 u. 3 freie Gewerksch.	2	Die Gesamtuniv. der Ernestinischen Häuser zu Jena, 1 Kunstinst. zu Weimar mit 2 Zeichensch., 1 Forstinst. zu Eisenach.
	229 (17 Bürger-, 212 Dorfschulen)	1	2	2 u. 2 latein. Schul.	
	6 Bürgersch., — Dorfsch.)	1	—	1 u. 2 Lyceen.	1 Kunst- u. Handwerksch., 1 Zeichensch.
	335 (35 Bürger-, 300 Dorfschulen)	2	4 Gewerbschulen. 1 Realgymnasium.	2 u. 1 Lyceen.	1 Handelsch., 3 Sonntagssch. (Erziehungsanstalt zu Schneepfenthal.)

über Preußen vergl. den vierten Abschnitt.

Außerdem 4 Jungfrauenklöster zur Erziehung und zum Unterhalt adlicher Töchter, von denen jedoch eines (zum heil. Kreuz) auch Bürgerliche aufnimmt.

Die Zahl der Lehrer, welche in ganz Deutschland vorhanden sind, wird auf 80,000 geschätzt.

Es bleibt noch übrig, einen Blick auf die Schulverhältnisse des Auslandes zu werfen, um darzuthun, daß Deutschland in dieser Hinsicht immer noch fast allen andern Staaten voransteht.

In England ist das Schulwesen noch Privatsache, und das Beispiel dieses reichen Landes zeigt, wie unvollständig das Ergebnis bleibt, wenn man zur Förderung des Jugendunterrichts bloß auf Privatbemühungen zählt. Auf den höhern Unterrichtsanstalten hat der hochkirchliche Einfluß den Fortschritt aufgehalten,<sup>1)</sup> und für Real- und Volksschulen ist bei weitem nicht ausreichend gesorgt, obschon durch die Lankasterischen (S. 26) die Verbreitung der nothwendigsten Elementarkenntnisse erleichtert wurde. Der Staat hat deshalb 1832 einen ersten Beitrag von 20,000 £. Sterl. für Schulen bewilligt, und denselben durch allmälige Erhöhung bis auf 100,000 £. St. gesteigert. Immer noch wächst aber ein großer Theil der Kinder, namentlich der Armen, ohne allen Unterricht auf.<sup>2)</sup>

In Frankreich wurde zuerst durch die Verfassung von 1791 anerkannt, daß das Schulwesen Staatsangelegenheit sei<sup>3)</sup>. Doch erhielt es unter den Stürmen der Revolution noch keine vollständige Organisation.

1) Den veralteten Universitäten, wie Oxford u. Cambridge, gegenüber ist 1828 eine neue, von freierer Richtung in London gestiftet worden, welche (1842) 886 Studenten zählte. — Die Mängel des englischen Unterrichtswesens sind schon lange anerkannt worden. So schlug schon Milton, 1644, eine veredelte Erziehung des Mittelstandes vor, welche den Zögling befähigen sollte „alle öffentliche wie besondere Geschäfte recht, geschickt und großsinnig zu verrichten.“ Der Schüler sollte von der ungebundenen Rede zu den Dichtern, von der Natur zu den Menschen geführt werden, gleichmäßig Geist und Körper üben, und immer mit Anstrengung aber ohne Eitelkeit lernen. Milton works I. 148. Vergl. Kortüm, Entstehungsgeschichte der freistädtischen Bünde, II. S. 332.

2) Mohl, Polizeiwissenschaft, Th. I. S. 487, Note, sagt: „Die bei weitem größere Hälfte der brittischen Bevölkerung, selbst der Bewohner der unermesslich reichen Hauptstadt, wächst ohne alle Erziehung auf.“ An der Verbesserung dieses Zustandes wird ernsthaft gearbeitet. In Irland z. B. gab es

1834: 789 Volksschulen mit 107,042 Schülern

1846: 3420 „ 432,844 „

doch kamen immer erst auf 100 Einw. 5,3 Schüler.

1847 führte Lord John Russell am 20. April im Parlamente an, daß von 3,600,000 Kindern in Großbritannien 1,500,000 gar keine Schule besuchten, während von den Uebrigen nur die Hälfte in die gewöhnlichen, die andere Hälfte aber nur in die Sonntagschulen ginge. Von 100 Personen, die sich verheiratheten, könnten nur 30 lesen und schreiben, 40 nur lesen, 30 keins von beiden.

3) Im Tit. I. der Constitution v. 3. Sept. 1791 wird bestimmt:

Il sera créé et organisé une instruction publique, commune à tous les citoyens, gratuite à l'égard des parties d'enseignement indispensables pour tous les hommes, et dont les établissements seront distribués graduellement dans un rapport combiné avec la division du royaume.

Vergl. Talleyrand, Périgord, Rapport sur l'instruction publique, fait à l'assemblée nationale, Paris, 1791. — Michel Lepelletier, Plan einer Nationalerziehung, vorgelesen und berathen im Convent d. 13. Juli 1793. Deutsch mit Anmerkungen v. Dr. G. Thaulow, Kiel, Schröder u. Comp., 1848 (40 S. 10 sgr.). — Die republikanische Constitution v. 4. Nov. 1849 lautete dagegen:

Art. 9.: L'enseignement est libre. — La liberté d'enseignement s'exerce selon les conditions de capacité et de moralité déterminées par les lois, et sous la surveillance de l'Etat. — Cette surveillance s'étend à tous les établissements d'éducation et d'enseignement, sans aucune exception.

Erst die Napoleonische Gesetzgebung schuf diese<sup>1)</sup>. Ihre Ausführung ist

1) Loi du 11 floréal an X. (1er Mai 1802) sur l'instruction publique; hierdurch wurde der Unterricht auf Primars-, Sekundar-, und Spezialschulen oder Lyzeen vertheilt. An die Stelle des II. Tit. über die Primarschulen ist ein neues Gesetz, Loi du 28. juin 1833 sur l'instruction primaire getreten. Diese Gesetze bestimmen:

Titre I. (Loi du 11 floréal an X.) L'instruction sera donnée: — 1° Dans des écoles primaires établies par les communes; — 2° dans des écoles secondaires établies par des communes ou tenues par des maîtres particuliers; — 3° dans des lycées et des écoles spéciales entretenus aux frais du trésor public.

Titre II. (Loi du 28. juin 1833.) Art. 1. L'instruction primaire est élémentaire ou supérieure. — L'instr. prim. élém. comprend nécessairement l'instruction morale et religieuse, la lecture, l'écriture, les éléments de la langue française et du calcul, le système légal des poids et mesures. — L'instr. prim. supér. comprend nécessairement, en outre, les éléments de la géométrie et ses applications usuelles, spécialement le dessin linéaire et l'arpentage, des notions des sciences physiques et de l'histoire naturelle applicables aux usages de la vie; le chant, les éléments de l'histoire et de la géographie de la France ect.

Art. 9. Toute commune est tenue, soit par elle même, soit en se réunissant à une ou à plusieurs communes voisines, d'entretenir au moins une école primaire élémentaire ect.

Art. 10. Les communes, chefs-lieux de département, et celles dont la population excède six milles âmes, devront avoir en outre une école primaire supérieure.

Art. 11. Tout département sera tenu d'entretenir une école normale primaire, soit par lui-même, soit en se réunissant à un ou plusieurs départements voisins ect.

Art. 12. Il sera fourni à tout instituteur communal: 1° Un local convenablement disposé, tant pour lui servir d'habitation, que pour recevoir les élèves; — 2° Un traitement fixe, qui ne pourra être moindre de 200 fr. pour une école prim. élém. et de 400 fr. pour une école prim. supér. ect.

Art. 15. Il sera établi, dans chaque département, une caisse d'épargne et de prévoyance en faveur des instituteurs primaires communaux.

In Betreff der Aufsicht organisiert Art. 17. für jede Kommunalsschule ein comité local de surveillance unter Vorsitz des Maire oder seines Adjunkt, der Pfarrer ist Mitglied; Art. 18. ein comité d'arrondissement unter Vorsitz vom Maire des Hauptorts; u. Art. 25. für jedes Département eine oder mehrere commissions d'instruction primaire, hauptsächlich zur Lehrerprüfung. Ueber den höhern Unterricht heißt es:

Titre III. (Loi du 11. floréal an X.) Art. 6. Toute école établie par les communes ou tenue par les particuliers, dans laquelle on enseignera les langues latine et française, les premiers principes de la géographie, de l'histoire et des mathématiques, sera considérée comme école secondaire.

Art. 7. führt als Unterstützung des Staats für diese auf: la concession d'un local, la distribution des places gratuites dans les lycées et gratifications an die 50 Lehrer, welche die meisten Zöglinge in das Lyzeum gebracht haben.

Titre IV. setzt endlich für jeden Gerichtsbezirk eines tribunal d'appel ein Lyzeum fest, dessen Unterrichtsgegenstände nach Art. 10. folgende sind: les langues anciennes, la rhétorique, la logique, la morale et les éléments des sciences mathématiques et physiques.

Art. 12. L'instruction y sera donnée: à des élèves que le gouvernement y placera; — aux élèves des écoles secondaires qui y seront admis par un concours; — à des élèves que des parents pourront y mettre en pension; — à des élèves externes.

Napoleon organisierte auch die Universität: Décret du 17. mars 1808, portant organisation de l'université; Décret du 15. novembre 1811, concernant le régime de l'université. — Loi du 22. ventôse an XII. (13. mars 1804) relative

aber, namentlich durch die Restaurationsregierung der ältern Bourbonen aufgehalten, noch bis jetzt nicht vollendet. Dem gesammten Unterrichtswesen ist die Universität vorangestellt, was dem katholischen Klerus, der auch hier die Herrschaft über die Schule verlangt, Anlaß zu vielen Kämpfen mit dieser letztern gab. Mit besonderer Hartnäckigkeit wurde unter der Firma der Lehrfreiheit von den Jesuiten gestritten,<sup>1)</sup> welche, obschon gesetzlich nach dem Napoleonischen Dekret v. 22. Juni 1804, und nach dem Gesetz v. 16. Juni 1828 ihr Anstalten gar nicht existiren durften, dennoch von allen Französischen Regierungen Duldung, ja Begünstigung erhielten. Auch in neuester Zeit, in der National-Versammlung von 1850, hat die Kirche wenigstens kein Terrain verloren. Sie besitzt nicht nur eigene höhere Lehranstalten, sondern hat auch einen Theil der Volksschulen völlig in ihren Händen, letztere durch den Orden der „Brüder christlicher Schulen“ (frères ignorants), von denen mehrere Tausend Unterricht erteilen. Frankreich zählt 14 Hochschulen mit 12,275 Studenten (1841),<sup>2)</sup> 46 Staats-Lyzeen und Kollegien mit 18,697 Schülern, 312 Kommunal-Kollegien mit 26,584 Schülern (1842), 102 Privat-Kollegien und 914 Pensionate mit 34,336 Schülern, von denen aber  $\frac{1}{3}$  bloß Elementar-Unterricht erhalten, und (1845) 59,838 Primarschulen mit gegen 2,500,000 Schülern und 75,535 Lehrern (4404 Lehrerinnen einbegriffen), deren Gehaltsminimum auf 200 Fr. festgesetzt ist.<sup>3)</sup> Ohne Schule waren noch 2460 Gemeinden mit 1,150,176

---

aux écoles de 'droit. — Loi du 19. ventôse an XI. (10. mars 1803) relative à l'exercice de la médecine, Loi du 21 germinal an XI. (11. avril 1803) contenant organisation des écoles de pharmacie.

1) Nach „le monopole universitaire“ vom Jesuiten Desgarets (1843) ist unmittelbare Folge des Universitätsunterrichts: Selbstmord, Vaternord, Menschenmord, Kindermord, Duell, Schändung, Raub, Verführung, Blutschande, Ehebruch, toutes les plus monstrueuses impudicités, Diebstähle, Plünderung, Verschleuderung, Grapressung, ungerechte Auflagen und Geseze, falsche Zeugnisse, Meineide und Verleumdungen, Verletzung aller Geseze, Kommunismus des Vermögens und der Weiber, Aufstände, Tyrannenien, Revolution und Tod. — Nach Abbé Combalot (mémoire adressé aux évêques de Fr. et aux pères de famille) ist jeder weltliche Unterricht ein Eingriff in die Rechte der Kirche, eine Beleidigung Gottes. Vergl. Gegenwart (Brodhaus) die Jesuiten. Bd. 2. S. 655.

2) Zu den Schulen für höhern Unterricht müssen noch gerechnet werden das Collège de France, das Museum für Naturgeschichte, das orientalische Institut, die Schule für die schönen Künste, die polytechnische Schule, worin besonders künftige Offiziere gebildet werden, und die Normalschule zur Bildung von Professoren für die Kolleges. Außerdem giebt es eine große Anzahl von Fachschulen. — An der Spitze der Wissenschaften steht das von Napoleon unterdrückte, nach der Julirevolution wieder hergestellte Institut de France, welches 5 Akademien umfaßt: die französische, die der Inschriften und schönen Literatur, der mathematischen und physischen Wissenschaften, der schönen Künste, der moralischen und politischen Wissenschaften.

3) Vor 1830 waren noch 15000 Gemeinden ohne Schulen, 1834 konnten von 326,298 jungen Leuten, die an den Ziehungen für die Armen Theil genommen hatten, 149,195 weder lesen noch schreiben, u. 11,784 nur lesen. Noch 1839 bis 1840 konnten von 1000 Jünglingen nur 572 lesen und schreiben. 1833 war die Zahl der Primarschulen erst 44,500 mit 1,907,000 Schülern. 1841 gab es noch 4196 Gemeinden ohne Schulen, fast 18000 Gemeinden ohne eigne Schulhäuser, und nur in 9517 Schulen das nöthige Inventar. Nur ein Dritttheil der Lehrer erhielt seine Vorbildung in den 76 Normalschulen. — Am wenigsten ist für die weibliche Erziehung gesorgt. 1841 besuchten von etwa 2,550,000 schulpflichtigen Mädchen im Winter 1,200,000 u. im Sommer 1,650,000 die Schule nicht. Zwei Dritttheile der Frauen können weder lesen noch schreiben. Die Ausgabe für Primarschulen war 1841: 9,988,143 Fr., wovon 4,622,843 Fr. aus Stiftungen und



Einwohnern. Auf dem Staatsbudget von 1847 standen für den Unterricht 17,938,983 Fr., 1846: 17,173,008 Fr. — 44 pCt. der schulpflichtigen Kinder sollten ohne Unterricht bleiben. Auf 100 Einwohner kamen 1847 9 Elementarschüler.

Spanien hat erst nach dem letzten Bürgerkriege die Verbesserung des ganz darniederliegenden Schulwesens begonnen. Zu den Maaßregeln, welche dieses Ziel verfolgen, gehört die Verschmelzung vieler herabgekommenen alten Hochschulen, so daß jetzt außer den theologischen Fakultäten von Madrid und Barcelona nur noch 8 Universitäten existiren, ferner die Regelung des sekundären und höhern Unterrichts durch den vom Min. des Inn., Vidal, 1845 veröffentlichten Studien-Organisationsplan, die Errichtung von Normalschulen zur Bildung von Lehrern nach dem Muster der zu Madrid bestehenden, und endlich die Verbesserung und Zunahme der Elementarschulen, welche nach Zahl der Lehrgegenstände und Schulen-Klassen und nach der Einwohnerzahl der Schulorte in vier Klassen eingetheilt sind. Lateinische Schulen sollten im Jahre 1832 774, Kollegien und Seminarien zur Ausbildung des niedern Klerus 56 existiren. Doch versicherte noch 1839 ein Kortesmitglied, daß es im ganzen Lande nicht viel über 900 Schulen, also auf 14,444 Einwohner eine Schule gäbe.

Mehr als in Spanien ist in Portugal schon durch den Minister Bombal,<sup>1)</sup> welcher die Jesuiten aus dem Lande jagte, für den Unterricht geschehen. In neuerer Zeit ist durch ein Dekret v. 29. Sept. 1844 das ganze Unterrichtswesen von der Universität bis zur Elementarschule organisiert worden. Es ist Schulzwang mit strengen Geldstrafen für nachlässige Eltern eingeführt. Wer nicht lesen und schreiben kann, wird nach Verlauf von 3 Jahren vorzugsweise zur Armee ausgehoben, nach Verlauf von 6 Jahren in seinen bürgerlichen und politischen Rechten eingestellt. Letztere Strafe trifft nach Verlauf von 10 Jahren auch die Eltern 15jähriger Analphabeten. Portugal besitzt die berühmte Universität zu Coimbra, 1841 von 1300 Studenten besucht, 263 lateinische Schulen (Escolas maiores), 8 griechische, 27 Lyzeen (philosophische Lehranstalten), 17 Seminarien, 2 Handels- und Schiffahrtsschulen und 873 Elementarschulen (Escolas menores), also eine Schule auf etwa 3500 Seelen.

In den Italienischen Staaten ist für den Volksunterricht in keiner Hinsicht gesorgt. Es fehlt an Schulen, und die vorhandenen stehen meist unter dem Klerus<sup>2)</sup> und auf niederer Stufe. Auch die höhern Bildungs-

---

entlichen Einkünften der Gemeinden; 3,373,809 Fr. aus Gemeindeauflagen (jede Gemeinde soll für die Schule bis zu 3 Zusatzcentimen: trois Centimes additionels au principal des contributions foncière, personnelle et mobilière, erheben, Tit. III. §. 13. Loi du 23. juin 1833); 1,513,308 Fr. aus Departementalfonds u. 478,183 Fr. aus Zuschüssen des Staats. Der Aufwand für den Sekundärunterricht war von Seiten des Staats: 1,883,077 Fr., von den Departements: 42,690 Fr., von den Gemeinden: 2,395,047 Fr., von den Familien: 22,757,967 Fr., in Summa 27,078,781 Fr. — Ueber frühere Zustände des Schulwesens vergl. auch Almanac Imperial pour l'année 1811, u. Almanac Royal pour l'année 1818 beide par Testa; besgl. Annales d'éducation, rédigés par J. Guizot, Prof. à Paris, 1811—1813. — Anfangs der dreißiger Jahre ließ die Regierung den Prof. Cousin durch Deutschland reisen, um das Deutsche Schulwesen kennen zu lernen. Cousin, Rapport sur l'état de l'instruction publique en Allemagne, deutsch Altona, 1837, 2 Bde.

1) Geb. 1699, war Minister 1750 bis 1777, und starb im Exil 1782. Auch später haben trotz der Protektion Don Miguels die Jesuiten nie wieder in Portugal dauernd Fuß gefaßt.

2) Namentlich der Jesuiten, die vorzugsweise in Sardinien, in Modena, im

anstalten sind im Ganzen zurückgeblieben. Ueberdies fällt deren Gewinn lediglich der vornehmern Klasse zu. Am meisten geschieht noch in den nördlichen Staaten. So hat Sardinien, welches 4 Universitäten (davon 2 auf der Insel), 7 Hülfsuniversitäten zur Vorbereitung für Mediziner und Juristen, und auf dem Festlande allein an Kollegien, Gymnasien oder lateinischen Schulen 286 besitzt, Normalschulen (Provinzialmethodeschulen) zur Vorbildung der Elementar-Lehrer gegründet, und die Zahl der Volksschulen, für welche in der Regel die Lankastersche Methode in Anwendung kommt, zu vermehren gesucht. Bloss auf der Insel Sardinien wurden 1830 10 Normalschulen und 300 Landschulen angelegt. In der Lombardischen Provinz wurden 1844 235,980 Schulkinder gezählt, also 1 auf 11 Einwohner, im Venetianischen 266,000 schulpflichtige Kinder (von 6 bis 12 Jahren), von denen aber nur 83,644 Knaben und 12,718 Mädchen Unterricht genossen.<sup>1)</sup> Die Vorbildung der Lehrer hat man seit 1823, insbesondere durch die obere Normalelementarschule zu Mailand, verbessert. Der für Erwerbung eines Lehrerpatsents obligatorische Unterricht besteht in einem sechsmonatlichen Lehrkurse der Methodik. In Modena, wo es außer der Universität ein adliches Kollegium und eine adliche Militärschule giebt, ist der Volksunterricht ganz vernachlässigt. Eben so ist er in Parma den Mönchen und Nonnen überlassen. In Toskana dagegen sind 21 lateinische und 230 Elementarschulen, eine auf 6000 Seelen, vorhanden, während für den höhern gewerblichen Unterricht Handels- und polytechnische Schulen, und außerdem 3 Universitäten und 4 adliche Kollegien existiren. Auch das gegenwärtig mit Toskana verbundene Lucca hat 41 öffentliche Unterrichtsanstalten mit gegen 1400 Schülern, während der weibliche Unterricht zwar als Privatsache angesehen wird, aber doch 163 Schulen mit 1163 Schülerinnen zählt. Im Kirchenstaate zeigt sich wieder neben der Unterhaltung von 7 Universitäten und von 21 Kollegien unter geistlichen Korporationen, so wie von verschiedenen Kunstakademien, tiefer Verfall der Volksschulen. Nur in Rom selbst ist dafür gesorgt, und wird von 513 Lehrern in 894 Schulen an 11,824 Schüler Unterricht erteilt<sup>2)</sup>. In Neapel endlich soll es 2130 Primärschulen und 780 lateinische oder Bürgerschulen geben, in Sizilien aber der Volksunterricht ganz darnieder liegen<sup>3)</sup>. Dafür rühmt sich die Insel des Besitzes von 3 Universitäten, 4 Akademien und 17 königl. Kollegien. Im Königreich Neapel befinden sich die Universität zu Neapel, 4 Gymnasien daselbst und 15 in den Provinzen, 4 Lyzeen, als oberstes wissenschaftliches Institut die Società Borbonica, 1 Kunstinstitut, 1 Accademia Pontaniana, 1 med.-chir. Anstalt, 1 Veterinärkolleg., 1 Akademie für Marine, 1 Militärkolleg., 1 Kolleg für Musik u. a. m.

Kirchenstaate, das Schulwesen völlig beherrschten, während sie in den übrigen Staaten mindestens Einfluß darauf ausübten. Ihre Verbreitung 1848 war, mit Ausnahme Sardinien's, nur temporär. In Sardinien durfte unter der Jesuiten-herrschaft nur, wer 1500 Liro (Francs) in Vermögen hatte, schreiben und lesen lernen; und studiren durfte nur, wer so viel an Zinsen besaß. In den Gymnasien waren täglich Vormittags 7 u. Nachmittags 3 religiöse Uebungen.

1) Gazzetta privilegiata di Venezia. 1846. Nr. 39.

2) Um so elender war es mit dem Inhalte des Unterrichts bestellt. So durfte z. B. nach einem päpstlichen Verbote keine allgemeine Geographie gelehrt werden. Vergl. Gegenwart (Broch.) Bd. 3. S. 176, „Italiens nation. u. polit. Bewegung.“

3) In der Prov. Catania z. B. finden sich auf 359,987 Einwohner bloss 4056 Zöglinge beiderlei Geschlechts (1 auf 88 Einw.), welche die für sie eröffneten 115 Schulen besuchen. Mädchenschulen sind darunter nicht mehr als 13 mit 977 Schülerinnen. Der Unterricht beschränkt sich allgemein auf Lesen, Schreiben und die einfachsten Zahlenverbindungen. Annali Universali di Statistica etc. di Milano, gennaio, 1846.



Auf einer ganz andern Stufe steht das Unterrichtswesen in der Schweiz, wie die nachstehende Uebersicht <sup>1)</sup> ergibt:

Kanton.	Jahr	Primarunterricht.			Sekundarunterricht				Staatsaufwand	
		Schulen.	Schüler.	Schüler auf 100 Einwohner.	realistischer	humanistischer	Schulen.	Schüler.	für das Schulwesen.	auf 1000 Seelen.
					(1844)					
Bern . . .	1842	1455	84,591	19	50	900	5	250	607,500 Fr.	1400 Fr.
Zürich <sup>2)</sup> .	1844	381	49,019	20	50	1600	2	200	395,000 "	1600 "
Luzern . .	1844	555	32,700	17	15	770	11	200	174,000 "	898 "
Basel . .	1844	721	29,878	15	11	500	10	250	343,000 "	1760 "
St. Gallen	1844	365	27,448	16	3	450	2	100	195,000 "	1150 "
					(1845)		(1838)			
Solothurn .	1839	206	12,980	10	10	550	3	150	162,000 "	1226 "
Uri . . .	1844	379	16,132	13	12	400	6	250	(1843) 60,000 "	500 "
Freiburg <sup>3)</sup>	1839	264	7,920	9	1	120	1	150	32,045 "	332 "
					(1844)		(1836)		(1840)	
Graubünden . . .	1843	—	—	—	—	—	—	—	53,250 "	588 "
Thurgau .	1844	254	16,637	20	9	135	—	—	49,600 "	550 "
									(1842)	
Valais . .	1842	—	—	—	—	—	—	—	21,105 "	260 "
Neuchâtel	1839	206	7,766	13	—	—	1	150	29,140 "	460 "
									(1843)	
Soleure . .	1844	150	10,300	15	8	200	2	100	54,880 "	820 "
Genève . .	1844	50	4,013	7 <sup>4)</sup>	5	600	2	282	151,225 "	2435 "
Baselst.	1839	77	7,636	18	4	250	—	—	33,750 "	794 "
					(1845)				(1844)	
Schaffhausen .	—	—	—	—	—	—	2	75	—	—
Appenzell A.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Appenzell O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baselst. . .	1842	—	8,325	20	2	85	—	—	—	—
<b>Summe</b>		<b>5063</b>	<b>315,345</b>						<b>2,361,495 Fr.</b>	

1) Diese Uebersicht ist zusammengestellt aus Francini (Bundesrath), neue Statistik der Schweiz, Bern, 1849. Ab. 2. S. 245—320. Die Kantone sind nach ihrer Einwohnerzahl geordnet.

2) Im Jahre 1852 gab es in Zürich 474 Primarschulen mit 48,251 Schülern, 48 Sekundarschulen und die Stadtschulen von Zürich und Winterthur mit 3970 Schülern, endlich die Kantonschule zu Zürich, welche Unter- und Obergymnasium und Unter- und Ober-Industrieschule umfaßt, mit 123 Schülern im untern, 54 im obern Gymnasium, 161 in der untern, 127 in der obern Industrieschule, zusammen 464. Der Staatsaufwand für den Unterricht vor 1852: 504,956 Fr., über 2000 Fr. auf je 1000 Einwohner.

3) Hier hatte P. Girard sich um die Elementarschulen durch Einführung eines verbesserten wechselseitigen Unterrichts große Verdienste erworben. Die Jesuiten, welche sich selbst der Sekundarschulen bemächtigt hatten, zerstörten sein Werk, und führten die *frères ignorants* ein. Nach ihrer Vertreibung, 1847, sind große Verbesserungen eingetreten.

4) Doch konnten in Genf 1843—1844 von 716 Jünglingen nur 15 weder lesen noch schreiben, und nur 2 bloß lesen. Francini a. a. O. S. 524.

Kanton.	Jahr	Privatunterricht.			Sekundarunterricht				Staatsaufwand	
		Schulen.	Schüler.	Schüler auf 100 Einwohner.	realistischer	humanistischer	Schulen.	Schüler.	für das Schulwesen.	auf 1000 Seelen.
Transport		5063	315,345		(1844)				2,361,495 Fr.	
Schaffhausen . . .	1839	77	5,000	16	—	—	1	80	13,275 Fr. (1836)	402 Fr.
Glarus . .	1844	29	6,362	20	2	130	—	—	—	—
Baselstadt	1844	25	2,400	9	3	255	2	564	111,000 „ (1842)	4615 „
Unterwalden . . .	1839	37	2,898	11	—	—	3	41	—	—
Zug, Uri, Appenz. Inner- rhoden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		5231	332,005						2,485,770 Fr.	

Berücksichtigt man, daß bei einzelnen Kantonen die Zahlenangaben fehlen, so darf man annehmen, daß die Schweiz mindestens 5500 Primarschulen, also eine auf etwa 450 Einwohner, besitzt, welche von 350,000 Schülern besucht werden, so daß durchschnittlich auf 7 Einwohner ein Schulkind kommt. Was den Unterricht selbst anlangt, so hat sich derselbe seit den dreißiger Jahren, mit Ausnahme einiger zurückgebliebenen katholischen Kantone, bedeutend gehoben, und erstreckt sich fast überall, neben den Elementen der Religion, des Lesens, Schreibens und Rechnens, auf Geschichte, Erdbeschreibung, Naturkunde und Zeichnen. Auch für Besoldung der Lehrer ist im Ganzen gehörig gesorgt, und Schulstellen unter 300 Fr. wird man mit Ausnahme von Luzern und Solothurn sehr selten finden. Zur Vorbildung der Lehrer existiren in den größeren Kantonen Seminarien oder Normal-schulen, in denen jährlich gegen 800 Lehrer (über 100 Lehrerinnen einbe-griffen) ihren Kursus machen.

Was den Sekundarunterricht, sowohl den realistischen, als den gelehrten anlangt, so läßt sich die Gesamtzahl der Schüler, welche denselben ge-nießen, auf 11,000 schätzen, so daß auf 215 Einwohner ein Sekundar-schüler zu rechnen ist. In Frankreich einer auf 500 Einwohner. Gymna-stische und militärische Uebungen, Turnfeste, Jugendfeste erzielen kräftige Aus-bildung des Körpers<sup>2)</sup>. Auch für Mädchen giebt es Sekundarschulen. Für den höhern Unterricht sind 3 Universitäten (Bern, Zürich, Basel) und 3 Akademien (Genf, Lausanne, Neuenburg) vorhanden, an denen 1844 182 Professoren und 959 Studenten gezählt wurden. Auch stehen schon die höhern Klassen vieler Kantonschulen auf der Stufe eines philosophi-schen Lyzeums, z. B. in Schaffhausen, Luzern, St. Gallen, Thur u. a. m.

1) Die exercirende Schuljugend führt in der Schweiz den Namen „Kabetten.“ Ihre Bewaffnung besteht in der Regel in leichten Flinten mit Bajonett und Seis-tengewehr. Doch haben sie auch Kanonen, in der Stadt Bern z. B. 4. Das Manoeuvriren im Feuer, welches jährlich ein oder zwei Mal wiederkehrt, gilt als eine der größten Jugendfeste.

Anstalten für Taube, Blinde und andere nicht Vollstinnige, für verwahrloste Kinder, Kleinkinderbewahranstalten giebt es mehrfach.

Das Unterrichtswesen bildet in den einzelnen Kantonen entweder ein eignes Departement der Kantonal-Regierung, oder es steht unter besondern Erziehungsräthen. Der Staatsaufwand dafür beläuft sich, wenn man die Ausgaben für Bibliotheken, Museen und Sammlungen, botanische Gärten und ähnliche Anstalten hinzurechnet, auf mehr als dritthalb Millionen Frs., welche sich mit 900,000 Fr. auf die Primarschulen, mit 300,000 Fr. auf die Seminarien, mit 600,000 Fr. auf die Sekundarschulen und 375,000 Fr. auf die Hochschulen vertheilen; für je tausend Seelen also durchschnittlich mehr als 1000 Fr., ein Aufwand, welcher allerdings dadurch erheblich erleichtert wird, daß in der Schweiz bedeutende Schulstiftungen und zinstragende Schulgüter vorhanden sind. Man schätzt dieselben auf 25 Millionen Franks. In Frankreich beträgt der Staatsaufwand für das Unterrichtswesen auf je 1000 Seelen kaum 500 Fr., in England 130 Fr. Der Aufwand der Gemeinden für das Schulwesen wird in der Schweiz allein für die Primarschulen auf 1,500,000 Fr. angeschlagen. Das Schulgeld in den Primarschulen, hinsichtlich dessen den Armen durch Wohlthätigkeitskassen zu Hülfe gekommen wird, ist jährlich auf 3 bis 6 Franks festgesetzt.<sup>1)</sup>

In Belgien bestimmt §. 17. der Verfassung v. 25. Febr. 1831:

Der Unterricht ist frei; jede vorgreifende Maßregel ist untersagt; die Unterdrückung von Vergehungen wird nur durch das Gesetz geordnet. Der öffentliche Unterricht, der auf Kosten des Staats erteilt werden soll, wird durch das Gesetz genauer bestimmt werden.

Die Unterrichtsfreiheit hat zur Folge gehabt, daß die Jugenderziehung zum großen Theil in die Hände des Klerus gefallen ist, welcher noch neuerdings in der Kammerstzung von 1850, das Streben zeigte, sich darin ein Monopol zu verschaffen. Faktisch haben übrigens bereits den sekundären Unterricht sich die Jesuiten mit allen Mitteln, namentlich durch Verleumdung der öffentlichen Schulen, ausschließlich anzueignen gesucht. Der Elementarunterricht befindet sich vielfach in den Händen der mit ihnen verbundenen „christlichen Schulbrüder.“ Das Unterrichtsgesetz v. 23. Sept. 1842 konnte hierin nichts ändern, da es die Gemeinden nur dann verpflichtet, eine Schule zu unterhalten, wenn nicht ausreichende Privatschulen da sind. Nur für Staats- und Gemeindeschulen existirt aber eine geregelte Staatsaufsicht. Im Jahre 1840 besaß Belgien 5189 Primarschulen mit 5320 Lehrern (Privatlehrer einbegriffen) und 453,381 Schülern beiderlei Geschlechts, also eine Schule auf 825, 1 Schüler auf 9 Einwohner;<sup>2)</sup> ferner 74 sekundäre Lehranstalten, als: 2 Athenäen, 2 Staatsnormalschulen, 33 von Priestern geleitete Anstalten, 8 kommunale Kollegien, 29 Privatkollegien; endlich 2 Staatshochschulen zu Lüttich und Gent, die freie Universität zu Brüssel und die katholische Universität des Klerus zu Löwen, zusammen mit 1500 Stu-

1) Außer den öffentlichen Anstalten zeichnet sich die Schweiz durch viele Privaterziehungsinstitute aus, welche zum Theil bis zum Eintritt in eine polytechnische Schule oder bis zur Universität vorbereiten. Die meist besuchten befinden sich am Genfer und Züricher See, zu Wabern bei Bern u. a. m. Ueber die frühere Hofwiler Anstalt s. S. 28.

2) 1818 auf 100 Einw. 10,62 Schüler. Im J. 1838 konnten von 5873 Soldaten aus der Provinz Brabant 3105 weder lesen noch schreiben. Nach einer andern Angabe wurden im J. 1846 gezählt: 4949 Elementarschulen mit 4531 Lehrern und 1516 Lehrerinnen. 618 Schulen wurden von geistlichen Körperschaften gehalten, namentlich von Nonnen. Die Laienschulen wurden besucht v. 209,343 Knaben, u. 146,217 Mädchen. Darunter erhielten unentgeltlichen Unterricht 141,643.

denten. Vor einer besondern Prüfungsjury haben sich Advokaten, Aerzte und öffentliche Lehrer über ihre Befähigung auszuweisen.

In Holland hat die revidirte Verfassung von 1848 die Unterrichtsfreiheit nicht so unbedingt hingestellt, wie in Belgien. Es heißt im 10. Hauptst., Art. 194 195.:

Von Obrigkeitwegen wird überall für genügenden öffentlichen Volksunterricht gesorgt. Das Unterrichtsgeben ist frei, jedoch unter Aufsicht der Obrigkeit, und, was den niedern und mittlern Unterricht betrifft, unter Gewähr der Bildung und Sittlichkeit der Lehrer.

Der König läßt über den Stand der hohen, mittlern und niedern Schulen jährlich einen ausführlichen Bericht an die Generalstaaten ergehen.

Holland hat 2872 niedere Schulen, darunter 117 Armenschulen und 630 Privatanstalten. Im J. 1845 gab es auf 100 Einwohner 12,75 Schüler, oder einen Schüler auf nicht ganz 8 Einwohner.<sup>1)</sup> Gymnasien und lateinische Schulen sind 68 vorhanden, 1841 von 1114 Zöglingen besucht, außerdem mehrere geistliche Seminarien (darunter 1 israelitisches) 2 Athenden, 3 Universitäten zu Leyden, Utrecht und Gröningen (1848 mit 1004 Studenten) und viele Fachschulen für Arzneiwissenschaft, Veterinärkunde, Handel, Schifffahrt und Militär. An Staatsauswand für die Schulen sind im Budget für 1850 514,305 fl. ausgeworfen, davon 248,275 für die Universitäten, 41,480 für die lateinischen Schulen und Gymnasien und 143,000 für die niedern Schulen.<sup>2)</sup>

Dänemark hat seinen Volksunterricht seit 1827 durch das Lankaster'sche System (S. 26) zu verbessern gesucht. Von den bestehenden 4095 Landschulen sind 2769 Lankasterschulen. Außerdem zählt man 607 Bürgerschulen (90 in Schleswig, 192 in Holstein, 6 in Lauenburg), 7 Lehrerseminare, an 30 Realschulen, 33 gelehrte Schulen und 2 Universitäten zu Kopenhagen und Kiel. Auch giebt es 1 theologisches Seminar, 2 Taubstummeninstitute, 1 polytechnische Schule, 1 Ritterakademie, 1 höhere Kriegsschule und 2 Kadetteninstitute.

Auch in Schweden und Norwegen sind viele der vorhandenen 2994 Volksschulen nach dem System des wechselseitigen Unterrichts eingerichtet. Im Norden ist die Schulbildung durch die Zerstreuung der dünnen Bevölkerung auf weite Strecken erschwert, ein Uebelstand dem durch die

---

1) 1835 zählte man 2190 niedere Schulen mit 304,459 Zöglingen. Wie mangelhaft zum Theil noch der Schulbesuch, zeigt folgende Uebersicht der Provinz Gelderland: Es waren

	Kinder von 6—12 Jahren:	Darunter gin- gen in die Schule:	Blieben ohne Schulunterricht:	Davon hätten das Schulgeld bezahlen kön- nen:
in den Städten	12,167	9,688	2,479	575
auf dem Lande	38,438	28,178	10,260	3,314
	50,605	37,886	12,739	3,889

Bei der Einschreibung für die Nationalmiliz zeigte sich in Geldern, daß von 100 Lesenden 75,77 lesen und schreiben, 5,14 allein lesen, und 19,09 weder lesen noch schreiben konnten. Vergl. Staatskundig en staathuis houdkundig Jaarboekje voor 1850, Amsterdam, Joh. Müller, S. 27.

2) a. a. O. S. 147, 148.

Gründung von ambulatorischen Schulen nur sehr dürftig abgeholfen werden konnte. Bürgerschulen giebt es 148, Seminarien 23, Gymnasien 19 (12 in Schweden, 7 in Norwegen), Universitäten 3, Upsala und Lund in Schweden und Christiania in Norwegen, 1845 zusammen mit 2705 Studenten. Auch an Fachschulen, namentlich Navigations- und Militärschulen fehlt es nicht.

In Rußland ist von Sorge für Volksbildung so wenig die Rede, daß ein gesetzliches Verbot v. 24. Mai 1837 für die Leibeigenen, also für die größere Hälfte der Bevölkerung existirt, mittlere oder höhere Schulen zu besuchen. Ueberhaupt werden, wenigstens in Polen, auf höhere Schulen nur Adliche zugelassen, und auf allen Schulen, von der Bürgerschule an bis zur Universität hinauf, herrscht militärische Disziplin, Kasernirung, Uniformzwang, welches Alles die Individualität ersticken und die Jugend zu blindem Gehorsam abrichten soll.<sup>1)</sup> Die Nachrichten, welche über Zahl und Zustand der Schulen veröffentlicht werden, sind unzuverlässig. Eine Uebersicht der unter der Leitung des „Ministers der Volksaufklärung“ stehenden Lehranstalten führt im J. 1846 folgende auf: 6 Universitäten, 11 Lyzeen, 83 Gymnasien, 452 Kreisschulen, 2093 Pfarrschulen, zusammen 3398 Lehranstalten mit 11,714 Lehrern und 192,480 Schülern. Daneben sollten nach einer Aufzählung aus dem Jahre 1838 unter andern Ressorts noch 7,122 Lehranstalten<sup>2)</sup> mit 494,862 Schülern existiren. Nach einer neueren Angabe aus dem Jahre 1846 waren insgesamt an öffentlichen Schulen vorhanden:

1) Als eine Probe russischer „Volksaufklärung“ mag ein Bruchstück aus dem für die polnischen Schulen zusammengetragenen, 1832 in Wilna getruckten Katechismus dienen. Dort heißt es:

Frage: Welche Pflichten legt die Religion uns, den demüthigen Unterthanen Er. Majestät des Kaisers von Rußland, gegen denselben auf?

Antwort: Göttliche Anbetung, Gehorsam, Treue, Zahlung der Abgaben, Dienste, Liebe und Gebet, deren Ganzes in den Worten „göttliche Verehrung und Treue“ begriffen ist.

Fr. Worin besteht diese göttliche Verehrung, und wie soll sie an den Tag gelegt werden?

Antw. Durch die unbedingteste Ehrfurcht in Worten, Bewegungen, Betragen, Gedanken und Handlungen.

Fr. Welche Bücher schreiben diese Pflichten vor?

Antwort. Das Neue und Alte Testament und besonders die Psalmen, das Evangelium und die Apostolischen Episteln.

Fr. Welche Beispiele bestätigen diese Lehre?

Antwort. Das Beispiel Jesu Christi selbst, welcher in Erfüllung seiner Pflicht als Unterthan des Römischen Kaisers lebte und starb, und sich ehrerbietig dem Urtheile unterwarf, welches ihn zum Tode verdamnte.

2) Diese Lehranstalten waren namentlich die geistlichen unter dem heiligen Synod (384 mit 60,830 Schülern), die katholischen und Armenschulen (1028 mit 75,830 Sch.), die Deutschen in Petersburg und in den Kolonien (361 mit 37,340 Sch.), die Israelitischen (3668 mit 194,400 Sch.), die muhamedanischen (565 mit 14,025 Sch.), Soldatenkinderschulen (175 mit 16,550 Sch.), weibliche Erziehungsanstalten der Kaiserin Maria u. a. m. (435 mit 55,558 Sch.), die Anstalten Finnlands, worunter 1 Univ. u. 3 Gymnasien (269 mit 12,754 Sch.), Kunst-, technische, Wegebau-, Ackerbau-, chirurg., pharmazeut., Militair-, Marineschulen u. a. (237 mit 27,570 Sch.). Faßt man diese Angaben zusammen, so würde sich die Summe aller Schüler und Studenten auf 687,342 belaufen, und es ließe sich unter Abrechnung der höhern Bildungsanstalten wenigstens 1 Schulkind auf 100 Einwohner annehmen. — Nach der allgem. Schulzeitung v. 6. Nov. 1831 (S. 1119) ging damals in Rußland unter 367 schulfähigen Kindern eines in die Schule, in Preußen unter 100: 1.



im eigentlichen Rußland . .	2143	Anstalten mit	115,272	Schülern,
im Königreich Polen <sup>1)</sup> . .	1375	„ „	80,547	„
unter den Israeliten . . . .	5367	„ „	69,464	„
<hr/>				
	8885	Anstalten mit	265,283	Schülern.

Nach der letztern Ziffer würde in Rußland auf 100 Einwohner noch kein einziger Schüler kommen. Erst auf 1000 Einwohner ließen sich etwa 4 Schüler annehmen.

Unter den höhern Unterrichtsanstalten sind außer den 6 russischen, 2 polnischen Universitäten und einer finnländischen, von denen jede mit einem militärischen Kurator versehen ist, noch eine kaiserliche Akademie der Wissenschaften und schönen Künste zu Petersburg, das höhere pädagogische Institut daselbst, das Kasarewtsche Institut für orientalische Sprachen zu Moskau, das Collège Richelieu in Odessa und viele Spezial- und Fachschulen, namentlich Militärschulen vorhanden, deren Lektionsverzeichnisse sehr reichhaltig ausgestattet sind.

In der Türkei ist zwar die Bildung im Ganzen auf den von den Arabern überlieferten Standpunkte stehen geblieben, aber es fehlt nicht an Unterrichtsanstalten. So waren allein in Konstantinopel und dessen Vorstädten schon bei dem Regierungsantritt des jetzigen Sultans 1653 Elementarschulen, 515 höhere Schulen und mehrere Ueberlieferungs- oder Leseschulen vorhanden. Allerdings stehen die meisten solcher Anstalten mit den Moscheen in Verbindung oder vertreten die Stelle derselben. Doch ist durch eine Verordnung v. 7. März 1845 die vom obersten Reichsrathe beantragte Bildung eines eigenen Erziehungs Rathes zeitweilig genehmigt worden.<sup>2)</sup>

Regelmäßiger organisiert ist das Unterrichtswesen in Griechenland, obschon zu umfassender Herstellung desselben Geld- und Lehrkräfte fehlen. Es gab 1845 280 Elementarschulen (darunter 30 Mädchenschulen) mit 18,000 Schülern,<sup>3)</sup> 34 hellenische Schulen mit 5000 Schülern, 5 Gymnasien zu Athen, Nauplia, Syra, Patras und Hydra und die Universität zu Athen mit 34 Professoren und 195 Studenten. Außerdem 1 Schullehrerseminar, 1 Gewerbschule, 1 Militärschule in Athen, 1 Marineschule in Chalkis. Nach der angegebenen Schülerzahl lassen sich auf 100 Einwohner

1) Nach der Gegenwart (Broch.) Bd. 2. S. 134, „das Polnische Volk seit der Revol. v. 1831“, existirten in Polen nur 14 Wojwodschafts-, 23 Vorbereitungs-, Gouvernements-, und 762 Elementarschulen, daneben 2 Schullehrerseminarien, 1 pädagogisch-agrarische Anstalt in Marimont, 1 polytechnische Schule, 1 Taubstummeninst., 4 Militärschulen und 3 höhere Lehranstalten. Die Lankasterschulen der Gutbesitzer wurden als gefährlich aufgehoben.

2) In den Vasallenstaaten der Türkei, Moldau, Wallachei und Serbien hat man in neuerer Zeit mehr für den Unterricht gethan. In Jassy wurde eine Akademie gegründet und das Basilianum für Rechtswissenschaft und Sprachen wieder hergestellt und mit einer Normalschule verbunden. Auch Volksschulen wurden angelegt. In der Walachei giebt es die Akademie St. Sava in Bukarest mit einem Gymnasium (18 Lehrer, 657 Schüler), die Centralschule in Krajowa (8 Lehrer, 317 Schüler), 18 Distrikts- u. Normalschulen mit 1732 Seminaristen, und 2107 Primärschulen nach Lankasters System mit 41,639 Schülern, etwa 2 Schulkinder auf 100 Einw. Auch eine Militärschule existirt in Bukarest. Serbien hat 1 Lyzeum (jurist. u. philos. Fakultät, 8 Lehrer, 100 Schüler), 4 Gymnasien mit 500, 1 Seminar mit 80, eine Gewerbeschule mit 60, 180 Elementarschulen mit 5300 Schülern, also 4—5 Schulkinder auf 1000 Einw. Gen.-hist.-statist. Almanach für 1848, S. 730, 732.

3) Nach einer andern Angabe waren regelmäßige Elementarschulen mit 15,000, unregelmäßige mit 10,000 Schülern vorhanden. Staatslexik. von Rotted und Welcker, „Griechenland“ Bd. 7. S. 179 der 1. Aufl.

3 bis 4 Schulkinder weſen, ein Verhältniß, bei welchem man annehmen muß, daß gegen  $\frac{1}{2}$  der Jugend ohne allen Schulunterricht bleiben. Auf dem Staatsbudget von 1837—1839 waren für Kultus und Unterricht 1,000 Dollars oder 182,750 fl. ausgeworfen, nach einer neuern Angabe für den Unterricht jährlich 110,000 Tblr. oder 412,500 Fr., was auf 1000 Einwohner einen Staatsertrag von 515 Fr. zum Schulweſen betragen würde.

Noch unvollkommener iſt für die Jugendergiehung in der Republik der ioniſchen Inſeln geſorgt, wo neben der Univerſität zu Corfu und 2 Gymnaſien nur 60 öffentliche Schulen mit etwa 3000 Schülern exiſtiren, ſo daß auf 100 Einwohner nicht viel mehr als ein Schulkind zu rechnen iſt.<sup>1)</sup>

Wie mangelhaft es auch noch nach den vorſtehenden Notizen in dem bei weitem größten Theile von Europa um die Jugendergiehung beſtellt iſt, ſo können ſich doch von allen übrigen Ländern der Erde nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihm an die Seite ſtellen. Daß Schulweſen iſt hier nicht Unionſangelegenheit,<sup>2)</sup> ſondern den einzelnen Staaten überlaſſen, von dieſen aber, obſchon der Privatthätigkeit freier Spielraum bleibt, als öffentliche Angelegenheit anerkannt. So beſtimmt die Verfaſſung von Pennſylvanien v. 28. Sept. 1776 Art. VII.:

§. 1. Die Geſetzgebung ſoll, ſobald es ſich ſchicklicher Weiſe thun läßt, durch ein Geſetz für die Errichtung von Schulen im ganzen Staat, in der Art angleiſch Fürſorge treffen, daß der Arme in denſelben unentgeltlich Unterricht erhalte.

§. 2. Künſte und Wiſſenſchaften ſollen durch eine oder mehrere hohe Schulen befördert werden.<sup>3)</sup>

In gleicher Weiſe ſchreibt, um ein neueres Beiſpiel zu geben, die Verfaſſung von Texas v. 27. Aug. 1845 vor:

#### **Art. X. von der Erziehung.**

§. 1. Da eine allgemeine Verbreitung von Kenntniſſen für die Erhaltung der Freiheit und der Rechte des Volkes weſentlich iſt<sup>4)</sup>, ſo ſoll es die Pflicht der Ge-

1) Gen.-hiſt.-Kat. Almanach 1848, S. 596. Nach einer andern Angabe ſollen 1834 7315 Kinder die Schulen beſucht haben, was 3—4 Schulkinder auf 100 Einw. ergeben würde.

2) Doch hat die Bundesregierung nicht nur in den ſeit dem Frieden mit England geerobeten Territorien weitläufige Grundſtücke an Kirchen und Schulen vergabt, ſondern auch in den Bezirken, welche Neubauern angewieſen wurden, für denſelben Zweck gewöhnlich eine Viertelmeile zurückbehalten. Obſelings Nordamerika VII. 431, I. 300. — Amerikanisches Magazin II. 117.

3) In Pennſylvanien wurden 1786 dem Schatzgut 60,000 Morgen Staats-Ländereien bewilligt. — In Neu-England mußte ſchon vor der Revolution jede Ortſchaft, wenn ſie 50 Haushaltungen ſtark war, eine Elementarſchule für Leſen, Schreiben, Rechnen und Muttersprache, und wenn ſie 100 Haushaltungen zählte, eine Lateiniſche Schule (grammar school) durch jährliche Steuerbeiträge unterhalten.

4) Ähnlich in der Verfaſſung von Maſſachuſetts: „Die allgemeine Verbreitung der Weiſheit und Kenntniſſe, ſowie der Jugend unter dem Volke, iſt für die Sicherheit ſeiner Rechte und Freiheiten durchaus nothwendig. — Daher fordert es die Pflicht der Geſetzgebung und jeder Obrigkeit, das Aufblühen der Wiſſenſchaften und aller Händelſchulen, vorzüglich der höhern Anſtalt in Cambridge, der Geſellſchaften für Aufnahme des Ackerbaus, Handels und Gewerbetreibenden, der Künſte und vaterländiſchen Naturgeſchichte kräftig zu unterſtützen, die Grundſätze der Humanität und des allgemeinen Wohlwollens, der öffentlichen und beſondern Menſchenfreundlichkeit, der Treue in Geſchäften, den Muth und Frohmuth des Volks, Gefühle für Geſelligkeit und Edelmann zu verbreiten und zu nähren.“



gesetzgebung dieses Staates sein, angemessene Verordnungen für die Unterstützung und Erhaltung öffentlicher Schulen zu treffen.

§. 2. Die gesetzgebende Behörde soll so bald wie möglich Freischulen im ganzen Staate errichten, und soll die Mittel für ihre Unterhaltung durch Besteuerung von Besitztum anschaffen; und es soll die Pflicht der gesetzgebenden Behörde sein, nicht weniger als ein Zehntel der jährlichen durch Besteuerung aufgebrachtten Staatseinkünfte als einen bleibenden Fonds der Unterstützung öffentlicher Schulen zu widmen; und kein Gesetz soll je gegeben werden, welches diesen Fonds zu andern Zwecken bestimmt; und bis dahin daß die gesetzgebende Behörde für die Errichtung von Schulen in den verschiedenen Distrikten des Staates gesorgt hat, soll der Fonds, der unterdessen entsteht, dem Staate zur Last geschrieben, und den Freischulen kreditirt werden.

§. 3. Alle Staatsländereien, mit welchen bis jetzt den öffentlichen Schulen der verschiedenen Kantons oder anderer politischen Distrikte eine Schenkung gemacht worden ist, oder später gemacht werden wird, sollen nicht als Lehen weggegeben oder veräußert, sondern nur verpachtet werden, für eine nicht längere Zeit als 20 Jahre, und auf eine Weise, welche die Gesetzgebung zu bestimmen für gut findet.

§. 4. Die verschiednen Kantons, welche bis jetzt ihren Antheil Land, welches zur Unterstützung von Schulen dienen soll, noch nicht erhalten haben; sollen zu demselben Quantum berechtigt sein, den der Kongreß der Republik Texas andern Kantons bewilligt hat. —

In sämtlichen Staaten Nordamerikas waren 1841 vorhanden: 173 Universitäten oder Kollege mit 16,233 Studenten, 3242 Akademien oder gelehrte Schulen mit 164,150 Schülern und 47,200 Privat- oder Elementarschulen mit 1,845,244 Schülern.<sup>1)</sup> Auf 100 Einwohner lassen sich also 9 Schüler rechnen. Die Besoldung der Lehrer, welche von der Milizpflicht frei sind, ist im Ganzen reichlicher als in Europa. So erhält in Cincinnati ein Schullehrer 400 Dollars, ein Unterlehrer 250, eine Lehrerin 216, eine Unterlehrerin 168.<sup>2)</sup>

In den übrigen Ländern Amerikas liegt das Unterrichtswesen noch völlig darnieder. In Mexiko z. B. können unter 7 Millionen Einwohnern etwa 700,000, und darunter nur 100,000 Männer, lesen. In Venezuela wurden 1841, nach dem Berichte der Generaldirektion des Unterrichts, die Schulen nur von dem 24. Theile der schulfähigen Jugend besucht. In ganz Brasilien gab es im Anfange der 40er Jahre erst 617 Volksschulen,<sup>3)</sup> obschon die Konstitution v. 1823 der Regierung die Sorge für die Jugend-erziehung anempfehlte.

In Asien, so weit nicht die englisch-ostindische Kompagnie es nützlich findet, ihre Beamten einzuschulen, herrscht völlige Stagnation. Auf den übrigen Welttheilen liegt tiefes Dunkel. Aber auch hier beginnt allmählig durch europäische Ansiedelungen, durch europäischen Verkehr ein Lichtschimmer einzudringen.

1) Auch unter den höhern Schulen giebt es viele Privatanstalten.

2) Diese Besoldungen wurden überdies in Cincinnati noch für ungenügend angesehen. Mich. Chevalier, lettres sur l'Amérique du Nord, Paris 1836 II. S. 51.

3) Gen.-hist.-stat. Almanach 1848, S. 759, 773, 792.

## Zweiter Abschnitt.

# Die Entwicklung des Unterrichtswesens in Preußen.

## Erstes Kapitel.

### Allgemeine Darstellung. 1)

Einer allgemeinen Darstellung der Entwicklung des Unterrichtswesens im Preussischen Staate stellen sich durch die Bildungswelt dieses Staates aus verschiedenen Länderteilen, die sich erst spät konsolidierten, Schwierigkeiten entgegen, und es wird nöthig, neben der allgemeinen Entwicklung eine Schilderung der provinziellen Schulzustände zu geben. Für eine solche ist das zweite Kapitel dieses Abschnitts bestimmt, während hier das Allgemeine, den ganzen Staat oder doch wenigstens dessen größern Theil umfassende vorausgeschickt wird.

Die Reformation wurde im Jahre 1539 durch Kurfürst Joachim II. Sektor in der Kurmark, und durch den Bruder desselben, Johann den Jüngern, schon drei Jahre früher in der Neumark eingeführt. Fast um dieselbe Zeit wandte sich ihr auch Albrecht von Brandenburg zu, nachdem er als Hochmeister von Preußen dieses Land durch den Erleiden von Krakau v. 8. April 1525 als ein weltliches, auf seine männlichen Nachkommen und Brüder vererbliches, von Polen zu Lehn gehendes Herzogthum erworben hatte.

Die Einwirkung der Reformation auf Verbesserung und Ordnung des Schulwesens machte sich bald bemerkbar. Johann Georg erließ kurze Zeit nach seinem Regierungsantritte, im Jahre 1579, eine Visitations- und Konsistorial-Ordnung, 2) in welcher hinsichtlich der Schulen sowohl das Aufsichtswesen, als auch die innere Einrichtung, der Unterricht, das Verhältniß der Lehrer, ausführlich geregelt war. Die Aufsichtsbehörden über das Schulwesen waren, wie damals überall, die Geistlichen, an der Spitze das Konsistorium. Von diesem heißt es:

In diesem Geistlichen Konsistorio sollen gewöhnlichen Rhen, Vier oder Fünf Personen, darunter fürnemlich unser General Superintendent ein Assessor sein sol, der wechse wir an seine Statt in seinem abwesen verordnen werden.

Unter die Aufgaben dieses Konsistoriums gehörte es, die Provinzen zu besuchen, und Kirchen- und Schul-Visitationen abzuhalten. Ein bestimmter Termin von 10 Jahren war festgesetzt, in welchem die Visitatoren durch das ganze Land kommen mußten. Als Visitatoren wurden in der Verordnung insbesondere bezeichnet:

Unser gemeiner Superintendent und einer aus unsern Consistorial: oder andern Rethen, desgleichen der Notarius, diese drei Personen sollen von Hofe ausgesendet werden.

Die Verordnung selbst erklärte aber die Visitationen durch den General-Superintendenten und seine Begleiter allein für unzulänglich, und bestimmte deshalb in einem besonderen Abschnitte:

1) Diese Darstellung ist im Wesentlichen bloß historisch, doch sind einzelne von den mitgetheilten ältern Gesetzen, auf welche im besondern Theile zurückgewiesen wird, zum Theil noch von praktischem Einflusse auf die Schulverfassung.

2) C. C. M. Th. I. S. 272. — Rebe, Ab. I. Abth. 3. S. 591 ff.

Von den Inspektoren so an stat der Superintendenten verordnet.

Als auch vnmöglich, das ein Superintendent auff alle Pfarrer, Kirchen und Schuldiener in vnsern Landen alleine sehen, vnd solch groß vnd schwer Amt ohne gehülffen verwalten könne, Sollen derwegen durch vnserre Visitatoren die Pfarrer in vnsern Hauptsteden jedes Orths, zu Inspektoren der nechst umbliegenden Flecke vnd Dörffer verordnet werden.

Diesen Inspektoren wurde die Pflicht auferlegt:

das sie alle Jar vngesährlich einmal zwischen Pfingsten vnd Johannis Baptistae, alle Pfarrer, Kirchendiener vnd Schulmeister, in ihrer Reut gelegen, Visittiren, ober an andre gelegene Orthe zu sich bescheiden, sie Examiniren, auch sie hören, was sie haben anzuzeigen ic.

Außerdem sollten sie bei den einzelnen Pfarrern über das Verhalten der Schulmeister genaue Erkundigung einziehen.

Was den Unterricht selbst anlangt, so geschieht in der Verordnung der Schulen auf Dörfern noch keine Erwähnung. Es heißt lediglich in dem Abschnitt:

Von den Rüstern.

Darnach sollen die Rüster auff den Dörffern, alle Sonntage nach Mittage, oder in der Wochen einmahl, mit Rath des Pfarrers, den Leuten, sonderlich aber den Kindern vnd Gefinde, den kleinen Catechismus Lutheri, wie der von worte zu worte begriffen, vnd in vnser Kirchenordnung Gedruckt, vnuerändert, fürlesen vnd bethen lehren, Auch nach gelegenheit umbher fragen, was sie daraus gelernt, beßgleichen sollen sie vor vnd nach verlesung vnd Repetierung des Catechismi, ihnen dem Jungen Volke, gute, Christliche Deutsche Psalmen vorsingen vnd lehren, vnd da Filial vorhanden, sollen sie solchs wechselsweise, einmahl in den Hauptpfarren, das andermahl in den Filialn, also halten, damit die Jugendt in allen Dörffern, dißfals nach notturfft unterwiesen, vnd ja nicht verseumet werden möge.

In den Städten dagegen gab es eingerichtete Schulen, und von diesen handeln die folgenden Abschnitte der Verordnung:

Von den Schulen, Auch Schulmeistern vnd ihren Gesellen.

Weil die Alten zu Forderung, der Christlichen Religion, gemeiniglich bei einer jeden Kirchen in Stedten, eine Schule verordnet vnd auffgerichtet, in welcher die Jugendt vnd Kinder, Nach dem sie dem HErrn Christo, durch die heilige Tauffe eingeliebet, in guten Künsten vnd dem Catechismo, auch wahren Religion seind unterwiesen worden, Ordnen vnd wollen wir, dz die Obrigkeiten jedes Orts, die Schulen ordentlich vnd notturfftig baven, Auch die Pfarrer vnd Prediger, öffentlich verkündigen vnd vermahnen sollen, das ein jeder seine Kinder, sobald sie nur alters halben dazu täglich, in die Schulen, den Gottlosen Müßiggang zu uermeiden, schicken, vnd sie in Gottesfurcht vnd guter Disziplin erziehen lassen sollen.

Vnd sollen die Schulmeister vnd ihre Gehülffen, nicht nach gunst, sondern wegen ihrer geschicklichkeit vnd täglichen Wandels, mit gemeinem einhelligem Rathe, vnd bewilligung der Pfarrer vnd Rethen in Stedten, angenommen vnd eingewiesen, Auch keiner hierüber eingedrungen werden.

Vnd weil die Schulmeister vnd ihre Gesellen, an statt der Eltern sein, sollen sie sich der Jugendt außs trewlichste annehmen, vnd sie im Catechismo, vnd sonst in guten Künsten mit fleisse Instituiren vnd wol lehren, Auch die Gesenge in der Kirchen, vermüge vnser Kirchenordnungen, zu gebühlicher Zeit mit fleisse halten vnd singen.

Vnd da wir auch berichtet sein, das die Schulmeister vnd ihre Gesellen, weil viel Arbeit zu Lesunge vnd Repetierung der Grammatica gehört, zu den Poeten vnd andern grossen lectionibus, die lustiger zu lesen sein, dann die Grammatica zu Repetirn ist, Eynen, Oder zwey, drey, auch wol vier Jar vber der Grammatica lesen, viel vnnöthig Comment, dabei dictirn, vnd also die Jugendt verseumen vnd verderben, Eintemahl sie nimmermehr recht Latino reden oder schreiben lernen können, wo sie in den Regulen grammatices, vugeübet, vnd ihnen dieselben zu rechter Zeit, nicht wol eingeildet werden.

Derhalben, damit diese vnd ander vnrichtigkeiten, verhütet bleiben mögen,

Sollen die Schulmeister und ihre Gesellen, disfalls, und auff die ganze Schulordnung, von dem Rathe und Pfarrer, in gelübte und pflichte genommen, und ihnen sonderlich mit eingebunden werden, unuerbroffen zu sein, mit den Knaben alle Tage, Grammaticam und Sintaxin zuüben, auch mit ihnen aus allen Lectionibus zu Decliniren, Coniugirn, und Constructiones zusuchen, und sie daneben fleissig gewöhnen, langsam, klar und unterscheidlich zulesen und zureden, Auch zu einer guten gemeinen leserlichen Schrift, die wol Distinguiert sey, Und in Summa, sie sollen mit höchstem fleisse dahin gerichtet sein, die Jugendt zu Gottes erkandtnuß und furcht, Auch zugleich in guten Freyen Künsten und Sitten, mit trewen fleisse zu erziehen, und zu unterweisen, das dadurch Gottes Ehre vermehret, Auch der Kirchen und Gemeine nuß gesucht werden möge.

Sie sollen auch mit den Knaben als Tyrannen nicht umbgehen, Sondern mit vernunft und maß, dieselbigen mit Ruthen, ohne verwundung oder Beschädigung ihres Leibes und gesundtheit züchtigen.

Und auff das die Jugendt zum fleisse mehr anreizung haben möge, sollen die Schulmeister, sie nach gelegenheit ihrer geschicklichkeit in Classes ordentlich theilen, Und zu zweien Monaten, ein jeden, nach dem er in der Lehre zu: oder abgenommen, herfürziehen oder zurückssetzen, Auch für allewege mit dem Pfarrer und dreyen aus dem Rathe oder Gemein, die es verstehen, was in jedem Classe vor Lectiones, die den Knaben, wegen ihres Alters und Verstande, nicht zu viel oder zu geringe zulesen sein, vergleichen, Und darinne, auch sonst in Kirchen Regiment und Gesungen, sollen sie der Pfarrer Rath leben, doch das vnserer Christlichen Kirchenachtung, indeme nichts zuwider fürgenommen werde.

Damit demselben auch also nachgesagt, und die Jugendt Christlich und wol möge Instituiert und fleissig in den Schulen gelesen werden, Sollen die Pfarrer auch zweyen des Raths, und zweyen aus der Gemeine, die Schulen alle Monath einmal Visitiren, die Knaben Examinirn, und gute acht darauff haben, das sie in den fürnemsten Stücken Christlicher Lehre, und Kirchen Gesungen, doch am meisten latinißch, wol geübet werden.

Also soll auch umb mehrers ansehens willen, alle viertel Jhar, ein Gemein Examen, der Knaben oder disputation, in Beysein des Pfarrers, Auch des Regierenden Burgermeisters, Stadtschreibers, und zwene des Raths, und eylicher aus der Gemein, so es verstehen, gehalten werden, Und darmit die Knaben mit größerm fleisse zu studieren, anreizung haben, und sich auff dz Examen oder disputation setzen, Auch dazu rüsten mögen, sollen etliche Groschen aus dem Gemeinen Kasten genommen, und denen so am besten im Examine respondirt, und sich gebessert haben, zur verehrung außgetheilet werden.

Auff das aber die Schulmeister und ihre Gehülffen, ihre billige unterhaltung haben mögen, Sollen die Bürger neben deme, das ihnen von vnsern Visitatorn, aus dem Gemeinen Kasten verordnet, nicht alleine von ihren Kindern das Precium oder Quartalgelt, unuerzüglich und trewlich entrichten, Sondern auch sonst nach vermögen, und nach eines jeden Orths gebrauch, Als wann die Schüler am Tage Martini oder Newen Jahrstage, umbsingen, den Schulpersonen, milde verehrungen mittheilen, und sonst gute forderungen erzeugen.

Und weil dann die erfahrung giebt, das die Schulmeister und ihre Gesellen, durch das Pandetieren, in Hochzeit und sonst, Die Jugendt nicht wenig verseumen, Soll ihnen hinfüro auff Hochzeiten zugehen, nicht gestattet, Sondern ihnen sonst vor ihre Mühe, das sie die Brautmesse und andere Gesenge, in der Kirchen bekellen, ettwann ein Orths oder ein halber Thaler, nach des Breutigams vermögen, gegeben werden.

Könnten aber die Schulmeister oder ihre Gesellen, iren angeborn Freunden zun Ehren, zur Hochzeit zukommen, mit fuge nicht abschlagen, sollen sie solches dem Pfarrer vermelden, und andere, die ihre Lectiones in des mitgewarten, bestellen und vermögen, und der Jugendt, deshalb spazieren zu gehen, nicht vrsach geben.

Wir seind auch berichtet, das die Schulgesellen, wann sie etwann vnlustig sein, oder zur Hochzeit und dem Sauffen nachgehen wollen, Sechs oder Sieben Junge Knaben, ihre Lectiones zugleich auffsagen lassen, Auch in Latin geben, und sonst trefflich vnfleissig sein, von deswegen mannicher Junger Knabe sehr verseumet wird, das er wol köndte in einem viertel Jhare, so viel lernen, das er sonst Zwey oder Drey Jhar vber zubringen muß, Oder die Eltern eigne Schulmeister und

Gesellen, wo sie anders ihre Kinder nicht wollen gar verfeumen lassen, mit großen schwerenunkosten, in ihren Häusern oder sonst zuhalten verursacht werden. Darumb wollen wir, daß die Pfarrer und Rath, darauff achtung geben, und sie ihres Ampts erinnern, oder desselbigen gänzlich entsetzen sollen.

Damit auch unter dem Gemeinen Man, Kirchen: und Schuldienern, unterschied sein, und einer vor dem andern erkandt werden möge, sollen sie sich hinsüro, aller leichtfertigen, kurzen zerhackten und zerschrittenen Kleidung, auch übermässigen verbremung, desselbigen enthalten.

Zu demie sollen sie hierin und sonst, ihren discipeln kein ergerliche Grempel geben, Sondern sich vor schampharen Worten und Thaten, in ihrer gegenwarth, mit fleisse Hüten, Auch ire Leben vund Sitten also anstellen, und dahin richten, daß die discipel in Gottfurchtigkeit und Tugenden, von ihnen können Anleitungen haben, in ansehung, daß die Jugendt gemeiniglich iren Praeceptorn, in ihren Wandel, Gott gebe der sey gut oder böse, pfleget zu folgen, in meinung, daß es ihnen also auch gebühre und wol anstehe.

Und weil es im Menschlichen freyten nicht stehet, solchs alles widder des Teufels Fallstricke aufzurichten, sollen die Praeceptores, Gott auff's fleissigste bitten, daß sie mögen dasjenige anrichten, was ihre Stand erfordert, und allewege bedenken, daß Gott und die Engel zusehen, wie sie die Jugendt erziehen.

Diese und andere nützliche Statuta, die zu Gottes Ehre, Erbar Sitten, Zucht und guten Gremkeln, dienstlich sein, und daß die Jugendt ehrlich zur Kirchen gehe, Predigt höre, nicht Gluche, Lasterlichen rede, Füllerei und Unzucht meide, gebührlliche Kleider, bis unter die Knie, nicht zerhacken oder sonst zu prechtig trage, und was mehr zu der Schulordnung gehörig und nötig, Werden unsere Visitatores neben dem Rathe, Pfarrer und Schulmeister, nach eines jeden Orts gelegenheit, mit hülffe des Allmechtigen, zumachen und anzurichten wissen.

#### Von den Discipeln.

Die Discipel sollen Gott aus grund ihres Herzens anrufen, daß er ihre studia dahin wolte richten, daß die mit der zeit, zu der Kirchen oder Gemeinen Nütze, gereichen möchten.

Darnach sollen sie ihre Praeceptores fürchten, Ehren, groß und werth halten, und alles guts von ihnen reden, ihre vermahnung und straffe gerne dulden, fleissig zur Schule gehen, ihre Lectiones offte Revertiren, und keinen Tag vergeblich und ohne Nuß und zunehmen, vorbei gehen lassen, Dergleichen sollen sie keine Erbare und gebremte Kleider, und keine Bluderhosen tragen, Auch Züchtig und Messig leben, und sich gegen ihren Eltern, Wirten, und sonst jedermanniglich sein eingezogen und Neuerenter halten.

Und weil die Schüler eintheils arme Gesellen sein, und keinen freyen Tisch haben, Sollen die Pfarrer die Leute in Predigten adhortiren, daß sie den Armen fleissigen Knaben, die vor den Thüren die Almosen suchen, mildiglich nach ihrem vermögen geben, Und die ander Müßiggenger, und Schulflüchtige Bettelbuben, hinweg weisen, in ansehung, daß dieselbigen alleine ihren Müttern und andern Weibern zutragen, die daheim Faulenzen, und solchs in Unzucht verzehren.

So seindt auch etliche Schüler, so auff den Schulen oder in andern Häusern liegen, die vor den Thüren ohne unterlaß Betteln, und wann sie was bekommen, desselbige des Abends verschwelgen, und doch dabei nichts Studiren, Allein daß sie des Bauchs, Unzucht und Vüberey wahrnehmen, Darumb sollen die Pfarrer und Caplane, jedes Orths darauf sehen, daß dieselbigen weggetrieben, und ihre Betteln abgeschafft werde, dann wann es von Bürgern erfahren, werden sie den Schülern zugeben unwillig, Und müssen also die frommen und fleissigen Knaben, solcher Müßiggenger entgelten.

#### Von der Jungfer Schulen.

Die Jungfrauen Schulen, seind sehr nützlich, und wol erdacht, Darumb sollen die Bürger ihre Töchter darinne Lesen, Schreiben, Bethen, und Christliche Gesenge lernen lassen, und zuerhaltung desselbigen Schulen, den Verwaltern ihren Lohn treulich und unuerzüglich geben.

So sollen auch die Rethen in Stedten, Sie nach gelegenheit, mit freyen Wohnungen und etlichen Holz versehen, und mit keinen Schossen belegen, Auch sonst ihnen alle mögliche forderung widerfahren lassen.

Im Ganzen verharrete das Unterrichtswesen in dem Zustande, welcher



aus den vorstehenden Bruchstücken der Visitation- und Konsistorialordnung von 1573 deutlich erhellt, noch lange Zeit. Die Verbesserungen, welche erfolgten, waren vereinzelt, doch geschah wenigstens hin und wieder Etwas. So stiftete derselbe Johann Georg im J. 1574 das Gymnasium zum grauen Kloster<sup>1)</sup>, und sein Nachfolger Joachim Friedrich 1607 das Joachimsthalsche Gymnasium in der Ufermark, welches später, unter dem großen Kurfürsten, nach Berlin verlegt wurde. Von diesem letztern erging auch eine B. v. 20. Mai 1662:

daß die Kirchen und Gemeinden allen Fleiß anwenden sollen, daß hin und wieder, sowohl in Dörfern, Flecken und Städten wohlbestellte Schulen angeordnet würden.

Auch erließ er eine Schulordnung v. 6. Aug. 1687, die indeß noch immer nur den Catechismus Lutheri, Deutsch und Latein als Lehrgegenstände kennt.<sup>2)</sup>

Saxwilschen war bereits unter Johann Sigismund auf dem Reichstage zu Barchau am 16. Nov. 1611 das Herzogthum Preußen mit der Mark vereinigt, und für ersteres vom großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm mittelst der Friedensschlüsse zu Weisau am 19. Sept. 1657 und zu Oliva von 1660 die unbedingte, von der Polnischen Lehnshoheit befreite Souveränität erlangt worden. Nur durch diese Erzungenschaft wurde es dem Sohne und Nachfolger Friedrich Wilhelms, Friedrich III., möglich, ein Königreich Preußen zu errichten, und damit den Anfang zu einer innern Verbindung, zu einer Centralisation der verschiedenen Brandenburgischen Länder zu geben.

Von diesem Zeitpunkte an entwickelt sich allmählig die allgemeine Gesetzgebung für den Preussischen Staat.

Hinsichtlich des Unterrichtswesens förderte Friedrich III., als König Friedrich I., vor Allem solche Anstalten, welche Ruhm und Glanz für den Stifter, wie für das Land, dem sie angehörten, verbreiten konnten. Er gründete die Akademie der Künstler und Maler, und unter Mitwirkung von Leibniz, des Lehrers der Königin Sophie Charlotte, die Akademie der Wissenschaften.<sup>3)</sup> Seine schon 1694 errichtete Universität Halle bereicherte er durch Vermehrung von Freistichen,<sup>4)</sup> sowie die Universität Frankfurt und

1) Visitation-Abscheidt wegen derer Kirch- und Schulen in Berlin, insbesondere auch von Stiftung der neuen Schule im Kloster. Freitags nach Jubilate 1574. (C. C. M. Th. 1. Abth. 2. S. 11.)

2) Vergl. diese unten Kap. II. sub VII. A. 1.

3) Diploma wegen Foundation der Societät derer Wissenschaften, samt derselben General-Instruction v. 11. Juli 1700. (C. C. M. Th. 6. Abth. 2. S. 9. — Rabe, Bd. 1. Abth. 1. S. 197.)

4) Verordnung wegen derer Frey-Tische zu Halle, und deren Vermehrung halber anzuordnenden Collecte v. 27. Aug. 1704 (C. C. M. Th. 1. Abth. 2. No. LXXVII.). Vor Halle waren in Preussischen Landen schon gestiftet 1508 die Universität zu Frankfurt, 1544 zu Königsberg, 1655 zu Duisburg. Aber schon Friedrich I. suchte dem großen Andränge zum Studiren vorzubeugen, und gab das Ed. wider den Mißbrauch des Studirens. Sub Signato Charlottenburg, den 25. Augusti 1708.

Nachdem bereits von vielen Zeiten her geklagt worden, daß die Studia in allen Facultäten dadurch in Abgang und fast in Verachtung gerathen, weil ein jeder, bis auf Handwerker und Bauern, seine Söhne, ohne Unterschied der Ingeniorum und Capacität, studiren, und auf Universitäten und hohen Schulen sumptibus publicis unterhalten lassen will, da doch dem gemeinen Wesen viel mehr daran gelegen, wann vergleichen zu denen Studiis unfähige Ingenia bey Manufacturen, Handwerkern und der Militz, ja gar bey dem Ackerbau nach eines

Inspektions-Ordnung, wonach der Inspector bei etwaiger Unordnung „zuerst privatim freundlich zu ermahnen,“ und nur, wenn dies nicht hilft, die Ermahnung im Beisein des Predigers und der Kirchen-Ältesten zu wiederholen und erst, wenn auch dies fruchtlos bleibt, dem Kirchen-Directorio Anzeige zu machen hat, und eben so am Schlusse der Verordnung: daß „der Inspector den Reformirten Kirchen, Schulen und Gemeinden, so seiner Aufsicht anvertrauet seynd, als ein Vater vorstehen“ solle.

Aber nicht bloß Pfarrer und geistliche Inspektoren, die ganze Gemeinde sollte das Unterrichtswesen überwachen, und sich öffentlich in den Parochialversammlungen über die vorhandenen Mängel desselben aussprechen. Hier- von handeln die nachstehenden §§. der Classica-Ordnung:

§. III. Der Prediger des Orts, an welchem Classis gehalten werden soll, verkündiget es des Sonntags nach der Frühe-Predigt zuvor, seiner Gemeind, daß Inspector und die Reformirte Prediger, und einige Ältesten dieser Class, auf den benannten Tag, an diesem Orth werden zusammen kommen, um sich mit einander zu berathschlagen, was zum besten der Reformirten Kirchen, Schulen und Gemeind, und zu Abstellung aller, etwa eingeschlichenen Fehler und Unordnungen, dienlich sein mag. Ein jeder, bevorab die Kirchen-Ältesten, Almosen-Vorsteher, und Schul-Bediente, mögen um diese Zeit sich zu Hauß halten, und auf gegebenes Glocken-Zeichen, sich in der Kirchen einfinden, auch Weib und Kinder zum Kirchgang ermahnen, dieweil ein jeder Kirchen-Älteste und Hauß-Vater über obiges würde befraget werden.

§. VI. . . . In der Ansprach eröffnet er (Inspector) die Ursach der dießmahligen Classica-Zusammenkunft, und meldet, daß wann die Kirchen-Ältesten, oder ein oder ander der Hauß-Väter, und Glieder der Gemeind, etwas zum Besten der Kirchen und Schulen des Orts wisse an die Hand zu geben, oder mit Wahrheits-Grund gegen den Prediger und Schul-Bediente, etwas zu klagen hätte, daß sie ihrem Amte, Krafft ihrer Bestallung, kein Genügen thäten, daß sie zu der Classica-Versammlung, die in des Predigers Hauß sein werde, kommen, und solches vor derselben bescheidentlich entdecken möchten.

§. IX. Die Schulen haben Inspector, Pastores und Deputirte Ältesten auch zu visitiren, und sich zu erkundigen, ob die Schulbediente ihrem Amte ein Genügen thun, auch sich Sonsten Christlich betragen. Mit der Jugend haben sie ein Examen in der Kirch, wie obgemeldet, und hernach auch in den Schulen vorzunehmen, und absonderlich darauf zu sehen, ob die Kinder in dem, zu Berlin recipirten Heydelbergischen Catechismo fleißig unterrichtet, wie dann, um der Uniformität Willen, keinem Prediger oder Schul-Diener zu gestatten, daß er einen andern, als obbesagten Catechismus tractire.

Demnächst folgt die, nach den Schlußworten „zu einem ewig wä- renden pragmatischen Gesetze“ erhobene Schul-Ordnung. Sie lautet:

#### Vierdtens

#### Eine Gymnasien- und Schul-Ordnung.

##### Nachfolgenden Inhalts:

§. I. Die Gymnasia und Lateinische Schulen, welche, wie das zu Berlin, Frankfurt an der Oder, und Halle, ihre Einrichtung bereits haben, seynd bei diesen ihren bisherigen Ordnungen und Typis lectionum zu lassen, und hat das Kirchen-Directorium auf deren Handhabung zu halten. Wofern aber Fehler oder Mängel eingeschlichen, oder inskünftige etwas zu verbessern vorfällt, seynd jene von ermeldtem Directorio abzustellen, und eine Verbesserung von demselben vorzunehmen. Die Gymnasia in den übrigen Städten und Provinzien seynd nach Anleitung obgedachter, so viel es thunlich, einzurichten, damit auch in diesem Stüd eine Conformität erhalten werde.

II. In Lateinischen und Teutschen Schulen soll hauptsächlich darauf gesehen werden, daß der Jugend die Furcht des Herrn, als der Weisheit Anfang, werde beygebracht, das sie vor allen Dingen Gott lernen lieben, dem Gebeth fleißig abwarten, auch in den Gründen des Christenthums, nach Anleitung, des, zu Berlin recipirten, Heydelbergischen Catechismi, fleißig unterrichtet werden; wie dann in Kirchen und Schulen kein anderer, als dieser Catechismus mit der Jugend zu trei-



II. In den obern Classen der Gymnasien wird das bisherige System Joh. Wollebii ferner tractirt. In allen Gymnasiis und Lateinischen Schulen müssen römische Schul-Bücher und Praecepta gebraucht werden, damit die Jugend, wann sie von einem Gymnasio in das andere kommt, mit neuen Büchern nicht beschweret, und also im Lauf der Studien gehindert, oder ihre gemacht werde. Dafern Kinder von einer andern Confession, die Reformirten Gymnasia und Schulen wolten frequentiren, so sollen sie nicht, gegen der Eltern Willen, genöthigt werden, den Reformirten Catechismum zu erlernen, sondern sie mögen in solcher Stunde, den Psalter Davids, oder geistliche Lieder, so sie zu Haus auswendig gelernt, hersagen.

III. Den Reformirten Inspector und Pastoren liegt absonderlich ob, die Eltern zu ermahnen, daß sie ihre Kinder, sobald es Altershalben geschehen kan, zu den Reformirten Schulen schicken, und nicht als mit Vorwissen des Predigers des Orts wieder herausnehmen, welcher ermessen soll, ob das Kind in Christenthum nothdürftig unterwiesen, und die Fundamenta der Christlichen Religion verstehe, darnebst fertig genug lesen, auch nothdürftig schreiben könne.

IV. Rector und übrige Docentes der Lateinischen, wie auch Cantores und Schulmeister der Teutschen Schulen, haben darauf zu halten, daß die Jugend fleißig den öffentlichen Gottes-Dienst besuche, sich zu dem Ende an Sonn- und Feyer-Tagen vor der Predigt in den Classen oder Schulen versammle, und also in guter Ordnung zur Kirch ein- und ausgehe: In der Kirch insonderheit sich still und züchtig betrage, dem Gesang mit gehöriger Andacht abwarte, und mitfinge; in während der Predigt und Gebeth, alles Geschwäges und Muthwillens sich entschlage, hingegen fleißig in all Wege aus der Predigt, etwas behalte, und in der nächsten Schul-Stunde es wieder auffrage und erzehle.

V. Müßen die zur Information bestimmte Stunden, fleißig beobachtet werden, darauf die Rectores bey den Gymnasien, und Pastores bey den übrigen Schulen kräftig zu halten: Sollten einem Docenten bey den Gymnasiis unvermeidliche Hindernungen vorkommen, so hätte er es dem Rectori zeitlich anzuzeigen, und zu sorgen, daß seine vices bestellet, und an der Jugend nichts versäümet werde. Dafern aber dieses verabsäümet würde, und ein oder der ander, gegen Verhoffen, in Haltung seiner Stunden fahrlässig wäre, auch sich an des Rectoris Erinnerung nicht wehre kehren, hat es dieser, dem Inspectori Classis, und wenn auch seine Correction nicht helfen will, der Inspector dem Kirchen-Directorio zu berichten. Der Anfang der Information geschieht mit Ablesung eines Capitels, aus der Heiligen Schrift, und dem Gebeth; der Schluß ebenfalls mit dem Gebeth. In den Gymnasiis müßen gewisse Stunden zu Erlernung der Vocal-Music, wo es noch nicht geschehen, angeordnet, und darauf fleißig gehalten werden. In den Teutschen Schulen muß der Anfang und Endigung der Information, vor und nach dem Gebeth, ein Psalm aus dem Lobwasser, und ein geistlich, in den Reformirten Kirchen üblich Lied, alternatim gesungen werden. Der Prediger jedes Orts hat dem Cantori und Schulmeister Anweisung zu geben, welche Psalmen und Lieder vor die Anfänger am leichtesten, auch in der Reformirten Kirch am meisten gebräuchlich, damit die Jugend hernach im öffentlichen Gottes-Dienst, dem Vorsinger, desto besser könne zu Hülffe kommen, und mitfingen.

VI. In Züchtigung der Jugend sollen die Informatores sich alles Polterns und unziemlicher Heftigkeit enthalten, und dagegen alle väterliche Bescheidenheit und Mäßigkeit gebrauchen, doch dergestalt, daß wegen der übermäßigen schädlichen Kindigkeit oder Verjärtelung der Jugend, keine Klagen fürkommen.

VII. Wann von dem Kirchen-Directorio selbst, oder in dessen Nahmen, die gewöhnliche Examina in den Gymnasiis, oder in den übrigen Schulen vom Inspector oder Prediger des Orts, bevorab auch in den Classical-Conventen, gedachte Examina gehalten, oder Gymnasia und Schulen visitiret werden, sollen sich Rectores und übrige Docentes nicht weigern, von allem, so in ihr Amt läuft, Rechenschaft zu geben, und fernere Weisung, wie es nöthig gefunden wird, anzunehmen.

VIII. Rector und Docentes haben auch bei Lateinischen und Teutschen Schulen wohl darauf zu sehen, daß sie selbst durch einen ordentlichen Christlichen Wandel, der Jugend ein gut Exempel geben.

IX. Es kan keiner von ihnen außer Land oder in eine andere Königliche Provinz reisen, ohne des Kirchen-Directorii Vorwissen und Consens; Fällt ihm aber ein Geschäft vor in der Nähe, so hat er sich vom Inspectore Classis Er-

laubniß auszubitten, welcher ihm dieselbe, wann der Pastor looi nichts dabei zu erinnern, zu ertheilen. Jedoch müssen dergleichen Reisen andern nicht, als in den gewöhnlichen Ferien, vorgenommen werden; es seyen dann gar wichtige Ursachen, um welcher willen, auch außer den Ferien, die Erlaubniß kann ertheilt werden.

X. Diese Puncten, und was sonst zum Besten der Reformirten Gymnasien, Lateinischen und Teutschen Schulen nöthig, wie auch fürnemlich, daß Rectores, Praeceptores, Cantores und Schul-Bediente, Sr. K. Maj., als ihrer höchsten Landes-Obrigkeit sollen treu und hold seyn, wie getreuen Unterthanen gegen ihre Obrigkeit gebühret und wohl anstchet, sich allen, - von Ihro, oder Vero in Wdt ruhenden Vorfahren publicirten und noch zu publicirenden Verordnungen und Decreten gehorsamlich unterwerffen, auch der Jugend allen, der höchsten Obrigkeit schuldigen Respect, Lieb und Furcht wohl einbilden, sodann daß sie ihren Eltern, hohen Befehlshabern, Predigern, und allen Vorgesetzten schulbige Ehrerbietung erweisen solle, wären ihrer Bestellung einzurücken, und daß

XI. Keiner von ihnen, seine Bedienung verlasse, er habe dann bei dem Kirchen-Directorio dessen Urlaub genommen, und seye von demselben seiner geleisteten Pflichten gebühlich dimittiret.

Als haben Wir diese Evangelisch-Reformirte Inspections-Presbiterial-Classical-Gymnasien- und Schulordnungen, nachdem Wir selbige reiflich erwegen lassen, wohlbedächtlich confirmiret, und zu einem ewig währenden pragmatischen Geseze, wornach alle Evangelisch-Reformirten Gemeinden und Prediger, in Unserem Königreich, Chur- und Mark-Brandenburg, auch übrigen Landen, sich allergehorsamst zu achten, festgesetzt und confirmiret. Urkundlich haben Wir diese Ordnungen mit Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unsers Kirchen-Directorii angehängten größeren Inseigel bekräftiget.

So geschehen und gegeben zu Berlin, den 24. Octobris 1713.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

M. E. v. Prinzen.

(Rabe, Bd. 1. Abth. 1. S. 333—337.)

Auch im Laufe seiner Regierung verlor Friedrich Wilhelm I. die Förderung des Unterrichtswesens nicht aus den Augen. So enthalten die §§. 25—27. der Instruktion v. 5. März 1715, „wornach die Superintendenten, Bröbste und Inspectores, der Chur-Mark Brandenburg, ein jeder in seinem Dioecesi, die Local-Visitation anzustellen und zu verrichten haben,“ geschärfte Vorschriften über die Beaufsichtigung der Schulen,<sup>1)</sup> das Edikt in 7 Punkten v. 29. Sept. 1736 verlangte überdies von den Inspektoren, daß sie alljährliche Kontuitenlisten über das Leben und Wirken der Schulmeister bei dem Konsistorium einreichen,<sup>2)</sup> während die Verordnungen v. 28. Sept. 1717<sup>3)</sup> und v. 29. Sept. 1736<sup>4)</sup> „daß die Eltern ihre Kinder fleißig zur Schule schicken sollen,“ schon einen strengen Schulzwang hinsichtlich der

1) C. C. M. Th. 1. Abth. 1. S. 513. — Rabe, Bd. 1. Abth. 1. S. 413 die angeführten §§. lauten:

§. 25. Es sollen hierauf Patroni, Pastor und die Gemeinden, auch wegen des Küsters und Schulmeisters befragt werden, ob sie auch zu ihrem Amte tüchtig, in der Information der Jugend fleißig und im Leben und Wandel unsträflich sein.

§. 26. Die Tüchtigen und Fleißigen sollen gelobet und zu weitem Fleiß angefrischet, die Unfleißige und Liederliche aber größern Fleiß anzuwenden und ihr Leben zu bessern ernstlich ermahnt, auch mit der Remotion gebräuet, die ganz Untüchtige aber mit Vorwissen des Consistorii ihres Dienstes entlassen, und Tüchtige an ihre Stelle, genommen werden.

§. 27. Der Visitor hat auch den Pastorem dahin anzuweisen, daß er die Schule fleißig und wenigstens einmal die Woche besuche, und auf des Schulmeisters Conduite, Fleiß und Methode ein wachsames Auge habe.

2) C. C. M. Th. 1. Abth. 1. S. 570.

3) C. C. M. Th. 1. Abth. 1. S. 527.

4) C. C. M. Th. 1. Abth. 2. S. 267. Nr. CXXXIX.



Pflicht gemacht wird, nur fähige Köpfe zum Studiren zuzulassen und mit Stipendien zu unterstützen, ein Befehl, welchen der König 18 Jahre später nochmals durch die Verordnung v. 15. Dec. 1736 „an die Inspectoren, daß

zur Besuchung der Kranken nehmen. In denen Häuser ihrer Wirths sollen die Studiosi mit den Kindern und Gefinde fleißig beten, und Catechismus Examina halten. 13) Endlich soll es mit Beförderung derer Candidatorum zu Kirch- und Schul-Ämtern folgendergestalt gehalten werden: Alle, die sowohl bei denen lateinischen, als auch teutschen Schulen zu Rectoren, Praeceptoribus, Rüstern und Schulmeistern zu bestellen, die sollen Patroni dem Consistorio oder dem General-Superintendenten sistiren, daß er dieselbe, jedoch gratis, examinire, und wenn sie wegen ihrer Tüchtigkeit ein Testimonium erhalten haben, so kann ihnen die Vocation ertheilet werden. Vor dem Tentamine, ohne welchem niemand zur Probe-Predigt zu admitiren, müssen die Candidati, welche zum Schul- oder Kirchen-Amt befördert werden, die Testimonia Academica vorlegen. 14) Die Examinatores in solchem Tentamine sollen ein jeder privatissimo den Candidatum nach seinem inwendigen Zustande prüfen: Ob er in der Gnade und lebendigen Glauben stehe? Was er hiezu vor Kennzeichen von sich geben könne? Wie er sein Leben von Jugend auf geführt? Wie er zu Gott bekehrt worden? Welche Specimina providentiae divinae er an sich erfahren? Wie er zu dem Amte komme? Ob bei ihm oder bei dem Patrono unlautere Absichten unterlaufen? Wie er das Amt im Predigen, Catechisiren und übrigen Verrichtungen zu führen und zu wandeln gedenke? Welche Bücher er gelesen und zu eigen habe? Ob er einige Mängel in Kirchen- und Schulsachen angemerkt, aber Mittel zur Verbesserung wisse? Ob er in seines vorigen Lebens halber Ansehung empfinde? Mit welchen frommen Christen, Gelehrten oder Predigern er bekannt sei? Da denn auch zu attendiren, wie es um die studia und übrige Amts-Tüchtigkeit stehe? und darauf soll ihm ein Testimonium ertheilet, und er zur Probe-Predigt von denen Patronen admittiret werden. 15) Wenn ein Candidatus die Vocation erhalten, und das Examen und Ordination verlangt, so soll er vor abgelegter Probe-Predigt sein Curriculum vitae in lateinischer Sprache verfassen, und die Documenta vitae et studiorum von Praeceptoribus, Praepositis und Professoribus beibringen, auch die gehaltene Probe-Predigt in Consistorio ad Acta legen. 16) Hat der Candidatus keine gute Testimonia und nicht gehörige Capacität, so wird er zurückgewiesen, bis er sich bessern, und Tüchtigkeit zum Amte bei ihm verhanden. 17) Vor oder nach dem Examine soll der Candidatus in Gegenwart eines Examinatoris einen Locum scripturae kurz, doch populariter vortragen, und solchen catechisando mit etlichen Kindern durchgehen, alles aber mit Gebet anfangen und beschließen. Das Examen soll in loco publico entweder im Consistorio oder in der Sacristey in Gegenwart aller Examinatorum, auch, wo möglich, eines Membri politici des Consistorii gehalten werden. 18) Einer der Examinatorum tractiret Theologiam, Theticam und Polemicam, ein anderer Exegeticam, ein anderer Moralem, Casuisticam, Pastoralem, oder Historiam Ecclesiasticam. 19) Examinatores müssen dem Candidato nicht suggeriren, auch im Examine nicht predigen, sondern allein bei den Fragen bleiben. 20) Kein Examinator muß mit dem andern disputiren. Durch dieses Examen sollen die Examinatores Erkundigung einziehen, ob der Candidatus die vornehmsten Articuli der christlichen Lehre, sonderlich auch von denen praktischen Materien die Theses recht inne habe, Analogiam fidei, auch Oeconomiam und Ordinem salutis wohl verstehe, desgleichen den Unterschied des Gesetzes und Evangelii. 21) Candidatus muß seinen Theses durch die Hauptsprache des Grund-Textes beweisen, den in der Hauptsprache liegenden Nachdruck eruiren. Ingleichen, wo in den symbolischen Büchern davon gehandelt werde: Ob er die Historiam sacram gefasset? Im studio biblico wohl vermindet sei? Die Summam und Scopum jedes Buches wisse, und ob er einen ihm vorgegebenen Text ex tempore analysiren, disponiren, nothdürftig erklären, und die Usus her ausziehen könne. 22) Endlich soll candidatus auf unterschiedliche Casus, die ad Officium pastorale und curam animarum gehören, befraget werden. 23) Candidatus, wenn er nicht zu Wittenberg studiret hat, wird nach überstan-

die Schulbedienten die Ingenia recht prüfen sollen“ in Erinnerung brachte.<sup>1)</sup>

Noch verschiedene andere, zur Hebung des Unterrichtswesens in dieser Periode erlassenen Gesetze werden im folgenden Kapitel bei der Darstellung der provinzialen Schulverfassungen aufgeführt<sup>2)</sup>; trotz dieser großen legislatorischen Thätigkeit aber blieben die Schulen, namentlich die Volksschulen sehr im Argen liegen. Für ihren damaligen Zustand ist es bezeichnend, wenn durch ein Patent v. 10. Nov. 1722<sup>3)</sup> bestimmt wird:

daß zu Rüstern und Schulmeistern aufm platten Lande, außer Schneidern, Leinwandwebern, Schmieden, Rademachern und Zimmerleuthen, sonst keine andern Handwerker angenommen werden sollen;

oder wenn noch unterm 17. Sept. 1738<sup>4)</sup> ein Rescript erging:

weder die herumlaufende Schneider und Füscher, auch das Hausiren, und daß aufm platten Lande, außer dem Rüstler und Schulmeister gar kein Schneider geduldet werden soll.

Auch in dem General-Schulen-Plan für das Königreich Preußen v. 30. Juli 1736 (vergl. Kap. 2.) heißt es:

§. 10. Ist der Schulmeister ein Handwerker, kann er sich schon ernähren; ist er leiner, wird ihm erlaubt, in der Grndte 6 Wochen auf Tagelohn zu gehen.

Andere Landschullehrer, als Handwerker oder Tagelöhner dachte man sich gar nicht.

Unter Friedrich dem Großen ist der Fortschritt auch im Schulwesen unverkennbar. Zunächst brachte er eine größere Einheit durch die Einrichtung eines Ober-Konsistoriums zu Wege, welches nach der für dasselbe gegebenen Instruktion<sup>5)</sup> die Aufsicht über alle Provinzial-Konsistorien zu führen und das gesamte geistliche und Schulpersonal zu überwachen hatte. In Betreff der Schulen insbesondere war bestimmt:

§. 7. Das Ober-Consistorium muß auch auf die Schulen, insonderheit in der Gbur-Markt, acht haben, damit dieselbe mit tüchtigen Schul-Meistern besetzt, und die Jugend wohl angeführet werde. Zu welchem Ende das Ober-Consistorium ein zulängliches Reglement sowohl vor die Provincial-Consistoria, als die Gbur-Markt projectiren muß, da dann zugleich reguliret werden soll, wie weit die adeliche Patroni und Beamten bey Bestellung derer Schulmeister und Rüstler concurriren müssen.

§. 14. Weil auch die Excesse derer Prediger, Schul-Bedienten und Candidaten, mehrentheils denen Justitz-Collegiis denunciiret, und von diesen untersucht und abgethan werden, folglich die Consistoria keine Nachricht davon erhalten, und

denem Examine ordiniret, in seiner Vocation confirmiret, auch von dem Praeposito unterrichtet, welcherley Edicta er in seinem Amte zu beobachten habe.

24) Diese Verordnung soll denen studiosis und Schülern alljährlich bekannt gemacht werden. Friedrich Wilhelm.

(Quidemann, Ordnung od. Sammlung derer in dem R. Pr. Hsth. Pommern u. Fürstenth. Ramin bis zu Ende des 1747. J. publicirten Edikten u. Strauff a. D. 1750, pag. 1165. — C. C. M. Th. I. Abth. 2. S. 230.)

1) C. C. M. Th. I. Abth. 2. S. 267. Nr. CXXXVIII.

2) A. B. die Principia regulativa für Ostpreußen vergl. Kap. II. sub I. A. 2.

3) C. C. M. Th. I. Abth. 1. S. 547.

4) C. C. M. Cont. 1. S. 181. Nr. XXXV. Auch eine Deklaration v. 2. Mai 1736 schrieb vor: daß die Dorff-Rüstler und Schulmeister, welche das Schneidewerk als Meister treiben, mehr nicht als zwei Gesellen halten, und keine andern als Bauernkleider verfertigen sollen. C. C. M. Th. 5. Abth. 2. Nr. LXXXIX.

5) Instruktion für das über alle Königl. Lande errichtete lutherische Ober-Konsistorium v. 4. Okt. 1750. C. C. M. Cont. IV. S. 291. — Rabe, Bd. 1. Abth. 2. S. 275.



daher von der übeln Conduite dergleichen Personen keine Wissenschaft haben; so müssen alle Provincial-Regierungen denen Consistoriis von denen gegen vorgemelte Personen angestellten Klagen und erfolgten Bescheiden sofort Nachricht geben, diese aber davon an das Ober-Consistorium berichten.

Weit mehr noch geschah aber für die innere Einrichtung des Schulwesens. Kaum war der 7jährige Krieg durch Friedensschlüsse von Paris und Hubertsburg v. 10. und 15 Febr. 1763 beendigt, als der König für die gesammte Monarchie das

General-Land-Schul-Reglement v. 12. Aug. 1763 publizierte. Dasselbe lautet vollständig:

Wir Friederich 2r. 2c.

Thun kund und fügen hiermit jedermänniglich zu wissen: Demnach Wir zu Unserm höchsten Mißfallen selbst wahrgenommen, daß das Schulwesen und die Erziehung der Jugend auf dem Lande bisher in äußersten Verfall gerathen und insonderheit durch die Unerfahrenheit der mehresten Rister und Schulmeister die jungen Leute auf den Dörfern in Unwissenheit und Dummheit auf wachsen: so ist Unser so wohlbedachter als ernster Wille, daß das Schulwesen auf dem Lande in allen unsern Provinzen auf einen bessern Fuß als bisher gewesen und verfaßt werden soll. Denn so angelegentlich Wir nach wieder hergestellter Ruhe und allgemeinem Frieden das wahre Wohlfeyn Unserer Länder in allen Ständen Uns zum Augenmerk machen: so nöthig und heilsam erachten Wir es auch zu seyn, den guten Grund dazu durch eine vernünftige sowol als christliche Unterweisung der Jugend zur wahren Gottesfurcht und andern nützlichen Dingen in den Schulen legen zu lassen. Diesemnach befehlen wir hierdurch und kraft dieses aus Höchsteigener Bewegung, Vorsorge und Landesväterlicher Gesinnung zum Besten Unserer gesamten Unterthanen, allen Regierungen, Consistoriis und übrigen Collegiis Unseres Landes, welche dazu ihres Ortes alles mögliche beytragen sollen, allergnädigst und ernstlich auf nachstehendes General-Land-Schul-Reglement feste zu halten und alles das künftige darnach einzurichten, damit der so höchstschädlichen und dem Christenthum unanständigen Unwissenheit vorgebeuet und abgeholfen werde, um auf die folgende Zeit in den Schulen geschicktere und bessere Unterthanen bilden und erziehen zu können.

§. 1. Zuförderst wollen Wir, daß alle Unsere Unterthanen, es mögen seyn Eltern, Vormünder oder Herrschaften, denen die Erziehung der Jugend obliegt, ihre eigene sowol als ihrer Pflege anvertraute Kinder, Knaben oder Mädchen, wo nicht eher doch höchstens vom Fünften Jahre ihres Alters in die Schule schicken, auch damit ordentlich bis ins Drenzehente und Bierzehente Jahr continuiren und sie so lange zur Schule halten sollen, bis sie nicht nur das Nöthigste vom Christenthum gefasset haben und fertig lesen und schreiben, sondern auch von demjenigen Red und Antwort geben können, was ihnen nach den von Unsern Consistoriis verordneten und approbirten Lehrbüchern beygebracht werden soll.

§. 2. Selbst diejenige Herrschaften, welchen wegen des Dienst-Zwanges und des in Preußen sogenannten Schaarwerks die Kinder der Unterthanen auf gewisse Jahre vorzüglich dienen müssen; werden hiemit alles Ernstes erinnert, nach ihrer Pflicht dahin Sorge zu tragen, daß solche Kinder nicht eher den Schulen entzogen werden, bevor sie im Lesen fertig, im Christenthum einen guten Grund gelegt, auch im Schreiben einen Anfang gemacht und darüber Zeugniß vom Prediger und Schulmeister denen Visitoribus vorgezeigt haben. Eltern und Vormünder müssen sich noch mehr und von selbst verpflichtet halten, ihre Kinder und Pflege-Kinder in den nöthigen Stücken genugsam und hinlänglich unterrichten zu lassen.

§. 3. Sollten einige Kinder entweder durch ihre eigene Fähigkeit oder durch den angewandten Fleiß des Schulmeisters vor dem Drenzehenten oder Bierzehenten Jahr es in den aufgegebenen Stücken beim Lernen ziemlich weit gebracht haben, so steht es doch nicht in der Eltern und Vormünder Willkühr, sie nach eigenem Gefallen aus der Schule zu nehmen und zu Hause zu behalten, sondern wenn Superintendenten, Praepositus oder Inspector nach Anzeige des Predigers und auf das Zeugniß des Schulmeisters die Profectus eines Kindes hinlänglich befindet, so soll derselbe deshalb ein ordentliches Dimissoriale, welches auf obgedachte Zeugnisse gegründet seyn muß, zu geben befugt seyn. Es müssen aber solche Kinder der



Wiederholungs-Stunde des Sonntags nicht nur bey dem Prediger in der Kirche, sondern auch bei dem Schulmeister in der Schule fleißig beywohnen.

§. 4. Weil an vielen Orten die Eltern ihre Kinder des Sommers nicht in die Schule schicken, unter dem Vorwand, daß sie das Vieh hüten müssen, so haben deshalb Unsere Beamten oder Gerichts-Obriheiten an den Orten, wo Dörfer oder Gemeinschaften sind, ehe die Kinder dadurch von der Schule abgehalten werden sollten, dahin zu sehen, daß so weit es möglich, ein eigener Vieh-Hirte hierzu möge bestellt werden. Wo aber, wie in Unsern Westphälischen Landen, in dem Wischer-Lande in der Alten-Mard, und an andern Orten die Häuser weitläufig auseinander und zerstreuet liegen und daher das Vieh an einem Orte nicht wohl zusammen getrieben und gehütet werden kann, soll ein Kind ums andere, wenn deren mehrere in einem Hause und der Nachbarschaft sind, täglich wechseln; oder sonst von den Birthen und Einwohnern der Dorfschaften solche Veranstaltung gemacht werden, daß jedes Kind dreyimal wöchentlich zur Schule komme, damit es dasjenige, so es im Winter gelernt, im Sommer nicht wiederum vergessen möge. An manchen Orten wird die Einrichtung füglich solchergestalt geschehen können, daß zwei Haufen der Kindern gemacht werden; davon der eine Haufe die drey ersten Tage in der Woche, der andere Haufe die drey letzten Tage in die Schule kommen müsse.

§. 5. Um aber wegen der Sommer- und Winter-Schulen etwas gewisses zu bestimmen, so wollen Wir, daß die Winter-Schulen an allen Wochen-Tagen Vormittags von 8 bis 11 und Nachmittags, den Mittwoch und Sonnabend ausgenommen, von 1 bis 4 gehalten werden sollen. Die Winter-Schule gehet von Michaelis bis Ostern unausgesetzt fort. Die Sommer-Schulen aber sollen nur des Vormittags oder nach den Umständen des Ortes Nachmittags in drey Stunden alle Tage der Woche gehalten werden. Um welche Stunden des Tages aber der Unterricht seinen Anfang nehmen soll, solches werden die Prediger, nach den Umständen ihres Ortes, bestens zu bestimmen und einzurichten wissen. Keine Ferien werden verstatet, sondern selbst in der Erndte müssen die Schulen auf vorgedachte Art gehalten werden: Doch mit dem Unterscheid, daß da im Winter auf jede Lection eine ganze Stunde, dagegen im Sommer nur eine halbe Stunde darauf gewendet werden soll.

Und da Uns nicht unbekannt, daß an manchen Orten die Beamte und Adelige Patronen rühmlichst dafür gesorget, daß die Sommer-Schulen, so wie die Winter-Schulen sowol Vor- als Nachmittags ordentlich gehalten werden, so wird durch gegenwärtige Verordnung solche löbliche Einrichtung weder abgeschaffet noch verändert, sondern es kann und soll dergleichen Christliche Sorgfalt für das Beste der Kinder billig andern zum Exempel der Nachfolge dienen.

§. 6. Des Sonntags soll außer der Catechisations- oder Wiederholungs-Stunde des Predigers in der Kirche auch vom Schulmeister eine Wiederholungs-Stunde in der Schule mit den noch unverheiratheten Personen im Dorf gehalten werden. Es sollen sich dieselbe theils im Lesen, theils im Schreiben, üben. Das Lesen geschieht in dem Neuen Testament oder einem andern erbaulichen Buche, und zur Uebung im Schreiben können ein Paar Sprüche oder die Epistel und das Evangelium genommen werden. An den Orten, wo der Schulmeister nicht zugleich Küster ist und die Filiale mit dem Prediger bereisen darf, soll der Schulmeister überdem gehalten seyn, entweder Vor- oder Nachmittags mit den Kindern in der Kirche zu singen, sie den Catechismus hersagen zu lassen und aus demselben und der Ordnung des Heils ihnen leichte Fragen zur Beantwortung vorzulegen. Sollte ein Küster und Schulmeister des Catechisirens noch nicht recht erfahren seyn, so muß der Prediger ihm dasjenige, was er catechisiren und fragen soll, nach den Lehrbüchern vorschreiben und aufgeben: damit auf solche Weise die Alten, welche mit gegenwärtig sein sollen, nebst den Kindern erbauet und in der Erkenntniß befördert werden mögen.

§. 7. Was das Schul-Geld betrifft, so soll für jedes Kind, bis es zum Lesen gebracht wird, im Winter Sechs Pfennige, wenn es aber zum Lesen gekommen, Neun Pfennige, und wenn es schreibt und rechnet Ein Groschen wöchentlich gegeben werden. In den Sommer-Monaten dagegen wird nur Zwey Drittheil von diesem angesetzten Schul-Gelde gereicht, so daß diejenige, welche Sechs Pfennige im Winter gegeben, nach dieser Proportion Vier, welche Neun Pfennige gegeben Sechs, und welche sonst Einen Groschen gegeben, nunmehr Acht Pfennige geben sollen. Ist etwa an ein und dem andern Orte ein mehrers an Schul-Geld zum

Besten der Schulmeister eingeführet, so hat es dabey auch ins künftige sein Bestehen.

§. 8. Wenn aber einige Eltern notorisch so arm wären, daß sie für ihre Kinder das erforderliche und gesetzte Schul-Geld nicht bezahlen könnten, oder die Kinder, welche keine Eltern mehr haben, wären nicht im Stande, das Schul-Geld zu entrichten, so müssen sie sich deshalb bey den Beamten, Patronen, Predigern und Kirchen-Vorstehern in so ferne dieselbe über die Kirchen-Mittel zu disponiren haben, melden: da denn, wenn kein anderer Weg vorhanden, entweder aus dem Klinge-Beutel, oder aus einer Armen- oder Dorf-Casse die Zahlung geschehen soll, damit den Schulmeistern an ihrem Unterhalt nichts abgehe, folglich dieselbe auch beydes armer und reicher Leute Kinder mit gleichem Fleiß und Treue unterrichten mögen.

§. 9. Es soll daher auch zu diesem Zweck jährlich an dem Michaelis Sonntage an jedem Orte auf dem Lande und in den Städten eine sogenannte Schul-Predigt gehalten werden, da man nach der besten Einsicht eine Materie, welche die Christliche Erziehung und Erbauung der Jugend betrifft, nach Anleitung des Fest-Evangelii oder eines andern dazu sich schickenden biblischen Textes aus dem Alten oder Neuen Testament erwählen und der Gemeinde faßlich vortragen kan. Nach dieser gehaltenen Predigt sollen auf geschähe Abkündigung und herzliche Ermahnung des Predigers zum Besten der Land-Schulen und insonderheit zum Ankauf der nöthigen Bücher in den Dorf-Schulen für arme Schul-Kinder in den Becken, oder durch den Klinge-Beutel oder nach eines Orts Gewohnheit auf eine andere Weise ein freywilliger Beytrag gesammelt werden: welcher denn mit den ordentlichen Quartal-Collecten-Geldern von den Superintendenten, Inspectoribus, Praepositis und Erz-Priestern gewissenhaft eingeschicket werden soll. Die Einsendung selbst aber geschieht an das Consistorium einer jeden Provinz, welches dafür sorgen wird, daß durch die Inspectores und Prediger dergleichen freye Bücher angeschaffet und mitgetheilet werden können.

§. 10. Da nun für den nöthigen Unterricht der Kinder bestens gesorget wird, so sollen diejenigen Eltern, Vormünder und andere, denen die Erziehung der Kinder obliegt, welche wider diese heilsame Verordnung ihre Angehörige nicht zur Schule schicken, dennoch für jedes Kind die gesetzte Zeit über, das gewöhnliche Schul-Geld, welches Vormünder in solchem Fall ihren Pflege-Kindern zu berechnen nicht befugt sind, den Schulmeistern entrichten, und wenn sie durch ernstliche Ermahnung des Predigers dazu nicht zu bringen seyn, daß sie die Kinder ordentlich zur Schule halten, so sollen sie dazu durch eines jeden Ortes Gerichts-Obrigkeit, wenn andere Mittel nicht helfen wollen, mit der Execution angestrenget werden. Wenn überdem bey der Schul-Visitation der Visitator in Erfahrung bringen sollt, daß Eltern ihre Kinder in dem vergangenen Jahre nicht fleißig zur Schule gehalten, so sollen sie dahin sehen, daß deshalb Sechszehen Groschen Straf-Gelder zur Schul-Cassa gegeben werden. Wir befehlen demnach hierdurch allen Unseren Beamten und Gerichts-Obriheiten ernstlich, auf die erste Anzeige des Schulmeisters, die Eltern, Vormünder, oder welchen die Kinder zugehören und in deren Brodt sie stehen, sofort vorzufordern und zu vernehmen, warum die Kinder vom Schulgehen zurückgehalten worden? Sollte sich nun nicht finden, daß dieselbe durch Krankheiten darin behindert worden, so müssen sie durch gehörige Zwangs-Mittel, wie vorherhin gedacht, die nöthige Remedur förderksamst verschaffen.

§. 11. Zu solchem Ende und hierauf desto genauer zu achten, sollen die Schulmeister sich nicht nur eine Designation von allen Kindern des Districts oder Dorfes, worinnen sie den Unterricht besorgen sollen, von den Predigern aus dem Kirchen-Register gehen lassen; damit sie wissen, welche Kinder von dem Alter sind, daß sie zur Schule müssen geschicket werden; sondern sie haben auch dahin zu sehen, daß sie sich, nebst dem monatlichen Verzeichniß der vorhandenen Schul-Kinder einen ordentlichen Schul-Catalogum halten, darinnen die Kinder nach folgenden Stücken eingetragen werden:

- 1) Nach ihrem Vor- und Zunamen. 2) Nach ihrem Alter. 3) Nach ihren Eltern. 4) Nach ihren Wohnungen. 5) Nach der Zeit, wenn sie in die Schule aufgenommen worden. 6) Nach den Lectionen, worinnen sie unterrichtet werden. 7) Nach ihrem Fleiß oder Nachlässigkeit im Lernen. 8) Nach dem Vermögen ihres Verstandes. 9) Nach den Sitten und übrigen Verhalten. 10) Nach ihrem Abgang aus der Schule.

Diesen Catalogum, den kein Kind lesen muß, läßt sich nicht nur der Visitator vor der jährlichen Schul-Visitation einschicken, sondern der Prediger läßt sich auch denselben bei dem wöchentlichen Besuch der Schule einhändigen, damit er die unartigen Kinder bemerken, auch eine Erinnerung zur Besserung thun und mit den Eltern deshalb reden könne, als wodurch der Leichtsinigkeit und Bosheit gesteuert werden kan.

Was aber vorgedachtes monatliches Verzeichniß der Kinder anbetriß, so ist davon eine in Kupfer gestochene und gedruckte Tabelle mit Linien nach allen Tagen des Monats durchzogen vorhanden, wornach sich die Schulmeister dergleichen verfertigen können. Hierinnen werden bloß die Namen der Kinder annotiret, welche der Schulmeister jederzeit zu Ende der Tages-Section ablieset und diejenige anmercket, welche mit oder ohne Erlaubniß ihrer Vorgesetzten fehlen. Das dienet den Kindern zum Fleiß und die Eltern, welche ihre Kinder unordentlich zur Schule schicken und doch wol sagen: unsere Kinder sind schon so viele Jahr in die Schule gegangen und haben nichts gelernt; können desto besser bedeutet werden, wie die Schuld davon nicht den Schulen und dem Schulmeister, sondern ihnen selbst beizumessen sey.

§. 12. Da es aber bey einer guten Schulverfassung vornehmlich auf einen rechtschaffenen Schulmeister ankömmt, so ist hienechst Unser so wol allergnädigster als erzllicher Wille, daß von allen und jeden, welche Schulmeister und Küster zu bestellen haben, darauf mit allem Fleiß gesehen werde, daß zu den Schulämtern auf dem Lande ins künftige recht tüchtige Leute gelangen mögen. Es muß aber ein Schulmeister nicht nur hinlängliche Geschicklichkeit haben, Kinder in den nöthigen Stücken zu unterrichten; sondern auch dahin trachten, daß er in seinem ganzen Verhalten ein Vorbild der Herde sey und mit seinem Wandel nicht wiederum niederreiße, was er durch seine Lehre gebauet hat. Daher sollen sich Schulmeister mehr als andere der wahren Gottseligkeit befließen und alles dasjenige verhüten, wodurch sie den Eltern und Kindern anstößig werden können. Vor allen Dingen müssen sie sich bekümmern um die rechte Erkenntniß Gottes und Christi: damit, wenn dadurch der Grund zum rechtschaffenen Wesen und wahrem Christenthum gelegt werden, sie ihr Amt vor Gott in der Nachfolge des Heilandes führen und also darinnen durch Fleiß und gutes Exempel die Kinder nicht nur auf das gegenwärtige Leben glücklich machen, sondern auch zur ewigen Seligkeit mit zubereiten mögen.

§. 13. Ob wir nun gleich die adliche und andere Patronen in ihren Rechten die Küster und Schulmeister zu erwählen und zu bestellen ungefränkt belassen wollen: so müssen doch alle Unsere Consistoria, durch die Superintendenten, Inspectores, Praepositos und Erzpriester, dahin sehen, daß weder ungeschickte und untüchtige noch auch ruchlose und einen bösen Wandel führende Küster und Schulmeister angesezet, oder wo sie angesezet worden, geduldet werden. Insonderheit ist dahin zu rechnen, wenn sie dem Trunk oder Diebstahl ergeben sind, Zänckerey in der Gemeine anrichten, sich widerspenstig und ungehorsam beweisen oder der Unzucht und Hurerey überführt werden. Wo sich dergleichen geäußert, ehe und bevor einer zum Schultienst angenommen worden: so wird er dadurch eo ipso unfähig, das Amt eines Lehrers in Schulen zu bekleiden; und Patroni müssen in diesem Fall ein anderes unbescholtenes Subjectum zum Examen schicken. Würde aber dergleichen erst wahrgenommen, wenn sie schon im Amt stehen, so soll nicht nur bei Einsendung der jährlichen Conduiten-Listen solches angemercket, sondern auch sofort an Unsere Consistoria berichtet werden, damit das Nöthige deshalb verordnet und fernern Vergerniß vorgebeuet werde: weil nach Befinden dergleichen anseßig lebende und ruchlose Schulmeister so fort cum effectu ab officio suspendiret und hiernächst auf gebührenden Process von den Gerichts-Obriegkeiten cassiret werden müssen. Es soll ihnen auch hiemit Wirthschaft zu halten, Bier und Brandwein in Gelagen zu verkaufen oder sich mit andern dergleichen Dingen zu bemengen, dadurch ihre Schul-Arbeit möchte verhindert oder der Gemeine und der Jugend zur Versündigung und Ausschweifung Anlaß gegeben werden, insbesondere der Besuch der Schenken und Krüge, auch andere bey Gastmahlen und sonst mit der Musique zu bedienen, bey heßer willkührlicher Strafe gänzlich verboten seyn.

§. 14. Es müssen aber überhaupt auf dem Lande keine Küster und Schulmeister ins Amt eingewiesen und angesezet werden, ehe und bevor sie von den Inspectoribus examiniret, im Examine tüchtig befunden und ihnen ein Zeugniß der Tüchtigkeit mitgegeben worden. Es soll auch kein Prediger befugt sein, einen als

Rüster und Schulmeister zur Kirchen- und Schul-Arbeit zu admittiren, wenn er nicht gedachtes Zeugniß des Examinis und daß er darinnen wohl bestanden, vorher beygebracht.

Was inzwischen Unsere eigene Land-Schulen bei den Amts-Städten und in den Amts-Dörfern anbelanget, so haben Wir in Unserer Chur-March schon hiebevorn die Verordnung ergehen lassen, wiederholen auch solche hiedurch so gnädig als ernstlich, daß keine zu Schulmeister und Rüster angenommen werden sollen, als welche in dem Chur-Märkischen Rüster- und Schul-Seminario zu Berlin eine zeitlang gewesen, und darinnen den Seiden-Bau sowol, als die vortheilhafte und bey den deutschen Schulen der Dreyfaltigkeits-Kirche eingeführte Methode des Schulhaltens gefasset haben. Und da Wir dem Ober-Consistorial-Rath und Prediger Feder besonders aufgetragen und allergnädigst anbefohlen haben, Unsere Land-Schulen in den Königlichen Aemtern mit guten Subjectis aus dem Seminario angelegentlich zu versorgen, so treten solche, wenn sie von gedachtem Unserm Ober-Consistorial-Rath mit einem Zeugniß der Tüchtigkeit der Königlichen Chur-Märkischen Krieges- und Domainen-Cammer zur Erhaltung ihrer ordentlichen Vocation praesentiret worden, das Amt dergestalt an, daß sie deshalb eine Probe-Lection in der Kirche singen und hiernächst eine Unterrichts- oder Lehr-Probe bey den Kindern in der Schule entweder in Gegenwart des Inspectoris oder in Beyseyn des Predigers und einiger Personen von der Gemeinde machen müssen: So bald demnach ein Rüster oder Schulmeister in einem Königlichen Chur-Märkischen Amts-Dorfe verstirbet, muß der Prediger solches mit dem specifiquen Ertrag der Stelle und ob eine Orgel vorhanden, dem Inspectori schriftlich bekant machen. Der Inspector berichtet deshalb sogleich an das Ober-Consistorium und erwartet, ob aus dem Chur-Märkischen Schulmeister-Seminario jemand verabsolget werden könne, oder ob ihm aufgegeben werde, mit Huziehung des Predigers, ohne einigen Anstand ein gutes Subjectum ausfindig zu machen und nach Berlin zur Untersuchung und Haltung der Probe-Lectionen hin zu schicken. Im Fall solcher Mensch nicht tüchtig befunden werden sollte, so muß derselbe entweder das Schulmeister-Seminarium auf eigene Beföhrigung so lange frequentiren, bis er das erforderliche Zeugniß der Tüchtigkeit erhalten hat: oder es muß ein anderes und besseres Subjectum in Vorschlag gebracht werden.

§. 15. Diesemnach müssen sich auf dem Lande sowol in den Flecken und Dörfern als auch in den Amts- und kleinen Land-Städten keine Personen des Schulhaltens anmassen, welche nicht als ordentliche Schulmeister auf vorge dachte Art den Beruf und die Freyheit zu informiren erhalten haben. Daher denn alle Windel-Schulen, sie mögen von Manns- oder Weibs-Personen gehalten werden, hiedurch bey Strafe gänzlich verboten seyn sollen. Unterdeffen bleibt es wohlhabenden Eltern nach wie vor erlaubt, für ihr Haus und Kinder Privat-Informatores zu halten, jedoch so, daß nicht anderer Leute Kinder, die noch nicht in höhern Wissenschaften unterrichtet werden können, von der ordentlichen Schule zurück gehalten und in dergleichen Privat-Unterricht hinein gezogen werden.

§. 16. So wenig einem Schulmeister erlaubt ist, unter der Schule die Schul-Kinder zu seiner Haus-Arbeit zu gebrauchen, so wenig soll er sich auch unterstehen, in den gewöhnlichen und angelegten Schul-Stunden seiner Hand-Arbeit oder andern Geschäften nachzugehen, oder seine Frau unterdeffen informiren zu lassen: welches jedoch alsdenn geschehen kan, wenn er zwar seine Schul-Stunden ordentlich abwartet, aber wegen Menge der Kinder sich bey den Kleinen durch dieselbe oder eine andere Person helfen läßt. Sollte er nun die Schul-Information entweder auf diese oder andere Weise versäumen, so muß ihm von dem Prediger deshalb nöthige Erinnerung geschehen. Würde er aber dennoch fortfahren in Unterrichtung der Jugend nachlässig zu seyn, so muß solches bey der Visitation dem Inspectori u. c. angezeigt werden, damit dergleichen Unordnung bestraftet werden könne.

§. 17. Was nun demnächst die Schul-Arbeit selbst anbelanget, so werden die Rüster und Schulmeister hiedurch vor allen Dingen ernstlich erinnert, sich jedesmal zur Information durch herzliches Gebet für sich, vorzubereiten, und von dem Geber aller guten Gaben zu ihren Verrichtungen und Berufs-Arbeit göttlichen Segen, Weisheit und Geduld zu erbitten. Insonderheit den HErrn ansehn, daß er ihnen ein väterlich gesinntes mit Ernst und Liebe temperirtes Herz gegen die anvertraute Kinder verleihe, damit sie alles willig und ohne Verdruß verrichten, was ihnen als Lehrern zu thun obliegt; eingedenk, daß sie ohne den göttlichen Beystand des



den Kinder-Freundes Jesu und seines Geistes nichts auszurichten vermögen, der Kinder Herzen nicht gewinnen können. Unter der Information selbst haben nicht weniger aus Herzens Grund zu seuffzen, damit sie nicht allein selbst ein gefasstes Gemüthe behalten, sondern auch, daß Gott ihren Fleiß segnen und ihrem Pflanzen und Begießen sein gnädiges Gedeihen von oben geben wolle, alles wahre Gute durch die Gnade Gottes und die Wirkung seines Geistes an Kindern muß gewirkt werden.

Nach haben sie auf allerhand Mittel zu denken, wie sie die Anfänger, inson-  
derr die da blöde und langsam sind, nicht abschrecken, sondern denselben vor al-  
andern die Sache leicht machen. Zu diesem Zweck müssen sie sich den dritten  
I des Berlinischen Schulbuches mit allem Fleiß bekannt machen, als in welchem  
Schulmeistern die Lehr-Art angewiesen wird, wornach das A, B, C, das Buch-  
sta, Lesen, Auswendig-Lernen und Catechisiren bey der Jugend vortheilhaft zu  
ist.

§. 18. Und da an guter Einrichtung der Schul-Sectionen gar vieles gelegen,  
den dazu Vormittags Drey Stunden und Nachmittags gleichfalls Drey Stun-  
den gewidmet werden, daß erstere von 8 bis 11, letztere aber von 1 bis  
zu halten: es wäre denn, daß nach den besondern Umständen eines Ortes  
Pädagog mit Inziehung der Kirchen-Vorsteher für bequemer finden möchte, die  
Vormittags früher anheben, oder Nachmittags später endigen zu lassen.  
bey aber einmal für allemal festgesetzt bleibet, daß Drey volle Stunden sowol  
als Nachmittage im Winter auf den Unterricht gewendet werden. Im Som-  
mer müssen daher ebenfalls Drey ganze Stunden entweder Vor- oder Nachmittag  
Information gewidmet seyn.

§. 19. Es wird demnach auf folgende Weise gehalten:

In der ersten Vormittags-Stunde wird

- 1) ein Lied gesungen, welches der Schulmeister langsam und deutlich vorsaget  
und darauf mit den gesamten Kindern nachsingt. Alle Monate aber wird  
nur ein Lied, welches von dem Prediger aufgegeben wird, und nicht zu  
lang oder unbekannt sein muß, erwählt und gesungen, damit es große und  
kleine durch das öftere Singen auswendig lernen. Unter dem Singen giebt  
der Lehrer genau acht, daß sie alle mitfingen. Dabey wird keinem Kinde  
erlanbet, bey dieser Arbeit sein Gesangbuch vor sich zu nehmen und aus  
demselben zu singen, weil solche nicht gehörig aufmerken, das Gesangbuch  
durchblättern und daher das Lied nicht lernen. Wollen sie aus dem Ge-  
sangbuch singen, so kann solches zu Hause geschehen.
- 2) Nach dem Gesang wird gebetet. Das Gebet aber verrichtet der Schulmei-  
ster entweder selbst, oder läßt ein Morgengebet, welches vorgeschrieben  
werden soll, und sich für Schul-Kinder schicket, von einem fertigen Lese-  
Kinde langsam und deutlich vorlesen: dabey denn alle übrige Kinder still  
sitzen und zuhören müssen. Darnach beten sie alle zugleich, doch andächtig  
und vor Gott ihre auswendig gelernte Gebets-Formeln: Ein Knabe liest  
langsam, deutlich und laut den monatlichen Psalm und darauf wird geschlos-  
sen mit dem Gebet des Herrn. Wenn unter dem Gebet Kinder zur Schule  
kommen, so bleiben selbige an der Thür so lange stehen, bis das Gebet ver-  
richtet ist, weil sonst die übrigen gestört werden.
- 3) Nach dem Gebete wird ein Stück aus dem Catechismo, welches in der Ord-  
nung folget, erklärt, und zwar so kurz, daß alle Sechs Wochen der Cate-  
chismus zu Ende gebracht werde. Bey dieser Arbeit wird es so gehalten:  
Das Stück, welches zu erklären, muß von einigen Kindern so lange her-  
gesagt werden, bis es den meisten wohl bekant worden. Hernach werden  
anfänglich die Worte und darauf die Sache welche in den Worten lieget,  
fragweise erläutert und mit Sprüchen aus der Heil. Schrift bestätigt.  
Endlich wird auch gewiesen, wie die Kinder die angehörte Wahrheit im Le-  
ben anwenden sollen. Bey den kleinern Kindern wird zu diesem Zweck der  
zergliederte Catechismus; bei den größern aber der erklärte Catechismus von  
den Predigern sowol als Schulmeistern gebraucht.

der andern Vormittags-Stunde wird das Lesen, Buchstabiren und das A, B, C,  
vorgenommen.

- 1) In der ersten halben Stunde lesen die fertigen Lese-Kinder ein und ander  
Capitel aus dem Neuen Testament, oder der Bibel, bald alle zugleich, bald

eine gewisse Anzahl, bald fährt einer und der andere alleine fort, welchen der Schulmeister dazu auffordert, damit sie in beständiger Aufmerksamkeit erhalten werden. Bald buchstabiren sie alle zugleich, bald muß einer und der andere im Buchstabiren fortfahren.

- 2) In der andern halben Stunde buchstabiren die eigentlichen Buchstabir-Kinder, bald zusammen, bald einer alleine. Zuletzt wird ein Wort an die Tafel geschrieben und dabey dasjenige wiederholet, was zum Buchstabiren und Lesen nöthig ist. Unter dieser Arbeit werden die Größern im Aufschlagen sowol der Sprüche in der Bibel als der Lieder im Gesang-Buche geübet, lernen ihre Wochen-Sprüche und machen sich auch zuweilen die Namen der Biblischen Bücher, wie sie auf einander folgen, bekant, damit sie im Aufschlagen desto fertiger werden.

- 3) Die A B C Schüler stehen oder sitzen in dieser Stunde mit ihrem A B C Täfelchen vor der größern Tafel, lernen täglich etwa Zwey Buchstaben und zwar außer der Reihe. Sie werden vom Schulmeister zum öftern unter dem Lesen und Buchstabiren der übrigen Kinder aufgefordert, ihre beyde Buchstaben herzusagen und auf ihrem Täfelchen zu zeigen. So bald sie die Buchstaben kennen, werden sie gleich zum Buchstabiren angeführt.

In der Dritten Vormittags-Stunde wird geschrieben und buchstabiret, imgleichen werden die Buchstaben gelernt.

- 1) Die größern Kinder schreiben in der ersten halben Stunde und in der andern halben Stunde wird ihnen ihre Arbeit corrigiret. Und damit kein Kind in der Correctur übergangen werde, so hält sich der Schulmeister ein Verzeichniß von den Schreibe-Kindern, welche nach der Ordnung ihre Schreib-Bücher aufweisen und wo er den vorigen Tag aufgehört, da fängt er den folgenden Tag wieder an: damit auf solche Art ein jedes Kind wöchentlich etliche mal zur Correctur komme. Wobey noch dieses besonders zu bemerken, daß jederzeit die linke Seite des Papiers im Schreibe-Buch corrigiret werden muß: Hergegen muß der Schüler auf der rechten Seite des Schreibe-Buches eben das Pensum, so zur Linken hingeschrieben war, wieder schreiben, dergestalt, daß er dasjenige, was der Schulmeister zur Linken corrigiret hatte, nunmehr, da er dasselbe abermal schreibet, auch nach der geschehenen Correctur verbessere.

- 2) Die Buchstabirer und A B C Schüler werden in der Zeit, da die Größern schreiben, dergestalt vorgenommen, daß jene im Buchstabiren exerciret und ihnen die Lese-Regeln bekant gemacht werden; diesen aber der Unterschied der lauten und stummen Buchstaben beygebracht wird. Unter dem Corrigiren der Größern werden ihnen ein und das andere mal die Wochen-Sprüche vorgesaget. Gegen das Ende der Dritten Vormittags-Stunde werden die Kinder zum Gebet ermuntert, und wenn der Schulmeister solches verrichtet, auch noch den monatlichen Psalm oder etwas aus dem monatlichen Liede vorgelesen, so werden die Kinder aus der Schule in der Stille nach Hause dimittiret. Der Schulmeister siehet ihnen nach, wie sie sich auf dem Wege betragen, damit sie nicht durch Leichtsinigkeit und Bosheit in den Wind schlagen, was ihnen mit vieler Mühe beygebracht worden.

In der ersten Nachmittags-Stunde versammeln sich die Kinder unter Aufsicht des Schulmeisters und nachdem einige Verse gesungen und der monatliche Psalm gelesen, so wird ihnen der Inhalt der Biblischen Bücher beygebracht und abwechselnd das Lehr-Büchlein zum Unterricht der Kinder auf dem Lande vorgenommen.

In der andern Nachmittagsstunde lernen sie abwechselnd mit der Christlichen Lehr im Zusammenhange nach der Ordnung des Heils in der ersten halben Stunde ein Stück aus dem Catechismo, welches in der Ordnung folget; bis kan nach der in dem Dritten Theil des Berlinischen Lese-Buchs angezeigten Methode durch Umschreibung der Anfangs-Buchstaben geschehen, oder auch auf folgende Art und Weise:

- 1) Der Schulmeister liest ihnen das Stück, welches sie auswendig lernen sollen, einige mal nach einander langsam und deutlich vor; dabey die Lese-Kinder ihren Catechismum aufgeschlagen haben und still nachlesen. Darauf müssen die Lese-Kinder alle zugleich eben das Stück etliche mal herlesen, dabey die mittlere und kleine Kinder still sitzen und jenen zuhören.



2) Wenn solches geschehen, so sagt der Schulmeister ein Comma nach dem andern von dem auswendig zu lernenden Stücke, den Kindern vor, läßt es nachsprechen und wiederholet es so lange, bis sie es wissen. Alsdenn gehet er weiter. Auf diese Weise wird es gehalten mit den verbis biblicis des Catechismi: denn diese lernen alle Schul-Kinder zugleich. Was aber die Auslegung Lutheri im Catechismo betrifft, so wird dieselbe von den größern Kindern alleine durch öfteres Herlesen gelernt. Die mittlern aber und die Kleinen sitzen inzwischen stille and hören hiebey nur aufmerksam zu. Haben nun die Großen das Pensum etliche mal zugleich hergelesen, so ruft der Schulmeister bald diesen bald jenen auf, läßt ihn das gelesene Stück hersagen, and siehet also zu, ob und wie sie es gefasset haben?

3) Endlich sagt ein jeder Hauße seinen Wochen-Spruch her, nemlich die Großen einen etwas weitläufigen, die Mittlern einen mittelmäßigen und die Kleinen einen ganz kurzen. Auf diese Art lernen die Kinder wöchentlich ein Stück aus dem Catechismo und der Christlichen Lehre im Zusammenhang, ungleichen Drey Sprüche, auch monatlich sowol einen Psalm als ein Lied.

In der andern halben Stunde lesen die Größern, buchstabiren die Mittlern und die Kleinen lernen die Buchstaben, wie oben gezeigt worden.

In der dritten und letzten Nachmittags-Stunde wird theils geschrieben, theils gerechnet: unter welcher Arbeit die Mittlern im Buchstabiren und die Kleinen im ABC geübet werden. Auf diese Weise wird die Arbeit täglich verrichtet.

Am Sonnabend wird Vormittags folgendes vorgenommen: In der ersten Stunde wird nicht catechisirt, wie an den übrigen Tagen geschieht: sondern die Kinder wiederholen die gelernte Sprüche, Psalmen und Lieder, wovon sich der Schulmeister ein Verzeichniß halten muß. Darnach erzehlet er ihnen von Woche zu Woche abwechselnd aus dem Alten und Neuen Testament eine Biblische Historie, vergliebert dieselbe durch Fragen und zeigt den Kindern mit wenigen, wie solche anzuwenden. Bey den Größern kann er die Biblische Charte und deren Erklärung zu desto besserem Verständniß der heiligen Schrift gebrauchen. Darnach fahren die Leser nicht fort in der Bibel oder im Neuen Testament zu lesen, sondern sie lesen theils das Evangelium, theils die Epistel, welche den folgenden Sonntag erkläret wird. Ferner schreiben sie etwas an die Tafel, welches ihnen der Schulmeister nach der Orthographie corrigiret. Beym Beschluß der Schule werden die Kinder herzlich ermahnet, den Sonntag wohl anzuwenden, in der Kirche sich still und andächtig zu beweisen und Gottes Wort zu ihrem Heil zu hören und zu behalten.

Der Schulmeister muß in allen obgedachten Stunden die ganze Zeit über beständig bey den Kindern gegenwärtig seyn; niemahls aber Eine Stunde, geschweige den ganzen oder halben Tag, aus der Schule bleiben, vielweniger ohne Vorwissen des Pastoris und der Obern Erlaubniß ausreisen. In welchem Fall er jedesmal zeitig dahin sorgen muß, daß durch einen andern seine Schul-Arbeit decket und indessen an der Jugend nichts versäümet werde.

Wenn in den größern Flecken oder Königl. Amts-Städten mehr als ein Doctus vorhanden, so muß die bisherige Einrichtung der Lectionum und ob mehr als eine Schul-Stube vorhanden an Unsere Provincial-Consistoria von den Inspectoribus und Pastoribus berichtet werden, da denn nach eines jeden Ortes Umstände die Formation reguliret werden soll.

§. 20. Da aber das Land bisher mit allerhand Lehrbüchern, insonderheit Klärungen des Catechismi und sogenannten Ordnungen des Heils überschwemmet worden, indem ein jeder Prediger nach eigenem Gefallen die Unterrichtsbücher erzehlet oder dergleichen selbst gemacht und drucken lassen; wodurch jedoch die Kinder, besonders wenn die Eltern den Ort ihrer Wohnung verändert haben, im Lernen sehr confundiret worden: so wollen Wir, daß ins künftige in allen Land-Schulen sowol wo Wir selbst die Jura Patronatus haben, als auch wo Adelige oder Magistrate und andere Personen Patroni sind, keine andere Lehrbücher in den Land-Schulen und bey den Catechisationen, als die von Unsern Consistoriis verordnet und approbiret worden, sollen gebraucht werden. Dahin gehören nach Ausgebung der Umstände auf dem Lande und in den Amts-Städten das Neue Testament, die Gebets-Uebung genannt, darinnen nicht nur die Eintheilung eines jeden Buchs befindlich, sondern auch der Haupt-Inhalt eines jeden Capitels in ein Gebet verfaßt ist, um der Jugend an die Hand zu geben, wie sie die aus dem

Worte Gottes gelesene Wahrheiten in ein Gebet fassen und darüber Gott anrufen sollen. Hiernächst die Hallische oder Berlinische Bibel, welche in den Parallelen sowol als Paginis übereinkommen; ferner der zergliederte sowol als der erklärte Catechismus Lutheri; der Inhalt der Biblischen Bücher; die Christliche Lehre im Zusammenhang; das Berlinische Buchstaben- und Lesebuch; das Allgemeine von Gott, von der Welt und dem Menschen, und das Lehrbüchlein zum Unterricht der Kinder auf dem Lande in allerhand nöthigen und nützlichen Dingen.

§. 21. Diefemnach sollen nicht nur einerley Bücher in der Schule gebraucht werden, sondern die Prediger und Schulmeister müssen auch besonders dahin sehen, daß ein jedes Kind sein eigenes Buch habe, so daß nicht eines bey dem andern ins Buch einsehen darf. Wenn den armen Kindern aus den Kirchen-Mitteln oder aus einer andern Gemein-Casse Bücher frey angeschafft werden, so brauchen sie dieselben zwar in der Schule: es wird ihnen aber nicht erlaubt, solche mit nach Hause zu nehmen, sondern der Schulmeister nimt sie bey dem Schluß der Schul-Stunden in seine Bewahrung und muß darüber ein Inventarium gehalten werden, so daß sie beständig bey der Schule verbleiben.

§. 22. Die Disciplin muß weislich geschehen: so daß den Kindern die Eigenliebe als die Quelle aller Sünden entdecket und ihre Abscheulichkeit gewiesen, der Eigensinn oder Eigenwille mit Fleiß gebrochen, auch das Lügen, Schimpfen, Ungehorsam, Zorn, Zank, Schlägerey &c. ernstlich, jedoch mit Unterscheid und nach vorhergegangener gnugsamer Ueberzeugung des geschehenen Verbrechens bestraft werden. Wobey die Schulmeister in Züchtigung der Jugend sich aller ungeziemenden Festigkeit, sündlichen Eifers und Scheltens enthalten und dagegen so viel möglich eine väterliche Bescheidenheit und Mäßigung dergestalt gebrauchen sollen, daß die Kinder wegen schädlicher Eindrigkeit nicht verzärtelt, noch durch die übermäßige Strenge scheu gemacht werden. Wenn aber bey verübten größern Verbrechen und Bosheit andern zum Exempel eine größere und nachdrücklichere Bestrafung anzustellen seyn möchte, sollen sie solche für sich nicht vollziehen, ohne es vorher dem Prediger anzuzeigen und seine Belehrung darüber einzuholen; der denn in solchen Fällen das Verbrechen der Kinder gründlich untersuchen und die Sache unpartheyisch zu entscheiden wissen wird, da denn die Eltern der Kinder aus unzeitiger Bärtlichkeit nicht widersprechen noch in die Schul-Sachen sich mischen müssen.

§. 23. An den Sonn- und Fest-Tagen sollen die Eltern gehalten sein, die Kinder des Sonntags vor der Predigt zum Schulmeister zu schicken, damit sie ordentlich zur Kirche gebracht werden und daselbst unter guter Aufsicht seyn mögen. Da denn der Schulmeister mit denselben in Ordnung zur Kirche hinein und nach völlig geendetem Gottesdienst ordentlich und stille wieder hinaus gehet; auch in der Kirche bey seinen Schul-Kindern in einem besondern Stuhl stehen muß, damit er nicht nur die ausbleibende anmerken, sondern auch auf die anwesende wohl acht haben könne, damit selbige sich sitzsam und wohl betragen, den Gesang mit gehöriger Andacht mit singen, unter der Predigt des Plauderns und Muthwillens sich entschlagen, hingegen allezeit aus der Predigt etwas behalten mögen, welches sie denn in der nächsten Schul-Stunde des Montags darauf anzeigen müssen. Nicht weniger haben auch die Schulmeister bey den Leichen auf das Verhalten der Knaben, mit welchen sie die Leichen besingen, wohl acht zu geben und zu verhüten, daß selbige nicht nach eigenem Wohlgefallen durch einander oder zur Seite auslaufen, sich stoßen, oder muthwillig bezeigen, sondern zwey und zwey zusammen stille einhergehen und diejenige, so fertig lesen können, den Gesang mit verrichten helfen, folglich auch alles dabey ordentlich zugehe; wie sie denn bey aller Gelegenheit sitzsam, bescheiden, höflich und freundlich in Geberden, Worten und Werken sich erzeigen müssen.

§. 24. Und wie die Schulmeister sonst in allen Schul-Sachen des Rathes und Gutachtens ihrer vorgesetzten Prediger sich zu bedienen haben und an dieselbe kraft dieses General-Land-Schul-Reglements verwiesen werden: also sind sie ihnen auch von allem, so in ihr Amt läuft, auf Erfordern Rechenschaft zu geben und fernere Anweisung in der vorgeschriebenen Lehr-Methode und Disciplin von ihnen anzunehmen schuldig: Gestalt Wir denn zu den Predigern das allergnädigste Vertrauen haben, ihnen es auch hiedurch auf ihr Gewissen binden, sie werden die an ihren Orten etwa eingerissene Mißbräuche und Mängel, so allhier nicht angeführt werden können, abzustellen ernstlich bedacht seyn und das Schulwesen je mehr und mehr zu verbessern suchen. Daferne aber solches ein- oder der andere von

z Schulmeistern verabsäumen und in Wahrnehmung seines Amtes nach seiner Negligenz und dieser allgemeinen Land-Schul-Ordnung fahrlässig befunden würde, hat ihn der Pastor seiner Schuldigkeit und Pflicht ernstlich jedoch bescheidentlich zu erinnern und falls er sich dem ohngeachtet daran nicht ändern würde, an Oertern wo Gerichts-Obrigkeiten vorhanden, es denenselben zur nothwendigen Anzeige: Zugleich aber auch denen respective Superintendenten, Inspectoribus, Praepositis oder Erz-Priestern davon sofort Nachricht zu geben und wenn auch deren Erinnerung nicht verfangen will, so haben diese dem Consistorio zu nachtheillicher Abhandlung nach Befinden mit der Suspension und Remotion zu berichten.

§. 25. Insonderheit aber ist Unser allergnädigster Wille, daß die Prediger in den Dörfern und in den Amts-Städten die Schulen ihres Ortes wöchentlich einmal, bald Vormittags, bald Nachmittags, besuchen, und nicht nur die Information des Küsters oder Schulmeisters anhören, sondern auch selbst über den Catechismus und andere Lehr-Bücher Fragen bey den Kindern anstellen sollen. Auch sollen sie monatlich in der Pfarr-Wohnung mit den Schulmeistern in Matro und in Filialen eine Conferentz halten und denselben das Pensum, welches sie im Catechismo und sonst zu absolviren haben, aufgeben, ihnen auch anzeigen, was für ein Buch, Psalm und welche Sprüche den Monat über von den Kindern auswendig gelernt werden sollen. Er giebt ihnen hiernächst Unterricht, wie sie sich die Haupt-Sätze aus der Predigt bemerken und die Kinder darüber befragen können; imgleichen hat er Erinnerung von den Mängeln, welche er in der Information bemerkt, in der Methode, von der Disciplin und andern zur Information nöthigen Sachen, mit die Schulmeister ihrer Pflicht nachkommen mögen. Welcher Prediger aber bey Vermuthen in Besichtigung der Schulen, oder Wahrnehmung der in diesem Paragraphen ihm auferlegten Pflichten sich säumig oder nachlässig finden und nicht selbst sich wird angelegen seyn lassen, die Küster und Schulmeister zu der gesuchten Beobachtung dieses Reglements anzuhalten, soll, falls es erweislich, daß denen ihm solcherhalb geschehenen Erinnerungen, gebührllich nicht nachgekommen, lieber auf eine Zeitlang cum effectu suspendiret oder auch wohl gar dem Besuche nach seines Amtes entsetzt werden: allermassen die Fürsorge für den Unterricht der Jugend und die gehörige Aufsicht darauf, mit zu den wichtigsten und vornehmsten Pflichten des Predigt-Amtes nicht allein gehöret, sondern Wir auch selbige ebenfalls als solche dafür angesehen wissen wollen.

§. 26. Den Superintendenten und Inspectoribus oder auch Praepositis und Erz-Priestern jedes Krayes befehlen Wir endlich hierdurch auf das allernachdrücklichste, die gesamten Land-Schulen ihrer Inspection jährlich selbst zu bereisen und mit aller möglichen Attention den Zustand jeder Land-Schule genau zu examiniren und zu untersuchen, ob die Eltern und Vorgesetzte ihre Kinder und Untergebene, in der Schule gehalten, oder darinnen nachlässig gewesen? ob die Prediger im Besuche der Schulen und Beobachtung obangeregter Anordnungen zur Aufsicht über die Schulmeister ihrer Pflicht und Schuldigkeit nachgekommen? insonderheit, ob die Schulmeister die nöthige Capacität haben oder ob sie untüchtig sind, und was sonst deshalb zu erinnern und zu verbessern stehe? Wovon denn gedachte Superintendenten und Inspectores ihre pflichtmäßige Berichte alljährlich an Unser hiesiges Ober-Consistorium zur weiteren Einsicht und Verfügung einsenden sollen. Und wir befehlen Wir, daß solches unausbleiblich geschehen solle, nicht nur in Ansehung Unserer Amts-Schulen auf dem Lande und in den Amts-Städten, sondern auch bey denjenigen Land-Schulen, von welchen den Edelheiten oder Städten das Patronatus zustehet, um die untüchtigen Schulmeister dem Ober-Consistorio anzuzeigen, damit der Unwissenheit auf dem Lande abgeholfen und dem Verderben der Jugend vorgebeuet werde. Zu gleicher Zeit sollen dem Visitatori bey dem Schul-Examen diejenige Kinder vorgestellt werden, welche in den Schulen tüchtig worden, vom Prediger zum heiligen Abendmahl näher zubereitet zu werden, damit er sie wöchentlich zur Catechisation in seinem Pfarr-Hause admittiren und im Christenthum gründlich unterrichten möge. Wie Wir denn hiemit die deshalb schon in vorigen Zeiten ergangene heilsame Verordnungen hiedurch erneuert und bestätigt wissen wollen, insonderheit, daß sich kein Prediger unterstehen soll, Kinder, die nicht von seinen Gemeinden sind oder noch nicht lesen können und von den Grund-Wahrheiten der Evangelischen Religion keinen richtigen und hinlänglichen Begriff haben, zur Confirmation und noch weniger zur Communion anzunehmen.

Es ergeht demnach an alle Landes-Regierungen, Consistoria, Patronen, Beamten und Gerichts-Obriheiten sowol als an alle übrige, welche nach dieser Unserer Verordnung mit den Schulen auf dem Lande sich in einem oder dem andern Stück zu beschäftigen haben, Unser so allergnädigster als ernstlicher Befehl nach diesem General-Land-Schul-Reglement bey vorkommenden Streitigkeiten und entstehenden Processen oder angestellten Untersuchungen Sentionando sich allergehorsamst zu achten, und alles auf das schleunigste und beste in Gang zu bringen. Und damit sich niemand mit der Unwissenheit entschuldigen könne, sondern jedermann wisse, was Unser Wille sey, so soll diese für die Land-Schulen Unserer gesamten Provinzien gemachte Verfassung überall gehörig publiciret und bekannt gemacht, auch deshalb öffentlich von denen Kanzeln verlesen werden, damit derselben überall ein allerunterthänigstes Genügen geschehen möge. Urkundlich haben Wir dieses zu desto mehrerer Befräftigung Höchst eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Königl. Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben Berlin, den 12. August 1763.

(L. S.) Friedrich.

G. L. Freyherr v. Dandellmann.

(N. C. C. Th. 3. S. 265. — Rabe, Bd. 1. Abth. 2. S. 557.)

Auch in der Folgezeit hielt Friedrich der Große die Bestimmungen dieses Schulreglements aufrecht, und führte sie durch Deklarationen und Gesetze weiter aus. So schärfte er durch das Girk. v. 1. Jan. 1769<sup>1)</sup> wiederholt ein, daß im Sommer die Kinder mindestens zwei mal wöchentlich zur Schule gehen mußten, erließ Verordnungen wegen Erhöhung des Schulgeldes v. 3. Dez. 1764 und 11. Jan. 1771,<sup>2)</sup> wegen Verbesserung der Schullehrergehalte v. 1. Nov. 1764<sup>3)</sup> und v. 6. Sept. 1770,<sup>4)</sup> wegen unentgeltlichen Unterrichts an arme Kinder v. 14. Nov. 1771<sup>5)</sup> und viele andere, auch größere organisatorische Gesetze, deren zum Theil noch unten, insbesondere bei der im folgenden Kapitel befindlichen Darstellung der provinziellen Schulverfassung Erwähnung geschehen muß.<sup>6)</sup>

Eine vor Allem wesentliche Ergänzung des Schulreglements erfolgt durch den „Schul-Catalogus“ v. 10. Okt. 1771,<sup>7)</sup> welcher an die Stelle des im §. 11. des Reglements vorgeschriebenen Katalogs gesetzt wurde, und von dem Streben, mit Sicherheit den Stand des Volksunterrichts zu übersehen und zu überwachen, deutlich Kunde giebt. Dieser Katalog sollte alljährlich vom Schulhalter entworfen, vom Prediger und Inspektor mit Anmerkungen versehen und demnächst dem Provinzial-Konsistorium, von diesem aber dem Ober-Konsistorium eingesendet werden. Da derselbe gegenwärtig antiquirt ist, so genügt es zu seiner allgemeinen Kenntniß einige der darin vorgeschriebenen Fragen herauszuheben. Der Schulhalter selbst hatte zu beantworten:

1) Ob der Schulhalter neben dem Schuldienst eine andre Beschäftigung habe?

2) Wie hoch das Schulgeld dort üblich, wie viel solches überhaupt jährlich betrage, imgleichen, ob und wie viel sehr arme Kinder er unentgeltlich unterrichte?

1) N. C. C. Th. 4. S. 5091, 5092.

2) N. C. C. Th. 5. e. S. 447, 448.

3) N. C. C. Th. 3. S. 1378.

4) N. C. C. Th. 4. S. 7387.

5) N. C. C. Th. 5. e. S. 461. — Rabe, Bd. 1. Abth. 4. S. 212.

6) B. B. das katholische Schulregl. für Schlessen v. 3. Nov. 1765, das Kleve-Märkische Schulregl. v. 10. Mai 1782, s. u. Kap. II. sub V. 1. u. sub VII. A. 1.

7) N. C. C. Th. 5. e. S. 453.

## Winterschule:

- 1) Ob die Schule nach der im Gen.-Land-Schul-Regl. vorgeschriebenen Zeit, oder zu welchen Stunden gehalten werde?
- 2) Wie viel Kinder überhaupt fleißig zur Schule gegangen?
  - a) Knaben. b) Mädchen.
- 3) Wie viel darunter
  - a) Buchstabiren. b) Lesen. c) Schreiben. d) Rechnen u.

## Der Prediger:

- 1) Wie stark die Anzahl der Schulfähigen Kinder daselbst sey?
- 2) Wie überhaupt die Gemeinde, in Ansehung der Fürsorge für den Unterricht der Kinder gesonnen sey? u.
- 7) Wie der Schulhalter in Ansehung seiner Tüchtigkeit, seines Wandels, seiner Amtsverwaltung und Fleißes beschaffen sey, und was er dagegen zu erinnern habe?
- 8) Was für besondere Hindernissen eines bessern Schulwesens sich daselbst finden, und wie ihnen abgeholfen werden könne? u.

## Der Inspektor:

- 1) Was er bey Beantwortungen des Predigers auf die vorhergehende Fragen zu erinnern habe?
- 2) Was von dem Prediger in Ansehung seiner Geschicklichkeit, seiner Lehrart im Unterricht, seines Fleißes und Aufsicht über das Schulwesen zu halten sey?
- 3) Was Inspektor dawider und überhaupt zu Abhelfung der bekannt gewordenen Mängel des Schulunterrichts für Mittel vorzusehren, für rathsam halte?

Unter allen Verbesserungen aber, welche in dieser Zeit dem Schulwesen zu Theil wurden, war unstreitig die wichtigste und folgenreichste die, daß man endlich anfang, auf gründliche Vorbildung der Lehrer selbst bedacht zu sein. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstand das erste Lehrerseminar, das vom Ober-Konistorialrath und Pfarrer an der Dreifaltigkeitskirche, Hecker, gegründete „Gburmärkische Küster- und Schul-Seminarium zu Berlin,“ dessen auch §. 14. des Schulreglements gedenkt. Den Werth dieser Anstalt wußte sowohl Friedrich der Große, als sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. zu würdigen, unter welchem letztern dieselbe bei ihrem fünfzigjährigen Bestehen, auf Heckers Wunsch, zum Friedrich Wilhelms Gymnasium erhoben wurde.<sup>1)</sup>

Unter derselben Regierung gelangte am 5. Febr. 1794 das schon unter Friedrich dem Großen bearbeitete Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten zur Publikation, welches im 12. Titel des II. Theiles Schulen und Universitäten für Staatsanstalten erklärt, und ein umfassendes Rechtssystem über das ganze Unterrichtswesen aufstellt, dessen Grundzüge bis heute maßgebend geblieben sind.<sup>2)</sup> Schon vorher war ein bedeutender, wenn auch zunächst bloß formaler Fortschritt für das Unterrichtswesen durch dessen Unterordnung unter eine eigene Centralbehörde, unter das im Jahre 1787 errichtete Ober-Schul-Kollegium geschehen. Hiermit war zum ersten Male von Staatswegen die Trennung der Schule von der Kirche ausgesprochen und anerkannt, daß die Schule der kirchlichen Vormundschaft nicht bedürfe. Die Fundationsurkunde<sup>3)</sup> lautet:

1) Urkunde v. 8. Mai 1797, noch von Wöllner vollzogen, N. C. C. Th. 10. S. 1187.

2) Die hieher gehörigen Bestimmungen des A. L. R. werden unten in den besondern Theilen gegeben.

3) Sie ist weder bei Rabe, noch in den sonst gangbaren Handbüchern abgedruckt.



**Instruction für das errichtete Ober-Schul-Kollegium. De Dato  
Berlin, den 22. Febr. 1787.**

Da Uns äußerst daran gelegen ist, daß in Unfern Landen überall durch zweckmäßigen Unterricht der Jugend gute Menschen und brauchbare Bürger für jeden Stand erzogen werden, dieser wichtige Endzweck aber nicht besser erreicht werden kann, als durch einerley allgemeine Obergufsicht, welche über das Ganze des gesammten Schulwesens Unserer Länder sich erstreckt, und dabei nach einerley geprüften Grundsätzen verfährt, so haben Wir gut gefunden, ein Ober-Schul-Kollegium über alle Unsere Königliche Lande anzuordnen, und dasselbe mit nachfolgender Instruction zu versehen.

§. 1. Das Ober-Schul-Kollegium soll bestehen zc.

§. 2. Dieses Kollegium, welches allein unter Uns Höchstselt unmittelbar stehen soll, hat zugleich alle Geschäfte zu verwalten, welche bisher dem Ober-Kuratorium Unserer Universitäten anvertraut gewesen. <sup>1)</sup> Es behandelt alle Geschäfte kollegialisch. Wenn die Mitglieder nicht einstimmig sind, so entscheiden die Meisten, und wenn die Stimmen gleich sind, so giebt der präsidirende Staatsminister den Ausschlag. In allen den Fällen, da bisher die Lehrer hoher und niederer Schulen Uns Selbst unmittelbar vorgeschlagen worden, hat nunmehr dieses Kollegium mittheilung eines Berichts den Vorschlag; wegen der in diesem Kollegium anzusehenden mehreren oder neuen Rätze aber thut Uns der Minister den Vortrag, sowie demselben auch in Zukunft die Wahl und Anstellung des Sekretärs und übrigen Kanzlei-Bedienten allein überlassen bleibt.

§. 3. Dieses Ober-Schul-Kollegium soll sich ganz eigentlich angelegen sein lassen, das gesammte Schulwesen in Unfern Landen auf das Zweckmäßigste einzurichten, und nach den Umständen der Zeit und der Beschaffenheit der Schulen immer zu verbessern. Es muß darauf Acht haben, daß nach Verschiedenheit der Schulen in einer jeden der nothwendige und nützlichste Unterricht erteilt werde. Es muß mit Nachdruck darauf halten, daß überall zweckmäßige Schulbücher gebraucht und eingeführt, und wo solche mangeln, durch tüchtige Männer nach Beschaffenheit der Umstände und nach Fähigkeiten der Schüler angefertigt werden. Es muß auch dahin sehen, daß die besten Lehrmethoden beobachtet werden.

§. 4. Um diese Zwecke desto besser zu erfüllen, muß das Ober-Schul-Kollegium vor allen Dingen bedacht sein, sich von dem ganzen Zustand, und dem Etat einer jeden Schule und Schulanstalt in allen Provinzen genau zu unterrichten, damit dasselbe sowohl das Gute als die Gebrechen einer jeden Schule insbesondere und des gesammten Schulwesens in jeder Provinz recht übersehen und darnach die besten Maßregeln zur immer mehrern Verbesserung nehmen möge. Auch muß sich dasselbe von allen Stipendien, welche für Lehrer oder Lernende auf Schulen gestiftet worden, genau unterrichten, und auf die Stiftungs- oder sonst zweckmäßigste Anwendung derselben Acht haben.

§. 5. Es gehören demnach in Rücksicht auf jene Zwecke alle Schulen in Unfern sämtlichen Landen zur Obergufsicht dieses Kollegiums, insbesondere alle Unsere Universitäten, Gymnasien, Ritter-Akademien, Stadt- und Landschulen, Waisenhäuser, alle Erziehungs- und Penfions-Anstalten, ohne Ausnahme oder Unterschied der Religion. Jedoch sollen davon die militairischen Schulen, auch die Schulen der Französischen Kolonie und der jüdischen Nation ausgeschlossen bleiben, als welche auf eigenen besondern Verfassungen beruhen. Uebrigens da bei dieser von Uns angeordneten allgemeinen gleichförmigen Obergufsicht auf das Schulwesen, welche unstreitig dem Landesherrn gebührt, Unsere Absicht bloß auf bessere moralische und bürgerliche Ausbildung gerichtet ist, so ist es gar nicht Unsere Meinung, daß dadurch den Privatrechten der Adlichen und anderer Schulpatronen oder den Magisträten und Konsistorien, welche das Recht der Votation bisher gehabt, im geringsten ein Eintrag geschehen soll, sondern es muß vielmehr alles damit auf dem bisherigen Fuß verbleiben.

§. 6. Dagegen aber ist es nothwendig und zur Erreichung Unserer Absicht erforderlich, hiemit ausdrücklich festzusetzen, daß hinfort Niemand mehr als Lehrer,

---

1) Die Universitäten wurden schon 1802 wieder unter ihr früheres Ober-Kuratorium gestellt. Vergl. N. v. 18. Jan. 1802, N. C. C. Th. 11. S. 749. — Nabe, Bd. 7. S. 13.



weder bei einer Stadt: noch bei einer sogenannten Gnadenschule, wo das Gehalt aus unsern Kassen bezahlt wird, angeseht werden oder in eine höhere Schulstelle hinaufrücken darf, der nicht wegen seiner Tüchtigkeit ein Zeugniß von diesem Ober-Schul-Kollegium aufzuweisen hat. Selbst wenn ein Prediger entweder Rektor oder Schullehrer zugleich wird, muß er ein solches Zeugniß aufweisen, oder er kann bei der Schule nicht angeseht werden. Es ist deswegen die Einrichtung gemacht worden, daß dergleichen Subjekte entweder vom Ober-Schul-Kollegium selbst oder von den Konsistorien und andern dazu tüchtigen Personen, denen der Auftrag dazu jedesmal von diesem Kollegium geschehen wird, geprüft werden sollen. Die Konsistorien und ein Jeder, dem solcher Auftrag geschieht, muß sich demselben gehörig unterziehen, und hiernächst an das Kollegium berichten. Es versteht sich also von selbst, daß künftig keine Kriegs- und Domainenkammer, kein Königlich Amt, kein Magistrat und sonstiger Patron in Städten und Gnadenschulen einen Lehrer bestellen darf, der sich nicht durch ein solches Zeugniß legitimiren kann; Jedoch bleiben von dieser Pflicht, sich prüfen zu lassen, alle Professoren auf Universitäten ausgenommen, und diejenigen, welche das Ober-Schul-Kollegium schon als bewährte Lehrer zu erforschen Gelegenheit gehabt hat.

§. 7. Damit es aber künftig nicht an tüchtigen Subjekten zu den verschiedenen Schulstellen sowohl in Städten als auf dem Lande fehlen möge, so wollen Wir an bequemen Orten hin und wieder auf unsere Kosten Seminarien anlegen lassen, in welchen geschickte Lehrer für jede Gattung der Stadt- und Landschulen gebildet werden sollen; Und wird das Kollegium die zweckmäßige Einrichtung dieser Seminarien sich zu einer vorzüglichen Pflicht machen.

§. 8. Das Ober-Schul-Kollegium muß seiner Pflicht zu Folge für die beständige Verbesserung des Schulwesens unablässig sorgen. Zu dem Ende muß dasselbe die Schulen oft visitiren lassen, und wenn die Visitation nicht allemal von den Mitgliedern des Kollegiums selbst geschehen kann, so müssen dazu nach der dem Ober-Schul-Kollegium verbleibenden Auswahl, andere bekannte, geschickte und unparteiische Männer genommen werden; diesen geschieht der Auftrag, und von ihnen wird an das kommittirende Kollegium berichtet.

§. 9. Wenn das Ober-Schul-Kollegium bei den Visitationen, oder sonst, es sei in Absicht des Unterrichts, oder der Schulbücher, oder der Methode, Mängel und Mißbräuche findet, so ist dasselbe befugt, in Dingen dieser Art, welche so ganz eigentlich in dessen Geschäftskreis gehören, entweder unmittelbar Selbst zweckmäßige Verbesserungen zu treffen, oder sie auch nach Befinden, durch die Konsistorien der Provinz, die Patronen und Schularchate machen zu lassen.

§. 10. Damit nun das Ober-Schul-Kollegium desto mehr in den Stand gesetzt werde, sich der Verbesserung des Schulwesens auf die wirksamste Weise anzunehmen, so legen Wir demselben hiemit die Befugniß bei, an alle Landes-Regierungen und Konsistorien, auch an das Preussische Staatsministerium, Reskripte und Befehle zu erlassen, weshalb es auch alle Verfügungen in unserm Namen ad mandatum speciale und Unterschrift des Ministers expediren zu lassen hat.

Wir befehlen daher allen obgedachten Landes-Kollegien, Magisträten und Beamten, die Verfügungen dieses Ober-Kollegiums allemal pflichtmäßig und schleunigst zur Ausführung zu bringen, und zur Erfüllung unserer Landesväterlichen Absichten ihrerseits gebührend mitzuwirken. Schließlich haben Wir auch, damit bei dieser neuen Einrichtung niemand mit neuen Kosten belastet werde, allen zu diesem Kollegium gehörigen Sachen und Berichten nicht allein die Postfreiheit, sondern auch die Stempelfreiheit in Gnaden zugestanden.

Gegeben Berlin, den 22. Februar 1787.

(L. S.) gez. Friedrich Wilhelm.

Die freie Richtung, von welcher das vorstehende Gesetz ausgeht, schlug indeß unter dem Minister Wöllner bald in die entgegengesetzte um, und das bekannte Religions-Edikt v. 9. Juli 1788<sup>1)</sup> äußerte seine Nachwirkung auch in Betreff des Schulwesens. Durch ein „Circulare an sämtliche

1) Circulare an alle Inspektoren der Churmark v. 25. Juli 1788, nebst Edikt v. 9. Juli, die Religions-Verfassung in den Preussischen Staaten betr. N. C. C. Th. 5. S. 2175. — Rabe, Bd. 1. Abth. 7. S. 726.

Inspektors der Churmark" v. 4. Sept. 1794<sup>1)</sup> wurde angeordnet: daß zur Steuerung der zunehmenden Neologie künftig allen neu angenommenen Lehrern an Gymnasien und Stadtschulen ein besonders gedruckter Mevers zur Unterschrift vorgelegt werden solle, und in demselben reaktivirten Geiste völliger Unterordnung der Schule unter die Kirche erging die Anweisung vom 16. Dec. 1794 für die Schullehrer in den Land- und niedern Stadtschulen zu zweckmäßiger Besorgung des Unterrichts der ihnen anvertrauten Jugend.

**Einleitung.** Jeder Christlich gesinnte Unterthan, wird aus dem im J. 1788 d. 9. Juli erschienenen Religions-Edikt, und aus den nachmaligen Veranstaltungen, mit freudigem Dank erkannt haben, daß es S. K. Maj., unsers allergn. Herrn, ernstlicher und unabänderlicher Wille ist, so viel Monarchen dazu thun können, in seinem Lande wahre Erkenntniß Gottes in Christo, und ächte Gottseligkeit auszubreiten. Besonders müssen alle Christliche Eltern ihren Landesherrn segnen, wenn sie sehen, wie sehr es ihm anliegt, daß ihre Kinder von der zartesten Jugend an, sowohl zu den für ihren Stand und Beruf nöthigen Kenntnissen angeführt, als auch vorzüglich mit der heiligen Schrift und dem in ders. enthaltenen Einzigen Weg zu ihrem wahren Heil hinlänglich bekannt gemacht, und also nicht nur zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft, sondern auch zu Mitgenossen der durch Christum erworbenen ewigen Seligkeit erzogen werden. Eben diese wahrhaft Landesväterliche Gesinnung ist es, welche den Monarchen bewogen hat, die hier folgende nähere Anweisung für die Lehrer in sämtlichen Evangelisch Lutherischen Land- und niedern Stadt-Schulen, zu zweckmäßiger Besorgung des Unterrichts abfassen zu lassen; in welcher ihnen dies. Mittel an die Hand gegeben werden, die sie anwenden müssen, um die ihnen anvertraute Jugend, sowohl sicherer und in kürzerer Zeit zu den nöthigsten Kenntnissen zu bringen, als auch ihre Schule immer in Zucht und guter Ordnung zu halten. Vorläufig aber ist Folgendes zu bemerken: 1) Es ist keinesweges die Absicht, daß durch diese nähere Anweisung das im J. 1763 d. 12. Aug. erschienene Gen.-Land-Schul-Regl., als nicht mehr gültig aufgehoben werden solle. Vielmehr werden sämtliche Schullehrer auf letzteres, in Absicht alles dessen, was hier nicht entweder im Einzelnen abgeändert oder doch näher bestimmt worden, hiemit aufs neue ausdrücklich angewiesen; und ihnen vorzüglich die §§. 12, 13, 16., 17., 22., 23., 24. zur fleißigen Beherzigung und genauesten Befolgung empfohlen. — 2) Da voraus zu sehen ist, daß einige der gegebenen Vorschriften an manchen Orten, entweder gar nicht, oder doch nicht so gleich ausgeführt werden können; so wird Ein- für Allemal hier erklärt, daß in diesem Fall nach der Absicht des Monarchen nur das verlangt werde, was, und wie weit es möglich zu machen ist. So kann natürlicher Weise in einer allzu kleinen und engen Stube, das, was von der nothwendigen Absonderung der Knaben und Mädchen, der größern und kleinern, lesenden und buchstabirenden Kinder vorgeschrieben wird, nicht so ganz befolgt werden, wie in einer geräumigern Schulstube. Ferner kann in mancher Schule, aus mehreren Gründen, das Schreiben und Rechnen nicht in jedem halben Jahr, nach der hier gegebenen Vorschrift getrieben werden, (und dergleichen mehr.) Man führt dieses hier Ein- für Allemal an; und es wird der Klugheit und Treue der Inspektoren, Prediger und Schulaufsichter überlassen, die Intention S. K. Maj. so auszuführen, daß bei näherer Untersuchung sich zeige, es sei alles geschehen, was nach den Umständen des Orts und der Schule, geschehen konnte. — 3) Die Erfahrung hat hinlänglich gezeigt, daß es unter den Schulhaltern, besonders auf dem Lande, viele giebt, denen es nicht an gutem Willen und an redlicher Gesinnung, wohl aber an Kenntniß einer zweckmäßigen Lehrmethode, und verschiedener kleiner Vortheile fehlt, um Aufmerksamkeit und Ordnung in ihrer Schule zu erhalten. Diesen gut gesinnten, aber nicht gehörig unterrichteten Schullehrern hauptsächlich zu Liebe, sind die hier gegebenen Vorschriften zum Theil bis auf das Einzelne und kleinste Detail bestimmt worden.

§. 1. Wahrer Religions-Unterricht, in welchem die Kinder zur Erkenntniß dessen, was zu ihrer Seligkeit und zur Christlichen Uebung ihrer Pflichten in den

1) N. C. C. Th. 9. S. 2395. — Kabe, Bd. 2. S. 678.

in die Welt dieses Lebens gehört, hinlänglich angeleitet, und zur Benutzung der Kenntnisse in ihren Vorstellungen und Handlungen gebildet werden; ist die allgemeine Hauptaufgabe des Unterrichtes in niederen Schulen auf dem Lande und in den Städten. Der Prediger muß die Kinder aus der Schule in seinen höhern Unterricht aufnehmen. Sie müssen daher aus ersterer folgende Arten der Tüchtigkeit mitbringen: a) Fertigkeit im richtig und deutlich Lesen. Hieran steht es bisher, allemal gewiss, mehr als man denken sollte. — b) Hinlängliche Übung in dem neuen Katechismus Lutheri, den sie fertig anwendig gelernt haben müssen. —

Bekanntheit mit den Hauptstücken der Glaubens- und Lebenslehre, so wie sie dem allgemeinen Katechismus \*) vorgetragen und aus der heiligen Schrift entnommen sind. — d) Uebrigens Bekanntheit mit der Bibel, so daß sie die Hauptstellen zur Erklärung und zum Beweis der Grundwahrheiten anwendig anführen können. Auch müssen sie geübt seyn, jede ihnen aufgegebenen Stelle in den biblischen Büchern sogleich aufzufinden. — e) Einen Vorrath anwendig gelernter Art Poesie, damit ihnen im ganzen Leben Ermüdungen zur Vortrefflichkeit, Erbauung vom Herrn, und Ermunterungen zum Guten im Gemüth bleiben. — Hier sollen Kunst und Fleiß nicht fehlen. f) Einige Fertigkeit, leserlich und sorgfältig zu schreiben, und g) einige Übung in den gemeinsten zum häuslichen wichtigen Rechnungen verlangt haben.

§. 2. Demzufolge müssen in jeder Land- und niederen Stadt-Schule die hier genannten Punkte als Grundsätze getrieben werden, und durchaus keinen andern Lehren des Unterrichtes nachsetzen. Am wenigsten wird den Schullehrern gestattet, mit Zurücksetzung oder nur nachlässiger Betreibung dieser Hauptstücke, Gewandte der Naturgeschichte, Geographie u. mit den Kindern vorzunehmen. Der von uns höchstem Orts für ein Schulbuch gesorgt werden, welches alles das enthält, was außer den vorgenannten Punkten, da, wo die übrigen Umstände der Schule es zulassen, mit den Meistern und Schülern vorgenommen werden kann.

§. 3. Wie nun die §. 1. angeführten Punkte den Lehrern in allen niederen Schulen auf dem Lande und in den Städten, als der eigentliche Gegenstand ihres Unterrichtes angezeigt werden; so ist es auch der Wille Sr. Maj., daß in allen diesen Schulen, so viel als möglich, eine gleichförmige Lehrart beobachtet werde. In diesem Behuf werden den Schullehrern in den folgenden §§. hinlängliche Vorschriften gegeben, was sie I. in Absicht der allg. Beschäftigung mit den Schülern, im Anfang und Schluß der Lehrstunden, (§. 4.), II. in Absicht des Unterrichtes selbst (§. 5.) und III. in Absicht der Zucht und Ordnung zu thun haben.

§. 4. Was I. die allg. Beschäftigung betrifft: so sind 1) in Ansehung der Vorbereitung zur Lehrstunde, folgende Punkte genau zu beobachten. a) Der Schullehrer (der sich zur gehörigen Zeit in der Schulstube einfinden muß), sucht die sich dorthin versammelnde Jugend sogleich in Ordnung zu bringen und sieht darauf, daß jedes Kind sich an seinen Ort ruhig hinsetze; \*) daß eine allg. Stille herrsche; so daß ein jedes Kind seine Schulbücher bei sich habe. b) Er sieht darnach, ob die Kinder vollständig sind, und merkt die Fehlenden an, um sich nach dem Grund ihres Fehlens erkundigen, und wenn derselbe unstatthaft ist, bei seiner Bewache Anzeige machen zu können. c) Der Lehrer muß seinen Schulunterricht nicht vor anfangen, als bis er die genaueste Stille und Ordnung unter seinen Kindern erreicht hat, und beim Uebersetzen mit einem ernsthaften gesetzten Blick nichts mehr zuläßt, was den Unterricht aufhalten kann. — 2) Der Anfang der Lehrstunden geschieht mit Gesang und Gebet, und eben so der Schluß. In Absicht des Anfangs sind folgende Regeln zu beobachten: a) Das für jeden Monat in dem allg. Landes-Katechismus aufgegebenes Lied muß, je nachdem es lang oder kurz ist, in mehrere Theile (auch nach dem Inhalt der Verse), getheilt werden, damit es in den Vor- oder Nachmittagsstunden beim Anfang und Schluß der Lektion in ein

1) Beiläufig wird hier angemerkt: daß in allen Schulen, besonders aber in denen, wo noch nicht alle Kinder den neuen Katechismus haben, darauf gesehen werden muß, daß wenigstens jedes neuankommende Kind, das nicht zu den ganz kleinen gehört, denselben mitbringe.

2) Und zwar muß da, wo die Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet werden, wenn es nur irgend möglich ist, die Einrichtung gemacht werden, daß die Knaben und Mädchen abgesondert sitzen.

oder zwei Tagen gesungen werden könne, und also die Kinder es auf diese Art fertig auswendig lernen. Dieser Zweck wird um so leichter erreicht werden, wenn der Schulhalter dann und wann das gelernte Lied aussagen läßt, und bald diesen bald jenen Vers, in und außer der Ordnung, den Kindern abfragt. b) Der Schullehrer selbst, oder einer von den ältesten Knaben spricht jede Zeile, die gesungen werden soll, (oder wenn der Verstand es erfordert, mehrere Zeilen) langsam und vernehmlich vor. c) Die Kinder müssen nur leise singen, und der Schulhalter, dessen Stimme allein vorschallen muß, darf nie leiden, daß ein Kind vor- schreie. Denn bei einem wüsten und lauten Geschrei lernen die Kinder nie gehörig singen. Wenn eins oder mehrere falsch singen, so giebt der Schulhalter ein Zeichen, daß alle einhalten sollen, und hilft sodann den falschsingenden in den rechten Ton ein. Dieses alles wird um so leichter gehen, je mehr der Schullehrer darauf hält, daß langsam und mit gemäßigter Stimme gesungen wird. Bei dem Gebet muß der Lehrer a) vor allen Dingen darauf sehen, daß er durch sein eignes Beispiel die Kinder zur wahren Ehrfurcht und Andacht erwecke; da er sonst durch das Gegentheil an ihrer Zerstreuung, Leichtfinn und Gedankenlosigkeit bei der Gebets- übung Schuld wird. b) Das Gebet selbst muß kurz sein; und hauptsächlich die Bitte enthalten: daß der himmlische Vater um Jesu Christi seines Sohnes willen die Kinder gnädig ansehen, sie unter der Leitung des heiligen Geistes in ihrer Schul- arbeit segnen, und zu Menschen bilden möchte, die in seinem Gnadenbund stehen, Ihm wohlgefällig und dem Nächsten in dem von Gott ihnen angewiesenen Beruf nützlich werden, damit ihr ganzes Leben eine Vorbereitung zur seligen Ewigkeit sei. c) Im Schlußgebet dankt er im Namen der Kinder für die Gnade des Christlichen Unterrichts, erbittet für alle Versündigungen durch Leichtfinn, Ungehorsam &c. die väterliche Vergebung durch Christum, und empfiehlt die Kinder der Aufsicht des Geistes Gottes auch außer der Schule, damit sie die Freude ihrer Aeltern werden, und an Gnade bei Gott und den Menschen zunehmen mögen. — 3) Bei dem Aus- wendiglernen der monatlich aufgegebenen Psalme und Hauptsprüche zum Beweise der im Katechismus vorgetragenen Lehren, (wozu auch am Sonnabend das Lesen der Evangelischen und Epistolischen Texte kommen kann) ist folgendes zu beobach- ten: a) Der Schulhalter spricht entweder selbst, von Vers zu Vers (oder nach den Hauptabschnitten des Verses), den Psalm oder Spruch vor, oder er läßt dieses von einem der fertigsten Knaben thun; und zwar bald von diesem, bald von je- nem; das auf diese Art vorgespochene, müssen sämmtliche Kinder, sogleich, nicht allzulaut, aber doch verständlich, nachsprechen; wobei darauf zu sehen ist, das kei- nes stillschweigt, oder Wörter verschluckt. b) Der Schullehrer muß allen Fleiß daran wenden, daß sowohl bei dem Vorsprechen, als bei dem Nachsprechen sämmt- licher Kinder, Ton und Nachdruck auf die Worte gelegt werden, auf welche es ankommt; damit der äußerst widrige, singende und einsörmige Misklang, mit wel- chem die Kinder gewöhnlich eine biblische Stelle hersagen, sich aus den Schulen verliere. <sup>1)</sup> c) Psalmen, längere Sprüche, Evangelische und Epistolische Texte wer- den eben so wie die Lieder, in mehrere Abschnitte vertheilt, damit es den Kindern leichter werde, sie auswendig zu lernen. d) Wenn der Schullehrer glaubt, daß die Kinder den aufgegebenen Psalm &c. wissen können, so läßt er ihn, wie vorher bei den Liedern angemerkt worden, von den Kindern einzeln hersagen. Desgl. läßt er die, welche lesen können, den Psalm oder die Stelle in der Bibel laut vorlesen; wobei die übrigen zuhörenden Kinder aufmerken, ob der Vorleser überall den Ton recht gesetzt hat, auch wohl, wenn hierin gefehlt worden, dieses so gleich selbst mit deutlicher Stimme, jedoch ohne Geschrei, verbessern müssen. — 4) In den allg. Ermahnungen, im Anfang oder Schlusse der Lehrstunden stellt der Schullehrer den Kindern herzlich und liebevoll, aber kurz vor: „welche Ehrfurcht, Liebe und Ge- horsam sie dem Vater im Himmel schuldig sind, der seinen Sohn für sie Mensch werden ließ und in den Tod dahin gab; der sie bei allen ihren Unarten und Ver- sündigungen liebt, ernährt und kleidet; der sie in seinem Wort unterrichtet und zu

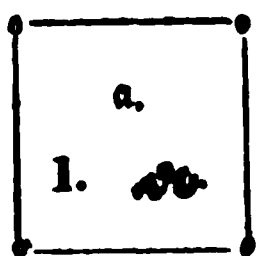
1) Prediger und Inspektoren müssen, so viel sie immer können, ihre Schullehrer dazu anführen, daß sie eine völlige Fertigkeit erlangen, biblische Stellen nach ihrem Inhalt und Sinn herzusagen. Eben so müssen sie bei ihrem Schulbesuch darauf sehen, daß das sinn- und verstandlose Hersagen und der den Kindern am Ende selbst edelhafte Ton gänzlich abgestellt werde.

die unbegreiflichen Herrlichkeit des künftigen Lebens erziehen läßt.“  
 den Kindern einzuprägen: „wie unendlich werth ihnen Jesus, ihr Hei-  
 liggott, der ihre Sünden und deren Strafe auf sich genommen, und ihnen  
 das Leben habe, als sie bitten oder verstehen können, da sie alle zeitliche und  
 Ewigkeit nur deshalb erwarten können, weil er am Kreuz für sie ge-  
 storben, ihnen also keine Pflicht heiliger sein müsse, als die, daß sie diesen  
 Heiliggott herzlichste lieb haben, und sehnlich darnach trachten, ihre Liebe  
 in Gehorsam gegen seine Gebote zu beweisen.“ Er stellt ihnen drin-  
 gend vor, sie den Geist Gottes betrüben und ihm widerstreben, wenn sie ohne  
 Denken, dahin leben, wenn sie das Gebet vernachlässigen, ihre Aelteren  
 unehrig, Müßiggang, Lügen, Zanksucht und Rathwillen beleidigen; und  
 größtes Unglück sei, wenn Gott Seinen Geist von ihnen nehmen muß.“  
 Der Schullehrer, der das Christenthum sich für seine eigene Person zur  
 Sache macht, und das wahre Heil der ihm anvertrauten Kinder auf seinem  
 Gewissen, wird gern und mit aller Treue die Gelegenheit benützen, wo er auf  
 dem Seegen in die Seelen der Kinder legen kann. Dagegen ein Schul-  
 lehrer, der dieses schwer fiele, eben dadurch beweisen würde, daß er weder für  
 die Seele sorgt, noch die Erste und wichtigste Pflicht seines Lehramts

Was nun II. den eigentlichen Unterricht selbst betrifft; so ist zuvörderst  
 Folgendes anzumerken: a) Der Schullehrer muß seinen Theil desf. für  
 halten, und etwa nur obenhin treiben. Er hat nichts gethan, wenn  
 immer jeden Art des Unterrichts das geleistet hat, was geleistet werden  
 muß. b) Eben so wenig muß eine Art des Unterrichts deswegen, weil etwa  
 man Kindern eben jetzt eine andere vorzunehmen ist, zurückgesetzt oder  
 vernachlässiget werden. Der Lehrer muß sich zu gewöhnen suchen, seine  
 Zeit auf alle gleich zu vertheilen, so verschieden ihre Schularbeiten  
 sind, und ein jedes Kind in dem, was es thun muß, gehörig zu beschäf-  
 tigen.

Der Unterricht in der Buchstabenkenntniß und im Buchstabiren erfor-  
 dert Fleiß, Unverdroffenheit und pünktliche Beobachtung der Vorschrift-  
 welche das Schleppende und Unzweckmäßige, welches diesen Theil des  
 bisher verdarb, und ohne Noth in die Länge zog, völlig abgestellt wird.  
 mit Recht gewissermaßen sagen: daß der Schullehrer bei dieser ersten  
 und verachteten Beschäftigung entscheidende Proben seiner Tüchtigkeit  
 ablegt, wenn er die Kinder in ein paar Monaten (wie es in  
 manchen Schulen geleistet worden), im Buchstabiren zu einer hinläng-  
 lichen Fertigkeit bringt, um hernach ohne viele Mühe lesen zu lernen. Höchst un-  
 zweckmäßig und schädlich hingegen ist es, wenn der Schullehrer kleine Kinder un-  
 arbeitsam läßt, und bloß dann und wann eines nach dem andern aufruft,  
 in es nennt) aufzusagen: indem dies nur selten herum kommt, und also  
 in langer Zeit müßig bleiben und nichts lernen. Anstatt dieses in so  
 len üblichen nachlässigen Ganges, werden hiermit folgende Vorschriften  
 1) In jeder zu diesem Unterricht bestimmten Schulstube muß, wo mög-  
 lich, eine schwarze Tafel an der Wand hängen, und zwar so, daß sie von  
 vorn, welche die Buchstaben kennen lernen sollen, völlig gesehen wird,  
 der Schullehrer nicht in die Höhe steigen darf, um etwas auf dieselbe zu  
 schreiben.  
 — 2) Auf diese Tafel schreibt nun der Lehrer (oder wenn sie, wie

es gut ist, wenn auf der Tafel durch mehrere Falzen leere Reihen sind  
 eine, ebenfalls schwarze, Quadrattäfelchen eingeschoben werden können.  
 Auf dieser Täfelchen, muß ein Buchstabe des gedruckten Alphabets, unter  
 eine Zahl, und neben dieser der obenstehende Buchstabe, so wie er ge-  
 schrieben ist, alles dieses hinlänglich groß und leserlich mit weißer Farbe ge-  
 schrieben. Obungefähr in folgender Figur:





unten angezeigt ist, zum Einschieben der Täfelchen eingerichtet ist, schiebt er) einen Buchstaben, wie er gedruckt aussieht, nebst der Zahl, die ihn im Alphabet bezeichnet und den ihm gleichgeltenden geschriebenen Buchstaben. Alsdann versammelt er die Kinder, welche den Buchstaben lernen sollen, läßt sie in ihren ABC-Büchern denjenigen Buchstaben auffuchen, der eben so aussieht, wie der angeschriebene oder eingeschobene. Er ermuntert die, die ihn bald finden, zeigt den andern, die ihn falsch angeben, ihren Irrthum, und versucht, ob einige unter ihnen den Unterschied der Figur des Falschen von dem Wahren angeben können; läßt diese Zeichen von mehreren, sonderlich aber von dem irrenden Kinde, wiederholen, bis alle dens. Buchstaben haben. Nun nennt er ihn laut, läßt diesen Namen, bald von allen zusammen, bald von einem jeden besonders, so lange wiederholen, bis die Kinder ihn hinlänglich kennen. Hierauf läßt er die Bücher zumachen, verdeckt mit der Hand den Buchstaben an der Tafel, fragt nach dem Namen desselben, läßt sodann die Kinder alle wegsehen, schreibt oder schiebt einen andern hin, nennt den vorigen und fragt, obs ders. sei, u. s. w. Auf eben diese Art macht er den Kindern die Zahl bekannt; und hiernächst zeigt er ihnen in einem Schreibebuch den auf der Tafel neben der Zahl stehenden Schreib-Buchstaben, bis jedes einzelne Kind auch diesen gehörig kennen gelernt hat. Bei dieser Methode wird der Lehrer zuverlässig in sehr kurzer Zeit auch die kleinsten Kinder, durch das gemeinschaftliche Ansehen, Benennen und Errathen, mit den Buchstaben und Ziffern hinlänglich bekannt machen. — 3) Sobald das geschehen, fängt er an, irgend einen Buchstaben, der mit mehreren einige Ähnlichkeit hat (z. B. a, c, e, g, o; ferner n, m u.) langsam zu schreiben, und läßt, wenn er den ersten Zug gemacht hat, die Kinder errathen, welcher Buchstabe das wohl werden würde? wobei er Gelegenheit hat, die Unterscheidungskennzeichen eines jeden zu wiederholen, um die Kinder dahin zu bringen, daß sie beim ersten Anblick den Buchstaben sogleich kennen. — 4) Endlich läßt er die, Kinder, welche alles am ersten und besten gefaßt haben, vortreten, giebt ihnen Kreide, und führt ihnen die Hand an der Tafel, um einen Buchstaben, welchen sie wollen, hernach einen andern, den er ihnen aufgiebt, und so mit der Zeit alle zu schreiben; wobei er auch falsch schreiben, und die andern rathen und verbessern lassen kann. — 5) Sobald die Kinder die Buchstaben fertig kennen, setzt der Lehrer Vokal und Consonanten zu Sylben zusammen; (wozu in den ABC-Büchern Anleitung genug ist) läßt die Kinder wieder die Buchstaben rathen und nennen, die angeschriebenen Sylben in ihren ABC-Büchern auffuchen, und hernach zusammen aussprechen. Diese Uebung wird so lange fortgesetzt, bis jedes Kind alle ihm vorgelegten Sylben sogleich kennt und aussprechen kann. Und auch dann müssen diese Uebungen, wäre auch nur jedesmal einige Minuten, erst täglich, und hernach bei zunehmender Fertigkeit der Lernenden, wöchentlich einigemal wiederholt werden. — 6) Alsdann ist es Zeit, die Kinder, zuerst in ihrem ABC-Buch, und hernach in der Bibel, im Katechismus, Gesangbuch u. u. im Buchstabiren zu üben. Dieses geschieht auf folgende Art: a) Alle Kinder schlagen Eine und dieselbe Stelle in ihrem Buch auf. b) Der Lehrer theilt die buchstabirenden Kinder in drei Abtheilungen. Die Eine muß die Buchstaben, welche Eine Sylbe ausmachen, nennen. Die zweite muß anzeigen, ob alle zusammengehörenden Buchstaben genannt sind, oder ob einer fehlt, oder zu viel ist? und also die Sylbe bestimmen. Die dritte muß die Sylbe aussprechen. c) Diese Beschäftigung muß wechseln, so daß jede Abtheilung der Kinder zum Anzeigen der Buchstaben, Bestimmen der Sylben und Aussprechen kommt. Ein andermal kann Ein Kind aufgerufen werden, welches die Buchstaben nennt; ein anderes, welches die Sylben bestimmt; ein drittes, welches sie ausspricht. Durch öfteres und mannichfaltiges Abwechseln bei dieser Uebung erhält der Lehrer den großen Vortheil, daß ein jedes Kind beständig aufmerkt, indem es nie weiß, ob es wieder aufgerufen werde. Der Lehrer muß aber genau darauf halten, daß keins von den Kindern entweder gar nicht ins Buch, oder auf eine fremde Sylbe sehe. — 7) Eine höchstnöthige und oft zu wiederholende Uebung ist das sogenannte Buchstabiren aus dem Kopf; da der Schullehrer eine Sylbe, in der Folge mehrere, und endlich ganze, auch längere und schwere Wörter ausspricht, und hernach Eine Abtheilung der Kinder, die zu dieser Sylbe oder diesem Wort gehörenden Buchstaben errathen, die 2. die Sylbe bestimmen, und alsdann alle zusammen sie aussprechen läßt. Zu diesen Uebungen können in der Folge vorzüglich schwere Namen, etwa aus dem 12. und flg. Kap. des Buchs Josua, und aus Matth. 1. und Luc. 3. genommen werden, wodurch den Kindern das nachmalige Lesen in der Bibel um so



erleichtert wird. Der Lehrer kann auch die Buchstaben, welche ihm die Kinder zu solchen Sylben und Wörtern angeben, so wie sie geschrieben werden, an die Tafel malen, damit sich diese Figuren den Kindern um so mehr einprägen, welches nun in der Folge, wenn sie selbst schreiben lernen, sehr zu Statten kommen wird.

8) Zuletzt ist noch anzumerken, daß die größern Schulkinder während der Zeit, der Schulhalter sich mit den Kleinern auf diese Art beschäftigt, ihre Schreibungen vornehmen müssen, weil sie in dieser Art der Arbeit weder von den buchstabirenden gestört werden, noch auch ihnen Störung verursachen können.

§. 7. Weil die Kinder gewöhnlich im Frühjahr und Herbst zum erstenmal in die Schule geschickt werden; so ist mehrentheils der Anfang im Buchstabiren und Lesen für jeden halbjährigen Zuwachs der Schule gleich, und können diese neuankommenden Kinder nach zwei Monaten (vielleicht noch früher, wenn sie ordentlich in die Schule besuchen und der Lehrer wahren Fleiß anwendet), sogleich und zusammen zum Lesen angeführt werden. Der Unterricht im Lesen muß nach folgender Methode gegeben werden: 1) Alle Schulkinder, die größern so wie die kleinen, lesen einerei Stud, welches gelesen werden soll, (anfänglich im A. B. C. Buch, in einigen Wochen in der Bibel, und zwar die auswendig zu lernenden Sprüche, in weiteren Fortschritten, im Gesangbuch und Katechismus), aufschlagen. Dieses Vorlesen muß so lange geübt werden, bis sie nach einer gegebenen Pagina als ohne Zeitverlust finden können; wobei ihnen die Kenntnisse der Zahlen, die sie nach §. 6.) zugleich mit der Buchstabenkenntniß empfangen, sehr zu Statten kommt. 2) Nun wird aus dem Buch, welches alle Kinder haben, (also zuerst aus dem A. B. C. Buch, als welches alle, auch die Größern, in die Zeit, da die Leseübung geübt wird, mitbringen müssen) eine gewählte Stelle, anfänglich, wie §. 5. beschrieben, von sämtlichen in Klassen eingetheilten Schulkindern buchstabirt; um das geschehen, theilt Eine Klasse jedes Wort in seine Sylben ab (bei mehrsyllbigen Wörtern sagen die Kinder nichts weiter, als: ganz; bei mehrsyllbigen z. B. a — l — l; von l — l — c. c.); und alle übrigen sprechen das ganze Wort aus. —

Ist das ganze Stud so durchbuchstabirt; so liest der Schullehrer laut, langsam und mit gehöriger Tonsetzung, und alle Kinder sprechen es ihm leise, doch ständlich nach, (wie beim Singen §. 4.) — 4) Hierbei muß der Lehrer darauf sehen, daß ein jedes Kind gerade das Wort, welches jetzt ausgesprochen wird, ansieht, und zu dem Ende, bald dieses, bald jenes auf das Wort hinzeigen lassen. —

Sodann schweigt der Lehrer, und läßt die Kinder sämtlich allein lesen, (jedoch immer dass. Stud;) giebt aber bei jedem Falschlesen, Verschlucken der Sylben, falscher Commatischer Abtheilung, und unrechter Tonsetzung sogleich ein Zeichen, das eingehalten werden soll: fragt dabei nach der Ursache, warum er einhalten lassen; verbessert sogleich den begangenen Fehler, wenn diej. Kinder, welche ihn finden haben, ihn nicht selbst gehörig verbessern können, und läßt nun das Vorgelesene noch Einmal lesen, bis alles richtig wird. — 6) Eben dass. Stud läßt der Lehrer nun von Einem Kinde der 1., 2. oder 3. Abtheilung lesen, ruft sogleich die andern, bald einzeln, bald alle auf, um fortzufahren; dadurch erreicht er hier den Zweck, daß sämtliche Schulkinder zur ununterbrochenen Aufmerksamkeit gewöhnt werden. — 7) Nun nimmt der Schullehrer, nach Belieben, Einen Theil des gelesenen Studs, fängt an, ihn an die Tafel zu schreiben, und läßt die andern Kinder erst rathen, welcher Theil es sei; sodann läßt er sich von ihnen führen, schreibt falsch, läßt Worte aus u. c. und fragt: ob es recht ist oder nicht? Ist auch von denj. Kindern, welche schreiben können, diese Übung wiederholen. —

Endlich folgt die Übung im Geschwindlesen. Der Lehrer fängt an, das vorgelesene Stud geschwinder zu lesen, als gewöhnlich, und bemerkt genau jedes Kind, welches im Buch zurück bleibt. Nun macht er 1) aus denen, die nicht zurück geblieben, 2) die nicht völlig mit fort kamen, und 3) die den Zusammenhang verloren, verschiedene Abtheilungen, läßt die Kinder einer jeder ders. so geschwind lesen, als sie können, da dann dasj., welches zurück blieb, in die nächste Abtheilung kommt u. s. w. Eben diese Übung läßt er die Kinder untereinander anstellen; da Eins, welches fertig liest, seine Stelle vertreten muß, bis es dadurch soweit bringt, daß alle das gelesene Stud geschwinder, als gewöhnlich, lesen können; welches bei fortgesetzter Übung seinen Nutzen bald zeigen wird. —

Sobald alle Kinder wenigstens richtig (wenn auch nicht gleich geschwind) lesen können, wird diese Art der Übung wöchentlich nur Einigemal vorgenommen; dagegen muß das Lesen des kleinen Katechismus Lutheri, wie auch das Auswendig-

hervorsagen desselben fleißig fortgesetzt und wiederholt werden, damit alle Kinder denselben fertig lernen. — 10) Zuletzt wird der Schullehrer sehr wohl thun, wenn er die Eltern der Kinder zu bewegen sucht, daß sie sich von letztern das monatliche Lied, den Psalm, oder die in der Schule gelesenen Hauptsprüche zu Hause vorlesen lassen. Den Größern und fertig Lesenden kann er ein Kapitel aus der Bibel, (etwa eine Geschichte enthaltend, z. B. 1. Mos. 22.), ganz oder stückweise aufgeben, welches sie den Eltern vorlesen und sich selbst bekannt machen müssen, damit er es hernach in der Schule bei der Katechisation zum Grunde legen könne.

§. 8. Die Katechisation ist das vorzüglichste, was der Schullehrer in seinem Religions-Unterricht thun kann. So leicht manchem diese Beschäftigung scheinen mag, so viel gehört dazu, wenn sie mit wahrem Nutzen getrieben werden soll. Ein nicht genug gekannter und geschäpfter Vortheil, den daher kein Schullehrer aus der Acht lassen muß, ist dieser: daß er für seine Person sich aufs allerbeste mit der heil. Schrift bekannt mache. Denn da auch der gelehrteste und geübteste Prediger ohne gründliche Bekanntschaft mit der heil. Schrift keinen wahren Unterricht im Christenthum geben, noch dens. den Kindern durchs Katechisiren hinlänglich nutzbar und faßlich machen kann; so läßt sich dieses von einem unstudirten und im Denken nicht genugsam geübten Mann noch weit weniger erwarten, wenn ihm die Wahrheit nicht aus dem göttlichen Wort so bekannt geworden ist, daß sie ihm in der Art, wie sie in der Bibel vorgetragen wird, immer vorschwebt. Dagegen lehrt die Erfahrung, daß auch Ungelehrte, wenn ihnen das göttliche Wort im Munde und Herzen nahe ist, (Röm. 10, 8) und sie dems. in treuem Gehorsam folgen, mit vielem Segen andere im Christenthum unterrichten und erbauen können. Es wird daher allen Schullehrern das fleißige und andächtige Bibellesen als heilige Pflicht ans Herz gelegt; und werden zugleich Inspektoren und Prediger ermahnt, ihre Schullehrer bei jeder schicklichen Gelegenheit dringend dazu anzuhalten: indem ganz unleugbar unter mehreren Schullehrern von sonst gleichen Gaben und Fähigkeiten derj. zum Religionsunterricht der tüchtigste ist, der diese Pflicht vorzüglich beobachtet hat.

§. 9. Nächstdem, was hier vom Bibellesen überhaupt gesagt worden, muß sich der Schullehrer auf den Religionsunterricht des folgenden Tages durch Nachschlagen der im Katechismus angeführten Schriftstellen hinlänglich vorbereiten. Kann er eine biblische Geschichte finden, die mit dem, was im Katechismus folgt, in Verbindung steht, (z. B. bei der Lehre von der Allmacht Gottes, den Durchgang der Kinder Israels durchs rothe Meer; bei der Lehre von der Gottheit Christi, seine göttlichen Wunder, die Sättigung der 5000 Mann, die Auferweckung Lazari u.; bei dem 4ten Gebot die Geschichte der Rehabiten, u. s. w.); so kann er dergl. Stellen den Kindern, wie §. 7. angezeigt worden, zum Durchlesen in Gegenwart der Eltern aufgeben. Diese Stellen läßt er hernach in der Schule lesen, wobei er jeden Umstand, der erzählt wird, den Kindern abfragt; die ihm dann sehr leicht antworten werden, wenn er seine Fragen so einrichtet, als wisse er nicht, was vorgegangen; oder als vermuthet er das, was ein jeder vermuthen müßte, dem die Erzählung der Bibel nicht bekannt wäre; dergl., wenn er in seinen Fragen das Gegentheil von dem, was erzählt wird, vorträgt u. u. Bei einiger Uebung und bei dem redlichen Sinn nützlich zu werden, wird ihn die Willigkeit der Kinder, ihn über seine Fragen zu belehren, bald zu einer Fertigkeit bringen, die er vielleicht nie zu erlangen glaubte. Auch wird er Gelegenheit genug haben, bei solchen Unterredungen sich auf andre ähnliche Schriftstellen zu beziehen, einige Verse aus guten Liedern anzuführen, den Kindern zu sagen, wie er zu Gott gebetet haben würde, wenn er die erzählte Geschichte erlebt hätte (z. B. wenn er unter den 5000 Männern gewesen wäre, die im äußersten Hunger doch immer bei Jesu ausharrten, um von Ihm Worte des ewigen Lebens zu hören u. s. w.). Dieses wird zugleich unvermerkt eine Anweisung zum Beten sein, die gewiß nicht ohne Nutzen bleibt. Endlich kann der Lehrer bei solchen Gelegenheiten manche gute Ermahnung anbringen, welche die Kinder um so weniger bald vergessen werden, weil sie mit der ihnen lebhaft dargestellten Geschichte verbunden war. — 1) Da die heilige Schrift, sonderlich im alten Testament und in den Evangelisten, welche das Leben und die Thaten Jesu erzählen, so viele merkwürdige Geschichten enthält; so wird nicht leicht eine Religionswahrheit übrig bleiben, zu deren Erlernung die Kinder nicht durch irgend eine biblische Geschichte sehr nützlich vorbereitet werden könnten. — 2) Von dieser Art der Betrachtung, muß dann der Lehrer zu den im *Katechismus* enthaltenen Lehren schreiten; wobei er folgendes zu bemerken hat: 1) Er

selbst liest die Frage, und die Kinder lesen sogleich die zu ders. gehörige Antwort. 2) Nun fängt er an die Antwort in ihre wesentlichen Bestandtheile zu zerlegen, z. B. „Die Christliche Lehre ist eine Unterweisung zur Seligkeit durch den Glauben an Jesus Christum.“ Hierin liegen folgende Sätze: a) Die Christliche Lehre lehrt dahin, daß der Mensch selig<sup>1)</sup> werden soll. b) Der Mensch weiß von selbst nicht wie er selig werden soll. c) Er muß also dazu angewiesen werden; es muß ihm gesagt werden, was zu seiner Seligkeit nöthig ist; was er zu diesem Zweck thun, und was er meiden muß; wie er sich eine Hülfe, die ihm dazu angeboten wird, zu Nuzze machen soll. d) Die Seligkeit kann nur durch Jesus Christum erlangt werden. e) An den soll der Mensch glauben. Er soll die Seligkeit nicht in sich oder andern suchen und erwarten; sondern Jesus Christus soll ihm die einzige Ursache der ewigen Seligkeit sein. (Ebr. 5.) Je mehr der Lehrer auf diese Art über jeden Satz des Katechismus nachdenkt, je besser wird ihm diese von so vielen für all zu schwer ausgegebene Arbeit von statten gehen, und je mehr wird er Zweck seines Religionsunterrichts bei den Kindern erreicht werden. — 3) Um es auf solche Art Stückweise vorgelegte Antwort den Kindern desto mehr einzusagen, ist es gut, wenn er zuweilen das Gegentheil fragt; z. B. Geht die Christliche Lehre dahin, daß der Mensch reich werden soll? oder geehrt? oder daß er ohne zu arbeiten, gute Tage auf der Welt haben könne? Ferner: War nicht der reiche Mann (Luc. 16.) ein recht seliger, und Lazarus ein recht glücklicher Mensch? 1c. Die Antworten der Kinder werden ihm so gleich zeigen, ob sie die Sache verstanden haben, oder nicht. — 4) Er muß die im Katechismus angeführten biblischen Beweisstellen immer gleich zu Hülfe nehmen, und was auswendig zu lernen aufgegeben war, sich hersagen lassen, vorzüglich aber die Kinder auf diese Worte aufmerksam machen, welche eigentlich das, was in der Antwort stand, beweisen. Bei häufig fortgesetzter Arbeit dieser Art, werden die Kinder unvermerkt mit der heiligen Schrift so bekannt geworden sein, daß sie sogleich weiter fortfahren können, wenn der Lehrer eine ähnliche biblische Stelle mit ihren Anfangsworten anführt. Ist wohl dem Schullehrer, der auf diese Art einen Schatz von Wahrheiten in das Herz der Kinder gelegt hat, die ihnen noch im späten Alter zum Trost und zur Erbauung dienen, und ein Segen für Zeit und Ewigkeit sein können. — 5) Das Besentlichste von dem, was bei jeder Frage und Antwort auf diese Weise abgehandelt worden, muß sogleich wiederholt werden. Der Lehrer läßt die Kinder ihr Buch zumachen, und befragt bald Einen, bald Mehrere, bald Alle, über das, wasorgetragen war. Am folgenden Tage wird diese Wiederholung nochmals so kurz, wie möglich, erneuert. Wie denn der Schullehrer überhaupt genau darauf merken muß, daß er bei jeder neu vorkommenden Lehre das Vorige, welches sich auf diese bezieht, nicht aus der Acht lasse.

§. 10. Der Unterricht im Schreiben wird auch den kleinsten Anfängern um so faßlicher sein, je sorgfältiger der Lehrer das was §. 6. beim Buchstabiren festgesetzt ist, beobachtet hatte. Es kommt hierbei nur noch auf folgende Punkte an, nach welchen der Schullehrer sich in dieser Beschäftigung richten muß: 1) Die Kinder, welche schreiben lernen, müssen mehr, als bisher in den meisten Schulen gesehen, beschäftigt werden. Das gewöhnliche Einförmige Vorschreiben der einzelnen Buchstaben, welches oft schon allein so genannte Schreibe-Bücher von mehreren Bogen erfordert, verleitet sie nur allzuleicht zur Nachlässigkeit und zum Müßigsein. Der Lehrer muß gleich mit Buchstaben, Sylben und Wörtern, auch Ziffern wechseln, und das Versprechen hinzufügen, daß wenn die vorgeschriebenen Buchstaben 1c. gehörig nachgemacht werden, ihnen alsdann bald ganze Zeilen vorschrieben werden sollen. — 2) Es muß sorgfältig darauf gesehen werden, daß die Kinder jedesmal auch wirklich schreiben, weil ohne diese genaue Aufsicht gewöhnlich allerlei Ungezogenheiten aus Langerweile einreißen. — 3) Wenn einige vorgeschriebene Zeilen erträglich leserlich und mit sichtbarem Fleiß nachgemacht sind,

1) Hier wird hauptsächlich der wahre ächtbiblische Begriff des Wortes Seligkeit, und der Unterschied zwischen selig sein und glücklich sein deutlich gemacht, und gezeigt: daß Seligkeit lediglich den Zustand der Seele betreffe; daß ein Mensch, der von der Welt glücklich genannt wird, sehr unselig, und umgekehrt ein vor der Welt sehr unglücklicher ein seliger Mensch sein könne. Dieses wird aus der biblischen Erzählung vom reichen Mann und armen Lazarus, (Luc. 16.) erläutert.

so legt der Schulhalter den Kindern eine biblische Stelle zum Abschreiben vor. So lange aber noch unreinlich und nachlässig geschrieben wird, muß die erste Vorschrift immer aufs neue nachgemacht werden, bis die Kinder zur Ordnung gewöhnt sind. — 4) Das sogenannte Korrigiren heißt gar nichts, wenn der Schullehrer, wie in den meisten Schulen geschieht, sich bloß die Schreibebücher geben läßt, die und da einen Buchstaben austreibt und ändert, und sodann den Kindern ihre Bücher zurück giebt, ohne sie über ihre Fehler und deren Verbesserung hinlänglich belehrt zu haben. Das, was offenbar nachlässig geschrieben worden, muß ohne weiteres Korrigiren durchgestrichen werden. Das Korrigiren muß bloß eine Belohnung sein, für diej. Kinder, welche die gehörige Sorgfalt auf ihre Arbeit gewandt haben. Diese kann der Lehrer einzeln vornehmen, sie selbst errathen lassen, welche Buchstaben und auf welche Art sie fehlerhaft sind, und nun erst ändert er diese. Die Kinder schreiben alsdann die geänderten Buchstaben aufs neue nach, bis ihnen die Züge geläufig werden. Zuweilen kann der Schulmeister dieses Korrigiren auch den geübtern und fertigeren Kindern, jedoch unter seiner Aufsicht, übertragen, nachdem er selbst den Nachlässigern ihren Fehler gezeigt hat; welches für jene Geübtern eine Art von Ermunterung und Belohnung ist. — 5) Sobald einige Kinder (sind es alle, so geht es desto leichter;) so weit gekommen sind, daß sie das Vorgeschriebene, reinlich und leserlich nachmachen, auch aus der Bibel vorgelegte Stellen richtig abschreiben: muß der Lehrer solchen Kindern zuerst einzelne Wörter, sodann nach einiger Übung, mehrere und endlich ganze Sätze diktiren. Hauptsächlich kommt es hierbei darauf an, daß er sich von den Kindern selbst die Buchstaben sagen lasse, welche zu dem Worte gehören; wozu vorzüglich solche Wörter zu wählen sind, die bei ganz oder doch beinahe gleichem Klang, sich nur durch die Buchstaben unterscheiden. Z. B. Pflug, Fluch, Flug &c., hier muß er sehr genau nachsehen, ob die Kinder bei dem Hinschreiben, den von ihnen selbst bemerkten Unterschied beobachten oder vernachlässigen. Denn das Schreiben ist eine Arbeit, bei welcher man die Kinder vorzüglich zur Genauigkeit und Ordnung in allen ihren Handlungen gewöhnen kann. — 6) Nach einiger Zeit kann der Lehrer den Kindern kleine Briefe diktiren, bei welchen zugleich auf die Interpunction und auf das Schönschreiben gesehen wird.

§. 11. Der Unterricht im Rechnen läßt sich durch die Beobachtung folgender Vorschriften, weit kürzer und vortheilhafter einrichten, als in sehr vielen Schulen bisher geschehen ist. a) Alle Übung in den so genannten fünf Speciebus, muß so lange an der Tafel vorgenommen werden, bis ein jedes Kind Fertigkeit genug hat, das ihm Vorgeschriebene auf dem Papier richtig auszuarbeiten. — b) Bei dem sogenannten Numeriren, wird nach folgendem Schema verfahren.

Nr. 8.	Nr. 7.	Nr. 6.	Nr. 5.	Nr. 4.	Nr. 3.	Nr. 2.	Nr. 1.
Zehn- Million- mal.	Million- mal.	Hundert- Tausendmal.	Zehntausend- mal.	Tausend- mal.	Hundert- mal.	Zehnmal.	Einmal.
9	9	9	9	9	9	9	9

Dieses Schema schreibt der Lehrer an die Tafel, zeigt den Kindern, daß eine jede Zahl, wenn sie in der Reihe Nr. 1. steht, ihren Werth Einmal hat, daß sie in der folgenden ihren Werth zehnfach empfängt &c. Dieses macht er den Kindern zuerst durch die in die Reihen geschriebene Zahl 9 deutlich; schreibt nun unter die 9 die Zahl 8; unter diese die Zahl 7 &c., fragt die Kinder, was eine Zahl 8, 7, 6 &c. in der ersten und 2. Stelle bedeute? was in der 5. und 3. &c., wenn sie das fertig gefaßt haben, läßt er die ganze Reihe aussprechen; sodann verändert er die Zahlen, schreibt in jeder Reihe verschiedene, und läßt sie wieder aussprechen. Nun giebt er erst kleinere, dann immer größere Summen auf: z. B. Sechs Tausend und Vier; fragt: in welche Stelle die Sechs Tausend gehören? und in welche die Vier? schreibt diese zwei Zahlen hin, und füllt die leeren Plätze mit Nullen, wodurch er zugleich den Satz beibringt: „daß jede eigentliche Zahl in ihre Stelle, und in die leeren Plätze Nullen gesetzt werden müssen. Auf diese Art werden die Kinder es mit weniger Mühe in kurzer Zeit zu einer hinlänglichen Fertigkeit bringen. — c) Gleich bey diesem Numeriren kann die erste Anleitung zum Addiren und Subtrahiren angebracht werden, und zwar auf folgende Art: Wenn der Lehrer eine Reihe Zahlen an die Tafel geschrieben, und sich durch gehöriges Herumfragen versichert hat; daß die Kinder jede Zahl nach dem Werth, den ihr ihre Stelle giebt,



genau zu bestimmen wissen, so verlangt er, daß 10, 100, etliche Tausend zc. weniger genommen, und das übrig bleibende durch Veränderung der angeschriebenen Zahl bestimmt werde. Eben so giebt er 10, 100, 1000 zc. mehr, und läßt gleichfalls darnach die Zahl verändern. 3. B.

$$\begin{array}{cccccccc} 9 & | & 9 & | & 9 & | & 9 & | & 9 & | & 9 & | & 9 & | & 9 & | \\ & & & & & & 5 & & 0 & & 0 & & 6 & & & \end{array}$$

weniger. Folglich verändert sich obiges Schema auf diese Art:

$$9 \mid 9 \mid 9 \mid 9 \mid 4 \mid 9 \mid 9 \mid 3 \mid$$

Eben so 2103 mehr. Nun hat obiges Schema folgende Gestalt:

$$1 \mid 0 \mid 0 \mid 0 \mid 0 \mid 2 \mid 1 \mid 0 \mid 2 \mid$$

Wenn dergleichen Uebungen zuerst mit kleinen, dann mit größern Zahlen, oft und mit allen möglichen Veränderungen angestellt werden; so haben die Kinder schon vorläufig das Wesentliche der Addition und Subtraction, ohne es zu wissen, gelernt; welches ihnen hernach die Regeln dieser Specierum bestomehr erleichtern wird. Auch werden sie vorzüglich dadurch geübt, im Kopf zu rechnen. — d) Bey dem eigentlichen Vortrag der so genannten Specierum, wie auch der Regel de Tri versteht es sich von selbst, daß vorzüglich nur Exempel mit benannten Zahlen und zwar, so wie sie im Hauswesen des Landmanns und des gemeinen Bürgers am meisten vorkommen, geübt werden müssen, zc. Der Lehrer muß durch viele kleine Exempel in allen Speciebus, die Kinder zum Rechnen im Kopf gewöhnen, und diese Uebung muß mit dem Rechnen auf dem Papier in gleicher Art fort gehen. Sonderlich kann er das Corrigiren der den Kindern aufgegebenen Rechenexempel auf diese Art nützlich machen, wenn er das Exempel an der Tafel vornehmen läßt; und nun jedem Kinde auf dem Papier zeigt, oder es selbst auffuchen läßt, wo es gefehlt hat. — e) Zuletzt kann der Schulhalter den geübtern Kindern ein erdichtetes Hausrechnungsbuch geben, in welchem er auf der einen Seite die Einnahme für allerley Produkte und Fabricate specificiret, auf die andre Seite Ausgaben hinsetzt, und nun die Kinder anweist, die Summe zu ziehen, und Ausgabe und Einnahme zu balanciren. Dergl. erdichtete Exempel, werden die Kinder hernach bald in wirkliche verwandeln können, und dadurch unvermerkt im Stande seyn, die kleinen Hausrechnungen ihrer Aeltern zu führen.

§. 12. Die Anordnung aller dieser verschiedenen Schulstunden, muß der Einsicht der Prediger und Inspectoren um so mehr überlassen werden, da sich nicht an allen Orten einerley Ordnung einführen läßt. Außerdem, was schon in dem Gen.-Schulregl., in Absicht dieser Sache vorgeschrieben ist, muß das meiste hiebey durch die besondern Umstände einer jeden Schule bestimmt werden. Nur wird es den Schulhaltern hiedurch förmlich untersagt, ohne Vorwissen des Predigers und Inspectors, irgend etwas willkürlich einzurichten oder abzuändern.

§. 13. Was endlich III. die Schulzucht betrifft; so werden zuvörderst sämtliche Schullehrer auf die in dem Gen.-Landschulregl. ihnen gegebenen Vorschriften verwiesen. Und wird ihnen besonders hiemit von neuem eingeschärft, daß sie schlechthin sich weder Hestigkeit und übertriebne Härte, noch auch irgend eine Parteilichkeit, aus welcher Absicht es immer seyn mag, erlauben dürfen. Außerdem sind folgende nähere Anweisungen um so zweckmäßiger und nöthiger, jemehr die Erfahrung lehrt, wie wenig sich viele Schullehrer in Absicht der Mittel, Zucht und Ordnung zu erhalten, und insonderheit in Absicht der Arten und Stufen der Bestrafung, zu helfen wissen. a) Die Hauptkunst besteht darin, daß der Lehrer Vergehungen zu verhüten wisse. Es ist höchst unrecht, wenn Lehrer nur aufs Bestrafen denken. Sie werden Schuld an den Unordnungen, wenn sie nicht Alles ihrige gethan haben, um dieselben zu verhüten. Wenn der Lehrer dasj. treu beobachtet, was im §. 4. von der Ordnung, in welche er die Kinder vor dem Anfang des Unterrichts bringen muß, gesagt ist, und wenn er sie überall in jeder Lehrstunde gehörig zu beschäftigen weiß, so daß ihnen keine Langeweile übrig bleiben kann; so wird gewiß schon dadurch sehr vieles vermieden. 3. G. Baulern, Zanken, Redereyen, ungebührliche Leibesstellungen, Unachtsamkeit zc., was sonst bey noch so oftmaliger Bestrafung immer wieder kommt. In der That ist die Schule, in welcher viel und oft gestraft werden muß, ein Beweis von Ungeschicklichkeit oder Nachlässigkeit des Lehrers. — b) Vergehungen, die außer der Schule, besonders unterwegs, wenn die Kinder in die Schule kommen und wieder nach Hause gehen, vorgefallen sind, können, wenn sie dem Schullehrer bekannt werden (und eigentlich soll er auf die gesammte Aufführung der Kinder, so viel ihm immer möglich ist,

sollte, als Gelegenheit vorhanden seyn wird, sie alle zu Unterofficieren und Feldwebeln zu avanciren. Man würde daher, wenn man einigen ausgezeichneten Jünglingen ein Vorzugsrecht zur Beförderung geben wollte, nur einen Ehrgeiz in ihnen anfachen, welcher zu spät oder nie befriedigt werden, und ihnen das Unglück fehlgeschlagener Hoffnungen in seiner ganzen Stärke fühlbar machen würde. Mit weit günstigerem Erfolge würde man dagegen dem fleißigsten Schüler ein seinen Fähigkeiten entsprechendes nütliches Buch zur Belohnung schenken können.

Ich fordere daher jeden einsichtsvollen Patriot, der Meine gute Absicht beherzigt, besonders aber Officiere und Feldprediger auf, nach diesen Grundsätzen einen Unterrichtsplan zu entwerfen, welcher, wo möglich, allen Garnison-, Bürger- und Bauerschulen zur Norm dienen könne; dasjenige, wodurch sich letztere von den beiden erstern unterscheiden, wird sich dann leicht ergeben.

So wichtig indessen die Einrichtung der Garnisonsschulen ist, so würde doch der Nutzen derselben nur unvollkommen sein, wenn nicht zugleich Industrieschulen damit verbunden würden, worin die Soldatenkinder ihre künftigen Erwerbsmittel lernen, und in den Stand gesetzt werden, ihre Eltern für die Zeit, welche sie in der Garnisonsschule zubringen müssen, durch einigen Geldverdienst zu entschädigen.

Die von dem Obersten von Tschammer beym Regimente Prinz Ferdinand eingerichtete Industrieschule, in welcher die Kinder, ob sie gleich die Hälfte des Tages in der Garnisonsschule zubringen müssen, dennoch, nach Maassgabe ihrer Kräfte und Fertigkeit, monatlich 2, 3, 4, ja sogar 5 Thaler, und darüber durch ihre Arbeit verdienen, leistet alles, was man von einer solchen Anstalt erwarten kann, weshalb Ich solche allen Regimentern und Bataillons zur Nachahmung bestens empfehle.

Charlottenburg, den 31. August 1799.

gez. Friedrich Wilhelm.

(N. C. C. Th. 10. S. 2605.)

Es kamen die Jahre 1806 und 1807. Preußen erkannte, daß seine Wiederaufrichtung von innen ausgehen müsse. Die Anordnungen aus den Jahren 1808 bis 1810 legten den Grund zur Kräftigung des Volkes und zu dem Grade sittlicher Erhebung, wie ihn später die Kriege von 1813 bis 1815 bekundet haben. Mit dieser neuen Epoche im Staatsleben begann auch eine neue Epoche für das Schulwesen, welche in die Gegenwart reicht und deren ausführliche Schilderung durch Zusammenstellung der ergangenen Gesetze und Verfügungen den Gegenstand des besondern Theiles des Werkes bildet.

## Zweites Kapitel.

### Die Entwicklung des Unterrichtswesens in den einzelnen Territorien des Staates.

Um eine Anschauung von der provinziellen Ausbildung des Schulwesens zu geben, sind hier diejenigen Provinzial-Schulgesetze und Verordnungen aufgenommen, welche ihrem Inhalte nach allgemein sind, oder doch, wie die Entwürfe der Provinzialrechte, Mehreres umfassen. Dagegen sind die Bestimmungen, welche sich nur auf einzelne, in dem besondern Theile zu erörternde Punkte des Schulwesens beziehen, dort eingereiht.

Allerdings stellte schon das Publikandum v. 16. Dec. 1808, betr. die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden in der Preuß. Monarchie,<sup>1)</sup> als Zweck der neuen Organisation auf:

der Geschäftsverwaltung die größtmögliche Einheit, Kraft und Regsamkeit zu geben, sie in einem obersten Punkt zusammenzufassen, und die Geisteskräfte der

1) G. G. 1806—1810., S. 362.



ation und des Einzelnen auf die zweckmäßigste und einfachste Art für solche in Anspruch zu nehmen;

und eben so ließ die in den Jahren 1848 bis 1850 entstandene Staatsverfassung<sup>1)</sup> eine einheitliche Gesetzgebung für die Zukunft erwarten; die Provinzialen Partikularitäten haben indeß nach wie vor ihre Pflege gefunden, und die nachstehende Darstellung enthält deshalb nicht bloß historisch Bemerkenswerthes, sondern auch bis auf den heutigen Tag praktisch Nützliches. Um übrigens dieselbe so kurz als möglich zusammenzufassen, sind bei in der Regel die in dem Justiz-Ministerium nach vorgängigen Verhandlungen zwischen Ministerial-Kommissarien und ständischen Deputirten der Provinz ausgearbeiteten „revidirten Entwürfe der Provinzial-Rechte“ Grunde gelegt worden.<sup>2)</sup>

## I. P r e u ß e n.

### A. Ostpreußen.<sup>3)</sup>

1. Unter den Hochmeistern dieses Ordenslandes war es zuerst Winrich von Kniprode, welcher während seiner Regierungszeit von 1351—1382 die geistlichen Unterricht Sorge trug.<sup>4)</sup> Es wurden Schulen in Königsberg fundirt, an das platte Land aber wurde noch nicht gedacht. Für dieses kam das Schulwesen erst mit Markgraf Albrecht von Brandenburg (1510—1568, seit 1525 Herzog). In der Bischofswahl v. 1568 heißt es:

Die Schulen müssen vor allen Dingen auf dem Lande und den Städten wohl bestellt werden; denn so lange es da mangelt, ist weder der Kirche noch der Universität zu rathen u. Darumb sollen die Bischöfe für allen, Ihnen diese Sorge sehr angelegen seyn, daß sie bey den Städten, auch ziemlichen Kirchen auf dem Lande anhalten, damit die Schulen wohl bestellet und versehen werden.

In dem Kirchenvisitationsrezeß der Insterburgischen und andrer Litthauischen Aemter von 1638 wurde verordnet:

Daß die Eltern ihre Kinder fleißig zur Schule halten, sie auch nicht zu früh und zu zeitig, wenn sie am Allerbesten etwas fassen und lernen sollen, aus der Schule wieder heraus nehmen sollten; daß die Schulmeister auf dem Lande sich nicht auf eine faule Seite legen, und nur gute Tage suchen, sondern fleißig studiren, lesen und den Pfarrern helfen; daß diejenige Schulmeisterei, die nicht studirt haben und schlechte Simplicisten seyn, die nichts mehr, als Deutsch und Litthauisch singen und im Nothfall die Litthauische Postille ablesen könnten, auch zur Kinderinstitution wenig tüchtig wären, dennoch nach ihrem äußersten und besten Vermögen in ihren Schulen die Kinder und Knaben im Lesen und Schreiben und sonderlich im Gebet nach Catechismo fleißig unterweisen sollten, dabey sie sich denn auch wohl zu ihrem ehreren und bessern Aufenthalt ihres Handwerks, auch des Privilegii zur Höferei und Brandweinschank bedienen könnten.

2. Eine durchgreifende Organisation der Schulen brachte aber erst

1) Vergl. die hierher gehörigen Bestimmungen derselben unten im vierten Abschnitt.

2) Sie sind bloß als Manuscript gedruckt. Vergl. darüber „Aktenmäßige Darstellung der Preussischen Gesetz-Revision“ vom Staatsminister v. Rammß (Annal. XIII. Anhang).

3) Vergl. die Darstellung, welche Ludw. Ernst Borowski in seiner „Neuen preussischen Kirchen-Registratur, Königsberg, 1789“, im Anhang I. „vom Landtschulwesen in Ostpreußen“ giebt. Borowski theilt die Quellen mit dem Bemerkenswerthen mit, daß er die Original-Akten in der K. Spezial-Kirchen- und Schulen-Kommission zur Benutzung gehabt habe.

4) Es wird von ihm die Aeußerung angeführt:

Unserm Orden wird es zwar nie an Geld und Gut, wohl aber an klugen und getreuen Leuten mangeln. Man muß mit allem Ernst nicht nur einige, sondern viele Schulen in Preußen anlegen.

König Friedrich Wilhelm I. zu Wege. Er befahl unterm 2. Juli 1718 der Preussischen Regierung, der Kriegs- und Domainen-Kammer<sup>1)</sup> und dem Königsbergischen Konsistorium auf das Nachdrücklichste: „mit zusammengefügten Kräften doch endlich der Unwissenheit abzuhelfen,“ und schickte zu diesem Zweck verschiedene Deputationen nach Litthauen; gleichwohl verging noch eine lange Reihe von Jahren, bis er die für Preußen als Fundamental-Schulgesetz geltenden Principia regulativa publiciren und zur Ausführung bringen konnte. Um dies zu erreichen, hatte er 50,000 Thlr. hergegeben, und dieser Stiftung den Namen Mons Pietatis beigelegt. Bei der Bekanntmachung derselben, d. d. Berlin den 21. Febr. 1737, war angezeigt:

wie der König jedermann zu wissen füge, daß vordem der Unglaube und die Finsterniß, darinn die Jugend hin und wieder in dem Königreich Preußen zu ihrem zeitlichen und ewigen Schaden sich befunden und aufgewachsen, von ihm, dem Könige, nicht nur mit besondern Mitleiden angesehen, sondern auch demselben durch nach und nach erfolgte Verordnungen zeither entgegen gegangen worden. Da aber der König bei dem allen den vorgesezten Zweck doch noch nicht ganz erreichen können und also nöthig gefunden, dahin zu sehen, daß, soviel thunslich, allenthalben tüchtige Subjekte der Jugend vorgesezt, diese aber auch mit dem nöthigen Unterhalt versorgt würden: so habe er ein Capital von 50,000 Thln. dazu allergnädigst hergegeben, daß solches nun und zu ewigen Zeiten zur Bauung des Reichs Gottes unvermindert möge beygehalten werden.

Von den Interessen dieser Summe sollte der nöthige Zuschuß geschehen, wenn etwa eine Schulsozietät den nothwendigen Unterhalt des Schulmeisters aufzubringen nicht im Stande wäre, oder durch Unglücksfälle zur Zeit daran behindert, oder etwa ein Schulgebäude von den Flammen verzehrt würde. Die Verwaltung dieses Mons pietatis besorgte ein eigens dazu etablirtes Kollegium, welchem ein Staatsminister vorstand. Die Zinsen wurden an die K. Spezial-Kirchen- und Schul-Kommission ausgezahlt, und von dieser durch die Inspektoren vertheilt.<sup>2)</sup> Dies sind dieselben 50,000 Thlr., deren in den Principiis regulativis Erwähnung geschieht. Diese lehtern lauten wie folgt:

1) Das Schulgebäude errichten und unterhalten die associirten Gemeinden, auf den Fuß, wie die Priester- und Küster-Häuser. — 2) Sr. K. Maj. geben das freie Bauholz; Thüren, Fenster und Kachelofen werden von den Collecten-Geldern versfertigt. — 3) Sr. Maj. geben auch das freie Brennholz, welches die Gemeinden ansfahren. — 4) Jede Kirche, sowohl in den Städten, als auf dem Lande, zahlt zum Unterhalt der Schulmeister jährlich 4 Thaler. Dagegen der Pastor loci die Schulmeister dahin anhält, daß sie den Kirchendienst, als z. B. die Kirchen rein zu machen, mit verrichten helfen. Die Praecentores nehmen an besagten 4 Thalern keinen Theil, sondern solche bleiben lediglich zum Unterhalt vor die Schulmeister. — 5) Sollten so arme Kirchen sein, daß sie sothane 4 Thlr. jährlich aufzubringen nicht im Stande, zahlet solche der Patronus ecclesiae. — 6) Zur Subsistenz wird dem Schulmeister eine Kuh und ein Kalb, item ein Paar Schweine und etwas Federvieh frei auf der Weide gehalten und 2 Fuder Heu und 2 Fuder Stroh gereicht. Hiernächst bekommt er — 7) Von Sr. K. Maj. einen Morgen Land, (welcher allemal hinter seinem Hause anzuweisen) solchen aufs Beste zu nutzen. Die eingewidmeten Dorfschaften bearbeiten solchen und halten ihn im Gehege. — 8) Bekommt der Schulmeister von den gesammten Bauern seines Districts p. Hufe  $\frac{1}{2}$  Roggen, 2 Meßen Gerste. Gehet der Roggen über  $\frac{1}{2}$  Wispel, werden

1) Damals wurden mit dem Namen „Regierung“ Justizbehörden bezeichnet, während die Kriegs- und Domainenkammern den Amtskreis hatten, den gegenwärtig die Regierungen einnehmen.

2) Vergl. Borowski, a. a. O. S. 186. — Rabe, Bd. 4. S. XXXVI. S. 32.

in Portionen der Bauern kleiner; gehet er drunter, legen sie zu. — 9) Jedes Schulkind à 5 bis 12 Jahren incl. giebt ihm jährlich, es gehe zur Schule oder nicht, 15 gr. prß. oder 4 ggr. — 10) Ist der Schulmeister ein Handwerker, kann er sich schon ernähren; ist er keiner, wird ihm erlaubt, in der Erndte 6 Wochen auf Tagelohn zu gehen. — 11) Der Schulmeister ist frei von Kopf- und Hornsteuergeld, imgleichen Schußgeld. — 12) Im Fall ein Bauer oder Instmann mehr als zwei Kinder hätte, die zur Schule gebracht werden könnten, wird der Ueberrest des Schulgeldes von den Interessen der 50,000 Thlr. bezahlet. — 13) Der zweite Kesselbeutel ist vor die Schulmeister. — 14) Wo Gölmer wohnen, dieselben eben den Bauern gleich, nämlich  $\frac{1}{2}$  Korn und 2 Maß Gerste. Weil aber sonst ihre Condition besser, als der Bauern, bezahlen sie vor jedes Kind jährlich 6 ggr. Schulgeld. Aus obigem Fonds der 50,000 Thlr. wird ihnen nichts zur Hülfe gegeben. — 15) Die Beamte sind zwar frei, schicken sie aber ihre Kinder zur Schule, zahlen sie vor das Kind monatlich 2 ggr. Alle übrige Amtsbediente zahlen wie die Gölmer p. Kind 6 ggr. jährlich. Forstbediente wie die Beamten; Leuthe wie die Bauern. Diese letztern sind auch gehalten, ihre Kinder zur Schule zu schicken. — 16) Jedes Schulkind, wenn es confirmirt wird, bezahlet dem Schulmeister 6 ggr. — 17) Aller Orten, wo unumgängliche impedimenta sein, daß keine hinlängliche Societäten zusammengebracht werden können, o. g. wo durch Wasser oder Wald starke Abschnitte sein, wird der Zuschub aus dem zweiten Kesselbeutel gethan, und weil dieser nicht weit hinreichen wird, kann vor jede Hochzeit aus dem Pastore loci 30 gr. prß. oder 8 ggr. zur Subsistenz der Schulmeister gegeben, und zum Zuschub an solchen Orten angewandt werden, damit der K. Fonds an 50,000 Thlr. nicht beschwert werde. — 18) Jedem Schulmeister muß ein Platz im Ruchengarten gleich hinter seinem Hause angewiesen werden. — 19) Wird der Adel hiernach zu richten haben und zur gemeinschaftlichen Einrichtung der Schulen die Hand bieten, wiewohl ihnen frei steht, die Sache nach ihrem besten Belieben einzurichten, nur, daß der Schulmeister seine Subsistenz habe und der von k. R. Maj. intendirte Endzweck erreicht werde. Endlich so muß jeder Prediger auf die richtige Observanz dieser Stiftung vigiliren und die Saumseligen sofort bei k. R. Kriegs- und Domainen-Cammer anzeigen, welche sodann, wenn der Beamte inquitus binnen 14 Tagen das rückständige Schulgeld nicht beischaffet, die Beamten dazu anzuhalten, und das Geld allenfalls von der Lieferung abziehen hat.

Königsberg, den 30. Juli 1736.

Die Königliche Confirmation dieses Schulplans erfolgte unterm 1. Aug. 1736. Später sind dazu ergangen:

a) R. der Königl. Reg. zu Königsberg v. 28. April 1738.

Von Gottes Gnaden Friedrich Wilhelm, König etc. Unsern etc. Bei der gesehenen Einrichtung der Dorfschulen wollen Wir insonderheit folgendes genau beobachtet und zur schleunigen Execution gebracht wissen: 1) Muß der Getreideertrag zum Unterhalt der Schulmeister jährlich durch die Schulzen zusammengebracht, das Schulgeld aber bei der Decems-Einnahme bezahlt werden. Der Prediger giebet dem Schulmeister das seinige praenumerando auf  $\frac{1}{2}$  Jahr, und muß beides, Getreide und Schulgeld, bei jeder jährlichen Kirchen-Visitation, von dem Erzpriester auf einem besondern Bogen berechnet, und von demselben, bis auf weitere Verfügung, unterschrieben werden. — 2) Müßen tüchtige Subjecte zu Schulmeistern angenommen werden, und, da sie vom Erzpriester und Prediger zu bestellen, so haben sie auch die Aufsicht über dieselben, in allen das Lehr-Amt und Leben angehenden Fällen. In übrigen Dingen aber stehen sie unter der Jurisdiction des Hauptamts. Was aber die ablichen Schulmeister betrifft, exerciret zwar der Patronatus die Jurisdiction über dieselbe, jedoch dergestalt, daß mit dem Erzpriester und Prediger des Ortes jedesmal bei Bestellung eines Schulmeisters, wegen seiner Geschäftlichkeit gehörig conferiret werde. Was aber seine Capacität, Lehre, Amt und Anführung bei der Schule anbelanget, bleibt es, wie vorstehet, dabei, daß der Erzpriester und Prediger über ihn die Aufsicht haben, und, wenn es daran fehlet, dahin sehen müssen, daß er abgeschaffet werde. — 3) Was diejenigen Gelder betrifft, so zum Theil aus dem Kirchenvermögen, zum Theil aus dem Klingesäckel, imgleichen vor Confirmation der Kinder und Trauungen, jährlich zum Behuf der Schulmeister fließen und bezahlt werden sollen, müssen solche von den Predigern jeden Ortes eingesammelt, und besonders affervirt werden. Und damit auch sothane

Gelder bloß zum Unterhalt der Schulmeister angewendet werden, sind die Prediger dahin zu instruiren, sothane Gelder gehörig zu berechnen, und bei jeder jährlichen Kirchen-Visitation dem Erzpriester vorzuzeigen, wie und wohin, auch wieviel derselben verwendet worden, ferner diese Rechnung den Erzpriester unterschreiben zu lassen, und damit bis auf weitere Verfügung zu continuiren. Insbesondere hat der Erzpriester auf die unter seiner Inspection stehende Prediger ein wachsames Auge zu haben, daß unserm Befehl, sowohl was das eingerichtete Schulwesen überhaupt, als insbesondere diesen Punkt betrifft, ein vollkommenes Genüge geschehe 2c. Wonach Du Dich denn zu achten, auch das Nöthige deshalb weiter zu verfügen hast. Daran 2c.

Königsberg den 28. April 1738.

v. Tettau. v. Schlieben. v. Kunheim. v. Bülow.

Ferner unter Friedrich dem Großen, welcher die Einrichtung seines Vorgängers bestätigte, und nur auf bessere Ausführung drang:

b) R. an die Preuß. Reg. v. 29. Okt. 1741.

Friedrich, König in Preußen 2c. Da Wir mißfällig vernommen, daß die Einrichtung des Schulwesens in den adelichen Dörfern, nach den bereits im Jahre 1736 im Lande publicirten Plan bisher schlechten Fortgang gehabt und in sehr wenigen der gedachten adelichen Dörfer solche Einrichtung geschehen sei; Wir aber zu dem gesammten Adel das Vertrauen haben, es werde ein jeder von selbst geneigt sein, dieses so heilsame, zu Gottes Ehre gereichende Mittel, mit allem Eifer und Fleiß zu Stande zu bringen; als befehlen Wir Euch hiermit in Gnaden, in Unserm Höchsten Namen, durch die Hauptämter, den gesammten von Adel bekannt machen zu lassen, wie Wir gegen sie sammt und sonders in Gnaden erkennen würden, wenn sie sich die Schuleinrichtung in ihren Dörfern mit Eifer angelegen sein ließen, mithin solche bald möglichst zu Stande und zur Endschafft bringen würden; die Amtshauptleute und Verweser haben ihnen dabei ferner zu eröffnen, wie Unser allergnädigster Wille sei, daß in Zeit von einem halben Jahre die nöthigen Schulen in den adelichen Dörfern gebaut sein sollen, und dabei den Edelleuten zwar frei stehen solle, den Unterhalt der Schulmeister, nach eigenem Gefallen, doch dergestalt zu reguliren, daß die Schulmeister von allen Oneribus frei sein, und auf einige Stück Vieh die Weidestfreiheit zu genießen hätten. Es müßte auch jedem ein Stück Acker, zwölf Scheffel Getreide und 10 Thlr. Schulgeld, sammt dem nöthigen Brennholz und Futter vor sein Vieh ausgemacht werden, damit die Schulmeister den nöthigen Unterhalt haben, und im Winter sowohl als im Sommer, wie in den Amterschulen, die Jugend unterrichtet und zur Erkenntniß Gottes und seines Wortes gebracht werden könne, zu welchem Ende die Hauptämter, von einem jeden unter sie gehörenden von Adel, eine specifique Nachricht, was der Schulmeister seines Ortes, zum jährlichen Unterhalt, nebst einer eigenen Schulwohnung bekommen solle, erfordern, und solche Nachrichten in Zeit von vier Wochen, an Euch einsenden müssen. Angesehen Wir hiernächst, welchergestalt solches geschehen, näher Nachricht anhero erwarten wollen. Im Fall nun wider Verhoffen ein und andere von Adel es daran ermangeln, und sich weder zum Schulbau, noch zur Salairung des Schulmeisters zur gesetzten Zeit, nicht anschicken wollten: so habt Ihr solche säumige, wofern nämlich derselben Güter dergestalt situiret sind, daß daselbst eine Schule unumgänglich nöthig ist, ohne die geringste weitere Nachsicht dazu mit Ernst anzuhalten. Wenn aber die adelichen Dörfer mit unsern Amtsdörfern grenzen, müßet Ihr verfügen, daß die Eigenthümer oder Besitzer derselben, dem gemeinschaftlichen Unterhalt der Schulen, ohne ferneren Verzug beitreten. Ihr habt also überall darnach das Nöthige ungesäumt zu besorgen, und dahin zu sehen, daß Unsere hierunter führende Willensmeinung, unausgesetzt mit Nachdruck, bewerkstelligt werde. Gestalt Wir denn auch die Schul-Commission befehligt haben, Euch bei dieser Einrichtung mit gutem Rath an Hand zu gehen, auch von Zeit zu Zeit von dem Fortgang des Werks zu berichten, damit nach Befinden der erforderliche mehrere Nachdruck von Euch gegeben werden könnte. Sind 2c.

Berlin den 29. October 1741.

Auf Ge. Königl. Majestät Allergnädigsten Special-Befehl.

v. Görne. v. Biereck. v. Boden.

c) Regl. v. 2. Jan. 1743 wegen Erhaltung des auf dem platten

Landes in Preußen eingerichteten Schulwesens wodurch (§. 1.) befohlen wird:

daß es bei dem einmal festgesetzten Schulen-Plan und der nach demselben gemachten Einrichtung beständig sein Verbleiben haben, und dawider keine Veränderung, unter welcherlei Vorwand es auch sein möchte, vorgenommen oder gemacht werden solle. <sup>1)</sup>)

Diese Bemühungen waren nicht ohne Erfolg. Im Jahre 1743 zählte man schon 1600 Dorffschulen. <sup>2)</sup>)

3) Das Provinzialschulrecht von Ostpreußen ist demnächst mit in das Ostpreussische Provinzialrecht v. 4. Aug. 1801, resp. 6. März 1802, Zusatz 215—225 aufgenommen, und in dem im Justiz-Ministerium revidirten Entwurfe vom 3. 1836 in folgender Gestalt wieder gegeben worden:

Dritter Theil: Zweiter Abschnitt: Von niedern und höhern Schulen.

1. Aufsicht über die gemeine Schulen. (Zusatz 216).

§. 242. 1. Der Prediger des Kirchspiels, wenn er nicht zu einer andern Religion gehört, oder ein besonderer Schul-Inspektor bestellt ist, muß die ihm obliegende Aufsicht über alle gemeine Schulen seines Sprengels mit pflichtmäßiger Sorgfalt führen, auch dabei die Kirchenvorsteher und Polizei-Obrigkeiten zu Hülfe nehmen.

2. Der Prediger muß die Schulen fleißig visitiren, sich mit den Schullehrern wenigstens monatlich besprechen, mit ihnen die Gegenstände des Unterrichts bestimmen, und sie in der Methode üben.

1) Die B. v. 30. Nov. 1840 über die fortbauernde Anwendbarkeit der princip. regul. vergl. unten sub C. Ebendasselbst vergl. die Schulordnung v. 11. Dec. 1845, nach deren Ausführung die Princ. reg. außer Kraft treten sollen.

2) Im J. 1756 schrieb der Ober Konfistorialrath Süßmilch über den Fortschritt im Schulwesen:

Die besonders in Litthauen, wo noch eine große Unwissenheit und Nationalvorurtheile herrschten, nach einer 18 jährigen Bemühung des höchstseligen Königs, endlich durch den Hrn. Dr. u. Professor Schulz, auf Königl. Kosten im J. 1736 zu Stande gebrachte Schulen und gute Einrichtungen bei denselben, deren Anzahl bis 1756 schon über 1700 durch gute Verwaltung der dazu angegebenen Fonds angewachsen war, haben ohnstreitig auch einen großen Antheil an dem schnellen Wachsthum Preußens. Der alte eigensinnige Litthauer ist durch den Unterricht fast ein ganz andrer Mensch in der bürgerlichen Gesellschaft geworden; lennet und übet auch jetzt die Pflichten gegen die Obrigkeit und besonders die in den Schulen gebildete Generation. Welch schöne Belohnung der darauf gewandten Kosten!

Von den Lehrern sagt freilich Borowski (a. a. O. S. 188, 189, 192):

Wenige, die auf Universitäten gewesen, mehrentheils Handwerker, die etwa nicht ihr Fortkommen in der Stadt fanden oder des Landlebens gewohnt sind, auch zum Theil invalide Soldaten sind diejenigen, die die Lehrer unsrer Landjugend werden.

Indessen fügt er später hinzu:

Im Ganzen aber ist das Preussische Dorffschulwesen doch immer ein sehr erfreuender Anblick und nirgends, wo ich auch gereiset bin, fand ichs besser. Da ich 13 Jahre hindurch auf einige 70 dieser Landschulen zu sehen hatte, hat es mich oft in Erstaunen gesetzt, wie viel doch da bewirkt werden kann, und durch Handwerker und Invaliden, wenn sie sonst nur natürlich guten Verstand — besonders Trieb für ihr Geschäft und etwas Handleitung durch den Prediger des Orts haben, wirklich bewirkt wird.

1795 waren in Ostpreußen und Litthauen 1846 Volksschulen, 1828: 2226, 1837: 2593 mit 2946 Lehrern, 199,227 Schülern ( $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung). Außerdem 57 Mittelschulen mit 119 Lehrern u. 4869 Schülern, 6 höhere Bürgerschulen mit 35 Lehrern u. 1049 Schülern, 4 Seminare mit 236 Seminaristen, 7 Gymnasien mit 1915, u. 6 Progymnasien mit 307 Schülern, 1 Lyzeum, 1 Universität, u. verschiedene Fachschulen.



3. Die Verzeichnisse der ausbleibenden Schulkinder müssen die Schullehrer dem Prediger zustellen, von welchem sie weiter an die Behörde befördert werden.

4. Die Schulkassenrechnung wird von dem Prediger geführt.

5. Die höhere Aufsicht über sämtliche gemeine Schulen ihres Sprengels liegt den Erzpriestern und den Inspektoren ob, welche bei jedesmaligen Kirchenvisitationen sowohl die Schullehrer als Schulkinder prüfen, und den Befund in einem besondern Schulvisitations-Rezesse vermerken müssen. In diesem Schulvisitations-Rezesse sind auch die wider die Schullehrer oder von den Schullehrern angebrachte Beschwerden zu verzeichnen, es ist darin der Zustand der Schulkasse anzuzeigen, auch diesem Rezesse die Schultabelle und Generalnachweisung der Schulkassengelder beizufügen.

6. Zu den Schulvisitationen, die von den Predigern in ihren Kirchspielen, und von den Erzpriestern und Inspektoren in ihren Diözesen gehalten werden, sind die Führen von den Schulgemeinen ohne Unterschied der Religion zu stellen.

7. Von den lutherischen Kirchschulen müssen die Schultabellen an die Spezial-Kirchen- und Schulen-Kommission von den Erzpriestern und Inspektoren eingeschickt werden.

8. Ueber die Schulkassen bei sämtlichen lutherischen gemeinen Schulen mit alleiniger Ausnahme derjenigen, die unter dem Direktor des Kollegii Fredericiani stehen, kann ohne Genehmigung der Spez.-Kirchen- und Schul-Kommission nicht disponirt werden, und ihr sind die Generalnachweisungen der Schulkassengelder von den Erzpriestern und Inspektoren einzureichen.

2. Besetzung der gemeinen Schullehrerstellen. (Zusatz 218.)

§. 243. 1. An den Orten, wo Kirchen vorhanden sind, führt das Kirchenpatronat die Befugniß mit sich, die Schullehrer an den gemeinen Schulen in diesem Orte zu berufen.

2. Bei gemeinen Dorfschulen, die bereits bestehen, hat derjenige das Patronat, der bis dahin die Schullehrer berufen hat.

3. In Dorfschulen ist in der Regel die Gutsobrigkeit Schulpatron.

4. Bei Societäten gemischter Gutsobrigkeit ist Fiskus Schulpatron, sobald Domanialland zu ihnen gehört und die adelichen Guts herrn nicht aus speziellem Kartel zur Konkurrenz von den Patronatspflichten verhaftet sind. <sup>1)</sup>

4. <sup>2)</sup> Bei den gemeinen evangelisch-lutherischen Stadtschulen gebühret in der Regel die Berufung den Magisträten.

5. Bei katholischen Kirchschulen werden die Schulmeister in der Regel vom Pfarrer und der Gemeinde gemeinschaftlich bestellt.

6. Die R. Schullehrer im Ermelande werden von der Kriegs- und Domänenkammer berufen.

7. Bei adelichen und städtischen Patronatskirchen werden die Vocationen der lutherischen Kirch-Schullehrer vom Konsistorio, und bei den Mädchenschulen in den Städten von der Spez.-Kirchen- und Schulen-Kommission konfirmirt.

8. Wegen der Zeit, binnen welcher eine erledigte Schullehrerstelle von dem Patrone bei dem Verluste des Rechts wieder besetzt werden muß, treten die Bestimmungen des §. 177. <sup>3)</sup> ein.

3. Vom Schulgelde. (Zusatz 220.)

§. 244. Das Schulgeld ist ohne Rücksicht auf die jeden Orts festgesetzten übrigen Beiträge zu entrichten.

4. Schulgebäude. (Zusatz 221.)

§. 245. 1. Zu den Schulgebäuden und Schulmeisterwohnungen giebt der Patron das erforderliche Bauholz, ohne Rücksicht darauf, ob der Berechtigte oder Verpflichtete einen eignen Wald habe oder nicht, und darf dafür weder Pflanz-, Stamm- noch Anweissegeld bezahlt werden. <sup>4)</sup>

1) Vergl. §. 5. der B. v. 30. Nov. 1840, unten sub C.

2) So im Original.

3) Soll heißen: §. 215. Die Fristen sind beim weltlichen Patron 3 oder 4 Monate, je nachdem die Stelle lutherisch oder katholisch ist, beim Geistlichen 6 Monate nach Ableben oder Resignation.

4) Vergl. §. 4. der B. v. 30. Nov. 1840 und §. 45. der Schul-D. v. 11. Dec. 1845 unten sub C.



2. Bei evang.-luth. R. Kirchschulen werden die übrigen Baukosten nach Th. II. Tit. 12. §. 37. des A. L. R. und nach dem §. 200. <sup>1)</sup> bestritten.

3. Bei Dorfschulen hat die Schulgemeinde mit Beobachtung der Verschrift §. 38. <sup>2)</sup> alle übrige Lasten zu tragen, ohne daß die entfernten Mitglieder vor den am Bauplätze wohnenden eine Erleichterung zu genießen haben.

4. Wird ein Bau in Kirchschulhäusern, der die Kirchengemeine treffen würde, mit einem Bau verbunden, der ausschließlich zu Schulzwecken erforderlich ist, so ist, wenn zwischen der Kirchengemeine und der Schulsozietät über das Beitragsverhältniß <sup>3)</sup> weder eine Einigung zu Stande kommt, noch darüber Kirchenrezesse, oder Verträge oder Erkenntnisse vorhanden sind, derjenige Theil der Kosten und Dienste, welcher der <sup>4)</sup> Schulgemeinde allein trifft, besonders nachzuweisen. Die Konkurrenz der Schulgemeinde tritt aber nur bei Bauten ein, die ausschließlich für die Schulbedürfnisse auszuführen sind, und tragen die Schulassoziationen zum Erban der Wohn- und Wirthschaftsgelasse des Lehrers, der zugleich im Kirchendienste angestellt ist, nichts bei.

5. Herbeiholung der Schulmeister. (Zusatz 222.)

§. 246. Die Verbindlichkeit der Gemeinde zur Abholung der Schulmeister ist auf eine Entfernung von zehn Meilen eingeschränkt.

6. Strafe des versäumten Schuleschickens. (Zusatz 224.)

§. 247. Für jedes ohne dringende Noth von der Schule zurückgehaltene Kind geben die Eltern, Pflege-Eltern und Vormünder wöchentlich 1 Sgr. Strafe zur Schullehre, welche auf Verordnung des Predigers von dem Schulzen eingezogen werden muß. Wenn der Schulze darunter säumig ist, muß er für den Ausfall haften und wird dennoch besonders bestraft. <sup>5)</sup>

1) Soll heißen: §. 229., wonach bei Wohn- und Wirthschaftsgebäuden der Pfarrer und Küster die Eingepfarrten Hand- und Spanndienste leisten, und die Mäue unterhalten, in Städten aber Alles vom Patrone und der Kirche besorgt wird.

2) Nämlich: §. 38. A. L. R. Th. II. Tit. 12.

3) Soll heißen: Beitragsverhältniß.

4) So im Original.

5) Aus den Motiven ist hierzu zu bemerken: höhere Schulen und Gymnasien sind bei den Berathungen zwischen der vom Ministerium ernannten Kommission und den Deputirten der Stände der allgemeinen Gesetzgebung überlassen worden. Der Zusatz 215 des Prov. Rechts v. 1802, welcher auf eine künftige allgemeine Schulerdnung verweist, ist als überflüssig fortgeblieben. Zusatz 216., §. 1—6. bildet den §. 242., 1—6. Zusatz 217., §. 1.: Aufzählung der damaligen Aufsichtsbehörden ist durch die veränderte Ressort-Verfassung unpraktisch geworden; die §§. 2. u. 3. dieses Zusatzes dagegen bilden im §. 212. Nr. 7. u. 8. Dem Zusatz 218., §. 1. ist in der Berathung die Fassung gegeben, wie sie jetzt §. 243., 1—4. hat. Von demselben Zusatz hat die veränderte Ressortverfassung den §. 2. unanwendbar gemacht, §§. 3—6. finden sich in 4a—7. des §. 243. wieder, obschon auch von Nr. 6. u. 7. bezweifelt wird, ob sie noch praktisch sind. Als augenscheinlich unpraktisch ist ferner §. 7. des Zusatzes 218. fortgeblieben, während §. 8. als Nr. 8. des §. 243. unverändert beibehalten wurde. Die Frage, ob es außer dem Kirchenpatronate ein eigenthümliches Schulpatronat gebe, ist hiernach bejaht, und sein Inhalt dahin bezeichnet worden, daß es in dem Recht bestehe, den Schullehrer zu berufen, und mit besondere Pflichten, z. B. der Aufsicht und der Lasten, verbunden sei. In Folge der veränderten Ressort-Verfassung hat man ferner die Aufzählung der Behörden weggelassen, denen das Strafrecht über die Schullehrer zustand: Zusatz 219. Zusatz 220. bildet den §. 244., Zusatz 221., §§. 1—3. den §. 245. 1—3., Nr. 1. jedoch erweitert, indem nach dem auf die Principia regulativa gestützten Antrag der Rittergutsbesitzer zwar angenommen wurde, daß der Schulpatron nur das Bauholz liefere, und von allen übrigen Baulasten und Ausgaben befreit sei, dagegen aber die Mehrheit gleichzeitig bejahte, daß der Patron selbst dann das Bauholz zu liefern habe, wenn er keinen Wald besitze und kaufen müsse, so wie auch dann, wenn die Schulgemeinde selbst Wald habe. Nr. 4. des §. 245. ist neu hinzugefügt. Zusatz 222. bildet den §. 246. Zusatz 223. über den Besuch der Sonntagschulen wurde von den ständischen Deputirten und der

Die neuere provinzielle Gesetzgebung, welche Ost- und Westpreußen zusammen umfaßt, folgt unten sub C.<sup>1)</sup>

### B. Westpreußen.<sup>2)</sup>

1. Für die Landestheile, welche sich Friedrich der Große bei der ersten Polnischen Theilung aneignete, erging das

Notifikationspatent v. 28. Sept. 1772, betr. die Einrichtung des Justizwesens etc. (N. C. C. Th. 5. b. S. 451. — Rabe, Bd. 1. Abth. 4. S. 335),

durch welches die in Ostpreußen gültigen Gesetze:

in der Betrachtung, daß der größte Theil dieser Unserer jetzt vindicirten Provinz und Distrikte schon ehemals mit Unserm bisher schon besessenem Königreich Preußen einerley Rechte und Verfassung gehabt haben,

in die neuen Lande eingeführt wurden.<sup>3)</sup> Namentlich gelten daselbst auch die Principia regulativa. In der Beilage zu dem Notifikationspatent hieß es ferner:

In den geistlichen Kirchen-Parochial-Schul- und Armen-Sachen der Evangelisch-Lutherischen Religions-Verwandten sind die Haupt-Quellen der geistlichen Kirchen-Parochial und Consistorial-Rechte theils in dem ersten Theil des Grubenschen Corporis Constitutionum Prutenicarum zusammengetragen, als welches von Kirchen-Schulen-Universitäten-Consistorial-Matrimonial-Hospital-Kloster- und Stipendialsachen handelt; und wozu noch einige neuere Verordnungen in dem dritten Theile desselben nachgeholt sind, theils sind solches die nachhero herausgekommenen dahin gehörigen Constitutionen und Verordnungen, welche sich sowohl in öffentlichen Sammlungen, wie zum Exempel: „das de dato Berlin, den 12. August 1763 „emanirte und in dem novum Corpore Constitutionum Prussico-Brandenburgensium für das Jahr 1763. Nr. 53. col. 265—282. sich gedruckt findende allgemeine Land-Schulen-Reglement,“ als auch in Privat-Complicationen finden.

Gleichwie aber in dem Königreich Preußen, besonders in den Parochial- und Kirchen-Rechten die langwierige und rechtliche Observanz und ursprünglich alte Special-Verfassungen der Kirchen ebenfalls mit als ein Principium regulativum in dergleichen Sachen ausdrücklich festgesetzt worden, so hat das Ober-Hof- und Landesgericht, dem die Direction in diesen geistlichen und Consistorial-Sachen über-

Kommission einstimmig für unausführbar erklärt. Zusatz §. 224. ist der §. 247, indem die von der K. Reg. zu Königsberg unterm 17. Febr. 1819 angeordnete Erhöhung der Strafen auf 4 Sgr. für 14 Tage, 8 Sgr. für 3, und 16 Sgr. für 4 Wochen von den ständischen Deputirten nicht gebilligt wurde. Zusatz §. 225. endlich: die akademische Gerichtsbarkeit zu Königsberg, ist ausgeschieden, da diese letztere durch die B. v. 28. Dec. 1810 aufgehoben worden ist.

1) Bemerkenswerthe Verfügungen der K. Reg. zu Königsberg über das Schulwesen sind folgende:

- a) Instr. v. 10. Apr. 1833 für die Landräthe und Kreis-Schulinspektoren über die Einrichtung und Dotirung der Elementarschulen;
- b) Cirk. v. 7. Dec. 1836 an die Superintendenzen, Erzpriester und Dekane;
- c) Cirk. v. 2. Jan. 1840 an die Landräthe, Superintendenzen, Erzpriester, Dekane und die Magistrate.

Sie sind sämmtlich besonders gedruckt in Fol. vorhanden.

2) 1817 gab es in Westpreußen 1350 Volksschulen, 1831: 1557, 1837: 1607 mit 1783 Lehrern und 115,593 Schülern (+ der Bevölkerung), 16 Knaben-Mittelschulen mit 44 Lehrern und 1817 Schülern, 13 Mädchen-Mittelschulen mit 53 Lehrern und Lehrerinnen und 1429 Schülerinnen, 5 höhere Bürgerschulen mit 878 Schülern, 6 Gymnasien mit 1270 und 1 Progym. mit 102 Schülern, 4 Seminare mit 180 Seminaristen und verschiedene Fachschulen.

3) Die Ausführung dieser Gesetze war dem durch dasselbe Notif.-Pat. gegründeten Ober-Hof- und Landesgericht zu Marienwerder übertragen, welches im folgenden Jahre zur „Westpreussischen Regierung“ wurde, und die Instr. v. 21. Sept. 1773 (N. C. C. Th. 5. c. S. 2125. — Rabe, Bd. 1. Abth. 5. S. 673) erläßt.

auch ebenfalls insbesondere übertragen ist, auch in diesen von uns in Besitz genommenen Landen zwar auf obige Verordnungen gehörrig zu halten, dabei aber auf jeden Orts rechtliche Gewohnheiten und Observanz Rücksicht zu nehmen. (a. a. D. S. 348).

2. In neuerer Zeit wurde die Redaction des Westpreussischen Provinzialrechts vollendet, und dasselbe durch Publikations-Patent v. 19. April 1844 (S. S. S. 103) eingeführt.<sup>1)</sup> Ueber das Schulwesen ist daselbst folgendes:

#### Niedere und höhere Schulen.

§. 62. (N. C. C. Th. II. Tit. 12. §. 1.) In Ansehung der die Verhältnisse der Landesschulen betreffenden Bestimmungen der principia regulativa v. 1. Aug. 1736 ist der B. v. 30. Nov. 1840 durch gegenwärtiges Gesetz nichts geändert.

§. 63. (a. a. D. §. 22.) Die Bestellung der Schullehrer an den Landesschulen steht der Guts herrschaft zu.

§. 64. Hinsichts der Ernennung der Lehrer an den Stadtschulen hat es bei der bisherigen Verfassung eines jeden Orts sein Bewenden.

§. 65. (a. a. D. §. 32.) Das Schulgeld ist ohne Rücksicht auf die an dem Ort zur Unterhaltung des Schulwesens festgesetzten sonstigen Beiträge zu erheben.

§. 66. Die Verpflichtung derjenigen, welche den Schullehrer bestellen, zu Schulbanten beizutragen, ist nach dem Verkommen bei jeder Schule zu beurtheilen.

§. 67. (a. a. D. §§. 34—38.) Diejenigen, welche mit obrigkeitlicher Genehmigung für die Kinder ihrer Konfession eine besondere Schule unterhalten, sind verpflichtet zur Unterhaltung der Schulgebäude eines andern Glaubensbekenntnisses zu sein nicht schuldig.

(S. S. S. 1844, S. 103).

3. Bei der zweiten Polnischen Theilung im Jahre 1793 nahm Preußen einen neuen Theil von Polen, dem der Name Südpreußen beigelegt wurde, wie die Städte Danzig und Thorn.<sup>2)</sup> Das Notifikationspatent v. Mai 1793, betr. die Einrichtung des geistlichen und weltlichen Justizwesens der Südpreußischen Provinzen<sup>3)</sup> verheißt:

„Ruhe und Glückseligkeit der neu acquirirten Provinzen und Unterthanen zu ferner, und des Landes durch die bestmögliche ihnen zu gebende Verfassung, einem jeden, ohne allen Unterschied des Standes, Sicherheit seiner Person und seines Eigentums, völlige Gewissensfreiheit und alle erlaubte Gelegenheit zur Verbesserung seines Zustandes zu verschaffen und zu gewähren. —

„Gleichwie nun hierzu die Verwaltung der Gerechtigkeit und der Grund einer so unpartheyischen als kurzen und wohlfeilen Rechtspflege, die Beförderung der Gottesfurcht und Sittlichkeit bey allen Ständen und insonderheit die Aufsicht und Sorgfalt für die Erziehung und den Unterricht der Jugend, und somit die Aufsicht auf die Kirchen und Schulen, das meiste beitragen müssen, und wir in den dahin strebenden Einrichtungen, wie sie in andern, Unserer Herrschaft unterworfenen Staaten und Provinzen verwaltet werden, die gesegnetsten Folgen sehen, so wollen wir auch nunmehr, in diesen von uns neu acquirirten Provinzen,

1) Das Prov. Recht v. 19. Apr. 1844 gilt in allen Theilen Westpreußens, welche 1806 dazu gerechnet wurden, ausgenommen (§. 2. des Publ. Pat.):

a) die zu dem frühern Marienwerderschen landrätthl. Kreise gehörigen Landestheile (Ostpreussisches Prov. Recht, Zusatz 1. §. 2.),

b) die Stadt Danzig und deren Gebiet, wie solches im J. 1793 mit der Monarchie vereinigt worden.

Als Vorarbeit für die stattgehabte Revision des Prov. R. ist zu erwähnen: man, Prov. Recht der Prov. Westpreußen, Leipz. 1830 u. 1832, 3 Bde.

2) Patent an die sammtl. Stände u. Einwohner in Südpreußen u. den Städten Danzig u. Thorn. N. C. C. Th. 9. S. 1471. .

3) N. C. C. Th. 9. S. 1561.

gleiche Einrichtungen treffen, und sie völlig auf den Fuß, wie unsere übrigen Staaten, denen sie von nun an einverleibt werden, regieren. <sup>1)</sup>

Südpreußen, ein Theil von Westpreußen und das bei der letzten Theilung Polens erworbene Neuostpreußen <sup>2)</sup> gingen mit der größern Hälfte der Monarchie im Tilsiter Frieden verloren. Die Wiener Kongreß-Acte v. 9. Juni 1815, Art. 2. u. 23., gab einen Theil von Südpreußen <sup>3)</sup> und das von Westpreußen Eingebüßte zurück, unter letzterem namentlich die Stadt Danzig mit ihrem Gebiet. Im Justiz-Ministerium ist 1837 ein revidirter Entwurf des Danziger Partikularrechts ausgearbeitet worden.

Derselbe enthält über das Schulwesen folgende Bestimmungen:

Fünfter Titel. Von Schulen. (A. P. R. Th. II. Tit. 12.)

§. 317. (zum §. 22.) Die Bestellung der Schullehrer an den gemeinen Schulen in dem zum ehemaligen Freistaate gehörigen Gebiete kommt dem Magistrate, in dem unter Preussischer Herrschaft gebliebenen Antheile dem Bischof zu.

§. 318. (zum §. 59.) Hinsichtlich der Bestellung der Lehrer an den höhern und gelehrten Schulen verbleibt es bei der bisherigen Verfassung.

§. 319. (zu den §§. 34. 57.) Eben so hat es in Ansehung der Unterhaltung der Schulgebäude und Schullehrer-Wohnungen und Besoldungen der Lehrer bei der bestehenden Verfassung sein Bewenden. <sup>4)</sup>

### C. Die Gesamtprovinz Preußen.

Ostpreußen, mit Einschluß des dazu gehörigen Litthauen und Westpreußen sind durch K. D. v. 13. April 1824 zu einer „Provinz Preußen“ vereinigt, und für dieselbe in Betreff des Schulwesens nachstehende Verordnungen erlassen worden:

1) B. v. 30. Nov. 1840, betr. die Anwendbarkeit der Principia regulativa v. 30. Juli 1736 und der später ergangenen, dieselben abändernden und ergänzenden Bestimmungen wegen Einrichtung der Landschulen K. Patronats in der Provinzen Preußen.

Wir Friedrich Wilhelm, K. K.

Zur Beseitigung der über die fortbauende Gültigkeit der unter dem Namen:

1) Das Regl. v. 15. Dec. 1795, über die Vertheilung der Geschäfte zwischen den Südpreussischen Landes-Collegiis, übertrug §. 4. die katholischen geistlichen Sachen den Kriegs- und Domainenkammern, das gesammte protestantische Kirchen- u. Schulwesen dagegen im §. 54. den mit den Regierungen (Justizkollegien) vereinigten Konsistorien. N. C. C. Th. 9. S. 2703.

2) Pat. v. 26. Dec. 1795 an die Stände u. Einwohner der bisherigen polnischen Woywodschaften u. Distrikte innerhalb des beschriebenen Grenzzuges. N. C. C. Th. 10. S. 881. — Vorläufige Instr. v. 31. März 1796 für die zur Verwaltung des Justizwesens in den Prov. am Niemen u. Bug angeordneten Kommissionen. ibid. S. 131.

3) Vergl. unten sub II. Posen.

4) Aus den Motiven (S. 58) ist zu bemerken, daß die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze:

Der Magistrat bestellt mit Vorbehalt der Bestätigung durch die Staatsbehörde die Direktoren, Professoren und Lehrer an dem Gymnasium, so wie an allen gelehrten und höhern Schulen; bei den Lehrstellen an der St. Petrischule gebührt den Seniores der reformirten Gemeinde der Vorschlag:

In Betreff des Gymnasiums hat der Magistrat nur die Verpflichtung, das Lokale zu beschaffen und diejenigen Gehalte, welche bereits auf den Etat gebracht sind, zu zahlen,

in der Verathung zwar nicht bestritten, aber als ganz spezielle Lokalvorschriften weggelassen worden sind. Ein andrer Vorschlag der Kommission dagegen, nämlich:

Bei Bauen und Reparaturen der gemeinen Schulen ist der Magistrat nicht verpflichtet, Materialien unentgeltlich zu verabfolgen; wurde, als bereits in judicando verworfen, gestrichen.

**Principia regulativa** oder **General-Schulplan**, nach welchem das Land-Schulwesen in Königreiche Preußen eingerichtet werden soll, unterm 30. Juli 1736. erlassenen, am 1. Aug. 1736. landesherrlich bestätigten und durch das Notifikationspatent v. 8. Sept. 1772. auch in Westpreußen eingeführten B. und der später ergangenen, dieselbe beziehungsweise abändernden und ergänzenden Vorschriften, namentlich des L. v. 29. Okt. 1741 und des Regl. v. 2. Jan. 1743 entstandenen Zweifel setzen Wir, auf den Antrag Unseres Staatsmin., hierdurch Folgendes fest:

§. 1. Bei denj. Schulen R. Patronats, welche seit dem J. 1736 unter den in den Regulativprinzipien vorgeschriebenen Bedingungen eingerichtet worden sind, aber erstere, nach Maßgabe der in den Schuleinrichtungs-Protokollen und anderen Urkunden getroffenen, Festsetzungen, verbindende Kraft und behalten solche so lange, bis etwa durch die, im Zusatz 215 des Ostpreussischen Provinzialrechts v. J. 1802 verheißene Schulordnung eine andere allgemeine Einrichtung für das Land-Schulwesen getroffen seyn wird.

§. 2. Hat sich durch Vertrag oder verjährtes Herkommen eine, vom Inhalte der gedachten Prinzipien und der dieselben abändernden und ergänzenden späteren Bestimmungen abweichende Norm gebildet, so hat es dabei sein Bewenden.

§. 3. Bei der Errichtung neuer und der Erweiterung schon bestehender Schulen R. Patronats sollen, insofern nicht der Beitritt benachbarter Dominien und Orts-Gingeseffenen, sondern die wachsende Einwohnerzahl der Schul-Gemeine selbst dazu die Veranlassung giebt, lediglich die Regulativprinzipien Anwendung finden.

§. 4. In allen bei Schulen R. Patronats vorkommenden Neubauten und Reparaturen, einschließlich der im §. 3. gedachten neuen Anlagen oder Erweiterungen wird das erforderliche Bauholz in dem im §. 2. der Regulativ-Prinzipien angegebenen Umfange im Allgemeinen auch ferner aus Unsern Forsten frei verabreicht. Wenn jedoch ein Schulgebäude durch Brand oder andern Zufall untergeht, steht der Fiskus nur dann das freie Bauholz zu dessen Wiederaufbau ganz oder theilweise her, wenn die Schulgemeinde nicht selbst eine Waldung besitzt, aus welcher solches, bei forstwirthschaftlicher Benutzung, ganz oder theilweise entnommen werden kann.

§. 5. Wenn Domainen-Ginsassen mit Ginsassen solcher Dörfer, welche Privaten oder Kommunen gehören, zu einer Schulsozietät verbunden sind, gilt die Regel, daß die Sozietäts- und Patronatslasten, sofern nicht durch die Schul-Einrichtungs-Protokolle und anderweite Urkunden oder durch verjährtes Herkommen (§§. 1. u. 2.) etwas Anderes festgestellt ist, von den verbundenen Eingeseffenen und Dominien gemeinschaftlich getragen werden müssen.

§. 6. Bei der Errichtung neuer, aus den Ginsassen und Dominien verschiedener Ortschaften bestehenden Schulgemeinen und der Erweiterung schon vorhandener Schulgemeinen durch den Beitritt der Ginsassen und Dominien anderer Ortschaften, muß das Beitragsverhältniß der einzelnen Mitglieder zu den Patronats- und Sozietätslasten vorher durch ein Regulativ bestimmt werden.

§. 7. Die verbundenen Dominien tragen zu den gemeinschaftlichen Patronatslasten nach der Zahl der Haushaltungen ihrer Hinterlassen bei, wogegen sie die Patronatsrechte gemeinschaftlich ausüben. Die Vertheilung der Sozietätslasten ist nach dem Herkommen zu bewirken.

Gegeben Charlottenburg, den 30. November 1840.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

v. Ramph. Mühler. v. Rochow. v. Nagler. v. Ladenberg. Graf v. Alvensleben. Frh. v. Werther. v. Rauch. Eichhorn.

(G. G. 1841, S. 11).

2) Schulordnung v. 11. Dec. 1845 für die Elementarschulen der Provinz Preußen.<sup>1)</sup>

Wir Friedrich Wilhelm etc. haben die in der Prov. Preußen bestehenden Vor-

1) Schon im 4. Preuß. Prov. Land. Abschied v. 3. Mai 1832 (v. R. Ann. XVI. S. 536) II. 36. war auf Antrag der Prov. Stände die Bestimmung getroffen, daß der Oberpräsident der Prov. unter Rücksprache mit den Reg. u. mit Zuziehung



Schriften über das Elementar-Schulwesen einer Revision unterwerfen lassen und verordnen nach Anhörung Unserer getreuen Stände dieser Provinz und auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums über das Elementar-Schulwesen in der genannten Provinz, was folgt:

I. Von dem Besuche der Schulen überhaupt.

Allgemeine Schulpflicht.

§. 1. Jedes Kind, welchem seine Aeltern oder Pfleger nicht den nöthigen Unterricht im Hause verschaffen, kann schon nach vollendetem 5ten, soll aber nach vollendetem 6ten Lebensjahre zur Schule geschickt werden.

Dauer des Schulunterrichts.

§. 2. Der Schulunterricht dauert bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre. In besonderen Fällen kann der die Schule beaufsichtigende Pfarrer (§. 33.) nach vorgängiger Rücksprache mit dem Schullehrer, die Entlassung des Kindes aus der Schule noch um ein bis zwei Jahre hinaussetzen.

Dispensation vom Schulbesuch.

§. 3. Die Erlaubniß, von der Schule wegen besonderer Hindernisse zurückzubleiben, erteilt bis zu 8 Tagen der Pfarrer, und, wenn die Schule sich nicht am Wohnort des Pfarrers befindet, der Schullehrer.

Ueber Gesuche um Befreiung vom Schulbesuche auf längere Zeit entscheidet der Schulvorstand.

Ueber die Ausübung dieser Befugnisse werden die Reg. nähere Anweisung erteilen.

Schulversäumnisse.

§. 4. Die nicht gerechtfertigten Schulversäumnisse werden an den Aeltern und Pflegern der schulpflichtigen Kinder, nach fruchtloser Ermahnung von Seiten des Schulvorstandes, durch eine für Zwecke der Schule zu verwendende Geldstrafe von 4 Pfennigen für jeden versäumten Tag geahndet. Erweist sich diese Strafe nach wiederholter Anwendung als unwirksam, so kann dieselbe bis auf 5 Silbergroschen für den Tag verschärft werden.

Die Schulvorstände beantragen auf die von dem Schullehrer geführten Versäumnislisten, nach Anhörung der Entschuldigungsgründe oder nach vergeblicher Vorladung der Aeltern oder Pfleger der Kinder, die Versäumnisstrafen bei der Ortspolizei-Behörde, welche dieselben festsetzt und beitreibt. Die für den Fall des Unvermögens der Zahlungspflichtigen zu verhängende Gefängnisstrafe hat auf dem Lande der Landrath und in den Städten der Magistrat festzusetzen.

§. 5. Hinsichtlich der Schulzeugnisse, der Zahl der Unterrichtsstunden, der Gründe, aus denen Dispensation vom Schulbesuch, oder eine Beschränkung und Verlegung der Unterrichtszeit, namentlich für Kinder ärmerer Aeltern, zulässig ist, sowie hinsichtlich der Ferien und der Sonntagschulen bleiben die erforderlichen Anordnungen, mit Rücksicht auf Zeit- und Ortsverhältnisse, besonderen Instruktionen oder Reglements vorbehalten.

II. Von der Berufung, dem Amte, der Besoldung und Entlassung der Schullehrer.

Berufung.

§. 6. Das Recht, den Schullehrer zu berufen, steht dem Gutsherrn des zur Schule gehörigen Bezirks und, wenn deren mehrere sind, diesen gemeinschaftlich, in den Städten aber den Magisträten zu, sofern nicht durch Herkommen oder besondere Rechtstitel ein Anderer dazu befugt ist. Befindet sich kein Gutsherr im Schulbezirke, so hat der Schulvorstand den Schullehrer zu berufen.

Sind mehrere Gutsherren vorhanden, so gebührt dem Gutsherrn des Schulorts die Leitung der gemeinschaftlichen Verhandlungen wegen Berufung des Schullehrers.

Hinsichtlich der Berufung der Lehrer an den Kirchschulen behält es bei den Bestimmungen des Ostpreussischen Provinzialrechts, nach welchen das Kirchenpatronat die Befugniß mit sich führt, an den Orten, wo Kirchen vorhanden sind, die Schullehrer der gemeinen Schulen zu berufen (Zusatz 218. §. 1.), und bei katholischen Kirchschulen die Schulmeister in der Regel vom Pfarrer und der Gemeinde

---

sachverständiger Abgeordneten der Kreisstände die Prov. Schulordn. entwerfen u. einreichen sollte.



inschäfflich<sup>1)</sup> bestellt werden (Zusatz 218. §. 4.), an den Orten sein Bewenden, diese Bestimmungen bisher zur Anwendung gekommen sind<sup>1)</sup>).

Wird eine Schullehrerstelle nicht binnen drei Monaten nach der Erledigung er besetzt, so geht das Besetzungsrecht für diesen Fall auf die Reg. über.

§. 7. In Schullehrern dürfen nur solche Personen, welche sich untadelhaft<sup>1)</sup> und von der Prüfungskommission ein Zeugniß der Anstellungsfähigkeit erhalten haben, berufen werden. Die Anstellung der Schulamtskandidaten erfolgt<sup>1)</sup> provisorisch, nach den hierüber bestehenden allgemeinen Vorschriften.

§. 8. Jede Berufung eines Schullehrers muß der Reg. zur Bestätigung vorz<sup>1)</sup> gelegt werden.

#### Neben-Beschäftigungen.

§. 9. Die Schullehrer dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Reg. ein Nebenamt übernehmen oder ein Gewerbe treiben.

#### Züchtigungs-Recht.

§. 10. Die Bestrafung der Schulkinder durch den Lehrer darf die Grenzen mäßigen älterlichen Zucht nicht überschreiten. Wo der Lehrer mittelst derselben die Schuldisziplin nicht zu erhalten vermag, hat er dem Pfarrer Anzeige zu thun, welcher allein, oder in schwierigeren Fällen in Gemeinschaft mit dem Schulvorstande die nothwendigen Maaßregeln trifft.

Wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts bleibt der Schullehrer nach den<sup>1)</sup> Bestimmungen verantwortlich.

#### Urlaub.

§. 11. Die Schullehrer dürfen außer der Ferienzeit ohne Urlaub nicht verreisen. Dieser ist zu Reisen von nicht länger als drei Tagen bei dem Pfarrer, zu Reisen von nicht länger als vierzehn Tagen bei dem Kreis-Schulinspektor, und zu Reisen von längerer Dauer in einer dem Kreis-Schulinspektor zu überreichenden<sup>1)</sup> Absche bei der Reg. nachzusuchen, wobei wegen ihrer Vertretung gleichzeitig Anzeige zu machen ist. Von dem erteilten Urlaub hat der Pfarrer die Mitglieder des Schulvorstandes in Kenntniß zu setzen.

In den Städten wird ein Urlaub von 3 bis 14 Tagen durch die städtische Deputation erteilt.

Bei Reisen während der Ferien genügt eine bloße Anzeige an den Kreis-Schulinspektor.

#### Besoldung.

##### Erste Lehrer auf dem Lande etc.

§. 12. Der erste Lehrer an einer Schule auf dem Lande, sowie derjenige, welcher eine Schule allein vorsteht, soll an Gehalt und anderen Amtsnutzungen erhalten:

- 1) freie Wohnung;
- 2) den nöthigen Brennbedarf zur Heizung der Schulstuben und Wohnung, sowie zu den Wirthschaftsbedürfnissen;
- 3) ein Ackerstück, möglichst in der Nähe der Wohnung, von einem Morgen kulturell oder 2 Morgen 47 Quadratruthen Preussisch. Die Bestellungs- und Düngungsarbeiten auf diesem Ackerstücke hat die Gemeinde zu verrichten;
- 4) einen Küchengarten hinter dem Hause von  $\frac{1}{2}$  bis 1 Morgen Preussisch und einen Platz zur Obstbaumzucht. Die Gemeinde erhält, soweit es nothwendig ist, den Garten im Gehege;
- 5) die nöthigen Wirthschaftslokale;
- 6) freie Sommerweide für wenigstens 2 Stück Rindvieh;
- 7) zwölf Scheffel Roggen, zwei Fuder Heu, jedes zu 16 Centner, und zwei Fuder Stroh, oder 120 Bund zu 20 Pfunden;
- 8) Fünfzig Thaler baar Geld.

§. 13. Kann dem Schullehrer das Ackerstück oder der Gartenplatz nicht in Natur gewährt werden, so ist demselben dafür eine von der Reg. zu bestimmende, dem Range des Landes gleichkommende Rente in Naturalien oder in Geld anzuweisen. Wenn die übrigen Naturalien oder die freie Sommerweide ganz oder theilweise in Natur gewährt werden, so ist dafür eine von der Reg. festzusetzende Entschädigung in Geld anzuweisen. Wenn bei den bereits bestehenden Schulen die

1) Vergl. o. S. 98. den §. 243. des revid. Entwurfs, Nr. 1. u. 5.

Lehrerdotation in einzelnen Bestandtheilen oder in dem Gesamtwerthe die im §. 12. normirten Natural- oder Geldebeträge übersteigt, so soll es zulässig sein, den Ueberschuß der Naturaldotation auf die Gelddotation, und umgekehrt, nach Ausgleichungsätzen anzurechnen, welche die Reg. zu bestimmen hat.

Zweite Lehrer auf dem Lande.

§. 14. Der zweite, dritte Lehrer an einer Landschule soll erhalten:

- 1) freie Wohnung;
- 2) das nöthige Brennmaterial zur Heizung derselben;
- 3) sechzig Thaler baar Geld. Die Hälfte dieses baaren Einkommens kann mit Genehmigung der Reg. in Naturalien angewiesen werden.

Lehrer in den Städten.

§. 15. Die Schullehrer in den Städten sollen erhalten:

- 1) freie Wohnung und freien Brennbedarf, oder statt derselben eine den Ortsbedürfnissen angemessene, mit Genehmigung der Reg. festzusetzende Geldentschädigung;
- 2) der erste Lehrer mindestens 150 Rthlr. und die übrigen Lehrer mindestens 100 Rthlr. baar Geld. Die Hälfte dieses baaren Einkommens kann in Naturalien angewiesen werden.

Freiheiten der Lehrer.

§. 16. Sämmtliche Lehrer sind in Betreff ihres dotationsmäßigen Einkommens von der Entrichtung der direkten Staats- und Kommunalsteuern <sup>1)</sup>, des Hirtenlohns für ihr Vieh und des Schornsteinfegergeldes für ihre Wohnungen befreit.

Die Grundsteuer ihrer steuerpflichtigen Dotationsländereien, das Hirtenlohn und das Schornsteinfegergeld ist von den zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten zu entrichten.

Festsetzung der Lehrer-Gehalte.

§. 17. Die in den §§. 12—16. festgestellten Sätze sind als die geringsten, welche zulässig sind, zu betrachten. Wo das jetzige Einkommen der Lehrer diese Sätze bereits übersteigt, darf dasselbe ohne Genehmigung des Min. der g., u. u. M. A. nicht verringert werden; wo aber nach den örtlichen Verhältnissen eine Erhöhung des Lehrergehaltes nothwendig und ausführbar ist, sind die Reg. ermächtigt, die Gemeinden zu einer Erhöhung desselben zu veranlassen.

Unbestimmte Geldeinnahmen an Schulgeld, Konfirmandengeld u. s. w. werden auf das baare Gehalt nach einem sechsjährigen Durchschnitte angerechnet.

Eine Herabsetzung des von der Gemeinde zu gewährenden Lehrergehaltes wegen Zunahme der sonstigen Einnahmen, namentlich wegen vermehrten Ertrages des Schulgeldes oder wegen Zuwendungen dritter Personen, findet nur mit Genehmigung der Reg. und nur dann statt, wenn die ersparten Mittel anderweit zum Besten derselben Schule verwendet werden, oder die Gemeinde einer Erleichterung besonders bedürftig ist.

Gehaltsnachweisung.

§. 18. Jeder Schullehrer erhält bei seiner Anstellung von dem Schulpatron eine von der Reg. bestätigte, genaue Nachweisung seiner sämmtlichen Einnahmen und Berechtigungen.

Anzugskosten.

§. 19. Die Gemeinden sind verpflichtet, den neu anziehenden Lehrern bis auf eine Entfernung von 10 Meilen vom Schulort für die Fortschaffung ihrer Familien und ihrer Effekten (A. E. R. Th. II. Tit. 12. §. 40.) nach Wahl der Gemeinde, entweder Fuhrwerk zu stellen, oder die Fuhrkosten, deren Höhe den Betrag von 20 Rthlr. nicht übersteigen darf, nach einer mäßigen Tare zu vergüten.

§. 20. Verläßt der Schullehrer seine Stelle vor Ablauf von 5 Jahren, so ist er auf Verlangen gehalten, der Gemeinde die Anzugskosten zu erstatten.

Kündigung.

§. 21. Wird ein Lehrer versetzt, oder legt er sein Amt freiwillig nieder, so muß er dasselbe drei Monate vorher kündigen.

1) Die Befreiung von der Klassensteuer wurde aufgehoben durch G. v. 7. Dec. 1849 (G. S. S. 436), die von den Kommunalabgaben durch §. 3. der Gemeindeg. v. 11. März 1850 (G. S. S. 213), jedoch wieder hergestellt durch §. 4. der Städte-G. v. 30. Mai 1853.

**Auseinandersetzung.**

§. 22. Der abziehende Lehrer oder die Erben des verstorbenen Lehrers haben sich mit dem neu anziehenden Lehrer nach Vorschrift des A. L. R. Th. II. Tit. 11. §§. 822 — 831. und des Ostpreussischen Provinzialrechts Zusatz 205. <sup>1)</sup> auseinanderzusetzen.

**Wittwen- und Waisenkassen.**

§. 23. Jeder Schullehrer ist verpflichtet, der Wittwen- und Waisenkasse nach den darüber für den Schulbezirk bestehenden Reglements beizutreten.

1) Dasselbst wird bestimmt:

**Auseinandersetzung zwischen dem an- und abziehenden Pfarrer a) in Ostpreußen und Litthauen.**

§. 1. In Ostpreußen und Litthauen wird bei der Auseinandersetzung die Ernte mit dem letzten Sept. für beendet gehalten und das Wirthschaftsjahr vom 1. Okt. gerechnet.

§. 2. Wo die Einsaat und das übrige Wirthschafts-Inventarium nicht zur Piarre gehört, muß dasselbe nebst dem vorhandenen Heu, Stroh und Dünger dem neuen Pfarrer für die Taxe gelassen werden und dieser muß den in den Aedern befindlichen Dünger nach Verhältniß der Zeit bis zur neuen Düngung vergüten.

§. 3. Die im Laufe des Jahres fällige Kalende wird mit dem letzten Sept. für erworben gehalten.

§. 4. Vom Deputatholze werden auf die ersten sechs Monate v. 1. Okt. bis 1. April zwei Drittel, und auf die letzten sechs Monate wird ein Drittel vertheilt.

b) Im Ermelande.

§. 5. Im Ermelande wird die Ernte mit dem letzten Aug. für vollendet angenommen und das Wirthschaftsjahr vom 1. Sept. gerechnet.

§. 6. Ist der vorige Kanonikus oder Pfarrer im ersten Quartal, doch nach vollendeter Wintersaat abgegangen, oder verstorben, so erhält derselbe, oder dessen Erben, vom künftigen Wintergetreide ein Viertel, im zweiten die Hälfte, im dritten drei Viertel und im letzten Quartal die ganze Ernte.

§. 7. Ereignet sich die Bilanz nach bestellter Sommersaat und vor dem 1. Juli, so erhalten der Abgehende oder dessen Erben die Hälfte; wenn sich aber die Bilanz nach dem 1. Juli ereignet, die ganze Ernte an Sommergetreide.

§. 8. Nach den §§. 6. u. 7. bezeichneten Verhältnissen erhält der Nachfolger die künftige Winter- und Sommersaat unentgeltlich.

§. 9. Heu und Stroh verbleiben dem Nachfolger, wenn zur Zeit des Abganges die Einfuhr noch nicht geschehen ist; von dem schon eingefahrenen Heu und Stroh aber erhält er die Hälfte und in Absicht des Heues vergütet der Nachfolger die Erntekosten verhältnißmäßig.

§. 10. Auf Gartenfrüchte, welche der Abgehende gesäet oder gepflanzt hat, gebührt dem Nachfolger kein Anspruch.

§. 11. Baum- und andere Früchte, die zur Zeit des Abganges von der Substanz noch nicht getrennt waren, verbleiben dem Nachfolger.

§. 12. Der Nachfolger behält den Dünger und das geschlagene Holz auch dann, wenn es schon zusammengefahren sein sollte.

§. 13. Alle übrigen Einkünfte, mit Einschluß der Natural- und Geldpacht, müssen zwischen dem Nachfolger und dem Abgehenden oder dessen Erben nach Verhältniß der Zeit getheilt werden; wobei in Absicht der Pacht, das Jahr vom 1. Ert., in Absicht des Sachzehnten vom 11. Nov. und in Absicht der Offertorialien vom Sonntage Quasimodogeniti gerechnet wird.

§. 14. Unter diesen näheren Bestimmungen (§§. 1 — 13.) sind sowohl in Ostpreußen und Litthauen, als im Ermelande die Vorschriften des A. L. R. anzuhängen.

§. 15. Die Diäten und baaren Auslagen der bei der Auseinandersetzung zugezogenen Gerichtspersonen und Sachverständigen werden bei den protestantischen Pfarrern von jedem Theile zur Hälfte entrichtet, jedoch müssen Gerichtspersonen die Wittve und Kinder des Verstorbenen mit den auf deren Antheil fallenden Diäten verschonen. Bei den katholischen Kirchen im Ermelande trägt der neue Pfarrer zu diesen Kosten nichts bei.

**Sterbe-Quartal. Gnadenmonat.**

§. 24. a) Stirbt ein Schullehrer in dem letzten Monate des Kalenderquartals, so erhalten seine Wittwe, seine Kinder und Enkel außer den Einkünften des ganzen Sterbequartals noch einen einmonatlichen Betrag des Lehrergehalts.

b) Erfolgt das Ableben des Lehrers in dem ersten oder zweiten Monat des Kalenderquartals, so fallen die Einkünfte dieses ganzen Quartals den Erben des Lehrers zu; es findet aber eine weitere Gnadenzeit nicht statt.

Diejenigen Einkünfte, welche nicht monatlich oder vierteljährlich zur Erhebung kommen, werden zwischen den Erben oder den Gnadenberechtigten des verstorbenen Lehrers und dem neuanziehenden Lehrer nach Maßgabe der im §. 22. angeführten Vorschriften getheilt.

§. 25. Wird der neue Lehrer noch innerhalb der Gnadenzeit oder des Sterbequartals eingeführt, so haben die zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten für die Remuneration des neuen Lehrers in dieser Zeit besonders zu sorgen.

Die Wohnung im Schulhause theilen die Erben oder Gnadenberechtigten während dieser Zeit mit dem neuen Lehrer, oder haben, wenn sie dieselbe auf dessen Verlangen früher räumen sollen, eine billige Entschädigung von ihm zu fordern.

**Pensionirung.**

§. 26. Ein ohne sein Verschulden dienstunfähig gewordener Lehrer erhält ein Drittel seines bisherigen Einkommens als Pension, welche zum Theil in Naturalien entrichtet werden kann. Dieselbe darf aber nicht weniger als 50 Thaler betragen, wenn die Emeritirung erst nach vollendetem 20. Dienstjahre erfolgt. Die Pension wird zunächst aus den Einkünften der Stelle entnommen, so weit dies möglich ist, ohne dem neuen Lehrer das in den §§. 12—15. festgesetzte geringste Einkommen zu schmälern; das Fehlende ist in ders. Weise, wie die übrigen zur Unterhaltung der Schule erforderlichen Mittel, aufzubringen. Doch soll die Pensionirung nur in dem Fall eintreten, wenn dem Schulbedürfnisse durch Bestellung eines Adjunkten nicht genügt werden kann. Wird ein solcher angestellt, wozu die Genehmigung der Reg. erforderlich ist, so erhält derselbe auf dem Lande die im §. 14., in Städten die im §. 15. festgesetzte Besoldung. In welchem Verhältnisse hierzu der alte Lehrer und die Gemeinde beizutragen haben, bleibt der freien Einigung derselben überlassen, in deren Ermangelung von der Reg. hierüber bestimmt wird.

**Amts-Entsetzung.**

§. 27. Wegen der Amtsentsetzung, unfreiwilligen Versetzung und unfreiwilligen Pensionirung der Lehrer behält es bei den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sein Bewenden.

**III. Von der Aufsicht über die Elementarschulen.**

**A. Auf dem Lande.**

§. 28. Die nächste Aufsicht über die Elementarschulen auf dem Lande führen der Schulpatron und der betr. Pfarrer mit dem Schulvorstande.

**1) Schulpatron.**

§. 29. Dem Schulpatron steht die Direktion des Schulvorstandes und die Befugniß zu, dessen Versammlungen mit vollem Stimmrecht und bei Stimmengleichheit mit entscheidender Stimme beizuwohnen und darin den Vorsitz zu führen.

§. 30. Sind mehrere Schulpatrone vorhanden, so sind die ihnen nach §§. 28. und 29. zustehenden Rechte durch Einen aus ihrer Mitte auszuüben, dessen Bestimmung ihrer freien Einigung überlassen bleibt. Kommt binnen drei Monaten nach erlassener Aufforderung eine Einigung hierüber unter ihnen nicht zu Stande, so wechselt die Ausübung nach einer von der Reg. mit Rücksicht auf die Betheiligung der einzelnen Guts Herren, über die Reihenfolge und die Dauer der Ausübung zu erlassenden Bestimmung. Zu den öffentlichen Schulprüfungen und Schulfeiertagen, welche am Sonntage vorher von dem Pfarrer verkündigt werden müssen, sind jederzeit sämtliche Guts Herren des Schulbezirks durch den Schulvorstand besonders einzuladen.

**2) Schulvorstand.**

§. 31. Der Schulvorstand besteht:

- 1) aus dem Pfarrer des Kirchspiels (Lokalinspektor der Schule), welcher in Abwesenheit des Schulpatrons den Vorsitz führt;
- 2) aus den Ortsvorstehern der Gemeinden des Schulbezirks;
- 3) aus zwei bis vier Familienvätern der zur Schule gehörigen Gemeinden.

Diese Familienmitglieder werden von den zur Schule gehörigen Gemeindegliedern gewählt und vom Landrathe bestätigt. Dem die Aufsicht führenden Gutsherrn bleibt jedoch das Recht vorbehalten, wenn er den Gewählten zur Uebernahme dieses Ehrenamtes nicht für geeignet hält, die Einführung desselben auszusetzen und die Entscheidung des Landraths einzuholen. Wird die Wahl im demselben Entscheidungsfalle von dem Landrathe zum zweitenmale verworfen, so verliert die Gemeinde für diesen Fall das Wahlrecht, und erfolgt die Besetzung der erledigten Stelle im Schulvorstande unmittelbar durch den Landrathe.

Die gewählten Gemeindeglieder sind verpflichtet, die Stelle eines Schulvorstandes auf sechs Jahre anzunehmen.

Schüler anderer Gemeinden zur Schule, so muß aus jeder Gemeinde mindestens ein Familienangehöriger Mitglied des Schulvorstandes sein.

§. 22. Der Schulvorstand hat für die Handhabung der äußeren Ordnung in Schulorten und für genaue Befolgung der dahin einschlagenden Verordnungen zu sorgen, auch alles das, wodurch das Gedeihen der Schule gefördert wird, zu beschaffen und der Behörde zur weiteren Veranlassung vorzutragen. Derselbe hat ausserdem den Pfarrer in Beziehung der Theilnahme der Gemeinde für das Schulwesen, in der Beaufsichtigung des sittlichen Verhaltens der Kinder außer der Schule und in der Beförderung eines regelmäßigen Schulbesuchs zu unterstützen. Nach dem ihm ob:

- 1) bei allen Schulprüfungen, bei Einführung neuer Lehrer und bei sonstigen Schulfeiern etc. zuzusehen zu sein;
- 2) das Vermögen der Schule und die Schullasse, wo eine solche noch neben der Kommunalasse besteht, in ders. Weise, wie die Kirchenvorstände das Kirchenvermögen, unter Aufsicht des Schulpatrons zu verwalten;
- 3) die Schule in Prozeßsachen und sonstigen Rechtsangelegenheiten unter Theilnahme des Schulpatrons zu vertreten. Zur Aufstellung von Klagen ist die Zustimmung der Reg. erforderlich.

#### 3) Pfarrer.

§. 23. Die Anordnungen über das Innere des Schulwesens (Unterrichtung, Disziplin, Befolgung des Lehrplans u. s. w.) und die Aufsicht über die Unterweisung der Lehrer gehören zu den Obliegenheiten des Pfarrers als Lokal-Inspektors der Schule.

#### 4) Kreis-Schulinspektoren.

§. 24. Die Schulvorstände und die Pfarrer als Lokal-Schulinspektoren stehen auf dem Lande unter der Aufsicht von Kreis-Schulinspektoren, welchen obliegt, die Schulen ihres Bezirks zu besuchen, die Schüler und Lehrer dabei zu prüfen, über den Zustand der Kreiskassen, sowie über die Thätigkeit der Pfarrer bei Beaufsichtigung der Schulen und über die Wirksamkeit der Schulvorstände an die Reg. zu berichten, eingetretene Bezahler der Reg. anzuzeigen, die vorläufige Vertretung erstarrter und abgegangener Lehrer anzuordnen, und überhaupt die zur Befriedigung der Bedürfnisse des Schulunterrichts nöthigen Einrichtungen zu treffen.

§. 25. In der Regel haben die Superintenden, Synodiker und Dekane bei Mangel eines Kreis-Schulinspektors zu verwalten. In besonderen Fällen können jedoch die vorgesetzten Behörden auch einen andern Geistlichen damit beauftragen. Jedoch der Verpflichtung der Gemeinden, den Schulinspektoren bei ihren Geschäften entweder die Güter zu stellen, oder die Kreisförmigen zu vergüten, bedarf es bei der Bestimmung des königlichen Provinzialrechts, Gesetz 216. §. 6. 1) und der bisherigen Observanz vorläufig sein Bemerkung.

#### B. Schulaufsicht in den Städten.

§. 26. Hinsichtlich der Aufsicht über die Elementarschulen in den Städten steht es bis auf Weiteres bei den Bestimmungen der Städteordnung und der Instruction vom 24. Juni 1811.

#### C. Regierungen.

§. 27. Der Reg. gebührt die Oberaufsicht und Leitung sämtlicher Elementarschulen ihres Bezirks, bei deren Ausübung sie sich der Landräthe und Kreis-Schulinspektoren als ihrer Organe zu bedienen hat.

1) Vergl. a. G. 98 von §. 242. Nr. 6. des reich. Entwurfs.



Ihr steht insbesondere zu:

- 1) die Anstellung der Lehrer an den dem landesherrlichen Befehlsrechte unterworfenen Schulen, sowie die Bestätigung der von andern Personen berufenen Lehrer;
- 2) die Oberaufsicht über die Verwaltung des Schulvermögens, namentlich die Ertheilung der Genehmigung in allen dergl. Fällen, in welchen bei Verwaltung des Kirchenvermögens die Genehmigung der geistlichen Oberen gesetzlich nothwendig ist;
- 3) die Befugniß, der Schule von Amtswegen einen Mandatar zu bestellen, wenn sich die gesetzlichen Vertreter weigern, die Rechte derselben im Wege des Prozesses wahrzunehmen, oder selbst bei einem Prozesse der Schule betheiligt sind;
- 4) die Prüfung der Nothwendigkeit und der Art der Ausführung eines Schulbaues nach den darüber bestehenden allgemeinen Verordnungen, sowie die Befugniß, die Beiträge zum Bau mit Vorbehalt des den Betheiligten unter sich freistehenden Rechtsweges festzusetzen und einzuziehen.

#### IV. Von der Unterhaltung der Elementarschulen.

##### Besondere Stiftungen und Leistungen.

§. 38. Wo die Unterhaltung der Elementarschulen und der Lehrer an dens. auf besonderen Stiftungen beruht, oder wo einzelne Personen oder Korporationen durch besondere Rechtstitel zu gewissen Leistungen für die Elementarschulen verpflichtet sind, behält es dabei auch fernerhin sein Bewenden. Insbesondere verbleiben die Kirchschulen, die Kirch- und Dorfschullehrer im Besitze der Einkünfte und Leistungen, welche sie bisher aus dem Kirchenvermögen oder von dem Kirchenpatron und den Eingepfarrten empfangen haben.

§. 39. Sind keine besondere Stiftungen und keine durch besondere Rechtsgründe zur Unterhaltung der Schulen und der Lehrer verpflichtete Personen vorhanden, oder reichen die Beiträge dergl. nicht aus, so haben die Ortsgemeinden und die sonst zur Schule gehörigen Ortschaften die Mittel zur Unterhaltung der Schule in dergl. Weise, wie die übrigen Kommunalbedürfnisse, aufzubringen.

Ist dazu eine besondere Kommunalumlage erforderlich, so erfolgt die Vertheilung, sofern nicht eine andere Art der Aufbringung der Kommunalbedürfnisse bereits üblich ist, nach Verhältniß der von den Einzelnen zu entrichtenden Grund- und Klassensteuerbeträge, und wird die Grundsteuer da, wo sie nicht besteht, nach dem Besitzstande ergänzt.

§. 40. Gehören mehrere Gemeinden zu dergl. Schule, so wird, wenn nicht Verträge oder andere besondere Rechtstitel ein Anderes bestimmen, der Antheil der einzelnen Gemeinden nach der Zahl der Haushaltungen festgesetzt, und in jeder Gemeinde für sich nach §. 39. aufgebracht. Bei Regulirung der Beiträge dergl. Personen, welche auf Vorwerken oder sonst außerhalb des Gemeindebezirks wohnen, kommen die Vorschriften der §. 55. bis 62. zur Anwendung.

§. 41. Die Ortschaft, wo die Schule liegt, ist verpflichtet, den nöthigen Bauplatz für die zur Schule gehörigen Gebäude und deren Erweiterungen allein und ohne Mitbetheiligung der andern Ortschaften zu beschaffen, dagegen ist sie für die dem Lehrer zu gewährende Sommerweide, oder für das in deren Stelle zu gewährende Futter zur Sommer-Stallsütterung für das Vieh, sowie für den Platz zum Garten und zur Baumschule von den übrigen zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten nach Maaßgabe des §. 39. zu entschädigen.

§. 42. Zu Abgaben und Leistungen, welche nach Verhältniß des Grundbesitzes in der Gemeinde vertheilt werden, müssen auch die Gutsherrschaften und anwärts wohnenden Eigenthümer von den in ihrem Besitze befindlichen bäuerlichen Grundstücken beitragen. Dagegen verbleibt es in Ansehung der bei Gelegenheit der Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse den Gutsherren als Entschädigung abgetretenen bäuerlichen Grundstücke bei der Bestimmung der Order vom 14. Juli 1836 (G. S. S. 208), nach welcher von diesen Grundstücken in Ermangelung ausdrücklicher Verträge oder rechtskräftiger Entscheidungen keine Beiträge zum Bau und zur Unterhaltung der Schulmeistergebäude zu entrichten sind.

##### Schulgeld.

§. 43. Ohne ausdrückliche Genehmigung der Reg. darf kein Schulgeld neu eingeführt und das bestehende nicht erhöht werden. Wo ein Schulgeld herkömmlich ist, behält es bei dems., so wie dort, wo eine von den Konfirmanden zu entricht-



in der Größe, die den Schulgebern üblich ist, bei dieser sein Bewenden. Für die Kosten dieser Schulen muß derf., welchem gesetzlich die Verpflichtung der Armenpflege obliegt, das Schulgeld entrichten.

#### Leistungen der Gutsherren.

§. 44. Bei Bauten und Reparaturen der zur Schule gehörigen Gebäude sind die Gutsherren des Schulbezirks, sofern nicht Verträge oder Herkommen ein Andern bestimmen, verpflichtet, das zum Bau erforderliche Bauholz unentgeltlich herzugeben, auch zur Feuerversicherung der Gebäude, wenn dieselbe zugleich den Werth des Bauholzes ansetzen soll, einen verhältnismäßigen Beitrag zu leisten. Kann das Bauholz nicht innerhalb dreier Meilen vom Bauplatze angewiesen oder wegen Unschicklichkeit nicht in Natur verwendet werden, so ist der Geldwerth desselben nach der Taxe der nächsten 2. Forst zu entrichten.

§. 45. In Betreff der Schulen in den Domänenländereien, auf welche der §. 44. ebenfalls Anwendung findet, gelten außerdem folgende besondere Bestimmungen:

- 1) Die Grundstücken, welche die zur Schule gehörigen Gebäude massiv errichten, erhalten außer dem dazu anschlagemäßig erforderlichen Holze und dem Taxwerth des Holzes, welcher bei dem Massivbau gegen den Bau in Fachwerk erspart wird, eine Bauprämie von 40 Thalern aus Unseren Forst- und Domainenläsen.
- 2) Sind die Schulgebäude durch Feuer oder anderen Zufall zerstört, so bleibt der Fiskus zu deren Wiederaufbau das freie Bauholz nur dann ganz oder theilweise her, wenn die Schulgemeinde nicht selbst eine Waldung besitzt, aus welcher solches bei forstwirtschaftlicher Benutzung ganz oder theilweise entnommen werden kann. Diese Verpflichtung des Fiskus erstreckt sich jedoch nicht auf das zu Thüren und Fenstern erforderliche Holz.
- 3) Der Bauplatz für die zur Schule gehörigen Gebäude und deren Erweiterungen wird aus den Domänenländereien unentgeltlich angewiesen, in so weit dergl. geeignete Grundstücke an dem Orte der Schule vorhanden sind.
- 4) Der erste Lehrer an der Schule erhält einen kaiserlichen Morgen Ackerland steuerfrei zu seiner Benutzung, oder statt dessen eine dem Ertrage desselben entsprechende Geld- oder Naturalrente aus Unseren Forst- und Domainenläsen.
- 5) Das zur Heizung der Schulstuben und der Lehrerwohnung, sowie zum Wirtschaftsbedarf der Lehrer erforderliche Brennmaterial wird aus Unseren Forsten, frei von Anweisungsgeld, gewährt und ist durch die Gemeinden anzuführen. Der Betrag des zu bewilligenden Brennholzes darf jedoch für keine Schulklasse mehr als 15 Klafter weiches Klobenholz betragen.
- 6) Wo Torf oder Anhopel angewiesen werden, sind angemessene Verhältnisse gegen das Klobenholz festzusetzen.

§. 46. Wo die im §. 45. erwähnten Leistungen ganz oder theilweise herkömmlich auch von anderen Gutsherren gewährt werden, behält es dabei sowohl in Betreff der bestehenden, als auch der neu zu errichtenden Schulen sein Bewenden. Jedoch sollen die Bestimmungen im §. 45. unter 5. und 6. für alle zur Erwerbung von Deputatbrennholz verpflichtete Gutsherren verbindlich sein.

§. 47. Wenn Hintersassen mehrerer Gutsherren zu einem Schulbezirk gehören, so gilt die Regel, daß die den Gutsherren nach §§. 44. und 45. obliegenden Verpflichtungen, sofern nicht durch Herkommen oder besondere Rechtstitel ein Anderes festgesetzt ist, von den Gutsherren nach der Zahl der Haushaltungen ihrer Hintersassen gemeinschaftlich zu tragen sind.

§. 48. Hinsichtlich der Unterhaltung der Schulhäuser, welche zugleich Küsterei- oder Organistenwohnungen sind, finden die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften Anwendung.

#### Schulen der Juden.

§. 49. Wenn die jüdischen Einwohner mit Genehmigung der Reg. eine besondere öffentliche Schule unterhalten, so sind sie frei von direkten Beiträgen zur Unterhaltung der Gemeindeschulen.

#### Trennung mehrerer zu einer Schule vereinigten Gemeinden.

§. 50. Sind zwei oder mehrere Gemeinden zu einer gemeinschaftlichen Schule vereinigt, so kann die Trennung derf. sowohl auf einseitigen Antrag einer Gemeinde, als vom Kantonswegen durch die Reg. angeordnet werden.

- 1) wenn eine solche Ueberfüllung der Schule eingetreten ist, welcher nicht auf leichtere und zweckmäßigere Weise, z. B. durch Anlegung einer zweiten Schulklasse, abgeholfen werden kann;
- 2) oder wenn die abzutrennende Gemeinde von der Schule zu entfernt, oder aus jener Gemeinde nur auf beschwerlichen oder gefährvollen Wegen zu der Schule zu gelangen ist.

§. 51. Wird die Trennung für zweckmäßig erachtet, so sind über deren Ausführung und rechtliche Folgen zunächst die betheiligten Gemeinden, die Schulpatrone und die sonstigen Interessenten zu hören und wo möglich in der Güte über den Plan der Trennung zu vereinigen. Ist eine gütliche Vereinigung nicht zu erzielen, so ist die Reg. befugt, die Trennung unter nachstehenden Bedingungen anzuordnen:

- 1) der im Amte befindliche Lehrer behält das Einkommen, welches ihm bei seiner Anstellung zugesichert ist. Der Ausfall, welchen ders. durch die Trennung an seinem Einkommen erleidet, sowie die übrigen durch dieselbe entstehenden Kosten werden von sämtlichen Gemeinden gemeinschaftlich getragen;
- 2) nach erfolgter Auseinandersetzung hat jede Gemeinde für den Unterhalt ihrer Schule und Lehrer allein zu sorgen; insbesondere hat die abgetrennte Gemeinde die Kosten zu den baulichen Einrichtungen der neuen Schule allein, jedoch unter Beihülfe ihres Guts Herrn aufzubringen;
- 3) die Lehrerstelle an der alten Schule muß auch nach der Trennung und bei der neuen Regulirung des Lehrergehalts die in den §§. 12. und folgenden festgesetzte geringste Einnahme behalten;
- 4) Für das Schulbedürfniß der abgetrennten Gemeinde muß durch Errichtung einer eigenen Schule oder durch Anschluß an eine andere benachbarte Schule genügend gesorgt werden;
- 5) Der alten Schule verbleibt ihr bisheriges Stiftungs-, Grund- und Kapitalvermögen ungetheilt, sondern nicht besondere Rechtstitel eine Ausnahme begründen.

Gegen diese Festsetzungen steht den Betheiligten der Rechtsweg nur in soweit offen, als die Fortdauer gewisser Leistungen zu der alten Schule nach der Trennung oder die Theilung des vorhandenen Schulvermögens auf Grund spezieller Rechtstitel gefordert wird.

#### Anschluß einer Gemeinde an eine bestehende Schule.

§. 52. Der Anschluß einer Gemeinde an eine bereits bestehende Schule kann, außer dem Falle des §. 53., nur durch einen von der Reg. bestätigten Vertrag der betheiligten Gemeinden und Interessenten erfolgen.

§. 53. Kann aber das Schulbedürfniß einer Gemeinde nicht anders als durch Anschluß an eine andere bereits bestehende Schule befriedigt werden, so ist die Reg. befugt, diesen Anschluß unter der Bedingung zu verordnen,

- 1) daß die hinzutretende Gemeinde alle durch ihren Beitritt veranlaßten neuen Einrichtungen allein übernehme, und
- 2) daß die zur Unterhaltung der Schule und der Lehrer erforderlichen Beiträge für die Zukunft auf alle Gemeinden nach dem im §. 40. bestimmten Verhältnisse vertheilt werden.

#### Errichtung neuer Schulen.

§. 54. Die Errichtung neuer Schulen kann nur nach Anhörung aller Betheiligten, auf Anordnung oder unter Genehmigung der Reg. erfolgen, wenn eine hinreichende Anzahl von Kindern vorhanden ist. Die Reg. stellt in diesem Falle die Bedürfnisse der neuen Schule und die Leistungen der Verpflichteten fest, insbesondere auch der zum Schulbezirk gehörigen Guts Herren. Hat sich in einem Schulbezirk durch Vertrag oder Herkommen hinsichtlich der Leistungen der Guts Herren eine von den Grundsätzen der gegenwärtigen Schul-O. abweichende Norm gebildet, so behält es dabei zwar sein Bewenden. Wenn jedoch in einem solchen Schulbezirk die Errichtung einer neuen oder die Erweiterung der schon bestehenden Schule nicht durch den Beitritt benachbarter Grundherren oder Ortseingewohnten, sondern durch die wachsende Einwohnerzahl der Schulgemeinde selbst nothwendig wird, so treten für das erweiterte Bedürfniß die Vorschriften der gegenwärtigen Schul-O. dergestalt ein, daß der Guts Herr, oder wenn die Hinterlassenen mehrerer Guts Herren zu dem Schulbezirk gehören, diese Guts Herren gemeinschaftlich nach den

näheren Bestimmungen der §§. 44—47. für das erweiterte Bedürfnis zu sorgen haben.

**Anwohner auf gutherrlichem Lande.**

§. 55. Für das Schulbedürfnis der außerhalb eines Kommunalbezirks auf gutherrlichem Vorwerklande wohnenden Diensthöten, Tagelöhner, Anflebler und herrschaftlichen Beamten muß entweder durch Anschluß an eine benachbarte Schule oder durch Errichtung einer eigenen Schule gesorgt werden.

§. 56. Der Grundherr ist verbunden, die hierzu erforderlichen Kosten, so weit die Anwohner zu deren Aufbringung nicht im Stande sind, ebenso wie die Kosten der Armenpflege, zu bestreiten.

§. 57. Der Anschluß an eine benachbarte Schule erfolgt in der Regel durch einen zwischen der Gemeinde und dem Schulpatron einerseits und dem Grundherrn als Vertreter der auf seinem Grund und Boden befindlichen Anwohner andererseits abgeschlossenen und von der Reg. bestätigten Vertrag, welcher die Leistungen des sich anschließenden Theiles genau festsetzt.

§. 58. Kann ein Anschluß im Wege des Vertrages nicht bewirkt werden und ist die Zahl der außerhalb des Gemeindebezirks befindlichen Anwohner zur Errichtung einer eigenen Schule nicht groß genug, so sind die Reg. befugt, den Anschluß an eine benachbarte Schule auf eine bestimmte Reihe von Jahren, in der Regel auf 10 Jahre, anzuordnen und zugleich nach Maaßgabe des §. 53. den Umfang der Leistungen festzusetzen, welche von den Anwohnern und bei deren Unvermögen von dem Grundherrn an die Ortschule zu entrichten sind.

§. 59. Ist bei Ablauf der bestimmten Frist ein dauernder Vereinigungsvertrag nicht zu Stande gekommen, und wird auch die Errichtung einer eigenen Schule für die Kinder der Anwohner noch nicht als Bedürfnis anerkannt, so wird der zeitweise Anschluß und das Beitragsverhältnis auf eine neue Reihe von Jahren regulirt.

§. 60. Die Reg. bestimmt nach vorgängiger Ermittlung des Nahrungsflans des der Anwohner, wieviel ein jeder ders. zu den Beiträgen für den Anschluß an eine benachbarte Gemeindeschule oder für die Errichtung einer eigenen Schule beizusteuern hat. Den Ausfall überträgt der Grundherr.

Die von dem Grundherrn zu leistenden Beiträge genießen die Vorrechte der öffentlichen Abgaben.

§. 61. In Ansehung derj., außerhalb des Gemeindebezirks angesiedelten Personen, welche sich bisher, ohne daß darüber eine Vereinigung getroffen worden ist, zu einer benachbarten Schule gehalten haben, verbleibt es einstweilen bei dem bisherigen Verhältnisse, wenn nicht ein Antrag auf Regulirung erfolgt.

§. 62. Tritt aber der Fall einer Erweiterung oder einer größeren Reparatur der Schulgebäude ein, oder bedarf es einer Vermehrung der Lehrer, oder einer neuen Regulirung der Lehrergehälter, so soll über das Verhältniß der Anwohner zu der Schule nach Maaßgabe der §§. 59 — 60. nähere Bestimmung getroffen werden.

**Kolonien, neue Gemeinden.**

§. 63. In neu angelegten Kolonien oder in neu gebildeten Gemeinden ist für das Schulbedürfnis in der Regel durch Errichtung einer eigenen Schule zu sorgen.

§. 64. Ist jedoch die Zahl der schulpflichtigen Kinder nur gering, und befindet sich eine, zu deren Aufnahme geeignete Schule in zugänglicher Nähe, so kann der zeitweise oder dauernde Anschluß der neuen Kolonie oder Gemeinde an diese Schule durch freiwillige Einigung und in deren Ermangelung durch Verfügung der Reg. bewirkt werden.

§. 65. Der Grundherr, auf dessen Grund und Boden die neue Kolonie oder Gemeinde errichtet ist, hat ohne Rücksicht auf den Inhalt der besonderen Anschlußverträge die Verpflichtung, nach Maaßgabe der §§. 56. und folgende den Ausfall zu decken, welchen die Kolonisten und Gemeindeglieder zur Errichtung einer eigenen, oder zum Anschlusse an eine benachbarte Schule aufzubringen außer Stande sind.

**Schul-Matrikeln.**

§. 66. Die Landräthe haben für jede einzelne Schule unter Zuziehung der Gutsherren, des Schulvorstandes, der Gemeinden und der sonst betheiligten Personen, eine Matrikel, welche den Umfang des Schulbezirks, das Vermögen und

die Einkünfte der Schule, und die Gerechtsame und Verpflichtungen der Betheiligten vollständig umfaßt, aufzunehmen und der Regierung zur Bestätigung vorzulegen.

Spätere Veränderungen sind in der Matrikel nachzutragen.

Orts- Schul- Kassen.

§. 67. Die Abgaben und Leistungen der Verpflichteten, sowie auch die Schulgelber, sind an die Kommunalkasse oder besondere Ortsschulkasse abzuführen, welche von dem Schulvorstande und einem besonders verpflichteten Rentanten aus dessen Mitte, unter Aufsicht des Landraths, verwaltet wird. Der Schullehrer darf nur die ihm zustehenden Naturalleistungen von den Verpflichteten unmittelbar erheben.

§. 68. Die Ueberschüsse der Schulkasse werden zur Erleichterung armer Schulkinder oder zur Beschaffung von Schulbedürfnissen verwendet, oder für künftige größere Ausgaben aufgespart.

Wo die Verhältnisse es gestatten, soll durch besondere kleine Beiträge auf die Bildung eines Baufonds für die Schule Bedacht genommen werden.

Kirchspiels- Schulkassen.

§. 69. Die vorhandenen Kirchspiels- Schulkassen sollen unter der Aufsicht des Kreis- Schulinspektors mit ihren herkömmlichen Einkünften fortbestehen, welche zur Unterstützung bedürftiger Gemeinden und Ortschaften desselben Kirchspiels in ihren Schuleinrichtungen zu verwenden sind. Ueber die Art und das Maaß der Verwendung bestimmt das Kirchenkollegium unter Zustimmung des Patrons, der auch die Rechnungen zu revidiren hat.

§. 70. Den Schulen verbleiben in Bezug auf ihr Vermögen die ihnen in den §§. 18. bis 20. Th. II. Tit. 12. A. E. R. beigelegten Rechte.

§. 71. Hinsichtlich des Schulunterrichts der Kinder von Militärpersonen behält es bei den Bestimmungen der Militär- Kirchenordn. v. 12. Febr. 1832 und der Garnison- Schulinstr. v. 27. Sept. 1834, sowie hinsichtlich der Bestrafung der Schulversäumnisse der Soldatenkinder bei der Bestimmung des Kriegsmin. v. 26. Dec. 1832 sein Bewenden.

Schluß- Bestimmung.

§. 72. Unsere Regierungen werden mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Nach Vollendung der erforderlichen Vorbereitungen haben dieselben durch das Amtsbl. den Zeitpunkt bekannt zu machen, mit welchem die Bestimmungen dieses Gesetzes zur Anwendung kommen. Mit diesem Zeitpunkte treten auch die Vorschriften des A. E. R. Th. II. Tit. 12. §§. 12. bis 53. (von gemeinen Schulen), des Ostpreussischen Provinzialrechts, Zusatz 215. bis 224., und des Westpreussischen Provinzialrechts §§. 62. bis 67., sowie der Principia regulativa v. 30. Juli 1736 und der B. v. 30. Nov. 1840 über die fortwährende Anwendbarkeit der gedachten Principia regulativa (G. S. 1841, S. 11), soweit auf dieselben in dem gegenwärtigen Gesetze nicht ausdrücklich Bezug genommen worden ist, für die Provinz Preußen außer Kraft.

Urkundlich etc.

Gegeben Berlin, den 11. December 1845.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

v. Boyen. Mühler. v. Nagler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Seibitz.  
v. Bodelschwingh. Gr. zu Stolberg. Flottwell. Uhden. Frh. v. Galt.

(G. S. 1846, S. 1.)

3) Dazu das M. der Min. der geistl., U. u. M.- Ang. (Eichhorn), des R. Hauses, 2. Abth. (Gr. Stolberg) und des Inn. (v. Manteuffel) v. 21. Juni 1847, betr. die Einführung der Schulordnung für die Elementarschulen der Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845:

Nachdem die in §. 72. der Schulordn. für die Elementarschulen der Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 für erforderlich gehaltenen Vorbereitungen im Allg. vollendet worden sind, verordnen wir wie folgt:

§. 1. Die Schulordn. für die Elementarschulen der Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 erlangt mit dem 1. Jan. 1848 Gesetzeskraft.

§. 2. Sofern bis dahin die nach Maaßgabe der Schulordn. erforderlichen neuen Einrichtungen in einer Schule noch nicht völlig ausgeführt sein sollten, blei-

in für diese Schulen die bisherigen Grundsätze, worauf dieselbe beruht, bis auf weiteres in Anwendung.

§. 3. Die Schullehrer erlangen demgemäß einen rechtlichen Anspruch auf das den §§. 12–17. der Schulordn. bestimmte geringste Einkommen, falls sie es nicht besitzen, erst von dem Zeitpunkte ab, wo die Verhältnisse ihrer Schulen allen Beziehungen nach den Vorschriften des neuen Gesetzes geordnet sind.

§. 4. Eben dieser Grundsatz (§. 3.) findet auch auf die im §. 26. der Schulordn. festgesetzte Höhe der Pensionen Anwendung.

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 222.)

Schon in diesem Min.-R. ist angedeutet, daß die Ausführung der Schulordn. v. 11. Dec. 1845 noch keineswegs vollständig gelungen ist. Diese Sachlage scheint sich bis jetzt nicht geändert zu haben. Wenigstens schwerte sich bei Gelegenheit der Kammerverhandlungen v. 24. u. 26. Febr. 1852 über den Hartort'schen Antrag: auf Erlassung des in der Konstitution enthaltenen Schulgesetzes, der Abgeordnete v. Wardeleben darüber, daß die Schulordn. von 1845 in Hoffnung dieses allgemeinen Gesetzes still gestellt sei.

## II. P o s e n.<sup>1)</sup>

Aus dem durch den Wiener Kongreß zurückerhaltenen Theile von Südpreußen (s. o. S. 101 ad 3.) wurde durch die B. v. 30. April 1815, wegen veränderter Einrichtung der Provinzialbehörden (G. S. 1815. S. 85), die Provinz Posen gebildet, in welcher, was schon aus den oben gegebenen Stellen des preussischen Notifikations-Pat. v. 8. Mai 1793<sup>2)</sup> erhellt, wie überhaupt, auch für das Schulwesen, keine provinziellen Abweichungen, sondern die allgemeinen Gesetze gelten.<sup>3)</sup> Jedoch hat der Gebrauch der Polnischen

1) 1837 bestanden in Posen 1735 Elementarschulen mit 2005 Lehrern u. 45,314 Schülern ( $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung), Mittelschulen: 4 für Knaben mit 12 Schülern, 20 für Mädchen mit 1569 Schülerinnen, 7 höhere Bürgerschulen mit 1393 Schülern, 4 Gymnasien mit 1088 u. 2 Progym. mit 373 Schülern, Lehrerseminare mit 315 Seminaristen.

2) Vergl. auch die Deklar. v. 30. Apr. 1797 zu dem Ed. v. 28. März 1794 über die Einführung des A. L. R., nach welcher die frühern Gesetze nur in einigen Punkten des Erbrechts, Eherechts, der Unterthänigkeitsverhältnisse, und bei den geistlichen Zinsen u. Zehnten Gültigkeit behalten, in allen übrigen Materien gegen v. 1. Sept. 1797 an nur die Vorschriften des A. L. R. zur Richtschnur dienen sollten. (N. C. C. Th. 10. Nr. 36. — Rabe, Bd. IV. S. 104.)

3) Nach dem Tilsiter Frieden bildete das jetzige Grzth. Posen einen Theil des Grzths. Warschau, woselbst über das Unterrichtswesen eine B. v. 12. Jan. 1808 erging. Diese ist als noch jetzt anwendbar durch Verf. der R. Reg. zu Posen v. 7. Aug. 1818 republizirt worden.

Laut des dritten Posener Prov. Landtagsabschiedes v. 29. Juni 1835 (Annal. d. P. S. 817) war der Provinz eine besondere Schulstiftung zugebach. Es heißt jedoch sub II. 18.:

„Auf die Verwendung der getreuen Stände für die Unserer Unterthanen, welche sich in den J. 1830 und 1831 einer Theilnahme an dem im Königr. Polen ausgebrochenen Aufruhr schuldig gemacht haben, eröffnen Wir denselben, was folgt:

Durch Unsere B. v. 6. Febr. und 26. April 1831 ist der Austritt Unserer Unterthanen, in der Absicht, an der Empörung der Polen gegen ihren rechtmäßigen Landesherren Theil zu nehmen, für eine gegen Uns selbst verübte Landverrätherie erklärt, und es sind darin die auf dieses Verbrechen anzuwendenden Strafen öffentlich verkündet worden.

Am 26. Dec. 1831 haben Wir eine allgemeine Amnestie — mit nur geringen Ausnahmen — für alle diej. Ausgetretenen erlassen, welche bis zum 1. April 1832 in ihre Heimath zurückkehren würden.

Dieser Amnestie ungeachtet, haben sich zu Unserer großen Betrübniß dennoch über 1600 Individuen des Civilstandes in dem Falle befunden, daß sie zur Unter-



Sprache als Unterrichtsmedium besondere Bestimmungen nothwendig gemacht, welche in dem nachstehenden R. des Min. der geistl., u. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 29. Mai 1842 an den R. Ob. Präs. d. Prov. Posen, betr. die Anwendung der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten des Großherzogth. Posen, enthalten sind: <sup>1)</sup>

suchung gezogen werden mußten. Vierzehnhundert von ihnen sind zur Konfiskation ihres Vermögens und zu Freiheitsstrafen rechtskräftig verurtheilt worden. Hiervon haben Wir aus landesväterlicher Huld über 1200 vollständig begnadigt, 180 andern aber die Konfiskation ihres Vermögens ganz, und unter der Bedingung guter Führung, die wider sie erkannten Freiheitsstrafen zur Hälfte erlassen. Die letztere haben sie inzwischen längst verbüßt, mit Ausnahme einiger weniger Verurtheilten, denen Wir einen Aufschub auf ihre Bitte bewilliget haben.

Nur 22 Gutsbesitzer haben, statt der rechtskräftig erkannten Konfiskation ihres ganzen Vermögens, eine Geldstrafe zu erlegen, welche im Wege der Gnade von Uns auf den fünften Theil ihres zur Zeit des Austrittes besessenen reinen Vermögens herabgesetzt worden ist, und zum Besten der Provinz, zur Gründung und Beförderung von Unterrichts-Anstalten, verwendet werden soll. Vier Fünftheile ihres Vermögens sind ihnen dagegen wiedergegeben worden. Sechszehn Pensionaire haben ihre Pensionen verloren.

Darauf beschränken sich die Strafen, welche Unsern getreuen Ständen Anlaß zu ihrer Petition gegeben haben! Des Landes ist Niemand verwiesen. Wer nicht zurückgekehrt ist, hat es freiwillig oder im Bewußtsein größerer Schuld unterlassen! Pensionen werden als Lohn treuer Dienste bewilligt, verwirkt hat sie, wer die Treue bricht, die er seinem Landesherrn schuldig ist!

Die Entfernung der zurückgekehrten Schüler und Studenten von den Lehranstalten war nothwendig, um die weitere Verbreitung landesverderblicher Gesinnung unter der, guten und schlechten Eindrücken leicht zugänglichen Jugend zu verhüten. Die Versetzung der Auskultatoren und Referendarien, etwa zehn an der Zahl, nach entlegeneren Ober-Landesgerichten geschah in der wohlwollenden Absicht, diesen jungen Männern, welche aus den Greueln des Bürgerkrieges zurückkehrten, das Bild eines geregelten Zustandes der bürgerlichen Verhältnisse und der höchstmöglichen individuellen Freiheit unter dem Schutze und der Herrschaft der Gesetze vorzuhalten und in dieser Weise auf ihr, der Besserung noch fähiges Gemüth, einzuwirken.

Das Fräulein, dessen Unsere getreuen Stände erwähnen, war, nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften in dem Konfiskations-Prozeß, von dem höchsten Gerichtshofe der Provinz in dritter Instanz zur Konfiskation ihres Vermögens, in dem besonderen wegen Landesverrätherie, eingeleiteten Untersuchungs-Prozeße durch zwei gleichlautende Urtheile, zu einer sechsmonatlichen Freiheitsstrafe verurtheilt. Auch dieses Fräulein ist in Anerkennung der bei der Krankenpflege in den Hospitälern bewiesenen christlich-mildthätigen Gesinnungen, und zwar schon unterm 9. Febr. 1833, vor der Abfassung der ständischen Petition, Unserer Königl. Gnade in ihrem vollen Maße theilhaftig geworden.

Ueberall haben Wir mit der höchsten Nachsicht die Verirrungen des jugendlichen Muthes und der Schwärmerei beurtheilt, und nur da Strafen eintreten lassen, wo Wir entschieden bösem Willen entgegen treten mußten, und bei Verfassungen, welche, außer den allgemeinen Unterthanen-Pflichten, noch besondere Pflichten gegen Uns zu erfüllen hatten, oder sich in einer so glücklichen äußeren Lage befanden, daß ihnen dieselbe zu einem besondern Antriebe hätte dienen sollen, weder die Wohlfahrt der Ihrigen, noch die des Landes undankbarer Weise aufs Spiel zu setzen.

Der, aus einer gänzlichen Unkenntniß der wahren Lage der Sache hervorgegangenen Verwendung Unserer getreuen Stände, können Wir daher in keinem Stücke willfabren."

Doch scheinen die Konfiskationen, welche zu Schulzwecken verwandt werden sollten, nicht realisirt worden zu sein, indem laut des vierten Prov. Landt. Absch. v. 7. Nov. 1837, B. 8. durch eine R. D. v. 5. Aug. dess. Jahres Amnestie bewilligt worden war. (Annal. XXI. S. 840.)

1) Vergl. den ersten Posener Prov. Landt. Absch. v. 20. Dec. 1828 (Annal. XII.

Des Königs Maj. haben die in der anl., von mir vollzogenen Instr. (b.) über die Anwendung der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten des Großherzogth. Posen enthaltenen Grundsätze mittelst A. R. D. v. 20. d. M. (Anl. a.) zu genehmigen, und mich zugleich zu ermächtigen geruht, die Instr. den Behörden der Prov. zur Befolgung zuzufertigen. Indem ich Ew. Hochgeb. erg. ersuche, dieselbe nunmehr sowohl in der Prov. zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, als auch das R. Prov. Schulkoll. und die R. Reg. zur genauesten Beachtung vers. in dem Maße, als deren Ausführung bei dem vorhandenen und künftig nach ihren Bestimmungen zu wählenden Lehrpersonal möglich ist, gefälligst anzuweisen, bemerke ich zugleich, daß des Königs Maj. meine weiteren Anträge erwarten, insofern die Erfahrung bei Anwendung der Instr. eine Modifikation einzelner Bestimmungen angemessen erscheinen lassen sollte.

Anl. a.

Auf Ihren B. v. 4. d. M. genehmige Ich die in der zurückerfolgenden Instr. über die Anwendung der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten des Großherzogth. Posen enthaltenen Grundsätze, und ermächtige Sie, diese Instr. den Behörden der gedachten Prov. zur Befolgung zuzufertigen. In sofern die Erfahrung bei Anwendung der Instruktion eine Modifikation einzelner Bestimmungen angemessen erscheinen lassen sollte, werde Ich hierüber Ihre weiteren Anträge erwarten.

Potsdam, den 20. Mai 1842.

Friedrich Wilhelm.

An  
den Staatsminister Eichhorn.

b.

### Instruktion

für das R. Prov. Schulkoll. und die R. Reg. der Prov. Posen, in Beziehung auf die Anwendung der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten der Prov.

Nachdem des Königs Maj. Allergn. zu befehlen geruht haben, daß in den Unterrichts-Anstalten der Prov. Posen bei der Unterweisung der Jugend von der Polnischen Sprache neben der Deutschen derj. Gebrauch gemacht werde, welcher Allerh. Ihrer, in dem Landt. Absch. für die zum siebenten Posenschen Prov Landtage versammelt gewesenen Stände ausgesprochenen landesväterlichen Absicht entspreche, so wird mit Allerh. Genehmigung dem R. Prov. Schulkoll. und den R. Reg. der Prov. Posen in Beziehung auf die Anwendung der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten der Prov. nachfolgende Instr. ertheilt.

#### I. Landschulen.

1) In allen Landschulen, welche sowohl von Kindern Deutscher als Polnischer Abkunft in bedeutender Anzahl besucht werden, sollen, so weit die erforderliche Anzahl von Schulamts-Kandidaten vorhanden ist, nur solche Lehrer angestellt werden, welche sich bei dem Unterrichte, sowohl des Deutschen, als des Polnischen mit Fertigkeit bedienen können.

2) Die Lehrer müssen in diesen Schulen von beiden Sprachen in der Weise Gebrauch machen, daß jedes Kind den Unterricht in seiner Muttersprache empfängt.

3) In Schulen, welche vorherrschend von Polnischen Kindern besucht werden,

---

§. 912) sub B. 2. und den vierten v. 7. Nov. 1837 (Annal. XXI. S. 840) sub B. 6. — Im J. 1848 wurde eine nationale Reorganisation des Grhzh. Posen angestrebt, welche indeß bei der inzwischen erreichten Gesamt-Versaffung für die Monarchie nicht zu Stande gekommen ist. Unter den darauf bezüglichen R. Erlassen bestimmte der v. 26. Apr. 1848 (Min. Bl. d. i. B. S. 87), wonach unter Vorbehalt der nähern Bezeichnung der Grenzlinie zum Deutschen Bunde kommen sollten: „der Regdistrikt mit Ausnahme eines Theiles vom Kreise Inowraclaw, die Kreise Strzabum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Samter, Budz, der westl. Theil der Kr. Obornik und Posen (mit Stadt u. Festung Posen), so wie der südl. der Kr. Kröben u. Krotoschin u. Stadt Kempen, daß die übrigen Theile des Grhzh. eine eigne konstit. Versaffung erhalten, so wie daß der höhere u. niedere Schulunterricht, die Gerichtsversaffung und Administration national sein sollten.“

ist die Polnische Sprache und in Schulen, in welchen sich vorherrschend Deutsche Kinder befinden, ist die Deutsche Sprache Haupt-Unterrichtssprache.

4) Da die Kenntniß der Deutschen Sprache den Polnischen Einwohnern der Provinz in allen Lebensverhältnissen fast unentbehrlich ist, und deshalb in vielen Polnischen Gemeinden die Lehrer auch schon bisher auf den Wunsch der Eltern im Deutschen unterrichtet und die Kinder im Deutschsprechen geübt haben, so soll die Deutsche Sprache in allen Schulen Unterrichts-Gegenstand sein. Eben so soll auch in vorherrschend Deutschen Gemeinden der Lehrer Unterricht im Polnischen erteilen, wenn es von den Eltern der Kinder gewünscht wird.

## II. Städtische Schulen.

1) In den städtischen Schulen ist der Gebrauch der Unterrichtssprache nach der überwiegenden Abstammung und dem Bedürfnis der sie besuchenden Kinder zu bestimmen. Auch bei diesen Schulen sind, so viel als möglich, solche Lehrer anzustellen, welche beide Sprachen verstehen.

2) In den oberen Klassen aller städtischen Schulen muß bei dem hierfür insbesondere sprechenden Bedürfnis des Gewerbe- und Handelsstandes der Unterricht in Deutscher Sprache erteilt, und dafür gesorgt werden, daß die Schüler bei dem Abgange von der Schule sich im Deutschen mündlich und schriftlich geläufig ausdrücken können.

## III. Schullehrer-Seminare.

1) An den Schullehrer-Seminaren sind von jetzt an möglichst nur solche Lehrer anzustellen, welche sich bei dem Unterricht der Deutschen und Polnischen Sprache mit Fertigkeit bedienen können.

2) Um für die katholischen Schullehrer-Seminare der Provinz die erforderliche Anzahl beider Sprachen kundiger, geistig und sittlich gehörig vorbereiteter Aspiranten zu gewinnen, sollen geeignete Jünglinge, welche sich dem Schullehrerberufe widmen wollen, nach ihrer Entlassung aus der Elementarschule, zur Aufnahme in die Schullehrer-Seminare von tüchtigen Lehrern vorbereitet werden.

Im Falle der Dürftigkeit erhalten dieselben während dieser Zeit eine Unterstützung, die Lehrer aber, welche ihre Ausbildung übernehmen, für ihre Bemühung eine angemessene Entschädigung.

3) Da allen Seminaristen die Kenntniß der Deutschen Sprache und eine hinreichende Fertigkeit im mündlichen Gebrauche ders. für ihren Beruf unentbehrlich ist, diese aber von den Seminaristen Polnischer Abkunft ohne anhaltende Übung nicht gewonnen werden kann, so muß der Unterricht in den Seminarien, mit Ausnahme des Unterrichts in der Religionslehre und biblischen Geschichte, welchen jeder Zögling in seiner Muttersprache empfängt, wie bisher in Deutscher Sprache erteilt werden. Indessen müssen die Lehrer bei allen Unterrichts-Gegenständen, welche mittheils der Deutschen Sprache erteilt werden, fortwährend auf das sorgfältigste darauf achten, ob auch alle Zöglinge Polnischer Abkunft ihren ganzen Vortrag richtig und vollständig verstanden haben. Wo ihnen dies zweifelhaft ist, müssen sie ihren Zöglingen das Deutsch Vorgetragene nochmals in Polnischer Sprache wiederholen, und sie dann veranlassen, dasselbe sowohl Polnisch als Deutsch, wie sie es aufgefaßt haben, wieder zu geben.

4) Es ist dahin zu wirken, daß die Lehrbücher, welche bei dem Unterrichte zu Grunde gelegt werden, in Deutscher und zugleich in Polnischer Sprache abgefaßt werden.

5) Die Seminaristen sind zu üben und anzuweisen, den Unterricht in der Übungsschule des Seminars, je nach dem Bedürfnisse der Kinder, sowohl in Polnischer als Deutscher Sprache zu erteilen.

6) Die Seminarlehrer sind zu verpflichten, mit den Seminaristen häufige Wiederholungen in Polnischer Sprache abzuhalten, um sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß diese den Deutschen Vortrag richtig aufgefaßt haben, und im Stande sind, das vermittelt der Deutschen Sprache Erlernte sowohl in Polnischer, als in Deutscher Sprache klar und bestimmt wieder zu geben.

7) Mit dem Seminar zu Paradies soll eine kleine Anstalt für Waisen Polnischer Abkunft verbunden werden, damit die Zöglinge dieses in völlig Deutscher Gegend liegenden Seminars Gelegenheit erhalten, sich vor Polnischen Kindern unter Anwendung der Polnischen Sprache üben zu können.

## IV. Gymnasien.

1) Das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen und das Gymnasium zu

Bromberg, sowie die Realschule zu Meseritz, welche fast nur von Schülern Deutscher Abkunft besucht werden, sind in ihrer bisherigen Verfassung zu belassen.

2) An dem Marien-Gymnasium zu Posen, an dem Gymnasium zu Trzemeszno und an dem für die südlichen Kreise des Großherzogthums neu zu errichtenden Gymnasium gelten folgende Bestimmungen.

a) Es sind an diesen Anstalten von jetzt an, so weit es möglich ist, und vorzüglich für die vier unteren Klassen solche Lehrer anzustellen, welche beider Sprachen in hinreichendem Maße kundig sind;

b) den Religions-Unterricht erhält jeder Schüler in seiner Muttersprache;

c) in allen übrigen Lehrgegenständen bedienen sich die Lehrer in den vier unteren Klassen bei dem Unterrichte vorzugsweise der Polnischen Sprache, wenden aber die Deutsche Sprache neben jener in dem Maße an, daß vor allen Dingen der Zweck alles Unterrichts, nämlich die klare und bestimmte Auffassung des Vortragenen von Seiten jedes Schülers, sicher erreicht werde, die Schüler jedoch auch spätestens bis zu ihrem Austritt aus Tertia zu dem leichten und richtigen Verständniß der Deutschen Sprache gelangen.

d) Es ist daher in den vier unteren Klassen der Unterricht und die Uebung im Deutschen in der Weise anzuordnen, daß die Schüler nicht durch die Unfähigkeit, dem Deutschen Vorträge zu folgen, von dem Aufsteigen in die beiden obersten Klassen zurück gehalten werden.

e) Von der Sekunda an tritt die Deutsche Sprache als Haupt-Unterrichtssprache ein. Die Lateinischen und Griechischen Schriftsteller werden jedoch abwechselnd, je nachdem sich die Lehrer dazu eignen, Polnisch und Deutsch übersetzt, und auch mittelst derselben Sprache erklärt. Beim Unterricht in der Polnischen Sprache und Literatur bleibt das Polnische Unterrichtssprache; bei der Mathematik und Physik, sowie beim Unterricht im Französischen, kann dasselbe auch in den oberen Klassen angewendet werden.

3) In wie weit diese Bestimmungen auch auf das Gymnasium zu Lissa und die Kreisschule zu Krotoschin Anwendung finden sollen, darüber wird die Bestimmung bis dahin vorbehalten, daß die Errichtung des neuen Gymnasiums erfolgt, und der Einfluß erkannt sein wird, den dasselbe auf jene Anstalten äußert. Indes soll einstweilen auch bei dem Gymnasium zu Lissa und der Kreisschule zu Krotoschin möglichst auf die Anstellung beider Sprachen kundiger Lehrer Bedacht genommen werden.

Indem die in vorstehender Instr. enthaltenen Bestimmungen von jetzt ab an die Stelle der hierdurch aufgehobenen früher erlassenen Vorschriften über den Gebrauch der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten der Provinz treten, ist es nicht die Absicht, darin eine für immer unabänderliche Regel hinzustellen; vielmehr bleibt es vorbehalten, diese Instr. jeder Zeit nach den bei ihrer Ausführung zu sammelnden Erfahrungen, und nach dem wahren Bedürfniß, wie es die Zeit ergeben wird, im Ganzen oder in einzelnen Theilen aufzuheben oder zu modificiren.

Berlin, den 24. Mai 1842.

Der Min. der g., u. u. M. A. Eichhorn.

(Min. Bl. b. i. B. 1842. S. 198.)

### III. B r a n d e n b u r g.<sup>1)</sup>

1. Die Mark Brandenburg als der Anfang und Mittelpunkt der Hohenzollernschen Besitzungen im nördlichen Deutschland, genoß vorzugs-

1) Vergl. Scholz, das jetzt bestehende Prov. Recht der Kurmark Brandenburg, Berlin, 1834. — v. Kunow, das jetzt bestehende Prov. Recht der Neumark, Berlin, 1836.

1837 zählte die Prov. Brandenburg 2885 Volksschulen mit 862 Lehrern u. 254,251 Schülern ( $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung), Mittelschulen: für Knaben 76 mit 277 Lehrern u. 11,115 Schülern, für Mädchen 83 mit 508 Lehrern u. 11,639 Schülerinzen, 16 höhere Bürgerschulen mit 3477 Schülern, 18 Gymnasien mit 4456, 2 Prosgymn. mit 66 Schülern, 3 Seminare mit 256 Seminaristen, 1 Universität, mehrere Akademien und Fachschulen.

weise die Früchte dessen, was zur Förderung des Schulwesens geschah. Alle Verordnungen, welche im ersten Kapitel dieses Abschnitts angegeben sind, galten insbesondere auch hier, in der Mark, und zwar in dem ganzen Komplex der dazu gehörigen Territorien. So war schon die a. a. O. angeführte Visitations- und Konsistorialordn. des Markgrafen Johann Georg v. 1573 für die ganze Kur- und Neumark bestimmt, und die alte Einteilung des Landes, in die Mittelmark, Ufermark, Briegnitz und Altmark, welche zusammen die Kurmark ausmachten, und in die Neumark, welche dem Deutschen Orden verpfändet war, und erst 1455 vom Kurfürst Friedrich II. wieder erkaufte wurde, blieb für die Entwickelung des Unterrichtswesens ohne Einfluß. Ueberhaupt kann, da die oben erwähnten Verordnungen in weiteren Kreisen, als nur in der Provinz wirksam waren, von wesentlichen provinziellen Eigentümlichkeiten des Schulrechts nicht die Rede sein.<sup>1)</sup> In den „revidirten Entwurf des Provinzialrechts der Mark Brandenburg. Dritter Theil. Kirchen- und Schulrecht. Berlin 1841.“ sind daher über das Letztere nur folgende Bestimmungen aufgenommen:

Zweiter Titel. Schulrecht (zu Tit. 12. Th. II. A. L. R.).

§. 141. (§. 13.). I. Aufsicht über die Schulen. Wo in der Mark besondere Schulvorstände bestehen, liegt den Kirchenvorstehern, als solchen, die Aufsicht über die Schulen nicht ob.

§. 142. (§. 22.). II. Bestellung der Schullehrer. In der Mark kommt die Bestellung der Schullehrer in der Regel dem Gutsherrn zu.

§. 143. (§§. 34—37.). III. Bau und Unterhaltung der Schulgebäude. Wenn das Schulhaus zugleich Rüsterhaus ist; so muß dasselbe auf dem Lande vom Kirchenpatron und von den Eingepfarrten in seinem bisherigen Bestande und Umfange nach den für den Bau und die Reparatur der Kirchen- und Pfarrgebäude vorgeschriebenen Grundsätzen unterhalten werden.

§. 144. Wenn außer dem Rüsterhause ein besonderes Schulhaus vorhanden ist; so finden rücksichtlich der baulichen Unterhaltung desselben die Vorschriften des A. L. R. §§. 34., 35. u. 38. Tit. 12. Th. II. Anwendung.

1) Daß die Kurmark, und zwar Berlin, das erste Lehrerseminar besaß, ist schon im ersten Kapitel erwähnt. Es erging darüber eine Girk. B. v. 1. Okt. 1753 und zu derselben eine Reihe späterer Bestimmungen, welche unten im II. Theile bei den Seminarien zu vergleichen.

Neben Hecker, dem die Idee des Lehrerseminars ihren Ursprung dankt, besaß die Mark im vorigen Jahrhundert in Friedrich Eberhard von Rochow (1734 bis 1805) einen zweiten um das Schulwesen sehr verdienten Mann. Derselbe nahm, nachdem er im siebenjährigen Kriege seine rechte Hand verloren hatte, seinen Abschied als Soldat, und widmete sich dem Streben, auf seinem Gute Refaß den Landschulunterricht zu verbessern. Sein „Versuch eines Schulbuchs für Kinder der Landleute, Berlin, 1772“ stellte eine neue Lehrmethode auf, und sein 1776 zu Berlin erschienener „Kinderfreund“ erleichterte in einem Hunderttausend von Exemplaren der Jugend das Lernen. Eine Verf. der Ostpreussischen Kirchen- u. Schulen-Kommission v. 22. Okt. 1787 befahl, „um eine zweckmäßigere Unterweisung der Landjugend zu bewirken und sowohl ein besseres Erkenntniß der Christenlehren, als auch eine thätigere Ausübung derselben bei der Jugend zu befördern, den v. Rochow'schen Kinderfreund in die Landschulen einzuführen.“ Der Anhang dazu enthielt einige Stücke aus der Naturlehre, und die erwähnte Verf. sprach mit Rücksicht hierauf die Hoffnung aus: „daß dieses vortreffliche Lesebuch den erwünschtesten Erfolg zur Vertilgung des Aberglaubens und zur Ermedung und Erbauung frommer Gefinnungen in den Herzen der Kinder haben werde.“ (Dorowski, Neue Pr. Kirchenregistratur, Artikel: Schulbücher, S. 135, 136.)

Später wurde eine besondere „Anweisung für die Schullehrer in den Land- und niedern Stadtschulen zur zweckmäßigen Besorgung des Unterrichts der ihnen anvertrauten Jugend“ auf Anordnung Friedrich Wilhelms II. ausgearbeitet, und mittelst eines an die Inspektoren der Kurmark gerichteten Girk. v. 29. Jan. 1795 an alle Schulmeister vertheilt. (N. C. C. Th. 9. S. 2479.)



§. 145. Doch liegt den Guts herrschaften auf dem Lande, als solchen, nicht die Pflicht ob, die auf dem Gute, wo die Schule sich befindet, gewachsenen oder gewonnenen Materialien unentgeltlich herzugeben.

§. 146. Wenn lediglich zu Schulzwecken eine Erweiterung des bisherigen Rükter- und Schulhauses erforderlich ist; so fällt dieselbe nach den im §. 144. angegebenen Vorschriften der Schulgemeinde allein zur Last.<sup>1)</sup>

§. 147. Wird bei Gelegenheit eines Baues an dem bisherigen Rükter- und Schulhause eine solche Erweiterung (§. 146.) nöthig, so werden die Kosten des Baues vom Kirchenpatron und von den Eingepfarrten nach dem Bestande und Umfange des bisherigen Rükterhauses, von der Schulgemeinde aber nach dem Umfange der nöthigen Erweiterung verhältnißmäßig aufgebracht, und es erfolgt hiers nicht auch die Unterhaltung in demselben Verhältnisse.

§. 148. In den Städten liegt die Pflicht zum Bau und zur Reparatur der Schulhäuser der Regel nach den Magisträten ob.

§. 149. (§. 49.). IV. Pflicht des Pfarrers zur Ertheilung von Unterricht. Die Pfarrer auf dem Lande und in den kleinen Städten haben die Pflicht, in der Schule ihres Wohnorts wöchentlich vier Stunden selbst zu unterrichten, und in den Schulen der Filialdörfer so oft Unterricht zu ertheilen, als sie Amtsgeschäfte halten oder anderer Verrichtungen wegen dorthin kommen.

Motive (§. 57).

Zum §. 141. Das A. L. R. überträgt princ. den Kirchenvorstehern auf dem Lande und in den kleinen Städten die Aufsicht über die äußere Verfassung der Schulen. Bei den ältern Konferenzen ist erinnert worden, daß nach Märkischer Verfassung die Kirchenvorsteher mit den Schulen nichts zu thun hätten. Bei den neuern Konferenzen hat eine Vereinigung hierüber nicht getroffen werden können. Von Seiten der K. Reg. zu Potsdam und Frankfurt a. O. wird bestätigt, daß in ihrem Depart. besondere Schulvorstände zu dem im §. 13. h. t. angedeuteten Zwecke existiren, dort also die Kirchenvorsteher als solche mit der Schule allerdings nichts zu thun hätten; dagegen erklärt die K. Reg. zu Magdeburg, daß in ihrem Depart. allerdings nach der Vorschrift des §. 13. verfahren werde. Unter diesen Umständen hat der §. 141. des Entw. nur so, wie geschehen, gefaßt werden können.

Zum §. 142. Bei den ältern Konferenzen ist man darüber einverstanden gewesen, daß der Vorschrift des A. L. R. entgegen die Bestellung der Schullehrer auf dem Lande dem Kirchenpatron als Schulmeisterpatron auch dann gebühre, wenn der Schullehrer nicht zugleich Rükter sei. Bei den neuern Konferenzen haben sich die Deputirten der Kur- und Neumark überzeugt, daß es bei der Vorschrift des A. L. R. verbleiben müsse, und die Deputirten der Altmark haben schließlich ihre Erklärung von der K. Reg. zu Magdeburg abhängig gemacht. Diese bestätigt nun nachträglich, daß in der Altmark bisher die Bestellung stets durch die Gerichtsobrigkeit erfolgt sei, wenn der Schullehrer nicht zugleich Rükter gewesen. In der That ist dies auch das allein Richtige. Ein Schulpatronat existirt nicht; auch ergiebt es sich, daß die Meinung bei den ältern Konferenzen sich hauptsächlich nur darauf gründete, daß in der Mark fast überall die Gerichtsobrigkeit mit dem Kirchenpatronat vereinigt war. Daraus aber, daß dies in den überwiegend meisten Fällen stattfand, kann unmöglich eine Regel gebildet werden. Die in Anregung gebrachte Frage über die Berechtigung jüdischer Gerichtsobrigkeiten zur Ernennung der Schullehrer gehört nicht hierher, da sie von allgemeinerem Interesse ist, und nur durch eine Ausdehnung der Bestimmung der B. v. 30. Aug. 1816, welche für die ganze Monarchie ergangen ist, erledigt werden kann.

Zu §§. 143—148. Das A. L. R. schreibt vor: a) daß die Unterhaltung des Schulhauses da, wo dasselbe zugleich Rükterhaus ist, in eben der Art, wie bei

1) Dieser §. enthält laut der Motive eine neue, von den Redaktoren erfundene Bestimmung. Nach den darüber sprechenden Gesetzen bestand ihre Aufgabe aber lediglich in Kodifikation der bestehenden Provinzialrechte. Vergl. die v. Kamptz'sche altentm. Darstellung der Pr. Gesetz-Revision, Annal. XXIII., Anh. S. 5. — Der hier getroffenen Bestimmung widersprach übrigens der Plen. Beschl. des Geh. Ob. Trib. v. 9. Mai 1842, dagegen stimmt das G. v. 21. Juli 1846 damit überein. S. unten im II. Theile, von den Schulhausbauten.

Pfarrbauten vorgeschrieben, erfolgen solle; — b) daß die Unterhaltung der Schulgebäude allein eine gemeine Last aller zur Schule gewiesenen Einwohner sei; — c) daß in diesem Falle auch die Magistrate in den Städten und die Gutsherrschaften auf dem Lande die auf ihrem Territorio gewachsenen oder gewonnenen Materialien hergeben sollen. Provinzialrechtlich für die Mark ist eigentlich nur der Satz in der Konst. O. v. 1573 im Tit.: Von den Schulen u. s. w., „weil die Alten zur Förderung der christl. Religion gemeinlich bei einer jeden Kirche in Städten eine Schule verordnet und aufgerichtet, verordnen und wollen wir, daß die Obrigkeit jedes Orts die Schule ordentlich und nothdürftig bane.“ Hier ist also nur von den Schulen in den Städten die Rede, während es über die Unterhaltung der Schulen auf dem Lande an jeglicher Vorschrift gebricht. — Ad a. Darüber, daß auch in der Mark die Grundsätze über die Reparatur der Kirchen- und Pfarrgebäude Anwendung finden, wenn das Schulhaus zugleich Küsterhaus ist, ist man sowohl bei den ältern, als den neuern Konferenzen einverstanden gewesen. Damit erscheint indeß nicht jeder Zweifel erledigt. Es fragt sich nämlich, ob dieser Satz nicht in dem Falle eine Modifikation erfordere, wenn der Bau und resp. die Reparatur des Küster- und Schulhauses lediglich zu Schulzwecken erfolgen muß. Handelt es sich nur um eine Reparatur, so ist es allerdings in den meisten Fällen durchaus unmöglich, das Interesse der Schule als solcher von dem der Kirche hinsichtlich des Küsters allein in dem Grade zu sondern, um feststellen zu können, der Betrag der Reparatur falle lediglich oder doch in einem bestimmten Verhältnisse der Schule und resp. der Kirche zur Last. Es ist daher auch in der Praxis gewöhnlich die Reparatur durchweg nach den Grundsätzen über Pfarr- und Kirchenbauten bestritten worden. Handelt es sich dagegen um einen Neu- oder Umbau des Küster- und Schulhauses, so wird sich immer unterscheiden lassen, ob derselbe lediglich im Interesse der Schule oder der Kirche allein erfolgt. Verschiedene Rechtsstreitigkeiten, welche in neuerer Zeit in solchen Fällen entstanden sind, haben das Bedürfnis eines bestimmteren Grundsatzes, als des im §. 37. h. t. ausgedrückten, insbesondere in Mark dargethan. In der Konferenz-Verhandlung v. 25. Nov. 1836 ist darauf aufmerksam gemacht, und der Zusatz verlangt worden:

Muß das Küsterhaus bloß zu Schulzwecken ausgebaut oder erweitert werden, so werden die Kosten des Baues und der künftigen Unterhaltung von dem Patrone und den Eingepfarrten, nur nach dem Umfange des bisherigen Gebäudes, von der Ortsgemeinde aber nach dem Umfange der nöthigen Erweiterung aufgebracht.

Von den Deputirten und hiernächst vom Landtage ist zwar ein Bedürfnis zu einer solchen Bestimmung für die Provinz allein nicht anerkannt, auch die Meinung ausgesprochen worden, daß ein dem §. 37. h. t. entsprechender Zusatz-Paragraph im Prov. Gesetzbuch genügen werde. Allein ein solches Bedürfnis hat sich, wenigstens, was das Verhältniß des Fiskus betrifft, dennoch herausgestellt, indem derselbe durch das beigebrachte Revisions-Urteil in Sachen Zechin wider Fiskus auf Grund provinzieller B., der R. v. 11. Jan. 1711, 11. Mai 1712 u. 15. Febr. 1714, sowie des Conclusi der Gesetz-Kommission v. 24. Jan. 1789<sup>1)</sup> verurtheilt worden ist: als Patron der Kirche zu Zechin zum Aufbau des neuen Schulhauses daselbst die Patronatbeiträge an Holz, Steinen und Kalk herzugeben. Die R. erhalten allerdings die Zusicherung, daß des Königs Maj. da, wo dem Fiskus das Patronat zustehe, den Beitrag an Holz, Kalk und Steinen zu den Schulhäusern geben wollen. Allein da hier ausdrücklich das Patronat als die Quelle der Zusicherung angedeutet worden ist, ein eigentliches Schulpatronat aber weder provincial- noch gemeinrechtlich existirt, so kann man nur annehmen, daß sich die Verf. nur deshalb auf die Schulhäuser beziehen, weil sie zugleich Küster-

1) Rabe, Bd. 1. Abth. 7. S. 755 „daß zu dem Bau und Reparaturen der Pfarr- und Küstergebäude die Patronen an Materialien nichts weiter als Holz, Steine und Kalk, die Eingepfarrten aber außer den zu leistenden Hand- und Spanndiensten, Stroh, Rohr und Lehm und das Arbeitslohn, nebst den dazu erforderlichen und darunter begriffenen Zuthaten an Eisen, Glas, Blei und Kacheln zum Ofen zu entrichten verbunden, falls nicht ein anderes auf eine rechtsbeständige Art an einem oder dem andern Orte eingeführt worden.“

häuser waren, für diese aber das Kirchenpatronat allerdings den Beitrag erforderte. Dies folgt hauptsächlich daraus, daß sonst in jener B. von den Rüstern gar nicht die Rede ist, damals auch mit Sicherheit noch überall von Rüstern, welche zugleich Schulhäuser waren, gesprochen werden konnte, weil erst später insbesondere erst durch das Schul-Regl. v. 12. Aug. 1763 die Bestellung besonderer Schullehrer auch da, wo keine Rüstler vorhanden waren, oder wo sie sich als Schullehrer nicht eigneten, auf dem Lande angeordnet wurde. Daher trifft auch das Concl. der S.-Rom. v. 24. Jan. 1789 lediglich von Rüstern, und dieses Concl. bildet hauptsächlich sowohl für die Privat- als die landesherrlichen Patronate den Maßstab für die Beurtheilung der Beitragspflichtigkeit. Nimmt man wie weiter unten zu bemerken, den Grundsatz an, daß Patron- und Parochialgemeinde als solche zum Bau und zur Unterhaltung des bloßen Schulhauses Nichts beitragen haben, so muß man daraus auch den vorgeschlagenen oben erwähnten Zusatz als durchaus begründet ableiten. — Ad b. Daß der Bau und die Unterhaltung des Schulhauses, wo dasselbe nicht zugleich Rüstlerhaus ist, so wie im §. 34. h. t. vorgeschrieben, auch in der Mark erfolge, darüber ist man einverstanden gewesen. Allein auch in der Mark haben sich hierbei diej. Schwierigkeiten herausgestellt, welche sich aus der nothwendigen Unterscheidung der Gemeinden als Kirchen-, Orts- und Schulgemeinde, so wie insbesondere aus der Heranziehung der kleinen Leute zur Unterhaltung der Schule, welche sonst nicht zu den Gemeindefürsorgen zu kontribuiren pflegen, endlich auch aus der Heranziehung der Gutsherrschaft, insofern sie besonderer Verhältnisse wegen zu den Gemeindefürsorgen befreit, ergeben. Allein diese Schwierigkeiten haben kein provinzielles Interesse allein und sie sind daher auch bei den Berathungen nicht weiter berührt worden. — Ad c. Für unbedenklich provinzialrechtlich ist es endlich gehalten worden, daß in der Mark die Gutsherrschaft so wenig, wie der Patron, in ihrer Eigenschaft als Gutsherrschaft in irgend einer Art zum Bau und zur Unterhaltung des Schulhauses etwas zu kontribuiren habe.<sup>1)</sup> Dem kann nur beigetreten werden.

Hiernach sind die §§. 143—148. des Entw. gefaßt worden.

Zum §. 149. Der in diesen §§. aufgenommene Zusatz gründet sich auf die B. v. 28. Okt. 1711, v. 28. Sept. 1717 und 9. Juli 1774.<sup>2)</sup> Sowohl die Deputirten als der Landtag haben sich für die Annahme ausgesprochen.

2. Zu der Provinz Brandenburg gehört ferner das Markgrafenthum Niederlausitz, in welchem aber für das Schulrecht gar keine provinziellen Abweichungen vorhanden sind. Wenigstens enthält der „Revidirte Entwurf des Provinzial-Rechts des Markgrafenthums Niederlausitz, Berlin, 1841“ keine einzige. In den Motiven (S. 81) ist hierüber bemerkt:

Neumann<sup>3)</sup> hatte in seinem Entwurf noch 10 §§. aus der Dorfschul-Ordn. v. 26. Febr. 1790 aufgenommen, und war von den ständischen Deputirten anfänglich darauf angetragen worden, diese Bestimmungen als nicht in den Entwurf gehörig wegzulassen. Später änderten die letztern jedoch ihre Ansicht, indem sie einmüthig es für sehr zweckmäßig erachteten, die §§. 1. u. 2. der genannten Dorfschul-Ordn., welche

- 1) die Verbindlichkeit der Eltern und Vormünder bei Strafe auszusprechen, die Kinder von 7 Jahre ab in die Schule zu schicken,
- 2) die Verwendung der durch Nichtbefolgung des Gebots ad 1. verurtheilten und eingehenden Geldbußen zur Bezahlung des Schulgeldes für arme Kinder vorzuschreiben, und

1) Konferenz-Berhandlung v. 26. Nov. 1836, S. 141 der (Berlin, 1836) als Manuscript gedruckten „Verhandlungen über das Prov. Recht der Mark Brandenburg mit den ständischen Deputirten. Das Kirchen- und Schulrecht betr.“

2) Ob. v. 28. Okt. 1711, wegen der Sonntagsfeier, C. C. M. Th. 1. Abth. 2. S. 177. — Rabe, Ob. 13. S. 13; die andern beiden: C. C. M. Th. 1. Abth. 2. Nr. 97. — N. C. C. Th. 6. S. 3219.

3) Just. Rom. Neumann zu Lübben: das Prov. Recht der Markgr. Niederlausitz in 2 Abth., nebst einer Darstellung der frühern Verfassung der Niederlausitz, Frankfurt a. O. 1837.

3) bestimmen, daß beim Mangel hinlänglicher Strafgeelder das Schulgeld für arme Kinder aus der Armenkasse, dem Kirchenvermögen oder von der Gemeinde bezahlt werden solle, nicht allein in den Entwurf aufzunehmen, sondern auch auf die Stadtschulen auszudehnen. Die Kommissarien des Justiz Ministeriums und der Regierung haben jedoch gegen diese Aufnahme protestirt, weil die erwähnten Bestimmungen in das öffentliche Recht gehörten und deshalb für das Provinzialrecht nicht geeignet seien. Diese Ansicht theilt das Justiz Min., und sind die vorgeschlagenen §§. deshalb aus dem Entwurfe fortgelassen worden.

3. Für die Schulen der Stadt Berlin sind verschiedene partikuläre Vorschriften ergangen, von denen die meisten in den besonderen Theilen des Werks bei den einzelnen Materien zu erwähnen sind. Hier bleibt nur aufzuführen:

a) Das Regl. v. 16. Okt. 1738 wegen der Deutschen Privatschulen in denen Städten und Vorstädten Berlin. (C. C. M. Cont. I. Nr. XIV. S. 11. — Beckendorf Jahrb. II. S. 51), welches 1) von der Bestallung, 2) von der Tüchtigkeit und nöthigen Eigenschaften, 3) von den Pflichten, 4) vom Gehalt der Schulmeister und 5) vom Verhalten der Eltern handelt.

b) die B. des K. Schul-Koll. der Prov. Brandenburg v. 3. März 1832. (Amtsbl.)

#### IV. P o m m e r n.<sup>1)</sup>

Bereits unter dem großen Kurfürsten war in Folge des Westphälischen Friedens 1648 Hinterpommern nebst dem Bisthume Kammin an Preußen gekommen. Friedrich Wilhelm I. erwarb durch den mit Ulrike Eleonore, Schwester Karls XII., am 21. Jan. 1720 zu Stockholm abgeschlossenen Frieden gegen Zahlung von 2,000,000 Thlrn.: Vorpommern zwischen der Oder und Peene, Usedom und Wollin. Durch die Verträge v. 4. u. 7. Juni 1815 wurde endlich auch Schwedisch Pommern mit Rügen akquirirt.

1. Wie in Ostpreußen und Litthauen, so war es auch in Pommern Friedrich Wilhelm I., mit welchem eine umfassendere Sorge für das Schulwesen begann. Zunächst bestimmte derselbe

a) durch sein Edictum v. 19. Dec. 1715, Armensachen betr.,

§. 7. Arme Kinder sollen ohne Entgelt von den Schulmeistern informiert werden.

(Dav. Fr. Quickmann, Ordnung od. Sammlung derer in dem K. Fr. Hsth. Pommern und Fürstenth. Kammin bis zu Ende des 1747. Jahres publ. Edikten etc. Frankfurt a. D. 1750, pag. 102.)

Indessen mochte man bald einsehen, daß dies nicht hinreiche, um den Unterricht zu befördern. Es erging als Instruktion zur Unterhaltung der Schulen:

b) das K. Rescriptum v. 18. Sept. 1737 an das Pommersche Consistorium.

Sowohl zur Errichtung der Schulen in Pommern, wie auch zu Bezahlung des Schul-Geldes für armer Eltern Kinder, sollen nachfolgende Fonds ausgesetzt werden: 1) Die bisher unter die Bauern vertheilt gewesene Gemeine- oder Gildes Wiesen, welche nicht versteuert worden, sollen an den Meistbietenden verpachtet, und das Geld zu Unterhaltung der Schulmeister angewendet werden. 2) Ist von

1) 1837 bestanden in Pommern: 2388 Elementarschulen mit 2647 Lehrern u. 143,496 Schülern ( $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung), Mittelschulen für Knaben: 52 mit 108 Lehrern u. 4704 Schülern, für Mädchen 49 mit 116 Lehrern u. 4192 Schülerknaben, 6 höhere Bürgersch. mit 651, 2 Proghm. mit 107, 7 Gymnasien mit 1635 Schülern, 4 Lehrerseminare mit 139 Seminaristen, 1 Universität u. verschiedene Fachschulen.

en überflüssigen Kirchen-Revenüen etwas zum Behuf der Schulen zu employren. 3) Sollen Patroni auf den Fall, da sonst kein zulänglicher Fond vorhanden, 3 Scheffel Roggen jährlich für einen solchen Schulmeister ausmachen, weil ihnen hauptsächlich daran gelegen, daß ihre Unterthanen als gute Christen erzogen werden. 4) Wenn vorstehende Mittel nicht zureichen, so mögen die Schulmeister alle Quartal ein Becken vor die Kirch-Thüre setzen. 5) Verstehet es sich von selbst, daß bemittelte Einwohner das gewöhnliche Schulgeld nach wie vor entrichten: Wie denn auch solche Leute als Schulmeistern angenommen werden sollen, welche dabey arbeiten, und sich etwas verdienen können, um der Gemeinde nicht ganz und gar zur Last zu seyn.

Fr. Wilhelm.

(Quidmann, pag. 1109.)

Aus dieser, wie aus den ähnlichen im ersten Kapitel (S. 51 ff.) herorgehobenen Verordnungen erhellt zur Genüge, was man sich damals noch unter einem Schullehrer dachte. Erst unter Friedrich dem Großen läuterten sich die Begriffe von dem Lehrerberuf:

c) R. v. 25. Sept. 1752 an die Stettinische Regierung und Consistorium, auch Görlinisches Consistorium, daß Leute aus der Berlinischen Realschule künftig zu den Pommerschen Amtsdörfern als Küster und Schulmeister sollen angenommen werden.

Friedrich König in Preußen 1c. 1c. Nachdem Wir den vortigen Kriege- und Domainen Cammer-Präsidenten von Aschersleben aufgegeben, dahin zu sehen, daß nun in Pomern Vacantien von Küstern und Schulmeistern bey vortigen Amtsdörfern sich ereignen, als denn, so viel möglich, die dazu zu bestellende Subjecta zu denen Leuten, so bey der Real-Schule in Berlin zu dergleichen Bedienung vorgezogen, und zugleich zum Seidenbau und zur Cultur der Maulbeerbäume angelehrt werden, praeserablement vor andern genommen, und deshalb im vorkommenden Fall an den 1c. Hecker alhier geschrieben werden soll, um dergleichen vorzuschlagen.<sup>1)</sup>

(N. C. C. Tom. I. S. 371).

Ueber die Leistungen, welche von der Schule in jener Zeit beansprucht wurden, so wie über die Einrichtung der Beaussichtigung derselben in Pomern geben die nachstehenden Verordnungen Aufschluß:

d) Erneuerte und erweiterte Verordnung über das Kirchen- und Schulwesen in Preussen, welche auf Sr. Königl. Maj. in Preussen allergn. special-Befehl, d. d. Berlin, d. 6. Julii, 1735. in Dero ganzen Herzogthum Pomern eingeführet, und ohne die geringste Ausnahme unverzüglich zur Observanz gebracht werden soll.

1) Kinder, welche nicht fertig lesen können, noch in den Grund-Articeln des christlichen Glaubens genugsam unterrichtet seyn, sollen zur Confirmation und heiligen Abendmahl nicht gelassen werden, auch müssen die Prediger keine Leute ausmachbarten Kirchspielen hinwegziehen. 2) Kinder sind im 5ten und 6ten Jahre in Schule zu senden, die kleinen den Sommer hindurch, die mehr erwachsenen aber den Winter. Indessen haben die Prediger dahin zu sehen, daß die Kinder, wohl Sommers als Winters, dasjenige, so sie gelernet haben, fleißig wiederholen. Mit dem Schulgehen ist so lange zu continuiren, bis der Pfarrer jedes Orts ein Zeugniß erteilt, daß die Kinder fertig lesen können, und das Nöthige im Christenthum gelernet haben. Jedweder Ort muß Winter und Sommer unausgesetzt Schule halten. 3) Prediger müssen keinen Schulmeister ohne Examen und Vorwissen des Praepositi annehmen. Wenn gute Schul-Leute vorkommen, so haben es der Prediger dem Praeposito, und dieser es einem andern Synodo zu melden. 4) Jedes Kind soll ein neues Testament haben, auch sind zum Gebrauch armer Kinder ein paar Bibeln in jedweder Schule aus den Kirchen-Mitteln anzuschaffen. Neben dem Catechismo Lutheri ist mit denen Kindern die in Stettin gedruckte Ordnung

1) S. oben S. 75.



des Hells zu tractiren, und zum Anfang und zum Beschluß der Schulstunden sind Lieder zu singen. Fähige Kinder sind auch zum Schreiben und Rechnen anzuführen. 5) Die Weise zu informiren hat jedes Orts Prediger mit Rath des Praepositi vorzuschreiben. 6) Der Pfarrer soll die Schulen fleißig besuchen, und die Schulmeister sowohl in die Sonntäglüche, als wöchentliche Catechisationen, vornehmlich des Mittwochs Nachmittage, ihre Kinder ordentlich hereinführen lassen. Die Schulmeistern haben die Cathochisation in denen Schulen zu wiederholen, und kann der Prediger auch den Schulmeister, wenn er dazu einige Geschicklichkeit hat, in seiner Gegenwart in seiner Schule catechisiren lassen. 7) Der Pfarrer muß eine Consignation von allen Kindern seines Kirchspieles haben, auch sich jeden Sonntag einen Aufsatz von dem Schulmeister bringen lassen, wie die Kinder die Woche hindurch zur Schule gekommen sind; Auch sollen Prediger mit denen Kindern fleißig catechisiren. 10. 1)

(Quidmann, S. 991).

e) Instr. v. 15. Sept. 1736, wie in den R. Preussischen Vor- und Hinter-Pommerschen, auch Caminschen Landen die Special-Kirchen-Visitationes von denen Praepositis alle 3 Jahre in ihren Synodis zu verrichten.

In dieser Instr. heißt es, nachdem die kirchliche Visitationsfeier beschrieben worden, zu welcher auch eine Catechisation des Pastors und ein Examen von Seiten des Präpositus mit der versammelten Jugend oder auch der ganzen Gemeinde gehören sollte, in Bezug auf die übrigen Verhandlungen weiter:

12) Praepositus, Patronen, Gerichts-Obriheiten und Prediger versammeln sich entweder in der Kirche, oder in der Pfarre, und überlegen was zur Verbesserung des Kirchens und Schul-Wesens gereicht, auch daß bei der Visitation angezeigt werde, was von denen Kirchengütern untergeschlagen oder entwendet worden, widrigenfalls solches dem Königl. Consistorio zur Bestrafung von dem Praeposito muß angezeigt werden. Ferner hält Praepositus ein kurzes Protocoll über nachstehende Fragen 10.

IV. Von den Rüstern und Schulmeistern werden Patronus, Pastor und die Gemeinen befraget und tritt der Rüter ad Quaest. 3. 4. et 5. etwas ab.

1) Ob in allen Gemeinen, auch in denen Filialen, Rüter und Schulmeister vorhanden?

2) Ob sie ordentlich und nach vorhergegangenen Examine des general-Superintendens, oder Praepositi angenommen?

3) Ob sie ihr Amt und Schul-Arbeit treulich abwarten?

4) Ob sie sich vom Patrono, oder Prediger, zur Verbesserung ihrer Information weifen lassen?

5) Ob sie ein unsträflich Leben führen?

6) Worinn ihr Salarium nach der Matricul, oder wohlhergebrachten Observancia bestehe?

7) Was vor Accidentien sie iho genießen?

8) Ob ihre Wohnungen noch in gutem Stande?

9) Ob sie ihre Gefälle richtig empfangen?

IX. Bei Schulen in den Städten

werden Patronus und Pastor, zum Theil auch Schul-Collegen selbst, befraget:

1) Wieviel Collegen bey derselben?

2) Ob sie ordentlich nach gehörigen Examine bestellet sind?

3) Wie sie ihr Amt und Information abwarten?

4) Wie ihr Leben und Wandel beschaffen?

5) Ob sie gute Aufsicht und Disciplin über die Jugend halten?

6) Was sie für Salaria haben?

7) Wie ihre Wohnungen beschaffen?

8) Ob Examina publica gehalten werden?

9) Auch andere Exercitia publica?

---

1) Das Folgende handelt von den kirchlichen Obliegenheiten der Prediger.

- 10) Wie sich die Schüler verhalten?
- 11) Ob Statuta Scholastica vorhanden?
- 12) Ob eine vorgeschriebene Norm der Lectionum?
- 13) Ob die Schul-Auditoria auch gehörig eingerichtet sind?
- 14) Wie die Schulgebäude überhaupt beschaffen?
- 15) Ob zum Schaden der öffentlichen Schulen auch überflüssige Klipp-Schulen gehalten werden?
- 16) Was man für Vorschläge zur Verbesserung des Schul-Wesens zu thun habe?
- 17) Ob überflüssige und allzuviel Ferien gebräuchlich sind?

Nach den vorstehenden Erörterungen hatte der Präpositus theils selbst zu veranlassen, was die Noth jedes Ortes erforderte, theils seinem Visitationsberichte an das Konsistorium seine „ohnmaßgeblichen Vorschläge zur gemeinen Verbesserung des Kirchen- und Schulwesens, seine General-Desideria und die Petita, worüber er beschieden sein will,“ beizufügen, worauf das Konsistorium weitere Anordnungen traf.

(Quidmann, S. 605).

1) B. des Pommerschen Consistorii sub signato, Stettin, d. 4. Nov. 1742

Nach Anweisung des R. Rescripti v. 23. Okt. a. c. wird verordnet, wegen der Amtlichen Stadt- und Dorf-Schulen in Pommern, daß nach Beschaffenheit jedes Ortes die Praepositi und Diaconi in denen Städten, die lateinische und deutsche Schulen, die Prediger auf dem Lande aber die Schulen sowohl in Matro als denen Filialen, wöchentlich einmal, der Consul-Dirigens und die Kirchen-Vorsichern aber in denen Städten solche quartaliter besuchen, die Jugend gründlich examiniren, die Mängel fleißig anmerken, und gehörig remodiren, die Docentes in ihrer Gegenwart selbst informiren, und mit allem Fleiß dahin sehen sollen, daß die Jugend von ihren Eltern sowohl im Sommer, als zu Winterszeit, zur Schule gehalten, von denen Praeceptoribus auf den Glocken-Schlag sowohl die publicquen als Privat-Stunden angefangen und geendiget, die vielen Ferien abgeschaffet, der Jugend mit einem christlichen und untadelhaften Leben vergegangen, jährlich zweimal Examina publica, einmal den Mittwoch nach Quasimodogeniti, und das andere mal den Mittwoch nach Michaelis angesetzt werden. Von dem zwischen denen Schul-Collegen verkommenden Zande ist dem R. Consistorio zur Remedirung zu berichten. Wo in einer Stadt mehr, als 2 Prediger, vorhanden, müssen von dem Praeposito die lateinische, von denen übrigen Predigern aber die deutsche Schulen in ihren Kirchspielen wöchentlich einmal besucht werden. Die Docentes sollen ohne Permission des Patroni Praepositi und Pastoris nicht ausreisen, und derjenige, welcher verreiset, hat die übrigen Collegen zu ersuchen, daß dieselbe bei seiner Abwesenheit seine Vices vertreten.

(Quidmann, S. 1108).

2. In der spätern Zeit bewirkte die immer mehr eintretende Centralisation der Regierungsgewalt, daß die allgemeinen Regierungsmaafregeln, wie überhaupt, so auch im Schulwesen, auch auf Pommern Anwendung fanden. Das Justiz-Ministerium hat daher in seinen „revidirten Entwurf des Provinzial-Rechts des Herzogthums Alt-, Vor- und Hinterpommern, Berlin, 1836“ als provinzielle Abweichung im Schulrecht nur die folgende, einzelne Bestimmung aufgenommen:

Siebenter Titel. Von niedern und höhern Schulen. (A. L. R. Th. II. Tit 12.)

§. 325. (§. 34.) Wo in Städten der Neubau oder die Reparatur der Schulhäuser und der Wohnungen für die Schullehrer, der Kirchenkasse vermöge Vertrags, Einkommens, Erkenntnisses oder andern besondern Titels obliegt, bleibt die Verpflichtung auf den Umfang beschränkt welchen dieselbe zur Zeit des abgeschlossenen Vertrags, ergangenen Erkenntnisses oder Entstehung des besondern Rechtstitels hatte. Wenn aber die Kirchenkasse hierzu unvermögend ist, so wie in allen übrigen Fällen, bewendet es bei der Vorschrift des §. 34. Tit 12. Th. II.

## Motive.

In der Pommer'schen Kirchen-Ordn. wird die Verpflichtung zur baulichen Unterhaltung der Schulhäuser in den Städten als eine Pflicht betrachtet, welche zunächst dem Kirchenvermögen obliegt. Dieser Grundsatz ist jedoch den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Zur Zeit der abgefaßten Kirchen-Ordn. ward das Amt des Schulmeisters von den Unterbedienten der Kirche, dem Küster, Organisten und Kantor, versehen, selbst die Rectoren der Schule waren in der Regel Diakonen der Kirche. Diese Kirchenbeamten nahmen die Schulen in ihre Amtswohnungen auf, und da die Kirche letztere zu unterhalten verpflichtet war, so stellte sich als Folge davon factisch die Sache allerdings so, daß die Kirche auch die Räume für die Schule zu bauen und zu unterhalten hatte. Seit Publikation des A. L. R. ist jedoch das Schulwesen völlig anders organisiert worden; die Zahl der Schulklassen ist verdoppelt und verdreifacht, das Personal der Lehrer ist demgemäß vergrößert; an den meisten Orten sind große geräumige Schulzimmer in besonderen Schulhäusern errichtet, und auch die Lehrer haben größtentheils besondere Wohnungen erhalten. Die in früherer Zeit höchst unbedeutende Last der baulichen Errichtung und Erhaltung der Schulhäuser ist sonach in neuerer Zeit sehr bedeutend geworden, und das Kirchenvermögen nur in seltenen Fällen von der Bedeutung, um diese vergrößerte Last übernehmen zu können. In einigen Städten, namentlich in Bahn und Ramin ist zwar durch rechtskräftige Entscheidungen das Onus resectionis der Schulhäuser der Kirchenkasse aufgelegt; diese Entscheidungen sind aber bisher nur so verstanden worden, daß der Kirche die Pflicht obliege, die Baulichkeiten, in demselben Umfange, wie bisher zu unterhalten, wogegen die Kommune das Mehrere auf ihre Kosten hat ausführen müssen. Im Allgemeinen ist aber der Grundsatz festgehalten worden, daß die Kommune selbst für diese ihr nächstes Interesse berührende Angelegenheit in Anspruch zu nehmen sei, dieser Grundsatz ist daher aufrecht erhalten, und dem entsprechend der §. 325. angenommen worden. In Beziehung auf die Landschulen ermangeln übrigens provinzialrechtliche Bestimmungen; in so weit werden daher, so wie bisher, so auch in der Zukunft, lediglich die Vorschriften des A. L. R. auch in Pommern zur Anwendung kommen müssen.<sup>1)</sup>

3. Für Neuvorpommern und Rügen ist folgendes neue provinzialrechtliche Gesetz ergangen:

Allerh. vollzogenes Regulativ v. 29. Aug. 1831, betr. die Errichtung und Unterhaltung der Landschulen in Neuvorpommern.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. u. haben nachfolgendes, nach den Anträgen des Neuvorpommerschen Kommunal-Landtages entworfene, mit dems. in seinen einzelnen Bestimmungen berathene

Regul., wegen Errichtung und Unterhaltung der Landschulen in Neuvorpommern, folgenden Inhalts:

## Art. 1.

Neben den bereits bestehenden Kirchschulen des Reg. Bez. Stralsund sollen auf dessen platten Lande von den ländlichen Gemeinden so viele Schulen errichtet und unterhalten werden, als nöthig ist, um sowohl die Ueberfüllung der Kirchschulen zu beseitigen, als auch es jedem Kinde möglich zu machen, von seinem ordentlichen Wohnsitze aus die Schulen in einer kurzen Entfernung zu erreichen.

## Art. 2.

Die neuen Schulen können durch freiwillige Assoziaten errichtet werden. Es ist aber darauf zu sehen, daß weder mehr als Hundert Kinder einem Lehrer zugewiesen werden, noch die Schule von den Wohnorten der Kinder weiter als eine halbe Meile entfernt sei. Kommen die neuen Schulen durch freiwillige As-

1) Vergl. Zettwach, Prov. Recht des Herzogth. Alt-, Vor- und Hinterpommern, aus amtlichen Quellen, Stettin, 1835, und Zettwach, das Statutarrecht der Städte des Herzogth. Alt-, Vor- und Hinterpommern, aus amtlichen Quellen, Stettin, 1836. — Das Prov. Recht von Neu-Vorpommern und Rügen ist von einer besondern Kommission gleichfalls aus amtlichen Quellen ausführlich bearbeitet worden, und zu Greifswald 1836 u. 1837 in 5 Theilen erschienen.

soziation nicht zu Stande, so erfolgt deren Errichtung nach Anordnung der Reg., die, was Umfang und Lage der Schulen betrifft, die diesfällige Bestimmung (Art. 1.) ebenfalls als Vorschrift zu beachten hat.

Art. 3.

Jede neu anzulegende Schule ist zu dotiren mit einem Hause, einem Garten, dem Feuerungsbedarf und einer fixen Besoldung für den Lehrer. Haus und Feuerungsbedarf müssen ausreichen für das Bedürfnis der Schule und des Lehrers. Der Garten gehört zur Nutzung des Letzteren, und muß mindestens einen halben Magdeburgischen Morgen groß sein. Außerdem hat der Schullehrer die freie Sommerweide für eine Kuh in der Feldmark, in der er wohnt, und zur Winterfütterung der Kuh 12 Zentner Heu, 6 Zentner Winter- und 6 Zentner Sommerstroh zu empfangen.

Die fixe Besoldung, gegen welche jede Zahlung von Schulgeld wegfällt, kann durch gütliche Einigung zwischen der Schul-Gemeinde und dem Lehrer bestimmt werden, bei kleinen Schulen von 30 Kindern oder weniger muß sie mindestens dem Betrage des üblichen Schulgeldes gleich kommen, und bleibt, wo gütliche Einigung über die Höhe der fixen Besoldung nicht zu Stande kommt, oder für das angebotene Salar ein tauglicher Lehrer nicht zu erhalten wäre, die Bestimmung über die Höhe des Salars, der Reg. nach billigem Ermessen vorbehalten.

Art. 4.

Der Bau und die Unterhaltung des Schulhauses, die Beschaffung und Befriedigung des Gartens und der letzteren Unterhaltung, die Lieferung des Feuerungsbedarfs und der Winterfütterung für eine Kuh sind nach dem Werthe des Grundbesizes zu tragen. Dieser wird, wenn sich die Interessenten darüber nicht beliebig einigen, durch zwei von sämtlichen Beitragspflichtigen nach Mehrheit der Stimmen zu wählende Sachverständige festgestellt, wobei Gebäude auf fremdem Boden nur nach halbem Werthe in die Berechnung treten. Streitigkeiten über den Umfang der Beitragspflichtigkeit entscheidet die Reg. provisorisch, mit Vorbehalt des Rechtsweges für die Interessenten.

Art. 5.

Die fixe Besoldung des Lehrers bringen sämtliche Familien-Vorstände des Schulbezirks, mit Einschluß der Wittwen, die eine Wirthschaft selbstständig führen, ohne Unterschied, ob sie Kinder haben oder nicht, ohne Unterschied ferner des Standes und des Glaubens, als persönliche Last, nach dem Klassensteuersaße, ungehindert jedoch, dies nach anderem Maasstabe zu thun, wenn sie darüber sich einverstanden erklären können. Die Besoldung ist vierteljährlich von den Beitragspflichtigen durch den Schulvorstand zu erheben, und dem Schullehrer auszuhändigen. Grundbesitzer und Pächter, die außerhalb des Schulbezirks Besitzungen haben, in deren Mitberücksichtigung sie zur Klassensteuer höher angezogen werden, leisten ihren Beitrag nach Verhältniß des Klassensteuersaßes, den sie zahlen würden, wenn ihre außerhalb des Schulbezirks habenden Besitzungen nicht in Betracht gezogen werden.

Art. 6.

Das Patronat über die neu zu errichtenden Schulen steht dem Gutsherrn zu. Sollte aber beim Bau, der Unterhaltung des Schulhauses, der Beschaffung des Gartens, dessen Befriedigung und deren Unterhaltung, der Beschaffung des Feuermaterials, der Kuhweide und der Winterfütterung, einer der Gutsherrn die übrigen übertragen wollen, so gehört einem solchen das Schulpatronat allein. Freie Eigenthümer außerhalb der R. Bauerndörfer, welche eine eigene Schule errichten und unterhalten, erlangen darüber das Patronat in Gemeinschaft.

Art. 7.

Es wäre zu wünschen, daß auch bei den Rüstern, so wie bei allen schon bestehenden Schulen des platten Landes von Neuvorpommern, das bisherige Schulgeld abgeschafft, und dafür eine dem bisherigen Schulgeldebetrage gleichkommende, nach Art. 5. aufzubringende feste Besoldung des Lehrers eingeführt werden möge, und wird solches daher allen denen, welche zu einem solchen Abkommen beizuwirken können, anempfohlen.

Verhörselbst genehmigt, und befehlen Wir, daß vorstehendes Regul. durch das kais. k. der Stralsunder Reg., als eine für Neuvorpommern gültige provinzialge-

## Motive.

In der Pommer'schen Kirchen-Ordn. wird die Verpflichtung zur baulichen Unterhaltung der Schulhäuser in den Städten als eine Pflicht betrachtet, welche zunächst dem Kirchenvermögen obliegt. Dieser Grundsatz ist jedoch den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Zur Zeit der abgefaßten Kirchen-Ordn. ward das Amt des Schulmeisters von den Unterbedienten der Kirche, dem Küster, Organisten und Kantor, versehen, selbst die Rectoren der Schule waren in der Regel Diakonen der Kirche. Diese Kirchenbeamten nahmen die Schulen in ihre Amtswohnungen auf, und da die Kirche letztere zu unterhalten verpflichtet war, so stellte sich als Folge davon factisch die Sache allerdings so, daß die Kirche auch die Räume für die Schule zu bauen und zu unterhalten hatte. Seit Publikation des A. L. R. ist jedoch das Schulwesen völlig anders organisiert worden; die Zahl der Schulklassen ist verdoppelt und verdreifacht, das Personal der Lehrer ist demgemäß vergrößert; an den meisten Orten sind große geräumige Schulzimmer in besonderen Schulhäusern errichtet, und auch die Lehrer haben größtentheils besondere Wohnungen erhalten. Die in früherer Zeit höchst unbedeutende Last der baulichen Errichtung und Erhaltung der Schulhäuser ist sonach in neuerer Zeit sehr bedeutend geworden, und das Kirchenvermögen nur in seltenen Fällen von der Bedeutung, um diese vergrößerte Last übernehmen zu können. In einigen Städten, namentlich in Bahn und Ramin ist zwar durch rechtskräftige Entscheidungen das Onus refectionis der Schulhäuser der Kirchenkasse aufgelegt; diese Entscheidungen sind aber bisher nur so verstanden worden, daß der Kirche die Pflicht obliege, die Baulichkeiten, in demselben Umfange, wie bisher zu unterhalten, wogegen die Kommune das Mehrere auf ihre Kosten hat ausführen müssen. Im Allgemeinen ist aber der Grundsatz festgehalten worden, daß die Kommune selbst für diese ihr nächstes Interesse berührende Angelegenheit in Anspruch zu nehmen sei, dieser Grundsatz ist daher aufrecht erhalten, und dem entsprechend der §. 325. angenommen worden. In Beziehung auf die Landschulen ermangeln übrigens provincialrechtliche Bestimmungen; in so weit werden daher, so wie bisher, so auch in der Zukunft, lediglich die Vorschriften des A. L. R. auch in Pommern zur Anwendung kommen müssen.<sup>1)</sup>

3. Für Neuvorpommern und Rügen ist folgendes neue provincialrechtliche Gesetz ergangen:

Allerh. vollzogenes Regulativ v. 29. Aug. 1831, betr. die Errichtung und Unterhaltung der Landschulen in Neuvorpommern.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c. haben nachfolgendes, nach den Anträgen des Neuvorpommerschen Kommunal-Landtages entworfene, mit dems. in seinen einzelnen Bestimmungen berathene

Regul., wegen Errichtung und Unterhaltung der Landschulen in Neuvorpommern, folgenden Inhalts:

## Art. 1.

Neben den bereits bestehenden Kirchschulen des Reg. Bez. Stralsund sollen auf dessen platten Lande von den ländlichen Gemeinden so viele Schulen errichtet und unterhalten werden, als nöthig ist, um sowohl die Ueberfüllung der Kirchschulen zu beseitigen, als auch es jedem Kinde möglich zu machen, von seinem ordentlichen Wohnsitze aus die Schulen in einer kurzen Entfernung zu erreichen.

## Art. 2.

Die neuen Schulen können durch freiwillige Assoziaten errichtet werden. Es ist aber darauf zu sehen, daß weder mehr als Hundert Kinder einem Lehrer zugewiesen werden, noch die Schule von den Wohnorten der Kinder weiter als eine halbe Meile entfernt sei. Kommen die neuen Schulen durch freiwillige As-

1) Vergl. Zettwach, Prov. Recht des Herzogth. Alt-, Vor- und Hinterpommern, aus amtlichen Quellen, Stettin, 1835, und Zettwach, das Statutarrecht der Städte des Herzogth. Alt-, Vor- und Hinterpommern, aus amtlichen Quellen, Stettin, 1836. — Das Prov. Recht von Neu-Vorpommern und Rügen ist von einer besondern Kommission gleichfalls aus amtlichen Quellen ausführlich bearbeitet worden, und zu Greifswald 1836 u. 1837 in 5 Theilen erschienen.





sephliche B., publizirt und demselben gemäß, von Zeit der Publikation an, in gedachtem Landestheile verfahren werden solle.

Urkundlich etc.

Berlin, den 29. Aug. 1831.

Friedrich Wilhelm.

v. Altenstein. v. Brenn.

(N. XV. S. 564.)

### V. S c h l e s i e n.<sup>1)</sup>

Heinrich Simon, das Schul-Recht und die Unterrichts-Verfassung von Schlessen. Breslau. Alderholz. 1848.

1) Unmittelbar nach hergestelltem Frieden richtete Friedrich der Große auch in Schlessen sein Augenmerk auf die Schulen, und veranlaßte schon unterm 20. März 1763 durch eine R. O. die erforderlichen Voruntersuchungen. (N. C. C. Th. 3. S. 203.)

Demnächst ergingen:

a) das schon im ersten Kap. S. 64 ff. gegebene allgemeine Landschul-Regl. v. 12. Aug. 1763, welches als allgemeines Gesetz auch in Schlessen für die evangelischen Schulen maßgebend war.<sup>2)</sup>

1) Vergl. Sammlung aller in dem souverainen Hsth. Schlessen und dessen inkorporirten Graffsch. Glas in Finanz-, Justiz-, Cameral-, Geistlichen-, Consistorial- und Kirchen-Sachen publizirten Ordnungen seit der Regierung Königs Friedrich II., Breslau bei Korn, 1752—1790, 19 Bde. — Neue Sammlung in 5 Bdn. v. 1792—1801. — Fortsetzung v. 1802—1806 in 9 Bdn.

Diese Sammlungen enthalten, da das Schlessische Departement unter einem eigenen Minister stand, welcher unmittelbar von dem Könige ressortirte, alle Verordnungen von der Eroberung im J. 1742 an bis zum J. 1806, wo Schlessen diese isolirte Stellung verlor, und als integrierender Theil des Ganzen auch in die allgemeinen Gesetze eingeschlossen wurde. Je reichhaltiger und geordneter diese Quellen sind, und je leichter ihre Benützung durch zweckmäßige Register für denjenigen ist, der sich bis in das Einzelnste unterrichten will, um so mehr genügt es, hier nur die Hauptmomente hervorzuheben. Im J. 1837 bestanden in Schlessen 3636 Elementarsch. mit 4401 Lehrern u. 439,461 Schülern ( $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung), Mittelsch. für Knaben 51 mit 164 Lehrern u. 7154 Schülern, für Mädchen 40 mit 168 Lehrern u. 5702 Schülerinnen, 6 höhere Bürgersch. mit 960, 1 Progym. mit 35, 20 Gymnasien mit 4606 Schülern (1831: 5213, 1839: 4273), 4 Lehrerfeminare mit 566 Seminaristen, 1 Universität und mehrere Fachschulen.

2) Als eine Ergänzung hiezuhierzu ist die Inspektions-Ordn. v. 16. Juli 1789 für die reformirten Kirchen und Schulen in Schlessen zu erwähnen. (N. C. C. Th. 8. S. 3019. — Rabe, Bd. 13. S. 186). Durch dieselbe wurden sämmtliche evangelisch-reformirte Kirchen und Schulen in Schlessen in eine Inspektion vereinigt, und ein eigener Inspektor angeordnet, von dem es heißt:

3. Er soll eine gleichmäßige Aufsicht über die bei den Gemeinden angesetzten Schulmeister führen, sich fleißig nach ihrem Leben und Wandel und der treuen Verwaltung ihres Amtes erkundigen, dahin sehen, daß sie es auf eine zweckmäßige nützliche Weise verrichten, und wo es nöthig ist, ihnen mit Rath und That dazu behülflich sein. Damit aber auch keine untüchtige Leute zu Schulhaltern angenommen werden, so soll er einen jeden neu angehenden zuvor examiniren, und wenn er ihn geschickt genug findet mit einem Zeugnisse von seiner Tüchtigkeit versehen, ohne dessen Vorzeigung keiner zu einem Schulamte können soll.

Demnächst sollte der Inspektor bei seinen, mindestens alle 3 oder 4 Jahre vorzunehmenden Visitationen nach §. 8.:

den Schulmeister in seiner Gegenwart die Kinder unterrichten lassen, die Kinder auch wohl selber examiniren, solchergestalt von der Beschaffenheit der Schule sich selber versichern, und über die darin sich findenden Mängel Erinnerung thun.

Auch Erkundigung über den Wandel des Lehrers sollte er einziehen, und den Bauzustand der Schule untersuchen, auch sich jährlich vom Pfarrer von dem Zustande der Schule und dem Verhalten des Schulmeisters nach einem besondern Schema Nachricht geben lassen (§. 9.). In diesem leystern lauten die betr. Fragen:

b) das kathol. Schul-Regl. für Schlessen v. 3. Nov. 1765 <sup>1)</sup>:

Wir Friedrich von Gottes Gnaden, König in Preußen etc. etc. fügen hiermit zu wissen, daß, wie Wir aus Landesväterlicher Sorgfalt für das wahre Wohl Unserer treuen Unterthanen bewogen, unterm 12. Aug. 1763 zu besserer Einrichtung der bisher äußerst schlecht bestellt gewesenen Land-Schulen, ein general Land-Schulen-Regl. publiciren lassen, Wir auch vor gut befunden haben, noch besonders ein dergl. nach den Umständen Unserer Römisch-Catholischen Unterthanen von Schlessen und der Graffsch. Glatz abgefaßtes Regl. zu Einrichtung der Trivial-Schulen in Städten und auf den Dörfern bekannt zu machen. Um nun die hierdurch gesuchte Zuziehung besserer und für den Staat brauchbarer Unterthanen Unserm Endzweck gemäß, auch bey Unsern Römisch-Catholischen Unterthanen zu erhalten, haben Wir allergn. zu verordnen befunden.

1. Daß um dem Uebel eines schlechten Unterrichts der Jugend in der Quelle zu begegnen, fernerhin kein Schulmann, oder wie man immer die Lehrer in den Schulen in Städten und auf den Dörfern zu benennen gewohnt ist, irgend wo angestellt werden soll, wenn er nicht unten weiter zu erwehnender maßen dargethan hat, daß er nebst hinlänglicher Geschicklichkeit im Singen und Orgelspielen, um zugleich den nöthigen Kirchendienst hierinn mit zu versehen, sich in der Kunst, die Jugend in der Deutschen Sprache zu unterrichten, nach der für die Catholischen Schulen beliebten Lehrart, die erforderliche Geschicklichkeit erworben hat.

2. Um aber jedermann, der zu Schuldiensten Lust hat, hinlängliche Gelegenheit zu verschaffen, das. zu lernen, was zu einem tüchtigen Schulmann gehöret, so haben Wir für nöthig erachtet, hin und wieder im Lande gewisse Schulen zu bestimmen, in denen nicht allein die Jugend vorzüglich gut unterrichtet, sondern auch erwachsene angeführt werden sollen, wie sie sich bey dem Unterricht der Jugend weißlich verhalten können. Wir haben hierzu folgende Schulen ausersehen, nemlich für Nieder-Schlessen die Schule des Breslauer Dohm-Capituls ad St. Joannem, die Schule der Zen Cistercienser Clöster Lenbus, Grüssau, und des Augustiner Stiffts zu Sagan. Für Ober-Schlessen die Schule der Stadt Ratibor und des Cistercienser Clösters Rauden; und für die Graffsch. Glatz die Schule der Stadt Habelschwerdt.

3. Wir befehlen, daß obgemeldte Schulen, welche als Seminarien der künftigen Schul-Leute dienen sollen, nicht allein beständig mit tüchtigen Lehrern besetzt, sondern auch eine jede mit einem der Sache wohl kundigen Directore versehen werde. Dieser muß auf Erhalt- und Verbesserung des guten Zustandes seiner Schule, und noch besonders auch darauf alle Sorgfalt verwenden, daß er von Zeit zu Zeit tüchtige Leute zuziehe, und die zum Unterricht sich angehende dergestalt unterweise, damit sie zu Schul-Diensten alle erforderliche Fähigkeit und routine erlangen. Nach folgenden hat ein Director sich zu achten.

4. Er muß trachten, daß in seiner Schule alles, was man daselbst lehret (a) gründlich (b) vortheilhaft und (c) so wie es im gemeinen Leben gebraucht und unten näher bestimmt werden wird, gelehret und gelernt werde. Er muß demnach befehlen seyn, daß der Lehrer seinen Schülern von allen Dingen Grund angebe, und daß er fleißig darüber halte, damit auch lernende die angegebenen Gründe einsehen und auf Befragen wieder anzugeben im Stande seyn mögen. Er muß sich bestreben, daß nicht, wie bisher meist geschehen, bloß das Gedächtniß der Schüler angefüllet, sondern deren Verstand aufgekläret und geübet werde.

3) Ist die Schule ordentlich und ununterbrochen gehalten?

4) Haben die Aelteren ihre Kinder dazu ordentlich geschickt? oder welche sind es, die darin nachlässig gewesen?

5) Ist über das Betragen und den Lebenswandel des Schulmeisters etwas zu erinnern?

Im Uebrigen wird auf die Inspektions- und Presbyterial-Ordn. v. 1715 (s. a. S. 57 ff.) und auf eine Inspektions-Ordn. v. 1737 verwiesen, welche Nabe a. a. D. als ungedruckt bezeichnet.

1) Vergl. unten d. — Die in dem Regl. mehrfach in Bezug genommene Instr. aus Anfang 1763 (s. S. 17. u. a. m.) ist jetzt ohne praktisches Interesse, findet sich übrigens unter dem betr. Jahre in der Kornschens Samml.

5. Wie Wir nun diej. Lehrart, nach welcher die dormalen bey oberwehnten Schulen angeſetzten erſten Lehrer unterrichtet worden ſind, von der Beſchaffenheit befinden, daß durch deren Beybehaltung alles dieß ſehr wohl erhalten werden kann, ſo wollen und befehlen Wir, ſolche überall zu gebrauchen, das weſentlichſte davon, ſo in der Buchſtaben-Methode, dem Tabellariren, durch Frag und Antwort und zuſammen unterrichten beſtehet, durchgängig einzuführen, wie auch die hierzu verfaßten Bücher und Tabellen überall zu brauchen.

6. Die Directores der Schulen müſſen nicht unterlaſſen, nach Befund auch andere mit der beliebten Lehrart combinable Vortheile anzumerken und zu brauchen, die entweder ſie ſelbſt oder andere künftig entdecken möchten. Sie werden demnach nicht allein unter einander von Zeit zu Zeit correspondiren, ſondern auch die heute zu Tage in Menge von ſehr Einſichtsvollen und angeſehenen Verfaſſern herauskommenden Schriften von Schul- und Erziehungs-Anſtalten fleißig zu leſen und zu nutzen ſich angelegen ſeyn laſſen. Um ihnen dergl. Schriften bekannt zu machen, befehlen Wir dem Verleger der privilegirten Breſlauer gelehrten Zeitungen daſelbſt vorzüglich ſolche Bücher und Abhandlungen zu recensiren, die über dieſen Gegenſtand entweder von neuem herauskommen, oder wieder aufgelegt werden.

7. In Abſicht auf diej., welche um ſich zu Schul-Lehrern tüchtig zu machen, dergl. Schulen beſuchen, hat ein Director nicht allein alles obige, ſondern auch noch beſonders folgendes in Acht zu nehmen, daß nemlich die Praeparandi nicht allein in allen zur Schule gehörigen Dingen, und beſonders im Gebrauch der für die Schulen verfaßten Bücher und Tabellen ausführlich unterrichtet werden, ſondern er hat auch ſelbige anzuhalten, beſtändig gegenwärtig zu ſeyn, wenn die ordentlichen Lehrer der Schule, Kinder unterrichten; Sie müſſen angehalten werden, ſo bald ſie dazu fähig ſind, ſelbſt unter den Augen ihrer Lehrer Unterricht zu ertheilen, damit ſelbe, wenn ſie ſich dabey nicht gebührend verhalten, von den Lehrern der Schule verbessert werden können, und beſonders damit ſie eine Fertigkeit im Unterrichten bekommen. Der Director und die Lehrer der Schulen müſſen beſißen ſeyn, ihnen alle Vortheile an die Hand zu geben, die man hat, um in kurzer Zeit und mit weniger Mühe ſowohl auf Seiten des Lehrenden, als Lernenden, jedoch ohne Nachtheil der Gründlichkeit den Kindern das, was dieſe lernen ſollen, und zwar auf eine den lezten angenehme, keinesweges aber ſie vom Lernen abſchreckende Art bezubringen. Der Director muß ſolchen Praeparandis alle Pflichten ihres künftigen Standes bekannt, und ſie geneigt zu machen ſuchen, ſolche zu erfüllen, vornemlich muß er ihnen die Wichtigkeit ihres Amtes, und wie viel davon abhängt, dadurch vorſtellen, daß er ihnen zeige, ſie wären diejenige, welche durch ihren gut oder übel beſchaffenen Unterricht dem Staate entweder gute und brauchbare, oder wo nicht ganz untaugliche, doch wenigſtens nicht ſehr brauchbare Glieder zu zögen.

8. Er muß fleißig unterſuchen, in wie weit ſolchane Praeparanden von dem erhaltenen Unterricht Nutzen geſchöpft, in wie weit ſie zu Ertheilung des Unterrichts ſich fähig gemacht haben. Dergl. Unterſuchung aber muß er vorzüglich zu der Zeit anſtellen, wenn ſie abgehen wollen, er muß auf ihre Sitten und Aufführung beſtändig ein wachſames Auge haben, und ſolche zu beſſern ſuchen, auch darüber in dem Atteſt, was er über deren Verhalten beym Abgehen zu ertheilen hat, der Wahrheit gemäß, ein ſchriftliches Zeugniß ertheilen.

9. Dieſes Zeugniß ſoll ein Candidat zu einem Schuldienſt dem Breslauſchen Vicariat Amte, im Glaſiſchen dem verordneten Dechant, in den auswärtigen Diöceſen aber den beſtellten Vicariis vorzeigen, dieſe weiſen diej., welche nicht in dem Breslauſchen Haupt Seminario oder im Glaſiſchen zu Habelschwerdt praepariret worden ſind, im erſten Fall an den Directorem der Dohmſchule, in dem andern verweiſet der Glaſiſche Dechant die Candidaten an den Directorem des Habelschwerdtiſchen Seminarii, um von ſolchen geprüft zu werden, ob ſie wirklich diej. Geſchicklichkeit beſißen, die das von der Schule, wo ſie praepariret worden, erhaltene Atteſt bejaget; ſie müſſen, im Fall ſie dem Directori das gehörige Genügen nicht leiſteten, noch in der Dohm- oder Habelschwerdtſchen Schule ſich beſſer zu routiniren angewieſen, und ihnen in ſo lange die Expedition des Decrets zurück gehalten werden.

10. Bey nur erwehntem Breslauſchen Haupt Seminario müſſen ſich auch alle Candidaten zum Geiſtlichen Stande (da ſie ohnedem in Breslau ſtudiren) einſinden, und daſj. ſich bekannt machen, was Geiſtliche wiſſen müſſen, um Schulmeiſter

in gehöriger Obacht zu haben, und diesem Regl. gemäß in Ordnung zu erhalten. Der Director hat ihnen solchen Unterricht zu ertheilen, und über ihre erlangte Kenntniß der Schul-Einrichtung das Attest zu geben, durch welches Standes sich des Unserm in Schleien dirigirenden Minister über die erlernte Methode legitimiren müssen, wenn sie um die Erlaubniß in geistlichen Stand zu treten, oder Geistliche um ein Beneficium ansuchen.

11. In Absicht auf die Schulmeister, welche in den Gegenden, wo die polnische Sprache noch üblich ist, placiret werden wollen, müssen die Directores des Haupt- und der beyden Ober-Schlesischen-Seminarion untersuchen, ob der Candidat die deutsche Sprache so weit in seiner Gewalt habe, daß er solche Kindern beybringen könne, fehlt es ihm daran, so muß er selbe erst zu lernen angehalten und nicht eher, als solches geschehen ist, zu Antretung eines Schuldienstes gelassen werden; sie müssen aber auch geprüft werden, ob sie im Polnischen, welches sie zu alch treiben müssen, genussam geübet sind, um die für Ober-Schlesien gesetzigten polnischen und deutschen Lehr-Bücher zu brauchen.

12. Wie wir nun solchergestalt hinlängliche Vorsorgung gethan haben, daß es Schulmeistern nicht an Gelegenheit fehlen kan, sich in gehöriger Verwaltung ihres Amtes geschickt zu machen, so wollen Wir auch, daß es denen Orten nicht an Schulmeistern mangle, die biehiero damit nicht versehen gewesen sind. Wir nehmen zu einem Grundsat an, daß die Dörfer, welche selbst keinen Schulmeister haben, auf dem platten Lande nicht über eine halbe, im Gebürge aber nicht über eine Viertel Meile von dem Orte, wo ein Schulmeister ist, entfernt seyn dürfen, wassen es außerdem unmöglich, oder fast impracticable seyn würde, Winter-Zeit die Kinder aus solchen Orten in die Schule zu senden. Sind also Dörfer bishero Schulen mangeln gewesen, die weiter als eine halbe oder resp. Viertel Meile entlegen, so befehlen Wir Unserer Krieger- und Domainen-Cammer, mittelst des Land-Raths des Geyßes, der hietzu auch die Vor schläge des Geyß-Brieflers des Geyßes zu nehmen nicht unterlassen soll, zu bestimmen, an welchen Orten Schulmeister vorzuziehen anzusehen, was ihm von Dominia und Gemeinden zur Unterhaltung auszuweisen, und wie es mit dem aufzuführenden Schul-Gebäude zu halten sey.

13. Es ist bekannt, wie sehr Kinder am Lernen gehindert und zerstreut werden, wenn in der Stube, wo ihnen Unterricht gegeben wird, Weib und Kind, und hietzu noch andere Verwandte des Schulmeisters ihre Gewerbe treiben; diesem Uebel zu begognen, soll künftig bey Erbauung aller neuen Schul-Gebäude in Städten und in Dörfern die Schulstube des Schulmeisters abgesondert, und zum Unterricht an eignen und zwar recht Lichte, und nach der Anzahl der dahin gehörigen Kinder proportionirte Stube, in Städten aber, wo mehr Schulleute sind, die sich nothwendig führen müssen, wenn sie zusammen auf einmahl an einem Orte unterrichten solen, für jeden eine besondere zu Ertheilung des Unterrichts erbauet, solche auch mit zimmerley Berwand zu andern Gebrauch von den Schulleuten angewendet werden. Diese Schulen sind auf Kosten der Gemeinden, wenn sie ganz oder größtentheils Catholisch, außerdem aber auch mit Concurrrens der Herrschaft, ohne Unterschied der Religion, weil Herrschaften jeder Religion daran gelegen und nützlich ist, nachbare Unterthanen durch den Dienst der Schule zu erhalten, nicht nur zu erlanen, sondern auch mit allem nöthigen Schulgeräthe an Tischen, Bänken, Taffeln, Stuhlfußern, Büchern für die Kinder offenbar unvermögender Eltern, zu vers-

14. An den Orten, wo der Gehalt des Schulmeisters so schlecht ist, daß er nicht leben kan, haben Unsere Krieger- und Domainen-Cammern dahin zu sehen, daß von Dominia und den Catholischen Unterthanen, ein convenabler Unterhalt bestimmt und richtig getrichet werde. An Orten wo die Anzahl der Catholischen Einwohner sehr klein, und folglich der Gehalt, ohne die Unterthanen zu beschweren, nicht den Bedürfnissen des Schulmeisters gemäß auszumitteln seyn würde, wollen Wir zwar geschehen lassen, daß der Schulmeister zu seiner bessern Subsistenz ein Handwerk, als etwann die Schneider Profession, das Wärdern und Stricken treibe. Es soll aber ihm nicht gestattet seyn, solches in der Schulstube und zur Schulzeit zu treiben. Unter die vergl. Schulmeistern vergönneten Handwerke soll aber keinesweges das Bier- und Brandwein-Schenden, Handeln oder Aufwarten in den Krasthamen mit Music gerechnet werden. Die Erfahrung hat, wie sehr durch ein Gewerbe ersterer Art ein Schulmeister zerstreut, beschäfftigt und von Schul-Verrichtungen abgezogen, durch die Music aber und v



Schand-Wirthschaft die besten Schulleute verdorben, zum Sauffen und Müßiggang verführet werden.

15. Wir verbiethen demnach allen Schulmeistern als eine ihrem Amte höchst nachtheilige Sache, die Schand-Wirthschaft, das Handeln und Aufwarten in den Kretschamen bey Hochzeiten und andern Gelegenheiten, und befehlen ihnen, sich solcher Handtierungen zu befeißigen, die mit dem Schul-Amte bestehen, und solchem nicht hinderlich seyn können.

16. In eben der Absicht, um nemlich der Schule nicht durch Abwesenheit hinderlich zu werden, dispensiren Wir sie von dem bishero an den meisten Orten üblich gewesenem Abtragen der Grapriesterlichen Carronden in die benachbahrten Pfarretheken, und befehlen, daß solche Bestellung durch Zechbothen aus der Gemeinde, und zwar, da solche meist unsere eigene Verordnungen betreffen, ohne Unterscheid der Religion dessen, an dem in gemischten Orten die Zechе steht, geschehen sollen.

17. Es ist bereits in einer zu Anfang des Jahres im Breslauschen Departement durch unsere Krieger- und Domainen-Cammer publicirte gedruckte Instr., darnach sich Schulmeister auf den Dörfern zu achten schuldig seyn sollen, die Zeit zum Unterricht und alles übrige bestimmt, was bey Verbesserung der Schulen auf den Dörfern geschehen soll. Wir beziehen uns hierauf, und verordnen, daß sothaner Instr. in allen Stücken nachgelebet werde.

18. In Ansehung der Trivial Schulen in den Städten aber, als worüber zur Zeit noch nichts verordnet worden ist, befehlen Wir, folgendes unverbrüchlich zu beobachten. Erstlich zwar hat daselbst kein Unterscheid zwischen der Sommer- und Winters-Zeit in Absicht auf die Schulleute statt, massen in Städten, wenigstens bei dem meisten Theil der Einwohner, die Ursache hinweg fällt, wegen welcher die Land-Leute ihre Kinder der Schule entziehen. Es soll demnach Jahr aus Jahr ein von 8. bis 11. Uhr Vormittags und von 1. bis 3. Uhr Nachmittags Schule gehalten werden.

19. Da besonders in größern Städten bey einer Schule 2 auch 3 Lehrer bestellet sind, so verordnen Wir, daß einer (und zwar bey dem Anfang der Schul-Einrichtung derj., welcher die beste Hand schreibt) die kleinsten Schüler in den Anfangs-Gründen der zu lehrenden Sachen unterrichte, der andere aber die von dem einen Schulmanne unterrichteten Schüler weiter fortbringe.

20. Für den, der die anfangenden unterrichtet, gehöret 1mo das Buchstabenkennen, das Buchstabiren, und der Anfang vom Lesen. Mit dem Buchstabenkennen muß er jeden Monath fertig werden, und, da in den Städten meist alle Monathe Kinder zutreten, diesen Unterricht alle Monathe wieder anfangen. Das Buchstabiren der leichtesten Sylben fänget er auch alle Monathe an, und alle Monathe muß er die Kinder die sechserley im Lehr-Buche befindlichen Gattungen von Sylben durchbuchstabiren lassen; den dritten Monath läßt er die Kinder schon lesen, die im ersten Monath die Buchstaben zu kennen anfiengen, die schweren Wörter aber werden noch immer buchstabiret, und die Regel davon durchgefragt. Jeden Monath muß er auch die zur Sache, welche er treibet, gehörigen Tabellen abhandeln, so wie sie für Kinder in den Schul-Büchlein stehen. 2do Beym Schreiben muß er ihnen erstlich die Regeln des Schönschreibens nach der dazu gedruckt vorhandenen ausführlichen Anleitung bekannt, und das Schreiben selbst so weit geläufig machen, bis sie deutsch-Current und Lateinisch nach den in der Tabelle enthaltenen Regeln richtig zu schreiben sich gewöhnet haben. Auch hierbey muß er alle Monathe die Tabelle von der Calligraphie abhandeln, die ersten 2 Wochen zwar das allgemeine davon und was die Current-Buchstaben angehet, die dritte aber, was zur Lateinischen und Current-Schrift gehöret, die 4te Woche endlich was bey dem Schreiben der Sylben, Wörter und ganzen Sätze in Acht zu nehmen ist. Beym corrigiren muß er nicht unterlassen, beständig auf die Tabelle zu weisen, und dabey nach der Vorschrift verfahren, die der Tabelle vorgedruckt ist. 3tio Beym Rechnen muß er nach den gleichfalls für die Schlesißen Schulen eigends verfaßten Tabellen die 5 Species nebst der Regel de tri in ungenannten Zahlen lehren, und die Kinder hierinnen zu ziemlicher Fertigkeit bringen. Mit der Tabelle von dem allgemeinen der Rechenkunst und dem Numeriren, muß er im ersten Monath fertig werden, und in solcher Zeit Kinder dahin bringen, jede gegebene Zahl, die aber nicht über 8 oder 9 Zahlen haben muß (massen größere im gemeinen Leben nicht leicht vorkommen) richtig sowohl auszusprechen, als auch zu schreiben. Mit der

Addition und Multiplication soll er in 2 Monathen fertig werden, die übrigen 3 Monathe des halben Jahres bleiben fürs Subtrahiren und Dividiren und Wiederholen der vorigen Species.

21. Der 2te hat die solchergestalt vorbereiteten Kinder weiter zu führen, er übt sie und setzt sie in Stand, richtig und nach Maasgebung der größern Lesetabelle mit Anstand zu lesen, er führet sie an, alle in deutschen Blättern noch sehr oft vorkommende französische Wörter gehörig auszusprechen. Beym Schreiben giebt er ihnen Anleitung zur Canselley und Fraktur, die Current-Schrift aber, welche Kinder bey dem ersten Lehrer sich angewöhnet haben, soll er sie nicht bemüßigen, nach der seinigen zu verändern, er hat es nicht nöthig ihnen vorzuschreiben, er läßt sie ausgesuchte Stücke aus Büchern oder sonst nützliche Sachen abschreiben, er siehet nur darauf, daß alles, was sie schreiben, den in der Tabelle von der Calligraphie enthaltenen Regeln gemäß sey, er unterrichtet sie in der Rechtschreibung, läßt nicht bloß abschreiben, sondern dictiret ihnen zuweilen, dadurch ihnen sowohl eine Fertigkeit im Schreiben zu wege zu bringen, als auch zu sehen, in wie ferne Schüler die erlernten Orthographischen Regeln zu brauchen, geschickt sind, er lehret die ältern, das ist die erwachsenen Schüler, schriftliche Aufsätze aller Art zu verfassen, besonders aber Briefe und hiernächst diej. Sachen, welche im gemeinen Leben am ehesten vorkommen, er bemercket die Fehler, welche sie in eigenen Aufsätzen wieder den Sprach-Gebrauch bey der Abänderung oder Zusammenfügung der Worte bezeichnen, und hat sich dazu des Kerns der Gottschedischen Sprach-Kunst zu bedienen. Beym Rechnen lehret er sie die Species in genannten Zahlen, und mit Brüchen, die Regel de tri nach allen Arten; die dazu Lust haben, die welsche Practic. Er legt ihnen zuweilen, besonders denen, welche die Schule verlassen, und von der jeder Profession machen wollen, allerley Gattungen von wüßlichen Rechnungen vor, und zeigt ihnen, wie man solche einzurichten habe, was bey der Revision der Rechnungen, bey Ausstellung der Mängel und deren Beantwortung zu thun sey.

22. Ist, wie fast in allen größern Städten, noch ein dritter Schulmann vorhanden, so trägt dieser die ersten Anfangsgründe der Französischen und Lateinischen Sprache vor, er ertheilet einigen Unterricht in der allgemeinen, auch wohl nach den Umständen in der besondern Geschichte, er lehret eine Land-Charte zu verstehen und zu brauchen, giebt folglich eine Anleitung zur Geographie nach hierzu gleichfalls verfertigten Tabellen, und lehret alle verlangte Dexter mittelst der Locorum in Karten zu suchen. Wir werden auch um der Jugend einen Vor-schmack von Dingen zu geben, die einen Staat blühend, und die Unterthanen glücklich machen, ein kurzes Lehr-Buch in tabellarischer Form verfaßten lassen, in welchem das nöthigste und brauchbarste aus der Physic und einige verläußige Erkenntniß von den wesentlichsten Dingen enthalten ist, darauf es bey der Land- und Stadt-Wirthschaft, bey Künsten, Gewerben, Manufacturen, und dem Handel ankommt; den Inhalt dieses Büchleins der Jugend bekannt zu machen, gehört gleichfalls in größern Städten für den dritten Lehrer. Es sind zwar die Stücke, welche dem 2ten und 3ten Schulmann zu lehren obliegen, im vorstehendem und noch ausführlicher in der Beylage sub A. nahmhast gemacht; doch ist nicht in allen Stücken, wie bey den Verrichtungen des untersten Lehrers wohl geschehen ist, bestimmt worden, wie viel jeder der 2 andern Lehrer davon in gezeelter Zeit vollenden soll. Da selches ist wohl, als selbst das, was jeder lehren soll, nach den Umständen jeden Orts und der Geschicklichkeit der Schul-Leute festgesetzt werden muß, so überlassen Wir zwar diese Bestimmung dem Pfarrer des Orts, und mit Genehmigung seines Schul-Inspectoris darüber das nöthige anzuordnen, wie denn auch wegen der Music es ihm anheim gestellt wird, zu Ertheilung einigen Unterrichts, darinnen denj. Schulmann zu wählen, den er dazu am geschicktesten erachtet, es muß aber in allen Dingen festgesetzt und in Schul-Catalogis nachgewiesen werden, was und wer diß oder jenes zu jeder Stunde zu treiben habe, wenn wieder von neuem angefangen werden, und das, so vorgenommen worden ist, geendiget seyn muß, um dadurch träge Schul-Leute anzuspornen, die Jugend weiter zu bringen, und Kindern, die Unterricht zu nehmen, antreten wollen, Gelegenheit zu geben, alles zu gezeelter Zeit von Anfang und von Grund aus zu lernen.

23. Damit es aber an Personen nicht fehle, welche dergl. Sachen zu lehren geschickt sind, so müssen die Directores der Seminarien sich beßeßen, es nach und nach dahin zu bringen, daß sie in diesen Stücken fähige Köpfe zu unterrichten in

Stand kommen; sie müssen bey Veränderung der Lehrer dahin trachten, daß sie Leute annehmen, die solche Sachen verstehen, und zu lehren vermögend sind.

24. Am Ende haben Wir sub A. eine Tabelle beyfügen lassen, in welcher die Zeit genau bestimmt wird, wenn jede vorerwehnter Sectionen zu treiben ist, und wie in Städten, wo nur 2 Schul-Leute sind, es zu halten sey, um Kindern etwas mehr denn Lesen, Schreiben und Rechnen bezubringen. Wir haben zugleich aus der bereits bekannt gemachten Instr. zu Einrichtung der Dorf-Schulen sub B. die Zeit-Ordnung beyfügen lassen, darnach sich die Dorfschulmeister römisch-Catholischer Religion in Unserm Hyth. Schlessen und der Souverainen Graffsch. Glas aufs genaueste zu achten verbunden seyn sollen.

25. Alle diese zum Besten Unserer getreuen Unterthanen abzielende Anstalten und Verordnungen werden nur sehr wenig Nutzen schaffen, wenn, wie bisher geschehen ist, die Schulen leer und der Willkühr der Eltern überlassen bliebe, ob sie ihre Kinder in die Schule schicken wollen oder nicht. Wir setzen daher hierdurch fest, daß alle Kinder der Einwohner der Städte so wohl, als der Dörfer ohne Unterscheid, die Eltern mögen das Schul-Geld zu bezahlen im Stande seyn oder nicht, so bald sie das 6te Jahr vollendet haben, zur Schule geschickt werden, und solche bis zu Ende ihres 13ten Jahres besuchen sollen.

26. Eltern und Vormünder, so diesem Befehl entgegen ihre Kinder zu Hause behalten, sollen, wenn sie nicht nothorisch unvermögend sind, das doppelte an Schul-Geld an den Schulmeister, und Vormünder zwar die Strafe aus eigenem Vermögen, ohne es ihren Mündeln anzurechnen, zu bezahlen, durch die Magistrate, die Herrschaft des Orts, oder die Gerichten unnachlässig angehalten, Arme aber, so diese Strafe zu bezahlen nicht vermögen, für jede Woche des Ausbleibens ihrer Kinder, zu 2tägiger Arbeit bey der Herrschaft oder Gemeinde, und zwar unentgeltlich angeleget, und solche zu prästiren bemüßiget werden; Kinder unter 8 Jahren müssen die Schule Sommer und Winter doch Sommers-Zeit nur Vormittags besuchen.

27. In Absicht auf die ältern Dorf-Kinder, welche Eltern zum Hüten ihres Viehes und andern Wirtschaftlichen Geschäften brauchen können, wollen Wir geschehen lassen, daß solche, weilen doch die Jugend nach der eingeführten bessern Lehr-Art mehr und eindringender, als sonst, lernet, von St. Georgii Tag bis zu Martini aus der Schule bleiben können.

28. Sie sollen aber gehalten seyn, vom Sonntage nach Georgii Tag bis Sonntag nach Michaelis der Christlichen Lehre am Sonntage Nachmittags, und nach solcher in der Schule durch 2. Stunden der Uebung im Lesen und Schreiben beizuwohnen, welche der Schulmeister unter der Direction des Pfarrern dergestalt anzuordnen hat, damit sie den Schülern recht nützlich werde; hierzu müssen auch diej., welche die Schule bereits verlassen, das 20ste Jahr aber noch nicht zurück geleget haben, einzufinden verbunden seyn, wenn sie gleich auf Herrschaftlichen Höfen oder bey Bauern in Diensten stehen, und ihre Brodherren sind schuldig, sie zu dieser Zeit in die Schule zu schicken, um das ehemals erlernte zu wiederholen, und dem Vergessen so nöthiger Dinge vorzubauen. Der Schulmeister muß aber Personen, so zu diesen sämtlichen Wiederholungs-Stunden gehören, ein schriftliches Verzeichniß machen, darinnen die Anwesenden vermerken und die Abwesenden zu gehöriger Vorkehrung an den Pfarren anzeigen. Vorgedachtes Verzeichniß ist nach dem Formular sub F. zu machen, der Schulmeister muß es mit dem halbjährigen Tabellen-Extract dem Pfarrer übergeben, und dieser es dem Erbpriester, letzterer aber dem Schul-Inspectori zuschicken, welcher Summatim die Zahl so wohl derj., so die Wiederholungs-Stunde besucht haben, als auch derer, die nicht dahin gekommen sind, in der Tabelle aufführen soll, die er seinem Ver. unten No. 69. zu erwehrendermassen beizufügen hat.

29. Das beste Mittel alle zur Schule gehörige Kinder dahin zu bringen, ist die Verfassung und Haltung eines genauen Registers über sämtliche Kinder. Die Schulmeister auf dem Lande sollen verbunden seyn, dergleichen aus dem Tauf-Buche, nach dem hierzu in der ehemals publicirten Instr. vorgeschriebenen Formular zu verfahren, sie müssen hiernächst, um die Kinder von andern Dörfern zugezogener Personen in dieses Register zu bringen, sich genau in dem Kirchspiel erkundigen. Es kan ihnen nicht schwer seyn, solche zu erfahren, und in besagtes Register einzutragen.

30. In Städten könnte es wegen Menge der zuziehenden von andern Orten

stirigen Personen mehrere Schwürigkeiten haben. Diese zu heben, befehlen Wir, jeder Besitzer eines Hauses halbjährig und zwar 14. Tage vor Michaelis und 14. Tage vor Georgii dem Magistrat des Orts schriftlich unter der Benennung der in seinem Hause die Zahl, den Rahmen und das Alter der Kinder, mit dem Namen und Gewerbe der Eltern anzeige, dieser aber solche schriftliche Anzeige dem Pfarrer zu Verfertigung des Schul-Requiers zusende.

31. Es bleibt zwar Einwohnern der Städte, die das Vermögen dazu haben, genommen, für ihre Kinder eigene Haus-Præceptores anzunehmen, es soll dies aber nicht erlaubt seyn, zu Verführung der gemeinen Stadt-Schule, und des nicht zu ertheilenden Unterrichts, andern Kindern, als die in der Familie des Eltern angehören, der ihn angenommen hat, Unterricht zu ertheilen, wie denn überhaupt alle Winkel-Schulen aufgehoben, von Magisträten durchaus nicht gestattet, Eltern aber, die nicht Haus-Præceptores zu halten vermögen, ihre Kinder zur gemeinen Stadt-Schule zu schicken, mittelst Verweisung oben bestimmter Strafe, die Anzeige des Pfarrers angehalten werden sollen.

32. Was die Kinder betrifft, die sich dem eigentlichen Studiren widmen und nach Unsern emanirten Verordnungen qualificirt sind, so ist nicht nöthig, sie das 13 Jahr erwarten; es soll in diesem Fall ihnen erlaubt seyn, auch in die Schule der Jesuiten überzugehen, wenn sie nur von dem visitirenden Priester oder vor dem Inspectore der Schule des Ortes, dahin sie gehören, angezeigt, und von demselben ein schriftliches Zeugniß erhalten haben, daß sie schon mündig, auch einen erträglichen Brief schreiben, die Species der Regentkunst kennen können, und den verschiedenen Anwendungen der Regula de tri erlernen. Dieser Untersuchung müssen sich auch schlechterdings die Kinder unterwerfen, welche von Haus-Præceptores unterwiesen worden, so wohl, wenn sie in Jesuiten-Schule aufgenommen werden wollen, als auch wenn die Ort-Priester die verordneten Schul-Inspectores die öffentlichen Schulen ihrer Obacht reformiren.

33. Selbst Haus-Præceptores sollen von niemanden angenommen werden, es sie nicht entweder durch ein Attest eines Seminarium-Directoris erwiesen, sie in der Kunst die Jugend zu unterrichten sich geübet, oder vor dem Pfarrer und Schullehrern des Orts ihre Fähigkeit dargegethan, und in letztem Falle von Pfarrer eine Bescheinigung hierüber aufzuweisen haben. Da es nun an Orten fehlt, da dergl. Leute, welche Haus-Præceptores abzugeben Lust haben, sich habilitiren können, und dem gemeinen Wesen auch daran gelegen ist, daß es, wie nur allzu oft geschieht, auch bey dem privat Unterricht nicht verstanden, so befehlen Wir allen, die privat Lehrer für ihre Kinder halten, sich schuldig zu achten.

4. Die Dorf-Kinder, welche öfters viel Fähigkeit besitzen, um vor dem 13ten Jahre, was in Dorf-Schulen zu lernen bestimmt ist, erlernen zu haben, können auch vor dem Ende des 13ten Jahres die Schule verlassen, die Eltern umständlich aber müssen darüber ein schriftliches Attest von dem Pfarrer, zu confirmation bey dem Inspectore erhalten, und dieser vor dessen Ausstellung darüber gehörig geprüft haben.

Um die Kinder nicht von der Schule abzuhalten, sollen Herrschaften an wo der Dienstzwang üblich ist, nicht befugt seyn, junge Unterthanen bey schlechtem eher zu Diensten auf ihre Höfe zu zwingen, bis solche nicht das zurück gelegt haben; doch können sie sich derer, welche 8 Jahr vollendet Sommerzeit zum Hüten bedienen, so sind aber schuldig, solche Sonntags lehrerholungs-Stunde zu schicken.

Wenn Bauern armer Leute Kinder vor dem 13ten Jahre mietzen, so schuldig seyn, solche von Andreä bis Fastnacht jeden Tag einmal, entweder Nachmittags in die Schule zu schicken, und für sie die Hälfte letzten Schul-Geldes an den Schulmeister zu bezahlen; unterlassen sie, es Dienst-Geld in die Schule zu senden, so sollen sie zur Strafe zu des ganzen Schulgelbes, und zwar gedoppelt angehalten und bey fortwährendem Ungehorsam noch mit anderer willkürlichen Leibes-Strafe von her angesehen werden. Schulmeister sind schuldig, dergl. Kinder für die Schul-Gelder zu unterrichten.

Es hat übrigens für Dorf-Schulen bei dem Aufsatze sein Bewenden, der Schreiben und Rechnen in mehr erwünschter Instanz befählich ist. Zu

dessen aber sollen in Städten, wo Kinder bisher unentgeltlich unterwiesen worden, dieselben dergl. Vortheil in Absicht auf das Lesen, Schreiben und Rechnen, ingl. wo es bräuchlich war, auch in Ansehung der Music und des Lateinischen noch ferner hin genießen, und dafür die Schulleute nichts zu fordern berechtigt seyn, wenn anders nur die Schulleute das nöthige Auskommen haben. Was aber das übrige betrifft, so in größern Städten diesem Regl. gemäß von geschickten Schulleuten zu lehren ist, so befehlen Wir den verordneten Schul-Inspectoren, nach den Umständen des Orts und der Sache das Minervat der Lehrer fest zu setzen. Doch muß es für jede zu lernende andere Sache, bey einer Person monatlich 6 ggr. nicht übersteigen. Mit dem andern Schulgelde in Städten bleibt es bey dem Herkommen jeden Orts.

38. Den Kindern unvermögender Eltern zum Besten, welche weder den Unterricht zu bezahlen, noch das nöthige Schul-Geräthe an Büchern und Papier anzuschaffen vermögen, befehlen Wir, daß jährlich zweymahl, nemlich am ersten Sonntag nach drey Könige, und am 12ten nach Pfingsten, die Pfarrer ihren Gemeinden in der gewöhnlichen Predigt die Pflicht der guten Kinder-Zucht, und die Nothwendigkeit des Unterrichts, so wie das Mitleiden und Erbarmen gegen Bedürftige vor Augen stellen und zu Gemüthe führen, sie auch erinnern, zu diesem Behuf für die armen Kinder der Pfarretheu eine milde Beysteuer in die ausgesetzten Becken zu legen. Gehören mehrere Schulen zu einer Pfarretheu, so muß für jede Schule eine besonderes Becken gesetzt, und welche für diese oder jene gesetzt sey, der Gemeinde angezeigt werden.

39. Die colligirten Gelder hat der Kirchen-Vater in Dörfern an die Gerichten des Orts zu übergeben, welche nach Anleitung des Pfarrers dafür erstens die nöthigen Bücher und Pappier, denn auch das Schulgeld an den Schulmeister für sothane Armen bezahlen. Diese Gelder sollen in den gewöhnlichen Gemein-Rechnungen in einer besondern Rubrique berechnet, und dasj. so etwann zu Berichtigung obiger Ausgaben noch ermangelt, aus der Gemein-Casse, wenn die Gemeinde ganz Catholisch ist, zugeschoffen, ist sie aber gemischt, von den Personen dieser Religion nachgetragen werden. In den Städten wird die Disposition mit diesen Geldern dem Pfarrer und den Kirchen-Vätern gemeinschaftlich überlassen. Die Ausgabe sowohl, als Einnahme, wird in einem besondern Capitel der Kirchen-Rechnung aufgeführt.

40. Der Pfarrer, und in den Städten die Kirch-Väter, in Dörfern aber die Gerichten des Orts, welche die beste Kenntniß der Gemeinde haben, sollen beurtheilen, welche Kinder dergl. beneficien bedürfen, und die Eltern sind nicht befugt, eher der Pflicht, den Schulmeister zu bezahlen, und den ihrigen das nöthigste anzuschaffen, sich zu entziehen, bis diese ihr angebliches Unvermögen erkannt, und ihre Kinder auf die Liste der Armen gesetzt haben werden. Dergleichen Liste ist dem Schulmeister zu überreichen, damit er wissen könne, welche Eltern von Zahlung des Schulgeldes befreyet sind.

41. Die Bücher welche solchergestalt für die Armen angeschafft werden, müssen die Kinder, welche davon Gebrauch machen, nicht nach Hause nehmen, sondern in der Schule lassen; der Schulmeister muß sie numeriren, sie nach dem Ende der Schule in einem Schrändel der Schule verwahrlich aufbehalten, darüber wie über andere Schulgeräthe, an Uhren, Taffeln, Bänden ic. ein ordentliches Inventarium halten, und nicht zugeben, daß davon etwas verschleppt werde. Da auch die Saganische Schule, welche Wir über den Verlag der Schul-Bücher privilegirt, das 10te zum Besten der Armuth unentgeltlich abzureichen verbunden ist, so müssen die Schulmeister, wenn Sie die benöthigten Bücher von den bestellten Factoren kommen lassen, allemahl 9 zusammen nehmen um das 10te zu sothaneu Behuff darinn zu bekommen.

42. Wie übrigens der Schulmeister in seinem Amte sich gebührend zu verhalten habe, ist hier weitläufig zu bestimmen unnöthig, da die neuen Schulmeister darüber in den für sie angelegten Seminariis unterrichtet, die Alten aber gehalten werden, daß wesentlichste bey denen sich bekannt zu machen, die daselbst unterwiesen worden sind, über dieses auch Ihnen hierüber in ofterwehnter Instruction das nöthigste zur Nachachtung bekannt worden. Wir befehlen Ihnen nur noch aufs gemächste, in Führung der Ihnen befohlenen Catalogorum und den hieraus zu machenden halbjährigen Extracten, von welchen letztern ein Formular sub C. und wegen einiger Zusätze zu dem Fleiß-Catalogo eine Erinnerung sub



D. zur Nachachtung angehängen ist, den gehörigen Fleiß und die erforderliche *accuratesse* zu bezeigen.

43. Es ist die Pflicht eines Pfarrern, Sorge zu tragen, daß die Jugend seines Kirchspiels in der Schule wohl unterrichtet werde. Wir befehlen demnach sämtlichen sowohl Stadt- als Dorf-Pfarrern aufs ernstlichste und bey der schwersten Verantwortung, dahin zu trachten, daß diesem Regl. überhaupt ein völliges Gelingen geschehe.

44. Wir lassen Uns zwar gefallen, daß Pfarrer, die Alters oder vieler andern Geschäfte halber, mit einem oder mehreren Caplänen versehen sind, einem ders. die Obforge der Schule auftragen, in solchen Fall aber muß der Pfarrer wenigstens dahin sorgen, daß der Caplan diesen Auftrag gehörig befolge; es versteht sich von selbst, daß so ein Caplan alsdenn alles dieß zu beobachten habe was gleich verordnet werden wird.

45. Wöchentlich wenigstens einmal soll der Pfarrer oder dessen Caplan an dem Orte, wo er wohnt, an zugeschlagenen Orten alle 14 Tage während der Schul-Zeit die Schule zu visitiren verbunden, der Schul-Meister aber gehalten seyn, in seinem Schul-Catalogo den Tag, da der Pfarrer visitirt hat, durch einzeichnen eines V. (welches Visitation bedeutet) zu bemerken.

46. Der Pfarrer muß bey der Visitation beobachten (a) ob die in der publicirten Instr. ausgeschriebenen Stunden inne gehalten (b) die bestimmte Methode gebraucht (c) die verordneten Catalogi sowohl über die zur Schule gehörigen Kinder, als auch über deren Fleiß gehörig geführt (d) ob der Schulmeister mit Strafen das gehörige Maaß überschreite (e) das Schul-Geräthe, die Bücher in Ordnung (f) die Schule reinlich halte, ob er wenn er eine besondere Wohn-Stube hat, die Schule zu seinen Geschäften und seines Gewerbes Betrieb mißbrauche.

47. In Absicht auf die Schul-Kinder muß der Pfarrer Achtung geben: a) ob alle Personen, die laut der Verordnung in die Schule und an Sonntagen des Ermmers in die Wiederholungs-Stunden gehen sollen, wirklich kommen. b) Ob die Schüler sowohl nach dem Geschlecht, als nach den Fähigkeiten in Classen getheilet, und die zusammen gehörigen beisammen sitzen. c) Ob sie Vortheil vom Unterricht haben, folglich, ob sie in dem was sie lernen weiter gebracht werden. d) Ob der Schul-Meister sie etwann zu geschwind zu den folgenden fortführe, ehe sie nemlich noch das Vorhergehende recht gefaßt haben. e) Ob der Schul-Meister Kinder zu seinen häuslichen Geschäften während der Schul-Zeit anwende, und dafür sie etwann mit Lernen verschone.

48. Auch muß der Pfarrer dahin sehen, ob das Schul-Gebäude und Geräthe in gehörigem Stande, das Schul-Regl., Bücher, Tafeln und was sonst für die Schule erforderlich ist, vorhanden sey; er muß, wenn es nöthig, dinstfalls das Erforderliche dem Magistrat, Dominio oder den Gerichten und den Eltern, die ihre Kinder zu schicken unterlassen, vorstellen, allen Mängeln und Hindernissen, so viel an ihm liegt, durch dienliche Mittel abzuheffen bestreben seyn. Was er selbst abändern nicht vermag muß er schriftlich anmerken, um es zur unten bestimmten Zeit dem Grp-Priester, allenfalls auch dem Schul-Inspectori zur Remedur anzeigen. Er muß die monatlich vom Schul-Meister zu übergebenden Fleiß-Tabellen sammeln halten, daraus durch den Schul-Meister zur Zeit der Visitation und des an den Grp-Priester zu erstattenden Berichts, nach angehängtem Formular C. Extracte machen lassen, um im Stande zu seyn, sie dem Grp-Priester oder Schul-visitatori vorzulegen.

49. Dem Schulmeister muß er seine Fehler, doch nicht in Gegenwart der Kinder, sondern besonders verweisen, ihn zu bessern, und in Stücken, darinnen es ihm etwa fehlet, zu unterrichten suchen. Er muß dens. während der Schulzeit zu keinen andern Geschäften, am wenigsten aber zu seinen eigenen Diensten brauchen. fallen Amts-Verrichtungen vor, oder wird er zu Kranken berufen, so muß er dahin nicht den Schul-Meister, sondern jemand anders, allenfalls auch einen großen Knaben mitnehmen, nur nicht in dem Fall, wenn er zu einer in Kindes-Nothen mit dem Tode ringenden Frau berufen wird. In den zu Einsammlung der Collection oben bestimmten Predigten, muß er sich bemühen, die Schuldigkeit und den Nutzen einer guten Unterweisung recht nachdrücklich seinen Zuhörern ans Herz zu legen.

50. Wir schreiben nichts in Absicht auf dasj. vor, was und wie Pfarrer so-

wohl, als die welche deren Stellen vertreten, in der Christlichen Lehre die Jugend theils selbst, theils durch den Schul-Meister unterrichten sollen. Wir verweisen in diesem Stücke auf die Anordnung, welche hierunter der General-Vicarius der Breslauer Diöcese bekannt machen wird. Indessen befehlen wir Ihnen Unsern erwachsenden Unterthanen nebst den Pflichten, welche sie Gott, dem Nächsten und sich selbst schuldig sind, auch die Pflichten der Treue, des Gehorsams, und der unverbrüchlichen Ergebenheit deutlich und faßlich zu erklären, die sie Uns als ihren Souverain und Unsern untergeordneten Obrigkeiten, schuldig sind. Wir erinnern sie es nicht dabey bewenden zu lassen, der Jugend etwa hierüber ein paar Sätze ins Gedächtniß zu bringen, sie sollen wie in allen andern Dingen ihren Verstand auch hierüber aufklären, ihnen aus der Religion sowohl, als aus der Vernunft die Gründe dieser Pflichten vortragen, daß sie solche einsehen, und folglich begreifen lernen. Sie müssen sie dadurch gleich von Jugend an geneigt zu machen suchen, solche zu seiner Zeit und in den vorkommenden Gelegenheiten zu erfüllen.

51. Um die Uns so sehr am Herzen liegende Schul-Verbesserung so dauerhaft als möglich zu machen, können wir es dabey nicht bewenden lassen, den Pfarrern jedes Orts, die besondere Obsorge der Schule nachdrücklichst empfohlen zu haben, Wir finden noch vor nöthig, deshalb zu verfügen, daß Unsere Krieges- und Domainen Cammern, das Bischöfliche Vicariat-Amt und die in Unserm Schlesisch und Glagischen Landen bestellten Vicarien auswärtiger Diöcesen, letzterer zwar durch die Grz.-Priester und noch besonders zu bestellenden Schul-Inspectores alle Attention und zwar nach folgender Verschrift auf diesen für den Staat so wichtigen Gegenstand verwenden.

52. Was die Grz.-Priester betrifft, so befehlen Wir daß jeder ders. gegen Fast-Nacht alle Schulen seines Kreises visitire. Diese Zeit ist vor andern auf dem Lande deshalb die bequemste, weil alsdenn Kinder (die doch nur Winterszeit am fleißigsten und Sommerszeit sehr wenig die Schule besuchen) schon gegen 3 Monathe gelernet und folglich etwas begriffen haben werden, daß sich bey der Visitation veressenbahnen kann. Visitirte er erst nach Ostern oder im Herbst, so würden zu erst gedachter Zeit viele Kinder bereits die Schule verlassen, in letzterem Fall aber noch nicht alle, die zur Schule gehören, sich eingefunden haben, er könnte sonst über den Zustand der Schulen nicht mit Zuverlässigkeit urtheilen. Es muß demnach oben erwähnte Zeit und keine andere zu den Schul-Besuchen angewendet werden.

53. Der Visitirende Grz.-Priester hat zwar alles das bey seiner Visitation zu beobachten, was oben dem Pfarrer für die wöchentlichen Schul-Besuche vorgeschrieben worden ist, er muß aber insbesondere nachfolgendes in Acht nehmen.

54. Sich von dem Pfarrer die monatlichen Schul-Catalogos nebst dem daraus gefertigten Extracte übergeben lassen, solche mit dem Verzeichniß aller zur Schule gehörigen Kinder vergleichen, um zu sehen, ob alle, die in die Schule gehen sollen, dahin gekommen sind. Er muß die Ursache erforschen, warum Kinder zurückgeblieben, ob der Pfarrer sie dahin zu bringen sich gehörige Mühe gegeben habe; kommt das Ausbleiben von der Nachlässigkeit der Eltern oder Vormünder her, muß er letztere vor sich kommen lassen, ihnen die wieder die Schul-Verordnung bezeugte Widerseßlichkeit verweisen, die Gerichte des Orts erinnern, die auf dem Fall des Abhaltens von der Schule, gesetzte Straffe bezutreiben; ist die Herrschaft selbst am Orte; so verlangt er diß von der Herrschaft. Ders. muß er gleichfalls Vorstellungen machen, im Fall sich solche bekommen lasse, Kinder, die noch in Schul-Jahren stehen, zu Diensten auf den Hsß zu nehmen.

55. Er muß beym Schul-Besuche persönlich dem Unterricht des Schul-Meisters beywohnen, um zu sehen, und zu hören, ob dieser nach der vorgeschriebenen Art lehre, er muß dabey die Kinder einzeln prüfen, um zu sehen, ob sie würklich vom Unterricht Vortheil haben, und ob sie würklich so weit gekommen sind, als der Fleiß-Catalogus besaget. Dieser Untersuchung sollen nebst dem Pfarrer die Gerichten oder einige Deputirte aus der Gemeinde beywohnen, die hierzu bey Ankündigung der Visitation, welche per Currendam geschehen soll, zu verlangen sind.

56. Er muß in dem Catalogo sich ersehen, ob die dem Pfarrer befohlenen wöchentlichen Schul-Besuche vorgenommen worden, ob dieser mit Eysen und Nachdruck sich der Schule annehme, oder darum wenig oder gar nicht besorgt sey; er muß sich deshalb besonders beym Schul-Meister, ja wohl auch bey den Pfarr-

Kindern durch schriftliche Fragen erkundigen und sich versehen, damit er nicht hier-  
bey durch falsche Berichte hintergangen werde.

57. Muß er die Gerichte auch wohl andere wahrhaftige und aufrichtige Leute  
in der Gemeinde fragen, ob die bestimmte Schul-Zeit richtig inne, der Schul-Meister  
etwa auf allerley Art abgehalten werde, oder selbst die festgesetzte Zeit abkürze.

58. Ueber das Bezeigen des Schul-Meisters in der Schule gegen die Kinder,  
über seine Lebens-Art überhaupt, so wie insbesondere über dessen Aufführung gegen  
den Pfarrer oder Caplan, wenn er ihm zum Besten der Schule und sonst Erin-  
nerung macht, muß er sich erkundigen, er muß ihn nöthigenfalls ermahnen, warni-  
gen, zurecht weisen, ein gleiches hat er in Absicht auf den Pfarrer zu thun, wenn  
es die Nothdurft erfordert. Er muß von dems. vernehmen, was seiner Schule,  
oder vielmehr dem guten Fortgang derselben hinderlich ist, und was dieser zur  
Verbesserung angemerkt hat.

59. Auch hat er nachzusehen und nachzufragen, ob das Schul-Gebäude im  
Stande, und mit gehörigem Geräthe versehen sey, und ob dem Schul-Meister das  
angesezte gereicht werde. Er muß alle die Mängel und Gebrechen zu heben sich  
bemühen, welche der Pfarrer nicht zu heben vermocht hat.

60. Ueber alles dies muß er ein Protocoll verfassen, theils um daraus den  
Bericht an den Schul-Inspector zu machen, theils auch um bey der folgenden Vi-  
sitation nachzusehen, ob das bey der vorhergehenden erinnerte gebessert worden.

61. Nach der Visitation längstens 14 Tage nach Ostern, erstattet er nach An-  
leitung vorstehender Numern seinen Ber. an den Schul-Inspector, legt den Extract  
aus den Schul-Tabellen bey, und führet an, in wie weit seine Erinnerungen be-  
stätigt worden, insbesondere aber, was er zu bessern nicht vermocht hat. Dergl.  
Ber. muß er auch gegen die Mitte des Ost. erstatten, und in solchem das, was  
mit der Schulvisitation in seinem Kreise vorgefallen, und ihm von dem Pfarrer  
überreicht worden ist, anführen.

62. Zu Inspectoren der Schulen sollen Geistliche von dem General-Vicariat  
late und den Vicarien auswärtiger Diocoesen bestellet werden, die eine vorzüg-  
liche Erkenntniß vom Schul-Wesen und der für die Schlessischen Schulen beliebten  
Lehr-Art entweder bereits besitzen, oder sich in irgend einer wohl eingerichteten  
Schule zu erwerben geneigt sind, beynebenst aber müssen sie zu Förderung ders.  
Lehr- und Erzer haben; einem jeden ist ein gewisser District anzuweisen: Sie haben  
sich nach folgendem zu achten.

63. a) Müssen sie sich aufs genaueste, wo nicht persöhnlich, doch durch er-  
lassene Circularia um die Beschaffenheit der Schulen ihrer Inspection bekümmern.

64. b) Sie müssen ihre eigene Schul-Leuthe, wenn sie nicht etwa zu alt sind,  
indemwo in einer wohl eingerichteten Schule in den Vortheilen und den wesent-  
lichsten Stücken der Lehr-Art unterrichten lassen, oder sich bemühen, einen der Sache  
bedürftigen Menschen zu erhalten, um durch solchen ihre eigene Schule wohl einzur-  
ichten. So bald sie damit zu Stande gekommen sind, müssen sie

65. c) Aus jedem Archipresbyteriat ihrer Inspection einen oder 2 der mun-  
desten und geschicktesten Schul-Leuthe, der selbst eine ziemlich starke Anzahl Schul-  
kinder hat, zu sich kommen lassen, um ihn das wesentlichste und nothwendigste,  
nämlich die Buchstaben Methode, das zusammen unterrichten, den Gebrauch der  
Schul-Bücher und Tabellen, das Einrichten und Führen der Catalogorum befan-  
dt zu machen. Wenn sie diß begriffen haben, und wieder nach Hause entlassen wor-  
den, muß er ihnen befehlen, zuerst ihre Schulen einzurichten, denn aber muß der  
Schul-Inspector

66. d) Jedem Erz-Priester aufgeben, daß er nach und nach alle Schul-Mei-  
ster seines Kreises, besonders künftigen Sommer zu demj. zu gehen beordert, der  
am erwähnter maffen in der Schule des Inspectoris das wesentlichste der beliebten  
Lehr-Art sich befan-  
dt gemacht hat; diese müssen von jenen eben so unterwiesen  
werden, wie jener selbst in der Schule des Inspectoris unterwiesen worden ist.

67. e) Müssen sich auch Erz-Priestern alles begreiflich zu machen suchen,  
was zur guten Einrichtung der Schulen gehöret, und diese aus gegenwärtigem Regl.,  
erwähnter Instr. und aus den Büchern von selbst einzusehen nicht vermögen.

68. f) Sind sie gleichfalls verbunden, nachdem die Erz-Priester mit den  
Schul-Besuchen fertig sind, Visitationes zu halten. Sie visitiren die Schulen der  
ihnen subordinirten Erz-Priester, und um zu sehen, in wieferne dieselben bey ihren  
Visitationen aufmerksam, und in den erstatteten Ber. zuverlässig sind, auch nach

Belieben einige Schulen der dem Erzprieſter subordinirten Pſarren; hierbey nehmen ſie eben das vor, was bey Viſitationen für Erzprieſter oben beſtimmt worden.

69. g) Ihre Pflicht iſt ferner, ſich zu bemühen, alle die Hinderniſſe und Mängel zu heben, welche Erzprieſter zu heben nicht vermögen; können ſie es nicht dahin bringen, ſo müſſen ſie in ihren Ber. darüber Anzeige thun. Dieſe Ber. erſtatten ſie jährlich 2 mahl über vorſtehende Punkte an das General Vicariat Amt, oder die dahin nicht, ſondern unter auswärtige Dioceſen gehörige, an die Vicarios oder Decanos, und zwar längſtens 4 Wochen nach Oſtern und ſo viel Wochen nach Michaelis, ſie fügen, wo es nöthig, ihr unmaßgebliches Gutachten und endlich auch den Tabellen-Extract nach dem Schemate E. bey.

70. h) Sie publiciren und vollſtrecken die das Schul-Wesen angehenden Veränderungen, bey den ihnen unter geordneten Erzprieſtern.

71. Das General Vicariat Amt, und die Vicarii oder Decani auswärtiger Dioceſen, haben aus den eingegangenen Berichten der Schul-Inspectoren jährlich 2 mahl, und zwar mit Ende Maij und ende Nov. an Unſere Kriegeſ und Domainen-Cammern über den Zuſtand der Schulen Bericht zu erſtatten, und zwar anzuzeigen:

72. Imo Wo und welche Contraventiones wider dieß General-Land- und Schul-Regl., von Magiſträten, Herrſchaften, Unterthanen geſchehen, die durch Erzprieſtern und Inspectores nicht abgemacht werden können. IIto Hinderniſſe allerley Art. IIIto Wenn entweder Schulgebäude nicht repariret, oder Schulbedienten das Ihrige nicht gereicht werden will. IVto Wichtige Anmerkungen und Gutbedungen, die zu betterer Einrichtung des Schulwesens dienlich ſind. Vto Pſarrer und Schulmeiſter, welche ſich durch ihren Fleiß und Eifer um das Schulwesen verandern beſonders hervor thun, in der Abſicht, die auf ſchlechten Beneficiis lebenden zur Verſorgung mit betterer Unſerer Collatur zu empfehlen. VIto Incorrigible Schulmeiſter in Unſern Amts- oder Cammer-Dörfern, um ſolche, wenn keine Besserung zu hoffen iſt, vom Amte abzuseßen.

73. Wir befehlen Unſern Kriegeſ- und Domainen Cammern, dafür zu ſorgen, daß nicht allein den angezeigten Gebrechen durch dienliche Mittel und Berathungen ungeſäumt abgeholfen, den Hinderniſſen geſteuret, incorrigible Schulmeiſter abgeſchaffet, taugliche an deren Stelle geſezet, die ſich ums Schulwesen eifrig anweiſenden Inspectores, Directores der Seminarien, Pſarrer und Capläne, bey ſich ereignenden Vacantzien einträglicher Beneficien Unſerer Collatur vor andern verſorget, und mithin andere zu gleichem Fleiß und Eifer encouragiret werden mögen. Dem Biſchöflichen General Vicariat-Amte, den Vicariis und Decanis auswärtiger Dioceſen, den Magiſträten, Dominiis und ſämmtlichen Unſern Unterthanen Civil- und Weltlichen Standes, welche dieſe Unſere Verordnung angehet, beſonders aber den Römisch-Catholiſchen Schul-Inspectoren, Erzprieſtern, Seminarien-Directoren, Pſarrern, Capläne und Schulmeiſtern, befehlen Wir aufs nachdrücklichſt und eifrigſte, auch bey Androhung Unſerer Ungnade, und nach Befinden gebührender Straffe, über deren Befolgung nach ihrem ganzen Inhalt ernſtlich und mit aller attention zu halten, und die nach Anweiſung deſſelben einem Jeglichen beſonders obliegende Pflicht auf das exacteſte zu erfüllen. Gegeben Potsdam den 3. Nov. 1765. Friedrich.

Nota. An Dertern, wo 2 Lehrer ſind, kan der Lehrer der andern Claſſe zugleich dasjenige lehren, was für den 3ten Lehrer oben beſtimmt iſt. Derſelbe abgiebt in dieſen Stücken nur wöchentlich 2 Stunden Unterricht etwann Dienſtag und Frentags. Es verſtehet ſich von ſelbſt, daß er ſich kürzer faſſen und nicht ſo weit ausdehnen muß, als der Lehrer der oberſten Claſſen an Orten thut, kann, wo er ſich nur allein täglich damit abgiebt. Die Eintheilung der Stunden und Sachen gehöret demnach auch für den 2ten Lehrer an Orten, wo daſelbſt nur 2 ſind, doch nur an ermeldeten zwey oder ein paar andern bequemen Tagen der Woche. Es verſtehet ſich von ſelbſt, daß er an ſolchen Tagen dasjenige lehre, was ſonſt ihm zu lehren obliegt, und in der mitteliſten Abtheilung Tabelle zu ſehen iſt. Das ſub No. 5. angeſetzte Franzöſiſche und die Lateiniſche muß entweder gar wegbleiben, oder es müſſen dazu eigene Stunden über die ſtimmten ausgeſezet werden, denn, wenn wöchentlich zu einem oder dem andern dieſer Stücke nur 2 Stunden genommen würden, könnte (weil es dabey viele Uebung ankommt) kaum ſo viel Nutzen erhalten werden, daß es der Mühe lohnte, derley Unterricht anzuordnen.

Lehrer der untersten Classe.	Gebeth, Singen, Lesen der Namen, Aufzeichnen der Anwesenenden im Catalogo. Vorlesen des zum Lernen aufgegebenen Katechismus-Stück.	Unterricht zum Lesen der Französischen Wörter.	Deutsch Lesen, correct mit Abwechselung der Stimme.	Rechenstunde.	2 mal in der Woche wird der Catechismus erklärt.	Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Buchstaben lesen. Buchstaben und Lesen.	Gebeth. Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Orthographie und Lesen.	Gebeth. Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Orthographie und Lesen.
Lehrer der andern Classe.	Obiges.	Unterricht zum Lesen der Französischen Wörter.	Deutsch Lesen, correct mit Abwechselung der Stimme.	Rechenstunde.	2 mal in der Woche wird der Catechismus erklärt.	Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Buchstaben lesen. Buchstaben und Lesen.	Gebeth. Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Orthographie und Lesen.	Gebeth. Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Orthographie und Lesen.
Lehrer der obersten Classe.	Gebeth. Er verliest die Namen und merkt die Anwesenenden im Catalogo. Er erklärt von Michaelis bis Ostern die Regeln der Deutschen Sprache. Lieft aus einem guten Buche eine kurze Geschichte oder Fabel vor; er läßt das was er gelesen hat von den Schülern sich erzählen, um sie zu gewöhnen, sich richtig auszudrücken, er giebt ihnen auf, das Gehörte zu Hause aufzuschreiben, dieses den folgenden Tag in die Schule zu bringen, er verbessert die unrichtigen Ausdrücke, lernt wider die Sprachgesetze und wider die Rechtschreibung; von Ostern bis Michaelis übet er sie im Briefschreiben und in Verfassung allerley schriftlichen Aufsätze.	Unterricht zum Lesen der Französischen Wörter.	Deutsch Lesen, correct mit Abwechselung der Stimme.	Rechenstunde.	2 mal in der Woche wird der Catechismus erklärt.	Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Buchstaben lesen. Buchstaben und Lesen.	Gebeth. Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Orthographie und Lesen.	Gebeth. Vermeidung von Anwesenenden im Catalogo. Orthographie und Lesen.

Die zu dieser Tabelle gehörige Nota befindet sich wegen Mangel an Raum auf der vorhergehenden Seite.



Lit. B. Lections-Catalogus für Dörfer.

B o r m i t t a g s.					
Im Sommer. Im Winter.	Von 8 bis $\frac{1}{2}$ auf 9. Von 9 bis $\frac{1}{2}$ auf 10.	Von $\frac{1}{2}$ auf 9 bis $\frac{1}{2}$ auf 10. Von $\frac{1}{2}$ auf 10 bis $\frac{1}{2}$ auf 11.	Von $\frac{1}{2}$ auf 10 bis 10. Von $\frac{1}{2}$ auf 11 bis 11.	Von 10 bis $\frac{1}{2}$ 11. Von 11 bis $\frac{1}{2}$ 12.	Von $\frac{1}{2}$ 11 bis 11 Uhr. Von $\frac{1}{2}$ 12 bis 12 Uhr.
	Gebeth; Singen, Anmerkung der Anwesenden im Catalogo. Was aus dem Katechismus und sonst zu lernen, wird einigemahl vorgelesen.	Die 1ste und 2te Classe liest.	Die untere Classe ler- net Buchstaben kennen, und buchstabiret. Die obere schreibt.	Die Kinder der untern Classe werden entlas- sen, die obere Classe rechnet; die mittlere schreibt.	Die mittlere Classe rechnet; die Obere kann zur Uebung und Wieder- holung mit rechnen. Einmahl in der Woche wird zu dieser Zeit der Katechismus vom Pfar- rer erläutert.
N a c h m i t t a g s.					
	Von 1 bis $\frac{1}{2}$ auf 2.	Von $\frac{1}{2}$ auf 2 bis 2.	Von 2 bis $\frac{1}{2}$ 3.	Von $\frac{1}{2}$ 3 bis 3 Uhr.	
	Gebeth; Singen, Anmerkung der Anwesenden im Catalogo.	Die obere Classe liest. Die mittlere buchstabiret. Die un- tere macht sich die an der Tas- fel geschriebenen Buchstaben bekannt, sucht dergleichen in	Der Schulmeister leh- ret die untere Classe Buchstaben kennen, und läßt sie buchstabiren, die mittlere schreibt;	Die obere schreibt; die mittlere rechnet.	

**Formularien.**

**Lit. C.**

In halbjährigen Extracten, welche Schulmeister laut No. 42. und 48. d. k. k. Land-Schul-Reglements aus den Monatlichen Fleiß-Tabellen für den Ort, für welchen sie machen sollen.

**Lit. D.**

**Erinnerung.**

Das der publicirten Instr. beigefügte Schema, zur Monatlichen Fleiß-Tabelle, wie auf der folgenden Seite steht, mit ein paar Rubriken und Colonnen zu versehen, um vermittelst derselben nicht allein die anwesenden Schüler zu verzeichnen, sondern auch zu vermerken, wie weit jedes Kind gebracht sei, und wenn es etwas zu lernen angefangen habe. Diese Nachweisung ist für Pfarrer, vicarische Ortspriester und Inspectores besonders nützlich, um gleich zu sehen, was die Kinder gelernt haben, worüber es befraget werden könne. Vor den Tischen, an welchen täglich die anwesenden bemerkt werden, befinden sich die, in welchen durch einen oder zwei Buchstaben, deren Bedeutung am Ende des Formulars erklärt ist, angesetzt wird, was jedes Kind bis zum Anfange des Monats erlernt habe. An jedem Tage, da es der Schulmeister zu etwas neuen fortführt, wird durch Einschreiben eines oder einiger Buchstaben die Sache in das für solchen Tag gehörige Feld bemerkt, die man dem Schüler beizubringen anfängt. Jeder Schulmann, der mehr als eines, als Lesen, Schreiben und Rechnen beibringt, wird nach diesem Muster leicht neue Zeichen zu erfinden und deren Erklärung der Tabelle beizufügen wissen.

**Lit. E.**

Formular zu den Tabellen, welche die Schul-Inspectores aus den Berichten in Extracten, die sie von den Ortspriestern erhalten, für das Vicariat-Amt einsenden, und laut N. 69. nebst dem halbjährigen Ber. einsenden sollen.

## Lit. C. Extract aus den Monatlichen Fluß-Tabellen bei

Rahmen der Altern nach dem Alphabeth der Zunahmen.	Deren Stand.	Lauf-Rahmen der Schul- fähigen Kinder		Z A
		die in die Schule kommen.	die nicht in die Schule kommen.	
Burmann Hans	Bauer	Jacob	" "	11
Hansel Carl	Rutcher	" "	Rielaud	10
Hänsler Friedrich	Gärtner	Anna	" "	12
		Summa 2.	Franz. Summa 2.	

Lit. D. Verzeichniß, daraus zu ersehen ist, wie fleißig in dem Dorfe N. gehalten, und wori

Monaths-Tage					1	2	3	4	5	6	7
Anmerkungen.							Cal.		V.		Σ
Nahmen der Schul-Kinder.	Was sie bis Anfang dieses Monaths erlernt haben,										
	Lesen.	Schreib- ben.	Rech- nen.	Son- sten.							
Baeyer Hans	B. I.	"	"	"	"	"	"	"	B	"	"
Baeyer Paul	B.	"	"	"	"	ab	"	"	"	"	"
Jende Jacob	geschr. I.	H.	J. a.	"	"	"	"	Ad.	"	"	"
Scholz George	L. I.	g. v.	Mult.	"	G.	"	"	"	"	"	Di

- a) Anfangs - Zeichen der Buchstaben schreiben: Ad. addiren. B. buchtechnismus. Div. Dividiren. e. S. einzelne Zeilen schreiben. F. & L. Lateinisch lesen. L. f. Lateinisch schreiben. Mult. multipliciren. Sonntag. Sub. subtrahiren. V. Visitation des Pfarrers. S. a. Sah

Lit. E. Auszug aus den von den Org.-Priestern der Inspection  
von Ra  
s Di

Rahmen der Archipresby- terate in Al- phabetischer Ordnung.	Rahmen der Orts- ter jedes Archi- presbyterate in Al- phabetischer Ord- nung.	Rahmen der Pfarrer.	Dessen Fleiß oder Unfleiß beim Schulwesen.	Rath der Schulm.







**Das katholische Schul-Regl. wurde später modificirt und ergänzt durch**

c) das Schul-Regl. v. 18. Mai 1801 für die niedern katholischen Schulen in den Städten und auf dem platten Lande von Schleßen und der Graffsch. Magb. <sup>1)</sup>

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. u. haben Uns seit dem Anjange Unserer Regierung unablässig bemüht, durch Verbesserung der Erziehungs-Anstalten unter Unsern getreuen Unterthanen, nicht allein nützliche Kenntnisse zu verbreiten, sondern sie auch zu guten Bürgern und Dienern des Staats zu bilden. Durch zweckmäßigen und ansehnlichen Unterricht lernen sie vernünftig denken, und ihre Begriffe werden bereinnet. Durch Moralität und Fleiß wird ihr Herz und ihre Sitten verbessert, und sie sowohl für das gesellige als häusliche Leben brauchbar und ihren Kreiden empfänglich gemacht. Wir haben in dieser Absicht durch ein Schul-Regl. für die Universität Breslau, und die damit verbundenen Gymnasien v. 26. Juli v. J. bereits einen Beweis Unserer Landesväterlichen Sorgfalt gegeben. Wir haben eine eigene Schul-Direction angesetzt, und ihr die Ober-Aufsicht über diesen Gegenstand aufgetragen. Es warer jedoch darin verzüglich auf die Un- Jesuiten-Erziehungs-Anstalten Rücksicht genommen, wo nur gelehrter Unterricht ertheilt wird. Für die niedern Schulen in Städten und auf dem platten Lande waren darin keine bestimmte Vorschriften enthalten, und konnten es auch nicht seyn, da dazu ganz andere Bestimmungen erforderlich sind. Diese Classe Unserer Unterthanen ist aber die zahlreichste, und es ist bisher durch schlechten, ärmlichen und unzureichenden Unterricht am meisten vernachlässigt worden. Es mußten tüchtige Schullehrer gebildet, sie müssen mit einem auskömmlichen Unterhalt versehen werden, um sie über die drückenden Nahrungsorgen zu erheben, und ihnen die Ausübung ihres schweren Amtes angenehm zu machen. Man muß endlich alle Hindernisse, so viel als möglich, beseitigen und dem Wege zu räumen, die Bekehrung und Erhellung der Eltern oder der Reifezeit der Jugend diesem heilsamen Zwecke entgegen setzen. Wir haben Uns also entschlossen, diesen Gegenstand durch gegenwärtiges Schul-Regl. für die Schleßischen katholischen niedern Stadt- und Landschulen genauer zu bestimmen, und haben das Vertrauen zu Unsern Schleßischen Ritters-Besitzern und Unterthanen, daß sie diese Unsre Landesväterliche Absicht nicht verkennen, daß Erbkere sich überzeugen werden, Cultur, öffentliche Ordnung und allgemeiner Wohlstand stude nur bei gutem Willen, und über ihre Verhältnisse gehörig aufgeklärten Unterthanen steht, und daß die Unterthanen fühlen werden, zu ihrem häuslichen Glück sey eine richtige Kenntniß ihrer Pflichten und vorwertheliche Denkungsart nöthig. Das katholische Schul-Regl. für Schleßen v. 3. Nov. 1765 enthält zwar sehr viel gute Vorschriften, und Wir bestätigen und wiederholen es auch in gegenwärtigem, insofern es dadurch nicht aufgehoben, und näher erläutert wird: allein wir haben darin alles das, verweist, was wegen Unterhaltung der Schulen wesentlich notwendig ist. Dieser Gegenstand verdient indessen alle Aufmerksamkeit; denn nur von hinlänglich besoldeten Lehrern kann man treue Ausübung ihrer Pflichten erwarten, und die Befestigung dieser Belohnung kann indessen nicht mehr der Willkür der Herrschaften und der Unterthanen, dem Privat-Vermögen, oder einer über verstandenen Sparsamkeit überlassen werden. Auch müssen die obern Behörden besser, als es bisher geschehen, und nach dem Regl. von 1765 geschehen konnte, die Schullehrer gegen unbillige Verweigerungen und Demüthigungen vom Seiten derer, die ihnen ihren Unterhalt zu reichen haben, schützen. Eben so notwendig ist es, genau zu bestimmen, wie es in Dörfern gewöhnlicher Religion, deren es in Schleßen sehr viele giebt, mit Aufsehung des Schullehrers und des Schul-Unterrichts gehalten werden soll. Unter den niedern Schulen, für welche Wir hier besonders Vorschriften ertheilen, verstehen Wir solche Unterichts-Anstalten in den Städten und auf dem platten Lande, die ganz eigentlich zur Bildung für den Bürger und den gemeinen Landmann bestimmt sind, und wo

1) Ueber das mehrfach in dem Regl. v. 18. Mai 1801 eingeführte Regl. v. 3. Juli 1800 vergl. unten sub a. — Die ebenfalls allegirte B. v. 31. Dec. 1768 (L. 99. 17. 18.) ist jetzt ohne weiteres Interesse. Sie steht dort. Orts in der Samml. von Regl. auch unten sub d.

ihm die Kenntnisse, deren er in seinem Wirkungskreise, und zu Betreibung seines Gewerbes bedarf, beigebracht werden. Wir setzen diesen Schulen die höhern Erziehungs-Anstalten für den Gelehrten entgegen, worin todt Sprachen, spekulative Kenntnisse und überhaupt alle höhere Wissenschaften gelehrt werden, und welche man gewöhnlich Gymnasien nennt. Von dieser letzteren Art sind die Gymnasien des durch Unser Regl. v. 26. Juli v. J. als Corporation aufgehobenen Schul-Instituts. Diese sechs Gymnasien zu Breslau, Dypeln, Meisse, Glas, Glogau und Sagan sind zur gelehrten Bildung Unserer katholischen Schlesiſchen Unterthanen völlig hinreichend; dagegen müssen aber alle übrige Gymnasien oder gelehrte sogenannte lateinische Schulen in Städten oder in Stiftern und Klöstern, von Publikation dieses Regl. an, aufhören, und sollen die dazu bisher verwendeten Fonds und die dabei angestellten Lehrer zu den niedern Schulen gebraucht werden, jedoch so wie von den andern Schulen bestimmt ist, der Visitation des Ordinarii und seiner Delegirten, und in Absicht der Lehrmethode der Schul-Direktion unterworfen sein. Unsere Bürger in Städten und Landleute, welche ihren Kindern gelehrten Unterricht verschaffen wollen, haben in einem der oben benannten Gymnasien, sonderlich wenn sie reglementsmäßig eine verbesserte Form erhalten, dazu hinlänglich Gelegenheit, und die Stifter und Klöster, denen aus Ordenspflicht die Sorgfalt für den Jugend-Unterricht obliegt, können in niedern Schulen diese ihre Verbindlichkeit in ihrem ganzen Umfange erfüllen, doch sind sie eben den Vorschriften, wie jede andere weltliche Schule unterworfen, und hat die Exemption von der Gerichtsbarkeit des Ordinarii auf diese Nebenbeschäftigung keinen Einfluß.

1. Wir wiederholen daher nochmals zuſörderſt die Vorſchrift des Schul-Regl. v. 26. Julii v. J. §. 18., daß kein katholischer Schullehrer in Städten und auf dem Lande angeſetzt werden ſoll, welcher nicht in einem der angeordneten Seminarien durch die beſtimmte Zeit den Unterricht genoſſen, und ein Zeugniß ſeiner Fähigkeit erhalten hat. Kein Gutsherr und keine Korporation ſoll das Recht haben, einen andern zu einem Landſchul-Dienſte zu präſentiren, und Wir beſchränken dieſes ihr Präſentationsrecht hiermit nur auf dieſ., welche ſich in den Seminarien zu dem Lehramte gebildet haben. Dagegen hat aber auch Unſre Schul-Direktion, welcher wir die Einrichtung dieſer Seminarien, und die Bekanntmachung deſſelben hiermit auftragen, dafür zu ſorgen, daß immer eine hinlängliche Anzahl ſolcher Kandidaten zum Lehramte vorhanden ſei.

2. Es kann daher jeder, welcher das Recht hat, zu einer Schulſtelle zu präſentiren, wenn er ſelbſt keine qualiſicirte Subjekte kennt, ſich an die Schul-Direktion wenden, welche ihm einige vorſchlagen wird, aus denen ihm alſodenn die Wahl frei ſteht.

3. Da jedoch die Seminarien zum Theil erſt jezo eingerichtet werden, und dormalen noch nicht eine hinlängliche Anzahl ſolcher fähiger Subjekte vorhanden ſein dürfte, ſo ſoll dieſe Vorſchrift nur vom 1. Jan. künftigen Jahres an gelten.

4. Was die Religion der Schullehrer betrifft, ſo ſetzen Wir hiermit feſt: daß in der Regel jede Religions-Parthei einen eigenen Schullehrer ihres Glaubens haben ſolle, daß daher in katholischen Dörfern der Schullehrer katholisch, ſo wie in proteſtantiſchen, proteſtantiſch ſein müſſe.

5. Für ganz katholisch oder ganz proteſtantiſch ſoll auch ein Dorf gehalten werden, wenn gleich zur Zeit der Publikation dieſes Regl. der ſechſte Theil der Stellen-Befizer zur andern Religions-Parthei gehörte. Auf nachmalige Religions-Veränderungen der Stellen-Befizer ſoll hierbei nicht geachtet werden, und iſt das Datum der Publikation dieſes Ed. zum Normal-Termin für die Religion des Schullehrers anzunehmen.

6. In Dörfern vermischter Religion, wo nemlich die Religions-Verſchiedenheit der Stelle-Befizer größer iſt, als das §. 5. angegebene Verhältniß, ſoll der Schullehrer von der Religions-Parthei ſeyn, von welcher derſ. bisher geweſen, und entſcheidet hier wieder der bemeldete Normal-Termin. Es ſteht zwar der andern Religions-Parthei frei, ſich einen eigenen Schullehrer ihrer Religion zu wählen, doch müſſen deſhalb die dem alten Schullehrer ausgemittelten, oder einem neuen dieſer Religion nach §. 12. auszumittelnden Emolumente nicht geſchmälert werden, eben ſo wenig, als die andre Parthei nöthig hat, zum Bau und Unterhaltung des neuen Schulhauſes zu concurriren.

7. In ſolchen gemiſchten Dörfern ertheilt der Schullehrer allen Kindern, ohne Unterſchied der Religion, den Unterricht im Leſen, Schreiben, und allen ſol-

den Kenntnissen, die nicht zur Religion gehören. In Besessenen sollen solche gewählt werden, die nichts von den Unterscheidungs- Lehren einer oder der andern Religion enthalten. Desgl. müssen sich alle Kinder zu dem gemeinschaftlichen Gebete oder Gesange bei dem Anfange oder Ende der Schule vereinigen, wie solches hergebracht ist, doch muß dieses Gebet oder Gesang nichts einseitiges einer Religions-Partei enthalten. In der Religion ertheilt der Schullehrer, aber nur den Kindern seines Glaubens, Unterricht; die Kinder der andern Partei bleiben in den dazu bestimmten Tagen oder Stunden weg. Für den Unterricht dieser Kinder muß der Pfarrer und Seelsorger ihrer eigenen Religion, wo sie eingepfarrt sind, oder sich als Gäste hin halten, sorgen. Seine Pflicht als Volksschullehrer verbindet ihn dazu, und diese Pflicht ist nicht auf den Unterricht der Erwachsenen, von der Fangel eingeschränkt. Er selbst, oder sein Caplan müssen daher wöchentlich wenigstens drei Stunden, entweder im Schul- oder Pfarrhause, Religions-Unterricht erteilen, und zwar so, daß die ganz Kleinen, von denen, die schon erwachsen sind, getrennt werden.

8. Um die anstehende Pfarrer zu diesem Geschäft vorzubereiten, setzen Wir hienzu fest, wie solches schon in dem Regl. von 1765 §. 10. geschehen ist, daß alle Candidaten zum geistlichen Stande, auch die, welche aus andern Diöcesen sind, erst ihre Beförderung suchen, als welche ohnehin in Breslau studiren müssen, das Breslauer Schullehrer-Seminarium zu besuchen, und von dessen Director, theils theoretischen, theils praktischen Unterricht in der Pädagogik und allen zu der Ausübung der Pflichten eines Jugendlehrers erforderlichen Wissenschaften nehmen müssen. Ueber ihren dabei bewiesenen Fleiß und ihre Fähigkeit, theils selbst Unterricht in Religions-Sachen zu erteilen, theils den von den Schullehrern erteilten Gehör zu prüfen, hat ihnen der Seminardirector nach Pflicht und Gewissen ein Zeugniß zu geben, welches sie dem schlesischen Finanz-Ministerio, bei dem Gesuch um Erlaubniß, in den geistlichen Stand zu treten, oder um ein Beneficium vorzuwringen haben.

9. Da es auch in Schlesien viel Stifter und Klöster giebt, wo Klosterschulen sind, oder welche Güter mit Kirchen und Landschulen besitzen, auf welche die Ordens-Geistlichen als Pfarrer gesetzt werden, müssen sich alle, welche in solche Klöster sich begeben wollen, dieser Verordnung auch unterwerfen. Um entweder als Lehrer in den Kloster-Schulen, oder als Pfarrer ihre Pflichten der Obergewalt der ihnen untergebenen Stadt- und Landschulen erfüllen zu können, müssen sie entweder eines der bestellten Schullehrer-Seminarien durch die bestimmte Zeit besuchen, und sich theoretisch und praktisch mit der Pädagogik beschäftigen, oder wenigstens aus auf der Breslauer Universität zu lesenden Collegio pädagogico beimohnen, und das Zeugniß über ihren Fleiß und Fähigkeit entweder von dem Seminar-Director oder dem Professor der Pädagogik auf dem Gesuch um die Erlaubniß, in den geistlichen Stand zu treten, beigelegt werden. Was die Unterhaltung der Schullehrer betrifft, so setzen Wir hienzu fest:

10. Daß alle die bis zur Publication dieses Regl. bereits angesehnen Schullehrer bei ihren bisherigen Emolumenten, wie sie ihnen durch Contracte mit den Gemeinden und den Herrschaften, oder durch Observanz und mündliche Uebereinkunft zugesichert sind, verbleiben, und kein Recht haben sollen, auf die unten folgenden höhern Emolumente Anspruch zu machen. Die bereits bestimmten Emolumente sollen ihnen aber ohne Weigerung an den festgesetzten Terminen, und unverkürzt gewährt werden. Geschieht dieses nicht: so haben sie sich bei dem Landrath des Kreises zu melden, und dieser sowohl als Unsere 11. Kammer sind schuldig, den Schullehrern sofort allenfalls durch executivische Zwangsmittel von den Säumigen ihre Forderungen beizutreiben.

11. Sollte indeß einer der jetzigen jungen Schullehrer entweder bei einer angustellenden Prüfung schon hinlängliche Fähigkeit zu einem bessern Unterrichte zeigen, oder durch Besuchung des Seminars sich dieselbe erwerben wollen, ihm auch in Rücksicht des moralischen Betragens kein Vorwurf gemacht werden können; so wollen Wir ihm die Aussicht auf einen auskömmlichen Unterhalt nicht verschweigen, vielmehr es gerne sehen, wenn Gutsherrschaften und Unterthanen ihm, im Absicht seiner mehrere Fähigkeit, die unten folgenden Emolumente schon jezo angedehnt lassen. Wären diese aber hienzu nicht zu vermögen; so setzt ihm frei, auf eine Verfertigung an einen bessern Posten bei der Direction anzutragen; und diese hat die Pflicht, sich die bessere Versorgung solcher Leute besonders angelegen sein

zu lassen, welche nur das Unglück gehabt haben, zu früh in das Amt zu kommen. In Absicht der neu anzusetzenden Schullehrer bestimmen Wir in folgenden nur diejenigen Emolumente, welche er wenigstens haben muß. An Orten, wo derselbe mehrere hat, verbleibt es bei dem Alten, und Wir sind nicht gemeint, dieselben hierdurch zu schmälern.

12. Ein Schullehrer auf dem Lande muß daher wenigstens haben: a) ein gutes beständiges Haus. Bei Anlage neuer Schulhäuser ist dahin zu sehen, daß die Wohnstube von der Schulstube separirt, daß letztere für die Anzahl der Kinder geräumig genug und gehörig gelüftet sey, auch daß dem Hause die nöthige Stallung und Platz zu Futter und Getreide in Körnern beigelegt sey. Auch sind die erforderlichen Schul-Geräthschaften an Tischen, Bänken &c. anzuschaffen. — b) Einen Gartenstreck von wenigstens einem Scheffel Ausfaat. In Ermangelung dessen, müssen ihm drei Beete durch ein ganzes Gewende zu Grünzeug unentgeltlich abgereicht und die nöthige Gräberei angewiesen werden. — c) An Holz: jährlich Neun Klafter Scheitholz, oder nach Beschaffenheit des Orts, die Hälfte in Gebundholz, zwei Schock auf eine Klafter gerechnet. Wo Torf oder Steinkohlen vorhanden sind, wird nach Verhältniß dieses Brennmaterials dem Schullehrer gegeben. Solches ist ihm aber frei bis zu dem Schulhause anzufahren, über welche Verpflichtung unten das mehrere erfolgt. Dagegen soll der Schullehrer nicht mehr, wie bisher, freies Rast- und Beschoß haben, weil ihn dessen Einsammlung von den Schulstunden abhält. — d) An Deputat: Fünfzehn Scheffel Roggen, wie ihn die Garbe giebt, und zu Ruchelspeise drei Scheffel an Gerste, Erbsen und Hirse zusammen. — e) Die Freiheit, unter das Gemeinvieh zwei Stück Rindvieh und ein Schwein unentgeltlich zu treiben. — f) Fünfzig Reichsthaler baar Geld.

13. Wenn der Schullehrer zugleich Organist und Küster ist, so sind ihm auf diese Emolumente alle fixirte Einnahmen, die er an Deputat oder baar von der Herrschaft oder der Gemeinde, oder aus dem Kirchen-Vermögen erhält, anzurechnen. Alle unfixirte Einnahmen an Offertorien, Umgängen und Stol-Accidenzien aber nicht. Wo der Schullehrer aber zugleich Gemeinsschreiber ist, wird ihm das für diese Bemühung ausgemachte Firum oder Sporteln nicht auf obige §. 12. bestimmte Emolumente angerechnet, weil Versäumniß und mehrere Arbeit auch eine höhere Belohnung verdienen.

14. Mit eigentlichem Ackerbau soll sich daher der Schullehrer nicht befassen, weil ihn dieser von seinen Pflichten abhalten, und oft in Geschäfte verwickeln würde, die mit dem Ansehen seines Amtes unverträglich sind. Hat er an irgend einem Orte nach der bisherigen Observanz eigenen Ackerbau, so muß solcher entweder an die Gemeinde, oder an einen einzelnen verpachtet werden, und das Pachtgeld wird ihm auf seine baare Emolumente angerechnet.

15. Wenn einem Landschul-Lehrer bei seiner Ansetzung die §. 12. verzeichneten Emolumente ausgesetzt werden, so fällt in der Regel das Schulgeld gänzlich weg, und diej., welche eine Stelle besitzen, schicken ihre Kinder unentgeltlich in die Schule. Einlieger, die nichts Eigenthümliches haben, so wie auch das Dienstsind, entrichten nichts. Den Einliegern aber liegt die Pflicht ob, das dem Schullehrer angefahrne Holz zu hauen.

16. An Orten, wo die bisherigen Emolumente des Schullehrers mit Inbegriff des dort üblichen Schulgeldes größer waren, als die §. 12. befindliche Bestimmung, kann es zwar bei Ansetzung eines neuen Schullehrers in der bisherigen Verfassung bleiben; doch steht es auch der Herrschaft und den Gemeinden frei, statt des unbestimmten Schulgeldes auf den Grund der B. v. 31. Dec. 1768 dasselbe dahin zu bestimmen, daß der Bauer 1 Rthlr., der Gärtner 12 Ggr., der Häusler 8 Ggr. und der Einlieger 4 Ggr. bezahle.

17. In den Stadtschulen bleibt es bei dem in jedem Orte gewöhnlichen Schulgelde. Sind aber zu einer Stadtschule auch Dörfer geschlagen, so muß ein jeder Wirth, er mag Kinder haben, oder nicht, zum Unterhalt des Schullehrers, und zwar nach der oben angeführten B. v. 31. Dec. 1768, jährlich beitragen; dieser Beitrag ist nach geschעהner Repartition monatlich, so wie unten näher bestimmt werden soll, abzutragen, von dem Steuer-Einnehmer zu sammeln, und an den Schullehrer zu zahlen.

18. Bei dem Abgange oder dem Tode eines Schullehrers ist vorerst auszumitteln, wieviel derselbe an bisherigen Emolumenten genossen hat; das Deputat-Getreide ist hierbei nach den landschaftlichen Abschätzungs-Grundsätzen, das Verma-



Material nach den Preisen des Orts anzuschlagen. Findet sich, daß der Schullehrer mehr gehabt hat, als die Festsetzungen §. 12. und 13. besagen; so soll sein Nachfolger nicht verkürzt werden, wie bereits oben erwähnt worden. Auch verbleibt es bei der bisherigen Observanzmäßigen Aufbringung dieser Emolumente zwischen Herrschaften und Gemeinen. Hat er aber weniger gehabt, so tritt alsdann der Fall ein, daß er verbessert werden muß, und die Vertheilung soll in folgender Art geschehen.

19. a) Zu dem Brennmaterial und dem baaren Gelde muß die Herrschaft, von welcher Religion sie sey, ein Drittel beitragen, und zwei Drittel tragen die Stellenbesitzer oder die Gemeinde. Gibt die Herrschaft das Brennmaterial in natura, so hat die Gemeinde zwei Drittel des Preises davon mehr an Gelde zu geben. Sind mehrere Dörfer zu einer Schule geschlagen, so ist das Drittel unter die Herrschaften dieser Gütther nach dem catastrirten Ertrage derselben zu vertheilen. Eben dieses findet auch in Absicht der von den Gemeinen beizutragenden zwei Drittel statt, wenn mehrere zu einer Schule geschlagen sind. — b) Das Deputat an Getreide tragen die wirklichen Ackerbesitzer zusammen, und zwar nach der catastrirten Größe ihrer Ausfaat. Wo daher die Herrschaft gar kein Feld hat, wird dieses Deputat von denen, welche Acker im Felde haben, so wie im entgegengesetzten Falle von der Herrschaft allein gegeben. — c) Die von der oder den Gemeinen zu entrichtende baare Summe wird unter alle Stellenbesitzer, so viel deren zu einer Schule geschlagen sind, gleich vertheilt. — d) Das Brennmaterial ist dem Schullehrer von den zur Schule geschlagenen bespannten Wirthen, oder wenn dergleichen im Dorfe nicht vorhanden sind, von der Herrschaft anzufahren. Das Holzschlagen verrichten die Einlieger.

20. Diese Emolumente sollen auf folgende Art entrichtet werden. Um den Schullehrer durch ungerechte Verweigerungen und Verzögerungen nicht in Verlegenheit zu setzen, auch um ihn nicht zu nöthigen, daß er durch Demüthigungen sein Auskommen zu erhalten suchen müsse, und ihn dadurch in den Augen der Gemeinde herab zu würdigen, setzen Wir hiermit folgendes fest: a) Das Deputat wird da, wo ein herrschaftliches Vorwerk ist, von sämmtlichen Interessenten acht Tage vor Martini zusammengebracht, und an diesem Tage holt es der Schullehrer dort ab. Wo kein herrschaftliches Vorwerk ist, wird dieses Deputat bei dem Gerichtsscholzen oder einem Gerichtsmanne in eben dieser Art gesammelt und abgeholt. — b) Die Repartition des Geldbeitrags wird nach den obigen Grundsätzen von dem Kreis-Steueramte gemacht, und bei Abführung der Steuern monatlich oder vierteljährlich von den Interessenten dort bezahlt. Hier erhebt der Schullehrer diesen seinen Gehalt vierteljährlich. Für diese Bemühung wollen wir nachsehen, daß jährlich ein Rthlr. mehr von den Interessenten bei jeder Schule colligirt werde, welchen der Steuer-Einnehmer für sich behält.

21. Da die Zahl der Possessionirten sich durch mehrern Anbau vermehret, so soll diese Repartition alle fünf Jahre erneuert werden.

22. Wenn in einem Dorfe unter fünfzig Besitzungen zwei Schullehrer verschiedener Religion schon jetzt sind, so ist das von der Herrschaft zu entrichtende Drittel an Holz, Deputat und Geld unter beide zu theilen. Ist aber jezo nur eine Schule dort vorhanden; so hat die Herrschaft ihren Beitrag nur dem Schullehrer der Religions-Parthei zu entrichten, welcher bei Publikation dieses Regl. dort befindlich war. Will die andere Religions-Parthei sich einen eigenen Schullehrer wählen, so steht ihr dieses ganz frei, doch ohne die Einkünfte des Schullehrers der andern Parthei zu schmälern, als welcher ein gegründetes Recht darauf hat.

23. Sind zwei Schullehrer jezo schon an einem Orte von mehr als fünfzig Besitzungen, so muß die Herrschaft zum Unterhalt eines jeden ein Drittel beitragen.

24. Sollten bei dem Abgange oder Tode des einen Schullehrers seine Glaubensgenossen zu arm seyn, einem Schullehrer die oben festgesetzten Emolumente zu geben; so steht ihnen frei, entweder sich zu einer benachbarten Schule zu halten, oder ihre Kinder in die Schule der andern Religions-Parthei nach den oben §. 7. festgesetzten Einschränkungen zu schicken, indem von einem schlecht besoldeten Schullehrer ohnehin nichts Nützliches für die Erziehung zu erwarten ist.

25. Um nun die zu schlecht dotirten Schullehrer-Stellen nach und nach zu rathessern, hat der Landrath des Kreises von jedem sich ereignenden Abgange eines



Schullehrers an Unse 10. Cammer des Departemens Bericht zu erstatten, und dems. ein genaues Verzeichniß der Emolumente beizufügen, welche bishero mit dieser Stelle, es sey an fixirten oder unfixirten Schulgelde, Natural-Deputat, Organisten-Besoldung, Acker, Garten oder sonst verbunden waren. Desgl. sind die Dorfschaften, die zu der Schule geschlagen, ihre Entfernung von der Schule und die Zahl der schulfähigen Kinder genau aufzuführen. Unsere 10. Cammern werden hiernach beurtheilen, ob der Fall eintritt, daß, und wie der neue Schullehrer die regelmäßigen Emolumente erhalten soll, und der Landrath hat die Befehle der 10. Cammer wegen deren Ausmittlung genau zu befolgen. Wenn diese Emolumente einmal an einem Orte vorschriftsmäßig bestimmt sind, so bedarf es keiner fernern Anzeige mehr bei jeder künftigen Vacanz; der Landrath wird nur verpflichtet, bei jeder Beschwerde des Schullehrers über die Norenthaltung seiner Emolumente die Säumigen an ihre Pflicht zu erinnern, und auf wiederholte Beschwerde sie sofort durch Execution dazu anzuhalten. Sollte ein Landrath aus Nachlässigkeit oder Partheilichkeit dieser Pflicht nicht genügen, so hat der Schullehrer sich an den vorgesetzten Schul-Inspector zu wenden, welcher, nachdem er sich von dem Grunde der Beschwerde vergewissert hat, deshalb an die Cammer berichten muß. Der nothdürftige Unterhalt eines zur Bildung Unserer Unterthanen so wesentlichen Mannes, als ein tüchtiger Schullehrer ist, muß durchaus nicht mehr von der ungerechten Laune und Verzögerung eines Gutsbesizers oder der Gemeinde abhängen.

26. Das Schul-Regl. von 1765 schreibt §. 12. vor, daß ein zu einer andern Schule geschlagenes Dorf im platten Lande nicht über eine halbe Meile, und im Gebirge nicht über eine Viertel-Meile von der Schule entfernt seyn soll, weil die Kinder im Winter und bei schlechtem Wege die Schule alsdann nicht ohne Gefahr besuchen können. Diese Bestimmung ist nach der gewöhnlichen schlesischen Polizey-Meile, und der im allgemeinen Gesetzbuch vorgeschriebenen Ausmessung zu verstehen. Wenn daher an einem solchen entfernten Orte die Gemeinde die Ansetzung eines eigenen Schullehrers verlangt; so muß ihr darin gewillfahrt werden, ohne daß der Schullehrer des Dorfes, wo die Schule ist, oder die Gemeinde dagegen widersprechen können. Ist die Gemeinde des Dorfes, welches einen andern Schulunterricht verlangt, zu arm, eine eigene Schule für sich anzulegen; so muß wenigstens bei der alten Schule auf ihre Kosten ein Adjuvant oder Präceptor mit halber Besoldung angestellt werden, welcher die Pflicht hat, an diesem Orte die Schule an einem von der Gemeinde dazu auszumittelnden schicklichen Orte zu halten, da es leichter ist, daß ein einzelner erwachsener Mensch einen entferntern Weg mache als Kinder.

27. Diese Ansetzung eines Adjuvanten soll auch dann statt finden, wenn in einem Dorfe die Zahl der schulfähigen Kinder auf 100 gestiegen ist.

28. Wenn außer dem §. 26. erwähnten Falle eine bisher zu einer andern Schule geschlagene Gemeinde einen eigenen Schullehrer verlangt; so soll ihr dieses nur alsdann frei stehen, wenn sie dem alten Schullehrer nichts von seinen Emolumenten entzieht, und ihren eigenen Schullehrer auf eigene Kosten nach dieser Vorschrift unterhält. Es bleibt daher in diesem Falle den Behörden vorbehalten, bei dem Abgange des alten Schullehrers das Nöthige wegen der Besoldung eines eigenen Schullehrs oder Anstellung eines Adjuvanten zu reguliren.

29. Wo die Ansetzung eines Adjuvanten bei einer alten Schule nothwendig ist, es sey wegen Vermehrung der Kinder oder wegen Entfernung der Dörfer von der Schule, oder wegen Alter und Krankheit des Schullehrers selbst, soll dieser Adjuvant bei dem alten Schullehrer Wohnung und Kost, überdem aber die halbe Besoldung an Gelde erhalten, und sollen hierzu vorzüglich diej. genommen werden, welche in den Seminarien gebildet, aber noch nicht wirklich angestellt sind. Wenn die Ansetzung des Adjuvanten wegen der Größe der Gemeinde, oder wegen der Entfernung nöthig ist, so tragen die Kosten davon die interessirten Herrschaften und Gemeinen. Hat diese Nothwendigkeit aber ihren Grund in der Beschaffenheit des alten Schullehrers, so muß dieser für seinen Unterhalt sorgen.

30. Der Schullehrer muß sich in seinem Amte treu und fleißig verhalten, die festgesetzten Lehrstunden abwarten, und unter keinem Vorwande aussetzen; er muß nüchtern seyn, und sich eines guten moralischen Wandels befleißigen, alle Streitigkeiten und Zänkereien theils selbst vermeiden, theils seine Hausgenossen

davon abhalten, damit er durch Beispiel so wie durch seinen Unterricht Nutzen stifte.

31. Gegen die Herrschaft muß er Achtung, und gegen die Gemeine Bescheidenheit und Sanftmuth gebrauchen. Wenn er sich über etwas zu beschweren Ursache hat, so wendet er sich an den Landrath des Kreises, falls es seine Verhältnisse mit der Herrschaft oder der Gemeine betrifft; wenn es aber Schulsachen angeht, an den Schul-Inspector des Kreises.

32. Da der Schulmann sich nur mit dem Unterrichte seiner Zöglinge beschäftigen, und sich darauf vorbereiten soll, so muß er alles meiden, was ihn zerstreuen, von den Schul-Verrichtungen abhalten, und ihn in den Augen der Gemeine herabwürdigen kann. In Hinsicht dessen werden ihm alle und jede Gewerbe nachdrücklich verboten, besonders der Bier- und Branntweinschank, das Handeln und Anfmachen in Wirthshäusern und bei Hochzeiten. Handelt einer gegen dieses Verbot, so wird er das erstemal mit einer Strafe von 1 Rthl. belegt, das zweitemal wird diese Strafe verdoppelt, und wagt er es zum drittenmal, so wird er seines Amtes entlassen. Der Pfarrer hat genau darauf zu achten, die Strafe einzuziehen, und sie den Schul-Vorstehern zur Schulkasse zu zahlen. Wenn der Kreis-Schul-Inspector oder Pfarrer einen Fall dieser Art verschweigt, so bezahlt er die doppelte Strafe doppelt, davon dem Denuncianten eine Hälfte, die andere aber der Schulkasse zufällt.

33. Die Herrschaften so wenig als die Gemeine müssen den Schullehrer als einen Lehnknecht betrachten und behandeln, sondern als einen Mann, der es zur Pflicht hat, der Herrschaft gute Unterthanen und den Eltern gute Kinder zu bilden. Die Herrschaften und Pfarrer müssen ihn nie zu ihren Privat-Geschäften während der Schulstunden gebrauchen. Während der Schulzeit soll der Schullehrer zu keinem Gerichtschreiber-Geschäft abgerufen werden, auch soll er den Pfarrer zu keinem Kranken begleiten, oder sonst eine Verrichtung in der Kirche unternehmen. Dieß muß einer der größten Knaben verrichten; denn es ist besser, daß ein Schulsekretär den Unterricht versäumt, als daß der Lehrer alle seine Zöglinge vernachlässiget. In ders. Absicht, um ihn nicht durch seine Entfernung von dem Schul-Unterricht abzuhalten, dispensiren Wir ihn von dem Abtragen der Gypriesterlichen Curanden in den benachbarten Pfarren, und erneuern die W. v. J. März 1780, nach welcher den Gemeinden es obliegt, sie durch Beckholen von einer Gemeine zur andern, ohne Unterschied der Religion, weiter zu befördern. Die Landräthe müssen daher die Gemeinden anhalten, daß sie diesem Befehle pünktlich nachkommen.

34. Den Pfarrern machen wir besonders zur Pflicht, den Schullehrer wie einen Mann zu behandeln, der ihnen in der moralischen Verbesserung des Menschen vorarbeitet, und also nichts vorzunehmen, was ihn in den Augen der Gemeine oder der Schulkinder herabsetzen könnte; besonders in Gegenwart der letztern ihn nicht pöbelhaft zu behandeln, sondern alles, was er an ihm zu tadeln findet, ihm allein unter vier Augen mit Sanftmuth zu sagen. Helfen seine Erinnerungen nichts, so hat er sich an den Schul-Inspector zu wenden.

35. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß weder Herrschaft noch Gemeine befugt sind, einen angesehnen Schullehrer eigenmächtig seines Amtes, es sey unter welchem Vorwande es wolle, zu entsetzen; seine Amts-Vergehungen sind dem Schul-Inspector anzuzeigen, welcher nach vorgängiger Untersuchung davon an die Schul-Direction berichtet, die allein das Recht hat, seine Entsetzung zu verfügen, und zu erklären. Wir nicht, daß hierüber förmliche Prozesse statt finden, indem die Untauglichkeit eines Schullehrers, es sey wegen seines moralischen Verhaltens, oder wegen seiner Unfähigkeit zum Unterrichte, nie ein Gegenstand rechtlicher Entscheidung seyn kann, sondern unter Beobachtung der wesentlichen Formalitäten nur von pädagogischen Collegio zu beurtheilen ist.

36. In Civil-Sachen ist der Schullehrer der Gerichtsbarkeit seiner Herrschaft, in Criminal-Sachen demselben Gerichtshande unterworfen, dem die Obergerichte das Dorf zustehen. Landes-Pöligel-Vergehungen gehören zur Cognition des Landraths des Kreises und Vernachlässigung in Schulsachen für den Schul-Inspector. In keinem Falle haben also die Dorfgerichte das Recht, den Schullehrer strafen oder zur Verantwortung zu ziehen; nur dann können sie sich seiner verschern, wenn er sich so weit vergessen sollte, ein Verbrechen zu begehen, und zu besorgen ist, daß er durch die Flucht sich der Strafe entziehen würde.

37. Die Eltern oder Vormünder der Kinder haben sich auf keinerlei Art in den Unterricht und die Classen-Versetzung der Schüler zu mischen. Nur alsdann, wenn sie der Schullehrer für ihre körperliche Beschaffenheit zu streng behandelt oder sie zu häuslichen Arbeiten bracht, können die Eltern sich bei dem Pfarrer oder Schul-Inspector beklagen.

38. Eben so, wie der Schullehrer von dem Pfarrer und der Gemeinde behandelt werden soll, muß auch dessen Adjutant oder Präceptor behandelt werden, indem auch dieser eine untergeordnete Aufsicht über die Schule hat, und dem Schullehrer an der Seite steht. Auch hat der Schullehrer diesen seinen Gehülfen zu keinem Privat-Geschäft, sondern nur zum Schulehalten zu brauchen.

39. In Absicht der Besuchung der Schule beziehen Wir Uns hiermit auf die Bestimmungen des Schul-Regl. von 1765. §. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 35. und 36. mit folgenden Beisätzen: a) Daß Eltern oder Vormünder, welche die ihnen untergebenen Kinder eine ganze Woche lang ohne Noth aus der Schule zurückhalten, mit einer Strafe von 4 Ggr. zur Schulcasse zu belegen sind. Können sie diese Armuthshalber nicht entrichten, so leisten sie einen Tag Gemeinarbeit. Nur Krankheit oder nothwendige Reisen sollen von Besuchung der Schule entschuldigen. — b) Auch haben die Eltern diej. Kinder, welche mit ansteckenden und ekelhaften äußerlichen Krankheiten behaftet sind, bis zur Heilung zu Hause zu halten, und der Schullehrer ist schuldig, sie ihrer Mitschüler wegen wegzuweisen, wenn sie sich auch einstellen sollten. — c) Während der Erndte soll die Schule auf dem platten Lande durch vier Wochen wegen der dringenden Geschäfte geschlossen seyn. In Städten hingegen, wo kein Feldbau getrieben wird, wird das ganze Jahr durch Schule gehalten. — d) Die Aufnahme der schulfähigen Kinder soll immer nur um Ostern geschehen, damit die Kinder einer Classe immer gleichen Grad der Kenntnisse haben, und gleichen Vortheil vom Unterricht ziehen können.

40. Die sonntäglichen Wiederholungs-Stunden, welche das Schul-Regl. von 1765 §. 28. besonders vorschreibt, sollen auch von den Kindern, welche bereits aus der Schule entlassen sind, bis zu ihrem 16. Jahre besucht werden. In Städten müssen die Lehrburschen der Handwerker diese Wiederholungsstunden an den Sonntagen ebenfalls besuchen, und keiner dieser Lehrlinge, katholischer Religion, soll bei 3 Rthl. Strafe zur Schulcasse, welche aus der Mittelslade zu bezahlen sind, frei gesprochen werden, der sich nicht durch das Zeugniß legitimirt hat, daß er die Wiederholungsstunden oder die Sonntags-Schule frequentirt hat. In Breslau und in Städten, wo mehrere Schulen existiren, muß der Lehrling den Wiederholungsstunden in derj. Schule beiwohnen, zu der das Haus gehört, in dem er wohnt.

41. Daß in vielen Gegenden, besonders Oberschlesiens, aller Verbote ohnerachtet, noch übliche einzelne Viehhüten ist in mehr als einer Rücksicht äußerst nachtheilig. Es hindert die Cultur, es giebt zu häufigen Wald-Beschädigungen oder Hütungs-Becinträchtigungen Anlaß. Jeder einzelne Besitzer, oder auch ein paar Nachbarn, die ihr Vieh zusammen hüten, überlassen es ihren Kindern, welche dieses Geschäfts wegen ganze Tage von den Eltern und von aller Aufsicht entfernt leben. Sie verwildern dadurch völlig, vernachlässigen den Schul-Unterricht; Einsamkeit, oder auch Gesellschafter ihres Alters verleiten sie zu früher Immoralität, und Wir sind überzeugt, daß der niedrigere Grad der Cultur, auf dem die Gegenden, wo dieses Einzel-Hüten üblich ist, stehen, vorzüglich den Grund in dieser Sitte habe. Wir befehlen daher hiermit nachdrücklich Unsern schlesischen x. Cammern, Landrätthen und Gutsbesitzern, alles anzuwenden, um dieses Einzel-Hüten an allen Orten, wo es nach der Local-Beschaffenheit möglich ist, abzuschaffen, und die Gemeinen zu Haltung eines oder mehrerer Gemein-Hirten anzuhalten. Die Landrätthe haben daher jährlich den Cammern ein Verzeichniß der Dörfer ihres Kreises über die Art der Viehhütung in denselben einzureichen, und dabei zu bemerken, wo noch Einzel-Hütung existirt, und wo gemeinschaftlich gehütet wird. In diesem Verzeichnisse sind genau und nur nach vorgängiger Prüfung die Ursachen anzuführen, warum an einem oder dem andern Orte die Einführung der gemeinschaftlichen Hütung nicht ausführbar ist. Unsere x. Cammern haben diese Ursachen zu beurtheilen, denselben, so viel es sich thun läßt, abzuhelfen, und durch Androhung und Vollstreckung zweckmäßiger Strafen die Widerspenstigen zu der gemeinschaftlichen Hütung anzuhalten.

42. Ueber die bei dem Unterricht in der Schule zu wählende Lehrbücher kann

hier keine Vorſchrift ertheilt werden; da von Jahr zu Jahr neuere und beſſere zum Vorſchein kommen. Doch haben wir zu Unſrer Schul-Direction das Zutrauen, daß ſie jedesmal die beſten und zweckmäßigſten auswählen, auch dabei auf deren niedern Preis Rückſicht nehmen, und die ſchicklichſte Lehrmethode, jedoch ohne unnöthige Neuerungsſucht, vorſchreiben werde. Im Allgemeinen wird alſo bloß noch folgendes darüber feſtgeſetzt.

43. Der Schullehrer iſt gehalten, auf dem platten Lande im Winter von Martini bis Georgi Vor- und Nachmittags Schule zu halten, nämlich Vormittags drei und Nachmittags zwei Stunden. Sennabend und Mittwoch Nachmittags wird ihm jedoch zur Erholung gelaffen. Im Sommer von Georgi bis Martini fällt die Nachmittags-Schule weg, und wird nur Vormittags Schule gehalten.

44. Die Kinder werden in drei Claſſen getheilt. Die erſte iſt für die kleinſten Kinder, welche die Buchſtaben kennen und buchſtabiren lernen; die zweite für die Kinder, welche das Leſen und Schreiben anfangen; die dritte für die größern, die mit Wohlklang und Ausdruck leſen, ſchreiben und rechnen, beſtimmt.

45. Da die Kinder in der Schule nie unthätig ſeyn ſollen, ein Lehrer aber nicht im Stande iſt, alle Claſſen ſtets zu beſchäftigen, ſo iſt es genug, wenn die kleinſten Kinder in dem erſten Jahre täglich nur eine Stunde in der Schule verweilen; dadurch wird ihnen die Schule angenehmer bleiben, als wenn ſie mehrere Stunden gedankenlos und ohne Beſchäftigung und Unterhaltung mit der Fibel in der Hand da ſitzen müſſen. Nach und nach ſteigt die Summe der Stunden, je nachdem die Kinder verſtändiger und des Unterrichts der Größern empfänglicher werden.

46. Beim Sitzen, ſowohl in den Stadt- als Land-Schulen müſſen die Mädchen von den Knaben abgeſondert werden; der Unterricht wird aber an beide Geſlechter gemeinſchaftlich ertheilt, wie es die Ordnung der Claſſen mit ſich bringt.

47. Jährlich ſoll eine öffentliche Schul-Prüfung kurz vor Oſtern, im Beſeyn des Pfarrers, des Schullehrers und der Schul-Vorſteher, in den Städten zwei Magiſtrats-Glieder, auf dem Lande in Beſeyn des Grundherrs oder ſeines Stellvertreters und der Dorfgerichte gehalten werden. Auch iſt der Schul-Inſpector von dem Tage, deſſen Beſtimmung von dem Kirchen-Patron und dem Pfarrer abhängt, zu benachrichtigen. Bei dieſer Prüfung examinirt der Schullehrer, der Pfarrer und die anweſenden Honorationen die Kinder nach ihren verſchiedenen Claſſen; ſie werden dann nach Maasgabe ihrer Fähigkeiten aus einer Claſſe in die andre verſetzt, und dieſ., welche durch Fleiß und Sittlichkeit in dem verfloſſenen Jahre ſich ausgezeichnet haben, erhalten die aus der Schulcaſſe angeſchafften Prämien an Schulbüchern.

48. In Abſicht der Pflichten des Pfarrers wegen der Schule wiederholen Wir dasj., was das Regl. von 1765 §. 43. bis 50. incl. hierüber verordnet, und machen es den Pfarrern und ihren Caplänen zur angelegentlichſten Pflicht, dieſen wichtigen Gegenſtand nicht außer Acht zu laſſen, ſondern den Schullehrer zu leiſten, ſeinem Unterricht oft beizuwohnen, auf Ordnung in der Schule, und auf das Anſehen des Schullehrers zu halten. Bei der wöchentlichen Beſuchung der Schule muß der Pfarrer oder ſein Caplan jedesmal über die Religions-Materie ſelbſt Unterricht ertheilen, und die Kinder befragen, theils um dem Schullehrer ein Beiſpiel zu geben, theils um ſich von den Fortſchritten der Kinder ſelbſt zu überzeugen. Ferner wiederholen Wir die nach §. 38. des Regl. von 1765 vorgeschriebenen jährlichen Schulpredigten zu halten, und dabei für die Schule eine Collecte zu ſammeln, welches letztere auch bei allen Hochzeiten und Kindtaufen geſchehen ſoll.

49. In jedem Dorfe, wo eine katholiſche Schule vorhanden, ſollen von der Gemeinde zwei Schulvorſteher, gute ordentliche Wirths, gewählt werden. Man kann dazu die Kirchväter, oder auch andre nehmen. Ihre Pflicht beſteht darin: a) die nachlässigen Kinder zur Schule anzuhalten; b) die Strafgeſelber von den Eltern, die ihre Kinder nicht in die Schule oder Wiederholungsstunden ſchicken, durch die Obrigkeit des Orts einzufordern; c) wenigſtens alle 14 Tage einmal die Schule zu beſuchen, und nachzuſehen, ob die Schulgeräthe in gutem Stande; ob eine Reparatur bei den Schulgebäuden nothwendig iſt; ob die armen Schulkinder mit Büchern verſehen ſind, und die nöthigen Anſtalten gemeinſchaftlich mit dem Pfarrer für dieſes zu treffen; d) dem Schullehrer in allen ſeinen Verhandlungen mit der Gemeinde zu aſſistiren.

50. Die Pflicht der Vorſteher iſt auch, neß dem Schullehrer, eine Rechnung



über die in diesem Regl. angedrohten und dictirten Strafgebelter, besgl. die Colleten-Gelder bei den Schulpredigten, Hochzeiten und Kindtaufen zu führen. Diese Schulkasse ist für unvernünftige und fleißige Schüler bestimmt, und sollen aus derselben Schulbücher für ganz Unvernünftige und Belohnungen für vorzüglich fleißige, die bei der Prüfung zu vertheilen sind, angeschafft werden. Die Rechnung über diese Schulkasse ist jährlich der Kirchen-Rechnung als Beilage beizufügen.

51. In Schul-Inspectoren sind bisher immer die Erzpriester genommen worden: allein, da beide Ämter sehr süglich getrennt werden können und der Schul-Inspector vorzüglich ein muntre, thätiger, in der Pädagogik erfahrener Mann seyn muß; so soll die Vereinigung beider Posten in einer Person nicht mehr nothwendig seyn. Vielmehr überlassen Wir dem Fürst-Bischof zu Breslau als Ordinarius, und in den auswärtigen Diöcesen den Decanis, diese Kreis-Schulen-Inspectores zu ernennen und anzustellen, doch müssen sie der Schul-Direction angezeigt werden. Es scheint am zweckmäßigsten zu seyn, sich hierbei nach der landrätthlichen Kreis-Eintheilung zu richten. Der Schul-Direction wird es auch zur Pflicht gemacht, wenn sie bei der Geschäfts-Führung des Inspectors Ausstellungen zu machen, für nöthig findet, dem Ordinario davon Anzeige zu machen, der nach Befund die Anstellung eines andern Inspectors zu besorgen hat; indem diese Schul-Inspection nicht als ein Officium perpetuum betrachtet werden soll.

52. Diese Pflichten eines Schul-Inspectoris bestehen im allgemeinen darinn: a) Daß er wenigstens jährlich einmal die seinem Inspectorat unterworfenen Schulen besuche. Diese Visitation muß, soviel sich thun läßt, unerwartet, wenigstens ohne lange vorhergehende Ankündigung, und am besten im Winter, wenn alle Kinder beisammen sind, geschehen. Dabei muß b) der Inspector selbst dem Unterricht beizuhelfen; c) sich nach der Beschaffenheit des Schulhauses, der Geräthschaft und der Schul-Casse erkundigen; d) die Schul-Catalogen prüfen; e) über den Fleiß, die Geschicklichkeit, und besonders den Lebenswandel des Schullehrers, theils bei der Gerichts-Obrigkeit, theils bei dem Pfarrer, theils bei den Schul-Vorstehern, die nöthigen Erkundigungen einziehen, und auch f) ob der Pfarrer den, nach diesem Regl. ihm obliegenden Pflichten in Absicht der Schule genüge. g) Er muß sich die Schul-Cassen-Rechnung vorzeigen lassen, und endlich h) über den Befund ein Protokoll aufnehmen, mit Beifügung seiner Vorschläge, wie einem vorgefundenen Mangel am söglichstesten abgeholfen werden könne. Dieses Protokoll ist sodann mit den in dem Regl. von 1765 vorgeschriebenen Beplagen an diejenige Behörde einzuschicken, an welche der Ordinarius die allgemeine Leitung und Aufsicht der Schul-Sachen verweist.

53. In Absicht der besondern Pflichten haben sich die Schul-Inspectores vor der Hand, bis der Ordinarius etwa andre Einrichtungen vorschreibt, nach dem Schul-Regl. von 1765 §. 52. bis §. 72. inclusive zu achten, und die darinn befindliche, den Erz-Priestern und Schul-Inspectoren vorgeschriebene Verfahrens-Art zu befolgen, indem Wir zwar die Erzpriester nicht ganz von der Aufsicht über die Schulen ihres Archi-Presbiteriats entbinden, vielmehr ihnen die Besichtigung der Schulen bey den canonischen Visitationen anempfehlen; aber doch von den anzuordnenden Schul-Inspectoren diese Pflicht in ihrem ganzem Umfange fordern.

54. Mit der Schul-Direction, welche nach dem Regl. v. 26. Juli v. J. die Mitaufsicht über das sittliche und pädagogische Benehmen der Schullehrer hat, stehen die Schul-Inspectores in der Verbindung, daß sie derselben 1) jährlich einen tabellarischen Ber. über die Beschaffenheit der Schulen ihrer Inspection, in Absicht des Verhaltens der Schullehrer, der Anzahl der Kinder, und ob diesem Regl. durchgehends von Jedem darin Verpflichteten nachgelebt werde, erstatten. — 2) Haben sie der Schul-Direction über jede einzelne Schule besondere Ber. zu erstatten, wenn sie bey ihren Schul-Visitationen oder auch sonst finden, daß bei dem Lebenswandel des Schullehrers etwas zu erinnern, oder daß er ein unerlaubtes Gewerbe treibt, oder, es sey aus Faulheit oder Unwissenheit, die vorgeschriebene Lehr-Methode nicht befolgt, die Schulstunden nicht inne hält, nicht für Ordnung in der Schule besorgt ist, überhaupt, wenn er seinen Pflichten als Lehrer der Jugend nicht gehörig nachkommt. In allen solchen Sachen ist auch die Schul-Direction befugt, den Schul-Inspectoren Aufträge zu machen. Was hingegen den Bau der Schulhäuser, die Anlage neuer Schulen, Anstellung von Adjuvanten, die Emolumente der Schullehrer, die Pflichten des Pfarrers bey der Schule, und die Besichtigung der Schule betrifft; so haben die Schul-Inspectores sich an den Ordinarium oder



die von ihm zu bestimmende Behörde zu wenden, welche die Sache entweder selbst abmacht, oder dahin gelangen läßt, wohin sie ressortmäßig gehört.

55. Es wird auch hiermit die Verordnung v. 26. Juni 1766 erneuert, nach welcher jede Gemeinde, wo Schulen sind, mit Zuziehung der dazu geschlagenen Dörfer, die Pferde zur Bereisung des Visitatoris unentgeltlich hergeben soll; dergestalt, daß, wenn der Kreis-Schul-Inspector reisen muß, dasjenige Dorf, wo er die erste Visitation hält, ihn abholen, und nach gehaltener Visitation auf das folgende Dorf, wo er visitirt, führen, dieses ihn auf das nächste Schuldorf, und das letzte Dorf an seinen Wohnort zurückbringen muß.

56. Zu Reisekosten und zu einer Belohnung für seine Mühe erhält er jährlich von jeder Schule 1 Rthl., welcher zugleich unter dem §. 8. und 12. für den Schullehrer ausgeworfen, und von dem Kreis-Steuer-Amte einzuhebenden Schullehrer-Gehalte mit colligirt werden soll, so, daß also zusammen 52 Rthl. jährlich von den Interessenten nach den oben bestimmten Verhältnissen zusammen zu bringen sind. Außerdem soll er von jeder vermögenden Kirche, bei welcher eine Schule ist, aus dem Kirchen-Vermögen einen Beitrag nach folgenden Verhältnissen erhalten: Kirchen, die nur bis 500 Rthl. Vermögen haben, sind davon befreit. Eine Kirche, welche 500 bis 1000 Rthl. besitzt, giebt 1 Rthl., von 1000 bis 1500 Rthl. 1 Rthl. 12 Gr., von 1500 bis 2000 Rthl. 2 Rthl. und so fort.

57. In Absicht der Hauslehrer und Privat-Erziehungs-Anstalten, beziehen Wir uns auf dasjenige, was im allgemeinen Landrecht P. II. Tit. XII. §. 2. bis 8. insdiesbe vorgeschrieben ist.

58. Bisher haben wir Vorschriften für die eigentliche Schule ertheilt, worin der Jugend Kenntnisse beigebracht werden. Von nicht mindrer Wichtigkeit sind die sogenannten Industrie-Schulen, in welchen mechanische Fertigkeiten, vorzüglich weibliche Arbeiten, als Spinnen, Stricken und Nähen den Kindern gelehrt werden. Solche Etablissements sind von der größten Wichtigkeit, theils um die Jugend zu beschäftigen, theils um sie zu guten Hausmüttern zu bilden. Der Unterricht in solchen Sachen kann freilich nicht in der Schule ertheilt werden; indessen ließen sich doch auf dem Lande Einrichtungen treffen, daß entweder die Schullehrerinnen, oder eine andere unbescholtne Frau darinn Unterricht ertheile. In Städten wird dies viel leichter angehen, wo mehrere Personen dieser Art vorhanden sind und es auch an einer Stube dazu nicht fehlen kann. Die Kosten eines solchen Etablissements können auch nur mäßig seyn, nemlich eine kleine angemessene Belohnung für die Lehrmeisterin, welche theils in einem Firo, theils in einem mäßigen Lehrgelde bestehen kann. Sollte in Städten nicht bereits eine Stube hiezu vorhanden sein; so muß für eine Stube und Beheizung gesorgt werden. Die Materialien zur Arbeit bringen die Schülerinnen entweder mit oder erhalten sie auf Vorschuß. Dagegen müssen sie aber auch den kleinen Vortheil, welcher etwa aus dem Verkauf ihrer Arbeit erhalten wird, unverkürzt zur Aufmunterung erhalten. In eben der Art ist es sehr heilsam, wenn der Schullehrer selbst oder ein anderer in der Gärtnerey erfahrener Mann der männlichen Jugend Anweisung und praktischen Unterricht in der Gärtnerey, und besonders der Baumzucht ertheilt. Diese Arbeit ist Erholung für den Lehrer und für die Schüler; sie nützt jedem einzelnen, wenn er selbst Grundbesitzer wird; sie vermehrt die Summe der National-Industrie und wird dadurch eine Quelle des erhöhtern allgemeinen Wohlstandes. Es wird nicht leicht ein Dorf oder eine Stadt seyn, wo nicht zu dieser nützlichen Beschäftigung ein Stück bis dahin unbenutzten Bodens von der Herrschaft oder der Gemeinde eingeräumt werden könnte. Nur muß hier, so wie bey den weiblichen Industrie-Schulen der Nutzen nach Abzug der Kosten auf Pflanzen und Geräthschaften den Knaben verbleiben. Wir befehlen daher allen Krieger- und Steuer-räthen und den Magisträten in den Städten, auf dem platten Lande aber den Grundherrschaften, den Pfarrern und Schul-Inspectoren, so viel es möglich, auf Einrichtung solcher Anstalten bedacht zu seyn. Die Krieger- und Steuerräthe haben von dem Erfolge ihrer Bemühungen, jährlich an die 10. Cammern Anzeige zu machen, und die Schul-Inspectoren haben in ihren Berichten auch mit zu bemerken, ob, und an welchen Orten ihres Inspectorats dergleichen zu Stande gekommen sind.

59. Wir hegen das gegründete Zutrauen zu dem Fürstbischof zu Breslau, als Ordinarius dieser Diöces, so wie auch zu den Decanis der Prager, Ollmüzer und Grazer Diöces, daß sie sowohl alle nach dem diesem Regl. ihnen selbst obliegenden Pflichten genau erfüllen, als auch ihre Untergebenen dazu anhalten, und das

durch Unsere große und wichtige Absicht durch zweckmäßigen Unterricht dem Staate gute Bürger und für die häuslichen Verhältnisse gute Hausväter und Hausmütter zu bilden, nach Möglichkeit befördern werden. Dem Fürstbischhof zu Breslau überlassen Wir die Bestimmung, welcher seiner Unterbehörden und in welcher Art er die Bearbeitung des Schulfachs unter seiner Ober-Aufsicht übertragen wolle. Diese hat alsdann in allen Sachen, die das sittliche Betragen der Schullehrer und den Unterricht betreffen, mit der Schul-Direction zu concertiren; in andern Sachen aber nach Beschaffenheit der Umstände entweder selbst zu verfügen, oder das weitere an die ressortmäßige Instanz gelangen zu lassen. In den andern Diocesen tritt an die Stelle der bischöflichen Behörde der Decanus unter gleichmäßiger Mitwirkung der Schul-Direction.

60. Unsern schlesischen Landes-Collegis und höhern und niedern Officianten befehlen Wir die genaue Befolgung dieses Regl., bei allen an sie gelangenden Sachen. Den Krieger- und Domainen-Cammern besonders liegt es ob, theils selbst, theils durch die Landräthe und Steuer-Ämter für die Ausmittlung der, den neu anzusehenden Schullehrer, auf Anzeige der Fürstbischöflichen Behörde, reglementsmäßig zukommenden Emolumente zu sorgen, den Beschwerden über Vorenthaltung derselben schleunigst abzuhefen, wegen des Baues der Schulhäuser die nöthigen Verfügungen zu treffen, auf Erfordern die in diesem Reglement angebrohten Strafen allenfalls executive betreiben, und sich die Abschaffung der Einzelhütung, so wie auch die Anlegung von Industrie-Schulen, wenigstens in den Städten, angelegen seyn zu lassen. Bei Anlagen neuer Schulen auf dem Lande, gilt zwar in der Regel die oben S. 26. gegebene Vorschrift, daß nemlich nur dann eine neue Schule angelegt werden müsse, wenn die alte eine halbe, und im Gebirge eine Viertelmeile von der alten entfernt ist, und daß alsdann jedes Dorf für die Erhaltung seines Schullehrers ohne Beistritt des andern zu sorgen habe; doch wollen wir die Befugniß der cc. Cammern nicht so enge beschränken, und ist auf die Größe, die Wohlhabenheit der Dörfer, und die Menge der schulfähigen Kinder, billige Rücksicht zu nehmen, wenn auch das alte Schuldorf durch die Trennung des andern in einzelnen Fällen mehr als bisher beitragen müßte. Der Schul-Direction schärfen Wir hiermit nochmals ihre Pflichten in Absicht der Anordnung guter Schullehrer, Seminaristen und des sittlichen und pädagogischen Betragens der Schullehrer ein, und überlassen es ihr, deshalb besondere Instructionen über das moralische Benchmen der Lehrer und über die Wahl der Lehrbücher und Lehrmethode zu entwerfen. Unsern schlesischen Gutsbesitzern und Gemeinen aber legen Wir ganz besonders die Pflicht an das Herz, für die Erziehung ihrer Unterthanen und Kinder zu sorgen. Wir sind überzeugt, daß er bei weitem größere Theil der Edelkennden und Gutgesinnten sich vergewissern werde, daß man nur von gut erzogenen Menschen treue Befolgung der Pflichten des Unterthans und des Hausvaters erwarten könne, und daß selbst Privat-Eigennuß erfordern, Folgsamkeit, Ruhe und Ordnung durch kleine Aufopferungen zu erkaufen. Wir befehlen daher sämmtlichen Gutsbesitzern und Unterthanen, den Schullehrern die in diesem Regl. bestimmten Emolumente unweigerlich und prompt zu entrichten, und die den Schulsachen vorgesetzten Behörden bei ihren Bemühungen kräftig zu unterstützen. Urkundlich cc.

Potsdam, d. 18. Mai 1801.

Friedrich Wilhelm.

Die wesentlichen Abweichungen dieses neuen Regl. von dem von 1765 beruhen in dem Streben, den Lehrer pekuniär besser und nach außen würdiger zu stellen. <sup>1)</sup> Auch ist bemerkenswerth, daß das Reglement von 1801 die Schulinspektion nicht den Geistlichen als solchen, sondern pädagogisch erfahrenen Männern übertragen wissen will (§. 51.), und eine Verbindung

1) Vergl. die Einl., S. 12., S. 32. ff. des Regl. v. 1801. Durch später allgemeine Gesetze, auf welche im zweiten Theile des Werkes zurückzukommen ist, wurden weitere Verbesserungen der Schulstellen angeordnet, so durch S. 44. des Kultur-Ed. v. 14. Sept. 1811, die R. O. v. 28. Sept. 1810 u. 5. Nov. 1812, und §§. 41., 101., 102. der Gemeinheitstheilungs-Ordn. v. 7. Juni 1821.

des Unterrichts mit dem praktischen Leben durch Industrieschulen versucht (§. 58.).<sup>1)</sup>

d) Die fortdauernde Gültigkeit der beiden vorstehend sub b. und c. aufgeführten Reglements ist ausgesprochen durch das Erf. des I. Sen. des Ob. Trib. v. 25. Sept. 1837:

1) Für die katholischen Schulen in Schlessen und der Grafsch. Glatz gelten das Ed. v. 3. Nov. 1765 und das General-Landschul-Regl. v. 18. Mai 1801 noch jetzt als provincialrechtliche Bestimmungen.

2) Der §. 13. des erstern ist nicht dahin zu verstehen, daß die Guts herrschaften zum Bau und zur Unterhaltung solcher Landschulen, wo die Gemeinden ganz oder größtentheils katholisch, gar nicht beizutragen hätten, vielmehr wird darin die allgemeine Verpflichtung der erstern zum Bau und zur Unterhaltung der Schulen, unter den Gemeinen, beizutragen ausgesprochen.

(Präj. Nr. 340., Präj. S. S. 298.)

Schon vor dem Schul-Reglement von 1801 war

e) das in demselben mehrfach aufgeführte (s. Einl. u. §. 1.) Schul-Regl. v. 26. Juli 1800 für die Universität Breslau und die damit verbundenen Gymnasien erschienen, über welches der besondere Theil zu vergleichen.

2) In dem ministeriellen „revidirten Entwurf des Provincialrechts des k. Schlessen und der Grafsch. Glatz, Berlin, 1841“ werden die provincialrechtlichen Bestimmungen über die Schulverfassung und das Schulrecht folgendergestalt zusammengestellt:

Vierzehnter Titel. Schulrecht. (Th. II. Tit. 12. des A. L. R.)

§. 143. Errichtung und Unterhalt katholischer Schulen. Für die katholischen Gymnasien gilt das Regl. v. 26. Juli 1800, und für die niedern katholischen Schulen das Regl. v. 13. Mai 1801 unter Berücksichtigung der später ergangenen abändernden und ergänzenden Bestimmungen.

§. 144. Die Lehrer an den niedern evangelischen Landschulen haben jedenfalls das im §. 12. des Regl. v. 18. Mai 1801 festgesetzte Holz und baare Gehalt zu fordern.

§. 145. Das frei bis zum Schulhause anzufahrende Holzdeputat besteht in 9 Klaftern Scheitholz, oder nach Beschaffenheit des Orts die Hälfte in Gebundholz, zwei Schock auf eine Klafter gerechnet. Wo Torf oder Steinkohlen vorhanden

1) Die Ausführung des Regl. v. 1801 war laut §. 59. der Schuldirektion und dem Fürstbisch. v. Breslau übertragen. In Folge dessen ergingen:

a) Von der katholischen Schuldirektion für Schlessen: eine allgemeine Anweisung zur pflichtmäßigen Lehrart in den niedern Stadt- und Landschulen, d. d. Breslau, d. 1. Nov. 1801, in 35 §§. (in fol. separat gedruckt).

b) Von Joseph, Fürstbisch. zu Breslau: eine Anweisung für die Kreis-Schulen-Inspektoren in der Breslauer Diözese, d. d. Breslau, d. 6. Nov. 1801, in 42 §§.

Beide B. sind antiquirt. Indes ist von der letztern nicht nur der §. 38. interessant, wo die 12 damals am meisten beachteten Schulbücher, obenan „Rochow's Schulbuch für Kinder der Landleute“ (s. S. 120, Note 1.) aufgezählt werden, und der Fürstbisch. das Erscheinen einer Vierteljahrsschrift, der „Schullehrer-Bibliothek“ unter seiner Autorität verheißt, von welcher für je 3 Schulen wenigstens 1 Exemplar aus der Schulkasse oder aus dem Kirchenvermögen angeschafft werden sollte, sondern noch mehr ist der Schluß dieser Anweisung bemerkenswerth, wo der Fürstbisch. an die patriotischen Gesinnungen der Kreis-Schulinspektoren appellirt, und die Hoffnung ausspricht, daß sie

„von dem Geiste jenes Weisen aus der grauen Vorzeit beseelt, die Bildung der Jugend für das erste und nothwendigste Geschäft — dem Vaterlande gute nützliche Bürger — der Religion wahre und thätige Verehrer zu erziehen, für den angenehmsten Dienst erkennen, und stets den Spruch im Munde führen werden: Wir sind nicht uns, sondern dem Vaterlande geboren.“

sind, wird nach Verhältniß dieses Brennmaterials dem Schullehrer gegeben. Das baare Gehalt besteht in fünfzig Thln.

§. 146. Zur Dotation der evangelischen Landschulen tragen die Domänen  $\frac{1}{2}$  und die Gemeinden  $\frac{1}{2}$ , zur Dotation der katholischen Landschulen jedoch resp.  $\frac{1}{3}$  und  $\frac{2}{3}$  bei. Auf den R. Domainengütern findet überall ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß die zuletzt gedachte Repartition statt.

§. 147. (§§. 22. u. 23.). Ernennung der Schullehrer. Wegen der Ernennung der Schullehrer bei den vormals von den Bischöfen zu Breslau oder dem Domkapitel daselbst, oder endlich von andern aufgehobenen geistlichen Stiftern und Klöstern besetzten Pfarrschulen finden die für die Besetzung der Pfarreien etc. in den §§. 82. und 83. gegebenen Vorschriften Anwendung.<sup>1)</sup>

§. 148. (§§. 34—38.). Verpflichtung zum Bau katholischer Schulgebäude. Auch wegen der Verpflichtung zum Bau und zur Reparatur der zu katholischen Pfarrkirchen gehörenden Schulen finden fortan die Grundsätze des A. L. R. §§. 34—38. Tit. 12. Th. II. Anwendung.

#### M o t i v e.

Zu §. 143—146. Der §. 143. des Entw. enthält nach der Ausführung p. 204. und 205. der Motive zum Schlesiſchen Entwurf<sup>2)</sup> die Hinweisung auf die in Schlessen provincialrechtlich geltenden Regl. für die katholischen Gymnasien und niedern Schulen resp. v. 26. Juli 1800 und 18. Mai 1801. Die Regl. sind jedoch später theils durch allgemeine organische Gesetze, theils durch besondere erläuternde Bestimmungen mehrfach modificirt, und dies hat daher gleichfalls angedeutet werden müssen.<sup>3)</sup>

Der §. 144. beruht auf dem p. 205. jener Motive allegirten Allerh. Landtagsabsch. v. 22. Febr. 1829<sup>4)</sup>; zur Erläuterung dess. ist im §. 145. das Dotations-

1) Das Allegat muß heißen §§. 117. u. 118. Bei Erledigung in den ungeraden Monaten besetzt danach der Landesherr, in den geraden der Bischof zu Breslau mit Vorbehalt der kanonischen Form der Ernennung u. der landesherrlichen Bestätigung.

2) d. h. Wenzel, das jetzt bestehende Prov.-Recht des Hsth. Schlessen und der Grafsch. Glatz, Breslau, 1839, woselbst die bloße Hinweisung auf die Regl. damit begründet wird, daß ihre privatrechtlichen Bestimmungen sich ohne Zusammenhang und Verstandniß zu stören, nicht aus den bloß administrativen heraustrennen lassen. Daß das Regl. v. 1765 durch das v. 1801, wie Wenzel annimmt, ersetzt sei, ist unrichtig. Nach dem Eingange des letztern sind vielmehr alle nicht ausdrücklich aufgehobenen Bestimmungen des Erstern gültig geblieben. Vgl. auch oben S. 161 das Grf. sub d.

3) Diese Modifikationen werden in den besondern Theilen bei den einzelnen Motiven vorkommen.

4) Die betr. Stelle des angeführten Landtagsabschiedes (Annal. XV. S. 178) lautet:

I. Unsere Allerhöchsten Propositionen betreffend, so genehmigen Wir:

1) die von Unseren getreuen Ständen vorgelegten, die Anwendung des §. 10. bis 29. des katholischen Schul-Regl. v. 18. Mai 1801 auf die evangelischen Landschulen betreffenden Vorschläge, soviel den Umfang der Dotationen, welche den schlecht gestellten Schullehrern als Minimum zu gewähren ist, anbelangt, mit der Maassgabe, daß nur bei Aufbringung des baaren Gehaltes und des Deputats an Brennholz Seitens der Domänen mit  $\frac{1}{3}$  und von Seiten der Schul-Gemeinden mit  $\frac{2}{3}$  konfurirt werde. Wohingegen, da die Anwendung dieses Vertheilungs-Maassstabes auf das zu gewährende Getreide-Deputat und die auszufehenden Ländereien, Wiefenwachs und Huthungen mit Schwierigkeiten verbunden sein würde, Unser Ober-Präsidium angewiesen worden ist, wegen eines zweckmäßigen Repartitions-Modus mit den theilhaftigen Domänen in Berathung zu treten; indem Wir hiernächst Uns den Beschluß über die von Unseren getreuen Ständen anderweit beantragten gesetzlichen Bestimmungen nach deren vorgängiger Prüfung noch vorbehalten, verhoffen Wir, daß Domänen und Schulgemeinden es sich ernstlich angelegen sein lassen werden, die vorgeschriebene Verbesserung der zu gering dotirten Schullehrerstellen, und zwar da, wo rath-

antem an Holz und barem Gehalt aus dem §. 12. des Regl. v. 18. Mai 1801 gefügt worden. Zwar genehmigt der Landt.-Abfch. noch außerdem die von dem Landtage formirten Anträge wegen Dotation der evangelischen Schullehrer; indeß die Anwendung hauptsächlich nur der vermittelnden Einwirkung des Oberpräsidenten überlassen, mithin keine unbedingte Vorschrift über die Anwendung gestellt ist, so hat ein Mehreres nicht aufgenommen werden können.

Im §. 146. ist das Repartitionsverhältniß für die katholischen und resp. die evangelischen Dominien und Gemeinden nach dem Regl. v. 18. Mai 1801 und dem Landt.-Abfch. v. 22. Febr. 1829 angegeben. Für die Dominien gilt, ohne Rücksicht auf katholische oder evangelische Gemeinden, lediglich das Repartitions-Verhältniß nach jenem Reglement v. 1801, zufolge Allerh. Ordre v. 5. Dec. 1816.

In §. 147. hat wegen der Ernennung der katholischen Schullehrer bei der vormals von den Bischöfen zu Breslau, oder dem Domkapitel daselbst, oder endlich von andern aufgehobenen geistlichen Stiftern und Klöstern, bei den Pfarrschulen gleichfalls die Vorschrift der Allerh. Ordre v. 30. Sept. 1821) aufgenommen werden müssen.

In §. 148. Der §. 148. verfügt, daß auch beim Bau katholischer Pfarrschulen die landrechtl. Bestimmungen §. 34—38. Tit. 12. Th. II. fortan Anwendung finden sollen. Im §. 75. des letzten Entwurfs war auf Grund des Regl. promulgatus v. 8. Aug. 1750 unbedingt die Anwendung der Grundsätze für Kirchen- u. Kirchenbauten vorgeschrieben. 2) Für jene Zeit war dies insofern richtig, als damals fast überall noch die Verbindung der Schul- und Klostergebäude bestand. Nachdem aber an den meisten Orten diese Trennung zwischen beiden getreten ist, muß auch die Verpflichtung des Kirchenärars, der Patrone und der Kirchen-Gemeinde, da wo diese mit Schul-Gemeinde nicht identisch ist, sich ändern. Dies entspricht denn auch den Anträgen bei den ständischen Verhandlungen Jahre 1835.

## VI. S a c h s e n. 3)

Die jetzige Provinz Sachsen ist aus verschiedenen Gebieten zusammen-

geordnet, die Aufbringung Schwierigkeiten obwalten sollten, durch vergleichsweise Vereinigung ungesäumt zur Ausführung zu bringen. Mit ganz besonderem Wohlgefallen wurden Wir es aber aufnehmen, wenn die Dominien und Gemeinden sich hierbei zur freiwilligen Annahme der betreffenden Vorschriften des Regl. vereinigten. In dieser Beziehung, der Bereitwilligkeit der Betheiligten vertrauend, haben Wir Unserem Ober-Präsidenten befohlen, allfällig Uns Bericht zu erstatten und die Dominien und Gemeinden, welche dabei besonders hervorgethan, Uns namhaft zu machen.

1) G. S. 1812 S. 185.

2) In dem angeführten Regl. (Kornsche Sammlung, V. S. 415) heißt es: Wenn der Bau oder die Reparaturen, es sey bei der Kirche, Pfarr- oder Schul-Gebäuden, nöthig erfunden werden, und die Kirche selbst ein Peculium hat, so müssen die Ober-Amts-Regierungen in sententia zugleich mit festsetzen, wieviel zu solchem Bau oder Reparatur aus dem Kirchen-Vermögen, jedoch jährlich expensis ecclesiae necessariis ohnbeschadet, zu verwenden sey. 3) Zur Begutachtung des Prov.-Rechts ernannten ständischen Deputirten einstimmig mit den Kommissarien der Regierung für Auscheidung dieser Beschlüsse, weil es wünschenswerth sei, allen Unterschied der Religion aus dem Gesetz buche verschwinden zu sehen, und weil sich in vorkommenden Fällen der Regel gar nicht mehr ermitteln lasse, ob eine Schule zu einer Pfarrschule, d. h. für eine Pfarrschule zu erachten sei. Vergl. Wenzel a. D.,

Die Prov. Sachsen zählte 1837: 2803 Elementarsch. mit 3457 Lehrern u. Schülern ( $\frac{1}{3}$  der Bevölkerung), Mittelschulen für Knaben 42 mit 193 Lehrern u. 97 Schülern, für Mädchen 45 mit 247 Lehrern u. 10,062 Schülerinnen, Bürgerschulen mit 924, 21 Gymnasien u. 2 Progymnasien mit 3657 Schülern, 1 Lehrerseminar mit 417 Seminaristen, 1 Universität und mehrere Fach-



gesetzt, welche zum Theil schon längere Zeit zu dem Preussischen Staate gehören, zum Theil aber erst in dem laufenden Jahrhunderte erworben worden sind. Da in den neuen Erwerbungen neben dem A. L. R. nur eigenthümlich provinzielle Bestimmungen Gültigkeit behielten<sup>1)</sup>, und da außerdem ein Theil derselben, so wie der größte Theil der alten Gebiete nach dem Tilsiter Frieden unter die Herrschaft des Französischen Rechts gerieth<sup>2)</sup>, welches in die Stelle der bisherigen Gesetze trat, so lassen sich gegenwärtig nur noch einzelne Vorschriften über das Schulwesen, nicht aber eine vollständige Schulordnung, als provincialrechtlich bezeichnen. Vergl. Vorschriften aus den wichtigern Landestheilen der Provinz sind folgende:

#### A. In der Altmark.

Für diese, welche ursprünglich zu der Markgraffsch. Brandenburg gezählt wurde, gilt im Wesentlichen das oben sub III. bei der Provinz Brandenburg Gesagte. Doch wurde schon vor dem dort aufgeführten revidirten Entwurf des Prov. Rechts der Mark Brandenburg im Auftrage des Justiz-Min. für die Gesetzesrevision von A. W. Göge ein besonderes „Prov. Recht der Altmark nach seinem Standpunkte im J. 1835“ (Magdeb. 1836) ausgearbeitet. In denselben sind in Betreff des Schulwesens folgende Bestimmungen aufgenommen:

#### Zu Tit. 12. Th. II. A. L. R. Von Schulen.

§. 565. ad §. 13. Nach der in der Altmark eingeführten Verfassung haben die Kirchenvorsteher mit dem Schulwesen nichts zu thun.

§. 566. ad §. 22. Die Anstellung der Schullehrer auf dem Lande gebührt in der Regel und selbst da dem Kirchenpatron, wo mit dem Schullehrerdienste auch die Küsterstelle nicht vereinigt ist.

§. 567. Wo in den Städten dem Magistrate das Vokationsrecht zusteht, muß die Wahl des Schullehrers nach vorhergegangener Berathung mit dem geistlichen Inspektor oder dem ersten Prediger des Orts, welche ein Votum consultativum bei haben, getroffen und der gewählte Schullehrer der Reg. der Provinz zur Confirmation präsentiert werden. Dasselbe gilt, wenn auch nur davon die Rede ist, daß ein bereits angestellter Schullehrer ascendiren soll.

§. 568. ad §. 34. sq. Ein Schulhaus auf dem Lande, welches zugleich Küsterhaus ist, wird ganz nach den Grundsätzen gebaut und gebessert, wie dies oben von den Küsterhäusern angegeben ist<sup>3)</sup>.

§. 569. Wo ein besonderes Schulhaus auf dem Lande existirt, da liegt die Pflicht, dasselbe zu bauen und zu repariren, der Ortsgemeine mit Ausschluß des Patrons ob.

§. 570. Sind mehrere Ortsgemeinen zu der Schule geschlagen, so tragen sie in gleichem Verhältnisse bei, wie dies stattfinden würde, wenn das Haus zugleich ein Küsterhaus wäre.

1) Das A. L. R. wurde eingeführt für das Fürstenth. Eichsfeld, die Städte Mühlhausen, Nordhausen, Erfurt und das Erfurter Gebiet durch Pat. v. 24. März 1803 (N. C. C. Th. 11. S. 1457. — Rabe, Bd. 7. S. 333), für die getrennt gewesenen und wieder vereinigten Provinzen durch Pat. v. 9. Sept. 1814 (G. G. S. 89), für die ehemals Sächsischen Provinzen und Distrikte durch Pat. v. 15. Nov. 1816 (G. G. S. 233).

2) Namentlich die Altmark, Magdeburg mit dem Saalkreise, Halberstadt, Hohenstein, Werningerode, Quedlinburg, Mansfeld, das Eichsfeld u., welche sämmtlich zum Königr. Westphalen geschlagen wurden. Stadt und Gebiet Erfurt kam unmittelbar unter das Französische Kaiserreich, und behielt das A. L. R. auch unter der Fremdherrschaft.

3) §§. 507. sq. 476. sq. Ist durch Verträge, Subskate oder Observanz nichts Anderes eingeführt, so liefert der Patron die Hauptmaterialien an Holz, Stricken und Kalk, die übrigen Eingepfarrten, und die nicht zur Kirche gehörenden, aber mit Stellen angeseffenen Dorfseinswohner beschaffen dagegen die sonst nöthigen Materialien, decken die übrigen Ausgaben, und leisten die Hand- und Spanndienste.

§. 571. In den Städten liegt die Pflicht zum Bau und zur Reparatur der Schulhäuser der Regel nach den Magisträten ob.

Motive (Th. I. Abth. 2. S. 278).

In Tit. 12. Th. II. A. L. R.

ad §. 13. haben die ständischen Deputirten erinnert, daß die Kirchenvorsteher nach Märkischer Verfassung mit dem Schulwesen nichts zu thun hätten (l. 232. vol. II. Konfer. A.). Der Deputirte des Ober-Konsistorii hat sich zwar hierüber, da er auch bei der Konferenz nicht gegenwärtig war, nicht erklärt, die Deputationen des Kammergerichts und der Kammer haben aber (l. 315.) bemerkt, daß sie die gedachte Behauptung der ständischen Deputirten nicht bestreiten könnten, und so ist deshalb das Nöthige in den Entwurf aufgenommen.

ad §. 22. bemerkte das Kammergericht in seinem ältern Entwurfe:

das Schulmeister-Patronat auf dem Lande gebühre in der Mark, sowie das Küster-Patronat, dem Kirchenpatrone, es sei denn, daß die Gerichtsobrigkeit das Schulmeisterhaus erbaue und erhalte. In keiner Stadtschule dürfe aber ohne des Ober-Konsistorii Vorwissen und Genehmigung ein Schulmann voziert werden oder ascendiren.

Das Altmärk. Obergericht nahm hierauf Bezug.

Die ständischen Deputirten führten an (l. 232. vol. II. der Konf. A.):

Die Bestellung des Schullehrers komme auf dem platten Lande dem Patrone zu, weil der Schulmeister immer als Kirchenbediente angesehen werde, und der Deputirte des Ober-Konsistorii erklärte (l. 405.), daß diese Bemerkung der Stände überall und auch für die Fälle, wo der Schulhalter mit dem Kirchenbündel gar nichts zu thun habe, der Märkischen Verfassung gemäß sei, und so ist, da die übrigen Deputationen (l. 315v) damit übereinstimmten, der Entwurf danach ausgearbeitet, wenn auch aus dem General-Land-Schul-Regl. v. 12. Aug. 1763, welches für die ganze Monarchie ergangen ist, eine besondere Verfassung der Mark nicht abgeleitet werden kann.

Daß die Städte ihre vom Magistrat zu vozierenden Schullehrer und auch die, welche nur ascendiren sollten, dem Ober-Konsistorio präsentiren mußten und daß also letzteres dieselben zu konfirmiren und die Ascension zu genehmigen hatte, ergeben eine Bemerkung des Altmärk. Obergerichts und die Circulare v. 20. Dec. 1764 (Myl. de 1764 S. 529) und vom 30. Okt. 1788 (Myl. de 1788 S. 2271). Auch haben die Deputationen sich damit einverstanden erklärt (l. 316 u. v). Daß der Inspektor des Orts oder der erste Geistliche dabei mit Einräumung eines voti consultativi zuzuziehen sei, behauptet der Deputirte des Ober-Konsistorii (l. 406v) und wird durch die Visitt. und Konsistorial-Ordn. de 1573 im Titel „Von den Schulen 1c.“ und durch das Circular v. 20. Dec. 1764 bestätigt.

Dagegen ist die von dem Kammergericht für den Fall, daß die Gerichtsobrigkeit das Schulhaus baue, hinsichtlich des Landes gemachte Beschränkung nicht weiter bei der Konferenz erwähnt und nicht weiter begründet.

Daß übrigens ein auf dem Lande anzustellender Schullehrer vorher geprüft sein muß, bemerkt der Deputirte des Ober-Konsistorii ausdrücklich und deshalb verbleibt es auch bei den §§. 24. und 25. des A. L. R., gegen welche auch die ständischen Deputirten nichts erinnert haben.

§. 23. nimmt in Ansehung der Frage, durch wen die Befugniß der Anstellung der Schullehrer auf Domainen- und andern K. Gütern auszuüben sei, auf die Verfassung jeder Provinz Bezug und es ist dazu von dem Deputirten des Ober-Konsistorii (l. 405v Konfer. A. vol. II.) bemerkt:

daß in den K. Dörfern der Mark die Anstellung durch das Ober-Konsistorium ohne Zugiehung einer andern Behörde erfolge, die Kurmärkische Kammer aber die den gewählten Subjekten von den Domainen-Ämtern zu ertheilende Votation konfirmire.

Die Kammerdeputirten haben sich damit zwar einverstanden erklärt (l. 315v), es ist darüber aber nichts in den Entwurf aufgenommen, da durch eine solche frühere Einrichtung offenbar Niemand Rechte erworben hat, dieselbe vielmehr zu aller Zeit geändert werden kann und nur so lange besteht, als eine Aenderung nicht beliebt ist.

ad §. 27. würde aus demj., was ad §. 22. angeführt ist, wohl zu folgern sein, daß auch die Aufsicht über die Amtsführung des Schullehrers nicht der Ortsobrigkeit, sondern dem Kirchenpatrone zustähe; es ist das aber von Niemanden bisher angeregt und für die Patrone in Anspruch genommen und deshalb ist auch zur

Zeit darauf bei Ausarbeitung des Entwurfs keine Rücksicht genommen. Die weiteren Verhandlungen werden ergeben, ob das A. L. R. auch bei diesem Paragraphen geändert werden muß.

ad §. 29. haben die ständischen Deputirten bemerkt:

daß zunächst die Lokal-Versassungen darüber entscheiden müßten, wem die Unterhaltung des Schullehrers obliege, als Regel aber angegeben werden könne, daß sich der Schulmeister, wenn er nicht zugleich Rüster gewesen, nicht von bestimmten Beiträgen der Gemeindeglieder, sondern bloß vom Betrage des Schulgeldes erhalten habe. Wo er ein fixes Gehalt bekomme, da sei ihm dies aus dem Kirchenvermögen angewiesen. Uebrigens sei auch da, wo der Schulmeister zugleich Rüster gewesen, bisher immer Schulgeld gegeben. Es werde dem Patron aber immer freistehen müssen, das Kirchenvermögen zur Verbesserung der Schulmeisterstellen zu verwenden, oder auch mit Approbation des Konsistorii von reichen Pfarrgütern zu diesem Zwecke etwas abzunehmen.

(f. 232. und v. Konfer. A. vol. II.)

Der Deputirte des Kammergerichts, welcher sich hierüber schriftlich erklärte, bemerkte: Bisher habe es dem Patron in der Regel nicht freigestanden, die Schulbedienten aus dem Kirchen- oder Pfarrvermögen zu besolden. Das dieserhalb geäußerte Verlangen könne also nicht Gegenstand des Prov. Gesetzbuchs sein. (f. 274.)

Der Deputirte des Ober-Konsistorii trat im Uebrigen den Erinnerungen der ständischen Deputirten bei und bemerkte dazu nur, daß das Salarium des Schulmeisters in der dems. zu ertheilenden Votation festgesetzt, wenn derselbe aber bloß von der Gemeinde auf eine bestimmte Zeit angenommen sei, zwischen dieser und ihm verabredet werde. Uebrigens habe das Ober-Konsistorium durchaus nichts dagegen, daß das in der Regel kärgliche Gehalt der Schulmeister von den adligen Patronen aus dem Kirchenvermögen verbessert werde. (f. 405 v.)

In der Konferenz nahmen die beiden andern R. Deputationen auf dieses Anführen des Konsistorial-Deputirten Bezug.

Eine durchgreifende Observanz, welche für die Provinz als geltend aufgestellt werden könnte, scheint hienach nicht zu existiren. Die in Anspruch genommene freie Verwendung des Kirchenvermögens zur Verbesserung der Schullehrerstellen erscheint nur als ein Vorschlag, der für jetzt nicht beachtet werden konnte. Im Uebrigen kommt Alles auf Lokal-Versassungen an. Diese bleiben aber ohnehin reservirt und wird deshalb in dem §. 29., der immer nur eine eventuelle Verpflichtung aufstellt, nichts zu ändern sein.

Die Kammerdeputation hat zu diesem Paragraphen noch bemerkt (f. 360):

daß nach einem Direktorial-Reskr. v. 21. Nov. 1801 den Schulmeistern in den Amtsdörfern nicht mehr angemuthet werden solle, ihren Holzbedarf selbst anzuschaffen, sondern daß, wo nichts Anderes feststehe, die Gemeinde gehalten sei, das Holz zur Heizung der Schulstube zu liefern.

Das Reskript ist aber nirgend abgedruckt gefunden und also anscheinend nicht publicirt; es ist also auch hierüber nichts in den Entwurf aufgenommen.

ad §. 33. haben die ständischen Deputirten (f. 232 v. Konf. A. vol. II.) bemerkt, es trete eventualiter die Armenkasse oder nach der Observanz die Kirchenkasse ein, es findet das aber in den Erklärungen der andern Deputationen (f. 274 v. 315 v. und 406) keine solche Unterstützung, daß eine abweichende Prov. Observanz für beschienigt angenommen werden könnte. Das Gen. Land-Schul-Regl. v. 12. Aug. 1763 verordnet zwar allerdings im §. 8., daß da, wo kein anderer Weg vorhanden, das Schulgeld für ganz arme Kinder aus dem Klingebeutel oder aus einer Armen- oder Dorfkasse gezahlt werden solle. Gerade diese Verordnung ist aber als eine General-Verordnung durch das A. L. R. aufgehoben.

ad §. 34. squ. haben die ständischen Deputirten bemerkt (f. 232 v. Konf. A. vol. II.):

- 1) wenn Rüsterhaus und Schulmeisterhaus eins gewesen, so sei es mit den Bauten und Reparaturen eben so gehalten, wie mit den Pfarrbauten;
- 2) wo ein besonderes Schulmeisterhaus existire, da sei dasselbe beständig von der Gemeinde allein ohne Konkurrenz des Patrons erhalten; doch habe es

3) dem Patron freigestanden, bei unvermögenden Gemeinden aus einer vermögenden Kirchencasse Zuschüsse zu geben.

Ueber den ersten Satz haben sich die andern Deputationen nicht erklärt, er versteht sich aber von selbst. Das Haus muß als Rüsterhaus angesehen werden und wird nach dens. Grundsätzen, wie ein solches überhaupt, gebaut und gebessert. Das A. L. R. stimmt damit auch überein (§. 37.).

Den zweiten Satz hat der Deputirte des Ober-Konfistorii für richtig erklärt (L. 406) und darauf haben sich die andern Deputationen bezogen.

Den dritten Satz haben aber alle Deputationen unter dem Anführen bestritten, daß nie das Kirchenvermögen zu den Schulbauten verwandt sei und daß das Anführen der Stände gegen die Observanz und ergangene Judikate anstoße (L. 274 v 316, 406).

Die Erklärung des Deputirten des Ober-Konfistorii ergibt übrigens, daß dies Alles zunächst nur auf die Landschullehrer-Stellen zu beziehen ist. Ueber die Verpflichtung zur Erhaltung der Schulgebäude in den Städten ist keine Erklärung erfolgt. Die Visitat. und Konfistorial-Ordn. de 1573 setzt in dieser Hinsicht im Titel „Von den Schulen 1c.“ fest:

daß in Städten 1c. die Obrigkeiten jedes Orts die Schulen ordentlich und nothdürftig bauen sollen,

und das hat daher wenigstens als eventuelle Regel mit aufgenommen werden müssen.

Danach wird sich der ausgearbeitete Entwurf rechtfertigen.

ad §§. 39 — 42. hat die Kammerdeputation auf die Deklaration über die Verbindlichkeit der Gemeinden und Schulsocietäten wegen unentgeltlicher Herbeiführung ihrer Schullehrer v. 21. Juni 1790 verwiesen. Dieselbe ist im Ryl. de 1790 pag. 2947 abgedruckt und enthält allerdings umständliche Anordnungen über die bezeichnete Verpflichtung. Sie ist aber eine, keineswegs sich bloß auf die Mark beziehende General-Berordnung und als solche durch das A. L. R. aufgehoben. Die sändischen Deputirten haben daneben in Beziehung auf die Altmark (f. 438 vol. II. Konfer. A.) bemerkt, daß so wie die Unterthanen überhaupt, einige besondere Fälle ausgenommen, nicht verpflichtet seyn, außerhalb der Provinz und über die Elbe Fuhren dieser Art der Herrschaft zu leisten, sie auch nicht angehalten werden könnten, die Fuhren zur Abholung der Schulmeister weiter zu thun; es ist diese Observanz aber unbeschneit geblieben. Namentlich verdient das, was f. 52 Konfer. A. vol. V. angeführt ist, daß sie nämlich auch dadurch, daß die Altmark theils vom Auslande, theils von der Elbe begrenzt werde, schon ihre Bestätigung finden solle, keine Berücksichtigung und hat deshalb zur Zeit hierüber nichts in das Prov. Recht aufgenommen werden können. Ist der Schulmeister zugleich Rüster, so wird er in der Art abgeholt, wie dies ad §. 564. Tit. 11. Th. II. A. L. R. im Entwurfe bemerkt ist. Im Uebrigen muß es nach dem A. L. R. gehen.

ad §. 49. hat der Deputirte des Ober-Konfistorii (f. 406 vol. II. Konfer. A.) bemerkt:

in der Kurmark liege den Dorfpredigern die Pflicht ob, in der Schule ihres Wohnorts wenigstens 4 Stunden wöchentlich selbst zu unterrichten und in den Schulen der Filialdörfer so oft Unterricht zu ertheilen, als sie Amtsgeschäfte halber oder anderer Verrichtungen wegen dorthin kämen.

Die übrigen Deputationen haben sich nicht darüber erklärt und ist deshalb in den Entwurf auch nichts aufgenommen, zumal es nach f. 406 v zweifelhaft wird, ob eine derartige Prov. Verfassung wirklich schon existirt. Jedenfalls bleibt es den vorgesetzten Landes-Kollegien immer unbenommen, die ihnen unterworfenen Prediger mit Anweisungen dieser Art zu versehen, wenn das Prov. Recht hierüber auch nichts enthält.

#### B. Im Herzogthume Magdeburg.

Dies wurde schon im Westphälischen Frieden säkularisirt, Preußen zugesellt, und nach dem Tode des bisherigen Administrators 1680 wirklich in Besitz genommen. Der ministerielle „revidirte Entwurf des Prov. Rechts des Gzth. Magdeburg und der Grafsch. Mansfeld, altpreussischen Antheils.“<sup>1)</sup> Berlin 1841“ enthält über das Schulwesen die nachstehenden Vorschriften:

1) Dieser Antheil stand von je unter Magdeburgscher Hoheit, und hatte r

Neunter Titel. Von Schulen. (A. L. R. Th. II. Tit. 12.)

§. 337. (Zu §. 26. ff.) Die Wittwe der Schulbedienten, so wie deren Kinder genießen, wo nicht ein Anderes hergebracht ist, in den Städten ein halbes Gnadenjahr, auf den Dörfern aber nur ein Quartal, wobei ganz die für Prediger-Wittwen und Kinder gegebenen Bestimmungen Anwendung finden. <sup>1)</sup>

§. 338. (Zu §. 29. ff.) Wo Schulgeld bezahlt wird, muß solches auch für die schulpflichtigen Kinder, welche nicht in die Schule kommen, gezahlt werden, sofern nicht Krankheit den Schulbesuch verhindert. Für diej. Schulkinder, für welche wegen Armuth kein Schulgeld erlegt werden kann, muß solches, wofern nicht ein Andres bestimmt oder hergebracht ist, aus der Armentasse des Orts bezahlt werden.

§. 339. (Zu §§. 34—38.) Wenn das Schulhaus zugleich Küsterhaus ist, so muß dasselbe von dem Kirchenpatron und den Eingepfarrten in seinem bisherigen Bestande und Umfange nach den für den Bau und die Reparatur der Kirchen- und Pfarr-Gebäude vorgeschriebenen Grundsätzen unterhalten werden.

§. 340. Wenn außer dem Küsterhause ein besondres Schulhaus vorhanden ist, so finden rücksichtlich der baulichen Unterhaltung dess. die Vorschriften des A. L. R. Th. II. Tit. 12. §§. 34—36. u. 38. Anwendung.

§. 341. Wenn lediglich zu Schulzwecken eine Erweiterung des bisherigen Küster- und Schulhauses erforderlich ist; so fällt diese nach den im §. 340. angeführten Vorschriften der Schulgemeinde allein zur Last.

§. 342. Wird bei Gelegenheit eines Baues an dem bisherigen Küster- und Schulhause eine solche Erweiterung (§. 341.) nöthig, so werden die Kosten des Baues vom Kirchenpatron und von den Eingepfarrten nach dem Bestande und Umfange des bisherigen Küsterhauses, von der Schulgemeinde aber nach dem Umfange der nöthigen Erweiterung, verhältnißmäßig aufgebracht, und es erfolgt hienach auch die Unterhaltung in demselben Verhältnisse.

§. 343. (Zu §. 39.) Die Gemeinde muß in der Regel die Küster und Schulmeister mit ihren Familien und allem Hausgeräth jedoch unter dens. Beschränkungen, wie dies im §. 267. dieses Prov.-Gesetzbuchs wegen des Herbeiholens der Pfarrer verordnet ist, abholen. <sup>2)</sup>

M o t i v e. (S. 255).

Zu §. 337. Die Kirchenordn. <sup>3)</sup> verordnet im Cap. 22. §. 21., daß auch der Schulbedienten Wittwen und Kinder, gleich wie die der Pfarrer, in den Städten das halbe Gnadenjahr, in den Dörfern aber nur ein Quartal genießen sollen. Diese Bestimmung ist als bestehendes Recht beibehalten; es steht jedoch zur Erwägung, ob diese Einrichtung mit dem Unterrichtswesen verträglich ist, wo, namentlich

Magdeburg einerlei Recht. Im J. 1780 fiel er unmittelbar an Preußen, welches 1815 bei seiner Rückerverbung auch den ehemals Sächsischen Antheil der Graffsch. erhielt. — Vergl. auch v. Klewitz, das Prov. Recht des Hsth. Magdeburg und der Graffsch. Mansfeld altr. Antheil, Magdeb. 1837.

1) Vergl. §. 313. ff. des Entw. Die wesentlichen Bestimmungen sind, daß in der Regel von Michael zu Michael gerechnet und zwischen den Partheien getheilt wird (§. 314.), daß bei bloßer Gelddesoldung das Sterbequartal nach Verhältniß der Zeit getheilt, und die Gnadenzeit erst vom nächstfolgenden Quartale gerechnet wird. Wäre beim Tode das Jahr bis auf einen Monat abgelaufen, so verbleibt der Gehalt den Erben völlig. Absidenzien in der Gnadenzeit gehören auch den Erben (§. 318.). Die Gnadenzeit gebührt der Wittwe, unversorgten Kindern und Kindeskindern, wenn sie im Hause waren. Sind Wittwe und Kinder zusammen vorhanden, so hat die Wittwe auf die Hälfte Anspruch (320., 322.). Wer die Gnadenzeit genießt, muß daraus die Defekte am Inventarium ersetzen, (§. 323.). Auch Wittwen, die Wittwengehalt empfangen, haben den Anspruch (§. 325.). Vergl. das Nähere im Kirchenwesen (Th. VIII. des Gesamtw. Bd. 1.).

2) Wo keine Observanz Anderes bestimmt hat: innerhalb der Grenzen des Hsth. Magdeburg, und zwar ganz kostenfrei.

3) Revidirte Kirchenordn. im Hsth. Magdeburg, wie auch in der Graffsch. Mansfeld, Magdeburgischer Hoheit, v. 9. Mai 1739, eine Revision der ältern Kirchenordn. v. 13. Nov. 1685 (C. C. M. I. Nr. 1.)



lich auf dem Lande, nur eine Schule vorhanden ist, da doch die Kinder während eines halben oder eines Viertel-Jahres nicht ohne Unterricht bleiben können.

Zu §. 338. In Uebereinstimmung mit dem A. L. R. Th. II. Tit. 12. §. 43. verordnet Kap. 10. §. 1. der Kirchen-Ordn., daß die Kinder nach zurückgelegtem fünften Jahre in die Schule geschickt werden müssen, und dem Schulmeister dafür das übliche Schulgeld (6 Pfennige wöchentlich für jedes Kind) zu zahlen ist. Dies muß auch dann gezahlt werden, wenn die Eltern die Kinder nicht in die Schule schicken. Ausgenommen ist nach der angeführten Gesetzstelle nur der Fall der Krankheit. Im ersten Entwurf §. 336. waren auch, wie im A. L. R. Th. II. Tit. 12. §. 45., nothwendige häusliche und Wirthschafts-Geschäfte ausgenommen. Da die letztere Ausnahme jedoch in der Kirchen-Ordn. nicht enthalten ist, so ist dieselbe nach dem Antrage der ständischen Deputirten im revidirten Entwurf fortgelassen. An den meisten Orten bestehen auch wohl dieserhalb besondere Regularien, oder allgemeine neuere Anordnungen haben die Fälle geregelt, in welchen das Schulgeld auch beim Ausbleiben der Kinder gezahlt werden muß.

Ferner verordnet die Kirchen-Ordn. Kap. 10. §. 8.:

... Wenn aber irgendwo erweisliche Armuth und Unmöglichkeit bei den Eltern sich findet, ist nach Befinden das (Schul-) Geld aus dem Kirchen-Verario zu nehmen, wosern nicht andere christliche Handreichung zu haben."

Hierzu ist bei den Berathungen bemerkt, daß auf die Worte „aus dem Kirchen-Verario“ nicht viel Gewicht zu legen sei, da auf dem Lande sonst wohl ziemlich allgemein die Orts-Armen-Kasse mit bei der Kirche verwaltet werde; die Kirchen-Ordn. folglich mit den Worten „Kirchen-Verar“ schwerlich das eigene Vermögen der Kirche gemeint habe, was auch aus dem Zusätze „wosern nicht andere christliche Handreichung zu haben“ hervorgehe. Jedenfalls sei es seit Menschen-Gedenken üblich, daß, wo nicht ein Anderes hergebracht, das Schulgeld für arme Kinder aus der Armen-Kasse gezahlt werde (acta comm. Vol. IV. fol. 92). Da die Richtigkeit dieser Bemerkung durch die Annahme der vormaligen Reg. und des Oberlandesgerichts bestätigt wird, so hat es nicht bedenklich geschienen, das Wort Kirchen-Verar mit „Armen-Kasse“ zu vertauschen.

Zu §§. 339 — 342. Wem nach dem Magdeburgischen Provinzial-Rechte die Pflicht zum Bau und zur Unterhaltung der Schulgebäude obliege, ist sehr bestritten. Die Kirchen-Ordn. handelt im Kap. 26. nach der Uberschrift dieses Kapitels:

„Von den Gebäuden der Kirchen, Prediger- und „Rüsterhäuser, auch von „den Kirchstühlen,“

und im §. 1. daselbst bestimmt dieselbe:

Die Gebäude der Kirchen, Prediger-, Schulmeister- und Rüsterhäuser sollen von jeder Kirche Einkommen, und da solche nicht zureichen, von denen Zuhörern und Eingepfarrten jedes Orts in gutem Bau und Vesserung erhalten werden.

Der §. 3. a. a. O. spricht von den Pfarr- und Schulmeister-Wohnungen; der §. 4. von Kirchen-, Pfarr- und Rüstergebäuden; der §. 5. von den Gebäuden der Prediger und Rüster; der §. 7. von Pfarr- und Rüstergebäuden; der §. 9. von den Häusern und Wohnungen der Prediger, Schulmeister und Rüster.

Daraus, daß die Kirchen-Ordn. die Schulmeister- und Rüsterhäuser und Wohnungen unter einander nennt, ist in dem alten Entwurfe, auf den Grund des Einverständnisses zwischen der vormaligen Regierung zu Magdeburg und den Ständen gefolgert,

daß Schulgebäude und Schulmeister-Wohnungen, gleich den Pfarr- und Rüstergebäuden, zunächst aus dem Kirchenvermögen, und bei dessen Unzulänglichkeit von dem Patron und den Eingepfarrten, gleich andern Kirchengebäuden, erhalten werden müßten.

Das Oberlandesgericht zu Magdeburg hat jedoch in seinem Ver. v. 23. Sept. 1831 angenommen, daß die Kirchen-Ordn. nur auf solche Schulgebäude, welche zugleich Rüsterhäuser seien, zu beziehen, und daß auf Schulgebäude und Schullehrer-Wohnungen, welche nicht zugleich Rüsterhäuser seien, lediglich die Vorschriften des A. L. R. Th. II. Tit. 12. §§. 34 — 36. in Anwendung zu bringen seien. Im ersten Entwurfe §§. 337. und 338. ist eine dritte Meinung dahin aufgestellt (Motive, S. 247), daß es darauf ankomme, ob die Schulen zu einer bestimmten Kirche gehören, und daß in diesem Falle,

wofür die Vermuthung spreche, die Schulen nach den Vorschriften über Kirchen- und Pfarrbauten, im andern Falle aber nach dem A. L. R. zu unterhalten seien

Gegen die von dem Oberlandesgerichte zu Magdeburg in dem Ver. v. 23. Sept. 1831 aufgestellte Ansicht, welcher sich bei den Berathungen die ständischen Deputirten und der Regierungsrath Ratan angeschlossen haben, sprechen die §§. 1. und 9. a. a. O. der Kirchen-Ordn., wo die Schulmeister- und Küsterhäuser neben einander genannt sind, und der §. 22. des Kap. 14. der Kirchen-Ordn., wo von „Annehmung eines Küsters, Organisten, und aller Kirchen- und Schuldiener“ die Rede ist. Auch hat das Geh. Ob.-Trib. in mehreren Fällen, z. B.

in Sachen des Aerarii der St. Nikolai-Kirche in der Neustadt zu Magdeburg wider den dortigen Magistrat, im Jahre 1831,

und

in Sachen der Gemeinde zu Groß-Ottersleben wider den Fiskus, als Patron der Kirche, Pfarre und Schule zu Ottersleben, im Jahre 1839,

angenommen, daß

1) sowohl Schulgebäude und Schullokalien, welche als eigene Gebäude von der Wohnung des Schullehrers ganz abgesondert sind, als

2) Schullehrer-Wohnungen, welche nicht zugleich Küsterhäuser sind, sowie

3) Schullokalien und Schullehrer-Wohnungen in Küsterhäusern

nach der Vorschrift der Magdeburgischen Kirchen-Ordn. aus dem Kirchen-Aerar und in dessen Unzulänglichkeit von dem Patron und der Gemeinde nach den über die Kirchenbauten gegebenen Regeln zu unterhalten seien.

(Cl. acta des Justiz-Min. M. 1. Vol. IV. Fasc. 6. fol. 1—18).

Aus der Vergleichung der einzelnen Stellen in der Kirchen-Ordn. Kap. 26. ergibt sich, daß die Kirchen-Ordn. das Schulhaus und Schullokal von der Schulmeister-Wohnung nicht getrennt sich gedacht hat; das Schulhaus schließt auch in der Regel, abgesehen von größeren Schulen in Städten, die Schulmeister-Wohnung in sich. Von Schulgebäuden und Schulmeister-Wohnungen muß daher dasselbe gelten. Ferner aber ist in der Kirchen-Ordn. die Schule als ein Bestandtheil der am Orte befindlichen Kirche und der kirchlichen Einrichtung überhaupt gedacht. Kirchen- und Schulwesen ist als ein Ganzes, Gottesdienst und Schulunterricht als ein gemeinschaftlicher Zweck der Kirchen-Gesellschaft behandelt (cf. Kap. 26. und Kap. 28.). Nach dem Sinne und Zusammenhange der Magdeburgischen Kirchen-Ordn. muß man daher annehmen, daß die Kosten für Bauten an Schulgebäuden und Schullehrer-Wohnungen gleich Kosten für Kirchen-, Pfarr- und Küsterbauten zu bestreiten seien. Hierfür spricht auch die von dem Magdeburgischen Konsistorium erlassene Instr. v. 16. Febr. 1751, wie die Kirchen-Aeraria im Magdeburgischen im guten Stande zu erhalten, §§. 16. und 17., wo von der Erhaltung der Kirchen-, Prediger- und Schulhäuser aus dem Kirchen-Aerar gehandelt wird.

Cl. ferner Kirchen-Ordn. Kap. 10. von Verfassung der Schulen;

B. v. 3. April 1734, über das Kirchen- und Schulwesen;

B. v. 14. Mai 1716, über die Verbesserung des Schulwesens;

B. v. 30. Sept. 1718, renovirt den 5. Dec. 1736, wegen der studirenden Jugend, §. 13.;

(Anhang zur revidirten Kirchen-Ordn. Nr. 51., 54—78. und 78.). —

Andererseits ist indeß zu erwägen, daß zur Zeit der Emanation der Magdeburgischen Kirchen-Ordn. die Schul-Einrichtung eine ganz andere war, als sie jetzt ist. Damals waren die Schulen fast alle mit den Kirchen verbunden, und auf dem Lande gab es wohl keine andere Schullehrer, als die Küster. Jetzt sind eigene Schul-Affoziationen gebildet, die von den Kirchen-Gemeinden verschieden sind; die Schulen sind vermehrt und vergrößert. Die Vorschriften über Kirchen- und Pfarrbauten passen daher nicht mehr auf die jetzigen Schulbauten, führen auch, wenn der Kirchen- und Schul-Patron und die Kirchen- und Schul-Gemeinden verschieden sind, zu Verwickelungen. Mit Rücksicht auf die von dem Depart. für die geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten im Verwaltungs-Wege schon seit längerer Zeit beobachteten Vorschriften sind deshalb in den §§. 339—342. des revidirten Entwurfs neue Vorschläge zur Regulirung dieser Angelegenheit gemacht, über welche der Prov.-Landtag sich zu erklären haben wird.

Zu §. 343. Die Kirchen-Ordn. Kap. 28. §. 5. schreibt vor:

Wenn sie (die Küster und Schuldiener) eines Ortes zu solchem Dienste ange-

nehmen sind, soll die Gemeinde oder der Kirchen-Raßen dieselbigen sammt Weib, Kinder und allem Hausgeräth abholen.

Daß die Gemeinde diese Pflicht in derselben Ausdehnung und unter denselben Bestimmungen habe, wie gegen einen neuen Pfarrer, kann nicht zweifelhaft sein, ist auch in den Konferenzen nicht bezweifelt worden (acta comm. Vol. IV. fol. 92v.). Wahrscheinlich haben die Deputirten der Stände ausdrücklich gebeten, den Ausdruck der Kirchen-Ordnung „Hausgeräth“ beizubehalten, um etwaigen Ansprüchen auf Entschädigung anderer nicht zum Hausgeräth gehörigen Sachen vorzubeugen. Hier- auf ist der §. 343. des revidirten Entwurfs abgefaßt.

C. Im Fürstenthume Halberstadt, welches, gleich Magdeburg, durch den Westphälischen Frieden, 1648, säkularisirt und dem Kurfürsten Brandenburg überlassen, von diesem aber später durch Einverleibung der Grafsch. Hohenstein, Regenstein und der Herrsch. Darnburg vergrößert wurde, sind nach dem ministeriellen „revidirten Entwurf des Prov. Rechts des Fürstenth. Halberstadt und der Grafsch. Hohenstein, Berlin, 1836“ von provinziellen Bestimmungen über das Schulrecht nur folgende in Gültigkeit geblieben:

#### VI. Von Kirchen und Schulen.

1c.

§. 116.: 4. Schulbauten. Wegen der Verbindlichkeit zu den Schulbauten hienüt, verbleibt es bei den örtlichen Observanzen.

§. 117.: 5. Wirthschaftsjahr bei Auseinandersehung der Schullehrer. Bei den Auseinandersehungungen angehender Schullehrer mit ihren Vorgängern oder deren Erben kommen die im §. 108. bestimmten Grundsätze zur Anwendung.<sup>1)</sup>

§. 118.: 6. Gnadenzeit der Schullehrerwitwen. Die Wittwen der Schullehrer genießen im Halberstädtischen, mit Ausnahme einiger Orte, ein viertel, und im Hohensteinschen ein halbes Gnadenjahr.

Motive.

Zu §. 116. Aus den bei §. 106. angeführten Gründen<sup>2)</sup> ist es in Betreff der Verpflichtung zu den Schulbauten beizutragen, bei dem örtlichen Herkommen belassen.

Zu §. 117. Bei der Auseinandersehung eines angehenden Schullehrers, mit seinem Vorgänger oder dessen Erben, finden, wie in Sachen des Schullehrers keine gegen den Magistrat zu Rochstädt erwiesen, und rechtskräftig entschieden ist, und außerdem sämtliche Superintendenten und Landräthe in ihren Schreiben an den Kommissarius versichern (cf. Acta commiss.), ganz die im §. 108. erwähnten Grundsätze hinsichtlich der Auseinandersehung der Prediger Statt.

Zu §. 118. Das A. L. R. enthält keine Bestimmungen über das Gnadenjahr der Schullehrerwitwen. Dagegen bestimmt der §. 12. des Schullehrerwitwen-Regl. für das Fürstenth. Halberstadt,<sup>3)</sup> daß die Wittwen und Erben eines Schullehrers ein viertel Gnadenjahr haben sollen. Nur in Aschersleben und Gröningen genießen sie observanzmäßig ein halbes Gnadenjahr, welches ihnen auch in der Grafschaft Hohenstein schon durch ein R. v. 13. Nov. 1685, außerdem aber auch durch ein R. v. 13. Nov. 1781 und durch den §. 23. des Wittwenlassen-Regl. v. 14. Jan. 1817 bewilligt wurde.<sup>4)</sup>

1) §. 108.: Bei Prediger-Auseinandersehungungen wird hinsichtlich der Einkünfte von Grundstücken der Anfang des Jahres von Michaelis, bei andern Einnahmen aber v. 1. Jan. an, berechnet.

2) Nämlich, weil keine allgemeine Observanz besteht.

3) Vergl. Lenz, Prov. Recht des Fürstenth. Halberstadt und der zu demselben gehörigen Grafsch. Hohenstein, Regenstein und Derenburg, herausgeg. v. Strom-berg, Leipz. 1827. Dasselbst sind S. 413 die „Revid. Statuten für die im J. 1753 errichtete Schullehrer-Witwen- und Waisen-Kasse im Fürstenth. Halberstadt v. 4. Sept. 1817“ abgedruckt. Im Lenz'schen Entwurfe waren §. 140. ff. die rechtlichen Bestimmungen aus diesem und dem nachstehend erwähnten Hohensteinschen Regl. aufgenommen.

4) Regl. zu der im J. 1817 errichteten Wittwen-, Waisen- und Begräbniß-

Außer den vorstehenden hat der Kommissarius (D. L. G. Rath Lenz) noch anderer Vorschriften erwähnt, die jedoch zur Aufnahme in das Prov. Gesetzbuch nicht geeignet erachtet worden sind. Dies sind folgende:

7. Nach §. 22. Tit. 12. Th. II. des A. L. R. kommt die Bestellung der Schullehrer den Gerichtsobrigkeiten zu. Dagegen ist nach einer Behauptung des Konfist. Rath Streithorst (Fol. 276 v. Vol. II. der Auszüge) in der Prov. Halberstadt der Schulpatron berechtigt, den Schullehrer zu ernennen. Wenn eine Gemeinde das Patronat hat, soll der Schullehrer von dieser unter Zuziehung des Pfarrers gewählt werden. Andere Nachrichten hierüber fehlen gänzlich. Man hat daher diese angebliche Observanz nicht für genügend erwiesen erachtet, um sie in das Prov. Gesetzbuch zu übertragen.

8. In den Entwurf des D. L. G. war auf den Grund des Halberstädtischen und Hohensteinschen Feuersozietäts-Regl. v. 12. Aug. 1756 u. 8. Okt. 1770 (Lenz, a. a. D. S. 243 und 281) die Bestimmung aufgenommen, daß die Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude in der Feuerklasse versichert werden müssen und die Kosten dieser Versicherung den Kirchen-Aerarien, und bei deren Unzulänglichkeit den Gemeinden zur Last fallen. Die R. Reg. zu Erfurt hielt diese Vorschriften für nothwendig (Fol. 47 v. Vol. II. u. 196. 197. Vol. I. Act. commiss.). In der Konferenz mit den ständischen Deputirten wurde aber ihre Beglassung beschlossen, theils weil man sie für administrativ hielt, theils weil sie fortwährend deshalb in Kraft blieben, weil die Feuersozietäts-Regl., als Statuten einer besondern Korporation, auch nach Publikation des Prov. Rechts ihre Gültigkeit behielten, theils endlich, weil sie nur dann zur Anwendung kommen könnten, wenn die Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude gerade in der Halberstädtischen oder Hohensteinschen Feuersozietät versichert würden. (Vol. II. Act. commiss. Fol. 47 v. 116. 117.)

#### D. Im Fürstenthume Eichsfeld.

Dies kam durch §. 3. des Reichsdeputations-Hauptschlusses v. 25. Febr. 1803 als eine ehemalige Kurmainzische Besitzung an Preußen, welches bei der Wiedervereinigung im J. 1815 einen Theil davon an Hannover abtrat. In Betreff des Schulwesens sind nach dem ministeriellen „Revidirten Entwurf des Prov. Rechts des Fürstenth. Eichsfeld, Berlin, 1837“, folgende Bestimmungen provincieell <sup>1)</sup>:

#### XVI. Von Kirchen und Schulen. (A. L. R. Th. II. Tit. 11. u. 12.)

##### 12. Anstellung und Einkünfte der Schullehrer.

§. 288. Die Bestellung der Schullehrer geschieht in der Regel von der Reg., in katholischen Gemeinden auf den Vorschlag des Kommissariats und in evangelischen Gemeinden auf den Vorschlag des Superintendenten.

§. 289. An den Orten, wo keine Freischulen sind, muß das übliche Schulgeld vierteljährlich von den Gemeinde-Einnehmern unentgeltlich eingesammelt und dem Schullehrer in einer unzertrennten Summe entrichtet werden.

§. 290. Was wegen Einsammlung des Sprengelkorns in Ansehung der Pfarrer §§. 286., 287. verordnet ist, findet auch auf das den Schullehrern gebührende Sprengelkorn Anwendung. <sup>2)</sup>

Kasse für die Schullehrer der Grafschaft Hohenstein (bestätigt durch R. des Min. des Inn. [v. Schuckmann] v. 14. Jan. 1817), Lenz, a. a. D. S. 400.

1) Vergl. auch: das Prov. R. des Fürstenthums Eichsfeld von Hartmann, Berlin, 1835.

2) §. 286. Statt des Sprengelkorns, welches sonst von jedem Hause an den Pfarrer gegeben werden mußte, wird das Sprengelkorn von den Ortsvorstehern Martini eines jeden Jahres eingesammelt, und dem ganzen Betrage nach dem Pfarrer abgeliefert.

§. 287. Sechs Brode werden auf einen Scheffel Korn in dem an jedem Ort früher bestandenen Maße gerechnet. Nach den Motiven (§. 270.) beruhen diese Bestimmungen auf §. 24. der Charta visitatoria von 1767, welche (Mot. S. 268) unterm 7. Nov. 1767 und 15. Mai 1801 auf Befehl des Landesherrn publizirt,

(§§. 233. und 234.). Auf die Stellung eines Reitpferdes hat der Schullehrer keinen Anspruch.

E. In den ehemals zum Königreich Sachsen gehörig gewesenen Landestheilen.

Schon im ersten Abschnitte ist erwähnt worden, wie vorzugsweise in Sachsen bald nach der Reformation das Unterrichtswesen, sowohl in höhern als in Volksschulen, gepflegt wurde. Unter den vielen hierüber ergangenen Sächsischen Gesetzen legen davon namentlich Zeugniß ab: die Schulordn. von 1580 (Cod. Aug. I. 569), die Schulordn. von 1773 (II. C. C. A. I. 162) und unter neuern Gesetzen das Generale v. 4. März 1805, das R. v. 9. Juni 1806 und das Generale v. 23. Nov. 1811, §. 6. (III. C. C. A. I. 63. 61. 81.). Die einzelnen Vorschriften, welche aus diesen und vielen andern speziellen Verordnungen noch anwendbar geblieben sind, werden in dem ministeriellen „revidirten Entwurf des Prov. Rechts des Hgth. Sachsen, Berlin, 1841“, wie folgt, wiedergegeben:

Vierzehnter Titel. Vom Recht der Kirchen, Schulen und geistlichen Stiftungen.  
(Zum Tit. 11. und 12. Th. II. des R. L. R.)

2c.

§. 729. Die bei Besetzung der Kirchen- und Schulämter entstehenden Lasten sind nicht von den Neu-Angestellten, sondern in der Regel von den Parochianen zu tragen.

§. 730. Ein Beitrag aus dem Kirchenvermögen ist nur, wenn solches unbeschadet der darauf angewiesenen kurrenten Ausgaben geschehen kann, nach dem Ermessen des Patrons und des geistlichen Inspektors, und wenn sich die Gemeinde nicht dabei beruhigt, nach Entscheidung der obern Behörde zu leisten.

§. 731. In Ermangelung einer Vereinigung des Neu-Antretenden und der Gemeinde über die zum An- und Auszug nöthigen Fuhren und übrigen Lasten ist die Kirchfahrt jedenfalls verbunden, den Neu-Antretenden nebst seiner Familie aus seinem bisherigen Wohnorte — auf eine Entfernung von zwei Tagereisen — auf eine anständige Art unentgeltlich herbeizuholen.

§. 732. Außerdem haben die Parochianen die Bibliothek und das nothwendige Hausgeräthe — nicht aber Vorräthe an Viktualien und Wirthschaftsbedürfnissen — auf gleiche Entfernung unentgeltlich herbeizuschaffen.

§. 733. Zum Transport des Hausgeräthes und der Bücher kann ein erst ins Amt kommender Kandidat zwei, ein bereits im Amte gestandener Geistlicher, wenn er keine Kinder hat, drei, und wenn er Kinder hat, höchstens sechs zweispännige Fuhren verlangen.

§. 734. Lehrer an Stadtschulen sind hierbei den Geistlichen gleich zu achten. Schulmeister in Flecken und Dörfern aber haben bei der ersten Anstellung nur eine, bei Versetzung zwei, und wenn sie Kinder haben, drei bis höchstens vier zweispännige Fuhren zu verlangen.

§. 735. Hat der Neuberufene eigenes Gespann, so muß er solches bei seinem Transport zur Erleichterung der Eingepfarrten mit anwenden.

§. 736. Bei Substituten, sehr armen Kandidaten, oder wegen Beschaffenheit der Landesart, Jahreszeit und zu passirende Wege kann die Reg. in Ansehung des zum Anzug und Transport nöthigen Fuhren und Kosten Ausnahmen von obigen Vorschriften machen.

2c.

§. 742. Außerdem hat, da wo es hergebracht ist, jedes mit einem bloßen Haus oder Gartengrundstück (ohne andere mit Dezem oder nach §. 739. zu entrichtenden Abgaben behaftete Grundstücke) ansässige, sowie jedes unangesessene und als Hausgenosse zur Miete wohnende Parochialmitglied, für sich und seine mit ihm eine Haushaltung ausmachende Familie zusammen, das Häusler- oder Hausgenossengeld, welches jährlich achtzehn gute Pfennige für den Pfarrer, und sechs dergl. für den Kirchner oder Schulmeister beträgt, oder zusammen in jetziger Scheidemünze 2 Sgr. 6 Pf. zu entrichten.

§. 743. Von dieser Häusler- oder Hausgenossen-Abgabe sind weder die Auszügler noch die Besitzer der auf steuerfreiem Ritterguts-Grund und Boden angebauten Häuser befreit.



§. 744. Diej., welche neben andern, mit geistlichen Realprästationen beschwerten Grundstücken besondere Häuser besigen, sind von dieser Abgabe nur dann befreit, wenn ihre Häuser von Hausgenossen bewohnt werden, welche solchenfalls das Hausgenossengeld zu entrichten haben.

§. 745. Die vorstehend erwähnten Abgaben sind von den Kommunal-Beamten bei Vermeidung einer Strafe von 12½ Thlr. unentgeltlich einzusammeln und an die Kirchen- und Schuldiener ohne Abzug abzuliefern.

§. 746. Bei Haustausen sind die Geistlichen und Schuldiener oder Kirchner, außer der unentgeltlichen und kostenfreien Abholung und Zurückbringung, die Hälfte mehr als den matrikelmäßigen Betrag der Gebühren zu fordern berechtigt, insofern nicht die Eltern der Täuflinge notorisch zu arm sind.

2c.

§. 751. Römisch-katholische Inhaber des Patronatsrechts über evangelische Kirchen und Schulen dürfen solches, bei Strafe des Verlustes für ihre Person, nicht anders als nach Maßgabe der evangelischen Kirchengesetze und des protestantischen Kirchenrechts ausüben.

2c.

§. 754. Der Patron, als solcher, ist eben so wenig als der eingepfarrte Rittersgutsbesitzer, als solcher, in sofern nicht auf rechtsverbindliche Weise ein Anderes festgesetzt ist, gesetzlich verbunden, zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude beizutragen. <sup>1)</sup>

2c.

§. 761. Statt der ehemaligen Tranststeuerfreiheit erhalten die zur Sächsischen Zeit fundirten Stellen aus der Staatsklasse ein Geldäquivalent, welches in der Regel, wo nicht ein Mehreres besonders verwilligt ist, 2c. für Rectoren und Konrectoren an Stadtschulen 6 Thlr. 20 Sgr., für Kollaboratoren und Organisten 5 Thlr., für Schulmeister 3 Thlr. 10 Sgr. und für konfirmirte Mädchenlehrer 1 Thlr. 20 Sgr. jährlich beträgt.

§. 762. Dieses Tranststeuer-Äquivalent ist ein Theil des Dienstgehaltes, und wird auch während einer Amtssuspension, sowie den Wittwen und Kindern der verstorbenen Geistlichen auf die Zeit des Gnadenhalbenjahrs fortgezahlt. Wenn nach dessen Ablauf das Dienst Einkommen wegen fortdauernder Vakanz in die Vakanzklasse fließt, so gelangt letzteres ebenfalls dahin.

2c.

§. 766. Der abgehende Kirchen- oder Schuldiener, oder dessen Erben, sind verpflichtet, das zur Fortsetzung der Wirthschaft nöthige Heu, Stroh und Dünger gegen den Taxwerth dem Antretenden zu überlassen.

§. 767. Die in gewissen viertel-, halb- oder ganzjährigen Terminen gefälligen fixen und Essentiat-Amtseinkünfte, mit Einschluß der Dekonomie- und Naturalnuzungen, werden in der Regel von Michael zu Michael berechnet, und nach Verhältnis der Zeit, welche ein Kirchen- oder Schuldiener erlebt hat oder welche in das Gnadenhalbejahr fällt, für verdient geachtet.

§. 768. Was aber nach Michael des einen bis 30. April des folgenden Jahres an Dezem, Getreide- und Geldzinsen gefällig ist, so wie auch, was an Dekonomie-nuzungen der Erndte dess. Jahres erst nach Michael reif und geerntet wird, das wird als bereits zu Michael verdient, und was vom 1. Mai an gefällig wird, als zu der Dienstzeit von da an bis zu dem nächst darauf folgenden Michaelistermine gehörig berechnet.

§. 769. Wenn daher das Ende eines Dienstgenusses in die Zeit zwischen dem einen und dem andern Fälligkeitstermin, oder zwischen die eine und andere Erndte fällt, so gebührt dem abgehenden und antretenden Genußberechtigten der Genuß des

1) Im Binderschen Prov. Recht (Berlin, 1836) ist §. 1511. die Beitragspflicht der Patrone zu den Bauten angenommen; eben so war dieselbe vom I. Sen. des Ob. Trib. durch Urf. v. 6. März 1843 nach den Vorschriften des A. L. R. ausgesprochen. (Präj. Nr. 1267. Präj. S. S. 208.) Später erging darüber und über die Beitragspflicht der Rittersgutsbesitzer die R. O. und B. v. 11. Nov. 1844 (S. S. S. 697), durch welche zwar die Beitragspflicht der Rittersgutsbesitzer und der unter diese gehörigen Patrone anerkannt, ihr Beitrag aber verhältnißmäßig niedriger als der der andern Eingepfarrten angesetzt wurde.

nächsten Termins oder der nächsten Erndte antheilig nach Verhältniß der Zeit einem jeden zukommenden Genußberechtigung.

§. 770. Nach demselben Verhältniß haben auch beide Theile die Wirthschaftsunkosten, so weit selbige nicht zu dem von dem Abgehenden zu gewährenden Inventario gehören, gemeinschaftlich zu tragen.

§. 771. Wenn jedoch durch besondere Observanz oder bei dem letzten Veräußerungsfall eine andere Regel festgesetzt worden ist, so dient diese zur Richtschnur.

§. 772. Das Transtener-Äquivalent wird auf die verfloßene Zeit von Ostern zu Ostern gerechnet, und nach Verhältniß der in diese Zeit fallenden Genußberechtigung getheilt.

§. 773. Von der Regel, daß die Dienstseinkünfte auf die verfloßene Zeit gerechnet werden, findet eine Ausnahme Statt, wenn bei gewissen Natural- oder Geld-Äquivalenten dafür ausdrücklich festgesetzt ist, daß sie für die Zeit im Voraus verabreicht werden.

§. 774. Dies gilt insbesondere von den jährlichen Holz-Deputaten und Äquivalenten dafür, bei deren Vertheilung jedoch in der Regel auf das Sommerhalbjahr  $\frac{1}{2}$ , und auf das Winterhalbjahr  $\frac{1}{2}$  gerechnet werden.

§. 775. Ist das Holzdeputat auf eine längere Zeit als das laufende abgegeben, oder aus dem zu dem Amt gehörigen Walde für mehrere Jahre geschlagen, so findet die Vertheilung nach Verhältniß dieser ganzen Zeit Statt.

§. 776. Hat der Geistliche oder Schullehrer, wie dies in der Regel der Fall ist, aus der Amtswaldung nur das Bedürfniß zu erhalten, ohne davon verkaufen zu dürfen, so verbleibt der nach Befriedigung des Bedürfnisses noch vorhandene Holzvorrath dem Amtsnachfolger ganz.

§. 777. Die zufälligen Amtseinkünfte gehören dem Abgehenden auf die Dauer seiner Amtsverwaltung und bei Geistlichen den nachgelassenen Wittwen und Kindern auf die Dauer des Gnadengenusses, oder nach Ablauf des letztern, bei dauernder Vakanz, der Vakanzkasse.

§. 778. Laudemien gehören demjenigen, in dessen Genußberechtigungszeit der Verkauf auf welchen sie zu entrichten sind, sich ereignet hat.

§. 779. Wittwen und Kinder der Geistlichen und Schullehrer haben an den Orten der Anstellung derselben und in der Parochie Heimathrecht und die Ansprüche auf Theilnahme an den, den Ortseingebornen in Ansehung der Gemeindefreistellen und Universitäts-Stipendien zukommenden Rechte.

2c.

§. 788. Wittwen und Kinder der Schullehrer und Küster haben nach dem Tode des Letztern in der Regel bloß 4 Wochen lang Anspruch auf das Recht zu wohnen in der Amtswohnung und den Genuß der Amtseinkünfte.

2c.

§. 801. Kirchen- und Schuldiener müssen, wo nicht ein gegenseitiges Verkommen erwiesen ist, die Unterhaltung der Zäune und Hege, sowie der Dämme, Ufer, Wege, Brunnen und Gräben aus eigenen Mitteln besorgen.

§. 802. Die Gräberei und Baumnutzung auf den Kirchhöfen gebührt dem örtlichem Herkommen entweder dem Pfarrer, oder dem Kirchner und Schulmeister oder beiden gemeinschaftlich, jedoch erstreckt sich die Gräbereinutzung nicht auf die Hütung mit dem Vieh, und die Baumnutzung nur auf Früchte, Aeste und Zweige, wogegen die gänzliche Wegnahme der Bäume nur mit Bewilligung der kirchlichen Obern erfolgen darf, welche zugleich zu bestimmen haben, in wie weit der Gewinn dem Kirchenvermögen oder den Nothbedürfnissen des Kirchhofs zu überweisen.

§. 803. Das Recht, Zehnt oder Dezem zu fordern, steht den Pfarrern und Schullehrern nur in Ansehung derjenigen, in oder außer dem Parochialbezirk gelegenen Güter und Grundstücke zu, welche vermöge besondern Rechtstitels dem Pfarr- oder Schulamt zehntpflichtig sind.

§. 804. Auf solchen Grundstücken haften aber die Zehnt- oder Dezem-Abgaben dergestalt als Reallast, daß sie von allen Besitzern ohne Unterschied der persönlichen Konfession, Parochial- und Standes-Verhältnisse zu entrichten sind.

§. 805. Aus der Benennung Zehnt oder Dezem folgt nur, daß die als solche genannten Abgaben in einem gewissen, aber nicht, daß sie nothwendig in dem zehnten Theile der auf dem zehntpflichtigen Gut oder Grundstück erzeugten Naturalpro-

1. The first part of the document is a list of names and addresses, which appears to be a directory or a list of contacts. The names are written in a stylized, cursive script, and the addresses are listed below them.

[illegible][illegible]

1. Die Zeit, die der Empfänger in der Zeit der  
 2. der Zeit der Empfänger in der Zeit der  
 3. der Zeit der Empfänger in der Zeit der  
 4. der Zeit der Empfänger in der Zeit der

● ● ● ● ●

[illegible]

Doc 752 - Bureau - 72 Jul 174 S A H C C A I 226

SECRET 2. 15. Feb. 1945 S S H C C A I 22

Die wärmende Wirkung ist zu einem großen Teil durch die  
 1895-1896 II 144

1913 de Carpentier (Carpenter) 172 - 173

**U.S. DEPT OF AGRY**

~~第1張紙 - 100mm x 150mm~~

Birth : 1924 C. A. 1 74 D. : 1973 S. 01 26 27 C. A. 1 36

21 1791 General 2. 12 242 1791 5. 5 11. C C A 1. 233

**SECRET**

RECEIVED BY THE DIRECTOR, FBI, MAY 15 1965

1. 凡在本行开立存款账户的客户，均可向本行申请开立支票。

1. The first step is to identify the problem. This involves understanding the current situation and what needs to be changed.

1937 1938 1939 1940 1941 1942 1943 1944 1945 1946 1947 1948 1949 1950 1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369 2370 2371 2372 2373 2374 2375 2376 2377 2378 2379 2380 2381 2382 2383 2384 2385 2386 2387 2388 2389 2390 2391 2392 2393 2394 2395 2396 2397 2398 2399 2400 2401 2402 2403 2404 2405 2406 2407 2408 2409 2410 2411 2412 2413 2414 2415 2416 2417 2418 2419 2420 2421 2422 2423 2424 2425 2426 2427 2428 2429 2430 2431 2432 2433 2434 2435 2436 2437 2438 2439 2440 2441 2442 2443 2444 2445 2446 2447 2448 2449 2450 2451 2452 2453 2454 2455 2456 2457 2458 2459 2460 2461 2462 2463 2464 2465 2466 2467 2468 2469 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2477 2478 2479 2480 2481 2482 2483 2484 2485 2486 2487 2488 2489 2490 2491 2492 2493 2494 2495 2496 2497 2498 2499 2500 2501 2502 2503 2504 2505 2506 2507 2508 2509 2510 2511 2512 2513 2514 2515 2516 2517 2518 2519 2520 2521 2522 2523 2524 2525 2526 2527 2528 2529 2530 2531 2532 2533 2534 2535 2536 2537 2538 2539 2540 2541 2542 2543 2544 2545 2546 2547 2548 2549 2550 2551 2552 2553 2554 2555 2556 2557 2558 2559 2560 2561 2562 2563 2564 2565 2566 2567 2568 2569 2570 2571 2572 2573 2574 2575 2576 2577 2578 2579 2580 2581 2582 2583 2584 2585 2586 2587 2588 2589 2590 2591 2592 2593 2594 2595 2596 2597 2598 2599 2600 2601 2602 2603 2604 2605 2606 2607 2608 2609 2610 2611 2612 2613 2614 2615 2616 2617 2618 2619 2620 2621 2622 2623 2624 2625 2626 2627 2628 2629 2630 2631 2632 2633 2634 2635 2636 2637 2638 2639 2640 2641 2642 2643 2644 2645 2646 2647 2648 2649 2650 2651 2652 2653 2654 2655 2656 2657 2658 2659 2660 2661 2662 2663 2664 2665 2666 2667 2668 2669 2670 2671 2672 2673 2674 2675 2676 2677 2678 2679 2680 2681 2682 2683 2684 2685 2686 2687 2688 2689 2690 2691 2692 2693 2694 2695 2696 2697 2698 2699 2700 2701 2702 2703 2704 2705 2706 2707 2708 2709 2710 2711 2712 2713 2714 2715 2716 2717 2718 2719 2720 2721 2722 2723 2724 2725 2726 2727 2728 2729 2730 2731 2732 2733 2734 2735 2736 2737 2738 2739 2740 2741 2742 2743 2744 2745 2746 2747 2748 2749 2750 2751 2752 2753 2754 2755

ALL INFORMATION CONTAINED HEREIN IS UNCLASSIFIED  
DATE 11-11-2011 BY 60322 UCBAW

3. 6. 731. *Erubastus* n. sp. f. 1520. C. A. I. 535. — *Er.* n. sp. 1646

— *Ordnung der Landesschieden 1661. Zu. Jahrgängen* § 120

LA I 254. — *Ordnung des Frankfurterordnens v. 16. Jan. 1747*

И. Л. С. С. А. П. 252.

3. 5. 762 2. v. 16. Jan. 1759, II. C. C. A. II. 109 ff. — Weber

4/15/2013 10:03 AM

3. 765. Rüchser ad Deyling, G. 155. — Weber, II. 616.

32 55. 767. u. 768. Kirchenrechn. v. 1580. Arh. 41. -- H. v. 12. 370.

193, C. A. L. 711 n. 853. — Carpxov, I. 196, 197. = *ibid.*, II. 555. —

3. 65 769 = 770 Weber II. 682 = 679 ff

38 39- 769. 2. 770. 2622, II. 652 II. 675 II.

\_\_\_\_\_

1) Die sehr ausführlichen Motive zu §. 754. sind hier nicht wiedergegeben

In dieser §. wie oben bemerkt, legislativ beseitigt ist. Sein Entstehen verdankt e

der numerischen Ueberlegenheit der ritterschaftlichen Deputirten. Veräl. Motte

**§. 152.** — **Pinders Prov., Recht, Th. II. S. 339.** — Die Abhandlung in der

জা. ৪৬. ৫৯. ৬. ৩৯১.

**Equinosen. I.** **12**

Zu §. 771. R. v. 23. Febr. 1663 bei Beyer ad Carpzov p. 82.

Zu §. 772. So ist in Sachsen, jedoch nach Abtrennung des Herzogthums durch das Generale v. 1. Mai 1816, III. C. C. A. II. 50 festgesetzt, daß Getreide-  
deputate von R. Rentämtern pro futuro verabreicht werden. Kann dies auch als  
spezielle Vorschrift nicht für das Hsth. Sachsen gültig sein, so beruht es doch auf  
einem allgemeinen gültigen Grundsatz, der daher in diesen §. aufgenommen ist.

Zu §§. 773 — 775. R. v. 15. Dec. 1724 u. 12. Febr. 1742 bei Rüstner  
ad Deyling, S. 276 ff. u. Weber, II. 686.

Zu §. 776. Carpzov, I. 189 — 191. — Weber, II. 523, 669 und 689 u.

Zu §. 777. Carpzov, I. 192. — Weber, II. 690.

Zu §. 778. Kirchenordn. v. 1580, C. A. I. 535 u. 565. — Weber, II. 470.

Zu §. 779—781. Kirchenordn. v. 1580, C. A. I. 535. — R. v. 18. Aug.  
1721, II. C. C. A. I. 179. — Weber, II. 513 ff. — Haubold, (Lehrb. d. R.  
Sächs. Privatrechts), §. 487. — A. E. R. §. 838. ff. d. I.

Zu §. 788. Weber, II. 514.

Zu §. 801. Generale v. 30. Jan. 1722, I. C. C. A. I. 188. — Deyling  
und Rüstner, S. 247 u. 248. — Weber, II. 762.

Zu §. 802. General-Art. 15. v. 1580, C. A. I. 687. — Synodal-Dekr. v.  
1624, das. 791. — Dergl. v. 1673, §. 42. das. 832. — Mandat v. 6. Aug.  
1754, I. C. C. A. I. 810. — Befehl v. 15. April 1771, II. C. C. A. I. 186. —  
Dergl. v. 5. Nov. 1777 u. 13. Febr. 1778, das. 194. — A. E. R. §. 818. ff. d. I.

Zu §. 803. General-Art. v. 1557, C. A. I. 454. — General-Art. 22. v.  
1580, das. 695. — Synodal-Dekr. v. 1624, das. 793. — Dergl. v. 1673, §. 62  
u. 66., das. 835. — Curtius, (Handb. des im Königr. Sachsen geltenden Civil-  
rechts) I. §. 288. — Haubold, §. 486. — A. E. R. §. 857. d. I. — Cfr. Weber,  
Bd. 2. S. 608.

Zu §. 804. General-Art. 22. v. 1580. — Synodal-Dekr. v. 1624 l. c. —  
Dergl. v. 1673, §. 61. u. 59. — Carpzov, I. 232—234. — Beyer, addit. ad  
def. 130 u. 134. — Curtius, §. 289. — Haubold, §. 486.

Zu §. 805. General-Art. 21. v. 1580 in C. A. I. 694. — Syn.-Dekr. v.  
1673, §. 58. das. S. 834.

Zu §. 806. Weil sie überhaupt gar nicht auf irgend einem persönlichen Ver-  
hältniß, sondern wie jede andre Reallast, auf privatrechtlicher Erwerbung beruhen,  
wodurch sich dieser Zehnt vor dem im A. E. R. §. 872. gedachten wesentlich unter-  
scheidet. Weber, II. 601.

Zu §. 807. Das. 608.

Zu §. 808. General-Art. v. 1580. — Syn.-Dekr. v. 1624 und 1673,  
§. 60. l. c.

Zu §. 809. Syn.-Dekr. v. 1624 l. c. — Dergl. v. 1673, §. 62. 1)

## VII. Rheinland und Westphalen. 2)

A. Den Kern der Preussischen Besitzungen im Westen von Deutsch-  
land bilden:

1) In den obigen Allegaten bedeutet C. A. die unter dem Namen Codex  
Augusteus gedruckte Sammlung Sächsischer Gesetze; die Zahlen bezeichnen Theil  
und Seite, und die vorgesetzten I. C., II. C., III. C. die verschiedenen Continua-  
tionen des Werkes v. 1724 — 1772, v. 1772 — 1800, v. 1801 — 1818. — Im  
Binderschen Prov.-Recht findet sich §. 1700 ff. noch sub XIV. ein eigener Abschnitt  
„von Schulen“. Dieser ist im revidirten Entw. ausgelassen. In den Motiven  
(S. 158) heißt es darüber:

11) der Grund der Auslassung aller übrigen Binderschen Paragraphen liegt  
darin, daß sie entweder mit dem Landrechte übereinstimmen, oder nur statisti-  
sche historische Notizen enthalten.

2) Die Rheinprov. zählte 1837: 3514 Elementarsch. mit 4341 Lehrern und  
382,809 Schülern ( $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung), Mittelschulen für Knaben 16 mit 43 Leh-  
rern und 508 Schülern, für Mädchen 41 mit 155 Lehrern und 1880 Schülerinnen  
28 höhere Bürgersch., mit 1894, 11 Progym. mit 450, 18 Gymnasien mit 3099

1) das Herzogth. Kleve und die Graffsch. Mark<sup>1)</sup>, welche zusammen mit der Graffsch. Ravensberg<sup>2)</sup> nach dem im J. 1609 erfolgten Tode des Herzogs von Jülich, Kleve, Berg aus dem mit Pfalz-Neuburg geführten Erbstreite durch den Dortmunder Vertrag von 1614 dem Kurfürsten Johann Siegmund zugesprochen wurden. Wie in den übrigen Provinzen, so lenkte auch hier das Schulwesen bald die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich, und es erging darüber eine Reihe von Gesetzen, von denen folgende die wichtigsten sind:

a) die Märkische reformirte Kirchenordnung des Kurfürsten Friedrich Wilhelm d. d. Köln an der Spree, den 20. Mai 1662, welche in den §§ 49—52. den Anfang einer Schulordnung enthält. (Scotti, Nr. 273.)<sup>3)</sup>

Schon umfassender waren die Bestimmungen über die Schulen, welche selbe Kurfürst ein Jahr vor seinem Tode

b) in die Lutherische Kirchenordnung für das Herzogth. Kleve und die Graffsch. Mark d. d. Potsdam, den 6. Aug. 1647 aufnahm. Dieselben geben einen lehrreichen Beitrag zu der Geschichte des Schulwesens, und zum

Friedrich Wilhelm, Kurfürst u. Thronkandidat und künftigen unsern Stadthaltern, Räten, Land-Druckern, Drostern, Ampullenen, Richtern, Schultheissen, Bürgern, Schreibern und Rath in den Städten, denen Kirchen-Vorstehern, Predigern, Pfarrern, Ältesten, Diaconen, wie auch allen und jeden der Lutherischen Gemeinden in unserm Herzogthum Kleve und der Graffschaft Mark, und wem daran gelegen ist zu wissen: Als auf Unser gnädigstes Gutfinden die Inspectores und Minister der Lutherischen Gemeinden in unserm Herzogth. Kleve und Graffsch. Mark eine Kirchen-Ordnung aufgesetzt und übergeben, mit gehorsambster Bitte: Wir wollten solche in Gnaden confirmiren: Daß, nachdem Wir durchsehen, examiniren, auch bei Gelegenheit ändern lassen, Wir solcher ihrer unterthänigsten Bitte stattgeben

Schülern, 4 Lehrerseminare mit 202 Seminaristen, 1 Universität und mehrere kleine Fachschulen.

Westphalen besaß 1837: 1849 Elementarschulen mit 4341 Lehrern u. 221,528 Schülern (½ der Bevölkerung), Mittelsch. für Knaben 27 mit 52 Lehrern u. 1230 Schülern, für Mädchen 12 mit 34 Lehrern 725 Schülerinnen, 10 höhere Bürgerschulen mit 601, 7 Progymn. u. 11 Gymn. mit 1980 Schülern, 4 Lehrerseminare mit 222 Seminaristen, 2 Seminare für Lehrerinnen, ein jüdisches, 1 Akademie und verschiedene Fachschulen.

Was die folgende Darstellung anlangt, so wird Niemand erwarten, daß von diesen beiden aus einer großen Anzahl kleiner Gebiete zusammengefügten Provinzen (Rheinland enthält allein 170 ehemals selbstständige Territorien) alle einzelnen Bestimmungen aufgezählt werden. Die Darstellung beschränkt sich daher auf die wichtigsten Gebiete:

A. Bis zur Französischen Herrschaft.

B. Unter der Französischen Herrschaft, und

C. In neuerer Zeit. (Revision der Prov. Gesetze.)

1) Vergl. im Allgemeinen: Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogth. Kleve und in der Graffsch. Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind, v. J. 1418 bis zum Eintritte der k. Pr. Regierungen im J. 1816. Im Auftrage des k. Pr. h. Staatsanwalts zusammengetragen und herausgegeben v. J. J. Scotti, k. Pr. Reg. Sekr. Düsseldorf 1826. 4 Bde.

Von demselben Scotti sind auch die Jülich-Bergischen Prov. Ges. gesammelt. Düsseldorf. 1821, 1822. 4 Bde.

2) Vgl. unten sub 2.

3) Die Scottische Sammlung ist durch alle 4 Bände mit fortlaufenden Nummern und Seitenzahlen versehen; im Register dazu wird aber nach Nummern citirt, und hier deshalb dieselbe Weise befolgt.



ben, und mit reiffen Rath und wohlbedächtl. dieselbe in allen ihren Articulen Clausulen, wie solche von Wort zu Wort hier lautet: 1c.

### Schul-Ordnung.

LXXXIX. Die von alters hero sowohl in denen Kirspelen als auch Städten fundirte und hergebrachte Schulen sollen mit Fleiß erhalten, auch mit frommen und fleißigen Evangelisch-Lutherischen Schulmeistern von denen Predigern, Magistraten und Vorstehern bestellet, die Neben- und Winkel-Schulen aber nicht gestattet werden.

XC. Da aber Theils Kirspels-Schulen so weit abgelegen wehren, daß von einigen Bauer- und Nachbarschaften die Kinder dorthin nicht füglich solten geschicket werden können, und ihnen solcherhalb eine besondere Neben-Schule anders selbst eigne dero Kirspels-Schulen unabbrüchliche Koste nothwendig und billich gestattet werden müste, so solle solches anderer Gestalt nicht, als mit einrah-ten der ordentlichen Prediger und der Kirch-Räthe, oder aber auch falls nöthig, des Classis und Inspectoris, und dann absonderlich mit Bewilligung Höchstl. Gr. Churf. Durchl. oder des Ortes selbiger Religion zugethaner Obrigkeit geschehen.

XCI. Und weisen zuverauß und insonderheit die Furcht des Herrn in den Schulen gepflanget und befördert, auch dannerhero denen Schülern von denen Schulmeistern mit Davids Worten gesagt werden muß: Kommet her ihr Kinder, höret mir zu, ich will euch die Furcht des Herrn lehren. Ps. 34. So solle die Schul-Arbeit durchgehends, sowohl in denen Lateinischen, als auch denen gemeinen Teutschen Knaben- und Mägdelein-Schulen mit dem Voni sancte Spiritus, Latein, oder Komm G. Geist, Teutsch, auch sonst mit dem Gebet jederzeit angefangen und geendigt, auch dabey in denen Schulen oder auch Classibus, in welchen die Discipuli des Profectus seyn, daß sie daraus erbauet werden können, alle Tage zwey Capittel aus der Bibel Latein oder Teutsch gelesen werden.

XCII. Die Schul-Dienere sollen der Evangelisch-Lutherischen Religion nicht allein zugethan seyn, sondern auch die Jugend darinnen erziehen, zum Gehorsam, auch Ehrerbietung gegen ihre Eltern, Obrigkeit, Prediger, auch andere, zuverauß aber in solcher Schule mit vorhandene Praeceptores, auch alle dieselige, so ihnen vorgestellt, treu ernstlich vermahnen, in den freyen Künsten, Sprachen und Stitten, auch sonst in allen Tugenden, zuverauß aber in der Gottes Furcht, fleißig unterweisen, auch in selbigen ihren Discipulis mit gutem Exempel unanständig und ohne einige ärgernis vorgehen, die Irrthümer aus Gottes Wort benehmen, auch aller gefährlicher Arten zu reden sowohl in Philosophia als Theologia sich enthalten.

XCIII. Der Catechismus Lutheri, Latein und Teutsch, solle, wie sonst, also auch insonderheit des Sonnabends mit Fleiß getrieben, auch dabey denen Schülern mit Ernst eingebunden werden, daß sie den folgenden Sonn- wie auch jeder Zeit an Feier- Buß- und Wet-Tagen in der Kirche keinen Mutwillen treiben, unter der Predigt keinesweges schlaffen, schwäzen, oder von einem Ort zum andern lauffen, sondern daß sie die Predigten mit Fleiß anhören, auch still und eingezogen dem Gottes-Dienst mit Andacht beywohnen; Wie dann solchen Ends die Praeceptores an allen Sonn- und Festtagen ihre Discipulos alle mit einander in guter Ordnung auß der Schule in die Kirche, auch wiederumb heraus in die Schule begleiten, und also wie für dem Kirch-Gang zur fleißigen Aufmerksamkeit der Predigten und eingezogener Stille anweisen, also auch nachgehends ob und was sie darauß behalten, befragen, auch rationem absentium et petulantium alsobald dabey halten sollen.

XCIV. Die Discipuli so des Verstandes und Alters seyn, sollen zugleich mit ihren Schulmeistern oder auch Eltern an den Tisch des Herrn treten, auch drey oder vier Wochen vorhin der Christlichen Vorbereitung halber von ihren Schulmeistern fleißig unterwiesen werden.

XCV. Sonsten sollen in Schulen auch einerley Praecepta gelehret werden, damit die Jugend mit mancherley Praeceptis nicht beschweret noch im Lauff ihres studirens irre gemacht werde.

XCVI. Obgleich in Theils trivial Schulen alle halbe Jahr auch die besondere Forien gestattet werden, in welchen die ordinariae lectiones zum Theil, die primat informationes aber gänzlich cessiren; So sollen selbige doch über einen Monat keinesweges extendiret, sondern nach Verfließung vier Wochen sowohl

und erließ ein neues, welches von einem erweiterten Gesichtspunkte ausgeht, den Unterricht nur als einen Theil der Erziehung auffaßt, auf die häusliche Unterstützung der Bemühungen des Lehrers Gewicht legt, und für das Leben praktische Gegenstände in den Kreis der Schule zieht. Dies ist

d) das Regl. für die Deutsch-Reformirten Schulen des Hgth. Cleve und der Grafsch. Mark, d. d. Cleve, den 10. Mai 1782.

Nachdem Wir allergn. gut gefunden haben, ein Regl. für die deutsche Reformirte Schulen in Unserem Hgth. Cleve und Grafsch. Mark entwerfen und abdrucken zu lassen:

So wird denen sämtlichen Reformirten Gemeinen und Schul-Anstalten in gedachten beiden Provinzien die allerfordersamste Einführung und genaueste Befolgung dieses Schul-Regl. hiemit nachdrücklichst befohlen und eingeschärft:

#### I. Obliegenheiten der Aeltern und Vorgesetzten.

§ 1. Aeltern und Vorgesetzte sind vor Gott und ihrem Gewissen verpflichtet, ihre Kinder und Pflegebefohlene, welche sie auch in der Taufe durch eigne feyerliche Gelübde Gott gewidmet haben, zur Schule und zum Unterricht in nützlichen Kenntnissen, besonders in unsrer allerheiligsten Religion anzuhalten, um daraus sowohl nützliche Bürger und Unterthanen, als auch würdige Glieder der christlichen Kirche, deren Bestimmung auf die Ewigkeit gehet, zu erziehen: Wesfalls solche auch hiemit nachdrücklichst an das erinnert werden, was in Ansehung dieses Punktes des Königes Maj. im Ed. v. J. 1763 (Nr. 1800. d. S.) und auch nachher mit laubeshäterlichem Ernst verfügt, und demnachst Dero Hochlöbliche Cleve-Märkische Landesreg. zu wiederholten mahlen befohlen und eingeschärft hat.

§ 2. Es sollen demnach Aeltern und Vorgesetzte die ihrer Pflege anvertrauten Kinder vom 5. oder 6. bis zum 13. und 14. Jahre zur Schule schicken, auch nicht, besonders nicht früher, daraus nehmen, bis der Prediger des Orts ihr Zunehmen in Erkenntniß der Religionswahrheiten, im Lesen und Schreiben, u. s. f. wird geprüft und gebilliget haben.

§ 3. In die öffentliche Schulen sollen keine Kinder unter fünf Jahren aufgenommen werden. Damit es aber in blühenden, besonders Stadtgemeinen nicht an Gelegenheit fehle, solchen Säuglingen die aller ersten Anfangsgründe der Erkenntniß einzufloßen, müssen die Consistorien Sorge tragen, daß für diese zarte Kinder besondere Schulen, wie auch bereits an manchen Orten üblich ist, angelegt, oder ihnen von einem Hausgenossen des Schulmeisters in einem besonderen Zimmer Unterricht gegeben werde.

§ 4. Im Fall Aeltern und Vorgesetzte sich genöthigt finden, ihre Kinder und Pflegebefohlene um des Unterhalts willen zu einem Handwerk frühzeitig zu gebrauchen, oder zur Erlernung desselben auszuthun; so liegt denselben ob, für die Lernenden gewisse Stunden in der Woche aufzubehalten, in welchen sie zur Tags- oder Abendschule gehalten werden können und sollen.

§ 5. Man wird mit vieler Betrübniß gewahr, daß auf dem platten Lande Aeltern und Vorgesetzte ihre Kinder und Pflegebefohlene den ganzen Sommer hindurch aus der Schule zu halten pflegen, wodurch das im Winter Erlernte schändlicher Weise wieder vergessen wird. Es wird demnach Aeltern und Vorgesetzten ernstlichst aufgegeben, die Kinder auch des Sommers entweder die ganze Woche hindurch auf halbe Tage, oder, wo dieses nicht jügllich geschehen kann, wenigstens zwey oder drey volle Tage wöchentlich zur Schule zu schicken. Und es werden die Prediger über die genaue Beobachtung dieser Vorschrift vorzüglich und gewissenhaft zu wachen haben.

§ 6. Wenn Aeltern und Vorgesetzte wegen Dürftigkeit das Schulgeld abzuführen, oder Bücher und andre Schulmaterialien anzuschaffen nicht im Stande wären: so können solche beym Consistorium, oder auch, wenn sie daran ihre Umstände offenzulegen Scheu trügen, bey den Predigern sich melden: welche dann sowohl aus christlicher Liebe, als in pflichtmäßiger Befolgung des oben angeregten Edicts, sich verbunden achten werden, ihre Bedürfnisse aus der Armenkasse oder auch aus anderwärts ausfindig zu machenden Mitteln zu ersetzen.

§ 7. Der Schulunterricht wird besonders dann eine erwünschte Frucht haben, wenn Aeltern und Vorgesetzten auch zu Hause sorgfältig darauf sehen, daß die Kinder das in der Schule aufgegebene Pensum gehörig erlernen oder ausarbeiten, und dadurch vom übermäßigen Spielen und dem Umgang mit unartigen Kindern

abgeschaffen werden; wenn sie ferner durch einen gottesfürchtigen Wandel, und eine gewissenhafte Wahrnehmung des häufigen Gottesdienstes ihnen Gott und sein Wort immer ehrwürdiger machen, nach Abrahams Urmempel (1. B. Mos 18, 19) fromm erziehen; wenn sie endlich bey allen zufälligen Anlässen die Empfindung der Ehrfurcht und Liebe gegen Gott in ihren Herzen rege zu machen sich bestreben. Möchten sie oft den segensreichen Folgen einer gottseligen und weisen Andacht auf die Zeit und Ewigkeit nachdenken, auf das es ihnen und ihren Andern nach Gottes Wunsche (5. Buch Mos 5, 24) wohlgehe ewiglich!

## II. Pflichten der Schulmeister.

§. 1. Kein angehender Schulmeister darf, allern. Verordnungen gemäß, zur Amtbedienung zugelassen werden, bis er vor dem Consistorium, oder den Vorgesetzten, unter deren Aufsicht die Schule steht, gehörig examinirt ist, und nicht allein mündliche Proben seiner Geschicklichkeit, nach dem in diesem Regl. vorgeschriebenen Plan zu lehren, abgelegt, sondern auch geltende Zeugnisse seines Wohlverhaltens, vorgezeigt hat.

Im Fall, daß zwischen den berufenden Gliedern sich eine Partheylichkeit zur Beförderung eines unthätigen Subjekts zu äußern scheinen sollte, wird der Inspektor oder Präses der Klasse bey dem Examen zugezogen werden müssen, um allen nachtheiligen sonst zu besorgenden Folgen zeitlich vorzubeugen.

§. 2. Schuldiener haben sich einer rechtschaffenen männlichen Gottseligkeit und guter Sitten zu befleißigen, damit sie hierin der ihnen anvertrauten Jugend zum Muster dienen, und ihr mit dem Wandel sowohl, als mit der Lehre vorleuchten können. — Woraus sich von selbst ergibt, daß sie sich vor allen Dingen hüten müssen, üppigen Gesellschaften, sündlichen oder pöbelhaften Musiken und Gelagen zu wohnen, oder durch sonstige Unanständigkeit ihrem Amt einen Flecken anzukleben.

§. 3. Schuldiener müssen, mit Hindansetzung aller dem Schulamt hinderlichen Lebensgeschäfte, auf das ihnen anvertraute wichtige Werk alle ihre Kräfte verwenden. Deswegen es ihnen gänzlich untersagt bleibt, sich mit Herbergen, Kaufmanns- u. Procuriren, auch einem die Schulstunden nachtheiligen Copiren u. s. w. abzugeben; gleichwie denn bereits durch K. Allern. Verordnungen solcher Unfug aufs strengste verboten ist.

§. 4. Schuldiener müssen die Kinder überhaupt, als vernünftige Geschöpfe und Allmächtigen ansehen, welche alle theils zu einer gottgefälligen Verfassung auf Erden angewiesen, theils für die Ewigkeit müssen gebildet werden. Hat dieser Gesinnung seine Festigkeit erhalten; so wird er die Schuldiener vor der schädlichen Verämbung des Ansehens der Person bewahren; so daß sie den Reichen nicht ohne Ursache vorziehen, und den Geringen nicht ohne Ursache zurücksetzen werden.

§. 5. Keine Wissenschaft ist Schuldienern nöthiger, als die Kenntniß des menschlichen Herzens, damit sie ihren Unterricht glücklich treiben, den Gang der Jugend scharfsichtig bemerken, ihre Neigungen gehörig lenken, und sie für die reifere Lehre mit gutem Erfolg bilden lernen.

Die Aufmerksamkeit auf sich selbst, mit Sorgfalt angestellte Bemerkungen über den Gang des kindlichen und jugendlichen Geistes, und ein bedachtames Lesen moralischer mit Welt- und Menschenkenntniß geschriebener Bücher werden ihnen hierzu die beste Anweisung geben. Dergl. Bücher sollen auch Prediger den Schulmeistern anzeigen und leihen, bis dazu wirksamere Mittel, besonders durch ein zu errichtendes Schulmeister-Seminarium, werden an die Hand gegeben werden.

§. 6. Schuldiener, welchen der Segen ihres Amtes am Herzen liegt, haben sich jedesmahl mit einem ernstlichen Gebet zu ihrer Arbeit vorzubereiten, und vor dem großen Gott die nöthige Weisheit, Gedult, Unverdroßlichkeit und einen recht strengen Sinn gegen die Jugend zu ersuchen. — Geschicht dieses mit Inbrunst; theben Sie selbst unter der Arbeit mit Andacht und in Empfindung ihrer Abhängigkeit ihre Seelen zu Jesu, dem göttlichen Kinderfreunde: so werden sie nicht nur in einer freudigen und schuldlichen Gemüthsstimmung stehen, sondern auch von dem Heil und der Gnade des Erlösers ein reiches Gedeihen über ihre treugemeinte Bemühungen gläubig erwarten können.

§. 7. Um die gesetzten Stunden sollen Schuldiener zu gleicher Zeit mit ihren Schülern in der Schule sich einsinden, damit der Jugend alle Gelegenheit zum Auswischen und Unordnungen abgeschnitten werde. Aus eben dem Grunde sollen sie während der Schulzeit sich niemahlen ohne erhebliche Ursache entfernen.

§. 8. Die Disciplin ist nicht zu vernachlässigen. Durch dieselbige muß das allerschädlichste Unkraut, die verderbte Eigenliebe, woraus alle jugendliche Ausschweifungen erwachsen, ausgerottet, und dem Muthwillen, dem Eigensinn, der Bosheit u. s. w. gesteuert werden. Indessen haben sich Schuldiener zu hüten, daß sie die Schranken der Mäßigung nicht überschreiten; alle auflaufende Hefigkeit, sündlichen Eifer, bürgerliches Schelten, Schlagen an das Haupt und dergl. sorgfältig meiden, und eine recht väterliche Bescheidenheit so gebrauchen mögen, daß die Kinder weder durch allzunachgebende Zärtlichkeit verderben, noch durch ausschweifende Strenge schüchtern gemacht werden.

Stoß und Ruthe sind bei weitem die einzigen Mittel der Besserung nicht; vielmehr sind sie nur selten, und nur so zu gebrauchen, daß der fehlenden Jugend vorher die Abscheulichkeit der Sünde mit einem recht menschlichen oder vielmehr christlichen Erbarmen bis zur Ueberzeugung vor's Auge gebracht werde. Man entziehe Kindern zur Strafe auf eine kurze Zeit ihre liebsten Feyerstunden und Ergötzlichkeiten; man setze sie herunter, und beschäme sie, und was dergl. Mittel mehr nach Verschiedenheit der jugendlichen Gemüther von vernünftigen Schulleuten angewendet werden können.

Wenn sich der traurige Fall ereignen sollte, daß wichtige Verbrechen mit einer exemplarischen Strafe zur Abschreckung anderer belegt werden müßten: so soll der Schulmeister die Art und die Stufe der Strafe nicht für sich allein, sondern mit Zugiehung des Predigers bestimmen und seine Belehrung darüber einholen. — Dergleichen Leibesstrafen sollen auch nicht während der Schulstunden, sondern erst am Ende derselben vollzogen werden. Viel nütliches über diese wichtige Materie kan ein Schulmann aus der zu Berlin 1775 herausgekommenen Abhandlung von der Pädagogie und Schuldisciplin lernen.

Ältern dürfen aus unzeitiger Kinderliebe sich in die Schulzucht keinesweges mischen, noch den Klagen der Kinder leichtsinnig Gehör geben.

§. 9. Schuldiener müssen, wie vor allen Sünden, also besonders vor Unflätereien, schandbaren Worten, Fluchen und dem schrecklichen Mißbrauch des göttlichen Namens die Jugend beweglich und ernstlich warnen und verwahren.

§. 10. Ueber die ihnen schuldige Liebe, Achtung und Gehorsam der Kinder müssen sie genau halten und wachen, diesen Pflichten durch unanständige Herablassung, ungeziemendes Scherzen mit den Kindern, und überhaupt durch pöbelhafte Worte und Handlungen nie etwas vergeben, damit ihr Amt desto mehr Frucht schaffe. Auch werden sich die Schuldiener von selbst bescheiden, daß sie sich jederzeit einer anständigen Kleidung zu bedienen haben.

§. 11. Schuldiener sind verpflichtet, die Jugend zur Reinlichkeit, zu einem guten Anstand, zur Sittsamkeit und zur Höflichkeit zu gewöhnen, damit sie sowohl in als außer der Schule Ehre geben, dem Ehre gebühret. — Und da in einigen Schulen, zum Theil durch eine unschickliche Nachsicht der Schuldiener, die schändliche Gewohnheit eingerissen ist, daß die Kinder durch Pläschereien ihre Gesundheit schwächen, und den Grund zu einem künftigen unordentlichen Leben legen: so wird solches hiemit alles Ernstes untersagt.

§. 12. In der Unterweisung müssen sich Schuldiener einer reinen Sprache, besonders aber der Deutlichkeit befleißigen, damit der Jugend klare Begriffe beygebracht werden mögen. — So bald sie also merken, daß die Lernenden ihren Vortrag nicht verstehen; so müssen sie solchen herunterstimmen, ihn ihnen deutlich zu machen suchen, und insonderheit sich eine Fertigkeit erwerben, die vorgestellten Sachen durch passende angenehme Gleichnisse aufzuheitern, und gleichsam zu verfinnlichen.

§. 13. Die Jugend kann nicht genug mit ihrer Andacht zu dem allmächtigen Schöpfer aufgeleitet werden. Dazu wird ein Schulmann nach diesem Plan sehr viele Veranlassungen haben; auch thut er überhaupt wohl, wenn er zu einer ergötzenden Abwechslung die Kinder bisweilen, nachdem es die Jahreszeit mit sich bringt, von diesem oder jenem Werk der Natur, z. B. von der Ameise, der Biene, dem Kornhalm u. s. f. in einer angenehmen Erzählung unterhält und sie daraus die Allmacht, Weisheit und Güte Gottes bewundern lehrt. — Hierzu fehlt es in unsern Zeiten an guten mit einer sich herablassenden Einsicht geschriebenen Hülfsmitteln nicht, und Millers, Sulzers, Weizens, Rastts, Trembleys, und anderer Arbeiten in diesem Fach sind hinlänglich bekannt.

Das Muster des weiseften Lehrers Matth. 6. und anderwärts mag sie lehren,

man auf diese Art die wichtigsten Wahrheiten auch dem gemeinsten Verstand bis ins Augenschein deutlich machen könne.

§. 14. Ueberhaupt muß ein guter Schulmann mit allem Ernst darauf bedacht seyn, seinen Untergebenen das Lernen angenehm zu machen, und sie, besonders die Lasse und Langsame, dadurch aufzumuntern, daß er ihnen die aus einem anhaltenden Fleiß entspringende Vortheile von der reizendsten Seite vorstelle und anpreise.

§. 15. Wo mehrere Schulmeister an einem Orte stehen, ist es heilsam, daß die Schüler in gewisse Klassen eingetheilt werden, damit ein Meister dem andern nachsahen in die Hand arbeite. Der eine müsse mit dem anfänglichen Lesen und Schreiben den Grund legen, der andere aber das Werk weiter fortsetzen und vollenden machen. Hierauf werden die Vorsteher der Schulen zusehen, auch alle die Maßregeln anzuwenden haben, daß dem schädlichen Brodneid und der Werberci unter den Schuldienern möglichst vorgebeugt, oder abgeholfen werde.

§. 16. Die Schulmeister sollen ein doppeltes Schulverzeichnis halten; Das erste, worin die Kinder verzeichnet stehen 1) nach ihrem Namen, 2) nach ihrem Alter, 3) nach ihren Aeltern, 4) nach ihren Wohnungsorten, 5) nach der Zeit ihrer Aufnahme, 6) nach ihren Sectionen und ihrer Classe.

Das zweite in Ansehung 1) ihrer Fähigkeiten, 2) ihres Fleißes, ihres Betragens und ihrer Sitten, worin angemerkt werden muß, welches die Fahigen und Fortschytzen, die Fleißigen und Trägen, die Gehorsamen und Ungehorsamen u. s. f. ist, und wie vielmahl dieser oder jener im nächstverwichenen Monat die Schule besucht hat. Das erste ist ein halbjähriges; das andere ein monatliches Verzeichnis. Jenes muß alle halbe Jahre, dieses monatlich, und die Verzeichnisse vom ganzen Jahr zusammen beim jährlichen Examen den Schulausschessern einhändigst werden; welche dann sich zu verwenden haben, daß auf einer Seite dem Muthwillen, dem Leichtsinne, der Bosheit und der Trägheit durch Erinnerung, Beschtamung und andere Mittel nach Verschaffenheit eines jeglichen Kindes Gehalt gethan, und auf der andern Seite durch ein vorsichtig zugemessenes Lob und schulliche Aufmunterungen Fleiß und Tugend befördert werden mögen.

### III. Die Schularbeit 1).

#### IV. Schuldigkeit der Schulausscher.

§. 1. Prediger und Vorsteher der Schalen haben ihren untergebenen Schulmeistern mit gutem Rath zur Verbesserung und Aufnahme des Schulwesens an die Hand zu gehen, wie auch auf die genaue Befolgung des Schulregl. mit aller Sorgfalt zu halten.

§. 2. Sie, deren Aufsicht und Fürsorge das Schulwesen anbefohlen ist, sind verbunden, die Schulen kirchenordnungsmäßig zu besuchen und zu visitiren, sich das monatliche Schulverzeichnis jedesmahl einhändigen zu lassen, und dabey genaue

1) So zweckmäßig auch in diesem Abschnitte die Zeit des Unterrichts und der Schulstunden angegeben, und so sorgfältig auch die Lehrmethode vorgeschrieben ist, überschreitet es doch den Raum dieser Darstellung, dens. in extenso mitzutheilen. Das erweiterte Ziel, welches hier der Volksschule vorgesteckt wurde, erhält schon aus folgendem. Es heißt §. 3. Litt. k.:

„Der Schulmeister gebe ihnen Anleitung, Briefe und andere im gemeinen Leben vorkommende nützliche Aufsätze zu verfertigen; und gebe ihnen, wenn sie so weit gekommen sind, auch auf, verglichen Ausarbeitungen zu Hause zu machen.“

Dann später:

„Es wird, sonderlich in Städten, nützlich sein, den Kindern einige Anleitung zum gemeinen Buchhalten, und zur Abfassung leichter Rechnungstabellen zu geben.“

Litt. M. verordnet, „der Lehrer soll den Kindern vorlesen und dabei seine Gelegenheit verschäumen, die Beurtheilungskraft der Jugend zu schärfen, und ihren Geschmack fürs Wahre, Gute und Schöne zu bilden. Seltsame und fremde Wörter müssen auch erklärt werden.“

Außersichtlich äußerer Zucht und Sitte besteht §. 4. dem Lehrer, „selbst vor der Schale den Kindern nachzusehen, daß sie mit anständiger Sittsamkeit ohne Geräusch nach Hause gehn.“



Erkundigungen einzuziehen, wie einem jeden Punkte dieses Reglements nachgelebt werde.

§. 3. An allen Orten soll jährlich ein Examen der Schulkinder in Gegenwart der Schulvorsteher gehalten werden, damit die Lehrer Rechenschaft von ihrer Arbeit, und die Kinder von ihrem Fleiß öffentlich ablegen. Auf daß aber diese Feierlichkeit die Absicht, wozu sie bestimmt ist, desto sicherer befördere, werden die Kosten zu eigenen kleinen Belohnungen für die Fleißigsten und Wohlgeartetesten Schüler billig ausfindig zu machen seyn.

§. 4. Nach dem Examen werden acht Tage Ferien gemacht. Außer dieser Zeit müssen die Vorgesetzten nicht zugeben, daß Schuldiener ohne ihr Vorwissen und ohne Noth Spieltage machen.

§. 5. Prediger und Schulausscher haben darüber zu wachen, daß Aeltern und Gemeindeglieder die Kinder in keine andere als guteingerichtete protestantische Schulen schicken, und müssen durchaus keine Winkel- oder Hedd Schulen verstaten. Falls aber entweder die Menge der Schüler zu groß ist, oder gewisse Bauerschaften von der öffentlichen Schule zu weit entlegen sind, wird ihre Bemühung darauf gerichtet seyn müssen, dem hieraus entstehenden Mangel durch tüchtige Neben- oder Untermeister abzuheffen.

§. 6. Ausscher der Schulen müssen Sorge tragen, daß die Schulmeister gegen übliches oder auch erst zu bestimmendes Schulgeld, sonderlich zu Winterzeiten, wo junge Leute die meiste Muße haben, Abendschule halten, damit sowohl verärrnkte Erwachsene Gelegenheit haben mögen, sich von ihrer leidigen Unwissenheit, welche in den Augen eines jeden Vernünftigen als ein scheußlicher Schandfleck der Menschheit und des Christenthums erscheinen muß, zu befreien, als daß auch diejenigen, welche die Rechenkunst und andre Schulwissenschaften weiter treiben wollen, in Stand gesetzt werden mögen, ihren löblichen Vorsatz zu erfüllen.

§. 7. Ausscher der Schulen müssen darauf sehen, daß, wie es das Zusammenunterrichten erfordert, nur einerley Bücher, als die Hallische Bibel, das Hallische Neue Testament, derselbige Catechismus, dasselbige Gesang- und neue Testamnt in der Schule gebraucht werden mögen. — Alsdann wird es von selbst verhält werden, daß Kinder keine der Wahrheit oder der Sitten nachtheilige Bücher zur Schule bringen.

§. 8. Sollten einige Aeltern oder Vorgesetzte bey wiederholten Erinnerungen der Prediger und Schulausscher mit einer unverbesserlichen Hartnäckigkeit die ihnen so theuer anbefohlene Kinder zum Unterricht in Kirchen und Schulen zu halten sich weigern: so werden sich letztere des Recurses an die Obrigkeit weislich und pflichtmäßig, den R. Verordnungen zu Folge, zu bedienen haben.

§. 9. Die Inspectoren und Visitatoren der Classen sollen bey der jährlichen Kirchen und Schulvisitation eine genaue Untersuchung nicht nur insgemein, sondern auch nach allen besondern Punkten dieses Regl. anstellen, ob und in wie weit Aufseher und Lehrer der Schulen dems. nachkommen. Bey dieser Gelegenheit sollen sie die vorgeschriebenen halbjährigen und monatlichen Verzeichnisse sich einhändigen, auch wohl in der Schule selbst die Schullehrer mit der Jugend eine Probe ihres Fleißes ablegen lassen. Angenehm und nützlich wird es seyn, wenn sie bei Abhaltung der Visitationsberichte Nachrichten von einer wirklich geschehenen Aufnahme des Schulwesens, und Abstellung schädlicher Hindernisse eintreichen, oder auch Vorschläge zur ferneren Verbesserung machen können.

Bemerk. Mitteltst besonderer Verordnung der Königl. Regierung zu Cleve v. 4. September 1782, sind die Beamten angewiesen worden, die Einführung des obigen Regl. in ihren Bezirken zu verfügen.

(Scotti Nr. 2239.)

Zur Ausführung dieser Schul-Regl. ergingen verschiedene Regierungs-Verfügungen. So ordnete

e) die Reg. zu Cleve am 1. Okt. 1782 eine jährliche Kirchencollekte an zur Anschaffung der nöthigen Schulbücher und Apparate, der Bücher insbesondere auch für arme Kinder, sowie zur Unterstützung eines zu errichtenden Schullehrer-Seminars. (Scotti, Nr. 2248.)

f) Dieselbe schärft unterm 7. Febr. 1786 ein, keinen Lehrer ohne Vorwissen des Predigers und ohne Zeugniß seiner Tüchtigkeit anzunehmen,

kein Kind, ohne daß es lesen könne und die unentbehrlichsten Heilshelmen gefaßt habe, zu confirmiren. Davon, ob dies der Fall, sollten 4 Tage vorher zugezogene Prediger überzeugen. (Scotti, Nr. 2983.)  
g) Dieselbe verfügte unterm 14. Mai 1790 über die Lehrer-Prüfung:

Bei den der R. Reg. überwiesenen Eigenschaften und Geschäften eines Provisors des Schul-Collegiums, müssen ders. künftig alle, zu den evang. reformirten und lutherischen, lateinischen oder deutschen Schul-Stellen erwählte, Subjecte, ohne Rücksicht auf das Collations- oder Wahlrecht eines Dritten, zur Prüfung, durch die bei reg. angeordnete Examinations-Commission oder durch die zu ernennenden Reg. Officiarien, und zur Approbation, präsentirt werden. (Scotti Nr. 2423.)

h) Und noch am 10. Okt. 1800 verpflichtete die Reg. zu Emmerich die Aemter, dafür zu sorgen:

1) daß Eltern, Vormünder und andere denen die Erziehung obliegt, die Kinder pünktlich zur Schule zu schicken;

2) daß diej., welche dazu durch ernstliche Ermahnung des Orts-Pfarrer nicht kommen sind, für jedes nicht zur Schule geschickte schulfähige Kind, das gewöhnliche Schulgeld, als wozu die säumigen Debenten durch Execution nöthigenfalls anzuwenden, dem Schullehrer dennoch entrichten und selbst auch diej. solches erlegen, welche, wofern sie die Kinder zur Schule geschickt hätten, Armuths wegen durch freiwillige Erlassung des Schullehrers oder durch milden Beitrag anderer von der Erlegung des Schulgeldes befreiet gewesen sein würden;

3) daß ferner diej., welche nach Verlauf des jetzt angefangenen Winterhalbes nach dem von jedem Schullehrer zc. nach §. 11. des Regl. (v. 1763) zu dem Schul-Catalog die schulfähige Kinder nicht fleißig zur Schule geschickt in 16 Gr. Strafe zur Schul-Casse genommen, oder wenn sie diese nicht erlegen, zu 24 stündiger unentgeltlicher Arbeitsstrafe oder zu Arrest bei Wasser und Angehalten werden.

(Scotti, Nr. 2653.)

## 2. Das Fürstenthum Minden und die Grafschaft Ravensberg.

Das Erstere wurde von Preußen durch den Westphälischen Frieden 1648 erobert, und mit ihm in Gesetzgebung und Verwaltung das schon aus der spanischen Erbschaft erhaltene Ravensberg vereinigt (s. o. sub 1.), welches mit Minden angrenzte, von Kleve und Mark aber durch seine Lage geschieden war. Auch in diesen Landestheilen wurde für das Schulwesen vornehmlich durch Friedrich den Großen gesorgt. Unter den ergangenen Verfügungen sind namentlich hervorzuheben:

a) die R. Pr. Landschul-Ordn., wie solche in unserm Fürstenth. Minden auch der Grafsch. Ravensberg durchgehends zu beobachten. Begl. zu Minden, den 6. April 1754.

N. C. C. Th. 1. S. 1099. — Auch besonders gedruckt, Minden, vom Hof-Drucker Enar, 28 Fol. Seiten.)

b) Circ. der Reg. und des Consistorium zu Minden, v. 26. Jan. 1766, in Verbindung der Schulordn. v. 6. April 1754 mit dem Gen. Schul-Regl. v. 12. Aug. 1763.

(Besonders gedruckt, Minden, von Joh. Aug. Enar, R. Pr. Hof-Buchdrucker.)

Nach dem Westphälischen Frieden wurden von Preußen nach und nach mehrere kleinere Erwerbungen im Westen gemacht, wie 1702 durch die oranische Erbschaft das Fürstenth. Meurs und die Grafsch. Lingen, 1713 durch Kauf die Grafsch. Tecklenburg, 1713 durch den Utrechter Friedens-Oberquartier des Hgth. Geldern, bis endlich durch den Reichs-Compensations-Hauptschluß v. 25. Febr. 1803, außer den Stiftern Essen, Werl, Elten und Herford, auch die Bisthümer Paderborn und Münster gewonnen wurden. Unter diesen Akquisitionen ist insbesondere

### 3) das Bisthum Münster

hervorzuheben, welches vor der Akquisition, mit dem Kurfürstenth. Köln vereinigt war, und mit diesem zusammen schon eine vorgeschrittene Schulgesetzgebung besaß. Von den hier ergangenen Verordnungen der Erzbischöfe und Kurfürsten von Köln und Bischöfe von Münster sind zu erwähnen:

a) die Provisional-B., die Landschulen betreffend, von Maximilian Friedrich (Er. Königssee), d. d. Münster, 7. Aug. 1782.

(Besonders gedruckt, 12 Fol. Seiten.)

b) Erneuerte und erweiterte Schulverordn. für die Landschulen und Deutschen Schulen von Maximilian Franz (Erzherzog v. Oestreich), d. d. Bonn, den 10. März 1788.

(Besonders gedruckt, 13 Fol. Seiten.)

Diese Verordnungen waren namentlich der einsichtsvollen Regierung des Domherrn Fr. Wilh. Franz Freih. v. Fürstenberg <sup>1)</sup> zu verdanken, welcher, nach dem siebenjährigen Kriege zum Minister mit ausgedehntester Machtbefugniß erhoben, den Volksunterricht von Aberglauben reinigte und für das Leben nützlich machte, in die höhern Schulen alte Literatur und mathematische Studien einführte, und das durch den Krieg erschöpfte Land geistig und materiell zu neuer Blüthe erhob. Die Fortbildung dieser Gesetzgebung erfolgte speciell für Münster.

c) durch die B. v. 2. Sept. 1801 für die Deutschen und Trivialschulen des Hochstifts Münster.

(Besonders gedruckt auf 33 S. in Fol.)

B. Gänzlich umgestaltet wurden diese Verhältnisse in den gegenwärtigen westlichen Theilen des Staates durch die Folgen der Französischen Revolutionskriege.

1. Alle Deutschen Besitzungen auf der linken Seite des Rheines wurden durch den Frieden zu Luneville am 9. Febr. 1801 an Frankreich abgetreten, nachdem Preußen bereits im Baseler Frieden v. 5. April 1795 durch einen geheimen Zusatztraktat <sup>2)</sup>, so wie Oestreich später im Frieden von Campo Formio v. 17. Okt. 1797 in einem geheimen Artikel diese Abtretung bewilligt, und sich die Entschädigung durch Säkularisation der geistlichen Güter in dem Ueberreste von Deutschland, welche nachher durch den Reichsdeputations-Hauptschluß v. 25. Febr. 1803 regulirt wurde, vorbehalten hatten. Aus den neu akquirirten Deutschen Landen des linken Rheinufers hatte Napoleon als Consul schon am 9. Sept. 1800 die 4 Departements: Roer, Rhein und Mosel, Saar, und Donnersberg gebildet. Für diese wurde durch den Französischen Regierungs-Kommissär Jean von St. André am 13. Messidor X. (2. Juli 1802) das über die Organisation des öffentlichen Unterrichts für den ganzen Umfang der Französischen Republik ergangene Gesetz v. 11. Floréal X. (1. Mai 1802) publizirt <sup>3)</sup>, welches bis zur Preussischen Okkupation im J. 1813 alleinige Geltung behielt.

2. Das Großherzogth. Berg <sup>4)</sup> wurde 1806 aus den theils von

1) Vergl. v. Dohm's Denkwürdigkeiten meiner Zeit: Beiträge zur Geschichte von 1778 bis 1806, Lemgo und Hannover. 5 Bde.

2) Vertrag v. 5. Aug. 1796. Martens recueil. VI. S. 653.

3) Vergl. im 1. Abschnitt das über das Französische Schulwesen Gesagte: S. 39.

4) Dasselbe bildet gegenwärtig folgende Bezirke:

1) In der Rheinprov. a) im Reg. Bez. Koblenz: die Samtgemeinde Friesenhagen im Kreise Altenkirchen, b) im Reg. Köln: die Kreise Mühlheim, Siegburg, Uckerath, Homburg, Gummersbach, Walsbröl, c) im Reg. Bez. Düsseldorf: die Kreise Duisburg, Düsseldorf, Solingen, Elberfeld, Kenney.

theils von Preußen abgetretenen Herzogthümern Jülich, Cleve  
zusammengesetzt, am 15. März desselben Jahres an Joachim  
Nepoleon Schwager, übergeben, und in Folge des Rheinbundes  
1806 durch verschiedene Standesherrschaften, sowie 1809 durch  
Tilsiter Frieden von Preußen verlorene Landesbeile (namentlich  
die Mark und das Fürstenth. Münster) vergrößert. Nachdem  
15. Juli 1809 Neapel zugetheilt erhalten hatte, verließ Na-  
poleon Großherzogthum am 3. März 1809 seinem Neffen, Napoleon  
1804 gebornen zweiten Sohne des Königs von Holland, für  
Statthalter Deugnot regierte. Unter demselben wurde  
am 17. Dec. 1811 (Gesetzblatt 26. Nr. 70.) der  
Unterricht nach Maßgabe der Französischen Gesetzgebung regu-  
lirt, das Schulpatronat aufgehoben, und demnachst zur Aus-  
führung des Dekrets die nachstehende Instruktion erlassen:  
Der Großherzogl. Bergschen Min. des Inn. v. 21. Juni  
1812 theilung der Schulbezirke in ganzen Arrondissements.

Das Allh. Dekret für die künftigen Primarschulen eine Zahl von  
festsetzt, jedoch anzunehmen ist, daß diese Zahl sich weniger auf die  
Kinder als die Schulbesuchenden beziehe, von den letzteren auch immer  
aus annehmlichen Ursachen die Schule wirklich nicht besucht; so ist darauf  
zu sehen, daß jeder Primarschulbezirk 100 schulfähige Kinder umfasse und darnach  
regulirt. Unter schulfähigen Kindern sind die Kinder vom 6. bis zum 14.  
Jahre (einschließlich) zu rechnen. — 2. Bei der hiernach vorzunehmenden Regu-  
lirung der Schulbezirke brauchen weder die Grenzen der Pfarre noch die Grän-  
zen und der Kantons durchaus streng berücksichtigt zu werden. Um  
jede Beschränkung zu entfernen, sind die Schulbezirke eines ganzen Ar-  
rondissements zugleich abzuleiden, und soll die Bestätigung der entworfenen Bezirke-  
einesmal für ein ganzes Arrondissement zugleich erfolgen. Wo es sich  
um die nachfolgenden Bestimmungen vereinigen läßt, ist das Ueber-  
schreiten der Matrie oder Kantonsgränzen möglichst zu vermeiden. — 3. Bei  
der Auftheilung der Primarschulbezirke müssen zur Bestimmung des  
Ortes so viel immer thunnlich ist, die Centralorte ausgewittelt werden. Die  
Lage eines Ortes oder Dorfes, worin ein Schulgebäude vorhanden ist,  
als anderswo errichtet werden kann, verdient jedoch eine geeignete Rück-  
sicht. Ein Schulbezirk braucht zwar nicht eirkelförmig um den Centralpunkt zu lie-  
gen, es muß aber ist möglichst darauf zu halten, daß die Entfernung der  
Kinder von der Schule nicht über 30 Minuten betrage. — 4. Hiernach be-  
steht die Bestimmung und der Umfang einer Gemeinde, ob in derselben meh-  
rere Schulen abgetheilt und errichtet werden müssen. Wo jedoch nach der  
Zahl der schulfähigen Kinder, nach den Entfernungen und den Localitäten es  
unthunlich ist, die Errichtung einer oder der andern Schule durch An-  
stellung von Unterlehrern zu umgehen, wie dieses um und in Fabriksorten häufig  
der Fall ist, da mag solches geschehen und darnach der Bezirk, jedoch mit  
Rücksicht auf die in N. 3. angegebene Entfernung, regulirt werden.  
Im Unterlehrer angestellt wird, muß der Unterricht in zwei Klassen er-  
theilt werden; es muß deshalb das Schulgebäude zwey dazu abgetheilte Lehrzim-  
mer haben. — 5. Bei der Bestimmung der Schulbezirke darf nirgend ein Ort  
von einem andern übergegangen werden, ohne irgend einem Schulbezirke nach  
den vorhergehenden Bestimmungen zugetheilt zu seyn. — 6. Diese all-  
gemeinen Bestimmungen gelten für die Schulen jeder Konfession. In der Regel  
jede Konfession eine eigene Primarschule gegeben werden. Erfordern es

der Prov. Westphalen a) im Reg. Münster: die Kreise Bielefeld, Hamm, Lüdinghausen, Rastlinghausen, Münster, Geseke, b) im Reg. Berg:  
die Grafsch. Mark mit Dortmund oder die Kreise Altena, Soest, Dortmund, Hagen, Hamm, Iserlohn, Lippstadt, Dipe, Soest und Siegen  
c) im Reg. Minden: die Herrsch. Rheda im Kreise Bielefeld.

durchaus die Lokalitäten, daß zwei Konfessionen in einer Primairschule vereinigt werden, so muß ein Unterlehrer angestellt werden, welcher mit dem Religionsunterricht für die eine Konfession vorab ausschließlich zu beauftragen ist, den übrigen Unterricht aber in Konkurrenz mit dem Hauptlehrer zu ertheilen hat. Bei der Nothwendigkeit einer Vereinigung zweier Konfessionen in einer Schule muß rücksichtlich auf die Bestimmung des Schullokals bei übrigens gleichen Verhältnissen der kleinere Theil dem größeren folgen. — 7. Die sämtlichen Primairschulen werden auf Kosten der betr. Mairie errichtet und unterhalten. Dagegen sind alle zu Lokalschulfonds gehörige Kapitalien und Gründe zur Kommunal-Kasse einzuziehen. Ausgenommen sind von dieser Einziehung: a) die für die Primairlehrer nöthigen Wohnungen, welche vorhanden sind, und ferner gebraucht werden; ferner wenn sie vorhanden, b) drei Viertel bergische Morgen Land, wovon die Hälfte zum Garten, die andere Hälfte aber zum Spielplatz für die Kinder und zur Anlegung einer Obstbaumschule dem Lehrer angewiesen werden; c) soviel Wiesengrund (wo er vorhanden ist) als zur Haltung einer Kuh für den Lehrer erforderlich seyn mag. — Wo kein Land zum Garten vorhanden ist, muß für den Lehrer ein Geldäquivalent zur Anpachtung desselben ausgemittelt werden. In diesem Falle können der Spielplatz und die Obstbaumschule wegsallen. — 8. Wenn ein Schulbezirk die Grenzen der Mairie überschreiten muß, so hat die Minderzahl zu den Schulbedürfnissen der Mairie, wohin sie überschlägt, nichts beizutragen, sondern der überschießende District concurrirt zu den Bedürfnissen der Mairie, worin der Haupttheil des Schulbezirks gehört. — 9. Was nach Einziehung der sämtlichen vorhandenen Lokalschulfonds an den Schulbedürfnissen noch fehlt, hat jede Mairie für sich, und nach Maßgabe des vorhergehenden Art. aufzubringen. — 10. Außer der freien Wohnung und den §. 7. bemerkten Benutzungen wird das Gehalt eines Primairlehrers, welches ausgemittelt, resp. beigebracht werden muß, mit 250 Fr. als das Minimum festgesetzt. In bemittelten Mairien, besonders in Städten, kann das höhere Gehalt derselben mit Rücksicht auf die vorhandenen Fonds und die Vermögenheit der Gemeinde gemäß den folgenden Bestimmungen vorgeschlagen werden. — 11. Das Schulgeld wird für jedes schulbesuchende Kind für alle Monate des Jahres auf das Minimum: a) in städtischen Bezirken von 50 Cent.; b) auf dem Lande von 40 Cent. bestimmt, ohne jedoch eine vorzuschlagende Erhöhung desselben auszuschließen. Bei dem bisher üblich gewesene Brandgeld betrifft, so soll solches von jeder Mairie besonders vorgeschlagen werden, und, da es bei der verschiedenen Lage der Mairien bald mehr bald minder theuren Brand giebt, bei manchen auch die Bestreitung des Brandes durch Naturallieferung des Materials erspriesslicher seyn kann, allenfalls auch für die Lieferung des Brandmaterials von Seiten der Mairien vorzuschlagen werden können. — 12. Die Maires haben die Schullehrer in der Veytreibung der Schulgelder mit ihrer amtlichen Gewalt zu unterstützen. Um diese Hülfe, wo nothwendig wird, zu erhalten, haben die Lehrer am Ende jedes Vierteljahres ein Verzeichniß der Restanten bei der Mairie einzureichen. Wird diese Einreichung noch um einen Monat verspätet, so hat der Maire keine Verpflichtung, die bezogenen Reste eintreiben zu lassen, es sey denn, daß die verzögerte Einreichung länglich entschuldigt wird. — 13. Die Schulgelder für arme Kinder werden durch die Mittel der Wohlthätigkeitsanstalten den betr. Lehrern entrichtet. Vor allen andern Unterstützungen haben die Central- und Hülfsbureaus der Wohlthätigkeit auf die Abtragung dieser Forderungen zu denken. Damit der betr. Maire desto sicherer dahin wirken könne, hat jeder Lehrer demselben halbjährig das Verzeichniß der Armenkinder seiner Schule mit der Berechnung des Schulgeldes zuzustellen, worauf der Maire die Bezahlung des Betrages von Amtswegen eifrig betreiben wird. — 14. Sobald die Schulbezirke, die Gehälter und die Schulgelder regulirt sind, dürfen von Seiten der Lehrer von den Schulinteressenten keine Geschenke und Bewehrungen, welchen Rahmen sie auch bisheran gehabt haben mögen, als verbindliche Einrichtungen ferner gefordert werden. — 15. Wo zur Umgehung der Errichtung einer neuen Primairschule eine Abhülfe durch Anstellung eines Unterlehrers statthaben soll (§. 4.), oder wo die Anstellung eines solchen durch die Vereinigung zweier Konfessionen in einer Schule nothwendig wird (§. 6.), muß für dessen Unterhaltung und Besoldung von Seiten der Mairie gesorgt werden, entweder so, daß sich über dessen Besoldung, Wohnung und Beköstigung mit dem Hauptlehrer, oder mit dem Unterlehrer selbst abbinde, worüber die Vorschläge bei den Entwürfen des Schulbezirks-Abtheilungen einzureichen sind. — 16. Um bei den Entwürfen der



Bezirks-Abtheilungen nach Maßgabe der vorhergehenden und nachfolgenden Angaben mit Sicherheit zu Werke gehen zu können, ist es durchaus erforderlich, die Zahl der schulfähigen Kinder in jeder Mairie zu kennen. Deshalb haben wir vor allem und zuerst die genaueste Aufnahme der schulfähigen Kinder ihrer Mairie zu veranlassen und selbige in einer Tabelle nach dem aufz. verzeichnen zu lassen. Da sich hierauf die Bezirks-Eintheilung gründet, so ist die größte Aufmerksamkeit nothwendig und sind die Maires für die Richtigkeit der Ausfüllung der Tabellen verantwortlich. — 17. Um nach diesen Grundzügen die Bezirke abzugrenzen und das Eintommen der Lehrer zu reguliren, haben die Maires überall die Eintheilung der Schulbezirke für ihre Mairie zu entwerfen und selbige den Konfessionsfakultäten vorzulegen und deren Bemerkung darüber abzuwarten, ferner die Gehälter und deren Quellen auszumitteln. — 18. Der Unterpräfekt wird hierauf die sämtlichen Maires eines Kantons an einem bestimmten Tage zu einer Versammlung berufen, um die Schulbezirke auszugleichen und zu reguliren, welche die Grenzen einzelner Mairien überschreiten, und in gemeinsamer Berathung darüber das Nöthige nach Maßgabe der allgemeinen Prinzipien vorzuschlagen. Diese Versammlungen werden für ein ganzes Arrondissement an einem bestimmten Tage gehalten. Die Pfarrer, welche etwas zu erinnern haben, können dens. bewohnen, wenn sie solches vorher dem H. Unterpräfekten angezeigt haben. Die Pfarrer können verlangen, daß ihre Meinungen und Vorschläge in das Protokoll der Versammlung aufgenommen werden. — Am einen vier Wochen später einfallenden Tag sind sämtliche Maires eines Arrondissements in dem Hauptorte desselben durch den H. Unterpräfekten zu versammeln und unter dem Vorstehe des letztern die sämtlichen Primarschul-Bezirke auszugleichen und über die Abbedeckung derjenigen vorzuschlagen, welche aus den einzelnen Kantons in andere Kantons überspringen. Die Maires werden in dieser Versammlung dem H. Unterpräfekten ihre projectirten Eintheilungen der Schulbezirke, die Abnahme der vorhandenen Lokalschulfonds (§. 7.) und die Entwürfe für das Gehalt der Lehrer (§. 10, 11, 13, 15) vorlegen und mit dems. über die Angelegenheit berathen. — 20. Die H. Unterpräfekten werden aus diesen so erhaltenen gesammelten, zuverlässigen Daten den Entwurf einer Eintheilung der Primarschul-Bezirke und der Besoldungen für das ganze Arrondissement entwerfen. Sie können über einzelne Differenzen noch die besonderen Äußerungen der Maires und Pfarrer, wo es nöthig seyn kann, einziehen. Die H. Unterpräfekten haben die gefertigte Hauptarbeit mit ihrem gutachtlichen Bericht an die H. Departement einzusenden. — 21. Die H. Präfekten werden nur die Einkommens- und Besoldungs-Entwürfe der Primarschulen für jedes Arrondissement vorlegen, so, wie sie eingehen, mittelst gutachtlichen Berichtes, zur Bestätigung vorlegen. — 22. Für die Beendigung der ganzen Operation wird eine Frist von drei Monaten bestimmt. Da in der Zwischenzeit manche Schulaangelegenheit nicht entschieden werden kann, deren Entscheidung auf diese Operation sich bezieht, so kann diese Frist ohne Nachtheil für den Unterricht durchaus nicht ausgedehnt werden. — 23. Dieser Bescheid ist zwar durch die Präfekturakten sofort bekannt zu machen, zur Begleichung der Ausführung sind jedoch die H. Unterpräfekten und Maires durch ihre Schreiben auf den Inhalt und auf die Wichtigkeit einer prompten Erledigung derselben aufmerksam zu machen.

3. Eben so wie in den vorbezeichneten Gebieten wurde das hergebrachte Recht aufgehoben in denjenigen Landestheilen, welche nach dem Frieden zu einem Königreich Westphalen unter dem Bruder Napoleon, Jérôme, vereinigt wurden, und welche außer Braunschweig, Hessen und einem Theile von Hannover, und außer den Preussischen Gebieten, welche gegenwärtig zur Prov. Sachsen gehören und schon oben beschrieben sind (§. 164 Note 2), aus Paderborn und Korvey, Minden und Ravensberg, Rietberg, Derenburg, Herford und Medeburg bestanden. Auch hier kam die Französische Gesetzgebung zur Herrschaft, und durch nur noch mehr ausgebreitet, daß Napoleon später durch das Ukret v. 13. Dec. 1810 alles Land von der Mündung der Elbe bis zur Mündung der Trave mit seinem Kaiserreich vereinigte und in die 3 Departements der obern Elbe, der Wesermündung

und der Elbmündung umschuf, wobei Westphalen sowie Berg einen Theil ihrer Gebiete einbüßten.<sup>1)</sup>

C. Nach dem Sturze Napoleons erhielt Preußen nicht nur seine ehemaligen Besitzungen zurück, sondern auch noch die Kurkölnischen, Kurtrierschen Gebiete, Theile der Pfalz und des vormalig österreichischen Luxemburg und Limburg, eine Anzahl sonst reichsständischer Territorien und Abtretungen von Nassau und von Hessendarmstadt.

AA. Bevor noch der Wiener Kongreß die neue Ländervertheilung regulirt hatte, richtete in den von Preußen okkupirten Landen der General-Gouverneur vom Niederrhein (Sach) seine Aufmerksamkeit auf das Unterrichtswesen, und erließ

a) die B. v. 6. Mai 1814 über die Leitung des öffentlichen Unterrichts im Allgemeinen.

Die wohlthätigen Veranstaltungen der vormaligen K. Bayerischen Regierung, um dem öffentlichen Unterricht in diesem Lande eine bessere Gestalt zu geben, sind, während des folgenden unglücklichen Zeitraums, durch die Einziehung der diesem Zwecke gewidmeten baaren Mittel, durch den Druck, der auf allen Gemüthern lastete, und durch das Streben der Nachhaber, in allen Theilen das Fremde an die Stelle des Einheimischen zu setzen, theils entkräftet worden, theils ganz eingegangen. Dieser höchst wichtige Zweig der gesellschaftlichen Einrichtungen ist daher dergestalt verkommen, daß es die höchste Zeit ist, demselben beizuspringen. In dieser Absicht wird verordnet, wie folgt:

§. 1. Die Leitung des öffentlichen Unterrichts und der demselben gewidmeten Anstalten, in dem ganzen Umfange des Großh. ist, unter der höheren Obforge des zum Kurator des Schulwesens bestellten Gouvernements-Rathes, einer Schul-Kommission (späterhin Schul-Rath genannt) anvertrauet.

§. 2. Diese Kommission wird aus dem Kurator, drei (späterhin vier) ordentlichen Mitgliedern und den beiden Vorstehern der Normalschule als Beisitzern, mit beratender Stimme bestehen. Der Kurator wird den Berathschlagungen der Kommission beiwohnen, so oft er es zur Sache dienlich achtet und alsdann darin den Vorsitz führen. In seiner Abwesenheit hat das älteste Mitglied der Kommission den Vorsitz. Die sämtlichen Kanzlei-Geschäfte werden von einem Registrator und die Stelle des Dieners von dem Diener des Gymnasiums versehen.

§. 3. Die Schul-Kommission verfügt unmittelbar über die Anwendung der in Betreff des Schulwesens wirklich bestehenden oder ferner ergehenden B., in so fern nicht diese B., oder andere grundsätzliche Bestimmungen selbst die Entscheidung oder Genehmigung der höheren Verwaltungsstellen erfordern. Zu den letztern Art gehören vornehmlich: 1) Die Aufhebung bestehender und die Bildung neuer Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten. 2) Die endliche Bestimmung der Schul-Bezirke. 3) Die Ernennung zu allen öffentlichen Lehrämtern, so wie 4) Die Bestimmung der damit verknüpften Besoldungen und Ausgaben; 5) Die Entsetzung angestellter Lehrer; 6) Allg. Vorschriften über die Klassifikation der öffentlichen Unterrichts-Anstalten und den Umfang des Unterrichts in jeder Klasse im Allg.

§. 4. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 5. Die Entwürfe und Rechnungen über die Bewirthschaftung und Verwendung des Einkommens aller öffentlichen Unterrichts-Anstalten müssen der Schul-Kommission jährlich vorgelegt werden und erhalten durch die Genehmigung derselben ihre Gültigkeit.

§. 6. Die Schul-Kommission setzt durch allg. oder besondere Vorschriften die Lehrpläne aller öffentlichen Unterrichts-Anstalten fest und wacht über deren Ausführung.

§. 7. Niemand kann in dem Großh., außer dem Kreise einer einzelnen Familie, ein wissenschaftliches Lehramt ausüben, der nicht von der Schul-Kommission

1) Hierdurch kamen theils vollständig, theils stückweise Münster, Minden, Ravensberg, Anholt, Groy, Gehmen, Lingen, Rheina-Wolbeck, Ahhaus, Bockholt, Gochmar, Dülmen, Steinfurt und Tecklenburg unter unmittelbare französische Herrschaft.

oder, vermöge Auftrags ders., von einer einzelnen Schulbehörde in Beziehung zur Sachz., worin er Unterricht erteilen will, geprüft und dazu tüchtig gefunden. Der Uebergang von einem niedern zu einem höhern Unterrichtsfach erfordert eine neue Prüfung. Wer sich, dieser Bestimmung zuwider, mit der Leitung eines wissenschaftlichen Unterrichts befaßt, ohne dazu durch einen vom Curator vollzogenen Beschluß der Schul-Commission die Befugnis erhalten zu haben, verfällt in eine von der Commission, nach den Umständen, zu bestimmende Buße von 5 bis 25 Rthlr., welche in dem Wiederbetretungsfall verdoppelt wird.

§. 8. Der Schul-Commission ist der Vorschlag über die Besetzung aller zur Leitung kommenden öffentlichen Lehrämter überlassen. Das hierbei, besonders hinsichtlich der unteren Schulen zu beobachtende Verfahren, wird auf den Beschlüssen der Commission näher festgesetzt werden.

§. 9. Die bestehenden B. über die Verpflichtung der Gemeinen zu der anliegenden Versorgung der in ihren Bezirken gesetzlich bestellten Schullehrer werden ausdrücklich bestätigt. Der Schul-Commission an einer so wohl als den Kreis-Directoren und Bürgermeistern an der andern Seite, ist die Sorge für die gänzliche Ausführung dieser B. besonders anempfohlen.

§. 10. Die Commission führt nicht weniger die Aufsicht über alle Privat-Lehr- und Unterrichts-Anstalten, und setzt die ihr allezeit vorzulegenden Lehrer ders., nach vorhergegangener Prüfung, fest.

§. 11. Unternehmer von Privat-, Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten, welche andere als von der Schul-Commission geprüfte und für tüchtig anerkannte Lehrer brauchen, verfallen in eine von der Commission zu bestimmende Geldbuße von 30 bis 100 Rthlr., außer der Geldbuße, welche solche unbesugte Lehrer, den Bestimmungen des §. 7., selbst zu erlegen haben.

§. 12. In den einzelnen Landes-Bezirken sollen Inspectoren, und, wo es zur Sache dienlich, Local-Schul-Comitaten angeordnet werden, welche unter der Leitung der Schul-Commission die Aufsicht über die daselbst befindlichen Schulen und Unterrichts-Anstalten in dem ihnen angewiesenen Geschäftskreise zu führen haben. Die Commission wird über die noch zu treffende nähere Anordnung in dieser Hinsicht baldmöglichst vortragen.

§. 13. Die Schul-Commission wird sich, sogleich nach dem Eintritt ihrer Berathungen, mit dem Entwurf der zu errichtenden Normalschule, sowie demnachst mit dem Entwurf einer allg. Schulordn. beschäftigen, und beide zur Prüfung und Genehmigung dem Verf. vorlegen.

§. 14. Die Kreis-Directoren, Polizei-Magistrate und Bürgermeister sind, nicht weniger wie vormals, gehalten, auf den Zustand der gemeinen Schulen sowohl, als der Privat-Unterrichts-Anstalten und auf die genaue Befolgung der den öffentlichen Unterricht betreffenden Verordnungen und Vorschriften in ihren Geschäftskreisen zu achten und ihre Erinnerungen, wo es die Gelegenheit ergiebt, nach den Umständen an die Schul-Beamten ihres Kreises, oder auch an die Schul-Commission gelangen lassen.

§. 15. Dem Curator ist die Sorge anbefohlen, daß die Schul-Commission gleich eingeführt und in Wirksamkeit gesetzt werde.

Dieser B. folgte bald eine zweite:

b) B. des General-Gouverneurs vom Nieder- und Mittelrhein v. 15. Mai 1814, die Schulvorstände betr.

Die Betrachtung des weiten Umfanges und der Wichtigkeit des dem Schul-Comitaten übertragenen Geschäftes, führte schon bei Erlassung der B. v. 6. Mai v. J. zur Ueberzeugung, daß diese Stelle, ohne die Beihilfe untergeordneter Behörden, ihr vorgesetztes Ziel nicht würde erreichen können; und es ist daher im §. 12. festgesetzt, daß solche ausenweise sich anreihende Stellen angeordnet werden, um die Leitung der Jugendbildung mit ihr zu theilen, und so das Volk des Vaterlandes und der künftigen Geschlechter beglücken zu helfen. In Beziehung auf das Verfahren wird daher weiter verordnet, wie folgt: 1) In jedem Gerichtsbezirk eine eigene Schulbehörde, unter dem Namen Schulpflege, und zwar in der Regel eine für die Schulen der Katholischen, und einer für die der Evangelischen Confessionen, angeordnet. — 2) Zum Geschäftskreise der Schulpflege gehört alles, was die Verbesserung der Erziehung überhaupt, und insbesondere die

Verwaltung und das Emporkommen des Schulwesens in ihren Bezirken angeht. — 3) Die von dem Schulrathe hier vorgelegte und genehmigte Dienstanleitung wird den Schulpflegern in ihrem Geschäftsbetriebe zur Richtschnur dienen. (a) — 4) Den Schulpflegern untergeordnet, wird für jede Gemeindeg-Schule, welche nach der im Jahre 1812, oder später vorgenommenen Eintheilung der Schulbezirke im ganzen Lande, beibehalten oder errichtet werden soll, ein eigener Schul-Vorstand bestehen. — 5) Dieser Schul-Vorstand wird aus dem Pfarrer und zwei Einsassen des Schulbezirks, und dem Namen Schulvorsteher, gebildet. — 6) Die Schulvorsteher werden auf den gemeinschaftlichen Vorschlag des Schulpflegers, Bürgermeisters und Pfarrers, vom Kreis-Director ernannt, und alle zwei Jahre erneuert. Doch können die Austretenden allezeit wieder ernannt oder bestätigt werden. — 7) Findet der Kreis-Director die ihm zu Schulvorstehern vorgeschlagenen Einsassen zu diesem Geschäfte nicht geeignet: so hat auf seine Bemerkung der angegebene Verein andere in Vorschlag zu bringen. — 8) Wo sich von der nämlichen Confession mehrere Schulen an einem Orte befinden, werden diese in der Art unter einem Vorstande vereinigt, daß für jede Schule ein Vorsteher beisteht. — 9) Der Vorstand derj. Schulen, welche für verschiedene Confessions-Genossen bestimmt sind, bildet sich aus den Pfarrern der theiligten Confessionen und aus einem Schulvorsteher von jeder Confessions-Gemeine, welche über 24 schulpflichtige Kinder in dem Schulbezirke hat. — 10) Jeden Monat versammelt sich der Schulvorstand an einem fest bestimmten Tage, um das Wohl der ihm anvertrauten Schule zu berathen. Die Beschlüsse werden nach der Mehrheit der Stimmen gefaßt. Wo bei Schul-Vorständen, welche aus einer paaren Zahl von Mitgliedern bestehen, Verschiedenheit der Meinungen und Gleichheit der Stimmen eintritt, und beide sich gütlich nicht vereinigen können, giebt der Schulpfleger die Entscheidung. — 11) Im Falle der Erledigung von Lehrstellen, welche in keinen Patronat-Verhältnissen stehen, werden zu dem Schul-Vorstande der Bürgermeister und diej. Einsassen des Schulbezirks gezogen, welche zu irgend einer Zeit in dem Kirchen-Vorstande gewesen oder noch sind, um drei geprüfte Subjecte zu der erledigten Stelle durch den Schulpfleger in Vorschlag zu bringen, aus welchen der Schul-Rath darnach Eines wählen und zur Ernennung empfehlen wird. Damit durch den Vorschlag keiner ausgezeichnet werde, so sind die Namen nach der Ordnung des Alphabets zu setzen. — 12) Aus den sämtlichen Schul-Vorständen eines Gerichtsbezirks sollen künftig, nach darüber zu erlassenden Vorschriften, Vereine gebildet werden, welche sich, unter Beizuhung der Gerichts- und Polizei-Beamten, wenigstens zwei Mal im Jahre versammeln und das Beste des Schulwesens in dem ganzen Gerichtsbezirke berathen sollen. — 13) Die Schul-Vorstände werden sich in ihren Verrichtungen genau nach der, von dem Schul-Rathe hier vorgelegten und genehmigten, Dienstvorschrift richten; so wie diese Vorschrift überhaupt für alle und jede, welche darin bezogen sind, dieselbe verbindliche Kraft hat, wie die gegenwärtige B. (b).

Alle diej., welche durch die vorstehenden Verf. zur Beförderung des Schulwesens mitberufen sind, vorzüglich die Schulpfleger und Schulvorsteher, können ihre guten Gesinnungen, Vaterlandsliebe und Eifer für die gute Sache nicht besser bezeugen, als wenn sie zur Erreichung der ihnen eröffneten Absicht mit reger, andauernder Thätigkeit und in stetem Einklange wirken. Kann auch die angewandte Mühe und Sorge nicht mit vergeltender Besoldung aufgewogen werden; so wird doch um so mehr, was jeder in diesem Geschäfte als Bürgertugend aus Pflichtgefühl übt, zu jeder Zeit als die beste Empfehlung für ihn gelten. Der Schul-Rath und die Kreis-Directoren werden demnach darauf sehen, daß kein Verdienst in diesem Fache unbemerkt bleibe.

#### a. Dienstvorschrift für die Schulpfleger.

§. 1. Unter der Aufsicht des Schulpflegers stehen sowohl die öffentlichen Orts-Schulen, als überhaupt alle Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten seines Bez., deren Wirkungskreis nicht auf eine einzelne Familie beschränkt ist. Ueberhaupt richtet sich seine Aufmerksamkeit auf Alles, was die Erziehung und den öffentlichen Unterricht in seinem Kreise angeht.

§. 2. Er hat darüber zu wachen, daß keine Nebenschulen, Lehr- und Erziehungs-Anstalten gebildet werden, die nicht von der ebern Behörde genehmigt und deren Lehrer und Vorsteher nicht geprüft sind.

§. 3. Als der nächste Vorgesetzte aller öffentlichen Unterrichts-Anstalten seines Bezirks, ist er auch der Vermittler zwischen diesen an einer und dem Schul-Rathe

sowohl als den Kreis- und Orts-Behörden, an der andern Seite; daher er sie in allen, wo es nöthig ist, daselbst zu vertreten, und eben so ihnen bei der Ausführung aller, allgemeine oder einzelne Anstalten betreffenden, Anordnungen und Verfügungen mit Rath und That an Hand zu gehen verpflichtet ist.

§. 4. Es besteht daher eine fortwährende Verbindung zwischen ihm und den einzelnen Lehrern sowohl, als den Schul-Vorständen, welche ihm ihre Berichte, Gutachten, Vorschläge u. s. w. zusenden; so jedoch, daß es dens. unbenommen bleibt, sich in außerordentlichen Fällen auch gerade an den Schul-Rath zu wenden.

§. 5. In gleicher fortwährender Verbindung steht er sowohl, wie sich von selbst versteht, mit dem Schul-Rath, als auch mit den Kreis- und Orts-Behörden, welche in der Regel alle, die öffentlichen Unterrichts-Anstalten seines Bezirks betr. Beschl. an ihn befördern und die Ausführung ders. seiner Leitung überlassen werden. Es wird daher allezeit bemüht sein, mit den letztern Behörden ein gutes Vernehmen zu unterhalten; indem das Gedeihen der Schulen wesentlich von dem guten Einverständnisse aller fördernden Kräfte abhängt.

§. 6. Er wird von Zeit zu Zeit den Sitzungen der Orts-Schul-Vorstände beizuwohnen, oder außerordentliche Sitzungen derselben veranstalten, wenn er es für nöthig oder der Sache dienlich achtet.

§. 7. Er geht den Lehrern in der zweckmäßigen Anordnung ihres Schulplans, wie überhaupt in ihren Schulangelegenheiten an die Hand. Diese haben ihm deshalb ihren Stundenplan vorzulegen, ihre Schulbücher und sonstigen Hülfsmittel zu nennen, und ihm jährlich einen Hauptbericht über den Zustand ihrer Schule zu erstatten.

§. 8. Er wird die Schule seines Bez. so oft besuchen, als es seine übrigen Amtverrichtungen erlauben, und er es selbst für dienlich hält, um eine jede ders. genau kennen zu lernen. Wenigstens muß dieses, auch bei den entfernteren, zweimal in dem Jahre geschehen. Die Vorzüge, welche der unerwartete Schulbesuch hat, brauchen nicht auseinandergelegt zu werden. So oft es geschehen kann, ist er auch bei den Prüfungen gegenwärtig. Ist er jedoch mit der einen oder der andern Schule außer der Zeit schon näher bekannt geworden, so mag er den Vorsitz bei der Prüfung auch den Orts-Schul-Vorständen überlassen, welche ihm alsdann darüber zu berichten haben.

§. 9. Um dem Mißbrauche vorzubeugen, welcher hin und wieder mit den Schulprüfungen getrieben wird, da die Kinder oft Monate lang im Voraus für diesel. vorbereitet und so zum Scheinern gewöhnt werden; so wird die Zeit ders. häufig nicht von den Lehrern, sondern von den Schulpflegern bestimmt werden. Aus dems. Grunde werden diese dazu nicht eine bestimmte Zeit des Jahres wählen, sondern damit abwechseln; so jedoch, daß in dem Laufe des Jahres nur Eine feierliche Prüfung einer jeden Schule gehalten werde. Die Schulpfleger werden hier nach den, mit Rücksicht auf passende Zeit und Ortsverhältnisse, zu bestimmenden Tag der Prüfung den Schul-Vorständen und Lehrern eine kurze Zeit, höchstens acht Tage, vorher ansagen, und den erstern die Sorge auftragen, daß ders. am Sonntage vorher der Gemeinde von der Kanzel bekannt gemacht, auch die Prüfung, wenn es der Raum gestattet, in der Schule selbst, sonst aber in der Pfarrkirche gehalten werde. Es bleibt dem Ermessen der Schulpfleger, oder der sie vertretenden Schul-Vorstände, im einzelnen Falle überlassen, wie weit sie selbst den Gang der Prüfung leiten und darin eingreifen, oder sie den Lehrern überlassen wollen. Sie werden jedoch überhaupt darauf sehen, daß die Zeit nicht mit unwesentlichen Dingen verloren gehe, sondern für solche verwandt werde, welche in Wahrheit ein Urtheil über die Fortschritte der Kinder begründen können.

§. 10. Die Schulpfleger werden die Candidaten, welche sich dem Schul-Rathe zur Prüfung stellen wollen, einer vorläufigen Untersuchung ihrer Kenntnisse zu unterwerfen, und die ganz Unfähigen unter Anempfehlung einer gründlicheren Vorbereitung daren zurückhalten. Der Schul-Rath wird daher in Zukunft keinen Candidaten zur Prüfung lassen, welcher nicht ein Zeugniß seines Bezirkspflegers über diese vorläufige Untersuchung vorlegen kann.

§. 11. Eben so werden die Schulpfleger die jungen Leute, welche in das zu errichtende Schullehrer-Seminarium aufgenommen zu werden wünschen, vorher prüfen, ob sie die nöthigen Vorkenntnisse haben. Doch entscheidet ihr Urtheil noch nicht über die Aufnahme selbst, sondern soll vorzüglich dazu dienen, die-



welche die nöthigen Forderungen nicht erfüllen, von dem vergeblichen Versuche abzuhalten.

§. 12. Bei Erledigung einer Lehrstelle ist die erste Pflicht des Schulpflegers, dem Schul-Rath von diesem Ereigniß Kenntniß zu geben. In Verbindung mit dem Vorstande verfügt er hierauf über die einstweilige Vernehmung der erledigten Stelle, damit der Unterricht nur so kurze Zeit als immer möglich unterbrochen bleibe. Sobald der Schul-Vorstand sich über seine Vorschläge zu der Wiederbesetzung der Stelle entschieden hat, bringt der Schulpfleger dies. zur Kenntniß des Schul-Rathes und fügt die nöthigen Bemerkungen über die Fähigkeiten der vorgeschlagenen Candidaten, ihre Vorzüge in dem einen oder andern Lehrfache, ihren bisherigen Lebenslauf, ihre Familienverhältnisse, und welche Rücksichten sonst noch in wesentlichen Betracht kommen mögen, hinzu. Endlich hat er, nach der Ernennung des neuen Lehrers, denselben in das ihm aufgetragene Amt einzusetzen.

§. 13. Der Schulpfleger wird außer seinem, durch die laufenden Angelegenheiten veranlaßten, Schriftwechsel mit dem Schul-Rath, dems. jährlich einen Hauptbericht über alle Schulen seines Bez. erstatten, und es sich besonders angelegen sein lassen, daß ders. dadurch eine klare Uebersicht des Zustandes einer jeden Schule, sowohl von der guten als von der mangelhaften Seite, mit den geeigneten Vorschlägen zu möglichen Verbesserungen, erhalte. Die Hauptpunkte, welche dieser Bericht umfassen muß, sind folgende: a) Das Objectiv des Unterrichts selbst; wobei er die, in den ihm mitgetheilten allgemeinen Ansichten über die Einrichtung des öffentlichen Unterrichts in diesem Lande, enthaltenen Grundzüge besonders vor Augen halten, und, was der Lehrer in Beziehung auf diese in jedem Theile leistet, darstellen wird. b) Das Subjectiv des Unterrichts, d. h. die Unterrichtsweise des Lehrers und das wechselseitige Verhältniß zwischen ihm und den Kindern. c) Der Stundenplan. d) Das Verzeichniß der Schulbücher, die gebraucht werden, und der übrigen Hülfsmittel. e) Die Beschaffenheit und der Zustand des Schulgebäudes und des Schulzimmers. f) Ob Garten und Spielplatz vorhanden, und wie dies. beschaffen sind? g) Wie es um den Schulbesuch steht? h) Namentliche Angabe der vorzüglich ausgezeichneten Schüler, besonders derj., die vielleicht bereits zum Lehrfache gebraucht werden können, und der jungen Leute, die sich diesem Fache bestimmt widmen. i) Angabe der ausgezeichneten Orts-Schul-Vorstände, der Schulfreunde u. s. w. k) Einige Angaben über den Standpunkt des Publikums eines Orts in Beziehung auf die Schule und die Erziehung überhaupt.

§. 14. Um das Anhäufen dieser Berichte in ein und ders. Zeit des Jahres zu verhüten, wird hiermit die regelmäßige Folge angeordnet, in welcher dies. an den verschiedenen Bez. zu erstatten sind, und an die sich demnach die Schulpfleger pünktlich zu halten haben. Es werden nämlich die Ber. erwartet: aus den Gerichtsbez. Düsseldorf und Ratingen im Jan.; Mülheim an der Ruhr und Barmen im Febr.; Mettmann und Richrath im März; Opladen und Mülheim am Rhein im April; Solingen und Wermelskirchen im Mai; Elberfeld und Barmen im Juni; Kenney und Ronsdorf im Juli; Wipperfürth und Lindlar im Aug.; Gummersbach und Homburg im Sept.; Gitorf und Waldbroel im Oct.; Bensberg und Siegburg im Nov.; Hennes und Königswinter im Dec.

§. 15. Es bleibt dem Schulpfleger anbenommen, aus den Ber. der Schul-Vorstände oder den Eingaben der Lehrer, ein oder das andere Stück, welches er für besonders wichtig und bezeichnend hält, seinen Hauptber. beizulegen.

§. 16. Er wird die ihm zugegangenen Verhandlungen sorgfältig aufbewahren, und darüber ein Verzeichniß führen, damit nöthigenfalls ein jedes Actenstück aufgefunden werden könne.

#### b. Dienstvorschrift für die Schulvorstände.

1) Die Versammlung des Schulvorstandes wird der Regel nach in derj. Schule Statt haben, für welche sie gehalten wird. Die Versammlungen für noch zu errichtende Schulen werden in der Wohnung des Pfarrers gehalten.

2) Die Tage der Versammlung sind so zu bestimmen, daß der Pfarrer allen Berathschlagungen beiwohnen kann. Wo mehrere Schulen in einer Pfarre sind, wird für die Schule in dem Pfarrorte zuerst, demnach für die nächste und sofort bis zur entferntesten, für alle nacheinander in den ersten vierzehn Tagen des Monats Versammlung gehalten. Bei der Einführung des Schulvorstandes muß der Tag der Versammlung für jede Schule fest bestimmt werden.

3) Befinden sich in einer Pfarre mehr als drei Schulen, entfernt von dem

schwerte des Pfarrers, so ist der Pfarrer nicht verpflichtet, in mehr als zwei entfernten Schulen die Versammlung zu halten. Er kann die Vorsteher der übrigen entferntesten Schulen zu sich berufen und in eigener Wohnung Berathung mit ihnen haben; er muß aber jedesmal hierin abwechseln. Auch ist es statt dessen in dem vorgesezten Falle dem Pfarrer gestattet, die Versammlung des Vorstandes an bestimmten Tagen, jedoch in den ersten zwei Wochen des Monats, unvermuthet bei der Schule abzuhalten; in welchem Falle der Pfarrer zugleich seiner besondern Pflicht, monatlich alle Schulen seines Pfarrsprengels, auch die entfernten, zu besuchen, hierdurch Genüge thun kann.

4) Treten Fälle ein, welche eine außergewöhnliche Versammlung nöthig machen, kann der Pfarrer diese in seiner Wohnung halten.

5) Die Schulvorsteher, welche außer den Versammlungstagen zu Hause sein besuchen, werden sich hierdurch ein höheres Verdienst um die gute Sache erwerben. Vorzüglich bei jenen Schulen, welche dem Pfarrer sehr abgelegen sind, und in jenen Pfarrgemeinden, wo sich viele Schulen befinden, werden diese Schulbesuche von unverkennbarem Nutzen sein, und daher dringend empfohlen.

6) Jeder Schulvorstand hat sich in den gewöhnlichen und besondern Versammlungen nur mit dem zu beschäftigen, was dem Aufkommen der ihm eigene unterrichteten Schule förderlich oder hinderlich ist.

7) Er forsche bei jeder gewöhnlichen Versammlung, ob die B. des Schulgesetzes und die Vorschriften des Schulpflegers gehörig befolgt worden; ob irgend eine gegründete Klage gegen den Lehrer sich erhebe; ob der Lehrer selbst Klagen oder Erinnerungen vorzubringen habe. — Wo die Versammlung in der Schule statt findet, lasse der Vorstand durch den Lehrer eine Uebung mit den verschiedenen Classen vornehmen, um die Fortschritte der Kinder zu bemessen; er lasse sich die Arbeiten ders. vorzeigen, um den Geist, welcher aus diesen spricht, zu beurtheilen; er lasse sich die fleißigen, sorgfamen und in guten Sitten vorleuchtenden Schüler nennen, um den Wettstreit aller zu beleben und die Rückgebliebenen durch den Zuspruch zu ermuntern.

8) Es hängt vom Schulvorstande ab, nach Beschaffenheit des abzuhandelnden Gegenstandes den Lehrer von der Berathung auszuschließen, oder Theil an ders. lassen zu lassen. Bei der Entscheidung kann der Lehrer aber nicht mit stimmen.

9) Der Schulvorstand sei eine Stütze des Lehrers; nehme ihn gegen ungeschehene Anfälle in Schutz; richte ihn auf, wenn er sich verkannt, wenn er seine Absichten und Anstrengungen vereitelt sieht; gebe durch seine Gegenwart Handlungen des Lehrers, wo es nöthig ist, Feierlichkeit; und suche ihm bei der Gemeinde Achtung zu verschaffen, vorzüglich dadurch, daß er selbst ihm Achtung beiset.

10) Der Schulvorstand sei der Vermittler zwischen Lehrer und Gemeinde, wenn Unstimmigkeiten zwischen beiden entstehen; er räume die Vorurtheile weg, welche gegenseitig gehegt werden; er kläre die Mißverständnisse auf beiden Seiten auf; wäge die Klagen und Beschwerden gegen einander ab, und erlosche durch klugen Spruch jede aufkeimende Erbitterung im Entstehen.

11) Auch ein treuer Rathgeber für den Lehrer sei der Schulvorstand. Bei Streitigkeiten mit den Bestimmungen der Gemeinde, kann er den Entschluß des Lehrers in schwierigen Fällen am besten bestimmen; am sichersten ihn warnen, wenn er die Bestimmungen der Gemeinde nicht schonend behandelt, und im Begriffe ist, durch unvorsichtige Schritte sich selbst und der guten Sache zu schaden.

12) Vorzüglich dem angehenden Lehrer sei der Vorstand ein unterrichtender Herr; er mache ihn bekannt mit den Eigenheiten der Gemeinde; zeige ihm die Wege, wie er das allg. Vertrauen rechtlich erwerben kann; unterrichte ihn, wo die heilsame Erziehung das in der Schule ausgesäete Gute zu ersticken droht; und lege ihm überall die Hand, wo es dessen bedarf, um ihn in seinen Geschäften sicher zu leiten.

13) Wie der Vorstand den Lehrer überall, wo es nöthig ist, zu vertreten hat; so es besonders seine Pflicht, sich dess. anzunehmen; damit ihm seine angewiesene Genußnahme zur Verfallzeit unverfürgt zufließe. Auch wird er den fleißigen Lehrer dadurch ermuntern, daß er ihm da, wo die Mittel es gestatten, eine Zulage seiner jährlichen Besoldung erwirke.

14) Um dem Lehrer den richtigen Umgang des Schulgeldes zu sichern, wird der Vorstand jeden Monat das Verzeichniß der Rückstände vorlegen lassen,

und die Einziehung ders. durch die Ortsbehörde betreiben, bis der Lehrer befriedigt ist.

15) Der Vorstand hat aber auch darüber zu wachen, daß der Lehrer sein Amt gewissenhaft versche; daß er der Vater der Kinder sei; daß er ohne Rücksicht auf äußere Verhältnisse alle mit gleicher Liebe behandle; daß er mit sanftem Ernst die Schulzucht aufrecht erhalte; daß sein Wandel und Benehmen der Würde seines Berufes entsprechen.

16) Der Vorstand wird den Lehrer auf alle Gebrechen der Schule aufmerksam machen; ihm über das, was darin zu ändern und zu bessern ist, väterliche Erinnerungen geben, und erst dann, wenn diese fruchtlos bleiben, darüber die Anzeige an den Schulpfleger versügen.

17) Die Beförderung des Schulbesuches ist eine der wesentlichsten Pflichten des Schulvorstandes. Monatlich wird ihm der Lehrer das Verzeichniß der die Schule nicht besuchenden, so wie der im Schulbesuche nachlässigen Kinder übergeben, und die Vorsteher werden alsdann alle Mittel der Belehrung und des heyrlichen Zuspruchs anwenden, um die Aelteren dahin zu bringen, daß sie ihre Kinder freiwillig zur Schule schicken. Bleibt aller gütlicher Zuspruch vergeblich; so wird die Anzeige darüber an den Polizeivogt versügt.

18) Die übrigen den Schulbesuch erschwerenden oder ganz hemmenden Hindernisse sucht der Vorstand wegzuräumen. Er forscht, ob die Wege und Pfade, auf welchen die Kinder zur Schule gehen, gut unterhalten sind, und zeigt es dem Polizeivogt ohne Aufschub an, wo ungangbare Wege, gefährliche Stege oder Unglück drohende Stellen sich finden.

19) Um die jedesmalige Aufnahme der schulpflichtigen Kinder zu erleichtern und zuverlässiger zu machen, werden die Taufbücher zur Hand genommen, und in den Sitzungen von März und Sept. jedes Mal dem Lehrer die Verzeichnisse der im nächsten halben Jahre, vom April und Oct. nämlich anfangend, dem Alter nach schulpflichtig werdenden Kinder übergeben. Diese Verzeichnisse sind nach den dazu gedruckten Mustern zu fertigen.

20) Das Alter der Schulpflichtigkeit wird hinfür von dem angehenden 9. bis zu dem vollendeten 12. Jahre gerechnet. Die Fähigkeit zu dem Schulbesuche heßt jedoch, wie bisher, mit dem vollendeten 6. Lebensjahre an, und es kann daher der Lehrer die Aufnahme derj. Kinder, welche dieses Alter erreicht haben, auf das Verlangen der Aelteren in den dazu bestimmten Jahreszeiten nicht verweigern.

21) Der Schulvorstand erkennt über die Befreiung von der Schulpflichtigkeit wegen Körper- und Geistesgebrechen.

22) Bei Ueberreichung der Verzeichnisse der schulpflichtigen Kinder weist der Vorstand den Lehrer an, mit dem 1. April und dem 1. Oct. diej. aufzunehmen, welche dann das 8. Jahr vollendet haben. Außer dieser Zeit darf der Lehrer nur noch den 1. Jan. und 1. Juli Kinder aufnehmen, welche alsdann zu dem schulpfächtigen Alter gelangt sind, wenn er es der Schule unschädlich achtet.

23) Das Verzeichniß aller Kinder, welche ihrem Alter nach für jedes halbe Jahr zu Schule geeignet sind, wird vor dem 1. April und Oct. vom Schulvorstand im Schulzimmer aufgehängt und bei jeder Versammlung darauf gesehen, daß der Lehrer keine Kinder unter dem vollendeten 6. Jahre, und keine außer der vorhermerkten Zeit aufnehme. Der Pfarrer wird bei jeder Gelegenheit und namentlich in den oben bemerkten Zeitpunkten, sowohl von der Kanzel als bei dem Hausbesuche, die Aelteren ernstlich ermahnen, die Kinder ununterbrochen zur Schule zu schicken.

24) Der Schulvorstand hat darauf zu achten, daß die nöthigen Bücher, Schreibgeräthe und Kleidungsstücke für die Kinder der Armen angeschafft werden. Er wird sich hierüber mit der Verwaltung der Wohlthätigkeits-Anstalt, und nöthigen Falls mit dem Bürgermeister benehmen.

25) Er wird dem Bürgermeister jährlich das Verzeichniß der schulpflichtigen Armenkinder vorlegen, und darauf halten, daß das Schulgeld für diese Kinder aus dem Wohlthätigkeits-Fonds flüssig gemacht werde.

26) Wo die Mittel es gestatten, wird der Vorstand auch dafür sorgen, daß jährlich einige Bücher als Ermunterungsgeschenke für die besten Schüler bei der Prüfung ausgeheilt werden.

27) Eben so wird der Vorstand, wo es möglich ist, zu befördern suchen, daß

Welche einige Bücher für die Schule, einige für den Lehrer und einige für die Schüler, zum fortwährenden Gebrauche angeschafft werden.

28) Jedes Kind, welches bis zu Ende des schulpflichtigen Alters die Schule pünktig besucht hat, erhält von dem Vorstande einen Entlassungsschein, in welchem ist, die es verdienen, über stilles Wandel und Fleiß ein ehrenvolles Zeugnis ausgestellt wird, welches als Empfehlung für sie in ihrem künftigen bürgerlichen Leben und Berufe dienen kann.

29) Der Schulvorstand bestimmt die jährlich auf vier Wochen festgesetzte freie Zeit, wann keine Schule gehalten wird. In den städtischen und städtischen Orten ist hierzu 14 Tage im Sommer, zur Reizzeit, eine Woche im Frühling, und bei im Winter zu bestimmen. Auf dem Lande werden vier Wochen hinterzuziehen, nach dem Umstände, um die Zeit der Reize über der Reizezeit ausgesetzt. Bei besondern Verhältnissen eine abweichende Vertheilung oder auch auf dem Lande die Verlängerung der freien Zeit wünschenswerth machen, muß die Bewilligung des Schulraths dazu nachgesucht werden.

30) Der Schulvorstand verbietet, daß außer der gesetzlichen freien Zeit der Unterricht auch nur einige Tage ausgesetzt werde. Wird der Lehrer krank oder ist er ein nicht zu umgehendes Geschäft auf einige Zeit ab, so hat der Vorstand das Recht einen zeitlichen Stellvertreter von dem Schulfleger zu befragen. — Ist ein Lehrer durch Tod, oder auf eine andere Art ab, so ist auf gleiche Art zu verfahren, und die Wiederbesetzung der Stelle mit Eile zu betreiben.

31) Der Erhaltung des Schulgebäudes wird der Vorstand die erforderliche Aufmerksamkeit widmen. Die nöthigen Reparaturen, die angemessenen Verbesserungen desselben, die zweckmäßigen Einrichtungen der Schulzimmer, die Vertheilung derselben mit bequemen Plätzen, die Anschaffung des nöthigen Schulgeräths; wozu in dem vorchriftsmäßigen Wege durch seine Vorschläge und Anträge bei der Behörde befördert und die Vollziehung der deshalb erlassenen Verfügungen streben. In dem Falle aber, daß die mit dem Schulhause verknüpfte Verwaltung in die innere Einrichtung einreißt, oder überhaupt von geistiger Bedeutung sein sollte, ist darüber, ehe die Sache bei der Verwaltungsstelle eingeleitet ist, an den Schulfleger Ber. zu erstatten. Besonders ist dieses zu beobachten, wenn von der Erbauung eines neuen Schulhauses, oder der Auswahl des Platzes für Schulhaus und Spielplatz die Rede ist.

32) Dem Schulvorstand ist zugleich die Mit-Aufsicht über die Schulmittel, in deren Hand, und die Sorge für die Erhaltung der Schulgeräthe und der Bücher obzuliegen, welche der Schule gehören. Bei dem Tode oder Austritt des Lehrers fällt er alles Eigenthum der Schule in Verwahrung und übergibt es dem neuen Lehrer gegen Bescheinigung. Diese Bescheinigung, welche das vollständige Verzeichnis aller überlieferten Sachen enthalten muß, ist wohl zu verwahren, und Abzug sowohl als Zuwachs genau zu bemerken. — Es wird überhaupt der Vorstand das Eigenthum der Schule als eigenes besorgen, Schaden und Verderben zu vermeiden, und den Nutzen nach Kräften befördern.

33) Wo Stiftungen für die Schule bestehen, ist es die Pflicht des Vorstandes, darauf zu wachen und mit der Ortsbehörde das nöthige Benehmen zu pflegen, daß der Zweck ders. möglichst erreicht, dergleichen, wenn in der Folge der Schule Bedürfnisse eintreten, daß diese gesichert und die Absichten der Stifter erfüllt werden.

34) Die Vorstände auch zu errichtenden Schulen werden sich eifrig bemühen, die Erbauung des Schulhauses bald zu Stande zu bringen; bei der Auswahl des Platzes werden sie vorzüglich auf eine freie, gesunde Lage, einen geräumigen Spielplatz und Garten sehen.

35) Der Vorstand hat indessen nicht bloß das Wohl der Kinder in der Schule zu befördern; sondern er muß auch darauf sein Augenmerk richten, daß die Kleinen oder von ihren Eltern noch andern über ihre Kräfte zu körperlicher Arbeit angetrieben werden, damit sie hierdurch nicht in ihrer frühen Jugend verkrüppelt und in freudenloses Leben von der Wiege bis zum Grabe ihr Loos werde. Je größer die Schwierigkeiten sind, desto angestrengter müssen seine Bemühungen, aber auch desto schonender und besonnener seine Schritte sein, um das vorgesezte Ziel zu erreichen. Sollte dabei gleichwohl seine Vermittlung durchaus fruchtlos bleiben, so wird er darüber höhern Orts Ber. erstatten.

36) Alle Bescheinigungen und Beschlüsse des Schul-Vorstandes werden nach

rend der Versammlung in ein Buch geschrieben, welches bei dem Pfarrer in Verwahr bleibt. Die Berichte und Vorstellungen werden von allen Gliedern des Vorstandes unterschrieben.

37) In allen vorkommenden Fällen, wo nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften der Bürgermeister aushelfen kann, wird dieser, und eben so der Polizeivogt in den Fällen, wo dessen Einwirkung nöthig ist, schriftlich darum ersucht. Wo aber die Verfügung des Kreis-Directors oder der höhern Behörde erforderlich ist, muß in der Regel der Ber. an den Schulpfleger erstattet werden. Nur aus erheblichen Gründen können die Schulvorstände sich unmittelbar an den Schul-Rath oder den Kreis-Director wenden.

38) Ueberhaupt wird der Vorstand dem Schulpfleger von allen wesentlichen Vorgängen und Verhandlungen Kenntniß geben, und in jedem erheblichen Falle, der nicht Abhülfe ohne Verzug erheischt, dessen Rath oder Welsung einholen.

39) Der Schulvorstand wird immer darauf bedacht sein, dem Schulpfleger mit Vorschlägen zum Besten der Schule und der Erziehung an Hand zu gehen. Wo Sonn- und Feiertags-, wo Abends-, wo Wartschulen nützlich sein können, und wie dieselben am besten für die eigenen Ortsverhältnisse einzurichten sind; wo Industriezweige mit der Schule verbunden, oder durch die Schule zum bessern Gedeihen können gebracht werden, und was zur Verbesserung der Landwirthschaft von der Schule ausgehen kann, wird der Schulvorstand mit Umsicht berathen und gutachtlich angeben.

40) Einmal im Jahre, und zwar einen Monat früher, als der Schulpfleger seinen Hauptber. über den Zustand des Schulwesens in seinem Bezirke an den Schul-Rath einzusenden hat, muß jeder Schulvorstand einen Hauptber. an diesen erstatten, in welchem er sich über die zum Nachtheile des Schulwesens noch vorwaltenden Hindernisse und Mängel, Vorurtheile und Mißbräuche; über die Mittel dens. abzuhefen und entgegenzuwirken; über die Amtsversetzung des Lehrers, über dessen Einnahme; über die Stimmung der Gemeinde; über die Folgen des Unterrichts bei Kindern und Eltern, und über alles, was zum Wesen der Jugendbildung gehört, äußern und gutachtliche Vorschläge machen wird.

41) Wie zur Belebung des allgemeinen Wettsefers und zur schnellen Ausbreitung des Guten in der Folge die Schulvorstände mehrerer Gemeinden in eine Versammlung sich zu vereinigen haben, und wie in diesem Vereine die Geschäfte zu fördern sind, wird nach vorhergegangener Vernehmung der Schulpfleger näher bestimmt werden.

Unter Darstellung der von der vorigen Regierung beabsichtigten, und planmäßig durchgeführten Vernachlässigung der Volksbildung, durch Verwahrlosung und Entwürdigung des Schul- und Religions-Unterrichtes, wird die gefaßte und nächstens auszuführende Absicht des jetzigen Gouvernements, das Schulwesen zu verbessern, bekannt gemacht, und alle wohldenkenden und gebildeten, für diese heilige Angelegenheit der Menschheit sich interessirenden Einwohner aufgefordert, desfallige allgemeine und spezielle Vorschläge mit Berücksichtigung der Lokalverhältnisse einzureichen.

(Scotti, Nr. 3015.)

c) Ueber die weitere Ausführung dieser Organisation des Schulwesens ergingen demnächst die B. v. 6. u. 16. Dec. 1815 u. v. 4. Jan. 1816, (Scotti, Nr. 3223., 3226., 3229.);

so wie in der Folge durch die K. Reg. zu Köln die in deren Amtsblatt publicirten B. v. 5. Juni 1827, v. 26. Juli 1827 (den Schulbesuch überhaupt und die Errichtung und Erhaltung der niedern Volksschulen insbes. betr.), v. 26. Juli 1827 (die Schulzucht überhaupt und die Anstellung und Verpflichtung der Lehrer an niedern Volksschulen insbes. betr.), v. 26. Juli 1827 (erläuternde und ergänzende Bestimmungen zu den beiden vorgedachten B. von dems. Tage enthaltend), v. 6. Dec. 1827, v. 2. März 1828, v. 28. Mai 1829. u. v. 3. Febr. 1830; endlich durch die K. Reg. zu Trier die ebenfalls im dortigen Amtsbl. veröffentlichte B. v. 11. April 1817.

BB. Aus dem gesammten auf beiden Seiten des Rheines an Preu-



in theils zurück-, theils neugefangenen Ländercomplexe<sup>1)</sup> wurden drei Provinzen gebildet: die Prov. Niederrhein mit den Reg. Bez. Aachen, Koblenz, Trier, die Prov. Jülich, Cleve und Berg mit den Reg. Bez. Düsseldorf und Köln, und die Prov. Westphalen mit den Reg. Bez. Münster, Arnsberg und Hamm.<sup>2)</sup> Später wurden jedoch die beiden erstgenannten Provinzen zu der jetzigen Rheinprovinz mit den gedachten fünf Reg. Bez. zusammengefaßt, so daß gegenwärtig das ganze Westgebiet des Staates nur die beiden Provinzen Rheinland und Westphalen zerfällt.

Für dieselben ist unterm 5. März 1835 unter Aufhebung aller entgegenstehenden früheren Bestimmungen eine

Kirchenordnung für die evangelischen Gemeinden der Prov. Westphalen und der Rhein-Provinz

(Annal. XIX. S. 104)

erlassen, in welcher sich in Betreff des Schulwesens nachstehende Bestimmungen vorfinden.

**Erster Abschnitt. Von den Ortsgemeinen, Presbyterien und den größern Gemeinde-Repräsentationen.**

§. 12. Zu dem Geschäftskreis der Ortspresbyterien<sup>3)</sup> gehört: 1c.

a) Es gebührt ihm die Wahl der untern Kirchenbeamten, die verfassungsmäßige Theilnahme an der Wahl der Elementar-Schullehrer, 1c.

2) die Verwaltung des Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Armen-Vermögens.

§. 15. Die Pflichten der Aeltesten 1c.

5) Ueberhaupt müssen sie durch Ermahnungen und Bitten christliche Ordnung, gewissenhafte Kinderzucht und einen frommen Lebenswandel der Gemeindeglieder fördern.

**Zweiter Abschnitt. Von der Kreis-Gemeinde und der Kreis-Synode.**

§. 37. Zu dem Geschäftskreis der Kreis-Synode<sup>4)</sup> gehört: 1c.

b) die Aufsicht über die Pfarrer, Orts-Presbyterien, Candidaten, Pfarr-Schullehrer und Kirchen-Diener des Kreises.

§. 37. Der Superintendent 1c.

3) Er übt die Aufsicht über die Presbyterien, über das Fortschreiten und die Führung der Candidaten des Kreises, wie auch über die Amtsverwaltung und den Lebenswandel der Geistlichen, Kirchenbedienten und Schullehrer, nach den Grundsätzen der Kirchenordnung. Er sucht Unstimmigkeiten, welche zwischen Gemeinden, Predigern, Presbyterien, diesen und Gemeinde entstehen, zu vermitteln und auszugleichen und führt die Disziplinaruntersuchungen gegen Geistliche, Kirchenbediente und Schullehrer und Presbyterien seines Kreises allein oder insofern es der Anziehung richterlicher Personen bedarf, mit dens. gemeinschaftlich.<sup>5)</sup> 1c.

1) Derselbe ist specificirt in der Wiener Kongressakte v. 9. Juni 1815, Art. 2. 24. u. 25., womit zu vergleichen der Frankfurter Territorial-Regel v. 20. Juli 1815, Art. 11., 12., 13., 17., 18., 27—31. (Küber, Quellen-Sammlung zu dem Recht des Deutschen Bundes, Erlangen 1830, S. 31 ff., S. 111 ff. — über den spätern Erwerb des Fürstenth. Lichtenberg s. R. O. v. 25. März 1835 R. G. S. 67).

2) Anfangs bestanden Reg. für die Prov. Cleve-Berg: zu Düsseldorf für Berg, zu Aachen für Cleve, Gelbern und Märs, für die Prov. Niederrhein: zu Köln für Jülich mit Aachen, zu Koblenz für das gesammte Moselland mit Trier. Auch war in Arnsberger Reg. zuerst in Faam. W. v. 30. April 1815 (R. G. S. 85).

3) Das Ortspresbyterium besteht aus dem Pfarrer als Vorsitzenden und den Aeltesten, Kirchweibern und Diakonen als gewählten Gemeindevertretern. §. 5. ff.

4) Kreis-Gemeinde ist die Gesamtheit mehrerer Ortsgemeinden, welche ein gemeinschaftliches Presbyterium haben. Dieses letztere heißt die Kreis-Synode, und besteht aus den Pfarrern des Kreises und ebenso vielen Aeltesten als Deputirten.

5) Ueber Disziplin und Disziplinarverfahren vergl. den betr. Abschn. des II. Theils u. des G. v. 21. Juli 1852 (R. G. S. 465).

8) Er ist der Regel Schulinspektor, oder es kommen doch alle die Schule betr. Angelegenheiten, wenn ein anderer Geistlicher mit der Schulpflege beauftragt ist, an ihn und durch ihn an die Staatsbehörde, und von dieser durch ihn an die Schul-Inspektoren. Er ist hiernach das Organ sowohl der dem Kirchen- und Schulwesen vorgesetzten R. Behörden, als der Synode.

Dritter Abschnitt. Von der Provinzial-Gemeinde und Provinzial-Synode. <sup>1)</sup>

§. 49. Die Prov. Synode wacht über die Erhaltung der Reinheit der evangelischen Lehre in Kirchen und Schulen und der, in der Provinz geltenden Kirchenordn.

Sie bringt ihre Beschwerden über Verletzung der kirchlichen Ordnung, über eingeschlichene Mißbräuche in Kirchen und Schulwesen, sowie über die Führung von Geistlichen und Kirchenbeamten und ihre desfalligen Anträge an die betr. Staatsbehörden. u.

Fünfter Abschnitt. Von den Pflichten des Pfarrers.

§. 6. Dem Pfarrer liegt ob, nach Anleitung der eingeführten Kirchenagende den Gottesdienst abzuhalten, die Sakramente zu verwahren und alle geistlichen Amtshandlungen zu verrichten; den Unterricht der Jugend im Christenthum vorzunehmen, die ihm überwiesene Aufsicht über die Schulen zu führen und sich allen zur Seelsorge gehörenden Geschäften zu unterziehen.

Sechster Abschnitt. Von dem öffentlichen Gottesdienst und andern heiligen Handlungen.

3) Vom Religions-Unterricht der Jugend und der Konfirmation.

§. 103. Den ersten Religions-Unterricht empfangen die Kinder in den Schulen. Der umfassendere Unterricht, den der Pfarrer erteilt, darf nicht später, als mit dem Eintritt in das 13. Lebensjahr beginnen. Zur Aufnahme eines Kindes in den Religions-Unterricht des Pfarrers wird erfordert, daß es lesen könne. Durch die Aufnahme selbst wird es indeß der Schulpflichtigkeit nicht entbunden, und bleibt dem Pfarrer überlassen, zu beurtheilen, ob ihm ein fernerer Schulunterricht noch nöthig sei.

§. 104. Der Religions-Unterricht muß wenigstens zweimal in der Woche erteilt werden.

§. 105. Wo mehr als 50 Kinder im Christenthum von dems. Prediger zu unterrichten sind, müssen dies. in zwei oder mehrere Götus getheilt werden, deren keiner über die Zahl 50 hinausreicht.

§. 106. Die Bibel ist das Hauptbuch beim Religions-Unterricht. Es darf weder ein Lehrbuch, noch ein Katechismus, als Leitfaden des Unterrichts, ohne Genehmigung der General-Synode und des Konsistorii der Provinz gebraucht werden.

§. 107. Vor zurückgelegtem 14 Jahre soll kein Kind zur Konfirmation zugelassen werden. Wenn ein Kind in diesem Alter konfirmirt wird, so muß es den Unterricht wenigstens 2 Jahre ununterbrochen genossen haben.

§. 108. Der besondere Konfirmanden-Unterricht wird in den letzten 4 Monaten vor der Konfirmation wöchentlich wenigstens in 4 Stunden erteilt.

§. 109. Jedes Kind wird in derj. Gemeinde im Christenthum unterrichtet und konfirmirt, welcher die Eltern angehören. Ausnahmen hiervon können nur Statt haben auf Dispensation des Pfarrers, dem die Konfirmation zusteht, welcher aber die Dispensation nicht verweigern kann, wenn das Kind in einer andern Gemeinde erzogen wird. Sind die Eltern nicht mehr am Leben, so wird es da unterrichtet und konfirmirt, wo es untergebracht ist.

§. 110. Vor der Konfirmation selbst muß durch den Pfarrer eine Prüfung der Konfirmanden in Gegenwart des Kirchenvorstandes gehalten werden. Nach geendigter Prüfung bestimmt der Kirchenvorstand nach der absoluten Mehrheit der Stimmen, ob der Geprüfte würdig sei, aufgenommen zu werden.

Von dem Beschlusse der Abweisung kann von demj., der dens. für ungegründet hält, an den Superintendenten appellirt werden, welcher nach vorhergegangener Prüfung des Abgewiesenen den Beschluß bestätigt oder verwirft.

1) Der kirchliche Verband der Kreisgemeinden bildet die Prov. Gemeinde, deren Presbyterium, Provinzial-Synode genannt, aus Präses, Assessor und Scribe, aus den Superintendenten der Prov. und aus den Deputirten der Kreissynoden (aus jeder wird ein Pfarrer u. ein Ältester gewählt) besteht.

Wo es gewünscht oder erbaulich gefunden wird, kann die Prüfung auch vor der Gemeinde geschehen.

§. 111. Die Konfirmation geschieht in der Kirche vor der versammelten Gemeinde. Zu einer Konfirmation in einem Privathause bedarf es der Erlaubniß des Superintendents, welcher dieselbe nur in dringenden Fällen ertheilen wird, und ist bei solcher Konfirmation auch die Gegenwart des Presbyterii nothwendig.

Siebenter Abschnitt. Von der Schulaufsicht.

§. 117. Die Erziehung der Jugend zur christlichen Erkenntniß und Frömmigkeit in den Schulen steht unter der Aufsicht der Kirche, welche dieselbe über die Schulen der einzelnen Gemeinden durch den Ortspfarrer und über die Gesamtheit der Schulen des Kreises durch den Superintendenten führt. 1c.

Achter Abschnitt. Von der Kirchen-Visitation.

§. 144. Die Kirchen-Visitation wird von den Superintendents gehalten. 1c.

§. 145. Die Gegenstände, auf welche der Superintendent seine Aufmerksamkeit zu richten hat, sind folgende:

2) 1c. Konfirmanden-Unterricht, 1c.

3) 1c. Besichtigung, wenn es erforderlich ist, der Schulen in Ansehung des Bestandes und der Utensilien, Inspektion der Schule nach den darüber bestehenden Vorschriften 1c.

Zu dieser Kirchenordnung ist neuerdings erschienen:

A. des Min. der G. U. u. M. (v. Raumer) v. 25. Aug. 1853. Bestätigung von Zusätzen zu der Rheinisch-Westphälischen Kirchenordn. v. 5. März 1835.

Auf Grund der mittelft A. D. v. 31. Juni d. J. dem unterz. Min. der G. U. u. M. in Gemeinschaft mit dem evangelischen Oberkirchenrath ertheilten Ermächtigung, die von den Prov. Synoden in Westphalen und in der Rheinprov. im J. 1850 gemachten Verbesserungs-Vorschläge zu der Rhein. Westph. Kirchen-Ord. v. 5. Mai 1835 vorbehaltlich des Bestandes des landesherrl. Kirchenregiments und der übrigen landesherrl. Rechte zu bestätigen, ertheile ich hierdurch, unter Zustimmung des evang. Oberkirchenraths, nachstehenden Zusätzen zu der Kirchenordn. v. 5. März 1835 die erforderliche Bestätigung. 1c.

9) Zu §. 14. Zu den Obliegenheiten des Presbyterii gehört ferner: 1c.

i) Die Pflicht zur Zeit der Vakanz einer Pfarrstelle, nach Anweisung des Superintendents dafür zu sorgen, daß der Gottesdienst und der katholische Unterricht der Jugend gehörig wahrgenommen werde. 1c.

l) Es bildet innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen den Schulvorstand der Pfarrschulen, führt die Aufsicht über sämtliche Schulen in der Gemeinde in Beziehung auf christliche Unterweisung und Erziehung der Jugend, und wahrt im Bereiche der Parochie die der Kirche über die Schulen zustehenden Rechte. 1c.

34) Zu §. 105. In Nothfällen kann auch die Ueberschreitung der Zahl von 50 Kindern für einen Cötus gestattet werden.

35) Zu §. 107. Wo herkömmlich ein höheres Alter zur Konfirmation erfordert wird, da soll dies aufrecht erhalten werden. 1c.

(Min. Bl. d. i. B. 1853 S. 229).

CC. Bei der Revision der Provinzialgesetze sind in der Rheinprovinz und Westphalen nur einzelne Bestimmungen zur Aufnahme in die für die verschiedenen Gebiete beider Provinzen ausgearbeiteten Entwürfe des Provinzialrechts geeignet gefunden worden. Die Resultate dieser versuchten Revision sind folgende.

1) Für die Westrheinischen Landestheile war ein revidirter Entwurf des Provinzialrechts zusammengestellt und durch das Propositions-Dekret v. 22. Mai 1837 dem Prov. Landtage zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Stände beantragten jedoch: in denjenigen Theilen der Rheinprovinz, wo das Französische bürgerliche Recht gilt, dasselbe als die Grundlage des provinziellen Rechts fortbestehen zu lassen, da auch der Zusammenhang dieser Gesetzgebung zu dem, was den Bewohnern jener Landestheile werth geworden, gehöre, und die Zerstückelung derselben in der Absicht,

einzelne Theile und Bestimmungen in den neu zu fassenden Codex zu übertragen, Erschütterungen in dem besondern Rechtszustande erregen werde. In Folge hiervon ist der gedachte rev. Entwurf bis jetzt beseitigt geblieben. <sup>1)</sup>

2) Für den am rechten Rheinufer gelegenen Theil des Reg. Bez. Koblenz ist der „revidirte Entwurf des Ostrheinischen Prov. Rechts, Berlin, 1837“ bestimmt. Derselbe enthält hinsichtlich des Schulwesens keine provinzielle Abweichung und bemerkt in den Motiven S. 159:

Der zwölfte Titel: von niedern und höhern Schulen — konnte keine Veranlassung zur Aufnahme zusätzlicher Bestimmungen in das Prov. Gesetzbuch geben. <sup>2)</sup>

3) Der „revidirte Entwurf des Prov. Rechts des Hsth. Berg, der vormals Kurkölnischen Enklaven desselben und der Herrsch. Gimborn-Neustadt, Homburg a. d. Mark und Wildenburg, Berlin, 1837“ giebt dagegen folgende Zusätze zum 12. Tit. A. L. R. Th. II.

Elfter Tit. Von Kirchen und Schulen.

Zweiter Abschn. Von Schulen.

§. 444. Die früher bestandenen Schulpatronate, sowie die Präsentations- und Wahlrechte einzelner Gemeinden sind als aufgehoben zu betrachten. <sup>3)</sup>

§. 445. Zu dem Bau, der Dotirung und der Unterhaltung der Elementarschulen sind die betheiligten Ortsgemeinden verhältnißmäßig zu konkurriren verpflichtet.

§. 446. Bei Vertheilung von Gemeindegärten, ohne Unterschied der Beschaffenheit, soll derj. Schule, zu welcher die Kinder der partizipirenden Gemeinde gewiesen sind, der verhältnißmäßige Antheil als beständiger Unterhaltstheil des jetzigen Lehrers ausgewiesen werden.

§. 447. Ist dem Lehrer bereits die normalmäßige Quantität der ihm notwendigen und hinlänglichen Grundstücke zugetheilt, oder sind solche Grundstücke von dem Wohnsitz des Schullehrers zu weit entfernt, um von dems. unmittelbar benutzt werden zu können, so müssen diesel. für Rechnung des Schulfonds verpachtet, und der Ertrag muß theils zur Verbesserung des Lehrergehalts und theils nach Umständen zur Anschaffung der Schulbedürfnisse und zur Unterstützung armer Schulkinder oder sonst zum Vortheile der Anstalt verwendet werden.

1) Vergl. v. Kamph, Staatsmin., athenm. Darstellung der Pr. Gesetzm. Revision (Annal. XXIII. Anhang) S. 216.

2) In der dem Rev. Entwurf zu Grunde liegenden „Zusammenstellung der in den Ostrheinischen Theilen des Reg. Bez. Koblenz noch geltenden Prov. und Partikular-Rechte, Berlin 1837“ werden folgende partikulare Bestimmungen angeführt:

§. 946. (zu §. 779. A. L. R. II. 11., Wied). In der untern Grafsch. Wied müssen diej. Kapitalien, deren Zinsen der Prediger od. Schullehrer als Besoldung bezieht, mit diesem Bemerken gleich andern Kapitalien in der Kirchenrechnung aufgeführt, die Zinsen davon vereinnahmt und als Besoldung wieder verausgabt werden (Neuwied. B. v. 25. Mai 1804).

§. 947. (zu §. 782. A. L. R. II. 11., Wied). In der obern Grafsch. Wied dürfen weder Pfarrer noch Schullehrer ihre Pfarrgüter gegen einen trocknen Weinkauf od. Landemialgeld verpachten. Alle Kontrakte über Pfarr- und Schulgüter müssen bei Strafe der Nichtigkeit dem Konsistorium präsentiert und von dems. konfirmirt werden (Wied-Runkel. B. v. 8. Jan. 1789).

§. 1010. (zu §. 9. A. L. R. II. 12., Wied). Von den Einwohnern können bei Schulvisitationen weder Kosten, Speise, Trank, noch sonst etwas gefordert werden (Neuwied. Landesvergleich v. <sup>14. Aug.</sup> 21. Sept. 1804 §. 23.)

3) Ders. §. kehrt wörtlich gleichlautend wieder als §. 706. für die vormals Kurkölnischen Enklaven, als §. 844. für die Herrschaft Gimborn-Neustadt, als §. 914. für die Herrsch. Homburg a. d. Mark und als §. 981. für die Herrsch. Wildenburg.

Motive, S. 110.

In §§. 444—447. Die Aufhebung des Schulpatronats gründet sich auf den Art. 24. des Dekr. v. 17. Dec. 1811 über den öffentl. Unterricht (Gesetzbulletin 26. Nr. 70.) und den Präsekturbeschluß v. 9. Okt. 1813 (Scotti Nr. 3440.). Die §§. 445—447. sind aus der B. v. 20. Dec. 1803 (Scotti Nr. 2729.) geschöpft.

4) In dem „Revid. Entw. des Prov. Kirchen- und Schulrechts des hsth. Rheine, ostseits Rheins und der Grafsch. Effen, Werden und Elten, der Herrsch. Brolch und der Dorfsch. Klein-Netterden, Berlin, 1841,“ finden sich eben so wenig, als

5) in dem „Revid. Entw. des Prov. Kirchen- und Schulrechts der Grafsch. Mark, der Stadt und Grafsch. Dortmund und der Städte Soest und Lippstadt, Berlin, 1841“ Zusätze, welche das Schulwesen betreffen, vor.

6) Der „Revid. Entwurf des Prov. Rechts des Fürstenth. Minden, der Grafsch. Ravensberg und des vormaligen Amts Neckenberg, Berlin, 1841“ hat hinsichtlich des Schulwesens im dritten Theil sub 1. „Kirchen- und Schulrecht“ nur die beiden Vorschriften:

§. 124. Obige Bestimmungen finden auch in Ansehung der Auseinandersetzungen bei Küstern, Organisten und Schullehrer-Stellen Anwendung.

§. 128. Wo das Schulhaus zugleich die Küsterwohnung ist, muß in der Regel die Unterhaltung desselben auf eben die Art, wie bei Pfarrbauten vorgeschrieben ist, besorgt werden.

Die angezogenen Bestimmungen sind hinsichtlich der Auseinandersetzungen die §§. 106—123., hinsichtlich der Pfarrbauten die §§. 96—103. desselben Entwurfs. Sie lauten:

§. 96. Wo nicht ein anderes hergebracht ist, müssen alle eingepfarrten Einwohner des Orts, ohne Unterschied der Konfession, bei der Reparatur und Erbauung von Kirchengebäuden und Kirchhöfen dasj., was aus Kirchenmitteln nicht erfolgen kann, aufbringen und dabei die nöthigen Hand- und Spanndienste leisten; die nicht evangelischen Einwohner jedoch nur in sofern, als die Bauverpflichtung auf dem Grundbesitze haftet, nach Maßgabe dieses Grundbesitzes.

§. 97. Nur dann, wenn der Patron zugleich zu den Eingepfarrten gehört, ist er zu den Baukosten beizutragen schuldig.

§. 98. Dieser Betrag wird nach der Größe seiner in der Parochie gelegenen Grundstücke, gegen die Grundstücke der übrigen Eingepfarrten bestimmt.

§. 99. Bei Bestimmung dieses Beitrages in baarem Gelde müssen nicht nur die Baumaterialien und der Arbeitslohn, sondern auch die erforderlichen Hand- und Spanndienste mit veranschlagt werden.

§. 100. Die Unterhaltung der zur Pfarre gehörenden Zäune und Gehege muß in der Regel aus den Kirchenmitteln bestritten werden, jedoch hat es da, wo nach dem Herkommen der Prediger oder die Gemeinde entweder ganz oder zum Theil dazu verbunden sind, auch noch fernerhin sein Bewenden.

§. 101. Alle Reparaturen an Thüren, Fenstern, Defen, Schöffern, an den Gränden, Wänden, Dächern, nicht weniger die Ausbesserung der Fußböden, sowie überhaupt alle Reparaturen an den innern Pertinenzstücken der Gebäude, sind für kleine Reparaturen zu achten, sobald solche, einzeln genommen, weniger als Einen Reichsthaler betragen.

§. 102. Alle dergleichen Reparaturen, sowie das Weißen der Zimmer und die Reinigung der Schornsteine, muß der Pfarrer aus eignen Mitteln besorgen, wo nicht durch Herkommen und Statuten ein Anderes bestimmt worden.

§. 103. Wegen der übrigen Baukosten finden in Ermangelung eines zureichenden Kirchenvermögens die in den §§. 96. bis 99. enthaltenen Bestimmungen überall Anwendung.

§. 106. Wenn ein Pfarrer mit Hinterlassung einer Wittwe verstorbt, so werden die bestimmten Einkünfte des Sterbejahres, zu welchem zu Gunsten der Wittwe und der Kinder des verstorbenen Pfarrers, noch sechs Wochen nach des Predigers Absterben unter den Namen der Deservitwochen hinzuzurechnen sind, und dasj.,



was der Verstorbene sonst, als einen Theil seines Gehalts genossen hat, nach Verhältnis der Zeit zwischen der Wittwe und dem neuen Pfarrer, mit Rücksicht auf den Versalltag dieser Einkünfte getheilt, dergestalt, daß, wenn der verstorbene Pfarrer noch den Versalltag erlebt hat, dem Nachfolger von diesen Einkünften nichts gebührt. Ist aber der Verstorbene in der Zwischenzeit von einem Versalltage bis zum andern mit Tode abgegangen, so werden die Einkünfte nach Verhältnis der Zwischenzeit, die der Verstorbene noch erlebt hat, getheilt.

§. 107. Der Versalltag der Landmieth und des Zinskorns wird auf Martini und der der Fleischproben auf Weihnachten festgesetzt.

§. 108. Außer diesen Einkünften des Sterbejahrs gebührt der Wittwe, sie mag ein Wittwenthum genießen oder nicht, das sogenannte Gnadenjahr oder Nachjahr; dies wird nach Ablauf der sechs Deservitwochen angerechnet, und besteht in der Hälfte aller bestimmten oder fixen Pfarr-Revenüen eines ganzen Jahres an Land-, Garten- oder Wiesenmieth, Zinskorn oder anderer Getreidehebungen, Zehnten, Opferproben und überhaupt alles desjenigen, was unter der Benennung der fixen Einkünfte begriffen wird.

§. 109. Kann sich der neue Pfarrer mit der Wittwe, wegen der ihr gebührenden halben Nachjahrs-Revenüen, nicht auf ein gewisses Quantum in baarem Gelde vereinigen, so muß eine Naturaltheilung erfolgen.

§. 110. In Ansehung der zu berechnenden Einkünfte des Sterbejahrs kommt es bei den Saatländereien und Gärten darauf an, ob solche sechs Wochen nach dem Todestage des Pfarrers, bereits bestellt gewesen sind oder nicht. Ist erstere der Fall, oder ist mit der Bestellung bloß der Anfang gemacht worden, so gehören der Wittwe die Erndte und auch die Oberfrüchte in den Gärten; sie muß aber dagegen dem neuen Pfarrer die durch Sachverständige auszumittelnde Land- und Gartenmieth zur Hälfte vergüten. Im letztern Falle hingegen darf die Wittwe des Verstorbenen sich keine weitere Bestellung der Ländereien und Gärten anmaßen, sondern die Bestellung gebührt dem neuen Pfarrer, und dieser muß dagegen der Wittwe die durch Sachverständige auszumittelnde Land- und Gartenmieth zur Hälfte vergüten.

§. 111. Ist der neue Pfarrer noch nicht ernannt, so müssen auf dessen Rechnung die Kirchenvorsteher und Altarleute für die Bestellung der Ländereien und Gärten Sorge tragen und in jedem vorkommenden Falle von dem Superintendenten oder dem geistlichen Obern die Anweisung dazu einholen.

§. 112. In Betreff des Heues oder des Wiesenwachsens wird bestimmt, daß dasjenige, was binnen der sechs Deservitwochen annoch zu machen, der Wittwe völlig, es sei Heu oder Grummet, zukommt. Wenn aber die Heuerndte erst nach Ablauf der sechs Deservitwochen eintritt, so muß das Heu auf gemeinschaftliche Kosten gewonnen und in zwei gleiche Hälften getheilt werden.

§. 113. Wegen der Futterkräuter und Gewächse hat es die nämliche Verwandtschaft, wie mit den bestellten Saatländereien.

§. 114. Von unkultivirten Grundstücken und Weideländereien kann die Wittwe weder Sterbejahrs- noch Nachjahrs-Revenüen fordern.

§. 115. In Rücksicht der nach §. 110. auszumittelnden Land- und Gartenmieth wird der Versalltag auf Michaelis festgesetzt.

§. 116. Den auf dem Hofe und in den Ställen befindlichen Dünger muß die Wittwe dem neuen Pfarrer gegen Vergütung des durch Sachverständige auszumittelnden Werths zurücklassen. Die im Lande befindliche Galle muß der neue Pfarrer, ortsüblich, nach beigebrachter Bescheinigung, der Wittwe vergüten.

§. 117. Aus dem etwa vorhandenen Pfarrgehölze kann die Wittwe nur bis zu ihrem Abzuge den zur Feuerung nöthigen Bedarf fordern; sie muß sich aber solche von den Kirchenvorstehern und Altarleuten anweisen lassen.

§. 118. Das Deputatholz gehört der Wittwe, wenn es vor Ablauf der sechs Deservitwochen fällig wird. In Ansehung des Nachjahrs wird es zur Hälfte getheilt.

§. 119. Sind die Fischteiche verpachtet, so wird das Pachtgeld getheilt. Hat aber der verstorbene Pfarrer die Fischteiche besetzt, so verbleiben die Fische der Wittwe.

§. 120. Verbesserungen, welche der verstorbene Pfarrer gemacht und wenigstens zwei Jahre genutzt hat, kann die Wittwe nicht ersetzt verlangen. Wenn aber die Verbesserungen dem verstorbenen Pfarrer gar nicht, oder nur Ein Jahr

zu Stellen gekommen sind, und die Richtigkeit derselben klar erwiesen werden kann, so muß die Wittwe entschädigt werden.

§. 121. Die Einkünfte des Sterbe- oder Deservitjahrs, sowie die zugehörigen Verbesserungen, gehören außer der Wittwe, auch allen Erben des verstorbenen Pfarrers ohne Unterschied.

§. 122. Auf die Nachjahrs-Revenüen hingegen können, außer der Wittwe, nur die Kinder und Enkel des verstorbenen Pfarrers, und wenn ders. etwa in unverheirathetem Stande gestorben sein sollte, auch dessen Eltern Anspruch machen.

§. 123. Diej. Pfarrer, welche entweder ihr Amt freiwillig niederlegen, oder versetzt oder ihres Amtes entsetzt werden, haben kein Recht zu den Nachjahrs-Revenüen. Was aber die Einkünfte der letzten Jahre betrifft, so müssen solche zwischen ihnen und dem neuen Pfarrer, nach Verhältniß der Zeit, getheilt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen gründen sich, was §. 96. anbelangt auf §. 4. der Dorfordn. v. 4. Febr. 1755 für das Fürstenth. Minden, Graffsch. Ravensberg, Tecklenburg und Lingen,<sup>1)</sup> zu §§. 97—103. auf die in den frühern Verordnungen über das Prov. Recht im J. 1803 ausgetheilten Observanzen und Judikate, §§. 101. u. 102. insbesondere auf die sogenannte Wittwenkonstitution v. 16. Mai 1736.<sup>2)</sup> Die §§. 106—123. endlich beruhen auf der für Ravensberg erlassenen Konstitution, Prediger-Wittwen betr. v. 25. Apr. 1708, auf der Konstitution v. 16. Mai 1736 und auf dem Patent v. 11. Juni 1756, die Wittwen-Konstitution betr.

Weiterhin heißt es in den Motiven, S. 87:

Zu §. 124. Diese Bestimmung gründet sich auf die ausdrückliche Vorschrift in dem Schlußart. VIII. des Patents de 1756.

Zu §. 129. (soll heißen 128.). Diese, die Bauverpflichtung bei den Schulgebäuden betr. Bestimmung ist zwar schon im A. R. R. Th. II. Tit. 12. §. 37. enthalten — sie ist aber um deswillen in den Entwurf aufgenommen, weil in dieser Beziehung gar keine Anträge weder von dem Dir. Wiganb, noch von den ständischen Deputirten gemacht sind. Der ältere Entwurf de 1803 enthält aber im Zusatz 109. mehrere detaillirte Vorschriften über diesen Gegenstand, und somit ist wohl Veranlassung vorhanden, diesen Punkt zur nähern Ermittlung und Erwägung zu befördern. Finden sich wirklich begründete partikularrechtliche Festsetzungen darüber, so werden dieselben nachgetragen werden müssen.

Zum Schluß für die vorstehenden Bestimmungen ist jedoch noch Folgendes zu bemerken. Die oben allegirte evang. Kirchenordn. ist zufolge der A. R. D. v. 5. März 1835 das jetzige Prov. Gesetz in evangelischen Kirchensachen, und ihre Bestimmungen müssen jetzt überall als die unmittelbar und zunächst gültige Rechtsquelle betrachtet werden. — Aufzunehmen waren übrigens die ältern Bestimmungen jedenfalls um deswillen, weil sie nach dem Schlußart. des Pat. de 1756 auch bei Küstern, Organisten und Schullehrern gelten, von diesen abrr in der Kirchenordn. nicht gehandelt wird.<sup>3)</sup>

1) Abgedruckt in Schlüter, Prov. R. der Graffsch. Tecklenburg etc. Leipz. 1830 S. 158.

2) Bergl. Wiganb, Prov. Recht des Fürstenth. Minden, der Graffsch. Ravensberg und Rietberg und der Herrsch. Rheda, mit Ausschluß der ehelichen Gütergemeinschaft und des Kolonat- und Meierrechts, als Manuskr. gedruckt, Berlin 1810, S. 39.

3) Wiganb, a. a. D. S. 49, bemerkt zum Tit. 12: Von niedern und hohen Schulen:

Der alte Entwurf hat hat über das Schulwesen sehr weckläufige Bestimmungen, welche sich theils auf die Landschul-Ordn. v. 6. April 1754 und auf die Konsistorial-Instr. v. 4. Okt. 1750, theils auf die Vorträge des Konsistorialraths Brädelmann und auf andere gesammelte Nachrichten und Gutachten gründen. Das Meiste hat in der geänderten Verfassung und bei den vorgeschrittenen Verbesserungen im Schulwesen seinen praktischen Werth verloren. Das, was noch aus ältern Einrichtungen besteht oder sich auf hergebrachte Rechte und Gewohnheiten gründet, wird der genaueren Prüfung derj. Behörden

7) Der „revid. Entwurf des Prov. Rechts des Fürstenth. Paderborn, Berlin, 1841,“ und

8) der „revid. Entwurf des Prov. Rechts des Fürstenth. Corvey, Berlin, 1841“ enthalten keine provinziellen Bestimmungen über das Schulwesen.<sup>1)</sup>

Eben so schweigt

9) der „Reg. Entwurf des Prov. Rechts des Fürstenth. Münster, Berlin, 1836“ in dieser Hinsicht völlig.<sup>2)</sup>

10) In dem „rev. Entwurf der Partikularrechte der zur Prov. Westphalen gehörigen Standesherrschaften und der Graffsch. Lingen und Tecklenburg, Berlin, 1837“ findet sich nur in dem für die beiden letztern sub Nr. XIV. aufgestellten Entwürfe nachstehende vereinzelte Vorschrift:

§. 58. Zur Erbauung und zu Reparaturen von Pfarr-, Küster- und Schulhäusern müssen die Eingepfarrten, in Ermangelung ausreichender Kirchenmittel, die erforderlichen Kosten aufbringen, und die nöthigen Dienste leisten. Geringe Reparaturen an Fenstern und sonst müssen aber von dem Prediger, Küster oder Schulbedienten aus eigenen Mitteln beschafft werden.

Diese Vorschrift ist nach den Motiven S. 191 aus der Dorfordin. für das Fürstenth. Minden, Graffsch. Ravensberg, Tecklenburg und Lingen v. 7. Febr. 1755 entnommen.<sup>3)</sup>

unterliegen, denen die Aufsicht und Obergaufsicht über das Schulwesen übertragen ist.

Da, wo sich das A. L. R. auf die besonderen Verfassungen der Provinzen bezieht, nämlich beim §. 23. h. t., hat der Entwurf folgende Zusätze aufgenommen:

1) Die lutherischen Schulanstalten R. Patronats werden von dem Konsistorio zu Minden auf den Vorschlag der Superintendenten besetzt.

2) Zu den Privat-Patronat-Schulanstalten muß der Patron das gewählte Subjekt dem Konsistorio zur Prüfung und Bestätigung vorstellen.

3) Die lutherischen Schulstellen in den Städten Minden, Bielefeld und Herford werden von den Magisträten besetzt.

4) Die Bestellung der reformirten Schullehrer gebührt dem Kirchen-Direktorium zu Berlin, auf den Vorschlag des zeitigen Hospredigers zu Minden.

5) Die katholischen Schullehrer in der Stadt Minden werden von dem Domkapitel, und an anderen Orten von den katholischen Geistlichen bestellt.

Wir sehen auch hieraus, daß der damalige provincialrechtliche Zustand sich in aller Weise geändert hat. Ebenso wird es mit den weitläufigen Bestimmungen über das Schulgeld, über die Unterhaltung der Schulgebäude und über den Schulzwang der Fall sein.

1) Vergl. Wigand, die Prov. Rechte der Fürstenth. Paderborn und Corvey in Westphalen u., Leipz. 1832, 3 Bde.

2) Vergl. Schlüter, Prov. Recht des Fürstenth. Münster, der Graffsch. Steinfurt und der Herrsch. Anholt und Gehmen, herausgegeb. v. Strombeck als I. Bd. des Prov. Rechts der Prov. Westphalen, Leipz. 1829. Der II. Bd. enthält: Schlüter, Prov. Recht der Graffsch. Tecklenburg u. der Ober-Graffsch. Lingen, Leipz. 1830; der III. Bd.: Schlüter, Prov. Recht der ehemal. Kurkölnischen Graffsch. Recklinghausen, Leipz. 1833.

3) Vergl. die in vorstehender Note aufgeführten Bd. 2. der Westph. Prov. Rechte, wo die Dorfordin. v. 1755 S. 158 ff. abgedruckt ist. Der betr. §. 5. lautet:

§. 5.

Pfarr-, Küster- und Schul-Häuser sollen in baulichen Würden und Wesen erhalten werden.

Die eingepfarrten Unterthanen in Ermangelung ausreichender Kirchenmittel sind ebenfalls die erforderlichen Kosten zu Reparation der Pfarr-, Küster- und Schulhäuser aufzubringen und die nöthigsten Dienste zu leisten verbunden, und sollen durch exclusivische Mittel allenfalls angehalten werden; Würden aber der Prediger,

In den in demselben Bande zusammengestellten Entwürfen der Partikularrechte I. der Grafsch. Heddinghausen, II. der Herrsch. Anholt, III. der Standesherrsch. Ahaus und Bocholt, IV. der Grafsch. Horstmar, V. der Standesherrsch. Dülmen, VI. der Standesherrsch. Rheina und Wolbeck, VII. der Standesherrsch. Gehrmen, VIII. der Grafsch. Steinfurt, IX. der Herrsch. Rheda, X. der Grafsch. Hohen-Limburg, XI. der Grafsch. Rietberg, XII. der Grafsch. Wittgenstein-Wittgenstein, XIII. der Grafsch. Wittgenstein-Berleburg finden sich in Betreff des Schulwesens keine Zusätze.

11. Der „revid. Entwurf des Prov. Rechts des Herzogth. Westphalen, Berlin, 1837“ bestimmt im dritten Theil, Kirchen- und Schulrecht:

§. 142. Die Ortschaften einer Pfarrgemeinde, welche, in Folge erhaltener besonderer Erlaubniß, ihre eigenen Schulgebäude und Lehrer haben, sind zur Errichtung und Unterhaltung der Hauptpfarrschule beizutragen nicht verbunden, wenn nicht letztere zugleich die Wohnung des Küsters der Pfarrkirche, und zu deren Unterhaltung die ganze Pfarrgemeinde schuldig ist.

§. 143. Von den Besoldungsgütern der Geistlichen und Schullehrer müssen die ordentlichen Steuern und alle andern nach dem Steuerfuße zutragen den öffentlichen Lasten nicht von den Geistlichen und Schullehrern, sondern von dem Staate entrichtet werden.

Motive (S. 24).

Zum §. 142. Diese Vorschrift gründet sich auf die B. v. 26. Okt. 1799 (Scotti, I., II. 1290) und ist deren Beibehaltung von den ständischen Deputirten für zweckmäßig gehalten.

Zu den §§. 143. (144.) Diese aus der B. v. 9. Jan. 1810 (Scotti, II. 1. 494) entlehnten Bestimmungen sind auf den ausdrücklichen Wunsch der ständischen Deputirten hier aufgenommen. Ob sie demnächst in das Prov. Gesetzbuch mitzunehmen oder davon auszuschließen, weil sie in das Steuerwesen einschlagen, muß der nähern Prüfung vorbehalten bleiben. <sup>1)</sup>

12. Endlich bezeichnet der „revid. Entwurf der Partikular-Rechte des Fürstenthums Siegen und der Aemter Burbach und Neuenkirchen, Berlin, 1841“ <sup>2)</sup> im I. Abschnitt „Fürstenth. Siegen“ sub XI. „Kirchen- und Schulrecht,“ neben der Kirchenordn. v. 5. März 1835 als ferner gültige Rechtsvorschriften u. a. die folgende:

§. 59. Die Kosten zum Bane und zur Unterhaltung der zu den sogenannten Kirchschulen gehörigen Gebäude müssen zunächst gleichfalls aus den Kirchenmitteln, und nur wenn diese nicht ausreichen, von den zu einer solchen Schule gewiesenen Einwohnern getragen werden.

Motive (S. 32).

Zu den §§. 56—59. Die Verweisung auf die Evang. Kirchenordn. für die Prov. Westphalen und die Rheinprov., v. 5. März 1835 bedarf keiner Rechtfertigung weiter. Als Vorschriften, die neben ders. noch für gültig erachtet werden können, haben sich nur die Bestimmungen der §§. 57—59. auffinden lassen. Der Inhalt der drei §§. 57—59. ergibt sich aus der Fürstl. Nassau-Siegenschen er-

Küster und Schulbedienten die Gebäuden nicht gehörig in Acht nehmen, und die zu ihrem Unterhalt gewidmeten nicht wirthschaftlich nutzen, steht einem jeden frey, und liegt es insbesondere den Kirchenvorstehern und Altknechten ob, solches bei denen Kirchen-Visitationen anzuzeigen, damit sie sodann zu ihrer Schuldigkeit angehalten werden können, massen sie sich nicht entziehen mögen, die geringe Reparationen an Fenstern und sonst, besonders wenn der Schaden durch ihre und der Ihrigen Unvorsichtigkeit entstanden, aus eignen Mitteln zu besorgen.

(N. C. C. Th. 1. S. 739. — Rabe, Bd. 1. Abth. 2. S. 388.)

1) Vergl. G. W. F. Rintelen, Prov. Recht des Hztb. Westphalen und der Grafsch. Wittgenstein-Wittg. und Wittg.-Berleburg. Paderborn 1837.

2) Vergl. G. W. F. Rintelen, Partikular Recht des Fürstenth. Siegen u. Burbach 1838.

neuerten Kirchenordn. v. 15. Juli 1716. Diese ist zwar nur für den evangelisch-reformirten Theil des Fürstenthums erlassen; allein, nach der Versicherung des Landraths von Schenk zu Siegen,

Acta gen. des Just. Min., enth. Materialien zum Partikularrecht des Fürstenth. Siegen 2c. Vol. 2. H. fol. 360.

auch in dem katholischen Theile des Landes von jeher unbedenklich als Gesetz betrachtet und gehandhabt worden. Es rechtfertigt sich hiernach die allgemeine Fassung der Paragraphen. In Ansehung des §. 59. besonders ist hierbei jedoch noch Folgendes zu bemerken: Die B. v. 1716 spricht nur von Schulen überhaupt. Deshalb erwähnte auch der gedr. Entwurf (Zusatz 15.) dieser nur im Allg. In dem Confer. Prot. v. 27. Nov. 1840 heißt es nun aber: „In Ansehung der Schulgebäude hatte der Kommissarius auf den Wunsch der Deputirten bei dem betr. Depart. Rath der R. Reg. mündlich darüber angefragt, wie die B. v. 15. Juli 1716 in der Praxis gehandhabt werde, und die Mittheilung erhalten, daß in der Regel die desfalligen Kosten von den zu der betr. Schule gewiesenen Einwohnern getragen würden. Nur bei einigen Schulen, den s. g. Kirchenschulen, würden die Reparaturen aus dem Kirchenvermögen bestritten. Diese Kirchenschulen seien solche, welche erweislich ursprünglich aus dem Kirchenvermögen erbauet worden und mithin Eigenthum der Kirche seien.“ — Die Deputirten waren darauf der Ansicht, daß jene B. nur auf diese Schulen bezogen werden könne, als diejenige, welche bei Erlassung der B. bereits existirt hätten. Es ist danach die gegenwärtige Fassung des §. 59. vorgeschlagen und erfolgt.

Der weiteren Berathung muß jedoch anheimgegeben werden, ob nicht jene Praxis in Betreff der übrigen Schulen ebenfalls in das Prov. Recht aufzunehmen sei.

Im II. Abschnitt dagegen „Nemter Burbach und Neuenkirchen“ kommt sowohl sub A. „Freier Grund“ §. 107., als sub B. „Hidengrund“ §. 160. gleichmäßig nur die allgemeine Hinweisung vor:

In Ansehung des Kirchen- und Schulrechts verbleibt es, neben der für die Prov. Westphalen und die Rheinprov. geltenden evang. Kirchenordn. v. 5. März 1835, bei den bestehenden besonderen Vorschriften, insoweit diese nicht durch jene für aufgehoben zu erachten sind.

Motive (S. 37).

Zum §. 107. Es giebt für den Freien Grund mehrere Vorschriften für Kirchen- und Schulrecht, namentlich:

- a) Die B. v. 26. Juni und 6. Juli 1775, wonach die Besitzer dienstbarer Häuser, wenn sie gleich persönlich befreit sind, zum Kirchenbau beitragen müssen, „da sie doch gemeinen Nutzen ziehen.“
- b) Die Vorschrift des Weisthums, „daß die Schulen sowohl von denen, welche Kinder haben, als auch denen, welche keine Kinder haben, unterhalten werden sollen.“

Der Kommissarius hat diese Vorschriften nicht aufgenommen, theils weil sie gemeinrechtlich, theils weil sie nur auf das Beitrags-Verhältniß der Eingefessenen sich beziehende administrative Bestimmungen seien, die insbesondere hinsichtlich der Kirchen durch §. 18. Litt. d. der neuen Kirchenordn. v. 5. März 1835 ihre Geltung verloren hätten. Die Deputirten haben hiergegen nichts erinnert.

Dieser Ansicht kann jedoch nicht überall beigetreten werden. Die Verpflichtung zur Tragung der Kirchen- und Schul-Baukosten, so wie die Beitrags-Verhältnisse sind da, wo sie besonders feststehen, unzweifelhaft privatrechtlicher Natur, weshalb sie auch in sämtliche übrige Entwürfe entweder speziell oder durch Verweisung darauf, aufgenommen sind. Da die Deputirten über die Bestimmungen selbst hinsichtlich ihres materiellen Inhalts sich nicht erklärt haben, so konnte hier nur der letztere Weg eingeschlagen werden. Die Aufrechterhaltung der Kirchenordn. v. 5. März 1835 versteht sich von selbst.

## VIII. Die Hohenzollernschen Lande.

Die Erwerbung der Fürstenth. Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen erfolgte durch den Staatsvertrag v. 7. Dec. 1849; ihre Vereinigung mit dem Preussischen Staatsgebiete durch das Ges. v. 12. März 1850, ihre Besitzergreifung durch das Patent de eod. (G. S. 1850, S. 289 ff.)



Ueber die Organisation der Verwaltungsbehörden in diesem neuen Landestheile ist eine besondere V. v. 7. Jan. 1852 ergangen, aus welcher in Bezug auf das Schulwesen folgende Bestimmungen hervorzuhoben sind:

§. 1. Die Gebietstheile der beiden Fürstenthümer Hohenzollern bilden unter dem Namen „Hohenzollernsche Lande“ einen besondern Verwaltungsbezirk, welchem  
1) eine Regierung, die in der Stadt Sigmaringen ihren Sitz nimmt,  
2) das Konsistorium, das Prov. Schulkollegium, u. der Rheinprovinz in den Angelegenheiten ihres Ressorts

zusätzlich vorgesetzt sind: u.

§. 8. Die Organe der Regierung sind: u.

3) Die Kirchen- und Schulbeamten, u.

§. 11. Die besondern Organe, welche in Bezug auf die Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens und der Medizinalpolizei bestehen, werden in ihrer bisherigen Wirksamkeit beibehalten. Der Min. der u. u. M. Ang. ist jedoch befugt, die Schulkommisſions- und Pöfysikats-Bezirke zu verändern.

(G. G. 1852, S. 35 ff.)

## Dritter Abschnitt.

### Literatur und Quellen.

#### I. Staatsthätigkeit für Erziehung, Erziehungssysteme, Allgemeine Pädagogik.

1. Locke, *Thoughts on Education*, London 1693. Deutsch: Abhandlung über die Erziehung der Jugend in den gestitteten Ständen. Aus dem Engl. v. Nussbahi, mit Anmerkungen v. Campe. Braunschweig 1787. (1½ Thlr.) Zugleich als 9. Theil des Revisionswerks. s. „Campe.“

J. J. Rousseau, *Emile ou de l'Education*, 4 Bde. Haag 1768, Deux Ponts 1782, Paris 1851, édition illustrée. 4. 1½ Fr. Deutsch v. Cramer, 4. Bde. Braunschw. 1789–1791. (4 Thlr.), mit Anmerk. v. den Herausgebern des Revisionswerks, als dessen 12–15. Theil diese Uebersetzung erschien. s. „Campe.“

Salzer, *Versuch der Erziehung und Unterweisung der Kinder*. 1748. (12 Gr.).

J. B. Basedow's *Elementarwerk*, 3 Bde. mit 100 Kupfertafeln, Dessau 1774. (7½ Thlr.). Neu bearbeitet (ohne Kupfer), Stuttg. 1817. — Ders., *Methodenbuch für Väter und Mütter* u. Leipzig. 1773. (1 Thlr.).

(Feber), *der neue Emil*, od. von der Erziehung nach bewährten Grundsätzen. 2 Thlr. Erlangen 1775. (1 Thlr.).

K. G. Resewitz, *Erziehung des Bürgers zum Gebrauch des gesunden Verstandes*, Ropenh. 1776. (16 Gr.). — Ders., *Gedanken, Vorschläge und Wünsche zur Verbesserung der öffentl. Erziehung*, 5 Thlr. Berl. 1781–86. (5 Thlr.).

J. B. Miller, *Grundsätze einer weisen und christl. Erziehungskunst*, Göttingen 1777. (10 Gr.).

K. Gebike, *Aristoteles und Basedow*, od. Fragmente über Erziehung und Schulwesen bei den Alten und Neuern. Berlin. Decker. 1778. gr. 8. (16 gr.) — Ders., *Gesammelte Schulchriften*, 2 Bde. Berlin 1783–95. 8. (2 Thlr. 4 Gr.). — Ders., *Luthers Pädagogik*. Berlin, Unger. 1792. 8. (8 Gr.). — Ders., *Annalen des Preuß. Kirchen- und Schulwesens*.

K. Hrg. Mengesdorf, *Versuch einer Darstellung dessen, was seit Jahrtausenden in Betr. des Erziehungswesens gesagt u. gethan worden ist*. Leipzig. Jakobier. 1779. 8. (16 Gr.).

Filangieri, *Scienza della legislazione*, libro IV. 1780–1791. Deutsch v. G. G. R. Eink, 8 Thlr. Ausb. 1788–93.

J. J. Bosselt, *wissenschaftl. Magazin für Aufklärung*, 3 Jahrg, 14 Stücke. Leipzig. 1786–88. gr. 8. (6 Thlr.).

- H. G. Zerrenner, Volksaufklärung; Uebersichtl. und freimüth. Darstellung ihrer Hindernisse nebst einigen Vorschlägen, denselben wirksam abzuheben. Magdeb. Scheidhauer. 1786. 8. (7 Gr.). Zugleich Ankündigung des Volksbuchs. — Ders., Volksbuch, 2 Thlr. 1787. — Ders., Deutscher Schulfreund, und Neuer deutscher Schulfreund, 46 Bde. 1791—1811. f. u. R. G. G. Zerrenner.
- J. G. Campe, Allgemeine Revision des gesammten Schul- und Erziehungswesens, in Verbindung mit mehreren Andern. 16 Bde. Braunschw. 1786—90. (15 Thlr. 16 Gr.).
- Trapp, Versuch einer Pädagogik. Berl. 1788. (1 Thlr.).
- Pott, über die Aufklärung und ihre Beförderungsmittel. Leipz. 1789. 8.
- J. E. Gwald, über Volksaufklärung und ihre Grenzen und Vortheile. Berl. 1790. 8. (6 Gr.).
- Talleyrand-Périgord, Rapport sur l'instruction publique, fait à l'assemblée nationale. Paris 1791. (b. 10. Sept. Moniteur. No. 255. S. 1125).
- G. D. Burhard, über die Nothwendigkeit einer allgem. Staatsorge für die gute Erziehung der Jugend. Würzb. 1792. gr. 8. (6 Gr.).
- W. v. Humboldt, über öffentliche Staatserziehung. Berliner Monatschrift<sup>1)</sup>. 1792. Dez. S. 597—606.
- Michel Lepelletier, Plan einer Nationalerziehung, vorgelesen und berathen im Konvent d. 13. Juli 1793<sup>2)</sup>. Deutsch mit Vorwort und Anm. v. Dr. G. Thaulow. Kiel. Schröder u. Comp. 1848. gr. 8. (10 Sgr.).
- F. G. Ruhkopf, Geschichte des Schul- und Erziehungswesens in Deutschland. 1 Thl. Bremen. Wilmans. 1794. 8. (1 Thlr.).
- J. H. G. Heusinger, Beitrag u. Berichtigung einiger Begriffe über Erziehung und Erziehungskunde. Halle. Gebauer. 1794. 8. (8 Gr.). — Ders., Versuch eines Lehrbuchs der Erziehungskunst. Leipz. 1795. (12 Gr.).
- A. H. Niemeyer, Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts. Halle 1796. — 9. Aufl. in 3. Bdn. Halle 1834 u. 35. (4 Thlr.). Ein Ueberblick der allgemeinen Geschichte des Erziehungswesens findet sich: Bd. 3. S. 311 ff. — Ders., Ueber die Organisation öffentl. Schulen u. Halle 1799. — 2. Aufl. 1805. (18 Gr.). — Ders., Ueber Pestalozzi's Grundsätze und Methoden. Halle u. Berl. 1810.
- H. Pestalozzi, sämtliche Werke, 15 Bde. Tübingen 1819—1826. („Einhart und Gertrud“ erschien zuerst 1781. — „Wie Gertrud ihre Kinder lehrt“ 1801). — Pestalozzi's Leben und Ansichten, in einem wortgetreuen Auszuge aus seinen Schriften v. Magot Christoffel. Zürich. Meyer u. Zeller, I. u. II. Lieferung. 1846. 4. (à 9 Sgr.).
- Herzberg, Patriot. Wünsche und Vorschläge zur Verbesserung der Land- und Bürgerschulen, besonders in den Preuß. Staaten. Berlin 1799. 8. (2 Thlr.). — Ders., Patriot. Wünsche, Vorschläge und Hoffnungen, die durch die R. D. v. 3. 18. Juli 1798 eingeleiteten u. Verbesserungen der Bürger- und Landschulen in den Preuß. Staaten betr. Berl. 1799. (6 Gr.).
- Chr. D. Boß, Versuch über die Erziehung für den Staat, als Bedürfnis unserer Zeit. 2 Bde. Leipz. 1800. 8. (2 Thlr. 16 Gr.).
- Rajetan v. Weiller, Lehrgebäude der Erziehungskunde, 2 Thl. 1802. — Ders., Ueber den nächsten Zweck der Erziehung nach Kant's Grundsätzen. Regensb. Montag. 1798. 8. (20 Gr.).
- R. Bitt. v. Bonstetten, über Nationalbildung, 2 Thle. Zürich. Orell. 1802. 8. (2 Thlr. 8 Gr.).
- Zacharia, über die Erziehung des Menschengeschlechts durch den Staat. Leipz. 1802.
- H. Stephani, Grundriß der Staatserziehungswissenschaft. Leipz. 1802. 8.

1) Ebendas. 1784. Sept. S. 193 ff. u. Dec. S. 47 ff. finden sich Aufsätze über Erziehung und Aufklärung v. Mendelssohn und Kant.

2) Den Bericht Condorcets v. 20. April 1792, so wie die Entwürfe, welche Daunou, Danton und Robespierre am 13. Aug. 1793 im Konvent vorbrachten, vergl. in Buchox et Roux, histoire parlementaire de la revol. franc. Paris 1834—1838. T. 22. p. 190. — T. 24. p. 53.

- (1 Thlr. 8 Gr.). — Verf., System der öffentl. Erziehung. 2. Aufl. Erlangen. 1813.
- Jm. Kant, Pädagogik 1803. Vergl. Gesamtausgabe v. Hartenstein. Leipz. 1838. Bd. 10.
- J. Schramm, die Verbesserung der Schulen in moral., polit., pädagog. und polizeilicher Hinsicht. 1803. — Neue vermehrte Aufl. Dortmund. 1812. 8. (1½ Thlr.).
- J. Türk, über zweckmäßige Einrichtung der öffentl. Schul- und Unterrichts-Anstalten. Neustrelitz. 1804. 8. (1 Thlr.). — Verf., über Pestalozzi, 2 Bde. Leipz. 1806. — Verf., Erfahrungen und Ansichten über Erziehung und Unterricht. Berl. 1838. (1½ Thlr.).
- J. G. Zöllner, Ideen über Nationalerziehung, besonders in Rücksicht auf die R. Preuss. Staaten. Berlin. 1804. (1 Thlr.).
- J. Jak. G. Hoogen, die Volksschulen, keine kirchl., sondern allg. Staatsinstitute, mit bes. Hinsicht d. Pr. Prov. in Westphalen u. Duisburg. 1805. (5 Gr.).
- J. A. Dori, Briefe über die philos. Rechts- und Staatswirthschaftslehre. Götting. 1805. (10. Brief, S. 155) <sup>1)</sup>.
- L. G. E. Pöhlz, die Erziehungswissenschaft aus dem Zwecke der Menschheit und des Staats prakt. dargest. 2 Bde. Leipz. Hinrichs. 1806. gr. 8. (3 Thlr.). — Verf., die Staatswissenschaften im Lichte unsrer Zeit dargest. 2. Th. Auch unter d. Tit.: Volkswirthschaft, Staatswirthschaft und Finanzwissenschaft. Leipz. Hinrichs. 1823. gr. 8. (1½ Thlr.). S. 346 ff.
- Joh. Fr. Herbart, Allgemeine Pädagogik. 1806. — Verf., G. Pestalozzi's Idee eines N. B. G. der Anschauung mit 2 Tabell. und 1. Kupf. Götting. 1802. 8. (10 Gr.) — Verf., Umriss pädagog. Vorlesungen. 1835.
- J. G. Fichte, Reden an die Deutsche Nation. Berl. Realschulb. 1808. 8. (2½ Thlr.), Nr. 2., 3., 9., 10., 11.
- Holzwardt, Erziehung und Aufklärung einer Nation durch den Staat. München. 1809. gr. 8. (20 Gr.).
- Jachmann, Entwurf z. Nationalbildung Berl. Maurer. 1809. 8. (6 Gr.). — Verf., Ueber das Verhältniß der Schule zur Welt. Berl. 1811. 8. (8 Gr.).
- K. I. Krug, der Staat und die Schule, od. Politik und Pädagogik in ihrem gegenseitigen Verhältniß. Leipz. 1810. gr. 8. (18 Gr.).
- K. O. Grafer, Divinität, od. das Prinzip der wahren Menschenerziehung. Hof. 1811. 3. Aufl. Baireuth. 1831. (3½ Fl.) — Vergl. praktische Bearbeitung der sechs ersten Lebensjahre nach Grafer v. J. E. Ludwig. Wunsiedel. 1840—42. 3 Bde. (4 Fl. 30 Kr.). — Erziehung, eine Angelegenheit des Staats, v. Grafer im Archiv für Volkserziehung, Bd. 1., S. 1. u. 2.
- J. Schmidt, Erfahrungen und Ansichten über Erziehung, Institute, Schulen. Heibelb. 1811. 8. (½ Thlr.). — Auch: Erfahrungen u. Beurtheilung der Schrift des G. Schmidt. Deutschland. 1811. 8. (8 Gr.).
- J. B. Weber, Lehrbuch der polit. Oekonomie, 2 Thle. Breslau. Barth. 1813. (II., S. 183 ff.). — Verf., Systematisches Handbuch der Staatswissenschaft, 2 Thle. Berl. 1803. (II., S. 221 ff.).
- Jean Paul Fr. Richter, Levana od. Erziehlehre, 3. Aufl. Stuttg. 1845. (3 Fl., jetzt bei Grunow in Frankf. a. M. zu 1 Fl. 12 Kr.).
- J. G. E. Ratorp, Briefwechsel einiger Schullehrer und Schulfreunde, 3 Bde. 2. Aufl. Offen. 1823.
- Rühl, der Volksunterricht in seiner Nothwendigkeit, so wie in seiner Einwirkung auf die Gesamtbildung der Menschen. Mainz. 1824.
- J. G. Denzel, Einleitung in die Erziehungs- und Unterrichtslehre, für Volksschullehrer, 3 Thle. 3. Aufl. Stuttg. 1825—35. (12 Fl. 48 Kr.). — Verf., die Volksschule ein methodolog. Lehrkurs. Stuttg. 1817. (2 Fl. 12 Kr.).
- Schlerer, Die Schule. Elementarschule, Bürgerschule und Gymnasium, in ihrer frühern Einheit und nothwendigen Trennung. Königsb. 1826.
- G. Th. Welter, über das rechte Verhältniß von bürgerl. Ordnung, Kirche und Schule, mit Rücksicht auf badische Staatsgrundsätze. Eine akad. Rede. Freib. Herder. 1828. (2 Gr.).

1) Vergl. Villaume, Samml. verm. Abh. (Berl. 1793) Nr. 2. über die öffentl. Erziehung der Alten. — Montesquieu, Esprit des loix. Liv. IV. c. 1, 3, 5.

- H. J. Ch. Schwarz, Erziehungslehre und Geschichte der Erziehung, 4 Bde. 2. Aufl. Leipz. 1829. (8 Thlr.). — Ders., das Leben in seiner Blüthe, od. Sittlichkeit, Christenthum und Erziehung in ihrer Einheit. Leipz. 1837. — Ders., Geschichte der Erziehung in ihrem Zusammenhange u. Leipz. 1813. (3 Thlr.), bildet in 2 Abth. den 4. Band vom zuerstgenannten Werke. — Ders., Darstellungen aus dem Gebiete der Pädagogik, 2 Bde. Leipz. 1833, 1834. — Ders., Lehrbuch der Allg. Pädagogik, 5. Aufl., bearbeitet v. W. J. G. Curtmann, 3 Thle. Heidelb. Winter. 1846. (2 Thlr. 12 Sgr.).
- Münch, die Freiheit des Unterrichts, mit besondrer Rücksicht auf das Königr. d. Niederlande. Bonn. 1829.
- Dinter, die vorzüglichsten Regeln der Pädagogik, Methodik und Schulmeisterflugschrift. 7. Aufl. Neustadt a. d. D. Wagner. 1829. (½ Thlr.). — Ders., sammtl. Schriften, III. Abth. Pädagogische Werke, 9 Bde. Cobd. (Ebenpr. 3 Thlr. 12 Sgr. Ermäßigter Pr.: 2 Thlr. 9. Sgr.).
- Vollständige Stimmen aus dem gelehrten Stande über das Rechtsverhältniß des Schullehrerstandes zu Kirche und Staat, und über die Wichtigkeit der Schule und was ders. Noth thut u. Zur Beherzigung für die hohe Bundesversammlung. 2 Bde. Ulm. Stettin. 1830. 1832. (22 Gr.).
- C. Ch. G. Zerrenner, Grundsätze der Schulerziehung, der Schulkunde und der Unterrichtswissenschaft. 2. Aufl. Magdeb. 1833. (2 Thlr.). — Ders., Methodendebuch für Volksschullehrer. 5. Aufl. Magdeb. 1839. (1½ Thlr.). — Ders., d. Deutsche Schulfreund, Bd. 47—60. 1812—1824. (s. o. S. 10. Zerrenner). — Ders., Jahrbuch für das Volksschulwesen. 1825 ff.
- J. Demeter, Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts. 5. Aufl. Mainz. 1830. (2 fl. 20 Kr.). Vom katholischen Standpunkte.
- J. M. Sailer, über Erziehung, für Erzieher. 5. Aufl. Sulzbach. 1830. (2 fl. 20 Kr.). — Neu bearbeitet v. A. Buchner unter d. T.: Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts. Sulzb. 1838. (1 fl. 48 Kr.).
- Frau Necker de Saussure, die Erziehung des Menschen auf seinen verschiedenen Altersstufen. Deutsch v. A. v. Hegguer und R. v. Wangenheim, 3 Thle. Hamburg. 1838. (5 Thlr.).
- Th. Heinsius, Pädagogik des Hauses. Berl. 1838. — Ders., Zeitgemäße Pädagogik der Schule. Berl. 1844. (1 Thlr.). — Ders., Ideen und Vorschläge zu den höchst nöthigen Verbesserungen des Landschulwesens in der Mark Brandenburg u. Berl. 1798. (4 Gr.) — Ders., Grundstriche zu einer institutionellen Schul- und Volksbildung in Deutschland. Berlin. Lindow. 1848. gr. 8. (5 Sgr.).
- Ign. Th. Scherr, leichtfaßliches Handbuch der Pädagogik, 2 Bde. Zürich. 1839 u. 1841. — 1. Bd. in 2. Aufl. 1847.
- Mayer, über die Deutschen Bürgerschulen, in den Halleschen Jahrbüchern 1841. Nr. 120—125.
- W. Braubach, Fundamentallehre der Pädagogik. Gießen. 1841.
- Th. Arendt, die Erziehungs-Polizei. Bielefeld. Velhagen u. Klasing. 1842. 8. (10 Sgr.).
- Fr. Ed. Bencke, Erziehungs- und Unterrichtslehre, 2 Bde. Berl. 1842. (6 Thlr.). — Ders., pragmatische Seelenlehre. Berl. — Ders., Die Reform und Stellung unserer Schulen. Ein philosoph. Notum. Berlin. Mittler u. C. 1848. gr. 8. (15 Sgr.).
- Grubmann, das höhere Volksschulwesen in Preußen. 1842. (Bergl. Uebungen Anzeiger v. 22. Okt. 1842).
- Chr. Weiß, Erfahrungen und Rathschläge aus dem Leben eines Schulfreundes. 2. Aufl. 4 Bde. Halle. 1843—45.
- H. M. W. Diesterweg, Wegweiser für Deutsche Lehrer. 3. Aufl. 2 Bde. Offen. 1844. (1 Thlr.).
- Rob. v. Mohl, die Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaats. 2. Aufl. 3 Bde. Tübingen. Laupp. 1844. (I. S. 449 ff.). — Ders., das Staatsrecht von Württemberg. Tüb. 1840. (II. S. 386 ff.).
- G. A. E. Baur, Grundzüge der Erziehungslehre. Gießen. 1844. 2. Aufl. 1849. (1 fl. 12 Kr.).
- H. Langenthal, der Mensch und seine Erziehung, 3 Bde. Jena. Euden. 1. Bd. 1843. (22½ Sgr.). 2. Bd., 1844, (26½ Sgr.). 3. Bd., 1845, (26½ Sgr.).

- A. Barthel**, Schulpädagogik (für kathol. Seminariisten). 2. Aufl. Eissa. 1845. (25 Sgr.).
- Gräfe**, allgemeine Pädagogik. 2 Bde. Leipz. 1845. (4 Thlr.).
- H. Gräfe**, die Deutsche Volksschule, oder die Bürger- und Landschule nach der Gesamtheit ihrer Verhältnisse. Ein Handb. für Lehrer und Schulaufsicher. 2. Aufl. 3 Thle. Leipz. Costenoble. 1850. gr. 8. (3 Thlr.). 1. Aufl. 1816. — **Ders.**, Schulrecht, oder das Rechtsverhältniß der Schule nach innen und außen. Nach den Grundsätzen der Vernunft dargest. Queblinb. Basse. 1829. 8. (1½ Thlr.).
- H. Hümelin**, die Aufgabe der Volks-, Real- und Gelehrtenschulen, zunächst mit Beziehung auf die Württembergischen Zustände. Heilbronn. Drechsler. 1846. (22½ Sgr.).
- Kdm. Völter**, Beiträge zur christlichen Pädagogik. Heilbronn. Drechsler. 1846. (½ Thlr.). — **Ders.**, Beiträge zur christl. Pädagogik und Didaktik. Stuttg. 1852. (Der Verfasser, ein Württembergischer Pfarrer, steht auf dem strenggläubigen Standpunkte. „Der Natur gemäß erziehen, heißt für die Hölle erziehen.“ Vergl. die Rezension in Diesterwegs Rhein. Blätt. 1853. Bd. 47. S. 179).
- L. S. Stop.** Altes und Neues. Der pädagog. Bekenntnisse 2. Stück. Jena. Frommann. 1846. (5 Sgr.).
- Sehner**, Erziehungs- und Unterrichtslehre nach katholischen Grundsätzen. 4 Hefte. Jengelstadt. 1846. (1 Thlr. 20 Sgr.). — 2. Aufl. Gischstädt. Brönnner. (Herabgesetzt auf 24 Sgr.).
- L. O. Hergang**, Pädagogische Realencyclopädie oder encyclop. Wörterbuch des Erziehungs- und Unterrichtswesens und seiner Geschichte. 2 Bde. in 37 Lieferungen. Grimma. Verlags-Gemtvir. 1840—1848. 4. (à Lief. 7½ Sgr.).
- Friedr. Kapp**, Aufruf zur Umgestaltung der Deutschen Nationalerziehung. 2. Aufl. Arnberg. Grote. 1848. (3 Sgr.).
- H. Hegener**, die Unterrichtsfrage vom demokr. u. nationalen Gesichtspunkte. Hün. Bieder. 1848. (3 Sgr.).
- Fr. Riegler**, zur beabsichtigten Reform des Schulwesens. Potsdam. Rigel. 1848. gr. 8. (4½ Sgr.). Gegen die Trennung der Schule von der Kirche.
- Enogr.** Bericht über die Verhandlungen der Deutschen konstituierenden Nationalversammlung. 9 Bde. Frankf. a. M. Sauerländer. 1848, 1849. 4. Ueber die Unterrichtsfrage vergl. Sitzung 80., 83., 85., 86., 136.: Bd. 3. S. 2167, 2219, 2275, 2293, Bd. 6. S. 4140.
- Reisenkranz**, Pädagogik als System. Ein Grundriß. Königsb. 1848.
- Schleiermachers Erziehungslehre**, aus dessen Handschriftl. Nachlasse und nachgeschriebenen Vorlesungen herausgeg. v. Plag. Berl. 1849.
- O. A. Riede**, Erziehungslehre. Aus der neuen Encyclopädie für Wissenschaften und Künste besonders abgedruckt. Stuttg. Franckh. 1851. gr. 8. (1 Thlr. 6 Sgr.).
- Fr. Bartholomäi**, H. Dr. Curtmann und die Gemüthsbildung. Jena. 1825. (Rezensf. Diesterweg, Rhein. Blätt. 1853, Bd. 47. S. 99).
- H. Günther**, das Schulwesen im protest. Staate. Vorträge für Gebildete. Oberfeld. Friederichs. 1852. (1½ Thlr.).
- L. v. Raumer** (Prof. in Erlangen), Geschichte der Pädagogik vom Wiederaufleben der klassischen Studien bis auf unsre Zeit, 3 Thle. Stuttg. Kiesling. 1852. (Rezensf. Diesterweg, Rhein. Blätt. 1853. Bd. 47., S. 291).
- Hr. Palmer** (Prof. d. Theol. in Tüb.), Evangelische Pädagogik. 1. Abth. Stuttg. 1853. (Der Verf. behauptet: „in der evangelischen Lehre von der Sünde und der Taufsnade ist das wahre anthropologische Prinzip der Pädagogik enthalten.“ Rezensf. Diesterweg, Rhein. Blätt. 1853), 2. Abth. ib. (vollständig 2½ Thlr.), Bd. 47. S. 63).
- Hr. Thaulow**, Hegels Ansichten über Erziehung und Unterricht. Kiel. 1853.

### Zeitschriften

für das Unterrichtswesen gab und giebt es in großer Anzahl. Unter den-  
selben sind, außer den schon oben erwähnten Annalen von Gedike, den



und Schulwesen betr. Gesetze, Rescripte und Verf. Ein Handbuch 2c. 4 Bde. (8 Thlr.)

W. Harnisch, der jetzige Standpunkt des gesammten Preuß. Volksschulwesens 2c. Leipz. Weichert. 1844. (1½ Thlr.)

Deßreich, Handb. über die Kirchen- und Schulgesetzgebung im Preuß. Staate. 2. Bd. Schulgesetzgebung. Königsb. 1844.

### III. Hülfsbücher zur Literaturkenntniß.

Die ausschließlich einzelne Zweige des Unterrichtswesens betreffenden Schriften sind bei diesen aufgeführt. Doch konnte dort wie hier nur das Wichtigste hervorgehoben werden. Speziellere Auskunft über die Erziehungs- und Schulliteratur nach allen Seiten gewähren außer den oben genannten Zeitschriften folgende Werke:

F. Erdm. Petri, Magazin der pädagog. Literaturgeschichte bis zum Schlusse des 18. Jahrh. Leipz. Dyck. 1. u. 2. Sammlung des 1. Bds. 1805. 1807. 8. (22 Gr.) 1. Samml. des 2. Bds. 1808. (12 Gr.)

H. Ch. F. Natorp, Kleine Schulbibliothek, ein geordnetes Verzeichniß ausserlesener Schriften für Lehrer an Elementar- und andern Schulen, mit beigef. Deutheil. Duisburg und Offen. Bader. 1802. 5. Aufl. 1820. (14 Gr.)

J. W. F. Ziegenhein, Kleine Handbibliothek für Schullehrer und Freunde pädagog. Literatur. Magdeb. Schüp. 1818. 8. (1 Thlr. 8 Gr.)

Englin, Bibliotheca paedagogica. Berlin. 1824. (Mehr für gelehrte Schulen.)

Hergang, Handbuch der pädagogischen Literatur. Leipz. 1840. (2 Thlr.)

Münch, Bücherchau der gesammten pädagogischen Literatur. Augsburg. 1842.

### IV. Allgemeine Quellen.

Die allgemeinen Rechtsquellen für Preußen, welche zum Theil auch das Schulwesen betreffen, sind zunächst:

#### A. die allgemeinen Gesetzbücher des Staats.

Dieselben beschränken sich nicht auf das Privatrecht, sondern umfassen zugleich den größern Theil des innern Staatsrechts.

1) Das Allg. Landrecht für die Preussischen Staaten, 2 Thle. in 4 Bdn. nebst 1 Registerband. Berlin. 1794. 1806. 1816. 1821. 1829. 1832. Den Ausgaben seit 1806 ist der Berlin, 1803 erschienene Anhang, welcher die bis dahin erfolgten Abänderungen und Ergänzungen enthält, stückweise eingeschaltet.

2) Die Allg. Gerichtsordnung für die Preuß. Staaten, 3 Thle. mit Register. Berlin. 1794. 1815. 1823. 1828. 1831. Auch hier ist seit 1815 ein in dems. Jahre zu Berlin erschienener Anhang eingeschaltet.

3) Die übrigen allg. Gesetzbücher sind die Allg. Hypothekenordnung für die gesammten Preuß. Staaten. Berlin. 1784. — Die Allg. Depositalordnung für die Ober- und Untergerichte sämmtlicher Pr. Preuß. Lande. Berlin. 1783. — Das Allg. Kriminalrecht für die Preuß. Staaten. Erster Theil: Kriminalordnung. Berlin. 1806. 1816. 1820. 1822. 1828. („Erster Theil“, weil damals beabsichtigt wurde, das Krim. Recht aus dem 20. Tit. des II. Theils des A. L. R. besonders zu bearbeiten.)

#### B. Die Sammlungen der ältern Gesetze.

Die landesherrlichen Verordnungen und Rescripte, welche vor Emanirung des A. L. R. ergangen waren, und die in der ersten Zeit nach ihr ergangenen sind gesammelt in:

1) Chr. Otto Mylii Corpus Constitutionum Marchicarum, oder Königl. Preuß. in der Kur- und Mark Brandenburg, auch incorporirten Landen publicirte und ergangene Ordnungen, Statuta, Mandata, Rescripta, von Zeiten Friedrichs, Kurfürsten zu Brandenburg, ad Annum 1736. VI. Theile. Berlin und Halle. Dazu

2) IV. Continuationes, und 1 Supplement-Band zur I. II. und III. Continuation, enthaltend die Verordnungen von 1737 — 1747.

An diese schließt sich:

3) *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, oder: Neue Sammlung K. Preuß. und Kurfürstl. Brandenburgischer, sonders in der Kur- und Mark Brandenburg, wie auch andern Provinzen publizirten Verordnungen, Edikte, Mandate, Reskripte u., von Anfange des Jahres 1751 und folgenden Zeiten. Mit Königl. allergnädigster Bewilligung und Cero Akademie der Wissenschaften darüber ertheilten Privilegio, nebst einer Einleitung in die mannigfaltigen Geseze eines Staats, und besonders in die K. Preuß. und Kurbrandenburgischen geistlichen und weltlichen Justiz-, Militär-, Kameral-, Polizei- und übrigen Landesgeseze. (Tom. I. — XIII., v. Jahr 1751 — 1806.)

In dieser Sammlung gehören zwei besonders erschienene Register-Bände<sup>1)</sup>.

### C. Sammlungen der neuern Geseze und Verordnungen.

1) Vom Jahre 1810 ab erschienen die Geseze in der Gesezsammlung für die Königl. Preuß. Staaten. Bis jetzt 44 Jahrgänge, von 1810—1853. Berlin, zu haben im vereinigten Gesezsammlungs-Debit- und Zeitungs-Komptoir. 4.

Dazu:

Hauptregister zur Gesezsammlung für die Königl. Preuß. Staaten von 1806 bis 1830. Berlin. 4. 1831,

sowie

von 5 zu 5 Jahren Sachregister.

Die Lücke zwischen dem *Novum Corpus Constitutionum*, welches bis 1806 reicht, und der Gesezsammlung, welche 1810 anfängt, ist durch einen Band ausgefüllt, worin alle in dieser Zwischenzeit erschienenen Verordnungen zusammengebracht sind. Er ist in Folio und in Quart herausgegeben, um sich als Fortsetzung des N. C. C., und als Anfang der Gesezsammlung, an beide Sammlungen anzuschließen. In der Quart-Ausgabe ist er angriffen.

2) Außerdem erscheinen Geseze in den sämtlichen Amtsblättern, welche seit dem 1. Jan. 1811 in jedem Regierungs-Bezirk herauskommen, und durch welche die Publikation aller Geseze, die darin nach Nummer und Titel aufgeführt werden, erfolgt.

3) Die Ministerien geben endlich für ihre Verordnungen besondere Blätter heraus; so erscheint Seitens des Justizministeriums seit dem 1. Jan. 1839 das Justizministerial-Blatt für die Preuß. Gesetzgebung und Rechtspflege. Herausgegeben im Bureau des Justizministeriums zum Besitzen der Justiz-Offizianten-Wittwenkasse. Berlin. Karl Heymann. 4. (früher, von 1813—1842, wurden die Reskripte des Justizministeriums in

1) Der Erste hat den Titel: *Repertorium novi Corporis constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum I. chronologicum II. reale*, oder: Doppeltes Register über die neue Sammlung der K. Preuß. und Kurfürstl. Brandenburgischen, besonders in Kur- und Mark Brandenburg ergangenen und publizirten Ordnungen, Edikte, Mandate, Reskripte u. s. w., welche in 25 Jahrgängen von 1751 bis 1775 mit allergn. K. Bewilligung durch Höchster Akademie der Wissenschaften zum Druck befördert werden. Berlin, bei Kunst, ohne Jahreszahl, 8. 8cl.

Das Andere: *Repertorium novi Corporis Constitutionum Prussico-Brandenburgensium, praecipue Marchicarum, I. chronologicum, II. reale*, oder: Doppeltes Register über die neue Sammlung der K. Preuß. und Kurfürstl. Brandenburgischen, besonders in der Kur- und Mark Brandenburg ergangenen und publizirten Ordnungen, Edikte, Mandate, Reskripte u. s. w., welche in den 50 Jahrgängen v. 1751 bis 1800 mit allergn. K. Bewilligung durch Höchster Akademie der Wissenschaften zum Druck befördert werden. Berlin, bei Weyl, 1803. — Durch dieses wird das erste Register entbehrlich.

„v. Kamph, Jahrbücher für die Preuß. Gesetzgebung und Rechtsverwaltung“, Berlin, 8. (58 Bde.) veröffentlicht.

Die Verfügungen der Verwaltungs-Ministerien erschienen von 1817 bis 1839 in v. Kamph's Annalen der innern Staatsverwaltung. Berlin. 8. 23 Bde., jeder zu 4 Heften. Seitdem giebt das Finanzministerium seine Verfügungen in einem Centralblatt der Abgaben-, Gewerbe- und Handels-Gesetzgebung und Verwaltung; die der übrigen Ministerien werden in dem Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung, herausgegeben im Bureau des Min. des Innern. Berlin. 4. Verlag des R. Zeitungs-Komtoirs, gesammelt.

D. Privat-Sammlungen der ältern und neuern Gesetze und Verordnungen enthalten:

Klein, Annalen der Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamkeit in den Preuß. Staaten, 26 Bde. gr. 8. Berlin, 1799—1809.

Vollständige Sammlung aller bisher ergangenen Entscheidungen der Gesekommis- sion, 2 Sammlungen, 8. Berlin, 1794 und 1796.

Auszug der neuern Preuß. Gesetze und Verordnungen, vorzüglich in Regierungs- Hoheits-, Justiz-, Konsistorial-, Schul-, Vormundschafssachen, seit dem 1. Juni 1794, als dem Tage der verbindlichen Kraft des A. L. R., in chronologischer Ordnung entworfen und herausgegeben bei der Pommerschen Regierung. I. bis IV. Hest, vom 1. Juni 1794 bis letzten Dec. 1796. 2. Aufl. Stettin 1798. gr. 8.

Eisenberg und Stengel, Beiträge zur Kenntniß der Justizverfassung und der juristischen Literatur in den Preuß. Staaten. 6 Bde. gr. 8. Berlin 1795 bis 1799, nebst Register dazu, gr. 8. Halle 1799. Stengel, neue Beiträge zur Kenntniß der Justizverfassung und der juristischen Literatur in den Preuß. Staaten. 12 Bde. Berlin und Halle 1799—1804, oder 7. bis 18. Bd. der Beiträge.

Amelang und Gründler, Archiv des Preuß. Rechts, 3 Bde. gr. 8. Berlin 1799—1800.

Amelang, neues Archiv der Preuß. Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamkeit. 4 Bde. gr. 8. 1800—1806.

Paalzow, Magazin der Rechtsgelehrsamkeit in den Preuß. Staaten. 3 Bde. gr. 8. Berlin 1801—1804.

Paalzow, Handbuch für praktische Rechtsgelehrte in den Preuß. Staaten. 3 Bde. gr. 8. Berlin 1802 und 1803. 2. Ausgabe in 5 Bänden, gr. 8. Berlin 1816 bis 1819.

Mathis, allgemeine juristische Monatschrift für die Preuß. Staaten. 11 Bde., nebst einem Registerbände. gr. 8. Berlin 1805—1811.

Hoffmann, Repertorium der Preussisch-Brandenburgischen Landesgesetze, welche in der ältern und neueren Ediktensammlung enthalten sind, mit Hinweisung auf das A. L. R., die A. G. O. u. Züllichau 1800. 1 Thl. und 3 Fortsetzungen, 1802—1804. 2—4ter Thl 1810. 1812. 1814.

Rabe, Sammlung Preuß. Gesetze und Verordnungen, welche auf die Allg. De- postal-, Hypotheken-, Gerichts-, Kriminal- und Städte-Ordnung, auf das A. L. R., auf den Anhang zum A. L. R. und zur A. G. O., auf die landschaftlichen Re- dit-Reglements und auf Provinzial- und Statutar-Rechte Bezug haben, nach der Zeitfolge geordnet. Bd. I., bestehend aus 7 Bänden, Abtheilungen genannt, und Bd. 2. bis 13. Halle und Berlin, 1816—1824. 8.

Diese letztere Sammlung giebt die in der Mylius'schen und in der neuen Ge- setzensammlung, so wie die in den vorhin genannten Privatsammlungen zerstreuten Verordnungen und Reskripte, soweit dieselben noch ein praktisches Interesse haben.

Gräff, Sammlung sämmtlicher Verordnungen, welche bis jetzt in den v. Kamph'schen Jahrbüchern enthalten sind. Nach den Materien zusammengestellt. 13 Bde. gr. 8. Berlin und Breslau 1830—1840. Dazu ein vollständiges Repertorium über die in den Jahrbüchern und in der Gräff'schen Sammlung enthal- tenen B., R., Publik. und Abhandl. Breslau 1840. gr. 8.

Mannkopf, Ergänzungen und Abänderungen der Preuß. Gesetzbücher. 6 Bde. Berlin 1836, 8. Dazu 3 Supplementbände. Ebend.

**E. H. Bergius**, Ergänzungen zur Gesessammlung, enthaltend die ausschließlich durch Amtsblätter verkündigten Gesetze und die Provinzial-Landtags-Abschiede, nebst einer Uebersicht der in der Gesessammlung und den Anhängen zu derselben enthaltenen Verordnungen. gr. 8. Breslau 1841.

**Ergänzungen und Erläuterungen der Preussischen Rechtsbücher durch Gesetzgebung und Wissenschaft.** Unter Benutzung der Justiz-Ministerial-Alten und der Gesetzesrevisions-Arbeiten, herausgegeben von Gräff, Koch, v. Rönne, Simon, Wenzel. Erste Ausgabe Breslau, Aberholz, 1837—1840. 10 Bde. Supplement-Bände dazu: Breslau 1840. 1844. — Zweite verbesserte und vermehrte Ausgabe, bearbeitet von G. Gräff, E. v. Rönne und G. Simon. Breslau, Aberholz, 1842—1844. 10 Bde. Dazu Suppl. Bde. 1846. 1850. 1851. — Dritte Ausgabe. 12 Bde. Breslau 1847—1851. gr. 8., Suppl. Bd. 1853.

## Vierter Abschnitt.

# Allgemeine Grundzüge des Preussischen Schulwesens.

Die der Schulorganisation in Preußen zu Grunde liegenden Bestimmungen sind theils im A. E. R., theils in der Verfassungsurkunde v. 11. Jan. 1850 ausgesprochen.

## I. Das allg. Landrecht.

Es ist bereits im 1. Kap. des II. Abschn. erwähnt worden, daß das unter der Regierung Friedrich Wilhelms II. publizierte allg. Landrecht für die Preuß. Staaten das, wenn auch mehrfach modifizierte, doch im ganzen noch heute gültige Grundgesetz für das Erziehungs- und Unterrichtswesen enthält. Dasselbe handelt im 12. Tit. des II. Theils „von niedern und höhern Schulen“ und stellt daselbst folgende allgemeine Grundsätze<sup>1)</sup> auf:

§. 1. (Begriff). Schulen und Universitäten sind Veranstellungen des Staats, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Pflicht haben.

§. 2. Vergl. Anstalten sollen nur mit Vorwissen und Genehmigung des Staats errichtet werden.

§. 9. (Von öffentlichen Schulen). Alle öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht des Staats, und müssen sich den Prüfungen und Visitationen desselben zu allen Zeiten unterwerfen.

§. 10. Niemanden soll wegen Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses der Zutritt in öffentliche Schulen versagt werden.

§. 11. Kinder, die in einer andern Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staats erzogen werden sollen, können dem Religionsunterrichte in derselben beizumohnen nicht angehalten werden.

Hiermit war die Schule als Staatsanstalt proklamirt und von kon-

1) Die übrigen Abschnitte dieses Titels: Von den Privaterziehungsanstalten und von der häuslichen Erziehung §§. 3.—8., Von gemeinen Schulen §§. 12—14., Von gelehrten Schulen und Gymnasien §§. 54.—66., Von Universitäten §§. 67.—129. vergl. in den betr. Abtheilungen des besondern Theils. Uebendaf. §§. „Volkschule“ finden sich auch die Vorschriften über die Pflicht der Eltern, den Unterricht ihrer Kinder zu sorgen. §§. 74., 75. A. E. R. II. 2., und A. 43. ff. h. l.

fessioneller Erksuffivität entledigt. Da jedoch zugleich die Aufsicht über die niedern Schulen in die Hände der örtlichen Gerichtsobrigkeit und der Geistlichen gelegt (§§. 12., 25., 49.), und nur in Ansehung der Lehrer an höhern Schulen und Universitäten ausdrücklich bestimmt war, daß sie als Beamte des Staats angesehen werden sollten (§§. 65., 73.), so blieb über die Stellung der Volksschule und ihrer Lehrer eine Unklarheit zurück, welche um so drückender wurde, je mehr sich in späterer Zeit eine streng kirchliche Richtung geltend machte. Dies, so wie der Fortschritt des Schulwesens überhaupt, welches über den landrechtlichen Rahmen hinauswuchs, erregte das Verlangen nach einem neuen Unterrichtsgesetz, welches im §. 7. der Konsistorialinstr. v. 23. Okt. 1817 und §. 18. der Regierungsinstr. de eod.<sup>1)</sup> verheißen, und auch schon um 1818 im Ministerium ausgearbeitet wurde, aber nicht zur Publikation gelangte.<sup>2)</sup> Das Bedürfnis eines solchen zeigte sich indessen in der lauten Frage: ob die Schule der Kirche, der Gemeinde oder dem Staate gehöre, und sprach sich in verschiedenen Streitigkeiten aus, wie z. B. in dem Anspruch des Bischofs von Münster auf Ernennung der Schullehrer, der nach langen Verhandlungen 1846 dadurch ausgeglichen wurde, daß der Bischof ein Recht zur Genehmigung der von der Regierung beabsichtigten Ernennungen erhielt; in dem gleichen Anspruch, welchen der Erzbischof von Köln insbesondere hinsichtlich der Religionslehrer an Gymnasien und Realschulen erhob; in der Weigerung des Breslauer Magistrats, eine Pflicht zur Unterstützung katholischer Schulen anzuerkennen, so lange dieselben nicht förmlich Kommunalschulen geworden; in dem Ausschlusse der Söhne von Mitgliedern der freien Gemeinde zu Nordhausen vom Besuche des dortigen Gymnasiums, in so fern sie nicht am Religionsunterrichte Theil nähmen; in der Weigerung der städtischen Schulinspektion zu Magdeburg, den vom Konsistorium verlangten Bericht über den religiösen Standpunkt der Lehrer zu erstatten u. a. m.<sup>3)</sup> Dazu kam, daß der dem Unterrichtswesen vorgesetzte Minister Eichhorn, welcher im Jahre 1840 dem verstorbenen Minister v. Altenstein in diesem Amte gefolgt war, eine, von seinem Vorgänger erheblich abweichende Auffassung der Lehrfreiheit kundgab. Es häuften sich auf der einen Seite Verweise, Untersuchungen, Remonstrationsdekrete gegen einzelne Lehrer,<sup>4)</sup> während auf der andern sich ernste Befürchtungen zeigten, wie z. B. auf dem Preussischen Provinziallandtage von 1843, wo der Ausschuss des Landtags, der über eine Petition um Herbeiführung der Gewissens- und Lehrfreiheit berichten sollte, geradezu eine Denkschrift an den König vorschlug, um darin „die Befürchtungen des Landes vorzutragen, und Allerhöchsten Orts geeignete Mittel zur Beruhigung der Gemüther und zur Bewahrung der Lehr- und Gewissensfreiheit zu erbitten,“ ein Antrag, dem der Landtag allerdings nicht vollständig entsprach, den er aber doch durch die Erklärung zu Protokoll ersetzte:

daß zwar eine Anzahl evangelischer Geistlichen von hierarchischen Bestrebungen nicht

1) Vergl. u. im 2. Kap. des fünften Abschn.

2) Im Schulblatt für die Prov. Brandenburg mitgetheilt vom Prov. Schulrath Otto Schulz in Berlin.

3) Vergl. Naack, pädagog. Jahresber. II. (1847) S. 337, 335, III. (1848) S. 331, 332.

4) Es genügt an Br. Bauer in Bonn, Walebrode in Königsberg, Rauten in Berlin, Prutz, Schwarz, Prof. Hinrichs in Halle, an Witt, Rupp, Deitrich, Eautter und Wechsler in Königsberg, an Diesterweg in Berlin, an Mander in Hirschberg zu erinnern. Vergl. Naack, pädagog. Jahresber. III. (1848) S. 328 ff. — Gegenwart (bei Brockhaus) Bd. 2. „Preußen vor dem Februarpatent v. 1847“ S. 30 ff.



freizusprechen seien, daß die Begünstigung der orthodox-pietistischen Richtung der Regierung sich nicht verkennen lasse, daß deshalb Befürchtungen wegen künftiger Beschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit vielfach verbreitet wären, daß es jedoch nicht an der Zeit sei, diese mittelst Denkschrift zur Allerh. Kenntniß zu bringen, da man von der Weisheit des Königs erwarten dürfe, Allerhöchstens werde die freie Presse seinem Volke nicht vorenthalten, am allerwenigsten aber dieselbe auf dem Gebiete der freien wissenschaftlichen Forschung in irgend einer Weise beschränken wollen, wodurch dann jede Beschränkung vor Geistes- und Gewissenszwang von selbst in sich zerfalle.<sup>1)</sup>

Endlich war der Lehrerstand zum großen Theile auch pekuniär auf das Dürftigste gestellt, und so kann es nicht befremden, daß sich in ihm Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und Wunsch nach Verbesserung zu bedeutender Höhe anschwellten. Der vereinigte Landtag, welcher am 11. April 1847 in Berlin zusammentrat, hatte keine Gelegenheit, sich mit dem Unterrichtswesen im Ganzen zu beschäftigen.<sup>2)</sup> Wie im übrigen Deutschland, wurden daher auch in Preußen die lange zurückgedrängten Forderungen für die Schule erst in dem J. 1848 laut, und vereinigten sich in Hoffnung auf die verheißene Staatsverfassung.

## II. Die Staatsverfassung.

### A. Die ersten Entwürfe aus dem Jahre 1848.

Der von dem Ministerium Camphausen ausgearbeitete Verfassungsentwurf v. 20. Mai 1848, welcher der am 22. dess. M. in Berlin zusammengetretenen Nationalversammlung vorgelegt wurde, enthielt über das Unterrichtswesen lediglich die eine Bestimmung:

§. 12. Die Freiheit des Unterrichts ist nur den in den Gesetzen bestimmten Beschränkungen unterworfen.

Deshalb wurde die Schulangelegenheit in der Versammlung selbst<sup>3)</sup> durch den Antrag angeregt: die Schulen als Staatsanstalten zu organisiren und den Unterricht darin unentgeltlich erteilen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit sprach sich der damalige Minister der geistl. Ang., Graf Schwerin, gegen die Auflösung der Schulen von den Gemeinden aus, hob hervor, daß nur im Zusammenhang mit der Gemeindeordnung das Elementarschulwesen geregelt werden, und so lange jene nicht feststehe, nur Einzelnes geschehen könne, versprach aber Unterstützungen, wo die Noth der Lehrer dringend sei, und theilte mit, daß um die Wünsche der Lehrer zu erforschen, Seiten des Min. Kreiskonferenzen derselben unter Leitung der Schulinspektoren, und Provinzialkonferenzen der in jenen gewählten Deputirten unter den Seminardirektoren, Schulrathen und Kommissarien des Ministeriums angeordnet wären. In Bezug auf diese Konferenzen wurde noch, obschon fruchtlos, in der 23. Sitzung (30. Juni) der Antrag eingebracht, sie ohne Beziehung der bisherigen Vorgesetzten statt finden zu lassen.<sup>4)</sup> Inzwischen

1) Vergl. den vorstehend angeführten Aufsatz in der „Gegenwart“ Bd. 2. S. 45, 46.

2) Nur bei der am 23. Juli begonnenen Verathung über das Judengesetz haben die Abg. Sperling und v. Vinde gegen den angestrebten konfessionellen Charakter der Schulen. Die Ausschließung der Juden von allen Lehrämtern an öffentlichen Schulen wurde jedoch vom Ver. Landt. mit 236 gegen 180 Stimmen angenommen. Vergl. Allg. Preuß. Ztg. Nr. 170—172.

3) In der 9. Sitzung v. 3. Juni 1848.

4) Die Prov. Konferenzen wurden übrigens trotz der Ablehnung dieses Antrags auf Verordn. des damaligen Ministerverwesers v. Ladenberg von der Beziehung der Seminar-Direktoren und Schulräthe entbunden.

hatte eine eigene Kommission der Versammlung statt des Camphausenschen einen neuen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, welcher am 11. Juli veröffentlicht wurde, und über das Unterrichtswesen folgendes bestimmte:

Art. 22. Unterricht zu erteilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht Jedem frei. Vorbeugende, beengende Maßregeln sind untersagt. Die Eltern oder Vormünder sind verpflichtet, ihre Kinder oder Pflegebefohlenen in den Elementargegenständen unterrichten zu lassen. Die Befugniß der Eltern oder Vormünder, darüber zu bestimmen, wo ihre Kinder unterrichtet oder erzogen werden sollen, darf auf keine Weise beschränkt werden.

Art. 23. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden, ausnahmsweise von den Gemeindeverbänden und vom Staate aufgebracht. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Art. 24. Die öffentlichen Volksschulen, sowie alle übrigen öffentlichen Unterrichtsanstalten stehen unter Aufsicht eigener Behörden und sind von jeder kirchlichen Aufsicht frei.

Art. 25. Ein Unterrichtsgesetz regelt das ganze öffentliche Unterrichtswesen auf Grund vorstehender Bestimmungen.

#### Motive.

Zu Art 22. „Statt des §. 13. des Regierungs-Entwurfes, welcher zu keinem praktischen Resultate führt, da er die Freiheit des Unterrichts den in den Gesetzen bestimmten Beschränkungen unterwirft, haben wir unbedingt die Unterrichtsfreiheit ausgesprochen, und die Fassung im Entwurfe der Grundrechte des deutschen Volkes adoptirt. Eine Berechtigung des Staates, die Qualifikation der Privatlehrer von seiner Prüfung und Genehmigung abhängig zu machen, wurde von der Majorität nicht anerkannt, und in dem Dasein der öffentlichen Schulen, sowie in dem eigenen Interesse derj., welche Kinder dem Privatunterricht anvertrauen, ein hinreichender Schutz für die bürgerliche Gesellschaft gefunden. Die Pflicht derj., denen die Erziehung der Kinder obliegt, diesen wenigstens den Elementarunterricht erteilen zu lassen, ist ausgesprochen, dabei jedoch jede unnöthige Beschränkung beseitigt worden.“

Zu Art. 23., 24. und 25. „Diese Artikel geben die leitenden Grundsätze für das öffentliche Volksschulwesen an. Der vieldeutige, und daher im praktischen Erfolge unfruchtbare Satz: „Die Schule ist Sache des Staates,“ oder umgekehrt: „Die Schule ist Sache der Gemeinde,“ wurde abichtlich vermieden. Die Pflicht des Staates, ausbühlsweise für die Unterhaltung der Volksschule zu sorgen, wenn Gemeindeverbände und Gemeinden dazu nicht im Stande sind, ist anerkannt. Dagegen fand die Meinung, welche die Unterhaltung der Volksschule geradezu dem Staate auflegen wollte, keine Mehrheit. Man fürchtete, abgesehen von der Zweckmäßigkeit des Prinzips an und für sich, durch die sofortige Einführung desselben eine zu große Ummwälzung des Volksschulwesens herbeizuführen, und Fonds demselben zu entziehen, zu deren vollständigen Ersatz der Staat nicht füglich in der Lage sein möchte. Die Aufsicht über die Volksschule und das ganze Unterrichtswesen soll eigenen Behörden anvertraut werden. Bei der Besetzung dieser Behörden wird auf die Befähigung zur Aufsicht Rücksicht zu nehmen sein. Diese findet sich bei den Predigern und sonstigen Dienern der Religionsgesellschaften nicht immer; sie haben auch als solche keinen Beruf zur Beaufsichtigung der Volksschule, die ihnen deshalb ausdrücklich entzogen worden ist. Damit kann sehr wohl bestehen, daß den Schulkindern im Unterrichtsplan hinreichende Zeit gelassen wird, um den Religionsunterricht von dem Geistlichen der Religionsgesellschaft zu erhalten, welcher sie angehören. Der besondern Erwähnung, „daß die öffentlichen Volksschulen nicht konfessionell seien,“ bedurfte es unter diesen Umständen nicht. Die Minorität war der Ansicht, daß der Kirche die Aufsicht über die Volksschulen nicht entzogen werden dürfe, weil die Aufgabe der Volksschule nicht blos den Unterricht, sondern auch die Erziehung umfasse, und letztere das religiöse Element nicht entbehren könne, was seine Hauptvertretung in der Kirche finde.“

Diesem Entwurfe gegenüber stellten 21, meist dem Lehrerstande angehörige Abgeordnete unter Zuziehung der Direktoren Dr. Diesterweg und Dr. Rapp einen neuen Entwurf auf, welcher am 21. Juli mit der Einladung

an alle Lehrervereine und Schulfreunde, ihn zu prüfen, bekannt gemacht wurde. Derselbe lautete:

§. 1. Die Schule ist Staatsanstalt; sie ist von der Kirche unabhängig.

§. 2. Der Staat gewährleistet dem Kinde jedes Preußen den zur allgemeinen Menschen-, Bürger- und Nationalbildung erforderlichen Unterricht.

§. 3. Dieser Unterricht wird auf den verschiedenen Stufen der Volksschule unentgeltlich erteilt. Auch in allen höheren Bildungsanstalten empfangen Unbemittelte unter den im Gesetze näher zu bestimmenden Bedingungen freien Unterricht.

§. 4. Der Unterricht ist allen Confessionen gemeinschaftlich. Der allgemeine Religionsunterricht verbleibt der Schule, der konfessionelle ist von derselben ausgeschlossen.

§. 5. Jeder kann Unterricht erteilen und Bildungsanstalten errichten, der die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, an welche diese Berechtigung geknüpft ist.

§. 6. Der Staat überwacht alle Erziehungs- und Unterrichtsanstalten ohne Ausnahme.<sup>1)</sup>

§. 7. Das Unterrichtsgesetz regelt die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen.

Hierdurch wurde zwar die Presse zu lebhafter Erörterung der Schulfrage angeregt,<sup>2)</sup> die Centralabtheilung der Nationalversammlung aber ging nicht auf die von den Einundzwanzig aufgestellten Grundsätze ein, sondern schickte in dem von ihr umgearbeiteten Verfassungsentwurfe folgende Bestimmungen vor:

Art. 22. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der preussischen Jugend wird durch genügende öffentliche Unterrichtsanstalten das Recht auf allg. Menschen- und Bürgerbildung gewährleistet. Unterricht zu erteilen und Unterrichtsanstalten zu gründen steht Jedem frei. Eltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allg. Volksbildung erforderlichen Unterricht zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichtsgesetz aufstellen wird.

Art. 23. Die öffentlichen Volksschulen, sowie alle übrigen öffentlichen Unterrichtsanstalten stehen unter Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. Die Leitung der äußerlichen Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer steht der Gemeinde zu. Den religiösen Unterricht besorgen und überwachen die betr. Religionsgesellschaften.

Art. 24. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen werden von den Gemeinden, und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens, vom Staate aufgebracht. Die auf besondern Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Art. 25. Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen. Der Staat gewährt den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt.

M o t i v e.

Der von der Staatsreg. vorgelegte Verfassungsentwurf enthielt über den

1) Ursprünglich folgten hier zwei Paragraphen, welche später weggelassen wurden, da sie als speziell administrative Bestimmungen nicht in die Verfassungswunde, sondern in das Unterrichtsgesetz zu gehören schienen. Dieselben lauteten folgendermaßen:

(§. 7.) Die Bildung der Volksschullehrer von Seiten des Staates findet ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß in denselben Anstalten statt.

(§. 8.) Ihre Anstellung erfolgt unter Mitwirkung der bürgerlichen Gemeinden, welche auch an der Verwaltung der Volksschulen Theil nehmen.

2) Vergl. die Reform-Literatur in Rade, pädagog. Jahresber. IV. (1849) S. 261 ff., S. 159 ff. Erläuterungen zu dem Entwurfe der Einundzwanzigsten Diätarweg im 3. Hefte des 38., und Gmn.-Dir. Deinhardt im 1. Hefte des 39. Bds. der Rhein. Blätter.

Unterricht nur einen einzigen und dabei noch inhaltslosen Paragraphen, also lautend: §. 13. „Die Freiheit des Unterrichts ist nur den in den Gesetzen bestimmten Beschränkungen unterworfen.“ Diese Bestimmung konnte natürlich der Verfassungskommission nicht genügen, und dieselbe hat daher über den Unterricht drei ganz neue Paragraphen geschaffen. War früher der Mangel aller Vorschriften anstößig, so riefen aber auch die neuen Vorschläge der Verfassungskommission viele mißbilligende Stimmen hervor, und die Vorschläge über den Charakter der Volksschulen, sowie über deren Verhältniß zur Kirche, fanden in vielen Theilen des Landes entschiedenen Widerspruch. Die Centralabtheilung glaubte bei dem Zwiespalt der Meinungen, hinfichts des in der Volksschule zu ertheilenden Religionsunterrichts einen Mittelweg einschlagen zu müssen, um so viel als thunlich die Gegensätze einander zu nähern. Sie wollte so wenig aussprechen, daß die öffentlichen Volksschulen einen confessionellen Charakter erhalten sollten, als daß darin der Religionsunterricht ausgeschlossen sei, vielmehr wollte sie die besagte Beschlusnahme den Gemeinden überlassen, und ihn im Falle der Zulassung unter die Aufsicht der betr. Religionsgesellschaften stellen. Dadurch, daß den Gemeinden das Wahlrecht der Lehrer zugesandt wird, werden in den meisten Fällen alle Schwierigkeiten beseitigt werden, indem allerwärts, wo die Civilgemeinde mit der Kirchengemeinde eins ist, oder wo sich aus einer Civilgemeinde verschiedene Schulgemeinden von gleicher Confession bilden lassen, voraussichtlich ein der Confession angehöriger Lehrer gewählt werden wird, der demnächst auch den Religionsunterricht unter Mitwirkung des Geistlichen ertheilen kann. Wollen sich indessen die Gemeindebehörden zu einer solchen confessionellen Organisation der Schule nicht verstehen, so muß vorausgesetzt werden, daß die Mehrzahl der Einwohner dagegen ist, und dann bleibt den einzelnen dissentirenden Vätern nichts übrig, als ihren Kindern in der Religion einen Privatunterricht ertheilen zu lassen. Möchten bei der Einführung eines confessionellen Unterrichts einzelne Väter ihre Kinder daran nicht Antheil nehmen lassen, so ist ihnen dieß unverwehrt.“

## B. Die Verfassung v. 5. Dec. 1848.

Der bisher befolgte Weg, durch Vereinbarung zu einer Staatsverfassung zu gelangen, wurde indessen aufgegeben. Am 9. Nov. 1848 erfolgte die Vertagung, am 5. Dec. 1848 die Auflösung der Nationalversammlung, und an demselben Tage die Publikation einer oktroyirten Staatsverfassung, welche über das Unterrichtswesen die nachstehenden Anordnungen enthält:

Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Art. 18. Der Preussischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet.

Ältern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichtsgesetz aufstellen wird.

Art. 19. Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betr. Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Art. 20. Die öffentlichen Volksschulen so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden.

Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener.

Art. 21. Die Leitung der äußern Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betr. Staatsbehörden gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betr. Religionsgesellschaften.

Art. 22. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besondern Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt.

Art. 23. Ein besondres Gesetz regelt das gesammte Unterrichtswesen.

Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt.

(V. S. 1848 S. 377).

Zu diesen Verfassungsartikeln erschien im Anfange des Jahres 1849 von Seiten des Min. d. G. u. M. A. v. Ladenberg, unter dem Titel „Erläuterungen“ eine besondere Denkschrift, welche die Motive zu denselben andernandersetzt, und zur Kenntniß der in dem Ministerium herrschenden Auffassung der angeregten Schulfragen von Wichtigkeit ist. In diesen „Erläuterungen“ heißt es im Wesentlichen, wie folgt:

„Damit, daß in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der deutschen Nationalversammlung, wie der Centralabtheilung der preussischen Versammlung, an die Spitze der Bestimmungen der preussischen Verfassungsurkunde über das Unterrichts-  
wesen der Satz gestellt ist, „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei,“ ist in richtiger Erkenntniß dessen, was Wissenschaft und Intelligenz bisher dem preussischen Staate gewesen, und mehr als je für die Zukunft bleiben muß, und zugleich in Verknüpfung der Anforderungen, welche die Selbstständigkeit und innere Wahrheit der Wissenschaft an die Gewährungen des neuen Staatslebens zu machen befugt ist, dem Interesse des Staates und der Wissenschaft gleichmäßig Rechnung getragen worden.

Die Wissenschaft und ihre Ausübung sollen fernerhin keine andern Schranken kennen, als ihre eigene Wahrheit, und insofern sie dieselbe verkennt und übertreten, die Heiligkeit des Strafgesetzes.

Denn unter dem Vorwande der Wissenschaft wird gegen die höchsten Interessen und Rechte der Menschheit und des Staates eben so wenig geschützt werden dürfen, als durch die freigegebene Rede und Presse.

Einer weiteren Garantie, als des Satzes: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei,“ bedarf in der Verfassungsurkunde das preussische Volk für eines seiner höchsten Güter nicht, und wenden sich deshalb die weiteren Bestimmungen unter Hinweisung auf ein besonderes Unterrichtsgesetz (Art. 23.) fast ausschließlich dem Volkschulwesen zu.

In Anerkennung, daß die Volksschule zunächst nur eine Fortsetzung oder Ergänzung der Familienthätigkeit für die Erziehung und Bildung des heranwachsenden Knabentheils, in so fern zur Pflege und Ausbildung aller in der Familie berechtigten Elemente verpflichtet und daher nicht als ausschließliches und einseitiges Eigenthum des Staates, oder der Gemeinde, oder der Kirche anzusehen sei, ist eine deshalb nicht zutreffende und ausreichende Definition der Volksschule als Staats- oder Gemeindegewalt oder kirchlicher Anstalt vermieden worden.

Da aber die Familie im Allg. zur Erfüllung dessen, was zum Bestehen des Staates an Bildung und Sitte erforderlich ist, nicht ausreicht, so war die Volksschule als eine, für jedes geordnete Staatsleben unentbehrliche und dem Gesamtwohl des Staates dienende Anstalt anzusehen. In die Verfassungsurkunde gelangten diejenigen sie betreffenden Bestimmungen, welche die Rechte und Pflichten des Staates, sowie seiner Angehörigen in dieser Beziehung feststellen.

Als oberster Grundsatz mußte hierbei das Recht des Staates angesehen werden, von jedem seiner Glieder diejenige geistige und sittliche Bildung zu fordern, durch welche dessen, ihm zustehende, Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte bedingt wird.

Demgemäß hatte die Verfassungsurkunde nach drei Richtungen festzusetzen:

1. die Verpflichtung des Staates, dafür Sorge zu tragen, daß die nöthigen öffentlichen Vorrichtungen getroffen werden, vermöge welcher jeder seiner Angehörigen jene Bildung erlangen kann (Art. 18. pos. 1. Art. 22.).

2. die Verpflichtung der Staatsangehörigen, die öffentlichen Unterrichtsanstalten zu benutzen, oder sich anderweit die Bildung zu verschaffen, die der Staat zu seinem Bestehen von ihnen zu fordern berechtigt ist (Art. 18. pos. 2. 19.).

3. das Recht, den Unterricht zu organisiren und zu beaufsichtigen (Artikel 21.).



selbstständige Aufsicht der Kirche über die Schule nicht stattgefunden habe, und daraus gefolgert, daß es überflüssig sei, neben der ausdrücklichen Bestimmung, daß der Staat die Aufsicht über die Schulen durch eigene von ihm ernannte Behörden ausübe, auch noch etwas zu negiren, was weder bestanden habe, noch auch nach dem positiven Theile des Art. 20. der Verfassungsurkunde eingeführt werden könne. In der Absicht der Verfassungs-Kommission scheine es indeß gelegen zu haben, der öffentlichen Volksschule den Religionsunterricht ganz zu entziehen, und dessen Ertheilung außerhalb der Schule den Geistlichen der betr. Religionsgesellschaften zuzuwenden.<sup>1)</sup> In Bezug hierauf heißt es weiter:

„Bei diesem Plane scheint zunächst sowohl der Umfang des Religionsunterrichts, welchen ders., um den Anforderungen der Religionsgemeinschaften und des Unterrichtszweckes zu entsprechen, haben muß, als auch der Umstand nicht gehörig in Betracht gezogen zu sein, daß es im Staate kirchliche Gemeinden mit einer großen Anzahl von Schulen giebt, die meilenweit von dem Wohnorte des Geistlichen entfernt sind, wodurch es unmöglich gemacht wird, daß ders., auch wenn es seine andern Berufsgeschäfte gestatteten, allen Kindern wöchentlich auch nur eine Stunde Religionsunterricht ertheilen kann. Sodann würde die Aussonderung des Religionsunterrichts aus der öffentlichen Volksschule für die Gestaltung des öffentlichen Volksschulwesens in äußerer und innerer Beziehung die wichtigsten und noch nicht übersehbaren Folgen nach sich ziehen.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Gründung eines großen Theils der Volksschulen von der Kirche ausgegangen ist. In Folge hiervon steht die Volksschule äußerlich in enger Verbindung mit der Kirche und den kirchlichen Mitteln. Ein großer Theil des Lehrergehaltes fließt aus Kirchenlöhnen, kirchlichen Stiftungen und Sammlungen. Viele Lehrer sind zugleich kirchliche Beamte und beziehen in dieser Eigenschaft den überwiegenden Theil ihres Einkommens aus kirchlichen Mitteln. Die Lehrerwohnungen und Schulklokalien befinden sich vielfach in Gebäuden, welche der Kirche angehören, wenigstens theilweise von der Kirche mitgebaut und unterhalten werden. — Die jetzige Volksschule, ihr Unterrichts- und Erziehungsplan ruht aber auch innerlich auf religiöser Grundlage. Sie soll den Kindern nicht bloß eine Summe von Kenntnissen und technischen Fertigkeiten beibringen, sondern Geist, Herz und Charakter gleichmäßig in ihnen ausbilden. Dieses System des Volksunterrichts steht im großen Ganzen fest eingefügt in die Sitte, Gewohnheit und Anschauung des Deutschen Volkes. Das in den Motiven des Entwurfs angedeutete neue System, wonach der Religionsunterricht aus der Volksschule ausgeschlossen werden soll, würde entschieden nicht nur mit dem kirchlichen, sondern auch mit dem religiösen, in dem Leben des Volkes und der Schule wurzelnden Princip brechen. Der überwiegende Theil des Volkes würde, wie dieses die nach dem Bekanntwerden des Kommissionsentwurfes hervorgetretene Aufregung wohl schwerlich verkennen läßt, in der so gestalteten Volksschule einen wesentlichen Theil seines Bildungsbedürfnisses nicht befriedigt, und nach der Bedeutung, welche er diesem Theile beilegt, diese Volksschule überhaupt als seinem Bedürfnis nicht genügend ansehen. Die nächste Folge hiervon würde sein, daß der auch innerlich außer allem Zusammenhange mit der Kirche und den Religionsgemeinschaften gesetzte, gegen die Religion indifferenten Schule alle aus kirchlichen Fonds fließenden Mittel entzogen würden.

Dieser Ausfall würde unbedingt das gedeihliche Fortbestehen der öffentlichen Volksschulen gefährden. Sodann aber würde sich auf dem Gebiete des Schulwesens der Kampf entwickeln, daß das religiöse und kirchliche Prinzip alle Kraft daran setze, eigene Religionschulen als Konkurrenzschulen gegen die religiös-indifferenten Gemeindeschulen zu errichten. Würden die letzteren als Regel angesehen, so würde folgerichtiger Weise die unbedingte Unterrichtsfreiheit nicht versagt werden können. Es mußte sich die Befürchtung aufdrängen, daß diese Religionschule, deren Energie des religiösen Bewußtseins die vom Religionsunterricht entledigte Gemeindeschule auf das Wissen und Können von Elementargegenständen

1) S. oben S. 225—226.

beschränkt, keine gleiche, innere Macht entgegenzusetzen gehabt hätte, in dem in Familien und Gemeinden ausbrechenden erbitterten Kampf den Sieg davontragen, und daß ein kirchliches Schulwesen unabhängig vom Staat sich bilden, und den Unterricht des Volkes zum überwiegenden Theil in seine Gewalt bekommen würde.

Schon diese Gefahren, welche ein einheitliches Gedeihen des öffentlichen Volksschulwesens zu verhindern, und einen großen Theil der Volkserziehung dem Einfluß des Staates zu entreißen drohen, würden, wenn auch keine inneren Gründe der Wahrheit und Nothwendigkeit dagegen sprächen, den von der Kommission in den Motiven angedeuteten Plan, den Religionsunterricht ganz der Volksschule zu entziehen, als unzweckmäßig und bedenklich erscheinen lassen.

Es muß aber auch von der Regierung dem pädagogischen und, wie dieselbe Ursache hat zu glauben, in der Ueberzeugung des Volkes lebenden Grundsatz beizutreten werden, daß die Volksschule nicht einem abgesonderten Gebiet des öffentlichen und geistigen Lebens, also etwa dem Staate oder der Kirche angehört, sondern daß sie eine Vertreterin und Ergänzung der Familie ist, daher auch allen den geistigen und sittlichen Richtungen vollständig Rechnung tragen muß, welche in den Familien und in der größeren Gesammtheit derselben, in der Gemeinde, als berechtigt sich geltend machen und anerkennen sind. Hierin ist aber auch das religiöse Leben zu rechnen, und muß dasselbe weiter als die allein berechnete und genügende Grundlage der erziehenden Wirksamkeit der Volksschule angesehen und festgehalten werden. So lange die bürgerlichen Gemeinden und der Staat aus Angehörigen bestehen, die auf religiöses Leben und zwar in konfessioneller Besonderheit Werth legen und dasselbe ausüben; so lange ferner der Grundsatz, daß der Genuß der staatsbürgerlichen Rechte nicht mehr von dem religiösen Bekenntniß abhängig sein soll, nicht etwa den Sinn erhält, daß Nichts, was zu dem Staat oder der Gemeinde in Beziehung tritt, eine Besonderheit des religiösen Bekenntnisses an sich tragen dürfe, sondern nur bedeuten kann, daß ungeachtet dieser Besonderheit der Genuß jener Rechte nicht verkümmert werden soll: so lange mußte es als Aufgabe der Gesetzgebung angesehen werden, in der Verfassungsurkunde dasjenige nicht zu ignoriren und von dem Genuß von Rechten nicht auszuschließen, was dadurch doch nicht vernichtet wird.

Aus allen diesen Gründen wird es für das Bestehen der öffentlichen Volksschulen nothwendig, für ihre gedeihliche, das gesammte Volk umfassende Wirksamkeit merkllich und der Sitte und dem Wunsche des Volkes in seiner großen Mehrzahl entsprechend sein, wenn der Religionsunterricht der Volksschule verbleibt. Ist dieses aber nicht der Fall, so kann schon an und für sich der religiös-indifferente Staat die Aufsicht über den Religionsunterricht, der ohnehin nur die Vorbereitung für den Abschluß der religiösen Bildung enthält, welche die religiöse Gemeinschaft Behufs Aufnahme ihrer Glieder durch ihre Organe vollendet, nicht übernehmen. Während daher der Staat nach wie vor in Bezug auf den Religionsunterricht der Volksschule seine Aufgabe darein zu setzen haben wird, daß er den Friedenszustand, der unter den verschiedenen Religionspartheien im Staate herrscht, auch in der Volksschule schützt, der Beeinträchtigung des Religionsfriedens in den gemischten Schulen wehrt und die Gewissensfreiheit in allen Schulen schützt: ist die nächste Aufsicht über den Religionsunterricht von den dazu berechtigten Organen der religiösen Gesellschaften zu führen. Hiernach konnte aber durch die Verfassungsurkunde eben so wenig im Voraus für die später zu treffenden Bestimmungen des Unterrichtsgesetzes wegen des Religionsunterrichts jede kirchliche Aufsicht über die öffentliche Volksschule ausgeschlossen werden, als durch die den religiösen Gemeinschaften zugestandene Aufsicht über den Religionsunterricht das Recht des Staates in der Oberaufsicht über die Schule irgendwie beschränkt oder irritirt werden kann."

Schon vorher war, neben einigen andern, das Verhalten der Lehrer betr. und unten im besondern Theile zu vergleichenden Erlassen, das (nachstehende) U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 14. Dec. 1848 an sammtl. Prov.-Schulkoll. und Reg. die zu erwartende gesetzliche Regulirung des Unterrichtswesens betr., ergangen:

In den Artikeln 18. ff. des Verfassungsgesetzes v. 5. d. M. sind eine Reihe

leitender Grundsätze für das Unterrichtswesen enthalten. Es versteht sich von selbst, daß dies. lediglich durch das im Art. 23. in Aussicht gestellte umfassende Gesetz, welches den im Febr. l. J. zusammentretenden Kammern vorgelegt werden wird, im Zusammenhange verwirklicht werden können. Um jedoch etwaigen Zweifeln und Mißdeutungen im Voraus entgegen zu treten, nehme ich Veranlassung, dem R. Prov.-Schulkoll. noch besonders zu eröffnen, daß bis zu der zu erwartenden gesetzl. Regulirung des Unterrichtswesens die dormalen bestehenden Einrichtungen unverändert in Kraft bleiben.

(Min. Bl. d. i. B. 1848, S. 376.)

Die in dieser Verfügung verheißene Vorlage des Unterrichtsgesetzes erfolgte aber, nachdem am 26. Febr. 1849 die neuen Kammern zusammentreten waren, nicht, und als am 10. März ein besonderer Antrag darauf gestellt wurde, erklärte der Min. v. Ladenberg:

Die Lasten für die Unterrichtskosten werden künftig von den Gemeinden getragen werden. Vor Allem müssen diese Lasten, die Fähigkeit der Gemeinde sie aufzubringen, gegenüber diesen die Bedürfnisse des Lehrers, dann die Höhe der Mittel, die von Seiten des Staats werden zugeschoffen werden, endlich der hieraus auf den Staatsetat zu übertragende Gesamtantheil ermittelt und grundsätzlich geordnet werden. Das Unterrichtsgesetz muß erst diese Grundsätze, namentlich was ein auskömmliches Gehalt sei, feststellen. Der Charakter, die Beschaffenheit der Schulen ist ferner ein verschiedenartiger, je nachdem es sich um Elementar- oder höhere Anstalten, um Gymnasien, Seminarien, Universitäten handelt. Bis diese Normen beraten und erwogen sind, ist ein Verzug leider unvermeidlich. Dieser Verzug ist schmerzlich für darbenende Lehrer, deren Lage von der Regierung sehr tief, deren Thränen zu trocknen als heilige Pflicht empfunden wird.

Die zweite Kammer wurde bekanntlich schon am 27. April 1849 wieder aufgelöst; am 30. Mai 1849 wurde unter Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts das noch jetzt gültige Klassenwahlgesetz oktroyirt, und nachdem auf Grund desselben eine andre zweite Kammer gewählt war, begannen am 7. Aug. 1849 die Sitzungen beider Kammern von Neuem. Die Verhandlungen<sup>1)</sup> wandten sich hauptsächlich der vorbehaltenen Revision der Verfassung zu, und als Resultat derselben wurde

C. Die Verfassung v. 31. Jan. 1850 festgestellt. Diese, am 6. Febr. 1850 vom Könige feierlich beschworene Verfassung gestaltete die über das Unterrichtswesen in der Verfassung v. 5. Dec. 1848 enthaltenen Bestimmungen im Tit. II. „von den Rechten der Preußen“ in folgender Weise um:

Art. 20. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.<sup>2)</sup>

Art. 21. Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen<sup>3)</sup> genügend gesorgt werden.

Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.

Art. 22. Unterricht zu erteilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betr. Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Art. 23. Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht<sup>4)</sup> vom Staate ernannter Behörden.

1) Vergl. darüber den Rhein. Schulboten Nr. 22—25., die Rhein. Blätter Bd. 41. Heft 2., das Brandenb. Schulblatt Jahrg. 15. Heft 1.

2) Nach den Beschlüssen der I. Kammer sollte dieser Art. den Zusatz erhalten: Die Bestimmungen gegen den Mißbrauch dieser Freiheit enthält das Unterrichtsgesetz.

3) Ueberall genügend: I. Kammer.

4) Eigener vom Staate ernannter: I. Kammer.

Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener. <sup>1)</sup>

Art. 24. Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst <sup>2)</sup> zu berücksichtigen.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betr. Religionsgesellschaften. <sup>3)</sup>

Die Leitung der äußern Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu.

Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Befähigten, die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.

Art. 25. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen werden von den Gemeinden, und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besondern Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt. <sup>4)</sup>

Art. 26. Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen. —

Uebergangsbestimmungen.

Art. 112. Bis zum Erlass des im Art. 26. vorgesehenen Gesetzes bewendet sich hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Obgleich auch hier ausdrücklich auf ein Unterrichtsgesetz verwiesen wird, so ist ein solches dennoch nicht erlassen worden. Das Ministerium Ladenberg ließ zwar Lehrerberatungen halten <sup>5)</sup> und sammelte Materialien, ja es wurden schon in öffentlichen Blättern Mittheilungen über den Inhalt des Gesetzes gemacht, <sup>6)</sup> indeß blieb dies Alles ohne Frucht, da der Min.

1) Diesen Satz wollte die I. Kammer gestrichen wissen.

2) Statt „möglichst“ wollte die II. Kammer „grundsätzlich.“

3) Statt dieses Satzes schlug die II. Kammer vor: Die Organe der betr. Religionsgesellschaften nehmen mit Rücksicht darauf an der örtlichen Leitung der Volksschule Theil.

4) An die Stelle der beiden letzten Sätze hatte die I. Kammer gesetzt: Die Volksschullehrer erhalten ein den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen. — Den Kindern unbemittelter Eltern wird der Unterricht, welchen der Art. 22. (jetzt 21.) als gesetzlich nothwendig anordnet, unentgeltlich erteilt.

5) Vergl. Kruse, die Reorganisations-Entwürfe für das höhere Schulwesen. Kritische Zusammenstellung der Ministerial-Vorlagen und gutachtlichen Revision der Schulmännertkonferenz. Elberfeld, Bader. 1849, gr. 8. (5 Sgr.). Weitere Literatur s. in Naack, pädagog. Jahrbuch. V. (1851) S. 474 ff.

6) Z. B. im Rhein. Schulboten Nr. 36. wird der Inhalt des zu erwartenden Gesetzes folgendergestalt angegeben:

Zweck und Aufgabe der Volksschule ist, durch Unterricht, Übung und gemeinsame Ordnung die Grundlage zu legen für das Leben in Staat und Kirche, sowie die für das Berufsleben erforderliche Bildung zu verschaffen.

Zu dieser Bildung gehört die Unterweisung in der Religion und Sittenlehre; die Einführung in das Verständniß und die Übung des kirchlichen Lebens; die Befähigung zum richtigen mündlichen und schriftlichen Gebrauche der deutschen Sprache; Kenntniß des Vaterlandes und seiner Geschichte, sowie der Natur; Übung im Gebrauche der bürgerlichen Rechnungsarten und im Gesange.

Schulen, welche aus mehr als zwei Klassen bestehen und welche über das Ziel der Volksschule hinausgehen, ohne doch in die Reihe der höhern Schulen zu treten, werden Mittelschulen genannt.

Die Mittelschule hat das Pensum der Volksschule weiter auszudehnen und außerdem zu lehren: Geschichte, Natur und Erdkunde, Zeichnen, Raumlehre und Turnen. Auch kann der Unterricht in fremden Sprachen aufgenommen werden.

An der Volksschule wird kein Schulgeld bezahlt; an der Mittelschule kann Schulgeld erhoben werden.

leitender Grundsätze für das Unterrichtswesen enthalten. Es versteht sich von selbst, daß dies. lediglich durch das im Art. 23. in Aussicht gestellte umfassende Gesetz, welches den im Febr. l. J. zusammentretenden Kammern vorgelegt werden wird, im Zusammenhange verwirklicht werden können. Um jedoch etwaigen Zweifeln und Mißdeutungen im Voraus entgegen zu treten, nehme ich Veranlassung, dem R. Prov.-Schulkoll. noch besonders zu eröffnen, daß bis zu der zu erwartenden gesetzl. Regulirung des Unterrichtswesens die dormalen bestehenden Einrichtungen unverändert in Kraft bleiben.

(Min. Bl. d. i. V. 1848, S. 376.)

Die in dieser Verfügung verheißene Vorlage des Unterrichtsgesetzes erfolgte aber, nachdem am 26. Febr. 1849 die neuen Kammern zusammentreten waren, nicht, und als am 10. März ein besonderer Antrag darauf gestellt wurde, erklärte der Min. v. Ladenberg:

Die Lasten für die Unterrichtskosten werden künftig von den Gemeinden getragen werden. Vor Allem müssen diese Lasten, die Fähigkeit der Gemeinde sie aufzubringen, gegenüber diesen die Bedürfnisse des Lehrers, dann die Höhe der Mittel, die von Seiten des Staats werden zugeschoffen werden, endlich der hieraus auf den Staatsetat zu übertragende Gesamtantheil ermittelt und grundsätzlich geordnet werden. Das Unterrichtsgesetz muß erst diese Grundsätze, namentlich was ein auskömmliches Gehalt sei, feststellen. Der Charakter, die Beschaffenheit der Schulen ist ferner ein verschiedenartiger, je nachdem es sich um Elementar- oder höhere Anstalten, um Gymnasien, Seminarien, Universitäten handelt. Bis diese Normen berathen und erwogen sind, ist ein Verzug leider unvermeidlich. Dieser Verzug ist schmerzlich für darbennde Lehrer, deren Lage von der Regierung sehr tief, deren Thränen zu trocknen als heilige Pflicht empfunden wird.

Die zweite Kammer wurde bekanntlich schon am 27. April 1849 wieder aufgelöst; am 30. Mai 1849 wurde unter Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts das noch jetzt gültige Klassenwahlgesetz oktroyirt, und nachdem auf Grund desselben eine andre zweite Kammer gewählt war, begannen am 7. Aug. 1849 die Sitzungen beider Kammern von Neuem. Die Verhandlungen<sup>1)</sup> wandten sich hauptsächlich der vorbehaltenen Revision der Verfassung zu, und als Resultat derselben wurde

C. Die Verfassung v. 31. Jan. 1850 festgestellt. Diese, am 6. Febr. 1850 vom Könige feierlich beschworene Verfassung, gestaltete die über das Unterrichtswesen in der Verfassung v. 5. Dec. 1848 enthaltenen Bestimmungen im Lit. II. „von den Rechten der Preußen“ in folgender Weise um:

Art. 20. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.<sup>2)</sup>

Art. 21. Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen<sup>3)</sup> genügend gesorgt werden.

Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.

Art. 22. Unterricht zu erteilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betr. Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Art. 23. Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht<sup>4)</sup> vom Staate ernannter Behörden.

1) Vergl. darüber den Rhein. Schulboten Nr. 22—25., die Rhein. Blätter Bd. 41. Heft 2., das Brandenb. Schulblatt Jahrg. 15. Heft 1.

2) Nach den Beschlüssen der I. Kammer sollte dieser Art. den Zusatz erhalten: Die Bestimmungen gegen den Mißbrauch dieser Freiheit enthält das Unterrichtsgesetz.

3) Ueberall genügend: I. Kammer.

4) Eigener vom Staate ernannter: I. Kammer.



Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener. <sup>1)</sup>

Art. 24. Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst <sup>2)</sup> zu berücksichtigen.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betr. Religionsgesellschaften. <sup>3)</sup>

Die Leitung der äußern Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu.

Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Befähigten, die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.

Art. 25. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen werden von den Gemeinden, und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besondern Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt. <sup>4)</sup>

Art. 26. Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen. —

Übergangsbestimmungen.

Art. 112. Bis zum Erlaß des im Art. 26. vorgesehenen Gesetzes bewendet sich hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Obgleich auch hier ausdrücklich auf ein Unterrichtsgesetz verwiesen wird, so ist ein solches dennoch nicht erlassen worden. Das Ministerium Ladenberg ließ zwar Lehrerberatungen halten <sup>5)</sup> und sammelte Materialien, ja es wurden schon in öffentlichen Blättern Mittheilungen über den Inhalt des Gesetzes gemacht, <sup>6)</sup> indeß blieb dies Alles ohne Frucht, da der Min.

1) Diesen Satz wollte die I. Kammer gestrichen wissen.

2) Statt „möglichst“ wollte die II. Kammer „grundsätzlich.“

3) Statt dieses Satzes schlug die II. Kammer vor: Die Organe der betr. Religionsgesellschaften nehmen mit Rücksicht darauf an der örtlichen Leitung der Volksschule Theil.

4) An die Stelle der beiden letzten Sätze hatte die I. Kammer gesetzt: Die Volksschullehrer erhalten ein den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen. — Den Kindern unbemittelter Eltern wird der Unterricht, welchen der Art. 22. (jetzt 11.) als gesetzlich nothwendig anordnet, unentgeltlich erteilt.

5) Vergl. Kruse, die Reorganisations-Entwürfe für das höhere Schulwesen. Kritische Zusammenstellung der Ministerial-Vorlagen und gutachtlichen Revision der Schulmännerkonferenz. Elberfeld, Bader. 1849, gr. 8. (5 Sgr.). Weitere Literatur s. in Rade, pädagog. Jahresber. V. (1851) S. 474 ff.

6) Z. B. im Rhein. Schulboten Nr. 36. wird der Inhalt des zu erwartenden Gesetzes folgendergestalt angegeben:

Zweck und Aufgabe der Volksschule ist, durch Unterricht, Übung und gemeinsame Ordnung die Grundlage zu legen für das Leben in Staat und Kirche, sowie die für das Berufsleben erforderliche Bildung zu verschaffen.

Zu dieser Bildung gehört die Unterweisung in der Religion und Sittenlehre; die Einführung in das Verständniß und die Übung des kirchlichen Lebens; die Befähigung zum richtigen mündlichen und schriftlichen Gebrauche der deutschen Sprache; Kenntniß des Vaterlandes und seiner Geschichte, sowie der Natur; Übung im Gebrauche der bürgerlichen Rechnungsarten und im Gesange.

Schulen, welche aus mehr als zwei Klassen bestehen und welche über das Ziel der Volksschule hinausgehen, ohne doch in die Reihe der höhern Schulen zu treten, werden Mittelschulen genannt.

Die Mittelschule hat das Pensum der Volksschule weiter auszudehnen und außerdem zu lehren: Geschichte, Natur und Erdkunde, Zeichnen, Raumlehre und Turnen. Auch kann der Unterricht in fremden Sprachen aufgenommen werden.

An der Volksschule wird kein Schulgeld bezahlt; an der Mittelschule kann Schulgeld erhoben werden.

v. Ladenberg am 19. Dec. 1850 aus dem Ministerium ausschied, und darin durch den Reg. Präs. v. Raumer ersetzt wurde. Dieser schien die Auffassung des Art. 26. der Verfassung, welche das Verfahren seines Vorgängers geleitet hatte, nicht zu theilen. Wenigstens erklärte er, als in der folgenden Kammeression am 7. Mai 1851<sup>1)</sup> die endliche Erledigung der Schulangelegenheiten und die Vorlage des verheißenen Gesetzes zur Sprache kam:

daß, wie er anerkenne, wohl dringendes Bedürfnis vorliege, über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer etwas und wo möglich bald anzuordnen, daß aber kein praktisches Bedürfnis vorliege, ein allgemeines Unterrichtsgesetz mit besonderer Beschleunigung zu erlassen. Es sei überdies ungemein schwierig, unter gleichmäßiger Wahrung der Rechte des Staates wie der Kirche ein Gesetz von solcher Bedeutung zu schaffen. Wenn es möglich sei, es bis zur nächsten Sitzung vorzulegen, so werde es geschehen; sei es nicht möglich, so werde die Staatsregierung in der Lage sein, in Bezug auf Besoldungsverhältnisse eine besondere Vorlage zu machen.

Der erste Lehrer an der Mittelschule erhält den Titel Rektor.

Die Ferien für beide Schulen betragen pro Jahr 8 Wochen.

Kein Lehrer soll mehr als 80 Kinder gleichzeitig unterrichten.

Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt für einen Lehrer im Maximum 32.

Kein Lehrer kann vor dem 24. Lebensjahre definitiv angestellt werden.

Der definitiven Anstellung muß eine zweite Prüfung vorhergehen. Sie soll sich vorzugsweise auf Erforschung der praktischen Befähigung richten, und kann frühestens zwei Jahre nach der ersten erfolgen und nur einmal in gleicher Frist wiederholt werden.

Ueber die definitive Anstellung hat nur die Reg. mit Rücksicht auf die Befähigung des Lehrers zu entscheiden. Provisorisch angestellte Lehrer können wegen mangelhafter Amtsführung und aus Gründen der Disciplin von der Regierung ohne besonderes Verfahren jederzeit aus dem Schulamte entlassen werden. Die Entlassung muß erfolgen, wenn der Lehrer längstens 4 Jahre nach der provisor. Anstellung seine Befähigung zur desfalligen Anstellung nicht nachzuweisen vermag.

Der Seminarkursus soll dreijährig sei. Der Eintritt ins Seminar erfolgt nach vollendetem 17. Lebensjahre. Jeder Reg. Bez. erhält ein seinen Bedürfnissen entsprechendes Seminar.

In jeder Prov. soll wenigstens eine Anstalt hergestellt werden, an welcher junge Lehrer sich pädagogisch und wissenschaftlich weiter bilden können.

Es werden eigene, sich dem Fache ganz widmende Schulinспекtores angestellt.

Der Schulvorstand besteht aus: 1) dem Bürgermeister, resp. dem Gemeindevorsteher; 2) einem von dem Gemeinderathe zu bestimmenden Gemeinderaths-Mitgliede; 3) dem Pfarrer; 4) dem Lehrer; 5) 2 bis 4 Familienvätern des Schulbezirks, von dem Gemeinderathe gewählt.

Gehalt: In jedem Bezirk wird durch den Bezirksrath für jeden Lehrer das Minimum des Gehalts festgesetzt, jedoch darf dieses Minimum in den Städten nicht unter 180, auf dem Lande nicht unter 120 Thlr. gehen, auch darf das gegenwärtig mit einer Stelle verbundene Gehalt nicht ohne Genehmigung der Reg. geschmälert werden.

Besetzung der Stellen an den Volksschulen: Die Reg. benennt dem Schulvorstande drei für die Schule geeignete Kandidaten. Ein Kollegium, gebildet aus dem Schulvorstande und einer um 1 geringeren Anzahl Mitglieder aus dem Kirchenvorstande, resp. aus dem Presbyterium, wählt einen dieser Kandidaten, den dann die Reg. anstellt.

Bei den Mittelschulen dagegen schlägt der Schulvorstand dem zur Wahl Berechtigten drei Kandidaten vor, aus welchen er einen beruft und der Reg. zur Bestätigung präsontirt.

1) Vergl. diese Verhandlung in den Rhein. Blättern Bd. 44. Heft 2.

Doch suchte auch in Bezug auf diese letztere der Minister die Hoffnungen herunterzustimmen, indem er aussprach:

daß es nicht möglich sein werde, den Schullehrern allgemein eine Einkommensverbesserung zu verschaffen, und weiter nichts geschehen könne, als in solchen Fällen, wo klar vorliege, daß ihr Gehalt nicht ausreiche, sie vor Sorgen zu schützen. In Fällen dagegen, wo das Einkommen hinreiche, den Lehrer, wenn auch mit manchen Einschränkungen, zu ernähren, werde es der Natur der Sache und der Beschränktheit der Mittel nach unmöglich sein, ihm ein Mehreres zu geben.

Sowohl diese Restriktion in Betreff der pekuniären Frage, als die Verzögerung des Schulgesetzes überhaupt veranlaßten den frühern Min. v. Ladenberg im Laufe der Verhandlung auch seinerseits eine Erklärung abzugeben, in welcher er, nach Erwähnung seiner Vorbereitungen für das Gesetz und der Ministerialberathungen darüber, weiter sagte:

„Diese Berathungen waren so weit gediehen, daß ich mich bereit fühlte, am Schlusse der vorjährigen Sitzungsperiode zu erklären, daß das Unterrichtsgesetz im Laufe dieser Sitzungsperiode vorgelegt werden werde. Ich habe dieselbe Erklärung wiederholt im Anfange der diesjährigen Sitzungsperiode, und gewöhnt, mein Wort zu lösen, würde ich es gehalten haben. Schwierigkeiten der allerbedeutendsten Art sind mir allerdings entgegengetreten, und zwar hauptsächlich in Bezug auf Staat und Kirche. Ich glaube mich aber meinem Rechtsgeföhle nach bemüht zu haben, die Schwierigkeiten so zu lösen, daß Jedem das Seine wurde. Ich habe es indessen für billig gehalten, die Interessenten ebenfalls zu hören. Es war das Gesetz demnach noch nicht geschlossen, und es kam noch auf die Erklärungen von Seiten der Kirchenbehörden an, den letzten Entschluß zu fassen. Ich würde ihn gefaßt haben, wie ich es mit meiner Pflicht für vereinbar gehalten, und ich habe demgemäß erklären können, daß ich das Unterrichtsgesetz im Laufe der jetzigen Sitzungsperiode jedenfalls vorlegen würde, und so wäre es geschehen. Meine Herren! Diese gewichtigen Fragen sind individueller Natur, und ich gebe zu, daß das, was mir erschöpft genug und gerecht erschienen ist, Andern nicht erschöpft und nicht gerecht erscheinen kann. Ich hatte dafür mit meiner Verantwortlichkeit einzutreten, mein Nachfolger wird es mit der seinen. Allein noch Eines habe ich zu erwähnen. Es ist gesagt worden: in der Verfassungsurkunde sei nicht davon die Rede, daß den Lehrern ein völlig ausreichendes Gehalt gegeben werden solle. Meine Herren! Bei meiner Mitwirkung bei der Verfassungsurkunde hat mir kein anderer Gedanke vorgeschwebt, als den Lehrern eine solche Einnahme zu gewähren, daß sie ihrem Stande gemäß auskommen können, damit sie ihren Beruf freudig erfüllen. Das kann aber nur ein Lehrer, der auskömmlich besoldet ist. In diesem Sinne habe ich die Verfassung verstanden; in diesem Sinne war der Entwurf des Unterrichtsgesetzes angelegt. Ich halte es für meine Pflicht, über diese meine Auslegung der Verfassungsurkunde Auskunft zu geben, weil ich Mitarbeiter an derselben gewesen bin.“

Der Antrag, das Min. zur Vorlegung des verheißenen Unterrichtsgesetzes für die nächste Sitzungsperiode einzuladen, wurde abgelehnt. Derselbe wurde zwar in der Sitzung von 1851 auf 1852 von dem Abg. Harfort wiederholt, hatte jedoch nachdem am 24. und 26. Febr. 1852 darüber verhandelt worden,<sup>1)</sup> das gleiche Schicksal. Er fiel mit 152 gegen 127 Stimmen. Bei dieser Gelegenheit gab der Min. v. Raumer seine Intentionen insbesondere durch folgende Aeußerung zu erkennen:

„In diesem Augenblicke möchte ich dem Wunsche eines baldigen Erlasses des Unterrichtsgesetzes die Bemerkung entgegenstellen, daß ich nach reiflicher Prüfung der Sache, und mit Zustimmung vieler Personen, welche sich früher für den schleunigen Erlaß eines Unterrichtsgesetzes interessirten, der Ansicht bin, das Gesetz, wenn es jetzt erlassen werden müßte, könne nicht anders lauten, als: es bleibt im Wesents-

1) Vergl. die Verhandlung in den Rhein. Blättern, Bd. 46. S. 1. S. 16.

lichen bei den Bestimmungen, welche wir jetzt haben. — Sowohl innere als äußere Veränderungen im Schulwesen sind nicht als Folge eines Gesetzes, sondern von der Einwirkung der Behörden zu erwarten. Jene sind besonders dringlich. In unsern Schulen ist Vieles mangelhaft, Vieles aber auch sehr gut.

Mangelhaft zunächst ist in mancher Beziehung die Einrichtung unsrer Seminare. Es ist unzweifelhaft, daß auf diesen Seminaren die Schüler überladen werden mit einer Menge ihnen ganz unnützer Kenntnisse. Ich spreche dieses unbesangen aus, ohne zu fürchten, hier ähnlichen Angriffen ausgesetzt zu sein, wie sie in Zeitungsartikeln zuweilen vorkommen, daß man darauf ausgehe, die Seminaristen zu verbummen. Gerade die jetzige Einrichtung führt zu ihrer Verbummung, indem man sie mit Kenntnissen überladet, die ihrem Fassungsvermögen und ihrem künftigen Standpunkte unangemessen sind. Ich erlaube mir darauf hinzudeuten, daß noch in neuester Zeit auf Seminarien, die keineswegs zu den schlechtern gehören, sondern in vieler Hinsicht auf einem guten Standpunkte stehen, die sich aber noch nicht haben entschließen können, den alten Weg völlig zu verlassen, den Seminaristen Vorträgen gehalten wurden über Propädeutik, Psychologie, Logik, vergleichende Geschichte der Pädagogik. Ueber diese Gegenstände sind ihnen Vorlesungen gehalten worden, durchflochten mit lateinischen und andern gelehrten Ausdrücken. Ich frage, ob dies die Art ist, künftige Volksschullehrer angemessen auszubilden. —

Ich habe mich für verpflichtet gehalten, zu erklären, daß ich für den Augenblick weder im Stande noch Willens bin, ein allgemeines Unterrichtsgesetz vorzulegen, daß ich aber die bezeichneten Punkte einer reiflichen Erwägung zu unterziehen, mich für verpflichtet halte, und daß ich Willens bin, und, wie ich glaube, auf Grund der bestehenden Bestimmungen im Stande bin, auch abgesehen von dem Erlass eines solchen Gesetzes etwas, und, wie ich hoffe, etwas Erhebliches für die Verbesserung des Schulwesens zu thun.“ 1c.

Hieran schloß der Redner noch die Bemerkung:

Es komme hauptsächlich bei der Verbesserung des Schulwesens auf die Umpflanzung einer religiösen Gesinnung an. In dieser Beziehung sei aber auch die Sache sehr gut eingerichtet; der Staat habe die Leitung des Schulwesens, es sei aber verfassungsmäßig und hergebracht, die Leitung kirchlichen Organen anzuvertrauen; ihrer bediene sich der Staat ausschließlich, um die innern Angelegenheiten der Schule zu leiten.

### III. Statistischer Ueberblick über das Schulwesen in Preußen. Staatszuschüsse.

Was die äußere Gestaltung, Anzahl und Ausdehnung der Schulen anlangt, so sind schon im 2. Kap. des zweiten Abschnitts bei den einzelnen Provinzen Angaben aus früherer Zeit gemacht worden. Danach waren im dem ganzen Staate im J. 1837 vorhanden:

#### 1) Volksschulen <sup>1)</sup>:

a) Elementarschulen 22.910, mit 27,575 Lehrern und 2,171,745 Schülern <sup>2)</sup>,  
b) Mittelschulen <sup>3)</sup> 844, „ 2,344 „ „ 78,204 „

#### 2) Höhere Schulen:

a) Höhere Bürger- und Realschulen: 90, Lehrer 567, Schüler 11,807;  
b) Gymnasien . . . . . 119, „ 1,404, „ 23,371;  
c) Progymnasien . . . . . 34, „ 108, „ 1,896.

#### 3) Universitäten:

1) 1825: Elementarsch. 20,881, Mittelsch. 736, Lehr. 24,990, Schulknd. 1,664,219  
1831: „ 21,789, „ 833, „ 27,749, „ 2,041,321

2) Darunter 1,109,353 Knaben und 1,062,392 Mädchen. Auf jede Elementarsch. durchschnittlich 94, auf jeden Elem.-Lehrer 79 Schulkinder.

3) 307 mit 939 Lehrern u. 38,277 Schülkndern für Knaben, 537 mit 1405 Lehrern u. Lehrerinnen und 39,927 Schülkndern für Mädchen. Auf jede Mittelsch. durchschnittlich 121, auf jeden Lehrer 33 Schulkinder. Ueberhaupt auf 560 Einwohner 1 Volksschule. In Oestreich auf 800.

6, zu Berlin, Bonn, Breslau, Greifswald, Halle, Königsberg, und 1 Akademie zu Münster. Sie zählten:

a) Lehrer: 468, nämlich: 218 ord. Prof., 113 außerord. Prof., 96 Privat-Doz.

b) Studierende: 5,423, darunter 4,631 Inländer, 792 Ausländer.

Evang. Theol.: 1,742, kath. Theol.: 687, Jur.: 1,383, Mediz.: 775, Philos.: 836.

An die Volksschule reihen sich die Sonntags- und Fortbildungsschulen, weibliche Industrieschulen, Kleinkinderbewahranstalten, Taubstumm- und Blindenanstalten u. s. w. an. Derselben dienen die Seminare zur Bildung der Volksschuler, deren im J. 1834: 45 mit 2583 Seminaristen vorhanden waren.

An die höhern Schulen schließen sich die Fach- und Berufsschulen, als Gewerbeschulen, Handels-, Navigationschulen, Kunst- und Bauschulen, Bergwerks-, Forst- und landwirthschaftliche Lehranstalten, die Thierarzneischulen, die pharmazeutischen und medizinisch-chirurgischen Lehranstalten, die kathol. Priesterseminare, Militär- und Ingenieurschulen u. a. m.

Aus dem J. 1843 lauten die Angaben über die Unterrichtsanstalten und deren Frequenz wie folgt:

Elementarschulen: 23,646<sup>1)</sup>, Schulkinder: 2,328,146.

Mittelschulen: 661, „ 79,101.

Höhere Bürgersch.: 100, Schüler: 14,795.

Progymnasien: 12, „ 849.

Gymnasien: 114, „ 24,359<sup>2)</sup>.

Universitäten 6, Akad. zu Münster, Studenten: 4,437. Darunter 3,552 Inländer, 885 Ausländer.

Evang. Theol.: 1,016, kath. Theol.: 485, Jur.: 1,083, Mediz.: 800, Philos. 1053;

Kathol. Priesterseminare 6 mit 245 Zöglingen,

Lehrerseminare: 41 „ 2,546 „

Nimmt man die Schulkinder aus den Elementar- und Mittelschulen zusammen, wo auch die welche später höhere Anstalten besuchen, meist den Grund legen, so erhält man 2,407,247 Schulkinder auf 15,471,765 Einw. (1843), oder auf 100 Einw. 15,56, ein durchschnittlicher Prozentsatz, der ist, wenn man auf die einzelnen Provinzen Rücksicht nimmt, sehr verschieden, in Sachsen z. B. auf beinahe 18 steigt, während er in Preußen und Posen bis auf nicht viel über 13 hinuntergeht.

Einen Maassstab zur Beurtheilung der Ausdehnung des Schulwesens möchten auch die über die Gesammannschaften für die Armee veröffentlichten Notizen. Danach waren von hundert im Heere Eingestellten: \*)

1) mit 29,631 Lehrern.

2) Davon gingen Michaelis 1843 zur Universität: 667.

3) Die Angaben für 1841 sind aus Harfort, über die Preuss. Volksschule. Jahrb. 1842. S. 16; — die für 1846—49 aus dem Brandenb. Schulblatt. Jahrg. 15. G. 5.; — die für 1851—52 aus einer Nachweisung des statist. Büros, mitgeth. in der Nat.-Zeit. 1853, Nr. 391. — Sind die beiden letztern Angaben exact, so folgt daraus, daß das Schulwesen in neuerer Zeit nicht überall gleichschritten ist.



In der Prov.:	ohne alle Schulbildung:			mit mangelhafter Schulbildung:	gen Sch:
	1841	1846—49	1851—52	1851—52	18
Preußen	15,33	9,21	10,40	45,29	
Posen	41,00	18,42	20,67	31,31	
Brandenburg <sup>1)</sup>	2,47	1,10	0,76	11,80	
Pommern	1,23	1,01	0,93	22,67	
Schlesien	9,22	5,88	4,78	17,94	
Sachsen	1,19	0,37	0,64	5,69	
Westphalen	2,14	1,69	2,11	19,39	
Rheinland	7,06	3,43	2,54	10,19	
Hohenzollern	—	—	0,00	9,39	

Die Gesamtzahl der Eingestellten betrug 1851—52: 50,19 davon hatten genügende Schulbildung 37,733 oder 75,18 pCt., mit 10,106 oder 20,01 pCt., ohne allen Unterricht waren 2412 oder Der Staatsaufwand für das Unterrichtswesen, dessen Kosten weitem größern Theile von den Gemeinden und aus Stiftungen werden, wurde von dem K. Finanz-Min. in den Erläuterungen v. 1844 zu dem allgem. Etat der Staats-Einnahmen und Ausgaben Jahr 1844 (Min. Bl. d. i. B. S. 109) wie folgt, angegeben:

Ausgabe.	
5) Die für das Min. der G., u. u. M. etatsmäßig ausgesetzte E trägt in diesem Jahre . . . . .	3,119,
mithin gegen den für 1841 ausgeworfenen Betrag von . . . . .	3,029,
	90,
mehr, was größtentheils von der Verstärkung der Zuschüsse für Unterri insbes. für die Univ. Halle, Breslau und Bonn, für die Akademie zu Mi für verschiedne Gymnasien und Seminarien herrührt.	
Im Ganzen sind von der Summe, welche dem ged. Min. aus der E gewährt wird,	
a) für den Kultus — einschl. 712,215 Thlr. für katholische geistliche	951,
b) für den öffentlichen Unterricht . . . . .	1,217,
c) zu gemeinschaftlichen Ausgaben für beide Verwaltungs- zweige, namentlich für die Konsistorien und Prov.-Schul- kollegien, für die geistlichen und Schulräthe bei den Reg., zur Verbesserung der äußern Lage des geistlichen und Lehrstandes und zur Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude landesherrlichen Patronats . . . . .	512,
d) für die Medizinal-Verwaltung . . . . .	303,
und	
e) zu den Verwaltungskosten des Min. selbst und zu dessen Disposition . . . . .	134,
	3,119,
bestimmt.	

In dem Haupt-Finanzetat für das Jahr 1848 wurden unter 2 gabe sub III. „für die Staatsverwaltung“ aufgeführt:

1) In Berlin waren 1851—52 ohne Schulbildung 0,22; mit ma 5,12; mit genügender 94,66 p. Ct.

## 1) Für das Min. der G., u. u. R.

A. a) Für das Min. an Gehältern und Bureaukosten . .	122,060 Thlr.
b) Dispositionsfonds zu unvorhergesehenen Ausgaben . .	9,465 „
Summe:	<u>131,525 Thlr.</u>

## B. Für den Kultus:

a) Evangelischer: für die Konfistoren an Gehälter u. Baukosten . . . . .	101,700 Thlr.
An Besoldungen und Zuschüssen für Geistliche und Kirchen . . . . .	254,729 „
Dispositionsfonds zur Bekämpfung von Mehrbedürfnissen für die evang. Kirche . . . . .	5,633 „
	<u>362,062 Thlr.</u>

b) Katholischer: an Zuschuß zur Ausstattung der Bisthümer und der zu derselben gehörenden Institute 346,046 Thlr.	
An Besoldungen und Zuschüssen für Pfarrer und Kirchen . . . . .	378,746 „

724,792 „

Summe für den Kultus: 1,086,854 Thlr.

## C. Für den öffentlichen Unterricht:

a) für die Universitäten und die wissenschaftlichen Prüfungskommissionen . . . . .	476,628 Thlr.
b) für Akademien, Bibliotheken u. andere literarische u. Kunst-Institute . . . . .	156,102 „
c) für Taubstummen- und Blindenanstalten . . . . .	14,282 „
d) zu Stipendien für Studierende, soweit solche unmittelbar aus Staatsfonds erfolgen . . . . .	9,972 „
e) an Zuschüssen für Gymnasien . . . . .	283,388 „
f) an vergl. für Schullehrerseminarien . . . . .	102,956 „
g) für das Elementar-Unterrichtswesen . . . . .	256,121 „

Summe für den öffentlichen Unterricht: 1,299,449 „

## D. Gemeinschaftliche Ausgaben für den Kultus und für den öffentlichen Unterricht:

a) für die Prov.-Schulkoll. und für die geistl. u. Schulräthe bei der Reg. . . . .	104,042 Thlr.
b) zur Verbesserung der äußern Lage des geistl. u. Lehrstandes und zu Steuervergütungen für denselben . . . . .	199,122 „
c) Zur Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- u. Schulgebäude, soweit solche auf einer rechtlichen Verpflichtung der Staatskasse beruht 143,567 „	
d) zu sonstigen hierher gehörigen Ausgaben 22,599 „	

469,330 „

Summe für den Kultus und Unterricht: 2,855,633 Thlr.

Für das Medizinalwesen werden sub E. 304,903 Thlr. ausgeworfen, so daß der Gesamtetat des Min. auf

3,292,061 Thlr.

bezuhen kommt. Sub IV. „An Pensionen, Kompetenzen etc.“ wird endlich noch eine Summe von 20,000 Thlrn. zu Pensionen für Geistliche und deren Hinterbliebene in Ausgabe gestellt.

In dem den Kammern vorgelegten Staatshaushaltsetat für das Jahr 1871 beantragt die Staatsregierung die Genehmigung für die Summe von 47 Thlr. 15 Sgr. zur Verbesserung der Lehrerbefoldungen in den Regierungs-Bezirken Posen, Bromberg, Stettin, Köslin, Potsdam, Magdeburg, Minden, Koblenz, Düsseldorf und Aachen, und motivirt diese Forderung in folgender Weise:

Der Antrag auf Bewilligung dieser Summe gründet sich auf folgende That-  
sachen. Es ist anzuerkennen, daß eine nicht geringe Anzahl von Elementar-Schul-  
stellen unter den seit ihrer Gründung veränderten Umständen ihren Inhabern kein  
ausreichendes Einkommen gewährt. Die den gegenwärtigen Verhältnissen und Be-  
dürfnissen entsprechende Verbesserung derselben ist längere Zeit hindurch in der Er-  
wartung aufgeschoben worden, daß dem Unterrichtswesen überhaupt eine neue gesetz-  
liche Regulirung bevorstehe. Für die hier in Rede stehende Angelegenheit hat sich  
indessen, bei näherer Erwägung, eine neue Gesetzgebung als nicht erforderlich er-  
geben; vielmehr bietet ein Zurückgehen auf die wegen Unterhaltung der Elementar-  
schulen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausreichenden Anhalt, die Verbesserung  
der Lehrer-Besoldungen, wo solche erforderlich ist, in ausreichendem Maße herbei-  
zuführen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Circular-Verfügung v. 6. März  
1852 erlassen worden. Dieselbe ordnet eine neue Regulirung aller derjenigen  
Lehrer-Besoldungen an, welche nach dem Ermessen der Provinzial-Regierungen als  
ausreichend nicht angesehen werden können. Wegen der Aufbringung des erforder-  
lichen Mehrbedarfs ist überall zunächst auf die zur Unterhaltung der Schulen eigent-  
lich Verpflichteten zurückzugehen. Erst, wenn deren Unvermögen hierzu nach fest-  
gesetzten Normen überzeugend nachgewiesen ist, sind Anträge auf Gewährung von  
Zuschüssen aus allgemeinen Staatsfonds zulässig. Eigenthümliche Lokal-Verhält-  
nisse und Schwierigkeiten haben es verhindert, daß alle Regierungen bis zur Mitte  
des Jahres 1853 schon gleichmäßig mit dem Regulirungsgeschäft vorgeschritten  
waren. Die bis dahin in dem Bereich von 16 Regierungen begonnenen Regu-  
lirungen haben Seitens der Verpflichteten für Elementarschulen und für Besoldung  
ihrer Lehrer ein Mehr von 27,052 Thlr. 22 Sgr. 3 Pf., ungerechnet die nicht in  
Geld veranschlagten neu bewilligten Natural-Leistungen, aufgebracht. Zu gleichem  
Zwecke sind aber zur Ergänzung des von den Verpflichteten nicht aufzubringenden  
Mehrbedarfs Zuschüsse zu dem ausgeführten Betrage beantragt. Diese Zuschüsse  
sind nach gewissenhafter und sorgfältiger Prüfung bemessen, und bedarf der Antrag  
auf ihre Gewährung wohl keiner weiteren Rechtfertigung, als des Hinweises auf  
ihre Bestimmung und auf die Leistungs-Fähigkeit der betreffenden Betheiligten,  
denen geordnetes Schulwesen herstellen zu helfen, im Interesse des Staates liegt."

In dem durch G. v. 14. Mai 1852 (G. G. S. 264) festgestellten  
Staatshaushaltsetat für das Jahr 1852 (G. G. S. 265) heißt es:

## Einnahme.

## Kap. 18. VI. Ministerium der G., u. u. M.

1) Aus der geistlichen Verwaltung . . . . .	5,602 Thlr.
2) Aus der Unterrichts-Verwaltung . . . . .	59,322 "
3) Aus diesen beiden Verwaltungen gemeinschaftlich . . . .	9,975 "
4) Aus der Medizinal-Verwaltung . . . . .	934 "
5) Aus der Central-Verwaltung . . . . .	2,939 "
Summe VI.: . . . . .	78,772 Thlr.

## Fortdauernde Ausgaben.

## C. Staatsverwaltungs-Ausgaben.

## Kap. 35. VIII. Ministerium der G., u. u. M.

1) Ministerium (einschl. 19,965 Thlr. Dispositionsfonds zu unvorhergesehenen Ausgaben . . . . .	128,217 Thlr.
2a) Evangelischer Kultus . . . . .	349,228 "
2b) Katholischer Kultus . . . . .	725,401 "
3) Unterrichtswesen, Künste und Wissenschaften . . . .	1,392,885 "
4) Gemeinsame Ausgaben für Kultus und Unterricht . . .	496,488 "
5) Medizinalwesen . . . . .	302,383 "
Summe VIII.: . . . . .	3,394,602 Thlr.

## Einmalige und außerordentliche Ausgaben.

## Kap. 6. Ministerium der G., u. u. M.

1) Zu größern Kirchenbauten einschl. 50,000 Thlr. zur Fort- setzung des Dombaues in Köln . . . . .	75,000 Thlr.
2) Zur Einrichtung von Demeriten- und Emeriten-Anstalten für die Bisthümer Köln, Trier und Münster . . . . .	26,000 "
Summe . . . . .	101,000 Thlr.

	Transport	101,000 Thlr.
3) Zur Unterstützung der Gymnasiallehrer . . . . .	20,000	„
4) Desgl. der Elementarlehrer . . . . .	50,000	„
5) Zur Fortsetzung des Baues des neuen Museums und seiner künstlerischen Dekoration . . . . .	50,000	„
6) Zur Unterstützung armer Künstler und Literaten . . . . .	1,000	„
7) Zum Bau eines Anatomiegebäudes für die Univ. in Königsberg . . . . .	15,675	„
8) Zum Anbau eines Klostergebäudes zu Neustadt, Reg.-Bez. Danzig für das daselbst zu gründende Progymnasium . . . . .	7,300	„
9) Zur Einrichtung und beziehungsweise zum Ankauf von Gebäuden für die Schullehrerseminarien zu Köpnick und zu Petershagen . . . . .	17,600	„
10) Zuschuß zum Patronats-Bausonds . . . . .	200,000	„
11) Zur Unterhaltung, Verpflegung und Erziehung der Oberschlesischen Typhuswaisen auf die Zeit vom 1. Jan. 1851 bis 1. Jan. 1861 600,000 Thlr. (S. v. 13. Juni 1851, S. S. 1851, S. 462), hier die zweite Rate mit . . . . .	60,000	„
Summe Kap. 6.: 522,575 Thlr.		

## Fünfter Abschnitt.

### Die Behörden des Schulwesens.

#### Erstes Kapitel.

#### Schulbehörden bis zum Jahre 1808.

In der Anschauungsweise früherer Zeiten sah man jede Art von Schulen in der Regel als der Kirchengewalt unterworfen an. Dies hatte zur Folge, daß selbst nach der Reformation bei den Evangelischen die Schulsachen den geistlichen Behörden verblieben, und in den Wirkungsbereich der Konsistorien gezogen wurden. So war es auch in Brandenburg. Unter Joachim II. wurde 1552 ein Konsistorium errichtet, welches durch die Visitation- und Konsistorialordnung Johann Georgs v. 1573 (s. ob. das 1. Kap. des II. Abschn. S. 51) eine neue Organisation erhielt. Danach sollte dies unmittelbar dem Landesherrn untergebene Kollegium aus 4 oder 5 Mitgliedern bestehen, und unter diese der neu eingesetzte „gemeine“ oder „General-Superintendent“ gehören. Dem Konsistorium überhaupt und dem General-Superintendent insbesondere war die obere Leitung und Aufsicht über das Kirchen- und Schulwesen anvertraut. Die für die umliegenden Dörfern zu geistlichen „Inspektoren“ ernannten Pfarrer der größern Städte sollten sie hierin unterstützen. Im Verlauf der Zeit erlitt diese Einrichtung, obschon sie in den Grundzügen beibehalten wurde, nicht unbedeutende Veränderungen. Auf der einen Seite brachte es die Vergrößerung des Staats durch den Erwerb neuer Provinzen mit sich, daß das ursprüngliche Konsistorium neben seinem provinziellen einen allgemeinen Wirkungsbereich erhielt, und sich zum Ober-Konsistorium entwickelte.<sup>1)</sup> Auf der an-

1) Der allgemeine Wirkungskreis des Kurmärkischen Konsistoriums als Ober-Schulwesen. I.

dem Seite führte die schon von Joachim Friedrich im J. 1604 angeordnete Einsetzung eines geheimen oder Staatsraths als ständiger höchster Behörde; insbesondere seit die Centralisation des Staates unter Friedrich Wilhelm energischer betrieben, und der Staatsrath im Wesentlichen mit dem Kabinetscollegium verschmolzen wurde, dahin, daß ein Ministerium, ein geistliches Departement, neben und über dem Ober-Konsistorium zur Geltung kam. Eben hatte der Uebertritt Johann Sigismunds zur reformirten Konfession (1617) die Folge, daß für diese letztere eine geistliche Oberbehörde in dem Kirchendirektorium entstand, welches aber später gleichfalls von dem geistlichen Departement abhängig wurde. Auch die katholische Geistlichkeit neuer Provinzen mußte sich demselben unterordnen.

Die Organisation der geistlichen und Schulbehörden war demnach der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die folgende:

### 1. Das geistliche Departement.

Dies stand an der Spitze, hatte die Direktion aller geistlichen Kirch- und Schulsachen in sämtlichen Theilen des Staats<sup>1)</sup>, und wurde vom K. Staats- und Justizministern verwaltet. Es bestand aus 2 Abteilungen:

#### A. Lutherisches geistliches Departement.

Dahin gehörte die Direktion aller evangelisch-lutherischen geistlichen Sachen. Auch die katholischen geistlichen Angelegenheiten waren dem Departement zugetheilt. Bei den reformirten Kirchensachen in den westlichen Provinzen hatte es eine Mitwirkung. Dem Chef desselben stand unter anderem das Kuratorium des Friedrich Wilhelms Gymnasiums und der da verbundenen Realschule, sowie des Joachimsthalschen Schul-Direktoriums zu.

Von diesem Departement hingen ab:

1) das Ober-Konsistorium in Berlin<sup>2)</sup>, welches als solches als Provinzial-Konsistorien mit Ausnahme der Schlesiens vorgesetzt war, und die Aufsicht über alle geistlichen Sachen, die Anstellung der Pfarrer, Patronats, der Inspektoren etc., die Konduitenlisten über Prediger und Schuldiener, die Vertheilung der Stipendien u. s. w. hatte. Seine Aufzeichnungen wurden von der geh. Staatskanzlei besorgt, und die Akten der geh. Registratur oder im geh. Archive aufbewahrt.

Für die Kurmark vertrat das Ober-Konsistorium zugleich die Stelle eines Provinzial-Konsistoriums, während die übrigen Provinzial-Konsistorien<sup>3)</sup> gewöhnlich aus sämtlichen oder einigen Mitgliedern der Landes-Justizkollegien nebst einigen geistlichen, dazu geordneten Konsistorialräthen bestanden. In einigen Provinzen, z. B. in Kleve und Mark, bildeten dieselben gar kein eignes, für sich bestehendes Kollegium, sondern die Konsistorial-Geschäfte wurden vom Landes-Justizkollegium mit Zuziehung der geistlichen Räte verwaltet; in andern, z. B. in Südpreußen, waren die Konsistorialsachen den Kriegs- und Domainenkammern aufgetragen.

Die Prov. Konsistorien führten die Aufsicht über Kirchen und Schulen, examinirten Prediger und Lehrer, confirmirten bei Anstellungen, nicht K. Patronats waren, u. s. w.

Konsistorium erstreckte sich aber nicht über alle Provinzen, z. B. nicht über Schlesien.

1) Vergl. unten sub II. u. III. Aenderungen und Ausnahmen.

2) Instr. für das über alle K. Lande errichtete lutherische Oberkonsistorium v. 4. Okt. 1750. C. C. M. Cont. IV. S. 291. — Rabe, Bd. 1. Abth. 2. S. 273.

3) Instr. für das Konsist. in Ostfriesland v. 18. Nov. 1751. — Instr. für das Konsist. in Ostpreußen v. 30. Juli 1774.



promereren, und von Posen, aus drei unter c) dem Erzbischof; d) der Immediatbischof von Breslau; e) die Bischöfe von Paderborn und Münster. Unter den Bischöfen nahmen hier dieselbe Stelle ein, wie bei den Protestanten die Inspektoren Konsistorien.

Es standen unter dem luth. geistl. Depart. das Kuratorium der Kirche in Berlin und das besondere Kurmärkische Amts-Kirchen-Direktorium.

### 3. Reformirtes geistliches Departement.

Es hatte die Direktion aller Deutschen evang. reformirten Kirchen-Angelegenheiten im ganzen Staate. Untergeordnet war ihm:

evang. reformirtes Kirchen-Direktorium zu Berlin, für reformirte geistliche Sachen alles dasjenige besorgte, was bei uns den Geschäftskreis des Ober-Konsistoriums bildete. Insonderheit ihm übertragen. Besetzung aller reformirten Deutschen und Kirchen-, Pfarr- und Schulbedienungen K. Patronats (mit K. Kleeve und Markt, wo sie vom Ober-Kons. abhingen), die derselben Anstellungen, wo sie nicht K. Patronats waren, so-wohl Aufsicht über alle reformirten Pia corpora. Unter ihm standen Kirchen-Konsistorien, Kirchenkollegien und Presbyterien. Seine Verfügungen ergingen in West- und Südpreußen und in Teßlenburg, meistens durch die Regierungen, in Geldern durch das Landes-Kirchen-Kollegium, in den übrigen Prov. unmittelbar an die Kirchen-Presbyterien;

Direktorium der Kasse Mons pietatis, aus welcher reformirte Schullehrer außerhalb Berlins besoldet wurden<sup>2)</sup>;

Domkirchen-Direktorium.

Im geistlichen Departement bestanden

Departements für Wissenschaften, Künste und den Unterricht.

Es waren zunächst immediate Aufsichts-Behörden für einzelne An-

tig, abgesehen von einigen für spezielle Berufsarten vorhandenen Bildungsanstalten<sup>1)</sup>, ihren Mittelpunkt in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Die Bildung dieses besondern Ministeriums schreibt sich aber aus einer spätern Zeit her, als die neue Organisation der Verwaltungs-Behörden überhaupt. Anfangs wurde

1) durch das Publikandum v. 16. Dec. 1808, die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden der Preuß. Monarchie in Bezug auf die innere Landes- und Finanz-Verwaltung betr. (G. S. 1806—1810. S. 361. — N. C. C. Th. XII. S. 527. — Rabe Bd. 9. S. 383. — Mathis, Bd. 7. S. 252.) das Ministerium in 5 Departements getheilt, in das des Innern, der Finanzen, des Auswärtigen, des Kriegs und der Justiz. Von diesen zerfiel das Min. des Inn. wiederum in 6 Sektionen, deren dritte für den Kultus und öffentlichen Unterricht bestimmt, und in zwei Unter-Abtheilungen gesondert war. Die eine der letztern hatte die Angelegenheiten des Kultus, und stand unter spezieller Direktion eines vorsitzenden Staatsraths, die andere für den öffentlichen Unterricht aber unter unmittelbarer Leitung des geheimen Staatsraths und Sektions - Chefs. Die weitem Anordnungen über dieselbe waren folgende:

## 10.

Zum Geschäftskreise der Abtheilung des öffentlichen Unterrichts gehören:

- a) alle höhere wissenschaftliche und Kunstvereine, welche vom Staate unterstützt werden, die Akademien der Wissenschaften und Künste, incl. die Bauakademie zu Berlin, in so weit der Staat sich eine Einwirkung auf solche vorbehalten hat, oder sie durch neue Konstitutionen festsetzt, wenigstens rücksichtlich ihrer Fonds und deren Verwaltung,
- b) alle Lehranstalten, Universitäten, Gymnasien, gelehrte, Elementar-, Bürger-, Industrie- und Kunstschulen, ohne Unterschied der Religion,
- c) alle Anstalten, welche, wie das Theater, Einfluß auf die allgemeine Bildung haben,
- d) die Censur aller Schriften, welche nicht politischen Inhalts sind.

## 11.

Behörden, welche derselben unmittelbar untergeordnet sind.

Unter dieser Abtheilung stehen unmittelbar:

Wissenschaftliche Deputationen für den öffentlichen Unterricht,

- 1) die zu organisirende wissenschaftliche Deputation für den öffentlichen Unterricht.

Sie tritt an die Stelle des Ober-Schulcollegiums, und hat zum Zweck, den öffentlichen Unterricht zu leisten, was die technischen Deputationen für andere Zweige der Staatsverwaltung leisten sollen.

Die vorzüglichsten Männer in allen Fächern, welche auf den öffentlichen Unterricht Einfluß haben, werden zu Mitgliedern der Deputation erwählt, selbst wenn sie abwesend sind. Sie ist die Examinations-Behörde für höhere Schulbediente. Ihre übrige Einrichtung wird durch eine besondere V. bestimmt werden.

Akademie der Wissenschaften und Künste. Bauakademie.

- 2) Die Akademien der Wissenschaften und bildenden Künste und die Bauakademie, so weit sie nicht von besondern Kuratoren abhängen,

Universitäten.

- 3) die Universitäten, bei welchen der Wirkungskreis der Kuratoren besondern bestimmt werden wird,

Theater.

- 4) die Königlichen Theater und ähnliche Anstalten, in so weit sie nicht von besondern Direktionen ressortiren.

---

1) Z. B. Militärerziehungsanstalten, die unterm Kriegsministerium, landwirtschaftlich-technische Lehranstalten, die unterm Min. für Handel, Gewerbe und öffentl. Arb. stehen u. a. m. Dergl. Ausnahmen werden im besondern Theile bei den betr. Anstalten hervorgehoben werden.

**Schulsachen.**

Die Schulen und Lehranstalten stehen nur mittelbar durch die Kriegs- und Meinen-Kammern (Regierungen) unter dieser Abtheilung.

2) Ergänzt und zum Theile auch modificirt wurden die Bestimmungen d. Publ. v. 16. Dec. 1808 durch die

B. v. 27. Oct. 1810, die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden betr.

(G. G. S. 3.)

Durch dieselbe wurde, nachdem schon vorher ein Staatskanzler<sup>1)</sup> ernannt worden war, als höchste beratende Behörde, ohne Antheil an der Verwaltung, der Staatorath<sup>2)</sup> eingesetzt, und demnächst hinsichtlich der Minister im Allgemeinen Folgendes angeordnet:

**Die Staatsminister und die Departements-Chefs.**

Jeder Staatsminister führt die ihm anvertraute Verwaltung, selbstständig unter vollkommener Verantwortlichkeit gegen Uns Allerh. selbst. Sie berichten darüber Uns, und erhalten von Uns die Befehle darüber. Dem Staatskanzler sind sie Untert. auf sein Verlangen Rechenschaft und Auskunft über jeden Gegenstand der Verwaltung zu geben und auf seine eingelegten Suspensionen, Anordnungen, die ihnen, bis zu Unserer oder des Staatoraths Bestimmung einzustellen, auch seine Verfügungen in den oben erwähnten außerordentlichen und dringenden, oder durch besondere Aufträge veranlaßten Fällen, zu befolgen.

Die den Abth. der Min. des Inn. und der Fin. vorgesetzten Chefs sind verantwortlich für die Ausführung; holen in allg. und wichtigen Dingen die Anweisung des Staatskanzlers, als Ministers des Inn. und der Fin. ein, richten aber Berichte an Uns. Sie stellen solche ohne Ausnahme dem Staatskanzler zu, über seine Bestimmung entweder durch sein beigefügtes Vidi ausdrückt; oder eine abweichende Meinung beifügt. Dem Chef des Depart. für die allg. Polizei des Inn. müssen die übrigen Min. und Depart.-Chefs für das statistische Bureau alljährlich die statistischen Nachrichten ihres Geschäfts-Bezirks mittheilen, so wie er sie verlangt, beschaffen. Jeder Min.- und Depart.-Chef muß, in einem ein Gegenstand seiner Verwaltung in den Wirkungskreis anderer Min. oder Depart.-Chefs einschlägt, mit diesen Rücksprache nehmen und gemeinschaftlich handeln; können sie sich darüber nicht vereinigen, so gehört die Sache zum Staatorath.

Ueberhaupt muß in diesem, obgleich er nicht administirend ist, dennoch in allen, wo eine gemeinsame Berathung nützlich oder nöthig ist, diese erfolgen; Staatskanzler soll hierüber besonders halten.

Die dem einen Min. oder Depart. nothwendigen oder nützlichen Nachrichten andern, theilt dieses ihm unaufgefordert mit.

Die in jedem Depart. angestellten vortragenden Räte, haben blos beratende Stimme, die Direktoren der einzelnen Unterabtheilungen aber, in solchen eine entscheidende.

1) Der Staatskanzler hatte die Oberaufsicht und Kontrolle jeder Verwaltung, war zugleich Minister des Innern und der Finanzen. Nach dem Tode des ersten Hardenberg (1822) ist diese Würde nicht wieder besetzt worden.

2) Der Staatorath trat erst durch die B. v. 20. März 1817 (G. G. S. 67) ins Leben. Derselbe bestand I. aus den Prinzen; II. aus einer Reihe von vermögenden Untert. zur Mitgliedschaft berufenen Staatsdienern, als dem Staatskanzler, Feldmarschällen, den Staatsministern u., auch dem Oberpräsidenten, wenn sie besonders berufen werden; III. aus besonders ernannten Mitgliedern. Er zerfiel in 7 Abtheilungen, unter ihnen eine für Kultus und öffentl. Erziehung. Ueber Vereinfachung seiner Berathungen erging noch unterm 6. Jan. 1848 eine B. (G. G. S. 15). Seitdem ist er thatsächlich außer Wirksamkeit getreten. So ist der König seine Befehle und Entscheidungen nicht persönlich im Staatorath theilte, geschah dies aus dem „Kabinet“, wo der Staatskanzler, ein geh. Kabinetsrath und besonders ernannte Militärpersonen Vortrag hatten. Vergl. die B. v. 27. Oct. 1810.

Die Minister verfügen in ihrer Verwaltung auf ihre Verantwortlichkeit, jedoch sind folgende Gegenstände an Unsere Allerh. Genehmigung gebunden, die also eingeholt werden muß:

- 1) Alle Gesetze; Verfassungs- und Verwaltungs-Normen, es mag auf neue, oder Aufhebung und Abänderung der vorhandenen ankommen; der Antrag gelangt an Uns durch den Staatsrath;
- 2) alle Haupt-Etats und Pläne;
- 3) bei Verwendung des etatsmäßigen Fonds,
  - a) neue Besoldungen und Besoldungszulagen, wenn
    - 1) der Fall einen Rath ihres Depart., oder eine neue Art von Dienern betrifft;
    - 2) überhaupt Normal-Sätze für die Zahl der Diener, und der höchste Besoldungssatz für solche vorgeschrieben sind, und eine Aenderung beabsichtigt wird.
  - b) Pensions-Bewilligungen, in so weit nicht schon bestimmte Grundsätze vorgeschrieben sind, oder eine Ausnahme davon bezweckt wird.
  - c) Gnadengeschenke und außerordentliche Unterstützungen, so weit dazu bei Unsern Dienern die Gehaltersparnisse, und in andern Fällen der jedem Depart. ausgesetzte extraordinaire Fond nicht reichen, oder bestimmte Normalsummen überschritten werden,
  - d) Ausgaben, die durch Veränderung der Administration, oder neue Anlagen verursacht werden, oder bei Aufstellung des Etats noch nicht in Aufschlag gebracht sind.
- 4) Nicht etatsmäßige Administrationsausgaben, welche etatsmäßig gemacht werden sollen, in den Fällen, wenn
  - a) Unsere Genehmigung schon bei etatsmäßigen erforderlich sein würde;
  - b) oder sie auf einen Generaletat in Ansatz kommen sollen,
  - c) oder die erhöhte Ausgabe nicht durch eine erhöhte Einnahme gedeckt wird;
- 5) die Ernennung der Räte bei allen Depart.- und Prov.-Landes-Kollegien, so wie aller Diener, die theils höher, theils mit solchen in gleicher Kategorie, nicht bloß in gleichem Range stehen und deren Bestellungen zu vollziehen, Wir uns vorbehalten;
- 6) die Ertheilung von Titeln, welche den Raths-Charakter geben;
- 7) überhaupt größere Gnadenbewilligungen.

Außerdem muß jeder Staatsmin. und Chef der Abth. der Min. des Inn. und der Fin., Uns vorlegen:

- 8) seine jährliche Hauptrechnung von seiner Verwaltung durch den Staatsrath und zwar zu der Zeit, da er die General-Etats-Entwürfe einreicht;
- 9) einen halbjährigen Haupt-Kassen-Extrakt und Abschluß seiner Verwaltung; der Chef der Abtheilung des Finanzmin. für das General-Kassenwesen, und die Geldinstitute, jedoch monatlich.

Jeder Min. und Chef einer Abth. verfügt an die ihm untergeordneten Behörden für sich allein, an andre nicht ohne Rücksprache und Gemeinschaft mit den ihnen vorgesetzten Min. oder Depart.-Chef.

Wir wollen, daß der bisher noch immer beibehaltene Curialstil, welcher nicht Anderes ist, als der Stil des gemeinen Lebens längst verflorener Zeiten in all seinen Abstufungen von Rescripten, Dekreten und dergl., wie Wir es längst beabsichtigt haben, durchgängig abgeschafft und von jeder Behörde, im gegenwärtigen Stil des gemeinen Lebens, sowohl an Obere als an die auf gleicher Stufe stehende oder untergeordnete Behörden und Personen geschrieben und verfügt werden, wie es in den mehrsten andern Staaten geschieht, ohne der Autorität das mindeste zu vergeben.<sup>1)</sup> Unser Name soll nur Gesetzen, Verordnungen und Ausfertigungen

1) In gleichem Sinne bestimmt neuerdings der Staatsmin. Befehl v. 14. Jan. 1849, mitgetheilt durch G. R. der Min. des Inn. u. der Fin. v. 30. Jan. 1849 (M. Bl. d. i. B. S. 7), daß unwesentliche Geschäftsformen beseitigt werden, alle Behörden in ihrer Korrespondenz untereinander sich der Prädikate „hochwachtbar, Wohlwollend“ etc., so wie der Anrede „Ein, Eine“ statt „das, die“ enthalten sollen. Die persönlichen Epitheta, wie Hochgeboren, Wohlgeboren etc. sind dagegen

Wir selbst vollziehen. Folgsamkeit und Achtung müssen sich und urtheilenden Behörden durch den bei ihnen herrschenden Handlungsweise, und, wenn es nöthig ist, durch die ihnen zu Gebote zu verschaffen wissen, nicht durch veraltete leere Formen. Der wir einer jeden beilegen, reicht hin, Gehorsam und Ehrfurcht zu steht sich hiernach von selbst, daß der Königl. Titel auch nur uns selbst statt finden dürfe.

Entscheidung der 5 Departements des Publ. v. 16. Dec. 1808, das Min. des Inn. dagegen statt in 6, nur in 4 Abtheilungen: A. in die der allg. Polizei, B. in die für Handel und Industrie, C. in die für Kultus und öffentlichen Unterricht und D. in die für Finanzen. In Betreff der dritten Abtheilung war bestimmt, wie

die Abtheilung für den Kultus und öffentlichen Unterricht zu bezirkeln, alles was als Religionsübung, Erziehung und Bildung und Kunst ein Gegenstand der Fürsorge des Staats ist. Namentlich:

1. die der obersten Aufsicht und Fürsorge des Staats in Beziehung auf die Religion (jus circa sacra) wie diese Rechte das A. L. R. bestimmt, und die Glaubensverwandten;

2. die Aufgabe der, den verschiedenen Religions-Parteien zugestandenen die Konsistorialrechte (jus sacrorum) namentlich in Absicht der Anweisung des A. L. R.;

3. der Antrag im Staatsrath wegen Tolerirung einzelner Sekten und die darüber bestimmten Grundsätze;

4. die Anweisung auf die Juden in Absicht ihres Gottesdienstes;

5. der Religions-Unterricht bei der Erziehung;

6. der wissenschaftliche und Kunst-Vereine, welche vom Staat unterstützt werden, Akademie der Wissenschaften und Künste, imgleichen die Bauakademie, in soweit der Staat sich eine Einwirkung auf solche vorbehalten hat, und die neue Konstitutionen festsetzt, in jedem Fall aber ihre Fonds und Einkünfte;

7. der Anstalten, Universitäten, Gymnasien, gelehrte Elementar-, Bürger-, Kunstschulen, ohne Unterschied der Religion;

8. der Anstalten, welche Einfluß auf die allgemeine Bildung haben.

9. der Anweisung in dieser Hinsicht, Bemerkungen, in Absicht auf die Theatralische, so wie solche dem Staatskanzler, oder dem Chef der Abth. der Polizei, nach Beschaffenheit der Sache mit.

10. der Genehmigung muß der Chef der Abth. des Kultus und öffentl. Unt. geben:

11. der Annahme und jede Veränderung von Stiftungen für religiöse Zwecke, auch jede Stiftungswidrige Verwendung;

12. der Anweisung der Inspektoren protestantischer Kirchen, der ersten Geistlichen, der Akademien, so weit Wir die Besetzung oder Bekräftigung haben, der ordentlichen Professorate auf den Universitäten und auf den Gymnasien. Die Besetzung der katholischen bischöflichen Stellen, ressortirt vom Staatskanzler.

13. der Anweisung der Mitglieder bei der wissenschaftlichen Deputation für

Bestimmung wegen der Toleranz.

Depart. des Kultus und öffentl. Unt. stehen unmittelbar:

1. den Regierungen, namentlich die Geistlichen- und Schul-

2. den wissenschaftlichen Deputationen für den öffentlichen Unterricht in Berlin, welche das aufgehobene Ober-Schul-Kollegium vertritt,



und zugleich Prüfungsbehörde für höhere Schulbediente ist, eben so die ähnlichen Deputationen in Königsberg und Breslau;

3) die Akademie der Wissenschaften und bildenden Künste, und die Bauakademie;

4) die Universitäten;

5) die Gymnasien in Berlin.

Der Abth. für den Kultus und den öffentl. Unt., wird übrigens besonders für das Spezielle ein Direktor vorgesetzt.

3) Der K. Befehl v. 24. April 1812 wegen einiger nähern Bestimmungen der B. v. 27. Okt. 1810 über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden (G. G. G. 43), welcher wöchentliche Versammlungen der Staatsminister unter Vorsitz des Staatskanzlers vorschrieb, übertrug dem geh. Staatsrath v. Schuckmann als Chef die Abth. für allg. Polizei und für Kultus und öffentlichen Unterricht. Dagegen wurde

4) durch die K. O. v. 3. Juni 1814 wegen Erneuerung des Ministeriums <sup>1)</sup> (G. G. G. 40), neben den 5 anfänglichen Ministerial-Depart. ein eigenes Ministerium der Polizei gegründet und dem Fürsten zu Sayn und Wittgenstein übergeben, während der geh. Staatsr. v. Schuckmann das ganze Ministerium des Innern, mit Ausnahme der dem Staatskanzler vorbehaltenen Geschäfte, erhielt. Unter den Gegenständen seines Ressorts werden aufgezählt:

endlich alle Angelegenheiten des Kultus und öffentlichen Unterrichts, so wie sie von der bisherigen Abth. des Min. des Inn. für diese Gegenstände verwaltet worden sind, alle Lehr- und Bildungsanstalten im Allg. mit dem, was davon abhängig ist, oder damit in unmittelbarer Verbindung steht.

5) Endlich wurde ein eigenes Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht gegründet. Darüber bestimmt die zugleich die Verhältnisse der einzelnen Minister zu dem gesammten Staatsministerium regelnde

B. v. 3. Nov. 1817 wegen der Geschäftsführung bei den Ober-Behörden in Berlin:

Durch die Errichtung des Staatsraths ist dafür gesorgt, daß die Gesetze, gehörig geprüft, Meiner Sanction unterworfen werden. In Absicht auf die Verwaltung ist durch die Instr. für die Oberpräsidenten, Regierungen, Konsistorien und Medizinalkollegien diesen eine Stellung gegeben, wodurch sie in Stand gesetzt werden, solche nach allg. Grundsätzen und Vorschriften unter ihrer Verantwortlichkeit selbstständig zu führen; die Min. aber sind zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgebracht, jene Vorschriften zu ertheilen, die Gesetze vorzubereiten und darüber zu wachen, daß sie überall befolgt werden. Um aber auch den Mängeln abzuheben, welche sich aus einer gar zu großen Anhäufung von Gegenständen bei einer Geschäftsabtheilung und Person ergeben haben, und es einem jeden Min. möglich zu machen, den ihm anvertrauten Geschäftszweig gründlich zu übersehen und zu leiten, dem gesammten Ministerium aber, das Ganze der Staatsverwaltung richtig zu beurtheilen und dahin zu sehen, daß der Zweck so vollkommen als möglich und mit Einheit erfüllt werde; um endlich die nöthige Kontrolle, besonders im Finanzwesen, herzustellen, habe Ich folgende Einrichtung beschlossen: 1c.

III. Der Min. des Inn. glebt das Depart. für den Kultus und öffentlichen Unterricht und das damit in Verbindung stehende Medizinalwesen ab. Die Wichtigkeit der geistlichen und der Erziehungs- und Schulsachen macht es nöthig,

1) In dieser K. O. wurde auch die Anordnung wöchentlicher Versammlungen der Min. wiederholt. Seine nähere Bestimmung erhielt dies Kollegium der Min. das „Staatsministerium“ durch die sub V. gegebene B. v. 3. Nov. 1817. Durch die K. O. v. 11. Jan. 1819 Nr. 7. (G. G. G. 2) wurde ihm ein Sekretär für Führung des Protokolls zugeordnet.

lich, diese einem eigenen Minister anzuvertrauen, und Ich ernenne dazu den Staatsmin. Freiherrn v. Altenstein. *ic.*

VIII. Damit das gesammte Staatsmin. das Ganze der Verwaltung stets übersehe, soll jeder Min. verpflichtet sein, von Zeit zu Zeit allgemeine Uebersichten der ihm anvertrauten Geschäftszweige zur Kenntniß des Ministeriums zu bringen; insonderheit aber sollen darin vorgetragen und berathen werden:

- 1) alle Entwürfe zu neuen Gesetzen und Abänderungen, ohne Ausnahme, bevor sie an den Staatsrath gelangen; desgleichen Anordnungen, die ein allgemeines Interesse betreffen, oder in der bestehenden Verfassung etwas verändern;
- 2) die Verwaltungs-Rechnschaften der Oberpräsidenten für das abgelaufene Jahr;
- 3) die Verwaltungspläne derselben für das künftige Jahr;
- 4) die monatlichen sogenannten Zeitungsberichte der Regierungen;
- 5) periodische Uebersichten vom Zustande der Generalkassen;
- 6) die Stats der General- und Provinzial-Hauptkassen, so weit sie die laufende Verwaltung betreffen, auch die Militäretats;
- 7) abweichende Ansichten zwischen den einzelnen Ministern;
- 8) Militäreinrichtungen, insofern sie das Land angehen;
- 9) die Vorschläge wegen Anstellung der Oberpräsidenten, Regierungs-Präsidenten und derer der obern Justizkollegien, der Direktoren, der Obersorstermeister und mit diesen gleichen Rang habenden Beamten;
- 10) die Vorschläge zu vortragenden Rätthen bei den Departements bleiben den, diese leitenden Ministern überlassen; nur müssen sie sich, wenn es einen in einem andern Departement angestellten oder unter demselben stehenden Beamten trifft, mit dem Chef desselben darüber vereinigen.

Sie, der Staatskanzler, und Sie, die Minister, können durch die bei Ihnen angestellten Rätthe Vorträge im Ministerium halten lassen.

Wie oft das Ministerium sich versammeln müsse, wird von dem Umfange der Geschäfte abhängen. *ic.*

(G. G. S. 289.)

Der Freih. v. Altenstein hat das Min. der g., ll. u. M. A. bis zu seinem am 14. Mai 1840 erfolgten Tode verwaltet. Ihm folgte bis zum Jahre 1848 der Min. Eichhorn. Am 19. März 1848 wurde der Graf Schwerin zum Min. der geistlichen Angelegenheiten ernannt (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 90), und am 25. Juni, nach dem Rücktritt des Ministeriums Camphausen, der General-Landschaftsrath Abg. Rodbertus, und zwar wiederum zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 190. — G. G. 1848. S. 159). Dieser schied jedoch schon nach kurzer Frist aus diesem Amte wieder aus, und es blieb unbelegt, bis es der interimistische Verweser desselben, v. Ladenberg, bei der Einsetzung des Ministeriums Brandenburg am 8. Nov. 1848 definitiv erhielt (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 336. — G. G. 1848. S. 347). Dem Min. v. Ladenberg wurde mittelst N. Erl. v. 19. Dec. 1850 seine Entlassung bewilligt, und zu seinem Nachfolger der bisherige Reg. Präs. v. Raumer ernannt (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 366), welcher dieses Amt noch gegenwärtig bekleidet.

6) Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zerfällt nach den verschiedenen, schon in seinem Namen aufgeführten Geschäftskreisen in drei Unter-Abtheilungen für die geistlichen, für die Unterrichts- und für die Medizinal-Angelegenheiten, deren jede unter einem besondern Direktor steht. <sup>1)</sup> Laut Bekanntmachung v. 1. Jan. 1850

1) Unmittelbar von den Abth. des Min. ressortiren:

a) die K. Akademie der Wissenschaften zu Berlin; die K. Akademie der Künste zu Berlin, mit den Kunst-, Bau- und Handwerkschulen zu Breslau, Danzig, Düsseldorf, Erfurt, Königsberg und Magdeburg;

(Min. Bl. f. d. i. B. 1850. S. 6) ist die Wahrnehmung der Direktorialgeschäfte bei der Abth. für den Unterricht dem geh. Ober-Reg. R. Dr. Schulze kommissarisch übertragen.

7) Da der Religionsunterricht verfassungsgemäß als eine geistliche Angelegenheit angesehen wird, so hat in dieser Beziehung auch die Abtheilung für geistliche Ang. eine Einwirkung auf das Schulwesen. Die Einrichtung dieser Abtheilung hat folgende Veränderungen erlitten:

a) Nachdem der Versuch, in einem evangelischen Ober-Konistorium eine besondere Central-Kirchenbehörde zu gründen (B. v. 28. Jan. 1848. G. G. S. 27) wieder aufgegeben war (Staatsmin. Bef. v. 15. April 1848. G. G. S. 114. — Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 41), wurde zur Anbahnung der verfassungsmäßigen Selbstständigkeit der Kirche<sup>1)</sup> durch den A. Erl. v. 26. Jan. 1849 (G. G. 1849. S. 125. — Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 13) bestimmt, daß die zum Ressort der Konistorien gehörenden Angelegenheiten in der höhern Instanz von der evangelischen Abth. des Min. unter dem Vorstehe des Direktors derselben selbstständig und kollegialisch bearbeitet werden sollten. Das Nähere über die Ressortverhältnisse ordnete eine G. Verf. des Min. der g., u. u. W. A. (v. Ladenberg) v. 7. Febr. 1849 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 14). Den Vorsitz in der Abth. für die innern evang. Kirchensachen übernahm der geh. Ober-Revisionsrath Frech (G. Verf. v. 13. Febr. 1849. Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 17); laut der Bef. v. 1. Jan. 1850 (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 6) wurden aber mittelst A. Erl. v. 21. Dec. 1849 die Direktorialgeschäfte für die in-

- b) die K. Museen zu Berlin;
- c) die Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin; — der Verein zur Beförderung des Gartenbaues in den K. Staaten zu Berlin; — die K. Deutsche Gesellschaft zu Königsberg; — die K. Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt; — die Kaiserlich Leopoldinisch-Karolinische Akademie der Naturforscher zu Breslau;
- d) die wissenschaftlichen Anstalten zu Berlin, namentlich die K. Bibliothek, die K. Sternwarte, das chemische Laboratorium, der K. botanische Garten, d. K. Herbarium;
- e) die Universitäten zu Berlin, Bonn, Breslau, Greifswald, Halle und Königsberg; die Akademie zu Münster; die medizinisch-chirurgischen Lehr-Anstalten zu Münster, Breslau, Greifswald, Magdeburg;
- f) das Prediger-Seminarium zu Wittenberg, das Seminarium für gelehrte Schulen zu Berlin, und das Lyceum Hosianum zu Braunsberg;
- g) die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen zu Berlin;
- h) die Ober-Examinations-Kommission für die höheren Staatsprüfungen der Medizinal-Personen zu Berlin;
- i) die perpetuirliche Kommission zur Aufrechthaltung der Hof-Apotheke zu Berlin;
- k) der Konservator der Kunstdenkmäler laut G. Verf. v. 24. Jan. 1844. (A. Bl. d. i. B. S. 38)

Früher gehörte hierzu auch noch das Kuratorium für die Krankenhaus- und Thierarzneischul-Angelegenheiten zu Berlin. Dies wurde aber durch K. D. v. 10. Dez. 1847 (G. G. 1848 S. 19) aufgelöst, und die Direktion der Thierarzneischule, so wie dies bereits durch den Bef. v. 17. Apr. 1846 (G. G. S. 166) hinsichtlich des Charitékrankenhauses und seiner Nebeninstitute angeordnet worden war, unmittelbar dem Min. der Mediz. Ang. untergeben.

1) Verfassung v. 31. Jan. 1850 Art 15: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, und bleibt im Besiz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. (Gleichlautend mit Art. 12. der Verfassung v. 5. Dec. 1848)

nen und äußern evangelischen Kirchensachen dem Präf. des Konf. der Prov. Schlessen, v. Uechtritz, übertragen.

b) Durch den A. Erl. v. 29. Juni 1850 (G. S. 1850. S. 343) wurde der Min. Abth. für die innern evang. Kirchensachen die Bezeichnung „Evangelischer Ober-Kirchenrath“ beigelegt<sup>1)</sup>, und diesem in dem gleichzeitig publicirten Ressort-Reglement sub 2. u. 3. des §. 1. die Aufsicht über den Religionsunterricht nach Maassgabe des zur Ausführung des Art. 24. der Verfassungs-Urkunde v. 31. Jan. 1850 ergehenden Unterrichtsgesetzes, sowie die Aufsicht über das kirchliche Prüfungswesen und die Vorbereitung zum geistlichen Stande, einschließlich der Aufsicht über das Predigerseminar zu Wittenberg zugetheilt. Ein Zusammenwirken des Min. der g., u. u. M. mit dem Ober-Kirchenrathe wurde §. 5. Nr. 3. namentlich bei Besetzung erledigter Superintendenturen, sowie bei Anstellungen der Direktoren und Lehrer am Predigerseminar zu Wittenberg vorgeschrieben. Den Vorsitz im Ober-Kirchenrath erhielt laut Bef. v. 29. Juli 1850 (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 203) der Präf. v. Uechtritz, während mit den Direktorialgeschäften der dem Min. verbleibenden Abth. für die äußern evang. Kirchensachen der geh. Ober-Reg. R. Keller kommissarisch beauftragt wurde.<sup>2)</sup>

1) Vgl. die Bef. der R. Reg. zu Potsdam v. 11. Juli 1850 über die Einsetzung des Oberkirchenraths (M. Bl. d. i. B. S. 202), und den A. Erl. v. 6. März 1852, die Verhältnisse des Oberkirchenraths betr. (M. Bl. d. i. B. S. 135.)

2) Das Personal der Centralbehörden, d. h. der geistlichen und Unterrichtsabth. des Min. und des Oberkirchenraths war 1853 folgendes:

Chef:

v. Raumer, Staats-Min., R. A. II. m. E.

1. Abtheilung für die äußeren evangelischen Kirchen-Angelegenheiten.

Stellvertretender Direktor:

Keller, Geh. Ob. Reg. R., R. A. II. m. E.

Vortragende Rätbe:

Dr. Reander, Bischof der ev. K., wirk. Ob. Konfist. R. u. Probst, R. A. I. m. E. — Dr. Rosß, desgl., R. A. I. m. St. — Bollert, Feldprobst d. Armee u. Hof-Pred., R. A. III. m. S., R. d. Hohz. O. — Stubenrauch, Geh. Ob. Reg. R., R. A. III. m. S. — Rnerk, Geh. Reg. R., R. A. III. m. S. — Winderwald, desgl.

Hülfsarbeiter:

Rühlenthal, desgl. (mit d. Range eines R. 3. Kl.), R. A. III. m. S.

2. Abtheilung für die katholischen Kirchen-Angelegenheiten.

Stellvertretender Direktor:

Mulke, Geh. Ob. Reg. R., R. A. II. m. E.

Vortragende Rätbe:

Dr. Brüggemann, Geh. Ob. Reg. R., R. A. III. m. S. — v. Ellerts, Geh. Reg. R., R. A. III. m. S.

3. Abtheilung für die Unterrichts-Angelegenheiten.

Stellvertretender Direktor:

Dr. Schulze, wirk. Geh. Ob. Reg. R. (mit d. Range eines R. I. Kl.), R. A. II. m. E.

Vortragende Rätbe:

Keller, Geh. Ob. Reg. R. — Bollert, Feldprobst 2c. — Dr. Brüggemann, Geh. Ob. Reg. R. (Dezernent in allen katholischen Schulangelegenheiten). — Stubenrauch, Geh. Ob. Reg. R. — Lehnerk, desgl., R. A. IV. — Stiehl, Geh. Reg. R., R. A. IV. — Dr. Rugler, desgl., R. A. IV. — Rnerk, desgl. — Dr. Wiese, desgl.

Hülfsarbeiter:

Rühlenthal, Geh. Reg. R.

General-Inspektor des Taubstummenwesens:

Eagert, Reg. u. Schul-R. (mit d. Range eines R. 3. Kl.), R. d. Hohz. O.

Ueber den Einfluß der geistlichen Behörden bei verbundenen Schul- und Kirchenämtern ist im besondern Theile der Abschnitt von den Lehrern, Abth. Volksschule, zu vergleichen.

8) Durch die Verfassung ist die frühere amtliche Stellung der Minister modifizirt worden. In der Staatsverfassung v. 31. Jan. 1850 sind hierüber folgende Bestimmungen enthalten:

#### Lit. III. Vom Könige.

Art. 44. Die Minister des Königs sind verantwortlich.

Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

Art. 45. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister &c.

Art. 49. Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag der Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist. &c.

#### Lit. IV. Von den Ministern.

Art. 60. Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten haben Zutritt zu jeder Kammer, und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

Jede Kammer kann die Gegenwart der Min. verlangen.

Die Min. haben in einer oder der andern Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder ders. sind.

Art. 61. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verraths angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie, in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen<sup>1)</sup>.

Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen werden einem besondern Gesetze vorbehalten.

Ein solches Gesetz ist bis jetzt noch nicht erschienen.

9) In Betreff der an die Ministerien oder an den König zu richtenden Gesuche oder Beschwerden gilt die Vorschrift, daß eine Angelegenheit erst die kompetenten Lokal-, Kreis-, Provinzial-Behörden durchlaufen haben muß, bevor sie an die Centralbehörden gebracht werden kann, und daß sie erst, wenn diese entschieden haben, von dem Bittsteller, der sich dabei nicht beruhigen will, noch dem Könige vorgetragen werden darf. Dem Gesuche an jede nicht unmittelbar kompetente Behörde müssen die vorgegangenen Entscheidungen der zunächst und vor ihr kompetenten Behörden beigelegt werden. Vergl. Publ. v. 14. Febr. 1810 wegen der bei Sr. Maj. oder

#### 4. Evangelischer Ober-Kirchenrath.

Präsident:

v. Uechtritz (mit dem Range eines R. 1. Kl.), R. A. III. m. S., Joh. O.

Ehren-Mitglied: Dr. Meander, Bischof &c.

Mitglieder:

Dr. Strauß, wirkl. Ob. Konsist. R., Hospred. u. Prof., R. A. II. m. E. — Vollert, Feldprobst &c. — Dr. Sneathlage, Ob. Konsist. R. (mit d. Range eines R. 2. Kl.), Hof- u. Dom-Pred., R. A. III. m. S. — Dr. v. Mühler Ob. Konsist. R. (mit d. Range eines R. 2. Kl.), R. A. IV., R. d. Hohz. O. — Dr. Mißsch, desgl., Prof. u. Univ. Pred., R. A. II. m. E. — Dr. Frenken, desgl., Prof., R. A. III. m. S. — Dr. Richter, desgl., Prof. R. A. I. — Dr. Stahl, Geh. Just. u. Ob. Konsist. R. u. Prof., R. A. IV., Cont. d. Hohz. O. — Cappell, Ob. Konsist. R., R. A. IV.

1) Ist jetzt seit Jahresfrist nicht mehr der Fall: G. v. 17. März 1852, bet. die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe. (G. G. S. 73.)



Allerh. dero Min. anzubringenden Gesuche und Beschwerden.<sup>1)</sup> (G. S. 1806—1810. S. 641.) — Bef. des k. k. Statthalterers v. 10. Sept. 1814, Immediat-Gesuche betr. (G. S. 1814. S. 87.) — G. M. des k. Statthalterers v. 5. März 1836 nebst Publ., die Verhütung unbegründeter Immediat-Gesuche betr. (Annal. XX. S. 1.) — G. M. der k. Min. v. 12. Juli 1836 nebst R. D. v. 25. Mai 1836 und Anweisung der Min. des Inn., der Pol. und der Fin. v. 23. Mai 1818. (Annal. XX. S. 3.) — §§. 12—34., und insbes. Anh. §. 442. A. G. D. Th. III. Tit. 1., sowie die Erg. zu diesen §§.

## II. Provinzial-Behörden.<sup>2)</sup>

Eben so wie hinsichtlich der Central-Behörden wurde auch in Ansehung der Provinzial-Behörden durch das Publ. v. 16. Dec. 1808 (f. v. 1. 1.) die Grundlage zu einer neuen Organisation aufgestellt, die spezielle Anordnung derselben aber einem besondern Gesetze vorbehalten. Dies erging durch die

1) B. v. 26. Dec. 1808, wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanz-Behörden. (N. C. C. L. XII. S. 679. — Rathio, Bd. 7. S. 339. — Rabe, Bd. 9. S. 467.)

Mit Ausnahme der als Beilage zu der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 (f. u.) republizierten §§. ist jedoch diese B. sowohl, als auch

2) das Ed. v. 30. Juli 1812 wegen Errichtung der Kreis-Direktorien und Gensdarmarie, sowie wegen Eintheilung des Landes in Gouvernements und Kreise (G. S. 1812. S. 141) wieder aufgehoben worden. An ihre Stelle trat

3) die B. v. 30. April 1815 wegen verbesserter Einrichtung der Prov. Behörden. (G. S. 1815. S. 85.)

Durch dieselbe wurde zunächst der Staat in 10 Provinzen eingetheilt, welche später in Folge der Vereinigung von Ost- und Westpreußen zur Provinz Preußen und von Niederrhein und Jülich-Kleve-Berg zur Rheinprovinz auf die gegenwärtige Anzahl von 3 Provinzen reduziert worden sind. In Betreff der Verwaltungs-Behörden wurde bestimmt, wie folgt:

§. 2. In jeder Provinz wird ein Ober-Präsident die Verwaltung der allg. Landesangelegenheiten führen, welche zweckgemäßer der Ausführung einer Behörde anvertraut werden, deren Wirksamkeit nicht auf einen einzelnen Reg. Bez. beschränkt ist.

§. 2. Zu diesen Gegenständen gehören: a.

5) Die obere Leitung der Angelegenheiten des Kultus, des öffentl. Unterrichts und des Medizinalwesens in der Oberpräsidentur. Für diese wichtigen Zweige der innern Verwaltung finden wir nöthig, am Hauptorte jeder Oberpräsidentur besondere Behörden zu bilden, in welchen der Oberpräsident den Vorsitz führen soll.

§. 4. Die Oberpräsidenten bilden keine Mittelinstanz zwischen den Min. und Reg., sondern sie leiten die ihnen anvertrauten Geschäfte unter ihrer besondern

1) Dies Publ. liegt den §§. 439—442. des Anh. z. A. G. D. Th. III. Tit. 1. zu Grunde.

2) Für die Prov. Behörden ist eine besondere Sporel-Tar-Ordn. v. 25. Apr. 1825 (G. S. S. 129) ergangen, welche die gesetzliche Vermuthung für gänzliche Entlastung an die Spitze stellt. Die §§. 6—13. dieser Tar-Ordn., welche in Immunitäten und Privatinteressen betr. Ausfertigungen und Verhandlungen, bei Leistungen, Beförderungen u. Sporelerhebung gestatteten, sind durch B. v. 22. Apr. 1842 (G. S. S. 192) aufgehoben. — Die Diäten und Reisekosten sind durch B. v. 28. Juni 1825 (G. S. S. 169) und durch den k. Erlass v. 18. Juni 1848 (G. S. S. 151) bestimmt. Vgl. im bes. Thl. Abth. I. Abschn. „Schulwesen“.

Verantwortlichkeit als beständige Kommissarien des Ministeriums. Eine besondere Instr., welche die Lokalität jeder Prov. berücksichtigt, soll die Gegenstände, in welche die Wirksamkeit der Ob. Präs. eingreift, noch näher auseinandersehen. 2c.

§. 9. Die den Regierungen zugetheilten Geschäfte der innern Verwaltung werden in zwei Hauptabtheilungen bearbeitet, die unter Einem Präsidenten vereinigt sind, und nur bei Gegenständen, die eine gemeinschaftliche Berathung erfordern, zusammentreten und Eine Behörde bilden.

Die Direktoren und Räthe beider Abth. heißen Reg. Direktoren und Reg. Räthe. 2c.

§. 11. Die erste Hauptabth. bearbeitet sämtliche von den Min. der auswärtigen Ang., des Innern, des Krieges und der Polizei, in Gemäßheit der D. v. 3. Juni 1814 abhängende Angelegenheiten. Sie ist daher das Organ dieser Minister. 2c.

§. 15. Für die Kirchen- und Schulachen besteht im Hauptort jeder Provinz ein Konsistorium, dessen Präsident der Ob. Präs. ist <sup>1)</sup>).

Dieses übt in Rücksicht auf die Protestanten die Konsistorial-Rechte aus; in Rücksicht auf die Römisch-Katholischen hat es die Landesherrlichen Rechte circa sacra zu verwalten. In Rücksicht auf alle übrigen Religions-Partheien übt es diejenige Aufsicht aus, die der Staatszweck erfordert und die Gewissensfreiheit gestattet.

§. 16. Alle Unterrichts- und Bildungs-Anstalten stehen gleichfalls unter diesen Konsistorien, mit Ausnahme der Universitäten, welche unmittelbar dem Min. des Inn. untergeordnet bleiben. Jeder Ob. Präs. ist jedoch als beständiger Kommissarius dieses Min. Kurator der Universität, die sich in der ihm anvertrauten Provinz befindet <sup>2)</sup>).

§. 17. In jedem Reg. Bez., worin kein Konsistorium ist, besteht eine Kirchen- und Schul-Kommission von Geistlichen und Schulmännern, die unter Leitung und nach Anweisung des Konsistoriums diej. Geschäfte desselben besorgt, die einer nähern persönlichen Einwirkung bedürfen.

§. 18. Die Direktion dieser Kommission führt ein Mitglied der Reg., welches im Reg. Kollegium den Vortrag derj. Konsistorial-Angelegenheiten hat, die eine Mitwirkung der Reg. erfordern. Diese Direktoren müssen wenigstens jährlich einmal im Konsistorium erscheinen, worin sie als Räthe Sitz und Stimme haben, und einen allg. Vortrag über die besondern Verhältnisse der Konsistorial-Angelegenheiten ihres Reg. Bez. machen.

§. 10. Die Reg. Instr. enthält die nähern Bestimmungen über die Einwirkung der Reg. in die Schulen-Sachen und deren Verhältnisse gegen das Konsistorium der Ober-Präsidenten (§. 15.). 2c.

§. 32. Der Präsident der Regierung an dem Hauptorte der Provinz ist der jedesmalige Ober-Präsident, und führt diesen Titel (§. 2.).

§. 33. Die Organe, deren sich die erste Abtheilung der Regierung zur Beziehung ihrer Verfügungen bedient, sind die Landräthe.

§. 34. Jeder Kreis hat einen Landrath. 2c.

§. 41. Die Organe der Oberpräsidenten sind:

- 1) die Regierungen;
- 2) die Konsistorien;
- 3) die Medizinalkollegien.

§. 42. Die Organe der Konsistorien sind der Schulrath des Regierungsbezirks und die geistlichen und Schulinspektoren.

§. 44. In Ansehung der Disziplin und der Anstellung ist jede Unterbehörde von derjenigen Hauptabtheilung der Regierung abhängig, deren Organ sie ist.

Die Landräthe ressortiren jedoch ausschließlich von der ersten Hauptabtheilung. 2c.

1) Jetzt wird der Vorsitzende des Kons. besonders ernannt. §. 6. B. v. 27. Juni 1845, G. G. S. 440.

2) Aufgehoben durch die Einsetzung der außerordentl. Regierungsbevollmächtigten bei den Univ. Instr. v. 18. Nov. 1819, G. G. S. 233. — Der Wirkungsbereich dieser wurde wiederum auf den der Kuratoren eingeschränkt laut G. Ref. v. 18. Juli 1848, M. Bl. d. i. B. S. 222.

Für die Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden waren im Art. 105. der Verfassung v. 31. Jan. 1850 die Grundzüge einer Repräsentativ-Verfassung gegeben, und demzufolge die beiden Ordnungen v. 11. März 1850, die Gemeinde-Ordnung und die Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung für den Preuß. Staat (G. G. 1850. S. 213 u. 251) publizirt worden. Die Ausführung dieser Gesetze wurde jedoch durch den A. Erl. v. 19. Juni 1852 (G. G. 1852. S. 388) sistirt, und ihre völlige Aufhebung erfolgte nach Abänderung des Art. 105. der Verfassung durch das G. v. 24. Mai 1853. Die beabsichtigte Repräsentation der Bezirke und Provinzen ist demnach nicht ins Leben getreten. Dagegen sind die durch das G. v. 5. Juni 1823 (G. G. 1823. S. 129) eingeführten Provinzial-Stände reaktivirt worden. Auf die Organisation der Behörden haben diese Bewegungen in der Gesetzgebung keinen Einfluß gehabt.<sup>1)</sup>

Die einzelnen Provinzial-Behörden, welche mit dem Unterrichtswesen zu thun haben, sind folgende:

#### A. Die Ober-Präsidenten.

Das Institut der Ober-Präsidenten wurde durch das Publ. v. 16. Dec. 1808 (f. o. L. 1.) zur Belegung des Geschäftsganges in den Provinzen neu geschaffen, und durch dasselbe Gesetz die Einsetzung von drei Ober-Präsidenten, für Ost- und Westpreußen mit Litthauen, für die Kur- und Newmark und Pommern und für Schlesien, angeordnet. Die erste Instr. für dieselben erging unterm 23. Dec. 1808 (N. C. C. X. XII. S. 545. — Mathis, Bd. 7. S. 446. — Rabe, Bd. 9. S. 402). Sie legte ihnen eine dreifache Bestimmung bei: 1) einen Vereinigungspunkt in Ansehung derjenigen Verwaltungszweige zu bilden, bei denen es von Wichtigkeit ist, daß sie nach größern Abtheilungen als einzelnen Reg. Depart. geleitet und ausgeführt werden, namentlich bei allg. Landes-Polizei-Gegenständen; 2) den obersten Staatsbehörden Stellvertreter zu geben, welche mehr in der Nähe und an Ort und Stelle eine genaue und nicht bloß formelle Kontrolle über die Unter-Behörden führen, und 3) Behörden zu bilden, welche bei vorkommenden Fällen nach erweiterten, ganze Provinzen umfassenden Gesichtspunkten, ihr Gutachten abgeben können. Die Ober-Präsidenten sollten demnach als ausführende, beaufsichtigende und berathende Behörde dastehen.

Nach dem ersten Pariser Frieden wurde für jede Provinz des vergrößerten Staatsgebiets ein Ober-Präsident ernannt (f. o. sub 3. B. v. 30. April 1815). Die Bestimmung derselben wurde durch die Instr. v. 23. Okt. 1817 (G. G. 1817. S. 230) festgesetzt, später aber in einzelnen Punkten erweitert durch die

Dienstinstr. für die Ober-Präsidenten v. 31. Dec. 1825. (G. G. 1826. S. 1.)

Die Vorschriften dieser Instr., so weit sie dazu dienen, um sowohl im Allg. als für das Unterrichtswesen insbesondere die Wirksamkeit der Ober-Präs. zu bezeichnen, sind folgende:

§. 1. Der Wirkungskreis der Ober-Präs. in den ihnen anvertrauten Prov. umfaßt:

1) Wenigstens keinen dauernden, indem auch die Wahl der Landräthe durch die Kreisstände, sowie überhaupt die ganze vorherige Einrichtung wieder hergestellt ist, so weit sie nicht mit der Verfassung in Widerspruch steht. (G. v. 24. Mai 1853.) An die Stelle der Gemeinde-Ordn. ist für die sechs östlichen Prov. die Städte-Ordn. v. 30. Mai 1853 getreten. Für Westphalen wird die Städte-Ordn. in der Kammer-Sitzung 1853 berathen. Derselben Session liegen die Landgemeinde-Ordn. für Westphalen und die Kreis-Ordnungen für alle 8 Prov. vor.

- I. Die eigene Verwaltung aller dergl. Angelegenheiten, welche nicht nur die Gesamtheit der Prov. betreffen, sondern die sich auch nur über den Bereich einer Reg. hinaus erstrecken;
- II. die Oberaufsicht auf die Verwaltung der Reg.; der Prov. Steuerdirektionen, wo dergl. bestehen und der General-Kommissionen zur Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse;
- III. die Stellvertretung der obersten Staatsbehörden in besonderem Auftrage und bei außerordentlicher Veranlassung.

§. 2. In Beziehung auf die den Ob. Präs. ad I. übertragenen Angelegenheiten bilden sie die unmittelbare Instanz, und die betr. Prov. Behörden, namentlich die Reg., sind ihre Organe. Es gehören hierzu insbesondere: 1c.

- 2) alle öffentliche für mehrere Reg. Bez. der Prov. eingerichtete Institute, mit der Befugniß, deren spezielle Verwaltung der Reg. zu delegiren, in deren Bez. ein solches Institut belegen ist. 1c.

§. 3. In den Provinzial-Konsistorien<sup>1)</sup>, Schul- und Medizinal-Kollegien haben die Ober-Präsidenten den Vorsitz und die Leitung der Geschäfte.

§. 4. Die Reg., so wie 1c. sind den Ob. Präs. untergeordnet. Bei der ihnen übertragenen Oberaufsicht auf die Verwaltung dieser Behörden (§. 1. ad II.) ist es aber nicht die Absicht, sie an deren Detailverwaltung Theil nehmen zu lassen; ihre Bestimmung geht vielmehr nur dahin, die Administration im Ganzen zu beobachten, deren Gang, vorzüglich durch öftere Gegenwart und durch Beirathung der Sitzungen, kennen zu lernen, und auf diesem Wege besonders für die Uebereinstimmung der Verwaltungsgrundsätze und die Konsequenz der Ausführungsmaßregeln zu wirken. Auf etwaige Mängel und Unregelmäßigkeiten in dem Geschäftsgange haben sie die gedachten Behörden, und namentlich deren Präsidenten (und resp. Direktoren) aufmerksam zu machen, auch solche nach Bestehen auf eigene Verantwortlichkeit sofort abzustellen.

§. 5. Berichte der Reg., 1c. welche Generalien der Verwaltung, Abänderung der bestehenden Einrichtungen, oder Anstellung, Entlassung und Pensionirung der Beamten zum Gegenstande haben, imgl. die an die Min. einzusendenden Kontingentenlisten<sup>2)</sup>, so wie auch überhaupt alle Berichte, welche der Ob. Präs. in dieser Art besonders bezeichnet, werden an ihn kouvertiert, und von ihm, mit seiner etwaigen Bemerkung begleitet, ohne Aufenthalt an die höhern Behörden weiter befördert, so wie die Bescheide der Min. darauf in gleicher Art durch die Ob. Präs. zurück gelangen.

§. 6. Die Dienstführung und Lauterkeit der Beamten der der Ober-Aufsicht der Ob. Präs. untergebenen Behörden (§. 1. ad II.), ist ein Gegenstand ihrer besonderen Aufmerksamkeit. Sobald ihnen Anzeigen von begangenen Pflichtwidrigkeiten, oder geführten unsittlichen Lebenswandel der Beamten zukommen, so ist von ihnen darauf zu sehen, daß die Untersuchung deshalb sofort angeordnet werde; auch haben sie nach Umständen die Suspension selbst zu verfügen<sup>3)</sup>.

§. 7. Gehen Beschwerden über Verfügungen der benannten Behörden (§. 1. ad II.) bei dem Ob. Präs. ein, so ist er verpflichtet, solche anzunehmen, zu prüfen, und, in sofern sie nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften begründet sind, auf ihre Erledigung zu wirken. Die Abhülfe muß aber durch ihn von den Behörden selbst gefordert werden; und wenn diese auf ihrer Verf. beharren zu müssen vermeynen, und der Ob. Präs. sich von der Haltbarkeit der angeführten Motive nicht überzeugt, so ist die Behörde zwar verpflichtet, seine Entscheidung gehörig zu vollziehen; wohl aber steht es dergl. frei, wenn sie ihre Bedenken durch die Entscheidung des Ob. Präs. nicht gehoben glaubt, davon dem betr. Min. Anzeige zu machen; sie hat aber davon den Ob. Präs. zugleich zu benachrichtigen. 1c.

1) §. 6. B. v. 27. Juni 1845 (G. S. S. 440) nur auf besondere Ernennung.

2) Abgeschafft. A. D. v. 31. Juli 1848 (G. S. S. 220). Mehr im besondern Theil, I. Abth., Abschn. v. d. Lehrern.

3) Die Disziplin der nicht richterlichen Beamten ist neu geordnet durch das G. v. 21. Juli 1852 (G. S. S. 465). Vgl. den bes. Theil, I. Abth., Abschn. von den Lehrern.

§. 11. Als Stellvertreter der obersten Staatsbehörden (ad III. §. 1.) sind die Ob. Präs.

- 1) die nächste Instanz bei Konflikten der Reg. unter sich und mit den für andere Verwaltungs-Bez. verordneten besonderen Behörden;
- 2) ermächtigt und verpflichtet, bei außerordentlichen Ereignissen und Gefahr im Verzuge die augenblicklich erforderlichen Anordnungen zu treffen; imgl.
- 3) bei eingetretenem Kriege und vorhandener Kriegsgefahr für die Prov., bis zu etwaigen anderweiten Anordnungen, die gesammte Civil-Verwaltung zu übernehmen.
- 4) Aus besonderen Rücksichten werden den Ob. Präs. auch nachfolgende einzelne Verwaltungs-Gegenstände überwiesen: 2c.
  - d) die vom Staate zu ertheilende Genehmigung für die Gründung neuer und die Erweiterung und Umänderung, Einschränkung oder Aufhebung schon bestehender gemeinnütziger Anstalten;
  - e) die Genehmigung zur Ausschreibung öffentlicher Kollekten in den einzelnen Reg. Bez. oder in der Prov., jedoch mit Ausnahme der Kirchenkollekten; 2c.
  - g) die Ertheilung von Konzessionen für Schauspieler-Gesellschaften und zu theatralischen Vorstellungen; 2c.

§. 12. Die Ob. Präs. sind dem Staatsministerium und jedem einzelnen Staatsminister für dessen Wirkungskreis untergeordnet und verpflichtet, die besonderen Aufträge ders. zu vollziehen.

§. 13. Jeder Ob. Präs. erstattet jährlich einen allg. Bericht über den Zustand der ihm anvertrauten Prov. an das Staatsmin., und übersendet die Jahresberichte der ihm untergeordneten Behörden an die einzelnen betr. Min. über die Resultate der zu ihrem Ressort gehörenden Verwaltung.

§. 13. In Krankheits- und Behinderungsfällen wird der Ob. Präs. von einem auf seinen Vorschlag vom Staatsmin. bestimmten Substituten vertreten, welcher im Auftrage für ihn zeichnet.

§. 15. In der Regel ist der Ob. Präs. zugleich Präsident derj. Reg., welche an seinem Wohnorte ihren Sitz hat.

Bei dem durch gegenwärtige Instr. normirten Wirkungskreise der Ob. Präs. und der Verschiedenheit des Umfanges der Prov., soll es ihnen aber frei stehen, die Führung des Spezial-Präsidiums der Reg. ihres Wohnorts dem Vice-Präsidenten entweder ganz oder theilweise zu übertragen, worüber sie sich gegen das Staatsministerium zu erklären haben <sup>1)</sup>. 2c.

## B. Die Provinzial-Konsistorien.

Die Konsistorien waren anfangs zu gleicher Zeit geistliche und Schulbehörden. In beider Hinsicht wurde ihr Wirkungskreis durch die Dienstinstr. v. 23. Okt. 1817 bestimmt. Durch die R. D. v. 31. Dec. 1825 (vergl. sub C.) wurden sie aber in zwei besondere Abtheilungen getheilt, von denen die eine unter dem Namen Konsistorium die evangelisch geistlichen Sachen, die andere als Prov. Schulkollegium die Unterrichts-Angelegenheiten bearbeiten sollte. Seitdem haben die Konsistorien mit dem Unterrichtswesen nur noch als geistliche Behörden zu thun. Ueber ihren Wirkungskreis in dieser Hinsicht bestimmen die folgenden Verordnungen:

1) die Dienstinstr. für die Prov. Konsistorien v. 23. Okt. 1817 (G. S. 1817. S. 237).

### Allgemeiner Wirkungskreis der Konsistorien. <sup>2)</sup>

§. 1. Die Konsistorien sind vorzüglich dazu bestimmt, in reingeistlicher und wissenschaftlicher Hinsicht die allg. Leitung des evangelischen Kirchenwesens und der Schulangelegenheiten in der Prov. zu besorgen.

Zugleich haben sie die Verwaltung derj. Gegenstände des Kultus und öffent-

1) Vgl. R. D. v. 31. Dec. 1825 D. IV. §. u. sub D.

2) Die Prov. Schulkollegien haben jetzt einen Theil dieses Wirkungskreises s. C.



lichen Unterrichts in der Prov., welche ihnen in der gegenwärtigen Instr. ausdrücklich übertragen werden.

In so weit dieses nicht geschehen, werden diese Angelegenheiten von den Reg. nach Inhalt der, densf. heute ertheilten Instr. verwaltet.

Nähere Bestimmung desselben. I. In Kirchenangelegenheiten,  
A. der evangelischen Kirche.

§. 2. In Absicht der kirchlichen Angelegenheiten der evangelischen Konfessionen übt das Konf. diej. Konsistorialrechte aus, welche sich auf den eigentlichen Religions-Unterricht beziehen, in sofern ihnen nicht nachstehend mehrere beigelegt sind.

Demnach hat dasselbe:

1) die Sorge für die Einrichtung der Synoden der evangelischen Geistlichkeit; die Aufsicht über diej., welche schon vorhanden sind; die Prüfung und nach Befinden die Berichtigung oder Bestätigung der Synodalbeschlüsse, auch die Berichterstattung über selbige, wo sie erforderlich ist;

2) die Aufsicht über den Gottesdienst im Allg., insbesondere in dogmatischer und liturgischer Beziehung, zur Aufrechthaltung desselben in seiner Reinheit und Würde;

3) die Prüfung der Kandidaten, welche auf geistliche Aemter Anspruch machen, pro facultate concionandi und die Prüfung pro Ministerio; 2c.

5) den Vorschlag wegen der in der Provinz anzustellenden Superintenden ten und sonstigen geistlichen Oberen, an das vorgesetzte Min., und deren Einführung;

6) die Aufsicht über geistliche Seminarien und die Anstellung der Lehrer bei denselben;

7) die Aufsicht über die Amts- und moralische Führung der Geistlichen; jedoch müssen die Visitationsberichte von den Superintenden ten der vorgesetzten Kirchen- und Schulkommission zunächst eingereicht werden, damit diese in allgemeiner Kenntniß von der Amtsführung der Geistlichen ihres Bezirks bleibt, und in Ansehung ihres Geschäftskreises sogleich das Nöthige auf die Visitationsberichte veranlassen kann. Demnachst sind aber dieselben von der Kirchen- und Schulkommission unverzüglich mit einer Anzeige dessen, was sie darauf verfügt hat, dem Konf. zur weiteren Verfügung einzureichen. Im Falle bemerkter Unordnungen ist das Konf. befugt, außerordentliche Visitationen zu veranlassen 2c.;

2) die B. v. 27. Juni 1845, die Ressortverhältnisse der Prov. Behörden für das evang. Kirchenwesen betr. (G. S. 1845. S. 440) übertrug den Konf. einen großen Theil der bis dahin von den Reg. besorgten geistlichen Ang., insbesondere auch hinsichtlich der Aufsichtsführung. Dabet ist vorgeschrieben:

§. 1. Nr. 4. 2c. Die Ertheilung des Urlaubs für Geistliche erfolgt, soweit nicht die Superintenden ten oder Generalsuperintenden ten dazu nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften ermächtigt sind, durch den Vorsitzenden des Konf. Ist der Geistliche zugleich als Schulinspektor angestellt, so muß die Reg. hiervon in Kenntniß gesetzt werden, damit diese auch ihrerseits wegen Bewilligung des Urlaubs in Beziehung auf das Schulamt das Erforderliche verfüge. Inwiefern der Reg. fernerhin in einzelnen Fällen eine Aufsicht und Disziplin über die Geistlichen gebührt ist in den §§. 3. und 4. bestimmt 2c.

§. 3. Den Reg. verbleibt:

1) die Regulirung des Interimistitums in streitigen Kirchen-, Pfarr- und Küsterbaufachen; 2c.

§. 4. Den Reg. verbleibt in den ihnen vorbehaltenen Angelegenheiten (§. 3.) so wie in Beziehung auf das Schulwesen, die Befugniß, die Geistlichen ihres Bez. durch Ermahnungen, Zurechtweisungen und Ordnungsstrafen zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten anzuhalten 2c.

§. 7. Bei den Reg. sollen zur Mitwirkung bei Bearbeitung der das Kirchen- und Schulwesen betr. Angelegenheiten auch fernerhin geistliche Räte angestellt werden.

Die bei den Reg. angestellten evang. geistlichen Räte sind zugleich Mitglieder und Organe des Konf. (§. 46. der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817) und werden von diesem von Zeit zu Zeit, mindestens aber alle Jahre zweimal, einberufen, um

über solche Gegenstände zu berathen, welche für die Reg. und das Konf. von gemeinsamen Interessen sind. <sup>1)</sup>)

Auch sind die Konf. befugt, einen bei der Reg. angestellten geistlichen Rath mit Genehmigung des Min. der geistl. Ang. auf längere oder kürzere Zeit in das Konf. zu ziehen, und an seiner Stelle ein Mitglied des Konf. in die Reg. abzuordnen zc.

Hierzu erging

3) der durch G. R. v. 1. Okt. 1847 mitgetheilte Erl. der Min. der G., U. u. M., des Inn. und der Fin. de eod., die Feststellung der Ressortverhältnisse der Konf. und der Reg. in evangelischen Kirchenang. betr. (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 278.)

Dasselbst heißt es in Betreff der Gegenstände, die zum Ressort der Konf. gehören:

2) Die Aufsicht über den Gottesdienst im Allg., insbes. in dogmatischer und liturgischer Beziehung zur Aufrechterhaltung desselben in seiner Reinheit und Würde — §. 2. Nr. 2. der Instr. v. 23. Okt. 1847.

Dahin gehört insbes. auch die Aufsicht über den kirchlichen Religionsunterricht, über den Gebrauch von Katechismen und Lehrbüchern für den kirchlichen Religionsunterricht, über den Kirchengesang, über die Bildung liturgischer Chöre, über Gesangbücher.

3) Die Aufsicht und Vorsorge für die Bildung des geistl. Standes auf allen vorbereitenden Stufen, soweit dieselbe nicht den öffentl. Unterrichts- und Lehranstalten selbstständig anvertraut ist; die Prüfung der Kandidaten zc.

In Ansehung des Predigerseminars zu Wittenberg behält es bei der für dasselbe eingeführten besondern Verfassung sein Bewenden — §. 2. Nr. 3. und 6. der Instr. v. 23. Okt. 1817.

6) Ist das zu besetzende geistliche Amt mit einer Schulstelle vereinigt, so wird:

a) wenn damit die Ordination nicht verbunden ist, der Regierung, bei Gymnasien und höhern Unterrichtsanstalten dem Prov. Schulkoll., hierdurch die alleinige Besetzung der vereinigten Stelle übertragen, mit der Maassgabe, daß der evang. geistl. Rath der Reg. als Referent oder Korreferent mitwirken muß;

b) wenn das geistl. Amt die Ertheilung der Ordination nothwendig macht, so bedarf es zu der Besetzung der vereinigten Stelle der zustimmenden Erklärung des Konf. und der Mitvollziehung der von der Reg. auszustellenden Votation durch das Konf. in Beziehung auf das geistl. Amt. <sup>2)</sup>)

Die selbstständige Leitung des Religionsunterrichts in den Volksschulen erhielten die betr. Religionsgesellschaften, und mithin die geistlichen Behörden durch Art. 24. der Verfassung v. 31. Jan. 1850. (s. o. S. 233)

### C. Die Provinzial-Schulkollegien.

Es ist schon sub B. erwähnt, daß die Konsistorien, zu deren Geschäftskreis anfänglich auch das Unterrichtswesen gehörte, durch die R. D. v. 31. Dec. 1825 in zwei Abtheilungen, in Konsistorien und Provinzial-Schulkollegien, getheilt, und letztere die eigentliche Schulbehörde wurden. Auf sie bezieht sich jetzt

1) der zweite Abschnitt, und überhaupt alles, was das Schulwesen

1) Eingeschärft durch G. R. v. 17. Jan. 1850. M. Bl. d. i. B. S. 30

2) Dieselbe Vorschrift wird sub 18. in Betreff der Hülfsgeistlichen und sub 22. in Betreff der mit einem Schulamte vereinigten weltlichen Kirchenbedienungen wiederholt. In Folge des Art. 15. der Verfassung v. 31. Jan. 1850 ist sie aufgehoben. Den Konf. steht die Bestätigung der betr. Personen in ihrer Eigenschaft als Kirchenbediente zu. Vergl. den mittelst G. Verf. des Ev. Ob. Kirchenraths (v. Nechtrich) v. 28. Nov. 1850 mitgetheilten Erl. des Min. der G. u. u. M. (v. Ladenberg) v. 17. Nov. 1850. M. Bl. d. i. B. S. 371.

betrifft, in der Dienstinstruktion für die Konsistorien v. 23. Okt. 1817. (G. S. 1817. S. 237.)<sup>1)</sup>

Vergl. Bestimmungen<sup>2)</sup> sind die folgenden:

II. In Angelegenheiten des öffentlichen Unterrichts. Im Allgemeinen.

§. 6. Sämmtliche Elementar- und Bürgerschulen, so wie die Privaterziehungs- und Unterrichtsanstalten bleiben der Aufsicht und Verwaltung der Reg. und der mit ihnen verbundenen Kirchen- und Schulkommissionen unterworfen. In Rücksicht derv. steht den Konsf. nur die obere Leitung in wissenschaftlicher Hinsicht und in Beziehung auf die innere Verfassung, imgl. die Sorge für die Ausbildung der Elementar-Schullehrer, zu, nach näherer Bestimmung des folgenden §., so weit er hierauf Anwendung findet.

Alle gelehrte Schulen der Prov., worunter hier diej. verstanden werden, welche zur Universität entlassen, stehen hingegen unter unmittelbarer Aufsicht und Verwaltung des Konsf.

Die Universitäten und Akademien verbleiben unmittelbar von dem Min. der geistl. Ang. und des öffentl. Unt. abhängig.

#### Nähere Bestimmungen.

§. 7. Hiernach erstreckt sich die Wirksamkeit der Konsf. in Absicht des Unterrichts- und Erziehungs-Wesens auf folgende Gegenstände:

- 1) alle sich auf pädagogischen Zweck der Unterrichtsanstalten im Allg. beziehende Angelegenheiten;
- 2) die Prüfung der Grundplane oder Statuten der Schulen und Erziehungsanstalten, in sofern sie deren innere Einrichtung betreffen;
- 3) die Prüfung neuer, die Revision und Berichtigung schon vorhandener spezieller Schulordnungen und Regl.; imgl. der Disziplinalgesetze, nicht minder die Abgabe zweckmäßiger Vorschläge, Behufs Abstellung der bei dem Erziehungs- und Unterrichts-Wesen eingeschlichenen Mißbräuche und anzutreffenden Mängel;
- 4) Prüfung der im Gebrauch befindlichen Schulbücher; Bestimmung der, welche abzuschaffen oder neu einzuführen, und Regulirung der Anwendung nach vorheriger Genehmigung des vorgesetzten Min.<sup>3)</sup>;
- 5) Abfassung neuer für nöthig erachteter Schulbücher, welche jedoch nicht ohne Genehmigung des vorgesetzten Min. zum Gebrauch für inländische Schulen gedruckt werden dürfen;
- 6) Abfassung und Revision der Pläne zur Gründung und innern Einrichtung von Schullehrer-Seminarien, so wie der Anstalten zum Behuf weiterer Ausbildung schon angestellter Lehrer; ferner die Aufsicht und Leitung der gedachten Seminarien; die Anstellung und Disziplin der Lehrer bei denselben.

Es steht dem Konsf. frei, die Seminarien außerordentlich revidiren zu lassen;

- 7) die Prüfung pro facultate docendi bei den gelehrten Schulen, der sich alle Kandidaten, welche unterrichten wollen, nach der B. v. 12. Juli 1810 unterziehen müssen: imgl. die Prüfung der Lehrer bei denselben pro loco und pro ascensione;
- 8) Anordnungen von Abiturienten-Prüfungskommissarien und Beurtheilung der Verhandlungen der Abiturienten-Prüfungen bei den gelehrten Schulen nach der darüber erlassenen B. und Vorschläge zur Vervollkommenung dieser Maßregeln;
- 9) die Aufsicht, Leitung und Revision der gelehrten Schulen, welche zur Universität entlassen;

1) Darunter befinden sich viele über spezielle, im besondern Theile zu erörternde Gegenstände. Auf diese wird von dort zurückgewiesen werden.

2) Den Eingang dieser Instr. s. o. sub B. 1.

3) Eine allgemeine Revision aller eingeführten Schul- und Lehrbücher wurde durch N. des Min. der G., II. u. M. v. 24. April 1837 angeordnet. (N. XL S. 418.)

stellung, Beförderung, Disziplin, Suspension und Entlassung der bei den gedachten gelehrten Schulen.<sup>1)</sup>

Die Rektoren und oberen Lehrer bei denselben, imgl. wegen der Schullehrer-Seminarien müssen sie jedoch die Genehmigung des einholen, und was die Entlassung betrifft, sich in Rücksicht sämtlich nach den diesfälligen Vorschriften der Reg.-Instr. wegen der Reg.-m.<sup>2)</sup>

Die Konf. sowohl als die Reg. in Hinsicht ihrer Leitung und Einwirkung auf das Unterrichts- und Erziehungswesen eine angemessene Richtschnur für die allg. Jugendbildung der Nation eine feste gemeinschaftliche Grundlage der Berücksichtigung der Eigenthümlichkeiten aller einzelnen Bestandtheile, bekommen, soll eine allg. Schulordnung, welche die bei jener Leitung, sowohl in Absicht der inneren und äußeren Verhältnisse des Erziehungswesens, zu befolgenden Grundsätze und Vorschriften umfaßt, auf den Grund derselben demnächst besondere Schulordnungen für Prov. erlassen werden; wozu Wir bereits die nöthigen Befehle er-

laßten Bestimmungen wegen der römisch-katholischen Schulen.

Die Bestimmungen der vorstehenden beiden §§. finden auch auf das katholische Erziehungs- und Unterrichtswesen Anwendung; jedoch bleibt den Bischöfen, ihr Einfluß, so weit er verfassungs- und gesetzmäßig ist, auf den Unterricht in den öffentlichen Schulen, und auf die Anstellung der Professoren, wo dergl. vorhanden sind, vorbehalten. Es soll zu diesem Behufe der Ob.-Präs. mit den Bischöfen die Rücksprache genommen werden. Letztere zur Abkürzung des Geschäftsganges bei den Prüfungen der Kandidaten für den katholischen Religionsunterricht bestimmt sind, Kommissarien der Prüfung den von Seiten der Konf. zu bestellenden Examinatoren, so daß keine zweifache Prüfung, eine bei dem Konf. und eine bei dem Examinator, sondern nur eine einfache von den Bevollmächtigten der Konf. und Bischöfe zusammen stattfindet.

Es soll sich die Nothwendigkeit darstellen möchte, über das gegenseitige Verhältniß der Konf. und Bischöfe in der angegebenen Beziehung noch nähere Bestimmungen treffen, werden solche vorbehalten.

In den äußeren Angelegenheiten der Kirchen und Schulen.

Die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten der Kirchen und Schulen insbesondere die Aufsicht auf die Verwaltung des Kirchen- und Schulfonds, gehört den Reg., mit Ausnahme der im §. 2. unter Nr. 6.<sup>3)</sup>, unter Nr. 6. und 9. gedachten Schul- und Unterrichtsanstalten, imgl. des Kirchen- und Schulfonds, deren Bestimmung sich nicht auf den einzelnen Ort sondern auf mehrere der Prov. erstreckt. In Ansehung dieser Angelegenheiten steht auch die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten und des Kirchen- und Schulfonds der Konf. zu.<sup>4)</sup>

Die eigentliche Kassen- und Rechnungsverwaltung von diesen Fonds, sofern selbige überhaupt bei einer Staatsbehörde geführt wird, die Verwaltung der dem Konf. angehörigen Grundstücke, bei derj. Reg., in deren Besitz, Fonds oder Grundstücke belegen sind, nach Maßgabe der bestehenden und künftigen Pläne geführt werden. Die Etats werden bei der Konf., von welcher auch die nöthigen Pläne und Vorschläge über die Verwaltung der Grundstücke ausgehen, und dem Konf. zur Prüfung eingereicht, von welcher die Bestätigung erteilt, oder wenn es nöthig ist, selbige bei dem Reg. nachsucht. In soweit der Etat die Summe sowohl, als den

<sup>1)</sup> Das Disziplinalgesetz v. 21. Juli 1850 im bes. Th. I. Abth. Abschn. 1.

<sup>2)</sup> u. R. D. v. 31. Dec. 1825 sub B. 8. u. die B. v. 9. Dec. 1842 über die Direktoren und Lehrer an Gymnasien etc. betr. (G. S. 1843, Th. 1).

<sup>3)</sup> v. sub B. 1.

<sup>4)</sup> aufgehoben durch B. Nr. 9. der R. D. v. 31. Dec. 1825, f. nach-

Empfänger bestimmt ausdrückt, kann die Reg. nach Maaßgabe desselben, die Zahlung zur gehörigen Zeit ohne weitere Anfrage leisten lassen; im entgegengesetzten Fall ist dazu die Genehmigung des Konf. erforderlich.

Die Ob.-Präs. werden in dieser Hinsicht indessen die Reg. in dem Geiste der ihnen ertheilten Instr. mit den nöthigen allg. Anweisungen versehen, damit auf der einen Seite nicht wegen unbedeutender, oder an sich unbedenklicher Zahlungen berichtet werden darf, auf der andern Seite aber auch das Konf. in fortwährender Uebersicht von dem Zustande, der zu seiner Aufsicht und Verwaltung gehörigen Fonds verbleibt, und selbige nicht durch die Zahlungen der Reg. für die von dem Konf. beabsichtigten Dispositionen geschwächt werden.

Wegen Abnahme und Decharge der Rechnungen von vergl. Fonds wird es eben so gehalten, als wegen der Stats vorstehend vorgeschrieben worden.

Befugnisse und Obliegenheiten des Konf. in dem ihm angewiesenen Geschäftskreise.

§. 10. Es versteht sich von selbst, daß die Konf. bei Ausübung ihres Amtes sich überall nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften zu richten haben.

Außer denj. Fällen, wo sie nach den vorstehenden Bestimmungen an das vorgesetzte Min. berichten müssen, dient ihnen darüber theils die Analogie der Reg.-Instr., theils der allg. Grundsatz, daß sie nur innerhalb schon gegebener Vorschriften und Bestimmungen handeln dürfen, zur Norm, dergestalt, daß sie in allen Fällen, wo es auf Feststellung von allg. Grundsätzen, auf neue Anordnungen und Einrichtungen, oder Veränderungen und Abweichungen von bereits bestehenden, ankommt, und außerdem in allen Fällen, wo es nach der Analogie der Reg.-Instr. nöthig sein würde, die Genehmigung des ihnen vorgesetzten Min. einholen müssen.

In allen Fällen aber, wo es bloß auf Anwendung und Ausführung schon bestehender Vorschriften und Grundsätze ankommt, können sie ohne weitere Anfrage verfügen.

Die Erfahrung wird es ergeben, ob und in wie weit es angänglich sei, die Grenzlinie in obiger Beziehung annoch näher zu bestimmen; imgl. ob und in wie weit das über die geistlichen und Schulangelegenheiten zwischen den Konf. und Reg. festgesetzte Ressort-Verhältniß einiger Modifikationen und näheren Bestimmungen bedürfen, und Wir behalten Uns vor, alsdann das Nöthige darüber zu entscheiden.

Verhältniß des Konf. zu den Reg., geistlichen und Schulkommissionen der Provinz.

§. 11. In soweit dem Konf. nach der gegenwärtigen Instr. eine Einwirkung auf die den Reg. übertragene Verwaltung der geistl. und Schulangelegenheiten zusteht, kann dasselbe auch an die Kirchen- und Schulkommission der Reg. in der Prov. verfügen; und diese ist gehalten, die Verf. desselben zur Ausführung bringen zu lassen. An die Reg. selbst schreibt das Konf. nur in dem Ersuchungsstyl, so wie darin von jenem an dieses geschrieben wird.

Diej. Angelegenheiten des Konf., welche auf das den Reg. und ihren Kirchen- und Schulkomm. beilegte Ressort von Einfluß, oder ihnen sonst zu wissen nöthig sind, hat das Konf. durch die betr. Reg. zur Ausführung bringen zu lassen. In allen übrigen Fällen macht dasselbe aber die nöthigen Aufträge den bei gedachten Komm. angestellten geistlichen und Schulrathen oder den Superintendenten, welches überhaupt die Organe sind, deren sich das Konf. in Hinsicht seines Ressorts, der Regel nach, bedient, sofern es dabei auf eine nähere persönliche Einwirkung auf die Geistlichen ankommt.

Da die Ver., welche die Reg. an die Min. erstatten, ohnehin durch die Oberpräs. gehen, so wird es diesen überlassen, wenn selbige Gegenstände betreffen, die in das Ressort des Konf. mit eingreifen, die Ver. bei dem Konf., sofern sie an dasselbe nicht schon direkt geschickt sind, zur Kenntnißnahme, und nöthigenfalls zur Beachtung vorzulegen, welches indessen jedesmal ganz besonders zu beschleunigen ist, damit die Sache dadurch nicht zu lange aufgehalten wird. Der Oberpräs. sorgt ferner dafür, daß das Konf. von den auf die gedachten Ver. eingehenden Verf. des Min. Kenntniß erhalte, und dasselbe überhaupt in möglichstem Zusammenhange über das Kirchen- und Schulwesen verbleibe.

Verhältniß der Konfistorien zu den wissenschaftlichen Prüfungskommissionen.

§. 12. Bei der durch Unsere R. D. v. 19. Dec. v. J. anstatt der ehemaligen wissenschaftlichen Deputationen, angeordneten wissenschaftlichen Prüfungskommissionen in Berlin, Breslau, Königsberg, Halle, Münster und am Orte der zu stiftenden



heinischen Universität, welche bestimmt sind, einige der, den Konf. im §. 7. gegen-  
ständlicher Instr. beigelegten, insonderheit die daselbst unter Nr. 2., 3., 4., 7. und 8.  
namentlich Geschäfte, jedoch die ersten drei nur in wiefern sie auf das gelehrte  
Schulwesen Bezug haben, Namens und in Auftrag dets. zu verrichten, hat es sein  
geblieben. Die Prüfungskommission in Berlin soll den Konf. in Berlin und  
jetzt, die in Breslau den Konf. in Breslau und Posen, die in Königsberg den  
Konf. in Königsberg und Danzig, die in Halle den Konf. in Magdeburg, die in  
Frankfurt am Main den Konf. daselbst, die am Rande der Rheinischen Universität den Konf.  
Köln und Koblenz zu den bezeichneten Geschäften dienen. Jede von ihnen soll  
auch in ein solches Verhältnis zu den Konf., mit denen sie verbunden ist, gesetzt  
werden, wie es das Ansehen und die Wirksamkeit der letzteren erfordert, und, so-  
fern sie zu zweien gehört, immer unter der nähern Aufsicht des Konf., an dessen  
Seite sie befindlich ist, stehen.

Nach diesen Bestimmungen soll eine nähere Instr. für diese wissenschaftlichen  
Prüfungskommissionen durch das angeordnete Min. entworfen werden.

#### Innere Verfassung des Konstitutoriums.

§. 13. Die innere Verfassung des Konf. ist kollegialisch, und alle Gegen-  
stände desselben werden, sofern darin nicht nach §. 3. und 4. dem Oberpräf. die  
letztliche Entscheidung beigelegt ist, nach Mehrheit der Stimmen entschieden, bei  
Gleichheit indessen die des Vorsitzenden den Ausschlag giebt.

Die bei den Kirchen- und Schulkomm. angestellten geistlichen und Schulräthe,  
ebensofalls Mitglieder des Konf., und haben bei ihrer Anwesenheit Sitz und  
Stimme in demselben.

Sie werden von dem Oberpräf. alle Jahre wenigstens einmal in das Konf.  
gerufen, um über die Lage und besonderen Verhältnisse der Kirchen- und Schul-  
angelegenheiten des Reg.-Bez. Auskunft zu geben und Vortrag zu machen. <sup>1)</sup>

Geistliche und Schulkomm., bei der Regierung am Sitz des Konf.

§. 14. Wir finden es angemessen, auch bei denj. Reg., an deren Sitz sich  
das Konf. befindet, eine Kirchen- und Schulkomm. einzurichten, damit in dieser  
Hinsicht die Verfassung überall gleich sei. Es sollen indessen zu den geistlichen und  
Schulräthen bei diesen Kommissionen Mitglieder des Konf. genommen werden, und  
es überlassen es den Oberpräf., selbige zu wählen und zu ernennen.

#### Disziplinar-Vorschriften. Geschäftsengang.

§. 15. So viel endlich das Verhältnis des Oberpräf., als Präsidenten des  
Konf. <sup>2)</sup>, zu den Mitgliedern desselben, das Verhältnis der letzteren unter sich und  
den Subalternen, die Dienstdisziplin und Verantwortlichkeit der bei dem Konf.  
gehörigen Mitglieder und Beamten und den Geschäftsengang anbetrifft, so findet  
sich analogisch alles dasj. Anwendung, was in dieser Hinsicht in der Reg.-  
Instr. vorgeschrieben ist. <sup>3)</sup>

#### Schluss.

Wir machen es Unserm Staats-Min., dem Ob.-Präf. und Konf., so wie allen  
anderen Behörden, welche dadurch betroffen werden, zur Pflicht, sich nach vor-  
stehender Instr. gehörend zu achten, und haben zu den Konf. das Vertrauen, daß  
ihnen wegen Eifer und treuer Liebe die Pflicht ihres wichtigen Berufs zu erfüllen  
nicht fehlen werden.

1) Mit Einfügung der Provinzial-Schulkollegien erfolgten zugleich  
etliche Modifikationen der vorstehenden Instr. v. 23. Okt. 1817 durch die  
R. O. v. 21. Dec. 1825, die Abänderung der bisherigen Organisation  
der Prov. Verwaltungsbehörden betr. (R. G. 1826. S. 5.)

1) §. 7. B. v. 27. Juni 1845, vergl. o. S. 260.

2) §. 6. B. v. 27. Juni 1845, vergl. §. 3. der Instr. für die Oberpräf. v.  
L. Dec. 1825, Note 1. S. 258.

3) In dem H. L. §. 4. S. 78 ff. finden sich drei Publ. über die Geschäfts-  
führung der Konf., welche aber nur Wiederholungen der vorstehenden Bestimmungen  
sind. Dies sind a) Publ. des Ob.-Präf. v. Sachsen (v. Bülow) v. 22. Nov.  
1817 (S. 78), — b) Publ. des Ob.-Präf. v. Westpreußen (v. Schön) v. 3. Dec.  
1817 (S. 85) u. c) Publ. des Ob.-Präf. (Berthold di Spofetti) v. 24. Dec.  
1817, (S. 90).

Von den Bestimmungen dieser R. D. gehören hierher:

B. Für die Geschäftsführung der Konsistorien bleibt die Dienstinstr. v. 23. Okt. 1817 mit folgenden Abänderungen maßgebend:

1) das Kollegium theilt sich in zwei Abtheilungen; die eine bearbeitet unter dem Namen: Konsistorium, die evangelischen geistlichen Sachen, und die andere unter dem Namen: Provinzial-Schul-Kollegium, die dem Kollegium durch jene Dienstinstr. überwiesenen Unterrichts-Angelegenheiten; dem Oberpräf. wird überlassen, die Mitglieder, mit Berücksichtigung ihrer persönlichen Qualifikation, zu den Arbeiten der einen oder der andern, oder beider Abth. zuzuziehen. 2c.

8) Die Prov.-Schul-Kolleg. sollen künftig zwar nur zur Anstellung der Rektoren der gelehrten Schulen und der Direktoren der Schullehrer-Seminarien (§. 7. Abschn. 10. der Dienstinstr. <sup>1)</sup>) die Genehmigung des vorgesetzten Min. nachzusuchen haben, jedoch sind sie verpflichtet, in vorkommenden Fällen dessen Anweisungen hinsichtlich der neuen Anstellung, der Beförderung oder Besetzung einzelner Individuen nachzukommen, derselben auch auf Erfordern von eintretenden Vakanzten vor der Wiederbesetzung der Stelle Anzeige zu machen.

9) Unter Aufhebung der betr. Vorschriften im §. 9. der erwähnten Instr. wird hiermit die gesammte Vermögens-Verwaltung und das Kassen- und Rechnungswesen der Gymnasien, der gelehrten Schulen und der Schullehrer-Seminarien, so wie der mit den vorgenannten Instituten in unmittelbar Verbindung stehenden Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten, den Prov. Schulkoll. überwiesen; nicht weniger gehört zu deren Ressort die Verwaltung der bei diesen Instituten befindlichen Stipendienfonds und des L. Kollaturrechts. Bei dem Stats-, Kassen- und Rechnungswesen, so wie bei der eigentlichen Vermögens-Verwaltung, haben die Prov.-Schulkoll. die Bestimmungen analogisch zu befolgen, welche insbes. der Reg.-Abth. für das Kirchen- und Schulwesen, hinsichtlich der von ders. ressortirenden Anstalten und Stiftungen, vorgeschrieben worden sind. — Dem Ob.-Präf. wird überlassen, bei der Vermögens-Verwaltung solcher Anstalten, welche vom Prov. Schulkoll. ressortiren, in vorkommenden Fällen einen sachverständigen Rath der betr. Reg. zuzuziehen <sup>2)</sup>). 2c.

3) Weltliche Mitglieder der Konsf. und Prov. Schulkolleg. müssen die letzte und höchste Prüfung vor der Ober-Examinations-Kommission in Berlin bestanden haben. §. 19. des Regul. v. 14. Febr. 1846 über die Befähigung zu den höhern Aemtern der Verwaltung. (G. G. 1846 S. 199.)

4) Ueber die Befugnisse der Prov. Schulkoll. in Disziplinarsachen gegen die ihnen untergeordneten Beamten vergl. §§. 19. 23. flg. des G. v. 21. Juli 1852, die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Beförderung ders. auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand betr. (G. G. 1852. S. 465.)

D. Die Regierungen. Kirchen- und Schul-Kommissionen.

Die Geschäfte der gegenwärtigen Regierungen wurden bis zum Jahr 1723 durch die Amtskammern und durch die Kriegs-Kommissariate versehen.

1) Die Ernennung erfolgt jetzt unmittelbar vom Könige. B. v. 9. Dec. 1842. (G. G. 1843, S. 1.)

2) Vergl. D. Nr. XI. dieser R. D. über die Befugnisse der Prov.-Schulkoll. bei bürgerlichen Regulirungen und Separationen unten sub D. 4. — D. Nr. XII. ib. wird das fiskalische Exekutionsrecht aus Verträgen (§. die Noten §. 11. der Reg.-Instr. v. 23. Okt. 1817 unten sub D. 3.) auch auf die Verträge ausgedehnt „welche Namens der unter unmittelbarer Verwaltung der Prov.-Schulkoll. stehenden Institute mit Privatpersonen abgeschlossen sind, sofern letztere in den Kontrakten sich dieser Bestimmung ausdrücklich unterworfen haben.“

Friedrich Wilhelm I. vereinigte beide durch das Pat. v. 24. Jan. 1728 (N. C. M. T. VI. Abth. 2. S. 242). zu den Kriegs- und Domainenkammern. „Regierungen“ war damals die Bezeichnung für die Landesjustizkollegien. Auch diese letztern hatten in Kirchen- und Schulsachen den Theil der Angelegenheiten zu besorgen, welche den jetzigen Regierungen zugewiesen sind. (Vergl. v. Kap. 1.)

Die Kriegs- und Domainenkammern erhielten eine vollständig erneuerte Organisation, unter Beilegung des Namens „Regierungen“:

1) durch die Geschäftsinstr. für die Regierungen in sämtlichen Provinzen v. 26. Dec. 1808. (N. C. C. T. XII. S. 708. — Meißig, Bd. 7: 378. — Meise, Bd. 9. S. 415.)

2) Dieser Instr. wurden nähere Bestimmungen hinzugefügt durch die v. 30. April 1815. §§. 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100.

An die Stelle dieser beiden Gesetze trat später

3) die Geschäftsinstruktion für die Reg. v. 23. Okt. 1817 nebst Ausweis der v. 26. Dec. 1808 wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialverwaltungsbehörden. (G. S. 1808. S. 248.)

Von den Vorschriften dieser Instr. 1) sind hier folgende hervorzuheben:

Abchn. I. Von dem Geschäftskreise der Reg. und ihren Abtheilungen.

Allgemeine Bestimmung

§. 1. Der Geschäftskreis der Reg. erstreckt sich auf alle Gegenstände der Provinzialverwaltung, welche von Unserm Staatskanzler, dem Min. des ausw. u. des Inn., der geistl. Ang. u. des öff. Unt., des Krieges, der Polizei, der Justiz und des Handels abhängen, insoweit diese Gegenstände

a) überhaupt von einer Territorialbehörde verwaltet werden können, und  
b) für selbige nicht besondere Verwaltungsbehörden angeordnet, oder sie an andere Behörden ausdrücklich übertragen sind.

Reffort der ersten Abtheilung der Regierung.

§. 2. Von diesen Gegenständen gehören vor die erste Abth. der Reg.: 1. a) die geistlichen und Schulangelegenheiten, mithin auch die Aufsicht über die Schulen, Erziehungsanstalten und andere fromme und wohltätige Stiftungen und Anstalten, und deren fundationsmäßige, innere sowohl als Vermögensverwaltung, ferner über literarische Gesellschaften, insoweit die Gegenstände der in der Provinz bestehenden Kategorie nicht zu dem Reffort der Prov. Konf. gehören.

In Ansehung der geistl. und Schulang. bildet die erste Abth., mit Inbegriff der ihr angeordneten geistlichen und Schulräthe, die Kirchen- und Schulkommis- sion der Reg., deren Verhältnis in den §§. 18. und 31. näher bestimmt ist; 2.) u.

Abchn. II. Von den Befugnissen und Obliegenheiten der Reg. und ihrer Abth. in dem ihnen angewiesenen Geschäftskreise.

§. 3. A., Allgemein für beide Abth. und deren Plenum geltend.

Verhältnis zu den Oberprovinzial- und Unterbehörden:

§. 4. Das Direktverhältnis der Reg. zu den Min., zu den Ob. Präs., Konf. und Regiminal-Koll. der Prov. ist durch das G. v. 30. Apr. 1815 und die heute in Ob. Präs., den Prov. Konf. und Regiminal-Koll. ertheilten Instr. bestimmt, nach denen sich die Reg. überall gehörig zu achten haben.

§. 5. Sie müssen den Bef. der ihnen vorgesetzten Min. und der in diesen ange-

Die selben betreffen zum Theil schon spezielle Punkte, deren nähere Ordnung dem besondern Theile vorbehalten bleiben muß, in welchem namentlich die Leitung der Schulen und die gegenwärtig nach dem G. v. 21. Juli 1852 ertheilten Disziplinarvorschriften für die Lehrer eigene Abschnitte erhalten, und hierher zurückgewiesen werden wird.

Nach der R. D. v. 31. Dec. 1825 D. II. 1. (§. sub 4.) steht eine besond- re Abth.

ordneten Abth. und Generalverwaltungen prompte und gebührende Folge leisten, und bleiben für die Verzögerung der Ausführung derselben verantwortlich.

Der Reg. sind wiederum die zu ihrem Ressort gehörigen Beamten und Behörden ihres Verwaltungsbezirks untergeordnet, und zwar jeder Abth. zunächst die, welche in ihrem besondern Geschäftskreise angestellt sind. <sup>1)</sup>

Allgemeine Vorschriften in Absicht der Amtsführung der Reg.

§. 7. Den Reg. liegt die Verpflichtung ob, Unser landesherrliches Interesse, das Beste des Staats und des Gemeinwohl Unserer getreuen Unterthanen bei der ihnen übertragenen Verwaltung überall gehörig wahrzunehmen. Sie müssen eifrig bedacht sein, nicht allein allem vorzubeugen und alles zu entfernen, was dem Staate und seinen Bürgern Gefahr oder Nachtheil bringen kann, sondern auch das Gemeinwohl ders. möglichst zu befördern und zu erhöhen. Sie müssen hierbei aber auch stets das Wohl des Einzelnen nach Recht und Billigkeit beachten.

Es muß daher bei allen ihren Ansichten, Vorschlägen und Maaßregeln der Grundsatz leitend sein, Niemanden in dem Genuß seines Eigenthums, seiner bürgerlichen Gerechtsame und Freiheit, so lange er in den gesetzlichen Grenzen bleibt, weiter einzuschränken, als es zur Beförderung des allg. Wohls nöthig ist; einem jeden innerhalb der gesetzlichen Schranken die möglichst freie Entwicklung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte in moralischer sowohl als physischer Hinsicht zu gestatten, und alle dagegen noch obwaltende Hindernisse bald möglichst auf eine legale Weise hinwegzuräumen.

Fortsetzung.

§. 8. Bei den einzelnen Geschäften und Anordnungen müssen von den Reg. überall die bestehenden Gesetze und Vorschriften streng beobachtet, und selbige nach ihrer Bekanntmachung, ohne daß es dazu einer besondern Anweisung bedarf, soweit sie ihren Geschäftskreis betreffen, von ihnen sofort zur Anwendung und Ausführung gebracht werden.

Es ist auch ihre Pflicht, darauf zu sehen und zu halten, daß den Gesetzen und Vorschriften überall gehörig nachgelebt werde.

In allen Fällen, wo klare und bestimmte Gesetze und Vorschriften vorhanden sind, können die Reg. aus eigener Macht das Nöthige verfügen und ausführen, und es werden ihnen in dergleichen Fällen alle Anfragen sogar ausdrücklich untersagt.

In zweifelhaften Fällen, welche dringend sind, haben die Reg. gleichfalls ohne Anstand im Geiste und nach Analogie der Gesetze, der Verfassung und angenommenen Verwaltungsgrundsätze zu verfahren; darüber aber gleichzeitig höheren Orts zu berichten, und wenn die Sache nicht dringend ist, solches vorher zu thun, wenn sie handeln.

Dasselbe ist in Fällen zu beobachten, wo es an bestimmten Gesetzen und Vorschriften ermangelt.

Abweichungen und Ausnahmen von bestehenden Vorschriften dürfen sich bei den Reg. nur aus höchst dringenden Veranlassungen und wenn Gefahr im Verzuge vorhanden ist, erlauben, müssen aber gleichfalls sofort darüber berichten.

Niemals können sie etwas verfügen, was einem ausdrücklichen Gesetze entgegenläuft. Die Bestimmung dieser Instr. §. 5. Nr. 5. <sup>2)</sup> versteht sich daher nur von solchen Vorschriften, welche nicht auf ausdrücklichen Landesgesetzen, sondern min. Verf. beruhen.

Ebenso wenig dürfen die Reg. neue allgemeine Einrichtungen, Anlagen, Verfassungen oder Abänderungen der bestehenden vornehmen, ohne daß sie höhere Genehmigung dazu einholen. <sup>3)</sup>

Exekutive Gewalt der Reg. <sup>4)</sup> Verhältniß zu den Gerichtsbehörden.

§. 11. Die Reg. sind befugt, ihren Verf. nöthigenfalls durch gesetzliche

1) In der Regel soll die Verf. der Reg. durch Beschwerde an das Min. nicht suspendirt werden. Vergl. R. des Min. des Inn. v. 30. Sept. 1841 (R. d. b. i. B. S. 265). — R. des Min. des Inn. u. d. B. v. 4. Juli 1838, welches die Hemmung der Exekution der Umsicht der Behörden überläßt (R. XXII. S. 54).

2) Daß die Reg. bei Gefahr im Verzuge Abweichungen und Ausnahmen von bestimmten Vorschriften anordnen können.

3) Die Exekution der Reg. hat mit der gerichtlichen gleiche Wirkung. (R. D.

ausdrücklich Nachdruck zu geben und sie zur Ausführung zu bringen, eine Ermächtigung darüber zulässig ist. Sie werden in dieser Hinsicht auf Bestimmungen der B. v. 26. Dec. 1806 verwiesen, welche dieser Instr. im wesentlichen entsprechen, nach welchen sie überhaupt auch in den übrigen vorstehenden Fällen, namentlich bei Polizei, Finanz- und Dienstvergehungen zu verfahren, wobei jedoch die Reg., in deren Verwaltungsbezirk auch die unter dem Bundesbesitz stehende Gerichtsverfassung besteht, bis dahin, als ihnen von uns angeordnet sein wird, ausgenommen werden.

Die Verbote und Strafbestimmungen dürfen aber sämtliche Reg. nicht ohne Genehmigung erlassen, \*) es sei denn, daß das Verbot an sich schon polizey-mäßig ist, in letzterem aber die Strafe nicht ausdrücklich bestimmt ist. Falls können sie innerhalb der Grenzen des A. L. R. Th. III. §§. 22, 23. u. 240, die Strafe bestimmen und bekannt machen.

Es ist ihnen ohne Anfrage frei, schon bestehende Vorschriften von Neuem heraus zu bringen und bekannt zu machen.

Art. 11.

**Verhältnis zu den Regierungs- und Bezirksbeamten.**

2. Jede Abth. der Reg. hat, unter den §. 5. Nr. 6. u. 7. festgesetzten Grenzen, \*) die Anstellung, Disziplin, Beförderung, Entlassung und Pension von den zu ihrem Ressort gehörigen Staatsbeamten und unter nachfolgenden Beschränkungen:

1. Die Anstellung steht der betr. Abth. in Ansehung aller übrigen Beamten ihres Ressorts zu, mit Ausnahme: 1c.

a) der Rektoren und Lehrer von Gymnasien, Lyzeen und gelehrten Schulen, von welchen zur Unversität entlassen wird; 1c. \*)

2. Bei den ihnen nachgelassenen Anstellungen müssen die Regierungen stets mit strenger Prüfung und Unparteilichkeit zu Werke gehen, mehr auf Erene, Fleiß und Geschicklichkeit, als auf Dienstalter sehen, und nur bei gleicher Würdigung dem letztern den Vorzug geben. 1c.

Die Unterbediente, deren Dienst keine Ausbildung erfordert, sondern höchstens nur mechanisch ist, sind, so viel möglich, auf Kündigung anzustellen.

Ende Juni und Dec. reichen die Abth. der Reg. jedem Min. eine Nach-

mi 1836, G. G. G. 194.) Die fortwährende Gültigkeit des §. 11. ist auch durch G. R. des Min. des Inn. v. 14. Aug. 1849, (M. Bl. v. I. B. G. - Die in Bezug genommene B. v. 26. Dec. 1806 gestattet §. 42. außer polizey- und Diensten auch vorläufige Resolution mit Vorbehalt des Rechts- und Verträgen, insofern davon die Erreichung beständiger Staats abhängt, ist ein unabwehrbarer Schaden zu besorgen wäre. Nach §. 48. lb. muß dann von abgeänderten Effekten ein Justizbedienter zugezogen und Eintrag eines Grundstücks durch das ordentliche Gericht bewirkt werden. Vergl. L. März 1834 über Resolution in Civilsachen, und B. do eod. über den schenkungs- und Kaufgelder-Liquidationsprozeß (G. G. G. 31, G. 39), sowie L. 52. A. G. D. mit dem Ergänz. dazu. — G. auch mit 4. R. D. v. 1825 D. XII.

1. G. über die Polizeiverwaltung v. 11. März 1850 (G. G. G. 265).

§. 11. Die Bezirksreg. sind befugt, für mehrere Gemeinden ihres Bezirkes, oder für den ganzen Umfang dess. gültige Polizeivorschriften zu erlassen, und gegen die Nichtbefolgung ders. Geldstrafen bis zu 10 Thlr anzusetzen.

§. 14. Die Befugniß der Bezirksreg., sonstige allgemeine Verbote und Bestimmungen in Ermangelung eines bereits bestehenden gesetzlichen Verbots höherer Genehmigung zu erlassen, ist aufgehoben.

\*) Daß Suspensionen und unzeitwillige Entlassungen vor das Plenum gehen. Vergl. Disziplinarges. 21. Juli 1852.

\*) Wurden vom Könige ernannt, R. D. v. 9. Dec. 1842 G. G. 1843 G. 1, eignen Ausnahmen betreffen das Schulwesen nicht.



weisung der in seinem Ressort von ihnen angestellten Beamten ein, für jede Abth. des Ministeriums besonders; <sup>1)</sup>)

- 3) bei denj. Stellen, wo den Reg. das Befetzungsrecht zusteht, können sie auch den Abschied erteilen, wenn solcher ohne Pension nachgesucht wird; bei Pensionirungen müssen sie aber jedesmal berichten.

Unfreiwillige Entlassungen können ebensowenig ohne vorhergegangene Genehmigung der Min. stattfinden, welche hiebei die bestehenden Vorschriften zu beachten haben.

- 4) Gratifikationen und außerordentliche Belohnungen können die Reg. nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Präsidenten, als welchem darüber die Entscheidung beigelegt wird, auch nur aus ersparten Gehältern bis zur Höhe eines vierteljährigen Gehalts, und aus dem §. 16. gedachten Sportelssatz erteilen, sowie Gehaltserhöhungen bei den ihrer Befetzung überlassenen Stellen nur insoweit bewilligen, als dadurch der Etat nicht überschritten, auch derj. Dienstkategorie, zu welcher die Stelle, aus deren Gehalt die Erhöhung genommen werden soll, gehört, im Ganzen nichts entzogen wird.
- 5) Veränderungen mit den Dienststellen selbst dürfen die Reg. nicht ohne höhere Genehmigung vornehmen, auch ohne selbige keine Hülfсарbeiter, Diäten oder Gehalt anstellen, sofern die Diäten nicht aus vakanten Gehältern bestritten werden können.
- 6) Die Konduitenlisten <sup>2)</sup>) sind der höhern Behörde nur von denj. Beamten einzureichen, zu deren Anstellung ihre Genehmigung erforderlich ist.

B. Für die erste Abtheilung u.

Verhältniß der Kirchen- und Schulkommission.

§. 18. Die Kirchen- und Schulkommission (§. 2. Nr. 6.) ist, als solche keine besondere Behörde, sondern ein integrierender Theil der ersten Abth. der Regierung. Alles was für letztere und die Reg. überhaupt in der gegenwärtigen Instr. geschrieben worden, findet daher auf sie ebenfalls Anwendung. Ihr gebührt die Verwaltung aller geistlichen und Schul-Angelegenheiten, welche nicht dem Kaiser in der dems. heute erteilten Instr. ausdrücklich übertragen worden. Unter dieser Einschränkung gebührt ihr daher:

a) die Befetzung sämtlicher, dem landesherrlichen Patronatrechte unterworfenen, geistlichen und Schullehrerstellen, so wie die Bestätigung der von Patronen und Gemeinden dazu erwählten Subjekte, sofern sie nicht auf dem Lande her vocirt werden; imgl. die Prüfung und Einführung ders., im Fall nicht dem Konfist. übertragen ist;

b) die Aufsicht über deren Amts- und moralische Führung; die Urlaubsbefreiung für selbige; <sup>3)</sup>)

c) die Aufrechthaltung der äußern Kirchenzucht und Ordnung;

d) die Direktion und Aufsicht über sämtliche Kirchen, öffentliche und private Schulen und Erziehungsanstalten, milde und fromme Stiftungen und Institute;

e) die Aufsicht und Verwaltung des gesammten Elementarschulwesens.

f) die Aufsicht und Verwaltung sämtlicher äußern Kirchen- und Schul-Angelegenheiten, mithin auch die Regulirung des Stolzwesens und Schulgelbes;

g) die gesammte Verwaltung des Kirchen-, Schul- und Stiftungsvermögens im Fall selbige nicht verfassungsmäßig andern Behörden oder Gemeinden, Corporationen und Privaten gebührt, und im letztern Fall, die landesherrliche Aufsicht über die Vermögensverwaltung. Ihr steht hiernach auch die Controlle, Prüfung und Bestätigung der hieher gehörigen Etats, so wie die Abnahme der Decharge der Kirchen-, Schul- und Institutsrechnungen zu. Sie hat ferner:

h) die Dispensation in den, in der Konfistorialinstr. ihr nachgelassenen Fällen, und

i) die polizeiliche Obergaufsicht über alle übrige literarische Institute, Gesellschaften und Unternehmungen, in so weit diese Aufsicht nicht schon andern Behörden übertragen ist. Auch steht ihr ohne höhere Genehmigung frei:

1) Aufgehoben laut G. Erl. des Min. der G. u. M. (v. Labenber) 26. Aug. 1848. (M. Bl. d. i. B. S. 289)

2) Abgeschafft. A. D. v. 31. Juli 1848 (G. G. S. 220).

3) Vergl. Instr. v. 31. Dec. 1825 in fine, nachstehend sub 4.

Schulsozialitäten einzurichten und zu vertheilen, wo die Ortschaften es wünschen; so wie  
 r Lokalmstände es nöthig machen; so wie  
 rochten zusammenzuziehen und zu vertheilen, wenn die Gemeinden und  
 arin willigen; imgl., unter dieser Bedingung, einzelne Dorfschaften um-

allen diesen Angelegenheiten kommt es, Behufs der Kompetenz der  
 und Schulkomm., auf die Verschiedenheit der Religion und des Kultus,

Sie wird indessen bei Ausübung ihrer Kompetenz den Einfluß stets  
 rücksichtigen, welcher bei den römisch-katholischen Kirchen- und Schulsachen  
 ose gesetz- und verfassungsmäßig zusteht, <sup>1)</sup> und in zweifelhaften Fällen  
 on dem Oberpräsf. Instr. einholen. Ihr sind in obiger Beziehung sämtliche  
 hliche und Schullehrer, die Superintendenten und mit ihnen in gleicher  
 : stehende höhere Geistliche anderer Konfessionen, nicht ausgenommen,  
 met, und die Kommission kann wider sie nöthigenfalls die gesetzlichen  
 und Strafverfügungen erlassen und zur Ausführung bringen. Wie es  
 er Suspension und Entlassung vom Amte zu halten, ist in der Konf.  
 : bestimmt.

o weit dem Konf. eine Mitwirkung bei dem, der Kirchen- und Schul-  
 gewiesenen Geschäftskreise zusteht, berichtet letztere an jenes, es müßte  
 der Sache außerdem noch die Genehmigung des vorgesetzten Min. nöthig

dem letztern Fall berichtet sie an dasselbe, schickt aber den Bericht, mit-  
 lages, dem Konf. zu weiterer Beförderung zu. In so weit die Sache  
 Konf. nicht angeht, berichtet die Kirchen- und Schulkomm. auf dem allg.  
 ebenen Wege an das Min.

velchen Fällen sie, die Komm., sofern ihr vorstehend nicht eine selbstständige  
 it beigelegt ist, die Genehmigung des vorgesetzten Min. nöthig hat, ist  
 allg. Grundsätzen der gegenwärtigen Instr. zu beurtheilen. Aus der Be-  
 des §. 8. folgt es also, daß sie bei Einführung neuer oder Veränderung  
 r Lehr- und Schul-Pläne berichten muß.

der allg. Jugendbildung der Nation eine feste Richtschnur zu geben, be-  
 i Wir eine allg. Schulordnung entwerfen zu lassen, und auf den Grund  
 q demnächst besondere Schulordn. für die einzelnen Prov. entwerfen und  
 Eigenthümlichkeiten ders. möglichst berücksichtigt werden. Bis dahin, daß  
 schehen, hat die Kirchen- und Schulkommission sich in Ansehung des  
 ad Erziehungswesens nach den bisherigen Vorschriften zu achten.

gehört endlich auch zu den vorzüglichsten Pflichten der Komm., für die  
 l, gehörige Benützung und Sicherstellung des Kirchen-, Schul- und In-  
 rmögens, so wie dafür zu sorgen, daß es nicht mit andern Fonds ver-  
 rbe. Wie weit sie darüber und bei dem dasselbe betr. Stats- und Rech-  
 n, auf ihre Verantwortlichkeit, selbstständig handeln kann, ist in dem fol-  
 bestimmt.

Wegen des Rassen- und Rechnungswesens. <sup>2)</sup>

3. Der Abth. steht die Prüfung und Bestätigung von dem gesammten  
 lassen- und Rechnungswesen sämtlicher Kommunalfonds und Privat-  
 ferner von allen polizeilichen, gemeinnützigen oder andern wohlthätigen  
 nen Anstalten und Institutionen, welche auf Kommunalbeiträgen oder  
 er auf Privatstiftungen beruhen, zu, in soweit bei diesen Gegenständen  
 rkung der Landesbehörde überhaupt gesetz- und verfassungsmäßig zulässig  
 e Anstalten und Stiftungen von der ersten Abth. ressortiren. Sie kann  
 insicht nach den bestehenden Gesetzen, Vorschriften und Stiftungsurkunden  
 age verfahren.

Beleides ist sie auch bei den auf Staatskosten gegründeten, gemeinnützigen  
 und Stiftungen zu thun berechtigt, sobald der jährliche Beitrag der

st Art. 24. der Verfass. v. 31. Jan. 1851, s. o. S. 233.

ber die Beaufsichtigung des Stats- und Rechnungswesens der städtischen  
 nd insbesondere das G. R. der Min. der G. II. u. M. und des Inn.  
 : 1845 (M. Bl. d. i. B. 1846, S. 7), und das R. d. Min. v.  
 1844 (M. Bl. d. i. B. S. 267) ergangen, welche im bes. Th. Abth. I.  
 ssticht, zu vergleichen.

Staatskosten die Summe von Fünfhundert Thalern nicht übersteigt. Ist letzteres der Fall, so muß zwar der Etat und die Rechnung zur Bestätigung und Abnahme höhern Orts eingereicht werden; innerhalb den Grenzen des bestätigten Etats ist aber auch alsdann die Abth. ohne Anfrage zu verfügen befugt. Nur

a) bei Etats-Überschreitungen,

b) bei Veränderungen in dem Zweck und in der bisherigen Verfassung von dergleichen Anstalten und Stiftungen muß dieselbe berichten.

Es gehört zu den besondern Obliegenheiten der Abth. dafür zu sorgen, daß die hieher gehörigen Fonds gehörig erhalten, sichergestellt und die Einkünfte daraus, bestimmungsmäßig verwendet werden.

Ihr steht auch frei, diej. Zahlungen, welche die Reg.-Hauptkasse für das Reffort der ersten Abth. etatsmäßig zu leisten hat, in monatlichen Raten aus ders. zu entnehmen und an die Institutskasse zu ihrer weiteren Bestimmung und Verwendung zahlen zu lassen. Es müssen jedoch die nöthigen Vorkehrungen getroffen werden, damit das Rechnungswesen der Reg.-Hauptkasse nicht in Unordnung und Verwickelung gerathe, welches entweder dadurch geschehen kann, daß die Institutskasse nach Ablauf des Jahres über diese Zahlungen die nöthigen Stückrechnungen fertigt, die alsdann der Jahresrechnung der Reg.-Hauptkasse beigelegt werden, oder aber, daß die erstere Kasse der letzteren die nöthigen Rechnungsbeläge sogleich unmittelbar, wenn sie eingehen, aushändigt. Die desfalls nöthigen Einleitungen werden dem Präsidium überlassen.

#### Abschn. III. Von dem Geschäftsgange u.

§. 31. Die Verfügungen der Kirchen- und Schulkommission ergehen unter deren Namen nur an Geistliche und Schullehrer, in allen übrigen Fällen aber unter dem Namen der ersten Abth. Doch werden die Berichte ders. an das gesetzte Min. und das Kons. gleichfalls unter ihrem Namen ausgefertigt, im letzteren nicht von dem Plenum der Reg. ausgehen; auch müssen sie, so wie die Verfügungen der Kirchen- und Schulkommission stets von den geistlichen und Schulräthen unterschrieben werden, wenn diese nicht abwesend sind.

#### Abschn. IV. Von den Rechten und Pflichten der Reg. Beamten u.

§. 42. Jeder Rath muß jährlich einen Theil seines Departements, die Mainenräthe aber müssen ihr ganzes Departement bereisen.<sup>1)</sup> Sie führen auf der Reise ein vollständiges Tagebuch, welches nach ihrer Rückkehr von dem Kons. zum Vortrage gebracht und wenn darauf das Erforderliche verfügt ist, den Materialien des jährlichen Haupt-Verwaltungs-Berichts gesammelt wird.

Jeder Departements-Rath ist befugt und schuldig, schon an Ort und Stelle das Erforderliche zur Abstellung von Mängeln zu verfügen, und die Dienstführung der Kreis- und Orts-Behörden in Sachen seines Departements, so wie die Kreis- und Orts-Kassen, welche von der Regierung ressortiren, zu revidiren.

Letzteres ist insonderheit die Pflicht derjenigen Räte, zu deren Geschäftsbereich die Aufsicht über die betreffende Kreis- oder Orts-Kasse gehört.

Mängel, deren Rüge außer ihrem Geschäftskreise liegt, müssen sie gleichwohl nicht unbeachtet lassen, sondern dem Präsidium bei eigener Vertretung anzeigen.

#### h. Der geistlichen und Schulräthe.<sup>2)</sup>

§. 46. Der geistlichen und Schulräthe besondere Pflicht ist es, daß sie

1) §. 39. Nr. 8. legt auch dem Präsidium die Pflicht auf, jährlich einen Theil des Reg. Bez. zu bereisen, um sich Orts- und Personenkenntniß zu erwerben und die Dienstführung der Unterbehörden und Depart. Räte an Ort und Stelle zu prüfen. An die Stelle des aus dem Chef. Präf. und den beiden theilungs-Direktoren bestehenden Präsidiums ist durch die R. D. v. 31. Dec. 1840 D. I. der Präsident getreten.

2) Die R. D. v. 23. Sept. 1840, mitgeth. durch G. R. der Min. Inn. u. d. P., der Fin. u. der G. u. N. v. 6. Dec. 1840 (M. Bl. d. L. S. 436) legt den bei den Reg. zur Bearbeitung der Schulsachen angeordneten Räten, welche in ihren Bestellungen nur zu Schulräthen ernannt sind, nach dem Charakter als Reg. Räte bei, und bestimmt, daß dieselben fortan als Reg. und Schulräthe bezeichnet werden sollen. — Die höchste Staatsprüfung kann die geistl. und Schulräthe nicht zu bestehen. Das Regul. v. 14. Febr. 1846

jen, daß der öffentliche Schul- und geistliche Unterricht und Kultus, Innern als Aeußern nach, den Vorschriften gemäß, gehörig beobachtet werden können, dem Befinden nach, Vorschläge machen, wie beides den kann, um Religiosität und Moralität, Dulbungsgeist und Ansehen den verschiedenen Glaubens-Verwandten, Bürgerfinn und Theilnahme an öffentlichen Sachen, Anhänglichkeit und Liebe für König, Vaterland, Achtung für die Gesetze zu befördern.

Man soll sich nicht begnügen, die ihnen zugetheilten Sachen ordentlich und pünktlich, überhaupt nicht blos durch Vorträge im Kollegium und amtliche Anordnungen, sondern auch durch persönliches Beispiel und Wirken warmen Eifer und Thätigkeit für Verbesserung des geistlichen und Schul-Unterrichts, unter den Geistlichen und Schullehrern zu verbreiten suchen. Ungeachtet den geistlichen Vorgesetzten mit obliegt, auf den Lebenswandel und die Amtsführung der Schullehrer Acht zu haben, Unregelmäßigkeiten zu rügen, aber auch amtlich zur Sprache zu bringen; so müssen sie sich doch nicht blos Angehöriger des geistlichen und Lehrer-Standes, sondern mehr als seine Vorgesetzten betrachten, seine Würde zu behaupten und sein Bestes zu befördern sein.

Man soll sich von selbst, daß sofern die geistlichen und Schul-Räthe als Organe der Reg. handeln, sie sich in denj. Befugnissen halten müssen, welche ihnen von der Reg. überhaupte beigelegt sind. Sie sind Organe, deren sich das Kons. für besondere Angelegenheiten seines Ressorts nach Ermessen der demselben erteilten Instr. bedienen kann, und Mitglieder des Kons. sind, wenn sie bei dem Kons. anwesend sind. 1)

In der ersten Abtheilung der Reg. wurde die Kirchen- und Schul-Abtheilung eine besondere Abtheilung ausgesondert, und überhaupt der Organisation bei den Reg. mehrfach modifizirt durch die bereits oben sub Nr. 1 angeführte

U. v. 31. Dec. 1825, einige Abänderungen in der bisherigen Organisation der Prov. Verwaltungsbehörden betr. (G. S. 1826. S. 5.) In den Bestimmungen dieser R. O. gehören folgende hierher:

Die Regierungen setzen Ich Folgendes fest:

Der Spitze jeder Reg. steht ein Präsident, zu dessen Wirkungskreise im Allgemeinen gehört, was in der Instr. v. 23. Okt. 1817, §§. 39. und 40. für den Präsidenten angeordnet ist.

Daß die bisherige Geschäfts-Bearbeitung in zwei Reg. Abth. können, die von größerem Umfange, zur schnelleren Förderung der Geschäfte, abgesondert bearbeitet und gebildet werden:

Abtheilung des Innern.

In dieser sollen die Gegenstände bearbeitet werden, die nach der Instr. von 1817 der ersten Regierungs-Abtheilung zugetheilt waren, in der Regel mit Ausnahme der geistlichen und Schul-Angelegenheiten; 2c.

Abtheilung für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen.

Diese hat die §. 2. Nr. 6. und §. 18. der Instr. v. 1817 bezeichneten Kirchen- und Schul-Angelegenheiten zu bearbeiten, welche nicht dem Kons. der Prov. Schul-Roll. durch die Dienst-Instr. v. 23. Okt. 1817 und unsere vorstehende Order vorbehalten sind.

Abth. für die Verwaltung der direkten Steuern und der Domainen Forsten 2c.

Abth. für die Verwaltung der indirekten Steuern, welche indessen nur

Angewandt zu den höhern Aemtern der Verwaltung (G. S. S. 199) be-

in den Reg. Kollegien als deren Mitglieder fungirenden geistlichen Räten, Medizinalräthen und Bauräthen haben ihre Qualifikation auf anderm Wege zu erlangen."

L. S. 79 B. v. 27. Juni 1845 S. 260.

Statt findet, wo nicht Steuer-Direktoren für eine ganze Prov. best. oder werden zc.

- 5) Die Kassen-, Stats- und Rechnungs-Angelegenheiten; so wie sie r Geschäfts-Anweisung dem Reg. Kassenrath zugewiesen sind, hat selbstständig unter dem Präs. zu bearbeiten, und ist in allen Abt seine Mitwirkung erfordert wird, zuzuziehen.

III. Die einzelnen Abth. erhalten mit Anwendung der Bestimmung der Instr. v. 23. Okt. 1817 besondere Dirigenten mit dem Charakter „Dirigierungs-rath.“

IV. Da die Ober-Präsidenten in der Regel zugleich die Präsidenten Reg., welche sich an ihrem Wohnorte befindet, sein sollen; so wird bei die ein Vice-Präsident bestellt, welcher den Ob. Präs. bei Abwesenheit, Krankh in sonst zu bestimmenden Fällen bei der Reg. zu vertreten, auch die P. Geschäfte der Reg. in sofern zu übernehmen hat, als es das Staatsmin. dazu ein Antrag vom Ob. Präs. gemacht wird, bestimmen wird. Bei den Reg. wird der Reg. Präs. in Fällen der Abwesenheit oder anderer Behü durch einen für immer dazu ernannten Vorgesetzten einer Abth. vertreten.

V. Die Plenarversammlungen der Reg. bestehen unter dem Vorß des Präsidenten, aus:

- a) den Ober-Regierungsräthen mit Einschluß des Oberforstmeisters, a Dirigenten der Abth. für Domainen und Forsten;
- b) den Regierungsräthen;
- c) den technischen Mitgliedern der Reg., und
- d) den Assessoren.

Die ad a. und b. gedachten Beamten haben dabei ein volles Votum; i nischen Mitglieder, nämlich die Geistlichen, Schul-<sup>1)</sup>, Medizinal- und Bau auch die technischen Forstbeamten, haben nur in den Angelegenheiten, we ihrem Geschäftskreise gehören, ein volles Votum; und die Assessoren allein von ihnen selbst bearbeiteten Sachen zc.

Stimmenmehrheit entscheidet bei diesen Versammlungen; doch verbleib Präsidenten das im §. 39. Nr. 3. der Instr. v. 1817 dem Präsidio be Recht, der Ausführung des Beschlusses, unter den dort näher bezeichnete tionen, Anstand zu geben zc.

VII. Die Beschlüsse erfolgen zwar auch in den Abth. nach der S mehrheit der Mitglieder, mit Einschluß des Vorgesetzten der Abth., dem ab bloß im Falle der Stimmengleichheit die Entscheidung gebührt, sondern auch berechtigt ist, den wider seine Ansicht gefaßten Beschluß der Majorität Provokation auf den Präsidenten zu suspendiren, von welchem es dann a durch seinen Beitritt zu bestimmen: ob nach der Ansicht des Vorgesetzten o Stimmenmehrheit der Mitglieder der Abth. verfahren, oder ob die Sache zt scheidung an das Plenum verwiesen werden soll.

VIII. Die Reinschriften der auf Plenar-Beschlüssen beruhenden Be Ausfertigungen werden von dem Präs. allein, die der einzelnen Abth. ab dem Vorßenden ders. vollzogen.

Bei Verträgen und andern Urkunden, deren Ausfertigung bei einer M folgt, ist nicht nur des Präsidenten, sondern auch eines Justitiarius Mitunte sowohl des Entwurfs, als der Ausfertigung erforderlich zc.

X. Zu den in der Instr. v. 1817 §. 38. bemerkten Handlungen der B welche ohne Nachsicht gerügt werden sollen, gehören auch Verschwendung, sinnige Verschuldung und verlebte Amts-Verschwiegenheit. Es darf kein I über das, was amtlich zu seiner Kenntniß kommt, an dritte Personen Mitth oder gar etwas öffentlich bekannt machen. Thut er dies, so begehet er eine verletzung, die nach der Größe derselben mit verhältnißmäßiger Geldstrafe o Entfernung aus dem Dienste im Disciplinarwege geahndet werden soll.

---

1) Das R. der Min. des Inn. u. d. P., der Fin. u. der G., u. u. 16. Juni 1841 (M. Bl. d. i. B. S. 157) legt volles Votum den technische gliedern, insbes. den geistl. und Schulräthen, auch dann bei, wenn sie bei ei verschiedenen Geschäftsbereichen gehörenden Sache nur mitbetheiligt sind. — auch §. 46. der Instr. v. 23. Okt. 1817, Note.



**XI. Dauerliche Regulirungen und Separationen in Domainen oder den unter unmittelbarer Verwaltung der Reg. oder der Prov. Schul-Koll. stehenden Instituten, worüber die Reg. auf eigene Verhandlung Vergleiche schließt, bedürfen keiner Bestätigung der General-Kommission.** In Ansehung der Regulirungs- und Auseinandersetzungs-Sachen, welche die General-Kommission leitet, wobei Gerechtsame der Domainen- und Forsten, oder der vorgenannten Institute wahrzunehmen sind, hat die General-Kommission nicht unmittelbar mit den Min. zu verhandeln, sondern an die Reg. Abth. zu schreiben, und diese die nöthigen Erklärungen entweder selbstständig abzugeben, oder die Min. Genehmigung einzuholen.

Verträge und Urkunden über Gegenstände, deren Regulirung auf dem Wege der Provocation bei der Gen. Komm. und durch deren Entscheidung bewirkt worden ist, unterliegen der Bestätigung von Seiten der Gen. Komm. Ist aber keine Entscheidung von Seiten der Gen. Komm. erfolgt, so sind dergl. Urkunden, und selbst die von der Gen. Komm. geschlossenen Vergleiche, wenn sie bloß den Fiskus und dessen Hinterlassen, oder die unter der unmittelbaren Verwaltung der Reg. oder der Prov. Schul-Koll. stehenden Institute betreffen, nur von der betr. Abth. der Reg., oder dem Prov. Schul-Koll. zu genehmigen, und diese von dens. in der vorgeschriebenen Form ertheilte Genehmigung des Geschäfts hat alle rechtlichen Wirkungen und Folgen einer von der Gen. Komm. ertheilten Bestätigung.

Die im §. 65. der B., wegen Organisation der Gen. Komm. v. 20. Juni 1817 und in den §§. 25—88. des G. über die Ausführung der Gemeinheitstheilungs- und Ablösungs-Ordn. v. 7. Juni 1821 vorgeschriebene Bestätigung der General-Kommission, ist daher in den obengedachten Fällen ferner nicht erforderlich, und wird die desfallige Bestimmung in soweit hierdurch ausdrücklich aufgehoben.

Alle in vorbemerkten Fällen bei Publication dieser Bestimmungen schon abgeschlossenen und von der Gen. Komm. noch nicht bestätigten Verträge (es mögen solche bei der Gen. Komm. bereits zur Prüfung vorliegen oder nicht), werden nicht von dieser bestätigt, sondern zur Ertheilung der vorgeschriebenen Genehmigung an die Reg. und Prov. Schul-Koll. abgegeben. <sup>1)</sup>

**XII.** Da über einzelne Punkte des mit der Instr. v. 23. Okt. 1817 publizirten Auszuges aus der B. v. 26. Dez. 1808 Zweifel entstanden sind, so setze Ich in dieser Beziehung zugleich Folgendes fest:

- a) ad §. 42. Was sub Nr. 2., 3. und 4. dieses §. von den Rechten des Fiskus aus Verträgen, mit seinen Pächtern geschlossen, gesagt ist, findet auch Anwendung auf Verträge, welche Namens der unter unmittelbarer Verwaltung der Reg. oder der Prov. Schul-Koll. stehenden Institute, mit Privatpersonen abgeschlossen sind, sofern letztere in den Kontrakten sich dieser Bestimmung ausdrücklich unterworfen haben u. <sup>2)</sup>

Gleichzeitig erging

5) die Allerh. vollzogene Geschäfts-Anweisung für die Reg. v. 31. Dec. 1825, in Verfolg der für diese Behörden neu angeordneten Organisation, zur Ergänzung und Berichtigung der Instr. v. 23. Okt. 1817. (Annal. IX. S. 821. — Jahrb. Bd. 27. S. 241. — Gräff, Bd. 3. S. 104.)

Aus derselben ist anzuführen:

Zum Abschn. II. Von den Befugnissen und Obliegenheiten der Reg. und ihrer Abth. in den ihnen angewiesenen Geschäftskreisen.

**A. Allgemein für alle Abth. und deren Plenum.**

Verhältniß zu den Beamten.

Bei allen den Reg. überlassenen Anstellungen, muß mit strenger Prüfung und

1) Vergl. G. v. 21. Apr. 1852 die Erweiterung der den Reg. und Prov. Schul-Koll. zustehenden Befugniß zur Bestätigung von Auseinandersetzungsrecessen (G. S. S. 258) im besondern Theile beim Schulvermögen.

2) Vergl. R. der Min. der G. u. u. R. u. des Inn. u. d. P. v. 26. Mai 1834 (M. XVIII. S. 288).

Unpartheilichkeit zu Werke gegangen, zunächst auf Treue, Fleiß und Geschicklichkeit gesehen, und nur bei gleicher Würdigkeit, dem Dienstalter der Vorzug gegeben.

Auf die von den Ministerien besonders designirten und empfohlenen ist bei solchen Anstellungen besonders Rücksicht zu nehmen. Am Schlusse jedes Jahres hat der Präsident jedem Min. für sein Ressort eine Nachweisung der gestellten oder beförderten Beamten einzureichen<sup>1)</sup>. Daß die neu anzustellenden Beamten der gesetzlichen Militairpflicht genügt haben, hat der Präs. besond. beobachten. 2c.

Die Ernennung der Distrikts- und Lokal-Beamten geschieht im Einvernehmen mit dem Präs., von den Vorgesetzten der betr. Abth. 2c.

Zum Abschn. III. von dem Geschäftsgange, und zum Abschn. IV. von den Pflichten der Reg.-Beamten.

#### Verhältniß zwischen den Abtheilungen.

Die Abtheilungen verfügen zwar, jede in dem ihr angewiesenen Wirkungskreise selbstständig, bilden indeß keine abgesonderte und gänzlich für sich bestehende Behörde, sondern machen zusammen nur ein gemeinschaftliches Kollegium aus.

Berührt eine Sache das Ressort von mehr als einer Abth., so muß der, wozu sie hauptsächlich gehört, bearbeitet, von dieser Abth. aber mit Rücksicht auf die, deren Geschäftskreis sie auch berührt, Rücksprache genommen, und deren Meinung beachtet werden. Sollte dabei eine Einigung nicht stattfinden, dann ist die Sache im Plenum zum Vortrage zu bringen. 2c.

#### Ausfertigung und Superrevision.

Alle auf Beschlüssen des Plenum beruhende Ver., Schreiben und Bescheide werden im Namen der Reg. ausfertigt, dem Präs. zur Superrevision vorgelegt, von ihm in der Reinschrift allein gezeichnet, jedoch die Ver. auch von allen Mitgliedern, welche am Beschlusse Theil nehmen, unterschrieben.

Alle übrige Dekrete und Konzepte werden, in sofern der Präs. nicht eine andere Vorlegung besonders verlangt, lediglich dem Vorsitzenden jeder Abth. zur Revision und Mitzeichnung vorgelegt, und die Ver. der Abth. in der Reinschrift mit Benennung des Referenten, von allen anwesenden Mitgliedern vollzogen, von dem Präs. mitgezeichnet. 2c.

#### Jahres-Berichte.

Der §. 37. der Instr. v. 1817<sup>2)</sup> wird dahin abgeändert, daß jährlich der Verwaltungs-Ber. von den Abth. Dirigenten dem Präs. erstattet werden, auf Grund dieser für jedes betr. Min., rücksichtlich dessen Geschäftskreises, einer Besondere Verwaltungs-Ber. abfaßt, und dens. an den Ob. Präs. befördert, der dann einsendet. 2c.

#### Urlaubsbewilligung.

2c. Urlaubsbewilligungen an die der Reg. untergeordneten Bezirks- und Lokal-Beamten erteilt, unter obigen Modalitäten<sup>3)</sup>, der Vorgesetzte der betr. Abth. mit Zustimmung des Präs. 2c.

### E. Die General-Superintendenten.

Durch die mittelst R. des Min. der geistl., u. u. M. Ang. v. 1829 (Annal. XIII. S. 66) bekannt gemachten R. D. v. 7. Feb. 29. Aug. 1828 sind für alle Gebietstheile der Monarchie General-Superintendenten<sup>4)</sup> geschaffen worden, um den innigern und festern Zusammenhang der evangel. Kirche zu befördern. Ueber die Stellung derselben

1) Vergl. o. sub 3. §. 12. Nr. 2. der Instr. v. 23. Okt. 1817, u. die No.

2) Danach sollte jedes Mitglied dem Kollegio einen Jahresbericht über die Verwaltung des Depart. erstatten.

3) Nämlich außerhalb Landes auf 4, innerhalb auf 6 Wochen.

4) An Orten, wo evangelische Bischöfe sind, welche nach dem Verordn. Friedrichs I. am 18. Jan. 1816 zuerst wieder ernannt wurden, sind diese General-Superintendenten.

Allgemeinen und über ihre Einwirkung auf das Schulwesen, — abgesehen von der durch Art. 24. der Verfass. Urkunde v. 31. Jan. 1850 (S. 233) dem geistlichen Einflusse gegebenen Erweiterung, — bestimmen die nachstehend herausgehobenen §§. der durch das R. des Min. der geistl., U. und R. Ang. v. 21. Mai 1829 mitgetheilten Instr. für die General-Superintendenten v. 14. Mai 1829:

Die segensreiche Thätigkeit, welche von den General-Superintendenten, nach der von Sr. Maj. dem Könige Allerh. selbst ihnen ertheilten Bestimmung erwartet wird, und ihr heilsamer Einfluß auf die Angelegenheiten der evangelischen Kirche hängt zwar hauptsächlich davon ab, daß sie, über die äußerliche Seite ihrer Stellung sich erhebend, ihren Beruf mit Geist aufzufassen und zu behandeln wissen, und ergriffen von dem Anerkennnisse seiner hohen Bedeutung und von dem dankbarsten Gefühle des Allergnädigsten Vertrauens, dessen sie von Sr. Maj. dem Könige gewürdigt worden, die wichtigen Aufgaben ihres Amtes mit frommer Gewissenhaftigkeit zu lösen bereit sind. Damit jedoch durch eine nähere Bezeichnung und Abgrenzung ihrer amtlichen Befugnisse und Verpflichtungen jeder Unsicherheit ihres Wirkens möglichst begegnet werde, und um ihnen eine übersichtliche Kenntniß der Berufs-Aufgaben, für deren pünktliche, zweckmäßige und ungesäumte Erledigung sie verantwortlich sind, zu geben, erhalten sie auf Befehl Sr. Maj. des Königs folgende nähere Geschäfts-Anweisung zu ihrer Nachachtung.

1. Die Gen.-Sup. sind Geistliche, welche als Vorgesetzte mehrerer Superintendentur-Sprengel, neben den Prov.-Kons. und Reg.-Abth. für das Kirchen- und Schulwesen, die Angelegenheiten der evangelischen Kirchen ihres Bezirks persönlich zu beaufsichtigen und auf sie einzuwirken befugt und verpflichtet sind.

2. Ihre Bestimmung im Allg. ist, sich eine genaue, auf eigene Anschauung gegründete und aus Erfahrungen an Ort und Stelle gesammelte Kenntniß von der Beschaffenheit des evangelischen Kirchenwesens in ihrem Bez. zu verschaffen, vornehmlich auf dem Wege des persönlichen Verkehrs, wenn auch gleich der Schriftwechsel zur Vervollständigung und Erleichterung dieses persönlichen Einwirkens nicht ganz ausgeschlossen werden soll, die wahrgenommenen Gebrechen möglichst schnell zu entfernen, die immer gedeichlichere Entwicklung des Beifallswürdigen zu befördern, nach Befinden jene wie dieses zur Kenntniß der geistlichen Behörden zu bringen und so die denselben übertragene Aufsichtsführung zu erleichtern und wirksamer zu machen.

3. Sie bilden keine Zwischen-Instanz, sondern sind den geistlichen Prov.-Behörden beigeordnet und stehen, wie diese, in ihrer Qualität als Gen.-Sup., unmittelbar unter dem Min. der geistl. Ang.

4. Sie sind Mitglieder der Kons., heißen Direktoren, und nehmen in dens. nach dem Ob.-Präs. die erste Stelle ein. Auch haben sie, soweit es sich mit ihrer ehrenthümlichen, von öftern Reisen abhängigen Wirksamkeit verträgt, den Direktorial-Geschäften und der Stellvertretung des Ob.-Präs. in dem Kons. sich zu unterziehen.

5. Sie haben sich mithin als Organe der geistlichen Obern zu betrachten, und sollen, als väterliche Pfleger aller Kräfte, welche in den ihnen untergebenen Aufsichtskreisen für die ehrwürdigen Zwecke der evangelischen Kirche in Thätigkeit gesetzt werden können, bald anregend, bald nachhelfend, bald vermittelnd auftreten und durch ihre Belehrung, ihren Rath und ihre Fürsprache beitragen, daß die hier und da wahrgenommenen Bedürfnisse auf die kürzeste und den Lokal- und Personal-Verhältnissen angemessenste Art ihre Befriedigung finden.

6. Die Gegenstände, auf welche sie ihr Augenmerk vorzüglich zu richten haben, sind: a) u.; — f) die Beschaffenheit der Elementar- und niedern Bürgerschulen, als der Vorbereitungs-Anstalten für die Kirche; und — g) die religiöse und kirchliche Tendenz der gelehrten Schulen und höhern Bürgerschulen.

7. Zunächst liegt ihnen das Geschäft der Kirchen-Visitationen an denj. Orten ob, wo Geistliche angestellt sind, denen die Verwaltung einer Spezial-Superintendentur übertragen ist. u.

13. Sie sind zur Erreichung dieses Zwecks aber auch berechtigt und verpflichtet, einzelnen Kirchen- und Schul-Visitationen, die der Spezial-Superintendent in den Pfarorien seiner Diöces zu halten pflegt, beizuwohnen und dergl. auch selbst vorzunehmen.

14. Uebrigens haben sie neben diesen gewöhnlichen und vorher anzukündenden Visitationen auch zuweilen außerordentliche unvermuthete Untersuchungen Ort und Stelle sowohl auf Anweisung des vorgesetzten Min. und Requisition geistlichen Prov.-Behörden, als auch nach eigenem Ermessen zu veranstalten; haben sie davon, so wie überhaupt von allen, in ihrem Bez. vorzunehmenden Reisen, den Ob.-Präs. vorher in Kenntniß zu setzen. 2c.

24. Sie sind gehalten, sich der Regulirung streitig gewordener Verhältnisse und der Beseitigung entstandener Unordnungen und Mißthelligkeiten, wenn sich ihrem persönlichen Einflusse ein günstiger und schneller Erfolg erwarten läßt, Requisition der Konf. und Reg.-Abth. für das Kirchen- und Schulwesen, zu ziehen, und haben in Folge gleicher Veranlassung ihr schriftliches Gutachten diese Behörden in den Fällen abzugeben, in welchen die Feststellung der Wahrheit und die darauf zu gründende Entscheidung hauptsächlich von einer genauen Orts- und Personal-Kenntniß abhängig ist. Es versteht sich jedoch von selbst, daß dies nur ausnahmsweise geschehen darf und daß in der Regel die nöthigen Ermittlungen durch die Spezial-Sup. geschehen müssen.

25. Sie haben das Recht, den Sitzungen der Reg.-Abth. für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen, wenn sie es für nöthig halten, besonders wenn die von ihnen, in der Eigenschaft als Gen.-Sup. zur Sprache gebrachten Gegenstände zum Vortrage kommen, stimmfähig beizuwohnen und werden sie Präsidenten von ihrem diesfälligen Wunsche in Kenntniß setzen. Auch hat sie sie in wichtigen Angelegenheiten, hauptsächlich wenn allgemeine und organische Maßregeln erwogen und beschlossen werden sollen, zu den Berathungen einzuladen. Jedenfalls sind sie zu denselben zuzuziehen, wenn über die gegen Geistliche zu verhängende Disziplinar-Untersuchung, oder über deren Remotion und unwillige Versetzung und Emeritirung entschieden wird. 2c.

28. Sie haben in einem jährlichen ausführlichen Verwaltungs-Berichte, spätestens am Schlusse des Monats Jan. an das Min. der geistl. Angelegenheiten einzureichen und dem auch eine Abschrift des von ihnen geführten Reise-Journals beizufügen ist, sowohl ihre wichtigsten Erfahrungen und die vorzüglichsten Resultate ihrer persönlichen Vermittelung, als auch insbesondere dasjenige, was sie der Entscheidung der Behörden haben überlassen müssen, und ob dieselbe erfolgt ist, anzuführen. Der Jahresbericht ist zuvörderst dem Oberpräsidium mitzutheilen und von diesem gefördert und unterschrieben an das Min. abzusenden.

29. Da sie für den Aufwand, den ihnen das Reisen und die Geführungen verursacht, eine angemessene Entschädigung aus Staatsfonds erhalten, so haben sie den Kirchen- und Gemeinde-Kassen keine sogenannte Kosten-Gebühren-Zahlung zuzumuthen.

(Annal. XIII. S. 277. 279.)

### F. Andere geistliche Behörden.

Da der mehrallegirte Art. 24. der Verfass. Urkunde v. 31. Jan. 1850 (S. 233) die Leitung des Religionsunterrichts in der Volksschule den Religionsgesellschaften überweist, so sind in dieser Beziehung alle geistlichen Behörden als Schulbehörden anzusehen. Insbesondere muß dies auch

1) von den katholischen geistlichen Behörden gelten, wie sie Gemäßheit der durch die R. O. v. 23. Aug. 1821 bestätigten päpstlichen Bulle de salute animarum v. 16. Juli 1821 (G. S. 1821. S. 113) in Preußen organisiert sind.

2) Außerdem sind geistliche Provinzial-Behörden für die evangelische Kirche die Rheinisch-Westphälischen Provinzial-Synoden. Diese sind die aus der Rhein. Westphälischen Kirchenordn. v. 5. März 1835 Abschn. II. Kap. II. sub VII. C. BB. (S. 201 ff.) angeführten Stellen Eben so sind

3) die bei den einzelnen Armeekorps angestellten Militär-Obprediger nach §. 3. der Militär-Kirchenordn. v. 12. Febr. 1832 verpflichtet:

städtliche Militär-, Kirchen- und Schul-Angelegenheiten in der Provinz fortwährend zu beaufsichtigen und zu leiten, zu welchem Behufe dieselben beim Ausmarsche des Armeekorps ins Feld am Sitze des General-Kommandos zurückbleiben sollen. (s. auch §. 4. Nr. 7., §. 69., §§. 83. flg. der angef. Mil. Kirchenordn. G. G. G. 69 flg.)

#### **G. Unter-Behörden.**

Mit der Aufsicht über das Schulwesen sind für die Kreise die Landräthe und Kreis-Inspektoren, — eine Funktion, welche regelmäßig den Superintendenten, und in Ansehung der Katholiken den Dekanen oder Erzpriestern zugetheilt ist, beauftragt. Als Lokal-Inspektoren fungiren die Prediger und neben und mit ihnen die Lokal-Schulvorstände, in den Städten die Magistrate und Schul-Deputationen.

Da die Amtsführung dieser Behörden einerseits in das Detail des Schulwesens eingreift, und sich andererseits im Wesentlichen auf die unteren Unterrichts-Anstalten beschränkt, so muß ihre nähere Erörterung dem besondern Theile vorbehalten bleiben.



**Druckfehler-Berichtigung.**

Seite 26 Zeile 7 von oben muß es statt „1740“ heißen: „1770“

## Zweiter oder besonderer Theil.



# Erste Abtheilung.

## Der Privat-Unterricht.

---

### Einleitung. <sup>1)</sup>

Ingleich mit der ausgedehnteren Fürsorge, welche dem Unterrichtswesen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts von Staatswegen gewidmet wurde, lagte sich auch das Bestreben, die Kinder so viel als möglich den öffentlichen Unterrichtsanstalten zuzulenken. Das General-Landschulregl. v. 2. Aug. 1763 <sup>2)</sup>, §. 15. gestattete nur wohlhabenden Eltern „für ihr Haus und Kinder Privat-Informatores zu halten, jedoch so, daß nicht armer Leute Kinder, die noch nicht in höheren Wissenschaften unterrichtet werden können, von der ordentlichen Schule zurückgehalten, und in dergl. Privatunterricht hineingezogen werden“. In demselben §. sprach es ein ähnliches Verbot aller „Winkelschulen“ auf dem Lande für Flecken und Dörfer, für Amts- und kleine Landstädte unter Strafandrohung aus. Das selbe Verbot wurde in dem katholischen Schulregl. für Schlesien v. 1. Nov. 1765 <sup>3)</sup>, §§. 31. ff. wiederholt, und auf's Neue eingeschränkt durch das (nachstehende) R. v. 22. Nov. 1790 an das Kammergericht, wegen der Landschulen.

Friedrich Wilhelm, König 2c. 2c. Aus Eurem allerunterthänigsten Ber. v. 11. Maj. ist uns vorgetragen worden, zu was für einer Differenz die Kontravention der Rostäthenwittwe Gutden, jetzt verheiratheten Wolff, zu Bieten, Amts Köpnick, gegen die Schulpolizei und deren von Seiten des Justizbeamten Willmanns eigenmächtigerweise intendirte Einleitung zum Prozeß, zwischen Euch und Unserm Churwürttembergischen Ober-Konfistorio die Veranlassung gegeben. Wir können nicht Umgang

---

1) Das Privat-Unterrichtswesen läuft nicht bloß den untern, sondern auch den höhern Schulanstalten parallel. Deshalb erschien es zweckmäßig, nach der Ordnung des R. L. R., die dasselbe betr. allgemeinen Bestimmungen, schon hier einzuführen, und später, wo es wegen spezieller Anstalten nothwendig wird, hierher zu verweisen.

2) Vergl. in Thl. I. (allgemeiner Theil) S. 64 ff.

3) Vergl. in Thl. I. (allgemeiner Theil) S. 131 ff.

nehmen, Euch darauf hiemit bemerkllich zu machen, daß, wenn nicht schon die Schriften Unserer Ed. v. 28. Sept. 1717 und 26. Dec. 1736: daß an Orten Schulen sind, die Kinder, gegen 6 Pfennige wöchentlich Schulgeld, in die geschickt und selbst, falls solches nicht geschieht, das Schulgeld dennoch bezahlen müsse, ganz natürlich von der Schule des Orts, nicht aber von fremden Leuten zu verstehen wären, gleichwohl die gute Ordnung bereits mit sich bringe die Kinder auf dem Lande sich zu derj. Schule halten müssen, welche die Gemeinde errichtet ist, widrigenfalls weder die in dem §. 11. des Landschulregl. v. 12. Aug. 1763 vorgeschriebenen Kataloge in Ordnung zu halten sein, noch Landschulmeister bei ihrem schlechten Gehalt würden bestehen können. Aus dem Grunde wird auch in dem §. 15. des letztgedachten Schulregl., wo wohl den Eltern für ihr Haus und Kinder Privatinformationen zu halten nachgelassen bleibt, zugleich die Ausnahme der Kinder auf dem Lande in eine dergl. Privatinformation untersagt, damit nämlich anderer Leute Kinder nicht von der orden Schule, das ist, von der Schule des Orts, wozu sie gewidmet sind, abgezogen werden. Nachdem Ihr Euch nun durch vorstehendes überzeugt finden müßet, gestalte dem gemeinen Mann auf dem Lande keine eigenmächtige Wahl der Schulen für seine Kinder, weniger noch darüber zwischen Eltern oder Gemeinde und Schullehrer ein Prozeß nachzulassen stehe; als werdet Ihr auch in Folge nicht anstehen, den Justizbeamten Willmanns hierunter ad iusta und dahin weisen, wie er künftig bei dergl. bloß in die Schulenpolizei einschlagenden Fällen nicht eigenmächtig verfahren, sondern Unserm Churmärkischen Ober-Konsistorium Bedenlichkeiten vortragen und darüber Belehrung einholen müsse.

Auf Sr. K. Maj. allergn. Spezialbefehl.

v. Carmer. v. Dörnberg. v. Red. v. Wöllner. v. Goldbeck.

(NCC. T. VIII. S. 2985. Rabe, Bd. 2. S. 55.)

Das A. L. R. änderte diese Vorschriften, indem es einerseits Privatunterricht vom vorherigen Nachweise der Befähigung abhängig und ihn der Staatsaufsicht unterwarf, andererseits das unbedingte Verbot der Winkelschulen auf dem Lande aufhob, und nur erforderte, daß Erlaubniß eingeholt werde. In der Folge wurde jedoch hieraus die Notwendigkeit einer förmlichen Konzession für Privatschulen überhaupt genommen, und erst durch die Staatsverfassung ist, unter Vorbehalt Nachweises der Befähigung und der Beaufsichtigung durch den Staat, neben dem gewöhnlichen Privatunterricht auch die Anlegung von Privatschulen frei gegeben worden.

Die gesetzliche Ordnung des Privat-Unterrichtswesens, welche Privatschulwesen, Privatunterricht, und häuslichen Unterricht zerfällt, ist gegenwärtig auf folgende Bestimmungen:

I. Allgemeine Vorschriften über die Beaufsichtigung Privat-Unterrichtswesens.

1) Das A. L. R. setzt im 11. Titel des II. Theils fest:

Von Privat-Erziehungsanstalten.

§. 3. Wer eine Privaterziehungs- oder sogenannte Penfions-Anstalt errichten will, muß bei derj. Behörde, welcher die Aufsicht über das Schul- und Erziehungs-wesen des Orts aufgetragen ist, seine Tüchtigkeit zu diesem Geschäfte nachweisen und seinen Plan, sowohl in Ansehung der Erziehung, als des Unterrichts, zur Genehmigung vorlegen.

§. 4. Auch solche Privat-, Schul- und Erziehungsanstalten sind der Aufsicht dieser Behörde unterworfen, welche von der Art, wie die Kinder gehalten und erzogen, wie die physische und moralische Erziehung derselben besorgt, und wie der erforderliche Unterricht gegeben werde, Kenntniß einzuziehen befugt und verpflichtet ist.

§. 5. Schädliche Unordnungen und Mißbräuche, welche sie dabei bemerken, muß sie der dem Schul- und Erziehungs-wesen in der Provinz vorgesetzten Behörde zur nähern Prüfung und Abstellung anzeigen.

§. 6. Auf dem Lande und in kleinern Städten, wo öffentliche Schulen nicht vorhanden sind, sollen keine Neben- oder sogenannte Winkelschulen, ohne besondere Erlaubnis, errichtet werden.



## Von der häuslichen Erziehung.

§. 7. Eltern steht zwar frei, nach den im zweiten Titel enthaltenen Bestimmungen<sup>1)</sup>, den Unterricht und die Erziehung ihrer Kinder auch in ihren Häusern besorgen.

§. 8. Diejenigen aber, welche ein Gewerbe daraus machen, daß sie Lehrstunden in den Häusern geben, müssen sich, wegen ihrer Tüchtigkeit dazu, bei der §. 3. bezeichneten Behörde ausweisen, und sich von derselben mit einem Zeugnisse darüber versehen lassen.

2) Hierzu enthält eine genauere Bestimmung des Unterschieds zwischen Hauslehrer, Privatlehrer und Privat-Schullehrer das

U. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 30. Okt. 1827 an d. R. Reg. zu Merseburg, betr. die Verhältnisse der Hauslehrer, Privatlehrer und Privat-Schullehrer zu den Ortsschulen.

Wenn die R. Reg. in Ihrem Ver. v. 28. v. M. auf eine genauere Feststellung des Begriffs eines Hauslehrers ic. anträgt, um hiernach mehrere zweifelhafte Fälle über die Zulassung oder Unzulässigkeit des Zurückhaltens der Kinder mehrerer Familien vom Besuche öffentlicher Schulen und der Annahme eines gemeinlichen Privatlehrers für dieselben, entscheiden zu können, so wird Vers. hierauf Nachstehendes eröffnet:

1) Hauslehrer (Informator) ist derj., den eine Familie zum Unterrichte ihrer Kinder als Mitglied ihres Hausstandes bei sich aufgenommen hat.

2) Privatlehrer dagegen ist derj., der in Gemäßheit eines Kontrakts, gleichviel zwar, ob mit Einer Familie, oder mehreren derj., jedoch nur mit bestimmten einzelnen Familien, die Kinder derj. in ebenfalls festgesetzten Lehrgegenständen unterrichtet, wiederum gleichviel, ob in seinem eigenen Hause, oder in dem einer Familie; nur daß er letzternfalls nicht, wie zu 1. bemerkt, Mitglied des Hausstandes ist.

3) Privat-Schullehrer endlich ist der, welcher auf seine eigene Rechnung eine dem Publikum generaliter auf gewisse Bedingungen zum Gebrauche offenstehende Unterrichtsanstalt unterhält.

Die Zahl der Teilnehmer an der einen oder andern Anstalt kann ihren nach stehenden Merkmalen sich ergebenden innern Charakter niemals ändern. Der Hauslehrer hört nicht auf, Hauslehrer zu sein, wenn auch die Familie, die ihn angenommen hat, die Kinder anderer Familien an ihrem häuslichen Unterrichte mit Theil nehmen läßt, und der zu 2. bezeichnete Privatlehrer wird durch die Zahl der zum Unterricht besuchenden Kinder nicht zum Schullehrer, so lange er in speziellem Kontrakte mit den Eltern steht, dergestalt, daß er insonderheit ohne deren besondere Zustimmung keine andere, als die in den Kontrakt eingeschlossenen Kinder, in den kontraktmäßigen Lehrstunden Theil nehmen lassen darf.<sup>2)</sup>

## 1) A. E. R. Th. II. Tit. 2.:

## Wegen der Erziehung und des Unterrichts.

§. 74. Die Anordnung der Art, wie das Kind erzogen werden soll, kommt hauptsächlich dem Vater zu.

§. 75. Dieser muß vorzüglich dafür sorgen, daß das Kind in der Religion und nützlichen Kenntnissen den nöthigen Unterricht nach seinem Stande und Umständen erhalte.

Die folgenden §§. enthalten Vorschriften über den Religionsunterricht. Nach Verh. v. 21. Nov. 1803 (N. C. C. Th. 11. S. 1931. — Rabe, Bd. 7. S. 100) folgen die Kinder der Religion des Vaters. Das Nähere s. beim Religionsunterricht.

Wenn der Vater die Erziehung vernachlässigt, so ist das vormundschaftliche Gericht schuldig, sich der Kinder von Amtswegen anzunehmen, §. 266., §. 90. A. E. R.

2) Nach Befund der Umstände kann den Aeltern, in einem solchen Falle, die Erziehung genommen, und auf ihre Kosten andern zuverlässigen Personen anvertraut werden. §. 91. ib. Vergl. Art. 21. der Verfassung v. 31. Jan. 1850 (s. in I. [allgem. Th.] oben S. 232).

3) Vergl. Verf. v. 26. Sept. 1840 zu §. 18. der Instr. v. 31. Dec. 1839 (s. oben sub 5).

Irgend eins der vorbezeichneten Institute im Interesse der gemeinen Ortsch. zu verbieten, berechtigt kein Gesetz. Wenn daher die als Kommunalglieder betrachtenden Einwohner eines Orts, es sei letzter Stadt oder Dorf — denn v. dem Gutsherrn kann vollends die Rede gar nicht sein — ihren Kindern einen b. fern Unterricht verschaffen wollen, als der Ortschullehrer ihnen geben kann, kann Niemand, und insonderheit nicht der letztere, sie rechtlich daran hindern, od. dagegen Einspruch einlegen, und tritt die Gemeindefchule mit ihren Ansprüchen n. in Ermangelung eines der drei obgedachten Spezialschulen ein.

Alles, worauf es hierbei ankommt, ist, neben der gehörigen Qualifikation l. erwähnten besonderen Lehrer, daß den Gemeindefschulen ihr Unterhalt übe. haupt gesichert bleiben muß, und dazu hat die R. Reg. ein schon oft vom R. empfohlenes positives Hülfsmittel, das für alle obige Fälle ohne irgend ei. Nothwendigkeit mühsamer Distinktionen paßt, daneben aber auch noch in vielen a. dern Verlegenheiten aushilft. Gewährt nämlich das Schulgeld nicht den erforderl. Fonds zur Unterhaltung des Lehrers und der Schule, sei es nun, weil übe. haupt die Zahl der Kinder in der Gemeinde abnimmt, oder weil sie von den Elte. in eine andere Kommunal- oder in eine Privatschule geschickt werden, oder w. viele Eltern Haus- oder Privatlehrer halten, so darf die R. Reg. nur das Sch. geld aufheben, und statt dessen feste Beiträge anordnen, die dann von allen Ko. munalgliedern ohne irgend eine Ausnahme, mithin auch von denj., welche ihre Ki. der einem besondern Unterrichte anvertrauen, verhältnismäßig gezahlt werden mü. sen. Hiernächst ist jedoch es Sache der Prov. und Ortsbehörden, dahin zu sehn. daß solche Privatlehrer den zur Betreibung des Unterrichts als Gewerbe festgese. ten Erfordernissen, nach ihren verschiedenen Verhältnissen, genügen.

(N. XI. S. 962.)

3) Die landrechtlichen Vorschriften, insbesondere die angef. §§. und 8., wurden aufgehoben durch das Ed. v. 12. Juli 1810, betr. d. Prüfung der Schulamtskandidaten und die zu Schullehrern vorzuschlagen. den Subjekte, (N. C. C. Th. 12 S. 1047, — Rabe, Bd. 10. S. 378.) welches im §. 6. sub 2. alle, die bloß in Familien- und Privatinstitut. Unterricht übernehmen, von der allgemeinen Lehrerprüfung entband, u. durch das G. v. 7. Sept. 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der G. werbe (G. S. 1811. S. 263), welches bei der Frage: „wie weit die E. laubniß, Gewerbe zu treiben von dem Erweise besonderer Eigenschaften a. hänge“, Folgendes bestimmte:

In Rücksicht auf Erziehung, Unterricht und Bildung.

§. 83. Privatschulhalter, Hauslehrer oder Erzieher, desgl. Erzieherinnen u. Lehrerinnen, die als solche in Familien aufgenommen werden, bedürfen keines E. laubniß; und Gewerbscheins.

§. 84. Wer Privatunterricht in Wissenschaften und Künsten erteilt, bed. dazu ebenfalls keiner besondern Erlaubniß und keines besondern Gewerbschein. Wer aber in einer Jedermann offenen Schule dergl. lehrt, muß einen Erlaubni. schein dazu haben, und solchen bei der Prov. Schuldeputation nachsuchen.

§. 85. Eine Gewerbesteuer wird nicht entrichtet.

§. 86. Eben dies gilt von Lehrerinnen und Erzieherinnen, die öffentl. Schulen oder Pensionsanstalten halten.

Zwar hielt das ministerielle Regulativ über das Privatschulwesen 30. Mai 1812<sup>2)</sup> in Betreff der Privat-Schulen die frühern Vorschriften

1) Vergl. daff. in der 3. Abth. dieses Theiles.

2) Dies Regulativ beruht im Wesentlichen auf einer unterm 28. Mai 1811 speziell für die Berliner Privatschulen von der geistl. und Schul-Deputation d. Kurmärkischen Regierung erlassenen Verordnung (Weßendorfs Jahrbücher Bd. S. 204), und wurde in den wieder und neu erworbenen Provinzen erst 1817 u. 1818 besonders publizirt. Vergl. Publ. der R. Reg. zu Arnberg v. 8. M. 1817 (N. I. S. 2. S. 144). — Bef. der R. Reg. zu Koblenz v. 10. Sept. 1817 mit Min. R. v. 11. Aug. 1818. (N. III. S. 150.) — Publ. der R. Reg. zu Stettin v. 16. Juni 1821. (N. V. S. 367.) — Publ. des R. Konf. zu Köln

rufung der Lehrer und Konzessionirung der Anstalt fest, auch wurde einzelnen Reg. die Haus- und Privatlehrer vorgängiger Prüfung und Aufsicht der Ortsschulbehörde unterworfen<sup>1)</sup>, indeß fehlte für

1821. (N. V. S. 886.) — Alle diese Publikanda sind fast wörtliche Abs. des Regul. v. 30. Mai 1812, welches in Meigebaur, Volksschulwesen S. mitgetheilt wird. Dasselbe ist gegenwärtig durch die unten sub 5. folgende . 31. Dec. 1839 antiquirt. Bemerkenswerth ist nur, daß, während das Regul. sub 4. Gesuche um Anlegung von gelehrten Privatschulen für ganz ist erklärte, das Konfist. in Köln in seinem Publ. v. 4. Dec. 1821 diese durch folgende ersetzte:

Die Konzession zur Anlegung wissenschaftlicher Privatschulen, welche den unter und obern Klassen der Gymnasien gleichstehen sollen, ist in der Regel das günstige Resultat einer Prüfung vor der wissenschaftlichen Prüfungskommission in Bonn bedingt, welche das hiesige Konsistorium veranlaßt.

Es so fügte dasselbe der Vorschrift, daß Privatlehrer keiner Konzession bedürfen (§. 29. des Regul.) im §. 23. seines Publ. hinzu:

Nur für den Religions-Unterricht ist auch in diesem Falle die Erlaubniß der geistlichen Prov. oder bei Katholiken der bischöflichen Behörde erforderlich; beschränkte den konzessionsfreien Privatunterricht im §. 1. auf „die Kinder einzelner weniger Familien in deren Häusern.“ Diese letzte Aenderung wurde durch ein Min. der G., u. u. R. Ang. v. 5. Febr. 1828 (Meigebaur S. 269) dahin geändert, daß es der Konzession zur Anlegung von Privatschulen nur dann bedürfe, dieselben über den häuslichen Kreis und das Verhältniß eines Haus- und Lehrers hinausgehen“, daß aber Personen, welche von bestimmten Familien als häusliche Lehrer ihrer Kinder angenommen werden, immer nur als Hauslehrer betrachtet seien.

Die beiden andern Abänderungen beruhte die erste auf dem nachstehenden Bes. der R. Ober-Präsidenten zu Koblenz v. 5. und zu Köln v. 9. Okt. 1820, Betreffend die Anlegung wissenschaftlicher Privatschulen etc.

Auszug aus einer B. des R. Staatsmin. v. 31. Juli c., betr. die Beaufsichtigung der Prüfungen der Römisch-katholischen Kandidaten des geistlichen Standes.

§. 1. Die Ober-Präs. und Konf. haben darauf zu halten, daß Niemand wissenschaftliche Privatschulen halte, welcher nicht die Erlaubniß der Prov. Schulbehörden dazu erhalten hat, die in der Regel nur in dem Vorgang einer ordentlichen Prüfung erteilt wird.

§. 2. Darauf zu achten, daß die Stadtschulen und kleineren Gymnasien, die zur Universität zu entlassen nicht befugt sind, diese ihnen gesetzten Schranken nicht überschreiten, mithin kein Abiturienten-Zeugniß für solche ausstellen, welche auf einer Universität oder andern höhern Lehranstalt studiren wollen.

Für die, zu deren Nachachtung obiger Auszug hier bekannt gemacht wird, die nähere Erklärung, daß unter den in §. 1. genannten wissenschaftlichen Schulen alle die, auf eigene Rechnung des Unternehmers eröffneten Unteranstalten verstanden werden, deren Zweck es ist, den Grund allgemein wissenschaftlicher Bildung bei ihren Zöglingen in dem Grade zu legen, daß sie fähig sind, entweder zu einer Universität und ihr gleich stehenden höhern Lehranstalten oder unmittelbar zu den höhern Beschäftigungen des bürgerlichen Lebens zu gehen, wobei es weder auf die Zahl der Lehrer, noch der Zöglinge einer Anstalt ankommt. Nur wer ohne irgend eine Remuneration den einen oder andern Jüngling für den gedachten Zweck vorzubereiten sucht, bedarf keiner Konzession; dagegen liegt auch die innere Verantwortlichkeit, in Hinsicht der Zweckmäßigkeit und Vollständigkeit dieser Vorbereitung, ihm allein ob.

(L. IV. S. 791.)

Irreigns waren jederzeit, trotz der Bestimmung sub 4. des Regul. v. 30. Mai zahlreiche höhere Privatschulen vorhanden, namentlich in Berlin selbst.

Vergl. B. der R. Reg. zu Frankfurt a. d. O. v. 24. Okt. 1829 über die Beaufsichtigung der Privatlehrer. (N. XII. S. 832.)

solche Anordnungen eine bestimmte gesetzliche Grundlage. Diese endlich gegeben durch die

4) K. D. v. 10. Juni 1834 an das Staatsmin., betr. die des Staats über Privatanstalten und Privatpersonen, die sich mit Unterricht und der Erziehung der Jugend beschäftigen.

Nach den Vorschriften des Landrechts haben Privatanstalten und Privatpersonen, die sich mit dem Unterrichte und der Erziehung der Jugend gewerblich beschäftigen wollen, bei derj. Behörde, welche die Aufsicht über das Schul- und Erziehungswesen des Ortes führt, ihre Tüchtigkeit zu dem Geschäfte zuvor nachweisen und das Zeugniß derselben sich auszuwirken. Durch die Bestimmungen Gewerbe-Pol. Ges. v. 7. Sept. 1811 §§. 83—86. sind die landrechtlichen Vorschriften zum Theil abgeändert worden; da die Erfahrung jedoch ergeben hat, hieraus Mißbräuche und wesentliche Nachtheile für das Erziehungs- und Unterrichtswesen entstehen, so habe Ich Mich bewogen gefunden, die Bestimmungen Gewerbe-Pol. Ges., in soweit sie die Vorschriften des Landrechts abändern, aufzuheben, und das Erforderniß der nachzuweisenden Qualifikation für die Personen, welche Privatschulen und Pensionsanstalten errichten, oder ein Gewerbe ausmachen, Lehrstunden in den Häusern zu geben, in Gemäßheit der landlichen Vorschriften §§. 3. und 8. Tit. 12. P. II. herzustellen und festzusetzen, ohne das Zeugniß der örtlichen Aufsichtsbehörde keine Schul- und Erziehungsanstalten errichtet, auch ohne dasselbe Niemand zur Ertheilung von Lehrstunden als Gewerbe zugelassen werden darf. Diese Zeugnisse sollen sich nicht auf die Tüchtigkeit zur Unterrichts-Ertheilung in Beziehung auf Kenntnisse beschränken, sich auf Sittlichkeit und Lauterkeit der Gesinnungen in religiöser und politischer Hinsicht erstrecken. Die betr. Aufsichtsbehörde soll indeß nicht befugt sein, Zeugnisse für Ausländer auszufertigen, bevor die Genehmigung des Min. u. d. B. erfolgt ist. In welcher Art hierbei zu verfahren, haben Sie, die Minister der geistl. u. U. Ang. und der Pol., gemeinschaftlich zu berathen und in den Lokalbehörden zu ertheilende Instr. sich zu vereinigen. Das Staatsministerium diese für den ganzen Umfang der Monarchie in Anwendung zu bringenden Vorschriften durch die G. S. bekannt zu machen.

Friedrich Wilhelm

(G. S. 1834. S. 135.)

5) Die am Schlusse dieser K. D. vorbehaltene Instruktion erging nach längerem Zeitverlauf unterm 31. Dec. 1839 und wurde veröffentlicht durch das

E. R. der Min. der G. U. u. W. Ang. (v. Altenstein) u. des J. u. B. (v. Rochow) v. 18. März 1840 an sämmtl. K. Reg., so wie an das Schulkoll. zu Berlin, betr. die Beaufsichtigung der Privat-Schul- und Erziehungs-Anstalten, der Privatlehrer, Erzieher etc.

Im Verfolg der durch die G. S. publizirten K. R. D. v. 10. Juni 1834 die Beaufsichtigung der Privatschulen, Privat-Erziehungs-Anstalten und Privatlehrer, sowie der Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen betr., erhält die betreffende Behörde beizeiten die von S. Maj. dem Könige mittelst K. R. D. v. 24. Nov. v. 1839 genehmigte, von dem K. Staatsmin. unter dem 31. Dec. pr. vollzogene Instr. (zur Ausführung der zuerst gedachten K. R. D., mit dem Auftrage, danach zu verfahren und das Erforderliche zu verfügen,

Anl. a.

Instr. zur Ausführung der K. R. D. v. 10. Juni 1834, die Beaufsichtigung der Privatschulen, Privat-Erziehungs-Anstalten und Privatlehrer, sowie der Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen betr., v. 31. Dec. 1839. 1)

1) Die Ausführung dieser Instr. wird in den §§. 4. 7. 9. ff. den „Schulbehörden“ übertragen. Ueber die Behörden, welche sich dieser Funktion unterziehen haben, spricht das R. des Min. der G. U. u. W. Ang. (v. Labenberg) v. 10. Juli 1840 an die K. Reg. zu Magdeburg.

## Abschnitt I.

## Die Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten.

§. 1. (Wo sie zulässig sind.) Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten sollen nur da, wo sie einem wirklichen Bedürfnisse entsprechen, also nur an solchen Orten gestattet werden, wo für den Unterricht der schulpflichtigen Jugend durch die öffentlichen Schulen nicht ausreichend gesorgt ist. <sup>1)</sup>

§. 2. (Erfordernisse zur Anlegung von Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten.) a. Wissenschaftliche Befähigung. Diej. Personen, welche eine Privatschule oder Privat-Erziehungsanstalt gründen, oder eine solche bestehende fortsetzen wollen, haben zuvörderst ihre wissenschaftliche Befähigung zur Leitung einer solchen Anstalt ganz in ders. Weise, wie die in öffentlichen Schulen anzustellenden Lehrer und Lehrerinnen, durch ein genügendes Zeugniß der betr. Prüfungsbehörde darzuzeigen. Behufs der Erlangung eines solchen Zeugnisses, müssen sie nach der Klasse der Privatschulen oder der Privat-Erziehungsanstalten, zu welchen die Anstalt, welche sie anlegen oder fortsetzen wollen, zu rechnen ist, sich den für die betr. öffentlichen Lehrer und Lehrerinnen gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen unterwerfen, und sollen alle Bestimmungen, welche für die Prüfung der Lehrer an öffentlichen Schulen erlassen sind, auch auf diej. Anwendung leiden, die eine ähnliche Privatschule oder Privat-Erziehungsanstalt zu leiten beabsichtigen. <sup>2)</sup>

Das Min. eröffnet der K. Reg. auf den Ver. v. 16. v. M., die Ausführung der Instr. v. 31. Dec. v. J., daß in denj. Theilen der Monarchie, in welchen keine Orts-Schulvorstände und städtische Schul-Deputationen bestehen, allerdings in den Landgemeinden der Schul-Patron, der Orts-Geistliche und der Orts-Vorsteher, und in den Städten der Magistrat und der die Schulaufsicht führende Superintendent oder Schulinspektor und Schul-Opchorus als Orts-Schulbehörden zu betrachten sind, welche die vorgedachte Instr. auszuführen haben. Zugleich erklärt das Min. sich für die Ausdehnung des §. 16. der Instr. auf die Zöglinge der obern Klasse der Schullehrer-Seminarien. Es setzt aber dabei voraus, daß die Direktoren den Seminaristen nur so viel Privatunterricht zu erteilen gestatten werden, als mit den Arbeiten derselben für ihre Ausbildung verträglich ist.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 97.)

Der Aufsicht der Geistlichen unterwarf neben den öffentlichen auch die Privat-Elementarschulen bereits das R. des Min. der G. u. u. M. Ang. v. 30. März 1828 (s. unten).

Vergl. auch in der folgenden Abth. Abschn. I. Kap. I. und insbesondere Kap. III. über die Beaufsichtigung des Berliner Schulwesens, wo von den dortigen Privatschulen gehandelt wird.

1) Zu §. 1. vergl. Art. 22. der Verfassung v. 31. Jan. 1850 (s. in Th. I. [allgemeiner Theil] oben S. 232.)

2) Zu §. 2. Eine Delegation der erforderlichen Prüfung ist durch Nr. 7. der nachstehenden Verf. gestattet:

E. R. der Min. des J. u. d. P. (v. Nothow) und der G. u. u. M. Ang. (Gichow) v. 12. April 1842 an sämmtl. K. Reg., sowie an das K. Prov. Schulkoll. in Berlin, die Beaufsichtigung der Privatschulen, Privatlehrer, Privat-Erziehungs- u. Anstalten betr.

Nach Einsicht der von den K. Reg. und dem K. Prov. Schulkoll. in Berlin auf unsere G. Verf. v. 18. Febr. v. J. über die Instr. v. 31. Dec. 1839 erstatteten Berichte, eröffnen wir der K. Reg. (dem K. Prov. Schulkoll.) Folgendes:

1. Wegen der Pensionsanstalten für Schüler, die den Unterricht außer diesen Anstalten in öffentlichen oder Privatschulen empfangen, bedarf es besonderer Bestimmungen nicht, da die Vorsteher der Unterrichts-Anstalten verpflichtet sind, den Pensionsanstalten einen nachtheiligen Einfluß auf Sittlichkeit und Veranlassung finden, die betr. Eltern darauf aufmerk-

falls sie ...  
Weiß der Zöglinge ...  
zu machen.

in ihren Wohnungen in einzelnen Gegen-  
den Privatlehrer anzuhalten, die

2. Privatlehrer, welche Kinder ...  
ständen unterrichten wollen, sind wie alle and...  
Erlaubniß dazu nach §. 14. der Instr. nachzusuchen.

3. Hinsichtlich der im §. 18. erwähnten Privatlehrer, w...



§. 3. (b. Sittliche Befähigung.) Selbst bei vollständig nachgewiesener wissenschaftlicher Befähigung soll die Gründung oder Fortsetzung von Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten nur solchen Personen gestattet werden, welche bereits längere Zeit in solchen Verhältnissen, die über ihre sittliche Befähigung für den Unterricht und die Erziehung der Jugend ein sicheres Urtheil gestatten, gelebt haben, und über ihre Unbescholtenheit und ihren bisherigen sittlichen Wandel von der Obrigkeit und dem Geistlichen des Orts, wo sie sich während der letzten drei Jahre aufgehalten haben, vortheilhafte Zeugnisse beibringen können. <sup>1)</sup>

rerer Familien gemeinschaftlich unterrichten wollen, kann es lediglich nur der städtischen Schulbehörde, resp. der K. Reg. (dem K. Prov. Schulkoll.) überlassen bleiben, zu beurtheilen, ob die von dem Lehrer beabsichtigte Schule, in Beziehung auf Ausdehnung und Leitung ders. von der Art ist, daß sie in die Kategorie der Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten gehört und deshalb bei der Konzession ders. die Bestimmungen der §§. 1., 2., 3., 4. der Instr. zur Anwendung kommen müssen.

4. Die Ertheilung des Privatunterrichts kann den noch nicht entlassenen Seminaristen nur mit spezieller Genehmigung des Seminar-Direktors gestattet werden. Kandidaten der Theologie und des höhern Schulamts, die ihr Examen noch nicht gemacht haben, dürfen nur während des ersten Jahres nach ihrem Abgange von der Universität mit besonderer Genehmigung der K. Reg. (des K. Prov. Schulkoll.) zur Ertheilung des Unterrichts als Privatlehrer zugelassen werden. Nach Ablauf dieser Frist müssen sie ihre pädagogische Qualifikation in den vorschriftsmäßigen Prüfungen dargethan haben.

5. Durch die öffentliche Bekanntmachung der Instr. mittelst der Amtsbl. ist das Publikum vollständig unterrichtet, unter welchen Bedingungen die Erlaubnißscheine für Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen erteilt werden. Es genügt daher auch die im §. 21. vorgeschriebene einfache Bekanntmachung der Namen derer, welche einen solchen Erlaubnißschein erhalten haben.

6. Einer besondern Strafbestimmung für diej., welche unbefugt Privatunterricht erteilen, bedarf es nicht, da gegen solche, welche nach erhaltenen Warnungen den Erlaubnißschein nicht nachsuchen oder welchen er verweigert werden muß, neben dem Verbote der Fortsetzung des Unterrichts, welchem nöthigen Falls durch den Erlaß von Strafbefehlen Geltung zu verschaffen ist, die gewöhnliche Polizeistrafe in Anwendung kommen wird.

7. Was die Prüfung der Privat-Schulvorsteher und Lehrer betrifft, so wird, falls dieselbe bei den bestehenden Prüfungs-Kommissionen Schwierigkeiten finden sollte, der K. Reg. (dem K. Prov. Schulkoll.) gestattet, mit ders. in einzelnen Fällen die Schul-Inspektoren, unter Zuziehung eines geeigneten Rektors oder Lehrers einer höheren Lehranstalt, zu beauftragen, und nach dem günstigen Resultate der Prüfung die Qualifikation anzuerkennen.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 119.)

1) Zu §. 3. Die K. D. v. 10. Juni 1834 (oben sub 4.) verlangt von einem Privatlehrer insbesondere „Lauterkeit der Gesinnungen in religiöser und politischer Hinsicht“. In ersterer Beziehung spricht sich, nachdem schon durch die G. Verf. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Gichhorn) v. 8. Mai 1847 (M. Bl. d. i. B. 1847 S. 320) die zu den freien und deutschkatholischen Gemeinden Uebergetretenen für unbedingt, und durch G. R. desselb. Min. v. 24. Juli 1847 (M. Bl. d. i. B. 1847 S. 322.) die sich zu den dissidirenden Lutheranern Haltenden dann für unfähig zur Verwaltung eines öffentlichen Lehramtes erklärt waren, wenn die evangelische Gemeinde Widerspruch erhebt, in Betreff der Privatlehrer das nachstehende G. R. aus:

G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 4. Sept. 1847 an sammtl. K. Reg., das Verhältniß der aus den Landeskirchen ausgetretenen Lehrer zu den Privat-Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten betr.

Die K. Reg. hat sich in dem Ver. v. 25. Mai d. J. zu der Anfrage veranlaßt gesehen, ob nicht den in der G. Verf. v. 8. Mai d. J. über das Verhältniß der aus den anerkannten Landeskirchen ausgetretenen Lehrer zu den öffentlichen Schulanstalten enthaltenen Bestimmungen, wonach jene ein Lehramt an diesen nicht bekleiden sollen, auch auf Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten,

§. 4. (Wie die Erlaubniß zur Anlegung von Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten nachzusuchen.) Die Gesuche um Erlaubniß zur Anlegung oder Fortsetzung einer Privatschule oder einer Privat-Erziehungsanstalt sind, unter Einreichung eines Lebenslaufs, der über die Bildung, die wissenschaftliche und sittliche Befähigung der Bewerber (§. 2. und 3.) sprechenden Zeugnisse und des Einrichtungsplans der künftigen Anstalt, bei der Orts-Schulbehörde anzubringen, welche die etwa noch erforderlichen Ermittlungen zu veranlassen, an die K. Reg. über das Gesuch zu richten, und wenn dems. kein Bedenken entgegensteht, die Ausfertigung des Erlaubnißscheins in Antrag zu stellen hat.

§. 5. (Ertheilung der Erlaubniß, Dauer und Gültigkeit derselben.) Findet die K. Reg. kein Bedenken, dem Antrage zu willfahren, so fertigt sie, unter Berücksichtigung der in den eingereichten Zeugnissen enthaltenen Umstände, und mit genauer Bestimmung der Gattung der Schule, welche dem betr. Bewerber zu erlassen gestattet sein soll, auf den Grund des eingereichten Plans den Erlaubnißschein aus, und bringt den Inhalt desselben durch das Reg.-Amtsbl. zur öffentlichen Kenntniß. Jede Erlaubniß zur Anlegung einer Privatschule und Privat-Erziehungsanstalt ist widerruflich. Jeder zur Anlegung einer Privatschule und Privat-Erziehungsanstalt ertheilte Erlaubnißschein ist nur für den gültig, auf dessen Namen er lautet.

Wird eine Privatschule oder Privat-Erziehungsanstalt sechs Monate hindurch nicht gehalten, so ist zu ihrer Wiedereröffnung, falls nicht dringende Hindernisse, z. B. Krankheiten, den Stillstand der Anstalt verursacht haben, ein neuer Erlaubnißschein erforderlich.

§. 6. (Nähere Bestimmungen in Betreff der zu ertheilenden Erlaubniß.) Personen, welche wegen Theilnahme an unerlaubten Verbindungen von der Anstellung im Staatsdienste ausgeschlossen sind, darf die Gründung oder Fortsetzung von Privatschulen oder Privat-Erziehungsanstalten gar nicht <sup>1)</sup>, Ausländern aber nur nach vorgängiger Genehmigung des Min. des I. u. d. P. gestattet werden. <sup>2)</sup> Un-

sofern diese nicht für das ausschließliche Bedürfnis einer Dissidentengemeinde gegründet sind, Anwendung zu geben sei.

Ich eröffne der K. Reg. hierauf Folgendes:

Die gedachten Bestimmungen sind für öffentliche Schulen theils zur Wahrung des bestehenden Rechtes derselben, theils um deswillen erforderlich gewesen, weil das betr. Publikum zu ihrer Benützung unter Umständen genöthigt wird, oder auf sie zur Befriedigung der Unterrichtsbedürfnisse ausschließlich angewiesen ist. Anders verhält es sich mit den Privat-Unterrichtsanstalten, deren Benützung gänzlich dem freien Willen der betr. Eltern überlassen ist, und von denen hiernach erwartet werden muß, daß sie schon an und für sich hinreichende Veranlassung haben, in der Auswahl ihres Lehrpersonals das zu vermeiden, was dem betr. Publikum zum Anstoß gereichen und deshalb von der Benützung dieser Anstalt abhalten könnte. Sollten nichtsebstoweniger in einzelnen Privat-Unterrichtsanstalten Lehrer Eingang suchen, gegen welche nach ihrem kirchlichen und religiösen Standpunkt hinsichtlich ihrer Einwirkung auf die Unterrichtsanstalt und deren Zöglinge in religiöser Beziehung Bedenken obwalten, so ist der K. Reg. in den §§. 7. und 17. der Staatsmin. Instr. v. 31. Dec. 1839 hinreichende Gelegenheit geboten, solchen Individuen die Erlaubniß, in Privatschulen zu unterrichten, zu versagen, oder zu entziehen.

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 321.)

1) Zu §. 6. Nach der am 10. Aug. 1840 erfolgten Amnestie (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 337.), in deren Folge auch durch G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 16. Oct. 1840 (Min. Bl. d. i. B. S. 435.) die Anfragen wegen der politischen Integrität eingestellt wurden, so wie nach der Amnestie v. 20. März 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 215.) bleibt für die Wirksamkeit dieser Bestimmung nur die nächste Periode übrig. Vergl. §§. 15. 22.

2) Zu §. 6. Das Min. des Inn. u. d. P. heißt gegenwärtig bloß „Min. des Inn.“ R. D. v. 17. Juni 1842 mitgetheilt durch R. v. 24. Juni 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 175).

Die hier und ebenso in den §§. 15. u. 22. hinsichtlich der Ausländer gege-

ger, jedoch widerruflicher Erlaubnißschein zur Ertheilung von Privatunterricht, sowohl in Familien als in Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten unentgeltlich ertheilt werden; bei Ausländern ist hierzu noch die vorgängige Genehmigung des Min. des I. u. d. P. erforderlich; die Orts-Schulbehörde hat dieselbe in den geeigneten Fällen zunächst bei der vorgesetzten R. Reg. in Antrag zu bringen. Personen, welche wegen Theilnahme an verbotenen Verbindungen von der Anstellung im Staatsdienste ausgeschlossen sind, ist die Erlaubniß zur Ertheilung von Privatunterricht zu versagen.<sup>1)</sup>

§. 16. (Ausnahmen.) Geistliche und öffentliche Lehrer<sup>2)</sup>, auch die an öffentlichen Schulanstalten beschäftigten Sprach-, Gesang-, Musik-<sup>3)</sup> und Zeichenlehrer sind für befähigt und befugt zu erachten, Privatunterricht in Familien und Privatschulen zu ertheilen; sie bedürfen hierzu keines besonderen Erlaubnißscheins, und haben ihr Vorhaben bloß bei der Orts-Schulbehörde anzuzeigen. Den Studenten auf den Landes-Universitäten und den Schülern der obersten Klasse der gelehrten Schulen<sup>4)</sup> soll gestattet sein, ohne einen besonderen Erlaubnißschein, Privat-

Der R. Reg. wird dies auf die Anfrage v. 16. v. M. erwidert, und bleibt das überlassen, hiernach das Weitere zu verfügen.

(Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 118.)

e) Nach der allg. Gewerbeordn. v. 17. Jan. 1845 (G. S. 1845. S. 41) §. 40. a. soll die Genehmigung zur Anlage von Tanz- und Fechtschulen, sowie Turn- und Badeanstalten, welche in den Städten bei der Polizei-Obrigkeit, auf dem Lande unter Vorlegung eines Attestes der Polizeiobrigkeit bei dem Landrathe nachzusuchen ist, erst dann ertheilt werden, wenn sich die Behörde von der Angemessenheit des Lokals und der beabsichtigten Einrichtung überzeugt hat, sowie nach §. 50. ebendas. erst dann, wenn sie sich über ihre Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit ausgewiesen haben.

f) Ueber die Lokalität zum Tanzunterrichte bestimmt das R. des Min. des I. 2. Abth. (Mathis) v. 21. Febr. 1847 an die R. Reg. zu Potsdam:

Mit der von der R. Reg. in dem Ver. v. 3. d. M. entwickelten Ansicht wegen Unzulässigkeit der Wahl von Tabagien zur Ertheilung von Tanzunterricht kann sich das Min. nur einverstanden erklären.

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 46.)

g) Eben so ist in dem Cirk. der Reg. zu Magdeburg v. 17. Febr. 1853 (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 82) vorgeschrieben, daß der Erlaubnißschein an Tanzlehrer nur mit den beiden Modifikationen ertheilt werden soll, daß sie

α) Kinder, die zur Konfirmation vorbereitet werden, gar nicht zum Tanzunterricht annehmen, und

β) daß sie ihren Unterricht nicht in öffentlichen Gasthäusern ertheilen.

h) Ueber das Verbot des Tanzunterrichts an Konfirmanden s. auch den IV. Abschn.

i) Die Gewerbepolizei hinsichtlich der Tanz- und Fechtschulen, Turn- und Badeanstalten, welche in Folge des Allerh. Erl. v. 17. April 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 89.) dem Min. für h., G. und öffentl. Arb. zugefallen war, ist dem G. Erl. v. 27. März 1852 (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 86) wieder dem Min. des I. übergegangen.

1) Zu §. 15. Vergl. die Bemerkungen zu §. 6.

2) Zu §. 16. Um Benachtheiligung des öffentlichen Unterrichts abzuwenden sind öffentliche Lehrer hinsichtlich der Zeit, die sie auf Privatunterricht verwenden dürfen, besonderen Einschränkungen unterworfen worden. Vergl. darüber die folgende Abth., Abschn.: Volksschullehrer.

3) Zu §. 16. Vergl. G. R. v. 5. Juli 1841 oben zu §. 14.

4) Zu §. 16. In Betreff der Gymnasiasten hat das Prov. Schulkolleg. Brandenburg 1853 an die Gymn. Direktoren eine Verf. erlassen, worin bemerkt, daß die Ertheilung von Privatunterricht Seitens der Schüler theils in deren Ausbildung gefährdendes Uebermaass ausgeartet sei, theils die durch den Privatunterricht gewonnenen reicheren Geldmittel nicht selten einem Gange zu zerstreuen den Vergnügungen Vorschub geleistet haben. Es wird daher der wachsame Sorge der Direktoren empfohlen, daß kein Schüler ohne ihre für jeden einzufallende Fall besonders einzuholende Genehmigung Privatunterricht übernehme.

richt in Familien und in Privatanstalten zu ertheilen, wenn sie sich über ihre wissenschaftliche und sittliche Befähigung für Unterricht und Erziehung durch ein gendes Zeugniß resp. des Rectors der Universität oder des Direktors der genannten Schule, welche sie besuchen, bei der Orts-Schulbehörde zuvor ausgewiesen haben.<sup>1)</sup>

§. 17. (Beaufsichtigung der Privatlehrer.) Die Orts-Schulbehörde soll über Wirksamkeit der Privatlehrer und Privatlehrerinnen eine geregelte, den örtlichen Verhältnissen anzupassende Aufsicht führen, bei Unregelmäßigkeiten, welche auf ein solches Verhalten derselben schließen lassen, sowie, wenn in religiöser oder politischer Beziehung Bedenken entstehen, sich mit der Orts-Polizeibehörde in Mittheilung setzen, und wenn der Verdacht sich bestätigen sollte, die Erneuerung des im §. 6. gedachten Erlaubnißscheins versagen, auch nach Befinden der Umstände die Entfernung anstößlicher oder politisch verdächtiger Personen aus dem Lehrstande bei vorgesezten R. Reg. in Antrag bringen.<sup>2)</sup>

§. 18. (In wie fern Personen, welche Kinder aus mehreren Familien gemeinschaftlich unterrichten, als Privatlehrer zu betrachten sind.) Personen, welche aus mehreren Familien gemeinschaftlich unterrichten, sind als Privatlehrer oder Privatlehrerinnen zu betrachten und zu behandeln, wenn sie in Gemäßheit eines Vertrags, gleichviel ob mit Einer Familie, oder mit mehreren, jedoch nur mit mehreren einzelnen Familien, die Kinder derselben in ebenfalls festgesetzten Lehrverhältnissen gegen eine feste Vergütung unterrichten.<sup>3)</sup>

1) Zu §. 16. Auch Seminaristen ist die Ertheilung von Privatunterricht gestattet. Vergl. die oben S. 288 zum Eingang gegebene Verf. v. 10. Juli 1840, Nr. 4. der G. Verf. v. 12. April 1842 bei §. 2. (oben S. 289). Letztere auch zugleich wegen der Kandidaten der Theologie und des höhern Schulamtes.

2) Zu §. 17. Vergl. das G. R. v. 4. Sept. 1847 oben S. 290 bei §. 3.

3) Zu §. 18. Dazu bestimmen:

a) R. des Min. der G. U. u. M. Ang., Unterrichts-Abth. (Schulze) v. 26. Sept. 1847 an die R. Reg. zu Magdeburg, betr. die Verhältnisse kleiner Familienschulen.

Der §. 18. der Instr. v. 31. Dec. v. J. hat, wie der R. Reg. auf den Ver. v. 27. v. M. hierdurch eröffnet wird, offenbar nur Privatlehrer im Auge, wenn die Kinder einer oder mehrerer zusammengetretenen Familien anvertraut sind, und die also Unterricht in einer kleinen Familienschule ertheilen, welche durch ihre Ausdehnung den Charakter dieser Schule nicht verliert. Eine Schule, wie sie sich in N. gebildet hat, wo ein Familienhaupt willkürlich andere Familien zur Theilnahme an dem Unterricht, den es für seine Kinder angeordnet, hinzuzieht, kann als eine Familienschule nicht mehr angesehen werden, sie ist vielmehr so gut wie jede andere, die auf Kosten eines Lehrers eingerichtet wird, eine Privatschule, und bedarf der Konzession, sowie sie auch, wenn diese ertheilt wird, unter die Aufsicht der Behörde zu stellen ist.

Der R. Reg. wird überlassen, hiernach in jedem einzelnen Falle das nach den Umständen Erforderliche zu verfügen, wobei das Min. bemerkt, daß in einem ähnlichen, in Brandenburg vorgekommenen Falle die Beschwerde mehrerer Eltern, welche eine Privatschule als eine Familienschule betrachtet wissen wollten, von des hochseligen Königs Maj. zurückgewiesen worden ist.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 355.)

Vergl. das R. v. 30. Okt. 1827 oben S. 285. sub 2.

b) Vergl. Nr. 3. des G. R. v. 12. April 1842 oben S. 289 zu §. 2.

c) Hinsichtlich der Rheinprovinz entschied schon das

G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang., Unterrichts-Abth. (v. Kamp) v. 26. Febr. 1830 an sammtl. R. Reg. in den Rheinprovinzen, betr. die Familien-Vereine für den Privatunterricht ihrer Kinder.

Der R. Reg. wird auf den anderweiten Ver. v. 19. v. M. u. J., die Familien-Vereine für den Privatunterricht ihrer Kinder betr., hierdurch eröffnet, daß die Circulare des Großmeisters der Französischen Universität v. 31. Okt. 1812 von der R. Reg. in dem Ver. v. 8. März pr. vorgetragenen Fall, ob ein Unterricht in mehreren Familien zum Unterricht ihrer Kinder angenommener Privatlehrer ohne der obrigkeitlichen Genehmigung bedürfe, ausdrücklich bejahend entscheidet. Diese unter Französischer Herrschaft auf gültige Weise getroffene Bestimmung ist

Schulwesen. II.

## Abschnitt III.

## Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen.

§. 19. (Befähigungsschein für Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen.) Um das Eindringen unfähiger oder unsittlicher Personen in das Erziehungsgeschäft zu verhindern, sollen diej., welche in das Verhältniß eines Hauslehrers oder Erziehers oder einer Erzieherin zu treten gesonnen sind, sich zuvor mit einem Erlaubnißschein der R. Reg. versehen, in deren Bez. sie eine solche Stelle annehmen wollen.

§. 20. (Erfordernisse zur Erlangung eines Befähigungsscheins.) Behufs der Erlangung eines solchen Erlaubnißscheins haben sie über ihre bisherigen Verhältnisse, insbesondere aber über die Fleckenlosigkeit ihres sittlichen und politischen Wandels, genügende Zeugnisse mittelst des Kreis-Landraths oder der Stadt-Polizeibehörde an die R. Reg. einzureichen.<sup>1)</sup>

§. 21. (Ausfertigung des Befähigungsscheins.) Die R. Reg. hat diese Zeugnisse, besonders diej., welche sich auf die bisherige sittliche Führung beziehen, näher zu prüfen, und den Personen, gegen welche in sittlicher und politischer Hinsicht nichts zu erinnern ist, den Erlaubnißschein dahin auszufertigen, daß ihrer Annahme als Hauslehrer, Erzieher oder Erzieherinnen kein Bedenken entgegenstehe. Die Namen der Personen, welche einen solchen Erlaubnißschein erhalten haben, sind durch das Reg.-Amtsbl. bekannt zu machen.<sup>2)</sup>

durch keine Anordnung der neuen Landesherrschaft aufgehoben, und hat daher die R. Reg. nach der gedachten Bestimmung in den betr. Fällen zu verfahren.

(N. XIV. S. 91.)

1) Zu §. 20. a) Die Kompetenz der Polizei-Behörden zur Ertheilung der Erlaubnißscheine wurde wiederholt ausgesprochen durch das

N. der Min. des J. u. d. P. (v. Mebing) und der G. u. u. M. Aug. (v. Ladenberg) v. 18. Sept. 1841 an die R. Reg. zu Erfurt, betr. die Ertheilung der Erlaubnißscheine für Hauslehrer etc.

Der Landrath N. hat uns die Verf., welche die R. Reg. unterm 5. Jan. c., wegen Ertheilung des Erlaubnißscheins für Hauslehrer, an ihn erlassen hat, zur Entscheidung über die Frage mitgetheilt, wie der §. 20. der Instr. v. 31. Dec. 1839 zu verstehen sei. Wir sehen uns dadurch veranlaßt, der R. Reg. zu eröffnen, daß es im Sinne und Zwecke der ged. Instr. liegt, bei der Ertheilung des Erlaubnißscheins für Hauslehrer zunächst von dem polizeilichen Gesichtspunkte auszugehen und es daher dabei bewenden muß, daß alle den Erlaubnißschein Nachsuchenden nach dem §. 20. zunächst an die landrathliche, resp. die städtische Polizeibehörde sich zu wenden haben. Diese Behörden haben die nöthigen Vorträge bei der R. Reg. zu formiren, und folgt daraus auch, daß an sie die Verf. der R. Reg. zur Bescheidung der Bewerber zurückgehen müssen. Der §. 23. der Instr. betrifft lediglich die Beaufsichtigung der konzessionirten Hauslehrer, in der durch die Bestimmungen des §. 20. nichts geändert wird. Es versteht sich aber von selbst, daß von der, einem Kandidaten des Predigt- oder Schulamts erteilten Konzession der mit der Beaufsichtigung dieser Kandidaten beauftragten geistlichen oder Schulbehörde jedesmal Kenntniß gegeben werden muß.

(Min. Bl. d. i. V. 1841. S. 279.)

b) N. des Min. der G. u. u. M. Aug., Unterrichts-Abth. (Schulze) v. 28. Aug. 1840 an die R. Reg. zu Potsdam, betr. die Qualifikation der Literaten zu Hauslehrerstellen.

Das Min. hat nichts dagegen zu erinnern, daß die R. Reg., wie von Datschke unterm 10. d. M. angezeigt worden, Erlaubnißscheine zur Annahme von Hauslehrerstellen an Literaten ertheilt, wenn nur die Papiere derselben, insbesondere das Universitäts-Abgangszeugniß, kein Bedenken dagegen erregen, und ist dem einverstanden, daß die R. Reg. bei diesem Verfahren so lange beharrt, bis in dieser Beziehung etwas Anderes bestimmt wird.

(Min. Bl. d. i. V. 1840. S. 295.)

2) Zu §. 21. a) Vergl. Nr. 5. des G. R. v. 12. April 1842 S. 289 ff. bei §. 2.

b) G. R. der Min. der Fin. (Gr. v. Alvensleben) und der G. u. u. M. Aug. (Gichhorn) v. 30. April 1841 an die R. Reg. zu Stralsund und abschr.



. (Verfugung des Erlaubnißscheins.) Die R. Reg. ist eben so befugt, setzt, allen denen, welche wegen erwiesener Theilnahme an verbotenen von der Zulassung zu Staatsämtern ausgeschlossen sind, oder sich Unbescholtenheit ihres bisherigen Lebenswandels nicht genügend ausweisen wie auch allen Ausländern, denen noch die Genehmigung des R. Min. d. B. fehlt, so lange, bis die etwaigen Bedenken vollständig beseitigt ist Annahme einer Hauslehrerstelle erforderlichen Erlaubnißschein zu ver-

. (Beaufsichtigung der Hauslehrer, Erzieher und Erzieherinnen.) Haus- Erzieher, die zugleich Kandidaten des Predigt- oder des Schulamts sind, sind bisher, der Aufsicht der geistlichen Oberen<sup>2)</sup>, oder der dem Schulwesens vorgesetzten Behörde untergeordnet; Hauslehrer und Erzieher an- desgleichen Erzieherinnen, stehen unter der allgemeinen polizeilichen

. Eltern und Vormünder, deren Kinder oder Mündel die öffentlichen schulen besuchen, sind in Folge der landrechtlichen Bestimmungen verpflichtet,

brige R. Reg., betr. die Stempelpflichtigkeit der Erlaubnißscheine für

r R. Reg. eröffnen wir auf den an das Min. der G., u. u. M. Ang. gerichteten v. 10. Nov. v. J., daß die Erlaubnißscheine, welche nach §. 21. der . 31. Dec. 1839 denj. Personen zu ertheilen sind, die als Hauslehrer, und Erzieherinnen fungiren wollen, vom Stempel nicht frei bleiben können Stempelpflichtigkeit aber nicht, wie die R. Reg. annimmt, nach der Tarif-Pos. „Bestellungen“, sondern nach der Pos. „Konzessionen“ zu be-

ist allerdings richtig, daß die Ertheilung der Erlaubnißscheine im In- des Staats angeordnet worden ist. Ein solches Interesse waltet jedoch andern Anordn. und Verf. ob, ohne daß deshalb den betr. Verhandlung Stempelges. Befreiung von der Stempelabgabe eingeräumt ist. Wenn R. Reg. auf die Stempelfreiheit der Erlaubnißscheine zum Getränkehan- die zur Gast- und Schankwirthschaft exemplificirt, so ist dabei unerwogen, daß diese Erlaubnißscheine nur vorbereitende Verhandlungen zu bewerkstelligen sind, wovon dem Staate eine Abgabe bezahlt werden muß, und daher nur diese Rücksicht das Zugeständniß der Stempelfreiheit für diese Erlaubnißscheine motivirt hat.

r Stempel für die Hauslehrern, Erziehern und Erzieherinnen zu erthei- Erlaubnißscheine trifft Personen, die nicht zur ärmeren Volksklasse gehören, denen diese Abgabe in der Regel nur einmal in ihrem Leben zu ent- R. Es handelt sich also von einer durchaus nicht belästigenden Abgabe. Es können die R. Reg., indem bei der Pos. „Konzessionen“ auf „Ausfer-“ verwiesen ist, nach der im 2. Satze der letztged. Tarifpos. enthaltenen ung, unter den dort bemerkten Voraussetzungen, statt des Stempels von ., den geringern Stempel von 5 Sgr. anwenden, und dadurch eine an- e Erleichterung, wenn dazu in einzelnen Fällen Anlaß vorhanden ist, ge-

lin. Bl. d. i. B. 1841. S. 139.)

n Stempeltarif v. 7. März 1822 heißt es:

sfertigungen, amtliche, insofern sie im gegenwärtigen Tarife nicht be- taxirt worden nach dem Ermessen der Behörden . — Thlr. 15 Sgr.  
oder auch nur . — 5

r Stempel von 15 Sgr. ist für Ausf. in der Regel zu gebrauchen. Der re Stempel findet nur Statt, wo die Verhältnisse des Empfängers oder Inhabers eines nicht nach Gelde zu schätzenden Gegenstandes die Aus- besonders begründen.

n §. 22. Vergl. die Bemerkungen zu §. 6.

n §. 23. Hieraus folgt, daß insbesondere die Kandidaten der Theologie Hauslehrer verpflichtet sind, die vorgeschriebene Meldung bei dem Super- n, in dessen Sprengel sie sich niederlassen (G. M. des Min. der G., u. u. v. 7. Dec. 1842. M. Bl. d. i. B. 1842. S. 414.) nicht zu versäumen.

sich auf Verlangen der Orts-Schul- und Polizeibehörde darüber auszuweisen für den Unterricht ihrer Kinder oder Mündel gesorgt ist. <sup>1)</sup>

Berlin, den 31. Dec. 1839.

Königliches Staatsministerium.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

v. Altenstein. v. Kamph. Mühler. v. Rochow. v. Nagler. v. Laden  
v. Alvensleben. v. Werther. v. Rauch.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 94. ff.)

1) Zu §. 24.

a) Die Benutzung von Winkelschulen verbot das Publ. der Reg. zu R. 20. Juli 1820. (N. IV. S. 540.)

b) Ueber die Kontrollirung des Privatunterrichts schulfähiger Kinder bes. das M. des Min. der G. u. u. M. Ang. v. 14. Febr. 1833 an den Oberp. Befehl zu Koblenz:

Auf Gew. Ver. v. 7. v. M., die Kontrollirung des Privatunterrichts fähiger Kinder betr., ist das Min. einverstanden mit der von der R. R. Köln vorgetragenen ganz richtigen Ansicht, daß in Fällen, wo gegen die Qualifikation des den Unterricht ertheilenden Privatlehrers Bedenken obwalten, unterrichteten Kinder von Zeit zu Zeit einer Prüfung unterworfen werden sollen, und überläßt Gew. u. hiernach die weitere gefällige Verf.

Diese Verf. wurde von der R. Reg. zu Aachen durch G. R. v. 26. 1833 unter Ausdehnung auf den von den Hausvätern selbst ertheilten Unterricht und mit nachstehendem Zusätze bekannt gemacht:

In Folge dieser Bestimmung wollen Sie es veranlassen, daß die Pfarre wo der obige Fall vorkommt, zuweilen eine Prüfung vornehmen, und über Resultat an den vorgesetzten Schul-Inspektor, dieser aber zur weiteren Befolgung, nach dem Geiste der obigen Bestimmung und der Min. Verf. v. 23. v. J., sowie des §. 11. der Schulverordn. v. 20. Juni 1826 weiter anzu berichten.

(Ann. XVII. S. 101.)

c) M. des Min. der G. u. u. M. Ang. (Giechhorn) v. 5. März 1847 an Reg. zu N., betr. die Ertheilung des Unterrichts an die Kinder durch die G.

Nach dem mir unter dem 19. Okt. v. J. erstatteten Ber. der R. R. der zur Sekte der Menzelianer sich haltende Häusler N. N. zu N. seine Söhne bereits seit 3 Jahren aus religiösen Vorurtheilen vom Besuch der öffentlichen Ortschule, unter dem Vorwande, ihnen selbst Unterricht zu ertheilen, zurückgehalten. Da der u. N. auf die von der R. Reg. veranlaßten Vorhaltungen erklärt hat, zwar alle ihm wegen Schulversäumnisse seiner Kinder aufzuerlegenden Strafen tragen, sie aber in keinem Falle zur Schule schicken zu wollen: die R. Reg. um Verhaltungsmaßregeln für diesen, wie für ähnliche gebeten.

Nach §. 24. der Instr. v. 31. Dec. 1839 sind Eltern oder Vormünder deren Kinder oder Mündel die öffentliche Schule nicht besuchen, in Folge landrechtlicher Bestimmungen verpflichtet, sich auf Verlangen der Orts-, Schul- und Polizei-Behörde darüber auszuweisen, daß für den Unterricht ihrer Kinder oder Mündel gesorgt ist. Im Falle solchen Kindern der Unterricht durch eigenen Privatlehrer ertheilt wird, hat dieser überall seine Qualifikation nach Maßgabe der geb. Instr. nachzuweisen. In den voraussichtlich seltenen Fällen wo Eltern selbst ihre Kinder unterrichten wollen, wird zwar von einer Prüfung der ersteren behufs Nachweises ihrer Qualifikation als Privatlehrer in der Regel abgesehen sein; dagegen wird durch eine von der Orts-Schulbehörde von Zeit zu Zeit anzustellende Prüfung der Kinder der Nachweis zu liefern sein, daß den Unterricht ders. gehörig gesorgt ist. Ist dieses nicht der Fall, und ist überhaupt nach Maßgabe der den Eltern beizubringenden Bildung nicht zu erwarten, daß diese im Stande oder Willens sind, ihren Kindern diej. Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, welche nach Maßgabe der desfalls geltenden allgemeinen Bestimmungen von jedem Einwohner des Staats gefordert werden müssen, so die Eltern soweit möglich zwangsweise anzuhalten, ihre Kinder der öffentlichen Schule zu übergeben. Insofern aber religiöse, oder anderweitige Vorurtheile

f die Bestimmungen der vorstehenden Instruk. v. 31. Dec. 1839, so wie sich, wenn in der allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845 (§. 41) gesagt wird:

Hinsichtlich der Unternehmer von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten Privatlehrer bewendet es bei den besonderen Vorschriften.

Betreff des Verfahrens bei Zurücknahme der den Privatschullehrern erteilten Erlaubnißscheine bestimmt die vorstehend allegirte Gesetzgebung:

Die in den §§. 42—52. u. 55. erwähnten Konzessionen, Approbationen können von der Verwaltungs-Behörde zurückgenommen werden, wenn die Richtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf deren Grund solche erteilt worden, oder wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Konzessionen erforderlich und bei Ertheilung der Konzession u. s. w. vorausgesetzt worden sind, oder wenn aus Handlungen oder Unterlassungen der Inhaber der Konzessionen Straf verurtheilt ist, bleibt der richterlichen Beurtheilung überlassen.

Die Gründe der beabsichtigten Zurücknahme der Konzession u. s. w. sind dem Betheiligten bekannt zu machen und vollständig zu erörtern, die Sache aber sodann mit der Verteidigung desselben der Reg. zur Abfassung eines Beschlusses vorzulegen.

Fällt der Beschluß für die Zurücknahme aus, so ist der danach mit dem Betheiligten zu eröffnen. Gegen diesen Beschluß ist ein Rekurs an das kompet. Min. zulässig; der Rekurs muß jedoch binnen zehn Tagen, von der Eröffnung des Bescheides an gerechnet werden.

Dem Ermessen der Reg. bleibt überlassen, in dringenden Fällen die Ausübung des Gewerbes entweder sogleich bei Einleitung des Verfahrens (§. 72.) zu suspendiren.

Die Grundsätze der stitlichen, wissenschaftlichen und technischen Erziehung, so wie die Staatsaufsicht über die Privatschulen anlangt, so sind die Grundsätze der Instr. v. 31. Dec. 1839 mit der Staats-Versaffung v. 1850. Art. 22. u. 23. (s. in Th. I. [allgemeiner Theil] §. 112. ff.) im Einklange, und haben nach Art. 112. ib. fortwährende Geltung.

Soweit dagegen die ged. Instruktion die Errichtung von Privatschulen unter anderen Bedingungen als dem Nachweise der Befähigung absetzt, wie z. B. im §. 1. vom vorhandenen Bedürfnisse, steht sie im Widerspruch mit Art. 22. der Verfassung festgestellten Lehrfreiheit im Widerspruch und muß als aufgehoben angesehen werden, da die Beibehaltung der gesetzlichen Bestimmungen bis zum Erscheinen des Unterzeichneten, welche im Art. 112. der Verfassung ausgesprochen ist, sich nur auf Bestimmungen reglementärer Natur beziehen können auch das G. R. v. 14. Dec. 1848 (s. in Th. I. [allgemeiner Theil] §. 231 ff.) nur von den „bestehenden Einrichtungen“ spricht. Besondere Vorschriften.

Über die Stellung der Hauslehrer.

Das A. L. R. Th. II. Tit. 5. bestimmt Folgendes:

Wenn die anzuwendenden Zwangsmaaßregeln ohne Erfolg bleiben ließen, so ist der Inhaber der Hauslehrer anzusehen, daß Eltern die ihnen obliegenden Pflichten gegen die Kinder nicht erfüllen, und muß dafür gesorgt werden, daß solchen Kindern die nöthige Aufsicht gestellt werden, welche sie vor den Nachtheilen zu bewahren haben, aus dem Irrthum, oder der Pflichtvergeßlichkeit ihrer Eltern zu erwachen.

BL. v. i. B. 1847. S. 258.)

Hierzu §§. 90. 91. 266. A. L. R. Th. II. Tit. 2. (s. oben S. 285) und die G. Verf. der Reg. zu Potsdam v. 4. Juli 1834 im 4. Abschn. 1. Abth.

## Erzieher und Erzieherinnen.

§. 187. Personen beiderlei Geschlechts, welche zur Erziehung der Kinder angenommen worden, ingleichen Privatsekretäre, Kapläne, und andere, die mit den geistlichen Wissenschaften und schönen Künsten im Hause Dienste leisten, sind für bloße Hausoffizianten zu achten.

§. 188. Vielmehr müssen die Rechte und Pflichten derselben nach dem Inhalte des mit ihnen geschlossenen schriftlichen Vertrages; nach der Natur, der Art, und den Erfordernissen des übernommenen Geschäfts, und nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften von Verträgen, und von Veräußerung der Sache gegen Handlungen, beurtheilt werden. (Thl. 1. Tit. 11. §. 869. seq.)

§. 189. Dergleichen Personen sind zu häuslichen Diensten in keinem Falle verbunden.

§. 190. Sie gehören unter diejenigen Mitglieder der Familie, denen das Hausgesinde, nach der Anordnung der Herrschaft, seine Dienste leisten muß (§. 58. 59.) <sup>1)</sup>

§. 191. Erzieher und Erzieherinnen können wegen bloßer Züchtigungen der Kinder, die in keine Mißhandlungen ausarten, nicht entlassen werden.

§. 192. Sind auch bloße körperliche Züchtigungen bei Schließung des Vertrages untersagt worden: so begründet eine Uebertretung dieses Verbots das Recht zur Aufkündigung.

§. 193. Die gesetzmäßige Dauer der Dienstzeit solcher §. 187. beschriebener Personen wird, wenn der Vertrag nicht ein Anderes bestimmt, auf Ein Jahr gerechnet.

§. 194. Wegen deren stillschweigender Verlängerung gilt alles das, was dem gemeinen Gesinde vorgeschrieben ist. <sup>2)</sup>

§. 195. Die Aufkündigungsfrist wird, wenn im Kontrakte nicht ein Andern festgesetzt ist, auf ein Vierteljahr bestimmt.

b) Von dem gesetzlichen Grundsatz, daß Hauslehrer nicht zu Dienstboten gezählt werden sollen, ging auch das (nachstehende) R. Min. des J. 2. Abth. (v. Manteuffel) v. 17. Febr. 1846 an den Kom. N. N. und an die R. Reg. zu Stettin, betr. die Verhältnisse Hauslehrer in Beziehung auf die Armen- und Krankenpflege, aus.

Ihre Beschwerde über die, in Betreff der Verpflichtung zur Tragung der Unter- und Verpflegungskosten des Schulkandidaten N. ergangene Verf. der R. Reg. Stettin kann, wie Ihnen eröffnet wird, nicht für begründet erachtet werden. R. Min. des J. muß vielmehr der Ansicht der R. Reg., daß Hauslehrer zur Kategorie der im §. 32. des Armengesetzes v. 31. Dec. 1842 gedachten Personen, zu denen sie eben so wenig, wie in dem §. 2. l. c. aufgeführt sind, nicht gezählt werden können, um so mehr beitreten, als die Vorschrift des §. 32. eine Ausnahme von der Regel bildet, und daher nicht ausdehnend erklärt werden darf <sup>3)</sup>.

1) §. 58. Allen zur herrschaftlichen Familie gehörenden, oder darin angenommenen Personen, ist es diese Dienste zu leisten schuldig.

§. 59. Dem Haupte der Familie kommt es zu, die Art und Ordnung zu bestimmen, in welcher ein jedes Mitglied der Familie die Dienste gebrauchen soll.

2) §. 113. dies. Tit. Ist keine Aufkündigung erfolgt, so wird der Vertrag als stillschweigend verlängert angesehen.

§. 114. Bei städtischem Gesinde wird die Verlängerung auf ½, und bei Landgesinde auf ein ganzes Jahr gerechnet.

§. 115. Bei monatweise gemiethetem Gesinde versteht sich die Verlängerung immer nur auf einen Monat.

3) In dem G. v. 31. Dec. 1842, über die Verpflichtung zur Armenpflege (G. S. 1843. S. 8) heißt es:

§. 2. Ein Wohnsitz im Sinne des §. 1. Nr. 2. wird für Personen, welche als Dienstboten, Haus- und Wirtschaftsbearbeiter, Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter u. s. w. im Dienste eines Andern stehen, an dem Orte, wo sie im Dienste sich befinden, durch dieses Dienstverhältniß allein niemals begründet.

c) Nach §. 403. A. L. R. Th. II. Tit. 7. waren die zu unbestimmten Reisesfahrten verpflichteten Gutsunterthanen auch zur Herbeiholung, nicht aber zur Abfuhrung der Erzieher und Erzieherinnen, für die bei der Herrschaft sich aufhaltenden Kinder derselben, verbunden. Diese Verpflichtung ist durch das G. v. 2. März 1850, betr. die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse (G. S. 1850. S. 77), aufgehoben worden. Dasselbe bestimmt:

§. 3. Es werden ferner folgende Berechtigungen, so weit sie noch bestehen, ohne Entschädigung aufgehoben: 1c.

8) alle Dienste zu persönlichen Bedürfnissen der Guts herrschaft und ihrer Beamten 1c., z. B. zu Reisen des Guts herrn und seiner Beamten.

d) Als eine besondere Verpflichtung legte das A. L. R. Th. II. Tit. 20. §§. 992. ff. neben den Eltern auch den Erziehern auf, ihre Zöglinge gegen das verderbliche Laster der Unzucht durch wiederholte lebhaftere Vorstellungen der unglücklichen Folgen desselben zu warnen, und sie zu einem ehrbaren sittsamen Lebenswandel ernstlich anzuweisen. In den §§. 1031., 1032. dess. Tit. wurden Erzieher, Prediger und andere Privatlehrer \*) bei Verführung der ihrer Erziehung oder ihrem besondern Unterricht anvertrauten Personen mit Unfähigkeit zu allen öffentlichen Aemtern und zwei- bis vierjähriger Festungs- oder Zuchthausstrafe bedroht. An die Stelle dieser Bestimmungen tritt gegenwärtig die allgemeinere, für alle öffentlichen und Privatlehrer geltende Vorschrift des Strafgesetzbuchs v. 14. April 1851 (G. S. 1851. S. 101):

§. 142. Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft:

1) Vormünder, welche mit ihren Pflegebefohlenen, Lehrer, Geistliche und Erzieher, welche mit ihren minderjährigen Schülern oder Zöglingen unzüchtige Handlungen vornehmen 1c.

2) Verpflichtung der Privatschullehrer, zu den Gemeindelasten beizutragen.

Hierüber spricht:

a) das R. der Min. der G. II. u. M. Ang. (v. Altenstein) und des J. (v. Schudmann) v. 15. Jan. 1830 an den G. N. N. zu Tilsit, betr. die Nichtbefreiung der Privatschullehrer von den Gemeindelasten.

Auf Ihre Vorstellung v. 8. Dec. v. J. wird Ihnen bei Zurücksendung der Anlage eröffnet, daß Privatschulhalter nicht zu den im §. 10. des G. v. 11. Juni 1822 \*) von den Gemeindelasten befreiten Schullehrern zu rechnen sind, da sie in ihrem Betrach zu den Staatsdienern gehören, von welchen jenes Gesetz disponirt. Demnach kann auf Ihr Gesuch, Ihre Ehegattin, welche in dortiger Stadt eine Privat-Töchter Schule hält, von der Kommunalsteuer zu befreien, nicht eingegangen werden.

(A. XIV. S. 106.)

b) Eine Modifikation des im vorstehenden R. aufgestellten Grund-

§. 32. Wenn Personen, welche als Diensthöten, Handwerksgefelln 1c. in einem festen Dienstverhältnisse stehen, erkranken, so müssen sie von der Gemeinde der Guts herrschaft des Orts, wo sie im Dienste sich befinden, bis zu ihrer Wiederherstellung verpflegt werden 1c.

1) Daß der §. 1031. A. L. R. Th. II. Tit. 20. nur auf Privatlehrer und nicht auf öffentliche zu beziehen war, ist in den Erg. zu dieser Stelle aus Sieverts Materialien, S. 5. Nr. 26. S. 176., nachgewiesen.

2) G. v. 11. Juli 1822, die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindelasten betr. (G. S. 1822. S. 184). Im §. 10. heißt es: „Jedoch bleiben von den direkten Beiträgen zu den Gemeindelasten befreiet: 1c. e) alle Besoldungen und Emolumente der 1c. und f) diejenigen der Geistlichen und Schullehrer.“ Vergl. auch unten im III. Abschn. der folgenden Abth.



punkte des jetzigen Erziehungswesens überhaupt zu geben, lassen wir die Sätze folgen, in welche vor einigen Jahren die theoretisch anerkannten Resultate der allgemeinen Pädagogik zusammengefaßt wurden <sup>1)</sup>:

Der Begriff der Pädagogik scheint noch zu schwanken. — Er scheint zu schwanken, schwankt aber in der That nicht. Denn trotz der Verschiedenheit des Ausdrucks bestimmen Alle die Aufgabe der Pädagogik dahin, daß sie den Menschen zu Dem bilde, was er seinem Wesen nach werden soll. Nur in der Auffassung dieses Wesens liegen die Differenzen. Mit diesem allgemeinen Begriff der Pädagogik hängen folgende Sätze zusammen:

- 1) Die Pädagogik ist Wissenschaft und Kunst zugleich.
- 2) Die Pädagogik ist als Wissenschaft und Kunst absolut frei, muß sich das Recht der freien Selbstbestimmung vindiciren. Sie verwirft daher jede Abhängigkeit von andern Wissenschaften, z. B. von der Theologie, und erkennt ferner weder die Kirche noch den Staat als maß- und gesetzgebend in ihrer Sphäre an.
- 3) Gleichwohl hat sie Hülfswissenschaften. Die hauptsächlichste ist die Anthropologie und hier wieder die Psychologie.
- 4) Die zweite wichtigste Hülfe der Pädagogik ist die Erfahrung.
- 5) Die Pädagogik umfaßt den ganzen Menschen, faßt Körper und Geist gleichmäßig ins Auge und erkennt eine einseitige körperliche oder geistige Ausbildung gar nicht an. Obgleich sie aber von einer Trennung nichts wissen will, trennt sie doch, nicht aber, damit aus dieser zwiefachen Erziehung zwei Erziehungen werden, sondern ihrer systematischen Darstellung zu Gefallen. Sie will eine einzige Erziehung.

### I. Körperliche Erziehung.

Die körperliche Erziehung ist erst in der neuesten Zeit zur Anerkennung gekommen. Erst als der Glaube den Leuten in die Hand kam, daß es nicht so fortgehen könne, wenn die Erde nicht ein großes Lazareth werden solle, dachte man daran, wenigstens beim Unterricht und in der Schule die Gesundheit des Kindes auch ein wenig zu bedenken. Ganz im Allgemeinen haben sich nun folgende Sätze Geltung verschafft.

6) Die Erziehung im Allg. und die Schule im Besonderen muß nicht nur Alles vermeiden, wodurch das leibliche Wohlfühlen der zu Erziehenden gefährdet wird, sondern den Körper absichtlich und gesetzmäßig entwickeln und bilden. Die Regeln dafür geben die Anthropologie, Physiologie und Anatomie. Daß die Körpererziehung im Allg. und das Turnen insbesondere sich nach physiologischen und anatomischen Grundsätzen richten muß, ist erst in der ganz neuesten Zeit anerkannt und noch lange nicht allgemein eingesehen worden.

7) Das Kind soll nicht lange an einer Stelle sitzen. Die Arbeitsstunden sollen vermindert, auf ein Minimum herabgedrängt, die Spielfstunden hingegen vermehrt und auf den gymnastischen Unterricht mehr Zeit verwandt werden. Diese Zeit verloren, ist hier Zeit gewonnen.

8) Das Kind soll in der frühesten Kindheit nicht absichtlich lernen, sondern gelegentlich — was es lernt, nur mit in den Kauf nehmen. Es soll spielen, laufen, sich herumtummeln.

9) Ein Spiel- und Turnplatz soll bei jeder Erziehungs- und Unterrichtsanstalt sein und ordentlich benutzt werden.

1) Diese Sätze sind aus dem Aufsatze über allgemeine Pädagogik von Dr. Bartholomäi, Lehrer am pädag. Seminar zu Jena, in Rades pädag. Jahrbuch 1846 S. 1 ff. Sie sind im Wesentlichen vollständig wiedergegeben, auch so weit sie über die Volksschule hinausgreifen, damit der Zusammenhang nicht leide. Eben so sind sie unverändert gegeben, weil es hier, wie auch im Bartholomäischen Aufsatze selbst, nur darauf ankam, die verbreitetsten pädagogischen Ansichten zusammenzustellen, nicht aber für eigene Ansichten Propaganda zu machen. Sonst würde, so vollkommen wir auch das zu Grunde liegende Prinzip anerkennen, im Einzelnen Manches verschieden ausgefallen, z. B. die Rangordnung der Unterrichtsgegenstände eine andere, und von „Unabhängigkeit der Schule vom Staate“ keine Rede sein.

## II. Geistige Erziehung.

Die höchste Entwicklung des Menschen ist die Freiheit. Frei soll der Mensch in seinem Denken und Wissen, frei in seinem Wollen und Handeln. Daher ist die Freimachung des Menschen die Aufgabe der Pädagogik. Sie soll das Kind zu sich führen, daß es sich selbst bestimmt. Was hat sie deshalb zu thun? — Wer Gedanken hat, ist nicht frei, denn der Gedanke ist das Bestimmende im Menschen. Aber auch viele Gedanken machen noch nicht frei, sie führen erst dann zur Freiheit, wenn der Mensch sich ihrer vollkommen bemächtigt und sich gewöhnt hat, nicht wieder unter der Herrschaft derselben zu stehen, d. h. ihnen gemäß zu denken. Somit hat hier die Pädagogik eine doppelte Aufgabe: dem Kinde zur Freiheit zu verhelfen, es zu unterrichten und dasselbe zu gewöhnen, sich in seinem Denken und Handeln der Wahrheit unterzuordnen. Jene Aufgabe sucht sie zu lösen durch den Unterricht, diese durch die Zucht. Daraus folgt, daß Unterricht und Erziehung insofern nicht identisch sind, als der erstere nur eine Seite der letzteren ist, wohl aber, daß es die größte Thorheit ist, Unterricht und Erziehung einander gegenüberzusetzen. — Ein Unterricht, welcher nicht erzieht, ist ein Unding. Diesen beiden Seiten der Erziehung gesellt sich noch eine dritte. Indem wir nämlich der Unfreiheit des zu erziehenden Subjekts unsere Freiheit, unsere Autorität, unsern Willen gegenübersetzen, so müssen wir dasselbe in einer von uns bestimmten Form gegenüberhalten, es regieren. Demnach zerfällt die geistige Erziehung in Unterricht, Zucht und Regierung.

## A. Unterricht.

Der Zweck des Unterrichts ist, das Kind zur Einsicht zu führen. Die Wahrheit ist nicht an und für sich Wahrheit, sondern nur dann, wenn ich sie als solche danke, insofern ich Einsicht habe. Darauf bezieht sich der Satz:

10) „Der Unterricht ist Gewöhnung zum selbstständigen Erkennen.“

Daher fragt sich's, welche Wahrheiten vom Kinde erkannt, in welcher Weise und demselben beigebracht und wo sie gelehrt werden sollen, oder es handelt sich um den Gegenstand des Unterrichts, um die Methode und die Schule.

## 1) Gegenstand des Unterrichts.

Ueber den Gegenstand des Unterrichts haben sich folgende Sätze Anerkennung verschafft:

11) Der wichtigste Unterrichtsgegenstand ist die Religion.

12) Außerdem sind Hauptgegenstände des Unterrichts: die Sprachen, Geschichte und Geographie, Mathematik und Naturkunde.

13) Doch darf, um die harmonische Ausbildung nicht zu stören, kein Gegenstand auf immer in den Hintergrund treten.

## 2) Methode.

Die Methode hängt ab von der Natur des Geistes und der Natur des Lehrgegenstandes. Deshalb kann die allg. Pädagogik sich nur mit den Sätzen befassen, welche sich ganz allgemein auf das Wesen des Geistes und jeden Unterrichtsgegenstand gleichmäßig beziehen. Die methodischen Grundsätze, welche sich auf die Natur des Geistes beziehen, werden gewöhnlich in folgender Weise ausgesprochen:

14) „Unterrichte naturgemäß!“ — Denn der Mensch durchlebt seine Perioden, seine Stufen. Im Allg. werden deren drei oder vier angenommen. Nach ihnen muß sich das quid, quantum und quale des Unterrichts richten. Folgende drei Sätze lassen sich leicht aus diesem herleiten:

a) Lehre nichts, was der Schüler noch nicht zu fassen im Stande ist.

b) Verweile bei den Elementen lange und lehre oft zu ihnen zurück — Elemente giebt's auf jeder Stufe. —

c) Mache den Unterricht mündrecht, denn jede Stufe hat ihre eigene Denk- und Anschauungsweise.

15) Da aber auch Jeder sein Besonderes hat, seine Individualität, so muß diese ohne Zweifel berücksichtigt werden. Dieser Satz erfreut sich wenigstens in der Theorie der allgemeinsten Anerkennung. Er spricht sich speziell in Folgendem aus:

a) Alle können nicht Alles, in dem Einen werden die, in dem Andern jene Vorstellungsreihen fester und sicherer.

b) Berücksichtige das Geschlecht, bedenke aber dabei,

a) daß alle kleinen Kinder, d. h. Kinder bis etwa zum zehnten Jahre, auf

der Stufe des anschaulichsten Denkens stehen, also zwischen Knaben und Mädchen hier kein Unterschied zu statuiren ist;

- β) daß sich nach dieser Periode der Knabe zum logischen Denken erhebt, während das Mädchen mehr oder weniger auf der Stufe der Unmittelbarkeit stehen bleibt;
- γ) daß aber nichtsdestoweniger für tüchtige Verstandesbildung der Mädchen gesorgt werden muß.
- c) Berücksichtige nicht den künftigen Beruf der Kinder, wohl aber die Berufsgattung und bedenke dabei,
  - α) daß in der ersten Periode von einem Berufe noch gar nicht die Rede sein kann;
  - β) daß das Mädchen in der Regel in dem Stande bleibt, in dem es geboren ist, dem Knaben aber mehr oder weniger die Welt offen steht.

16) Nimm die Gesetze, nach welchen die Vorstellungsrreihen im Geiste fest und sicher gemacht, gewissermaßen verdichtet werden können, wohl in Acht, denn nur unter dieser Bedingung ist der Unterricht im Stande, das Kind reich zu machen. Ausdrücke dieser Gesetze sind folgende Regeln:

- a) Unterrichte anschaulich, denn alle Erkenntniß geht von der Anschauung aus, wird durch sie vermittelt. Dieses Gesetz der Anschaulichkeit ist noch weiter ausgeführt worden.
  - α) Unterrichte elementarisch, nicht wissenschaftlich!
  - β) Gehe vom Bekannten zum Unbekannten, vom Nahen zum Fernen u. s. w. über!
  - γ) Erst die Sache und dann das Zeichen!
  - δ) Erst das Besondere und dann das Allgemeine, leite nicht jenes aus diesem ab, sondern setze dieses aus jenem zusammen!
- b) Unterrichte stetig! Denn die Erkenntniß wächst nach dem Gesetze der Stetigkeit. Die Ausführung ist in Folgendem enthalten:
  - α) Für jeden Unterrichtsgegenstand ist ein propädeutischer Kursus nöthig.
  - β) Die Erkenntniß geht von einem Minimum aus, welches besser = 0 gesetzt, als zu groß angenommen wird.
  - γ) Der Unterricht muß gründlich sein.
  - δ) Der Unterricht muß lückenlos sein.
  - e) Es müssen bei jedem Unterricht drei Stufen festgehalten werden. Auf der ersten werden Anschauungen gegeben, auf der zweiten das Ganze in seine einzelnen Theile gegliedert, und endlich auf der dritten das Material nach allgemeinen Gesichtspunkten zusammenstellt. Diese Regel ist zu befolgen für die einzelnen Kurse, für die einzelnen Stufen und selbst innerhalb jeder Stufe anzuwenden.
  - ζ) Jeder Unterrichtsgegenstand muß seine Abrundung bekommen, weil ohne sie der stetige Verlauf des Wachstums der Erkenntniß unterbrochen wird.
  - η) Die zweijährigen Klassen sind zu verwerfen.
- c) Der, welcher unterrichtet wird, muß selbstthätig von Stufe zu Stufe steigen, denn nur die Wahrheit, welche wir selbst erringen, ist für uns Wahrheit, nur diese macht uns reich. Nur wenn der Schüler die Wahrheit erobert, lernt er von dem Gegenstande denken. Daher
  - α) kein Vorsagen oder Vordociren, sondern Entwicklung, bei welcher der Schüler suchen muß und somit trotz des Empfangens, eben weil er sucht, findet.
  - β) Der Schüler soll reden, die ganzen Vorstellungsrreihen reproduciren, nicht, wie's so häufig geschieht, bloß ein Glied in der Reihe ergänzen. Er soll das Gelernte frei und selbstständig und vollständig aussprechen und niederschreiben. Nur was er zu reproduciren vermag, hat er selbstständig errungen, nur das ist sein Eigenthum.
- d) Erhalte den Schüler in steter Spannung, denn nur durch sie zwingst du ihn zur Selbstthätigkeit. — Das kannst du,
  - α) wenn du ihm Blicke thun läßt in das Folgende und seine Gehrung rege machst, ohne jedoch dieselbe im Augenblicke zu stillen,
  - β) wenn dein Unterricht interessant ist; aber hüte dich, dies mißzuverstehen.

- a) Bringe den Kindern ein festeres Wissen bei, denn nur das festeres Wissen birgt dafür, daß der Schüler allezeit stetig weiter schreiten kann.
- α) Sorge durch zweckmäßige Repetition dafür, daß nichts vergessen wird, sondern das hier und da Unsichere immer fester wird.
- β) Laß Wissen und Können Hand in Hand gehen.
- γ) Der Unterricht sei mehr intensiv als extensiv. „Einen Gegenstand von vielen Seiten betrachten ist besser, als viele Gegenstände von einer Seite.“
- δ) Es muß so eingerichtet werden, daß die Kinder das Lernen lernen.
- η) Stelle die Beziehungen und Verbindungen, welche zwischen den einzelnen Fächern statthaben, her, denn verwandte Vorstellungen stützen und tragen einander, aber hüte dich, Beziehungen zu erfinden oder sie zu suchen, wo keine sind.
- θ) Unterrichte mehr nach, als nebeneinander. Das Zwei- und Einstundensystem ist unbedingt zu verwerfen, denn bei ihm können sich keine Gewohnheiten im Geiste bilden.

Die Methode hängt aber auch, wie oben gesagt, von der Natur des Unterrichtsgegenstandes ab. Im Allg. ist nur der eine Satz anzuführen:

17) Jeder Unterrichtsgegenstand ist Selbstzweck, d. h. er muß dem Schüler auch für sich schon etwas sein, nicht bloße Vorbereitung, darf ihm nicht erst durch das Folgende etwas werden. Jede Stufe ist zwar Folge der vorhergehenden und Grund der folgenden — aber sie ist auch etwas für sich.

### 3) Die Schule.

Die Schule ist der Ort des Unterrichts. Was fordert sie, um die Grundsätze des Unterrichts anwenden zu können? Dies wurde im vorigen Jahre in folgenden Sätzen ausgesprochen:

18) Die Schule ist, sowie die Pädagogik, von Staat und Kirche unabhängig, gleich mit ihnen einig.

19) Es müssen verschiedene Schulen sein, weil für die Verschiedenen verschiedene Bildungsgrade nöthig sind. Es haben sich folgende als nothwendig herausgestellt:

- a) Kinderbewahranstalten.
- b) Elementarschulen (Trivials oder Volksschulen), weil Das, was man Elementarbildung nennt, die Grundlage aller andern Bildung ist.
- c) Fortbildungsschulen (im weiteren Sinne). Diese zerfallen in
  - α) Fortbildungsschulen im engeren Sinne.
  - β) Bürgergymnasien (höhere Bürgerschulen).
  - γ) Gymnasien (Gelehrtenschulen).
- δ) Fachschulen.

Ueber diese verschiedenen Schulen können nur die allgemeinsten Sätze mitgeteilt werden, weil die Grundlagen noch sehr schwankend sind. Die Schule empfangt die Kinder im Durchschnitt mit dem sechsten Jahre. Bis dahin soll das Kind schon Manches gelernt oder besser — nichts Falsches gelernt haben. Daher muß für Kinder, welche dieser Gefahr ausgesetzt sind, gesorgt werden. Daher die Nothwendigkeit der Kleinkinderbewahranstalten. Für sie gelten die Sätze:

20) In Kleinkinderschulen bildet der Anschauungsunterricht den Mittelpunkt.

21) An ein eigentliches Lernen soll nicht gedacht werden. Das Kind soll nicht lernen, um zu lernen, sondern es soll lernen, indem es spielt.

Nachdem das Kind schulfähig geworden, muß es den elementarischen Bildungsgang durchmachen. Dies geschieht in der Elementarschule. Für sie gelten die Sätze:

22) Den Mittelpunkt des Unterrichts in der Elementarschule bildet die deutsche Sprache.

23) Jeder muß die Elementarschule durchmachen, weil sie, wie schon gesagt, die Grundlage für jeglichen späteren Unterricht giebt.

24) Die Elementarschule erfordert, je nach den Fähigkeiten und Anstrengungen der Individuen, einen Zeitraum von vier bis acht Jahren.

Ist nun die Elementarschule durchwandert, so wendet sich der Schüler zu einem Handwerke, wenigstens im Allgemeinen. Er will in der Sphäre bleiben, für welche die Elementarschule befähigt, oder er will weiter. Im letzteren Falle ist die Fortbildungsschule mit Nothwendigkeit geboten, aber auch im erstern Falle ist sie,

wie sich leicht nachweisen läßt, nicht zu entbehren. Denn erstens kommt nach dem vierzehnten Jahre die Zeit, in welcher der Mensch erst recht zur Bekanntheit kommt und es in einem kurzen Zeitraume weiter bringt, als früher in einem langen; zweitens wird diese Fortbildungsschule zugleich Fachschule, indem hier und zwar erst hier auf den Beruf Rücksicht genommen werden kann. Die andern Fortbildungsschulen zerfallen, wie schon angegeben, in Bürgergymnasien und Gymnasien. Wer eine höhere Bildung als die elementarische bedarf, besucht die eine oder die andere, je nachdem ihm eine gelehrte Bildung unnöthig oder nöthig ist. Für das Bürgergymnasium gilt nun:

25) Den Mittelpunkt des Unterrichts in Bürgergymnasien bilden die neueren Sprachen; dann folgt die Mathematik und die Naturwissenschaft. Doch haben sich auch Stimmen erhoben, welche die neuere Literatur, noch andere, welche die Geschichte zum Mittelpunkt machen wollen.

26) Das Bürgergymnasium soll keine Fachschule sein, sondern eine allgemeine Bildungsanstalt.

27) In den oberen Klassen sollen Fachlehrer unterrichten.

28) Das Lateinische ist zu verbannen.

Für das Gymnasium ist angenommen:

29) Den Mittelpunkt des Gymnasialunterrichts bilden die alten Sprachen, doch auch hier haben sich nicht unbedeutende Stimmen erhoben, welche der Literatur die Ehre, Mittelpunkt zu sein, einräumen.

30) In den oberen Klassen sollen Fachlehrer unterrichten.

31) Der naturkundliche Unterricht muß mehr in Aufnahme kommen.

Hat nun Einer in einer der beiden letzten Anstalten seine Bildung vollendet, so bezieht er die Fachschule. Von ihr schweige ich ganz. Nur so viel will ich bemerken, daß auch die Universitäten zu den Fachschulen gezählt werden müssen, denn auf ihnen bildet sich der Mensch zu seinem besonderen Berufe, mag er nun Kunstgelehrter oder eigentlicher Gelehrter werden wollen.

Ferner fragt sich's wer den Unterricht in der Schule erteilen soll. — Es unterrichten Männer und Frauen, Erwachsene und Kinder. — Was sagt dazu die Aufgabe des Unterrichts? —

32) Bis zum zehnten Jahre gilt's für minder wichtig, ob ein Mann oder eine Frau unterrichtet, denn für Beides haben sich Stimmen hören lassen.

33) Vom zehnten Jahre an muß das Kind den Weibern genommen werden, denn diese bleiben ewig auf der Stufe des unmittelbaren Denkens stehen, erheben sich nicht zum logischen.

34) Keine Frau darf Unterricht in gelehrten Fächern erteilen.

35) Kinder dürfen im strengern Sinne nicht unterrichten, oder die wechselseitige Schuleinrichtung als System ist zu verwerfen; denn wer den Weg weisen will, muß ihn kennen. Gleichwohl ist sie zu empfehlen, wo die Kräfte des Lehrers nicht ausreichen und als Bildungsmittel für den Unterrichtenden und endlich, indem jeder Jeden fragt, um durch diese Wechselseitigkeit den Zwecken des Unterrichts zu dienen.

Also kommen wir immer auf den Lehrer zurück und fragen, welche Anforderungen der Unterricht an ihn macht. Die Antwort wird in folgenden Sätzen gegeben:

36) Der Lehrer muß sich gründlich vorbereiten, sowohl im Ganzen als im Einzelnen.

37) Will er dies mit Erfolg thun, so muß er seine Wissenschaft durch und durch kennen, ganz und gar inne haben, denn wer den Weg nicht weiß, ist schlechter Wegweiser. Der schwächere Lehrer soll zunächst einen Leitfaden haben, den er jedoch beim Unterrichte selbst nicht benutzen; hat er diesen inne, so soll er andere Leitfäden studiren und sich daraus einen seiner Individualität und seiner angemessenen Lehrgang bilden.

38) Dann soll er nicht still stehen, sondern immer fortstudiren. Denn wer still steht, kann nicht weiter führen. Er soll studiren, namentlich Pädagogik, das Allgemeine frei macht, Geschichte der Pädagogik, weil die Gegenwart durch Vergangenheit begriffen wird, Psychologie als Schlüssel für die ganze Behandlung des Menschen, mancherlei Monographien, weil man wenigstens in einzelnen Fällen Meister sein soll, Zeitungen, damit man, obgleich in der Gegenwart, nicht in Vergangenheit lebe.



## B. Zucht.

Ich habe oben die Freiheit als das letzte Ziel der Pädagogik hingestellt und angedeutet, daß sie in der Selbstbestimmung bestehe. Das Kind kann sich, wenn's zur Schule kommt, noch nicht fest bestimmen, weil's keine Einsicht hat, weil's nicht weiß, was recht und unrecht, gut oder böse ist. Das Kind ist unmittelbar nach der Geburt weder frei noch unfrei, weder sittlich noch unsittlich. Aber bald darauf tritt der Zustand der Unfreiheit ein, indem es seinen Willen dem Willen der Eltern oder der Erwachsenen unterordnen muß. Diese haben für dasselbe Verstand und Gewissen. Wenn es sich diesem Willen unbedingt unterwirft, so heißt es gut, ~~sonst~~ aber wird's von Römern genannt, weil sich's noch nicht selbst bestimmen kann, und weil die Eltern als Tugend gebieten, was die Andern als Sünde verurtheilen. Der Vater erlaubt, was die Mutter verbietet und umgekehrt. Erst nach und nach wird das Kind zur Selbstbestimmung, zur Freiheit geführt — erst nach und nach wird es sittlich, und erst nach und nach richtet es sein Handeln seiner Einsicht gemäß ein und heißt dann unsittlich, wenn es dieser Einsicht widersteht, sich ihr nicht unterordnet. Was hat nun die Schule zu thun, wenn sie das Kind zu der Freiheit, sich seiner Einsicht unterzuordnen, führen will? Sie hat, wie schon gesagt, die Einsicht in's Wahre, Gute und Schöne zu wecken, damit es sich nicht in Folge falscher Vorstellungen zum Unwahren, Bösen und Häßlichen bekennt, und zweitens das Kind zu gewöhnen, sich der Einsicht, welche es hat, unterzuordnen. Der Unterricht leistet, falls er nach den aus seiner Natur und seiner Aufgabe hervorgehenden Erfolgen ertheilt wird, viel, denn durch ihn gewöhnt sich das Kind an Menschheit, was der Unterordnung unter die Einsicht zu Hülfe kommt; aber auf das, was wir Herz nennen, wirkt er doch nur unmittelbar, durch seinen Inhalt und seine Form. Das Herz oder die sittliche Seite im Menschen zu kultiviren, ist daher die spezielle Aufgabe der Zucht. Dies spricht sich auch in dem Satz:

39) Berücksichtige den ganzen Menschen, bedenke Geist und Herz gleichmäßig. Das hat man besonders dem Religionsunterrichte zur Aufgabe gemacht. Dieser soll vorzugsweise nicht nur belehren, sondern auch gemüthlich wirken.

Daß damit nicht viel gesagt ist, springt in die Augen. Denn wenn auch das Kind die Einsicht in das Schöne und Gute hat, sich dessen freut und gewissermaßen im Betheben dafür ergreift, so wählt's noch lange nicht das Gute und Schöne. Es verweilt nicht auf die Ursünde, sondern auf die Erfahrung und den physisch-biologischen Satz, daß die Vorstellungen einander verdrängen — auch die stärkste Vorstellung kann aus dem Bewußtsein getrieben werden — und daß sich Vorstellungen nicht immer vollständig reproduciren, ja manchmal nicht einmal deutlich und Bewußtsein treten, weil dieses von anderen, stärkeren und feineren in der That überwunden ist. Daher für die Zucht die Hauptaufgabe, das Kind zu gewöhnen, sich der Einsicht in das Gute und Schöne unterzuordnen, durch Gewöhnung an's Rechte die Vorstellungen zu verdrängen und in dem Kinde zur Natur werden zu lassen. Also: zunächst muß das Kind an Unterordnung gewöhnt werden. Das wird ausgesprochen in den Sätzen:

40) Dinge auf Gehorsam, auf unbedingtem Gehorsam. Wer sich selbst gehorchen soll, muß überhaupt gehorchen können.

41) Tritt dem Kinde überall mit Kraft und Energie entgegen. Der Schwache kann sich Niemand unter. Wer sich ihr unterordnet, ist krank.

Wären diese Sätze durchgeführt als diese, so würde man nicht freie Menschen bilden, sondern Sklaven züchten. Aber es wird der schädliche Einfluß, welchen ihre unrichtige Anwendung haben muß, durch die Anwendung anderer Grundsätze neutralisirt. Das Kind kommt nämlich durch Unterricht und Zucht bald dahin, daß es aus bestimmten Verhältnissen und in gewissen Kreisen freigegeben werden kann und wofern freigegeben werden muß. Dieser Gedanke wird in folgendem Satz ausgedrückt:

42) Die Kinder müssen unter allen Umständen freigelassen werden, wo sie diese Forderung vertragen können, damit sie von dem Erworbenen selbstständigen Gebrauch machen können. Insbesondere will man gehalten:

a) kein Wohl und Anordnung des Spiels, jedoch mit einem veto des Lehrers, weil das Kind noch nicht mündig ist,  
b) unentbehrtem Gebrauch der Ferien,

c) die Ausübung oder besser Benutzung gewisser sich durch Gewohnheit gebildeten Rechte, ohne daß dazu eine besondere Erlaubniß nöthig ist.

Aber auch diese neutralisirende Maßregel würde nicht verhüten, daß Sklaven und nicht freie Menschen gezogen würden. Denn das Kind gehört nicht nur der Schule, sondern auch der Familie und der Gesellschaft an. Da wird oft niedriger gerissen, was die Schule mühsam aufgebaut. Das muß verhütet werden. Man versucht's durch Anwendung folgender Sätze:

43) Die Kinder sollen so viel als möglich in der Schule leben, arbeiten und spielen.

44) Die Kinder sollen nicht zu viel arbeiten, damit sie nicht auf der einen Seite durch die Masse erdrückt, auf der andern Seite verführt werden, ihre Pflicht zu vernachlässigen. Denn das heißt der Demoralisation in die Hände arbeiten.

45) Die Schule soll bedenken, daß Jeder seine Perioden hat, d. h. Perioden, in welchen er platterdings nicht im Stande ist, dem Willen der Schule zu gehorchen. In solchen Perioden ist dem Kinde so viel nachzulassen, daß es nicht zum Ungehorsam gezwungen wird. Denn der Ungehorsam gewöhnt sich ebenso leicht an als der Gehorsam.

46) Insbesondere soll die Schule dem Schwachen ganz speziell unter die Arme greifen und ihn nicht eher loslassen, als bis sein Wesen wiederum Halt und Festigkeit gewonnen.

47) Die Schule soll mit der Familie so viel als möglich im Einklange wirken.

Doch auch diese Remedien würden nicht viel helfen, wenn nicht noch drei Sätze, welche als Fundamentalsätze bezeichnet werden können, zur Anwendung kommen. Ohne sie wird man mehr oder weniger zur Unfreiheit, zur Unsitlichkeit gezogen.

48) Die Schule muß dem Kinde zur Lebensaufgabe gemacht werden. Deshalb soll

a) das Kind aus der Hand der Familie mit demselben Herzen empfangen werden, mit welchem Vater und Mutter es ihr übergeben, d. h. mit Liebe, damit es bald heimisch werde.

b) Der Erzieher betrachte selbst die Schule als Lebensaufgabe und habe Freude an der Schule und an den Kindern. An den Großen bilden sich die Kleinen.

c) Nebenfächer dürfen nicht geduldet werden. Ein Nebenfach wird zur Nebensache, schließt sich aus der Aufgabe aus, scheidet aus der Berufsaufgabe heraus und nimmt zu leicht Anderes mit.

49) „Erziehe für's Leben, für's Volk.“ — Nur in der Gesellschaft, in dem Konflikte des Lebens ist die Freiheit in ihrem ganzen Umfange möglich. In der Isolirung kann ich nicht sündigen, nichts Gutes thun. In der Isolirung ist keine Gewöhnung ganz unnöthig, weil jede Handlung so ziemlich gleichgültig ist, indem der Mensch nur Pflichten gegen sich selbst hat, und von freier Selbstbestimmung von Sittlichkeit keine Rede. Nur im Leben ist Sittlichkeit, nur in der Gesellschaft Tugend. Daher muß die Schule eine Gesellschaft, eine Gemeinde sein und sich solche fühlen. Dies drückt die heutige Pädagogik

a) negativ aus, indem sie die Privaterziehung so lange verwirft, als sie nicht aus ganz bestimmten Rücksichten nöthig wird;

b) positiv, indem sie Korporationsgeist erwecken will.

c) Dazu giebt sie dem Lehrer die Weisung, daß er, obgleich über der Schule gemeinde stehend, doch auch in ihr stehe, eins sei mit ihr.

50) Dringe überall auf die Wahrheit. — Der Schüler darf weder sich noch Andere täuschen. Er muß Alles bei dem rechten Namen nennen. Wer die Unterordnung unter die Wahrheit gelernt hat, ist der Sittlichkeit sehr nahe, denn er hat auch gelernt, sich der Wahrheit in ihm selber, d. h. seiner Einsicht, unterzuordnen. Willst du aber mit Erfolg auf die Wahrheit dringen, so gieb selbst der Wahrheit unter allen Umständen die Ehre, denn du sollst des Kindes Gewissen sein.

#### C. Regierung.

Schon bei der Zucht habe ich mich kurz gefaßt; noch kürzer werde ich bei der Regierung sein. Denn hier sind die Ansichten am allerwenigsten einig, weshalb auch der Satz an der Spitze steht:

51) Die Individualität des Lehrers muß den Ausschlag geben. Ganz besonders gilt dies dann, wenn sich die Regierung auf's Einzelne bezieht.

Doch da die Regierung darin besteht, daß der Lehrer sich den Schüler in einer bestimmten Form gegenüberhält, so muß diese Form bestimmt sein, damit trotz dem Rechte, welches der Individualität eingeräumt wird, keine Willkür herrsche, d. h. es muß ein Schulgesetz bestehen, d. h. eine Reihe Verordnungen, nach welchen das Schulleben verlaufen soll. Anforderungen, die man an ein Schulgesetz macht, sind im Allg. folgende:

52) Die Zahl der Gesetze sei möglichst gering, denn das Gesetz erzeugt die Sünde: *Nitimus in votitum*.

53) Das Gesetz berücksichtige die Schule. Wenn ein Vergehen in einer Schule nicht vorkommt, warum es verbieten?

54) Das Gesetz sei möglichst scharf und bestimmt ausgesprochen.

55) Das Gesetz bringe vornehmlich auf die ästhetische Form, bringe also z. B. auf Ordnung, auf Reinlichkeit, Sauberkeit des Körpers, der Kleidung, der Hefen u. s. w.

Ob das Gesetz schriftlich verabschiedet sein soll, ist nicht entschieden, doch scheint die Mehrzahl der Lehrer anzunehmen:

56) An ein allgemeines Schulgesetz ist nicht zu denken.

57) Geschriebene Strafgesetze sind zu verwerfen. Gesetz ist der Lehrer und der ~~Wille~~. Als geradezu verfehlt ist ein schriftliches Strafgesetzbuch, wie's uns gerade zu Gesichte gekommen ist, zu bezeichnen.

Die Gesetze fordern nun eine Handhabung. Dabei ist eine dreifache Frage zu erledigen. Es fragt sich nämlich 1) wer soll den Richterspruch thun? 2) wer soll ihn ausführen? 3) in welcher Weise soll er ausgeführt werden? Auf diese Fragen antwortet man:

58) Die Entscheidung, ob ein Gesetz übertreten ist, steht dem Lehrer zu und der Klasse. Beide müssen übereinstimmen. Der Lehrer wird zwar die Klasse nicht zu ihrer Meinung fragen, aber wehe ihm, wenn das Klassenbewußtsein gegen ihn ist. Doch scheint's zweckmäßig, in gewissen Punkten den Kindern die Entscheidung ganz zu überlassen.

59) Die Strafe soll bloß vom Lehrer vollzogen werden. Die Gesetze sollen gehandhabt werden mit Strenge und Konsequenz, aber auch mit Rücksicht, weil sie das *summum jus* zur *summa injuria* werden kann, und vor Allem mit Liebe, die sich durch zweierlei bewährt: erstens dadurch, daß sie zürnt, aber ohne Schütterung, zweitens dadurch, daß sie verzeiht und vergißt, dem Gefallenen die Hand reicht und dann Freude empfindet über den kleinsten Schritt zum Besseren.

Mittel, durch welche die Form, in welcher sich der Schüler bewegen soll, festgehalten und vor Störungen gesichert werden kann, werden in Menge vorgeschlagen. Sie beruhen jedoch mehr oder weniger auf der Individualität des Lehrers. Durch der Eine seine Regierung zu einer glücklichen macht, dadurch giebt der Andere sie aus der Hand. Nur auf ein Paar machen wir noch aufmerksam.

60) Die Aufsicht über die Schule muß die Schule in erster Instanz selbst haben.

61) Es sollen viele Ämter bestehen, welche nach den verschiedenen Zwecken entweder vom Lehrer oder von der Klasse vertheilt werden. Daß ein solcher Beamter der Klasse nicht aufgedrungen wird, ist sehr wichtig.

62) Man strebe dahin, daß die Klasse selbst eine Justiz übt. Es ist das sehr schwer, aber auch sehr wichtig: einmal schon deshalb, weil der Lehrer eine Unzahl kleinlicher Untersuchungen und Klatschgeschichten los wird, und dann, weil's für die moralische Entwicklung des Kindes von großer Bedeutung ist.

Im Wesentlichen wird die Theorie der Erziehung auch heute noch zu dem obigen, im J. 1846 geschriebenen Säzen stehen. Doch darf als eine ihrer vollen Ausdehnung erst in der neuesten Zeit aufgetretene Richtung nicht unerwähnt bleiben, daß man von Seiten einzelner Pädagogen den Unterricht zu vermindern („vereinfachen“, — „centralisiren“), dagegen die Handarbeit unmittelbar in die Volksschule hineinzuziehen, und durch eine

Theilung der letztern in Lehr- und Arbeitsschule sie enger „an das anzuknüpfen“ sucht.<sup>1)</sup>

## II. Die Stellung der Preussischen Volksschule.

Wie das Preussische Volksschulwesen sich seit dem vorigen Jahrhundert aus bodenloser Vernachlässigung erhoben hat, und welche Stellung zu Tage einnimmt, ist bereits im zweiten und vierten Abschnitt allg. Theils dargestellt worden.

Die Volksschule, wie die Schule überhaupt, ist in Preuss. Staatsanstalt anerkannt, §. 1. A. L. R. Th. II. Tit. 12. Grundsatz erleidet jedoch eine doppelte Ausnahme. Denn

1) was die innere Direction des Unterrichts anlangt, so kon mit dem Staate die Kirche, welcher nach Art. 24. der Verfassung 31. Jan. 1850 (s. in Th. I. [allgemeiner Theil] oben S. 232) die Leitung des Religionsunterrichts in der Volksschule überlassen ist, und an Uebrigen findet sich die innere Beaufsichtigung des Schulwesens Regel in die Hände der Geistlichkeit gelegt.<sup>2)</sup>

2) In Betreff der äußern Angelegenheiten dagegen greift neben Staate die Gemeinde ein, welche zunächst die Volksschule zu unter und vom Staate bloß ergänzungsweise Aushilfe zu erwarten (Art. 24., 25. der Verfassung v. 31. Jan. 1850, s. Th. I. [allgem. oben S. 232]).

1) Vergl. die unter der vorstehenden Literatur angeführten Werke v. Friedrich und Dr. Michelsen, so wie deren Rezension in den Rhein. 1852. Bd. 46. S. 330. 340. Michelsen will für Knaben: Holzarbeiten, Flechten, Obstbaumzucht, für Mädchen: Spinnen, Weben, Stricken, Nähen Beide: Gartenbau, und demnächst für die Gemeindeschule, welcher ein Rinken voranzugehen und eine Fortbildungsschule nachzufolgen hat, folgende Glieder in drei Abtheilungen:

untere Abth.	wöchentl.	20 St.	Lehrschule,	10 St.	Arbeitsschule,
mittlere	„	16 „	„	14 „	„
obere	„	10 „	„	20 „	„

Eine allgemeine Kritik dieser Richtung giebt Diehterweg in dem Aufsätze Revue über einige Reformvorschläge für die Volksschule, Rhein. Blätter Bd. 49. S. 1. S. 1.

2) Vergl. Th. I. (allgem. Th.) oben S. 241. ff. und das G. R. v. 1851 (s. unten).

3) Eine Verpflichtung des Staates zur Aushilfe wurde früher v. Abrede gestellt und etwaige Unterstützung als Gnadensache geendet. So in ten Preuss. Prov. Landtagsabsch. v. 9. Jan. 1830 sub II. 23. (A. XIV. S. eben so in dem Schlesischen v. 1843. Vgl. S. Simon, das Schulrecht u. Unterrichtsverfassung von Schlesien. Breslau, Aberholz, 1848, S. 1.

Vergl. die im Allgem. Theil Abschn. IV. sub III. (S. 236. ff.) mitget. Auszüge aus den Staatshaushalts-Stats. Im Stat für 1854 sind für den lichen Unterricht, für Kunst und Wissenschaft im Ganzen 1,428,852 Thlr. worfen. Nämlich:

49,540 Thlr.	für die Prov. Schulkollegien,
7,338 „	für die wissenschaftlichen Prüfungskommissionen,
479,990 „	für die Universitäten,
305,495 „	für Gymnasien und Realschulen,
120,605 „	für die Schullehrer-Seminarien,
191,792 „	für die Elementarschulen,
13,418 „	für Taubstummen- und Blindenanstalten,
75,118 „	für Waisenhäuser und Wohlthätigkeitsanstalten,
32,867 „	für die Akademie der Künste in Berlin,
12,160 „	für die Kunstakademie zu Königsberg u. Düsseldorf,
49,300 „	für die Kunst-Museen zu Berlin,

Aus dieser Stellung der Volksschule erklärt es sich, wie in den einzelnen Theilen des Staates der Zustand der Volkserziehung ein verschiedener, wie so vieles, was dazu gehört, — insbesondere gilt dies von den Anstalten, — der Privatthätigkeit überlassen <sup>1)</sup>, wie sogar hier und noch ein Institut, wie das wandernde Lehrer zur Aushülfe notwendig sein kann. <sup>2)</sup>

Die Ausdehnung des Volks-Unterrichts war in den Elementar- und Mittelschulen der einzelnen Provinzen nach der Zählung vom J. 1843 <sup>3)</sup> folgende:

20,743 Thlr. für die Akademie der Wissenschaften zu Berlin,  
24,180 „ für die K. Bibliothek zu Berlin,  
46,306 „ für sonstige Kunst- und wissenschaftliche Institute.

Es treten noch 495,315 Thlr. für Kultus und Unterricht gemeinsame Kosten, von 175,946 Thlr. zur Verbesserung der äußeren Lage des geistlichen und Lehrstandes bestimmt sind.

1) Auch die „Christlichen Schulbrüder“, der in Frankreich und Belgien unter dem Namen *frères ignorantins* bekannte, und für eine Affiliation der Jesuiten geltend gemachte Orden, haben Raum zur Entfaltung ihrer Thätigkeit gefunden, und 1853 Koblenz eine Schule von 4 Klassen zu Stande gebracht, während von den Jesuiten selbst verschiedene höhere Institute, z. B. in Baderborn, Münster, Köln, errichtet sind. So berichten, in Ermangelung offizieller Mittheilungen, die Zeitungen. *L. Nat.-Zeit.* 1853. Nr. 508.

2) Solche Wanderlehrer existiren seit 1844 im Reg. Bez. Danzig; und zwar in der Pfarodie Kl. Kap mit 9 Unterrichts-Stationen und 113 Kindern, in der Pfarodie Bagig mit 6 Unt. Stat. und 93 K., in der Pfarodie Behlschau mit 4 Unt. Stat. und 115 K. Es sind 4 Lehrer angestellt. Der Lehrer verweilt und unterrichtet in jeder seiner Ortschaften 1—3 Tage, bis der Kreislauf vollendet ist, so das Schulehalten im ersten Orte wieder beginnen kann. Für die Zwischenzeiten erhalten die Kinder Aufgaben. Seine Anwesenheit und seinen Unterricht muß der Lehrer vom Schulvorstande jedes Ortes in ein besonderes Tagebuch bescheinigen lassen. Die Kinder, welche sonst katholische polnische Schulen besuchen müßten, erreichen nach dem Berichte des Prov. Schulkoll. in Kenntniß der bibl. Geschichte, des Katechismus und im Bibellesen dieselbe Stufe, wie in den bessern evang. Schulen des Reg. Bez. Neuerdings sollen im Reg. Bez. Danzig, Marienburg und Trier noch 15 solche Wanderschulen, theils evangelische, theils katholische, errichtet werden, deren Kosten auf ungefähr 2000 Thlr. veranschlagt sind. In Staatshaushalts-Stat pro 1854 ist eine Summe dazu ausgeworfen. Der Kirchenrath bringt besonders da auf Ansetzung von Wanderlehrern, wo evangelische Schulen fehlen. Vergl. *Staatsanz.* 1854. S. 338. — *Nat. Zeit.* 1853. Nr. 34. — 1854. Nr. 35, 73 Beil. u. 88.

3) *Gen. Hist. Statist. Almanach* für 1848. Weimar. Landes-Ind.-Komptoir. S. 108.



Provinz.	Einwoh- nerzahl.	Mittelschulen.		Elementarschulen.		Summe der Schüler und Schüle- rinnen.	Auf 100 Einwohner schulbesuchende Kinder.
		Anstalten.	Schüler und Schülerinnen.	An- stalten.	Schüler und Schüle- rinnen.		
Preußen . . .	2,406,380	79	6,666	4,285	323,288	329,954	13,71
Posen . . . .	1,290,187	32	1,462	1,806	171,823	173,285	13,43
Brandenburg	1,935,107	140	21,053	2,907	275,985	297,038	15,35
Pommern . .	1,106,350	116	15,481	2,465	153,103	168,584	15,24
Schlesien . . .	2,948,884	88	12,120	3,740	460,659	472,779	16,07
Sachsen . . .	1,683,906	92	17,195	2,831	281,676	298,871	17,75
Westphalen .	1,421,443	44	2,141	1,894	228,781	230,922	16,25
Rheinland . .	2,679,508	70	2,983	3,718	432,831	435,814	16,28
	15,471,765	661	79,101	23,646	2,328,146	2,407,247	15,54

### III. Allgemeine gesetzliche Bestimmungen über die Volksschule.

Dieselben sind enthalten:

1) in §§. 12—53. A. E. R. Th. II. Tit. 12., welche hier in ihrem Zusammenhange vorangestellt werden:

#### I. Von gemeinen Schulen.

##### Aufsicht und Direktion derselben.

§. 12. Gemeine Schulen, die dem ersten Unterricht der Jugend gewidmet sind, stehen unter der Direction der Gerichtsobrigkeit eines jeden Orts, welche dabei die Geistlichkeit der Gemeinde, zu welcher die Schule gehört, hinzuziehen muß.

§. 13. Die Kirchenvorsteher einer jeden Gemeinde, auf dem Lande und in kleinen Städten, so wie in Ermangelung derselben, Schulzen und Gerichte, ingleichen die Polizeimagistrate, sind schuldig, unter Direktion der Obrigkeit und der Geistlichen, die Aufsicht über die äußere Verfassung der Schulanstalt, und über die Aufrechterhaltung der dabei eingeführten Ordnung zu übernehmen.

§. 14. Alle dabei bemerkte Mängel, Versäumnisse und Unordnungen müssen sie der Obrigkeit und dem Geistlichen, zur näheren Untersuchung und Abstellung anzeigen.

§. 15. Die Obrigkeit und der Geistliche müssen sich nach den vom Staat ertheilten oder genehmigten Schulordnungen achten; und nichts, was denselben zuwider ist, eigenmächtig vornehmen und einführen.

§. 16. Finden sie bei der Anwendung der ergangenen allgemeinen Vorschriften auf die ihrer Aufsicht anvertraute Schule Zweifel oder Bedenkllichkeiten: muß der geistliche Vorsteher der dem Schulwesen in der Provinz vorgesetzten Behörde davon Anzeige machen.

§. 17. Eben dieser Behörde gebührt die Entscheidung, wenn die Obrigkeit sich mit dem geistlichen Schulvorsteher über eine oder die andere bei der Schule zu treffende Anstalt oder Einrichtung nicht vereinigen kann.

##### Äußere Rechte der Schulanstalten.

§. 18. Schulgebäude genießen eben die Vorrechte, wie die Kirchengebäude (Tit. 11. §. 170. seq.)

§. 19. Auch von den Grundstücken und übrigen Vermögen der Schulen

er Regel alles das, was vom Kirchenvermögen verordnet ist. (Uebdas. seq. Abschn. 9.)

10. Doch sind Vermögen und Grundstücke, die zu einer gemeinen Schule von der ordentlichen Gerichtsbarkeit nicht ausgenommen.

11. Auch sind inländische Schulen, bei Schenkungen und Vermächtnissen, Erbschaften der Kirchen und geistlichen Gesellschaften nicht unterworfen. (Tit. 11. §. 1075.)

#### Bestellung der Schullehrer.

12. Die Bestellung der Schullehrer kommt in der Regel der Gerichts-

13. Durch wen diese Befugniß, in Ansehung der auf Domänen- oder kaiserlichen Gütern zu bestellenden Schulmeister, ausgeübt werde, ist nach Bestimmungen einer jeden Provinz bestimmt.

14. Ueberall aber soll kein Schulmeister bestellt und angenommen werden, bevor, nach angelegelter Prüfung, ein Zeugniß der Tüchtigkeit zu einem Amte erhalten hat.

15. Es muß aber jeder neu anzunehmende Schullehrer dem Kreisinspektor oder Pfarrer angezeigt, und wenn er noch mit keinem Zeugniß seiner Tüchtigkeit versehen ist, demselben zur Prüfung vorgestellt werden.

#### Rechte und Pflichten derselben.

16. Gemeine Schullehrer haben keinen privilegierten Gerichtsstand, sondern der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Ortes unterworfen.

17. Dieser gebührt, mit Zuziehung des geistlichen Schulvorstehers, auch die Aufsicht über ihre Amtsführung; und sie hat, wegen Abtun der solchen geschehenen Schulgelehrten in ihrem Amte zur Last fallenden Vergehungen, eben die welche in Ansehung der Kirchenbedienten den geistlichen Obern beige-

18. Dagegen finden auch in Ansehung der Schullehrer, wenn dieselben als entsetzt werden sollen, die Vorschriften des vorhergehenden Titels Anwendung.

#### Unterhalt.

19. Wo keine Stiftungen für die gemeinen Schulen vorhanden sind, Unterhaltung der Lehrer den sämtlichen Hausvätern jedes Ortes, ohne Unterschied, ob sie Kinder haben, oder nicht, und ohne Unterschied des Glaubens, ob.

20. Sind jedoch für die Einwohner verschiedenen Glaubensbekenntnisses in einem Orte mehrere gemeine Schulen errichtet: so ist jeder Einwohner nur zur Unterhaltung des Schullehrers von seiner Religionspartei beizutragen ver-

21. Die Beiträge, sie bestehen nun in Gelde oder Naturalien, müssen den Hausvätern nach Verhältniß ihrer Besitzungen und Nahrungen billig von der Gerichtsbarkeit ausgeschrieben werden.

22. Gegen Erlegung dieser Beiträge sind alsdann die Kinder der Gemeindeglieder von Entrichtung eines Schulgeldes für immer frei.

23. Gutsherrschaften auf dem Lande sind verpflichtet, ihre Unterthanen, zur Aufbringung ihres schuldigen Beitrages ganz oder zum Theil auf eine unermöglichte Weise, dabei nach Nothdurft zu unterstützen.

#### Schulgebäude.

24. Auch die Unterhaltung der Schulgebäude und Schulmeister-Wohnungen, als gemeine Last, von allen zu einer solchen Schule gewiesenen Einwohnern ohne Unterschied getragen werden.

25. Doch trägt das Mitglied einer fremden zugeschlagnen Gemeinde zur Unterhaltung der Gebäude nur halb so viel bei, als ein Einwohner von gleicher Art in dem Orte, wo die Schule befindlich ist.

26. Bei Bauen und Reparaturen der Schulgebäude müssen die Magisträte in Städten, und die Gutsherrschaften auf dem Lande, die auf dem Gute oder in der Pacht-Eigenthume, wo die Schule sich befindet, gewachsenen oder gewonnenen Erträgen, so weit solche hinreichend vorhanden, und zum Baue nothwendig sind, sich verhalten.

27. Wo das Schulhaus zugleich die Küsterwohnung ist, muß in der

Regel die Unterhaltung desselben auf eben diese Art, wie bei Pfarrbauern geschrieben ist, besorgt werden.

§. 38. Doch kann kein Mitglied der Gemeinde, wegen Verschiedenheit Religionsbekenntnisses, dem Beitrage zur Unterhaltung solcher Gebäude sich ziehen.

Pflichten der Schulgemeinde zur Herbeiholung neuer Schulmeister.

§. 39. Die Gemeinden sind in der Regel verbunden, einen neuen Meister herbeizuholen.

§. 40. Diese Verbindlichkeit erstreckt sich auch auf die Familie des Meisters gehörenden Personen, und was derselbe an Kleidung, Wäsche, und Büchern mitbringt.

§. 41. Doch findet dabei, in Ansehung der Entfernung, eben die Einigung auf Zwei Tagereisen, wie bei Abholung der Pfarrer durch die Gemeinde, Statt.

§. 42. Auch findet die Vorschrift des Elften Titels §. 525. auf Schulen ebenfalls Anwendung.

Pflichten der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu halten.

§. 43. Jeder Einwohner, welcher den nöthigen Unterricht für seine in seinem Hause nicht besorgen kann oder will, ist schuldig, dieselben nach gelegten Fünften Jahre zur Schule zu schicken.

§. 44. Nur unter Genehmigung der Obrigkeit und des geistlichen Vorstehers kann ein Kind länger von der Schule zurückgehalten, oder der Unterricht desselben, wegen vorkommender Hindernisse, für einige Zeit ausgesetzt werden.

§. 45. Zum Besten derjenigen Kinder, welche wegen häuslicher oder anderer ordinairen Schulstunden, zu gewissen nothwendiger Arbeit gewidmeten Zeiten, nicht mehr ununterbrochen besuchen können, soll am Sonntage, Feiertagen zwischen der Arbeit, und zu andern schicklichen Zeiten, Unterricht erteilt werden.

§. 46. Der Schulunterricht muß so lange fortgesetzt werden, bis ein nach dem Befunde seines Seelsorgers, die einem jeden vernünftigen Menschen Standes nothwendigen Kenntnisse gefaßt hat.

Pflichten der Schulaufsichter.

§. 47. Die Schulaufsichter müssen darauf Acht haben, daß der Schulmeister sein Amt mit Treue und Fleiß abwartet.

§. 48. Ihnen liegt es ob, unter Beistand der Obrigkeit, darauf zu sehen, daß alle schulfähige Kinder, nach obigen Bestimmungen (§. 43. seq.) eintreten, und im nöthigen Falle durch Zwangsmittel, und Bestrafung der nachlässigen Eltern, zur Befolgung der Lehrstunden angehalten werden.

Pflichten des Predigers.

§. 49. Der Prediger des Orts ist schuldig, nicht nur durch Aufsicht, auch durch eigenen Unterricht des Schulmeisters sowohl als der Kinder, zur Erreichung des Zweckes der Schulanstalten thätig mitzuwirken.

Schulzucht.

§. 50. Die Schulzucht darf niemals bis zu Mißhandlungen, welche die Gesundheit der Kinder auch nur auf entfernte Art schädlich werden könnten, dehnt werden.

§. 51. Glaubt der Schullehrer, daß durch geringere Züchtigungen der wurzelten Unart eines Kindes, oder dem überwiegenden Gange desselben zu und Ausweisungen nicht hinlänglich gesteuert werden könne: so muß Obrigkeit und dem geistlichen Schulvorsteher davon Anzeige machen.

§. 52. Diese müssen alsdann, mit Zuziehung der Eltern oder Vorn, die Sache näher prüfen, und zweckmäßige Besserungsmittel verfügen.

§. 53. Aber auch dabei dürfen die der elterlichen Zucht vorgeschriebenen Grenzen nicht überschritten werden.

2) in Art. 21—25. der Verfassung v. 31. Jan. 1850 (s. in [allgemeiner Theil] oben S. 232).

Landen, die Schuldeputationen in den Städten und die Ortsgeistlichen Behörden, welche die Schulen eines ganzen Kreises, Sprengkreise aufzuheben haben, wie die Schulinspektoren. Neben diesen Behörden die Magistrate, Bürgermeister, Landräthe, Seminardirektoren die Aufsicht der Volksschule mitzumachen.

Besondern Gegenstände der Thätigkeit dieser Aufsichtsbehörden in folgenden Abschnitten abgehandelt; hier bleibt die Organisation der Behörden in Verbindung mit den ihre Thätigkeit im Allgemeinen betreffenden Verfügungen darzustellen.

## Erstes Kapitel.

### Locale Aufsichts-Behörden.<sup>1)</sup>

A. L. R., welches im 12. Tit. des II. Th. §§. 12—17. u. 27. Aufsicht und Direktion über die Volksschule und deren Lehrer, 18. von den Pflichten der Schulaufsicht und im §. 49. (S. 318—320) Pflichten des Predigers spricht, enthält noch keine bestimmte Bestimmungen dieser Aufsichtsbehörden, und überträgt die örtliche Beaufsichtigung der Volksschule als Nebenamt den Kirchenvorstehern<sup>2)</sup> oder Schul-Verordneten, Polizeimagistraten unter Direktion der Obrigkeit und Landräthen. Die jetzige Einrichtung beruht auf spätern Verordnungen.

#### I. Die Schulvorstände auf dem Lande.

Die katholischen Schulen Schlesiens wurde schon durch §. 49. v. 18. Mai 1801 (s. in Th. I. [allgem. Theil] oben S. 157) an-geordnet, daß in jedem Dorfe, wo eine katholische Schule vorhanden, von jedem eine zwei Schulvorsteher gewählt werden sollen. Eben so be-ordnet in der Kurmark.

Die allgemeine Einführung dieser Einrichtung erfolgte unter

stände, wie in den Städten anzuordnen, und das Depart. schreitet deshalb jetzt um so mehr zu einer allg. Verf., als die Güte dieser Maaßregel sich in der Kurmark bereits durch die Erfahrung bewährt hat. Der Vorstand jeder Schule soll, wenn sie nicht R. Patronats ist, aus dem Patron ders., immer aber aus dem Prediger und nach Verhältniß des Umfanges der Societät, aus zwei bis vier Familienvätern ders., unter denen, wo es angeht, der Schulze des Orts sein muß, bestehen. Ist die Schule R. Patronats, so bedarf es in dem Vorstande keines Vertreters desselben. Der Prediger soll vornehmlich für das Innere des Schulwesens Sorge tragen, die übrigen Vorsteher für das Äußere. Die näheren Verhältnisse und Geschäfte der Schulvorstände sind in anliegender Instr. bestimmt. Sind, nach besonderen Umständen der Prov., noch eigene Modifikationen darin nöthig, so überläßt das Depart. es der geistlichen und Schul-Deputation Einer R. Reg., dieselben vorzuschlagen und trägt ihr auf, das Verordnete auszuführen, Falls nicht etwa die jetzigen Zeitverhältnisse einen Aufschub anrathen sollten, dessentwegen sie aber zu berichten hat. Auch will das Depart. der geistlichen und Schul-Deputation im Allg. anheimgeben, wenn etwa Superintenden ten zu viel Arbeit haben, um neben den Geschäften der kirchlichen Inspektion auch die Schul-Inspektion mit gehöriger Thätigkeit, Sorgfalt und Energie wahrzunehmen, oder sich Geistliche von vorzüglicher Kenntniß des Schulwesens und lebhaftem Interesse für dasselbe vorfinden, die in einem größern Wirkungskreise ihm Nutzen schaffen und allgemeinen Eifer dafür anregen, auch zur Belehrung und Verbesserung der Schullehrer selbst wirken könnten, solche Männer mit vorsichtiger Rücksicht darauf, daß die Superintenden ten dies nicht in einem für sie nachtheiligen Lichte erblicken, und keine Collision mit ihnen dadurch entstehe, dem Depart. zu Schul-Inspektoren vorzuschlagen. Es ist aber nicht die Meinung des Depart., daß dies sogleich und überall ausgeführt werden solle, sondern es will nur die geistliche und Schul-Deputation auf diese Maaßregel als eine in gewissen Fällen zuträglich und von dem Depart. nach gehörigem Vortrage der Gründe zu genehmigende aufmerksam machen, und bemerkt nur noch, daß die Schul-Inspektoren solche Männer sein müssen, die in der Verbreitung des Bessern Befriedigung und Lohn finden, indem besondere Schalte für ihre Bemühungen nicht ausgesetzt werden können.

#### Instruktion für die Schulvorsteher.

Dem Schulvorstande, dessen Mitglied bei Patronatschulen jedesmal die Guts herrschaft oder ein Repräsentant des Magistrats als Patron sein soll, liegt es ob für die gehörige Handhabung der äußeren Ordnung und für die genaue Befolgung der Schul-Verordnungen zu sorgen. Er empfängt seine Aufträge von dem Superintendenten oder Schul-Inspektor, an welchen er auch über das seiner Aufsicht anvertraute Schulwesen zu berichten hat. Von diesem erhält er nicht nur die Inspektions-Verzeichnisse und Anweisung der Schulbücher, sondern bekommt durch ihn auch alle die Schule und ihre Verhältnisse betreffenden Verordnungen und Befehle der höhern Behörden. Er selbst ist die nächste Behörde der Schullehrer und der Schulgemeinde. Letztere soll ihre etwanigen Erinnerungen, Klagen, Wünsche und Beschwerdeführungen nicht beim Schullehrer, sondern muß sie bei dem Schulvorstande vorbringen, welcher dann ihre Anforderungen näher untersucht und erforderlichen Falls dem Schul-Inspektor zur Beurtheilung und Entscheidung vorträgt. Die Schulvorsteher versammeln sich monatlich einmal, und zwar am ersten Mittwoch eines jeden Monats Nachmittags entweder in dem Schulzimmer oder in dem Hause des Präses. Fällt auf den Mittwoch ein Festtag, so versammeln sie sich an dem zunächst folgenden Mittwoch. Der Gutsherr oder das Magistratsmitglied haben bei diesen Versammlungen, wenn sie persönlich zugegen sind, den Vorsitz. Die Schullehrer, wenn sie dieser Auszeichnung würdig sind und die Umstände es zuträglich machen, zu Zeiten mit zu diesen Versammlungen zuzuziehen, bleibt den Schulvorständen überlassen. Die Schulvorsteher sorgen gemeinschaftlich für gehörige Unterhaltung des Schulgebäudes, des Schulzimmers und der Schullehrer Wohnung. Sind Reparaturen oder neue Bauten erforderlich, so müssen sie dieselben einleiten. Was die Schulzimmer betrifft, so müssen sie insbesondere darauf achten: ob auch die vorgeschriebene Ordnung, Pünktlichkeit und Sauberkeit herrsche; ob auch alles darin gehörig an seinem Orte stehe, hänge und liege; ob Boden, Wände, Fenster, Tische, Bänke u. sauber gehalten werden; ob die Schüler nach ihren Abtheilungen ihren rechten Platz einnehmen; ob auch von den Schülern das Schulgeräth, der Lehr-Apparat und die Schulzimmer besichtigt werden.



Der Schulvorstand muß darauf aufmerksam sein, ob Lehrer und Schüler selbst reinlich und ordentlich in der Schule erscheinen, ob irgend einer von den Kindern eine ansteckende Krankheit oder erhebliche körperliche Schäden an sich habe; bemerken sie das, so müssen sie es sofort entfernen und den Eltern desselben darüber die nöthige Weisung geben. Auch für die Anschaffung, Unterhaltung und Vervollständigung des Lehr-Apparats (Bücher, Schiefertafeln, Wandtafel) haben sie zu sorgen. Der Schulvorstand muß bei seinen Schul-Visitationen darauf achten, ob der Feststellungs- und Lehrplan vorschriftsmäßig befolgt werde; im Fall der Vernachlässigung den Schullehrer privatim daran erinnern, um, wenn mehrmalige Erinnerungen fruchtlos bleiben sollten, dem Schul-Inspektor darüber Anzeige zu thun. Diese Sorge liegt jedoch vornehmlich dem Prediger ob, welcher ebenfalls auch wöchentlich wenigstens einmal unvermuthet die Schule besuchen, und dabei dem Unterrichte beizuwohnen muß. Von Zeit zu Zeit muß auch der ganze Schulvorstand die Schule besuchen, und davon in dem anzulegenden Schulprotokoll-Buche Meldung thun. Der Schulvorstand muß über die ganze Unterrichts- und Ausführung des Schullehrers Aufsicht führen und darauf sehen, daß sein Lebenswandel weder der Gemeinde, noch den Schülern, noch dem Prediger anständig werde. Eben so hat er aber auch darauf zu halten, daß die sämmtlichen Gemeindeglieder ihre Pflichten gegen den Schullehrer gebührend erfüllen. Dem Schulvorstande soll der Schullehrer monatlich die Schulbesuch-Listen einhändigen, damit derselbe den Schulbesuch der Kinder, die Vernachlässigung oder Vernachlässigung der Schule von Seiten der Eltern daraus ersieht, und deshalb die erforderliche Nachfrage und Anzeige thun könne. Die sämmtlichen Listen werden am Schlusse eines jeden Jahres an den Schul-Inspektor eingesandt. Denselben wird ein Bericht beigelegt, worin der Schulvorstand seine etwaigen Bemerkungen, Wünsche, Klagen und Vorschläge vorträgt, von den in der Schule vorgegangenen Veränderungen Meldung thut, und zugleich diejenigen Eltern namhaft macht, welche, aller Erinnerungen ungeachtet, ihre Kinder gar nicht oder zu faulmüthig zur Schule schicken, und deshalb vor die Obrigkeit gezogen zu werden verdienen. Die Schullehrer dürfen keinen ganzen Tag die Schule aussetzen, auch bei der geschäftlichen Ursache, ohne dem Prediger, oder in Abwesenheit oder zu großer Entfernung desselben, einem der Schulvorsteher davon Anzeige zu thun. Der Schulvorstand ordnet das jährliche öffentliche Schul-Examen an, läßt die Eltern und Schulkinder, wo es das Schulkollegium erlaubt, durch den Prediger von der Kanzel Sonntag zuvor dazu einladen, ist selbst bei dem Examen gegenwärtig, führt dabei die Aufsicht, sorgt für die äußere Ordnung und protokolliert darüber im Schulprotokollbuche bei der nächsten Versammlung.

Der Schulvorstand muß sich sorgfältig nach jeder Gelegenheit umsehen, die ihm darbietet, um das Schulvermögen und die Einkünfte der Lehrer zu verbessern. Insbesondere muß er bei etwaigen Gemeinheits-Theilungen darauf halten, daß die Schule nach der deshalb gegebenen Vorschrift eine gute Partzelle zugesprochen werde.

Wenn eine Schulkollegium vakant geworden, so muß der Schulvorstand es dem Schul-Inspektor anzeigen, damit dieser die Wiederbesetzung einleite. Der Kolation, welche der neuernannte Schullehrer erhält, müssen die Schulvorsteher eine genaue, von ihm selbst unterschriebene Spezifikation der mit der Stelle verbundenen Einkünfte beifügen. Die Einführung eines neuen Schullehrers soll entweder durch den Schul-Inspektor, oder auch nach dessen Auftrag durch den Ortsprediger, in Gegenwart der Schulvorsteher, der Gemeinde und der Gemeinde-Jugend geschehen. Der Ortsprediger hat bei den monatlichen Versammlungen in Abwesenheit des Patrons zu fungiren; führt immer dabei das Protokoll, besorgt die etwaige Korrespondenz, und sendet im Namen des Schulvorstandes an den Schul-Inspektor. Vorzüglich aber hat er auf das Innere des Schulwesens, auf die Unterweisung, Lehrmethode, welche die Aufsicht des Lehrers, kurz, auf alles, was auf die innere Verbesserung der Schule Ausfluß hat, seine Aufmerksamkeit und seine Bemühungen richten.

Der Rentant hat insbesondere noch für die statsmäßige Verwaltung des Schulvermögens zu sorgen. In diesem Verhale muß demselben ein ordentliches Inventar nebst einem Etat übergeben werden. Auch muß er das jährliche Gehalt des Schullehrers und die Schulgelder erheben, und an festzusetzenden Terminen das bestimmte Quantum an den Schullehrer gegen Quittung auszahlen. Er hat die Rechnung vor den übrigen Schulvorstehern und dem Präses ab, und

der ganze Vorstand ist mit ihm für die Verwaltung verantwortlich. Die abgenommene Rechnung wird an den Schul-Inspektor zur Revision geschickt.

Die Amtsführung der Schulvorsteher soll 6 Jahre dauern, mit Ausnahme des Patrons und des Ortspredigers. Letzterer behält seine Geschäfte beim Schulvorstande so lange, als er Prediger der Gemeinde bleibt und kein Grund vorhanden ist, dasselbe einem andern zu übertragen.

Es sollen aber nicht die sämtlichen Schulvorsteher zugleich abgehen, sondern jedesmal nur zwei, an deren Stelle die bleibenden Vorsteher mit dem Präses zwei andere beim Schul-Inspektorio in Vorschlag bringen.

Da nur solche Männer als Schulvorsteher angeordnet werden sollen, welche für den Flor der Schule interessiert sind, vernünftige Einsichten haben, in einem guten Rufe und bei der Gemeinde nicht in Mißcredit stehen: so ist mit Grund zu erwarten, daß sie das ihnen anvertraute ehrenvolle und wichtige Amt mit gewissenhafter Treue verwalten, und mit Freudigkeit allen Eifer und alle Mühe aufbieten werden, um das ihrer Aufsicht übergebene Schulwesen zum Segen der Gemeinde zu einem immer höhern Grade der Vollkommenheit zu erheben.

#### Schulbesuchsliste.

1. In den beiden ersten Rubriken trägt der Prediger die Namen der schulpflichtigen Kinder ein.

2. In der dritten bemerkt er zugleich den Zeitpunkt, da das Kind aufhört, schulpflichtig zu sein.

(Bei dieser Einrichtung sind die schulpflichtigen Kinder der Gemeinde leicht zu übersehen, und das Verzeichniß derselben ist ohne große Mühe an den Kirchenbüchern anzufertigen.)

3. Unter der vierten Rubrik merkt der Schullehrer an, wie oft ein jedes Kind die Schule versäumt habe. Die unter den Namen der Monate stehenden Ziffern 1., 2., 3., 4., bezeichnen die 4 Wochen des Monats. Das Zeichen des Punktes (.) bedeutet, daß das Kind einen halben Tag, und das Zeichen eines Striches (—) daß es einen ganzen Tag aus der Schule geblieben.

(Die Namen der Monate müssen von dem Anfange des Schuljahrs an angeführt werden.)

4. In der fünften Rubrik werden die Tage, an welchen das Kind aus der Schule geblieben, zusammengerechnet.

5. In der sechsten Rubrik kann der Schullehrer unter der Aufsicht des Predigers anmerken: ob das Kind fleißig sei, sich gut aufführe oder nicht. — Wenn auch der Rendant sich dieser Liste bedienen will, so kann er darin anmerken, wann er das Schulgeld erhoben habe oder nicht. — Für den Schullehrer erhält also diese Rubrik die Ueberschrift: „Anmerkungen“, und für den Rendanten die Ueberschrift: „Schulgeld“.

Nr.	der Schüler.	Eltern.	der Schulzeit.	Januar.				Februar.				März.				April.				der Tage.	Anmerkungen.
				1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.		
1.	Johann Heinrich	Peter Waltker	1813 Aug. 26.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	Eausenfeilig, unordentlich — aber sehr gutmüthig, theilnehmend, bescheiden.
2.	Theodor Christian	Christoph Müller.	1812 Mai 3.																		Gleißig, pünktlich, reinlich, macht vorzügliche Fortschritte, — oft zu reigbar und etwas heftig.
3.	Bernhard Friedrich	Leonhard Berger.	1812 Sept. 30.																	2½	Gleißig, biederherzig, ehrlich, folgsam, müßig — in seiner Ausbildung zu nachlässig, etwas unreinlich.

Nr. 1. würde also in der IV. Rubrik heißen: Joh. Heinr. Waltker ist aus der Schule geblieben im Januar 6 ganze und 2 halbe Tage; im Febr. 3 ganze und 5 halbe Tage; im März einen halben Tag; im April 1 ganzen und 4 halbe Tage; im Ganzen also in diesen Monaten 16 Tage.  
 Nr. 2. ist kein einziges Mal aus der Schule geblieben.  
 Nr. 3. in der ersten Woche des Jan. ¼ Tag, in der zweiten Woche des April 1 ganzen, in der dritten Woche ¼ und in der vierten Woche ½, im Ganzen also 2 und ¼ Tag.  
 (Reisebaur S. 194 ff.)

2) Besondere Instruktionen für die Schulvorstände sind Grund der vorstehenden allg. Verf. in den einzelnen Prov. ergangen. Sie im Wesentlichen auf der obigen ministeriellen Instr. beruhen, so genügt es, einige derselben als Beispiele mitzutheilen, und auf die übrigen, so sie publizirt sind, zu verweisen.

a) Durch das R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Altenstein) 26. Juni 1835 an die R. Reg. zu Frankfurt a. O., mit der Instr. die Schulvorstände auf dem platten Lande v. 20. Mai 1835, sind antiqu die R. v. 1. Juli 1811 (A. Bl. S. 64, Fürstenthal IV. S. 279) und Instr. v. 13. März 1819 (Bedenkendorf, Jahrb. VIII. S. 194). (Ann. X S. 727).

b) Bef. der R. Reg. zu Koblenz v. 22. Juni 1836 mit der Dien Instr. für die Ortschaftsvorstände v. 7. Nov. 1835. 1)

Nachstehende Dienst-Instr. für die Orts-Schulvorstände des Reg. Bez. (Anl. wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dieselbe unter d. 7. d. M. die Genehmigung des R. Min. der G., u. u. M. Ang. erhalten hat.

Anl. a.

#### D i e n s t - I n s t r u k t i o n

für die Orts-Schulvorstände im Reg. Bez. Koblenz.

§. 1. Für jede Pfarerschule wird ein eigener Orts-Schulvorstand angeordnet, dessen Thätigkeit sich auch auf die zur Pfarrei gehörigen Filialschulen erstreckt, u. welcher zugleich darüber wacht, daß innerhalb der Pfarrei ohne Konzession d. Reg. keine Privatschulen eingerichtet werden.

In Städten wird für sämtliche Schulen einer Konfession nur Ein Schulvorstand angeordnet, und behält sich die Reg. vor, einzelnen städtischen Schulvorständen die Befugnisse des Schul-Inspektors zu übertragen, wenn dies für zweckmäßig erachtet werden sollte.

§. 2. Der Orts-Schulvorstand besteht

- 1) aus dem Pfarrer, als Vorsitzendem in innern, und aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem in äußern Angelegenheiten.

Anmerk. In Städten, wo sich mehrere Pfarreien einer Konfession befinden, ernennt die Reg. einen der Pfarrer zum Vorsitzenden in innern Angelegenheiten; in dem Wohnorte des Schul-Inspr. ist dieser zugleich Vorsitzender des Schulvorstandes in innern Angelegenheiten. — Der Bürgermeister kann sich in Verhinderungsfällen durch einen Beigeordneten oder Ortschöffen vertreten lassen.

- 2) Aus einem von dem Kirchenrath, resp. Presbyterium, aus seiner Mitte erwählenden Mitgliede. Scheidet dies aus dem Kirchenrath, resp. Presbyterium, so ist von diesem sofort ein neues Mitglied zu wählen, und der Pfarrer und Bürgermeister als solches namhaft zu machen.

Anmerk. In Städten, in welchen mehrere Pfarreien einer Konfession befinden, ist aus dem Kirchenrathe, resp. Presbyterium jeder Pfarrei ein Mitglied in der angegebenen Weise zu wählen.

- 3) Aus zwei angesehenen, der betr. Konfession angehörigen Mitgliedern der Schulgemeinde, welche besondern Antheil am Schulwesen nehmen, zu welchen der Schöffenrath vier Männer vorschlägt, aus denen der Landrath und Schul-Inspr. zwei ernennen. Können sich diese über die Ernennung einigen, so entscheidet die Reg., an welche deshalb zu berichten ist.

- 4) Aus einem, aus jedem Orte zu wählenden Mitgliede, in welchem eine Filialschule besteht. Zu diesem schlägt der Schöffenrath zwei Männer aus welchen der Landrath und Schul-Inspr. einen ernennen. Bei einer Nichteinigung derselben tritt das ad 3. angegebene Verfahren ein.

1) Vergl. die Mittelrheinische B. v. 15. Juni 1814 über Schulpflege Schulvorstände (i. in Th. I. [allgem. Theil], oben S. 193 ff.). — Auch von d. Reg. zu Trier ist unterm 9. Sept. 1836 eine Dienst-Instruktion für die Schulvorstände ausgegangen. (Amtsbl. 1836. S. 395. — Fürstenthal B. S. 311.)

**Anmerk.** Die ad 3. und 4. bezeichneten Mitglieder werden auf 5 Jahre ernannt. Nach Ablauf ders. werden in der vorgeschriebenen Weise neue Mitglieder ernannt, doch sind die austretenden wieder wählbar.

§. 3. Der Orts-Schulvorstand wird in Städten und Flecken durch den Land- und Schul-Insp., in den übrigen Pfarrorten durch den Schul-Insp. eingesetzt, er jedoch für diesen Fall durch den Pfarrer vertreten werden kann.

§. 4. Der Schulvorstand ist als Organ des Schul-Insp. und Landraths der Vorgesetzte des Lehrers, hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß alle von Landrath und Schul-Insp. ausgehende Anordnungen pünktlich befolgt werden; außerdem aber überhaupt dahin zu wirken, daß durch Beseitigung örtlicher Mängel die Schule ihren Zweck immer mehr und mehr erfülle.

§. 5. Der Schulvorstand ist verpflichtet, die Schule oder Schulen wenigstens öfters einmal zu besuchen, und sich unmittelbar darnach im Schullokale oder in der Pfarrwohnung zu einer gemeinschaftlichen Berathung zu versammeln. Ueber den Zustand, in welchem die Schule befunden ist, wird ein Protokoll aufgenommen, welches dem Landrathe und Schul-Insp. eingereicht. Außerdem versammelt sich der Schulvorstand, so oft dazu besonders wichtige Veranlassung ist, in welchen Fällen von dem Pfarrer oder Bürgermeister (je nachdem es Gegenstände ihres Vor- oder Nachtheils betrifft) die Einladung dazu ausgeht.

Der Pfarrer soll jedoch durch diese Bestimmung in seiner Pflicht, die Schule zu besuchen, als er Muth dazu findet, nicht beschränkt werden, vielmehr ist zu wünschen, daß dieses möglichst häufig geschehe.

§. 6. Der Schulvorstand hat die ihm von dem Landrathe und Schul-Insp. eingehenden Verf. pünktlich zu vollziehen und an diese Berichte zu erstatten. Der Landrath richtet seine Verf. in der Regel an den Bürgermeister, der Schul-Insp. an den Pfarrer; diese haben sich jedoch gegenseitig von den eingehenden Verf. Kenntniß zu geben.

§. 7. Der Schulvorstand soll Führer und Rathgeber des Lehrers, Vermittler zwischen ihm und der Gemeinde, aber auch Aufseher desselben in Beziehung auf seinen Wandel und die dadurch bedingte amtliche Wirksamkeit sein.

§. 8. Der Schulvorstand hat den von dem Schul-Insp. erhaltenen Lektionsplan dem Lehrer einzuhändigen, und darauf zu wachen, daß dieser ihn genau aus-

§. 9. Der Schulvorstand wird besonders darauf aufmerksam sein, daß von dem Lehrer eine vernünftige Schulzucht gehandhabt werde; er untersucht die in dieser Hinsicht vorkommenden Klagen, sowohl des Lehrers, als der Eltern gegen den Lehrer, und reicht die Verhandlungen dem Schul-Insp. zur weiteren Verf. ein. Er legt sich die Klagen auf das Kind eines Mitgliedes des Schulvorstandes, so wie dieses Mitglied an der Untersuchung keinen Antheil.

10. Der Schulvorstand sieht auch auf das sittliche Betragen der Schüler außerhalb der Schule.

11. Den regelmäßigen Schulbesuch sucht der Schulvorstand auf alle Weise zu fördern, sieht darauf, daß der Lehrer die Versäumnislisten pünktlich anfertigt, und überträgt alsdann nach der ihm hierüber mitgetheilten besondern Instr.

12. Der Schulvorstand hat sich wegen Anschaffung der nöthigen Bücher, Schreib- und Kleidungsstücke für die Kinder der Armen mit den betr. Behörden zu benehmen.

13. Wegen Entlassung der schulpflichtigen Kinder aus der Schule bleibt die bisherigen Bestimmungen.

Der Erhaltung des Schulgebäudes widmet der Schulvorstand besondere Aufmerksamkeit, sieht darauf, daß stets Reinlichkeit in demselben herrsche, daß der Boden, sowie des Schul- und Lehrapparates, bei den betreffenden Veranlassungen angezeigt werden.

Der Schulvorstand sieht darauf, daß der Unterricht zu rechter Zeit beginne und schließe, außer der von dem Schul-Insp. bestimmten Ferienzeit und an den freien Tagen oder Nachmittags nie ausgesetzt werde. In dringenden Fällen kann er dem Lehrer auf zwei Tage Urlaub ertheilen; für längere Zeit dauernder Krankheit des Lehrers hat er dem Schul-Insp. Anzeige zu machen, nach Maßgabe der Umstände für einen Stellvertreter sorgen wird. Wenn eine Schullehre hat er ohne Verzug dem Schul-Insp. anzu-



§. 16. Der Schulvorstand hat ganz besonders darauf zu sehen, daß jeder in seinen Zöglingen acht christliche Frömmigkeit, Anhänglichkeit an König Vaterland, sowie den Sinn der Gesetzmäßigkeit und Ordnung erwecke und jede sich ergebende Spur entgegengesetzter Richtungen und Äußerungen hat fort dem Schul-Insp. anzuzeigen.

§. 17. Wenn der Lehrer fehlt, so erteilt der Schulvorstand durch Pfarrer dmsf. angemessene Ermahnungen und Warnungen, bringt aber, daß nörthig gewesen, zur Kunde des Schul-Insp., welcher überhaupt von allem talwärtigen Benehmen des Lehrers in Kenntniß zu setzen ist.

§. 18. Die Strafversäumnissgelder vereinnahmt die Gemeindefasse; die wendung derselben zu Schulzwecken bleibt dem Schulvorstande überlassen.

§. 19. Alle Verhandlungen und Beschlüsse des Schulvorstandes werden ein Buch eingetragen, welches bei dem Pfarrer in Verwahr bleibt, dem Lan und Schul-Insp. aber auf Verlangen vorgelegt werden muß.

§. 20. In Betreff der General- und Spezial-Lehrer-Konferenzen ha Pfarrer (in diesem Falle Vertreter des Schulvorstandes) die Anordnungen Schul-Insp. zu besorgen.

§. 21. Alle Verf. des Schul-Insp. an die Lehrer gehen durch den Schulstand, sowie die Lehrer sich in der Regel durch diesen an die Schul-Insp. und hren Behörden zu wenden haben.

Koblenz, den 7. Nov. 1835.

Königl. Reg.

(A. XX. S. 359.)

c) Vergl. §§. 28—32. der Schulordn. für die Elementarschulen Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 <sup>1)</sup> (s. in Th. I. [allg. Theil] ob. S. 106).

Außer den vorstehenden sind ähnliche Instr. vorhanden:

d) für Posen: Instr. der K. Reg. zu Posen v. 22. April 1828 die Schulvorstände in kleinen Städten und auf dem Lande, (Beckel Jahrb. IX. S. 136). — Instr. der K. Reg. zu Bromberg v. 21. 1834 für die Schulvorstände. (Amtsbl. S. 336. — Fürstenthal. IV. S. 3).

e) für Schlesien: B. der K. Reg. zu Breslau v. 26. Mai 1 (Amtsbl. S. 100) und Publ. der K. Reg. zu Liegnitz v. 8. Aug. 1 die Anordnung der Schulvorstände auf dem Lande betr. (A. VIII. S. 1 vergl. S. Simon, Schulrecht und Unterrichts-Verfassung v. S. sten, S. 7).

f) für Sachsen: Publ. der K. Reg. zu Merseburg v. 1. Juni 1 und Instr. für die Schulvorstände bei Landschulen. (Amtsbl. S. 176—1).

g) für Westphalen: Dienst-Instr. des Prov. Schulkoll. zu Münster 6. Nov. 1829 für die Vorsteher der Gemeinde-Elementarschulen der Westphalen. (Amtsbl. Münster, S. 513, — Minden, S. 423, — Arnshoben S. 503).

Vergl. R. v. 25. Aug. 1853 sub 9. (s. in Th. I. [allgem. Theil] oben S. 203).

3) Bestellung und Wahl der Mitglieder.

Der Schulvorstand besteht theils aus ständigen, theils aus wechselnden Mitgliedern.

a) Als ständige Mitglieder werden der Patron <sup>2)</sup>, der Geistliche, u

1) Hierdurch wurden die frühern Reg.-Verf. antiquirt, insbesondere a) der K. Reg. zu Königsberg v. 28. Aug. 1821, die Schulvorstände auf dem Lande betr. (A. V. S. 633). — b) Publ. der K. Reg. zu Marienwerder v. 9. 1822, die Schulvorstände betr. (A. VI. S. 120). — c) B. ders. v. 1. Juli 1822, die Schulvorstände auf dem platten Lande betr. (A. XII. S. 699—707.)

2) Unter dem Schulpatron wird derj. verstanden, welcher die Schulsache besetzen hat. Die Existenz eines besondern Schulpatronats ist in einzelnen Provinzen ganz in Abrede gestellt worden, z. B. in der Mark Brandenburg. Siehe die Motive zu §. 142. des revid. Entw. des Prov. Rechts im Allg. Thl. S. 122.

Schulze oder Gemeindevorsteher genannt, letzterer jedoch nicht in allen Funktionen, insbesondere nicht in der ministeriellen (sub 1.) unbedingt solchen.

b) Ueber die Wahl der wechselnden Mitglieder, als welche in der 2 bis 4 Familienväter erwähnt werden, so wie über die Dauer der Funktion sind die Vorschriften der besondern Instr. verschieden. Vergl. 2—6. der Frankfurter Instr. (2. a.) — §§. 2. u. 3. der Koblenzer Instr. (2. b.) — §§. 29—31. der Preuß. Schulordn. v. 11. Dec. 1845. Th. I. [allgem. Theil], oben S. 108 ff.).

Eine andere Wahlart findet sich wieder in der Liegnitzer Instr. (2. e.), wo §§. 1. u. 2. wie folgt bestimmt:

Es soll:

1) der Schulvorstand einer jeden Dorfschule, Privat-Patronats, aus dem Patron (Collator) der Schule, oder dessen Repräsentanten, als dem Präses, aus dem Prediger, und nach Verhältniß des Umfangs und Größe des Schulvereins, aus 2 bis 4 Familienvätern bestehen, unter denen, wo es angeht, der Schulze des Orts sein muß. Ist dagegen die Schule R. Patronats, so bedarf es in dem Vorstande keines Vertreters desselben.

An Orten, wo zwei Schulen verschiedener Confessionen befindlich sind, müssen beide Pfarrer Mitglieder des Schulvorstandes werden, und hat dann der im Amte ältere bei gemeinschaftlichen Berathungen den Vorß; jeder von ihnen aber die spezielle Aufsicht über das Innere der Schule seiner Confession. Eben dieses gilt auch von Simultanschulen, jedoch mit der Maßgabe, daß dann auch das Innere der Schule von beiden Pfarrern nach gemeinschaftlichem Uebereinkommen beaufsichtigt wird;

2) der Schulpatron und der Pfarrer wählen unter den Gemeindegliedern diejenigen Subjekte für den Schulvorstand, welche sich durch anerkannte Rechtschaffenheit, durch Bildung, und besonders durch Interesse für Schulwesen, vor den übrigen Gliedern der Commune auszeichnen, und darum zur Versorgung dieses ehrenvollen Amtes für vorzüglich geeignet und dessen würdig geachtet werden.

(N. VIII. S. 839.)

## II. Die städtischen Schuldeputationen.

Die Anordnung der städtischen Schuldeputationen erfolgte durch die D. v. 19. Nov. 1808, welche dieselben für nothwendig erklärte. Durch späteren Städte- und Gemeindeordn. wurde diese Einrichtung zwar beseitigt, aber nicht mehr unbedingt geboten, sondern nur als zulässig hinstellt.

1) Die diesfälligen Bestimmungen der verschiedenen Städte-Ordn. sind folgende:

a) Die St. D. v. 19. Nov. 1808. (N. C. C. XII. S. 471. — Rabe, I. 9. S. 321).

Bei der Ausführung.

§. 174. Der Magistrat ist die ausführende Behörde. Er hat aber ohne mittelbare Theilnahme von Bürgern, nur die allg. Leitung der ganzen Verwaltung des Gemeinwesens und dieß. speziellen Geschäftsweige abzumachen, wobei nicht auf eigene Administration oder fortwährende Lokalaufsicht, sondern hauptsächlich auf Gesetzes- und Verfassungskunde ankommt.

§. 175. Alle Angelegenheiten, womit Administration verbunden, oder die anhaltende Aufsicht und Kontrolle oder Mitwirkung an Ort und Stelle erfordern, werden hingegen durch Deputationen und Kommissionen besorgt, welche aus mehreren oder wenigen Magistratsgliedern, dagegen größtentheils aus Stadtverordneten und Bürgern bestehen, die von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt und vom Magistrat bestätigt werden.

§. 176. In diesen Deputationen und Kommissionen hat die darin sitzende alleinige Magistratsperson zwar den Vorß, allein jedes Mitglied eine

Schulwesen. II.

gleiche Stimme, mit der Maaßgabe, daß bei Gleichheit der Stimmen, eben so wie in andern Kollegien, dem Vorsitzenden die Entscheidung zu steht.

§. 177. Die Zahl der Bürgermitglieder in jeder Deputation und Kommission wird nach dem Bedürfnis bestimmt und muß auf Verlangen des Magistrats zu jeder Zeit verstärkt werden. Damit diese Beisitzer aus der Bürgerschaft aber zu den, ihrer Verwaltung anzuvertrauenden Geschäften, die ihnen nöthigen und nützlichen Kenntnisse beizugehen, so soll der Magistrat vor jeder Wahl die Stadtverordneten darauf aufmerksam machen, welche Eigenschaften bei den zu wählenden Beisitzern vorzüglich zu wünschen seien. Besoldung oder anderes Dienst Einkommen ist mit ihrem Amte nicht verbunden.

#### Vom Magistrat allein.

§. 178. Die Geschäfte, welche der Magistrat allein zu treiben hat, werden folgende sein:

a) die Besetzung der Magistratsstellen, Bezirksvorsteher- und Bürgerämter, nach der Wahl der Stadtverordneten, imgleichen die Wahl und Ansetzung der Unterbedienten;

b) alle die städtische Verwaltung betreffende Generalien und die auf den Antrag der einzelnen Deputationen und Kommissionen zu ertheilenden Bestimmungen in Spezialien;

c) alle Beschwerdefachen, sie mögen die Beeinträchtigung einzelner Einwohner der Stadt, die Verwaltung oder die verzögerte Abmacheung betreffen; u.

d) die Kontrolle der öffentlichen Kassen, die Einforderung und Prüfung der Etats, das Rechnungswesen und die Bestimmung der zu den städtischen Bedürfnissen erforderlichen Beiträge der Bürgerschaft.

Außerdem liegt aber dem Magistrat die Aufsicht auf die Geschäftsführung sämtlicher Deputationen und Kommissionen und die Kontrolle derselben ob. Besonders ist das Magistratspräsidium verbunden, sich darum genau zu bekümmern und die Geschäftsführung zu revidiren.

#### Von gemischten Deputationen und Kommissionen aus dem Magistrat und der Bürgerschaft.

§. 179. Zur Geschäftsverwaltung in Deputationen und Kommissionen ist geeignet: u.

b) Schulsachen.

Die Organisation der Behörde zur Besorgung der innern Angelegenheiten, wird besondern Bestimmungen vorbehalten.

Die äußern Angelegenheiten besorgt ein Magistratsmitglied als Ober-Vorsteher mit den nöthigen Vorstehern aus der Bürgerschaft.

In großen und mittlern Städten, wo gelehrte Schulen bestehen, erhalten diese ihr besonderes Vorsteheramt und die übrigen Schulen nach angemessenen Theilungen, ebenfalls dergl.

b) Die revid. St. O. v. 17. März 1831. (S. S. 1831. S. 10).

#### Ausführende Gewalt.

§. 107. Der Magistrat ist die einzige ausführende Behörde; es können zur Verwaltung einzelner Geschäftszweige in der Stadt, nach den örtlichen Verhältnissen und unter Genehmigung der Reg. Deputationen und Kommissionen gebildet werden, wobei die Reg. verpflichtet ist, die Beibehaltung solcher Einrichtungen, welche aus den besondern Verhältnissen der Städte hervorgegangen, und denselben herkömmlich sind, in sofern sie nur gegenwärtiger Ordnung nicht zuwiderlaufen, möglichst zu begünstigen.

Haben solche Deputationen und Kommissionen eine bleibende Bestimmung, so ist es dem Statute vorbehalten, zu verfügen, über welche Geschäftszweige angeordnet, und wie sie gebildet werden sollen. Haben sie aber nur vorübergehende Aufträge zum Gegenstande, so steht ihre Anordnung und Zusammensetzung lediglich dem Magistrate zu.

Stadtverordnete können sowohl zu den bleibenden als vorübergehenden Deputationen und Kommissionen ernannt werden, sofern Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung hierüber einverstanden sind.

Alle solche Deput. und Kommissionen sind jedoch nur als im Auftrage des Magistrats bestehend und als ihm untergeordnet zu betrachten.

c) Mehrlisch die an die Stelle der St. D. gesetzte, städtische und Landgemeinden zugleich umfassende Gemeinde-D. v. 11. März 1850 (G. S. 1850. 213) in §§. 56. u. 115. Die Einführung dieser Gemeinde-D. wurde erst durch den Allerh. Erl. v. 19. Juni 1852 (G. S. 1852. S. 388) stiftet, an ihre Stelle trat

d) die St. D. v. 30. Mai 1853 für die sechs östlichen Prov. der kais. Monarchie (G. S. 1853. S. 261). <sup>1)</sup> Dieselbe bestimmt:

**Lit. V. Von den Geschäften des Magistrats.**

§. 56. Der Magistrat <sup>2)</sup> hat als Ortsobrigkeit und Gemeinde-Verwaltungsbehörde insbesondere folgende Geschäfte: 1.

3) die städtischen Gemeinde-Anstalten zu verwalten, und diejenigen, für welche besondere Verwaltungen eingesetzt sind, zu beaufsichtigen 1c.

§. 59. Zur dauernden Verwaltung und Beaufsichtigung einzelner Geschäftslage, so wie zur Erledigung vorübergehender Aufträge können besondere Deputationen <sup>3)</sup> entweder bloß aus Mitgliedern des Magistrats, oder aus Mitgliedern der Gemeindebehörden, oder aus letzteren und aus stimmfähigen Bürgern gewählt werden. Zur Bildung gemischter Deputationen aus beiden Stadtbehörden ist der einstimmende Beschluß beider erforderlich. Zu diesen Deputationen und Kommissionen, welche übrigens in allen Beziehungen dem Magistrate untergeordnet werden, werden die Stadtverordneten und stimmfähigen Bürger von der Stadtversammlung gewählt, die Magistratsmitglieder dagegen von dem Bürgermeister ernannt, welcher auch unter letztern den Vorsitzenden zu bezeichnen hat. Durch statische Anordnungen können nach den eigenthümlichen örtlichen Verhältnissen andere Bestimmungen über die Zusammensetzung der bleibenden Verwaltungsdeputationen getroffen werden.

**Dazu**

a) die Instruktion des Min. des Inn. (v. Westphalen) v. 20. Juni 1853 zur Ausführung der St. D. v. 30. Mai 1853 (Min. Bl. v. 1. B. 1853. S. 138),

es sub XIII. heißt:

Für die Kirchen- und Schuldeput., welche sich ihrem Ressortverhältnisse gemäß nicht bloß auf dem Gebiete der eigentlichen Gemeindeverwaltung bewegen, bilden

1) Gleichzeitig erging das G. v. 31. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 291), welches für die Städte von Neuorpommern und Rügen die alten Sonderverfassungen wieder hergestellt wurden. Die Aufhebung der Gem. D. v. 11. März 1850, so wie der Kreis-Bez. u. Prov. D. d. eod. wurde durch G. v. 24. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 238) ausgesprochen, welches die alten Landgemeinde-Verfassungen der sechs östl. Prov., und die alten Kreis- und Prov. D., so weit sie mit der Staatsverfassung widersprechen, restaurirte, und außer der obigen St. D. für die sechs östl. Prov. eine St. u. eine Landgemeinde-D. für Westphalen, so wie eine Gemeinde-D. für die Rheinprovinz verhiess.

2) Vergl. Lit. III. Von der Zusammensetzung und Wahl des Magistrats. §. 29. Der Magistrat besteht aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten oder dem Bürgermeister als dessen Stellvertreter, einer Anzahl von Schöffen (Stadt- und Rathsherrn, Rathsmännern) und, wo das Bedürfnis es erfordert, noch einem oder mehreren besoldeten Mitgliedern (Syndikus, Kammerer, Schulrath, Bauath 1c.).

3) Zur Annahme und dreijähriger Verwaltung unbesoldeter Gemeindestellen sind stimmfähige Bürger verpflichtet. Entschuldigungsgründe sind Krankheit, wichtige Geschäfte, Alter über 60 Jahr, Verwaltung eines unbesoldeten Amtes in den drei vorhergehenden Jahren, ein öffentliches Amt, ärztliche und ärztliche Praxis, und andere Verhältnisse nach Ermessen der Stadtversammlung: §. 74. Deputationsmitglieder und andere unbesoldete Gemeindestellen außer den Schöffen, können durch Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten auch vor Ablauf ihrer Wahlperiode ihres Amtes entbunden werden.

ten zusammen, und wählen zu jeder, mit sachverständigen Mitgliedern zu besetzenden Stelle drei Subjekte <sup>1)</sup>).

4) Diese werden von dem Magistrate der Geistl. und Schuldeput. der Prov. Reg. vorgeschlagen, welche für jede Stelle Eins aushebt, und nebst den übrigen Mitgliedern zur städtischen Schuldeput. bestätigt <sup>2)</sup>).

5) In den kleinern Städten, die nicht über 3500 Einwohner haben, bedarf es der Wahl eines sachkundigen Mitgliedes nicht, sondern der jedesmalige Superintendent, wenn die Stadt der Sitz einer Superintendentur ist, oder sonst der erste Prediger des Orts, soll schon von Amtswegen dazu bestimmt sein, und, falls irgendwo eine Abweichung hiervon nöthig wäre, von dem Depart. des Kultus u. öff. Unt. nach Vorlegung der Gründe, anders verfügt werden.

6) Die Vertreter der Schulen, welche nicht städtischen Patronats sind, in den Schuldeput., werden ohne vorhergegangene Wahl der städtischen Behörden von den Geistl. und Schuldeput. der Reg. ernannt.

Sowohl die städtischen Behörden, als auch die Geistl. und Schuldeput., haben dahin zu sehen, daß nur rechtschaffene, verständige, für die gute Sache des Schul- und Erziehungswesens erwärmte, und von ihren Mitbürgern geachtete Männer in die Schuldeput. gesetzt werden.

7) In Städten, wo es Schulen verschiedener Konfessionen giebt, die alle städtischen Patronats sind, ist bei der Zusammensetzung der Schuldeput. hierauf Rücksicht zu nehmen.

8) Die mit Sachverständigen zu besetzenden Stellen dürfen zwar nicht ausschließlich Geistlichen, sondern können auch andern würdigen und einsichtsvollen Männern übertragen, müssen jedoch soviel wie möglich mit Geistlichen besetzt werden. In Städten, wo es mit der Schuldeput. in Verbindung stehende gelehrte Schulen giebt, wird es zweckmäßig sein, daß unter den sachkundigen Mitgliedern immer ein Rektor oder einer der ersten Lehrer derselben sich befinde.

9) Die Stellen in den Schuldeput. werden, gleich den Stellen in den übrigen Deputationen, nach §. 181. der St. O. immer auf sechs Jahre besetzt. Nach Verlauf dieser Zeit werden die Deput. auf dieselbe Art, wie zu Anfang, erneuert, und es können zwar die vorigen Mitglieder wieder deputirt und gewählt, müssen

1) Zwei, nach der unten S. 342 allegirten G. Verf. der Reg. zu Arnberg v. 10. Juli 1838.

2) Eingeschärft durch

G. R. des Min. der G. u. u. N. Ang. (v. Raumer) v. 17. Febr. 1854 an sämmt. R. Reg. und das Prov. Schulkoll. zu Berlin, betr. die zu den städtischen Schuldeput. gewählten Mitglieder.

Mit Bezugnahme auf den G. Erl. v. 18. Aug. 1851 <sup>\*)</sup>, durch welchen von dem G. Min. des J. und mir ausgesprochen worden, daß der Einführung der Gem. O. v. 11. März 1850 ein die seither bestandenen Verhältnisse abändernder Einfluß auf die Einrichtung, Verwaltung und Beaufsichtigung des Schulwesens in den betr. Gemeinden nicht zuzugestehen sei; sehe ich mich veranlaßt, nach vorher erklärtem Einverständnis des G. Min. des J., ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß es eine gleiche Bewandniß mit der St. O. v. 30. Mai v. J. hat. Namentlich gilt dieses in der Beziehung, daß das in S. 8. der B. v. 26. Juni 1811 der Reg. vorbehaltene Recht der Bestätigung der zu den städt. Schuldeput. gewählten Mitglieder auch fernerhin zur Anwendung zu bringen ist. Wenn es in einem einzelnen Falle zu meiner Kenntniß gekommen ist, daß dieses Recht schon früher nicht überall ausgeübt worden ist, so benutze ich diese Gelegenheit, um die R. Reg. zu erinnern, daß eine solche Versäumniß weiterhin nicht statthast, jene Befugniß vielmehr mit Entschiedenheit zu dem Zweck in Anwendung zu bringen ist, damit aus den städt. Schuldeput. zur Ausübung der wichtigen, diesen übertragenen Funktionen ungeeignete Elemente fern gehalten werden. Ich erwarte, daß die R. Reg. in dazu angelegten erscheinenden Fällen das etwa Versäumte nachholt.

(Staatsanz. 1854. No. 51.)

<sup>\*)</sup> Vergl. auch das R. v. 27. Jan. 1838 unten sub d. γ.



aber sammtlich den Weisl. und Schuldeputationen aufs neue zur Verfüugung vorgeschlagen werden. Andererseits ist, zufolge des angeführten §. der St. D. kein Mitglied verpflichtet, seine Stelle länger als drei Jahre zu behalten.

10) Der Wirkungsbereich der städtischen Schuldeput. dehnt sich zunächst auf sämtliche Lehr- und Erziehungsanstalten innerhalb der Städte und deren Vorstädte aus, welche städtischen Patronats sind, ohne Unterschied der Konfessionen und der verschiedenen Arten und Grade der Schulen. Die städtischen Waisenhäuser, Armen- und milden Stiftungsschulen sind mit darunter begriffen, und nur in Ansehung der Verwaltung konkurriert bei ihnen die Armenverwaltung.

[An die Weisl. und Schuldeput. der K. Reg. zu Potsdam hinzugefügt:

Da die beiden städtischen Patronats-Gymnasien in Berlin, nach dem Verhältnisse, in welchem sie zu dem Departement des öffentlichen Unterrichts stehen, in ihrer Verbindung mit der städtischen Schuldeput. keine Veränderung, weil durch dieselbe nur ihre Beziehung zu den oberen Staatsbehörden, nicht zu der Kommune und deren Obrigkeit, modifizirt ist. In Ansehung dieser beiden Gymnasien findet also dieselbe Beziehung, worin die städtischen Schuldeput. zu den Weisl. und Schuldeput. der Reg. durch diese Inst. gesetzt sind, unmittelbar gegen das Depart. des öffentl. Unt. Statt.]

Weiter werden sämtliche Elementarschulen in den Städten, welche nicht städtischen Patronats sind, und zwar die Königl. ganz uneingeschränkt, die übrigen mit Vorbehalt der Lehrermahlen und der Vermögensverwaltung für die Kommunen, dem städtischen Schuldeput. untergeordnet; insgl. die Schulen der jüdischen Gemeinden.

Schulen gemischten städtischen und fremden Patronats, ohne Unterschied ihres Grades, werden der Aufsicht der städtischen Schuldeput. ebenfalls übergeben, und an ein oder zwei Deputirte von Seiten des andern Patrons, nach Maßgabe der Wichtigkeit der Schulen, dem Deput. zugeordnet.

Aber alle Privatschulen und Institute führen unter Leitung der Reg. die Schuldeput. die Aufsicht, welche der Staat in Ansehung ders. ausübt.

[Hiernach kann nun auch die Inspektions-Beörde des Stettiner Gymnasiums mit der städt. Schuldeput. vereinigt werden, wodurch jedoch die Verwaltung des Realinstituts, das von dem Gymnasio wohl zu unterscheiden ist, nicht im mindesten leidet wird.]

11) Das den Schuldeput. zugesandene Recht der Aufsicht erstreckt sich dahin, daß sie auf genaue Befolgung der Gesetze und Anordnungen des Staats in Ausübung des ihnen untergebenen Schulwesens halten, auf die zweckmäßigste und den Verhältnissen angemessenste Art sie auszuführen suchen, darauf sehen, daß das Personal derer, die am Schulwesen arbeiten, seine Pflicht thue, und es dazu anhalten, daß sie das Streben zum Bessern in demselben anzufachen, endlich daß sie vernünftigen und erdentlichen Schulbesuch sämtlicher schulfähigen Kinder des Orts zu bewirken und zu befördern suchen.

12) Sie haben deswegen nicht nur die Befugniß, den Prüfungen und Genüssen der Schulen beizuwohnen, sondern sind auch verpflichtet, diese von Zeit zu Zeit öftererdenlich zu besuchen, und sich aufs genaueste in ununterbrochener Kenntnis ihres ganzen innern und äußern Zustandes zu erhalten. Vorzüglich liegt es den sachkundigen Mitgliedern der Deputationen ob.

In Beziehung auf die Direktoren der größern Schulen müssen aber die Deput. im Gesichtspunkt fassen, daß diesen innerhalb des durch die Gesetze und Vorschriften des Staats gezogenen, aber noch zu bestimmenden Geschäftskreises die freieste Bewegung zu lassen sei. Obwohl sie daher berechtigt sind, denselben über Verhältnisse der Schuleinrichtung und Verwaltung, worin Verbesserungen möglich zu sein finden, Vorstellungen zu machen, auch erforderlichenfalls sie dazu, sowie überhaupt zu ihrer Pflicht, ernstlich zu ermuntern, so haben sie sich doch einer unangelegentlichen Vermischung in ihren amtlichen Wirkungskreis gänzlich zu enthalten.

13) Jährlich, aber vor dem Jahreschlusse, erstatten sie einen ausführlichen Bericht über die in dem Schulwesen vorgegangenen Veränderungen und seinen gegenwärtigen innern und äußern Zustand an die vorgesetzte Weisl. und Schuldeput. der Reg.

14) Die Spezialaufsicht, welche Prediger und Schulverwalter außer den Schulen ausüben, wird übrigens durch die Errichtung der letztern nicht aufgehoben, sondern nur mit der allg. Oberaufsicht ders. in Verbindung gesetzt.

15) Bei der Aufsicht über die Töchter Schulen werden die Schuldeput. die verständigsten und achtbarsten Frauen aus den verschiedenen Ständen zu Rathe ziehen, ihnen wesentlichen Antheil an Schulbesuchen, Prüfung, Beurtheilung der Arbeiten, der Erziehung und Unterweisung geben, und die Hausmütter des Orts auf alle Weise für die Verbesserung der weiblichen Erziehung zu interessieren suchen. Sie dürfen deshalb zu den Schulbesuchen nicht immer dieselben Frauen einladen, sondern können darin abwechseln; die Spezialaufsicht über einzelne Mädchenschulen dürfen sie aber Frauen, die vorzüglich Sinn und Eifer für Verbesserung einer guten Erziehung an den Tag legen, übertragen, und sie zu Mitvorsitzenden derselben ernennen.

16) Eben so sehr aber, wie auf die Thätigkeit der Schuldeput. in der Aufsicht über das Schulwesen, wird auf ihren Eifer in der Fürsorge für dasselbe, um es in guten Zustand zu bringen, und darin zu erhalten, gerechnet. Sie haben daher dafür zu sorgen, daß jeder Ort die seiner Bevölkerung und seiner Bedeutsamkeit angemessene Anzahl und Art von Schulen erhalte, daß das Vermögen, die Gebäude und sonstige Vertinenzien der Schulen ungeschmälert in guter Verfassung, und in Verlegenheiten ihrer Städte möglichst geschont bleiben, auch daß sie nach den Bedürfnissen vermehrt, verbessert, zweckmäßiger eingerichtet und verwaltet werden. Nach den Bedürfnissen der Schulen in Ansehung des Unterrichts und seiner Hülfsmittel haben sie sich sorgfältig zu erkundigen, und so oft sie dergl. wahrnehmen, oder sie ihnen angezeigt werden, ihnen nach Möglichkeit entweder selbst abzuhelpfen, oder den kompetenten Behörden darüber Anträge zu machen. Das Ansehen der Schulen und ihrer Lehrer haben sie aufrecht zu erhalten, und dahin zu streben, daß diesen durch eine sorgenfreie Lage die zur Erfüllung ihres verdienstlichen und schweren Berufes nöthige Heiterkeit und Ruhe erhalten werde. Das Interesse ihrer Mitbürger für das Schulwesen sollen sie zu beleben, und dasselbe zu einem der wichtigsten Gegenstände ihrer Aufmerksamkeit und Pflege zu machen sich bemühen.

17) Mit der Fürsorge für die Schulen hängt zusammen die Aufsicht über die Verwaltung ihres Vermögens, welche den Schuldeput. in Betreff der ihnen uneingeschränkt übergebenen Schulen zusteht. Wo ein gemeinschaftlicher Schulfonds in den Städten schon existirt, oder noch gebildet wird, da steht dieser unter unmittelbarer Administration der Schuldeput. Sowie diese das Maas des Schulgeldes für die ihnen uneingeschränkt anvertrauten Anstalten nach den Lokalverhältnissen der Geistl. und Schuldeput. vorschlagen und darauf antragen können, welcher Theil desselben zum allg. Schulfonds zu ziehen, und welcher den Lehrern einer jeden Schule zur Vertheilung nach gewissen Verhältnissen zu lassen sei, eben so sorgen sie auch andererseits für die pünktliche Ausführung der höheren Orts hierüber einst schon getroffenen, oder noch zu treffenden Festsetzungen.

18) Wo es irgend nicht zu weitläufigen Lokalverhältnissen erlauben, wird das Schulgeld nicht durch die Lehrer, sondern durch die Vorsteher der einzelnen Schulen erhoben, und der Schuldeput. nach den in jeder Stadt angenommenen Grundsätzen berechnet.

19) Jede Schule behält aber ihr eigenes Vermögen, und nur die Einkünfte aller sämtlicher Schulen werden den Schuldeput. jährlich vorgelegt, von ihnen revidirt, und den Geistl. und Schuldeput. der Reg. zur Vollziehung eingesandt. Auch alle sämtlichen Jahresrechnungen werden den Schuldeput. vorgelegt, welche sie nach §. 183. der St. O. von den Stadtverordneten-Kollegien dechargiren lassen. Im Allgem. aber finden auch in Absicht des von den Schuldeput. zu verwaltenden Schulvermögens die §§. 2., 183., 184. und 186. der St. O. Anwendung<sup>1)</sup>.

20) Die Lehrermahlen bleiben bei den Schulen, die rein städtischen Patronats sind, noch bei den Magisträten, nur daß das Gutachten der sachverständigen Mitglieder der Schuldeput. jedesmal eingezogen werden muß<sup>2)</sup>.

An Schulen gemischten Patronats [z. B. an dem Gymnasio in Stettin] werden

1) Jetzt Tit. VII. der St. O. v. 30. Mai 1853 von dem Gemeindehaushalt.

2) Diese Bestimmung wird wiederholt, und überhaupt die fortdauernde Thätigkeit dieser Instr. bestätigt durch den Erl. des Min. der G. u. n. R. Aug. v. 28. Mai 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 161), f. u. bei Anstellung der Lehrer. Ueber die Lehrermahl entscheiden ebenso das R. der Min. der G. u. n. R. Aug. und

die Lehrer für Stellen, zu denen die Wahl bisher der nicht städtischen Verwaltung, ferner von dieser gewählt, ohne Konkurrenz des Magistrats und der Deput.

1) Die Verhältnisse der Mitglieder der Schuldeput unter einander bestimmt nach §. 176. der St. O. Sie halten ihre ordentlichen Zusammenkünfte wöchentlich auf dem Rathhause jedes Orts. Außerdem aber versammeln sie so oft es nöthig ist.

Es steht ihnen frei, Geistliche oder andere sachverständige Männer außer den Ordentlichen in vorkommenden Fällen anzuziehen, auch bei außerordentlichen Versammlungen größere Versammlungen der Prediger, Lehrer oder Schulvorsteher eines Orts zu veranstalten.

Die Geistl. und Schuldeput. w. wird beauftragt, den vorstehenden Bestimmungen gemäß, die städtischen Schuldeput. in ihrem Depart. zu organisiren, und nach Monaten zu berichten, ob und wie sie dann in den Städten schon im Gange sind.

Anl. b.

Befehl. des Depart. für den Kultus und öffentl. Unt. im Min. des Inn. (Schumacher) v. 26. Juni 1811 an die Geistl. u. Schuldeput. der Reg. zu Königsberg in der Neu- und Altmärk, Königsberg in Pr., Marienwerder, Gumbinnen, Ostpreußen und Liegnitz.

Die nach §. 179. b. der St. O. noch vorbehaltenen Bestimmungen zur Organisation der städtischen Schulbehörden werden der Geistl. und Schuldeput. der Reg. im Folgenden zur Ausführung mitgetheilt.

Die Behörden für die innere Schulpflege, wie vorher an die Geistl. und Schuldeput. der Königl. Preussischen Reg. zu Stettin, jedoch mit den darin vermerkten Abänderungen.

N. XVII. S. 659.)

Dazu:

b) Publ. des Konf. und der Reg. zu Stettin v. 26. Aug. 1818, betr. Verhältnisse der städt. Schulvorstände (Schuldeput.).

Wir sehen uns veranlaßt, unsere B. v. 27. Juli 1811 über die Verhältnisse der Schulvorstände (Amtsbl. Nr. 9.) und v. 29ten Okt. 1812 über die ersammelnden Jahresberichte zu erneuern und die Magisträte insbesondere an die Bestimmungen zu erinnern:

1) Die Schuldeput. versammeln sich regelmäßig monatlich einmal, und zwar am Mittwoch eines jeden Monats Nachmittags, und außerdem, so oft es nöthig ist, jedesmal in dem Rathhause.

Die sachverständigen Mitglieder, also die Superint. und Geistlichen, sollen, die eigentlichen und nächsten Schulaufsichter, vornämlich für das Innere des Schulwesens Sorge tragen, d. i. über die genaue Befolgung des vorgeschriebenen Schulplans, über die treue und gewissenhafte Amtsführung der Lehrer, die Lehre, die Schulzucht w. wachen und die weitere Ausbildung der Lehrer leiten. Die Ordentlichen Mitglieder haben es mehr mit dem Äußeren zu thun, d. i. sie sollen dahin wirken, daß das Schulhaus im baulichen Stande erhalten werde; daß in den Schulen Ordnung, Pünktlichkeit und Reinlichkeit herrsche; daß die Schulgegenstände (Tische, Bänke, Wandtafeln w.) sauber gehalten und nicht muthwillig beschädigt werden, und daß die Eltern ihre Kinder ordentlich zur Schule schicken.

Am Ende sind die Lehrer verpflichtet, dem Schulvorstande am Schluß jedes Monats die Schulbesuchlisten einzuhandigen, damit in Ansehung der muthmaßlichen Schulversäumnisse nach §. 10. der Vorschrift der Schulordn. v. 1763 verfahren werden könne.

2) Ferner hat der Schulvorstand darauf zu sehen, daß das Schulvermögen und die Einkünfte der Lehrer nicht bloß gut verwaltet und erhalten, sondern vermehrt werden, daß diese zu rechter Zeit und pünktlich erhalten, was sie zu fordern haben, damit sie ihren verdienstlichen und schweren Beruf ohne Rücksicht auf die Schulgelder und mit Heiterkeit erfüllen können. Wo das Schulgeld noch beibehalten wird, soll es so eingerichtet sein, daß es den Lehrern zufließen kann.

Im Jm. v. 25. Jan. 1821 (N. V. S. 79.) u. §. 3c. der unten S. 338 sub c. d. Jm. v. 25. Mai 1835.

halten wird, da sollen nicht die Lehrer, sondern die Schulvorsteher dasselbe erheben. Die Schulkasse soll von der Schuldeput. verwaltet und daraus einem jeden Lehrer sein bestimmter verhältnißmäßiger Antheil an den Schulgeldern gegen Quittung ausgezahlt werden.

3) Am Jahresschluß haben die Schulvorstände einen Bericht über die in dem Schulwesen vorgegangenen Veränderungen und seinen gegenwärtigen innern und äußern Zustand an die Kirchen- und Schul-Kommission der unterg. Reg. zu erstatten. In diesen Jahresberichten muß jedesmal ausdrücklich bemerkt werden, wie oft sich die Schuldeput. in dem verfloffenen Zeitraume versammelt hat, wer die gegenwärtigen Mitglieder ders. sind und von wem die Schulkasse verwaltet wird.

Die Schulberichte von d. J. sind bei einer Ordnungsstrafe v. 1 Thlr. zufrühest im Laufe des nächstfolgenden Monats einzusenden, und diesmal dens. ein genaues und vollständiges Verzeichniß des Einkommens sämtlicher Lehrer beizufügen. Die Einkünfte derselben sind nach folgenden Rubriken einzeln aufzuzählen:

- 1) feststehendes Gehalt, wie viel und aus welcher Kasse;
  - 2) Schulgeld, wie viel überhaupt und nach welchen Sätzen;
  - 3) Naturalien (Getreide, Holz etc.), welche speziell anzuführen sind, in Geld angeschlagen;
  - 4) Landungen;
  - 5) Accise-Vergütung;
  - 6) Wohnung;
  - 7) der Ertrag nach einem billigen Geldanschlage; übrige Nebeneinkünfte, als Kirchenbeamter etc.
  - 8) Gesamteinkommen.
- (A. II. S. 740.)

c) Ferner enthält über den Geschäftsgang bei den Dep. die durch L. des Min. des Inn. u. d. B. (v. Rochow) v. 23. Jan. 1836 an die Oberpräf. der sechs östl. Provinzen publicirte

Instr. dess. Min. für die Stadt-Magistrate v. 25. Mai 1835 (A. XIX. S. 733) <sup>1)</sup>

folgende Bestimmungen:

§. 26. Die Deput. und Kommissionen des Magistrats, wie solche nach Vorschrift der St. O. v. 19. Nov. 1808 eingerichtet werden müssen, nach der St. O. aber eingeführt werden können, führen unter Aufsicht und Leitung des Magistrats, und in Gemäßheit der von diesem erlassenen Bestimmungen und Instruktionen die ihnen übertragenen Verwaltungen; sie stehen weder mit den Stadtverordneten noch mit andern Behörden in direkter Geschäftsverbindung, und können in letzter Hinsicht nur örtliche Verhältnisse mit Zustimmung der Ortsbehörde eine Ausnahme begründen. Sie sind berechtigt, die Besorgung spezieller Geschäfte wieder einzelnen Kommissarien zu übertragen und sich nach dem Gegenstande in die Stadtaufsicht zu theilen; doch kann dies nur mit Zustimmung des Vorstehenden geschehen. Sie können zur Verathung einzelner ihre Verwaltung betr. Gegenstände andere Komunalbeamte, Sachverständige oder sachkundige Personen hinzuziehen. Diese Personen haben aber kein Stimmrecht. Sie dürfen die Zahl ihrer Mitglieder nicht eigenmächtig verstärken oder vermindern.

Die Deput. und Kommissionen sind in folgenden Fällen verbunden, beim Magistrat anzufragen:

- a) in allen Sachen, bei denen nach den Vorschriften der St. O. die Genehmigung oder Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich ist;
- b) bei Abweichungen von den angenommenen Verwaltungsgrundsätzen bestehenden Einrichtungen;
- c) in allen Fällen, wo es auf Berichterstattung an die höhere Behörde kommt. In solchen Fällen müssen sie den Ber. mit allen erforderlichen Materialien versehen, gleich im Namen des Magistrats im Koncept unterschreiben, und ihn dem Letztern zur weiteren Veranlassung einreichen;

1) Diese Instr. gilt auch jetzt noch. In der Instr. des Min. des Inn. v. 2. Juni 1853 zur Ausführung der St. O. v. 30. Mai 1853 (Min. Bl. d. I. 1853 S. 138) ist dies sub XIII. ausdrücklich ausgesprochen.

d) in Fällen, wo bei einer Sache mehrere Deput. betheiligt sind, und keine Einigung stattfindet;

e) bei Anstellung der zu ihrer Verwaltung gehörigen Subalternen, deren Verbesserung im Gehalte, ihrer Suspension und Entlassung, incl. bei Annahme von Diätarien zu dauernder Beschäftigung;

f) in Disziplinarangelegenheiten ihrer unbesoldeten Unterbeamten, wenn Verweise und Rügen des Vorstehenden nicht ausreichen (s. §. 3. litt. d.).

(In den folgenden §§. ist bestimmt, daß in Betreff der Rechte und Pflichten Vorstehenden, so wie hinsichtlich des Geschäftsganges bei der Deput. die für Magistrat gegebenen Vorschriften gelten, daß in kleineren Städten Auftragen Magistrat durch mündlichen Vortrag der in den Deput. vorstehenden Magistrate erfolgen können, daß die Verf. der Deput. unter deren besonderer Leitung, ein Schriftwechsel zwischen verschiedenen Deput. aber nicht, sondern nur Mittheilung ihrer Beschlüsse br. m., gemeinschaftliche Erörterung der Angelegenheiten, und nöthigenfalls Bericht darüber an den Magistrat stattfindet. werden über die Deput. untersucht und entscheidet der Magistrat. Der Bürgermeister hat nach §. 20. Nr. 5. die Geschäftsführung der Deput. zu revidiren, ihren Sitzungen von Zeit zu Zeit beizuwohnen.)

d) Besondere Bestimmungen über die Zusammensetzung der städt. u. l., und die Wahl in dieselben enthalten:

e) R. des Min. des Inn. u. d. B. (Röhler) v. 29. Jan. 1838 an die Stadtverordneten zu R. und an den Oberpräf. der Prov. Pommern (R. XII. S. 115),

daß die Zahl der Magistratsmitglieder in den Deput. nicht auf zwei beschränkt zu sein braucht, sondern die Vorschrift des §. 175. der St. O. 1808, welcher die dispositive Bestimmung aufstellt, während §. 179. ib. eine beispieleweise Anleitung zur Ausführung giebt, gewahrt bleibt, solange den Stadtverordneten und Bürgern in der Dep. den Magistratsmitgliedern gegenüber die Mehrzahl der Stimmen gesichert ist.

f) R. des Min. des Inn. u. d. B. (v. Nothow) v. 30. Mai 1840 an den Oberpräf. der Prov. Preußen (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 215),

daß eine Entscheidung des ged. Oberpräf. v. 18. Febr. 1840 bestätigt, nach dem Bürgermeister, entgegenstehender Gewohnheit ungeachtet, daß es zur Ernennung der Magistratsmitglieder in die Deput. gebührt, und Magistrat die Verstärkung der Deput. durch Stadtverordnete und Bürger, so wie Neuwahl an Stelle nicht bestätigter Mitglieder verfügen kann.

g) R. des Min. des Inn. u. d. B. (Röhler) v. 27. Jan. 1838 an den Bürgermeister zu R. und Abschr. an die Reg. zu Marienwerder, (R. XXII. S. 115),

daß die Reg. berechtigt ist, von Seiten des Bürgermeisters erfolgte, unregelmäßige Ernennungen oder Abberufungen von Deputationsmitgliedern widerrufen. (Vergl. §. 4. der Instr. v. 26. Juni 1811 sub a.).

e) Vergl. o. sub 1. d. §. 59. der St. O. v. 30. Mai 1853, sowie das v. 27. Nov. 1823 vorstehend sub a.

3) Ueber die Qualifikation zum Vorstehe der Schuldeput. bestimmt insbesondere Beziehung auf kleine Städte

daß R. der Min. der G. u. d. B. Ang. (v. Altenstein) und des J. d. B. (v. Brenn) v. 9. Okt. 1833 an die Reg. zu R.

aus dem Ver. der R. Reg. v. 24. Juni d. J. haben die unterzeichneten keine genügende Veranlassung sehen können, den Rathmann N. zu N. von der Zulassung als vorstehendes Mitglied der dortigen städtischen Schulkommission auszuschließen.

Es würde viel zu weit gehen, eine solche Abweichung von den durch die St. O. vorgeschriebenen Regeln aus dem von der R. Reg. gegen den N. angeregten Mangel an einer vollständigen Schulbildung und an der Gedächtnis in öffentlichen Berträgen motiviren zu wollen, worin ihm bei den Geschäften der



Kommission leicht durch deren technisches Mitglied die nöthige Beihülfe geleistet werden kann, und im Allg. auf Eigenschaften dieser Art bei dem der Kommission vorsitzenden Magistrats-Deputirten, zumal für die meistens nur einfachen Schul-Angelegenheiten solcher kleinen Stadt, ein weit minderes Gewicht, als auf die Haupterfordernisse einer guten Meinung mit der Sache verständigen Charakters, einiger Erfahrung in der Behandlung von Kommunal-Angelegenheiten überhaupt, und eines gesunden praktischen Urtheiles zu legen ist. Daß es dem ic. N. an der Qualifikation in diesen wesentlicheren Punkten mangle, ist aus den vorliegenden Akten nirgends ersichtlich, und muß senach bis dahin, daß etwa ein erheblicher wirklicher Mißstand aus seiner Geschäfts-Direktion sich in praktischer Erfahrung an den Tag legt, die Vorschrift der St. O. ohne Modifikation und Einschränkung befolgt werden.

(A. XVII. S. 963.)

#### 4) Verhältniß des Magistrats zu der Deputation.

Nach den sub 1. gegebenen Bestimmungen der St. O. sind alle städt. Deput. dem Mag. untergeordnet.<sup>1)</sup> Der Magistrat hat die Kontrolle derselben, und zwar formell und materiell. Dies erhellt auch

a) aus den oben sub 2. c. allegirten Vorschriften der Instr. für Stadtmagistrate v. 25. Mai 1835, und ist

b) mit Bezug darauf ausdrücklich ausgesprochen durch R. des Min. des Inn. u. d. B. (v. Rochow) v. 21. Febr. 1838 an den Oberpräf. der Prov. N. (A. XXII. S. 113), so wie durch die Bescheide des Min. des Inn. v. 13. Mai u. v. 28. Nov. 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 254 u. 412), nach welchen die Deput. keine vom Mag. getrennte Instanzen, sondern nur Abtheilungen der Magistratsverwaltung bilden, mit dem Magistrat verbunden, und deuss. untergeben sind.

c) Jedoch ist als Erläuterung hierzu zu beachten die Bef. der Reg. zu Arnberg v. 16. April 1837.

Die R. Min. der G. u. u. M. Ang. und des J. u. d. B. haben auf unsern Antrag mittelst R. v. 13. v. M.<sup>2)</sup> erklärt, daß dem §. 106. der revid. St. O. nicht die Absicht zu Grunde liege, den Angelegenheiten der im Umkreise des Stadtbereichs befindlichen Kirchen und Schulen die Eigenschaft städtischer Angelegenheiten im Sinne des §. 104. das.<sup>3)</sup> beizulegen, und die betr. Kirchen- und Schulgemeinden als städtische Korporationen, so wie deren Vorstände als städtische Behörden, welchen der Magistrat in erster Instanz vorgesetzt, behandeln zu lassen, vielmehr durch die Einführung der revid. St. O. das Verhältniß der Kirchen- und Schulvorstände zu ihren bisherigen unmittelbaren Vorgesetzten, wie solches in kirchlichen Angelegenheiten durch die evang. Prov. Kirchenordn. v. 5. März 1835 und beziehungsweise durch das A. R. N. und die Dienst-Instr. für die Orts-Schulvorstände v. 6. Nov. 1829 festgesetzt ist, keine Aenderung erleide.

(Amtsbl. S. 112. — Kam. Zeit. 1837. S. 563.)

Vergl. auch die oben sub 1. d. α. angef. Instr. v. 20. Juni 1835

#### 5) Verhältniß der Superintendenten und Geistlichen zu den Schulbehörden Hierüber bestimmen

a) G. R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 21. Nov.

1) Das R. des Min. der G. u. u. M. Ang. u. des J. v. 25. Jan. 1821 über das Befetzungsrecht der Prediger- und Schullehrerstellen ic. (A. V. S. 79) spricht beiläufig aus: der Magistrat und die Schuldeput. deß. sind eins und keine verschiedenen Korpora, und letztere kann nur in dem Sinne und nach der Majorität der Stimmen im Magistrate handeln.

2) Abgedruckt A. XXI. S. 1014. Ebendas. S. 1011 — 1014 der Ver. Reg. zu Arnberg v. 23. Okt. 1836.

3) Wonach der Magistrat die gesammte Verwaltung der städtischen Angelegenheiten führt, und allen zu öffentlichen Zwecken am Orte bestehenden städt. Behörden, incl. den städt. Korporationen und Stiftungen vorgesetzt ist.

1 die Reg. in Stettin, Köslin, Königsberg in Pr., Gumbinnen, Liegnitz, Oppeln, Potsdam u. Frankfurt a. d. O., so wie abschr. Entsch. d. K. Reg. in Königsberg in Pr. 1)

Der unterm 26. Juni 1811 erlassenen Verf., betr. die Instr. für die Schul-Verordnungen in den Städten, ist festgesetzt, daß der jedesmalige Superint., wenn die Stadt seiner Superintendentur ist, oder sonst der erste Prediger des Orts, schon wegen zur Stelle des sachkundigen Mitgliedes der städtischen Schul-Deputation sein, und falls irgendwo eine Abweichung hiervon nöthig wäre, von der K. Reg. nach Vorlegung der Gründe anders verfügt werden soll. Nach einer langen Erfahrung und in Erwägung, daß Superintenden ten vermöge ihrer als perpetuirliche Kommissarien der K. Reg. die Aufsicht über die Verwaltung des Schulwesens auch der Städte obliegt, sieht sich das Min. veranlaßt, die Bestimmung dahin zu modifiziren, daß in den Städten, wo mehrere Geistliche an den Kirchen sind, oder an einer Kirche stehen, nicht der Superint., sondern der nächst folgende Geistliche der städtischen Schuldeput. als sachkundiges Mitglied beigeordnet werden soll. Hingegen soll der Superint. in den Städten, wo nur ein Geistlicher ist, der städtischen Schuldeput. bei ihren regelmäßigen Sitzungen in seiner Qualität als Orts-Geistlicher auch fernerhin angehören. Dieses Verhältniß des Superint. als Orts-Geistlichen zu der städtischen Schuldeput. soll aber seine Befugniß, als Superint. die betr. Schulen zu revidiren, erforderlichen Anträge an die K. Reg. zu machen, keinesweges beschränkt werden. Wie es denn auch der K. Reg. nach wie vor freisteht, den betr. Superint. in besonderen Fällen zu außergewöhnlichen Zusammenberufungen der Schuldeput., Rathung unter seinem, als des K. Kommissarius Vorfige statt finden wird, oder einem Auftrage zu versehen. Uebrigens bemerkt das Min., daß in den Städten, nach der Bestimmung gemäß, künftig nicht der Superintendent die Stelle des sachkundigen Mitgliedes in den Schuldeput. einnehmen wird, es die Pflicht der übrigen Geistlichen ist, sowohl über das Äußere als das Innere der ihrer Obhut untergebenen Schulen regelmäßige Jahresberichte und über einzelne Vorfälle und Beschlüsse außerordentliche Anzeigen, unabhängig von der K. Reg., an den vorgeordneten Superint. zu erstatten, so wie es dem letztern obliegt, in Folge der bei den Schulen vorgenommenen Revisionen, oder Grund der eingegangenen Berichte der Orts-Geistlichen die Schuldeput. zu ordentlichen Beratungen zusammen zu berufen, und darin das Nöthige zu beschließen und zum Beschlusse zu bringen, wobei es sich von selbst versteht, daß in solchen Fällen als Kommissarius der K. Behörde der Vorfig gebührt. (XI. S. 960.)

K. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Nicolovius) v. 29. Mai 1834, K. Reg. zu Potsdam.

1 Min. eröffnet der K. Reg. auf die Anfrage in dem Ver. v. 4. d. M., einem Bedenken unterliegt, in denj. Städten, in welchen außer dem Superintendenten der Rektor der Schule zweiter Geistlicher ist, dem ersteren die Funktion des sachkundigen Mitgliedes der Orts-Schulkommission und in dieser Eigenschaft auch die Aufsicht über die Ortschule zu übertragen.

XIX. S. 398.)

Verhältniß der Spezialschulvorstände zu den städt. Schuldeputationen. 1) kommt hin und wieder die Einrichtung vor, daß jede der

Wenn auch §. 59. der St. O. v. 30. Mai 1853 nichts über die sachkundigen Mitglieder der städt. Deput. enthält, so können deshalb die speziellen Bestimmungen dieses und des folgenden R. nicht als aufgehoben gelten. In der St. O. v. 1. d. α. angef. Instr. v. 20. Juni 1853 ist allerdings ausgesprochen, daß Geistliche und Schullehrer zu Mitgliedern der Schuldeput. nur insofern wählbar sind, als sie die Eigenschaft stimmungsfähiger Bürger besitzen. Indessen scheint es nur auf gewöhnliche Wahlen, und nicht auf die Besetzung sachkundiger Mitglieder zu beziehen.

5) Die Disziplin und wie solche gehandhabt werde, besonders wie es mit dem Schulbesuch stehe, und was zur Regelmäßigkeit desselben angeordnet sei.

6) Schulprüfungen und Schulfestlichkeiten und wann und wie solche gehalten werden.

III. Von den Privatinstituten; von wem solche gehalten werden, ob sie mit den erforderlichen Konzessionen versehen sind, ob für Knaben oder Mädchen bestimmt, Anzahl derer, die sie besuchen, was darin gelehrt werde, ihr Verhältniß zu den öffentlichen Stadtschulen.

IV. Allgemeine Charakteristik des Schulwesens der Stadt, Vorzüge und Mangel, Vorschläge zu Verbesserungen, allgemeines Interesse der Kommunität an der Erziehung und Bildung der Jugend.

Nach diesen Punkten sind die Schulberichte in gedrängter Kürze, doch so, daß sie eine leichte und vollständige Uebersicht gewähren, den resp. Superintendenten und Kreis-Schulinspektoren zu insinuiren; und von diesen mit ihren etwaigen Bemerkungen begleitet, bis zum 1. Febr. an die Reg. einzureichen.

(Amtsbl. 1813. S. 10. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 499.

8) Ueber die Stellung der städtischen Deputationen im Allgem. entschied der Plenarbeschluß des Geh. Ob. Trib. v. 27. Mai 1839, daß dergl. in §. 179. der St. O. v. 1808 und §. 107. der rev. St. O. bezeichnete Deput. und Kommissionen als öffentliche Behörden anzusehen, und daher befugt sind, Nichtigkeitsbeschwerden ohne Huziehung eines Rechtsanwalts einzureichen. (J. Min. Bl. 1839. S. 240. — Entscheid. Nr. 1. S. 273).

### III. Die Bürgermeister.

Die Bürgermeister im Sinne der Rheinischen Gemeindeverfassung wonach diese Benennung die Vorsteher, sowohl der städtischen, als der p Bürgermeistereien zusammengelegten Landgemeinden, umfaßt, sind, abgesehen von der Mitgliedschaft im Schulvorstande oder in der Schuldeputation, p besonderer Aufsicht über das Schulwesen verpflichtet. Dies spricht aus der

G. Verf. der Reg. zu Trier v. 16. Juli 1836 an sämmtl. Landräthe, betr. die Theilnahme der Letztern und der Bürgermeister an der Beaufsichtigung der Schulen.

Auf Ihren Zeitungsbericht, Rubrik „Kirchen- und Schul-Sachen“ pro Mai und Juni, haben wir zu bemerken: daß es ganz im Interesse des Schulwesens, und daher auch in der Amtsobliegenheit der G. Landräthe und auch der Bürgermeister liege, daß diese dems. ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und zu dessen Bestem einwirken.

Es wird die Lehrer zu mehrerer Thätigkeit ermuntern, wenn der R. Landrath hie und da ihre Schulen besucht und sich von den Fortschritten der Schüler näher versichert. Auf diese Weise können dann auch die Landräthe angemessene Vorschläge zur Nachhülfe in einer oder der andern Schule machen.

Die Bürgermeister können zwar sich mit dem Innern des Schulwesens nicht befassen, und daher, wenn sie die Schulen besuchen, selbst keine Prüfung abhalten. Von den Fortschritten der Schulen in dieser Beziehung können sie sich aber, bei ihren Schulbesuchen und bei den von dem Schulinspector jährlich zweimal abzuhaltenden öffentlichen Prüfungen, überzeugen und nöthigen Falls Ihnen ihre Bemerkungen vortragen. Dagegen ist es der Bürgermeister Amtsobliegenheit, ihre Aufmerksamkeit auf das Äußere des Schulwesens zu richten, als: auf Zucht und Ordnung in und außer der Schule, auf den fleißigen Schulbesuch der schulpflichtigen Kinder, auf Reinlichkeit in den Schulhäusern, auf Beschaffung der erforderlichen Lehrmittel, auf Herstellung der nöthigen Reparaturen, auf den Fleiß der Lehrer und ihren sittlichen Lebenswandel.

(N. XX. S. 635.)

### IV. Die Geistlichen.

Außer der Theilnahme an den Schulvorständen und Schuldeput. und außer ihren im folgenden Abschnitt erörterten Obliegenheiten in Ansehung

Religionsunterrichts sind den Geistlichen als Lokal-Schulinspektoren, Revisoren noch besonders zur Aufsicht über die Schulen und zur Ausbildung der Lehrer <sup>1)</sup> verpflichtet.

1) Allgemeine Bestimmungen hierüber enthalten:

a) §. 25. des Gen. Landschul-Regl. v. 12. Aug. 1763 (s. oben in Th. I. 64 ff.); — §§. 38., 43. ff. des kathol. Schulregl. für Schlessen v. Nov. 1765 (s. ob. in Th. I. S. 131 ff.); §. 48. des kathol. Schulregl. für Schlessen v. 18. Mai 1801 (s. ob. in Th. I. S. 149 ff.); §. 49. A. L. O. II. Tit. 12. (s. oben S. 320),

b) das R. des Min. der G. U. u. M. Aug. v. 30. März 1828 an das Konf. und Prov. Schulkoll. zu Berlin, betr. die Beaufsichtigung der all. und Privatschulen durch die Geistlichen.

Das Min. will unter den von dem R. Konf. und Prov. Schulkoll. in dem v. 10. d. M. erörterten Umständen nunmehr genehmigen, daß die Geistlichen der Beaufsichtigung derj. öffentlichen und Privatschulen verpflichtet sein sollen, welchen die Jugend ihrer Pfarochien den ersten Elementar-Unterricht erhält, und selbst in dem Falle, daß die erste Klasse solcher Schulen ihre Schüler bis zur Aufnahme in die höhern Klassen eines Gymnasiums vorbereitet.

(Reisebauer S. 189.)

c) Publ. der Reg. zu Posen v. 12. Juni 1818, betr. die von den Geistlichen den Schulen zu widmende Aufmerksamkeit.

Wir haben leider vielfältig die Erfahrung machen müssen, daß die Elementarschulen in unserm Depart. noch sehr weit zurück sind, und es ist bisher unsere gelegentliche Sorge gewesen, ihnen aufzuhelfen, oder soweit es erforderlich, diesen Schulen eine angemessene Einrichtung zu geben.

Für die Erreichung unsers Zwecks halten wir es dienlich:

- 1) daß die H. Pfarrer aller Religions-Partheien, wie ihnen solches auch schon früher zur Pflicht gemacht worden, die in ihren Bez. belegenen Schulen in die genaueste Aufsicht nehmen, und die Ertheilung eines angemessenen Unterrichts der Jugend nach Kräften herbeizuführen suchen;
- 2) daß diej. H. Pfarrer, in deren Pfarochie mehrere Schulen belegen sind, wie dies besonders in den protestantischen Gemeinden der Fall ist, die Schullehrer wöchentlich wenigstens einmal gemeinschaftlich, oder theilweise bei sich versammeln, sich mit ihnen über den Lehrplan, den sie befolgen, unterhalten, sie auf etwanige Fehler in demj. oder auf bestehende Fehler in der Lehrart, die sie eingeschlagen haben, aufmerksam machen, und sonach schwachen Lehrern durch freundliches Zusprechen die ihnen nöthige Hülfe geben;
- 3) daß die H. Geistlichen nach Verlauf zweier Monate den ihnen vorgesetzten H. Dekanen und Superint. einberichten, wie sie den ihnen ad 1. und 2. ertheilten Vorschriften Genüge geleistet haben, auch drei Wochen nach dem Verlauf eines jeden Jahres einen vollständigen Ber. über den Erfolg ihrer Verf. jenen H. Vorgesetzten erstatten;
- 4) daß die H. Dekane und Superint. über die Ausführung dieser B. wachen, über die Resultate der ihnen nach Maassgabe der vorstehenden B. ad 3. zu erstattenden Berichte resp. nach drei Mon., und mit dem 1. Febr. jeden Jahres eine Nachweisung in tabellarischer Form einreichen, und diese mit einem gutachtlichen Ber. begleiten.

Die Tabelle muß nachstehende Rubriken enthalten:

- a) Name des Orts, wo sich die Schule befindet;
- b) Name der Ortschaften, die den Schul-Verrein bilden;
- c) Anzahl der schulfähigen Kinder in denselben;
- d) wie diese die Schule besuchen, und ob und was geschehen ist, die Kinder, welche nicht erscheinen, zum Schulbesuch anzuhalten;
- e) Name der Schullehrer;

1) Ueber diese letztere Näheres im dritten Abschn.

- f) deren Qualifikation zum Lehramte, ihren Eifer für die Erfüllung der Pflichten und ihre moralische Führung;
- g) Plan, nach dem sie unterrichten, und Gegenstände des Unterrichts;
- h) ob und wann Versammlungen der Schullehrer gehalten worden, die Gegenstände der Unterhaltung in dieser Versammlung sind, sich dabei für die gute Sache überall hervorgethan hat.

Wir dürfen nicht zweifeln, daß die H. Geistlichen aller Konfessionen den wir für die Angelegenheiten hegen, mit uns theilen, und künftig dahin wollen, daß die gute Sache gefördert werde.

(Ann. II. S. 738.)

d) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 1. Okt. 1851, 1. Beaufsichtigung der Elementarschulen und ihrer Lehrer durch die Geistlichen, Superint., Erzpriester und Dechanten.

Es ist seit längerer Zeit darüber Klage geführt worden, daß die Geistlichen als Lokal-Revisoren, sowie die von den K. Superint. und von Priestern und Dechanten als Kreis-Schul-Inspektoren über die Elementar- und ihre Lehrer zu führende Aufsicht nicht überall dem Bedürfnisse und den Anforderungen der von der Unterrichts-Verwaltung zu fordernden Schul-Aufsicht entspricht.

Was diese Klagen betrifft, so weit sie in der neueren Zeit auch von der K. Reg. erhoben worden sind, so ist nicht zu verkennen, daß die allg. Zustände der letzten Jahre und die innerhalb ders. genährten Erwartungen, in dem Bereich der Schul-Aufsicht selbst wurden durchgreifende Änderungen vorgenommen werden, an manchen Orten die sich praktisch bethätigende Theilnahme an dem Schulwesen oder weniger mögen haben zurücktreten lassen.

Diesen und ähnlichen Motiven, welchen es für die Zukunft an jeder Begründung fehlt, darf auf weiterhin ein Einfluß auf die Handhabung der Aufsicht um so weniger zugestanden werden, als die Ueberzeugung immer lebhafter hervortritt, daß das Gedeihen der Elementar-Schule, auch was deren Verwaltung angeht, von ihrer innigen Verbindung mit der Kirche abhängig ist. (Hiernach ausreichende Veranlassung vor, diesen Zusammenhang, wie in jeder Beziehung zu stärken, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die dem Staate zukommende Beaufsichtigung der Elementar-Schulen und ihrer Lehrer durch kirchliche Organe in ihrem ganzen Umfange zur lebendigen Geltung gebracht werden.

Daß es dieserhalb Aufgabe der K. Superint. und der Pfarrer ist, die Beaufsichtigung der Schulen auf das Eifrigste, nicht nebenbei, sondern als wesentlichen Theil ihrer Amtspflichten angelegen sein zu lassen, und daß Förderungen, Unterstützungs-Bewilligungen und sonstigen Auszeichnungen und Auszeichnungen für die Schule jedesmal mit in Erwägung gezogen werden sollen, mein Ersuchen der Evangelische Ober-Kirchen-Rath durch die K. Konstitutionen zur Kenntniß der betr. Superint. und Pfarrer bringen lassen. Die H. Bischöfe werde ich ersuchen, ihrerseits eine ähnliche Mahnung an die ihnen untergeordnete Geistlichkeit ergehen zu lassen.

Hierauf gestützt, hat die K. Reg. nunmehr sämtl. Superint., Dekane, Schul-Inspektoren, Pfarrer etc. anzuweisen, daß sie die ihnen untergeordneten Geistlichen genügend oft und mit der gehörigen Sorgfalt revidiren, wobei sie darzuweisen sind, daß es bei den Revisionen weniger auf die Absolvierung eines regelmäßigen und feststehenden Turnus, als darauf ankommt, daß sie denjenigen Geistlichen, deren Lehrer besondere Ueberwachung oder Nachhülfe bedürfen, ihre ständige nachhaltige Beaufsichtigung zuwenden, bei schwächeren Lehrern aber und nur im Religions-Unterricht selbst mit auszuhelfen.

In welcher Weise dieser wichtige Punkt — sei es durch Besprechung in Kreis-Synoden oder auf anderem Wege — bei allen Geistlichen zu einer richtigen Auffassung zu bringen sei, hat die K. Reg., so weit es nöthig ist, Rücksprache mit den betr. kirchlichen Ober-Behörden, in nähere Erwägung nehmen.

Wegen einer zweckmäßigen Abhaltung der Parochial- und Synodal-Sitzungen der Schullehrer, besonders soweit sie dazu dienen, in den einzelnen Bezirken desselben Bezirks Einheit in der zweckmäßigen Behandlung des Unterrichts und der Erziehung zu befördern, überlasse ich der K. Reg., im Anschluß an die



den Verwaltungsbezirk bereits vorhandenen Bestimmungen die nöthige Anweisung an die betr. Geistlichen ergehen zu lassen.

Abchrift des dieserhalb zu Verfügenden hat die R. Reg. binnen vier Wochen reichen.

(Sta. Bl. v. i. B. 1851. S. 218.)

e) §§. 66., 117. der Rhein. Westph. Kirchen-O. v. 5. März 1835 den in Th. I. [allgem. Th.] S. 201 ff.).

f) §. 33. der Preuß. Schulordn. v. 11. Dec. 1845 (s. o. in Th. I. 109), und §. 242. des Rev. Entw. des Prov. R. von Ostpreußen, (s. in Th. I. S. 97).

2) Instruktion zur Ausführung dieser Bestimmungen.

Eine solche ist gegeben worden durch die

Anweisung des Oberpräf. der Prov. Schlessen (v. Merckel) v. 2. Juli 1846 über die Obliegenheiten und Verpflichtungen der Geistlichen als Schul-Revisionen.

Es hat sich das Bedürfnis gezeigt, die über den Umfang der Verpflichtungen und Obliegenheiten der Geistlichen bei Beaufsichtigung des Schulwesens und insbes. das Verhältniß zwischen ihnen als Schulrevisoren und den Schullehrern bestehenden Festsetzungen und die zu deren Erläuterung ertheilten Vorschriften zu sammeln, zu ordnen und solche in dieser Zusammenstellung nicht allein dem öffentlichen Kenntniß zu bringen, sondern auch deren Beobachtung den zu ihrer Leitung und Anwendung gesetzlich verpflichteten Beamten wiederholt einzuschärfen.

Amberst wird auf die gesetzlichen Vorschriften in den Allg. Landschulengesetzen v. 12. Aug. 1763 und v. 3. Nov. 1765, in dem kathol. Schul-Regl. v. 18. Sept. 1801, in dem A. L. R. Th. II. Tit. 12. §. 49., für die Katholiken noch insbes. die Instr., nach welcher sich die Pfarrer bei Verbesserung des Schulwesens zu betheiligen, v. 30. Juni 1764, und ebenso in den Amtsbl.-Verf. v. 26. Mai 1822, 22. Nov. 1826, 7. Mai 1828 und v. 28. Febr. 1835<sup>1)</sup>, im Allgem. aufgemacht, und mit Bezug auf diese gesetzlichen Vorschriften Nachstehendes

den Pflichten eines Schulrevisors, für deren gewissenhafte Erfüllung er verantwortlich ist, gehört die Aufsicht:

I. Auf die innere Organisation der Schulen seiner Pfarodie.

In dieser Beziehung hat er dafür zu sorgen, daß

a) die Eintheilung in Klassen, und die der Klassen, wo die Menge der Schüler es nöthig macht, wieder in Unterabtheilungen, Behufs deren gleichzeitiger angemessener Beschäftigung, und die Bestimmung und Durchführung fester Klassenziele erfolge;

b) daß in jeder Schule ein zweckmäßiger Lektionsplan zum Grunde gelegt werde. Bei Abfassung desselben ist nicht nur die richtige Auswahl der für die Schule geeigneten Lehrgegenstände, mit Rücksicht auf die Fähigkeit des Lehrers und auf den Standpunkt der Schüler zu treffen, sondern auch für gehörige Vertheilung der Stundenzahl nach der Wichtigkeit der verschiedenen Unterrichtsgegenstände dergestalt zu sorgen, daß hierbei die jeder Lektion anzuweisende Tageszeit ebenso wie die Reihenfolge beachtet, mit der Religion begonnen, die schweren Lektionen möglichst in den Morgenstunden vorgenommen, jedenfalls das Schreiben und das Tafelrechnen in die hellste Tageszeit-gelegt und bei gleichzeitigem Unterrichte der verschiedenen Abth., laute und stille Lektionen neben einander betrieben werden.

c) liegt ihm ob, die Lehr- und Lesebücher und sonstigen Lehrmittel, auch die Stoffe zu den auswendig zu lernenden Lektionen aus den von der R. Reg. als zweckmäßig anerkannten Lehrbüchern auszuwählen, darauf zu sehen, daß alte Wand- und Handtafeln und auf Brettchen gezogene Alphabete zum Aufstellen und Anreihen der einzelnen Buchstaben in Gebrauch genommen werden. Da bei Einführung neuer Lehr- und Lesebücher in den Schulen

1) Nachstehend sub 3.

die größte Behutsamkeit anzurathen ist, so wird dem Schulrevisor nicht ohne Noth damit wechseln zu lassen.

- 4) Für die Leitung des Religionsunterrichts ist der Schulrevisor allem wortlich, und hat sich der Schullehrer bei diesen Unterrichtszweigen unter dessen Anordnungen zu fügen. Dies gilt auch von der biblischen, hinsichtlich welcher der Schulrevisor zu bestimmen hat, w jedem Jahre in solcher vorgegangen werden soll. Endlich müssen Sprüche, welche während der Schulzeit auswendig gelernt werden, jedes Jahr und für jede Klasse so vertheilt werden, daß nicht dieselben Sprüche als ganz neue aufgegeben werden, und dagegen an wichtige ganz übersehen, noch weniger, daß die kleineren Kinder unter ihnen noch nicht verständlicher Sprüche angehalten werden.
- II. Die äußere Organisation der Schulen, insoweit sie das Lokal und Schaffung der Lehrmittel betrifft.
- 1) Wenn sich in den Schulhäusern Mängel vorfinden, welche ein ges. Einschreiten des betr. K. Landrätlichen Amtes oder Magistern, so hat der Schulrevisor dafür zu sorgen, daß in dem Amtsbl. v. 22. Nov. 1826 sogleich bei der genannten Behörde gemacht werde. In dem jährlichen Revisions-Berichte bleibt also zu merken, was in Folge dieser Anzeige geschehen ist. Bei dringenden Fällen und wenn keine Abhülfe gewährt worden ist, muß der Revisor den vorgesetzten Superint. oder Kreis-Schulen-Inspektor davon in setzen und dens. überlassen, die Lage der Sache der betr. K. Regierung. Außerdem hat aber jeder Schulrevisor auf die etwa sich Mängel und Uebelstände der Lokalien den Schulvorstand aufmerksam zu machen und ihn zu veranlassen, bei den Gemeinden auf Beseitigung zu bringen, und wenn dies erfolglos bleiben sollte, dieselben in Anregung zu bringen, damit sie zur Kenntniß des Superint. oder Kreis-Schulen-Inspektor gelangen und durch diese das Weitere veranlassen kann.
  - 2) Der Revisor muß beim Anfange des Schuljahres sich selbst überzeugen, ob die Kinder mit den nöthigen Büchern und Utensilien zum Schreiben versehen sind. Zuvor hat sich derselbe von dem Schulrevisor zeigen zu lassen, welche Kinder die Anschaffung entweder nicht oder gar nicht werden bewirken können und daher mit Büchern und Lehrmitteln zu unterstützen sind. Das Verzeichniß dieser Kinder ist der Schuldeput. oder dem Orts-Schulvorstande mit dem nach der Ermittlung in eine besondere Rubrik einzurückenden Bedarfe zu übergeben, weil die Schuldeput. oder der Schulvorstand verpflichtet ist, das Verzeichniß der Kommunalbehörde zu übergeben, mit der Aufforderung, die welche es vermögen, zu Anschaffung der nöthigen Unterrichtsmittel zu thun, oder im Falle des Unvermögens, und wenn die Schulkasse nicht ausreicht, die Anschaffung derselben aus der Orts-Armenkasse oder aus der Gemeinde zu bewirken. Die auf diese Weise angeschafften Schiefertafeln u. verbleiben Eigenthum der Schule und müssen im Inventarium derselben eingetragen werden. Sollte die Anschaffung bezeichneten Wege nicht erfolgen, so ist dem vorgesetzten Superint. oder Kreis-Schulen-Inspektor Anzeige zu machen. So lange der Revisor oder andere Mängel und Uebelstände das Erforderliche aus eigener Thätigkeit zu veranlassen und bei der Erfolglosigkeit seiner Vermittelungen im geordneten Wege zu verfolgen unterläßt, bleibt er nachtheiligen Folgen verantwortlich.
  - 3) Um den regelmäßigen Schulbesuch zu fördern, hat der Revisor darauf zu achten, daß der Zutritt der Kinder zur festgesetzten Zeit pünktlich geschehe. Zu diesem Behufe muß der Rüstler aus den Kirchenbüchern ein Verzeichniß derjenigen Kinder anfertigen und vorlegen, welche an dem zum Schulbesuch festgesetzten Termine das schulpflichtige Alter erreichen. Außerdem ist der Orts-, Kommunal- oder Polizei-Behörde verpflichtet, ein Verzeichniß der Kinder, welche aus andern Orten angezogen sind, vorzulegen, welches der Schulrevisor einzufordern verpflichtet ist. Hierauf ist 14 Tage vor dem Termine der Aufnahme von der Kanzel herab be-

machen, wann, wie und wo die Kinder anzumelden sind, welche in die Schule eintreten sollen. Da die schulpflichtigen Kinder von dem Tage der Anmeldung an in die Schulregister eingetragen, und wenn sie nicht zur Schule kommen, in der Absentenliste aufgeführt werden müssen, so hat sich der Schulrevisor zu überzeugen, ob die Anmeldungen allgemein bewirkt worden, und ist daher, wenn nach Ablauf des Anmelbungs-Termins das Schulregister geschlossen wird, selbiges mit den Verzeichnissen aus den Kirchenbüchern und der Ortsbehörde genau zu vergleichen und über die etwa nicht erfolgten Anmeldungen Erkundigung durch Mitglieder der Schuldeput. oder des Schulvorstandes einzuziehen, unter deren Theilnahme und mit deren Einverständnisse aus besonderen Gründen die Zurückstellung einzelner Kinder bis zum nächsten Termine vom Schulrevisor angeordnet werden kann. Außer dieser zur Aufnahme festgesetzten Zeit bleiben alle Kinder, welche noch gar keinen Unterricht erhalten haben, bis zum nächsten Aufnahmetermine zurückgestellt, damit die Klassen-Eintheilung nicht gestört, und es nicht nöthig gemacht werde, die Unterabtheilungen im Laufe des Kursus wieder aufs Neue zu vermehren.

1) Der Schulrevisor hat die Aufnahme solcher Kinder, welche zu fremden Schulen gehören, aber in die unter seine Aufsicht gestellte Schule übergehen wollen, nur nach eigener Einsicht des Zeugnisses über den erfolgten Besuch der früheren Schule und über die Ursache der Entlassung zu gestatten.

2) Der Schulrevisor ist verpflichtet, darauf zu sehen,

a) daß die Absentenlisten gewissenhaft geführt, die monatlichen Extrakte aus solchen richtig angefertigt und letztere, oder an deren Stelle Negativ-Atteste an die landrätthlichen Aemter und Magistrate pünktlich gesendet,

b) daß die vorschriftsmäßigen Nachrichten bei jeder Schule gesammelt und ordnungsmäßig fortgeführt,

c) daß die Schulbücher und Utensilien, welche der Schule gehören, sorgfältig verwahrt und Zugänge und Abgänge in die Inventarien gehörig eingetragen, und

d) daß der Schulkasse Einkünfte, welche ihr gehören, nicht entzogen und über deren Ertrag genaue Berechnung gehalten, die Gelder derselben auch nach den bestehenden Verordnungen verwaltet und aufbewahrt werden.

e) Schul- und Entlassungszeugnisse, welche Eltern oder Vormünder für ihre Kinder und Pflegebefohlenen, außer den Konfirmationscheinen, verlangen, und welche allein bei dem Revisor nachzusuchen sind, hat zwar der Schullehrer auszufertigen, der Revisor hat selbige jedoch mit seiner Unterschrift zu vollziehen.

**III. Die Beaufsichtigung und möglichste Fortbildung der Schullehrer seiner Parochie.**

Diese Beaufsichtigung erstreckt sich auf die Art und Weise, wie der Unterricht erteilt wird, welche Behandlung die Kinder erfahren, wie das eigene geistige Fortschreiten des Lehrers erfolgt und ob sich derselbe in seiner sittlichen Führung auszeichnet.

A. In Bezug auf die Beaufsichtigung der Art und Weise, wie der Unterricht erteilt wird, versteht es sich von selbst, daß

1) der Revisor verpflichtet ist, mit Strenge darüber zu wachen, daß der Schullehrer beim Anfange der Schule persönlich gegenwärtig ist, die Schulkinder sich unter seinen Augen versammeln und die Erscheinenden und Nichterscheinenden am Schlusse der Schule in der betreffenden Liste bemerkt werden; daß

2) die Schulstunden zur rechten Zeit beginnen, genau inne gehalten werden, der Lehrer sich in solchen mit den Kindern fortdauernd beschäftigt und von dem vorgeschriebenen Lektionsplane ohne Genehmigung des Revisors nicht abgewichen wird. Wenn der Schullehrer

3) einzelne Stunden oder die Schule selbst auf einen oder mehrere Tage aussetzen muß, so darf dies nicht ohne Vorwissen und Erlaubniß des Schulrevisors geschehen, welcher über die Art und Weise, wie den Kindern der

ihnen entgehende Unterricht anderweit gewährt wird, das festsetzt.

B. Bei der Bearbeitung der Kinder im Unterrichte muß die Thätigkeit des Revisors dahin gerichtet sein,

- 1) daß zwar die Zucht und Ordnung mit Ernst aufrecht erhalten zu solcher aber zuvörderst immer mit Liebe geführt, und im Falle des fortbauenden Widerstrebens, und dann die zweckmäßigen Mittel zur Anwendung gebracht werden.

Bei der Ertheilung des Unterrichts selbst ist

- 2) tüchtigen und dienstfertigen Lehrern zwar freie Hand zu lassen beim Besuch der Schule ohne besondere Veranlassung der Unterbrechung oder dem Lehrer abzunehmen. Da jedoch auch sich zuweilen mit mangelhaften Methoden befreundeten oder einfahrungsweisen sich hingeben, so muß in solchen Fällen die direkte Einwirkung der Revisoren, bei denen eine genauere höheren Zwecke des Lehrwesens vorausgesetzt wird, eintreten. In dieser Hinsicht der Schule gemachten Besuchen ist der Revisor berechtigt, als verpflichtet, in den Gang des Unterrichts einzutreten, nicht bloß einzelne Fragen an die Schüler zu richten, sondern die Lektion anstatt des Lehrers zu übernehmen, wenn der Lehrer auf diese Weise zu Aneignung einer besseren Methode nicht geführt. Ueber bemerkte Fehler, welche in Gegenwart der Kinder nicht berichtigt werden können, hat der Revisor dem Lehrer seine Bemerkungen mitzutheilen.

- 3) Bei den jährlichen öffentlichen Schulprüfungen ist dem Lehrer unter Umständen das Examinationsgeschäft zu überlassen, damit sich an demselben der Vorstand und die Eltern der Schulkinder, welche die Revision der Lehrgeschicklichkeit des Lehrers vollständig überzeugen können, betheiligen. Der Revisor steht jedoch die Leitung der Prüfung zu und hat derselben dem Lehrer schriftlich eingereichten Nachweise der seit der letzten durchgegangenen Materien diejenige auszuwählen, über welche geprüft werden soll, auch darauf zu halten, daß nicht bloß einzelne gute Köpfe geprüft werden, sondern so viel als möglich alle Kinder, jedoch möglichst einzeln und nicht geduldet werde, daß im Chor geantwortet wird, was im gewöhnlichen Unterrichte niemals herrschende Sitte werden darf. Es dem Revisor unbenommen, selbst einzelne Fragen zu thun und zu ertheilen.

C. Auf die Fortbildung der Lehrer hat der Revisor

- 1) durch Konferenzen, die in der Regel an dem ersten Mittwoch jenes Monats nachmittags zu halten sind, hinzuwirken. Diese Konferenzen sind von den Lehrern, außer im Falle des Erkrankens, versäumen darf, hat der Revisor allein zu leiten. Er hat zu bestimmen, was darin vorgenommen werden soll, und welche Uebersichten oder schriftliche Ergänzungen, Exzerpte u. s. w. die Lehrer dabei zu liefern haben. In diesen Konferenzen müssen die dem Revisor vorher einzureichenden Vorbereitungen auf die im nächsten Monate zu halten (besonders Bibel- und Religionsstunden) durchgegangen, die in demselben Monate gehaltenen besprochen und Katechisationen über Texte, die der Revisor auswählt, abwechselnd von einem der Lehrer und dem Revisor selbst mit einigen dazu berufenen Kindern gehalten werden. Die Aufgaben zu diesen Katechisationen sind den Lehrern jedesmal vor der hergehenden Konferenz zu geben, damit sie sich gehörig vorbereiten. Dabei ist auf die Adjuvanten, von denen überhaupt alles gilt, was von den wirklichen Lehrern gesagt worden und noch gesagt werden muß, Rücksicht zu nehmen und zuzusehen, wie sie die in ihren Kenntnissen gerügten Lücken ihres Wissens und Vermögens auszufüllen. In Kirchspielen, wo mehrere Schulen befindlich, wird es annehmlich, wenn aus jeder Schule einige Kinder, nach der Wahl und Genehmigung des Revisors, zu diesen Katechisationen Zutritt erhalten.

Ferner muß der Schulrevisor es sich

- 2) angelegen sein lassen, älteren Lehrern, die in keinem der neueren

gebildet worden, oder schwächeren Lehrern, welche in der Anwendung des Erlernten fehlen, auf eine freundliche Weise fortzuhelfen und sie mit besseren Methoden bekannt zu machen, so wie über ihre Lektüre mit ihnen sich zu unterhalten.

Dagegen hat derselbe

- 3) ausgezeichnete Lehrer, welche die Bildungsfähigkeit in besonderem Grade besitzen, zu ermuntern, die ihnen inwohnenden Eigenschaften dadurch möglichst fruchtbar zu machen, daß von dens. Schulpräparanden angezogen und ausgebildet werden, welche genügend vorbereitet in die Seminarien eintreten oder wohl gar einen Schullehrerposten, nach vorausgegangener extraordinärer Prüfung, selbstständig übernehmen können. Wie weit der Schulrevisor an den diesfälligen Bemühungen Antheil nehmen will, bleibt dessen eigenem Ermessen überlassen; jedenfalls hat er aber die Talente und Fähigkeiten, so wie den Eifer, Fleiß und guten Willen der Individuen, welche für das Schulsach vorgebildet werden sollen, genau zu prüfen und dieselben in ihrem Lehrgange zu beobachten, damit keine schwachen und talentlosen Köpfe zu dem Lehrstande herangezogen werden.

D. Vor allen Dingen ist auf die sittliche Haltung der Lehrer zu achten.

Der Revisor hat in dieser Beziehung

- 1) die Lehrer, welche unter seine unmittelbare Aufsicht gestellt sind, zu beobachten und sich zu überzeugen, daß selbige ein stilles, eingezogenes und ordentliches Leben führen. Wenn ein Lehrer auf Abwege gerathen sollte, so ist der Revisor
- 2) verpflichtet, ihn liebevoll zu warnen; bleibt dies fruchtlos, so ist die Warnung gemessener und ernstlicher zu wiederholen, und über solche, so wie über die von dem Lehrer abgegebene Erklärung, eine Verhandlung mit dessen Unterschrift aufzunehmen. Dieselbe ist zu afferviren, und wenn nach einiger Zeit auch diese Maßregel sich erfolglos zeigen sollte, so ist
- 3) unter Darstellung der Thatsachen, durch welche die Veranlassung zur Unzufriedenheit herbeigeführt worden ist, und unter Einreichung der Verhandlungen an den betr. Superint. oder Kreis-Schulen-Insp. zu berichten.

Damit nun nicht bloß jeder Geistliche wisse, was von ihm als Schulrevisor erwartet werde, sondern auch jeder Lehrer sich stets vergegenwärtigen könne, was ein Revisor zu thun habe, und von ihm zu fordern berechtigt und verpflichtet sei, wird ein gedrucktes Exemplar dieser Verfügung jeder Schule zugestellt, und ist das den bei ders. zu führenden Generalakten einzuverleiben.

(Ann. XX. S. 627.)

### 3) Schulberichte der Geistlichen.<sup>1)</sup>

Ueber die Abfassung der Verhandlungen und Berichte bei den Schulrevisionen der Geistlichen enthält die spezeßsten Anweisungen

die Instr. der Reg. zu Breslau v. 28. Febr. 1835 über die jährlichen Revisionen der Schulen und die Einreichung der Schulberichte.

Die unterm 24. Nov. 1820 über die jährlichen Revisionen der Elementarschulklassen B. und Bestimmungen (Amtsbl. S. 454.) haben durch später geschehene Einrichtungen einzelne Modifikationen und Vervollständigungen erfahren, hat sich die den Schulrevisoren hinsichtlich der Abfassung der Schulberichte gewährte Freiheit in der Form nicht immer bewährt, indem oft die wesentlichsten und nöthigerweise zu berührenden Gegenstände in diesen Ber. nicht vollständig aufgenommen worden sind. Wir haben es daher für rathsam gehalten, die Bestimmungen dieser B. nochmals revidiren, und selbige sodann, unter Aufnahme der in den erlassenen Vorschriften, vervollständigt in Nachstehendem republiziren zu lassen, in Folge welcher erneuerten Zusammenstellung der bereits bestehenden Verf. in Zukunft lediglich nach der nachstehenden B. zu verfahren ist.

#### I.

Jeder Geistliche oder Schulaufscher, dem die Leitung oder Aufsicht mehrerer Schulen zu steht, erstattet jährlich einmal, und zwar gleich nach Ostern, über die

1) Vergl. G. R. v. 21. Nov. 1827 (s. oben S. 340—341).



von ihm abgehaltene Jahres-Schulrevision Bericht. Es versteht sich von selbst daß hierdurch in der, den Schulrevisoren obliegenden Pflicht, ihre Schulen regelmäßig öfter zu besuchen, nichts geändert wird.

## II.

Diese Berichte sind auf das, über die Jahres-Schulrevision aufzunehmende, Protokoll zu begründen. In diesem Protokolle müssen, unter den nachstehend bezeichneten Abschnitten, über die inneren und äußeren Verhältnisse jeder Schule genaue Nachrichten gegeben werden und zwar dergestalt, daß in dem Protokolle die unter bestimmten Nummern bezeichneten Gegenstände in der bezeichneten Ordnung, mit alleiniger Ausnahme derj. erwähnt werden müssen, über welche bei der betr. Schule eine Mittheilung nicht zu machen ist. Das abzufassende jährliche Schulrevisions-Protokoll aber wird sich über nachstehende Gegenstände verbreiten:

Verhandelt N. N. den — 18—

1) Die Prüfung der Schule hiesigen Orts wurde gehalten in Gegenwart —

Hier sind sämtliche Anwesende, welche als Mitglieder der Schuldeputation (in den Städten) oder des Schulvorstandes (auf dem Lande) zur Theilnahme an der Revision verbunden sind, aufzuführen. Bei Abwesenheit Einzelner ist zu bemerken, ob die Einladung gehörig erfolgt, und wie das Ausbleiben entschuldigt worden ist.

2) Schulfähige Kinder sind:

a) überhaupt —, Knaben —, Mädchen —;

b) nach den einzelnen Konfessionen —

Wenn in gemischten Orten eine Verschiedenheit ad b. vorkommt, so ist zugleich zu bemerken, ob die Schule ganz katholisch, ganz evangelisch oder Simultanschule ist und wie in letzterer Hinsicht das Simultaneum beobachtet wird.

c) Aus dem Schulorte selbst sind — Kinder.

d) Aus zugeschlagenen fremden Ortschaften sind — Kinder.

Diese der Schule zugeschlagenen Ortschaften sind namentlich, mit ihrer Entfernung vom Schulorte, aufzuführen.

e) die Schule besuchen:

aa) regelmäßig —

bb) ziemlich regelmäßig —

cc) unregelmäßig — Kinder.

Die letzteren heißen: N. N. N.

Zur Direktion dient, daß der Schulbesuch regelmäßig nur genannt werden kann, wenn die Absentlisten nachweisen, daß die Schule, außer dem Falle von Krankheit und andern gültigen Entschuldigungsursachen, nicht öfter als 24mal jährlich versäumt wurde. Bis zu 48mal jährlichen Schulversäumnissen ist der Besuch ziemlich regelmäßig. Alle Kinder, welche über 48mal die Schule jährlich versäumen, gehören zu den unregelmäßigen Schulbesuchern. Behufs der Beurtheilung der Schulversäumnisse und der, der Feststellung der vorstehenden Klassifizierung Grunde liegenden Nachrichten, muß von einem weltlichen Mitgliede der Schuldeput. oder des Schulvorstandes der von dem Schullehrer vorgelegte Extrakt aus den Absentlisten mit solchen verglichen, und wer diese Kontrolle besorgt hat, im Protokolle mit angegeben werden. Bei dem Ausziehen der Schulversäumnisse ist jederzeit das volle Kalenderjahr, welches dem Jahre vorhergegangen ist, in welchem die Revision abgehalten wird, und nicht der von einer Revision zur andern liegende Zwischenraum zu berücksichtigen. Doch sind die Ergebnisse des Schulbesuchs nach Verlauf des Jahres bis zum Revisionstage nicht außer Acht zu lassen, und ist, wenn Kinder im Laufe des vorhergegangenen Jahres die Schule unregelmäßig besuchten, im laufenden Jahre aber sich regelmäßig einfanden, dies bei Aufzählung ihrer Namen ausdrücklich zu bemerken. Der Grund des unregelmäßigen Schulbesuchs ist bei jedem Kinde anzugeben. Eben so ist zu bemerken, ob sich der Schullehrer über die vorschriftsmäßige Einreichung der Absentlisten an das vorgesetzte landrätthliche Amt oder an den Magistrat resp. an die Schuldeput., ausgewiesen hat und ob und wie hierauf von diesen Behörden die Schulversäumnisse geahndet worden sind.

f) Bei der Schulprüfung waren zugegen:

aa) Knaben —,

bb) Mädchen —;

α) evangelische —,

β) katholische —.

g) Die das Jahr hindurch schulpflichtig gewordenen — Kinder traten gemeinschaftlich zu den vorhandenen —.

3) Ist noch ein Schuladjutant bei der Schule angestellt? Gibt ders. nur am Orte des Schullehrers Unterricht, oder besucht er zur Schule geschlagene Dörfer, und welche?

#### A. Das Innere der Schule betreffend.

1) Wie wurden die Religionskenntnisse der Kinder befunden?

a) In Ansehung der Religion selbst?

b) In Ansehung der biblischen Geschichte?

c) Bei den in den Konfirmations-Unterricht übergetretenen Kindern insbesondere.

Hier ist zugleich anzugeben, wie viel Schüler am Tage der Schulrevision den Konfirmanden-Unterricht genießen, und wieviel seit der letzten Schulrevision konfirmirt worden sind.

2) In wieviel Klassen sind die Schüler eingetheilt? in wie viele Unterabtheilungen die Klassen, und wie werden diese Unterabtheilungen neben einander zugleich unterrichtet und beschäftigt?

3) Nach welcher Methode ist der Unterricht ertheilt worden, namentlich im Lesen und Rechnen?

4) Welche Fortschritte haben die Schüler gemacht?

a) Im Lesen:

aa) die kleineren,

bb) die größeren.

b) Im Kopf- und Tafelrechnen:

aa) die kleineren,

bb) die größeren.

c) Im kalligraphischen Schreiben:

aa) die kleineren,

bb) die größeren.

d) In Sprach- und Verstandesübungen:

aa) die kleineren in Sprach-,

bb) die größeren in Verstandesübungen.

Wo 3 Hauptklassen sind müssen: 1) die kleineren, 2) die mittleren und 3) die größeren unterschieden werden.

e) In Gedächtnißübungen:

aa) was wird in jeder Klasse aufgegeben?

bb) wie wurde es behalten?

f) Im Sprachunterrichte, besonders dem Rechtschreiben und der Anfertigung schriftlicher Aufsätze.

g) Im Zeichnen.

h) In der Formen- und Größenlehre, besonders in den Städten.

i) In der Gesangbildung.

k) In der Geographie, vornämlich in der vaterländischen.

l) In der allgemeinen, besonders aber in der vaterländischen Geschichte.

m) In der Naturgeschichte.

n) In der Naturlehre.

o) Im praktischen Unterrichte in der Obstbaumzucht und in der Kenntniß der Obstsorten.

5) Welche Bücher werden in der Schule gebraucht und sind auch alle Kinder damit versorgt?

6) Welche Schulstrafen werden angewendet?

7) Wieviel Stunden wird täglich Unterricht in jeder Klasse gegeben, und wie ist dieser den Tagesstunden nach eingetheilt?

8) Nach welchem Lektionsplane?

9) Wie viel Zeit wird bei den großen Kirchenfesten und zur Ernte schulfrei gelassen? und in welche Monatstage trafen die Schulferten des verflossenen Jahres?

10) Wann ist die letzte Revision abgehalten worden?

## B. Die äußeren Verhältnisse der Schule.

## 1) Wer ist der Patron der Schule?

Sind mehrere Domänen Patrone, so sind solche namentlich anzugeben.

a) Wohnt derselbe am Orte oder auswärts?

b) Besucht er zuweilen die Schule außer der Revisionszeit?

## 2) Wie heißt der Geistliche?

a) Von welcher Konfession ist er?

b) Wohnt er am Orte oder auswärts?

c) Besucht er oft die Schule?

d) Wie und in wie viel Stunden wöchentlich nimmt er am Religionsunterricht Theil?

Wenn die Schule gemischt ist, so ist der Geistliche derjenigen Konfession, welcher der Schullehrer nicht angehört, ebenfalls namhaft zu machen und über seine Theilnahme am Religionsunterrichte, in Bezug auf die Kinder seiner Konfession von ihm selbst das Nöthige zum Protokoll zu geben, da er der Prüfung beizuwohnen verpflichtet ist.

## 3) In Ansehung des Schullehrers:

a) Wie heißt derselbe und ist er zugleich Küster?

b) Von welcher Konfession ist er?

c) Wie alt ist er?

d) Wo ist er gebildet?

e) Wann ist derselbe konfirmirt und angestellt?

Hier ist das Datum der Votation und ihrer Bestätigung anzugeben, wenn in dem Besitze einer Votation ist.

f) Was bezieht er als Schullehrer und als Küster:

aa) an Gehalt,

bb) an Emolumenten?

Wenn der Schullehrer auf den Genuß des Schulgeldes gewiesen ist, muß das, nach welchem solches entrichtet wird und dessen ungefähre jährlicher Ertrag angegeben, auch bemerkt werden, wo und wie der Schullehrer für die Ausfälle des Schulgelde Deckung erhält.

cc) Hat er beides richtig erhalten?

Sollten hierbei Beschwerden vorkommen, so ist anzugeben, wie wegen der Erledigung der Schulvorstand vorgeschritten ist.

dd) Ist im vorhergehenden Jahre zu seiner Verbesserung in der Dienststellung etwas geschehen?

g) Womit füllt ders. seine Zeit außer der Schule aus?

h) Ist er Gerichtschreiber und wo, und thun seine Gerichtschreibergeschäfte der Schule Eintrag?

i) Hält er seine Wohnung und das ihm zur Benutzung überwiesene Gebäude in Ordnung, und wie benützt er die Dienstgrundstücke, besonders den Schulgarten?

## 4) In Ansehung der Schuladjuvanten.

a) Wie heißt derselbe?

b) Von welcher Konfession ist er?

c) Wie alt ist er?

d) Wo ist er gebildet?

e) Wann ist derselbe konfirmirt und angestellt?

Bei den katholischen Schulen wird angegeben, wann er von der katholischen geistlichen Behörde zur betr. Schule dekretirt worden ist.

f) Was bezieht er als Schuladjutant:

aa) an Gehalt,

bb) an Emolumenten,

cc) hat er beides richtig erhalten?

## 5) In Ansehung der Gebäude und des Inventariums.

a) Angabe der Beschaffenheit der Haupt- und Nebengebäude, besonders ob sie feuersicher, oder nicht, sind.

b) Sind die Gebäude zugleich Wohnung des Küsters?

c) Sind sie in eine Feuerversicherung eingekauft, und in welcher? auch mit welchem Betrage?

d) Sind sie überhaupt in gutem Zustande?

e) Ist im verfloßenen Jahre zur Verbesserung des Baustandes im Aeußern oder Innern etwas geschehen, und was? auch auf wessen Kosten, wobei der Betrag ders. nachrichtlich mit angegeben werden kann.

f) Ist auch hinlänglicher Raum für die Schüler in der Schulstube, und ist selbige trocken, licht und hell?

Hier ist die Größe der Schulstube und deren Flächeninhalt nach Quadratsfuß, Lage derselben nach der Himmelsgegend, und die Zahl der Fenster anzugeben.

g) Sind die Schultenstullen, Tische, Bänke, Tafeln etc. in angemessenem Zustande?

h) Sind die nöthigen Lehrapparate vorhanden?

Hier wird bemerkt, ob das Inventarium der Schule gehörig geführt wird, und wie, auch mit welchen Kosten die Lehrapparate im verfloßenen Jahre ersetzt worden sind.

i) Werden die Schulschriften gehörig gehalten?

Jeder Schullehrer ist verpflichtet:

aa) ein Buch zu führen, in welches beim Schlusse jedes Jahres alle im Laufe desselben vorgekommenen, die innere und äußere Verfassung der Schule betr. Vorgänge kurz eingetragen werden. Es bleibt der Einsicht und Fähigkeit jedes Schullehrers überlassen, in wie weit ders. in diese Schulchronik Thatfachen aus der Vergangenheit nachtragen will;

bb) alle allgemeine gesetzliche Verordnungen, welche das Schulwesen im Allg. betreffen, wie das unterm 14. Febr. 1835 erlassene Pensionsreglement, die vorliegende Verf. über die jährlichen Revisionen der Schulen und die Einreichung der Schulberichte, und andere, künftig erscheinende, der Schulanstalt zugehende Vorschriften in ein Aktenstück zu heften, und dies zu rubriziren: „Acta. Allgemeine, das Schulwesen betreffende, gesetzliche Verordnungen.“

cc) Alle an den Schulvorstand und den Schullehrer von den vorgesetzten Behörden ergehenden, die innere und äußere Verfassung der Schule betr. Verfügungen, die Korrespondenz über Bauten und Reparaturen, die aufgenommenen Schulrevisionsberichte in ein Aktenstück, welches rubrizirt sein muß: „Acta, die Begründung und Erhaltung der Schule zu N. betr.“, und

dd) in ein drittes Aktenstück unter dem Titel: „Acta, die Anstellung und das Einkommen des Schullehrers N.N. bei der Schule in N.“ —, alle, auf seine Person, Anstellung und Dotirung Bezug nehmenden Schriftstücke zu vereinigen. Ist es dem Schullehrer von Interesse, die Originalien einzelner Schriftstücke, wie z. B. die Vokation, in seinem Privatbesitz zu behalten, so müssen Abschriften hiervon zu den Akten sub dd. gebracht werden;

ee) einen von Jahr zu Jahr fortgehenden Katalog über die seine Schule besuchenden Kinder, und zwar, wenn mehrere Orte zu solcher gehören, über jeden Ort besonders, ganz im Sinne des §. 2. der V. v. 29. Juli 1832, zu halten. In diesen Katalog werden die Kinder, sowie sie in die Schule eintreten, eingetragen, und muß derselbe jedenfalls folgende Rubriken enthalten: α) Name des Kindes; — β) Altern desselben; — γ) Tag der Geburt; — δ) Tag der Aufnahme in die Schule; — ε) besuchte schon früher die Schule; — ζ) Zeit des Eintritts in den Konfirmationsunterricht; — η) Zeit der Entlassung aus der Schule; — θ) Urtheil über Verhalten, Fleiß und Schulbesuch; — ι) Bemerkungen, in welcher Rubrik besonders dann das Nöthige ausführlich einzutragen ist, wenn ein noch schulpflichtiges Kind vom Schulorte wegzieht.

Es bleibt den Schulrevisoren und Schullehrern überlassen, außer diesen noch andere hinzuzufügen, wenn sie dies zur Bethätigung der ihnen durch gebachte gesetzliche Bestimmung auferlegten Kontrolle für nothwendig erachten. diesen Katalog ist bei den Ermittlungen, welche über den ordnungsmäßigen Schulbesuch bei Untersuchungen oder andern Gelegenheiten angestellt werden müssen, jederzeit zurückzugehen, sowie alle in dieser Beziehung vom Schullehrer ausstellenden Atteste auf den Grund des Katalogs ausgefertigt werden müssen. Der

Katalog wird daher am Schlusse jeden Jahres abgeschlossen, und vom Schullehrer rechts unterschrieben. Bei der Schulrevision prüfen der Schulrevisor und die Mitglieder der Schuldeput. oder des Schulvorstandes den Abschluß, und unterschreiben denselben links.

ff) Die Absentlisten jedes Jahres nach §. 14. der B. v. 29. Juli 1832 mit den monatlichen Abschläffen derselben zu sammeln, und hierüber ebenfalls ein Aktenstück unter dem Titel: „Acta, die Absentlisten der schulpflichtigen Kinder der Schule zu N.“ anzulegen.

6) In Ansehung der Schulkasse.

a) Wer verwaltet solche?

b) Wo wird selbige verwahrt?

Wenn zinsentragende Papiere in selbiger enthalten sind, so ist zu bemerken, ob solche außer Cours gesetzt worden?

c) Welche Geschenke und Vermächtnisse sind derselben im verfloffenen Jahre zugegangen?

d) Ist die Rechnung des verfloffenen Jahres revidirt und abgenommen worden?

Dies wird durch Beilegung des Extrakts der Schulkasse gerechtfertigt. Wo die Schuleinnahmen und Ausgaben noch so einfach sind, muß doch immer die Rechnung unter folgenden Einnahme- und Ausgabetiteln geführt, und auch nach solchen der Extrakt angelegt werden; als:

#### Einnahme.

Titel I. An Zinsen von angelegten Kapitalien.

„ II. An Nutzungen von Grundstücken.

„ III. An Kollektengeldern:

a) Kirchenkollekte;

b) Sammlungen bei Hochzeiten und Taufen;

c) aus der Schulbüchse;

d) an Strafgeldern.

„ IV. An Geschenken und Vermächtnissen.

„ V. Insgemein.

#### Ausgabe.

Titel I. Dem Schullehrer.

„ II. Für erkaufte Lebensmittel.

„ III. Zu Anlegung von Kapitalien.

„ IV. Insgemein.

Wo die Rechnung sich über mehrere Einnahme- und Ausgabezweige verbreiten muß, verbleibt es bei der zeitherigen Einrichtung der Rechnungslegung. Nirgends dürfen die Einkünfte der Schulkasse der Ortsarmenkasse überwiesen, und bei solcher verwaltet werden.

### III.

Das vorstehende, bei der Schulrevision aufgenommene und bei ders. zu veröffentlichen, von der Schuldeput. oder dem Schulvorstande, den Ortsgerichten und andern Theilnehmern zu unterschreibende Revisionsprotokoll ist über jede Schule einzeln mit einem, von dem Schulrevisor abzufassenden, freien Berichte zu versehen, in welchem sich ders. über den Zustand der betr. Schule und über die Qualifikation des Lehrers, unter Berücksichtigung dessen Lehrgeschicklichkeit, Fleiß, sittliche Führung, Beschäftigung außer der Schulzeit und Qualifikation als Organist und Schullehrer, zu äußern und die zum Bessern führenden Vorschläge zu machen hat.

### IV.

Den nach dieser Vorschrift und in dieser Weise über jede einzelne Schule gefertigten Bericht hat der Schulrevisor dann mit dem Schulrevisionsprotokolle dem betr. Superintendenten oder Kreis-Schulinspektor in duplo längstens bis Ende Mai einzureichen. Der Superint. oder Kreis-Schulinsp. sammelt solche, stellt die in selbigen enthaltenen Resultate in eine allgemeine Uebersicht zusammen, in welcher auf dem Titelblatte über folgende Gegenstände kurze historische Auskunft giebt:

1) der Superintendentur- oder Schulinspektions-Bezirk umfaßt: — selbstständige Schulen, — von andern abhängige Schulen.

2) Bei diesen Schulen sind angestellt: — wirkliche Lehrer, — Hülfslehrer.

3) Die Schule besuchen: — katholische, — evangelische Schulkinder.



4) Beim Schullehrer-Leseverein werden folgende Bücher oder Zeitschriften gehalten:

5) In den Schulen eingeführte Schulbücher sind:

6) Schullehrer-Konferenzen werden gehalten:

In der Uebersicht selbst recapitulirt er tabellarisch unter laufenden Nummern:

- 1) die Namen der Schulörter,
- 2) die Namen der mit derselben verbundenen Gemeinden,
- 3) den Namen des Schulrevisors,
- 4) die Namen der Lehrer und Adjuvanten,
- 5) deren Lebensalter,
- 6) deren Dienstalter,
- 7) auf welche Weise die Befähigung nachgewiesen worden ist,
- 8) das Verhalten, und zwar:
  - a) Lehrgeschicklichkeit,
  - b) Fleiß,
  - c) sittliche Führung,
  - d) Beschäftigung außer der Schulzeit,
  - e) ob sie einem Organisten Dienste vorstehen können,
  - f) ob sie besser für Land- oder Stadtschulen passen,
- 9) Dienst Einkommen.

Wenn der Schullehrer auf das reglementmäßige Minimum gesetzt ist, so ist solches kurz zu bemerken. Ist sein Einkommen auf den Genuß des Schulgeldes gegründet, so wird bemerkt: „Bezieht Schulgeld“ und ist dann das ganze Dienst-Einkommen in einer runden Summe kurz anzugeben.

10) Zahl der Schulkinder, und zwar:

- a) evangelische,
- b) katholische,
- c) überhaupt.

11) Beschaffenheit des Schulhauses:

- a) feuerficher oder nicht feuerficher?
- b) mit hinlänglich großen, oder in Beziehung auf Räumlichkeit mangelhaften Schulstuben?
- c) wie sonst im Baustande?

12) Schulvermögen:

- a) laufende Einnahme,
- b) laufende Ausgabe.

Es versteht sich von selbst, daß die Originalprotokolle sammt den Berichten der Revisoren, der Uebersicht, wenn sie der Reg. eingesandt wird, was spätestens bis zum 10. Juni erfolgen muß, beizulegen sind. In dem Begleitungsberichte steht es dem Superintend. oder Kreis-Schulinsp. frei, gutachtliche Bemerkungen über die Fort- oder Rückschritte, die das Schulwesen in seinem Sprengel gemacht hat, oder über den minder oder mehr sich hebenden Zustand seiner Schule, abzugeben. Er wird hierbei Gelegenheit haben, sich über verwandte Gegenstände zu verbreiten, wie über die pädagogische Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit der Geistlichen, über die Sorgfalt, die einzelne ihren Schulen widmen, über den Sinn, der unter den Lehrern herrscht, welche sich unter ihnen am meisten auszeichnen, oder über welche nichts Vortheilhaftes berichtet werden kann, welchen Erfolg die Schullehrervereine zeigen, welche Dominien und Gemeinden sich besonders für das Schulwesen interessieren, und welche Anträge und Vorschläge im Allg. in dieser Beziehung zu machen sind.

#### V.

Von den bisher bezeichneten Schulberichten unterscheiden sich die, welche die Superintendenden bei Gelegenheit der vorschriftsmäßigen Kirchen- und Schulvisitationen nach Vorschrift der Kirchen- und Schulvisitations-Ordn. v. 1. Dec. 1826 §. 20. ff. zu erstatten haben. Da sich bei dieser Veranlassung die Schulgemeinschaft einer ganzen Pfarodie in ihrem Verhältnisse zur Kirchengemeinschaft als ein verbundenes Ganzes darstellt, so wird der Berichterstatter hinreichenden Anlaß finden, außer jenen Gegenständen auch noch über die Sorgfalt, welche die Gemeinden den Schulen widmet, und über den Einfluß, den diese auf die Sittlichkeit im Orte zeigen, über das gemeinschaftliche Wirken des Geistlichen und der Lehrer, über die Verbindung zwischen Kirche und Schule, und zwischen dieser und dem Leben, und über die Vorzüge und Mängel der Schulen sich zu äußern. Von dem

Allen wird um so mehr eine richtige Darstellung gegeben werden können, als das Geschäft der Visitationen doch immer nur nach einem Zwischenraum von mehreren Jahren wiederkehrt, und dadurch eine lehrreiche Vergleichung zwischen dem frühern und dem gegenwärtigen Zustande möglich gemacht wird. Die äußere Form dieser Berichte überläßt die Reg. zwar den Sup., doch müssen sich solche jedenfalls über folgende Gegenstände verbreiten:

- a) über den Ausfall der Prüfung in jedem einzelnen Lehrgegenstande in jeder Klasse, und zwar besonders in der Bibellunde und christlichen Lehre,
- b) über die ganze Einrichtung der Schulen nach Klassen, Unterabtheilungen und deren gleichzeitigen Beschäftigung, Lehr- und Lesebücher u.,
- c) über den äußeren Zustand des Schulsystems,
- d) über den Besitz- und Vermögenszustand der Schule,
- e) über das Schullokal selbst,
- f) über den Schulbesuch,
- g) über die Lehrapparate,
- h) über den Lehrer selbst, seine Stellung zu der Gemeinde und der Gemeinde zu ihm, seine Wünsche oder Beschwerden.

Da die Kirchenvisitationsberichte der katholischen Erzpriester an die geistliche Behörde gehen, und bei diesen Visitationen die Schulangelegenheiten nur bezüglich der Prüfung im Religionsunterrichte der Schulkinder mit in Betracht kommen, für die Leitung und Förderung des gesammten Schulwesens der Katholiken aber die Kreis-Schul-Inspektoren der Reg. hauptsächlich verantwortlich sind, so werden durch die vorliegende Einrichtung die Kreis-Schul-Insp. keineswegs von der ihnen obliegenden Verpflichtung, wenigstens einmal im Jahre die Schulen ihrer Inspektion persönlich zu besuchen, entbunden. Sie werden aber in Folge dieser Einrichtung in der Regel nicht weiter gehalten sein, in der Schule wieder eine Revisionsverhandlung aufzunehmen, sondern, besondere Fälle abgerechnet, nur nothwendig haben, mit dem bereits aufgenommenen Protokolle des Revisors in der Hand, nachzusehen und sich die Ueberzeugung zu verschaffen, ob und daß sich Alles so verhalte, wie es in dems. aufgeführt ist, auch durch ihre persönliche Anwesenheit in Verbesserungen oder Behebungen von Uebelständen einzuschreiten, wie dieses von den Superintenden ten gewünscht wird. Abweichungen des Protokolls und des Berichts des Revisors von ihrer eigenen Wahrnehmung haben sie in der oben angeordneten Uebersicht bei der betr. Schule unter der Rubrik „Bemerkungen“ gesondert zu vermerken, oder im anderen Falle im Ueberreichungsberichte anzuführen, daß sich keine dergl. Abweichungen finden. Können von den Superintenden ten oder Kreis-Schul-Insp. wahrgenommene Mängel an Ort und Stelle verbessert werden und in dieser Beziehung irgend welche zweckmäßige Einrichtungen getroffen werden, so steht ihnen dies unter Mitwirkung und Zuziehung der dabei interessirten Behörden zu thun frei, und wird die Reg. von jeder Anzeige solcher durchgeführten Verbesserungen in den zu erstattenden Visitations-Schulberichten gern Kenntniß nehmen.

#### VI.

Diese Bestimmungen gelten in ihrem ganzen Umfange auch für die Schulberichte, welche über die Mittel- oder Stadtschulen von den städtischen Schuldep. zu erstatten, und entweder durch die Kreis-Sup. oder die Kreis-Schulinsp. an die Reg. einzureichen sind. In denj. Städten, wo eine oder jede der Konfessionen mehrere, von verschiedenen Revisoren beaufsichtigte Schulen hat, ist auch über jede derselben ein besonderes Prüfungsprotokoll aufzunehmen und mit dem Spezialberichte an die Schuldep. zu übergeben, Namens deren der Magistrat diese Protokolle und Berichte, von einem Hauptberichte begleitet, an den Superint. oder Kreis-Schulinsp. gelangen läßt. Für die Stadt Breslau behält es bei dem dormalen bestehenden Verfahren der Einreichung dieser Berichte vor jetzt noch sein Bewenden, dagegen sind alle übrigen Bestimmungen dieser V. auf die dortigen städtischen Elementarschulen ohne einige Ausnahmen in Anwendung zu bringen.

#### VII.

Da die Kreislandrätthe das Schulwesen und dessen Beförderung zu einem besonderen Gegenstande ihrer Aufmerksamkeit zu machen verpflichtet sind, und selbst in dieser Beziehung auch überall mit Ernst und Nachdruck auf die Gemeinden einzuwirken, und die Sup., Kreis-Schulinsp., Geistlichen, Lehrer, Schuldep. und Schulvorstände in ihrem Verufe kräftig unterstützen, überdies von ihnen in der neuen

zur Abstellung der Schulversäumnisse ernstlich eingeschritten wird, so sind die Schulp. und Schulvorstände verpflichtet, den Kreis-Landräthen Abschriften der Schulrevisionsprotokolle gleich nach abgehaltener Revision einzureichen, welche Abschriften anzufertigen der Schullehrer verpflichtet ist, gleich den sonst noch erforderlichen Duplikaten dieser Protokolle. Nach der Kenntniß des Inhalts derselben werden die Kreis-Landräthe Veranlassung nehmen, über diej. Gegenstände, welche eine zeitliche Einschreitung nothwendig machen, das Weitere ohne Veranlassung der Kreis-Landräthe zu verfügen. In der Stadt Breslau erfolgt die Mittheilung des Duplikats der Schulrevisionsprotokolle an das Polizeipräsidium.

Schließlich wird noch bemerkt, daß durch den umfassenden Inhalt der Schulberichte von nun an die jährlichen Berichte über äußere und innere Verbesserungen des Schulwesens und alle übrigen General-Berichte, welche über die vorstehend bezeichneten Gegenstände erstattet werden mußten, überflüssig werden, so wie auch in Zukunft noch auf einige Zeit am Jahreschlusse einzureichenden Konduitenlisten die Rubriken über Fleiß und sittliche Führung der Lehrer beibehalten werden sollen.

(Amtsbl. S. 55. — Fürstenthal, Bd. 4. S. 267 ff. — G. Simon, Recht und Unterrichtsverfassung v. Schlessen. Bresl. 1848. S. 86.)

#### 4) Anlegung von Schulakten in den Pfarrarchiven.

Schon

a) das G. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Altenstein) v. 10. Juni 1826 (N. X. S. 352)

bestimmte ein, daß jeder Geistliche den wesentlichen Inhalt der ihm mitgetheilten Verf. in einer „Pfarr-Registrande“ sammeln solle. Dazu

b) die Anweisung der Reg. zu Posen v. 18. Sept. 1826 (N. X. S. 744),

nach der die Pfarr-Registrande eine Hauptabtheilung für das Schulwesen bilden sollte. Neuerdings verpflichtet

c) das G. R. der Reg. zu Köslin v. 1. März 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 116) <sup>1)</sup>

den Pfarrer, ein ordentliches Pfarrarchiv über Kirchen-, Pfarr- u. Schulwesen zu halten. Insbesondere sollen Generalschulakten da sein, die allg. B. über das Schulwesen im Innern und Außern, und Schulakten über die Anstellung des Lehrers, Dotation, Genußzettel, Konduitenlisten, Schulverfassung u. s. w. Statt der Registrande wird, da diese selbst in die Akten kommen, die Führung eines Amts-Journals empfohlen.

#### 5) Praktische Ausbildung der Kandidaten des Predigtamts im Fache Pädagogik.

Die den Geistlichen zugetheilte Schulaufsicht, sowie der ihnen obliegende Lehramtsunterricht haben eine solche nothwendig gemacht. Es bestimmen darüber:

a) das G. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Altenstein) v. 24. Okt. 1827 an sämmtl. R. Kons. u. Prov. Schulkoll. (N. XI. S. 931 — 960),

des die Vorschrift der Instr. v. 12. Febr. 1799 über die theologischen Prüfungen einschärft: daß das Examen pro ministerio sich auch über pädagogische Regeln und Vortheile zu verbreiten habe, insoweit sie in den angemessenen Unterricht der Jugend, in die Anleitung dazu und in die Pflicht darüber einschlagen;

b) das G. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Ladenberg) v. 24. Juni 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 226),

des eine Gen. Verf. des Kons. der Prov. Brandenburg v. 2. April 1840, so wie eine Bef. dess. v. 4. Febr. 1828 mittheilt, wodurch den

<sup>1)</sup> Vollständig abgedruckt im Kirchenwesen.

theologischen Kandidaten zu ihrer pädagogischen Ausbildung der Besuch von Schullehrerseminarien, eignes Unterrichten in den Schulen, und Theilnahme an den Lehrerkonferenzen anempfohlen wird;

c) das G. R. des Min. der G. U. u. W. Aug. (Giechorn) v. 30. Jan. 1842 an sammtl. K. Konf. und Prov. Schulkoll. (Min. Bl. d. L. B. 1844. S. 64),

welches, unter dem Anerkennniß, daß seit der vollkommeneren Vorbildung der Volksschullehrer durch Seminarien, die Predigtamts-Kandidaten in der Fertigkeit methodischer Entwicklung der Begriffe und gemeinschaftlicher Erklärungen und Vorträge oft in einem hohen Grade hinter den Schullehrern zurückstehen, von den erstern den Nachweis hinlänglicher Geschäftlichkeit in der Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichts und genaue Bekanntschaft mit dem Elementarschulwesen verlangt, namentlich mit den Methoden der Hauslehre, des Lesens, des Rechnenunterrichts, der deutschen Sprachlehre und des Gesangsunterrichts. Das Examen pro ministerio soll vorzüglich hierauf gerichtet werden, und jeder Kandidat des Predigtamts zu seiner Ausbildung

nach Vollendung seiner Universitätsstudien und vor seinem 2. Examen in einem Schullehrerseminar der Prov., welcher er angehört, — in außerordentlichen Fällen auch bei einem anderen inländischen Seminar, — 6 bis 8 Wochen lang dem Unterrichte und den Übungen der Seminaristen beizuwohnen, und darüber ein verschlossenes Zeugniß des Seminar-Direktors dem betr. Konf. einreichen, aus welchem die Meldung zum zweiten Examen nicht angenommen wird. Das Seminar übernimmt zunächst nur die Verpflichtung, den Kandidaten auf sein dem Vorher einzuführendes Besuch zu den Übungs- und Unterrichtsstunden als Besucher zuzulassen. Man darf jedoch mit Grund erwarten, daß die Dir. dieser Anstalten ihm im Interesse des wichtigen und für das Elementarschulwesen selbst so forderlichen Zwecks alle mögliche Aufmerksamkeit und Hülfsleistung angedeihen lassen werden. Was das von dem Dir. auszuführende Zeugniß betrifft, so genügt es, wenn die regelmäßige und aufmerksame Theilnahme des Kand. darin nachweislich bescheinigt ist; es steht jedoch dem Dir. frei, sein Urtheil über den Erfolg hinzuzufügen, wenn er durch besondere Beschäftigung mit dem Kand. Gelegenheit gehabt hat, sich darüber ein Urtheil zu bilden. — Die Zahl der gleichzeitig im Seminar anwesenden Kand. der Theologie dürfte jedenfalls nicht zu groß sein, vielmehr auf 4 bis 5 sich zu beschränken haben, und deshalb dürfte von den Sem.-Dir. nach einer ihnen deshalb von den Prov.-Schulkoll. im Einvernehmen mit den Konf. zu ertheilenden besonderen Instr., die Zeit zu bestimmen sein, wenn die angemessenen Kand. sich einfinden könnten.“

In disziplinärer Beziehung stehen die Kandid. während ihres Aufenthalts im Sem. unter dem Superint. der Diocese, in welcher das Sem. sich befindet. Sie haben sich beim Eintritt bei dems. zu melden, und dems. sendet dem Konf. ebenfalls ein Zeugniß über ihr Betragen und ihren Fleiß ein.

d) Das G. R. desselben Min. v. 19. März 1843 an das Dir. des Landpredigerseminars zu Wittenberg, und an sammtl. Konf. (Min. Bl. d. L. B. 1843. S. 75),

welches die mit gutem Zeugnisse entlassenen Zöglinge des ged. Predigerseminars von dem Besuche eines Schullehrerseminars entbindet.

Vollständiger Abdruck der voraufgeführten A. findet sich im „Kirchenwesen“.

6) Einwirkung der Militär-Geistlichen auf den Elementar-Unterricht der Soldatenkinder. \*) Hierüber bestimmt

1) Bergl. G. R. v. 31. Aug. 1799 (s. oben in Th. I. S. 89 ff.) — Ueber die Thätigkeit der Mil. Geistlichen bei den Divisionschulen s. die folgende Abtheilung. Vollständig abgedruckt ist die Mil.-Kirchen-O. im Kirchenwesen.

a) die Mil. Kirchen-D. v. 12. Febr. 1832 (G. S. 1832. S. 69).

Pflichten der Militairprediger in Bezug auf den Elementar-Unterricht für die Kinder der Unteroffiziere und Soldaten. <sup>1)</sup>

§. 86. In jeder Garnison soll für den Elementar-Unterricht der daselbst vorhandenen schulfähigen Kinder der aktiven Unteroffiziere und Soldaten und der ihnen im gleichen Range stehenden niedern Militairbeamten in der Art gesorgt werden, daß, wo nicht besondere Garnisonsschulen existiren, oder selbige nicht ausreichen, eine, oder den Umständen nach, mehrere Civil-Elementarschulen zur Aufnahme dieser Kinder, gegen Bezahlung eines Schulgeldes, bestimmt werden, wobei auch denj. der gedachten Eltern, welche nach den gesetzlich bestimmten Grundsätzen, auf freien Schulunterricht für ihre Kinder keinen Anspruch haben, die Wahl dazu zu benutzenden Schule unbenommen bleibt.

§. 87. Daß der vorstehenden Bestimmung in jeder Garnison und bei jedem Antheile vollständig genügt, also nicht allein den Eltern der erwähnten Klasse Gelegenheit zum Schulunterrichte für ihre schulfähigen Kinder gegeben, sondern dieselbe auch gehörig von ihnen benutzt werde, dafür sind der Befehlshaber der Garnison und der mit der Seelsorge für sie beauftragte Militairprediger oder bürgerliche verantwortlich.

In denj. Garnisonen, wo zu dem gedachten Behufe die Benutzung einer oder mehrerer Civilschulen erforderlich ist, hat der Befehlshaber darüber an das General-Commando zu berichten, damit dieses bei der betr. Reg. die Bestimmung und Anweisung der Schulen veranlasse.

Außer dem Schulgelde darf übrigens zur Unterhaltung dieser Civilschulen weder ihrer Lehrer, für diese Kinder, weder von deren Eltern, noch vom Militair, mit Ausnahme des Falles, wo zum Behufe der Witaufnahme der Militairkinder, eine Erweiterung des Schullokals unumgänglich nothwendig sein sollte, ein Beitrag verlangt werden.

§. 88. Die unmittelbare Aufsicht auf den Schulbesuch der Militairkinder ruht, ohne Unterschied, ob für sie eine Militair- oder Civilschule benutzt wird, auf den Staatskassen, oder ihre Eltern, die Kosten des Unterrichts tragen, dem Militairprediger oder dem als solcher fungirenden Civilgeistlichen ob, zu dessen Gemeinde sie gehören. Zu dem Ende ist ihm alle halbe Jahre von den Kommandanten der einzelnen Truppen-Abth. seiner Gemeinde, eine Liste der bei dens. bestehenden schulfähigen Kinder zu übergeben, nach welcher der Prediger diese der Schule überweist. Seine Pflicht ist es, sich die Ueberzeugung zu verschaffen, ob diese Schule regelmäßig besuchen und in ders. zweckmäßig beschäftigt werden. Kinder, welche sich in dem Schulbesuche säumig finden lassen, hat er dem Kommandeur anzuzeigen, damit dieser sie durch ihre Eltern zum fleißigeren Besuche anhalte. <sup>2)</sup>

§. 89. Wo eigene Garnisonsschulen sich finden, stehen diese, insofern nicht sie besondere Kuratorien stiftungsmäßig bestehen, unter der unmittelbaren Leitung des Garnisonpredigers, oder des nach §. 40. die Funktion eines solchen ausübenden Geistlichen, und unter Oberaufsicht des am Orte kommandirenden Militair-Befehlshabers. Ersterer ist für deren zweckmäßige Einrichtung speziell verantwortlich und verpflichtet, den ihm untergeordneten Lehrern ders. <sup>3)</sup>, nicht allein durch Anweisungen, sondern auch praktisch, zur Anwendung einer guten Lehrmethode beizustehen, so wie auch das Materielle des Unterrichts, der sich jedoch nicht über die Elementarkenntnisse hinaus erstrecken darf, zu bestimmen, und über die Aufrechterhaltung der Schuldisziplin zu wachen.

In Bezug auf die Ausübung dieser Amtspflicht ist er von den ihm vorgesetz-

1) Ueber den Konfirmandenunterricht s. §§. 69., 104. Er ist vom Mil.-Geistlichen den Kindern vom 13. Jahre ab wöchentlich 2mal und unentgeltlich zu erteilen.

2) Wiederholt in Nr. 3. der G. Verf. des Konf. zu Königsberg v. 27. Juni für die Civil-Geistlichen in denj. Garnisonstädten, wo ihnen in Ermangelung Militairgeistl. die Seelsorge für die Garnison übertragen ist. (Ann. XVI. 2).

3) Der Garnisonsschullehrer gehört nach §. 34. Nr. 7. zur Militairgemeinde. Schulwesen. II.



ten geistlichen Behörden, also respektive dem Oberprediger und dem Konf. besonders zu kontrolliren.

Der Prov. Schulrath hat auf seinen Reisen auch die Garnisonsschule revidiren, und etwanige Erinnerungen und Bemerkungen über den Zustand und den Unterricht, durch das Konf. bei dem betr. Generalkommando zur Sp. zu bringen, welches nach Befinden der Umstände jene Bemerkungen sogleich erlebigt, oder darüber an das Kriegsmin. berichtet. Zu den Prov. Reg. dagegen diese Garnisonsschulen in keiner Beziehung.

§. 90. Die Besetzung der Garnison-Schullehrerstellen geschieht vom Min., auf gemeinschaftlichen Vorschlag des Befehlshabers und des Prediger betr. Garnison, die ihren desfalligen Antrag an das Generalkommando der Garnison einzureichen haben, welches dens. nach vorheriger Kommunikation mit dem Min. wenn dieses seinerseits gegen die getroffene Wahl nichts zu erinnern findet, Kriegsmin. zur Genehmigung vorlegt.

Die, zunächst dem Garnisonprediger zustehende, Wahl hat ders. auf Individuen zu beschränken, welche in den Schulseminarien einen vollständigen Kursus gemacht haben, und für anstellungsfähig erklärt worden sind.

Findet der Garnisonbefehlshaber sich durch besondere Gründe veranlaßt, vom Prediger getroffenen Wahl seine Zustimmung zu versagen, so haben beide sich beziehungsweise an das Generalkommando und durch den Oberprediger an Konf. darüber zu berichten.

§. 91. Daß der Militairprediger auf die für den Unterricht der Militärkinder bestimmten Civilschulen nicht unmittelbar einwirken kann, versteht sich selbst; er ist jedoch berechtigt und verpflichtet, sie, in Bezug auf die Theilnahme dieser Kinder, von Zeit zu Zeit zu besuchen und auf deren Fortschritte und liches Verhalten zu achten. Findet er, daß sie in dens. nicht angemessen beschaffen werden, so hat er seine desfalligen Bemerkungen durch den Ober-Prediger Konf. vorzutragen, von welchem sie der betr. Reg. zur weitem Veranlassung theilen sind.

§. 92. Welche Anordnungen in Hinsicht des Schulunterrichts für die Militärkinder in den einzelnen Garnisonen getroffen sind, ist einerseits von den Befehlshabern ders. an das Generalkommando, andererseits von den Militair-Predigern und den mit der Seelsorge für das Militair beauftragten evangelischen und katholischen Civilgeistlichen, durch den Oberprediger des Armeekorps dem Konf. zu zeigen, und beide Prov. Behörden, das Generalkommando und das Konf. ders. haben, sobald diese Angelegenheit in sämtlichen Garnisonorten ders. regul. zu sein ist, eine vollständige Uebersicht von jenen Anordnungen beziehungsweise an das Kriegsmin. und an das Min. der geistl. u. Unt. Ang. einzusenden, und etwa darin eintretenden Abänderungen zu ihrer Zeit anzuzeigen. Eben so ist die nach §. 26. von den Militairpredigern jährlich einzusendenden Berichte ihre Amtsführung sich auch besonders über diesen Theil mit erstrecken.

§. 93. Auf die in einigen Garnisonorten, in Folge besonderer Stiftungen fundirten Militair-Elementarschulen, finden die in den vorstehenden §§. enthaltenen Bestimmungen gleichfalls Anwendung, in sofern deren Verhältnisse nicht durch besondere landesherrliche B. festgesetzt sind, welche bis auf Weiteres in Kraft bleiben.

b) Hierzu ist eine Instr. v. 27. Sept. 1834 ergangen, welche einem G. R. des Min. der G. u. M. Ang. v. 17. Dec. 1835 (A. M. S. 1013), so wie im §. 71. der Preuß. Schulordn. v. 11. Dec. 1834 (s. oben in Th. I. S. 114) erwähnt wird, sich aber nicht veröffentlichen vorfindet.

## Zweites Kapitel.

### Kreis-Aufsichtsbehörden.

Jeder Superintendentur- oder katholischer Dekanatsbezirk bildet je

einen Schulkreis unter Aufsicht des Schulinspektors. Neben diesem die Seminar-Direktoren für größere Theile des Reg.-Bez. oder der, so wie die Landräthe für ihre Kreise mitzuwirken.

### I. Die Schulinspektoren.<sup>1)</sup>

Von jeher hatten nach der oben S. 51 ff. im zweiten Abschn. des allg. gegebenen Darstellung die geistlichen Inspektoren oder Superintenden ten Schulaufsicht auszuüben. Diese Obliegenheit derselben und der kathol. letzter wurde wiederholt und genauer regulirt durch §. 26. des Allg. Schulregl. v. 12. Aug. 1763 (s. o. in Th. I. S. 64 ff.), §. 52. ff. des l. Schulregl. für Schlessen v. 3. Nov. 1765 (s. eben das. S. 131 ff.), §. 52. ff. des gleichen Regl. v. 18. Mai 1801 (ebendas. S. 149 ff.). man deutlicher erkannte, daß die Schule dem Staate angehöre, wurde dieses Inspektorat als ein besonderes, nicht nothwendig mit der Superintendentur oder dem Dekanat verbundenes Amt hingestellt. So im §. 1. des angef. Regl. v. 18. Mai 1801. Später suchte man jedoch die gleiche Anwendung dieses Grundsatzes wieder zu beschränken, und die Regel ist die, daß der Superintendent oder Dekan (Erzpriester) zugleich der Schulinspektor über seinen Kirchensprengel ist.

1) Diese Vereinigung der Schul-Inspektionen mit den Superintendenturen<sup>2)</sup> ist ausgesprochen:

a) durch das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) 22. April 1823 an sämmtl. R. Reg.

Es ist bisher, wiewohl immer nur als Ausnahme von der Regel nachgelassen worden, daß die Schul-Inspektion von den übrigen Geschäften der Superintendatur getrennt werden, daß die damit beauftragten Geistlichen sich ausschließlich der Schulangelegenheiten in ein unmittelbares Verhältniß zu der vorgesetzten Behörde sind gebracht worden. Diese Verwilligung ist in einigen Fällen nach Alter oder Schwächlichkeit der Superint., in anderen jedoch dadurch aufgehoben worden, daß nicht immer die Superint. mit Richtung, Methode und Kenntnissen des Volksschulwesens der neuesten Zeit hinlänglich bekannt waren.

Der jetzt erwähnte Grund kann ins künftige wohl nicht mehr oft statt finden, da von den meisten der jetzigen Superint., denen die Schul-Inspektion beauftragt ist, vorausgesetzt werden darf, daß sie auch diesem Theile ihrer Berufspflicht nachzukommen vorzustehen im Stande sind, theils bei den in der Folge einzusetzenden darauf Rücksicht genommen werden soll, daß sie auch das Schulwesen des Sprengels zu beaufsichtigen und zu leiten befähigt sind.

Es wird daher von nun an eine solche Trennung der wesentlich zusammengehörigen Aufsicht auf Kirche und Schule nur dann zulässig sein, wenn Alter oder Schwächlichkeit des Superint. eine Erleichterung seiner Geschäfte nöthig machen. In diesem Falle aber ist kein Grund vorhanden, daß ihm nicht noch diej. Einwirkung auf das Schulwesen, deren er fähig ist, gelassen und er nicht wenigstens in Kenntniß von dem, was darin geschieht, erhalten werde.

Es wird daher hierdurch festgesetzt: daß ins künftige, wenn ein Superint.

1) §. 42. B. v. 30. April 1815 (s. o. in Th. I. S. 255—256.) bezeichnet sie Organe des Konf. (Prov. Schulkoll.). sie sind aber zugleich Organe der Reg., §. 37. der aus l. c. angef. Preuß. Schulordn. v. 11. Dec. 1845, u. §. 1. 4. der B. v. 27. Juni 1845 (s. oben in Th. I. S. 260 ff.).

2) Ueber das Verhältniß der Superint. zu den städt. Schuldeput. s. o. S. 340 ff. im Kap. II. 5. — Die nach Art. 15. der Staatsverfassung der Kirche verliehene unabhängige Stellung scheint, was die kathol. Dekane anlangt, die Ausnahme von der Vereinigung ihres Amtes mit der Schulinspektion häufiger zu machen. weltliche Placet für ihre Ernennungen hat aufgehört, und es wird berichtet, der Oberpräf. von Posen schon zweimal in der Lage war, vom Bischofe erbetenen Dekanen die Uebertragung der Schulinspektion zu versagen. (Nat. Zeit. Nr. 582.)

auf seinen Wunsch wegen hinlänglich befundener Gründe von den eigentlichen Geschäften der Schul-Inspektion dispensirt wird, der aber die alsdann zu bestellenden Schul-Inspektoren nur als seine Vikarien betrachtet werden und verpflichtet sein sollen, ihn in fortwährender Kenntniß der Schul-Angelegenheiten zu erhalten, seines Rathes sich möglichst zu bedienen und ihre Berichte an die vorgesetzten Behörden eben so durch ihn befördern zu lassen, als ihnen wiederum durch denselben die höheren Verf. zukommen sollen. Hierdurch soll jedoch nicht verhindert werden, daß in Diöcesen von großem Umfange oder wo solches durch andere Umstände rathsam wird, einzelne mit dem Schulwesen vorzüglich vertraute und dafür tüchtige Geistliche als besondere Schulpfleger für gewisse Theile des Sprengels bestellt werden dürfen, nur soll dies jedesmal, unbeschadet der Wirksamkeit des Superint. und in einer Art bewerkstelligt werden, wodurch demselben keinesweges ein Theil des Einflusses entzogen, sondern vielmehr die Uebersicht und obere Leitung des ganzen erleichtert wird.

Auch soll die gegenwärtige Verf. in dem Verhältnisse der bis jetzt schon genannten und bestätigten Schul-Inspektoren bis dahin, daß die Diöcesen, in welchen sie die Schulaufsicht führen, einen neuen Superint. erhalten haben wird, Veränderung hervorbringen, sondern nur für die von jetzt anzustellenden gütig (A. VII. S. 292.)

b) §. 38. Nr. 8. der Rhein. Westph. Kirchen-Ord. v. 5. März 1818 (s. oben in Th. I. [allgem. Theil], S. 201 ff.).

c) §§. 34., 35., 37. der Preuß. Schulordn. v. 11. Dec. 1817 (s. ebendas. S. 109).

## 2. Schulvisitationen.

Zur Beaufsichtigung ihrer Schulkreise haben die Superint. und Kons. dieselben zu bereisen, und persönlich Kirchen- und Schulvisitationen zu veranstalten. Außer den oben allegirten älteren Verordnungen bestimmen hiesige in Betreff der evang. Schulen:

a) die durch A. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 9. Febr. 1818 erlassene, und vom Kons. der Prov. Brandenburg durch A. v. 16. Dec. 1830 veröffentlichte Kirchen- und Schul-Visitations-Ordnung. (S. 79).<sup>1)</sup>

Nach derselben soll der Superint. jedes Jahr den dritten Theil des Sprengels visitiren, so daß er in einem dreijährigen Turnus durch den ganzen Sprengel hindurchkommt. Bei jeder Visitation läßt er nach dem Gottesdienste den Ortspfarrer eine catechetische Unterredung mit der Jugend anstellen, und prüft die in den letzten drei Jahren Konfirmanden selbst (§. 5. a.). Eben so veranstaltet er im Verlaufe der Visitation (§. 5. c.):

„eine Schulprüfung, und verfährt dabei nach den bestehenden Vorschriften. Hierbei ist besonders die Beschaffenheit der Kenntnisse und der Methode des Lehrers, und ob derselbe sich in dieser Beziehung vernachlässigt oder vervollkommen hat, nebst den Fortschritten der Kinder zu untersuchen. Demnächst ist der Schulstand über das Schulwesen insbes. zu vernehmen, wobei zu erforschen ist, ob wie sich der Pfarrer der Schule und des Schulwesens annimmt, ob er auch Schulen in den Filialen und in den eingepfarrten Dörfern besucht, welche Schulbücher gebraucht werden, ob eine Schulbibliothek und Schulkasse vorhanden ist, und wie es mit dem Religionsunterrichte der Kinder und deren Vorbereitung zur Konfirmation, namentlich auch bei den Schwester- und Tochtergemeinden gehalten werde. Sollten in dem Geschäftskreise der Superint. besondere Schulinspektoren angesezt sein, so haben die Superint. sich zwar aller Mängel der etwa vorgefundenen Mängel, sowie aller Abänderungen oder Anordnungen an Ort und Stelle enthalten, dagegen aber ihre Bemerkungen und Anträge auf Verbesserungen in den Begleitungsberichten unumwunden vorzutragen.“

1) Vollständig abgedruckt im Kirchenwesen.

Auch in Ansehung der Schule hat ferner der Superint. die anwesende Versammlung zur Äußerung ihrer Anträge und Wünsche aufzufordern, die Schulrechnungen durchzugehen, die Schulgebäude zu untersuchen, namentlich ob der Vießbraucher sie gut und reinlich halte und nur zu dem bestimmungsmäßigen Zwecke brauche, und endlich sich zu erkundigen, ob die Schulbeamten das zugesicherte Einkommen unverkürzt beziehen. Ueber seine Prüfung der Interna und Externa des Schulwesens hat er ein besonderes Protokoll aufzunehmen, und von den Interessenten vollzogen, unter Zurückhaltung einer Abschrift zu den Ephoralakten, mit den übrigen die Kirche betr. Visitations-Protokollen binnen 4 Wochen mittels Begleitungsberichts dem General-Superint. zu überreichen. <sup>1)</sup>

b) Die Instr. für die General-Superint. v. 14. Mai 1829, §. 13. (A. u. N. I. [allg. Theil], S. 277), und dazu Nr. 6—8. der Vel. der Reg. zu Köln v. 6. Juli 1836, betr. die Geschäfte des evang. Gen. Superint. und dessen Stellvertreters in der Rheinprov. und Westphalen. (A. u. N. S. 609).

c) Der Erl. der Reg. zu Posen v. 15. Juni 1853 an sämmtl. Superint. betr. die Haltung der Schulrevisionen in kirchlichem Charakter.

Nach einer Mittheilung des R. Konf. der Prov. hat ein Superint. des Bromberg. von ihm in der Eigenschaft als Kreis-Schul-Inspektor vorgenommene Schulrevisionen einen kirchlichen Charakter dadurch gegeben, daß darauf hingewirkt worden ist, zur Theilnahme daran auch Gemeindeglieder beiderlei Geschlechts heranzuziehen, wobei dann nach Gesang und Gebet eine Ansprache an die Versammlung gehalten und bei der Prüfung der Religions-Unterricht vorzugeweise berücksichtigt worden ist.

Wenn wir diese von dem Konf. gebilligte Einrichtung ebenfalls ganz zweckmäßig finden, beantragen wir die G. Superint., darauf hinwirken zu wollen, daß dieselbe auch bei den Revisionen der evang. Schulen in ihrer Kreis-Schul-Inspektion allgemein eingeführt werde.

(Min. Bl. d. L. W. 1853, S. 158)

d) Insbesondere soll sich der Superint. bei der Visitation von der richtigen Führung des Amts-Journals und dem Zustande des Pfarrarchivs überzeugen. So verordnet die schon oben (S. 359) angeführte G. Verf. der Reg. zu Köln v. 1. März 1842.

e) Berichte der Schulinspektoren.

a) Ueber die Abfassung solcher Berichte im Allg. spricht sich aus:

der G. R. der Reg. zu Minden v. 26. Jan. 1842 an sämmtl. Superint. und Schulinspektoren beider Konfessionen, betr. die Abfassung solcher Berichte. <sup>2)</sup> (Min. Bl. d. L. W. 1842, S. 113).

Unschwefelhaft soll eben so wie Unvollständigkeit vermieden, und der

f) Applikationen dieser Visitationsordn. sind von einzelnen Reg. erlassen und in ihren Amtsbl. publiziert worden, z. B. von der Reg. zu Minden: Instr. v. 30. Jan. 1831 für die Kreis-Schul-Inspektion des Reg. Bez. Amtsbl. 1831 S. 41. Auch verweist die Posener Kirchenvisitations-Ord. v. 9. Mai 1838 (A. XXII. S. 231) im Eingange auf dergl. Spezial-Instr. —

Nach den Visitationen der Superint. werden vom Oberkirchenrathe Refor-  
matorische General-Kirchen- und Schulvisitationen angeordnet und unter Leitung der Generalsuperint. von besonders ernannten Mitgliedern abgehalten. 1853 geschah dies in einzelnen Diözesen der Prov. Posen und Pommern. (Zel. Zeit. 1853, Nr. 227, 240.)

g) Vollständig abgedruckt im Kirchenwesen. Ebenfalls ist das R. des Min. v. 12. u. N. Reg. v. 19. Sept. 1834 (A. XVIII. S. 696) zu vergleichen, welches insbes. den Reg. vorgeschrieben wird, bei ihren Kirchen- und Schulvisitationen stets die Konfession der Gemeinde oder Schulsocietät anzugeben.

Ver. auf den Probierstein eines wohlgeordneten mündlichen Vortrags gelegt werden. Wesentliche Bestandtheile sind: 1) Darstellung des Verhältnisses, ohne subjektive Färbung, vollständig, gedrängt, das Größte vom Unerheblichen gesondert, wohlgeordnet, einzelne Punkte getrennt handelt, mit Angabe der Quellen der Wissenschaft, und Beilagen, soweit sie nöthig und nur als Begleitung nicht als Ersatz des eigenen Trags; 2) ein motivirtes Gutachten mit Hinweisung auf das Gesetz, etwaige tatsächliche Gründe, lokale und persönliche Verhältnisse; bestimmter Antrag.

Was die äußere Form der Berichte betrifft, so wird vorgeschrieben:

- 1) Die Ver. müssen auf der rechten Seite eines der Länge nach halben Bogens rein und leserlich, ohne alle Abkürzung der Worte geschrieben sein.
- 2) Datum und Ort stehen am besten auf der linken Seite, wo der Bericht beginnt. Auf ders. muß auch der Inhalt des Ver. kurz angemeldet, und falls der Ver. in Folge einer Verf. erstattet wird, deren Datum, Journalnummer und Nr. angegeben sein.
- 3) Wegen jedes Gegenstandes müssen auch besondere Ver. abgefaßt, die Anlagen genau bezeichnet, und
- 4) wenn ein Ver. aus mehreren Bogen besteht, diese gehörig geheftet sein.
- 5) Die Korrespondenz der Behörden muß, wenn sie postfrei zu befördern ist, mit dem Dienststempel verschlossen und mit der gehörigen postfreien Rubrik versehen sein, und
- 6) die verlangten Ver. müssen in der bestimmten Zeit — vom Tag des Eingangs der Verf. an gerechnet — eingehen, oder die Anstandsursachen angegeben werden.
- 7) Wird brevi manu, unter Zufertigung des Original-Dekrets, Anstufung verlangt, so kann letztere auch sogleich unter dem Dekret gegeben werden.
- 8) Die Ver. müssen jederzeit an diej. Abtheilung erstattet werden, welche die Verf. erlassen hat, oder zu deren Geschäftskreis die Sache gehört.

b) Ueber die Schul-Visitations-Berichte, welche an die Reg. zu Posen zu gelangen müssen, vergl. die Breslauer Instr. v. 28. Febr. 1835 (s. oben S. 357 ff.).

c) Außer den dreijährigen Visitationsberichten haben die Schulinspektoren jährlich auf Grund der Berichte der Lokalrevisoren (Pfarrer, Schuldeput. tabellarische Uebersichten<sup>1)</sup> über die Schulen des Sprengels bei der Reg. einzureichen. Hierüber bestimmt:

α) das Publ. der Reg. zu Posen v. 12. Juni 1818. (s. oben S. 345 ff.),

β) die oben sub b. allegirte Breslauer Instr. v. 28. Febr. 1835 sub IV.

d) Jahresberichte über die zur Fortbildung der Lehrer getroffenen Veranstaltungen erfordert von den Schulinsp. die B. der Reg. zu Posen v. 1. Sept. 1828 an sammtl. Superint. die Aufsicht auf die Landsschulen betr. (N. XII.-S. 707.) Vergl. u. im Abschn. von den Volksschulen.

e) Die geheimen Konduitenlisten über die Lehrer<sup>2)</sup>, welche

1) Die Zeitpunkte der Einreichung dieser Berichte sind von den einmündigen Reg. für ihre Bez. verschieden regulirt. — Auch wurden mitunter außerordentliche Berichte über die Schulzustände eingefordert, so durch G. Verf. der Reg. zu Posen v. 2. März 1833 (N. XVII. S. 95), durch G. Verf. der Reg. zu Breslau v. 16. Sept. 1833 (N. XVII. S. 667). — Jahresber. sind auch über die Seminar-Präparandenbildung zu erstatten. Instr. v. 15. Nov. 1850. § 1 (s. unten.)

2) Sie sollten eine detaillirte Charakteristik jedes Lehrers enthalten: 1) Reg. zu Posen v. 16. Febr. 1817 (N. I. 1. S. 145), und mußten nach



Schulinsp. zu erstatten hatten, sind durch den K. Erl. v. 31. Juli 1848 (S. 6. 1848. S. 200) abgeschafft worden. Neben den eigentlichen Konduktenlisten bestand aber in den oben sub c. gedachten Jahresübersichten eine Rubrik über die Dienstführung und Qualifikation der Lehrer. Es wurde die Frage angeregt: ob auch diese Berichts-Rubrik als eine Konduktenliste anzusehen, und in dem Verbote der letztern einbegriffen sei?

Dies wurde bejahet:

a) durch K. R. des Min. der G., u. u. W. Ang. (v. Radenberg) v. 12. Okt. 1848 an die K. Reg. zu Marienwerder und abschr. an sammtl. K. Reg., betr. den Nachweis über die Dienstführung und Qualifikation der Schullehrer.

Die K. Reg. hat mir in dem Ver. v. 13. v. Mts. angezeigt, daß in der Vorlage von den Kreis-Schulinspektoren des vorstigen Reg.-Bez. einzureichendem tabellarischen Uebersicht des Schulwesens sich auch eine Rubrik mit der Ueberschrift: „Führung und Qualifikation des Lehrers jeder Schule und Schulklasse“ befinde.

Mit Rücksicht auf den Allerh. Erl. v. 31. Juli d. J., durch welchen die seit Jahrhunderten geheimen Konduktenlisten in der Civilverwaltung abgeschafft worden, ist die K. Reg. zweifelhaft, ob in Folge dess. auch die gedachte Rubrik der tabellarischen Uebersicht über das Schulwesen wegfallen müsse. Die K. Reg. wünscht jedoch diese Rubrik beibehalten zu sehen, weil sie wohl nicht den Charakter einer geheimen Konduktenliste habe, und den mit der Beaufsichtigung des Schulwesens beauftragten Beamten doch ein Urtheil über die ihrer Aufsicht unterliegenden Lehrer und ein Ausdrück dieses Urtheils zustehen müsse. Um aber auch das Schein einer geheimen Censur zu vermeiden, macht die K. Reg. den Vorschlag, daß dem betheiligten Schullehrer jene tabellarische Uebersicht, soweit sie von Dienstführung betrifft, zur Einsicht vorgelegt werden solle.

Hierfür hat die K. Reg. hierauf Folgendes:

Die jetzmalige Vorlegung des über ihre Dienstführung und Qualifikation zu ertheilenden Urtheils an die betr. Lehrer würde, abgesehen davon, daß in manchen Fällen diese Maßregel der Zuverlässigkeit des Urtheils Abbruch thun könnte, jedenfalls Reuerungen und Reklamationen führen, welche im Interesse des Schulwesens mit der Aufsichtsbehörden möglichst zu vermeiden sind. Wenn hiernach der Vorlage der gedachten tabellarischen Uebersicht an die Lehrer nicht zweckmäßig und statthaft erscheint, so ist ohne dieselbe die Rubrik über Dienstführung und Qualifikation der Lehrer allerdings als eine Konduktenliste anzusehen, welche durch den Allerh. Erl. v. 31. Juli d. J. abzuschaffen ist.

Daß dieses geschehe, erscheint aber um so unbedenklicher, als in den Fällen, in denen die K. Reg. wegen besonderer Maßnahmen, die Kenntnisaufnahme über die Dienstführung und Qualifikation eines Lehrers bedarf, ders. diese durch den betr. Schulinspektor einzuholen möglich ist.

Der Wegfall der bisher üblich gewesenen Konduktenlisten erfordert übrigens für die Zukunft eine möglichst ausgedehnte und unmittelbare Bekanntheit der Aufsichtsbehörden mit den einzelnen Schulen und ihren Lehrern. Wenn zu diesem Behufe bei der neuen Einrichtung des Schulwesens eine Vermehrung oder andere Organisation der Aufsichtsbehörden nöthig werden wird, so wird die K. Reg. doch auch jetzt schon, bis diese erfolgen kann, durch ihre Depart.-Räthe und die Schulinsp., sowie durch die von dens. zu erstattenden Berichte von dem Zustande der Schulen und den Leistungen der Lehrer sich in der erforderlichen Kenntnisaufnahme halten, mit dem nöthigen Erfolg bemüht sein können.

(Min. Bl. d. I. B. 1848. S. 345.)

b) durch K. R. des Min. v. 19. Okt. 1848 an sammtl. K. Reg.

K. der Reg. zu Bromberg v. 23. März 1848 (N. II. S. 73) nach einem spec. vorgeschriebenen Schema abgefaßt werden. Vergl. die oben sub b. angeführte Minister Instr. v. 28. Febr. 1835 in Anm.

und Prov. Schulkoll., betr. die Konduitenlisten über Lehrer an öffentlichen Schulen und Schullehrer-Seminarien.

Auf den Ver. v. 14. v. M., die Konduitenliste betr., eröffne ich der R. Reg., daß auch diej. Konduitenlisten, welche bisher über die Lehrer an öffentl. Schulen und Schullehrer-Seminarien, sowie auch über die Schul-Inspektoren eingefordert worden sind, in Folge der Allerh. D. v. 31. Juli c. wegfallen müssen, es jedoch den R. Behörden überlassen bleibt, die bisher in den Listen aufgenommenen statistischen Notizen, insofern sie unentbehrlich sind, besonders einzuziehen und über den Zustand der Schulen von den Vorstehern derj., resp. den Schul-Insp., periodische Berichte erstatten zu lassen. Sollten in diesen Bemerkungen enthalten sein, welche die Lehrer persönlich betreffen und ein nachtheiliges Urtheil über sie hervorrufen, so muß dens. behufs ihrer Vertheidigung Mittheilung gemacht und Alles vermieden werden, was den Anschein geheimer, diese Vertheidigung vereitelnder Bezüchtigungen hat. Jemehr die Behörden bemüht sind, durch eigene Wahrnehmung ein sicheres Urtheil zu gewinnen, um so weniger wird es auf dergl. berüchtliche Anzeigen ankommen.

(Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 18.)

Beide Verf. (α. u. β.) sind indessen modificirt:

γ) durch Erl. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 6. März 1852 an sämmtl. R. Reg., betr. die Einziehung von Berichten der Schulvorstände und Schulinspektoren über den Zustand und die Verhältnisse der ihrer Aufsicht anvertrauten Schulen.

Auf den Ver. v. 28. Jan. c. eröffne ich der R. Reg., daß durch die G. u. v. 13. Okt. 1848 die Einziehung von Berichten der Schulvorstände und Schul-Insp. über den Zustand und die Verhältnisse der ihrer Aufsicht anvertrauten Schulen nicht untersagt worden ist. Die R. Reg. bedarf daher, um diese Ber. ferner erstatten zu lassen, nicht erst meiner Ermächtigung. Wenn durch die erwähnte G. Verf. mit Bezug auf den Allerh. Erl. v. 31. Juli 1848 es aber nicht statthaft erklärt worden ist, daß in den jährlich über das Schulwesen anfertigten tabellarischen Listen eine Rubrik mit der Ueberschrift: „Führung und Qualifikation des Lehrers jeder Schule und Schulklasse,“ beibehalten werde, so ist damit nicht ausgeschlossen, daß die Schul-Vorstände und Schul-Insp. sich in den von ihnen zu erstattenden Jahresberichten auch über die amtliche Wirksamkeit und Führung der betr. Lehrer gutachtlich äußern. Daß dieses geschehe, wird vielen den tüchtigen Lehrern ebenso erwünscht sein, wie es im Interesse der Schulverwaltung unerlässlich erscheint. —

Wo aber über einen Lehrer Tadel oder Unzufriedenheit geäußert wird, darauf zu halten, daß in den Ber. zugl. angegeben wird, was bereits von den Schul-Vorständen, resp. dem Schul-Insp. zur erforderlichen Remedur veranlaßt worden ist, oder es ist von der R. Reg. dieserhalb das Nothwendige anzuordnen, daß jeder Lehrer sofort geeigneten Anlaß erhält, sich zu bessern oder gegen unbegründete Beschuldigungen zu rechtfertigen.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 46.)

4) Aufsicht über die in andern Reg.-Bez. oder Provinzen gelegenen Nebenschulen. Hierüber bestimmt:

das G. R. des Min. der G., u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 7. Sept. 1838 an die R. Oberpräsidenten, betr. die Aufsichtsführung über die Filialkirchen und Nebenschulen. <sup>1)</sup> (N. XXII. S. 631),

daß die nächsten Aufseher solcher Schulbezirke, die über Ortschaften mehrerer Reg.-Bez. sich erstrecken, zwar die Superint. und Schulinspektoren derj. Bezirke sein sollen, in welchen die betheiligten Mutterkirchen liegen, daß aber diese Beamten in Bezug auf die äußern Angelegenheiten auswärtigen Nebenschulen, so wie hinsichtlich der Aufsicht über die Anführung der an denselben angestellten Lehrer sich lediglich an die Territor-

1) Vollständig abgedruckt im Kirchenwesen.

ten zu wenden haben, also an diej. Reg. und deren Landräthe, in Verwaltung-Bez. die betr. Nebenschule gelegen ist und der Schulr seinen Wohnsitz hat.

## II. Die Seminar-Direktoren.

Dieselben sollen alljährlich einen Theil des Bezirks, für welchen das Seminar Lehrer zu bilden hat, kommissarisch zur Untersuchung der Schulen bereisen. Dies wurde angeordnet:

a) durch G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Altenstein) Juni 1826 an sämmtl. Prov. Schulkoll., betr. die Prüfung und Aunungsfähigkeit der Schulamtskandidaten und das Verhältniß der Lehrerseminarien zu dem Schulwesen der Prov. Nr. 12. (Ann. X. 15).<sup>1)</sup>

b) durch G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang., Unterrichtsabh. (v. 30. Aug. 1840 an sämmtliche K. Reg., betr. die Bereisung Landschulen durch die Direktoren der Schullehrer-Seminarien.

In der an sämmtl. K. Prov. Schul-Kolleg. untem dem 1 Juni 1826 erlass. Verf., von welcher die K. Reg. unter dems. Datum Abschrift erhalten hat, Nr. 12. bestimmt worden, daß die Seminar-Dir. jährlich während der einen Theil des Reg. Bez. oder der Prov., wofür in ihren Anstalten Lehrer erbet werden, kommissarisch zur Untersuchung der Landschulen bereisen, und von Beobachtungen und Erfahrungen der betr. K. Reg. Bericht erstatten sollen. Diese Bestimmung nicht überall pünktlich zur Ausführung gekommen ist, so steht Min. sich veranlaßt, die genaue Befolgung ders. um so mehr in Erinnerung zu bringen, als es im wesentlichen Interesse der K. Reg. selbst liegt, daß die Seminar-Dir. fortwährend von dem wirklichen Zustande des Elementarschulwesens in Kenntniß erhalten werden und Gelegenheit finden, sich von den Resultaten der Ausbildung der Schüler selbst zu überzeugen, damit in diesen, neben der theoret. Ausbildung der Zöglinge, auch die praktische Fähigkeit ders. stets die erste Berücksichtigung finde. Zur Erreichung dieses Zweckes ist es nicht nothwendig, daß die Seminar-Dir. jedesmal einen größeren Theil des Reg. Bez., oder ganzen Kreis dess. bereisen; vielmehr reicht es hin, daß auch nur eine geringe Anzahl von Schulen besucht werde, und daß dies, wenn in dem betr. Bezirk für zwei oder drei Reg. Bez. Schulamts-Kandidaten gebildet werden, am der betheiligten Reg. Bez. alle zwei oder drei Jahre geschehe. Die Bereisung der Schulen, welche von jetzt ab in den einzelnen Reg. Bez. alljährlich, alle zwei oder drei Jahre von den Seminar-Dir. zu besuchen sind, soll, wie Min. hierdurch bestimmt, von den K. Reg. selbst, unter angemessener Rücksicht im Hinblick auf den Zweck zu berücksichtigenden Verhältnisse, ausgehen. Die K. Reg. haben darüber den K. Prov. Schul-Kolleg. zu einer von diesen näher bestimmten Zeit Mittheilung zu machen, damit darnach die Seminar-Dir. Einsicht erhalten können. Wegen der von den Dir. zu erstattenden Berichte ist es bei der sub Nr. 12. der oben angegebenen Verfügung enthaltenen Bestimmung. Die Kosten dieser im Auftrage der Reg. von den Seminar-Dir. unternommenen Reisen sind auf den Diäten- und Fuhrkostenfonds der betr. Reg. zu nehmen.

Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 358.)

c) durch G. R. dess. Min. de cod. an sämmtl. K. Prov. Schulkoll., 15. Ang.

Das K. Prov. Schul-Kolleg. erhält in der Anl. Abschrift einer an die K. Reg. wegen Bereisung der Landschulen durch die Seminar-Direktoren erlassenen Verfügung mit dem Auftrage, die Reg. davon in Kenntniß zu setzen, wann die Bezeichnungen von den Seminar-Dir. zu bereisenden Schulen erfolgen müsse, damit rechtzeitig vor dem Eintritt der Ferien durch das K. Prov. Schul-Kolleg. Vorkehrung versehen werden können. Für den Fall, daß in den Seminaren der

<sup>1)</sup> Vergl. dasselbe im III. Abschn. (s. unten.)

Prov. für mehrere Reg. Bez. Lehrer gebildet werden, hat das R. Prov. Kolleg. auch die Folge festzusetzen, in welcher diese Bereisung in den Reg. Bez. Statt finden soll. Das Min. macht es demselben zur Pflicht, genaue Befolgung dieser Anordnung strenge zu halten, und die Seminar-anzuweisen, in den zu erstattenden Jahresberichten jedesmal anzugeben, Schulen sie in dem verflossenen Jahre besucht haben, und mit dieser Mi aller Kürze das Resultat der Bereisung zu verbinden.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 358.)

### III. Die Landräthe.

Dieselben sind schon als Organe der Reg.<sup>1)</sup> verpflichtet, zur Sichtung des Schulwesens in ihrem Kreise mitzuwirken. Diese A tung wird

1) im Allg. ausdrücklich ausgesprochen in der durch G. R. d. des Inn. u. der Fin. v. 31. Dec. 1816 mitgetheilten vor Instruktion für die Landräthe<sup>2)</sup>,

in welcher es, nach Auferlegung der allg. Verpflichtung „zur fort und unermüdeten Sorgfalt für die Beobachtung aller das öffentl. S betr. Gesetze, und für alles, was dem Staate überhaupt und dem vertrauten Kreise insbesondere zuträglich sein kann“ (§. 10.), in dem Ausspruche, daß „sowohl die zum Kreise gehörigen Städte, platte Land unter dem Landrathe stehen“ (§. 12.) im §. 29. in auf das Schulwesen heißt:

„Wie weit übrigens die Landräthe auch an der Beaufsichtigung und des Kirchen- und Schulwesens in ihren Kreisen Theil zu nehmen habe noch in einer besondern Instr. näher bestimmt werden, und ihnen hier vorzügliche väterliche Sorgfalt für diesen wichtigen Theil ihres Berufs empfohlen.“

Die hier verheißene „besondere Instr.“ ist nicht ergangen gegen sind:

2) folgende einzelne Bestimmungen über die Thätigkeit der L für das Schulwesen erlassen worden:

a) über ihr Verhältniß zu den Ortsschulvorständen vergl. die R Instr. v. 7. Nov. 1835 (s. oben S. 326 ff.);

b) sie sollen die Schulinspektoren und Lokal-Aufsichtsbehörden stützen, und Abschrift der Jahresberichte erhalten: Breslauer S 28. Febr. 1835. Nr. VII. (s. oben S. 358); insbesondere auch di mögensverwaltung der Schulvorstände kontrolliren: Amtsbl. B. der v. 30. Juli 1835, (H. Simon, Schulrecht u. v. Schlessen, S. 97

c) sie sollen die Schulen hier und da besuchen: G. Verf. der S Erler v. 16. Juni 1836, (s. oben S. 344).

1) Vergl. §§. 33. 44. B. v. 30. April 1815 (s. o. in Th. I. allg. S. 256) sowie §. 37. der Preuß. Schulordn. v. 11. Dec. 1845 (s. eben 109). — Hinsichtlich der Städte heißt es in der Instr. des Min. des J. Juni 1853 zur Ausführung der St. D. v. 30. Mai 1853 (Min. Bl. d 1853. S. 138) sub XVI. daß die Reg. mit Ausnahme ausdrücklich ausgen ner Fälle, den Landräthen als ihren beständigen Kommissarien no dürftig eine Mitwirkung bei Ausübung der Aufsicht über die Kommunalange derj. Städte, welche keine eigene Kreise bilden, auftragen kann.

2) Diese Instr. ist in keiner offiziellen Sammlung gedruckt, aber mit in den Ergänz. zum A. L. R. Th. II. Tit. 13., 2. Ausg. Bd. 6. S. 191 wähnt wird dieselbe in dem R. der Min. des Handels (v. Bülow) und u. d. B. (v. Schuckmann) v. 24. Nov. 1822, an die Reg. zu Oppeln, b fassung der Resolute in Polizei-Kontraventions-Sachen betr. (A. VI. S. 9

d) Ueber ihre Pflichten hinsichtlich der Aufsicht über den Schulbesuch und die Schulbauten vergl. die betr. Abschnitte.

3) In der Prov. Posen sind den Landrätthen, unter Aufhebung der höhern Botsämter, durch die mittelst R. des Min. des I. u. d. F. (v. Rochow) v. 12. Dec. 1836 mitgetheilte R. D. v. 10. Dec. 1836 (N. XX. S. 942) in den Bezirks- oder Distrikts-Kommissarien Gehülfen und besondere Organe gegeben worden. Dieselben greifen auch in die Schulaufsicht ein nach folgenden Bestimmungen:

a) Dienstanweisung des Oberpräs. (Flottwell) v. 21. Oct. 1837 für die Distrikts-Kommissarien der Prov. Posen, erlassen auf Grund des R. des Min. des I. u. d. F. (v. Rochow) v. 12. Mai 1837 (N. XXI. S. 718).

§. 29. Außer den vorher bezeichneten Amts-Funktionen des Distrikts-Kommissars im engeren Sinne, ist derselbe, als beständiger Kommissarius und als Organ des Landraths, verpflichtet:

1) sein besonderes Augenmerk auf die Befolgung der wegen des Schulwesens ergangenen gesetzlichen Anordnungen in seinem Distrikte zu richten, und zu dem Ende sich von dem Zustande der Ortsschulen zu unterrichten, den Sinn für das öffentliche Schulwesen zu erwecken und zu beleben, Beschwerden des Lehrers über die Gemeinde und den Schulvorstand zu untersuchen, und ihnen durch seinen persönlichen Einfluß abzuhefen, den Lehrer in der Ausübung seines Amtes; so wie in der Einziehung seiner Einkünfte zu unterstützen, auf den fleißigen Besuch der Schule, und auf ein freundliches Einverständnis zwischen dem Lehrer und der Gemeinde einzuwirken, eben so sehr aber auch, sobald ihm Thatsachen bekannt werden, in welchen er Nachlässigkeiten und Vergehungen der Lehrer zu erkennen glaubt, solche dem Landrath zur weiteren Veranlassung anzuzeigen, jedoch ohne sich selbst in die Amtsverwaltung des Schullehrers, weder in Beziehung auf den Unterricht noch auf die Disziplin einzumischen.

b) U. Verf. der Reg. zu Posen v. 21. Dec. 1837 an sämmtl. R. Landrätthe, deren Verhältnisse zu den Distrikts-Polizei-Kommissarien betr. (N. XXI. S. 725),

wonach die Landrätthe in Sachen, welche zu ihrem eigentlichen Ressort gehören, insbesondere bei Einführung von Schullehrern, sich der Distrikts-Kommissarien nicht als Stellvertreter bedienen sollen.

### Drittes Kapitel.

#### Aufsicht über das Schulwesen in Berlin.

Durch die allmähliche Vermehrung der Bevölkerung bis auf die Zahl nahe an fünftehalb hundert tausend Einwohnern ist das Schulwesen in Berlin zu einer Ausdehnung herangewachsen, welche in Bezug auf Beschäftigung und Verwaltung besondere Anordnungen herbeigeführt hat. Dergl. Anordnungen mußten um so nothwendiger erscheinen, da die Berliner Schulanstalten nach ihren verschiedenen Foundationen verschiedenen Zwecken angehören, und namentlich Privatschulen in überaus großer Anzahl vorhanden und zur Bestreitung des Unterrichtsbedürfnisses unentbehrlich sind. Der Verwaltungsbericht des Magistrats für das Jahr 1852 giebt über Folgendes an:

Die Zahl sämmtlicher hiesiger Unterrichtsanstalten beträgt gegen wärtig 187. Diesen stehen 9 unter königlicher, 36 unter städtischer Verwaltung; 36 sind Stiftungen und Vereine gegründet, und werden auch von diesen verwaltet;



102 sind Privatschulen. Diese 187 Anstalten haben 988 Klassen und es werden in denselben 48,566 Schüler unterrichtet <sup>1)</sup>).

Von der Zahl der Schüler kamen 4445 auf die 10 höhern Lehranstalten. Von den übrigen wurden laut Jahresbericht der Schuldeputation über das Armenschulwesen der Stadt Berlin für 1852 nicht weniger als 24,578 Kinder <sup>2)</sup> auf Kosten der Kommune unterrichtet, und zwar 8,998 in den 15 Kommunal-Armen-, 1,641 in den 9 damit verbundenen Sonntagschulen, 12,691 in Parochial- und Privatschulen, 1,227 in verschiedenen andern Anstalten, wie z. B. in den Filialen des Friedrichs-Waisenhauses u. Der Kostenaufwand für das Armenschulwesen belief sich 1852 auf 143,105 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf., worunter 80,723 Thlr. 16 Sgr. 7 Pf. für den Unterricht armer Kinder in Parochial- u. Privatschulen. <sup>3)</sup> Für das gesammte Schul- u. Armenschulwesen sind in dem zu Ende Sept. 1853 öffentlich ausgelegten Staatshaushalts-Etat für 1854 in der Ausgabe Lit. VII. 257,776 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf. angesetzt, während sich die Einnahme aus der Schul- und Armenverwaltung Lit. VII. nur auf 102,750 Thlr. 12 Sgr. beläuft, so daß städtischerseits 155,026 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. zuzuschließen bleiben. <sup>4)</sup>

Für ein Schulwesen von solchem Umfange mußten die lokalen Aufsichtsbehörden mehr, als es in andern Städten üblich ist, gegliedert werden. An der Spitze steht der Magistrat, in welchem gegenwärtig zwei besondere Schulräthe <sup>5)</sup> angestellt sind. Unter ihm centralisirt sich die Schulaufsicht in der städtischen Schuldeputation, und unter dieser wird die Spezialaufsicht über die einzelnen Schulen von den Schulvorständen derselben geführt. <sup>6)</sup> Außerdem sind die ersten Lehrer der einzelnen Schulen (Hauptlehrer, Vorsteher) zur allernächsten Beaufsichtigung der ihnen anvertrauten Anstalten verbunden. Diese Organisation beruht im Wesentlichen auf nachstehenden Verordnungen:

1) Ueber die Ressortverhältnisse der Berliner Schulen, über die Aufsichtsführung durch den Magistrat, Schulrath und die Schuldeputation, sowie über die Geschäftstheilung zwischen ihnen bestimmt

1) Nat. Zeit. 1853. Nr. 547. Beil. — Nach dem Preuß. Schulkalender von Dr. Mutschke für 1854 beläuft sich gegenwärtig die Zahl der Berliner Unterrichtsanstalten auf 201, nämlich: a) öffentliche: 6 Gymnasien (zum gr. Kloster Fr. Wilh.; Joachimsth.; städt. Friedr.; Collège franç.; Köln. Realg.), 6 Realschulen (vgl. Realsch. mit Vorschule; städt. Gewerbsch.; Königsstädtische; Dorotheenstädt.; Luisenstädt.; Fr. Wilhelmstädt.), 5 höhere Töchterschulen (Luisenstädt.; Elisabethsch.; neue; städt.; franz.), 22 Mittel- und Elementarschulen, darunter 15 Kommunal-Armenschulen. — b) Schulen, welche unter Spezialaufsicht von Behörden, Kirchenministerien u. stehen: 9 Gewerbschulen für Mädchen, 12 Parochialschulen, 8 mit Waisenhäusern, Erziehungsanstalten u. verbundene Schulen, 5 kathol. und 5 jüdische Schulen, unter letztern beiden je eine höhere Töchterschule. — c) Privatschulen: 1 Handelschule, 8 höhere, 6 mittlere, 17 Elementar-Realschulen, 26 höhere, 13 mittlere, 14 Elementar-Töchterschulen und 17 gemischte. — d) 9 städtische Sonntagschulen, 8 sonntägl. Freischulen für verkümmerte Lehrlinge, die Sonntagschule des Luisenstädt. Ber., 3 Fortbildungs-Anstalten. Außerdem 38 Kleinkinder-Bewahranstalten, durch deren Hinzurechnung sich eine Summe von 234 Anstalten ergeben würde.

2) Nat. Zeit. 1853. Nr. 297. Beil. — 1841: 14,598 Kinder für 56,32 Thaler, 1850: 22,925 Kinder für 130,945 Thlr. (Staatsanz. 1854. S. 220.) 1853: 25,198 Kinder (Nat. Zeit. 1854. Nr. 71.).

3) Nat. Zeit. 1853. Nr. 249.

4) Nat. Zeit. 1853. Nr. 451.

5) Gegenwärtig die H. H. Schulze und Fürbringer.

6) Vergl. im 1. Kap. Nr. II. 6., s. oben S. 341 ff.

## B. des Prov.-Schulkoll. der Provinz Brandenburg v. 20.

berige städtische Schulkommission ist aufgelöst, und an deren Stelle  
1. Aug. 1829:

aufsicht der Schulen städtischen Patronats, sämtlicher Schulen der  
en Gemeinde, und der für Rechnung einzelner Personen verwalteten  
Schulen,

at in Berlin und eine nach den Grundsätzen der Städteordn. v.  
B gebildete rein städtische Schuldeputation;

aufsicht der Schulen Königl. Patronats, namentlich: 1) der K. Garni-  
le, 2) der Parochialschulen der Dreifaltigkeitskirche, 3) der Schule  
validenhause, 4) sämtlicher Schulen der Böhmisches Gemeinden,  
katholischen Schulen,

stellt der genannten Gemeinden und die dem Schulwesen derselben  
Kirchen- und Schulvorstände, nach Massgabe der ihnen bereits  
noch zu ertheilenden Anweisungen;

aufsicht aller übrigen Schulen und Erziehungsanstalten,

aufsicht vorgesetzten Kirchenkollegien, Presbyterien, und sonstigen Direk-  
tion: 1) das Domkirchenkollegium, 2) das Presbyterium der refor-  
malkirche, 3) das Französische Konsistorium, 4) die Direktion der  
Berggemeinde, 5) die Direktion der dortigen Erwerbschulen, 6) die

dortigen Sonntagschulen, 7) die Direktion des Friedrichs-Stiftes,  
on des Louisen-Stifts, 9) der Verwaltungsverein der Wadzeck-Anstalt,  
ktion des Französischen Waisenhauses, 11) die Direktion der école  
2) das Kuratorium des Schindlerschen Waisenhauses.

Hinsichtlich der unter dem Magistrat zu Berlin stehenden Schulen ist  
nimmt:

dem Plenum des Magistrats hängen ab:

esehung aller Schullehrerstellen städtischen Patronats, incl. die Wahl  
etwaniger Unterbedienten, wobei jedoch die Vorschläge der Schul-  
zuholen sind (St. D. §. 178. a.);

ie städtische Schulverwaltung betr. Generalien, und die auf den Ans-  
iddep. zu gebenden Bestimmungen in Spezialien, wobei jedoch festges-  
aß die Generalien, sofern sie nicht von der Schuldep. ausgegangen  
noch vor der Berathung im Magistrat zur Begutachtung vorgelegt  
l. (St. D. §. 178. b.);

Beschwerdesachen über die städtische Schuldep., sie mögen die Beein-  
ngelner Schulen, ihrer Lehrer und Zöglinge, die Verwaltung oder die  
machung der Sachen betreffen, (St. D. §. 178. c.);

aufsicht über die Geschäftsführung der Schuldeput. und die Kontrolle  
(§. 178.);

Ingelegenheiten der beiden städtischen Gelehrtenschulen des Kölnischen  
und der Gewerbeschule, soweit sie überhaupt von der städtischen Be-  
m. 1)

städtische Schuldeput. soll gebildet werden 2):

3 Mitgliedern des Magistrats, unter welchen der jedesmalige Stadt-  
befinden muß;

den 4 Superintenden in Berlin oder den etwa ihre Stelle ver-  
ulinspektoren, welchen in allen denj. Fällen, wo verfassungsmäßig an

die in neuerer Zeit gegründeten städtischen Realschulen, so wie die  
Anstalten hat der Magistrat, des Widerspruchs der Schuldeput. un-  
seine unmittelbare Leitung gezogen. Ueber die Streitigkeiten darüber  
it. 1853. Nr. 183. Weil., 291., 399., Weil., 563.

besteht gegenwärtig aus den beiden Stadt-Schulrathen und 6 andern  
gliedern, aus den 3 Superint., 12 Stadtverordneten, 3 Bürgerdepu-  
n jüd. Rabbinats-Affessor, zusammen aus 27. Mitgliedern. Für die  
wurde 1853 ein Veto gegen die Beschlüsse der Deput. beansprucht,  
ohne Erfolg. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 190.).

die vorgesezte Schulbehörde berichtet werden muß, das Recht vorbehalten bleibt, ihre etwaige abweichende Ansicht in einem, dem Ver. beizufügenden, Voto vorzutragen, und deren Befugnisse als K. Kommissarien durch ihre Theilnahme an den Geschäften der Schuldep. nicht beschränkt werden;

3) aus 5 geeigneten Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung, welche von dieser gewählt, und vom Magistrat bestätigt werden, (St. O. §. 175.);

4) aus außerordentlichen Mitgliedern, deren Zahl nach dem Bedürfnisse bestimmt wird, und welche auf jedesmaliges Verlangen des Magistrats von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt und von dem Magistrat bestätigt werden. (St. O. §. 175.). Unter diesen außerordentlichen Mitgliedern soll sich stets ein Mitglied der jüdischen Gemeinde in Berlin befinden.

III Die städtische Schuldep. bearbeitet alle dier. städtischen Schulsachen, welche nicht nach den obigen Bestimmungen dem Pleno des Magistrats vorbehalten sind, namentlich:

1) alle äußern und innern Angelegenheiten der städtischen Parochialschulen, soweit solche von der Ortsobrigkeit abhängen, mit Ausnahme der Lehrerwahlen, der Generalien und der Kassensachen;

2) alle äußern und innern Angelegenheiten der christlichen Privatschulen, soweit sie überhaupt von der Ortsschulbehörde abhängen, und nicht in die Rechte der dem Magistrat vorbehaltenen Generalien gehören;

3) alle didaktischen und trögnischen Angelegenheiten der städtischen Armen- und Irrenanstalten, deren äußere Angelegenheiten jedoch der Armenverwaltung vorbehalten bleiben;

4) alle Angelegenheiten der öffentlichen und der Privatschulen der jüdischen Gemeinde.

Ad B. In allen Angelegenheiten der Elementarschulen & Patronats beruht die mit deren näherer Aufsicht beauftragte Verantwortlichkeit, oder nach Aufgabe in besondern Verfassung, der Kirchen- und Schulvorstand unmittelbar an das Konsistorium und Schulkoll., doch werden die Berichte der evangelischen Geistlichen durch den Superint. der Diözes an dasselbe befördert, so wie ihr auch dessen Bescheide und Verf. durch den Superint. zugehen, damit dieser immer in vollständiger Kenntniß von dem Schulwesen seiner Diözes bleibe, und die eingehenden Petitionen nöthigenfalls mit seinem Gutachten begleiten könne.

Ad C. Die Angelegenheiten dier. Schulen und Erziehungsanstalten, welche von besondern nicht städtischen Behörden oder von Privatvereinen abhängen, werden von diesen nach deren besondern Verfassung und unter verfassungsmäßiger Aufsicht des Konsistorii und Schulkoll. bearbeitet. Die hier genannten Behörden haben daher in allen Angelegenheiten der von ihnen abhängenden Schulen und Erziehungsanstalten, bei welchen entweder nach der Verfassung der Anstalt, oder nach den allg. Vorschriften, die Mitwirkung der Staatsbehörden eintritt, unmittelbar an das Kons. und Schulkoll. zu berichten, sowie auch dessen Bescheide und Verf. ihnen unmittelbar zugehen. Eine fortwährende Mitwirkung der Superintendenzen als solcher findet bei den Schulen und Erziehungsanstalten dieser Gattung der Regel nach nicht statt; insofern aber die nähere Kenntniß dier. für den Standpunkt des Superint. in einzelnen Fällen von Wichtigkeit sein sollte, und das Kons. und Schulkoll. dems. die bezüglichen Verhandlungen auf die geeignete Weise mittheilen lassen, so wie sich dasselbe vorbehält, den Superintendenzen, als seinen Organen für die geistliche und Schulverwaltung, auch in Rücksicht dieser Schulen Aufträge zu ertheilen.

Wenngleich die Direktionen und Aufsichtsbehörden der unter B. und C. genannten Schulen und Erziehungsanstalten mit dem Magistrat und der städtischen Schuldep. in keiner unmittelbaren Geschäftsverbindung stehen, so sind sie verpflichtet, dem Magistrat oder dessen einzelnen Deputationen dier. städtischen Nachrichten, deren sie für die Uebersicht des gesammten Berliner Schulwesens, besonders für die Beaufsichtigung des Schulbesuchs der schulpflichtigen Jugend bedürfen möchten, auf deren Ansuchen vollständig mitzutheilen. Namentlich der städtischen Schuldep. von der Errichtung neuer, sowie von der Auf-

Aufhebung der bestehenden Schulen, auch ohne besondere Aufforderung, An- zu machen.<sup>1)</sup>

(Botob. Amtsbl. S. 143. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 575).

b) das kraft R. Autorisation durch M. des Min. des I. u. d. B. (v. Boro) v. 18. Juli 1884 (M. XVIII. S. 781) bestätigte Regulativ der Reg. Potsdam v. 14. Juli 1884 über das Geschäftsverfahren für den Magistrat in Berlin (M. XVIII. S. 756):

§. 1. Vor das Plenum des Magistrats gehören zc.  
c) die Ausübung der, der Stadtkommune in kirchlichen Angelegenheiten zustehenden Patronats- und Ehrenrechte, insbesondere die damit verbundenen Anstellungen der geistlichen und sonstigen Kirchenbedienten; ferner die Besetzung der Lehrstellen an den Schulanstalten, nach vorgängiger Erklärung des Schulraths. zc.

§. 22. Der Schulrath bearbeitet in der Regel sämtliche Schul- und Schulsachen beim Magistrats-Kollegio, ist Mitglied der städtischen Schuldeput. auch des Armen-Direktorii, so lange letzteres das Armen-Schulwesen verwaltet. in Kenntniß aller Schulangelegenheiten zu bleiben, muß er sämtliche darin vorkommende Verf., auch wenn sie von anderen Dezerementen angegeben worden, im Kollegio als in der Armen-Direktion mitzeichnen, und darauf sehen, daß die Gesetze und die Vorschriften der Behörden befolgt werden. Er gehört zu den Gymnasialrathen und zu dem Kuratorio der Gewerbeschule.

Er führt als technisches Mitglied der Schuldeput., in Gemäßheit der für bestehenden Instruktionen, die Aufsicht und Leitung über die Kommunal-, Armen- und Armenthums-Schulen und die dabei angestellten Lehrer, sowie über sämtliche der Stadt ressortirende Lehranstalten; er muß dahin wirken, daß sie ihrem Zweck entsprechen, daß sie möglichst verbessert, daß nicht nur gründlicher Unterricht in den bestehenden Lehrplänen erteilt, sondern daß Religiosität, Moralität, Ordnungsgemäßheit, Bürgerfinn, Anhänglichkeit für König und Vaterland befördert werden. Unregelmäßigkeiten und Gebrechen, welche sich vorfinden, muß derselbe in dem erforderlichen Falle amtlich zur Sprache bringen. Auch die Aufsicht über die in der Stadt befindlichen Privatschulen, soweit sie den Ortsbehörden obliegt, gehört zu seinem Wirkungskreise. Er ist von der Uebernahme der Affessorate in Gewerbe- und Sterbekassen, sowie von den Funktionen als Feuerherr frei, jedoch, wie alle andern Stadträthe, in Krankheits- und Abwesenheitsfällen durch andere Mitglieder im Kollegio vertreten, und selbst andere nicht zu seinem Wirkungskreise gehörige Geschäfte, wenn es der Oberbürgermeister für erforderlich erachtet, im Kollegio mit bearbeiten helfen.

Die in den folgenden §§. 25—29. über den Geschäftsgang bei den Dezerementen gegebenen Vorschriften stimmen mit denen der Instr. für die Magistrats-Deput. Mai 1835 (s. oben S. 338) überein, nur darf (ad c.), wo es auf Entscheidung an die höhere Behörde ankommt, die Berliner Schuldeput. in ihrem Ressort gehörigen Spezialien unmittelbar berichten. Der Schulrath ist Vorsitzender der Deputation oder wenigstens Stellvertreter.

In Betreff der Spezial-Schulvorstände und Schulvorsteher der öffentlichen und Privatschulen ist eine Instr. erlassen durch die Bef. des

<sup>1)</sup> Verhütung von Winkelschulen hat die Schuldeput. unterm 16. Juni 1853 Polizei-Präs. ein Verzeichniß der sämtlichen konzeßionirten Schulen, Erziehungsanstalten zc. überreicht, damit hiernach jeder Revier-Polizeibeamte in seinem Reviere befindlichen konzeßionirten Anstalten kennen lerne, andere, die nicht im Verzeichnisse stehen, zur Anzeige bringen könne. Haus- und Familienlehrer sollen unter Kontrolle gestellt, zum Nachweise ihrer Befähigung und zur Einholung der Genehmigung des Prebiteres der Pfarre gehalten werden. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 314.) vergl. §. 23. der Instr. Nr. 339. (s. oben S. 299).

Prov.-Schulkoll. v. Brandenburg v. 3. März 1832, betr. die Verwaltung und Beaufsichtigung der Berliner Parochial- und Privatschulen: <sup>1)</sup>

Da das von der geistlichen und Schuldeput. der K. Reg. zu Potsdam dem 28. Mai 1812 erlassene Regl. <sup>2)</sup> für die hiesigen Privat-Schulen theils abändernde, theils ergänzende Bestimmungen erhalten hat, so ist es zweckmäßig erachtet worden, die bereits ergangenen oder für die bessere Einrichtung des hiesigen Schulwesens u. nöthig befundenen Bestimmungen in der, in besondern Beilage zu diesem Amtsblattstücke abgedruckten Vorschrift für die Verwaltung und Beaufsichtigung der hiesigen Parochial- und Privat-Schulen, menzustellen, und, wie hierdurch geschieht, zur Nachachtung sowohl für die Vorsteher und Schulvorsteherinnen, als für die Aufseher der Schulen, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. (Anl. a.)

Anl. a.

Vorschrift v. 3. März 1832 für die Verwaltung und Beaufsichtigung der Parochial- und Privat-Schulen.

#### A. Behördenverhältniß.

§. 1. 1) Schuldeputation. Die nächste Aufsichtsbehörde sämmtlicher hiesigen Privat-Schulen, sowie der städtischen Parochial-Schulen, ist die städt. Schuldeputation, deren Zusammensetzung und Geschäftskreis durch unsere Verk. v. 20. Juni 1832 näher bestimmt worden ist.

§. 2. 2) Schulvorstand. Die Organe der Schuldeput. sind die aus Geistlichen der Parochie und aus geeigneten Mitgliedern der Gemeinde zusammengesetzten Schulvorstände, welchen von dem hiesigen Magistrat eine von ihm genehmigte Geschäftsanweisung erteilt werden wird.

§. 3. Die Vorsteher und Vorsteherinnen der Privat-Schulen und städtischen Parochial-Schulen haben nicht nur den an sie ergehenden Aufforderungen der Schulvorstände Folge zu leisten, und deren Erinnerungen zu beachten, sondern in allen die Schule betr. Angelegenheiten zunächst die Vermittelung und den Rath des Schulvorstandes nachzusuchen.

#### B. Innere Angelegenheiten.

§. 4. 1) Lehrplan. Für jede Schule soll ein dem Zweck ders. angemessener Lehrplan, welcher eine ausführliche Angabe des Anfangs- und Zielpunktes der Schule, des Klassensystems, der Lehrgegenstände, der jedem Lehrgegenstande widmenden Zeit und der anzuwendenden Lehrmittel, und eine bestimmte Abgrenzung des Lehrziels für die einzelnen Klassen enthalten muß, von dem Schulvorstande oder der Schulvorsteherin ausgearbeitet, und nach vorgängiger Prüfung durch die städt. Schuldeput., mit deren Gutachten zur Festsetzung und Bestätigung bei uns eingereicht werden.

Bei der Ausarbeitung sowohl, als bei Prüfung der Lehrpläne, sind die Gutachten des hiesigen Magistrats mitgetheilten Andeutungen über die innere Einrichtung der Schulen zum Grunde zu legen.

§. 5. Abänderungen des bestätigten Lehrplans, die von den Schülern gewünscht, oder von dem Schulvorstande und der Schuldeput. befunden werden, können nur mit unserer Genehmigung zur Ausführung kommen.

§. 6. 2) Stundenplan. Auf den Grund des von uns bestätigten Lehrplans wird halbjährlich ein Stundenplan, welcher die Vertheilung der Lehrgegenstände nach der Zeit und unter die Lehrer übersichtlich darstellt, von dem Schulvorstande angefertigt, und durch den Schulvorstand an die städt. Schuldeput. beifolgend, welche dahin zu sehen hat, daß ders. dem bestätigten Lehrplan entsprechend, die Stundenvertheilung auch in den übrigen Beziehungen zweckmäßig sei.

§. 7. Abänderungen des Stundenplans, welche im Laufe des Halbjahrs nöthig werden möchten, müssen dem Schulvorstande unverzüglich angezeigt, können von diesem genehmigt werden. In sofern jedoch gegen die Zulässigkeit beabsichtigten Veränderungen ein erhebliches Bedenken obwaltet, ist deshalb an die städt. Schuldeput. zu berichten.

1) Hinsichtlich der Privatschulen vergl. auch die I. Abth. dieses Theils.

2) Vergl. darüber oben S. 286, Note 2.

3) Oben sub 1. a.



§. 3) Lehrgehilfen. Jeder Vorsteher einer Schule hat die Verpflichtung, für das Bedürfnis der Schule ausreichende Anzahl geeigneter Lehrer oderinnen anzustellen, und es dürfen in keinem Falle unrassende Vereinigungen der Klassen stattfinden. Die Schulvorstände haben dahin zu sehen, daß in solchen Schulen nur geprüfte und mit dem Zeugnis der Lehrfähigkeit versehene, und, in sofern ihr Prüfungs-Zeugnis Beschränkungen enthält, nur nach Angabe ihrer darin näher angegebenen Tüchtigkeit unterrichten.

§. 9. Weibliche Personen, welche in Töchter-Schulen bloß Unterricht in den Handarbeiten erteilen, bedürfen hierzu zwar keiner besondern Erlaubnis; müssen sich aber bei dem Schulvorstande in Hinsicht auf die Unanständigkeit des Lebenswandels durch Zeugnisse glaubwürdiger Personen ausweisen. In sofern auch einen Theil des wissenschaftlichen Unterrichts übernehmen sollen, müssen sich einer Prüfung ihrer Kenntnisse und Lehrgaben unterziehen. Es wird vorausgesetzt, daß der wissenschaftliche Unterricht in den oberen Klassen der Schulen von wissenschaftlich gebildeten Männern in Gegenwart der Schullehrerin, oder einer weiblichen Aufseherin, erteilt werde. Namentlich soll das zu sehen werden, daß in jeder höheren Töchter-Schule wenigstens ein wissenschaftlich gebildeter Mann als Hauptlehrer unterrichte, und der Schulvorstand bei der Wahl der Lehrer, bei Anfertigung des Lehrplans, und überhaupt in wissenschaftlicher Leitung der Schule zur Seite stehe.

§. 10. Studirenden, welche sich dem Predigtamte oder dem Schulamte widmen, und sich durch vortheilhafte Zeugnisse über ihre Kenntnisse sowohl, als über Sittlichkeit ausweisen, kann zwar die Erlaubnis; in den hiesigen Parochial- und Privat-Schulen zu unterrichten, erteilt werden; doch wird diese Erlaubnis nur auf eine bestimmte Schule, auf bestimmte Lehrgegenstände und auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden. Studirende, welche diese Erlaubnis nachsuchen, haben sich unter Vorzeigung ihres Prüfungs-Zeugnisses und eines Sittlichkeits-Zeugnisses zunächst bei dem geistlichen Mitgliede des Schulvorstandes, oder wenn der Schulvorstand noch nicht in Wirksamkeit sein sollte, bei dem Spezial-Inspekt. Schule, in welcher sie zu unterrichten wünschen, persönlich zu melden. Auf den von dem geistlichen Mitgliede des Schulvorstandes oder dem Spezial-Inspekt. an uns zu erstattenden Bericht, welchem die obenerwähnten Zeugnisse beiliegen, wird den Umständen nach das Erforderliche von uns verfügt werden.

§. 11. Jungen Leuten, welche sich privatim für das Schulfach, oder zur Aufnahme in ein Schullehrer-Seminar vorbereiten, darf ohne unsere ausdrückliche Genehmigung unter keinem Vorwande der Unterricht einer Klasse, wenn auch nur in einzelnen Gegenständen, übertragen werden; auch als Zuhörer dürfen sie nur mit Bewissen des Schulvorstandes zugelassen werden, welcher jeden etwa hierbei vorkommenden Mißbrauch zu rügen befugt und verpflichtet ist. — In wiefern den Inspektoren des hiesigen Seminars für Stadtschulen in Parochial- und Privat-Schulen zu unterrichten gestattet sein soll, wird noch näher bestimmt werden.

§. 12. Damit die Befolgung der wegen der Hülfslehrer und Lehrerinnen erlassenen Vorschriften desto mehr gesichert sei, soll jeder Schulvorsteher von der Aufnahme eines neuen Lehrgehilfen dem Schulvorstande eine schriftliche Anzeige machen, welche

- a) den vollständigen Namen,
- b) das Geburtsjahr,
- c) den Geburtsort,
- d) die Konfession,
- e) die früher genossene Bildung,
- f) die bisherigen Lebensverhältnisse des Lehrgehilfen,
- g) die Gegenstände, in denen er unterrichten soll,
- h) die nöthigen Angaben über dessen Prüfung,

enthalten muß. Diese Anzeige wird von dem Schulvorstande, nöthigenfalls mit Bemerkungen, br. m. an die städt. Schuldeput. befördert, welche, falls der Inspekt. sich nicht schon früher über seine Verhältnisse ausgewiesen hat, die Angaben prüft, und in das Hauptverzeichnis der hiesigen Hülfslehrer eintragen läßt, wenn die Prüfung nicht von uns vollzogen worden ist, dessen Prüfungs-Zeugnis bei uns zur Einsicht einreicht.

§. 13. Es wird den Schulvorstehern und Schulvorständen zur Pflicht gemacht, welche

macht, die unter ihrer Aufsicht arbeitenden Hülfsehrer zur gewissenhaften Benutzung der für ihre Fortbildung getroffenen besonderen Anstalten, sowie der dazu auch von handenen Gelegenheiten, zu ermuntern. Bezugs der in dieser Hinsicht von uns unter Verwaltung der Schuldeput. zu führenden Aufsicht, haben sämmtliche in den hiesigen Parochial- und Privatschulen arbeitende Hülfsehrer, so lange, bis ihnen das unbedingte Zeugniß der Anstellungsgeschieden ertheilt werden kann, oder bis ihre wirkliche Anstellung an einer öffentlichen Schule erfolgt, alljährlich im Sept. an der städt. Schuldeput. eine Anzeige einzureichen, aus welcher hervorgeht, in welchen Schulen und in welchen Gegenständen sie während des zuletzt verfloßenen Jahres unterrichtet haben, und auf welche Weise sie sich weiter auszubilden bemüht gewesen sind; auch haben sie dieser Anzeige die von dem Schulvorstande beglaubigten Zeugnisse derj. Schulvorsteher, in deren Schulen sie unterrichtet haben, beizufügen. — Sollten einzelne Lehrer auch auf ergangene Erinnerung diese Anzeigen nicht einreichen, so muß angenommen werden, daß sie auch der Reihe der hiesigen Hülfsehrer ausgeschlossen sind. — Es wird hierbei ausdrücklich bemerkt, daß Lehrer, welche sich eine Zeitlang storn anderweitigen Beruf gewidmet, oder sich längere Zeit außerhalb Berlins aufgehalten haben, die Fortsetzung ihres Unterrichts in hiesigen Schulen nicht eher gestattet werden kann, als bis sie sich über ihre Befähigung in der Zwischenzeit glaubhaft auszuweisen haben.

§. 14. 4) Lehrmittel. Die für den Unterricht unentbehrlichen Lehrmittel, so namentlich eine Wandtafel in jeder Klasse, eine Wandtafel für die Klasse der Vorleser, ferner Zirkel, Waagstab und Lineal, zweckmäßige Vorleserlinsen, Rechenbrett und Körper für den Unterricht im Zeichnen, sind die Schulvorsteher verpflichtet zu beschaffen und in brauchbarem Zustande zu erhalten. Derj. Schulen, welche sich in der Orbdeschreibung und in den Naturwissenschaften einen höheren Unterricht zu erhalten haben, müssen auch die zur Veranschaulichung des Unterrichts erforderlichen Lehrmittel anschaffen, und dieselben vollständig erhalten.

§. 15. Bei der Wahl der Lehrbücher wird der Schulvorsteher sich des Raths der wissenschaftlich gebildeten Mitglieder des Schulvorstandes bedienen; die Auswahl derj. darf jedoch nur mit unserer Zustimmung erfolgen.

§. 16. 5) Abwärtung der Lehrstunden. Es läßt sich von den Schulvorstehern mit Recht voraussetzen, daß sie auf die regelmäßige Abwärtung der Lehrstunden halten, und etwaige Unregelmäßigkeiten ihrer Lehrgeschäfte sofort abzurufen Beacht nehmen werden. Einzelne Stunden und Tage bei dringender Arbeit und anderen erheblichen Ursachen frei zu geben, bleibt der Einsicht der Schulvorsteher überlassen; diese werden jedoch dafür sorgen, daß die Eltern ihrer Kinder hiervon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden, und nicht Veranlassung geben, daß die Kinder an Tagen öffentlicher Festschulen ohne Vorwissen der Eltern an gesellschaftlichen Veranstaltungen Theil nehmen, oder wenigstens ohne Aufsicht bleiben.

§. 17. In Hinsicht der Ferien werden die Schulvorsteher mit Vorwissen des Schulvorstandes eine bestimmte und angemessene Einrichtung treffen, und Abänderungen, welche durch besondere Verhältnisse herbeigeführt werden, dem Schulvorstande anzuzeigen, nicht unterlassen. — Bei längerer Abwesenheit außer der Stadt haben die Schulvorsteher für eine angemessene Stellvertretung zu sorgen, und der Genehmigung der getroffenen Einrichtung bei der städt. Schuldeput. nachzugehen.

§. 18. 6) Häusliche Arbeiten. Die Schulvorsteher werden darauf zu achten haben, daß ihre Schüler auch zu häuslichen Beschäftigungen Bezugs der Unterweisung und der Vorbereitung auf den Schulunterricht Veranlassung und Anleitung erhalten; sie werden aber auch darauf sehen, daß diese häuslichen Arbeiten nicht die Kräfte der Kinder überbürden, oder ihre Zeit zu sehr in Anspruch nehmen. Außer des allg. Rücksicht, daß den Kindern die Zeit zur Unterweisung zu sehr beschrankt werden darf, ist bei den Mädchen noch zu berücksichtigen, daß sie durch frühzeitige Theilnahme an häuslichen Geschäften für ihren künftigen Beruf vorbereitet werden sollen. — Damit in den häuslichen, namentlich in schriftlichen Arbeiten für die Schule um so gewisser das rechte Maß getroffen werde, haben die Schulvorsteher die häuslichen Arbeiten ihrer Schüler, auch die von den Lehrschülern ausgegeben werden, in besondere Aufsicht zu nehmen, so ist zu diesem Ende die Einrichtung zu treffen, daß sämmtliche aufgegebenen Arbeiten von dem Lehrer selbst in dem Klassenbuche bemerkt werden, damit in der Schulvorsteher, als der Schulvorstand, sich von dem Umfang des Unterrichts, etwaige Mängel in der Wahl derj. ausgleichen, und anordnen

en über den Mangel sowohl, als das Uebermaß häuslicher Arbeiten zu klären können.

**§. 19. 7) Schulzucht.** In Hinsicht auf die Schulzucht werden die Schullehrer sich angelegen sein lassen, weder durch ungestrige Milde, noch durch übermäßige Strenge zu fehlen, sondern Ernst und Milde auf eine wirksame Weise zu verbinden suchen. Strafen, welche der Gesundheit der Kinder auch nur in entferntester Hinsicht nachtheilig werden können, das Ehrgefühl oder die Schamhaftigkeit verletzen, oder statt der beabsichtigten Besserung nur Erbitterung hervorbringen, werden nicht nur selbst vermeiden, sondern auch ihren Gehülfen kein unangenehmes Strafrecht gestatten. — In schwierigen Fällen, besonders da, wo Missethäter mit den Eltern der Schüler hinkommen, werden sie sich die Vermittelung des Schulvorstandes, namentlich des geistlichen Mitgliedes desselben, erbitten, und härtere Strafen in einzelnen Fällen unvermeidlich sein sollten, sich dabei an die gesetzlichen Vorschriften des R. L. R. (Th. II. Tit. 12. §§. 50—53.) erinnern.

**§. 20.** Das Recht, ungestraft in die Ordnung der Anstalt sich nicht fügende auf die Sittlichkeit der Mitschüler nachtheilig einwirkende Schüler, nach fruchtlos erfolgter Besserung und vorheriger Benachrichtigung der Eltern, in der Stille zu lassen, bleibt den Schulvorstehern unbenommen, sie haben jedoch die Ursache der Entfernung nicht nur in dem Hauptbuche (§ 29.) zu vermerken, sondern auch den Schulvorstande von der geschehenen Entfernung Anzeige zu machen, damit derselbe gleich das Erforderliche veranlasse, wenn die Veranlassung obwaltet, daß die Entfernung eines Kindes aus der Schule dessen Verwahrlosung in Beziehung auf Unterricht zur Folge haben könne.

**§. 21. 6) Prüfungen.** Dem Schulvorstande liegt ob, jährlich eine allgütige Prüfung der Schule durch den Schulvorsteher und dessen Gehülfen zu veranstalten, die Gegenstände der Prüfung zu bestimmen, nach Gutbefinden an der Prüfung selbst Theil zu nehmen, jedenfalls aber dafür zu sorgen, daß die Prüfung einen untrüglichen Beweis von dem innern Zustande der Schule gewähre. Der Vorsteher dieser Prüfung ist der Schullehrer, zur etwaigen Abordnung eines ihrer Gehülfen rechtzeitig anzuzeigen, und über das Ergebniß der Prüfung an dieselben zu erstatten.

Ob die Schulvorsteher außerdem noch eine öffentliche Prüfung ihrer Schule halten wollen, soll zwar von deren Gutbefinden abhängen, sie haben jedoch, wenn geschieht, dem Schulvorstande davon Anzeige zu machen, und demselben eine Übersicht der Prüfungs-Gegenstände vorzulegen. Bei den Prüfungen in den Schulen muß jede unangenehme Deffentlichkeit, sowie alles, was das Ehrgefühl verletzt, oder der Sittlichkeit Nahrung giebt, sorgsam vermieden werden.

### **C. Andere Angelegenheiten.**

**1) Schulräume.** In Hinsicht der Schulräume haben die Schullehrer zu sorgen, daß die Lehrzimmer hell und geräumig sind, und eine gesunde, angemessene Lage haben. Als Grundsatz wird dabei angenommen, daß jedes Schulzimmer eine Höhe von mindestens neun Fuß haben muß, für jedes Kind ein Flächenraum von fünf Quadratfuß nachgewiesen werden muß. Für die Reinlichkeit der Lehrzimmer, welche während der Lehrstunden zu verschiedenen Zwecken zu benutzen sind, so wie für alles das, was auf die Gesundheit der Kinder erfordert, werden die Schulvorsteher in hohem Maße Sorge zu tragen nicht unterlassen, und überhaupt auf den Zustand, auch in Hinsicht der Bekleidung der Lehrenden, auf Ordnung und Sitten beim Kommen und Gehen der Kinder, und vorzüglich beim Ein- und Ausgehen in den Zwischenminuten, mit allem Ernste halten.

**2) Schülerzahl.** In Hinsicht auf die Schülerzahl gilt als Grundsatz, keine Klasse, als wenn der Raum dazu hinreichen sollte, eine größere Anzahl Kindern aufgenommen werden darf, als von einem Lehrer gleichzeitig unterrichtet werden kann. Um auch hierin für die Schullehrer einen Maßhalt zu gewähren, wird hierdurch festgesetzt, daß in den unteren Klassen Knaben- und Mädchenschulen, oder den sogenannten Elementarschulen, nicht über vierzig, in den oberen Klassen eben dieser Schulen über sechszig, in den unteren Klassen der höheren Knabenschulen nicht über sechszig, in den oberen Klassen nicht über vierzig, in den sämtlichen Klassen der höheren

Mädchenschulen nicht über fünf und vierzig Kinder, gleichzeitig unterrichten dürfen.

§. 24. 3) Schulgeld und Nebenabgaben. Der Betrag des Schulgeldes, so wie der etwaigen Nebenabgaben, bleibt zwar der Bestimmung der Schulvorsteher überlassen, sie werden aber hierdurch ausdrücklich, den höchsten Satz des monatlichen Schulgeldes für jede Klasse, Betrag des etwaigen Einschreibegeldes und sämtlicher Nebenabgaben Licht, Lehrmittel, Aufwartung, Nachhülfe u. s. w., in einer gedruckten Form genau anzugeben, und einen Abdruck dieser Anzeige nicht nur dem Schullehrer einzureichen, sondern auch bei Aufnahme eines Kindes den Eltern oder Versorgern dess. einzuhandigen. Ueber die Entrichtung des Schulgeldes und etwaigen Nebenabgaben haben die Schulvorsteher, auch wenn es nicht verlangt wird, dem Ueberbringer eine Quittung einzuhandigen.

§. 25. Einigt sich der Vorsteher mit den Eltern oder Versorgern über ein geringeres als das angegebene Schulgeld, so wird dadurch die Handlung des Kindes und in Rücksicht seiner Theilnahme an dem Unterricht begründet, vielmehr wird hierdurch ausdrücklich untersagt, die Art von der Theilnahme an irgend einem Lehrgegenstande auszuschließen, nicht etwa in der Anzeige ausdrücklich bemerkt ist, daß für den fraglichen Unterricht noch ein besonderes Lehrgeld zu entrichten sei, und daß es von der Wahl der Eltern abhängt, ob sie ihre Kinder daran wollen Theil nehmen. Einrichtungen dieser Art aber können nur mit Genehmigung der Schulvorstände getroffen werden, und sind nur in Rücksicht derjenigen Lehrgegenstände zulässig, welche nicht zu den allg. nothwendigen Bildungsmitteln gehören.

§. 26. Findet in der Schule die Einrichtung statt, daß den Schülern die Materialien zum Schreiben und Zeichnen gegen eine bestimmte Vergütung geliefert werden, so ist auch dies in der oben erwähnten Anzeige ausdrücklich anzugeben. Die Rücksicht auf mögliche Mißdeutung erfordert, daß der Verkauf von Schreib- und Zeichnenmaterialien nicht dem einzelnen Lehrer überlassen, sondern unter unmittelbarer Aufsicht des Schulvorstandes geschehe, der bei der Einrichtung nur die Erhaltung einer zweckmäßigen Ordnung, nicht die Vergrößerung seiner Einnahme zu Absicht haben kann.

§. 27. Alle in der obigen Anzeige nicht ausdrücklich erwähnte Einrichtungen von den Schülern müssen künftig ganz wegfallen, und wenn gleich nicht zu erinnern ist, wenn die Eltern der Kinder den Schulvorstehern oder Lehrern ihre Dankbarkeit durch freiwillige Geschenke bezeugen wollen, so das eigene Zartgefühl der Vorsteher ihnen verbieten, Aufforderungen an die Eltern, Geschenke oder Sammlungen für diesen Zweck unter den Schülern zu veranstalten, oder auch nur zu gestatten. Die Schulvorstände werden mit Ernst darauf bedacht, daß Mißbräuche, welche in dieser Beziehung irgendwo stattfinden mögen, begegnet werden.

§. 28. 4) Aufsicht über den Schulbesuch. Zur Erhaltung der für die regelte Schulaufsicht nöthigen Ordnung sind die Schulvorsteher nach der Bestimmung des Schulvorstandes mitzuwirken verpflichtet, namentlich soll für jede Klasse ein Hauptbuch und für jede Klasse ein besonderes Klassenbuch gehalten, den Mitgliedern des Schulvorstandes, so oft sie es für nöthig finden, zur Verfügung gelegt werden.

§. 29. 5) Hauptbuch. In das Hauptbuch sollen alle für die Beurtheilung der Schüler dienliche Nachrichten, und zwar bei der Aufnahme:

- 1) Vor- und Name des Kindes,
- 2) Name, Stand und Wohnung der Eltern, der Pflege-Eltern, oder Vormundes,
- 3) das Alter des Kindes,
- 4) die Schule, welche es etwa schon früher besucht hat,
- 5) die Klasse, in welche es gesetzt worden,
- 6) der Tag der Aufnahme,

und bei dem Abgange

- 1) der Zeitpunkt, mit welchem es die Schule verlassen hat,
- 2) die Klasse, aus welcher es abgegangen ist,
- 3) das Verhältniß, in welches dasselbe eingetreten ist,

seines Urtheil über Ausführung, Schulbesuch und Fortschritte des  
en.

Kind ohne Anzeige wegbleiben oder aus der Schule verwiesen  
1, so ist dies in dem Hauptbuche ausdrücklich zu vermerken.

**Klassenbuch.** Das Klassenbuch enthält eine namentliche Liste der  
üblichen Kinder, und muß, so wie deren Eintritt und Abgang er-  
aber nach jeder Hauptversetzung, ergänzt und berichtigt werden.  
men jedes Kindes werden die etwaigen Schulversäumnisse,  
besonders dazu bestimmten Blättern, die von den Lehrern aufge-  
1 eingetragen. Die äußere Einrichtung des Klassenbuchs, so wie  
überer für die Leitung der Schule dienlicher Bemerkungen in das-  
2 n Gutbefinden der Schulvorsteher überlassen, wenn dasselbe nur  
Uebersicht der Schülerzahl und der vorgekommenen Schulversäum-

n Schulversäumnissen, welche nicht durch die Eltern der Kinder  
en, ist dens. durch den Schulvorsteher Nachricht zu geben, damit  
ilversäumnisse, welche ohne Vorwissen der Eltern stattfinden möch-  
er doch frühzeitig entdeckt werden. Sollten die Eltern oder die  
Kinder unstatthafte Schulversäumnisse begünstigen, so werden zu-  
vorsteher selbst ihnen die geeigneten Vorstellungen machen, und  
fruchten, das Weitere dem Schulvorstande überlassen, welchem zu-  
natlich eine Uebersicht der Schulversäumnisse einzureichen ist.

**Wohnungsveränderung.** Um zu gegenseitigem Vortheil der Schul-  
r Einwohnerschaft eine gleichmäßige Vertheilung der Parochial-  
a durch alle Theile der Stadt zu bewirken und dauernd aufrecht  
die Verlegung einer Schule aus dem ihr angewiesenen Bezirk in-  
nur mit Genehmigung der Schuldeput. erfolgen, welche dabei so-  
sniß des Stadttheils, in welchen die Schule verlegt werden soll,  
1 der daselbst schon vorhandenen Schulen zu berücksichtigen hat.

legungen der Schule innerhalb des vers. angewiesenen Bezirks  
Vorwissen und unter Zustimmung des Schulvorstandes vorgenom-  
cher sich vorher von der Zweckmäßigkeit des zu beziehenden Lokals

Sollten Schulvorsteher die rechtzeitige Anzeige der Wohnungs-  
erlassen, und ein Lokal miethen, welches nachmals unpassend be-  
o haben sie die hieraus für sie entstehenden Nachtheile sich selbst

5. 415.)

sehung der Kommunal-Armenschulen endlich enthält  
ädt. Schuldeput. v. 13. März 1852 für die Haupt- u. Klas-  
n Kommunal Schulen die folgenden Vorschriften:

meine Verpflichtungen (Verpflichtungen gegen Vorgesetzte).

nächste Aufsichtsbehörde sämmtlicher hiesigen Kommunal Schulen ist  
uldeputation. Jeder einzelnen Kommunal Schule ist ein Schulvor-  
t, welcher als Spezialaufsichtsbehörde dieser Schule und als Organ  
eput. vornehmlich dazu berufen ist, streng darauf zu halten, daß  
senen oder noch zu erlassenden B., welche die innern und äußern  
der Kommunal-Armenschulen betreffen, zur Ausführung gebracht  
s folgt, daß die Lehrer und Lehrerinnen der Kommunal Schulen  
wie den auf das Schulwesen bezüglichen allgemeinen Gesetzen,  
den Erlassen der Schuldeputation und den ihnen von dem Schul-  
nden Anweisungen pünktlich und gewissenhaft Folge zu leisten,  
setzen die schuldige Achtung und Ehrerbietung zu erweisen.

pflichtungen gegen die Schule. Die Aufgabe, welche der Kommu-  
gestellt ist, und durch die Lehrer gelöst werden soll, besteht vor-  
sindliche Gottesfurcht in die Herzen der Kinder zu pflanzen, den  
Gute, Edle und Wohlstandige in ihnen zu erwecken, ihre geistli-  
nen zu entwickeln und ihnen die für ihren Lebenslauf unentbehr-  
: und Fertigkeiten mitzutheilen und anzueignen. Die Lehrer sind  
pftet, sich dieser Aufgabe mit aller Kraft und Liebe zu unterziehen,



Mädchenschulen nicht über fünf und vierzig Kinder, gleichzeitig unter den dürfen.

§. 24. 3) Schulgeld und Nebenabgaben. Der Betrag des Schulgeldes, so wie der etwaigen Nebenabgaben, bleibt zwar der freimung der Schulvorsteher überlassen, sie werden aber hierdurch ausdrücklich, den höchsten Satz des monatlichen Schulgeldes für jede Klasse, Betrag des etwaigen Einschreibegeldes und sämtlicher Nebenabgabe Licht, Lehrmittel, Aufwartung, Nachhülfe u. s. w., in einer gedruckten nan anzugeben, und einen Abdruck dieser Anzeige nicht nur dem Sch einzureichen, sondern auch bei Aufnahme eines Kindes den Eltern od Versorgern dess. einzuhändigen. Ueber die Entrichtung des Schulgeld etwaigen Nebenabgaben haben die Schulvorsteher, auch wenn es nicht verlangt wird, dem Ueberbringer eine Quittung einzuhändigen.

§. 25. Einigt sich der Vorsteher mit den Eltern oder Versorgern über ein geringeres als das angegebene Schulgeld, so wird dadurch handlung des Kindes und in Rücksicht seiner Theilnahme an dem Unterschied begründet, vielmehr wird hierdurch ausdrücklich untersagt, Art von der Theilnahme an irgend einem Lehrgegenstande auszuschließen etwa in der Anzeige ausdrücklich bemerkt ist, daß für den fraglich noch ein besonderes Lehrgeld zu entrichten sei, und daß es vor Wahl der Eltern abhänge, ob sie ihre Kinder daran wollen Theil nehmen. Einrichtungen dieser Art aber können nur mit Genehmigung der Schutroffen werden, und sind nur in Rücksicht derj. Lehrgegenstände zulässig nicht zu den allg. nothwendigen Bildungsmitteln gehören.

§. 26. Findet in der Schule die Einrichtung statt, daß den Sch die Materialien zum Schreiben und Zeichnen gegen eine bestimmte Summe geliefert werden, so ist auch dies in der oben erwähnten Anzeige auszugeben. Die Rücksicht auf mögliche Mißdeutung erfordert, daß der Schreib- und Zeichnenmaterialien nicht dem einzelnen Lehrer überlassen sondern unter unmittelbarer Aufsicht des Schulvorstehers geschehe, die Einrichtung nur die Erhaltung einer zweckmäßigen Ordnung, nicht die Erhaltung seiner Einnahme zu Absicht haben kann.

§. 27. Alle in der obigen Anzeige nicht ausdrücklich erwähnte von den Schülern müssen künftig ganz wegfallen, und wenn gleich nicht zu erinnern ist, wenn die Eltern der Kinder den Schulvorstehern oder hülfsen ihre Dankbarkeit durch freiwillige Geschenke bethätigen wollen, so das eigene Bartgefühl der Vorsteher ihnen verbieten, Aufforderungen Geschenken oder Sammlungen für diesen Zweck unter den Schülern zu oder auch nur zu gestatten. Die Schulvorstände werden mit Ernst darauf daß Mißbräuchen, welche in dieser Beziehung irgendwo stattfinden möge begegnet werde.

§. 28. 4) Aufsicht über den Schulbesuch. Zur Erhaltung der fregelte Schulaufsicht nöthigen Ordnung sind die Schulvorsteher nach des Schulvorstandes mitzuwirken verpflichtet, namentlich soll für jede Hauptbuch und für jede Klasse ein besonderes Klassenbuch gehalten Mitgliedern des Schulvorstandes, so oft sie es für nöthig finden, zur Verfügung gelegt werden.

§. 29. 5) Hauptbuch. In das Hauptbuch sollen alle für die Beobachtung der Schüler dienliche Nachrichten, und zwar bei der Aufnahme:

- 1) Vor- und Name des Kindes,
  - 2) Name, Stand und Wohnung der Eltern, der Pflege-Eltern, oder mündes,
  - 3) das Alter des Kindes,
  - 4) die Schule, welche es etwa schon früher besucht hat,
  - 5) die Klasse, in welche es gesetzt worden,
  - 6) der Tag der Aufnahme,
- und bei dem Abgange
- 1) der Zeitpunkt, mit welchem es die Schule verlassen hat,
  - 2) die Klasse, aus welcher es abgegangen ist,
  - 3) das Verhältniß, in welches dasselbe eingetreten ist,

allgemeines Urtheil über Aufführung, Schulbesuch und Fortschritte des Kindes, werden.

Ein Kind ohne Anzeige wegbleiben oder aus der Schule verwiesen werden, so ist dies in dem Hauptbuche ausdrücklich zu vermerken.

6) Klassenbuch. Das Klassenbuch enthält eine namentliche Liste der an besondern Tagen anwesenden Kinder, und muß, so wie deren Eintritt und Abgang endlich aber nach jeder Hauptversetzung, ergänzt und berichtigt werden. In dem Namen jedes Kindes werden die etwaigen Schulversäumnisse, in einigen besonders dazu bestimmten Blättern, die von den Lehrern aufgeschrieben eingetragen. Die äußere Einrichtung des Klassenbuchs, so wie seine anderweitige für die Leitung der Schule dienliche Verwendung, ist dem Gutbefinden der Schulvorsteher überlassen, wenn dasselbe nur eine richtige Uebersicht der Schülerzahl und der vorgekommenen Schulversäumnisse enthält.

Von Schulversäumnissen, welche nicht durch die Eltern der Kinder zu vermeiden sind, ist denselben durch den Schulvorsteher Nachricht zu geben, damit sie die Schulversäumnisse, welche ohne Vorwissen der Eltern stattfinden möchten, vermeiden oder doch frühzeitig entdeckt werden. Sollten die Eltern oder die Kinder selbst die unstatthafte Schulversäumnisse begünstigen, so werden zu dem Ende der Schulvorsteher selbst ihnen die geeigneten Vorstellungen machen, und nicht fruchten, das Weitere dem Schulvorstande überlassen, welchem zu dem Ende monatlich eine Uebersicht der Schulversäumnisse einzureichen ist.

7) Wohnungsveränderung. Um zu gegenseitigem Vortheil der Schulen und der Einwohnerschaft eine gleichmäßige Vertheilung der Parochialschulen durch alle Theile der Stadt zu bewirken und dauernd aufrecht zu erhalten, soll die Verlegung einer Schule aus dem ihr angewiesenen Bezirk in einen andern, nur mit Genehmigung der Schuldeput. erfolgen, welche dabei so- bald als möglich das Bedürfniß des Stadtheils, in welchen die Schule verlegt werden soll, zu berücksichtigen hat.

Die Verlegungen der Schule innerhalb des derselben angewiesenen Bezirks sind mit Vorwissen und unter Zustimmung des Schulvorstandes vorzunehmen, welcher sich vorher von der Zweckmäßigkeit des zu beziehenden Lokals zu überzeugen wird. Sollten Schulvorsteher die rechtzeitige Anzeige der Wohnungs- veränderung unterlassen, und ein Lokal miethen, welches nachmals unpassend be- funden wird, so haben sie die hieraus für sie entstehenden Nachtheile sich selbst zu verantworten.

(VI. S. 415.)

In Ansehung der Kommunal-Armenschulen endlich enthält die städt. Schuldeput. v. 13. März 1852 für die Haupt- u. Klassen- an den Kommunal- und Armen- Schulen die folgenden Vorschriften:

Allgemeine Verpflichtungen (Verpflichtungen gegen Vorgesetzte).

Die nächste Aufsichtsbehörde sämmtlicher hiesigen Kommunal- und Armen- Schulen ist die Schuldeputation. Jeder einzelnen Kommunal- und Armen- Schule ist ein Schulvorsteher zu ordnen, welcher als Spezialaufsichtsbehörde dieser Schule und als Organ der Schuldeput. vornehmlich dazu berufen ist, streng darauf zu halten, daß die von der Schuldeput. erlassenen oder noch zu erlassenden B., welche die innere und äußere Verwaltung der Kommunal- und Armen- Schulen betreffen, zur Ausführung gebracht werden. Hieraus folgt, daß die Lehrer und Lehrerinnen der Kommunal- und Armen- Schulen, wie den auf das Schulwesen bezüglichen allgemeinen Gesetzen, so auch den Erlassen der Schuldeputation und den ihnen von dem Schulvorstande ausgehenden Anweisungen pünktlich und gewissenhaft Folge zu leisten, den Vorgesetzten die schuldige Achtung und Ehrerbietung zu erweisen.

Verpflichtungen gegen die Schule. Die Aufgabe, welche der Kommunal- und Armen- Schule gestellt ist, und durch die Lehrer gelöst werden soll, besteht vornehmlich darin, kindliche Gottesfurcht in die Herzen der Kinder zu pflanzen, den Kindern alles Gute, Edle und Wohlanständige in ihnen zu erwecken, ihre geistigen Kräfte in ihnen zu entwickeln und ihnen die für ihren Lebenslauf unentbehrlichen Kenntnisse und Fertigkeiten mitzutheilen und anzueignen. Die Lehrer sind verpflichtet, sich dieser Aufgabe mit aller Kraft und Liebe zu unterziehen,

und jeder an seine Stelle den ihm übertragenen Unterricht sorgfältig und gewissenhaft zu ertheilen, gute Zucht und Ordnung zu wahren und zu erhalten, die Kinder durch Lehre, Ermahnung und Strafe, besonders aber durch liebevolle Hingabe und eigenes Beispiel in den Wegen christlicher Tugend zu erziehen; zugleich aber auch durch einmüthiges Zusammenwirken das Gesamtwohl der Schule zu fördern, sich gegenseitig in ihren Arbeiten zu unterstützen, durch Austausch ihrer Wahrnehmungen und Erfahrungen über den Unterricht und die Erziehung für das Beste der Schule und der Schüler zu sorgen, den Eltern der Kinder mit Achtung und Theilnahme zu begegnen, und sich gegen einander eines kollegialisch freundlichen Verhaltens zu befleißigen.

#### B. Pflichten der Hauptlehrer.

§. 3. Verhältniß der Hauptlehrer und der Klassenlehrer. Um die Einheit der Schule in ihren äußern Beziehungen und in ihrer innern Wirksamkeit zu überwachen und zu erhalten, ist jeder Kommunal-Armenschule oder jeder Abtheilung derselben ein Hauptlehrer vorgesetzt. Der Hauptlehrer hat daher im Allgemeinen die Pflicht, für das Gedeihen der Schule nach besten Kräften Sorge zu tragen und darauf zu achten, daß die auf die Verwaltung der Schule, den Unterricht und die Disziplin bezüglichen Vorschriften und Anordnungen der vorgesetzten Behörden von Lehrern und Schülern genau befolgt werden. — Dem Hauptlehrer steht es demnach frei, zu jeder Zeit die Klassen zu besuchen, und von der Ertheilung des Unterrichts und der Führung der Klasse Kenntniß zu nehmen, und ist derselbe verpflichtet, von allen Unregelmäßigkeiten, die nicht sofort von ihm selbst abgestellt werden können, so wie von einem etwa vorkommenden pflichtwidrigen Verhalten der Klassenlehrer in und außer dem Amte und von einem ärgerlichen oder anstößigen Lebenswandel derselben dem Vorstande Anzeige zu machen. — Die Klassenlehrer sind verpflichtet, der an sie in Bezug auf die Ordnung der Schule, den Unterricht und die Disziplin ergehenden Anweisungen des Hauptlehrers Folge zu leisten und auf seine Mahnungen zu achten. Sollten sie die Anweisungen des Hauptlehrers nicht den allgemeinen Vorschriften gemäß oder den besonderen Umständen entsprechend finden, so haben sie nichts desto weniger denselben vorläufig Folge zu geben, und die Entscheidung des Vorstandes, eventuell der Schuldeput. nachzusuchen.

§. 4. Zusammenwirken des Hauptlehrers mit den Lehrern. Konferenzen<sup>1)</sup>. Der Hauptlehrer wird als der erste unter seinen Mitarbeitern nicht sowohl seine äußere Stellung und das eigene Belieben, als vielmehr die Sache und die gesetzlichen Vorschriften, seinen Kollegen gegenüber geltend machen. Um das Zusammenwirken des Hauptlehrers mit den übrigen Lehrern zum Besten der Schule zu fördern, hat derselbe ordentliche und außerordentliche Berathungen der Lehrer und Lehrerinnen zu veranstalten und zu leiten. Die ordentlichen Konferenzen sind in der Regel allmonatlich an einem vorher mit Genehmigung des Schulvorstandes ein für allemal dazu bestimmten Tage in Stunden, die außerhalb der Schulpflicht liegen, abzuhalten. Wenn das geistliche Mitglied des Vorstandes es für angemessen hält, den Konferenzen beizuwohnen, so führt dieses in denselben den Vorsitz; ist dasselbe aber nicht anwesend, so führt der Hauptlehrer den Vorsitz. Die hier gefaßten Beschlüsse müssen sammt den abweichenden Meinungen in einem Protokollbuche verzeichnet und dem Vorstande zur Bestätigung vorgelegt werden. Die Censuren der Schüler werden nach dem hier beigefügten Formulare ertheilt, in der Konferenz festgestellt, vom Hauptlehrer und den Klassenlehrern unterzeichnet und den Schülern jeder Klasse von dem Klassenlehrer in Gegenwart des Hauptlehrers übergeben.

§. 5. Geschäfte des Hauptlehrers. Der Hauptlehrer hat die Aufnahme der Schulkinder, die Führung des Hauptbuchs, die Kontrolle über die Führung der Klassenlisten, die Meldung der abgegangenen oder in der Schule nicht erschienenen

1) Außer diesen Spezial-Konferenzen sind durch das Regul. v. 14. Mai 1853 noch Distrikts-Konferenzen der sämtlichen Elementarlehrer eines jeden der Schuldistrikte, und nach diesen Generalkonferenzen theils der Hauptlehrer und Vorsteher der Elementarschulen, theils der Vorsteher der mittlern und höhern Knaben- und Mädchen-schulen, theils der Vorsteher und Vorsteherinnen der höhern Töchter-schulen angeordnet worden. (Mager, pädag. Revue. Jan. 1854.)

der, die Anzeige über die Schulversäumnisse, die Einziehung der Schulgelder, die Führung des Inventariums, die Vertheilung der ihm überwiesenen Gelder, die Sorge für die ordnungsmäßige Reinigung und Heizung der Klassenzimmer, sowie die Aufsicht über das Schulhaus, so weit ihm diese Geschäfte anvertraut sind, zu besorgen und sich hierüber nach den diesbezüglich erlassenen Verfügungen zu richten.

. **Befolgung des Lehrplans.** Aufnahme und Versetzung der Kinder. Er hat zu wachen, daß der vorgeschriebene Lehrplan der Schule streng befolgt, in jeder Klasse durchgeführt und die Aufgaben für die häuslichen Arbeiten geregelt und ertheilt werden. — Ferner hat er auch darüber zu wachen, daß von den Schülern angefertigten schriftlichen Arbeiten von den betr. Lehrern, jedoch nicht während des Unterrichts durchgesehen und mit dem Vermerk, daß die Durchsicht erfolgt sei, versehen werden. Er überweist die zu versetzenden Kinder in die einzelnen Klassen, leitet die halbjährige Versetzung, sobald eine Prüfung erfolgt, die der betr. Klassenlehrer in Gegenwart des Vorstands und des Lehrers der höhern Klasse zu veranstalten hat. Von dem Termin der Prüfung ist dem Vorstande vorher Anzeige zu machen. Jede außerordentliche Versetzung einzelner Kinder kann nur unter Billigung des Hauptlehrers erfolgen.

. **Sorge für die Ordnung des Unterrichts.** Er sorgt für den rechtzeitigen Beginn und die gewissenhafte Abwartung der Lehrstunden durch die Lehrer, den Anfang und Schluß derselben durch die Glocke anzeigen, und ordnet bei dem Ausfall eines Lehrers die augenblickliche Ersetzung desselben durch einen andern oder die Kombination der Klasse mit einer andern an (cf. §. 19.). Wenn ein Lehrer gar nicht angezeigt oder entschuldigt ist, oder länger als 15 Minuten dauert, so macht er davon dem Vorstande zur weiteren Veranlassung Anzeige, ebenso, wenn der Unterricht wegen großer Hitze oder aus anderen Verursachen ausfallen muß.

. **Schulbesuch der Kinder.** Er nimmt genaue Kenntniß von dem Schulbesuche der Kinder, und läßt sich zu dem Ende die einzelnen Klassenlisten zweimal wöchentlich vorlegen, tritt bei besonders im Schulbesuche nachlässigen Kindern den Eltern nöthigenfalls helfend zur Seite und sucht nicht nur durch strenge Befolgung der Regulative zur Beaufsichtigung des Schulbesuchs v. 21. Okt. 1844 u. B. §. 3. u. 5., sondern auch durch Einwirkung auf die Eltern und andere Anzeigen an die Schulkommissionen den regelmäßigen Schulbesuch zu bewerkstelligen.

. **Schulzucht.** Er überwacht die Ordnung, Ruhe und Zucht während der Schulzeit und trifft die nöthigen Anordnungen und Verabredungen mit den Lehrern, um das anständige Verhalten beim Kommen und Nachhausegehen zu fördern und herbeizuführen. Zu diesen Anordnungen gehört insbesondere, daß in jeder Abtheilung abwechselnd ein Lehrer wenigstens eine Viertelstunde vor dem Beginn der Schule anwesend sein, und ein Lehrer in der freien Zwischenzeit in jeder Abtheilung auf dem Hofe die Aufsicht führen muß, wie auch daß ein Lehrer die Beaufsichtigung der Kinder nach dem Verlassen der Schule vor dem Schulhause und in der Nähe desselben übernimmt, bis sie sich zerstreut haben. Der Hauptlehrer hat dahin zu sehen, daß die Lehrer die Disziplin mit Kraft und Umsicht handhaben und die Grenzen des ihnen verliehenen Ermessens nicht überschreiten und mehr durch sittliche Einwirkungen als durch körperliche Strafen, Fleiß und gute Sitten bei ihren Schülern herbeizuführen. Fortgehende ungebührliche Behandlung der Kinder Seitens eines Lehrers, wenn seine Ermahnungen nichts fruchten, dem Vorstande anzuzeigen. — Bei eigenen Beschwerden der Eltern über den Lehrer hat er nicht minder das Ansehen des Lehrers gebührende Ansehen, als die Gerechtigkeit gegen das Kind und die Ehre des Lehrers zu wahren, den Lehrer, der sich etwa übereilt hat, freundlich zurecht zu weisen und die gütliche Beilegung der Sache zu vermitteln, wenn dies aber nicht gelingt, dem Vorstande Anzeige zu machen. — In gleicher Weise wird er bei etwa vorkommenden Streitigkeiten unter den Lehrern selbst verfahren. Weisungen, welche der Hauptlehrer einzelnen Lehrern zu geben sich verpflichtet fühlt, hat er denselben in der Klasse, während des Unterrichts oder in Gegenwart der Kinder, unter vier Augen zu ertheilen.

10. **Schulgeräthe und Lehrmittel.** Er hat auf die Erhaltung der Schul-

geräthe und der Lehrmittel mit aller Sorgfalt zu achten, ein genaues Inventar über dieselben zu führen, darin den Abgang und Zugang zu vermerken und jährlich einmal dem Vorstande vorzulegen. Er übergiebt dem Lehrer selbst die nöthigen Lehrmittel gegen Quittung, hält auf ordnungsmäßige Benutzung derselben und auf Führung eines Spezial-Verzeichnisses in jeder Klasse, welches jährlich einmal zu revidiren, mit dem vorhandenen Bestande zu vergleichen und sodann zugleich mit dem Hauptverzeichnisse dem Vorstande vorzulegen hat. Erforderlichen Schreibmaterialien und Klassenbedürfnisse werden vom Vorstande beschafft und von diesem dem Hauptlehrer zur Vertheilung an die Klassenlehrer übergeben. Die Bestimmung über die beschriebenen Schreibmaterialien bleibt dem Vorstande vorbehalten.

§. 11. Schriftwesen der Schule. Die in Betreff der Schule erlassenen Urtheile des Vorstandes oder der Schuldeput. sind von dem Hauptlehrer aufzubewahren, zu ordnen und aufzubewahren. Ebenso hat der Hauptlehrer die Aufbewahrung der Hauptschulverzeichnisse, der Schulbibliothek und der Schule zugehörigen Gegenstände zu sorgen. Auch wird ihm empfohlen, besonderen Buche die Geschichte der Schule, ihre Stiftung und die Veränderungen, welche in ihren Einrichtungen, dem Lehrpersonal, dem Vorstande etc. und besondere Ereignisse zu verzeichnen und fortzusetzen.

#### C. Pflichten der Lehrer.

§. 12. Abhaltung der Lehrstunden. Außer den im §. 1. u. 2. gegebenen Pflichten liegt dem Lehrer ob, sich pünktlich und in anständiger Weise zum Unterricht in der Klasse einzufinden und mit Vermeidung aller unnöthigen und richtungsweck Fremdartigen die Lehrstunden ordentlich und unverfälscht abzuhalten. Während des Wechsels der Lehrstunden muß der Lehrer in der Klasse und wenn er nicht selbst die nächste Lektion in derselben Klasse erteilt, die Kunst des folgenden Lehrers abwarten. Die Lehrstunden beginnen mit Gesang und Gebet, Nachmittags bloß mit Gebet, und werden immer mit dem Gebete geschlossen.

§. 13. Lehrplan. In dem Gange des Unterrichts hat sich der Lehrer dem vorgeschriebenen Lehrplan seiner Klasse genau zu richten und die einzelnen Lehrgegenstände durchgenommenen Pensum allwöchentlich in ein in dem Klassenschrank aufzubewahrendes Buch einzutragen, welches er bei Verlangen auf Verlangen zu jeder Zeit, und dem Vorstande bei den von ihm veranstaltenden Klassenprüfungen vorzulegen hat.

§. 14. Schulzucht. Der Lehrer wird in seiner Klasse auf Reinheit der Sitten und anständiges Betragen bei den Kindern halten, die Schulzucht handhaben, die Kinder durch Vernunft und Güte zu leiten und zu regeln und Strafen nur auf besonnenste, gerechteste und einsichtsvollste Weise hierbei auch die besonderen Festsetzungen beachten, welche der Vorstand in Rathung dieses Gegenstandes in der Lehrerkonferenz treffen wird. Die Strafen dürfen niemals zu Mißhandlungen, welche der Gesundheit der Kinder abträglich oder entfernter Art schädlich werden können, ausgedehnt werden. (A. L. N. 12. §. 50.)<sup>1)</sup> Bedeutendere Strafen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptlehrers in dessen Gegenwart durch den Lehrer vollzogen werden: Kantel und Lineale dürfen niemals zu Züchtigungen angewendet werden. — Der Lehrer hat an seinem Theile der deshalb von der Hauptlehrern zu bestimmenden Ordnung an der Schule theilzunehmen und die Kinder der Schule zu führenden Aufsicht vor Anfang der Schulstunden und nach dem Schluß der Schule theil zu nehmen und hauptsächlich für das Wohl der Kinder in seinem Unterricht und seiner Erziehung Sorge zu nehmen. Die Kinder nach besten Kräften zu sorgen und zu diesem Zweck sich auch mit den Eltern, wenn es Noth thut, in Verbindung zu setzen.

§. 15. Lehrmittel und häusliche Arbeiten. Der Lehrer hat daran, daß alle Kinder mit den erforderlichen Lehrmitteln, als Büchern, Tafeln etc. versehen sind, und wenn dies nicht der Fall ist, dem Hauptlehrer davon in Kenntniß zu setzen. — Den Kindern sind regelmäßig in festbestimmter Ordnung

1) Vergl. oben S. 320.



Arbeiten aufzugeben, deren Bearbeitung zu überwachen ist. Die schriftlichen Arbeiten der Kinder müssen von dem Lehrer außer den Lehrstunden sorgfältig durchgesehen und die Fehler zur Verbesserung angekreuzt werden.

§. 16. Schulbesuch, Fleiß und Führung der Kinder. Der Lehrer hat den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder nach Kräften zu fördern und zu dem Ende die Klassenlisten sorgfältig zu führen und die Schulversäumnisse verschriftlich dem Hauptlehrer anzuzeigen. Ebenso ist er verpflichtet, dem Hauptlehrer und dem vorgesetzten Behörden nicht nur jede verlangte Auskunft über Schulbesuch, Fleiß, Führung eines Kindes zugesäumt und ausführlich zu ertheilen, sondern auch dem Hauptlehrer seine Wahrnehmungen in Bezug auf alle dem Unterricht und die Erziehung der ihm anvertrauten Jugend betreffenden wichtigeren Angelegenheiten mitzutheilen.

§. 17. Kein Lehrer ist befugt, einen Schüler oder eine Schülerin während der Lehrstunden wegzuschicken oder sie zur Besorgung von Privatdiensten zu verwenden. Eben so wenig darf er ihnen erlauben, außer wegen Krankheit, die Schule zu verlassen und den Unterricht zu versäumen; vielmehr hat er sie mit solchen Versuchen an den Hauptlehrer und den Vorstand zu verweisen. — Die Lehrer dürfen in keinem Falle, für welche Zwecke auch immer, Geldbeiträge von den Schülern erfordern oder annehmen, oder Geldsammlungen veranstalten lassen.

§. 18. Verhinderung eines Lehrers in Krankheitsfällen. Sollte ein Lehrer aus Krankheit oder unvorhergesehenen dringenden Umständen verhindert sein, in der Schule zu erscheinen und seinen Unterricht zu ertheilen, so hat er davon sofort dem Hauptlehrer schriftlich Anzeige zu machen, damit dieser für die Stellvertretung der die Kombination der Klasse sorgen kann. Demnach hat er auch zugesäumt dem Vorstände Anzeige zu machen, und sein Ausbleiben zu entschuldigen, auch bei einer länger als 3 Tage andauernden Krankheit diese durch ein ärztliches Attest dem Vorstände nachzuweisen. — Sollte ein Lehrer auf einige Zeit verreisen müssen, so hat er sich rechtzeitig vorher durch den Vorstand Urlaub bei der Schuldeput. zu erbitten.

§. 19. Gegenseitige Vertretung der Lehrer. Jeder Lehrer ist verpflichtet, beim Ausgehen in Krankheits- und Verhinderungsfällen zu vertreten und zu dem Ende nach der Anweisung des Hauptlehrers oder Schulverstandes eine nebenliegende Klasse mit der seinigen zu kombinieren oder Lehrstunden in anderen Klassen zu übernehmen.

§. 20. Ueberweisung der Lehrstunden an die Lehrer. Wenngleich jedem Lehrer vorzugsweise nur der Unterricht in einer Klasse und die Leitung derselben übertragen ist, so ist derselbe doch verpflichtet, auch in anderen Klassen die Lehrstunden zu übernehmen, die ihm von der Schuldeput. mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Schule übertragen werden möchten.

§. 21. Lehrmittel und Schulgeräthe. Für die Erhaltung der ihm für die Klasse übergebenen Lehrmittel hat er möglichst Sorge zu tragen und das Spezialverzeichniß derselben nach Abgang und Zugang ordnungsmäßig fortzuführen. Er hat das Schulgeräth vor nachtheiliger Beschädigung und Verunreinigung möglichst zu wahren, und auf Reinlichkeit und Ordnung in dem Klassensaal, in den Schreibräumen, Lehrmitteln und Hefen der Kinder zu halten.

§. 22. Anträge der Lehrer. Anträge, Wünsche und Vorschläge, welche sich auf Einrichtungen und Verbesserungen in seiner Klasse oder in der Schule beziehen, haben die Lehrer zunächst dem Hauptlehrer mitzutheilen, oder in der Konferenz zur Sprache zu bringen, und ist der Hauptlehrer auf Verlangen der betheiligten verpflichtet, dieselben dem Vorstände vorzutragen, um event. die Entscheidung der Schuldeput. einzuholen.

§. 23. Fortbildung der Lehrer. Es wird von den Lehrern erwartet, daß sie durch sorgfältige Vorbereitung auf ihre Lehrstunden, durch Lektüre und Studium neuer oder gemeinsamer Fortbildung sich für ihren Beruf immer geschickter und thätiger zu machen bemüht sein werden, um dadurch nicht nur immer reichere Früchte zum Heile der ihnen anvertrauten Jugend zu schaffen, sondern auch eine immer größere Fertigkeit in ihrem Berufe zu gewinnen und ein willigeres Anerkennen ihrer Arbeit und Mühe zu finden.

(Mehn. Blätter, Bd. 47. S. 3. 1853. S. 395.)

Gezogene Vorschriften über die Prüfungen der Berliner Lehrer, über

ihre Verpflichtung zur Miethsteuer<sup>1)</sup> sind in dem zweiten, über besuch und Konfirmanden-Unterricht in dem vierten Abschnitt gegeben

## Zweiter Abschnitt.

### D e r L e h r e r.

Nachdem bis in das vorige Jahrhundert das wichtige Amt der Erziehung zum größten Theil in den Händen brodloser Handwerker invalider Soldaten gelegen hatte, richteten sich die humanen Bestrebungen der Aufklärungsperiode vor Allem auf die Heranbildung eines tüchtigen Lehrerstandes. Besondere Schullehrer-Seminarien wurden gegründet. Ihre Frucht war die innere Hebung des Lehrers, nothwendige Folge die Forderung einer entsprechenden äußern Stellung, sowohl in ehrenvoller Selbstständigkeit des Schulamtes, als auch durch Gewährung einer angemessenen Besoldung. Der Fortschritt in dieser letztern Hinsicht, in der Hebung des Lehrerstandes, hielt mit der geistigen Bildung, welche den aus den Seminaren mitgegeben wurde, nicht gleichen Schritt, Beseitigung des dadurch erzeugten Widerspruchs bildet ein Hauptbestreben der Schulreformbestrebungen bis in die neueste Zeit. Was in dieser Beziehung geschehen und wie es jetzt steht, ist Gegenstand der folgenden Darstellung, welche die Ausbildung, Prüfung und Anstellung des Lehrers, sowohl amtllichen und außeramtlichen Verhältnisse umfaßt.

### Erstes Kapitel.

#### Die Ausbildung des Volksschullehrers im Seminar

Die Vorbereitung für das Volksschulamt durch ein Schullehrerseminar bildet gegenwärtig noch die Regel, obschon von der einen Seite, der störenden Zwänge dieser Anstalten gegenüber, völlige Freiheit der Ausbildung auf den allgemeinen höhern Schulen und Universitäten, von andern Seite aber ausschließliche Vorbereitung der künftigen Lehrer einzelne Geistliche verlangt wird.

Die Schullehrerseminare gehören zu den höhern Unterrichtsanstalten. In Betreff ihrer äußern Verhältnisse, sowie hinsichtlich der an ihnen zu stellenden Lehrer gilt Alles, was für die Realschulen und Gymnasien geschrieben ist. (vergl. die folgende Abth.). Sie stehen unter den Schulkollegien, denen im §. 6. ihrer Dienstinstr. v. 23. Okt. 1817 ausdrücklich die Sorge für die Ausbildung der Elementar-Schullehrer zugetheilt wird (s. in Th. I. S. 260). Ueber ihre innere Einrichtung ist kein all-

1) Ueber die Miethsteuer der Privatschulhalter s. auch R. v. 26. R. v. 1817 oben S. 304.

2) Vergl. §. 14. des Landeschulregl. v. 1763 (s. oben in Th. I. S. 75). — Ebenso §. 7. der Instr. v. 22. Febr. 1787 (s. ob. in Th. I. S. 2. ff. des kath. Schulregl. für Schlesien v. 1765 (s. ob. in Th. I. S. 75).

ement veröffentlicht. Sie richten sich nach provinziellen oder nach einzelne Seminare erlassenen Spezialinstruktionen. <sup>1)</sup> Die Grund-Organisation sind folgende: Ein Direktor <sup>2)</sup> steht der Anstalt vor.linge wohnen und leben nach einer bestimmten Hausordnung zu-

Den Unterricht erhalten sie unentgeltlich in einem zwei- oder en Kursus. Der Ausnahme, wie dem Abgange geht eine Prüfung Außerdem finden regelmäßig wiederkehrende Prüfungen über die te der Zöglinge statt. Übungsschulen stehen mit den Sem. in ng.

gewöhnlichen Zahlungen des Zöglings sind ein Eintrittsgeld von Thlr., und ein Kostgeld von ungefähr 40 Thlr. Für Bücher, Muschreib- und Zeichenmaterial, Kleidung und Wäsche hat jeder Zög- t zu sorgen. Die Wohnung ist frei.

Seminare sind theils evangelische, theils katholische. Auch giebt iere Lehrerinnen-Seminare. In einzelnen Fällen ist ein Unterschied Stadt- und Landschul- oder Neben-Seminaren gemacht, und die g, namentlich der letztern, auf das Land versucht worden. Im bellet sich die Zahl der im J. 1853 in Preußen vorhandenen und Nebenseminare auf 58. Sie sind, wie folgt, über das Staats- theilt:

#### I. Provinz Preußen.

raunsberg, kath., 3 Kl., 42. Stat: 4170 Thlr. (Stzsch. 4166 Thlr.).  
Opław, ev., 3 Kl., 56 Zgl (4—10 Hospites), 5 L. Stat: 4573 Thlr. (Stzsch. r.), 3j. Kurs., Übungssch., 3 Kl. mit 100 Kindern — 3) Friedrichs- en-Seminar. — 4) Königsberg, Kgl., ev. Waisenhaus u. Seminar. r. Kl., 2 Waisenhaus-Knabenkl., 2 Seminarsch.-Kl., 5 L. — 5) Angers- , 2 Kl., 56 Zögl., 5 L. Stat: 4260 Thlr. (Stzsch. 4233 Thlr.). — lene, ev., 3 Kl., 60 Zögl., 6 L. Stat: 5838 Thlr. (Stzsch. 5817 Thlr.), jährl. aufzunehmenden Zögl. müssen  $\frac{1}{3}$  der litthauischen Sprache völlig in. — 7) Köpen, Neben-Seminar. — 8) Graudenz, kath., 3 Kl., 5 L. Stat: 5058 Thlr. (Stzsch. 1500 Thlr.). — 9) Graudenz, ev., 186 u. Lehranstalt für Lehrerinnen u. Erzieherinnen. 2jähr. Kursus. — ienburg, ev., 3 Kl., 50 Zgl., 7 L. Stat: 4215 Thlr. (Stzsch. r.). Mit der Anstalt steht seit 1833 eine ständische Taubst.-Sch. in Ver-

#### II. Provinz Posen.

aradies, kath., 3 Kl., 65 Zgl., 6 L. Stat: 6805 Thlr. (Stzsch. 6801 - 2) Posen, kath., 3 Kl., 75 Zgl., 8 L. Stat: 6365 Thlr. (Stzsch. r.). — 3) Posen, Kgl. Seminar für Erzieherinnen und Lehrerinnen an len. 2 Kl., 28 Zgl., 11 L. — 4) Rawicz, Neben-Seminar. — 5) rg, ev., 2 Kl., 30 Zgl., 4 L. Stat: 3506 Thlr. (Stzsch. 3156 Thlr). rjemieszno, Neben-Seminar.

#### III. Provinz Brandenburg.

erlin, ev. Stadtschull.-Seminar <sup>1)</sup>, 3 Kl., 42 Zgl., 7 L. Stat: 8386 tjsch. 3800 Thlr.). — 2) Berlin, Kgl. Seminar für Lehrerinnen. Mit : Töchter Schule ist seit Okt. 1832 das Seminar für Lehrerinnen verbunden. jährig, Zahl der Seminaristinnen in jedem Kursus 10—12. Im letzten

So theilt Meigebaur S. 320—334 die Gesetze und Hausordnung v. 1824 für das K. evang. Schullehrer-Seminar in Breslau mit, welches rch die Bekanntm. des Oberpräf. v. Schlessen v. 29. Jan. 1846 wegen herrschenden Geistes aufgehoben wurde. Vergl. Naacke, pädagog. Jah- 847. S. 356. — 1848. S. 345.

S. Abschn. I. Kap. 2. sub II. Von mehreren Prov. Schulkoll. sind neuer- gelmäßige Konferenzen der Sem. Dir. angeordnet.

Vergl. Bekanntm. v. 13. Febr. 1833 (s. unten) u. K. D. v. 10. Sept. . unten).

Kursus unterrichten die Seminaristinnen in andern Anstalten und werden nach Ablauf dieses Jahres zur Prüfung einberufen. — 3) Köpenick. Sem. für Stad- und Landsch. 4 Kl., 100 Zgl., 6 L. Etat: 9604 Thlr. (Stzsch. 5630 Thlr durch den Ober-Consist.-Rath J. J. Hecker am 14. Dec. 1748 als Nebenanstalt der Kgl. Realsch. zu Berlin gegründet. Kursus 2jährig. Kostgeld (erkl. Br.) jährlich 38 Thlr.). 10 ganze und 10 halbe Freistellen. 400 Thlr. zur Vertheilung an hilfsebedürftige Seminaristen. — 4) Alt-Döbern, Neben-Semin., 2 Kl., 60 Zgl., 4 L., gehört zum Ressort des K. Prov.-Schul-Koll. in Berlin und erhält 641 Thlr. K. Unterstützungsgelder, wovon ein Theil der Lehrergehälter gedeckt wird und 100 Thlr. Miethentschädigung. — 5) Neu-Zelle, 3 Kl., 100 Zgl., 7 L. Etat: 9479 Thlr. (Stzsch. 5871 Thlr.), mit einer Waisenanstalt von 30 Zgl. (Knaben und 10 Mädchen).

## IV. Provinz Pommern.

1) Cammin, ev. Landschull.-Sem., 1 Kl., 20 Zgl., 4 L. Etat: 1440 Thlr. (Stzsch. 1085 Thlr.). — 2) Pyritz, ev. Otto-Stifts-Seminar für Landschullehrer 1 Kl., 20 Zgl., 4 L. Etat: 850 Thlr. (Stzsch. 627 Thlr.). — 3) Stettin, Stadt- u. Landsch.-Sem. u. Taubstummensch., 2 Kl., 50 Zgl., 10 L. Etat: 4200 Thlr. (Stzsch. 3771 Thlr.). — 4) Görlin, ev. Stadt- u. Landsch.-Sem., 2 Kl., 50 Zgl., 5 L. Etat: 3464 Thlr. (Stzsch. 2900 Thlr.). — 5) Franzburg, Landsch.-Sem. Etat: 3000 Thlr. (Stzsch. 1950 Thlr.). — 6) Steinhagen, Neben-Seminar. — 7) Stralsund, Neben-Seminar.

## V. Provinz Schlesien.

1) Breslau, kath., 2 Kl., 60 Zgl., 6 L. Etat: 4915 Thlr. (Stzsch. 1500 Thlr.), 1765 gestiftet. — 2) Münsterberg, ev., 3 Kl., 60 Zgl., 5 L. Etat: 4442 Thlr. (Stzsch. 4309 Thlr.). — 3) Steinau, ev., 3 Kl., 70 Zgl., 5 L. Etat: 4190 Thlr. (Stzsch. 3500 Thlr.), mit Vorschule von 3 Kl. — 4) Döbeln, ev. Logau, kath., 3 Kl., 83 Zgl., 6 L. Etat: 4677 Thlr. (Stzsch. 1025 Thlr.). — 5) Liegnitz, kath., 5 Kl. und 250 Sch. — 6) Weiskretscham, kath., 3 Kl., 75 Zgl., 5 L. Etat: 4300 Thlr. (inkl. 4000 Stzsch.). — 7) Bunzlau, ev., 3 Kl., 30 Zgl., 7 L. Etat: 4050 Thlr. Seminar-Vorsch. 3 Kl. u. 120 Sch.

## VI. Provinz Sachsen.

1) Gardelegen, Neben-Seminar. Etat: 1085 Thlr. (Stzsch. 400 Thlr.). — 2) Halberstadt, 3 Kl., 60 Zgl., 8 L. Etat: 4225 Thlr. (Stzsch. 1000 Thlr.), am 10. Juli 1778 gegr. Mit ihm ist verbunden: 1 Knaben-, 1 Mädchen- und 1 Freischule, eine Prov.-Taubst.-Anstalt mit 27 Zögl., eine Präparandenschule. — 3) Magdeburg, 2 Kl., 40—60 Zgl., 6 L. Etat: 4950 Thlr. (Stzsch. 6000 Thlr.), mit einer Vorbereitungssch. f. höh. Anst., die 4 Kl. und 160 Sch. u. einer Volkssch. mit 1 Kl. u. 75 Sch. — 4) Erfurt, 3 Kl., 60 Zgl., 6 L. Etat: 3835 Thlr. (Stzsch. 1217 Thlr.), mit einem Taubstummen-Inst. — 5) Hildesheim, kath., 3 Kl., 32 Zgl., 4 L. Etat: 2410 Thlr. — 6) Mühlhausen, Neben-Seminar, verbunden mit dem Gymnasium von III. an durch II. u. 7 Zögl. — 7) Droyßig<sup>1)</sup>, ev. Lehrerinnen-Seminar. Stzsch. 900 Thlr. — 8) Gießen, 3 Kl., 40 Zögl., 5 L. Etat: 1534 Thlr. (Stzsch. 1515 Thlr.). — 9) Weissenfels, 3 Kl., 60 Zgl., 4 L. Etat: 3940 Thlr. (Stzsch. 1758 Thlr.), gegr. 1794, mit einer Seminarschule mit 5 Kl. und 330 Sch., einer Freischule mit 54 Sch. und einer Taubstummen-Anst. — 10) Zeitz, Neben-Seminar.

## VII. Provinz Westphalen.

1) Langenhorst, kath., 40—50 Zgl., 5 L. Etat: 1752 Thlr. 22 Sch. Pf. — 2) Münster, kath., f. Schullehrerinnen, 2 Kl., 40—50 Zgl., 2 L. u. 2 Sch. Etat: 2846 Thlr. (Stzsch. 1080 Thlr.). — 3) Bielefeld, kath., 2 Kl., 40 bis 80 Zgl., 8 L. Etat: 6216 Thlr., mit einer Übungssch. u. einer Taubstummen-Anst. — 4) Paderborn, kath., f. Schullehrerinnen, 10—20 Zgl., 1 L. u. 1 Sch. Etat: 3357 Thlr. (Stzsch. 3085 Thlr.), mit einer Taubstummensch. — 5) Hamm, ev., 2 Kl., 44 Zgl., 6 L. Etat: 4509 Thlr. (Stzsch. 4043 Thlr.), mit einer Präparanden-Anst. (18 Zgl.), einer Taubstummen-Anst. (42 Zgl.) und einer Übungsschule (140 Sch.).

## VIII. Rheinprovinz.

1) Brühl, kath., 2 Kl., 100 Zgl., 8 L. Etat: 6800 Thlr. (Stzsch. 6000 Thlr.).

1) Vergl. Bef. v. 24. Juni 1852 (s. unten).

1) Dinslaken. Neben-Seminar. — 3) Kaiserswerth, Seminar an höh. Töchter-, Elementar- und Kleinkinderschulen, 3 Kl., 44 L. 5 Zn. Entstand 1836 mit der Diakonissen-Anstalt. — 4) Remscheid, 100 Bgl., 5 L. Etat: 6420 Thlr. (nur aus Staatsfonds), mit einer Sch. (40. Sch.). — 5) Neurs, ev., 2 Kl., 50 Bgl., 4 L. Etat: (Stzsch. 3670 Thlr.). Mit dem Sem. steht in Verbindung die Filder Anstalt (lateinische und deutsche Schule, 3 Kl., 52 Sch., 4 L.), und laisenberg, Anstalt für taubstumme u. andere verlassene Kinder (2 Kl., und 15 Mädchen, 2 L.). — 6) Rheinberg, Neben-Seminar. — 7) Schullehrer-Bildungsanstalt. Etat: 838 Thlr. aus Staatsfonds. — 8) Witten, ev., 2 Kl., 40–50 Bgl., 3 L. Etat: 3260 Thlr. aus Staatsfonds. — 9) Die Übungsschule ist die 3klass. Pfarrschule der evang. jüngeren Ge-

## I. Die Aufnahme in das Seminar.

Die Aufnahme in das Seminar setzt den Nachweis körperlicher Tauglichkeit voraus und wird durch eine wissenschaftliche Prüfung, zu deren Bestehen besondere Vorbereitungs- (Präparanden-) Schulen führen sollen.

Der Nachweis der körperlichen Tauglichkeit zum Schulfache beim Eintritt in das Seminar, als vor der Zulassung als Seminarand <sup>1)</sup> geführt werden.

Res. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Lardenberg) v. 11. Jan. an sammtl. R. Prov.-Schulkoll. (ausschließl. desj. zu Münster) von den Kreisphysikern für Schullehrerseminar-Aspiranten auszufertigen. Gesundheitsatteste.

Das Min. nimmt Veranlassung, das R. Prov. Schulkoll. auf die in dem 7. AmtsbL der Reg. zu Minden abgedruckte Verf. des Schulkolleg. der Provinz v. 29. Jan. d. J. (Anl. a.), die von den Kreisphysikern für Seminar-Aspiranten auszufertigenden Gesundheitsatteste betr., aufmerksam zu machen, und Daff. aufzufordern, in ähnlicher Weise dahin zu wirken, daß die körperliche Tüchtigkeit der Schulamts-Aspiranten bei ihrer Zulassung zu den Seminaren ernstliche Rücksicht genommen werde.

### Anl. a.

Die Verwaltung des Schulamts, wegen der damit verbundenen anhaltenden Anwesenheit, eine gute, nicht zweifelhafte Gesundheit des Lehrers erfordert, so wie von denj. Jünglingen und Jungfrauen, welche sich zum Eintritt in das Seminar melden, nur solche aufgenommen, deren guter Gesundheitszustand durch ärztliche Zeugnisse bescheinigt ist. Mehrmalige Erkrankungen der aufgenommenen Zöglinge und mehrmals vorgekommene frühe Abgänge bei den Schulamts-Kandidaten und jungen Lehrern gaben aber Veranlassung, die Ursachen ders. eine nähere Untersuchung anzustellen, und hiebei ergab sich, daß die meisten dieser jungen Leute nicht allein nicht die Atteste es besagten, sondern sogar in dem Zustande einer wirklichen Krankheit oder mit den offenbaren Keimen eines sich bald entwickelnden Leids in die Anstalt gekommen waren. Wir finden uns hierdurch zu einer früheren Verf. hinsichtlich der auszufertigenden Gesundheitsatteste zu bringen, und die darin enthaltenen Forderungen noch näher zu

den Seminar-Aspiranten und Aspirantinnen bei ihrer Meldung zum Eintritt in die Anstalt einzureichenden Gesundheitsatteste werden nur dann als gültig und gültig angenommen werden, wenn sie von dem Kreisphysikus bestätigt sind. Bei diesem haben sie sich persönlich zu stellen, und nicht allein ein Zeugnis ihres bisher etwa gebrauchten Arztes, sondern auch ein Zeugnis ihres Pfarrers und ihres Schullehrers einzureichen. Es ist, außer dem gegenwärtigen, auch der frühere Gesundheitszu-

<sup>1)</sup> §. 5. der Anweis. v. 29. Mai 1829, nachstehend sub 2. a.



stand so weit anzugeben, als man darüber während ihrer Schulfahre zu einer Gelegenheit gehabt hat.

Bei der Ausstellung der von den Kreisphysikern zu ertheilenden Atteste jene Zeugnisse der Pfarrer und Schullehrer beigelegt werden müssen, hinsichtlich folgende Punkte, als die Aufnahme in ein Seminarium bedenklich zu berücksichtigen: 1) ein krüppelhafter und merklich entstellender Körperbau zu schwächliche körperliche Konstitution, besonders eine schwache Brust, tendes Siechthum und oftmaliges Kränkeln in früheren Jahren, 4) Kurzsichtigkeit, welche in einem größeren Schulzimmer das Erkennen der Buchstaben und eine genaue Beobachtung derselben unmöglich macht, 5) vorherrschende phlogose oder gichtische Beschaffenheit des Körpers, 6) übermäßige Reizbarkeit der Nerven und merkliche Anlage zu hypochondrischen und hysterischen Uebeln, 7) heftiges und öfter wiederkehrtes Blutspeien, 8) eine deutlich angedeutete Anlage; — hinsichtlich der beiden letzteren Punkte ist auch darauf zu achten, ob hieran bereits mehrere Glieder der Familie gelitten haben, und ob Schwindsucht gestorben seien.

Münster, den 29. Jan. 1840.

R. Schulkoll. der Prov. Westph.

(Min. Bl. d. i. V. 1847. S. 231.)

b) Bef. des Prov.-Schulkolleg. von Schlesien v. 16. Sept. 1847. den Nachweis der körperlichen Fähigkeit zum Schulfache Seitens der als Präparanden eintreten wollen:

Da es noch immer sehr häufig vorkommt, daß junge Leute, deren geistige und körperliche Entwicklung für mangelhaft erachtet wird, dem Schulfache zugetheilt werden, so erscheint es als Pflicht, nicht nur Eltern und Erziehungsanstalten darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es ist, daß künftige Lehrkräfte eine kräftige Konstitution und Gesundheit, namentlich eine wohlgebaute Brust und wie ernstlich Seitens der Aufsichts-Behörden neben der geistigen auch auf diese Erfordernisse sowohl bei der Aufnahme in die Schullehrer-Seminarien, als bei der Uebertragung von Schulämtern wird Rücksicht genommen, sondern auch zur Verhütung des Andranges körperlich untauglicher junger Leute zum Schulfache, einige neue Vorschriften zu erlassen.

Wir verordnen daher:

- a) daß diej. jungen Leute, welche sich dem Schulfache widmen wollen, vor ihrer Zulassung als Präparanden und Aufnahme in das Aspiranten-Seminar ein nach dem untenstehenden Schema (a.) von ihrem Arzt (einem civilen praktischen Arzt oder einem Wundarzt erster Klasse) auszuführendes Gesundheitszeugniß bei dem betr. Schulrevisor beizubringen;
- b) daß diej. jungen Leute, welche nach dem von ihnen beigebrachten Gesundheitszeugniß sich zum Schulfache körperlich nicht eignen, bei Zusage, daß sie als Präparanden eintreten, dahin zu bedeuten, daß sie nach ihren Anlagen dem Schulfache nicht gewachsen seien und durch die Verfolgung ihres Vorhabens dem Schulzwecke und ihrem eigentlichen Besten entgegenstehen würden, während ein weit günstigeres Ergebnis zu erwarten sei, wenn sie einem solchen Berufe sich widmeten, dem sie, nach dem Urtheile ihres Arztes, auch nach ihren körperlichen Anlagen gewachsen und unter den Bedingungen mit sich führe, welche die in ihnen vorhandene Krankheitsanlage zur Entwicklung bringen würde;
- c) daß diej., welchen die Aufsicht über die Ausbildung der Präparanden nächst obliegt, nicht nur darüber zu wachen haben, daß der Gesundheitszustand der Präparanden nicht durch übermäßige körperliche oder geistige Beschäftigung, namentlich nicht durch zu anhaltendes Unterrichts-Geschäft in der Schule, wesentlich gefährdet werde, sondern auch verpflichtet sind, bei kranken und durch Krankheiten angegriffenen Präparanden die Ueberweisung in einen anderen Berufsstand dringend anzurathen und ihnen bemerken zu machen, daß die ärztliche Untersuchung, welche der Aufnahme-Prüfung in den Lehr-Seminarien vorangehe, wahrscheinlich ihre Zurückweisung zur Folge haben werde.

**a. Schema zu dem ärztlichen Zeugnisse.**

- 1) Angabe des Vornamens und Zunamens und des Alters.
- 2) Eignet sich ders. nach seiner körperlichen Anlage, nach seinem Gesundheits- und Entwicklungszustande zum Schulfache?
- 3) Ist in der Familie desselben erbliche Anlage zur Schwindsucht, Epilepsie, Gemüthskrankheiten oder zu andern Krankheiten, welche der zulänglichen Verwaltung eines Schulamts wesentliche Hindernisse entgegenstellen, vorhanden?
- 4) Ist die Gesundheit und Entwicklung seines Körpers von dem gewöhnlichen Maasse erheblich und wesentlich abweichend oder nicht, und im ersten Falle, worin besteht diese Abweichung?

Demnachst bescheinige ich hierdurch vollkommen der Wahrheit gemäß und an der Statt, daß ich vorstehende Beantwortung nach gründlicher Untersuchung und mündlicher Ueberlegung meinem besten Wissen gemäß abgegeben habe.

(Ort und Datum.)

(Name und Siegel des Arztes.)

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 285.)

2) Die Vorbildung für das Seminar erfolgt theils in besondern Anstalten, theils durch einzelne Geistliche und Lehrer.

a) E. B. des Konf. und Schulkoll. von Pommern v. 29. Mai 1829  
Minist. d. Superint. u. in Pommern, betr. die Vorbildung für die Schullehrer-Seminarien:

Die Sorge für die nöthige Vorbereitung der in die Schullehrer-Sem. aufzunehmenden jungen Leute haben wir bisher größtentheils ihnen selbst überlassen, und es ist nur dahin gesehen, daß die Forderungen, welche bei der Aufnahme-Prüfung an den Sem. an sie gemacht werden, nach dem gegenwärtigen Zustande der Schulen in der hiesigen Prov. sich richten, und mit der allmählig fortschreitenden Verbesserung dieser Schulen, bis zu dem ihrer Bestimmung angemessenen Umfange und Grade gesteigert werden. Da für die Meisten der gewöhnliche Schulunterricht mit dem 14. Jahre ganz aufhört, und in der Regel über die Grenzen sogenannter Elementarbildung nicht hinausgeht: so suchen diej., welche sich schon in diesem Alter für die Wahl des Lehrerberufs entscheiden, und nicht etwa vorher ein Handwerk lernen, oder auf andere Art ein Unterkommen finden, den Mangel an besonderen Vorbereitungs-Anstalten für das Sem. dadurch zu ersetzen, daß sie entweder den Privatunterricht eines benachbarten Geistlichen und Schullehrers oder den Unterricht in einer öffentlichen Stadtschule benutzen, auch wohl als Vorlehrer zum Schulhalten eine einzelne Abtheilung in einer zahlreichen Schule und Nebenschule auf dem Lande, gegen eine billige Vergütung übernehmen, um ihren nothdürftigen Unterhalt sich zu verdienen, und zugleich in den Anfangsgründen noch mehr sich zu befestigen.

Wenn wir nun auch nicht in Abrede stellen wollen, daß die dem Schulfache widmenden Jünglinge auf diesem Wege die nothwendigsten Vorkenntnisse sich erwerben können, und die Zeit zwischen dem Abgange von der Schule und der Aufnahme in die Lehrerbildungs-Anstalten im Ganzen nützlich ausfüllen, so bleibt dabei zuviel dem Zufalle und der Willkür des Einzelnen überlassen. Der Unterricht in den Sem. kann auf so unsicher gelegtem Grunde nicht gehörig anknüpfen, und muß, zum Nachtheil für die eigentliche Berufsbildung der künftigen Lehrer, noch immer zu lange bei den Anfangsgründen, wie sie schon in einer guten Volksschule gelehrt werden müssen, verweilen. Nicht selten drängen sich ganz ungeschickliche Knaben und Jünglinge, denen gleich Anfangs zu der Wahl einer anderen Berufsart hätte gerathen werden müssen, und die bei der Aufnahme-Prüfung für

die Sem. in der Regel zu spät zurückgewiesen werden, in einen Stand hinein, zu welchem sie keinen wahren, inneren Beruf haben, und in welchem sie sich daher niemals über das Mittelmäßige und Gemeine erheben werden.

Es ist zur Verhütung dieser Nachtheile nothwendig, und für den Erfolg der eingeleiteten Schulverbesserung, wie für die gute Sache der Volksbildung überhaupt von der größten Wichtigkeit, daß den Haupt- und Neben-Sem. besser vor- und in die Hände gearbeitet werde, und daß alle ihre Zöglinge die erforderlichen Anlagen und Vorkenntnisse schon in die Anstalt mitbringen. Zu dem Ende haben wir nach vorgängiger Berathung mit den betr. K. Reg. und im Einverständnisse mit dem K. Min. der G., u. u. M. Ang., die Grundsätze und den Plan, nach welchem von jetzt an, in unserem Konsistorial-Bezirk die Vorbildung für die Schullehrer-Sem. angeordnet und ertheilt werden soll, in eine allg. Verordn. (Anl. a.) zusammengefaßt. Indem wir Ihnen dieselbe in den beigehenden drei Abdrücken zuferstigen lassen, beauftragen wir Sie zugleich, sie unter den sämtlichen Geistlichen, Rektoren und Schullehrern Ihrer Synode in Umlauf zu setzen, und dafür Sorge zu tragen, daß diej., welche sich dem Schulamte widmen wollen, so wie deren Eltern und Vormünder, von dem Inhalte Kenntniß nehmen, und daß von jetzt an diesen Bestimmungen gemäß überall verfahren werde.

Wir erwarten von Ihnen mit Vertrauen, daß Sie, in Erwägung des großen und bleibenden Nutzens, den sie für die Schule und die Kirche und dadurch für das ganze Volk durch Beförderung einer besseren Vorbereitung und Bildung der künftigen Lehrer stiften, auch dieser Angelegenheit Ihre Theilnahme und Thätigkeit zuwenden, und auf jede geeignete Art, insbesondere bei Gelegenheit der ihnen obliegenden Kirchen- und Schul-Bisitationen, die Ueberzeugung sich verschaffen werden, daß unsere anliegende B. überall genau befolgt wird.

Anl. a.

Anweisung des Kons. und Schulkoll. v. Pommern v. 29. Mai 1829, die Vorbildung für die Schullehrer-Seminarien der Prov. Pommern betr.

Um denj. jungen Leuten in der Prov. Pommern, welche Schullehrer werden wollen, Gelegenheit zu einer besseren Vorbildung für die Schullehrer-Sem. zu geben, werden hiermit folgende Anordnungen und Bestimmungen erlassen:

- 1) Von Ostern k. J. an muß ein Jeder, der zu seiner größeren Ausbildung für das Schulfach in ein Haupt- oder Neben-Sem. aufgenommen werden will, zu dieser Aufnahme vorher sich gründlich vorbereitet haben, und darüber sich gehörig ausweisen.
- 2) Damit es Niemanden an Gelegenheit zu dieser ersten und nothwendigen Vorbildung fehle, so werden von uns, unter Theilnahme und Mitwirkung der K. Reg. hier, zu Köslin und Stralsund, besondere Einrichtungen und Maasregeln getroffen werden, welche den Zweck haben, den Schullehrer-Sem. mehr vor- und in die Hände zu arbeiten, und zu verhüten, daß Jungen und Jünglinge ohne inneren Beruf und ohne die erforderlichen Vorkenntnisse in den Schulstand sich eindrängen, und die Anzahl der unbrauchbaren und untüchtigen Lehrer vermehren.
- 3) Es bleibt dabei auch in Zukunft einem jeden, der sich dem Schulfach widmen gedenkt, überlassen, ob und welche ihm in seiner nächsten Umgebung dargebotenen Bildungsmittel und Anstalten er benutzen, wo und wie er die Kenntnisse und Fertigkeiten, welche die Sem. als unbedingt nothwendig aussetzen, sich erwerben will, und hinsichtlich der Söhne der Geistlichen der Schullehrer wird noch ausdrücklich bemerkt, daß es ihnen freisteht, auch im Hause ihrer Väter und in der Schule ihres Wohnorts sich auf den Unterricht in dem Sem. vorbereiten zu lassen, und daß sie dieserhalb nicht zurückgesetzt werden sollen.
- 4) Aber von einem Jedem, gleichviel an welchem Orte und auf welche Weise er sich die nöthige Vorbildung verschafft hat, muß gefordert werden, daß er
  - a) die erforderlichen Vorkenntnisse ganz und recht, d. i. mit Gründlichkeit, Klarheit und Deutlichkeit, also nicht bloß mechanisch, sich eigen;
    - b) in einer wohl eingerichteten Schule zum Unterrichten und Schulhelfen sich gehörig vorübe, und

- c) daher der unmittelbaren Aufsicht und Leitung eines bewährten, tüchtigen Geistlichen oder Lehrers sich anvertraue.
- 5) Als nähere Bedingungen der Aufnahme junger Leute in die Haupt-Schullehrer-Sem. werden hiermit festgesetzt, daß sie
1. einen unbescholtenen Wandel führen, und einen durch einen durch eine christlich häusliche Erziehung und einen guten Religions-Unterricht erweckten frommen Sinn haben;
  2. in der Regel das 18. Jahr zurückgelegt haben;
  3. bei den nöthigen körperlichen Anlagen, eine feste dauerhafte Gesundheit genießen;
  4. gute Anlagen des Geistes, insbesondere gesunde Beurtheilungskraft und Wißbegierde, auch hinlängliche Geübtheit im Auswendiglernen, so wie
  5. die nothwendigen Vorkenntnisse besitzen.
- Nr. 1. ist durch ein Zeugniß des Ortspfarrers und der Schule, welche der Aufzunehmende als Knabe besucht hat,
- Nr. 2. durch den Taufschein und
- Nr. 3. durch ein ärztliches Attest zu belegen. — In Beziehung auf Nr. 3. wird noch bemerkt, daß auffallende Mißgestaltungen und Gebrechen, welche die Ausübung des Lehramts unmöglich machen, oder sehr erschweren, wie Engbrüstigkeit, Schwerhörigkeit, ein kurzes oder schwaches Gesicht, fallende Sucht und bestimmte Anlage zur Auszehrung und dgl. von der Annahme ausschließen.
- 6) In Beziehung auf §. 5. Nr. 5. ist zur Aufnahme in ein Seminar erforderlich:
- 1) in der Religion: Bekanntschaft mit der heiligen Schrift, alten und neuen Testaments, mit der Folge und dem Hauptinhalte der biblischen Bücher und deren Verfassern; — Kenntniß der biblischen Geschichten, welche sich für die Erweckung und Belebung des christlich frommen Sinnes vorzugsweise eignen; Kenntniß der Bedeutung der christlichen Feste und Sonntage; Einsicht in den Wortverstand und Auswendigwissen der Hauptstücke des Katechismus und der wichtigsten Beweisstellen für die Hauptwahrheiten des Christenthums, nebst einer gewissen Fertigkeit im schnellen Aufschlagen biblischer Stellen;
  - 2) in der Sprache:
    - a) Fertigkeit im hochdeutschen Ausdrücke;
    - b) fertiges und richtiges Lesen aller Deutschen Schrift- und Druckarten, auch der lateinischen, mit Beobachtung der Unterscheidungszeichen und richtiger Betonung, und der Fähigkeit, von dem Gelesenen deutliche Rechenschaft zu geben;
    - c) eine nach richtigen Grundsätzen gebildete, reine und deutliche Handschrift, die in so weit regelmäßig sein muß, daß sie bei fortgesetzter Uebung eine gute werden kann; und
    - d) Bekanntschaft mit den Redetheilen und den Hauptregeln der Sprache, in dem Grade, daß der Aufzunehmende im Stande sei, seine Gedanken schriftlich und mündlich, ohne auffallende Fehler gegen die Rechtschreibung und die Sprachlehre, auszudrücken.
  3. Im Rechnen: Kenntniß der vier Grundrechnungen, der Regel vom Dreisatz, der Kettenregel und der Gesellschaftsrechnung, und Bekanntschaft mit der Lehre von den Brüchen; die Grundrechnungen müssen auch im Kopfe sorgfältig geübt worden sein;
  4. im Gesange und in der Musik eine bildsame gute Stimme und musikalisches Gehör, hinlängliche Geübtheit im Singen nach Noten und einige Uebung im Klavier- und Violinspielen, so wie Kenntniß der Kernlieder und Kernmelodien unserer evangelischen Kirche;
  5. in der Vaterlandskunde: einige Bekanntschaft mit der Erdkunde des Preuß. Staates und vorzüglich der Prov. Pommern, eine allg. Kenntniß der Hauptbegebenheiten oder der wichtigsten Ereignisse der pommerschen Geschichte.

Diese Vorkenntnisse muß jeder Aufzunehmende besitzen.<sup>1)</sup> Schränken sich dieselben nur auf die Anfangsgründe des Wissens, um zugleich dadurch zu erkennen zu geben, daß die Präparat lernen sollen, was ihnen zu wissen nöthig ist, was sie ihrem oder Anderer Besten anwenden werden; daß es dem Sem. um wirkliche Bildung zu thun sei, und um somit das verderblich treiben in allerlei Fächern des Wissens und bei den Prüfungen je und jede Täuschung zu verhüten. Als am besten vorbereitet zu befunden werden, welche, bei guten Naturanlagen, im Denken geübt, und an eine feste Regel und strenge Ordnung gewöhnt sind eine entschiedene Richtung auf das haben, was Allen das Noth und das Wichtigste ist, und daher unter den Bildungsmitteln billigt steht. Darum muß es, wie wir hier wiederholentlich bemerken Hauptföge jedes Vorbereitungs-Lehrers sein, daß seine Zöglinge Standpunkte aus und für dens. gebildet werden, das Nächste und zuerst lernen und üben, und darin ganz fest und sicher werden.

- 7) Diej., welche bereinst bloß Lehrer an Landschulen werden wollen, die Aufnahme in ein Neben-Sem. nachsuchen, müssen den obigen Forderungen (§. 3. Nr. 1 — 4. und §. 4. Nr. 1 — 5.) entsprechen, da diese Anstalten eben so wenig als die Haupt-Sem. die und Wiederholung der Anfangsgründe des Unterrichts in ihren aufnehmen sollen, sondern diese ebenfalls voraussetzen müssen. Die maassliche bereinstige Bestimmung der Schul-Lehrlinge zu Land- o schul Lehrern begründet nur eine dem Grade nach verschiedene 2 für den künftigen Beruf.
- 8) Damit die nothwendige Vorbildung für die Sem. überall nach ü menden Grundsätzen und nach einem festen Plane geschehe, und bi den Schullehrerstand wählen, wissen, an wen sie sich zu wenden den Forderungen, welche bei der Aufnahmeprüfung für jene Bilb ten an sie gemacht werden, entsprechen zu können; so sollen v einen solchen Vorbereitungs-Unterricht für Schul-Lehrlinge nur gan Männer ertheilen dürfen, welche entweder von der betr. R. Reg. Geschäfte ausdrücklich aufgefordert werden, oder die aus eigenem triebe Schul-Lehrlinge annehmen wollen. Letztere haben die Erlau bei der gedachten R. Behörde im Monat Febr. jedes Jahres na und ihrem Berichte den vollständigen Unterrichtsplan beizufügen.  
Die jungen Leute, welche an dem Unterrichte eines solchen Vorl Lehrers Theil nehmen, und unter seiner Aufsicht im Unterrichten wollen, haben sich unter Einreichung der oben §. 3. gedachten S und anderer Zeugnisse, zunächst bei dem betr. Superint. persönlich, um von dems. in Absicht auf ihre Anlagen und Vorkenntni zu werden. Wer in dieser Vorprüfung bestanden ist, wird in di „Schul-Lehrlinge“ oder „Schulpräparanden“ aufgenommen, und diesem Zeitpunkte an unter der besonderen Leitung eines Vorberei rers und unter der Ober-Aufsicht des betreffenden Superint. od Inspektors.
- 9) Es ist eines jeden Schulpräparanden eigene Sache, sich einen v Reg. genehmigten Vorbereitungs-Lehrer zu wählen, und die Kosti theils der Besuch einer öffentlichen Schule, theils der etwa noch nöthige nachhelfende Unterricht verursacht, aus eigenen Mitteln i ten; da dem Staate die Verbindlichkeit, außer den eigentlichen dungs-Anstalten oder den Sem., noch besondere Vorbereitungs-S dies. einzurichten und zu unterhalten, nicht auferlegt werden kann, überhaupt nur die Sorge dafür obliegt, daß es keinem Schulpr: an Gelegenheit, die erforderlichen Vorkenntnisse zu erlangen, fehle.
- 10) Diej. Geistlichen und Schullehrer, unter deren Leitung und Auffi

1) Ähnliche Anforderungen werden aufgestellt im Publ. des Konf. ster v. 4. Juli 1820 (Ann. IV. S. 544) hinsichtlich der damals die Sch lath. Lehrerseminars vertretenden Normalschule zu Münster.



Leute zu ihrer künftigen Aufnahme in eine Lehrerbildungs-Anstalt sich gründlich vorbereiten, werden aber wie von der betr. R. Reg., so von uns selbst als solche, die zur Beförderung einer besseren Bildung der Lehrer und dadurch des Schulwesens überhaupt wesentlich beitragen, jetzt und künftig anerkannt, und bei Wiederbesetzung der für sie geeigneten Stellen berücksichtigt werden. Sie übernehmen mit diesem wichtigen Geschäfte zugleich die Verpflichtung, nicht bloß dahin zu sehen, daß ihre Lehrlinge die nöthigen Vorbereitungskenntnisse in das Sem. mitbringen, sondern auch auf ihren häuslichen Fleiß und ihr gesamtes sittliches Betragen sorgfältig zu achten und darüber zu wachen, daß sie sich einen frommen bescheidenen, christlich demüthigen und genügsamen Sinn bewahren, ohne den Niemand ein wahrer Lehrer werden kann. Wo der Schullehrer den eigentlichen Vorbereitungs-Unterricht übernommen hat, da liegt diese Aufsicht dem Ortspfarrer mit ob.

- 1) Es ist sehr wünschenswerth, daß insbes. solche Schullehrer, welche in einem der Haupt-Sem. der Prov. gebildet worden, und in der Prüfung sehr gut bestanden sind, diesen Vorbereitungs-Unterricht ertheilen; denn es sollen durch dens. den jungen Leuten nicht etwa bloß einige Kenntnisse beigebracht und gewisse Fertigkeiten eingeübt werden, sondern er soll Vorbereitung sein für das ganze Leben des künftigen Seminaristen, ihn für den Unterricht des Sem. empfänglich machen, und dazu Vorbilden. Wenn zu dieser Vorbildung, unter Leitung tüchtiger Geistlichen, ehemalige Seminaristen gewählt werden, so wird dadurch zugleich die nothwendige innere Einheit in der Bildung der Lehrer befördert, und das Haupt-Sem. auch in dieser Beziehung mehr und mehr zu dem Mittelpunkte des gesammten Volksschulwesens der Prov. erhoben.
- 2) Das vereinte Streben des Lehrers und des Aufsehers muß dahin gerichtet sein, daß das Fortschreiten der ihnen anvertrauten Lehrlinge in Kenntnissen mit ihrer sittlich religiösen Bildung stets übereinstimme, und daß bei der Anordnung des Unterrichts, jede Ueberladung, die nur zu einem ungründlichen, oberflächlichen Wissen führt, vermieden, und das künftige Bedürfniß und die eigenthümlichen Verhältnisse der jungen Leute gehörig beachtet werden.
- 3) Als Vorbereitungslehrern wird ihnen insbesondere Folgendes zur Pflicht gemacht:
  1. sie haben dem Unterricht und den Uebungen einen festen Plan zum Grunde zu legen, und diesen genau auf die §. 4. Nr. 1—5. angegebenen Gegenstände zu beschränken, weil eine gründliche Vorbereitung ohne diese Beschränkung auf das Nothwendige nicht möglich ist;
  2. mit dem eigentlichen Unterrichte sind Uebungen im Unterrichten und im Schulhalten, zuerst mit einer kleinen Abtheilung von Anfängern, dann auch mit einer ganzen Klasse, so wie, wo dies irgend thunlich ist, die Aufsicht über die in freien Zeiten spielenden Kinder zu verbinden, damit die Schul-Lehrlinge sich frühzeitig an den Umgang mit Kindern und an deren Behandlung gewöhnen, und in dem, was sie Andere lehren, sich selbst immer tiefer begründen;
  3. sie dürfen keinen zu ihrem Vorbereitungs-Unterrichte zulassen, der sich nicht durch ein Zeugniß des betr. Superint. über seine Aufnahmefähigkeit ausgewiesen hat;
  4. sie müssen einen jeden, bei welchem sie keine Neigung und Fähigkeit zum Schulsache wahrnehmen, oder der durch sein unsittliches Betragen Anstoß giebt, sofort und mit unerbittlicher Strenge von der Theilnahme an ihrer Vorbereitung ausschließen, aber dazu vorher die ausdrückliche Genehmigung der Superintendentur nachsuchen;
  5. die Schul-Lehrlinge, welche nicht bei ihren Eltern oder im Schulhause wohnen können, haben sie bei guten Familien in Kost und Wohnung unterzubringen, und über deren Betragen zu Hause wöchentlich Erkundigung einzuziehen;
  6. am Ende jeder Woche müssen sie mit ihnen eine allg. Wiederholung des Unterrichts vornehmen, und zugleich bei dieser oder einer andern schiedlichen Veranlassung einem jeden das Nöthige über den von ihm in der

Wache bewiesenen Fleiß und über sein Betragen, zur Ermunterung oder Erinnerung, zu erkennen geben;

7. alle Vierteljahr haben sie in einem besonderen Buche kurz zu bemerken welche Gegenstände von ihnen in dem verfloffenen Zeitraume behandelt und welche Versuche und Uebungen in der Schule selbst von den einzelnen Schülern angestellt worden seien, und dieses Buch am Schluß des Jahres den betr. Superint. einzureichen;
8. hinsichtlich der Lehrgegenstände und der Lehrstunden haben sie noch dahin zu sehen, daß dieser an einem Tage nicht zu viele werden, damit die jungen Leute das Gehörte zu Hause gehörig wiederholen und für ihren Privatleiß, der vorzüglich geweckt werden muß, Zeit und Kraft genug übrig behalten;
9. der Unterricht in der Vaterlandskunde ist nicht eher zu beginnen, als bis in den Religionskenntnissen und in den Fertigkeiten gute Fortschritt gemacht sind; überhaupt ist, so viel wie möglich, dahin zu sehen, daß die einzelnen Gegenstände nicht neben einander, sondern nach einander an die Reihe kommen;
10. sie werden sich besonders angelegen sein lassen, den Unterricht in der Ortsschule zu verbessern, damit diese für die Präparanden eine wirklich Musterschule sei, und ihnen so nicht nur die Kenntniß des Lehrstoffes immer klarer, sondern zugleich die beste Art des Unterrichts recht anschaulich werde.
- 14) Die Dauer der Vorbereitungszeit kann nach den verschiedenen Anlagen und Kenntnissen der Schülereine verschiedene sein; aber es ist so viel thunlich dahin zu sehen, daß bei einem und demselben Lehrer der Unterricht für Alle immer zu gleicher Zeit beginne, und bis zu dem Zeitpunkte, wo die Aufnahms-Prüfungen für die Semin. stattfinden, ununterbrochen fortgeführt werde.
- 15) Die innere Verantwortlichkeit sowohl für die zweckmäßige Anordnung und den Fortgang des gesammten Vorbereitungs-Unterrichts und der damit zusammenhängenden Unterrichts-Uebungen, als auch für die Sittlichkeit und die Bilsamkeit der einzelnen Schul-Schüler liegt zunächst und hauptsächlich den Superint. ob. Ihre Sorge muß dahin gehen, daß bei der Prüfung vor der Aufnahme in die Vorbereitungsschule, und bei der Entlassung aus derselben, nicht bloß jede Willkühr vermieden, sondern schon die Aufnahme (§. 7.) mit ders. Strenge, wie bei den Sem. vorgenommen werde. Vor Allem sind sie verpflichtet, einem Jeden, der die erforderlichen Fähigkeiten und Schulkenntnisse nicht besitzt, oder keine Fortschritte macht, dringend abzurathen, den Plan, Schullehrer zu werden, weiter zu verfolgen; sie werden von Zeit zu Zeit alle Schul-Schüler ihres Bezirkes versammeln, um sich durch Prüfungen von ihren Fortschritten zu überzeugen, und ihnen überall mit Rath und That beistehen zu können.
- 16) Diese Vorschulen für die Sem. sind so zu vertheilen, daß wo möglich in jeder Synode wenigstens eine vorhanden sei, damit die Schüler entweder in ihrer Heimath einen wohlfeileren Unterhalt finden, oder ihn von Hause aus leichtern können.
- 17) Damit die K. Reg. in beständiger Bekanntschaft mit der Vorbildung der jungen Leute für die Sem. erhalten werden, so haben die Superint. jetzt an den, an die K. Reg. einzureichenden Conduitenlisten <sup>1)</sup> der Schüler und Schullehrer noch eine besondere Tabelle über die in der Superintendentur vorhandenen Schul-Präparanden nach folgenden Rubriken beifügen:

„1) Nr. — 2) Familien-Name und Vorname; 3) Geburtsort; 4) Geburtszeit nach Jahr, Monat und Tag; 5) Stand des Vaters; 6) Vermögensumstände der Eltern; 7) Zeit der Aufnahme in die Schule der Schul-Schüler; 8) Namen und Wohnort des Lehrers, unter dessen Aufsicht er sich vorbereitet; 9) Allgem. Urtheil über seine Sittlichkeit.“

1) Siehe oben S. 366 ff.

seine Fähigkeiten und Fortschritte in Kenntnissen; 10) besondere Bemerkungen.“

- 18) Bei seiner Entlassung aus dem Vorbereitungs-Unterrichte erhält jeder Präparand entweder von seinem bisherigen Lehrer, oder von der Schule, welche er zu seiner Vorbereitung für das Sem. besucht hat, ein ausführliches, bestimmt gefasstes Zeugniß, nach folgendem Schema:

„Zeugniß für den zur Aufnahme in ein Schullehrer-Seminar vorbereiten

N. N.

Name, Geburtsort, Alter, Ort und Zeitdauer der Vorbereitung für die Lehrerbildungs-Anstalt.

Sittliches Verhalten.

Kenntnisse und Fertigkeiten.

1. Bibelfunde und Katechismuslehre.
2. Anfangsgründe der deutschen Sprache.
3. Lesen.
4. Schreiben.
5. Rechnen.
6. Singen.
7. Musik.
8. Vorkenntnisse aus der Vaterlandskunde.

Unterrichts-Übungen.

Allgemeines Urtheil.“

Dieses Zeugniß wird von dem Unterschriebenen, unter dessen besonderer Leitung und Aufsicht der N. für den höheren Unterricht einer öffentlichen Lehrerbildungs-Anstalt sich bisher vorbereitet hat, hierdurch pflichtmäßig ausgestellt.

N., den

und von dem betr. Ortspfarrer und Schul-Aufscher hierdurch vollzogen.

N. N.

- 19) Auf der Rückseite dess. Zeugnisses hat der Superint. das Ergebnis derj. Prüfung, welche er in Gemäßheit unserer G. Verf. v. 18. Mai 1827 mit den Schul-Lehrlingen seiner Diocese, Behufs ihrer Aufnahme in das Sem., anzustellen hat, ausführlich zu bemerken, und sein pflichtmäßiges Urtheil über die Aufnahmefähigkeit des Geprüften zum Schullehrer-Verufe abzugeben.

- 20) Mit diesen und den übrigen erforderlichen Zeugnissen (§. 2.) versehen, müssen sich die Schul-Lehrlinge in dem Schullehrer-Sem. ihres Reg.-Bez. an dem festgesetzten Tage einfinden, um sich der von uns angeordneten Hauptprüfung zu unterwerfen, von deren Ausfall die Aufnahme in das Sem. abhängt. Die Entscheidung über diese Aufnahme behalten wir uns ferner ausdrücklich vor.

Unsere Schulräthe sind von uns, wie von der betr. R. Reg. beauftragt worden, auf ihren Umreisen den Schul-Lehrlingen und dem für sie angeordneten Vorbereitungs-Unterrichte ihre ganz besondere Theilnahme und Fürsorge zuzuwenden, und erforderlichen Falls eine Prüfung ders. in Absicht auf ihre Fähigkeiten und ihre Fortschritte in Kenntnissen und Fertigkeiten zu veranstalten.

(Ann. XIII. S. 296.)

b) G. Verf. des Schulkoll. der Prov. Brandenburg v. 6. März 1838 in sämml. Superint. und Schulinsp., betr. die Ausbildung der Präparanden in Religion, Sprache und Gesang:

So gern wir es anerkennen, daß in Folge unserer G. Verf. v. 24. Febr. 1834 und 15. Okt. 1836 theils durch die Bemühungen einzelner Geistlichen und Schullehrer, theils durch die seit einigen Jahren an mehreren Orten gegründeten Präparanden-Anstalten, eine zweckmäßige Vorbereitung derj. jungen Leute, welche sich dem Schulfach widmen, sehr erleichtert und zum Theil auch schon bewirkt worden ist, so dürfen wir doch nicht verhehlen, daß nach dem Ergebnis der Aufnahme-Prüfungen für die Schullehrer-Sem. unseres Verwaltungs-Bezirks, noch Vieles in

dieser Beziehung zu wünschen übrig bleibt, und daß viele Präparanden namentlich in Beziehung auf Religionskenntnisse, Sprachfertigkeit und Uebung im Gesange nicht den Anforderungen entsprechen, welche mit Rücksicht auf die Verfassung der Schullehrer-Sem. an dies. gemacht werden müssen.

In Beziehung auf Religionskenntnisse vermiffen wir zuweilen diej. positiven Kenntnisse, welche in jeder guten Volksschule erworben werden können.

Es ist aber von jedem jungen Manne, der sich dem Schulfach widmet, zu verlangen:

- 1) daß er mit der biblischen Geschichte, so weit sie durch fleißiges Lesen in der Bibel selbst gewonnen werden kann, vollständig bekannt sei, und daß er diej. Bücher, in welchen die Hauptbegebenheiten der biblischen Geschichte aufgezeichnet sind, im Einzelnen mit Sicherheit anzugeben wisse;
- 2) daß er für jede Hauptlehre des christlichen Glaubens einige Bibelsprüche wörtlich genau anführen könne;
- 3) daß er den lutherischen Katechismus, und
- 4) eine gute Anzahl der vorzüglichsten und gangbarsten Kirchenlieder, und zwar vollständig, nicht bloß die ersten Verse derselben, auswendig gelernt habe, und sie mit angemessenem Ausdruck vorzutragen wisse.

In Beziehung auf Sprache vermiffen wir am meisten Uebung im fertigen und ausdrucksvollen Lesen, worin sich doch das Maas der allg. Verstandesbildung, so wie der bereits erworbenen Sprachfertigkeit am deutlichsten offenbaren sollte, sogar zuweilen diej. Uebung der Sprachwerkzeuge, ohne welche das Lesen nur mangelhaft von Statten geht. Wir müssen wünschen, daß auf fertiges und ausdrucksvolles Lesen, sowohl in den Volksschulen, als insbes. in den Präparanden-Anstalten, vorzügliche Aufmerksamkeit verwendet, und daß zu diesem Ende die Schulamts-Präparanden auch zu einem ausdrucksvollen Vortrage auswendig gelernter geeigneter Lesestücke, jedoch nicht in der Form des sogenannten Deklamirens, angehalten werden.

In Beziehung auf Uebung im Gesange wird oft Kenntniß der gangbarsten Kirchenmelodien, häufiger noch beim Vortrage der Choralmelodien ein dem Inhalt des Liedes angemessener Ausdruck, zuweilen sogar die Bildung des musikalischen Gehörs vermißt.

Gänzlicher Mangel an musikalischem Gehör macht in der Regel für den Stand eines Volksschullehrers unfähig. Unbekanntschaft mit den gangbarsten Kirchenliedern und den zugehörigen Melodien erweckt für den kirchlichen Sinn der Präparanden kein günstiges Vorurtheil. Es ist deshalb zum Besten der Volksschulen nöthig, diej. jungen Leute, denen entweder das musikalische Gehör ganz abgeht, oder die durch ihre Unbekanntschaft mit den gangbarsten Kirchenliedern und den zugehörigen Melodien sowohl mangelhafte Schulbildung, als Mangel an Theilnahme an dem kirchlichen Leben verrathen, von der Aufnahme in ein Schullehrer-Sem. auszuschließen.

Wir veranlassen die Vorsteher der in der Prov. Brandenburg bestehenden Präparanden-Anstalten auf die oben genannten Gegenstände besondere Aufmerksamkeit zu verwenden, und denj. Präparanden, welche in den gedachten Beziehungen den hier ausgesprochenen Anforderungen nicht entsprechen, die Anmeldung zur Aufnahme in ein Sem. zu widerrathen, und sie auch als ungeeignet für das Schulfach aus den Präparanden-Anstalten zu entlassen, wenn nicht gegründete Hoffnung vorhanden ist, daß die in obiger Beziehung bemerkten Mängel durch angestrebten Fleiß und sorgfältige Ausbildung etwa mangelhafter Anlagen noch zu beseitigen sind.

Die Dir. der Schullehrer-Sem. sind angewiesen worden, bei den Aufnahme-Prüfungen der Sem.-Präparanden, die obengenannten Gegenstände besonders zu berücksichtigen, und nach beendigter Prüfung sich in einem besondern Bericht über die Leistungen der Präparanden-Anstalten, sowohl überhaupt als insbesondere in Beziehung auf die in dieser Verf. hervorgehobenen Gegenstände zu äußern.

(Ann. XXII. S. 104).

c) C. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. v. 9. Juli 1852 an sammtl. R. Reg. und abschr. zur Kenntnißnahme an sammtl. Prov.-Schulcoll., betr. die Förderung der Vorbildung von Sem.-Präparanden, sowie von Schulamts-Kandidaten durch einzelne Geistliche und Lehrer:

den mir von den K. Prov. Schul-Koll. nach vorherigem Vernehmen mit leg. über die private Vorbildung zum Elementar-Schulamt bei einzelnen n und Lehrern erstatteten Ber. ergibt sich, daß die Resultate dieser Vor- bisher nur sehr vereinzelt, mangelhaft und nicht der Art gewesen sind, für ein Gesetz für die Ausbildung zum Schulamt gefunden werden kann, in ordentlich eingerichteten Sem. angestrebt wird. In den Gründen dieses Erfolges liegen auch die Hindernisse, welche es nicht gestatten, dieser Schullehrer-Bildung von Seiten der Reg. eine umfassende und feststehende tion in der Ausdehnung zu geben, daß mit Sicherheit darauf gerechnet wurde, auf diesem Wege die ausreichende Zahl der für das öffentliche zu erforderlichen, genügend ausgebildeten Schulamts-Kandidaten zu erschaffen. Schon die Schwierigkeit, an einem und demselben Orte, oder in unmittelbarer Nähe und Lehrer zu finden, welche neben dem Berufe zur gedeihlichen Erziehung auch die erforderliche Ruhe dazu finden, macht es nicht zulässig, allg. Anordnungen zu treffen.

mehr nun andererseits die Sem. sich ihrer eigentlichen Aufgabe bewußt unter Fernhaltung abstrakter Theorien und eines unfruchtbaren Experimentalsache, aber in dem Elementar-Schulwesen sicher und praktisch ausgebildete zu erziehen, dies. auch durch Disziplin und die ganze Gestaltung des Unterrichts im rechten Zusammenhang mit der Kirche und Familie zu erhalten, in Beziehung demnächst weitere umfassende Instr. ergehen werden; um so zu wünschen, daß die dazu befähigten Geistlichen und Lehrer ihre Kraft auf die Vorbildung tüchtiger Präparanden für die Sem. verwenden, und dahin streben, dies. schon vor ihrem Eintritt in das Sem. in das un- Leben der Elementar-Schule und in die Beschäftigung mit dem Unterrichte der Erziehung der Kinder praktisch einzuführen, damit auch durch diese mde Hülfe die Sem. in den Stand gesetzt werden, ihre Zöglinge mehr kende, mit den Schwierigkeiten und der Wichtigkeit des erwählten Berufes vertraute Lehrer, denn als nur mit weiterem Wissen auszustattende Schüler zu behandeln.

ei wünsche ich aber dringend um der verschiedenen Bedürfnisse, Indiv- en und des Segens willen, der offenbar in der Berufsbildung innerhalb und natürlich gegebener Verhältnisse liegt, daß die K. Reg. überall, wo privaten Vorbildung von Schulamts-Kandidaten außerhalb der Sem. ge- und willige Kräfte vorfinden, diese zur diesfälligen erfolgreichen Thätigkeit und in ihren Bestrebungen unterstütze. Wo in einzelnen Fällen ma- nterstützungen der Lehrer oder Zöglinge zur Förderung der Sache er- sind, bin ich zu deren Bewilligung, soweit es die zu meiner Verfügung Mittel gestatten, gern bereit.

rt den Fortgang und die weitere Entwicklung der Angelegenheit werde ich : Seitens der K. Reg. Präsidien jährlich zu erstattenden Verwaltungs- in der nöthigen Kenntniß erhalten werden.

n. BL d. i. B. 1852. S. 161).

Instr. der Reg. zu Oppeln v. 15. Nov. 1850 für die Bildung ka- : , utraquistischer Präparanden in dem Reg.-Bez. Oppeln: <sup>1)</sup>

#### I. Zweck der Präparanden-Bildung.

Es sollen den Oberschlesischen Sem. in Ober-Glogau und Beis-  
2) sachgemäß vorgebildete, in ihrer Sittlichkeit und in dem Berufe zum erprobte utraquistische (d. h. der Deutschen und Polnischen Sprache ilung des Elementar-Unterrichts gleich mächtige) Aspiranten zugeführt

2. Dies. sollen bei einzelnen Lehrern und nicht in größeren Anstalten t werden.

leber das Erforderniß der Kenntniß des Polnischen in Posen vgl. Instr. lai 1842 (s. o. in Thl. I. S. 117).

Bergl. §. 11. des kathol. Schulregl. für Schlessen v. 1765 (s. o. in Th. 3).



## II. Präparanden-Bildner.

§. 3. Die mit der Präparanden-Bildung zu betrauenen Lehrer werden von der K. Reg. zu Oppeln ausgewählt und durch das Amtsb. ders. zur allg. Kenntniß gebracht.

§. 4. Diese wird nur solche Lehrer wählen, die a) sittlich, kirchlich und politisch unbescholten sind, b) eine gute und zwar utraquistische Schule resp. Klasse aufzuweisen haben, c) eine hinreichende musikalische Bildung besitzen, und d) durch Nebenämter, welche dem Lehramte fremd sind, in ihrer amtsfreien Zeit nicht übermäßig in Anspruch genommen werden. Lehrer, die zugleich den Organistendienst zu verwalten haben, ferner diej., welche die Präparanden als Hausgenossen aufzunehmen geeignet und im Stande sind, erhalten bei gleicher Qualifikation vor den übrigen den Vorzug.

§. 5. Einem Präparanden-Bildner sollen in der Regel zwei höchstens drei Präparanden anvertraut werden.

§. 6. Das Geschäft der Präparanden-Bildung ist keinem der, von der Reg. nicht gewählten, Lehrer verschränkt, ein solcher hat indeß auf eine Remuneration aus Staatsfonds keinen Anspruch. Die K. Reg. wird aber vielmehr Lehrer, die mit gutem Erfolge Präparanden gebildet haben, gern zu Präparandenbildnern bezeichnen.

## III. Qualifikation der Präparanden.

§. 7. Die in die Präparandenbildung eintretenden jungen Leute müssen nachgedachte Qualifikation besitzen: a) körperliche Gesundheit, namentlich eine gute Brust und gute Augen, b) ein scharfes musikalisches Gehör, und eine laute angenehme Stimme, c) ein Alter nicht unter 15 und nicht über 16 Jahre, d) gute Geistes- und Gemüths-Anlagen, e) einen frommen Sinn und gutes Betragen, f) wirkliche Neigung zum Lehrberufe, g) die Kenntnisse eines guten Elementar-Schülers, und h) einige Fähigkeit im Verständnisse und Gebrauche und Fertigkeit im Lesen derj. Provinzial-Sprache, die nicht ihre Mutter-Sprache ist. Solche junge Leute, welche ganz mittellos sind; dann die, welche keine christlich geordnete häusliche Erziehung genossen haben, ferner solche, welche nicht aus Neigung, sondern, nachdem sie einen andern Lebensweg versehlt haben, sich dem Lehrstande zuwenden wollen, sind entschieden zurückzuweisen.

§. 8. Die Präparanden werden unter Mitwirkung des Schulrevisors vom Lehrer zunächst auf eine halbjährige Probezeit angenommen. Nach Verlauf ders. hat der Schul-Insp., vor welchem sie sich einer Vorprüfung unterwerfen müssen, über die definitive Aufnahme ders. nach Maßgabe des §. 7. zu entscheiden.

Anmerkung. Die H. Schul-Insp. werden wohlthun, die jährl. Prüfung derj. Schulen, deren Lehrer Präparanden zu Ostern aufgenommen haben, erst an Mich. abzuhalten, damit die Vorprüfung der Aspiranten gleichzeitig mit der Schul-Prüfung an Ort und Stelle von dem Präparandenbildner selbst abgehalten werden könne.

## IV. Zeit der Präparanden-Bildung.

§. 9. Der Präparandenbildner hat seine Zöglinge scientiſch-technisch und religiös-sittlich für das Sem. vorzubereiten.

§. 10. In seinen materiellen Kenntnissen und Fertigkeiten soll der Präparand bis zu der nachstehend angegebenen Stufe geführt werden:

A. In der Religionslehre. Vollständige Kenntniß der biblischen Geschichte des alten und neuen Testaments, sowie Befähigung, die einzelnen Historien möglichst mit den Worten der Bibel zu erzählen, Aufzählung sämtlicher biblischer Schriften, Angabe der Eintheilung und des allg. Inhalts ders. (Lehrbuch: biblische Geschichte für Elementarschulen von Barthel, Breslau 1844, welches Buch in beiden Sprachen vorhanden ist). a) In der Katechismus-Lehre vorgetragenes Kenntniß des gebräuchlichen Diöcesan-Katechismus, gegenwärtig des mittelländischen Sagan'schen, und Verständniß des Inhaltes. Die nähere Anleitung zum Gebrauche des Kirchenliedes beim Religions-Unterricht wird bis nach dem Erscheinen eines geeigneten polnischen Gesangbuches vorbehalten.

B. In der Deutschen und Polnischen bezüglich mährischer Sprache: a) Lautrichtiges und deutliches Sprechen, geläufiges und richtiges Lesen, b) Uebung im Uebersetzen aus einer Sprache in die andere, c) Kenntniß der Wortlehre und Fertigkeit in der sprachlichen Auflösung und Bestimmung.

zu schwieriger Lage, d) Fertigkeit im Niederschreiben eines einfachen Aufsatzes aber ein nicht schwieriges Thema ohne erhebliche Verträge gegen die Rechtschreibung und Grammatik, e) Eine leserliche und kalligraphisch richtige Handschrift. Als Lehrbücher werden empfohlen: Frey, Elementarbuch der Polnischen Sprache, Breslau bei Korn. 1. Kursus 1849. 2. Kursus 1850. Barthold, Elementarbuch, Breslau 1850. Drieselmanns Leseb. für Schule und Haus. Erfurt. Lwowaki-Nanka a. swiecie, wydanie skrócone, Lissa bei Guntker 1851. Für Rührische Präparanden-Stationen wird die Namhaftmachung geeigneter Lehrer und Sprachbücher vorbehalten.

C. Im Rechnen. Fertigkeit in den bürgerlichen Rechnungsarten mit ganzen Zahlen und Brächen im Kopfe und auf der Tafel; eine tüchtige geübte Zahlkraft und Einsicht in die Gründe des Verfahrens. Zur Aneignung der Polnischen Rechenbücher wird empfohlen, das nach seiner ganzen Anlage brauchbare Buch: *Lectioni i rozwiąsaniu arytmetycznego* von Bach, Posen bei Scherdt.

D. In der Weltkunde. a) Eine genauere Kenntniss des Preuss. Vaterlandes, eine genaue innere Anschauung der Landkarte dess. und Bekanntheit mit der Erdoberfläche, wie sie auf einem gewöhnlichen Schulglobus z. B. dem Nagelschen dargestellt wird. b) Geordnete Beschreibung einzelner einheimischer Thiere, Pflanzen und Mineralien, eine Uebersicht der Nationalprodukte nach Reichthum und Mangel und richtige Auffassung der gewöhnlichen Naturerscheinungen. Als Lehrmittel sind zu benutzen die beiden obengenannten Lesebücher und Schmidts *Weltkunde*.

E. Im Zeichnen und in der Formlehre: Darstellung und Benennung der in der Planimetrie vorkommenden Linien, Winkel und Figuren.

F. In der Musik und zwar: a) im Gesange: richtiger Vortrag eines hohen Stimm nach Noten mit deutlicher Aussprache des Textes, b) auf der Orgel: eine leichte Stimme rein zu spielen, c) auf der Orgel: richtiger, fester und freygehaltener Vortrag eines Choral. Praktische Fertigkeit auf anderen Instrumenten wird gern gesehen, aber nicht ausdrücklich gefordert. Als Lehrmittel werden empfohlen: Gahrs Sing-Katechismus, die Violinschule von Marij Schen, die Sacken von Blumenthal und die Duetten von Hartmann, Berlin bei Leuckart.

§. 11. Die formelle Bildung der Zöglinge für ihren künftigen Beruf hat der Präparandenbildner in jeder Weise zu fördern. Er suche die geistige Kraft zu stärken, ihr Gedächtniß zu üben, Gedanken in ihnen zu erwecken, ihr Verstand zu bilden, und ihr Gemüth zu veredeln und ihnen zur geistigen Herrschaft über ihre Kenntnisse in Gedanken und Sprache zu verhelfen. Bei einer tüchtigen geistigen Bildung werden einzelne Lücken in den §. 10. geforderten materiellen Kenntnissen nachgesehen werden können.

Als Gedächtnißübung empfehlen wir Reiziges wörtliches Memoriren der geistlichen Polnischen (Rührischen) Kirchenlieder und einzelner bestimmter Abschnitte der biblischen Geschichte, z. B. der Sonntags-Evangelen.

Um in den Zöglingen Gedanken zu erwecken, das Urtheil zu schärfen, das Gemüth zu veredeln und zugleich den Ausdruck zu bilden, wird die Lektüre guter Bücher und die Besprechung des Gelesenen von großem Nutzen sein. In diesem Zweck eignen sich gute Lesebücher für höhere Schulanstalten, wie z. B. im Polnischen die *Wypisy polskie* und die *Nowe wypisy polskie*, Lissa bei Guntker; im Jüdischen, wie z. B. Christoph Schmidt u. s. w.

§. 12. Der Präparandenbildner übe ferner seine Zöglinge Reizig im Schriftlichen Ausdruck. Diese Uebungen sind mit dem übrigen Unterrichte und namentlich mit der Lektüre möglichst zu verbinden. Nachbildungen gut durchsprochener und richtig gelesener Musterstücke werden besonders vorthelhaft sein. Zur Vereinfachung der Orthographie empfehlen wir, den Schülern vorbezeichnete Abschnitte aus dem Lektüre zu diktiert, damit sie auf Schwierigkeiten sich vorbereiten und durch sorgfältige Vergleichung des Diktates mit dem Buche die gemachten Fehler selbst erkennen und verbessern können. Jede Woche wird mindestens ein Aufsatz angeordnet und mit dem Datum der Abgabe bezeichnet. Jede Arbeit muß von dem Bildner sorgfältig corrigirt werden. Sämmtliche Hefte der Schüler sind aufzubewahren und bei jeder Revision vorzulegen. Das Best mit den Deutschen und Rührischen freien Bearbeitungen haben die Präparanden bei der Aufnahme-Prüfung vorzulegen.

§. 13. Der Präparand werde zum Umgange mit den Schülkinder methodischen Anwendung seiner Kenntnisse angeleitet. Er sei der Gehilfers bei Aufrechterhaltung der Schul-Ordn. und bei dem gleichzeitigen I mehrerer Abth. in der Art, daß er zuerst bei einzelnen Kindern, dann bei und größeren Abth. Aushilfe leistet. Jeder solcher Hilfsleistung muß die liche Anweisung des Lehrers vorangehen, und sie kann auch nur unter de sicht erfolgen. Die unterrichtliche Beihilfe der Präparanden muß sich auf der vom Lehrer durchgenommenen Pensum beschränken, z. B. im Lesen, ( Rechnen auf der untern, im Abhören des auswendig zu Lernenden, bei graphischen Uebungen, auf der oberen Stufe. Die Vertretung des Lehr Präparanden, noch mehr aber die Uebertragung des Unterrichts in einer Unterklasse an diese, ist streng untersagt.

§. 14. Außer dem, den Präparanden zu ertheilenden besonderen nehmen dies. auch, so weit dies ohne Beeinträchtigung der Schule gesche an dem Unterricht der Oberabtheilungen der Schulklasse Theil.

§. 15. Auch an dem Kirchendienste sind die Präparanden als Gehi aber als Stellvertreter des Präparandenbildners, zu betheiligen, wozu na Genehmigung des Pfarrers einzuholen ist.

§. 16. Der religiös-sittlichen Bildung hat der Präparandenbildner samste Aufmerksamkeit zu widmen. Er gewöhne sie durch Ort und U einen christlichen und kirchlichen Wandel, an Eingezogenheit, Bescheide Genügsamkeit — er halte sie zu einer streng geregelten Thätigkeit, zur I und Ordnungsliebe an.

§. 17. Er nehme sie wo möglich zu seinen Hausgenossen an und ihnen die Theilnahme an dem Familienleben, wenn sie aber außer sein untergebracht sind, beaufsichtige er sie gewissenhaft; alsdann ziehe er si denj. Verrichtungen mit heran, die der Lehrer als Vorsteher eines einfach wesens über sich zu nehmen hat. Namentlich beanspruche er ihre Hilfe I ten-, selbst beim Feldbau.

#### V. Aufnahme-Termine.

§. 18. Der Antritt der Präparanden erfolgt zu Ostern oder zu V VI. Dauer der Präparanden-Bildung.

§. 19. Die Bildung der Präparanden dauert zwei volle Jahre.

#### VII. Beaufsichtigung der Präparanden-Bildung.

§. 20. Die Präparanden-Bildung steht unter der Lokalaufsicht der und dann unter den Schulen-Insp., von denen eine sorgsame Pflege des erwartet wird. Auch die Sem. Dir. werden jede Gelegenheit wahrnehmen Förderung der Präparanden-Bildung nach Maassgabe dieser Instr. hinzu

§. 21. Bei Gelegenheit der jährlichen Schulprüfungen hat der Sch von dem Stande der Präparanden-Bildung nach Maassgabe der §§. 9—1 Kenntniß zu nehmen und der R. Reg. darüber besonderen Ber. zu erstal

§. 22. Präparanden, welche durch ihre Führung Bedenken erregen entlassen. Falls Lehrer, Revisor und Schulen-Insp. in einem solchen I einverstanden sein sollten, so ist die Sache von letzterem der R. Reg. zur dung vorzulegen.

#### VIII. Staatliche Unterstützung der Präparanden-Bildu

§. 23. Den von uns bestimmten Präparandenbildnern soll, nach der Böglinge aus Staatsfonds eine jährliche Remuneration von 20—40 zählt werden, wobei sie jedoch ein Unterrichts-Honorar von den Präparat fordern dürfen.

§. 24. Hilfsbedürftige Präparanden selbst haben außer dem freien noch eine Unterstützung aus Staatsfonds, welche zur Anschaffung der Lernmittel verwendet werden soll, nach Maassgabe der disponiblen Fond warten.

§. 25. Nach günstigem Ablauf der Probezeit (§. 8.) beantragt der Insp. für die betr. Präparanden eine Unterstützung und die Remuneration Präparandenbildner, was alsdann alle Semester zu geschehen hat. In di richte sind nach Maassgabe des §. 7. beim erstenmale die erforderlichen pe Notizen über den Präparanden zu geben, dann ist aber zugleich über des tistische, technische und sittliche Entwicklung Rechenschaft abzulegen.

**IX. Entlassung der Präparanden.**

1. Die Entlassung der Präparanden erfolgt zu Ostern oder Mich.
2. Den Entlassenen ist vom Lehrer und Revisor ein von dem Schulensieglaubigendes, durch ein amtliches Siegel verschlossenes Abgangszeugnis zu stellen, in welchem über die Anlagen, Fleiß und die wissenschaftliche, technische Vorbildung des Aspiranten zum Seminar in der Art die Rede ist, daß die Vor- und Mängel in einer zusammenhängenden Charakteristik des Wissens und Könnens angeführt werden.
3. Die Sem. Dir. haben über die Qualifikation der Zöglinge der Präparanden nach Ablauf des ersten Semesters an die K. Reg. zu berichten. (Bl. d. i. V. 1852. S. 110.)

Ueber die Meldung zum Seminar und die derselben beizulegenden Zeugnisse sind die sub 2. a. gegebene Anw. v. 29. Mai 1829 §§. 5. und 6. d. G. Verf. v. 11. Mai 1840 (sub 1. a.), sowie die Bestimmungen sub 6. zu vergleichen. Außerdem ist in Bezug auf die Atteste

das G. R. der Min. der G. II. u. M. Ang. (v. Altenstein) und der Alvensleben) v. 15. Nov. 1839 an sammtl. K. Reg., betr. die Anforderungen für die Zeugnisse der Elementar-Schulamts-Kandidaten und die

1. die G. Verf. v. 30. Juli 1831 <sup>1)</sup> ist ad 1. a — d. festgesetzt worden, nach denen die zur Prüfung sich meldenden Elementar-Schulamts-Kandidaten folgende Zeugnisse, nämlich:

1. von ihnen selbst verfaßte Lebenslauf,
2. ärztliche Zeugnis über ihren Gesundheitszustand und über die geschehene Impfung der Kuhpocken,
3. Zeugnis über die genossene Erziehung und Bildung überhaupt und über die Vorbereitung zum Schulamte insbesondere,
4. Zeugnis der Ortsbehörde und des Pfarrers über den bisherigen ununterbrochenen Lebenswandel und über die religiöse und moralische Qualifikation zum Schulamte, sowie über das Lebensalter des Kandidaten, welche sein sollen.

Um die Zweifel zu beseitigen, welche bei Anwendung dieser Bestimmungen auf die Schulamts-Aspiranten mit ihren Gesuchen um Ausnahme in die Schulamts-Prüfung beizubringenden Zeugnisse dess. Inhalts entstanden sind, wird hierdurch

1. die vorerwähnten Bestimmungen der G. Verf. v. 30. Juli 1831 ad 1. a — d. auch für diejen. Zeugnisse gelten sollen, welche von den zur Aufnahme in die Schullehrer-Sem. sich meldenden Schulamts-Aspiranten gefordert werden.

(XIII. S. 845.)

Ueber die Prüfung, durch welche die Aufnahme in das Seminar erfolgt, enthält ebenfalls die sub 2. a. gegebene Anw. v. 29. Mai 1829 die üblichen Bestimmungen. Dazu verordnet:

Das G. R. des Min. der G. II. u. M. Ang. v. 2. Jan. 1852 an l. Prov.-Schulkoll. wegen Abstellung von Mißbräuchen bei Aufnahme von Schulamts-Aspiranten in die Schullehrer-Seminare:

Hier und da vorgekommene Mißbräuche bei Aufnahme von Schulamts-Aspiranten in die Schullehrer-Sem. für künftig zu verhüten, bestimme ich hierdurch, daß ein Aspirant, welcher in der Prüfung bei einem Sem. für die Aufnahme in das Sem. nicht für reif befunden worden ist, vor Ablauf mindestens eines halben Jahres von keinem andern Schullehrer-Sem. aufgenommen werden darf. Diese Bestimmung bezieht sich auch auf die in einigen Prov. vorhandenen Privat-Sem.

Hiernach hat das R. Prov. Schul-Kolleg. die Prüfungs-Kommissionen, resp. die Sem. Dir. mit der erforderlichen Anweisung zu versehen. <sup>1)</sup>  
(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 7.)

5) Die Zulassung jüdischer Schulamts-Aspiranten ist auf Mitgen. des Seminarunterrichts eingeschränkt.

E. M. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 1. Sept. 1848 an das Prov.-Schulkoll. zu Posen und abschr. zur Kenntn. nahme und Nachachtung an sämmtl. übrige Prov.-Schulkoll., betr. die Ausbildung jüdischer Schulamtspräparanden in Seminaren.

Nach dem Ver. des R. Prov. Schulkolleg. v. 3. d. M. hat dass. die in neuer Zeit mehrfach vorgekommenen Anträge jüdischer Schulamts-Aspiranten auf Aufnahme in die nach ihrer jetzigen Einrichtung spezifisch-konfessionellen Schuller-Sem. zu Posen und Bromberg, sowie um Theilnahme an der den Zöglingen der Anstalten gewährten freien Wohnung und Stipendien-Unterstützung, zwar ablehnt, dagegen den Bittstellern die unentgeltliche Theilnahme an dem Seminar-Unterricht gewährt.

So lange die Sem. in ihrer jetzigen Einrichtung als konfessionell verschieden und den Religions-Unterricht, sowie das konfessionell kirchliche Leben zur Grundlage der Erziehung machende Anstalten fortbestehen, kann ich mich mit dem von d. R. Prov. Schulkolleg. eingehaltenen Verfahren nur einverstanden erklären. In Folge der bereits eingeleiteten Reorganisation des Volksschulwesens entweder jüdische Schulamtspräparanden einige Sem. eingerichtet, oder die bereits vorhandenen so gestaltet worden sind, daß in dies. ohne Gefährdung des Zwecks nach beiden Seiten hin auch jüdische Schulamtspräparanden ihre vollständige Ausbildung und das Schulamt erhalten können, wolle daher das R. Prov. Schulkolleg., soweit der Raum und die Lehrkräfte der Sem. gestatten, jüdischen Aspiranten nicht die Benutzung des Seminar-Unterrichts gestatten, sondern erforderlichen Falls auch durch Gewährung von Unterstützungen die Erreichung ihres Zwecks ermöglichen, oder die Verleihung solcher Unterstützungen bei mir beantragen.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 298.)

6) Besondere Vorschriften über die Aufnahme in einzelne Seminare.

a) Bef. des Schulkoll. der Prov. Brandenburg v. 13. Febr. 1851 über die Einrichtung des Berlinischen Seminars für Stadtschulen: <sup>2)</sup>

§. 1. Das Berlinische Sem. für Stadtschulen hat den dreifachen Zweck:

- 1) Lehrer für Stadtschulen sowohl theoretisch als praktisch auszubilden,
- 2) die Fortbildung der hiesigen Hülfslehrer durch Lehrkurse und andere angemessene Mittel, namentlich durch die dens. gestattete Benutzung seiner Bibliotheksammlung, zu fördern,
- 3) den hier sich aufhaltenden Kandidaten des Predigtamts Gelegenheit zu geben, sich mit dem Volksschulwesen theoretisch und praktisch bekannt zu machen.

Die Bildung tüchtiger Lehrer für Stadtschulen wird jedoch in allen Beziehungen als der eigentliche Hauptzweck des Sem. betrachtet, welchem die unter 2. und 3. angegebenen Nebenzwecke sich unterordnen müssen.

§. 2. Um das angegebene Ziel der theoretischen und praktischen Ausbildung der Seminaristen zu erreichen, muß von den Eintretenden, außer den allg. Eigenschaften, welche zu segensreicher Führung des Schulamtes erforderlich sind, ein nicht ganz unbedeutendes Maas von Kenntnissen gefordert werden. Wünschenswerth ist in dieser Beziehung:

- 1) daß jeder Eintretende mit dem Inhalt der heiligen Schrift, mit den

1) Nach einer Verf. des Prov. Schul-Kolleg. von Brandenburg v. 3. 1853 bedarf es zur abermaligen Aufnahmeprüfung nicht nur der Erneuerung Zeugnisse, sondern auch einer Ergänzung des beigebrachten Lebenslaufs, auf welcher hervorgeht, was der Aspirant in der Zwischenzeit für seine Vorbereitung gethan hat.

2) Vergl. die R. D. v. 10. Sept. 1829, nachstehend sub II. 1.



wahrheiten des christlichen Glaubens, und mit den vorzüglichsten Kirchenliedern bekannt sei;

- 2) daß er im Stande sei, sich in der Deutschen Sprache fehlerfrei auszudrücken, seine Gedanken deutlich, wohlgeordnet und ohne Fehler gegen die Rechtschreibung niederzuschreiben, auch über die Wortbildung und den Gebrauch der Kasus sowohl bei Verbis als bei Präpositionen Rechenschaft zu geben;
- 3) daß er die vier einfachen Rechnungsarten in ganzen Zahlen und gemeinen Brüchen und eine gewöhnliche Proportionsaufgabe mit genügender Fertigkeit zu behandeln, und über die Gründe des Verfahrens Rechenschaft zu geben wisse;
- 4) daß er mit den geometrischen Figuren, sowohl ebenen als körperlichen, mit ihren wichtigsten Eigenschaften und mit den Gründen bekannt sei, auf welchen die Ausmessung und Berechnung derselben beruht;
- 5) daß er die allg. geographischen Begriffe richtig aufgefaßt habe, und die Verbreitung der Meere und Hauptländer in allen Welttheilen, die Umrisse und Grenzen der europäischen Länder, und in denselben die Gebirgszüge und Flußgebiete, sowie die Lage der Hauptstädte, angeben könne;
- 6) daß er aus der Geschichte wenigstens die Hauptbegebenheiten, wie sie in Dredows merkwürdigsten Begebenheiten aufgeführt werden, kenne, mit der biblischen Geschichte und Geographie aber so weit bekannt sei, als es für das Verständniß der heiligen Schrift erforderlich ist;
- 7) daß er eine gute Hand schreibe, und im Gebrauch des Zirkels, des Lineals und des Maassstabes wenigstens so weit geübt sei, um geometrische Figuren sauber und genau nach vorgeschriebenen Verhältnissen zeichnen zu können;
- 8) daß er die nothwendigsten musikalischen Vorkenntnisse und die zu einer weiteren Ausbildung in der Musik erforderlichen Anlagen besitze.

§. 3. Da die Seminaristen schon während ihrer Bildungszeit Unterricht erhalten sollen, so kann die Aufnahme in der Regel erst nach dem vollendeten achtzehnten Lebensjahre erfolgen; die Aufnahme jüngerer Zöglinge, sowie solcher, welche das bildungsfähige Alter bereits überschritten haben, kann nur unter besonderen, die Ausnahme rechtfertigenden Umständen erfolgen.

§. 4. Wer die Aufnahme nachsuchen will, hat

- 1) einen von ihm selbst verfaßten und geschriebenen Lebenslauf, welcher, außer den persönlichen Verhältnissen des Aufzunehmenden, besonders den bisherigen Gang seiner Bildung darstellt,
- 2) seinen Tauffchein und Konfirmationschein,
- 3) ein Zeugniß über seine Schulbildung,
- 4) ein Zeugniß seines Seelsorgers oder der Ortsobrigkeit über seinen sittlichen Lebenswandel,
- 5) ein ärztliches Zeugniß über seinen Gesundheitszustand,
- 6) eine von dem Vater oder Vormunde des Aufzunehmenden vollzogene Erklärung, daß für den Unterhalt dess. während der Bildungszeit in dem Seminare gesorgt sei,

an dem unterz. Schulkolleg. der Prov. Brandenburg einzureichen, welches die Prüfung der Aufzunehmenden veranlaßt, und auf den Grund der Prüfungsverhandlungen über die Aufnahme oder Zurückweisung der Angemeldeten entscheidet.

§. 5. Es ist die Einrichtung getroffen, daß sechszehn bis achtzehn Seminaristen in dem Lokale der Anstalt wohnen können. Diej. Zöglinge, welche nicht bei ihren Eltern oder bei nahen Verwandten in nicht zu großer Entfernung von dem Seminar, eine dem Zweck ihrer Beschäftigung angemessene Wohnung finden, sind verpflichtet, in der Anstalt ihre Wohnung zu nehmen, und haben dafür 18 Thlr. jährlich in vierteljährlichen Raten zu entrichten. An Lehrgeld sind beim Eintritt ein für allemal 16 Thlr. zu entrichten.

§. 6. Die Anstalt besitzt keine Mittel zur Unterstützung dürftiger Seminaristen, wohl aber kann sie dens., welche sich durch Fortschritte und Lehrgeschicklichkeit auszeichnen, in dem dritten Jahre ihrer Bildungszeit einige Vortheile gewähren.

(N. XVII. S. 102.)

b) Verf. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 24. Juni 1852 wegen des zu Drossig im Kreise Weiskensfeld gegründeten Semi-

nars zur Ausbildung von evangelischen Elementar-Lehrerinnen für Provinzen der Monarchie:

Das von dem H. Fürsten zu Schönburg-Waldenburg Durchl. zu 2 Kreise Weiffenfels, Reg. Bez. Merseburg, gegründete Lehrerinnen-Sem. 1. Okt. d. J. als öffentliches Seminar für die Ausbildung von evang. Lehrerinnen für sämmtl. Provinzen der Monarchie seine Wirksamkeit beg. Sem. erhält einen Dir. und ersten Lehrer, einen zweiten Sem. Lehrer narius der Übungsschule, eine Hauptlehrerin und eine Hülfslehrerin. wird eine Mädchen-Übungsschule verbunden werden. Das Sem. für Weiteres unter der unmittelbaren Aufsicht und Leitung meines Min.

Der Kursus des Sem. ist ein zweijähriger, jeder Kursus zählt 20 Zöglinge. Dies. wohnen und leben in dem für diesen Zweck eingerichtet ständig möblirten Anstalts-Gebäude. Wohnung nebst Bett und Bettzeug, Beleuchtung und die erforderliche Bedienung, sowie ärztliche Pflege, wird unentgeltlich geliefert. Für den Unterricht wird ein jährl. 2 12 Thlr., und für die vollständige Verköstigung, nach Abzug der Fer Speisegeld von 35 Thlr. entrichtet. Zur Unterstützung dürftiger und Zöglinge in diesen Beiträgen, unter Umständen zur vollständigen Verköstigung, sind angemessene Fonds vorhanden.

Das Sem. hat den Zweck, auf dem Grunde des evangelischen Christentums christliche Lehrerinnen für den Dienst an gewöhnlichen Elementar und höheren Schulen vorzubilden, wobei nicht ausgeschlossen wird, daß die in ihm vorgebildeten Lehrerinnen nach ihrem Austritt die Erlaubnis erhalten, in Privatverhältnissen christliche Erziehung und Unterricht thätig zu werden. Der Unterricht soll auf alle für diesen Beruf erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie auf die Betheiligung an der Führung des Hauswesens mit eingeschlossen. In der Anstalt wird auf dem Grunde des Wortes Gottes und christlicher Ethik ruhen.

Je mehr in neuerer Zeit das aus der Erfahrung hervorgegangene Bedürfnis von zweckmäßig vorgebildeten christlichen Lehrerinnen sich geltend gemacht, je mehr vorauszusetzen ist, daß solche sehr bald einen auch ihre äußere Wirkungssphäre findenden Wirkungskreis finden werden; um so mehr darf erwartet werden, daß christliche Jungfrauen, welche inneren Beruf für das Lehr- und Erziehungsberuf haben, die durch das Sem. in Droyßig gebotene günstige Gelegenheit werden, um sich in geordneter Weise für eine segensreiche Lebens-Aufgabe bereiten.

Bei Eröffnung des Sem. werden 20 Zöglinge aufgenommen. Die Aufnahme erfolgt auf Vorschlag der betr. R. Reg. durch mich. Die Aufnahme ist bis längstens zum 10. Aug. d. J., bei derj. R. Reg., in deren Bez. die Bewerberin wohnt, unter Einreichung folgender Schriftstücke nachzusuchen.

1) Geburts- und Taufschein, wobei bemerkt wird, daß die Bewerberin Okt. d. J. nicht unter 17 und nicht über 25 Jahre alt sein darf.

2) Ein ärztliches Zeugnis über normalen Gesundheitszustand, nach welchem die Bewerberin nicht an Brustschwäche, Kurzsichtigkeit, Schwerhörigkeit, oder an die Ausübung des Lehramtes hindernden Gebrechen leidet, auch keinen Blattern gehabt, oder mit Schutzblattern geimpft worden ist.

3) Ein Zeugnis der Orts-Polizeibehörde über ihre sittliche Führung, welches von dem Ortsgeistlichen und ihrem Beichtvater über ihr Leben in der Welt und in der christlichen Gemeinschaft.

4) Ein Zeugnis des betr. Kreis-Schulen-Insp. über eine mit der Bewerberin abgehaltene Prüfung. Zur Aufnahme in das Sem. ist unbedingt und erforderlich: Kenntniß der christlichen Lehre auf Grund des Katechismus und der heiligen Schrift; genaue Kenntniß der biblischen Geschichte und Fertigkeit, die wichtigsten Historien im Anschluß an den Ausdruck der Bibel frei erzählen; Kenntniß der wichtigsten und gebräuchlichsten evangelischen Kirchenlieder. und richtiges Lesen; Fertigkeit, ein gelesenes Stück richtig wieder zu erzählen; einfache Gedanken mündlich oder schriftlich ohne grobe Verstöße gegen Grammatik und Rechtschreibung auszudrücken; Kopf- und Tafelrechnen in den verschiedenen Rechnungsarten in ganzen Zahlen und in Brüchen; Kenntniß der vater-

**fähigte, der Geographie und der Naturlehre, wie sie in der Oberklasse Elementarschule erworben werden kann. Uebung im Stricken, Stopfen, gewöhnlicher Wäsche. Ein Anfang im Klavierspielen, Gesang und erwünscht.**

**von der Bewerberin selbst verfaßter Lebenslauf, aus welchem ihr Bildungsgang zu ersehen und auf die Entwicklung ihrer Neigung zum zu schließen ist. Dieser Lebenslauf gilt zugleich als Probe der**

**Erklärung der Eltern oder Vormünder, daß dies. das Lehr- und Kost-  
ammen 47 Thlr. jährl. auf 2 Jahre zu entrichten sich verpflichten.  
in der Bewerberin auf Unterstützung Anspruch gemacht wird, ist ein  
obehörde ausgestelltes Armuths-Zeugniß beizubringen, aus welchem die  
Verhältnisse der Bewerberin und ihrer Angehörigen genau zu erse-**

**werbungen werden von den R. Reg. mir bis zum 1. Sept. eingereicht  
wird den Aufzunehmenden die Benachrichtigung so zeitig zugehen,  
zum 1. Okt. d. J. in Droßsig eintreffen können.**

**stimmungen über die bei den späteren Aufnahmen festzusetzenden Bes-  
leiben vorbehalten.**

**Bl. d. i. B. 1852. S. 136.**

## **II. Unterricht im Seminar. <sup>1)</sup>**

**Umfang des Unterrichts und die Eintheilung der Lehrkurse ist bei  
beiden Seminaren verschieden. Harfort in seinen Bemerkungen  
Preussische Volksschule (S. 31) führt beispielsweise an, daß in  
in der die Lehrfächer folgendergestalt eingeschränkt waren: 5 Stun-  
den für den Sprachbildungsunterricht (Lesen, Sprachlehre und  
Aufsätze); 5 Stunden für die Größenlehre (Kopf- und Tafel-  
rechner und körperliche Geometrie); 3 Stunden Religionslehre; 3  
Stunden Schreiben und Rechnen; 4 Stunden Methodenlehre; 3½ Stunden  
Generalbaß; 2 bis 3 Stunden Klavierspielen; 3½ Stunden  
n. Daneben hatte jeder Zögling wöchentlich 2½ Stunden in der  
Schule zu auskultiren und im letzten Jahre 4 Stunden selbst zu  
n. Von Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie war keine  
erwartet, erfreuen sich auch letztere einiger Berücksichtigung, ob-  
wohl von der herrschenden Richtung neben der konfessionellen Reli-  
gion nur die Geltung von untergeordneten Fächern zugestanden wird.  
über den Lehrplan der Seminare im Allg. äußert sich bei Ge-  
neralministeriellen Vorschläge über die Errichtung des Berliner  
Seminars:**

**D. v. 10. Sept. 1829 an die Staatsmin. Freih. v. Altenstein  
h, betr. die Verbesserung der städtischen Bürgerschulen und den  
in der die Seminare der Volksschulen.:**

**ihrem Ver. v. 31. Juli d. J. habe Ich wohlgefällig ersehen, daß Sie,  
r Geistl. u. Unt. Ang., auf die Erweiterung und Verbesserung der  
in den Städten Ihre besondere Vorsorge gerichtet haben, und mit  
über entwickelten Ansichten einverstanden, genehmige Ich nicht allein die  
eines Sem. zu Berlin für städtische Schulen nach dem vorläufig ent-  
worfen, sondern empfehle Ihnen auch dringend, diesem wesentlichen Gegen-  
stand Ihre Wirksamkeit zuzuwenden, damit nicht allein das Unterrichts-  
wesen in den mittlern und kleinen Städten verbessert, sondern hierdurch  
Anhang zu den Gymnasien abgeleitet, und die Ertheilung des höheren  
schulischen Unterrichts in dens. auf solche Zöglinge beschränkt werde, die  
ihre künftigen Verhältnisse bedürfen. Ich werde daher die baldmöglichste**

**es ist bloß vom Unterricht der Seminaristen die Rede. Ueber die Ge-  
birg zur Fortbildung schon angestellter Lehrer s. unten.**

Erstattung Ihres vorbehaltenen weitem Berichtes erwarten. Was Veranlassung über den Lehrplan für die Sem. der Volkssch hat überall meinen Beifall, nur wird auch ernstlich dahin zu sehen Grenzen des Unterricht sowohl in dem, was nach Ihrem Ver. ad niß der organischen Einrichtungen des Vaterlandes gehört, als i ad 8. die Kenntnisse von der Natur, deren Behandlung und Ben mit strenger Berücksichtigung des künftigen Standpunktes der Bögli beobachtet werden, indem eine zu weite Ausdehnung dieser beiden, als Sätze, leicht das Uebel der Ueberbildung für die Lehrer und Bögli schulen herbeiführen könnte, welches, auch nach Ihrer Ueberzeugung so wichtig ist. <sup>1)</sup> Zur Unterhaltung des Berlinschen Sem. für städt bewillige Ich übrigens den nachgesuchten jährlichen Zuschuß.

Friedrich

(A. XIII. S. 831.)

2) Vorschriften über einzelne Lehrzweige.

a) A. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 7. Aug. 18: Unterricht in der Methodik.

Das Min. nimmt Veranlassung, auf das von dem Sem. Di Erfurt kürzlich herausgegebene Handbuch der Schulmeister-Klugh ren Empfehlung an die Schullehrer-Sem. und Lehrerkonferenzen , machen, da hierin den angehenden Lehrern eine vollständige Anwei waltung des Schulamts ertheilt wird, und die Berufsverhältnisse des mäßig beleuchtet worden sind.

(Reigebaur, S. 319.)

b) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 2. Jan. 185: R. Prov.-Schulkoll., betr. den Gesangunterricht in den Schul

In Betreff des Gesang-Unterrichts haben die Schullehrer-Sem. von der methodischen Ausbildung ihrer Zöglinge zur Ertheilung die in den Elementar-Schulen, und von ihrer Befähigung, bei dem-Ki Kantoren zu fungiren — die Aufgabe, den Sinn für ernste, religi für den edlern Volksgefang zu wecken. In letzterer Beziehung ist, sion einzelner Sem. ergeben hat, nicht überall der Abweg vermieden: Gesangsstücke zur Einübung gekommen sind, die weder nach ihrem nach ihrem musikalischen Werthe für Sem. geeignet erscheinen.

Ich veranlasse daher das R. Prov. Schul-Kolleg., dieser Seite seine besondere Aufmerksamkeit dahin zuzuwenden, daß die Sem. be der von den Zöglingen zu exekutirenden Gesangsstücke den ihre Charakter einer ernsten und inhaltvollen Richtung festhalten und di überschreiten, welche sie von musikalischen Vereinen, die vorzugsw der Unterhaltung und Erheiterung haben, unterscheiden muß.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 7.)

c) Das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eich April 1842 an sämmtl. R. Reg., betr. den Bau und die Re Kirchenorgeln, <sup>2)</sup> (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 191),

1) Vergl. die Aeußerungen des Min. v. Raumer (s. o. in 2 Theil] S. 235—236). In Mackes pädag. Jahresber. 1847 S einer neuen R. D. Erwähnung, welche sich über die einseitige Bet welche in der Vorbildung der Lehrer vorwalte und wodurch die g Charakterbildung in den Hintergrund trete, verbreitet und religiö die Hauptsache erklärt.

2) Das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 16. Febr. 18 b. i. B. 1845. S. 38) ließ den Reg. eine Normalstimmgabel zuge Revisionen von Orgelwerken zu benutzen, und die größeren Mus Vereine zur Rektifikation ihrer Stimmung danach zu veranlassen. I stimmgabel soll auch bei Orgelbauten oder Reparaturen in den S und dazu erforderlichen Falls durch das Prov. Schulkolleg. von der Reg. erbeten werden.

liches vorschreibt, daß bei Anstellung von Organisten nicht bloß Fertigkeit im Spielen, sondern auch Kenntniß des innern Baues der Orgel verlangt werde, ist gleichzeitig den Prov.-Schulkoll. mit der Aufforderung zuertigt,

„darauf zu sehen, daß die Schullehrer-Sem. ihre Zöglinge mit der Struktur Orgeln bekannt machen.“

d) C. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 6. Juni 1829 an mtl. R. Konsf. und Prov.-Schulkoll. wegen Ertheilung des Unterrichts den Sem. über Wiederbelebung der Scheintodten, Kenntniß der Giftpflanzen, Verhalten bei dem Biß toller Hunde, Verhütung der Feuersbrünste und anderer Unglücksfälle.

Das Min. findet sich durch manche in den Sanitäts- und andern Berichten R. Reg. erwähnte Unglücksfälle veranlaßt, von dem R. Konsf. und Prov.-Schulkoll. Bericht darüber zu erfordern, ob in den Sem. seines Bez. auch der hiege Unterricht über Wiederbelebung der Scheintodten, Kenntniß der Giftpflanzen, Verhalten bei dem Biß toller Hunde, Verhütung der Feuersbrünste und anderer Unglücksfälle ertheilt wird. Das R. Konsf. und Prov.-Schulkolleg. wird durch aufgefordert, darauf, daß dies geschehe, mit Ernst zu halten und die Lehrer und Inspekt. der Sem. darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Unterricht recht eigentlich in diese Unterrichts-Anstalten gehöre, damit diese gemeinnützigen Kenntnisse aus denselben in die Elementarschulen und aus diesen in das Volk übergehen, weshalb denn auch die Sem.- und Schullehrer-Prüfungen wesentlich und unablässig auch auf diesen Gegenstand gerichtet werden müssen.

(Reigebaur, S. 318.)

e) Auch Obst- und Gartenbau sollen einen Gegenstand des Seminarunterrichts bilden. Vergl. die Bestimmungen hierüber im III. Abschn. Unterricht in der Volksschule.

### III. Disziplin im Seminar.

Die Disziplin über die Zöglinge wird in jedem Seminar nach seinen intern Gesetzen und Hausordnungen gehandhabt. Allgemeine Vorschriften über einzelne Punkte derselben sind folgende:

1) Ueber Mitwirkung der Seminaristen bei öffentlichen Musikführungen.

b) C. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 2. Juni 1824 an mtl. R. Konsf. (excl. Köln und Koblenz), betr. die den Seminaristen zu gestattende Mitwirkung in öffentlichen Konzerten.

Es ist zur Kenntniß des Min. gekommen, daß hin und wieder den Zöglingen der Schullehrer-Sem. in den Städten gestattet worden ist, bei Aufführung von Musik an öffentlichen Orten mitzuwirken. Dies ist eine unstatthafte Vergünstigung, die mit dem Zwecke der Sem. und mit der künftigen Bestimmung der Seminaristen sich nicht verträgt. Wie überhaupt Uebungen in eigentlicher Konzeption immer nur als Nebensache in einer solchen Anstalt behandelt werden dürfen, so sollen sie auch immer den Charakter von Uebungen behalten, mithin innerhalb des Hauses, noch auch im Hause als öffentliche Aufführungen kommen werden. Dagegen soll den Dir. und Vorstehern unbenommen bleiben, zu erlauben, daß die Seminaristen bei solchen Musik Aufführungen, welche in den Kirchen der Konfession des Sem. als ein Bestandtheil des Gottesdienstes angesehen werden, mitwirken dürfen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Vor- als Hauptproben zu einer Zeit abgehalten werden, wo die Seminaristen in ihren Lehrstunden auf keine Weise gestört werden. Auch sollen die Organisten u. Organisten u., welche solche Aufführung in den Kirchen vornehmen, wenn sie zugleich Musiklehrer an den Sem. sind, die aufzuführenden Stücke nicht in den ihnen amtlich angewiesenen Stunden mit den Seminaristen üben dürfen, sondern in diesen nur die Uebungen vornehmen, welche der Kurator bringt, und wodurch die ganze Abtheil., welcher sie Unterricht zu geben, beschäftigt wird. Es versteht sich von selbst, daß wenn schon eine



und sämmtlichen Lehrern des Sem. über die Geprüften noch besonders zu ertheilenden und zu berücksichtigenden genauen und gewissenhaften Auskunft, soll einem jeden Entlassenen ein Abgangs-Zeugniß von dem Dir. und den Lehrern ausgestellt, und von den K. Kommissarien vollzogen werden.

- 5) In diesen Abgangs-Zeugnissen soll nicht nur das Maaß der erworbenen Kenntniß und Geschicklichkeit in allen Gegenständen der Sem.-Unterweisung und für jedes einzelne Objekt besonders, durch möglichst bestimmte und charakterisirende Prädikate bezeichnet und der Lehrgabe und des Lehrgeschicks ausdrücklich Erwähnung gethan, sondern auch die moralische Befähigung zum Lehramte, das Betragen und die Gemüthsart, so wie die daraus für die künftige Wirksamkeit des Geprüften sich ergebende Erwartung gewissenhaft ausgedrückt, und nach allen diesen Notizen ein allgemeines und zusammenfassendes Urtheil über seine Gesamt-Qualifikation durch die Ausdrücke *Vorzüglich*, *Gut* oder *Genügend*, und durch die ihnen entsprechenden Nummern I. II. oder III. ausgesprochen werden.
- 6) Ein solches Abgangs-Zeugniß soll dem Entlassenen zwar die Anstellungsfähigkeit, allein fürs Erste nur auf drei Jahre ertheilen, nach deren Ablauf der Inhaber sich zu einer abermaligen Prüfung im Sem. zu stellen hat. Wer jedoch bei der Entlassungs-Prüfung das Prädikat „*Vorzüglich*“ und die Nummer I. erhalten hat, und innerhalb der ersten drei Jahre nach seinem Abgange, an einer öffentlichen Schule wirklich angestellt worden ist, soll einer zweiten Prüfung sich in der Regel nicht weiter zu unterziehen haben; alle übrigen hingegen können nur provisorisch ins Amt gesetzt werden. <sup>1)</sup>
- 7) Diese abermaligen Prüfungen sollen nicht mit den Abgangs-Prüfungen zugleich, jedoch ebenfalls in Gegenwart und unter Leitung und Theilnahme namentlich der Schul-Räthe der betr. K. Reg. zu einer bei jedem Sem. festzusetzenden Zeit gehalten werden.
- 8) Wenn aber die Entlassungs-Prüfungen vorzugsweise darauf zu richten sind, ob die Zöglinge den im Sem. empfangenen Unterricht auch vollständig aufgefaßt, im Zusammenhange inne behalten, richtig verstanden, und soweit solches erwartet werden kann, wohl anzuwenden gelernt haben; so soll dagegen bei den abermaligen Prüfungen nicht unmittelbare Beziehung auf den Gang des früheren Sem.-Unterrichts genommen, sondern mehr im Allg. Maaß, Zusammenhang und Gründlichkeit der vorhandenen Kenntnisse erforscht, auf eigenthümliche Richtung und Selbstständigkeit der Ansicht gesehen, und ganz besonders die praktische Tüchtigkeit und Gewandtheit erprobt werden. <sup>2)</sup>
- 9) Ueber den Ausfall dieser abermaligen Prüfung soll ebenfalls ein Zeugniß ausgestellt, und dem Abgangs-Zeugnisse angehängt, auch in dems., wieweit die früheren Erwartungen gerechtfertigt oder übertroffen, oder auch nicht erfüllt worden sind, zwar ausdrücklich bemerkt, jedoch zugleich die gegenwärtige wirkliche Qualifikation zum Lehramte genau angegeben werden.
- 10) Zugleich mit diesen abermaligen Prüfungen und ganz nach den für sie gültigen Grundsätzen, sollen dann auch die Prüfungen derj. nicht in einem Haupt-Sem. gebildeten Schulanfänger-Bewerber, welche dazu von der betr. K. Reg. dem Sem. werden zugewiesen sein, vorgenommen werden, und die Geprüften sollen ebenfalls mit einem Zeugnisse, worin das Maaß ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten im Einzelnen und möglichst genau angegeben, auch ganz besonders der Grad ihrer praktischen Tüchtigkeit bezeichnet ist, versehen werden.
- 11) Damit aber auch auf die bereits angestellten Schullehrer, welche entweder überall der Nachhülfe bedürfen, oder in ihrer Bildung und Amtsgeschicklichkeit nicht fortschreiten, vielleicht gar zurück gehen, der wohlthätige Einfluß des Sem. sich verbreite, sollen dergl. Lehrer auf längere oder kürzere Zeit, je nachdem es ihnen Noth thut, in das Haupt-Sem. zurückgerufen werden.

1) Vergl. G. R. v. 19. Okt. 1832 (s. unten).

2) Vergl. Verf. v. 7. Apr. 1843 (s. unten), so wie G. Schr. v. 25. Nov. 1835 (s. unten).

um entweder einen ganzen methodologischen Kursus durchzumachen, oder sich in einzelnen Lehrfächern nachzuüben, oder auch in ein gewisses Disciplinar-Verhältniß genommen zu werden, indem sie bei der Übungsschule des Sem. beschäftigt sind. Wie dieses in vorliger Provinz zu bewerkstelligen und zu erleichtern sein dürfte, darüber erwartet das Min. die Vorschläge des R. Prov. Schul-Kolleg. nach vorgängigem Benehmen mit den R. Reg. der Prov.

12) Theils um des eben angegebenen Zweckes willen; theils um überhaupt mit der Beschaffenheit und den Bedürfnissen des Schulwesens ihres Bez. genau bekannt zu werden, sollen die Sem.-Dir. alljährlich während der Ferien einen Theil des Reg.-Bez. oder der Prov., wofür in ihren Anstalten Lehrer gebildet werden, kommissarisch zur Untersuchung der Landschulen bereisen, und von ihren Beobachtungen und Erfahrungen der betr. R. Reg. einen Bericht, der auch abschriftlich dem R. Prov.-Schul-Kolleg. einzureichen ist, erstatten, damit darnach das Nöthige veranlaßt, und namentlich diej. Lehrer, auf welche die Bestimmung im vorigen Abschnitt 11. sich bezieht, in die Sem. einberufen werden können<sup>1)</sup>. Für die Kosten dieser kommissarischen Reisen sind die Provinzialfonds zur Verbesserung des Elementar-Unterrichts vorzugsweise anzuwenden, aus denen auch die Einrichtung der methodologischen Kurse, so weit solches thunlich ist, bestritten werden kann. Endlich

13) ist es rathsam, daß nach gewissen größeren Kreisen, etwa von zwei oder drei Provinzen, die Ferien der einzelnen Sem. so regulirt werden, daß sie auf verschiedene Monate, wozu der Juni, Juli, Aug. und Sept. zu bestimmen sein werden, fallen, damit den Lehrern Gelegenheit gegeben werde, andere Anstalten zu ihrer Instruktion zu besuchen, und sie in ihrer Thätigkeit kennen zu lernen. In dieser Beziehung muß jedoch den R. Prov. Schul-Kolleg. die weitere Kommunikation unter einander überlassen bleiben.

(N. X. S. 358.)

## 2) Qualifikation aus dem Zeugniß der Reise.

a) Zur Anstellung im Schulfache, vergl. §. 6. des vorstehenden G. R.

1. Juni 1826, sowie das folgende Kap.

b) Zur Aufnahme in das R. Musikinstitut zu Berlin nach der durch Bef. der Reg. zu Bromberg v. 20. Jan. 1847 mitgetheilten Bef. des R. Musikinstituts dd. Berlin den 20. Juli 1833, betr. die Meldungen zur Aufnahme in dasselbe (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 87).

Die Meldung für dieses zur Ausbildung von Organisten, Kantoren, Gesang- und Musiklehrern an höhern Unterrichtsanstalten bestimmte Institut soll 3 Mon. vor dem Oster- oder Mich.-Termin bei der Reg. erfolgen und von dem Abgangszeugniß, einem Attest über die musikalischen Vorkenntnisse, dem Nachweis der Substistenzmittel und einem Lebenslauf begleitet sein. Der Aufnahme, die ein Alter von 17 Jahren voraussetzt, geht eine Prüfung durch den Dir. des Instituts vorher. Der Kursus ist einjährig, der Unterricht unentgeltlich.

c) Zur Annahme als Civil Supernumerar nach dem

R. der Min. des J. (v. Schuckmann) und der Fin. (v. Moß) v. 25. Dec. 1829 (N. XIII. S. 754),

welchem es heißt:

Es unterliegt schließlich keinem Bedenken, daß solche Individuen, die in einem Schullehrer-Sem. ihre Bildung erhalten haben, und sonst den Erfordernissen der R. D. v. 31. Oct. 1827<sup>2)</sup> Genüge leisten zur Annahme als Civil-Supernumerarien für qualifizirt zu betrachten sind. Zu ihrer Annahme in dieser Eigen-

1) Vergl. o. S. 364 ff.

2) Nach §. 9. ib. Erfüllung der Militairpflicht und Nachweis der Substistenzmittel auf 3 Jahre. (N. XI. S. 869.)

schaft ist jedoch, wie bei allen andern Kandidaten, ebenfalls unsere Genehmigung erforderlich.

### 3) Verpflichtungen der Seminaristen nach ihrem Abgange.

a) Hinsichtlich ihrer Beaufsichtigung <sup>1)</sup> bestimmt das Publ. d. Reg. zu Magdeburg v. 30. Mai 1826, betr. die Vorschriften für d. Schulamtskandidaten.

Den Schulamts-Kandidaten unseres Verwaltungs-Bez. wird der §. 10. d. Instr., welche jetzt die Schulamts-Kand. nach ihrer Prüfung erhalten, worin also lautet:

damit übrigens die Schulamts-Kand. mit den Bildungs-Anstalten, an denen sie hervorgegangen, in der nöthigen Verbindung bleiben, sollen gehalten sein,

- 1) dem Dir. des Sem., aus welchem sie abgegangen, und bei welchem geprüft worden, bis zu ihrer fixen Anstellung, stets ihren Aufenthalt, so oft sie diesen verändern, sogleich schriftlich anzuzeigen;
- 2) dems. jährlich im Mon. Dec. ein glaubwürdiges Zeugniß über ihre Dienstführung, ihren Privatfleiß und ihren Lebenswandel von dem Superint. der Diözese und dem Prediger des Orts, wo sie sich aufhalten einzusenden;
- 3) die schriftlichen Arbeiten, die ders. ihnen jährlich aufgeben wird, mit allem Fleiße auszuarbeiten, und dems. zur von ihm bestimmten Zeit einzureichen, und
- 4) den Weisungen, welche ihnen ders. etwa erteilen sollte, schuldige Folge zu leisten;

da selbiger in den früheren Instr. fehlt, hierdurch zur Nachachtung und mit d. Anweisung bekannt gemacht, sofort dem Dir. des Sem., aus dem sie abgegangen den Ort ihres gegenwärtigen Aufenthalts anzuzeigen.

(A. X. S. 366.)

### b) Hinsichtlich der Annahme von Schul-Stellen.

α) G. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. v. 28. Febr. 1825 d. sammtl. R. Reg. und Kons., betr. die Verhältnisse der in den R. Sem. gebildeten Schulamtskandidaten.

Nach den Berichten der R. Reg. mehren sich die Fälle, wo in R. Sem. gebildete Schulamts-Kand. die ihnen angetragenen Schulstellen unter dem Vorwand, daß sie nicht einträglich genug seien, ausschlagen und als Haus- oder Privat-Lehrer ihr Unterkommen suchen. Dies ist ganz gegen die Absicht, in welcher sie in die Sem. aufgenommen werden, und gereicht zum Nachtheil des Schulwesens und auch der jungen Männer selbst, die dadurch demj. Stande, für welchen sie eigentlich bestimmt sind, entfremdet, und zum Theil an eine Lebensweise und Bedürfnisse gewöhnt werden, welche in der Lage eines Landschul-Lehrers, zu dem die meisten dennoch nach einiger Zeit zurückkehren müssen, keine Befriedigung finden können.

Auch liegt es in der Natur der Sache, daß so beträchtliche Ausgaben, die jährlich für Erhaltung der Sem. aus öffentlichen Mitteln gemacht werden, nicht zur Bildung bloßer Familien-Lehrer aufgewendet werden können. Es wird daher hierdurch Folgendes festgesetzt:

- 1) Jeder Seminarist bleibt drei Jahre hindurch nach seinem Austritt aus der Anstalt zur Disposition derj. R. Reg., in deren Bez. das Sem., worin seine Bildung erhalten hat, sich befindet, und ist verpflichtet, jede Stelle zu welcher diese Behörde ihn geeignet findet, anzunehmen, auch dies sogleich zu thun, sobald es von ihm gefordert wird. Er muß sich daher enthalten Bedingungen einzugehen, die ihn an der Erfüllung dieser Pflicht hindern könnten, und die in keinem Falle als Entschuldigungen gelten würden.
- 2) Wer dieser Verbindlichkeit nicht, oder nicht sofort, als es von ihm gefordert

---

1) Die außerhalb des Sem. gebildeten Schulkand. werden von den Superint. beaufsichtigt: §. 9. des G. R. v. 1. Juni 1826 an die Reg. (s. unten).

bert wird, nachkommt, muß der Seminar-Anstalt die auf ihn gewandten Kosten zurückzahlen, nämlich:

- a) Zehn Thaler für jedes Halbjahr seines Aufenthalts im Sem. und den in dieser Zeit genossenen Unterricht,
  - b) den ganzen Betrag des von ihm genossenen Benefizies der freien Verköstigung.
- 3) Es soll zwar den Böglingen frei stehen, Stellen, welche ihnen von dem Dir. des Sem. in Folge der Aufträge, die ihm wegen deren Besetzung von der K. Reg. gegeben werden, oder in Folge eines Gesuchs von Patronen und Schul-Inspektoren um Nachweisung eines Schullehrers angeboten werden, anzuschlagen; wenn aber die K. Reg. diese Ablehnung nicht gelten läßt, sondern den Bögling für eine bestimmte Stelle K. oder Privat-Patrons als angestellt wissen will, so muß ders. sich dieser Verfügung entweder unterwerfen, oder die im Vorstehenden bestimmte Zurückzahlung leisten.
- 4) Sowohl die künftig aufzunehmenden, als jetzt in der Anstalt befindlichen Seminaristen müssen unter Zustimmung ihrer Eltern und Pfleger sich erklären, dieser Anordnung Folge leisten zu wollen, oder die Anstalt sofort verlassen. <sup>1)</sup>

(N. IX. S. 386. — Reigebaur S. 335.)

Zur Sicherung dieser Verpflichtung erging:

ß) das G. N. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Altenstein) v. 18. II 1835 an sammtl. K. Reg. und Prov.-Schulkoll., betr. die erste publ. Anstellung der Böglinge der Schullehrer-Sem.

Die Bestimmung v. 28. Febr. 1825 <sup>1c.</sup>, hat sich als nicht ausreichend gezeigt, das Min. sieht sich deshalb veranlaßt, zur Erreichung des Zweckes derselben mit festzustellen, daß Böglinge von Schullehrer-Sem. ihre erste öffentliche Anm. in irgend einem Reg.-Bez. der Monarchie nur unter Zustimmung derj. erhalten dürfen, in deren und für deren Bezirk sie als Seminaristen ausgesetzt sind. <sup>2)</sup> Die K. Reg. haben bei den Anträgen auf Anstellungen diese Bestimmung aufs Pünktlichste zu befolgen, die K. Prov. Schulkoll. aber davon die K. Sem. eintretenden Böglinge in Kenntniß zu setzen.

(N. XIX. S. 394.)

## Zweites Kapitel.

### Die Prüfungen für das Schulfach.

Daß keine Schulmeister angestellt werden sollten, ehe „sie von den rectoribus examiniret, tüchtig befunden und ihnen ein Zeugniß der Tüchtigkeit mitgegeben worden,“ ordnete schon §. 14. des Gen. Landschulregl. 2. Aug. 1763 (s. o. in Th. I. S. 67), während die Instr. v. 22. Febr. 1777 §. 6. ein Zeugniß des Ober-Schulkoll. forderte (s. o. S. 76—77) und das N. Schulregl. für Schlesien v. 18. Mai 1801 (ebendas. S. 150) im §.

1) Das Publ. des Konf. zu Münster v. 22. März 1825 (N. IX. S. 109) enthält ad 4. besondere Reverse. Im Uebrigen ist es wörtlich mit dem G. N. einstimmend.

2) In der Prov. Westphalen, wo in allen drei Reg.-Bez. Seminare existiren, wo ihre Böglinge für die ganze Prov. bilden, ist jede Reg. durch das N. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Altenstein) v. 2. Jan. 1838 aufgefordert:

vor Ertheilung der von einzelnen Kandidaten nachgesuchten Erlaubniß in eine andere Prov. überzugehen, die beiden andern K. Reg. der Prov., die zu dem gleichen Verfahren von hier aus angewiesen sind, zu befragen, ob etwa ihrem Interesse das Gesuch zu versagen sei.

(N. XXII. S. 359.)

1. die Zulassung zum Schulamte von der genossenen Vorbildung im Seminar und dem Seminarzeugniß abhängig machte.<sup>1)</sup> Die Nothwendigkeit einer vor der kompetenten Behörde bestandenen Prüfung des künftigen Schullehrers wurde im A. L. R. §§. 24. u. 25. Th. II. Tit. 12., sowie in spätern Verordnungen,<sup>2)</sup> wiederholt ausgesprochen, daß Prüfungswesen in Preußen v. 23. Okt. 1817 §. 18. a. (s. c. in Th. I. S. 270) den Regierungen übertragen, und endlich dasselbe dahin geregelt, daß eine doppelte Prüfung stattfinden, die erste, mehr wissenschaftliche, für gewöhnlich nur zu provisorischer Anstellung befähigen, definitive Anstellung dagegen erst nach zweiter, mehr praktischer Prüfung erfolgen sollte. Außerdem wurden die Prüfungen einzelner Lehrerklassen besondere Anordnungen getroffen

### I. Die erste Prüfung.

Dieselbe ist für die in den Seminaren gebildeten Zöglinge die Prüfungsprüfung aus dem Seminar. Für solche, welche sich außerhalb des Seminars zu dem Schulfache vorbereitet haben, findet sie dagegen abgesehen statt.

1) Prüfung der Seminaristen. Vergl. §§. 1—6. des G. R. v. 1. 1826 an die Prov.-Schulkoll. (s. oben S. 411—412)

2) Prüfung der außerhalb der Seminare<sup>3)</sup> vorbereiteten Amtskandidaten. Ueber dieselbe bestimmen:

a) §. 10. des sub 1. angef. G. R. v. 1. Juni 1826;

b) ein zweites G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Alten) v. 1. Juni 1826 an sämmtl. R. Reg., betr. die Anstellungsfähigkeit Schulamtskand.

Die R. Reg. erhält hieneben Abschrift des G. R., welches unter dem dato an sämmtl. R. Prov. Schul-Kolleg., wegen Prüfung und Anstellungsfähigkeit der Schulamts-Kandidaten, und wegen des Verhältnisses der Schullehrer zu dem Schulwesen der Prov. erlassen ist, zur Kenntnißnahme und um sich nach, soweit dessen Inhalt auch die R. Reg. angeht, zu richten. Was der Eingang des ged. R. erwähnten, an die in den Haupt-Sem. gebildeten Amtskandidaten zu ertheilenden bevorzugten Anspruch auf Anstellung anlang wird hierüber folgendes festgesetzt:

1) Bei allen von der R. Reg. abhängenden Anstellungen von Schullehrern soll vorzugsweise auf die aus den Haupt-Sem. entlassenen und mit Zeugnissen der Anstellungsfähigkeit versehenen Seminaristen Rücksicht genommen, und so lange, als noch dergl. für die zu besetzende Stelle qualifizierte Individuen vorhanden sind, kein auf andere Weise zum Schulamte vorbereiteter Subjekt genommen werden.

2) Gleiche Verpflichtung sollen in der Regel diej. Gemeinden haben, welche bei Besetzung von Schulstellen ein Wahl- oder Präsentations-Recht zu-

1) Vgl. auch §. 1 ff. des Schles. Regl. v. 1765 (s. c. in Th. I. S. 13) II. §. 1. des Kleveschen Regl. v. 10. Mai 1782 (ebendas. S. 183) sowie 7. Febr. 1786 (ebendas. S. 186).

2) 3. B. im Publ. des Konf. zu Köln v. 31. Juli 1816 (A. I. S. 3. S. — im Publ. der Reg. zu Liegnitz v. 16. Jan. 1817 (A. I. S. 1. S. 158). Letzterm insbesondere hinsichtlich der Schulgehilfen (Adjuvanten). — Ferner 1. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 8. Okt. 1819, mitgetheilt durch Publ. v. Okt. 1819, wonach kein Seminarist oder anderer Kandidat von den Patronen der Gemeinden präsentiert werden darf, wenn er nicht in Folge seiner Prüfung Amtsb. als wahlfähig erklärt worden. (Erfurter Amtsb. S. 372.) — 2. auch §. 7. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. o. in Th. I. S. 105).

3) Daß, wo es thunlich, die Vorbereitung durch einzelne Geistliche oder andere, außerhalb der Seminare, zu fördern sei, schreibt der G. Erl. v. 9. Juli vor (s. oben S. 398—399).



- 3) Auch den Privat-Kollatoren soll empfohlen werden, vorzugswelse Seminaristen zu vociren, jedenfalls aber obliegen, nur auf solche Subjekte zu reflectiren, die mit einem Prüfungs-Zeugnisse, wodurch ihre Anstellungsfähigkeit begründet ist, versehen sind.
- 4) Ein Prüfungs-Zeugniß, wodurch die Anstellungsfähigkeit in einem Schulamte begründet wird, soll jederzeit von dem Dir. und den Lehrern eines Haupt-Sem. ausgestellt und von den betr. Prov. Schul-Räthen vollzogen sein.
- 5) Die Prüfungen, auf deren Grund auch an solche, die nicht in Haupt-Sem. gebildet sind, Zeugnisse der Anstellungsfähigkeit erteilt werden dürfen, sollen zu gewissen, durch die Amtsbl. bekannt zu machenden Zeiten in den Haupt-Sem., in solcher Art vorgenommen werden, wie dieses unter Nr. 10. in dem heute an die K. Prov. Schul-Kolleg. erlassenen R. bestimmt worden ist.
- 6) Diejenigen, welche ohne in einem Haupt-Sem. vorbereitet zu sein, für das Schulamt geprüft zu werden wünschen, haben sich deshalb an die K. Reg. zu wenden, und dersh.
  - a) ein ärztliches Zeugniß über ihren Gesundheits-Zustand,
  - b) einen von ihnen selbst verfaßten Lebenslauf,
  - c) die erforderlichen Nachweise und Zeugnisse über genossene Erziehung und Bildung überhaupt und über die Vorbereitung zum Schulamte insbesondere und
  - d) Zeugnisse der Orts-Behörde und des Pfarrers über ihren bisherigen unbescholtenen Lebenswandel und über ihre moralische und religiöse Qualifikation zum Schulamte einzureichen.
- 7) Die K. Reg. hat diese Angaben und Zeugnisse sorgfältig zu prüfen, erforderlichen Falls darüber genauere Nachforschungen anzustellen, und nur nach erlangter vollständiger Ueberzeugung, daß gegen die physische und besonders gegen die moralische und religiöse Qualifikation des Aspiranten nichts zu erinnern ist, demselben die Erlaubniß und dem betr. Haupt-Sem. die Anweisung zur Prüfung zu erteilen.
- 8) Die solchergestalt Geprüften und anstellungsfähig Erklärten sollen jedoch, ohne Ausnahme, nur provisorisch auf ein, zwei oder drei Jahre, und zwar so, daß für die Verzüglicheren die kürzere Zeit bestimmt wird, ins Amt gesetzt werden dürfen, und nach Ablauf dieser Frist eine definitive Anstellung nur alsdann zu gewärtigen haben, wenn von den ihnen vorgesetzten Geistlichen und Schul-Insp. ihre Amtstüchtigkeit bezeugt wird. Ob aber eine abermalige Prüfung erforderlich sei, soll in jedem Falle der Beurtheilung der K. Reg. überlassen bleiben <sup>1)</sup>.
- 9) Jeder geprüfte und anstellungsfähig erklärte Schulamts-Kandidat, welcher nicht sofort ein Amt antritt, soll der K. Reg. anzeigen, wo er seinen Aufenthalt zu nehmen gedenkt, und von dersh. unter die besondere Aufsicht des betr. Superint. oder Schul-Insp. dergestalt gestellt werden, daß von diesem regelmäßige Berichte über Beschäftigung, Fortbildung und Lebenswandel der seiner Aufsicht übergebenen Individuen zu erstatten sind.
- 10) Wer aus einem Sem. verwiesen ist, oder dasselbe von nun an eigenmächtig und ohne Abgangs-Zeugniß verlassen hat, soll in keinem Falle zur Prüfung, und also noch viel weniger ins Schulamt zugelassen werden. <sup>2)</sup>

(N. X. S. 363.)

Dazu

c) G. R. der Min. der G. II. u. M. Ang. (v. Altenstein) u. der Fin. (Maaßen) v. 30. Juli 1831 an sämmel. K. Reg., betr. den Stempelgebrauch in Anstellungs-Angelegenheiten der Elementar-Schulamtsland. <sup>3)</sup>  
Um die Zweifel zu erledigen, welche über den Verbrauch von Stempelpapier

1) Vergl. das G. R. v. 19. Okt. 1832 (s. unten).

2) Modificirt durch G. R. v. 28. Febr. 1834 (L. o. S. 410).

3) Vergl. G. R. v. 15. Nov. 1839 (s. oben S. 403).

penstation von einer abermaligen Prüfung vor ihrer definitiven Anstellung jedenfalls nur von der betr. R. Reg. erteilt werden kann.

4) Von den selbhergestalt bestätigten Vocationen der provisorisch angestellten Schullehrer sollen die Bischöfe jedesmal den betr. R. Reg. Anzeige zu machen verbunden, auch die etwa nöthig erachtete Wieder-Entlassung der noch nicht definitiv Angestellten innerhalb der festgesetzten Frist von resp. ein, zwei und Jahren eigenmächtig zu veranlassen nicht ermächtigt, sondern gehalten sein, so Fälle zur Kenntniß der betr. R. Reg. zu bringen, von welcher sodann nach Schaffenheit der Umstände verfahren werden wird.

5) Die definitive Anstellung der Schullehrer erfolgt nach Ablauf der bestimmten Frist jedenfalls nur mit ausdrücklicher Genehmigung und unter Bestätigung der betr. R. Reg.

6) Da, wo eine Anstellungsbefugniß der bischöflichen Behörden bisher durch die Provinzialverwaltung oder auf andere Weise nicht begründet gewesen ist, verbleibt es lediglich bei dem bisher üblichen, namentlich durch die Instr. für die R. Reg. v. 23. I. 1817 angeordneten Verfahren.

7) In Provinzen endlich, worin katholische Schullehrer-Seminare nicht befinden, müssen die anzustellenden kathol. Elementar-Schullehrer jedenfalls ein Zeugniß der Anstellungsfähigkeit, welches von einer bischöflichen Behörde des Inlandes vollzogen ist, vorzuweisen haben.

(N. XI. S. 114.)

## II. Die abermalige Prüfung.

Die Vorschriften über dieselbe waren früher verschieden, je nachdem der Kandidat oder provisorische Lehrer seine Vorbildung in oder außer dem Seminar genossen hatte. In jenem Falle dispensirte nur das Zeugniß der Abfertigung von dieser Prüfung, während sie letzterenfalls ganz in das Ermessen der Provinzialverwaltung gestellt war. Dieser Unterschied ist später ausgeglichen und die Nothwendigkeit der zweiten Prüfung auf ein geringeres Maas zurückgebracht worden.

1) Allgemeine Vorschriften über die Fälle und Vornahme der Prüfung:

a) §§. 6—9. des G. N. v. 1. Juni 1826 an die R. Prov.-Schulkolleg. (s. oben S. 411 ff.)

b) §. 8. des G. N. v. 1. Juni 1826 an die R. Reg. (s. o. S. 411 ff.)

Dieser §. 8., sowie §. 6. des sub a. angeführten G. N. sind modificirt worden durch

c) G. N. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 19. I. 1832 an sämmtl. R. Prov.-Schulkolleg. und Reg., betr. die Prüfung der Anstellungsfähigkeit der Schulamtskandidaten.<sup>1)</sup>

Nachdem die sämmtl. R. Prov. Schulkolleg. und Reg. sich fast einstimmig für die Abänderung der in Betreff der abermaligen Prüfung der Elementar-Schulamtskandidaten im §. 6. der Verf. v. 1. Juni 1826 erteilten Vorschrift erklärt haben, verordnet das Min. hinsichtlich der definitiven Anstellung und abermaligen Prüfungen wahlfähig erklärter Schulamtskand. hiemit Folgendes:

1) Alle in den Sem. und außer den Sem. ausgebildete Schulamtskand., welche in der Prüfung das Wahlfähigkeits-Zeugniß Nr. I. erhalten, sind sofort definitiv angestellt werden, und sind nur dann einer zweiten Prüfung zu unterwerfen, wenn sie innerhalb drei Jahren nach dem Termin, in welchem sie für wahlfähig anerkannt worden sind, keine Anstellung als wirkliche Lehrer an einer öffentlichen oder Privat-Schulanstalt erhalten haben.

2) Die mit dem Zeugniß Nr. II. versehenen Schulamtskand. dürfen zu

1) Die G. Verf. der Reg. zu Gumbinnen v. 26. Juni 1833 (N. XVII. S. 957) rügt die Vernachlässigung obiger Bestimmungen, und rief alle provisorisch angestellten Lehrer, so weit sie nicht über das Alter der Bildungsfähigkeit hinausgeschritten, zu den, in bestimmter Reihenfolge angeordneten, abermaligen Prüfungen ein. — Vergl. auch die Verf. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 1. I. 1840 an die R. Reg. zu Arnberg (s. unten).

immer nur provisorisch, und nachdem sie zwei Jahre lang an einer öffentlichen oder Privat-Schulanstalt als wirkliche Lehrer fungirt haben, nur dann definitiv angestellt werden, wenn sich die betr. R. Reg. durch die Atteste der Schulvorstände, insonderheit aber durch die auf eigene persönliche Kenntniß und Erfahrung Bezug nehmenden Zeugnisse der Schul- Insp., Sem. Dir. und Schulrätthe die bestimmte Ueberzeugung verschafft hat, daß der Kandidat in Hinsicht der sittlichen Aufführung, des auf seine weitere Ausbildung verwendeten Fleißes und der treuen Erfüllung aller ihm als Lehrer obliegenden Pflichten sich zur definitiven Anstellung qualifizierte. Wo die R. Reg. diese Ueberzeugung nicht gewonnen hat, ist sie befugt und verpflichtet, den provisorisch angestellten Lehrer zu einer abermaligen Prüfung einzuberufen. Es bleibt auch denj. Kand. und Lehrern, die sich ein besseres Zeugniß und dadurch Anspruch auf Berücksichtigung bei Besetzung besserer Stellen zu erwerben wünschen, unbenommen, sich der zweiten Prüfung zu unterwerfen. Die Kand., welche in der ersten Prüfung das Wahlfähigkeits-Zeugniß Nr. III. erhalten, dürfen erst dann, wenn sie zwei Jahre lang provisorisch als Lehrer fungirt, und eine zweite Prüfung genügend bestanden haben, definitiv angestellt werden.

Die übrigen, die Prüfung, Anstellung, Fortbildung u. der Schulamts-Kand. Bestimmungen der Verf., welche unter dem 1. Juni 1826 an die R. Prov. colleg., sowie auch der, welche an demselben Tage an die R. Reg. erlassen ist, nach wie vor in Kraft.

Die R. Prov. Schulkolleg. haben von dieser Verf. die Sem. Dir. in Kenntniß zu setzen, und dafür Sorge zu tragen, daß die Prüfungen vorschriftsmäßig ablaufen, und die Zeugnisse mit strenger Berücksichtigung des Resultats der Prüfung ausgestellt werden. <sup>1)</sup>

Die R. Reg. werden bei der Prüfung der Urtheile, die über die provisorisch angestellten Lehrer abgehalten werden, mit der für den Zweck nothwendigen Strenge zu verfahren, und wird ihnen überlassen, für die von den Schulvorständen und Schulamtsstellenden Zeugnisse eine Form vorzuschreiben, welche die Abgabe eines auf sorgfältige Beobachtung gegründeten gewissenhaften Urtheils sichert. (A. XVI. S. 932.)

a) R. d. Min. v. 8. Jan. 1840 an das R. Prov.-Schulkoll. zu betr. die definitive Anstellung der Schulamtskand.

Das unterz. Min. hat, wie dem R. Prov. Schulkoll. hierdurch auf den Ver. d. Dec. v. J. eröffnet wird, die definitive Anstellung der Schulamts-Kand. in der Verf. v. 19. Okt. 1832 nicht von der Erwerbung eines Wahlfähigkeits-Zeugnisses Nr. I. oder Nr. II., sondern davon abhängig gemacht, daß der Kand. in seiner provisorischen Anstellung den von ihm gehegten Erwartungen entspreche, auf seine weitere Ausbildung gehörigen Fleiß verwendet, durch sittliche Haltung und treue Erfüllung aller ihm als Lehrer obliegenden Pflichten sich behauptet habe. Die erwähnte Verf. überläßt es hinsichtlich der mit dem Zeugnisse des entlassenen Kand. an die R. Reg., sich die dazu erforderliche Ueberzeugung durch die Atteste der Schulvorstände, besonders aber durch die auf eigene Kenntniß

<sup>1)</sup> Mit Bezugnahme auf diese Bestimmung, und auf das sub a. angef. G. R. Juni 1826 (§. 8.) ordnete das G. Schr. des Rhein. Prov. Schulkolleg. zu Mainz v. 25. Nov. 1835 an die R. Reg. der Rheinprov. (A. XIX. S. 100) an:

Daß es bei dieser zweiten Prüfung nur auf die Ermittlung ankommt, ob der Candidat sich seit seiner ersten Prüfung nicht vernachlässigt, vielmehr so viel Selbstständigkeit und praktische Tüchtigkeit errungen hat, daß ihm die bisher verwaltete, oder eine ähnliche, oder nach Maßgabe des Resultats seiner 2. Prüfung auch eine bedeutende Schulstelle definitiv übertragen werden kann. Ueber den Anfall dieser abermaligen Prüfung soll nicht ein neues, wiederum mit einer immer versehenes Zeugniß ausgestellt, sondern das Resultat dem frühern Wahlfähigkeitszeugnisse hinzugefügt werden.

Vergl. R. v. 11. Juni 1838 (s. unten) und die G. Verf. v. 7. April 1843

und Erfahrung Bezug nehmenden Zeugnisse der Schul-Insp. und verschaffen, oder auch noch, wenn in diesem Wege jene Ueberzeugungen ständig hat gewonnen werden können, einen solchen provisorisch angestelltem Lehrern aber soll jene Ueberzeugung stets sowohl durch die nächst beaufsichtigenden Männer, als auch durch eine abermalige Prüfung werden. So wenig nun aber von den Besitzern eines Zeugnisses Nr. I. erwirbt werden sollen, eben so wenig kann für die Kandidaten die definitive Anstellung von dem Zeugnis Nr. II. abhängig sein. Falls diese einer höhern Zeugnis-Nummer sich nicht würdig zeigen, so ist eine zweite Prüfung aber doch für den Zweck, für welchen sie angestellt sind, ein genügendes Resultat, d. h. die zur definitiven Anstellung erforderliche hinsichtlich der Tüchtigkeit des Kandidaten gewährt, so reicht es hin, unter den Zeugnissen zu bemerken, daß das Resultat der Prüfung die definitive Anstellung zulässig mache, welche alsdann erfolgen kann, wenn zugleich der K. Reg. über einen solchen Lehrer vorliegenden Urtheile sich fürsprechen.

Subjekte, welche für das Lehramt nicht tauglich sind, müssen in der kürzesten Zeit aus dem Sem. entfernt werden<sup>1)</sup>, oder bei der Entlassung kein Zeugnis Nr. III. erhalten, da dies zwar die Besitzer desselben aber immer doch noch als genügend begabt und vorgebildet bezeugt sie alsdann, so lange sie dieser Kategorie angehören, bei Verleihung von Stellen dem befähigteren Lehrer nachstehen müssen.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 51.)

e) Ueber die Betheiligung des Prov.-Schulkoll. (§. 7. der Gef. G. R.) bestimmt

daß K. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg 1840 an das Prov.-Schulkoll. zu Breslau, betr. die wiederholte Prüfung der aus den Sem. entlassenen Schulamtskand. oder provisorisch angestellten Lehrer.

Das Min. eröffnet dem K. Prov. Schulkoll. auf den Ver. v. i. bei den abermaligen Prüfungen der bereits aus den Sem. entlassenen Kandidaten oder schon provisorisch angestellten Lehrer die Gegenwart und der Schulräthe der betr. Reg. zur Leitung vers. hinreicht. Dagegen wird dem Sem. Dir. dem K. Prov. Schulkoll. die Termine zur Abhaltung der Prüfungen mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Anstalt vorzuschlagen, von wem die Prüfungen abgehalten werden sollen, nachdem es darüber mit den Reg. sich verständigt und dies hat, die K. Reg. in Kenntniß setzt. Die Prüfungsprotokolle, in welchen neben dem Namen des Examinatus das Resultat der Prüfung theilte Zeugnisnummer anzugeben ist, sind von den einzelnen Reg. dem Prov. Schulkoll. mitzutheilen, damit dass. sowohl von der Art und Weise der Prüfung abgehalten worden, als auch von den Fort- oder Rückschritten der Kandidaten und Lehrer Kenntniß erhalte.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 295.)

2) Ueber die zweite Prüfung solcher Lehrer, welche ihr Lehramt in einem für einen Reg.-Bez. bestimmten Sem. erhalten haben

daß G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn 1843 an das K. Prov.-Schulkoll. zu Koblenz und abschr. g. n. d. d. n. und Nachachtung an sämmtl. übrige K. Prov.-Schulkoll. betr. die abermalige Prüfung der Schulamtskand. vor ihrer definitiven Anstellung.

1) Das Provisorium nicht zu lange dauern zu lassen empfiehlt Verf. v. 5. März 1851. Vgl. u. Kap. 4. sub III. 3. in der Note G. v. 21. Juli 1852. — Vgl. auch R. v. 31. Aug. 1833 unten s. 2)

2) Hierdurch ist das G. R. des Min. der G., U. u. Med. Ang. v. 20. Mai 1824 an sämmtl. K. Reg. mit dem ihm beigefügten A

**K. Prov. Schulkoll.** eröffne ich auf den Ver. v. 24. Febr. d. J., daß ebenfalls angemessen erscheint, solche Lehrer, welche nicht in dem zur Ausübung des Lehramts-Kand. eines Reg. Bez. bestimmten Sem. gebildet sind, in dem, wenn ihnen zur Erlangung der definitiven Anstellung noch eine zweite Prüfung zur Pflicht gemacht worden ist, vor die Prüfungs-Kommission desj. Sem. zu stellen, aus welchem der betr. Reg. Bez. in der Regel seine Kand. des Elementar-Schulamts erhält, damit der Reg. Schulrath Gelegenheit finde, diese Lehrer in ihrer ganzen Persönlichkeit und Qualifikation kennen zu lernen.

benutze diese Veranlassung, um das K. Prov. Schulkoll. nochmals darauf hinzuwirken, daß in dieser zweiten Prüfung, wenn nicht etwa der Kand. durch sein Zeugniß der ersten Prüfung in einzelnen Fächern ungenügende Kenntnisse gezeigt hat, nicht sowohl zu ermitteln ist, ob der Examinandus den Anforderungen seiner Kenntnisse erweitert habe, als vielmehr, ob er die in dem Sem. erworbenen Kenntnisse sich vollkommen und bis zu dem Grade der Klarheit und Fertigkeit angeeignet habe, daß er dieselben bei dem Unterrichte in der Schule in einer bildenden Weise anzuwenden im Stande ist, und überhaupt in seiner Thätigkeit auch praktisch sich so weit ausgebildet habe, daß ihm ohne weiteres ein Schulamt definitiv übertragen werden kann.

(Z. Bl. d. i. V. 1843. S. 126.)

Als Folgen der nicht bestandenen Prüfung werden bezeichnet: Entweder die Wiederholung der Prüfung oder Aufschub der definitiven Anstellung. Dies bestimmen

**M. des Min. der G. U. u. M. Aug. b. 31. Aug. 1833 an die K. Reg. zu Magdeburg,** betr. die Entlassung der in den Prüfungen nicht bestandenen Schulamtskand.

von der K. Reg. in deren Ver. v. 2. Mai d. J. entwickelte Ansicht, daß provisorisch angestellter Lehrer nur nach vorhergegangener förmlicher Untersuchung entlassen werden dürfe, kann von dem Min. nur für den Fall als begründet werden, wenn die für die Entscheidung festgestellte Frist nicht inne gehalten wird, der Lehrer auf unbestimmte Zeit in seiner Stelle belassen worden ist. Gegen ein nach bestehender Vorschrift vorläufig auf zwei Jahre angestelltes Schulamts-Kandidat nach den Zeugnissen der Schulvorstände, der Schulinspekt. und Schulraths des Reg. Koll. in praktischer Tüchtigkeit nicht fortgeschritten demselben, nach dem Resultat der zweiten Prüfung, nicht mehr, wie in der ersten Prüfung, ein Zeugniß der Wahlfähigkeit erteilt werden kann, so unterliegt es, falls die Vorstände dafür sprechen, ihm einen neuen Prüfungs-Termin zu stellen, keinen Anstand, ihn ohne Weiteres zu entlassen. Es kommt überhaupt nur darauf an, daß die nach der über die Wahlfähigkeits-Prüfung der Schulamts-Kandidaten getroffenen provisorischen Funktion zu stellenden Termine gehörig inne gehalten werden, die Entscheidung über die definitive Anstellung dieser Kandidaten nach Ablauf des ersten und höchstens zweiten Termins erfolge und das provisorische Verhältniß nicht auf unbestimmte ausgebehrt werde. <sup>1)</sup>

(S. 149.)

**M. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Ladenberg) v. 4. Juli 1833 an die K. Reg. zu Trier,** betr. die definitive Anstellung der Elementar-Schullehrer.

Min. kann sich, wie der K. Reg. auf den Ver. v. 13. Mai d. J. hierüber ausgesprochen wird, nicht veranlaßt finden, von den allg. Bestimmungen hinsicht-

lich die K. Reg. zu Stettin (Ann. VIII. S. 414.) antiquirt, wonach die Prüfung der von Privatpatronen aus andern Reg. Bez. vorzuziehenden Lehrer in das Ermessen der Reg. gestellt, indessen angerathen wurde, eine solche vorzunehmen, wenn die Anforderungen der neuen Stelle größer oder anders, als die der bisherigen Stelle seien, oder Zweifel an der hinlänglichen Qualifikation stattfänden.

Dies M. wurde durch G. Verf. der Reg. zu Magdeburg v. 17. Okt. 1833 (Z. Bl. S. 961) veröffentlicht.



lich der definitiven Anstellung der Schullehrer abzugehen, und dem Antrag Feststellung einer Probezeit von sechs Jahren zu entsprechen. Wenn die zuntung und Beaufsichtigung der Schullehrer Berufenen, der Schulvorstand, unmentlich der Pfarrer, der Schulinsp. und der Schulrath, jeder nach seinem ihr Pflicht entsprechen, so wird sich eben so gut in drei, als in sechs Jahren über die praktische Tüchtigkeit und sittliche Zuverlässigkeit der provisorisch angestellten Lehrer ein bestimmtes Urtheil gewinnen lassen und nichts entgegen stehen von diesen Beamten und in der zweiten Prüfung günstig Beurtheilten definitiv aufzustellen. Ob in einzelnen dringenden und dazu geeigneten Fällen für die Ausnahme wegen definitiver Anstellung noch ein zweiter Termin von etwa Jahren zu stellen ist, muß dem Ermessen der Prüfungsbehörde und der R. überlassen bleiben, nach Ablauf dieser Frist aber Entscheidung erfolgen.

Die R. Reg. hat dafür Sorge zu tragen, daß für die Leitung und Beaufsichtigung der Lehrer das Nöthige angeordnet wird, da nur auf diesem Wege nur über die noch nicht definitiv Angestellten ein gerechtes und entscheidendes Urtheil gewonnen, sondern auch verhütet werden kann, daß die definitiv Angestellten früher oder später sich vernachlässigen und dem in sie gesetzten Vertrauen entsprechen.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 294.)

### III. Besondere Vorschriften über die Prüfungen einzelner Lehrerklassen.

Vergl. Vorschriften sind in Betreff der städtischen Volksschullehrer, zugleich als Kantoren oder Organisten fungirenden Lehrer und in Betreff der Lehrerinnen erlassen worden.

#### 1) Prüfung für städtische Volksschulen (Mittelschulen) <sup>1)</sup>

##### a) Allgemeine Bestimmungen darüber enthalten:

α) das G. R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Altenstein) 29. März 1827 an sämmtl. R. Reg., Kons. und Prov.-Schulkoll., die Prüfung studirter Lehrer für Bürgerschulen:

Hinsichtlich der Prüfung studirter Lehrer für Bürgerschulen, designirter Personen in kleinen Städten und derj. Individuen, die zu den Elementar-Schulen nicht gerechnet werden können, aber auch nicht als Lehrer an solchen Anstalten betrachtet sind, welche zur Vorbereitung auf die zweite oder dritte Klasse einer Universität entlassenden Schule dienen (Ed. v. 12. Juli 1810 <sup>2)</sup> §. 5.) beson-der aber aller derer, die das Studium der Theologie absolvirt haben, und sich zu Schulämtern der bezeichneten Art melden, hat bisher, wegen Mangels genauer Vorschriften, ein ungewisses, und nach Verschiedenheit der Prov. anders eingerichtet Verfahren stattgefunden.

Namentlich hat es sich als zweckmäßig nicht bewährt, daß, wie hin und her geschehen, und auch vom Min. nachgegeben ist, evangelische Kandidaten des Predigtamts auf den Grund ihres bestandenen theologischen Examins ohne weiteres für fähig zur Verwaltung einer Lehrerstelle an einer städtischen Schule angenommen worden sind, vielmehr hat sich genugsam bewiesen, daß oft dergl. Männer, wenn sie auch in der theologischen Prüfung ehrenvoll bestanden sind,

1) Ein R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 27. Juni 1835 (Ann. S. 99) erklärte diese sogen. Prüfungen pro schola für eine Unterart der höchsten Prüfungen pro facultate docendi, und deshalb die bei diesen letzteren vorgeschriebenen Anfragen in staatspolizeilicher Hinsicht auch hier für erforderlich. Diese sind jedoch durch G. R. v. 16. Okt. 1840 abgeschafft. (Min. Bl. d. i. B. II S. 435.) Vergl. auch das folgende Kap. sub I. 2. — Ob ein Lehrer, der die Prüfung bestanden hat, als Volksschullehrer oder als höheren Lehrer angestellt hängt von seiner Stelle ab. (Vergl. im 5. Kap. sub IV. 2. (s. unten.)

2) Wegen Prüfung der Kand. des höheren Schulamts; dasselbe findet sich in der folgenden Abtheil. dieses Bandes.

zur Verwaltung einer Schulstelle des erforderlichen Geschickes und der nöthigen pädagogischen Kenntniß und Lehrfertigkeit entbehren.

Um daher zu bewirken, theils, daß dergl. für den Schulstand nicht geeignete Leute von demf. zurückgehalten werden, theils, daß diej. Literati, die sich um Stellung bei städtischen Schulen bewerben wollen, auch die dazu nöthige Qualifikation zu erlangen sich bemühen; theils endlich, daß hinsichtlich der mit ihnen vorzunehmenden Prüfung allenthalben ein übereinstimmendes Verfahren beobachtet wird, wird hierdurch Folgendes festgesetzt:

- 1) Alle Literati, welche sich um ein Schulamt bewerben, sollen eine vorgängige auf ihre Befähigung zur Verwaltung dieses Amtes besonders gerichtete Prüfung zu bestehen haben.
- 2) Diese Prüfungen sollen, in sofern solche nicht nach dem Ed. v. 12. Juli 1810 und in Gemäßheit desj., was nachher im Art. 9. wegen Prüfung der ordentlichen Lehrer an höheren Realschulen festgesetzt ist, vor die wissenschaftlichen Prüfungs-Kommissionen gehören, in jeder Provinz von einer Kommission vorgenommen werden, die aus den Schulrathen des Prov. Schulkoll. und der betr. R. Reg. und dem Dir. des Schullehrer-Sem. der Prov. oder des Reg. Bez. zusammengesetzt ist.
- 3) Diese Prüfungen sollen an gewissen vorher öffentlich bekannt zu machenden Terminen in der Regel zweimal im Jahre, und am Besten an dem Orte des Schullehrer-Sem. in derj. Zeit, in welcher auch die Elementarlehrer-Prüfungen dort abgehalten werden, jedoch nicht mit diesen zugleich angestellt werden.
- 4) Diese Prüfungen sollen sich auf das Materielle der Kenntnisse der Kand. in der Regel nicht und nur ausnahmsweise in dem Falle erstrecken, wenn aus den vorzulegenden Schul-, Universitäts- und Konsistorial-Prüfungszeugnissen, oder auch durch die schriftlichen Ausarbeitungen und die Probelektionen, imgl. bei der mündlichen Prüfung, ein Zweifel begründet würde, daß der Examinandus das Maas der zur Verwaltung einer Schulstelle erforderlichen Kenntnisse nicht besitze. Dagegen sollen dies. vorzugsweise auf dessen formale und praktische Befähigung zum Lehrstande, also darauf gerichtet werden, ob der Kand. über Zweck, Einrichtung und Ziel der Schulen und ihrer Arten und Stufen, über die Behandlung der verschiedenen Lehrgegenstände im Allg. und im Besonderen und über deren inneren, organischen Zusammenhang, über die literarischen und technischen Hülfsmittel bei den einzelnen Lehrobjekten, über das Wesen der Erziehung überhaupt und über ihr Verhältniß zum Unterrichte insbesondere, über die Grundsätze der Schuldisciplin und über ihre Anwendung, also ganz vorzüglich über die Verbindung der religiösen und sittlichen Bildung mit der intellektuellen, endlich aber über den Beruf, die Pflichten und das Verhalten eines Lehrers, richtige, klare und gründliche Begriffe und zugleich das nöthige praktische Geschick und die erforderliche Lehrfertigkeit besitze; zu welchem Ende er sowohl Aufgaben zur schriftlichen Ausarbeitung erhalten, als einer mündlichen Prüfung unterworfen, als auch eine oder nach Befinden der Umstände mehrere Probelektionen zu halten, angewiesen werden soll.
- 5) Evangelische Kand. des Predigtamts, welche sich zu diesen Prüfungen melden, sollen das theologische Examen pro Candidatura vor dem Konsist. <sup>1)</sup> bereits bestanden haben, und über deren Ausfall ein Zeugniß vorzuweisen gehalten sein.
- 6) Ueber das Resultat der nach Art. 4. angestellten Prüfung soll ein Prüfungs-Zeugniß ausgestellt werden, in welchem unter spezieller Beziehung auf die sonstigen von den Examinanden beigebrachten testimonia und auf das daraus zu entnehmende Maas ihrer Kenntnisse ein möglichst genau und charakteristisch ausgedrücktes Urtheil über ihre schriftlichen Arbeiten, über das mündliche Examen und über die aufgegebenen Probelektionen enthalten, und auf den Grund desselben ihre Gesamt-Qualifikationen durch ein einfaches Prädikat bezeichnet werden soll, dessen Wahl den Prüfungs-Kommissionen

1) Der theol. Prüfungs-Kommission. Ueber die pädagogische Ausbildung der Predigtamts-Kand. im Allg. s. o. S. 359 ff.

jedoch mit dem Bemerken überlassen wird, daß der Ausdruck: „Genüg als die unterste Stufe, „Vorzüglich“ aber als die oberste der Befäh angenommen werden soll.

- 7) Einer ähnlichen Prüfung, jedoch unter Zugiehung eines Kommissar: bischöflichen Behörde, sollen in der Regel auch diej. katholischen Geistl unterworfen werden, welche zu Benefizien, womit die Besorgung Schulunterrichtes neben ihren geistlichen Pflichten verbunden ist, bi werden.
- 8) Auch behält sich das Min. vor, die Prüfung derj. Individuen, sie : Universitäts-Studien gemacht haben, oder nicht, welche dasselbe zu o lichen Lehrern an Schullehrer-Sem. bestellen will, den durch gegenwä G. angeordneten Kommissionen zu überweisen.
- 9) Was dagegen die ordentlichen wissenschaftlichen Lehrer an den höheren ger-, Handlungs-, Gewerbe- oder Realschulen in größeren Städten, al denj. Anstalten betrifft, in welchem eine über das schulpflichtige Alter ausgehende, auf die Zwecke des höheren Gewerbe- und Handelsstandes anderer ähnlicher Berufsarten berechnete, unmittelbar in die künftige Bestimmung einführende Bildung, namentlich in der Mathematik, in Naturwissenschaften, in der Geschichte und Erdbeschreibung, in der deu Literatur, in der Technologie und in neuern fremden Sprachen erw werden soll; so soll deren Anstellung künftig nur nach vorgängiger wi standener Prüfung vor einer R. wissenschaftlichen Prüfungs-Kommissio folgen können.

(Ann. XI. S. 109.)

β) G. R. d. Min. v. 12. Juli 1833 an sammtl. R. Prov.-S koll. und abschr. an sammtl. R. Reg., betr. die Prüfungen zu Lehrst an städtischen Bürgerschulen.

Es ist dem Min. die Frage vorgelegt worden, ob auch Literaten, die Kand. der Theologie sind, oder in das Predigtamt einzutreten nicht beabsicht zu den durch das R. v. 29. März 1827 angeordneten Prüfungen zugelassen den können. Wiewohl nicht einzusehen, wie die gedachte Verf. habe mißversta werden können, so will doch das Min. hiermit ausdrücklich erklären, daß

- 1) alle mit den genügenden Universitäts-Beugnissen versehene Literati, möge sich der Theologie oder der Pädagogik vorzugsweise gewidmet haben, zur Prä für die Lehrstellen an städtischen Bürgerschulen, die nicht zu den in Regl. für die Prüfungen der Kandidaten des höhern Schulamts v. April 1831 <sup>1)</sup> §. 2. Nr. 3. bezeichneten gehören, in sofern an die Stellen die Verpflichtung zum Predigen nicht geknüpft ist, nach dem G. v. 29. März 1827 ohne Weiteres zugulassen sind;
- 2) alle Kand. der Theologie, die sich für den Eintritt in die theologische Bahn bestimmt erklärt haben, und wie sie für die Lehrstellen, mit weli die Verpflichtung zum Predigen verbunden ist, erforderlich sind, zu der Prüfung nach dem G. R. v. 29. März 1827 nur dann zugelassen werden l fen, wenn sie das theologische Examen pro Candidatura vor dem R. bereits bestanden haben, und über dessen genügenden Ausfall sich durch Zeugniß ausweisen können.

(Ann. XVII. S. 393.)

γ) R. d. Min. v. 4. Sept. 1835 an das R. Prov.-Schulkoll. Magdeburg, betr. die Prüfung der Kandidaten des höhern Schulamts Lehrer an Volks- und niedern Bürgerschulen.

In Beantwortung der von dem R. Prov. Schulkoll. in Seinem Ver. v. v. R. gemachten Anfrage, wegen der Qualifikation der Kand. des höhern Schulamtes zu Stellen an Volks- und niedern Bürgerschulen, hält das Min. es unbedenklich, daß Kand. des höhern Schulamts noch einer Prüfung für Schullehrerstellen oder Lehrerstellen an niederen Bürgerschulen, im Fall sie lung bei dens. wünschen, unterworfen werden.

(Ann. XIX. S. 700.)

1) Vgl. dasselbe in der folgenden Abth. dieses Bandes.

**a) C. R. des Min. der G. U. u. R. Ang. (Fichhorn) v. 18. Sept. 1842 an sammtl. R. Reg., betr. die Zulassung von Illiteraten zu den Prüfungen für das städtische Schulwesen.**

Die unter dem 29. März 1827 erlassene, und unter dem 12. Juli 1833 bestätigte Verf., die Prüfung pro schola betr., ist in einzelnen Fällen auch die Prüfung von Illiteraten angewendet worden, obgleich dieselbe in den un-  
ter Nr. 1. bis 9. enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen nur von einer mit litera-  
nanzstellenden Prüfung redet, und daher zu einer Anwendung ders. auf illite-  
raten keine Veranlassung geben konnte. Da es jedoch in einzelnen Fällen nicht  
unzulässig, sondern auch dem städtischen Schulwesen förderlich sein kann, an  
Stadt- und Bürgerschulen auch geeignete Illiteraten als Konrektoren oder  
Lehrer anzustellen, insofern dies durch ihre bisherigen Leistungen und die ihren  
Lehrgang nachweisenden Zeugnisse die Hoffnung begründen, daß sie im Falle  
des günstigen Resultats der mit ihnen anzustellenden Prüfung auch in der ihnen  
übertragenen Lehrstelle erfolgreich zu wirken im Stande sind, so will ich ge-  
ben, daß auch solche illiterati auf den Grund einer von den R. Prov. Schul-  
l. in jedem einzelnen Falle speziell zu erteilenden Genehmigung zur Prüfung  
pro schola vor den durch die Verf. v. 29. März 1827 eingesetzten Prüfungskom-  
missionen zugelassen werden. Die R. Reg. wird daher hierdurch veranlaßt, in  
den Fällen die Zulassung zur Prüfung pro schola unter Beifügung der Zeug-  
nisse des Examinandus in einem über die bisherigen Leistungen dess. vollständige  
Auszug gebenden Schreiben bei dem R. Prov. Schulkoll. zu beantragen, welches  
dann auf den Grund der von mir erhaltenen näheren Anweisung über die Zu-  
lässigkeit der Prüfung entscheiden wird.

(Min. Bl. d. L. B. 1842. S. 340.)

**b) Insbesondere für Berlin<sup>1)</sup> bestimmt**

Die Verf. des R. Schulkoll. der Prov. Brandenburg v. 12. Okt. 1852,  
betreffend die Prüfung derj. Lehrer, welchen in Berlin die Fortführung einer  
erledigten Schule oder die Begründung einer neuen Anstalt oder eine Haupt-  
lehrerstelle an einer Kommunalsschule übertragen werden soll.

Mit Genehmigung des G. Min der G. U. u. R. Ang. werden von jetzt ab  
die Lehrer, welchen hiersebst die Fortführung einer erledigten Schule oder die  
Begründung einer neuen Anstalt oder eine Hauptlehrerstelle an einer Kommunal-  
sschule übertragen werden soll, einer besonderen Prüfung unterworfen werden.

In Folge dieser Bestimmung bringen wir Nachstehendes hierdurch zur öffent-  
lichen Kenntniß:

1) Aus den zur Fortführung einer erledigten Schule oder zur Begründung  
einer neuen Anstalt von der Behörde, von welcher der Vorschlag zur Besetzung  
der Stelle ausgeht, und namhaft gemachten Bewerbern wählen wir denj. aus, der  
seinen bisherigen Leistungen als der am besten Qualificirte erscheint und uns  
durch eine Prüfung, deren Zweck es ist, zu ermitteln, ob der in Betracht  
kommene Bewerber für die selbstständige Leitung einer Schule befähigt ist.

2) Gleichermäße wird derj. Lehrer, der im Falle der Erledigung einer Haupt-  
lehrerstelle an einer Kommunalsschule für diese Stelle von der Schul-Deput. des  
Magistrats ausersehen ist, durch diese zu einer solchen Prüfung bei uns  
vorgeliefert.

3) Die Prüfungen werden durch eine Kommission bewirkt, welche aus einem  
Mitgliede unsers Kollegii, dem Stadtschulrath, dem Dir. des hiesigen Sem. für  
Schulen und dem Dir. der hiesigen Bildungsanstalt für Lehrerinnen besteht,  
welche so oft, als es das Bedürfniß erfordert, unter dem Vorß des zuerst  
Namentlich zusammentritt.

4) Die Prüfung soll der Regel nach bestehen: a) in der Anfertigung einer  
schriftlichen Klausurarbeit über einen Gegenstand aus der Volksschul-Pädagogik; b)  
Abhaltung einer oder einiger Probe-Lektionen; c) in einer mündlichen Un-  
tersuchung mit den Mitgliedern der Kommission.

<sup>1)</sup> Siehe oben S. 371 ff.

5) Das Thema zu der schriftlichen Arbeit, sowie die Aufgaben zu den Lektionen stellt der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission; ders. bestimmt Schule, in welcher die Probe-Lektionen in seiner und in Gegenwart von noch eines Kommissions-Mitgliedes abgehalten werden.

6) Das Resultat der Prüfung wird unmittelbar nach Beendigung der Berathung der Mitglieder der Prüfungs-Kommission entweder als „genügend“ oder „ungenügend“ protokolларisch festgestellt, und das Protokoll an uns zur Veranlassung eingereicht. Die Ausfertigung eines speziellen Prüfungs-Zeugnisses findet nicht statt.

7) Erweist sich der geprüfte Bewerber als genügend qualifizirt für die Führung einer erledigten oder für die Begründung einer neuen Schule, so unsererseits die Bestätigung der auf ihn gefallenen Wahl. Ist dies nicht der Fall, so wird ein anderer der in Vorschlag gebrachten Bewerber zu einer gleichzeitigen Prüfung herangezogen.

8) Gleicherweise wird die Schul-Deput. eine erledigte Hauptlehrerstelle einem in der vorgedachten Prüfung als qualifizirt befundenen Lehrer beistellen, und wenn der dafür in Aussicht genommene Lehrer seine Qualifikation darthut, einen andern zur Prüfung bei uns präsentiren.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 287.)

2) Ueber die musikalische Prüfung <sup>1)</sup> derj. Lehrer, welche zugleich Kantoren, Organisten, oder Gesanglehrer beschäftigt sind, theilte zum

a) das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) 28. Nov. 1827 an sämmtl. R. Reg. (N. XI. S. 928)

mit, daß im Interesse der Verbesserung des Kirchengesangs von einigen die Einrichtung getroffen sei, daß dergl. Lehrer „noch besonders auf musikalischen Kenntnisse und Fertigkeiten von einem Kunstverständigen vor der Konfirmation geprüft würden.“ Zugleich empfiehlt das R. zur Leitung in dieser Hinsicht solche Superint., welche selbst musikalische Kenntnisse besitzen oder auch ausgezeichnete Kantoren oder Organisten zu verwenden.

Auf die hierüber eingezogenen Berichte bestimmte sodann:

b) das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) 10. Nov. 1830 an sämmtl. R. Kons., Prov.-Schulcoll. und Reg.-Schl. Münster), betr. die Verbesserung des Kirchengesangs und Orgelspiels.

Es sind 1) keine Musiklehrer, Organisten und Elementar-Schullehrer Behörden anzustellen, welche nicht bei einem Schullehrer-Sem., oder einem beauftragten Sachverständigen, auch in Ansehung ihrer Tüchtigkeit zum Unterricht und resp. zum Orgelspiel geprüft worden sind und darüber ein gutes Zeugniß beigebracht haben, oder im Fall das vorgelegte Zeugniß für das übertragende Amt nicht ausreicht, sich zu einer zweiten Prüfung nach einer bestimmten Frist anheischig machen. Demnächst sind — 2) die Superint. Schul-Insp. zu einer sorgfältigen Aufsicht über den Kirchengesang und das Orgelspiel besonders bei Kirchen- und Schul-Bisitationen anzuweisen und ihnen besondere aufzutragen, die Elementar-Schullehrer zu Einübung der Kirchenmusik anzuhalten, auch selbige zu Uebungen im Gesang und Orgelspiel bei ihren Lehren zu veranlassen, incl. auf Veranstaltung solcher Konferenzen, wo sie bereits stattfinden, sowie auf Errichtung von Sängerkörnern, thunlichst Bedacht zu nehmen.

(N. XIV. S. 767.)

3) Ueber die Prüfung von Lehrerinnen enthält

a) allgemeine Bestimmungen:

das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 24

---

1) Vergl. im folgenden Abschn. den Gesangunterricht in der Volksschule bes. das Publ. der Reg. zu Köln v. 11. Jan. 1828, so wie unten im 3. Nr. IV., 3.



**Sämmtl. K. und Fürstl. Reg., betr. die Prüfung und Zulassung innen.**

meine G. Verf. v. 12. Jan. d. J. hatte ich die K. Reg. zum Vericht anlaßt, welche allg. maaßgebende Bestimmungen dies. für wünschenswerthen, um ein zu frühes Eindringen der Lehrerinnen in das Schulamt zu ohne daß dens. die Möglichkeit der praktischen Vorbereitung entzogen

in nunmehr sämmtliche Ver. eingegangen sind, bestimme ich Fol-

stichtlich derj. Lehrerinnen, welche in öffentlichen Sem. ihre Ausbildung hält es bei den bisherigen Bestimmungen über das zum Eintritt in die-rlische Alter sein Bewenden.

nicht in Sem. vorgebildeten Schulamts-Aspirantinnen können erst mit ensjahre zur Prüfung zugelassen werden. Bis dahin können dies. un-sich im Unterrichten einzelner Fächer üben, aber nicht als Gehülffinnen in einer Klasse fungiren.

bleibt den Prüfungs-Kommissionen überlassen, nach Ausfall der Prü-pirantinnen für eine Gehülfs- oder eine selbstständige Lehrerstelle als erklären; im letztern Falle wird es den K. Reg. möglich sein, bei Gr-estätigung oder Urtheilung der Konzession zu einer selbstständigen Stel-sh durch das Lebensalter bedingte persönliche Qualifikation in die erfor-üchftigung zu ziehen.

Bl. d. i. B. 1845. S. 221.)

1 schließt sich

2 G. R. des Min. der G. U. u. M. Ung. (v. Raumer) v. 29.  
an die K. Reg. zu N. und absch. 3. Kenntn. u. gleichmäßigen  
sämmtl. übrige K. Reg., betr. die Prüfung der Vorsteherin-  
cher Unterrichts- und Erziehungsanstalten.

n Ver. v. 17. Juni d. J., die Prüfung der zur Leitung einer Unter-  
Erziehungs-Anstalt in Aussicht genommenen Lehrerinnen betreffend, ex-  
K. Reg. Folgendes:

Verf. v. 24. Juli 1845 hat sich nur auf die Art des Nachweises der  
oder selbstständige Lehrerinnenstellen erforderlichen Qualifikation, nicht  
Prüfung von Personen beziehen sollen, welche als Vorsteherinnen einer  
nterrichts- oder Erziehungsanstalt berufen werden, oder zur Leitung  
Privatanstalt die Konzession nachsuchen. Es kann auch aus Gründen,  
sache selbst liegen, nicht angenommen werden, daß beide Aufgaben durch  
f. Prüfung zuverlässig und dem Zwecke entsprechend gelöst werden könne-  
as Amt einer Vorsteherin muß ein Abschluß der Bildung, auch in allg.  
r Beziehung, und müssen Eigenschaften der intellektuellen und sittlichen  
lgesezt werden, die von einer Lehrerin, sei es, daß sie zunächst als Ge-  
als selbstständige Lehrerin zu fungiren beabsichtigt, noch nicht gefordert  
rauchen.

en davon, daß zum Amt einer Vorsteherin Jemand nicht zugelassen  
, der nicht bereits in der Stellung als Lehrerin, sei es in Privatver-  
oder an einer öffentlichen Schule, Gelegenheit gehabt und diese benutzt  
Ertheilung des Unterrichts und in der Erziehung zu üben und auf  
te Erfahrungen zu sammeln, was aber ohne die vorhergegangene Leh-  
sung nicht angeht; kann demnach auch das Vorhandensein der zu dem  
Amte erforderlichen Qualifikation nur durch eine besondere Prüfung  
erden, wobei nicht ausgeschlossen bleibt, daß den über die bisher bewie-  
he Tüchtigkeit beizubringenden Zeugnissen je nach deren Begründung  
fügkeit ein maaßgebender Einfluß auf die Entscheidung zugestanden  
diese praktische Beschäftigung im Lehramte aber, ehe die Zulassung zur  
Vorsteherin erfolgen kann, nach dem Antrage der K. Reg. ein für  
Zeitraum von zwei Jahren festzusetzen, erscheint nicht angemessen. Die  
b vielmehr hierüber in jedem einzelnen Fall mit Berücksichtigung der  
id persönlichen Verhältnisse besonders zu befinden haben.

r andern Seite kann jedoch die Prüfung zum Amte einer Vorsteherin

nicht als eine solche angesehen werden, zu welcher die betr. Individuen, ohne daß sie zu einem derartigen Posten bereits berufen wären, oder daß ihnen die Konsekration zu einem solchen in Aussicht gestellt werden könnte, sich freiwillig melden dürften. Vielmehr sind dies. erst, wenn die erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, von der R. Reg. zur Ablegung der betr. Prüfung einzuberufen. Die Prüfung selbst wird, ohne daß in jedem einzelnen Falle, wo es erforderlich erscheint, zu Uingehen auf die materiellen Kenntnisse ausgeschlossen wäre, sich hauptsächlich auf die Erforschung der allg. pädagogischen und didaktischen Befähigung, der künftigen Weise in Auffassung des Berufes, und namentlich der eignen religiösen Begründung zu richten haben, wie sie der Unterricht und die Erziehung der weiblichen Jugend vor Allem nicht entbehren kann.

Ob zu diesem Behufe feststehende Termine für die gedachten Prüfungen anzu setzen sind, oder ob in jedem einzelnen Falle die Ueberweisung der Bewerberin an die Prüfungs-Kommission erfolgen kann, hat die R. Reg. nach Rücksichtnahme der besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse in Ihrem Verwaltungs-Bez. zu bestimmen. (Min. Bl. d. L. B. 1853. S. 276.)

Insbefondere für Berlin war schon früher ergangen:

c) die W. des R. Schulkoll. der Prov. Brandenburg v. 12. Mai 1837, betr. die Prüfung weiblicher Personen zum Lehrfache in der Hauptstadt Berlin.

Für die Prüfung derj. weiblichen Personen, welche sich dem Lehrfache widmen wollen, ist bis auf weitere Bestimmung folgende Ordnung von uns festgesetzt worden:

1) Die Prüfung weiblicher Personen für das Lehrfach soll entweder dem Lehrfähigkeit im Allg., oder ihre Tüchtigkeit für eine bestimmte Stelle, namentlich für die selbstständige Verwaltung einer Schule<sup>1)</sup>, ermitteln.

2) Prüfungen für eine bestimmte Stelle oder für die selbstständige Leitung einer Schule werden nur auf Antrag derj. Behörde, von welcher die Beförderung zu dieser Stelle ausgeht, veranlaßt, und es wird den Prüfenden in jedem einzelnen Falle eröffnet werden, auf welche Gegenstände die Prüfung zu richten, und welche Rücksichten bei ders. zu nehmen sind.

3) Zu einer Prüfung ihrer Lehrfähigkeit im Allg. haben derj. weiblichen Personen, welche sich hier dem Lehrfache widmen, sich bei derj. Geistlichen, dem sie zu ihrem Seelsorger gewählt haben, unter Vorbringung ihres Taufscheins und der Zeugnisse über ihre Schulbildung und ihre bisherigen Verhältnisse, zu melden.

4) Der Geistliche, bei welchem die Anmeldung erfolgt, trägt die Verantwortung der in dem anl. Anmeldebogen (a.) verzeichneten Fragen gehörigen Ort an und befördert dens. nebst den beigebrachten Zeugnissen mittelst Begleitungsbriefes an das unterz. Schulkoll., worauf die Anberaumung des Prüfungsortes und die Vorladung der Angemeldeten erfolgen soll.

Die Zeugnisse werden nach beendigter Prüfung zurückgegeben, insofern das getreue Abschriften beigelegt sind.

5) Vorläufige Prüfungen der Lehrerinnen durch die Geistlichen mittelst Aufgabung einiger schriftlichen Arbeiten finden von jetzt ab nicht weiter statt.

6) Die Prüfungen weiblicher Personen für das Lehrfach werden von der Kommission vollzogen, welche für jetzt:

a) aus einem Mitgliede des unterz. Kollegii,  
b) dem Dir. des hiesigen Sem. für Stadtschulen,  
c) dem Vorsteher der mit der neuen Mädterschule auf der Friedrichstraße verbundenen Bildungsanstalt für Lehrerinnen,  
bestehen wird. Für die Prüfung in technischen Gegenständen werden nach dem jetzigen Bedürfnisse geeignete Männer zugezogen werden.

7) Diej. Gegenstände, in welchen alle dem Lehrfach sich widmenden weiblichen Personen geprüft werden sollen, sind: Religion, Deutsche Sprache, Geschichte, Geographie, Rechnen und Erziehungslehre, in dem unter 8-14. näher anzugebenden Umfang. Eine Prüfung in andern Gegenständen, namentlich im Französischen, im Zeichnen, im Schreiben und im Gesange findet nicht

1) Für diesen Fall ist jetzt der sub b. vorstehende Ort maßgebend.

besonderen Antrag, neben der Prüfung in den oben genannten Gegenständen statt.

8) In der Religion wird von jeder Lehrerin Bekanntschaft mit dem Inhalte heiligen Schrift, der biblischen Geschichte und Geographie in den Hauptlehren christlichen Glaubens, und Festigkeit in denj. geschichtlichen Kenntnissen verlangt, welche für das Verständniß des christlichen Gottesdienstes nothwendig sind.

9) Im Deutschen wird verlangt, daß die Geprüfte sich sowohl schriftlich als mündlich sprachrichtig und angemessen ausdrücke, mit richtiger Betonung und angemessenem Ausdrucke lese, mit dem Bau der Deutschen Sprache, so weit er aus der Sprache erkannt werden kann, mit den allg. Grundsätzen der Sprachlehre, f. aber mit einer zweckmäßigen Behandlung des Sprachunterrichts, namentlich des Unterrichts im Lesen, bekannt sei.

10) In der Geschichte wird eine allg. Uebersicht und eine genauere Kenntniss derj. welthistorischen Begebenheiten verlangt, welche für die Geschichte der Dtsch. wichtig sind, und insbesondere für die geschichtliche Entwicklung des Christenthums.

11) In der Geographie wird eine deutliche und anschauliche Kenntniss derj. Einrichtungen, welche der äußere Anblick des Himmels und der Erde darbietet, eine richtige Auffassung der allg. geographischen Begriffe, die Kenntniss der allg. Einteilung der Erdoberfläche nach Naturgrenzen und eine mehr ins Einzelne gehende Kenntniss von Europa, sowohl nach den natürlichen als nach den bürgerlichen Verhältnissen, und die Fähigkeit, Landkarten und die künstliche Erbkugel zur Veranschaulichung geographischer Verhältnisse mit Einsicht anzuwenden, verlangt.

12) Im Rechnen wird die Kenntniss unsers zehnteiligen Zahlensystems, Fertigkeit in den vier einfachen Rechnungsarten in ganzen Zahlen und in Brüchen, Gewandtheit in der Auflösung praktischer Aufgaben, Einsicht in die Gründe des Rechnens und eine richtige Ansicht von dem Stufengang bei Ertheilung des Urtheils im Rechnen, verlangt.

13) In der Erziehungslehre ist die Prüfung nicht auf die theoretische Kenntniss eines Systems, sondern darauf zu richten, ob die Lehrerin ein richtiges Urtheil über pädagogische Gegenstände hat, und mit den durch Erfahrung bewährten Schuleinrichtungen bekannt ist.

14) Die Prüfung besteht in der Anfertigung schriftlicher Arbeiten, in der Abfertigung einer oder mehrerer Probe-Lektionen und in einer mündlichen Unterredung.

15) Bei der schriftlichen Prüfung werden jeder Lehrerin eine oder zwei Fragen über die §. 8—14. genannten Gegenstände vorgelegt, welche ohne Hülfsmittel unter Aufsicht eines der Prüfenden schriftlich zu beantworten sind.

Diej. Lehrerinnen, welche im Französischen und im Zeichnen geprüft werden, haben auch in diesen Gegenständen Probearbeiten anzufertigen.

16) Die Probe-Lektionen werden in der Regel über solche Gegenstände gehalten, welche den Lehrerinnen Gelegenheit geben, ihre Gewandtheit in der Entwicklung von Begriffen zu zeigen.

Es wird den Prüfenden überlassen, hinsichtlich der Probe-Lektionen diej. Form zu wählen, welche sie den Umständen für angemessen halten.

17) Die mündliche Prüfung wird hauptsächlich auf pädagogische Gegenstände auf die allg. Bildung der zu prüfenden Lehrerinnen gerichtet. Zugleich sollen den Prüfenden Ueberzeugung gewähren, in wiefern die in den schriftlichen Arbeiten oder in der Probe-Lektion etwa begangenen Verstöße bloß auf Uebereilung auf Unkenntniss des Gegenstandes beruhen.

18) Ueber die Prüfung jeder Lehrerin wird eine schriftliche Verhandlung aufgenommen, in welcher über die Leistungen der Geprüften in jedem Gegenstande ein mündliches Urtheil auszusprechen ist.

19) Die Zeugnisse werden auf Grund der eben gedachten Verhandlung und mit vorzulegenden Prüfungsarbeiten unter der Firma des unterj. Schulkollegiums gefertigt und an die Schul-Deput. des Magistrats zur Kenntnissnahme und Ausfertigung an die Geprüfte, befördert.

20) Diej. Lehrerinnen, welche ihre Bildung in der mit der neuen Töchter-Schule der Friedrichsstadt verbundenen Bildungsanstalt für Lehrerinnen erhalten haben, können nach Beendigung ihrer Bildungszeit nach den vorstehend angegebenen Bedingungen in der Anstalt selbst geprüft und haben, wenn sie ein vortheilhaftes Urtheil erhalten, sich keiner ferneren Prüfung ihrer Lehrfähigkeit zu unterziehen.

a.

## Anmelde-Bogen.

1. Vollständiger Vor- und Name der Lehrerin. 2. Geburtsort, Geburtsjahr und Tag. 3. Name, Stand und Wohnort des Vaters. 4. Ob die prüfende Lehrerin ihre Schulbildung erhalten hat? 5. Ob und auf welche Weise dieselbe sich für das Schulamt vorbereitet hat? 6. In welchen Verhältnissen zuletzt gestanden hat? 7. Ob und in welchen nicht allg. erforderlichen Fällen dies. noch besonders geprüft zu werden wünscht. 8. Angabe der von der Lehrerin beigebrachten Zeugnisse. 9. Urtheil des Geistlichen über die Eignung der Lehrerin für das Schulsach.

(N. XXI. S. 420.)

Eine ähnliche Bestimmung, wie die am Schlusse der vorstehenden zu Gunsten der in der Berliner Bildungsanstalt vorbereiteten Lehretz getroffen, giebt endlich:

d) das N. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 1844 an die K. Reg. der Prov. Preußen und Schlesien, und das K. Prov.-Schulkoll. in Posen, in Betreff der mit der Louise in Posen verbundenen Bildungsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen.

Seit dem Jahre 1834 ist mit der Louisen Schule zu Posen auf Grund des Min. der G. U. u. M. Ang. genehmigten Statuten eine Bildungsanstalt für Erzieherinnen und Lehrerinnen an Stadtschulen verbunden, deren Zweck die Bestimmung des Min. die Anstellungsfähigkeit im Lehr- und Erziehungsberuf sowie einen Anspruch auf Erlangung von Konzessionen zur Errichtung von Lehranstalten an Orten, in welchen solche Anstalten Bedürfnis sind, obliegt. Die Prüfung haben, insofern sich aus dem, auf den Grund der Entlassung ihnen erteilten Zeugnisse ihre vorzügliche Qualifikation ergibt. Das Schulkoll. zu Posen ist von mir veranlaßt worden, der K. Reg. von Posen, desmal nach der stattgehabten Entlassungsprüfung diej. Kandidatinnen, eine Abschrift der betr. Zeugnisse, namentlich zu bezeichnen, wo die Prüfung das Prädikat vorzüglicher Qualifikation sich erworben haben; d. aber gebe ich hiermit auf, sodann die Namen dieser Kandidatinnen, unter Angabe der Konfession, zu welcher sie sich bekennen, durch das Amtsbl. zu veröffentlichen und dabei zu bemerken, daß dies. zur Anstellung im Lehr- und Erziehungsberuf qualifiziert seien. Ueber die Einrichtung der gedachten Bildungsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen und über die Bedingungen der Aufnahme in das K. Prov. Schulkoll. der K. Reg. das Nähere mittheilen, um die geeignete Bekanntmachung im Amtsbl. zu erlassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 288.)

## Drittes Kapitel.

## Wahl und Bestellung der Lehrer.

Es handelt sich hierbei um die Fragen: wer kann als Lehrer in der Volksschule angestellt werden, wer stellt an, und wie erfolgt die Anstellung?

## I. Besondere Bedingungen der Anstellung im Schulwesen.

Die Vorschriften über die wissenschaftliche und praktische Ausbildung der Lehrer, wie sie durch Prüfungen und durch die in der anfänglich provisorischen Anstellung liegende Probezeit ermittelt werden soll, sind in diesem Kap. zusammengestellt. Hier bleiben daher nur einzelne besondere

gen zu erörtern, von denen die Uebertragung von Lehrerstellen abhängen gemacht ist.

1) Ableistung der Militärpflicht.

a) Dienstzeit.

Durch die R. D. v. 16. März 1818 (mitgetheilt durch G. R. des I. des J. v. 21. April 1818 N. II. S. 547) war den sich zu Volkslehrern ausbildenden jungen Leuten der einjährige Freiwilligendienst angetraut. Diese Bestimmung und die dazu ergangenen Verf. <sup>1)</sup> sind in-  
m später abgeändert, und die Schulamtskandidaten bloß zu einer sechs-  
wöchentlichen Dienstzeit verpflichtet worden. Die Vorschriften, welche  
diese Dienstzeit und die Erfüllung derselben bestimmen, sind folgende:

a) die R. D. v. 29. Okt. 1827, mitgetheilt durch G. R. der Min. G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) und des J. (v. Schudmann) v. 4. 1827 an sämmtl. R. Konf., Prov.-Schulkoll. u. Reg., betr. die Ge-  
nung der Militärdienstpflicht von Seiten der Schulamtskand. und der  
ullehrer.

Des Königs Maj. haben in Betreff der Militair-Dienstpflicht der Schulamts-  
kandidaten mittelst R. R. D. v. 29. Okt. d. J. Folgendes allergn. zu bestimmen  
ist:

1) Alle Schulamts-Kand. sollen der Militair-Dienstpflicht unterworfen bleiben,  
und zwar

a) müssen diej., welche ihre Ausbildung nicht in Haupt- und Neben-Sem.  
erhalten haben, ihrer Verpflichtung vollständig, das heißt durch Einstel-  
lung in das stehende Heer, genügen;

b) diej. aber, welche in Haupt- und Neben-Sem. ausgebildet worden, könn-  
nen ihre militairische Ausbildung durch eine sechswochentliche Uebung  
erlangen. Wenn sie durch das Loos für den Dienst in der Linie oder  
in der Krieges-Reserve bestimmt worden, so haben sie jene sechswochent-  
liche Uebung bei einem Truppentheile des stehenden Heeres zu machen.  
In beiden Fällen werden sie zur Krieges-Reserve entlassen, und nur erst  
bei einem entstehenden Kriege ist darüber, ob sie vor dem dazu gesetzlich  
bestimmten Alter zur Landwehr übergehen sollen, nach dem alsdann statt-  
findenden Bedürfnisse in einer oder der andern Art definitiv zu entschei-  
den. Werden sie aber durch das Loos schon für die Landwehr bestimmt,  
so treten sie als Rekruten derselben beim ersten Aufgebot ein.

c) Schulamts-Kandidaten, welche bereits angestellt sind, sollen die Vorrechte  
wirklicher Schulbeamten haben, so lange sie dem Schulamte vorstehen.  
Wenn aber dieses Verhältniß aufhört, so sind sie ohne Einschränkung,  
gleich allen übrigen Landwehrmännern, zu den Landwehrübungen ver-  
pflichtet.

2) Wirklich angestellte Schullehrer können in keiner Art mehr zum Dienste im  
stehenden Heere herangezogen werden. Sie sollen vielmehr, wenn sie einmal  
in dies Verhältniß übergegangen sind, sogleich dem ersten Aufgebote der  
Landwehr angehören, wenn sie durch das Loos zum Dienste berufen wer-  
den, oder früher dem stehenden Heere angehörten.

1) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 5. Sept. 1818. (N. II. S. 10.) — R. v. 30. März 1819 mitgeth. durch Publ. der Reg. zu Trier v. 20. April 1819. (N. III. S. 259) — Publ. des Min. des J. v. 26. Juni 1822. (N. S. 439.) — R. des Min. des J. v. 8. Okt. 1826. (N. X. 1142.) — Dazu kamte auf Grund einer R. D. v. 1. Okt. 1827, die Bekanntm. des Oberpräf. von Westphalen (v. Vincke) v. 11. Okt. 1827 (N. XI. S. 964), daß, um den Bes-  
tand von ausländischen Instituten und namentlich von Jesuitenschulen entgegen zu  
setzen, nur den auf inländischen Unterrichtsanstalten gebildeten Zöglingen die Be-  
stimmung des einjährigen Militairdienstes, sowie den sich dem geistl. und Schul-  
stande widmenden jungen Leuten, die Zurückstellung bis zum 26. Jahre ge-  
währt, und denselben überhaupt bei Anstellung im Staatsdienste bei gleicher Qua-  
lifikation der Vorzug gegeben werden sollte.



Haben sie noch keine militairische Ausbildung erlangt, so in Vorübung als Rekruten bei der Landwehr, und bleiben demnach übrigen, verpflichtet, den Uebungen der Landwehr beizuwohnen dazu berufen werden. Se. Maj. haben dabei jedoch nachzusehen, daß diej., welche einzeln stehen und nicht durch andere vertreten können, die Uebung aber in eine Zeit fällt, wo der volle Unterricht zurückgelassen werden können, in sofern die Nothwendigkeit Rücklassung vom Landwehrdienste von den Behörden gehörig wird.

- 3) Wenn aber Schulamts-Kandidaten vor zurückgelegtem 32. Jahre weder durch ein unangemessenes Betragen oder durch Nachlässigkeitssetzung ihrer Studien oder ihres Amtes der ihnen zu Theil gewürdigung unwürdig machen, oder zu einem andern Stande übergehen, so sollen selbige sofort nachträglich zum dreijährigen Fahnen gestellt werden, und demnach nicht bloß 2 Jahre in Reserve, sondern späterhin auch noch 7 Jahre im ersten Aufgebote wehr bleiben, um, ihrer spätern Einstellung ungeachtet, ihre Dienstzeit im stehenden Heere und in der Landwehr ersten Aufgebote abzuliefern.

(N. XI. S. 1028.)

β) G. R. d. d. Min. v. 5. Jan. 1829 an die Behörden in der Sache.

Nach Anzeigen mehrerer Prov. Behörden sind bei ihnen über die der A. R. D. v. 29. Okt. 1827 die Behandlung der Schulamts-Kandidaten auf die Militair-Dienstpflicht betr., Zweifel entstanden, zu deren Folgendes hiermit bestimmt wird:

- 1) Während die Präparanden des Schullehrerstandes in den Schulen sich befinden, kann deren Einziehung weder zum stehenden Heere Landwehr Statt finden. Dasselbe würde sich schon mit der allg. in der Instr. für den Heeresersatz v. 30. Juni 1817 §. 69. vereinigen lassen, wornach die Berufs-Bildung durch Einstellung in das Heere bis zum vollendeten 22. Jahre in der Regel nicht werden soll.
- 2) In dem Jahre, wo die Militair-Dienstpflicht der in Schullehrer genommenen jungen Leute nach den allg. gesetzlichen Bestimmungen müssen solche zwar mit der 20jährigen Altersklasse losen, ihre Einziehung bis zur vollendeten Schullehrer-Ausbildung ist aber demnach denklich, und deren Einstellung nach vollendeter Schullehrer-Ausbildung folgt je nachdem sie durch das Loos für den Dienst in der Linie der Kriegs-Reserve oder in der Landwehr bestimmt worden, in ersten Fällen zur sechswöchentlichen Uebung Behufs der militairischen Ausbildung, im letzten Falle in gewöhnlicher Art.
- 3) Damit die durch das Loos zur Linie oder zur Kriegsreserve bestimmten Schullehrerstandes, der A. R. D. v. 29. Okt. 1827-gemäß militairische Ausbildung, so weit sie überhaupt körperlich dazu geeignet durch sechswöchentliche Uebung zur rechten Zeit erlangen können Prov. Schulkolleg. den Lehrkursus bei den Sem. möglichst so zu Ende die Schlußzeit mit dem Zeitpunkte zusammen trifft, wo die Kandidaten unter denen die Schulamts-Kand. durch eine sechswöchentliche militairische Ausbildung erlangen sollen, zur Uebung zusammen kommen, also zum 1. April eines jeden Jahres. Die Sem. D. den Prov. Schulkolleg. anzuweisen, der Depart. Ersatz-Kommission Schulamts-Kand. bekannt zu machen, welche alljährlich ihren Eintrag vollenden; zugleich ist den Sem. Dir. der Zeitpunkt zu bestimmen sie diese Nachweisung an die betr. Depart. Ersatz-Kommission haben, nachdem darüber zuvor zwischen der kompetenten Regierung Prov. Schulkolleg. Einigung getroffen ist.
- 4) Schulamts-Kandidaten dürfen überhaupt nicht eher als Schullehrer oder Schullehrer — sobald die sub 3. gedachte Einrichtung im Gange wird — angestellt werden, als bis sie über den Erfolg des Ex-

wenn sie dadurch zur Linie oder Kriegreserve bestimmt wurden, über gemachte sechswochentliche Uebung bei einem Truppentheile des stehenden Heeres sich ausgewiesen haben. Diese Uebung haben sie nur einmal zu machen; ihre späterhin erfolgende Einberufung zu den Landwehr-Uebungen ist aber davon ganz unabhängig.

5) Kandidaten des höhern Lehrstandes, welche ihre praktische Bildung in gelehrten Seminarien erlangt haben, sind den Rand. des Elementar-Schullehrerstandes, welche in Sem. gebildet worden, gleich zu behandeln. Ob Kandidaten des höheren Lehrstandes, welche sich durch das Probejahr bei den Gymnasien zur Anstellung qualificiren, eine gleiche Berücksichtigung finden sollen, darüber wird noch besondere Bestimmung vorbehalten. Erfolgt diese indeß nicht, so haben solche eben so wie alle übrige Rand. des höhern Lehrstandes, die nie in gelehrten Sem. waren, auf keine Art von Berücksichtigung in jener Hinsicht Anspruch, sondern unterliegen vielmehr den desfallsigen allg. Bestimmungen, müssen mithin, in sofern sie sich nicht zur gehörigen Zeit bei den Prüfungs-Kommissionen zum einjährigen freiwilligen Dienst gemeldet haben, und von diesen als dazu qualificirt angenommen worden sind, bei der gewöhnlichen Ersatz-Aushebung konkurriren.

6) Wegen der Rand. des geistlichen Standes bewendet es bei der G. Verf. v. 26. Juni 1822. Was endlich

7) die Militair-Dienstpflicht der angestellten Schullehrer betrifft, so ist die A. R. D. v. 29. Okt. 1827 deutlich genug, und es bedarf daher hierüber keiner erläuternden Bestimmung. Zur Vermeidung jedes etwaigen Mißverständnisses wird jedoch bemerkt, daß die, in dem G. v. 4. Dec. 1827 enthaltene, mit den Worten: „Se. Maj. haben aber 2c.“ anfangende Periode eben sowohl auf Schullehrer, die bereits eine militairische Ausbildung erlangt, als auf solche, welche dieselbe noch nicht erhalten haben, Anwendung leidet, sowie daß die Beurtheilung der Nothwendigkeit ihrer Zurückstellung vom Landwehrdienste zwar von der betr. R. Reg., als der obern Schulbehörde, ausgehen, dadurch aber, wie ich, der mitunterzeichnete Minister des Innern, bemerke, die Nothwendigkeit nicht ausgeschlossen wird, in vorkommenden Fällen, wo die R. Reg. die Zurücklassung einzeln stehender Schullehrer von den Landwehr-Uebungen für nöthig erachten, mit den R. General-Kommandos, Behufs der diesfälligen militairischen Anordnungen, Rücksprache zu nehmen.

(A. XIII. S. 73.)

7) G. R. des Min. des I. 1. Abth. (Röhler) v. 8. Febr. 1830 an untl. R. Reg. in ders. Ang. <sup>1)</sup>

Des Königs Maj. haben auf den Antrag des R. Min. der Geistl. 2c. Ang. Betreff der in Sem. ausgebildeten Schulamts-Rand., die zur Erfüllung ihrer militair-Dienstpflicht nach der A. R. D. v. 29. Okt. 1827, als Rekruten der Kriegreserve oder der Landwehr resp. zu 6 und 4wochentlicher erster Ausbildung eingezogen werden, unterm 24. Dec. 1829 noch nachzugeben geruhet, daß diej. ders., welche für die militairischen Uebungen tauglich sind, von den Militair-Behörden zu der Zeit zur Uebung angenommen werden können.

Diese Individuen werden demnach, in Gemäßheit der deshalb den Prov. Militair-Behörden vom R. Kriegsmin. ertheilten Weisung, nicht bloß zu der Zeit, wo die Kriegreserve- und Landwehr-Rekruten allgemein zur ersten Uebung einkommen, wenn auf den Antrag der betr. Behörden auch sofort nach ihrem Austritte aus dem Sem. zur militairischen Ausbildung angenommen werden, damit dem Bedürfnisse, die Elementar-Schullehrerstellen immer bald mit tauglichen Lehrern zu versehen, möglichst schnell genügt, und zugleich vermieden werden könne, schon angestellte

1) Wörtlich gleichlautend ist das durch G. R. des Min. der G. U. u. R. v. 20. Febr. 1830 mitgetheilte R. des Kriegsmin. v. 4. Febr. 1830 an untl. R. Prov. General-Kommandos. (A. XIV. S. 191.) — Die R. des Min. des I. u. d. P. v. 2. Juni 1833, und des Kriegsmin. v. 10. Nov. 1833 (A. III. S. 823 u. 1118) wiederholen bloß die Vorschriften dieser und der sub a. gef. R. D.

Schullehrer zur ersten Uebung einzuziehen. Dies zu erleichtern und bei den vielen allen Verlegenheiten wegen der Verpflegung dieser zu jeder Zeit zur Ausbildung anzunehmenden Leute zu begegnen, ist Seitens des K. Kriegsmin. geschehen worden, daß selbige, in sofern sie als Kriegesreserve-Rekruten die erste Ausbildung erhalten, nicht in der Zahl der per Infanterie-Bataillon jährlich einzuziehender Kriegesreserve-Rekruten begriffen, sondern sowohl beim stehenden Heere als bei Landwehr extraordinair über den Uebungsetat zu verpflegen seien.

Da sie übrigens nicht als Freiwillige eintreten, auch in der Regel nicht Stande sein werden, sich selbst auszurüsten und zu verpflegen, so haben sie nicht die Wahl des Truppentheils, bei dem sie zur ersten Ausbildung eintreten sollen, jedoch wird, um ihnen, wenn sie beim stehenden Heere ausgebildet werden, weite Märsche zu ersparen, auf ihre Wünsche billige Rücksicht genommen werden (N. XIV. S. 190.)

δ) G. Verf. des Oberpräf. der Rheinprov. v. 8. Aug. 1834 an sämmtl. Rhein. Reg. in ders. Ang.:

Mit Bezug auf §. 2. der Verf. der Min. der G. u. u. M. Ang. und Inn. v. 5. Jan. 1829, nach welcher die Seminaristen in dem Jahre, wo ihre Militairpflicht eintritt, mit der 20jährigen Altersklasse losen, solche aber erst vollendeter Schullehrer-Ausbildung herangezogen werden sollen, bestimme ich:

daß diese Seminaristen zwar mit den Militairpflichtigen ihrer Heimath losen haben, zu der Verlosung aber, damit sie in ihrem Unterrichte nicht gestört werden, nicht in ihre Heimath einzuberufen, sie vielmehr daselbst den Jüngern oder Vormündern zu vertreten sind.

(N. XVIII. S. 901.)

ε) G. R. der Min. des I. u. d. P. (v. Rochow) u. des Kri. (v. Stülpnagel) v. 29. Juni 1838 an sämmtl. K. Generalkommanden und Oberpräf. in ders. Ang.

Nach den früher ergangenen Bestimmungen sollen die in Haupt- und Neben-Sem. ausgebildeten Schulamts-Kand., jenachdem sie ihrer Loosnummer zufolge Aushebung für das stehende Heer oder für die Landwehr kommen, durch eine sechs- oder durch eine vierwöchentliche Uebung ihrer Militairpflicht genügt werden können.

Wir haben uns indessen darüber vereinigt, daß es dem allg. Prinzip gemäß erscheint, die in Haupt- und Neben-Sem. ausgebildeten Schulamts-Kand. nur zur sechs- oder vierwöchentlichen Uebung bei den Truppen eintreten zu lassen, wenn sie ihrer Loosnummer zufolge zur Aushebung für das stehende Heer kommen. Treten sie, ihrer Loosnummer nach, nur zur Landwehr, so sind sie, da nach dem jetzigen Ergänzungssystem keine Landwehr-Rekruten mehr ausgebildet werden, auch nicht weiter zur vierwöchentlichen Dienstleistung bei den Truppen einzustellen<sup>1)</sup>.

(N. XXII. S. 497.)

ζ) R. der Min. des I. u. d. P. (v. Meding) u. des Kri. (v. Cosel) v. 23. Sept. 1840 an das K. Generalkommando des 7. Infanterie-Regiments, sowie an das K. Oberpräf. der Prov. Westphalen in ders. Ang.

Einem etc. erwidern wir auf den Ver. v. 16. Aug. d. J., daß die darin enthaltene Anfrage:

ob die Schulamts-Kand., denen die Begünstigung zusteht, ihre gesetzl. Militairdienstpflicht durch sechs- oder vierwöchentliche Uebung bei den Truppen abzulösen auf ihren eigenen Antrag, vor ihrem Eintritt in das militairdienstpflichtige Alter, und ohne Konkurrenz bei der allg. Ersatzaushebung, auch einer sechs- oder vierwöchentlichen Uebung in die Truppen eingestellt werden können? nur bejaht werden kann.

Durch die Verf. des Min. des I. und des Kriegs v. 29. Juni 1838 ist vorgeschrieben, daß diese Schulamts-Kand. zur sechs- oder vierwöchentlichen Uebung in die Truppen

1) Dieses Letztere war angeordnet durch das als Beilage zum G. R. der Min. der G. u. u. M. Ang. v. 17. März 1830 mitgetheilte Schreiben des Kriegsmin. v. 27. Febr. 1830 (N. XIV. S. 194).

den nur dann eintreten sollen, wenn sie nach ihrer Loosnummer zur Aushebung für das stehende Heer kommen; diese Verf. kann indeß selbstredend nur dann zur Anwendung kommen, wenn die betr. Individuen bei der allg. Ersapaushebung konkurriert haben.

Daß sie aber bei der allg. Ersapaushebung konkurriren müssen, ist ihnen nicht zur Pflicht gemacht. Dies würde auch den Grundsätzen über Ableistung der gesetzl. Militärdienstpflicht widersprechen. Im Gegentheil geht aus dem G. Schr. des Kriegsmin. v. 4. Febr. 1830<sup>1)</sup> hervor, daß es diesen Schulamts-Kand. freisteht, entweder bei der allg. Ersapaushebung sich zu stellen, oder gleich nach der Abgangsprüfung vom Sem., wenn sie selbstdienstbrauchbar sind, auf 6 Wochen bei einem Truppentheile einzutreten, in welchem letzteren Falle die Ueberweisung an die Truppen durch den Landwehr-Brigade-Kommandeur erfolgt.

Demgemäß ist nun fernerhin zu verfahren, den betr. Individuen jedoch, wenn sie sogleich nach der Abgangs-Prüfung vom Sem. auf 6 Wochen eintreten wollen, nicht allein über die Bedeutung und die Folgen ihres Schrittes — wodurch sie die Möglichkeit, sich frei zu lösen, verlieren und neben dem sechswochentlichen Dienste auch in das Landwehrverhältniß übertreten — Vorhalt zu machen, sondern auch zugleich zu eröffnen, daß sie, wenn sie sich der Vergünstigung der nur sechswochentl. Dienstzeit durch unangemessenes Betragen vor zurückgelegtem 23. Lebensjahre unwürdig machen sollten, dieser Dienstleistung ungeachtet, nachträglich zur Erfüllung der vollständigen Dienstzeit würden eingestellt werden.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 430.)

γ) Das R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 18. Okt. 1847 an das R. Prov. Schulkolleg. zu N., betr. die Erfüllung der Militärdienstpflicht Seitens der in Seminaren aufgenommenen Elem. Schulamts-Kand. und deren Verbindung mit dem Turnunterrichte, welches sich über den Zweck der Dienstzeit im Heere ausspricht, vergl. im folgenden Abschn.

b) Ausdehnung der Vergünstigung bloß sechswochentlicher Dienstzeit.<sup>2)</sup>

α) R. D. v. 27. Okt. 1839 an die Staatsmin. Freih. v. Altenstein, v. Rochow und Gen. der Inf. v. Rauch, betr. die Erfüllung der Militärdienstpflicht Seitens der anstellungsfähigen Schulamts-Kand. der Provinz Preußen.

Ich genehmige auf Ihrem Bericht v. 21. v. M., daß die durch Meine D. v. 18. Okt. 1827 den in Sem. gebildeten Schullehrern bei der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht zugesandene Vergünstigung auch auf die zwar nicht in Sem. vorberatheten, jedoch vor dem Eintreten ihrer Militärdienstpflicht für anstellungsfähig erklärten Schulamts-Kand. der Prov. Preußen ausgedehnt werden kann.<sup>3)</sup>

Friedrich Wilhelm.

(R. XXIII. S. 933.)

β) G. R. der Min. des Kriegs (v. Boyen), der G. u. u. M. Ang.

1) f. o. S. 435. Note 1.

2) Nach zwei, durch die R. der Min. der G. u. u. M. Ang., des Kriegs- u. d. J. u. d. B. v. 4. Febr. 1837 (R. XXI. S. 259 u. 260) mitgetheilten R. D. v. 14. Jan. 1837 wurde die gleiche Vergünstigung, jedoch bloß auf 3 Jahre, allen in der Prov. Brandenburg durch das Schulkolleg. oder eine der beiden Reg. für anstellungsfähig erklärten und wirklich angestellten Lehrern; b) den innerhalb des Sem. vorbereiteten, aber für anstellungsfähig erklärten katholischen Schulamts-Kand. der Rheinprov. verliehen. — Für die Zöglinge der hiesigen Vereinschule zu Münster ertheilte die Verf. d. Min. v. 19. Aug. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 431 auch 334) dieselbe Vergünstigung ohne Beschränkung.

3) Schon 1831 hatte die Reg. zu Marienwerder diese Ausdehnung beantragt, wurde aber damals durch das R. des Kriegsmin. v. 7. Mai 1831, und das daselbst mittheilende R. des Min. des J. u. d. B. v. 13. Mai 1831 (R. XV. S. 430) zurückgewiesen.

2) Politische Integrität.

a) In der R. D. v. 12. April 1822 (G. G. 1822. S. 1) welche die administrative Amtsentsetzung der Geistlichen und in die Hände des Min. gelegt wurde, heißt es am Ende:

Ich erkläre hierbei meinen ernstlichen Willen, daß die Theilnehmer der demagogischen Umtriebe jeder Art in meinen Staaten nicht oder befördert werden, und auch aus öffentlichen Fonds, welche nur treuen Unterthanen eine Aushilfe gewähren können, nicht unterstützt werden. Nach diesem Grundsatz ist bei allen Depart. zu verfahren. Der Min. d. P. wird den betr. Chefs auf deren Erfordern die verdächtigen Be resp. Ressorts angeben.

b) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein Juli 1824 an-sämmtl. R. Reg., betr. die Anstellungen im Lehr-

Es ist zur Kenntniß Sr. Maj. des Königs gekommen, daß gegenwärtig als sonst zu Lehrstellen an inländischen Schulen, Ausländer v und angestellt worden, welche zum Theil nicht einmal auf inländischen ten und Bildungs-Anstalten studirt haben, und deren Grundsätze und G mit Sicherheit nicht beurtheilt werden können. Se. Maj. der König h mittelst Allerh. R. D. v. 21. v. M. zu befehlen geruht, daß dieses fortan abgestellt werden soll.

Zu Folge einer weiteren Allerh. Bestimmung ist überhaupt bei im Lehrfache von dem unabänderlichen Grundsatz auszugehen, daß öffentl. Anstalten weder durch bloße wissenschaftliche Bildung der Zöglinge noch daß auf ihnen nur keine schädlichen und verderblichen Gesinnungen erzeugt und befördert werden, ihren Zweck erreichen, sondern daß bei der wissenschaftlichen Bildung auch darin besteht, in den Zöglingen G der Anhänglichkeit, der Treue und des Gehorsams am Landesherrn und zu erwecken und zu befestigen, und daß daher Lehrstellen nur den., dieser letztgedachten Beziehung rolles Vertrauen verdienen, übertragen sollen.

Das Min. macht diese Allerh. Bestimmungen hierdurch der R. D. wissenhaften Nachachtung bekannt, und erwartet, daß dieselbe bei Befügter Lehrstellen an Elementar- und Bürgerschulen, deren Aufsicht u tung in Folge der Allerh. Dienst-Instr. v. 23. Okt. 1817 von der R. D. tirt, so wie bei Bestätigung der von Privat-Patronen und Gemeindevählten Subjekte den obigen Vorschriften gemäß, aufs pünktlichste verfaß. Zugleich wird die R. Reg. in Folge des Allerh. Befehls angewiesen, a reits angestellten Lehrer an sämtlichen Elementar- und Bürgerschulen Rücksicht auf das strengste zu kontrolliren, und bei eigener Verantwortung R. Reg. und ihrer einzelnen Mitglieder, jede sich ergebende Spur entgegen Richtungen und Aeußerungen unverzüglich dem Min. anzuzeigen, und einer unzeitigen und schädlichen Nachsicht sich nicht schuldig zu machen (N. VIII. S. 833.)

Vergl. im folgenden Kap. sub III. 1. die Vorschriften über politische Verhalten der Lehrer, insbesondere die G. Verf. v. 22. Febr. 12. Juni 1851, sowie v. S. 424 Note 1.

3) Hinsichtlich des Alters des Kand. wird zwar das 20. als das gewöhnliche Alter der Reife bezeichnet, aus dessen Erfülln kein unumgängliches Erforderniß der Anstellung gemacht:

---

1) Wörtlich gleichlautend hiermit ist das G. R. des Min. des J. (v. Schudmann) v. 25. Mai 1824 (N. VIII. S. 435). Dasselbe enthält noch als Zusatz die Aufforderung, nachdrücklich dahin zu wirken, daß die Beamten in ihr Dienstverhältniß „nicht die verderblichen Bestrebungen und der allg. Burschenschaft oder burschenschaftlich eingerichteter Verbindungen fragen.“



R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 2. Dec. 1836  
 u. R. Reg. zu Kößlin, wegen des zur Anstellung der Schulamtskand.  
 erlichen Lebensalters.

Benngleich das Lebensalter von 20 Jahren als dasj. betrachtet werden kann,  
 welchem Schulamts-Kand. zur Anstellung in der Regel erst befähigt werden,  
 u. R. Reg. auf Ihre Anfrage v. 11. v. M. hiermit eröffnet wird, so läßt  
 die Anstellungsfähigkeit doch nicht von Tag und Stunde abhängig machen,  
 u. es kommt bei der Ertheilung des Qualifikations-Attestes lediglich auf die  
 Reife des Geprüften an, bei deren Beurtheilung ja auch wesentlich auf die  
 Haltung und Charakterfestigkeit dess. Rücksicht zu nehmen ist. Sich hier-  
 insofern der Geprüfte nicht Zögling eines Sem. und in dieser Beziehung  
 hinreichend bekannt ist, möglichst genaue Auskunft zu verschaffen, muß der R.  
 für jeden einzelnen Fall, und nicht bloß in Betreff derer, die das 20ste Jahr  
 noch nicht ganz vollendet haben, sondern auch derer, die darüber hinaus sind,  
 offen werden.

R. XX. S. 915.)

1) Hinsichtlich der Religion des Kand. kommen gegenwärtig die  
 Bestimmungen der Staatsverfassung v. 31. Jan. 1850 zur Anwendung.

Art. 12. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Re-  
 ligionsgesellschaften (Art. 30. u. 31. 1)), und der gemeinsamen häuslichen und  
 öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet<sup>2)</sup>. Der Genuß der bürgerlichen und  
 bürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse etc.

Art. 14. Die christliche Religion wird bei denj. Einrichtungen des Staats,  
 die mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im  
 Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit zum Grunde gelegt.

(G. G. 1850. S. 17.)

Die Juden waren nach §. 2. des G. über die Verhältnisse der Ju-  
 den v. 23. Juli 1847 (G. G. 1847. S. 263) von den Lehrerstellen bei  
 öffentlichen Schulen ausgeschlossen.<sup>3)</sup> Wie weit dies jetzt noch gilt, hängt  
 ab, ob und in wie weit die Volksschule als eine unter Art. 14. ge-  
 hörende Einrichtung angesehen wird. — Vergl. auch im folg.  
 Buch III. 2. über das kirchliche Verhalten der Lehrer, und ebenso  
 das kath. Schulregl. für Schlesien v. 18. Mai 1801. (s. oben S. 50.)

Zu der ersten Anstellung von Schulamts-Kand., welche ihrerseits  
 in einem Seminar erhalten haben, ist, falls sie nicht in dem Sem.  
 selbst, für welchen das Sem. Lehrer vorbereitet, die Zustimmung  
 der Reg. erforderlich.

Vgl. das G. R. v. 18. April 1835 o. S. 415.

Die alleg. Art. betreffen das Vereinsrecht und die Erlangung der  
 Lehrenten.

Ermit ist das Ed. v. 15. Nov. 1738 erledigt, welches ~~verbot~~  
 Niemand, so ehemals römisch-katholisch gewesen war ~~zu~~  
 in oder lutherischen Religion übergetreten, zu einer ~~Stellung~~  
 vert, und also vergl. Proselyten, ob ihnen wohl ~~im~~  
 te auch mit weltlichen Bedienungen versetzt ~~werden~~  
 u öffentlichen Lehrämtern, es sei bei der ~~Stellung~~  
 werden sollten, da man niemals versichert ~~ist~~  
 r bei einer Gemeinde, oder als Schulbetreuer ~~zu~~  
 l. C. I. S. 223. — Rabe Bd. 1. ~~Abt.~~  
 des Ed. v. 11. März 1812 (G. G. ~~1812~~  
 den akademische Lehr- und Schul- ~~am~~  
 ist gemacht haben, verwalten können ~~werden~~

B. S. 1822. S. 224) heb ~~hier~~

J. wieder auf. Vergl. im 3. ~~Band~~

S. 281.

6) In wie weit in Posen und Schlessen Kenntniß der Poln Sprache verlangt wird, ist aus der Instr. v. 24. Mai 1842 (s. o. S. und aus der Instr. v. 15. Nov. 1850 (s. o. S. 399 ff.) zu ersehen.

## II. Vorrechte auf Schulstellen.<sup>1)</sup>

Vorzugsweise Berücksichtigung sollten bei Besetzung von Schulstellen:

1) Die in den Schullehrer-Seminaren gebildeten Kandidaten. §§. 1—3. des G. R. v. 1. Juni 1826 an die R. Reg. (s. oben S. Dies Vorrecht ist durch die Staatsverfassung aufgehoben. Dagegen durch dieselbe nicht berührt:

2) bei den Kirch-Schullehrerstellen im Reg.-Bez. Gumbinne Vorzug der als Lehrer geprüften Kandidaten der Theologie.

N. des Min. der G. II. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 19. 1840 an die R. Reg. zu Gumbinnen, betr. die Besetzung der Präzident (Kirchschullehrer-) Stellen.

Das Min. hat die Anträge der R. Reg. v. 30. Nov. pr. und v. 18 1836, die Besetzung der Präzidentenstellen<sup>2)</sup> betr., einer nochmaligen Prüfung unterworfen, und eröffnet Verf. nunmehr Folgendes:

Es handelt sich bei der Sache zunächst um die Frage, welche Stellen Präzidenten ursprünglich gehabt haben. Das Min. ist in dieser Beziehung den Recessus generalis der Kirchen-Visitation des Insterburgischen und a Litthauischen Aemter im Herzogth. Preußen v. J. 1638 und die erneuerte Visitation des Kirchen- und Schulwesen v. J. 1734 aufmerksam gemacht worden.

Die im vierten Abschn. des erstern und im §. 3. der letztern enthaltene Bestimmungen beweisen, daß theils die große Ausdehnung der Kirchspiele, die Nothwendigkeit, den Gottesdienst in zwei Sprachen zu halten, Veranlassung gegeben haben, die Kirch-Schullehrerstellen mit Kandidaten der Theologie zu besetzen, und es sich nicht ohne Weiteres annehmen läßt, es sei die Dotation der Kirch-Schullehrerstellen lediglich für die Schulzwecke des Kirchdorfs und für Funktionen des Vorsängers bestimmt, und kein Grund vorhanden, dabei die Befriedigung anderer kirchlichen Bedürfnisse gar keine Rücksicht zu nehmen.

Da nun, so lange die Kirchspiele nicht verkleinert, oder in ihnen zwei Prediger angestellt werden können, die Verhältnisse noch fortbestehen, welche die Stellen den Präzidenten den Predigern in vorkommenden Fällen zu leistende Amtshülfe wünschenswerth machen, so wird die R. Reg. angewiesen, bei der Besetzung der Präzidentenstellen zunächst nur Literaten, welche das Lehrer-Examen gehörig bestanden haben, zu berücksichtigen, und Illiteraten nur dann zu ernennen und zu bestätigen, wenn sich innerhalb eines bestimmten Termins für das Schulamt geprüfte, wahlfähig befundene Kandidaten der Theologie nicht gemeldet haben. Den Uebeln, die früher für das Gedeihen der Schulen aus dem Verhältnisse des Präzidenten

1) Art. 4. der Staatsverfassung: Die öffentlichen Aemter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. — Hiermit scheint auch die Vorschrift befestigt zu sein, daß den Unteroffizieren nach bloß sechsmonatlich. Aufenthalt im Sem. gestattet, sich an Volksschullehrerstellen zu bewerben; R. D. v. 3. Juli 1844 (nicht publizirt).

2) Vergl. Principia regul. v. 30. Juli 1736 §. 4. (s. o. in Th. I. S. 94). Das Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 8. Nov. 1817 (N. I. S. 4. S. 107) hatte auf Grund der vom Min. d. J. gegebenen Vorschriften festgesetzt, daß der Kandidat der Theologie, dann die erste Rücksicht gebühre, wenn sie das Schullehrer-Seminar in Karalene mit Erfolg benutzt, und sich über ihre Lehrgeschicklichkeit mittelst einer strengen Prüfung genugsam ausgewiesen hätten, daß aber überhaupt der als Lehrer Geschicktere dem als Lehrer minder Geschickteren, wenn dieser Theolog sei, vorangeht. — Vergl. §. 18. der Gumbinner Schullehrer-Instr. v. 18. Nov. 1829 (s. unten), und §. 6. der Schulordn. für die Provinz Preußen (s. o. in Th. I. S. 104).

tere, als Gehülfe des Pfarrers in einzelnen kirchlichen Funktionen, hervorgegangen sind, ist durch gehörige Instr. und durch strenge Kirchen- und Schul-Inspektionen möglichst zu begegnen.

(Min. Bl. d. L. B. 1840. S. 155.)

### III. Die Bewerbung um Schulstellen.

Hinsichtlich der Stellen Königl. Patronats ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es keiner besondern Meldungen bedürfe. Im Uebrigen ist wegen der erforderlichen Zeugnisse und wegen des Stempels zu Anstellungsgesuchen die G. Verf. v. 30. Juli 1831 (S. v. S. 417) und die G. Verf. v. 14. Aug. 1849 (S. unten), sowie wegen der Empfehlungen zu Stellen von Seiten der Gesslichen die G. Verf. der Reg. zu Potsdam v. 8. April 1838 (S. v. S. 418) zu vergleichen.

Hinsichtlich widerrechtlicher Erlangung des Amtes enthält das A. L. im 10. Titel des II. Th. folgende allgemeine Vorschriften:

§. 72. Wer sich durch Bestechungen oder andere unerlaubte Wege in ein Amt einbringt, soll dess. wieder entsezt werden.

§. 73. Alle Verträge und Versprechungen, wodurch Jemanden, gegen Ausübung eines Amtes, Privatvortheil zugesagt oder wirklich eingeräumt worden, sind null und nichtig.

§. 74. Auch Verabredungen zwischen einem abgehenden Beamten und dessen Nachfolger, wodurch dem erstern von den Einkünften des Amtes etwas vorbehalten werden soll, sind nur so weit gültig, als sie von der vorgesetzten Behörde ausdrücklich genehmigt worden.

§. 75. Wer wissentlich eine Bedienung einer dazu nicht tauglichen Person anträgt, muß dem Staate, und den einzelnen Bürgern dess., für allen durch die Unwissenheit und Untauglichkeit eines solchen Bedienten entstandenen Nachtheil gerecht werden.

§. 76. Niemand soll sich eigenmächtig die Verwaltung eines Amtes anmaßen, wenn er von der vorgesetzten Behörde nicht angewiesen worden.<sup>1)</sup>

§. 77. Wer dieses thut und vermöge eines solchen Amtes Handlungen vornimmt, zu welchen er nach den Gesetzen überhaupt nicht qualifizirt ist, dessen Handlungen sind unkräftig.

§. 78. Mangelt es ihm nicht an den erforderlichen Eigenschaften zu Handlungen dieser Art überhaupt, so können zwar seine Handlungen, zum Nachtheile der Parteien, in der Regel, und wo nicht besondere Gesetze ein anderes vorschreiben, für nichtig nicht angesehen werden.

§. 79. Er hat aber, auch in diesem Falle, nach Verhältniß des Grades seiner Schuld bei der ungebührlichen Annahme des Amtes, seiner aus den Umständen sich ergebenden unerlaubten Absicht dabei, und der aus der Annahme resultirenden schädlichen Folgen, wenn nicht besondere Gesetze die Ahndung näher bestimmen, willkürliche Geld- oder Gefängnißstrafe verwirkt.

§. 80. Alles, was der unbefugte Annahmer bei Gelegenheit der von ihm unternommenen Amtshandlungen empfangen hat, muß er zurückgeben.

§. 81. Niemand soll, bei Fehn bis Dreihundert Thaler fiskalischer Geldstrafe, sich ein Amt anmaßen, welches ihm nicht auf eine der eingeführten Ordnung gemäßige Art übergeben worden.

§. 82. Allen Schaden, welcher aus solchen ungebührlichen Annahmen für den Staat oder einen Dritten entsteht, muß er ersetzen.

1) Strafgesetzbuch v. 14. April 1851:

§. 104. Wer unbefugt sich mit der Ausübung eines öffentlichen Amtes befaßt, oder solche Handlungen vornimmt, die nur in Kraft eines öffentl. Amtes vorgenommen werden dürfen, soll mit Gefängniß von 14 Tagen bis zu einem Jahr bestraft werden.

(G. S. 1851. S. 122.)

## IV. Das Recht der Wahl zu Schulstellen. (Patron

Nach §. 18. a. der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 (s. o. S. 270) der ersten Abtheilung der Reg. (Kirchen- und Schulkommission) Besetzung sämmtlicher dem landesherrl. Patronatrechte unterworfenen, und Schullehrerstellen, sowie die Bestätigung der von Privatpers. Gemeinden dazu gewählten Subjekte<sup>1)</sup>, sofern sie nicht außer Zwangsjahrt werden, ingl. die Prüfung und Einführung ders., im Fall so dem Konf. übertragen ist.

Letzteres ist hinsichtlich der Elementarlehrer nicht geschehen.

Nach Art. 24. der Staatsverfassung soll der Staat unter geordneter Betheiligung der Gemeinden die Volksschullehrer anstellen. Vorschritt ist in Ermangelung der verheissenen Schulordnung noch das Leben getreten.<sup>2)</sup> Die bisherigen Verhältnisse bestehen demnach fort, und die Wahl und Anstellung der Lehrer liegt zunächst, unben von etwaigen Wahlrechten einzelner Gemeinden, in den Händen der Schulpatrons, welcher übrigens keineswegs zugleich Kirchenpatron braucht. In Betreff der Frage:

1) Wer als Schulpatron anzusehen? entscheidet vielmehr:

a) das A. L. R. §§. 22. u. 23. Th. II. Tit. 12. (s. o. S. 105) Gunsten der Gerichtsobrigkeit.<sup>3)</sup>

b) Provinzielle Bestimmungen enthalten: §. 243. des A. L. R. des Ostpr. Prov. R. (s. o. in Th. I. S. 98.) — §. 63. des Westpr. R. (ebendas. S. 101.) — §§. 6. flg. §. 37. Nr. 1. der Schulordn. für die Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 (ebendas. S. 104). — §§. 1. u. 2. des Rev. Ent. des Prov. R. v. Brandenburg (ebendas. S. 120). — §. 147. im rev. Entw. des Prov. R. v. Pommern (ebendas. S. 129). — §. 147. im rev. Entw. des Prov. R. v. Mecklenburg (ebendas. S. 162). — §§. 566. 567. in Göde's Prov. R. v. Altmark (ebendas. S. 164). — §. 288. des Rev. Entw. des Prov. R. v. Ostpreußen (ebendas. S. 172). — §. 751. des Rev. Entw. des Prov. R. v. Rheinl. (ebendas. S. 175). — Niederrhein. B. v. 6. Mai 181

1) Vergl. §. 8. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. oben S. 105).

2) Auch in der Kammeression von 1832 ist die bei der Budget vom Abg. Harfort erhobene Mahnung um die Schulordnung fruchtlos (Vergl. oben in Th. I. S. 233 ff.).

3) Die Privat-Gerichtsherrschaft ist durch Art. 42. der Verfassung beseitigt. Doch ist unter der „Gerichtsobrigkeit“ des A. L. R. von den Belangen der „Gutsherrschaft“, deren polizeiliche Gewalt wiederhergestellt ist, verstanden. Vergl. das R. v. 3. Nov. 1824 nachstehend sub 2 a. β.

4) Die dort allegirte Vorschrift beruht auf der:

R. D. v. 30. Sept. 1812, das Recht zur Besetzung der schlesischen Erzpriesteren, Pfarren, Kuratien und Pfarrschulen betr. (G. S. 185),

nach welcher die geistlichen Stellen, die vordem von geistlichen Behörden besetzt wurden, der landesherrlichen Besetzung anheimfallen, wenn sie in einem bestimmten Monate erledigt werden, während bei Erledigung in einem der genannten Monate die Ernennung nur landesherrliche Bestätigung hinzunehmen. Die Ernennung oder Bestätigung soll landesherrlicherseits bei Erzpriesteren, Superintendenturen gleich stehen, durch das Min., bei den übrigen Stellen durch die Kirchen- und Schulabth. der Reg. erfolgen, und eben so soll bei den Pfarrschulen verfahren werden.

92). — §. 444. des rev. Entw. des Bergischen Prov. R. (eben-  
04).

Insbesondere ist das Schulpatronat den Standesherrn zugesprochen die Instr. v. 30. Mai 1820, wegen Ausführung des Ed. v. 1815, betr. die Verhältnisse der vormalig unmittelbaren Deutschen in der Preuß. Monarchie (G. S. 1815. S. 105), woselbst die 1), wie folgt, lauten:

. Das Kirchenpatronatrecht und die Bestellung der Schullehrer haben Herren<sup>2)</sup>, in soweit als ihnen das eine und die andere vor Auflösung des Reichs zustand und darin mittlerweile weder zu Gunsten einer Pri- noch der Kirchengemeinde eine Veränderung vorgegangen ist.

. Den Standesherrn gebührt überdem im ganzen Umfange ihrer ständ- Bezirke, die Aufsicht über Kirchen, Schulen, Erziehungsanstalten und tungen, insonderheit über gewissenhafte Verwaltung der diesen Gegenständen Fonds. Diese Aufsicht wird von ihnen durch besondere Geistliche insp. ausgeübt. Auch ist ihnen erlaubt, durch Vereinigung ders. mit Beamten, welcher die Polizeiverwaltung führt, und mit einem Mitgliede herrlichen Obergerichts, zu einem kollegialen Betrieb der dahin einschlä- schäfte, ein besonderes Konsistorium zu bilden. Letzteres, oder wo ein Konf. nicht gebildet wird, der Geistliche und der Schulinsp., darf jedoch vornehmen, was nach der Dienstinstr. v. 23. Okt. 1817 in den Wir- Unserer Konf. oder in katholischen Kirchensachen, Unseres Oberpräsf. ge- bei können dieselben nur in Auftrag und auf Anweisung Unseres Konf. Oberpräsf. handeln. Der geistliche Inspektor vertritt für den standesherr- irt die Stelle des Superint. — b) Die Befugnisse der Standesherrn Konsistorialbehörden beschränken sich einzig auf die Gegenstände, welche der Reg.-Instr. v. 23. Okt. 1817 der besonderen Kirchen- und Schul- zuweist. — c) Auch hierbei stehen sie unter Aufsicht Unserer Prov. der eben gedachten Kommission, an welchen die standesherrliche Konsisto- : zu berichten und von der sie Verfügungen anzunehmen hat. — d) Diese it besonders darin ein, daß die Besetzung sämtlicher geistlichen und rstellen, desgl. die Bestätigung der von Privatpersonen dazu erwählten in soweit eine und die andere den Standesherrn zusteht, nur unter Zu- Unserer verfassungsmäßig dazu geeigneten Ober- Behörden gesche-

. In Absicht der Kirchen-, Kollegial- oder Sozialrechte bei evangelis- hengemeinden, kommen auch in den standesherrlichen Bezirken die Grund- nwendung, welche künftig durch die Synodal-Ordnung werden festgesetzt

S. 1820. S. 81.)

Ein Kompatronat des Staats findet Statt, wo derselbe stehende leistet. So bestimmt die R. D. v. 10. Jan. 1817 wegen Bestel- Kommissarien über Schul- und Erziehungsanstalten.

Ihren Antrag v. 26. v. R. setze Ich hierdurch im Allgem. fest, daß in en, wo der Staat gegen die Schulen die Patronats-Verpflichtungen durch beiträge aus seinen Kassen erfüllt, er auch an den Rechten des Patronats diese Schulen und Erziehungsanstalten Theil nehmen, und dieses Kom- unächst durch Kommissarien, welche die Patronats- und Kuratellkollegien

diese Bestimmungen sind hier aufgenommen, weil, wenn auch nach Art. 4. ff. keine Standesvorrechte stattfinden, in Ansehung der Standesherrn eine on der früheren Verhältnisse sich in der gegenwärtigen Kammerfassung 4) Geltung verschafft.

line G. Verf. des Min. des Inn. v. 13. Juli 1842 (Min. Bl. d. i. B. 248) erklärt diese Benennung für ungeeignet, und verlangt, wo es nö- eine Bezeichnung, wie „mediatisirte, vormalig reichsständische, oder reichs- ire Häuser“.



mit gehöriger Instruktion versehen, von den Reg. zuzuordnen, und in höchster Instanz aber von den Reg. selbst wahrgenommen werden soll, ohne jedoch die rige Mitwirkung jener Kollegien dadurch aufzuheben, oder zu vermindern. nach ist namentlich dem Gymnasium zu Frankfurt a. d. O. ein Rath der Reg. als Kommissarius zuzuordnen, welcher in dem Kuratorio den Vorsitz führen und die Geschäfte desselben zu leiten hat.

Friedrich Wilhelm

An

den Staatsmin. v. Schudmann.

(Ann. I. S. 1. S. 157.)

e) Wo ein Jude Grundbesitz mit Patronatrecht hat, ruht das Patronat, und die Anstellung der Schullehrer erfolgt in evangelischen Gemeinden von der Provinzialbehörde, in katholischen von den Bischöfen: B. Aug. 1816 (G. S. 1816. S. 207), und G. v. 23. Juli 1847, S. 1847. S. 263), durch G. Verf. v. 5. Juni 1849 Nr. 1. (M. d. i. B. 1849. S. 129) für fortwährend anwendbar erklärt. Vergl. I. 4. — und im 3. Bde. dieses Theils (Verhältnisse der Juden) S.

2) Ausübung des Patronats.

a) Bei Landschulen. Darüber bestimmen:

α) das R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 22. Juli 1847, betr. die R. Reg. zu Stettin, betr. die Besetzung der Küster- und Schulstellen.

Das R. Just. Min. ist mit dem unterz. Min. darüber einverstanden, daß in Beziehung auf die Besetzung der Küster- und Schullehrerstellen das A. ein Devolutionsrecht nicht eintreten läßt, dieses nicht, wie die R. Reg. in der v. 11. v. M. vermeint, für eine Lücke in der Gesetzgebung anzusehen ist. Devolutionsrecht ist im A. L. R. nur als ein Ausfluß der Kirchenregierungs-Beziehung auf geistliche Pfründen beibehalten worden, und findet daher bei Küster- und Schullehrerstellen, deren Besetzung nicht überall den Patronen gebührt (s. d. g. Beitrage Bd. 13. S. 182), nicht statt. Es werden daher säumige Obrigkeiten zur Bestellung der Schullehrer durch Strafbefehle und deren Exekution anzuhalten sein, und zugleich ist dahin zu sehen, daß während der Vakanz die Stelle administriert und das Einkommen vers., so weit es zur Remuneration des Stellvertreters nicht erforderlich ist, zur Verbesserung der Dotation der Stelle verwendet wird.

(Meigebaur S. 123.)

β) das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) 3. Nov. 1824 an sämtl. R. Reg. (excl. der Rhein.), betr. die Besetzung und Bestellung der Schullehrer auf dem Lande. 1)

Das Min. hat in Erfahrung gebracht, daß in einigen Reg. Bez., wo die Besetzung auf besonderen provincialrechtlichen Festsetzungen nicht beruht, den Landgemeinden bei der Wahl und Bestellung des Schullehrers ein Einfluß zugestanden ist, was durch die diesfälligen allg. gesetzlichen Bestimmungen nicht gerechtfertigt wird. A. L. R. Th. II. Tit. 12. S. 22. schreibt vor: „Die Bestellung der Schullehrer kommt in der Regel der Gerichtsobrigkeit zu.“ Auf die Ausführung dieser Vorschrift ist hinsichtlich der Privat-Patronatschulstellen dadurch zu halten, daß, unbeschadet der Befugniß des Guts Herrn, bei der Anstellung des Schullehrers die Wünsche der Gemeinde auf erlaubte Art zu erforschen und zu berücksichtigen, doch die Dotation nur von der Gutsobrigkeit ausgestellt und der Reg. zur Bestätigung eingereicht, in keinem Falle aber den Gemeinden vorzulegen, förmliche Kontrakte, in welchen wohl gar ein Kündigungsrecht vorbehalten wird, mit dem Schullehrer abzuschließen. Hinsichtlich der Schulstellen landesherrlichen Patronats aber ist genau nach der Dienstinstr. v. 23. Okt. 1817 §. 16

1) Mit Bezugnahme auf dies R. forderte das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 1. Dec. 1832 (Ann. XVI. S. 934) von sämtl. Reg. Bericht über ihr Verfahren bei Wiederbesetzung erledigter Schulstellen.

zu verfahren, wonach der K. Reg. die Besetzung sämmtlicher dem landesherrlichen Patronate unterworfenen Schulstellen gebührt, und es darf um so mehr erwartet werden, daß keine Abweichung von dieser Vorschrift statthaben werde, als die K. Reg. sich dadurch einer Befugniß, in welcher dies zugleich eine Pflicht erkennen muß, begeben würde, welche ihr den wohlthätigsten Einfluß auf wahren Fortschritt in geistiger und sittlicher Bildung in ihrem Depart. sichert, und zu deren Ausübung dies. auch die sichersten Mittel in Händen hat, indem Ihr sowohl durch die Organe, die Geistlichen, Superint., Landräthe und den Schulrath die Bedürfnisse aller einzelnen Gemeinden genau und zuverlässig bekannt werden können, als auch eine mannigfaltige Auswahl unter denj. Individuen zu Gebote steht, die dem Lehrstande gewidmet sind, und von denen sie in jedem einzelnen Falle dasj. mit Sorgfalt auswählen kann, welches sie den Localverhältnissen nach für das am meisten Geeignete erkennt. <sup>1)</sup>

(Ann. VIII. S. 1065.)

γ) Publ. der Reg. zu Bromberg v. 14. Febr. 1825, betr. die Wahl und Bestellung der Volls-Schullehrer.

Das K. Min. der G., u. u. R. Ang. hat mittelst Verf. v. 26. Jan. d. J. angeordnet, daß statt des bisherigen bei der Wahl und Bestellung der Volls-Schullehrer in dem hiesigen Bez. üblich gewesenen Verfahrens, die diesfälligen gesetzlichen Vorschriften des K. u. R. (Th. II. Tit. 12. §. 24. sq.) so wie der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 (§. 18. a.) streng in Ausführung gebracht werden sollen.

Demzufolge ordnen wir an:

- 1) daß in allen Städten unseres Bez., in sofern die Besetzung der betr. Lehrstellen nicht etwa dem Landesherrn oder einem Privatus zusteht, die Schullehrer ausschließlich von den Magisträten und bisherigen Schul-Vorständen gewählt, und nach vollzogener Prüfung und unserer vorangegangenen Genehmigung auch nur von diesen Behörden die Votationen ausgestellt und in zwiefachen Exemplaren durch die vorgeordnete Kreis-Behörde zu unserer Bestätigung eingereicht werden sollen;
- 2) auf dem platten Lande und zwar:
  - a) in den K. Domainen-Gütern werden wir die sämmtlichen Lehrstellen unmittelbar besetzen, und für die Neuberufenen ein Anstellungs-Dekret ausfertigen lassen;
  - b) in den adelichen Gütern sollen die Gutsherrschaften die Schullehrer wählen, und nach vorangegangener Prüfung und landesherrlicher Genehmigung, die Votationen für sie ausstellen und zu unserer Bestätigung durch die vorgeordnete Kreis-Behörde in zwiefachen Exemplaren einreichen.

Wir bemerken, daß bis das Depart. mit einer völlig ausreichenden Anzahl wohl vorbereiteter Schulamts-Kandidaten versehen sein wird, wir die Bestätigung der Schullehrer, der Regel nach, nur ad interim ertheilen werden.

Auch können ausnahmsweise für die am schlechtesten dotirten Stellen Zulassung zum Schulamte auf eine bestimmte Zeit unter Vorbehalt einer wiederholten abschließenden Prüfung erfolgen.

(Ann. IX. S. 108.)

b) Bei städtischen Schulen.

Während

- a) das vorstehende Publ. v. 14. Febr. 1825 neben dem Magistrate den Schulvorständen eine Betheiligung zuschreibt, wird dem erstern ausschließlich das Ernennungsrecht beigelegt.

<sup>1)</sup> Abweichend war von dem Konf. zu Köln durch ein Publ. v. 31. Juli 1816 (Ann. I. S. 3. S. 86) provisorisch bestimmt, daß, wenn keine besonderen Patronatsverhältnisse obwalten, von dem Schulvorstande, dem Kirchenvorstande und denj. Einassen, welche einmal bei einem oder dem andern eine Stelle befriedigend bekleidet, ein dreifacher Vorschlag gemacht, mit landrätthlichem Gutachten eingereicht, und auf Grund desselben die Ernennung vorgenommen werden solle.

β) durch §. 20. der Instr. v. 26. Juni 1811 (s. oben S. 336).

γ) durch das M. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenst. und des J. (v. Schudmann) v. 25. Jan. 1821, betr. das Wahl- und Setzungsrecht der Prediger- und Schullehrerstellen etc., woselbst sub 1. Ausübung des Patronats dem Magistrate beigelegt, und sodann sagt wird:

- 2) Die unterz. Min. müssen aber auch rücksichtlich der Berufung der Lehrer das nämliche Prinzip für begründet halten. Insbes. können sie die Opposition der Schuldeput. in dem Verhältnisse zum Magistrate für Der Magistrat und die Schuldeput. dess. sind eins und keineswegs verschiedene Korpora, und letztere kann nur in dem Sinne und nach der Majorität der Stimmen im Magistrate handeln, und eben so wenig als die städtische oder Forstdeput. des Magistrats gegen die Konkluse des letztern fahren. So viel den unterz. Min. bekannt geworden ist, hat daher u. hier in Berlin, noch sonst wo ein Zweifel darüber obgewaltet, daß Magistrat die Lehrer an seinen Stadtschulen berufen könne. Auch ist in der unterm 26. Juni 1811 an die geistl. und Schuldeput. aller d. Reg. erlassenen Verf. bestimmt worden, daß die Lehrerwahlen bei Schulen, die rein städtischen Patronats sind, bei den Magisträten bleibe und nur das Gutachten der sachverständigen Mitglieder der Schuldeput. eingezogen werden müsse.

(Ann. V. S. 79.)

δ) Das M. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) u. J. (Gr. v. Arnim) v. 28. Mai 1845 an den K. Oberpräf. zu N., die Mitwirkung der Stadtverordneten bei Anstellung städtischer Schulle und deren Verbesserung.

Auf die von Gew. am Schlusse des gef. Ber. v. 19. Apr. c. zur Entscheidung gestellten Fragen:

- 1) ob die Stadtverordneten berechtigt sind, auf Grund des §. 157. der St. D. v. 19. Nov. 1808 eine Mitwirkung bei Anstellung städtischer Schulle zu verlangen, und
- 2) ob die Reg. zu N. ihre Befugnisse überschritten, wenn sie des Widerspr. der Stadtverordneten zu N. ungeachtet, die Verbesserung der daselbst vorhandenen Lehrerstelle angeordnet und in Ausführung gebracht hat?

erwiebern wir Folgendes ergebenst:

ad 1. ist die in Gemäßheit des Vorbehalts im §. 179. b. der St. D. und 26. Juni 1811 von dem Depart. für den Kultus und öffentl. Unt. im Min. J. erlassene, bis jetzt nicht aufgehobene und Seitens der Min. stets aufrecht haltene allg. Verf. entscheidend, in welcher im §. 21 <sup>1)</sup> wörtlich bestimmt ist:

„Die Lehrerwahlen bleiben bei den Schulen, die rein städtischen Patronats sind, noch bei den Magisträten, nur daß das Gutachten der sachverständigen Mitglieder der Schuldeput. jedesmal eingezogen werden muß.“

Von einer Konkurrenz der Stadtverordneten ist dabei überall nicht die Rede und die Bestimmung des §. 157. der St. D. auf Schullehrer nicht anwendbar, selbstige zu den Unterbedienten des Magistrats nicht gerechnet werden können, es bis jetzt noch niemals gerechnet worden sind.

ad 2. aber folgt die verneinende Beantwortung der Frage daraus, daß, u. bisher stets angenommen, auch von des Königs Maj. gebilligt worden ist, daß die St. D. die hinsichtlich der Schulen früher bestandenen Verhältnisse nur in Betreff der Vermögensverwaltung städtischer Schulen einige Modifikationen einführen haben, im Uebrigen aber das dem Staate zustehende Obergewaltungsrecht unbeschränkt fortbauert, und dieses Obergewaltungsrecht die Befugniß in sich schließt, die, u. zur Unterhaltung einer Schule verpflichtet sind, nöthigenfalls auch wider

1) Die Abtheilung in §§. ist in den verschiedenen Abdrücken der Instr. v. 26. Juni 1811 verschieden. Der oben alleg. §. 21. ist bei uns §. 20. f. o. S. 330. — §. 179. der St. D. v. 1808 f. o. S. 330.

anständigen Dotirung der Schullehrerstellen anzuhalten, hiernach  
r den geschilderten Umständen von der Reg. in N. angeordnete, ohne-  
deutende, und keinesfalls als übertrieben oder unerschwinglich anzuse-  
ß zu dem bisherigen, zur Salarirung eines qualifizirten Leh-  
rungen etatsmäßigen Gehalte mit Rücksicht darauf, daß die Schule  
r Kommune unterhalten ist, auch die diesfällige Verbindlichkeit im  
ist in Abrede gestellt wird, zu den nöthigen Geldbedürfnissen gehört,  
fassung die Stadtverordneten nach §. 184. der St. O. sorgen müs-  
sächlich deren daher von den Stadtverordneten nur zu entscheiden ist,  
zuführen, nicht aber, ob sie überhaupt zu bewilligen sind.

stehenden Gründen nehmen wir keinen Anstand, Gw. 1c. hiermit zu  
ie von den Stadtverordneten zu N. unterm 15. März c. angebrachte  
unserm Namen zurückzuweisen.

L. b. i. B. 1845. S. 161.)

**stlich der vereinigten Kirchen- und Schulämter be-**

**61. A. L. R. Th. II. Tit. 11.:**

Rüster zugleich Schulhalter, so finden wegen seiner Prüfung und Be-  
vorschriften des folg. Tit. Anwendung. <sup>1)</sup>

Recht zur Wahl wird hiedurch nicht berührt. In dessen  
hl in Bezug auf die mit Schulämtern verbundene Kantor- und  
nfunktionen das R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Alten-  
Febr. 1833 an die R. Reg. zu Gumbinnen (A. XVIII. S. 710)  
ein Abwechseln in der Wahl zwischen den Kirchen- und den  
en. <sup>2)</sup>

u bestimmte die B. v. 2. Mai 1811 (G. S. 1811. S. 193), daß  
üstereien an den Filialkirchen von der Rüsterei der Mutterkirche ge-  
n Schullehrern am Filialorte übertragen werden sollten. Diese Son-  
allmählig bei Balanzen ausgeführt, und nöthigenfalls durch Ver-  
s Filial ein im Singen und Orgelspiel geschickter Lehrer gewonnen  
aber zu große Verschlechterung der Rüsterei im Mutterdorfe zu be-  
sie unterbleiben. Durch die Trennung wurde zugleich die Verbind-  
lial, zu Rüsterbauten bei der Mutterkirche beizutragen, aufgehoben,  
Filial seine Rüsterei auch allein zu unterhalten hatte. —

l. v. 16. Dec. 1833 (Ann. XVIII. S. 712.) erklärte das Min. der  
b. Ang. diese B. als eine Ergänzung zum 7. Abschn. des A. L. R.  
1. auch im Reg.-Bez. Merseburg für anwendbar.

R. verlangte zunächst, daß die Kantor- und Organistenfunktionen  
orate getrennt, und dem zweiten Lehrer übertragen würden, um da-  
hl des Rektors dem Magistrate, die des 2. Lehrers aber, der seine  
s dem Organistengehalte zu beziehen hätte, der Reg. ausschließlich zu  
Dann heißt es weiter:

nung des Organistendienstes von dem Rektorat, deren Verbindung  
zu erhalten ist, kann in den Städten, wo neben dem Rektor ein ober-  
ntarlehrer fungiren, in folgender Weise eingeleitet werden: Die Ver-  
ur Besoldung dienenden städtischen und kirchlichen Fonds bleibt, wie  
it; der Betrag wird für die Schule als ein Ganzes betrachtet, und  
Lehrerstelle, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob mit ihr kirchliche  
rbunden sind, ein den Verhältnissen angemessenes Gehalt bestimmt.  
onat über Kirche und Schule mehreren Behörden zusteht, wird die  
r Kirche zunächst das Vokationsrecht für die Lehrerstelle haben, mit  
des Vorsängers und Organisten verbunden ist; wo aber, wie in N.,  
s Rektors, welches er als Lehrer aus städtischen Fonds bezieht, durch  
s zweiten, künftig aus dem Organistengehalte zu besoldenden Lehrers  
für die Stelle geeigneten Höhe gebracht werden kann, sondern noch  
lichen Fonds (dem Organistengehalte) ergänzt werden muß, da behält  
der Kirche das Kompatronat, über welches man sich am Besten da-

c) Die für die Rheinprov. erlassene, durch R. d. Min. v. 23. 1835 (R. XIX. S. 999) an den dortigen Oberpräf. mitgetheilte R. 8. Nov. 1835 bestimmte dagegen, daß nach Möglichkeit der Trennung bisher verbundenen Kirchen- und Schulamts veranlaßt, dieselbe ab da ausgeführt werden solle, wo dem Schullehrer ein vom Kirchent unabhängiges, ausreichendes Einkommen gesichert werde.<sup>1)</sup>

d) Eine solche Trennung ist gegenwärtig in Folge der durch Staatsverfassung der Kirche verliehenen selbstständigen Stellung in allen Fällen zur Nothwendigkeit geworden, in denen zwischen den Schul- Kirchenpatronen keine Einigung erfolgt. In diesem Sinne spricht sich die G. Verf. des evang. Ober-Kirchenraths (v. Nechtitz) v. 28. 1850 an sämtl. Konf., betr. die Besetzung eines vereinigten Kirchen Schulamts.

Dem R. Konf. theilen wir in der Anl. (a.) Abschrift eines von dem G. der G. u. u. Med. Ang. unter dem 17. d. M. an die R. Reg. zu N. ergangenen Erlasses, betr. die Besetzung eines vereinigten Kirchen- und Schulamtes, zur Kenntnisnahme und Nachachtung mit.

#### Anl. a.

Auf den Ver. v. 16. v. M., die definitive Anstellung der beiden, zugleich Organist und Kantor der Kirchengemeinde fungirenden evangelischen Lehrer betr., eröffne ich der R. Reg., daß die definitive Anstellung der genannten in ihrer Eigenschaft als Lehrer von der eventuellen Weigerung der Kirchengemeinde, sie auch in ihrer Eigenschaft als Kirchendiener definitiv zu bestätigen, abhängig gemacht werden kann. Die Ernennung, resp. Bestätigung der Lehrprovisorischer oder definitiver Eigenschaft steht der R. Reg. als Oberaufsicht zu, und hat dieselbe sich bei Ausübung dieses Rechtes lediglich durch die Interessen des Unterrichts leiten zu lassen.

Was dagegen die Anstellung der weltlichen Kirchenbedienten betrifft, so ist die Bestätigung solcher von Privatpatronen und Gemeinden ernannten weltlichen

---

hin verglichen wird, daß die Wahl in Erlebigungsfällen zwischen Magistrat und Reg. alternirt.

Der Schluß des R. erklärt es für angemessen, daß bei Kirchschulen, die bisher nur einen Lehrer gehabt haben, eine zweite Lehrerstelle fundirt, diese mit tüchtigen Seminaristen besetzt, und mit derselben zugleich das Amt des Organisten und Kantors verbunden werde.

#### 1) Von demselben Grundsatz ging aus

das R. des Min. der G. u. u. Med. Ang. v. 17. Jan. 1831 an die R. Reg. zu N., die willkürliche Annahme und Entlassung der von kath. Pfarrern berufenen Kirchendiener durch die ersteren betr.

Ohne das Recht der kath. Pfarrer zur Berufung von Kirchendienerstellen sich, da, wo ein solches Recht erweislich stattfindet, dadurch stören zu wollen, jedoch, wie das Min. der R. Reg. auf deren Ver. v. 15. Sept. v. J., betr. willkürliche Annahme und Entlassung solcher Kirchendiener durch die Pfarrer, wiederholt, wenn die Küster- und Organistenstelle mit der Schullehrerstelle kombinirt war und, weil der Schullehrer sonst nicht subsistiren könnte, auch kombinirt bleiben muß, fernerhin ein willkürliches Verfahren der katholischen Pfarrer in dieser Beziehung nicht mehr geduldet werden. Vielmehr ist jede Annahme eines Kirchendieners, der zugleich Schullehrer ist, nur unter denselben Bedingungen zulässig, denen andere Schulpatrone Genüge zu leisten verbunden sind, namentlich unter der Bestimmung, daß die Bestellung solcher Kirchen- und Schuldiener der Genehmigung der R. Reg. bedürftig ist, die keine andere Subjekte zulassen wird, als welche die erforderliche Qualifikation besitzen: auf die Entlassung dieser Beamten steht den Pfarrern, welche sie von ihrem Berufungsrechte angestellt haben, kein anderer Einfluß zu, als den in jedem Falle andere Privatpatrone auszuüben berechtigt sind, und der sich beschränkt, daß sie Pflichtvernachlässigungen und Ungehörigkeiten derselben anzuzeigen und von dieser zu erwarten haben, was darauf verfügt wird.

(Meigebaur S. 124.)



klanten, welche nicht für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens angestellt bereits durch die B. v. 27. Juni 1845.<sup>1)</sup>, sofern eine solche Bestätigung ver-  
muthlich erforderlich ist, den R. Konf. überwiesen.

Durch den Min. Ent. v. 1. Okt. 1847.<sup>2)</sup> ist zwar hinsichtlich der weltlichen, dem Schulamt vereinigten Kirchenbedienungs bestimmt, daß die Berufung oder  
Ernennung zu dem vereinigten Amte, so wie die Aufsicht und die Disziplin über  
den Inhaber dess., wie bisher den Reg. und in höherer Instanz den Oberpräf. mit  
Zulassung verbleiben solle, daß bei der Reg. die Mitwirkung des evangelisch  
en Rathes als Referenten oder Korreferenten eintreten müsse. Da indessen

1) durch meine Verf. v. 20. Juni d. J. nach Maßgabe der durch die Ver-  
fassungsurkunde veränderten Stellung der Kirche zum Staate jene Delegation der  
kirchlichen Disziplinargewalt über Kirchenbeamte, welche zugleich in einem Schul-  
amte stehen, an die R. Reg., resp. an die Oberpräf., als eine nicht mehr aufrecht  
erhaltende anerkannt worden ist; so muß auch aus dens. Gründen den R. Konf.  
die Bestätigung der betr. Personen in ihrer Eigenschaft als Kirchenbedienten zu-

Es wird der R. Reg. nicht schwer fallen, durch geeignete Kommunikation  
mit R. Konf. eine Einigung über die betr. Personen herbeizuführen. Im Fall  
nicht möglich sein, und durch die Trennung der beiden Ämter das bisherige  
Ansehen der Stelle geschwächt werden sollte, ist die Schul-, resp. bürgerliche  
Behörde verpflichtet, das für Anstellung eines Lehrers erforderliche Gehalt auf-  
zubringen.

Berlin, d. 17. Nov. 1850.

Der Min. der G., II. u. Med. Ang.  
v. Ladenberg.

Reg. zu N. und Abschr. an sämmtl.  
R. Reg. zur Kenntnissnahme und Nach-  
achtung.

Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 371. Nr. 470.)

## V. Die Bestellung des Schullehrers.<sup>3)</sup>

Es liegt in der Natur der Sache, daß dem Lehrer von demj., der ihn  
beruft, eine sein Verhalten, seine Amtsobliegenheiten und Rechte  
allgemeinen regulirende Erklärung gegeben werden muß. Dies ist die  
Ernennung oder Bestellung, welcher nach der Instr. für Schulvorstände v.  
Okt. 1812 (§. o. S. 321 ff.) jedesmal eine Spezifikation aller an die  
Ernennung geknüpften Emolumente beigefügt<sup>4)</sup>, und welche der Reg. zur Be-  
urtheilung eingereicht werden soll. Nach dieser hat die feierliche Einführung  
des Lehrers in Gegenwart des Schulvorstandes, der Eltern und der Schul-  
kinder zu erfolgen.

1) Formular zu Vokationen. Ein solches theilt mit  
die G. Verf. der Reg. zu Merseburg v. 28. April 1838 an sämmtl.  
Min., betr. die Ausfertigung der Vokationen für Schullehrer und Kir-  
chenbedienten.

Es sind neuerdings mehrere Fälle vorgekommen, in welchen die von Privat-  
personen für Schullehrer und Kirchenbedienten ausfertigten Vokationen zum Theil

1) Vergl. in Th. I. (allgem. Theil) S. 260.

2) Ebendas. S. 261.

3) Ueber provisorische und definitive Anstellung vergl. das 2. Kap. dies. Abschn.  
nach den Vorschriften des 10. Tit. im II. Th. des A. L. R. über die Bestel-  
lung der Beamten (§§. 70 ff.) ist hervorzuheben:

§. 84. Titel und Rang, welche mit einem Amte verbunden sind, werden,  
nach den davon abhängenden Vorrechten, schon durch die darüber ausgefertigte  
Anstellung verliehen.

4) Vergl. §. 18. der Schulordn. für Preußen (s. oben in Th. I. S. 106.)  
das nachstehende Formular.

in geschwüdiger, zum Theil in unangemessener, dem Zweck der Urkunde sprechender Form ausgestellt worden sind. Um den diesbezüglich erforderlichen Remeduren und der dadurch herbeigeführten Verzögerung der Amtseinweisung die Zukunft vorzubeugen, übersenden wir Gw. zc. beizehend drei Exemplare gedruckten Formulars, (Anl. a.) dessen wir uns bei Votation der Schullehrer, Kirchenlieder zu den Stellen R. Patronats bedienen, mit dem Auftrage, kommenden Fällen dass. den Privatpatronen zu ihrer Einsicht unter dem mitzutheilen, demgemäß die Votations-Urkunden ausfertigen zu lassen.

In Kraft des uns verliehenen R. Kollaturrechts haben wir beschl.  
 . . . . . mit dem  
 . . . . . wieder zu besetzen. Wir vorziren demnach den genann-  
 . . . . . dergestalt, daß ders. diesen Dienst nach erhaltener Konfirmation  
 fort antrete, den Gottesdienst mit gebührender Direktion des Gesanges in der  
 abwartet, in der Schule aber der Jugend das Wort Gottes, wie dass. in der  
 gen. Schrift gegründet, und in den Bekenntnisschriften der evangelischen  
 wiederholt worden ist, im reinen und rechten Verstande, ohne Einmischung  
 licher Deutung, treu vortrage, die Jugend ferner im Lesen, Schreiben, in  
 schen Sprache, im Rechnen, Singen, und was sonst zur Bildung ihres Ge-  
 Herzens erforderlich sein mag, unverdrossen und mit aller Treue unterweiset  
 seine Vorgesetzten und besonders gegen den H. Superint. und den H. Pfarrer  
 sonst gegen Jedermann sich gebührend erweise, und einem jeden mit gehör-  
 spekt, Gehorsam und Liebe begegne, auch sich im Uebrigen eines ehrbaren  
 und friedfertigen Lebenswandels vor Gott und Menschen befleißige.

Dahingegen sollen ihm die zu diesem Schulamte geordneten und ihm  
 spezifizirten Verzeichnisses nachgewiesenen Substantial-Einkünfte und Accid-  
 unverkürzt gereicht und gelassen, auch ihm erforderlichen Falls auf sein  
 schleunig dazu verholfen und in allem der gebührende Schutz geleistet wer-

Im Uebrigen wird demselben hierbei noch zur Pflicht gemacht, alle an  
 seiner Amtswohnung gehörigen Gebäuden vorkommenden Reparaturen, wie  
 Vorschrift des A. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 784. 785. 786. und 798. b  
 nießer zur Last fallen, auf seine Kosten unverzüglich herstellen lassen.

Urkundlich haben wir gegenwärtige Votation eigenhändig unterschrieben  
 mit dem R. Reg. Siegel bedrucken lassen.

So geschehen Merseburg, im Jahre nach Christi Geburt, Eintausend  
 hundert und

(L. S.) R. Preuß. Regierung.  
 Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen

(A. XXII. S. 359.)

2) Besondere Bestimmungen über den Inhalt der Votation  
 außerdem:

a) das Verbot, sie auf bestimmte Frist zu stellen.

N. des Min. der G. U. u. W. Ang. (v. Altenstein) v. 11. Ju-  
 an die R. Reg. zu Marienwerder, betr. die interimistische Anstellung  
 Schullehrer.

Auf den Bericht v. 27. April c. betr. die Fristbestimmung bei den pro-  
 angestellten Schullehrern, ist das Min. mit der R. Reg. einverstanden,  
 Privatpatronen und Guts herrschaften nicht gestattet werden könne, Schullehrer  
 eine bestimmte Frist zu berufen. Die Verbeibehaltung eines provisorisch an-  
 Lehrers hängt von seiner Qualifikation und von seinem ganzen Verhalten  
 außer der Schule ab, und die Entscheidung hierüber steht allein der Aufsicht  
 zu. Diese bestimmt also einem provisorisch in das Amt gesetzten Lehrer  
 nach deren Ablauf sie über die fernere interimistische Verbeibehaltung, besch-

1) Die Spezifikation der Einkünfte war schon durch die Instr. für  
 stände v. 28. Okt. 1812 (s. oben S. 321.) für einen wesentlichen Theil  
 lation erklärt.

igung oder Entlassung desselben entscheidet. Nur nach diesen Grundsätzen können die Privatpatrone ihre Berufsbriefe ausfertigen.

(N. XXII. S. 662.)

b) Das Verbot der Anstellung auf Kündigung, ausgesprochen auch Betreff der Hülfslehrer durch das R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Ladenberg) v. 25. April 1840 an die R. Reg. zu Breslau, betr. die Anstellung der Hülfslehrer und Adjunkten.

Das Min. ist mit der von der R. Reg. im Ver. v. 13. v. M. entwickelten Ansicht, daß die Privat-Patronen nicht befugt seien, die Hülfslehrer und Adjunkten auf Kündigung anzustellen, völlig einverstanden, und macht Derselben zur Pflicht, darauf zu halten, daß den gedachten Lehrern ebenfalls Vocationen ausgesetzt, und daß sie, sobald die ihnen in Gemäßheit der G. Verf. v. 1. Juni 1826 <sup>1)</sup> bestimmende Frist der provisorischen Anstellung abgelaufen ist, und sie sich während d. bewährt haben, von der R. Reg. in ihrer Stellung definitiv bestätigt werden. <sup>2)</sup> (Min. Bl. d. I. B. 1840. S. 155.)

c) Die Anweisung, die Vocation allgemein auf Unterricht an den Schulen zu stellen, und die nähere Bestimmung der Ortsschulbehörde zu behalten:

G. Verf. der Reg. zu Magdeburg v. 20. Dec. 1844 an die Superend. und Schulinsp., betr. die Anstellung der Schullehrer.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß oft bei den nöthigsten Schulverbesserungen, wo diese eine andere Stellung oder Beschäftigung schon angestellter Lehrer erfordern, sich ein großes Hinderniß darin findet, daß diese für besondere Klassen und Sectionen, für eine bestimmte Stundenzahl u. s. w. nach ihren Bestellungen genommen sind, und auf diese sich berufend, sich jeder sie berührenden Veränderung entgegenstellen.

Um für die Zukunft dieses Hinderniß zu beseitigen, setzen wir hierdurch fest, daß künftig alle bei den städtischen Bürger-, Volks- und Armen- oder Freischulen Knaben und Mädchen anzustellenden Lehrer nicht für eine besondere Schule oder Klasse, sondern ohne nähere weitere Bestimmung bloß als Lehrer für die Schule in Orts angestellt werden, und ausdrücklich hinzugesetzt werde, daß die Schule und die in der sie zu unterrichten haben, so wie die Zahl und Art der von ihnen zu erhaltenden Lehrstunden, jederzeit von der Ortsschulbehörde unter unserer Genehmigung bestimmt werden würde. Nur bei den höheren Lehranstalten kann in der Vocation oder Anstellung die Anstalt, nie aber dürfen auch hier bestimmte Klassen genannt werden.

Wir verpflichten Sie, von jetzt an bei Bestätigung der Bestellungen streng die Beobachtung dieser Bestimmung zu halten, und sämtliche Magistrate Ihrer Majestät und Alle, denen das Befehlungsrecht der Schulstellen in solchen Orten zusteht, denen sich mehrere Klassen und Schulen befinden, hiervon in Kenntniß zu setzen.

Da, wo auf dem Lande mehrere Schulklassen mit besonderen Lehrern bestehen, an Stellen eine eigenthümliche Dotation haben, müssen zwar die neuangestellten Lehrer mit dem Amte verbundenen Geschäfte eingewiesen werden, allein es ist ihnen als Lehrern zur Bedingung zu machen, daß sie den Unterricht zu übernehmen ha-

1) Vergl. oben S. 411.

2) Die Anstellung von Adjunkten war schon früher durch Publ. der Reg. d. 16. Jan. 1817 (N. I. S. 1. S. 158) ganz wie die Anstellung der Lehrer geregelt, und in dieser Hinsicht vorgeschrieben worden, daß auch für Schulgehilfen die Vorbildung und Abgangsprüfung im Seminar erforderlich, jede Berufungsurkunde mit dem Qualifikationszeugnisse der Reg. durch die Inspektion zur Prüfung vorzulegen sei. Vergl. §§. 27 ff. des kathol. Schulregl. d. 18. Mai 1801 (s. oben in Th. I. S. 154.) — Eine Verf. der R. Reg. zu Düsseldorf v. 1. Aug. 1827 (Amtsbl. S. 217. — Fürstenth. Bd. 1. S. 108) hatte dagegen hinsichtlich der Hülfslehrer sechs wöchentliche Aufkündigung anfang des Sommers oder des Winter-Halbjahrs gestattet. — Ueber die Anstellung von Adjunkten für ältere Lehrer vergl. S. 26. der Schulordn. für die Prov. Preuss. (s. oben in Th. I. S. 108).

ben, der ihnen in der einen oder andern Klasse der Schule nach Umständlichkeit theilt werden wird.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 39.)

3) Vollziehung der Vokationen unter Mitwirkung der G. Publ. der Reg. zu Magdeburg v. 15. Juni 1824, betr. die Vokation der Bestellungen für Schullehrer.

Es ist bisher verschiedentlich der Fall vorgekommen, daß Bestellungen Privatpatrone den von ihnen vocirten und von uns bestätigten Schullehrern stellt haben, ohne Zuziehung der betr. Superint. ausgefertigt und vollzogen sind, woraus denn nachher in verschiedenen Fällen unangenehme Differenzen sind. Die G. Superint. werden hierauf aufmerksam gemacht, wiesen, genau darauf zu achten, daß fortan eine jede solche Bestellung ihrer besondern Zuziehung festgesetzt, ausgefertigt und vollzogen wird. 2ten ebenfalls von den Privatpatronen von Schullehrerstellen, daß sie in schriftl. gemäß den Entwurf der Bestellung in einem jeden einzelnen Falle betr. Superint. gelangen lassen werden. 1)

(N. VIII. S. 416.)

4) Stempel zu Vokationen f. G. R. v. 30. Juli 1831 (f. o. d.)

## VI. Vereidigung der Schullehrer. 2)

Wie alle Staatsdiener haben auch die Schullehrer einen Eid zu leisten, und unterliegen in dieser Hinsicht gegenwärtig den allg. Vorschriften.

1) Norm des Eides.

a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Radenberg) v. 1850 an sämtl. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die Vereidigung der öffentl. Lehrer.

Zur Ausführung der Bestimmung im Art. 108. der Verf.-Urk. v. 31. ist in Betreff der neu anzustellenden und zum ersten Mal zu vereidigenden angeordnet worden, daß in den, durch die Allerh. D. v. 5. Nov. 1833 für mittelbare und mittelbare Civilbeamten des Staats vorgeschriebenen Formular der Befräftigungsformel die Worte: „auch die Verfassung gewissenhaft will“, einzuschalten seien. Dies hat hinsichtlich der Vereidigung der Lehrer zu Zweifeln Anlaß gegeben, da für diese durch das R. v. 24. April eine besondere Eidenorm vorgeschrieben ist, welche in mehreren Prov. nach Erlass der Allerh. D. v. 5. Nov. 1833 in Anwendung geblieben ist. Zur Beseitigung dieser Zweifel bestimme ich, daß fortan alle öffentlichen Lehrer bei Anstellung den in der gedachten Order allg. vorgeschriebenen Dienst Eid mit erwähnten Einschaltung abzuleisten haben.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 206.)

b) Die durch die R. D. v. 5. Nov. 1833 aufgestellte G. lautet:

Ich N. N. schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß

1) Ausgehändig soll die Vokation dem neuangestellten Lehrer werden, als bis er das Rezeptionsgeld, oder den von etwaiger Gehaltsverzicht zu entrichtenden Abzug an die betr. Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse hat: §. 13. des Regl. für die Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse Bez. Münster v. 14. Okt. 1831. (N. XV. S. 767.)

2) Eine R. D. v. 11. Aug. 1832 (G. S. 1832. S. 204) bestimmt, Anwendung der Strafgesetze darauf, ob ein Beamter einen Dienst Eid geleistet oder nicht keine Rücksicht zu nehmen sei.

3) Die G. Verf. der Reg. zu Potsdam v. 24. April 1835 theilte die G. v. 24. April 1815 mit dem Bemerkung mit, daß das Min. der G. U. u. M. dieselbe für fortwährend anwendbar erklärt habe. (N. XIX. S. 386.) Sie ist erst durch die obige G. Verf. antiquirt.

— bestellt worden, Sr. K. Maj. v. Preußen, meinem allergnädigsten Unterthanig, treu und gehorsam sein, und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen mit Gott helfe u. s. w. ') (G. S. 1833. S. 291. Anl. a.)

Beschluß des Staatsmin. v. 12. Febr. 1850 (Min. Bl. d. L. 26), welcher gleichfalls die vorstehend angef. R. D. v. 5. Nov. 1833, bestimmt sub 5.:

Nach die D. v. 5. Nov. 1833 festgesetzte Formel des von neu angeordneten Beamten zu leistenden Dienstgelbes sind vor dem Schlußworte „will“ hinzuzufügen: „auch die Verfassung gewissenhaft beobachten“. — Der bisher von dem Schwörenden vollständig auszusprechen. Auch freizustellen, den Eidesworten am Schlusse die seinem religiösen Bekenntnisse entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen.

Die Stempelfreiheit der Vereidigungs-Protokolle sind er-

L. R. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein), sowie (v. 21. Aug. 1834 an sammtl. R. Reg.

Kenntniß der unterz. Min. gekommen, daß hie und da zu den Protokollen die Vereidigung der Elementar-Schullehrer, ohne Rücksicht darauf, ob eine Stempelung vornimmt, ein Stempelbogen von 15 Sgr. verwendet; und weiter gegangen wird, als sich nach den bestehenden Gesetzen rechtfertigen. Um daher den in dieser Beziehung möglichen Zweifeln zu begegnen, das nämliche Verfahren herbeizuführen, wird die R. Reg. hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß dergleichen Protokolle nicht stempelpflichtig sind, wenn der nächst dienstliche Vorgesetzte, dem Pfarrer, abgenommen wird, da auf dem Stempel-Tarif sub rubro „Protokolle“ aufgestellte Kategorie „der leitenden Personen“ nicht paßt. (L. S. 722.)

Verf. Min. v. 13. Dec. 1834 an die R. Reg. zu Oppeln.

Reg. gereicht auf die Anfragen in dem Ver. v. 27. Okt. d. J. hierüber, daß es bei der Vereidigung der Schullehrer in Betreff des Stempels gültig ist, ob der nächste Vorgesetzte des Schullehrers, der Pfarrer, oder der Superint. oder Kreis-Schulinsp., den Eid abnimmt. Die Besondere Recognitionen über den Akt der Vereidigung bedarf es aber nicht, genügt, daß die Vereidigungs-Verhandlung bei den Akten der R. Reg. vorkommt. (L. S. 392.)

Verf. Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 2. Febr. 1835 an die R. Reg. zu Erfurt.

Reg. wird auf die Anfrage v. 24. Nov. v. J., ob den Protokollen über die Vereidigung der Schullehrer durch die Pfarrer oder Superint. künftig überhaupt kein Stempel verwendet werden soll, antworten, daß, da die in der G. B. v. 21. Aug. 1834 als Stempelfreiheit der von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten der Elementar-Schullehrer abgenommenen Verpflichtungs-Protokolle aufgestellte Kategorie „der leitenden Personen“ nicht paßt, schon hieraus allein sich ergibt,

bestimmte in Betr. der katholischen Schullehrer das R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 12. Dec. 1833 an die R. Reg. zu Münster: In der Schlußformel: „so wahr mir Gott helfe“ u. s., zur Vermeidung der Verpflichtung als Religionslehrer die Worte hinzugefügt werden: „ich gelobe ich meinen weltlichen und geistlichen Obern willig Folge zu leisten, mir anvertrauten Jugend den Unterricht in der kathol. Religion treu und gewissenhaft zu erteilen, sie zu gottesfürchtigen kathol. Christen zu erziehen, in christlichen erbaulichen Wandel voran zu gehen, und mich überallhin, wie es einem rechtschaffenen kathol. Schullehrer geziemt“ u. s. (L. S. 723.)



daß die Eingangs gedachte Frage affirmativ zu beantworten ist, wenn auf eine besondere Anfrage der Reg. zu Oppeln die in dem vorliegend R. Reg. alleg. gemeinschaftl. Verf. des unterz. und des R. Finanzmin. 1834 ausdrücklich sich darüber ausgesprochen hätte. Das Min. kann d. Reg. nur auf diese Verf. verweisen.

(A. XXII. S. 361.)

3) Bei anderweiter Anstellung ist durch die R. D. v. 10. (Amtsbl. v. Breslau, Liegnitz, Münster, Minden — Vergius, S. 501) daß der Beamte auf den früher von ihm geleisteten Dienstfeld zu ist, dabei aber schriftlich oder zum Protokolle zu erklären hat, bei Uebernahme des neuen, speziell zu benennenden Amtes, durch abgeleisteten Eid für alle seine neuen Amtsverhältnisse eidlich erachte.

## VII. Herbeiholung der Schullehrer.

Die Gemeinden sollen in der Regel verbunden sein, ei Schulmeister herbeizuholen. Hierüber bestimmt:

1) im Allg. das A. L. R. §§. 39—42. Th. II. Tit. 12.<sup>1)</sup> (s. obe

2) Provinzielle Vorschriften enthalten §. 246. des rev. Prov. R. von Ostpreußen (s. in Th. I. S. 99), und die §§. 19 der Schulordn. für Preußen v. 11. Dec. 1845 (s. o. in Th. I. §. 343. des rev. Entw. des Prov. R. von Magdeburg. (ebendas — §. 294. des rev. Entw. des Prov. R. v. Eichsfeld (ebendas — §§. 731 — 736. des rev. Entw. des Prov. R. v. Herzogt (ebendas. S. 174).

## VIII. Anstellung von Katecheten und Lehrern in Neben

In Dörfern, welche fest eingerichteter Schulen und Lehrer beehren, war die vorübergehende Anstellung von Katecheten gestaltet über sind folgende Bestimmungen ergangen, welche aufzunehmen sie hin und wieder noch maßgebend sein können, wenn schon ihrer Anwendung um vieles seltner, als früher, geworden sein i

a) Publ. der Reg. in Merseburg v. 6. Okt. 1817, betr. di nisse der Katecheten und Kirchenlehrer.

Da der unterz. Reg. bekannt worden ist, daß die in früherer Zei der Katecheten und Kirchenlehrer auf dem Lande gegebenen Vorschriften an Orten nicht mit der erforderlichen Genauigkeit beobachtet werden, i sich veranlaßt, die ältern Gesetze hierüber in Erinnerung zu bringen, ur lich folgendes zu verordnen:

1) Die im §. 41 u. 42. angezogenen Bestimmungen des 11. Tit. folgende:

§. 410. Doch soll in keinem Falle der Gemeinde zugemuthet w Prediger, welchen sie nicht selbst gewählt hat, weiter, als in einer von zwei Tagereisen, abzuholen.

§. 525. Nimmt jedoch ein Pfarrer, innerhalb zehn Jahren von Zeit stellung, einen anderweitigen Ruf an, so ist er schuldig, der Kirchen Gemeinde, alle bei seiner Ansetzung und seinem Anzuge verwendete erstatten.

Durch die oben alleg. Vorschriften des A. L. R. ist die Deklam Juni 1790 (N. C. C. Tom. VIII. S. 2947, Rabe, Bd. 2. S. 46.) welche die Pflicht der Herbeiholung auf die Diözes und sonst auf 10 2 bis 3 vierspännige Fuhren, und auf die Zeit außer Saat und Ernte — Ebenso das G. v. 28. Dec. 1769 (N. C. C. IV. S. 6593. — A Abth. 3. S. 589), wonach jeder Schullehrer, der nicht 5 Jahre in k blieb, alle Vokations-, Konfirmations-, Reise- und andere Kosten ersetzt

- 1) Es bleibt zwar jeder Gemeinde, bei welcher sich noch kein öffentlich angestellter Schullehrer befindet, freigelassen, einen besondern Kinderlehrer für sich anzunehmen; doch a) darf dies nicht ohne Vorwissen und Genehmigung, sowohl des Ortspredigers, als auch des betr. Superint. geschehen; b) muß der Kinderlehrer von dem Superint. oder in dessen Auftrage von dem Ortsprediger, geprüft, mittelst Handschlags verpflichtet und eingewiesen werden; c) hat die Gemeinde ihm, außer einem hinlänglichen, von der Kirchen- und Schul-Inspektion auszumittelnden Gehalte, eine beständige nicht wechselnde Wohnung und Schulstube zu verschaffen; d) sie darf ihn seines Dienstes nicht willkürlich und ohne zuvor bei dem betr. Superint. angebrachte und von diesem begründet befundene Beschwerde entlassen; e) sie darf sich den in Rücksicht auf den Schulunterricht ihr gegen den Schulmeister ihres Pfarrkirchdorfs obliegenden Verbindlichkeiten nicht entziehen.
- 2) Die nicht konfirmirten Kinderlehrer dürfen a) ohne eine besondere Verwilligung, um welche erforderlichen Falls die h. Superint. bei uns nachzusuchen und sie hinlänglich zu motiviren haben, die Jugend nur bis zum Eintritt in das dreizehnte Lebensjahr unterrichten; während der zwei letzten Schuljahre sind die Kinder in die Hauptschule der Parochie zu schicken; b) sie dürfen andere Amtsverrichtungen des Schulmeisters nicht ohne Genehmigung des Superint. und Pfarrers übernehmen; c) den Unterricht aber haben sie in allen Stücken, den darüber bestehenden allgem. Vorschriften gemäß, und unter derselben Aufsicht, wie die konfirmirten Schullehrer, zu ertheilen.
- 3) Wo konfirmirte Katecheten angestellt sind oder noch angestellt werden, da ist a) von den Kirchen- und Schul-Inspektionen darauf zu sehen, daß ihnen ein eigenes Schulhaus mit wenigstens zwei Stuben und den sonst erforderlichen Bequemlichkeiten erbaut oder angewiesen werde; b) in Rücksicht auf das Schulgeld, die Heizung der Schulstube und andere Emolumente gelten für sie die allgem. V. für Landschulen, so wie c) auch ihre Obliegenheiten durch diese Vorschriften hinlänglich bestimmt sind. Das Neujahr- oder Gregorius-Singen außer dem Bezirke einer jeden Schule bleibt allgemein untersagt, und die Kirchen- und Schul-Inspektionen werden fortfahren, dafür zu sorgen, daß dieser Gebrauch, wo man ihn beizubehalten wünschet, auf die schon an mehreren Orten gewählte Weise immer zweckmäßiger eingerichtet, jede Unschicklichkeit dabei vermieden, jedoch auch das daran geknüpste Emolument der Lehrer ihnen nicht geschmälert oder entzogen werde. (I. S. 4. S. 111.)

b) Publ. der Reg. zu Magdeburg v. 30. Sept. 1818 wegen der Schulen, welche keine angestellte Lehrer haben.

Der höchst traurige Zustand des Schulwesens an denen Orten, wo noch keine Häuser und keine angestellten Lehrer sind, macht es nöthig, folgendes hierdurch ordnen:

Es darf von jetzt an keine Gemeinde einen Lehrer für eine kürzere Zeit, als auf ein ganzes Jahr annehmen, weil die gehörige Abwartung der Sommerschule dies durchaus fordert.

Es darf das Gehalt, welches die Gemeinde dem Schulhalter bewilligt, nicht geringer sein, als der Betrag des reglementsmäßigen Schulgeldes von der zu unterrichtenden Kinderzahl sein würde.

Es müssen die Gemeindeglieder den Schulhalter, bis sie ein brauchbares Schulhaus erbauen, der Reihe nach speisen.

Es muß, wo es irgend möglich ist, ein Zimmer ausgemittelt werden, in welchem der Schulunterricht fortwährend gehalten werden kann; weil, wenn der Unterricht in den Häusern der Gemeindeglieder der Reihe nach ertheilt wird, ders. oft durch die häuslichen Geschäfte, die im Unterrichtszimmer genommen werden, gestört wird,

der Lehrer einer solchen Schule, der die Präsentienlisten nicht mit strenger Gewissenhaftigkeit ordnungsmäßig führt, und sich nicht in die vorgesehene Schulord. fügt, wird bestraft werden, und hat zu gewärtigen, daß die Erlaubniß zum Unterrichte nicht weiter ertheilt werden wird.

Wenn eine Gemeinde nicht vor Michaelis einen brauchbaren Schullehrer bei dem betr. Superint. zur Prüfung präsentirt, und nach geschehener Prüfung

nach obigen Bestimmungen mit ihm contrahirt hat, so soll ders. Superint. ein Lehrer gesetzt werden, den sie wenigstens für ein halten muß.

- 7) Es wird denen Predigern bei eigener Verantwortlichkeit aufgegeben, sorgfältigste über die Beobachtung dieser Vorschriften und über Führung der Schullehrer zu wachen, auf keine Weise sich eine A. dieser V. und Milderung dieser Vorschriften zu erlauben, und Uebertretungsfälle sofort dem betr. Superint. die nöthige Anzeige zu machen. (A. II. S. 742.)

### IX. Anstellung von Ausländern. <sup>1)</sup>

Die Bedingungen, unter welchen ausländische Schulamts- inländischen Schulstellen zugelassen werden dürfen, sind:

- 1) das Bestehen der inländischen Prüfung mit Auszeichnung. G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang., Unterrichts-Abth. v. 3. Dec. 1833 an sammtl. R. Reg., betr. die Anstellung städtischer Lehrer und Schulamts-Beamten.

Von der Anfrage der R. Reg. in dem Ver. v. 16. v. M., die Anstellung der aus dem Auslande berufenen Lehrer und Schulamts-Beamten betr., nimmt das Min. Veranlassung, Ihr in der abschriftlichen Anlage die an die Prov. Schulkolleg. gerichtete Verf. v. 15. Juli pr. zu fordern, nach welcher ausländische Schulamts-Bewerber zu den diesseitigen Schulamts-Prüfungen zugelassen sind, wenn sie vor einer inländischen Schulamts-Prüfung mit Auszeichnung bestanden haben.

Anl. a.

G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 15. Dec. 1833 an sammtl. R. Prov. Schulkolleg.

Dem R. Prov. Schulkolleg. wird nachrichtlich hierdurch bekannt gemacht, daß nach dem Vorschlage des Min. mittelst Allerh. R. D. v. 15. Dec. 1833 den Prov. und Prüfungsbehörden zwar gestatten wollen, daß sie ausländische Schulamts-Kandid., vorausgesetzt, daß sie sich über die Bildung, welche sie und über ihre sittliche Würdigkeit durch vorschriftsmäßige Zeugnisse ausweisen, zu den Kandid.-Prüfungen zulassen, ihnen aber das Wahl- und Fähigkeits-Attest nur unter der Bedingung ertheilen dürfen, wenn ihnen die unbedingte Tüchtigkeit, vorzüglich oder sehr gut bekannt zu haben, gegeben werden kann, von welcher Bestimmung die R. Prov. C. die sich Meldenden schon vor der Prüfung in Kenntniß setzen müssen.

(A. XVII. S. 956.)

- 2) Genehmigung des Min. des I.

a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 6. Nov. 1835 an die R. Reg. zu Erfurt schriftl. an sammtl. übrige R. Reg. z. f. und gleichm. Beachtung, zuehung auf die Anstellung von Ausländern an Elementar- und Schulen.

Der R. Reg. wird auf den Ver. v. 18. Juli d. J. eröffnet, daß es Bestimmungen der G. Verf. v. 12. Juli 1824 <sup>2)</sup> und der Allerh. R. D. v. 15. J. <sup>4)</sup> allerdings entspricht, daß Ausländer, welchen nach der letztgedachten

1) Vergl. die Ergänzungen zu §. 6. der Instr. v. 31. Dec. 1839, S. 291. Note 1. u. 2.

2) Dies G. R. hat zunächst Bezug auf Kand. des höheren Schulamts, deren Zulassung aus dem Auslande die folgende Abtheil. zu vergleichen. wird sich der analogen Anwendung des darin ausgesprochenen Grundsatzes der Volksschule nichts entgegenstellen lassen.

3) s. oben S. 440.

4) s. oben S. 288.

nalisations-Akte, um Privatschulen und Pensionsanstalten zu errichten, oder vorüberweise Lehrstunden zu geben, ohne Genehmigung des Min. des J. u. d. P. ist erteilt werden darf, auch zu öffentlichen Elementar-Schullehrer-Ämtern erst nach vorgängiger Zustimmung dieses Min. zugelassen werden.

Die R. Reg. wird daher angewiesen, vor allen, in Ihrem Bezirke vorkommenden Prüfungen, event. Anstellungen und Beförderungen von Ausländern zu Elementar- und Bürger-Schulämtern, bei den Min. des J. u. d. P. anzufragen, ob dem diesfälligen Ver. zugleich einen von dem Bewerber verfaßten Lebenslauf, wie die über die Sittlichkeit und Lauterkeit der Gesinnungen desselben sprechenden Zeugnisse, beizufügen.

(N. XIX. S. 101.)

b) R. des Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 26. Jan. 1836 <sup>1)</sup> die R. Reg. zu Minden, in ders. Ang.

Der R. Reg. eröffne ich auf den Ver. v. 23. Nov. v. J., daß die Anfragen der beabsichtigten Zulassung von Ausländern, welche keine Universität besucht haben, öffentlichen Elementar-Schullehrer-Ämtern auch ferner an mich zu richten sind.

(N. XX. S. 122.)

c) Für bereits naturalisirte Ausländer ist nur die Genehmigung des Min. der G. U. u. M. Ang. erforderlich.

R. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) und des J. (v. Hammer) v. 11. Nov. 1850 an die R. Reg. zu N., betr. die Zulassung von Ausländern in den Preuß. Staats-, Kirchen- und Schuldienst.

Auf die Ver. der R. Reg. v. 12. Aug. c. und 21. v. M., die Anstellung ausländischen Schulamts-Kandib. N. an den Schulen in N. betr., eröffne ich, mitunterz. Min. der geistl. u. Ang., der R. Reg., daß ich gegen die beabsichtigte Anstellung des N. Nichts einzuwenden habe. Was die weiter aufgeworfene Frage wegen des künftigen Verfahrens in ähnlichen Fällen betrifft, so bemerken darüber Folgendes. Die Allerh. D. v. 17. Okt. 1847 <sup>2)</sup> fordert für solche Personen, welche die Eigenschaft eines preussischen Unterthanen durch Ertheilung einer Naturalisations-Urkunde bereits erworben haben, zur Anstellung im Staats-, Kirchen- und Schuldienst nur die ausdrückliche Genehmigung des Depart.-Chefs. Daraus ist zu folgern, daß die besondere Zustimmung des Min. d. J. hierbei nicht erforderlich ist und zwar aus dem Grunde, weil die in diesem Ressort vorzunehmende Prüfung der Persönlichkeit und Zuverlässigkeit der Anzustellenden bereits durch die Ertheilung der Naturalisations-Urkunde als erfolgt vorausgesetzt werden muß.

Wenn die R. Reg. im vorliegenden Falle dennoch die Zustimmung des Min. d. J. für erforderlich erachtet, weil die Einholung ders. durch das R. v. 6. Nov. 1835 vorgeschrieben sei, so übersehe Dies., daß das letztere nur von anzustellenden Ausländern spricht und daher auf Personen, welche durch Naturalisation bereits Preussländer geworden und hiernach den besonderen Bestimmungen der Allerh. D. v. 7. Okt. 1847. unterworfen sind, keine Anwendung findet.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 367.)

3) Was die Militairpflicht anzustellender Ausländer anlangt, so bestimmen wir für solche, welche aus andern Theilen Deutschlands nach Preussen einkommen, die R. des Min. des J. v. 26. März 1825 (N. IX. S. 526) und v. 11. Aug. 1833 (N. XVII. S. 830), daß sie nach Maßgabe ihres

1) In den N. durch einen Druckfehler: v. 16. Jan. 1837.

2) Mitgetheilt durch G. Verf. der Min. des J. u. der Fin. v. 11. Dec. 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 305). Die R. D. bestimmt auch, daß die Genehmigung des Depart.-Chefs nur dann zu erteilen, wenn von der Anstellung beson- derer Nutzen für den Staats-, Kirchen- oder Schuldienst zu erwarten ist, und der Anzustellende — vorausgesetzt, daß er noch im militairpflichtigen Alter sich befinde, — der Militairpflicht durch persönlichen Dienst in seiner frühern Heimath oder im Preuss. Heere genügt, oder durch ein Zeugniß der Preuss. Ursprungsbehörde seine Un- tauglichkeit zum Militairdienste nachgewiesen hat.

Alters bloß noch landwehrpflichtig sind, wenn sie in ihrem verla-  
terlande schon der Militairpflicht genügt haben, selbst wenn sie  
wirklichem Dienst, sondern nur disponibel gewesen sind. Anders  
ben sie nach dem erstanges. R. dießseits nach ihrem Alter noch zur  
Seeere verpflichtet. Vergl. auch die Note zu dem vorstehend sub  
nen R.

### X. Anstellungs-Nachweisungen.

Ursprünglich hatten die Reg. jährlich zwei Mal bei jedem A-  
weisungen der angestellten Beamten seines Ressorts einzureiche  
Instr. v. 23. Okt. 1817 (s. oben in Th. I. S. 264). Diese O-  
ging durch die Geschäftsanweisung v. 31. Dec. 1825 (s. o. in Th  
auf die Reg. Präsidien über, und wurde, was insbesondere den  
freis des Min. der G. U. u. M. Ang. anlangt, durch das G.  
Min. v. 21. Febr. 1828 an sammtl. R. G. Reg. Präsidenten (A.  
speciell und unter Mittheilung der nöthigen Schemata, sowie un-  
nahme eines dießf. Staatsmin. Beschlusses v. 1. Nov. 1826 ger-  
der Folge wurde noch durch ein G. R. deßf. Min. v. 2. 2  
(A. XV. S. 49) die Form der Nachweisungen in Bezug auf die  
sorgungsberechtigten Militairpersonen zu besetzenden Unterbedi-  
(Rüster-, Todtengräberstellen ic.) besonders vorgeschrieben, sowie f.  
G. R. deßf. Min. v. 2. April 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S.  
ordnet, auch die provisorisch oder kommissarisch ernannten Schi-  
diesen Nachweisungen, gleich den definitiv Angestellten, mit der erf  
Notiz über den Befund der mit ihnen angestellten Prüfung, der  
Ernennung u. s. w., regelmäßig auszuführen.

Diese Anstellungs-Nachweisungen sind gegenwärtig abgeschaf-  
a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenber  
Aug. 1848 an sammtl. R. Reg. Präs., Oberpräsf., Konf., Prov.  
und Medic. Koll., sowie an sammtl. Universitätskurat. und an ein  
Min. untergeordnete Institute, betr. die Einstellung der seitherig  
lungs- und Beförderungsnachweisungen.

Des Königs Maj. haben auf den Antrag des Staatsmin. die in be-  
anweis. für die Reg. v. 31. Dec. 1825. Abschn. II. a. sub rubro „B-  
den Beamten“ enthaltene Vorschrift, wonach die Reg. Präs. am Jahresf-  
Min. für sein Ressort eine Nachweisung der neu angestellten oder befö-  
amten einzureichen haben, aufzuheben geruht. Ich benachrichtige das R.  
(Gw. ic.) hiervon mit dem Bemerken, daß die ged. Nachweisungen a-  
laufende Jahr nicht mehr einzureichen sind.

(Schluß an die R. Konfist., Prov. Schulkolleg., Medic. Kol  
an die Universitätskurat.)

Ich benachrichtige das R. Konfist. (Prov. Schulkolleg. ic.) hierv  
Bemerken, daß hiernach auch diej. Nachweisungen von jetzt ab fortzulle  
Einreichung die R. Konfist. ic. auf Grund des Staatsministerialbesch  
Nov. 1826 unter dem 21. Febr. 1828 veranlaßt worden sind <sup>1)</sup>.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 289.)

Dagegen bestehen noch die summarischen, nicht namentlichen,  
sungen über die angestellten Militair-Versorgungs-Berechtigten, w  
das G. R. v. 15. Okt. 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 309), f  
das mittelst R. v. 29. Jan. 1847 mitgetheilte G. R. v. 31. 1  
(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 33) als Theil der Anstellungs-Nach-  
vorgeschrieben waren. Hierüber bestimmt:

1) Aehnlich der Schluß an die R. Oberpräsidien.



b) das G. M. k. Min. (v. Ladenberg) v. 3. Dec. 1848 an die Behörden, betr. die alljährlich aufzustellenden, summarischen Nachweisungen von den im Laufe des Jahres im Civildienste angestellten Militärpersonen.

Zur Vereinfachung des Geschäftsganges hinsichtlich der alljährlich aufzustellenden summarischen Nachweisungen von den im Laufe des Jahres im Civildienste angestellten Militärpersonen ist in Uebereinstimmung mit dem K. Kriegsmin. festgesetzt worden, daß diese Nachweisungen unmittelbar an den letzteren eingereicht werden sollen. Zugleich ist bestimmt, daß diese Nachweisungen so einzurichten bleiben, daß die Angestellten darin nach den verschiedenen Verwaltungen gesondert, und die Offiziere von den Unteroffizieren u. getrennt aufgeführt finden.

Ich benachrichtige das K. Reg. Präs. u. hiervon unter Bezugnahme auf den M. v. 26. Aug. d. J. zur gefälligen Nachachtung.  
(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 364.)

## Viertes Kapitel.

### Rechtsverhältnisse des Volksschullehrers während der Dauer seines Amtes.

Nächst den Bestimmungen über die amtliche Stellung des Volksschullehrers im Allg. bilden die Vorschriften über seine persönlichen Verhältnisse, sowohl in Bezug auf das Amt, als in Bezug auf das Privatleben, den Gegenstand dieses Kapitels.

#### I. Amtliche Stellung des Volksschullehrers.

Die Anerkennung der Volksschule als Staatsanstalt mußte nothwendigerweise zu der Folgerung führen, daß die Volksschullehrer Staatsbeamte seien. Das K. M., welches den ersten Grundsatz an die Spitze seiner Vorschriften über das Schulwesen (Th. II. Tit. 12.) stellt, zog diese Folgerung noch nicht. Im Gegentheile läßt sich daraus, daß es im §. 65. A. L. R. II. 12. die Lehrer an den Gymnasien und andern höhern Schulen ausdrücklich als Beamte des Staats angesehen wissen will, und ihnen als solchen einen privilegierten Gerichtsstand verleiht, während die von den Rechten und Pflichten der Volksschullehrer handelnden §§. 26 — 28. a. a. O. (s. oben S. 319) nicht nur von der Qualität derselben als Staatsbeamte schweigen, sondern ihnen auch den privilegierten Gerichtsstand <sup>1)</sup> ausdrücklich absprechen, die Ansicht nehmen, daß das A. L. R. die Volksschullehrer nicht als Staatsbeamte angesehen wissen wollte. Demgemäß erklärte auch das auf K. Specialbefehl gegebene M. v. 21. Aug. 1799 (N. C. C. T. X. S. 2603. — Rabe, Bd. 5. S. 339), daß unter den in wirklichen Diensten stehenden K. Civilbedienten Kirchen- und Schulbediente nicht begriffen seien. Schon ein M. des Just. Min. v. 26. April 1802 (N. C. C. T. XI. S. 873. — Rabe, Bd. 7. S. 164) gegen Einsendung der Straferkenntnisse gegen Geistliche und Schullehrer sprach dagegen aus: „Zu den öffentlichen Beamten gehören alle Geistlichen und Schulbediente, sie mögen unter K. oder anderm Patronat oder Gerichtsbarkeit stehen.“ Gleichergestalt zählte die B. v. 8. Sept. 1804, die

1) Gegenwärtig ist der exemirte und privilegierte Gerichtsstand, sowie die ganze Patrimonial-Gerichtsbarkeit aufgehoben. Jeder steht unter dem ordentlichen Gerichtsstand, welches für den Ort oder Bezirk zunächst und unmittelbar bestellt ist. §§. 1. 9. der B. v. 2. Jan. 1849 (G. S. 1849. S. 1.)

Befreiung der unmittelbaren Staatsdiener bei Veränderung ihres Wohnsitzes innerhalb Landes vom Abfuhrsgelde betr. (N. C. C. T. XI. S. 2695. — Rabe, Bd. 8. S. 161), im §. 12. <sup>1)</sup> zu den „wirklichen unmittelbaren Staatsdienern, welchen die vorstehende Befreiung vom Abfuhrsgelde zustehen soll“, unter andern auch „diejenigen Geistlichen und Schullehrer, welche aus K. Fonds salarirt, oder auch, ohne ein solches Salarium zu genießen, von den Staatsbehörden selbst zu Seelsorgern oder zu Verwaltung eines Schulamts berufen oder bestellt werden.“ Noch bestimmter und ausführlicher motivirt wurde dies ausgesprochen durch das G. R. des Min. der J. (v. Kamph) v. 4. März 1834 an sämtl. K. L. G. Präs. und Ober-Prokur. in der Rheinprov., betr. die Verhältnisse der Schullehrer als öffentl. Beamte und die Mängel der von dens. begangenen Züchtigungs-Excesse.

Nachdem kürzlich in einem Erkenntnisse der Grundsatz ausgesprochen war, daß obrigkeitlich angestellte Schullehrer und insonderheit Elementar-Schullehrer nicht als öffentliche Beamte anzusehen, und daher wegen Amtsvergehen in Gemäßheit der A. R. D. v. 6. März 1821 <sup>2)</sup> nicht nach altpreussischen Gesetzen zu beurtheilen seien; so eröffne ich Gw. zc., in Folge der darüber mit dem K. Min. des öf. Unt. stattgehabten Kommunikation, daß gedachter Grundsatz überall nicht zu rechtfertigen ist, sondern vielmehr öffentlich angestellte Schullehrer und insonderheit auch die Elementarlehrer, auch in obberegter Beziehung allerdings Verwaltungsbeamte sind. Unter den letzteren werden nach bekanntem öffentlichen Sprachgebrauche alle diej. verstanden, welche nicht zu den in richterlicher Qualität fungirenden Beamten

1) Auch mitgetheilt A. XIV. S. 181. — Aus dieser B. erhellt zugleich: in wiefern Schullehrer zu mittelbaren oder zu unmittelbaren Staatsdienern zu rechnen sind. Ueber diesen Unterschied bemerkt Vergius, Preußen in staatsrechtlicher Beziehung, S. 272:

Die Civilbeamten „stehen entweder in unmittelbaren Diensten des Staats an gewisser dems. untergeordneter Kollegien, Korporationen und Gemeinden“ (§. 62 A. L. R. Th. II. Tit. 10.). Die Unterscheidung der unmittelbaren von mittelbaren Beamten hat zuweilen Schwierigkeiten. Ohne Zweifel sind aber zu den ersteren alle die zu rechnen, die vom Staate ein Gehalt beziehen, davon Beiträge zum Pensionsfonds entrichten müssen, und deshalb auf Pension aus Staatsmitteln Anspruch machen; und zu den letzteren die Beamten, die nach Vorschrift einer der Städte-Ordnungen bestellt sind, so wie die Beamten der Prov. und der Kreis-Stände. Bei manchen Beamten ist es aber zweifelhaft, ob sie mittelbare Beamte des Staats, oder Gemeindebeamte sind.

Ferner S. 275:

Da Schulen und Universitäten Veranstellungen des Staats sind, so genießen alle sowohl ordentliche als außerordentliche Professoren, Lehrer und Offizianten auf Universitäten die Rechte der K. Beamten (§. 73. A. L. R. II. 12.), woraus unmittelbare Civilbeamten zu verstehen sind (§§. 104. ff. A. L. R. II. 10.). Auch die Lehrer an Gymn. und anderen höheren Schulen werden als Beamte des Staats angesehen (§. 65. A. L. R. II. 11.). Dies gilt auch überhaupt von den Lehrern an öffentlichen Schulen (§. 28. ibid. §. 499. A. L. R. II., 20.).

Soll mit dem Schlusse gesagt sein, daß alle öffentl. Lehrer als unmittelbare Civilbeamte anzusehen seien, so ist das nach der obigen B. unrichtig. Auch die unten angeführte Verf. v. 16. Juli 1851, dagegen aber die Bemerkung zur G. Verf. v. 31. Okt. 1841 (s. unten). — Daß Privatschulhalter nicht zu den Staatsdienern gehören, bemerkt die Resol. v. 15. Jan. 1830 (s. oben S. 303). Im Allg. handelt über die Frage: welche Beamte als im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienst stehend zu erachten, die auf amtlicher Prüfung beruht. Erörterung in Goldammer's Materialien zum Strafgesetz. (Berlin 1851. 1852) Bd. 1. S. 517—519.

2) G. S. 1821. S. 30. Gegenwärtig antiquirt durch die unten sub III. 1. und 4. folgende neue Gesetzgebung über Disziplinar- und andere Untersuchungen.

ren. Dieser Begriff wird offenbar zu eng genommen, wenn er nur auf die, welche einen Theil der Regierungsgewalt verwalten, und würden dem selbst in dieser Beschränkung die öffentlichen Schullehrer Verwaltungsbeamte sein, da sie ebenfalls den zu ihrem Amtsbereich gehörenden Theil des öffentlichen Schulwesens, nach den von der Reg. darüber getroffenen Anordnungen, administrieren. Es sind daher die Schullehrer ohne allen Anstand und Zweifel stets in die Kategorie der Verwaltungsbeamten gerechnet, und von des Königs Maj. Al. darunter begriffen.

In eben dem Erkenntnisse ist auch der Grundsatz angenommen, daß der von einem öffentl. Schullehrer begangene Züchtigungs-Exzeß kein den Vorschriften der P. O. v. 6. März 1821 unterliegendes Dienst-Vergehen sei. Auch dieser Grundsatz ist, insofern nicht von einer Handlung die Rede, welche auch außer den Rechtsverhältnissen begangen werden kann, nicht zu rechtfertigen, da unter dem Dienst-Vergehen, außer den Fällen einer in That oder Unterlassung begangenen Untreue an den nach Amtspflicht wahrzunehmenden Interessen des Dienstes, auch jede in sonstiger Beziehung unter ein Strafgesetz fallende Handlung eines Beamten zu subsummieren ist, welche von ihm, wenn zwar mit Ueberschreitung seiner wirklichen amtlichen Befugnisse, durch die Handlung selbst, oder durch Inhalt und Weise ihrer Ausübung, doch in der Qualität eines an und für sich öffentlichen Aktes oder als Theil eines solchen ausgeübt worden.

(Ann. XVIII. S. 101. — Jahrb. Bd. 43. S. 117. — Gräff, VIII. 9.)

Gegenwärtig ist diese Frage entschieden durch die Staatsverfassung v. Jan. 1850, welche im Art. 23. bestimmt:

Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener.

## II. Die Amts-Obliegenheiten des Volksschullehrers. <sup>1)</sup> Allgemeine Instruktionen.

Da die ältern im allg. Theile gegebenen Schulreglements den An-

1) Ueber die Rechte und Pflichten der Civilbeamten bestimmt im Allg.

a) das A. L. R. im Tit. 10. des II. Th., nachdem §. 85. auf die Amts-Obliegenheiten verweist, Folgendes:

§. 88. Wer ein Amt übernimmt, muß auf die pflichtmäßige Führung desselben die genaueste Aufmerksamkeit wenden.

§. 89. Jedes dabei begangene Versehen, welches bei gehöriger Aufmerksamkeit und nach den Kenntnissen, die bei der Verwaltung des Amtes erfordert werden, hätte vermieden werden können und sollen, muß er vertreten.

§. 90. Vorgesetzte, welche durch vorschriftsmäßige Aufmerksamkeit die Amtshandlungen ihrer Untergebenen hätten hindern können, sind für den aus Vernachlässigung desselben entstehenden Schaden, sowohl dem Staate, als einzelnen Privatpersonen, welche darunter leiden, verhaftet.

§. 91. Doch findet in beiden Fällen (§§. 89. 90.) die Vertretung nur als Ersatz statt, wenn kein anderes gesetzmäßiges Mittel, wodurch den nachtheiligen Folgen eines solchen Versehens abgeholfen werden könnte, mehr übrig ist.

§. 104. Civilbediente werden in ihren Privatangelegenheiten nach eben den Rechten und Pflichten, wie andere Bürger des Staats, beurtheilt.

b) Ferner wird im 13. Tit. des I. Th. des A. L. R. vorgeschrieben:

§. 41. Geschäfte eines öffentl. Amtes soll Niemand eigenmächtig einem Andern an seiner Statt auftragen.

§. 42. Ist es dennoch geschehen, so sind die Handlungen des Substituten ungültig, und er sowohl als sein Machtgeber haften, einer für beide, und beide für den wegen alles daraus entstandenen Schadens.

§. 43. War jedoch der Substitut zur Verrichtung von Amtshandlungen dierzu an sich qualifizirt, so wird zwar dadurch, daß der, welchem das Geschäft ursprünglich oblag, ihn dazu eigenmächtig substituirte, die Handlung selbst noch nicht ungültig.

sprüchen einer fortgeschrittenen Zeit nicht mehr genügten, ein allgem. Schulgesetz aber vergeblich auf sich warten ließ, so blieb nichts übrig, daß die Amts-Obliegenheiten der Volksschullehrer in einzelne Regier. Instruktionen zusammengefaßt wurden. Dies geschah vor Allem

1) durch die Instr. der Reg. zu Merseburg v. 1. März 1822 für Schullehrer, welche mittelst des R. des Min. der G. U. u. M. An 16. März 1826 den übrigen Regierungen mit der Aufforderung, die Instr. zu entwerfen, zugesandt wurde. <sup>1)</sup> Dieselbe lautet:

Da in mehreren Fällen wahrgenommen worden ist, daß Schullehrer ihre lichen Obliegenheiten und ihr gesellschaftliches Verhältniß zu den Predigern ihres nicht immer richtig erkennen und pünktlich beobachten, so sehen wir uns veranlassende Vorschriften, welche in den bestehenden Gesetzen begründet sind, durch in Erinnerung zu bringen, und die, welche sie betreffen, zu genauer Ausführung und Aufrechterhaltung derselben anzuweisen.

I. Der Prediger ist überall als Lokal-Inspektor der nächste Vorgesetzte Schullehrers, sowohl in Schul- als auch in Kirchensachen, sofern mit dem Amte ein Kirchendienst verbunden ist.

II. Der Schullehrer ist daher dem ihm vorgesetzten Prediger in allen Angelegenheiten pünktlichen Gehorsam schuldig, und hat sich in Allem, was Amtsführung betrifft, zunächst an ihn zu wenden.

III. Sollte der Schullehrer glauben, daß ihm von seinem Prediger Ungebührliches zugemuthet werde, so hat er zwar dessen vorerst Folge zu lassen, es steht ihm aber frei, demnächst Anzeige bei dem Superintendent. der Diöz. machen.

§. 44. Derjenige, welcher sich eine solche eigenmächtige Substitution maaßt, soll, nach Bewandniß der Umstände, mit verhältnißmäßiger Geld- oder fängnißstrafe belegt werden.

§. 45. Auch von dieser Strafe bleibt ein Beamter frei, welcher durch Krankheit oder anderen Zufall die Geschäfte seines Amtes zu verwalten, auf eine Zeit außer Stand gesetzt worden, und auf so lange, bis von seinem Vorgesetzten, in einstweiliger Versetzung desselben, Anstalten getroffen worden, solche Amtshandlungen, die keinen Aufschub leiden, Andern, welche zu Geschäften von gleicher öffentlich bestellt und verpflichtet sind, aufgetragen hat.

c) Jeder Beamte ist übrigens verpflichtet, über Gegenstände seines Amtes Verschwiegenheit zu beobachten. Ohne amtliche Veranlassung er daher über dieselben weder mündliche noch schriftliche Mittheilungen machen, zur Publizität bringen: R. D. v. 31. Dec. 1825 D. X. (s. in Th. I. S. — R. D. v. 21. Nov. 1835 (G. S. 1835 S. 237).

d) Wegen des Verhaltens der Beamten überhaupt vgl. auch in der Instr. v. 23. Okt. 1817:

c) wegen Behandlung der Beamten;

§. 38. Gegen Beamte, welche lau in Erfüllung ihrer Pflichten sind, zu nachlässigen oder gar absichtlich verlegen, oder ihr Amt dazu mißbrauchen, um ihren Eigennuß oder andere Privatlebenssorgen und Nebenrücksichten zu befriedigen, muß ohne die geringste Nachsicht, ohne den mindesten Unterschied, was Stand und Ranges sie sind, mit aller Energie und Strenge verfahren, und eben so müssen Subjekte in öffentl. Bedienungen gelitten werden, die durch ihr Privatgleichgültigkeit gegen Religion und Moralität an den Tag legen, oder sich durch ihren Wandel verächtlich machen, wozu auch Trunkenheit und Spiel Sie entehren das Vertrauen, welches der Staat in sie bei ihrer Wahl gesetzt und sind unwerth, der öffentlichen Sache zu dienen.

Beamte, welche mit Treue, Wärme und Fleiß ihre Berufspflichten ausüben, aber auch mit Diskretion und Aufmunterung behandelt, dem mehr oder weniger Grade ihres Diensteifers und ihrer Fähigkeiten nach ausgezeichnet und bei geeignenden Gelegenheiten befördert und verbessert werden.

1) Wörtlich gleichlautend mit dieser Instr. ist die Instr. des Konf. zu v. 14. Okt. 1826 für die evang. Schullehrer auf dem Lande, welche zugleich das Amt eines Vorlesers oder Küsters verwalten. (A. X. S. 1031.)

In allen Angelegenheiten eines Schullehrers, welche durch Hülfe oder des Ortspredigers nicht beseitigt werden können, ist dessen nächste Kirchen- und Schul-Inspektion der Diöcese<sup>1)</sup>, und er hat dies, woere Umstände eintreten, bei seinem Anbringen nicht zu übergehen.

Im Kirchendienste darf der Schullehrer sich nie von einem Andern ver- einzelne Geschäfte dess. durch Andere verrichten lassen, wofern er nicht liche Erlaubniß seines Predigers eingeholt hat.

Der Schullehrer, der zugleich Kirchendiener ist, soll beim öffentlichen, so wie bei andern kirchlichen Amtsverrichtungen, nie anders als in leibung erscheinen.

Beim Orgelspielen soll er alles vermeiden, was gegen die Würde des streitet, namentlich zum Ausgange, wie Volkslieder, Märsche, Tänze, e die Andacht zerstreuende Musikstücke spielen.

Die Kirchenlieder soll er von dem Prediger, zu der von diesem besitzt, selbst abholen, und, ohne besondere Verhinderung und diesfalls an- Entschuldigung, sie nicht von Andern abholen lassen.

Während des Gottesdienstes soll der Schullehrer sich nicht aus der renen, auch über die dort versammelte Schulkjugend stets Aufsicht

ri Amtshandlungen des Predigers in der Gemeinde hat der Schullehrer, stener, dens. in schwarzer Kleidung zu begleiten, und die vasa sacra zu r Prediger wird darauf sehen, daß solche Amtshandlungen, wo irgend ht in die Schulzeit fallen.

So der Prediger verhindert wird, den öffentlichen Gottesdienst zu hal- r Schullehrer sich nicht weigern, an dessen Statt und nach dessen An- e gedruckte Predigt vorzulesen, oder mit der Schulkjugend zu fa-

In keinem Falle darf der Schullehrer etwas Anderes in der Kirche vor- was ihm vom Prediger dazu gegeben ist; eigene Arbeiten nie, wenig- ohne ausdrückliche Erlaubniß des Predigers in besonderen Fällen.

Beim Vorlesen oder Katechisiren darf der Schullehrer die Kanzel oder icht betreten.

In seinem Schulamte darf sich der Schullehrer, ohne Bewilligung des durch einen Andern nicht vertreten, noch sich von einem Andern Hülfe

Die Anordnung des Lektionsplans steht, unter Genehmigung des Su- Prediger zu. Dieser wird den Schullehrer dabei hören; es darf aber Plan weder eigenmächtig abändern, noch willkürlich von ihm ab-

Die jeden Orts festgesetzten Schulstunden soll der Schullehrer pünkt- sie weder abkürzen, noch willkürlich brechen; auch nicht um eines Ne- willen eine dersh. eigenmächtig aussetzen.

Beim Unterrichte soll der Schullehrer jedesmal vollständig und anstän- sein, auch sich während dess. jeder Nebenarbeit, und noch vielmehr des krauchens oder anderer Unschicklichkeiten enthalten.

Der Unterricht soll täglich, Vor- und Nachmittags, mit kurzem Ge- debete anfangen, auch mit Gesang beschloffen werden.

In allen Schulsachen hat der Schullehrer den Anweisungen des Pre- §. 2. und 3., Folge zu leisten, und seine Winke zu benutzen. Neue nd Lehrbücher dürfen, erstere nicht ohne Genehmigung des Superint., ohne Genehmigung der Prov.-Schulbehörde, eingeführt werden.

Nächst dem Unterrichte hat der Schullehrer auch für die sittliche Erzie- hulkjugend an seinem Theile zu sorgen, und zu dem Ende die Schul- weisem Ernste und ruhiger Besonnenheit zu handhaben.

Die Ordnung des Schulbesuchs anlangend, soll der Schullehrer die a Schullisten und die täglichen Versäumnis-Tabellen unausgesetzt und ttführen. Letztere sind dem Prediger monatlich vorzulegen, und der

---

ie Behörde wurde durch Schulvorstände ersetzt. Arg. B. v. 1. Juni 1861. S. 167.



Schullehrer hat aus dens., bei eigener Verantwortlichkeit, dens. Auszug monatlich anzufertigen, dessen sich der Prediger weiter bedienen wird, um wegen der einer Rüge oder Abmündung bedürftenden Versäumnisse, dem in jeder Ephorie vorgeschriebenen Geschäftsgange gemäß, das Nöthige zu besorgen.

XXII. Die Schulstube soll stets reinlich und ordentlich gehalten, und bloß für den Schulzweck benutzt werden. Hiervon ist, wo das Schulhaus außer der Schulstube noch eine besondere heizbare Wohnstube enthält, nicht die geringste Ausnahme, zu Gunsten der Familie oder der Wirthschaft, zu gestatten. Wo dies der Fall noch nicht ist, muß wenigstens während der Schulzeit alles vermieden werden, was die Ruhe und die Aufmerksamkeit stört oder dem Anstande zuwider ist.

XXIII. Alles, was zur Vorbereitung des Unterrichts gehört, als das Verschriften, die Durchsicht und Korrektur schriftlicher Arbeiten u. dgl., hat der Schullehrer außer der Schulzeit zu besorgen.

XXIV. Zu jeder Reise, sowie zu jeder Entfernung von dem Schulorte während eines ganzen Tages oder über Nacht, bedarf der Schullehrer die Genehmigung seines Predigers. Soll die Reise länger als drei Tage dauern, so ist auch die Genehmigung des Superint. nöthig. Ueberhaupt aber kann diese nur dann ertheilt werden, wenn nachgewiesen ist, wie die Schule während der Abwesenheit des Lehrers verwaltet werden soll.

XXV. Die Zeit und Dauer der Schulferien wird von dem Prediger mit Genehmigung des Superintend. bestimmt. Auch einzelne Schulstunden, so wie ein halber oder ganzer Schultag, dürfen nur mit Erlaubniß des Predigers freigegeben werden.

XXVI. Von allen, in Obigem nicht ausdrücklich benannten Obliegenheiten, welche einem Schullehrer oder Kirchendiener durch Gesetz, Observanz oder in Folge seiner persönlichen Bestallung zukommen, hat keiner sich dadurch, daß ders. hier keine Erwähnung geschieht, für entbunden zu halten.

(Reigebaur S. 132.)

2) Ausführlichere Bestimmungen enthält die Instr. der Reg. zu Gumbinnen v. 18. Nov. 1829 für die Landschullehrer des Gumbinner Reg. Bezirks.

Dieselbe ist laut der sie begleitenden B. der Reg. zu Gumbinnen v. 18. Nov. 1829 (N. XIII. S. 835) von dem Min. der G. u. N. Angelegenheiten mit Zusätzen versehen und unterm 22. Juni dess. J. genehmigt worden. Sie lautet:

#### Nothwendigkeit zur Instruktion.

Da nach unserer Erfahrung nicht selten gegen die einzelnen bestehenden B. in Angelegenheiten des Volksschulwesens aus Unbekanntheit mit dens. gefehlt wird, so finden wir uns veranlaßt, selbige in nachfolgender Instr. zusammenzustellen, und allen Landschullehrern unseres Depart. zur genauesten Beachtung in Erinnerung zu bringen.

#### Verhältniß zum Schul-Vorstande und besonders dem Kirchspiels-Pfarrer.

§. 1. Die Landschullehrer stehen zunächst unter Aufsicht des Schulvorstandes, dessen erstes Mitglied der Pfarrer des Kirchspiels ist, wie dies die Instr. für Schulvorstände v. 16. Mai 1816 (Amtsbl. S. 249) festsetzt, und haben daher Dens. in allen, die Verwaltung der Schule, das Innere des Schulwesens, den Unterricht, namentlich in der Religion, die Lehrmethode, Schulzucht u. und ihren eigenen Lebenswandel betr., auf gesetzliche B. gegründeten Anordnungen unbedingtem Gehorsam zu leisten, auch besonders dem Pfarrer die ihm als Vorgesetzten gebührende Ehrerbietung zu beweisen.

1) Diese Instr. ist durch die Schulordn. für Preußen v. 11. Dec. 1845 (B. v. in Th. I. S. 103) nicht beseitigt, da sie fast ausschließlich in jener unberührten Gegenstände betrifft. — Mit der Instr. wurde den Schulen zugleich ein Exemplar abdruck der darin allegirten Amtsbl.-Verordn. mitgetheilt. Derselbe konnte nicht wiederholt werden, da betr. Orts die entsprechenden allg. Verf. gegeben sind. B. statt der Instr. für Schulvorstände v. 16. Mai 1816 (§. 1.) die zu Grunde liegende Min.-Instr. v. 28. Dec. 1812.

Alle Anträge gehen durch den Schulvorstand.

. Sie haben sich daher auch mit ihren Anträgen, Wünschen und Bes., mögen diese eine Abänderung der bestehenden Schuleinrichtung, die Ver- des Lehrapparats und des Schulutensilien, oder ihre eigene amtliche Stel- effen, an den vorgeordneten Schulvorstand zu wenden, der, wenn es außer jugniß und Macht liegt, darauf selbstständig das Erforderliche anzuordnen, je, mit seinem Gutachten begleitet, durch den Kreis-Superint. vorzutras-

#### Ausnahmen.

. Nur in den Fällen, wenn wider Erwarten ihre Anträge (§. 2.) un- igt bleiben, sie auch bei dem Superint. keine Abhülfe finden, wenn sie den auch vom Superint. bestätigten Anordn. des Schulvorstandes das Schule nach ihrem Gewissen gefährdet, oder sich in ihren Rechten ver- en sollten, haben sie sich unmittelbar an uns mit vollständiger schriftli- ßellung des Sachverhältnisses zu wenden, sich aber bei strenger Ahndung unbegründeten Beschwerde zu hüten.

Verhalten bei den Schul-Revisionen und den Konferenzen.

. So wie sie bei den angeordneten, öfteren, wo möglich wöchentli- ul-Revisionen durch den Schulvorstand und namentlich durch den Pfarrer spiels, als Schulinspektor, dems. über alles, was ihre Amtsverwaltung vollständige Auskunft mit gebührender Bescheidenheit zu geben haben, so uch verpflichtet, sich zu den monatlichen Schullehrer-Konferenzen, welche l haben, theils mündlichen Bericht über den innern und äußern Zustand le, und den Fortgang des Unterrichts im Besonderen, dem Schulinspektor m, theils die Schullehrer in den verschiedenen Lehrobjekten und der Me- zubilden, auch sie über die ganze Schulpraxis zu belehren, bei dem Pfar- dessen genehmigten Stellvertreter zur bestimmten Stunde ohne Ausnahme n, und sich den nöthig befundenen Uebungen zu unterziehen.

Dies ist auch der Fall bei den j. Schullehrern, die nach dem Gutachten s Schulinspektors noch einer Nachhülfe in wöchentlich festzusetzenden Schul- hrer-Konferenzen bedürfen.

unvermeidlichen Behinderungen haben sie sich gegen den Pfarrer über en ihres Ausbleibens vollständig auszuweisen. Sollten außerordentliche er-Konferenzen während der Schulferien zur Fortbildung der schwächern er in einem oder dem andern Kirchspiele angeordnet werden, so gelten ie Bestimmungen auch für diesen Fall.

Die Schulinsp. werden übrigens die passendste Zeit sowohl für die wö- entlichen als monatlichen Schullehrer-Konferenzen bestimmen, damit keine törung des Unterrichts eintrete.

Verhältniß zum Kreis-Superintendenten.

. Nicht minder sind sie verbunden, allen ihnen durch den Schulvorstand ittelbar zukommenden Anordnungen des Superint., als Kreis-Schulinspek- ig Gehorsam zu leisten, seine Erinnerungen und Zurechtweisungen mit heit und Ehrerbietung aufzunehmen, und sich darnach genau zu achten ngeordneten jährlichen Schul-Visitationen aber mit der gesammten Schul- r der Kirche zu erscheinen, die Prüfung der Schule nach der Vorschrift rint. anzustellen, und ihm über den ganzen Zustand der Schule vollstän- gewissenhafte Auskunft zu geben.

Verhalten gegen die Mitglieder des Schulbezirks.

Wenn es von Schullehrern überhaupt schon erwartet werden darf, daß sie sich en musterhaften Lebenswandel, dem auch jede Streitsucht und Zänkereie auszeichnen, und ihrer ganzen Umgebung durch ein rechtschaffenes und Leben ein nachahmungswerthes Beispiel geben werden, so werden sie hier anders ernstlich verpflichtet, in dem Verhältnisse zu den Mitgliedern des rts alles zu vermeiden, was ihnen (z. B. durch die Theilnahme an Trink- die Achtung und den Beifall ders. zum Nachtheil ihrer Schulverwaltung, oder den Frieden und das gute Einverständnis, die zum Gedeihen der ndung so nothwendig sind (z. B. durch unberufene Einmischung in Strei- der Kommune oder einzelner Familien), stören könnte, so weit dies mit ichtgefühl und Gewissen nur immer verträglich ist. Für die Einziehung ul-Naturalien und anderer Emolumente haben sie den Schulvorstand allein

sorgen zu lassen, an den sie sich auch bei allen Neu- und Reparatur-Baut Schulhäuser mit ihren Wünschen zu wenden haben.

Was die jährliche Besorgung des Brennmaterials für die Schule betrifft ist unsere B. v. 10. April 1818 (Amtsbl. S. 369) genau zu beachten. Es wird hiermit allen Landschullehrern mit Bezugnahme auf unsere G. Verf. Dft. 1827 die Uebernahme jedes Nebenamts oder Gewerbes, wenn sie hierzu auch eine Genehmigung auf dem §. 2. angeordneten Wege vorher nachgesucht erhalten haben, bei strenger Ahndung im Uebertretungsfalle untersagt. Dasselbe gilt dies auch von der Uebernahme eines Amtes bei den Dorfgerichten, zu Ablehnung sie nach dem Publ. v. 15. Aug. 1815 wegen der Einrichtung der Gerichte (Amtsbl. S. 417) ausdrücklich berechtigt sind.

Konservation des Schulhauses, Einrichtung der Schulstube.

§. 7. Es liegt den Schullehrern ob, durch strenge Reinlichkeit und Ordnung für die Erhaltung des Schulgebäudes Sorge zu tragen, und der Schulstube durch die in der eigenen Haushaltung herrschende Ordnung, Reinlichkeit und ständige Einrichtung den Sinn für diese, häusliche Wohlfahrt befördernden Eigenschaften einzupflügen.

Die Schulstuben selbst sind in der Art, wie es unsere B. v. 22. Aug. (Amtsbl. S. 720) bestimmt, einzurichten, und haben die Schullehrer es dabei zu vergeffen, daß, wie sie selbst nur der Schuljugend wegen da sind, so auch Schulhäuser hauptsächlich nur des Lehrzimmers wegen erbaut sind, welches daher nur zu Lehrzwecken und keinesweges zur Aufstellung Hausgeräthe oder zu sonstigem Gebrauch benutzt werden darf. Dasselbe gilt auch für die Ferienzeit.

Die Uebertretung dieser B. wird überall auf das Strengste geahndet werden eben so wird erwartet, daß sie selbst, so wie besonders in der Schulstube auf die größte Reinlichkeit zu halten ist, wozu besonders auch frische Luft gehört, stets reinlich bei dem Unterrichte erscheinen.

Der Unterricht ist das ganze Jahr außer den Ferien zu erteilen. Urlaub gesucht. Die Jugend darf nicht zu häuslichen Geschäften des Lehrers gebraucht werden.

§. 8. Da die Schullehrer die Bestimmung haben, die gesammte Schulpflicht des Schulbezirks in den öffentlichen Lehrstunden nach dem angeordneten Lehrstundenplan zu unterrichten, und ihre religiös-sittliche Bildung, soweit dies die Schule nur möglich ist, sich vorzüglich angelegen sein zu lassen, so folgt daraus auch ihre Verbindlichkeit:

- a) das ganze Jahr hindurch mit Ausnahme der gesetzlichen Ferien (§. 10) diesem Geschäfte mit aller Hingebung und Anstrengung aller ihrer Kräfte sich zu widmen;
- b) den Unterricht daher auch nicht einen halben Tag ohne Vorwissen und drückliche Genehmigung des Kirchspiels-Schulausschusses auszusetzen. nothwendigen Behinderungen kann der letztere einen eintägigen bis zu fünf tägigen Urlaub erteilen. Zu einer längeren Abwesenheit und Ausfall des Unterrichts ist der Urlaub durch den Schulvorstand, der die einstweilige Stellvertretung auch anzuordnen hat, bei dem Superint. nachzusuchen hierüber in zweifelhaften Fällen vor Ertheilung des Urlaubs anzufragen;
- c) während der ganzen Unterrichtszeit in der Schule gegenwärtig zu sein, dem Anfange des Unterrichts, so wie in den der Jugend zu gewöhnlichen Pausen zur Erholung, genaue Aufsicht über sie zu führen, die sich auf die Jugend aus den der Schule assoziirten Ortschaften, wo örtliche Verhältnisse es etwa unvermeidlich machen, daß sie während der Mittagsstunden in der Schule bleibt, erstrecken muß. Für jede Unordnung, welche während der Schulzeit vorfällt, bleibt uns der Schullehrer verantwortlich;
- d) während der Unterrichtszeit sich nur allein mit dem Unterrichte zu beschäftigen, also weder selbst, noch durch die Hausgenossen in der Schulstube andere Beschäftigungen, die nicht zu ihrem Berufe gehören, vorzunehmen oder verrichten zu lassen;
- e) kein Schulkind unter irgend einem Vorwande zu häuslichen Verrichtungen während der Schulzeit zu gebrauchen. Wir erwarten auch, daß, so wie

Schullehrer selbst von irgend Jemanden zu Diensten, die nicht ihr Amt sind, gebraucht werden dürfen, sie auch selbst auf die Hülfe der Jugend bei häuslichen Arbeiten außer der Schulzeit unter allen Umständen Ansprüche machen werden.

Jungen können größere Schulkinder aus dem Schulorte selbst zur Hülfe bei der Reinigung und Aufräumung des Schulzimmers nach beendigtem Unterrichte gebraucht werden, bei aber ein gehöriger Wechsel zu beobachten ist.

Verbrauch der Jugend bei Obstbaumpflanzungen neben der Schule, oder Obstbaumschule des Lehrers, ist, da in diesem Falle der Unterricht der Jugend bezweckt wird, wie sich von selbst versteht, in obiges Verbot nicht mit. Doch ist diese Beschäftigung nur außer den gewöhnlichen Stunden vorzunehmen, und sind nur die größeren Schüler, die eine besondere Theilnahme hierfür zeigen, vorzugsweise zu gebrauchen.

#### Ferien.

Die gesetzlichen Ferien bei den Landschulen sind:

1. heil. Abend vor Weihnachten bis und einschließlich zum dritten Tage des Neujahr;

2. Gründonnerstag bis und einschließlich zum Dienstag nach dem Ostersabbat;

3. Bußtage, Himmelfahrtsfeste, vom heil. Abend bis und einschließlich zum Montag nach Pfingsten;

4. 15. Juli bis zum 1. Sept. Sommer-Gründferien für die Oberschüler, welche den Angehörigen bei der Grndtearbeit Hülfe zu leisten haben; vom

1. Juli bis zum 15. Aug. für die kleinere Schulkinder;

5. am Ende des Sept. oder in der ersten Hälfte des Okt. 8 Tage zur Erntestoppel-Grndte. Den Anfang dieser Ferien bestimmt der Kirchspielsvorsteher;

6. der erste Tag jedes Kram-Jahrmarkts am Hauptorte des Kreises. Sollte die jährliche Schulvisitation in einem oder dem andern Kirchspiele vor der Mitte des Juli gehalten werden, so muß auch nach ders. der Unterricht noch bis zum Anfange der Sommer-Gründferien fortgesetzt werden. Schullehrer steht es frei, während letzterer, mit Vorwissen des Schulvorstandes, eine längere Erholungsreise zu machen. Sie haben sich aber so einzurichten, daß sie den Unterricht für die kleinen Schulkinder wieder mit dem 1. Aug. beginnen können.

#### Zeit des Unterrichts in den Wochentagen.

Der öffentliche Schul-Unterricht wird Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags täglich in 6 Lehrstunden erteilt. Der Sonnabend Vormittag, wenn es nöthig ist, nach dem Befinden des Schulinspektors, wöchentlichen oder monatlichen Schullehrer-Konferenzen bestimmt. Doch ist es besser, wenn auch am Sonnabend Vormittag Unterricht in der Schule gehalten wird. Die Unterrichtszeit ist vom 1. Okt. bis 1. Nov. Vormittags von 8 bis 12, Nachmittags von 1 bis 3 Uhr, vom 1. Mai bis 1. Juni Vormittags von 6 bis 11, oder von 7 bis 12, mit einer Pause von 10 bis 11 Uhr, um 8 (oder 9) und 10 (oder 11) Uhr zur Erholung der Jugend.

Die Jugend in dieser Arbeitszeit den Angehörigen Nachmittags Hülfe leisten.

#### Klassenbuch. Tagebuch.

Um bei jeder Schule theils eine Uebersicht aller Kinder, welche selbst haben, nach ihrem Verhalten während ihres ganzen Schullebens, zu theils den regelmäßigen Schulbesuch gehörig zu befördern, sollen die Landschulen zwei Bücher führen, nämlich:

1. das Klassenbuch, mit folgenden Rubriken: 1) laufende Nummer, 2) Vorname und Zuname des Schulkindes, 3) Geburtsort, 4) Stand der Eltern, 5) Tag der Aufnahme, 6) Alter bei der Aufnahme, 7) Tag der Entlassung, 8) Verhalten dess. während des Schulbesuchs in Betreff des Fleißes und der Erziehung. Sobald ein Schulkind in die Schule aufgenommen wird, ist es selbiges einzutragen. Dem Klassenbuche wird das vom Superint. revidirte Verzeichniß des ganzen Inventariums der Schule, in das jeder Abgang vom Lehrer einzutragen ist, vorgeheftet, das zweite Exemplar

dieses Verzeichnisses bleibt zur gleichmäßigen Berichtigung nach u. Verf. v. 25. Aug. 1827 bei dem Pfarrer des Kirchspiels;

- 2) das Tagebuch, mit folgenden Rubriken: 1) laufende Nummer, und Name des Schulkindes, 3) Schulbesuch, 4) Betragen der 5) offene Rubrik zu Bemerkungen für den Schulaufsicher. Siehe der Instr. für die Schulvorstände (cf. §. 1.) zu verfahren.

Der Pfarrer trägt in dieses nach der gedruckten G. B. v. 1825 bei jeder Revision in der zu Bemerkungen offen gelassene seinen Revisionsvermerk ein.

Beförderung des Schulbesuchs. Aufnahme und Entlassung.

§. 12. Die Schullehrer haben darauf zu sehen, daß alle schulpflichtig der der Sozietät auch die Schule von dem in den Gesetzen bestimmten bis zur kirchlichen Konfirmation oder dem Zeitpunkte, wo sie nach dem des Kirchspiels Pfarrers für reif zur Entlassung erklärt werden, regelmäßig unterbrochen besuchen, wie solches in der A. R. D. v. 14. Mai 1825 <sup>1)</sup> ist; sie haben ferner ein besonderes Augenmerk auf die in dem Schulbezirk den Dienstkinder und die Kinder der anziehenden Kossleute und verheirathete zu richten.

In der Regel soll die Aufnahme neuer Schüler außer der Mi- und Osterzeit, als der zweckmäßigsten, nur ausnahmsweise fange des Vierteljahrs, die feierliche Entlassung der Schüler, denen Zeugniß über Schulbesuch, Fleiß, Verhalten und Fortschritte zu ertheilen einmal unmittelbar vor der kirchlichen Konfirmation stattfinden. Besondere Fälle werden in einzelnen Fällen nur eine Ausnahme rechtfertigen können.

Zur Beförderung des regelmäßigen Schulbesuchs haben sie nach u. Verf. v. 19. Mai 1828 in der Mitte und am Schlusse jedes Monats den vorstande die Liste solcher Kinder, die in einem halben Monate zusammen zwei volle oder vier halbe Schultage den Unterricht versäumt haben, mit der ihnen bekannt gewordenen Ursachen zu übergeben, damit dieser die in v. 5. Jan. 1819 (Amtsbl. S. 197) angeordnete Strafe nach Befinden stände festsetze, und auf deren schnelle Einziehung bei dem Kreis: L antrage.

In dem Tagebuche ist von den Schullehrern zu bemerken, ob und i Liste angefertigt und übergeben sei.

Lehrbücher. Tafeln.

§. 13. Die Schullehrer haben darauf nachdrücklich zu halten, daß, Schulstube mit allen nöthigen Subsellien und andern Utensilien (§. 7.) sein muß, so auch alle Schulkinder die zum Unterrichte erforderlichen Lehr Tafeln u. mitbringen. Für die ärmeren Schulkinder müssen a Schulkasse einige der unentbehrlichsten Lehrmittel, als Schi feln, Bibeln, Lesebücher u. s. w. angeschafft werden, für der haltung der Lehrer zweckmäßige Sorge zu tragen hat. Die Beachtung unserer B. v. 2. Nov. 1821 (Amtsbl. S. 718) wird ihnen hier verholentlich empfohlen.

Unterrichts-Gegenstände. Haupt- und Nebensachen.

§. 14. Damit ein geregelter Unterricht, der jedem Gegenstande na Wichtigkeit die angemessene Zeit und Stunde widmet, stattfinde, soll jeder einen vom Pfarrer als Schul-Inspektor entworfenen, vom Kreis-Superint. ten Lektions- und Stundenplan, der in der Schulstube aufzuhängen ist, hab welchem sich die Schullehrer genau zu richten haben.

Um bei dem Unterrichte jedem Mißverhältnisse vorzubeugen, setzen Norm für die anzufertigenden Lektionspläne hier fest.

In jeder Landschule sind folgende Unterrichtsgegenstände ganz unentbehrlich

- a) richtiges, deutliches und ausdrucksvolles Lesen, wobei auf das richtige Verständnis des Lehrstoffes und die Geschicklichkeit, das Gelesene wieder zählen, hinzuwirken ist;
- b) genaue Bekanntschaft mit allen wichtigen biblischen Geschichten nach

1) G. G. 1825. S. 149.



mäßiger Auswahl, nebst angemessenen Lieberverse und Sprüchen aus der heiligen Schrift als religiös-sittliches Bildungsmittel, demnächst Glaubens- und Sittenlehre nach dem kirchlichen Katechismus und daneben Lesen ausgewählter Stellen der heiligen Schrift, mit kurzer Einleitung in die einzelnen zu lesenden Bücher, zuletzt kurze Geschichte der christlichen und besonders der evangelischen Kirche. Hier hauptsächlich die Reformations-Geschichte aus dem religiösen Gesichtspunkte. Nicht nur einzelne Lieberverse und Sprüche, sondern auch ganze Lieder, in welchen ein christlicher Gedanke erbaulich durchgeführt ist, sind dem Gedächtnisse der Jugend auf eine verständige Weise einzuprägen, und ist überhaupt die Bekanntschaft mit Bibel und Gesangbuch, als den wichtigsten religiösen Bildungsmitteln, auf alle Weise zu fördern;

- c) Übung im Schönschreiben, die mit der Zeit auch in Abschreiben des Gedruckten, Nachschreiben des Dictirten und Niederschreiben des auswendig Gelernten übergeht, um die Jugend in der Rechtschreibung zu befähigen, wobei die Übung des Niederschreibens eigener Gedanken bei den Vorgerückten nicht zu unterlassen ist;
- d) Übung im sprachrichtigen, mündlichen und schriftlichen Ausdruck eigener Gedanken und Vorstellungen, nebst praktischer Sprachlehre;
- e) Rechnen. Den Übungen des reinen Kopfrechnens folgt praktische Anwendung der vier Spezies u.;
- f) Gesanglehre als Mittel zur Veredelung des Gefühls und Geschmacks, besonders ist daher der kirchliche Choral-Gesang hervorzuheben, und vor Allem auf Reinheit und Richtigkeit des Vortrags zu halten.

Bei der Wahl der Lieder, welche die Jugend auch auswendig zu lernen hat, ist nicht weniger auf die Reinheit des Inhalts, als die Schönheit der Melodie zu sehen. Auch der Gesang fröhlicher Lieder, die das Leben erheitern und veredeln, muß besonders geübt werden;

g) das Unentbehrlichste:

- 1) aus der Erdkunde, so weit dies erforderlich ist, um die Erde als Weltkörper im Verhältnisse zu Sonne und Mond, (Jahreszeiten, Tag und Nacht, Mond- und Sonnenfinsternisse, Kalenderkenntniß) als Wohnplatz des Menschengeschlechts, besonders nach den klimatischen Unterschieden (physische Beschaffenheit, z. B. ewiger Schnee und Eisberge, brennende Sandwüsten, Weinstock, Palmen, Salzseen, Meere, Ebbe und Fluth, Gebirge, feuerspeiende Berge, heiße Quellen, Ströme u.) kennen zu lernen. Diesem muß aber jedenfalls vorausgegangen sein eine Übung in klarer, verständlicher Anschauung heimathlicher Gegend der die Kinder umgebenden Natur, damit sie in der Heimath die Anknüpfungspunkte finden, auch zu den abweichendsten Erscheinungen in fremden Ländern, wodurch allein richtige Vorstellungen gebildet werden können.

Aus der sogenannten politischen Geographie nur die Haupteintheilung der Erdoberfläche, speziell aber das Vaterland;

- 2) aus der Naturkunde soviel, um die gewöhnlichen atmosphärischen Erscheinungen einigermaßen zu begreifen (Verbannung vom Aberglauben, Allmacht und Liebe Gottes) und die Naturprodukte, welche auch in dem häuslichen Gebrauche des Landmanns oder in seiner Umgebung sind, und sich durch besondere Nützlichkeit oder Schädlichkeit auszeichnen, kennen zu lernen, (Giftpflanzen, Hausthiere, Metalle, einige Gewürze und Heilstoffe u.);
- 3) aus der Geschichtskunde, Geschichte des Vaterlandes, um Achtung für vaterländische Einrichtungen, Sinn für bürgerliche Ordnung, und Liebe für König und Vaterland zu erwecken und zu beleben.

Anmerkung I. In Schulen, wo zur Zeit die Jugend noch in litthauischer oder polnischer Sprache unterrichtet werden muß, darf die tägliche und regelmäßige Übung im Lesen, Sprechen und Schreiben deutscher Schrift und Sprache nicht fehlen.

Anmerkung II. Wenn Schulen bei gründlicher Behandlung der vorangeführten Lehrgegenstände noch Zeit übrig behalten, was überall der Fall

sein wird, wo zwei besondere Klassen mit zwei Lehrern errichtet sind, so kann zu obigen Lehrgegenständen noch:

- a. das linealische Zeichnen zur Uebung des Augenmaasses und der Sicherheit der Hand, auch als Bildungsmittel des Geschmacks;
- b) die Formenlehre, (welche mit ersterem allenfalls verbunden werden mag), als Uebung des Kombinations-Vermögens und Vorbereitung zur Größenlehre, demnachst aber diese selbst als Bildungsmittel der Denkkraft, und als Vorbereitung für mehrere Geschäfte des bürgerlichen Lebens, endlich
- c) die Erd-, Natur- und Geschichtskunde im weiteren Umfange, jedoch mit beständiger Berücksichtigung der eigentlichen Bestimmung der Elementarschule, hinzutreten.

Wir behalten uns vor, den Schullehrern durch die Kirchspiels-Pfarrer noch eine besondere Anweisung zur zweckmäßigen und fruchtbaren Behandlung aller einzelnen Unterrichts-Gegenstände zukommen zu lassen.

Ueber die bei dem Unterrichte in allen Lehr-Objekten anzuwendenden Lehrmethode bemerken wir nur im Allgem., daß die in Schullehrer-Seminarien vorgebildeten Lehrer sich bei ihrem Unterrichte genau nach der ihnen erteilten Anleitung zu richten, die übrigen Schullehrer aber auch hierin die Anweisungen in den Konferenzen besonders zu beachten und zu benutzen haben.

#### Disziplin. Schulstrafen.

§. 15. Da der Hauptzweck der Schule außer dem eigentlichen Unterrichte die religiös-sittliche Bildung der Jugend ist, so erwarten wir von allen Schullehrern, daß sie nicht allein durch ein eigenes würdiges Beispiel und durch den Geist ihrer ganzen Schul-Verwaltung dahin wirken werden, daß auch durch ihre Mitwirkung ein gottergebenes und tugendhaftes Geschlecht, das mit verständiger Betriebsamkeit für den eigenen Wohlstand, Gehorsam, Treue und Anhänglichkeit für König, Vaterland, Obrigkeit und Geseze, so wie Liebe für die allgem. Wohlfahrt verbindet, aus ihrer Schule hervorgehn, sondern daß sie auch überall und jederzeit in der Jugend die Menschenwürde achten und ehren, sich daher auch in der Behandlung derselben nur solcher Mittel bedienen werden, welche den Zweck der Besserung und Stärkung in sittlichen Grundsätzen mit Sicherheit erwarten lassen.

Eine angemessene Abstufung der Strafe und Besserungsmittel, (als Zurückweisung, besondere oder öffentliche Müge, wobei die Lehrer sich jedes Schimpfwerthes als ganz unverträglich mit ihrem Amte zu enthalten haben, Absonderung des Muthwilligen von den anderen Schülern, Herabsetzung des Nachlässigen, Eintragung ihrer Namen in das Tagebuch, Zurückbehalten während der Mittagszeit und ähnliche Mittel), ist immer zu beachten, und dabei nie zu vergessen, daß die Liebe zwar angeregt und gepflegt, nicht aber auf einer Seite erstickt, oder auf der andern in einen schädlichen Ehrgeiz verkehrt werden soll. Daher ist denn auch bei jeder Strafe die besondere Gemüthsart jedes Einzelnen genau zu berücksichtigen.

Sollten einzelne Schüler, was in einer wohleingerichteten Schule, deren Lehrer sein Amt in allen Beziehungen auf eine würdige Art verwaltet, wohl nur sehr selten vorkommen dürfte, einer körperlichen Züchtigung wirklich bedürfen, so darf diese nur von dem Lehrer selbst nach beendigten Lehrstunden mit Berücksichtigung der körperlichen Konstitution des zu bestrafenden Schulkindes und mit der Rücksicht, welche sich von einer väterlichen Gesinnung des Strafenden erwarten läßt, vollzogen werden. Daher wird diese Züchtigung auch nie in dem Grade stattden dürfen, daß sie wirklich bedeutsame, der Gesundheit des Gestraften auch auf entfernte Art nachtheilige Spuren zurückläßt. Faustschläge, Stöße und Schläge am Kopfe oder andere Körpertheile werden an den Schullehrern auf das Strengste selbst mit Amtsentsetzung, geahndet werden müssen. Grobe sittliche Vergehungen einzelner Schüler, als: hartnäckiges Lügen, Entwendung fremden Eigenthums, Beführung anderer Schulkinder, beharrliche Trägheit, troßige Widerspenstigkeit gegen den Lehrer und seine Anordnungen, eignen sich überhaupt zu einer Anzeige bei dem Pfarrer des Kirchspiels, der die dagegen anzuwendenden Besserungs- und Strafmittel mit dem Schullehrer erst zu verabreden, und ihre Anwendung anzuordnen, auch besonders zu bestimmen hat, ob die Strafe in Gegenwart der ganzen Schule oder abgesondert zu vollziehen sei.

Den Schullehrern wird übrigens die A. R. D. v. 14. Mai 1825 (§. 8. 12.) wegen der Schulacht zur genauesten Beachtung in Erinnerung gebracht.

**Kirchenbesuch mit der Schulkjugend.**

§. 16. So wie es von allen Schullehrern überhaupt erwartet wird, daß sie der Jugend die Bestimmungen einer ächten Religiosität einflößen, und daher auch ihr Tagewerk stets mit einem gemeinschaftlichen Gesange und Gebete beginnen und schließen werden, so haben sie denn auch mit den größern Schulkindern gemeinschaftlich dem sonntäglichen Gottesdienste, so oft Wetter und Weg dieses nur gestatten, beizuwohnen.

Sollten die Schüler mit ihren Eltern und Angehörigen zusammen sich zur Kirche begeben, so sind sie von dem Kirchengange unter Aufsicht des Lehrers frei.

Die Schullehrer haben aber in der Kirche während des ganzen Gottesdienstes eine Aufsicht über ihre Schüler zu führen, und Montags in der ersten Unterrichtsstunde mit der Jugend die Sonntags-Predigt zu wiederholen.

**Sonntagsschulen.**

§. 17. Die Sonntagsschulen können in allen Schulörtern, wo sie bisher aufgefunden haben, auch ferner, besonders in den Monaten, wo Witterung und Tag den Besuch der Kirche für ältere kränkliche Personen selbst erschweren, nach genauer Anweisung des Kirchspiels-Schulausschusses, außer der Zeit des öffentlichen Gottesdienstes gehalten werden. Die Schullehrer haben sich in selbigen aber nur auf Gesang und vorgeschriebenes Gebet, Vorlesen des Evangeliums und einer vom Pfarrer genehmigten gedruckten Predigt zu beschränken. Angenehm wird es uns sein, wenn die schon konfirmirten Jünglinge von dem Schullehrer in einer Sonntagsstunde noch im Schreiben und Rechnen, und die schon konfirmirten Mädchen in den Frauen der Schullehrer in einer andern Sonntagsstunde in den nützlichsten weiblichen Handarbeiten geübt werden. Zu diesen Beschäftigungen wären auch die Zeit der Ferien, sowie nach Umständen auch die Abendstunden, zu benutzen.

**Verhalten der Schullehrer als Kirchen-Bediente.**

§. 18. Da die Kirch-Schullehrer, auf welche alle vorstehende Bestimmungen ohne Ausnahme Anwendung finden, zugleich die Verpflichtung gegen die Kirchengemeinde haben:

- a) den Kirchengesang bei dem öffentlichen Gottesdienste und andern kirchlichen Handlungen zu leiten;
- b) die Orgel zu spielen;
- c) den Geistlichen bei unvermeidlichen Behinderungen durch Uebernahme einer Predigt zu vertreten, und ihm in den wöchentlichen Schullehrer-Konferenzen bei der Fortbildung der Kirchspiels-Schullehrer Hülfe zu leisten;
- d) das Duplikat der Kirchenbücher da, wo nicht ein zweiter Geistlicher ist, zu führen, und
- e) den Gesang bei Bestattung der Leichen auf dem Kirchhofe der Gemeinde auf Erfordern zu leiten;

haben wir uns veranlaßt, hierüber als Anhang zu dieser Instr. Folgendes in Erinnerung zu bringen und festzusetzen:

ad a) Die Lieder hat der Kirch-Schullehrer am Tage vor dem Gottesdienste vom Pfarrer abholen zu lassen, auch auf Erfordern des Letztern bei ihm persönlich zu erscheinen, um über das, was sein Geschäft bei dem Gottesdienste betrifft, gehörig instruiert werden zu können. Er hat sich hierbei auf das Genaueste nach den Anordnungen des Geistlichen zu achten. Dagegen haben die Pfarrer dahin zu sehen, daß kirchliche Handlungen, wobei die Gegenwart des Kirch-Schullehrers erforderlich ist, außer der Unterrichtszeit stattfinden.

ad b) Bei dem Spielen der Orgel, für deren gehörige Konsevation der Kirch-Schullehrer zu sorgen hat, muß ders. sich des vorgeschriebenen Choral-Buchs bedienen, damit nicht die Andacht der Gemeinde durch abweichende Melodien gestört werde, sich auch überhaupt bemühen, daß sein ganzes Spiel der gottesdienstlichen Feier angemessen, und zur Erhebung der Andacht geeignet sei.

In Krankheits- oder andern Fällen unvermeidlicher Behinderung hat er für einen qualifizirten Stellvertreter, der dem Pfarrer vorher zeitig anzuzeigen, und von ihm erst zu genehmigen ist, zu sorgen.

- ad c) Kirch-Schullehrer, die nicht Theologie studirt, oder noch 1  
 laubniß zum Predigen nach vorher bestandnem Examen er-  
 dürfen bei der Stellvertretung des Geistlichen die Kanzel ni-  
 sondern müssen die von dem Letzteren vorgeschriebene Predi-  
 dabei eine Abweichung zu erlauben, von dem Orgel- oder  
 Chöre, oder an den sonst hiezu bestimmten Stellen auf ei-  
 liche und wohlgefällige Art der Gemeinde vorlesen. Es w-  
 daß sie hiebei, so wie bei allen andern Geschäften des öffen-  
 tesdienstes, in einer anständigen schwarzen Kleidung ersche-  
 wenn sie nicht selbst die Predigt vorzulesen oder zu halten  
 Predigt des Pfarrers ohne Unterbrechung beiwohnen werde

Bei der Fortbildung der Lehrer in den Konferenzen i-  
 nach der Anleitung des Pfarrers genau zu achten, und von  
 dahin nach Möglichkeit zu wirken, daß der Zweck vollständig ei-

- ad d) Duplikate der Kirchenbücher, nämlich der Tauf-, Kopulation-  
 ten-Register müssen von ihnen mit der größten Genauigkeit  
 wohl aufbewahrt werden.

- ad e) Durch das Geschäft des Leichen-Befingens darf der Schu-  
 unter keinen Umständen unterbrochen werden. Wenn die  
 lehrer behindert sind, das Geschäft in einzelnen Fällen i-  
 richten, so haben sie selbiges einem von den Pfarrer zu g-  
 Stellvertreter, mit dem sie sich privatim über die Remuner-  
 müssen, zu übertragen.

Mittheilung der Instruktion an alle Schullehrer.

§. 19. Vorstehende Instruktion mit den dazu gehörigen Beilage  
 Schullehrer zur genauesten Beachtung zugefertigt, dem Klassenbuche  
 und jeder Schullehrer bei seiner Einführung und Vereidigung auf dies.  
 werden.

(N. XIII. S. 836.)

### III. Die persönlichen Verhältnisse des Volksschul

Unter den persönlichen Rechten und Pflichten eines Volks  
 welche durch seine amtliche Stellung bestimmt werden, ist zun-  
 führen:

#### 1) das politische Verhalten.

Von jeher hat das politische Verhalten der Lehrer, und  
 daß das Volk für das bestehende Regierungssystem erzogen wer-  
 merksamkeit der Behörden in Anspruch genommen. Ältere Bei-  
 über sind schon oben S. 440 ff. zusammengestellt, wo von der pol-  
 tegrität, als einer Bedingung der Anstellung im Schulsache die A-  
 Hier folgen die neuern B., welche sich vorzugsweise auf das pol-  
 halten schon angestellter Lehrer beziehen. Zunächst beschränkt  
 diesfälligen Vorschriften auf die amtliche Wirksamkeit des

1) Zu erwähnen ist noch eine durch N. des Staatskanzlers v. S.  
 11. März 1820 dem Staatsmin. mitgetheilte R. D. v. 4. März 1821

Ich habe mißfällig bemerkt, daß hin und wieder Meiner jünger-  
 ner, selbst in ihren Amtsfunktionen, in der sogen. altdeutschen Trad-  
 und beauftrage Sie daher zu verfügen, daß sämtliche öffentliche i-  
 fer unschicklichen Tracht sich gänzlich enthalten. Es versteht sich vo-  
 die akademischen und Schullehrer in dieser Bestimmung mit begriffen  
 Friedrich L

An

den Staatskanzler G. Fürsten v. Hardenberg.

(Jahrb. Bd. 15. S. 27. — Gräff Bd. 3. S. 235.)

2) Vgl. auch im folg. Abschn. des N. v. 2. Mai 1831, sowie bei  
 v. 9. Okt. 1848, über die Amnestie für den letzten Aufstand in Posen  
 §. 3. des Disz. G. v. 21. Juli 1852.

So

a) das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 1. Dec. 1848 an sammtl. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die für die Leitung des Schulwesens anzunehmenden Grundsätze.

Die allgemeine Theilnahme an der Entwicklung der politischen Verhältnisse unseres Staats hat sich in allen Sphären des öffentlichen Lebens geltend gemacht, es auch die Schule ist davon nicht unberührt geblieben. Es ist dies eine völlig naturgemäße Erscheinung. Aber es kommt darauf an, über den allgem. Interessen ist die eigentlichen Aufgaben der Schule aus dem Auge zu verlieren. Der Schule, von der Elementar- und Volksschule an bis zu den Gymnasien, ist die Aufgabe gestellt, die ihr anvertrauten Zöglinge nicht allein mit Kenntnissen, welche zu späteren wissenschaftliche Studien oder im praktischen Leben erweitert und ergänzt werden können, auszurüsten, sondern auch, was das Wesentlichste ist, sie zu Staatsbürgern zu erziehen, welche die Religion, die Sitte und das Gesetz achten, ihr Vaterland und ihren Fürsten lieben, welche den Willen und die Kraft besitzen, ihr eigenes Hauswesen zu leiten und mit edler Hingebung sich dem Wohle der Gemeinde und des Staats zu widmen. Daß die Schulen dieser Aufgabe entgegen, verlangen mit Recht die Eltern, die Gemeinden und Bezirke, für deren Wohl sie errichtet sind.

Die Staatsregierung hat dafür zu sorgen, daß ihre Institutionen dem Zwecke und die Organe, denen der Unterricht und die Erziehung anvertraut ist, ihrem Zwecke entsprechen.

Das Preussische Schulwesen hat, wie selbst von dem Auslande anerkannt worden, der besonderen Obforge der Regierung nicht entbehrt. Sie wird ihm auch fernst gewidmet bleiben, und es steht zu erwarten, daß die Mängel, welche sich neben seinen Vorzügen herausgestellt haben, nach den Grundbestimmungen der neuen Staatsverfassung und den noch zu erlassenden Spezialgesetzen, so weit die Bedingungen des Erfolges aller menschlichen Bestrebungen es gestatten, werden beseitigt werden.

Die Regierung Sr. Maj. des Königs hat auch unter den Bewegungen einer neuen Zeit ihren ernstesten Willen und ihre rege Theilnahme für das Gedeihen der Schule nicht verleugnet. Sie hat durch die Einleitung umfassender Berathungen mit Lehrern aller Lehrkreise Gelegenheit gegeben, ihre Bedürfnisse und Erfahrungen selbst zur Sprache zu bringen; sie hat in der neuen Verfassungsurkunde der Volksschule eine würdige und einflußreiche Stellung gesichert, und sie wird unausgesetzt darauf Bedacht nehmen, dem Lehrstande aller Unterrichtskreise ein seinem Bedürfnisse entsprechendes Auskommen zu verschaffen.

Das Gelingen der Bemühungen, ein nach allen Seiten hin befriedigendes Schulwesen zu erhalten, beziehungsweise zu schaffen, hängt aber wesentlich von dem selbst ab, welchen die Leitung, der Unterricht und die Erziehung der Jugend anvertraut ist. Die Anforderungen, welche an diese gemacht werden müssen, sind nicht gering. Der Lehrer an einer öffentlichen Schule muß neben der wissenschaftlichen auch die sittliche Bildung besitzen, die ihn befähigt, seinen Zöglingen in jeder Beziehung zum Vorbilde zu dienen. Er darf keine höhere Aufgabe für sich anerkennen, als, seinem selbsterwählten Berufe treu, im Unterrichte und im Umgange mit seinen Schülern Alles zu vermeiden, was die naturgemäße und gesunde Entwicklung der Jugend irgendwie stören, von ihr nicht begriffen und richtig gewürdet werden oder gar auf die Innigkeit des religiösen Gefühls, zu welchem Glaube es sich auch neigen möge, auf die Achtung vor allem Edlen und Guten von theilhaftigem Einfluß sein kann. Wer diese Eigenschaften nicht besitzt und sich an ihnen nicht bemüht ist, hat seinen Beruf als Lehrer verfehlt.

Die Regierung hat es dankbar anzuerkennen, daß die bei weitem größere Zahl der Direktoren und Lehrer den an sie gerichteten Anforderungen entspricht und in würdiger Haltung auch den nachtheiligen Einfluß der politischen Aufregung der neuen Zeit von ihren Schulen abzuwehren bemüht gewesen ist. Leider haben aber einzelne Mitglieder des Lehrstandes die ihnen obliegenden Pflichten aus dem Auge verloren und nicht nur bei ihrer Betheiligung an den politischen Partheikämpfen die gesetzlichen Schranken überschritten, sondern sind selbst, unter Mißbrauch ihres Amtes, so weit gegangen, ihren mit der bestehenden Staatsverfassung nicht vereinbaren Ansichten bei der unreifen und unerfahrenen Jugend Eingang



zu verschaffen. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß Aeußerungen gegen die Regierung gethan worden, welche als auf eine Unterdrückung alles sittlichen und vaterländischen Gefühles überhaupt berechnet erscheinen.

Einer solchen Verkennung der dem Lehrstande obliegenden Pflichten darf sie in Thatsachen sich kundgiebt, nicht stillschweigend zugeesehen werden.

Die Verfassung des Landes hat der individuellen Freiheit der Meinung und der Aeußerung ders. ihr gesetzliches Gebiet angewiesen, innerhalb dessen die Staatsbürgern zustehenden Berechtigungen auch dem Lehrstande gleich gebühren. Für solche persönliche Meinungen und Ueberzeugungen und die Aeußerung derselben auf dem Gebiete der allgemeinen gesetzlichen Freiheit — außerhalb des besonderen Amtes als Lehrer — kann eine Zensur und Verantwortlichkeit auf dem Gebiete der Dienstdisziplin nicht stattfinden.

Die Ueberschreitungen des Gesetzes, welche sich ein Lehrer außerhalb Amtes in politischer Beziehung zu Schulden kommen läßt, verfallen den Gesetzen und eine Rückwirkung auf die amtliche Stellung des Beschuldigten kann nur in dem Maße stattfinden, als nach den Gesetzen der richterlich festgestellte Charakter des Verbrechens und die Art oder das Maas der vom Richterhängen Strafe eine solche gebietet.

Was dagegen das Verhalten der Lehrer im Amte anlangt, so hat das vor allem ein Recht, zu fordern, daß die Jugend desselben in Zucht und Sitte, in Achtung und Gehorsam gegen die bestehende Verfassung des Landes und die Gesetze erzogen werde.

Der Min., dem die obere Leitung des Unterrichtswesens anvertraut ist, ist den Vertretern des Landes verantwortlich auch dafür, daß diese unwandelbaren sittlichen Grundlagen aller Jugenderziehung mit Ernst gewahrt werden. Daher ein Lehrer, im Widerstreit seiner persönlichen Meinung mit der bestehenden Verfassung des Landes, sich nicht enthalten können, diese seine Ansichten in die Verwaltung seines Amtes zu übertragen und der ihm anvertrauten Jugend Achtung vor dem Gesetz, feindselige Gesinnungen gegen die verfassungsmässigen Einrichtungen des Landes einzuflößen; so werde ich, eingedenk der auf mich ruhenden Verantwortung, gegen einen solchen Mißbrauch des Lehramtes, insofern nicht den Charakter eines gerichtlich zu ahndenden Amtsverbrechens annimmt, auf dem Wege der Dienstdisziplin mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten. Ebenso werde ich es von den K. Prov. Schulkoll. und den K. Reg. fordern, daß sie innerhalb ihres Amtskreises in gleicher Weise verfahren.

Für die Form eines solchen, auf die Verletzung der besonderen amtlichen Pflichten gegründeten Verfahrens dienen für jetzt, und bis das in der Verfassungsurkunde vorbehaltene, den im Febr. k. J. sich versammelnden Kammern vorgelegte Unterrichtsgesetz entsprechendere Formen begründet haben wird, die bisherige Kraft bestandenen Vorschriften über das Disziplinar-Verfahren gegen Lehrer Richtschnur.

Ich veranlasse die K. Reg. und die K. Prov. Schulkoll., die Direktoren der Vorsteher der Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten ihres Ressorts, so wie die Schul-Inspektoren, von den hier ausgesprochenen Grundsätzen in Kenntniß zu setzen, damit diese weiter das gesammte Lehrpersonal davon unterrichten, und spreche ich schließlich die Hoffnung aus, daß der in der großen Gesamtheit des preussischen Lehrstandes wohnende Geist der Sitte und Ehrenhaftigkeit die Kraft haben wird, auch die Einzelnen vor Verirrungen zu bewahren.

(Min. Bl. v. i. B. 1848. S. 376.)

b) Kurz darauf wurde aber von den Lehrern auch außerhalb der Amtsthätigkeit, zunächst jedoch nur in Bezug auf die ersten Wahlen nach der oktroyirten Verfassung, eine politische Einwirkung verlangt. Dies geschah durch

das G. R. d. Min. v. 30. Dec. 1848 an sämmtl. K. Reg., worin den dens. und den Volksschullehrern obliegenden Pflichten gegen anarcho-politische Bestrebungen, besonders bei den bevorstehenden Wahlen.

e R. Reg. veranlasse ich, die anliegende Verf. des H. Min. des I. v. 28. ) an die Volksschullehrer Ihres Bez. zu vertheilen.  
 In diesem Erlaß ist die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen in die preuss. Annern für die weitere Entwicklung unseres neuen Staatslebens, und die der Behörden, in Bezug auf diese Wahlen klar dargelegt.  
 In dem Einfluß, welchen die Volksschullehrer, namentlich auf dem Lande, in eten Verkehr mit den Familien und Gemeinden, nach Maassgabe des ihnen beten Vertrauens auf die Berichtigung irrthümlicher Ansichten und Miß- nisse, auf die Belehrung des Volkes über die Fragen, um deren Entschei- sich gegenwärtig handelt, üben, kann es für dieselben nur einen Beweis in sie gesetzten Vertrauens sein, wenn ich durch Mittheilung des obenste- Erlasses die Ueberzeugung bethätige, daß sie den gegenwärtigen Zeitpunkt n solchen verstanden haben, wo nicht die Regierung, sondern das Vater- ie Vergangenheit und die Zukunft des Volkes fordert, daß nicht durch rthätigkeit und Versäumniß, oder gar durch ihre Schuld die r unaufgeklärt bleiben über ihre Pflichten und die Anforde- , welche die höchsten Interessen des Staats und des Volkes ristisch an seine jetzt zu wählenden Vertreter stellen.  
 Die Wahlen, welche das Volk jetzt trifft, werden entscheiden, ob die schreckliche r nächsten Vergangenheit verstanden worden ist, oder ob der frevelhafte wiederholt, und die Existenz eines auf Sitte, Wahrheit und Recht gegrün- taats nochmals auf die gefährliche Probe gestellt werden soll. Nur solche r, welche mit der nöthigen Einsicht in das Wesen und die Aufgabe des selbstständige Erfahrung in ihrem nächsten Lebensberuf verbinden; deren ht weniger lebendig für die gesetzliche Freiheit des Volkes, wie treu für zig und das angestammte Herrscherhaus schlägt; die durch rechtliches und ltenes Leben in Familie und Gemeinde das Recht als die Grundlage jedes wesens haben achten gelernt; welche wahre Bildung und acht religiösen is die Bedingungen der weitem, auch materiell gedeihlichen Entwicklung des mens schäßen, und welche fern von allen eiteln und selbstsüchtigen Zwecken ith und die Hingebung besitzen, diese ihre Erkenntniß und ihren Willen zum des Volkes geltend zu machen. Nur solche Vertreter werden im Stande treuen Bunde mit einer starken, das Gesetz und die Ordnung schirmenden, gen Regierung das Werk zu vollenden, welchem der einsichtsvolle und treue is Volkes sehnstüchtig entgegensieht.  
 Das Volk hat solche Männer genug in seiner Mitte! Es liegt mit in der Hand der, solche Männer zu bezeichnen, ihre Wahl zu sichern und in dieser Weise

Diese im Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 363 abgedruckte, an sämmtl. Reg. errichtete G. Verf. spricht die Nothwendigkeit aus, die oktroyirte Verfassung „anarchische“ Bestrebungen in Schutz zu nehmen, denen das darin enthaltene von Volksfreiheit nicht genüge. Solche Bestrebungen sollten theils dadurch iet werden, daß „alle Organe der Reg., eingedenk ihres konstitutionellen und ihrer politischen Verantwortlichkeit, die Verfassung, treu dem Geiste, erschaffen, ihrem ganzen freisinnigen Inhalte nach, mit Energie ngetheilte Gerechtigkeit ausführen“, und so „jeder feindlichen it den Vorwand nehmen“, theils wird es als Aufgabe der Behörden be- „weit entfernt, auf den Ausfall der Wahlen einen direkten Einfluß zu der gar durch ungesetzliche Mittel einen unlautern Eifer kund en, — jede Einschüchterung, jede Verführung von den Wahlen fern zu jedem unredlichen Mittel, jeder Art der Korruption, und Allem, was in Form und Wesen ähnlich ist, entgegen zu treten, welcher augenblickliche auch damit zu erreichen sein möchte.“ Die Behörden werden verpflichtet: m gesetzlich erlaubten Mitteln dahin zu wirken, daß die Freiheit der Wei- sierung über die Wahlen und die Wahlkandidaten keine ungesetzliche Be- ng erleide“, sie sollen jede Täuschung der Wähler vereiteln, und dies. über wendigen Eigenschaften eines Wahlmanns und Abgeordneten zu belehren

ber die neueren Anforderungen, welche in Bezug auf Wahlen an den Leh- gestellt werden, s. u. S. 480. Note 3.

in einer freien, ihnen als Bürger des Staats zustehenden Thätigkeit bei der Lösung der Aufgabe erleichtern zu helfen, welche dens. durch den Erlaß des G. Min. des J. gestellt worden ist.

Mir genügt es, die Lehrer auf diese ihre Pflicht als Bürger aufmerksam zu machen, und glaube ich erwarten zu dürfen, daß dies bei dieser Gelegenheit bewiesen werden, wie sie die hohe Aufgabe verstanden haben, die ihnen und in dens. den Lehrern durch die neue Verfassung zugewiesen ist.

(Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 2.)

c) In Folge der B. v. 11. Juli 1849, betr. die Dienstvergehen nicht richterlichen Beamten (G. S. 1849. S. 271) wurde sodann das amtliche politische Verhalten des Lehrers überhaupt in den Disziplinargewalt gezogen.<sup>1)</sup> Hierüber verordnete:

das G. R. d. Min. v. 26. Juli 1849 an sämmtl. R. u. Prov. Schulcolleg., betr. die treue und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten Seitens der Lehrer.

Ich habe bereits in meinem Erl. v. 20. Dec. v. J. unter Erinnerung die Fürsorge, welche die Reg. Sr. Maj. des Königs für das G. Schulwesen überhaupt, wie auch insbes. für die Wohlfahrt der Lehrer sich sein läßt, die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen, daß der Preussische Staat, eingedenk seiner Pflicht gegen den Staat und gegen die ihm anvertrauten, auch in den neuen Staatsformen die alte Ehre und die alte Tugend zu wissen werde. Es gereicht mir zur Genugthuung und zur Freude, kennen zu dürfen, daß diese meine zuversichtliche Erwartung im Großen nicht getäuscht worden, sondern daß die weit überwiegende Mehrzahl der Preussischen Lehrer sich auch in schwierigen Lagen als Männer von festem Glauben und Gewissenhaftigkeit bewährt habe.

Um so ernster sehe ich mich gemahnt, diesen Geist der Zucht und der Ordnung, den ich als ein Eigenthum der Gesamtheit zu schützen und zu erhalten, den Wenigen gegenüber, mit unnachsichtlicher Strenge walten zu lassen, die fortgesetztes zerstörendes Anstreben wider die öffentliche Ordnung längere Zeit hindurch nicht aufgeben wollen, sondern sich hervorgerufen haben.

Dazu wird mir das Recht und die Pflicht durch die nunmehr überall in Kraft getretene Allerh. B. v. 11. Juli d. J.<sup>2)</sup>, betr. die Dienstvergehen richterlichen Beamten, in dem diese B., den Eingangsworten zufolge, auch öffentlichen Lehrern volle Anwendung findet.

In meinem Erl. v. 20. Dec. v. J. habe ich, in sachgemäßer Unterweisung, das Verhalten der Lehrer im Amte und die Freiheit der persönlichen und Ueberzeugung und deren Äußerung auf dem Gebiete der allgemeinen bürgerlichen Freiheit, also das Verhalten außerhalb des besonderen Amtes, auseinander gehalten, und für die Vergehen auf dem ersteren Gebiete die Zuständigkeit der Dienstdisziplin, für die letzteren die Zuständigkeit der Strafgerichtsbarkeit anerkannt. Dieser in der Sache selbst begründete Unterschied muß auch für die Zukunft festgehalten werden.

Es kommt aber, bei strenger Festhaltung dieses gegebenen Unterschiedes, ein besonderes Verhältniß in Betrachtung, welches in der bisherigen Praxis

1) Schon ein G. R. der Min. der Fin. (Hansmann) und des J. (Meyer) v. 15. Juli 1848 hatte die Reg. Präs. aufgefordert, alle dem Staatssystem widerstrebende Beamte in gesetzlich zulässiger Weise ihrer amtlichen Befugnisse zu entheben, und dasselbe bei solchen Beamten eintreten zu lassen, aus Schwäche oder anderen Ursachen ihre öffentliche Pflicht nicht vollständig zu erfüllen (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 250.) — Gegen Schwanken, Unsicherheit der Beamten richtete sich auch insbes. der G. Erl. des Min. d. J. (Meyer) v. 7. April 1850 an sämmtliche R. Ob. Präs. u. Reg. Präs., f. den Pol. Präs. in Berlin, die treue Erfüllung der den Verwaltungsbeamten in den jetzigen Zeitverhältnissen besonders obliegenden Pflichten (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 89.)

2) An ihre Stelle trat das G. v. 21. Juli 1852, f. u. 3.

einem Bedauern vielfach keine genügende Berücksichtigung gefunden, und dessen Beachtung gerade den Vorwurf der Schwäche und Lässigkeit in Aufrechterhaltung Disziplin gegen die Behörden hervorgerufen hat.

Die fruchtbringende Wirksamkeit des Lehreramtes beruht nämlich nicht allein auf wissenschaftlicher Befähigung und der Lehrgabe, welche der Einzelne besitzt, sondern sie beruht wesentlich auf der ganzen geistigen und sittlichen Haltung des Lehrers und auf der Art, welche er dadurch seinen Schülern sowohl, als auch den Eltern und Pflägern einzuflößen vermag. Je wichtiger nun bei der Bildung der Jugend für das künftige Leben und ihren künftigen Beruf gerade das erziehende Element ist, und je entschiedener Nachdruck von Seiten der Eltern und Pflieger eben diese Wirksamkeit der Schule und der Lehrer mit Recht gelegt wird: um so mehr muß auch die verordnete Aufsichtsgewalt dieses Verhältniß in die Augen faßend und um so weniger darf sie Anstand nehmen, ein hierauf sich beziehendes Urtheil außer der Schule, auch wenn es von dem §. 20. der B. v. 11. Juli nicht unmittelbar betroffen wird, eben wegen seiner unverkennbaren Rückwirkung auf die Schule, geeigneten Falls für ein Dienstvergehen zu erachten, es in der That der Disziplinargewalt zu ziehen, und denj. Lehrer, der durch sein Verhalten die Achtung und Vertrauen verscherzt hat, für unfähig zu dem Berufe als Lehrer und Erzieher der Jugend zu erklären.

Es versteht sich von selbst, daß ein solches Urtheil stets auf bestimmte, klar bestimmte Thatsachen zurückgeführt werden muß, und daß, um die Stellung des Lehrers nicht der Intrigue oder der Parttheileidenschaft Preis zu geben, gründliche Untersuchung dieser Thatsachen und die Vertheidigung des Beschuligten eine wesentliche Nothwendigkeit bleibt. Dagegen erscheint es als gleichgültig, ob die Thatsachen, welche eine derartige zerstörende Rückwirkung auf die amtliche Wirksamkeit des Lehrers ausüben, im Amte oder außerhalb des Amtes begangen sind und ob sie den Charakter eines bürgerlich strafbaren Verbrechens an sich tragen oder mehr nur der sittlichen Sphäre angehören: sofern nur die Thatsachen bestimmt hingestellt, die in der Amtswirksamkeit des Lehrers eingetretene Lähmung, Verwundung und der Kausalzusammenhang zwischen diesen Thatsachen und der Amtswirksamkeit des Lehrers evident ist. Die Beurtheilung und Entscheidung dieser Fragen gehört gleichfalls in das Gebiet der Dienstdisziplin, und es ist die Pflicht ders. sein, den einzelnen Lehrer ebenso sehr gegen ungerechte und fahrlässige Angriffe zu schützen, als den gerechten Beschwerden derer, deren heiligstes Interesse, das geistige und sittliche Wohl ihrer Kinder, der Hand des Lehrstandes anvertraut sind, Abhülfe zu verschaffen.

Ich mache es daher den R. Reg. und Prov. Schulkolleg. zur ernstesten Pflicht, die Handhabung der ihnen übergebenen Dienstdisziplin über die Lehrer diesen Gesichtspunkt mit aller Strenge und aller Gewissenhaftigkeit in das Auge zu fassen, durch unnachsichtliches Einschreiten da, wo ein gewissenloses, die Amtswirksamkeit des einzelnen Lehrers gefährdendes Verhalten dess. zu ihrer Kenntniß kommt, die Ehre des ganzen Standes und das Vertrauen, das er in so hohem Maße genießt, vor jeder Mißachtung im Volke zu schützen.

Gleichzeitig und in Verbindung mit diesem Gesichtspunkte verweise ich die R. Reg. und Prov. Schulkolleg. noch besonders auf die Vorschrift des bereits angeführten §. 20. der B. v. 11. Juli d. J. In diesem Paragraphen ist verordnet: daß ein Lehrer, welcher die Pflicht der Treue verletzt, oder den Muth, den sein Beruf fordert, nicht bethätigt, oder sich einer feindseligen Parttheinahme gegen die Staatsgewalt schuldig macht, im Wege der Disziplin seines Amtes entsetzt werden muß<sup>1)</sup>. Diese Bestimmung liegt die bereits oben im Allg. ausgeführte Anschauung zum Grunde, daß es als ein sittlicher, die Achtung im Volke und damit die Amtswirksamkeit des Lehrers untergrabender Makel angesehen wird, wenn ein Beamter im Widerspruch mit seinen beschworenen Amtspflichten, die Fortführung seines Amtes und die Untergrabung der Staatsgewalt, in deren Dienst er steht, vereinigen zu können vermag. Ein solcher Widerspruch darf in Zukunft nicht mehr geduldet werden. Auf welche Fälle kann, wie sich von selbst versteht, bei Anwendung dieses Paragraphen

1) Der angef. §. 20. d. B. v. 11. Juli 1849 ist zwar in dem G. v. 21. Juli 1852 nicht wörtlich wiederholt, indessen genügend durch §. 2. ersetzt.

der Anzeigen gegen die Lehrer nur zu neuen Warnungen, so wurden  
Reg. und Prov. Schulkoll. nicht u. r., mir binnen vierzehn Tagen  
darüber zu erstatten, ob dies. zu einer solchen Verwarnung an einzelne  
veranlaßt gesehen haben und an welche sie ergangen ist, sondern ich  
bis auf Weiteres sofortige Anzeige von jeder, gegen einen Lehrer  
disziplinarischen oder gerichtl. Untersuchung unter summarischer Angabe  
(Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 167.)

d) Was insbesondere die Theilnahme an Vereinen und  
Lungen <sup>1)</sup> anlangt, so bestimmt

a) die Staatsverfassung v. 31. Jan. 1850 <sup>2)</sup>:

Art. 29 Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgangige ober-  
laubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Mannen zu versam-

Art. 30 Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken  
Strafgesetzen nicht zu widerlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen u.  
(G. S. 1850. S. 20. 21.)

Diese Bestimmungen werden von dem Min., wie folgt, an

ß) G. R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Ladem-  
April 1850 an sämmtl. R. Reg., betr. das Verbot der Theil-  
Staatsbeamten, der öffentl. Lehrer u. an solchen Vereinen,  
feindselige Theilnahme gegen die Staatsregierung verfolgen.

1) Auch vor 1848 waren die Verbote von Lehrerversammlungen  
So wurde am 26. Mai 1843 auf Grund eines Min. R. den Rhein-  
ter sagt, ferner Versammlungen zur Verathung der Mittel zur Ver-  
finanziellen Lage zu halten, da allerh. Orts beabsichtigt werde, dem  
jedwede mögliche Verbesserung auch ohne Petition zu gewahren. Am  
verwarf die Reg. zu Krensberg das Statut zur märkischen Lehrerkonferen-  
Gefangnisse als Lehrerversammlungen genügen. Am 10. Mai 1844  
Versammlungen der Volksschullehrer Schlesiens verboten und nach de-  
ger Lehrerversammlung v. 2. u. 3. Okt. 1845 kam dies zur allg. Ge-

2) Schon die österreichische Verfassung v. 5. Dec. 1848 enthielt die  
stimmungen, ebenso die V. v. 6. April 1848 §. 4. (G. S. 1848. S.  
here Vorschriften, insbes. über polit. Vereine gibt das G. v. 11.  
(G. S. 1850. S. 277) welches an die Stelle der altmährischen



erliche Anzahl von Staatsbeamten glaubt noch immer, das Ver-  
 umfange, wie es den übrigen Staatsbürgern freisteht, ausüben  
 arin keiner andern Beschränkung unterworfen zu sein, als daß sie  
 ne an solchen Vereinen enthalten müssen, deren Zwecke den allg.  
 t zuwiderlaufen. Diese Auffassung entspricht in keiner Weise der  
 i Stellung und den besonderen Pflichten der Staatsbeamten.

L. E. R. Th. II. Tit. 10. sind die Staatsbeamten vorzüglich be-  
 reitet, die gute Ordnung und den Wohlstand des Staats unter-  
 ern zu helfen. (§. 1.) Sie sind außer zur Erfüllung der allg.  
 m, dem Oberhaupt des Staats besondere Treue, besonderen Ge-  
 und dem Staate zu besonderen Diensten durch Eid und Pflicht  
 u. 3.)

Grundsätzen entsprechend, zählt die B. v. 11. Juli v. J. die  
 : und das Fernhalten von feindseliger Partheinahme gegen die  
 u den Dienstpflichten der Beamten und bedroht deren Verletzung  
 tfernung aus dem Amte. (§. 20. a. a. O.) In die Kategorie  
 Partheinahme gegen die Staatsreg. fällt aber unzweifelhaft die  
 vereinen, welche statutenmäßig oder faktisch eine der Staatsreg.  
 z verfolgen, eine systematische Opposition gegen dies. unterhalten  
 i bestehenden verfassungsmäßigen Zustand zu untergraben suchen,  
 eue gegen das Oberhaupt des Staats, den König, gering achten  
 eg. zu unterstützen, ihr in allen Maßnahmen hemmend entgegen  
 sind.

n, die an solchen Bestrebungen sich betheiligen, resp. durch Theil-  
 Bestrebungen unterstützenden Vereinen ihre Zustimmung zu den  
 u erkennen geben, läßt sich nicht erwarten, daß sie ihrer vorzugs-  
 g, die Sicherheit, die gute Ordnung und den Wohlstand des  
 en und befördern zu helfen, irgend wie genügen werden. Mit  
 kann aber auch die Verantwortlichkeit der Min. nicht bestehen.  
 of von den eigentlich vollziehenden Reg. Organen im engeren  
 ich von allen Staatsbeamten, da dies. bald in größerem, bald in  
 e als Organe der Reg. betrachtet werden müssen. Insbes. sind  
 lichen Lehrer nicht ausgeschlossen, da sie, insoweit sie nicht direkt  
 Reg. auszuführen haben, doch dazu berufen sind, die künftige  
 den, und vor Allem die Pflicht haben, der Jugend Ehrfurcht ge-  
 gegen den König, Achtung vor dem Gesetz einzuprägen und in  
 Ordnung und Recht wecken. Daß eine diesem Zwecke entspre-  
 t von Lehrern nicht erwartet werden kann, welche Vereinen der  
 rt angehören, bedarf keiner Ausführung.

g der angeführten gesetzlichen Bestimmungen und der daraus sich  
 eren Stellung der Staatsbeamten hat daher auch das R. Staats-  
 is unzweifelhaft anerkannt, daß die Theilnahme an Vereinen der  
 hegorie mit den Pflichten der Staatsbeamten nicht vereinbar sei,  
 welche gleichwohl an solchen Vereinen sich betheiligen, nach §. 20.  
 ili v. J. die Dienstentlassung treffen könne, ohne daß es einer  
 Aufforderung zum Austritt aus dem Vereine, resp. eines Ver-  
 me an dems. bedürfe. Da jedoch seither in dieser Beziehung  
 e Konnivenz seitens der meisten Behörden geübt worden und da  
 der erwähnten Art nicht selten mit großem Geschick ihre wahre  
 , so daß selbst ein Theil der Mitglieder darüber im Unklaren sich  
 für angemessen erachtet, den betr. Beamten zunächst durch eine  
 zum Bewußtsein zu bringen, daß sie durch Betheiligung an den  
 vereinen sich einer, mit der Dienstentlassung zu bestrafenden feinds-  
 ime gegen die Staatsreg. schuldig machen. Demgemäß soll die  
 chen Vereinen allen Beamten bei Vermeidung der Dienstentlassung  
 ber auch gegen die Ungehorsamen mit Entschiedenheit vorgegangen

o daß im Wiederholungsfalle der Min. nur annehmen könne, sie  
 ns, das ihr Amt erfordere, unwürdig. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 443.

In Folge dessen veranlasse ich die K. Reg., diesen Beschluß des Min. unter Darlegung der Motive durch die Amtsblätter und in sonst gescheiender Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und insbes. allen Lehrern, sowie den übrigen Beamten meines Ressorts, zur gewissenhaften einzuschärfen. Außerdem hat die K. Reg. für die genaue Ausführung des Beschlusses nicht nur selbst zu sorgen, sondern auch die Ihr untergeordneten Landräthe, Schulinspektoren, Magistrate etc. demgemäß mit entsprechender Anweisung zu versehen, ihnen die Ueberwachung der Lehrer in der gedachten Beziehung zu machen und zu einer sofortigen Anzeige anzuhalten, wenn Theilnahme von Lehrern an Vereinen, welche einer feindseligen Parteinahme die Staatsreg. überführt oder verdächtig erscheinen, bekannt wird. Dagegen den betr. Lehrer sogleich die Disziplinar-Untersuchung behufs der Entlassung aus dem Amte einzuleiten oder zunächst ein besonderes Verbot der ferneren Theilnahme unter Androhung der Dienstentlassung zu erlassen sei, wird theilstatutenmäßigen oder tatsächlichen Richtung und Thätigkeit des Vereins, der besonderen Wirksamkeit des betheiligten Lehrers in dems. und dessen Führung abhängen, und bleibt dem pflichtmäßigen Ermessen der K. Reg. vorbehalten. Ich erwarte aber in allen derartigen Fällen ein festes und entschlossenes Vorgehen der Behörden und besonders der K. Reg., da es im Interesse der Ordnung von der größten Wichtigkeit ist, daß dem Mißbrauch, welcher nicht wenigen Beamten mit dem Vereinsrecht getrieben worden und der geeignet ist, nicht allein die Bande der Disziplin zu lösen, sondern auch die Ehre des Staates zu gefährden, bald und für immer ein Ende gemacht werde.

Von jeder Einleitung einer Untersuchung gegen einen Beamten meine wegen Theilnahme an einem Vereine der oben erwähnten Kategorie eine Anzeige, indem ich zugleich die K. Reg. ermächtige, auf solche Beamten, welche nach den Vorschriften der B. v. 11. Juli v. J. die Einleitung einer Untersuchung von mir zu verfügen ist, in vorkommenden Fällen ohne Rücksicht auf ein Verbot der ferneren Theilnahme an solchen Vereinen zu erlassen. Hält die K. Reg. ein solches Verbot nicht erst für erforderlich, oder wird dems. nicht Gehör geleistet, so sehe ich dem motivirten Antrage auf Einleitung der Untersuchung weiterer Beschlußnahme entgegen.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 96.)

γ) E. M. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 1854 an sämmtl. K. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die Betheiligung an den sogen. allg. Deutschen Lehrerversammlungen.

Nach Mittheilungen öffentlicher Blätter soll in diesem Jahre wieder sog. allg. deutsche Lehrerversammlung statt finden.

Auf frühern derartigen Versammlungen und namentlich auf der letzt vor. J. abgehalten worden, hat sich in Besprechung pädagogischer Fragen der Auffassung des Lehrerberufs eine verderbliche Richtung kundgegeben, und das Gedeihen der Schule auf das Bestimmteste widerstreitet.

Je erfreulicher es ist, daß in richtiger Würdigung jener Versammlungsglieder des preussischen Lehrerstandes sich schon bisher nur in sehr vereinzelter Zahl an ihnen betheiligt haben, um so mehr ist es nothwendig, daß, in der Person der Wortführer und in der Auffassung des Gegenstandes der Versammlungen noch klarer hervorgetreten ist, der Preuss. Lehrerberuf gänzlich von ihnen fern hält, und somit Zeugniß von der ihm inwohnend und gesunden Richtung ablegt.

Ich veranlasse deshalb die K. Reg., den Lehrern ihres Ressorts meine Erwartung auszusprechen, daß sich keiner ders. an den sog. allg. Deutschen Lehrerversammlungen betheiligen werde. Zuwiderhandlungen, wenn sie wider vorkommen sollten, würden im Wege des Disziplinarverfahrens streng zu verfolgen sein.

(Staatsanz. 1854. S. 273.)

e) Auch Unterstützungen, Anstellungen, Beförderungen für den Lehrer von seinem politischen Verhalten ab.<sup>1)</sup>

1) Vergl. die oben S. 440 mitgetheilte Stelle aus der K. D. v. 12. M.

a) K. R. d. Min. v. 22. Jan. 1831 an samml. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., daß Gesuche um Unterstützungen der Lehrer und Beamten, und um Anstellung und Beförderung im Staatsfache berücksichtigt werden können.

Die R. Reg. und Prov. Schulkolleg. sind wiederholt veranlaßt worden, den Lehrern und sammtlichen, dem R. Prov. Schulkolleg. untergeordneten, zum Ressort des kaiserlichen Min. gehörigen Beamten u. dergleichen zu machen, daß Gesuche um Unterstützung u. nicht direct an mich, sondern jedesmal zunächst an die vorgesetzte Prov. Behörde gerichtet werden sollen, welcher dann überlassen bleibt, das Gesuch zu prüfen, und nach Befinden der Umstände darauf zu verfügen, eine Unterstützung aus dem ihr zur Verfügung stehenden Fonds zu bewilligen, oder aus Centralfonds bei mir zu beantragen u. dergleichen. Gleichwohl gehen noch immer zahlreiche Gesuche der gedachten Art hier unmittelbar ein, welche dann der betr. Prov. Behörde zugewiesen werden müssen. Zur Vermeidung dieses Uebelstandes veranlasse ich das R. Prov. Schulkolleg., die Lehrer und die betr. Beamten ihrerseits auf die Einsicht in die einschlägigen Bestimmungen zu verweisen und ihnen die Brachtung ders. mit dem Bemerken zur Pflicht zu machen, daß ich keine Unterstützung bewilligen werde, wenn das R. Prov. Schulkolleg. mit seinem Gutachten über die Bedürftigkeit und die Wichtigkeit des Bittstellers vorher gehört zu haben.

Bei dieser Veranlassung empfehle ich die gewissenhafteste und sorgfältigste Prüfung der Unterstützungsgesuche, welche sowohl durch die Beschränktheit der Fonds, als auch durch die Rücksicht auf eine gerechte Vertheilung derselben unabwendbar zu stellen ist. Nur solchen Lehrern, Beamten u. dergleichen können Unterstützungen gewährt werden, welche bei tadelfreier amtlicher Führung und anerkanntem werthen Leistungen sich durch ein musterhaftes Verhalten in moralischer und politischer Beziehung, durch Treue gegen den König, und Gehorsam gegen die Gesetze auszeichnen, eine ordentliche und sparsame Wirtschaft führen, und ohne rigne Schuld in Noth verfallen sind. Daß die Beibehaltung dieses Grundsatzes die bestimmte Pflicht der Behörde ist, wird das R. Prov. Schulkolleg. den Vertheiligten in geeigneter Weise zur Kenntniß bringen.

Nach gleichen Grundsätzen ist in allen Fällen zu verfahren, wo es sich um eine Anstellung im Staatsdienst, Beförderung zu höherem Gehalt oder höherem Range, Verleihung von Orden oder Titeln, Versetzung in eine besser dotirte Stelle, Verleihung von Gnadenpensionen, Stipendien u. dergleichen handelt. Alle solche Bewilligungen können nur solchen Personen zu Theil werden, welche sich neben der geschäftlichen u. Qualifikation durch tadellose, moralische und politische Führung, durch Treue gegen den König und Gehorsam gegen die Gesetze auszeichnen.

Bei jeder Bewilligung u. der gedachten Art hat das R. Prov. Schulkolleg. auf zuverlässigem Wege über die Würdigkeit des Vertheiligten in allen seinen Beziehungen Nachricht einzuziehen und das Resultat zu den Akten zu vermerken, woraus der künftige entsprechende Nachfrager genaue Auskunft von dem R. Prov. Schulkolleg. ertheilt werden kann.

In allen Angelegenheiten der gedachten Art, in welchen zu meiner Entscheidung zu berichten ist, hat das R. Prov. Schulkolleg. das Erforderliche in jenen Beziehungen zu vermerken, da der Bericht sonst zur Ergänzung zurückgehen würde. Von allen Nachweisungen, welche das R. Prov. Schulkolleg. über die von demselben bewilligten Unterstützungen, vertheilten Pensionen u. dergleichen, ist in dem Begleitenden Bericht zu bescheinigen, daß gegen die Würdigkeit des Vertheiligten in allen den gedachten Beziehungen nichts zu erinnern ist. Urtwaige Ausnahmen, die nur bei besonders dringenden Umständen vorkommen können, sind für jeden einzelnen Fall speziell zu erläutern.

Die konsequente Anwendung dieses Verfahrens wird mir ich hoffe, eine heilsame Einwirkung auf das Verhalten der Lehrer, Beamten u. dergleichen, die Gütern des Staatsdiensts, zuzuwenden, welche in Selbsttäuschung über ihre Leistungen und ihren Wandel befangen sind, oder sich nicht sorgfältig beobachtet glauben, vor schlimmen Folgen einer nicht tadelfreien Führung bewahren.

(Min. BL d. L. B. 1831. S. 4.)

b) K. R. d. Min. v. 12. Juni 1831 an das R. Prov. Schulkolleg. zu abschließl. an samml. R. Prov. Schulkolleg. und Reg., betr. die

vor Berufung von Vorstehern an höhern Mädterschulen, sowie vor allen Anstellungen ic. über die politische Haltung und Zuverlässigkeit der Gesinnung einzuziehenden Erkundigungen.

Auf meine Anfrage v. 4. April d. J., ob das K. Prov. Schulkolleg. von der von ihm ausgegangenen Bestätigung des früheren Predigers und Rectors N.N. als Vorsteher einer höheren Mädterschule, die, für solchen Fall nöthigen Erkundigungen eingezogen, hat sich das K. Prov. Schulkolleg. in dem Berichte v. 16. April d. J. auf die dem N.N. von der K. Reg. in N.N. ausgestellten Zeugnisse berufen, welche sich sowohl über seine Befähigung, wie über seine Amtsführung in der anerkennendsten Weise ausdrücken.

Die K. Reg. in N.N., von mir veranlaßt, Abschrift dieser von ihr dem N.N. ausgestellten Zeugnisse einzureichen, hat mir angezeigt, daß sie dems. trotz seines Ansehens ein solches vor seinem Abgang von N.N. nicht ausfertigt habe. — Vor mehreren Jahren habe der N.N. allerdings belobende Anerkennungen seiner Leistungen und seiner Verdienste um die Hebung der, bei seinem Amtsantritt auf einer sehr niedrigen Stufe befindlichen Stadtschule in N.N. empfangen; allein diese Anerkennungen rührten aus einer Zeit her, wo die organisatorische Tüchtigkeit und das Lehrgeschick des N.N. noch nicht durch später in Betreff seiner politischen Haltung und der Zuverlässigkeit seiner Gesinnung gemachte auffällige Erfahrungen verdunkelt waren.

Ich kann es nur mißbilligen, daß das K. Prov. Schulkolleg. bei dieser Gelegenheit in Nichtbefolgung meines Erlasses v. 22. Jan. d. J. es unterlassen hat sich auf zuverlässigem Wege vollständige und sichere Ueberzeugung von der Tüchtigkeit des N.N. zu verschaffen. Indem ich für künftige Fälle eine sorgfältige Beobachtung und Ausführung der bestehenden Bestimmungen seitens des K. Prov. Schulkolleg. erwarte, veranlasse ich dasselbe, der ferneren Haltung und Führung des N.N. eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und erforderlichen Falls Entschiedenheit gegen ihn disziplinarisch zu verfahren.

Abschrift zur Nachricht und mit der wiederholten Veranlassung, sich bei Anstellungen, Beförderungen, Bestätigungen ic. ic. über die betr. Person zuverlässige Kenntniß zu verschaffen. Zeugnisse, namentlich aus älterer Zeit, welche den Bewerbern produziert werden, sind in der Regel nicht als genügend anzusehen, vielmehr wird zur vollständigen Feststellung des Sachverhältnisses eine andere Rückfrage bei der betr. Behörde nothwendig sein.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 114.)

## 2) Kirchliches Verhalten.<sup>1)</sup>

Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses war schon im A. L. O. (Th. II. Tit. 11. §§. 1—4.) entschieden ausgesprochen, und erhielt durch das Pat. v. 30. März 1847, betr. die Bildung neuer Religionsgesellschaften, sowie durch die dazu gehörige B. de cod., betr. die Geburten, Ehen, Rathen und Sterbefälle, deren bürgerliche Beglaubigung durch die Ortsbehörden erfolgen muß (G. S. 1847. S. 121 u. S. 125), die fehlende praktische Handhabe, indem sie sich mehr und mehr der Gestalt der Sektensfreiheit annäherte. Dieselbe hat im Art. 12. der Staatsverfassung (s. oben S. 4) wiederholt ihren Ausdruck gefunden.

In ihrer Anwendung auf die Schullehrer gestaltet sie sich:

a) zum Verbot, in eine Dissidentengemeinde überzutreten. Hierüber bestimmen:

α) das G. R. des Min. der G. u. M. Aug. (Wichhorn) v. 8. März 1847 an sämmtl. K. Reg., betr. die Unfähigkeit der Individuen, welche einer der anerkannten Landeskirchen getreten sind, zur Fortführung der ihnen übertragenen öffentl. Schulämter.<sup>2)</sup>

1) Vergl. auch im folg. Abschn. über den Religionsunterricht.

2) Vergl. das G. R. dess. Min. v. 4. Sept. 1847 oben S. 290 beim Religionsunterricht zu §. 3. der Instr. v. 31. Dec. 1839, so wie die durch G. R.

Nachdem durch das A. Pat. v. 30. März d. J. und die an demselben Tage erlassene B. die Freiheit des Austritts aus den in der Monarchie bestehenden anerkannten Kirchen in bestimmte gesetzliche Formen gebracht worden ist, wird es zur Regelung der gleichzeitig in dem Pat. der öffentlich aufgenommenen Kirchen gegebenen Zusage des Schutzes ihrer Gerechtsame erforderlich, Maßregeln zu treffen, durch welche diese Kirchen gegen das Einbringen fremder Elemente in ihren Dienst, und namentlich in die ihnen zugehörigen Schulen gesichert werden.

Es versteht sich von selbst, daß die Lehrer an den eigentlichen Elementarschulen wegen des unmittelbaren Zusammenhanges, in welchem diese Schulen mit dem öffentlichen Religionsunterricht stehen, sich zu der Kirchengemeinschaft bekennen müssen, welcher wesentlich diejenige Schule angehört, in deren Dienst sie berufen sind. Ich daher voraussetze, daß bisher schon, auch vor Erlass des A. Pat. v. 30. März, wenn unter den Lehrern an solchen öffentlichen Schulen Uebertritte zu den neu sich bildenden aus der evang. und kathol. Kirche hervorgegangenen Dissidentenvereinen stattgefunden haben sollten, die Uebergetretenen auch sofort freiwillig aus dem Amte ausgeschieden, event. dazu von der K. Reg. angehalten worden sind: veranlasse ich die K. Reg., ernstlich darauf zu halten, daß dieses auch ferner in einzelnen Fällen geschehe.

Dieser Grundsatz ist hinsichtlich der Lehrer an mehrklassigen Elementarschulen auch wenn erstere nur für den Unterricht in Gegenständen angestellt sein sollen, welche mit dem Religionsunterricht in keinem unmittelbaren Zusammenhang, in Anwendung zu bringen, da diese Schulen zu den anerkannten Kirchen gehören wesentlich in demselben Verhältnisse stehen, wie diejenige, an welchen ihres geringen Umfanges wegen nur ein Lehrer fungirt.

Was das Verhältniß der übrigen von der K. Reg. ressortirenden Lehranstalten, welche mit einer oder der andern Kirchengemeinde in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen, den sich bildenden Dissidentenvereinen gegenüber ist, so ist zur richtigen Würdigung dieses Verhältnisses zunächst festzuhalten, diese Anstalten wegen des von ihnen zu erwartenden erziehenden Einflusses die ihnen anvertraute Jugend hinsichtlich ihres inneren Zusammenhanges mit der anerkannten Kirche, und dieserhalb besonders in Betreff der Stellung der Lehrer zu einer oder der andern dieser Kirchen einen bestimmten kirchlichen Charakter an sich tragen und daher auch nicht umhin können, eine bestimmte kirchliche Richtung zu verfolgen.

Wenn daher solche Anstalten auch aus Fonds der bürgerlichen Gemeinden gegründet worden sind und unterhalten werden, und jedem Schüler ohne Rücksicht auf sein Glaubensbekenntniß Aufnahme gewähren, so ist doch immer nach der Bestimmung der Landesverfassung, oder statuten- und observanzmäßig hinsichtlich der Angestellung der an ihnen fungirenden Lehrer deren Bekenntniß zu einer der anerkannten Landeskirchen als unerlässliche Bedingung bisher festgehalten worden.

In diesem herkömmlichen Verhältnisse, daß alle öffentlichen Unterrichtsanstalten der Monarchie entweder evang., oder kathol., oder statutenmäßig Simultananstalten sind, und daß daher nur Lehrer, welche sich zur evang. oder kathol. Kirche bekennen, an ihnen angestellt werden können, ist auch fernerhin Nichts zu ändern. Ich daher den in Folge des A. Pat. v. 30. März sich bildenden Dissidentenvereinen neben der Freiheit, besondere Schuleinrichtungen für ihre Angehörigen nach Maßgabe der bestehenden Gesetze zu treffen, eine andere Betheiligung an den bestehenden öffentlichen höheren Unterrichtsanstalten nicht zu gestatten ist, als daß dieselben unbenommen bleibt, ihre Kinder denselben ferner anzuvertrauen; ebenso kann ein aus den anerkannten Landeskirchen ausgetretener Lehrer in seiner Stellung

---

der Fin. und des J. v. 6. Mai 1847 mitgetheilte K. D. v. 30. März 1847 (Bl. d. l. B. 1847. S. 79) wo es heißt:

daß kein Militair- oder Civilbeamter bloß deshalb, weil er sich von seiner Kirche getrennt und einer bisher noch nicht genehmigten Religionsgesellschaft angeschlossen hat, in den mit seinem Amte verbundenen Rechten, sofern nicht das Amt selbst, wie z. B. bei den Schullehrern etc., durch eine bestimmte Konfession bedingt ist, eine Schmälerung erleiden darf.



beit. den Einfluß des Uebertretens zu den von der Landeskirche haltenden Lutheranern auf die Fähigkeit zur Verwaltung e Schulamts.

In den Ver. v. 1. Juli d. J. hat die K. Reg. in Folge meines Mai d. J. drei Fälle namhaft gemacht, in welchen Elementar-Schul-Verwaltungsbez zu der Gemeinschaft der von der Landeskirche sich tenden Lutheraner übergetreten sind, ohne zugleich ihr Schullehreramt zu haben. Die K. Reg. hat zugleich Entscheidung darüber nachges Instr. v. 8. Mai d. J., nach welcher die in Gemäßheit des A. Pat. d. J. aus einer der anerkannten Landeskirchen austretenden Individu öffentlichen Schullehreramt nicht zugelassen werden sollen, auch auf zu den sich getrennt haltenden Lutheranern, welcher einen Wechsel d nicht involvire. Anwendung erleiden solle.

Der K. Reg. eröffne ich hierauf Folgendes. Die Verhältnisse Landeskirche sich entfernt haltenden Lutheraner sind durch die dens. e ralkonzeßien \*) geordnet und festgestellt. Der Lehrbegriff ders. b Uebereinstimmung mit dem Lehrbegriff derj. Angehörigen der evang. welche das lutherische Bekenntniß festhalten; es laßt sich daher der klen, daß ein zu ihnen übergetretener Schullehrer den ihm obliegende unterricht so erteilt und zugleich zu der evang. Kirche eine solche nimmt, daß er der ihm vorgesetzten Schulbehörde keinen Grund zu und der Gemeinde in seinem Unterricht und ganzen Verhalten keinen Für diesen Fall liegt keine Veranlassung vor, einen solchen Schullehre Amte zu entfernen. Uebt dagegen sein Verhältniß zu den sich getre Lutheranern auf seine Wirksamkeit als Schullehrer einer evang. G nachtheiligen Einfluß, und erhebt namentlich die letztere gegen ihn V gestaltet sich die Sache anders, es wird alsdann die event. Forderung daß er aus seinem Amte entfernt werde, nicht unberücksichtigt bleiben.

Ist nämlich ein Lehrer als evangelischer Schullehrer einer gestellt worden, so hat er damit auch die Verpflichtung übernommen der Gemeinde nicht nur in den eigentlichen Religionsstunden, sondern übrigen Unterrichtsgegenständen, welche mehr oder minder an den richt sich anschließen und auf dessen Grundlagen sich zurückbeziehen, den und in der Konfession zu unterrichten, welcher die Gemeinde, als lehrer er berufen worden, zugehörig ist. Insofern er die kirchliche

von ihm unter anderen Voraussetzungen übernommenen besonderen Schulamts handeln.

(Min. Bl. d. L. B. 1847. S. 322.)

Während das vorstehende G. R. die fernere Befähigung zum Schulamte bei den zu den Alilutheranern Uebergetretenen mittelst förmlichen Disziplinarverfahrens untersucht wissen wollte, wird das Urtheil hierüber auf den reinen Verwaltungsweg zurückgewiesen durch:

7) das G. R. des Min. der G. u. N. R. Ang. (v. Raumer) v. 15. März 1851 an sämmtl. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen die aus der evang. Landeskirche austretenden Lehrer.

Auf Grund der G. Verf. meines G. Amtsvorgängers v. 24. Juli 1847 ist am 9. J. von einer der R. Reg. die Disziplinar-Untersuchung in den durch die B. v. 11. Juli 1849 \*) vorgeschriebenen Formen gegen einen, an einer konfessionell-mischlichen Schule angestellten Lehrer aus dem Grunde eingeleitet, weil ders. in Gemeinschaft der von der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner eingetreten war. Das Plenum der gedachten Reg. hat jedoch die angeführte B. auf diesen Fall nicht für anwendbar erachtet, da der Konfessionswechsel nicht ein strafbares Amtsvergehen nicht in sich schließt, und demgemäß dahin entschieden, daß der Angeschuldigte wegen Veränderung der Konfession mit einer Disziplinarstrafe nicht zu belegen sei. Diese Entscheidung ist, unter Verwerfung der vom Staatsanwalt dagegen eingelegten Verufung, im Uebereinstimmung mit dem Gutachten des R. Disziplinarhofes mittelst des abgeschrieben anliegenden Reskripts d. d. den 21. Jan. d. J. von dem R. Staatsmin. bestätigt worden. Dasselbe ist aber nach Ausweis des ebenfalls abgeschrieben beiliegenden Protokolls von demselben zugleich beschlossen, daß mir vorbehalten und zu überlassen sei:

im Verwaltungswege darüber Entscheidung zu treffen, ob durch das Ausscheiden des Angeschuldigten aus der evangelischen Landeskirche seine Ernennung zum Lehrer bei einer evangelischen Schule und die Befestigung seiner Votation zu dieser Stelle ungültig geworden, mithin sein Ausscheiden aus diesem Lehramte zu bewirken sei.

Demgemäß habe ich die betr. R. Reg. veranlaßt, über diese Frage unter Berücksichtigung des Sachverhältnisses Entscheidung zu treffen und die Entlassung des Lehrers zu verfügen.

Die R. Reg. setze ich hiervon mit der Veranlassung in Kenntniß, vorzukommen: Falls nach Maßgabe des Beschlusses des R. Staatsmin. v. 21. Jan. d. J. hinsichtlich der Lehrer an konfessionell-evangelischen oder katholischen Schulen, welche der betr. Konfession ausschneiden, zu verfahren.

Anl. a.

Verhandelt Berlin, den 21. Jan. 1851.

In der Disz. Unters. wider den Schullehrer N. zu N. hat das R. Staatsmin. der heutigen Sitzung nach Vortrag der Referenten und in Uebereinstimmung mit dem Gutachten des R. Disziplinarhofes v. 14. Sept. v. J. beschlossen:

daß der Beschluß der R. Reg. zu N. v. 6. April 1850, nach welchem der Angeschuldigte wegen Veränderung der Konfession mit einer Disziplinarstrafe nicht zu belegen, zwar zu bestätigen, jedoch dem Min. der geistl. u. Ang. vorzubehalten und zu überlassen, im Verwaltungswege darüber Entscheidung zu treffen, ob durch das Ausscheiden des N. aus der evang. Landeskirche seine Ernennung zum Lehrer bei einer evang. Schule, und die Befestigung seiner Votation zu dieser Stelle ungültig geworden und daher sein Ausscheiden aus diesem Lehramte zu bewirken sei.

u. u. u.

v. Mantuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.

Anl. b.

Beschluß des Staatsministeriums.

In der Disz. Unters. wider den Schullehrer N. zu N. hat das R. Staats-

1) Vergl. sub 1.

beiz. den Einfluß des Uebertritts zu den von der Landeskirche haltenden Lutheranern auf die Fähigkeit zur Verwaltung ein Schulamts.

In den Ver v. 1. Juli d. J. hat die K. Neg. in Folge meiner Mai d. J. drei Fälle namhaft gemacht, in welchen Elementar-Schul-Verwaltungsbez zu der Gemeinschaft der von der Landeskirche sich trennenden Lutheraner übergetreten sind, ohne zugleich ihr Schullehramt zu haben. Die K. Neg. hat zugleich Entscheidung darüber nachgesucht. Instr. v. 8. Mai d. J., nach welcher die in Gemäßheit des K. Pat. d. J. aus einer der anerkannten Landeskirchen austretenden Individuen öffentlichen Schullehramt nicht zugelassen werden sollen, auch auf die zu den sich getrennt haltenden Lutheranern, welcher einen Wechsel das nicht involvire, Anwendung erleiden solle.

Der K. Neg. eröffne ich hierauf Folgendes. Die Verhältnisse der Landeskirche sich entfernt haltenden Lutheraner sind durch die dens. erlassenen <sup>1)</sup> geordnet und festgestellt. Der Lehrbegriff ders. be-  
Uebereinstimmung mit dem Lehrbegriff ders. Angehörigen der evang. welche das lutherische Bekenntnis festhalten; es läßt sich daher der Fol-  
ten, daß ein zu ihnen übergetretener Schullehrer den ihm obliegenden Unterricht so erteilt und zugleich zu der evang. Kirche eine solche E-  
nimmt, daß er der ihm vorgesetzten Schulbehörde keinen Grund zur-  
und der Gemeinde in seinem Unterricht und ganzen Verhalten keinen-  
Für diesen Fall liegt keine Veranlassung vor, einen solchen Schullehrer  
Amte zu entfernen. Uebt dagegen sein Verhältniß zu den sich getrennt  
Lutheranern auf seine Wirksamkeit als Schullehrer einer evang. Ge-  
nachtheiligen Einfluß, und erhebt namentlich die letztere gegen ihn Be-  
gestaltet sich die Sache anders, es wird alsdann die event. Forderung da-  
daß er aus seinem Amte entfernt werde, nicht unberücksichtigt bleiben.

Ist nämlich ein Lehrer als evangelischer Schullehrer einer Ge-  
gestellt worden, so hat er damit auch die Verpflichtung übernommen  
der Gemeinde nicht nur in den eigentlichen Religionsständen, sondern  
übrigen Unterrichtsgegenständen, welche mehr oder minder an den Re-  
richt sich anschließen und auf dessen Grundlagen sich zurückbeziehen, in-  
ben und in der Konfession zu unterrichten, welcher die Gemeinde, als  
Lehrer er berufen worden, zuwartan ist. Insofern er die lutherische

unter anderen Voraussetzungen übernommenen besonderen Schulan-  
In.

2. Bl. d. i. B. 1847. S. 322.)

Während das vorstehende G. R. die fernere Befähigung zum Schul-  
den zu den Altlutheranern Uebergetretenen mittelst förmlichen Dis-  
ersfahrens untersucht wissen wollte, wird das Urtheil hierüber auf  
en Verwaltungsweg zurückgewiesen durch:

das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 15.  
351 an sammtl. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die Einlei-  
: Disziplinaruntersuchung gegen die aus der evang. Landeskirche  
den Lehrer.

Grund der G. Verf. meines H. Amtsvorgängers v. 24. Juli 1847 ist  
von einer der R. Reg. die Disziplinar-Untersuchung in den durch die B.  
uli 1849 \*) vorgeschriebenen Formen gegen einen, an einer konfessionell-  
hen Schule angestellten Lehrer aus dem Grunde eingeleitet, weil ders. in  
inschaft der von der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lu-  
ringetreten war. Das Plenum der gedachten Reg. hat jedoch die ange-

auf diesen Fall nicht für anwendbar erachtet, da der Konfessionswechsel  
n strafbares Amtsvergehen nicht in sich schließt, und demgemäß dahin ent-  
daß der Angeschuldigte wegen Veränderung der Konfession mit einer Dis-  
asse nicht zu belegen sei. Diese Entscheidung ist, unter Verwerfung der

Staatsanwalt dagegen eingelegten Verufung, in Uebereinstimmung mit  
ichten des R. Disziplinarhofes mittelst des abschriftlich anliegenden Refor-  
den 21. Jan. d. J. von dem R. Staatsmin. bestätigt worden. Dasselbe  
nach Ausweis des ebenfalls abschriftlich beiliegenden Protokolls von dems.  
leich beschlossen, daß mir vorbehalten und zu überlassen sei:

Verwaltungswege darüber Entscheidung zu treffen, ob durch das Aus-  
cheiden des Angeschuldigten aus der evangelischen Landeskirche seine Erneu-  
ung zum Lehrer bei einer evangelischen Schule und die Bestätigung seiner  
okation zu dieser Stelle ungültig geworden, mithin sein Ausscheiden aus  
rsem Lehramate zu bewirken sei.

gemäß habe ich die betr. R. Reg. veranlaßt, über diese Frage unter Be-  
ang des Sachverhältnisses Entscheidung zu treffen und die Entlassung des  
ers zu verfügen.

R. Reg. setze ich hiervon mit der Veranlassung in Kenntniß, vorkommen-  
nach Raabgabe des Beschlusses des R. Staatsmin. v. 21. Jan. d. J.  
der Lehrer an konfessionell-evangelischen oder katholischen Schulen, welche  
etr. Konfession ausscheiden, zu verfahren.

Anl. a.

Verhandelt Berlin, den 21. Jan. 1851.

er Disz. Unters. wider den Schullehrer N. zu N. hat das R. Staatsmin.  
stigen Sitzung nach Vortrag der Referenten und in Uebereinstimmung mit  
ichten des R. Disziplinarhofes v. 14. Sept. v. J. beschlossen:

§ der Beschluß der R. Reg. zu N. v. 6. April 1850, nach welchem der  
igeschuldigte wegen Veränderung der Konfession mit einer Disziplinarstrafe  
st zu belegen, zwar zu bestätigen, jedoch dem Min. der geistl. u. Ang.  
rzuüberlassen und zu überlassen, im Verwaltungswege darüber Entscheidung  
treffen, ob durch das Ausscheiden des u. N. aus der evang. Landeskirche  
ne Erneuerung zum Lehrer bei einer evang. Schule, und die Bestätigung  
ner Vokation zu dieser Stelle ungültig geworden und daher sein Aus-  
eiden aus diesem Lehramate zu bewirken sei.

a. u. s.

Manteuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.

Anl. b.

Beschluß des Staatsministeriums.

Der Disz. Unters. wider den Schullehrer N. zu N. hat das R. Staats-

min. nach Vortrag des Referenten und in Uebereinstimmung mit dem Disziplinarhofes v. 14. Sept. v. J. beschlossen:

daß der Beschluß der R. Reg. zu N. v. 6. April 1850, nach welchem Angeeschuldigte N. wegen Veränderung der Konfession mit einer Strafe nicht zu belegen, lediglich zu bestätigen.

G r ü n d e.

Der Angeeschuldigte, welcher durch die von der R. Reg. unterm 15. bestätigte Vocation v. 7. März 1846 bei der evang. Schule zu N. als gestellt worden, ist aus der evang. Landeskirche ausgeschieden, und zur Gemeinschaft der sich getrennt haltenden Lutheraner übergetreten. Da der vorgesetzte Ortsgeistliche, sowie der Superintend. und ein Theil der Gegen dieses Konfessionswechsels die Entfernung des N. von seiner evang. verlangte, so wurde die Disz. Unters. gegen ihn eingeleitet. Die R. hat ihn jedoch durch den Beschl. v. 6. April 1850 außer Anklage gesetzt der Ansicht war, daß ein Amtsvergehen nicht vorliege. Diesem Beschl. der Disziplinarhof in dem Gutachten v. 14. Sept. v. J. beigetreten, in Bestätigung der Entscheidung erster Instanz dahin beantragt, daß der N. seines Uebertritts zu der Kirchengemeinschaft der Altlutheraner mit einer Strafe nicht zu belegen.

Abgesehen davon, daß bei dieser Lage der Sache es nach §. 50. 11. Juli 1849 nicht zulässig ist, in zweiter Instanz die Strafe der Dien- zu verhängen, muß doch auch bei der Beurtheilung der Sache selbst anerkannt werden, daß eine Konfessionsveränderung an sich, wenn nicht zugleich Verletzung einzelner Amtspflichten vorliegen, nicht Gegenstand des Disziplinars sein kann. Dem letzteren sind durch die Bestimmungen in §§. 2. B. v. 11. Juli 1849 feste Grenzen gezogen, und es können nur die hierbaren Verletzungen der Amtspflicht im Disziplinarwege verfolgt werden. aber mit der durch die Staatsverfassung gewährleisteten Freiheit des religiösen Bekenntnisses in Widerspruch stehen, wenn einem Beamten mit seiner Ernen- Bestätigung die Pflicht, seine Konfession beizubehalten, auferlegt und wegen Veränderung ders. bestraft werden sollte. — Auch in der von der Staatsanwaltschaft angezogenen G. Verf. des Min. der G. U. u. R. Ang. v. 1847 ist es ausgesprochen, daß es sich in solchem Falle, wie sich von selbst ergibt, nicht um die Entsetzung eines Schullehrers als Strafe für eine Handlung oder ein Amtsvergehen, sondern nur um dessen Entlassung Grund einer durch seine eigenen Handlungen eingetretenen Unfähigkeit zur weiteren Verwaltung des von ihm unter anderen Voraussetzungen übernommenen Schulamtes handeln könne. — Wird aber zugegeben, daß ein Amtsvergehen hier nicht vorliegt, so kann auch nicht das durch die B. v. 1849 nur für strafbare Amtsvergehen vorgeschriebene Disziplinarverfahren Anwendung gebracht werden und mußte demnach die Bestätigung des Beschl. der R. Reg. zu N. v. 6. April 1850 gegen die Berufung der Staatsanwaltschaft erster Instanz erfolgen. Mit dieser Entscheidung wird jedoch der Verf. und weltl. Aufsichtsbehörde über die Schule zu N., welche eine Konfession ist und in ihrem konfessionellen Charakter durch das Ausscheiden des Lehrers der evang. Landeskirche gefährdet erscheint, zur Wahrung der Rechte und Verwaltung dieser Schule keinesweges vorgegriffen, vielmehr muß es der Erwägung der Verwaltungsbehörde vorbehalten bleiben, ob der Lehrer seine Konfessionsveränderung zur ferneren Verwaltung seiner evangelischen Stelle unfähig geworden, und ob durch sein Ausscheiden aus der evang. Kirche die Bestätigung der Vocation, welche die R. Reg. zu N. unterm 15. April 1846 ausdrücklich für ihn als evang. Schullehrer in N. ausfertigt hat, un- worden ist.

Berlin, den 21. Jan. 1851.

Königliches Staatsministerium.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Stockhausen. v. Westphalen.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 35.)

b) Pflicht der Lehrer, am Gottesdienst und Abendmahl zu nehmen.



1. der R. Reg. zu Magdeburg v. 15. März 1852 an sämmtl. ihres Verwaltungsbez., betr. die Pflicht der Lehrer, sich eines Verhaltens zu befleißigen.

Es uns bisher nur in sehr vereinzelten Fällen Seitens der Diöcesanbes.: einzelnen Geistlichen Anzeigen darüber zugegangen oder gegen die rt. Räte Klagen darüber ausgesprochen worden sind, daß Lehrer uns-  
tungsbezirks es ohne Noth unterlassen, an dem sonns- und festtäglichen  
e und der Feier des h. Abendmahls Theil zu nehmen, so wollen wir,  
der Wichtigkeit der Sache willen, wie um verkehrten und irrthümlichen  
i zu begegnen, es doch nicht unterlassen, auf folgende Gesichtspunkte  
zu machen, welche Gw. sämmtlichen an den Schulen der dortigen Epho-  
ten Lehrern zur gewissenhaften Beachtung empfehlen wollen.

Ihrer der christlichen Volksschule haben durch ihr wichtiges Amt den  
: ihrem Unterrichte, ihrer Obhut und Pflege anvertraute Jugend zu der  
der christlichen Heilswahrheiten zu führen und zu einem christlichen,  
rsälligen Wandel anzuleiten. Diese Aufgabe ist durch Belehrung in  
ligions- Unterrichte gewidmeten Stunden, durch Ermahnungen, durch  
christlicher Sitte, durch Gesang und Gebet in der Schule nicht allein  
elmehr der Erfolg der religiösen Unterweisung und Anleitung der Ju-  
durch zu sichern, daß das ganze Leben der Schule mit ihrem Unter-  
: Zucht und Ordnung in die innigste Gemeinschaft mit dem Glauben  
er erwachsenen Gemeinde trete, und diese, wie durch die Eltern für die  
erziehung, so durch den Lehrer für die Schule vermittelt und fortdauernd  
er Wechselbeziehung erhalten und genährt werde.

Der Berufsaufgabe des Lehrers liegt aber als eine nothwendige Bedin-  
sicht ausgesprochen, daß derselbe in den Augen der ihm zur Erziehung  
i Jugend, wie der Eltern, welche ihm solche anvertraut haben, selbst  
endiges Mitglied der kirchlichen Gemeinschaft erscheine, daß  
: an der gemeinsamen sonntäglichen Erbauung der Gemeinde, und an  
gen, welche nach der Verheißung des Herrn die Kirche der Gläubigen  
betheilige und aus dieser segensreichen Gemeinschaft, für welche er die  
aut. Jugend heranbilden und erziehen soll, fortwährend Geist und Herz  
olgreichen gesegneten Berufsthätigkeit befruchten lasse.

üssen daher voraussetzen, daß sämmtl. Lehrer, und nicht nur solche, welche  
ihre amtliche Stellung als Diener der Kirche durch eine äußere Pflicht  
iesen sind, nicht nur um des Beispiels, sondern um ihres wichtigen  
Lehrer, und um ihrer selbst willen dem sonntäglichen Gottesdienste flei-  
ien, solchen ohne Noth nie versäumen, an dem Genuße des h. Abends-  
etheiligen und sich beeifern, durch ihr Beispiel und ihren Wandel den  
Zeugniß von der rechten Heiligung des Sonntags abzulegen.

liger wir gemeint sind, diese innere aus dem Wesen des christlichen Leh-  
zuleitende Verpflichtung durch Hinweisung auf äußere Vorschriften der  
zu stützen, desto ernstlicher werden wir, wenn wider Erwarten Lehrer  
werther Verkennung ihrer Pflicht durch ein unkirchliches Leben Anstoß  
einden geben sollten, gegen solche, falls gütliche Ermahnung nichts hel-  
inzuschreiten uns veranlaßt sehen. — Diese Verf. haben Gw. sämmt-  
rn Ihrer Ephorie zur Kenntniß zu bringen, und in den zu erstattenden  
b Schul- Visitationsberichten jedesmal mit anzuzeigen, in wie weit die  
den oben ausgesprochenen Erwartungen entsprechen.

Bl. d. i. B. 1852. S. 107.)

Insbesondere: Pflicht der Lehrer, die Schulkjugend in die Kirche zu  
d dort zu beaufsichtigen.

ergl. das Gen. Landschulregl. v. 12. Aug. 1763 §. 23. (s. o.  
5. 72.)

ergl. die Merseburger Instr. v. 1. März 1822 Nr. IX. (s. oben  
sowie die Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 §. 16. (s. oben

. Verf. der Reg. zu Posen v. 24. März 1844 an sämmtl. De-  
sen. II.

Lehrer aus ihrem bisherigen Ausnahmeverhältnisse unter die auch für übrigen Staatsbeamten gültigen Vorschriften.<sup>1)</sup>

Als eine solche erging zunächst die B. v. 11. Juli 1849, betr. Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben eine andere Stelle oder in den Ruhestand. (G. S. 1844. S. 271.) die Stelle dieser B., sowie aller andern ältern Bestimmungen, ist aber gegenwärtig:

das G. v. 21. Juli 1852, betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle in den Ruhestand,

getreten. Dasselbe, so weit es auf Lehrer anwendbar ist, lautet, wie folgt:

Wir Friedrich Wilhelm etc. etc. verordnen, mit Zustimmung der Kammer was folgt:

§. 1. Das gegenwärtige Gesetz findet unter den darin ausdrücklich gemachten Beschränkungen auf alle in unmittelbarem oder mittelbarem Staatsdienste stehende Beamten Anwendung, die nicht unter die Bestimmungen des die Richter betr. v. 7. Mai 1851 fallen.

#### Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über Dienstvergehen und deren Bestrafung.

§. 2. Ein Beamter, welcher

- 1) die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, oder
- 2) sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt<sup>2)</sup>, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes.

1) Doch ist zu bemerken, daß der oben S. 487 gegebene Erlass v. 15. Mai 1851 nebst Anl. wenigstens in dem dort vorliegenden Falle „Entlassungen im Verwaltungswege“ noch jetzt statuiert, obschon §. 24. der damals gültigen B. v. 11. Juli 1849 wörtlich dieselbe Bestimmung enthält, wie §. 22. des nachstehenden v. 21. Juli 1852. — Die Verweisung auf den 11. Tit. im §. 28. A. L. R. II. Tit. 12. gilt jetzt nicht mehr. — Ueber die Disziplin über Geistliche und Kirchenbeamte vergleiche auch das G. R. des Min. der G. U. u. R. Ang. v. 18. Mai 1849 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 163.)

2) Es sind weggelassen der 4. Abschn. von den Beamten der Justizverwaltung der 5. von den Gemeindebeamten, der 6. von den Beamten der Militärverwaltung. Eben so der größte Theil der Uebergangsbestimmungen (Abschn. 9.) u. außer einige vereinzelte, aber nur spezielle Beamtenklassen betr. Vorschriften. Die Ergänzungen und Erläuterungen zum G. sind, so weit nöthig, als Anmerkungen gegeben, darunter auch Aelteres, so weit es noch anwendbar oder zur Erläuterung dienlich erschien.

3) Unter diese Fälle gehört insbesondere die Trunkenheit, über welche K. D. v. 24. Dec. 1836 (A. XXI. S. 13) bestimmt, daß jeder Beamte, der des Lasters der Trunkenheit schuldig macht, im Wege der Disziplinaruntersuchung seines Dienstes ohne Pension entlassen werden soll. Das „Laster der Trunkenheit“ wird angenommen, wenn der Vorgesetzte auf seinen Amtseid versichert, daß der Beamte sich entw. im Dienst, oder außer dem Dienst auf der Straße oder an öffentl. Orten zu wiederholtenmalen betrunken habe betreten lassen. Die Bestätigung des Vorgesetzten kann im 1. Falle durch Aussage der Mitarbeiter auf dem Amtseid, im 2. durch eidliche Aussage zweier unverwerflicher Zeugen ersetzt werden. Vergl. auch §. 13. des Gen. Landschulregl. von 1763 (S. 67).

Andere hierher gehörige Fälle s. o. sub 1. und 2. — Auch leichtsinniges Schuldenmachen und Erschleichung von Kredit durch falsche Vorspiegelungen sind in §§. 363. 364. A. L. R. II. 20., sowie in der B. v. 28. Febr. 1806 (C. XII. S. 53), sowie in der K. D. v. 12. Mai 1841 (Min. Bl. d. i. B. S. 202) als Gründe der Amtsentsetzung, event. des Verlustes der Pension geführt.

Sowohl das Kontrebandiren, als das Handeln mit Kontrebande, und

§. 3. Ist eine der unter §. 2. fallenden Handlungen (Dienstvergehen) zugleich den gemeinen Strafgesetzen vorgesehen, so können die durch dies. angeordneten Strafen nur auf Grund des gewöhnlichen Strafverfahrens von denj. Gerichten ausgesprochen werden, welche für die gewöhnlichen Strafsachen zuständig sind. <sup>1)</sup>

§. 4. Im Laufe einer gerichtlichen Untersuchung darf gegen den Angeschuligten ein Disziplinarverfahren wegen der nämlichen Thatfachen nicht eingeleitet werden.

Wenn im Laufe eines Disziplinarverfahrens wegen der nämlichen Thatfachen eine gerichtliche Untersuchung gegen den Angeschuligten eröffnet wird, so muß das Disziplinarverfahren bis zur rechtskräftigen Erledigung des gerichtlichen Verfahrens eingestellt werden.

§. 5. Wenn von den gewöhnlichen Strafgerichten auf Freisprechung erkannt, so findet wegen derj. Thatfachen, welche in der gerichtlichen Untersuchung zur Väterung gekommen sind, ein Disziplinarverfahren nur noch in sofern statt, als selbes an sich und ohne ihre Beziehung zu dem gesetzlichen Thatbestande der Verletzung, des Vergehens oder des Verbrechens, welche den Gegenstand der Untersuchung bilden, ein Dienstvergehen enthalten.

Ist in einer gerichtlichen Untersuchung eine Verurtheilung ergangen, welche den Verlust des Amtes nicht zur Folge gehabt hat, so bleibt derj. Behörde, welche die Einleitung des Disziplinarverfahrens zu verfügen hat, die Entscheidung über vorbehalten, ob außerdem ein Disziplinarverfahren einzuleiten oder fortzusetzen sei. <sup>2)</sup>

§. 6. Spricht das G. bei Dienstvergehen, welche Gegenstand eines Disziplinarverfahrens werden, die Verpflichtung zur Wiedererstattung oder zum Schadenersatz, oder eine sonstige civilrechtliche Verpflichtung aus, so gehört die Klage der Betheiligten vor das Civilgericht, jedoch vorbehaltlich der Bestimmung des §. 100.

§. 7. Ist von dem gewöhnlichen Strafrichter auf eine Freiheitsstrafe von

hohen Betr. wurde durch Cirk. v. 27. Nov. 1788 (Nabe, Bb. 13. S. 171) für Schullehrer mit Cassation bedroht.

Vergl. auch S. 463 Note 1.

1) Der Allerh. G. v. 9. Okt. 1848 (G. S. 1848. S. 279) sprach zwar wegen der Verbindung mit dem letzten Aufstande in Posen, sei es zum Zwecke, oder zur Unterdrückung dess., begangenen politischen und andern Vergehen und Verbrechen eine Amnestie aus, fügte aber hinzu:

„Gegen unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, so wie gegen Offiziere, Geistliche und Lehrer an öffentl. Schulen, welche sich bei der Insurrektion betheiligt haben, soll zwar die gerichtliche Untersuchung eingeleitet und beziehungsweise fortgeführt, jedoch keine härtere Strafe, als Dienstentlassung erkannt werden.“

2) Hierzu bestimmt ein G. R. des Min. für G., G. u. öff. Arb. (v. d. 28. März 1854 (Staatsanzeiger S. 607):

„die Frage, ob hiernach zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens genügender Anlaß vorliegt, bedarf daher in jedem einzelnen Fall der sorgfältigsten Erwägung, sobald die gerichtlichen Verhandlungen ihr Ende erreicht haben. Besonders sind hierbei diej. Momente ins Auge zu fassen, welche die Amtssuspension des Angeschuligten während des gerichtl. Verfahrens bedingt haben, um zu verhüten, daß Beamte, gegen deren Wiedereintritt in amtl. Thätigkeit gerechte Bedenken obwalten, nicht lediglich in Folge der Beendigung des gerichtl. Verfahrens nach Vorschrift der §§. 49. ff. den Wirkungen der Suspension entgehen. Das G. gestattet eine zehntägige Frist nach eingetretener Rechtskraft des gerichtl. Urtheils, oder, wenn die Suspension Folge der Verhaftung ist: nach Aufhebung des Verhaftungsbeschlusses, zur Beschlußnahme über die Fortdauer der Suspension im Wege des Disziplinarverfahrens. Es ist daher in jedem einzelnen Falle darauf zu achten, daß innerhalb dieser Frist die Beschlußnahme über die Einleitung oder Fortsetzung eines Disziplinarverfahrens auch wirklich erfolge.“

Schließlich wird darauf gedrungen, daß die Reg. Präs. die Beamten der Staatsanwaltschaft (§. 32.) mit Sorgfalt auswählen, und sich über die zu stellenden Anträge mit dens. ins Einvernehmen setzen sollen.

von selbst nach sich; es wird darauf nicht besonders erkannt, es sei denn, daß vor Beendigung des Disziplinarverfahrens aus irgend einem von dessen Ergebnis unabhängigen Grunde das Amtsverhältniß bereits aufgehört hat und daher auf Dienstentlassung nicht mehr zu erkennen ist.

Gehört der Angeschuldigte zu den Beamten, welche einen Anspruch auf Pension haben, und lassen besondere Umstände eine mildere Beurtheilung zu, so ist die Disziplinarbehörde ermächtigt, in ihrer Entscheidung zugleich festzusetzen, daß dem Angeschuldigten ein Theil des reglementmäßigen Pensionsbetrages auf Lebenszeit oder auf gewisse Jahre als Unterstützung zu verabreichen sei.

§. 17. Welche der in den §§. 14. bis 16. bestimmten Strafen anzuwenden sei, ist nach der größeren oder geringeren Erheblichkeit des Dienstvergehens mit Rücksicht auf die sonstige Führung des Angeschuldigten zu ermessen, unbeschadet der besonderen Bestimmungen der §§. 8. und 9. 1)

### Zweiter Abschnitt.

#### Von dem Disziplinarverfahren.

§. 18. Jeder Dienstvorgesetzte ist zu Warnungen und Verweisen gegen seine Untergebenen befugt.

§. 19. In Beziehung auf die Verhängung von Geldbußen ist die Befugniß der Dienstvorgesetzten begrenzt, wie folgt:

Die Vorsteher derj. Behörden, welche unter den Prov.-Behörden stehen, einschließl. der Landräthe, können gegen die ihnen selbst untergebenen Beamten, sowie gegen die Beamten der ihnen untergeordneten Behörden Geldbußen bis zu drei Thlr. verfügen.

Anderer Vorgesetzte der unteren Beamten dürfen solche Geldbußen nur insofern verfügen, als ihnen die Befugniß zur Verhängung von Geldbußen durch besondere G. oder auf Grund solcher G. erlassene Instr. beigelegt ist.

Die Provinzialbehörden sind ermächtigt, die ihnen untergeordneten Beamten mit Geldbuße bis zu dreißig Thlr. zu belegen, besoldete Beamte jedoch nicht über den Betrag des einmonatlichen Dienst Einkommens hinaus.

Gleiche Befugniß haben die Vorsteher der Provinzialbehörden in Ansehung der bei letzteren angestellten unteren Beamten.

Die Minister haben die Befugniß, allen ihnen unmittelbar oder mittelbar untergebenen Beamten Geldbußen bis zum Betrage des monatlichen Dienst Einkommens, unbesoldeten Beamten aber bis zur Summe von dreißig Thalern aufzuerlegen.

Welche Beamten im Sinne dieses Paragraphen zu den unteren zu rechnen sind, wird durch das Staatsmin. bestimmt.

§. 20. Nur diej. Dienstvorgesetzten, welche gegen die, in §. 15. Nr. 4. bezeichneten Beamten Geldbuße verhängen können, sind ermächtigt, gegen dies. Arreststrafen zu verfügen.

Diej. Vorgesetzten, deren Strafgewalt auf Geldbuße bis zu drei Thlrn. beschränkt ist, dürfen bei den Arreststrafen das Maas von drei Tagen nicht überschreiten.

§. 21. Gegen die Verfügung von Ordnungsstrafen findet nur Beschwerde in vorgeschriebenen Instanzenzuge statt.

§. 22. Der Entfernung aus dem Amte muß ein förmliches Disziplinarverfahren vorhergehen. Dasselbe besteht in der von einem Kommissar zu führenden schriftlichen Voruntersuchung und in einer mündlichen Verhandlung nach den folgenden näheren Bestimmungen.

§. 23. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens wird verfügt und der Untersuchungskommissar ernannt:

- 1) wenn die Entscheidung der Sache vor den Disziplinarhof gehört (§. 24 Nr. 1.), von dem Min., welcher dem Angeschuldigten vorgesetzt ist.

Ist jedoch Gefahr im Verzuge, so kann diese Verfügung und Ernennung

1) Es ist mehrfach empfohlen, von Anfang an strenge Aufsicht über Kinder und Schulmänner zu führen, um, wo es nöthig, durch gehörige Kontrolle in denselben die Korrektur ders. zu bewirken und so spätern Amtsentsetzungen vorzubeugen. G. R. des Min. der G. u. M. Ang. v. 19. Dec. 1824. (N. VIII. S. 1053). — G. R. dess. Min. v. 10. Juli 1837. (N. XXI. S. 415.)

erläufig von dem Vorsteher der Provinzialbehörde des Ressorts ausgehen. Es ist alsdann die Genehmigung des Min. einzuholen und, sofern dies ersagt wird, das Verfahren einzustellen;

in allen anderen Fällen von dem Vorsteher der Behörde, welche die entscheidende Disziplinarbehörde bildet (§. 24. Nr. 2.), oder von dem vorgesetzten Min.

**A. Die entscheidenden Disziplinarbehörden erster Instanz sind:**

der Disziplinarhof zu Berlin (§. 29.) in Ansehung derj. Beamten, zu deren Anstellung nach den Bestimmungen, welche zur Zeit der verfügten Einsetzung der Untersuchung gelten, eine von dem Könige oder von den Min. ausgehende Ernennung, Bestätigung oder Genehmigung erforderlich ist;

die Provinzialbehörden, als:

die Regierungen,

die Provinzial-Schulkollegien, <sup>1)</sup>

---

### **Es bestimmen**

Bezug auf die vereinigten Kirchen- und Schulämter:

1) das G. R. des Min. der G. U. u. R. Ang. (v. Ladenberg) v. 6. Sept. 1849 an sammtl. R. Reg. und Konsf.:

Es sind Zweifel darüber erhoben, in welchen Formen nach der, auf Geistliche und Kirchenbeamten nicht anwendbaren B. über die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten v. 11. Juli d. J. gegen solche Lehrer zu verfahren sei, die zugleich Kirchenbeamte sind. Zur Erledigung dieser Zweifel eröffne ich der R. Reg., im Einverständniß mit der Abth. meines Min. für die inneren evangelischen Kirchensachen, daß die B. v. 11. Juli d. J. auf alle Lehrer, auch auf solche, welche gleichzeitig Kirchenbeamte sind, Anwendung findet. Es muß daher von Seiten der R. Reg. gegen alle solche Lehrer, wenn diesel. wider die Vorschriften der mehrgedachten B. sich vergehen, ohne Verzug eingeschritten und in Beziehung auf ihr Lehramt festgesetzt werden, was das Interesse der Dienstdisziplin erheischt. Welche Folgen ein solches Einschreiten und die dems. zu Grunde liegenden Thatfachen auf das kirchliche Amt üben, hat die zuständige kirchliche Oberbehörde festzusetzen.

Die R. Reg. wird daher veranlaßt, in solchen Fällen, wo Lehrer zugleich ein kirchliches Amt bekleiden, von Ihrem Einschreiten und von dessen Ergebniß jedesmal dem Konsf. der Prov. eine kurze Benachrichtigung zukommen zu lassen, damit dieses innerhalb seines Ressorts verfüge, was das Interesse des kirchlichen Amtes erheischt.

(Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 193.)

2) das G. R. dess. Min. v. 17. Juni 1850 an die R. Reg. zu Liegnitz, und abschr. an sammtl. übrige R. Reg.

Der R. Reg. eröffne ich auf den Ver. v. 17. April d. J., im Einverständniß mit der Abth. des Min. für die inneren evangelischen Kirchensachen, daß, nachdem durch die B. v. 11. Juli v. J. das Disziplinar-Verfahren gegen Staatsbeamte, einschließlich der Lehrer, wesentlich verändert worden, die Anwendbarkeit der B. auf Kirchenbeamte aber ausdrücklich ausgeschlossen ist, aus diesem Grunde auch die in der Verf. v. 1. Okt. 1847. Nr. 22. und Nr. 6. (Min. Bl. 1847. S. 280 u. 282) bestimmte, mit der, durch die Verfassungs-Urkunde veränderten Stellung der Kirche zum Staate nicht zu vereinbarende Delegation der geistlichen Disziplinalgewalt über Kirchenbeamte, welche zugleich in einem Schulamte stehen, an die Reg., resp. an die Oberpräsf., nicht mehr als fortbestehend erachtet werden kann. Es muß vielmehr die Disziplinalgewalt der Kirchenbehörden auch bei vereinigten Schul- und Kirchenämtern in Betreff des Kirchenamtes von den Kirchenbehörden, d. h. von den Konsf. in erster, und von der Eingangs gedachten Abth. in zweiter Instanz, selbstständig und unabhängig geübt werden. Daß hierdurch das disziplinarische Einschreiten der kompetenten Staatsbehörden in Betreff



die Provinzial-Steuerdirektionen,  
die Ober-Bergämter,

des Schulamts weder ausgeschlossen noch beschränkt werden bereits in dem G. Erlaß v. 6. Sept. v. J. ausgesprochen. In der Disziplin erscheint es aber nothwendig, daß Fällen die weltlichen und kirchlichen Disziplinarbehörden Hand in Hand mit einander gehen und diesen Gesichtspunkte besondere bei der Einleitung der Untersuchung, bei der Ernennung des Kommissars, der Anordnung der Suspension, der Reg. der Suspensions-Gehalts und der Stellvertretung, sowie in allen gemeinsamen Beziehungen, im Auge behalten. In der K. Reg. zur Beachtung empfehle, bemerke ich, daß in dieser Weise auch die Kons. mit Instr. versehen worden sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 203.)

Die gleiche Verf. an die Kons. erging von der Abth. für die inneren evang. Kirchensachen (v. Uechtritz) — aus welcher die evang. Oberkirchenrath geworden ist — unterm 27. (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 203.)

- γ) Insbes. in betr. kathol. Stellen das G. R. d. Min. v. 16. an die K. Reg. zu Breslau, und abschr. an sämmtl. übrige

Auf den Ver. v. 6. v. M. eröffne ich der K. Reg. G. Verf. v. 17. Juni d. J. auf katholische Lehrer, welche ein Kirchenamt bekleiden, ebenso wie auf evangelische der Kategorie, mit der sich von selbst verstehenden Maßgabe findet, daß hier an die Stelle der Kons. die katholisch Oberen treten.

Die Gründe, welche es wünschenswerth erscheinen, die gegen vergl. Beamte zu ergreifenden disziplinarischen Maßnahmen, insbesondere die Suspension oder Entfernung vom auf das Schul- und Kirchenamt gleichmäßig erstrecken, g bei katholischen Lehrern, die zugleich ein Kirchenamt bevollem Maße Platz. Auch ist bei einer zweckmäßigen Behandlung derartiger Fälle nicht zu besorgen, daß aus der angeordneten Kommunikation mit den geistlichen Oberen besondere Weiterungen, da die Thatsachen, welche ein disziplinarisches Einschreiten diese Beamten in ihrer Eigenschaft als Lehrer nothwendig fast in allen Fällen zugleich ein Einschreiten gegen die Eigenschaft als Kirchenbeamter zu begründen geeignet sei und nicht anzunehmen ist, daß die katholisch-kirchlichen derartige Thatsachen nicht mit gleichem Ernste, wie die evangelisch-kirchlichen, auffassen werden. solches Einverständnis erzielt, so gewinnen die gemeinsamen nicht nur an moralischer Autorität, sondern auch an materieller, namentlich dann, wenn die kirchlichen Einkünfte tendern Theil des Gesamteinkommens solcher Lehrer und Beamten ausmachen, so daß bei einseitigem Vorgehen hinsichtlich des Schulamts, sowohl die Regulirung des Suspensionsgehalts als die Wiederbesetzung einer durch Amtsentfernung erledigten Stelle auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Kommt dagegen das Einverständnis zu Stande, so bleibt der K. Reg. unverschränkt allein gegen den betr. Lehrer einzuschreiten.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 241.)

- b) in Bezug auf die Garnison-Schullehrer:

der Beschluß des Staatsmin. (v. Manteuffel, v. d. G. mons, v. Raumer, v. Bodelschwingh, v. Bonin, für den Mi. v. Manteuffel) v. 23. Aug. 1853.):

1. Das K. Staatsmin. hat demnach beschlossen, daß die in der Prov. Behörden als entscheidende Disziplinarbehörden erst ferner ausgedehnt bleibe: 1.

die General-Kommissionen,  
die Militär-Intendanturen,  
das Polizeipräsidium zu Berlin,  
die Eisenbahn-Kommissariate,

in Ansehung aller Beamten, die bei ihnen angestellt oder ihnen untergeordnet und nicht vorstehend unter 1. begriffen sind.

Den Provinzialbeh. werden in dieser Beziehung gleichgestellt die unter den stehenden Central-Verwaltungsbehörden in Dienstzweigen, für welche keine Provinzialbeh. bestehen, sowie die Generallandschafts- und Hauptritterschafts-Direktoren.

§. 25. Für die Kategorien von Beamten, welche nicht unter den im §. 24. Genannten begriffen sind, ist die entscheidende Disziplinarbehörde die Reg., in deren Bezirk sie fungiren, und für die in Berlin oder im Auslande fungirenden die in Potsdam.

§. 26. Die Zuständigkeit der Prov. Behörden kann von dem Staatsmin. auf eine Kategorie solcher Beamten ausgedehnt werden, welche von den Min. ernannt oder bestätigt werden, aber nicht zu den etatsmäßigen Mitgliedern einer Behörde gehören.

§. 27. Für den Fall, daß bei der zuständigen Disziplinarbehörde die befähigte Anzahl von Mitgliedern nicht vorhanden ist, oder wenn auf den Antrag des Beamten der Staatsanwaltschaft oder des Angeschuldigten der Disziplinarhof das Vorhandensein von Gründen anerkennt, aus welchen die Unbefangenheit der zuständigen Disziplinarbehörde bezweifelt werden kann, tritt eine andere durch den Staatsmin. substituirte Disziplinarbehörde an deren Stelle.

§. 28. Streitigkeiten über die Kompetenz der Disziplinarbehörden als solcher werden von dem Staatsmin., nach Vernehmung des Gutachtens des Disziplinarhofs, entschieden.

§. 29. Der Disziplinarhof besteht aus einem Präsidenten und zehn anderen Mitgliedern, von denen wenigstens vier zu den Mitgliedern des Obertribunals gehören müssen.

Die Mitglieder des Disziplinarhofes werden von dem Könige auf drei Jahre ernannt.<sup>1)</sup>

Ein Mitglied, welches im Laufe dieser Periode ernannt wird, bleibt nur bis zum Ende derselben in Thätigkeit.

Die ausscheidenden Mitglieder können wieder ernannt werden.

§. 30. Zur Erledigung der Disziplinarsachen ist bei dem Disziplinarhofe die Anwesenheit von wenigstens sieben Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden erforderlich, von denen wenigstens zwei zu den Mitgliedern des Obertribunals gehören müssen.

§. 31. Bei den Prov. Behörden werden die Disziplinarsachen in besonderen Plenarsitzungen erledigt, an welchen mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder teilnehmen müssen. In diesen Plenarsitzungen steht, bei den Reg., den Mitglie-

IV. auf die von dem K. Kriegsmin. ernannten oder bestätigten Garnison-Schullehrer, bei welchen die Prov. Schulkoll. als entscheidende Disziplinar-Behörden erster Instanz eintreten.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 227.)

Die gleiche Bestimmung war schon mit Bezugnahme auf die B. v. 11.

Juli 1849 durch den Beschluß des Staatsmin. v. 21. Dec. 1851 getroffen.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 262.)

1) Die jetzigen Mitglieder des Disziplinarhofes wurden durch den A. Erlaß v. 1. Sept. 1852 (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 213) ernannt, wie folgt: 1) Reich, Dir. im Handelsmin. — 2) Zettwach, Ober-Trib. Rath (ersetzt durch v. Sacher, Geh. Ob. Rev. Rath laut A. Erl. v. 24. Sept. 1852. Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 251). — 3) C. A. Wille, Ob. Trib. Rath. — 4) Höpner, Trib. Rath. — 5) v. Könen I., Geh. Ob. Fin. Rath. — 6) Reinike, Trib. Rath. — 7) Dr. Brüggemann, Geh. Ob. Reg. Rath. — 8) Dr. Hagen, Geh. Ob. Just. Rath (ersetzt durch v. Alvensleben, Geh. Ob. Trib. Rath, laut A. Erl. v. 6. Juni 1853. Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 113). — 9) Fleck, Wirkl. Geh. Kriegsrath. — 10) Dr. Scherer, Geh. Reg. Rath.

bern ders. nur dasj. Stimmrecht zu, welches ihnen durch die allg. Vorschrift der Verhandlung im Plenum beigelegt ist. <sup>1)</sup> Bei den übrigen Prov. Behörden men an den zur Erledigung der Disziplinarsachen bestimmten Plenarsitzungen die etatsmäßigen Mitglieder und diej. Theil, welche eine etatsmäßige (versehen.

§. 32. In der Voruntersuchung wird der Angeschuldigte unter Mittheilung der Anschuldigungspunkte vorgeladen und, wenn er erscheint, gehört; es werden Zeugen eidlich vernommen und die zur Aufklärung der Sache dienenden son Beweis herbeigeschafft.

Die Berrichtungen der Staatsanwaltschaft werden durch einen Beamten genommen, welchen die Behörde ernennt, von der die Einleitung des Disziplinarverfahrens verfügt wird. <sup>2)</sup>

Bei der Vernehmung des Angeschuldigten und dem Verhöre der Zeuge ein vereideter Protokollführer zuzuziehen.

§. 33. Der dem Angeschuldigten vorgesezte Min. ist ermächtigt, mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung, das fernere Verfahren einzustellen und im geeigneten Falle nur eine Ordnungsstrafe zu verhängen.

Ist eine sonstige Behörde, welche die Einleitung der Untersuchung verfügt, der Ansicht, daß das fernere Verfahren einzustellen sei, so muß sie darüber an den Min. zu dessen Beschlußnahme berichten.

In beiden Fällen erhält der Angeschuldigte Ausfertigung des darauf beruhenden, mit Gründen zu unterstützenden Beschlusses.

§. 34. Wird das Verfahren nicht eingestellt, so wird nach Eingang der Voruntersuchung von dem Beamten der Staatsanwaltschaft anzufertigenden Anschuldigungsschrift der Angeschuldigte unter abschriftlicher Mittheilung dieser Anschuldigungsschrift zu dem von dem Vorsitzenden der Disziplinarbehörde zu bestimmenden Sitzung zur mündlichen Verhandlung vorgeladen.

§. 35. Bei der mündlichen Verhandlung, welche nicht in öffentlicher Sitzung stattfindet, giebt zuerst ein von dem Vorsitzenden der Behörde aus der Zahl der Mitglieder ernannter Referent eine Darstellung der Sache, wie sie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht.

Der Angeschuldigte wird vernommen.

Es wird darauf der Beamte der Staatsanwaltschaft mit seinem Vor- und Antrag, und der Angeschuldigte in seiner Vertheidigung gehört.

Dem Angeschuldigten steht das letzte Wort zu.

§. 36. Wenn die Behörde auf den Antrag des Angeschuldigten oder des Beamten der Staatsanwaltschaft, oder auch von Amtswegen die Vernehmung eines oder mehrerer Zeugen, sei es durch einen Kommissar, oder mündlich vor der Behörde selbst, oder die Herbeischaffung anderer Mittel zur Aufklärung der Sache angemessen erachtet, so erläßt sie die erforderliche Verf. und verlegt nöthigenfalls die Fortsetzung der Sache auf einen anderen Tag, welcher dem Angeschuldigten bekannt zu machen ist.

§. 37. Der Angeschuldigte, welcher erscheint, kann sich des Beistandes eines Advokaten oder Rechtsanwaltes als Vertheidigers bedienen. Der nicht erscheinende

1) Ein Erlass der Min. des J. (v. Westphalen) u. der Fin. (v. Bodelschwingh) v. 12. März 1853 (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 73) spricht aus, daß auch die technischen Mitglieder der Reg. berechtigt und verpflichtet sind, an den Disziplinarsitzungen, und insbes. an der Diskussion, Theil zu nehmen, wenn sie auch nur ein auf ihren Geschäftskreis beschränktes Stimmrecht haben. Außer ihnen müssen aber immer wenigstens 3 Mitglieder mit vollem Stimmrecht da sein.

2) Ein G. R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 6. März 1851 wies die Reg. an, in den Ver. wegen Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen solche Beamte, gegen welche nur der Min. die Einleitung der Untersuchung verfügen darf, zugleich einen Untersuchungs-Kommissar in Vorschlag zu legen, und bei diesen Vorschlägen nicht bloß auf Geschicklichkeit im Inquiriren, sondern vorzugswiese auf Zuverlässigkeit des Charakters und der politischen Gesinnung zu sehen. Bei richterlichen Beamten sollten sich die Reg. vor dem Vorschlag der Bereitwilligkeit zur Uebernahme des Auftrags sowie der Zustimmung des Vorgesetzten versichern. (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 30.) — Vergl. auch zu §. 5.

geschuldigte kann sich durch einen Advokaten oder Rechtsanwalt vertreten lassen. Die Disziplinarbehörde steht es jedoch jederzeit zu, das persönliche Erscheinen des geschuldigten unter der Warnung zu verordnen, daß, bei seinem Ausbleiben, ein theilbiger zu seiner Vertretung nicht werde zugelassen werden.

§. 38. Bei der Entscheidung hat die Disziplinarbehörde, ohne an positive Weiseregeln gebunden zu sein, nach ihrer freien, aus dem ganzen Inbegriffe der Handlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beurtheilen, in wie weit Anschuldigung für begründet zu erachten.

Die Entscheidung kann auch auf eine bloße Ordnungsstrafe lauten.

Die Entscheidung, welche mit Gründen versehen sein muß, wird in der Sitzung, welcher die mündliche Verhandlung beendet worden ist, oder in einer der nächsten Sitzungen verkündigt und eine Ausfertigung derselben dem Angeeschuldigten auf Verlangen ertheilt. <sup>1)</sup>

1) a) Ueber die Abfassung der Entscheidung bestimmt der schon zu §. 31. erwähnte Erlaß der Min. des J. und der Fin. sub 2.:

Wenn ferner der §. 38. festsetzt:

„Die Entscheidung, welche mit Gründen versehen sein muß, wird in der Sitzung, in welcher die mündliche Verhandlung erledigt worden ist, oder in einer der nächsten Sitzungen verkündigt“,

so ist um so weniger Grund vorhanden, bei der Auslegung dieser Vorschrift den unter der Herrschaft der B. v. 11. Juli 1849 gefaßten Beschluß des R. Staatsmin. v. 11. Okt. 1850, wonach

bei Verkündigung der Entscheidung erster Instanz in der Sitzung des Kolleg. die Gründe des Beschlusses nur ihrem wesentlichen Inhalte nach angegeben werden sollen,

berücksichtigt zu lassen, als die angeführten Worte in beiden Gesetzen übereinstimmend enthalten sind und es nur in den wenigsten Fällen möglich sein wird, während der Sitzung sogleich ein vollständiges Erkenntniß mit Gründen auszusprechen. Der §. 38. enthält nun zwar den Zusatz, daß

eine Ausfertigung der Entscheidung dem Angeeschuldigten auf sein Verlangen ertheilt werden soll,

welcher Zusatz in dem entsprechenden §. 42. der B. v. 11. Juli 1849 fehlt. Daraus könnte aber höchstens nur gefolgert werden, daß die in dem gedachten Beschlusse enthaltene fernere Bestimmung, wonach

die Entscheidung mit vollständiger Begründung vers. spätestens 8 Tage nach der Verkündigung schriftlich abgefaßt werden soll,

nur unter der Voraussetzung Anwendung finde, daß der Angeeschuldigte überhaupt die Ausfertigung der Entscheidung verlangt hat, was aber das praktische Bedenken gegen sich haben würde, daß alsdann die schriftliche Abfassung des Beschlusses vielleicht sehr lange nach der Fällung desselben erfolgen müßte, da die Zulässigkeit des Antrages an keine Frist gebunden ist, was daher den Grundsätzen einer geordneten Rechtspflege widersprechen würde.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 73.)

b) Der in vorst. Erlaß erwähnte Beschluß des Staatsmin. v. 11. Okt. 1850 ist nach der Mittheilung, welche davon in dem G. R. des Min. der G., u. N. Ang. (v. Ladenberg) v. 4. Nov. 1850 geschieht, dahin, daß:

1) bei Verkündigung der Entscheidung erster Instanz in Disziplinar-Untersuchungen in der Sitzung des Kollegiums auch die Gründe des Beschlusses ihrem wesentlichen Inhalte nach anzugeben und eben so dieselben in das Protokoll aufzunehmen;

2) die Entscheidung mit vollständiger Begründung spätestens innerhalb 8 Tagen nach der Verkündigung in allen Fällen schriftlich abzufassen, und von den Mitgliedern des Kollegiums, welche zu derselben mitgewirkt haben, unterzeichnen zu lassen, und

3) dem Angeeschuldigten, wenn er bei der Verkündigung des Beschlusses in der Sitzung des Kollegiums nicht zugegen war, oder auch außerdem, wenn er die schriftliche Mittheilung ausdrücklich verlangt, die mit Gründen versehene

§. 39. Ueber die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgestellt, welches die Namen der Anwesenden und die wesentlichen Momente der Verhandlung enthalten muß. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterzeichnet.

§. 40. Das Rechtsmittel des Einspruches (Resitution oder Opposition) nicht statt.

§. 41. Gegen die Entscheidung steht die Berufung an das Staatsmin. dem Beamten der Staatsanwaltschaft, als dem Angeschuldigten offen.

§. 42. Die Anmeldung der Berufung geschieht zu Protokoll oder schriftlich bei der Behörde, welche die anzugreifende Entscheidung erlassen hat. Von dem Angeschuldigten kann sie auch durch einen Bevollmächtigten geschehen.

Entscheidung in einer von dem Vorsitzenden zu vollziehenden Ausfertigung auszustellen.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 320. Vgl. auch S. 369.)

c) Einsendung einer Abschrift des Erkenntnisses in allen Fällen, wo auf Verurtheilung oder Verurtheilung erkannt worden, und zwar ohne etwaige Einlegung eines Rekurses Seitens des Angeschuldigten abzuwarten, war schon durch das G. v. Min. der G., u. u. Med. Ang. v. 4. Juli 1825 angeordnet worden (A. L. 650). Erneuert wurde diese Vorschrift durch

das R. des Min. der G., u. u. Med. Ang. (v. Ladenberg) v. 11. März an die Reg. zu Köln:

Die in dem Ver. v. 21. v. M. enthaltene Anfrage:

„ob es der durch die Verf. v. 4. Juli 1825 angeordneten Einlegung der Straf-Resolute in Disziplinarsachen gegen Elementar-Lehrer, an das unterg. Min., auch nachdem die Rekurs-Instanz diesen Sachen auf die Oberpräsidien übergegangen ist, noch bedürfe“,

findet, wie der R. Reg. hierdurch eröffnet wird, durch die G.-Verf. v. 4. Juli 1837 (Ann. S. 415) ihre Erledigung, indem am Schlusse derselben ausdrücklich vorgeschrieben worden ist, daß die Entscheidungen allerdings wie vor schriftlich hierher einzurücken seien, damit das Min. fortwährend von der speziellen Behandlung dieser Sachen in Kenntniß setzbar werde.

(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 75.)

d) In derselben Absicht, sich in Kenntniß von den Disziplinar-Untersuchungen zu erhalten, verlangte das G. R. des Min. der G. u. u. Med. Ang. (v. Altenh. v. 28. Okt. 1829 von sämmtl. Reg. u. Prov. Schulkolleg., daß den jährlich zu reichenden Civilprozeßlisten als Anhang eine Liste über die eingeleiteten Disziplinar-Untersuchungen beigelegt werde, in folgenden Rubriken: 1) Name des Beschuldigten; 2) Gegenstand der Anschuldigung; 3) Datum der Eröffnung der Untersuchung; 4) Name des Untersuchungs-Kommissarius; 5) Lage der Untersuchung; 6) Entscheidung erster Instanz; 7) Rekurs-Instanz (ob Rekurs ergriffen, wann, in welcher Weise, ob die Akten eingesandt, welche Endentscheidung ergangen, ob dieselbe vollstreckt); 8) besondere Bemerkungen.

(Ann. XIII. S. 817.)

Dieses R. ist in Folge der neuen Gesetzgebung nur in soweit zu modifizieren, daß an Stelle der Rekurs-Instanz (Nr. 7.) die Berufung (§. 41. ff.) gesetzt wird. Vgl. das G. R. v. 13. Mai 1850 (s. unten).

e) Nach der G. Verf. des Just. Min. (Simons) v. 29. Juni 1851 soll die Staatsanwaltschaft in allen gegen Beamte eingeleiteten Disziplinar-Untersuchungen, bei welchen sie mitzuwirken hat, der vorgesetzten Dienstbehörde von der Einleitung der Untersuchung unter kurzer Angabe der Veranlassung oder der Mittheilung der Anklageschrift, und von der Entscheidung durch Abschrift des Erkenntnisses mit den Gründen Nachricht geben.

Ebenso ist nach §. 14. von allen rechtskräftigen Entscheidungen, bei welchen Staats-, Gemeinde- oder Korporationsklassen interessiren, insbesondere von solchen in Folge deren Verpflichtungen gegen den Verurtheilten aufhören, den betr. Behörden die Mittheilung zu machen.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 132. — Just. Min. Bl. 1851. S. 231.)



Die Frist zu dieser Anmeldung ist eine vierwöchentliche, welche mit dem Ab-  
des Tages, an welchem die Entscheidung verkündigt worden ist, und für den  
schuldigten, welcher hierbei nicht zugegen war, mit dem Ablaufe des Tages  
ist, an welchem ihm die Entscheidung zugestellt worden ist.

§. 43. Zur schriftlichen Rechtfertigung der Berufung steht demj., der dieselbe  
zeitig angemeldet hat, eine fernere vierzehntägige Frist offen.

Diese Frist kann auf den Antrag des Appellanten angemessen verlängert  
w.

Neue Thatsachen, welche die Grundlagen einer andern Beschuldigung bilden,  
in zweiter Instanz nicht vorgebracht werden.

§. 44. Die Anmeldung der Berufung und die etwa eingegangene Appella-  
schrift wird dem Appellaten in Abschrift zugestellt, oder dem Beamten der  
Staatsanwaltschaft, falls er Appellat ist, in Urschrift vorgelegt.

Innerhalb vierzehn Tagen nach erfolgter Zustellung oder Vorlegung kann der  
Appellant eine Gegenschrift einreichen.

Diese Frist kann auf den Antrag des Appellaten angemessen verlängert  
w.

§. 45. Nach Ablauf der in dem §. 44. bestimmten Frist werden die Akten  
an das Staatsmin. eingesandt. <sup>1)</sup>

Das Staatsmin. beschließt auf den Vortrag eines von dem Vorsitzenden er-  
sten Referenten; in Sachen jedoch, in welchen der Disziplinarhof in erster In-  
stanz geurtheilt hat, auf den Vortrag zweier von dem Vorsitzenden ernannten Re-  
ferenten, von denen einer dem Justizmin. angehören muß.

Ist die Berufung von der Entscheidung einer Prov. Behörde eingelegt, so  
kann das Staatsmin. keinen Beschluß fassen, bevor das Gutachten des Disziplinar-  
hofes eingeholt worden ist.

Der Disziplinarhof kann die zur Aufklärung der Sache etwa erforderlichen  
Maßnahmen erlassen. Er kann auch eine mündliche Verhandlung anordnen, zu welcher  
Angeklagte vorzuladen und ein Beamter der Staatsanwaltschaft zuzuziehen.

Der Letztere wird in diesem Falle vom Min. des Ressorts bezeichnet.

§. 46. Lautet die Entscheidung oder das Gutachten des Disziplinarhofes auf  
Freisprechung des Angeklagten, oder nur auf Warnung oder Verweis, so kann  
das Staatsmin., wenn es den Angeklagten strafbar findet, nicht die Strafe der  
Dienstentlassung, sondern nur eine geringere Disziplinarstrafe verhängen, oder die  
zeitliche Versetzung in den Ruhestand mit Wartegeld verfügen.

§. 47. Eine jede Entscheidung der Disziplinarbehörde, gegen die kein Rechts-  
mittel mehr stattfindet und durch welche die Dienstentlassung ausgesprochen ist, bedarf

<sup>1)</sup> Hierzu erging

ein K. Erlass der Min. des J. (v. Westphalen) und der Fin. (v. Bodelschwingh)  
vom 31. Jan. 1853 an sämmtl. R. Reg., das Verfahren bei Einsendung der Ak-  
ten in Disziplinar-Untersuchungen betr.

In den bei dem R. Staatsmin. zur Entscheidung in zweiter Instanz einge-  
sandten Disziplinar-Untersuchungssachen ist in einzelnen Fällen bemerkt worden,  
daß von den Prov. Behörden den eingereichten Untersuchungs-Verhandlungen die  
Akten der dem Angeklagten geführten Personal-Akten nicht beigelegt waren. Da  
jedoch bei Beurtheilung der Strafbarkeit der dem Angeklagten zur Last gelegten  
Vergehen stets auch auf seine frühere Dienstführung Rücksicht zu nehmen  
ist, so kann die Einsicht der darüber Auskunft gebenden Personal-Akten auch in  
der zweiten Instanz nicht entbehrt werden.

Die R. Reg. veranlassen wir daher, in den zur Verhandlung in zweiter  
Instanz gelangenden Disziplinar-Untersuchungen, welche übrigens nicht unmittel-  
bar, sondern stets durch den vorgesetzten Departements-Chef dem R. Staatsmin.  
überreicht sind, immer auch die den Angeklagten betr. Personal-Akten bei-  
zulegen.

Wir machen wir die R. Reg. darauf aufmerksam, daß die Aktenstücke, welche  
in Disziplinar-Sachen dem R. Staatsmin. vorgelegt werden, sämmtlich foliirt sein  
müssen, was in öfteren Fällen vermisst worden ist.

(Min. BL. d. i. B. 1853. S. 41. — Vgl. auch S. 30, wo diese Verf. vom  
Min. für landw. Ang. unterm 15. Jan. 1853 erlassen ist.)

§. 52. Der zu den Kosten (§. 51.) nicht verwendete Theil des Einkommens wird dem Beamten nicht nachgezahlt, wenn das Verfahren die Entfernung aus dem Amte zur Folge gehabt hat. <sup>1)</sup>

Erinnerungen über die Verwendung des Einkommens stehen dem Beamten nicht zu; wohl aber ist ihm auf Verlangen eine Nachweisung über diese Verwendung zu ertheilen.

§. 53. Wird der Beamte freigesprochen, so muß ihm der innebehaltenene Theil des Dienst Einkommens vollständig nachgezahlt werden.

Wird er nur mit einer Ordnungsstrafe belegt, so ist ihm der innebehaltenene Theil, ohne Abzug der Stellvertretungskosten, nachzuzahlen, soweit derselbe die Deckung der Untersuchungskosten und der Ordnungsstrafe erforderlich ist.

§. 54. Wenn Gefahr im Verzuge ist, kann einem Beamten auch von seinen Vorgesetzten, die seine Suspension zu verfügen nicht ermächtigt sind, die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagt werden; es ist aber darüber sofort die höhere Behörde zu berichten.

#### Siebenter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen in Betreff der Entlassung von Beamten, welche aus dem öffentlichen Dienst widerufen sind, der Referendarien u. s. w.

§. 83. Beamte, welche auf Probe, auf Kündigung, oder sonst auf Widerruf angestellt sind, können ohne ein förmliches Disziplinarverfahren von der Behörde, welche ihre Anstellung verfügt hat, entlassen werden. <sup>2)</sup>

1) Dasselbe bestimmte schon die R. D. v. 20. April 1831 (N. XV. S. 100), wonach die ersparten Dienst einkünfte zur Disposition der Dienstbehörde und der Kasse anheimfallen sollten, wenn die obere Behörde eine Verfügung über das Interesse des Beamten der Lage der Sache nicht gemäß findet. Dagegen findet ein U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 29. Jan. 1832 (N. XI. S. 99) aus, daß der Anspruch auf das Gehalt, nicht mit der eingetretenen Suspension, sondern erst mit der Rechtskraft des Erkenntnisses auf die Entlassung verloren gehe.

2) Ueber das Verfahren dabei bestimmten:

a) das U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Gichhorn) v. 11. Febr. 1832 an die R. Reg. zu Marienwerder.

Die R. Reg. erhält auf den Ver. v. 25. Nov. v. J. in der Abschrift des heute dem ehemaligen interimistischen Schullehrer N. N. ertheilten Bescheides, nachrichtlich mit dem Bemerkten zugesendet, daß die Entfernung bloß interimistisch angestellter Lehrer von ihrem Amte die vorgängige Einleitung einer förmlichen Disziplinaruntersuchung zwar nicht erfordert, aber eine gründliche Ermittlung des Sachverhältnisses, woraus sich die Nothwendigkeit der Entlassung ergibt, allerdings voraussetzt. Die R. Reg. hat in solchem Falle durch eine auf diese stattgehabte Ermittlung basirten bloßen Bescheid, der der Berathung in pleno collegii geeignet sein dürfte, die Entfernung des Lehrers auszusprechen, wobei jedoch letzterem nach den Umständen in der Regel eine billige Frist, um sich ein anderes Unterkommen zu suchen, gestattet werden muß. Im Wesentlichen ist also der Zweck, welchen die R. Reg. bei der Fassung der Resolutionen im Auge gehabt erreicht, ohne daß dem Lehrer, durch die gestellte Bedingung der Kündigung, eine Stellung gegeben wird, welche dem Stande der Sache nicht passend ist. Die interimistische Stellung der Lehrer darf überhaupt nicht zu weit hinaus verlängert werden und verweise ich in dieser Beziehung auf die deshalb erlassenen allgem. Bestimmungen zur Vermeidung unbegründeter Einsprüche bei etwaigen Entfernungen interimistisch angestellter Lehrer aus ihrer amtlichen Wirksamkeit in dem hier angedeuteten kürzeren Wege ist übrigens in den Anstellungsverfügungen das interimistische Verhältniß stets besonders auszudrücken.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 63.)

b) Das U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ranmer) v. 5. Aug. 1851 an sammtl. R. Reg. u. Prov. Schulkolleg.

Es ist nach Emanation der B. v. 11. Juli 1849 einige Mal vor

Dem auf Grund der Kündigung entlassenen Beamten ist in allen Fällen bis Ablaufe der Kündigung sein volles Dienst Einkommen zu gewähren.

Achter Abschnitt.

fügungen im Interesse des Dienstes, welche nicht Gegenstand eines Disziplinarverfahrens sind.

§. 87. Die nachbenannten Verfügungen, welche im Interesse des Dienstes geschehen werden können, sind nicht Gegenstand des Disziplinarverfahrens, vorbehaltend des im §. 46. vorgesehenen Falles:

1) Versetzungen in ein anderes Amt von nicht geringerem Range und etatsmäßigen Dienst Einkommen, mit Vergütung der reglementsmäßigen Umzugskosten<sup>1)</sup>.

Als eine Verkürzung im Einkommen ist es nicht anzusehen, wenn die Gelegenheit zur Verwaltung von Nebenämtern entzogen wird, oder die Beziehung der für die Dienstunkosten besonders ausgesetzten Einnahmen mit diesen Unkosten selbst fortfällt.

2) Einseitige Versetzung in den Ruhestand mit Gewährung von Wartegeld nach Maßgabe der Vorschriften der B. v. 14. Juni und 24. Okt. 1848<sup>1)</sup>.

3) Gänzliche Versetzung in den Ruhestand mit Gewährung der vorschriftsmäßigen Pension, nach Maßgabe der §§. 88. ff. dieses G.

§. 88. Ein Beamter, welcher durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges erliches Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte

gekommen, daß gegen Lehrer, welche noch nicht definitiv angestellt waren, jedoch schon eine geraume Zeit nach ihrer interimistischen oder provisorischen Anstellung fungirt hatten, behufs deren Entfernung aus dem Amte die förmliche Disziplinar-Untersuchung eingeleitet worden ist.

Das K. Staatsmin. hat in diesen Fällen auf den gegen das Entlassungs-Resolut erster Instanz eingelegten Rekurs in Uebereinstimmung mit dem Gutachten des Disziplinar-Hofes angenommen, daß das in den §§. 24 ff. der ged. B. für die Dienstentlassung vorgeschriebene Verfahren nur gegen definitiv angestellte Beamte Anwendung finde, daß dagegen, so lange die definitive Anstellung noch nicht erfolgt sei, ohne Rücksicht auf die Dauer des Interimistikums oder Provisoriums die Anstellung als eine widerrufliche zu betrachten und demgemäß die Entlassung nach §. 90. der angef. B. ohne ein förmliches Disziplinarverfahren von derj. Behörde, welche die Anstellung verfügt habe, auszusprechen sei.

Die K. Reg. veranlasse ich, nach diesem Grundsatz in vorkommenden Fällen zu verfahren, zugleich aber auch darauf Bedacht zu nehmen, daß hinsichtlich der interimistischen Anstellungen der Lehrer die G. Verf. v. 1. Juni 1826 und v. 19. Okt. 1832 zur Ausführung gebracht und demzufolge die interimistischen und provisorischen Anstellungen nicht über ihren eigentlichen Zweck, die Tüchtigkeit des Angestellten zu erproben, hinaus ausgedehnt, diej. Lehrer vielmehr, welche sich in einer angemessenen Prüfungsperiode nicht bewähren, baldigst entlassen werden.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 34.)

Vergl. auch das K. v. 31. Aug. 1833 f. o. S. 423.

1) Die Umzugskostenätze sind durch die als Anl. zum K. v. 22. Aug. 1833 XVII. S. 582) mitgetheilte K. D. v. 8. März 1826 regulirt. Bei Clementen greift indessen die Verbindlichkeit der Gemeinden zur Herbeiholung Platz (gl. 3. Kap. sub VII.).

2) G. S. 1848. S. 153. 338. — Schon das durch das K. des Großkanzlers v. Carmer v. 16. März 1787 bestätigte Konklusum der Gesetz-Kommission lautet:

daß ein K. Bedienter darum, daß seine Dienste nicht weiter nöthig sind, und die von ihm bekleidete Bedienung überhaupt aufgehoben wird, nicht schlechthin und ohne ihn wegen des verlorenen Postens völlig schadlos zu halten, dimittirt werden könne, es wäre denn, daß die Dauer des Postens durch die Natur des Geschäfts oder durch ausdrücklichen Vorbehalt auf eine gewisse Zeit eingeschränkt worden. (Klein's Ann. Bd. 1. S. 301.)

zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, soll in den Ruhestand versetzt werden.

§. 89. Sucht der Beamte in einem solchen Falle seine Versetzung in den Ruhestand nicht nach, so wird ihm oder seinem nöthigenfalls hierzu besonders bestellenden Kurator von der vorgesetzten Dienstbehörde unter Angabe des zu gewährenden Pensionsbetrages und der Gründe der Pensionirung eröffnet, daß der Fall seiner Versetzung in den Ruhestand vorliege.

§. 90. Innerhalb sechs Wochen nach einer solchen Eröffnung (§. 89.) kann der Beamte seine Einwendungen bei der vorgesetzten Dienstbehörde anbringen. Ist dies geschehen, so werden die Verhandlungen an den vorgesetzten Min. eingereicht, welcher, sofern nicht der Beamte von dem Könige ernannt ist, über die Pensionirung entscheidet.

Gegen diese Entscheidung steht dem Beamten der Rekurs an das Staatsmin. binnen einer Frist von vier Wochen nach Empfang der Entscheidung zu.

Des Rekursrechtes ungeachtet kann der Beamte von dem Min. sofort der weiteren Amtsverwaltung vorläufig entzogen werden.

Ist der Beamte von dem Könige ernannt, so erfolgt die Entscheidung von dem Könige auf den Antrag des Staatsmin.

§. 91. Dem Beamten, dessen Versetzung in den Ruhestand verfügt ist, wird das volle Gehalt noch bis zum Ablaufe desj. Vierteljahres fortgezahlt, welches an den Monat folgt, in dem ihm die schließliche Verfügung über die erfolgte Versetzung in den Ruhestand mitgetheilt worden ist.

§. 92. Wenn der Beamte gegen die ihm gemachte Eröffnung (§. 89.) innerhalb sechs Wochen keine Einwendungen erhoben hat, so wird in ders. Weise verfügt, als wenn er seine Pensionirung selbst nachgesucht hätte.

Die Zahlung des vollen Gehaltes dauert bis zu dem im §. 91. bestimmten Zeitpunkte.

§. 93. Ist ein Beamter vor dem Zeitpunkte, mit welchem die Pensionsberechtigung für ihn eingetreten sein würde, dienstunfähig geworden, so kann er gegen seinen Willen nur unter Beobachtung derj. Formen, welche für die Disziplinuntersuchung vorgeschrieben sind, in den Ruhestand versetzt werden.

Wird es jedoch für angemessen befunden, dem Beamten eine Pension zu dem Betrage zu bewilligen, welcher ihm bei Erreichung des vorgedachten Zeitpunktes zustehen würde, so kann die Pensionirung dess. nach den Vorschriften der §§. 89. bis 92. erfolgen.

§. 94. Die vorstehenden Bestimmungen über einstweilige und gänzliche Versetzung in den Ruhestand finden nur auf Beamte in unmittelbarem Staatsdienst Anwendung.

§. 95. In Bezug auf die mittelbaren Staatsdiener bleiben die wegen Pensionirung derselben bestehenden Vorschriften in Kraft.

Wenn jedoch mittelbare Staatsdiener vor dem Zeitpunkte, mit welchem eine Pensionsberechtigung für sie eingetreten sein würde, dienstunfähig geworden, so können sie auch gegen ihren Willen nur unter den für Beamte im unmittelbaren Staatsdienste vorgeschriebenen Formen (§. 93.) in den Ruhestand versetzt werden.

§. 96. Auf Universitätslehrer finden die Bestimmungen der §§. 87. bis 94. keine Anwendung.

#### Neunter Abschnitt.

##### Allgemeine und Uebergangs-Bestimmungen.

§. 100. Alle diesem G. entgegenstehende Bestimmungen sind aufgehoben. Dagegen wird durch dass. in der Befugniß der Aufsichtsbehörden, im Aufschlusse Beschwerden Abhülfe zu verschaffen, oder Beamte zur Erfüllung ihrer Pflichten in einzelnen Sachen anzuhalten, und dabei Alles zu thun, wozu sie nach den bestehenden G. ermächtigt sind, nichts geändert.

(G. G. 1852. S. 465.)

#### 4) Gerichtliche Untersuchungen gegen Lehrer.

Die Staatsverfassung hat im Art. 4. ausgesprochen: daß alle Preussen vor dem Gesetze gleich sind, und im Art. 7.: daß Niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. Wegen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, welche nicht lediglich dem Bereiche der Disziplin angehören,

Bezug auf Lehrer, eben so wie bei allen übrigen Preuß. Staats-  
allgemeinen Vorschriften zur Anwendung, welche in dem Straf-  
14. April 1851 (G. S. 1851. S. 101), in dem Einführungs-  
le cod. (G. S. 1851. S. 93), und hinsichtlich des Verfahrens  
v. 3. Jan. 1849, über die Einführung des mündlichen und öf-  
fentlichen Verfahrens mit Geschwornen in Untersuchungsfachen (G. S. 1849.  
le in dem Zusatzgesetz v. 3. Mai 1852 (G. S. 1852. S. 209)  
b. 1)

Allg. vergl. §§. 3. flg. 48. des Disziplinarg. v. 21. Juli 1852,

er die Mittheilungen, welche von den Untersuchungen und den  
jenen Erkenntnissen an die Dienstbehörden, resp. Min. zu ma-  
estimmen:

G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v.  
50 an sämmtl. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die zu  
Anzeigen von den gegen Lehrer und andere Beamte eingeleite-  
luntersuchungen.

Justizmin. hat durch die im 18. St. des Just. Min. Bl. v. d. J.  
und im Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 124. abgedruckte allg. Verf.  
s. zu 4. bestimmt, daß die Staatsanwälte von jeder gegen einen  
n eingeleiteten Kriminal-Untersuchung sofort nach erfolgter Einleitung,  
Angabe der Veranlassung oder unter Mittheilung der Anklageschrift,  
sten Dienstbehörde des Angeklagten Nachricht zu geben haben.

mir daran, von den gegen Beamte meines Ressorts, insbes. gegen  
hrer anhängig gemachten gerichtlichen Untersuchungen ebenfalls fort-  
kenntniß gesetzt zu werden. Die R. Reg. (das R. Prov. Schulkoll.)

daher, unter Bezugnahme auf meinen G. Erlaß v. 26. Juli 1849 \*)  
ninal-Untersuchungen gegen Lehrer und andere Beamte meines Res-  
ren Einleitung Dieselbe (Dass.) durch die Staatsanwaltschaft Kennt-  
erher Anzeige zu machen, und in die einzureichenden Disziplinarlisten  
er auch die Kriminal-Untersuchungen wider letztere aufzunehmen.

M. d. i. B. 1850. S. 126.)

in dem vorstehenden G. R. angeführte G. R. des Just. Min.  
l. 1850 ist aufgehoben, und durch das

R. des Just. Min. (Simons) v. 29. Juni 1851, betr. die von  
iten der Staatsanwaltschaft in Untersuchungsfachen zu machen-  
tellungen,

n, welches übrigens die oben der Verf. v. 28. April 1850 ent-  
orschrift im Wesentlichen wiederholt. Es heißt:

n ein im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienste stehender Be-  
n eines Verbrechens oder Vergehens zur Untersuchung gezogen  
osort nach erfolgter Einleitung, von derselben, unter kurzer Angabe  
ung, oder unter Mittheilung der Anklageschrift, der vorgesetzten Dienst-  
Angeschuldigten Nachricht zu geben, und derselben demnächst auch der  
zungenen Entscheidungen mitzutheilen.

ich der Uebertretungen bedarf es einer Benachrichtigung nur,  
rase erkannt worden ist. In diesem Falle wird der Tenor der rechts-  
scheidung mitgetheilt \*).

M. d. i. B. 1851. S. 132. — Just. Min. Bl. 1851. S. 230.)

dazu Gräff'sc. Ergänz. der Preuß. Rechtsb., insbesondere die beiden  
ände v. 1851 u. 1853. — Der §. 142. des Strafbb., welcher die  
l erwähnt, ist schon oben S. 303 aufgeführt worden.

iese neuere Gesetzgebung sind die älteren Vorschriften über Kriminal-  
e Untersuchungen gegen Beamte vollständig beseitigt.

v. S. 478. — Vergl. auch v. S. 63.

die Mittheilungen an andere interessirte Behörden nach §. 14. des



γ) Ein R. des Min. der G. II. u. M. Ang. v. 6. Dec. 1819 (Reichsbaur S. 153) forderte schon von den Reg. und Kons. Einsendung aller Kriminalerkennnisse wider Geistliche oder Schullehrer, welche ihnen von den Gerichtshöfen mitgetheilt würden, und zwar der vollständigen Erkennnisse. Jetzt wird nach der sub β. gegebenen Verf. der Tenor genügen müssen.

c) Für den Fall, daß die von einem Beamten verübte Rechtsverletzung zugleich eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse enthält, bestimmen

α) die Staatsverfassung v. 31. Jan. 1850:

Art. 97. Die Bedingungen, unter welchen öffentliche Civil- und Militärb Beamte wegen durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübter Rechtsverletzungen gerichtlich in Anspruch genommen werden können, bestimmt das Gesetz. Eine vorgängige Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde darf jedoch nicht verlangt werden.

(G. S. 1850. S. 17.)

β) Dazu das G. v. 13. Febr. 1854, betr. die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen (Staatsanzeiger Nr. 53.),

nach welchem, wenn gegen einen Beamten wegen einer in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes, oder wegen Unterlassung einer Amtshandlung eine gerichtliche Verfolgung im Wege des Civil- oder Strafprozesses eingeleitet worden ist, seiner vorgesetzten Prov.- oder Centralbehörde freisteht, nach dem G. v. 8. April 1847 (G. S. 1847. S. 17) Kompetenzkonflikt zu erheben, worauf sodann zunächst der Gerichtshof Entscheidung der Kompetenzkonflikte darüber zu erkennen hat, ob überhaupt der Rechtsweg gegen den Beamten unzulässig oder zulässig sei. Letzterfalls geht die gerichtl. Verfolgung weiter.

d) Ueber die im Amte verübten Ehrenkränkungen bestimmt

α) das A. L. R. im 10. Tit. des II. Th.:

§. 86. Niemand soll sein Amt zur Beleidigung oder Bevortheilung mißbrauchen.

§. 87. Was ein Beamter vermöge seines Amtes, und nach den Vorschriften dess. unternimmt, kann gegen ihn als eine Privatbeleidigung nicht gerügt werden.

β) Gegenwärtig ist durch die sub .c. vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen insbesondere die ausschließliche Kompetenz der Dienstbehörden zur Aburtheilung solcher von Beamten bei Gelegenheit des Amtes verübten Ehrenkränkungen aufgehoben, welche durch das G. v. 25. April 1835 (G. S. 1835. S. 50) eingeführt, aber schon durch §. 7. des Disziplinarv. v. 29. März 1844 (G. S. 1844. S. 77) darauf reducirt war, daß vor der Öffnung der gerichtlichen Untersuchung die Dienstbehörde mit ihrer Entscheidung gehört werden müsse, ob in der angeschuldigten Handlung eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse liege.

e) Wegen der Erzeße im Züchtigungsrecht vergl. unten die Bestimmungen über Schulzucht.

5) Schutz der Lehrer gegen Beleidigungen im Amte.

Da die Schullehrer öffentliche Beamte sind, so kommt ihnen auch diesen letztern verliehene Schutz gegen Beleidigungen zu flatten.

a) Dies war schon früher anerkannt durch das R. der Min. der G. II. u. M. Ang. (v. Altenstein) und der J. (v. Kamph) v. 13. Okt. 1841 an das R. Oberpräf. der Rheinprov., betr. die Verhältnisse der Schullehrer.

angef. G. R. vergl. die Note e. zu §. 38. des sub 3. gegebenen Disziplinarv. v. 21. Juli 1852.

als öffentlicher Beamter und die Strafbarkeit der gegen dies., als solche, angetanen Injurien, (N. XVIII. S. 1002. — Jahrb. Bd. 44. S. 173. — ff., Bd. 9. S. 314)

worin ausgesprochen wurde, daß Injurien gegen Lehrer im Amte die härtesten Strafen der §§. 207 — 209. N. L. R. Th. II. Tit. 20. nach zögen, und zwar, den R. D. v. 6. März 1821 (G. S. 1821. S. 30) v. 2. Aug. 1834 (G. S. 1834. S. 148) gemäß, auch in der Rhein-  
prov.

b) Die im vorstehenden N. allegirten Strafbestimmungen des N. L. sind gegenwärtig aufgehoben <sup>1)</sup>, und durch folgende ersetzt:

α) Strafgesetzb. v. 14. April 1851 (G. S. 1851. S. 101).

§. 90. Wer eine Behörde oder einen Beamten durch Gewalt oder Drohung zwingt oder zu zwingen versucht, eine Amtshandlung vorzunehmen, oder zu lassen, wird mit Gefängniß nicht unter 3 Monaten bestraft.

§. 102. Wer durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Stellung eine der beiden Kammern, ein Mitglied der beiden Kammern, eine politische Körperschaft, eine öffentliche Behörde, einen öffentlichen Beamten, einen Religionsdiener u., während sie in der Ausübung ihres Berufs thätig sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf beleidigt, wird mit Gefängniß einer Woche bis zu einem Jahre bestraft <sup>2)</sup>.

Hat die Beleidigung den Charakter der Verläumdung, so ist die Strafe Gefängniß von 14 Tagen bis zu 18 Monaten, und wenn die Verläumdung öffentlich angebracht wurde, Gefängniß von einem Jahre bis zu 2 Jahren.

Wird festgestellt, daß mildernde Umstände vorhanden sind, so kann in allen Fällen die Strafe auf Geldbuße von 10 bis zu 300 Thlrn. bestimmt werden.

§. 103. Wegen Beleidigung einer der beiden Kammern darf die Verfolgung nur mit Ermächtigung der Kammer, und wegen Beleidigung eines Mitgliedes der Kammer nur auf dessen Antrag eingeleitet werden.

In Ansehung der übrigen im §. 102. vorgesehenen Ehrverletzungen bedarf es Einleitung der Verfolgung eines Antrags des Verletzten nicht.

§. 192. Wer gegen einen öffentlichen Beamten, einen Religionsdiener u., während sie in der Ausübung ihres Berufs begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf einer vorsätzlichen Mißhandlung oder Körperverletzung sich schuldig macht, wird mit Gefängniß von 4 Wochen bis zu 3 Jahren bestraft.

β) Einführungsg. v. 14. April 1851 (G. S. 1851. S. 93).

Art. XVI. Wenn wegen Ehrverletzung und leichter Mißhandlung in den Fällen der §§. 102., 103., 152 — 156. u. 189. die Staatsanwaltschaft einschreitet, so folgt die Entscheidung im Untersuchungsverfahren.

Schreitet die Staatsanwaltschaft nicht ein, so bleibt in den Landestheilen, in denen die N. über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens v. Jan. 1849 Gesetzeskraft hat, dem Verletzten die Verfolgung im Wege des Civilproesses nach den bestehenden Vorschriften <sup>3)</sup> unbenommen. Die einfache Beleidigung (§. 343.) kann nur im Wege des Civilproesses verfolgt werden.

1) Für die Rheinprov. waren nach der B. v. 18. Febr. 1842 (G. S. 1842. S. 66) inzwischen statt der landrechtlichen, die vor der R. D. v. 6. März 1821 getroffenen Bestimmungen wieder in Kraft getreten. Auch statt dieser gelten jetzt die Vorschriften des Strafgesetzb. u.

2) Nach dem Urtheil des R. Ober-Tribunals v. 11. Juli 1853 (Just. Min. 1853. S. 420) wird die Strafe dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Beamte ungesetzlich handelt, wenn nur sein Verfahren die Achtung nicht aufhebt, die der Autorität der Staatsgewalt, deren Träger er ist, gebührt, was beim bloßen Verstoß gegen ein privatrechtliches Verhältniß nicht anzunehmen sei.

3) Nämlich §. 5. ff. des G. v. 11. März 1850 über die Bestrafung der Injurien (G. S. 1850. S. 174). Doch sind, wenn die Staatsanwaltschaft nicht einschreitet, auch die Strafen des §. 102. nicht anwendbar, sondern nur die gesetzlichen: §. 152 ff., §. 343. Goldammer, Materialien z. Strafgesetzb. Bd. 2, S. 170. Ist diese Ansicht, daß nämlich in diesem Falle die Injurie gegen einen

Im Bez. des Rhein. Appellationsgerichtshofes wird an der Befugniß d. Verletzten, als Civilparthei aufzutreten, nichts geändert.

Art. XVII. Ist auf eine von der Staatsanwaltschaft wegen Ehrverlebens oder leichter Mißhandlung erhobene Anklage eine gerichtliche Untersuchung eröffnet, so wird deren Fortgang, so wie die Erlassung und Vollstreckung des Urtheils weder durch die Zurücknahme der Ermächtigung oder des Antrages, noch durch die Verzichtleistung auf Bestrafung gehemmt <sup>1)</sup>).

γ) Die B. v. 3. Jan. 1849 über die Einführung des mündl. u. öffentl. Verfahrens etc. (G. S. 1849. S. 14.)

§. 181. Untersuchungen wegen — Injurien gegen Beamte bei Ausübung ihres Amtes oder in Beziehung auf dasselbe, sind fortan nach Abschn. II. und beziehungsweise Abschn. III. <sup>2)</sup> dieser B. zu behandeln, und unterliegen auch hinsichtlich der Rechtsmittel den Vorschriften ders.

Alle sonstigen Injurien, mit Ausnahme der schweren Realinjurien, können fortan nur im Wege des Civilprocesses verfolgt werden.

δ) Eine ähnliche Straferhöhung, wie §. 102. des Strafgesetzb. hinsichtlich der Injurien, enthält §. 192. ib. für den, welcher sich gegen ein öffentlichen Beamten etc., während ders. in der Ausübung seines Amtes begangen ist, oder in Beziehung auf seinen Beruf, einer vorsätzlichen Mißhandlung oder Körperverletzung schuldig macht. Hierauf ist eine Gefängnißstrafe von 4 Wochen bis zu 3 Jahren gesetzt.

6) Fortbildung der Lehrer. <sup>3)</sup>

Um auch den angestellten Lehrern Gelegenheit zu geben, theoretisch und praktisch weiter zu schreiten, sind verschiedene Einrichtungen getroffen worden.

a) Besondere Lehrkurse für sie in den Seminaren. <sup>4)</sup>

Beamten, nicht als eine qualifizierte behandelt wird, richtig, so müßte man weiter folgern, daß dann auch in Ansehung des Verzichtes auf Strafe und der Verjährung die angef. gewöhnlichen Vorschriften Platz griffen, während im Falle des §. 102. wenn der Staatsanwalt einschreitet, der Verzicht gar nichts wirkt, und die Verjährung nach §. 46. Strafges. 5 Jahre erfordert. Wegen der Civilverfolgung s. Art. XVIII. des Einführungsg. u. Art. II. des G. v. 22. Mai 1852 (G. S. 1852. S. 250.)

1) Früher mußte nur zur Verzichtleistung die Genehmigung der Dienstbehörde hinzukommen; R. D. v. 28. Aug. 1833 (G. S. 1833. S. 95), R. D. v. Dec. 1834 (G. S. 1835. S. 2) u. R. v. 24. Febr. 1838 (Jahrb. Bd. 51. S. 180. — Gräff, Bd. 12. S. 105).

2) Abschn. II.: Besondere Vorschriften über das Untersuchungsverfahren. Abschn. III.: Von den Schwurgerichten. Letztere können bei dem §. 102. festgesetzten Strafmaße, nach §. 1. des Strafges. u. Art. XIII. u. XIV. des Einführungsg. nicht in Thätigkeit kommen. Vergl. auch Art. 103. Ges. v. 3. Mai 1852 (G. S. 1852. S. 233).

3) Vorschriften darüber finden sich schon in verschiedenen von den hiesigen mitgetheilten B., namentlich im I. Abschn. z. B. Instr. v. 2. Juli 1836 (G. S. 347 ff.), in der Berliner Instr. v. 13. März 1852 §§. 4., 23. (oben S. 381 ff.), in der Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 §§. 4., 18. (o. S. 466 ff.) §. 25. des Gen. Landschulregl. v. 12. Aug. 1763 (s. oben in Th. I. S. 73).

4) Ein Tagebuch über den Schullehrerunterricht im Sem. zu Regensburg wurde durch R. v. 24. Juli 1822 (s. daff. im folg. Abschn.) mitgetheilt. Dasselbe steht in Reigebaur S. 301 ff., kann aber nach den Bestimmungen des obigen R. v. 24. März 1827 nicht mehr als Muster dienen.

Die R. Reg. zu Potsdam ordnete durch G. Verf. v. 7. Jan. 1833 (R. X S. 394) für die Jahre 1833 — 35 halbjährige Nachhülsekursus an, insbes. interim. angestellte Lehrer. Die Superint. sollten die, bei denen es nöthig zeigte, u. die Kursus in den Sommer fallen, damit die Kinder, welche keine Vertretung beschaffen, eine benachbarte Sommerschule besuchen könnten.

es Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 24. März  
mit. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die Nachbildung  
der Schullehrer in den Sem.

. Verf. an sammtl. R. Konf. u. Prov. Schulkolleg. v. 1. Juni v.  
und Anstellung der Schulamts-Kandidaten betr. <sup>1)</sup> ist im Art. 11.  
den: es sollten, damit auch auf die bereits angestellten Schullehrer,  
überall der Nachhülfe bedürfen, oder in ihrer Bildung und Amts-  
nicht fortschritten, vielleicht gar zurückgingen, der wohlthätige Ein-  
fluss sich verbreiten möge, solche Schullehrer auf längere oder kür-  
zere nachdem es für sie nothwendig, in das Haupt-Seminar einberufen  
entweder einen ganzen methodologischen Kursus durchzumachen, oder  
in Lehrfächern nachzuvüben, oder auch in ein gewisses Disziplinar-  
kommen zu werden, indem sie bei der Übungsschule des Seminars  
den. Den R. Prov. Schulkolleg. aber ist überlassen worden, nach  
Berathen mit den R. Reg. Vorschläge zu machen, wie dieser Zweck  
zu bewerkstelligen und zu erleichtern sein dürfte.

Hierauf eingegangenen Berichte, in denen zum Theil mehrere Be-  
ziehungen angeordnete Maaßregel zur Sprache gebracht sind, findet sich  
folgenden allgem. Eröffnungen veranlaßt.

Veranstaltungen zur Nachhülfe in allen Sem. auf die nämliche  
gleicher Vollständigkeit getroffen werden sollen, hat schon deshalb  
sein können, weil sowohl die Lokalität dieser Anstalten als die  
geringere Vollständigkeit des Lehr-Personals eine Verschiedenheit der  
begründen müssen.

Es werden anjetzt nur in wenigen dieser Anstalten ganz vollständige  
Lehrkurse, nemlich solche, welche auf sämtliche Haupt-Lehrgegen-  
stände und deren richtige Behandlung sich erstrecken, gehalten  
; und wo dieses auch möglich sein sollte, wird doch die jährliche  
eines solchen Kursus den Lehrern nicht wohl angeschlossen werden  
; aber bleibt auch der Nutzen dieser Lehrkurse sowohl wegen der  
geringen Theilnehmer als wegen der Menge der gleichzeitig behandelten  
Fächer im Anfange noch sehr zweifelhaft.

Es aber wird es allenthalben dahin gebracht werden können, daß ein  
Theil von Lehrern auf den Zeitraum von 3 oder 4 Wochen versammelt,  
in einer der Unterrichtsgegenstände, z. B. das Rechnen, oder der Ge-  
schichte, deutsche Sprachlehre, oder auch der Religionsunterricht methodisch  
wird.

Diese Einrichtung gewährt den Vortheil, daß man jedesmal solche Subjekte  
zusammenrufen kann, die ungefähr auf gleicher Stufe stehen; daß der Ge-  
genstand gründlicher und vollständiger durchgenommen wird; daß die Einzel-  
heiten beachtet und ihren besonderen Bedürfnissen gemäß behandelt werden  
; daß nicht alle Sem. Lehrer zugleich, zum Nachtheil der eigentlichen  
Anstalt sondern immer nur vorzugsweise derjenige, welchem der zu be-  
handelnde Gegenstand auch im Sem. zugetheilt ist, in Anspruch genommen wird.

Auf diese Weise wird der regelmäßige Gang des Sem. nicht unterbrochen;  
Lehrkurse können in dem nämlichen Sommer auf einander folgen; in  
anderer Gegenstand vorgenommen, und jedesmal kommt ein ande-  
rer an die Reihe, welchem nur auf dem kurzen Zeitraum von einigen  
Wochen Vermehrung seiner Geschäfte zu Theil wird, die noch dazu ihren Lohn  
in sich führt.

Der Lehrer seine Stelle ganz aufgeben. Die Kosten seines Aufent-  
halts sollte jeder Lehrer selbst bestreiten.

Es geht beim Superint. mit Zustimmung des Schulverstandes und gleich-  
zeitige Lage über die Vertretung ist solchen Lehrern, welche im Sommer  
hospitiren wollen, auch durch neuere Reg. B. zur Pflicht gemacht.  
Berichten darüber gutachtlich an die Reg. Vergl. auch Harfort,

S. 37 ff.

S. 411.

Wenn dann nach mehreren Jahren alle Unterrichts-Gegenstände binnen, wenn die nämlichen Subjekte zu verschiedenenmalen einberufen werden, dann ist es an der Zeit, einen größeren und allgemeineren Lehr-Kurs anstellen. Und auch dies wird sich dann ohne außerordentliche Belästigung der Lehrer etwa in folgender Art bewerkstelligen lassen können.

Wenn in demj. Jahre, in welchem ein solcher allg. Kursus abgehalten soll, der Unterricht in der obern Klasse des Sem., namentlich in Methodik und Pädagogik so eingerichtet wird, daß diese Disziplinen 4 Wochen vor dem Schlusse des Sem.-Lehrganges ganz absolviert sind, noch übrige Zeit nun zur kurzen und zweckmäßigen Wiederholung verwendet werden kann; so werden auch die einberufenen Lehrer zu diesen Wiederholungen hinzugezogen, und auf diese Weise die mit ihnen vorzunehmenden Unterweisungen zugleich mit einem wesentlichen Nutzen für die abgehenden Seminaristen werden können.

Sollte aber auch dies sich nicht in solcher Art bewerkstelligen lassen, so werden alle 3 oder 4 Jahre einmal die Ferien zu einem so nützlichen Zweck verwendet werden können. Auch will das Min. von seiner Seite den Sem. Lehrer dadurch zu beleben suchen, daß es demj., die eine besondere Thätigkeit dabei beweisen, seine Zufriedenheit durch angemessene Remunerationen wird, wie denn auch zum Unterhalt der Bedürftigsten unter den einberufenen, in sofern Provinzial-Fonds dazu nicht ausreichen sollten, von Seiten des Staates eine gewisse Behülfe gewährt werden wird. Doch vertraut das Min. den R. die Mittel und Wege finden werden, um für einen Zweck von so großem und wohlthätiger Beschaffenheit auch die erforderliche pekuniäre Hülfe zu beschaffen. Werden zugleich die Superint. und Schul-Inspekt. für diese Angelegenheit interessiert; so kann auch die Sorge für gehörige Stellvertretung der einberufenen Lehrer keine Schwierigkeit haben. Wo aber auch eine solche in einzelnen Fällen nicht beschafft werden könnte, wird der augenblickliche Nachtheil, daß Kinder 4 Wochen ohne Unterricht bleiben, hinlänglich durch den Vortheil wogen werden, daß der Lehrer an Geschick und Einsicht fortgeschritten.

Der Hauptnutzen dieser Einrichtung aber wird darin bestehen, daß durch sie den Lehrern selbst Eifer, Eifer und Fortschritt vermehrt, daß sich überhaupt eine Thätigkeit im Schulwesen verbreitet, daß immer mehr Uebereinstimmung in der Handlung des Unterrichts durch alle Schulen bewirkt wird; daß das Seminar der lebendige Mittelpunkt des Ganzen wird, daß die Sem. Lehrer mit dem lebendigen Zustande und den wahren Bedürfnissen der Schulen sich vertraut machen und daß auch in ihnen ein lebendiges Interesse und ein frischer Eifer für die Sache der Schulen wird, und endlich, daß die angehenden Lehrer, nämlich die Zöglinge gleich vom Anfange von dem Gefühle der Wichtigkeit ihres Berufs durchdrungen werden, und den Ernst erkennen lernen, womit darüber gewacht wird, daß sie einst ihre Pflicht redlich erfüllen und nicht lässig erfunden werden.

Der R. Reg. (dem Prov. Schulkolleg.) wird nicht entgehen, wie diese Rücksichten sind, und das Min. versteht sich daher zur thätigsten Theilnahme seitens ders. (desh.). Der jedesmalige Jahresbericht über das Seminar wird zugleich die beste Veranlassung geben, um dem Min. über die in jeder gehaltenen Lehr-Kurse den hierdurch angeordneten ausführlichen Bericht zu erstatten. (A. XI. S. 412.)

#### b) Lehrerkonferenzen. <sup>1)</sup>

Sie sind theils Lehrerschulen theils Lehrervereine.

a) B. der R. Reg. zu Stettin v. 1. Sept. 1828 an den Superintendenten, betr. die Aufsicht auf die Landschulen. <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vergl. die Note zu S. 4. der Berliner Instr. v. 13. März 1852 (S. 382).

<sup>2)</sup> Eine Verf. der Reg. zu Breslau v. 7. Mai 1828 verordnet, daß jede Konferenz ein Protokoll aufgenommen und in ein besonderes Buch eingetragen, sowie daß dabei über die Lektüre der Lehrer verhandelt, die Wahl der Gelehrten geleitet, und das Ergebnis der Lektüre zum Stoffe schriftlicher



Wenn uns auch nicht unbekannt geblieben ist, mit welchem rühmlichen Eifer und gutem Erfolge ein großer Theil der H. Geistlichen die weitere Unterweisung und Ausbildung der ihrer unmittelbaren Aufsicht untergebenen Landschullehrer sich fortwährend angelegen sein läßt, und wie thätig sie auch dadurch zu der gründlichen Verbesserung der Schulen in ihrem Innern mitwirken; so finden wir uns doch durch manche betrübende Beobachtungen und Erfahrungen dringend veranlaßt, einige Anordnungen, welche das K. Prov. Konf. — auf den Grund der bestehenden Gesetze — in Betreff des fortgesetzten Schullehrer-Unterrichts, mittelst Verf. v. 20. Sept. 1818 getroffen hat, hiermit wieder zu erneuern, und auf dies. bestimmt hinzuweisen:

I. Der Prediger des Orts ist schuldig, nicht nur durch Aufsicht, sondern auch durch eigenen Unterricht der Schulmeister sowohl, als der Kinder, zur Erreichung des Zweckes der Schulanstalten thätig mitzuwirken. A. L. R. Th. II. Tit. 12. §. 49.

II. Auch müssen sie (die Prediger) monatlich in der Pfarrwohnung mit den Schulmeistern in matro und in den Filialen eine Konferenz halten, und dens. das Pensum, welches sie im Katechismus und sonst zu absolviren haben, aufgeben, ihnen auch anzeigen, was für ein Lied, Psalm, und welche Sprüche den Monat über von den Kindern angewendet werden sollen. Er giebt ihnen hiernächst Unterricht, wie sie die Hauptstücke aus der Predigt bemerken und die Kinder darüber befragen können; ingleichen thut er Erinnerungen von den Mängeln, welche er bei dem Schulunterrichte bemerkt, von der Methode der Disziplin und andern zum Unterrichte nöthigen Sachen, damit die Schulmeister ihrer Pflicht nachkommen mögen.

Gen. Landschul-Regl. v. 12. Aug. 1763 §. 25.

In Gemäßheit dieser allg. gesetzlichen Bestimmungen und mit Rücksicht auf gegenwärtigen Standpunkt des Schulwesens und der Lehrerbildung setzen wir, Uebereinstimmung mit dem K. Prov. Konf., Folgendes fest:

- 1) Einem jeden Geistlichen auf dem Lande und in den kleinen Landstädten liegt die Sorge für die Nachhülfe und Fortbildung der Schullehrer seines Kirchspiels gesetzlich ob, und keiner darf sich diesem Geschäft entziehen, ohne eine wesentliche Amtspflicht zu verletzen, und sich uns dafür verantwortlich zu machen.
- 2) Dieser fortgesetzte Schullehrer-Unterricht ist das ganze Jahr hindurch monatlich in drei auf einander folgenden Stunden, an einem Vor- oder Nachmittage zu erteilen<sup>1)</sup>. Will ein Pfarrer seine Schullehrer außerdem noch einmal im Laufe des Monats zu dem Zwecke versammeln; so wird dies von uns mit Wohlgefallen bemerkt werden.
- 3) Kann ein Geistlicher wegen Schwachheit, Krankheit oder hohen Alters den Unterricht nicht mehr selbst besorgen; so muß er davon dem Superint. Anzeige machen. Letzterer wird, unter Angabe der Gründe, unsere Genehmigung dazu nachsuchen, und gleichzeitig Vorschläge abgeben, wie unter den obwaltenden Umständen und nach Maaßgabe der Verhältnisse, für die fernere Unterweisung der betr. Lehrer am besten gesorgt werden kann.

ellungen und fortgesetzter Besprechung benutzt werde. In den Schulberichten der Beihl. soll dieser Punkt besonders erwähnt werden.

Eine andere Verf. d. Reg. v. 19. Juli 1832 schreibt vor, mit diesen Konferenzen praktische Uebungen im Katechisiren zu verbinden, und zu dem Behufe im Pfarrhause eine Anzahl Schulkinder zu versammeln. Vergl. H. Simon, Schul- u. v. von Schlesien S. 78.

Es sind auf spezielle Anordnung auch größere Lehrerversammlungen veranstaltet worden. So enthält Reigebaur S. 342 den Bericht über zwei dergl. aus Sept. und Okt. 1821, wo in Wildenbruch 50, und in Regenwalde 53 Lehrer drei bis vier Wochen lang zu einem nachträglichen Unterricht versammelt waren. — Vergl. auch oben Nr. 1.

1) Wegen der Konferenz soll der Lehrer die Schule nicht ansfallen lassen, sondern nöthigenfalls in den Frühstunden halten: §. 29. B. der Reg. zu Marien-Verf. v. 1. Juli 1828 (s. im folgenden Abschn. unter Schulbesuch.)



sind, mit Angabe des Entschuldigungsgrundes, darin namentlich anzuführen. Am Ende der Winterschule sind die Protokollbücher mit einem Ber. an den Superint. einzusenden.

Dieser wird alljährlich, im Laufe des Mon. Mai, über den Zustand der sammtl. Fortbildungs-Anstalten seiner Synode einen kurzen, aber möglichst genauen Ber. an uns erstatten, wobei jedesmal sowohl die thätigsten Beförderer der Sache unter den H. Geistlichen, als auch diej. Lehrer, welche sich durch Eifer und Fleiß in Benützung der Mittel und Anstalten zu ihrer Ausbildung auszeichnen, oder dies. ganz vernachlässigen, namhaft zu machen sind.

Es bleibt den H. Superint. überlassen, entweder diese Ber. frei nach dem dermaligen Zustande der Fortbildungs-Anstalten zu erstatten, oder den Inhalt in eine tabellarische Nachweisung zusammen zu fassen, etwa nach folgenden Rubriken:

„Versammlungsort der Schullehrer.“ — „Namen der Vorsteher.“ — „Angabe der Lehr- und Übungsstunden, der Lehrgegenstände und der Lehrbücher.“ — Gesamtzahl der Theilnehmer. — Anzahl der gehaltenen Versammlungen. — Beurtheilung des Fleißes und der Fortschritte der Lehrer. — Bedürfnisse und Mängel des Schullehrer-Unterrichts. — Vorschläge zu ihrer möglichen Abhülfe. — Besondere Bemerkungen.“

Unsere Schulräthe sind angewiesen worden, von den Protokollbüchern über die Lehrerschulen (§. 4.) und Lehrervereine (§. 6.) auf ihren Dienstreisen nähere Kenntniß und Einsicht zu nehmen, und wir behalten es uns vor, von Zeit zu Zeit einzelne ders., oder auch alle aus der gesammten Synode zugleich zur näheren Einsicht einzufordern. Indem wir die obigen Vorschriften wieder in Erinnerung bringen, fordern wir die H. Superint. und die übrigen H. Geistlichen auf dem Lande und in den Landstädten dringendst auf, diese wichtige und einflußreiche Angelegenheit nach allen Kräften zu fördern, die Schullehrer zu der treuen und gewissenhaften Benützung der ihnen zu ihrer Nach- und Fortbildung dargebotenen Gelegenheit anzuregen und anzuleiten, und deren Liebe und Eifer durch die eigene lebendige Theilnahme und Mitwirkung zu beleben.

Die Art und Weise der weitem Ausbildung der angestellten Lehrer ist von den wichtigsten Folgen für die Verbesserung des gesammten Schulunterrichts. Auch das Sem. kann in den angehenden Lehrern nur die Anlagen entwickeln, und ihnen die Materialien des Unterrichts hingeben, welche sie in ihrem Amte weiter verarbeiten sollen. Fehlt es den Lehrern aber dabei an Beistand und äußerer Anregung, so wird die gewonnene bessere Richtung bald in dem gemeinen Thun und Treiben untergehen, und ein gänzlicher Stillstand in ihrer Bildung eintreten, der für ihr Amt und Leben die traurigsten Folgen haben kann.

(A. XII. S. 707.)

β) Ueber die im §. 6. der vorstehenden B. gedachten Lehrervereine schon früher ergangen

das G. R. des Depart. für den Kultus u. im Min. des J. v. 26. 1812 an die Rurmärkische, Pommersche, Ost- und Westpreussische und Preussische Reg. (Meigebaur S. 341),

welches zur Einrichtung solcher, wie sie damals genannt wurden, „Lehrer-Konferenz-Gesellschaften“, nach Muster der Rurmärkischen auferte.

γ) Das o. S. 420 Note 1. angef. G. R. der Reg. zu Gumbinnen v. Juni 1833 empfahl die Konferenzen insbes. zur Vorbereitung auf die alljährliche Prüfung. Dasselbe enthält am Schlusse nachstehende Aufforderung an die Superint.

Demnachst aber werden Sie die H. Geistlichen dringend und angelegentlich bitten, insbes. denj. Lehrern, welchen hiernach die Prüfung bevorsteht, mit Rath und That väterlich beizustehen, ihnen die Mittel zu ihrer Fortbildung zu verschaffen und theils selbst, theils durch die Kirchschullehrer (Präzeptoren, Ref.) in den wöchentlichen Konferenzen ihnen gründliche und förderliche Anleitung

zu geben. Das künftige Wohl dieser Lehrer wird hiemit vorzugsweise ihrer nächsten Vorgesetzten Hände gelegt, und wir werden es eben so fernuen können, als unbemerkt lassen, aus welchen Kreisen oder Kirchen bei den bevorstehenden Prüfungen die am besten ausgebildeten Lehrer e

Sollte Behufs dieser vorbereitenden Hülfe bei einer oder der andern Schule das vorhandene Inventarium nicht als zureichend erscheinen, so eine gute deutsche Sprachlehre, (als welche wir unter andern Göttinge nennen), ein gutes Rechenbuch (z. B. Kamberau), eine Form- und O (z. B. Türk), sollten die nothwendigsten Hilfsmittel für das Unentbehrl. Geschichte, Geographie und Naturkunde (Heinel, Bredow, Weiß, Hell Nicolai, Hoffmann) noch nicht vorhanden sein; sollten Vorschriften oder wendigsten Charten fehlen, so wird für die Beschaffung derselben bald Sorge zu tragen sein, und wir werden jeden Antrag dieser Art gern berück

In Betreff der Unterrichtsmethode wird es zweckmäßig sein, die Lehrer ohne Beeinträchtigung ihrer eigenen Schulen dem Unterrichte derj. Lehrer in der catechetischen und entwickelnden Behandlung die meiste Gewandtheit beizubringen zu lassen.

(A. XVII. S. 957)

### c) Lesevereine.

E. M. der K. Reg. zu Königsberg v. 27. Febr. 1834 an Superint., Erzpriester und Dekane, betr. die Einführung eines Leses für Volksschullehrer auf dem Lande.

Theils um die Fortbildung der Volksschullehrer auf dem Lande für rußsobliegenheiten zu unterstützen, theils auch um durch Gewöhnung Freuden vor dem Antheile an niederen Vergnügungen möglichst zu bewahren wir die Einrichtung eines Lesevereins in jedem Schulaufsichtskreise, oder Superintendentur-Kreise beschlossen.

In einigen Kreisen besteht bereits diese Einrichtung; in den meisten sie entweder ganz, oder findet sich nur sehr mangelhaft vor. Wo sie besteht, da soll sie in's Leben gerufen werden, und wo sie mangelhaft ist, die Mängel, soweit es angeht, beseitigt werden. Wir sind so wenig geneigt, in denen es leider noch viele Lehrer giebt, die der deutschen Sprache nicht kundig sind, von dieser Einrichtung auszuschließen, daß wir vielmehr in ders. ein Mittel erkennen, das dortige schon dieses Mangels wegen tiefe Unterrichtswesen schneller emporzuheben.

Die Mittel für diesen Zweck müssen durch jährliche Beiträge der Schulkassen und der Lehrer aufgebracht werden. Jede Kirchspiels-Schulle nach ihrer Vermögenheit etwa 20 Sgr. bis 2 Rthlr. zu diesem Behuf zahlen können. Die Beiträge der Kirchschullehrer werden auf 10 Sgr. Jahr, die der übrigen Landschullehrer auf 5 Sgr. zu bestimmen sein. Sie werden zum Beitritte nicht zu nöthigen, wohl aber aufzufordern und zu sein. Auch darf den H. Geistlichen und den Lehrern in den Städten dagegen einen angemessenen Beitrag nicht versagt werden.

Wenn auch da, wo die Kirchspiels-Schulkassen wenig vermögend, die tions-Kreise von geringem Umfange sind, nur wenige Bücher jährlich am möglich sein wird, so muß doch ein Anfang gemacht werden, und steht im Lauf einiger Jahre eine günstigere Gestaltung der beim Beginn unvollständigen Einrichtung zu erwarten. Vielleicht findet sich auch eine Gelegenheit, dem ein Geschenk in Gelde oder in zweckmäßigen Büchern zuzuwenden.

Zum Ankaufe werden sich insonderheit solche Schriften eignen, welche Volksschullehrern Anleitung geben, wie sie beim Unterrichte und bei der Erziehung der Kinder zu verfahren haben, und solche, aus denen sie diej. Kenntnisse, welche ihr Beruf erfordert, zu entnehmen, zu erneuern, oder zu berichtigen. Außer den älteren und bekannteren Schriften: von Campe, Salz Pestalozzi, Schlez, Dengel, Dinter u. a. dürften die neueren und

---

1) Vergl. die Bresl. Verf. v. 7. Mai 1828 in der vorstehenden A über Theilnahme der Lehrer an andern als offiziellen Vereinen oben sub

wie der Schullehrer des neunzehnten Jahrhunderts, Schweizers *Ne-Elementarlehrer*, das Sprachbuch und die Sprachschule von Stern und , Hänel's freundliche Stimmen an Kinderherzen, Adels *Elementar-* im v. J. erschienene Ausgabe des Rechenbuchs von Schulz mit den igen sehr zweckmäßigen Veranschauligungsmitteln, Heinels *Geschichte* Harr's *Naturlehre*, Burrmeisters *Naturgeschichte*, der Unterricht in ndereschulen von Diesterweg, Hoppes dreistimmige Choralmelodien, werden. Wir machen auch auf die seit Kurzem erscheinenden Pfennig- magazine aufmerksam. Eins ders. würde jedem Lesevereine schon des- nützlich sein, weil überall durch Abbildungen merkwürdiger Gegenstände uliche Kenntniß gewährt wird. Auch müßte wohl in jedem Lesevereine olksschulwesen bestimmte Zeitschrift, etwa die Preußenschule, Krüsi u den Mitteln der Volkserziehung, das Wochenblatt für das Volksschul- ausgegeben von Hientisch und Berndt, gehalten werden. Unzweifel- werden auch solche Bücher anzuschaffen sein, welche eine fromme, streng d gottesfürchtige Gesinnung und Handlungsweise zu erhalten und zu rzugweise geeignet sind. Auch dürfen Schriften, welche leicht faßliche n über Landwirthschaft enthalten, wie deren einige zum Vorlesen in den hulen von uns empfohlen sind, vom Ankaufe nicht ausgeschlossen

en Anfang wird es genügen, wenn alle zwei oder drei Monate jedem r Vertheilung an die Lehrer seines Kirchspiels einige Schriften zugesandt Ueberhaupt kommt es gar nicht darauf an, daß viel, sondern daß mit g und dadurch mit Nutzen gelesen werde. In welcher Reihenfolge die a einer Pfarrei zur andern gelangen sollen, wird zu bestimmen sein.

t die beabsichtigte Einrichtung um so nützlicher werde, setzen wir fest, daß Kirchspiele ein Cirkularbuch angelegt werde, in welches jeder an dem Le- theilnehmende Lehrer — und wir erwarten eine vielseitige Theilnahme — gute Bemerkung, die er gelesen, irgend eine Frage, die sich ihm beim über das Gelesene dargeboten, niederzuschreiben hat.

Das Cirkularbuch muß alle zwei Monate an den Kirchspiels-Schulinspektor , damit er in der nächsten Konferenz die aufgeschriebenen Bemerkungen n zur Sprache bringe, und die Lehrer daran gewöhne, den Inhalt des zu durchdenken und anzugeben.

Aufbewahrung, Versendung und Zurücknahme der Bücher, die Führung hnisses und der Rechnung und Aehnliches wird am passendsten unter der w., von dem zweiten Geistlichen, dem Rektor oder dem Kirchschullehrer horts besorgt werden.

ach veranlassen wir Ew. hierdurch, uns in 2 Monaten den Vorschlag von den Kirchspiels-Schulkassen zu leistenden Beiträge — sofern ders. gemacht ist — und das Verzeichniß der Theilnehmer einzusenden. Auch zeitig der Geistliche, Rektor oder Kirchschullehrer namhaft zu machen ie Aufbewahrung der Bücher und dergl. übernommen hat.

XVIII. S. 103.)

lachbildung im Gesang.

es Min. der G. U. u. M. Ang. v. 10. Juli 1824 an sämmtl. betr. den Musikunterricht <sup>1)</sup> angestellter Vorsänger und Küster.

s fast in allen Prov. und Diözesen einzelne gründlich unterrichtete Kan- , welche den guten Willen und die Kraft haben, ihren weniger musika- brüdern durch Gesangs-Lehrkurse an die Hand zu gehen, so wird das hierdurch veranlaßt, den ihm untergeordneten Diözesen-Behörden zur machen, daß sowohl überhaupt zur Verbesserung des Kirchengesanges, ndere zu Errichtung liturgischer Sängerschöre in kleinern Städten und n den geschicktesten Kantoren Gesangs-Lehrkurse gehalten werden, wo-

die schwächern Vorsänger und Küster in den Stand gesetzt werden re erwachsenen Schüler drei- oder wenigstens zweistimmig singen zu

baur S. 312.)

rgl. oben S. 428 ad 2. u. S. 408 ad 2. sub b. u. c.



## 7) Mittheilung des Amtsblatts an die Lehrer.

N. der Min. der G. u. M. Ang. (Eichhorn) und des J. (v. S. delfschwingh) v. 21. Febr. 1848 an die R. Rhein. Reg. zu N., betr. Mittheilung des Amtsblatts an die Schullehrer.

Wir sind, wie wir der R. Reg. auf den Ver. v. 4. Dec. v. J. hierdurch öffnen, mit Vers. darin einverstanden, daß es für die Schullehrer wünschenswert ist, von dem Inhalt des Amtsbl. baldigst und vollständig Kenntniß zu halten.

Wenn die R. Reg. indessen zu diesem Behufe darauf angetragen hat, daß jede Bürgermeisterei des dortigen Verwaltungs-Bezirks ein Freieremplar des Am. Bl. gewährt werde, welches bei den Lehrern der verschiedenen Schulen in Circulation gesetzt und demnächst als Inventariensstück aufbewahrt werden solle, so wird dieser Zweck, abgesehen von anderen Gründen, welche der Gewährung des Antrags entgegenstehen, in dieser Weise nicht so angemessen erreicht werden können, als der von den R. Reg. zu Koblenz und Trier bereits früher angeordneten Art, nämlich die Ortschöffen<sup>1)</sup> spätestens drei Tage nach Empfang der einzelnen Nummern des Amtsbl. dieselben bei den Schullehrern in Umlauf setzen, welche selbstenfalls längstens drei Tage behalten und demnächst an den Schöffen zurückgeben.

Wir überlassen es der R. Reg., wegen Mittheilung des Amtsbl. an Schullehrer für Ihren Verwaltungsbezirk in ähnlicher Weise das Erforderliche anzuordnen.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 94.)

## 8) Urlaub.

## a) Allgemeine Bestimmungen.

## α) Das A. L. R. schreibt im 10. Tit. des II. Th. vor:

§. 92. Kein Beamter darf den zur Ausübung seines Amtes ihm angewiesenen Wohnort ohne Vorwissen und Genehmigung seiner Vorgesetzten verlassen.

§. 93. Inwiefern, zu bloßen Reisen und Entfernungen auf eine Zeitlang die Erlaubniß der unmittelbaren oder höheren Vorgesetzten erforderlich sei, ist nach den einer jeden Klasse von Beamten vorgeschriebenen besonderen Gesetzen und Anweisungen zu bestimmen.

Anh. §. 124. R. Offizianten, welche ein fremdes Bad besuchen wollen, müssen durch ein medizinisches Attest bescheinigen lassen, daß das fremde Bad zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit nothwendig, auch kein einheimisches dazugeschickt dazu sei.

β) Ueber die Dauer des Urlaubs ist in §. 39. sub 6. der Instr. v. 23. Okt. 1817 und im IV. Abschn. der Geschäftsinstr. v. 1. Dec. 1825 (s. c. in Th. I. S. 262) verordnet, daß der Vorgesetzte der Abth. den Bezirks- und Lokalbeamten, welche der Reg. untergeordnet sind, Urlaub zu Reisen außerhalb Landes auf 4, innerhalb Landes auf 6 Wochen mit Zustimmung des Präf. gewähren kann, während zu Reisen über 6 Wochen ins Ausland, oder von 8 Wochen im Inland, Urlaub des Oberpräf. und zu längeren Reisen Urlaub des Min. erforderlich ist.

γ) Was den Amtsgehalt während des Urlaubs anlangt, so wird derselbe während der ersten 4 Wochen ohne Abzug gezahlt, für die über 4 Wochen hinaus aber nur zur Hälfte, und dies auch in dem Falle, wenn der Urlaub erst später verlängert worden ist. Doch findet bei Urlauben zur Erlangung der am Wohnort fehlenden ärztlichen Hälfte,

1) Alle Gemeinde sind nach §. 5. der B. v. 27. Okt. 1810 (G. S. 161 S. 1.) und nach §. 8. der B. v. 28. März 1811 (G. S. 1811. S. 165.) verpflichtet, neben der G. S., auch das Amtsbl. der betr. Reg. zu halten. Letzteres bekommen auch die Prediger unentgeltlich geliefert, unter der Verpflichtung, es vollständig aufzubewahren.

verlassen zur Wiederherstellung der Gesundheit, wenn ihre Noth- und Dauer durch ärztliche Atteste bescheinigt ist, gar kein Abzug d. G. R. der Min. des J. (Gr. v. Arnim), des R. Hauses (Alberg) und der Fin. (v. Berger) v. 24. Mai 1843 nebst den mitgetheilten R. D. v. 7. Dec. 1799, v. 28. März 1808, v. 27. v. 23. Febr. 1833<sup>1)</sup>, v. 16. Jan. 1843, und den Staatsmin. v. 5. März 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 209. — J. Min. 104), R. v. 22. Okt. 1822 (N. VI. S. 845), R. v. 2. Aug. III. S. 207), R. v. 28. Mai 1829 (ib. S. 205).

Stempel zu Urlaubsgesuchen und Ertheilungen soll nach den des Tarifs „Gesuche“ (5 Sgr.) und „Ausfertigungen“ (15 Sgr.) angesetzt werden: R. des Just. Min. v. 9. Nov. 1829 (Jahrb. Bd. — Gräff Bd. 7. S. 386). Die Verwendung des Besuchstempels bei allen Gesuchen um Beförderung, Versetzung oder Urlaub bei deren Unterlassung der tarifmäßige Stempel des Bescheides jedes Besuch um 15 Sgr. erhöht, oder, wenn der Bescheid auspelfrei gewesen wäre, ein Stempel von 15 Sgr. dazu verbraucht, ist neuerdings eingeschränkt durch das G. R. des Fin. Min. v. 14. Aug. 1849. (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 213.)

aus nach Berlin, um bei den Centralbehörden Angelegenheiten zu betreiben, soll allen Beamten versagt werden, wenn sie an, daß ganz besondere Umstände ihre Anwesenheit unumgänglich machen: G. R. der Min. des J. u. d. B. (v. Rochow) v. 30. Okt. 1839, mitgetheilt durch G. R. des Min. der Steuern v. 28. Mai 1840. (Min. Bl. d. i. B. 1840.

er die Folgen der Ueberschreitung des Urlaubs vergl. §§. oben sub 3. gegebenen Disziplinalges. v. 21. Juli 1852. Insbesondere über Urlaubsertheilung an Schullehrer sind er-

bl. der R. Reg. zu Frankfurt v. 30. Juni 1827, betr. die Urlaubsgewährung für Schullehrer.

Wirkung eines gleichmäßigen Verfahrens bei der Nachsuchung und Ertheilung des Urlaubs zu den Reisen der Schullehrer finden wir uns veranlaßt, darüber festzusetzen:

Schullehrer müssen so viel als möglich zu den in Privatangelegenheiten an den Reisen die Zeit der Schulferien wählen.

Wenn während dieser Zeit zu machenden Reisen bedürfen sie, sofern sie als Nebenamt als Küster, Kantoren etc. bekleiden, als in welchem Falle ungeordnete gilt, und sofern ihnen auch während der Ferien nicht noch andere Pflichten für die Schule außer dem Unterrichte obliegen, als in welchem Falle vorher nachweisen müssen, keines Urlaubes, sondern darüber bloß der ihnen zunächst vorgesetzten Schulbehörde Anzeige zu geben.

Reisen außer der Ferienzeit kann den Schullehrern, wenn deren Abwesenheit 1 bis 3 Tage dauert, die zunächst ihnen vorgesetzte Schulbehörde ertheilen. Dauert ihre Abwesenheit länger, jedoch nicht über eine Woche, ist dazu die Zustimmung des Superint. oder Schulinsp. erforderlich. Wird der Urlaub über eine Woche hinaus ertheilt werden, oder die Reise ins Ausland, so muß die Erlaubniß hierzu bei uns nachgesucht werden.

solche Erlaubniß, als zu deren Ertheilung die Ortsschulbehörden und

nach wird ausnahmsweise bei größerer Entfernung des Heimathsorts von Wohnorte das volle Gehalt bis zur Urlaubsdauer von 8 Wochen

beziehungsweise die Superint. und Schulinsp. im Vorstehenden autorisirt werden dürfen dies. nur dann ertheilen, wenn vorher die Besorgung des Amtes von Urlaub suchenden Schullehrer während seiner Abwesenheit gehörig nachgewiesen worden. — Die Aussetzung des Schulunterrichts dürfen sie nur dann gestatten, wenn zur Besorgung dess. kein Mittel übrig bleibt, gleichwohl die Versagung Urlaubs mit bedeutenden und unabwendbaren Nachtheilen für den Schullehrer knüpft sein würde.

5) Alle Urlaubsgesuche der Schullehrer müssen zunächst bei der Ortsbehörde angebracht, jedenfalls durch dieselbe bei uns eingereicht, und mit den nöthigen Nachweisungen über die Besorgung des Dienstes während der Abwesenheit Urlaub suchenden Lehrers begleitet werden. Wenn eine Reise in ein ausländisches Land beabsichtigt wird, so ist ein ärztliches Zeugniß über deren Nothwendigkeit beizufügen. — Die Urlaubsgesuche zu Reisen in das Ausland, wenn solche länger als 4 Wochen dauern sollen, müssen möglichst frühe und wenigstens 4 Wochen Antritt dieser Reisen bei uns angebracht werden.

6) Wenn der Schullehrer zugleich ein kirchliches Nebenamt, als Küster, Kantor u. dgl. bekleidet, so muß vor Ertheilung des Urlaubs von demselben die gehörige Besorgung der kirchlichen Geschäfte während seiner Abwesenheit nachgewiesen werden. Er bedarf in diesem Falle auch während der Schulferien der Erlaubniß des Predigers zu Reisen auf 1 bis 3 Tage und der Zustimmung des Superintendenten dazu bei Reisen, die bis auf eine Woche ausgedehnt werden sollen. —

7) Schullehrer, welche neben ihrem Schulamte ein Predigtamt bekleiden, neben dem, was vorstehend angeordnet worden, zugleich allen wegen der Amt der Geistlichen bestehenden Anordnungen<sup>1)</sup> unterworfen.

(Ann. XI. S. 413.)

β) Resolution des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) 11. März 1839 an den Magistrat zu N., betr. die Urlaubsertheilung Elementar-Schullehrer.

Das Min. hat sich durch die Vorstellung des Magistrats v. 31. August, nicht veranlaßt sehen können, auf eine Abänderung der in der Allerh. vollzogenen Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 wegen der Urlaubs-Bewilligungen ertheilten Bestimmung anzutragen, und kann es nur mißbilligen, daß die Schuldeputation mit Befehl des Magistrats bisher die gesetzlichen Bestimmungen außer Acht gelassen hat. Um jedoch die Ausführung der für die Obergewaltbehörde sehr wichtigen und darum ausdrücklich ertheilten Bestimmung zu erleichtern und für die erheblichen Fälle zu sichern, hat das Min. nach dem Antrage des hiesigen R. Prov. Schulkolleg. und mit Rücksicht auf die auch in anderen Reg. Bez. zugelassenen Anordnungen genehmigt:

- 1) daß es zu Reisen der Elementarlehrer in den Ferien, in sofern sie nicht ins Ausland gehen, keines eigentlichen Urlaubs, sondern nur einer Aussetzung bei dem nächsten Vorgesetzten bedarf, welcher seine Genehmigung oder Verweigerung im Falle versagen kann, wenn besondere Umstände die Anwesenheit des Lehrers am Orte auch während der Ferien nothwendig machen;
- 2) daß auch zu kleineren Reisen außer den Ferien, welche eine Abwesenheit von höchstens acht Tagen erfordern, die Genehmigung des nächsten Vorgesetzten, oder der nächsten vorgesetzten Behörde hinreichend ist, diese jedoch für die Anordnung einer ordnungsmäßigen Vertretung des abwesenden Lehrers verpflichtet sind, wogegen
- 3) in allen Fällen, wo die Abwesenheit eines Elementarlehrers außer den Ferien länger als acht Tage dauern soll, oder derselbe in das Ausland reisen will, der Urlaub bei dem R. Prov. Schulkolleg., und zwar hinsichtlich der städtischen Lehrer durch die Schuldeputation, und hinsichtlich der ländlichen durch die ihnen zunächst vorgesetzte Behörde nachgesucht werden muß.

(Ann. XXIII. S. 110.)

γ) Vergl. die oben sub II. gegebene Instr., und zwar §. XXIV.

1) §§. 413—416. A. E. M. II., 11.

und §. 8. der Gumbinner, sowie §. 11. der Schulordn. für  
ußen (s. in Th. I. S. 105).

airdienst der Schullehrer. <sup>1)</sup>

Ableistung der Militairpflicht Seitens Solcher, welche sich  
widmen, ist oben S. 433 flg. gehandelt. In Betreff der  
rret kommt in Betracht:

ranziehung zu den Landwehrübungen. <sup>2)</sup>

s Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Rampp) v. 4. Sept.  
utl. R. Reg., betr. die Befreiung unentbehrlicher Schullehrer  
igen der Landwehr ersten Aufgebots.

rdings der Fall vorgekommen, daß im Amte stehende Schullehrer  
n der Landwehr ersten Aufgebots eingezogen worden sind. Dies  
i Rücksprache mit den R. Ministerien des Inn. und des Krieges  
geben, in deren Folge der R. Reg. hierdurch Nachstehendes eröff-

ie Ausdehnung der Bestimmungen v. 26. Juni 1822 in der Art,  
ang der Ueberweisung von Schullehrern zum 2. Aufgebot der Land-  
fälle gestellt werden, in denen eine gänzliche Unterbrechung des  
durch Einberufung des Schullehrers zu den jährlichen Landwehr-  
hen müßte, soll zwar nicht stattfinden, dagegen sind aber die R.  
ndos schon unterm 27. Mai 1819 von Seiten des R. Kriegsmin.  
, alle Schullehrer, welche in ihrem Amte auf eine Zeit lang nicht  
also gar nicht entbehrt werden können, von den Übungen der  
Aufgebots zu dispensiren. Die R. Reg. hat daher, sobald Ihr  
daß ein Schullehrer zu den Übungen der Landwehr ersten Aufge-  
t worden; Sich event. wegen seiner Entbindung an den betr. Land-  
ommandeur und in höherer Instanz an das R. General-Kommando  
auf die Bestimmungen v. 27. Mai 1819 zu wenden, worauf als-  
ifel solche erfolgen wird.  
5. 749.)

inberufung bei Mobilmachung des Heeres.

s Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 28. Nov.  
ntl. R. Oberpräs., betr. die Einberufung der Schullehrer bei  
des Heeres und der Landwehr.

sachen mir erstatteten Ber. sind in Folge der angeordneten Mobil-  
eeres und der Landwehr auch sehr viele Schullehrer zum Kriegsheer  
en. Wo ein Schullehrer in seinem Amte irgend wie, sei es durch  
rer, oder Kollegen am Orte, oder durch Kombinirung seiner Klasse  
ffen ders. Schule, oder durch interimistische Berufung eines Schul-  
a vertreten werden kann, muß es bei der Einberufung des betreff.  
eere unabänderlich bewenden. Wo aber eine der bezeichneten Aus-  
geordnet werden kann, was indessen voraussichtlich nur bei allein-  
n der Fall sein dürfte, und wo also die Schule geschlossen werden  
Jugend ohne allen Unterricht bleiben würde, da wird der betr. Leh-

---

. R. der Min. des Kriegs und des Inn. u. d. P. v. 24. April  
v. S. 429) schrieb vor, daß alle bis dahin angestellten Schulleh-  
für den Dienst im stehenden Heere oder der Kriegsreserve in An-  
en, sondern nach der R. D. v. 29. Okt. 1827 (oben S. 433) und  
(vergl. das G. R. v. 8. Febr. 1830, oben S. 435.) zu be-

. D. v. 6. April 1813 nahm die im Amte stehenden Geistlichen  
r von der Verbindlichkeit, der Landwehr beizutreten, völlig aus (G.  
33). Das Publ. des Min. des J. v. 26. Juni 1822 ordnete die  
er Schulmänner von einer Aushebung zur andern auf Grund der  
bescheinigten Nothwendigkeit, und im dritten Jahre Ueberweisung  
event. sogleich 2. Aufgebots, an. (Ann, VI. S. 439.)

rer, so lange noch andere Kombattanten vorhanden sind, als unentbehrlich sehen und demgemäß bei der betr. Kreisersatz- und Militair-Behörde zu reisen sein.

W. 2c. ersuche ich ergebenst, hiernach das Erforderliche ges. an die R. verfügen, dabei aber ausdrücklich bemerken zu wollen, daß jeder einzelne Fall den angegebenen Gesichtspunkten besonders zu beurtheilen und zu behandeln dabei der Grundsatz festzuhalten ist, daß in zweifelhaften Fällen für die Erf. der Militairpflicht entschieden werden muß.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 372.)

c) Auch vom Dienste in der Bürgerwehr waren die Lehrer ausgenommen, §§. 8—12. G. v. 17. Okt. 1848. (G. S. 1848. S. 1). Die Ausführung dieses Gesetzes wurde jedoch später durch das G. v. Okt. 1849 (G. S. 1849. S. 402) wiederum eingestellt, und das In durch Art. 105. der rev. Verfassung dahin limitirt: daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach näherer Bestimmung des G. durch Gemeindefschluß eine Gemeinde-Schutz- oder Bürgerwehr errichtet werden fi Durch §. 7. des G. v. 11. März 1850 über die Verpflichtung der meinden zum Schadensersatz bei Aufläufen (G. S. 1850. S. 199) w die Reg. ermächtigt, bis zum Erlass allgem. Vorschriften die Errich bewaffneter Sicherheitsvereine zu gestatten. Gegenwärtig ist Art. 105. Verfass. aufgehoben: G. v. 24. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 228), nicht das angef. G. v. 11. März 1850.

10) Beschränkung in Ausübung der Jagd.

a) R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Rampus und Nikolov v. 4. Dec. 1829 an die R. Reg. zu Gumbinnen, betr. die Theilnahme Präzeptoren und Schullehrer an Jagdvergnügungen.

Auf die Anfrage im Ber. v. 20. Okt. d. J., ob der Inhalt des R. v. Aug. d. J. <sup>1)</sup> wegen Ausübung der Jagd von Predigern, auch auf Präzept und Schullehrer ausgedehnt werden dürfe, wird der R. Reg. hiermit eröffnet, das Min. es nicht angemessen findet, das fragl. Verbot auf alle Schullehrer zudehnen, jedoch versteht es sich von selbst, daß denj., welche zugleich in kirchli Funktionen stehen, die Theilnahme an Jagd-Vergnügungen untersagt werde, bei den übrigen darauf zu halten ist, daß sich dieselbe nicht als leidenschaftli Vorliebe dafür darstelle, und keine Vernachlässigung ihres Berufes zur Folge h und daß daher Schullehrer Jagden nicht pachten dürfen.

(R. XIII. S. 830.)

b) Verschärft wurde vorstehendes R. durch das G. R. des Min. d G. U. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 20. Mai 1853 an sammtl. R. Reg betr. die Unzulässigkeit der Ausübung der Jagd durch Schullehrer.

In der G. Verf. v. 15. Febr. 1851 <sup>2)</sup> sind einerseits die Bedenken angest, welche sich aus einer richtigen Auffassung des Schullehrer-Berufes gegen Betreibung der Jagd durch die Lehrer ergeben; andererseits die Gefahren, w durch solche Beschäftigung den betr. Lehrern hinsichtlich ihrer sittlichen Füh und der Erfüllung ihrer Amtspflichten erwachsen.

Aus den von sammtlichen R. Reg. hierauf erstatteten Ber. habe ich mit Genugthuung ersehen, wie diese Auffassung der Sache im Allg. nicht minder von den Gemeinden und Allen, welchen das Gedeihen der Schule am Herzen liegt, und grade auch von den verständigen und treuen Gliedern des Lehrer-Standes theil getheilt wird, woraus es sich auch erklärt, daß die Zahl der mit der Jagd schäftigenden Schullehrer eine verhältnißmäßig nur kleine ist.

Wo die Bedeutung und das Gewicht der inneren Gründe einer Sache herv

1) R. XIII. S. 818: daß nach einer R. D. v. 10. Aug. 1829 „die Ausübung der Jagd für den Beruf eines Predigers nicht passe, und daher das Verbot R. Jagden an Prediger künftig unterbleiben solle.“

2) Ungebrucht.



so tief gehende Ansicht über die Unzulässigkeit derselben vom sittlichen Stand-  
 te aus geschaffen, da erscheint es als eine Pflicht der Disziplin, für die wenig-  
 durch Mangel an richtiger Erkenntniß oder an sittlichem Ernst noch vorkom-  
 men Ausnahmefälle das zu verbieten, was auch als Ausnahme Anstoß erregt  
 an der vollen Erfüllung der Amtspflichten hindert.

Mit Bezugnahme auf die Verf. v. 4. Dec. 1829 veranlasse ich daher die R.  
 , darauf zu halten, daß fortan kein Schullehrer sich mit der Betreibung der  
 d beschäftigt.

Ausnahmen von dieser Regel werden nur in Rücksicht auf die Gesundheit  
 einzelner Individuen, und auch hier nur in den seltensten Fällen zu gestatten sein,  
 es keinem Zweifel unterliegt, daß körperliche Bewegung auch auf andere Weise,  
 durch Betreibung der Jagd, geschafft werden kann. <sup>1)</sup>

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 115.)

### 11) Theilnahme an Musikfesten.

a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 12.  
 1835 an sammtl. R. Reg. und abschr. an sammtl. R. Prov. Schul-  
 leg., betr. die Theilnahme der Schullehrer an sogen. öffentlichen Musik-  
 fest.

Die immer allgemeiner werdenden Musikfeste haben in Betreff des Antheils,  
 der Volksschullehrer daran nehmen, bereits zu folgenden nicht unerheblichen  
 Mängelungen, auf welche das Min. aufmerksam gemacht ist, Anlaß gegeben,  
 sich:

- 1) daß sie mit einem Kostenaufwande für die Theilnehmer verknüpft sind, wel-  
 cher die Schullehrer, zumal, wenn noch bedeutende Reisekosten und eine  
 möglichst gute Equipirung zur Festreise hinzukommen, weit über ihre finan-  
 ziellen Kräfte in Anspruch nimmt und in Schulden stürzt; denen manche der  
 eiteln Ehre wegen nicht entgehen zu können glauben;
- 2) daß die Schullehrer dadurch zu Genüssen und Bestrebungen veranlaßt wer-  
 den, die ihrer Sphäre durchaus nicht angemessen sind;
- 3) daß Tage und Wochen nicht nur durch die Theilnahme an den Festen selbst,  
 sondern auch durch schwierige und zerstreue Vorübungen mehr oder we-  
 niger für die Schulen verloren gehen, ja, daß diesen hie und da zur Un-  
 gebühr und zur gerechten Unzufriedenheit der Gemeinden Ferien gegeben  
 werden, weil die Lehrer zum Musikfeste reisen;
- 4) daß die musikalischen Aufführungen den Schullehrern, die für dieselben nicht  
 hinreichend ausgebildet sind, nur von geringem Nutzen sein können, und
- 5) daß die Anordnung der Musikfeste selbst die Theilnahme der zur Mitwirkung  
 herangezogenen Lehrer auf eine Weise in Anspruch nimmt, wie sie sich mit  
 dem Ernst und der Einfachheit ihres ihnen angewiesenen Berufes nicht  
 verträgt.

Das Min. sieht sich veranlaßt, die R. Reg. zum Berichte aufzufordern, in  
 welcher Weise an den in ihrem Bereiche etwa vorkommenden Musikfesten die Schul-  
 der Antheil nehmen, ob ähnliche Uebelstände, wie die oben erwähnten, auch dort  
 wahrgenommen, und welche Maßregeln zu ergreifen sind, dens. vorzubeugen,  
 die Theilnahme der Schullehrer an den öffentlichen Musikaufführungen wenig-  
 stens einer solchen Kontrolle zu unterwerfen, daß sie ihnen zum Nutzen, nicht aber  
 zu selbst und ihrer amtlichen Stellung und Wirksamkeit zum Nachtheile ge-  
 schehe.

(Ann. XIX. S. 132.)

b) G. R. dess. Min. v. 22. Mai 1835 an sammtl. R. Prov. Schul-  
 leg. und Reg., in ders. Angelegenheit.

Aus den über die Theilnahme der Schullehrer an den sogenannten Musikfesten  
 begangenen Ver. der R. Prov. Schulkolleg. und R. Reg. hat das Min. gern

1) Abschrift vorstehender Verf. erging an sämtliche Prov. Schulkolleg. zur  
 Kenntnissnahme und gleichmäßigen Befolgung hinsichtlich der Lehrer an den Schul-  
 ler-Seminarien.

ersehen, daß die gedachten Feste nur in wenigen Reg. Depart. zu den 1. welche in der G. Verf. v. 12. Jan. c. berührt sind, Veranlassung gegeben und es daher, um Uebelständen zu begegnen, nur auf die Durchführung der regeln ankommen kann, die zu dem Behuf von den R. Prov. Schulkolleg. Reg., welche sich auf die Sache näher eingelassen haben, ziemlich einstimmig Vorschlag gebracht worden sind.

Das Min. beschränkt sich darauf, den R. Prov. Schulkolleg. und folgende Bestimmungen zur Nachachtung zu empfehlen:

- 1) Die thätige Theilnahme der Schullehrer an öffentlichen allgemeinen Aufführungen, den sog. Musikfesten, ist nur dann zu begünstigen, wenn die Musikaufführungen einen kirchlichen und ernsten Charakter an sich tragen. Zur Theilnahme an dens. ist der Urlaub zu versagen, wegen der dazu nöthigen Vorbereitungen, oder wegen der Entfernung der Orte, der Unterricht in der Schule vernachlässigt, oder ausgesetzt werden muß.
- 2) Einem Seminar darf die in jedem einzelnen Falle bei der vorgeseh. hörde nachzusuchende Erlaubniß zur Theilnahme an den Musikfesten ertheilt werden, wenn es sich um die Aufführung geistlicher Musikstücke am Orte des Sem. selbst, in einer Kirche oder in einem and. Schullokale stattfindet, durch die Vorübungen die Zeit nicht zu sehr in Anspruch genommen wird, und wenn der Musiklehrer des Sem. an der Aufführung selbst Theil nimmt.
- 3) Außerordentliche Zusammenkünfte der Schullehrer Behufs musikalischer Aufführungen und Uebungen sind nur zu gestatten, wenn sie entweder in einem Sem. und unter dessen Aufsicht oder anderswo, unter Leitung eines Musiklehrers eines Sem. oder eines zuverlässigen, und den Zwecken der Versammlungen gehörig würdigen Musikers, ferner unter Mitwirkung des Schulinspektors, und unter der Bedingung, daß sie zu keinen Schulnachteilen und den Theilnehmern zu keinem unverhältnismäßigen Kosten Veranlassung geben, gehalten werden.

(Ann. XIX. S. 133.)

c) Das G. R. des Min. des J. v. 6. Aug. 1852 (Min. Bl. 1852. S. 221) weist die Reg. an, dafür Sorge zu tragen, daß die Abhaltung von Gesangsfesten nur unter solchen Beschränkungen gestattet wird, daß die kirchliche Fest- und Sonntagsfeier dadurch keine Beeinträchtigung erleidet.

d) Hinsichtlich der Benutzung von Kirchen zu musikalischen Aufführungen forderte das G. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. (G. R. v. 24. Aug. 1841 an sämmtl. R. Konf. und v. 29. Sept. 1841 an R. Reg. (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 277) mit Bezugnahme auf D. v. 31. Juli dess. J. vorgängige Bescheinigung des betr. Pfarrers, daß der Text der auszuführenden Musikstücke nichts für die Kirche Anstößiges enthalte. Durch G. R. dess. Min. v. 4. Dec. 1841 (Min. Bl. d. i. B. S. 323) wurde die Ertheilung der nöthigen Erlaubniß den Reg. übertragen. Für die Rheinprov. und Westphalen verlangte in Folge der Kirchenordn. v. 5. März 1835 zunächst das G. R. dess. Min. v. 1. Juli 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 284), daß die Reg. sich auch über die Zustimmung des betr. Konf. versichere, während das G. R. dess. Min. v. 1. Juli 1844 (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 68) bei evangelischen Kirchen beider Prov. die Endentscheidung in die Hände des Konf. legte, bei katholischen Kirchen dagegen allgemein in die der bischöflichen Behörde übertrug. <sup>1)</sup> Zugleich wurde bestimmt:

In Betreff der üblichen Lehrer-Gesangsfeste aber haben die Leiter der Schulen diese in Kirchen stattfinden, vor der diesfalls bei der bischöflichen Behörde

1) Letzteres war schon durch die als Anlage zur erwähnten G. Verf. g. G. Verf. v. 19. Juli 1843 ausgesprochen.

bei dem R. Konf. nachzusuchenden Genehmigung, die Nachweise zu liefern, daß die ktr. R. Reg. gegen das abzuhaltende Gefangenseß nichts zu erinnern finde.

Gegenwärtig haben für die evangel. Kirchen allgemein die Konf. die tagl. Genehmigung zu erteilen, und die Reg. die betr. Antragsteller unmittelbar an das Konf. zu verweisen: Erlaß v. 1. Okt. 1847. Nr. I. 24. (Mitt. Bl. v. i. B. 1847. S. 280) und G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 13. Aug. 1850 (Min. Bl. v. i. B. 1850. S. 241).

## 12) Heirathskonsens. <sup>1)</sup>

In Folge der R. D. v. 9. Juli 1839, worin jede präventive Beaufsichtigung der von Civilbeamten zu schließenden Ehen für unerlaubt erklärt worden war, wurde durch den Beschluß des Staatsmin. v. 7. Nov. 1839 (R. XXIII. S. 529. — Just. Min. Bl. S. 302) festgestellt, daß nur die bei der R. allg. Wittwen-Verpflegungs-Anstalt rezeptionsfähigen Civilbeamten des Ehekonsenses bedürfen. Von dieser Anstalt sind die Elementarlehrer laut R. D. v. 10. Dec. 1816 (R. XVI. S. 102), R. D. v. 17. April 1820 (R. IV. S. 789), sowie nach den R. v. 26. Aug. 1832 (R. XVI. S. 591) und v. 10. Jan. 1834 (R. XIX. S. 395), Publ. der General-Direktion der Wittwen-Verpflegungs-Anstalt v. 23. Aug. 1838 (Centralbl. S. 987. — R. XXII. S. 715) und v. 1. März 1845 (Min. Bl. v. i. B. 1845. S. 198) ausdrücklich ausgeschlossen, und also zur Einholung des Heirathskonsenses nicht verpflichtet. <sup>2)</sup>

Nur in Ansehung provisorisch angestellter Lehrer bestimmt:

das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein). v. 24. März 1833 an sämtl. R. Reg. (ausschließl. Erfurt), betr. die ehelichen Verbindungen provisorisch angestellter Lehrer.

Es sind mehrere Fälle vorgekommen, daß provisorisch angestellte Lehrer eheliche Verbindungen eingegangen sind, wodurch ihr Schicksal, wenn sie nach dem Ergebnisse der zweiten Prüfung nicht haben definitiv bestätigt werden können, und also haben entlassen werden müssen, ein höchst trauriges geworden ist.

Das Min. nimmt Veranlassung, die R. Reg. hierdurch aufzufordern, die Superintendenten und Schulinsp. zu beauftragen, provisorisch angestellte Lehrer in vorkommenden Fällen auf eine angemessene Weise zu warnen, vor ihrer definitiven Anstellung eheliche Verbindungen einzugehen.

(Ann. XVII. S. 94.)

## 13) Nebendämter und Gewerbe. <sup>3)</sup>

Ueber die Verbindung kirchlicher Bedienungen mit dem Schulamte ist schon oben gehandelt: 3. Kap. IV., 3. (s. oben S. 449 ff.); vergl. auch

1) Das Eingehen von gemischten Ehen suchte der Bischofsverweser Dr. Ritter zu Breslau durch ein Rundschreiben v. 24. Okt. 1842 den kathol. Schullehrern gänzlich zu verbieten, dies Rundschreiben wurde jedoch durch R. D. v. 21. Dec. 1842 annullirt. (Schlesf. Amtsbl.)

2) Bei Lehrern an höhern Schulen ist es anders. Vergl. die folg. Abth.

3) Allgemein für alle Staatsbeamten erging hinsichtlich der Uebernahme von Nebendämtern die R. D. v. 13. Juli 1839, deren Inhalt am Ende des sub a. d. folgenden G. R. v. 31. Okt. 1841 zu vergleichen.

Hinsichtlich des Gewerbebetriebs bestimmt die allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845:

§. 19. Die in Reihe und Glied stehenden Militärpersonen, sowie alle unmittelbare und mittelbare Staatsbeamten, auch solche, die ihr Amt unentgeltlich verwalten, bedürfen zu dem Betriebe eines Gewerbes der Erlaubniß ihrer vorgesetzten Dienstbehörde, sofern nicht das Gewerbe mit der Bewirthschaftung eines ihnen gehörigen ländlichen Grundstücks verbunden, oder sonst durch besondere gesetzliche Bestimmungen ein Anderes angeordnet ist.

Diese Erlaubniß muß auch zu dem Gewerbebetriebe ihrer Ehefrauen, der

Seelsorge und Schulaufsicht in den Pfarrgemeinden eine Aushülfe auf Kosten des Staats geschafft werde. Hiernach sei in vorkommenden Fällen zu verfahren, und sofern es der Allerh. Anweisung des erforderlichen Kosten-Aufwandes bedürfe, darüber zu berichten.

Auf einen späteren Ver. des K. Staatsmin. haben des Königs Maj. durch Allerh. Befehl v. 25. Aug. d. J. zu entscheiden geruht,

daß den Kirchen-Patronen überhaupt nicht gestattet werden könne, in die Vocationen der von ihnen berufenen Geistlichen beschränkende Bedingungen in Betreff der Uebernahme von Nebenämtern und Beschäftigungen einzurücken,

und, in Folge der in der D. v. 14. Jan. 1833 wegen der Uebernahme von Staatsämtern, Seitens der Geistlichen getroffenen Bestimmungen, ferner festzusetzen;

daß ein Geistlicher ein anderes Nebenamt, als ein K. Amt, nur mit Genehmigung des Prov. Konf. übernehmen dürfe, welches darüber zuvor den Patron und den Kirchen-Vorstand der Gemeinde mit ihren Entschieden zu hören habe. Auch sollten die Konf., mit Vorbehalt des Refurses an den Min. der geistl. u. Ang., darüber entscheiden, ob der mit einem Nebenamt zu beauftragende Geistliche einer Hülfe oder Stellvertretung in seinem Hauptamte bedürfe, und welche Vergeltung dafür, und aus welchen Mitteln dieselbe zu gewähren sei, wobei jedoch aus der Uebertragung eines Nebenamtes an einen Geistlichen dem Patron niemals größere Leistungen, als die bisherigen, wider seinen Willen zugemuthet werden dürfen.

Des Königs Maj. haben mich zugleich beauftragt, die Konf. von diesen Bestimmungen in Kenntniß zu setzen, und diesel. über die, bei Genehmigung der Uebernahme von Nebenämtern Seitens der Geistlichen anzuwendenden Grundsätze, als solche in dem Sr. Maj. erstatteten Vortrage angedeutet waren, mit näherer Belehrung zu versehen.

Aus diesen mitgetheilten Allerh. Bestimmungen ergibt sich zunächst, daß die Aufnahme einer beschränkenden Klausel wegen der Uebernahme von Nebenämtern irgend einer Art in die Vocationen der Geistlichen, oder die Ausstellung besonderer Reverse hierüber, bei deren Amtsantritte, unzulässig und wirkungslos ist.

Die Uebertragung eines Amtes des Kirchenregiments auf einen Geistlichen, wie z. B. der Superintendentur, des Amtes als Konfistorialrath u. s. w., geht in gleicher Weise, wie bisher, von den dazu ermächtigten Behörden aus, und ist dieselben in der Auswahl der ausgezeichnetsten und verdientesten Geistlichen nicht beschränkt. Dem Patron oder der Gemeinde steht ein Widerspruchsrecht gegen die Ernennung ihrer Pfarrers zu einem solchen Amte nicht zu. Ergiebt sich aber, daß ein solcher Geistlicher, durch die Pflichten seines kirchenregimentlichen Amtes zu sehr in Anspruch genommen, den Angelegenheiten seiner Pfarrgemeinde nicht mehr die erforderliche Sorgfalt zu widmen im Stande ist, so hat das K. Konf. auf Anrufen des Patrons oder der Gemeinde, zunächst zu prüfen, ob auf irgend eine Weise eine Geschäftserleichterung für den Geistlichen bewirkt werden kann, und wenn dieses nicht der Fall ist, zu bestimmen,

- 1) in welchem Umfange eine Aushülfe oder eine Stellvertretung für den Geistlichen erforderlich,
- 2) welche Remuneration dafür zu gewähren ist.

Den Betheiligten bleibt wegen dieser Entscheidung der Refurs an mich vorbehalten. Wegen der Beschaffung der erforderlichen Remuneration aus Staatsfonds ist, sofern nicht darüber etwa ein freiwilliges Abkommen mit dem zu betheiligenden Geistlichen selbst geschlossen werden kann, an mich zu berichten.

Was die Uebernahme von andern Ämtern durch einen Geistlichen antrifft, so steht den Patronen und Gemeinden auch in dieser Beziehung ein bestimmtes Recht des Widerspruches nicht zu. Der Geistliche aber, welchem ein solches Nebenamt angetragen wird, und welcher zu dessen Uebernahme geneigt ist, hat zu diesem Behufe zuvor die Erlaubniß des ihm vorgesetzten Konf. nachzusuchen. Das Konf. hat sodann den Patron und die Vorsteher der Pfarrgemeinde darüber zu hören, und die von dens. etwa vorzubringenden Gründe des Widerspruchs näher zu prüfen. Nach Befund ders. ist diese Erlaubniß zu erteilen oder zu versagen.

Es versteht sich von selbst, daß den Geistlichen nur die Uebernahme solcher Nebenämter gestattet werden kann, deren Ausrichtung dem Amte und der Stellung

lichen keinen Eintrag thut. Als angemessene Beschäftigungen werden elerweise erwähnt, die Ertheilung von Religionsunterricht in öffentlichen Schulen, die Theilnahme an der Verwaltung von Armenkassen und miltungen u. s. w.

ird ferner festzuhalten sein, daß die Beschäftigung in einem Nebenamte lichen seinem nächsten Berufe, als Seelsorger für das geistige Wohl sei- lende zu wirken, nicht entfremden darf. Zeitraubende Nebenbeschäftigun- n daher in der Regel solchen Geistlichen nicht gestattet werden, welche in ihrer Gemeinde allein stehen oder denen doch die Pflicht der Seelsorge ise obliegt. Ueberhaupt wird um der Beschäftigung eines Geistlichen in benamte willen, außer den oben bezeichneten Aemtern, die sich auf eine des Kirchen-Regiments beziehen, eine Vertretung oder Aushülfe in sei- tlichen kirchlichen Berufe nicht leicht zu gestatten sein. Sollte durch bes- tliche Verhältnisse ausnahmsweise eine Abweichung von dieser Regel mos- en, so liegt es dem R. Konf. ob, gleichzeitig für die Anordnung einer den Beihülfe oder Stellvertretung zu sorgen, deren Kosten jedoch in die- weder aus Staatsfonds zu entnehmen sind, noch auch den Patronen inden angemuthet werden dürfen. Vielmehr wird es dem Geistlichen der Anstalt, welche seine Hülfe erbittet, obliegen, die Mittel zur Be- nes Stellvertreters aufzubringen.

ich ist bereits durch das Gesetz v. 13. Juli 1839 (G. S. 1839. S. 235) ben, daß die vorgesetzte Behörde die Erlaubniß zur Annahme eines Res- ur auf Widerruf, oder doch nur auf eine bestimmte Zeit, oder für ein , nach Ablauf einer gewissen Zeit von selbst endendes Geschäft zu er- t, ohne daß wegen des, unter veränderten Umständen erfolgenden Widers- Auspruch auf Entschädigung für die verlorenen Emolumente des Neben- rkannt werden kann<sup>1</sup>). Ist mit dem Amte des Geistlichen unmittelbar andere Beschäftigung, als was zunächst dazu gehört, z. B. die Verwal- licher Armenkassen, verbunden, so fällt die Nothwendigkeit einer beson- abniß hierzu von selbst fort.

. Bl. d. i. B. 1842. S. 10.)

Bei Versetzungen gilt es nicht als eine Verkürzung im Einkommen, : Gelegenheit zur Verwaltung von Nebenämtern entzogen wird: r. 1. des Disziplinar-G. v. 21. Juli 1852 (s. oben sub 3.).

Hinsichtlich städtischer Gemeinde-Memter<sup>2</sup>) bestimmt die Städte- r die sechs östlichen Prov. v. 30. Mai 1853 (G. S. 1853.

lach der R. D. v. 25. Juli 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 436. Min. Bl. 1840. S. 287) bezieht sich die angef. R. D. v. 13. Juli 1839 ie unmittelbaren, nicht auch auf die mittelbaren Staatsbeamten, , der ersteren aber sowohl auf remunerirte, als auch auf andere.

allgemeine Ausdehnung der R. D. v. 13. Juli 1839 auf alle öffent- rer setzt daher voraus, daß diese als unmittelbare Staatsdiener an- werden. Vergl. oben S. 462. Note 1.

R. D. v. 13. Juli 1839 verlangt übrigens die Genehmigung derjenigen ehörden, welchen das Haupt- und Nebenamt untergeben sind.

lach den ältern St. D. konnten die Lehrer mit Genehmigung der vorge- hörde Stadtämter annehmen, sie hatten aber das Recht, abzulehnen:

St. D. v. 1808, §§. 130. 131. St. D. v. 1831, §. 43. der Rhein. v. 23. Juli 1845 (G. S. 1845. S. 523) s. auch unten S. 000. Nach

hobenem Gem. D. v. 1850. §§. 15. u. 73. erklärte die Verf. der Min. id der G. u. u. M. Ang. v. 16. Juli 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851.

die Lehrer, soweit sie als Gemeindebeamte anzusehen, für ausgeschlossen ählbarkeit in den Gemeinderath, so weit sie aber vom Staate angestellt, ließbar durch Verfassung der Genehmigung, deren Nothwendigkeit durch erf. des Min. der G. u. u. M. Ang. v. 24. Febr. 1851 (Min. Bl. d.

1. S. 32) wiederholt wurde.



§. 17. Stadtverordnete können nicht sein: 1c.

3) Geistliche, Kirchenbedienter und Elementarlehrer; 1c.

§. 30. Mitglieder des Magistrats können nicht sein: 1c.

3) Geistliche, Kirchenbedienter und Lehrer an öffentlichen Schulen.

Daß und unter welchen Voraussetzungen Schullehrer dagegen Mitglieder der städt. Schuldeput. werden können, ist oben erwähnt: 1. 9 1. Kap. sub II.

c) In ländlichen Gemeinden können die Schullehrer zu S oder Gerichtsschreibern bestellt werden. <sup>1)</sup>

α) A. G. D. Th. I. Tit. 25.

§. 53. 1c. Doch können auch Wirthschaftsbeamte und Schulmeister, mangelung anderer qualifizirter Subjekte, als Gerichtsmänner zugelassen w

β) §§. 13., 33. des kath. Schulregl. v. 18. Mai 1801 (f. v. S. 152

γ) R. der Reg. zu Breslau v. 1. Mai 1834, betr. die v Schullehrern zu besorgenden Gerichtsschreibereien.

Unser ernstes Bestreben in den Besuch der Elementarschulen von Schulpflichtigen Kinder, Ordnung und Regelmäßigkeit zu bringen, setzt voraus, daß auch die Schulstunden von Seiten der Lehrer ordentlich und mäßig abgehalten werden. Nun tritt aber da, wo die Schullehrer zugleich Gerichtsschreiber besorgen, oft der Fall ein, daß selbige wegen Kreis- oder Gemeinde-Angelegenheiten in den Landrathlichen und Steuer-Ämtern der Kreisstadt erscheinen und sich gerade in den Tages-Stunden von der Schule fernnehmen müssen, an welchen der Unterricht stattfinden soll. Wiewohl wir unzweifelhaft wissen, daß Seitens der Landrathlichen Ämter von selbst schon hier Rücksicht genommen werden wird, diej. Schullehrer, welche zugleich Richter sind, in dieser letztern Funktion nun unbeschadet der Erfüllung ihrer höhern Pflichten als Schullehrer zu beschäftigen; so wollen wir doch hiermit besonders aufmerksam machen, daß es zur Abwendung von Schulversäumnissen gend nothwendig ist, alle Termine in Gegenständen der öffentl. Verwaltung, welchen der Schullehrer als Gerichtsschreiber Theil nehmen muß, entweder auf schulfreien Tagen, oder wenn der Termin nicht bis zu deren Eintritt aufgeschoben werden kann, in den Nachmittagsstunden abzuhalten. Da die Schullehrer verpflichtet sind, über die Schulversäumnisse von Seiten der Schulkinder genaue Listen zu führen; so folgt von selbst, daß in diesen Listen auch diej. Tage zu verzeichnen sind, an welchen der Schullehrer als Gerichtsschreiber an der Verhandlung einer Behörde dergestalt thätig sein mußte, daß ders. die Schule abhalten konnte. Die Superint., Grappler und Kreis-Schulinsp. werden bei der Revision der Schulversäumnis-Tabellen nicht bloß die richtige Uebersicht der durch das Wegbleiben der Schulkinder entstandenen Schulversäumnisse, sondern auch derj. Tage vergleichen, an welchen die Schule nicht abgehalten werden konnte, weil der Schullehrer als Gerichtsschreiber von der Schule sich zu entfernen ließ war. Die Resultate dieser Vergleiche sind im Schulberichte zu bemerken (Bresl. Amtsbl. 1834. S. 151.)

d) Zu Geschwornen können die Elementar-Schullehrer nicht zugelassen werden: §. 63. Nr. 6. B. v. 3. Jan. 1849 über die Einführung mündl. und öffentl. Verfahrens 1c. (G. S. 1849. S. 14.)

e) Zulassung zu den durch die Rhein. Westph. evang. Kirchen-5. März 1835 eingeführten Synodalversammlungen.

α) R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 9. 1840 an das R. Kons. der Prov. Westphalen, betr. die Zulassung Schullehrer zu Gemeinde-Repräsentanten bei den Synodal-Versammlungen.

1) Die Westphälische Landgemeinde-D. v. 31. Okt. 1841 (G. S. 1841. S. 297) §§. 119. 121. forderte Genehmigung der vorgesetzten Behörde, und ließ den Lehrern das Recht der Ablehnung. Vergl. §. 6. der Gumbinner Instr. über

1. ist mit den im Ver. v. 6. v. M. gemachten Vorschlägen des R. anzuordnen, daß die Schullehrer in den Fällen, in welchen die R. Regierung ertheilt, zu Gemeinde-Repräsentanten zugelassen, diej. Lehrer zugleich Küster sind, und in dieser letztern Eigenschaft etwa das Schulkollegium zu bedienen verpflichtet sein möchten, von dieser Verpflichtung eines zu dieser Bedienung geeigneten Substituten, entbunden

(v. d. i. B. 1840. S. 156.).

2. Off. Min. v. 2. Mai 1840 an das R. Kons. zu Koblenz in Betreff.

3. hat aus dem Ver. des R. Kons. v. 29. Febr. c. das erfreuliche zu ersehen, welches in der Rheinprovinz zwischen den Pfarrern und besteht, und trägt daher kein Bedenken, den §. 45. der Verhandlungen Rhein. Prov. Synode von 1838 in Betreff der Wählbarkeit der Gemeinde-Repräsentanten, jedoch mit der von dem R. Kons. vorgeschriebenen Modifikation zu genehmigen, daß diej. Schullehrer, welche zugleich als solche die Repräsentation zu bedienen haben, bei ihrer Wahl nicht verpflichtet werden, dieses Geschäft durch einen Stellvertreter zu versehen.

(v. d. i. B. 1840. S. 156.)

4. die Nebengeschäfte der Küster, welche zugleich Schullehrer sind, zu ordnen

5. U. d. d. der Reg. zu Arnberg v. 15. Aug. 1838 an sämmtl. (N. XXII. S. 943)

6. und eines U. d. d. v. 26. Juli 1838, §. 127. (139.) der Kirchen-Ordnung. 13. der Instr. für die untern Kirchenbeamten, daß sie mit wichtigeren Briefen und Paketen des Pfarrers außer dem Kirchspiele nicht zu verfahren, sondern der dringendsten Eile, und nur, wenn die Kirchenkasse nicht bezahlen kann, zu beauftragen sind, daß sie mit Besorgung der kirchlichen Angelegenheiten des Superint. als solchen gar nicht belastet werden zu lassen, und anderweitigen Küstergeschäften, wenn sie in die Schulstunden zu kommen, einen Vertreter stellen müssen.

7. U. d. d. §. 16. des kath. Schulregl. für Schlesien von 1765 (s. o. S. 134) und §. 33. des gleichen Regl. von 1801 (s. oben in S. 135).

8. Bezug auf die Uebernahme von Vormundschaften schreibt die Instr. II. Tit. 18. vor:

„Civildienste können ohne Vorwissen und Genehmigung ihrer unmittelbaren Vorgesetzten zu Vormündern nicht bestellt werden“).

9. Ordentliche Lehrer bei Schulen, Gymnasien und Universitäten, in welchen deren Amte eine Seelsorge verknüpft ist, können nur über Kinder ihrer Verwandten und Amtsgenossen Vormundschaften zu übernehmen angehalten werden.

10. U. d. d. der Reg. zu Coblenz v. 29. Febr. 1836 (N. XX. S. 163) daß bei Uebertragung von Stadtkämtern an Geistliche und Schulbeamte, bei erstern an das R. Kons. und Prov. Schulkolleg. bei letztern an das Prov. Schulkolleg. in derselben Art zu berichten haben, als dies vor Uebernahme der Verwaltung und Schulbeamten angetragenen Vormundschaften bereits ist, also mit der Verbindlichkeit die Umstände vollständig vorzutragen, gegen Beurtheilung des Antrags dienlich sind“.

11. U. d. d. der Reg. zu Coblenz v. 29. Febr. 1836 (N. XX. S. 163) daß bei Uebertragung von Stadtkämtern an Geistliche und Schulbeamte, bei erstern an das R. Kons. und Prov. Schulkolleg. bei letztern an das Prov. Schulkolleg. in derselben Art zu berichten haben, als dies vor Uebernahme der Verwaltung und Schulbeamten angetragenen Vormundschaften bereits ist, also mit der Verbindlichkeit die Umstände vollständig vorzutragen, gegen Beurtheilung des Antrags dienlich sind“.

h) Beschränkung des Privatunterrichts von Seiten der Lehrer.

α) Vergl. §§. 6., 16. der Instr. v. 31. Dec. 1839 oben in Abth. C. 291 ff.<sup>1)</sup>

β) G. R. der Reg. zu Koblenz v. 23. Nov. 1842 an sammtl. insp. und abschriftl. an die Landräthe, betr. die Beschränkung der Lehrer in Ertheilung von Privatunterricht.

Da die Erfahrung zeigt, daß der Privatunterricht, welchen man neben ihren berufsmäßigen öffentlichen Lehrstunden erteilen, nicht die Kräfte ders. allzusehr in Anspruch nimmt, und ihrem Unterricht in der nachtheilig wird, auch ihnen alle Zeit zur Vorbereitung für ihre öffentlichen Stunden und zu ihrer eigenen weiteren Ausbildung entzieht, so bestimmen durch, daß nur die Zeit nach dem Schluß des gesammten öffentlichen U jedes Tages von den Lehrern zu Privatstunden verwendet werden darf. Die Vorstände haben über die Beachtung dieser Vorschrift zu wachen, und jeder Verletzung ders. Kenntniß zu geben, übrigens so oft aus dem U von Privatstunden auch innerhalb der eben bezeichneten Grenzen Nachtheil öffentlichen Unterricht zu erwarten steht, Gw. davon Anzeige zu machen. Sie in geeigneter Weise einschreiten können.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 397.)

i) Mit eigentlichem Ackerbau sollen sich die Schullehrer nicht betheiligen: §. 14. des kath. Schulregl. v. 18. Mai 1801 für Schlesien (Th. I. S. 152). Vergl. jedoch §. 19. Gew. O. v. 17. Jan. 1844. S. 527 Note 3.

k) Seidenbau<sup>2)</sup> ist dagegen als Nebenbeschäftigung empfohlen.

α) G. R. des Min. der G. u. u. M. Ang. v. 18. Juni 1844 an sammtl. R. Reg., betr. den Seidenbau als Nebenerwerb für Volksschullehrer.

In Erwägung, daß der inländische Seidenbau den Elementarschullehrern Gelegenheit zu einem lohnenden Nebenerwerbe geben, und zugleich als Beispiel

1) Hierdurch sind die älteren B. antiquirt, unter denen das G. R. zu Frankfurt v. 25. Juli 1829 (N. XIII. S. 547) die besondere Erlaubnis Schuldeput., Schulvorstände, oder event. der Geistl. oder Gerichtsobrigkeit verlangte, und das R. des Min. der G. u. u. M. Ang. v. 20. Aug. 1830 (N. XIV. S. 269) nachließ, daß die Vorsteher höherer Schulen den Lehrern Klassen die Erlaubnis zum Privatunterricht ein für allemal erteilten.

2) Vergl. §. 14. des Landschulregl. von 1763 (s. o. in Th. I. S. 68). Bekanntm. des Reg. und Schulrath v. Türk v. 12. Dec. 1829 über die mäßigste Art, die Puppen in den Seidenkokons zu tödten, die Seide zu ernten und Maulbeerbäume anzupflanzen: N. XIV. S. 761. — Das G. R. des Min. der G. u. u. M. Ang. v. 5. April 1830, welches den „Wegweiser zum Seidenbau für Norddeutschland und insbes. für Preußen von Bolzani, Berlin, Buchhandl. (Subskriptionspreis 1½ Thlr.) anempfiehlt (N. XIV. S. 318). Bekanntm. der Reg. zu Köslin v. 19. März 1836 mit einer Belehrung dess. M. über Seidenbau und Zucht des Maulbeerbaums, welche außer Bolzani'schen Werke auf „v. Türk, vollständige Anweisung zum Seidenbau, 2 Theile, 1829, 2 Theile“ verweist (N. XX. S. 105). — B. v. 14. Dec. 1853 über die Ermittlung des Handelsgewichts beim Handel mit roher Seide Handelsgerichtsbez. Elberfeld und Krefeld (G. S. 1844. S. 661), — ferner im Staatsanzeiger v. 7. Juli 1853 mitgetheilte Regul. des Min. für landw. Ang. v. 17. Juni 1853 über die Prämiiung der bei den Centralhaspeln übergebenen, im Inlande erzeugten Kokons. Die Prämie beträgt 2½ Sgr. Menge guter Kokons, deren 10 Mengen 1 Pfd. Rohseide geben, für geringere 14 Mengen auf 1 Pfd., 1½ Sgr. Der Haspellohn guter Kokons soll 1 Pfd. Rohseide nicht übersteigen. — Seit 1829 besteht ein Verein für Seidenbau G. R. des Min. des J. v. 27. Febr. 1829 mit den Statuten (N. XIII. S. 105).

Erregung des Interesses zu nützlicher Thätigkeit, wohlthätig wirken kann, hat das Min. angefangen, demselben einige Unterstützung angedeihen zu lassen, dabei aber, wie sich übrigens auch von selbst versteht, vorausgesetzt, daß der eigentlichen Bestimmung der Lehrer darunter niemals Eintrag geschehe. Diese Unterstützung soll fortgesetzt und allmählig erweitert werden, je fester die Ueberzeugung sich durch Erfahrung begründet, daß der Vortheil, welcher dem Lehrern, die sich damit beschäftigen, erwachsen soll, erreicht wird, ohne daß der Schulunterricht durch den Betrieb des Seidenbaues leidet.

Das Min. beauftragt zu dem Ende die K. Reg. hierdurch, die Schullehrer in ihrem Depart., welche sich mit dem Seidenbau beschäftigen, durch die betr. Schulinsp. in jener Beziehung besonders beaufsichtigen zu lassen, und überhaupt zu veranlassen, daß letztere in dem jährl. Schulber. sich ausdrücklich darüber äußern, ob nachtheilige Kollisionen aus dieser Theilung der Thätigkeit der Schullehrer bemerkt werden. Insbes. ist nicht zu dulden, daß die Schulstunden zur Aufstellung der Gerüste gebraucht, die Kinder während der Zeit, wo sie unterrichtet werden sollen, von den Lehrern mit irgend einer Arbeit, welche den Seidenbau betrifft, beschäftigt werden, und überdies auch den Schullehrern das umsichtigste Vorgehen zu empfehlen, damit nicht etwa durch Anforderungen an die Gemeinden wegen Ueberweisung von Land zur Anlage von Baumpflanzungen, Einrichtungen zur Aufstellung der Gerüste u. s. w. zwischen den Gemeinden und Lehrern Unstimmigkeiten entstehen, welche die sichere Wirksamkeit der Lehrer schwächen können.

(Kriegsbaur S. 143.)

6) U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Allenstein) v. 29. Okt. 1833 an Samml. K. Reg., wegen des den Schullehrern Bewußt des Anbaues von Maulbeerbäumen zu überlassenden Stückes Gemeindelandes.

Aus dem Ber. des Reg. Raths v. Türl zu Klein-Ollendie bei Potsdam hat das Min. erfahren, wie der Seidenbau in den verschiedensten Prov. des Staats schnelle Fortschritte gemacht hat, und hauptsächlich von einzelnen Schullehrern mit Erfolg betrieben wird. Da die Beförderung dieses Industriezweiges aber wesentlich von der Vermehrung der Maulbeerpflanzungen abhängt, indem alle Versuche, die Nahrung der Seidenwürmer durch Surrogate zu ersetzen, sich als unzulänglich erweisen haben, so nimmt das Min. Veranlassung, der K. Reg. zu empfehlen, insofern sich Schullehrer für den Betrieb des Seidenbaues besonders interessieren, sie nach Möglichkeit in Stand zu setzen, Maulbeerbäume anzupflanzen und zu dem Bedarf zu vermitteln, daß, wo die Lokalität es gestattet, ihnen in der Nähe des Schulhauses 1½ bis 2 Morgen Gemeindelandes entweder umsonst oder gegen angemessene Pacht überlassen werden.

(I. XVII S. 966.)

7) U. R. der Reg. zu Posen v. 19. Nov. 1842 an die Landräthe, Betr. die Beförderung des Seidenbaues durch Anlegung von Maulbeerplantagen.

In U. R. und Schulrath H. v. Türl zu Potsdam, dessen Verdienste um die Förderung der Seidenzucht allgemein bekannt sind, hat neuerdings unsere Aufmerksamkeit auf die sehr beachtungswerthen Resultate hingelenkt, welche bei dem Betriebe dieses Gewerbezweiges von Seiten des Schullehrers Girardt zu Gorzgn, Braubauer Kr., sich herausgestellt haben. Derselbe hat im Laufe dieses Jahres aus dem H. v. Türl Kokons von vorzüglicher Qualität geliefert, und daraus eine Seide erhalten, wie sie als Musterprobe aufgestellt werden kann.

Nach einer nähern Erkundigung ist der Fortgang dieses Betriebes besonders durch die von dem Dominium Gorzgn angelegten Maulbeerplantagen unterstützt worden.

Der H. Rittergutbes. v. Harlem hat bis zum J. 1836 allmählig aus der Landbauerschule zu Potsdam 3 Pfund Maulbeersamen, 72 Schock einjährige, 1620 Stück dreis- und vierjährige Pflänzlinge, und von einem Schullehrer 1500 Stück dreisjährige Maulbeerpflänzlinge kommen lassen, wodurch eine bedeutende Baumschule begründet hat, aus welcher er nicht nur seinen eigenen Bedarf entnommen, sondern auch Pflänzlinge und Samen zu sehr mäßigen Preisen verkauft hat. Da die Steden von Maulbeerpflänzlingen nicht nur das früheste Laub liefern, sondern auch als Bewehrungen sehr brauchbar sind, so hat der

H. v. Harlem solche Hecken in bedeutender Ausdehnung angepflanzt fahrung gemacht, daß sie nicht erfroren sind.

Auf diese Weise ist es dem Lehrer Girndt gelungen, statt 8 Pf. gelber Seide, die er noch im J. 1830 gewonnen hatte, im J. 184 Kokons weißer Seide zu erhalten. Er hat sämtliche Kokons in jedem H. v. Türl gesandt und hat für das Pfund gelber Kokons 11 Sgr. erhalten aber in diesem Jahre 15 Sgr. pro Pfund erhalten. Ders. will im Jahr die Seidenzucht wieder betreiben und darin den Anfang Mai machen und Ende Juni schließen. Er hat sich bereit erklärt, in der diesem gewinnenden Zweige der Industrie seine Liebe widmen will Periode praktischen Unterricht unentgeltlich zu erteilen. Wir bemerken der 10. Girndt übrigens besondern Unterricht in der Anstalt des H. v. nossen hat und unter Anleitung dess. sowohl mit den Häutungen und der Seidenraupe, als mit dem Spinneln der Seide bekannt geworden. er auch bisher in dem Betriebe dieses Erwerbzweiges keine besondern zu beklagen gehabt hat.

Ob. wollen die Schullehrer im dortigen Kreise auf diese Gelegenheit der fraglichen Erwerbzweiges aufmerksam machen und zugleich dahin zu bewegen suchen, daß sie dergl. Unternehmungen in gleich H. v. Harlem, unterstützen, da allerdings die Erfahrung bestätigt hat Fortschritte nur da gedeihen können, wo Seitens der Grundherrschaft tige Anregung, wie es in Gorzyn der Fall gewesen, gegeben wird, in der Seidenzucht vorzugsweise auf die Sicherung hinlänglicher durch Anlegung bedeutender Maulbeerpflanzungen ankommen schaffung in der Regel nicht ohne Mitwirkung der Grundherrschaften den kann.

Nach Verlauf von Einem Jahre wollen Ob. uns weitere Mittheilung ob und wie viele Schullehrer Ihres Kreises diese Gelegenheit zur Erlernung Erwerbzweiges, welcher zugleich eine erhebliche Verbesserung ihres Eink. Folge haben wird, benützt und in wie fern die Domina die Hand d. haben, durch Hergabe eines Platzes, resp. Anlegung von Maulbeer-Pfl. solches Unternehmen zu befördern.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 406.)

l) Ueber Obst- und Gartenbau vergl. die im folgenden über den Unterricht darin zusammengestellten Vorschriften.

m) Verbot des Betriebes von Schankwirthschaft und rei 10.

a) R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 14. 2 an den R. Oberpräs. der Rheinprov., daß Schullehrern und deren keine Konzessionen zum Betriebe der Schankwirthschaft, Krämerei erteilt werden sollen.

Auf Ob. gefälligen Ver. v. 30. v. M. habe ich die Beschwerde Konsorten zu N. durch die in Abschrift beigefügte Verf. zurückgewiesen Ob. ergebe sich anheim, die Reg. zu N. davon zu benachrichtigen.

Ähnliche Konzessionen, wie die der Ehefrau des Lehrers N. erteilt Schankwirthschaft, Krämerei u. s. w.) führen indessen fast immer solche in den Gemeinden herbei, so daß die Ertheilung derselben stets bedenklich muß, und daher wohl besser ganz unterbleibt, was der Reg. zu N. sein dürfte.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 170.)

ß) Vergl. die oben sub a. α. angeführten §§. der Schulregl. und 1801, welche in dies Verbot auch das Musikmachen in 10 fern, bei Gastmahlen und Hochzeiten einschließen, sowie §§. 14 kath. Schulregl. für Schlesien von 1765 (s. o. in Th. I. S. 133).

14) Verleihung des Kantor-Titels.

a) R. des Min. der G. u. u. M. Ang. v. 16. Febr. 18 R. R. zu N., betr. die Ertheilung des Kantor-Prädikats an 10 Schullehrer.



gniß, einem Küster oder Schullehrer das Prädikat eines Kantors zu über die R. Reg. in ihrem Ver. v. 18. v. M. angefragt hat, ist im eg. Instr. v. 23. Okt. 1817 nicht mit aufgeführt, und folgt auch keinem Rechte der Anstellung oder Bestätigung der Küster und Schullehrer daher kein Grund vorhanden, von der zeitlichen Verfassung abzuweichen vergl. Prädikate auf den Antrag der Reg. von dem unterz. werden, als welches einem besonders verdienten Schullehrer eine Ehrentitel nicht verweigern wird, aber nicht für rathsam erachtet, die einer bloßen Eitelkeit zu begünstigen, und vielleicht manchem tüchtigen der den höheren Titel entbehrt, in den Augen einer ungebildeten Theil der ihm gebührenden Achtung zu entziehen.  
(ur S. 134.)

deff. Min. v. 2. April 1832 an die R. Reg. zu N. in ders.  
lt.

n von der R. Reg. in Ihrem Ver. v. 28. Febr. c. angegebenen Um-  
stich das Min. nicht bewogen finden, dem Küster und Schullehrer K.  
mtorprädikat zu verleihen. Da der M. aber nach den Zeugnissen des  
des Schulinsp. einer Auszeichnung so vorzüglich würdig ist, so über-  
z. der R. Reg. dieselbe durch Belohnung, Gratifikation, oder Antrag  
des Ehrenzeichens zu bewirken. Für künftige Anträge ähnlicher Art  
lung bestimmter Grundsätze allerdings angemessen, und bestimmt das  
ch, daß der Kantortitel in der Regel nicht als Belohnung für allge-  
iste um das Schulamt verliehen werden darf. Nach der Observanz  
be dem Lehrer und musikalischen Beamten an Stadt- und größern  
nd Schulen zu, wo außer dem gewöhnlichen Gesangwesen noch beson-  
musiken, größere Aufführungen an hohen Festen 2c. stattfinden. Soll  
egt einem Lehrer, der ihn bisher noch nicht geführt hat, beigelegt  
st dazu erforderlich, daß derselbe in einer Stadt oder einem größern  
Kirche eine Orgel hat, angestellt sei, und sich bei sonstiger anerkannt-  
t und Tüchtigkeit im Amte durch eine vorzügliche musikalische Quali-  
wöhnliche Leistungen im technischen oder theoretischen Theile der Musik,  
iste um das Gesangwesen in Kirchen und Schulen, Verbreitung einer  
methode, musikalische Ausbildung von Lehrern in Konferenz- Gesell-  
hilfskursen und dergleichen auszeichne.  
(ur S. 136.)

abelseier. <sup>1)</sup>

deff. Min. v. 7. Okt. 1822 an sammtl. R. Reg. und Konf.

Reg. wird hierdurch benachrichtigt, daß des Königs Maj. mittelst A.  
3. Aug. c. zu bestimmen geruht haben, daß bei Gelegenheit der  
feier von Geistlichen, Lehrern und Beamten ferner keine Vorschläge  
lagen gemacht werden sollen; daß aber, wenn ein solcher Beamter  
erwurfsfrei sein Amt verwaltet hat und auch gegen seine Sittlichkeit  
anern ist, auf eine ihm nach seinen Amts- und sonstigen Verhältnissen  
Auszeichnung, als öffentliches Anerkenntnis seiner pflichtmäßigen Amts-  
rend dieser langen Dienstzeit, nach den Umständen auch wohl auf  
denbezeugungen neben dieser Auszeichnung angetragen werden darf.  
der R. Reg. zur Nachachtung auch in dem Verwaltungskreise des  
gemacht und ihr dabei eröffnet, daß es nach der Allerh. Bestimmung  
igen öffentlichen Bekanntmachung nicht bedarf.  
(ur S. 131.)

R. des Fin. Min. v. 13. Sept. 1849 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S.  
nt auf Grund einer durch G. R. v. 22. Mai 1839 mitgetheilten R.  
ebr. 1839, daß bei Feststellung des Zeitpunktes von Dienstjubiläen nur  
irklicher Dienstleistung in Anrechnung gebracht werden sollen. Nach  
Min. des F. v. 14. Febr. 1849 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 40)  
egsjahre hierbei nicht mit gezählt, wohl aber Dienstjahre vor dem

## 16) Amtseinkünfte und Immunitäten.

Die Vorschriften über die ordentlichen und außerordentlichen einkünfte, über deren Maaß, Aufbringung und Vorrechte, sowie ü sonstigen Immunitäten der Lehrer in Bezug auf öffentliche Lasten (dem vierten Abschnitte: von der Unterhaltung der Volksschule, wo in enger Verbindung stehen, zusammengestellt.

## Fünftes Kapitel.

## Erledigung des Schulamtes.

Nächst den einzelnen Fällen der Amtserledigung sind hier auch Folgen derselben die Vorschriften über Anzeige von Schul-Bank über Auseinandersetzung mit dem Amtsnachfolger und über die Sorg Schullehrerwitwen und Waisen aufzuführen.

## I. Fälle der Amtserledigung.

## 1) Durch den Tod des Lehrers.

a) Nach §§. 6., 7., 31. A. G. O. Th. II. Tit. 5. kann zur Stellung von Geldern oder Brieffschaften, welche ein Beamter möge seines Amtes in Gewahrsam gehabt hat, die vorgesetzte Behörde das Gericht von Amtswegen das Behältniß, in welchem dergl. Sachen befinden, versiegeln.<sup>1)</sup> Das Gericht hat der Reg. Nachricht zu geben, dem Abgeordneten ders. bei der Entsegelung die Akten und amtlichen piere auszuantworten: §§. 433, 436. des Anh. ib.

b) Orden und Ehrenzeichen<sup>2)</sup> müssen von den Hinterbliebenen oder von den vorgesetzten Behörden, oder von den Landrätthen und A straten, mit Anzeige des Todestags, an die General-Ordenskommission rückgesandt werden. Kriegsdenkmünzen von 1813, 1814 und 1815 dagegen dem Kirchspiel zur Aufbewahrung abzuliefern: Bekanntm. der O Ordenskommission v. 20. Mai 1840. (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 207.)

Nach den G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 13. Febr. 1 (A. XXI. S. 300) und v. 9. Dec. 1839 (A. XXIII. S. 785) ist diesem! von den Reg. jährlich von Michael zu Michael eine Nachweisung der Erledigung gekommenen Orden und Ehrenzeichen oder eine Valutan einzureichen, so daß sie jedesmal bis zum 20. Okt. eingeht.

c) Begräbnißkassen sind mit einigen der besondern Schullehrer-witwen- und Waisenkassen verbunden. S. u. sub IV. Ueber die Errich von dergl. Kassen bestimmt das Strafgesetzb. im 2. Tit. des III. Th. „den Uebertretungen“:

§. 340. Mit Geldstrafe bis zu 50 Thlr. oder Gefängniß bis zu 6 W wird bestraft:

6) Wer ohne Genehmigung der Staatsbehörde Aussteuer-, Sterbe- oder!

1) Dasselbe ist durch die R. D. v. 14. Juli 1843 (G. S. 1843. S. für den Bezirk des Appellationsgerichtshofes in Köln bestimmt worden. — Auch §. 32. der B. v. 15. Juli 1814 S. 199.

2) So viel aus den jährlichen Ordensverleihungen erhellt, werden kleine Schullehrer nur mit dem allg. Ehrenzeichen bedacht, und nicht mit dem rothen Lerorden.

oder andere dergl. Gesellschaften oder Anstalten errichtet, welche bestimmt zur Zahlung eines Einkaufsgeldes, oder gegen Leistung von Geldbeiträgen, tritt gewisser Bedingungen oder Termine, Zahlungen an Kapital oder leisten.

§. 1851. §. 171.).

Durch Niederlegung des Amtes.

Das A. L. R. bestimmt im Tit. 10. des II. Th.:

14. Bei derj. Instanz, von welcher die Besetzung eines Amtes abhängt, die Entlassung davon gesucht werden.

15. Die Entlassung soll nur alsdann, wenn daraus ein erheblicher Nachtheil das gemeine Beste zu besorgen ist, versagt werden.

16. Einem Beamten, dem aus diesem Grunde die Entlassung versagt ist dagegen die Berufung auf die unmittelbare landesherrliche Entscheidung.

17. In keinem Falle aber darf der abgehende Beamte seinen Posten eher verlassen, als bis wegen Wiederbesetzung oder einstweiliger Verwaltung desselben etwas getroffen ist. <sup>1)</sup>

A. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 24. Okt. 1828 an die Reg. zu Königsberg, betr. die den Elementarlehrern beim Amtswechsel zu setzende Frist.

A. Reg. wird auf den Ver. v. 20. v. M., betr. die den Elementarlehrern beim Amtswechsel zu setzende Frist, hierdurch eröffnet, daß das Min. den Elementarlehrern an städtischen Schulen eine sechswöchentliche, den Dorfschulen eine vierwöchentliche Kündigung zu bestimmen, angemessen findet. A. Reg. wird daher beauftragt, hiernach das Weitere anzuordnen, immer nach dem §. 97. Tit. X. Th. II. des A. L. R. zu verfahren. In Betreff der Seminaristen, welche auch die geringer dotirten Schullehrerstellen anzunehmen verpflichtet sind, ist eine besondere Festsetzung nicht nothwendig, da der Termin von vier Wochen auch für diese kurz genug zu sein scheint und es in einzelnen Fällen A. Reg. freisteht, nöthige Ausnahmen zu gestatten. <sup>2)</sup> (Hagebaur S. 148.)

Die B. der Reg. zu Bromberg v. 17. Dec. 1833, wegen Entlassung ihrer Abschied verlangenden Lehrer an Elementar- und Bürgerschulen schreibt vor:

Kein von der Reg. selbst oder mit deren Bestätigung angestellter Schullehrer darf ohne ausdrückliche Genehmigung ders. aus seinem Amte entlassen werden.

Schullehrer, welche aus ihrem Amte entlassen sein wollen, müssen ihr Verlangen mit Angabe der Gründe schriftlich bei dem betr. Schulvorstande zur Veranlassung anbringen, und wenn sie darauf nicht zur rechten Zeit befriedigt werden, haben sie sich damit an die dem Schulvorstande zunächst vorgesetzte Behörde zu wenden.

Vergl. §§. 8. flg. des Disziplinar-G. v. 21. Juli 1852 im vor. Kap. 3. — Vor der Ertheilung des Abschiedes soll kein Beamter durch die Landesverwaltungsbehörde aus dem Preussischen Unterthanenverband entlassen werden: A. v. 31. Dec. 1842 über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft Preuss. Unterthan, sowie über den Eintritt in fremde Staatsdienste. 1842. S. 15.) Erst auf Grund dieser Entlassung, oder unmittelbarer A. darf ein Preuss. Unterthan in fremden Staatsdienst treten: §§. 24. flg. ib. Bei gelehrten Schulen schrieb die B. des Konf. der Prov. Brandenburg v. 1818 (A. II. S. 1062) als eine in die Bestallungen einzurückende Vorschrift vor: daß die Lehrer nur zu Ostern und Michaelis jedes Jahres, und 3 volle Monate vor dem Termin ihren bevorstehenden Abgang dem Dir. schriftlich angezeigt, zu andern Bestimmungen entlassen werden sollten. Die folgende Abth. — Dieselbe Frist von 3 Mon. setzt §. 21. der Schulordn. der Prov. Preußen den Elementarlehrern (s. o. in Th. I. S. 106).

muß, sind nirgends auf die Schulämter ausgedehnt. Unstreitig aber haben d dabei das Recht, den Betrag der Unterstützung des zu emeritirenden Schullehrers den Umständen zu ermessen; dessen Stand, Umfang seines Hauswesens, die bedürftigkeit dess. und der einzelnen Mitglieder seiner Familie dabei in Betracht ziehen, und können überhaupt für jeden Ortsarmen die Höhe der Unterstützung Verhältnissen gemäß bestimmen, ohne sich an den Betrag zu halten, der örtl eine gewöhnliche Armenportion angenommen ist. Nach diesen Grundsätzen daher auch nirgends mit der Emeritirung eines Schullehrers darauf gewartet werden, ob die Gemeinden sich dazu verstehen wollen, den Emeritum gegen! zu schützen. Beabsichtigt die R. Reg. und ist sie es im Stande, die Sach Beihilfe aus Prov. Fonds und allenfalls auch durch eine mäßige zeitweise! von dem Nachfolger zu erleichtern, so muß der Zweck um so eher sich erfüllen. Hiernach ist in diesem, wie in allen übrigen gleichen Fällen, unter Konkurrenz der Abth. des Innern, zu verfahren; wobei nur noch bemerkt wird. Se. Maj. der König die Sorge für die Unterhaltung abgelebter Schullehrer Kommunalpflicht kürzlich bei Gelegenheit der Abfassung des Schlesischen Landabschiedes v. 2. Juni c. <sup>1)</sup> zu bezeichnen geruht haben.

Berlin, den 17. Aug. 1827.

Min. der G. U. u. M. Ang.  
v. Ramm.

An  
die R. Reg. zu Potsdam.  
(N. XIX. S. 712.)

γ) N. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Radenberg) v. 10. 1840 an die R. Reg. zu Trier in ders. Ang.

Der R. Reg. wird auf den Ver. v. 13. v. M. Folgendes eröffnet.

Da nach den Preussischen Staatsgesetzen die Lehrer, sobald die Ueberzeug von ihrer Amtstüchtigkeit durch einen nicht zu weit hinauszuschiebenden Probst gewonnen ist, definitiv und auf die Dauer ihres Lebens angestellt werden und so folgt daraus von selbst, daß sie, falls sie nicht durch eigenes Verschulden Stellen verlustig gehen, wegen unverschuldeter Dienstunfähigkeit, ohne daß für ihren Unterhalt angemessen gesorgt wird, aus einem solchen definitiven Amtevernisse nicht entlassen werden können. Auf die Art, wie ihr Einkommen ihnen sichert worden, kann es dabei gar nicht ankommen. Die R. Reg. hat daher Emeritirung dienstunfähig gewordener Lehrer nach dens. Grundsätzen zu verfahren, welche unter andern auch in der von Verf. angezogenen Verf. v. 17. Aug. ausgesprochen worden sind, und von denen, sowie von der bisherigen Behandlung dieses Gegenstandes Seitens der R. Reg. abzuweichen keine Veranlassung vorliegt. Die Pension ist übrigens aus dem Einkommen der Schulstelle zu entnehmen, der R. Reg. angemessen festzusetzen, und wenn der Rest des Einkommens des Lehrers, mit Einschluß der diesem zuzuweisenden Emolumente, zu dessen Unterhalt nicht hinreicht, so muß das Fehlende in gleicher Weise aufgebracht werden, mit übrigen Einkommen der Stelle.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 156.)

δ) Vergl. §. 26. der Schulordn. für die Prov. Preußen (S. o. in S. 108).

δ) Pensionsbeiträge der Lehrer. Besondere Pensionsvorschriften für Lehrer.

In Bezug hierauf sind namentlich für Schlesien besondere Vorschriften ergangen.

α) R. D. v. 1. Sept. 1834 an den Staatsmin. Freih. v. Alten, betr. die Bildung eines Pensionsfonds für dienstunfähig werdende Glanz-Schullehrer in der Prov. Schlesien.

Bei den in Ihrem Bericht v. 17. Juli d. J. angeführten Umständen ermittle ich nach Ihrem Antrage, daß in der Provinz Schlesien zur Fürsorge

1) Vergl. u. S. 543 Note 1.

unfähig werdende Elementar-Schullehrer ein Pensionsfonds durch Erhebung Beiträgen der dortigen Schullehrer gebildet werde.<sup>1)</sup> (Anl. a.) Der jährliche Beitrag von einem Einkommen bis 50 Thlr. einschließlich, soll in 10 Sgr., 50 Thlr. bis 75 Thlr. einschließlich in 20 Sgr., und über 75 Thlr. in 1 bestehen. Die Verpflichtung der Domänen und Orts-Gemeinden zur Unterhaltung emeritirter Elementar-Schullehrer soll hierdurch nicht aufgehoben, die Benutzung hierüber vielmehr ausdrücklich vorbehalten werden.

Ich beauftrage Sie, wegen Ausführung der obigen Maaßregel, sowie wegen Verwaltung und sachgemäßer Verwendung des Pensionsfonds, das weitere Erforderniß zu verfügen.

Friedrich Wilhelm.

Anl. a.

Reglement

der Pensionsanstalt für ausgediente Elementar-Schullehrer in der Provinz Schlessen.<sup>2)</sup>

I. Zweck der Anstalt.

§. 1. Es wird ein Pensionsfonds für die Prov. Schlessen gegründet, welcher Zweck hat, die Pensionirung solcher Elementar-Schullehrer, welche Alters- oder Krankheitswegen ihr Amt niederlegen müssen, zu erleichtern, und zu den ihnen von Gemeinden oder sonst ausgesetzten Pensionen einen Zusatz zu gewähren. Mit 1. Jan. 1835 tritt die Anstalt in Wirksamkeit, dergestalt, daß von diesem Zeitpunkte ab, die §. 4. festgesetzten Beiträge erhoben, und dagegen die §. 9. vorgeschriebenen Pensionen gezahlt werden können.

1) Schon nach der R. D. v. 25. Okt. 1825 sollte der Entwurf zur Errichtung eines solchen Pensionsfonds den Prov. Ständen vorgelegt werden. Dieselben lehnten sich indessen von vorn herein mit dem Grundsatz nicht einverstanden: daß das Schulwesen für Kommunal-Angelegenheit zu halten, während es zu den Staatsaufgaben gehöre, und die erforderlichen Zuschüsse aus den Staatskassen zu leisten.

Hierüber erklärte der Landtagsabsch. v. 2. Juni 1827 sub A. XIV. (N. XI. 306):

Dem unsern getr. Ständen zur Erklärung mitgetheilten, bei den Schles. Reg. bearbeiteten Entwurf eines Pens. Regl. für ausgediente Elem. Schullehrer zu einigen, haben wir auf den Antrag der Stände Anstand genommen, dessen näherere Prüfung jedoch unserm Min. der G. u. u. M. Ang. anbefohlen, und ihnen uns vor, solchen nach Befinden dem nächsten Prov. Landtage zur anderweitigen Erklärung vorlegen zu lassen. Für jetzt aber eröffnen wir unsern getreuen Ständen, daß Fürsorge für verdiente, zur fernern nützlichen Dienstleistung ohne ihr Schulden unfähig gewordene Lehrer an gemeinen Ortsschulen, als allg. Staatsangelegenheit nicht angesehen werden kann, sondern sowohl wegen ihres genauen Zusammenhangs mit der ununterbrochenen Aufrechterhaltung des tüchtigen Schulunterrichts und der gesetzlichen Verpflichtung jedes einzelnen Schulverbandes, die Mittel dazu zu schaffen, Kommunal Sache und die Konkur der Domänen und Ortsgemeinden in Schlessen insbes. durch das prov. Armen-Verpflegungs-Regl. bereits gesetzlich begründet ist, weshalb es daher nur auf Anwendung des schon bestehenden Grundsatzes und die derselben zu gebende Form ankommt.

Da nach dem erwähnten Armen-Verpflegungs-Regl. in Landgemeinden, außer Wohnung und Heizung, nicht über 1 Sgr. Unterstützung auf den Tag gegeben zu werden braucht, so erklärte endlich die große Mehrheit der Schullehrer sich Zahlung von Pensionsbeiträgen bereit, und der Pensionsfonds kam zu Stande. Vergl. S. Simon, Schulrecht von Schlessen S. 79.

Auch die Unterstützungsanstalt für Wittwen und Waisen kathol. Schullehrer Schlessen (s. unten sub IV. 2. Nr. III. b.) zahlt Pensionen (von 12 Thlr. jährlich) an emeritirte kathol. Schullehrer.

Vergl. S. Simon a. a. D. S. 30.

2) Unterm 14. Febr. 1835 von der Reg. zu Breslau publicirt: Amtsbl. 34.



## II. Theilnehmer der Anstalt.

§. 2. Zu der Theilnahme an der Anstalt sind alle, bei den evangelischen Elementarschulen in hiesiger Prov. angestellten und zu den berufenen Schullehrer verpflichtet. Die Lehrer an höhern Bildungsanstalten, an Gymn., an Sem. und Privat-Unterrichtsanstalten, incl. Geistliche, gleich Lehrstellen an Elementarschulen bekleiden, oder in solchen Unterricht gehören nicht der gegenwärtigen Anstalt an. Die Schullehrer bei den Herrnhutern, Böhmisches Brüder und Mennoniten bleiben so lang Vortheilen und Verpflichtungen dieses Regl. ausgeschlossen, als ihre Sch nicht völlig der, der übrigen Evangelischen, gleichgestellt wird.

## III. Verbindlichkeit der Theilnahme.

§. 3. Der Fonds übernimmt für die Theilnehmer die Last der U der emeritirten Schullehrer. Zu den hierzu erforderlichen Mitteln tragen Theilnehmer durch laufende Beiträge, neben den ordentlichen, dem Schullehrerfonds bereits überwiesenen Mitteln, bei.

§. 4. Diese Beiträge werden von den Schullehrern, nach Maß Einkommens, mit 10 Sgr., 20 Sgr. und 1 Thlr. dergestalt entrichtet Schullehrer, dessen Einkommen bis 50 Thlr. einschließlich jährlich beträgt der Schullehrer von einem Einkommen von 50 bis 75 Thlr. einschließlich und der Schullehrer von einem Einkommen von mehr als 75 Thlr. 1 lich entrichten muß. Bei Berechnung des Diensteneinkommens wird das halt, das Schulgeld, die Deputate an Getreide, Holz und andern Nat die Umgänge, nicht aber der Nutzen, welchen die Schullehrer durch und Bewirthschaftung ihrer Dienstgrundstücke, sowie wegen anderer An Kirchendiener u. beziehen, angenommen. Der Werth der Naturalien den landschaftlichen Tax-Grundsätzen berechnet.

§. 5. Die vorgenannten Beiträge werden am 1. Mai jeden Jahres, und von den Ortsbehörden mit den Steuern dieses Monats an die abgeliefert, welche solche der mit der Verwaltung des Fonds der Anstalten hiesigen Instituten-Hauptkasse zugehen lassen. Wenn die Beiträge Theilnehmers der Anstalt bis zum 1. Juni jedes Jahres nicht entrichtet sind solche durch Polizei-Exekution oder Beschlagnahme der Einkünfte des Schullehrers auf Kosten dess. eingezogen.

## IV. Geschenke, Erbschaften und Vermächtnisse.

§. 6. Die Anstalt kann Geschenke, Erbschaften und Vermächtnisse obachtung der in dieser Beziehung den wohlthätigen Instituten vorgeschrieblichen Bestimmungen, annehmen.

## V. Einnahmen der Anstalt.

§. 7. Die Einnahmen der Anstalt theilen sich in gewöhnliche und ungewöhnliche.

Die gewöhnlichen bestehen:

- a) in den Zinsen vom Kapital-Vermögen;
- b) in den von den Theilnehmern zu entrichtenden jährlichen Beitr.

Die außergewöhnlichen bestehen in den, §. 6. gedachten Geschenken und Vermächtnissen.

## VI. Ausgaben der Anstalt.

## a. Bestimmte.

§. 8. Die gewöhnlichen Ausgaben der Anstalt sind die jährlicher Zu den Pensionen werden alle Einnahmen verwendet, mit Ausnahm tions-Kapitals, welches der Staat der Anstalt Behufs ihrer Gründun dürfte, incl. der Erbschafts- und Vermächtniß-Kapitalien, welche dem fallen, und der durch die Mehr-Einnahme und Minder-Ausgabe geg verbleibenden Ersparnisse, welche zu Verstärkung des Begründungs-K wendet werden. Diese hier aufgezeichneten Kapitalien dürfen nicht ange den, wenn gleich die Zinsen davon mit zu Verichtigung der Pensionen gabe des Bedarfs zu verwenden sind.

§. 9. Der Satz einer Pension wird auf 40 Thlr., 36 Thlr. u dergestalt festgesetzt, daß auf diese Pensionsätze die Schullehrer, nach d gezahlten Beiträge, im Fall des Unvermögens zu fernerer Dienstleistu können. Hiernach erhalten die Schullehrer, welche jährlich 1 Thlr. b Thlr., die, welche jährlich 20 Sgr. beitragen, 36 Thlr., und die, w

32 Thlr. jährliche Pension. Anspruch auf eine über 32 Thlr. gehende Pension wird bei Versetzung in ein höheres Dienst Einkommen dann erst, sobald der zu pensionirende Schullehrer in den letzten fünf Jahren seiner Leistung den höhern Pensions-Beitragsatz zum Pensionsfonds eingezahlt hat. Neben es die Vermögens-Verhältnisse des Fonds, so steht es der K. Reg. frei, der nach diesen Abstufungen zu berechnenden dreifachen Pensionsätze nach dem Ermessen bei allen oder einzelnen Pensionen bis zur Erschöpfung der laufenden Einnahmen zu verstärken. Besonders verdienstliche Dienstführung der Pensionisten während ihrer Aktivität wird zu solcher Verstärkung der Normalpensionen hauptsächlich bestimmen.

#### b. Unbestimmte Ausgaben.

§. 10. Die unbestimmten Ausgaben können in unvorhergesehenen Verwaltungskosten oder in zu außerordentlichen Zwecken vorbehaltenen Mitteln bestehen. Instituten-Hauptkasse und die Kreiskassen dürfen jedoch keine Verwaltungskosten tragen.

#### VII. Berechtigung zur Unterstützung.

§. 11. Anspruch auf Unterstützung aus dem Fonds der Anstalt kann jeder Schullehrer machen, welcher mit einer von der K. Reg. bestätigten Vocation angestellt gewesen ist, und in diesem seinem Amte nützliche Dienste geleistet, auch die bestimmten Beiträge geleistet hat.

§. 12. Bei der §. 11. vorhandenen Qualifikation sind die §. 9. festgesetzte Pension zu fordern berechtigt:

alle Schullehrer, welche ihr untadelhaft geführtes Amt wegen Altersschwäche oder unverschuldeter Krankheit niederlegen müssen.

Schullehrer, welche wegen Vergehen ihres Amtes entsetzt werden, oder solches in einer selbst verschuldeten Krankheit niederlegen müssen, und nach der vorstehenden Bestimmung keine Unterstützungen erhalten, haben auch keinen Anspruch auf Zahlung der von ihnen zu solchen gezahlten Beiträge.

§. 13. Die §. 9. festgesetzte Normalpension hat auch der zur Pension qualifizierte und zu dem Genuße reife Schullehrer ohne einigen Abzug zu fordern, wenn wegen anderer Dienstverhältnisse, z. B. wegen Bekleidung eines Kirchenamtes oder auf Grund besonderer Stiftungen, oder endlich aus der Freigebigkeit eines Ansehens eine Pension bewilligt wird.

§. 14. Da der Fonds nur ein Hilfsfonds ist, so kann derselbe den jetzt schon pensionirten Schullehrern in der Regel keine Unterstützung gewähren; es hängt jedoch von der K. Reg. ab, ob sie Ausnahmen in dringenden Fällen nachgeben will. In keinem Falle übernimmt der Fonds die Vertretung solcher Verpflichtungen, welche Domänen, Gemeinden und andere moralische Personen oder auch Individuen bisher schon bei Pensionirungen ausgedienter Schullehrer gesetzlich übernehmen mußten.

§. 15. Dagegen wird bei dieser Pension lediglich das Dienstverhältniß des Pensionirenden als Schullehrer berücksichtigt. Wo derselbe daher zugleich Küster oder Organist war, bleiben ihm seine Ansprüche wegen des in dieser Qualität bezogen Einkommens auf die gesetzlichen Emeritengenuße nach §. 28. Tit. 12. und 29. Tit. 11. im II. Th. des A. L. R. vorbehalten.

#### VIII. Perceptionszeit.

§. 16. Die Verpflichtung der Anstalt zur Zahlung der Pension fängt von dem an, wo der Pensionirte den Genuß seiner bisherigen Einkünfte verliert. Der Genuß der Pension hört mit dem Tode des Pensionirten auf, jedoch wird die Pension in Gemäßheit der A. R. D. v. 27. April 1816 und 15. Nov. 1819 und zu ihrer Erläuterung erlassenen Vorschriften den Hinterbliebenen des Pensionisten, außer dem Sterbemonat, auch den geordneten Gnadenmonat bezahlen.

#### IX. Zahlung der Pension.

§. 17. Die Pensionen werden postnumerando in halbjährigen Raten am 1. Jan. und 1. Dec. jedes Jahres gegen Quittung, auf welcher das Leben des Pensionisten bescheinigt sein muß, in der Regel durch die betr. Kreis-Steuerkasse bezahlt. Die Pensionsrate, welche nach dem Ableben des Pensionairs für den Sterbemonat an seine Erben gezahlt wird, wird denselben nur gegen die gerichtliche Beglaubigung ihrer Eigenschaft als Erben, wozu die Gerichte unentgeltlich verpflichtet, verabfolgt. Auf den Gnadenmonat haben nur die Wittve, und in deren Ermangelung, die Kinder des Pensionairs Anspruch.

## X. Verwaltung der Anstalt.

§. 18. Die Beaufsichtigung und Verwaltung der Anstalt wird durch die R. Reg. in ihrem Depart. geleitet, welche namentlich die Ausfertigung der U. Feststellung der Beiträge der Schullehrer und die Einziehung sämtlicher Einnahmen der Anstalt verfügt. Sie überträgt die Besorgung der Einnahmen und Ausgaben der Instituten-Hauptkasse und den resp. Kreis-Steuerkassen, und läßt die untergeordneten Behörden die sonstigen, zur Verwaltung erforderlichen Regeln treffen.

§. 19. Die R. Reg. beurtheilt die Zulässigkeit zum Pensions-Gez. dazu angemeldeten Personen, und entscheidet über die Ansprüche mit Vorbehalt des Rekurses an das R. Min.

§. 20. Der Betrag der angemeldeten und bewilligten Pension wird der Etats-Nachweisung zusammengestellt, in solcher mit den übrigen Ausgaben der Anstalt berechnet und alsdann verglichen, in wie weit dieselbe durch Benutzung einzuziehender Beiträge und der §. 7. und 8. disponiblen Mittel gedeckt ist.

§. 21. Die Etats-Nachweisungen werden durch die Amtsbl. der R. Reg. öffentlichem Kenntniß gebracht, und dabei über die Verwaltung der Anstalt eine Darlegung eines Rechnungs-Extrakts eine Uebersicht gewährt.

§. 22. Abänderungen in der Verfassung der Anstalt können nur durch Antrag der R. Reg. von den höhern Behörden getroffen werden.

(A. XIX. S. 136.)

β) Auf Grund der R. O. v. 19. April 1847 sind durch Verordn. der Reg. zu Breslau v. 12. Aug. 1847 (Amtsbl. 1847. S. 268) die Beiträge zu dem Pensionsfonds auf 17½ Sgr., 1 Thlr. und 1 Thlr. erhöht worden, da die anfänglich festgesetzten (s. α.) sich als unzureichend erwiesen hatten.

γ) Bekanntm. des Prov. Schulkolleg. zu Breslau v. 26. Feb. 1838, betr. die Pensionirung der Lehrer.

Eine Stadtgemeinde hat den Lehrern ihrer Schulen gegen Zahlung von Pensionsbeiträgen Anspruch auf Pensionen aus städtischen Fonds zugestanden und bei die Bestimmungen zu Grunde legen lassen, welche bei den unmittelbaren Bediensteten zum Grunde gelegt werden, und wornach von einem Diensteh. Einkommen mit . . . . . 400 Thlr. 1 pro Cent,

von 400—1000	"	1½	"	"
von 1000—2000	"	2	"	"
von 2000—4000	"	3	"	"

entrichtet werden müssen.

Se. Maj. der Königl. haben diese Maaßregel sehr zweckmäßig gefunden und im Allg. allergn. genehmigt, wenn Lehrern bei Gymnasien und andern öffentlichen Anstalten, gegen Entrichtung von Pensionsbeiträgen, für den Fall einer Dienstunfähigkeit angemessene Pensionen von Seiten der Kommunen, Korporationen und Stiftungen, denen die Unterhaltung solcher Anstalten obliegt, oder von deren zu diesem Zweck zu bildenden Vereinen, gegen Beziehung der Pensionsbeiträge, zugesichert werden.

Diese Allerh. Willensmeinung wird hierdurch zur Kenntniß und Nachachtung veröffentlicht.

(A. XXII. S. 106.)

e) Das G. R. des Min. des I. (Gr. v. Arnim) v. 19. Jan. 1844 ordnet im Einverständniß mit dem Min. der G. U. u. W. Ang. an,

daß v. 1. Jan. 1844 ab die sämtlichen Hausgeistlichen und Gemeindeglieder bei den Strafanstalten, sofern sie ihr Amt nicht als eine Religion bekleiden, zu den reglementsmäßigen Pensionsbeiträgen verpflichtet, und neuen Anstellungen dem Titel-Abzug zum Pensionsfonds unterworfen, daß unter Berechnung der Dienstzeit vom Amtsantritte in der Anstalt, nach den Bestimmungen des Pensionsreglements zu einer lebenslänglichen Pension berechtigt sind.

(Min. Bl. d. i. V. 1844. S. 13.)

erlust der Pension.

Die Stelle der früher hierüber bestimmenden R. O. v. 21. Mai 1825. S. 147), sowie der §§. 10. u. 19. Nr. 2. der B. v. 1849 (G. S. 1849. S. 273) tritt jetzt das Strafgesetzb. v. 14. 1 (G. S. 1851. S. 101).

Entlassene Staatsdiener und Gemeindebeamte werden durch den Verfall der Ehre, und durch die Unterfügung der Ausübung der bürgerlichen Rechte auf Zeit, der ihnen aus der Staatskasse oder aus einer Gemeinde zu zahlenden Pensionen und Gnabengehälte von Rechtswegen verlustig.

... auch die zu §. 2. des Disziplinar-G. v. 21. Juli 1852 (4. III. 3.) angef. B. v. 28. Febr. 1806 und 12. Mai 1841.

... durch Amtsentsetzung im Disziplinar-Verfahren.

... die im vor. Kap. sub III. 3. gegebenen Bestimmungen des Disziplinar-G. v. 21. Juli 1852.

... die Amtsentlassung ohne Disziplinar-Verfahren ist nach §. 83. des Disziplinar-G. bei provisorisch angestellten Lehrern statthaft. Vergl. jedoch 192 Note 1.

... durch Amtsentsetzung im Wege der gerichtlichen Unter-

... §§. 3. flg., insbes. §. 7. des vorstehend angef. Disziplinar-G., im vor. Kap. sub III. 4. zusammengestellten Vorschriften.

... durch Amtsentlassung aus Gründen, die außerhalb der Disziplin der Beamten liegen.

... §. 87. des vorstehend angef. Disziplinar-G.

## II. Anzeige der Schulvakanz.

Über sind folgende Bestimmungen ergangen:

Die Schulvorstände<sup>1)</sup> haben die Erledigung jeder Schulstelle dem Minister zu melden: Instr. v. 28. Dec. 1812 (s. oben S. 320 ff.).

Die Schulinsp. haben darüber an die Reg. zu berichten: B. der Reg. zu Breslau v. 11. April 1813 (Amtsbl. 1813. S. 240. — Fürstenthal Bd. 236), und jedesmal dabei anzuzeigen, ob der Inhaber der Stelle im Spiel verpflichtet ist: B. der Reg. zu Magdeburg v. 20. Juni 1832 (S. 174. — Fürstenthal Bd. 3. S. 124.)

Außerdem haben dieselben General-Nachweisungen der erledigten und besetzten Schullehrerstellen (im Reg. Bez. Frankfurt jährlich Ende Juni und Dec.) an die Reg. einzureichen: B. der Reg. zu Berlin v. 24. Okt. 1814 (Amtsbl. 1814. S. 496. — Fürstenthal, Bd. 4. S. 124.) und in diesen General-Nachweisungen auch den Ertrag der Stellen in Geld und Naturalien anzugeben: R. der Reg. zu Königsberg v. 1816 (Amtsbl. 1816. S. 177. — Fürstenthal a. a. O., Publ. der Reg. zu Potsdam v. 12. März 1824. (s. u. sub III. d.)

Endlich haben Landräthe, Bürgermeister, Schulpfleger u. die Ortsvorstände von Schulstellen in den öffentlichen Anzeiger des Amtsbl. inseriren.

Das Min. des I., Abth. 1. (v. Meding) v. 31. Juli 1840 an die Reg. zu Köln, betr. die Insertionskosten für Bekanntmachungen in den öffentlichen Anzeigern erledigter Elementar-Schullehrerstellen.

In Ver. der R. Reg. v. 8. Mai d. J. werden zwar die von der R.

---

<sup>1)</sup> Schulvorstände, Pfarrer, Bürgermeister an die Landräthe, und diese an die Reg. zu Trier v. 16. Mai 1817 (s. oben S. 528), s. auch §. 14. der Schulregl. von 1763 (s. oben in Th. I. S. 68.)

Ober-Rechnungskammer bei Revision der über den Debit Ihres Amtsbl. abgelegten Geld- und Natural-Rechnungen pro 1836, 1837 u. 1838 montirten Inventionsgebühren für die in das Amtsblatt gratis inserirten Bekanntmachungen verschiedener Bürgermeister in Betreff erledigter Elementarschullehrer-Stellen, zur Vermeidung von Weiterungen hierdurch nachträglich niedergeschlagen, dagegen aber kann auf Ihren Antrag: die kostenfreie Aufnahme der fragl. Bekanntmachungen in das Amtsblatt für die Zukunft generell zu genehmigen, nicht eingegangen werden.

Deun es liegt, worin der Ansicht der K. Ober-Rechnungskammer beigeprägt werden muß, allerdings keine ausreichende Veranlassung vor, die einzelnen Kommunen von der ihnen unbedingt obliegenden Zahlung dieser in jedem einzelnen Falle, bei Beobachtung zweckmäßiger Kürze in Abfassung der Bekanntmachungen, sehr unbedeutenden Geldbeträge, auf Kosten der Staatskasse, zu entbinden. Die K. Reg. wird Sich auch selbst sagen müssen, daß für letztere durch eine derartige Nachlassung, welche sich selbstredend nicht auf das vorliegende Depart. allein beschränken könnte, ein allzu beträchtlicher Ausfall entstehen, dieser aber mit den, den einzelnen Kommunen zur Last bleibenden geringfügigen Ausgaben außer allem Verhältniß stehen würde.

(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 274.)

### III. Auseinandersetzung mit dem Amtsnachfolger.

Eine Anleitung zur Vornahme derselben enthält:

a) die Instr. der Reg. zu Posen v. 28. Dec. 1852 über das Verfahren bei Auseinandersetzung des abziehenden Lehrers mit dem Schulvorstande oder mit dem anziehenden Lehrer.

Es ist in mehreren Fällen an den Tag gekommen, daß die Auseinandersetzung zwischen dem anziehenden und abziehenden Lehrer nicht genau in der Weise zu geschehen pflegt, welche das M. L. R. vorschreibt und daß in Folge dessen Verkürzungen der Lehrer oder der Schulklassen stattfinden, gegen welche selten Rekussion möglich ist, weil die Lehrer in der Regel nicht in der Lage sind, nachträglich erhobenen Ansprüchen auf Ersatz des zu viel Erhobenen gerecht zu werden, folglich auch ein Prozeß zur Geltendmachung solcher Ansprüche keinen Erfolg haben kann.

Um diesen Uebelständen für die Zukunft vorzubeugen, sehen wir uns veranlaßt, folgendes Verfahren zur Beachtung der Schulvorstände vorzuschreiben, an den G. Landrathen und Distrikts-Kommissarien resp. den Magisträten bei eigener Verantwortung zur Pflicht zu machen, für die pünktliche Beachtung desselben Sorge zu tragen.

I. In Betreff des baaren Gehalts und der Naturalien-Beträge.

Da der Lehrer einerseits sein Gehalt vierteljährlich praenumerando zu beziehen hat, andererseits im Laufe des Quartals keine Versetzung erfolgen soll, so wird in dieser Beziehung in der Regel die Ausgleichung sich von selbst ergeben.

Hat ein Lehrer nicht zu Anfang des Quartals, in welchem er der Stelle vorgestanden, sein Gehalt bekommen, so muß ihm dass., Falls er auch wirklich einige Wochen vor dem Ablauf des Quartals die Schule verlassen hat, veranlagst, daß es mit unserer Genehmigung geschehen, nachgezahlt werden, da der Termin der Fälligkeit entscheidet. Verläßt ders. aber nach Erhebung des Gehalts ohne unsere Zustimmung seine Stelle, ehe das Quartal abgelaufen, so ist uns davon Anzeige zu machen, damit sogleich wider dens. disziplinarisch eingeschritten und darüber befunden werden kann, ob und wie derselbe zu einer Erstattung zu halten sei<sup>1)</sup>.

Wir werden übrigens stets in den Fällen, wo wir ausnahmsweise die Genehmigung zur Veränderung in den Lehrerstellen während eines Quartals geben, zugleich Bestimmung treffen, in welcher Weise die Ausgleichung in Bezug auf das Gehalt stattfinden soll. Tritt dagegen eine Dienst-Entlassung im Laufe des Quartals ein, so kann eine Rückforderung des einmal erhobenen Gehalts nicht stattfinden.

1) Vergl. das Disziplinar-G. v. 21. Juli 1852. §§. 8 ff., im 4. Kap. sub III. 1



II. In Betreff des Schul-Landes.

Hier gelten die Bestimmungen wegen Auseinandersetzung des Nießbrauchers dem Eigenthümer Tit. 21. Th. I. §§. 143. u. ff. und 151. u. ff. des A. L. R. nach kommt der Grundsatz zur Anwendung, daß der Ertrag des letzten Wirthschafts-Jahres nach einer Gesellschafts-Rechnung zwischen dem Nießbraucher (dem am Ende der Amtszeit stehenden Lehrer) und dem Eigenthümer (dessen Stelle der Schulvorstand resp. anziehende Lehrer vertritt) nach Verhältniß der Zeit ihrer Berechtigung vertheilt werden soll. Das Wirthschafts-Jahr wird dabei vom 1. Juli bis 30. Juni verlaufen.

A. Ist daher das Land verpachtet, so ist das, was vertheilt werden soll, §. 168. a. a. O. bestimmt; dies ist nämlich das Pachtgeld selbst, welches §. 166. gemäß nach Verhältniß der Zeit zu theilen ist, während welcher der am Ende der Amtszeit stehende Lehrer in diesem Wirthschafts-Jahre sein Amt verwaltet hat, und nach Verhältniß der noch übrigen Zeit. Was bei dieser Theilung auf die letztere Zeit gebührt der Schulkasse oder dem anziehenden Lehrer. Beträgt also z. B. das Pachtgeld 40 Thlr. und ist der Lehrer am 1. April abgegangen, so kommen für die Zeit vom 1. Juli bis 1. April  $\frac{3}{4}$  davon zu, während  $\frac{1}{4}$  der Schulkasse oder dem anziehenden Lehrer gebührt.

Eine Verpachtung des Schul-Landes Seitens des Lehrers über die Amtszeit hinaus ist unstatthaft.

B. Hat der Lehrer das Land selbst bewirthschaftet, so hat ders. nachzuweisen:

a) sämtliche Einnahmen in der Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni zu Gelde berechnet,

b) alle Ausgaben, wobei der Lehrer alle Bestellungs-Kosten resp. den Werth der darauf gewendeten Arbeit sich in Anrechnung bringen darf.

Was nach Abzug der Ausgaben von dem Ertrage übrig bleibt, ist nach dem Verhältniß zu vertheilen, wie dies mit dem Pachtgelde geschieht.

Sieht also ein Lehrer am 1sten Juli ab, so kommt ihm nichts zu, da alle Ansprüche, die er in Erwartung der kommenden Erndte bis dahin gehabt, durch die in dieser Zeit stattgehabten Einnahmen als gedeckt gelten müssen. Eben so hat ders. Anspruch auf die künftige Erndte, auch nicht auf Ersatz der Veranlagungskosten, weil er gesetzlich verpflichtet ist, das von ihm bis dahin genutzte Land wirthschaftsmäßig bestellt dem Eigenthümer, d. h. hier dem neu anziehenden Lehrer zu überliefern. Selbst wenn derselbe mit der Behauptung aufträte, daß das Land bei seinem Anzuge nicht in wirthschaftlicher Kultur vorgefunden, so hat ders. es sich nur selbst beizumessen haben, daß er bei seinem Anzuge seine Ansprüche nicht erhoben und dies. verfolgt habe, weshalb ihm auch die Geltendmachung solcher Ansprüche in Wege Rechts überlassen werden mußte.

Daraus ergibt sich zugleich, daß, sollte von dem abziehenden Lehrer das Land nicht in ordentlicher wirthschaftlicher Kultur, wie es der Jahreszeit entspricht, vorgefunden werden, das Fehlende durch Sachverständige festgestellt und bei der Auseinandersetzung dem Lehrer in Abzug gebracht werden muß.

Diese sämtlichen Bestimmungen folgen aus einer sorgfältigen Vergleichung der Vorschriften der §§. 12. 15. 22. 110. 111. 143. u. 144. 164. und 165. Tit. 21. Th. I. des A. L. R. mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Lehrer zu dem ihrem Nießbrauch unterliegenden Schul-Lande. Insbes. heben wir zur Beachtung folgende §§. hervor:

Tit. 21. §. 12. Er (der Nutznießer) muß die Sache während seines Genusses in dem Stande erhalten, in welchem er sie empfangen hat, und sie nach Endigung seines Rechts in eben der Beschaffenheit zurückgeben.

§. 22. Das vollständige Nutzungsrecht oder die Befugniß, eine fremde Sache nach der Art eines guten Hauswirthes ohne weitere Einschränkung zu nutzen oder zu gebrauchen, wird der Nießbrauch genannt.

§. 110. Uebrigens kann jeder Nießbraucher sein Nutzungsrecht auch durch Andere ausüben, das Recht selbst aber kann er Andern nicht abtreten.

§. 111. Nach geendigtem Nießbrauche muß die Sache mit allen dazu gehörenden Beilagsstücken zurückgegeben werden.

§. 143. In Ansehung der Nutzungen, welche zur Zeit des beendigten Nießbrauchs noch vorhanden sind, finden bei der Bestimmung, inwiefern sie

dem Nießbraucher verbleiben oder dem Eigenthümer anheimfallen, eben die Grundsätze, wie zwischen dem Eigenthümer und dem reiblichen Besitzer, Anwendung. (Tit. 7. §. 189. seq.)

§. 144. Es müssen daher auch bei Landgütern und anderen nuzbaren Grundstücken die Nutzungen früherer Jahre dem Nießbraucher gelassen, die des letzten Wirthschafts-Jahres aber, in welchem der Nießbrauch aufgehört hat, zwischen dem Nießbraucher und dem Eigenthümer getheilt werden.

§. 153. Aller zum Nießbrauch gehörende Ertrag des Gutes vom Anfange des Wirthschafts-Jahres an muß dabei in Einuahme kommen.

§. 166. Der nach Abzug aller Ausgaben übrig bleibende Ertrag wird nach Verhältniß der vor und nach Erledigung des Nießbrauchs verfloßenen Zeit zwischen dem Eigenthümer und dem Nießbraucher oder dessen Erben getheilt.

Mit Rücksicht auf die hiernach dem Lehrer obliegenden Pflichten eines guten Hausvaters in Bezug auf die wirthschaftliche Verwaltung der Grundstücke wird hierbei noch insbes. bestimmt, daß der Lehrer auch alle rohen aus dem Gute herkommenden Wirthschaftsvorräthe und den aus dem Gute gewonnenen Dünger gegen bloße Erstattung der Auslagen zurücklassen muß, wie denn auch ders. während der Dauer seines Nießbrauchs Stroh und andere zur Vermehrung des Düngers dienende Materialien nicht verkaufen darf, sondern immer wieder auf das Schul-Land verwenden muß. Weitere Ansprüche sind an den abziehenden Lehrer nicht zu erheben.

Im Uebrigen verweisen wir jedoch endlich auf die Vorschrift des §. 140. die dahin lautet:

„Wenn während der Dauer des Nießbrauchs der Nießbraucher die Sache durch unwirthschaftliche Verwaltung und Benutzung verringert, so hat der Eigenthümer das Recht, dergl. Betragen gerichtlich zu rügen, und sowohl auf die Wiederherstellung der etwa schon entstandenen Verschlimmerungen der Substanz, als auf angemessene Einschränkung des Nießbrauchers in seinen künftigen Verfügungen anzutragen.“

Die bei jeder Veränderung in einer Lehrerstelle hiernach von dem Schulvorstande unter Mitwirkung des Distrikts-Kommissarius oder des Magistrats anzulegende Berechnung ist dem Kreis-Landrathe zur Bestätigung einzureichen, der letztere aber ist verpflichtet, darauf zu sehen, daß vor dem Bezuge des Lehrers ein Vergleich zur Ausführung gebracht, event. die Sachen des Lehrers zur Erfüllung seiner Obliegenheiten zurückbehalten, oder wenn ders. sie bereits weggeschafft hat, der Schulvorstand desj. Ortes, wohin der Lehrer gezogen, wegen Einbehaltung des Gehalts bis zur Deckung der Ansprüche requirirt werde.

Gleichzeitig ist uns aber davon Anzeige zu machen, damit wir nöthigenfalls wegen der dabei zur Sprache kommenden Unredlichkeiten auch disziplinarisch einschreiten können.

Jedenfalls ist eine Abschrift eines solchen vom Landrathe bestätigten Vergleichs zu unsern Akten einzureichen.

Daß dabei auch andere Ansprüche an den Lehrer in Bezug auf vollständige Ueberlieferung des Inventariums u. s. w. nicht außer Acht gelassen werden müssen, bedarf keiner Erwähnung.

Ebenso versteht es sich, daß die Schulvorstände von jeder unwirthschaftlichen gegen die obigen Bestimmungen verstoßenden Behandlung des Schullandes von Seiten des Lehrers bei eigener Verantwortung uns schleunige Anzeige zu machen haben. (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 42.)

b) §. 22. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. o. in Th. 1. S. 107) nimmt außer den dort gegebenen Bestimmungen des Prov. Rechts auch §§. 822. bis 831. A. L. R. Th. II. Tit. 11. in Bezug. Dieselben lauten:

§. 822. Bei der Einweisung eines neuen Pfarrers muß demselben Wohnung und Wirthschaft von den Vorstehern, unter Aufsicht und Direktion des Patrons, oder des Erzpriesters, oder Kreis-Inspektors, nach dem Inventario übergeben werden.

§. 823. Die Auseinandersetzung zwischen dem abgehenden Pfarrer oder dessen Erben, und der Kirche, in Ansehung der Substanz; so wie mit dem neuen Pfar-

in Ansehung der Nutzungen, geschieht nach den in der Lehre vom Nießbrauche geschriebenen Gesetzen.

§. 824. Wo daselbst zu Verbesserungen, die dem Nießbraucher vergütet werden müssen, die Einwilligung des Eigenthümers erfordert wird, da ist bei einem Pfarrer die Einwilligung des Patrons oder Kirchenkollegii, und die Genehmigung geistlichen Obern erforderlich.

§. 825. So weit dergleichen Verbesserungen dem abgehenden Pfarrer oder dessen Erben, vergütet worden, werden dieselben der Pfarre einverleibt; und es davon, in Ansehung der folgenden Fälle, alles das, was von Pfarrgütern überhaupt verordnet ist.

§. 826. Hat der neue Pfarrer die Vergütung solcher Verbesserungen aus neuen Mitteln geleistet, so können er oder seine Erben, bei seinem erfolgenden Abgange, die Vergütung des dafür Gezahlten von dem Nachfolger fordern.

§. 827. Dergleichen einem Vorgänger von seinem Nachfolger zu leistende Vergütung dauert, auch bei nachherigen Amtsveränderungen, so lange fort, als es etwa auch dieser Werth der Verbesserung, so wie die Verbesserung selbst, der Pfarre einverleibt werden.

§. 828. Hat aber der neue Pfarrer dem abgehenden oder dessen Erben, Verbesserungen, für welche dieselben keine Vergütung fordern, sondern sie nur zurücknehmen konnten, bezahlt, so werden dieselben dadurch der Pfarre nicht einverleibt; der Pfarrer kann aber auch dafür, bei seinem demnächst erfolgenden Abgange Ersatz fordern.

§. 829. Vielmehr tritt er, in Ansehung der Befugniß zur Zurücknahme, nur die Rechte des ursprünglichen Verbesserers.

§. 830. Soll gegen diese Regeln etwas durch Vertrag, zwischen der Kirche oder Pfarre an einer, und dem abgehenden Pfarrer oder dessen Erben, in gleichen neuen Pfarrer, an der andern Seite, festgesetzt werden, so ist dazu die Genehmigung der geistlichen Obern nothwendig.

§. 831. Auch wegen der Auseinandersetzung über die Nutzungen gelten, so lange keine ausdrückliche Provinzialgesetze nicht ein Anderes bestimmen, die bei dem Nießbrauche vorgeschriebenen Regeln.

c) Vergl. §. 117. des revid. Entw. des Prov. R. von Halberstadt (oben in Th. I. S. 171), §§. 766. flg. des rev. Entw. des Sächs. Prov. R. (ebendas. S. 175), §. 124. des rev. Entw. des Prov. R. von Minden (ebendas. S. 205).

d) Das Publ. der Reg. zu Potsdam v. 12. März 1824 (N. VIII. 156) verlangt, um die Verabfolgung des Gehaltes oder der Naturalien, die Erben oder an den Amtsnachfolger reguliren zu können, daß bei Erledigung derj. Geistlichen oder Schulstellen, mit denen dergl. Geldbesolungen oder Naturalien aus den Kassen der Reg., der Domainen- und Rentämter, aus der Reg.-Kommunal- und Institutenkasse, aus den Orts- und Kirchenkassen, aus den R. Forsten oder andern R. Anstalten verknüpft sind, der Superint. oder Schulinsp. in ihren Ber. über die Amtsveränderungen gleich 1) den Betrag von dergl. Einkommen, 2) die betr. Kasse oder Verknüpfung, 3) die Zeit, bis zu der der Abgegangene oder dessen Erben, und 4) die Zeit, von der an die Amtsnachfolger den Genuß haben, genau anzuzeigen, widrigenfalls ihnen die Kosten der Rückfragen und weitere Verf. zur Last fallen sollen.

#### IV. Sorge für die Hinterbliebenen verstorbenen Lehrer.

##### 1) Sterbequartal und Gnadenmonat.

a) R. der Min. der Fin. (v. Bülow) und des J. (Röhler) v. 12. Sept. 1817 an die R. Reg. zu Kleve, betr. das Sterbequartal der Schul- und Pfarrver.

Auf den Ber. der R. Reg. v. 4. v. M. genehmigen wir, daß die Bestimmung des R. L. R. im §. 833. Tit. II. Th. 2. wegen des Sterbequartals in Ansehung der im Amte verstorbenen Pfarrer auch auf die Schullehrer, welche aus einer

öffentlichen oder Kommunal-Kasse Gehalt beziehen, und zwar für die Link als die rechte Rheinseite Anwendung finde; auch daß die Sterbequartale n Etatsjahre vom 1. Jan. an berechnet werden.

(A. I. §. 3. S. 86.)

b) Das A. L. R. bestimmt an der vorstehend angeführten St

§. 833. Das Sterbequartal kommt der Wittwe und den Kindern Amte gestorbenen Pfarrers zu gute.

§. 834. Doch müssen dieselben davon die Begräbniskosten, so weit Künfte dazu hinreichen, bestreiten.

§. 835. Zum Nachtheile der Gläubiger des verstorbenen Pfarrers auch seine Wittwe und Kinder auf das Sterbequartal keinen Anspruch m

§. 836. Dagegen kann ihnen der Mann und Vater diesen Gen lehtwillige Verordnung, zu Gunsten anderer Erben, nicht entziehen.

§. 837. Sowohl das Amtsjahr, als das Sterbequartal, werden i ersten Tage desjenigen Monats, in welchem der Pfarrer eingewiesen berechnet.

c) Vergl. §§. 24. 25. der Schulordn. für die Prov. Preußen in Th. I. S. 108).

d) Vergl. §. 337. des rev. Entw. des Prov. R. von Ma (s. oben in Th. I. S. 168), §. 118. des rev. Entw. des Prov. R. v berstadt (ebendas. S. 171), und §. 788. des rev. Entw. des Sächf. R. (ebendas. S. 176).

e) Die allg. Bestimmungen hinsichtlich der Civilbeamten überhau gen des Sterbequartals und des Gnadenmonats finden sich in der v. 27. April 1816 (G. S. 1816. S. 134), sowie in der Instr. des Min. v. 26. Nov. 1832 (A. XVI. S. 828. — Jahrb. Bd. 30. S. 3 Gräff Bd. 6. S. 634). Hervorzuheben ist, daß davon weder pensionirte provisorisch, oder auf Widerruf, oder auf Kündigung angestellte & ausgeschlossen sind: R. des Fin. Min. v. 23. Aug. 1831 (A. XV. S daß der oder die Gnadenmonate (nicht der Sterbemonat) auch den & bliebenen suspendirt gewesener Beamten voll ausgezahlt werden: G. J Fin. Min. v. 20. März 1839 (A. XXIII. S. 3), R. v. 5. Aug. (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 231. — Just. Min. Bl. S. 214), daß Ja an Wittwe oder Descendenten ohne Anfrage erfolgen kann: R. der des J. und der Fin. v. 19. Juli 1830 (A. XIV. S. 489) und da Gnadenbewilligungen, zu denen aber das Sterbequartal nicht zu re nicht zum Nachlasse des Verstorbenen gehören, und daher von dessen bigern nicht in Anspruch genommen werden können: R. D. v. 15. 1819 (G. S. 1819. S. 45).

2) Wittwen- und Waisenkassen. <sup>1)</sup>

Daß die Elementar-Schullehrer von dem Beitritt zur R. Alg. wen- und Waisen-Verpflegungsanstalt <sup>2)</sup> ausgeschlossen sind, ist schon

1) Vergl. sub I., 1., c. — Ueber die erste Sozietät dieser Art in f. o. S. 56. Note 2.

2) Für unverheirathete Töchter von Beamten und Offizieren ist fern dem als unabgehoben präkludirt Prämien der Seehandlungs-Anleihe, so n dem reinen Ueberschusse von dem Geschäftsbetriebe des Berliner Leiham Unterstützungsfonds gebildet worden, auf welchen die mindestens 40 Jahre unbefehltenen ehelichen Töchter solcher bereits verstorbenen Väter, welche soldete Beamte im R. oder im Dienste der Berliner Kommune (und zwä blos als Unterbeamte zu mechanischen Verrichtungen) oder als Offiziere Pr. Armee vorwurfsfrei gedient haben. Die Unterstützung wird theils durch stellen, die jedoch ein Einkaufsgeld von 100 Thlrn. voraussetzen und so Töchter von Lehrern unzugänglich bleiben werden, theils durch Jahrgel

gewährt (I. oben S. 512) und insbesondere durch das R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 10. Jan. 1834 an die K. Reg. zu Erfurt, betr. den Beitritt der Schullehrer zur allg. Wittwen-Versorgungsanstalt, wie folgt, näher bestimmt.

Das Min. erwiedert der K. Reg. auf den Ver. v. 2. v. M., daß die Allerh. R. O. v. 17. April 1820<sup>1)</sup> allein als Norm für jeden einzelnen, diesen Gegenstand betreffenden Fall dienen kann. Durch dieselbe werden im Lehrstande von der Verpflichtung zum Beitritt, also auch von der Erstattung der Beiträge, wenn das Amtseinkommen nicht die Summe von 400 Thlr. erreicht, ausgeschlossen:

- a) alle Hülflehrer an Gymnasien, Schullehrer-Gem. und höhern und allgemeinen Stadtschulen;
- b) die Lehrer an denj. Klassen höherer und allgemeiner Stadtschulen, welche als eigentliche Elementar-Klassen zu betrachten sind, also nur die Stelle der mit jenen höheren Unterrichtsanstalten verbundenen höheren Elementarschulen ersetzen.

Aus der Bestimmung b. geht demnach klar hervor, daß die Elementar-Lehrer von dem Beitritt zur allg. Wittwen-Versorgungsanstalt ausgeschlossen sein sollen.

Was nun zum Elementar-Unterricht gehört, und wie weit die Grenzen desselben gesteckt sind, ist speziell in dem §. 11. des Entwurfs zur Schul-Ordnung<sup>2)</sup> angegeben. Lehrer, die an Klassen von Stadtschulen unterrichten, in denen der Unterricht in den, in jenem §. angegebenen Grenzen verbleibt, sind Elementar-Lehrer, sowie auch diej., die etwa in höheren Klassen einer Stadtschule unterrichten, in diesen aber sowohl nach ihrer persönlichen Qualifikation, als nach dem Inhalt und Umfang ihres Unterrichts solchen nur in den Grenzen ertheilen, welche in dem gedachten §. 11. des Entwurfs der Schul-Ordn. bezeichnet sind. Lehrer dagegen in höheren Klassen von Stadtschulen, die den Unterricht nach ihrer persönlichen Qualifikation und nach der Einrichtung der betr. Schule, in einem Umfang und in solchen Grenzen und Kategorien ertheilen, als der §. 12. des Ent-

wurfs 48 Thlrn. gewährt. Das Nähere enthält das durch die R. O. v. 19. Juli 1840 bestätigte Statut v. 19. Mai dess. J. (G. S. 1840. S. 187 ff.)

Außer der K. ist auch eine auf Gegenseitigkeit gegründete Berliner Allgem. Wittwen-Pensions- und Unterstützungsanstalt (genehmigt durch R. O. v. 3. Dec. 1836 Jahrb. 49. S. 169, Gräff, Bd. 3, S. 13) vorhanden, in welche auch Beamte aufgenommen werden. Vergl. die auf Grund einer R. O. v. 19. Juli 1841 erlassene G. Verf. der Min. der Fin. und des J. v. 11. Aug. 1841 (Min. Bl. L. B. 1841. S. 262) u. die auf Grund einer R. O. v. 7. Febr. 1842 ergangene G. Verf. der Min. v. 28. Febr. 1842, welche den Aufnahmeanträgen die Stimmfreiheit, wie bei der K. Wittwen-Anstalt gestattet. (Min. Bl. v. L. B. 1842. S. 51).

1) R. IV. S. 789.

2) Dieser Entwurf ist nicht offiziell publizirt. Dagegen heißt es in einem Verh. der Reg. zu Trier v. 27. Dec. 1820 (R. IV. S. 790):

- 1) Unter dem Ausdruck „allgemeine Stadtschulen“ sind nicht die gewöhnlichen Elementarschulen, sondern die auf sie folgenden höhern öffentlichen Lehranstalten zu verstehen, in welchen in deutscher und lateinischer Sprache, in Mathematik, Geschichte, Geographie u. s. w. unterrichtet wird.

In dem oben S. 491. Note 2. alleg. G. R. v. 20. Dec. 1841 wird beiläufig gesagt:

In der Klasse der Elementar-Schullehrer können alle diej. Lehrer nicht gerechnet werden, welche an den höhern Bürger-, Reals-, allgem. Stadtschulen, und an den solchen gleich zu achtenden öffentl. Lehr- und Erziehungsanstalten, als Dir., Rectoren und Lehrer, intermittirt oder definitiv, angestellt sind, und welche entweder vor den K. wissenschaftl. Prüfungskommissionen, oder vor den von den Reg. ressortirenden Prüfungskommissionen zur Prüfung der Literati pro schola ihre Befähigung zur Verwaltung des Schulamtes dargehen haben, indem diese nicht allein persönlich eine höhere Ausbildung nachgewiesen haben, sondern auch an einer höheren Unterrichtsanstalt thätig sind.

(Min. Bl. v. L. B. 1842. S. 16.)



wurfs der Schul-Ordn. sie bezeichnet, gehören zu denj., welche verpflichtet zu der allgem. Wittwen-Versorgungsanstalt beizutreten, und die in dem Fall, daß i Dienst Einkommen nicht 400 Thlr. beträgt, die Vergünstigung genießen, die Beiträge aus der Staatskasse erstattet zu erhalten. Hiernach hat die K. Reg. jedem einzelnen Falle nach der Individualität und dem Unterrichts-Objekte i Lehrers zu entscheiden, ob derselbe als Elementarlehrer zu betrachten sei oder nicht, weshalb aber auch selbstredend eine allgem. Verf. über diesen Gegenstand und die Bestimmung der Schulen und Klassen derselben, an welchen die Lehrer als zu Beitritt zur allgem. Wittwen-Versorgungsanstalt resp. verpflichtet und berechtigt zu betrachten seien, von dem Min. nicht erlassen, eine solche auch nicht durch k. Amtsbl. Seitens der K. Reg. bekannt gemacht werden kann.

(A. XIX. S. 395.)

Dagegen sind in den einzelnen Prov., in der Regel mit Staats-Unterstützung besondere Schullehrer-Wittwen- und Waisenkassen gegründet worden, aus denen, freilich nur sehr geringe, Wittwenpensionen gezahlt werden. Hierunter sind aufzuführen:

#### I. in der Prov. Preußen:

a) die Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungskasse im Reg.-Bez. Marienwerder: Regl. v. 7. Nov. 1821, bestätigt durch K. O. v. 18. Okt. dess. J. (A. V. S. 876), ausgedehnt auf den Reg.-Bez. Danzig im Publ. v. 17. Aug. 1822 (A. VI. S. 667).

b) eine gleiche Kasse im Reg.-Bez. Gumbinnen: Regl. v. 28. Aug. 1826, bestätigt durch K. O. v. 11. Dec. dess. J. (A. XI. S. 120.)

c) Vergl. §. 23. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. oben Th. I. S. 107).

#### II. in der Prov. Brandenburg.

a) Die reformirte Stadtschullehrer-Wittwenkasse für die Mark, Pommern und Minden: Foundation v. 25. Febr. 1791 (N. C. C. XI. S. 205) — Rabe, Bd. 13. S. 205), und Regl. für die bei dieser Wittwenkasse richtete Begräbnißgesellschaft v. 8. Aug. 1804 (Rabe, Bd. 13. S. 590).

b) Der Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungs-Verein im Reg.-Bez. Potsdam laut G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 18. Febr. 1823. (A. VII. S. 86.)

c) Die Kreis-Elementar-Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Easse im Reg.-Bez. Frankfurt: Regl. v. 28. Aug. 1826, bestätigt durch K. O. v. 12. Okt. 1826 (Reigebaur S. 166), und mit einer Begräbnißkasse verbunden.

d) Die große Berliner Prediger- und Schullehrer-Wittwenkasse, bestätigt durch K. O. v. 26. April 1847 (G. S. 1847. S. 286) mit der Bestimmung, daß die von der Anstalt zu zahlenden Begräbnißgelder nicht Arrest belegt werden können.

e) Mittelft R. v. 20. April 1854 haben die Min. des J. und G. U. u. M. Ang. das Statut der Berliner Wittwen-Versorgungsanstalt für dortige besoldete Kommunal-Beamte und Lehrer bestätigt, und soll Institut, da die Beitrittsverpflichtung schon durch Kommunalbeschlüsse v. 12. Febr. und 1. April 1852 regulirt worden war, v. 1. Jan. 1854 wirksam sein. (Nat. Zeit. 1854. Nr. 201.)

f) Die Berliner „Lutherstiftung“, die zur Unterstützung von Lehrerwaisen am 18. Febr. 1846 (Gedächtnißfeier von Luthers Todestage) gegründet wurde. Sie hat im J. 1853 unterstützt 55 Lehrerwaisen, dazu ausgegeben 780 Thlr. 7½ Sgr. Ihre Einnahme betrug an den Beiträgen 771 Thlr. 27½ Sgr. Bestand aus 1852 war vorh. 58 Thlr. 20 Sgr. Derselbe ist durch die Ausgabe auf 50 Thlr. 10½ vermindert. Außerdem sind 1853 an Geschenken zu einem Stammfond 15½ Sgr. eingegangen. (Staatsanzeiger 1854. Nr. 111. S. 8)

er Prov. Schlesien.<sup>1)</sup>

evangelische Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungs-  
Anstalten, genehmigt durch K. D. v. 29. Juli 1825, ministeriell  
gl. v. 9. Aug. 1825. Vergl. B. der Reg. zu Breslau v.  
26 (Amtsbl. 1826. S. 102) und v. 13. Okt. 1840 (Amtsbl.

Unterstützungsanstalt für Wittwen und Waisen kathol. Schul-  
für invalide Lehrer der Breslauer Diözese im Reg.-Bez. Lieg-  
. 12. Sept. 1834, ministeriell bestätigt durch K. D. v. 10.  
Vergl. Publ. der Reg. zu Breslau v. 25. Aug. 1837.  
. S. 237.)

er Prov. Sachsen.

Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalten im  
Reg.-Bez. Leipzig: Neue Statuten bestätigt durch K. D. v. 29. Febr.  
1848. S. 93) unter Genehmigung der Verpflichtung der  
Schullehrer und deren Substituten den genannten Anstalten bei-  
zuhalten der Freiheit der von diesen Anstalten zu gewährenden Un-  
terstützung in Aussteuer und Begräbnißsteuer vom Arrestschlage.

er Prov. Westphalen.

Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungsanstalt im Reg.-  
Bez. Münster: Regl. v. 14. Okt. 1831, auf Grund der K. D. v. 24.  
ministeriell bestätigt. (A. XV. S. 765.)

er Rheinprovinz.

Unterstützungs-Anstalten für die Wittwen und Waisen der Elementar-  
Schulen im Reg.-Bez. Trier, Koblenz, Köln und Düsseldorf: Regl. v.  
1. Dec. 1831, ministeriell bestätigt den 10. Dec. 1831 auf Grund der K.  
D. v. 1. Dec. 1831. (A. XVI. S. 111.)

In den genannten Anstalten, über welche allgemeine Publikationen  
veröffentlicht sind, sind ähnliche auch in den übrigen Verwaltungs-Bezirken des  
Landes. Die Reglements, deren Abdruck der beschränkte Raum  
nicht zuläßt, von denen überdies jeder Interessent das ihn Betreffende auf  
seinem Schulinspektor finden kann, stimmen in folgenden  
Übereinstimmung:

Der Lehrer ist zum Beitritt zur Wittwen- und Waisenkasse verpflichtet.  
Ihm, wenn auch seine Ehe durch Tod der Frau oder Scheidung ge-  
löst ist. Nur bei Versezungen finden Ausnahmen statt.

Die Anstalten sind in der Regel durch ihre Bestätigung mit Korporations-  
recht und im Besiß eines kleinen vom Staate gewährten Kapitals (etwa  
1000 Thlr.). Außerdem besteht ihre Einnahme im Ertrage bewilligter Kirchkol-  
lagen, Geschenken und Vermächtnissen, so wie in dem von jedem  
Zugehörigen entrichteten Eintrittsgelde und Jahresbeiträge deren Höhe bei den ver-  
schiedenen ist. (Das Eintrittsgeld von 1 bis 5 Thlr., der Jah-  
resbeitrag 1½ bis 3 Thlr.) Auch werden bei Gehaltsverbesserungen der Mit-  
glieder und bei Zahlungszögerungen Strafgebühren erhoben. Nöthigenfalls  
werden diese durch administrative Exekution beizutreiben.

Zu dem ausgesprochenen Zwecke gemäß unterstützen diese Anstalten die Witt-  
wen und Kinder verstorbenen Schullehrer mit Pensionen, erstere so lange  
wieder unverheirathet, letztere bis zum 15. Jahre. Wittwe, wie Kin-  
der, wenn sie allein vorhanden, auf die ganze Pension Anspruch. Kon-  
jugien, so erhält jeder Theil die Hälfte. Unter den Kindern wird nach  
Alter. Zahlung erfolgt auf Quittung mit Lebensattest etc. Die Höhe  
ist bei den verschiedenen Klassen verschieden: zehn, zwölf, fünf-  
zehn jährlich!<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> H. Simon, Schulrecht v. Schlesien S. 68. 30.  
ort, a. a. O. S. 41, führt als Beispiel an:

Zur Besorgung der Geschäfte werden Kreisvorstände ernannt oder und stehen in der Regel unter dem Vorsitz des Superint. oder Schulins. Die Oberleitung hat die Reg. Rechnung wird jährlich gelegt, und das öffentlich bekannt gemacht. —

### 3) Außerordentliche Unterstützungen.

Wenn schon grundsätzlich die Gemeinden ohne Beihilfe des den Wittwen und Kindern verstorbener Lehrer die etwa nöthige zu wahren sollen, so sind doch auch ausnahmsweise Unterstützung Staatsfonds zu erlangen. Ueber die Erfordernisse dießfalliger erging

das R. des Min. der G. u. u. M. Ang., Unterrichts-Abt. (Kolovius) v. 21. Aug. 1837 an sammtl. R. Reg. und abschr. an R. Konf. und Prov. Schulkolleg., betr. die Anträge auf Bewilligung Pensionen und Erziehungsgeldern für Wittwen und Kinder verstorbenen Geistlichen und Lehrer.

Die bei Anträgen auf Bewilligung von Pensionen und Erziehungsgeldern für Wittwen und Kinder verstorbener Geistlichen und Lehrer einzureichenden schriftlichen Nachweisungen über die Verhältnisse der Hinterbliebenen werden h. mangelhaft aufgestellt, daß sich daraus das Erforderliche nur selten vollständig nehmen läßt. Es geht daraus namentlich oft nicht klar hervor, wie die Lage der betr. Hinterbliebenen eigentlich ist, was die Wittwe an Pension sonstigen Unterstüzungen aus der allgem. Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, Diöcesan-Prediger-Wittwen-Kassen, oder aus andern Quellen bezieht, auch wie lange die Hinterbliebenen eine Gnadenzeit von dem Einkommen des Verstorbenen genießen. Um nun solchem Mangel für die Folge zu begegnen und sonst nöthige Rückfragen zu vermeiden, fordert das Min. die R. Reg. h. auf, die fraglichen tabellarischen Uebersichten hinführo jedesmal unter Berücksichtigung der Bestimmungen in der G. Verf. v. 28. Febr. 1835, (1 nach dem beiliegenden Schema (Anl. a.) vollständig aufstellen zu lassen und dieselben in den besagten Berichten beizufügen. Sollten gleichwohl wider Erwarten noch mangelhafte Nachweisungen hier eingehen, so würde das Min. in die unangenehme Nothwendigkeit sich versetzt sehen, solche zur Vervollständigung zurückzusenden.

Anl. a.

#### S c h e m a

zu den tabellarischen Nachweisungen bei Anträgen auf Pensionen und Erziehungsgeldern für Wittwen und Kinder verstorbener Geistlichen und Lehrer.

1) Nummer.

2) Der zu pensionirenden oder zu unterstützenden Individuen

Die allg. Unterstützungs-Anstalt für Schullehrer-Wittwen und Kinder im Reg. Bez. Arnberg begann im J. 1827. Ihr Stammvermögen 500 Thlr. eingegangen durch Kollekten;

500 „ Ersparniß des evang. Schulverbesserungsfonds;

1200 „ Geschenk Sr. R. Maj. Friedrich Wilhelms III.

Jeder Lehrer zahlt jährlich an Beitrag 2 Thlr., das Eintrittsgeld ebenfalls 2 Thlr. Auch sind von jedem Mitgliede noch 2 Thlr. zu richten, welches auf eine andere Stelle versetzt wird. Jede Wittwe die hinterlassenen Kinder eines Mitglieds bekommen jährl. an Unterstüzung zehn Thaler. — Nachdem die Anstalt 10 Jahre bestanden hatte, den Lehrenkonferenzen eine allg. Uebersicht ihres Vermögens mitgetheilt und manche Theilnehmer schmeichelten sich mit der Hoffnung: daß die Unterstüzung erhöht werden würde. Allein der Beschluß fiel dahin aus, es bis zum J. 1847 bei zehn Thlr. sein Bewenden haben müsse.

Weiter heißt es über Württemberg:

Die Wittwenkasse ist vollständig organisirt, und außer den Einlagen Beiträgen der Lehrer wird ein dem Bedürfniß gemäßes Dotalkapital aus der Staatskasse abgetreten.

- a) Namen
    - aa) der Wittwe
    - bb) der Kinder.
  - b) Dienstverhältniß des verstorbenen Ehemannes und Vaters.
  - c) Aufenthaltsort.
  - d) Regierungsbezirk.
  - e) Lebensalter
    - aa) der Wittwe
    - bb) der Kinder (Tag und Jahr der Geburt nach beiliegenden Taufschein).
  - 3) Wo die Kinder sich befinden.
  - 4) Die Wittwe bezieht aus der allg. Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, aus Diözesan-Wittwenkassen oder aus sonstigen Quellen.
  - 5) Vermögens-Umstände der Hinterbliebenen,
  - 6) Ob und wie lange die Hinterbliebenen eine Gnadenzeit von dem Einkommen des Verstorbenen genießen.
  - 7) Des Ehemannes
    - a) Dienstzeit. Jahre
    - b) Einkommen
    - c) Führung.
  - 8) Betrag der in Vorschlag zu bringenden
    - a) Pension für die Wittwe,
    - b) Erziehungs-gelder für die Kinder.
  - 9) Motive für die Bewilligung.
  - 10) Bemerkungen.
- Die dem vorst. G. R. sub b. beigelegte G. Verf. des Min. der G. u. u. R. Aug. (v. Altenstein) v. 28. Febr. 1835 betrifft hauptsächlich die Hinterbliebenen von Geistlichen. Demnachst heißt es:
- „1) Für Hinterbliebene von Elementar- oder Lehrern an höheren Bürgerschulen  
 a. Ein Pensions- oder Unterstützungs-Fonds gar nicht vorhanden. Es können daher demnach auch Pensionen nicht bewilligt werden, vielmehr bleibt es grundsätzlich Sache der betreffenden Kommune, den Wittwen und Kindern ihrer verstorbenen Lehrer die etwa nöthige Hülfe nach Möglichkeit zu gewähren“).

1) Dieser völlige Ausschluß der Hinterbliebenen der Lehrer von den außerordentlichen Unterstützungen scheint ein bloßer Versuch gewesen zu sein, da das obige L. R. v. 21. Aug. 1837 und die Ueberschrift des dems. beiliegenden Schemas ausdrücklich der Lehrer gedenken.

Von den für die Hinterbliebenen der Geistlichen in der G. Verf. v. 28. Febr. 1835 ist wegen der möglichen analogen Anwendung auf Hinterbliebene der Lehrer hervorzuheben:

daß der Genuß einer Pension oder fortlaufenden Unterstützung aus Staatsfonds von außerordentlichen Unterstützungen gänzlich ausschließt, und neben Pensionen aus der allg. Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, oder sonstigen das Maximum von 50 Thlr. für Pfarrer, oder 100 Thlr. für Superint.-Wittwen erreichenden Einnahmen nur Erziehungs-gelder von monatl. 1 bis 2 Thaler, für Knaben bis zum 17., für Mädchen bis zum 15. Jahre, im Falle der Noth stattfinden dürfen. Bei den Anträgen soll zugleich bemerkt werden, ob die Stelle des Verstorbenen landesherrl. oder Privat-Patronats war, und in letzterm Falle, ob und weshalb nicht auch der Patron zur Erleichterung der Wittwe beiträgt oder beitragen kann.

## Dritter Abschnitt.

### Die Schule.

In diesem Abschnitte sollen alle diejenigen Vorschriften zu werden, welche das innere Wirken der Volksschule durch U Erziehung betreffen, Vorschriften, die gerade deshalb von groß sind, weil für den bei weitem zahlreichsten Theil des gesan durch sie das ausschließliche, oder doch bedeutendste, Bildungs wird. Mit dem innern Wirken der Volksschule stehen aber zum Theil äußerliche, Einrichtungen in so engem Zusammen auch sie in den Kreis dieses Abschnitts gezogen werden mußte hat demnach die Schulpflicht und den Schulbesuch, die Sch den Schulunterricht, die Schulzucht und endlich die Entlass Schule in seinen einzelnen Kapiteln zum Gegenstande. Alles sich auf die pekuniäre Unterhaltung des Volksschulwesens be dem folgenden Abschnitte gewiesen worden, und hier nur im zuschicken, daß namentlich aus Rücksicht auf den Kostenpunkt gegeben wurde, Verbesserungen im Volksschulwesen immer, w Wege der Güte, herbeizuführen. <sup>1)</sup>

E. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) 1826 an sammtl. R. Reg., betr. die ohne Zwangsmittel her Verbesserung des Landtschulwesens.

Des Königs Maj. hat bei Veranlassung eines einzelnen Falles auf die von den Gemeinden zu übernehmenden Unkosten für B Schuleinrichtungen, im Allg. die Rücksicht einzuschärfen geruht, wel wärtigen Zeitumstände verdienen, wo der Landmann sich nicht in t bet, neue Kosten zu übernehmen, und deshalb allergnädigst bestimm meisten Fällen, nämlich in solchen, wo die Wohlhabenheit der G nicht rechtfertigt, bloß aus dem Grunde, weil eine Einrichtung bess herige sei, diej. welche die größeren Kosten tragen sollten, dazu ni werden dürften, in der Regel also nur im Einverständnisse mit der fahren werden müsse.

Indem das Min. diese Allerh. Bestimmung hierdurch zur R Reg. bringt, fügt daß. noch die ausdrückliche Aufforderung, sich b Fällen zu richten, um so mehr hinzu, als aus der Natur der Sa und durch die Erfahrung hinlänglich bewiesen ist, daß zur wahren besserung des Schulwesens zwingende Maaßregeln eben so unndth sam sind, außerdem aber den Behörden in den Einwirkungen der

---

1) Ueber den Zustand und Fortgang des Schulwesens soll das U. u. M. Ang. stets in Kenntniß erhalten werden, theils durch ab chung der von der Reg. (jetzt alle 2 Monate) zu erstattenden soe richte, welche nach dem dazu vorgeschriebenen Schema Nr. 12. üb und Fortgang öffentlicher Unterrichts- und Bildungsanstalten, wissen stitute u." Nachricht enthalten müssen: E. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 19. Dec. 1835 (N. XIX. S. 890), vergl. E. R. v. 16. Okt. 885), u. E. Verf. v. 6. Febr. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 1840. 6 durch Einsendung der Amtsblätter (s. Cirk. v. 9. Jan. 1852. Min 1852. S. 2), sowie der nicht in die Amtsbl. aufgenommenen E. R. Behörden, welche das Kirchen- oder Schulwesen betreffen: E. R. G. U. u. M. Ang. v. 10. Aug. 1837 (N. XXI. S. 665).



kräfte und des Schulrathes<sup>1)</sup> so wirksame Hülfsmittel, um wohlthätigen Eingang und willige Aufnahme zu verschaffen, zu Gebote stehen, daß es in sehr seltenen Fällen der Anwendung von nöthigenden Maaßregeln bedürftig wird, um die durch das Gesetz vorgeschriebenen Einrichtungen durchzuführen. (N. X. S. 367.)

## Erstes Kapitel.

### Schulpflicht und Schulbesuch.

Ob der Staat überhaupt die Berechtigung habe, eine Nöthigung zum Schulbesuche auszusprechen, ist mehrfach angezweifelt worden. Namentlich in England und Frankreich sich die Ansicht geltend gemacht, daß ein Schulzwang einen unerlaubten Eingriff in die persönliche Freiheit bedeute. Dies findet jedoch in nachstehender, zugleich das Recht zum Schulbesuch betreffenden Ausführung von Robert Mohl (Polizei-Wissenschaft, Bd. 1. S. 465) seine Widerlegung<sup>2)</sup>:

Da eine möglichst verbreitete Bildung der Zweck der sämmtlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten des Staates ist, so folgt daraus, daß die ordnungsmäßige Benutzung derselben keinem untersagt werden darf, und daß die auf eigene Kosten getroffenen Einrichtungen nicht bloß zum Nutzen einzelner Besucher dienen sollen. Als einzig erlaubte Beschränkung muß der Ausschluß betrachtet werden, welchen die nöthigen Vorkenntnisse zur wirksamen Benutzung abgehen, und auch selbst in diesem Falle nur dann, wenn ihre Anwesenheit die Bildungsfähigeren stören oder, bei begrenzter Zahl ganz ausschließen würde. Dagegen steht auf der anderen Seite dem Staate auch kein Zwangsrecht zu, Bürger mehrere, oder höhere Kenntnisse aufzubringen, als derselbe für sich selbst erachtet. Der Staat hat nur die Pflicht, ihn in der Erreichung des ersten Lebenszwecks zu unterstützen, nicht aber das Recht, ihm einen solchen selbst zu setzen. Ginge das Gesetz hierin weiter als bis zur Belehrung, Aufmunterung und Erleichterung, so würde es, vielleicht in der besten Absicht, eine unerträgliche Herrschaft über den Geist ausüben. — Hiermit scheint denn freilich auch der Widerspruch gebrochen zu sein über die Anordnung so mancher Staaten, welche jedes Kind auf mittelbare oder unmittelbare Weise nöthigen, wenigstens die Elementarkenntnisse sich zu erwerben und deshalb mindestens die unterste Art von Schulen zu gewisser Zeit hindurch regelmäßig zu besuchen. Allein dieser Widerspruch ist scheinbar, und es läßt sich das fragliche Gesetz auch aus dem rechtlichen Standpunkte (nicht bloß aus dem des Nutzens, was schwerlich genügen dürfte), hinrei-

1) Es ist hier im Voraus hinsichtlich der in diesem Abschnitte behandelten Materien auf die im ersten Abschnitte gegebenen Dienstinstruktionen für die Schulaufsichtsbehörden zurückzuweisen, welche viele hierher gehörige Vorschriften enthalten; insbes. auf die Instr. für Schulvorstände v. 28. Dec. 1812 (S. 321 ff.), auf die Instr. für städt. Schuldeput. v. 26. Juni 1811 (S. 321 ff.) und auf die Anweisung für die Geistlichen als Lokal-Schulinsp. oder Schulräthe v. 2. Juli 1836 (S. 347 ff.). Daß die Wirksamkeit der Geistlichen vorzugsweise auf die innere Leitung der Schulen erstreckt, während die der Landes- und Deput. mehr die äußern Angelegenheiten zum Gegenstande hat, aber die Thätigkeit der geistlichen und weltlichen Behörden hierbei vielfach in der That übergeht, und meistens ein Zusammenwirken beider nothwendig wird, ist in a. a. O. dargestellt.

2) Vergl. auch v. S. 30. 31 und S. 227.

chenb vertheibigen. Der Zwang wird nämlich nicht gegen das noch ganz bestimmungslose Kind, sondern gegen seine Eltern und Vormünder angewendet, weld aus Geiz oder Roheit im Begriffe sind, demselben einen ungeheuern, oft nie zu ber gut zu machenden Schaden zuzufügen. Der Staat tritt also lediglich al Obervormünder der Recht- und Schutzlosen abwehrend ein, um dem Kinde d Möglichkeit zu verschaffen, sich wenigstens die zur Entwicklung der Geisteskräfte und zum Fortkommen im Leben unentbehrlichste Bildung zu erwerben. Der eigen Wille des Kindes könnte, wäre es bestimmungsfähig, vernünftigerweise kein ander sein; diesen aber ergänzt der Staat. —

In Preußen wurde, als sich seit Mitte des vorigen Jahrhunderts d Thätigkeit des Staates in umfassender Weise dem Schulwesen zuwandte die Verpflichtung der Eltern, ihren Kindern den nöthigen Unterricht anzu deihen zu lassen, gesetzlich festgestellt, und die Erfüllung dieser Pflicht dur Benützung der öffentlichen Schulen (Aufnahme in die Schule, Schulbesuch und Verhütung und Bestrafung der Schulversäumnisse), sowie das An nahmeverhältniß solcher Kinder, bei denen ihre Verwendung zur Arbeit da vollständigen Schulbesuch entgegensteht, durch eine große Anzahl von Ver ordnungen geregelt. Die Zusammenstellung derselben bildet den Inhalt d des Kapitels.

### I. Schulpflicht.

#### 1) Allgemeine Feststellung derselben.

a) Vergl. §. 1. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. o. in Th. I S. 64);

b) §§. 43. flg. N. L. R. Th. II. Tit. 12. (§§. 74., 75., 90., 91. 266., 312. ib. Th. II. Tit. 2.) <sup>1)</sup> (s. o. S. 320);

c) Art. 21. der Staatsverfassung v. 31. Jan. 1850 (s. ob. in Th. I S. 232).

#### 2) Provinzialrechtliche Bestimmungen.

Während das N. L. R. die Schulpflicht mit dem zurückgelegten fünften Lebensjahre <sup>2)</sup> beginnen läßt, und die Dauer derselben nicht vom Erreichen eines bestimmten Alters, sondern davon abhängig macht, daß das Kind, nach dem Befunde seines Seelsorgers, die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes nothwendigen Kenntnisse gefaßt habe, enthalten einzelne Provinzialrechte abweichende Vorschriften.

a) In der Prov. Preußen dauert die Schulpflicht vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, jedoch sind Kinder vom vollendeten 5. Jahre an schulfähig: §§. 1. flg. der Schulordn. v. 11. Dec. 1804 (s. o. in Th. I S. 104), sowie §. 1. der V. der Reg. zu Marienwerder v. 1. Juli 1828 (s. unten).

1) Gleich den Eltern sind die Vormünder verpflichtet, nicht bloß für den Unterhalt, sondern auch für die Erziehung ihrer Pflegebefohlenen zu tugendhaften und brauchbaren Bürgern zu sorgen: §§. 308. 311. ff. N. L. R. II. 18. — Zur Abfassung der jährlichen Erziehungsberichte der Vormünder an das vormundschafliche Gericht haben nach neuerer Anordnung mehrerer Prov. Konf. die Geistlichen eine Konferenz mit den sämtlichen Vormündern ihrer Pfarochie anzuberaumen und dazu nöthigenfalls den Lehrer zuzuziehen. Rat. Zeit. 1853. Nr. 281. III. — Ähnlich hatte schon unterm 18. Jan. 1831 das D. L. G. zu Magdeburg verfügt, daß der Vormund dem Erziehungsbericht ein vom Cyphorus bestätigtes Schulzeugniß beifüge. (Amtsbl. S. 76. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 524.)

2) Vor dem 5. Jahre sollen keine Kinder in die Schule aufgenommen werden. So bestimmte das Klee-Märksche Regl. v. 1782, sub L. §. 3. (s. o. S. 182) und eine Magdeburger V. v. 2. Juli 1830. (Amtsbl. S. 185.)

b) Eben so ist nach Pommer'scher Observanz jedes Kind vom zurückgelegten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre schulpflichtig: Publ. der Reg. zu Stettin v. 29. Sept. 1826 (s. unten).

c) In der Niederlausitz beginnt die Schulpflicht mit dem 7. Jahre (s. o. in Th. I. S. 123).

d) In Schlessen dauerte dies. für katholische Schulen vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 13. Jahre: §§. 25. flg. Schulregl. von 1765 (s. o. in Th. I. S. 136). Vergl. §§. 39. 45. Schulregl. von 1801 (s. o. in Th. I. S. 156, 157). — Vergl. jedoch §. 1. der B. des Oberpräsid. von Schlessen v. 29. Juli 1832 (s. unten), welcher das vollendete 5. bis 14. Jahr als schulpflichtiges Alter bestimmt.

e) Auch in Westphalen ist das vollendete 6. Jahr als Anfangs- und der Schulpflicht bezeichnet. Vergl. die unten sub 3. a. gegebenen A.

f) Für diej. Landestheile, in welchen das A. L. R. nicht eingeführt ist, nämlich für die Rheinlande <sup>1)</sup> (Bezirke des Ober-Appellationsgerichts zu Köln und des Justizsenats zu Koblenz) und für Neuvorpommern und Rügen, bestimmt:

α) die R. O. v. 14. Mai 1825, betr. die Schulpflicht und die Schulzucht.

Damit im ganzen Umfange der Monarchie die Schulzucht mit Erfolg gehandhabt und nirgend der Schulbesuch vernachlässiget werde, setze Ich, auf den Antrag des Staatsmin., auch für diej. Landestheile, in welche das A. L. R. bisher nicht eingeführt ist, in Uebereinstimmung mit den Vorschriften dess., hierdurch fest:

- 1) Eltern, oder deren gesetzliche Vertreter, welche nicht nachweisen können, daß sie für den nöthigen Unterricht der Kinder in ihrem Hause sorgen, sollen erforderlichen Falls durch Zwangsmittel und Strafen angehalten werden, jedes Kind nach zurückgelegtem fünften Jahre, zur Schule zu schicken;
- 2) der regelmäßige Besuch der Lehrstunden in der Schule, muß so lange fortgesetzt werden, bis das Kind, nach dem Befunde seines Seelsorgers, die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes nothwendigen Kenntnisse erworben hat;
- 3) nur unter Genehmigung der Obrigkeit und des geistlichen Schulvorstehers, kann ein Kind länger von der Schule zurückgehalten, oder der Schulunterricht dess., wegen vorkommender Hindernisse, auf einige Zeit ausgesetzt werden;
- 4) die Schulzucht darf niemals bis zu Mißhandlungen ausgedehnt werden, die der Gesundheit des Kindes auch nur auf entfernte Art schädlich werden können;
- 5) Züchtigungen, welche in diesen der Schulzucht gesetzten Schranken verbleiben, sollen gegen die Lehrer nicht als strafbare Mißhandlungen oder Injurien behandelt werden;
- 6) wird das Maas der Züchtigung, ohne wirkliche Verletzung des Kindes, überschritten, so soll dieses von der, dem Schulwesen vorgesezten, Provinzial-Behörde durch angemessene Disziplinarstrafen an dem Lehrer geahndet werden. Wenn dagegen dem Kinde, durch den Mißbrauch des Züchtigungsrechts, eine wirkliche Verletzung zugefügt wird, soll der Lehrer nach den bestehenden Gesetzen, im gerichtlichen Wege, bestraft werden.

Ich trage dem Staatsmin. auf, diese Bestimmungen durch die G. G. zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(G. G. 1825. S. 149.)

und dazu speziell für die Rheinprovinz:

1) Vergl. auch §§. 1. ff. des Kleve-Märkischen Regl. v. 1782 (s. o. S. 182) und das A. der Reg. zu Emmerich v. 10. Okt. 1800 (s. o. S. 187).

β) der 5. Rheinische Prov. Landtagsabschied v. 26. März sub B. 3.

Die für alle Prov. unserer Monarchie geltende gesetzl. Bestimmung, die Schulpflichtigkeit betr., hat auf die Erziehung überhaupt, und selbst der kleinste Hause nicht gehörig beaufsichtigten Kinder einen wohlthätigen Einfluß bewirkt. Wir können uns daher nicht veranlaßt finden, solche nach dem Antrag d. betr. Stände für die Rheinprov. abzuändern; wollen aber die nach S. G. v. 14. Mai 1825 den Lokalbehörden zuständige Dispensationsbefugniß ausdehnen, daß die Reg. der Rheinprov. nach örtlichen Verhältnissen in einzelnen Gemeinden oder größeren Distrikten alle Kinder, die das 6. Jahr noch nicht zurückgelegt haben, von der Schulpflichtigkeit entbinden mögen.

(Vergius, S. 648.)

3) Anfang der Schulpflicht bei Entfernung des Wohnsitzes der Schule.

Daß unter dieser Voraussetzung ein späterer Anfangstermin werde, bestimmen:

a) für Westphalen:

α) das R. des Min. der S. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 1. Febr. 1826 an die R. Reg. zu Minden, betr. das schulpflichtige Alter der Kinder.

Auf den Ver. der R. Reg. v. 31. v. M., wird unter den angezeigten Umständen hierdurch genehmigt:

ad 1) daß in Städten und geschlossenen Dörfern, wo die Schule nicht eine Viertelftunde von dem schulpflichtigen Hause entfernt ist, nach bestimmten Gesetze im N. F. R. II. 12. §. 43. vom beginnenden 6ten Jahre des Kindes auf dessen Schulbesuch gedrungen,

ad 2) daß aber in Ansehung der Dorfschaften, welche weiter, als eine Viertelstunde von der Schule entfernt sind, das vollendete sechste Jahr des Kindes, sowohl in dem katholischen, als in dem evangelischen Theile des Reg.-Bezirks, als der Anfang des schulpflichtigen Alters betrachtet werde.

(N. X. S. 91.)

Dieser Anfangstermin wurde noch um ein Jahr weiter hinausgehoben durch

β) das R. des Min. v. 24. April 1828 an das R. Oberpräf. Westphalen in ders. Ang.

Das Min. eröffnet Gw. Excell. auf den das Alter der Schulpflichtigkeit betr. v. 29. Jan. c., daß dasselbe durch die von der R. Reg. zu Minden in Ver., welchen sie in dieser Angelegenheit unterm 15. Jan. c. an Gw. Excell. statet hat, aufgestellten Gründe sich nicht bewogen gefunden hat, von der h. Verf. v. 1. Nov. pr. ausgesprochenen Bestimmung:

daß im Fürstenthum Minden und in der Grafschaft Ravensberg die Kinder in Städten und geschlossenen Dörfern mit vollendetem sechsten, die in zerstreut liegenden Ortschaften aber mit vollendetem siebenten Lebensjahre in die Schule eintreten sollen, abzugehen. Hiernach ist die R. Reg. in Minden heute beschieden worden.

Wenn Gw. Excell., dem Ver. v. 29. Jan. c. zufolge, es für das gerathen halten, diese Bestimmung auf die ganze Prov. Westphalen auszudehnen, so ist das Min. sich damit einverstanden, sofern in den anderen Theilen der Prov. dieselben oder ähnliche Gründe für die gedachte Bestimmung sprechen, wie in Bez. Minden und Ravensberg.

(N. XII. S. 413.)

b) Für die Prov. Preußen:

α) das G. R. der Reg. zu Königsberg v. 11. Juli 1833 an sämmtl. Superint., Defane und Schulinsp., und abschriftl. an sämmtl. Landrath, Domainen- und Domainen-Rentämter, betr. das schulpflichtige Alter.

Wir haben bereits mittelbar, theils durch eigene Ansicht die Ueberzeug-

daß der Schulbesuch der 5 bis 7jährigen Kinder von entfernten Orten ungelinder Nahrung und bei der leider noch immer schlechten Beschaffenheit des Lokals dem körperlichen Gedeihen in vielen Fällen nachtheilig werde.

Da wir überdem durch mehrere Berichte unserer Schul-Depart.-Räthe Kenntniß gesetzt worden sind, daß es vielen Lehrern schwer falle, ja fast werde, die kleinen körperlich und geistig noch wenig erstarkten und entzogenen Kinder zu beschäftigen, und zweckmäßig zu unterrichten, so erscheint es durch Strafen zu erzwingen, daß die Kinder vor dem vollendeten 7ten, wenn sie nicht am Schulorte wohnen, die Schule besuchen.

Bestimmen daher zur nähern Erläuterung des §. 2. unserer Verf. v. 20. ermit, daß das Alter vom vollendeten 5ten bis zum vollendeten 7ten den Kindern, welche nicht am Schulorte wohnen, als ein der Entschuldigungsgrund der Schulversäumnisse angesehen, und hiernach kommenden Fällen verfahren werden darf.

VII. S. 672.)

§. 2. der V. der Reg. zu Marienwerder v. 1. Juli 1828 (f.

Schulpflicht bei Aufenthaltswechsel.

L. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) und des J. (v. Schuckmann) v. 19. März 1825 an die R. Reg. zu Erfurt, Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

L. Reg. wird auf den Ver. v. 11. v. M. die Schulversäumnisse von Eltern mit ihren Kindern vom Wohnorte sich entfernen, betr. hierdurch erdöf. Bestimmungen des A. L. R. Th. II. Tit. 12. §§. 43. bis 46. und länglichen Anhalt gewähren, um die Behörden derj. Orte, wo sich Eltern mit ihren schulfähigen Kindern der Arbeit wegen einen Theil des durch aufhalten, dahin anzuweisen, daß sie jene Kinder zum Besuch der und erforderlichen Falls durch die im §. 48. angeordneten Zwangsmitteln.

K. S. 112.)

Publ. der Reg. zu Merseburg v. 13. Mai 1828, betr. den Wechsel des Schulbesuches.

Beförderung der Aufsicht über den Schulbesuch solcher Kinder, welche in eine Schule geschickt werden, als zu der ihre Eltern oder Versorger nach §. 34. Tit. XII. Th. II. des A. L. R. gewiesen sind, finden wir nöthig, hiermit zu verordnen:

Wenn Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder ihre Kinder oder Pfleglinge, während des schulpflichtigen Alters ders., sich an einem andern als ihrem Wohnorte aufhalten lassen, es sei, daß sie in Dienste gegeben werden, oder andern Zwecken, oder wenn sie dies., ohne deren Wohnort zu verändern, eine andere Schule gehen lassen wollen, als zu welcher sie nach der oben gezogenen Gesetzesstelle gewiesen sind, so sollen sie zuvor dem Schultheißen und dem Pfarrer ihrer Parochie Nachricht davon geben, und die Gründe der beabsichtigten Aenderung anzeigen; nächstdem aber ein glaubhaftes Attest von dem Lokal-Inspr. über die Schule derj. Parochie, in deren Besoldung jene Kinder dann zur Schule zu gehen verpflichtet sind, darüber beibringen, daß dies. dort in die Schule gehörig aufgenommen worden.

Wenn lange die Eltern u. s. w. dieses Attest nicht beigebracht haben, sind aus der Schule entnommenen Kinder in den Versäumnislisten fortzuführen, und die Eltern u. s. w. bei der monatlichen Eingabe dieser Listen die Ursache strafbarer Schulversäumnisse zu bezeichnen.

Daß das Schulgeld für solche Kinder ist an die Schule, welche sie bisher besuchen gehalten waren, bis zu der Zeit, da sie in eine andere Schule aufgenommen worden, fort zu entrichten, und erforderlichen Falls beizutreten. Wenn besondere Umstände, als anhaltende Krankheit u. s. w. hierin eine Rücksicht wünschenswerth machen, so haben die Eltern oder Versorger der Kinder darum in Zeiten bei der betr. Schulinspektion nachzuweisen.



- 4) Sobald ein Kind in eine fremde Schule aufgenommen worden unter der Ordnung und Aufsicht dieser Schule in Betreff des der Disziplin, des Schulbesuchs und des Schulgelbes.
- 5) Bei einem abermaligen Schulwechsel vor Ende des schulpflichtigen Jahres haben die Versorger des Kindes die Anmeldung und die Beibringung des Attestes zu bewirken, wie ad 1.; die Lokal-Inspektion der zuletzt besuchten Schule aber versährt, so lange dies nicht geschehen, wie ad 2. geschrieben worden.
- 6) Zugleich aber hat der Lokal-Inspektor der Schule, welche von dem Kind besucht worden, dem Pfarrer derj. Pfarodie, zu welcher die Eltern, und an deren Schule sie nach dem A. L. R. gewiesen sind, von dem neuen Schulwechsel zu geben, damit dieser in fortwährender Rücksicht der Schulbildung, welche die Kinder seiner Parochianen erhalten werde.

(A. XII. S. 414.)

c) Dasselbe, wie das vorstehende Publ., bestimmen die B. zu Arnberg v. 24. Dec. 1827 sub 1. (Amtsbl. 1828 S. 5), zu Minden v. 29. Jan. 1828 (Amtsbl. 1828 S. 49), und die B. zu Breslau v. 11. April 1828 (Amtsbl. 1828 S. 110), sämmtlich Stenthal Bd. 3. S. 551 und 546; auch die B. der Reg. zu A. v. 30. Sept. 1822 (A. VI. S. 883) enthält sub 4., c. und d. Vorschriften.

d) Vergl. §. 2. der B. des Oberpräs. von Schlessen v. 29. (s. unten) und §. 6. der B. der Reg. zu Marienwerder v. 1. (s. unten).

#### 5) Schulpflicht nicht vollsinniger Kinder.

Die Schulpflicht ist auch in Ansehung solcher Kinder auf Schulen beschränkt.

a) A. der Min. der S. u. M. Ang. (Eichhorn) und Bodelschwingh) v. 12. Aug. 1847 an die R. Reg. zu N., betr. Sorge für nicht vollsinnige Kinder, und deren Unterbringung in Armen- und Blinden-Anstalten, oder bei Lehrern, welche in letztern bet worden.

Die R. Reg. hat mittelst Ver. v. 16. April d. J. die Frage in gebracht, ob die Eltern und Pfleger nicht vollsinniger Kinder für verpflichtet zu erachten seien, solche Kinder in den vorhandenen Taubstummen- und Anstalten ausbilden zu lassen. Die Bejahung dieser Frage würde, die R. Reg. ausführt, einerseits die Anwendung von Zwangsmaaßregeln gerechtfertigen, die aus irgend welchem Grunde ihre Kinder den gedachten Anstalten zu übergeben sich weigern, ohne durch Privatunterricht für eine genügende Bildung vers. zu sorgen; andererseits würde in Folge davon eine Verpflichtung der Gemeinden, resp. Kreisverbände, auszusprechen sein, die Kosten für die Unterbringung der Kinder der notorisch armer, oder nicht genug bemittelter Eltern zu bestreiten.

Wenn die R. Reg. aus Gründen der Sittlichkeit und der allg. B. Bestimmungen des A. L. R. Th. II. Tit. 2. §. 74. seq. und Tit. 12. welche den Eltern die Pflicht auferlegen, für die Erziehung und geistige Bildung ihrer Kinder zu sorgen, auch auf die Erziehung und Ausbildung sinniger Kinder um so mehr für anwendbar erklären zu müssen glaubt, andernfalls der Hilflosigkeit und sittlichen Verwahrlosung noch mehr zu befürchten seien, als vollsinnige Kinder, so unterliegt die Richtigkeit dieser Annahme keinem Zweifel. Der Umfang der in diesen Bestimmungen für die Eltern bestehende Verpflichtung kann aber nach der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht ausgedehnt werden, daß die Eltern genöthigt werden könnten, die ganze Erziehung ihrer Kinder außerhalb ihres Wohnorts in Anstalten zu übergeben. Wenn durch die §§. 43. und 46. A. L. R. Tit. 12. Eltern, welche den Unterricht ihrer Kinder nicht selbst besorgen, verpflichtet werden, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und deren Unterhaltung so lange fortsetzen zu lassen, bis dieselben die einem jeden vernünftigen Mensch

wenigen Kenntnisse aufgefaßt haben; so ist hierunter eben nur der in der Ortschaftschule verstanden, welche von Seiten des Staats so ein-  
 daß sie von den Eltern ohne erhebliche Kosten, und ohne daß diese  
 die Erziehung ihrer Kinder aus der Hand zu geben brauchen, benutzt

Der Unterricht und die Ausbildung nicht vollstündiger Kinder ist  
 unter ganz besonderen Bedingungen eintretendes außerordentliches  
 dessen Befriedigung die hinsichtlich des Unterrichts im Allgemeinen  
 gesetzlichen Bestimmungen schon um deswillen nicht unbedingte Anwen-  
 dungen, weil die hierfür vorhandenen Anstalten <sup>1)</sup> in solcher Art und  
 eben sind, daß ein Zwang oder eine Nöthigung zur Benutzung ders.  
 die Eingriffe im Familienverhältnisse stattfinden könnte.

abgesehen von einer nach der bestehenden Gesetzgebung unzulässig  
 diesfälligen Nöthigung, scheint zu einer solchen auch nach der Natur  
 den bisher über die Benutzung der Taubstummen und Blinden-  
 machten Erfahrungen keine ausreichende Veranlassung vorzuliegen.

wohl die Bereitwilligkeit solcher Eltern, welche blinde oder taub-  
 haben, für die Ausbildung ders. in jeder ihnen möglichen Weise  
 Regel vorausgesetzt werden; andernfalls wird angemessene Belehrung  
 mehr sich aufbringende Erfahrung von der wohlthätigen Wirksam-  
 keit stehenden Anstalten die Anwendung von Zwangsmaßregeln über-  
 en lassen. Außerdem hat sich bei Gründung und Unterhaltung die-  
 die öffentliche Wohlthätigkeit und die Theilnahme der Prov. und  
 ab Gemeinden in der Regel so thätig bewiesen, daß bei fernerer rich-  
 ung der Sache auch deren wirksame Unterstützung für solche Kinder,  
 die Kosten der Ausbildung zu tragen nicht im Stande sind, nicht  
 Von Seiten der Behörden wird aber für eine allgemeinere und um-  
 bildung nicht vollstündiger Kinder am erfolgreichsten dadurch gewirkt  
 die Benutzung der für dies. vorhandenen Einrichtungen erleichtert  
 zweckmäßigsten durch Vermehrung der dieses Unterrichts kundigen  
 en kann. Wenn in dieser Beziehung die in der dortigen Prov. statt-  
 indung der Taubstummen-Anstalt mit dem Schullehrer-Sem. und die  
 zielende Vertrautheit der Schullehrer mit dem Taubstummen-Unter-  
 thätig wirken kann, so wird die R. Reg. in dem Umstande, daß  
 dem Reg. Bez. Potsdam bereits über  $\frac{1}{2}$  der bildungsfähigen Taub-  
 in größeren Anstalten, in denen die Unterhaltung kostspielig ist,  
 einzelnen Schullehrern zweckmäßig unterrichtet werden, eine weitere  
 für finden, daß eine erleichterte Benutzung der erforderlichen Bil-  
 en Erfolg allmählich wesentlich von selbst herbeiführt, welcher durch  
 on Zwangsmitteln immer ein zweifelhafter bleiben dürfte.

(L. v. d. B. 1847. S. 221.)

der Reg. zu Danzig v. 8. April 1853, betr. die Aufnahme  
 in die Ortschaftschulen. <sup>2)</sup>

en herrscht noch die Meinung, es könnten blinde Kinder die Orts-  
 mithesuchen. Es macht allerdings in manchen Gegenständen etwas  
 ein blindes Kind mit zu unterrichten, aber ein Lehrer, der von rech-  
 seinen Beruf durchdrungen ist, wird dieselbe gewiß nicht scheuen.  
 : machen übrigens oft bessere Fortschritte als sehende; sie werden  
 ent von den Außendingen, sie behalten ihre Aufmerksamkeit mehr  
 den zu behandelnden Gegenstand, merken sich darum von dem Vor-  
 gleich mehr, wie sie denn in der Regel ein besseres Gedächtniß haben,  
 : können biblische Geschichte, das Lernen des Katechismus und der  
 s Kopfrechnen, die Geschichte und die Naturkunde und besonders den  
 icht mit den andern Schülern ganz füglich gemeinsam haben und in  
 n werden sie auf das Gelesene merken.

heint ein „keineswegs“ ausgelassen zu sein.

den Mittheilungen öffentlicher Blätter, z. B. National-Zeit. 1854.  
 ähnliche Verf. von mehreren Prov. Schulkolleg. erlassen worden.

Sie sind auch keinesweges störend für die andern; sie können vielmehr eine Veranlassung sein, das edle Gefühl der Theilnahme und der Nächstenliebe anzuregen, wenn der Lehrer es nur irgend versteht, seinen Schülern ins Herz zu reden, daß sie dieser unglücklichen Mitschüler sich annehmen, sie auf dem Schulwege führen, sie vor der Gefahr, Schaden zu nehmen, bewahren. Wohl aber ist das blinde Kind ein Prüfstein für die Schule. Wenn die andern Kinder, statt ihm thätige Liebe zu erweisen, es necken und verhöhnen und Muthwillen an ihm üben, dann steht es schlecht um den Geist der Schule und den Erfolg des Religionsunterrichtes.

Für das blinde Kind ist es außer den Kenntnissen, die es in der Schule erlangt, auch von großem Gewinn, daß es mit andern Kindern gerade in der Schule, wo Alles wohlgeordnet sein und zugehen sollte, beisammen ist, und hört, wie sie alle in die vorgeschriebene Ordnung zu finden suchen; wie denn überhaupt das ganze Schul-Leben, der tägliche Umgang mit dem Lehrer und mit den andern Kindern für das blinde Kind von großem Nutzen sein und auf die Erhaltung seiner Kräfte und Anlagen wohlthätig einwirken wird.

Die G. Geistlichen und Schul-Vorstände haben daher dahin zu wirken, daß ein blindes Kind nicht etwa von seinen Eltern von der Schule, weil es da doch nichts lernen könne, zurückgehalten oder wohl gar von dem Lehrer, weil es den Unterricht störe, zurückgewiesen werde, sondern wie andere Kinder die Orts-Schule regelmäßig besuche. Eltern und Lehrer aber machen wir noch besonders auf die kleine Schrift „Anweisung zur zweckmäßigen Behandlung blinder Kinder, deren erste Jugendbildung und Erziehung in ihren Familien, in öffentlichen Volksschulen u. von J. G. Buin, Breslau, 3. Aufl. 5 Egr.“ — aufmerksam.  
(Min. Bl. d. i. V. 1853. S. 115.)

#### 6) Schulpflicht der Kinder von Dissidenten.

a) U. R. der Reg. zu Rotterdam v. 4. Juli 1834 an sämmtl. Superint. und Schulinsp., und an die reform. Französischen Kirchen-Propstern, betr. die Anhaltung der Kinder zum Schul- und Religions-Unterricht.

Wenn sich in Ihren Aufsichtskreisen Fälle ereignen sollten, daß Eltern ihre Kinder wegen separatistischer Vorurtheile vom Schulunterrichte und der Konfirmation zurückhalten sollten, so sind die einschlagenden Bestimmungen des A. L. R. in ihrem Zusammenhange in Anwendung zu bringen. Nach diesen hat:

- 1) in Gemäßheit des §. 75. Tit. 2. Thl. II. des A. L. R., jeder Vater hat zu sorgen, daß seine Kinder in der Religion und nützlichen Kenntnissen den nöthigen Unterricht nach seinem Stande und Umständen erhalten;
- 2) jeder Einwohner, der den nöthigen Unterricht für seine Kinder in seinem Hause nicht besorgen kann, in Folge des §. 43. Tit. 12. Thl. II. A. L. R. die Verpflichtung, dieselben nach dem zurückgelegten 5. Jahre zur Schule zu schicken, auch nach §. 46. dafür Sorge zu tragen, daß der Schulunterricht so lange fortgesetzt werde, bis ein Kind nach dem Befunde seines Seelensorgers — was durch die Konfirmation manifestirt wird — die einem vernünftigen Menschen seines Standes notwendigen Kenntnisse erworben hat. Daraus folgt, daß alle Kinder, welche nicht von dem betr. Geistlichen der Pfarochie, oder in dessen Auftrage von einem andern Geistlichen konfirmirt worden, als schulpflichtig anzusehen sind, und daß die Väter und Vormünder dieser, wie der noch nicht konfirmationsfähigen Kinder, wegen der aus separatistischen Gründen veranlaßten Schulversäumnisse derselben, unnachlässiglich einzuziehenden Polizeistrafen belegt werden können.

(A. XVIII. S. 723.)

b) Vergl. die Verf. v. 14. Febr. 1833 und 5. März 1847 oben in der Note zu §. 24. der Instr. v. 31. Dec. 1839 (s. o. S. 300), sowie unten Kap. 3. Tit. 2. I. 6.

#### 7) Schulpflicht jüdischer Kinder.

Auch auf Juden finden die sub 1. allegirten §§. 43. flg. A. L. R.

**Th. II. St. 12. Anwendung** <sup>1)</sup>, und zwar sind dieselben in der Regel an die christlichen Ortsschulen gewiesen: §§. 60. flg. des G. v. 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden, welche im 5. Abschn. dieser Abth. zu vergleichen.

## II. Die Aufnahme in die Schule.

### 1) Aufnahme-Termin.

Als solche sind bloß Ostern und Michaelis gesetzt. Außer dieser Zeit dürfen keine Kinder zum Eintritt in den Unterricht verstattet werden. <sup>2)</sup> So stimmen:

a) das Publ. der Reg. zu Stettin v. 29. Sept. 1826 §. 4., f. unten b III. 1.;

b) die B. des Oberpräf. von Schlessen v. 29. Juli 1832 §. 1., f. den Kap. 5. sub II.;

c) das Publ. der Reg. zu Arnberg v. 22. April 1823, betr. die Aufnahme neuer Schüler aus den eigenen und andern Schulgemeinden.

In manchen Stadt- und Landschulen herrscht noch der Uebelstand, daß im Laufe des ganzen Jahres, zu jeder den Eltern beliebigen Zeit, neue Schüler, sowohl junge Anfänger, als auch ältere bisher in anderen Schulen unterrichtete und von bisherigen Lehrern aus irgend einer Ursache entnommene Kinder aufgenommen werden.

Unvermeidlich werden durch ein solches regelloses Verfahren nicht allein zum Nachtheile der Schulen, unnöthiger Weise die Abtheilungen der in ihren Kenntnissen und Fertigkeiten ungleichen Schüler vermehrt, sondern auch die Willkür und Launen der Eltern im Wechsel der Lehrer befördert.

Wir haben daher nöthig erachtet, zu verordnen:

1) Es sollen von nun an keine Aufnahmen neuer Schüler, mögen dieselben erst die Schule zu besuchen anfangen, oder bereits eine andere Schule besucht haben, zu anderen Zeiten, als zu Anfange des Sommer- und des Winter-Halbjahres statt finden. — Die Lehrer dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Schulvorstände Ausnahmen von dieser Regel machen, und die Genehmigung dazu ist von dens. nur in solchen Fällen zu erteilen, wo Kinder wegen Krankheit, oder weil sie erst jetzt in die Schulgemeinde verzogen sind, nicht zur festgesetzten Zeit eintreten konnten.

2) Kinder aus anderen Schulgemeinden sollen auch zu Anfange der Schul-Halbenjahre von den Lehrern nicht eigenmächtig, sondern nur auf einen, dens. einzuhandigenden Genehmigungsschein des Schulvorstandes aufgenommen werden. Dieser von dem Pfarrer oder sonstigen Präses des Schulvorstandes auszustellende Genehmigungsschein darf aber nur dann versagt werden, wenn die Schule wegen Ueberfüllung oder aus anderen erheblichen Ursachen keinen weiteren Zuwachs durch nicht berechnete Schüler ohne Nachtheil erleiden kann. — Auch ist der Lehrer verbunden, von der ordnungsmäßig erfolgten Annahme eines solchen Kindes dem Vorstande der Schule, welcher dasselbe entzogen ist, schriftliche Anzeige zu thun.

1) R. des Min. des J. v. 11. März 1825 (Ann. IX. S. 120), G. R. des Min. der G. u. u. Med. Ang. v. 10. Jan. 1836 (Ann. X. S. 95) u. v. 20. Juni 1827 (Ann. XI. S. 673), welche sämmtlich im 3. Bde. dieses Theiles vom Gesamtwerke „die Verhältnisse der Juden, Breslau 1843“ S. 160. 161 zu vergleichen.

2) Das kathol. Schulregl. für Schlessen v. 1801 gestattet §. 39. d. nur zu Ostern Aufnahme in die Schule (f. o. S. 156). — Die Gumbinner Instr. für Lehrer v. 18. Nov. 1829 (f. o. S. 470), welche §. 12. die oben angegebene allg. Regel bestätigt, erlaubt gleichzeitig ausnahmsweise Aufnahme mit Beginn des 2. Halbjahres im Semester. — Vergl. auch die Merseburger Instr. v. 1. März 1822, §. XXI. (f. o. S. 464 ff.)

damit dieser wisse, ob und wo alle Kinder der unter seiner Aufsicht stehenden Schule unterrichtet werden.

(N. VII. S. 630.)

## 2) Wahl der Schule.

Die Regel ist Besuch der Ortsschule; doch steht den Eltern die Wahl einer andern Schule, sofern dies keine Winkelschule ist, frei.

a) Publ. der Reg. zu Köln v. 20. Juli 1820 über die Willkür der Wahl der Schulen.

Wenn es in unserer B. v. 19. Juli 1818. (Amtsbl. Nr. 147.) den Eltern oder deren Stellvertretern noch frei gestellt ist, ihre Kinder zu demj. Lehrer schicken, zu welchem sie selbst das meiste Vertrauen haben: so ist dabei wohl bemerken:

- 1) daß in der ged. B. ausdrücklich nur von Lehrern an öffentlichen Schulen die Rede ist, und jene Freiheit sich also auf Winkelschullehrer, die über nicht geduldet werden sollen, sich nicht erstrecken kann;
- 2) daß jedoch auch Privatschulen, die von uns anerkannt und förmlich konfirmirt sind<sup>1)</sup>, mit in die Wahl gestellt werden dürfen, wie denn es Niemanden untersagt ist, sich für seine Kinder einen Hauslehrer zu halten;
- 3) daß aber da, wo die Lehrer in verschiedenen einander untergeordneten Klassen zu unterrichten angewiesen sind, es durchaus nicht in der Willkür der Eltern steht, zu welchem Lehrer sie ihre Kinder schicken wollen, sondern hierüber nur der Schulvorstand auf den Grund der, von den beiden theiligten Lehrern in seiner Gegenwart abzuhaltenden Prüfung zu entscheiden hat.

Diese Prüfungen am Ende jedes halben Jahres zu veranlassen, werden bei die Schulvorstände an demj. Orten, wo Lehrer für verschiedene Klassen sich befinden, ernstlich angewiesen, und es ist die Liste der in eine höhere Klasse zu tretenden Schüler jedesmal durch die Unterschrift des Schulvorstandes zu beglaubigen.

Klagen, die sich hierauf beziehen, gehen zunächst an den betr. Schulpfarrer und in zweiter Instanz an uns.

(N. IV. S. 540.)

b) §§. 6. und 7. des Publ. der Reg. zu Düsseldorf v. 30. Okt. 1821 unten sub III. 1.

c) Publ. der Reg. zu Merseburg v. 13. Mai 1828 (s. o. S. 563)

d) §. 2. der B. des Oberpräf. von Schlesien v. 29. Juli 1832, unten Kap. 5. sub II.

e) Eine B. der Reg. zu Frankfurt v. 13. Dec. 1828 (Amtsbl. 437. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 347) schreibt vor, daß die Eltern, wenn sie eine andere, als die Ortsschule wählen, dennoch hinsichtlich des Schulbesuchs ihrer Kinder der Aufsicht des Ortspredigers und der Ortsobrigkeit und auch den Schulbeiträgen, in welche nöthigenfalls das Schulgeld zu wandeln<sup>2)</sup>, unterworfen bleiben.

f) Nach einer B. der Reg. zu Münster v. 17. April 1833 (Amtsbl. 1833. S. 168. Fürstenthal, Bd. 3. S. 552) soll kein Lehrer ein Kind aus einer fremden Gemeinde ohne Erlaubniß des Lokalfarrers in seine Schule aufnehmen.

## 3) Nachweis vorheriger Impfung des Kindes.

Hierüber bestimmen:

a) daß durch R. D. v. 8. Aug. genehmigte und durch Bel. 18

1) Vergl. die Instr. v. 31. Dec. 1839 (s. o. S. 288 ff.)

2) Vergl. R. v. 30. Okt. 1827 (s. o. S. 285 ff.). Ueber die Abschaffung des Schulgeldes s. den IV. Abschn. dieser Abth.



v. 28. Okt. 1835 publizierte Regul. über das bei ansteckenden zu beobachtende Verfahren. (G. S. 1835. S. 240.)

2. Schulvorsteher, Handwerksmeister, andere Gewerbetreibende und Aemter werden wohlthun, sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Unterricht, Lehre oder Dienst tretenden Personen geimpft sind. Personen für ihre Kinder oder Pflegebefohlenen die Aufnahme in öffentliche Staats-, Stipendien oder andere Benefizien nachsuchen, sind abzugeben den Nachweis über geschene Impfung nicht führen können. Eine Aufnahme in Pensionsanstalten, welche mit öffentlichen Unterricht verbunden sind, darf nicht eher stattfinden, als bis der aufzunehmende seine Vaccination oder Revaccination, innerhalb der letzten 2 Jahre vollzogen, nachgewiesen hat. 1)

1. Bef. der Reg. zu Köln v. 6. Mai 1835 (N. XIX. S. 715) n. der G. II. u. M. Ang. durch R. v. 14. April 1835 fest-

Bescheinigung einer dreimal ohne den gewünschten Erfolg vollzogenen Impfung der Bescheinigung über die wirklich bestandenen Menschen den gleich zu achten, und dieser Grundsatz auch bei denjenigen Ins- Anwendung zu bringen ist, welche sich künftig wegen einer an ihnen Revaccination ausweisen sollen.

Regul. der Reg. zu Frankfurt v. 16. Nov. 1852 über die der öffentl. Schuppocken-Impfung verordnet:

Ältern, Vormünder, Dienstherren und Vorsteher von Erziehungs-, Erziehungs- und Arbeits-Anstalten haben daher zur Sicherstellung ihrer Familien- Pockeninfektion und zur Vermeidung der vorerwähnten Polizeistrafen r.) darauf zu achten, daß ihre ungeimpften, oder erfolglos geimpften ebebefohlenen, Angehörigen, Gesinde und Zöglinge, entweder auf ihre einen approbirten Arzt oder Wundarzt privatim, oder in dem näch- Wohnort angesetzten öffentlichen Schuppocken-Impfungs-Ter- werden 1c.

1. d. i. B. 1853 S. 4.)

R. des Min. der G. II. u. M. Ang. v. 24. Febr. 1834 an Reg., Kons. und Prov. Schulkolleg., betr. die Zurückgabe der n-Impfungs-Atteste.

Beschwerden darüber entstanden, daß die Atteste oder Certificate über Eltern-Impfung, welche den Kindern, Schülern und Zöglingen vor ne in die öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Waisenanstalten abge- 1, bei den Akten der betr. Institute verbleiben, und nicht zurückge- . Dadurch wird der Ausweis über die geschene Impfung, welcher rn Zwecken gefordert werden könnte, aufgehoben und erschwert. Die R. Kons., Prov. Schulkolleg.) wird auf diesen Uebelstand hierdurch gemacht, und zur Abstellung dieser Maaßregel hiermit angewiesen. enn die öffentl. Schulen und Erziehungs-Anstalten ein Register über n Impfscheine halten, und müssen letztere stets zurückgegeben werden. II. S. 246.)

1. Aufnahme unehelicher Kinder unter dem Namen ihrer Mütter.

des Min. der G. II. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 21. Juli 1835. R. Reg. und an das Kons. und Prov. Schulkolleg. zu r. die Benennung unehelicher Kinder nach den Namen ihrer en Schulen.

1. ist eine Wiederholung der durch R. des Min. der G. II. u. M. Ang. 1835 (N. XIX. S. 135) bekannt gemachten, und auch in der sub b. Bef. v. 6. Mai mitgetheilten R. D. v. 11. Jan. 1835. — Nachfrage mahnung zur Impfung der aufzunehmenden Schulkinder schrieb den : das Publ. der Reg. zu Stettin v. 9. Juli 1827 (N. XI. S. 425) vor.

Da, wie dem Min. bekannt geworden ist, der Fall sehr häufig vorkommt, unehelich gebornen Kindern in den Schulen der Name ihrer angeblichen Mutter beigelegt wird, und daß daraus bei dem Eintritt der Kinder in das Leben mancherlei Inkonvenienzen entstehen, so wird die R. Reg. hierdurch fordert, auf geeignete Weise, jedoch ohne ein besonderes Aufsehen dabei, von den Pfarrern dahin wirken zu lassen, daß uneheliche Kinder in der den gesetzl. Bestimmungen entsprechend, nur nach den Namen ihrer Mütter geführt und genannt werden.

(N. XIX. S. 716.)

### III. Schulbesuch.

#### 1) Allgemeine Instruktionen. <sup>1)</sup>

a) Publk. der Reg. zu Stettin v. 29. Sept. 1826, betr. den Schulbesuch und die Schulversäumnisse.

Dasselbe verordnet mit Bezug auf §§. 43., 44., 46. N. R. I. Tit. 12. (s. o. S. 320) und auf §§. 1. und 10. des Gen. Land von 1763 (s. o. in Th. I. S. 64), wie folgt:

1) Vom zurückgelegten sechsten Jahre bis zum vollendeten vierzehn oder bis zur Einsegnung ist, nach Pommerscher Observanz, jedes Kind schulpflichtig, aber schon von seinem vollendeten fünften Jahre an schulfähig oder rechtfertigt.

2) Um Ostern und Michaelis jedes Jahres müssen die Schulvorstände dem Lande dem Schullehrer und die Schul-Deput. in den Städten dem Schullehrer ein Verzeichniß derj. Kinder, welche alsdann das schulpflichtige Alter erreicht haben, oder in den nächstfolgenden drei Monaten erreichen, zufertigen.

3) Den Eltern und Pflegeeltern liegt ob, ihre schulpflichtigen Kinder in den Städten in der Osterwoche und in der Michaeliswoche, auf dem platten Lande vor dem Anfange der Sommer- und Winterschule in die Schule zu bringen, und sie von dem Rektor oder dem Schullehrer in die Liste der Schüler einzutragen zu lassen.

4) Die Aufnahme der schulfähigen und der schulpflichtigen Kinder in die Schule soll von jetzt an in den Städten und auf dem platten Lande nur an den gesetzten beiden Terminen, also nur zwei Male im Jahre, stattfinden. In andern Zeit dürfen neue Kinder nicht ohne Genehmigung des Orts-Predigers nur in den Fällen, wo sie durch Krankheit und den Umzug der Eltern werden, zu rechter Zeit einzutreten, in die Schule aufgenommen werden.

5) Wie die Aufnahme in die Schule, so kann auch die Entlassung aus ders., sowie die Versetzung in eine höhere Klasse oder Abtheilung in nur um Ostern und Michaelis geschehen. (Diese Einrichtungen sind nothwendig, um nicht durch den beständigen Zu- und Abgang die Abtheilungen der Kinder zu vermehren, die ohnehin schon sparsam zugemessene Unterrichtszeit zu zerstückeln, und dadurch den Lehrern das Geschäft ohne Noth zu erschweren.)

6) Alle Kinder, welche schulpflichtig, d. h. volle sechs Jahre alt sind, müssen die Schule unausgesetzt besuchen, und zwar in denjen. Stunden, die Sommer und Winter hindurch zum öffentl. Unterrichte bestimmt sind.

7) Als rechtmäßige Ursachen zu Schulversäumnissen gelten nur: 1) Krankheit des Kindes, 2) Krankheit der Eltern, wenn diese der Pflege des Kindes nothwendig bedürfen, und 3) ungestüme Witterung und schlechte Wege, welche von dem Schulorte entfernt wohnen.

8) Wenn Kinder aus einer der angegebenen Ursachen genöthigt sind, die Schule zu verlassen, so müssen sie bei dem Lehrer entschuldigt werden. Von der letzten Art heißen erlaubte, alle übrigen sind unerlaubte Schulversäumnisse.

---

1) Obschon einzelne der nachstehenden Instr. auch andere Punkte, als den Schulbesuch allein, betreffen, so erschien es doch zweckmäßig, sie hier zusammenhangend zu geben, und später darauf zurückzuweisen.

Lehrer müssen über den Schulbesuch der Kinder Listen führen, und Vormittags und Nachmittags, die Anwesenden und die Abwesenden genau

den Schulbesuchlisten hat ein jeder Lehrer vierteljährlich (zu Ende des) eine besondere Versäumnisliste anzufertigen.

Der Geistliche prüft die Versäumnislisten, um sich zu überzeugen, daß der Lehrer genau geführt werden, und sich keine Partheilichkeit mit unterschreibt die Richtigkeit; der Lehrer übergiebt die Tabelle alsdann, auf des Vierteljahres, der Schul-Deputation oder dem Schulvors

ständen werden die einzelnen Listen von den Rektoren eingesammelt, geschrieben und eingereicht; auch kann hier die Einsendung monatlich (Monats) geschehen. (In der hiesigen Steindruckerei vom Kaufmann gedruckte Schulbesuch- und Versäumnislisten, der Bogen zu 1 Sgr.,

Schul-Deput. ist schuldig, binnen der nächsten acht Tage, in ihren 2 Sitzungen, die Ursachen der Schulversäumnisse <sup>1)</sup> sorgfältig zu untersuchen, säumigen Eltern vorzufordern, sie liebevoll oder auch ernstlich und zu ermahnen, zu warnen und anzuweisen, ihre Kinder ordentlich in zu schicken. Zum Beweise, daß dies geschehen ist, sind die Namen der Eltern jedesmal in dem Schul-Protokolle anzuführen.

denj. Eltern u., bei welchen freundliche Bitten und ernste Ermahnungen und Drohungen fruchtlos bleiben, hat die versammelte Schulversammlung aufzunehmen, dasselbe zu unterschreiben; und innerhalb der des neuen Vierteljahres in den Städten bei dem Magistrate und auf i der landrätthlichen Behörde einzureichen. (Die Einreichung der Drohung und Vollziehung der Versäumnis-Strafen, wie überhaupt die Aufrechterhaltung der äußern Ordnung in Allem, was die Schule betrifft, ist Sache der Mitglieder der Gemeinde, welche an den Sitzungen der Schul-Deput. theilnehmen, und dem Geistlichen liegt dabei nur ob, zu bitten, zu ermahnen, mit einem Worte, auf die Gesinnung der Eltern u. zu wirken; demselben muß es gelingen wird, in welchem er das Vertrauen, die Achtung und Liebe seiner Gemeinde besitzt.)

den Magistraten und den landrätthlichen Behörden sind, spätestens nachfolgenden 14 Tage, die nöthigen Einschreitungen oder Einleitungen zu treffen, um von den nachlässigen und pflichtvergessenen Eltern die gesetzlichen Strafen zu erzwingen. Es bleibt diesen Behörden überlassen, nach Befund der säumigen Eltern ebenfalls vorzuladen, zu verwarnen und zu bedrohen, die gesetzlichen Zwangsmittel gegen sie eintreten lassen, damit noch ein Ueberzeugung versucht und nicht mehr Strenge in die Verordnungen werde, als es der Sinn und Zweck derselben mit sich bringt. Auch ist es Pflicht, gegen Eltern u., welche bösen Willen oder wohl gar Widerstand, die Strafe zu erhöhen, und deren Kinder durch Zwang in die Schule zu lassen.

Schulvorstände können mit der Versäumnisliste auch das Verzeichniß der Schulgelder zur Einziehung einschicken. Die Magistrate und die Behörden haben die quittirten vierteljährlichen Straf- und Restansprüche: Wochen nach dem Anfange des Vierteljahres, wieder zurück zu

Strafgelder für Schulversäumnisse werden an die Orts-Schulkassen oder an die Schulbücher für arme Kinder und anderer nothwendiger Lehrmittel, und die Schulgelder an die Schullehrer abgeliefert.

Magistrate und die landrätthlichen Behörden werden angewiesen, von Ende jedes Jahres zu berichten: ob die Schullehrer die Schulversäumnisse richtig führen und pünktlich einreichen; ob die Schulvorstände die Schul-Deput. hierin ihre Schuldigkeit thun; ob die Beitreibung der Strafen geschehen ist; in welchen Ortschaften die wenigsten und in welchen

Bestimmung und Bestrafung der Schulversäumnisse ist durch den 5. Abschn. v. 23. Mai 1835 neu geregelt. S. u. sub 4., e.

die meisten Schulversäumnisse in dem verfloffenen Zeitraume vorgekommen und zugleich geeignete Vorschläge zu deren Verhütung und Abhilfe geben.

Den sämtlichen Rektoren und Lehrern machen wir aufs Neue auch von ihrer Seite zur Beförderung eines regelmäßigen Schulbesuchs beizutragen, daß sie ihr Amt treu und gewissenhaft verwalten, in ihr Lust und Liebe zur Schule erwecken, und ihnen durch beständige Beschäftigung den Aufenthalt in der Schule angenehm zu machen suchen in der Schule fehlenden Kindern bei den Eltern u. sich fleißig erkundigen lassen; sich insbesondere bei Führung der Listen keine Nachlässigkeit oder Parteilichkeit erlauben, und von der Erfüllung ihrer Pflichten Verdruss sich abhalten lassen. Von den Geistlichen erwarten wir, den wöchentlichen Schulbesuchen, welche ihnen nach §. 25. des Gen.-regl. vom Jahre 1763 von Amtswegen obliegen, sich überzeugen werben, daß die Lehrer die Schultabellen vorschriftsmäßig führen; daß sie bei ihren den ihnen anvertrauten Gemeinden jede Gelegenheit gewissenhaft wahrnehmen, die Eltern auf die Pflicht, welche Gott ihnen in das Herz geschrieben hat, sie ihm Rechenschaft geben sollen, hinzuweisen, und wie es ihr geistlich fordert, sie durch das Wort der Ermahnung und Warnung zu strafen; daß sie die Kinder zu dem Konfirmanden-Unterrichte nur unter dem eines ordentlichen Schulbesuchs annehmen, und mit Strenge und Nachsicht wachen, daß sie das gehörige Maaß von Kenntnissen und Fertigkeiten an den Schülern anbringen. Wenn auf diese Art Geistliche und Schullehrer zusammenwirken, den obrigkeitlichen Behörden immer und überall die nöthige Unterstützung wenn Letztere zwar mit milder Umsicht und Mäßigung, aber auch mit dem pflichtmäßigen Ernst und Nachdruck darüber wachen, daß in der Schulordnung herrsche, und zu dem Ende die Strafe gegen pflichtvergessene rückstichtlos vollzogen werde: so wird es mit der Zeit dahin kommen, und Kinder an die nothwendige Ordnung sich gewöhnen, und der Schulbesuch nicht mehr bloß als die Wirkung des gesetzlichen Zwangs, sondern als die erfreuliche Frucht einer schön vereinten Thätigkeit für das Volksschulwesen und einer daraus hervorgehenden besseren Bildung der Jugend des Volkes erscheinen.

(Ann. X. S. 752.)

b) B. der Reg. zu Marienwerder v. 1. Juli 1828, betr. den Schulbesuch.

Die Erfahrung lehrt, daß gegen unsere mehrfachen Anordnungen zum regelmäßigen Schulbesuch (Amtsbl. 1811 Nr. 4., 1815 Nr. 49., 1817 Nr. 10.) sowohl auf dem platten Lande als in den Städten viele Kinder, die im schulpflichtigen Alter befinden, die Schule nur im Winter, andere dagegen gar nicht besuchen, ihren Eltern auch nicht bei ihren häuslichen Beschäftigungen beistehen, sondern sich müßig umhertreiben. Damit der wohlthätige Zweck der Schule erreicht werde, und die Kinder im Sommer nicht wieder vergessen, was sie im Winter gelernt haben, und um zugleich den Eltern, die ihre Kinder bei der Gartenarbeit nicht entbehren können, zu Hülfe zu kommen, so finden wir es angezeigt, jene früheren B. theils in Erinnerung zu bringen, theils nachzuholen und zu vervollständigen, und hinsichtlich des Schulbesuchs, des Schuljahres und der Schulkurien auf Grund der gesetzlichen Vorschriften E. R. Th. II. Tit. 12. §§. 43—49. und Gen.-Landschulregl. v. 12. §§. 1. 4. 5. und 10. Folgendes festzusetzen.

#### A. Schulbesuch im Allgemeinen.

##### I. Für die Eltern.

§. 1. Vom zurückgelegten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre ist jedes Kind, welcher Konfession es auch sein mag, schulpflichtig, schon von seinem vollendeten 5. Lebensjahre an schulpflichtig oder schulpflichtig.

§. 2. Diejenigen Ortschaften, welche noch keine eigene Schule haben, sind verbunden, ihre Kinder ebenfalls zum regelmäßigen Besuch der Schule, zu welcher sie gehören, anzuhalten, und finden die nachfolgenden

zen auch auf die Anwendung, mit der Maassgabe, daß das schulpflichtige Alter Kinder für sie erst mit dem zurückgelegten 7. Lebensjahre beginnt.

§. 3. Alle Kinder, welche schulpflichtig sind, müssen die Schule unausgesezt sein, und als rechtmäßige Entschuldigungs-Ursachen der Schulversäumnisse gelten:

- 1) eigene Krankheit des Kindes,
- 2) ungestüme Witterung und schlechte Wege bei Kindern, welche von dem Schulorte entfernt wohnen.

Versäumnisse der letztern Art sind erlaubte, alle übrigen sind unerlaubte Schulversäumnisse.

§. 4. Wenn Brodherrschaften und Professionisten ein Kind, welches sich noch schulpflichtigen Alter befindet, in Dienst oder in die Lehre nehmen, so sind sie verbunden, dasselbe, so lange es sich noch im schulpflichtigen Alter befindet, regelmäßig zur Schule zu schicken. Vergl. unten §. 26. und A. E. R. Th. II. Tit. 8. 24.

§. 5. Die Schulbeiträge werden ohne Unterschied der Sommer- und Winter- und ohne Rücksicht darauf, ob die Kinder die Schule besucht haben oder nicht, festgesetzt. Ein Familienvater, der mehr als zwei schulfähige Kinder hat, bezahlt festgesetzte Schulgeld nur für zwei Kinder.

#### II. Für die Schullehrer.

§. 6. Jeder Schullehrer ist verpflichtet, mit Hülfe des Orts-Geistlichen und Schulvorstandes eine vollständige Schulbesuchsliste anzufertigen, worin er schulpflichtigen Kinder seiner Schulgemeinde mit Angabe ihres Lebensalters aufzählt, und täglich die Anwesenden und Abwesenden Vor- und Nachmittags notirt.

Die Schulbesuchsliste hat der Lehrer täglich auszufüllen, und darf sie nicht, es öfters geschieht, erst mehrere Tage oder Wochen hinterher vervollständigen. Falls hat er alle schulpflichtigen Kinder seiner Schulgemeinde, sie mögen die Schule besuchen oder nicht, und auch diej. Kinder, die aus fremden Schulgemeinden in die seinige verzo-gen, oder in seiner Schulgemeinde vermiethet sind, so lange sie noch im schulpflichtigen Alter befinden, in die Schulbesuchslisten aufzunehmen und nicht, wie es häufig geschieht, bloß diej. Kinder, die seiner Meinung zur Schule kommen werden, oder die gewöhnlich die Schule besuchen.

§. 7. Bei dem Schlusse der Lehrstunden, an jedem Vor- und Nachmittage,chnet der Lehrer jedes anwesende Kind in der für den Tag bestimmten Spalte in dem Punkte (.), jedes fehlende mit einem einfachen Strich, oder mit einem doppelten, je nachdem es einen halben oder einen ganzen Tag versäumt hat.

Am Ende des Monats füllt der Lehrer die Spalte aus, welche die Summe der versäumten Tage ergiebt. Sobald der gesetzliche Anfang der Sommer- oder Winterschule da ist, also für die Winterschule am ersten Montage nach Michaelis, und für die Sommerschule am ersten Montage nach Ostern (s. unten §. 23.),notirt der Lehrer auch, wenn gar kein Kind zur Schule gekommen sein sollte, anwesenden Kinder auf die vorgeschriebene Weise zu notiren.

§. 8. Ein Lehrer, der die Schulbesuchslisten nicht pünktlich, vollständig und richtig führt und ausfüllt, verfällt in eine Ordnungsstrafe von 10 Sgr., und in Wiederholungsfälle wird diese Strafe verdoppelt.

§. 9. Aus den Schulbesuchslisten fertigt ein jeder Lehrer eine besondere Versäumnissliste an, worin diej. Kinder aufzunehmen sind, die die Schule auf unerlaubte Weise versäumt haben.

§. 10. Die Schulbesuchs- und Versäumnisslisten dürfen nicht auf einzelnen Blättern geführt werden, sondern die Lehrer haben sich zu diesem Behufe geeignete zusammengeheftete oder eingebundene Bücher in folio anzuschaffen, und die Listen reinlich und sauber zu schreiben.

#### III. Für die Schulvorstände und Beamte. 1)

§. 11. Für jede einzelne Schulversäumniss, von welcher dem Schullehrer und Schulvorstande nicht an demselben Tage mit Anführung eines gültigen Entschul-

1) Die folgenden Bestimmungen sind hinsichtlich des Betrags und der Form zur Festsetzung der Strafe abgeändert durch §. 4. der Schul-Ordn. für die Provinz Preussen, s. v. S. 104.



digungsgrundes Anzeige geschieht, verfallen die Eltern in eine Ordnung 6 Pf. für einen halben, und 1 Sgr. für einen ganzen Tag.

§. 12. Die Schullehrer übergeben den Schulvorständen wöchentlich abends Abends oder Sonntags früh eine Anweisung der ohne Anzeigenschuldigung ausgebliebenen Kinder, und die Schulvorstände, welche die Anweisung mit Rücksicht auf die ihnen unmittelbar zugegangenen Entschuldigungen nochmals näher zu prüfen haben, setzen die nach §. 11. verurtheilten ohne weiteres fest, und fordern die Eltern auf, den Betrag zur Ortskasse zu berichtigen.

§. 13. Den Schulvorständen steht frei, sich aus der Zahl der arbeitsfähigen noch rüstigen Invaliden oder den sonstigen Einwohnern einen Schuldiener zu wählen, und diesem die Einziehung und Einforderung der Strafgelder gegen Zusicherung der Hälfte des eingehenden Betrages regelmäßig zu tragen.

§. 14. Die Schulvorstände sind verpflichtet, monatlich eine Liste der festgesetzten Strafgelder, welche davon eingegangen und welche aus der vorgesezten Ortsbehörde einzureichen, auch in besonderen Columnen die Eltern,

- 1) welche der Zahlung der Strafgelder sich gänzlich weigern,
- 2) welche zur Entrichtung unvermögend sind, und
- 3) deren Kinder ohne Entschuldigung mehr als dreimal im Monat in der Schule fehlen, namhaft zu machen.

§. 15. Die vorgesezten Landräthe, Intendanten, Domainen-Beauftragte sind berechtigt und verpflichtet, die Einziehung der Strafgelder von den Eltern, welche sich der Zahlung weigern, durch Auspöndung zu veranlassen. Diejenigen aber, welche unvermögend sind, verhältnismäßige Gefängnißstrafe und in Ansehung derjenigen Eltern, deren Kinder mehr als 3 mal ausgeblieben sind, verschärfende Maaßregeln eintreten zu lassen. Hierher gehören, wenn Mahnungen und Vorstellungen an die Eltern ohne Erfolg bleiben, eine weitere Steigerung der Strafgelder bis zum doppelten und dreifachen Betrage, besonders wenn ein bösesartiges Zurückhalten der Eltern selbst sich erweist, Gefängnißstrafe von 6 bis 48 Stunden. Kinder, die eine ganze Woche ausgeblieben sind, müssen in der nächsten Woche jeden Tag, wo sie in der bestimmten Zeit sich einfinden, durch den Schuldiener gegen Bezahlung persönlich eingeholt werden.

§. 16. Zur Kontrolle der Schulvorstände reichen die Lehrer monatlich Versäumnislisten den Landräthen, Intendanten, Domainen-Beamten und Schulinspektoren ein, und wir behalten uns vor, in einzelnen Fällen diese Listen zur Kenntnissnahme und Prüfung des Verfahrens einzufordern.

§. 17. Die Strafgelder für unerlaubte Schulversäumnisse werden von der Ortschulkasse abgeliefert, und dafür Schulbücher, Schiefertafeln u. dgl. für Kinder der Schulgemeinde, oder auch nothwendige Lehrmittel beim Inventarieneintrag der Schule angeschafft. Für die gehörige Verwendung der Strafgelder bleibt der Ortsgeistliche, der Schulvorstand und der Lehrer verantwortlich.

Der betr. Landrath des Kreises aber wird hiermit ausdrücklich von der Verwendung dieser Strafgelder genaue Kenntniss zu nehmen, und öftere Revisionen davon zu überzeugen, daß die Gelder nur zu dem wirklichen Zweck verwendet werden.

#### B. Sommer-Schule.

§. 18. Die Schullehrer sind verpflichtet, eben sowohl im Sommer als Winter Schule zu halten.

§. 19. Wo bisher die Sommerschule, wie die Winterschule, Vormittags gehalten ist, bleibt es bei der bestehenden löblichen Einrichtung. Beamte, Geistliche, Schulvorstände und Lehrer haben dahin zu wirken, und nach überall im Sommer wie im Winter regelmäßig Schule gehalten zu werden.

§. 20. Damit aber insbesondere die erwachseneren Kinder ihre häuslichen und landwirthschaftlichen Geschäften behülflich sein können, wird vorläufig nachgegeben werden, daß sie von Ostern bis Michaelis täglich 2 Stunden die Schule besuchen. Dagegen müssen die kleineren Schulkinder Eltern bei der Feld- und Gartenarbeit noch gar keinen wesentlichen

hauen, und die, wie die Erfahrung lehrt, sich während der Sommerzeit meistens ganz müßig umher treiben, überall und ohne Ausnahme die Schule im Sommer wie im Winter unausgesetzt Vor- und Nachmittags besuchen.

Die Anzahl von 18 wöchentlichen Lehrstunden für die größeren Schulkinder im Sommer darf unter keinerlei Vorwande vermindert oder abgekürzt, und die Zeit der Sommerschule durchaus nicht über diese Frist hinaus verlängert werden, und bleibt überdies jedem Hausvater unbenommen, auch seine erwachseneren Kinder, gleich den jüngern, an allen Lehrstunden im Sommer wie im Winter Antheil nehmen zu lassen.

§. 21. Unter erwachseneren Kindern werden diej. verstanden, die bereits das 10. Lebensjahr zurückgelegt haben.

§. 22. Von Michaelis bis Ostern müssen alle schulpflichtigen Kinder, ohne Rücksicht auf ihr Alter, die Schule Vor- und Nachmittags besuchen.

§. 23. Die Sommerschule dauert von dem ersten Montage nach Ostern bis zum ersten Montage nach Michaelis, und wird der Tag des Anfangs und des Endes ders. jedes Jahr den Kindern vom Lehrer, den Eltern von dem Ortsgeistlichen von der Kanzel herab bekannt gemacht.

§. 24. Dem Lehrer bleibt überlassen, mit dem Schulvorstande und dem Ortsgeistlichen zu verabreden, an welchen Stunden des Tages, mit Berücksichtigung des Nützlichen und Herkömmlichen, die Sommerschule der erwachseneren Kinder gehalten, ob dazu die frühen Morgen-, oder die Abend-, oder die Mittagsstunden, oder einzelne ganze Wochentage in der Art benutzt werden sollen, daß die Erwachsenen die vorgeschriebene Anzahl von 18 Unterrichtsstunden wöchentlich erhalten.

§. 25. Die Schulversäumnisse werden im Sommer von dem Lehrer eben so in die Schulbesuchs- und Versäumnislisten eingetragen, und von den Behörden so streng gerügt, als im Winter.

§. 26. Wenn schulpflichtige Kinder für den Sommer vermiethet sind, so haben die Brodherrschaften die Verbindlichkeit, sie ebenfalls bis zur vorgeschriebenen Stundenzahl in die Schule zu schicken, und gehen die angeordneten Strafen bei Uebertretungsfälle auf diese über.

§. 27. Da noch fortwährend in vielen Gegenden unseres Bezirks schulpflichtige Kinder zum Viehhüten gebraucht, und dadurch vom Schulbesuch abgehalten, Trägheit gewöhnt und zur Lasterhaftigkeit verleitet werden, so bringen wir, in Rücksicht auf die beschaffenen Bestimmungen des Gen.-Landschul-Regl. v. 12. 1763 §. 4. die B. v. 1. Mai 1803<sup>1)</sup> wider das Austreiben des Viehes Begleitung eines Hirten in Erinnerung, wo §. 8. das Annehmen unerwachsener Kinder zu Hirten und Aufsehern über das Vieh ausdrücklich untersagt wird, fordern sämtliche Orts- Behörden auf, mit Strenge darauf zu halten, daß die Haltung des Viehes keine unerwachsenen Kinder angenommen, und diese davon dem Schulunterrichte abgezogen werden, widrigenfalls die Eltern in die festgesetzten Schulstrafen verfallen.

#### C. Ferien.

§. 28. In der Zeit, wo die strengste Feldarbeit eintritt, wird auf dem plattländischen Lande 4 Wochen lang keine Schule gehalten. Es steht dem Lehrer nach geschehener Uebereinkunft mit dem Schulvorstande und dem Ortsgeistlichen frei, diese Ferien Wochen so zu vertheilen, wie es der Beschaffenheit der Gegend und der Art der Feld- und Gartenbaues am angemessensten ist; jedoch der Anfang und Ende der 4 wöchentlichen Sommerferien am Besten durch den Anfang und das Ende der Erndte bestimmt. Andere Ferien, z. B. zu Ostern oder Michaelis, dürfen nicht stattfinden, und wird nur bei den großen kirchlichen Festen Schulferien verfallen.

<sup>1)</sup> §. 8.: Zu Hirten und Aufseher über das Vieh sollen nicht unerwachsene, sondern überall nur solche Personen genommen werden, welche im Stande sind, dasselbe von Beschädigungen abzuhalten. (N. C. C. Tom. XI. S. 2855. — Bd. 7. S. 448.)

Die Anstellung „tüchtiger Hirten“ verlangt auch §. 3. der Feldpol.-D. v. 1. 1847. (S. 6. 1847. S. 376.)

Vgl. auch die Bekanntm. der Reg. zu Marienwerder v. 16. Nov. 1852 unten IV. 2.

Festen, außer den Festtagen selbst, noch ein Tag vor dem Feste und ein Tag nach dem Feste die Schule freigegeben. Uebrigens bleibt es hinsichtlich der Stadt- und Landschulen bei den durch das Amtsbl. 1824 Nr. 39. erlassenen Bestimmungen, wo auch die Anordnung des Schulunterrichts für das Sommerhalbjahr in kleinen Landstädten vorgeschrieben ist.

§. 29. An dem Tage, wo der Schullehrer den gewöhnlichen Lehrerlungen bei dem Ortsgeistlichen oder dem Schul-Inspektor beiwohnt, soll die Schule nicht ganz ausfallen, sondern sie muß alsdann in den Frühstunden werden.

§. 30. Bei der öffentl. Schulumusterung müssen alle schulpflichtigen, die erwachseneren Kinder einer Schulgemeinde zugegen sein, damit der Inspektor sieht, was der Lehrer auch diesen leistet.

§. 31. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Okt. 1828 in vollkommene Kraft; und die geistlichen und weltlichen Beamten haben dafür zu sorgen, daß den Lehrern, Eltern und Schulvorständen gehörig bekannt werde.

(N. XII. S. 691.)

c) Publ. der Reg. zu Düsseldorf v. 30. Okt. 1825, betr. den Besuch, das Schulgeld und die Schulzucht. <sup>1)</sup>

Durch die R. D. v. 14. Mai d. J. <sup>2)</sup> ist einem längst gefühlten Bedürfnisse vorgeesehen worden.

Um die Anwendung dieses Gesetzes zu erleichtern, und den beabsichtigten Erfolg so viel sicherer herbeizuführen, wird mit Genehmigung des R. Min. U. u. M. Ang. Nachstehendes verordnet:

1. Die Aufnahme der schulfähigen Kinder in öffentlichen Schulen soll nun an halbjährig, den 1. April und 1. Okt. Statt.

2. Kinder, welche das fünfte Jahr noch nicht vollendet haben, dürfen zur Schule zugelassen werden.

3. Der Schulvorstand, welchem überall der Pfarrer vorsteht, führt die Liste über alle schulpflichtige Kinder des Bezirks, und fördert, so viel an ihm liegt, daß alle die Schule wirklich besuchen. Er ermahnt die säumigen Eltern, in den vom Lehrer ihm vierteljährlich vorgelegten Listen, welche ermahnt sind, und übergiebt dem Bürgermeister hiernach die Listen.

4. Der Bürgermeister als weltliche Obrigkeit der Schule wird sich zu Zeit mit dem Pfarrer und Schulvorstande benehmen, wie der Schulbesuch durch Zwangsmittel gefördert werden könne.

5. Zwangsmittel gegen die säumigen Eltern mittelst Polizeistrafen sind erst dann anwendbar, wenn eine gütliche Erinnerung vom Schulvorstand hergegangen und fruchtlos geblieben ist. Zeigt der Schulvorstand sich in der Mahnung säumig, so muß die Polizeibehörde dem Landrathe hiervon Kenntniß geben, damit dieser ernstlich einschreite.

6. Den Eltern ist es zwar freigelassen, die Kinder in eine andere öffentliche oder genehmigte Privatschule außer ihrem Schulbezirke zu schicken. Die Eltern werden jedoch darüber wachen, daß diese Befugniß durch öftern Wechsel Nachtheil der Kinder und Schule nicht mißbraucht werde, und der Uebertreter in die andere Schule auch nur an den im §. 1. bestimmten Ort Statt finde. Sie können, wo sie es zweckdienlich finden, die Kinder auf die Schule ihres Bezirkes zurückweisen.

7. Auch wenn eine Schule zu überfüllt wird, sind die nicht zum Bezirk gehörigen Kinder zurückzuweisen.

8. Weil in einigen Schulgemeinden die große Entfernung vom Schul-

1) Ein älteres Publ. der Reg. zu Trier v. 11. April 1817 (Ann. I. S. 134) ist in seiner Bestimmung des schulpflichtigen Alters durch die R. D. v. 14. Mai 1825 aufgehoben. Dasselbe ordnete den Winterkurs auf den 3. Okt. Mittwoch vor Oftern, den Sommerkurs auf den 2. Montag nach Oftern bis Sept. an, setzte täglich 6 Schulstunden, Vorm. 3 und Nachm. 3, fest, gab aber, kleine Kinder unter 10 Jahren schon nach 1½ Stunden zu entlassen. Sonntagen, Feiertagen und Donnerstag Nachmittags sollte keine Schule sein.

2) Vergl. oben S. 561.

lichen Beschäftigungen, oder andere den Kindern übertragene Arbeiten des täglichen zweimaligen Schulbesuchs sind; auch noch nicht zulimmet Raum genug haben, alle schulpflichtige Kinder auf einmal so sind die Schulpfleger ermächtigt, im Benehmen mit dem Bürgermeister-Zuziehung des Orts-Schulvorstandes eine angemessene Abänderung der Schulstunden zu treffen; die Kinder nach Alter und Fähigkeit, oder Geschlecht zu trennen, und jeder Abtheilung besondere Unterrichtsstunden, nach Umständen angemessen, zu bestimmen.

Lehrer sind verpflichtet, sich dieser Anordnung zu fügen, und nur in dem Maße die tägliche Schulzeit über 6 Stunden hinaus erstreckt wird, und welche ihres Berufs verbunden sind, längere Zeit des Tages zu unterrichten, auf eine billige Vergütung Anspruch machen.

Sind die Lehrer, welche von nun an ernannt werden, gehalten, an dem Orte, wo eine Trennung vorbemerckter Art zweckdienlich gefunden wird, zu unterrichten täglich 7 Stunden zu unterrichten.

Aufnahme der schulfähigen Kinder eines Bezirks zur Bemessung des Schulgeldes der Schulzimmer und zu andern statistischen Zwecken sind in der Liste der schulfähigen vom vollendeten 5. bis zum vollendeten 12. Jahre aufzuführen: 12 Jahre alten Kinder, welche noch keinen Entlassungsschein aufweisen, sind jedoch deshalb nicht von der Pflicht entbunden, die Schule zu besuchen.

Pfarrer sind verpflichtet, denjenigen Kindern, welche sie für hinlänglich schulpflichtig anerkennen, auf ungestempelttem Papier eine Bescheinigung unentgeltlich auszustellen. Diejenigen Kinder, welche eine solche Bescheinigung nicht beibringen können, sind von Schulbesuchen anzuhalten.

Fällen, wo die polizeilichen Geldstrafen nicht ausreichen, den Schulbesuch zu erzwingen, ist besonderer Bericht an uns zu erstatten.

Es wird vertraut, daß schärfere Zwangsmittel nirgend erforderlich sind, vielmehr die regelmäßige Bezahlung des Schulgeldes im Allgemeinen den Schulbesuch zu fördern.

Im Falle, wo Schulgeld hergebracht ist, wird der monatliche Satz von dem Kind angenommen; es sei denn, daß über ein geringeres Schulgeld eine Uebereinkunft zwischen dem Kind und dem Lehrer getroffen worden.

Wenn ein höheres Schulgeld hergebracht ist, bleibt es einstweilen bei dem niedrigeren.

In allen Klassen einer Schule muß jedoch das Schulgeld gleichförmig sein. Wenn eine Verschiedenheit Statt findet, wird der Schulpfleger im Benehmen mit dem Schulvorstande den Mittelsatz ermitteln, nach welchem vom 1. Jan. nächsten Jahres die Erhebung geschehen muß.

Schulgeld wird monatlich vorausbezahlt. Abzug für einzelne Tage während welcher das Kind die Schule nicht hat besuchen können, wird nicht gemacht, vielmehr muß das Monatsgeld voraus bezahlt werden, wenn das Kind nur einmal im Laufe des Monats die Schule besucht hat.

Eltern sind verpflichtet, von der Zeit an, wo nach den §§. 1. und 2. die Aufnahme in die Schule reif waren, das Schulgeld zu entrichten.

Wenn ein Kind, wegen körperlicher oder Geistesgebrechen, die Schule nicht besuchen kann, müssen die Eltern dem Schulvorstande nach, daß sie ihm genügenden Privatunterricht ertheilen lassen, oder wird das Kind nach dem Urtheile des Schulvorstandes auf längere Zeit vom Schulbesuche freigesprochen, so kann für die Monate, in welchen das Kind die Schule nicht besucht hat, kein Schulgeld erhoben werden.

Das Schulgeld wird an den Kommunal-Empfänger in der Regel entrichtet, in diesem wie andere Kommunalsteuer beigetrieben. Von dem Betrage, welcher dem Empfänger wirklich einnimmt, werden ihm 4 vom Hundert Hebegebühr abgezogen.

Wenn aber den Eltern eine Gelegenheit mehr geboten werde, mit der Zahlung des Schulgeldes zu bleiben, wird es ihnen gestattet, das Schulgeld für die Monate, in welchen das Kind die Schule wirklich besucht hat, dem Lehrer selbst zu entrichten, sofern es nicht anders beschaffen ist.

22. Eine Anmahnung von Seiten des Lehrers darf nicht Statt finden; vielmehr übergiebt ders. am 15. eines jeden Mon. dem Kommunal-Empfänger die Li-  
der an ihn geschehenen Zahlungen.

23. Nach dem 15. fängt die Zwangs-Beitreibung durch den Kommunal-Empfänger an, und es ist dann für den laufenden Mon. keine Zahlung an den Lehr-  
mehr zulässig.

24. Der Kommunal-Empfänger erhebt nach einer Liste, welche zu Anfa-  
eines jeden halben Schuljahrs von dem Lehrer angefertigt, von dem Schulvorstand  
und dem Bürgermeister bescheinigt, und von der landrätthlichen Behörde vollstreckt  
erklärt worden ist. In dieser Liste werden zwar die Armenkinder mit aufgeführt,  
allein der Betrag des Schulgeldes wird bei diesen nicht angesetzt. — Welche Ki-  
der aber zum Armenrechte zugelassen seien, bestimmt der Armenvorstand.

25. Für diej. Kinder, welche die Schule besucht haben, wird dem Lehr-  
nach einer vom Schulvorstande bescheinigten Liste auf Anweisung des Bürgermei-  
sters am Schlusse eines jeden Vierteljahrs das eingegangene Schulgeld entrichtet.

26. Ueber den Schulbesuch der Armenkinder führt der Lehrer ein besond-  
Verzeichniß; jedes Schulversäumniß wird in diesem bemerkt, und es wird d-  
Schulgeld für die Armenkinder nur nach Maassgabe des Schulbesuchs aus Arme-  
mitteln, und wo diese fehlen, aus der Gemeindefasse auf Bescheinigung des Arme-  
und Schulvorstandes, und im letztern Falle zugleich auf Anweisung des Bürge-  
meisters entrichtet. Eltern, welche ihre Kinder nicht regelmäßig zur Schule schick-  
haben keine Spende aus Armenmitteln zu erwarten.

27. Eltern, deren Kinder entlassen, gestorben oder vom Besuche der Sch-  
im Laufe des halben Schuljahrs entbunden worden, haben die Absetzung von d-  
Liste zu bewirken. Eine Bescheinigung des Pfarrers reicht hierzu hin; so lang  
dieses nicht geschieht, bleiben sie zur Zahlung des Schulgeldes für das laufende  
Semester verpflichtet.

28. Bei Anfertigung der neuen Liste für jedes Semester dürfen aber die von  
der Schule entlassenen Kinder nicht aufgeführt werden. In der Regel muß die  
Entlassung am Schlusse eines Semesters, in Folge einer unter Zuziehung des  
Schulvorstandes vorgenommenen Prüfung, geschehen.

29. Besuchen solche Kinder, welche für hinreichend unterrichtet in Gemäss-  
des §. 2. der A. R. O. erklärt worden sind, ferner die Schule, so bleibt es eine  
Sache des Lehrers, von diesen das Schulgeld zu erheben.

30. Das Schulgeld von jenen Kindern, welche die Schule nicht besucht ha-  
ben, wird zu Schulerfordernissen verwendet; auch kann dem Lehrer auf den Antrag  
des Schulvorstandes von dem Gemeinderathe eine Zulage, die jedoch  $\frac{1}{2}$  des Be-  
trags nicht übersteigen darf, unter Genehmigung der landrätthlichen Behörde bewil-  
ligt werden.

31. Wenn ein Schulbezirk mehrere Bürgermeistereien befaßt, so müssen für  
jede die Listen besonders angefertigt, auch muß vom Kommunal-Empfänger für  
jede Schule eine besondere Nachweise geführt werden.

32. Den Gemeinen bleibt es unbenommen, mit dem Lehrer eine Vereinba-  
rung über Abstellung des Schulgeldes zu treffen. Eine solche Vereinbarung  
terliegt aber unserer Genehmigung.

33. Da nach ausdrücklicher Erklärung des K. Min. nur den Verwaltungs-  
Behörden die Befugniß zusteht, das Maass des Schulgeldes zu bestimmen, und die  
Erhebung dess. zu ordnen, so findet kein anderweiter Refurs in dieser Bezie-  
hung Statt.

34. Was die Schulzucht betrifft, so versehen wir uns zu den Lehrern, die  
werden von der ihnen durch die A. R. O. §. 5. ertheilten Befugniß bescheidenen  
Gebrauch machen, und nicht außer Acht lassen, daß jene Lehrer den Vorzug vor  
dienen, welche die Schulzucht ohne körperliche Züchtigung aufrecht zu halten ver-  
stehen.

35. Würden wider unser Erwarten Mißhandlungen vorkommen, welche nach  
dem §. 6. der A. R. O. ein Disziplinarverfahren gegen den Lehrer begründen  
können, so werden die Schulvorsteher nicht abwarten, bis die Eltern klagen auf-  
treten, sondern sie werden von Amtswegen dem Schulpfleger Anzeige machen, wo-  
her darüber an uns berichtet wird.

36. Würde aber ein gerichtliches Verfahren gegen einen Lehrer nöthig sein,



werden die Bürgermeister der landrätlichen Behörde unverzüglich Nach-  
a, welche uns von dem Verhalte in Kenntniß setzen wird.

Mit dem 1. Jan. 1826 tritt diese B. in Kraft, und ausnahmsweise  
ann diej. Kinder zur Schule aufgenommen, welche am 1. Okt. d. J. das  
vollendet hatten.

Wir versehen uns zu allen Beamten geistlichen und weltlichen Standes,  
den wichtigen Zweck dieser B. erkennend, und die in der A. R. D. v.  
d. J. ausgesprochene Absicht verehrend, mit Ernst und Nachdruck auf die  
ng und Aufrechthaltung dieser Vorschrift halten. Die Landräthe werden,  
geschehen, in den Monats-Berichten und die Schulpfleger in ihren Haupt-  
anzeigen.

IX. S. 1032.)

inliche Instruktionen sind auch von andern Reg. gegeben worden.  
len, Zeitungsnachrichten zu Folge, neuerdings dergl. ergehen. Das  
hat jedoch davon noch nichts enthalten.

Förderung des Schulbesuchs, insbesondere durch Einwirkung  
lichen und Lehrer.

E. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 23.  
18 an sammtl. R. Reg. und Prov. Kons., betr. die Verhütung der  
n Versäumung des Schul- und Religions-Unterrichts von Seiten  
er.

reignet sich immer noch zuweilen, daß Kinder ohne allen Schul- und Re-  
terricht aufwachsen, und dann, ohne eingesegnet und förmlich in die kirch-  
einschaft aufgenommen zu sein, zu dem bürgerlichen Leben übergehen.  
lich kommt dieses dann zur Sprache, wenn solche Individuen Verbrechen  
haben, und die Frage über ihre Zurechnungsfähigkeit entsteht. Veranlaßt  
sehr auffallendes Beispiel dieser Art, haben Se. Maj. der König mittelst  
v. 18. Juni d. J. befohlen, daß die Provinzial-Behörden angewiesen  
sien, die Orts-Geistlichen zu gehöriger Aufmerksamkeit auf diesen wichti-  
nstand anzuhalten, damit solche Fälle gänzlicher Vernachlässigung des  
id Religions-Unterrichts nicht wieder vorkommen. Das Min. beauftragt  
R. Reg. (das R. Kons.) in Gemeinschaft mit dem Prov. Kons. (der R.  
iese Allerh. Bestimmung zur öffentl. Kenntniß zu bringen, den Predigern  
Schulaufsichern ganz besonders einzuschärfen, daß sie hierunter ihrer  
ntlich nachkommen.

i. XII. S. 690.)

E. R. dess. Min. v. 25. Sept. 1837 an sammtl. R. Reg., betr.  
mäßigen Besuch des Schulunterrichts in den Volksschulen.

der Ermittlung der Ursachen der in neuerer Zeit eingetretenen Vermeh-  
zur Untersuchung gekommenen Verbrechen ist, wie sich denken läßt, auch  
olgen einer vernachlässigten Erziehung und auf die Nothwendigkeit eines  
gen und ununterbrochenen Elementar-Unterrichts in den Volksschulen wie-  
ismerklich gemacht worden.

sind freilich die Hindernisse, welche sich der Regelmäßigkeit des Schulbe-  
gegenstellen und namentlich in der zu großen Ausdehnung der Schulbezirke  
zu weiten Entfernung von dem Schulhause, oder auch in den Verhält-  
Schulbezirksbewohner, welche ihrer Kinder Hülfe in häuslichen und Feld-  
nicht entbehren können, ja dieselben für den unmittelbaren Erwerb zu be-  
nschen, ihren Grund haben, bekannt genug. Auch ist das Min. über-  
die R. Reg. nach den bestehenden Vorschriften den in dieser Beziehung  
enden Uebelständen zu begegnen bemüht ist, steht sich indeß durch eine  
veranlaßt, die Aufmerksamkeit der R. Reg. auf diese Angelegenheit noch  
zu lenken und ihr nicht nur die möglichste Sorgfalt in der Anwendung  
ur Beseitigung der Uebelstände zu Gebote stehenden äußern Mittel zu  
sondern sie auch aufzufordern, bei jeder schicklichen Gelegenheit auf die  
, Schulvorstände und besonders auf die Pfarrgeistlichen und die Schul-  
wirken, daß sie ihren ganzen Einfluß geltend machen, die Eltern von der  
igkeit eines regelmäßigen Schulunterrichts für ihre Kinder zu überzeugen

und sie immer mehr bereit zu machen, der ihnen für die Erziehung ihr durch die Religion und durch das Staatsgesetz auferlegten Pflicht mit gut nachzukommen.

(Ann. XXI. S. 681.)

c) G. B. der Reg. zu Magdeburg v. 14. Aug. 1843 an die sanit.-Behörden, betr. die Beförderung des Schulbesuchs auf dem Lande.

Obwohl wir in unseren G. Verf. v. 18. Febr. 1834 und v. 6. wiederholt und ausführlich verordnet haben, was von Seiten des Schullehrers des Ortspredigers geschehen soll, um den Schulversäumnissen möglichst so haben wir doch wahrnehmen müssen, daß diese Anordnungen nicht beachtet zu sein scheinen. <sup>1)</sup>

Die bisherigen Erfahrungen bestätigen es, daß in Orten die Schulen und unausgesetzt besucht werden, bei denen die Verhältnisse ganz gleich Orten sind, in denen Schulversäumnisse zu den ganz gewöhnlichen Ergehungen gehören, und mit dem Drucke der Verhältnisse im Familienleben werden.

Bei näherer Untersuchung und Erwägung der Umstände hat sich herausgestellt, daß die treue Einwirkung des Predigers, besonders aber die Thätigkeit und der Eifer des Lehrers die Ursachen gewesen sind, aus denen die Schule fortdauernd von den Kindern fortdauernd besucht worden ist; es der mangelhafte Schulbesuch vorzugsweise dadurch veranlaßt worden ist, daß der Ortsprediger und Schullehrer nicht in der Weise eingewirkt haben, wie es in angeführten Anordnungen vorgeschrieben ist.

Es giebt Schulen auf dem Lande, in welchen im Sommer wie kein Kind ohne triftige Entschuldigung fehlt. Die Kinder selbst treiben die Schule zu kommen, und sie bitten sogar ihre Eltern, sie nicht von der Schule zurückzuhalten, wenn diese weniger Gewicht darauf legen, daß jene etwas als daß sie die Zeit der Schule zu Vollbringung häuslicher oder Lohngelegenheiten wenden.

Wenn man aber fragt: woher dieser Drang der Kinder, zur Schule so ist zu antworten, daß die Schule die Kinder durch den in ihr walten den Lehrer und sein erfreuliches Wirken so mächtig anziehe.

Da, wo der Lehrer seine Schulkinder mit Liebe, mit Freundschaft mit dem väterlichen Ernste, der nur das Wohl der Kinder befördern handelt, wo er den Unterricht anziehend und belebend zu ertheilen sucht, wo er den kindlichen Geist angemessen und anregend zu beschäftigen und die rechten Mittel findet, daß das Lernen den Kindern Freude bereitet, sind die Kinder gern in der Schule, zumal sie in derselben in Gesellschaft mit Jugendgenossen sich befinden, und mit denselben dieses frohe Gefühl theilen auch in dem Kinde beim Ueberdenken der gemachten Fortschritte entsteht.

Wo aber die Kinder von ihrem Lehrer unfreundlich oder kalt behandelt werden, kleine Versehen, für Mangel an schnellem Fassen hart gescholten oder wenn sie das nicht gefaßt haben, was der Lehrer nicht faßlich gemacht hat, geprügelt werden; wo der Lehrer selbst keine Begeisterung für sein Amt, sein ganzes Benehmen zu erkennen giebt, welche eine Last ihm das Schullehren ist und die Kinder langweilt, und ihre Lebhaftigkeit, die er nicht zu verstehen versteht, durch harte Mittel unterdrückt, da kann es den Kindern nicht verdenken, wenn sie jeden Vorwand auffuchen, und jedes andere Geschäft gern um nur den Besuch der ihnen so lästigen, nicht selten zur täglichen Last gewordenen Schule zu vermeiden, und dafür sich einen andern Zeitvertreib, wie in Arbeiten besteht, zu verschaffen.

Es ist zwar nicht zu leugnen, daß es Ortschaften giebt, deren Bewohner noch wenig Sinn für die Schule haben, und weil sie gleichgültig für

---

1) Der größte Theil des Inhalts dieser G. Verf. ist aus der G. Reg. zu Köslin v. 6. März 1843, und zwar meist wörtlich, entlehnt. sub IV. 1.

hret Kinder sind, und nur darauf ausgehen, die Kräfte derselben zu  
 le zu benutzen, die Schulanstalt für eine Zwangsanstalt ansehen,  
 ung auf die Kinder wohl übergehen muß, so daß diese eine Scheu  
 le haben, und in derselben nur Unlust empfinden, wenn auch der  
 allen Kräften und auf die angemessenste Weise ihnen nützlich zu wer-  
 Allein auch hier liegt gewöhnlich ein großer Theil der Schuld  
 rer, wenn sich das Verhältniß nicht allmählig und fortschreitend

: Abneigung der Eltern gegen die Schule kann der Lehrer, selbst in  
 inden, überwinden, wenn er durch streng sittlichen Wandel, durch das  
 ng angemessene bescheidene und friedliche Verhalten, durch verständiges  
 nd durch Bethätigung seiner wohlwollenden, Vertrauen erweckenden  
 sich die Achtung und Liebe des Predigers und der Gemeinde erwirbt;  
 Andern die Ueberzeugung giebt, daß ihm die Erfüllung seines Berufs  
 n liege, es seine wahre Freude sei, alle Kinder, die des Unterrichts  
 m sich zu versammeln, und wie wehe es ihm thue, wenn er nur eins  
 durch Schulversäumnisse von der ausreichenden Ausbildung zum sitt-  
 ligen Menschen und zum nützlichen Mitgliede der bürgerlichen Ges-  
 idgehalten werde.

ten öfter die herzerhebende Erfahrung gemacht, daß manche Gemeinde,  
 rher die größte Gleichgültigkeit gegen die Schule geherrscht hatte, in  
 derselben ihre ganze Theilnahme und unbegrenzte Zuneigung zugewen-  
 l an die Stelle vorhergegangener Lehrer, welche nicht ihrem Berufe  
 n nur ihr Amt als Brod- und einträgliche Dienststelle betrachtet und  
 , ein tüchtiger Lehrer gekommen ist, welcher ganz den vorhin ange-  
 bernissen entsprochen hat.

her Lehrer wird auch unverdrossen darin sein, durch wohlwollendes  
 st durch Bitten und äußersten Falls durch Warnen, die säumigen El-  
 t bringen, daß sie ihre Kinder regelmäßig die Schule besuchen lassen,  
 versäumnisse unvermeidlich sind, zuvor Erlaubniß für ihre Kinder ein-  
 selben entschuldigen.

aber dennoch sein Bemühen ohne Erfolg bleiben, so wird er es  
 ige Pflicht halten, die Unterstützung des Predigers eifrigst nachzu-

wird in einem Dorfe, in welchem der Schullehrer selbst die Schule  
 er theilweise ausfallen läßt, oder die wenigen kommenden Schulkinder  
 nicht, weil ihrer zu wenig sind, oder die Kinder stundenlang ohne  
 er Schule sitzen, oder unter Aufsicht älterer Schulkinder lesen und  
 , während er selbst bei seinem Bienenstande oder mit Gartenarbeit  
 Küche oder in Ställen beschäftigt ist, wo er ohne Erlaubniß des Pres-  
 Tage das Dorf verläßt, um Jahrmärkte zu besuchen, wo die, aus  
 n ihm anhängig gemachten Prozesse seine öftere Abwesenheit und das  
 : Schule nöthig machen, die Gemeinde immer gleichgültiger gegen den  
 Besuch der Schule werden, und die Eltern werden sich's nicht zur  
 e machen, ihre Kinder die Schule, so oft es ihnen zuträglich scheint,  
 : lassen.

her untreuer Lehrer wird die Versäumnislisten entweder nicht täg-  
 r nicht ausfüllen, und von den ihm zu Gebote stehenden Mitteln der  
 nung und Warnung bei den Eltern keins in Anwendung bringen,  
 tet, von den Eltern seiner eigenen Nachlässigkeit und Untreue geziehen  
 nd Bestrafung der Schulversäumnisse wird er aus Furcht vor Gegen-  
 t erwirken wollen.

fen, daß die Anzahl solcher untreuen Lehrer nur gering sein werde,  
 dahin sehen, daß sie mit Strenge zur Erfüllung ihrer Pflichten ange-  
 t.

liches ungünstiges Ergebnis aber wird auch da eintreten, wo pflicht-  
 r nur allein durch Bestrafung der Schulversäumnisse  
 r Zustand herbeiführen wollen und ihrer Pflicht genügt zu haben  
 : sie die Schulversäumnislisten streng führen, regelmäßig einreichen  
 :rafung der Versäumnisse dadurch veranlassen. Bitten und Ermahnun-  
 inende Warnungen werden in der Regel mehr wirken als Strafen.

Sene nähern den Lehrer den Eltern, diese entfernen beide von einander, und so den daher, da sie leider nicht ganz zu vermeiden sein werden, nur dann von rechten Wirkung sein, wenn sie als letztes Mittel zur Anwendung kommen.

Wenn endlich treue, thätige und gewissenhafte Prediger das Wirken der Schullehrer ernstlich und ausdauernd unterstützen, wenn sie darauf halten, daß der Prediger jedesmal am Schlusse der Woche ihnen die Versäumnißliste zustellt, sondern auch ihrerseits ohne Aufschub die Eltern seelsorglich ermahnen, daß sie ihre Kinder regelmäßig zur Schule schicken, und ihnen eröffnen, daß wenn sie den liebevollen Ermahnungen nicht nachkommen, es ihre Pflicht erheischt, Anzeige bei der Behörde zu machen, und die Hülfe der letztern durch die Superintendentur in Anspruch nehmen zu lassen, so werden, wie die Erfahrung lehrt, die nicht zu schuldigenden Schulversäumnisse immer seltener werden, und endlich ganz verschwinden.

Wir tragen Ew. Hochchw. auf, jedem Prediger und jedem Schullehrer in dem Lande in ihrer Diözese ein Exemplar dieser Verf. durch den Ortsgeistlichen einhändigen zu lassen. Zu den H. Predigern haben wir aber das Vertrauen, daß sie Obiges nicht allein selbst beherzigen, sondern auch den Schullehrern dasselbe zu Herzen führen und sie aufmuntern werden, ihrerseits mit Liebe und Eifer alle die Mittel anzuwenden, welche zur Beförderung des Schulbesuchs wirksam sind.

(Min. Bl. b. i. B. 1843. S. 258.)

Ermahnungen ähnlichen Inhaltes für Schulaufseher, Geistliche und Lehrer, die Förderung des Schulbesuchs in Güte anzustreben, finden sich vielfach wiederholt. Vergl. den Schluß des Stettiner Publ. v. 29. Sept. 1826 sub 1. a., §. 4. des Düsseld. Publ. v. 30. Okt. 1825 sub 1. c., die Verf. v. 10. April 1841 unten sub 4. b. u. a. m.

d) Besondere Aufmerksamkeit darauf, ob für die Erziehung gebührend gesorgt werde, ist anempfohlen.

α) den Geistlichen hinsichtlich der unehelichen Kinder durch A. d. Min. der G. u. u. M. Ang. v. 16. Juni 1827 (A. XI. S. 671);

β) den Landrätthen und Bürgermeistern hinsichtlich derj. verlassenen Kinder, welche bei Pflegeeltern untergebracht sind, durch Publ. der Reg. Koblenz v. 3. Juni 1819 (A. III. S. 954).

### 3) Kontrolle des Schulbesuchs.

Behufs derselben ist die Führung besonderer Schullisten anzuordnen und zwar A. einer Liste der schulpflichtigen Jugend; B. einer Tagesliste über die etwaigen Schulversäumnisse. Aus dieser letztern hat der Schulpflichtige periodisch C. eine besondere Versäumnißliste auszuziehen und dem Schulpflichtigen vorstände einzureichen. Die Fristen hierzu (wöchentlich, monatlich, vierteljährlich) sind in den einzelnen Landestheilen verschieden festgestellt, eben so die Ordnungsstrafen<sup>1)</sup>, welche dem Lehrer bei Vernachlässigung der Führung und Einreichung seiner Listen angedroht sind. Ueber die Pflichten der Aufsichts-Behörden in dieser Hinsicht ist der erste Abschnitt dieser Theilung zu vergleichen (s. o. S. 559 Note 1.).

Die Bestimmungen über

a) Führung und Einreichung der Schullisten finden sich:

1) Gewöhnlich 1 Thlr. In Arnberg nach einer B. der dortigen Reg. v. 1. März 1826: 2 Thlr., nach einem Publ. der Reg. zu Königsberg v. 28. März 1833 dagegen, welches wöchentliche Einreichung der Versäumnißliste vorschreibt, bis 10 Sgr. (Amtsbl. 1833. S. 129. — Vergl. die Ost- und Westpreuss. Provis. Gesetze u. Glogau u. Leipz. 1835. Heymann. S. 134.) — Sind keine Versäumnisse vorgekommen, so soll ein Negativ-Attest eingereicht werden. B. der Reg. zu Breslau v. 21. Nov. 1833 (Amtsbl. 1833. S. 403. — Fürstenth. Br. 4. S. 255). Vergl. auch §. 1. der Instr. v. 6. Febr. 1845 unten sub 4. c.

α) §. 11. des Landschulregl. v. 12. Aug. 1763 (s. oben in Th. I. 16);

β) §§. 29., 30., 47., 54. des Regl. von 1765 (s. o. in Th. I. S. 139., 140), wobei auch Schemata;

γ) §§. 11. flg. der Gumbinner Instr. für Lehrer v. 18. Nov. 1829 (S. 000).

δ) §§. 2., 9., 10. des sub 1. a. gegebenen Stettiner Publ. v. 29. 1826.

ε) §§. 6. flg. 9. der sub 1. b. gegebenen B. der Reg. zu Marien-  
er v. 1. Juli 1828.

Außerdem bestimmen:

1) das Publ. des Konf. zu Magdeburg v. 5. Aug. 1817, betr. die  
nung der Schullisten.

Um die Zahl der schulpflichtigen Kinder jeder Gemeinde leicht übersehen und  
genauere Aufsicht über den Schulbesuch der Kinder führen zu können, soll von  
an ein Verzeichniß aller schulpflichtigen Kinder jeder Gemeinde, und eine Liste  
den Besuch jeder Schule geführt werden. Das Verzeichniß der schulpflichti-  
Kinder ist von dem Prediger der Gemeinde sofort aus dem Kirchenbuche nach  
beifolgenden Schema A. anzufertigen und dann sorgfältig fortzuführen, und  
Schulbesuchlisten werden von den Schullehrern nach dem vom Prediger ge-  
ten Verzeichnisse der schulpflichtigen Kinder nach dem Schema B. angefer-  
1), und von ihnen aufs pünktlichste geführt. Bei dem Schlusse der Lehrstun-  
an jedem Vor- und Nachmittage bezeichnet der Lehrer jedes Kind in der für  
Tag bestimmten Spalte, für den Vormittag mit einem perpendicularen, für  
Nachmittag mit einem horizontalen Striche, und am Ende des Monats füllt  
ie Spalte aus, welche die Summe der versäumten Tage angiebt. Sobald der  
Anfang der Winter- oder Sommerschule da ist, also für die Winterschule  
ersten Montage nach Michaelis, und für die Sommerschule am ersten Montage

Oktob., fängt der Lehrer, auch wenn gar kein Kind zur Schule gekommen  
sollte, an, die fehlenden Kinder auf die beschriebene Art zu notiren, und reicht  
Ende jeden Monats die Listen dem Prediger des Orts, oder dem Schulvor-  
e, wo dieser bereits eingerichtet ist, ein, damit die nöthigen Nachfragen und  
igen in Hinsicht der Kinder, welche die Schule versäumt haben, geschehen  
n. Mit dem Schlusse der Winter- und Sommerschule werden sämtliche  
l von dem Schulhalbenjahre an den Superint. oder Schulinsp. eingesandt,  
t dieser das Nöthige zur Bestrafung pflichtpergeßener Eltern und Vormünder  
en betr. Gerichten 2) einleite, auch wird das Konf. selbst diese Listen, wo es  
g erachtet wird, einfordern. Jeder der H. Prediger hat bei jedem Schulbes-  
die Präsentienliste nachzusehen, ob dieselbe ordentlich geführt wird, und ist  
verantwortlich, wenn er eine etwaige Nachlässigkeit des Schullehrers in  
Hinsicht nicht sofort dem betr. H. Superint. oder Schulinsp. anzeigt, und  
i. Superint. oder Schulinsp. werden sich, so oft sie einen Ort ihrer Diözese  
ven, beide Verzeichnisse vorlegen lassen, und sorgfältig prüfen, ob sie mit ge-  
r Genauigkeit geführt sind, wie auch die H. Schulräthe auf ihren Departes-  
reisen stets auf die genaue Führung dieser Listen ihr Augenmerk richten  
n.

[A. I. S. 3. S. 92.)

1) Vergl. die Instr. v. 28. Dec. 1812 (s. o. S. 321 ff.) u. ähnl. Formulare  
r Instr. v. 6. Febr. 1845 unten sub 4. o.

2) Die Bestrafung erfolgt im administrativen Wege. Vergl. R. v. 30. Sept.  
unten sub 4.



Ausfertigung der lehrerprüfungen am 20. Dec. 1817.

Nummer.	Namen der Familie.	Stand und Gewerbe.	Name der Kinder.	Gebohren	Kind also schulpflichtig von	Kind schulpflichtig dem Mütter nach der Reichsact 1820	Wurden der Schule entnommen	Jahr	Tag	Veranlassung wodurch.

E t e m a. B.

Zeige über den Besuch der Schule zu R. im Monat Januar 1817.

Nummer.	Namen der Schulkinder.	Verfüllten   bezeugnet einen verfüllten Vormittag; — einen verfüllten Nachmittag.																															Summa der verfüllten Tage.	Angebliche Ursache der Schulverfüllung.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31				

Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 22. Aug. 1819, betr. den  
der schulpflichtigen Kinder in den Städten.

Gezogenen Nachrichten ist der Schulbesuch der Jugend in den Städte  
il noch sehr unregelmäßig und unterbrochen, ja viele schulpflichtige Kin  
ärmern Volksklasse besuchen bis zu ihrer Einsegnung fast gar keine  
ther kommen auch häufig bei uns Beschwerden der H. Geistlichen ein,  
nicht selten völlig vernachlässigte und verwahrloste städtische Kinder  
hauunterrichte zugeführt werden, bei denen alle angewandte Mühe,  
durch die Schulen zu bewirkenden mangelnden Vorbereitung, fast  
is bleibe. Von Seiten der Magistrate und Schul-Kommissionen muß  
Zukunft nachdrücklicher, als es wohl an einigen Orten bisher gesche  
ig, diesem Unfuge entgegen gearbeitet werden.

aber die Schul-Kommissionen und besonders die Schul-Insp. immer  
sein können, den Schulbesuch der ganzen Stadtjugend genau zu über  
es nothwendig.

Die Magistrate jährlich bis zum 1. März eine Konsignation aller Schuls  
der vom 6 bis und mit Einschluss des 14. Jahres durch die Bezirks  
hierbei mit der größten Genauigkeit und Unparteilichkeit bei eigener  
keit zu verfahren haben, aufnehmen lassen. In diesem Verzeichnisse  
sondere Rubriken für den Tauf- und Vaternamen der Kinder, den  
Altern, das Alter der Kinder, die Schule, welche sie besuchen, und  
in Bemerkungen des Schul-Insp. sein. Wenn die Magistrate nach  
hinsicht bemerken, daß in der aufgenommenen Konsignation Auslassun  
enden, so müssen sie eine nochmalige Aufnahme des Bezirks auf Kosten  
häftigen Bezirksverwalters veranstalten. Auch wird es gut sein, diese  
te Konsignation unter den städtischen Schul-Lehrern mit der Aufforber  
zu lassen, alle ihnen etwa bemerkbare Auslassungen sofort anzuzeigen,  
so revidirte und, wenn es nöthig ist, ergänzte und vervollständigte  
übergeben die Magistrate durch die städtischen Schul-Kommissionen  
Insp. bis zum 15. März jeden Jahres, welche mit Hülfe der Schule  
die Lehrer ermitteln lassen, ob die Angabe in der 5. Rubrik der Kon  
ding ist.

ist haben die Lehrer, oder bei Schulen mit mehreren Lehrern die Ref  
ihre Unterschrift zu bescheinigen, daß die Konsignation von ihnen ge  
geben sei.

Schul-Insp. reichen die auch mit ihrer Unterschrift versehenen Kon  
heißt dem Resultate ihrer Ermittlungen bis zum 31. März jeden Jahr  
e Schul-Kommissionen den Magistraten zurück, welche nun sofort die  
ie ihre Kinder nicht zur Schule schickten, und unrichtige Angaben ges  
zur Strafe ziehen, und nachdrücklich zu ihrer Pflicht anhalten müssen.  
Magistrate aber haben uns bis zum 15. April jeden Jahres diese  
ten zur Ansicht und etwaigen Verfassung einzureichen, und zugleich  
ständig zu berichten, was sie zur Beförderung des Schulbesuchs ver  
richteten Erfolg diese Verfügungen gehabt haben. Die Konsignationen  
baldisig zum erforderlichen Gebrauche von uns zurückgesandt werden.  
der Aufnahme der Konsignation im folgenden Jahre muß überall eine  
gleichung mit der vorjährigen Konsignation angestellt werden,  
Nere wieder durch die Schul-Insp. den Direktoren und andern Lehrern  
damit selbige nach den Schulstadien ermitteln, und in der offenen Ru  
können, ob auch die damals verzeichneten schulpflichtigen Kinder wirk  
efflossene Jahr hindurch die Schule regelmäßig und ununterbrochen be  
oder woher dies nicht Statt gefunden habe.

se Angaben und Bemerkungen der Direktoren u. haben die Magistrate  
kten.

tere haben uns bei Einreichung der Konsignation für das laufende Jahr  
ist die des verfloffenen Jahres mit den Bemerkungen der Lehrer ein

um nächsten Jahre ab haben die Magistrate bis zum 15. April bei 3  
ste, uns die Verzeichnisse einzureichen.

(S. 740.)

ten. II.

geistlichen Schulaufscher zu einem pflichtgemäßeren Verhalten erm werden sollen, bleibt der Beurtheilung der Ortsschulbehörde überla jedoch ist sie für die aus Unterlassung solcher Anzeigen etwa ferner ständigen Schulversäumnisse verantwortlich.

- 3) Sollten einzelne Ortspolizeibrigkeiten auf die ihnen in dieser Art kommenden Anzeigen nicht bald das Nöthige verfügen, so muß die Schulbehörde davon dem Kreislandrath Anzeige machen, der sodann Erforderliche anzuordnen, die betr. Ortspolizeibehörde über ihr Bene zurechtzuweisen oder nach Befinden desselben zu unserer Kenntniß zu gen hat.
- 4) Die Kreischulaufscher müssen sich sowohl durch die ihnen jährlich sendenden Schulversäumnisslisten, als bei den örtlichen Schulrevisionen zeugen, wie die Ortsschulbehörden ihren Pflichten in dieser Hinsicht kommen, und sie nach Befinden zu ihrer Pflicht anhalten oder zur wei Rüge gegen sie uns anzeigen.
- 5) Die Sommerschule auf dem platten Lande und in kleinen Städten überall eine den Lokal- und ökonomischen Verhältnissen der Einwohne gemessene, von der Ortsschulbehörde mit der Gemeinde zu verabredende von dem Kreischulaufscher, der, wo er Bedenken findet, bei uns an gen hat, zu genehmigende ein für alle Mal fest zu bestimmende Gi tung erhalten, auf die sodann, da sie nur das Maasß des in dieser Hi jeder Klasse von Einwohnern Möglichen enthalten wird, mit aller Eh gehalten werden muß.
- 6) Da die in den Schulen geführten Versäumnisslisten nur über die M mäßigkeit oder Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs, nicht aber darüber, nicht einzelne Kinder im Orte ganz ohne Unterricht bleiben, Auskunft ben, so ist zur Erforschung des letztern Umstandes auf dem platten L jährlich zweimal, in den Städten aber jährlich einmal ein Namensverniß sämtlicher im Orte vorhandenen schulfähigen Kinder mit der Ang wie und wo sie den nöthigen Unterricht erhalten, von der Ortsobrig aufzunehmen und der Ortsschulbehörde zu übergeben. Diesen, insbeson den geistlichen Schulaufscher und Seelsorgern, liegt es denn ob, dahin sehen, daß kein des Unterrichts noch bedürftiges Kind ohne dens. blei Es versteht sich übrigens, daß solche Kinder, für die ein völlig genügend Privatunterricht nachgewiesen ist, nicht zum Besuche einer öffentlichen Sch gehalten werden können.

(A. V. S. 635.)

x) Vergl. das G. R. v. 14. Aug. 1843, oben sub 2. c., §§. 13. flg. der B. des Oberpräf. von Schlesien v. 29. Juli 1832 (s. unten) sowie die sub 4. b. und c. über die Einreichung der Versäumnisslisten in findlichen Vorschriften.

b) Insbesondere für Berlin <sup>1)</sup> ist, nachdem bereits das R. des Pr. des J. und d. B. (v. Brenn) v. 9. Jan. 1831 die Mitwirkung der Polizei-Kommissarien zu der Kontrolle des Schulbesuchs gestattet hatte (A. XV S. 93), Behufs dieser letztern die Einrichtung von Schulbesuchskarte getroffen worden.

Bef. des Schulkoll. der Prov. Brandenburg v. 10. Juli 1847 in den Regul. über den Schulbesuch und die Theilnahme an dem Konfirmanden-Unterricht, sowie über die Konstatirung und Bestrafung der Schulversäumnisse in Berlin.

Behufs einer durchgreifenden Beaufsichtigung des Schulbesuchs der biesigen Jugend, und ihrer Theilnahme an dem Konfirmanden-Unterricht der G. Grilkiden sind mit Genehmigung der R. Min. der G. U. u. M. Aug. und des J. Bestimmungen getroffen, und die nachstehenden, von dem G. Oberpräf. v. Meding

1) Vergl. das 3. Kap. des 1. Abschn., so wie hinsichtlich des in dem folgenden Regul. A. berührten Konfirmandenunterrichts das 5. Kap. dieses Abschn.

Mittheilungen Regulative (Anf. A. und B.) erlassen worden, welche hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

A. Regulativ zur Beaufsichtigung des Schulbesuchs der hiesigen Jugend und ihrer Theilnahme am Konfirmanden-Unterrichte.

§. 1. Die Schuldeputation vertheilt zu Anfang eines jeden Jahres oder Halbjahres für alle, die hiesigen Schulen besuchenden, noch nicht konfirmirten Kinder, Schulbesuchskarten, welche, ähnlich wie die Erkennungskarten der Studirenden, mit der Jahreszahl und dem Stempel der Schuldeput. versehen sind. Gleiche Karten werden für diej. Kinder ausgetheilt, welche im Laufe des Jahres in die Schule eintreten. Auf diese Karten, welche immer nur für das laufende Jahr, der resp. halbe Jahr, Gültigkeit haben, schreibt der Hauptlehrer und beziehungsweise der Vorsteher der Schule den Vornamen und Zunamen und das Alter des Kindes und unterzeichnet dies. eigenhändig.

§. 2. Bei jedem Wohnungswechsel einer Familie lassen sich die Polizeirevier-Kommissarien den Schulbesuch aller in dem Alter vom vollendeten sechsten bis vollendeten vierzehnten Lebensjahre stehenden Kinder, ohne Unterschied der Religion oder Konfession, durch Einreichung der Schulbesuchskarte nachweisen, überzeugen sich auch, ob die Schulbesuchskarte mit der laufenden Jahreszahl versehen und auch sonst richtig ist.

Sollte ein Kind keine Schulbesuchskarte vorzeigen können, weil es keine Schule besucht, angeblich aber Privatunterricht erhalten, so haben die Polizeirevier-Kommissarien sich angeben zu lassen, wo und von wem das Kind unterrichtet werde.

§. 3. Ueber jedes Kind, dessen Schulbesuch nicht durch die Schulbesuchskarte nachgewiesen wird, reichen die Polizeirevier-Kommissarien, unmittelbar nach der Anmeldung, eine Anzeige nach einem, ihnen vorzuschreibenden Formulare, an die Schuldeputation ein.

§. 4. Auf Grund dieser Anzeigen bewirkt die Schuldeput. die Einschulung des Kindes, und bestimmt nach den deshalb bestehenden Grundsätzen, ob, und in welchem Umfange dems. freier Unterricht zu gewähren ist.

§. 5. Um in gleicher Weise den Konfirmanden-Unterricht zu kontrolliren, lassen die Polizeirevier-Kommissarien sich bei jedem Wohnungswechsel von allen, zu niederen Ständen angehörenden Kindern, christlichen Glaubens, welche das sechzehnte Jahr angetreten, und das sechzehnte noch nicht vollendet haben, entweder die Theilnahme an dem Konfirmanden-Unterricht eines Geistlichen oder die bereits erfolgte Konfirmation, erstere durch die nach der Verfügung des K. K. v. 28. Dec. 1841 von den Geistlichen auszustellenden Bescheinigungen, letztere durch den Konfirmationschein nachweisen zu lassen.

§. 6. Diej. Kinder von dem bezeichneten Alter, für welche weder die erfolgte Konfirmation, noch die Theilnahme an dem Konfirmanden-Unterricht eines Geistlichen nachgewiesen ist, werden von den Polizeirevier-Kommissarien sofort einzeln, nach dem §. 3. gedachten, dazu eingerichteten Formular, der Schuldeput. angezeigt.

§. 7. Auf Grund dieser Anzeige bewirkt die Schuldeput., falls das Kind gleich unterrichtlos sein sollte, die Einschulung dess., und veranlaßt gleichzeitig eine Prüfung in Beziehung auf die Zulassung zum Konfirmanden-Unterricht, entweder durch den Pfarrer der Gemeinde, zu welcher das Kind gehört, oder, falls die Eltern sich zu einem andern Geistlichen halten, durch diesen.

Wenn das Kind die erforderlichen Vorkenntnisse besitzt, um an dem Konfirmanden-Unterricht Theil zu nehmen, ist dessen Zulassung zu demselben sofort, im entgegen gesetzten Falle aber, sobald als möglich, zu bewirken; jeder Fall dieser Art wird so lange von der Schuldeput. zu verfolgen, bis die Konfirmation des Kindes nachgewiesen ist.

§. 8. Versäumnisse des Konfirmanden-Unterrichts werden zunächst die Geistlichen, im Wege der Seelsorge, zu verhüten und abzustellen suchen, wenn aber die Anweisung der Geistlichen erfolglos bleibt, haben sie der Schuldeput. davon Mittheilung zu machen, welche die Versäumnisse in ders. Weise, wie die Schulversäumnisse, zu rügen und zu bestrafen hat.

§. 9. Wenn ein Kind aus dem Konfirmanden-Unterricht eines Geistlichen abfällt, ohne daß zugleich dessen Aufnahme in den Konfirmanden-Unterricht eines andern Geistlichen nachgewiesen wird, so haben die Geistlichen dies, unter Angabe des vollständigen Namens und Alters des Kindes, so wie des Standes und der Wohnung der Eltern bei der Schuldeput. anzuzeigen, welche für die Ein-

schulung des Kindes und dessen Wiederaufnahme in den Konfirmanden-Unterricht eines Geistlichen Sorge tragen wird.

§. 10. Die Geistlichen haben bei der Aufnahme eines Kindes in den Konfirmanden-Unterricht sich dessen Schulbesuch nachweisen zu lassen, den Eltern die nöthige Fortsetzung desselben zur Pflicht zu machen, halbjährlich aber am 15. und 1. Nov. das, nach der Verf. des R. Konf. und Schulkoll. v. 28. Dec. zu führende Verzeichniß der beziehungsweise zu Ostern oder Michaelis in Konfirmanden-Unterricht neu aufgenommenen Kinder, an das R. Konf. und Kolleg. einzureichen, welches in den geeigneten Fällen, wegen Wiedereinsetzung der etwa unterrichtslosen Konfirmanden das Erforderliche an die Schuldeput. anlassen wird.

§. 11. Jedes Kind ist im Allg. so lange, bis es die Reife für die Konfirmation erlangt hat, als schulpflichtig zu betrachten. In besonderen Fällen, von dieser Regel so viel nachgegeben werden, daß Kinder, welche den Konfirmanden-Unterricht besuchen, nach den darüber bestehenden Vorschriften zum Besuch einer Nachhülfschule verstattet werden. In Fällen, wo der Konfirmande bereits so weit im Alter vorgeschritten ist, daß der gemeinschaftliche Unterricht mit jüngeren Kindern wenig Erfolg für dens. verspricht, oder wo die Armuth so groß und die sonstigen Verhältnisse der Art sind, daß dem Konfirmanden die nöthige Zeit zum Besuch der Nachhülfschule gänzlich fehlt, ist die Schuldeput. befugt, dem Besuch der Nachhülfschule zu dispensiren, wenn das Kind nach der Bestimmung seines Seelorgers bereits die nöthwendigsten Schulkenntnisse erlangt hat und den Konfirmanden-Unterricht fortdauernd regelmäßig besucht.

B. Regulativ über Konstatirung und Bestrafung der Schulversäumnisse.

§. 1. Die Beaufsichtigung des Schulbesuchs der bereits eingeschulten Kinder liegt der Schuldeput. ob, und erhält dies. die Befugniß, den regelmäßigen Schulbesuch, nöthigenfalls durch Anwendung von Strafen, gegen säumige oder renitente Eltern, in der unten angegebenen Weise herbeizuführen.

§. 2. Die Organe, deren sich die Schuldeput. für dieses Geschäft zu bedienen, sind die Schulkommissionen, deren Organisation und Geschäftsführung die besondere Instr. nachweist.

§. 3. Am Sonnabend einer jeden Woche fertigt jeder Klassenlehrer eine Liste der Schulversäumnisse nach einem vorgeschriebenen Formulare aus, und Auszug über jedes Kind an, das die Schule einen oder mehrere Schultage ohne genügende Entschuldigung versäumt hat, und übergiebt diese Auszüge dem Klassenlehrer oder Schulpfleger, welcher dies. am dems. Sonnabend dem Vorsitzenden der Schulkommission übersendet.

§. 4. Der Vorsteher der Schulkommission vertheilt am folgenden Morgen diese Anzeigen an die Mitglieder der Schulkommission, welche in den nächsten Tagen durch persönliche Recherche und Vernehmung der Eltern, Vormünder die Gründe der stattgehabten Schulversäumnisse ermitteln und auf den gedachten Anzeigen kurz vermerken, ob die Versäumnisse durch Krankheit des Kindes, oder durch besondere Unglücksfälle und Verhältnisse in der Familie veranlaßt sind, und daher als entschuldigt betrachtet werden kann, wobei als leitender Grundsatz festzuhalten ist, daß bei Kindern in dem Alter von 6 bis 11 Jahren in der Regel nur Krankheit als triftiger Entschuldigungsgrund für Schulversäumnisse gelten kann; oder falls die Versäumnisse nicht gerechtfertigt werden kann, daß die Eltern u. die nöthige Ermahnung und Verwarnung ertheilt worden ist.

§. 5. Am dem Freitag jeder Woche übergeben die Mitglieder der Schulkommission die also erledigten Anzeigen dem Vorsteher der Kommission, welcher dieselben am Sonnabend früh dem Hauptlehrer oder Schulpfleger zur Aufzeichnung an die Klassenlehrer übersendet.

Die Klassenlehrer bewahren diese Anzeigen auf, um sie bei wiederholenden Schulversäumnissen dess. Kindes ihren erneuerten Anzeigen beizufügen.

Die Vorsteher derj. Schulen, in welchen Kinder für Rechnung der Stadt unterrichtet werden, sind für die ordnungsmäßige Aufbewahrung der Schulversäumnisse-Anzeigen verantwortlich.

§. 6. Wenn innerhalb vier Wochen, nachdem die Schulkommission eine gerechtfertigte Schulversäumnisse bei einem Kinde zu rügen gehabt hat, wieder bei dems. Kinde eine Schulversäumnisse vorkommt und die Schulkommission die Ueberzeugung hat, daß diese Schulversäumnisse in der Nachlässigkeit oder



Willen der Eltern ihren Grund haben, so ermahnt und verwarnet sie die Betr. m., unter Androhung der gesetzlichen Strafe im Wiederholungsfalle, ad protom. Kommt dessenungeachtet innerhalb vier Wochen nach der gedachten, zu Fol. 11 ertheilten Verwarnung, bei dems. Kinde eine neue Schulversäumnis vor, ist nicht gerechtfertigt oder entschuldigt werden kann, und gewinnt die Schulkomm. dadurch die Ueberzeugung, daß nur von polizeilicher Einschreitung und Befehl der Eltern Besserung zu erwarten sei, so macht die Schulkomm. dem Schuldeput., nach einem vorgeschriebenen Formulare, Anzeige, unter Führung des Verwarnungs-Protokolls und kurzer Mittheilung des Sachverhaltes.

§. 7. Die Schuldeput., welche über jedes ihr wegen Schulversäumnis angezeigte Kind eine besondere Akte anlegt, veranlaßt demnächst sofort die Vernehmung der Eltern und nöthigen Falls der Kinder selbst, und verfügt, wenn ihr das Sachverhältniß hinlänglich aufgeklärt zu sein scheint, die Strafe. Diese wird sogleich dem Verurtheilten bekannt gemacht und ihm dabei eröffnet, daß ihm freistehe, innerhalb 8 Tagen, vom Tage der Bekanntmachung, den Rekurs gegen die ergangene Strafentscheidung beim hiesigen Magistrate anzumelden; — wolle er den Rekurs gegen die erlassene Straf-Entscheidung nicht ergreifen, so habe er die Kasse binnen acht Tagen an die Armen-Schulkasse einzuzahlen.

§. 8. Ist der Rekurs angemeldet, so erläßt der Magistrat, auf Grund der ihm erforderten Akten der Schuldeput., in möglichst kurzer Frist seine Entscheidung, ohne daß es einer persönlichen Vernehmung des Rekurrenten bedarf. Vorbehaltlich bleibt diese, so wie eine weitere Untersuchung, dem Magistrate in den Fällen vorbehalten, wo es ihm zur vollständigen Beurtheilung der Sache erforderlich scheint.

§. 9. Gegen die Entscheidung des Magistrats findet ein weiterer Rekurs nicht statt.

§. 10. Der Magistrat fertigt seine Entscheidung dem Rekurrenten zu, und theilt denselben, wenn das Strafresolut der Schuldeput. bestätigt wird, zugleich mit ihm zuerkannte Strafe binnen acht Tagen an die Armen-Schulkasse zu zahlen, benachrichtigt hiervon auch gleichzeitig die Schuldeputation.

§. 11. Erfolgt die Einzahlung der Geldstrafe in der §§. 7. u. 10. gedachten Frist nicht, so wird die Strafe durch Exekution eingezogen, und falls diese erfolglos bleibt, der Geldstrafe eine verhältnismäßige Gefängnisstrafe substituiert.

§. 12. Die von der Schuldeput. erkannte Gefängnisstrafe läßt das R. Präsid., auf Requisition der Schuldeput., zur Ausführung bringen und darüber, was geschieht, der Schuldeput. Benachrichtigung zugehen.

§. 13. Die zu erkennenden Strafen werden in Gemäßheit der Allerh. R. O. v. Juni 1835 auf Einen Sgr. bis Fünf Thlr. bestimmt, und kann dieser Geldstrafe, nach Befinden, eine Gefängnisstrafe bis zu vier und zwanzig Stunden substituiert werden.

Für einen, ohne genügende Entschuldigung versäumten Schultag wird eine Geldstrafe von einem Sgr. — für eine Schulwoche oder Sechs einzelne Schultage von Sechs Sgr. — festgesetzt, und wird diese Strafe im Wiederholungsfalle verdoppelt. Der Geldstrafe von Einem bis Fünf Sgr. kann eine vierstündige, von Sechs bis Zehn Sgr. eine achtsündige und so fort für jede Fünf Sgr. eine vierstündige Gefängnisstrafe substituiert werden.

§. 14. Die Untersuchungs-Verhandlungen sind kosten- und stempelfrei. Etwaige baare Auslagen fallen jedoch dem Verurtheilten zur Last.

§. 15. Ueber den Schulbesuch derj. Kinder, deren Eltern bereits verwarnet und bestraft worden sind, zieht die Schuldeput. nach Verlauf von vierzehn Tagen vier Wochen Erkundigungen ein, um bei fortgesetzter Reuigkeit die Verdoppelung der Strafe eintreten zu lassen.

Urkundlich unter dem Stadtsiegel.

Gegeben Berlin, den 21. Okt. 1844.

(L. S.) Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath  
hiesiger R. Residenz.

Vorstehendes Regul., zur Konstatirung des Schul- und Konfirmandenbesuchs hiesiger Schulkinder und zur Bestrafung der Schulversäumnisse, v. 21. Okt. 1844, wird, auf Grund des R. der k. Geh. Staatsmin. Wichhorn und Grafen

v. Arnim Excell. v. 21. Febr. d. J. und in Folge der bei dem R. Schulkolleg. der Prov. Brandenburg und dem R. Polizeipräs. zu Berlin darüber stattgehabten Verhandlungen, hierdurch von mir bestätigt.

Berlin, den 31. Juli 1845.

Der Oberpräs. der Prov. Brandenburg.  
v. Mebing.

#### 4) Bestrafung der Schulversäumnisse.

Dieselbe hat ihren gesetzlichen Grund im §. 48. A. L. R. Th. II. Tit. 12., und erfolgt nach den vom Lehrer einzureichenden Versäumnißlisten im Verwaltungswege durch Geldbuße oder eventuell durch Gefängniß. Es bestimmen:

a) über die Kompetenz zur Bestrafung <sup>1)</sup>:

α) das R. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein), der J. (Mühler) und des J. u. d. B. (Röbber) v. 30. Sept. 1837 an die R. Reg. zu Magdeburg, betr. die Kompetenz zur Vollstreckung der Schulversäumnißstrafen.

Die unterz. Min. eröffnen der R. Reg. auf die in dem Ver. v. 20. Mai c. enthaltene Anfrage:

in Betreff der Kompetenz zur Vollstreckung der Schulversäumnißstrafen, daß nach §. 48. Th. II. Tit. 12. A. L. R. die vorgeschriebenen Mittel, schulpflichtige Kinder durch Einwirkung auf die Eltern zum Besuche der Lehrstunden anzuhalten, als exekutivische Maßregeln, nicht als eigentliche Strafen wegen Uebertretung einer Polizeivorschrift anzusehen sind. Deshalb gehört denn auch nach der Dienst-Instr. §. 2. Nr. 6. u. § 11. der Instr. v. 23. Okt. 1817 u. §. 48. Nr. 2 der B. v. 26. Dec. 1808, die Vollstreckung der Exekution zur administ. Polizeiverwaltung, und fällt nicht der Polizei-Gerichtsbarkeit anheim. Es konnte daher das R. Land- und Stadtgericht zu Stendal, als v. Woldeck'sches Patrimonialgericht über Storkau, nicht im vorliegenden Falle angewiesen werden, die Zwangs- und Strafmittel gegen die Eltern nach dem Verlangen der R. Reg. zu verfügen, sondern es war mit der Vollstreckung im Verwaltungswwege vorzuschreiten. Etwas anders ist es, wenn die administrative Behörde um deswillen, weil es ihr selbst an eigenen Organen zur Exekutions-Vollstreckung fehlt, die Hülfe des Gerichts requirirt, in welchem Falle die gerichtliche Hülfsvollstreckung „als Ausnahme von der Regel“ durch die Allerh. R. D. v. 31. Dec. 1825 (G. S. 1826. S. 11) ausdrücklich nachgelassen worden ist. Dadurch wird aber die Regel, daß die administrativen Behörden die ihnen überlassenen Exekutionen selbst vollstrecken müssen, nur noch mehr bestärkt.

(A. XXI. S. 682.)

β) der Erl. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Raumer) und des J. (v. Westphalen) v. 7. Febr. 1854 an die R. Reg. zu N. in der Prov. Preußen, betr. das Verfahren bei Untersuchung und Bestrafung der Schulversäumnisse in denj. Gemeinden, in welchen die örtliche Polizei-Verwaltung R. Beamten übertragen ist.

Auf den Ver. v. 20. Juni v. J. erklären wir uns mit der so dahin einverstanden, daß in denj. Gemeinden, in welchen die örtliche Polizei-Verwaltung R. Beamten übertragen ist, auch nur diesen Beamten, und nicht den Ortsverordneten resp. Magisträten, die Untersuchung und Bestrafung der Schulversäumnisse, namentlich auch die im §. 4. der Schulordnung für die Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 (S. 104) den Magisträten nur in ihrer Eigenschaft als Ortspolizei-Behörden vorbehaltene Befugniß zur Umwandlung der uneinziehbaren Geldstrafen in Gefängnißstrafen zusteht.

(Staatsanz. 1854. S. 903.)

1) Vergl. unten sub α. die R. D. v. 20. Juni 1835, so wie oben sub β. das Frankfurter Publ. v. 27. Aug. 1821.

Ueber die Anwendung der Strafe überhaupt:

der Min. des I. und d. B. (v. Rochow) und der G. II. u. M. Eichhorn) v. 10. April 1841 an die R. Reg. zu Erfurt, betr. die Anwendung von Schulversäumnisstrafen.

8 dem Ver. der R. Reg. v. 11. Jan. c., die Beschwerde des Ritterguts N. zu N. über das Verfahren bei den Schulstrafen betreffend, haben die hiesigen Min. ersehen, daß es im Allg. hinsichtlich der Schulversäumnisstrafen an Vorschriften über eine ordnungsmäßige Behandlung der Sache nicht fehlt. Insofern ist es eine zweckmäßige Anordnung, daß die Schulversäumnislisten vierteljährlich, allwöchentlich vom Lehrer aufgestellt und dem Schulvorstande, Ortsbehörde, zur sofortigen Prüfung, eventuellen Strafverfügung übergeben werden.

Wenn diese Vorschriften befolgt, die Gründe und Verhältnisse des einzelnen Versäumnisses mit gehöriger Umsicht und Sorgfalt erwogen, die eigentlichen Ursachen aber schnell bestraft werden, so wird eine gegründete Veranlassung zu Beschwerden, wie die hier vorliegende, nicht gegeben werden.

Es muß jedoch anerkannt werden, daß die individuellen Verhältnisse jedes Kindes eine sehr verschiedene Behandlung der in Rede stehenden Angelegenheit bedingen und daß namentlich darauf Bedacht zu nehmen ist, daß die Vollziehung der Gefängnisstrafe, als Mittel, den Schulbesuch zu fördern, nicht Erbitterung und Abneigung gegen die Schule erzeuge, und daher der Sache mehr schade, als nütze. In einer eindringlichen und zweckmäßigen Vorhaltung und Ermahnung des Vaters oder Geisteslichen und des Lehrers läßt sich in den meisten Fällen eine günstige Einwirkung auf säumige Eltern erwarten, als von der Anwendung drückender oder Gefängnisstrafen.

Die R. Reg. hat daher dem Schulvorstande zu N. ganz besonders zur Pflicht zu empfehlen, daß er den Ursachen, aus welchen die Kinder von der Schule zurückgehalten werden, gründlich nachforsche, dabei billige Rücksichten nicht aus den Augen lasse, und in den Fällen, wo wirklich keine genügenden Entschuldigungen vorgebracht werden können und auch die eindringlichste Ermahnung bereits ihren Zweck verfehlt, mit den erforderlichen Strafen, welche dann schnell zu executiren sind, verfähre.

Die mehr als 24 Stunden hinter einander dauernde Gefängnisstrafe wird nur in besonders schwer qualifizirten Fällen der Widerspenstigkeit Anwendung finden können, und nicht, wie bisher geschehen, darauf Gewicht zu legen sein, ob nur ein Kind, oder mehrere, vom Schulbesuche zurückgehalten worden sind. (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 118.)

Die strenge Handhabung der Strafbestimmungen in den erforderlichen Fällen ist mehrfach durch Reg. B. aufgefordert worden, z. B. durch das kaiserliche Rescript vom 5. Okt. 1835 (Sam. Zeit. S. 755). Besondere Aufmerksamkeiten über die Resultate wurden von der Reg. in Stettin mittelst Bef. vom 1. Juni 1819 (N. III. S. 430) verlangt.<sup>1)</sup>

Höhe und Verwendung der Straf gelder.

Die Höhe ist in den einzelnen Landestheilen verschieden bestimmt, letztere sind zu Schulzwecken, insbesondere zur Anschaffung von Büchern für die Kinder.

Handelt es sich nicht um bloße Schulversäumnisse, so treten strengere Strafen ein.

So hat der k. d. d. B., der es unterläßt, Personen, die seiner Gewalt oder Aufsicht unterliegen, vom Betteln abzuhalten, Gefängniß bis zu 8 Tagen verurtheilt. (Min. Bl. d. i. B. 1843 (G. S. 1843. S. 19) S. 43. des Kurmärk. Reg. v. 14. Jan. 1848 (G. S. 1848. S. 37). — Auch kann gegen einen Vater, welcher beharrlich die Unterhaltung seiner Kinder vernachlässigt, und das Unterhalten derselben nicht abstellt, nach §. 3. A. L. R. Th. II. Tit. 19. polizeilich die Unterbringung in das Arbeitshaus verhängt werden. (Verf. des Min. des I. v. 10. April 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 66). Vergl. auch im 5. Abschn. dieser Abhandlung die Sorge für verwahrlosete Kinder.

Vergl.:

a) §. 10. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. o. in Th.

ß) §§. 39., 50. des kath. Schulregl. für Schlessen von 1801 157, sowie §. 15. der B. des Oberpräf. von Schlessen v. 29. (s. unten).

γ) §. 4. der Schulordn. für die Prov. Preußen v. 11. Dec (s. o. in Th. I. S. 104), sowie §§. 11. flg. 17. der B. v. 1. oben sub 1. b.

δ) Vergl. auch die sub e. gegebenen provinziellen Instr.

d) Umwandlung der Geldstrafe in Gefängniß.

Erl. der Reg. zu Posen v. 24. Okt. 1852 an das R. Lan zu N., und abschriftl. zur gleichmäßigen Beachtung an die übrige rathsbämter des Reg. Bez., betr. die Abmessung der in Stelle der fien für Schulversäumnisse tretenden Gefängnißstrafen.

Auf die in dem Ver. v. 10. v. M. über die Abmessung der Gefän für Schulversäumnisse geäußerten Bedenken, eröffnen wir dem R. Landr daß, da die Strafmaafregeln gegen die Schulversäumnisse nicht unter sichts punkt einer Polizei-Strafe zu fassen sind, und somit die Bestim §. 334. des Strafrechts, wonach die den Geldstrafen zu substituierende ( strafe mindestens einen Tag dauern müßte, nicht recht passend ers beschloffen haben, in dieser Beziehung dieselbe Norm hier eintreten welche für die Stadt Berlin mit Genehmigung des R. Min. festgesetzt den Geldstrafen von 1 bis 5 Sgr. eine vierstündige, von 6 bis 10 Sgr. stündige und sofort für jede 5 Sgr. eine vierstündige Gefängnißstrafe werden soll.

Sollten indeß durch die wiederholten Schulversäumnisse die Geldstra angehäuft haben, daß sie den Betrag von einem Thaler übersteigen allerdings die analoge Anwendung des §. 335. des Strafrechts eintreten wonach jeder Geldstrafe innerhalb des Betrages von 10 Sgr. bis zu eine Gefängnißstrafe von 24 Stunden substituiert werden kann.

Danach ist es also unbedenklich, wenn auch die Geldstrafe den z zwei Thlrn. noch nicht erreicht hat, nöthigenfalls eine zwei- und mehrt fängnißstrafe eintreten zu lassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 317.)

Vergl. auch sub c.

e) Spezielle Instruktionen über die Bestrafung der Schulver haben

aa) Berlin: s. das Regul. B. bei der Bef. v. 10. Juli 11 sub 3. b.

bb) Pommern durch den 5. Prov. Landtagsabschied v. 1835. Dort heißt es sub I. 2.:

Schulversäumnißstrafen.

2) Da die Vorschläge Unserer getr. Stände wegen des Strafversa Schulversäumnissen, im Wesentlichen für zweckmäßig zu erachten sind, so

---

1) Die v. Fürstenthal, Bd. 4. S. 245 mitgetheilten B. der Reg. binnen v. 5. Jan. 1819 und der Reg. zu Königsberg v. 17. Febr. : hierdurch antiquirt. Die Verwendung der Strafgeelder zu Schulbüchern : mitteln für arme Kinder verfügte auch die Reg. zu Danzig unterm 17. I die Einziehung der Strafgeelder zur Schulkasse (event. Kreis- oder An dies. unterm 24. Nov. 1833, Amtobl. 1828. S. 2, 1834. S. 38, 81 Bd. 4. S. 249. 255.

1, mit Wiederanhebung der desfalls im Landtagsabsch. v. 14. Febr. 1830 sub 1. ertheilten Vorschriften<sup>1)</sup>, daß hierbei in Zukunft nach folgenden Anordnungsverfahren werden soll:

- a) Die Pflicht, einen regelmäßigen Schulbesuch zu befördern, ist zunächst Sache der Gemeinden, insbesondere aber Aller, denen die Sorge für die Schulen vorzugsweise obliegt. Die nächsten Mittel dazu sind Ermahnung und Belehrung der Eltern. Durch diese Mittel zu wirken, ist besonders Sache der Gerichts-Obriheiten, der Gutsherrschaften, der Patrone, der Geistlichen, Schulvorsteher und der Lehrer selbst.
- b) Am Ende jeden Monats reichen die Lehrer den Schulvorstehern oder Schul-Deputationen die Versäumnis-Listen ein. Auf dem platten Lande steht den Ortsbehörden frei, für den Fall, daß örtliche Verhältnisse die schnellere Behandlung der Sache möglich machen, die Vorlegung der Versäumnis-Listen in noch kürzeren Terminen zu verlangen, wogegen in mittleren und größeren Städten, wenn es die Verhältnisse nach dem Ermessen der Reg. erfordern, die Einreichung der Listen in Terminen von 2 bis höchstens 3 Monaten nachgelassen werden kann.
- c) Der Schulvorstand in den Städten läßt sofort die Eltern, Vormünder, Dienst- oder Lehrherrschaften, deren schulpflichtige Kinder oder Pflegebefohlenen die Schule aus nicht erlaubten Gründen versäumt haben, vorladen, ermahnt und verwarnt sie das erste Mal und nimmt darüber eine Registratur auf.

Auf dem platten Lande erfolgt diese Ermahnung und Belehrung von der Obriheit und von dem Prediger, im Beisein des Schulvorstehers; die Registratur darüber wird von dem Schulvorsteher oder Prediger, unter Mitvollziehung des Gerichtsherrn, aufgenommen. Bleibt diese Maßregel fruchtlos, so werden die nachlässigen Eltern den Orts-Polizei-Behörden zur Bestrafung angezeigt.

Diese sind

- d) verpflichtet, die säumigen Eltern, Vormünder, Dienst- und Lehrherrschaften vorzuladen, sie über die etwaigen Entschuldigungsgründe zu hören, und wenn solche nicht für genügend erkannt werden können, die Strafen von einem Sgr. ab, bis zum Betrage von 20 Sgr. sofort nach Verhältniß der versäumten Tage und des Standes der Eltern, Vormünder etc. festzusetzen und zu vollziehen. Ist diese Strafe ohne Erfolg bezahlt, so tritt jederzeit eine Verschärfung der früheren Geldbuße bis zu 1 Thlr. 10 Sgr. ein. Von Eltern, Vormündern, Dienst- und Lehrherrschaften, welche der Vorladung nicht genügen, darf zwar angenommen werden, daß sie keine gesetzlichen Entschuldigungsgründe aufzustellen vermögen; indessen ist Jedermann zum persönlichen Erscheinen verpflichtet. Die Vorladung soll daher wiederholt und dafür eine Gebühr von 1 Sgr. entrichtet werden, die nochmalige Nichtbeachtung derselben aber an und für sich eine Strafe von 5 bis 10 Sgr. nach sich ziehen.
- e) Im Fall des Unvermögens wird allemal Gefängnißstrafe bis zu 24 Stunden substituiert, deren Vollstreckung von der Ortsbehörde unter Kontrolle der Landräthe (exklusive der Städte) erfolgt, jedoch mit Ausnahme des platten Landes von Neu-Vorpommern, woselbst für jetzt die Vollstreckung dieser Strafe den Landräthen obliegt.
- f) Wenn die Berichtigung der Geldstrafen im gütlichen Wege nicht zu erreichen so muß die Weitreibung derselben entweder durch Abzüge vom Lohn oder Tagelohn, welche die Brodherrn zu bewirken verpflichtet werden, oder im Wege der Exekution durch die Ortsbehörden erfolgen, welche auf dem platten Lande zu diesem Zweck sich der Dorfgerichte zu bedienen berechtigt sind. Der Exekutor erhält für die Ansagung und Vollstreckung der Exekution 1 bis 2 Sgr. an Gebühren.
- g) Zu den unbedingt erlaubten Schulversäumnissen gehören:

1) N. XIV. S. 655.



Krankheit der Kinder, nothwendige Wartung und Pflege krank durch dieselben, Todesfälle in der Familie bis nach erfolgter Geburt, stürmische Witterung und verschneite, ungangbare Wege (ter auf dem Lande).

Zu den bedingt erlaubten werden vornämlich gezählt:

Reisen der Eltern, Gebrauch des Kindes bei nothwendigen Erntten, zur Wartung kleiner Geschwister, und zu vorübergehenden den häuslichen Geschäften, welche so wie andere von gleicher Art die Schulvorstände und Orts-Obrikeiten nach gewissenhafter unter besonderen Umständen für erlaubte erklären dürfen.

- h) Die Strafen fließen zur Schulkasse und werden zur Anschaffung von Büchern für arme Kinder, und zu sonstigen Lehrmitteln verwandt.

Wo, namentlich in den Städten, besondere Armenschulen vorhanden sind, fließen die Strafen ausschließlich zu deren Kassen.

- i) Ein Rechtsmittel gegen die Straf-Versügungen innerhalb der b. Grenzen findet (bei der nothwendigen Schnelligkeit der Straf-Vollstreckung) nicht statt; es soll indeß jede zu vollstreckende Gefängnißstrafe vorher angekündigt und innerhalb dieser Frist eine Beschwerde an den Rath nachgelassen, die Strafvollstreckung aber bis zu dessen Entscheidung ausgesetzt werden.

- k) Nach Beendigung der Winter- und Sommerschule auf dem plattl. Reichen die Prediger eine Haupt-Nachweisung von den vorgekommenen Versäumnissen und dem Betrage der in jeder Gemeinde eingezogenen, Behufs der nöthigen Kontrolle an die Landräthe ein, welche diese Listen, wenn sie es nöthig halten, öfter zu erfordern.

- l) Die weitere Anordnung in den Grenzen dieser Bestimmungen bleibt Reg. überlassen, welche nachdrücklich darauf zu halten haben, daß die Gemeindeführer, Schulvorsteher, Lehrer, Prediger und Gutsbesitzer denselben nachkommen und die Landräthe die ihnen obliegende Aufsicht genau und regelmäßig führen.

Belangend das Gesuch um Verwandlung des Schulgeldes in freiwillige Schulbeiträge, wie solche ortsweise schon nach dem A. L. R. gestattet ist, Neu-Vorvorkommern bereits stattgefunden hat, so erfordert die desfallsige Anordnung eine weitere Vorbereitung, mit welcher Unser Min. der G. u. A. von Uns beauftragt ist.

(A. XX. S. 458.)

cc) die Rheinprovinz:

α) R. D. v. 20. Juni 1835.

Um die Hindernisse zu beseitigen, welche sich der Erreichung des Meiner Bestimmungen über die Schulpflichtigkeit in denj. Theilen der Provinz entgegen gestellt haben, in welchen die polizeilich-richterliche Gewalt zu den Funktionen der Gerichte gehört, bestimme Ich auf den von Ihnen hergegangenen Antrag der Prov. Behörden:

1) Die Uebertretungen Meiner, in Betreff des regelmäßigen Schulbesuchs die Rheinprov. erlassenen D. v. 14. Mai 1825 Art. 1. 2. und 3. 1) setzen an überall nicht im polizeigerichtlichen, sondern lediglich im administrativen Wege durch die Bürgermeister, Landräthe und die Reg. untersucht und verfolgt werden.

2) Das Strafverfahren wird auf die Liste veranlaßt, welche über die vorschriftsmäßig entschuldigten Schulversäumnisse von den Lehrern angefertigt den Ortschulvorständen attestirt und von den Bürgermeistern am Schluß des Monats einzureichen ist.

3) Die Polizeiverwaltungs-Behörden sind befugt, gegen die schuldigen und deren gesetzlichen Vertreter eine Strafe von 1 Sgr. bis 1 Thlr., 1

1) Vergl. oben S. 561.

der Umstände eine Gefängnißstrafe bis zu 24 Stunden substituirt werden können und zu vollstrecken.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf die Vernachlässigung des Geistlichen den schulpflichtigen Kindern zu ertheilenden Religionsunterweisung Anwendung.

Trage Ihnen auf, diese Bestimmungen durch die G. S. zur allg. Kenntniss bringen, und die zur Aufrechterhaltung ders. etwa erforderliche besondere erlassen.

u. s.

Friedrich Wilhelm.

Min. Freih. v. Altenstein und v. Kamptz.  
S. 1835. S. 134.)

Instr. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 6. Febr. über das Verfahren bei Bestrafung der Schulversäumnisse in den Schulen der Rheinprovinz.

Die Erfahrung einige Abänderungen und Ergänzungen der unter dem 22. S. (A. S. 359) publicirten Instr. über das Verfahren wegen Bestrafung versäumnisse<sup>1)</sup> als nothwendig herausgestellt hat, so wird hierdurch, in Ausführung jener Instruction, Folgendes bestimmt.

Der Schullehrer stellt am letzten Tage jeden Monats, oder, auf Befehl des Bürgermeisters, eines kürzeren Zeitraums (§. 17.), die Versäumnisse nach dem anl. Schema (a.) doppelt auf, bemerkt darin, welche Entschuldigungsgründe (§. 6.) ihm bekannt geworden sind und legt dieselbe binnen 3 Tagen dem Bürgermeister und dem Pfarrer vor und zwar dem letzteren, sofern nicht etwa der Landrath wegen besonderer Verhältnisse eine Ausnahme gestattet hat. Wenn keine Versäumnisse vorgekommen sind, darüber dem Bürgermeister und dem Pfarrer binnen gleicher Frist Anzeige zu machen.

Der Pfarrer prüft, geeigneten Falles unter Zuziehung anderer Mitglieder des Schulvorstandes, die Liste und theilt sie innerhalb 8 Tagen mit den nöthigen Bemerkungen dem Bürgermeister mit.

Nachdem diese Mittheilung erfolgt, oder die dafür bestimmte Frist abgelaufen ist, läßt der Bürgermeister die Väter oder Vormünder der Kinder, deren Versäumnisse nach seiner Ueberzeugung zufolge §. 6. nicht entschuldigt sind, mit 2 Tagen Frist bis spätestens zum 15. Tage des auf die Versäumnisse Monats zur Vernehmung und zur Anhörung des Urtheils auf das Bürgermeisters-Bureau oder auf ein näher gelegenes Gemeindelokal schriftlich vorzulassen.

Wer nicht erscheint, wird in contumaciam verurtheilt und der Bürgermeister ihm den Urtheilsauszug binnen 2 Tagen durch den Polizeidiener, den er beauftragt, oder den Feldschützen zustellen.

Wer erscheint, wird mit seinen Entschuldigungsgründen mündlich vernehmung. Dieselben werden in der Versäumnissliste kurz vermerkt. Thatsachen müssen durch zur Stelle gebrachte Zeugen oder Urkunden erwiesen und muß demnach demnach in der Vorladung aufgefordert werden, die zu seiner Rechtfertigung nöthigen Beweismittel zu dem Termine selbst mitzubringen, unter der Bedingung, daß auf dieselben sonst keine Rücksicht werde genommen werden.

Der Bürgermeister spricht, vermerkt und unterzeichnet sogleich das Urtheil und theilt es dem Beschuldigten mit.

Schulversäumnisse können nur entschuldigt werden: durch schriftlichen Urlaub des Pfarrers.

Das Allegat ist falsch. Die fragl. Instr. des Oberpräs. der Rheinprov. v. 1835 ist mittelst Bef. der Reg. zu Trier v. 28. Juni 1836 (A. XX. 1836) publicirt.

Wenn ein Pfarver einem Schullehrer mehr als 2 Tage Urlaub erteilt, so hat der Bürgermeister solches durch Vermittelung des Landraths dem Landrathe anzuzeigen und der letztere nach Befinden die des Genehmigungs zu erteilen Urlaubsbewilligungen vorzulegen.

2) Durch Krankheit des Schullehrers.

3) Für Schullehrer, die über Land zur Schule gehen müssen, durch den Landrathe, welches nach vernünftigen Urtheilen des Schullehrers anzuordnen ist.

§. 7. Erkenntnisse, welche aus andern, als den im §. 6. bezeichneten, den eine Versäumnis für entschuldigend erklären, bedürfen der Bestätigung des Landraths, welcher dieselbe nur aus besonders erheblichen Billigkeitsgründen erteilen darf.

Die Bestätigung wird vom Bürgermeister, unter Vorlegung eines Kopie der Versäumnisliste, nachgesucht. Wird dieselbe nicht erteilt, so spricht der Landrathe die gesetzliche Strafe aus, und theilt dem Bürgermeister das Erkenntnis zur Bestätigung mit.

§. 8. Statt der Geldstrafe (1 Egr. bis 1 Mkr.) ist für den Fall der Zahlungsunfähigkeit auf Gefängnisstrafe zu erkennen und zwar:

1) principaliter, wenn der Straffällige aus öffentlichen Armenfonds zur Abfuhr entfangt; 1)

2) subsidiarisch, wenn die Zahlungsunfähigkeit zweifelhaft ist.

Fünf Egr. Geldstrafe sind einer vierwöchigen Gefängnisstrafe gleich zu setzen.

§. 9. Gegen das Urtheil des Bürgermeisters kann der Betreffende Recurs an den Landrathe ergreifen.

Der Recurs ist bei der Publication, bei Reclamations- Urtheilen binnen 3 Tagen nach der Bestätigung, bei dem Bürgermeister mündlich oder schriftlich anzulegen, welcher binnen der drei folgenden Tage dem Landrathe einen des Recurs betz. vollständigen Auszug der Versäumnisliste einzureichen hat.

§. 10. Der Landrathe erläßt in der Regel seine Entscheidung auf den ihm vorgelegten Verhandlungen, kann aber auch, wenn es ihm erforderlich scheint, zuvor eine weitere Untersuchung und Vernehmung des Recurrenten anordnen.

§. 11. Die Entscheidung des Landraths wird auf dem ihm vorgelegten Auszuge der Liste (§. 9.) niedergeschrieben, dem Bürgermeister zugesandt, um die Liste vermerkt dem Recurrenten zugestellt zu werden.

§. 12. Gegen die Entscheidung des Landraths ist in den Fällen des §. 11. Recurs an die K. Reg., welcher binnen zehn Tagen nach der Bestätigung der Entscheidung angemeldet werden muß, zulässig.

§. 13. Nach Ablauf der Recursfrist oder erfolgter Entscheidung muß zugleich mit der Vollstreckung der Strafen vorangeschritten werden.

Für Vollstreckung der Geldstrafen erhält der Gemeindef. Empfänger eine vom Bürgermeister angefertigte, vom Landrathe visirte Auszug der Versäumnisliste und verfährt in gleicher Weise wie bei Eingehung der Kommunalabgaben.

Der Vollzug der Gefängnisstrafe erfolgt auf einen vom Bürgermeister erteilten, vom Landrathe visirten Verhaftbefehl, welcher Namen und Wohnort des Recurrenten, den Tag des erlassenen Erkenntnisses und die Dauer der Gefängnisstrafe enthalten muß.

Die geschehene Vollziehung der Strafen wird von dem Bürgermeister in die Liste vermerkt.

§. 14. Die Untersuchungs- Verhandlungen und die Erkenntnisse sind öffentlich und kostenfrei. Einmalige bare Auslagen fallen jedoch dem Recurrenten zu.

§. 15. Bei Versäumnis des Religions-Unterrichts, welchen der Schulbesuchspflichtigen Kindern außer der Schulzeit erteilt, tritt dasselbe Erkenntnis ein.

1) Das Publ. der Reg. zu Köln v. 20. Juli 1820 ordnete Verbot der Unterstützung bis zum Nachweis des regelmäßigen Schulbesuchs der Kinder (N. IV. S. 541.)

verfahren ein, und hat der Geistliche die Liste über die ohne Erlaubniß  
denen Versäumnisse ebenfalls dem Bürgermeister zuzustellen.

6. In Betreff der Väter und Vormünder, welche bereits bestraft wor-  
und dennoch unfolgsam bleiben, kann alle 14 oder 8 Tage eine Nachweis-  
den Schulbesuch ihrer Kinder, resp. Pflegebefohlenen, von dem Schul-  
erhort werden, um das geeignete Strafverfahren eintreten zu lassen.

7. Die Landräthe führen unter Mitwirkung der Schulinsp. die Aufsicht  
Ausführung dieser Instr. Sie sind berechtigt, die Versäumnislisten ein-  
und Vernachlässigungen, welche sich die Lehrer und Bürgermeister dabei  
den kommen lassen, mit Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 5 Thlr. zu





[illegible]

(**Min. 31. 1. 1. 1845. 6. 62.**)

γ) G. R. der Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein S. u. d. P. (v. Schuckmann) v. 20. Okt. 1828 an sammtl. den Rheinprovinzen, betr. die Verwendung der Schulstrafgelder

Des Königs Maj. haben nach dem Antrage der unterz. Min. dur. R. D. v. 24. Sept. d. J. zu befehlen geruhet, daß in denj. Prov., in welcher das französische Recht noch gilt, die für Schulversäumnisse auflommende zu Schulzwecken bei derj. Schulgemeinde, zu welcher der Bestrafte dem Ermessen der Schulbehörden, besonders aber zur Unterstützung mit Schulbedürfnissen verwendet und daher zur Schul-Kasse der Gewerben sollen. Die R. Reg. wird von dieser Allerh. Bestimmung dem Auftrage in Kenntniß gesetzt, das Erforderliche hiernach zu verfi (N. XII. S. 1022.)

### 5) Erlaubte Schulversäumniß.

Als zulässige Gründe derselben werden: Krankheit des Aeltern, Todesfälle in der Familie, nothwendiges Reismes Wetter für solche, die von der Schule entfernter wohnen aufgezählt. In der Regel soll zu ihnen der Urlaub des Lehrers oder Schulvorstandes eingeholt werden.

Vergl.:

α) §. 10. des Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th.

β) §. 3. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. oben S. 104);

γ) §. 39. des kath. Schulregl. für Schlessen von 1801 Th. I. S. 156);

δ) §§. 7., 8. des Stettiner Publ. v. 29. Sept. 1826 su

ε) §. 3. der B. der Reg. zu Marienwerder v. 1. sub 1. b.;

ζ) §. 4. des Berliner Regul. B. v. 21. Okt. 1844 sub

η) lit. g. des Pommerschen Landtags - Absch. v. 23. sub 4. e.;

θ) §. 6. der Rhein. Instr. v. 6. Febr. 1845 sub 4. e.

6) Suspension der Vorschriften über den Schulbesuch bei den Krankheiten. <sup>1)</sup>

a) Im Allgemeinen bestimmt

α) das durch die R. D. v. 8. Aug. 1835 (G. S. 183 genehmigte, und durch Bef. des Staatsmin. v. 28. Okt. 183 Regul. über das bei ansteckenden Krankheiten zu beobachtende

§. 14. Hinsichtlich der Schulen sollen zwar die gesetzlichen die den Schulbesuch befehlen, in keinem von einer ansteckenden Epifuchten Orte zur strengen Anwendung kommen, doch soll auch die gärfung der Schulen nicht ohne dringende Noth erfolgen, und nur i nitätskommissionen besonders darauf gewacht werden, daß in den l stets eine reine Luft erhalten und Ueberfüllung vermieden werde.

An ansteckenden Krankheiten leidende Kinder müssen aus den Sfen und anderen Anstalten, in denen ein Zusammenfluß von Kinder entfernt werden, und sind nicht eher wieder zuzulassen, als bis ihre sung und die Beseitigung der Ansteckungsfähigkeit ärztlich bescheinigt i

Eben so ist aus Familien, in welchen Jemand an Pocken, Scha

1) Vergl. v. Rönne und Simon Medizinalwesen des Pr. Sta S. 245.

2) Ein Publ. der Reg. zu Stettin v. 9. Juli 1827 gestattete, in Lande, wo die Herbeischaffung ärztlicher Atteste schwierig ist, die Schul der nach ansteckenden Hautkrankheiten wieder zulassen können, sobald die Untersuchung die Haut derselben rein und gesund finden. (N. XI. S. 4)

ndere, besonders Kinder gefährdenden, ansteckenden Krankheiten leidet, der  
 ) der Schulen und ähnlichen Anstalten, denj. Kindern nicht zu gestatten,  
 mit dem Kranken in fortwährendem Verkehre stehen <sup>1)</sup>).

2) Der Lehrer ist, sobald er an einem Kinde eine ansteckende Krank-  
 merkt, zur Anzeige an den Schulvorstand verpflichtet: G. R. der  
 zu Trier v. 10. Aug. 1836; f. unten im folg. Kap. Tit. 1. III. a.

3) Insbesondere beim Ausbruch ansteckender Krankheiten in der eignen  
 ie der Schullehrer verordnet:

ie Bef. der Reg. zu Potsdam v. 26. Okt. 1833, betr. das Verfah-  
 t ansteckenden Krankheiten.

Da beim Ausbruche ansteckender Kinderkrankheiten in den Familien der Schul-  
 leicht ein Uebergang dieser Krankheiten auf die Schulkinder stattfinden kann,  
 r Fall vorgekommen ist, daß weder der Schulvorstand, noch die Orts-Poliz-  
 rde, noch auch die Eltern der Schulkinder, von dem Eintritte einer solchen  
 nden Krankheit im Schulhause zeitig genug in Kenntniß gesetzt sind, um  
 orderlichen sichernden Maaßregeln zu treffen, so wird es hierdurch den im  
 ause wohnenden Lehrern zur Pflicht gemacht, von dem Ausbruche anstecken-  
 ankheiten (insonderheit der Blattern, Varioloïden, der Masern, Rôtheln und  
 charlachfiebers) in ihren Familien, ohne allen Aufschub der Schulkommission  
 em Schulvorstande Anzeige zu machen, welche dann unter Mitwirkung der  
 Polizeibehörde sogleich zu bestimmen haben, ob der Lehrer den Unterricht im  
 ause fortsetzen dürfe, oder nicht. <sup>2)</sup>

Die Orts-Polizeibehörden haben auf die Befolgung dieser Vorschrift mit Nach-  
 zu halten.

Ann. XVII. S. 1090.)

4) Beim Ausbruche der Cholera soll nach einer B. der Reg. zu  
 m v. 22. Sept. 1831 (Amtsbl. 1831. S. 304. — Fürstenthal,  
 S. 557) Verminderung der Unterrichtszeit um täglich 2 Stunden  
 übrigenfalls gänzlicher Schluß der Schule eintreten.

5) Ein Girk. des geistl. Depart. v. 16. März 1802 verbietet, neben  
 ausstellen kontagidser Leichen, insbesondere „das Singen der Schul-  
 bei offenen Särgen.“ (Rabe, Bd. 7. S. 80.)

#### IV. Verwendung schulpflichtiger Kinder zur Arbeit.

1) Zur Aushülfe beim Feldbau (Sommerschule).

Die Bedürfnisse des Ackerbaues (f. auch unten sub 6.) haben für die  
 Monate eine Einschränkung der Unterrichtszeit, entweder auf eine  
 Stundenzahl täglich, oder auf einzelne Tage in der Woche her-  
 zu.

- Einrichtung der Sommerschule.

über disponiren

- §. 5. des Landschulregl. von 1763 <sup>3)</sup> (f. oben in Th. I. S. 65);  
 §§. 18., 27., 28. des kath. Schulregl. für Schlessen von 1765 (f.  
 Th. I. S. 134, 136), sowie §. 43. des gl. Regl. von 1801 (f.  
 Th. I. S. 157).

Eine B. der Reg. zu Reichenbach v. 23. April 1819 verbot schlechtweg  
 die Strafe den Schulbesuch gesunder Kinder aus Häusern, in denen sich  
 e Kranke befinden. (A. III. S. 556.)

Die vorstehend angef. B. der Reg. zu Reichenbach v. 23. April 1819  
 im Ausbruch einer ansteckenden Krankheit im Schulhause sofortiges Auf-  
 Schulunterrichts so lange an, bis der Arzt bezeuge, daß keine weitere  
 mehr zu besorgen sei.

Vergl. auch §. 5. des Kleve-Märkischen Regl. v. 1782 Abschn. I. (f. o.

γ) §§. 18. flg. der B. der Reg. zu Marienwerder v. 1. Ju (s. oben S. 572);

δ) §. 5. des Publ. der Reg. zu Frankfurt v. 27. Aug. 1821 S. 182);

ε) Publ. des Konf. der Prov. Sachsen v. 11. März 1817 zu Sommerschulen<sup>1)</sup>);

Wir sehen uns veranlaßt, hinsichtlich der Sommerschulen folgende Vorschriften in Erinnerung zu bringen:

- 1) Die Schullehrer sind verpflichtet, eben sowohl im Sommer, als im Schule zu halten.
- 2) Damit aber insbesondere die erwachsenen Kinder ihren Eltern i häuslichen und landwirthschaftlichen Geschäften behülflich sein kö hat der Ortsprediger sich mit dem Patron der Schule, wo ders. selbst befindlich ist, oder sonst mit dem Schulzen des Orts und ein milienvätern darüber zu berathen, auf welche Tagesstunden der Sch richt zur Sommerzeit nach den Ortsverhältnissen am füglichsten ; gen sei.
- 3) Es soll nachgelassen werden, daß von Ostern bis Michaelis nu Vormittagsstunden Schule gehalten werde, und daß die erwachse zur Arbeit erforderlichen Kinder nur die Hälfte der täglichen Schul und die kleineren Kinder die andere Hälfte besuchen.
- 4) Das regelmäßige Schulgeld muß, ohne Unterschied der Sommers: m terzeit, gezahlt werden, und kann die Schulversäumnis des Kindes di nicht von der Verbindlichkeit, es zu zahlen, befreien.
- 5) Wo bisher die Sommerschule wie die Winterschule Vormittags un mittags gehalten ist, bleibt es bei der bestehenden löblichen Einricht (Ann. I. S. 1. S. 161.)

ζ) Publ. der Reg. zu Koblen v. 7. Sept. 1821, betr. den besuch.<sup>2)</sup>

Aus den diesjährigen Schulprüfungsberichten haben wir die erfreuliche zeugung gewonnen, daß in einigen Kreisen des diesseitigen Reg. Bez. d vereinte kräftige Unterstützung von Seiten der H. Landräthe, Superint. u mainen-Beamten es mehreren wackeren Geistlichen gelungen ist, in ihrer Parochie nach und nach nicht nur die äußeren Verhältnisse des Schulwese schriftsmäßig festzustellen, und tüchtige Lehrer für die ihrer speziellen Auf vertrauten Schulen zu gewinnen, sondern auch auf einem so soliden Grun bauend, den regelmäßigen Besuch der Sommerschule einzuführen.

Zum Theil ist dies auf so sanften Wegen geschehen, daß uns die seg geräuschlose Wirksamkeit mehrerer Prediger in dieser Beziehung erst vo bekant geworden ist, nachdem sie das gute Werk schon zu Stande hatten. —

Die desfalls erlassenen Revisions-Bescheide haben es densf. bereits i daß ihre verdienstlichen Bestrebungen unserer Aufmerksamkeit nicht entgang — dafür aber die einzelnen öffentlich auszuzeichnen, würde dem Geiste ihr

1) Im Wesentlichen gleichlautend erging das Publ. des Konf. in Ko 20. April 1817 (Ann. I. S. 2. S. 134). — Vergl. auch §§. 21. ff. de der Reg. zu Trier v. 11. April 1817 (o. S. 576 Note 1). — Strenge Vol der diesfälligen Vorschriften forderte das Publ. der Reg. zu Trier v. 23 1818 (Ann. II. S. 75). — Im Einzelnen von den oben beispieisweise an ten verschiedene Einrichtungen sind von andern Reg. getroffen, so von der i tin durch B. v. 21. März 1819 (Amtsbl. S. 196. — Fürstenthal, Bd. 378), zu Liegnitz durch B. v. 17. April 1819 (Amtsbl. S. 174. — Für Bd. 4. S. 380), zu Münster durch B. v. 10. Juni. 1833 (Amtsbl. S. 2 Fürstenthal, Bd. 3. S. 525) u. Publ. v. 16. März 1838 (Amtsbl. S. Kam. Zeit. S. 343) u. a. m.

2) Vgl. hierzu sub c. das G. R. v. 6. März 1843.

ne, welcher sich mit keiner Art von Ostentation verträgt, entgegen sein: wir be-  
nügen uns daher, sie an ihr Bewußtsein zu verweisen.

Um so mißfälliger muß es uns dagegen sein, aus vorgedachten Schulprüfungs-  
richten zu ersehen, wie in einigen Parochien in Betreff der Sommerschule bis  
jetzt noch durchaus nichts geschehen ist, und daß man kein Bedenken trägt, die Un-  
möglichkeit, sie zu Stande zu bringen, der Erfahrung durchaus entgegen, zu be-  
aupten. Dieser Nichtbeachtung der desfalls bestehenden Vorschriften kann auf  
keine Weise länger nachgesehen werden. Wir bringen daher für die Folge nachste-  
hende Bestimmungen in Gemäßheit der §§. 4. 5. und 10. der Landschulv. v. 12.  
Maj. 1763 und mehreren später ergangenen B. hiemit in Erinnerung, über deren  
pünktliche Befolgung zu wachen, den landrätthlichen Behörden, Superint., Domai-  
nen-Beamten, Magisträten und Schulvorständen, resp. auf dem Lande und in den  
Städten zur Pflicht gemacht wird.

1) Die Sommerschule nimmt gleich nach Ostern ihren Anfang und dauert bis  
Michaeli.

2) Jeder Lehrer auf dem Lande ist verpflichtet, auch im Sommer Montags,  
Dienstags, Donnerstags und Freitags fünf, Mittwochs und Sonnabends aber drei  
Stunden zu unterrichten. An den letztgenannten beiden Tagen werden diejenigen  
Schüler und Schülerinnen, welche den Eltern in der Wirthschaft unentbehrlich sind,  
ausgenommen, an den vier andern Tagen aber zwei Stunden hindurch besonders unter-  
richtet. Die übrigen resp. drei oder zwei Stunden werden den kleineren, schulfäh-  
igen Kindern gewidmet.

3) Dem Schulvorstande jedes Orts bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob es  
den Ortsverhältnissen angemessener ist, zum Unterricht für die erwachsenere Jugend  
Frühstunden von 6 bis 8, oder die Mittagsstunden von 12 bis 2 Uhr zu  
wählen. Danach wird es sich denn auch bestimmen, ob die eine Stunde des  
Mittwochs und Sonnabends von 7 bis 8 oder von 1 bis 2 Uhr gegeben wer-  
den soll.

Der Unterricht der kleinen Kinder dauert regelmäßig an den vier ganzen  
Schultagen von 8 bis 11 Uhr, Mittwochs und Sonnabends aber von 8 bis  
10 Uhr.

4) Auf diese Weise werden auf dem Lande sämtliche 5 Stunden Vormittags  
unterrichtet; Nachmittags dagegen fällt der Unterricht ganz aus.

5) Es steht indessen jedem Hausvater frei, sein Kind auch an allen 5 Stun-  
den Theil nehmen zu lassen, und die Lehrer sind verpflichtet, solche Schüler nach  
ihren Vorkenntnissen theils besonders, theils in Gemeinschaft mit derj. Abtheilung,  
in welcher eben unterrichtet wird, zu beschäftigen.

6) In besonders dringenden Fällen soll es den Schul-Insp. bis zur Erschei-  
nung einer neuen Schulordnung freistehen, zu genehmigen, daß die Stundenzahl  
an den vier ganzen Schultagen eben so wie des Mittwochs und Sonnabends auf  
reduzirt werden, so daß die erwachsenen Schüler täglich eine und die klei-  
nere zwei Stunden unterrichtet werden, wobei es dann jedem Kinde auch frei-  
steht, in vorbemerkter Art an allen drei Stunden Theil zu nehmen. Ein Meh-  
rer kann und darf aber unter keiner Bedingung nachgelassen werden.

7) Damit während der dringendsten Arbeitszeit den Eltern ihre Kinder bei  
Wirthschaftsbetrieben nicht entzogen werden, sollen zur Ernte des Winterge-  
treides 12 Tage, des Sommergetreides 10 Tage und der Erbstoffeln 9 Tage, zu-  
sammen also ein ganzer Monat, freigegeben werden. Den Anfang der jedesmal-  
igen Ferien nach Maßgabe der Witterung und örtlicher Verhältnisse zu bestimmen,  
dem Schulvorstande jedes Orts freistehen, auch soll es ihm überlassen bleiben,  
den schulfreien Sommermonat nach Beschaffenheit der Gegend, des Feld- und  
Gartenbaues u. s. w. noch angemessener zu vertheilen. Mehr als diese 31 Tage  
sollen jedoch überhaupt zu diesem Behuf nicht freigegeben werden.

8) Das reglementsmäßige Schulgeld bleibt sich in den Winter- und Sommer-  
monaten gleich.

9) Die Schulversäumnisse werden in dem Schultagebuche im Sommer oben-  
genau bemerkt und von den vorgesetzten Behörden eben so streng bestraft als  
im Winter.

10) Nachlässige Eltern, deren Kinder die Schule ohne dringende Noth ver-  
lassen haben, sollen auf dem Lande von den Ortschulzen ohne Weiteres der land-  
rätthlichen Behörde oder dem Domainen-Amte, in den Städten aber von der Schul-



Kommission, dem Magistrat angezeigt werden. Sie für Zwangsmaassregeln anzuhalten, 16 gGr. Strafgeulder an zu entrichten, welche unter Aufsicht des Predigers von dem e tet wird.

11) Wenn schulpflichtige Kinder für den Sommer vor die Pächterherren die Verbindlichkeit, sie nach der vorgeschri die Schule zu schicken, und gehen die angegebenen Strafen auf diese über.

12) Die Bestimmungen ad 1., 8., 9. und 11. gelten schulen, und wird hierbei bemerkt, daß in den Städten de Nachmittags in der gewöhnlichen Ordnung nach der bisherig werden muß, und durch die vorgedachten Modifikationen fü Aenderung erleidet.

Die landrätthlichen Behörden, Aemter, und Ma angewiesen, den betr. Gemeinden den Inhalt dieser kannt zu machen, — auf die Befolgung desselben für muthwilligen Schulversäumnissen mit Ernst und Mac H. Pfarrer aber werden jede schickliche Gelegenheit das Herz zu legen, daß es um christliche Gemeinden die Obrigkeit sich in die Nothwendigkeit gesetzt findet, unmündiger Kinder anzunehmen, die von ihren leibl tern verlassen und versäumt werden, und daß, wenn geschehe, auch den Kindern von Gottes und Rech was ihre höhere Bestimmung als Menschen und als (N. V. S. 637.)

#### b) Sommerschule in kleinen Städten. <sup>1)</sup>

E. R. der K. Reg. zu Potsdam v. 25. Febr. 18: rätthe, Superintend. und Schulinsp., betr. den vollstän gen Schulbesuch in kleinen Städten.

Der vollständige und regelmäßige Schulbesuch einer b Kindern unterliegt während des Sommerhalbjahres in den benden Städten nicht geringeren Schwierigkeiten als auf t dies. Gründe, aus welchen für dieses die Beschränkung t Sommer, oder die sogenannte Sommerschule gestattet worde gleiche oder ähnliche Einrichtung in den vorgedachten Städt pflichtigen Kinder solcher Ortsbewohner, welche ihre Subst schäftigungen sichern müssen.

Dagegen aber fehlt es auch in keinem dieser Dertex a auch während des Sommerhalbjahres einen vollständigen Kinder wünschen, oder wenigstens den Wunsch einer Bes in jedem einzelnen Falle der Rechtfertigung bedürfen würd gründen können.

Dieser mit einander in Kollision tretenden Umstände deren Ausgleichung allerdings schwierig ist, hat es bisher a kleinen Städten bei der Ertheilung des vollen Schulunter im Winter sein Bewenden gehabt, woraus aber auch der g gegangen ist, daß eine Menge schulpflichtiger Kinder, die i an jedem Tage und in allen Schulstunden glaubte entziehen die Schule im Sommer fast ganz versäumt, sondern auch, weise besucht wurde, dann einen höchst lückenhaften und in ihre Bedürfnisse berechneten, und somit wenig Nutzen schaffe gen hat, also weit schlechter berathen war, als die eine ord gehaltenen Sommerschule besuchende Jugend auf dem Lande.

Einer solchen nachtheiligen und unzulässigen Ordnungs ster Berücksichtigung billiger Wünsche der Eltern schulpflicht ordnen wir hiermit hinsichtlich einer Sommer-Schuleinrichtun

1) Vergl. die Ver. beim E. R. v. 4. Juni 1824 unter

kleinen Städte, in denen nicht etwa schon, wie seit einigen Jahren in mehreren Orten bewirkt worden ist, für den hier in Rede stehenden Theil der Ortschul- und eine eigene kleinere Schule neben der größeren Ortschule besteht, Folgendes:

- 1) Die betr. Orts-Schulkommissionen verschaffen sich bei Zeiten vor dem Anfange des Sommerhalbjahres eine vollständige Nachweisung aller der schulpflichtigen Kinder des Orts, deren Eltern eine Beschränkung des Unterrichts für sie während des Sommers wünschen, und aus Gründen, über deren Zureichendheit jedoch die genannten Kommissionen in Betreff jedes einzelnen Kindes nach gehöriger Prüfung aller Umstände zu entscheiden haben, in Antrag bringen.

Nur für die hiernach von den Schul-Kommissionen ausgewählten Kinder, von denen dann den Orts-Schullehrern eine Liste zu übergeben ist, tritt eine Beschränkung des Schulunterrichts während des kommenden Sommers ein.

- 2) Diese Beschränkung des Unterrichts für die bezeichneten Kinder kann ohne erheblichen Nachtheil für die übrigen, den vollen Unterricht genießenden Schüler auf gedoppelte Art bewirkt werden:

- a) So, daß der ganze Schulunterricht des Morgens um 7 Uhr beginnt, und täglich von 7—9 Uhr Vormittags in allen Klassen der Schule diejenigen durchaus nothwendigen Unterrichtsgegenstände behandelt werden, an welchen auch die auf weniger Unterrichtsstunden, d. h. auf 12 wöchentlich, zu beschränkenden Schüler Theil nehmen müssen. Dahin gehören:

Religion	in	2 Stunden	wöchentlich
Lesen	„	4	„
Schreiben	„	2	„
Rechnen	„	2	„
Denk- und Sprach-übungen	„	2	„

Summa 12 Stunden wöchentlich.

Übungen im Gesange, namentlich im Choralgesange, müssen den Anfang des Unterrichts an jedem Tage ausmachen.

Der Unterricht in allen vorgedachten Stunden und Gegenständen muß von den Lehrern ganz besonders auf die nur diesen beschränkten Unterricht genießenden Schüler berechnet, und namentlich so eingerichtet werden, daß er im Ganzen weniger ein weiteres Fortschreiten als eine Wiederholung und Einprägung dessen, was im Winterhalbjahre gelehrt und gelernt worden ist, bezwecke, was auch für die übrigen den vollen Schulunterricht genießenden Schüler gar nicht unnöthig und nutzlos sein wird, um so mehr diese in jeder Klasse eine obere Abtheilung bilden; und als solche auch in den hier in Rede stehenden Stunden noch besonders beschäftigt werden können.

Sind dann um 9 Uhr täglich die auf beschränkten Unterricht angewiesenen Schüler entlassen, so können die zurückbleibenden in den übrigen Schulstunden des Tages nicht nur in andern Gegenständen noch Unterricht empfangen, sondern auch in den schon oben bezeichneten Lehr-objekten weiter geführt werden.

Sollte aber diese Einrichtung, der geringen Schwierigkeiten ungeachtet, welchen sie unterliegt, doch noch unerwartete Bedenken finden, so ist es auch zulässig:

- b) Die auf beschränkten Unterricht zu setzenden Schüler, deren Zahl nicht leicht an einem Orte unter 100 betragen wird, aus allen Klassen der ordentlichen Schule für den Sommer herauszunehmen, und sie von einem oder mehreren Lehrern in zwei ganz von der größeren Schule und von einander getrennten Abtheilungen (Eine für die größern und Eine für die kleinern Schüler), jede Abth. wöchentlich in 12—16 Stunden, und zwar in den Frühstunden eines jeden Tages (allenfalls schon von 6—8 Uhr Morgens) in den oben angegebenen Gegenständen unterrichten zu lassen.

Bei dieser Einrichtung wird dann freilich Ein Lehrer der hiesigen Schule ganz entzogen, welche nun während des Sommers Klasse weniger als im Winter haben wird, so daß die allerdings genehme Nothwendigkeit entsteht, auch eine neue Vertheilung der verschiedenen Klassen auf die verringerte Zahl dieser während Sommers vorzunehmen; da aber diese neu gebildete Klassen gewissermaßen zahlreicher, als im Winter bleiben, und nach dem Ausschluß weniger ordentlichen Schüler fast nur von solchen werden besetzt, mit welchen der Unterricht ungehinderter und rascher werden kann; so wird der Nachtheil in der Wirklichkeit nicht tend sein, wie er sich bei dem ersten Blick auf diese Einrichtung leicht darstellt.

Endlich aber sind wir auch nicht abgeneigt, da, wo beide vorgedachten Einrichtungen erweislich zu große Hindernisse finden sollten, oder wo die Kinder, die selbst im Winter aus erheblichen und berücksichtigungswerthen die ordentliche Schule nicht vollständig besuchen können, so groß ist, daß Abth., jede aus 60—80 Schülern bestehend, bilden können, nach Umständen schon hier und da geschehen ist, zu gestatten, daß diese Kinder für immer eine kleinere Schule, neben der größern ordentlichen Schule, unter Einem Lehrer, welcher aber dann jeder der beiden Abth. wenigstens im Winter wöchentlich Stunden Unterricht erteilen, und hiernach eine angemessene Besoldung erhalten muß.

Dieser letzteren Einrichtung wegen würde aber in jedem Falle erst eine drückliche Genehmigung mit den erforderlichen näheren Weisungen und Bedingungen einzuholen sein; wogegen wir die H. Superint. und Schulinsp. ersuchen, eine der oben sub a. und b. angegebenen Einrichtungen in denjenigen kleinen Schulen für welche Sie es nach Berathung mit den resp. Orts-Schulkommissionen finden, sogleich ohne Weiteres in dem nächstbevorstehenden Sommer ins Leben treten zu lassen, und uns dann nur im Mon. Okt. d. J. kurz anzeigen, wo etwa und mit welchem Erfolge solches geschehen ist.

Schließlich bemerken wir noch, daß jede der bezeichneten Schuleinrichtungen Zweck hat, mit Aufrechterhaltung der unerläßlichen Ordnung in den Schulen und im Schulbesuche und mit pflichtmäßiger Sorge für eine, wenigstens lernnothwendigste umfassende Schulbildung auch der ärmsten Kinder zu irgend möglicher und zulässiger Erleichterung für die ärmeren Volksklassen bei dem Schulbesuche und Unterrichte ihrer Kinder zu gewähren, daß aber, in Ansehung dieser Erleichterung soviel, wie durch die obigen Anordnungen und die Sommer Schulen auf dem Lande eingeräumt ist, zugestanden wird, der Ordnung nicht das Geringste weiter vergeben werden darf, vielmehr zu Beförderung des ordentlichen Schulbesuchs auch der auf beschränkten Unterricht angewiesenen überall die wirksamsten und nöthigenfalls strengsten, längst vorgeschriebenen Regeln anzuwenden sind, wozu hierdurch wiederholentlich insonderheit die Rathschläge, wenn die H. Superint. und Schulinsp. ihre Mitwirkung in Anspruch nehmen, angewiesen werden.

(N. XVIII. S. 93.)

### c) Besuch der Sommerschule.

Derselbe war neben den sub a. angeführten Bestimmungen schon ältere spezielle Verordnungen eingeschärft, wie:

α) durch Girk. v. 1. Jan. 1769, wegen des Anhaltens der Kinder zur Schule zu schicken.

Friedrich 2c. 2c. Da Unserer höchsten Person angezeigt worden, daß der Erfolg der neuen Schulanstalten dadurch mit behindert werde, daß die Eltern platten Lande ihre Kinder in den Sommermonaten von den Schulen zu weit und zu ihrer Feldarbeit gebrauchen; so befehlen Wir euch hiermit allen sämtlichen Beamten gemessenst aufzugeben, gedachte Eltern mit mehrerer dahin anzuhalten, daß sie ihre Kinder so viel möglichst die drei Sommer wöchentlich wenigstens zweimal, die übrigen Monate aber hingegen täglich gesetzten Stunden zur Schule schicken.

(Reigebaur S. 63.)

In neuerer Zeit ist über denselben insbesondere ergangen:

β) das G. R. der Reg. zu Aölin v. 6. März 1843, betr. den Besuch der Sommerschulen auf dem Lande.

Die Wichtigkeit eines regelmäßigen Besuchs der Sommerschule, ohne welchen die Arbeit der Winterschule zum Theil fruchtlos gemacht, und die religiöse, sittliche und geistige Bildung der Schüler auf eine zu nachtheilige Art unterbrochen wird, stimmt uns, sämtliche Superint., Schulaufseher, Prediger und Lehrer auf unsere heutige Amtsblatts. B. wegen des Sommerschulbesuchs noch besonders aufmerksam zu machen, und ihnen, da die Schule und der Schulbesuch so weit irgend möglich ist, ein Werk der Liebe und nicht des Zwanges sein soll, bestehende Beobachtungen, Bemerkungen und Ansichten zur Beherzigung für sich, Besonderheit aber für die Schullehrer, mit denen dieselben gründlich durchzugehen sind, und deren jeder von diesem Circulare für seine Schule Abschrift zu nehmen hat, mitzutheilen.

Vielsache Erfahrung zeigt, daß nicht nur im Winter die Landschulen im Allg. und mit wenigen, meist durch die große Abgelegenheit einzelner Abbauten oder durch schlechten Wege bedingten Ausnahmen, recht gut besucht werden, sondern daß auch an vielen Orten im Sommer ein guter, oft fast ganz regelmäßiger Schulbesuch stattfindet. So wenig zu verkennen ist, daß häufig die ländlichen Verhältnisse den regelmäßigen Besuch der Sommerschule erschweren, so zeigt dennoch die Beobachtung, daß ein regelmäßiger Sommer-Schulbesuch in ländlichen Ortschaften jeder Art, in Bauerndörfern, wo die Separation noch nicht eingeleitet, so wie in solchen, wo sie schon vollendet ist, in zerstreut gebauten Rodungen, in Dörfern, welche aus sogenannten Buschflaten, und in solchen, welche zum großen Theile aus kleinen Eigenthümern (Büdnern) bestehen, in Güttern, welche nur Tagelöhner enthalten, in Fischerdörfern, möglich ist, in den Dörfern jeder der obigen Arten bekannt sind, wo auch die Sommerschule regelmäßig besucht wird. Es liegt daher nicht allein an den ländlichen Verhältnissen, wenn in vielen anderen Orten im Sommer ein schlechter Schulbesuch stattfindet. Ebenso zeigt die Erfahrung, daß keinesweges überall, wo auch im Sommer die Schule gut besucht wird, dieser gute Schulbesuch eine Folge von Drohungen oder Strafen ist, welche die Guts herrschaft auf Grund der Versäumnislisten veranlaßt hat. Wenn gleich an vielen Orten wahrzunehmen ist, wie in den gegen den Sommerschulbesuch gleichgültigen Gemeinden ein ernstes, Ermahnendes, drohendes oder strafendes Einschreiten der Guts herrschaft viele angebliche Hindernisse überwinden und den Schulbesuch in Ordnung bringen und darin erhalten kann, wenn die ernstesten Bemühungen treuer Lehrer und Schullehrer bei widerstrebenden Mitgliedern der Gemeinde fruchtlos bleiben: so sind dennoch auch Ortschaften bekannt, wo dies Einschreiten der Obrigkeit wenig oder gar nicht nöthig ist, und wo es dem Lehrer und Prediger allein genügt, ohne Strafen auch im Sommer einen guten oder wenigstens einen ziemlich guten Schulbesuch zu erzielen, und strafbare Schulversäumnisse zu einer Seltenheit zu machen.

Lehrer, welche am meisten über den schlechten Schulbesuch klagen, und alle Hoffnungen von Zwangsmaßregeln erwarten, sind nur zu oft, vielleicht ohne Selbst zu wissen, Schuld an dessen Versalle:

Theils aus den schriftlichen Berichten der Prediger selbst, theils aus den bei Gelegenheit der Schulrevisionen gemachten Beobachtungen geht hervor,

daß an keinem Orte, wo der Lehrer ganz das ist, was er sein soll, und wo der Prediger ihn ernstlich unterstützt, ein dauernd schlechter Sommerschulbesuch gefunden wird.

Der Lehrer selbst ist die erste und wichtigste Person für die Förderung eines guten Schulbesuchs, der Prediger die zweite, kann aber auch nicht hinreichend wirken, wenn nicht die Tüchtigkeit und die Treue des Lehrers ihm für seinen Zweck arbeitet und die Hand bietet. Treues Wirken des Predigers und des Lehrers ist zwar nicht in allen, aber dennoch in den meisten Fällen das Eingreifen der Guts herrschaft unnöthig, und in Fällen, wo dies nöthig ist, wird der tüchtige und rechtschaffene sich bewegende Lehrer und Prediger gern von der Guts herrschaft unterstützt. In den sehr seltenen Fällen, in welchen erfolglos die Hülfe des Guts herrn in Anspruch genommen wird, oder wo gar der Gutsherr selbst den Schul-

besuch mittelbar oder unmittelbar hindert, spricht daher in der Regel die Vermuthung gegen dies zweckmäßige Verhalten der Schullehrer oder Prediger, und wenn diese Vermuthung nicht zutrifft, sondern zufällige Umstände die Guts herrschaft abgeneigt machen, ihren Pflichten nachzukommen, ist es unserer Vermittelung gelungen, den besseren Schulbesuch wieder herbeizuführen.

Wo der Lehrer seine Schüler mit Liebe und Freundlichkeit, in dem Sinne eines guten, ächt christlichen Vaters, behandelt, wo er ihnen den Unterricht anziehend, belebend und erfreuend zu ertheilen versteht, wo er es dahin zu bringen weiß, daß der Aufenthalt in der Schule und das Lernen den Schülern Freude macht, da ist, das lehrt auch in unserm Bezirk vielfache Erfahrung, die Schulversäumnisse selten. Die Schüler solcher Lehrer bitten selbst ihre Eltern, sie nicht von der Schule, wo ihnen so wohl ist, zurückzuhalten, und bringen meist mit ihren Bitten durch. — Wer aber kann es überdauern, die von ihrem Lehrer unfreundlich oder kalt behandelt, für kleine Versäumnisse für Mangel an schnellem Fassen hart gescholten oder wohl gar strenge geprügelt werden, welche im Lehrer nicht den väterlichen Freund, sondern den strengen Zuchtmeister erblicken, der sie beim Unterricht durch schlechte Methode langweilt, verdenken, wenn sie im Sommer jeden Vorwand, jedes Geschäft gern ergreifen, das sie vom Besuch der ihnen unangenehmen Schule zurückhalten und ihnen dafür den Genuß der freien Natur gewähren kann.

Wo der Lehrer selbst nicht nur durch seinen streng sittlichen Wandel in Achtung, sondern auch durch ein den Verhältnissen und der Stellung eines Landschullehrers angemessenes, bescheidenes, friedliches, verständiges, wohlwollendes und zuthuliches Betragen und Benehmen, das Zutrauen und die Liebe seines Guts herrn, des Predigers und der Gemeinde sich erworben hat, — wo ihm selbst die Erfüllung seines Berufes Freude macht, wo es ihm selbst am Herzen liegt, daß die Sommerschule regelmäßig gehalten und besucht werde, wo er täglich, pünktlich zur festgesetzten Zeit schulgemäß bekleidet in der reinlichen Schulstube sich befindet, die Schule pünktlich nach dem Lehrplane hält, wenn einmal auch nur wenige Schüler vorhanden sind, täglich die fehlenden nicht zugleich aber auch an jedem Tage, so weit die Verhältnisse es erlaubt, sich bemüht, die Eltern derj. Schüler, welche gefehlt haben, durch wohlwollendes, belehrendes und warnendes Zureden dahin zu bringen, daß sie ihre Kinder am folgenden Tage zur Schule schicken, wo der Lehrer dies unermüdet fortsetzt, Personen, welche auf seine Bitten und Ermahnungen nicht hören wollen, im Laufe der Woche oder spätestens am nächsten Sonntage dem Prediger anzeigt, damit dieser sie ermahnen könne, oder wo der Lehrer den Guts herrn oder dessen Vertreter und die Schulvorsteher freundlich bittet, seine Bemühungen zu unterstützen, wo ein guter, geachteter und geliebter Lehrer in solcher Treue beharrt, dabei, wie die Natur der Sache es fordert, die vielfach fehlenden, also im Lernen zurückbleibenden Schüler in ihren Abtheilungen auf niedrigere Plätze setzt, u. dgl., da bessert sich, auch das lehrt die Erfahrung, der Schulbesuch meist ohne strafendes Einschreiten der Behörden.

Wer darf sich dagegen wundern, wenn in einem Dorfe, wo der Schullehrer selbst eigenmächtig die Sommerschule ganz oder theilweise ausfallen läßt, so daß die kommenden Schüler ihn nicht anwesend finden, — oder wo der Schullehrer die wenigen kommenden Schüler nach Hause schickt, weil ihrer so wenig sind, — oder wo er im Sommer seine Schüler stundenweise in der Schule sitzen und ohne Aufsicht, oder unter Aufsicht älterer Schulkinder lesen und schreiben läßt, während er selbst in seinem Garten oder zur Arbeit auf das Feld geht, — wo er selbst ohne Erlaubniß des Predigers ganze Tage sein Dorf verläßt, um Wochenmärkte zu besuchen, — wo Prozesse seine öftere Anwesenheit vor Gericht und das Ausfallen der Schule nöthig machen, — wo er die Schulliste nicht täglich ausfüllt, nicht monatlich einreicht, oder, wenn er dies letztere auch thut, dennoch den ganzen Sommer hindurch die ihm zu Gebote stehenden Mittel der Bitte, Ermahnung, Warnung und der Anzeige an den Prediger, oder die Guts herrschaft und die Schulvorsteher gleichgültiger Weise nicht in Anwendung bringt, sondern Alles dem Zwange und den Strafen erwartet, zufrieden, wenn die Schule nicht besucht, der Schulbesuch nicht erzwungen wird, weil er dann nicht Schule halten darf, — wer wird sich wundern, wenn in Gemeinden, welche so schlaffe und untreue Lehrer haben, der Sommerschulbesuch unregelmäßig ist, die Schule wohl tage- und wochen-



ausfällt, und die Gemeinde zur Beschönigung ihrer eigenen Nachlässigkeit des Lehrers Untreue und Nachlässigkeit sich beruft? —

Wenn tüchtige und treue Lehrer den Schulbesuch selbst zu fördern ernstlich ist sind, wenn eben so treue, thätige und gewissenhafte Prediger ihr Wirken sich und ausdauernd unterstützen, wenn sie namentlich wenigstens einmal in Woche die Namen derj. Eltern sich einreichen lassen, welche ihre Kinder sträfbare von der Schule zurückbehalten, wenn sie diese Eltern so schnell als möglich in seelsorgerisch ermahnen, sie im Weigerungsfalle, wenn sie dem Wort der nicht hören wollen, mit Anzeige an die weltliche Obrigkeit bedrohen, solche Mahnungen nachhaltig fortsetzen, wenn sie die Guts herrschaften und Schulvorsteher nicht bloß monatlich bei Einreichung der Schullisten, sondern so oft es Noth thut, unter gewissenhafter Darstellung des Sachverhältnisses die pflichtmäßige Hülfe bitten, so erreichen sie erfahrungsgemäß in den meisten Fällen ihr Ziel, ohne daß wirkliche Strafen nöthig sind. — Wo diese wegen bösen Willens und Schläffheit der Eltern nöthig, und von der Guts herrschaft wiederholten Antrag des Predigers nicht angedroht und vollstreckt werden, da ist freilich nichts übrig, als daß der Prediger im Gefühle seiner Pflicht und ohne Menschenfurcht für die Förderung der heiligen Sache der Jugendbildung, und den Beistand der Synodal-, Kreis- und der Landesbehörden nachsucht, jeder von unserer Seite einem treuen Prediger, nachdem er und der Lehrer alle zu Gebote stehenden Mittel fruchtlos versucht hat, niemals versagt worden und niemals versagt werden wird.

Wir hegen zu allen Geistlichen unsers Bezirks das feste Vertrauen, daß sie es nicht allein selbst ernstlich sich zu Herzen nehmen und alle, einem treuen sorger und Schulaufseher zu Gebote stehenden Mittel, theils, um schlaffe und müde Lehrer zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, theils um tüchtige, rüstige Lehrer in Erfüllung derselben zu unterstützen, und auf die Guts herrschaften, Schulvorsteher, die Gemeinden im Ganzen, so wie auf die einzelnen Glieder derselben, für die Förderung des guten Sommerschulbesuchs zu wirken, mit Umsicht, Fleiß und Ausdauer in Anwendung bringen, sondern daß sie auch sämtliche Lehrer ihres Kirchspiels mit dem Inhalte dieser Verf. genau bekannt machen, und allen aus Herz legen, dieselbe, wie die Umstände es erfordern, lobend oder tadelnd auf die einzelnen Lehrer beziehen, und allen mit gutem Rathe und kräftigen Antriebe beistehen werden, damit auch die Lehrer selbst

durch eigene Tüchtigkeit und guten Unterricht,

durch freundliche und christliche Behandlung der Schüler,

durch Unbescholtenheit ihres Wandels,

durch ein bescheidenes, friedliches, wohlwollendes, Zutrauen und Liebe erweckendes Benehmen gegen die Guts herrschaft und die Gemeinde,

durch Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit im Amt,

durch eigene Liebe für den Unterricht,

durch Bitten und Ermahnungen bei dem Guts herrn, den Schulvorstehern und den Gemeindegliedern,

die Förderung des Sommerschulbesuchs ernstlich wirken. Wo in einem Kirchspiel ein Lehrer in dieser Hinsicht als Vorbild dasteht, da sind die übrigen auf dieses Beispiel hinzuweisen.

Je treuer Lehrer und Prediger für den Sommerschulbesuch thun, was sie können, je mehr werden sie sich überzeugen, daß sie fremder Hülfe nicht bedürfen und in den seltenen Fällen, wo sie doch angerufen werden muß, wird sie um bereitwilliger auch von uns gewährt werden und sich um so wirksamer erweisen.

(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 150.)

## 2) Hütetinder.

In einzelnen Landestheilen ist das Viehhüten durch schulpflichtige Kinder gänzlich untersagt, in andern ist es gestattet, und dergl. Kindern nur der Besuch der für sie einzurichtenden Sommerschule geboten.

a) Verbote des Viehhütens durch Schulkinder.

a) §. 41. des kath. Schulregl. für Schlesien von 1801 (s. oben in I. S. 156);

β) B. der K. Reg. zu Minden v. 16. Juni 1819, betr. das Hüten des Viehes durch Kinder.

Es ist das Hüten des Viehes durch Kinder bereits durch die Minden-Ravensberg'sche Dorfordn. v. 7. Febr. 1755 §. 46., und das Fürstbischöfl. Paderborn'sche Gd. v. 12. Mai 1710 (Paderb. Landes-Verordnungen Th. II. p. 56) verboten. Wir finden uns jedoch veranlaßt, diese gesetzl. Bestimmungen und die wegen des Hüters des Viehes überhaupt erlassenen ältern und neuern Vorschriften hierdurch in Erinnerung zu bringen, und die betr. Behörden, Polizeidiener, Flurschützen und die K. Gendarmarie anzuweisen, auf deren genaue Befolgung zu achten, und die Kontravenienten zur Bestrafung zu ziehen.

(N. III. S. 528.)

γ) Verbot der K. Reg. zu Arnberg v. 23. April 1820, betr. das Viehhüten durch Kinder.

Im vergangenen Sommer ist mißfällig bemerkt worden, daß der bestehenden Verbote ungeachtet, in mehreren Gegenden des Reg.-Bez. Kinder zum Viehhüten von ihren Eltern gebraucht, und dadurch vom Schulbesuch abgehalten worden sind.

Wir finden uns deshalb veranlaßt, für die Grafsch. Mark die B. der vormaligen Gen. Forst-Administration zu Düsseldorf v. 8. März 1808 und für das Herzogth. Westphalen das Gen. v. 26. Febr. 1804, wonach das Viehhüten durch Schulkinder (im letztern bei 1 Thlr. Strafe für jeden Kontraventionsfall) verboten ist, hiermit nachdrücklich in Erinnerung zu bringen. Die Polizeidiener, Flurschützen und Gendarmarie werden angewiesen, auf die Befolgung strenge zu achten, und die Kontravenienten der betr. Behörde zur Bestrafung anzuzeigen.

(N. IV. S. 265.)

b) Sommerschule der Hütekinder.

α) §. 4: des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I S. 65);

β) Bef. der K. Reg. zu Marienwerder v. 16. Nov. 1852, betr. den Schulbesuch der Hütekinder.<sup>1)</sup>

Der H. Ober-Präs. der Prov. hat hinsichtlich der Verwendung schulpflichtiger Kinder zum Hüten des Viehes folgende Bestimmungen erlassen, welche wir hiermit den Polizei-Behörden, den Schul-Insp. und den Lehrern des hiesigen Reg.-Bez. zur Nachachtung bekannt machen:

1) Nur solche schulpflichtigen Kinder, welche das 10. Jahr schon erreicht haben, wenigstens nothdürftig lesen können, im Winter die Schule regelmäßig besucht haben und arm sind, dürfen überhaupt zum Viehhüten verwendet werden.

2) Aber auch die zum Hüten verwendeten Kinder müssen die Schule in der Hütezeit zwischen dem 1. Mai und 1. Nov. täglich eine oder ein Paar Stunden, oder aber in der Woche an einem oder zwei Tagen besuchen.

3) Der tägliche Besuch, wenn auch nur in 1 oder 2 Stunden, welche dem in die frühen Morgen- oder die Mittags- oder die Abendstunden zu legen sind, ist dem Schulbesuch an nur einem oder zwei Tagen in der Woche vorzuziehen, weshalb überall darauf hinzuwirken ist, jenen einzurichten.

4) Wo die Entfernung der zur Schule gehörigen Orte von ders. zu bedeutend ist, oder wo die Kinder zum Hüten von Vieh gebraucht werden, das den ganzen

<sup>1)</sup> Vergl. §. 27. der B. d. d. Reg. v. 1. Juli 1828 (s. o. S. 572 ff.), in das Viehhüten durch Kinder gänzlich zu verbieten schien, sowie das Publ. der Reg. zu Königsberg v. 28. März 1833 (Amtsbl. 1833. S. 129), dessen Bestimmungen in den „Ost- und Westpreuß. Prov.-Gesetzen etc.“ Glogau u. Leipzig, 1835. Hermann, S. 134, wie folgt, wiedergegeben werden:

Die Schulzen auf dem Lande und die Unterbeamten in den Städten sind verpflichtet, auf der Straße umhertreibende bettelnde, mit Hüten des Viehes oder anderer Arbeit beschäftigte schulpflichtige Kinder ohne Weiteres in die betr. Schulen zu führen.

Ferner s. den Schluß der Schles. Ferienordnung v. 4. Juni 1841 unten sub V. 2

Tag über auf der Weide bleibt, oder wo sich eine Morgen-, Mittags- oder Abendschule nicht wohl einrichten läßt, wird zu dem Unterricht der Hütelinder an nur einem oder zwei Tagen in der Woche geschritten werden müssen.

5) Hierüber ist bei jeder Schule, wo Hütelinder vorhanden sind, von dem Lokal- und Kreis-Schulinsp. Festsetzung zu treffen.

6) Kein schulpflichtiges Kind darf ohne schriftliche Erlaubniß des Ortspfarrers als Lokal-Schulinsp. zum Hüten vermiethet oder überhaupt verwendet werden; dieser Erlaubnißschein ist dem Lehrer des Orts vorzuzeigen, welcher auf Grund dess. das Kind in ein von ihm zu haltendes besonderes Verzeichniß der zur Sommerschule angemeldeten Hütelinder einträgt.

7) Der Schulinsp. hat den Erlaubnißschein erst alsdann zu erteilen, wenn er sich von dem Vorhandensein der oben ad 2. angegebenen Erfordernisse vollständig überzeugt hat, und er hat, daß und wie dies geschehen, in dem Erlaubnißschein ausdrücklich anzugeben.

8) Wer ein schulpflichtiges Kind ohne solchen Erlaubnißschein des Schulinsp. zum Hüten miethet oder verwendet, oder diesen Erlaubnißschein dem Lehrer nicht vorzeigt, und das Kind zur Sommerschule anmeldet, verfällt in eine Polizeistrafe von 1 bis 10 Thlr. (§. 11. des G. über die Polizei-Verwaltung v. 11. März 1850) und ist im Wege der Exekution dazu anzuhalten, das Kind aus dem Dienst zu entlassen oder zum Hüten nicht mehr zu verwenden, so lange er den Erlaubnißschein des Schulinsp. nicht nachträglich beizubringen und die Aufnahme in die Sommerschule nachzuweisen vermag.

9) Bis zum 15. Mai oder, wenn dies für nöthig erachtet wird, bis zum 1. Juni jeden Jahres hat der Lehrer dem Schulinsp. ein vom Ortsvorstande als richtig und vollständig bescheinigtes Verzeichniß der in dem Schulbezirke vorhandenen Hütelinder einzureichen, mit der Anzeige, welche von dens. mit vorschriftsmäßigem Erlaubnißschein zur Sommerschule angemeldet sind. Der Schulinsp. zeigt die nicht angemeldeten Hütelinder Behufs Ausführung der Bestimmung ad 8. der betr. Polizeibehörde an und stellt aus sämmtlichen Verzeichnissen seines Kirchspiels, nach den einzelnen Ortschaften geordnet, ein Hauptverzeichniß zusammen, das er mit der Bemerkung, in Betreff welcher Hütelinder jene Anzeige gemacht sei, dem Kreis-Schulinsp. einreicht.

10) Eben so reicht bis zum 15. Mai oder 1. Juni jeder Ortsvorstand dem Landrath ein Verzeichniß der im Orte vorhandenen Hütelinder ein, mit der Bescheinigung des Lehrers darüber, welche ders. vorschriftsmäßig zur Sommerschule angemeldet sind, und mit der Anzeige, bei wem diesel. dienen resp. das Vieh hüten. Der Landrath schreitet in Betreff der nicht angemeldeten sofort ein und veranlaßt die Befragung durch die zuständigen Polizeibehörden oder den Polizeianwalt.

11) Ortsvorstände und Lehrer, welche ihre Pflicht hierin nicht vollständig erfüllen, werden unnachlässiglich in Ordnungsstrafe genommen.

12) Der Kreis-Schulinsp. und Landrath haben so viel als möglich selbst örtliche Revisionen über die Richtigkeit und Vollständigkeit der ihnen eingereichten Verzeichnisse vorzunehmen, der Landrath hat überdies solche öfters durch die Gensdarmen vornehmen zu lassen.

13) Für jede verschuldete Schulversäumniß der Hütelinder werden die für unentlaubte Schulversäumnisse bestimmten Schulversäumnißstrafen im ersten und zweiten Falle von 4 Pf. und in den folgenden Fällen von 5 Sgr. pro Tag von den Eltern, wenn diese die Kinder selbst zum Hüten brauchen, sonst von der Dienstverrichtung unnachlässiglich im ordentlichen Wege eingezogen. Wenn die Hütelinder nur an ein oder zwei Tagen die Schule besuchen sollen, so wird für jede Versäumniß die Strafe resp. für eine ganze Woche resp. für eine halbe Woche eingezogen.

14) Der Lehrer führt eine besondere Liste über die Versäumnisse der Hütelinder und reicht diesel. wöchentlich dem Schulinsp. ein. Dieser (resp. mit den übrigen Mitgliedern des Schulvorstandes) versteht die Liste mit der Angabe des Betrages der Strafen und übergiebt sie der zur Vollstreckung der Strafe bestimmten Behörde Behufs der Festsetzung und Einziehung der Strafen. Die letztere endlich stellt nach Vollstreckung der Strafen die Liste mit der Bescheinigung der Vollstreckung dem Schulinsp. zurück.

15) Der Orts-Schulinsp. hat über alle, die Hütelinder betreffenden Angelegenheiten

genheiten ein besonderes Aktenstück zu führen, in welches namentlich auch säumnislisten zu heften sind.

16) Der Kreis-Schulinsp. überzeugt sich bei jeder Visitation von handensein dieser Akten, und davon, daß nach dens., so weit dies da- lich, die vorstehenden Bestimmungen gehörig befolgt sind. In jedem Bericht ist davon, daß dies geschehen, Anzeige zu machen. Bemerkte & jedenfalls durch den Bericht zur Anzeige zu bringen.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 315.)

### 3) Verdingung in Dienst oder Lehre.

Bei einer solchen findet keine Modifikation der allgemeinen ten über den Schulbesuch statt <sup>1)</sup>, sondern der Dienst- oder Le in dieser Beziehung ganz in die Pflicht der Eltern ein. Hi über die Sicherstellung dieser Pflicht bestimmen:

#### a) hinsichtlich der Dienstkinder

α) Publ. des Konf. zu Königsberg v. 4. Sept. 1817, Schulbesuch vermietheter Kinder.

Aus den über Schulversäumnisse abgefasteten Ber. hat sich hau daß keine Klasse der Kinder öfter und stärker vernachlässigt wird, als vor der Konfirmation vermiethet werden. Mit Rücksicht auf früher g seze wird daher folgendes aufs neue verordnet und die im Amtsbl. S. 477 enthaltene diesfällige B. v. 9. Nov. 1815 wiederholentlich ein

Kein Kind darf eher aus dem Kirchspiele seiner Eltern in ein Dienstbote ziehen, als bis die Eltern oder Vormünder ihrem Pfarrer von dem Pfarrer des Orts, wohin das Kind vermiethet werden soll haben, daß der Miethende sich verpflichtet habe, das dienende Kind n zur Schule anzuhalten. Wenn Eltern oder Vormünder bei Vermiethu der dieses nicht beobachten, verfallen sie in die gesetzliche Strafe. Wenn herr das Kind dessen ungeachtet unordentlich zur Schule schickt, und des Dienstherrn dieses dem Pfarrer der Vermiethenden anzeigt, so mu auf Verlangen des Letztern, aus dem Dienste weggenommen werden. Vormünder, die diesem Aufruf nicht folgen, werden gesetzmäßig bestraft (N. I. S. 3. S. 91.)

1) Nach den ältern B. wohl. Vergl. S. 36. des kath. Schulregl fien von 1765 (s. oben in Th. I. S. 137). Ähnliches bestimmte das Girk. v. 15. Jan. 1788, betr. den Schulbesuch.

Friedrich Wilhelm 18. 18. Wir bringen in Erfahrung, daß Wirths auf dem Lande (besonders in dortiger Prov.) arme Kinder und bloß mit dem Versprechen, selbige zur Schule und zum Unterric digers anzuhalten, bei sich in Verpflegung und Dienst nehmen, die teit zum Schul- und Religionsunterricht durch den Prediger aber hi in Vergessenheit stellen, die Kinder bloß zu ihrer Arbeit brauchen, ohne allen Unterricht aufwachsen lassen. Da dieser Mißbrauch billig möglich abgestellt werden muß, so sollt ihr sowohl in den Städten, Lande, durch die Steuer- und Landräthe, auch Magistrate und Be darauf vigiliren und dahin sehen lassen, daß vergl. arme Kinder das achte Jahr erreicht haben, einige Tage in der Woche, wenigstens Winter und Frühjahr zur Schule, und im 13. zum Prediger gesd als warum sich auch letzterer billig mit bekümmern und bei den be tern in ihren Parochien deshalb, jedoch mit aller Olimpslichkeit, gelu innerung, nöthigenfalls bei den treffenden Civilbehörden deshalb f müssen.

(Meigebaur, S. 63.)

S. 2. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I. S. 35. des oben all. Regl. von 1765 betreffen bloß den jetzt nicht mehr Dienstzwang.

β) Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 5. Dec. 1817, betr. den Schulbesuch auf dem Lande.

In den diesjährigen Schulvisitations-Ver. ist wiederholentlich darüber geklagt, daß vorzüglich die Dienst- und Waisenfinder auf dem Lande, trotz der vielfältigen dagegen erlassenen B., von ihren Dienstherrn und Pflegeeltern oder Vormündern sehr unregelmäßig in die Schulen geschickt werden, so daß selbige ohne alle Vorbereitung den H. Geistlichen zum Religionsunterricht übergeben werden.

Wir finden uns daher veranlaßt, nicht allein die im Amtsbl. des J. 1815. S. 587 bekannt gemachte B. und die in selbiger angeführten früheren Verf. hierüber allen landrätthlichen Kreisverwaltungs-Behörden, auf deren eifrige und treue Thätigkeit bei diesem Gegenstande so vieles hierbei ankommt, ferner allen Domänen, R. Intendantur- und Domainenämtern dieses Reg. Bez. hiermit wieder in Erinnerung zu bringen, sondern auch in Folge früherer Bestimmungen, Folgendes festzusetzen:

- 1) Kein Kind soll vor erfolgter Confirmation von seinen Eltern, Pflegeeltern oder Vormündern in Jemandes Dienste außerhalb des Kirchspiels gegeben werden, woselbst nicht der künftige Dienstherr vor dem Pfarrer des Kirchspiels und in Gegenwart der Eltern oder Vormünder des schulpflichtigen Kindes sich schriftlich verpflichtet, das Dienstkind regelmäßig zur Schule seines Wohnortes zu schicken.
- 2) Der Pfarrer sendet diese schriftliche Versicherung dem Pfarrer des Kirchspiels, in welches das Dienstkind ziehen soll, mit dem Ersuchen zu, durch den Lehrer der Schule, an welche der Dienstherr gewiesen ist, darüber zu wachen, daß letzterer seine Verpflichtung genau erfülle.
- 3) Erfüllt der Dienstherr seine übernommene Pflicht nicht vollständig, so hat der Pfarrer dess. solches dem Pfarrer der Eltern oder des Vormundes des vermietheten Kindes bekannt zu machen, und dieser die Angehörigen oder den Vormund sofort durch die Polizei-Behörde anzuhalten, das Dienstkind wieder zurückzunehmen.

Die Polizei-Behörden werden hiermit angewiesen, ohne irgend einen Aufenthalt den diesfälligen Requisitionen der H. Geistlichen Genüge zu leisten.

- 4) Kein Kind aus einem fremden Kirchspiele darf zum Religionsunterricht zugelassen werden, das nicht vom Pfarrer jenes Kirchspiels ein Zeugniß vorweisen kann, den Schulunterricht regelmäßig und mit Erfolg benutzt zu haben.
- 5) Wenn Eltern, Vormünder oder Dienstherrn gegen diese Bestimmungen, mit welchen die H. Geistlichen ihre Gemeinden genau bekannt zu machen haben, handeln, so werden sie ohne Schonung in eine nachdrückliche Strafe auf die diesfälligen Anzeigen genommen werden.

Derjenige, durch dessen Schuld ein Kind den Schulunterricht versäumt, muß auch außer der gesetzlichen Strafe noch das volle Schulgeld so bezahlen, als wenn das Kind regelmäßig die Schule besucht hätte.

(M. L. S. 4. S. 109.)

γ) Publ. des Konf. und Schulkolleg. zu Stettin v. 3. Nov. 1819, betr. das Verhältniß der Dienst- und Lehrherren zu ihren Dienstboten und Lehrlingen in Beziehung auf Religions- und Schulunterricht.

Wir haben die traurige Erfahrung gemacht, daß manche Dienst- und Lehrherren gegen die ihrer Leitung in frühern Jahren übergebenen Lehrburschen so geisteslos handeln, daß sie dieselben dem Schulunterrichte gänzlich entziehen, und sie durch völlige Unwissenheit über die Grundwahrheiten des Christenthums und andere nöthige Kenntnisse aufwachsen lassen; eben dadurch aber auch die christliche Erziehung versch. die bei einer solchen Unwissenheit nicht erfolgen kann, verhindern.

Indem wir die über den regelmäßigen Schulbesuch und die zur Einsegnung nöthig erforderlichen Vorkenntnisse bisher statt gefundenen gesetzlichen Bestimmungen, und namentlich das Confirmations-Regl. v. 8. Juli 1818, hierdurch wieder in Erinnerung bringen, bemerken wir, in Hinsicht auf das Verhältniß der Dienst- und Lehrherren zu ihren Dienstboten, noch Folgendes:

- 1) Dienst- und Lehrherren sind verbunden, sich davon zu unterrichten, ob diej.,



welche sie in ihre Dienste aufnehmen, konfirmirt sind oder nicht, und hat zu dem Ende sich das §. 8. des genannten Regl. erwähnte Konfirmationszeugniß vorzeigen zu lassen.

- 2) Junge Leute, welche über das gewöhnliche Konfirmationsalter hinaus, a noch nicht eingesegnet sind, dürfen sie entweder gar nicht in ihre Dienste aufnehmen, oder verpflichten sich durch die Annahme derselben, daß sie da Sorge tragen wollen, daß das bisher Versäumte nachgeholt werde. Sie haben alsdann dem Ortspfarrer ungesäumt davon Anzeige zu machen, und mit ihm die Maaßregeln, wie dies geschehen kann, zu verabreden.
- 3) Dienst- und Lehrherren, welche Kinder, die noch nicht eingesegnet und zum Besuch der Schule verpflichtet sind, in ihre Dienste aufnehmen, übernehmen dadurch zugleich die Pflicht, als nunmehrige Stellvertreter der Eltern für den regelmäßigen Besuch der Schule zu sorgen, und alle Zwanmaassregeln, welche die Gesetze gegen säumige Eltern vorschreiben, geltend auf sie über.
- 4) Wenn durch Verwahrlosung solcher Dienst- und Lehrherren Kinder über das gewöhnliche Konfirmationsalter hinaus gelangen, ohne die nöthigen Vorkenntnisse erworben zu haben, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn auf ihre Kosten solchen unglücklichen Kindern Privatunterricht und nothdürftigen Nachholung des Verabsäumten angenommen wird, und sich noch anderen polizeilichen Strafen unterworfen werden etc.

(N. III. S. 998.)

d) Publ. der Reg. zu Merseburg v. 13. Mai 1828 (f. o. S. 563);

e) §§. 4., 26. der B. der Reg. zu Marienwerder v. 1. Juli 1828 (f. oben S. 563);

f) §. 12. der B. des Oberpräf. von Schlessen v. 29. Juli 1828 (f. unten);

g) B. der Reg. zu Stralsund v. 12. Febr. 1834 (Amtsbl. 1834. S. 78. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 552);

h) E. R. der Reg. zu Aachen v. 17. Sept. 1842 an die Schulinspektoren und Pfarrer, betr. die Verdingung schulpflichtiger Kinder zu auswärtigen Diensten.

Es ist wiederholt wahrgenommen worden, daß hin und wieder Eltern die schulpflichtigen Kinder zu auswärtigen Diensten verdingen und in einzelnen Ortsgemeinden zu diesem Behufe sogar in's benachbarte Ausland schicken, ohne für deren Schulbildung im Mindesten Sorge zu tragen. Dieser Mißbrauch muß durch Befolgung der die Schulpflichtigkeit betr. B. abgestellt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Eltern, welche Kinder schulpflichtigen Alters in Dienst nehmen, rücksichtlich der Erziehung und Schulbildung alle Pflichten der Eltern zu erfüllen haben. Die betr. Lokalvorstände sind demnach gehalten, in den geeigneten Fällen gegen die Eltern auch die bestehenden Strafmaassregeln zur Anwendung zu bringen. Wo aber ein Dienstverhältniß bemerkter Art im Auslande angeknüpft ist, ist nichts übrig, als im vorschriftsmässigen Wege gegen die Eltern vorzusprechen, sobald letztere sich darüber nicht genügend auszuweisen vermögen, daß ihren Kindern der erforderliche Schulunterricht zu Theil wird. Sie haben hiernach die Schulinspektoren mit entsprechender Instr. zu versehen und die Bürgermeister für die sorgfältigste Befolgung ders. speziell verantwortlich zu machen.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 341.)

b) Hinsichtlich der Lehrlinge:

α) §. 294. N. L. R. Th. II. Tit. 8. (f. nachstehend.)

β) §. 148. der Allg. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845.

Der Lehrling muß darthun, daß er lesen, schreiben und rechnen kann, und durch eine Bescheinigung seines Religionslehrers nachweisen, daß er in der Lebens- und Sittenlehre genügende Kenntnisse besitzt. Nur aus erheblichen Gründen darf einem Mangel an diesen Kenntnissen nachgesehen werden. Der Lehrer ist alsdann verpflichtet, für die Nachhülfe nach den Anordnungen der Ortsschulbehörde zu sorgen.

(G. S. 1845. S. 69.)

γ) R. der Min. der G. U. u. R. Ang. (v. Altenstein), des J. für  
i. (v. Brenn), und des J. u. d. P. (v. Nothow) v. 12. Juni 1834  
das R. Prov.-Schulkoll. zu Berlin, betr. die Anhaltung früher ver-  
lässigter Lehrlinge zur Schule und zum Religionsunterricht.

Nach einer von dem hiesigen Magistrate bei den unterz. Min. eingereichten  
lesung, hat das R. Prov. Schulkolleg. dens. auf die Anfrage:

ob er befugt sei, gegen Lehrmeister mit Zwangsmaaßregeln vorzuschreiten,  
wenn dies. unterlassen, ihre Lehrlinge, die im Lesen, Schreiben und in der  
Religion noch nicht den nöthigen Unterricht erhalten haben, bis zur Erlan-  
gung dieser Kenntnisse zur Schule anzuhalten,  
beschieden, daß eine dergl. Befugniß sich aus den bestehenden Gesetzen nicht  
iten lasse. Die unterz. Min. können aber sich mit der von dem R. Prov.  
Kolleg. ausgesprochenen Ansicht keinesweges einverstanden erklären.

Der §. 294. Th. II. Tit. 8. des A. L. R. schreibt ausdrücklich vor:

„Wer einen Lehrling annimmt, welcher im Lesen und Schreiben und  
in der Religion den nöthigen Unterricht noch nicht erhalten hat, ist schul-  
dig, denselben bis zur Erlangung dieser Kenntnisse zur Schule zu  
halten.“

Werden nun zwar hierdurch, wie das R. Prov. Schulkolleg. richtig bemerkt,  
Eltern und Vormünder, welche ihre noch schulbedürftigen Kinder und Pflege-  
kinder zu einem Handwerksmeister in die Lehre geben, dadurch ihrer Verpflich-  
ten hinsichtlich der Sorge für den Unterricht der letzteren nicht entledigt, so er-  
scheint es doch andererseits als unzweifelhaft, daß auf den Grund der vorstehenden  
Bestimmung unter den, in ders. bezeichneten Umständen, auch die Lehrmeister  
ebenfalls mit Zwangsmitteln, wohin auch die Androhung und eventuelle Voll-  
streckung von Strafen gehört, angehalten werden können, die Lehrlinge zur Schule  
schicken, und genügt es keinesweges, daß diesen nur die zum Schulbesuch nöthi-  
ge Zeit, Seitens der Meister gegönnt werde.

Die letzte beschränkte Deutung, welche das R. Prov. Schulkolleg. der ange-  
führten gesetzl. Vorschrift geben will, steht nicht nur mit den deutlichen Worten,  
sondern auch mit der, aus den §§. 292. seq. unzweifelhaft hervorgehenden Absicht  
des Gesetzgebers, auf die Lehrherren in mehrfachen Beziehungen, die sonst nur den  
Eltern und Vormündern zustehenden Rechte und Verpflichtungen zu übertragen, im  
Widerspruch, und aus dem §. 48. des A. L. R. Th. II. Tit. 12. kann nicht wohl  
begründetes Bedenken hergenommen werden, indem darin den Schulausschüssen  
allgemein zur Pflicht gemacht ist, darauf zu sehen, daß alle schulfähigen Kin-  
der, nöthigenfalls durch Zwangsmittel zum Besuche der Lehrstunden angehalten wer-  
den, und daraus, daß nur die Bestrafung nachlässiger Eltern, als der Hauptfall,  
ausdrücklich erwähnt worden, sich noch nicht folgern läßt, daß nicht auch gegen  
Vormünder und andere gesetzlich zur Aufsicht auf die Kinder verpflichtete Perso-  
nen, z. B. Lehrherren, Zwangsmaaßregeln angewandt werden könnten, um sie zur  
Erfüllung ihrer Obliegenheiten anzuhalten.

Eben so kann es aber auch kein Bedenken haben, diese gesetzliche Vorschrift  
unmittelbar auf nicht zünftige patentirte Gewerksmeister anzuwenden.

In dem §. 8. des Gewerbe-Polizeib. v. 7. Sept. 1811 ist zwar, nachdem  
überdies auch dens., welche ein Gewerbe selbstständig betreiben, ohne zu einem  
Handwerksverbande zu gehören, das Recht beigelegt ist, Lehrlinge und Gehülfen anzu-  
nehmen, festgesetzt, daß in diesem Falle die Lehrzeit, oder Dauer des Dienstes, das  
monatliche Lehrgeld, Lohn, Kost und Behandlung, bloß durch freien Kontrakt be-  
stimmt werden solle, indessen sind dadurch die allg. Vorschriften über die Pflichten  
Lehrherren und Lehrlinge, wie sie in dem §. 292. Th. II. Tit. 8. des A. L. R.  
festgestellt werden, nicht aufgehoben, sondern um so mehr noch als allg. gültig,  
auch auf unzünftige Lehrherren für anwendbar zu erachten, als sie aus dem  
Verhältnisse des Lehrherren zum Lehrlinge, als solchem, sowie aus den allg. gesetzl.  
Bestimmungen über den Elementar-Unterricht von selbst folgen, ihnen mithin von  
ihren zünftigen Verhältnissen unabhängige Rücksichten zum Grunde liegen, der §. 8.

Obige spezielle Punkte, über welche unzünftige Lehrherren und Lehrlinge zu  
berathen haben, bestimmt, und es, wenn jene landrechtlichen Vorschriften nicht  
anwendbar wären, an allg. Normen über das Verhältniß der Lehrherren und Lehr-  
linge ganz fehlen würde.

Welche Bedenken hingegen aus den Bestimmungen des §. 13. des Gewerbe-Polizeib. und des §. 43. des A. E. R. Th. II. Tit. 12. hergeleitet werden können, ist nicht abzusehen, da jene Bestimmung die Möglichkeit des im §. 294. Th. II. Tit. 8. vorausgesetzten Falls so wenig ausschließt, wie solches früher der Fall war.

Endlich ist aber auch der Staat schon von Unterrichts-Polizei wegen berührt, von dem Lehrherrn die Erfüllung der ihm in dem mehrgedachten Gesetze auferlegten Verpflichtung zu fordern, und zwar um so mehr, als sich die Zweckmäßigkeit ders. wohl nicht in Zweifel ziehen läßt.

(A. XVIII. S. 405.)

δ) In Uebereinstimmung hiermit stehen die oben sub a. γ. und ε. erwähnten Verordnungen.

#### 4) Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Fabriken.<sup>1)</sup>

Seit die Fabrikation mittelst Maschinen es herbeigeführt hatte, daß bei verschiedenen Gewerben, namentlich bei Spinnereien und bei Bergwerken, die Kräfte der Kinder in ausgedehnterem Maße benutzt wurden, entstand auch die Nothwendigkeit staatlichen Schutzes dagegen, daß die Habacht der Eltern und Fabrikanten bei solcher Arbeit der Kinder nicht alle Rücksicht auf deren körperliches und sittliches Wohl aus den Augen setze. Die K. R. des Min. der G. u. M. Ang. v. 27. April 1827 und 15. Dec. 1828 (A. XI. S. 428 und XII. S. 1015) suchten diesen Schutz durch Einschränkung der allg. Vorschriften über den Schulbesuch und durch Anordnung polizeilicher Revisionen der Fabriken herzustellen. Die gesetzliche Regulirung desselben erfolgte später:

a) durch die K. D. v. 6. April 1839, betr. das bestätigte Regulat über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken v. 9. März 1839.<sup>2)</sup>

Das mittelst Ver. des Staatsmin. v. 9. v. M. Mir überreichte, aus zehn Paragraphen bestehende Regul. „über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ entspricht einem längst gefühlten von den Rheinischen Provinzialständen besonders hervorgehobenen Bedürfnis. Ich bestätige es deshalb hierdurch, seinem ganzen Inhalte nach, lege ihm für alle Landestheile der Monarchie gesetzliche Kraft bei und weise das Staatsmin. an, sowohl das Regul., wie diese Ordre, durch G. G. zu publiziren.

Berlin, den 6. April 1839.

Friedrich Wilhelm.

An  
das Staats-Ministerium.

#### R e g u l a t i v über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken.

D. d. den 9. März 1839.

§. 1. Vor zurückgelegtem neunten Lebensjahre darf niemand in einer Fabrik oder bei Berg-, Hütten- und Hüttenwerken zu einer regelmäßigen Beschäftigung angenommen werden<sup>3)</sup>.

1) Vergl. v. Rönne u. Simon Medizinalwesen des Pr. St. Bd 2 S. 25—28. — Das in den A. VI. S. 91. mitgetheilte Werk-schulen-Regl. für die Stadt Köln v. 21. März 1822 ist im Wesentlichen nichts als ein Regl. über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in diesem Fabrikationszweige, und als solches durch die neuere Gesetzgebung antiquirt.

2) Eine Einschränkung dieses Regul. findet sich in der Magdeburger Pol. v. 31. Jan. 1852 beim Erlass v. 12. März 1852, unten sub 6.

Auf jugendl. Arbeiter in Torfgräbereien soll das Regul. nicht angewandt werden: R. der Min. des J. u. d. P. und der Fin. v. 23. Aug. 1839 (A. XIII S. 670) vergl. unten sub 5.

3) Eine für die Rheinprov. ergangene K. D. v. 9. März 1836 (Vergl. S. 563) verbot, Knaben vor zurückgelegtem 13. Jahre zur Grubenarbeit unter Tage zuzulassen.

§. 2. Wer noch nicht einen dreijährigen regelmäßigen Schulunterricht genommen hat, oder durch ein Zeugniß des Schulvorstandes nachweist, daß er seine Muttersprache geläufig lesen kann, und einen Anfang im Schreiben gemacht hat, vor zurückgelegten 16. Lebensjahre zu einer solchen Beschäftigung in den genannten Anstalten nicht angenommen werden.

Eine Ausnahme hiervon ist nur da gestattet, wo die Fabrikherren durch Errichtung und Unterhaltung von Fabriksschulen den Unterricht der jungen Arbeiter erhalten. Die Beurtheilung, ob eine solche Schule genüge, gebührt den Reg., welche in diesem Falle auch das Verhältniß zwischen Lern- und Arbeitszeit zu bestimmen haben.

§. 3. Junge Leute, welche das sechzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen in diesen Anstalten nicht über zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Die Orts-Polizei-Behörde ist befugt, eine vorübergehende Verlängerung dieser Arbeitszeit zu gestatten, wenn durch Naturereignisse oder Unglücksfälle der regelmäßige Geschäftsbetrieb in den genannten Anstalten unterbrochen und ein vermehrter Arbeitsbedarf dadurch herbeigeführt worden ist.

Die Verlängerung darf täglich nur eine Stunde betragen, und darf höchstens die Dauer von vier Wochen gestattet werden.

§. 4. Zwischen den im vorigen §. bestimmten Arbeitsstunden ist den genannten Arbeitern Vor- und Nachmittags eine Ruhe von einer Viertelstunde und Mittags eine ganze Freistunde, und zwar jedesmal auch Bewegung in freier Luft zu gewähren.

§. 5. Die Beschäftigung solcher jungen Leute vor 5 Uhr Morgens und nach 7 Uhr Abends, so wie an den Sonn- und Feiertagen, ist gänzlich untersagt.

§. 6. Christliche Arbeiter, welche noch nicht zur heil. Kommunion angenommen sind, dürfen in den Stunden, welche ihr ordentlicher Seelsorger für ihren Katechismus- und Konfirmanden-Unterricht bestimmt hat, nicht in den genannten Anstalten beschäftigt werden.

§. 7. Die Eigenthümer der bezeichneten Anstalten, welche junge Leute in denselben beschäftigen, sind verpflichtet, eine genaue und vollständige Liste, deren Namen, Alter, Wohnort, Eltern, Eintritt in die Fabrik enthaltend, zu führen, dieselbe in dem Fabriklokal aufzubewahren und den Polizei- und Schulbehörden auf Verlangen vorzulegen.

§. 8. Zuwiderhandlungen gegen diese B. sollen gegen die Fabrikherren oder deren mit Vollmacht versehenen Vertreter durch Strafen von 1 bis 5 Thlrn. für jedes vor schriftswidrig beschäftigte Kind geahndet werden.

Die unterlassene Anfertigung oder Fortführung der im §. 7. vorgeschriebenen Listen wird zum ersten Male mit einer Strafe von 1 bis 5 Thlrn. geahndet; die zweite Verletzung dieser Vorschrift wird mit einer Strafe von 5 bis 10 Thlrn. belegt. Auch ist die Orts-Polizeibehörde befugt, die Liste zu jeder Zeit zu ergänzen oder vervollständigen zu lassen. Es geschieht dies auf Kosten des Konfirmanden, welche zwangsweise im administrativen Wege begetrieben werden sollen.

§. 9. Durch vorstehende B. werden die gesetzl. Bestimmungen über die Verpflichtung zum Schulbesuch nicht geändert. Jedoch werden die Reg. da, wo die Verhältnisse die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den Fabriken nöthig machen, die Einrichtungen treffen, daß die Wahl der Unterrichtsstunden den Betrieb derselben wenig als möglich störe.

§. 10. Den Min. der Med. Ang., d. P. u. der Fin. bleibt es vorbehalten, besonderen sanitäts-, bau- und sittenpolizeilichen Anordnungen zu erlassen, welche sie zur Erhaltung der Gesundheit und Moralität der Fabrikarbeiter für erforderlich halten. Die hierbei anzudrohenden Strafen dürfen 50 Thlr. Geld- oder diesem Betrage entsprechende Gefängnißstrafe nicht übersteigen.

Berlin, den 9. März 1839.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Grh. v. Altenstein. v. Kamptz. Mühler. v. Rochow. v. Nagler. Graf v. Alvensleben. Grh. v. Werther. v. Rauch.

(G. S. 1839. S. 156.)

Id., nachdem durch G. R. des Min. für Handel, Gew. und öffentl. Arb.

Seit die Fabrikation mittelst Maschinen es herbeigeführt  
verschiedenen Gewerben, namentlich bei Spinnereten und  
die Kräfte der Kinder in ausgedehnterem Maße benutzt  
auch die Nothwendigkeit staatlichen Schutzes dagegen, daß  
Eltern und Fabrikanten bei solcher Arbeit der Kinder nie  
auf deren körperliches und sittliches Wohl aus den Augen  
R. des Min. der G. u. v. M. Ang. v. 27. April 182  
1828 (N. XI. S. 428 und XII. S. 1015) suchten dies  
Einschränkung der allg. Vorschriften über den Schulbesuch  
ordnung polizeilicher Revisionen der Fabriken herzustellen.  
Regulirung desselben erfolgte später:

a) durch die R. D. v. 6. April 1839, betr. das be-  
über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabrik  
1839. ")

Das mittelst Ver. des Staatsmin. v. 9. v. M. Mir über  
Paragraphen bestehende Regul. „über die Beschäftigung jugend-  
Fabriken“ entspricht einem längst gefühlten von den Rheinischen  
besonders hervorgehobenen Bedürfnis. Ich bestätige es deshalb  
ganzen Inhalte nach, lege ihm für alle Landestheile der Monarchie  
bei und weise das Staatsmin. an, sowohl das Regul., wie diese  
G. S. zu publiziren.

Berlin, den 6. April 1839.

Fried

An  
das Staats-Ministerium.

R e g u l a t i o n  
über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fab-  
D. d. den 9. März 1839.

§. 1. Vor zurückgelegtem neunten Lebensjahre darf nieman-  
oder bei Berg-, Hütten- und Hüttenwerken zu einer regelmäßigen  
genommen werden ").



§. 2. Wer noch nicht einen dreijährigen regelmäßigen Schulunterricht genossen hat, oder durch ein Zeugniß des Schulvorstandes nachweist, daß er seine Muttersprache geläufig lesen kann, und einen Anfang im Schreiben gemacht hat, vor zurückgelegten 16. Lebensjahre zu einer solchen Beschäftigung in den genannten Anstalten nicht angenommen werden.

Eine Ausnahme hiervon ist nur da gestattet, wo die Fabrikherren durch Errichtung und Unterhaltung von Fabriksschulen den Unterricht der jungen Arbeiter thun. Die Beurtheilung, ob eine solche Schule genüge, gebührt den Reg., welche diesem Falle auch das Verhältniß zwischen Lern- und Arbeitszeit zu bestimmen haben.

§. 3. Junge Leute, welche das sechszehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen in diesen Anstalten nicht über zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Die Orts-Polizei-Behörde ist befugt, eine vorübergehende Verlängerung dieser Arbeitszeit zu gestatten, wenn durch Naturereignisse oder Unglücksfälle der regelmäßige Geschäftsbetrieb in den genannten Anstalten unterbrochen und ein vermehrter Arbeitsbedarf dadurch herbeigeführt worden ist.

Die Verlängerung darf täglich nur eine Stunde betragen, und darf höchstens die Dauer von vier Wochen gestattet werden.

§. 4. Zwischen den im vorigen §. bestimmten Arbeitsstunden ist den genannten Arbeitern Vor- und Nachmittags eine Ruhe von einer Viertelstunde und Mittags eine ganze Freistunde, und zwar jedesmal auch Bewegung in freier Luft zu gewähren.

§. 5. Die Beschäftigung solcher jungen Leute vor 5 Uhr Morgens und nach 7 Uhr Abends, so wie an den Sonn- und Feiertagen, ist gänzlich untersagt.

§. 6. Christliche Arbeiter, welche noch nicht zur heil. Kommunion angenommen sind, dürfen in denj. Stunden, welche ihr ordentlicher Seelsorger für ihren Katechumenen- und Konfirmanden-Unterricht bestimmt hat, nicht in den genannten Anstalten beschäftigt werden.

§. 7. Die Eigenthümer der bezeichneten Anstalten, welche junge Leute in denselben beschäftigen, sind verpflichtet, eine genaue und vollständige Liste, deren Namen, Alter, Wohnort, Eltern, Eintritt in die Fabrik enthaltend, zu führen, dieselbe in dem Arbeitslokal aufzubewahren und den Polizei- und Schulbehörden auf Verlangen vorzulegen.

§. 8. Zuwiderhandlungen gegen diese B. sollen gegen die Fabrikherren oder deren mit Vollmacht versehenen Vertreter durch Strafen von 1 bis 5 Thln. für jedes vorschriftswidrig beschäftigte Kind geahndet werden.

Die unterlassene Anfertigung oder Fortführung der im §. 7. vorgeschriebenen statistischen Liste wird zum ersten Male mit einer Strafe von 1 bis 5 Thln. geahndet; die zweite Verletzung dieser Vorschrift wird mit einer Strafe von 5 bis 10 Thln. belegt. Auch ist die Orts-Polizeibehörde befugt, die Liste zu jeder Zeit zu ergänzen oder vervollständigen zu lassen. Es geschieht dies auf Kosten des Konfirmanden, welche zwangsweise im administrativen Wege begetrieben werden sollen.

§. 9. Durch vorstehende B. werden die gesetzl. Bestimmungen über die Verpflichtung zum Schulbesuch nicht geändert. Jedoch werden die Reg. da, wo die Verhältnisse die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den Fabriken nöthig machen, die Einrichtungen treffen, daß die Wahl der Unterrichtsstunden den Betrieb derselben wenig als möglich störe.

§. 10. Den Min. der Med. Ang., d. P. u. der Fin. bleibt es vorbehalten, besondere sanitäts-, bau- und sittenpolizeilichen Anordnungen zu erlassen, welche sie zur Erhaltung der Gesundheit und Moralität der Fabrikarbeiter für erforderlich halten. Die hierbei anzudrohenden Strafen dürfen 50 Thlr. Geld- oder 6 Wochen in diesem Betrage entsprechende Gefängnißstrafe nicht übersteigen.

Berlin, den 9. März 1839.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Grh. v. Altenstein. v. Ramph. Mühl. v. Rochow. v. Nagler. Graf v. Alvensleben. Grh. v. Werther. v. Rauch.

(G. S. 1839. S. 156.)

10, nachdem durch G. R. des Min. für Handel, Gew. und öffentl. Arb.

(v. d. Heydt) v. 22. Mai 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 121) sammtl. Reg. eine Reihe von Fragen über die Resultate des vorsteh. Regul. zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt worden war,

b) durch das G. v. 16. Mai 1853, betr. einige Abänderungen Regul. v. 9. März 1839 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken.<sup>1)</sup>

Wir Friedrich Wilhelm 1c. 1c. verordnen, unter Zustimmung der Kammer das folgt:

§. 1. Die im §. 1. des Regulativs v. 9. März 1839 (G. S. 1839. 156) erwähnte Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist vom 1. Juli 1853 an nach zurückgelegtem zehnten, vom 1. Juli 1854 an nur nach zurückgelegtem elften und vom 1. Juli 1855 an nur nach zurückgelegtem zwölften Lebensjahre ge-

§. 2. Vom 1. Okt. 1853 ab dürfen junge Leute unter sechzehn Jahren in den im §. 1. des Regulativs gedachten Anstalten nicht weiter beschäftigt werden wenn ihr Vater oder Vormund dem Arbeitgeber nicht das im §. 3. erwähnte Arbeitsbuch einhändigt.

§. 3. Das Arbeitsbuch, welchem eine Zusammenstellung der, die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter betreffenden Bestimmungen vorzudrucken ist, wird auf den Antrag des Vaters oder Vormundes des jugendlichen Arbeiters von der Polizeibehörde ertheilt und enthält:

- 1) Namen, Tag und Jahr der Geburt, Religion des Arbeiters,
- 2) Namen, Stand und Wohnort des Vaters oder Vormundes,
- 3) das im §. 2. des Regulativs erwähnte Schulzeugniß,
- 4) eine Rubrik für die bestehenden Schulverhältnisse,
- 5) eine Rubrik für die Bezeichnung des Eintrittes in die Anstalt,
- 6) eine Rubrik für den Austritt aus derselben,
- 7) eine Rubrik für die Revisionen.

Der Arbeitgeber hat dieses Arbeitsbuch zu verwahren, der Behörde auf Verlangen jederzeit vorzulegen und bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses dem Vater oder Vormunde des Arbeiters wieder auszuhändigen.

§. 4. Jugendliche Arbeiter dürfen bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre täglich nur sechs Stunden bei den im §. 1. des Regulativs gedachten Anstalten beschäftigt werden; für dieselben genügt ein, in diese Arbeitszeit nicht zurechnender dreistündiger Schulanterricht.

Sollte durch die Ausführung dieser Bestimmung bereits bestehenden Anstalten die nöthige Arbeitskraft entzogen werden, so ist der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz, Angelegenheiten auf bestimmte Zeit Ausnahmeverordnungen zu erlassen.

§. 5. Die nach §. 4. des Regulativs den jugendlichen Arbeitern zu garantirende Ruhe von einer Viertelstunde Vor- und Nachmittags wird auf je eine Stunde festgestellt.

§. 6. Die im §. 5. des Regulativs auf 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends festgestellten Grenzen der Tagesarbeit werden auf 5½ Uhr Morgens und 8½ Uhr Abends bestimmt.

§. 7. Jede unter vorstehende Bestimmungen fallende Beschäftigung jugendlicher Arbeiter muß von dem Arbeitgeber zuvor der Ortspolizeibehörde angezeigt werden. In Betreff der, beim Erlaß dieses Gesetzes bereits beschäftigten Arbeiter ist diese Anmeldung binnen vier Wochen zu bewirken.

1) In der Kammer Sitzung 1834 ist von einem Krefelder Fabrikanten gegen Beschränkung der den Kindern aufzulegenden Arbeitszeit, wie sie das neue G. L. stellt, petitionirt, von der Kammer aber Uebergang zur Tagesordn. beschlossen worden. Vergl. Staatsanz. 1854. S. 236. — In Berlin sind durch eine Berl. Pol. Präf. v. 8. Dec. 1853 die Arbeitgeber aufgefordert worden, anzugeben, ob sie eine besondere Fabriksschule für ihre jugendl. Arbeiter einrichten wollen, und welche Tageszeit die zulässigen 6 Arbeitsstunden derselben fallen. — Ebenfalls ein Polizeihauptmann besonders zur Aufsicht über die Beschäftigung Fabrikantenkinder bestellt. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 385. 520.)

8. Außerdem ist der Arbeitgeber verpflichtet, halbjährlich der Ortspolizei die Zahl der beschäftigten Arbeiter unter sechszehn Jahren anzuzeigen.

9. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 1., 2., 4., 5. und 6. dieses Gesetzes werden nach dem ersten, Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften §§. 3., 7. und 8. dieses Gesetzes nach dem zweiten Absatz des §. 8. des v. 9. März 1839 bestraft.

10. Außerdem kann der Richter Demjenigen, der binnen fünf Jahren für drei Uebertretungsfälle zu drei verschiedenen Malen, sei es nach den Bestimmungen dieses Gesetzes oder nach denen des Regul. v. 9. März 1839 bestraft worden ist, bei neuerer Uebertretung der Vorschriften dieses Gesetzes oder des gedachten Regulativs die Beschäftigung junger Leute unter sechszehn Jahren auf eine bestimmte Zeit für immer untersagen. Sind in fünf Jahren sechs Uebertretungsfälle beobachtet worden, so muß auf diese Untersagung, und zwar mindestens für die Zeit von drei Monaten, erkannt werden. Zuwiderhandlungen gegen ein derartiges gesetzliches Verbot werden mit Einem bis fünf Thaler für jedes Kind und für jeden Uebertretungsfall bestraft.

11. Soweit das Regul. v. 9. März 1839 in Vorstehendem nicht abgeordnet worden, bleibt dasselbe in Kraft.

12. Die Ausführung dieser Bestimmungen soll, wo sich dazu ein Bedarf ergibt, durch Fabrikinspektoren als Organe der Staatsbehörden beaufsichtigt werden.

Inspektoren kommen, so weit es sich um Ausführung der Vorschriften dieses Gesetzes und des Regulativs vom 9. März 1839 handelt, alle amtliche Befehle der Ortspolizeibehörden zu.

13. Auf welcher Weise sie eine stehende örtliche Aufsicht zu bilden, dieselbe zu unterstützen und zu leiten und mit der vorgesetzten Behörde einen fortgehenden Verkehr erhalten haben, werden die Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Unterrichtsangelegenheiten und des Innern bestimmen.

14. Besitzer gewerblicher Anstalten sind verpflichtet, die auf Grund dieses Gesetzes auszuführenden amtlichen Revisionen derselben zu jeder Zeit, namentlich auch nach Anfordern, zu gestatten.

15. Die im §. 11. erwähnten Departementschefs sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich etc.

Gegeben Charlottenburg, den 16. Mai 1853.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Geheimrath v. d. Heydt. Simon. v. Raumer. v. Westphalen. v. Bodelschwingh. v. Bonin.

§. 1853. §. 225. Nr. 3750.)

Dazu bestimmt die Anweisung der Min. für Handel, Gew. u. öff. (v. d. Heydt), der G. u. M. Aug. (v. Raumer) und des J. (v. Bismarck) v. 18. Aug. 1853 an sämmtl. R. Reg. (mit Ausn. der zu den Provinzen) und an das R. Pol. Präsid. zu Berlin in Bezug auf die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken.

Bezug auf die Ausführung des G., betr. einige Abänderungen des Regul. v. 9. März 1839 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken, v. 16. J. (G. G. 1853. §. 225) wird die R. Reg. auf Grund des §. 12. dieses Gesetzes sowie des §. 12. des erwähnten Regul. mit folgender Anweisung versehen:

#### I.

1. Zunächst ist für eine vollständige Uebersicht derj. Anstalten Sorge zu tragen, welche unter die Vorschriften des G. unterliegen. Entstehen Zweifel darüber, ob eine Anstalt unter das G. fällt, so ist vor Allem die Art und der Zweck der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter sorgfältig zu prüfen. Ergiebt sich hierbei, daß eine solche gesammte Ausbildung der jugendlichen Arbeiter zum selbstständigen Betrieb eines Geschäftes, bezweckendes Lehrverhältniß nicht Statt findet, so ist das G. nicht zur Anwendung zu bringen. Im entgegengesetzten Falle kommen in Betreff des Unterrichts nicht die Vorschriften des G. v. 16. Mai d. J., sondern die allgemeinen Bestimmungen über den Schulbesuch zur Anwendung.

2. Ferner gilt auch von der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter außerhalb der

Fabrikationsstätten, namentlich bei dem Feld- und Gartenbau zu Fa-  
bricationen, wie z. B. zur Rübenzuckerfabrikation.

Treten in solchen Fällen besondere Gefahren für den Schulbesuch  
vor, empfiehlt es sich, durch Polizei-Berordnungen auf Grund des G. v. 11. 9  
die Arbeitgeber für den Schulbesuch der Arbeiter dadurch verantwortlich  
zu machen, daß ihnen für jedes während der Schulstunden ohne Erlaubniß der  
Inspr. von ihnen beschäftigte schulpflichtige Kind eine Strafe angedroht zu  
wird (Amtsbl. der K. Reg. zu Magdeburg 1852. S. 65, der K. Reg. zu  
1853. S. 40.)<sup>1)</sup>.

Die vollständige Uebersicht über die bezügl. Anstalten zu gewinnen,  
die Vorschriften der §§. 7. und 8. des G. wesentlich erleichtert. Die hi-  
erzu dienenden Anmeldungen sind von den Ortspolizeibehörden in eine Liste einzutragen  
nach §. 8. fortzuführen und am Jahreschluß der K. Reg. abschrei-  
ben zu lassen.

## II.

Bei jeder Anstalt, welche dem G. v. 16. Mai d. J. unterliegt, ist  
ob dieselbe

A. in baulicher,

B. in sittlicher Hinsicht und

C. in Beziehung auf die Art der Arbeit und deren Einfluß auf  
die Gesundheit

besonderer Anordnungen bedarf etc.

Zu B. ist zu prüfen, ob und welche besondere Gefahren nach der  
speziellen Verhältnisse in sittlicher Beziehung den in einer Anstalt beschäf-  
tigten Arbeitern drohen. Solchen Gefahren ist mit Energie entgegenzutreten.  
Allg. sind hierbei folgende Rücksichten zu beobachten.

1) Die Beschäftigung der Kinder in Gemeinschaft mit Erwachsenen  
dies mit dem Fabrikbetrieb vereinbar ist, zu verhüten, oder doch so  
möglich, zu beschränken, jedenfalls aber, wenn sich dieselbe nicht verm-  
in von den Fabrikanten sorgfältig zu beaufsichtigen. Insbes. ist darauf zu  
achten, wo es sich irgend vermeiden läßt, Mädchen unter 16 Jahren nicht mit  
oder Männern gleichzeitig in dens. Räumen arbeiten; die Cigarrenfabri-  
kationen bedürfen hierbei besonderer Aufmerksamkeit.

2) Es darf nicht geduldet werden, daß, wo jugendliche Arbeiter gegen-  
wärtig sind, die Entfernung von der elterlichen Wohnung halber, außerhalb der letztere-  
n, in dens. Schlafräumen gleichzeitig Personen verschiedenen Geschlech-  
ters schlafen. Die Konzession zur Vermietung solcher Schlafstellen  
§. 49. der Allg. Gewerbe-Ordn. nur unbescholtenen und völlig zuverlässi-  
gen Personen erteilt werden. Die Aufnahme jugendlicher Arbeiter darf nur mit  
Zustimmung ihrer Eltern oder Vormünder stattfinden.

3) Der Verkehr der jugendlichen Arbeiter auf dem Wege nach und  
von der Fabrik wird der besonderen Fürsorge und Ueberwachung der für jeden  
Fall bestimmten Aufsichtsorgane zu empfehlen sein.

4) Die Auszahlung des Lohnes an die jugendlichen Arbeiter, statt  
an die Eltern oder Vormünder, hat sich als ganz besonders sittenverderblich  
erwiesen, indem die ersteren dadurch, ihren Angehörigen gegenüber, frühzeitig ei-  
nen Standigkeit und mannigfache Gelegenheit zu Ausschreitungen gewinnen, die  
traurigsten Folgen haben. Wenn es nun auch nicht zulässig erscheint, jen-  
den baren Zahlungen schlechthin zu verbieten, weil ein solches Verbot leicht  
umgangen werden könnte, so haben die Behörden doch, soviel es sich thun läßt,  
örtlichen Aufsichtsorgane dahin zu wirken, daß die Fabrikbesitzer es sich  
zum Gesetz machen, den Lohn nur den Eltern oder Vormündern oder den,  
beauftragten erwachsenen Stellvertretern zu zahlen.

5) Die jugendlichen Arbeiter haben ihre Mahlzeiten, wo es die An-  
ordnung gestattet, nicht in den Arbeitslokalen, sondern in anderen Räumen ein-  
zunehmen. Es ist darauf zu achten, daß dies unter gehöriger Aufsicht über Nacht  
geschehe.

Ueberhaupt werden die Behörden es sich dringend angelegen sein  
lassen, die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen.

1) S. unten sub 6.

Entwicklung der sittlichen Zustände der ihrer Aufsicht befohlenen gewerblichen Anstalten möglichst zu fördern.

## III.

Der Schulbesuch der jugendlichen Arbeiter ist in Gemäßheit des G. v. 16. Mai d. J. nunmehr folgendermaßen zu ordnen:

A. Die schulpflichtigen Kinder dürfen fortan täglich nur sechs Stunden beschäftigt werden und müssen täglich wenigstens drei Stunden Schulunterricht erhalten. Dieser Unterricht kann in besonderen, auf Kosten der Fabrikanten zu errichtenden Fabriksschulen oder in den öffentlichen Elementarschulen erteilt werden, ist er in beiden Fällen so zu regeln, daß für die, am Vormittag arbeitenden Kinder Unterricht Nachmittags, und für die Nachmittags arbeitenden der Unterricht vormittags erteilt wird. Die Anordnung der Zeit und Stunde bleibt im Uebri- gen, je nach den speziellen örtlichen Verhältnissen, der R. Reg. überlassen; jedenfalls muß aber dafür gesorgt werden, daß an die Fabriksschulen, dem Erlass v. 9. Okt. 1851 <sup>1)</sup> gemäß, in jeder Beziehung dieselben Anforderungen gestellt werden, wie an die öffentlichen Schulen.

Ausnahmen von der Vorschrift des §. 4. können nach dem zweiten Alinea d. H. zwar von uns bewilligt werden, sobald bereits bestehenden Anstalten durch die Einführung dieser Bestimmung die nöthige Arbeitskraft entzogen werden würde. Diese Anträge werden aber stets wohl zu prüfen, und auch nur dann zu berücksichtigen sein, wenn die Fabrikbesitzer sich zur Einrichtung von Fabriksschulen auf ihre Kosten bereit erklären und die Unterrichtsstunden in diesen Schulen täglich der Fabrikarbeit vorangehen.

B. Für die aus der Schule entlassenen Kinder ist die Einrichtung von Nach- schulen zu befördern. Es hat zwar nicht angemessen erscheinen können, einen gesetzl. Zwang zur Einrichtung oder zum Besuch solcher Schulen einzuführen, da nur bei williger und eifriger Theilnahme und Mitwirkung der Arbeitgeber, der Eltern der arbeitenden Kinder und der Behörden ein gutes Gedeihen dieser Nach- schulen zu erwarten steht, allein um so mehr muß Seitens der Behörden der Wille der Betheiligten angeregt und der Segen ihnen vorgehalten werden, der nur aus der Förderung solcher Schulen erwachsen muß.

Was die Zeit betrifft, so ist auch für diese Schulen die Benutzung früher freigelegener Stunden sehr zu empfehlen, keinesfalls aber zu gestatten, daß sie an Sonntagen und Festtagen während der Stunden des öffentlichen Gottesdienstes, es sei Vormittags oder Nachmittags, gehalten werden. Die R. Reg. hat hierauf Ihr besonderes Vermerk zu richten.

## IV.

Die nach §. 3. des G. v. 16. Mai d. J. von den Orts-Polizeibehörden zu theilenden Arbeitsbücher hat die R. Reg. für Ihren Bezirk anfertigen zu lassen, und gegen Erstattung der Kosten an die betr. Unter-Behörden zu vertheilen. Hier- bei ist folgendes zu beachten:

1) Diesen Büchern ist eine Zusammenstellung der, die Beschäftigung jugend- licher Arbeiter ihres Bezirks betr. allg. und besonderen Bestimmungen vorzudrucken. Diese Zusammenstellung muß nicht nur die Vorschriften der §§. 1. 2. 3. 7. und 8. des Regul. und der §§. 1. 2. 4. 5. 6. 7. 8. und 9. des G. materiell, unter Zugrundelegung auf die Gesetzesstellen, wiedergeben, sondern auch diej. Polizei-B. enthalten, welche die R. Reg. nach vorstehender Anweisung zu erlassen sich veran- lassen wird.

2) Die Zusammenstellung ist außerdem in großem Druck in jeder Fabrik öffentlich an solchen Orten auszuhängen, wo sie Jedem, der die Arbeitslokalien bet- ritt, in die Augen fällt.

3) Die Arbeitsbücher können, sobald die Ausfertigung derselb. begehrt wird, vom Antragsteller zur Beschaffung der Ausfüllung der ersten, zweiten und dritten Seite durch die betr. Geistlichen und Schulvorstände (unter Beidrückung des Amts- stempels der letzteren), gegen Entrichtung der oben erwähnten Auslagen, jedoch ohne Ausfertigung und Unterschrift der Orts-Polizeibehörde, behändigt werden. Sind bezügl. Geistlichen und Schulvorstände nicht am Ort, so müssen die Antrags-

1) Siehe das. nachstehend sub d.



steller zubörberst die Materialien beschaffen, die die Orts-Polizeibehörde in den Arbeitsbüchern einträgt.

4) Die Rubriken 4 und 5 werden von der Orts-Polizeibehörde und das Arbeitsbuch wird sodann, von ders. unterzeichnet und unter Antragssteller (dem Vater oder Vormund des Arbeiters) übergeben.

5) Alle Revisionen werden von den revidirenden Personen in Rubrik, welche mehrere leere Blätter enthalten muß, eingetragen, sobald Revisionen in Bezug auf die Beschäftigung oder den Schulbesuch des in den Rubrik zu irgend einer Erinnerung Anlaß gegeben haben. Diese selbst sind gleichfalls in die Bücher einzutragen.

6) Ueber die ertheilten Arbeitsbücher ist bei jeder Orts-Polizeibehörde fortgehende Liste zu führen, welche das Datum der Ausstellung, den Namen des Arbeiters, seines Vaters oder Vormundes, und die Bezeichnung des Arbeitgebers enthält.

7) Bei einem Wechsel des Arbeitgebers ist die fünfte und sechste Rubrik den bescheinigten Angaben des Antragstellers von der Orts-Polizeibehörde auszufüllen oder fortzuführen und das Betreffende in der Liste (Nr. 6.) einzutragen.

#### V.

Daß allen Ueberschreitungen der gegebenen Anordnungen mit Rücksicht auf die gegenzutreten, namentlich aber jede Ausdehnung der Arbeitszeit über das gesetzlich festgesetzte Maß, jede unter das Gesetz fallende Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken (von 8½ Uhr Abends bis 5½ Uhr Morgens) oder an Sonn- und Festtagen das Strengste zu rügen ist, versteht von selbst. Wo das Bedürfnis der Aufstellung besonderer Fabrik-Inspektoren nach §. 11. des Gesetzes v. 16. März 1839 vorliegt, hat die K. Reg. motivirte Anträge, unter Beifügung eines Berichts über die in Betracht kommenden gewerblichen Anstalten, ihre Lage und die dort beschäftigten Arbeiter zu stellen. Wo dies nicht erforderlich erscheint, wird durch die K. Reg. die betr. Departementoräthe beauftragt werden, so oft als nöthig, selbst die Fabriken zu besuchen, und sich von der Ausführung der Bestimmungen zu verschaffen. Die Lokalbehörden sind zur regelmäßigen und sorgfältigen Beaufsichtigung anzuhalten und mit eingehender und gründlicher Anweisung versehen. Es empfiehlt sich die Bildung besonderer, zur Wahrnehmung der Bestimmungen zu beauftragender Deputationen auf deren, dem Zwecke entsprechenden Zusammensetzung die K. Reg. möglichst hinzuwirken hat.

Die Fürsorge für diesen wichtigen Gegenstand legen wir unter der Anweisung und Andeutungen vertrauensvoll in die Hand der K. Reg. und erwarten ihre berichtliche Anzeige über die in Folge dieser Anweisung getroffenen Anordnungen binnen 6 Monaten.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 198.)

d) Insbesondere über die Fabriksschulen verordnet das oben angeführte Gesetz, daß die in der vorstehenden Anweisung in Bezug genommene K. M. der Min. d. d. u. M. Ang. (v. Raumer), und für Handel, Gew. u. öff. Arb. (v. Meißner) v. 9. Okt. 1851 an sämmtl. K. Reg. und an das Preuss. Kolleg. zu Berlin, betr. die Sicherung des Schulunterrichts der Arbeiter in den Fabriken.

Der §. 2. des Allerh. bestätigten Regul. über die Beschäftigung der Arbeiter in Fabriken d. d. den 9. März 1839 bestimmt, daß Kinder, welche das neunte Lebensjahr zwar überschritten, aber das sechszehnte Jahr noch nicht vollendet haben, zu einer regelmäßigen Beschäftigung in einer Fabrik oder Manufaktur und Hochwerken nicht angenommen werden dürfen, wenn sie nicht einen dreijährigen regelmäßigen Schulunterricht genossen haben, ein Zeugniß des Schul-Vorstandes nachweisen, daß sie die Lesarten geläufig lesen können und einen Anfang im Schreiben gemacht haben. Die Ausnahme hiervon ist nur da gestattet, wo die Fabrikherrn durch Ertheilung von Unterricht den Schulunterricht der jungen Arbeiter sichern.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß diese Vorschriften nicht streng befolgt werden, indem öfters darüber hinweggesehen wird, daß der im Sinne des §. 2. des gedachten Regul. einzurichtende Fabri-

re ungenügende Einrichtungen für den Unterricht der in den Fabriken beschäftigten Kinder getroffen werden, welche den regelmäßigen Schulbesuch nicht zu ersetzen, sondern nur bei der Voraussetzung, daß ein solcher vorher stattgefunden habe, Lücken in den erworbenen Kenntnissen in einzelnen Zweigen des Unterrichts ausfüllen geeignet sind, und daher nur den Namen von Nachhülfe-Schulen verdienen. So lobenswerth auch die Fürsorge von Fabrik-Besitzern ist für die Bildung der in ihren Gewerben beschäftigten Kinder, welche den gesetzl. Anordnungen in Beziehung auf den vor ihrer Aufnahme in die Fabriken zu absolvirenden Unterricht nothdürftig genügt haben, und so sehr daher auch die Eröffnung solcher Nachhülfe-Schulen Beförderung verdient, so können sie doch, auf Unterricht in einzelnen Lehrgegenständen und in wenigen wöchentlichen Stunden beschränkt, die Ortschulen, oder die an deren Stelle im zweiten Abschnitt des Reg. nachgelassenen Fabrik-Schulen nicht ersetzen, und einen Anspruch auf die hier gestattete Ausnahme von der im ersten Abschnitte desselben §. vorgeordneten Regel nicht begründen. Wenngleich die Beurtheilung, ob die Einrichtung einer Fabrik-Schule dem Zwecke genüge, den Reg. zugewiesen ist, und dieselbe legt solchen Falls auch das Verhältniß zwischen Lern- und Arbeitszeit zu bestimmen, so ergibt doch der §. 9. des Reg., Inbegriff dessen durch dasselbe die getroffenen Bestimmungen über die Verpflichtung zum Schulbesuch nicht geändert werden sollen, daß die Fabrik-Schulen, um in die Stelle der Orts-Schulen zu treten, eine solche Einrichtung erhalten müssen, daß sie denj. Unterricht, welchem die gewöhnlichen Arbeiter durch ihre regelmäßige Beschäftigung in den Fabriken etc. beraubt werden, vollständig ersetzen, wozu nicht nur eine Ausdehnung auf alle Fächer des gewöhnlichen Schul-Unterrichts, sondern als Regel auch gehören muß, daß dems. ebensoviel Zeit täglich gewidmet werde, als in den Orts-Schulen geschieht.

Den Reg. wird empfohlen, bei der Einrichtung von Fabrik-Schulen diese Gesichtspunkte zu beachten, und nur wo auf solche Weise der Unterricht der jungen Arbeiter in den Fabriken gesichert ist, eine Ausnahme von der im §. 2. des Reg. festgestellten Regel in Beziehung auf die Bedingungen, welche vor der Aufnahme von Kindern in dem Alter von neun bis sechzehn Jahren zur regelmäßigen Beschäftigung in Fabriken als erfüllt nachgewiesen werden müssen, zuzulassen. Es ist zu erwarten, daß die Fabrikherren selbst ihnen dabei freiwillig entgegenkommen werden, da sie immer mehr die Ueberzeugung gewonnen haben werden, daß die Heranziehung eines sittlich gebildeten und wohl unterrichteten Fabrikarbeiter-Standes ihrem eigenen Interesse zumeist entspricht.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 250.)

### 5) Handlangerdienst bei Bauhandwerkern.

U. der Min. des J. u. d. B. (v. Rochow), der Fin. (Gr. v. Alvensleben) und der G., U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 4. April 1841 an die Reg. zu Stettin, betr. die Anhaltung der bei Bauhandwerkern Handlangerdienste verrichtenden Kinder zur Schule.

Die von der R. Reg. in dem Ver. v. 29. Nov. v. J. beantragte analoge Anwendung des Reg. v. 9. März 1839, auf solche Kinder, welche bei Bauhandwerkern Handlangerdienste verrichten, ist nicht zulässig, da das gedachte Regl. sich auf Fabriken, Berg-, Hütten- und Bochwerke bezieht, und schon als Ausnahme eine analoge Ausdehnung auf andere Beschäftigungen nicht zuläßt. Es ist aber auch einer solchen Ausdehnung jenes Regl. nicht, damit der von der Reg. beabsichtigte Zweck erreicht werde, da alle im schulpflichtigen Alter befindlichen Kinder, welche nicht den Bestimmungen des Regl. v. 9. März 1839 unterliegen, dem gesetzlichen Schulzwange unterworfen bleiben, mithin von der R. Reg. dem Besuche der Schulen während der ganzen Dauer der Schulstunden anhalten werden können, und auch durch die strengste Anwendung aller der Reg. durch die gesetzl. Bestimmungen zu Gebote stehenden Mittel angehalten werden können, welche des Erfolges nicht entbehren werden, wenn sie mit Konsequenz zur Anwendung kommen.

Wenn indessen die R. Reg. glaubt, durch Anlegung einer zwei- oder dreitägigen Nothschule einen regelmäßigeren Schulbesuch solcher Kinder, welche Handlangerdienste verrichten, sicherer und ohne stete Strafmittel herbeiführen zu

können, weil dadurch den armen Eltern nicht alle Gelegenheit entzogen wird, mit den Arbeitskräften ihrer erwachsenen Kinder einigen Vortheil zu ziehen, so sieht es ihr zur Errichtung einer solchen Schule an Berechtigung nicht, welche schon aus dem gesetzlichen Schulzwange folgt.

Der R. Reg. wird daher überlassen, die Errichtung einer solchen Schule anzuordnen; der Besuch ders. kann aber erforderlichen Falls auch nur durch die Zwangsmittel bewirkt werden, welche hinsichtlich des Schulbesuchs überhaupt zulässig sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 119.)

#### 6) Vermietung zu Feld- und Gartenarbeiten. 1)

Erlaß der R. Reg. zu Magdeburg v. 12. März 1852 an sämmtl. Verwalt. ihres Verwaltungs-Bez., betr. die Vernehmung schulpflichtiger Kinder zu Feld- und Gartenarbeiten.

Die in unserem Verwaltungsbezirk in steigender Ausdehnung begriffene Kultur der Indusriegewächse, als Ruckrüben, Cichorien und Kartoffeln für die Emmerzien hat dadurch im hohen Grade nachtheilig auf die Schulen im dem Gegenden gewirkt, in welchen Zucker- oder Cichorienfabriken und große Brennereien errichtet sind, daß Kinder oft in sehr großer Anzahl von den Fabrikbesitzern oder den Aufsehern zu Feldarbeiten auf längere Zeit benutzt und dem Schulanterricht durch entzogen sind.

Die Schulversäumnisstrafen haben sich gegen diesen Mißbrauch jugendlicher Arbeitskräfte als unzulänglich erwiesen, indem der Eigennutz und die verlockende Aussicht auf den Verdienst der Kinder viele Eltern verleitet hat, dieselben von der Schule zurückzuhalten, auf Arbeit zu schicken und von dem verdienten Lohne die Schulversäumnisstrafen zu bezahlen.

Um diesem Mißbrauche zu steuern, sind wir mit der Abth. des 3. k. k. Kollegiums in Verbindung getreten, und dieselbe hat auf Grund des G. über die Schulverwaltung v. 11. März 1850 die im Amtsbl. abgedruckte Polizei-O. v. 11. Jan. a. (Nol. a.) erlassen, wodurch den Arbeitgebern verboten worden ist, schulpflichtige Kinder zu Garten-, Feld- und anderen landwirthschaftlichen Arbeiten zu nehmen, sofern nicht ein schriftlicher Erlaubnißschein dazwischen tritt.

Mit Bezug auf Nr. 4. dieser O. bestimmen wir über die von den Schülern zu erhaltende Urtheilung eines Erlaubnißscheines zur Annahme von Schülern zu Feldarbeiten Folgendes:

1) Kindern, welche das zehnte Jahr noch nicht zurückgelegt haben, ist die Erlaubniß, an den Feld- und Gartenarbeiten für Lohn Theil zu nehmen, überhaupt nicht zu gewähren; mit vollendetem zehnten Jahre dürfen nur solche Kinder die Erlaubniß dazu erhalten, welche die Winterschule regelmäßig besucht und bereits eine genügende Fertigkeit im Lesen und Schreiben erlangt haben.

2) In der Regel ist kein Kind, für welches die Erlaubniß zu Feld- und Gartenarbeiten um Lohn nachgesucht wird, von dem Besuche des zwölfstündigen Schulanterrichts ganz zu dispensiren, und die Erlaubniß überhaupt nur für die Zeit von acht Uhr Morgens nach beendigten zwölfstündigen Unterrichts zu ertheilen, doch aber solchen Kindern, welche dreimal ohne Erlaubniß die Schule versäumt haben, ganz zu versagen.

3) Der von dem Schulsinsp. auszustellende Erlaubnißschein muß enthalten:

- a) den Vor- und Zunamen des Kindes,
- b) das Datum des Tages, von wo ab und des Tages, bis zu welchem die Erlaubniß ertheilt wird,
- c) die Angabe der Tagesstunde, mit welcher die Verpflichtung des Kindes zur Schule aufhört, und daß, für die Feldarbeit disponibel ist.

Die Eltern, welche einen solchen Erlaubnißschein erhalten, sind verpflichtet, denselben zunächst bei dem Lehrer zu präsentiren, damit dieser die ertheilte Erlaubniß mit Angabe der Zeit in die Versäumnisliste oder einem besondern Bache verzeichnet.

1) Vergl. auch oben 1. und 2.

**Schulinsp.** führt dagegen seinerseits über die ertheilte Erlaubniß, einen solchen nöthigenfalls als ein Beweismittel zurückgegangen werden gegen Arbeitgeber, welche Kinder ohne nachgewiesene Erlaubniß bei der Bestrafung beantragt werden muß.

Lehrern liegt es ob, jeden solchen Fall, in welchem ein Kind ohne Erlaubniß zu den genannten Arbeiten angenommen worden ist, zu ermitteln und dem Schulinsp. davon Anzeige zu machen, die Schulinsp. sind aber nicht verpflichtet, derj. Arbeitgeber, welche der Polizei-B. v. 31. Jan. 1850 ohne Erlaubniß zu Arbeiten angenommen haben, sofort bei dem Gerichte nachzuforschen.

§ 1 für solche Zeiten, in denen während der Jätezeit, oder während der Sommer und im Herbst die Zuziehung der Kinder in größerer Anzahl notwendig wird, die Benutzung ders. nach Möglichkeit zu erleichtern, so wir es den Schulinsp., nach vorgängiger Anzeige an die Superintendenten so zu legen, daß sie für jene Arbeiten den Schulkindern eine Erlaubniß erteilen, ohne daß die Schule darunter leidet.

Bestimmungen über die Schulversäumnisse werden durch diese Bestimmungen nicht berührt, und es versteht sich daher von selbst, daß, abgesehen von den Strafen, die Arbeitgeber zu vollstreckenden Strafen, die Eltern solcher Kinder, welche zu Feldarbeiten angenommen werden, wegen der etwa dadurch herbeiführenden Versäumnisse des Schulunterrichts zur Strafe zu ziehen sind.

Wir tragen wir, diese G. Verf. den Schulinsp. Ihrer Diocese so schleunigst zur Kenntnissnahme und pünktlichsten Nachachtung zuzufertigen, zu fordern, deren Inhalt auch den Lehrern, und durch diese den Schülern bekannt zu machen.

**Anl. a.**

§ 1. für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken v. 1839 (G. S. 1839. S. 156) gewährt die Mittel, um zu verhindern, daß schulpflichtigen Alters durch eine regelmäßige Beschäftigung in Fabriken, Berg-, Hütten- und Pochwerken nicht auf eine ihre geistige und religiöse gefährdende Weise dem Schulunterrichte entzogen werden. Die Ausführung dieses Regul. haben wir den uns untergeordneten Behörden wie insbesondere namentlich durch unsere Amtsbl. Bef. v. 7. Febr. 1843 zur Pflicht gemacht, seitdem von Zeit zu Zeit und auch noch jetzt angestellten Ermittlungen ergeben, daß durch die Vorschriften des Regul. v. 9. März 1839 in den Fabriken, oder bei Berg-, Hütten- und Pochwerken beschäftigten Kindern eine ausreichende Fürsorge getroffen worden ist. Dagegen in den ländlichen Gegenden unseres Verwaltungsbez. von R. Landrathen, von wie von geistl. und Schulbehörden wiederholt und dringend Klagen erhoben worden, daß durch die mehr und mehr überhand nehmende Beschäftigung schulpflichtiger Kinder zu Feld- und Gartenarbeiten, diese Kinder vom Schulunterrichte in einer ihre religiöse und geistige gefährdenden Weise entzogen würden. Um diesem Uebel, zu begegnen, so hat sich die Festsetzung der für die Schulversäumnisse angedrohten Geldstrafe als ausreichend bewährt hat, wirksam entgegen zu treten, verordnen wir nach der §§. 11. und 6. Litt. i. des G. über die Polizei-Verwaltung 1850 (G. S. 1850. S. 265) für den Umfang unseres Verwaltungsbez.:

§ 2. Arbeitgeber dürfen schulpflichtige Kinder während der für den Schulunterricht festgesetzten Stunden zu Garten-, Feld- und sonstigen landwirthschaftl. Arbeiten anstellen, insofern nicht ein schriftlicher Erlaubnißschein des Schulinsp.

vorliegt, welcher, welche diesem Verbote entgegen handeln, verfallen für jedes Vergehen eine Geldstrafe bis zu dem Betrage von Zehn Thlrn.

Die bestehenden Vorschriften wegen Bestrafung der Schulversäumnisse durch diese Polizei-B. nicht berührt.

§ 3. Schulinsp. werden von der Abth. unseres Kolleg. für die Kirchen- und Schulwesen mit näherer Anweisung versehen werden, unter welcher die zu 1. erwähnte Erlaubnißschein erteilt und wie in bringenden

Fällen durch Verlegung der Unterrichtsstunden die Beschäftigung der Schulkinder bei Feld- und Gartenarbeiten erleichtert werden darf.

Magdeburg, den 31. Jan. 1852.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 108.)

### 7) Begleitung von Hausirern.<sup>1)</sup>

Dieselbe ist verboten:

a) durch §. 13. des Regul. v. 28. April 1824 über den Gewerbetrieb im Umherziehen und insbes. das Hausiren. (S. S. 1824. S. 125

1c. Bloße Begleiter zum Transport der Waaren oder zur Wartung des Spanns können die Reg., nach den Umständen und ihrem pflichtmäßigen Ermessen bewilligen; jedoch müssen auch diese in dem Gewerbeschein benannt und signalisirt und dürfen unter keinen Umständen Kinder vor vollendetem 14. Jahre, es sei unter welchem Vorwande es wolle, mit umher geführt werden.

b) Wiederholung und nähere Bestimmung dieses Verbotes erfolgte:

α) durch G. R. der Min. des J. u. d. P. (v. Schuckmann) und d. Fin. (v. Mos) v. 17. März 1827 (A. XI. S. 207),

wonach es keinen Unterschied macht, ob von den eigenen Kindern der Konzessionirten oder von fremden die Rede ist, und als Motiv des Verbotes angeführt wird:

der allg. Zweck ist, daß die Kinder dem Unterrichte in der Schule nicht entzogen, und nicht von Jugend auf an eine vagabondirende Lebensweise gewöhnt werden sollen.

β) durch R. der Min. des J. u. d. P. u. d. Fin. v. 18. Aug. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 316);

γ) durch G. R. der Min. d. Fin. u. des J. v. 19. Juli 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 240);

δ) insbesondere mit Bezug auf die Führung blinder Musiker: R. der Min. der G. U. u. M. Ang. und des J. u. d. P. v. 18. Juli 1841 (A. XX. S. 389);

ε) mit Bezug auf umherziehende Musikgesellschaften: durch R. der Min. des J. u. d. P. und d. Fin. v. 30. Mai 1839 an die Reg. zu Minden (A. XXIII. S. 706), — durch R. ders. Min. v. 21. Nov. 1839 an die Reg. zu Köln (A. XXIII. S. 911) — und durch R. ders. Min. v. 21. Jan. 1840 an die Reg. zu Potsdam (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 55).

Vergl. auch Polizei-B. der Reg. zu Merseburg v. 7. Juni 1844 §. 6. (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 226.)

ζ) mit Bezug auf umherziehende Schauspieler durch G. R. der Min. des J. u. d. P. und der G. U. u. M. Ang. v. 20. Mai 1842 an sämmtl. R. Oberpräf. (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 230) und durch R. der Min. d. Fin. und des J. v. 29. Febr. 1844 (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 77).

η) mit Bezug auf Kunstreiter, Seiltänzer 1c. durch R. der Min. des J. und d. Fin. v. 31. Mai 1827 (A. XI. S. 476).

c) Sorge für die zurückbleibenden Kinder hausirender Eltern.

R. des Min. des J. u. d. P. (v. Schuckmann) v. 9. Dec. 1831 an die R. Reg. zu Münster.

1c. Die R. Reg. hat indeß in diesem, wie in jedem andern Falle, wo boshafte Geheule hausirend umherziehen, darauf wachen zu lassen, daß ihre Kinder in

1) Vergl. v. Rönne, die Gewerbepolizei des Preuss. Staats Bd. 2. S. 34 flg., S. 396 flg. — Auch in Baden existirt ein Verbot, und werden nach einer in Uebereinstimmung mit dem R. Baierschen Min. des J., vom Großh. Bad. Min. des J. erlassenen G. R., alle ausländische Hausirer, wenn diesel. schulpflichtige Kinder mit sich führen, an der Grenze zurückgewiesen. Staatsanz. 1854. S. 251.



hen bei anständigen Leuten untergebracht, von diesen nicht allein erzogen, sondern auch zur Schule angehalten werden, und, insofern dies nicht geschieht, solchen Leuten die Erneuerung der Gewerbscheine zu versagen.

(N. XV. S. 821.)

d) Ausnahme von dem Verbote für Ausländer.

Denselben ist die Mitnahme eigener Kinder gestattet durch

α) das oben sub b. α. angeführte G. N. v. 17. März 1827.

1c. Auch bei Ausländern wird die in Rede stehende Bestimmung festgehalten werden müssen, daß sie Kinder unter 14 Jahren für ihr Gewerbe auf keine Weise ansetzen dürfen. Bei den Ausländern wird indessen nachgegeben, daß sie die eigenen Kinder unter 14 Jahren bei sich behalten, die dann im Pässe, aber nicht im Gewerbscheine zu erwähnen sind, da nicht abzusehen ist, wo sie sonst, wenn sie einmal im Inlande zu ihrem Gewerbe verstatet worden sind, mit ihren Kindern verfahren sollen.

β) durch das N. des Min. des I. u. d. P. v. 31. Mai 1827. (N. S. 475.)

IV. Schulferien.

In der zweckmäßigen Vertheilung der Schulferien liegt ein wirksames Mittel zur Verhütung der Schulversäumnisse. Die Vorschriften darüber werden deshalb hier eingereicht. Dieselben sind indessen meist provinczieller oder lokaler Natur, weil eben die Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse hien bei war.

1) Die allgemeinen Grundzüge der Ferienordnung, in welchen die meisten einzelnen Vorschriften darüber zusammentreffen, sind:

Ausfall der Schule an den drei hohen Festen mit Einschluß der Vor- und eines oder einiger nachfolgenden Tage; sowie

4 bis 6 Wochen Ernteferien, deren Vertheilung in der Regel in die Hände der Lokalbehörden gelegt ist.

Abgesehen hiervon kommen noch Ferien zu Jahrmärkten, beim Schulanfang u. a. m. vor, und eben so ist es ziemlich allgemeine Regel, daß in der Woche zwei Nachmittage (Mittwoch und Sonnabend) schulfrei seien.

Zu vergleichen sind hierüber:

α) §. XXV. der Merseburger Instr. v. 1. März 1822 (f. o. S. 466);

β) §. 9. der Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 (f. o. S. 469);

γ) §. 28. der B. der Reg. zu Marienwerder v. 1. Juli 1828 (f. o. S. 565);

δ) §. 7. des Publ. der Reg. zu Rößlin v. 7. Sept. 1821 (f. oben S. 605);

ε) §. 4. des Erlasses der Reg. zu Magdeburg v. 12. März 1852 (f. oben S. 626);

ζ) B. der Reg. zu Bromberg v. 28. Sept. 1824 (Amtsbl. 1824. S. 14. — Fürstenthal, Bb. 1. S. 405);

η) B. der Reg. zu Königsberg v. 26. Jan. 1825 (Amtsbl. 1825. S. 1. — Fürstenthal, Bb. 1. S. 407);

θ) B. der Reg. zu Stralsund v. 11. Sept. 1833 (Amtsbl. 1833. S. 17. — Fürstenthal, Bb. 1. S. 413);

ι) G. N. der Reg. zu Potsdam v. 26. Febr. 1834 (N. XVIII. S. 725) und B. d. d. Reg. v. 19. Febr. 1839 (Amtsbl. 1839. S. 77);

κ) B. der Reg. zu Minden v. 20. Sept. 1840 (Amtsbl. 1840. S. 358. — Sam. Zeit. S. 1185).

2) Ferien - Ordnung des Ober - Präsidenten (v. Merckel) v. 4. Juni

1841 für sämtliche Elementar-Schulen in der Provinz Schlesien.<sup>1)</sup>

Es haben bisher in den drei Reg. Bez. der Prov. Schlesien in Ansehung der Ferien in den evang. und kath. Elementarschulen theils von einander abweichende, theils den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr ganz angemessene Vorschriften gegolten, wodurch mancherlei Nachtheile für den Jugendunterricht und sonstige Uebelstände herbeigeführt worden sind.<sup>2)</sup> Um diese zu verhüten und die nöthige Uebereinstimmung auch in dieser Schulangelegenheit zu bewirken, werden hierdurch für alle Elementarschulen in der Prov. Schlesien, ohne Unterschied der Konfession, und mit Aufhebung der früheren, diesen Gegenstand betr. B., folgende Ferien festgesetzt:

- 1) Die Weihnachtswoche vom Tage vor dem Feste an bis zum Tage nach dem Neujahre, so daß die Schule den 23. Dec., und wenn dieser auf einen Sonntag fällt, den 22. Dec. geschlossen und den 2. Jan., oder wenn dieser ein Sonntag ist, den 3. Jan. wieder eröffnet wird.
- 2) Die Osterwoche, vom grünen Donnerstage an bis zum Mittwoch nach dem Feste, als an welchem Tage die Schule wieder anfängt.
- 3) In der Pfingstwoche, der Tag vor und der Dienstag und Mittwoch nach dem Feste.
- 4) Ein Tag nach der jährlichen Schulprüfung.
- 5) Der erste Tag jedes Jahrmarktes in den Städten; in den Landschulen ist kein solcher Ferientag statt.
- 6) Zur Zeit der Ernte auf dem Lande und in den ackerbautreibenden Städten im Ganzen vier Wochen, mit der Maassgabe, daß ein Theil dieser Ferien in die Zeit der Getreideernte, der andere Theil, je nach dem örtlichen Bedürfnisse, in die Zeit der Kartoffelernte oder einer andern landwirthschaftlichen Hauptarbeit falle, wohin namentlich das Einlegen und Ausgraben der Färberrothe und der Runkelrüben, das Pflanzen, Behäufeln und Abblättern der Tabackstaude und in manchen Dörfern an der Ober das Abschneiden und Schälen der Weidenruthen zu rechnen ist.

Die Theilung dieser Ferien bei 6 wird dem Ermessen der Schulrevisoren und Schulvorsteher, mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und unter Zustimmung der K. Superint., resp. Kreis-Schulinsp. überlassen, je doch darf der Zeitraum von vier Wochen in keinem Falle überschritten werden.

- 7) In solchen größeren Städten, deren Bürger keinen Ackerbau treiben, ist statt der Ernteferien vierzehn Tage Hundstagsferien gestattet, wofür die städtischen Schul-Deput. nebst den Revisoren, unter Zustimmung des bez. K. Superint., resp. Kreis-Schulinsp., die Zeit näher zu bestimmen haben.

Daß sämtliche Schulen an den Sonntagen und den gemeinschaftlichen Feiertagen, die katholischen Schulen auch an den bestehenden besondern Feiertagen ihrer Konfession geschlossen bleiben, versteht sich von selbst. Auch mag es bei den herkömmlichen schulfreien Nachmittagen am Mittwoch und Sonnabend noch ferner verbleiben, falls nicht hinsichtlich ders. für einzelne Ortschaften wegen besonderer Verhältnisse ein Anderes verfügt werden muß.

Bei dieser Bestimmung der Dauer der verschiedenen Ferien wird jedoch noch besonders festgesetzt:

1) Dies ist die neueste unter den in öffentlichen Sammlungen registrierten Ferienordnungen, und aus diesem Grunde hier zum Beispiele gewählt.

2) Vergl. S. 39. sub c. des kath. Schulregl. für Schles. v. 1801, S. 1. S. 156. — Durch R. v. 26. Nov. 1825 (A. X. S. 92) setzte das Min. der G. u. M. Ang. fest, daß die von der Reg. zu Breslau für evang. Schulen gegebene Ferienordn. v. 27. Nov. 1824 (Amtsbl. 1824. S. 430. — Fürstenthal, Nr. 1. S. 406) auch auf die kath. Schulen angewendet werde, jedoch so, daß in den Weihnachts-, Ostern- und Pfingstferien der Kirchenbesuch, zu welchem die Schulen verpflichtet sind, nicht ausfalle.

Eine ähnliche Ferienordn. gab sodann die Reg. zu Oppeln durch Publ. v. 2. Febr. 1826. (A. X. S. 92.)

- a) daß während dieser schulfreien Zeit und namentlich in der warmen Jahreszeit die kleinen Reparaturen an den Schulhäusern, als: Ausweissen, Ausbessern und Segen der Ofen, Ausbessern des Fußbodens und Ausbessern der Fenster sowohl im Schullokale, als in der Wohnung des Lehrers vorgenommen werden müssen;
- b) daß überall, wo der Lehrer nicht durch fixirtes Gehalt, sondern durch Schulgeld besoldet wird, ihm solches ununterbrochen und unverkürzt auch in den Ferien zu zahlen ist, und
- c) daß in den Weihnachts-, Oster- und Pfingstferien der Kirchenbesuch, zu dem die Schulpflicht verpflichtet ist, nicht ausfallen darf.

In den Schulen der kleinen Ackerstädte und auf dem Lande muß aber auch in den Sommermonaten die gesetzliche Stundenzahl, einschließlich einer mindestens zweistündigen und in den Morgenstunden abzuhaltenden Hirtenschule, so lange dieser Nothbehelf überhaupt noch nothwendig sein wird, alltäglich inne gehalten werden. Die nähere Anordnung hierfür mag nach den örtlichen Verhältnissen den K. Superintend. resp. Kreis-Schulinsp. im Einverständnisse mit den Schulrevisoren und Vorständen überlassen bleiben.

Von den K. Superint. und Kreis-Schulinsp., incl. von den Schulrevisoren in den städtischen Schul-Deput. und den Schulvorständen wird erwartet, daß sie diese B. genau beachten und insbes. jede Ueberschreitung der Feriendauer verhüten werden, wogegen eine Verkürzung ders. zum Besten des Unterrichts hierdurch keineswegs unterlag sein soll.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 170.)

### 3) Insbesondere über die Ferien bei Stadtschulen bestimmt

das G. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Altenstein) v. 4. Juli 1824 an sammtl. K. Reg. (ausschließlich der Rheinprovinz und Stettin), betr. die Anordnung der Ferien in den Stadtschulen.

Der K. Reg. wird hierneben (a.) Abschrift einer öffentl. Bef. der K. Reg. in Stettin, die Ferien in den Stadtschulen betr., mit der Aufforderung zugefertigt, mit Rücksichtigung der provinziellen Verhältnisse und Bedürfnisse die Ferien in den Stadtschulen ihres Bezirks, falls solches noch nicht geschehen sein sollte, auf eine ähnliche Weise, wie die K. Reg. in Stettin gethan hat, zu reguliren, und die desfalls zu erlassende Bef. zur Prüfung und Genehmigung hieher einzureichen.

a.

#### B e k a n n t m a c h u n g.

Um in die Anordnung der in den Stadtschulen unseres Verwaltungs-Bez. üblichen Ferien eine gewisse Gleichförmigkeit zu bringen, und zu verhüten, daß in dieser Beziehung keine Willkühr eintrete, wird — im Einverständnisse mit dem K. Prov. Konfist. und mit höherer Genehmigung — für den diesseitigen Reg. Bez. damit Nachstehendes festgesetzt:

Die gesetzl. Ferien sollen — außer den Sonn- und Festtagen und den schulischen Nachmittagen der Mittwoch und Sonnabende — sein:

#### A. in den kleinen und mittleren Städten

- 1) die Weihnachtswoche von dem Tage vor Weihnachten bis zum Tage nach Neujahr;
- 2) die Osterwoche vom grünen Donnerstage bis zum Mittwoch nach dem Feste;
- 3) in der Pfingstwoche der Tag vor und die beiden Tage nach dem Feste;
- 4) der Tag der jährlichen Schulprüfung;
- 5) der erste Tag des Jahrmarktes;
- 6) zur Zeit der Ernte:

1) in den Kinder- und Grundschulen acht ganze Tage und acht Nachmittage;

2) in den Knaben- und Mädchenschulen der mittleren Städte vierzehn ganze Tage.

B. Hinsichtlich der Schule in Stettin ist mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse eine besondere Verf. von uns erlassen worden.

Diese Schulferien dürfen unter keinerlei Vorwand verlängert noch weniger eingeführt werden. Den Schul-Deput. wird aber überlassen, mit Zugiehung

der Schulrektoren für die Ernteferien die Zeit der strengsten Feldarbeit und der günstigsten Witterung zu wählen.

In diese Hauptferien sind alle Ausbesserungen und Bauten im Schulgebäude, wie alle Arbeiten, welche den Unterricht stören würden — somit auch das Ausweisen der Lehrzimmer — zu verlegen.

Obgleich in Städten die Schule das ganze Jahr hindurch gehalten werden soll, so wollen wir doch nachgeben, daß in den kleinen Landstädten bei Anordnung des Unterrichts für das Sommerhalbjahr auf die Kinder, welche ihren Eltern bei den Feld- und Gartenarbeiten unentbehrlich sind, besondere Rücksicht genommen werde, so daß dens. von den festgesetzten Schulstunden, nach den Umständen zwei oder drei Stunden täglich erlassen werden können.

Dazu haben aber die Eltern und Vormünder die Erlaubniß jedesmal wenigstens vierzehn Tage vorher bei der Schul-Deput. besonders nachzuholen. Die muß in einer ordentl. Versammlung die einzelnen Anträge sorgfältig prüfen, sich dießfälligen Beschlüsse dem Superint. der Synode zur Genehmigung vorlegen und hierauf den Lehrern beim Anfange des Sommerhalbjahres ein genaues Verzeichniß der Kinder, welchen eine solche Erlaubniß entweder für den ganzen Sommer, oder nur gewisse Monate und Wochen erteilt worden ist, zufertigen, damit dies in der Schulversäumnißlisten gehörig bemerkt werden könne. Alle übrigen Kinder müssen alle öffentlichen Lehrstunden auch den Sommer hindurch ordentlich besuchen. Auf jene Kinder, für welche der Unterricht auf eine geringere Stundenzahl beschränkt worden ist, leiden übrigens die gesetzl. Bestimmungen und die Versäumnißstrafe, hinsichtlich ihres Schulbesuchs, Anwendung. Abänderungen und Verlegung der Unterrichtsstunden dürfen ohne Anzeige bei der Schul-Deput. und ohne Genehmigung des Superint. der Synode nicht gestattet werden.

(A. VIII. S. 452.)

## Zweites Kapitel.

### Schul-Einrichtung.

In dieses Kapitel sind die Vorschriften über die Anlegung neuer und die Trennung bestehender Schulen, sowie die über die Schulgelasse und die Schulinventarien aufgenommen worden.

#### I. Errichtung neuer oder Trennung bestehender Schulen.

Dieselbe kann freiwillig mit Einverständnis aller Betheiligten und Genehmigung der Reg. oder auf Verfügung der Reg. erfolgen, und ist notwendig

- 1) bei Uebersfüllung der bisherigen Schule,
- 2) für solche, die von der Schule in zu großer Entfernung wohnen.

Eine allgemeine Verordnung hierüber ist nicht vorhanden, dagegen finden sich die aufgestellten Grundsätze in verschiedenen Provinzialgesetzen ausgesprochen.

a) Hinsichtlich der Entfernung vom Schulort stellte das kaiserl. Schulregl. für Schlessen v. 1765 §. 12. (s. o. in Th. I. S. 133) die Regel auf, daß keine zur Schule gewiesene Gemeinde von derselben weiter als  $\frac{1}{4}$  (im Gebirge  $\frac{1}{2}$ ) Meile liegen dürfe. Für entferntere war die Errichtung neuer Schulen befohlen. Vergl. auch §§. 26. flg. des Regl. von 1801 (s. o. in Th. I. S. 154).

b) Eben so nimmt das Regul. für Neuvorpommern und Rügen v. 29. Aug. 1831 Art. 1. und 2. (s. oben in Th. I. S. 128) als höchste

ge Entfernung des Wohnorts der Kinder von der Schule  $\frac{1}{2}$  Meile an, verlangt, daß einem Lehrer nie mehr als 100 Kinder zugewiesen werden.

c) Die ausführlichsten Vorschriften über die Trennung mehrerer zu einer Schule vereinigten Gemeinden (§§. 50. 51.) über den Anschluß einer Gemeinde an eine bestehende Schule (§§. 52. 53.), über die Errichtung neuer Schulen (§. 54.) und insbesondere über die Sorge für das Schulerkenniß der Anwohner auf gutsherrlichem Lande (§§. 55 — 62.), sowie einiger Kolonien und neuen Gemeinden (§§. 63—65.) enthält die Schulgesetz für die Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 (s. o. in Th. I. S. 111 ff.).

d) Ueber die Vermögensverhältnisse bei derartigen Errichtungen und Unterhaltungen von Schulen vergl. auch den folgenden Abschn. vom Schulunterhalt.

## II. Schulgefaß. <sup>1)</sup>

Die Sorge dafür, daß gesunde und zweckmäßige Schulgefäße vorhanden sind, liegt hauptsächlich den Schulvorständen und Schuldeput. ob. vergl. die Instr. für dieselben im 1. Abschn. von der Aufsicht, sowie das k. Verord. Pub. v. 13. Mai 1820 Nr. 2. (s. oben S. 586.) In dieser Verordnung werden folgende Anforderungen gestellt:

1) Gesundheit des Gebäudes.

a) Lage der Schulstuben gegen Morgen oder Mittag.

α) Publ. der Reg. zu Posen v. 9. April 1828, betr. die örtliche Anordnung der Schulstuben.

Die Lage der Schulstuben gegen Abend oder Mitternacht ist der Gesundheit der Kinder, welche 6 Stunden des Tages in ders. zubringen, in sofern schädlich, die Sonnenstrahlen nicht in diese Stuben bringen, und die Feuchtigkeit, sowie Ausdünstungen der Kinder aufzehren können, was auch dem Gebäude selbst nachtheilig gereicht.

Es ist daher von Wichtigkeit, daß künftig bei der Anlage oder Einrichtung neuer Schulhäuser darauf gesehen wird, daß die Schulstuben entweder nach Morgen oder nach Mittag gelegt werden.

(N. XII. S. 415.)

β) Vergl. die bei dem sub b. folgenden G. R. v. 17. Febr. 1842 erlassene Instr. §. 5.

b) Trockenheit und Wärme des Gefasses.

G. R. der Reg. zu Posen v. 17. Febr. 1842 an sämmtl. Landräthe, betr. die Ausführung von Schulhausbauten.

Mängel in der Bauart der Schulhäuser haben uns veranlaßt, die Instr. zur Ausführung ders. zu erlassen, von welcher wir Gw. anl. Exemplare (Anl. a.) zu den Gw. werden sich durch die Wichtigkeit der Sache selbst aufgefordert finden, auf zu sehen, daß die Instr. bei allen Neubauten genau beachtet werde; zugleich wollen Sie darauf hinwirken, daß auch in den schon vorhandenen Schulhäusern, in denen sowohl das Unterrichtszimmer, als die Lehrerwohnung zu kalt ist, die nöthigen Verbesserungen angebracht werden, welche unter 2., 3. und 4. der Instr. bei Neubauten angeordnet sind.

Anl. a.

Instruktion für die Ausführung von Schulhausbauten.

Sehr viele Schulhäuser, besonders auf dem Lande, sind in Folge ihrer baulichen Konstruktion so kalt, daß sowohl die Wohnungen für die Lehrer und ihre Familien in dens. im Winter ungesund, als auch die Klassenzimmer deshalb der

1) Die Verpflichtung zum Bau und zur Erhaltung der Schulhäuser, sowie Aufbringung der Kosten dazu sind im folgenden Abschn. vom Schulunterhalt gestellt.



Gesundheit der Kinder nachtheilig sind. Die Kälte in den Klassenzimmern ist ein vorzügliches Hinderniß des regelmäßigen Schulbesuchs im Winter, also gerade in der Jahreszeit, wo der Unterricht am vollständigen ertheilt werden und am reichsamsten sein sollte.

Um diesem großen Uebelstande vorzubeugen, verordnen wir zur Beachtung bei dem Baue der Schulhäuser für die Zukunft Folgendes:

- 1) Da, wo tauglicher Lehm vorhanden ist, müssen die Schulhäuser aus Lehmwänden oder sogenannten Lehmzapfen erbaut werden.
- 2) Wo der Bau im Fachwerk angedeutet wird, müssen die alledann anschließendmäßig nur 2 Zoll starken Umfassungswände, wo sie zu heizende Zimmer einschließen, auf der inneren Seite mit einer Lage von Strohlehm von 2 bis 3 Zoll Stärke, belegt werden. Um diese Lage zu befestigen, sind hölzerne Plättchen von entsprechender Länge oder Lattenbefeidungen in schräger Richtung, in Entfernungen von 4 bis 5 Zoll an den Verbandhölzern zu befestigen. Demnach ist der verstärkte Lehmüberzug in halbtrocknem Zustande mit scharfem Sande und Lehmalkali zu überstreichen und abzuweisen.
- 3) Die Balken der Stabendecken müssen an den Seiten, 3 Zoll von oben, mit weber mit Falzen versehen oder besser, da diese oft zu schwach sind, mit Latten benagelt werden. In diese Falzen, oder resp. auf diesen Latten vor Einstreichhölzer (Schwarten) und auf diese ein Lehm Schlag, auf 3 Zoll abgeglichen, gelegt.

Wird die Belastung des vorhandenen Gebälks durch dergl. Ordnen groß, so muß die Tragfähigkeit des Gebälks durch Unterzüge auf Stielen mit Fundament verstärkt werden.

- 4) Die Öfen dürfen nicht, wie bisher, nur von Manersteinen, ohne hinreichende Züge, sondern sie müssen an einer angemessenen Stelle des Zimmers freistehend von Rachen, mit Zügen und blechernen, verschließbaren Rauchrohren, in gehöriger Größe ausgeführt werden.
- 5) Die Schulzimmer sollen in freistehenden Schulhäusern wo möglich nicht auf der Nordseite gelegt werden. Wo dies unvermeidlich ist, sind auf der Ostseite keine Fenster anzubringen, wenn die Schulstube von einer oder zwei andern Seiten das nöthige Licht erhält.
- 6) Unter dem Schulzimmer dürfen künftig keine Keller, also auch keine Gänge zu dens., noch Luftzüge unter dem Fußboden angelegt werden; die Keller sind vielmehr unter dem Hausflur oder unter der Speisekammer des Lehrers anzubringen.
- 7) Da sich wohl in allen Schulgemeinden Männer finden, welche nicht nur Theilnahme für das Schulwesen, sondern auch Erfahrungen und Sachkenntnis im Bauen haben, so müssen diese überall für die Mitberathung bei Leitung des Baues gewonnen und zu Mitgliedern der Bau-Kommission gewählt werden.

Posen, den 17. Febr. 1842.

A. Reg. Abth. für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen.  
(Min. Bl. v. t. B. 1842. S. 65.)

c) Insbesondere Diebung des Fußbodens.

α) Publ. der Reg. zu Stralsund v. 9. Okt. 1821, betr. die Fußböden in den Schulstuben auf dem platten Lande.

Da in sehr vielen Schulstuben auf dem platten Lande die Fußböden mit Leinwand gepflastert sind, dieses aber nicht nur manche Unsauberkeit zur Folge hat, sondern auch selbst der Gesundheit der Kinder bei kalter und feuchter Witterung nachtheilig werden kann, so erwarten wir von den sammtlichen Privatpatronen und Kirchen- und Schulgemeinden des platten Landes in unserm Reg. Bez., daß sie sich bemühen werden, diesem Uebelstande dort, wo er sich findet, abzuhelfen.

(A. V. S. 386.)

β) Vergl. das Publ. der Reg. zu Königsberg v. 26. Okt. 1820 Bd. 1. unten sub 5.

2) Flächenraum der Schulzimmer.

α) A. des Min. der G. U. u. M. Ang., Unterr.-Abth. (v. Kantsch)

Aug. 1828 an die R. Reg. zu Merseburg, betr. den in Schulzimmern jedes Kind zu rechnenden Flächenraum.

R. Reg. wird auf den Ver. v. 24. Mai d. J., betr. den Flächenraum der Zimmer bei Erbauung von Elementarschulhäusern für ein Schulkind, erst nach mehrfachen Verhandlungen mit der R. Ober-Baudeputation über Gegenstand, ein Raum von 6 Quadratfuß für jedes Kind, mit Einrechnung von Stühlen, Tische etc. bei einer Dorfschule, als der richtige Durchschnittssatz worden ist.

bei ist indessen vorausgesetzt, daß mindestens die Hälfte der Schulkinder Schüler sind, und daß daher eine Verminderung des obgedachten Raumes von 6 Quadratfuß stattfinden könne, wenn mehr als die Hälfte der Schüler aus Kindern besteht, welche noch keinen Unterricht im Schreiben erhalten. Es ist jedoch als zweckmäßig erwiesen hat, Lesen und Schreiben gleichzeitig zu lehren, und daher der Fall eintreten kann, daß mehr als die Hälfte der Schüler in einzelnen Fällen vielleicht die ganze Schülerzahl mit Schreibübungen beschäftigt wird, so wird eine Verminderung des als Regel feststehenden Flächenraums von 6 Quadratfuß nur in seltenen Fällen zulässig sein, und es müssen die Gründe jeder Abweichung bei Anfertigung der Bauanschlüsse und der Erläuterung der Zeichnungen jedesmal bestimmt angegeben werden.

Nichts der Projekte zu Schulhäusern bezieht sich das Min. auf die gegebenen R. Reg. unterm 30. Juli 1821 zugesandten Normal-Vorschriften, und nur noch, daß bei zu großer Anhäufung der Kinderzahl, sowohl die Anordnung der Zimmer vorläufig zu großen, schwer zu erwärmenden Schulstube, als der baldige Umbau des Hauses füglich vermieden werden kann, wenn der Baubediente bei der Ausführung dieser Wahrscheinlichkeit aufmerksam gemacht wird, um seinen Entwurf zu berichtigen.

Erweiterung der Schulgelasse kann nöthigenfalls durch Einziehung anstossender Gebäude, oder durch Anbau an der Giebelseite des Schulhauses bewirkt

werden, der R. Reg. mitgetheilten Normalzeichnungen zu Landschulhäusern ist die erste und leichteste Art der Erweiterung nur ausführbar in dem ersten Theile, und bei dem 1. Klassenzimmer des Hauses Nr. VI. der Zeichnung; liegt aber in den meisten Fällen keiner Schwierigkeit, eine solche Anordnung zu treffen, daß die Erweiterung möglich wird. Es versteht sich jedoch, daß diese Weise eingezogene Kammer, in sofern sie unentbehrlich ist, durch Erweiterung des Dachraumes, oder in einem Fachwerkhause durch Anlage eines neuen Trusses ersetzt werden muß.

Erweiterung durch Anbau ist thunlich nach den Normal-Zeichnungen Nr. IV. und V. (wo es jedoch auf die Anlage eines 3. Klassenzimmers ankommt) und Nr. VI., wenn nur das Haus so gestellt wird, daß der künftige Anbau nicht einem andern Gebäude sich nicht zu sehr nähert, welches auf dem Lande zu vermeiden sein wird.

Es ist in vorkommenden Baufällen zu verfahren, und bei allen Schulhäusern zu verfügen, daß alle Verhältnisse, welche auf die Größe der Schulstuben ankommen, jedesmal vor der Veranschlagung festgestellt, auch die Baukosten danach instruiert werden.

XII. S. 688.)

Vergl. die Vorschrift v. 3. März 1832 für Berlin S. 22., woselbst 6 Quadratfuß Flächenraum für jedes Kind, und eine Höhe des Schulzimmers von 9 Fuß gefordert wird (s. oben S. 379).

Eventuelle Mietbung zweckmäßiger Gelasse.

Bl. der Reg. zu Düsseldorf v. 10. Juli 1817, betr. die Mietbung zweckmäßiger Schulgelasse.

Es ist die Noththeile hinwegzuräumen, welche für Geist und Körper der Schüler aus der Mietbung entstehen, daß der öffentliche Unterricht in zu engen, dunkeln, nie-

drigen, dumpfen, kurz in ungesunden und unheimlichen Gerüchen ertheilt wird, sei wir hierdurch Folgendes fest:

Wo die vorhandenen Schulhäuser in gedachten Beziehungen von entschieden schlechter Beschaffenheit sind, und auf baldige Erbauung neuer nicht zu rechnen, da sind unverzüglich zweckmäßige Schulgelasse zu miethen. Die den bürgerlichen oder kirchlichen Gemeinden hiedurch erwachsenden geringen Mehrausgaben dürfen gegen den großen davon zu erwartenden Gewinn für die Bildung der Jugend in Anschlag gebracht werden.

Demnach erhalten die H. Landräthe den Auftrag, unter Zugiehung der Schulpfleger, Ortsgeistlichen und Schulvorsteher, über die in Rede stehende Sache die nöthigen Verhandlungen sofort einzuleiten.

Sollten hier und da die Betheiligten über die Bestimmung, ob ein Schulhaus von entschieden schlechter Beschaffenheit sei, sich nicht vereinigen können: so ist ein Bauverständiger zu Rathe zu ziehen, und nach Umständen der Fall eine Entscheidung vorzulegen sein.

Bis zum 1. Okt. d. J. erwarten wir Berichte, ob und wie dieser Verfügung genügt worden.

(A. I. S. 3. S. 89).

#### 4) Reinerhaltung und Lüftung der Schulstube.

Die Sorge dafür liegt den Lehrern ob.

α) Publ. der Reg. zu Stralsund v. 30. Sept. 1818, betr. die Reinerhaltung der Schulstuben.

Da wir ungerne bemerkt haben, daß es hin und wieder in den Schulstuben sowohl in den Städten als auf dem platten Lande, an der nothwendigen Reinlichkeit gebricht, welche die Berücksichtigung der Gesundheit der Kinder zur Pflicht macht, so bestimmen wir hierdurch, daß die Wände der Schulstuben jährlich einmal abgeweißt, die Fußböden und Thüren stets reinlich, die Fenster aber klar und dicht gehalten werden sollen, und machen es den Magisträten und Schularthen, sowie den H. Landräthen, Superint. und Predigern zur Pflicht, die Veranlassungen zu treffen und darauf zu sehen, daß dieser Verf. streng nachgelebt werde. Es ist auch die Privatschulen in den Städten diesem Gesetze unterworfen, und wir geben den städtischen Polizei-Behörden auf, darüber zu wachen, daß die Lehrer denselben nachkommen. Sind die Schulzimmer feucht, so sind zweckmäßige Anstalten zu treffen, daß die Luft in ihnen gereinigt werde. Den Lehrern aber gebührt es, darauf zu sehen, daß die Tische, Bänke und Schulgeräthschaften nicht beschmutzt, zertrümmert, zerschnitten und sonst beschädigt werden, sowie auch ihnen, falls nicht besondere Personen verfassungsmäßig dazu bestellt sind, obliegt, die Reinigung der Fußböden etc. beschaffen zu lassen.

(A. II. S. 1064.)

β) Ein Publ. der Reg. zu Potsdam v. 14. Dec. 1834 (Sam. Zeit. 1835. S. 2.) bestimmt, daß die Schulstube a) jährlich einmal geweißt und b) dreimal gescheuert, c) wöchentlich zweimal gefegt, d) daß alles Schulgeräth nach beendigtem Unterricht wieder in Ordnung gestellt, sowie e) daß die Schulstube wieder gelüftet werde.

γ) Vergl. das G. R. der Reg. zu Trier v. 10. Aug. 1836 im folgenden Kapitel Lit. 1. sub III. a.

δ) Das Girk. der Reg. zu Münster v. 21. April 1838 verlangt ebenfalls tägliche Reinigung und Lüftung. (Sam. Zeit. 1838. S. 1230.)

ε) Vergl. §. XXII. der Merseburger Instr. für Lehrer v. 1. Aug. 1822 (s. oben S. 466) und §. 7. der Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 (s. oben S. 468), sowie das nachstehend sub 5. gegebene Publ. der dorth. Reg. v. 22. Aug. 1819.

5) Verbot, das Schulgelaß zu andern Zwecken, als zum Unterricht, zu benutzen.

α) Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 22. Aug. 1819 über den Gebrauch und die Einrichtung der Klassen in Land- und Stadtschulen.

Wir haben aus mehreren amtlichen Anzeigen in Erfahrung gebracht, daß in

in vielen Kirch- und andern Dorfschulen, ja auch noch in einigen Elementarschulen, von den Lehrern zu ihren Privat Zwecken benutzt werden. Eine ein Theil ihrer Dienstwohnung, daß sie daher mit allen möglichen angefüllt, und in ihnen alle mögliche häusliche Geschäfte besorgen, so daß selbige mehr den Anblick schmutziger Wirthschafts- und Gesellschafter Lehrzimmer für die Jugend gewähren. Dieß. Lehrer, ihren Mißbrauch sich erlauben, scheinen noch nicht daran gedacht zu haben, daß sie selbst nur der Jugend wegen angestellt sind, so auch das Lehrzimmer wegen erbauet, und die darin befindliche Einrichtung ohne jenes ganz überflüssig ist, daß das Lehrzimmer, durch zweckmäßige und freundliche Einrichtung der Sinn für Ordnung, Anstand in der Jugend mehr als durch wortreiche Ermahnungen gelehrt, der Unterricht selbst mit weit größerem Erfolge erteilt, und die Jugend zur Schule offenbar gepflegt wird, der Jugend eben so werth sein muß, als die Kirche der Gemeinde den Erwachsenen nur dann stattfinden wird und kann, wenn dasselbe nur allein der Bestimmung gebraucht, und von allem fremdartigem Gebrauche abgehalten wird.

Man darf daher hierdurch, überall und ohne die geringste Ausnahme, bei eigener Verantwortlichkeit, in denen die nächste Aufsicht hierüber zusteht, alle Schulstuben in Elementarschulen, sowie in den städtischen Elementarschulen, in denen auch noch etwas stattfindet, sofort von allem Hausgeräth, das nicht zum Schulunterrichte erforderlich ist, gereinigt, und sie unter keinen Umständen während der Schulzeit, noch in den Schulferien, zum Betriebe der Wirthschaft gemißbraucht werden. Dieß. Lehrer, welche dagegen handeln, werden der Umstände in eine Strafe von 4 bis 10 Thlr. gesetzt.

Alle Schulstuben eine der Schülerzahl angemessene Menge Subsellien zweckmäßige Einrichtung und Stellung die H. Geistlichen, als Aufsicht, und in den Städten die H. Schulinsp. Sorge tragen, und dazu unbedingt verpflichteten Schulsocietäten angeschafft werden. In Ermangelung der ländlichen Societät sind wir zwar geneigt, einen Beitrag zur Anschaffung derselben aus Prov. Schulfonds zu geben. In der Nothwendigkeit der Letztern erwarten wir aber, daß nur in sehr dringenden Fällen Anträge werden gemacht, und sehr vollständig motivirt werden. Subsellien muß die Schulstube einen Schrank zum Aufbewahren der Bücher, der zur Schule gehörigen Bücher, Tafeln, Landkarten etc. haben. Die Decke und Wände der Schulstube jährlich einmal auf Kosten der Stadt oder der städtischen Schulkassen mit Kalk übertüncht werden. Da die Reinlichkeit durchaus erforderlich ist, daß der Fußboden der Schulstube mit Brettern belegt sei, so ist hierauf auch überall zu halten. Für die Reinigung des Fußbodens, der Subsellien und der Fenster haben die Lehrer zu sorgen. Auch müssen die Fenster überall mit Beschlägen und Winden versehen sein, damit sie geöffnet werden, und die Schulstuben so mit frischer Luft versehen werden können. Die Anschaffung dieser Beschläge etc. geschieht bei der Stadt durch die Societät etc.

(743.)

Der K. Reg. zu Königsberg v. 26. Okt. 1820, betr. die Schulstuben.

In vielen einzelnen Fällen dem Uebel abgeholfen ist, so veranlassen die häufig vorkommende Beschwerden, Folgendes im Allg. festzusetzen, und es dringend zur öffentl. Kunde zu bringen.

Die Schulstube muß geputzt sein. Der oft feuchte, der Reinlichkeit und Gesundheit gleich nachtheilige Lehmboden ist in keiner Schulstube mehr zu dulden.

Die Wohnung des Lehrers darf nirgends in der dem Schulunterrichte geweihten Stube wohnen. Die Ursachen bedürfen keiner Erörterung. Der Unterricht ist ein heiliges Werk, das durch Säuglingsgeschrei und Wirthschaftsgeräusch nicht gestört werden darf. Wäre es bei irgend einer R. Stelle noch

der Fall, daß für den Lehrer und seine Familie keine besondere Wohnstube vorhanden wäre, so muß dies schleunigst angezeigt werden.

Schulpatrone werden demnächst angewiesen, spätestens im nächsten Frühjahr diesem nicht länger zu duldenen Uebelstande abzuhehlen, und die Landrathsämter haben auf die Erfüllung dieser Anordnungen zu halten.

(N. IV. S. 793.)

γ) Vergl. auch die oben sub 4. ε. angeführten Instr. und §. 13. der Regl. von 1765 (s. oben in Th. I. S. 133).

δ) Insbesondere sollen Schulzimmer nicht zum Seidenbau gebraucht werden. G. R. v. 18. Juni 1827 (s. oben S. 534).

ε) Auch nicht zu politischen Versammlungen: R. v. 4. Mai 1849 (Brandenb. Schulbl. Jahrg. XIV. S. 9. 10.)

ζ) und Schulgebäude nicht „zu Waaren-Niederlagen oder irgend einem andern Privatgebrauch, z. B. zur Aufbewahrung von Waaren und Vorräthen, zum Trocknen von Wäsche auf den Dachböden“ etc. R. v. 29. Sept. 1809, mitgetheilt und auch für die westlichen Prov. für anwendbar erklärt durch R. des Min. der G. II. u. M. Ang. v. 26. April 1838 an die Reg. zu Köln. (N. XXII. S. 636.)

6) Entfernung geräuschvoller Gewerbe von den Schulen.  
Allg. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845.

§. 40. Einer besondern Beschränkung mit Rücksicht auf die örtliche Lage sind ferner unterworfen etc.:

b) die Errichtung oder Verlegung der Betriebsstätte solcher Gewerbe, deren Ausübung mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden ist. Die Betriebsstätte muß, insofern zur Anlage ders. nicht schon nach den Vorschriften der §§. 27—36. die Genehmigung der Reg. einzuholen ist, der Polizeiobrigkeit angezeigt werden; diese hat, wenn in der Nähe der gewählten Betriebsstätte Kirchen, Schulen, Krankenhäuser oder andere öffentl. Gebäude vorhanden sind, deren bestimmungsmäßige Benutzung durch den Gewerbebetrieb auf dieser Stelle eine erhebliche Störung oder Belästigung erleiden würde, die Entscheidung der Reg. darüber einzuholen, ob die Ausübung des Gewerks an der gewählten Betriebsstätte zu untersagen, oder nur unter Bedingungen zu gestatten sei.

(G. S. 1845. S. 49.)

### III. Schul-Inventarium.

1) Ausstattung der Schule mit den nöthigen Inventariensachen, insbesondere

a) mit Subsellien<sup>1)</sup>, einem Schrank und Wandtafeln.

α) Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 22. Aug. 1819 Nr. 2. (s. S. 636) und §. 13. der Instr. ders. Reg. v. 18. Nov. 1829 (s. S. 47).

β) Publ. der Reg. zu Merseburg v. 12. Nov. 1822, betr. die Stellung mehrerer Mängel beim Schulunterricht.

Es ist uns sowohl durch angestellte Revisionen der Schulen, als auf andern Wegen bemerkt worden, daß es in vielen Schulen noch an den zur Vollständigkeit des Unterrichts in den wesentlichsten Gegenständen erforderlichen Lehrmitteln mangelt. Dahin gehören 1) als Inventariensachen: Wandtafeln und Lesemaschinen; ein verschließbarer Schrank; hinreichend große schwarze Tafeln für den Unterricht im Schreiben, Rechnen, der Orthographie und im Singen nach Noten oder Ziffern; eine hinreichende Anzahl von Schul-, besonders Lesebüchern zum Gebrauche für

1) Daß das Holz zu den Subsellien von dem Gutsherrn oder Patron, in im Uebrigen verpflichtet ist, das Holz zum Schulbau zu liefern, nur in Folge eines besonders erwiesenen Rechtes verlangt werden könne, erklärte das G. R. v. 22. Juni 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 269).



ej. Schulkinder, deren Eltern dieselben aus eigenen Mitteln anzuschaffen unvermögend sind; 2) als Unterrichtsmittel, welche ein jedes Schulkind für sich erhalten sollte, außer einer Bibel, wovon zu wünschen ist, daß auch die Ärmsten sie, gleichwie das Gesangbuch und den Katechismus, als Eigenthum besitzen und nicht bloß in dem Inventarium der Schule während des Unterrichts geliehen erhalten möchten, ein passendes ABC- oder Elementar-Lesebuch, eine Schiefertafel, und Papier und Feder zum Schönschreiben. Der Mangel an dergl. Hilfsmitteln ist ein nicht unerheblicher Grund, warum insbesondere der Elementarunterricht oft nicht so zweckmäßig und nicht mit so gutem Erfolge erteilt wird, wie es von den Schulheern, auch bei einem nur mäßigen Grade eigener Geschicklichkeit, zu erwarten wäre.

Wir machen die Inspektionen der Schulen unseres Bezirks auf die erwähnten Mängel hierdurch von neuem aufmerksam und fordern sie auf, dafür zu sorgen,

- 1) daß die Schul-Inventarien durch Anschaffung der benannten Lehrmittel, wo es daran noch fehlt, ergänzt werden. Dieselben anzuschaffen sind, wo nicht ein besonderes Verkommen darüber besteht, zunächst die Kommunen verpflichtet; und wenn, namentlich was die nöthigen Lehrbücher anlangt, in sehr armen Gemeinden die Mittel dazu nicht hinreichend vorhanden sein sollten, so wird es aufmerksamen und für das Gedeihen des Schulunterrichts eifrig besorgten Schulvorstehern nicht an Gelegenheit fehlen, die erforderliche, an sich immer geringe Summe hierzu durch freiwillige Beiträge einzelner bemittelter Schulfreunde zu gewinnen;

- 2) daß in jeder Schule ein passendes ABC- oder erstes Lesebuch allgemein eingeführt und jedes Schulkind mit dems., sowie mit einer Schiefertafel gleich beim ersten Eintritt in die Schule versehen werde. Auch Schreibbücher müssen alle Schulkinder ohne Ausnahme erhalten, sobald der Lehrer sie für fähig erklärt, mit Feder und Tinte schreiben zu lernen. Die Eltern oder Schulkinder sind anzuweisen, diese und alle übrigen Lehrmittel und Bücher nur nach vorgängiger Rücksprache mit dem Schullehrer anzukaufen, damit bei der Auswahl und Form derselben kein Mißgriff geschehe. Die wenigen Groschen, welche dergl. Unterrichtsmittel kosten, sind für notorisch Arme aus der Orts-Armenkasse zu entnehmen; den Uebrigen kann, dies. aus eignen Mitteln anzukaufen, unbedenklich zugemuthet werden.

Da hiernächst bemerkt worden ist, daß viele Schullehrer den öffentlichen Unterricht im Schreiben und Rechnen, besonders dem Tafelrechnen, um deswillen noch nicht allgemein, und nicht von den frühesten Schuljahren an ertheilen, weil die Höhe des wöchentl. Schulgeldes noch, nach sonstiger Weise, von der Ertheilung dieses Unterrichtes abhängig sind und manche Eltern daher, um einiges Schulgeld zu ersparen, ihre Kinder am Schreiben und Rechnen entweder gar nicht, oder doch nicht frühe genug Theil nehmen lassen wollen; so wird hierdurch wiederholtlich verordnet und anbefohlen, das bestehende Schulgeld überall so zu reguliren, daß die höhern, zeither für die Theilnahme am Unterrichte im Schreiben und Rechnen entrichteten Sätze desselben, forthin nur nach dem Alter der Schüler oder verhältnißmäßig repartirt, eingefordert und früheren Vorschriften gemäß beibehalten werden. Wo hierbei in Ansehung der Jahre, für welche der höchste Satz des Schulgeldes zu entrichten sein wird, oder sonst Bedenken entstehen, da ist von der betr. Inspektion Bericht an uns zu erstatten. Die Lehrer aber sind verpflichtet, das Schreiben und Rechnen nicht nur allgemein, sondern auch so früh, als die Fähigkeit der Kinder es gestattet, zu lehren, und auch hierdurch dem einen Hauptzweck des Elementarunterrichts, daß die Kinder häufig unbeschäftigt in der Schule sitzen, mittelst Anwendung einer guten Methode, namentlich beim elementarischen Schreibunterrichte, kräftig entgegen zu arbeiten.

(N. VI. C. 905.)

- b) Mit Lehrmitteln insbesondere für arme Kinder.**

- a) Vergl. das vorstehende Publ. v. 12. Nov. 1822.

- β) §§. 9., 20., 21. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I. S. 66, 72).

- y) §§. 13., 38—41. des kathol. Schulregl. für Schlessen von 1765 oben in Th. I. S. 133, 138) und §. 50. des gleichen Regl. von 1801 oben in Th. I. S. 157).

d) Vergl. auch im vorigen Kapitel die Vorschriften über Vermehrung der Schulstrafgelder (s. o. S. 593 ff.), sowie im folgenden die über Ausrüstung der Lehrmittel: Tit. I. sub IV. 2. und spezielle Anordnungen des G. R. der Reg. zu Köln v. 1. Sept. 1832 wegen der Bücher, die der Reg. zu Trier v. 9. Dec. 1834 wegen der Landtafel ebendas. Tit. II.

c) Mit Schulglocken.

Bef. des Ober-Bergamts zu Berlin v. 11. Febr. 1831, betr. Verkauf kleiner Glocken für Schulen.

Da es von den K. Reg. für wünschenswerth erachtet worden ist, daß jede Schule und jedes Bethaus auf dem Lande mit einer kleinen Glocke versehen werde, welche durch ein kurzes Geläut am Morgen, Mittag und Abend den öffentlichen und häuslichen Uhren einigermaßen ersetzt, und den Anwesenheit Schul- und Bethstunden genauer bezeichnet; da es ferner unpassend ist, daß die Gemeinden, welche eine kleine dem Bedürfnis entsprechende Glocke aus eigenem Vermögen anschaffen können, des Königs Maj. um ein Gnadengeschenk an Glocken schenken, so bringen wir es hiermit zur öffentl. Kenntniß, daß auf der hiesigen Eisengießerei eiserne Glocken, von  $\frac{1}{2}$  Ctr. bis 1 Ctr. und darüber, von einem guten Klange verbundenen Konstruktion und Eisenmischung stets geliefert werden können, und daß die auf der Gießerei stehenden à Ctr. 8 Thlr., schmiedeten Klöppel und lederen Riemen mitgerechnet, zu stehen kommen. Verpackung und Versendung der Glocken wird von dem K. Eisengießerei-Verwalter doch auf Kosten des Bestellers, besorgt.

(N. XV. S. 98.)

2) Aufzeichnung der Inventariensstücke.

a) G. R. der Reg. zu Frankfurt v. 7. Dec. 1836 an sämmtliche Superint. und Schulinsp., betr. die regelmäßige Führung der Inventarien.

Die Ordnung erfordert, daß bei allen öffentl. Schulen die bei denselben vorhandenen Utensilien, Lehrmittel und Bücher und sonstige Lehrapparatsstücke gehörig aufgeführt und bezeichnet werden. Obwohl anzunehmen ist, daß dies in der Regel überall geschehen werde, so finden wir uns doch veranlaßt, die H. Superint. und Schulinsp. aufzufordern, genau dahin zu sehen, daß überall hierin die nöthige Ordnung beobachtet, bei jeder Schule ein genaues und wohlgeordnetes Verzeichniß sämtlicher gehörigen Inventariensstücke geführt, Abgang und Zugang darin vermerkt, der Grund dieses Verzeichnisses wenigstens jährlich einmal eine genaue Inventur sämtlicher Inventariensstücke von der Orts-Schulbehörde vorgenommen, der dabei vermerkt und ein Duplikat des Inventariens-Verzeichnisses bei der hiesigen Schulbehörde niedergelegt werde. — Die H. Superint. und Schulinsp. werden verpflichtet, sich bei den jährlichen Schulrevisionen selbst zu überzeugen, daß dieser Anordnung nachgekommen wird.

(N. XX. S. 916.)

ß) Vergl. im 1. Abschn. dieser Abtheilung die Vorschriften über Schulrevisionen und Schulberichte, insbesondere die Breslauer B. v. 11. Febr. 1835. II. B. 5. (s. oben S. 354.)

## Drittes Kapitel.

### Schulunterricht.

Die hierher gehörigen einzelnen Vorschriften zerfallen in solche, die den Unterricht im Allg., in solche, welche die einzelnen Unterrichtsmittel und in solche, welche die Schulprüfungen betreffen. Von den letzteren

en hat, was die hier dargestellten Gegenstände betrifft, vorzugs-  
Harrer als Lokalinspektor einzuwirken (s. ob. S. 559 Note 1.).

## Erster Titel.

### Allgemeine Vorschriften.

#### I. Lehrplan.

in fester Lehrplan und, was damit zusammenhängt, eine be-  
änderung der Jugend in Schulklassen zu einem zusammenhän-  
stetig fortschreitenden Unterricht der Jugend unentbehrlich sei,  
frühzeitig, schon bei der ersten gründlichen Verbesserung des  
Schulwesens, anerkannt. Doch blieb nach der damaligen Bil-  
der Kreis des Unterrichts auf Katechismus, Lesen, Schreiben  
als etwas Rechnen eingeschränkt. Die Erweiterungen dieses  
che die Neuzeit forderte, haben theilweise in einzelnen Verord-  
sichtigung gefunden. Ein allgemeiner Lehrplan aber, der ih-  
che, fehlt, dagegen mangelt es nicht an Verordnungen, welche  
nkung, Vereinfachung, Konzentration des Unterrichts erinnern.  
halt des Lehrplans.

tere Bestimmungen.

17. flg. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I.

weisung v. 16. Dec. 1794 (s. oben in Th. I. S. 78);

Schlesischen Regl. von 1765 §§. 19. flg. (s. oben in Th. I. S.  
44), von 1801 §. 44. (s. oben in Th. I. S. 157.)

uere Bestimmungen.

nd im Besondern im folgenden Titel bei den einzelnen Unter-  
ländern zu vergleichen. Hier ist nur auf §. 14. der Gumbinner  
le Lehrer v. 18. Nov. 1829 (s. oben in Th. I. S. 470) zu ver-  
selbst das Nothwendigste aus der Erdkunde, Naturkunde und  
sowie, wenn Zeit übrig bleibt, auch Zeichnen, Formen- und  
e in den Unterrichtskreis gezogen werden. Doch heißt es noch  
Schles. Prov. Landtagsabsch. v. 22. Febr. 1829 sub II. 16.:

e Aufgabe der Elementarschule sich darauf beschränkt, die Jugend mit  
iten der christlichen Religion vertraut zu machen, ihr Ehrfurcht gegen  
rrn und jede Obrigkeit, und Folgsamkeit gegen die Gesetze einzupflößen,  
, Schreiben und Rechnen zur Fertigkeit zu bringen, und sie praktisch  
anzuleiten. Mit dieser Bildung wird jeder in einem so einfachen Bes-  
des gewöhnlichen Landmanns ist, seiner Bestimmung genügen können,  
noch einer besondern Vorbildung für den Beruf des Landmanns in  
bedarf.

Uebereinstimmung der Lebensverhältnisse des platten Landes und der  
rbau treibenden Städten gilt von den letztern Schulen das Nämliche.  
s, S. 296.)

it im Einklange stehen die Anforderungen, welche bei der Ent-  
der Schule und der Konfirmation gestellt werden. (Vgl. das

Besondere Klasseneintheilung der Volksschule.

Gen. Landschulregl. von 1763 (a. a.) macht 2 Abtheilungen:  
größere Schulkinder, das Schles. Regl. von 1801 (a. γ.) ver-

langt 3 Klassen. <sup>1)</sup> Heutzutage ist die Einteilung der Schulkinder lokal verschieden, fehlt auch wohl ganz, doch werden meistens 2 Abtheilungen im Unterricht gesondert sein. (Vergl. auch unten sub 2. den G. Erl. v. 10. Febr. 1852.)

2) Aufstellung des Lehrplans. <sup>2)</sup>

a) Entwerfung dess. durch den Pfarrer.

α) §. 12. der Anweis. von 1794 (s. oben in Th. I. S. 87).

β) §. XV. der Merseburger Instr. für Lehrer v. 1. März 1822 (s. oben S. 465), sowie die sub 1. b. angeführte Stelle der Gumbinner Instr.

γ) §. 3. der B. des Oberpräf. von Schlesien v. 29. Juli 1829 (unten im 5. Kap. sub II. 1.) und die Anweis. dess. v. 2. Juli 1836 sub I. 2 (s. oben S. 347 ff.)

δ) §. 33. der Schulordn. für die Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 (s. oben in Th. I. S. 109). Vergl. §. 242. des Prov. R. (s. oben in Th. I. S. 97.)

b) Bestätigung des Lehrplans.

R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 7. März 1833 an den Oberpräf. der Prov. Brandenburg, betr. die Prüfung der Lehrpläne der Schulen.

Das Min. erwiedert G. G. auf den über die Prüfung der Lehrpläne der Schulen unterm 1. Dec. pr. erläteten Ver., daß dass. es für angemessen hält, wenn für die Lehrpläne der Elementar- und niedern Stadtschulen von dem Prov. Schulkoll. nur die allg. Grundzüge festgestellt, die Prüfung und Genehmigung der speziellen Pläne aber den R. Reg. überlassen werden. G. G. werden daher gesucht, das hiesige R. Prov. Schulkoll. mit der Zusammenstellung der allg. Grundsätze, die bei der Prüfung der Lehrpläne zur Richtschnur dienen müssen, zu betrauen, und dasselbe anzuweisen, diese Zusammenstellung dem Min. zur Genehmigung einzureichen. <sup>3)</sup>

Was die Prüfung der Lehrpläne der eigentlichen höhern Bürgerschulen betrifft, so muß diese dem R. Prov. Schulkoll. vorbehalten bleiben, und werden die R. Reg., wo es sich um die Organisation einer solchen Schule handelt, sich mit demselben zu beschaffen haben.

(R. XIX. S. 699.)

3) Warnungen vor Ueberbildung. <sup>4)</sup>

α) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 23. März 1822 an sämmtl. R. Reg., betr. das Elementar-Schulwesen.

Des Königs Maj. hat geruhet, in einer auf das Schulwesen eines Reg. Bez. bezügl. R. D. v. 28. Dec. v. J. ausdrücklich zu äußern: daß Allerhöchstdies. den regen Sinn, welcher sich für das Elementar-Schulwesen bethätigt, nicht anders als beifällig anerkennt, zugleich aber darauf aufmerksam machen, daß solches in seinen Grenzen gehalten werden müsse, damit nicht aus dem gemeinen Mann vergebete Halbwisser, ganz ihrer künftigen Bestimmung entgegen, hervorgingen.

Das Min. bringt diese Allerh. Willensäußerung deshalb zur Kenntniß sämtlicher R. Reg., damit dieselbe allenthalben zur Richtschnur und zur Befestigung jenem besonnenen Verfahren dienen möge, welches bei der Einwirkung auf die Volkserziehung niemals vergißt, daß jede Bildung nur stufenweise gefördert werden kann, daß dem Nöthigern jederzeit das Ueberflüssige weichen und daß bei aller

1) Auch sollen Knaben und Mädchen beim Sitzen abgesondert sein: §. 46. ib. Dasselbe verlangt die Anw. von 1794 (s. oben in Th. I. S. 79 Note 2.)

2) Ueber die Lehrpläne der Mittelschulen, und das Verhältniß dieser letztern zu den höhern Schulen vergl. das G. R. v. 18. Juni 1844 in der folgenden Abh. des Werks.

3) Vergl. die beiden Dienst-Instr. v. 23. Okt. 1817 (s. oben in Th. I. S. 262, S. 270).

4) Vergl. auch das G. R. v. 31. Aug. 1799 (s. oben in Th. I. S. 99).

weisung auch die künftige Bestimmung derer, welche belehrt werden, im Auge halten werden müsse.

(N. VI. S. 119.)

β) G. M. d. Min. v. 24. Juli 1822 an sämmtl. R. Reg. u. Konf., tr. das Volksschul- und Lehrer-Bildungswesen.

Das Min. übersendet der R. Reg. beizugehend lithographirte Exemplare des gebuchs über den im vorigen Herbst zu Regenwalde abgehaltenen Lehrkursus<sup>1)</sup> 2 Exemplare des von dem Schulrath Bernhardt über letzteren erstatteten Besuchs theils zu eigener Kenntnissnahme, theils mit dem Auftrage, solche an die nützlichen (Seminarienlehrer der dortigen Prov.) Superint. und evang. Schulb. ihres Bez. und an solche evang. Geistliche, welche für das Schulwesen einen andern Eifer beweisen, zu vertheilen. Da hin und wieder die Erfahrung gemacht worden ist, daß aus der an sich unverwerflichen Absicht, die Bildung des abvolles möglichst zu befördern, nicht immer die Schranken genau berücksichtigt werden, welche dieser Bildung theils durch den gegenwärtigen Zustand des Volks, als durch die Rücksicht auf seine eigentliche nächste Bestimmung gezogen werden müssen, und daher zu besorgen ist, daß in solchen Fällen ein übereiltes Verfahren weder zu einem unnützen und schädlichen Halbwissen, oder zu einer eben so verwerflichen Ueberbildung führen werde, so freuet sich das Min., ein Beispiel zu haben, das als Muster dienen kann, nach welchen Grundsätzen im Landschulwesen, und daher auch bei der Vorbereitung der Landschullehrer und der bei ihnen zu gesuchenden Nachhülfe verfahren werden muß. Die von dem Schulrath Bernhardt aufgestellten und befolgten Gesichtspunkte: daß es nicht auf Viel und Mancherlei, sondern auf gründliches Wissen ankomme, daß das Nothwendige und Unentbehrliche gründlich und recht gelehrt werden müsse, daß aber die Grundlage aller Bildung in der Erziehung zur Frömmigkeit, Gottesfurcht und christlicher Demuth bestehe, und daß daher eine solche Gesinnung vor allen Dingen in den Lehrern erweckt und gepflegt, und ihnen dadurch Liebe, Ausdauer und Freude in ihrem schwierigen und mühseligen Berufe mitgetheilt werden müsse. — Diese Gesichtspunkte sind höchst richtig, nach denen überall und in allen Fällen, und unbeschadet der Verhältnisse, welche auf die besondern Verhältnisse und den Bildungsgrad der einzelnen Prov. und Landestheile zu nehmen sind, verfahren werden kann und soll. Das Min. macht daher der R. Reg. hierdurch aufs neue zur Pflicht, diese Gesichtspunkte sowohl bei der eignen Einwirkung auf das Volksschul- und Lehrer-Bildungswesen sich unverrückt zur Richtschnur dienen zu lassen, als auch bei Vertheilung der Anlagen den Empfängern aufs nachdrücklichste zu empfehlen und einzuführen. Daß dieses geschehen werde, erwartet das Min. um so zuverlässlicher, da dadurch zugleich der wiederholt und ernstlichst ausgesprochene Allerh. Wille Sr. Maj. des Königs wird erfüllt werden.

(N. VI. S. 659.)

γ) Vergl. R. D. v. 10. Sept. 1829 (s. oben S. 407).

δ) G. Erlass des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 10. Febr. 1852 an sämmtl. R. Reg., betr. die Verbesserung des Elementar-Schulwesens.

Die in zwei Exemplaren beifolgende Schrift des Predigers Goltsch über Schulungs- und Lehrplan für einklassige Dorfschulen veranlaßt mich zu folgenden Bemerkungen:

Es ist hier aus dem unmittelbaren Leben der ländlichen Bevölkerung und der Schule selbst heraus als eine thatsächliche Erfahrung ausgesprochen und nachgewiesen, was bereits seit längerer Zeit theils unklar, theils vereinzelt als Ansicht sich geltend zu machen gesucht hat, daß nämlich der Unterricht in der Elementarschule

1) Dasselbe ist mitgetheilt in Meigebaur S. 301 flg. Der betr. Lehrkursus ist danach außer Erbauungs-, Bibel- und Katechismusstunden nur Schreiben, Lesen und Gesang zum Gegenstande. An den beiden ersten Tagen jedoch, wo wegen Ausbleibens mehrerer Lehrer der eigentliche Unterricht noch nicht beginnen konnte, wurden täglich ein Paar Stunden dem Unterrichte über Verhütung der Pestbrünste gewidmet.



in der ihm seit mehreren Decennien gewordenen theoretischen Entwicklung Richtung nicht nur vielfach den Boden des unmittelbaren praktischen Lebens zu milde, Kirche und Staat verlassen, und deshalb den berechtigten Bedürfnissen und Anforderungen auf diesen Gebieten nicht überall Genüge leiste; sondern daß die äußere Einrichtung der Elementarschule an die Zeit und Kraft der Jugend spräche, welche sie zum großen Nachtheil ihres inneren Gedeihens mit wegzunehmenden Bedingungen des häuslichen Lebens und der Arbeit in die bringe. In letzterer Beziehung liefern die sich stets erneuernden Klagen über gelassenen Schulbesuch, über die Nothwendigkeit der Einrichtung von sogena Sommerschulen und über die Verwilderung der dem Schulunterricht zum ganz entzogenen Kinder, welche zum Einzelhüten des Viehes gebraucht zu einem Beweis dafür, daß Institutionen, welche das Bedürfnis der Gesamtheit befriedigen sollen, sich den unabwieslichen Bedingungen des Lebens und der Arbeit der letzteren, so weit wie irgend zulässig anschließen müssen, wenn nicht überdies noch nach einem doch nicht zu erreichenden Ideal für das große Ganzzuthwendigsten und unentbehrlichsten Resultate versäumt werden sollen.

In der vorliegenden Schrift wird der Vorschlag gemacht, den hier in der kommenden Mängel der seitherigen Einrichtung des Elementarunterrichts auf einer Seite durch Verkürzung der täglichen Unterrichtszeit für das einzelne in der Art, daß die Gesamtzahl der Schüler in zwei Altersstufen getrennt diese abgefordert unterrichtet werden; auf der anderen Seite durch angemeß Vereinfachung und Konzentration des für die Elementarschule gehörigen Unterrichtsstoffes zu begegnen.<sup>1)</sup> In beiden Beziehungen bedürfen die ausführlichen Vorschläge um so weniger einer weiteren Beleuchtung, als sie nicht Theoreme, sondern Resultate bereits angestellter praktischer Versuche sind. Ich wünsche aber die über die Anwendbarkeit und Ausführbarkeit dieser Vorschläge im Allg. einer Prüfung, die prov. und lokalen Bedürfnisse und Verhältnisse berücksichtigenden Beurteilung unterzogen zu sehen.

Indem ich die R. Reg. zur diesfälligen, möglichst zu beschleunigenden Berücksichtigung veranlasse, erwarte ich zugleich deren Äußerung über alle dir. Bedürfnissen im Einzelnen, welche eine Einrichtung, wie die in Rede stehende, hinsichtlich der jetzt vorhandenen Organisation des Elementar-Schulwesens und der Ausbildung der Elementarlehrer im vorliegenden Verwaltungsbezirk nothwendig machen würde.

Die beiden Exemplare der Schrift überlasse ich der R. Reg., nach gemachter Bedenken geeigneten Lehranstalten oder Schulmännern zur Benutzung zu lassen.

(Min. Bl. v. L. B. 1852. S. 41.)

## II. Ertheilung des Unterrichts.

Daß der Lehrer den vorgeschriebenen Unterricht pünktlich, unausgesetzt ohne Nebenarbeiten zu treiben, oder Schulkinder zu solchen zu verwenden und ohne sich durch Andere dabei vertreten zu lassen, ertheilen muß, sind so allgemeine Voraussetzungen eines ordentlichen Unterrichts, daß sie in allen Regl. und Instr. übereinstimmend aufgestellt werden. Vergl. z. B. sub I. 1. a. aufgeführten B., sowie §§. XIV., XVI. flg. der Preuss. Instr. v. 1. März 1822 (s. oben S. 465), §. 8. der Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 (s. oben S. 468) und die Anweisung des Oberpräsidiums in Schlesien v. 2. Juli 1836 sub III. (s. oben S. 349). Insbesondere wird aber von dem Lehrer verlangt, daß er sein Amt mit Liebe erfülle, und durch mit väterlichem Ernst gepaarte Freundlichkeit den Unterricht anziehend zu machen und zu beleben verstehe. Vergl. u. a. G. R. v. 6. März

1) In Berlin hat die Armenverwaltung den Plan, das Unterrichtsstunden (s. Kap. 3. des 1. Abschn.) so umzugestalten, daß der Unterricht auf 10 Stunden, und hinsichtlich seiner Gegenstände auf Religion, Lesen, Schreiben eingeschränkt wird. (Nat. Zeit. 1854. Nr. 23.)

3 (s. oben S. 609) und G. R. v. 14. Aug. 1843 (s. oben S. 580).  
 In diesen allg. Regeln finden sich noch folgende hierher gehörige Vorschriften:

1) Gesang und Gebet beim Beginn und beim Ende des täglichen Unterrichts.

α) §. 19. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I. S. 69),

β) §. 4. der Anweis. von 1794 (s. oben in Th. I. S. 79),

γ) §. XVIII. der oben angeführten Merseburger, und

δ) §. 16. der ebenfalls angef. Gumbinner Instr.

ε) G. R. der Reg. zu Köslin v. 1. Sept. 1842, unten Tit. 2. I. 4.

2) Verbot, Tagesbegebenheiten in den Unterricht einzumischen.<sup>1)</sup>

G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 2. Mai 1831 über Verbot der Einmischung von Tagesbegebenheiten in den Unterricht.

Es ist zur Kenntniß des Min. gekommen, daß einzelne Lehrer bei dem Unterrichte der Jugend, statt die durch die Lehrgegenstände der verschiedenen Schulen hinreichend bezeichnete Grenze zu beachten, als Beispiele, Vorschriften, Diktate und dergl. Tagesbegebenheiten oder Gegenstände der Politik gewählt haben. Unangemessene dieses Verfahrens bedarf keiner Erläuterung. Wenn aber auch angenommen werden kann, daß geübtere Lehrer solche Mißgriffe von selbst vermeiden werden, so ist doch bei Anfängern und minder fähigen Subjekten dies nicht zu erwarten. Das Min. hält deshalb für angemessen, die Aufseher der Lehranstalten darauf besonders aufmerksam zu machen, daß ihnen obliegt, hierüber zu wachen und vorkommende Mißbräuche zu rügen und abzustellen, und trägt den Prov. Schulkoll. und Reg. auf: die erforderliche Verf. zu diesem Zwecke, je nach der Vermeidung alles Aufsehens nicht durch die Amtsbl. zu erlassen.

(Argebaur S. 89.)

3) Häusliche Arbeiten.<sup>2)</sup>

a) Ein neuerdings erlassenes G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. die R. Prov. Schulkolleg. und Reg. weist zunächst darauf hin:

Daß es hauptsächlich auf den geistigen Verkehr mit den Schülern in der Lehrstunde selbst ankomme; die Arbeiten zu Hause sollten den Unterricht nur ergänzen, es aber keineswegs das Wichtigste, und es dürfe dabei nicht in mechanischer ordnungsloser Weise verfahren werden, wie leider oft geschieht, so daß der Schüler vor lauter Heften, Abschriften, Reinschriften u. gar nicht zum Denken kommt, und der Lehrer nicht einmal zum Korrigiren der Arbeiten. Die unverhältnißmäßige Zunahme häuslicher Arbeiten könne in der Regel für ein Zeichen gelten, daß es den betr. Lehrern an Sinn und Geschick fehle, die Lehrstunde ihrer Bestimmung gemäß zu benutzen, ja daß in vielen Fällen darin die Ursache ungenügender Fortschritte der Schüler zu suchen sei.

Die Dir. der höhern Lehranstalten seien zu veranlassen, diese Angelegenheit auch in Bezug auf die Anfertigung sogenannter Strafarbeiten — sorgfältig zu beobachten und zu überwachen.

(Nat. Zeit. 1854. Nr. 273. Beil.)

b) Vergl. auch §. 18. der Instr. v. 3. März 1832 und §. 15. der Instr. v. 13. März 1852 bei der Aufsicht über die Berliner Schulen (s. oben S. 378 und S. 384).

1) Vergl. im 4. Kap. des vor. Abschn. sub III. 1. die Vorschriften über das häusliche Verhalten der Lehrer (s. oben S. 474 ff.).

2) Gegen die Ueberhäufung mit schriftlichen Arbeiten, insbesondere gegen die Vorbereitung der realistischen Belehrungen in Heften, statt der Wiederholung nach gedruckten Zeitschriften, spricht sich, zunächst mit Bezug auf die höhern Töchteranstalten in Berlin, auch eine neue Verf. des Prov. Schulkolleg. von Brandenburg (Nat. Zeit. 1854. Nr. 243. Beil.)

## III. Sorge für die Gesundheit der Schulkinder.

So weit hierdurch Anforderungen an das Schullokal hervorgerufen werden, sind die betr. Vorschriften im vor. Kapitel sub I. nachzusehen. Hier folgen diej., welche sich auf die Person der Kinder selbst beziehen, und namentlich Reinlichkeit, sowie gerade Haltung derselben zum Gegenstande haben. Ueber Leibesübungen ist im folg. Titel Nr. VIII. „das Turnen“ zu vergleichen.

a) C. R. der Reg. zu Trier v. 10. Aug. 1836 an sämmtl. Schulinsp., betr. die Erhaltung der Gesundheit in den Schulen.

Nach Berichten wird nicht in allen Schulen auf die Erhaltung der Gesundheit genug Rücksicht genommen. Hauptsächlich sind es drei Punkte, die in den Schulen hinsichtlich der Erhaltung der Gesundheit zu beachten sind:

1) Reinlichkeit des Körpers.

Die Lehrer müssen streng darauf halten, daß alle Schüler rein gewaschen und gehörig gekämmt in die Schule kommen. <sup>1)</sup> Die Reinlichkeit ist ein vorzügliches Mittel zur Erhaltung der Gesundheit, welches dann für das ganze Leben günstig fortwirkt.

2) Reinheit und gute Temperatur der Luft in den Schulen.

Alles was dieselbe verdirbt, muß vermieden werden. Die Schulsäle müssen daher des Tages öfters gelüftet werden. Ein großer Mißbrauch ist es, wenn die Luft verdorben wird, wenn feuchtes Holz zum Einheizen an dem Schloß getrocknet wird.

3) Gerade Haltung des Körpers.

Damit keine Verbiegungen des Rückgraths entstehen, ist dafür zu sorgen, daß die Bewegung mit der körperlichen Unthätigkeit gehörig abwechselte. Hierzu hat das Aufstehen des Schülers bei jeder an ihn gestellten Frage, oder beim Lesen. Beim Chorlesen müssen alle Schüler einer Bank oder mehrerer Bänke aufstehen. Auch sollen die Unterrichtsstunden nie zu sehr verlängert werden, besonders bei den kleinern Schülern. Nach einem zweistündigen Unterricht bei den größern Schülern sollte eine kleine Pause gemacht, und während ders. frische Luft in das Zimmer gelassen werden.

Ueberhaupt ist während des Unterrichts der habituellen Haltung des Schülers eine fortgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen.

Uebrigens haben die Lehrer auf den Gesundheitszustand der Schüler aufmerksam zu sein. Sollten sie wahrnehmen, daß eins der Schulkinder eine ansteckende Krankheit, z. B. Krätze, oder einen ekelhaften körperlichen Schaden an sich hat, haben sie dies dem Orts-Schulvorstande anzuzeigen, um die nöthigen Maßnahmen hierbei zu ergreifen. — Die Lehrer haben ferner die Schulkinder auf alles, was der Gesundheit nachtheilig ist, aufmerksam zu machen. Dahin ist auch die Belohnung zu rechnen, daß das Erwärmen der Hände und Füße an dem Ofen Veranlassung zu Frostbeulen giebt. Da zu hohe oder zu niedere Schreibbänke Verbiegungen und Auswüchse des Rückgraths, Drücken der Brust, Blutspitzen u. dgl. anlassen, so haben die Lehrer den Orts-Schulvorstand auf die allfälligen Uebstände aufmerksam zu machen, damit dieser die nöthige Abhülfe veranlassen möge. (N. XX. S. 636.)

b) Cirk. der Reg. zu Minden v. 8. Mai 1838 an die Schulinsp.

Unter den jungen Mädchen von 8 bis 15 Jahren befinden sich, wie die Erfahrung lehrt, eine große Menge, welche an einer Abweichung des Rückgraths nach der Seite hin leidet, wodurch außer der entstehenden Deformität, auch die größten Nachtheile für die Gesundheit veranlaßt werden. Ein Hauptgrund hiervon ist die Art und Weise, wie in den Schulen das Schreiben, Zeichnen, Sticken u. dgl. geübt wird. In den meisten Fällen ist jene Abweichung des Rückgraths nach rechts und zwar bloß deshalb, weil die Kinder bei dem Unterrichte, welcher ihnen im Schreiben, Zeichnen u. dgl. erteilt wird, immer den rechten Arm von der Brust

1) Dasselbe wiederholt das oben S. 636 angeführte Cirk. der Reg. zu Trier v. 21. April 1838.

en, ja die Hand beinahe im rechten Winkel mit dem Ellenbogengelenk zum reiben auflegen. Das Uebel noch zu vermehren, wird der Ellenbogen aufgesetzt, und hierdurch, und durch die beschriebene Lage beim Schreiben, Zeichnen &c. Abweichen des Rückgraths nach der rechten Seite aller Vorschub geleistet.

Wir beauftragen Sie deshalb, die Lehrer Ihres Aufsichtskreises anzuweisen, eine zweckmäßige Stellung der Schüler und Schülerinnen beim Schreib- und Lesenunterricht zu halten, und zunächst dahin zu sehen, daß sie das Papier nicht schief, sondern gerade vor sich hinlegen, den rechten Ellenbogen möglichst der rechten Seite nähern, und eine gerade Richtung des Körpers beim Schreiben annehmen.

Eine gekrümmte Haltung ist schon wegen der Verkürzung des Gesichts und der Beengung der gedrückten Brust nicht zu dulden. Nachtheilig ist auch der Gebrauch großer Schiefertafeln, weil, wenn der obere Theil ders., besonders nach der linken Seite zu, beschrieben werden soll, der Arm sich ungemein vorrückt, und der ganze Oberleib sich krümmt.

Bei Ihren Schulvisitationen wollen Sie darauf achten, ob diese Unsere Verf. den Lehrern befolgt wird und sie zur genauen Beobachtung ders. anweisen.

(Aus den Akten des Min. der G. U. u. M. Ang. mitgetheilt in v. Rönne Simon, Medicinalwesen Bd. II. S. 25.)

c) Hierher gehört auch das G. R. der Schuldeput. zu Berlin v. 20. Mai 1853: daß an heißen Nachmittagen im Sommer der Unterricht ausfallen soll. Nach §. 7. der Instr. für Haupt- und Klassenlehrer (s. oben S. 383) kann der Hauptlehrer den Ausfall des Nachmittags-Unterrichts verfügen, wenn Vormittags 11 Uhr die Temperatur 20 Grad Wärme im Schatten erreicht; er muß aber sofort dem Schulvorstande Anzeige machen. Von etwaigen Mißbräuchen hat dieser letztere die Pflicht in Kenntniß zu setzen. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 310.)

d) Wegen dabei vorgekommener Unglücksfälle hat die Reg. zu Magdeburg am 6. Dec. 1853 verboten, Schulkinder zur Hülfsleistung beim Läuten der Kirchenglocken zu gebrauchen. (Nat. Zeit. 1853. S. 607.)

#### IV. Schulbücher und Lehrmittel.

##### 1) Wahl der Schulbücher und Lehrmittel.

Schon in den ältern Regl. war vorgeschrieben, daß nur von den Konf. approbirte Lehrbücher gebraucht werden sollten: §. 20. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. o. in Th. I. S. 71), §. 42. des Schles. Regl. von 1811 (s. o. in Th. I. S. 156). Gegenwärtig steht die Prüfung und Bezeichnung der Schulbücher, sowie die Sorge für Abfassung etwa nöthig werdender neuer, unter Genehmigung des Min., den Prov. Schulkoll. zu.<sup>1)</sup> bestimmen:

a) §. 7. Nr. 4. und 5. der Konf. Dienstinstr. v. 23. Okt. 1817 (s. in Th. I. S. 262),

β) G. R. des Konf. und Schulkoll. zu Posen v. 28. März 1825 an Dir. der K. Gymn. zu Posen, Pissa und Bromberg, betr. die Herausgabe und Einführung von Schulbüchern.<sup>2)</sup>

Es sind uns öfters von Lehrern an den Gymn. des Großherzogth. verfaßte Vorschläge mit dem Wunsche eingereicht worden, daß sie zum Gebrauche bei dem öffentlichen Unterrichte in unsern Schulen eingeführt werden möchten.

1) Auch der Erzbischof v. Posen hat durch Rundschreiben v. 5. Aug. 1851 von den Geistlichen ein Verzeichniß aller in den Schulen seiner Diöcese gebrauchten Lehrbücher eingefordert, und verboten, ohne seine Erlaubniß irgend ein Buch einzuführen.

2) Wenn auch zunächst die Gymn. betr. scheint dieses G. R. doch analoge Anwendung auf Volksschulen zu gestatten.

Wir haben hien mit Wohlgefallen das Streben dieser Lehrer erkannt, auch auf diese Weise der ihnen anvertrauten Jugend nützlich zu werden, und haben, wenn die Bücher uns als zweckmäßig erschienen, ihrem Wunsche gern gewillfahrt.

Manchmal jedoch haben wir auch bemerkt, daß die Abfassung und Herausgabe dieser Art von Büchern übereilt wird, und so entweder durch ihre Einführung für den Schulunterricht, oder durch ihre Zurückweisung für die Herausgeber Nothwehr entsteht.

Um dem vorzubeugen verordnen wir, daß künftig jeder Lehrer, welcher ein Buch zum vorchriftsmäßigen Gebrauche bei dem öffentl. Unterrichte herauszugeben beabsichtigt, uns dasselbe, bevor es gedruckt wird, in einer leserlichen Reinschrift zur Prüfung einreiche und demnachst unsern Bescheid erwarte.

Hierbei aber empfehlen wir zugleich den Verfassern von Schulbüchern folgende allg. Bemerkungen und Regeln zur genauesten Nachachtung.

1) Da nothwendig der Unterricht in den verschiedenen Lehrgegenständen durch alle Klassen der Anstalt wenigstens in so weit in einer gewissen Uebereinstimmung erteilt werden muß, daß nicht durch Befolgung widersprechender Grundsätze Verwirrung, durch unverhältnismäßiges Fortschreiten oder Zurückbleiben Lücken entstehen, so würde strenge genommen, nur der ein völlig zweckmäßiges Lehrbuch irgend eines Gegenstandes, sei es für eine oder mehrere, oder für alle Klassen einer Lehranstalt schreiben können, welcher durch alle Klassen hindurch in diesem Gegenstande Unterricht erteilt hätte. Da es indessen nicht überall möglich sein dürfte, dieser Forderung zu genügen, so ist es unerlässlich, daß der Lehrer, welcher ein Schulbuch herauszugeben gedenkt, dasselbe zuerst dem Dir. der Anstalt übergebe, damit dieser es allen Lehrern, welche dens. Gegenstand in den verschiedenen Klassen vortragen, zur Einsicht und schriftl. Begutachtung mittheile. Die abgegebenen Gutachten sind darauf in einer besondern Konferenz der betr. Lehrer in Abh. zur Beratung zu ziehen, und erst, nachdem durch diese ein befriedigendes Resultat herbeigeführt worden ist, soll uns das Buch in der Reinschrift zu weiterer Veranlassung vorgelegt werden.

2) Da der Zweck der Schulgrammatiken und der wissenschaftlichen Lehrbücher ist, dem Lehrer bei seinem Vortrage zur Grundlage und zum Leitfaden zu dienen, so darf in sie nichts aufgenommen werden, was die Schüler der Klasse, oder der Klassen, für welche sie verfaßt sind, auch nothwendig wissen müssen, und nichts darf in ihnen fehlen, was zur wesentlichen Kenntniß des Gegenstandes auf dem Standpunkte der Schüler in den geordneten Klassen erfordert wird. Es muß daher bei Lehrbüchern für mehrere Klassen auch durch äußere, in die Augen fallende Anordnung oder Abtheilung der, die Verschiedenheit des Bedürfnisses berücksichtigt werden.

3) Bei den Lesebüchern in den verschiedenen Sprachen müssen die Beispiele Erzählungen u. s. w. mit der größten Umsicht gewählt werden; denn auch die Erlernung der Sprache selbst die nächste Bestimmung dieser Bücher sein, so bleibt es doch immer der höchste Zweck auch des Schulunterrichts, den Schüler als Menschen auszubilden und zu veredeln, und es ist ein schlechter Gewinn für ihn, wenn er um der Wörter und Phrasen willen aus seinen Lehrbüchern mit Sachen bekannt wird, welche so sehr auf die Reinheit seiner Seele, auf die Entwicklung seiner Gemüthskräfte Begriffe einen nachtheiligen Einfluß haben.

4) So wie es sich von selbst versteht, daß in Lehrbüchern die Sachen in ihrem natürlichen Zusammenhange und beständigem Fortschreiten vom Leichteren zum Schwereren vorgetragen werden müssen, eben so ist auf die Sprache bei der größte Fleiß zu verwenden. Sie muß einfach, kurz, und bestimmt sein, so daß sie, überall verständlich, zugleich sich leicht im Gedächtniß einprägt. Daß in Lehrbüchern für Schulen unedle und gehässige Aeußerungen und Ungenauigkeiten irgend einer Art nicht vorkommen dürfen, ergiebt sich ohne unsere Erinnerung.

(A. IX. S. 117.)

γ) U. A. des A. Schulb. der Prov. Brandenburg v. 14. März 1836 an sammtl. Schul- u. Direktoren, betr. die Einführung neuer Schulbücher.



Wir haben wahrgenommen, daß bei den Lehranstalten unsers Geschäftskreises Lehrbücher ohne unsere Genehmigung eingeführt worden sind. Wir finden hierdurch veranlaßt, die Bestimmung des §. 7. Nr. 4. der Dienstinstr. für die K. Konf. v. 23. Okt. 1817, nach welchem die Prüfung der in Gebrauch befindlichen Schulbücher, die Bestimmung derj., welche abzuschaffen oder neu einzuführen sind und die Regulirung der Anwendung, unter Genehmigung des vorgeordneten K. Min., von uns ausgehen soll, in Erinnerung zu bringen, und zugleich bestimmen, daß Anträge auf Einführung neuer Lehrbücher spätestens 6 Wochen dem Zeitpunkt, mit welchem die Einführung erfolgen soll, und zwar unter Vorreichung der einzuführenden Bücher, bei uns anzubringen sind. Zugleich fordern wir Sie auf, ein Verzeichniß derj. Lehrbücher, welche bei der unter Ihrer Leitung stehenden Anstalt im Gebrauch sind, unter Angabe des vollständigen Titels, Verlags-handlung und des Ladenpreises, binnen 6 Wochen bei uns einzureichen. (N. XX. S. 917.)

d) U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 24. I 1837 an sammtl. K. Reg. und abschr. an sammtl. K. Prov. Schulg., betr. die allgemeine Revision der eingeführten Lehrbücher für Volks-, K- und höhere Bürgerschulen.

Das Min. hat zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß bei Einführung neuer Bücher für Volksschulen, allg. Stadt- und höhere Bürgerschulen nicht überall der gehörigen Sorgfalt und nach den gesetzl. Vorschriften verfahren, ein zu großer Wechsel gestattet, ja hie und da die Wahl der Bücher, nach welchen der Unterricht ertheilt werden soll, lediglich den einzelnen Lehrern überlassen wird. Dem Mißbrauche zu begegnen, hält das Min. eine allg. Revision der eingeführten Schul- und Lehrbücher für nothwendig, und fordert deshalb die K. Reg. auf, den Schulinsp., resp. den Rektoren und Dir. der allg. Stadt- und höhern Bürgerschulen für jede Kategorie der oben erwähnten Schulen, und zwar nach Konfessionen gesondert, ein Verzeichniß aufstellen zu lassen:

- 1) der Katechismen, der Bearbeitungen biblischer Geschichten, der Lehrbücher und Unterrichts-Leitfäden, welche sich in den Händen der Schüler befinden,
- 2) der Hand- und Lehrbücher, welche die Lehrer bei Ertheilung ihres Unterrichts vorzugsweise zu benutzen angewiesen sind.

mit dem Gutachten der Schulinsp., Rektoren und Dir. zu begleitenden Verzeichnisse sind von der K. Reg. einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, in eine Uebersicht zusammenzustellen und diese demnächst mit Hervorhebung der Bücher, deren Beibehaltung oder allg. Einführung besonders gewünscht wird, dem K. Schulcolleg. der Prov. mitzutheilen. Das K. Prov. Schulkolleg. wird dann nach Vorweisung der Dienstinstr. für die Prov. Konf. v. 23. Okt. 1817 §. 7., 4. die eingekommenen Verzeichnisse und Vorschläge zu prüfen, und nachdem es wegen der auf Religionsunterricht sich beziehenden Lehrbücher mit dem K. Konf., resp. der prov. Behörde, sich benommen und über die andern Schulbücher die betr. Seminare der Prov. gehört haben wird, eine Uebersicht derj. Bücher, deren Beibehaltung oder Einführung ihm zweckmäßig und nothwendig erscheint, zusammenstellen und diese mittelst Ver., dem auch die von den K. Reg. eingesandten Verzeichnisse und Gutachten beizufügen sind, dem Min. einreichen.

Es ist übrigens nicht die Absicht des Min., allen Schulen einer und ders. Kategorie durchaus dieselben Schulbücher vorzuschreiben; es ist aber eben so nothwendig als wünschenswerth, nicht nur dem Schädlichen, Unbrauchbaren und Wenigen den Eingang in die Schulen zu versperren, sondern auch, weil von der Wahl der Schul- und Lehrbücher eine bestimmtere Auffassung des von den einzelnen Schulen zu befolgenden Lehrplans und die größere Sicherheit seiner Durchführung von Seiten der für die Schulen auszubildenden Lehrer abhängt, in dieser Hinsicht eine größere Uebereinstimmung der gleichartigen Schulen ders. Prov. zu erzielen.

(N. XXI. S. 418.)

e) Ein in dem Min. Bl. nicht abgedrucktes U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 14. Juni 1844 an sammtl. K. Reg., betr. die Wahl der Schul- und Lehrbücher für die Elementar- und Bürgerschulen, lautet:

Die Zahl der Bücher, welche sich die Kinder in den Elementar-, Land- und Stadtschulen anzuschaffen haben, ist möglichst zu beschränken. Eine angemessene Fibel, ein Katechismus, eine biblische Geschichte (Bibel und Gesangbuch für die Evangelischen), für die zum Lesen gebrachten Schüler ein Lesebuch, welches in geeigneter Darstellung das Wissenswürdigste aus der Naturkunde, Erdbeschreibung und Geschichte enthält, eine Sammlung von Aufgaben zum Rechnen sind für den Gebrauch der Schulkinder genügend. In den oberen Klassen allgemeiner Stadtschulen ist nach Befinden der Umstände noch ein angemessener Leitfaden für den Sprachunterricht und die Geographie zuzulassen. — Es ist den Schulinsp. zur besondern Pflicht zu machen, bei der Leitung der Schullehrerbibliotheken und Lesevereine darauf zu sehen, daß nur das Beste den Lehrern zu ihrer weitem Ausbildung geboten und der planlosen und verderblichen Vieleserei vorgebeugt werde. Die Schulinsp. werden auch von den Büchern, welche die Lehrer schon besitzen und zu ihrer Belehrung gebrauchen, Kenntniß nehmen und als wohlwollende und freundliche Rathgeber das Vorzüglichere zur Benutzung empfehlen und vor dem weniger Brauchbaren und Verfehlten warnen. — Auch haben die Schulinsp. dahin zu wirken, daß die Lehrer in angemessener Weise vermocht werden, statt des Gebrauches der Dinterschen Schullehrerbibel gediegener Arbeiten sich zu bedienen.

1) Die Auswahl unter den approbirten Lehrbüchern für die einzelne Schule legt die Schles. Anweisung v. 2. Juli 1836 l. Nr. 3. (s. oben S. 347) den Pfarrern als Lokalsp. bei. Vergl. auch die im 3. Kap. des 1. Abschn. befindl. Instr. für Berlin.

2) Anschaffung der Schulbücher und Lehrmittel. <sup>1)</sup>

Jedes Kind soll mit den nöthigen Büchern und sonstigen Lehrmitteln versehen sein. Für Arme werden sie aus öffentlichen Mitteln angeschafft, für andere nöthigenfalls zwangsweise. Dies ist mehrfach vorgeschrieben:

a) B. der Reg. zu Gumbinnen v. 2. Nov. 1821.

Jedes Kind muß bei der Aufnahme in die Schule Weizens Fibel nebst Schreiblein und eine hinreichend große Schiefertafel zu den ersten Übungen im Schreiben, Rechnen, Zeichnen und der Formlehre mitbringen. Sobald es aber in die Klasse der Lesebücher tritt, so muß es Wilmfenss Kinderfreund, das neue Testament, den Landeskatechismus und ein Gesangbuch erhalten, auch mit dem nöthigen Papier zu den Übungen im Schreiben versehen werden. Wünschenswerth ist es, wenn wenigstens die wohlhabenden Eltern ihren Kindern auch Küsters biblische Geschichten und die ganze Bibel statt des neuen Testaments anschaffen. Die übrigen Lehrmittel, z. B. Landkarten, Abbildungen aus der Naturbeschreibung u. werden von den Kirchspiels-Schulkassen angeschafft. Die Geistlichen haben dafür Sorge zu tragen, daß immer ein hinreichender Vorrath von Schiefertafeln, Weizens Fibel, Wilmfenss Kinderfreunde u. von der Schulkasse vorrathsweise angekauft wird, so mit die Eltern u. solche Gegenstände zu dem wohlfeilsten Preise erhalten können. Auch sollten die wirklich armen Mitglieder der Schulvereine diese Bücher u. für ihre Kinder unentgeltlich aus den Schulkassen erhalten.

Die Geistlichen als Kirchspiels-Schulaufsichter haben auf die Befolgung bestehender Bestimmungen mit Nachdruck zu halten; die Superintenden ten aber wenigstens gleichfalls bei den Schulvisitationen und andern Gelegenheiten auf deren Ausführung sehen.

(Amtsbl. S. 717. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 619.)

1) So weit dieselben zum Inventar der Schule selbst zu rechnen, vgl. oben vor. Kap. (s. oben S. 639 ff. sub b.) Volksschullehrer in kleinen Städten und auf dem Lande, welche lediglich zum Gebrauche für ihre Schule Schreibmaterialien an ihre Schüler verkaufen, haben keine Gewerbesteuer zu entrichten, doch sollen die Schulvorsteher darauf sehen, daß sie keine unangemessenen Preise stellen: N. d. Fin. Min. v. 8. März 1842 an die Reg. zu Frankfurt. (Min. Bl. t. i. S. 90.)

1) B. der Reg. zu Minden v. 20. März 1826 (Amtsbl. 1826. S. 100) und v. 22. Juli 1828 (Amtsbl. 1828. S. 816).

Die Pfarrer und Schullehrer haben ernstlich darauf zu halten, daß sämtliche Schulkinder die eingeführten Schulbücher und nöthigen Schreibmaterialien zum Unterrichte mitbringen.

Derj. Schulkinder, die als arm anerkannt sind, und für deren Unterrichtskosten daher die Kommune zu sorgen hat, versieht der Schullehrer nach Anweisung des Pfarrers mit den nöthigen Unterrichtsmitteln, und überreicht vierteljährlich die von dem Pfarrer attestirte Liquidation der Auslagen dem Ortsbeamten, welcher ordnungsmäßigem Wege dafür zu sorgen hat, daß der Kostenbetrag aus der Armenkasse, oder bei deren Ermangelung oder Insuffizienz aus der Kommune gezahlt werde. Sofern jedoch einzelne Kommunen es vorziehen sollten, einen andern angemessenen Wege für das Bedürfnis zu sorgen, so soll ihnen freistehen.

Wenn Kinder zahlungsfähiger Eltern ohne die erforderlichen Unterrichtsmittel zur Schule kommen, und die ihnen von dem Schullehrer desfalls erteilten Ermahnungen aus Schuld der Eltern fruchtlos bleiben, so muß der Schullehrer mit Zustimmung des Pfarrers dem Ortsbeamten anzeigen. Letzterer hat solche Eltern unter Festsetzung einer Frist von 8 Tagen zur Erfüllung ihrer Verpflichtung aufzufordern, und dem Schullehrer den Tag der geschehenen Aufforderung zu machen. Ist jene Frist ohne Erfolg verstrichen, so versieht der Schullehrer auch solche Kinder in eben der Art, wie von den Armen bemerkt ist, mit Unterrichtsmitteln, und überreicht die attestirte Liquidation der Kosten dem Ortsbeamten, welcher obliegt, den Betrag von den Eltern beizutreiben, und an den Schullehrer zu zahlen.

(Münchener Anzeiger, Bd. 3. S. 622.)

2) U. R. der Reg. zu Breslau v. 7. März 1833 an sämmtl. Superintenden und an den dortigen Magistrat, betr. die Beschaffung der erforderlichen Schulbücher.

In Folge der Wahrnehmung, daß in vielen Schulen die zweckmäßige Einrichtung der Klassen und der Erfolg des Unterrichts durch die Verschiedenheit der in denselben der Kinder befindlichen Schulbücher gestört wird, sind die Schulrevisoren zu veranlassen, streng darauf zu halten und auch darüber zu wachen, in jeder Schule einzuführenden Bücher für alle Schulkinder nach Maß der Abth., in welcher dieselben zur Anwendung kommen, von den Eltern oder im Falle des Unvermögens aus dem zur Bestreitung derselben verpflichteten Fonds angekauft und dadurch die obengedachten Uebelstände behoben werden. In Fällen, in denen die Gemeindevorstände dieser ihrer obliegenden Verpflichtung sich entziehen, ist solches dem betr. Landrathsamte, zur Remedur sofort durch denselben anzuzeigen. <sup>1)</sup>

VII. S. 98.)

3) U. R. der Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) und des J. v. Rochow) v. 14. Juni 1834, betr. die Verpflichtung zur Anschaffung von Unterrichtsmitteln für Kinder armer Eltern.

Reg. wird in Bescheidung auf den Ver. v. 21. Febr. d. J.

Verpflichtung zur Anschaffung von Unterrichtsmitteln für Kinder armer Eltern betreffend,

fest, daß in Folge derj. gesetzl. Vorschriften, A. L. R. Th. II. Tit. 2. Tit. 12. §§. 43—48. <sup>2)</sup>, vermöge deren einem jeden im schulfähigen Alter befindlichen Kinde der Unterricht in der Religion und in den gemeinen Elementen, als geringstes Maas der Erziehung für seine nachmaligen bürgerlichen Pflichten, zugewendet werden muß, es keinem Anstande unterliegt, daß für solche Kinder die Eltern diese Sorge sowohl durch Entrichtung des Schulgel-

<sup>1)</sup> Der U. R. fordert zunächst ein Verzeichniß der in Gebrauch befindlichen Schulbücher.

<sup>2)</sup> Staatsverf. v. 31. Jan. 1850 Art. 21.

des, wo nicht durch die bestehende Schuleinrichtung schon anderweitig der Uebung dess. vorgesehen ist, als auch durch Versetzung mit den nöthigen Büchern andern Lehrmitteln, bei Ermangelung etwa besonderer hierzu gewidmeter Stgen, als ein Theil der Armenpflege von demj. übernommen werden muß, wo die letztere nach bestehenden Rechten obliegt. Es ist hiebei jedoch andererseits daran zu halten, daß in gleicher Weise, wie die Verbindlichkeit zur Armen sich überhaupt nur auf Gewährung der Nothdurft beschränkt, so auch die omerkten Anforderungen der Erziehungsorge nur auf die Mittel für den vorbneten gewöhnl. Elementar-Unterricht sich beschränken müssen, und jede weituhende Begünstigung dem Kinde nur mittelst Beistandes milder Stiftungen, durch sonstige freie Wohlthaten zugewendet werden kann.

(N. XIX. S. 398.)

3) Verkauf gebundener Schulbücher durch Buchbinder  
Nachdem derselbe früher ohne Weiteres erlaubt gewesen war, w durch die R. D. v. 23. Okt. 1833 (N. XVII. S. 1047) der Handel Büchern ohne Ausnahme von der Genehmigung der Landes-Polizeibeh abhängig gemacht. Spätere Min. R. gestatteten, daß nicht nur von t bei Buchhändlern vorgeschriebenen Nachweise der Qualifikation und t Vermögens abgesehen werden könne, wenn ein Buchbinder bloß Kleinh del mit gebundenen Schul- und Erbauungsbüchern treibe <sup>1)</sup>, sondern and daß auf schon bestehende Geschäfte dieser Art die angef. R. D. ohne al Anwendung bleibe: G. R. v. 11. Aug. 1837 (N. XXI. S. 152), R. v. 25. Febr. 1838 (N. XXII. S. 153), R. v. 26. Jan. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 55) und R. v. 29. Okt. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 280). Durch die angeregten Zweifel veranlaßt erging endlich:

die R. D. v. 11. Juni 1847, betr. den Verkauf gebundener Sch, Gebet-, Erbauungs- und Gesangbücher durch Buchbinder.

Auf Ihren Ver. v. 23. Mai d. J. will Ich die Reg. hierdurch ermächtigen, unbescholtenen und zuverlässigen Buchbindern, denen die Qualifikation der Buchbinder fehlt, den Verkauf gebundener Schul-, Gebet-, Erbauungs- und Gesangbücher zu gestatten. — Die hierzu geeigneten Bücher sind in ein, nach den stlichen Bedürfnisse aufzustellendes, von den Reg. zu genehmigendes, Verzeichniß zu nehmen. <sup>2)</sup> — Von dem Handel mit andern, als in dem Verzeichniß aufgeführten, sowie mit ungebundenen Büchern und Schriften, bleiben die Buchbinder ausgeschlossen etc.

Berlin etc.

Friedrich Wilhelm

An

die Staatsmin. v. Bodelschwingh und v. Duesberg.

(G. S. 1847. S. 260.)

Die Bestimmungen dieser R. D. sind als fortwährend gültig anerkannt durch den Min. Erlaß v. 29. Aug. 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 77) und ebenso durch den Min. Erlaß v. 1. Juli 1853 (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 165), welcher aber zugleich die analoge Ausdehnung dieser Bestimmungen auf Buchdrucker verbietet.

1) Ein G. R. v. 30. Juni 1838 (N. XXII. S. 155) erklärte diese Bestimmung auch auf bei Gymn. eingeführte Schulbücher für anwendbar, schränkte zugleich ihre Einschränkung auf den Handel mit gebundenen Büchern ein.

2) Schreibebücher mit revolutionären oder unsittl. Bildern auf den Umschlägen sollen nicht verbreitet werden: G. R. v. 7. Okt. 1851 unten Tit. II. sub III. 4.

## Zweiter Titel.

## Die einzelnen Unterrichts-Gegenstände.

## I. Religionsunterricht.

Der Religionsunterricht ist in allen denselben berührenden Verordnungen die Hauptsache des ganzen Schulunterrichts bezeichnet oder behandelt dadurch herbeigeführt konfessioneller Charakter der Volksschulen ist in der Staatsverfassung (Art. 24., oben in Th. I. S. 233, vgl. 226, 229) Anerkennung gefunden, welche außerdem die gesammte des Religionsunterrichts den betr. Religionsgesellschaften überweist. (oben in Th. I. S. 252.)

Bestimmung der Religion durch die Eltern.

Während §. 76. des A. L. R. Th. II. Tit. 2. vorschrieb, daß die der Religion des Vaters, die Töchter der der Mutter folgen sollten, die an dessen Stelle

Declaratio v. 21. Nov. 1803:

eheliche Kinder jedesmal in der Religion des Vaters unterrichtet werden und daß zu Abweichungen von dieser gesetzl. Vorschrift kein Ehegatte den durch Verträge verpflichten dürfe,

C. C. T. XI. S. 1931. — Rabe, Bd. 7. S. 524.)

Letztere auch schon durch §. 77. des A. L. R. II. 2. ausgesprochen.

Da in den Rhein. Westph. Provinzen von vielen katholischen Geistlichen Verlobten verschiedener Konfession Versprechen abgenommen ihre künftigen Kinder katholisch erziehen zu lassen, so gebot

R. D. v. 17. Aug. 1825:

die Decl. v. 21. Nov. 1803 auch in den Rhein. Westph. Prov. befolgt, dieser D. in der G. S. und in den Amtsbl. der betr. Reg. abgedruckt soll. Die zeither von Verlobten dieserhalb eingegangenen Verpflichtungen unverbindlich anzusehen.

S. 1825. S. 221.)

So lange die Eltern über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht einig sind, hat kein Dritter ein Recht, ihnen darin zu widersprechen.

78. A. L. R. I. c. u. Decl. v. 21. Nov. 1803.)

Auch nach dem Tode der Eltern muß der Unterricht der Kinder Glaubensbekenntnisse des Vaters fortgesetzt werden.

Wenn eine in der letzten Krankheit erst erfolgte Religionsveränderung bei keine Rücksicht genommen.

Wenn aber das Kind das ganze letzte Jahr vor dem Tode des Vaters Glaubensbekenntnisse der Mutter unterrichtet worden, so muß die- rricht in eben der Art bis zum vollendeten 14. Jahre des Kindes fortgesetzt werden.

80—82. A. L. R. I. c. und Decl. v. 21. Nov. 1803.)

Nähere Bestimmungen hierzu enthalten:

R. v. 25. Nov. 1813: Die reformirte Ehefrau eines Lutheraners, dessen Tode katholisch geworden, ist nicht berechtigt, in Folge davon ihre Kinder katholisch erziehen zu lassen. (Jahrb. Bd. 2. S. 16. Bd. 1. S. 153.)

R. v. 15. Mai 1819: Eine Wittwe ist nicht berechtigt, die mit verstorbenen katholischen Manne erzeugten Kinder evangelisch zu erziehen. (Jahrb. Bd. 13. S. 248. — Gräff, Bd. 1. S. 153.)



g) Vergl. §. 106. der Westph. Rhein. Kirchen-Ordn. (s. oben in N. I. S. 202).

b) Gebrauch des kirchlichen Gesangbuchs.

U. R. der Reg. zu Köln v. 1. Sept. 1842 an die Superint. u. betr. den Gebrauch des kirchlichen Gesangbuchs in den Schulen.

Neben der Bibel und dem Katechismus gehört auch das kirchliche Gesangbuch zu den wesentlichen Lehrmitteln unserer Volksschulen, und es liegt der Schule ob, die heranwachsenden Schulkinder vollständig mit demselben bekannt zu machen. Es ist daher nothwendig, daß überall, wo es vielleicht jetzt noch nicht geschieht, sowohl in den Städten, als auch in den Landsschulen, die Sch. Schüler, welche fertig lesen können, das kirchl. Gesangbuch mit in die Schule bringen, und mit demselben praktisch bekannt gemacht werden. Diese Bekannthschaft, welche zur Förderung des kirchl. Lebens und des Kircheneinfaches mitwirkt, ist dadurch zu erreichen,

- 1) daß das Gesangbuch selbst bei den Anfangs- und Schlußbeten in der Schule gebraucht und von den Schülern daraus gesungen werde;
- 2) daß das Gesangbuch in der oberen Klasse mit zur Erleuchtung diene und die Schüler angehalten werden, die Kernlieder der evang. Kirche in dem Gesangbuche selbst aufzuschlagen, und daraus zu lesen, wobei, wie sich selbst versteht, unbekante Ausdrücke dem Wortkane nach zu erklären, so die Lieder in angemessener Auswahl, namentlich auch mit Bezug auf die kirchl. Jahreszeit und die sonntägl. Verloben, zu lesen sind;
- 3) daß die Schüler angehalten werden, nämlich eine Anzahl ihrem Alter angemessener Kirchenlieder auswendig zu lernen und richtig, in gutem Tone herzusagen, wobei sich wohl von selbst versteht, daß die aufgegebenen Lieder zuerst richtig vorgelesen, dann von den Schülern selbst, richtig betet, gelesen und in ihrem etwa schwierigen Ausdrücken erklärt, daß den guten Schülern ganze Lieder, den kleineren Anfangs nur einzelne Verse aus den Liedern aufgegeben werden, je nachdem Alter, Bildungsstufe und geistl. Kraft der Schüler es nöthig machen.

So zweckmäßig es ist, kleine Schüler durch gutes Vorsprechen ganz empfangener Verse und Lieder zu lehren, so wichtig es ist, mit dieser, die Sprach- und Denkkraft gleich fördernden Übung schon bei den kleinsten Schülern anzufangen, sehr muß dennoch in den Schulen bei den Gebeten und dem Gesange das bloße Vorsprechen der Lieder, durch den Lehrer oder einen Schüler, welcher den Sinn und die Melodie zugleich zerstreut, und, wie vielfache Erfahrung zeigt, die Schüler nur zu leicht an ein gedankenloses Nachsprechen gewöhnt, vermieden, und, wo es jetzt vielleicht noch Einte ist, dafür der Gebrauch des Gesangbuchs geführt werden. Mögen die wenigen Schüler, welche noch nicht lesen können, weiterhin für sich allein einen auswendig gelernten Vers singen. Bei gutem letem Unterrichte lernen sie in kurzer Zeit eine zur Abwechslung hinreichende Zahl guter Liederverse, und kommen bald so weit, daß sie auch dem Texte folgen können. Obgleich bei weitem in den meisten Schulen, namentlich in den besten unserer Bezirke, schon jetzt das kirchl. Gesangbuch von den leitenden Schülern mitgebracht, beim Gebete und Gesange, in den Pausen, sowie zum Lernen von Liedern benutzt wird, so lehren wir dennoch, in Uebereinstimmung mit dem K. Konf. und mit ausdrücklicher Anordnung des K. Min., allen Comm. Schulaufsichtern und Verkägern unserer Bez., diese Angelegenheit ganz besonders Herz und Aufmerksamkeit zuwenden, daß der Gebrauch des kirchl. Gesangbuchs auf die oben angedeutete Art in allen Schulen unserer Bez. zu allgemein werde. Es ist daher ernstlich darauf zu halten und dahin zu wirken, daß die Schüler, welche fertig lesen können, das Gesangbuch mit zur Schule bringen, es derf. auf obige Art benutzen, und daß zum Gebrauch der armen Sch. in den Schulbedürfnislosen bestehen, aus dem, wo solche noch fehlen, durch die Verkäger, welche verpflichtet sind, die Schulen mit den nöthigen Inventarmitteln zu versehen, allmählig eine Anzahl kirchlicher Gesangbücher für die Sch. erworben werde. Bei den Schulvisitationen ist diese Angelegenheit im Auge zu haben und nach Kräften zu befördern.

(Min. Bl. v. 1. B. 1842. S. 371.)

lung der biblischen Historien von Zahn.

Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 27. Sept. II. R. Reg. und Prov. Schulcoll., betr. die biblischen Historien und den biblischen Geschichtsunterricht.

nimmt Veranlassung, auf die von dem Sem. Dir. Zahn zu Moers sehr zweckmäßig bearbeiteten biblischen Historien, nach dem Rirchtheil, mit Lehren und Liederverseen versehen, 4. Aufl., 1836, und 1 nach dem Kirchenjahre geordnet, ohne Lehren und Liederverse, f die von ihm im Laufe d. J. herausgegebene Schrift: „Ein Wort biblische Historien und über biblischen Geschichtsunterricht überhaupt“ nachzusehen, und fordert die R. Reg. (das R. Prov. Schulleh.) hiermit bei der Feststellung der zur Einführung in die evang. Elementar- schulen biblischen Geschichten zu berücksichtigen und die letztere zur Benutzung und Beherzigung zu empfehlen. (S. 867.)

gebrauch von Niemeyers Lehrbuch des Religionsunterrichts ist durch ein R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 16. April 1830.

das R. v. 14. Juni 1844 (s. oben S. 649), welches den Dinters Schullehrerbibel mißbilligt.

ndung des Kirchenbesuchs mit dem Religionsunter-

Kirchenbesuch der Schulkinder unter Begleitung und Aufsicht sind die im 4. Kap. des vor. Abschn. sub III. 2. c. (s. f.) zusammengestellten Vorschriften zu vergleichen.

ere bestimmt

ie fortwährende Anwendbarkeit des §. 23. des Gen. Land- schulregl. v. 1763

des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 16. April 1830.

ndung der Beilagen des Ver. v. 11. v. M. 2c. erwidert das Min. nach seiner Ansicht durch die Bestimmung des §. 91. Tit. 11. Th.

welches überdies von Mitgliedern der Gemeinde, wohin die noch Schulkinder nicht zu zählen sind, spricht, der speziellen Bestimmung l. v. 1763 über den Besuch des Gottesdienstes durch die Schulkinder nicht derogirt ist. Dagegen kann das gen. Land- schulregl. nicht ausgedehnt werden, es würde dessen Durchführung auch un- möglich sein, da es mannigfaltigsten Reibungen Anlaß geben. Es versteht sich das das etwa vorhandene partikulaire Vorschriften aufrecht zu erhal- ten, und die Einwirkungen der Geistlichen, Schullehrer und Schul- rathen auf dem Wege hier das Beste thun müssen, und es den Prov. Reg. bleibt, auf diese Weise und durch Schuldisciplin für die Be- zugsnahme zu sorgen.

(S. 71.)

Vortsetzung des Kirchenbesuchs auch während der Schulferien l. v. 4. Juni 1841 (s. o. S. 629 ff.).

die Verbindung des Religionsunterrichtes mit der Messe er- laubt. Schulen

des Konf. zu Köln v. 9. März 1818.

her an den Sonntagen und Donnerstagen in den Schulen gegebene Unterricht wird auf 2 Wochentage verlegt, und erhält an diesen die ersten Unterricht, wo Geist und Gemüth noch frei von allen fremdartigen Ein-

---

Geistlicher kann ein Mitglied der Gemeinde zur Beiwohnung des Gottesdienstes und zum Gebrauche der Sacramente durch äußern Zwang anhalten."

2) Die mit eben diesem Unterricht verbundenen heil. Messen werden Tagen gehalten, wo der Religionsunterricht fällt, und zwar in der Stundelbar vor dem Anfange des öffentl. Unterrichts, also in dem Sommerhal bis 7, des Winters von 7 bis 8 Uhr.

3) Wo Gelegenheit ist, diese Einrichtung an mehreren Wochentagen; stellt die Reg. dies einer Uebereinkunft der Direktoren oder Vorsteher der mit den betr. Geistlichen anheim; nur sind die letztern gehalten, den Gottesdienstes niemals zu verspäten, damit die Schüler mit dem Schlag im Winter 8 Uhr in die Schule geführt werden können, worauf pünktlichkeit ist; über eine desfalls zu treffende Einrichtung ist jedoch, entweder a. Konf. oder an die Kirchen- und Schulkommission zu berichten.

4) Wo dies aus Mangel an fundirten Messen nicht thunlich ist, wird stens von Seiten der Direktoren oder Vorsteher dafür gesorgt werden und jeden Tag der Anfang des Unterrichts mit einem Gebet eröffnet werde, entweder ein Lehrer vor der versammelten ganzen Schule, oder der Lehrer erste Stunde geht, vor seiner Klasse spricht.

5) Der eigentliche und wissenschaftliche Religionsunterricht, wie er von Seiten der Schule an den Sonntagen gegeben worden ist, fällt dadurch zwar weg, indessen ist zu wünschen, daß der regelmäßige Besuch ders. von Seiten der Schüler und unter Aufsicht der Lehrer fortbestehe, da ders. in Begleitung der Aeltern und Verwandten weniger kontrollirt wird; ferner, daß an die Stelle des Unterrichts eine Predigt, Anrede oder Vortrag an die Schüler trete, wodurch auf das Gemüth ders. gewirkt werde.

Nähere Vorschläge hierüber erwartet die Reg. von den Direktoren stehern der Schulen, und wird danach, wo die Einwirkung der geistl. Ober erforderlich ist, das Geeignete bei ders. veranlassen.

(Amtsbl. S. 67. — Fürstenth. Bd. 4. S. 229.)

6) Dispensation vom Religionsunterricht für  $\equiv$  gläubige. <sup>1)</sup>

a) §§. 10., 11. A. L. R. Th. II. Tit. 12. (s. o. in Th. I.)

b) Diese Bestimmungen sind durch ein in den Sammlungen gedrucktes R. des Min. der G. u. M. Ang. v. 3. März 1853 schärft, wonach Kinder, welche nicht zur Konfession des angest. gehören, durch Zwang weder zur Theilnahme an dem Unterricht Religionslehre, noch in der biblischen Geschichte, wie solcher in der Schule erteilt wird, zu veranlassen sind. Eine derartige Theilnahme nur dann gestattet werden, wenn die Eltern oder Vormünder des dies. ausdrücklich verlangen. Da die Sorge für die religiöse Unter der Kinder außerdem nur dem rechtmäßigen Pfarrer überlassen bleibt, soll der Lehrer das Auswendiglernen des vorgeschriebenen Katechismus den seiner Konfession nicht angehörigen Kindern nur alsdann veranlassen, wenn der Pfarrer dieser Kinder dazu die Erlaubniß erteilt.

Dies R. ist 1853 den Schullehrern zu Liegnitz zur genauen Befolgung vorgelegt worden. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 273. Weil.)

c) Auf die freien Gemeinden werden die vorstehenden Bestimmungen nicht angewendet.

α) Eine von der R. Reg. und dem R. Oberpräf. bestätigte Verf. Polizei-Direktorii zu Magdeburg untersagt den Sprechern der dortigen Gemeinde, ohne Konzession der landeskirchlichen Schulbehörde den Kindern der Gemeindeglieder, mit Ausnahme der für die Konfirmation vorgul tenden <sup>2)</sup>, Religionsunterricht zu erteilen, und sie von dem in den öffentlichen Schulen erteilten zurückzuhalten. <sup>3)</sup> (a. a. O. Nr. 582.)

1) Vergl. im 1. Kap. I. 6. (s. o. S. 566 ff.)

2) Jedoch wird zur Schul-Entlassung außer der Konfirmation in der Gemeinde, auch das Zeugniß der Schulreise von einer landeskirchlichen Prüfungskommission erfordert. (Nat. Zeit. 1854. Nr. 25. Weil.)

3) Ähnliche V. müssen, obgleich weder G. G. noch Min. Bl. etwas N

3) Eine andere Verf. bezeichnet die bisher an einigen Orten übliche Dispensation der Söhne von Mitgliedern der freien Gemeinden vom Religionsunterrichte der Gymnasien, welche sie besuchten, als einen „atthasten Mißbrauch“ und fordert die Gymnasial-Dirigenten, sowie die Lehrer von Real- und Elementarschulen auf, die betr. Schüler zur Teilnahme an dem Religionsunterrichte anzuhalten. (Nat. Zeit. 1854. 1.)

7) Simultanschulen. <sup>1)</sup>

Da nach Art. 24. der Staatsverfassung (s. oben in Th. I. S. 233) konfessionellen Verhältnisse bei Einrichtung der Volksschulen möglichst Rücksicht zu nehmen sind, so können eigentliche Simultanschulen, d. h. solche, in denen den verschiedenen Konfessionen rücksichtlich des zu erwählenden Religionsunterrichts ein gleiches Recht zusteht (vergl. unten sub c.), nur als Ausnahme angesehen werden. In diesem Sinne sind ergangen:

a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 27. April 1822 an die R. Reg. zu Bromberg und abschr. an sämmtl. R. Reg. Konf., betr. die Simultanschulen. <sup>2)</sup>

Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Simultan-Schulen das Haupt-Element der Erziehung, die Religion, nicht gehörig gepflegt wird, und es liegt in der Natur der Sache, daß dieses nicht geschehen kann. Die Absicht, durch solche größere Vereinigung unter den verschiedenen Glaubensgenossen zu befördern, wird auch selbster niemals erreicht; vielmehr artet jede Spannung, die unter den Lehrern verschiedener Konfession oder zwischen diesen und den Eltern der Schulsjugend ausbricht, gar zu leicht in einen Religionszwist aus, der nicht selten eine ganze Gemeinde zerschneidet; anderer Uebel, die mit Simultan-Schulen verbunden sind, nicht zu gedenken. Des Königs Maj. haben dieser Ansicht des Min. in der R. D. v. 1822 ausdrücklich beizupflichten geruht. Dergl. Anstalten können daher die Regel sein. Ausnahmen finden statt, wenn entweder die offenbare Noth dazu drängt oder wenn die Vereinigung das Werk freier Entschließung der von ihren Vorgesetzten berathenen Gemeinden ist und von der höheren weltl. und geistl. Behörde genehmigt wird.

L. VI. S. 381.)

b) R. D. v. 23. März 1829 an den Min. der G. U. u. M. Ang. f. Ang.

Ich lasse Ihnen hierbei einen Auszug aus einem auf Meine Veranlassung erstatteten Ber. des Ober-Präs. v. Baumann an den Min. des J. v. 4. und des J. v. 1829 an Mich v. 25. v. M. über den Schulunterricht in kleinen Städten des Herzogthums Posen zufertigen. Der Ober-Präs. v. Baumann scheint hiernach zu glauben, daß die von Ihnen getroffene Einrichtung zur möglichsten Organisation konfessions-Schulen, statt der Simultan-Schulen, den Erfolg haben werde, wegen der getheilten Mittel in den kleinen Städten ein zweckmäßiges Schul-

tern, auch anderwärts ergangen sein. So wurde am 25. Sept. 1853. eine zu Nordhausen a. D. von der freien Gemeinde im Anschluß an den Gottesdienst gehaltene Versammlung von dem Bürgermeister polizeilich aufgelöst, weil Kinder unter 14 Jahren sich dabei betheiligten, und der Prediger nicht befugt sei, Kinder zum Gottesdienste zu halten, und mit Anfang 1854 wurde die Religionschule der freien Gemeinde zu Nordhausen gänzlich geschlossen, indem dem Prediger untersagt wurde, Religionsunterricht an Kinder, auch nicht an seine eigenen, zu ertheilen. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 456. — 1854. Nr. 13. Beil.)

1) Vergl. auch §§. 4. ff. des kathol. Schulregl. für Schlesiens v. 1801 (s. o. S. 50).

2) Mit Bezug hierauf erklärt das Publ. der Reg. zu Trier v. 17. März 1854 (N. VIII. S. 836) die Versammlung aller Kinder einer Gemeinde, ohne Rücksicht auf die Religion, in einer Schule, welche nach der Französischen Einrichtung stattgefunden hatte, für „weniger zulässig“.

Wesen weder für die eine noch für die andere Konfession sich werde zu Stande bringen lassen. Ich habe zwar auf Ihren Bericht v. 10. Jan. 1820 in Antwort an Sie erlassenen D. v. 4. Okt. 1821 Ihre Ansicht genehmigt, daß die Vereinigung der Schulen weder der einen noch der andern Konfession aufgedrungen werde; es kann aber kein Bedenken finden, die Vereinigung zu befördern, wenn der Mangel an hinreichender Fonds die zweckmäßige Einrichtung von Konfessions-Schulen hindert, und die Gemeindeglieder beider Konfessionen über die Organisation einer Simultan-Schule einverstanden sind. Ich trage Ihnen auf, hiernach den Gegenstand noch besonders zu prüfen, und den Ober-Präs. v. Baumann mit der erforderl. Anweisung zu versehen. Dem Min. des I. habe Ich empfohlen, mit thätiger Obforge auf die Lokal-Behörden in den kleinen Städten einzuwirken, damit sie sich nach Kräften bemühen, den Kostenaufwand zur Verbesserung des Elementarischulwesens herbeizuschaffen.

Berlin, 16.

Friedrich Wilhelm.

(Meißebaur S. 70.)

c) Der 6. Prov. Landtagsabsch. für die Prov. Preußen v. 28. M. 1838 sub II. 1.

Wenn der Landtag sich über die von Unserem Min. der geistl. u. Unt. Angelegenheiten beschwerten, und um deren Aufhebung bittet, so scheint derselbe zum Theil in falschen Voraussetzungen über dasj. auszugehen, was unter dem Worte Simultan-Schule verstanden wird. In Orten, in welchen die Mehrtheit der Einwohner der Konfession zugethan ist, und daher auch ein Schullehrer dieser Konfession gewährt wird, gleichwohl aber auch nach §. 10. Tit. 12 Th. II. des A. L. R. den Lehrern der zu einer andern Konfession gehörigen Minderzahl der Einwohner der Schule gestattet ist, besteht keine Simultan-Schule, daher denn auch hinsichtlich der Schulen dieser Art keine Veränderung beabsichtigt wird. Simultan-Schulen sind vielmehr nur solche, wo den verschiedenen Konfessions-Verwandten unabhängig von der Wahl des Lehrers ein gleiches Recht zusteht, dergestalt, daß, wenn eine Schule nur einen Lehrer hat, dieser abwechselnd evangelischer oder katholischer Konfession sein muß, oder wenn mehrere Lehrer an der Schule angesetzt sind, sie von den verschiedenen Konfessionen sein müssen. Nur auf die Schulen der letzteren Art beziehen sich die von Unserem Min. der geistl. u. Unt. Angelegenheiten getroffenen Bestimmungen, bei welchen es auch sein Verwenden behält, da in Elementar-Schulen der Religions-Unterricht immer die Grundlage des ganzen Unterrichts sein muß und diese Grundlage in den Simultan-Schulen nicht gesichert sein würde. Indes wird die Einrichtung von abgesonderten Konfessions-Schulen nur da verlangt werden, wo die Konfessions-Gemeinden die Mittel zu deren ausreichender Unterhaltung besitzen, so wie denn auch die Bildung neuer Simultan-Schulen und die Fortführung vorhandener Konfessions-Schulen da gestattet werden soll, wo die Einrichtung von Simultan-Schulen entweder durch Mangel an zureichenden Mitteln oder abgesonderte Konfessions-Schulen geboten, oder das Werk freier Entschlossenheit von ihren Seelsorgern berathenen Gemeinden ist, und der Genehmigung derselben kein Bedenken entgegensteht. Daraus, daß der Religions-Unterricht die Grundlage des Elementar-Unterrichts bleiben muß, ergibt sich auch von selbst die Nothwendigkeit, in verschiedenen Seminarien für die Ausbildung derer, welche sich dem Lehrberuf für die Elementarschulen widmen wollen, nach Verschiedenheit der Konfessionen zu sorgen. Nach Umständen, die für eine Ausnahme sprechen, soll aber auch Kandidaten der einen Konfession der Besuch des für die andere Konfession bestimmten Seminars nicht verweigert werden.

(A. XXII. S. 505.)

## II. Sprechen und Lesen.

Die Volksschule beschränkt sich auf die Muttersprache, und zwar mehr praktischen als theoretischen Unterricht in derselben. In dieser Hinsicht sind, außer den im I. Tit. sub I. angeführten allgemeinen Vorschriften, ergangen:



## Ueber die Behandlung des Sprachunterrichts.

E. M. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 27. 844 an sammtl. R. Reg., betr. die Behandlung des Sprachunterrichts in den Volksschulen.

Die hiesige R. Prov. Schulkoll. hat unterm 13. v. M. eine sehr zweckmäßige Verf. über die Behandlung des Sprachunterrichts in den Volksschulen an die R. und Schulinsp. der Prov. Brandenburg erlassen. Ich kann nicht umhin, die Aufmerksamkeit der R. Reg. u. auf diese Verf. zu lenken, und lasse Ders. zu dem 25 Exempl. davon hierneben zugehen. (Anl. a.)

(Anl. a.)

Wir haben unterm 31. Juli 1838 den H. Superint. und Schulinsp. unseres Landesbez. unsere Wahrnehmungen über einige Mängel des Sprachunterrichts in den Volksschulen und Andeutungen zu einer fruchtbaren Behandlung dieses Gegenstandes mitgetheilt. Der Erfolg hat jedoch unsern Erwartungen nicht völlig entsprochen. Unsere Andeutungen sind von einigen Lehrern mißverstanden, von andern fast aufgefaßt, und nur von wenigen so, wie es gewünscht wurde, zur Anwendung gebracht worden. Wir sehen uns dadurch veranlaßt, uns über diesen Gegenstand anderweitig, und mit Rücksicht auf die zu unserer Kenntniß gekommenen Erfahrungen und Bedenklichkeiten einiger Lehrer und Schulaufseher, bestimmter zu äußern, wobei wir den wesentlichen Inhalt der oben erwähnten frühern Verf. aufnehmen.

Die vielen Fleiß auch die meisten Lehrer auf den Sprachunterricht wenden, so daß die Behandlung dieses Gegenstandes oft wenig geeignet, auch nur den äußern Zweck des Unterrichts, Sicherheit im Verständniß des Gelesenen oder Gesprochenen und Fertigkeit im mündl. und schriftl. Ausdruck eigener und fremder Gedanken zu fördern.

Die Lehrer begnügen sich, in den für den Sprachunterricht ausgesetzten Lehrbüchern gewisse Abschnitte der Grammatik nach irgend einem Lehrbuch oder nach Heften mit den Schülern durchzugehen, und ihnen eine Terminologie anzubringen, die, nicht immer wohl begründet, für die Schüler schon deshalb unverständlich und unfruchtbar bleiben muß, weil sie die dadurch bezeichneten Thatsachen noch bestimmten Beispielen erkannt haben.

Die Lehrer suchen Sprachfertigkeit und Einsicht in das Wesen der Sprache dadurch zu bewirken, daß sie ihre Schüler frühzeitig, oft schon bei dem ersten Beginn des mündlichen Sprachunterrichts veranlassen, Sätze nach vorgeschriebenen Bedingungen zu bilden, wobei ganz übersehen wird, daß es den Schülern noch an dem nöthigen Stoff für die Bildung passender Sätze fehlt, und daß die Gewöhnung, unrichtige inhaltleere Sätze zu bilden, auf die Entwicklung des Geistes nachtheilig einwirken muß.

Die Lehrer endlich knüpfen zwar, wie wir sehr billigen, ihren Sprachunterricht an das Lesen an; sie behandeln aber den Lesestoff häufig so, als ob ders. nur der Eingangsgrammatik dienen sollte. Dabei scheint man nicht zu erwägen, daß die Volksschule die Grammatik niemals Zweck, sondern nur Mittel sein sollte, daß man nicht liest, um an dem Gelesenen Grammatik zu lernen, sondern die Grammatik nur so weit treibt, als sie zum vollen Verständniß des Gelesenen nöthig ist.

Die meisten müssen wir es bedauern, daß auf richtiges, sinngemäßes Lesen immer die Sorgfalt verwendet wird, welche die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, und oft sogar die Bedeutung dess. für den eigentlichen Sprachunterricht über die Geistesbildung der Jugend verkannt wird.

Es ist überhaupt ein Irrthum, wenn man von der Ansicht ausgeht, daß der Sprachunterricht auf die für diesen Gegenstand ausdrücklich bestimmten Lehrstunden beschränkt sei, da doch jegliche Lehrstunde immer zugleich als Sprachstunde angesehen werden muß, und namentlich in allen Lehrstunden auf deutliches und richtiges Sprechen, auf scharfsinnige, kurze und bündige Zusammenfassung der gewonnenen Resultate und auf angemessenen Ausdruck der Fragen wie der Antworten mit großer Aufmerksamkeit gehalten werden sollte.

Der Sprachunterricht in der Volksschule hat nicht bloß den äußerlichen Zweck, die Fertigkeit im Lesen und Schreiben hervor zu bringen; er soll den Geist der Schüler ordnen, berichtigen, erweitern; er soll sie mit dem Sprach-

eine Beschränkung, eine Begründung des Urtheils enthalten, hervorzuheben, und ist das Gewicht derselben durch die Betonung fühlbar zu machen; aber es hier noch alle grammatischen Kunstausdrücke, mit Ausnahme derer, die das von selbst versteht, sorgfältig zu vermeiden. Bei diesen Uebungen wird sich auch Gelegenheit darbieten, Sprachfehler und fehlerhafte Angewohnungen der Kinder zu verbessern, einzelne den Kindern unbekannte Wörter durch Vertausch mit andern zu erläutern, ihnen die einfachsten Vorgänge bei der Wortbildung häufig zu machen, und sie auf die Auffassung grammatischer Begriffe vorzubereiten.

III. Auch nach erlangter vollkommener Fertigkeit bleiben fortgesetzte Uebungen im lauten und richtig betonten Lesen das Hauptmittel der weiteren Sprachbildung des Kindes. Es muß auch hier vorausgesetzt werden, daß den Kindern nur Lesestücke und in gewisser Beziehung klassische Lesestücke vorgelegt werden. Den besten Lesestoff für die reifere Jugend bilden ausgewählte Abschnitte aus der hebr. Schrift und eine große Anzahl von Kirchenliedern, die ein unschätzbares, noch zu wenig in seinem wahren Werthe erkanntes Besitztum der evang. Kirche sind. Wir werden unten auf die Behandlung des Kirchenliedes und der biblischen Geschichte noch einmal zurückkommen, und warnen hier nur vor dem Mißgriff, das Gesangbuch für die Uebungen im mechanischen laut-richtigen Lesen zu mißbrauchen, oder Abschnitte aus der Bibel und aus Kirchenliedern bei den eigentlichen Sprachübungen zum Grunde zu legen. Zu Uebungen dieser Art sind besondere Lesebücher nothwendig, und es kommt nur darauf an, unter den vorhandenen eine zweckmäßige Auswahl zu treffen. Ein Lesestoff, wie ihn die meisten älteren Kinderfreunde darbieten, ist nicht geeignet, die Theilnahme des Kindes zu erwecken, ihm eine gesunde, kräftige Geistesnahrung zu gewähren. Es ist auch nicht nöthig und nicht einmal wünschenswerth, daß der Lesestoff für die reifere Jugend so leicht sei, um ohne alle Erläuterung verstanden zu werden, es ist vielmehr zweckmäßig, daß ders. hier und da Schwierigkeiten darbiete, jedoch immer nur solche, nach dem Standpunkte der Schüler leicht zu beseitigen sind. Aus diesem Grunde machen wir den H. Superint. und Schulinsp. zur Pflicht, die in ihrem Amtskreise eingeführten Lesebücher zu prüfen, und nach Rücksprache mit den betheiligten Geistlichen und Lehrern ein dem jetzigen Standpunkte der Volksbildung entsprechendes Lesebuch für die Schulen ihres Aufsichtskreises in Vorschlag zu bringen. Die Einführung eines neuen Lesebuchs aber nicht ohne unsere Genehmigung zu bewerkstelligen. Unter den in der Prov. Brandenburg gangbaren Lesebüchern empfehlen wir für Volksschulen folgende:

- 1) Preussischer Kinderfreund. Ein Lesebuch für Volksschulen, von P. W. Beyer. Königsberg, bei W. (19 B.) 6½ Sgr.

Der erste Abschnitt enthält einzelne, jedoch nicht ganz inhaltsleere Lesestücke. Ein Anhang behandelt die Realien, jedoch nicht so, daß das Bedürfniß der Schule vollständig befriedigt würde. Der kürzlich in 2. Theil erschienene Theil dieses Lesebuchs, welcher 20 B. stark für 10 Sgr. verlegt ist, eignet sich nur für die obere Klasse städtischer Elementar- und Bürger-  
schulen.

- 2) Berlinisches Lesebuch. Berlin, bei Nicolai. (6. Aufl., 21 B.)

Dieses Lesebuch schließt sich an die bei L. Dehmgieße hieselbst erschienene Bibel an, und empfiehlt sich durch Reichhaltigkeit, wohlfeilen Preis und zweckmäßige Auswahl. Der zweite Theil dess., welcher kürzlich in der Nicolaischen Verlagung erschienen ist, enthält auf 32 B. eine reiche Auswahl meistens neuer oder den Schulzweck noch nicht benutzter Darstellungen und eignet sich, wie das in Nr. 1. angeführte Werk, für die obere Klasse städtischer Elementar- und Bürger-  
schulen.

- 3) Schullesebuch. II. Theil. Nach der Verwandtschaft des Inhalts zusammengestellt von Diesterweg. Krefeld, bei F. (13 B. gr. 12.) 10 Sgr.

Der erste Theil dieses Lesebuchs führt den Titel: „Schullesebuch in systematischer Anordnung“ und soll einen nach den Leseregeln geordneten Lesestoff enthalten. Zu diesem Ende giebt es in der ersten größeren Hälfte bloß einzelne Wörter und Satztheile zur Uebung in der Betonung, und in der zweiten einige zusammenhängende Lesestücke zur Uebung in dem sogen. Leseton. Der zweite Theil, den wir hiermit empfehlen, giebt unter den Rubriken: 1) Religiöse Naturbetrachtung, Vertrauen auf Gott, Gottes Walten; 2) Naturansichten und Belehrung; 3) der Mensch, Gefinnung, Thaten, eine rechte gute Auswahl von Lesestücken.

4) Lesebuch für Schulen, herausgeg. von den Lehrern der höhern Bürgerschule zu Potsdam. Potsdam, bei F. Riegel.

Dies Lesebuch besteht aus drei Theilen, von denen der 1. (16 B. stark) für Kinder von 6—9, der 2. für Kinder von 9—12, der 3. für Kinder von 13—16 Jahren bestimmt ist. Der Preis der drei Theile, welche auch einzeln verkauft werden, beträgt beziehungsweise 10 Sgr., 17½ Sgr. und 27½ Sgr. und ist im Verhältniß zu der Bogenzahl etwas höher als bei den unter Nr. 1., 2. und 3. aufgeführten Lesebüchern.

5) Deutsches Lesebuch für Schulen von C. Litroge. Hannover, bei Hahn.

Das Werk zerfällt in drei Kurse, von denen der 1. für das früheste, der 2. das mittlere, der 3. für das höhere Jugendalter bestimmt ist. Der Preis für jeden der beiden ersten Kurse beträgt 20 Sgr.; der Preis des 3. 1 Thlr. Die prosaischen Lesestücke sind meistens wohl gewählt, die Wahl der poetischen ist minder zweckmäßig ausgefallen.

6) Deutsches Lesebuch von Ph. Wackernagel. Stuttgart 1842, bei Liesching. 2 Thlr.

Das Werk besteht aus vier Theilen von mäßiger Größe, von denen die drei ersten meistens wohlgewählte Lesestücke enthalten, der vierte aber des Verfassers Ansichten über Sprachunterricht in dialogischer Form entwickelt.

Da bei der Wahl eines Lesebuchs für niedere Schulen auch dessen Preis und Nutzen in Betrachtung kommt, so werden Schulen der geb. Gattung ihre Wahl zweckweise auf die unter Nr. 1., 2. und 3. genannten Lesebücher zu richten können.

Wir setzen voraus, daß der Lehrer die Lesestunden nicht als eine fortgesetzte Übung in der mechanischen Fertigkeit des Lesens, sondern als einen auf Erweckung des innern Lebens, auf Kräftigung der Erkenntnis, auf Bildung des Geschmacks, auf Erhöhung der Sprachfertigkeit abzielenden Unterricht betrachtet wird. Es genügt nicht, daß der Schüler ein Lesestück lautrichtig, mit vernünftlicher Stimme und Beobachtung der durch Interpunktionszeichen angedeuteten Pausen herliest; es muß auch darauf gesehen werden, daß er die Sätze richtig gliedert, jedes Satzglied richtig betone und das Ganze nicht nur flüßend, sondern auch mit angemessenem Ausdruck vortrage. Ein solches Lesen setzt zunächst ein richtiges Verständnis des Gelesenen voraus, und der Lehrer hat auch hier zu erforschen, ob und welche Ausdrücke oder Wendungen dem Schüler wirklich unverständlich sein möchten. Die Anweisung zur richtigen Betonung kann nur eine praktische sein, indem der Lehrer auf die gegen richtige Gliederung und Betonung vorkommenden Fehler aufmerksam macht. Die aus unrichtiger Betonung entstehende Entstellung des Sinnes nachweist der von dem Schülern selbst finden läßt, hauptsächlich aber, indem er das Verstande selbst richtig vorträgt und es hierauf von den Schülern nochmals vortragen läßt.

Die Aufstellung einer großen Menge von Regeln für die Betonung, wie sie in besonderen Anweisungen zum Lesenunterricht gegeben sind, können wir nicht zweckmäßig finden, theils weil die Regeln, die in solchen Anweisungen aufgestellt werden, mehrtheils nur halb richtig und einer zahllosen Menge von Ausnahmen unterworfen sind, theils aber weil die Menge der Regeln die innerliche Auffassung des Gelesenen stören und das natürliche Gefühl der Schüler nur verwirren möchte.

Die Lehrer machen wir indeß aufmerksam auf einen in dem Schulblatt für Prov. Brandenburg (Jahrg. 1841 S. 270 ff.) abgedruckten Aufsatz, der, wenn auch im Einzelnen mancher Berichtigung bedürfen möchte, doch die Hauptsachen klar und richtig auseinander setzt, und die Lehre von der Betonung auf eine einfache aus der Natur der Sache gezogene und leicht anwendbare Regel zurückführt. In Beziehung auf den Ausdruck, mit dem ein Lesestück vorzutragen ist, müssen wir vor allem Gefünsteltem warnen, wozu manche Anweisungen zur Declamation so leicht verleiten. Auch beim ausdrucksvollen Lesen muß es immer noch beachtet werden, daß der Vortragende nicht aus eigener Seele spricht, sondern fremde Gedanken vorträgt, und nur das muß erkennbar sein, daß er das Gefühl und die Stimmung der redenden Person oder des Verfassers erkannt hat. Dieser Ausdruck findet sich von selbst, wenn der Schüler das Gelesene innerlich auffaßt hat, und der Ausdruck des Lesenden soll eben nur ein Zeichen von der richtigen Auffassung des Gelesenen sein. Hieraus ergibt sich von selbst, daß Regeln für den Schulwesen. II.

Ausdruck ganz an unrechter Stelle sind, und daß der Lehrer sich darauf beschränken muß, das Verfehlte auf eine solche Weise vorzutragen, daß es dem Gemüth der Schüler näher gebracht wird.

Es leuchtet von selbst ein, daß ein Lesen, wie es nach dem Vorstehenden gewünscht wird, nicht nur eine fortwährende Verstandesübung, sondern auch mit einer wohlthätigen Erregung des Gemüths verbunden ist, daß es den Gedankenreichtum und Sprachreichtum des Schülers erfolgreich vermehrt, und, wenn auch erst spät, doch unfehlbar reichliche Früchte bringt. Es kann aber auch, oder es muß vielmehr zugleich mit Sprachübungen der verschiedensten Art verbunden werden. Beim Lesen selbst sind alle zusammengesetzten Sätze, so weit es zum Verständniß des Einzelnen erforderlich ist, in einfachere Sätze zu zerlegen, die der Schüler auf zweckmäßig gestellte Fragen des Lehrers selbst zu bilden hat. Die Schüler müssen dabei angeleitet werden, den Inhalt der einzelnen Sätze in sprachrichtiger Form wiederzugeben, die Verbindung der einzelnen Sätze nachzuweisen, zuletzt die ganze Gedankenreihe eines Lesestücks zu wiederholen, endlich den Inhalt dess. in freier Rede mündlich oder schriftlich darzustellen. Sehr zweckmäßige Anleitung hierzu enthält folgende Schrift:

Anleitung zum Gebrauch des 2. Theils des Schullesebuchs von Dieker-  
weg. 10 Sgr.;

auf die wir die Lehrer, die sie noch nicht kennen sollten, hiermit aufmerksam machen wollen.

IV. Mit den Leseübungen ist eine andere für Sprachbildung sehr fruchtbare Übung zu verbinden, die Auffuchung ganzer, zu derselben Wurzel gehörten Wörterfamilien, wobei der Lehrer nur darauf zu achten hat, daß Ableitungen und Zusammensetzungen gehörig unterschieden, beide in natürlicher Folge aufgeführt und die Wörter, deren Bedeutung sich nicht definiren läßt, den Schülern in passenden Sätzen vorgeführt werden. Regeln für die Sprachbildung aufzustellen und seine Unterschiede zu erörtern, ist in den Volksschulen nicht rathsam, wohl aber kann das Sprachgefühl gebildet werden durch Zusammenstellung gleichgebildeter Wörter und durch Hinweisung auf den Unterschied, der aus Vertauschung sinnverwandter Wörter entsteht. Als die vorzüglichsten Hülfsmittel für diesen Theil der Sprachübungen empfehlen wir wiederholentlich:

- 1) Sprachbildungslehre für Deutsche. Zur Benutzung in Deutschen Volksschulen unterrichtlich dargestellt von F. H. G. Grassmann. Berlin, bei Neumer, 1828. 1829. 1830.

Von den drei Theilen dieses Werks, welche auch einzeln beziehungsweise für 25 Sgr. und 1 Thlr. 7½ Sgr. zu haben sind, enthält der 2., auf den wir besonders aufmerksam machen, die Lehre von der Wortbildung in einer sehr faßlichen Darstellung. Der 1. Theil behandelt die Bildung der Laute und Sylben, der 3. die Bildung der zusammenhängenden Rede.

- 2) Sprech- und Sprachschule. Ein Lesebuch für die Deutsche Jugend zur Förderung ihres Sprachvermögens. Von Dr. W. Lange, Oberprediger zu Burg. 1. Theil, Stuttgart und Tübingen, bei Cotta, 1835. 10 Sgr.; 2. Theil, Magdeburg bei Neubach, 1839. 1 Thlr. 5 Sgr.

Der 1. Theil enthält den Stoff, der gewöhnlich in den Anweisungen zum Anschauungsunterrichte behandelt wird; der 2. Theil, der auch unter dem Titel „Sprachlicher Denkstoff“ besonders verkauft wird, umfaßt die verschiedenen Kreise des bürgerl. Lebens: des Landmannes, des Handwerkers, des Künstlers u. s. w. Bei jedem dieser Abschnitte sind die auf diese Kreise menschlicher Thätigkeit bezügl. Ausdrücke nach der Verwandtschaft des Stammes zusammengestellt und durch inhaltreiche Sätze nicht bloß sprachlich, sondern hier und da auch sachlich erläutert.

- 3) Praktische Anleitung zum Gebrauch der Sprech- und Sprachschule in Fragen und Antworten zu schriftl. Verarbeitung für die Schüler. Von W. Lange, Oberprediger zu Burg. Magdeburg, bei Heinrichshofen, 1834. 10 Sgr.

Der Verfasser geht von der richtigen Ansicht aus, daß der grammatische Unterricht sich an die Vergliederung und Besprechung eines zweckmäßig gewählten Lesestücks anschließen müsse, und führt diese Ansicht in sehr belehrender Weise durch.

- 4) Synonymisches Handwörterbuch der Deutschen Sprache von J. A. Gleditsch. 8. Aufl., 1837. Berlin, bei Nauck. 2 Thlr. 10 Sgr.

Das Werk ist ein Auszug aus dem größern, sechs Oktavbände umfassenden

Werke dess. Verfassers, das unter dem Titel: „Versuch einer allg. Deutschen Elementar- und Elementar-Professoren Maass zu Halle in einer 2. Aufl. herausgegeben ist. Beide Werke empfehlen sich eben so sehr durch Gründlichkeit des Inhalts als durch faßliche und anziehende Darstellung; auch läßt der Auszug nirgend etwas Wesentliches vermessen.

V. Es ist schon oben erwähnt worden, daß Bibel und Gesangbuch, sowie sie die beiden wichtigsten Holzbücher sind, so auch den wichtigsten und edelsten Stoff für die Elementarschulen darbieten, daß beide jedoch eine andere Behandlung als das Lesebuch erfordern. Beide sollen vornehmlich auf die Gestaltung der Kinder wirken, jene, indem sie den Kindern die Geschichte des Reiches Gottes in seinen ersten Anfängen vor Augen stellt, dieses, indem es ihnen die Gedanken und Gefühle frommer Männer nahe bringt; durch beide sollen die Kinder zu lebendigen Gliedern der christl. Kirche erwachsen. Ein solcher Stoff verträgt nicht die Behandlung, welche wir für das Lesebuch empfehlen haben, und eine in das Einzelne eingehende Erklärung würde oft dem Eindruck, dem Bibelwort und Kirchenlied von selbst erzeugt, nur hinderlich sein. Daraus folgt indeß nicht, daß es genüge, biblische Abschnitte ohne alle Erklärung lesen und Kirchenlieder bloß auswendig lernen und hersagen zu lassen; vielmehr muß man auch hier etwaige Mißverständnisse beseitigen, veraltete Formen und Ausdrücke durch Vertauschung mit den üblichen erklären, und die Hauptgedanken des Dichters und deren Verbindung durch zweckmäßig gestellte Fragen in das rechte Licht setzen; im Uebrigen aber mag man der eigenen Kraft des göttlichen Wortes vertrauen, die sich auch beim Jugendunterrichte nicht verläugern, sondern still im Herzen der Kinder nachwirken und reichliche Frucht bringen wird. Beim Lesen und Hersagen auswendig gelernter Kirchenlieder ist, wie bei andern Lesebüchern, auf richtigen und ausdrucksvollen Vortrag hinzuwirken, und das um so mehr, da die in Kirchenliedern ausgesprochenen Gefühle und Gedanken nicht als fremde aufgesetzt, sondern je länger je mehr in die Gestaltung des Kindes übergehen sollen.

Was die Auswahl der zu lernenden Kirchenlieder betrifft, so beziehen wir uns auf das, unserer G. Verf. v. 8. Juli 1840 beigefügte Verzeichniß<sup>1)</sup>, in welches wir die vorzüglichsten unter den in hiesiger Gegend gangbaren Liedern aufgenommen haben. In Beziehung auf die Behandlung des Kirchenliedes machen wir auf folgende kleine Schrift:

Das christliche Lied in der evang. Volksschule Deutschlands von W. Thilo, Dir. des Schullehrer-Sem. zu Erfurt. Erfurt, bei Hilsenberg, 1842. 124 Sgr.

schon bemerkt. Es ist nicht wohlgethan, den Kindern das Auswendiglernen eines Kirchenliedes bloß als Schularbeit oder häusliche Beschäftigung aufzugeben; der Zweck wird leichter und vollständiger erreicht, wenn das Lied, das zunächst auswendig gelernt werden soll, während der ganzen zum Auswendiglernen gegebenen Zeit, täglich beim Anfange der Lektionen unmittelbar nach dem Morgengebet mit richtigem Ausdrucke gelesen und immer als ein Theil der Morgenandacht behandelt wird.

Es bedarf keiner weitläufigen Auseinandersetzung, daß diese Behandlung des Kirchenliedes für den höhern Zweck des Sprachunterrichts, Erweckung des geistigen Lebens und einer tüchtigen Gesinnung, von vorzüglicher Wirksamkeit sein wird, wenn auch der unmittelbare Gewinn für Sprachbildung im engeren Sinne nicht immer sogleich nachzuweisen sein möchte.

VI. Die Übungen, von welchen bisher die Rede gewesen ist, können auf zweckmäßige Weise angeordnet werden, ohne irgendwie auf grammatische Grörterungen anzukommen und wir halten diese, insofern sie den Schüler anleiten sollen, über sein eigenes Reden und Denken zu reflektiren, nicht bloß für entbehrlich, sondern geradezu für nachtheilig; am wenigsten aber möchte Sprachfertigkeit und Sprachreichtum dadurch befördert, vielmehr nur das natürliche Sprachgefühl in seiner Entwicklung gehemmt werden. Die Grammatik, welche auch in der Volksschule mit Erfolg zu lehren ist, kann nie den Zweck haben, den Kindern die Sprachgesetze aus dem Denkfahren zu entwickeln: sie kann nur eine geordnete Uebersicht und eine bestimmte Begriffsanordnung derj. Spracherscheinungen sein, welche der Schüler bei der

1) Nicht im Min. Bl. d. L. B. abgedruckt.



Erklärung des Gelesenen, also an bestimmten Beispielen, kennen gelernt hat. Wir haben daher bereits in der Verf. v. 31. Juli 1838 bestimmt ausgesprochen, daß der grammatische Unterricht in der Muttersprache sich an das Gelesene anschließen müsse und zunächst nur den Zweck haben könne, das genaue Verständniß des Gelesenen zu befördern.

Hierbei ist das Bedenken erhoben worden, daß der grammatische Unterricht, der sich an das Lesen anschließt, eines innern Zusammenhanges und einer festen Ordnung entbehren werde. Dies ist indeß bei richtiger Behandlung des Gegenstandes nicht zu befürchten.

Wir setzen zuerst voraus, daß der Lehrer selbst die Grammatik seiner Muttersprache kenne, und im Stande sei, diej. Lehren auszuheben und in das rechte Licht zu setzen, welche für das genaue Verständniß des Gelesenen von wirklichem Einflusse sind.

Ein der Sache kundiger Lehrer wird daher die für die Volksschule geeigneten Lehren der Grammatik, namentlich:

- 1) die bestimmte Unterscheidung des Gegenstandes und der Aussage;
- 2) die näheren Bestimmungen und Ergänzungen beider;
- 3) den Unterschied der Redetheile;
- 4) die verschiedenen Satzarten, Urtheil oder Erzählung, Ausruf, Befehl und Frage;
- 5) die verschiedenen Arten der Satzverbindung, insbes. die verschiedenen Arten untergeordneter Sätze;
- 6) den Unterschied und den Gebrauch der Kasus, und die damit zusammenhängende Lehre vom Gebrauch der Präpositionen;
- 7) den Unterschied der sogenannten Redeweisen oder Modi

sehr gut in einer bestimmten sachgemäßen Folge praktisch erläutern können, wenn er für die Behandlung jeder der hier aufgeführten Lehren einen Abschnitt des Lehrbuchs wählt, mit der Behandlung der einzelnen Lehren aber niemals eher vorgeht, als bis der Schüler die Thatfachen, die ihm nun im Zusammenhange erläutert werden sollen, an bestimmten Beispielen und in vielen verschiedenen Fällen kennen gelernt hat. Schon die unter Nr. II. erwähnte Zergliederung des Satzes führt zu der Unterscheidung des Satzgegenstandes und der Aussage, und auf die Satztheile, die zu deren Ergänzung und genauerer Bestimmung dienen; bei einiger Anregung von Seiten des Lehrers machen die Schüler auch sehr bald die Bemerkung, daß gewisse Satztheile immer durch dieselben Redetheile ausgedrückt werden und sich in gewissen Verbindungen immer eine bestimmte Form annehmen. Durch eine vollständige Zergliederung des Gelesenen bildet sich daher bei dem Schüler ein bestimmtes Gefühl von dem Wesen des Satzes, von dem Verhältniß der einzelnen Satzglieder unter einander, von dem Unterschiede der Redetheile, durch die sie bezeichnet werden, von den Formen, welche sie nach ihrer Stellung im Satze annehmen, und in ähnlicher Weise verhält es sich mit allen Lehren der Grammatik. Erst wenn diese Unterschiede im Einzelnen und in bestimmten Beispielen erkannt und in das Sprachgefühl übergegangen sind, ist es zweckmäßig, die auf praktischem Wege gewonnene Erkenntniß im Zusammenhang darzustellen, und von dem, was anfangs bloß im Gefühl lag, ein bestimmtes Bewußtsein zu erwecken. Die Grammatik in der Volksschule kann und soll nichts Anderes sein, als ein bestimmter Ausdruck für eine bestimmt hervortretende und von dem Schüler bestimmt erkannte Thatfache. Eine grammatische Lehre, die erst durch Reflexion gewonnen und erkannt werden müßte, gehört nicht mehr in den Bereich der Volksschule, und wer sie dennoch hineinzieht, verräth nur, daß er noch nicht zu klarer Einsicht in das Wesen des Elementarunterrichts gelangt ist.

Aus den vorstehenden Andeutungen ergiebt es sich von selbst, daß wir es nicht für zweckmäßig halten, einen die ganze Sprachlehre umfassenden Zeitsabende, wie die „Sprachdenklehre“ von Wurst, von den Schülern in besonderen Lehrstunden durcharbeiten zu lassen, und eben so wenig, irgend eine systematisch geordnete Sprachlehre der Reihe nach mit den Schülern durchzugehen; wohl aber halten wir es für nothwendig, in denj. Lehranstalten, deren Schüler grammatischen Unterricht empfangen, eine bestimmte Sprachlehre zum Grunde zu legen, nicht nur, um zwischen den Lehrern der verschiedenen Klassen eine Uebereinstimmung in der grammatischen Terminologie herbeizuführen, sondern auch um den Schülern für diej. grammatischen Kenntnisse, die sich als Ergebnis des Leseunterrichts herausgestellt haben und

bestimmten Lesebüchern anschaulich gemacht worden sind, einen kurzen und bestimmten Ausdruck zu geben, und ihnen die Uebersicht und die Anfrischung der erworbenen Kenntnisse zu erleichtern. Für diesen Zweck empfehlen wir folgende Werke:

1) Kleine Deutsche Sprachlehre von F. H. G. Graßmann. Berlin, bei Reimer. 5 Sgr.

2) Deutsche Sprachlehre für Schulen von Otto Schulz. Berlin, bei Nicolai, 1844. (geb.) 10 Sgr.

3) Lehrbuch der Deutschen Sprache von Jahn. Hannover 1843. 15 Sgr.

Das zuletzt genannte Werk wird auch für das Bedürfnis derj. Lehrer genügen, denen Becker's Schulgrammatik nicht zusagt oder für die dess. Verfassers größere Werke entweder nicht zugänglich oder zu ausführlich sind. Ueberhaupt aber müssen wir wünschen, daß die Lehrer an Volksschulen sich zunächst mit derj. Grammatik, die in der Schule gebraucht werden soll, und mit dem Lesebuch, an welches sie ihren Sprachunterricht anknüpfen wollen, genau und im Einzelnen bekannt machen; auch dürfte die Durcharbeitung der unter Nr. IV. genannten Werke in Verbindung mit einem der unter Nr. VI. genannten Leitfaden für die meisten fruchtbare und für eine zweckmäßige Behandlung des Sprachunterrichts erspriesslicher sein, als das Studium größerer Werke, die sich nicht sowohl den Unterricht in der Volksschule als die Förderung der Sprachwissenschaft zum Ziel gesetzt haben.

VII. Eine besondere Berücksichtigung erfordern noch die Uebungen in der Orthographie und in der schriftlichen Darstellung eigener und fremder Gedanken, die in keiner guten Volksschule fehlen sollten.

Man hat ehemals zahlreiche Regeln für die Rechtschreibung aufgestellt und Sicherheit in der Anwendung ders. zu erreichen gehofft, indem man den Schülern fehlerhafte Beispiele zur Auffindung und Verbesserung der Fehler vorlegte. Man hat indeß immer mehr erkannt, daß durch Aufstellung von Regeln in den meisten Fällen wenig gewonnen wird, und die Vorlegung fehlerhafter Beispiele in der Regel mehr Schaden als Nutzen bringt. Die richtige Schreibung des Wortes wird am leichtesten und sichersten durch das Auge aufgefaßt, und es ist daher nicht rathsam, den Kindern fehlerhafte Formen vorzuführen, vielmehr ist darauf zu halten, daß die Schüler sich beim Lesen des Wortes auch sogleich die richtige Schreibung derselben einprägen. Wir verweisen in dieser Beziehung auf folgende lehrreiche Schrift:

Der orthographische Unterricht in seiner einfachsten Gestalt von R. Bornmann. Berlin, bei Duncker und Humblot, 1840. 5 Sgr.  
In welcher das Fehlerhafte der früheren Methode des orthographischen Unterrichts klar gut auseinander gesetzt, und ein besseres Verfahren empfohlen wird. Das Verfahren, welches sich in mehreren Schulen als erfolgreich bewährt hat, und in der Deutschen Sprachlehre von Otto Schulz ausführlicher beschrieben wird, bezieht dem Wesentlichen nach in Folgendem:

Schon bei den ersten Leseübungen werden die Kinder angehalten, ein in seine Laute aufgelöstes Wort lautrichtig niederzuschreiben, wobei man anfangs solche Wörter wählt, in denen die Schreibung mit dem Laute übereinstimmt. Auf der nächsten Stufe werden die Kinder mit den Namen der Buchstaben bekannt gemacht und auf praktischem Wege, angeleitet, einen vorgesprochenen Satz in einzelne Wörter zerlegen, jedes Wort in seine Sylben, jede Sylbe in ihre einzelne Laute aufzulösen, hernächst nicht nur die Laute, sondern auch die dafür zu setzenden Buchstaben ausdrücklich anzugeben, und endlich den ganzen Satz oder einzelne Wörter aus demselben niederzuschreiben.

Auf eben dieser Stufe hat sich ein sorgfältiges Abschreiben einiger den Schülern noch nicht bekannten Abschnitte aus dem Lesebuch, und ein nochmaliges Niederschreiben ders. aus dem Gedächtniß als ein wirksames Mittel erwiesen, den Kindern die richtige Schreibung einzuprägen, und es sind diese Uebungen benutzt worden, auf die Abweichung und Uebereinstimmung in den Unregelmäßigkeiten unserer Orthographie, z. B. auf die Art, wie Dehnung und Schärfung der Vokale bezeichnet werden, aufmerksam zu machen. Die wenigen orthographischen Regeln, welche von wirklichem Nutzen sind, werden da, wo sie zuerst zur Anwendung kommen, also immer an bestimmten Wörtern, erläutert und immer in derselben Form ausgesprochen.

Eigentliche Stylübungen können in einer Elementarschule nicht wohl angestellt werden, wohl aber können und müssen die Schüler angeleitet werden, gegebene und eigene Gedanken verständlich sprachrichtig und überhaupt angemessen nieder zu schreiben. Je mehr die Schüler geübt sind, Gelesenes oder Vorgelesenes frei wieder zu geben, und je sorgfältiger hierbei auf Richtigkeit und Angemessenheit des Ausdrucks geachtet wird, desto leichter und sicherer werden die Übungen im Niederschreiben eines gegebenen oder mit den Kindern durchgesprochenen Gedankens von Statten gehen.

Die einfachsten Übungen dieser Art werden für Kinder in Volksschulen in der schriftlichen Beantwortung bestimmter Fragen aus dem Kreise ihrer Erfahrung, in der Wiederholung einer den Kindern erzählten Geschichte, in der Erzählung eines von ihnen erlebten Vorfalls, endlich in der Beschreibung eines ihnen bekannten Gegenstandes bestehen. Der schriftlichen Abfassung muß, wenigstens im Anfange, die mündliche Besprechung des Gegenstandes vorausgehen, damit den Kindern sowohl der Stoff, als die Anordnung dess. und der Ausdruck dafür schon einigermaßen geläufig sei. Das Niederschreiben einer von den Kindern selbst gelesenen Geschichte wird sich weniger fruchtbar erweisen, weil sie sich dabei zu streng an das Original binden und darum auf diesem Wege nicht leicht zu einiger Freiheit der Darstellung gelangen.

Hiernächst ist es unerläßlich, den Kindern zur Abfassung der gewöhnlichsten Geschäftsaufsätze, einer Rechnung, einer Quittung, eines Schuldscheins, einer Bescheinigung, einer Anzeige, eines Geschäftsbriefes u. s. w. Anleitung zu geben. In einfachsten und zweckmäßigsten kann dies geschehen, wenn den Schülern anfangs zweckmäßige Formulare solcher Aufsätze zum Abschreiben vorgelegt werden, wenn ihnen an diesen Mustern gezeigt wird, worauf es bei Aufsätzen jeder Art ankommt, und wenn sie endlich angeleitet werden, nach den ihnen vorgelegten Mustern andere Aufsätze ders. Art nach vorgeschriebenen Angaben anzufertigen. Die Abschriften sowohl, als die eigenen Arbeiten der bessern Schüler können benutzt werden, ihre Mitschüler im Lesen einer mehr oder minder leserlichen Handschrift zu üben, was durch lithographirte Schriftstücke nicht so vollständig und nicht ohne Kosten erreicht werden kann. Es ist uns unter der großen Anzahl sogen. Briefsteller keiner bekannt, der eine ausreichende Anzahl zweckmäßig gewählter Muster für jede Gattung von Geschäftsaufsätzen enthielte, doch werden die Lehrer, denen es an guten Mustern fehlt, aus folgenden Werken:

1) Der Schreiber in der Gewerbe-Sonntags- und Bürgerschule von G. Schulz. 25 Sgr.

2) Formulare für das Geschäftsleben von Herzprung. Berlin, bei Hermann. 1 Thlr. 7½ Sgr.

die nöthigen Formulare entnehmen, und diese zugleich als Vorlegeblätter für den kalligraphischen Unterricht benutzen können.

Wir wünschen, daß vorstehende Andeutungen vollständig und so bald als möglich zur Kenntniß sämmtlicher H. Geistlichen und Schullehrer der Prov. Brandenburg gelangen. Wir lassen deshalb den H. Superint. und Schulinsp. diese E. Verf. in 4 Abdrücken zugehen, mit dem Auftrage, dieselbe nach angemessenen Abtheilungen unter den Geistlichen und Schullehrern Ihres Aufsichtskreises in Umlauf zu setzen, sie in den Schullehrer-Konferenzen zum Gegenstande der Besprechung zu machen und auf deren Ausführung in geeigneter Weise hinzuwirken. Von den H. Geistlichen dürfen wir erwarten, daß sie den Inhalt dieser Verfügung mit den Lehrern ihrer Pfarodie ausführlich besprechen und ihnen bei der Ausführung gern mit ihrem Rath zur Seite stehen werden.

Die H. Superint. und Schulinsp. beauftragen wir noch besonders, bis zum 31. Dec. l. J., auf Grund der von Ihren H. Diözesanen zu erfordernden Erzielberichte, bei uns anzuzeigen,

in welcher Art die obigen Andeutungen von den Lehrern Ihres Aufsichtskreises benutzt worden, in welchen Schulen die Erfolge bereits merklich geworden sind, welche Hindernisse bei einzelnen Schulen der Einführung einer bessern Methode des Sprachunterrichts entgegen stehen und was zur Beseitigung ders. geschehen kann.

Da es manchen Geistlichen und Lehrern wünschenswerth sein möchte, von diesen Andeutungen einen besondern Abdruck zu besitzen, so werden wir dafür Sorge tragen, daß dies. im Wege des Buchhandels bezogen werden können. Wir sehen

schalt einer Anzeige, wie viele Abdrücke für Lehrer Ihres Aufsichtskreises begehrt werden, binnen sechs Wochen entgegen.

Berlin, den 13. Juli 1844.

K. Schulkolleg. der Prov. Brandenburg.  
v. Meding.

An  
H. Superint. und Schulinsp. der Prov.  
Brandenburg.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 269.)

b) E. R. des Rhein. Prov.-Schulkolleg. zu Koblenz v. 15. Nov. 42 an die Dir. der Gymn., betr. den Unterricht in der Muttersprache.

Der Unterricht in der Muttersprache ist in den Volksschulen und nach deren Beispiel und Muster auch in den unteren und mittleren Klassen höherer Lehranstalten in neuerer Zeit häufig in ganz zweckwidriger Weise erteilt worden. Namentlich ist dem theoretisch-grammatischen Unterricht in ders. unter dem Namen der „Sprachlehre“ oder auch unter andern Namen oft eine Gestalt gegeben, welche nicht öfter durch abstruse Terminologien und dürre gehaltlose Uebungen den jugendlichen Geist abstumpft, als wahrhaft bildet, den Zweck lebendiger Anschauung der Muttersprache in gehaltvollen, Geist und Gemüth bildenden Musterstücken, und besser Aneignung der Sprache zu geläufigem und korrektem schriftlichen und mündlichen Gebrauch öfter hemmt als fördert, und einer inhaltsvollen, den Geist mit frischer Nahrung für das ganze Leben erfüllenden Bildung der Jugend nicht nur Zeit und Kraft des Lehrers wie der Schüler entzieht, sondern auch ders. ein todttes Formelwesen positiv nachtheilig wird.

Der Gymnasiallehrer Hülsmann hat in dem neuesten Programme des Gymn. Duisburg diesen wichtigen Gegenstand näher beleuchtet, und gelangt vom pädagogischen Standpunkt aus wesentlich zu dems. Ergebniss, zu welchem die schlauesten Meister der Deutschen Sprache, wie Jakob Grimm und neuerlich J. Wadernagel, gelangt sind.

Da solche kleinere Schulschriften leicht unbeachtet vorübergehen, so empfehlen wir die gedachte des Gymnasiallehrers Hülsmann Gw. und des dortigen Lehrers Megii sorgfältiger Beachtung und sprechen zugleich die Erwartung aus, daß die bezeichneten Mißgriffe bei dem Unterricht in der Muttersprache der dortigen Anstalt fern gehalten werden.

Wir machen bei dieser Gelegenheit auf das in neuester Zeit in Stuttgart erschienene „Deutsche Lesebuch“ von Ph. Wadernagel in 3 Theilen, für die unteren und mittleren Klassen, und besonders auf die als 4. Theil derselben beigegebene Handlung für Lehrer über „den Unterricht in der Muttersprache“ aufmerksam, welche die Beachtung denkender Lehrer verdient. 1)

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 397.)

c) E. R. der K. Reg. zu Koblenz v. 4. Febr. 1853 an die Schulinsp., betr. den Elementarunterricht in der Muttersprache und im Gesange.

Wir finden uns durch mannigfache Erfahrungen veranlaßt, uns im Folgenden über die Behandlung zweier wichtigen und in nahem Zusammenhange stehenden Gegenstände des Elementarunterrichts, nämlich über den Unterricht in der Muttersprache und im Gesange auszusprechen.

Befanntschaft mit der Muttersprache, Sicherheit und Klarheit im Verständniß dessen, was in ders. mündlich und schriftlich ausgedrückt wird, sowie Korrektheit und Klarheit im eigenen mündlichen und schriftlichen Gebrauch ders., ist unbestritten eine eben so wichtige als schwierige Aufgabe des Unterrichts in der Volksschule. Alle diesem Zweck dienenden Uebungen sind demgemäß mit möglichster Sorgfalt und angemessener Ausdehnung zu betreiben. Außerdem, daß bei jedem Unterrichts-

1) Das Min. der G. u. N. Ang. hat durch E. R. v. 8. März 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 149) sämmtl. Prov. Schulkolleg. auf dies E. R. Koblenz mit besonderer Rücksicht auf den Deutschen Sprachunterricht in den unteren und mittlern Klassen höherer Lehranstalten aufmerksam gemacht. Vgl. dies. der folg. Abth. des Werks.

gegenstände auf klare, bestimmte und korrekte Mittheilung Seitens des Lehrers und auf korrekten und klaren, vom Verständniß zeugenden Ausdruck Seitens der Schüler zu halten ist, darf es nicht an praktischen Uebungen in richtiger Stufenfolge, welche besonders jener Aufgabe gewidmet sind, fehlen. Sprachübungen, welchen die den Kindern geläufigen und durch den Lehrer geläufig gemachten Anschauungen und Vorstellungen zu Grunde liegen; Uebungen im Nacherzählen des Vorerzählten, überhaupt im Wiedergeben des von dem Lehrer Mitgetheilten; ferner in fertigen und sinngemäßem Lesen, wobei das Vorlesen des Lehrstücks durch den Lehrer selbst von besonderer Wichtigkeit ist; sodann Uebungen im Memoriren und korrektem und verständigem Versagen des Memorirten; endlich Uebungen im Abschreiben, im Niederschreiben von Dictaten, im korrekten und geordneten Niederschreiben des Auswendiggelernten, des Vorgelesenen und Vorerzählten, und wo es sein kann, auch eignen Gedanken, die in dem Gesichtskreis der Kinder liegen, sind daher als ein wesentlicher Bestandtheil des Unterrichts in den Volksschulen zu behandeln.

Dagegen kann die Theorie der Muttersprache, die systematische Grammatik kein geeigneter Unterrichtsgegenstand für die Volksschule werden, weil die Kinder in derf. nach ihrem Alter und ihrem Bildungsstande unvermögend sind, ein klares Bewußtsein von den Gesetzen der Sprache zu erwerben, und weil daher ihre Beschäftigung mit diesen Gesetzen nur zu einem mechanischen Einprägen derselben führt, welches nicht über die Schulzeit hinausreicht und keine Frucht zurüchläßt, während die darauf verwendete Zeit und Kraft des Lehrers und der Schüler andern wahrhaft bildenden Beschäftigungen und Unterrichtsgegenständen, und namentlich auch den vorerwähnten praktischen Uebungen in der Muttersprache entzogen wird. Nachdem die vielfachsten und leidigsten Erfahrungen hierüber vorliegen, sind es wohl nur noch Lehrer, denen es an richtiger Belehrung über diesen wichtigen Gegenstand gefehlt hat, welche an der Beschäftigung der Schüler mit der systematischen Grammatik der Muttersprache festhalten zu sollen glauben. Das richtige Verfahren dagegen, nur das Nothwendigste aus der Grammatik, namentlich von Rechtschreibung und Interpunktion betrifft, gelegentlich bei den vorerwähnten praktischen Uebungen, und zwar so kurz und bündig wie irgend möglich zu berühren, ohne dabei systematische Vollständigkeit irgend zu erstreben, hat bei fortgeschrittenen Lehrern bereits durchgängig Eingang gefunden und durch seine Erfolge sich überall gerechtfertigt.

Wir erwarten von sämmtlichen Lehrern Ihres Inspektions-Bez., welche noch an der Beschäftigung mit der systematischen Grammatik, als besonderem Unterrichtsgegenstande, festhalten möchten, daß sie dies. aufgeben und den in gegenwärtiger Verf. bezeichneten Weg einschlagen werden, und veranlassen Sie, bei den Schulrevisionen darauf zu halten, daß dies geschehe.

Der Gesang, ein kaum minder wichtiger Gegenstand des Elementarunterrichts auf jeder Stufe dess., wird ebenfalls vorzugsweise und ganz überwiegend praktisch zu behandeln sein. Das Wichtigste ist, daß den Kindern allmählig und zwar so, daß schon auf der untersten Stufe der Anfang gemacht wird, eine mäßige Zahl geistlicher und weltlicher Melodien edler, einfacher und volksmäßiger weltlicher Lieder (mit den dazu gehörigen vollständigen Texten), welche bei den sich ergebenden Veranlassungen oft und möglichst vollständig durchzuführen sind, nach dem Gehör bis zu möglichster Sicherheit reinen und wohlklingenden einstimmigen Gesanges eingeübt wird, und zwar so, daß so weit irgend möglich in der Musik- und besonders in der Oberklasse jedes Kind einzeln und ohne Hülfe die eingelehrten Lieder singen kann. Ist durch solche Uebungen Sinn und Geschick für den Gesang in den Kindern erweckt und gebildet, so werden sie im Stande sein, den Vorrath von Liedern und Melodien, den sie in Folge dieses Verfahrens als jezt und sicheres Eigenthum für ihr ferneres Leben der Schule verdanken, durch Anseignung dessen, was ihnen nach der Schulzeit das kirchliche und gesellige Leben bieten wird, zu erweitern.

Die zweite Stimme beim Gesang weltlicher Lieder wird füglich ebenfalls durch Vorsingen eingeübt werden können, was nur gewünscht werden kann. Der mehrstimmige Gesang dagegen kann in der Volksschule nicht gefordert werden, und darf auch da, wo die Verhältnisse ihn gestatten, und der Lehrer das Geschick dazu hat, nur neben den vorged. Uebungen, und so daß der einstimmige Gesang Hauptstück bleibt, betrieben werden.

Was das Singen nach Noten und die Bekanntschaft mit den musikalischen Zei-



zu betr. betrifft, so kann dass. jedenfalls, wo die Verhältnisse es überhaupt gestatten, in der Oberklasse geübt werden. Die Erfahrung zeigt nur zu oft, daß aller angewandten Mühe ungeachtet die Kinder nur scheinbar nach den auf der Wandtafel oder im Liederheft stehenden Noten, in Wirklichkeit aber nur nach dem Gehörigen, während andererseits in nicht wenigen Schulen eine erfreuliche und fruchtbare Übung im Gesang ohne Kenntniß der Noten erzielt wird, und bewährte Kenner das Kenntniß der Noten für nicht durchaus nothwendig in der Volksschule halten. Denn also ein Lehrer derselben entzathen, oder die dazu erforderliche Zeit nicht ersparen zu können glaubt, oder auch das dazu erforderl. Geschick nicht besitzen sollte, so ist nicht darauf zu bringen.

Wird der Gesangunterricht auf die im Vorstehenden bezeichneten, engen aber schwindigen Grenzen zurückgeführt, so ist zu hoffen, daß der Gesangunterricht in den Volksschulen eine bleibende Frucht für das kirchliche und für das ganze Volksleben bringen wird, welche seither leider nur zu oft vermißt wird, obgleich es an der Eifer und der Sachkenntniß bei zahlreichen Lehrern keineswegs fehlte.

Sie wollen das anl. Duplikat dieser Verf. bei sämmtl. Lehrern Ihrer Inspektion zirkuliren und von dens. durch Namensunterschrift darauf vermerken lassen, daß sie zu ihrer Kenntniß gelangt ist, und sodann binnen drei Mon. an uns zurückreichen; auch künftig neu eintretende Lehrer mit dieser Verf. nach ihrem ganzen Inhalt bekannt machen.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 75.)

2) Ueber den Unterricht im Polnischen, wo es Muttersprache ist, vgl.:

a) die Instr. 24. Mai 1842 (s. oben in Th. I. S. 117);

b) die Instr. v. 15. Nov. 1850 (s. oben S. 399 ff.).

3) Ueber die Heilung des Stotterns.

a) G. M. des Min. der G. U. u. R. Ang. (v. Altenstein) v. 21. März 1831 an sämmtl. R. Reg. und Prov. Schulkolleg., betr. die Aufmerksamkeit auf stammelnde Kinder in den Schulen.

Die neuern Versuche in der Kunst, Stammelnde zu heilen, haben ergeben, daß das Uebel vorzugsweise in einer frühern Vernachlässigung der richtigen Aussprache der Laute, und des Gebrauchs der dabei betheiligten Organe, seinen Grund hat. Es läßt sich daher erwarten, daß, wenn in den Schulen diesem Gegenstande die gehörige Aufmerksamkeit geschenkt wird, nicht nur diej. Kinder, welche mit dem Fehler des Stammelns behaftet sind, davon geheilt werden können, sondern der Fehler in der künftigen Generation, weil sie in ihrer Kindheit gewöhnt worden, auf eine richtige Aussprache Werth zu legen, und daher der frühesten Entwicklung des Sprachvermögens ihrer Kinder größere Sorgfalt zuwenden wird, immer seltener werden muß.

Das Min. hat nun zwar schon die Einleitungen getroffen, durch die Seminare die Lehrer nach und nach mit der Methode, Stammelnde zu heilen, bekannt zu machen, sieht sich indeß veranlaßt, die R. Reg. (das R. Prov. Schulkolleg.) zu beauftragen, auch ihrerseits die Schulinsp. (seinerseits die Sem. Dir.) auf diesen Gegenstand besonders aufmerksam zu machen, zugleich sie zu vernehmen, ob nicht schon, wenn im Allg. in den Schulen, namentlich durch die Lautirmethode, auf eine richtige Aussprache mehr Fleiß und Sorgfalt verwendet worden, der Fehler des Stammelns seltener geworden ist.

(M. XV. S. 97.)

b) Neuerdings hat das Min. eine bedeutende Anzahl Exemplare der Schrift „das Stottern, sein Wesen und seine Heilung für Aerzte und Pädagogen, von Dr. Fr. Angermann“ an Seminare, Taubstummen- und andere Unterrichts-Anstalten vertheilt. (Nat. Zeit. 1854. Nr. 14.)

### III. Schreiben und Rechnen.

Es hat besonderer Verf. bedurft, um diese Unterrichtsgegenstände allgemein für obligatorisch zu erklären. Nach §. 7. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I. S. 65) mußte für den Schreib- und Rech-

nenschüler ein höheres Schulgeld entrichtet werden, und dies war für Eltern Grund genug, ihre Kinder in der Leseklasse zurückzuhalten.

Außer den allg. Vorschriften (Tit. I. sub I.) ist festgesetzt:

1) Ueber die Verpflichtung zur Theilnahme am Unterrichten und Rechnen:

durch die R. der Reg. zu Breslau v. 17. Nov. 1821 und 2. 1823:

- 1) daß die Fertigkeit im Schreiben und Rechnen zu den allg. Lehrgegenständen gehört, die in allen Schulen und von allen Kindern erlernt werden wonach es den Eltern nicht mehr frei steht, ihre Kinder davon zu halten;
- 2) daß der Lehrer so berechtigt als verpflichtet ist, jedes Kind, ohne Unterschied des Geschlechts, das bereits lesen kann und sonst körperlich dazu ist, in den Schreib- und Rechnenunterricht aufzunehmen;
- 3) daß aber dann auch das Schulgeld nach den für diesen Unterricht üblichen Sätzen gezahlt werden soll; <sup>1)</sup> und endlich
- 4) daß dies Schulgeld nebst den nothwendigen Schreibmaterialien für armer Eltern, wenn ihnen keine Freischule ertheilt werden kann, in der Schulbüchse oder Ortsarmenkasse gezahlt werden soll.

(Amtsbl. 1821. S. 464. — 1823. S. 41. — Fürstenthal, Bd. 4. S. 230.)

In Zukunft wird das Schulgeld keinen Grund zur Vernachlässigung dieses Unterrichts abgeben, da es nach Art. 25. der Staatsverfassung fallen soll. (s. oben in Th. I. S. 233.)

2) Ueber den Unterricht in der Orthographie vergl. Nr. V oben sub II. 1. als Anl. zum G. R. v. 27. Aug. 1844 gegebenen v. 13. Juli 1844.

3) Ueber Münzvergleichung beim Rechnenunterricht.

G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 11. 1822 an sämmtl. R. Reg. (ausschließlich der Pommerschen), betr. die Unterrichtstheilung in den Land- und kleinen Stadtschulen über die Vergleichung der neuen Münze.

Der R. Reg. wird anbei ein Exemplar der für die Prov. Pommern bei Einführung der neuen Scheidemünze für das Bedürfnis der Land- und kleinen Schulen der ged. Prov. entworfenen Werthvergleichungstabelle, imgl. Abschrift dazu gehörigen G. Verf. des R. Konf. zu Stettin v. 18. Jan. c. (Anl. a.) mit deren Anmerkungen hierdurch zugefertigt, und darnach in ähnlicher Art in der Prov. zu verfahren. <sup>2)</sup>

Anl. a.)

Um die Kenntniß der neuen vaterländischen Münzsorten schnell und allgemein zu verbreiten und deren Anwendung bei Berechnung der im bürgerlichen Leben häufigsten vorkommenden Verhältnisse zu erleichtern, haben wir zunächst als Anl. und zum Gebrauche für Lehrer in den Land- und kleinen Stadtschulen, nach Aufg. des Münz-Gd. v. 30. Sept. v. J. und mit beständiger Rücksicht auf das besondere Bedürfnis der Prov. Pommern — nachstehende Werthvergleichungstabelle

1) Die Reg. zu Merseburg ordnete mittelst Publ. v. 12. Nov. 1822 (i. S. 638) an, daß die höhern Schulgeldsätze, welche bisher nur für die, welche Schreiben und Rechnen Antheil genommen, entrichtet worden, künftig nach dem Alter der Schulkinder festgesetzt und eingefordert werden sollten. Dasselbe verordnete die Reg. zu Erfurt unterm 1. Juli 1823. (Amtsbl. 1823. S. 215. — Fürstenthal, Bd. 4. S. 230.)

Die Verpflichtung zur Theilnahme am Rechnen und Schreiben, und zur Zahlung des höhern Schulgeldes nach §. 7. des Land Schulregl. von 1763 sprach die B. der Reg. zu Magdeburg v. 30. Okt. 1817 (Amtsbl. 1817. S. 390) an sobald der Prediger das Kind für fähig erkläre.

2) Die Tabellen und Anm. sind in den Annalen nicht mit abgedruckt.

Herrn. Indem wir Ihnen drei Abdrücke dieser Tafeln hiebei übersenden, bitten wir Sie, sie unter den Lehrern der genannten Schulen in Umlauf zu lassen, überhaupt deren weitere Verbreitung in Ihrem Kreise sich angelegen zu lassen.

Es werden Sie die geb. Lehrer anweisen, sich die Tabellen abzuschreiben und in den Schulen, bei der Anleitung zum angewandten Rechnen, zweckmäßig zu machen. Wir setzen nämlich dabei billig voraus, daß die hiesigen Lehrer, die einer solchen Anleitung noch bedürfen, mit den nöthigen Anweisungen an die Hand gehen und ihnen durch praktische Beispiele zeigen, nach den gegebenen Sätzen (Anmerkungen) die gewöhnlichen Verhältnisse der Jugend selbst gefunden und berechnet werden können, damit die selbst erworbenes Eigenthum ders. werden und nicht bloß Gedächtnißgegenstand ist. Auf diese Weise lernt die Jugend den Weg kennen, auf welchem sie die neuen Silbergrößen gefunden worden und wieder zu finden. Die Tabellen auswendig zu wissen, wozu sie auch nicht bestimmt sind, den Lehrern wird es aber alsdann leicht werden, die Tabellen für sich abzuändern durchzuführen und dieselben Verhältnisse auch nach andern jetzt bekannten Münzsorten, z. B. die Neupommersche, die Preussische, Schleßische berechnen und durchzuüben.

den 18. Jan. 1822.

K. Preuss. Konf. und Schulkolleg. von Pommern.

Superint. und Schulinsp. der Prov.

(S. 382.)

Schreibbücher und Vorschriften.

Das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 1830 an sämtl. K. Reg. (N. XIV. S. 772) empfiehlt die hiesigen Bücher herausgegebenen Normal-Schreibbücher und, sowie „einige Worte“ über dies. von Mädler.

Das G. R. dess. Min. v. 28. Mai 1836 an dies. (N. XX. S. 1) auf die Benutzung des vom Papierfabrikanten Kirchhoff zu erfundenen neuen Schulpapiers aufmerksam, welches sich über beschreiben lassen soll. Die B. des Konf. zu Münster v. 22. (Amtsbl. Münster S. 244, Arnsh. S. 230, und Mind. S. 1) (Hrstenhal, Bd. 3. S. 453) gab genauere Anweisung zum Gebrauche.

Das G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 7. Okt. 1851 an die K. Reg. (ausschl. Potsdam), betr. die Beseitigung der mit revolutionären oder unsittlichen Bildern und Inschriften versehenen, zum Gebrauche der Schulkinder bestimmten Schreibhefte.

Die K. Reg. in Potsdam hat zur Beseitigung der mit revolutionären oder unsittlichen Bildern und Inschriften versehenen, zum Gebrauche der Schulkinder bestimmten Schreibhefte die G. Verf. erlassen, welche die K. Reg. abschriftlich (Anl. a.) Veranlassung erhält, für Ihren Verwaltungsbez. zur Verhütung solchen ähnlicher Vorsorge zu treffen.

Anl. a.

Es ist bemerkt worden, daß sich in den Händen der Schüler vieler Schulen Schreibbücher befinden, deren Deckel mit lithographirten und illuminirten Bildern revolutionärer oder unsittlicher Vorgänge, denen auch Sätze oder Verse beigefügt zu sein pflegen, versehen sind.

Wir bitten die G. R. und die Schulvorstände, Geistlichen und Lehrer Ihrer Kreise, denen dies G. R. sogleich mitzutheilen ist, hierdurch anzuweisen, dergl. Bilder und Umschläge in den Schulen nicht zu dulden, und daher den Gebrauch derselben durch Erinnerung und Warnung, nöthigenfalls aber durch ernstliches Verbot zu verhindern, bemerken wir, daß wir heute auch den G. Kreis-Landräthen bei dieser Verf. aufgegeben haben, die Buchbinder und andere mit dem Gebrauche der Schulbücher zc. sich beschäftigende Personen auf angemessene Weise

zu warnen, und einer Verbreitung von Büchern obgedachter Art Seit gegen zu treten.

Potsdam, den 13. Sept. 1851.

R. Reg. (v. Metternich.)

An

sämmtl. H. Superint. und Kreis-Schulinsp.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 219.)

5) Hülfsbücher zum Rechnenunterricht.

Die Bef. des Konf. und Prov. Schulkolleg. zu Stettin 1838 empfiehlt die Scheidemannschen vier Hefte Aufgaben rechnen in Volksschulen (à 1 Sgr.), sowie das dazu gehörige Lösungen" für den Lehrer (2 Sgr.) und als Anweisung zum

a) G. B. Schulz, die zusammengesetzten Rechnungsarten des Lebens, in ihrem Wesen dargestellt und an Beispielen erläutert, 1835.

b) Scheidemann, die einfachen Rechnungsarten des Lebens, zur Benutzung in Volksschulen, unterrichtlich dargestellt und an Beispielen erläutert. Stettin, 1838. (N. XXII. S. 255.)<sup>1)</sup>

#### IV. Gesang.<sup>2)</sup>

Der Unterricht der Volksschule im Gesange soll im Aufzuchtsmittel, und insbes. zur Läuterung des Volks- und Kirchengesangs dienen. In der Regel soll einstimmig und nach dem Gehör geübt werden. Eigentliche Sängerschöre sind nur bei erlangter Größe zu bilden.

1) Allgemeine Instr. über die Behandlung dieses Unterrichts.

a) Publ. der Reg. zu Köln v. 11. Jan. 1828, betr. die Einrichtung in den Volksschulen.

Unter die wesentlichsten Unterrichtsgegenstände, die in keiner Volksschule fehlen dürfen, und worauf ein jeder Lehrer bei Uebernehmung einer solchen verpflichtet ist, gehört der Unterricht im Singen. Sein Hauptzweck liegt in dieser Grenzen ist die Bildung des Gefühls, und durch diese der Gewöhnung und Kräftigung des Willens, wozu richtige Erkenntniß allein nicht immer hinreicht. Er ist daher eins der wesentlichsten Mittel bei dem Unterrichte, durch dessen richtige und ununterbrochen fortgesetzt auch das roheste Gemüth für sanftere Gefühle zugänglich gemacht, ihm hingegen und an eine Unterordnung unter allg. Gesetze bei gemeinlicher Mit Anderen gewöhnt werden kann. Dieser Erfolg wird um so fester und nachhaltiger, je früher das kindliche Alter, wo das Gemüth für Eindrücke dieser Art außerordentlich empfänglich ist, und man darf auf die Entgegnung mancher Lehrer und Schulvorstände auf einen solchen Erfolg bei einer verwilderten Jugend, wie auf dem Sande bauen, gar nicht zu rechnen, um so weniger Gewicht legen, als sie sich nur auf alten Vorurtheilen, auf Mangel an eigener Erfahrung, auf Bequemlichkeit, oder auf Unzulänglichkeit der Einsicht in den Zweck und Methode des Unterrichts beruhen. Ueberzeugt von der Sicherheit der richtigen Anwendung des Mittels, werden wir dergl. Einwendungen, Ausnahmen begründet erscheinen können, im Allg. nicht beachten, dagegen besonders werth halten, welche, bei gewissenhafter Erfüllung ihrer

1) Für Quinta und Sexta der Gymn. empfiehlt das R. des Konf. u. u. M. Ang. v. 18. März 1826 beim Unterrichte im gemeinen Rechnen vom Prof. Ohm herausgeg. kurze, gründliche und leichtfaßliche Rechenregeln, 1818.

2) Vergl. über die Gesangsbildung der Lehrer die B. oben S. 519, sowie über Musikfeste S. 525 sub 11.

ten, auch in dieser Beziehung mit Eifer und Erfolg arbeiten. Zu dem Ende erwarten wir, daß dieser Bemühungen und ihres Erfolges in den Ver. der Schulbehörden besonders gedacht werde.

Die eigene Tüchtigkeit des Lehrers für die Erreichung dieses Zwecks ist dabei die Hauptbedingung, und es wird aus diesem Grunde auf eine angemessene Vorbereitung ders. für diesen Zweig des Unterrichts in den Schullehrer-Sem. ein großes Gewicht gelegt, auch bei der Aufnahme der Zöglinge Anlage zur Musik und insbes. für den Gesang wesentlich verlangt; daher wir denn auch in Beziehung auf unsre B. v. 1. Dec. v. J., die Aufnahme in die Sem. betreffend, es den Herren Schulpflegern zu besonderer Pflicht machen, bei der Annahme von Aspiranten dieses Erforderniß nicht unberücksichtigt zu lassen, indem auf jeden Fall die Anlage zur Musik und Fertigkeit in ders. bei der wirklichen Aufnahme in das Sem. unter übrigens gleichen Verhältnissen den Ausschlag geben wird.

Daß nun diese Ansicht von dem Zweck und der Behandlung des Gesangunterrichts in den Volksschulen nicht allein von denj. Lehrern unseres Reg. Bez., welche in Sem. gebildet sind, festgehalten, sondern auch von den übrigen richtig aufgefaßt und in Anwendung gebracht werde, ist einer der Hauptpunkte, welche die Orts- und Kreis-Schulbehörden bei der von ihrer Seite über die Schulen ihres Bereichs zu führenden Aufsicht ins Auge zu fassen haben. Auch wird derselbe in den Lehrer-Konferenzen, und bei dem damit zu verbindenden gegenseitigen Besuch der Lehrer in ihren Schulen, mannigfache Veranlassung zur gemeinsamen Verathung, zur wechselseitigen Mittheilung der darüber gemachten Erfahrungen, zur Aneignung des anderswo mit Erfolg in Ausführung gebrachten Bessern geben, worauf wir die H. Schulpfleger, oder die H. Pfarrer, welche an deren Stelle die Lehrer-Konferenzen leiten, besonders aufmerksam machen.

Indem wir nun diesen so wichtigen Gegenstand des erziehenden Unterrichts, dessen unmittelbarer Zusammenhang mit dem Religionsunterrichte von Niemandenkannt werden kann, dem eifrigen Betriebe der Lehrer und der besondern Pflege der Schulbehörden empfehlen, dabei auch zugleich auf das Studium der besten Schriften über diesen Gegenstand, die, so weit sie den Volksunterricht betreffen, in keiner Kreis-Schulbibliothek fehlen sollten, verweisen, heben wir hier nur einige Punkte heraus, die einer nähern und allgemeineren Beachtung besonders bedürfen.

- 1) Soll der Gesangunterricht den oben angegebenen Zweck mit Sicherheit erreichen, so muß er ein ununterbrochener, lang anhaltender sein, und es ist daher auch in dieser Beziehung ein regelmäßiger Schulbesuch während der Dauer der Schulpflichtigkeit eine unerläßliche Bedingung, und dieser durch die nachdrücklichsten Maaßregeln zu bewerkstelligen oder zu erzwingen.
- 2) Nicht gerade in dem künstlichen Gesange liegt die bezweckte Einwirkung dess. auf das Gemüth; je leichter, je natürlicher, je faßlicher ders. ist, je sicherer wird er diesen Zweck erreichen. Töne und Worte in inniger Verbindung, Uebereinstimmung ihrer Dauer, ihrer Höhe und Tiefe, ihrer Stärke und Schwäche mit dem Gewichte des Gedankens und mit der Stärke der Empfindung: diese sind es, welche der Lehrer bei seinem Schulunterrichte hauptsächlich erstreben soll, wie der Tonsetzer selbst sie gedacht und für die Ausführung vorgeschrieben hat. Tonstücke, in denen jene Uebereinstimmung nicht vorwaltet, eignen sich daher auch gar nicht für den Schulunterricht.
- 3) Auch selbst der mehrstimmige Gesang ist für jenen Zweck nicht gerade ein wesentliches Erforderniß. Je mehr die Aufmerksamkeit des Sängers zwischen Form und Inhalt seines Gesanges getheilt ist, je weniger stark kann er selbst von dems. ergriffen werden. Nur wo die Sicherheit im Treffen der Mitteltöne in einem so hohen Grade begründet erscheint, daß sie dem Sänger gleichsam zur Natur geworden ist, dürfte jene Schwächung des Gefühls beim mehrstimmigen Gesange weniger zu befürchten sein.
- 4) Auch ein einfacher und einstimmiger Gesang kann daher für den erziehenden Unterricht in Landschulen genügen, und ein Lehrer, der diesem Unterrichtszweige nicht ganz gewachsen ist, wird wohl thun, auch nur darauf sich zu beschränken. Was dazu erforderlich ist, wird jeder noch einigermaßen rüstige Lehrer, auch wenn es ihm früher an der erforderlichen Vorbereitung gefehlt haben sollte, und er nur nicht ganz aller Anlage ermangelt, sich noch aneignen können. Dem verkehrten Treiben eines sich selbst überhebenden Gesangunterrichtes von Lehrern, die den wesentlichen Zweck dess. nicht



begriffen haben, wollen wir aber in gleichem Grade gesteuert wissen, als dem gänzlichen Mangel dess.

- 5) Ein gut betontes, ausdrucksvolles Lesen muß überall in den Schulen den guten Vortrage beim Gesange den Weg bahnen, und späterhin mit dem Hand in Hand gehen.
- 6) Nur den im Gesange bereits ausgebildeten Schülern darf gestattet werden, diesel. Gesänge vorzutragen, welche für besondere Feierlichkeiten zur Erhebung des Gemüthes bestimmt sind, beim Anfange und Schluß der Schule, beim Schulgottesdienste, bei öffentlichen Prüfungen u. s. w. Das Anhören eines guten Gesanges muß für die Anfänger selbst ein Bildungsmittel sein; der unmittelbare Zweck der Gemüthserhebung wird aber auch für sie erreicht werden, wenn ihnen nur die Worte des Gesanges bekannt sind, oder diese von den Sängern deutlich ausgesprochen werden, was, wie billig überall, beim Schulgesange ein besonders wesentliches Erforderniß ist.
- 7) Eigentliche Sängerschöre können nur da gebildet werden, wo der mehrstimmige Gesang zu einer gewissen Vollkommenheit gebracht ist. Daß diese sich immer mehr verbreiten, ist sehr wünschenswerth und überall zu erlangen; es darf jedoch diese Bildung nirgends übereilt werden; jede Ueber-eilung trägt den Keim der Zerstörung in sich.
- 8) Wo dergl. Sängerschöre in den Schulen gebildet sind, müssen sie auch über die Grenzen der Schule hinaus erhalten, und für das bürgerliche, wie für das kirchliche Leben, wirksam gemacht werden. Richtung und Läuterung des Volksgesanges und angemessene Würde des Kirchengesanges sind die beiden Ziele, welche die Sängerschöre zu erstreben haben, und durch deren Erreichung sie auf das Wohl der bürgerlichen, wie der kirchlichen Gemeinde wohlthätig einwirken sollen. Der Lehrer, welcher sie gebildet hat, wird gerade in diesem Erfolge seiner Wirksamkeit, in dem Uebergange ders. in das Leben, seine größte Belohnung finden, und sich der ferneren Leitung ders. an freien Nachmittagen und Abenden zu ihrer Uebung, und beim Gottesdienste, wie bei Volksfesten zur Sicherheit einer angemessenen Ausführung gern unterziehen.
- 9) In einem beschränkteren Umfange wird jedoch auch der Lehrer, welcher keinen Sängerkhor hat bilden können, dennoch auch über die Grenze der Schule hinaus zur Veredlung des Volks- und Kirchengesanges beitragen können, und beizutragen verpflichtet sein, wenn er auch nur dahin strbt, dem einstimmigen Gesange die erforderliche Reinheit und Angemessenheit zu erhalten, und beim Volksgesange einer guten Auswahl von Liedern in der Gemeinde den Eingang zu sichern, und durch sie zu verdrängen, was in religiöser, moralischer und bürgerlicher Hinsicht gleich nachtheilig auf die Gesinnung einwirken kann.
- 10) In einem größern Umfange, als irgendwo auf dem Lande, werden die Leistungen der städtischen Schulen in obigen Beziehungen sich erstrecken können, und es sind daher an sie um so größere Anforderungen zu machen.

Wie die vorhergehenden Bestimmungen für das bessere Gedeihen des Gesangsunterrichts in den Schulen unseres Reg. Bez. überhaupt die richtige Anleitung geben sollen, so finden wir uns insbes. noch durch höheren Auftrag veranlaßt, diesen Gegenstand in Beziehung auf den Kirchengesang in den evang. Kirchen und auf das Orgelspiel in dens. weiter zu verfolgen. Wie viel in dieser Beziehung selbst in den größern evang. Gemeinden unseres Bezirks noch zu verbessern ist, muß jedem unbefangenen Beobachter nur zu sehr einleuchten, und wir machen daher zuvörderst den evang. Pfarrern und Kirchenvorstehern unseres Reg. Bez. zur Pflicht, keine in Hinsicht des Gesanges und des Orgelspiels in ihren Kirchen herrschende Mißbräuche ferner zu dulden. Dahin gehören in Hinsicht des Orgelspiels insbes. die Abweichungen von der einfachen Choralmelodie, und die mancherlei Verzierungen ders., welche die Gemeinde beim Gesange nur irre leiten, die in der Regel ganz unnöthigen Zwischenspiele, die störende Spielerei mit der Abwechslung besonders auffallender Register, und vor Allem die Tänze und Märsche, wie überhaupt jede nicht im Kirchenstyle gedachte oder gesehnte Musik beim Ausgange aus der Kirche. Eben so hat der Kantor Alles sorgfältig zu vermeiden, was die ernste feierliche Stimmung der Gemeinde beim Gesange im Geringsten stören könnte, als ganz unpassende Schreien und Verzerren der Melodie, die mit der ruhigen Cam-

lung und Erhebung des Gemüthes ganz unverträglichen Uebergänge u. s. w. Wenn Organist und Kantor den deshalb an sie ergangenen Aufforderungen und Warnungen nicht Folge leisten, so sollen sie in eine Ordnungsstrafe von 1 Thlr. verfallen, der von ihrem Gehalte zurückzubehalten und an die Kirchenkasse zu zahlen ist. Die Feststellung der Strafe soll von dem Superint. auf den Antrag des Pfarrers und Kirchenvorstandes erfolgen. Im Wiederholungsfalle ist die Strafe zu verdoppeln. Daß aber diese Bestimmungen überall in den evang. Kirchen aufrecht erhalten, daß durch einen zweckmäßigen Gesangunterricht in der Schule ein wohlgeordneter Kirchengesang der Gemeinde begründet, und nach und nach auch wirklich in Ausübung gebracht werde, das übertragen wir ebenfalls zunächst der Sorge der H. Superint., und erwarten von ihnen jährlich im Mon. Dec. einen Ber. über die Lage dieser Angelegenheit in ihrer Diöces.

Um aber auch gesichert zu sein, daß überall nur tüchtige Organisten und Kantoren für die evang. Kirchen unseres Bereichs gewonnen werden, verordnen wir hiermit:

- 1) daß für diej. evang. Schulstellen, mit denen die Organisten- oder Kantorstelle verbunden ist, nur solche Subjekte sollen in Vorschlag gebracht werden können, welche in ihrem Prüfungszeugniß unter den Rubriken: Orgelspiel und Gesang, das Prädikat: vorzüglich oder sehr gut aufzuweisen haben;
- 2) daß in den Organisten- und Kantorstellen, welche nicht mit der Schulstelle verbunden sind, Niemand ohne unsere Bestätigung angestellt werden darf, diese Bestätigung aber von dem Resultat einer vorangegangenen, durch uns angeordneten Prüfung abhängig sein soll.

(N. XII. S. 110.)

b) Erl. des Prov. Schulkolleg. der Prov. Posen v. 12. April 1853, betr. den Gesangunterricht in den kathol. Elementarschulen.

Wir haben vielfach Gelegenheit gehabt, die Wahrnehmung zu machen, daß der Gesangunterricht in Volksschulen weder in Betreff seiner methodischen Behandlung, noch hinsichtlich der durch ihn erlangten Ergebnisse den durch die Bedeutsamkeit dess. für kirchliche Erbauung und für allg. Volksbildung gebotenen Anforderungen Genüge leistet. Wir sehen uns daher veranlaßt, in Nachfolgendem die Bemerkungen und Winke kurz zusammenzustellen, von deren Beachtung wir uns eine heilsamen Einwirkung auf den Gesangunterricht in der Volksschule versprechen und in- dem wir dies. den H. Defanen und Lokal-Schulinsp. zur Kenntnissnahme mittheilen, anlassen wir Sie, die Beachtung ders. Seitens der Lehrer Ihres Aufsichtskreises sorgfältig zu überwachen.

#### I. Das Methodische.

1) Wenn in manchen Schulen beim Gesangunterricht die Notenschrift angewendet wird, so erweist sich dies meistens als ein bloßer Schein, indem man zwar die Noten vor Augen hat, auch wohl ihre Namen kennt, aber doch nicht darnach singt. Das Singen nach Noten gehört auch gar nicht in den Kreis der Elementarschule, vielmehr wird es vollständig genügen, wenn die nöthigen geistlichen und weltlichen Lieder vermittelt des Gehörs eingeübt werden; höchstens in den Ober- klassen mehrklassiger Stadtschulen kann von der Notenschrift Gebrauch gemacht werden.

2) Der Gesangunterricht beginnt in Schulen mit einem Lehrer erst in der zweiten Abth., in gehobenen Stadtschulen kann der Gesangunterricht schon in der ersten Klasse, jedoch nur mit ganz leichten kleinen Kinderliedchen begonnen werden. Die Vorübungen müssen jedoch den nächst höheren Klassen vorbehalten bleiben.

3) Zur Bildung des musikalischen Gehörs und Gedächtnisses sowie der Stimme, durch gleichzeitig das Treffen der Töne erzielt wird, müssen die eben genannten Vorübungen fleißig geübt werden. Dies. bestehen in dem Vor- und Nachsingen einzelner, dann zweier, drei, vier Töne von verschiedener Höhe, Länge und Stärke, als Vorbereitung für die Dur-Tonleiter deren beide Hälften gehören; jede bildet ein sogenanntes Viergetön (Tetrachord), z. B. c, d, e, f, dann g, a, b, c. Endlich werden die Töne der ganzen Tonleiter zuerst in und dann außer Reihe geübt.

4) Bei Einübung von Liedern wird zunächst durch Vor- und Nachsagen oder

auch durch Aufschreiben auf die Schiefertafel (für die obere Abth.) zeilenweise die erste Strophe des Liedes dem Gedächtnisse eingeprägt, dann die Melodie ebenfalls zeilenweise durch Vorsingen und Vorspielen auf der Violine eingeübt, hierauf werden, so weit es nothwendig erscheint, in ders. Weise die übrigen Strophen des Liedes auswendig gelernt.

5) Da der Gesang nichts anderes ist, als der lebhaftere, vom Gefühl getragene Ausdruck eines Gedankens, so kommt es vor Allem darauf an, diesen zum Verständniß zu bringen. Es ist daher eben so sehr der Natur der Sache gemäß, als für die Gewinnung eines ausdrucksvollen Gesanges unerläßlich, daß die Übung eines jeden, besonders aber des geistlichen Liedes mit sorgfamer Erklärung des Textes begonnen werde. Die erste Hälfte der Gesangsstunde wird daher mit dem Memoriren und Zergliedern des Textes, die andere zum Einüben der Melodie zu verwenden sein. Einerseits beugt der Lehrer dadurch der Ermüdung und zu großen Anstrengung der kindlichen Stimmen vor, andererseits erhält er die Lust am Gesange um so reger, je mehr er darauf bedacht ist, sie nie bis zum Ueberdruße zu befriedigen. Bei solcher Einrichtung wird auch die Ansetzung von halben Stunden für den Gesangunterricht, wie sie in manchen Schulen besteht, überflüssig.

6) Da ferner der Gesang den Zweck hat, einen Gedanken in der ihm gegebenen musikalischen Form hörbar zu machen und vor der Instrumentalmusik eben diesen eigenthümlichen Vorzug besitzt, daß mit dem Tone zugleich auch das Wort zur Geltung kommt: so ist mit Fleiß darauf zu achten, daß bei allem Gesange der Vorzug auch wirklich erkennbar werde dadurch, daß man mit dem Tone zugleich das ihm zum Grunde liegende Wort deutlich versteht. Ein besonderer Fleiß ist namentlich auf das richtige Aussprechen der Vokale zu verwenden und wird in dieser Seite des Gesangunterrichts gewidmete Sorgfalt wesentlich auch der Sprachentwicklung der Kinder zu gute kommen.

7) Die Gesangsstunden dürfen weder nach anstrengenden Sprechstunden, noch auch in die Zeit kurz vor oder nach dem Mittagessen gelegt werden, weil in den ersteren Fällen die Stimme zu schwach, in letzteren aber unrein sein würde.

8) Auch darf die geeignete Haltung des Körpers, sowohl wegen Hervorbringung eines guten Tones, als auch aus Gesundheitsrücksichten nicht übersehen werden.

9) Alles rohe Schreien beim Gesange darf der Lehrer vom ersten Augenblicke an nicht dulden, eigentliche Stimmfehler aber, wie das Singen durch die Lippen, können nicht gleich Anfangs abgewöhnt werden, wenn den ohnehin schüchtern Kindern das Singen nicht ganz verleidet werden soll.

10) Für den Gesangunterricht werden wöchentlich 2 Stunden in der Regel ausreichen, in Schulen, wo nur eine Landessprache gelehrt wird, können indeß auf 3 Stunden hierfür bestimmt werden. Die Stundenzahl wird um so mehr anwachsen, wenn man bedenkt, daß nicht bloß in den eigentlichen Gesangsstunden, sondern auch beim täglichen Anfang und Schluß der Schule, wie auch durch die Theilnahme an dem Gottesdienste Gelegenheit zur Übung von Gesängen geboten wird. Ist eine Unterbrechung des Gesangunterrichts ein, was zum großen Theil bei uns in Landschulen während des Sommersemesters der Fall ist, so muß dafür der Gesang am Anfange und Schlusse der Schule nach Möglichkeit verlängert werden. Ein nothwendiger Verkürzung der Gesangsstunden kann dem weltlichen Liede eher als dem geistlichen.

11) Gehobenen Volksschulen empfehlen wir auf der obersten Stufe des Unterrichts drei- und vierstimmigen Gesang einzuüben, jedoch nur für weltliche Lieder oder arienmäßige Kirchenmelodien, wogegen der Choral seiner Natur nach nur einstimmig gesungen werden darf, am wenigsten aber darf der Lehrer das sogenannte Sekundiren beim Kirchenliede dulden.

12) Wir müssen den Lehrern endlich zur Vermeidung der gewöhnlich hervortretenden Uebelstände dringendst empfehlen, daß sie sich bei Ertheilung des Gesangunterrichts streng an einen bewährten Leitfaden anschließen, und machen wir zu diesem Behufe namentlich auf den unter dem Titel: Gesangschule von Wilhelm Arnberg bei Rittler erschienenen Leitfaden aufmerksam. Wenngleich mit der Befolgung des in dem vorbenannten Buche vorgeschriebenen methodischen Lehrganges am Anfange ein langsames Fortschreiten in der Aneignung bestimmter Melodien verbunden ist, so wird sich dagegen in dem weiteren Fortgange des Unterrichts

er Gewinn zeigen, der überall beim Unterricht unausbleiblich ist, wenn man geordneten Stufengang inne hält.

## II. Das Kirchenlied.

Die Klage über schlechten Kirchengesang wird vielfach und nicht mit Unrecht gehört. Wenn sie aber verschwinden soll, so muß die Schule vor Allem das dazu beitragen. Es ist eine in den meisten Fällen nicht zu lösende Aufgabe, die erwachsenen Mitglieder der Gemeinde von den schlechten Gewohnheiten zu machen, durch welche sie den Kirchengesang entstellen, aber einem umsichtigen und gewissenhaften Lehrer kann es gar wohl gelingen, die heranwachsende Jugend der Schule an einen edleren und dem Charakter des geistlichen Liedes entsprechenden Vortrag des Choral zu gewöhnen und auf diese Weise mit der Zeit einen besseren Einfluß auf den Gemeindegesang auszuüben.

Zur Erreichung dieses Zieles ist zunächst nothwendig, daß eine genügende Anzahl von Chormelodien und Kirchenliedern zur Einübung komme. Wichtig ist hiermit bei vielen Schulen steht, hat uns die Erfahrung zur Gelehrtheit, indem mitunter Lehrer, zur Nachprüfung einberufen, nur mit etwa 3 Kirchenliedern bekannt waren.

Oben so wichtig ist, daß bei der Einübung der Kirchenlieder eine bestimmte Reihenfolge sorgfältig innegehalten werde, indem einmal von den leichteren Melodien zu den schwereren fortgeschritten, dann aber auch das Kirchenjahr berücksichtigt wird. Die Übungszeit muß daher so gewählt werden, daß beim Beginn eines Festes die für dass. nöthigen Lieder bereits eingeübt sind. In jedem Jahr werden für die betr. Festzeiten nur einige Lieder eingeübt, so daß jeder Jahr von Liedern gleichsam ein neues Kirchenjahr bildet; beim Austritt aus der Schule muß aber jedes Kind mit allen in der Pfarodie gebräuchlichen Liedern versichert worden sein. Endlich ist noch darauf zu sehen, daß in allen zu der Pfarodie gehörigen Schulen dieselben Lieder im Laufe eines Jahres eingeübt werden.

Am Schlusse dieser Instr. lassen wir eine nach vorstehenden Bemerkungen gesammelte Zusammenstellung der in den einzelnen Klassen einzuübenden Polnischen Lieder zur genauen Beachtung folgen; <sup>1)</sup> ein gleiches Verzeichniß Deutscher Kirchenlieder anzufertigen sind wir bei dem Mangel eines Diöcesanbuches für jetzt außer Stande.

Bei Einübung der Polnischen Choral-Melodien ist das mit Genehmigung der zuständigen Behörde von dem Sem. Lehrer L. Klonowski herausgegebene Liederbuch zu gebrauchen.

Für den guten Vortrag eines Choral ist es von höchster Wichtigkeit, daß der zum Grunde liegende Text gehörig beachtet werde, indem hiernach das Tempo und die Stärke des Tones sich richten muß. Fasten-, Buß- und Bittlieder werden langsamer und mit tiefer, gedämpfter Stimme, Lob- und Danklieder mit mehr Bewegung und Kraft, daher in höheren Stimmlagen vorgetragen.

Die Kirchenlieder werden stets stehend, mit gefalteten Händen und mit Ehrfurcht, wie in der Kirche gesungen. So nur wird die Gesangsstunde eine heilige Übung.

Daß in der Mittel- und Oberklasse auch die in früheren Jahren eingeübten Melodien von Zeit zu Zeit sämmtlich wiederholt werden müssen, bedarf kaum Erwähnung.

Die mit den Kindern eingeübten Lieder hat der Lehrer wöchentlich in das ordnungsmäßige Tagebuch einzutragen, die H. Schulinsp. werden dagegen angehalten, bei Erstattung der jährl. Prüfungsber. die Kirchenlieder speziell aufzuführen, welche im Laufe des Schuljahres zur Einübung gelangt sind.

## III. Das Schullied.

Für den weltlichen Gesang wird die nach Einübung der geistlichen Lieder übrige Zeit zu verwenden sein.

Bei Auswahl der Schullieder ist auf deren Inhalt sorgsam zu achten. <sup>2)</sup> Werden erst Lieder mit den Knaben eingeübt, deren Text wohl für Mädchen geeignet wäre, oder mit den Mädchen Lieder gesungen, deren Inhalt nur den Knaben

<sup>1)</sup> Ist nicht mit abgedruckt.

<sup>2)</sup> s. unten sub 3.

unwesen. II.

ausagt. Manche Lehrer wiederum wählen Lieder, die ihrem Inhalt nach sich allenfalls für 6- bis 8-jährige Kinder eignen, die aber dem Erwachsenen kindisch erscheinen müssen und die daher aus der Schule in das Leben nicht mit hinüber genommen werden.

3) Diesem weder das jugendliche Gemüth erquickenden und stärkenden, noch die Gesangeslust im Volke mehrenden und darum verkehrten Treiben ist nur dadurch zu begegnen, daß die Jugend mit dergl. Liedern bekannt gemacht wird, die entweder, weil sie aus dem Volke selbst entsprungen, oder weil sie von anerkannten Meistern der Kunst herrühren, von Mund zu Mund fortgepflanzt zu werden würdig sind.

4) Um auch hier für eine Auswahl den Lehrern die Hand zu bieten, machen wir aufmerksam auf „Piesni i piosneczki szkolne z melodyjami p. T. Klonowski. Poznan nakladem braci Szerk“, 3 Egr., enthaltend eine Sammlung von 29 zweckmäßigen Polnischen ein-, zwei- und dreistimmigen Schulliedern. Für Deutsche Schulen dagegen können wir empfehlen: „Vones Beilchensamen“, neue Lieder für Kinder. Köln und Neuf bei Schwann 7½ Egr. Wir wünschen und erwarten, daß die H. Schulinstr. unseres Reiches die vorstehenden Andeutungen dazu benutzen werden, um die Lehrer auf das aufmerksam zu machen, was zur Hebung und Belebung des Gesangsunterrichts in Volksschulen dienen kann und sind ihrer freudigen und gewissenhaften Mitwirkung in dieser Angelegenheit im Voraus um so mehr gewiß, als der Zusammenhang klar zu Tage liegt, welcher zwischen der Förderung des hier behandelten Unterrichtszweiges und der religiösen und sittlichen Kräftigung des Volkes überhaupt besteht.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 187.)

c) Vergl. das G. R. v. 4. Febr. 1853 (s. v. S. 671).

2) Unterstützung des Kirchengesangs durch die Schulkinder. Außer den B. sub 1. bestimmt hierüber insbes.:

a) das Publ. des Konf. zu Münster v. 13. Dec. 1817, betr. den Gesangsunterricht in den Volksschulen.

- 1) Es darf einem Schullehrer nicht eher gestattet werden, diesen musikalischen Unterricht zu ertheilen, bis er der anzuwendenden Lehrmethode gehörig kundig ist, und man von ihm zuversichtlich erwarten kann, daß er den Unterricht mit gutem Erfolg ertheilen werde.
- 2) Bei der Ertheilung dieses Unterrichts und bei den anzustellenden Übungen ist beständig der Hauptzweck im Auge zu behalten, daß dadurch der Kirchengesang veredelt werden soll.
- 3) Wo die Schulkinder über die Anfangsgründe der Singekunst hinausgekommen und so weit gebracht worden ist, daß sie schon Kirchengesang mit ausüben kann, da müssen die einzuübenden Gesänge von dem Pfarrer ausgewählt und vorgeschrieben werden. Eben so liegt es auch
- 4) den Pfarrern ob, zu bestimmen, auf welche Weise die Schulkinder an der Leitung des Gesanges in den Kirchen theilnehmen solle. Was insbes. im Gesang in den evang. Kirchen betrifft, so ist
- 5) dafür zu sorgen, daß die Schulkinder mit den in den Kirchen eingeführten Chormelodien gehörig bekannt gemacht, und im deutlichen, bestimmten, wohlklingenden und ausdrucksvollen Singen ders. bis zur größten Geläufigkeit eingeübt werde. Erst dann, wenn sie hierin die erforderl. Fertigkeit sich erworben hat, darf sie
- 6) in der Kirche dazu aufgestellt werden, um durch ihr Singen der Melodien den Gesang der Gemeinde zu leiten. Die Pfarrer werden in dieser Hinsicht wohl thun, die Melodien, welche sie des Sonntags in der Kirche wollen singen lassen, in der Woche vorher in der Schule einüben zu lassen, und zwar nach der Vorschrift des Choralbuchs. Es versteht sich hierbei von selbst, daß die Schulkinder den unisonen Gesang der Gemeinde auch unisono mitsingen muß, und dergl. nicht mehrstimmig begleiten darf, indem sonst der Gemeindegesang verwirrt und seiner einfachen Würde beraubt werden würde.
- 7) Mehrstimmige musikalische Aufführungen dürfen nur da gestattet werden,



wo ein ordentlicher Sängerkhor gebildet worden, welcher Geschicklichkeit genug besitzt, religiöse Chorgesänge auf eine der Würde der Kirche angemessene Weise vorzutragen, und bei der Wahl dieser Chorgesänge ist sorgfältig dahin zu sehen, daß ihre Musik nicht über die Grenzen des Kirchenstils hinausgehe.

- 3) Wo die Schuljugend in der Singekunst so weit gekommen ist, daß aus ihr ein Sängerkhor für die Kirche gebildet werden kann, da haben die Kirchenvorsteher davon Anzeige bei uns zu thun und ihre Vorschläge einzureichen, um solche Sängerkhöre durch bestimmte Statuten mit den übrigen kirchlichen Anordnungen in Verbindung zu setzen.

(N. I. S. 4. S. 115.)

- b) U. A. der Reg. zu Breslau v. 10. Nov. 1834 an sämmtl. Sun- und kathol. Schulinsp., betr. die Bildung der Schuljugend zur Ausübung der Kirchenmusik, besonders des Kirchengesangs.

Es ist bei Gelegenheit der Bereisung der Schulen von Seiten unserer Schulinsp. mit Vergnügen wahrgenommen und uns angezeigt worden, daß nicht bloß in den meisten Städten, sondern auch in mehreren Dörfern unsers Depart., die Schullehrer sich die Bildung der Jugend zur Ausübung der Kirchenmusik und namentlich des Kirchengesanges, zum Theil recht eifrig angelegen sein lassen. Auch von einigen Schullehrern ausgegangene Stiftung von Musik- und Gesangsvereinen und die Theilnahme anderer daran, ist zu unserer Kenntniß gekommen.

Ersteres ist gewiß zu loben, und verdient alle Aufmunterung zur Fortsetzung; letzteres aber kann nur in sofern beifällig anerkannt werden, als die Musikvereine nicht etwa große Kunstproduktionen, wobei Virtuosen und Musiker vom Fach hauptsächlich hervortreten, und die Kirchenmusik und Gesang in den Hintergrund gestellt wird, sondern bloß die letztern zum Hauptgegenstande ihres Eifers und ihrer Thätigkeit machen. Denn jenes könnte bei gar zu eifriger Verfolgung leicht die Schullehrer zur Vernachlässigung ihrer andern Berufspflichten führen.

Da aber die Musik- und Gesangsvereine der Schullehrer in den bemerkten Grenzen und zu dem angegebenen Zwecke überall sehr wünschenswerth sind, so veranlassen wir Sie hiermit, dahin zu wirken, daß sich ein solcher Verein unter den Schullehrern Ihres Kreises entweder allein, oder in Verbindung mit denen eines benachbarten Kreises bilde, sein Wesen, seine Tendenz und Bedingungen des Zusammenhalts, in einem Plakat ausspreche, und dieses uns zur Kenntniß einreichen lasse. Da einer der Hauptzwecke des Vereins die gegenseitige Aufmunterung sein wird: recht viel Musik- und Gesangsschüler zu bilden, so ist es nicht nothwendig, auch die Lust zum Lernen in den Schülern und ihren Angehörigen, die nicht selten sogar hindernd dazwischen treten, zu wecken und zu beleben. Aufmunterungsmittel kann unter andern, Ihrem eigenen Befund freigestellt, darin bestehen, daß die Musikschüler, bei sonst gleichen Eigenschaften, einen Vorzug vor den übrigen genießen, vielleicht kann sogar eine scheidliche Auszeichnung erfunden werden, es kann z. B. eine Tafel oder ein auf dem Chore aufbehaltenes Buch die Namen ders. enthalten. Ein jährl. kleines Musikfest, wobei die besten und geübtesten Schüler etwas ihren Kräften Angemessenes vorzutragen hätten, seien einfache Soloparthien oder mehrstimmige Stücke, würde ein Mittel sein, den ausgezeichnetsten kleinen Sängern und Musikern eine Freude zu bereiten. Die Vorbereitung auf dieses Fest würde die beste Uebung gewähren, denn würde mit weit mehr Lust und Erfolg als jede andere, die keinen so besondern Zweck hat, unternommen werden.

Es muß jedoch hier wiederholt erinnert werden: daß Alles dieses in den oben bestimmten Grenzen bleiben soll. Wenn auch ein oder der andere Schüler von natürlichem Talent hiernach die vorbereitende Fähigkeit zum Uebertritt in den Bereich höherer Kunstleistung erlangen sollte, so wird er andere Gelegenheit zur weiteren Ausbildung finden; nur der Verein muß diese nicht in die Grenzen seines Wirkungskreises aufnehmen, so wenig, als die Volksschule bei ihrem Unterricht im Allgemeinen die Ausbildung eines Kunstmalers u. dgl. sich zum Ziele setzen darf. Wenn die höhere Kunstbildung in den Augen des Staats ihren vollen Werth hat, so darf sie seiner Begünstigung erfreuen darf, so ist doch dafür nicht die unterz. R. mit den ihrer Aufsicht untergebenen Schulanstalten das Organ.

Die Erlernung eines oder des andern, die Kirchenmusik außer der Orgel bes-

gleitenden Instruments, obgleich sie besonders an größeren Orten recht werth ist, zumal sie auch überhaupt die Bildung des reinen Gesanges unterstützen vermag, wird freilich nur von einem kleinen Theile der Sch. tet werden können, da sie mit vielen Umständen verknüpft ist; allein Übung kann und soll dagegen so allgemein als möglich werden, und n. der dürfen davon ausgeschlossen werden, denen die Natur schlechterbin- lagen dazu versagt hat. Deren sind aber überall gewiß nur wenig; meisten sind mit einem mehr oder minder guten musikalischen Gehör be-

Es wird nicht ohne Interesse sein, in jeder Schule, nöthigenfalls h. ung eines Sachverständigen (aber nicht des Ortschul. Lehrers) näher suchen: wie viel Knaben und Mädchen ein gutes musikal. Gehör gestalt, daß sie ohne Begleitung die Tonleiter absingen, und als zweite Hauptstimme begleiten können, und wie vielen diese natürliche Anlage diesen letzteren wird aber wieder auch noch ein Unterschied sein, denn e- wenigstens, wenn ihre Stimme geführt wird, mit dem Vorsänger und l- Chöre mitsingen können, und nur einige werden auch zu dieser Fertigl- bringen lassen. Die Schüler werden hiernach sich in 3 Klassen theile doch zu berücksichtigen ist, daß zu der letzten nicht alle diej. gehören, be- ferkeit und andere vorübergehende Schwierigkeiten obwalten, welches l- Gutesindern der Fall ist, obgleich es am guten Gehör gar nicht fehlt. sen dahin gezählt werden, wohin sie nach Beseitigung des vorübergehe- nisses gehören würden.

(N. XVIII. S. 1020.)

### 3) Auswahl weltlicher Schullieder.

a) Vergl. Nr. III. des Grl. v. 12. April 1853 oben sub

b) E. M. der K. Reg. zu Posen v. 19. Jan. 1854 an f- lane und Schulinsp., betr. das Verbot illoyaler Lieder in den

Es ist unbestrittene Aufgabe der Schule, nicht nur alles sorgsam- ten, wodurch schädliche und verderbliche Gesinnungen und Richtungen i- lern erzeugt und gefördert werden, sondern im Gegentheil auch in les- sinnungen der Anhänglichkeit, der Treue und des Gehorsams gegen den und gegen den Staat zu erwecken und zu befestigen. Wenn nun abe- spruch mit dieser unabweisharen Forderung in den Schulen Lieder g- den, durch welche politischen Partheibestreben Nahrung gegeben, horsam gegen die Landesobrigkeit untergraben wird, so werden wir sol- ren Ausschreitungen mit der größten Strenge entgegentreten. Für je- welchem gegenwärtiger Verf. fernerhin entgegengehandelt wird, behal- vor, gegen den betr. Lehrer mit unnachlässiger Strenge einzuschreiten selbst seine Entlassung aus dem Schulamte herbeizuführen. Die Schul- wir für die Aufrechterhaltung dieser unserer Anordn. mit verantwortlich (Nat. Zeit. 1854. Nr. 38.)

### 4) Notenbücher.

a) Fürstenthal, Bd. 2. S. 308, führt eine B. des Konf- ster v. 28. Dec. 1831 (Arnsb. Amtsbl. 1832. S. 3) auf, u- Bezugnahme auf eine (nicht gedruckte) Verf. des Konf. v. 18. i- zur Verbesserung des Gesangunterrichts und des Gemeindegesan- gende Einrichtung in den Schulen einer Gemeinde aufmerksam

„Man hat für jede Schule eine angemessene Anzahl von liniirten B- als bleibendes Inventarium angeschafft. In die erste Hälfte des Not- den, nach gehöriger Verabredung mit dem Pfarrer, diej. Kirchenmelodier eingeschrieben, welche vorzugsweise von der Schuljugend eingeübt w- und zwar theils solche, welche in der Kirche von der Gemeinde am h- sungen werden, theils solche, welche von der Gemeinde unrichtig gesung und deshalb allmählig berichtigt werden müssen, theils solche, welche de- noch unbekannt sind, und die man in Gebrauch zu bringen wünscht. bern Hälfte werden auserlesene, zwei- oder mehrstimmige Gesänge ein- und zwar theils solche, deren man sich in der Schule oder bei vorles-

sonderen Feierlichkeiten bedienen will, theils solche, welche man, zur allmählichen Verdrängung schlechter Volksgesänge, durch die Schuljugend in das Volksleben einzuführen sich bemüht. Denj., welche diese Einrichtung nachahmen wollen, hat das K. Hof. angerathen, zu den Notenbüchern recht starkes und feines Notenpapier zu nehmen, die Noten nicht wie gewöhnlich mit kleiner, sondern mit großer, deutlicher Schrift, recht sauber und schön, und zwar nicht von den Schülern, sondern von den Lehrern, oder von einem andern guten Notenschreiber, einschreiben zu lassen, — nicht den Klavierschlüssel, sondern den jetzt allgemein gebräuchlichen Violinschlüssel zu wählen, — und die Melodien der kirchlichen Gemeindegesänge nicht aus dem, etwa in der Ortskirche vorfindlichen, handschriftlichen Choralbuche, sondern aus dem in der Provinz bekannten, gedruckten Choralbuche für evang. Kirchen von Matorp, Kessler und Rink zu entnehmen.“

b) Vergl. jedoch über das Singen nach dem Gehör die allg. Vorschriften sub 1.

### 5) Gebrauch des Hierochords.

Durch ein G. H. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 14. Juli 1825 (H. IX. S. 651) wurde dies von Dr. M. Schmidt zu Greifswald erfundene Instrument auf Grund der Zeugnisse des Prof. Zelter und des Musik-Dir. Schneider zur Leitung des Gesanges in Schulen und kleinen Kirchen empfohlen.

### 6) Schonung des Stimmorgans beim Gesangunterricht.

G. H. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 1. April 1851 an sämmtl. K. Prov. Schulkolleg., betr. die Ertheilung des Gesangunterrichts auf den Schulen.

Von musikalisch-technischer Seite ist bei mir in Anregung gebracht worden, daß der Gesangunterricht an den Schulen nicht immer, und namentlich in den Jahren der Mutations-Periode der menschlichen Stimme, diej. Rücksichten beachte, welche erforderlich sind, um das Stimmorgan vor verderblichen Einflüssen zu sichern, und krankhafter Dispositionen vorzubeugen. Ich habe hierüber das Gutachten der wissenschaftlichen Deput. für das Medicinalwesen erfordert. Diese hat sich dahin ausgesprochen, daß vornehmlich auf die Schonung des Stimmorgans in den Pubertätsjahren beider Geschlechter, insbes. bei den Knaben, — einen Zeitraum, der physiologisch und musikalisch vom 14. bis zum 18. Lebensjahre auszudehnen, Rücksicht zu nehmen sei, indem aus dem Mangel solcher Berücksichtigung, nach den reichsten Erfahrungen, oft sich dauernd nachtheilige Folgen ergäben. Außerdem sei darauf Bedacht zu nehmen, daß auch im zarteren Alter die Kinderstimmen vor großer Anstrengung gesichert blieben. Vor vollendetem 7. Lebensjahr sei der Gesangunterricht überhaupt nicht anzufangen, und namentlich sei Sorge zu tragen, daß die Kinder nicht zu viel hinter einander sängen. Die Dauer einer Stunde — die gewöhnlichen Pausen beim Wechsel der Gesangstücke eingerechnet, — sei für die einzelne Kinderstimme jedenfalls eine zu große Anstrengung.

Ich muß zwar voraussetzen, daß die umsichtigen Gesanglehrer überall mit den eben angeführten Grundsätzen vertraut sein werden, veranlasse indeß das K. Prov. Schulkolleg., die Verstände der Schulen auf die danach erforderlichen Maßregeln aufmerksam zu machen, und den danach event. zu regelnden Betrieb des Gesangunterrichts ihrer näheren Fürsorge zu empfehlen.

(Min. Bl. d. i. V. 1851. S. 83.)

## V. Naturgeschichte.

Der Unterricht in Naturgeschichte und Naturkunde wird als Nebensache angesehen. Die ältern Reglements erwähnen denselben gar nicht. In neuern, z. B. in der Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 §. 14. sub g. ist das Unentbehrlichste daraus unter die Unterrichtsgegenstände aufgenommen. Vergl. Lit. I. sub I. Insbes. §. 2. der Anweisung von 1794. (V. eben in Th. I. S. 79.) Im Ganzen scheint es für ausreichend gehalten

zu werden, bei Gelegenheit der Leseübungen so viel von diesem Zweige des Wissens zu berühren, als gerade das eingeführte Lesebuch enthält.

Die über den Unterricht in der Naturgeschichte publizirten B. beschränken sich auf Folgendes:

1) Anlegung von naturhistorischen Sammlungen.

B. der Reg. zu Liegnitz v. 1. Juni 1847.

Je sorgfältiger in neuerer Zeit die Naturwissenschaften gepflegt werden, und je mehr sich dadurch die Kenntniß der Naturgegenstände erweitert hat, desto lebhafter wird aber das Bedürfnis empfunden, naturhistorische Sammlungen zu besitzen, um durch unmittelbare Anschauung der Naturkörper die Kenntniß ders. klarer, bestimmter und fruchtbarer zu machen. Die Sammlungen der Art haben nicht bloß für den, der sich mit der Erforschung der Natur wissenschaftlich beschäftigt, einen Werth, sondern auch für jeden Andern, der an den Naturerzeugnissen ein wenn auch nur praktisches Interesse nimmt, besonders aber für die Lehrer in den Schulen, die in der Naturbeschreibung Unterricht zu erteilen haben. Dieser Unterricht kann ohne Anschauung nie von erheblichem Nutzen sein, und wenn auch gute Abbildungen der Naturkörper zu diesem Zwecke gute Dienste leisten, so verdienen doch naturhistorische Sammlungen in jedem Falle den Vorzug. Auch ist es nicht sogar schwierig, dergl. Sammlungen wenn auch nur von einheimischen Produkten und von geringerem Umfange anzulegen und allmählig ohne Geldkosten zu vervollständigen, sobald nur erst das Interesse dafür geweckt ist, da überall die Natur selbst mit ihren Gaben entgegenkommt, und zumal in der hiesigen Prov. im Thier-, Pflanzen- und Mineralreich, sowohl in der Ebene als in den Gebirgsgegenden, eine nicht unbedeutende Ausbeute gewährt. Schwieriger wird es in vielen Fällen sein, die aufgefundenen Gegenstände nach ihrem wissenschaftlichen Charakter zu bestimmen und zu klassifiziren. Indessen ist die naturwissenschaftliche Sektion der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur in Breslau gern bereit, auf diesfällige Fragen Antwort zu erteilen, und da der Gesellschaft für ihre Korrespondenz höhern Orts die Portofreiheit bewilligt ist, so würden daraus wenigstens keine Geldkosten erwachsen. Es ist daher sehr zu wünschen, daß bei jeder Schule, die darauf Anspruch macht, den besseren beigezählt zu werden, und wo dem Unterrichte in der Naturbeschreibung besondere Lehrstunden gewidmet werden können, eine kleine ihren Bedürfnissen entsprechende Sammlung von Naturprodukten angelegt, daß diese Sammlungen bei städtischen Schulen erweitert und zu diesem Zwecke die Freunde der Volksbildung von den Aufsichtern des Schulwesens und den Kommunalbehörden aufgemuntert werden, durch Ablieferung aufgefundenener seltener Naturgegenstände jene nützlichen Institute zu bereichern.

Uebrigens haben auch wir eine Sammlung von Naturprodukten unseres Verwaltungsbezirks angelegt, welche dem Unterrichte, besonders dem gewerblichen gewidmet ist und vorzugsweise diej. Naturgegenstände umfaßt, deren Benützung als für das Hüttenwesen, die Gewerbe und das Bauwesen von Wichtigkeit sich darstellt und empfangen wir für dieselbe auch ferner gern Beiträge.

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 127.)

2) Belehrung über die Giftpflanzen.

a) Das Publ. der Reg. zu Köslin v. 23. Jan. 1817, betr. die Ansicht auf den Handel mit Gartengewächsen, zu Verhütung der Vermischung mit Giftpflanzen<sup>1)</sup>, schreibt vor:

daß dergl. Giftpflanzen aufgesucht und ausgerottet, auch in den Schulen zu

1) In den N. IV. S. 672 findet sich eine Kurhessische B. v. 6. Nov. 1820, worin zur Unterscheidung von Petersilie und Schierling, als Kennzeichen der crüter bezeichnet wird „eine weißliche oder blaßbräunliche Spitze, gleich einer kleinen Stachel (bei der ganz jungen Petersilie ein weißes Pünktchen, worin sich jedes Blatt und jeder Lappen eines Blattes endigt, auch bei der alten Petersilie, welche doch ihre Blattgestalt so sehr ändert, bleibend ist), — bei schädlichen, der Petersilie sehr ähnl. Kräutern aber fehlt.“ Eine zweite Kurhess. B. v. 17. Juni 1820 über allg. Kennzeichen von Giftpflanzen steht ebendas. S. 432.

Kinder durch Vorzeigung frischer Exemplare von deren äußern Beschaffenheit belehrt werden sollen.

(N. I. S. 1. S. 233.)

b) Publ. der Reg. zu Oppeln v. 27. April 1827, betr. die Anschaffung des Müllerschen Werks für die Schulen.

Es hat sich neuerdings der traurige Fall ereignet, daß 9 Kinder aus einem Dorfe des hiesigen Reg. Depart. in Folge des Genußes von Schierlingswurzeln von konvulsivischen Zufällen befallen, und davon 2 ders. verschieden sind, ehe ärztliche Hülfe eintreten konnte.

Um nun ähnlichen traurigen Erfahrungen in der Folge möglichst vorzubeugen, werden die Schulvorstände des platten Landes im hiesigen Reg. Depart. aufgefordert, für die Anschaffung des eben so gemeinnützigen als wohlfeilen Werkes: „die vaterländischen Giftpflanzen und Giftschwämme in natürlichen Abbildungen, auf Stein gezeichnet von M. H. Mücke, Breslau bei Schöne“ zu sorgen, damit die Abbildungen in den Schulstuben, vor dem Verderben möglichst gesichert, aufgehängt, und zur Belehrung der Kinder angewendet werden können.<sup>1)</sup>

(N. XI. S. 427.)

c) Eben so wird durch G. R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 20. Nov. 1830 das von den Dr. Brandt und Rabeburg zu Berlin herausgegebene, und mit treuen Abbildungen ausgestattete Werk: „die Giftpflanzen Deutschlands“ empfohlen. (N. XIV. S. 843.)

## VI. Geographie und Geschichte.

Hier von gilt dasselbe, was sub V. über den Unterricht in der Naturgeschichte bemerkt ist. Insbesondere wird Beschränkung auf die wichtigsten Ereignisse des Vaterlandes verlangt, und dem Vortrage derselben die Tendenz vorgeschrieben: Achtung für vaterländische Einrichtungen, Sinn für bürgerliche Ordnung und Liebe für König und Vaterland zu erwecken und zu beleben. Vergl. die Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 S. 14. sub g. 3. und eben so das G. R. v. 31. Aug. 1799 (s. o. in Th. I. S. 90 u. 91), f. auch Lit. I. sub II. 2.

Spezielle B. sind publizirt:

1) Ueber die Anschaffung von Lehrmitteln zu diesem Unterricht.

G. R. der Reg. zu Trier v. 9. Dec. 1834 an sämmtl. Landräthe, betr. die Beschaffung von Schul-Handbüchern und Karten.

Da in den Elementarschulen der Unterricht in der vaterländischen Geschichte und Geographie nicht nur nicht vernachlässigt werden darf, sondern nach Maßgabe unserer Verf. v. 12. Okt. d. J. eine vorzugsweise Berücksichtigung erheischt, in vielen Schulen aber die Handbücher und Karten hiezu mangeln, so genehmigen wir, daß solche, wenn sie nicht aus den Schulstrafgeldern, oder von den Lehrern selbst sollten angeschafft werden können, nach dem Ermessen der Schöffenräthe aus Gemeindemitteln beschafft werden.

(N. XVIII. S. 1018.)

2) Empfehlung einzelner Bücher und Karten.

a) G. R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 28. Dec.

1) Unter Mittheilung eines ähnl. Unglücksfalls fordert die Reg. zu Liegnitz durch Ver. v. 24. Okt. 1836 die Geistlichen und Schullehrer des platten Landes auf, dahin zu wirken, daß die Giftpflanzen in Dörfern, in der Nähe von Wohnungen und überhaupt da, wo Kinder sich aufzuhalten pflegen, ausgerottet werden. (N. XX. S. 1002).



doch sehr unvollkommen versehen, durch deren Betrieb dem W Familien, dem Gewerbeleiß einer ganzen Gemeinde aufgeh kann, und zu deren Erlernung und Förderung die Schule bi darbietet: so muß dieser Einwurf als nichtig zurückgewiesen w beschränken wir unsere Forderung auch wirklich nur auf das Stricken der Mädchen und allenfalls der Knaben, welche ein hüten einen Theil ihrer Beschäftigung finden werden: so möch die Frage beantwortet sehen, wie viele Mütter und Hausfra Lande denn wirklich ihren Töchtern hierin eine angemessene Un geben im Stande sind? Wäre diese Geschicklichkeit so allgemei mehreren Ver. vorausgesetzt wird, so möchten wir allenfalls n des Broterwerbs hier noch berücksichtigen, obgleich von einer der gesamten weiblichen Jugend im Nähen und Stricken in immer eine größere Einheit und Sicherheit zu erwarten ist, Mütter ihre Töchter mehr zu den beschwerlichern Arbeiten i auf dem Felde anhalten möchten, als zu denen, die im Still werden können, und denen sie, wenn es sein muß, sich selbst li hen. Gewiß geht aus mancher Gemeinde für die Verrfertigu dungsstücken, Hemden und Strümpfe mit eingerechnet, viel G wärts, was recht gut erspart und für manches wesentliche A Familie verwandt werden könnte, wenn Mütter und Töchter selbst zu machen verständen. <sup>1)</sup>

- 7) Ein Haupthinderniß endlich liegt in dem Vorurtheil mancher welches das Bessere zurückweist, weil es neu ist, und das festzuhalten sucht; Vorurtheile verdienen aber bei der Einführ ten, wenn auch eine schonende Behandlung, doch keine die Ausi mende Beachtung. Wo es abgesonderte Näh- und Strickschul deren Güte die Behörde sich überzeugt hat, mögen diese fort bald nur die Hauptschule dadurch in ihrem Wirken nicht gestör darf aber dadurch sich nicht abhalten lassen, die Handarbeiten zuführen, da jene Privatschulen doch nur für die wohlhabender helfen können, und durch einen zweckmäßig angeordneten und d Unterricht das Unvollkommene, welches jene Schulen geben, n verdrängt werden wird. Wo die Personen, welche den Unterric arbeiten außer der Schule ertheilen, eine Berücksichtigung verdi sie zu der Schule selbst herangezogen werden, was zugleich d dachten Mangel an geeigneten Lehrerinnen abhilft, und werin ei der andern durch Abtretung zu Hülfe kommen kann.

Werden die hier gegebenen Winke zunächst von den Lehrern selbst sich allerdings am ersten dazu berufen fühlen müssen, und wird die von den Ortsbehörden hinreichend unterstützt, um nur wenigstens mit selbe einen Anfang machen zu können: so dürfen wir auf einen rühml eiser rechnen, der um so schneller zum Ziele führen wird. In vielen es der umgekehrten Richtung bedürfen, und wir vertrauen insbes. der Thätigkeit der H. Bürgermeister, denen hier ein weites und schönes Fel derung der Wohlfahrt der ihnen anvertrauten Gemeinden ohne bedeutend Last vers. eröffnet ist. Was insbes. den Unterricht in weiblichen Hand die Einführung und Leitung dess. betrifft: so ist es sehr rathsam, d Wirkung geeigneter Frauen in Anspruch zu nehmen, und die Schulvor den zu diesem Ende hierdurch angewiesen, diese Angelegenheit vorzugs Hände eines Frauenvereins zu legen, zu dessen Bildung sie Veranla wollen. <sup>2)</sup> Ein solcher Verein wird auch, wo es an andern Quelle ersten im Stande sein, für Erwerbsarbeit das erforderliche Material z indem er die Bereitwilligkeit einzelner Familien und Hausmütter für in Anspruch nimmt, die für ihren eigenen Bedarf der arbeitenden Hän nicht genug haben, oder auch außerdem gern der guten Sache ein D Und sollte sich dieser Verein in kleinern Schulbezirken auf dem Lande

1) Einzelne Reg. haben Jahreserzechnisse der gefertigten Arbeit

2) Ueber einen derartigen Frauenverein in Koblenz s. im 5. Ab

eine einzige Frau beschränken müssen, welche über die Lichtigkeit der gelieferten Arbeit und über die Mängel ders. ein sachkundiges Urtheil zu geben im Stande ist: so wird auch deren Mitwirkung dankbar anzunehmen sein. Die Lehrer aber und die Lehrerinnen werden hierdurch verpflichtet, den mit diesem Geschäft von dem Schulvorstande beauftragten und von der Kreis-Schulbehörde beäuglichten Frauen dieselbe Achtung und für diesen Zweig des Unterrichts dieselbe Folge zu leisten, welche sie den übrigen Mitgliedern der Orts-Schulbehörde schuldig sind.

(N. XIV. S. 92.)

## 2) Unterricht in dem Obstbau für Knaben.

Ob schon in neuerer Zeit mehrfach in Anregung gebracht ist, dem Unterrichte in der Landwirtschaft überhaupt einen Platz in der Volksschule einzuräumen<sup>1)</sup>, und dadurch den rationellen technischen Betrieb derselben allgemeiner zu machen, indem die bisherigen Beförderungsmittel eines solchen, als landwirthschaftliche Vereine, Musterwirthschaften und spezielle Ackerbauschulen, ihren Erfolg nur in sehr geringem Grade auf den einfachen, bäuerlichen Landwirth erstrecken, so haben sich doch bis jetzt die Bestrebungen der Volksschule allein auf den Obstbau, mit welchem leicht hln und wieder etwas Gärtnerei verbunden wurde, eingeschränkt. Nur der erstere ist als Unterrichtsgegenstand für die Landschulen förmlich eingeführt.

### a) Anordnung des Unterrichts im Obstbau.

a) U. R. des Min. der S. U. u. M. Ang. v. 19. Mai 1829 an samml. R. Reg. (auschl. Stettin) und an samml. R. Kons. und Prov. Schulkolleg. wegen Beförderung der Baumzucht durch Schulen und Schul-  
lehr.

Dem R. Kons. und Prov. Schulkolleg. werden hierneben fünf Exempl. der U. R. der R. Reg. in Stettin v. 3. Okt. pr., betr. die Beförderung der Baumzucht durch Schulen und Schullehrer (s. nachstehend), mit dem Bemerken zugesendet, daß das Min. für diesen so wichtigen Gegenstand das allg. Interesse je länger je mehr zu wecken, namentlich in den Sem. die Baumzucht und den Gartenbau praktisch mit Eifer betrieben, und die Aufmerksamkeit der Sem. Dir. darauf hingelenkt zu sehen wünscht, wie sehr die Obst- und Gartenkultur von den Behörden beachtet und befördert wird, und wie die Seminaristen künftig als Lehrer bei diesen Beschäftigungen in dieser Hinsicht die kräftigste Unterstützung zu erwarten haben.

(Zeigebaur S. 90.)

β) U. R. der Reg. zu Stettin v. 3. Okt. 1828 an samml. R. landw. Behörden und Domainenämter in ders. Ang.<sup>2)</sup>

1) Die Ermöglichung eines solchen Unterrichts erwähnte das Schreiben des Wichorn v. 21. April 1817 an den Min. des J. als einen Vortheil, der der Verlegung der Schullehrer-Seminare auf das Land erwachsen würde. Zeigebaur, pädagog. Jahrbuch. 1818. S. 350.)

2) Verfügungen gleichen Inhalts sind ergangen u. a.:

a) Publ. der Reg. zu Münster v. 24. Febr. 1819 (N. III. S. 67) und gleichlautend von der Reg. zu Minden am 3., zu Arnberg am 12. März 1819. Berichte über den Erfolg forderte die Reg. zu Arnberg unterm 10. Juli 1821. (N. V. S. 587.)

b) U. R. der Reg. zu Breslau v. 7. Dec. 1820. (Amtsbl. 1820. S. 475. Simon, Schulr. S. 49.)

c) Bef. der Reg. zu Oppeln v. 27. Sept. 1830. (N. VII. S. 607.)

d) U. R. der Reg. zu Marienwerder v. 30. Juni 1827. (Amtsbl. 1827. S. 244. — Fürstenthal, Vd. 3. S. 110.)

e) U. R. der Reg. zu Frankfurt v. 20. Dec. 1829. (Amtsbl. 1829. S. 436. Fürstenthal, Vd. 3. S. 115.)

Auch die Vereine, welche sich in mehreren Prov. für Erhaltung der Waldun-

Sie erhalten in der Anl. (a.) unsere heutige G. Verf. an die sämperint. in dem dieffseitigen Verwaltungs-Bez., die Beförderung der Baumzucht die Schulen und Schullehrer betr., mit der Aufforderung: dieser wichtigen genheit auch Ihre Aufmerksamkeit und Theilnahme zuzuwenden; die Gemein Ueberweisung des nöthigen Platzes zur Anlegung von Baumschulen und Gärten, wo solche noch nicht vorhanden sind, zu ermuntern und zu ver auch möglichst dahin zu wirken, daß die Wege und andere freie Plätze mit Bäumen bepflanzt, und für deren Erhaltung und Pflege mit Nachdruck gesorgt werde. Bei der leider! noch sehr großen Vernachlässigung des in der hiesigen Prov. werden wir es mit besonderem Danke anerkennen, von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Sache überzeugt, auf die Gschaften und Gemeinden in der angegebenen Art einwirken, und den G und Schullehrern bei der Ausführung dessen, was wir hierüber verordnen die Hand bieten wollen. Es ist zunächst Alles daran gelegen, daß in den den selbst der Sinn für die Baumzucht geweckt und genährt, und das ziem verbreitete Vorurtheil, als ob unter unserm rauheren, kälteren Himmel nur Obstsorten gerathen und ausdauern, durch das Beispiel eines und des andern mologen, auf welches man hinweisen kann, widerlegt werde.

Auf diese Weise wird es dann auch möglich werden, einzelnen G welche für das Gute gewonnen sind, bessere Obstsorten zu verschaffen, nach und nach immer weiter zu verbreiten.

Wenn die weltlichen und geistlichen Behörden für die Sache mit G Liebe handeln, wenn sie sich einander in ihren Bemühungen thätig unterstützen und jede Gelegenheit, die Jugend und die Gemeinden über den großen Nutzen der Baumzucht zu belehren, treu wahrnehmen: so werden die Hindernisse, welche der Anlegung von Baumschulen und Gemeindegärten, die Bepflanzung der freien Plätze u. dergl. allerdings im Anfange finden wird und finden muß, durch dieses vereintes Wirken glücklich überwunden werden, und es wird dann keine Gemeinde geben, die nicht bereit wäre, ein schickliches Plätzchen für die Baumschule abzugeben, oder die Arbeit bei der ersten Anlegung und Einzäunung der Baumschule übernehmen u.

#### Anl. a.

Obgleich wir, sowohl Ihnen, als den übrigen H. Geistlichen, die Beförderung der Obstbaumzucht durch die Schulen und die Schullehrer bei jeder sich bietenden Gelegenheit dringend empfohlen, und auch dafür Sorge getragen haben, den letztern in den Gem. und den Lehrerversammlungen ein kurzes praktisches

Handb. gegeben, Vermehrung der Baumpflanzungen u. dergl. gebildet haben, wirken für die Anlegung der Baumschulen. So sind nach dem G. Schreiben des Oberpräf. der Prov. v. 21. März 1844 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 161) die Mitglieder der Vereine u. a. verpflichtet:

zum Behufe von Obstbaumpflanzungen die Anlegung und Beförderung von Baumschulen zu erwirken, zur Veredlung der Sämlinge und der Wildlinge die örtlich geeigneten und benutzbarsten Obstsorten auszuwählen, und die Mitwirkung der Schullehrer dahin in Anspruch zu nehmen, daß die Pflege der Baumschulen und die Veredlung der Pflänzlinge in die Hände der Schuljugend erfolge, und dieser die zur richtigen Veredlung der Obstbäume erforderliche Geschicklichkeit beigebracht, vornehmlich die Liebe und Theilnahme für die Pflanzungen eingeflößt werde.

Zur Förderung des letztern Zweckes wird empfohlen, jedem Knaben bei seiner Entlassung aus der Schule einige von ihm selbst veredelte Stämmchen aus der Baumschule zur Anpflanzung auf eigenem Grund und Boden, oder auf Gemeindegarten unter Bedingung fortdauernder Pflege und des Ersatzes im Falle des Absterbens zu überweisen.

Vereine für Holzersparung und Holzanbau existiren auch in der Provinz. Vergl. Bef. des Oberpräf. v. 4. Okt. 1843. (Min. Bl. d. i. B. 1843. 300.) Ueber Umziehung der Schulgärten mit lebendigen Hecken s. den folgenden Abschnitt.

icht in der Baumzucht ertheilt, und auch gedruckte, gemeinfaßliche Anleitungen in die Hände gegeben werden: so zeigt doch die Erfahrung, daß die Sache den meisten Schullehrern entweder noch gar nicht, oder unzweckmäßig und schlüssig betrieben wird, und daß sie bei den Gemeinden nicht die Aufmerksamkeit Theilnahme findet, welche sie, bei ihrer Wichtigkeit und Nützlichkeit für die Landeskultur, wie für die Verbesserung des häuslichen Wohlstandes, fordert verdient. In sehr vielen Ortschaften ist freilich der Mangel an einem besondern Platze zur Anlegung von Baumschulen, sowie die Unkunde und Gleichgültigkeit der Schullehrer und die Beschaffenheit der Bäume selbst, welche gesetzt zu den pflegen, das Haupthinderniß; aber es ist uns nicht unbekannt geblieben, viel, selbst unter ungünstigen äußern Umständen, einzelne Lehrer dafür gethan zu haben und zu thun fortfahren; wie leicht sie sich, sobald es ihnen nur nicht an Eifer und gutem Willen fehlt, die nöthigen Vorrichtungen und Handgriffe bei Anlegung von Baumschulen, beim Ausheben, Versetzen, Veredlen und Beschneiden der Bäume zu eigen machen, und wie gut ihnen dabei die, von uns in mehreren hundert Abdrücken vertheilten, Schriften von Diehle, Schröze und Bädcker zu Hülfe kommen. Es sind uns einzelne Lehrer bekannt, welche, weil es ihnen an einem besondern Platze für eine Baumschule fehlt, einen Theil von ihrem Amteplatze zur Baumschule verwenden, und die Schuljugend mit dieser Kunst bekannt machen; solche, welche die, von ihnen gezogenen Bäumchen als Preise an die Kinder, an Eltern und auf Gemeindeplätze abliefern, und ihre über die Erziehung, Pflege und Behandlung der Obstbäume, sowie über die Reife, Aufbewahrung und Verwertung des Obstes selbst gemachten Beobachtungen und Erfahrungen Andern mittheilen, und sich durch ihren Obstbau eine der würdigsten Erholungen und zugleich ein nicht unbedeutendes Erwerbsmittel verschaffen.

Es giebt einzelne Schulvorstände, welche aus eigenem freien Antriebe die löbliche Einrichtung getroffen haben, daß ein jedes Kind bei seinem Abgange von der Schule und an seinem Einsegnungstage auf einem öffentlichen Platze einen Baum pflanzt, und für dessen Pflege und Erhaltung Sorge tragen muß. Wenn diese, bisher zur Zeit noch einzeln stehenden, sehr seltenen Beispiele allgemeiner werden, wird es gewiß bald auch nicht mehr an Gemeinden fehlen, die der Schule hierin Hülfe kommen, und nicht allein ihre Gärten, sondern auch die Wege und Gemeindeplätze mit Fruchtbäumen bepflanzen, und von dem verkauften Obste einen Theil ihrer Gemeinde-Ausgaben bestreiten, wie dies bereits in verschiedenen kleinen preussischen Staaten, z. B. in den Sächsischen Herzogthümern, am Rhein u. d. d. der Fall ist.

Damit nun die Baumzucht in unserm Verwaltungs-Bezirk mehr gehoben, und den Gemeinden dafür immer mehr gewonnen werden, halten wir es für nöthig, vor Allem die Schullehrer für die Sache in Anspruch genommen und angehalten zu werden, theils sich die erforderlichen Kenntnisse in der Baumkultur noch zu erwerben, theils, durch Lehre und Beispiel, in der Jugend die Lust und Liebe dafür zu erwecken, und auf diese Weise auch hier in den Schulen zu pflanzen, was in den Gemeinden Wurzel schlagen und gedeihen soll. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, eröffnen wir Ihnen mit Hinweisung auf die Bef. v. 2. Juli 1812 (Statbl. 1812. S. 204) vorläufig Folgendes:

- 1) es soll, wo dies irgend thünlich ist, bei jeder Schule eine Baumschule angelegt werden;
- 2) es soll auf Ausmittelung tauglicher Plätze zu Baumschulen möglichst Bedacht genommen werden, wobei wir uns gern der Hoffnung überlassen wollen, daß eble Schulfreunde hier und da diese Plätze unentgeltlich hergeben werden;
- 3) die Gemeinden sollen angewiesen werden, den Schullehrern bei der ersten Einrichtung der Gärten hülfsreiche Hand zu leisten, und dieselben zu raden und zu umzäunen; die übrige Arbeit übernimmt der Schullehrer mit Hülfe der erwachseneren Schuljugend außer den gewöhnlichen Schulstunden;
- 4) diese Gärten sind ein Eigenthum der Schulen, aber der Lehrer führt in der Regel die Aufsicht darüber, und hat die Nutzung nach Befinden der Umstände entweder ganz oder zum Theil;
- 5) jeder Lehrer, bei dessen Schule eine Baumschule angelegt ist, und der die Sache versteht, ist verpflichtet, die heranwachsende Jugend in der Baumzucht

zu unterrichten, und sie im eigenhändigen Pflanzen und Veredeln der praktisch zu üben; <sup>1)</sup>

- 6) bei dieser Unterweisung muß der Lehrer sich besonders angelegen sein den in seiner Gemeinde gangbarsten Vorurtheilen entgegen zu treten zu zeigen, daß auch auf dem schlechtesten Boden, in rauhen Gegenden unter unserm kältern Himmel edle Obstsorten gut fortkommen können;
- 7) diej. Lehrer, welche Sinn und Liebe für die Sache haben, werden gut beitragen, die Gemeinden für das Bepflanzen der Wege und an öffentlichen Plätze und für die Pflege und Erhaltung der Bäume zu gewinnen;
- 8) in dems. Maße, in welchem die Jugend und die Erwachsenen an Orten für die Baumzucht gewonnen werden, werden auch da die von muthwilligen und boshaften Baumbeschädigungen seltener werden, welche sich des Baumschadens schuldig gemacht haben, sind die Schulverstände streng zu bestrafen;
- 9) diejenigen Lehrer, welche die Baumpflege mit thätigem Eifer und gutem Erfolge betreiben, und in dieser Hinsicht auch auf die Gemeinden einfluß wirken, sollen bei Besetzung von einträglichen Schul- und Aemtern besonders berücksichtigt werden, wenn sie auch sonst die erforderliche Tüchtigkeit besitzen;
- 10) die Schullehrerprüfungen sollen künftig auch auf die Kenntniß in der Baumzucht gerichtet, und die Geprüften theils auf die bewährtesten Hülfspersonen aufmerksam gemacht, theils zu ihrer weiteren Belehrung an sachkundige Meister in ihrer Gegend gewiesen werden, um von ihnen die unentgeltlichen Handgriffe zu erlernen;
- 11) die k. Superint. und Superintendenten-Vermeser werden bei ihren Visitationen auch diesen Gegenstand nicht übersehen, und in ihren Berichten die nöthigen darüber bemerken;
- 12) in den, von den k. Geistlichen einzureichenden Konduitenlisten der Schullehrer <sup>2)</sup> soll jedesmal ausdrücklich angezeigt werden, welche sich in der angegebenen Beziehung auszeichnen, und von welchen die Vernachlässigung wird.

Stettin, den 3. Okt. 1828.

K. Preuß. Reg. Abth. für Kirchen- und Schulverwaltung.

An  
sämmtl. k. Superint.  
(N. XII. S. 1016.)

γ) C. N. der Reg. zu Trier v. 9. Jan. 1843 an die K. La. betr. die Ueberweisung von Parzellen für Schullehrer zur Anlegung Obst- und Blumengärten.

In Folge eines uns von dem k. Rheinischen Prov. Schulkolleg. mitgetheilten Beschlusses des k. h. Min. der G. u. u. W. Ang. v. 5. Nov. a. pr. veranlaßt, darauf Bedacht zu nehmen, daß den Lehrern Ihres Kreises, welche die Benutzung eines Gartens entbehrt haben, eine geeignete Parzelle zur Anlage eines solchen überwiesen wird; ferner daß die Lehrer selbst, in so weit nicht andere Umstände dagegen sprechen, in freien Stunden an der Einrichtung und Pflanzung dess. Antheil nehmen, und dabei so viel als möglich auf die Vermehrung der Baumzucht und die Veredlung der Bäume mit bessern Obstsorten, und namentlich auf die Erziehung und Pflege der Blumen Rücksicht nehmen, damit, was in erster Linie zweckt wird, durch ihr Beispiel auch die Schuljugend und der weniger gebildete Landmann für höhere Genüsse, als jene, die nur in der bloßen Befriedigung augenblicklichen, sinnlichen Nothdurft bestehen, empfänglich und zum Beginn mehr uneigennütigen, das sittliche Gefühl verfeinernden Thätigkeit hingeleitet werden.

1) Außer den gewöhnl. Schulstunden: Gumbinner Instr. v. 15. Nov. S. 8. (s. oben S. 468). — Diese Verpflichtung soll in die Vokation aufgenom-  
men werden: B. der Reg. zu Düsseldorf v. 5. Juni 1829. (Amtsbl. 1829. S. 115.)  
— Fürstenthal, Bd. 3. S. 115.)

2) S. oben S. 366 ff.



Gw. werden möglichst unmittelbar, und namentlich durch die H. Schulinsp. und Bürgermeister, Behufs dessen die erforderlichen Exemplare beigelegt sind, auf die allmähliche Ausführung dieser Verf. hinwirken.

(Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 9.)

Dazu:

δ) G. R. d. Verf. Reg. v. 19. Febr. 1843 an dies., betr. den praktischen Unterricht in der Obstbaumzucht.

Aus den auf unsere G. Verf. v. 17. Sept. a. pr. erstatteten Ber. haben wir erschen, daß in den meisten Kreisen unseres Verwaltungs-Bez. im Verhältnisse zu der Schülernzahl wenige Baumschulen fehlen, auch die Lehrer größtentheils genügend qualifizirt sind, um praktischen Unterricht in der Obstbaumzucht zu erteilen.

Wir bestimmen daher, daß dieser Unterricht in allen Schulorten, wo Baumschulen sind, und die Lehrer die erforderliche Qualifikation haben, schon im gegenwärtigen Schuljahre mit den Knaben der obern Schulklasse in der Weise eintrete, daß diese von jenen zur geeigneten Zeit (in den Mon. März, Juli und Nov.) vorläufig nur drei Stunden monatlich in den Baumschulen selbst im Kopuliren, Pfropfen, Okuliren, Beschneiden und Versetzen der Bäume unterwiesen werden.

Wir erwarten, daß die Lehrer sich um so mehr dazu verstehen werden, diese wenigen Unterrichtsstunden auf die freien Nachmittage zu verlegen, als sie ohnehin im eigenen Interesse diese Arbeiten zu ders. Zeit zu verrichten haben.

Die H. Schulinsp. wollen Gw. hiernach zur weitem Veranlassung instruiren, und sie ersuchen, dies. Lehrer ihrer Inspektionsoberinge, denen es noch an den erforderlichen Kenntnissen des qu. Unterrichtsgegenstandes fehlt, aufzugeben, sich dies. binnen Jahresfrist, durch Selbststudium und mittelst Unterrichts bei benachbarten Lehrern zu erwerben. Für die Zukunft wird dieser Mangel an Kenntnissen weniger vorkommen, da in den Sem. zu Brühl und Neuwied, in welchen die Schulamts-Kandidaten unseres Verwaltungs-Bez. vorgebildet werden, theoretischer und praktischer Unterricht in der Pomologie erteilt wird. Wo die Baumschulen noch fehlen, muß angelegentlichst für deren Beschaffung gesorgt werden, worüber Gw. besondere Verf. zugehen wird.

(Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 88.)

b) Ueberweisung des Landes zur Baumschule.

Von der Dotirung der Schulstellen mit Land überhaupt wird im folgenden Abschn. dieser Abth. gehandelt. Ueber das Land zu einer Baumschule speziell bestimmen dagegen, außer den B. sub α., β. und γ., noch folgende:

α) Publ. des R. Kammergerichts v. 9. Aug. 1819, betr. die Plätze zu Obstbaumschulen.

Sämmtlichen Separations-Kommissarien wird empfohlen, bei vorkommenden Gemeinheits-Aufhebungen die Interessenten zu veranlassen, daß ein, zu einer Obstbaumschule geeigneter Platz ermittelt, und nicht zur Theilung gezogen werde, damit diese Obstbaumschule zur Unterhaltung der Alleen an den Straßen und Wegen benutzt werden könne.

(A. III. S. 670.)

β) Außer den Gemeinden fordert die B. der Reg. zu Straßburg v. 25. Febr. 1830 (Amtsbl. 1830. S. 78. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 117) auch die Privat-Schulpatrone auf, schicklich gelegenes Land zur Baumschule herzugeben.

γ) Eine dringende Aufforderung an die Landräthe, die Gemeinden zur Vergabe des Platzes zur Baumschule zu stimmen, enthält auch das G. R. des Oberpräf. von Sachsen v. 28. Jan. 1843, betr. die Beförderung der Baumpflanzungen und Gartenanlagen.

Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß in den meisten Gegenden dieser schön-  
Schulwesen. II.

nen und aller Kultur so zugänglichen Prov. der Sinn für Baumpflanzungen und Verschönerung des Landes, sowohl durch Gartenanlagen, als durch eine zweckmäßige Bepflanzung der öffentlichen Wege, noch im geringen Maaß geweckt und erkennbar ist. Ich glaube nicht nöthig zu haben, die zum Theil lächerlichen Vorurtheile, die man in vielen Gegenden theils gegen die Beschaffenheit des Bodens in Beziehung auf den Ackerbau edlerer Bäume, theils gegen den Nachtheil hegt, den die Baumpflanzungen in der Nähe von Saatsfeldern erzeugen sollen, hier zu widerlegen, indem ich mich überzeugt halten darf, daß dies. von gebildeten Männern nicht getheilt werden; aber ich halte, nach meiner Erfahrung, den Mangel guter Pflanzstämme — sowohl von Obst- als von edlern Forstbäumen — besonders in den von größeren Forsten entlegnern Gegenden, für ein wesentliches Hinderniß der Ausdehnung solcher Anpflanzungen. Auch fehlt es wohl an vielen Orten an der rechten Anregung zur Anlage und Pflege von Baumschulen und an dem Interesse, welches die Schul- und Gemeindevorstände an einer zweckmäßigen Anleitung der Schuljugend zur Baumzucht und zum Gartenbau nehmen. Von Seiten des Prov. Schulkolleg. sind überall die erforderlichen Einrichtungen getroffen, daß in den Schullehrer-Sem. den angehenden Volksschullehrern eine praktische Anleitung zu diesem Kulturzweige gegeben werde, damit sie in ihrem künftigen Berufsreise auch den ihrem Unterrichte anvertrauten Kindern die erworbenen Kenntnisse in der Baumzucht und im Gartenbau mittheilen. Diese Maaßregel wird aber ohne allen Erfolg bleiben, wenn den Schulen in den Dörfern und kleineren Städten, von den Gemeinden nicht ein angemessener und eingezäunter Platz zur Anlage von Baumschulen angewiesen und wenn zugleich nicht von Seiten der Schul- und Gemeindevorsteher mit Eifer und Nachdruck auf die zweckmäßige Benutzung dieser Plätze gesehen wird. Es kann aber eine Einwirkung auf die Gemeinden zu solchen Bewilligungen und zu einer lebendigen Theilnahme an dem rechten Erfolge ders. nur von den G. Landrätthen ausgehen, und ich habe selbst in meinen früheren Wirkungskreisen die erfreulichsten Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht. Ich weiß recht wohl, daß der Grund und Boden dieser Prov. einen viel höheren Ertragswerth hat, als in anderen Theilen des Vaterlandes, aber es fehlt auch hier nicht an Gemeinde-Mengern und unbenutzten Räumen, welche ohne besondere Aufsehung recht wohl zu solchem Zwecke hergegeben und benutzt werden können; es muß dabei nur Sorge dafür getragen werden, daß dies. durch Gräben und Hecken gegen das Eindringen des Viehes und andere Beschädigungen geschützt werden, und ich halte mich davon überzeugt, daß, wenn nur der Sinn für solche Anlagen in den Gemeinden und besonders in der heranwachsenden Generation erst geweckt sein wird, sie auch bald die praktische Nützlichkeit ders. erkennen werden.

Ich wende mich deshalb mit vollem Vertrauen an Uw. mit der dringenden Aufforderung, sich die Realisirung dieses Gedankens angelegen sein zu lassen. Es kommt dabei nicht darauf an, sogleich in allen oder auch nur in den meisten Gemeinden damit den Versuch zu machen; viel sicherer kommt man zum Ziele, wenn einige günstige Beispiele zu Stande zu bringen, damit diese eine Nachfolge erwecken. Es wird daher rathsam sein, erst in einigen Gemeinden und zwar in denen, von deren Vorständen und darin herrschender Gesinnung sich ein guter Erfolg erwarten läßt, den Anfang zu machen, in diesen aber auch die Sache wirklich zu Stande zu bringen, und es daher nicht bei bloßen Versuchen und bei einer bloß formellen Genügnung meines Wunsches bewenden zu lassen.

Die K. Reg. ist durch eine Mittheilung dieser G. Verf. zugleich veranlaßt worden, auch ihrerseits auf die Gephoral- und Orts-Schulinsp. einzuwirken und deren lebendige Theilnahme an einer Angelegenheit in Anspruch zu nehmen, in welcher ich eines der wichtigsten Mittel erblicke, nicht bloß das äußere Ansehen des Landes zu verschönern, sondern auch einen Gemeinsinn zu beleben, dessen Entwicklung die Grundlage aller Civilisation und echter Vaterlandsliebe bildet, und daher auch aus dem Standpunkt der politischen Wirksamkeit der Prov.- und Kreisbehörden betrachtet, die höchste Pflege und Beförderung verdient.

Ich werde nach 6 Mon. die erste und dann von Zeit zu Zeit fernere gefällige Mittheilungen über den Erfolg meiner Aufforderung erwarten, und es mit dem lebhaftesten Danke anerkennen und zu würdigen wissen, wenn ich bei meinen Tritten durch die Prov. Beweise der thätigen Einwirkung von Seiten der G. Landrätthe und Ihres lebendigen Interesses für diese Angelegenheit wahrnehme.

(Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 86.)

d) Vergl. auch die Schulordn. für die Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 §. 12. Nr. 4. und §. 41. (f. o. in Th. I. S. 105, 110.)

e) Der Platz zur Baumschule soll zu keinem andern Zwecke genutzt werden: B. der Reg. zu Düsseldorf v. 5. Juni 1829. (Amtsbl. 1829. S. 294. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 115.)

f) Die den öffentl. Schulen zum Unterricht in der Obstbaumzucht überwiesenen Grundstücke sind grundsteuerfrei: C. R. der Reg. zu Aachen v. 4. Juni 1836. (N. XX. S. 308). Vergl. auch den folg. Abschn.

c) Anschaffung guter Obstsorten.

α) Nach dem oben S. 693 Note 2. angef. Publ. der Reg. zu Münster v. 24. Febr. 1819 sollte die Obstbaumschule im Schloßgarten zu Münster erweitert werden, um daraus die Schulgärten mit guten Obstsorten zu versehen.<sup>1)</sup> Unterm 18. Nov. 1820 machte darauf das Konf. von Westphalen bekannt, daß im botanischen Garten zu Münster die Schullehrer Pfropfreiser unentgeltlich erhalten könnten. (Amtsbl. Minden 1821 S. 7. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 107.)

β) Nach einer Bef. des Oberpräf. von Pommern v. 18. Sept. 1827 werden aus der Prov. Baumschule in Stargard an Pfarrer, Schullehrer, Dorfgemeinden und unbemittelte Besitzer kleiner Grundstücke veredelte Pflänzlinge unentgeltlich verabfolgt, wenn sie ein Attest des Pfarrers beibringen, daß sie derselben bedürfen, sie anzukaufen unvermögend sind, und gehörige Anpflanzung und Pflege hoffen lassen. (Amtsbl. Stettin 1827. S. 175. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 112.)

γ) Auch die Landes-Baumschule zu Potsdam<sup>2)</sup> liefert Sämereien, Pflänzlinge u. unentgeltlich an unbemittelte Schullehrer, sowie sonst zu setzen, für die Aktionäre der Anstalt ermäßigten Preisen. Vergl. das revid. Statut der Gärtner-Lehranstalt und Landes-Baumschule zu Potsdam nebst den Betriebsplänen v. 12. März 1854 (Staatsanz. 1854. S. 505), insbes. den Betriebsplan B. §. 4. flg. (ib. S. 513.)

d) Nutzungen der Baumschule.

Die Bestimmungen über Genuß und Vertheilung der Nutzungen, welche die Baumschule abwirft, sind verschieden. Im Allg. beruhen sie darauf, daß der Lehrer als Nießbraucher angesehen wird. Vergl. §. 4. des C. R. v. 3. Okt. 1828 oben sub a. β. Das Wesentlichste ist zusammengefaßt

α) in der B. der Reg. zu Bromberg v. 28. Febr. 1837.

a) Dem Lehrer verbleiben die Früchte, welche die den Schulen gehörigen Baumschulgärten gewähren.

b) Er darf veredelte Obstbäume aus diesen Gärten, jedoch nur solche, welche schon Früchte ansetzen, mit Zustimmung des Schulvorstandes und der Genehmigung des der Schule zunächst vorgesetzten Geistlichen, verkaufen<sup>3)</sup>, und es ist ihm der Erlös davon zu belassen.

c) Die zur Bepflanzung der Wege der Gemeinde brauchbaren und erforder-

1) Auch in Buren sollte für Westphalen eine Prov.-Baumschule angelegt werden und durch dies. insbes. die Versorgung der Schulgärten mit guten Obstsorten erfolgen. Bef. der Reg. zu Minden v. 3., zu Arnberg v. 12. März 1819. (Amtsbl. Mind. 1819. S. 125, Arnsh. 1819. S. 162.)

2) Die Anstalt besteht unter Theilnahme des Vereins zur Beförderung des Gartenbaues (Statut mit R. D. v. 4. Juli 1822: N. VI. S. 864) und der Inspektantur der Königl. Gärten. Vergl. über diese auch die Publ. der Reg. zu Minden v. 18., zu Magdeburg v. 25. Febr. 1824. (N. VIII. S. 127, 137.)

3) unter Verpflichtung zu neuer Anzucht und nicht mehr als die Hälfte der veredelten Stämme: B. der Reg. zu Münster v. 24. Febr. 1820. (Amtsbl. 1820. S. 69. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 107.)

lichen wilden Bäume ist er verpflichtet, aus der Baumschule unentgeltlich an die Gemeinde verabsorgen zu lassen.

- d) Bei seinem Abgange von der Schule darf er aus den Baumschulgärten nichts mit sich nehmen, oder er muß sich desfalls mit dem Schulvorstande, unter Genehmigung des vorgesetzten Geistlichen, besonders einigen.  
(Amtsbl. S. 201. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 118.)

β) Daß ein Theil der Plutzungen der Schuljugend selbst zufallen, und namentlich den aufmerksamen Schülern veredelte Stämme als Prämie geschenkt werden sollen, bestimmen die oben S. 693 Note 2. angef. B. der Reg. zu Breslau v. 7. Dec. 1820 und zu Oppeln v. 27. Sept. 1823. Vergl. auch das G. Schreiben v. 21. März 1844 ebendas.

e) Berichte über den Zustand der Baumschulen.

Außer der Berücksichtigung dieses Gegenstandes in den gewöhnlichen Schulberichten, wie sie §. 11. des G. R. v. 3. Okt. 1823 (oben sub a. β.) und z. B. die Breslauer Instr. v. 28. Febr. 1835 (s. oben S. 353) Nr. II. Litt. A. verlangt, sind noch besondere Berichte darüber vorgeschrieben. So u. a.

α) für die Landräthe <sup>1)</sup> durch die B. der Reg. zu Münster v. 4. Jan. 1823.

Die Landräthe haben sorgfältig darauf zu achten, daß die angelegten Obstaumschulen, dem bestimmten Zwecke gemäß, wirklich zur Obstkultur, nicht aber ganz oder zum Theil als Gemüsegarten zum Vortheil der Schullehrer benutzt werden. Nur in einzelnen Fällen, wo es darauf ankommt, den Boden locker und bearbeitbar zu machen, kann eine solche Benutzung im ersten Jahre ausnahmsweise stattfinden, und ist der Reg. alsdann in dem abzustattenden allg. Berichte spezielle Anzeige darüber zu machen. Diese Berichte erwartet die Reg. in folgender Art:

- 1) laufende Nummer;
- 2) Name der Schule, bei welcher die Obstaumanlage belegen;
- 3) ungefähre Größe der Anlage;
- 4) Namen des Schullehrers;
- 5) Zahl der gepflanzten und wirklich angeschlagenen Wildlinge:

- a) Äpfel,
- b) Birnen,
- c) Zwetschen,
- d) Kirschen;

- 6) Zahl der veredelten und angeschlagenen Wildlinge nach obigen Obstarten;
- 7) Bemerkungen, worin auch die Gründe anzuführen, warum etwa bei einigen Schulen keine Anlagen vorhanden, oder welche dem Gedeihen ders. im Wege stehen.

Obige Nachweisungen sind durch die Bürgermeister den Landräthen bis zum 15. Juni, von diesen aber der Reg. vor dem 1. Juli einzureichen.

(Amtsbl. S. 23. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 108.)

β) für die Schulinsp. durch die oben S. 693 Note 2. angef. B. der Reg. zu Oppeln v. 27. Sept. 1823 und der Reg. zu Marienwerder v. 30. Juni 1827, nach welcher der Schulinsp. der Reg. jährlich mittelst besondern Berichts eine Nachweisung vorzulegen hat, aus welcher hervorgeht:

- a) bei welcher Schule eine Baumschule vorhanden, ob darin bloß wilde Stämme oder auch Obstäume gezogen werden, und wie groß diesel. sei?
- b) wie viel Wildlinge darin befindlich?
- c) wie viel Stämme veredelt?
- d) wie viel davon gediehen?
- e) wie viel davon verkauft, oder an Schüler als Prämien verschenkt, oder zu Anpflanzungen an öffentl. Plätzen, Straßen oder in Gärten verwendet? <sup>2)</sup>

1) S. auch die B. v. 16. März 1821 sub f.

2) Uebereinstimmend ist hiermit auch die B. der Reg. zu Königsberg v. 2. Nov. 1827. (Amtsbl. 1827. S. 305. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 112.)

γ) der Lehrer selbst soll im Laufe des Jahres seinem Lokalinsp. eine Darstellung über Zustand und Förderung der Baumschule auf einem besondern Bogen überreichen, der sodann dem Schulberichte beigelegt wird: R. der Reg. zu Breslau v. 17. Juli 1823. (Amtsbl. 1823. S. 229. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 109.)

δ) Belohnungen für die Lehrer.

α) B. der Reg. zu Köln v. 16. März 1821.

Diej. Lehrer, welche sich vorzüglich durch Anlage von Baumschulen und deren Benutzung beim Unterrichte der Jugend auszeichnen, und in beider Hinsicht erfreuliche Resultate liefern, werden angemessene Belohnungen zuerkannt erhalten, wozu es einer Bescheinigung des Orts- und Schulvorstandes über folgende 3 Punkte bedarf:

- 1) wie viel Stämme in jedem Jahr in der von dem Lehrer unterhaltenen Baumschule aus dem Kerne gezogen, und
- 2) wie viel ders. in eben der Zeit veredelt sind, nebst Angabe der Art der Veredlung und der Zahl derj. Stämme, welche die Schulkinder ohne Vorhülfe der Lehrer behandelt haben; endlich
- 3) wie viel veredelte Stämme aus dieser Baumschule jährlich verkauft, und wie viel davon in der Gemeinde selbst geblieben sind, mit Unterscheidung derj., welche in Privatgärten versetzt, und derer, welche zu öffentl. Anlagen benutzt sind.

Aus jeder Gemeinde erwartet die Reg. jährlich einen Bericht über die Anlage und den Fortgang der Baumpflanzungen überhaupt, als auch insbes. der unter die Leitung des Lehrers gestellten Baumschulen. Dieser ist jedesmal im Mon. Dec. an den betr. Landrath zu erstatten, der daraus eine tabellarische Uebersicht anfertigen läßt, und diese mit seinem gutachtlichen Berichte im Mon. Jan. an die Reg. sendet. Wo Jemand auf Prämien Anspruch zu machen hat, ist besonders unter Beifügung des oben gedachten Zeugnisses zu berichten.

(Amtsbl. 1821. S. 90. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 108.)

β) §. 9. der B. v. 3. Okt. 1828 (oben sub a. β.)

γ) Auch die oben S. 693 Note 2. angef. B. der Reg. zu Marienwerder v. 30. Juni 1827 bezeichnet die Sorgfalt des Lehrers für die Baumschule als nothwendige Bedingung von Verbesserung durch Gehaltszulage oder Gratifikationen.

g) Hülfsbücher für die Obstbaumzucht.

α) E. R. des Min. der G. u. u. M. Aug., Unter-Abth. (v. Kamp) n. 31. März 1830 an sämmtl. R. Reg. (ausschl. Marienwerder und Breslau) und an sämmtl. R. Prov. Schulkolleg. (ausschl. Danzig, Königsberg, Stettin), betr. die Beförderung der Obstbaumzucht.

Die R. Reg. (das R. Prov. Schulkolleg.) erhält hierneben ein Exemplar<sup>1)</sup> des von der R. Reg. zu Marienwerder verbreiteten Anhangs zu Baedeker's einfacher Obstbaumzucht<sup>2)</sup> zur Kenntnignahme und mit dem Bemerken, daß das Min. die 1c. (das 1c.) noch auf die gekrönte und sehr wohlfeile Preisschrift von W. Siefert „Unterricht in der praktischen Obstbaumzucht 1c. München, im Central-Schulbücher-Verlage“, hierdurch aufmerksam machen will, da diese Schrift, unter den vorhandenen die beste, und wenn auch mit besonderer Rücksicht auf die Kl-

Landräthe und Domainen-Beamte sollen den Baumschulen Aufmerksamkeit widmen. Seit, wie früher halbjährlich, aber nur noch einmal jährlich (den 1. Nov.) Anzeige darüber an die Reg. erstatten: B. der Reg. zu Marienwerder v. 9. Mai 1829. (Amtsbl. 1829. S. 204. — Fürstenthal, Bd. 3. S. 114.)

1) Betitelt: Anleitung zur zweckmäßigen Bepflanzung der Straßen und Wege mit Obst- und Waldbäumen. Entworfen auf Veranlassung der R. Reg. in Marienwerder. Gedruckt bei J. F. S. Zimmermann in Strassburg. (Westpr.)

2) Baedeker, Versuch eines kurzen und faßlichen Unterrichts in der einfachen Obstbaumzucht für die Landjugend, empfohlen durch die B. v. 3. Okt. 1828 (oben a. β.), welche auch der Schriften von Diehle und Schröze gedenkt.



von Fällen, in welchen nicht der Gewinn von solchen Arbeiten, sondern wirklich der Unterricht selbst die Hauptsache ist, ist freilich nicht in Abrede zu stellen. Die Polizeibehörde wird daher, sobald die beabsichtigte oder eingetretene Existenz eines solchen Unternehmens zu ihrer Kenntniß kommt, zunächst zu erforschen haben, ob bei dems. das industrielle Interesse oder das des Unterrichts überwiegend sei. Im ersten Falle bleibt auf dem gewöhnlichen Wege dafür zu sorgen, daß die das Gewerbe erlernenden Mädchen, so lange sie in schulpflichtigem Alter sind, den eigentlichen Schulunterricht nicht versäumen; abgesehen hiervon, würde aber, die gehörige Anmeldung des Betriebes selbst vorausgesetzt, nur zu prüfen sein, ob etwa Unfirtlichkeit oder gar verbrecherische und deshalb strafbare Handlungen zum Einsichreiten auffordern.

Im zweiten Falle würde dagegen die Eröffnung oder Fortsetzung des Unterrichts von den Polizeibehörden zu untersagen sein, weil nach der A. D. v. 10. Juni 1834 keine Lehranstalt, welcher Art sie auch sei, ohne Genehmigung der Orts-Schulbehörde zulässig und letztere durch die Instr. v. 31. Dec. 1839 unter der hier vorliegenden Voraussetzung zur Ertheilung des Konsenses nicht autorisirt ist.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 341.)

d) Verbot der Ertheilung von Gewerbscheinen zum Unterricht in weiblichen Handarbeiten im Umherziehen ohne spezielle Genehmigung des Min.: A. des Min. des I. u. d. P. u. d. Fin. v. 14. Sept. 1839 an die K. Reg. zu Frankfurt, und ebenso an die K. Reg. zu Marienwerder. (A. XXIII. S. 710.) Vergl. auch A. d. Min. v. 29. Mai 1829. (A. XIII. S. 376.)

4) Spinnschulen für Knaben und Mädchen.

a) In Westphalen <sup>1)</sup> bewilligte der 4. Prov. Landtagsabsch. v. 30. Dec. 1834 sub II. q. zu solchen auf 4 Jahre jährlich 2000 Thlr., zu deren Verwendung hinsichtlich der Orte und Kosten der Oberpräsf. spezielle Vorschläge machen sollte, mit der Maafgabe:

Stehend dürfen diese Schulen jedoch nicht sein, sondern sie sollen nach Verlauf eines bestimmten Zeitraums verlegt werden; auch ist denj. Gemeinden der Vorzug einzuräumen, welche zur unentgeltlichen Beschaffung des geeigneten Lokals nebst Heizung und Erleuchtung erbötig sind. (A. XX. S. 766.)

Der 5. Prov. Landtagsabsch. v. 8. Juni 1839 machte sub II. 11. hierzu bemerflich, daß der bewilligte Fonds zur Einrichtung der Schulen dienen solle, die Erhaltungskosten aber durch Theilnahme der Gemeinde und Einwohner gesichert werden müßten. (A. XXIII. S. 745.)

b) In Schlesien sind im Reg. Bez. Breslau laut Bef. v. 14. Juni und 7. Sept. 1847 (Amtsbl. 1847. S. 186, 282) zehn Spinnschulen vorhanden. In der erstern Bef. heißt es nach Aufzählung der einzelnen Spinnschulen:

Gemeinden, Vereinen oder Privatpersonen, welche Spinnschulen zu errichten beabsichtigen, können zu Spinullehrern oder Spinnlehrerinnen ausgebildete Personen von dem Kuratorium der Spinnschule in Mittelwalde nachgewiesen werden. Auch wird der Landrath v. Ende zu Waldburg dergl. nachweisen können. Die Spinullehrer Feistel zu Mittelwalde, und Wörmann zu Waldburg sind befähigt, Individuen zu Spinullehrern und Spinnlehrerinnen vollständig auszubilden. Wir machen bei dieser Gelegenheit auch darauf aufmerksam, daß nach einer durch die hies. Zeitungen erlassenen Bef. v. 5. d. M. der Vorstand des Breslauer Vereins zur Abhülfe der Noth unter den Webern und Spinnern in Schlesien sich bereit erklärt hat, zur Einrichtung und Erhaltung von Spinnschulen Beihülfe zu leisten.

(H. Simon, Schulr. v. Schles. S. 51.)

1) Diesen Schulen ist durch E. R. des Gen. Post-Amtes (Magler) v. 21. Mai 1836, was den dienstlichen Betrieb und die dienstliche Oberaufsicht von Staat wegen betrifft, Portofreiheit bewilligt. (A. XX. S. 331.)

## VIII. Turnen. 1)

unter diesem Namen bekannten Leibesübungen, welche vorzugs-  
 Ludw. Jahn vom Jahre 1809 an zur Kräftigung des Volkes  
 n strebte, wurden in Folge der im Jahre 1819 begonnenen poli-  
 ozeffe förmlich untersagt. Es erging zunächst, mit Bezugnahme  
 L. D. v. 12. Nov. 1819, ein G. des Min. des I. u. d. P. (v.  
 in) v. 18. dess. M. an sämmtl. Polizei-Behörden:

on Polizeiwegen das Turnwesen sorgfältig und fortwährend zu beobach-  
 es nicht gelinge, den Zweck in veränderter Form zu erreichen, und daß  
 er zu gestatten, daß, außer Verbindung mit den öffentl. Unterrichts-An-  
 unter der Aufsicht eines bei den letztern angestellten Lehrers, Turn-  
 id Turnplätze Statt haben, noch die Allerh. Bestimmung durch Turn-  
 gen, Turnfahrten oder auf irgend eine andere Art mittelbar umgangs-

I. S. 955.)

fernereß G. dess. Min. v. 2. Jan. 1820 an sämmtl. R. Reg.

Er. Maj. ernstlicher Wille ist, daß das Turnwesen ganz aufhöre, so  
 Reg. von Polizeiwegen nachdrücklich darauf zu halten, daß alles Turn-  
 erdings unterbleibe, und nicht allein diej., welche dagegen handeln, durch  
 Mittel davon abzuhalten, sondern auch darüber zu berichten.

I. S. 51.)

nächst wurde, gemäß einer Anordnung des Staatskanzlers (Fürsten  
 3) v. 16. März 1820, durch G. R. des Min. der G. u. u. M.  
 Altenstein) v. 23. dess. M., und durch G. R. des Min. des I.  
 (v. Schuckmann) von dems. Tage (N. IV. S. 52, 53) den  
 leg. die Wegschaffung aller Turngerüste auf öffentl. Plätzen, in  
 halb der Städte und auf dem Lande, anbefohlen.

blieb es. Erst 1834 erging wieder eine auf das Turnen be-  
 ., das R. des Min. der G. u. u. M. Ang. (v. Altenstein) v.  
 1834 an die R. Reg. zu Stralsund, welches die Einführung gym-  
 nastischen Übungen bei dem dortigen Gymnasium gestattete, wenn nur dar-  
 n werde:

e Übungen sich auf die einfachsten, zur Ausbildung des Körpers we-  
 higen beschränken, durch zweckmäßige Aufsicht strenge in den Grenzen  
 nstik gehalten, und dabei alles unnütze Aufsehen — namentlich öffent-  
 ge, — alle früher bei dergl. Übungen bemerkten Auswüchse, insbes.  
 ichtungen, deshalb auch aufs Bestimmteste alle an diese Ungeeignetheit  
 ide Ausdrücke: „Turner, Turnplatz ic.“, vermieden werden.

Dir. des Gymn. wurde fortgesetzte, sorgfältige Aufmerksamkeit  
 : gemacht, und speziell verboten, daß der gymnastische Lehrer mit

e Vorschriften über das Turnwesen sind schon hier zusammengestellt, da  
 erterricht grundsätzlich, wenn auch nicht überall in der Ausführung, der  
 eben so angehört, wie den höhern Anstalten.

Verzeichniß der über das Turnwesen erschienenen Schriften findet sich in  
 pagog. Jahressber. Bd. 1. S. 278., f. auch Bd. 3. S. 309.

stern Ort wird neben Jahn's Deutscher Turnkunst, neue Ausgabe von  
 nd Raßmann, Berlin, Reimer, 1847, besonders auf Lings Schrif-  
 übesübungen, übersetzt von Raßmann, Magdeb. Heinrichshofen, und  
 , Lehre der Turnkunst, Basel, Schweighäuser, aufmerksam gemacht, in-  
 ie Gymnastik durch tiefere Begründung auf Anatomie und Physiologie  
 st gestaltet, Spieß aber die einzelnen Übungen wissenschaftlich erschö-  
 net und gegliedert habe.

seinen Schülern Auszüge in die Umgegend vornehme, oder aus Turnlehrern der Zutritt zu dem Übungsplatze gestattet werde. (A. S. 424.)

Endlich sind durch eine, in den Sammlungen nicht abgedruckte, v. 6. Juni 1842 die Leibesübungen als ein nothwendiger und unentbehrlicher Bestandtheil der männlichen Erziehung wiederum anerkannt. In Folge hiervon sind die nachstehenden Verordnungen ergangen.

1) Errichtung von Turnanstalten.

Dieselbe wurde anfänglich nur für Gymnasien, höhere Bürgerschulen und Seminare geboten, damit jedoch, wie später erklärt wurde, für Schulen nicht ausgeschlossen. Es bestimmen hierüber:

a) C. R. des Min. der G. U. u. R. Ang. (Eichhorn) Febr. 1844 an sammtl. R. Prov. Schulkolleg. und Reg., betr. die Errichtung von Turnanstalten bei den Gymn., höhern Stadtschulen und Lehrer-Sem. für gymnastische Übungen.

Nachdem ich durch die in Folge meiner C. B. v. 10. Aug. 1842 erlassenen Ver. der R. Prov. Schulkolleg. und der R. Reg. von dem gegenwärtigen Stande der verschiedenen bereits bestehenden Turnanstalten nähere Kenntniß habe, sehe ich mich veranlaßt, Behufs der weiteren Ausführung der A. S. v. 6. Juni 1842, mittelst welcher Sr. Maj. der König zu genehmigen geruht hat, daß die Leibesübungen als ein nothwendiger und unentbehrlicher Bestandtheil der männlichen Erziehung in den R. Staaten förmlich anerkannt werden sollen, die R. Prov. Schulkolleg. (der R. Reg.) die Gesichtspunkte näher zu bezeichnen, welchen den bereits vorhandenen Turnanstalten eine allgemeinere Verbreitung bestimmtere Richtung zu geben und überhaupt diese wichtige Angelegenheit fernerhin zu behandeln ist.

1) Um der landesväterlichen Absicht Sr. Maj. des Königs gemäß, durch harmonische Ausbildung der geistigen und körperlichen Kräfte dem Vaterlande tüchtige Söhne zu erziehen, und alles möglichst entfernt zu halten, was nach den jetzt gemachten Erfahrungen, physische oder moralische Nachtheile bei der Behandlung des Turnwesens zur Folge haben könnte, ist die Gymnastik überall auf den einfachen Zweck zu beschränken, daß der menschliche Körper mit seinen Kräften durch eine angemessene den verschiedenen Lebensaltern, Ständen und Lebensumständen der Jugend entsprechende Reihenfolge von wohl berechneten Übungen angeleitet und befähigt werde, in jeglicher Beziehung des sittlichen Lebens der Dientverpflichtung des ihm einwohnenden Geistes zu sein.

2) Aus diesem nicht nur auf die Entwicklung und Stärkung der körperlichen Kräfte, sondern auf Anstand, Ausdruck und gefällige Form der Bewegungen gerichteten und mit der Wehrpflichtigkeit jedes Preussischen Unterthans innig verbundenen Zwecke der Gymnastik folgt, daß, da die Ausbildung des Geistes und die Dienstleistung desselben bestimmten Leibes nach den eigenthümlichen Anlagen jedes Menschen die Aufgabe jeglicher Erziehung ist, die Gymnastik sich, wie der Unterricht dem Geiste, so auch der Ausbildung der geistigen Kräfte des Menschen zu zweckenden Unterrichte überall unterordnen und sich den Verf., durch welche sie geleitet wird, unbedingt unterwerfen muß. Die Gymnastik, wenn sie in diesen natürlichen und richtigen Verhältnisse zu der geistigen Ausbildung und den beabsichtigenden Mitteln erhalten wird, bildet in dem System des öffentlichen Unterrichts ein eben so nothwendiges als nützliches Glied. Sie darf jetzt in Preußen um so weniger fehlen, je mehr besonders in den höheren Ständen der bürgerlichen Gesellschaft die Forderungen, welche an die geistige Ausbildung gegenwärtig gestellt werden, und nach dem Entwicklungsgange und dem jetzigen Standpunkte der Bildung gemacht werden müssen, im Vergleich mit früheren Zeiten gesteigert werden. Je größere Anstrengungen der geistigen Kräfte zur Erfüllung dieser Forderungen unvermeidlich sind, und je dringender es daher ist, durch die Aufnahme der Gymnastik in den Kreis der öffentlichen Unterrichts-Gegenstände ein Gleichgewicht herzustellen, welches die körperliche Gesundheit erhalten und befördern und dieselbe gegen jeglicher, bei der erhöhten geistigen Anstrengung möglichen Gefährdung schützen und sichern könne.

3) Da es der Jugend des platten Landes nicht an Gelegenheit zur Uebung

an Kräfte fehlt, und daher dort die Einführung der Gymnastik wenig eint: so ist diese Maaßregel, um mit ihrer Ausführung der Allerb. gemäß allmählig vorzuschreiten, für jetzt nur auf die Jugend in den beschränken, und soll vorläufig mit jedem Gymn., jeder höheren Stadt- oder Schullehrer-Sem. eine Turnanstalt verbunden werden, welche nicht bloß Bestehendes, sondern vielmehr als eine die Schule und ihr Gedeihen fördernde Einrichtung zu betrachten und zu behandeln, und folglich Schule, zu welcher sie gehört, in eine vollkommene Uebereinstimmung mit ihr in solcher sorgfältig zu erhalten ist.

Insbesondere und hauptsächlich in den größern Städten ist darauf Bedacht zu nehmen, jedes Gymnasium und jede höhere Bürgerschule auch eine besondere, der Jugend der betr. Schule bestimmte Turnanstalt, und somit jede der letzteren Anstalten ihr gedecktes und geschlossenes Turnhaus für die Winter und bei sonst ungünstiger Witterung, und ihren eigenen Turnplatz zu erhalten. In Städten, wo solches wegen örtlicher Verhältnisse, wegen Mangel an Mitteln oder wegen anderer erheblichen Ursachen nicht wohl auszuführen ist, kann indessen auch eine und dieselbe Turnanstalt zugleich für ein Gymnasium, eine Bürgerschule, und nöthigenfalls selbst für mehrere Schulen dieser Art gemeinschaftliche Benutzung bestimmt und eingerichtet werden. Die näheren Bestimmungen zur Erreichung des im obigen angedeuteten Zweckes der Gymnastik durch Uebungen, unter welchen eine solche gemeinschaftliche Benutzung einer Turnanstalt von Seiten zweier und selbst mehrerer Schulen zulässig ist, sind mit dem R. Prov. Schulkolleg. zu berathen und festzustellen.

Insbesondere soll, wie bisher, die thätige Theilnahme der Jugend an bestehenden oder noch zu errichtenden Turnanstalten lediglich von dem Willen der Eltern oder ihrer Stellvertreter abhängig bleiben. Hierbei ist von den Vorstehern und Lehrern der Gymn., höheren Bürgerschulen und Schullehrer-Sem. vertrauensvoll zu erwarten, daß sie ihrerseits zur Förderung des Unterrichts bereitwillig mitwirken, durch zweckmäßige Einrichtung derselben, die Abneigung, mit welcher noch viele die Gymnastik als lästlich betrachten, allmählig beseitigen, und für dieselbe sowohl bei ihren Schülern als bei den Eltern die Theilnahme erwecken werden, ohne welche sie nicht zu einer vollen Entwicklung gelangen kann.

Die bisherige Erfahrung hat ergeben, daß die Gymnastik mit gutem Erfolge erstreulicher Theilnahme auch von Seiten der bereits erwachsenen Schüler betrieben wird, wo der gymnastische Unterricht von einem geschulten und geübten Lehrer eines Gymn. oder einer höheren Bürgerschule, gleich als ordentlicher Klassenlehrer fortwährend Gelegenheit hat, die Schüler zu kennen und auf sie in allen Beziehungen einzuwirken, anzuleiten. Auf Grund dieser Erfahrung und zur Verminderung der durch den Unterricht der erwachsenen Schüler entstehenden Kosten ist die Annahme von Lehrern, welche bloß der Leitung des gymnastischen Unterrichts befähigt und nur mittelst dess. ihren Lebensunterhalt zu gewinnen genöthigt sind, möglichst zu vermeiden; vielmehr ist die Leitung der gymnastischen Uebungen in der Regel einem ordentlichen Lehrer der oberen Klassen der betr. gelehrten oder höheren Bürgerschule zu übertragen. Zu dem Ende ist von jetzt an bei der Wiederbesetzung der Stellen, welche an Gymn., höheren Bürgerschulen und Schullehrer-Sem. zu besetzen sind, nicht zu nehmen, daß für jede dieser Anstalten einige ordentliche Lehrer zu bestellen sind, welche, außer den übrigen erforderlichen Eigenschaften, auch die nöthige Durchbildung verschafft und sich, um dieselbe zu erhalten, mit den Gesetzen, nach welchen der Unterricht in der Gymnastik zu erteilen ist, genügend vertraut gemacht haben. Den bereits angeordneten Lehrern der mehr gedachten Schulen, welche zwar geneigt sind, der gymnastischen Unterweisung zu widmen, aber hierzu noch nicht die unentbehrliche Kenntniß und Erfahrung besitzen, ist der Besuch der gymnastischen Lehranstalten der hiesigen Universitäts-Fechtlehrers Gifelen anzurathen, wo sie sich ihre eigene Fertigkeit in sämtlichen Leibesübungen, sondern auch die Anwendung derselben bei ihren künftigen Schülern einen weisen Gebrauch zu machen, in der besten und innerlichsten Weise und innerhalb einer verhältnißmäßig kurzen Zeit erwerben können.

Insbesondere soll die Schule, mit welcher eine Turnanstalt verbunden wird, und,

wenn dieselbe mehreren Schulen gemeinschaftlich ist, den sämtlichen einer für diesen Fall noch näher zu bestimmenden Weise liegt es ob, Leibesübungen die unmittelbare Aufsicht zu führen; ihnen sind die Leibesübungen untergeordnet, und sie sind für alles, was dem Zwecke der Schulpflicht im Allg. und der Gymnastik im besondern widerstreitet, verantwortlich. Wie es einer Seite die Pflicht der Dir. ist, jeder falschen Richtung und Ausartung der Gymnastik von Anfang an vorzubeugen, eben so ist es von ihnen zu verlangen, daß sie in richtiger Würdigung des Heilsamen der zweckmäßig betriebenen Leibesübungen nicht nur auf die körperliche, auch auf die geistige Entwicklung, und auf die Bildung der Jugend Macht und Ehre behaupten, sich ernstlich bestreben, die ihre Zeit an der Schule mit der ihr angehörigen Turnanstalt in den wirksamsten Zusammenhang zu bringen, und beide zu einem lebensvollen Ganzen zu vereinigen.

8) Die Leibesübungen sind bei den Gymn. und höheren Schulen, welchen kein Alumnat verbunden ist; in der Regel auf die schulfreien des Mittwochs und Sonnabends zu verlegen. Zu dem Ende ist an dem Plan dieser Anstalten von jetzt an so einzurichten, daß an diesen der häusliche Fleiß für die Schule nicht in Anspruch genommen und nicht zugemuthet werde, insbes. vom Mittwoch zum Donnerstag große Arbeiten zu Hause anzufertigen. In Städten, wo die kleinere Schule übrigen örtlichen Verhältnisse es gestatten, kann zwar auch täglich, w. Prov. Schulkolleg. und K. Reg. in Vorschlag gebracht haben, nach dem nachmittäglichen Schulunterricht, eine Stunde zum Besuch der Turnanstalt verwandt werden. Da aber jener Vorschlag nicht überall und nicht rechtzeitig ausführbar, auch zur genügenden Lösung der dem gymnastischen zu stellenden Aufgabe ein mehrstündiger Betrieb der körperlichen Uebungen mit ihnen abwechselnden gemeinsamen gymnastischen Spiele erfordert werden in der Regel die schulfreien Nachmittage des Mittwochs und abends dem Unterrichte in der Gymnastik vorbehalten sein.

9) Die Art und Weise, wie, und die Reihenfolge, in welcher die Leibesübungen zu betreiben sind, näher zu bezeichnen, kann nicht die Aufgabe der Dir. sein und beschränke ich mich daher auf die allg. Andeutung, daß der gymnastische Unterricht überall in gehöriger Vollständigkeit, aber mit der dazugehörigen Einfachheit und mit Entfernung alles Unnützlichen und Ungeheuerlichen wie jedes steifen und unlebendigen Mechanismus ertheilt, und daß der Lehrer vor allen Dingen das richtige Maas einer wohlverstandenen Wechselwirkung zwischen der ernstesten Strenge der körperlichen Uebungen und der Freiheit der gymnastischen Spiele inne gehalten werden muß.

10) Um der Schulpflicht den wichtigen Zweck der Leibesübungen wahrhaftig zu erhalten und bei ihr eine lebendige Theilnahme für dieselben zu bewirken, in den von den Prüfungs-Kommissionen bei den Gymn., höheren Schulen und Schullehrer-Sem. reglementsmäßig zu ertheilenden Zeugnissen beizusetzen, ist es jetzt an ausdrücklich zu bemerken, ob und mit welchem Erfolge die zu dem Unterrichte in der Gymnastik benutzt haben.

11) Obwohl in der Regel nur die Schüler der Gymn. und höheren Schulen zum Besuch der mit denselben in Verbindung stehenden Turnanstalt sind, so kann doch unter Bedingungen, welche die K. Reg. mit dem Schulkolleg. zu berathen und näher festzustellen hat, ausnahmsweise jungen Leuten, welche ihren Unterricht und ihre Erziehung nur durch und in Privatschulen erhalten, der Zutritt zu den öffentlichen gymnastischen Anstalten gestattet werden.

12) Die aus der Einrichtung und Unterhaltung der Turnanstalt für dieselben nöthigen Räumlichkeiten erwachsenden Kosten, sowie die den Turnanstalten zu gewährenden Besoldungen oder Remunerationen, sind Bestimmungen gemäß zuvörderst aus den Fonds der Schulen, an welche die Turnanstalten anschließen, demnächst aus den mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse festzustellenden Beiträgen der Turnanstalten besuchenden Jugend, und wo auch diese nicht ausreicht, eines angemessenen Zuschusses von Seiten der betr. städtischen Gemeinde. Die Beiträge der die Turnanstalten besuchenden Schüler sind, wie das Schulgeld, an die betr. Schulkasse zu entrichten und in keinem Falle



der Gymnastik die Einziehung jener Beiträge zuzumuthen; eben so beziehen Lehrer die ihnen für ihren Unterricht in der Gymnastik billiger Weise zu gewende Besoldung oder Remuneration nur aus der betr. Schulkasse. Da endlich der bisherigen Erfahrung mit Grund zu hoffen und zu erwarten ist, daß sich ders in der gegenwärtigen Zeit die allg. Theilnahme auch dem öffentlichen Antheile in der Gymnastik immer mehr zuwenden möge, so hat die K. Reg. das unnütze Bestreben derer, welche durch Beschaffung der zur Einrichtung und Erhaltung der gymnastischen Anstalten unentbehrlichen und etwa fehlenden Mittel dieser für die Erziehung der Jugend so wichtigen Angelegenheit ihre Theilnahme bethätigen und lediglich zu dem eben gedachten Zwecke einen Verein bilden zu lassen, nach Befinden der Umstände in angemessener Weise zu fördern. Es verhofft jedoch von selbst, daß von solchen Vereinen ein Einfluß auf die Leitung gymnastischer Anstalten nicht in Anspruch genommen werden kann.

Indem ich mir die weiteren und sonstigen Anordnungen vorbehalte, welche bei der Einreihung des gymnastischen Unterrichts in das Ganze des öffentlichen Schulwesens etwa noch zu treffen sein möchten, beauftrage ich zugleich das Prov. Schulkolleg. (die K. Reg.) den obigen Bestimmungen gemäß und gemeinschaftlich mit der K. Reg. (dem K. Prov. Schulkolleg.), unter angemessener Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und örtlichen Umstände das weitere Erzielte zur Ausführung der A. D. v. 6. Juni 1842 einzuleiten und zu ver-

Dem ausführlichen Ver. des K. Prov. Schulkolleg. (der K. Reg.) über alles nöthige, was auf Grund der obigen Bestimmungen zur Förderung des öffentlichen Unterrichts in der Gymnastik von Seiten des K. Prov. Schulkolleg. (der K. Reg.) in Seinem (Ihrem) Geschäftskreise während des laufenden Jahres einzuleiten, angeordnet und wirklich ins Leben gerufen ist, sehe ich binnen zehn Wochen entgegen.

(Min. Bl. v. I. B. 1844. S. 35.)

b) U. R. d. Min. v. 24. März 1844 an sämmtl. K. Reg., betr. Mitwirkung bei Errichtung von Turnanstalten für den Unterricht in Gymnastik.

Die K. Reg. hat in dem Ver. v. 22. v. M. die Ansicht ausgesprochen, daß sich, weil nach der Bestimmung unter Nr. 3. meiner G. Verf. v. 7. v. M. die Einführung der Gymnastik für jetzt nur auf die Jugend in den Städten beschränkt und vorläufig mit jedem Gymn., jeder höheren Stadtschule und jedem Lehrer, Sem. eine Turnanstalt verbunden werden soll, außer Stande gesetzt ihrer Seite zur Förderung des öffentlichen Unterrichts in der Gymnastik thätig mitzuwirken. Mit dieser Ansicht kann ich mich nicht einverstanden erklären.

Der landesväterlichen Absicht Sr. Maj. des Königs gemäß soll zunächst wenigstens in den Städten Gelegenheit gegeben werden, an dem Unterrichte in der Gymnastik Antheil nehmen zu können. Es entspricht dieser Allerh. Bestimmung, daß der geb. Unterricht nicht bloß auf die Städte, wo sich ein Gymn. oder eine Stadtschule befindet, die zur Entlassungs-Prüfung ihrer Schüler nach obigen Instr. v. 8. März 1832 (A. S. 101) berechtigt ist, zu beschränken, sondern auch auf die Städte auszudehnen ist, welche noch nicht im Besitze einer vollständigen höheren Bürger- und Realschule sind. Ferner kann in Festsetzung unter Nr. 4. meiner G. Verf. v. 7. v. M. in Städten, wo dieser Verhältnisse, wegen unzureichender Mittel oder wegen anderer Ursachen nicht für jedes Gymn. und jede höhere Bürgerschule die Errichtung besonderer nur für die Jugend der betr. Schule bestimmten Turnanstalten ausführbar ist, eine und dieselbe Turnanstalt zugleich für ein Gymn. und eine Realschule, und nöthigenfalls selbst für mehrere Schulen dieser Art zur gemeinsamen Benutzung bestimmt und eingerichtet werden. Da endlich nach den Bestimmungen unter Nr. 11. und 12. meiner G. Verf. v. 7. v. M. auch solche Leute, welche ihren Unterricht und ihre Erziehung nur durch Privatschulen erhalten, der Zutritt zu den öffentlichen gymnastischen Anstalten nach Ermessensweise gestattet, und der zur Einrichtung und Unterhaltung derselben erforderliche Kostenaufwand nöthigenfalls auch mittelst eines Zuschusses von Seiten der betr. städtischen Gemeinden gedeckt werden soll, so ist der obigen Eröffnung gemäß, der K. Reg. auch in Ihrem Geschäfts-

freise nicht an mannichfaltiger Gelegenheit fehlen, nach Maassgabe der besondern Umstände und Fälle theils für Sich allein, theils gemeinschaftlich mit dem R. Prov. Schulkolleg., Ihre bereitwillige Mitwirkung zur Förderung des öffentlichen Unterrichts in der Gymnastik reffortmässig zu bethätigen. Ich sehe daher dem ausführlichen Ver. der R. Reg. über alles Wesentliche, was Dieselbe in der fraglichen Beziehung während des laufenden Jahres in Ihrem Geschäftskreise eingeleitet, angeordnet und ins Leben gerufen hat, binnen der in meiner G. Verf. v. 7. v. R. gestellten Frist entgegen.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 127.)

c) G. R. des Min. der G. II. u. R. Ang. (v. Ladenberg) : 3. Sept. 1847 an sammtl. R. Reg., betr. die allgemeine Einführung von Turnanstalten bei den öffentlichen Schulen und die Aufbringung der für solche erforderlichen Kosten.

Nach dem Ver. der R. Reg. v. 10. Juli d. J. hat der Magistrat in N. bei der dortigen allg. Stadtschule einen Unterricht in Leibesübungen eingerichtet und die Kosten für diese Einrichtungen aus der zur allg. Unterhaltung dieser Schule verpflichteten Kammereikasse entnommen, während die Stadtverordneten die Genehmigung dieser Ausgaben verweigern.

Die R. Reg. hat von diesem Falle Veranlassung genommen, im Allg. Entscheidung über die Frage nachzusuchen, ob auch bei gewöhnlichen Stadtschulen der Unterricht in den Leibesübungen als ein integrierender und nothwendiger Theil des Schulunterrichts anzusehen sei, und demgemäss die Kommune, insofern sie die Schule der Art überhaupt zu unterhalten habe, genöthigt werden könne, die Kosten für diesen Unterricht, die sie nicht freiwillig darbieten wolle, zu beschaffen.

Das Min. eröffnet der R. Reg. hierauf Folgendes;

Durch die A. D. v. 6. Juni 1842 haben des Königs Maj. den Unterricht in den Leibesübungen als einen nothwendigen und integrierenden Theil der Erziehung der männlichen Jugend anzuerkennen und zu befehlen geruht, daß derselbe in den Kreis der Volkserziehungsmittel aufgenommen werde.

Wenn zur Ausführung dieser Allerh. Willensmeinung in der G. Verf. v. 7. Febr. 1844 angeordnet worden ist, daß zunächst mit den Gymn., höheren Stadtschulen und Schullehrer-Sem. Turnanstalten verbunden werden sollten, so ist mit selbstredend die bei weiterer Entwicklung des Turnwesens mögliche Einführung des Unterrichts in den Leibesübungen auch bei anderen Schulanstalten, als bei den Gymn., nicht ausgeschlossen werden sollen.

Nachdem vielmehr jetzt schon an den Sem. eine große Anzahl des Turnunterrichts kundiger Lehrer ausgebildet sind, wird durch dies. der Unterricht in den Leibesübungen allmählig auch in andern als den in der Verf. v. 7. Febr. 1844 bestimmten Schulanstalten Eingang finden können, und wird es in jedem einzelnen Falle der Beurtheilung der R. Reg. unterliegen, welche Schulen nach ihrer ganzen Einrichtung und nach den Verhältnissen der ihnen zugewiesenen Bevölkerung als geeignet anzusehen sind, für welche der Unterricht in den Leibesübungen ein Bedürfnis und dessen Betreibung mit Erfolg ausführbar ist.

Wenn in diesem Falle die zur Unterhaltung der Schule im Allg. erforderlichen Kosten erforderlichen Falls auch genöthigt werden können, die zur Herstellung und Unterhaltung des Turnunterrichts erforderlichen Mittel aufzubringen, so ist zu erwarten, daß eine solche Nothigung nur ausnahmsweise wird eintreten und es in den meisten Fällen der umsichtigen Einwirkung der R. Reg. genügen wird, die betr. Gemeinden von der Nützlichkeit des gedachten Unterrichts zu überzeugen und sie somit zur freiwilligen Herstellung der erforderlichen Einrichtungen zu bewegen.

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 323.)

## 2) Theilnahme am Unterricht und Kosten.

Die Theilnahme am Turnunterricht, anfangs lediglich in das freie Ermessen der Eltern gestellt, soll nach späterer Erläuterung als Regel aufrecht erhalten werden. Die Kosten sind aus den Schulfonds, Zuschüssen der städtischen Kassen, eventuell auch durch Beiträge der Schüler selbst zu decken. Statt der letztern ist Erhöhung des Schulgeldes genehmigt.

1) Vergl. §§. 5. und 12. der G. Verf. v. 7. Febr. 1844 sub 1. a. e andern beiden sub 1. gegebenen B.

2) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 22. April an sämmtl. R. Prov. Schulkolleg., betr. die Theilnahme der Schüler an Turnübungen und die Deckung der aus der Errichtung und Unterhaltung der Turnanstalten erwachsenden Kosten.

Bei der Bestimmung unter Nr. 5. meiner, die Turn-Angelegenheiten betr. G. v. 7. Febr. d. J. hat nicht, wie ich dem R. Prov. Schulkolleg. auf den des. v. 6. v. M. hierdurch eröffne, die Absicht obgewaltet, daß erst eine Erklärung von Seiten der Eltern oder ihrer Stellvertreter darüber abgibt werden soll, ob sie die Theilnahme ihrer Söhne oder Pflegebefohlenen an schon bestehenden oder noch zu errichtenden Turnanstalten wollen. Da zu der A. D. v. 6. Juni 1842 die Leibesübungen als ein nothwendiger und wesentlicher Bestandtheil der männlichen Erziehung in den R. Staaten förmlich anerkannt werden soll, so folgt hieraus, daß auch die Theilnahme an diesen Übungen von allen Schülern als Regel vorauszusetzen und nur auf die Motivirung der Eltern oder ihrer Stellvertreter, daß sie die Theilnahme ihrer Angehörigen nicht wollen, eine desfallige Dispensation und zwar in ähnlicher Art zu ertheilen ist, wie dies bei einzelnen andern Unterrichts-Gegenständen, namentlich gewissens Bedingungen auch bei einem integrirenden Theile des Gymnasialunterrichts, dem Griechischen, geschieht. Obwohl mit Grund zu erwarten ist, daß Eltern oder deren Stellvertreter, von deren freiem Ermessen die Theilnahme Angehörigen an den Leibesübungen, der Allerh. Bestimmung gemäß, abhängig sein soll, in richtiger Würdigung des wohlthätigen Einflusses, welchen angemessene und ordnungsgemäß geleitete Leibesübungen auf die Jugend behaupten, ihre Angehörigen bereitwillig werden Theil nehmen lassen und nicht ohne dringende Ursache eine desfallige Dispensation für ihre Angehörigen nachsuchen werden; so ist es mir dennoch rathlich, auf die noch obwaltenden Vorurtheile mancher Eltern das Turnen eine schonende Rücksicht zu nehmen, und auch in den hof. seltenen Fällen, wo ohne vollgenügende Motive die Dispensation von der Theilnahme an den Leibesübungen nachgesucht wird, einem solchen Verlangen zu entsprechen.

3) Rücksicht auf die von dem R. Prov. Schulkolleg. in dem Ver. v. 6. v. M. hier entwickelten Verhältnisse will ich hierdurch genehmigen, daß bei allen Orten der dortigen Provinz, wo der Aufwand für die Einrichtung und Unterhaltung der Turnplätze, sowie für die den Lehrern der Gymnastik zu gewährende Besoldung oder Remuneration, weder aus den Fonds der betr. Schule noch aus Zuschüssen der betr. städtischen Gemeinde gedeckt werden kann, von allen Schülern, mit Ausnahme der Freischüler, ein mäßiger, nach den jedesmaligen Ortsverhältnissen bestimmter Zusatz zu dem bisherigen Schulgelde, welcher aber bei keiner Schule mehr als einen Thaler jährlich betragen darf, durch die Schulkasse erhoben werden soll.

Eine solche mäßige Erhöhung des Schulgeldes erscheint um so mehr gerechtfertigt, als die Schule durch den Unterricht in den Leibesübungen ihre bisherigen Aufgaben im Interesse aller Schüler erweitert und die Theilnahme an diesen Übungen Seitens aller Schüler als Regel gelten muß. Indem ich dem R. Schulkolleg. überlasse, der obigen Eröffnung gemäß, das weitere Erfordernisse dieser Angelegenheit zu verfügen, sehe ich den speziellen Anträgen in Betreff der Deckung der Kosten, welche bei den Schullehrer-Sem. aus der Einrichtung und Unterhaltung der Turnanstalten erwachsen werden, zu seiner Zeit entgegen.

Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 128.)

4) G. R. des Min. von dems. Tage an sämmtl. R. Reg. in derselben Angelegenheit.

5) Der R. Reg. kommunizire ich auf den Ver. v. 16. v. M. Abschrift einer unter dem 22. d. M. an das dortige R. Prov. Schulkolleg. erlassenen Verf., die die Theilnahme der Schüler an den Turnübungen und die Deckung der aus der Errichtung und Unterhaltung der Turnanstalten erwachsenden Kosten betr., zur Kenntniss und mit dem Eröffnen, daß, den Bestimmungen dieser Verf. gemäß, auch an höheren Lehranstalten, welche von der R. Reg. ressortiren, in Hinsicht der Theilnahme der Schüler an den Leibesübungen, sowie in Betreff der Deckung der aus der Errichtung und Unterhaltung der Turnanstalten erwachsenden Kosten zu verfahren ist. Inbes. ermächtige ich die R. Reg., bei den

von Derselben reffortirenden Schulen, wo die durch die Einführung des Unterrichts erwachsenden Kosten nicht aus den Fonds der betr. Schule oder aus Einnahmen der städtischen Gemeinde gedeckt werden können, eine mäßige, nach den damaligen Ortsverhältnissen zu bestimmende Erhöhung des Schulgeldes für Schüler, mit Ausnahme der Freischüler, anzuordnen, die aber nicht unter besonderen Titel zu erheben und also auch den etwa vom Turnen dispensirenden Theilen des öffentlichen Unterrichts ein verhältnismäßiger Erhöhtes Schulgelde von den Zahlungspflichtigen begehrt und von den Behörden bewährt wird.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 128.)

### 3) Bildung von Turnlehrern.

Zu diesem Behufe wurde 1848 eine Central-Bildungsanstalt in Berlin gegründet, und 1851 in eine Central-Turnanstalt für Militär-Civil-Elaven verändert.

a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 16. 8. 1848 an sämmtl. R. Reg. und Prov. Schulcolleg., betr. die Errichtung einer Central-Bildungsanstalt für Turnlehrer.

Seitdem des Königs Maj. durch die A. D. v. 6. Juni 1842 zu genehmigen geruht haben, daß die Leibesübungen als ein nothwendiger und unentbehrlicher Theil der männlichen Erziehung in der Monarchie anerkannt werden sollen, und wie ich aus den mir erstatteten Ber. der betr. Behörden mit Genugthuung ersehe, habe, nach Aaßgabe meiner G. Verf. v. 7. Febr. 1844 die Ausführung der oblerh. Willensmeinung mit günstigem Erfolge so weit gefördert, daß mit sehr wenigen Ausnahmen bereits an sämmtlichen Gymn., Sem. und höheren Bürgerschulen der Monarchie, Turnanstalten errichtet sind. Die Zweckmäßigkeit der Leibesübungen für die Erziehung der männlichen Jugend ist auf Grund der bereits erzielten Erfolge so allseitig anerkannt worden, daß auch an sehr vielen anderen Schulen, welche zu den bezeichneten Kategorien von Unterrichts-Anstalten nicht gehören, der Turnunterricht eingeführt ist und mit Eifer betrieben wird.

In je erfreulicherem Maße die bisherigen Erfolge den Beweis für die Zweckmäßigkeit und Unentbehrlichkeit der Leibesübungen in der Erziehung der männlichen Jugend geliefert, um so weniger konnte die vielseitig gemachte Erfahrung unberücksichtigt bleiben, daß einer noch größern Ausdehnung des Unterrichts in den Leibesübungen und namentlich seiner gedeihlichen inneren Entwicklung besonders der Mangel an gehörig qualifizirten Lehrern hindernd im Wege stand.

Soll nämlich dieser Unterricht nicht nur eine Uebung und Stärkung der Muskeln bezwecken, sondern auch sittlich erziehend wirken, und neben der körperlichen Thätigkeit auch geistige Frische, Gewöhnung an Zucht und Ordnung erzeugen, so kann den Lehrer zur Ertheilung dess. nicht die bloße technische Kunstfertigkeit genügen, sondern es ist ihm neben dieser besonders auch eine richtige Auffassung des Verhältnisses, in welchem der Turnunterricht zu der ganzen geistigen und körperlichen Erziehung der Jugend durch die Schule steht, nothwendig.

Auf der anderen Seite ist wiederholt die Erfahrung geltend gemacht worden, daß der Turnunterricht, wenn er in den angegebenen Beziehungen wahrhaft wirksam bringend sein soll, mit dem ganzen Organismus der Schule in eine lebendige Verbindung gesetzt werden muß, und daher zweckmäßig nur ordentlichen Lehrern der betr. Schulanstalten, nicht aber bloß technisch gebildeten, außerhalb der Schule stehenden Turnlehrern anvertraut werden kann.

Es ergab sich daher die Nothwendigkeit, darauf Bedacht zu nehmen, daß sowohl denj. Lehrern höherer Unterrichts-Anstalten, welchen jetzt der Unterricht in den Leibesübungen übertragen wird, als allen denj. Kandidaten des Schulamts, welche dazu Neigung und die nöthigen Eigenschaften besitzen, Gelegenheit zu einer zweckmäßigen und ausreichenden Ausbildung für die Ertheilung des Unterrichts in den Leibesübungen geboten werden könne.

Es gereicht mir zur Genugthuung, die R. Reg. davon in Kenntniß setzen zu können, daß des Königs Maj. auf meinen Antrag zu diesem Behufe die Errichtung einer Central-Bildungsanstalt für Lehrer in den Leibesübungen an den Turnanstalten der Monarchie hierselbst zu genehmigen geruht haben.

Die Anstalt wird unter der Leitung des Prof. Dr. Maßmann stehen. Derselbe wird außerdem die methodische Unterweisung und die erforderlichen pädagogischen Vorträge übernehmen. Die anatomischen und physiologischen Vorträge, soweit sie für Lehrer in den Leibesübungen nothwendig sind, werden von einem mit dem Turnunterricht vertrauten Arzte besorgt werden. Außerdem werden zwei Turnlehrer mit der praktischen Unterweisung der Eleven beschäftigt, und wird den letzteren die geeignete Gelegenheit geboten werden, an den hier bestehenden Turnanstalten der verschiedenen Schulen sich mit der zweckmäßigen Ertheilung und Leitung des Turnunterrichts praktisch vertraut zu machen. Der sämtliche Unterricht wird unentgeltlich ertheilt werden.

Es sollen jährlich zwei Kurse, deren jeder einen Zeitraum von 3 Mon. und höchstens eine Zahl von 30 Zöglingen umfassen wird, stattfinden. Während dieselben künftig regelmäßig in die Zeit v. 1. April bis letzten Juni, und v. 1. Aug. bis letzten Okt. verlegt werden, findet in diesem Jahre der schon vorgerückten Zeit wegen, der erste Kursus ausnahmsweise v. 1. Mai bis 31. Juli, der zweite sodann v. 1. Aug. bis 31. Okt. Statt.

Bei schon angestellten Lehrern wird es in der Regel nicht schwer fallen, für die Zeit eine Stellvertretung in ihren Unterrichtsfächern anzuordnen, und wird die R. Reg. da, wo es die Umstände wünschenswerth erscheinen lassen, darauf Bedacht nehmen, den betr. Lehrern aus den Fonds der Anstalt, oder durch außerordentliche Bewilligung der Korporationen, welchen die Unterhaltung der Schule obliegt, eine Unterstützung zur Bestreitung der Kosten, welche ihnen der Aufenthalt selbst verursacht, zu vermitteln.

Bei der Auswahl der hierher zu sendenden Lehrer und Schulamts-Kand. wird die R. Reg. die gebührende Rücksicht auf deren Befähigung zu Ertheilung und Leitung des Turnunterrichts zu nehmen haben.

Die R. Reg. wolle die Errichtung einer Central-Bildungsanstalt für Lehrer in den Leibesübungen, sowie die Bedingungen ihrer Benutzung, in geeigneter Weise Kenntniß der betr. Unterrichts-Anstalten und Schulamts-Kand. Ihres Ressorts bringen, die Anmeldungen, welche dem Prof. Dr. Maßmann direkt zuzustellen sind, für den am 1. Mai d. J. beginnenden Kursus möglichst beschleunigen und Sorge tragen, daß dies für die später stattfindenden Kurse jedesmal zwei Monate vor Beginn des Kurses dem H. Maßmann zugehen.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 153.)

b) E. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 18. Aug. an sammtl. R. Prov. Schulkolleg. und abschr. an sammtl. R. Reg., die erfolgte Einrichtung einer Central-Turnanstalt.<sup>1)</sup>

Unter Bezugnahme auf die E. Verf. v. 16. Febr. 1848 benachrichtige ich das R. Prov. Schulkolleg., daß mit dem 1. Okt. d. J. an Stelle der bisher bestandenen Central-Bildungsanstalt für Lehrer in den Leibesübungen eine für das Ressort des K. Kriegsmin. und des R. Min. der geistl. u. Ang. gemeinschaftlich eingerichtete Central-Turnanstalt in Wirksamkeit tritt.

In ders. sollen in einem jedesmal v. 1. Okt. bis 30. Juni dauernden Kursus eine Anzahl von höchstens 18 Militair- und eben so viel Civil-Eleven<sup>2)</sup> gemeinschaftlich unterrichtet, und unter Zuhilfnahme der erforderlichen Hülfswissenschaften, namentlich der Anatomie und Physiologie zu Lehrern der Gymnastik ausgebildet werden.

Die letztere soll aus dem von ihr bisher innegehaltenen Stadium einer mehr weniger isolirt stehenden Uebung der Körperkräfte heraustreten, und unter angemessener Berücksichtigung des Linng'schen Systems auf rationellem Wege betrieben und für das Gesamtgebiet der Erziehung der männlichen Jugend fruchtbarer gemacht werden.

Die Anstalt wird geleitet von dem zum Dirigenten ders. ernannten R. Haupt-

1) Wurde 1853 republizirt mit dem Bemerken, daß die Meldungen bis zum Sept. eingehen müßten. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 254.)

2) Bei der Schlußprüfung nach dem Kursus 53—54 war die Zahl der Militair-Eleven voll, die der Civil-Eleven, Kandidaten des Schulamts, betrug dagegen sechs. (Nat. Zeit. 1854. Nr. 281.)



mann Rothstein. Unter demselben arbeiten die erforderlichen Militair- und Lehrer, sowie ein Arzt. In der Anstalt werden täglich im Durchschnitt 12 Stunden praktischer und theoretischer Unterricht ertheilt. Der gesamte Unterricht ist unentgeltlich.

In der Anstalt werden vorzugsweise junge Schulmänner ihre Ausfinden, welchen künftig der Unterricht in der Gymnastik an Gymn., Real- und Bürgerschulen und Schullehrer-Sem. zu übertragen ist. Dieselben werden aufenthalt in Berlin, wenn auch in beschränktem Maße, auch zu ihrer Fortbildung in anderen Zweigen des Wissens mitbenutzen können. Unter Berücksichtigung der Geven können für jetzt nur in den dringendsten und besonders motivirten Fällen in Aussicht gestellt werden.

Für künftig erwarte ich die Anmeldungen zum Eintritt in die Centralanstalt spätestens bis zum 1. Aug. jedes Jahres. Für den bevorstehenden müssen dieselben längstens bis zum 15. Sept. mir eingereicht werden.

Das R. Prov. Schulkolleg. hat unverzüglich die betr. Unterrichts-Anstalt Schulamts-Kandidaten Seines Ressorts von dem Inhalt dieser Verf. in Kenntniß zu setzen, und mir bis zum 15. Sept. anzuzeigen, ob und welche Individuen zum Eintritt geeignet und bereit sind, wonach ich dieselben von meiner Entscheidung so zeitig in Kenntniß setzen werde, daß sie bis zum 1. Okt. noch hier erscheinen können.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 181.)

#### 4) Verbindung militairischer Uebungen mit dem Turn- und Turnseminaren.

N. des Min. der G. u. M. Ang. (Fischhorn) v. 18. Okt. an das R. Prov. Schulkolleg. zu N., betr. die Erfüllung der Dienstpflicht Seitens der in Sem. aufgenommenen Elementar-Schulamts-Kandidaten und deren Verbindung mit dem Turnunterricht.

Ich bin, wie ich dem R. Prov. Schulkolleg. auf den Ver. v. 2. Zul. eröffnete, wegen der in der Denkschrift des Reg. und Schulraths N. N. (Anl. a.) in Anregung gebrachten andern Einrichtung des Militairdienstes Elementar-Schulamtskand. mit dem H. Kriegsmin. in Kommunikation g. Derf. glaubt, den praktischen Werth des Militairdienstes für die Schullehrer sowohl in den von denselben zu erlangenden höheren oder niederen Grad eigentlicher Ausbildung, sondern vielmehr darin setzen zu müssen, daß sie den Turnunterricht auch als eine Schule der Ordnung, der Zucht und des Gehorsams nach allen Richtungen kennen lernen, aus ihm das Bewußtsein allg. Wehrhaftigkeit bringen, um so auf ihre Schüler, welche sie geistig vorbereitend auf die Wehrhaftigkeit hinführen haben, angemessen einwirken zu können. Wenn dazu die aus dem Turnunterricht überwiegenden Gründen auf nur 6 Wochen ermäßigte Dienstzeit allerdings kurz zugemessen sei, so werde man doch das, was in ihr geleistet werde, auch in der in der Denkschrift vorgeschlagenen Weise erreichen können, weil, selbst wenn die eigenthümlichen Dienstzwecke der Landwehrstämme eine solche Nebenbeschäftigung als besonders organisirten Dienstzweig zuließen, die kommandirten Grenzer-Offiziere eben so wenig, wie der Bataillons-Kommandeur in ein besonderes Disziplinärverhältniß zu den dem Seminarlehr. untergeordneten Schulamts-Kand. treten könnten.

Hiernach wird zwar der Vorschlag, daß die mit den Seminaristen in gleicher Weise anzustellenden Grenzerübungen ein Ersatz für deren sechswochenl. Dienstzeit bilden sollten, zunächst nicht weiter verfolgt werden können. Jedoch auch abgesehen hiervon erscheinen die Grenzerübungen in der vorgeschlagenen Verbindung mit dem Turnunterricht an und für sich so zweckmäßig und werden für den späteren Militairdienst der Seminaristen eine so angemessene Vorbereitung bilden, daß das R. Prov. Schulkolleg. hinreichende Veranlassung finden wird, die denselben Sem., wo die Verhältnisse es gestatten, in das Leben treten zu lassen.

Anl. a.

Es scheint mir nun eine Einrichtung möglich, wodurch die militairische Ausbildung der Schulamts-Kand. auf eine ihrem Beruf mehr entsprechende und die bezeichneten Nachtheile vermeidende Weise vollkommen gesichert werden könnte. Nämlich die jungen Männer während ihres zweijährigen Seminarstudiums im Jahr

hänge mit ihren Turnübungen durch Unteroffiziere des Landwehrstammes an dem Ort des Sem. regelmäßig etwa am Mittwoch und Sonnabend, oder auch öfters eine oder mehrere Stunden einexerziert würden, so dürfte nicht nur ihre individuelle militärische Ausbildung, sondern auch ihre Bekanntschaft mit den Compagnie-Evolutionen vollkommen so gut erreicht werden, wie jetzt durch den sechswochentlichen Dienst im Heer, und sie zu tüchtigen Landwehr-Unteroffizieren herangebildet werden können; hätten sie dann am Schluß ihres Seminarkursus bei einer Prüfung vor dem Major des nächsten Landwehr-Bataillons ihre militärische Ausbildung zu zeigen, und würde denen, welche sich darüber befriedigend auswiesen, der Dienst im stehenden Heere ganz erlassen, so würde es am Eifer der jungen Mannen beim Exerzieren nicht fehlen. Die einexerzierenden Unteroffiziere würden gewiß unbedenklich aus den Seminarfonds für ihre Mühwaltung ein entsprechendes Honorar erhalten können. Wäre eine solche Einrichtung ausführbar, so könnte man sich wohl noch einen weiteren Nutzen davon versprechen. Die Turnübungen sind meines Erachtens noch weit davon entfernt, populär geworden zu sein, und werden dies erst dann werden, wenn ihre Bedeutung praktisch und handlich dem Volke entgegentritt, wenn sie in lebendigem Zusammenhang mit den übrigen Momenten unseres Volkslebens, mit denen sie innerlich zusammengehören, endlich in der allg. Wehrpflicht und Wehrhaftigkeit treten. Gelingt das geschieht, so wird der größere Theil des Volks in den Turnübungen schwerlich mehr als ein flüßiges Spiel sehen. Würden in der bezeichneten Weise bei unsern Sem. die Turnplätze zugleich Exerzierplätze und wahrhafte Landweherschulen, dann wäre, wie ich glaube, ein großer Schritt auf diesem Gebiete der Nationalerziehung geschehen.

N. N., Reg. und Schulrath.

(Min. Bl. d. i. R. 1847. S. 323.)

5) Andere Leibesübungen, als Baden, Schwimmen, Schlittschuhlaufen unterliegen der Aufsicht der Polizei, welche gefährliche Plätze untersuchen und verbieten soll: G. R. des Polizeimin. v. 28. Juni 1817. (N. I. S. 2. S. 204 — 207.) In Folge dieses G. R. ist eine große Anzahl von Publ. der Reg. ergangen (s. v. Mönne und G. Simon, Polizeiwesen I. 8. flg.), von denen hier das der Reg. zu Liegnitz v. 1. Dec. 1817 (N. I. S. 4. S. 226) und das der Reg. zu Merseburg v. 1. Jan. 1818 (N. II. S. 430) deshalb zu erwähnen sind, weil beide ausdrücklich des Schlittschuhlaufens übereinstimmend anordnen:

Dasselbe darf namentlich der unerfahrenen Schuljugend nur an solchen Stellen gestattet werden, welche untersucht und sicher befunden sind, und muß untersagt werden, sobald Gefahr eintritt. Die Polizeibehörden haben die gewählten Plätze, die Zeitpunkte, von wo an, und bis wohin das Schlittschuhlaufen gestattet sein kann, jedesmal den Vorstehern der Schulen und Unterrichtsanstalten bekannt zu machen, damit letztere die ihnen anvertraute Jugend besonders vor der Gefahr warnen können.

Schwimmschulen, nach den Grundsätzen des General v. Pfuel, sind längerer Zeit und an vielen Orten, zunächst in der Regel für Knaben errichtet; alle andern können aber ebenfalls Theil nehmen. (v. Mönne und G. Simon, Polizeiwesen, II. S. 19. Note 2.) Turnanstalten für die weibliche Jugend.

Die Turnanstalten sind mit den öffentlichen Schulen nicht verbunden, sondern nur als Privatanstalten vor.

U. d. Min. der G. u. M. Ung. (Gichhorn) und des Z. (v. Sickingen) v. 19. Mai 1846 an sämtl. R. Reg., betr. die Errichtung von Turnanstalten für die weibliche Jugend.

K. D. v. 6. Juni 1842 ist das Turnen nur als ein Theil des Unterrichts für die männliche Jugend bezeichnet und festgestellt worden.

Hiernach in solchen Fällen, wo Privatpersonen die Errichtung einer Turnanstalt für die weibliche Jugend beabsichtigen, die Orts-Polizeibehörde für die Genehmigung ist, sofern sie kein Bedenken dabei findet, auf den Grund der Be-

stimmungen der §§. 40. und 50. der allg. Gew. O. v. 17. Jan. v. J. <sup>1)</sup> die Konzession dazu zu erteilen, so erscheint es doch zur Vermeidung von Konflikten zwischen der Polizei- und der Schulbehörde erforderlich, daß erstere sich vor Ertheilung der Konzession des Einverständnisses der letztern versichere, und daß bei obwaltender Meinungsverschiedenheit die Sache zur Entscheidung der vorges. Reg. gebracht werde.

(Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 83.)

### Dritter Titel.

## Schulprüfungen.

Ueber die Prüfung, welche der Entlassung vorhergeht, ist das 5. Kap. dieses Abschn. zu vergleichen. Hier ist nur von den wiederkehrenden Schulprüfungen die Rede, welche angestellt werden, um den Zustand der Schule und die Fortschritte der Kinder zu ermitteln. Dieselben sind entweder regelmäßige (periodisch wiederkehrende) oder außerordentliche.

#### 1) Regelmäßige Schulprüfungen.

Sie werden meist alljährlich um Ostern unter Zuziehung der Schulpfstände, Schuldeput. und Pfarrer veranstaltet <sup>2)</sup> und sind öffentlich. Hierüber bestimmen:

a) §§. 47. und 50. des kathol. Schulregl. für Schlessen von 1801 (s. oben in Th. I. S. 157).

b) §§. 30., 32. der Schulordn. für die Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 (s. oben in Th. I. S. 108, 109), wonach insbes. auch die Schulpfatten und Gutsherrn einzuladen sind.

c) Publ. des Konf. zu Magdeburg v. 30. Mai 1821, betr. die jährlichen öffentlichen Prüfungen in den Dorfschulen.

Da die öffentl. Prüfungen, welche seither in einzelnen Laidschulen abgehalten worden sind, sich als nützlich ausgewiesen haben, so verordnen wir hierdurch, daß diese Prüfungen alljährlich um Ostern vor der dazu versammelten Gemeinde auf eine zweckmäßige und feierliche Art gehalten werden sollen. Die Prüfung erstreckt sich auf alle in der Schule behandelten Lehrgegenstände, und ist so einzurichten, daß die Schulkinder von ihrem im Laufe des Schuljahres angewendeten Fleiße in ihren Fortschritten, ohne auf die Prüfung besonders vorgeübt zu sein, ungezwungene Beweise geben können. Am Schlusse der Prüfung sollen diej. Kinder, welche sich durch einen streng regelmäßigen Schulbesuch, durch Fleiß und gute Leistungen ausgezeichnet haben, sowie auch die, von denen das Gegentheil bekannt ist, auf angemessene Weise genannt werden. Die H. Superint. und Prediger veranlassen wir, auf diese B. sorgfältig zu halten, und die Ersten, über den Ausfall der

1) Nach §. 40. a. ist zur Errichtung oder Verlegung von Turnanstalten, Tanz- und Fechtschulen u. polizeiliche Genehmigung erforderlich, die nach §. 50. 1. erst dann zu erteilen, wenn die Unternehmer sich über ihre Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit ausgewiesen haben. (G. S. 1845. S. 49, 51.) — Nach dem K. Erl. v. 17. März 1852 stehen dergl. Anstalten hinsichtlich der Gewerbeprüfung unter dem Min. des J. (G. S. 1852. S. 83.) — Vergl. auch in der 1. Abth. (Privatunterricht) die Note zu §. 14. der Instr. v. 31. Dec. 1839. (s. o. S. 294 f.)

2) Vergl. die über die Aufsichtsführung derselben im 1. Abschn. dieser Abth. mitgetheilten Instr. — Die Pfarrer insbes. haben die Prüfung öffentlich bekannt zu machen, und als Schulrevisoren zu leiten.

S. auch das Kleve-Märkische Regl. von 1782 sub II. §. 16. und IV. §. 3. (s. oben in Th. I. S. 185, 186). Nach der Rhein. B. v. 15. Juli 1814 sub 2. §. 9. sollten, um das spezielle Abrichten der Kinder für das Examen zu verhüten, die Prüfungen nicht zu bestimmter Zeit, sondern abwechselnd erfolgen. Vgl. auch ib. sub b. §. 26. (s. o. in Th. I. S. 195, 198.)

in Diocesen abgehaltenen Prüfungen einen summarischen Ber., wozu ihnen die Prediger die Data mit Genauigkeit zu liefern haben, jedesmal zu erstatten.

(N. V. S. 375.)

## 2) Außerordentliche Schulprüfungen.

a) Bei den Schulvisitationen soll der Superint. eine Schulprüfung anstellen: §. 5. c. der Kirchen- und Schul-Visitationsordn. v. 16. März 30 (s. o. S. 364).

## b) Monatliche Prüfungs-Lektionen.

Eine Einrichtung, welche, wie es scheint, nur im Reg.-Bez. Königsberg eingeführt wurde, von welcher aber die Schulordn. v. 11. Dec. 1845 weicht.

E. R. der Reg. zu Königsberg v. 19. Nov. 1833 an sammtl. Superint. u., betr. die in den Kirchspielen abwechselnd angeordneten Schulprüfungen.

Nur versuchsweise hatten wir bisher die Einrichtung getroffen, daß monatlich je einer Schule einiger Kirchspiele Prüfungen, oder abwechselnd Lektionen gehalten wurden, an denen sämtliche, oder bei sehr ausgedehnten Pfarochien einige der des Kirchspiels, theils selbst prüfend oder lehrend, theils nur zuhörend, unter Leitung und Aufsicht des Pfarrers, Theil nehmen.

Etwa vier Gegenstände aus dem Gebiete des Elementarunterrichts kamen je einmal zur Sprache. Die Dauer der Prüfung beschränkte sich auf einen Vormittag.

In der nächstfolgenden Konferenz wurden dann den Lehrern die nöthigen Erörterungen, Winke oder Zurechtweisungen in Bezug auf den Inhalt und die Art jener Prüfungen oder Lektionen von dem Schulinsp. ertheilt.

Auf diesem Wege wurde nicht nur ein rühmlicher Wettstreit unter den Lehrern erregt, sondern es bot sich auch jedem unter ihnen eine Gelegenheit dar, die Weise einiger ihrer Amtsgenossen, die Art, wie sie die Schüler behandeln, die Bücher und Lehrmittel, welche sie benutzen, kennen zu lernen. Den Schülern erwuchs der Vortheil, auch einmal einen andern Lehrer zu hören, und in dieser Art zu fragen und sich zu äußern, eingehen zu müssen. Der Nutzen dieser Einrichtung hat sich da, wo sie mit wahrhaft gutem Willen und mit einsichtsvoller Aufsichtigung der Persönlichkeiten der Lehrer und der Umstände ausgeführt wurde, so klar hervorge stellt, daß der monatliche Verlust eines halben Schultages einige Schulen dabei nicht wesentlich in Betracht kommen darf.

Deshalb ordnen wir solche Prüfungen und Lektionen für alle Volksschulen des Verwaltungs-Bezirks in den Städten sowohl als auf dem Lande hiermit an und tragen Ew. demnach auf, die Kirchspiels-Schulinsp. und die Stadt-Schulinsp. Ihres Aufsichtskreises von dieser Anordnung in Kenntniß zu setzen, und mit ihrer Anweisung zu versehen, wo solche nöthig sein sollte.

Bei den aus mehreren Klassen bestehenden städtischen Schulen wird es z. B. zu empfehlen sein, denselben Unterrichtsgegenstand in sämtlichen Klassen behandeln lassen, und mit den Gegenständen nur monatlich zu wechseln, um auf diese Weise zugleich ein deutlicheres Bild des Fortschreitens des Unterrichts auf den verschiedenen Bildungsstufen zu erhalten.

Nach 3 Monaten erwarten wir Bericht über den Erfolg dieser Maßregel.

(N. XVII. S. 964.)

## 3) Verpflichtung der Schulkinder zum Besuche der Prüfungen.

R. des Min. der G. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 30. Juni 1842 an die R. Reg. zu Posen, betr. die Anhaltung der Kinder zu den öffentlichen Schulprüfungen.

Auf den Ber. der R. Reg. v. 10. April d. J., die Strafen für versäumte öffentliche Schulprüfungen betr., eröffne ich Ders., daß ein Bedürfnis nach besonderen Strafbestimmungen gegen Eltern, welche Kinder diesen Prüfungen entziehen, vorzuliegen scheint. Im Allg. waltet dabei das Interesse nicht vor, welches Eltern allein abhält, den Schulbesuch zu fördern; und da in der Regel es bei Prüfungen von Seiten der Kinder an Theilnahme nicht fehlt, die entgegengesetzte

septe Erscheinung daher nur, durch besondere Verhältnisse motivirt, als eine Ausnahme betrachtet werden muß, so sind auch noch von keiner andern R. Reg. Klagen und Anträge in dieser Hinsicht eingegangen. Den Geistlichen und Lehrern wird es schwer werden, hier ihren Einfluß mit Erfolg geltend zu machen, wenn sie Gleichgültigkeit der Eltern gegen solche Schulprüfungen bemerken sollten; stellt sich dabei aber eine wirklich grobe Nachlässigkeit, oder gar strafbare Penitenz heraus, so hat es kein Bedenken, die allg. Bestimmungen über Schulversäumnisse auch auf diese Prüfungen analogisch anzuwenden, welche, indem sie dazu dienen, den Zustand der Schule und die Fortschritte der Kinder zu ermitteln, daher auch von dem allg. Zwecke sich nicht entfernt halten, der in den Lehrstunden selbst verfolgt wird.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 372.)

#### 4) Andere Schulfeste.

Anordnungen über anderweite Schulfeste finden sich in den Sammlungen nicht veröffentlicht. Doch ist es an vielen Orten üblich, am Reformationsfeste<sup>1)</sup> und am Geburtstage des Königs auch in den Volksschulen Feierlichkeiten zu veranstalten. Das Letztere beruht nach Maacke, pädagog. Jahressber. 1852 S. 265 auf einer Min.-Verf., welche Schulrevisoren und Schullehrer verpflichtet, diesen Tag durch eine Feierlichkeit (Chorsprechen des 23. Psalm, religiöser Gesang, Ansprache des Lehrers an die Kinder, Absingung der Nationallieder u. s. w.) auszuzeichnen.

## Viertes Kapitel.

### Schulzucht.

Vor der Schulzucht im engeren Sinne, d. h. dem Gebrauche der Zuchtmittel, fordert die erziehende Wirksamkeit der Schule überhaupt ihre Darstellung.

#### Erster Titel.

#### Schul-Erziehung.

Während der Schulunterricht als Hauptziel die Weckung des Verstandes, die Urtheilskraft verfolgt, bleibt der Schule die nicht minder wichtige Aufgabe, den Grund zu legen, daß der Wille sich zur sittlichen Kraft entwickele, und das Gefühl sich dem Schönen zuwende. Die Schule soll nicht bloß Kenntnisse ausbreiten, sie soll Menschen erziehen. In Bezug auf diese, ihre erziehende Wirksamkeit sind sowohl allgemeine Vorschriften ergangen, als spezielle Belehrungen und Verbote für die Jugend angeordnet.

#### I. Allgemeine Vorschriften.

a) Publ. der Reg. zu Köln v. 5. Juni 1827, betr. die Erziehung durch die Volksschulen.

Es liegt in der Natur der Sache und ist von uns in einzelnen Fällen vielfach darauf hinverwiesen worden, daß die Bildung der Jugend in den Volksschulen

1) z. B. in Berlin durch Schulauftrag und Vertheilung von Medaillen an würdige Schüler.



nicht auf eine Erweiterung des Wissens sich beschränken dürfe, sondern ganz besonders darauf berechnet sein müsse, in den jungen Gemüthern schon früh, und eben darum für das ganze Leben dauernd, die rechte Gesinnung zu erwecken, durch sie den festen Grund zu einem auf alle Verhältnisse des Lebens sich erstreckenden Rechtshandeln zu legen, und beides, das Wollen und das Thun, durch eine anhaltende, fortgesetzte Uebung und Gewöhnung zu vermitteln.

Das Letztere, die eigentliche Schulzucht im weitesten Sinne des Wortes, ist unstreitig die wesentlichste, aber auch die schwierigste Aufgabe in dem Verufe des Lehrers, deren Lösung, außer einem gesunden Urtheile, in der Regel eine mehrjährige Erfahrung erfordert, da sie weniger gelehrt, als geübt sein will. Mit bloßem Belohnen und Bestrafen ist es dabei nicht gethan: das folgerechte Festhalten der vorgeschriebenen, wohlberechneten Schulordnung in ihren kleinsten Theilen, von Seiten des Lehrers, wie der Schüler, wird Belohnungen und Strafen zum Theil überflüssig machen, und ist gerade in den niedern Volksschulen am leichtesten zu erreichen, wo ein Lehrer allein die ganze Wirksamkeit der Schule in sich vereinigt. Die Gewöhnung zu einer geregelten Thätigkeit im Allg., zu einem gesetzmäßigen Thun im besondern, wird die Neigung begründen, die Neigung wird die Gesinnung erwecken, und auf einem so wohl befruchteten Boden wird die Lehre erst gedeihlich Wurzel fassen.

Diesen Gang in seinen einzelnen Verzweigungen zu verfolgen, ist hier nicht der Ort; dem denkenden und gewissenhaften Lehrer muß es überlassen bleiben, ihn in seinen Beziehungen auf das kirchliche und bürgerliche Leben, so weit die Schule als Vorbereitungsanstalt für beide erscheint, anzuwenden; die Erfahrung und der Rath seiner unmittelbaren Vorgesetzten, wohlwollender Schulfreunde und älterer Amtsgenossen werden ihn dabei unterstützen. Die Sache selbst hier in Anregung zu bringen, werden wir auf doppelte Weise veranlaßt; theils durch das von mehreren Seiten her laut werdende Vorurtheil, als bedürfe es einer vieljährigen Dauer der Schulpflichtigkeit bei der Jugend auf dem Lande gar nicht, um ihr das beizubringen, was sie für ihre Bestimmung zu erlernen habe; theils durch eine auf einen besonderen Fall gerichtete höhere Aufforderung. Jenes Vorurtheil beruhet größtentheils auf der ganz geringen Ansicht von dem Zweck der Schule und der Volksschule insbes., als solle durch sie nur eine gewisse Masse von Kenntnissen und Fertigkeiten für materielle Zwecke des bürgerlichen Lebens in Umlauf gesetzt werden. Wäre dies der Fall, so möchten allenfalls wenige Jahre des Schulbesuchs hinreichen, um unter einem gewandten Lehrer nothdürftig lesen, schreiben und rechnen, auch die Fragen und Antworten aus einem Katechismus auswendig zu lernen. Fassen wir aber den oben aufgestellten Hauptzweck der Volksschulen ins Auge: die Erziehung für das Leben, in welcher der Unterricht nur als eines der Mittel zum Zweck erscheint; so ergiebt sich von selbst die Nothwendigkeit einer längern und einer ununterbrochenen Dauer des Schulbesuchs, wie sie durch die A. R. D. v. 14. Mai 1825 <sup>1)</sup> geboten wird.

Daß alles Wissen, möge es auch dem Umfange und den Gegenständen nach noch so beschränkt sein, ein nicht bloß erlerntes, sondern auch durch eigne Denkhätigkeit als freies Eigenthum erworbenes Wissen sein müsse, von welchem nur gerade dann erst eine richtige und erfolgreiche Anwendung auf das Leben erwartet werden kann; daß diese Anwendung, wenigstens nicht zuerst und allein von dem Leben selbst, und am allerwenigsten von dem Leben in den niedern Volksklassen erwartet werden dürfe; daß vielmehr die Schule zu dieser Anwendung die erste Anleitung zu geben, und als ein Bild des Lebens im Kleinen sich zu gestalten habe; daß diese Anleitung nur da erst ihre rechte Grenze finde, wo aus ihr bereits ein nicht leicht zu erschütterndes Gefühl für Wahrheit und Recht, und eine nicht leicht fehlgreifende Gewohnheit für das Wahre und Rechte hervorgegangen ist, die aus der Schule in das häusliche und gesellige Leben hinüber und dort den mancherlei verkehrten Richtungen dess. entgegen tritt; das ist es, was eine vieljährige und anhaltende Einwirkung der Volksschule, eine besonders sorgfältige Wahl der Volksschullehrer und eine selbstständige Stellung dieses Lehrerstandes erfordert, und wogegen alle aus beschränkten Ansichten oder aus zufälligen und vorübergehenden Verhältnissen hervorgehenden Einwürfe ihr ganzes scheinbares Gewi

1) Vergl. oben S. 561.

es machen es daher allen näher oder entfernter dabei betheiligten Behörden und Reg. Bez. zur besondern Pflicht, auf eine Verbreitung der hier entwickelten richtigen Ansicht von den Zwecken der Volksschule in ihrem Bereiche mit aller Macht hinzuwirken, und die Erreichung desselben selbst aus allen Kräften zu fördern zu helfen. Die Hindernisse, welche in den Verhältnissen der Verfassung liegen, werden größtentheils bald gehoben werden; diejenige, welche die Verhältnisse der Zeit herbeiführen, werden sich zum Theil durch weise Benutzung der vorhandenen Mittel beseitigen lassen.

Der besondere Fall, welcher zu dieser Bekanntmachung Veranlassung giebt, betrifft das Wegfangen der Singvögel und das Ausnehmen der Vogelnester, was auch im Allg. das absichtliche Zerstören der zum Nutzen oder Vergnügen bestimmten Einrichtungen und öffentlichen Anlagen zu rechnen ist. Wenn auch nur zum Theil dieses Unfugs der Jugend selbst eigentlich zur Last fällt, so zeigt er überall von einer Gefühllosigkeit und Rohheit der Gesinnung, deren Beförderung in dem Mangel der Erziehung mehr oder weniger ihren Grund hat. Wenn man daher zur Bestrafung der vorkommenden Uebertretungen dieser Art die unnachlässliche Aufrechterhaltung der darüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften hierdurch zur Erinnerung bringen: so müssen wir zur Verstopfung der Quelle dieses Uebels so angelegentlich die Einwirkung der Schule in Anspruch nehmen, und zu dem Ende besonders noch der früheren Ausbildung des Gefühls der Achtung für die Schöne und Nützliche gedenken. Daß auch hier von der Gewöhnung ausgegangen werden müsse, liegt schon in der Natur des Gefühlvermögens, und es bietet die Wahl und Anordnung des Schulzimmers und des Spielplatzes so mannigfaltige Gelegenheit dar, daß wir eine Berücksichtigung dieses Bedürfnisses den Ortsbehörden, und eine weise Benutzung des zu diesem Zwecke Gegebenen noch ausdrücklich zur Pflicht machen müssen, ohne daraus die Nothwendigkeit kostspieliger Anstrengungen und Anschaffungen herleiten zu wollen. Einfachheit und Angemessenheit können bei nur zur Leitung dienen, und wir wünschen, in den Jahresberichten der Behörden diejen. Schulen und Schullehrer besonders genannt und ausgezeichnet zu sehen, in denen und durch welche der fragliche Zweck auf die einfachste und messigste Weise erreicht worden ist, wenn wir denn auch bei Beaufsichtigung der Untersuchung der Schulen gerade diese am ersten ins Auge fallenden Anordnungen und die Gewöhnung der Kinder an Ordnung und Reinlichkeit, an Anstand, gute Eitten ganz vorzüglich berücksichtigt wissen wollen. Daß aber wirklich Brüche von Rohheit und Gefühllosigkeit, wie sie im vorigen genannt sind, auf anderer Weise, namentlich auch im Martern der Thiere, sich äußern können, der schulpflichtigen Jugend nicht geduldet, und wo sie vorkommen, ernstlich nachdrücklich bestraft werden, muß ein besonders wichtiger Gegenstand der Aufmerksamkeit der Lehrer und der Ortsbehörden sein, die wir für alle die Fälle kräftig einzuwirken unterlassen haben, hiermit verantwortlich machen.

Daß Volkserziehung hauptsächlich von den Volksschulen ausgehen, denselben stens ihre Leistungen allen übrigen Veranstaltungen zu diesem Zweck zu liegen müssen, wird zwar wohl von Niemanden verkannt; aber nur zu häufig dienen die Hindernisse, welche bei der Ausführung von der einen oder der andern Seite entgegen treten, zur Entschuldigung, auch die wirklich vorhandenen Anstrengungen unbenutzt zu lassen, weil ihr Erfolg noch nicht durch gleichzeitige Benutzung aller übrigen Erfordernisse gesichert werden könne. Das ist aber der verwerthete Grundsatz, dessen Einfluß überall das Fortschreiten zum Bessern hemmt, und wir zwar das Unmögliche nicht wollen können, wo es durch persönliche und sachliche Verhältnisse bedingt wird, so werden wir doch auf keine Weise dulden, daß nur wo durch fehlende oder gar verfehlte Einwirkung einer Behörde ein solcher Zustand in den wesentlichsten und unerläßlichsten Leistungen der Volksschulen herbeiführt oder bleibend werde.

(A. XI. S. 421.)

b) G. R. der Reg. zu Potsdam v. 29. März 1834 an sämmtl. Räte, Superintend. und Schulinsp., betr. die öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten.

In eben dem Maße, in welchem Unterricht und Belehrung der Jugend zur Erziehung derselben erforderlich ist und beiträgt, ist die Schule selbst auch Erziehungsanstalt.

Dies unterliegt um so weniger einem Bedenken und Widerspruche, da sogar verlangt wird, daß der Lehrer in der Schule nicht nur unterrichte, sondern auch die Anleitung und Gewöhnung seiner Schüler zur Sittlichkeit, Ordnung, Wohlständigkeit, überhaupt also ihre Bildung und Erziehung, während der t, welche sie in der Schule zubringen, angelegen sein lasse, und es ist ihm des- b auch die Befugniß, hierzu die zweckdienlichen Mittel anzuwenden, und somit st die vorsichtige Ausübung eines Strafrechts eingeräumt.

Mindestens allgemein ist zwar angenommen, daß dem Lehrer auch außerhalb der Schule und der Schulzeit wirkliche Pflichten und Rechte und namentlich ein Straf- t in Beziehung auf seine Schüler zustehen, und es kann allerdings Bedenken gen, jedem Volksschullehrer ohne Weiteres alle Pflichten und Rechte eines Er- ers, hinsichtlich der Orts-Schuljugend auch außer ihren Schulstunden zu über- len; indessen kann und darf dieserhalb doch nicht die ganze Wirksamkeit des Leh- und der Schule lediglich auf die eigentliche Schulzeit, und die Verbindung einen und der andern mit der Schuljugend nicht so beschränkt werden, daß die Schule verhindert würde, als Erziehungs- und Ver sittlichungs-Anstalt möglichst tief weithin in das Leben und die Bildung der Jugend und mittelbar des ganzen its einzugreifen.

Wir sind demnach auch von dem R. Min. der G. U. u. R. Ang. angewiesen den, nicht nur dahin zu sehen, daß den Lehrern die ihnen als wirklichen Erzie- n der Jugend schon nach den §§. 50. u. 51. Tit. 12. Th. II. des A. L. R. b in Gemäßheit älterer B. zuerkannten Pflichten und Rechte in Beziehung auf Schuljugend verbleiben, sondern sie auch zur Ausübung ders. anhalten, aber bei zugleich zur größten Vorsicht ermahnen, und mit näherer Instr. versehen zu lassen. Wir finden es daher angemessen, in dieser Hinsicht, was die Volksschulen un- s Verwaltungs-Bez. anbelangt, Folgendes festzusetzen:

- 1) Die resp. Ortsschulen sollen sich nicht nur als Lehr- und Unterrichts-, son- dern auch als Erziehungsanstalten im weitern Sinne des Wortes geltend machen und wirksam zeigen, und somit auch das Verhalten und namentlich die Vergehungen ihrer Schüler außerhalb der Schule, und insonderheit auf dem Schulwege nicht unbeachtet und nach Umständen ungerügt lassen.
- 2) Diese Wirksamkeit und über die Grenzen des Schulhauses hinaus gehende Erziehungsthätigkeit üben die Schulen durch die resp. Orts-Schulvorstände und angestellten Lehrer aus, welchen letzteren insonderheit obliegt, mit derj. Liebe und Sorgsamkeit, mit welcher sich der treue Lehrer seinem Berufe und seinen Schülern hingiebt, über diese und ihr Betragen in allen ihren Ver- hältnissen nach Möglichkeit zu wachen.
- 3) Wie schon in der Schule, so vorzüglich außerhalb derselben, sollen sich die Lehrer mehr im Warnen und Ermahnen, im Belehren und Bewahren ihrer Schüler und im Verhüten etwaniger Vergehungen ders., als im Bestrafen dieser gefallen. Gelangen aber Unarten und Vergehungen der Schüler, außerhalb der Schule verübt, zu ihrer Kenntniß, so sind sie berechtigt und verpflichtet, solche nach Umständen auf der Stelle oder in der Schule durch Erinnerung und Ermahnung, Warnung, Verweis und Beschämung zu rü- gen, und nach Beschaffenheit der Sache auch zur Belehrung und Warnung der übrigen Schuljugend in der Schule selbst zu benutzen. Scheint ihnen dies aber nicht genügend, sondern auch Züchtigung straffarer Schüler für Vergehungen außerhalb der Schule angemessen und nothwendig: so sollen sie diese nur nach Verathung, wenn nicht mit dem ganzen Schulvorstande, doch wenigstens mit dem Ortsprediger, und dann möglichst in dessen Gegen- wart vollstrecken; wie denn hierbei auch die Zuziehung des Vaters oder der Mutter des verurtheilten Kindes in der Regel um so nöthiger sein wird, da es sonst leicht doppelte Strafe erhalten könnte, und jedenfalls seinen El- tern oftmals nur Umstände bekannt sein werden, welche zu seiner Entschul- digung reichen oder zur Erklärung seines Vergehens dienen.

Die G. Superintend. und Schulinsp. haben hiernach ihre Synodalen, die Schul-Kommissionen und Schullehrer zu instruiren, in vorkommenden Fällen auch andere betheiligte Personen und Eltern schulpflichtiger Kinder zu belehren, und namentlich mit den G. Landrathen kräftigst dahin zu wirken, daß Zucht und Ord- nung unter der heranwachsenden Jugend erhalten und befördert werde.

## II. Einzelne Belehrungen und Verbote.

Wie sich die Schulkinder innerhalb der Schule zu verhalten haben, ergibt sich theils aus der Stellung des Lehrers, der an Eltern Statt da- steht, theils ist es in den Spezial-Schulgesetzen der einzelnen Schulen vor- geschrieben. Mehrfach verordnet findet sich in dieser Hinsicht, daß streng auf die Reinlichkeit der äußern Erscheinung gehalten werden soll, so G. R. der Reg. zu Trier v. 10. Aug. 1836 (s. oben S. 646). Andere Verordnungen betreffen das Verhalten der Schulkinder außerhalb der Schule. Dies sind folgende:

1) Abhaltung der Schulkinder von sittengefährlichen Vergnü- gungen.

a) Von Schank- und Spielstuben und Tanzböden.

Hierüber bestimmen

α) G. R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 22. Jan. 1828 an sämmtl. R. Reg. (excl. Frankfurt), betr. die Bewahrung der Jugend vor der Theilnahme an sittengefährlichen Vergnügungen.

Der R. Reg. wird hierneben (Anl. a.) ein Exemplar der wegen Bewahrung der Jugend vor der Theilnahme an sittengefährlichen Vergnügungen von der Reg. zu Frankfurt a. d. O. an die Landräthe, Superintend. und Schulinsp. ihres Bez. erlassenen Verf. zur Kenntnißnahme mit der Aufforderung zugesertigt, diese Verf. sofern die R. Reg. gegen den in selbiger gedachten Unfug nicht schon ähnliche Maaßregeln ergriffen haben sollte, auch für ihren Bez. mit den etwa nothwendigen Modifikationen zu benutzen. Sollte durch die etwa nöthig befundenen Veränderun- gen und Zusätze etwas wesentlich Neues von allg. Interesse hinzukommen, so hat die R. Reg. die sonach modifizierte Verf. hierher einzureichen. Ueberhaupt aber wird dem Min. jede Mittheilung von den genommenen Maaßregeln oder erlassenen Verf. in der so wichtigen und in manchen Reg. Bez. bereits zu sehr erfreulichen Resultaten führenden Rettungs- und Besserungs-Angelegenheit sehr willkom- men sein.

Anl. a.

Es ist bemerkt worden, daß den Kindern vor zurückgelegtem 14. Lebensjahr das Besuchen der Schank- und Spielstuben und der Tanzböden häufig und noch dazu ohne alle Aufsicht gestattet wird. Um dem hieraus entstehenden Nachtheil möglichst entgegen zu arbeiten, veranlassen wir die H. Landräthe hierdurch, sowohl durch eine angemessene Instr. der Orts-Polizeibehörden, als auch event. durch ei- nes polizeil. Einschreiten, dem Umhertreiben der Kinder in den Schänken und Wirthshäusern nach Kräften Einhalt zu thun, und darauf zu halten, daß den Kin- dern, ohne Beisein ihrer Eltern oder sonstigen häuslichen Vorgesetzten, wenn in dauernde Aufenthalt in den Trink- und Spielstuben gestattet, noch auch viel zer- ger geistige Getränke, namentlich Branntwein, verabreicht werden. <sup>1)</sup>

Frankfurt a. d. O., den 17. Juli 1827.

R. Preuß. Reg. Abth. des Innern.

Cirkulare

an sämmtliche H. Landräthe.

Abschrift vorstehender Verf. an sämmtl. H. Superintend. und Schulinsp. zu dem Auftrage, die H. Geistlichen und Schullehrer Ihres Aufsichtskreises anzuwei- sen, den Zweck der angeordneten Maaßregel durch ihre Einwirkung als Seelsorger auf die Eltern und als Lehrer auf die Jugend möglichst zu unterstützen, und durch alle in den Grenzen ihres Amtes liegende Mittel nach Kräften dazu mitzuwirken.

1) Wörtlich gleichlautend ist das G. R. der Reg. zu Stettin v. 7. Sept. 1828, nur daß in der Mittheilung an die Superintend. den Geistlichen neben der persönlichen Einwirkung auf die Eltern, empfohlen wird, auch die nach fol. 75. der Pommerschen Kirchenordn. und nach dem Konf.-Aussschreiben v. 13. Juli 1697 gesetzlich zu haltenden Kinderlehren oder Kirchen-Katechisationen, an de- nen die gesammte Jugend noch 2 Jahre nach der Konfirmation Theil nehmen soll, zu gleichem Zwecke zu benutzen. (A. XII. S. 713.)

Jugend vor dem verderblichen Einflusse solcher Vergnügungen, welche die Innlichkeit aufregen, oder durch den Anblick böser Beispiele der Erwachsenen jendliche Herz schon frühe mit dem Laster befreunden, wenigstens so lange zlich, und bis eine größere Reife der Geistes- und Herzensbildung die Ge- eines solchen Einflusses zu schwächen im Stande ist, bewahrt werde. Es rbei besonders die Tage im Auge zu behalten, welche zu einem übermäßi- nuß gemeinsamer Vergnügungen am meisten Veranlassung geben, Festtage pt, das Fastnachts-, Ernte- und Kirmisfest besonders, an manchen Orten r platten Lande auch größere Hochzeits- und Kindtaufsbeste. Die H. Geist- werden bei ihren Konfirmanden, die Lehrer bei ihren Schülern, nicht erman- urz vor dem Eintritt solcher Tage ihre Katechumenen und Schüler durch ch ernste Ansprache gegen jedes Uebermaaß und jede Unanständigkeit beim : der sich ihnen anbietenden Vergnügungen, gegen die Theilnahme an sol- rgnügungen, die entweder für die Sittlichkeit überhaupt, oder doch die der gefährlich sind, zu warnen, und sie möglichst gegen den verderblichen der dabei vorkommenden bösen Beispiele im Voraus zu verwahren. Noch wird von den H. Geistlichen dieser Zweck durch ihre seelsorgerische Einwir- if die Eltern erreicht werden. — Sollte diesem Zwecke von Schank- und thschaften auf eine, der vorstehenden G. Verf. an die Landräthe zuwider- e Weise entgegengewirkt werden, so werden die H. Geistlichen aufgefordert, der Ortspolizei- und nach Umständen der landrathlichen Behörde Anzeige en.

Frankfurt, den 17. Sept. 1827.

R. Preuß. Regierung.

Abth. für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen.

H. Superintend. und Schulinsp.

. XII. S. 121.)

azu:

α) Ver. der R. Reg. zu Gumbinnen v. 17. Mai 1828 an das L. des J. u. d. P., betr. das Umhertreiben der Kinder in den Schen- d Wirthshäusern.

is R. Min. der G. II. u. M. Ang. hat uns, unter Mittheilung einer hier Abschr. beigez. G. Verf. der R. Reg. zu Frankfurt v. 17. Juli v. J. an dräthe, wegen Bewahrung der Jugend vor der Theilnahme an sittengefähr- Vergnügungen beauftragt, diese Verf. auch für unsern Bez. mit den etwa Modifikationen zu benutzen. So nützlich es nun auch ist, und der Auf- keit der Verwaltungs-Behörde würdig, solche Verf. zu treffen, wodurch der ante Zweck erreicht wird, so scheint doch die Fassung der G. Verf. von der H auf einer Seite die Gewerbefreiheit der zum kleinen Getränkdebit berech- Personen, sowie die Freiheit der Eltern selbst beeinträchtigt, auf der andern ber der Zweck selbst kaum erreicht werden kann. Denn da sehr häufig die und Angehörigen durch die Kinder des Hauses bei dem Mangel anderer oten Bier und Brantwein aus den Schank- und Wirthshäusern für sich affen, so würde, wenn überhaupt die Verabreichung der Getränke an Kinder rückgelegtem 14. Lebensjahr untersagt würde, das Gewerbe selbst sehr beein- t, und es würden auch die Eltern in der Benutzung ihrer Kinder zu Dienst- en beschränkt werden. Daher müßte wohl jedenfalls in der G. Verf. der „zum eigenen Genuße im Schankhause oder Wirthshause“ beigelegt

ann würde aber auch das polizeiliche Verbot wegen des Umhertreibens der in den Schänken und Wirthshäusern wenig wirksam sein, wenn nicht auch n Kontraventionsfall gegen die Schänker und Gastwirthe eine polizeiliche von 10—30 Sgr., von welcher eine Hälfte dem Denunzianten zukommen, bere aber zur Kommunal-Armenkasse fließen müßte, festgesetzt würde.

w. G. ermangeln wir nicht ehrerbietigst anheim zu stellen:

ob wir die G. Verf. mit dieser Beschränkung und nähern Bestimmung an die Kreisbehörden erlassen dürfen.

A. XII. S. 462.)



ββ) R. des Min. des I. u. d. P. (Röhler) v. 15. Juni 1821 die R. Reg. zu Gumbinnen in vers. Ang.

Die Bemerkungen der R. Reg. in dem Ver. v. 17. v. M. wegen der vers. in Abschr. vorgelegten G. Verf. der Reg. zu Frankfurt v. 17. Juli sind richtig. Die R. Reg. wird daher hierdurch autorisirt, diese Verf. mit vorgeschlagenen Zusätze und mit der Festsetzung einer angemessenen Geldstrafe Kontraventionsfälle an die Kreisbehörden Ihres Bez. zu erlassen.

(N. XII. S. 464.)

γγ) R. dess. Min. von dems. Tage an die R. Reg. zu Frankfurt d. O. in vers. Ang.

Die Reg. zu Gumbinnen hat wegen der von der R. Reg. unterm 17. v. J. erlassenen G. Verf. den abschr. anl. Ver. erstattet.

Die darin enthaltenen Bemerkungen sind sowohl in Ansehung des zu Verf. erforderlichen Zusages, als auch in Bezug auf die Androhung einer messenen Geldstrafe für Kontraventionsfälle richtig, und ist daher die ged. heute autorisirt worden, hiernach Ihrerseits das Nöthige zu verfügen.

Die R. Reg. wird hierdurch veranlaßt, dem zufolge die Landräthe Ihres mit näherer Anweisung zu versehen.

(N. XII. S. 464.)

β) R. des Min. des I. u. d. P. (v. Rochow) v. 12. März 1841 die R. Reg. zu Trier, betr. die Abhaltung schulpflichtiger Kinder von Besuche der Tanzböden.

Auf den Ver. der R. Reg. v. 8. v. M. genehmige ich den von Ihr vorgelegten Entwurf einer zu erlassenden polizeilichen V. gegen den Besuch von Tanzböden seitens schulpflichtiger Kinder, und überlasse Vers. hiernach die diesfällige Anl. a.)

#### Anl. a.

Der sittenverderbliche Unfug, daß Kinder im schulpflichtigen Alter öffentlichen Tanzbelustigungen besuchen und in Wirthshäusern geistige Getränke genießen, ist uns veranlaßt, unter besonderer Genehmigung Sr. G. des K. Min. des I. u. P. nachstehende V. zu erlassen

- 1) Es ist jedem Gast- und Schenkwirth überhaupt untersagt, Kindern im schulpflichtigen Alter geistige Getränke anders zu verabfolgen, als wenn sie von den wessenden Eltern oder deren Angehörige solches ausdrücklich verlangen.
- 2) Jeder Gast- und Schenkwirth, welcher Tanzbelustigungen hält, ist verpflichtet, schulpflichtige Kinder, welche den Tanzboden besuchen wollen, aus dem Hause zu weisen, und wenn dies seiner Aufforderung keine Folge leisten, dies der Orts-Polizeibehörde anzuzeigen, damit durch den betr. Schlichter deren Belehrung und Disziplinar-Bestrafung bewirkt werde.
- 3) Wer dem vorstehend zu 1. und 2. erlassenen Verbote wissentlich zuwider handelt, hat zu gewärtigen, daß ihm die Verlängerung der polizeilichen Konzession zum Fortbetriebe seines Schenkgewerbes untersagt, und im Wiederholungs-falle die Befugniß zur Ausübung seines Gewerbes sofort entzogen wird.
- 4) Sämmtlichen Schulbehörden machen wir es zur Pflicht, in den Schulen den Besuch von Wirthshäusern und namentlich von öffentlichen Tanzböden zu verhüten und aufs Strengste zu untersagen, und auf erfolgte Mittheilung der Ortsbehörde, daß dessen ungeachtet gegen dieses Verbot gehandelt worden, gegen den Schuldigen eine angemessene Disziplinar-Bestrafung eintreten zu lassen, — sowie wir auch an die Eltern und Erzieher die Aufforderung richten, auch ihrerseits darauf zu wachen, daß ihre schulpflichtigen Kinder weder öffentliche Tanzböden noch Wirthshäuser besuchen.

Trier, den 23. März 1841.

Königliche Regierung

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 121.)

γγ) R. des Min. des I. (Seiffart) v. 8. Aug. 1842 an den R. Ober-

Präs. der Prov. Westphalen, betr. die Ausschließung der noch nicht konfirmirten Jugend von öffentlichen Tanzvergünstigungen.

Nach einer hierher gelangten Mittheilung des S. Min. der G. U. u. M. Ang. hat die dritte Westphälische Prov. Synode in ihren vorjährigen Verhandlungen den Antrag gestellt, daß der nicht konfirmirten Jugend der Besuch öffentlicher Tanzlustbarkeiten nicht gestattet werden möge.

Da vorauszusetzen ist, daß dieser Antrag aus einem bemerkbar gewordenen Bedürfniß hervorgegangen, so scheint es angemessen, die R. Reg. zu einer Besantmachung anzuweisen, wodurch den Gastwirthen und Tanzbodenhaltern die Gestattung der noch nicht konfirmirten Jugend zur Theilnahme an öffentlichen Tanzbarkeiten, ohne Beisein der Eltern oder beaufsichtigenden Personen, verboten wird.

Eine besondere Polizeistrafe ist auf die Uebertretung der desfalligen Vorschrift nicht anzudrohen, sondern den theiligten Wirthen bekannt zu machen, daß in dgl. Konventionen ein Grund werde gefunden werden, entweder die Erlaubniß zur Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten zu versagen, oder die Konzession zum Besitze der Gastwirthschaft überhaupt zurückzunehmen.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 310.)

d) Auch die B. der Reg. zu Merseburg v. 7. Juni 1844 schreibt im §. 17. vor, schulpflichtige Kinder von der Theilnahme an öffentlichen Lustbarkeiten in Schenken und Wirthshäusern entfernt zu halten, und ihnen es nur unter Aufsicht der Eltern, oder der Elternstelle bei ihnen vertretenden Personen, zu gestatten. Prediger und Schullehrer sollen insbes. auf den Eltern und Versorgern das Nachtheilige solcher Vergünstigungen vor die Kinder vorstellen, und die Landräthe die Wirthsleute bei angemessener Strafe oder Gefängnißstrafe zur Befolgung des Verbotes anhalten, bei Wiederholungen aber mit Einziehung der Konzession verfahren. (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 226.)

e) Eben so enthalten die Frankfurter Polizei-B. v. 15. Nov. 1851 das gleiche Verbot:

§. 4. In Krug- und Schankstuben dürfen Kinder unter 14 Jahren nur in Begleitung und unter Aufsicht ihrer Angehörigen zugelassen werden, widrigenfalls der Wirth in eine Strafe von 10 Sgr. bis 1 Thlr. verfällt.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 287.)

b) Von Spinnstuben.

Dieselben werden im Publ. der Reg. zu Merseburg v. 13. Mai 1820 (oben S. 586) sub Nr. 4. ausdrücklich neben den Schenken aufgeführt, wo den Schulkindern verboten. Den Geistlichen wurde eine „weise und mäßliche Einwirkung“ auf die Schuljugend, auf die der Schule entzogenen Jünglinge und Mädchen, sowie auf Hausväter und Hausmütter, zu den sittlichen Nachtheilen der Spinnstuben vorzubeugen, besonders zur Pflicht gemacht: durch das R. des Kons. der Prov. Sachsen v. 23. Okt. 1839, welches durch G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 3. Dec. 1839 den übrigen Kons. als zweckmäßig zur Kenntnißnahme mitgetheilt wurde. (A. XXIII. S. 881.)

c) Vom Branntweingenuß.

In dem G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Radenberg) v. 1. Sept. 1843 an sämtl. R. Kons., betr. die geistliche Einwirkung auf die Förderung der Mäßigkeitsvereine, heißt es:

Vor allen Dingen aber wird dahin zu wirken sein, daß von dergl. (Branntwein) Genuß die unerwachsene Jugend gänzlich zurückgehalten werde, und ist es unser Willen überall dahin zu streben, daß in dieser Sache die Elementarschullehrer mit den Pfarrgeistlichen einverstehen, und in ihrer eigenen Amtssphäre durch Wort und That, nach bestem Vermögen, zu gleichem Zwecke sich bemühen.

(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 257.)

Auch in der sub a. d. angef. Merseb. B. v. 7. Juni 1844 heisst es §. 17.:

Am wenigsten dürfen aber den Kindern geistige Getränke, namentlich Branntwein, verabreicht werden.

## 2) Abhaltung von Straßentumult.

a) Beaufsichtigung der Schullugend auf dem Schulwege: vergl. das G. R. der Reg. zu Potsdam v. 29. März 1834 Nr. 1. oben sub I. b. und das Rleve-Märk. Regl. von 1782 (s. oben in Th. I. S. 155 Note 1.)

## b) Zurückhaltung bei Volksaufmarsch.

Die G. B. v. 30. Dec. 1798 (N. C. C. T. X. S. 1851. — Rabe, B. 5. S. 261) legte im 1. Abschn. von Verhütung der Tumulte ac. §. 2. den Eltern, Schullehrern und Herrschaften die Pflicht auf: bei entstehendem Tumulte ihre Kinder, Zöglinge und Gesinde zurückzuhalten, und ihnen unter keinerlei Vorwand zu gestatten, die Volksmenge durch ihr Hinzutreten zu vergrößern. <sup>1)</sup>

## 3) Bestrafung von Baumfreveln.

Vergl. §. 8. des G. R. der Reg. zu Stettin v. 3. Okt. 1828 (i. S. 696).

## 4) Abhalten vom Wegfangen der Singevögel und vom Ausnehmen der Vogelnester.

a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Aug. (v. Altenstein) v. 16. April 1827 an sämmtl. K. Reg., Kons. und Prov. Schulcolleg., bet. Belehrung und Warnung der Kinder in den Schulen über das Wegfangen der Singevögel und das Ausnehmen der Vogelnester. <sup>2)</sup>

Das Min. ist neuerdings selbst durch provincialständische Anträge auf Unfug aufmerksam gemacht worden, welcher, den bestehenden B. entgegen, das Wegfangen der Singevögel und Ausnehmen der Vogelnester getrieben wird. Dieser Unfug hauptsächlich den Kindern zur Last gelegt wird, so kann durch wirken von Seiten der Schule sehr viel geschehen, um ihm Einhalt zu thun. Das Min. will daher die K. Reg. auf diesen Gegenstand hierdurch aufmerksam machen und sie auffordern, die nach den Umständen geeignetsten Massregeln zu treffen.

1) Allg. Strafbestimmungen enthält der, auch im §. 12. des angef. G. B. v. 30. Dec. 1798 wiederholte §. 183. A. v. R. Th. II. Tit. 20. Zehnter §. 340. Nr. 9. des Strafgesetzb. v. 14. April 1851 (G. S. 1851. S. 177) demj., der ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt, oder groben Unfug übt, bis 50 Thlr. Geldbuße oder bis 6 Wochen Gefängniß. Spezielle Bestimmungen über einzelne Störungen anderer Art finden sich auch in den folg. G. B.

2) Die Bestimmungen dieses G. R. sind wiederholt in der Resol. des Min. des J. u. d. B. v. 18. Sept. 1836 an den Mag. zu Raumburg (N. XX. S. 699) — Ältere Strafverbote sind das Publ. der Reg. zu Minden v. 8. April 1816 wegen des Zerstückens der Vogelnester (N. II. S. 344), welches in jeder Schule angeschlagen werden sollte, mit ausdrücklicher Verpflichtung des Lehrers, die Kinder vor dergl. Muthwillen nachdrücklich zu warnen, — Publ. der Reg. zu Köln v. 14. Juni 1822 (N. VI. S. 369) wegen des Wegfangens der Singevögel und Ausnehmens der Vogelnester. — Publ. der Reg. zu Königsberg v. 14. Febr. 1824 (N. VIII. S. 65) wegen des Wegfangens der Singevögel und Nachtigallen. — Die R. der Min. des J. und der Fin. v. 28. Mai 1825 (N. IX. S. 329) vom 24. Jan. 1826 (N. X. S. 119) erklärten jedoch die Zulässigkeit allgemeiner Strafverbote in Betreff der Singevögel für zweifelhaft (§. 117. A. v. R. Th. I. Tit. 9.) und rathen, dies. auf die Nachtigallen zu beschränken.

In dem o. S. 702 angef. Gutachten v. 3. Juni 1832 wird das Ueberhandnehmen der Raupen dem Wegfangen der Singevögel zugeschrieben, und Gewährung der Schule dagegen verlangt. — Das Strafgesetzb. von 1851 (G. S. 1851. S. 175) droht für Ausnehmen der Eier und Jungen von jagdbarem Federwild 20 Thlr. Geldbuße oder 14 Tage Gefängniß an.

den Schulen selbst durch Belehrung, Warnung, Aufsicht, Tadel und gebühr entgegengewirkt werde, die immer von Gefühllosigkeit und Unmännlichkeit zeugt, oder dazu führt, theils von den Schulvorständen, von den städtischen Schuldeput., die nöthige Aufsicht und Wachsamkeit, die erforderlichen Vorkehrungen zur Verhütung dieses Unfugs ge-  
420.)

das Publ. der Reg. zu Köln v. 5. Juni 1827 (s. oben S. 420.) sind in Betreff dieser Angelegenheit auch von den Klassen abgerufen worden.

ung über Thierquälerei.<sup>1)</sup>

der Reg. zu Marienwerder v. 2. Jan. 1843 an die Schulen über Verhütung der Thier-

dem Jahre in Berlin bestehende Verein gegen Thierquälerei die folgende Aufgabe gestellt, auf die Verminderung der in so großer Zahl vorkommenden Mißhandlungen der Thiere hinzuweisen, welche aus Muthwillen, Ruthwillen, Bosheit oder Stumpfheit entspringen; indem man dem richtigen Gesichtspunkte ausgeht, daß wahre Religiosität und Achtung aller Mitgeschöpfe und deren Rechte fordere; daß, wer das Leben eines Thieres erbarme, auch seine Mitmenschen lieben werde, und die Befolgung solcher Richtung häufig edle, sanfte Gefühle an die Stelle der Härte und der Gemüthsroheit treten und die Zahl der guten, wohlthätigen sich mehren werde.

erzeugung, daß der gute Zweck dieses Vereins weit weniger bei den Kindern, als bei der heranwachsenden jungen Generation zu finden sein wird, indem das kindlich-weiße Gemüth noch empfänglich ist für Belehrung, wünscht der geb. Verein die Mitwirkung und Hülfe der Schulen in weitem Kreise die Leitung und Beaufsichtigung des Vereins zu übertragen.

die wohlthätigen Zwecke dieses Vereins ihrem ganzen Werthe nach zu erreichen, derf. gern hülfsreiche Hand bieten, veranlassen wir die Schulen des Vereins angelegentliche Aufmerksamkeit zu widmen und zu hoffen, daß diesem wichtigen Gegenstande in den Schulen Ihres Inspektionsbezirks sich darbietenden Gelegenheiten Seitens der Lehrer eine sorgfältige Beachtung und Anerkennung gewidmet werde.

b. i. B. 1843. S. 10.)

das Publ. der Reg. zu Köln v. 5. Juni 1827 (s. oben S. 420.) sind in Betreff dieser Angelegenheit auch von den Klassen abgerufen worden.

Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 21. April 1843. R. Reg. wegen Verwarnung der Schulkinder vor dem Umgang mit Schießgewehren.

Kindern durch den unvorsichtigen Gebrauch von Schießgewehren häufigen Unglücksfälle haben des Königs Maj. veranlaßt, den Befehl zu erlassen, daß die Kinder in der Schule vor dem fahrlässigen Umgang mit Schießgewehren von Zeit zu Zeit bei geeigneten Gelegenheiten verwarnt werden.

Es wird beauftragt, den Schullehrern durch die Schulinsp. von dieser Angelegenheit Nachricht zu geben, und ihnen die Befolgung dess. zur Pflicht zu machen.

b. i. B. 1840. S. 157.)

§. 340. Nr. 10.: Mit Geldbuße bis zu 50 Thlr. oder Gefängniß bis 6 Wochen wird bestraft, wer öffentlich Thiere boshaft quält oder

aber in den Schulen durch die Schulhalter ein gleiches zu verfügen, und die gend, die in diesem Alter für das Gefühl des Guten und Anständigen mehr pfänglich ist, gleichfalls vorzüglich zu belehren, und vor den unaussprechlichen Folgen zu warnen. Hiernach habt Ihr das Erforderliche zu verfügen (Meigebaur, S. 86.)

b) Vergl. das Publ. der Reg. zu Köln v. 5. Juni 1827 (f. S. 718 ff.).

## Zweiter Titel.

### S c h u l z u c h t.

Daß die Schulzucht von dem Lehrer „weislich“, „elterlich“, „mütterlicher Mäßigung“ gehandhabt werden müsse, ist im Allg. von mehrfach vorgeschrieben. Als Zuchtmittel dienen auf der einen Seitezeichnungen, Belohnungen (meist feierlich zu überreichende Büchergeschenke auf der andern Strafen, welche von Warnung und Verweis an durch verschiedene Stufen, die theils auf das Ehrgefühl der Kinder, theils auf Neigung zum Vergnügen, berechnet sind, bis zur körperlichen Züchtigung gesteigert werden können. Die Arten und Anwendungen der einz Strafen richten sich in der Regel eben so nach dem bei der einz Schule herrschenden Herkommen, als nach dem pädagogischen Gewissen Lehrers. Spezielle Verordnungen sind in dieser Hinsicht bloß über die perliche Züchtigung vorhanden. Wo der Lehrer mit den gewöhnlichen ieln nicht ausreicht, soll er die Hülfe des Pfarrers anrufen.

Die Kontrolle des Lehrers hat, wie beim Unterricht, so auch in treff der Schulzucht, unter den nächsten Aufsichtsbehörden vorzugsweise Pfarrer. Doch wird die Mitwirkung der Vorstände und Schuldeput. hier in Anspruch genommen. Vergl. die betr. Instr. im 1. Abschn, in die Schlesiſche v. 2. Juli 1836 sub III. B. (f. o. S. 350.)

## I. Allgemeine Vorschriften.

a) §. 22. des Gen. Landschulregl. von 1763 (f. o. in Th. I. S. 7)

b) §§. 50—53. N. R. R. Th. II. Tit. 12. (f. o. S. 320.)

c) §. 13. der Anweisung v. 16. Dec. 1794 (f. o. in Th. I. S. 87)

d) §§. 4—6. der R. D. v. 14. Mai 1825 (f. o. S. 561).

Hierzu sind zu vergleichen:

e) §§. 34—36. des Publ. der Reg. zu Düsseldorf v. 30. Okt. 1821<sup>1)</sup> (f. oben S. 578—579).

f) §. XX. der Merseburger Instr. für Lehrer v. 1. März 1822 (f. o. S. 465).

g) §. 15. der Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 (f. o. S. 472)

h) §. 10. der Schulordn. für die Prov. Preußen v. 11. Dec. 1845 (f. o. in Th. I. S. 105).

## II. Ueberschreitung des Züchtigungsrechts.

Dieselbe zieht, wenn eine Verletzung des Kindes oder eine Benachtheiligung von dessen Gesundheit stattgefunden hat, gerichtliche, selbst Th-

1) Vergl. auch das Kleve-Märkische Regl. von 1782. II. §. 8. (f. o. in Th. I. S. 154), sowie das Publ. der Reg. zu Stettin v. 23. Sept. 1826, unter sub III. b.



disziplinar-Untersuchung, und ersternfalls auch Civilklage auf Schadenersatz nach sich. (s. sub I. d. e. und g.)

1) Gerichtliche oder Disziplinar-Untersuchung gegen den Lehrer.

a) E. M. des Just. Min. (v. Kamph) v. 4. März 1834 (s. oben S. 462).

b) Vergl. die Vorschriften in Betreff der Disziplin über die Lehrer (oben S. 491 ff.) und der gerichtlichen Untersuchungen gegen dieselben (oben S. 508 ff.).

2) Civilklagen auf Schadenersatz.

Dergl. setzen voraus, daß der Lehrer durch seine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts wirklich einen Schaden veranlaßt hat.

E. M. des Min. der G. H. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 25. März 1842 an die R. Reg. der Rheinprov., betr. die Zulässigkeit von Civilklagen gegen Schullehrer wegen angeblich begangener Ueberschreitung des Züchtigungsrechts.

Die R. Reg. erhält anl. (a.) eine Abschr. eines von dem R. Rhein. Revisions- und Kassationshofe unter dem 28. v. M. gesprochenen Urtheils, durch welches ein von dem Friedensgerichte zu H. in Sachen des Tagelöhners S. wider den Schullehrer K. gefälltes Erkenntniß v. 28. Mai 1841 im Interesse des Gesetzes aufrechterhalten worden ist, zur Nachricht.

Die R. Reg. wird, im Besitze dieses Urtheils, in vorkommenden Fällen die Schullehrer ihres Bez. gegen ungegründete Ansprüche der Eltern zu schützen im Stande sein, und wird eine Verurtheilung des Lehrers auf die erhobene Civilklage nur dann erfolgen können, wenn der Lehrer sich einer Verletzung schuldig gemacht, und dadurch dem Kinde und dessen Eltern einen wirklichen Schaden zugefügt hat.

Anl. a.

Die Friedrich Wilhelm 1c. Thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Unser Revisions- und Kassationshof zu Berlin in seiner öffentlichen Sitzung v. 28. März 1842 1c. folgende Entscheidung erlassen hat.

Auf den schriftlichen Antrag des Gen. Prof. bei dem R. Revis. und Kassat. Hofe hieselbst, folgenden Inhalts:

„In Gemäßheit der Verf. Gr. Gr. des G. Justizmin. v. 20. v. M. beehre ich mich, dem R. Revis. und Kassat. Hofe nachfolgendes Kassationsgesuch im Interesse des Gesetzes zur Entscheidung vorzulegen.“

„Der Tagelöhner S. zu T. hatte den Schullehrer K. zu B. bei dem Friedensgerichte zu H. auf Zahlung einer Entschädigung von fünf Thln. nebst Kosten um willkürlich belangt, weil ders. seinen, des Klägers Sohn, in der Schule auf eine über die Grenzen des Züchtigungsrechts überschreitende Weise gemißhandelt habe.“

„Der Verklagte räumte vor Gericht zwar ein, daß er dem Knaben eine kleine Züchtigung gegeben, bestritt aber, das Züchtigungsrecht dabei überschritten zu haben, und zum Schadenersatz verpflichtet zu sein. Nach Vernehmung der wechselseitig produzierten Beugen, verurtheilte das Friedensgericht am 28. Mai v. J. den Verklagten zur Zahlung von 20 Sgr. und zu den Kosten, unter Abweisung der Berufung des Klägers, indem es erwog, daß der Richter sich durch die Zeugenaussagen von der erfolgten Ueberschreitung des Züchtigungsrechts überzeugt; der Kläger aber seinen Anspruch auf Schadenersatz nicht vollständig gerechtfertigt habe, und daher nur auf den Schaden erkannt werden könne, der indirekt durch die Reisen und den Vergehr bei dem jedesmaligen Erscheinen des Klägers vor Gericht entstanden sei.“

1) Zunächst verlegt dieses Urtheil die Art. 1382. und 1383. des Civilgesetzes, und 130. der Civilprozeßordn. Nach jenen ist (abgesehen von dem nicht vorliegenden Falle der Gasbarkeit für andere Personen, Art. 1384. ebend.) Niemand schuldig, einen Schaden zu ersetzen, den er nicht, sei es nicht eine absichtliche Handlung oder Unterlassung, sei es durch Nachlässigkeit oder Unbesonnenheit, verursacht hat.

Frägt man nun — und davon allein handelt es sich im vorl. Civilprozeß — welchen Schaden der Lehrer K. durch die vorgenommene Züchtigung verursacht

habe, so erhält man in dem Urtheile darauf die Antwort: der Kläger habe sein Anspruch auf Schadenersatz nicht vollständig gerechtfertigt, d. h. den Schaden, dessen Ersatz er gefordert, nicht bewiesen, was im prozessualischen Resultate so viel heißt, als es sei kein Schaden geschehen.

Eine nothwendige Folge hiervon mußte die Abweisung des Klägers sein, eine Folge dieser wiederum die Verurtheilung des Klägers zu den Kosten, da Art. 130. der Prozeßordn. will, daß der unterliegende Theil zu den Kosten des Prozesses verurtheilt werde.

Wenn nun der Richter, indem er den Kläger mit der von ihm geforderten Entschädigung abwies, dieser also unterlaß, dennoch den Verklagten zu den Kosten einschließlichs des Reisens an den Gerichtsort, verurtheilte, so erkannte er nur direkt dem Art. 130., nach welchem der unterliegende Kläger zu den Kosten zu verurtheilen war, sondern auch den Art. 1382. und 1383. des Civilgesetzb. gegen, weil die Anstellung der unbegründeten Klage, die das Reisen an den Gerichtsort und die Kosten veranlaßt hatte, ein Faktum des Klägers, nicht des Verklagten war, letzterer also nach diesen Art. nicht für den daraus entstandenen Schaden zu haften angehalten werden durfte.

2) Das Urtheil verlegt sodann auch die Nr. 6. der A. D. v. 14. Mai 1842, indem es aussprach, daß der Verklagte sich eine Ueberschreitung seines Züchtigungsrechts habe zu Schulden kommen lassen.

Diese Gesetzesstelle sagt in Bezug auf Schullehrer:

„Wird das Maas der Züchtigung, ohne wirkliche Verletzung des Kindes, überschritten, so soll dieses von der, dem Schulwesen vorgesetzten Provinzial-Behörde durch angemessene Disziplinarstrafen an dem Lehrer gehandelt werden. Wenn dagegen dem Kinde, durch den Mißbrauch des Züchtigungsrechts, eine wirkliche Verletzung zugefügt wird, soll der Lehrer nach den bestehenden Gesetzen, im gerichtlichen Wege, bestraft werden.“

Hatte der Verklagte durch die vorgenommene Züchtigung gar keinen Schaden zugefügt, so war zunächst der Richter, da er nur als Civilrichter befaßt und überhaupt nicht berufen, zu entscheiden, ob ders. dadurch seine Befugnisse überschritten, und also dienstwidrig gehandelt habe. Selbst wenn aber auch der Friedensrichter nicht bloß als Civilrichter befaßt gewesen, und wenn er an sich kompetent wäre, im Strafwege Ahndungen wegen Dienstvergehen gegen Schullehrer zu treffen, hätte er, da die gerichtliche Kompetenz in dieser Hinsicht nach der angeführten Gesetzesstelle auf den Fall beschränkt ist, wenn einem Kinde eine wirkliche Verletzung zugefügt worden, und der Richter selbst das Dasein dieses Falles sich begnügen müssen, die Beschuldigung zurückzuweisen, der Disziplinar-Behörde überlassend, wegen der etwa begangenen einfachen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts nach der angeführten Gesetzesstelle einzuschreiten.

Der Richter hat also, indem er die Frage zu seiner Beurtheilung zog, ob der Verklagte durch die vorgenommene Züchtigung seine Befugnisse überschritten, sich auf die Prüfung der Frage zu beschränken, ob ders. Schaden zugefügt, welchen er jedenfalls hätte erkennen müssen, die angeführte Gesetzesstelle verlegt.

Es wird deshalb dahin angetragen:

„das angefochtene Urtheil, jedoch nur im Interesse des Gesetzes, zu kassiren und die Beischreibung des kassirenden Urtheils am Rande des Urtheils zu lassen.“

Berlin, den 14. Febr. 1842.

Giehorn.

Nach Anhörung des H. Geh. Ober-Revisionsraths von Oppen in seinem Vortrage, sowie des H. Gen. Prof. Giehorn in seiner Bemerkung, daß er seinem schriftlichen Antrage nichts zuzusetzen habe.

In Erwägung, daß die Pflicht, zu entschädigen, nur durch zugefügten Schaden entsteht,

daß mithin im vorl. Falle, wo ein Schaden nicht behauptet, nicht zu beweisen versucht, und nach der thatsächlichen Feststellung des Urtheils nicht nachgewiesen ist, durch Zuerkennung des Schadenersatzes die Art. 1382. und 1383. des Civilgesetzb. verletzt worden sind.

In Erwägung, daß der Friedensrichter nicht in seiner Eigenschaft als Polizeirichter erkannt, mithin, indem er seine Kompetenz auf den Art. 139. der A. D.

angeordnet. und das G. v. 14. Mai 1825 stüpte, diese Gesetze verletzt und falsch angewendet hat,

daß er aber auch in letzterer Eigenschaft seine Befugnisse verkannt haben würde, weil nach dem G. v. 14. Mai 1825 Nr. 6. die richterliche Kompetenz von dem Beweise einer Verletzung abhängig, durch diesen Beweis die Kompetenz des Polizeirichters angeschlossen gewesen wäre, und der Strafrichter nicht, statt der Strafe, auf Ersatz eines angeblichen indirekten Schadens würde erkennen dürfen.

Aus diesen Gründen

ist der R. Rev. und Kassat. Hof, jedoch nur im Interesse des Gesetzes, das Urtheil des Friedensgerichts zu H. v. 28. Mai v. J., und verordnet die Beischiebung des gegenwärtigen Urtheils am Rande des Kassirten.

Simon.

Wir befehlen und verordnen allen darum ersuchten Gerichtsvollziehern, diese Entscheidung zu vollstrecken; Unseren Gen. Procuratoren und Unseren Procuratoren bei den Landgerichten, darüber zu halten; allen Befehlshabern und Beamten der öffentlichen Macht, auf Erfordern starke Hand dazu zu leisten.

Im Urkunde dessen ist die gegenwärtige Entscheidung von dem Präsidenten und dem Ober-Sekretair unterschrieben worden.

(L. S.) Für gleichlautende Ausfertigung, welche dem G. Gen. Prof. zugestellt wird,

Der Ober-Sekretair. Bud.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 118.)

### III. Störungen der Disziplin.

Zur Verhütung der Störungen der Disziplin durch Einmischung der Eltern oder Angehörigen, durch Eindringen in die Schule etc. sind folgende Bestimmungen ergangen, welche theils die etwaigen Beschwerden über den Verkehr an den Geistlichen verweisen, theils auf erfolgende Störungen Vorkehrungen treffen.

a) §. 37. des kathol. Schulregl. für Schlesien von 1801 (f. oben in L. I. S. 156).

b) Publ. der Reg. zu Stettin v. 23. Sept. 1826, betr. die Schul-Disziplin. 1) Durch dasselbe wird mitgetheilt, daß durch eine an die Superint. gerichtete Verf. de eod. die sämmtl. Lehrer, unter Erinnerung an die Bestimmungen der R. D. v. 14. Mai 1825 (f. I. d.) angewiesen worden sind:

die Schulzucht zwar mit Ernst und Festigkeit, aber auch mit der nöthigen Mäßigkeit und Sanftmuth zu handhaben, und sich dabei aller zweckwidrigen und der Gesundheit nachtheiligen Strafen, z. B. des Schlagens an den Kopf, auf die Fingerspitzen und andere leicht verletzliche Theile des Körpers, des Ziehens an den Haaren, des Tretenes und dergleichen, durchaus und auf immer zu enthalten.

Um nun die Lehrer auf der andern Seite gegen jede unbefugte Einmischung der Eltern in die Schulzucht sicher zu stellen, und das ihnen nöthige Ansehen in der Jugend aufrecht zu erhalten, setzen wir hierdurch fest:

1) es ist den Eltern und Vormündern durchaus verboten, wegen Bestrafung eines Kindes einen Lehrer in der Schule selbst, oder in seinem Hause zur Rede zu setzen; tritt ein solcher Fall ein, so hat der Lehrer davon dem nächsten Schulaufsicht, oder der Schul-Deput. Anzeige zu machen, und diese

1) Ähnliche Publ. sind von den meisten übrigen Reg. erlassen worden. Fürstenth. Bd. 4. S. 357 ff. stellt zusammen die betr. Publ. von Posen v. 28. Nov. 1826 (Amtsbl. 1827. S. 4), Marienwerder, v. 3. März 1831 (Amtsbl. 1831. S. 110), Bromberg, v. 18. Juli 1831 (Amtsbl. 1831. S. 581), Düsseldorf, v. 15. März 1830 (Amtsbl. 1830. S. 115), Potsdam, v. 22. März 1834 (Amtsbl. 1834. S. 99).

alsdann dergl. Eltern etc. zur Verantwortung zu ziehen, oder gegen sie ein polizeiliches Verfahren einzuleiten;

2) wenn Eltern etc. über einen Lehrer gegründete Beschwerde zu führen haben, so müssen sie sich damit zunächst an den mit der besondern Schulaufsicht beauftragten Geistlichen wenden;

3) glauben Eltern etc., sich bei der Entscheidung des Letzteren nicht beruhigen zu können, so bleibt ihnen überlassen, ihre Beschwerde in den Städten bei der Schul-Deput., und auf dem Lande bei dem Superint. der Synode zu übergeben, und im äußersten Falle solche auch an uns einzureichen.

(A. X. S. 758.)

c) E. M. der Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) und des J. (v. Arnim) v. 8. Dec. 1844 an die R. Reg. der Rheinprov., betr. die zur Verhütung von Eingriffen in die Schuldisziplin anzuordnenden Maßregeln. <sup>1)</sup>

Da nach dem Ver. der R. Reg. v. 12. Oct. im vorliegenden Verwaltungs-Bezirke es häufig vorgekommen ist, daß Eltern, Vormünder, oder andere Angehörige von Schültern während des Unterrichts in das Schullokal eingedrungen sind, um dem Lehrer über die Behandlung der Kinder Vorwürfe zu machen, auch nicht selten die zur Strafe in der Schule nach Beendigung des Unterrichts zurückbehaltenen Kinder von ihren Angehörigen vor Ablauf der vom Lehrer festgesetzten Strafszeit fortgeholt worden sind, so erscheint es allerdings zweckmäßig, solchen Eingriffen in die Schuldisziplin durch Androhung von Polizeistrafen entgegen zu wirken. Es würde jedoch zu Zweifeln und zu Bedenken führen, sollte die zu treffende Polizei-Erhinrichtung hinsichtlich der Störung des Unterrichts, nach dem Vorschlage der R. Reg., auf die durch Schreien, Schimpfen oder sonstigen Lärm in der Nähe des Unterrichtslokals veranlaßten Störungen beschränkt werden, da sehr wohl Fälle denkbar sind, in denen der in der Nähe des Schullokals verursachte Lärm nicht als polizeiwidrig betrachtet, der Unterricht aber auch auf andere Weise, als durch Geräusch, absichtlich und unbefugt gestört werden kann.

Mit Rücksicht hierauf erscheint es angemessener, die zu erlassende Verf. allgemeiner zu fassen. Die R. Reg. wird demnach autorisirt, jede unbefugte Störung des öffentlichen Schulunterrichts überhaupt, sowie jedes unbefugte Einbringen in öffentliche Unterrichts-Lokale, sei es während oder außer der Unterrichtsstunde, vorbehaltlich der besonderen Ahndung der damit etwa verbundenen anderweitigen Gesetzes-Übertretungen, mit einer Polizeistrafe von einem bis zu fünf Thalern oder im Unvermögensfall des Kontravenienten mit verhältnismäßiger Gefängnißstrafe zu belegen und für die öffentliche Bekanntmachung der demgemäß zu erlassenden Verfügung zu sorgen.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 10.)

## Fünftes Kapitel.

### Entlassung aus der Schule.

Die Entlassung aus der Schule erfolgt in der Regel gleichzeitig mit der Konfirmation der Kinder. Es sind deshalb auch die über diese letztere ergangenen Vorschriften hier zu berühren. <sup>2)</sup>

1) Dergl. Strafverordnungen waren bereits von einzelnen Reg. gegeben, und zwar mit dems. Strafmaße von 1—5 Thlr. Fürstenthal, Bd. 4. S. 359 erwähnt: die Publ. der Reg. zu Erfurt v. 4. Febr. 1836 (Amtsbl. 1836. S. 41. — Sam. Zeit. S. 147), Danzig v. 19. Mai 1837 (Amtsbl. 1837. S. 140), Minden v. 27. Juni 1837 (Amtsbl. 1837. S. 216).

2) Ueber die Konfirmation als Aufnahmeakt in die christliche Gemeinde der

## I. Die Schulentlassung.

## 1) Erfordernisse.

Die Entlassung eines Kindes aus der Schule soll erst dann erfolgen, wenn es das 14. Lebensjahr vollendet und sich die nöthigen Kenntnisse erworben hat. Diese Forderung beruht auf:

a) §. 1. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I. S. 64); vgl. auch §. 2. ib.

b) §. 46. N. R. N. Th. II. Tit. 12. (s. oben S. 320.)

c) Vergl. §. 2. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. oben in Th. I. S. 104), sowie die im 1. Kap. dies. Abschn. über die Schulpflicht angeführten B. (I., 1. u. 2. oben S. 560.)

## 2) Entlassungsprüfung.

Eine solche ordnet an das R. des Min. der G. II. u. M. Ang. (v. Manteuffel, Nikolovius) v. 25. Juni 1829 an die R. Reg. zu Koblenz.

Auf den Ver. der R. Reg. v. 27. Mai d. J. wird der Vorschlag, die aus der Schule zu entlassenden Kinder vorher von dem betr. Schulpfleger und Lokalschulvorstand im Beisein des Schullehrers prüfen, und durch den Schulpfleger, den Schulinsp. und Orts-Schulvorstand bestimmen zu lassen, welche Kinder zur Entlassung reif sind, hierdurch mit der Modifikation genehmigt, daß der Schullehrer die Schüler vor der Kommission prüfe, und diese dann entscheide, welche Kinder zu entlassen seien.

(N. XIII. S. 832.)

## 3) Entlassungsakt.

Während das Publ. der Reg. zu Düsseldorf v. 30. Okt. 1825, §. 28. und das der Reg. zu Stettin v. 29. Sept. 1826, §. 5. die Entlassung aus der Schule jährlich 2 Mal, zu Ostern und zu Michaelis, gestatteten (s. o. S. 576 u. 570 ff.), schreibt die Gumbinner Instr. v. 18. Nov. 1829 §. 12. vor, daß die „feierliche Entlassung der Schüler nur einmal unmittelbar vor der kirchlichen Konfirmation“ stattfinden solle. (s. oben S. 470)

## 4) Schulzeugniß über die Entlassung.

Die Ertheilung eines solchen ist in ders. Instr. v. 18. Nov. 1829, a. D. und außerdem von mehreren Reg. angeordnet. So von der Reg. Minden durch B. v. 27. Juni und v. 31. Aug. 1829 (Amtsbl. 1829. S. 281, 347), zu Köln v. 23. Febr. 1831 (Amtsbl. 1831. S. 49), zu Aachen v. 1. Sept. 1830 (Amtsbl. 1830. S. 467).

Das in der letztern B. mitgetheilte Schema zum Entlassungszeugniß lautet:

## Schul-Entlassungszeugniß.

N. N. aus N., alt —, erhielt bei der am — angestellten Schulprüfung: Im Lesen Nr. —, Schönschrift Nr. —, Rechtschreiben Nr. —, Sprachlehre Nr. —, Rechnen Nr. —, bibl. Geschichte und Religionslehre Nr. —, Erdbeschreibung Nr. —, Sittliches Betragen Nr. —, und wird demnach — aus der Schule entlassen.

(Vergl. die sämmtl. all. B. Fürstenth. Bd. 4. S. 137 ff.)

Der Schullehrer soll das Zeugniß ausfertigen, der Pfarrer aber als Schulrevisor dasselbe mit vollziehen: Anweis. v. 2. Juli 1836, II. 5. a. (s. oben S. 349); vergl. jedoch die Rhein. B. v. 15. Juli 1814, b. §. 28. (s. oben in Th. I. S. 199.)

Erwachsenen s. den 1. Band dieses Theiles vom Gesamtwerke, der das Kirchenwesen behandelt.



## II. Konfirmation.

Die Konfirmation bezeichnet nicht nur den Zeitpunkt des Aus-  
aus der Schule, sondern giebt auch zugleich einen Nachweis der Er-  
fungsreise.

## 1) Allgemeine Instruktionen.

Die Vorschriften über die Vorbereitung zur Konfirmation und  
die Konfirmation selbst finden sich in folgenden B. zusammengefaßt:

a) B. des Oberpräf. der Prov. Schlessen (v. Merckel) v. 29.  
1832, betr. den Schulbesuch und den auf die Konfirmation und die  
Abendmahlfeier vorbereitenden Unterricht. <sup>1)</sup>

Die für Schlessen und für die mit demselben verbundenen Landestheile über  
Schulbesuch, sowie über den auf die Konfirmation und auf den ersten Abend-  
genuß vorbereitenden Unterricht der Jugend, im Einzelnen erlassenen B. sind  
nochmaligen Prüfung unterworfen worden, um sie zu einem Ganzen zu ma-  
gen, und, den Anträgen der Diözesan-Behörde gemäß, auch auf die kath.  
Glaubensgenossen auszudehnen. Mit sorgfältiger Berücksichtigung aller bei  
beiden Beziehungen verbindenden Vorschriften wird daher für die Geistlichen  
die Schullehrer und die betr. Ortsbehörden der Glaubensgenossen beider Kon-  
fessionen, Folgendes zur Nachachtung hiermit verordnet.

§. 1. Die Dauer des Schulbesuchs wird, gemäß den Gesetzen (A.  
Th. II. Tit. 12. §§. 43., 46.) dergestalt festgestellt, daß die Kinder beider Kon-  
fessionen nach dem zurückgelegten 5. Lebensjahre mit dem darauf folgenden n.  
Termine zur Aufnahme, Ostern und Michaelis, bei dem betr. Geistlichen und  
Lehrer zum Schulbesuch angemeldet werden, in den Unterricht eintreten, und  
zum vollendeten 14. Jahre in demselben verbleiben. Eltern, Vormünder und  
Väter sind zugleich verpflichtet, die ihrer Kinder, welche sich innerhalb des be-  
ordneten Lebensalters befinden, außer der fortgesetzten Unterweisung in der Religion  
in welcher die Kinder erzogen werden, auch an dem Unterrichte in allen Kennt-  
nissen und Fertigkeiten, die den Schulen vorgeschrieben sind, Theil nehmen zu lassen.  
Soll in einzelnen Fällen dieser Unterricht durch Privatlehrer erteilt werden  
kann dies nur durch solche geschehen, welche zu diesem Geschäfte in einer Prüfung  
tüchtig befunden sind, als worauf die Orts-Schulbehörden zu achten haben.

§. 2. Die Kontrolle über die Befolgung der §. 1. gegebenen Vorschriften  
wird von der Orts-, Schul- und Polizeibehörde dergestalt geführt, daß die Behörde  
die Listen der schulpflichtigen Kinder aufnimmt, und der Orts-Schulbehörde mit-  
theilt, welche dann dafür sorgt, daß die Lehrer unter Anleitung der Geistlichen die  
Listen genau führen, nämlich ein jeder Schullehrer von den ihm zum Unterrichte  
von der Schulbehörde überwiesenen Kindern.

Die Orts-Schulbehörde muß sich in angemessener Art die Ueberzeugung ver-  
schaffen, ob, wie und durch wen, die Jugend ihres Aufsichtsbezirks den Unterricht  
in den vorhergenannten Kenntnissen und Fertigkeiten erhält, und die darüber

1) Die in dieser B. in den ersten drei und in den letzten §§. enthaltenen  
Vorschriften über Schulbesuch und Unterricht sind an den betr. Stellen allegirt  
worden.

Durch dieselbe wurden antiquirt das Publ. des Schles. Konf. v. 17. Okt.  
1817 (A. I. S. 1. S. 125, und nochmals S. 2. S. 114) und die B. der Reg.  
zu Breslau v. 30. Sept. 1822 (A. VI. S. 883).

Im Wesentlichen übereinstimmende B. über den Konfirmandenunterricht sind  
das Publ. des Konf. der Prov. Brandenburg v. 1. Sept. 1817 (A. I. S. 3. S.  
72); — Regl. des Konf. von Pommern v. 8. Juli 1818 (A. II. S. 699); —  
Publ. der Reg. zu Posen v. 25. Aug. 1818 (ib. S. 705); — sowie das gleich-  
lautende Publ. der Reg. zu Bromberg v. 17. Okt. 1818 (ib. S. 1050).

Zu dem Publ. des Konf. von Brandenburg ist auch das dasselbe bestätigende  
G. A. dess. Konf. v. 29. Mai 1837 (A. XXI. S. 410) zu vergleichen (s. oben  
ten III.).

Nachrichten sind alljährlich um Ostern den Superint. und Kreis Schulens-  
zulegen.

In Familien durch Veränderung ihres Wohnorts in einen andern Schul-  
orten, so hat die Ortspolizei und der Orts-Schulvorstand dafür zu sor-  
die schulpflichtigen Kinder acht Tage nach dem Anzuge der Eltern, in den  
log, und demnächst auch in den Unterricht aufgenommen werden.

alles darauf ankommt, daß kein schulpflichtiges Kind ohne Unterricht auf-  
wird das Unterlassen der vorgedachten Kontrolle mit Einem Reichsthaler  
ahndet, welche das landrätbliche Amt von der Orts-Polizeibehörde einzus-  
t, der es überlassen bleibt, sich an denj. Beamten zu halten, dem die  
über die Kontrolle besonders übertragen war. Dadurch aber werden we-  
Schulrevisor noch der Schullehrer von der natürlichen Verpflichtung ent-  
auch ihrerseits zur Erhaltung dieser Schulordn. mitzuwirken, und jede  
mmene Unregelmäßigkeit sofort zur Kenntniß der Orts-Schulbehörde zu

. Die Leitung der dem Elementar-Unterrichte als Grundlage aller Volks-  
vorgeschriebenen Lehrgegenstände ist Sache der Ortspfarrer, Schulrevisoren  
n Stellvertreter, und haben sie solche zu bewirken, theils durch die ange-  
Konferenzen mit den Lehrern ihrer Parochie, theils durch den eigenen flei-  
such der Schulen und durch ihr persönliches Einwirken auf den Unterricht  
beses. ist das nothwendig, bei der Unterweisung in der christlichen Gotts-  
da dieser das ganze menschliche Leben gewidmet sein soll.

unter Anleitung und nach einer fortgesetzten genauen Vorschrift des Seels-  
st dem Lehrer hierbei der elementarische Theil dieses Religionsunterrichts  
ssen, und wird von der Berufstreue jedes Geistlichen erwartet, daß er sich  
ichtigen Unterrichte, so weit ihm seine übrigen Amtsgeschäfte Zeit dazu  
lbt in der Schule unterziehen werde. Wenn der Lehrer einem andern  
bekenntnisse angehört, muß der Seelsorger den Religionsunterricht selbst  
en, zu welcher Absicht er die Kinder an einem bestimmten Wochentage in  
le seines Orts zu versammeln hat, wenn nicht sonst von den Angehörigen  
inder für diesen Theil des Unterrichts gesorgt werden kann.

. Von denj. Kindern, welche nach ihrem Alter und ihren Vorkenntnissen  
elangt sind, daß sie in den Konfirmanden-Unterricht eintreten, oder zum  
nuß des heiligen Abendmahls vorbereitet werden müssen, hat der Lehrer  
lichen vor dem Anfange dess. ein Verzeichniß einzureichen. In diesem  
zuführen: der Geburtsort, Vor- und Geschlechtsname, Jahr und Tag der  
Namen und Stand der Eltern, die erlangte Fertigkeit im Lesen, Schreiben  
Gesange, sowie in den übrigen erworbenen Kenntnissen, und endlich die  
ng und der Fleiß im Schulbesuch der angemeldeten Kinder. Der Geist-  
demnächst solche in Gegenwart des Lehrers und der Orts-Schulbehörde  
erworbenen und erforderlichen Vorkenntnisse zu prüfen.

durch die gesetzliche Vorschrift Th. II. Tit. 12. §. 46. des A. L. R. aus-  
festgesetzt ist, daß der Schulunterricht so lange fortbauern soll, bis ein  
dem Befunde seines Seelsorgers die einem jeden vernünftigen Menschen  
andes nothwendigen Kenntnisse gefaßt hat, so wird bei der vorstehend  
Prüfung die strenge Beobachtung dieser gesetzlichen Bestimmung ins-  
ist.

nach sind nur diej. Kinder, von denen der Geistliche nach dem Befunde  
ng erwarten kann, daß sie bis zum Zeitpunkte der Konfirmation die nö-  
enntnisse erlangt haben werden, zu dem Vorbereitungs-Unterrichte zuzulas-  
Untüchtigen aber zurückzuweisen, sowie diej., welche während des Unter-

Erwartungen nicht entsprochen, noch von der Konfirmation zurückzuhal-  
h steht es in solchem Falle dem Seelsorger zu, bei letzteren den Zeitpunkt  
rmation weiter hinauszuschieben, oder bei ersteren die Zeit der zu wieder-  
Prüfung, Behufs des Eintritts in jenen Unterricht, ganz abgesehen von  
salter, welches das zurückgewiesene Kind erreicht hat, zu bestimmen, in-  
Kind aus der Schule entlassen werden darf, auch wenn solches das 14.  
r erreicht hat, bevor der Seelsorger nicht überzeugt ist, daß dass. den ges-  
Forderungen zu genügen vermag.

. Der Vorbereitungs-Unterricht auf die erste heilige Kommunion ist aus-  
die Pflicht aller Geistlichen; jeder wird daher dems. die erforderliche Zeit

widmen, und nur in dringenden Fällen, oder bei solchen Katechumenen, bei denen er schon ein vorzügliches Maas von Kenntnissen vorfindet, sich erlauben, ihn abzulassen.

Evangelischer Seits ist für die Dauer des Konfirmanden-Unterrichts höhern Orts vorgeschrieben, daß ihm ein ganzes Jahr mit Ausschluß der Fest- und Fastenwochen oder die Zeit zweier halben Jahre, so daß ein drittes dazwischen liegt, gewidmet sein soll, und diese Bestimmung muß demnach die allg. Regel verbleiben, in sofern nicht Ortsentfernungen und andere Lokalverhältnisse in ihrer Erfüllung Modifikationen zulässig machen. In solchem Falle wird jeder gewissenhafte Geistliche für diesen wichtigen Theil seiner Seelsorge dasj. Maas seiner Zeit zu ermitteln wissen, die ein zusammenhängender Glaubensunterricht erfordert, und selbst so abhalten, daß die zu konfirmirende Jugend daran vollständig Theil nehmen kann.

§. 6. Sowohl um der kirchlichen Ordnung willen, als auch um sich in möglichen Fällen über die hier geforderte Pflächterfüllung nöthigenfalls rechtfertigen zu können, hat jeder Geistliche über den ertheilten Vorbereitungs-Unterricht ein — im Namen, Geburtsort, Stand und Namen der Eltern des Konfirmanden enthaltendes vollständiges Register zu führen, in welchem er die Gemuthsart, die Fortschritte und das Betragen der Konfirmanden während der Dauer des Unterrichts verzeichnet, und in einer besondern Rubrik sein pflichtmäßiges Urtheil über die von ihm Unterrichteten gegebenen Erwartungen einträgt. Dieses Register ist bei Kirchen- und Schulvisitationen den geistlichen Insp., welche die Durchsicht und Prüfung dess. durch ihre Unterschrift zu beglaubigen haben, vorzulegen, und muß, wie das geschieht, in dem Visitations-Protokoll bemerkt werden.

§. 7. In der Regel darf vor zurückgelegtem 14. Lebensjahre kein Kind, von welchem Geschlecht es sei, konfirmirt und zum Genusse des heil. Abendmahls zugelassen werden.

Gefuche um etwaige Ausnahme von dieser Vorschrift sind nur in besondern durch zureichende Gründe sich rechtfertigenden Fällen von dem betr. Geistlichen an den Superrat. oder Kreisschulen-Insp. zu bringen, welche hierdurch ermächtigt werden, nach vorgängiger Prüfung die Dispensation zu ertheilen, wobei sie zugewiesen werden, in dem Schul-Entlassungscheine den Grund derselben zu vermerken.

§. 8. Ist dieser Vorbereitungs-Unterricht vollendet, so stellt der Geistliche die vorbereitete Jugend in einer öffentlichen Prüfung über die erlangten Kenntnisse der Gemeinde, in welche sie eintreten soll, vor, damit diese von der Mündigkeit ihrer neuen Mitglieder überzeugt werde.

Dies geschieht in der Regel in der Kirche unter Gebet und Gesang; der von dem Geistlichen bestimmte Tag ist der Gemeinde Sonntags vorher anzugeben.

Die Einsegnung selbst, in Verbindung mit der ersten Feier des h. Abendmahls, geschieht evangelischer Seits an dem zunächst folgenden Sonntage öffentlich und unter Vermeidung alles Aufsehens und Schaulust erregenden Hanges mit würdigen Feierlichkeiten. Doch bleibt es dem Geistlichen unbenommen, Konfirmation und Abendmahls-Genuss zu trennen, und auf verschiedene Tage zu verlegen.

§. 9. Denj. Kindern, welche konfirmirt und zur ersten heiligen Kommunion zugelassen sind, auch die im vorigen Satze angegebenen Kenntnisse erworben und das gesetzliche Alter zurückgelegt haben, wird bei ihrem Austritt aus dem Unterrichte ein Schul-Entlassungs- und Konfirmationschein ausgestellt, und im Sinne der übrigen Schulkinder und des Lehrers von dem Seelsorger mit einem briefl. Auftrage eingehändigt. Diese mit dem Orts-Kircheniegel und der Unterschrift des Geistlichen versehenen Bescheinigungen sind nach den im §. 4. angegebenen Regeln zu entwerfen, und ihre Aufbewahrung den Empfängern, wegen der den folgenden Lebensverhältnissen zu machenden Gebrauche, dringend zu empfehlen.

§. 10. Kein Geistlicher darf ein Kind aus einer fremden Pfarke zu dem Konfirmanden-Unterricht zulassen, bevor es nicht ein von dem vorigen Geistlichen attestirtes Schulzeugniß über seine bisherige Theilnahme am Unterrichte vorgelegt hat. Fehlt es daran, so muß der Geistliche, bei welchem das Kind abgetreten, eine nähere Erkundigung über dass. bei seinem vorigen Seelsorger einholen.

nach deren Inhalt das Kind durch die Schule oder durch den eigenen Unter-  
weiter führen.

§. 11. Zum Genuß des heil. Abendmahls darf kein Fremder oder dem Geiste  
n noch unbekannter Ankömmling, zumal von noch jugendlichem Alter, aus einer  
rn Pfarodie zugelassen werden, wenn er seine Berechtigung dazu nicht durch  
Konfirmations- oder Schul-Entlassungsschein (§. 10.) nachweisen kann. Des-  
haben die Ortsgerichte auf dem Lande solche Anziehende und Fremde dem  
lichen anzuzeigen, auch kann sich dieser, besonders in Städten, des Küsters,  
Iurers oder der Kirchväter bedienen, bei sehr zahlreichen Beichthandlungen und  
munionen darauf zu sehen, daß sich ganz Unbekannte nicht unangemeldet zu-  
gen, jedoch sind solche allemal vor der Feier des heil. Abendmahls selbst, und  
eine bescheidene und alles Aufsehen vermeidende Art über den Konfirmations-  
a zu befragen.

§. 12. Keine Dienstherrschaft, kein Gewerbetreibender und kein Künstler, wel-  
Art er sei, oder wo er wohnen mag, in Städten oder auf dem Lande, darf  
Bermeldung einer Strafe von 5 Thlr. ein Kind innerhalb dessen schulpflichtigen  
es in seinen Dienst oder Lehre, oder auch nur zur Hülfsleistung bei dem Ge-  
sbetriebe annehmen, ohne das angenommene Kind bis zu Ablauf der gesetzlichen  
zeit ununterbrochen zur Schule anzuhalten, und eben so auch pflichtmäßig  
ge zu tragen, daß es durch den vorgeschriebenen Konfirmanden-Unterricht zur  
annahme am heil. Abendmahle vorbereitet werde. Deshalb ist ein solches Kind  
stens innerhalb 8 Tagen nach seinem Eintritt in den Dienst oder in die Lehre  
Ortspfarrer und dem betr. Schullehrer zu dem angegebenen Zwecke, bei glei-  
Strafe, von dem Dienst- oder Lehrherrschaft anzumelden.

Kinder, welche sich bei Publikation dieser B. schon im Dienst oder in der  
re befinden, ohne zur Konfirmation vorbereitet zu sein, oder diese erhalten zu  
m, müssen beides jedenfalls nachholen, und dürfen daran nicht gehindert wer-

Wenn bei ihrer Zulassung zu den Katechumenen-Unterricht, wegen mangelhaft  
ffenen Schulunterrichts, Bedenken entstehen, so haben die Orts-Polizeibehörden  
ebereinkunft mit dem Ortsgeistlichen zu bestimmen, in wie weit einige Rücksicht  
wirklich zu beachtende Mißverhältnisse zu nehmen bleibt. Bei den nach Publi-  
a dieser B. eintretenden Lehrlingen dürfen diese Rücksichten aber in keiner  
e genommen werden.

§. 13. Der ununterbrochene Schulbesuch während der ganzen gesetzlich vor-  
schriebenen Unterrichtszeit bleibt den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen unter-  
r.

§. 14. Die bisher schon allen Schullehrern ohne Ausnahme zur Pflicht ge-  
te Führung vollständiger Absentenlisten der schulpflichtigen Kinder ist, wie sich  
Selbst versteht, auch ferner fortzusetzen, und sind solche monatlich auf dem  
e an die landrathlichen Ämter, in den Städten aber an die Schul-Deput.  
reichen. Auch haben die Schullehrer bei der jährlichen Prüfung aus den Ab-  
e-Registern einen summarischen Nachweis zu fertigen, wie viel Tage seit der  
e Prüfung jedes Kind in Summa gefehlt hat, und wie viel Tage darunter  
Freitwegen. Dieser Nachweis ist von dem Revisor seinem jährlichen Schul-  
e beizulegen, und mit dems. dem geistlichen Vorgesetzten einzureichen.

§. 15. Allen, welchen die Beaufsichtigung und Leitung des Unterrichts in den  
lichen Schulen obliegt, besonders den R. Landrathen, den Polizeibehörden in  
Städten, den Orts-Schulvorständen und Schulzen auf dem Lande, sowie den  
Superint., Erzpriestern, Schulinsp. und Schulrevisoren wird hiermit zur ange-  
elichen Pflicht gemacht, mit Ernst und Treue darauf zu achten, daß den vor-  
nden Bestimmungen pünktlich Folge geleistet werde.

Strafgelder, welche auf den Grund der gegenwärtigen B. eingezogen werden,  
e der betr. Orts-Schulkasse anheim, und sind zum Besten armer Kinder, na-  
lich zur Anschaffung der nöthigen Schulbücher, zu verwenden.

(N. XVI. S. 935.)

b) Westphäl. Rhein. Kirchenordn. v. 5. März 1835 §§. 103. flg.  
den in Th. I. S. 202), und die Zusätze Nr. 34. und 35. (s. oben in  
I. S. 203.)

c) Militair-Kirchenordn. v. 12. Febr. 1832.

§. 60. An zwei Tagen in der Woche unterrichtet der Militairprediger in sei-

ner Behausung diej. Kinder seiner Gemeinde, welche das dreizehnte Jahr zurückgelegt haben, und zu seiner Konfession gehören, im Christenthum, und segnet sie, nach vollendetem Unterrichte, welcher wenigstens ein volles Jahr dauern muß, wenn sie tüchtig befunden werden, in der zum militairischen Gottesdienste bestimmten Kirche öffentlich und feierlich ein. Daß sämtliche ihrem Alter nach sich dazu eignende Kinder seiner Gemeinde diesen Religionsunterricht erhalten und zu rechter Zeit eingesegnet werden, dafür ist er verantwortlich; er hat daher sie durch ihre Eltern, erforderlichen Falls unter dem Beistand der Militairbehörde, dazu anzuhalten, oder sich von den Eltern nachweisen zu lassen, daß der Religionsunterricht mit die Einsegnung einem andern Prediger übertragen, und von diesem wirklich geschehen ist.

(G. G. 1832. S. 69 flg.)

## 2) Konfirmanden-Unterricht.

Dieser als Vorbereitung auf die Konfirmation von dem Geistlichen zu ertheilende besondere Religionsunterricht geht neben dem Schulunterricht vor sich.

### a) Aufnahme in denselben.

Sie erfolgt nach vorgängiger Prüfung durch den Geistlichen, §. 4. d. B. v. 29. Juli 1832 (1. a.), zu deren Bestehen, außer den Vorkenntnissen in der Religion, das Lesen, §. 103. R. D. v. 5. März 1835 (1. b.) z. §§. 1. u. 2. des zu 1. a. all. Publ. v. 1. Sept. 1817, nach dem Pomerschen Regl. v. 8. Juli 1818 (ebendas.) aber auch wenigstens ein Anfang im Schreiben erfordert wird.

### b) Dauer des Konfirmanden-Unterrichts.

Dieselbe beträgt gewöhnlich ein Jahr, welches auch auf zwei Wintersemester vertheilt werden kann, und in ihm wöchentlich 2 bis 4 Stunden §. 5. der B. v. 29. Juli 1832 (1. a.) und die dazu all. ältern B. Jedoch wird in dieser Hinsicht auch noch ein Unterschied gemacht zwischen dem gewöhnlichen Religionsunterricht des Pfarrers (dem sogen. Katechismen-Unterricht) und dem Konfirmandenunterricht im engeren Sinne, welcher letztere, als spezielle Vorbereitung, der Konfirmation unmittelbar vorhergeht, und 6 Wochen bis einige Monate lang, in wöchentlich 3 bis 4 Stunden im Hause des Pfarrers ertheilt wird. <sup>1)</sup> Hierüber bestimmen:

α) G. R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 12. Febr. 1821 an sämtl. Konf., betr. den Unterricht der evangelischen Jugend im Christenthum als Vorbereitung auf die Konfirmation.

Das unterj. Min. hat ungern in Erfahrung gebracht, daß in mehreren Theilen der Monarchie der durch die evangl. Geistlichen der Jugend zu ertheilende Unterricht im Christenthum nur als Vorbereitung auf die Konfirmation, oder auch nur einige Wochen vor ders. ertheilt wird. Diese Zeit reicht nicht hin, die Jugend hinlänglich mit den Wahrheiten der christlichen Religion bekannt zu machen, noch weniger aber diese Wahrheiten dem Gemüthe so tief einzuprägen, als es erforderlich ist. Bis in dieser Angelegenheit nach vollendeten Berathungen in Synoden definitive Bestimmungen erfolgen können, setzt das Min. hiermit fest:

- 1) Kein Kind darf konfirmirt werden, welches nicht zwei Semester hindurch den gewöhnlichen Unterricht des Geistlichen unausgesetzt, und in dem letzten

1) Während des Konfirmanden-Unterrichts sollen, nach neuern Verf. mehrerer Prov. Konf., die Geistlichen darauf halten, daß ihre Konfirmanden nicht an Tanzunterricht oder andern Tanzvergnügungen Theil nehmen, sofern dadurch ein nachtheiliger Einfluß erzeugt wird, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Konfirmation. (Nat. Zeit. 1853. Nr. 351. Beil. 421.) Anderwärts ist die Konfirmation der Tänzlehrer davon abhängig gemacht, daß sie keine Konfirmanden in ihrem Unterrichte aufnehmen. S. die 1. Abth., vom Privatunterricht, zu Abschn. II. der Zeit. v. 31. Dec. 1839, oben S. 298 ff.



auch den den Konfirmanden besonders zu ertheilenden Vorbereitungs-Unterricht genossen hat.

Der gewöhnliche Unterricht des Geistlichen ist das ganze Jahr hindurch, in sofern nicht örtliche Umstände eine Unterbrechung nothwendig machen, wöchentlich in zwei Stunden, der zur Konfirmation vorbereitende aber sechs Wochen hindurch wöchentlich in drei bis vier Stunden zu ertheilen, während welcher Zeit da, wo die Pfarrer mit Geschäften sehr beladen sind, der gewöhnliche Unterricht ausfallen kann, wobei jedoch der Beurtheilung der Geistlichen überlassen bleibt, ob eine Absonderung der Geschlechter unter den obwaltenden Umständen erforderlich sein möchte, in welchem Falle die Stunden des gewöhnlichen Unterrichts zu verdoppeln sind.<sup>1)</sup>

N. V. S. 84.)

3) §. 108. der Westph. Rhein. R. O. (1. b.)

1) Verpflichtung zum Besuche des Konfirmanden-Unterrichts.

Der Konfirmanden-Unterricht, und zwar sowohl der Katechumenen-Unterricht, als der Konfirmanden-Unterricht i. e. S., ist dem Schulbesuche dieser Hinsicht völlig gleichgestellt. Dies wurde insbesondere ausge-  
en:

1) auf Grund des §. 46. N. L. R. Th. II. Tit. 12. durch G. R. des  
der G. U. u. R. Ang. (v. Altenstein) v. 21. April 1834. (N.  
S. 390.)<sup>2)</sup>

2) durch R. d. Min. v. 25. Febr. 1838 an das R. Konf. und die  
eg. zu Münster, betr. die Kontrolle über den regelmäßigen Besuch des  
katechumenen- und Konfirmanden-Unterrichts.

Das Min. kann sich mit der vom 12. im Ver. v. 25. v. R. zwischen dem  
katechumenen- und Konfirmanden-Unterricht gemachten Unterscheidung, nach welcher  
tere nicht mit dem ersteren unter dieselbe Kontrolle gestellt werden könnte,  
einverstanden erklären, ist vielmehr der Meinung, daß er mit jenem und dem  
besuche unter einer und ders. Kontrolle stehen muß, weil er mit diesem ein  
s bildet. Ein Kind, welches hinsichtlich seiner Religionserkenntniß noch nicht  
konfirmation reif ist, hat die einem jeden vernünftigen Menschen nothwendigen  
nisse noch nicht gefaßt, und kann daher von der Schulpflichtigkeit noch nicht  
iben werden. (N. L. R. Th. II. Tit. 12. §. 46.) Die noch nicht konfir-  
Jugend ist daher zur Theilnahme an dem Konfirmations-Unterricht, wie zum  
besuche, mit polizeilicher Hülfe anzuhalten. Es wird nur darauf ankommen,  
ie Polizei sich von jeder jungen Person, welche das 13. Lebensjahr (an Or-  
so der Unterricht im Sommer ausfällt, das 12.) zurückgelegt, und die erfolgte  
rmation durch den vom Pfarrer auszustellenden Konfirmationschein weder  
wiesen hat, noch nachweisen kann, die Theilnahme an dem Katechumenen-Un-  
t, welchem gegen Ende desselben der Konfirmanden-Unterricht zur Seite geht,  
eine von dem Geistlichen zu ertheilende Bescheinigung nachweisen läßt.

N. XXII. S. 362.)

3) Durch R. d. Min. v. 19. April 1838 an das R. Konf. der  
. Brandenburg wurden die Zeugnisse des Pfarrers über den ersten  
tit in den Konfirmanden-Unterricht und dessen Besuch, welche bereits  
R. d. Min. v. 24. März 1831 für Berlin angeordnet waren, so-

1) Wiederholt durch Publ. des Konf. und Schulkolleg. zu Stettin v. 9. Dec.  
(N. VIII. S. 1063) mit dem auf Grund eines Min. R. v. 4. Nov. 1824  
sten Zusatz: daß von 1825 ab kein Kind vor zurückgelegtem 14. Lebensjahre  
mirt werden solle.

2) Eine Bef. der Reg. zu Trier v. 11. Juli 1835 (Amtsbl. 1835. S. 290.  
ürstenthal, Bd. 4. S. 233) erklärt unter Bezugnahme auf eine R. O. v. 18.  
1828, daß der Konfirmanden-Unterricht als Bestandtheil des Schulunterrichts  
trachten sei, und verlangt, daß der Pfarrer eine spezielle Versäumnisliste dar-  
der gewöhnlichen Schulversäumnisliste beifüge.

wie die ebendas. als gerechtfertigt erklärten polizeilichen Zwangsverfügungen in Betreff der Theilnahme an diesem Unterricht, für die ganze Prov. eingeführt (N. XXII. S. 662), und in dessen Folge durch G. Verf. der Reg. zu Potsdam v. 10. Juni 1838 die sämmtl. Landräthe benachrichtigt, daß die Polizeibehörden wegen Versäumniß des Konfirmanden-Unterrichts mit den nöthigen Zwangsverfügungen einzuschreiten befugt seien. (ib. S. 925.)

d) Vergl. das Regul. A. für Berlin bei der Bef. v. 10. Juli 1847. (s. oben S. 588 ff.)

### 3) Konfirmations-Prüfung.

Eine solche muß nach §. 8. der B. v. 29. Juli 1832 und §. 110. der Westph. Rhein. R. O. (1. a. u. b.) vor der Konfirmation durch den Geistlichen vor versammelter Gemeinde oder vor dem Kirchenvorstande an- gestellt werden. Sie beschränkt sich aber auf die Religionskenntnisse<sup>1)</sup>, und kann daher nur als eine Aufnahmeprüfung in die Gemeinde der Erwachsenen gelten.

### 4) Konfirmationsakt.<sup>2)</sup>

#### a) Zeitpunkt.

Die Konfirmation erfolgt in der Regel jährlich nur einmal, zur Osterzeit. Die früher gestattete, und da, wo die große Anzahl der Konfirmanden (über 50) die Abtheilung derselben in 2 Coetus nothwendig machte, auch vorgeschriebene, zweite oder Michaeliskonfirmation, ist selten (vergl. zu 1. a. all. Publ. v. 1. Sept. 1817 in sine und v. 25. Aug. 1818 S. 8.), zum Theil auch ausdrücklich abgeschafft, so in der Prov. Sachsen bei Bef. des Konf. von Brandenburg v. 16. Nov. 1821 durch R. O. v. 1. Aug. ej. (N. V. S. 868.)

#### b) Zulassung von Kindern aus andern Pfarochien.

Vergl. Kinder soll ein Pfarrer nur dann konfirmiren, wenn sie wesentlich in seiner Gemeinde aufhalten, und Schul- und Konfirmations-Unterricht daselbst genossen haben. Bei Aufenthaltswechsel vor der Konfirmation soll er neuangezogene Kinder nur auf Attest ihres bisherigen Pfarrers in seinen Konfirmanden-Unterricht aufnehmen: §. 10. der B. v. 29. Juli 1832 (1. a.) und §. 5. des dazu all. Publ. v. 1. Sept. 1833 §. 109. der Westph. Rhein. R. O. (1. b.), das ad 2. c. all. R. v. 2. April 1834<sup>3)</sup> und die Bef. des Konf. zu Königsberg v. 30. Juli 1834 (N. XVIII. S. 713.) Vergl. Kap. 1., l. 4. u. IV. 3.

#### c) Feierlichkeit.

Daß die Konfirmation in der Kirche mit angemessener Feierlichkeit folgen müsse, ist in allen sub 1. erwähnten B. übereinstimmend vorgeschrieben.

### 5) Bescheinigung über die erfolgte Konfirmation.

Eben so stimmen die einzelnen B. darin überein, daß der Konfirmand

1) Doch bezeichnete eine B. der Reg. zu Magdeburg v. 15. März 1831 (Amtebl. 1831. S. 120) als Bedingung der Konfirmation, neben der religiösen Kenntniß in Religion, Lesen und Singen, auch die im Schreiben und Rechnen.

2) Wenigstens 10 Wochen vor der Einsegnung soll jeder Katechumenen ein Taufschein beibringen: G. R. der Reg. zu Marienwerder v. 6. Febr. 1844 (Win. Bl. d. i. B. 1845. S. 61.)

3) Nach demf. R. sollen im Auslande unreis Konfirmirte nöthigenfalls zum Schulbesuche gezwungen werden.

ein Register über die Konfirmanden zu führen <sup>1)</sup>, sondern auch dieselben einen Konfirmationschein auszufertigen habe. <sup>2)</sup>

**Schulentlassung vor dem gesetzlichen Alter oder vor der Konfirmation.**

**Dispensation von dem zur Konfirmation erforderl. Alter.**

Regel ist, daß die Konfirmation erst nach vollendetem 14. Jahre erfolgt und daß Ausnahmen hiervon durch Zulassung jüngerer nur unter Zustimmung des Superint. statthast sind, den der Pfarrauss gehörige Zeit vorher anzugehen hat: §. 7. B. v. 29. Juli 107. und Zus. 35. der Westph. Rhein. R. O. (1. a. u. b.), so dazu angef. ältern Publ.

ausführlichsten Vorschriften über das Verfahren bei dergl. Dispensationen enthält das an sämmtl. Geistliche der Prov. gerichtete E. R. des Konf. und Schulkolleg. der Prov. Brandenburg v. 29. 7 <sup>1)</sup> (Beil. A. der E. Verf. de cod. an die Superint.).

Hiedene Anfragen der H. Superint. und Geistlichen unseres Geschäftsbezugs in Beziehung auf die Dispensation von den vorschristsmäßigen Erfordernissen der Konfirmation der ihrer Seelsorge anvertrauten Kinder, veranlassen uns, in längerer Rücksprache mit den R. Reg. zu Potsdam und Frankfurt a. d. Elbe nach erfolgter Genehmigung des R. Min. der G. u. N. Ang. v. 9. d. d. folgendes hierdurch festzusetzen.

Der Schulbesuch, oder, in dem §. 7. Tit. 12. Th. II. A. E. R. gesetzmäßig, der Privatunterricht eines jeden Kindes evang. Glaubens muß bis zur Konfirmation fortgesetzt werden, und die Entlassung eines Kindes aus der Schule der Regel nach gleichzeitig mit der Konfirmation dess. erfolgen.

In den seltenen Fällen, wo die Konfirmation eines Kindes, welches sein 14. Lebensjahr zurückgelegt und die zur Konfirmation erforderlichen Kenntnisse erlangt hat, auf den Wunsch der Eltern oder wegen zufälliger Umstände nicht erfolgt, kann zwar unter Zustimmung des bezüglichen Superint. der Unterricht des Kindes auf die Theilnahme an dem Konfirmanden-Unterricht beschränkt werden, wenn der Seelsorger des Kindes hat jedoch vorher sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die regelmäßige und erfolgreiche Theilnahme eines solchen Kindes an dem Konfirmanden-Unterricht mit Sicherheit zu erwarten und eine Störung dess. durch Eintritt des Kindes in Dienst- oder gewerbliche Verhältnisse nicht zu besorgen ist.

Dispensationen von dem für die Konfirmation erforderlichen Alter von Kindern sollen nur in dem Alter beantragt werden, wenn das Kind die zur Konfirmation erforderlichen Kenntnisse und sittliche Reife erlangt hat, und an dem beantragten Alter höchstens sechs Monate fehlen.

Die Dispensation eines Kindes von dem zur Konfirmation erforder-

in Schema zu demselben theilt das ad 1. a. (Note) all. E. R. v. 29. 7 mit (s. auch 6.).

Wie in den letzten 3 Jahren Konfirmirten hat der Superint. bei den Kirchenkonferenzen zu prüfen: §. 5. a. Visitt. D. v. 16. März 1830 (N. XIV. S. 55.) E. R. des Konf. von Brandenburg v. 18. Febr. 1833 (N. XVII. S. 88.) Die übrigen §§. des R. betreffen, wie bereits ad 1. a. erwähnt, Bestätigungen. — Nach einer von der Reg. zu Erfurt erlassenen B. sollen Dispensationsgesuche nur dann berücksichtigt werden, wenn männliche Katechumenen zum 1. Aug., weibliche vor dem 1. Okt. desselben Jahres das 14. Lebensjahr vollendet haben.

B. des Herzogl. Sächs. Konf. zu Altenburg v. 8. Aug. 1837 verbietet, Preussische Kinder vor dem 14. Jahre zu konfirmiren. (Ann. XXI.)

Die Aussetzung der Entlassung bei Kindern über 14 Jahren s. §. 2. d. ordn. für die Prov. Preußen (s. oben in Th. I. S. 104).

lichen Alter von 14 Jahren ist spätestens drei Monate vor dem Zeitpunkte, mit welchem die Konfirmation erfolgen soll, mittelst Einreichung der tabellarischen Nachweisung über die Verhältnisse des Kindes nach dem Formulare sub Lit. a. zunächst bei dem vorgeordneten Superint. nachzusehen.

§. 5. Fehlen an dem zur Konfirmation erforderlichen Alter eines Kindes drei Monate oder weniger, so kann die Dispensation, falls sich dabei kein Bedenken findet, von dem Superint. ertheilt werden. Fehlen aber an dem gedachten Alter mehr als drei Monate, so hat der Superint. die von dem Geistlichen eingereichte Nachweisung, mit seinem Gutachten versehen, an die vorgesezte R. Reg. einzurichten, und deren Entscheidung abzuwarten etc.

Lit. a.

## V e r z e i c h n i s s

derjenigen Konfirmanden aus der Pfarodie

für welche zu der auf

18

stattfindenden Konfirmation Dispensation von dem vorschristsmässigen Alter nach-  
gesucht wird.

1. Laufende Nr. 2. Name des Kindes. 3. Name und Stand der Eltern.  
4. Jahr und Tag der Geburt. 5. Schulbesuch, a) wie viel Jahre; b) wie er-  
stlich. 6. Kenntnisse, a) im Christenthum; b) Lesen, Schreiben und Rechnen. 7.  
Sittliches Verhalten. 8. Angabe der für die Dispensation sprechenden Gründe.  
9. Gutachten des Superintenden. 10. Entscheidung der Regierung.

b) Durch C. R. v. 14. Aug. 1848 an sämmtl. Konf. genehmigt ist  
Min. der G. u. M. Ang., daß die Dispensation von den gesetzlichen  
Erfordernissen der Konfirmation auch ferner den Superint. übertragen wird  
(Min. Bl. d. i. V. 1848. S. 268.)

2) Dispensation vom Schulbesuche während des Konfirmanden-  
Unterrichts.

In einer solchen liegt eine anticipirte Entlassung aus der Schule, und  
sie soll daher nur ausnahmsweise vom Superint. auf Grund einer von ihm  
angestellten Prüfung gestattet werden können. <sup>1)</sup> Dies bestimmen:

a) §. 3. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. o. in Th. I. S. 64).

b) §. 34. des kathol. Schulregl. für Schlesien von 1765 (s. oben  
Th. I. S. 137).

c) Publ. der Reg. zu Königsberg v. 23. Okt. 1822, betr. den Schul-  
besuch der Konfirmanden.

Nach der Verf. des R. Min. der G. u. M. Ang. v. 16. v. R. ist  
diejen. schulpflichtigen Kinder, welche nicht länger den Schulunterricht zu  
nötig zu haben glauben, davon nur nach einer vom Kreis-Superint. ange-  
stellten Prüfung dispensirt werden können, sofern sie das vierzehnte Lebensjahr noch  
zurückgelegt haben; auch soll diese schon im §. 3. des Gen. Landschulregl. v. 14.  
Aug. 1763 enthaltene Bestimmung so lange fortbauern, bis die allg. Schulordn.  
publizirt werden wird.

Sämmtliche Prediger haben daher die Dispensationsgesuche für dergl. jun-  
ge Leute, und besonders die den Elementarunterricht genießenden Konfirmanden an  
ihnen vorgesezten Superint. zu verweisen, die hiemit angewiesen werden, die nö-  
thige Dispensation erst nach sorgfältiger und strenger Prüfung des Kindes und  
Gewissenhaftigkeit zu ertheilen.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß diej. Kinder, welche keine Dispen-  
sation erhalten haben, auch während des Konfirmanden-Unterrichts an den Tagen,  
wo sie nicht zum Prediger gehen, den Schulunterricht besuchen müssen.

(A. VI. S. 904.)

d) §§. 1. und 2. der C. Verf. des Konf. von Brandenburg v. 2.  
Mai 1837 (oben sub 1.).

e) R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 25. April

1) Vergl. jedoch §. 103. Westph. Rhein. R. O. (1. b.)

an das R. Konsf. und die R. Reg. zu Münster, betr. den Schulunterricht noch nicht konfirmirter Kinder.

Das Min. erwiedert dem R. Konsf. und der R. Reg. auf den unterm 2. d. statteten Ber., den Konfirmanden-Unterricht betr., daß nicht konfirmirte Kinder dann von der Schulpflichtigkeit entbunden werden dürfen, wenn sie von Religionswahrheiten diej. Kenntnisse besitzen, welche zur Konfirmation ben.

N. XXII. S. 664.)

## Vierter Abschnitt.

### Schulunterhaltung.

Es sind in diesem Abschnitte zunächst die Vermögensrechte der Schulen, sodann die Aufbringung der Kosten namentlich durch Schulgeld und Arbeitsträge, und insbesondere die Unterhaltung des Lehrers und der Schulgebäude, sowie endlich das Rechnungswesen bei der Schulverwaltung aufstellen.

#### Erstes Kapitel.

### Schulvermögen.

Die über die äußern Rechte der Schulen und die Vermögensverwaltung derselben vorhandenen Bestimmungen sind fast durchaus dieselben, wie von dem Kirchenvermögen gelten. Es muß daher in Betreff ihrer den ersten Band dieses Theils vom Gesamtwert, welcher das Kirchenwesen behandelt, verwiesen und die folgende Darstellung neben den dem Rechnungswesen eigenthümlichen Vorschriften, auf das zum Verständnisse Unentbehrliche aus jenen beschränkt werden.

#### I. Äußere Rechte der Schulen im Allgemeinen.

Hiervon handeln:

- 1) §§. 18—21. A. L. R. Th. II. Tit. 12. (f. o. S. 318—319.) <sup>1)</sup>
- 2) Die in den angef. §§. des 12. Tit. in Bezug genommenen Stellen des 11. Tit. A. L. R. Th. II. betreffen theils spezielle Vermögensrechte, theils die Verwaltung. Als allgemeine Bestimmung ist hier nur anzuhellen:

§. 193. (A. L. R. II. 11.) Die vom Staate ausdrücklich aufgenommenen Anstalten sind, auch bei Erwerbung, Verwaltung und Veräußerung ihres Vermögens, andern privilegierten Korporationen gleich zu achten. (Tit. 6. §§. 70. 2. 81. sq.) <sup>2)</sup>

1) Das Allegat des 9. Abschnitts Tit. 11. soll nach dem G. R. v. 17. März (f. u. Kap. 3. II. 4.) ein Druckfehler sein, ist aber als solcher nicht im oben Druckfehlerverzeichnis v. 29. Dec. 1837 aufgeführt. (Jahrb. Bd. 50. S. 68.)

2) Von den angef. §§. des Tit. 6. Th. II. A. L. R. handeln die ersten von Schulwesen. II.



lichen Alter von 14 Jahren ist spätestens drei Monate vor dem Zeitpunkte, zu welchem die Konfirmation erfolgen soll, mittelst Einreichung der tabellarischen Nachweisung über die Verhältnisse des Kindes nach dem Formulare sub Lit. a. zunächst bei dem vorgeordneten Superint. nachzusuchen.

§. 5. Fehlen an dem zur Konfirmation erforderlichen Alter eines Kindes drei Monate oder weniger, so kann die Dispensation, falls sich dabei kein Bedenken bietet, von dem Superint. ertheilt werden. Fehlen aber an dem gedachten Alter mehr als drei Monate, so hat der Superint. die von dem Geistlichen eingereichte Nachweisung, mit seinem Gutachten versehen, an die vorgesezte R. Reg. einzureichen und deren Entscheidung abzuwarten etc.

Lit. a.

## V e r z e i c h n i s s

derjenigen Konfirmanden aus der Pfarodie

für welche zu der auf

18

stattfindenden Konfirmation Dispensation von dem vorschristsmäßigen Alter nach gesucht wird.

1. Laufende Nr. 2. Name des Kindes. 3. Name und Stand der Eltern. 4. Jahr und Tag der Geburt. 5. Schulbesuch, a) wie viel Jahre; b) wie erheblich. 6. Kenntnisse, a) im Christenthum; b) Lesen, Schreiben und Rechnen. 7. Sittliches Verhalten. 8. Angabe der für die Dispensation sprechenden Gründe. 9. Gutachten des Superintenden. 10. Entscheidung der Regierung.

b) Durch C. R. v. 14. Aug. 1848 an sämmtl. Konf. genehmigt im Min. der G. u. M. Ang., daß die Dispensation von den gesetzlichen Erfordernissen der Konfirmation auch ferner den Superint. übertragen werde (Min. Bl. d. i. V. 1848. S. 268.)

2) Dispensation vom Schulbesuche während des Konfirmanden-Unterrichts.

In einer solchen liegt eine antizipirte Entlassung aus der Schule, und sie soll daher nur ausnahmsweise vom Superint. auf Grund einer von ihm angestellten Prüfung gestattet werden können. <sup>1)</sup> Dies bestimmen:

a) §. 3. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. o. in Th. I. S. 64).

b) §. 34. des kathol. Schulregl. für Schlessen von 1765 (s. oben in Th. I. S. 137).

c) Publ. der Reg. zu Königsberg v. 23. Okt. 1822, betr. den Schulbesuch der Konfirmanden.

Nach der Verf. des R. Min. der G. u. M. Ang. v. 16. v. M. 1848: die schulpflichtigen Kinder, welche nicht länger den Schulunterricht zu genügen nöthig zu haben glauben, davon nur nach einer vom Kreis-Superint. angestellten Prüfung dispensirt werden können, sofern sie das vierzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben; auch soll diese schon im §. 3. des Gen. Landschulregl. v. 17. Aug. 1763 enthaltene Bestimmung so lange fort dauern, bis die allg. Schulpflicht publizirt werden wird.

Sämmtliche Prediger haben daher die Dispensionsgesuche für dergl. Kinder heute, und besonders die den Elementarunterricht genießenden Konfirmanden an die ihnen vorgesezten Superint. zu verweisen, die hiemit angewiesen werden, die Dispensation erst nach sorgfältiger und strenger Prüfung des Kindes mit Gewissenhaftigkeit zu ertheilen.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die Kinder, welche keine Dispensation erhalten haben, auch während des Konfirmanden-Unterrichts an den Tagen, wo sie nicht zum Prediger gehen, den Schulunterricht besuchen müssen.

(A. VI. S. 904.)

d) §§. 1. und 2. der C. Verf. des Konf. von Brandenburg v. 21. Mai 1837 (oben sub 1.).

e) R. des Min. der G. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 25. April 1848.

1) Vergl. jedoch §. 103. Weisth. Rhein. R. D. (1. b.)

3 an das R. Konf. und die R. Reg. zu Münster, betr. den Schulunterricht noch nicht konfirmirter Kinder.

Das Min. erwiedert dem R. Konf. und der R. Reg. auf den unterm 2. d. erstatteten Ber., den Konfirmanden-Unterricht betr., daß nicht konfirmirte Kinder dann von der Schulpflichtigkeit entbunden werden dürfen, wenn sie von Religionswahrheiten diej. Kenntnisse besitzen, welche zur Konfirmation bedürfen.

(N. XXII. S. 664.)

## Vierter Abschnitt.

# Schulunterhaltung.

Es sind in diesem Abschnitte zunächst die Vermögensrechte der Schulen, sodann die Aufbringung der Kosten namentlich durch Schulgeld und Beiträge, und insbesondere die Unterhaltung des Lehrers und der Schulgebäude, sowie endlich das Rechnungswesen bei der Schulverwaltung zu stellen.

## Erstes Kapitel.

# Schulvermögen.

Die über die äußern Rechte der Schulen und die Vermögensverwaltung derselben vorhandenen Bestimmungen sind fast durchaus dieselben, wie von dem Kirchenvermögen gelten. Es muß daher in Betreff ihrer den ersten Band dieses Theils vom Gesamtwerk, welcher das Kirchenwesen behandelt, verwiesen und die folgende Darstellung neben den dem Kirchenwesen eigenthümlichen Vorschriften, auf das zum Verständnisse Unentbehrliche aus jenen beschränkt werden.

## I. Äußere Rechte der Schulen im Allgemeinen.

Hier von handeln:

- 1) §§. 18—21. A. L. R. Th. II. Tit. 12. (s. o. S. 318—319.) <sup>1)</sup>
- 2) Die in den angef. §§. des 12. Tit. in Bezug genommenen Stellen des 11. Tit. A. L. R. Th. II. betreffen theils spezielle Vermögensrechte, theils die Verwaltung. Als allgemeine Bestimmung ist hier nur anzuhellen:

§. 193. (A. L. R. II. 11.) Die vom Staate ausdrücklich aufgenommenen Pöngesellschaften sind, auch bei Erwerbung, Verwaltung und Veräußerung ihres Vermögens, andern privilegirten Korporationen gleich zu achten. (Tit. 6. §§. 70. 72. 81. sq.) <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Das Allegat des 9. Abschnitts Tit. 11. soll nach dem G. R. v. 17. März 1837 (s. u. Kap. 3. II. 4.) ein Druckfehler sein, ist aber als solcher nicht im oben genannten Druckfehlerverzeichnis v. 29. Dec. 1837 aufgeführt. (Jahrb. Bd. 50. S. 9.)

<sup>2)</sup> Von den angef. §§. des Tit. 6. Th. II. A. L. R. handeln die ersten von Schulwesen. II.

## 3) Korporationsrecht der Volksschulen.

Von der Annahme, daß auch die Volksschulen Korporationen seien, waren schon ein R. des Just. Min. v. 20. Juni 1829, wegen Berichtigung des Begriffes auf Kirchen und Schulen als moralische Personen (Ergänz. zu §. 41. Hyp. O. Tit. I.), und die Bescheide des Min. des J. v. 12. Jan. und 30. Juni 1845 (Min. Bl. v. 1. B. 1845. S. 4. 232) ausgegangen.<sup>1)</sup> Das Ob. Trib. dagegen hatte sich meist im entgegengesetzten Sinne entschieden (Urt. v. 12. Mai 1851. Striethorst, Arch. Bd. 1. S. 392). Demnach ist jedoch der nachstehende Plenarbeschluß desselben ergangen:

## a. Plenarbeschluß.

Eine durch die kompetente Staatsbehörde für den öffentlichen Elementar-Unterricht eingerichtete, mit einem Vorstande versehene Schul-Societät oder Schulgemeinde hat die Eigenschaft einer Korporation.

Angenommen vom Plenum in der Sitzung am 20. Juni 1853.

## b. Sitzungs-Protokoll.

Die Frage: ob und unter welchen Voraussetzungen den sogen. gemeinen Schulen Korporationsrechte zustehen, hat in den Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes entgegengesetzte Beurtheilung gefunden.

In einer Entsch. v. 30. März 1843 hat der Erste Senat des Ob. Trib. angenommen, daß die im Art. 13. der Dell. v. 6. April 1839 verlängerte Einlegung von Rechtsmitteln den Schulvorständen oder sogenannten Schulgemeinden im Sinne der §§. 34. ff. Tit. 12. Th. II. des R. L. R. nicht zu Gute komme. Es sind sonach den Schulgemeinden die Rechte privilegierter Korporationen nicht zugestanden.

Uebereinstimmend hiermit ist von dem Ersten Senate in einer andern Hinsicht der Grundsatz ausgesprochen, daß den Elementarschulen unbedingt die Eigenschaft einer Korporation, welche klagen und verklagt werden könne, abzusprechen ist, wenn sie auch Vermögen und Grundstücke besitzen könnten, indem dergl. Vermögen zur Disposition derjenigen stehe, die zu der Schule gewiesen seien — der Schul-Societät — und Ansprüche auf dasselbe nur gegen diese Societät oder ihren Vertreter gerichtet werden könnten.

Auch in einer späteren Sache ist bei dem Ersten Senate in einem Urt. v. 1. Jan. 1845 der Grundsatz festgehalten, daß die verklagte Schulgemeinde keine wirkliche Körperschaft bilde, wiewohl in dieser Sache angenommen ist, daß die Schulgemeinde durch den bestellten Schulvorstand in ihren Vermögens-Verhältnissen rechtsbeständig vertreten werde.

Neuerlich ist dieselbe Frage bei dem Ersten Senate in der Sache eines Bewohners des Amtes B. wider die städtische evang. Schulgemeinde zu B. entstanden durch den Schulvorstand, zur Erwägung gekommen. In dieser Sache hat die Schulgemeinde den Einwand der fehlenden Passiv-Legitimation entgegengebracht. Diesen Einwand auf die Ansicht gestützt, daß Elementarschulen nicht als Korporationen anzusehen seien. Der Erste Senat hat jedoch, abweichend von der vertheidigten Ansicht, angenommen, daß im vorliegenden Falle der Schulgemeinde allerdings der Charakter einer moralischen Person zukomme. Bei dem hiesigen

der Verwaltung des Vermögens durch Beschlüsse der Korporation. §§. 31. u. 32. dagegen lauten:

§. 81. Korporationen und Gemeinden stellen in den Geschäften der öffentlichen Lebens eine moralische Person vor.

§. 82. Sie werden in Rücksicht auf ihre Rechte und Verbindlichkeiten gegen Andere, außer ihnen, nach eben den Gesetzen, wie andere einzelne Bürger des Staats, beurtheilt.

1) Auch Koch, Lehrb. des Preuss. Privatr., §. 77. (Bd. I. S. 184) hat nach der Bemerkung, daß Universitäten und gelehrten Schulen ausdrücklich Rechte der Korporationen beigelegt sind:

die öffentlichen gemeinen Schulen entbehren zwar einer solchen ausdrücklichen Verlegung, sie gelten jedoch nichtsdestoweniger als juristische Personen, welche durch ihre Vorsteher Rechtsgeschäfte machen, und Vermögen besitzen können.

etenden Konflikt mit den früheren Entscheidungen ist daher dem Plenum des Trib. die Frage zur Entscheidung überwiesen:

ob der Verband einer öffentlichen Elementarschule, welche von Staatswegen durch die K. Regierung eingerichtet, insbes. mit einer Repräsentation (einem Schulvorstande) versehen ist, die Eigenschaft einer Korporation habe?

Beide zur Vorbereitung des hierüber zu fassenden Plenarbeschlusses bestellte Experten sind in ihren Ausführungen zu dem Ergebnisse gekommen, daß diese zu bejahen sei. Die hierfür geltend gemachten Gründe lassen sich im Wesentlichen darauf zurückführen, daß wenn im §. 54. und §. 67. Th. II. Tit. 12. A. E. N. den gelehrten Schulen und den Universitäten die äußeren Rechte der Korporationen, alle Rechte privilegirter Korporationen beigelegt worden, hieraus zu folgern sei, daß den sogen. gemeinen Schulen die Eigenschaft einer Korporation schlechthin abzusprechen, daß vielmehr bei gemeinen Schulen dasj. maßgebend sei, was nach den allg. Gesetzen über den Begriff einer Korporation entspringe. In dieser Beziehung sei daher auf die Bestimmungen in §§. 25. ff. Th. II. Tit. 6. des A. E. N. zurückzugehen, und da hiernach die Rechte der Korporationen und Gemeinden solchen vom Staate genehmigten Gesellschaften zukommen, welche sich zu einem fortdauernden gemeinnützigen Zwecke verbunden, so könnten Rechte solchen Schulgemeinden nicht versagt werden, denen der Staat zur gerechten Verfolgung ihres gemeinnützigen Zweckes eine auf die Fortdauer berechnete Organisation und einen auf die Vertretung nach außen berechneten Vorstand, mit den Bedingungen und Kennzeichen einer juristischen Persönlichkeit verleihe. Es ist ausgeführt, daß der Regel nach solchen Schulanstalten, denen das Prädikat der öffentlichen gebühre, auch der Charakter der juristischen Persönlichkeit eingeräumt werden müsse, weil gerade die Öffentlichkeit der Anstalt auch deren Genehmigung und Konstituierung vom Staate mit Nothwendigkeit voraussetze. Es ist ferner dargelegt, daß nach §. 19. Th. II. Tit. 12. des A. E. N. von den Grundbesitzern und dem übrigen Vermögen der Schulen in der Regel alles dasj. gelte, was vom Kirchenvermögen verordnet worden, nach dem hierbei in Bezug genommen §. 193. Th. II. Tit. 11. aber die vom Staate aufgenommenen Kirchengesellschaften bei Erwerbung, Verwaltung und Veräußerungen ihres Vermögens privilegierten Korporationen gleich zu achten seien, wobei dann insbes. zur Erwägung gekommen ist, daß, wenn das Gesetz den Schulen als solchen, Vermögen und insbesondere Grundstücke zu besitzen gestatte, dies nur unter der Voraussetzung erklärlich sei, daß das Gesetz den ausdrücklich vom Staate konstituirten Schulverbänden, den öffentlichen Schulen, den Charakter einer wirklichen Körperschaft zugestehen, da nach §. 6. Th. II. Tit. 6. des A. E. N. bloß erlaubte Privatgesellschaften als solche Grundstücke noch Kapitalien auf den Namen der Gesellschaft erwerben können.

Bei der in der heutigen Plenarsitzung hierüber veranlaßten Berathung erhielt noch durch andere Argumente unterstützte Ausführung die Zustimmung des hohen Kollegiums, sowie man denn auch darin sich einverstanden erklärte, die juristische Persönlichkeit nicht unbedingt allen Elementarschulen ohne Unterschied zugestanden werden könne, bei der zu entscheidenden Frage vielmehr die bestehenden konkreten Verhältnisse ins Auge zu fassen seien, insbesondere auch der Umstand, daß die Selbstständigkeit nicht fehlen dürfe, da beispielsweise städtische, Leitung und Aufsicht städtischer Behörden untergeordnete Schulanstalten, Korporationsrechte nicht in Anspruch nehmen könnten.

(Just. Min. Bl. 1853. S. 299.)

## II. Vermögenserwerb.

### 1) Erwerb von Grundstücken.<sup>1)</sup>

a) Derselbe erfordert „ausdrückliche Bewilligung des Staats“: §. 194.

1) Ueber die Landdotations der Schulstellen s. u. V. 3. e. Daß beim Erwerb solcher Grundstücke Schulen eben so wenig, wie andere Korporationen, das Bureaustempel zu gewinnen brauchen, bestimmten der Bescheid des Min. des J. v. 13. 1845 und v. 30. Juni 1845. (Min. Bl. d. i. V. 1845. S. 4. 252.)

N. L. R. II. 11., und zwar bei Vermeidung der Nichtigkeit des §. 83., 84. N. L. R. II. 6., und ohne Unterschied ob der Erwerb Schenkung oder ein anderer ist: N. v. 1. Sept. 1806 XII. S. 745. — Rabe, Bd. 8. S. 665). Die Staatsverfassung hat Beschränkung des Erwerbes von Liegenschaften durch die todte Hand geändert: N. des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 9. Juli 18. R. Reg. zu Koblenz. (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 165.)

b) Die Ertheilung dieser Bewilligung steht den Reg. zu. S. auf Grund des §. 83. N. L. R. II. 6. das N. des Min. der M. Ang. v. 28. Juli 1840 an die R. Reg. zu Posen (Min. 2 1840. S. 290), welches zugleich das ältere, Ministerial-Genehmig dernde G. R. dess. Min. v. 15. März 1832 (N. XVI. S. 100) Kirchengesellschaften beschränkt.<sup>1)</sup> Vergl. unten IV. 1.

c) Ebenso ist für die Rheinprovinz Autorisation der Reg. gend erklärt.

a) N. der Min. des J. u. d. P. und der G. U. u. M. A horn) v. 31. Juli 1841 an die R. Reg. zu Düsseldorf.

Der R. Reg. wird auf Ihren Ver. v. 6. April c., nach vorgängig nifikation zwischen dem Min. des J. u. d. P. und dem Min. der G. 1 Ang. hierdurch eröffnet:

daß die Erwerbung von Grundstücken zu Schulzwecken Seitens munen in denj. Landestheilen, in welchen die Französische oder Kommunal-Verfassung besteht, und das N. L. R. Th. II. Tit. 12 blizirt worden ist, lediglich nach den Vorschriften des G. v. 11. an VII. Art. 10., der N. R. D. v. 17. Febr. 1820 und des 1 Juli 1820 zu beurtheilen ist, und demgemäß einer höheren Autor der der R. Reg., es nicht bedarf.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 219.)

ß) Dasselbe wiederholt das G. R. ders. Min. v. 15. Mai sammtl. R. Reg. der Rheinprov. und abschr. an den R. Oberprä mit dem Bemerken, daß das G. v. 13. Mai 1833 (s. u. sub 2.) wendigkeit der Staatsgenehmigung zum Grunderwerb für Ri Schulen in keinem Falle ausschließt<sup>2)</sup>, unter den Voraussetzu aber auch die Königl. Genehmigung des Grunderwerbes erforde (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 144.)

2) Geschenke und Vermächtnisse.

§. 21. N. L. R. II. 12., sowie §. 1075. ib. I. 11. entband len hinsichtlich der Schenkungen und Vermächtnisse von den Ein gen, welchen die Kirchen in dieser Beziehung unterworfen waren —216. ib. II. 11.). Diese Ausnahme ist jedoch aufgehoben, un für Schulen, wie für Kirchen

a) das G. v. 13. Mai 1833, betr. die Schenkungen und 2 gen an Kirchen, Anstalten und Gesellschaften.

Wir Friedrich Wilhelm rc. haben für erforderlich erachtet, die ges

1) Hinsichtlich der Juden war durch G. R. der Min. der G. Ang. und des J. v. 24. April 1846 die Genehmigung des Erwerbes eigenthum für Schulen an die ged. beiden Min. gewiesen, und soll wirklichem Bedürfnisse ertheilt werden. (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. G. v. 23. Juli 1847 wollte Absonderung der Juden von den Christlich nur ausnahmsweise gestatten: §§. 64. ff. (G. S. 1847. S. 276.) D mungen sind jedoch nach Art. 12. der Verfass. nicht mehr gültig.

2) Dasselbe hat schon das N. des Min. des J. u. d. P. v. 22. an die R. Reg. zu Arnberg erklärt (N. XIX. S. 1034), und ebenso de niß des Ob. Trib. v. 30. Dec. 1843. (Entscheid. IX. S. 305.)



ber Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an Kirchen und geistliche Isten, imgl. an Lehr-, Erziehungs- und Armenanstalten und Hospitäler, ist zu unterwerfen und auf sämtliche vom Staate genehmigte Anstaltsche Gesellschaften auszudehnen, welche Korporationsrechte haben. 1) verordnen demnach für sämtliche Prov. Unserer Monarchie, mit Aufser diesen Gegenstand betr. gesetzlichen Vorschriften, auf Antrag Unseres 1. und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an inländische öffentliche oder Korporationen sollen von deren Vorstehern der vorgesetzten Behörde werden.

Beträgt die Zuwendung mehr als 1000 Thlr., so ist zur Gültigkeit im vollen Betrage nach Unsere landesherrliche Genehmigung erforder-

Zuwendungen, welche in fortgesetzt wiederkehrenden Prästationen bestehen mit Vier vom Hundert zu Kapital berechnet.

Erst mit dem Tage, an welchem die landesherrliche Genehmigung dem Ober oder Erben bekannt gemacht worden, nimmt die Verbindlichkeit zur g des Geschenks, oder Vermächtnisses, sowie zur Uebergabe der Erbschaft, ang. Mit der zugewendeten Sache müssen zugleich die davon in dem vom Tage der Schenkung, oder vom Todestage des Erblassers an, wirklichen Nutzungen verabsolgt werden.

Unsere landesherrliche Genehmigung ist ohne Unterschied des Betrages abung erforderlich, wenn dadurch eine neue öffentliche Anstalt gestiftet, vorhandenen Anstalt etwas zu einem andern, als dem bereits genehmigten gewidmet werden soll.

Zuwendungen, die zwar einer öffentlichen Anstalt oder Korporation beiber zur Vertheilung an Einzelne bestimmt sind, es mag diese Vertheilung Geber selbst festgesetzt, oder der bedachten moralischen Person übertragen ind unter den Bestimmungen dieses G. nicht begriffen. Dahin gehört, was für Seelmessen, die gleich nach dem Tode zu lesen sind, den katholischen Priestern entrichtet wird.

Die landesherrliche Genehmigung erfolgt unbeschadet der Rechte jedes und ändert daher an sich in den gesetzlichen Vorschriften nichts ab, ausenkungen und letztwillige Dispositionen angefochten werden können.

Würden durch irgend ein Vermächtniß an eine Anstalt oder Korporationen, welchen der Erblasser während seines Lebens Alimente zu geben Gesezen verpflichtet war, wegen Unzulänglichkeit des Nachlasses daran erleiden, so sollen die Einkünfte des Vermächtnisses, so weit dies. dazu h sind, zur Ergänzung des solchen Personen zukommenden Unterhalts verwendet werden.

Was vorstehend (§. 8.) von Vermächtnissen vorgeschrieben ist, gilt Schenkungen unter Lebendigen oder von Todeswegen, insofern überhaupt kürzten Pflichttheils, oder geschmälerter Alimente, Schenkungen widerrufen nnen.

1. Vorsteher und Verwalter der §. 1. geb. Anstalten und Korporationsche den Vorschriften dieses G. zuwider Geschenke, Erbschaften und Verannehmen, ohne sofort bei der ihnen vorgesetzten Behörde auf die Einkr erforderlichen landesherrlichen Genehmigung anzutragen (§. 2.), haben Strafe vermerkt, welche jedoch die Hälfte des angenommenen Betrages steigen darf.

1. An ausländische öffentliche Anstalten und Korporationen dürfen en, Erbschaften und Vermächtnisse, ohne Unterschied ihres Betrages, nur r unmittelbaren Erlaubniß verabsolgt werden, bei Vermeidung einer nach inden zu bestimmenden Geldstrafe, welche jedoch den doppelten Betrag der ig nicht übersteigen darf.

§. 1833. §. 49.)

Schenkungen oder andere Vortheile gehen, auch wenn sie an die reformirte rische Konfession geknüpft waren, durch den Beitritt zur Union nicht ver-  
D. v. 30. April 1830. (G. G. 1830. §. 64.)

## b) Ergänzungen zu vorstehendem Gesetze.

α) Zu §. 1. Die vorgesezte Behörde ist zunächst vorgesezte bei kathol., wie bei evang. Kirchen und Schulen: die Reg.. R. der G. u. u. M. Ang. und des J. u. d. P. v. 20. Okt. 1834 R. Reg. zu Merseburg (N. XVIII. S. 930), vergl. G. R. der G. Münster v. 5. April 1834 (ib. S. 997).

β) Zu §. 2. Zuwendungen, welche 1000 Thlr. nicht überbedürfen gar keiner Genehmigung. Betragen sie über 1000 Thlr. die R. Genehmigung von der Reg. durch das kompetente Min. ein; R. v. 20. Okt. 1834 (s. α.) und Schreiben des Just. Min. v. 1. 1833 Nr. 1. (Ergänz. zu §§. 197—216. N. 2. R. II. 11.)

γ) Behufs der Genehmigung soll erörtert werden: 1) ob die Anstalt zum Nachtheile des öffentlichen Verkehrs, oder ihr Bedürfniß vermehrt werde, 3) ob dabei eine gemeinschädliche nung, 4) Verletzung der Pflicht gegen hilfbedürftige Angehörig 5) Ueberredung zur Kränkung der Rechte Dritter stattgefunden hat D. v. 1. Febr. 1834. (Ergänz. a. a. D.)

δ) Die R. Genehmigung ist erforderlich bei Zuwendungen an verschiedene Anstalten in einer Urkunde nur für die, welche einzeln 100 übersteigen; bei Schenkungen, welche Jemand zu verschiedenen Zeiten verschiedene Akte einer Anstalt macht, nur für die, welche einzeln Thlr. übersteigen; bei Zuwendungen aus verschiedenen letztwilligen nungen aus verschiedener Zeit an eine Anstalt dagegen, sobald s sammen mehr als 1000 Thlr. betragen. Wenden Mehrere zusam einem Akte einer Anstalt etwas zu, so entscheidet der Betrag der Zuwendung und nicht der Beitrag des Einzelnen. R. D. v. 10. 1836 mitgetheilt durch R. des Just. Min. v. 28. Mai 1836 (Jahrb. 47. S. 504. — Gräff, Bb. 10. S. 14) und durch G. R. des Min. d. u. u. M. Ang. v. 2. Juni 1836. (N. XX. S. 340.)

ε) Zu §. 5. Wird die Genehmigung verweigert, so fordert im des §. 183. N. 2. R. I. 16. der Zahlende, sonst nach §. 205. ih Fiskus das Gegebene zurück. Schr. v. 11. Nov. 1833. (β.)

ζ) Zu §. 6. Hat der Geber die Vertheilung weder angeordnet ausgeschlossen, und erfolgt dies. nach einem Beschlusse der Anstalt, so wenn die Zuwendung nicht mehr als 1000 Thlr. beträgt, keine Anp (§. 1.), sonst aber R. Genehmigung erforderlich. R. D. v. 21. Juli 1843 (G. S. 1843. S. 322.)

η) Zu §. 10. Die Annahme, sofern nur kein lästiger Vertrag liegt, erfolgt durch die Vorsteher ic. auch vor ertheilter Genehmigung rechtsgültig nach §. 1. Instit. I. 21.; §. 21. N. 2. R. I. 4.; Art. 1125. Civil. R. der Min. der G. u. u. M. Ang. und des J. u. d. P. v. März 1835 an das Oberpräf. der Rheinprov. (N. XIX. S. 337.)

ι) In der Fähigkeit, Verträge einzugehen, ist durch das G. nicht ändert, wo also sonst Genehmigung der Reg. erforderlich war, ist sie auch bei Schenkungsverträgen. R. d. Min. v. 27. Okt. 1834 an (N. XVIII. S. 931.) Das Publ. der Reg. zu Aachen v. 24. Juni 1835 (Amtsbl. 1835. S. 391. — Kam. Zeit. S. 488) wendet dies insbes. auf dinge Schenkungen an.

κ) Für die Versäumniß der Anzeige (§. 1.) und wegen Uebertretung des §. 5. können für die Vorsteher ic. auch Ordnungsstrafen angewendet werden. Schreiben v. 11. Nov. 1833. (β.)

λ) Durch ein (ungedrucktes) G. R. v. 16. Juni 1836 war die Anweisung von besondern Nachweisungen über freigebige Zuwendungen an Kirchen und Schulen Seitens kathol. Glaubensgenossen angeordnet worden.

auf diese Nachweisungen hat indessen das Min. der G. u. u. M. Ang. die Zukunft durch R. v. 25. Juni 1851 an sämtl. Oberpräsf. verzichtet. (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 129.) <sup>1)</sup>

### III. Verwaltung des Vermögens.

#### 1) Die Verwalter.

Das Schulvermögen wird unter Ober-Aufsicht der Reg. (§. 18. der Instr. v. 23. Okt. 1817; s. o. in Th. I. S. 270) von den Schulvorständen oder Schuldeputationen verwaltet, welche zu diesem Behufe einen besondern Mandanten aus ihrer Mitte erwählen. Vergl. die betr. Instr. im 1. Abzn. Kap. 1. sub I. u. II., sowie §§. 217. 619. A. L. R. II. 11. <sup>2)</sup>

Wo ein Patron vorhanden ist, stehen sie unter dessen unmittelbarer Aufsicht, §. 621. A. L. R. II. 11., nicht minder unter der der Schulinspektoren und Landräthe. (Abschn. 1. Kap. 2., vergl. auch §§. 32. Nr. 34., 37. Nr. 2., 67. der Schulordn. für die Prov. Preußen. s. ob. in Th. I. S. 109 flg.)

Ueber die Rechte und Pflichten der Schulvermögens-Verwalter im Allg. kommen folgende Bestimmungen zur Anwendung:

a) §§. 147. flg. A. L. R. II. 6., auf welche §. 218. ib. II. 11. ausdrücklich verweist, und aus denen hervorzuheben ist, daß dergl. Beamte weder ohne Rücksfrage Klagen anstellen, noch Vermögensstücke veräußern oder belasten, noch durch von ihnen allein geschlossene Verträge die Gesellschaft mitverantwortlich machen können, als diese Verträge durch die Natur ihres Auftrags notwendig bedingt, oder von einer nützlichen Verwendung begleitet sind.

b) §. 623. A. L. R. II. 11.

Sie müssen bei ihrer Verwaltung eben die Aufmerksamkeit anwenden, und eben den Grad der Schuld vertreten, wozu Vormünder nach den Gesetzen verpflichtet sind. <sup>3)</sup>

c) Eine ausführliche Instr. über die Verwaltung des Vermögens der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen giebt das Publ. der Reg. zu Mainz v. 28. Sept. 1822. (A. VI. S. 650.) <sup>4)</sup>

1) Dies. Verf. bezieht sich auf eine andere v. 20. Nov. 1850, wonach den katholischen Kirchenbehörden gegenüber auch die Verpflichtung zur Anzeige (des G.) von dergl. Zuwendungen nicht mehr geltend gemacht werden soll.

2) In Westphalen hatte man auf Grund der Rhein. Westphäl. Kirchenordn. die Verwaltung des Schulvermögens für die Presbyterien beansprucht (vergl. I. S. 1). Das Min. der G. u. u. M. Ang. entschied aber durch R. v. 6. März 1840 an die R. Reg. zu Arnberg: daß das Schulvermögen nur unter Mitwirkung des Schulvorstandes von dem Presbyterio verwaltet werde. (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 350.)

3) Der Vormund haftet in der Regel für mäßiges Versehen: §§. 275. 276. 472. 474. 478. 911. A. L. R. II. 18.; für geringes in den Fällen §§. 277—280. l. c.; bloß für grobes: §§. 283—285. 293. 294. 462. 513. l. c. — Mehrere Vormünder haften in solidum. §. 288. l. c. Im Allg. heißt es: sie sollen die Aufmerksamkeit anwenden, wie ein ordentlicher Hausvater in eigenen Angelegenheiten: §§. 275. 438. l. c.

4) Auch Fürstenthal, Bd. 2. S. 476. Das Publ. verordnet insbes. §. 5. die sorgfältige Aufbewahrung der Schriften und Verzeichnisse darüber, sowie, §. 7., der Bücher sammlungen und Manuskripte; §. 8. Als Depositorium ein fester Kasten mit 3 Schlössern, von denen jeder Vorsteher zu einem den Schlüssel hat; §. 10. dahin ist auch das baare Geld zu legen; §. 11. jährlich 2mal Revision der Verzeichnisse zu halten; §. 12. Dokumente au porteur sollen außer Kurs

## 2) Aufzeichnung der Vermögensstücke. (Schulmatrikel.)

Ein Formular zur Anfertigung der Schulmatrikel <sup>1)</sup> enthält die B. der Reg. zu Köln v. 18. Nov. 1837:

Formular zu dem für jeden Schulverband zu entwerfenden Matrikular-Anschlage.

Der Verband der in der Bürgermeisterei A. gelegenen Elementarschule zu N. umfaßt folgende Ortschaften und Höfe:

(hier folgt die Angabe in nachstehender tabellarischer Form:)

1) Laufende Nummer.

2) Namen der Ortschaften und Höfe.

3) Pfarrer, a) evangelische, b) katholische.

Es ist (sind) bei dieser Schule angestellt: ein Lehrer, — oder: ein erster Lehrer, eine Lehrerin, ein Unterlehrer etc.

Für die Kinder weiblichen Geschlechts besteht eine besondere Mädchenschule, in welcher sie in 2 Abth. und zugleich in Handarbeiten unterrichtet werden; — oder: es bestehen 3 Abth. in der Weise, daß in der untersten Kinder beiderlei Geschlecht, in einer der obern Mädchen, und in der andern Knaben unterrichtet werden; — oder: die Trennung der Geschlechter findet zur Zeit nicht Statt, Knaben und Mädchen werden gemeinschaftlich in 2 Abth. unterrichtet.

Anmerk. Wenn die Schule nur als eine Vorschule besteht, so muß es hier bemerkt und angegeben werden, zu welcher Schule die erwachsenen Kinder zu halten sollen. Bei der letztern muß dieses ebenfalls in der Matrikel bemerkt werden.

Das Vermögen und die Berechtigungen der Schule bestehen:

I. in einem Schulhause nebst Hofraum und Nebengebäuden.

Das Schulhaus ist in Stein, — oder: Fachwerk, — aufgeführt und enthält:

1) ein (zwei u. s. w.) Schulzimmer im Erd- (ersten etc.) Geschoß zu m' Länge, n' Breite, x' Höhe, mit y Fenstern. An Utensilien befinden sich in demselben z, auf 2 Ställe vertheilte Bänke, Pulte, Tische zu m' Länge, die erforderlichen Wandtafeln, ein Bücherschrank u. s. w.;

2) zu Lehrerwohnungen: 1 Zimmer zu m, 2 zu n u. s. w. □' in zwei Stockwerken vertheilt, eine Küche, Keller und Speicherraum u. s. w.

Der Hofraum nebst Nebengebäuden enthält n □', es befindet sich darauf ein Stall für eine Kuh u. s. w., eine Holzremise; sämtliche Gebäude sind in Fach-

gesetzt (G. v. 16. Juni 1835. G. S. 1835. S. 133); §. 13. Gelder bei Vermehrung des Zinsersatzes ausgeliehen werden; §. 14. aber nur gegen genügende Sicherheit, bis zum halben Werth (nach gerichtl. Taxe) bei städtischen, bis zu 1/3 bei ländlichen Grundstücken. §. 16. Der Landrath hat die Versteher zu unterstützen, der Schulinspektor bei der Visitation auf Obiges zu achten. Vergl. die Bresl. Instr. v. 28. Febr. 1835 sub II. B. 5. u. 6. (f. o. S. 354).

1) Ähnliche Anweisungen sind: das Regul. der Reg. zu Erfurt v. 24. Oct. 1824. Dasselbe giebt folgende Rubriken an: I. Grundstücke. II. Erbzinsen. III. Zehnten. IV. Lehnrechte. V. Kapitalvermögen. VI. Besondere Gerechtsame und Einnahmen. VII. Beiträge der Parochianen, ordentliche und außerordentliche, namentlich zu Bauten. VIII. Leistungen, Besoldungen. IX. Grundsätze über die Auseinandersetzung bei neuer Amtsbesezung. Die Matrikel soll vom Ortsältesten und Schullehrer aufgenommen, vom Superint. geprüft, dem Landrath mitgetheilt, dem Patron, dem Presbyter, der Gemeinde oder deren Repräsentanten (B. v. 12. Dec. 1834. Grf. Amtsbl. 1834. S. 409) vorgelegt, der Reg. eingereicht, mit den gerichtl. Anerkennnisse der Betheiligten versehen (cf. §. 129. A. G. D. I. 10.) und dreifach für Reg., Superint. und Kirche etc. ausgefertigt werden. (A. VII. S. 795.)

Die von Fürstenthäl, Bd. 2. S. 389, angeführten B. der Reg. zu Breslau v. 25. Jan. 1825, Liegnitz v. 20. Juni 1825, Posen v. 15. Juli 1825 betreffen, unter Weglassung der IV. Rubrik, gleiches.

Vergl. ferner Instr. der Reg. zu Trier v. 18. März 1819 (A. III. S. 100) über die Lagerbücher (Matrikeln) für Kirchen und Schulen.

vert aufgeführt. Außerdem befindet sich bei der Schule noch ein, von einer lebendigen Hecke umgebener (offener), Spielplatz von  $n \square$  für die Schulkinder.

Besitzt die Schule noch kein eigenthümliches Schulhaus, so fällt der Lit. I. weg, und es ist in dessen Stelle zu bemerken, daß das Schullokal gemiethet sei.

## II. An Grundvermögen.

a) Ein Garten zu  $m \square'$  zur Benutzung des Lehrers, und  $n \square'$  zu einer Laumschule für die Unterweisung der erwachsenen oder bereits entlassenen Schüler der Obstbaumzucht.

b)  $N$  Morgen Ackerland, gelegen u. s. w. zur eignen Benutzung angeschlagen, oder verpachtet an  $NN$  zu . . . . . — — —

c)  $N$  Morgen Wiesen desgl. . . . . — — —

d)  $N$  Morgen Waldung desgl. . . . . — — —

## III. An Zinsen von Kapitalien:

a) von 100 Thlr. à 5 % bei Jos. B.

Summa

Erfallszeit den 1c.

## IV. An Berechtigungen:

1) von jeder Haushaltung 1 Viertel Roggen zu Martini, angeschlagen in Jahre jährlich zu — — —.

2) u. s. w.

Der außerdem zum Bestehen der Schule nöthige Bedarf wird nach dem jährlich festgestellten Schulbudget aus der Gemeindefasse gezahlt.

Der (die) an der Schule angestellten Lehrer beziehen folgendes fixirte Einkommen:

a) an Gehalt (und zwar der erste Lehrer  $n$ , zweite Lehrer  $n$  1c.);

b) für den entbehrten Genuß eines Gartens  $n$  Thlr.;

c) für den entbehrten Genuß einer Wohnung als Miethsentschädigung  $n$  Thlr.

Außerdem erhalten dies. das eingehende Schulgeld nach Abzug der Hebesummen. Dieses Schulgeld wird in der Art unter die Lehrer vertheilt, daß der

erste Lehrer  $\frac{n}{p}$ , die Lehrerin  $\frac{o}{p}$ , der Unterlehrer  $\frac{m}{p}$  1c. erhält.

Die auf diese Weise von dem Schulvorstande aufgestellte Matrikel muß von dem Bürgermeister, Pfarrer und sämtlichen Schulvorstehern unterzeichnet, von den betheiligten Gemeinderäthe, und demnachst von dem Schulpfleger und dem Landrath geprüft und genehmigt sein, und von dem letztern der Regierung zur Befestigung vorgelegt werden 1c.

(Der Schluß der B. enthält das Schema zu einer Befationsurkunde, ähnlich dem schon im 2. Abschn. Kap. 3. sub V. mitgetheilte.)

(Amtsbl. Köln 1837. S. 346. — Fürstenthal, Bd. 4. S. 129.)

Vergl. auch §. 66. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. oben in I. S. 113), woselbst die Aufnahme der Matrikel den Landräthen aufgelegt, Zuziehung der Betheiligten vorgeschrieben, und der Inhalt ähnlich wie oben angegeben wird.

Ueber die Aufzeichnung der Inventariensstücke s. den vor. Abschn. Kap. sub III.

## 3) Aufbewahrung der Gelder und Urkunden.

Ueber bestimmen in dem hier in Bezug genommenen 9. Abschn. des Lit. Th. II. des A. L. R.:

§. 625. Sie (die Vorsteher) müssen die der Kirche zustehenden Gelder, Instrumente und andere Urkunden dergestalt unter gemeinschaftlichem Beschlusse halten, daß keiner von ihnen einseitig, und ohne die übrigen, verfügen könne.

§. 626. Wo der Kasten, in welchem die Kirchengelder und Urkunden unter gemeinsamem Beschlusse aufzubewahren sind, am sichersten untergebracht werden könne, müssen die Vorsteher mit dem Patrone und Pfarrer in Ueberlegung nehmen; allensfalls aber muß dieses von dem Inspektor (Superint.) oder Erzprie- nach den Umständen bestimmt werden.



Vgl. das Publ. der Reg. zu Danzig v. 28. Sept. 1822 (S. 1) und Publ. der Reg. zu Oppeln v. 6. Jan. 1817. (N. I. S. 1. S.

#### 4. Hypothekarische Eintragung.

##### a) Berichtigung des Besitztittels.<sup>1)</sup>

Nach einem R. v. 9. März 1789 ist rücksichtlich der Kirchen und Schulen gehörigen Grundstücke eine förmliche Besitztitelung nur dann erforderlich, wenn damit eine Verpfändung oder zum Hypothekenwesen gehörige Disposition vorgenommen wird. Eintritt dieses Falles soll es genügen, wenn das kompetente Gericht besonderes Verzeichniß aller derartigen Grundstücke führt, zu welchem die Vorsteher eine Designation mit Bezeichnung des Grundstücks, Angabe des Titels und Anführung der Dokumente einzureichen (N. C. C. T. VIII. S. 2505, Rabe, Bd. 1. Abth. 7. S. 771.)

Hierzu:

a) R. v. 25. Mai 1821, wonach obige Bestimmung nicht außer, sondern noch neuerdings als Anhang zur Instr. v. 12. Aug. 1817, in Gerichten in Hsth. Sachsen mitgetheilt ist. (J. Bd. 17. S. 285. S. 171.)

β) §. 6. G. v. 3. Jan. 1845, betr. die Zertheilung von Grundstücken u., wonach Kirchen und Schulen nicht, wie andere Erwerbspflichtet sind, an den Trennstücken, die sie bekommen, den Besitztitelungen zu lassen. (G. S. 1845. S. 26.)

γ) Vergl. das sub I. 3. angef. R. v. 20. Juni 1829, welche besondere die Bezeichnung für die „Schulsocietät zu NN.“ bei der Titelberichtigung für statthaft erklärt.

##### b) Eintragung der übrigen Hypotheken- und Realrechte.<sup>2)</sup>

Auch dafür haben die Schulvorstände Sorge zu tragen. (Vorschriften sind in einzelnen Reg.-B. gegeben, und kommen im Folgenden überein:

1) Der frühere Zwang zur Berichtigung des Besitztittels wurde aufgehoben durch Publ. v. 1. Okt. 1805, wieder eingeführt durch B. v. 30. Aug. 1811 durch R. D. v. 31. Okt. 1831 dahin abgeändert, daß er auf Antrag jedes berechtigten eintrete. Vergl. dazu R. D. v. 6. Okt. 1833 und eine Reihe anderer R. in den Ergänz. zur Hyp. D. Tit. II. §§. 49—54. Ebendaf. R. D. v. 9. Mai 1839 zu Tit. IV. §. 30.

2) Dies ist gegenwärtig überall das ordentliche Gericht desjenigen Ortes in welchem das Grundstück gelegen ist: §. 9. B. v. 2. Jan. 1849 (G. S. 1849. S. 3.); und zwar auch der betr. Einzelrichter: §. 22. Nr. 8. ib. — Auch früher war die Hypothekenbuchführung über geistliche und Schulgrundstücke den Untergerichten per modum delegationis übertragen: R. v. 12. Mai 1812, 12. 1815, 2. Jan. 1821, 19. Sept. 1831 (Jahrb. Bd. 1. S. 53, Bd. 6. S. 17, Bd. 17. S. 32, Bd. 38. S. 134; Gräff Bd. 4. S. 170. 171, Bd. 7. S. 171).

3) Vergl. den dritten Abschn. des Tit. II. der Hyp. D. und die Ergänz. insbes. das Pat. v. 22. Mai 1815 (G. S. 1815. S. 185) beim IV. Tit. I. Eintragungen aus Separations- oder Ablösungsrecessen s. R. des Just. Min. v. 28. Jan. 1833 (Jahrb. Bd. 41. S. 272. — Gräff VII. S. 176) und das R. v. 24. Mai 1853, betreff. einige Abänderungen der Hyp. D. (G. S. 1853. S. 521). —

Erklärungen, welche Vorsteher von Kirchen, Schulen u. rücksichtlich der diesen Instituten zustehenden Realansprüche und Forderungen mit Autorisation der Behörde abgeben, genügen auch ohne gerichtl. oder notarielle Beglaubigung, wenn sie mit der Unterschrift und dem Amtssiegel der vorgesetzten Behörde, deren ihnen öffentliche Glaubwürdigkeit verdient, versehen sind. §. 415. des R. v. 3. A. G. D. II. 1. u. R. des Just. Min. v. 23. Juli 1840 (Just. Min. 1840. S. 261).

e Kirchen- und Schulinspektionen (jezt Vorstände, s. Abschn. I.) und Vor-  
sitzer der Stiftungen haben, bei persönlicher Verantwortung, die Realrechte der  
Fürsorge anvertrauten Institute sofort sorgfältig auszumitteln, sie bei den  
Ordnungsbehörden anzumelden<sup>1)</sup>, und ihnen die selbige begründenden Urkunden gegen-  
schein zu überliefern. Sollten keine Urkunden darüber vorhanden sein, so  
sind die Beweismittel, wodurch der Realanspruch dargethan werden kann, ange-  
geben. Zur Direktion ist bemerkt:

Daß nach Vorschrift der Hypothekenordnung nicht alles, was an Kirchen,  
und Schulen von Grundbesitzern geleistet werden muß, zur Eintragung in  
das Hypothekenbuch sich eignet, sondern davon ausgeschlossen bleibt, was nach der  
Ordnung des Orts, Kreises oder der Provinz von allen Grundstücken der Art  
entfällt, als Dezem, Kirchen-, Pfarr- und Rüstergebühren und andere nach-  
gelassene Prästationen. Es bedarf mithin der Anmeldung dieser Forderung nicht.<sup>2)</sup>  
Es müssen

alle beständigen Lasten, die auf ein Grundstück durch einzelne Verträge,  
Leihen, Vermächtnisse, oder sonst vermöge eines speziellen Titels, gelegt sind,  
wie Zins, Erbpachtsgeld, unablösbare Geld- oder Kornzinsen, Renten und an-  
deren Leistungen, nothwendig in das Hypothekenbuch eingetragen werden. Hier-  
zu

von selbst schon, daß alle Kapitalien, welche gegen Verpfändungen von  
Grundstücken aus dem Vermögen der Kirchen, Pfarren, Schulen u. s. w. ausge-  
geben worden, desgl. Rationen, die mit Grundstücken bestellt sind, eingetragen und  
auch angemeldet werden müssen.<sup>3)</sup>

Die Anmeldung der ad 2. und 3. gedachten Realrechte zur Eintragung  
in dem Gerichte geschehen, unter dessen Gerichtsbarkeit das verhaftete Grund-  
stück, und zwar für jedes Grundstück besonders, so daß, wenn z. B. das  
Grundstück A für 100 Thlr., das Grundstück B für 50 Thlr. der Kirche in N.  
besitzt wäre, und beide Grundstücke unter der Gerichtsbarkeit von M. ständen,  
2 besondere Anmeldungen nöthig sind.

Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit sind bis 1. Jan. 1822 stens

Dasselbe schreiben vor B. der Reg. zu Magdeburg v. 19. Mai 1823  
(L. 1823. S. 183), Arnberg v. 7. März 1828 (Amtsbl. 1828. S. 82).  
sollen die Schulvorstände auf die Bekanntmachung der geschehenen Anfer-  
der einzelnen Hypothekentabellen im Amtsbl. achten und sich überzeugen,  
Realansprüche der Schulen an der gebührenden Stelle aufgenommen sind:  
Reg. zu Erfurt v. 17. Juni 1824 (Amtsbl. 1824. S. 161. — Fürstent-  
thal v. 2. S. 337).

Ebenso entschied das R. des Just. Min. v. 27. Mai 1817 mit dem Be-  
stand, daß, wenn trotzdem der Berechtigte die Eintragung ausdrücklich verlange,  
und vorhanden sei, solche zu verweigern (Meigebaur, S. 213). Ueber die  
in Schlesien, insbes. von säkularisirten Gütern, vgl. R. D. v. 6. Febr. u.  
v. 1812 (G. S. 1813. S. 42. 1812. S. 28).

Hinsichtlich der Hypothekenrechte der Kirchen, Schulen u. aus Erbpacht-  
zinskontrakten oder aus Ablösungs- und sonstigen Rechten forderte das  
Reg. zu Potsdam v. 12. März 1835 sämmtl. Superint. auf, sich über  
die Eintragung zu unterrichten, und etwaige Versäumnisse nachholen zu  
lassen (Ann. XIX. S. 996).

aß aus einfachen Pachtkontrakten eine Eintragung nur im Falle ausdrückli-  
cher Einwilligung zulässig sei, hat die Gesetzkommision unterm 15. Dec. 1794 ent-  
schieden: R. v. 5. Jan. 1795 (N. C. C. X. S. 1857. — Rabe, Bd. 3. S. 1).  
auch Gebungen aus Kammereikassen für Kirchen oder Schulen müssen einge-  
tragen werden, sobald die Grundstücke, auf denen sie ruhen, ein Folium im Hyp.  
haben: R. v. 4. Sept. 1797 (Stengel, Bd. 5. S. 123. — Rabe, Bd. 4.  
S. 1. — Ergänzung zu §. 411. A. L. R. I. 20.).

Wenn es zweifelhaft ist, ob ein Anspruch der Eintragung bedürfe, so sollen  
die Vorstände ihn anmelden: B. der Reg. zu Liegnitz v. 22. Juni 1821 (Amtsbl.  
S. 182. — Fürstenthal a. a. D.).

veistfrei, und die Gerichte können auch nur einen geringen Betrag zu den i Auslagen von jeder einzutragenden Post fordern. <sup>1)</sup>

B. der Reg. zu Metzeburg v. 10. Sept. 1820 (Amtsbl. 1820. S. 262  
Reg. zu Liegnitz v. 16. Okt. 1820 (Amtsbl. 1820. S. 354. — Fürstenth  
2. S. 336).

5. Feuerversicherung der Gebäude: s. Kap. 4. dies. Abschn.

6. Kapitalien.

a) Allgemeine Bestimmung.

Sobald aus den Einkünften ein Bestand von 50 Thlr. oder mel übrig werden kann, müssen die Vorsteher für dessen sichere und zin Unterbringung sorgen: §. 634. A. L. R. II. 11. (Abschn. 9.)

Anfangs war die Anlage von dergl. Kapitalien auf hypothek Darlehne und auf die Bank eingeschränkt. Später ist auch der A von Staatsschuldsscheinen und einigen andern Arten öffentlicher Schu piere gestattet worden. <sup>2)</sup>

b) Darlehne. <sup>3)</sup>

Das Ausleihen der Kirchen- und Schulkapitalien gegen gericht Sicherheit und Eintragung auf unbewegliche Güter soll die Regel bi §. 636. I. c. Aufsichtsbehörden und Vorsteher sollen jede Gelegenhei nutzen, dergl. Kapitalien, wo möglich nicht niedriger als zu 4 Proz. unter Beschränkung der Kündigungs-Befugniß Seitens des Schuld auf diese Art unterzubringen: G. R. des Min. d. G. u. u. R. Ang 26. Mai 1844. (Min. Bl. d. i. B. 1844 S. 195.)

Nähere Bestimmungen hierzu sind:

α) in Betreff der erforderlichen Genehmigung: Zunächst muß der A tron einwilligen, und dem Insp. Anzeige geschehen. Findet diese S Sicherheit bedenklich, oder beträgt das auszuleihende Kapital mehr 50 Thlr., so muß die Genehmigung der Reg. eingeholt werden: §§ bis 640 I. c. <sup>4)</sup>

1) Die öffentl. Volksschulen haben jetzt allgemein Sportelfreiheit s. A. IV. 6. Ausfertigungs-, Protokoll- und Gesuchstempel werden überdies in thekensachen durch die Tariffsätze mit gedeckt: §. 32. des Tarifs v. 10. Mai 1851 (G. S. 1851. S. 642).

2) Vergl. R. D. v. 11. Juli 1845 über die Vermögensverwaltung d. A chen u. nach Märktischem Prov.-R. §. 1. (G. S. 1845. S. 486).

3) Umfassende Instruktionen über das Ausleihen der Kirchen- und Schu talien enthalten: das Publ. der Reg. zu Oppeln v. 6. Jan. 1817 (A. I. S. 147), — das sub 1. c. alleg. Danziger Publ. v. 28. Sept. 1822, — das R. der Reg. zu Stettin v. 28. Mai 1838 (Ramm. Zeit. S. 703), — das G. R. der Reg. zu Magdeburg v. 24. Juli 1838 (A. XXII. S. 918). Vgl. auch § 3. 13. 32. der Mindener Instr. über Gemeindeverwaltung v. 6. Juni 1816 (A. II. S. 374). — Ostpreuß. Prov. R. Zus. 191. — Westpreuß. Prov. R. §§. 1 bis 34. (G. S. 1844. S. 107).

4) Behufs des Konsenses müssen die Vorsteher einen gutachtlichen Bericht nebst Hyp. Schein einreichen: §. 29. Instr. v. 25. Okt. 1801 (Fürstenthal, B. 2. S. 342); und zwar vor Abschluß oder Errichtung der Obligation: R. u. R. zu Liegnitz v. 21. Okt. 1816 (Amtsbl. 1816. S. 435. — Fürstenthal B. 2. S. 344); R. des Min. d. G. u. u. Med. Ang. v. 4. Febr. 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 29); sonst haben sie die Kosten des Akts zu tragen: B. der Reg. zu Aachen v. 3. Mai 1830 (Amtsbl. 1830. S. 209. — Fürstenthal, Bd. 2. S. 360); auch haften sie für denj. Theil eines ohne Konsens ausgeliehenen Kapitals, der durch die Sicherheit nicht gedeckt wird: Erkenntn. der D. L. G. zu Münster und Halberstadt de publ. 1. Nov. 1823, 24. Febr. u. 30. Dec. 1825 (Simon, Rechtspr. Bd. 4. S. 443). Die Hypoth.-Eintragung soll, weil sie

glieder der Reg. sind dergl. Darlehne gar nicht, an Pfarrern oder Vorsteher nur auf besondere Genehmigung zur Kapitalsicherheit (innerhalb der ersten Werthshälfte: §§. 44 u. Tit. I.) voraussetzt: §§. 641—644 l. c. Vergl. die p. D. a. a. D.

er gelten bei städtischen Grundstücken die erste Hälfte; bei ersten  $\frac{2}{3}$  des Werths: §§. 471., 472. u. Anh. § 160. A. 188. ib. I. 14; §. 17. A. L. R. I. 47 u. R. v. 26. Nov. 1799. S. 2689, Stengel, X. S. 211, Rabe, Bd. 5. S. 642.) <sup>1)</sup>

nsfuß soll mindestens  $3\frac{1}{2}$  Proz. betragen: R. D. v. 27. Mai 38 S. 280), R. D. v. 6. Nov. 1841 (S. S. 1841 S. 294) <sup>2)</sup>. ung Seitens der Vorsteher setzt Genehmigung des Patrons, solcher vorhanden ist, des Insp. voraus. Denselben muß tens des Schuldners vom Vorstande angezeigt, und dem Patron, oder event. den Insp., der Schuldner angewiesen in die Vorsteher allein, oder unter Huziehung anderer Person: §§. 629—633 h. t.

em R. des Just. Min. v. 27. Sept. 1833 genügt Quittung onsens der Vorsteher und des Patrons, ohne daß es auf des Insp. oder der Reg. ankommt, indem diese durch die ft. 1817 keinesweges an Stelle der vorher berechtigten an- ic. die unmittelbare Vermögensverwaltung für Kirchen und n haben. (Ergänz. zu §. 633. l. c.) <sup>3)</sup>

der Min. d. G. U. u. Med. Ang. und des Inn. vom 21. XII. S. 685) erinnerte dagegen die Reg. der Rheinprov. da- n Löschungskonsens zu geben, und dessen Ertheilung nicht Landrätthen ic. zu delegiren hätten: Hierzu bestimmt der d. G. U. u. Med. Ang., des Inn., der Just. u. d. Fin. v. 7 (Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 117), daß diesem Löschungs- g. die Einwilligung der Vorsteher zu Grunde liegen müsse,

erscheine, auch ohne den Konsens erfolgen können: R. des Just. g. 1829 (Ergänz. zu §. 638. A. L. R. II. 11.). — Die Instr. nster v. 9. Febr. und Arnberg v. 4. März 1818 (A. II. S. 78. die Landrätthe (§. 34.), dergl. Kapitalien gegen genügende Sicher- iche Zinsen ohne weitere Genehmigung anzulegen. le Vorschriften über die Prüfung der Sicherheit giebt das sub b. Ragdeb. G. R. v. 24. Juli 1838.

die Fortdauer der Sicherheit haben die Vorsteher zu achten, und aft des Schuldners aufmerksam zu sein: §§. 473. 459. A. L. R. Reg. zu Königsberg v. 25. Aug. 1824 (Amtsbl. S. 323. Für- S. 354). Diese Reg. fordert auch Landrätthe und Kreisbaubeamte ang zu Jahresberichten auf, erstere über Erhaltung der verpfän- tere über die der Häuser: B. v. 27. April 1830 (Amtsbl. 1830. nthal, Bd. 2. S. 359).

stationen haben die Vorsteher für zeitige Anmeldung etwaiger An- n: G. R. der Reg. zu Potsdam v. 11. Okt. 1833 (Ann. XVII.

490. A. L. R. II. 18. mindestens 4 Proz. Vgl. G. R. v. 26. D.

ften der Quittung und Löschung trägt der Schuldner §. 532. u. L. R. I. 20. Die Quittungen Seitens der Kirchen und anderen mit dem Kircheniegel (event. Gerichtsiegel) und außer der der mit der Unterschrift des Patrons (Magistrats, Justitiars ic.) ver- v. 28. Juli 1795 (N. N. C. IX. S. 2601. — Rabe, Bd. 3.

diese jedoch durch jeden öffentlichen Akt gegeben werden könne, ohne einen Notariatsakt zu erfordern.

c) Belegung bei der Bank.

Sobald keine Gelegenheit da ist, das Geld zu höherem Zins sicher unterzubringen, soll dasselbe bei der K. Bank belegt werden: A. L. R. II. 11. Diese Verpflichtung ist für die Verwalter von Schulen ic. auß Neue bestätigt durch §. 21. der Bankordn. v. 5. D (G. S. 1846 S. 441). <sup>1)</sup> Die „Preussische Bank“, wie sie nach d heißt, gewährt Kirchen und Schulen 2½ Proz., nimmt aber das G in durch Zehn theilbaren Beträgen von mindestens 50 Tblr. Z fälligen Geldsendungen sind, wie bisher portofrei: §§. 23—25. ib.

d) Ankauf von Werthpapieren.

Unter diesen werden als solche, deren depositalmäßige Sicherheit kannt ist, aufgezählt:

a) Staatsschuldsscheine <sup>2)</sup>, laut K. D. v. 3. Mai 1821. 1821 S. 46.)

β) Konvertirte Pfandbriefe der landschaftlichen Kreditinstitute Obligationen der Preuß. Englischen Anleihe v. 1830 und die Ru Neumärkischen ständischen Obligationen, laut K. D. v. 27. Mai (G. S. 1838 S. 280.)

γ) Die vom Staate übernommenen provinziellen Staatsschulde K. D. v. 16. Sept. 1842. (G. S. 1842 S. 249.)

δ) Eisenbahnaktien, deren Zinsen vom Staate garantirt sind <sup>3)</sup>, K. D. v. 22. Dez. 1843. (G. S. 1844 S. 45.)

ε) Die Schuldverschreibungen der Tilgungskasse in den Kreisen Horn, Büren, Warburg und Höxter, laut §. 10. des Regl. v. 8. Aug. (G. S. 1836 S. 238.) <sup>4)</sup>

ζ) Die Schuldverschreibungen der Tilgungskasse in den Kreisen Hausen, Heiligenstadt und Worbis, laut §§. 10. u. 11. des Regl. 9. April 1845. (G. S. 1845 S. 414.)

η) Die Obligationen der freiwilligen Staatsanleihe v. 1848 im Erl. v. 14. Juni 1848. (G. S. 1848 S. 156.)

1) Ueber die ältere Bankordn. und den Verkehr mit der Bank vgl. G zu §. 209. Dep. D. Tit. II. — Zahlungsanträge an die Bank müssen am 1 mit dem Atteste des Insp. über die Legitimation des Antragstellers zum 2 pfang, und mit dem Amtssiegel versehen sein: G. R. v. 17. Nov. 1837 (L S. 967).

2) Die Bef. der Reg. zu Erfurt v. 11. Mai 1833 schrieb sofortigen kauf von Staatsschuldsscheinen vor, sobald keine sichere Gelegenheit zur Ausleihung vorhanden, und drohte den Vorstehern an, daß sie, wenn ein 3 4 Wochen lang unbenutzt in der Kasse gelegen, die Zinsen zu 4 Proz. e müßten (A. XVII. S. 644). — Daß die Vorsteher sich zum Ankaufe von 6 papieren der Mäcker bedienen könnten, sprach die B. der Reg. zu Minden Sept. 1830 (Amtsbl. 1830. S. 361, Fürstenthal Bd. 2. S. 360) aus.

3) Diesen sind die schles. Pfandbriefe B. laut §. 13. der B. v. 8. 1835 über die Einrichtung des K. Kreditinstituts gleich gestellt. (G. S. S. 101).

4) Nur mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde, wenn der garantirte fuß weniger als 3½ Proz. beträgt.

Nach dem G. R. v. 26. Mai 1844 (b.) soll zum Ankaufe von 3½proz Prioritätsaktien garantirter Bahnen nur dann geschritten werden, wenn gut potheken nicht zu haben sind, und der Kurs der Aktien erheblich niedriger als der der gleichzinsenden Pfandbriefe.

5) Zu diesem und dem sub ζ. aufgeführten Regl. vgl. §. 58. des Rent ges. v. 2. März 1850 (G. S. 1850. S. 124).



3) Rentenbriefe, laut §. 37. des Rentenbankges. v. 2. März 1850. B. G. 1850 S. 119.)

4) Die Obligationen der Staatsanleihe der J. 1850 u. 1852, laut L. Erl. v. 23. Sept. 1850 (G. G. 1850 S. 412) u. v. 29. Dec. 1851. B. G. 1852 S. 34.)

Vgl. G. R. v. 17. Juni 1852 (Just. Min. Bl. 1852 S. 242) 1)

Daß dergl. auf jeden Inhaber lautende Papiere, so lange sie sich im Eigenthume von Kirchen oder Schulen befinden, außer Kurs gesetzt werden müssen, schrieb das sub 1. c. angef. Danziger Publ. v. 28. Sept. 1822 vor. Dazu bestimmt die Verf. des Min. d. G. U. u. Med. Ang. v. 28. Juni 1851 an die K. Reg. zu Potsdam und abschr. an sämmtl. äbr. K. Reg. u. Prov. Schulkolleg., daß die Außerkurssetzung solcher Papiere durch die Landräthe und Magistrate ausreicht. (Min. Bl. d. i. B. 1852 S. 129.)

e) Anlegung in Sparkassen.

Nachdem durch das Regl. v. 12. Dec. 1838 (G. G. 1839 S. 5) die allgemeinen gesetzlichen Grundzüge der Einrichtung von Sparkassen gegeben waren, hat die K. D. v. 4. Mai 1838, welche den Gerichten durch R. v. O. d. d. M. mitgetheilt ist, erklärt, daß die Belegung kleiner Depositalen bei allen denjenigen Sparkassen zulässig sei, deren Statut nach Vorst. des Reglem. die Bestätigung des betr. Oberpräf. erhalten habe. (Just. Min. Bl. 1839 S. 179.) 2)

f) Darlehnung an die Westphälische Provinzial-Hülfskasse wurde hinsichtlich der Gelder aus Provinzial-, Gemeinde- und Instituten-Vermögen gestattet durch den 5. Provinzial-Landtagsabschied v. 8. Juni 1839 ad 4. (M. XXIII. S. 744.) 3)

Ähnliche Hülfskassen sind seitdem auch in den andern Prov. eingerichtet worden.

g) In der Rheinprovinz sind mit den vorstehenden gleiche Bestimmungen über die Anlegung von Kirchen- (also auch Schul-) Kapitalien eingeführt durch die K. D. v. 21. Jan. 1840, mitgetheilt durch R. des Min. d. G. U. u. Med. Ang. v. 3. Febr. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. 48). Nur die eine Abänderung ist dort getroffen, daß Darlehne bis zu 100 Thlr., sowohl auf Hypothek, als gegen einfachen Schuldschein an Privatpersonen ohne weitere Genehmigung gemacht werden dürfen, sobald sämtliche Mitglieder der betheiligten Lokalverwaltung sich für Kapital und Zinsen verbürgen.

7. Schulden.

§. 645. (M. R. R. II. 11. Abschn. 9.) Sollen Kapitalien für die

1) Unstatthaft ist die Anlage von Deposital- und Pupillengeldern in Seehandels-Obligationen: R. v. 14. Dec. 1799, R. D. v. 31. Okt. 1803, v. 16. Dec. 1805, R. v. 8. Febr. 1806 (Rabe, Bd. 5. S. 654; Bd. 7. S. 510; Bd. 8. S. 472). Auch die ritterschaftl. Privatbank in Pommern soll keine dergl. Gelder nehmen: R. D. v. 10. Sept. 1824 (G. G. 1824. S. 175). Eben so dürfen keine ausländischen Papiere damit angekauft werden: R. des Just. Min. v. 24. Febr. 1833 (Jahrb. Bd. 41. S. 435. Gräff, Bd. 6. S. 162). Alles Vorschrift, welche auf Kirchen- und Schulkapitalien analoge Anwendung zulassen.

2) Das G. R. der Reg. zu Potsdam v. 24. Sept. 1834 erforderte zur Anlage von Kirchen- und Schulgeldern in Sparkassen Ministerialgenehmigung (M. XVIII. 701).

3) Laut eines Publ. der Reg. zu Münster v. 1. Dec. 1839 (Sam. Zeit. 1840.

5) §. 5., nimmt die Prov.-Hülfskasse insbes. zu Kirchen- und Schulzwecken, auf künftiger Bauten, eingesammelte Bestände, in Summen, die durch 10 theilw. und nicht unter 50 Thlr. sind, verzinst dieselben mit 4 Prozent, rechnet nicht mehr Zinsen zum Kapital, und zahlt sechs Monate nach geschehener Kündigung zurück.

Kirche aufgenommen werden, so ist dazu der Beitritt des Patrons oder Kirchenkollegii, oder in beider Ermangelung der Gemeinde oder deren Repräsentanten, nebst der Genehmigung der geistlichen Obern (Reg.) erforderlich. <sup>1)</sup>

§. 646. Wer ohne diese Erfordernisse in ein solches Darlehnsgeſchäft sich einläßt, der erlangt daraus ein Recht an die Kirche und deren Vermögen nur so weit, als er die geſchehene Verwendung in ihren Nutzen nachweisen kann. (Bergl. §. 274. N. L. R. I. 13.)

8. Die Einziehung der Einkünfte soll von den Vorstehern ordentlich und prompt besorgt werden: §. 664. in 9. Abschn. des 11. Tit. N. L. R. Th. II.

Näheres über die Arten der Einkünfte und die Exekution wegen ders. s. im folg. Kap., so wie Kap. 3. II. 2.

9. Die Vermiethung und Verpachtung von Grundstücken <sup>2)</sup> ist, wie die Einziehung der Mieth- und Pachtgelder, ebenfalls Sache der Vorsteher. Sie erfordert Genehmigung des Patrons und öffentliche Bekanntmachung des Bietungstermins an drei auf einander folgenden Sonntagen von der Kanzel <sup>3)</sup>. Soll ein Grundstück auf länger als 6 Jahr ausgethan werden, oder übersteigt der Ertrag dess. 50 Thlr., so muß außerdem gerichtliche Bekanntmachung erfolgen, und überhaupt dabei nach den Vorschriften über freiwillige Subhastationen verfahren werden. Von letzterem kann die Reg. dispensiren, deren Genehmigung aber in jedem Fall vor dem Zuschlage eingeholt werden muß: §§. 668—674. u. §. 126. Anh. zu §. 222. N. L. R. II. 11. Bergl. §. 447. des Bergischen R. (s. oben i. Th. I. S. 201); u. im Allg. §§. 267 — 269., 401—403. ib. I. 21. <sup>4)</sup>

#### IV. Veräußerung.

##### 1. Veräußerung von Grundstücken.

Dieselbe setzt Einwilligung des Patrons und der Gemeinde durch ihre Repräsentanten, so wie Genehmigung des Staats voraus, und soll in der Regel in Form der freiwilligen Subhastation vor sich gehen. Das letztere kann die vorgesezte Behörde erlassen, Mangel des Konsenses macht das Geschäft nichtig: §§. 647. 648. 219 — 226. u. Anh. §. 126. N. L. R. II. 11.

Hinsichtlich der Frage, wer den Konsens zu ertheilen habe, entscheidet:

a) auf Grund des im Allegate des §. 19. N. L. R. II. 12. <sup>5)</sup>

1) Bergl. §. 227. h. t. über Verpfändungen.

2) Bergl. R. D. v. 11. Juli 1845 über die Vermögensverwaltung der Räte u. nach Märkischen Prov. R. §. 2. (G. S. 1845. S. 486).

3) Daß diese Art der Bekanntmachung durch die generelle R. D. v. 9. Sept. 1811 (Ergänz. zu §. 11. der Einl. z. N. L. R.) und durch das dieß. ministerielle G. R. v. 1. Okt. 1811 nicht aufgehoben sei, hat das Min. d. G. u. d. A. Ang. entschieden laut Publ. der Reg. zu Marienw. v. 2. Okt. 1839 (N. L. R. S. 835).

4) Ueber Vermiethung und Verpachtung von Kirchen- und Schulgrundstücken und über die Bedingungen dabei enthalten nähere Vorschriften: die Rürst. Instr. v. 9. Febr. 1818, §§. 28—32. (Ann. II. S. 78, vgl. Arnberg S. 138) — die Mindener Instr. über Gemeindeverwaltung v. 6. Juni 1818, §§. 4. 12. (ib. S. 374); — das Publ. der Reg. zu Magdeb. v. 8. Aug. 1818, mit dem Schema zu einem Pachtvertrage (ib. S. 719); — das Publ. der Reg. zu Arnberg v. 18. Okt. 1818, §§. 41—52. (ib. S. 1034); das Publ. der Reg. zu Gumb. v. 2. Nov. 1821 (N. V. S. 871) u.

iffenen §. 220. ib. II. 11. das G. R. v. 15. März 1832 (A. XVI. S. 100) ist für „kirchliche und Schulanstalten“ bei Veräußerung von ganzen Landstücken und Häusern die Genehmigung des Min. d. G. u. Med. Ang. erforderlich sei, in allen übrigen Fällen aber die der Reg. genüge.<sup>1)</sup>

Im Einflange hiermit gestattete das R. des Min. d. G. u. Med. Ang. v. 18. Jan. 1834 an die R. Reg. zu Liegnitz ausnahmsweise beim Erkauf alter Schulhäuser den Reg., das Geschäft bis auf Vorbehalt der Genehmigung des Min. sogleich abzuschließen, und in solcher Weise nämlich mit Lizitation der fragl. Grundstücke zu verfahren. (A. XVIII. S. 720.)

b) Dagegen erklärt die (oben S. 748. sub b.) angef. Verf. v. 28. Juli 1840 auf die Anfrage der Reg. zu Posen, der das Min. die Konsensabtheilung zum Erwerbe eines Schulgrundstücks nach §. 83. A. L. R. II. zugewiesen hatte, daß das G. R. v. 15. März 1832 sich nur auf Kirchengesellschaften beziehe.<sup>2)</sup>

2) Zu Vererbpachtungen und Ausübung in Erbzinß sollte nach Analogie des §. 649. A. L. R. II. 11. der Genehmigung der Reg. gegestehen. Gegenwärtig ist jedoch nach Art. 42. der Staatsverfassung v. 31. März 1850 bei erblicher Ueberlassung eines Grundstücks nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig, wobei nur ein fester ablösbarer Zins behalten werden darf. (G. S. 1850. S. 22.)<sup>3)</sup>

Auch bei bestehenden Erbpachts- und Erbzinßverhältnissen ist nach Art. 2. u. §. 5. des Ablösungsges. v. 2. März 1850 (G. S. 1850. S. 82) das Eigenthum des Erbverpächters und das Obereigenthum des Zinßherrn aufgehoben, so daß nur das dingliche Recht auf die bestimm-ten Leistungen mit dem ihm beigelegten Vorzugsrechte<sup>4)</sup> übrig bleibt. Vgl. Lette u. v. Rönne, Landeskultur-Gesetzgebung des Preuß. Staats, 1854., Bd. 2. S. 228 ff., 312 ff.

## V. Prozesse, Vergleiche und Auseinandersetzungen.

### I. Prozesse. (Vgl. unter VI. 1.)

Der Betrieb derselben liegt den Vorstehern ob, welche der Patron zu unterstützen hat<sup>5)</sup>. Doch müssen die Vorsteher, wenn sie klagen wollen, den Anfang des Prozesses<sup>6)</sup>, und wenn sie verklagt werden, nach soforti-

1) §. 648. I. c. fordert in jedem Falle Min.-Genehmigung. Dieser §. ist nach dem Schreiben des Just. Min. v. 10. Mai 1819 (A. III. S. 414) der Schlussredaktion des A. L. R. nur durch Versehen stehen geblieben.

2) Vgl. oben II. 1. b. u. c., so wie R. D. v. 17. Febr. 1820 beim R. v. April 1835 (A. XIX. S. 159 ff.) und R. D. v. 24. Jan. 1838 (Ann. XXII. 90).

3) Demnach sind antiquirt: die Anweisung der Reg. zu Potsdam v. 1. Jan. über das Verfahren bei Vererbpachtungen (A. XIX. S. 678), die R. des Min. d. G. u. Med. Ang. v. 22. Aug. 1833, 18. Sept. 1835, 4. Nov. 1838 (A. XVII. S. 643; XIX. S. 688; XXII. S. 918) und alle älteren von Fürsten-Bd. 2. S. 315 ff. mitgetheilten Reg. Publ. hierüber.

4) Vgl. hinsichtlich des Erbverpächters §§. 212–215. 222. A. L. R. I. 21.; 382 b. A. G. D. I. 50.; Erf. des Ob. Trib. v. 8. Juli 1852 (Präj. Nr. 14, Entsch. Bd. 23. S. 445., Striethorst Arch. Bd. 6. S. 239); so wie hinsichtlich des Erbzinßherrn §. 431. A. G. D. I. 50.

5) Auch die Prozeßvollmacht wird von Vorstehern und Patron ausgestellt. Ein kann der Patron keinen Prozeß führen, vgl. Entsch. Bd. 4. S. 141.

6) Bei Einklagung von rückständigen Geld- und Getreidezinsen oder Pacht- und Miethsgeldern ist dies nach §§. 664. 668. A. L. R. II. 11. nicht erforderlich. Vgl. der Reg. zu Magdeb. v. 23. Aug. 1838 (A. XXII. S. 924).

Entsch. Bd. II.

ger Anzeigge hiervon, im Laufe desselben ein Approbationsdekret der Reg. beibringen<sup>1)</sup>. Sonst geht der Prozeß auf ihre Gefahr und Kosten<sup>2)</sup>. Verweigern sie die Prozeßführung, so bestellt die Reg. einen Mandatar von Amtswegen; ebenso, wenn gegen den Patron oder die Vorsteher selbst ein Verfahren nothwendig ist: §§. 650—661. A. E. N. II. 11. \*) Vgl. §. 32. Nr. 3. u. §. 37. Nr. 3. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. oben Th. I. S. 109. 110.)

## 2. Vergleiche.

Auch zu Vergleichen über Schulgüter und Schulrechte ist Genehmigung der Reg., und falls eine Veräußerung darin liegt, die Beobachtung der diesfälligen Vorschriften (oben sub IV.) erforderlich: §§. 662. 663. A. E. N. II. 11.

## 3) Gemeintheiltheilungen. \*)

a) Die Zugiehung der Vorsteher und Patrone ist vorgeschrieben durch §. 44. der V. v. 20. Juni 1817 wegen Organisation der Generalkommunionen etc. (G. S. 1871 S. 161.), R. des Min. d. Inn. v. 1. Okt. 1821, 26. Mai 1832 u. 13. Okt. 1841 (Min. Bl. v. 1. B. 1841. S. 293). Daß können ihnen nöthigenfalls sach- und rechtskundige Beisitzer zugeordnet werden: R. des Min. der G., II. u. Med. Ang. v. 16. Aug. 1833; 14. April 1834 u. 25. Juli 1842.

1) Das R. des Just. Min. v. 17. Sept. 1835 (Jahrb. Bd. 46. S. 118. Gräf, Bd. 8. S. 158, auch mitgetheilt durch G. R. des Min. der G. u. d. Ang. v. 30. Sept. 1835, A. XIX. S. 690) weist auch die Gerichtsbehörden, der betr. Reg. sowohl den Klagebeantwortungstermin unter abschriftl. Mittheilung der Klage bekannt zu machen, als auch das Erkenntniß in Abschrift zuzusenden.

2) Die Schulen haben Sportelfreiheit, s. u. Sulkumbenstraßen und nicht mehr erkannt; das R. v. 28. Juni 1838 (A. XXII. S. 637) ist in diesem Sinne.

3) Bei Prozessen gegen den Fiskus soll die etwa vorausgegangene Kommunikation zwischen den Centralbehörden, obschon sie zur Informationsübermittlung benutzt werden darf, doch nicht an die Gegner des Fiskus abschriftlich mitgetheilt werden. Bei einem Streit über allgemeine Grundsätze können die Min. Erörterung mit Staatsmin. oder Entscheidung des Königs nachsuchen, doch soll die betr. Behörde mit Erhebung des Prozesses nicht darauf zu warten brauchen: R. D. v. 6. Sept. 1840 beim R. v. 30. Nov. 1840 (Just. Min. Bl. 1840. S. 386).

4) Die ganze Agrargesetzgebung hat eine völlige Umgestaltung erfahren folgende neuere Gesetze:

- 1) G. v. 2. März 1850, betr. die Ablösung der Reallasten und die Verhältnisse der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse (G. S. 1850. S. 71);
- 2) G. v. 2. März 1850, über die Errichtung von Rentenbanken (G. S. 1850. S. 112);
- 3) G. v. 2. März 1850, betr. die Ergänzung und Abänderung der Gemeintheilungs-Ordn. v. 7. Juni 1821 und einiger anderen über Gemeintheilungen ergangenen Gesetze (G. S. 1850. S. 139);
- 4) G. v. 3. März 1850, betr. den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke (G. S. 1850. S. 145);
- 5) G. v. 11. März 1850, betr. die auf Mühlengrundstücken lastenden Reallasten (G. S. 1850. S. 146);
- 6) Gem. Th. D. für die Rheinprovinz etc. v. 19. Mai 1851 und G. d. d. (G. S. 1851. S. 371. 383).

Die vollständige Darstellung dieser Lehre, insbesondere die der Gemeintheilungen, Ablösungen etc. findet sich in den Ergänz. 3. A. E. N. Th. II. 11. und in Lette und v. Rönne, die Landes-Kultur-Gesetzgebung des Pr. Staates (Berlin 1854), sowie in J. Koch, Agrargesetze (4. Aufl. Breslau 1850). Es können nur die einzelnen Punkte hervorgehoben werden, welche die Verhältnisse der Schulen dabei betreffen. — Die angef. N. sind, wenn keine andere Quelle angegeben ist, in den Ergänzungen bei den allegirten Gesetzesparagrafen abgedruckt.

Bege den Beschluß der unmittelbaren Vorsteher und Patrone kann Aufsichtsbehörde nicht auf Separation angetragen, sondern nur bei dem Interesse ein Anwalt von Amtswegen bestellt werden: R. dess. 10. Okt. 1829. <sup>1)</sup> Der sub a. alleg. Bescheid v. 13. Okt. 1841 dessen auch von einer Ergänzung der Autorisation durch die Gen.-wenn Vorstand und Patron dem Schullehrer den Beitritt zur on versagen.

Die Regulirung und Bestätigung der Rezepte steht den General-onen zu, welche hierbei zugleich die Stelle einer Aufsichtsbehörde i. <sup>2)</sup> Die Reg. und Prov.-Schulkolleg. bestätigen diej. Rezepte, welche Dazwischenkunft von Entscheidungen der ordentlichen Auseinander-Abörden, auf eigene Verhandlungen, lediglich im Wege des Ver-  
ständig zu Stande gebracht: §§. 17. ff., 65. der B. v. 20. Juni a.); §. XI. der R. D. v. 31. Dec. 1825 (s. oben in Th. I. S. 275); R. D. v. 7. Juni genehmigte Instr. v. 30. Juni 1828 (N. XII. Jahrb. Bd. 32. S. 81; Gräff, Bd. 2. S. 388); R. des Min. d. G., d. Ang. v. 17. Nov. 1831; §. 39. B. v. 30. Juni 1834; R. des J. v. 30. April 1839 (N. XXIII. S. 357); G. v. 21. April S. 1852. S. 258.) <sup>3)</sup>.

Die Ausgaben für die bei Gemeinheitstheilungen erforderlich wer-  
ne Wege, Grenzsteine, Tristen, Gräben &c. sollen, soweit sie auf Pfarren und Schulen treffen, von den Nutznießern getragen wer-  
R. der Min. des J. u. d. B. und d. G., u. u. Med. Ang. v. 8. v. 31. Aug. 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 226. 346).

Bei Gelegenheit der Gemeinheitstheilungen soll insbes. für eine ation der Schulstellen <sup>4)</sup> gesorgt werden. Die näheren Bestimm-  
erüber sind folgende:

Inordnung dieser Landdotation.

Zunächst bestimmte die R. D. v. 28. Sept. 1810 (Roch, S. 33)  
ung der Domainen

den schlechteren Landschullehrerstellen bei den Gemeinheits-Auseinander-  
n den Domainengütern in der Kurmark, Neumark, Pommern u. Schle-  
2 Magdeb. Morgen, in Westpreußen, Ostpreußen und Litthauen aber 1  
Morgen guten Landes, und in schlechtem Boden verhältnißmäßig mehr,  
werde.

och, Agrarges. S. 140; Zette u. v. Rönne, I. S. 347.

och sollen nach einem Publ. der Reg. zu Merseburg v. 30. Nov. 1824  
S. 1040) auch in diesem Falle die Kirchen- und Schulinspekt. an die  
hten, sobald ihnen das Interesse der Kirchen, Schulen &c. gefährdet

us diesem G. ist der Text angeführt. Zu vergleichen sind noch die G.  
in. des J. v. 21. Nov. 1842 und v. 5. Nov. 1843 (Min. Bl. d. i. B.  
404; 1843. S. 292); insbesondere auch die B. der Reg. zu Köslin,  
teilung von Grundstücken betr., v. 22. Febr. 1843 §. III. (Min. Bl. d.  
3. S. 83).

gl. §§. 6. u. 7. der Princ. regul. (S. 94), sowie §. 12. Nr. 3. u. 4.,  
l. 45. Nr. 4. der Schulordn. für die Prov. Preußen (oben S. 105 ff.);  
s Regul. v. 29. Aug. 1831 (oben S. 129); §. 12. des schles. kathol.  
v. 1801 (oben S. 152) und §. 446. des Bergischen Entw. z. Prov.  
S. 204), sowie §. 143. des Tellenburgischen (oben S. 209).

entlich auch bei Gründung neuer Kolonien soll der dafür erforderlichen  
eine auskömmliche Dotation in der Regel in Grundstücken angewiesen  
i. R. des Min. des Inn. v. 13. März 1846 (Min. Bl. d. i. B. 1846.

sämmtlichen hier bloß angeführten Vorschriften über Landdotation der  
n sind abgedruckt in Zette u. v. Rönne, a. a. D. Bd. 1. S. 360 ff.



ββ) Daraus verpflichtete §. 44. des Landkulturedikts v. 14. Sept. 1<sup>o</sup> (G. G. 1811. S. 300) die betr. Behörden im Allg.

an den Orten, wo die Schullehrer schlecht dotirt sind, die Gemeinden bei gemeinheitstheilungen oder Regulirung der gutherrlichen und bauerlichen Verhältnisse zu ermahnen, daß sie selbigen ein bequemes gelegenes Stück Ackerland zu einem Garten abtreten.

γγ) Um der Auslegung, als hänge die Anweisung des erforderlichen Schullandes von der Willkühr der Kommunen ab, entgegenzutreten, ordnete die R. D. v. 5. Nov. 1812 (G. G. 1812. S. 194) die Aufnahme derjenigen Bestimmungen in die künftige Gemeinheitstheilungsordnung an.

δδ) In dessen Folge enthält die Gemeinheitstheilungsordn. v. 7. 1821 (G. G. 1821. S. 53) nachstehende Vorschriften:

§. 101. Bei der ersten auf einer Dorfsfeldmark eintretenden Gemeinheitstheilung soll zu der Schullehrerstelle so viel Gartenland, als, einschließlich des hiobesessenen, zur Haushaltung einer Familie von der §. 41 b. angegebenen Stärke und zur Sommerstallfütterung und Durchwinterung von zwei Haupt Rindviehstücken erforderlich ist, in zweckmäßiger Lage angewiesen werden; dagegen aber auch die, Stelle bisher zuständig gewesene Weideberechtigung auf den Grundstücken der Gemeinde aufhören.

§. 102. Ist jedoch die bisherige Befugniß des Schullehrers größer, als §. 101. bestimmt worden, so muß er nach dem ganzen Umfange seines Theilungsbereichs abgefunden werden.

β) Wer dotirt?

αα) Die Dotation liegt der Ortsgemeinde ob. Zur Schule gewiesenen Nachbargemeinden tragen nichts bei: R. des Min. d. Inn. v. 5. Juni 1823 (Arch. S. 165) vergl. §. 41. der Schulordn. f. d. Prov. Preußen (s. oben in Th. I. S. 110).

ββ) Auch die Gutsherrschaft ist nicht verpflichtet, beizutragen: R. des Min. des Inn. v. 12. Nov. 1824 (Arch. S. 167).

γγ) Dagegen geschieht dies von Seiten des Domainenfiskus in solchen Gemeinden, die ihm zinspflichtig und zu arm sind, um selbst zu dotiren: R. des Min. des R. Hauses v. 24. April 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 179) <sup>2)</sup>

γ) Wann wird dotirt?

αα) bei der ersten vorkommenden Gemeinheitstheilung ohne Rücksicht auf deren Gegenstand: R. des Min. d. Inn. v. 31. Juli 1823 (Arch. S. 161) §. 3. des R. dess. Min. v. 17. Juli 1822 (Arch. S. 164);

ββ) und zwar sogleich ganz und für Rechnung aller zur Dorigen gehörigen Theilnehmer: R. v. 5. Juni 1823 (sub β, αα);

γγ) aber nur bei wirklichen Besitzveränderungen in der Feldmark, nicht bei bloßen Ablösungen von Servituten durch Kapital oder Rente: R. des Min. v. 29. April 1837 (N. XXI. S. 387) <sup>3)</sup>;

1) Nämlich: Mann, Frau und Kinder.

2) Vgl. R. D. v. 17. Juni 1826 (G. G. 1826. S. 57) §. IV., wonach, wenn entw. aus demanialgrundherrlicher Verpflichtung oder zum Besten einer zinspflichtigen Gemeinde die Baustellen und die zur Ausstattung der Schule bestimmten Theile von Domainengrunde genommen werden, der Staatsschuldentilgung kein besonderer Erfaß gewährt zu werden braucht.

Vergl. Domainengrundstücke bleiben aber Eigenthum des Staats, werden in der Schule nur zur Benutzung überlassen, und sind deshalb grundsteuerfrei: R. v. 28. Aug. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841 S. 248). Vgl. jedoch unten sub VI. über das G. v. 24. Febr. 1850.

3) Doch soll nach dem durch G. R. des Min. des J. v. 24. Juli 1839 erlassenen getheilten R. des Min. der G., u. u. Nied. Ang. v. 4. Juli 1839 (Ann. VII.

dd) und für schon bestehende Schulstellen: §. 5. R. v. 17. Juli (aa);

ee) für neu zu errichtende Schulanstalten kann nur dann Land reservirt werden, wenn entweder deren Errichtung schon bestimmt ist, oder die Effekten in Güte sich dazu verstehen: R. der Min. d. G. u. u. Med. und d. Inn. v. 3. Febr. 1823, mitgetheilt durch R. des Min. d. v. 11. Febr. 1823 (Roch, S. 165).

f) Umfang der Dotation.

aa) Derselbe richtet sich nach dem Bedürfniß (§. 101. der Gem. Th. α, dd) und der örtlichen Bodengüte. Theilweise kann die Dotation in Wiesen gewährt werden: §. 1. u. 2. R. v. 17. Juli 1822. α) <sup>1</sup>).

ββ) Erreicht die bisherige Dotation schon den §. 101. der Gem. Th. normirten Ertragswerth, so braucht keine Erweiterung derselben gewährt zu werden; und die §. 102. vorgeschriebene Abfindung den wirklichen Werth bisherigen Theilnahmeberechtigten nicht zu übersteigen: R. dess. Min. v. 11. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 292).

γγ) Indessen soll, wenn schon die Absicht des Gesetzes dahin geht, Schullehrer Gemüse- und Futterbedarf zu verschaffen, und die Anweisung großer, unergiebig und entfernt liegender Flächen deshalb möglichst vermeiden ist, doch diese Rücksicht nicht soweit ausgedehnt werden, daß bisher dotirte Stellen auf das Normalmaaß des §. 101. der Gem. Th. reducirt und für das Mehrere durch Rente entschädigt würden. Die Abfindung bleibt nach §. 66. a. a. O. Abfindung in Land: R. dess. Min. v. 11. 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 30) <sup>2</sup>).

δδ) Auf die sonstige Höhe des Einkommens ist keine Rücksicht zu nehmen und auch gut besoldeten Lehrerstellen die Landdotation zu gewähren: R. des Min. der G., u. u. Med. Aug. v. 25. Juni 1831 (Roch, S. 167).

εε) Die Beschaffung der erforderlichen Gebäude zur Aufbewahrung der Bücher und Urkunden der Dotationsgrundstücke liegt nur den zur Unterhaltung der Schulen Verpflichteten ob: §. 4. G. v. 21. Juli 1846, den Bau und die Unterhaltung der Schul- und Rusterhäuser betr. (G. S. 1846. S. 393) <sup>3</sup>) v. 4.

ζζ) auch in solchen Fällen Seitens der Behörden durch Vermittelung bei den Grundbesitzern eine Verbesserung der Schulstellen, namentlich durch Aussetzung von Feld- oder Getreiderenten, zu bewirken gesucht, und außerdem Patronen und andere empfohlen werden, bei Subhastationen u. etwaige Gelegenheit zur Erwerbung bequem gelegenen Gartenlandes für die Schule zu benutzen, und nöthigenfalls das Kaufgeld durch ein Darlehn zu decken, für dessen Verzinsung und Abzahlung aber durch Beischläge zur Grund- und Klassensteuer zu sorgen.

ηη) Auch, wenn Landdotation besonders schwierig ist, durch Rente. Erk. d. n. Komm. zu Breslau v. 31. März u. 19. Juni 1837 (Roch, Schles. Arch. S. 201).

θθ) Das G. v. 24. April 1843 (β, γγ) wegen der vom Domainenfiskus zu bewilligenden Dotation will nicht über das Normalmaaß hinausgegangen und den Lehrer nicht in einen Ackerwirth verwandelt wissen. Das Land müsse nahe der Schulstelle gelegen sein, und sich zum Gartenbau und zu Futterfräutern oder zum Theil aus Wiesen bestehen. Könne das nicht erreicht werden, so es besser, bloß 1 oder 2 Morgen Gartenland zu gewähren, und von der Gemeinde, nöthigenfalls gegen Bezahlung, zu erlangen, daß sie dem Schullehrer Haupt Rindvieh Weide gewähre und Winterfutter liefere.

ιι) Dies bestimmten schon, gegen ein G. R. der Reg. zu Frankfurt v. 20. 1842 (M. Bl. d. i. B. 1843. S. 40), die R. des Min. des J. v. 8. Febr. und des Min. der G., u. u. Wi. Aug. v. 17. Okt. 1843 (M. Bl. d. i. B. S. 54). Vgl. auch R. dess. Min. v. 3. Dec. 1833 (M. XVIII. S. 720) v. 31. Aug. 1839 (M. XXIII. S. 616).

h) Die Grundsteuer von der Landdotation soll in der Regel nicht von dem Schullehrer, sondern von den Gemeinden entrichtet werden: R. v. 31. Juli 1823 (y, aa.) u. §. 16. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. o. in Th. I. S. 106). Doch schreibt ein anderes R. des Min. d. J. v. 10. Sept. 1824 an die R. Gen.-Komm. zu Großstrelitz und zu Breslau vor, daß der Lehrer die Grundsteuer zu tragen habe, sobald er das neue Land nicht auf Grund früherer nicht steuerpflichtiger Berechtigungen, sondern lediglich nach der Gem. Th. D. titulo gratuito erhalte (Roch, S. 166) <sup>1)</sup>.

f) Kosten bei Gemeintheilungen.

Die den Schulen zc. zustehende Sportelfreiheit erstreckte sich nach §. 2. des G. v. 10. Mai 1851 (G. S. 1851. S. 622) nicht auf die den Gen. Kommissionen zc. übertragenen, also überhaupt nicht auf Auseinandersetzungs-Angelegenheiten. Für hierbei erwachsende Kosten <sup>2)</sup> ist vielmehr das auf Grund einer R. D. v. 12. Juli 1847 ergangene G. R. des Min. d. J. v. 26. Aug. 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 22) maßgebend, welches bestimmt:

daß die bei gutsherrlich-bäuerl. Regulirungen, Gemeintheilungen und Ablösungen auf die beteiligten Schulen zc. fallenden Kosten zunächst aus dem verfügbaren Vermögen und Einkommen des beteiligten Instituts zu entnehmen, insofern nämlich dies Vermögen oder Einkommen nicht dem amtlichen Mißbrauch der Schulbeamten unterworfen ist <sup>3)</sup>, und nach Abzug der zur ordnungsmäßigen Unterhaltung des Instituts erforderlichen Ausgaben einen verfügbaren Bestand ergibt, daß aber, wenn ein solcher Bestand nicht vorhanden, und demgemäß das Institut für unvernünftig zur Tragung der in Rede stehenden Kosten anzusehen ist, die erwachsenen Auseinandersetzungskosten zc. niedergeschlagen, beziehungsweise aus öffentlichen Fonds entnommen werden sollen. Ferner sollen die seither geborenen Auseinandersetzungs- zc. Kosten für Schulen zc., soweit solche unter Anwendung der oben ertheilten Bestimmung für unbeibringlich zu erachten sind, nunmehr definitiv niedergeschlagen werden. <sup>4)</sup>

1) Ueber die Grundsteuerfreiheit der Schulen s. u. sub VI. 4. Eine durch G. R. der Min. der G., u. u. Med. Ang. und der Fin. v. 7. Okt. 1843 ertheilte R. D. v. 28. April 1843 bestimmte, daß die zur Dotation von vereinigten Küster- und Schulstellen in den westl. Prov. dienenden Grundstücke, welche bisher zur Grundsteuer nicht herangezogen und nicht erweislich bloß Dotation der Küsterstelle sind, auch ferner mit Grundsteuer verschont werden sollten (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 294). Hinsichtlich der Dotation aus Domainen s. oben S. 74 die Note zu β, γγ.

2) Zu diesen gehören auch die Kosten für sachverständige Beisitzer: R. v. 16. Aug. 1833 (s. o. S. 762 sub 3. a.)

3) Daß der Mißbraucher nicht für vergl. Kosten zu haften habe, führte schon das R. des Min. der G., u. u. Med. Ang. v. 27. Febr. 1823 (Ann. VII. S. 624) aus.

4) Nach den früheren Vorschriften sollte zunächst das Vermögen der Anstalt haften, und wenn dieselbe unvernünftig, nur Niederschlagung der Regulirungskosten erfolgen, der Betrag der Vermessungs- und Bonitirungskosten dagegen von der Schulsocietät aufgebracht, und erst dann niedergeschlagen werden, wenn er auf dieser zu schwer falle: R. v. 5. Sept. 1825, 25. Juni 1832 (N. XVI. S. 391), 2. Aug. 1832, 18. März 1834 (N. XVIII. S. 72), 1. Mai 1834 (sämmlich in den Ergänz. zu §. 210. B. v. 20. Juni 1817). Statt der nachgelassenen Niederschlagung wurde sodann durch R. v. 15. April 1837 (N. XXI. S. 394) angesetzt, daß vergl. Kosten bis zur weiteren Bestimmung über diese Angelegenheit suspendet werden sollten.

Hinsichtlich der Kosten eines eingelegten Rekurses bestimmte ein R. des Min. des J. v. 16. Juni 1840, daß die Gen.-Komm. die Autorisation zur Befolgung derartiger Anträge für Kirchen und Schulen zu versagen, oder deren Be-

4) Ablösungen.<sup>1)</sup>

Die Realrechte der Kirchen und Schulen nehmen in Bezug auf die Ablösungen eine Ausnahmestellung ein, indem der durch die Agrargesetzgebung angestrebte Befreiung des Grundbesitzes gegenüber hier die Tendenz, vgl. Institute bei ihrem Einkommen zu erhalten, maßgebend war.

## a) Ältere Gesetzgebung.

α) Die B. v. 31. Mai 1816 (G. S. 1816. S. 181) bestimmte zunächst, daß die durch §. 2. des Kultured. v. 14. Sept. 1811 gestattete Ablösung des Erbpachtzinses, wenn derselbe Religions-, Unterrichts-, Erziehungs- oder Wohlthätigkeitsanstalten zustehe, nur mit Einwilligung der Obern und Vorher solcher Anstalten vertragsmäßig stattfinden solle.

β) Später sprach die Ablösungs-D. v. 7. Juni 1821 im §. 5. (G. S. 1821. S. 77) aus, daß Dienste, die aus dem Gemeinde- oder Kirchenverhältnis entspringen keiner Aufhebung unterliegen, und

γ) verschiedene R. der Min. d. Inn. und d. G., u. u. Med. Ang. hatten dies auf alle Naturalabgaben und Leistungen an geistliche Institute: R. v. 8. Jan. 1822 u. 3. März 1825 (N. IX. S. 99); v. 22. Sept. 26 (N. X. S. 807), v. 12. Mai 1837 (N. XXII. S. 88) u. v. 28. Febr. 38 (ib. S. 86)<sup>2)</sup>.

δ) Ebenso wurden in mehreren provinziellen Gesetzen die aus dem Kirchen- oder Schulverbande entspringenden Abgaben und Leistungen von dem Anspruche auf Ablösung ausgenommen: §. 3. der Abl. D. v. 13. Juli 29 für die vormalig zum Königr. Westphalen, Erzth. Berg oder den angr. hanseatischen Depart. gehörigen Landestheile (G. S. 1829. S. 65) u. v. 18. Juni 1840 über Einführung dieser Abl. D. im Fürstenth. Siegen (G. S. 1840. S. 151); §. 3. der Abl. D. v. 18. Juni 1840 für das Erzth. Westphalen (G. S. 1840. S. 156); §. 2. der Abl. D. v. 4. Juli 40 für die vormalig Nassauischen Landestheile u. Wehlar (G. S. 1840. S. 195); vgl. auch §. 37. des Abl. G. v. 22. Dec. 1839 für die Grafschaften Wittgenstein (G. S. 1840. S. 13).

## b) Gesetzgebung vom J. 1850.

Unter Aufhebung der sub a. aufgeführten Gesetze (§. 1.) bestimmte das Ablösungsges. v. 2. Mai 1850 (G. S. 1850. S. 77.):

## α) im §. 6.:

Ausgeschlossen von der Ablösbarkeit nach den Bestimmungen dieses Gesetzes sind Abgaben und Leistungen zur Erbauung oder Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr-, Schulgebäude, wenn sie nicht Gegenleistung einer ablösbaren Reallast sind, in welchem Falle solche zugleich mit dieser abgelöst werden.

## β) im §. 65.:

Ausgeschlossen von den Bestimmungen der §§. 64. u. 65. (Ablösung durch Barzahlung oder Vermittelung der Rentenbanken) bleiben die Reallasten, welche Kirchen, Pfarren, Küstereien und Schulen zustehen. Die Bestimmung über deren definitive Ablösung bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten; bis zu dem Zeitpunkte werden die nach dem gegenwärtigen Gesetze ermittelten Geldrenten direkt an die gedachten Institute entrichtet.

## c) Sistirung der Umwandlung in Geldrenten.

Das verheißene besondere Gesetz über die Ablösung der den Schulen zc.

ter für die entstehenden Weiterungskosten persönlich verantwortlich zu machen (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 259).

1) Vgl. o. S. 762 Note 4., und insbesondere die Darstellung in Kette und Rönne, Bd. II. S. 556 ff.

2) In den Definitiventscheidungen der Auseinandersetzungs-Behörden wurde diese min. Erweiterung des Gesetzes nicht immer anerkannt.

zustehenden Reallasten erfolgte nicht, da der von der Regierung am 1. April 1853 hierüber den Kammern vorgelegte Gesetzentwurf nicht zu Stand kam. Es blieb also bei der durch §. 65. des Abl. G. v. 2. Mai gestatteten Umwandlung der fragl. Reallasten in feste Geldrenten. Auch dies wurde jedoch wiederum eingestellt. Dies bestimmt:

α) die oftroyirte R. v. 13. Juni 1853 (G. S. 1853. S. 324).

Alle noch nicht durch Abschluß des Rezeses rechtsverbindlich erfolgten Umwandlungen von Reallasten, welche Schulen u. z. zusehen, in Geldrenten, sowie noch nicht rechtskräftig entschiedenen Prozesse darüber, ob eine Reallast zu dem gehört, wegen deren definitiver Ablösung im §. 65. des G. betr. die Ablös. v. 2. März 1850 ein besonderes Gesetz vorbehalten worden ist, werden bis zum Inkrafttreten dieses vorbehaltenen Gesetzes hiermit stillirt. <sup>1)</sup>

β) die Bef. des Staatsmin. v. 6. April 1854 (Staatsanz. 1854. S. 71), wonach der vorstehenden R. die Zustimmung der Kammern nachträglich erteilt worden ist.

d) Erläuterungen zu §. 65. des Abl. G. v. 2. März 1850.

α) Die Bestimmung dieses §. umfaßt alle Lehranstalten, auch Gymnasien und Universitäten: Erk. des Revis. Koll. v. 4. Nov. 1851 (Zeitschrift des Revis. Koll. Bd. 4. S. 264, Präjudizien-Samml. des. S. 44. Nr. 3.) — Sie findet auch auf Schul-Fonds, welche Schulzwecken gewidmet sind, Anwendung: Erk. des Revis. Koll. v. 7. Okt. 1851 u. 4. Mai 1852 (Präj. S. S. 48. Nr. 24.); und ebenso auf Abgaben an Rittergüter, welche einer Schule gehören: Erk. des Revis. Koll. v. 21. Okt. u. 2. Nov. 1851 (Präj. S. S. 48. Nr. 25). Desgl. auf Reallasten, welche zum Theil für Schulzwecke bestimmt sind, sobald keine bestimmte Summe erhebt: Erk. des Revis. Koll. v. 4. März 1852. (Zeitschr. des. Bd. 5. S. 294, Präj. S. S. 42. Nr. 8.)

β) Im Wege freier Vereinbarung können Abgaben an Schulen durch Kapitalzahlung definitiv abegolzt werden. Dies bestimmte zunächst

αα) die R. v. 13. Nov. 1850, mitgetheilt durch R. des Min.

1) Eben so stillirte eine B. v. 6. Juni 1853 (G. S. 1853. S. 260) für die Hohenzollernschen Lande die durch Resol. v. 4. Mai 1848 im Fürstenth. Hechingen ausgesprochene Aufhebung der den Schulen u. z. zustehenden Allodial- und Kleinzehnten.

Schon vorher hatte das G. R. des Min. des Inn. für landw. Ang. v. 2. Mai 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 104, den sämtl. Reg. mitgetheilt) die Benachrichtigung des Min. der G., u. u. Med. Ang. v. 23. Juni 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 110) den Auseinandersetzungs-Behörden vorgeschrieben, die fraglichen Rentenverwandlungen auszuweisen, wenn der Provokant dies verlangt und die Vertreter der betr. Institute nicht widersprächen.

Sowohl in diesem G. R., als in der B. v. 13. Juni 1853 liegt jedoch eine Modifikation des §. 95. des Ablös. G. v. 2. März 1850, nach welchem zur Vermeidung doppelten Verfahrens die Provokation auf Ablösung sich stets auf alle Reallasten des Grundstücks erstrecken sollte.

Ein Erl. des Min. für landw. Ang. v. 24. Nov. 1853 (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 268) wies die Gen.-Komm. an, auch die Einziehung der Renten in die stillirten Sachen einzustellen.

2) Nach einem R. des Min. für landw. Ang. v. 2. Dec. 1850 sollte §. 65. strictissime zu interpretiren und nur auf Volksschulen anzuwenden sein, wofür die Gen.-Komm. zu Stendal wohl die Gymnasien, aber nicht die Universitäten unter dem darin gebrauchten Ausdruck „Schulen“ subsumiren wollte. (Sachverh. Abl. G. S. 17.)

Waisenhäuser sind nicht als Schulen anzusehen; auf sie findet daher die Ausnahmebestimmung des §. 65. keine Anwendung: Erk. des Revis. Koll. v. 13. Juni 1852 (Präj. S. S. 47. Nr. 23.)



u. M. Ang. v. 20. Nov. 1850 (Zeitschr. des Revis. Koll. Bd. 4. für höhere Schulanstalten und mit der Forderung des 25fachen

Die Instr. der Gen.-Komm. zu Stendal v. 12. März 1851 u. erf. v. 18. Juni 1851 (Sprengel, Ablös. G. S. 17. 72). Nach die 25fache Ablösung auf höhere Schulanstalten zu beschränken, den andern Schulen, laut Anordn. des Min. d. G. II. u. M. . April 1851 die Ablösung nur zum 33 $\frac{1}{3}$ fachen Betrage zu ge-

Das Erf. des Revis.-Koll. v. 16. April 1852 (Zeitschr. des Revis. 5. S. 296, Präj. G. S. 42. Nr. 9) erklärt es allgemein für stat- aben an Schulen u. unter Zustimmung der Oberbehörde durch lung definitiv abzulösen.

Die Vermittelung der Rentenbanken, welche der angef. §. 65. des sowie §. 6. des Rentenbankges. v. 2. März 1850 (G. S. 1850. ausschließt, ist aber auch in diesem Falle nicht zulässig: R. des landw. Ang. v. 23. Dez. 1850. (Zeitschr. des Revis. Koll. Bd. 4.

Abgaben und Leistungen an Schulen u., welche nicht auf dem fe haften, sondern von den Mitgliedern der Schulgemeinden als trachtet werden müssen, sind dem G. v. 2. März 1850 nicht un- und nicht ablöslich: Erlaß des Min. d. G. II. u. M. Ang. v. 1851. (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 279.)

Begen Geldrenten, welche an die Stelle von Kirchen oder Schu- enden Naturalabgaben getreten sind, ist die Administrativ-Refu- so zulässig, wie wegen der ursprünglichen Naturalabgaben: Erl. eg. zu Bosen v. 7. April 1853. (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 94.)

ismembrationen u. Gründung neuer Ansiedelungen.<sup>1)</sup> dergl. Veränderungen sind die Schulen, sowie die Kirchen, haupt- egen der zu ihrer Unterhaltung dienenden Abgaben und Leistun- fñrt.

Vertheilung der Abgaben und Leistungen.

frühere Gesetzgebung enthielt bloß allgemeine Vorschriften hier- 3. des Kultur-Er. v. 14. Sept. 1811, §. 43. Nr. 4. der B. v. 1817. Genauere Bestimmungen gab erst das G. v. 3. Jan.

ie Gesetzgebung hierüber ist vollständig dargestellt in Fette u. v. Rönne, Bd. I. S. 115 ff., Bd. II. S. 112 ff.

leitenden Grundsätze sind in folgenden Gesetzen enthalten: §§. 4—7. Gd. 1807 (N. C. C. XII. S. 251, Rabe, Bd. 9. S. 85); §§. 1—3. G.

), v. 14. Sept. 1811 (G. S. 1811. S. 300); G. v. 3. Jan. 1845, Vertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen 345. S. 25); und in den wegen Abänderung einzelner Bestimmungen

ergangenen G. v. 24. Febr. 1850 (G. S. 1850. S. 68) und v. 24. (G. S. 1853. S. 241). Zur Handhabung des letzteren giebt das G.

lin. für landw. Ang. v. 6. Sept. 1853 (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. itung.

Art. 42. der Staatsverfassung (G. S. 1850. S. 22), sowie das G. v. 1841 über den erleichterten Austausch einzelner Parzellen (G. S. 1841.

), 93. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 (G. S. 1850. S. 105); das März 1850, betr. den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke (G.

S. 145); und die B. v. 11. Juli 1845, betr. die neuen Ansiedelungen v. Westphalen (G. S. 1845. S. 496).

Beschränkungen in der Befugniß zu parzelliren sind zusammengestellt in v. Rönne, Bd. II. S. 125 ff.

1845, nach welchem „die auf dem dismembrirten Grundstücke haft oder in Rücksicht auf dessen Besitz zu entrichtenden Abgaben und Leistungen, welche die Natur öffentlicher Lasten haben, einschließlich der auf Gemeinde-, Kirchen-, Pfarr- oder Schulverbände entspringenden u. s. w. oder interimistisch regulirt“ werden sollen.<sup>1)</sup> Die Vertheilung von Amtswegen durch den Landrath, der sie auch der Ortsobrigkeit tragen kann, oder auch in Städten, die keinem Kreise angehören, durch Magistrat, und zwar bei Abgaben nach dem Flächenraume oder Erwerth, bei Diensten auch in anderer Weise, jedenfalls aber so, daß die Leistung der Abgaben oder Dienste gesichert bleibt. Dienste können in Absicht eventuell in Geldabgaben umgewandelt werden.

Die Behörde hat einen Vertheilungsplan zu entwerfen, die Bethen darüber zu hören, und ihn der Reg. zur Bestätigung einzureichen.

Neue Ansiedler haben, außer den bestehenden Abgaben und Leistungen auch die besondern Unkosten und Lasten zu übernehmen, welche etwa mit ihrem Eintritt dem Schulverbande entstehen.

#### b) Vertretung der Schulen.

Daß die Schule bei der Regulirung der sie betr. Abgaben und Leistungen gehört werden müsse, schreibt der §. 9. des G. v. 3. Jan. 1845 vor. Dazu spricht das G. R. des Min. d. G., u. u. Med. Ang. v. 5. Jan. 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 195) aus: daß die gewöhnliche Vertretung der Kirche, Pfarre und Schule durch den Patron, die Kirchen- und Schulvorsteher, und die Nutznießer, für die Regulirungsverhandlungen bei Dismembrationen mit vollkommen rechtlicher Wirkung ausreicht.

#### c) Kosten.

Nach §. 33. des G. v. 3. Jan. 1845 sind alle Verhandlungen bei Dismembrationen stempel- und gebührenfrei. Insbesondere bestimmen:

a) das R. des Min. für landw. Ang. v. 3. Febr. 1854 (Min. Bl. d. i. B. 1854. S. 26, Staatsanz. S. 274), daß für die Vertreter der Reg. Institute, bei denen die Uebersendung des Regulirungsplans zu ihrer Erklärung der Publikation desselben zu Protokoll vorzuziehen ist, durch die Reg. die erforderliche Anzahl beglaubigter Extrakte aus dem Plane kostenfrei hergestellt, und zur ebenmäßigen Ausbändigung an die Interessenten den Landrathen übergeben werden soll;

β) das R. des Min. des J., II. Abth. v. 28. Febr. 1846 (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 30), daß die Vertreter von Kirchen und Schulen für etwaige Reisen in Dismembrationsfachen entschädigt werden müssen, und zwar mit analoger Anwendung der B. über die Gebühren von Reisen.

1) Die Abschreibung und Uebertragung im Hypothekenbuch ist nach §. 2. des G. v. 24. Febr. 1850 nicht mehr von der erfolgten Vertheilung abhängig.

2) Gegen die Entscheidung der Reg. ist ein Refurs an das Min. für landw. Ang. gestattet.

Bei Streitigkeiten über die Existenz einer Verpflichtung soll in der Regel die amtliche Kognition eintreten (G. R. v. 5. Juni 1848 (s. sub b.)).

Ueber die Kompetenz der Gen.-Komm. bei Dismembrationen, die als Neben- oder Folgegeschäft einer Auseinandersetzung vorkommen, vgl. R. des Min. des J. v. 5. Jan. 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 178) und G. R. dess. Min. v. 12. Jan. 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 23).

Ein Vertheilungsplan befindet sich bei dem Publ. der Reg. zu Danzig v. 25. März 1852 (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 114). Vgl. auch von älteren Vertheilungsplänen, die speziell die Verhältnisse der Kirchen und Schulen bei Dismembrationen betreffen, das R. des Min. d. G., u. u. Med. Ang. und des Inn. v. 8. Aug. 1842 an die R. Reg. zu Erfurt (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 347) und B. der Reg. zu Köln v. 22. Febr. 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 82).

und Zeugen bei gerichtlichen Geschäften, v. 29. März 1844. 4. C. 73.)

#### IV. Besondere Vorrechte der Schulen.

echte der Minderjährigen.<sup>1)</sup>

ben stehen den Schulgesellschaften nach dem laut des Allegats des 12. Tit. zur Anwendung zu bringenden §. 228. A. L. R. in Ansehung der mit ihnen selbst oder mit ihren Repräsentanten hern über ihr Vermögen verhandelten Geschäfte und geschlossenen „ge“ zu. Der wesentliche Inhalt dieser jura minorum ist die Stellung in den vorigen Stand gegen die Handlungen der Vertreter: §§. 174—177. A. L. R. I. 14. und §. 14. A. O. D. Auch ist diese Rechtswohlthat durch Art. 13. der Defl. v. 6. April 1839. C. 131) in Ansehung der Fristen zur Einlegung des Reverses der Appellation, der Revision, des Rekurses und der Nichtigerklärung wieder aufgehoben, und an deren Stelle den Betr. eine Verjährungsfrist von sechs wöchentlichen Fristen (also 12 wöchentliche Fristen)<sup>2)</sup>, so daß als Restitutionsfälle in Prozessen nur die Verabreichung anderer vom Gesetz oder dem Richter bestimmter Fristen<sup>3)</sup>, und die kürzeren Verjährungen, (s. nachstehend) übrig bleiben.

Verjährungsfrist.  
Die Regel läuft gegen Schulen nur eine Verjährung von 44 Jahren 29. ff, A. L. R. I. 9.<sup>4)</sup> Ausnahmen bestimmen in Betreff der Verjährung durch Nichtsgebrauch hauptsächlich:

1. C. v. 31. März 1838 wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen. C. 1838. C. 249.)

Mit dem Ablaufe von 2 Jahren verjähren die Forderungen: 1. öffentliche und Privat-Schul- und Erziehungs-, sowie der Pensionsanstalten aller Art für Unterhalt, Unterricht und Erziehung; 2. öffentlichen und der Privatlehrer hinsichtlich der Honorare, mit Ausnahme der bei den Universitäten und andern öffentl. Lehranstalten reglementarisch gestundet werden.

Rückstände an vorbebedungenen Zinsen, an Mieths- und Pachtrenten, Besoldungen, Alimenten, Renten und allen andern zu Zeiten wiederkehrenden Abgaben und Leistungen, es mag das im Hypothekenbuche eingetragen sein oder nicht, setzt §. 2. Nr. 5. die Verjährungsfrist von 4 Jahren fest.

Fristen fangen mit dem auf den Zahlungstermin folgenden Jahre an.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> das Register zum A. L. R. unter „Minderjährige“. — Eine R. D. v. 1814 (C. C. 1814. C. 8.) dehnte demgemäß die zu Gunsten der Minderjährigen gemachte Ausnahme von der damals den Grundbesitzern gewährten Verjährung gegen sie gerichteten Exekutionen (R. D. v. 17. Nov. 1813. C. 134) auch auf die Schulen aus.

<sup>2)</sup> die Ergänzung zu den angef. Gesetzstellen, insbes. Erl. des Ob. Trib. v. 1850 (Präj. 2261. Entsch. Bd. 20. C. 350, Striethorst Arch. Bd. 1. Frühere Erkenntnisse v. 13. Jan. 1845 u. 30. März 1843 hatten den Minderjährigen und Schulgemeinden die Verdoppelung der Fristen abgesprochen. Erkenntn. des Ob. Trib. v. 28. Aug. 1849 (Entsch. Bd. 17. C. 522. 1838. Bd. 18. C. 464).

<sup>3)</sup> gl. Ergänzung zu diesen §§. u. §. 546. l. c. und insbes. Erl. des Ob. Trib. v. 1840 (Entsch. Bd. 6. C. 252, wonach die 44jährige Verjährung nur in der gewöhnlichen, nicht auch an die der kürzeren tritt.

<sup>4)</sup> C. v. 15. April 1842 (C. C. 1842. C. 114) sind die dem C.

b) Die R. O. v. 6. Juli 1845 (G. S. 1845. S. 483) führt dieselben kürzern Verjährungsfristen für diej. Landestheile ein, in denen noch gemeines Recht gilt.

c) Das G. v. 18. Juni 1840 über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben (G. S. 1840. S. 140) ordnet neben den Fristen für Reclamationen, Rückzahlungen und Nachforderungen im §. 8. für Abgaben-Rückstände eine vierjährige Verjährungsfrist an, welche mit dem Ablaufe des Fälligkeitjahres beginnt, und dehnt im §. 14. alle diese Verjährungsfristen auf Kreis- und Gemeindelaften, sowie auf Abgaben zur Unterhaltung öffentlicher Anstalten aus. <sup>1)</sup>

d) Eine Zusammenstellung der übrigen kürzern Verjährungsfristen in Grävell, Besitz und Verjährung, S. 146, Bornemann, Civilrecht Bd. 2. S. 92, Thöne, Handb. Bd. 1. S. 442, sowie in den Ergänz. §. 500. N. L. R. I. 9.

### 3) Vorrechte im Konkurs. <sup>2)</sup>

a) Befreit von der Einlassung in den Konkurs sind nach §. 270. 1 G. O. I. 50, wie überhaupt die laufenden beständigen Lasten und Abgaben, welche von den zur Masse gehörigen Grundstücken zu entrichten sind, so auch insbesondere die nach eröffnetem Konkurs fällig werdenden Forderungen der Kirchen- und Schulbedienten an Zehnten oder sonstigen Deputat. <sup>3)</sup>

b) In die II. Klasse der Gläubiger werden Kirchen und Schulen angesehen

a) wegen zweijähriger Rückstände solcher zu ihrem Vermögen gehörenden beständig fortlaufenden Abgaben und Prästationen, welche nach Gesetzen und Verfassungen von allen Grundstücken gewisser Art, oder von allen Einwohnern einer gewissen Klasse in einem Orte oder Districte entrichtet sind: §§. 229—231. N. L. R. II. 11; §§. 357. 358. N. L. R. I. 50; Decr. v. 3. April 1838. (G. S. 1838. S. 254.) <sup>4)</sup>;

v. 31. März 1838 entgegenstehenden provinz. und statutarischen Bestimmungen aufgehoben.

1) Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ex capite minorennitatis bei der Verjährung von 44 Jahren durch §. 633. N. L. R. I. 9. und bei der Abgabenverjährung durch §. 11. des G. v. 18. Juni 1840 ausdrücklich ausgeschlossen. Ob sie gegen die Verjährungsfristen des G. v. 31. März 1838 hindere, ist controvers. Koch (Lehrb. S. 588. Note 6. Bd. 2. S. 230) läßt sie zu, das Ob. Trib. will sie im Erkenntniß v. 8. Juli 1852 (Präj. 2387. Gem. Th. 23. S. 104) und unter Bezugnahme auf die Gründe seines Erk. v. 3. Juli 1850 (Entsch. Bd. 6. S. 356) nicht gestatten. Vgl. auch das Erk. des Ob. Trib. v. 27. Nov. 1851 (Striethorst, Arch. Bd. 4. S. 115).

2) Bal. §. 66. N. L. R. II. 12. (von gelehrten Schulen u.): Medizinalgebliebenes Schulgeld, sowie bei gemeinen Schulen der zum Unterhalte des Lehrers zu leistende Beitrag, genießen, bei einem über das Vermögen der Gläubiger entstandenen Konkurs, das in der Konkursordnung näher bestimmte Vorrecht.

3) Daß auch alle Pfand- und Hypothekensforderungen von der Einlassung in den Konkurs frei und namentlich die letzteren in einem abgesonderten Subhastations- und Kaufgelderbelegungs-Verfahren zu befriedigen sind, ist durch die R. O. v. 18. Dec. 1840 (G. S. 1841. S. 4) vorgeschrieben.

4) Vergl. die Ergänz. zu den angef. §§. der N. G. O. Auch Renten und Kapitalien, welche bei Gemeinheitstheilungen oder Ablösungen an die Stelle der Vertheilungen treten, haben dies Vorrecht: §. 76. Gem. Th. O. v. 7. Juni 1841. §. 20. der Rhein. Gem. Th. O. v. 19. Mai 1851 (G. S. 1851. S. 377). §. 18. des Rentenbankges. v. 2. März 1850 (G. S. 1850. S. 115).

Ueber Ausdehnung dess. auf ältere Rückstände in Westphalen s. §. 116. (90.) der G. v. 21. April 1825 (G. S. 1825. S. 74. 94. 112).

1) wegen des Schulgeldes, welches Schulmeister sowohl in Städten als dem Lande für die Kinder des Gemeinschuldners aus dem letzten vor eröffnetem Konkurse zu fordern haben: §. 375. A. G. D. I. 50. <sup>1)</sup>  
 2) Auf die IV. (jezt. III.) Klasse haben Kirchen und Schulen

1) wegen der mehr als zweijährigen Rückstände von den sub b. α. Abgaben: §. 404. A. G. D. I. 50.

2) wegen der Defekte ihrer Administratoren im Vermögen derselben: A. R. R. II. 11; §. 405. A. G. D. I. 50. <sup>2)</sup>

3) Auf die V. Klasse endlich:

1) wegen beständig fortlaufender Grundabgaben, die aus besonderen Akten oder letztwilligen Verordnungen herrühren: §. 232. A. R. R. I.; §. 430. A. G. D. I. 50.

2) wegen aller Vorschüsse und Verbindlichkeiten aus Kontrakten mit Gemeinschuldner in dessen Vermögen: §. 233. A. R. R. II. 11; §. A. G. D. I. 50.

3) Abgabenbefreiungen. <sup>3)</sup>

a) Grundsteuer.

Nach den Bestimmungen des A. R. R. §§. 165., 174., 774—777. 1), waren Kirchen-, sowie Pfarr- und Küstergüter in der Regel von gemeinen Lasten des Staates frei. <sup>4)</sup> Diese Regel, zum wenigsten der Kirchengebäude betr. §. 174., galt nach dem Allegat im §. 18. A. R. R. (S. 318) auch für Schulen.

Die spätern Gesetze hielten diese Immunität, jedoch unter Einschränkungen aufrecht. <sup>5)</sup> So wurde dieselbe durch R. D. v. 21. April 1827 beibehalten durch G. R. des Min. der G. u. M. Ang. v. 28. Mai A. XI. S. 404) in Ansehung der Dienstgrundstücke der Geistlichen und Schullehrer bestätigt, <sup>6)</sup> mit der Maßgabe, daß sie auf die

Vorschüsse zum Studiren und Honorare für die, welche dem Gemeinwesen oder dessen Kindern, in Sprachen, Künsten und Wissenschaften Informationen haben, gehören in die VI. Klasse: §. 464. A. G. D. I. 50.

Nach einem Urtheil des Ob. Trib. (Revis. Erf. des Breslauer Depart. Bl. 6) der Bemerkung der Gesetzesrevisoren hängt dies Vorrecht nicht von einer bestimmten Art der Entstehung des Defekts ab, sondern nur von der Eigenschaft der Person. Vgl. die Ergänzung zum angef. §. 405. — Ein Erf. des Ob. Trib. 7. Sept. 1852 dehnt es auf alle Stiftungen aus, welche die wissenschaftliche oder gewerbliche Ausbildung bezwecken und unterstützen (Striethorst, Bd. 6. S. 288).

Ueber die Immunitäten der Lehrer vgl. das 3. Kap.

Vgl. Nr. 5. der dem Religions-Pat. v. 30. März 1847 beigefügten Zusatzstellung (G. S. 1847. S. 124).

Vgl. G. der Min. der Fin. und des J. v. 28. Febr. 1817 (A. I. S. 1. 3.), auch mit dem Datum 27. Febr. 1817 in A. XV. S. 109), welches auf einer R. D. v. 30. Jan. 1817 die bis 1806 bestandenen Immunitäten in jeder vereinigten Provinzen, in denen seit der Trennung eine Besteuerung der Kirchen und Schulgrundstücke stattgefunden, wieder einführt. Ferner R. des Min. der Fin. v. 14. April 1819, welches von dieser Exemption die im vormaligen R. Westphalen erst nach 1806 von Kirchen oder Schulen erworbenen Grundstücke ausschließt (A. III. S. 324).

3) Eigentliche, nicht bloß zum Gnadenjahr zu rechnende Wittthums-Grundstücke Grundsteuerpflichtig: R. der Min. der G. u. M. Ang. und der Fin. v. 30. Juli 1838 (A. XXII. S. 600).

Ueber die Entschädigung der Geistlichen und Schullehrer wegen des durch die Änderungen in Ansehung der Grundsteuer seit dem J. 1806 an ihrem Einkommen erlittenen Verlustes ergingen zwei R. D. v. 10. Jan. 1837 a) für die wies-



übrigen Grundstücke der Kirchenkorporationen und Schulanstalten nicht auszudehnen sei. Dann erklärte die Grundsteuer-V. für die Prov. Posen v. 14. Okt. 1844 (G. S. 1844. S. 601) im §. 18. sub b., außer den Dienstgrundstücken, auch die Gebäude nebst den in der Befriedigung enthaltenen Hofräumen und Gärten für grundsteuerfrei und eine ähnliche Bestimmung gab das Grundsteuergesetz für die westl. Prov. v. 21. Jan. 1839, §. 6. Nr. 2, §. 10. Nr. 2. (G. S. 1839. S. 32.)<sup>1)</sup>

Gegenwärtig verordnet hierüber das G. v. 24. Febr. 1850, betr. die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen:

§. 2. Ausgenommen von der Bestimmung des §. 1. (von der Verpflichtung zur Grundsteuer) bleiben diej. Grundstücke, welche dem Staate, den Provinzen, den Kreisen oder den Gemeinden gehören, insofern sie zu einem öffentlichen Dienst oder Gebrauche bestimmt sind, insonderheit also: a.

e) die Diensthäuser a. der Gymnasial-, Seminar- und Schullehrer.

f) Bibliotheken, Museen, Universitäts- und alle andern zum Unterricht bestimmten Gebäude; u.

Die Grundsteuerfreiheit der unter e bis g aufgeführten Gebäude erstreckt sich auch auf die dazu gehörigen, mit ihnen in derselben Befriedigung gelegenen Räume und Gärten.

(G. S. 1850. S. 62.)

b) Kommunal-Auflagen.<sup>2)</sup>

Während die ältern Städteordnungen von 1808 (§§. 26 ff.) und 1831 (§§. 35 ff.) die Exemptionen von der Verpflichtung zu den Gemeindebelasten möglichst zu beschränken und zu beseitigen suchten<sup>3)</sup>, enthielt die Gemeindeordn. v. 11. März 1850 (G. S. 1850. S. 214) die in §. 7 v. 21. Jan. 1839 §§. 7—9. aufgeführten Grundstücke (vgl. sub a.) freibefreit, so weit sie es bisher gewesen. Die neue Städte-Ordn. v. 11. März 1853 für die sechs östlichen Prov. der Pr. Monarchie geht noch weiter und bestimmt:

§. 4. Die im §. 2 des G. v. 24. Febr. 1850 (G. S. 1850. S. 62) bezeichneten ertragsunfähigen, oder zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmten Grundstücke sind nach Maßgabe der R. D. v. 8. Juni 1834<sup>4)</sup> (G. S.

der vereinigten Landestheile der Rheinprovinz und Westphalens (G. S. 1837. S. 41) b) für die vormals zum Herzogth. Warschau und für die sächsischen vormaligen preussischen Landestheile (G. S. 1837. S. 5.); dazu Instr. v. 6. Mai 1837 (G. S. XXI. S. 401).

1) Ueber die Grundsteuer von der Landdotation s. o. S. 766 und die in der Note angef. R. D. v. 28. April 1843.

2) Ueber die persönlichen Gemeindeabgaben der Lehrer s. das 3. Abt. des Abschn. 1.

3) Doch gaben schon verschiedene B. Ausnahmsbestimmungen, so betr. die v. 17. März 1833 (M. XVII. S. 116) wegen der Dienstgrundstücke (dazu R. D. v. 8. März 1840 (M. VI. t. i. B. 1840. S. 85); §. 35. der Westphal. Gemeindeordn. v. 31. Okt. 1841 (G. S. 1841. S. 303); §. 31. der Rhod. Gemeindeordn. v. 23. Juli 1845 (G. S. 1845. S. 529). Vgl. auch das G. v. 24. Febr. 1817 (oben S. 773 Note 5.) und dazu R. v. 24. Jan. 1823 (M. I. S. 94), welches den Pächtern von Pfarreländereien die Befreiung versagt, während das R. v. 26. Juli 1835 (Ann. XIX. S. 769) speziell hinsichtlich der Befreiung ausführt, daß die Befreiung nicht den Erbpächtern, wohl aber den Pächtern zu Gute komme.

Die Befreiung der Pfarreländereien von den Kosten der Landwehrverpflichtung, als einer Kreis-Kommunallast ist im R. v. 11. Sept. 1835 (Ann. III. S. 771) ausgesprochen.

4) „Woselbst dergl. Grundstücke von den Kommunallasten entbunden sind, ist es dabei sein Bewenden; woselbst sie dazu beitragen, verbleibt es bei dem Stande der bisher stattgefunden hat. Für die Zukunft dagegen — sollen bei neuen

§. 87), die Dienstgrundstücke der geistlichen, Kirchendiener und Elementarlehrer aber überhaupt von den Gemeindeauflagen befreit etc.

1. Portofreiheit.

1. G. des K. Gen. Postamts (Magler) v. 2. Juni 1835 an sämmtl. Anstalten, betr. die Portofreiheit in Schulsachen.

Die bisher bestandenen Verordnungen über Portofreiheit in Schulsachen, namentlich der Gymnasien, Schulen und Seminarien <sup>1)</sup>, sind bei der jetzigen Schulverwaltung nicht mehr ausreichend.

Um hierunter künftig ein allgemein gleichmäßiges Verfahren beobachtet werden, sind Verordnungen mit dem Min. d. G. u. u. Med. Ang. beschloffen worden, die Portofreiheit der obgedachten Anstalten in Betreff der Korrespondenz und Paketen von jetzt an, nach denselben Grundsätzen in Anwendung bringen zu lassen, welche mittelst des G. R. v. 14. Jan. 1822 <sup>2)</sup> hinsichtlich der Portofreiheit der Universitäten und deren Institute festgestellt worden sind.

Die Anstalten sind verpflichtet, zu öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken die Realverpflichtungen, die von dem Kommunalverbande vor der Erwerbung geleistet worden sind, ferner die Realverpflichtungen zu leisten. Naturalleistungen werden auf eine Geldrente nach dem Marktpreise der Erwerbung bestehenden Preisen berechnet. Persönliche Prästationen der Anstalten herigen Privatbesitzer darf die Gemeinde aber nicht weiter fordern. Auch die Verpflichtung des Fiskus oder der betr. Anstalt auf die Erwerbung von Grundstücken ist beschränkt, und nicht auf Grundstücke bezogen werden, die mit Gebäuden verbunden sind, wie beispielsweise bei der Anlage von Festungswerken, Chaussees etc.

In der Rheinprov. soll nach den Bestimmungen der daselbst bestehenden Verordnungen nach wie vor verfahren werden.

Dahin gehören:

Das G. des Oberkons. v. 14. Juni 1804 an alle Inspektoren etc. der Rurschulen, welches Schulen bei Ein- und Rücksendung ihrer Rechnungen die Portofreiheit bewilligt (Nabe, Bd. 8. S. 87);

Das Gen. G. des K. Gen. Postamts v. 13. Sept. 1825, welches (§. 15.) die Anstalten zur Prüfung der Sicherheit zu versendenden Hypothekeninstrumente daselbst (N. IX. S. 633, vgl. Publ. der Reg. zu Oppeln v. 3. Sept. 1825. S. 643);

Das Gen. G. d. d. v. 22. Dec. 1834, welches sub Nr. 3. wegen der Aufhebung der Anstalten zu versendenden Staatspapiere dasselbe verfügt (N. XVIII.

Des Weiteren sind wegen der Portofreiheit für einzelne Anstalten und Vereine besondere Anordnungen ergangen, wie z. B. in der Provinz Schlesien „Anordnungen über die Portofreiheit der Schullehrer-, Wittwen- und Waisen-Sachen und Gelder“ G. v. 29. Dec. 1834 (N. XVIII. S. 352).

Dieses N. VI. S. 42 abgedruckte G. R. des Gen. Postamts bestimmt:

Die Korrespondenz dieser Institute, insoweit sie ihre eigenen Angelegenheiten betrifft, allein ihr eigenes Interesse betrifft, wird unter der Bezeichnung „allgemeine Anstalts-Sache“ portofrei befördert. Bei den abzusendenden Sachen genügt die Anfertigung des Dienststempels, bei den ohne Dienststempel eingehenden, wenn das sendende Postamt Zweifel hat, das gleichmäßig bestempelte Attest des Direktors oder Vorstehers des betr. Inst. zum Anerkenntnis der Portofreiheit.

Alle Gelder, die aus K. Kassen oder aus den Fonds der säkularisirten Anstalten an die Universitäten und deren Institute gesandt werden, sind portofrei — jedoch die an einzelne Empfänger gerichtete — vielmehr bleibt es deren Pflicht, die Kosten der Beförderung bei den Kassen, auf welche sie angewiesen sind, zu erheben, oder die Kosten der Beförderung zu übernehmen. Ebenmäßig müssen Zahlungen aus den Kassen und Instit.-Kassen aus diesen selbst erhoben werden, und bleiben die Beförderungen dieser Art portofrei.

Bei Paketversendungen wird an jedem Posttage ein Gewicht von 20 Pfd. befördert, jedoch das Gewicht der von verschiedenen Orten oder von verschiedenen Absendern abgegangenen Pakete nicht zusammengerechnet.

Weiter erklärt das G. die Portofreiheit für ausgeschlossen:

wenn die Korrespondenz, Geld- oder sonstige Beförderung die Verwaltung

In Betreff der Geldsendungen <sup>1)</sup> in diesen Angelegenheiten, soll sich die Portofreiheit dagegen außer auf Zahlungen aus K. Kassen an die Anstalten, auch auf diejenigen von Kommunen, erstrecken, für beide Fälle jedoch nur in so fern, als die Gelder für das allgemeine Interesse der Anstalten, und nicht für einzelne Individuen bestimmt sind. Sendungen der letzteren Art bleiben der Portopflichtigkeit unterworfen.

Die Bestimmung des G. N. v. 9. Mai 1817 <sup>2)</sup> über die Portofreiheit ist von den Provinzialbehörden für Kirchen, Schulen oder andere milde Zwecke an zuschreibenden Haus- und Kirchen-Kollektengelder, bleibt daneben in voller Kraft und Gültigkeit.

(Ann. XIX. S. 669; auch als Nr. 7. des Gen. Circ. v. 23. Mai 1825 i. S. 376.)

b) Hierzu bemerkt das Gen. C. dess. 5. Dec. 1836 sub Nr. 5.:

daß diese Portofreiheit in Schul Sachen auf Sendungen zwischen den Schulanstalten und Buchhandlungen zc. wegen Anschaffung von Büchern und andern dergl. Gegenständen keine Anwendung findet, weil diej. Fonds, aus denen die Anschaffung stattfindet, event. auch für das betref. Porto aufkommen müssen, und überdies in artige Sendungen durch Benutzung der Orts- oder nächsten Buchhandlungen in der Regel ganz zu vermeiden sind.

(N. XX. S. 874.)

c) Erl. des Min. für Handel zc. (v. d. Heydt) v. 26. Nov. 1851 wegen Bewilligung der Portofreiheit für die Korrespondenz zwischen den K. Sem. und den Superint., Schulinsp. und Ortsbehörden, soweit dabei die Ausübung des Oheraufsichtsrechts des Staats in Betracht kommt.

Auf den Antrag des Min. der G. U. u. N. Ang. habe ich mich damit verstanden erklärt, daß die Korrespondenz zwischen den K. Seminarien und den Superint., Schulinspekt. und Ortsbehörden über Führung und Verhalten der Zöglinge, über Einberufung zu Aspiranten und anderen Prüfungen, sowie Mittheilungen über Seminar-Verhältnisse und über Bedingungen der Aufnahme; in Schul- und Freisch.-Angelegenheiten; insgl. in Betreff der abzuhaltenden pädagogischen Lehrkurse; sowie Mittheilungen allgemeiner Anordnungen und Vorschriften über die Seminarbildung; und endlich Programme für Schulmänner und Präparandenbildner; insoweit dabei die Ausübung des Oberaufsichtsrechts des Staats in Betracht kommt, unter öffentlichem Siegel und dem Rubrum: „Herrschaftliche Schul-Sache“ portofrei befördert werde.

Dagegen darf bei der Korrespondenz in obigen Angelegenheiten, welche

ihres Grund- oder Kapitalvermögens betrifft oder daraus entspringt. Dies gilt auch in Hinsicht eines jeden dabei angestellten Individui, dergl. Privatpersen, die mit jenen Behörden in eigenen Angelegenheiten verkehrt, namentlich bei Ankäufen aus den Bibliotheken oder sonstigen Einrichtungen.

Zum Schlusse wird den Postbehörden empfohlen, statt der bei Vermuthung des Mißbrauchs nachgelassenen Ver- oder Nachtaxirung des Portos, besond. Klärung zu verlangen und nöthigenfalls Anzeige an das Gen.-Postamt zu erstatten. In der Regel sollen jedoch die Bescheinigungen der betr. Universitäts- oder Behörde hinreichen.

Val. B. des Gen. Postamts v. 17. Nov. 1846 (Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 226), sowie über die Kontrollirung portofreier Rubriken die B. des Min. für Handel zc. v. 22. Okt. 1849 (ib. 1849. S. 234) und über die Bestrafung des Mißbrauchs: §. 35. Nr. 5., §. 43. des Postges. v. 5. Juni 1852 (G. S. 1852 S. 354) und G. N. der Min. des J. und der F. v. 16. Jan. 1854 (Min. Bl. d. i. B. 1854. S. 22, Staatsanz. S. 449).

1) Ueber die Portofreiheit der bei der Bank belegten Gelder s. o. S. 755 sub c.

2) Das angef. G. N. beruht auf einer K. D. von 4. Mai 1817 (N. I. d. i. B. S. 122), val. B. des Min. für Handel zc. v. 12. Juni 1850 (N. Bl. d. i. B. 1850. S. 228).

Sem. mit Privatpersonen zu führen haben, die Portofreiheit ebensowenig angewendet werden, wie bei der Korrespondenz in reinen Privat-Angelegenheiten der Höf-linge und bei den Sendungen, welche sich auf Lieferungen für den Bedarf der Sem. beziehen. Die Letzteren sind angewiesen worden, nach Analogie der Bestimmung im §. 183. der Uebersicht der Portofreiheits-Verhältnisse <sup>1)</sup> bei dem Abschluß von Lieferungs-Kontrakten den Lieferanten die Tragung des Porto für alle das Lieferungs-Geschäft betreffende Korrespondenzen und Sendungen zur Pflicht zu machen.

Die Zulässigkeit der Portofreiheit bei der Korrespondenz und den Sendungen der Sem. ist in der Folge nach vorstehenden Bestimmungen zu beurtheilen.

(Min. Bl. v. l. W. 1852. S. 324.)

d) In Sachen, die nach den vorstehenden Bestimmungen portopflichtig bleiben, macht das Min. der G. U. u. W. Ang. möglichste Sparung am Porto zur Pflicht: G. R. v. 18. Juli 1839. (N. XVII. S. 540.) <sup>2)</sup>

### 6) Gerichtskostenfreiheit. <sup>3)</sup>

Hierüber bestimmt das G. v. 10. Mai 1851, betr. den Ansat und die Erhebung der Gerichtskosten. <sup>4)</sup>

§. 4. Von der Zahlung der Gerichtskosten sind befreit: 1c.

2) alle öffentliche Armen-, Kranken-, Arbeits- und Besserungsanstalten, ferner Waisenhäuser und andere milde Stiftungen, in sofern solche nicht einzelne Familien oder bestimmte Personen betreffen, oder in bloßen Studienstipendien be-

3) alle öffentliche Volksschulen;

4) alle öffentliche gelehrte Anstalten und Schulen, Kirchen, Pfarreien, Rüst-  
stellen 2c., jedoch nur in soweit, als die Einnahme derselben die etatsmäßige Aus-  
gabe, einschließlich der Besoldung, oder des statt dieser überlassenen Nießbrauchs,  
nicht übersteigen, und dieses durch ein Attest der dens. vorgeordneten Behörden oder  
Oberrn bescheinigt wird. Insofern aber in Prozessen oder andern Rechtsangelegen-  
heiten ders. solche Ansprüche, welche lediglich das zeitige Interesse ders., welchen  
die Nutzung des betr. Vermögens für ihre Person zusteht, zugleich mit verhandelt  
werden, haben letztere, wenn sie sich nicht etwa zum Armenrecht qualifiziren, die  
auf ihren Theil verhältnismäßig fallenden Kosten zu tragen; 2c.

§. 6. Die Kostenfreiheit entbindet nicht von der Bezahlung der neben den  
gewöhnl. Kostensätzen noch besonders vorkommenden baaren Auslagen, und der  
unter diese zu rechnenden, für Lokaltermine anzusetzenden Gebühren. <sup>5)</sup> (§. 24.  
Pr. G. v. 4. §. 61, und §§. 65—67. des Tarifs).

(G. E. 1851. S. 623).

1) Diese Uebersicht ist in den offiziellen Sammlungen nicht abgedruckt.

2) Das hierdurch den Reg. mitgetheilte R. des Just. Min. v. 23. Mai 1839  
heißt, bei Reinschriften, wo möglich statt ganzer nur halbe Bogen zu verwen-  
den, Abschriften auf die leeren Seiten der Reinschrift zu bringen, zum Verschlus  
Konverte und keinen Siegellack, sondern Oblaten zu brauchen, und überhaupt  
Nachen auf Briefpapier und mit möglichster Raumersparniß zu schreiben.

3) Früher war nur den unvermögenden Schulen Sportelfreiheit zugestanden:  
R. des Min. der G. U. u. W. v. 29. Jan. 1827 (N. XI. S. 102)  
v. 15. Juni 1840 (N. Bl. v. l. W. 1840. S. 225).

4) Vgl. den Entwurf des G. und die Motive: Just. R. Bl. 1849. S. 114.  
146.

Auf diejenigen Angelegenheiten, deren Bearbeitung besondern Behörden über-  
tragen ist, namentlich bei General-Kommissionen, dem Revis. Kolleg., Schiedsmän-  
nern, Schöffengerichten, findet das Ges. keine Anwendung: §. 2. Vergl. G. R.  
Just. Min. v. 28. Okt. 1852 (Just. R. Bl. 1852. S. 378.)

5) Vergl. Instr. des Just. Min. v. 10. Sept. 1851 (Just. Min. Bl. 1852.  
114).

7) Stempelfreiheit.<sup>1)</sup>

Zunächst erklärte

a) die Dekl. v. 27. Juni 1811 (G. S. 1811. S. 313) im §. 4. für stempelfrei:

2) Alle Angelegenheiten der Kirchen, Armenanstalten, Waisenhäuser, mütterlichen Stiftungen, Schulen, Universitäten etc.

b) Das Stempelgesetz v. 7. März 1822 (G. S. 1822. S. 57) befiel: diese Befreiung bei, indem es im §. 3. bestimmte:

i) Die bis jetzt gesetzlich bestehenden Befreiungen des Fiskus, besonderer Anstalten, Gesellschaften und Personen von gewissen Stempelabgaben dauern vorerwähnt noch fort, mit Vorbehalt künftiger Untersuchung und Entscheidung darüber.

c) Eine vorläufige Entscheidung ist durch eine R. D. v. 16. Jan. 1827 (mitgetheilt durch Publ. der Reg. zu Breslau v. 20. Juni 1827, N. XI. S. 384<sup>2)</sup>) gegeben, welche bis auf Weiteres die Bestimmung der Dekl. v. 27. Juni 1811 nicht nur bestätigt, sondern dieselbe auch theils auf Zurendungen durch Schenkungen und letztwillige Verordnungen, anderntheils auf die neu- und wiedererworbenen Provinzen ausdehnt.

## Zweites Kapitel.

## Schul-Einkünfte.

So viel bekannt, ist unter den Volksschulen keine einzige vorhanden, welche ihre Bedürfnisse aus den Einkünften ihres Vermögens befriedigen könnte. Man mußte deshalb von jeher ihnen noch andere Mittel zuführen und dies geschah entweder durch Schulgeld, indem man bloß diejenigen belastete, welche die Schule für ihre Kinder benutzten, oder durch Schulbeiträge, welche theils als eine selbstständige Auflage, theils als Zuschlag zu andern Steuern, von der ganzen Schulgemeinde eingezogen wurden. Das Letztere wurde schon im A. L. R. (§§. 29. 33. Th. II. §. 12. S. 319) als die Regel aufgestellt, und sollte nach Art. 25. der Staatsverfassung (S. 233), welcher, unter Verpflichtung der Gemeinde und eventuell des Staates zur Unterhaltung der Volksschule, unentgeltlichen Unterricht in derselben verheißt, gegenwärtig der einzige Modus zur Beschaffung der Schulbedürfnisse sein. Indessen hat das Schulgeld sich noch wie vor erhalten.<sup>3)</sup> Es sind daher hier die Vorschriften über die

1) Die bisher von den Gerichten eingezogenen Stempel in Prozeßsachen, Hypothekensachen etc. sind gänzlich weggefallen, nur bei Handlungen freiwilliger Umkehrbarkeit werden noch Werth- und Ausfertigungsstempel erhoben: §. 15. des G. v. 10. Mai 1851 u. §. 24. Nr. 1. §. 32. des Tarifs de eod. (G. S. 1851. S. 631. 640. 642.)

2) Und nochmals durch R. des Min. des J. u. d. P. v. 17. Dec. 1830 (L. XIV. S. 750). Eine weitere definitive Entscheidung ist nicht erfolgt. Die Befreiung erstreckt sich übrigens nach dem Schlusse des §. 3. des Stempelgesetzes auf Privatpersonen, mit welchen die Schulen etc. Verträge eingehen. Bei allen zweiseitigen Verträgen der Art soll jedesmal die Hälfte des Stempels für den Vertrag, und für die ausgefertigten Ueberexemplare dess. außerdem noch der ganze Stempel entrichtet werden.

3) Vgl. das G. R. v. 6. März 1852 im folg. Kap.



ng des Schulgeldes sowohl, als der Schulbeiträge, über die Beitreibenden derselben durch administrative Exekution, und endlich über einige sonstigen Hülfsmittel zur Beschaffung der Kosten der Volksschule zusammenzufassen.

**Schulgeld.** (§§. 7. flg. des Gen. Landschulregl. von 1763, s. oben in Th. I. S. 65.)

Das Schulgeld ist seiner Natur nach eine Remuneration des Lehrers für den von ihm erteilten Unterricht, indessen hat es, seit der Staat sich mit dem Schulwesen mehr annahm, vieles von dem Charakter einer Schulabgabe erhalten. Die allgemeinen Grundzüge seiner Regulirung und Erhebung sind in dem G. R. v. 6. März 1852 Nr. 3. und 4. (s. im folg. angegeben).

#### 1) Erhebung des Schulgeldes.

Den Reg. ist laut §. 18. pos. f. der Dienstinstr. v. 23. Okt. 1817 (in Th. I. S. 270) die Regulirung des Schulgeldes übertragen. In Folge sind darüber eine große Anzahl von Verordnungen einzelner Regierungen vorhanden<sup>1)</sup>, und in diesen die Fristen und sonstigen Modalitäten der Einziehung verschieden bestimmt. Meist wird das Schulgeld jährlich, praenumerando<sup>2)</sup>, nach einer vom Lehrer aufgestellten Liste, den Schulzen oder Gemeindeempfänger erhoben<sup>3)</sup>, und demnächst der Inhalt der Quotation ganz oder theilweise an den Lehrer abgeliefert.)

z. B. Publ. der Reg. zu Münster v. 8. Juli 1818 (Amtsbl. 1818. S. 10 und 11. Juni 1821 (Amtsbl. 1821. S. 180); der Reg. zu Arnberg v. 27. April 1821 (Amtsbl. 1821. S. 292); der Reg. zu Aachen v. 26. Febr. 1822 (Amtsbl. 1822. S. 77); der Reg. zu Merseburg v. 14. Febr. 1832 (Amtsbl. 1832. S. 47); sämmtlich in Fürstenthal, Bd. 3. S. 597 ff.; Publ. der Reg. zu Berlin v. 27. April 1836 (Amtsbl. 1836. S. 98, Kam. Zeit. S. 360); der Reg. zu Düsseldorf v. 30. Okt. 1825 §§. 13. ff. (s. oben S. 576 ff.) Vgl. auch die Dienstinstr. v. 30. Juni 1764 u. Cirk. v. 31. Dec. 1768 in H. Simon's Recht v. Schlesien S. 24 Note 1.

1) Bei Wegzug der Eltern vom Schulorte wird das Schulgeld nicht erstattet, v. Min. des J. v. 15. Aug. 1835 (N. XIX. S. 708). Vgl. Publ. der Reg. zu Berlin v. 13. Mai 1828 (s. o. S. 563).

2) Vgl. §. 289. des Prov. R. für Elbsfeld (S. 172). — Der Landrath zu Elbsfeld, welche sich der Einziehung des Schulgeldes weigern, in Strafe nehmen und sie nöthigenfalls exekutivisch dazu anhalten: B. der Reg. zu Köln v. 1. April 1817 (Amtsbl. 1817. S. 149, Fürstenthal, Bd. 3. S. 597).

3) Ueber die Erhebung des Schulgeldes durch die Lehrer selbst vgl. §§. 21. ff. der Reg. zu Düsseldorf v. 30. Okt. 1825 (s. o. S. 576). Der Landrath soll den Lehrer dabei unterstützen: B. des Konf. zu Köln v. 27. März 1817 (Amtsbl. 1817. S. 123, Fürstenthal a. a. O.).

4) Ueber die Stempelfreiheit der Quittungen s. das folg. Kap. II. 7. Ueber die Verwendung der Schulgeldüberschüsse zu Gratifikationen II. 6., und über die Unzulässigkeit des Rechtsweges wegen quotationsmäßiger Ansprüche auf Schulgeld I. 8.

In letzterer Beziehung sprach sich ein im Liegnitzer Amtsbl. mitgetheiltes Min. Decret v. 21. April 1823 dahin aus, daß ein Lehrer K. für die durch Anlegung einer neuen Schule ihm entzogenen Kinder keine Entschädigung fordern könne, da es höchst zweifelhaft sei, ob er den ihm verbleibenden 150 Kindern zweckmäßigen Unterricht zu erteilen im Stande sein werde, und das Schulgeld keine fixe Summe werden dürfe, die der Lehrer auch dann zu fordern berechtigt sei, wenn er den Unterricht unmöglich gehörig erteilen könne.

Die Verf. der Reg. zu Breslau v. 13. Nov. 1834 setzte fest, daß künftig in

## 2) Schulgeldsätze.

Dieselben sind §§. 7. flg. des Gen. Landschulregl. von 1763 bestimmt (s. oben in Th. I. S. 65, vergl. §§. 15. flg. des kathol. Schulregl. für Schlessen von 1801, s. oben in Th. I. S. 152).

Dazu erging

das Publ. der Reg. zu Liegnitz v. 5. Dec. 1825, betr. die Schulgeldsätze.

Auf die Anfragen:

„wie es mit den drei reglementmäßigen Schulgeldsätzen von 6, 9 und 12 Pf. (1 Gr.) Brandenburgisch, welche nach Einführung des neuen Münzfußes  $7\frac{1}{2}$ ,  $11\frac{1}{2}$  und 15 Pf. (1 Sgr. 3 Pf.) Preussisch betragen, gehalten werden solle, um eines Theils die Brüche von  $7\frac{1}{2}$  und  $11\frac{1}{2}$  zu vermeiden, andern Theils die Lehrer hierbei nicht zu benachtheiligen?“

hat das Min. d. G. u. u. Med. Ang. mittelst R. v. 30. Okt. d. J. angeordnet, daß anstatt des Mittelsatzes von 9 Pf. Brandenburgisch oder  $11\frac{1}{2}$  Preussisch, von nun an 1 Sgr. entrichtet werde. In die Stelle der vorgenannten drei Schulgeldsätze von 6, 9 und 12 Pf. treten nunmehr die von 7 Pf., 12 Pf. (1 Sgr.) und 15 Pf. (1 Sgr. 3 Pf.) Preussisch, welcher letzte Satz einem Sgr. nach dem römischen Münzfuße vollkommen gleich kommt.

Um jedoch den vielen Beschwerden zu begegnen, wozu die 3 abgestuften Sätze zum Nachtheil des Schulzweckes schon so oft Anlaß gegeben haben, wird es am zweckmäßigsten sein, wenn — wie es an vielen Orten schon jetzt der Fall ist — das wöchentliche Schulgeld nur nach einem einzigen und zwar Mittelsatze, ohne Rücksicht auf die Klasse, in welcher sich das Kind befindet, entrichtet wird. 1) Da, wo das gedachte wöchentliche Schulgeld noch besteht, empfehlen wir vornehmlich bei neuen Anstellungen der Lehrer diese zweckmäßige Anordnung der Schulgeldentrichtung nach dem Mittelsatze von 1 Sgr.

(A. IX. S. 1031.)

Das oben (S. 779) angef. G. R. v. 6. März 1852 erkennt übrigens an, daß die vorstehenden Schulgeldsätze den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, und fordert die Reg. zur Erhöhung derselben auf. 2)

## 3) Besondere Vorschriften über die Zahlung des Schulgeldes.

Unter diesen, welche theilweise schon in den sub 1. angeführten umfassenderen B. enthalten sind, bilden die nachstehenden noch den Gegenstand einzelner Verfügungen.

a) Das Schulgeld ist auch für versäumten Unterricht zu zahlen.

Publ. des Konf. zu Königsberg v. 4. Sept. 1817.

Es ist vorzüglich an Orten, wo das Schulgeld nicht vierteljährlich, sondern wöchentlich gegeben wird, doch auch zuweilen an jenen, die Frage entstanden, ob die Eltern und Vormünder auch für die verabsäumte Zeit den Lehrern das Schul-

den Votationen für Schullehrer das Anrecht auf das Wochenschulgeld nur bis zur Höhe des von 100 Kindern aufkommenden Betrags, jedoch ohne Anspruch auf Gewährung des vollen Betrags bei einer Minderzahl von Kindern, angegeben, und der Genuß eines Mehrbetrages nur, so lange nicht die Anstellung eines Hülfes Lehrers erfolge, eingeräumt werde. H. Simon. Schulrecht v. Schlessen, S. 67. 68.

1) Vgl. das Merseb. Publ. v. 12. Nov. 1822 (s. o. S. 633. 639).

2) Schon in den ältern B. der einzelnen Reg. kommen abweichende Bestimmungen der Schulgeldsätze vor.

Daß Verträge des Lehrers darüber für den Amtsnachfolger und andere Gemeinden ohne Konsequenz bleiben, daß wenn auf diese Weise Naturallieferungen substituiert sind, die Reg. bei Streitigkeiten dennoch stets auf das volle Schulgeld entscheidet, sowie observanzmäßige Naturallieferungen neben dem Schulgelde zu entrichten bleiben, sprach die Reg. zu Köslin in den B. v. 18. Juni 1817 und 25. Febr. 1818 (Amtsbl. 1818. S. 207. S. 55, Fürstenthal a. a. D.) aus.

geld zu entrichten verbunden seien? Diese Frage ist aber schon im Jahre 1763 <sup>1)</sup> dahin entschieden, daß Eltern und Vormünder auch für die Zeit, wo sie die Kinder von der Schule abhalten, das Schulgeld unweigerlich zu entrichten haben.

Vormünder sollen für die Zeit, wo sie die Mündel von der Schule abhalten, das Schulgeld zahlen, ohne es ihnen anrechnen zu dürfen. Dasselbe findet an solchen Orten statt, wo ein besonderes Holzgeld bezahlt wird. Auch für schulpflichtige Kinder, die den ganzen Winter über die Schule versäumen, muß letzteres unweigerlich bezahlt werden.

Die sämmtlichen betröff. Behörden werden daher angewiesen, die Eltern und Pfleger, wo Ermahnungen der Prediger nicht helfen, durch Zwangsmittel zur Ordnung anzuhalten, auf Antrag des Pfarrers oder dessen, der die jährliche Schulvisitation hält, in die gesetzliche Strafe zu nehmen und bei einer Sache, an der dem Staate so viel liegt und liegen muß, allen Ernst und die hier nothwendige Strenge zu beweisen.

(A. I. S. 3. S. 90.)

b) Wegfall des Schulgeldes in Krankheitsfällen. <sup>2)</sup>

Hierüber bestimmen:

α) A. des Min. der G., U. u. M. Ang. v. 28. Juli 1827 an die R. Reg. zu Merseburg.

Das Min. kann die R. Reg. mit Ihrer Anfrage im Ver. v. 6. d. M. in Betreff der Entrichtung des Schulgeldes in Krankheitsfällen der Schulkinder nur auf die Verf. v. 2. Febr. 1824 u. 17. Jan. d. J. und auf die in dens. entwickelten Grundsätze des A. L. R. verweisen, durch dessen Bestimmungen die ihnen entgegenstehenden älteren V. aufgehoben werden. Eine Zwangsgerechtigkeit der Schulen findet hiernach, wie in den vorbezeichneten Verf. weiter ausgeführt, und namentlich im §. 7. Th. II. Tit. 12. des A. L. R. bestimmt ausgesprochen ist, gesetzlich nicht Statt, und es kann mithin von denj. Eltern, deren Kinder Krankheits halber die Schule nicht besuchen können, das Schulgeld eben so wenig gefordert werden, als von solchen, die für den Unterricht ihrer Kinder durch deren Besuch einer auswärtigen Schulanstalt, oder auf anderm Wege, als durch den Schulbesuch überhaupt, Sorge tragen. Den besorgten Mißbräuchen unter vergl. Verwänden muß durch die Kontrolle der Ortsbehörde und durch Bestrafung der hierbei wirklich sich ergebenden Versäumnisse begegnet werden. Wie aber der Verlegenheit der Schullehrer bei sonstigem Ausfalle am Schulgelde abzuhelpen sei, ist in den vorbezeichneten Verf., die sich auf die bereits bestehenden Gesetze gründen, und zu deren Befolgung es also keiner neuen gesetzlichen Vorschrift weiter bedarf, ebenfalls genügend gezeigt worden. <sup>3)</sup>

(Meigebaur S. 139.)

β) Insbesondere bei ansteckenden Krankheiten, A. dess. Min. v. 3. Aug. 1831.

Es ist eine Verf. der R. Reg. zur Kenntniß des Min. gebracht worden, wonach dieselbe der Ansicht ist, als könne ein Schullehrer, im Fall wegen vorhandener ansteckender Krankheit die Schule geschlossen werden muß, für den ihm entstehenden Ausfall am Schulgelde gar keine Entschädigung fordern. Das Min. nimmt

1) Gen. Landschulregl. §. 10. (f. ob. S. 66). Vgl. A. v. 22. Nov. 1790 (S. 283) und §. 338. des Magdeb. Prov. A. (f. ob. S. 168). Eine V. der Reg. zu Breslau v. 25. Juli 1821 (Amtsbl. 1821. S. 310, Fürstenthal Bd. 3. S. 599) bestimmt, daß das Schulgeld auch für die Ferienzeit entrichtet werde, dagegen der Lehrer verpflichtet sei, Kindern, die die Schule auch in den Ferien besuchen wollen, Unterricht zu ertheilen.

2) Vergl. das 1. Kap. im vor. Abschn. sub III. 5. u. 6. Jedoch verlangt die Verf. der Reg. zu Breslau v. 8. Sept. 1828 (Amtsbl. 1828. S. 253) das Schulgeld auch bei Krankheiten.

3) Die angef. Verf. sind nicht gedruckt. Vergl. indessen das A. v. 30. Okt. 1827 (f. o. S. 285) in fine; f. auch §. 19. des Düsseld. Publ. v. 30. Okt. 1825 (f. o. S. 577).

hiervon Veranlassung, die K. Reg. hierauf aufmerksam zu machen, daß, wenn auch in solchem Falle die Eltern zur Erlegung des Schulgeldes nicht angehalten werden können, doch, sobald der Lehrer einen so bedeutenden Verlust an seiner Einnahme erleidet, daß seine Subsistenz gefährdet wird, von der Gemeinde demselben eine nach dem Ermessen der Behörde zu bestimmende Entschädigung gewährt werden müsse zc.

(Meigebaur S. 139.)

c) Das Schulgeld muß so lange bezahlt werden, als der Schulbesuch dauert, also nöthigenfalls auch über das 14. Lebensjahr hinaus. Vergl. das 5. Kap. des vor. Abschn., §. 46. N. L. N. II. 12. (f. o. S. 320), B. der Reg. zu Münster v. 3. Okt. 1821 (Amtsbl. 1821. S. 287. — Fürstenth. S. 599), Publ. der Reg. zu Merseburg v. 24. Juli 1838 (Sam. Zeit. 1838. S. 341).

4) Befreiungen vom Schulgeld.

Vergl. Befreiungen treten für arme und Soldatenkinder ein, haben aber nicht zur Folge, daß das Schulgeld gänzlich in Wegfall käme, sondern nur daß ein anderer Verpflichteter (die Gemeinde, der Militairfond) dasselbe an Stelle der betr. Eltern entrichtet. <sup>1)</sup>

a) Das Schulgeld für arme Kinder wird dem Lehrer nach einer besondern Liste aus der Armen- oder der Gemeindefasse gezahlt: §§. 8. 9. Gen. Landschulregl. von 1763 (f. oben in Th. I. S. 66); §. 38. des kath. Schulregl. für Schlessen von 1765 (f. oben in Th. I. S. 138); Publ. der Reg. zu Köln v. 20. Juli 1820 (N. IV. S. 541); Publ. der Reg. zu Düsseldorf v. 30. Okt. 1825 §. 26. (f. oben S. 578); N. v. 18. April 1831 (f. u. sub II. 1.); §. 43. der Schulordn. für die Prov. Preußen (f. oben in Th. I. S. 110). <sup>2)</sup>

b) Schulgeld für Militairkinder.

a) E. N. des Min. der G., II. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 13. Jan. 1831 an sämmtl. K. Reg., betr. die Bestimmung und Aufbringung des Schulgeldes für die Kinder aktiver Unteroffiziere und Soldaten.

Aus der, im abschriftl. Auszuge angeschlossenen A. R. D. v. 12. Nov. 1819 (a.) und dem gleichfalls abschriftl. beigefügten Concluso des K. Staatsmin. v. 25. Jan. v. J. (b.) wird die K. Reg. erschen, was Sr. Maj. der König in Betreff des Schulgeldes für die Kinder aktiver Unteroffiziere und Soldaten zu bestimmen geruhet haben, und was darauf Seitens des K. Staatsmin. beschlossen worden ist.

Es bleibt hiernach der K. Reg. überlassen, Sich über den Betrag des, in der Garnison, wo die Benutzung einer Civilschule für die Soldatenkinder erforderlich ist, zu zahlenden Schulgeldes bis zu dem Saze von jährlich zwei Thln. mit dem K. General-Commando zu einigen. Eine mäßige Erhöhung dieses Sazes kann zwar für einzelne Garnisonen, wo örtliche Umstände sie nöthig machen, eintreten, Seitens der Militair-Verwaltung ist solche inzwischen von der speziellen Genehmigung des K. Kriegsmin. abhängig gemacht worden. Insofern daher in solchen Fällen eine mäßige Erhöhung jenes Sazes etwa nicht erlangt werden sollte, die K. Reg. aber darauf bestehen zu müssen glaubt, hat dieselbe deshalb die Vermittelung des unterz. Min. in Anspruch zu nehmen.

1) Ein E. des Oberkons. v. 14. Nov. 1771 an die Kurmärkischen Anst. bestimmte jedoch: „daß die Schulmeister auf dem Lande, die mit einem ziemlichen Gehalte versehen sind“, die notorisch armen Kinder umsonst unterrichten sollten. (N. C. C. V. S. 461. Rabe, Bd. 1. Abth. 4. S. 212.)

2) Eine B. der Reg. zu Trier v. 9. Febr. 1827 (Amtsbl. 1827. S. 37. — Fürstenth. Bd. 3. S. 602) will außerdem von den in der 12. oder 11. Klasse der Klassensteuer Angesezten Schulgeld nur für 2 resp. 3 Kinder erheben, und den Betrag für etwa mehr vorhandene Kinder ebenfalls aus der Gemeindefasse getreuen wissen.

Anl. a.

Der Kriegsmin. hat Mir den Beschluß des Staatsmin. v. 4. Dec. v. J. zur Genehmigung vorgelegt, wonach eine Verpflichtung der Kommunen zur Gewährung des unentgeltlichen Schulunterrichts für die Soldatenkinder nicht vorhanden ist, und aus Billigkeits- und Dienstrücksichten befürwortet wird, außer den durch Meine D. v. 27. Nov. 1809 <sup>1)</sup> berechtigten Altverheiratheten, von den Neuverheiratheten im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit, noch sämmtlich dienstthuenden Unteroffizieren und den in den letzten Kriegen, oder als Folge ders. invalide gewordenen Soldaten der Garnison- und Invaliden-Kompagnien das Benefiz des freien Schulunterrichts für ihre Kinder zu gewähren. Wenn nun einerseits die allgemein gesetzliche Verpflichtung besteht, dafür zu sorgen, daß die Soldatenkinder, sowie die Kinder aller andern Unterthanen, Schulunterricht erhalten, andererseits aber, nach der Meinung des Staatsmin., die Kommunen zur Gewährung des freien Schulunterrichts für die Soldatenkinder nicht verpflichtet sind, dem Soldaten aber von seinem Solde unter keinen Umständen Abzüge gemacht werden dürfen, so finde Ich Mich veranlaßt, in dieser Beziehung Folgendes zu bestimmen:

- 1) der Militairfonds soll nicht allein den bis jetzt nur berechtigten Altverheiratheten, sondern auch, im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit, sämmtlichen im aktiven Dienst sich befindenden neuverheiratheten Soldaten, vom Feldwebel abwärts, des stehenden Heeres, mit Einschluß der Garnison- und Invaliden-Kompagnien und der servisirberechtigten Festungs-Unterbeamten, das Benefiz des freien Schulunterrichts für ihre Kinder gewähren.
- 2) Um zu diesem Benefiz zu gelangen, haben die Kommandeure der Truppen die Bedürftigkeit der Soldaten in gehöriger Art nachzuweisen.
- 3) Die Kinder, für welche hienach Schulgeld aus dem Militairfonds bezahlt wird, müssen sich in der Garnison ihrer Väter aufhalten; ausgenommen, wenn sie bei Verlegung einer Garnison- oder Invaliden-Kompagnie den Vätern etwa nicht gleich in die neue Garnison haben folgen können.

Ich überlasse dem Staatsmin., nach diesen Bestimmungen das Weitere einzurichten, und nur in dem Fall, daß sich etwa erhebliche Schwierigkeiten bei der von Mir verfügten Ausdehnung des Benefizes des freien Schulunterrichts der Soldatenkinder ergeben sollten, sehe Ich dem gutachtlichen Berichte desselben entgegen.

Berlin, den 12. Nov. 1829.

Friedrich Wilhelm.

An

an das Staatsministerium.

Anl. b.

Conclusum

des K. Staatsministeriums.

In der an das Staatsmin. ergangenen A. R. D. v. 12. Nov. 1829 haben S. Königs Maj. zu bestimmen geruht, daß in der Sache nur dann noch Seitens des Staatsmin. ein weiterer Ber. zu erstatten sei, wenn sich etwa erhebliche Schwierigkeiten bei der von S. Maj. verfügten Ausdehnung jenes Benefizes ergeben sollten.

Da nach den gewechselten Volis dergl. Schwierigkeiten nicht vorhanden sind, vereinigt sich das Staatsmin. zu der Ansicht:

daß zu einer Berichterstattung an des Königs Maj. keine Veranlassung ist, vielmehr die Bestimmungen der A. R. D. v. 12. Nov. 1829 zur Ausführung zu bringen sind, und zwar mit der Maßgabe, daß diej. servisirberechtigten Festungs-Unterbeamten, Unteroffiziere und Soldaten, als der Wohlthat bedürftig anzusehen, die außer ihrem Solde kein Vermögen besitzen, und die auch weder selbst, noch deren Frauen ein Gewerbe oder eine Nahrung treiben, wodurch sie in den Stand gesetzt werden, die Unterrichtsgelder für ihre Kinder selbst zu bezahlen.

Behufs der weiteren Anordnungen sollen dem Kriegsmin. beglaubigte Abschrif-

1) G. G. 1810. S. 614; Rabe, Bd. 13. S. 853. Dadurch wurden alle Begünstigungen der Frauen und Kinder verheiratheter Soldaten auf die vor dieser R. D. Verheiratheten eingeschränkt.



ten der A. R. D. v. 12. Nov. 1829 und dieses Conclasi brevi manu übergeben, und eben so den mittelbar bei dem Gegenstande interessirten Min. der G., M. u. H. Ang., des J. und der Fin. mitgetheilt werden.

Berlin, den 25. Jan. 1830.

K. Staatsministerium.

Frhr. v. Altenstein. v. Schuckmann. Gr. v. Lottum. Gr. v. Bernstorff.  
v. Hake. Gr. v. Dandelman. v. Noß.

(A. XV. S. 94.)

β) G. R. dess. Min. v. 17. Dec. 1835 an sämmtl. K. Kous. und Prov. Schulkolleg. in vers. Ang.

In Folge des §. 5. der zur Ausführung der auf den Schulunterricht der Militairkinder sich beziehenden Bestimmungen der Militair-Kirchenordnung unterm 27. Sept. 1834 erlassenen Instr., wornach die Berechtigung zum freien Schulunterricht nur vom Anfange des sechsten bis zum Ablauf des vierzehnten Lebensjahres dauern soll, wird nach einer Mittheilung des K. Kriegsmin. von mehreren Seiten das Schulgeld für alle diej. Militairkinder, deren Konfirmation erst einige Monate noch vollendetem 14. Jahre erfolgt, bis zur geschehenen Konfirmation in Anspruch genommen.

Wenn gleich sich nun mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der meisten Schulkassen und des Einkommens der Lehrer die Befreiung der Schüler, welche der Konfirmation wegen die Schule noch nach dem 14. Jahre besuchen müssen, nicht ohne Weiteres verfügen läßt, so hat doch das K. Kous. und Prov. Schulkolleg. dahin zu wirken, daß bei der Ueberweisung der Militairkinder an die Civilschulen jedesmal ein Abkommen getroffen werde, wornach für die wenigen Monate, während welcher einzelne Militairkinder nach zurückgelegtem 14. Jahre wegen der noch nicht vollzogenen Konfirmation die Schule noch besuchen müssen, ein Schulgeld nicht gefordert werde.

(A. XIX. S. 1013.)

γ) Das G. R. des Kriegsmin. v. 16. Mai 1836 bestimmt hinsichtlich der nach der A. D. v. 19. Mai 1834 (A. XVIII. S. 591) aus den Invaliden-Kompagnien ausscheidenden Invaliden, daß ihnen das gewöhnliche Schulgeld für ihre Kinder fortzugewähren sei, und zwar unter folgenden Maaßgaben:

a) die Zahlung der Schulgelber erfolgt bis nach zurückgelegtem 14. Lebensjahr der Kinder.

b) Wird der Vater versorgt, ehe die Kinder das 14. Lebensjahr erreicht haben, so hört die Zahlung mit dem 1. des Mon. auf, in welchem der Vater in den Genuß des Gehalts seiner neuen Stelle tritt.

c) Bei dem Absterben des Vaters wird die Zahlung nur noch für den nächsten Mon., welcher auf den Sterbemonat folgt, geleistet.

d) Wenn ein Kind während der Schulzeit erkrankt, kann die Zahlung auch für die Dauer der Krankheit den Lehrern oder resp. Schulen geleistet werden.<sup>1)</sup>

(A. XX. S. 454.)

## II. Schulbeiträge.

Die gemeinrechtliche Regel ist Aufbringung des Schulbedürfnisses durch fixirte Beiträge aller Mitglieder der Schulgemeinde: §§. 29—33. A. L. R. II. 12. (s. v. S. 319).<sup>2)</sup>

1) Der übrige Theil des R. enthält Vorschriften über die Kinderpflegesitten und den Servis.

Gensdarmen und überhaupt Beamte sind vom Schulgelde nicht befreit: s. u. sub II.

2) Vergl. §. 2. und 3. des R. v. 23. Jan. 1796 an die Reg. zu Thorn, die Einrichtung protestantischer Kirchspiele betr., wo es, nachdem im §. 2. die Par-

# 1) Einführung der Schulbeiträge an Stelle des Schul-

des.  
Dieselbe gehört zur Kompetenz der Reg. (§. 18. der Instr. v. 23. 1817, s. o. S. 270) und ist von jeher, namentlich bei vorkommenden Uebesezungen der Schulstellen anempfohlen gewesen.<sup>1)</sup> In diesem Sinne

a) das R. des Min. der G., u. u. R. Ang., Unterrichts-Abth. (Minus) v. 18. April 1831 an die R. Reg. zu Magdeburg, betr. die bringung und Repartition der Schulbeiträge.

Der Ver. der R. Reg. v. 24. Jan. c., betr. die Verpflichtung der Stadt S., Schulgeld für die armen, die Schule zu Gr. besuchenden Kinder von der Kostenstraße zwischen beiden Orten und F. zu bezahlen, zeigt in mehrfacher Hinsicht eine nicht ganz richtige Ansicht von den bei Unterhaltung der öffentl. Elementar-Schulen, in specio bei Dotation ihrer Lehrerstellen, eintretenden rechtlichen Umständen, zu deren Erläuterung das Min. Folgendes bemerkt:

1) Wenn der Lehrer an einer solchen Schule zu seiner Subsistenz ganz oder theilweise auf die Erhebung von Schulgeld angewiesen ist, so wird ihm dadurch zwar allerdings in der Regel keine bestimmte Summe des Einkommens garantirt, da vielmehr das Schulgeld, als eine nur für die Unterrichts-Ertheilung an die wirklich die Schule besuchenden Kinder, von den Eltern ders. zu zahlende Remuneration, in seinem Gesamtertrage von der Zahl der überhaupt vorhandenen Kinder, und demnachst auch von ihrem Schulbesuche abhängt, in welcher letzterer Hinsicht den Eltern nirgend im Gesetze die Freiheit beschränkt ist, dafern sie nur überhaupt für einen ordnungsmäßig zureichenden Unterricht ihrer Kinder sorgen, im Uebrigen nach ihrem Ermessen sich der häuslichen Information oder jeder ihnen zusagenden Privat- oder öffentlichen Schulanstalt zu bedienen. Dagegen hat aber der Schullehrer in der Regel, und so weit nicht besondere ausdrückliche Bestimmungen bei seiner Anstellung ein Anderes verordnen, für jedes seinen Unterricht wirklich besuchende Kind allerdings einen Anspruch auf das Schulgeld, und ist in der Regel nicht verbunden, den Kindern unvermögender Eltern seiner Seits den Unterricht unentgeltlich zu ertheilen. Das Schulgeld für dieselben muß vielmehr nöthigen Falls, da Elementar-Unterricht gesetzlich jedem Kinde verschafft werden muß, und mithin zu den unerläßlichen Bedürfnissen der Erziehung gehört, als ein Theil der Armenpflege aus den betr. Armen- oder sonstigen allg. Korporations- oder Kom-

auch der Schulen, den Kirchengemeinden, in Städten unter Heranziehung verschiedener Kammereien, auferlegt ist, im §. 3. heißt:

Die Sustentation der Prediger, Kirchen und Schulanstalten muß princ. auf irte Geld- oder Naturalbeiträge der Gemeinen fundirt werden. Nur in extraordinären Fällen, wo die Etablirung eines Kirchensystems evident nothwendig, und zugleich erhellet, daß die Gemeinde das dazu erforderliche Quantum, ohne Erschöpfung aufzubringen nicht im Stande sei, kann auf eine ebenfalls temporäre Unterstützung bei Unserer Allerh. Person angetragen werden.

(Rabe, Bd. 3. S. 244.)

1) Schon im Bresl. G. v. 31. Dec. 1768 geschah dies. (H. Simon, Schulr. Schles. S. 25 i. d. Note). Demnachst wurde in Schlessen durch die Kam. B. v. 29. Dec. 1796 auf den R. Amtsdörfern statt des Schulgeldes ein fixirter Beitrag festgesetzt, und für kath. Schulen durch das Regl. von 1801 §§. 18. 19. (s. o. in Th. I. S. 151) allgemein eingeführt. Die Bestimmungen dieses

Landes wandte der Staat auch auf die evang. Schulen in seinen Domainendörfern an. Endlich wurde durch den Prov.-Landtagsabsch. v. 22. Febr. 1829 (N. XV. 178) die Anwendung der §§. 10—29. des ged. Regl. auf evang. Schulen allgemein genehmigt, mit der Maassgabe, daß nur bei Aufbringung des baaren Geldes und des Deputats an Brennholz Seitens der Domänen mit  $\frac{1}{4}$  und von Seiten der Schulgemeinden mit  $\frac{1}{4}$  konkurriert werde. Vergl. H. Simon, a. a. O. S. 54 ff.

munalfonds, und bei deren Erschöpfung durch Zuschüsse der theilhaftigen Gemeinden aufgebracht werden. Damit stimmen auch die von der K. Reg. selbst bereits allegirten V. des Gen. Landeschulregl. von 1763 und der Magdeburgischen Kirchenordn. überein, welcher letzteren Bestimmung übrigens wegen Entnehmung des Armen-Schulgeldes aus dem Kirchen-Veraric, als Zwangs-Verbindlichkeit des letztern, nur da Platz greift, wo nach vorausgesetzter diesfälliger Verfassung der Kirchenfonds zugleich mit zur Armenpflege bestimmt ist. Da im vorliegenden Falle, so viel die bisherigen Verordnungen der K. Reg. ergeben, dergleichen Verfassung nicht vorliegt, sondern in den theilhaftigen Ortschaften die Armenpflege aus dem Kommunalfonds bestritten wird, so wird der Magistrat zu N. N. sich der Gewährung des Schulgeldes für die nach Gr. zur Schule gehenden Kinder unvermögender Eltern aus dem betr. Theile der Kolonie nicht entbrechen können, und wenn er auch den Rechtsweg dagegen versuchen sollte, doch inmittelst zur Entrichtung der Zahlungen, als einer schulbigen öffentl. Last, von Verwaltungswegen anzuhalten sein. Will er jenen Kindern den Unterricht in der Kreis- oder in der S. selbst anweisen, so kann dies, bei vorausgesetzter praktischer Ausführbarkeit nach den Lokalumständen, in so weit gestattet werden, als die theilhaftigen Eltern ihrer Seits damit einverstanden sind, sonst aber nicht, da die Eltern, als Mitglieder der Schulgemeinde von Gr., einen der so begründeten Anspruch auf Benutzung gerade der dortigen Schule haben, als sie andererseits sich mit Zuweisung des freien Unterrichts für ihre Kinder in dieser ihrer Schule, ohne Berechtigung auf eine ihrerseits etwa anders zu treffende Wahl, würden zufrieden stellen müssen. Eine Abänderung hierin könnte nur durch anderweitige Regulirung des Schulbezirks überhaupt erfolgen, falls nach den Suppositionen des § 18 Litt. k. der Reg. Jahr von 1817 <sup>1)</sup> die Ortschaften sich unter Genehmigung der K. R. dazumal vereinigen, oder die Lokalumstände ein zum Einschreiten von Oberrathswegen veranlassendes, wirkliches Bedürfnis solcher Abänderung bezeugen.

- 2) Die Aufbringung der Schulunterhaltung, und insbes. der Lehrer-Bezahlung durch Schulgeld, ist aber seit Publikation des A. L. R. überhaupt nicht mehr die eigentliche gesetzmäßige Einrichtung, sondern es soll der Verfassung gemäß der Bestimmungen §§. 29. sq. Th. II. Tit. 12. A. L. R. <sup>2)</sup> die fixirte Beiträge sämtlicher Hausväter des Orts oder resp. Schulkreis nach Verhältnis ihres Vermögens- und Nahrungsstandes aufgebracht werden. Eben daher kommt es auch, daß das Landrecht keine Bestimmungen wegen Aufbringung eines Zuschusses aus Armenfonds für Kinder unvermögender Eltern enthält, da zu den vielfachen Vorzügen dieser vom Landrecht vorgeschriebenen Einrichtung unter andern auch der gehört, daß die an dem allemal auf ein billig angemessenes Quantum nach den jedesmaligen Verhältnissen festzusetzende Dotation der Lehrstellen überall durch das entsprechende Verhältnis der Schulfrequenz nicht alterirt, für Beschaffung des Unterrichts der Kinder unvermögender, mithin bei Vertheilung der Beiträge außer Ansatz bleibender Eltern, schon von selbst durch die Beiträge der übrigen Gemeindeglieder mitgeserzt, und der von der K. Reg. richtig angeregte, bei der Schulgeld-Einrichtung aber in der Regel nicht zu beseitigende Uebelstand vermieden wird, daß erst besonders der Armenfond und zwar leicht möglicher Weise zu einem in der eigentlichen Nothwendigkeit gar nicht beruhenden Gewinne, für den vielleicht durch das Schulgeld der zahlungsfähigen Eltern schon mehr als zureichend salarirten Lehrer beizutreten muß. Wenn diese gemeinrechtlich bestimmte Einrichtung bisher wenig zur Anwendung gekommen ist, so liegt der Grund daran, daß ihre Ausführung eine für jeden Ort nach Prüfung der vorliegenden Verhältnisse besonders vorzunehmende billige Festsetzung des Schuleinkommens und Ausschreibung der Beiträge hiernach auf die Hausväter erfordert. Es hin nach der Natur der Sache nur einzeln und allmählig damit verfahren

1) s. oben S. 271.

2) s. oben S. 319.

ten werden kann, und bis dahin an jedem Orte die früher bestandene Einrichtung, namentlich die gewöhnliche des Schulgeldes, noch einstweilen hat beibehalten werden müssen. Das Min. ist auch nicht gemeint, die Sache etwa dem Fortschreiten in solchem allmählichen Gange, der vielmehr dafür auch der allein vortheilhafte ist, entziehen zu wollen, da namentlich dabei auch auf die größtentheils noch geringe Qualifikation der aus älterer Zeit noch im Dienste befindlichen Schullehrer vorsichtige Rücksicht genommen werden muß, bei denen es nicht der Billigkeit gemäß wäre, die Gemeinden mit einer solchen Salairung, wie sie als bleibende Dotation der Lehrerstelle nach den Anforderungen jetziger Zeit festgesetzt werden müßte, schon gegenwärtig beschweren zu wollen, so daß vielmehr in der Regel mit der Regulirung nur bei neuer Besetzung der Stellen am vortheilhaftesten einzuschreiten ist. Inzwischen giebt außerdem auch noch sonst jeder Fall eine angemessene Veranlassung dazu, wo die bisherige Einrichtung des Schulgeldes, sei es wegen Unzulänglichkeit dess. zur nothwendigen Subsistenz des Lehrers, wegen zu häufiger Ausfälle an dems., Streitigkeiten darüber, oder aus irgend einem sonst eintretenden Grunde, sich für den Zweck eines genügenden und sichern Unterhaltes der Schule nicht mehr zureichend findet; die Gemeinden können sich solchen Fällen der Einführung fixirter Beiträge in der oben gedachten Weise, als der eigentlich gesetzl. Einrichtung, niemals widersetzen, und das Min. kann der K. Reg. in Rücksicht ihrer überwiegenden Zweckmäßigkeit die Förderung dieser Einrichtung bei allen solchen Veranlassungen nur auf das Entschiedenste empfehlen. Denn, wie schon erwähnt, hat sie einerseits den Vorzug, daß das Schuleinkommen dadurch auf ein sowohl in seiner Zulänglichkeit an sich, als in seiner prompten Erhebung, vielmehr gesichertes Quantum gesetzt, insbes. der Schullehrer in eine von Zufälligkeiten oder von Launen der Gemeinden unabhängige Lage gebracht, und allen den gehässigen Verwickelungen und Streitigkeiten entzogen wird, in die ihn die meistens doch für ihn unentbehrliche Verfolgung seiner Schulgeldforderungen gegen säumige oder minder vermögende Eltern fast überall mehr oder minder zu führen pflegt. Dagegen hat andererseits die Schulgemeinde den Vortheil eines auch an ihrem Theile feststehenden, nur auf das wirkliche Bedürfniß nach billiger Abmessung begrenzten Quanti der Schul-Unterhaltungslast, einer Sicherstellung insbes. gegen diej. öfters sehr schwierigen Verwickelungen, welche bei zunehmender Frequenz der Schule bis zu einem die Vermehrung des Lehrpersonals erfordernden Umfange, durch die alsdann in der Regel hervortretenden Ansprüche des älteren Lehrers wegen des bisher, von ihm allein bezogenen Schulgeldes zu entstehen pflegen, und einer auch an sich selbst viel leichteren Aufbringung des Schulbedürfnisses. Denn was die K. Reg., diesem entgegen, von einer besorglichen Ueberlastung der zahlungsfähigen Gemeindemitglieder durch die Uebertragung der unvermögenden anführt, kann das Min. sowohl nach der Berechnung a priori, als auch nach den überzeugendsten Resultaten der aus andern Reg. Bez. schon vorliegenden praktischen Erfahrung, nur für ungegründet erklären, und die K. Reg. mit aller Sicherheit auf die Probe eigenen praktischen Versuches verweisen. Es stellt sich vielmehr dadurch, daß erstens durch die Heranziehung aller Hausväter der Schulgemeinde, ohne Rücksicht auf schulbesuchende Kinder, die Kontribuentenzahl meistentheils beträchtlich vermehrt, daß zweitens die Last nach einem viel billigeren und zweckmäßigeren Repartitionsfuße, als dem rein zufälligen der Kinderzahl, unter ihnen vertheilt, daß dabei drittes kein dergl. absoluter Beitragsfuß, wie das Schulgeld, sondern ein für jede einzuschätzende Klasse freier, mithin auch die zur Zahlung des bisherigen Schulgeldes unvermögenden Eltern doch noch mit dem etwa in ihren Kräften stehenden niedern Quanto heranziehender Satz genommen, und daß endlich viertens die Beitragslast, statt der sonstigen Beschränkung auf die Schulzeit der Kinder, für jeden Kontribuenten auf die ganze Dauer seiner Existenz als Hausvater in der Schulgemeinde vertheilt wird, der jährliche Beitrag für jedes Gemeindemitglied allemal in ein so mildes Verhältniß, daß er namentlich mit dem oft so drückenden Schulgelde in gar keine Vergleichung zu bringen ist, und kaum für die wohlhabendsten Haushaltungen dasj. Quantum zu erreichen pflegt,

was an Schulgeld für die gewöhnliche Durchschnittszahl schon Kinder einer Familie, von den Eltern auch aus der mindest nur eben noch über der absoluten Zahlungs-Unfähigkeit stehen gensklasse hat aufgebracht werden müssen. <sup>1)</sup>

Auch für den vorliegenden Spezialfall empfiehlt hiernach das Reg. die anscheinend eben hier sehr angemessene Einführung der Landfassung in Erwägung zu nehmen, und nach Befinden dazu die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

(N. XIX. S. 700.)

b) Vergl. N. v. 30. Okt. 1827 (S. o. S. 285); N. v. 24. (unten sub 4.); Art. 3. 5. u. 7. des Regul. v. 29. Aug. 1831 in Th. I. S. 129) <sup>2)</sup>; §§. 38. flg. der Schulordn. für die Prov. (S. o. in Th. I. S. 110).

c) Gegenwärtig steht das Schulgeld mit der durch Art. 25. d. Verfassung (S. oben in Th. I. S. 233) verheißenen Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule in Widerspruch. Das G. R. des N. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 6. März 1852 (S. im folg. Kap. jedoch dessen „sorgfältigste Konservirung.“ <sup>3)</sup>

2) Verpflichtung zu den Schulbeiträgen.

a) Die Kosten des Elementarschulwesens sind keine Kommunal-, sondern eine Soziallast des Schulbezirks. <sup>4)</sup> Dies sprechen aus

α) N. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Altenstein) Sept. 1838.

Auf den über die Beschwerde der Ackerbesitzer der Feldmark N. von ihnen geforderten Beiträge zu den Schulbaukosten unterm 5. April 1838. wird der R. Reg. zum Bescheide gegeben, daß das Min. nicht, als ob die Kosten für das Schulwesen zu den Kommunallasten gehören könnten, einverstanden sein kann. Die Frage ist neuerlich in einer Kommunikation des R. Min. des J. u. d. B. erörtert, und diesseits dabei ausgeführt, daß die Kosten des Elementarschulwesens keine Kommunal-, sondern eine Soziallast des Schulbezirks seien. Das A. L. R. bestimmt zwar im §. 34 Th. II., daß die Unterhaltung der Schulgebäude und Schulmeistergehälter

1) Daß bei einer Fixation dem Lehrer mindestens so viel gewährt werden müsse, als er an reglementsmäßigem Schulgelde genieße, und daß niedrigeren Fixationen wieder aufgehoben werden können, bestimmte auf Grund min. Befehl des R. der Reg. zu Breslau v. 28. März 1824. H. Simon, Schles. S. 67.

2) Vergl. die Pommerschen Prov. Landtagsabsch. v. 15. Dec. 1829 V. (N. XI. S. 840) und v. 14. Febr. 1830. I. 3. (N. XIV. S. 654) R. D. v. 15. Aug. 1833 (Vergl. S. 444).

3) Der Westphäl. Prov. Landtagsabsch. v. 8. Juni 1839. II. 39. S. 753) hatte bereits auf diesf. Antrag für den Reg. Bez. Arnberg die Unterhaltung des Schulgeldes, wo es herkömmlich und ausreichend, gestattet.

4) Da in der Regel die Schul- und die politische Gemeinde zusammenfallen, so ist es erklärlich, wenn in andern B. es oft den Anschein hat, als ob die Schulunterhaltung lediglich als Kommunallast betrachtet. So fordert das G. R. v. 12. Sept. 1820 (Meigebaur S. 117) die Gemeinden auf, bei Ermittlung der Schulkosten nach §. 13. des G. v. 30. Mai 1820 über die Einrichtung des Abg. (G. S. 1820. S. 134) zu bedenden Bedarfs, die für das Unterrichtsbedürfnis erforderlichen Zuschüsse nicht zu übersehen. Auch der Preuß. Prer. Befehl v. 4. Jan. 1830. II. 23. (N. XIV. S. 236) erklärt die Schulkosten für eine „Obliegenheit der Ortsgemeinden“, wodurch jedoch, wie aus der Schulord. f. d. Prov. Preußen (S. o. S. 110) erhellt, keinesweges die Kosten der Kommune, in welcher die Schule liegt, eingeschränkt werden soll. Diese Weise ist auch Art. 25. der Staatsverfassung (S. o. S. 233) zu verstehen, vgl. sub 5. o. das G. R. v. 24. April 1842 Nr. 3. Vergl. unten sub 3.



ine Last getragen werden soll; aus dieser Bestimmung ist aber nicht zu  
 1, daß diese Last Kommunalsache sei. Das Landrecht bezeichnet die gedachte  
 altungspflicht nicht als gemeine Last schlechthin, sondern als gemeine, d. h.  
 ischaftliche Last aller zu der Schule gewiesenen Einwohner ohne  
 chied. Es handelt sich daher nicht von einer Kommunal-, sondern von einer  
 rochiaallast ähnlichen Sozietäts-Angelegenheit. Es werden daher für  
 1terhaltung der Schulen auch nicht den Kommunen bedeutende Lasten auf-  
 sondern nur denj. Mitgliedern der Kommune, welche und insofern sie Mit-  
 : der Schulsozietät sind.

Mit dieser Ausführung hat das R. Min. des J. u. d. P. unterm 23. Juli c.  
 esentlichen sich einverstanden erklärt, und hindert daher die R. Reg. Nichts,  
 erseits künftig ebenfalls zur Richtschnur zu nehmen, zumal das ged. R. Min.  
 eschwerde der Ackerbesitzer N. N. an das unterzeichnete Min., als zu dessen  
 tion gehörig, hat abgeben lassen.

N. XXII. S. 661.)

ß) R. des Min. der G., U. u. M. Anq. (v. Ladenberg) v. 13. Aug.  
 an die R. Reg. zu Münster, Minden, Arnberg und Düsseldorf.

Das R. Staatsmin. hat in Betracht, daß die in den vormalig fremdherrlichen  
 theilen, in welchen jetzt das A. L. R. für die Preussischen Prov. gilt, die  
 r Publikation nicht ausgeschlossenen Bestimmungen des Tit. 12. Th. II. dess.,  
 die Repartition und Erhebung der Schulunterhaltungskosten, volle Anwen-  
 leiden, und allen entgegen stehenden Konsequenzen der noch beibehaltenen  
 herrl. Kommunalverfassung um so gewisser derogiren, als das in diesen Lan-  
 allen bereits befolgte Prinzip der konfessionellen Trennung der Schulen der  
 lischen Gesetzgebung über die Schulbedürfnisse ganz unbekannt ist, <sup>1)</sup> und in  
 lung, daß die nahe bevorstehende Publikation der Westphälischen Landes-  
 ordn. für die Prov. Westphalen <sup>2)</sup> überdies die fremdherrl. Kommunalver-  
 aufheben und jeden Zweifel über die Nichtanwendbarkeit der fremdherrl.  
 ungen in Abticht der Repartition der Schulunterhaltungskosten beseitigen  
 e, durch das Konklusum v. 16. Juni c. die Ansicht ausgesprochen, daß die  
 phtl. Bestimmungen über Vertheilung und Erhebung der Schulbedürfnis-  
 e, nach welchen diese Kosten nicht eine Kommunal-, sondern eine dem Schul-  
 e obliegende Sozietätslast sind, zur Anwendung zu bringen, und die aus der  
 herrl. Kommunalverfassung hergeleiteten Bestimmungen als aufgehoben anzu-  
 sehen. Das unterz. Min. veranlaßt demnach die R. Reg., sich hiernach  
 als in vorkommenden Fällen zu achten, und wird Ders. hierbei auch noch  
 lücklich bemerkbar gemacht, daß, wenn gleich im Allgem. die Regulirung des  
 nstici dem status quo sich anschließt, doch in allen Fällen, in denen die bis-  
 Art der Aufbringung der Kosten auf allgem. Landesgesetzen beruhte, diese  
 ge Art kein Präjudiz für die Regulirung des Interimistiel begründen kann,

1) Ein Publ. der Reg. zu Trier v. 17. März 1824 führte, speziell hinsicht-  
 r Schulbauten, aus, daß nach dem G. v. 27. Brum. J. 3., der B. des  
 Regier. Kommissär Rudler v. 9. Floréal J. 6., dem G. v. 11. Frim. J. 7.  
 m G. v. 11. Floréal J. 5. der oder den zu einer Schule vereinten mehrer-  
 meinden die Unterhaltung obliege, und daß hieraus die Verpflichtung der  
 une folge, beim Vorhandensein verschiedener Konfessionen entweder für jede  
 chule zu halten, oder, wenn dazu die Anzahl der Kinder nicht hinreicht,  
 hargemeinde, zu deren konfessionsverwandten Schule dieselben deshalb ge-  
 werden müssen, einen verhältnißmäßigen Geldbeitrag zu leisten, dessen Höhe  
 tit. 22. 23. des G. v. 4. Therm. J. 10. abzumessen sei. (N. VIII. S. 836).  
 die folgende Note.

1) v. 31. Okt. 1841 (G. S. 1841. S. 297). Sie bestimmt §. 89., daß  
 was nach Festsetzung der Staatsbehörde für Kirchen, Schulen u. erfordert  
 die Gemeinde zu leisten verpflichtet sei. Dasselbe schreibt §. 86. der  
 Gemeindeordn. v. 23. Juli 1845 (G. S. 1845. S. 523) vor. Welche  
 rdeordn. sind übrigens gegenwärtig in einer Umgestaltung begriffen (s. oben  
 1. Note 1.)

vielmehr das Interimistieum nach der gemeinrechtlichen Vorschrift des A. I. oder der mit demselben wiederhergestellten Provinzialrechte zu reguliren ist.  
(Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 293.)

b) Wer ist im Schulbezirk zu diesen Beiträgen heranzuziehen?

Ob schon die §§. 29. 31. A. L. R. II. 12. (f. d. S. 319) nur von „sämmlichen Hausvätern“ des Ortes sprechen, so gelten dennoch auch verheirathete Haushalter als beitragspflichtig, da in den §§. 30. 34. der allgemeine Ausdruck „Einwohner“ als gleichbedeutend mit jener eingeschränkteren Bezeichnung gebraucht wird.<sup>1)</sup> Im Uebrigen soll zunächst Lokal- und Provinzialverfassung maßgebend sein.<sup>2)</sup>

A. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 24. Aug. 18 an die K. Reg. zu Magdeburg, betr. die Aufbringung und Repartition Schulbeiträge.

Der K. Reg. wird auf die im Ver. v. 22. Okt. 1832 vorgetragenen Punkte „über die Grundsätze, nach denen die Unterhaltung der Elementarschulen und vornehmlich die Aufbringung der Lehrerbefoldung regulirt werden soll“ hindurch eröffnet, daß dabei zunächst auf die bestehende provinzielle Verfassung allerdings zu sehen, und in jedem speziellen Falle der Lokal-Observanz, nach welcher die Unterhaltung bisher stattgefunden hat, zu folgen ist. Die Vorschriften des Landrechts sind nur da anzuwenden, wo die gütliche Regulirung in Aufbringung der erforderlichen Mittel Schwierigkeiten findet, und auf den gemeinrechtlichen Einrichtungs-Modus

„durch allgemein grundsätzliche Abschaffung des Schulgelbes und Einführung fixirter Beiträge in Form einer direkten Auflage“

1) Das Ob.-Trib. spricht sich in einem Erf. v. 7. Sept. 1848 (Rechtf. 4. S. 335) über den Begriff „Hausväter“ im angef. §. 28. h. L. in folgender Art aus:

Daß unter den sämmlichen Hausvätern jedes Orts, denen nach A. L. R. II. 12. die Unterhaltung der Schullehrer obliegen soll, deren Beiträge nach §. 31. ib. nach Verhältniß der Besitzungen und Nahrungen theilt werden sollen, so wie unter den zu einer Schule gewiesenen Einwohnern, denen die Unterhaltung der Schulgebäude und Schulmeisterbefoldung nach §. 34. obliegen soll, nur die angesessenen Wirthe gemeint seien, läßt sich nicht annehmen, und würde solches auf einem unbilligen Prinzip beruhen, da doch die unangesessenen Einwohner von der Schuleinrichtung eben so viel Vortheile zögen, wie die angesessenen. Gerade die Nebeneinanderstellung der Besitzungen und Nahrungen im §. 31. bewelse, daß Beides nicht identisch ist. Unter Nahrung werde hier offenbar der Umfang des Gewerbes verstanden, welches Nahrung gewährt. Wenn der §. 32. gegen Erlegung der Beiträge der Kontribuenten von Erlegung des Schulgelbes für ihre Kinder für immer die freie, so beziehe sich solches ebensowohl auf die angesessenen Wirthe, als auf die unangesessenen, da doch, wenn sie ihre Grundstücke veräußerten, oder den Ort verließen, die Beiträge cessirten, so daß „für immer“ so viel bedeuete, „so lange sie die Beiträge zahlen.“ Daß nach §. 33. die Guts herrschaften auf dem Lande ihre bedürftigen Unterthanen in Aufbringung der Beiträge unterstützen sollen, sei in Beziehung auf die nicht angesessenen Einwohner des Schulbezirkes außer Einfluß. Auch der §. 35. gebe keine Veranlassung, die Beitragspflicht auf die Angesessenen zu beschränken. Danach „trage das Recht einer fremden zugeschlagenen Gemeinde zur Unterhaltung der Schulgebäude halb so viel bei, als ein Einwohner von gleicher Klasse an dem Orte, an dem die Schule befindlich sei.“ In Beziehung auf §. 31. bildeten sich aber nicht Klassen je nach dem Umfange der Besitzungen und Nahrungen, also keineswegs nach dem Grundbesitze allein.

2) Ueber die Grundsätze, welche bei der Vertheilung von Kommunalbeiträgen rücksichtlich der Ortsobservanzen zu beobachten, enthält eine ausführliche Anweisung das G. A. des Min. des J. u. d. B. v. 20. Juli 1839. (A. XII. S. 128.)

en muß. Wer aber hiernach als zum Schulverbande gehörig mitzuzählen, und nach welchem Maaßstabe die Repartition vorzunehmen entscheiden auch zunächst wieder provinzuelle Verfassung und Lokals, wobei die Distrikte, welche einer fremden Zwischenherrschaft unterworfen, sich allerdings von den Provinzen, welche immer preussisch geblieben, unterscheiden, obschon im Allgem. die westphälische Herrschaft die Schul-Verhältnisse unberührt belassen hat.

Distrikten auf dem diesseitigen Elbufer, werden zu den Hausvätern nach dem im §. 29. Tit. 11. Thl. II. die Unterhaltung der Schullehrer ist, in der Regel nur die im gleichen Jurisdiktions-Verbande stehenden gerechnet, die sogen. Eximierten<sup>1)</sup> aber, und namentlich auch Ritter und Domainenkäufer etc., nicht darunter verstanden werden können. Vereinzelt ist die Guts herrschaft selbst als Patron der Schule zu speziellen Beiträgen für die Beschaffung des Lokals angezogen, sonst aber als unbetheiligt an der Sustentation der Anstalt angesehen. Anders verhält es sich in den Provinzen, welchen die französische Verfassung eine Zeitlang bestanden hat, in welchen dieser Zwischenregierung alle Vorrechte des Standes und des Grundeigenthums die sogen. Eximierten und den Grundbesitzer außerhalb des Gemeintheils gestellt, vertheilt sind. Diese vorgeschriebenen Verhältnisse hat die Preussische Regierung bis jetzt im Allg. konservirt, bloß einzelne Privilegien hergestellt, welche dem Grundbesitzer namentlich nur von Beiträgen zu solchen Gemeinbedürfnissen, von denen er keinen Nutzen zieht, wohin Schulanstalten aber offenkundig eingezeichnet werden können.

In Theilen der dortigen Prov. wird sich daher die Ansicht, daß Eximierte Domainenpächter, Domainenkäufer und Gutsherren außerhalb der Gemeintheile stehen und zur Unterhaltung der Schullehrer keine Beiträge zu leisten, nicht wohl rechtfertigen lassen, zumal schon in den Städten Anwendung eines ähnlichen allgem. Grundsatzes unabwieslich sein

bei der Repartition der Schulbeiträge anzuwendenden Maaßstab eine generelle Vorschrift geben, doch wird es den Orts-Vollzugsbehörden nicht schwer werden, das Heranziehen des Einzelnen nach seinen Verhältnissen zu dem Besitztum, das er hat, oder zu der Nähe, die er treibt, zu reguliren. Die Grund- und Klassensteuer braucht daselbst nothwendig als Repartitionsmaaßstab angelegt zu werden.

Es versteht es sich von selbst, daß in allen Fällen gegen derartige Vertheilung der Rechtsweg in soweit unverschränkt bleibt, als derselbe überhaupt eine Anklage nach Vorschrift der Gesetze zulässig ist.

(S. 705.)

andere Bestimmungen wegen der Kosten der Schulrevisio-

des Min. des I. u. d. P. (v. Brenn) v. 6. März 1832 an den Präf. von Westphalen.

eximierter Gerichtsstand existirt nicht mehr: §. 9. B. v. 2. Jan. 1849 (S. 3.). Vergl. übrigens sub 4. das R. v. 9. Dec. 1830.

dem auf Grund einer R. D. v. 21. April 1838 ergang. C. R. der Magdeburg v. 6. Dec. 1838 (N. XXII S. 924.) sollen insbes. die für Konzeptionen auskommenden Gebühren den Behörden zur Remuneration u. Schul-Ansichtsbeamten, namentl. der unbefoldeten Superint. u. in soweit überlassen werden, als sie nicht bisher schon für geistl. oder andere Zwecke bestimmt waren. — Eine B. des Konf. zu Danzig v. 9. Okt. 1840, auf Grund des R. der Min. des I. u. d. P. v. 31. Juli u. 2. Aug. 1840, den Schulinsp. Schreibmaterialien aus Kirchenmitteln. (N. I. S. 10.) Vergl. auch das R. des Min. des I. u. d. P. v. 30. Sept. 1840, in das Konf. v. Westphalen (Min. Bl. d. I. P. 1840, S. 225.) u. v. 4. Mai 1836 genehmigten Erläuterungen zur schuls. Gesetzgebung (N. XX. S. 604—609.)

Uw. haben im Ver. v. 11. v. M. darauf angetragen, die Kosten der Revisionen im Reg. Bez. Minden aus den Kommunalkassen bestreiten zu lassen.

Ich muß jedoch im Allg. den Grundsatz aufrecht erhalten, daß für die Seiten des Staats über die bürgerlichen Kommunen und die Erfüllung ihrer Pflichten zu führende Aufsicht den Kommunen keine Bezahlung angesetzt werden kann. Findet der Staat für nothwendig, besondere Schulinsp. anzusetzen, um die Schulen zu revidiren, so kann ich es nicht gesetzlich begründen, den bürgerlichen Gemeinden deshalb irgend eine Zahlung aufzulegen, und muß es sich dem Ermessen des R. Min. der geistl. u. Unt. Ang. überlassen, ob eine Verpflichtung der Schulgemeinden gesetzlich geltend zu machen sei.

Auf die Budgets der bürgerlichen Gemeinden ist aber irgend eine Ausfuhr für diesen Zweck um so weniger zu bringen, als des Königs Maj. wiederholt bestimmt anbefohlen haben, daß den Kommunen nichts angesetzt werden wozu sie nicht gesetzlich verpflichtet sind. <sup>1)</sup>

(N. XVI. S. 131.)

β) U. d. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 21. Sept. 1852, sammtl. R. Reg., betr. Bewilligungen aus den Kreis-Kommunalfonds zu Zweck öfterer Revisionen der Schulen.

Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß von einer Kreis-Versammlung in Monarchie der Beschluß gefaßt worden ist, dem Superint. des Kreises jährlich eine Summe von 50 Thlr. aus Kreis-Kommunal-Mitteln zum Zweck einer öfteren Revision der Schulen des Bezirks zu bewilligen.

Auf meine Anfrage hat sich der G. Min. des J. dahin erklärt, daß er Antrags-Beschlüsse, welche darauf gerichtet seien, den Superint., resp. Schul-Jah die mit den erforderlichen öfteren Schul-Visitationen, Reisen verbundenen Kosten auslagen zu erstatten, für zulässig erachte, da öftere Revisionen der Elementar-Schulen im Interesse der Gesamtheit des Kreises lägen.

Die R. Reg. wird aus dieser Mittheilung Veranlassung nehmen, auf den Zustandekommen ähnlicher Beschlüsse innerhalb Ihres Verwaltungs-Bezirks in geeigneter Weise einzuwirken.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 215.)

Vergl. im folg. Kap. II. 6. e. über Diäten und Reisekosten.

3) Feststellung und Repartition der Schulbeiträge.

a) Ueber dieselbe entscheidet die Reg. mit Ausschluß des Reichstags. So bestimmen

α) U. d. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 20. Mai 1834 an die R. Reg. zu Gumbinnen.

Auf die in dem vorläufigen Ver. v. 20. v. M. über die Beschwerde der Schul-Sozietät Gehland, wegen der von ihr geforderten Schulleistungen zur Scheidung gestellten Anfragen, wird der R. Reg. Folgendes eröffnet.

In Gemäßheit der Abschnitte F. und K. des §. 18. der Instr. v. 23. Okt. 1817 (S. o. S. 270) ist die R. Reg. befugt, Schul-Sozietäten einzurichten und zu vertheilen <sup>2)</sup>, und dies letztere schließt schon von selbst, und noch unzweifelhafter in Verbindung mit der Bestimmung sub f., l. c., die Festsetzungen wegen ständiger Dotation der beiderseitigen, hier in Rede stehenden Schulen in sich, ohne daß eine Bestimmung über die Art und Weise der Ausübung bedarf u.

(N. XIX. S. 396.)

(Der übrige Theil des R. ist durch die Vorschriften der §§. 50. ff. der Schulordn. für die Prov. Preußen, S. 111, antiquirt.)

β) Die Erf. des Kompetenz-Gerichtshofes v. 22. Nov. 1851 und 6. März 1852:

Ueber die Frage, ob die von der Verwaltungsbehörde bewirkte Ausschreibung

1) In gleicher Weise spricht sich das R. des Min. des J. u. d. P. (v. Rode) v. 28. Juli 1837 an den Oberpräs. der Prov. Westphalen aus. (N. XXI. S. 683.)

2) Vergl. die Resol. v. 8. Jan. 1836 unten im 4. Kap. sub III.

Beiträge zu dem Schullehrer-Gehalte und die Ausgabe, zu deren Deckung-  
be erfolgt ist, an sich gerechtfertigt sei, findet ein gerichtliches Verfahren zwi-  
en dem Pflchtigen und der gesetzlich zu solchen Umlagen ermächtigten Ver-  
waltungsbehörde oder den in deren Auftrage handelnden Beamten nicht statt.  
r Rechtsweg ist vielmehr in Bezug auf die für öffentliche Schulen ausgeschrie-  
ien Abgaben und Leistungen, nach §§. 2. u. 3. der R. D. v. 19. Juni 1836  
r zulässig, wenn eine Befreiung aus besondern Gründen, oder eine Prærogative  
auptet wird. <sup>1)</sup> Die Feststellung des Repartitions-Modus unterliegt lediglich  
r Anordnung der Verwaltungsbehörden.

(Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 282, Just. Min. Bl. 1852. S. 13. 227.)

γ) Erf. dess. Gerichtshofs v. 28. Dec. 1850, wonach auch dann, wenn  
e Reg. es für erforderlich erachtet, das Einkommen eines Kommunalschul-  
lehrers anderweitig zu bestimmen, und danach die Beiträge der Ver-  
pflichteten zu reguliren, denselben der Rechtsweg dagegen nicht zusteht. (J.  
Min. Bl. 1851. S. 55.)

δ) Vergl. den Schluß des G. R. v. 6. März 1852 und das dems.  
hgefügte Erf. v. 29. Juni 1850 im folg. Kap. sub I.

b) Repartitions-Maßstab.

Das N. L. R. §. 31. II. 12. (f. c. S. 319) verlangt billige Verthei-  
ung nach Verhältniß der Besitzungen und Nahrungen. Demzufolge wer-  
n die Schulbeiträge meist nach dem Fuße der Kommunalsteuern <sup>2)</sup>, oder  
ch dem der Klassensteuer <sup>3)</sup> erhoben. Insbesondere letzteres empfiehlt  
der Bescheid der Min. der G. II. u. M. Ang. (Eichhorn) und des J.  
(G. v. Arnim) v. 26. Febr. 1844 an das Schulzengericht zu N.,  
es heißt:

Eben dasselbe (Vertheilung nach dem Maßstabe der Klassensteuer) gilt auch,  
wenn die Aufbringungsweise nicht kontraktlich feststeht, rücksichtlich der Schulab-  
en, weil solche zu Folge der gesetzl. Bestimmung in §. 31. Tit. 12. Th. II.  
L. R. unter die zu einer Schule gewiesenen Hausväter nach Verhältniß der  
isungen und Nahrungen billig vertheilt werden sollen, bei Normirung der Klas-  
steuer aber schon alle Besitz- und Einnahmeverhältnisse ins Auge gefaßt sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 82.)

4) Modificationen und Befreiungen von der Verpflich-  
g zu Schulbeiträgen.

a) Staatsbeamte.

Ueber die Heranziehung der Staatsbeamten zu Kommunallasten ist das  
v. 11. Juli 1822 <sup>4)</sup> (G. S. 1822. S. 184) ergangen, welches die  
atsbeamten nicht bloß zu allen indirekten Gemeindeabgaben verpflichtet,

1) Vgl. diese R. D. u. S. 806 sub III. b. u. dazu §§. 78. 79. N. L. R. II. 14.  
Rücksichtlich der Baulast bestimmte schon die in der vor. Note erwähnte Resol.  
Just. Min. v. 8. Jan. 1836 dasselbe. Ebenso in Bezug auf alle aus dem  
munalverbände hervorgehende Lasten des G. R. des Min. des J. u. d. B.  
14. Febr. 1836 (N. XX. S. 143).

Als einen im Rechtswege zu beurtheilenden „besondern Grund“ der Befreiung  
das Erf. des Kompetenz-Gerichtshofs v. 26. Juni 1849 die General-Kon-  
on der Altlutheraner v. 23. Juli 1845 (G. S. 1845. S. 516) zu. (Just. Min.  
S. 368). Vergl. auch oben (im Texte) sub 4. a.

2) Vgl. N. v. 12. Sept. 1820 (f. c. S. 788 Note 4). §. 39. der Schul-  
Preußen (f. oben in Th. I. S. 110). — Auch über die durch Gemeindefas-  
B erfolgte und von der Reg. bestätigte Vertheilung der Gemeindefasten ist  
stsweg unzulässig: Erf. des Kompetenzgerichtshofs v. 29. Juni 1850. (Min.  
d. i. B. 1850. S. 274.)

3) Art. 5. des Regul. v. 29. Aug. 1831 (f. o. in Thl. I. S. 128): f. v. 24.  
v. 24. Aug. 1835 in fine (f. o. S. 790—791.) — Eine neue Klassensteuer  
Klassensteuer ist durch das G. v. 1. Mai 1851 (G. S. 1851. S. 176) eingef.

4) Auch die St. D. v. 30. Mai 1853 verweist im §. 4. auf das G. v. 11. Juli 1822 —  
Schulwesen. II.



sondern ihnen auch zur direkten Kommunal-Einkommensteuer <sup>1)</sup> einen Beitrag auferlegt, welcher von der Hälfte des Dienst Einkommens berechnet werden soll (§. 2.), und dessen Maximum bei Gehältern unter 250 Thlr. 1 Proz., von 250 bis 500 Thlr. auf  $1\frac{1}{2}$ , und bei höhern Gehältern 2 Proz. des gesammten Dienst Einkommens festgestellt ist. (§. 3.)

Mit Bezug hierauf bestimmen über die Schulbeiträge der Staatsbeamten

a) die Resolution des Min. des J. u. d. B. (Röhler) v. 28. A. 1836 an die Beamten N. N. und abschriftl. an die Reg. zu Danzig.

Was die Schulbeiträge anbelangt, so kommt es blos darauf an, ob sie den allgemeinen Fonds der Gemeinde gedeckt werden, in welchem Falle selbige §. 29. Tit. 12. Th. II. des A. L. R. die Beamten durch das Maximum ihrer Beiträge mit zu übertragen sich nicht weigern können, wenn sie ihre Kinder nicht in die dortigen Schulen schicken.

(A. XX. S. 377.)

β) R. der Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Altenstein) und des J. u. d. B. (v. Rochow) v. 31. Aug. 1838 an den R. Oberpräf. der Provinz N. N.

Die unterz. Min. eröffnen Erw. auf den gef. Ber. v. 18. v. M.,

in Betr. der von der Reg. in N. N. zur Entscheidung gestellten Disposition

in Beziehung auf die Grundsätze über die Heranziehung der Beamten

zu den Kommunal- und Schulbeiträgen,

daß das G. v. 11. Juli 1822 nur das Verhältniß der Staatsbeamten, hinsichtlich ihrer Beiträge zu den Bedürfnissen der bürgerlichen Gemeinden reducirt; die Verhältnisse dieser Beamten zu Korporationen und Societäten, die außer der bürgerlichen Gemeinde stehen, und einen von dieser getrennten Haushalt haben, das G. gar nicht, es ist daher auch auf die Beiträge zu den Bedürfnissen der Societäten nicht anzuwenden. Hieraus folgt, daß, wenn eine bürgerliche Gemeinde das Schulbedürfniß auf ihren Rammerei-Stat nimmt, und, insoweit das bürgerliche Vermögen zur Deckung sämtlicher Bedürfnisse nicht ausreicht, deshalb von den Einwohnern ausschreibt, das G. v. 11. Juli 1822 in allen Bestimmungen zur Anwendung kommen muß; wo es sich dagegen um das Bedürfniß der außer der bürgerlichen Gemeinde stehenden Korporationen und Societäten handelt, kein Grund zur Anwendung des allegirten Ges. vorliegt. Es würden, wenn man auch hier das G. anwenden wollte, in einzelnen Fällen ganz unangemessene Resultate zum Vorschein kommen. Wenn z. B. in einer katholischen oder evangelischen Stadt sich nach und nach eine Anzahl von Beamten der andern Konfession angesiedelt hätte, und ein besond. Kirchen- u. Schulsystem einzurichten wünschte, deshalb auch als besondere Societät vom Staate anerkannt würde, so dürfte leicht der Beitrag eines zu dieser Societät gehörigen Beamten das §. 3. bestimmte Maximum des Beitrags nicht nur erreichen, sondern es übersteigen. Hieraus würde dann folgen, daß er zu den Bedürfnissen der bürgerlichen Gemeinde, zu welcher er gehört, gar nichts mehr beizutragen hätte. Es erstrecken sich dergl. Societäten oft über die Grenzen der bürgerl. Gemeinden hinaus, und die bürgerliche Gemeinde des Wohnorts des Beamten müßte einen Theil des ihr nach §. 3. des G. zustehenden Maximums, ja vielleicht den ganzen Beitrag des Beamten zu ihrem eigentl. Gemeinde-Bedürfnisse einbüßen, weil der Beamte zu einem über andere Gemeinden sich erstreckenden Societäts-Bedürfnisse herangezogen wäre.

Eine ähnliche Bestimmung von Prozentsätzen, jedoch ohne Beschränkung auf einen Theil des Gehalts, enthielt schon die Dekl. des §. 44. der St. O. v. 1806, v. 11. Dec. 1809 (N. C. C. XII. S. 913, Rabe, Bd. 10. S. 220). Dazu erging ein R. v. 12. Juni 1815 (Meigebaur, S. 137), welches annahm, daß die Unterhaltung gemeiner Schulen Kommunalallast sei, und Beamte deshalb zu keinen Beiträgen außer den bestimmten Prozentsätzen angehalten werden könnten, wohl aber zum Schulgelde.

1) Oder zu den Zuschlägen zur Klassensteuer: R. des Min. d. J. u. d. B. v. 19. Febr. 1836 (A. XX. S. 146).

In solchen Orten, in welchen das Schulbedürfniß nicht durch allgemeine Beiträge der Hausväter, sondern durch ein von jedem zur Schule geschickten Kinde zu entrichtendes Schulgeld aufgebracht wird, versteht es sich von selbst, daß dem Beamten nicht deshalb ein Theil des Schulgeldes erlassen werden könne, weil dadurch das Maximum nach dem G. v. 11. Juli 1822 überstiegen würde, oder daß nach dems. Beamten die Anrechnung des erlegten Schulgeldes auf den zur Kammer zu entrichtenden Beitrag gestattet sein könnte. 2c.

(N. XII. S. 685.)

γ) R. d. Min. v. 20. Okt. 1838.

Auf Gew. Ber. v. 21. v. M. erwidern wir, daß es zwar im Allg. bei der Anzeige wegen der von Ihnen den R. Reg. zu N. N. in Bezug auf das Verfahren bei Heranziehung der Beamten zu den Schulbeiträgen erteilten Anweisung bewendet.

Gw. kann ich, der mitunterz. Min. des J. u. d. B., jedoch nicht umhin, erheben darauf aufmerksam zu machen, daß auch die Verf. v. 19. Febr. v. J. zu Mißverständnissen führen kann, insofern darin vorgeschrieben ist, daß die Beamten solchen Beiträgen, welche zur Deckung früher entstandener Ausfälle bestimmt sind, nicht angezogen werden sollen. Wenn Ausfälle durch Rückstände früherer Steuern entstanden sind, welche noch beigetrieben werden können, so versteht es sich selbst, daß man sich deshalb nur an die Restanten, nicht aber an andere Einwohner, und namentlich nicht an die Beamten halten kann. Sind aber dergl. Rückstände unbeitreiblich, und hat um deswegen ein Theil früherer Verbindlichkeiten erfüllt werden können, so muß dieser Theil noch von der ganzen Kommune, die eben besteht, folglich von allen zur Zeit der Erfüllung ihr angehörigen Mitgliedern, mithin auch von den Beamten, erfüllt werden, welche nach §. 36. der St. O. und nach §. 6. des G. v. 11. Juli 1822 zu allen, aus früheren Verbindlichkeiten der Kommune <sup>1)</sup>, gleich anderen Einwohnern, diej. Beiträge zu haben, welche während ihres Aufenthalts in der Stadt fällig werden.

(N. XII. S. 688.)

δ) Der Bescheid d. Min. (Eichhorn u. Gr. v. Arnim) v. 2. Febr. an die R. Beamten zu N. und abschriftl. an die R. Reg. zu Brom- führt dem Verlangen gegenüber, daß das G. v. 11. Juli 1822 auch die Aufbringung der Schulunterhaltungskosten angewendet werde, den ang des R. v. 31. Aug. 1838 (β.) wörtlich an, und schließt: Da nun, wie Sie in Ihrer Vorstellung Selbst angeben, in N. Konfessions- len bestehen, deren Bedürfnisse von den verschiedenen Schulen besonders auf- icht werden, es auch nach §. 29. A. L. R. II., 12. nicht darauf ankommt, ob sich der dortigen Schulen bedienen oder nicht, so können wir uns in Berücks- ung obiger Grundsätze, welche S. R. Maj. erst neuerlich durch Zurückweisung n ähnlichen Beschwerde anzuerkennen geruht haben, auch nicht veranlaßt finden, me Antrage weitere Folge zu geben.

(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 25.)

ε) Erf. des Kompetenz-Gerichtshofes v. 30. Okt. 1847 über die Zuständigkeit des Rechtsweges.

Auf den von dem Magistrat zu N. unter Zustimmung der R. Reg. zu N. er- benen Kompetenzkonflikt in den bei dem R. L. u. St. Gericht zu N. anhängigen ben Prozeßsachen des L. u. St. Gerichtsraths A. zu N. und des Salarienfassens- mbanten B. daselbst wider die Stadtkommune zu N., betr. die Rückzahlung der den Klägern exekutivisch eingezogenen Schulbeiträge, erkennt der Gerichtshof r Entscheidung der Kompetenzkonflikte für Recht: daß der Rechtsweg in diesen sachen für zulässig und der erhobene Kompetenzkonflikt daher für nicht begründet erachtet.

Von Rechts Wegen.

Gründe.

Die von dem L. u. St. Gerichtsr. A. und dem Salarienfassens-Memb. B. gegen

1) Hier fehlt im Text des R.: „entstandenen Bedürfnissen“ oder ein ähnlicher Ausdruck.

die Stadtkommune zu N. anhängig gemachten, auf Erstattung der v. gezogenen Schulabgaben, sowie Vergütung der durch deren exekutive veranlaßten Kosten gerichteten Klagen, sind auf die Thatsache gegr. Schule zu N. ein Kommunal-Institut sei, deren Unterhaltung der st. mune als solcher obliege, und es ist mit dieser Thatsache die Behauptung gesetzt, daß das G. v. 21. Juli 1822, indem dasselbe den Staatsbeamten zu dem gesammten Gemeindebedürfnisse auf ein best. festsetzte, die Kläger in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte, gegen einen größeren Beitrag zu den Kommunallasten der Stadt N., mit der Zahlung von Schulabgaben sichere. In der Klage ist ferner anm. der A. R. D. v. 19. Juni 1836 zu 3. Bezug genommen; vor wird also behauptet, daß ein besonderer Grund vorhanden sei, welcher macht, die behauptete Befreiung von der streitigen Schulabgabe im Recht zu machen.

Nach der Art und Weise, wie Kläger ihre Klage zu begründen v. steht ihnen auch wirklich die Behauptung eines solchen besonderen Seite. Die Bestimmung der R. D. v. 19. Juni 1836 zu 3. <sup>1)</sup> m. da in ders. auf die Vorschriften der §§. 79. ff. Tit. 14. Th. II. und auf die §§. 41. und 42. der B. v. 26. Dec. 1808 verwiesen ist, daß sich der besondere Grund, aus welchem das rechtliche Gehör über tete Befreiung von dergl. Abgaben gefordert werden kann, entweder oder auf Verjährung oder endlich auf ausdrückliches Privilegium stütz. Voraussetzung ist aber auch vorhanden. Denn wenn sich die Kläger sen, daß sie als Staatsbeamte von der Leistung der ihnen abgeforderte gabe durch ein zu Gunsten der Staatsdiener gegebenes Gesetz begründen sie die behauptete Befreiung ganz eigentlich auf ein Privileg wie sich insbes. aus der für einen ganz analogen Fall gegebenen B. §. 2. des G. v. 11. Mai <sup>2)</sup> 1822 ergibt, unbedenklich auch in ein die Ausnahme von der allg. Regel ausdrückenden gesetzl. Vorschrift kann. Ein Mehreres, als die Angabe und Bezugnahme eines solch Grundes bedarf es aber nicht, um die auf solchen gestützte Klage z. Gehör zu verstaten. Denn ob die tatsächliche Grundlage der Klage, ob die aus ders. abgeleitete rechtl. Folge gerechtfertigt sei, ob insbes. vorliegenden Falle das G. v. 11. Juli 1822 die behauptete Anwendb. alles dies gehört zur Entscheidung der Sache selbst, kann daher, ob teriellen Entscheidung vorzugreifen, von dem Gerichtshofe, welcher ver nur darüber zu bestimmen hat, ob diese Entscheidung der richterlich Verwaltungsbehörde zusteht, nicht zur Erwägung gezogen werden. Grunde ist daher auch die zur Rechtfertigung des erhobenen Kompeten sonders hervorgehobene Behauptung, daß die Schule zu N. kein Kom tut sei, sondern eine besondere Societät bilde, für die Entscheidung des konflikt ohne Bedeutung; diese Thatsache festzustellen und den Einfl. die materielle Entscheidung zu würdigen, muß vielmehr dem Richter gestellt bleiben.

Hiernach ist der erhobene Kompetenzkonflikt nicht begründet, es m. dem Rechtsverfahren der Lauf gelassen werden.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 95. J. M. Bl. 1848. S. 136.)

#### b) Geistliche. <sup>3)</sup>

α) R. des Min. der G., II. u. M. Ang. (Mikolovius) v. 9. an die R. Reg. zu Bromberg, betr. die Aufbringung der Schulb. die Heranziehung der Geistlichen bei Repartition ders.

1) Vgl. dies G. sub III. b.

2) Soll heißen: Juli.

3) Die Beibehaltung der observanzmäßigen Befreiung der Geistli. rer von dem Gymnasial-Schulgelde verordnete das R. des Min. d. G. Ang. v. 8. Nov. 1833 an das R. Prov. Schulkolleg. zu Koblenz (S. 1019).

Ueber die von der R. Reg. in ihrem Ver. v. 25. Aug. d. J. aufgestellte ge, wegen Heranziehung der Geistlichen bei Repartition der Schulbeiträge, läßt bei abstrakter Erörterung des Grundsatzes im Allg. allerdings nach dermaliger betr. gesetzl. Bestimmungen, eine verschiedene Ansicht fassen; jedoch kann es für die Praxis, bei richtiger administrativer Behandlung der jedesmaligen Fälle, wie auch schon die bisherige Erfahrung zeigt, eben keine erhebliche Schwierigkeit entstehen, vielmehr meistens die ganze Erörterung darüber t werden.

Es ist nämlich zwar allerdings richtig, daß die auf einem besonderen Societätsverhältnisse und hierauf bezüglichen gesetzl. Vorschriften beruhende Verpflichtung den Beiträgen für die gemeinen Elementarschulen, den eigentl. Kommunalbeiträgen nicht beigezählt, und somit aus der Exemption von den letzteren eine gleichzeitige Befreiung auch von Schulunterhaltungsbeiträgen, an und für sich nicht resultieren kann. Dagegen muß man sich aber zuvörderst bei dem der Zahl der größten Theile der Elementarschulen, nämlich bei denj. auf dem Lande, den mit überwiegendem Grunde für die Nichtheranziehung aller Personen, vom hiesigen sogenannten Eximiertenstande<sup>1)</sup>, so weit sie sich nicht im Besitze bäuerlicher Grundstücke, oder sonst zur Heranziehung geeigneter Nahrungen befinden, um deren Entscheidung, weil der Begriff der im §. 29. II. 12. A. E. R. bezeichneten später des Ortes immer doch eine wirkliche und dauernde Verbindung mit der Ortsgemeinde, entweder als wirkliches Mitglied derselben, oder als Schutzbürger voraussetzt, die letztere Qualität aber, in Bezug auf eine derartige Verbindung mit Landgemeinden, nach den Bestimmungen §§. 111. sq. II. 7. A. E. offenbar verschiedenes persönliches Verhältniß von demj. des Eximiertenstandes, namentlich in der Regel gerade die Unterwerfung unter die Jurisdiktion des Ortes voraussetzt, und mithin bei Personen dieser Klasse, im Falle ihres Wohnsitzes auf dem Lande ohne Erwerb ländlicher Besitzungen oder Nahrungen, wohl für zutreffend angenommen werden kann. Anders verhält es sich hierin gerade in den Städten, wo eine solche Befreiung, soweit der Schulunterhaltung im Landr. vorgeschriebene Weise aufgebracht wird, in der Regel keinem mit selbstständigen Haushaltung dem Orte zugehörigen Einwohner zugestanden werden kann, ohne daß jedoch damit auch noch hier die mögliche ausnahmsweise Befreiung aus hergebrachter Ortsverfassung, oder sonst besonderen Rechtstiteln, auszuweisen wird. Eine solche muß namentlich bei den Geistlichen in dem Falle, wenn sie die Freiheit von dem bisher üblichen Schulgelde, mithin das Recht zu einer freien Benutzung der Schule zugestanden hat, und eben so hat es auch sonst keinen Anstand, daß überall, wo bei Regulirung der Schulunterhaltung nach den landrechtlichen Bestimmungen die übrigen Interessenten sich die vom Geistlichen in Anspruch genommene, oder nach dem Ermessen der, die Beiträge distribuirenden Behörde ihm bewilligte Befreiung, ohne Widerspruch gefallen lassen, es hierbei lediglich sein Bestehen behalten kann. Auch kann, wo es etwa zu einem wirklichen Streite hierüber kommen sollte, aus dem etwa bisher vom Geistlichen, bei wirklicher Benutzung der Schule für seine Kinder gezahlten Schulgelde, noch nicht ohne Weiteres auf die Verbindlichkeit auch zu den landrechtl. festen Unterhaltungsbeiträgen geschlossen werden, da die Schulgeldezahlung füglich, wie z. B. für die nur gastweise zur Schule gehenden Kinder auswärtiger Eltern, auch ohne alle Societäts-Verbindung eintreten kann. Es muß vielmehr ein solcher Streitfall mit gehöriger Erwägung der, auch sonst noch zur Sache vorliegender Umstände beurtheilt werden, wobei namentlich die etwa als verfassungsmäßig im Orte feststehende Befreiung des Geistlichen von den Beiträgen für die Unterhaltung der Schulgebäude einen nach Umständen wohl entscheidenden Grund dafür geben kann, ihn der Regel nach ebenfalls von den Unterhaltungsbeiträgen überhaupt frei zu sprechen, und es etwa nur bei seiner Verpflichtung zu einem angemessenen Schulgelde, gleich andern, außerhalb der Societät die Schule benutzenden Eltern, bewenden zu lassen, vorbehaltlich des übrigens, daß bei allen dergl. Festsetzungen demjenigen Theile, welcher sich dadurch über seine wirkliche Verpflichtung beläßt glaubt, unter einstweiliger Entrich-

1) Vgl. R. v. 24. Aug. 1835 (s. oben S. 790—791).

tung des ihm auferlegten Beitrages, die Einschlagung des Rechtsweges, gemäß A. R. II. 14. §§. 79. 80. unbenommen bleibt.

Bei etwaigen Streitigkeiten über die Beiträge zur Unterhaltung der Schulgebäude insbes., ist eine Schwierigkeit für die Entscheidung in Betr. der Geistlichen kaum überhaupt denkbar, da der Streit doch immer nur die am Wohnorte des Geistlichen selbst, also im Hauptorte der Pfarodie befindliche, gewiß also immer schon seit langer Zeit bestehende Schule betreffen kann, bei welcher es keine Schwierigkeit haben wird, das bisher von der baulichen Unterhaltung und in specie wegen der Witheranziehung und Befreiung des Geistlichen beobachtete Verfahren zu ermitteln, welcher alsdann, wie der R. Reg. schon bei vielen anderen Veranlassungen bemerkt worden, das von ihr festzusetzende Bau-Interimistikum lediglich folgen, die weitere Entscheidung aber, wie in jedem dergl. Baustreite, dem eventualiter von den Interessenten nach ihrem Befinden einzuschlagenden Rechtswege überlassen bleiben muß.

(A. XIV. S. 769.)

β) Resolution der Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Altenstein) an des S. u. d. B. (Köhler) v. 15. Sept. 1835 an den Diaf. N. zu Regensburg, betr. die Nichtbefreiung der Geistlichen und Schullehrer von den Schulbeiträgen.

Die unterz. Min. eröffnen Ihnen auf Ihre Vorstellung v. 12. Juli c., daß es in Betr. der von Ihnen geforderten Abgabe für den Unterhalt der dortigen Schule bei der anl. zurückschickenden Verf. der R. Reg. zu Erfurt v. 5. März sein Bewenden behalten muß.

Die nach §. 29. sq. II. 12. A. R. R. allen Hausvätern eines Orts auferlegte Pflicht, für Dotation der Schulanstalt zu sorgen, beruht auf einem von den gewöhnl. Kommunalverbände ganz verschiedenen Schul-Societätsverhältnisse; die Befreiung des Geistlichen von der Kommunalsteuer läßt daher nicht den Schluß auf die gleichmäßige Befreiung dess. von diesen Schulbeiträgen zu; ein spezieller Befreiungsgrund, aus dem Inhalte der Dotationen Ihrer Amtsgänger hergenommen, ist nicht dargethan. Die Stadtverordneten können nach §. 42 St. O. eine Befreiung, wie die von Ihnen verlangte, nicht bewilligen. Uebrigens steht Ihnen der Rechtsweg gegen die Anordnung der R. Reg. offen; jedoch nach §. 80. II. 14. a. a. O. die Schulbeiträge während des Prozesses, mit Vorbehalt Ihres etwaigen Rechts, fortentrichten, da Sie solche seit dem Jahr 1821 gezahlt haben.

(A. XIX. S. 707.)

c) Militairstand und Gendarmarie.

A. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Rampe) v. 4. Aug. 1835 an die R. Reg. zu Posen, betr. die Befreiung der Gendarmarie von den Beiträgen zur Unterhaltung der Ortsschulen.

Die Unterhaltung der gemeinen Ortsschulen ist, wie §. 31. A. R. R. II. 12. deutlich ergibt, eine Gemeindelast, zu welcher nur die wirkl. Mitglieder der Gemeinde persönlich, und zwar nach Verhältniß ihres Grundbesitzes und ihrer Gewerbonahrung herangezogen werden können. Von allen dergl. persönlichen Lasten und Pflichten ist der Militairstand nach §. 17. Tit. 10. ib. ausdrücklich befreit, und da die Gendarmarie zu den militairisch-organisirten Instituten gehört, die bei angestellten Individuen auch alle persönliche Rechte des Militairstandes theilen, so können Gendarmen zur Unterhaltung der gemeinen Ortsschulen nicht angezogen werden, wogegen ihnen aber, wenn sie die Ortsschulen zum Unterrichte für ihre Kinder benutzen, die Zahlung eines mäßigen Schulgeldes anzunehmen ist.

Das nach einer Mittheilung des H. Chefs der Gendarmarie, Gen. Dietrich

1) Daß dagegen beurlaubte Soldaten, welche ein bürgerliches oder ländliches Gewerbe treiben, die fixirten Schulabgaben oder Schulgeld gleich andern Bürgern entrichten müssen, schrieb schon das G. R. des Ober-Kriegskolleg. v. 29. Nov. 1788 vor. (Rabe, Bd. 13. S. 171), vgl. §. 25. A. R. R. II. 10.



tsch Gr., gegen den Gendarmen N. zu N., wegen des von ihm verweigerten Beitrages eingeschrittene exekutivische Verfahren, kann sonach nicht als ges. gebilligt werden; vielmehr wird die R. Reg. hierdurch angewiesen, solches aufzuheben, und auch dafür zu sorgen, daß der zc. N. mit Bezahlung von Prozess-Gebühren verschont werde.  
(X. S. 750.)

) **Auswärtige Grundbesitzer.**

l. des Min. der G., U. u. M. Ang., Unterrichts-Abth. (v. Ramm) Aug. 1830 an den Magistrat zu Jüterbog, betr. die Befreiung auswärtiger Grundbesitzer von den Schul-Unterhaltungs-Beiträgen.

Das Min. eröffnet dem Mag. auf sein Beschwerdegesuch v. 14. April d. J. Befreiung des Oberforstmeisters N. von Zahlung des Schul-Unterhaltungs-Beitrags, daß, da auswärtige Grundbesitzer wegen ihrer zu dem Kommunalbezirk gehörigen Grundstücke zur Unterhaltung der Ortsschule auch dann nicht beizutragen verpflichtet sind, wenn die dazu erforderlichen Beiträge in eben der Art, wie die inallastlich aufgebracht werden, es bei der Verf. der R. Reg. zu Potsdam Febr. d. J. aus den darin bemerkten Gründen verbleiben muß, und steht in gezeigten Entscheidung das, nur über eine Forderung früherer Rückstände Summaciam gegen den N. ergangene, die Verpflichtung zu der fraglichen Abzahlung und für sich nicht betr. Erkenntnis des hiesigen Hausvoigtei-Gerichts nicht an.<sup>1)</sup>

(X. XIV. S. 555.)

) **Gutsherrschaften.**

Die Frage, ob die Gutsherrschaften zu den Schulbeiträgen heranzuziehen kommt in zweifacher Hinsicht in Betracht, nämlich  $\alpha$ ) insofern sie diese Grundstücke besitzen, und  $\beta$ ) insofern ihnen die Vertretung ihrer Pächter, Tagelöhner zc. obliegt.

U. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 24. April 1831 an die R. Reg. (ausschl. der Rhein., Westphäl. u. Merseb., Erfurt u. Sals.), betr. die Beiträge der Gutsherrschaften zur Unterhaltung der Schulen von den zum Gute ganz oder theilweise eingezogenen Bauern.

Die R. Reg. ist durch Verf. v. 6. Dec. 1839 zur gutachtl. Berichterstattung aufgefordert worden, inwiefern nach der bestehenden Gesetzgebung eine Veranlagung der Gutsherrschaften angenommen werden könne, von den zum Gute ganz oder theilweise eingezogenen Bauerhöfen zur Unterhaltung der Ortsschulen beizutragen, und ob ein Einschreiten der Gesetzgebung in dieser Beziehung nothwendig sei. Nach Eingang dieses Ver. und der von den übrigen Verwaltungs-Bezirken in gleicher Weise erforderten Gutachten, wird der R. Reg. hierdurch, im Einverständnisse mit den R. Min. der Just. und des Inn., Nachstehendes ersucht:

Bei der Prüfung der vorliegenden Frage nach der allg. Gesetzgebung, abgesehen von besonderen Provinzialgesetzen, Observanzen und Verträgen, kommt es zunächst darauf an, zu untersuchen:

Ob die Leistung der zur Unterhaltung der Schule erforderlichen Beiträge nur einer dinglichen oder einer persönlichen Verpflichtung hat?

Nach §§. 29. 30. II. 12. A. L. R. liegt die Unterhaltung des Schullehrers Hausvätern jedes Orts nach Verhältniß ihrer Besitzungen und Nahrungen nach §. 34. das. muß die Unterhaltung der Schulgebäude und Schulmeistergehälter von allen zu einer solchen Schule gewiesenen Bewohnern getragen werden.

) Vgl. §. 4. der St. O. v. 30. Mai 1853 sowie §. 42. der Schulordn. für Prov. Preußen (s. oben S. 110).

) Vergl. §. 42. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. oben S. 110); des Schles. kath. Schulregl. v. 1801 (s. oben S. 153) und §. 146. des Schles. Prov. R. (s. o. S. 162), s. auch S. 790 Note 1.

den. Unzweifelhaft ist es hiernach, daß nicht allein Grundbesitzer, sondern alle zu einer Schule gewiesenen Einwohner oder Hausväter an deren Unterhaltung Theil zu nehmen haben, daß mithin gewiß nicht alle zu dieser Unterhaltung gezahlten Beiträge oder geleisteten Hülfsen die Natur von dinglichen Lasten haben, dieselben vielmehr an sich nur als persönliche angesehen werden können.

Es fragt sich aber weiter, ob da, wo der zum Schulverbande gehörende Hausvater zugleich Besitzer eines Grundstücks ist, die von ihm zu entrichtende Abgabe nicht die Natur einer, zwar durch die persönlichen Verhältnisse bedingten, indeß doch in Betr. des Grundstücks accessorisch-dinglichen annimmt. Der Umstand, daß nach §. 31. das. die Vertheilung nach dem Umfange der Besitzungen erfolgen soll, würde diese Annahme noch nicht rechtfertigen, weil er einen bloßen Vertheilungsmaßstab enthält; der Umstand aber, daß das A. L. R. hierüber keine ganz positiven Bestimmungen enthält, findet seine Erledigung darin, daß einer Seits der Uebergang der bürgerlichen Besitzungen an Personen, welche dem Schulverbande ihrem Stande nach nicht angehören, bei dem Verbote der Einziehung durch den Gutsheeren (§§. 14. 15. II. 7. A. L. R.) nicht leicht vorkommen konnte; anderer Seits der Erwerb von Grundstücken von Personen außer der Gemeinde durch Partikularungen ganz außer dem Bereiche der damaligen Verhältnisse lag.

Daß gewissen Schulabgaben die Natur dinglicher Abgaben beigemessen hat keinen Zweifel. Denn der §. 48. Tit. I. der Hyp. O. betrachtet die beschränkten gemeinen Lasten und Pflichten, welche nach der Verfassung des Orts, des Kreises oder der Provinz von jedem Grundstücke ders. Art an den Staat, Obrigkeit, Kirche und Geistlichkeit zu entrichten sind, für dergestalt dinglich, daß es einer Eintragung ders. nicht bedürfen soll, um sie zu einem Realrechte zu machen, und es gehören hierher unstreitig alle gewisse Abgaben an Dezem-Naturalien oder andern jährlich wiederkehrenden Leistungen.

Nach §. 270. Tit. 50. Thl. I. A. O. D. sollen ferner von der Einlassung auf den Konkurs unter andern ausgeschlossen sein, die von dem zur Masse gehörenden Grundstücke zu entrichtenden kurrenten beständigen öffentl. Abgaben und Lasten. Es wird in dems. §. auch aller an Kirchen und Schullehrer zu entrichtenden Zinsen und Deputate gedacht, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß diese letzteren Abgaben als dingliche, von dem Gute zu entrichtende angesehen werden. Auch in §. 357. I. c., der den von Grundstücken zu entrichtenden Abgaben-Rückständen in letzten zwei Jahre die zweite Klasse im Konkurse anweist, gedenkt hier der nach der Verfassung eines jeden Orts zu entrichtenden, beständig fortlaufenden Lasten an Kirchen- und Schulbediente.

Nach diesem allen unterliegt es keinem Bedenken, daß die fortlaufenden Abgaben und Lasten an Zins, Dezem etc., welche von den Grundstücken zu einer Schule zu entrichten sind, als Reallasten angesehen werden müssen, welche auf den Erwerber des Grundstücks, derselbe sei Gutsheer oder nicht, übergehen.

Was aber die übrigen Abgaben zur Unterhaltung der Schulen betrifft, welche von den bürgerlichen Wirthen in ihrer Eigenschaft als Hausväter des Schulortes nach Verhältniß ihrer Besitzungen entrichtet werden, so fehlt es an einem positiven Gesetze, welches diesen Leistungen die Natur einer dinglichen Abgabe beilegte. Nicht der Umstand allein, daß eine Abgabe von allen gleichartigen Grundbesitzern entrichtet wird, kann dieselbe zu einer Realabgabe machen, sondern die Thatsache, daß die Verbindlichkeit ihrer Entrichtung von dem Grundstücke selbst. Es kann daher aus diesem Grunde allein ein Uebergang der von den bürgerlichen Wirthen zu entrichtenden gemeinen Beiträge zur Unterhaltung der Schule auf den Gutsheeren in Folge der Einziehung bürgerlicher Grundstücke nicht stattfinden.

2. Eben so wenig ist der Gutsheer vermöge seiner persönlichen Beziehungen zur Schule verpflichtet, von den eingezogenen Bauergrundstücken die gemeinen Hausväter-Beiträge zur Schule zu entrichten.

Die Unterhaltung der Schulen liegt nach §. 29. und 34. II. 12. A. L. R. den Hausvätern oder Einwohnern des Orts ob. Nach §§. 33. und 36. daselbst hat die Gutsheerrschaft die besondere Verpflichtung, ihre Unterthanen bei Besoldung des Schullehrers zu unterstützen, und zu den Bauten die vorhandenen Materialien unentgeltlich zu liefern. Das A. L. R. unterscheidet hiernach die Gutsheerrschaft von den zur Schule gehörigen Hausvätern und Einwohnern: es betrachtet sie abgesondert von den letzteren, und legt ihnen besondere Verpflichtungen auf. Die Gutsheerrschaft gehört daher nicht zu den zur Schule gewiesenen

Hausvätern, und hat zu der den letzteren obliegenden gemeinen Unterhaltungslast nicht beizuküfern. Dieses Verhältniß ändert sich dadurch nicht, daß die Guts herrschaft bauerliche Grundstücke akquirirt. Sie tritt aus ihrer Qualität als Guts herrschaft nicht heraus, um sich den Hausvätern beizugesellen, und kommt zu der Schule nicht in dasjenige, persönliche Verhältniß, in welchem der bauerliche Vorbesitzer stand, und vermöge dessen er zu den gemeinen Hausväter-Beiträgen verpflichtet war.

3. Kann hiernach aus der allg. rechtlichen Natur der gewöhnlichen Schulunterhaltungs-Beiträge, und aus dem persönlichen Verhältnisse des Guts herrn zur Schule eine Verpflichtung zur Besteuer von den eingezogenen bauerlichen Grundstücken nicht abgeleitet werden; so ist doch noch zu prüfen, ob sonst durch irgend ein positives Gesetz diese Verpflichtung ausgesprochen ist.

Erfolgt die Einziehung des bauerlichen Grundstücks bei Gelegenheit der gutherrlich-bauerl. Regulirung, so befreit die A. R. D. v. 14. Juli 1836 (G. S. 1836. S. 208) den Guts herrn ausdrücklich von der ferneren Entrichtung der gemeinen Beiträge zur Unterhaltung der Schulgebäude, sofern nicht durch besonderen Rechtsakt etwas Anderes festgesetzt ist. <sup>1)</sup>

Abgesehen von diesem Falle aber verordnet der Art. 78. der Dekl. v. 29. Mai 1816 zum §. 32. des Gd. v. 14. Sept. 1811:

„Wird ein Hof von dem Guts herrn ganz eingezogen (d. h. nach §. 32. des Gd. nach beendeter Regulirung erworben),

so muß letzterer die darauf fallenden öffentlichen und sonstigen Staatsabgaben, imgleichen die Kommunallasten gleich den bauerl. Wirthen übernehmen.“

Unter den hier bezeichneten Kommunallabgaben müssen auch, nach der übereinstimmenden Ansicht der Min. der Just. und des J., die gewöhnlichen Unterhaltungs-Beiträge für den Schullehrer und die Schule mit inbegriffen werden. Das A. R. hat die Schulen recht eigentlich als Kommunal-Anstalten angesehen; es hat sie nirgend als Anstalten besonderer Gesellschaften und Societäten bezeichnet, sondern als Institute, welche den Ort und die Gemeinde betreffen, für welche sie errichtet sind. Gerade hieraus sind die Bestimmungen der §§. 29. und 34. II. A. R. hervorgegangen, indem die aus dem Schulverbande hervorgehenden Pflichten nicht nach dem individuellen Vortheil, welchen der Einzelne von der Schule hat, sondern mit Rücksicht auf den gemeinsamen Vortheil Aller, nach Verhältniß der Kräfte auf die Einzelnen vertheilt sind. Ist es gleich richtig, daß der Umfang des Schulbezirks nicht überall mit dem Umfange der Dorfgemeinde zusammenfällt, daß vielmehr mitunter ein Dorf mehrere Schulen hat, und mehrere Häuser zu einer Schule gehören, so schließt doch der Umstand, daß irgend ein gemeinsames, aus dem öffentlichen, gemeinsamen Leben hervorgehendes Bedürfniß, nicht alle einzelne Glieder der Kommune berührt, oder daß über den Umfang der Kommune hinaus auch Einzelne zur Befriedigung desselben beitragen, die ursprüngliche Eigenschaft als Kommunal Sache nicht aus, obgleich sich dadurch das Maas der Beitragspflicht modifiziren kann.

Der Art. 78. der Dekl. hat daher unter der Benennung der Kommunallasten im Allg. auch die Lasten der Unterhaltung des Schullehrers und der Schule bezeichnen wollen, um so mehr, als seine Absicht dahin geht, daß durch den Uebergang bauerlicher Grundstücke an Besitzer, welche an sich nicht zur Gemeinde gehören, der Zustand der Gemeinde und ihrer Leistungsfähigkeit als solche nicht vermindert werde. Das aber, was hier von den ganzen Gütern gesagt ist, muß auch auf theilweise Erwerbung ders. Anwendung finden, weil der §. 32. des Gd. von beiden Arten der Erwerbung spricht, und der Art. 78. zur Dekl. dieses §. bestimmt gewesen ist, so daß man über seine Anwendung auf den ganzen Inhalt eines §. nicht wohl zweifelhaft sein kann.

Zur Unterstützung dieser Auslegung dient auch noch das aus der Vorschrift des A. R. D. v. 14. Juli 1836 herzuleitende argumentum a contrario, sowie die Analogie dessen, was in §§. 790. und 730. II. 11. A. R. wegen der Parochiallasten verordnet ist.

Es kann daher hiernach nur angenommen werden,

1) Vgl. unten Kap. 4.

daß, wenn der Guts herr auch nicht persönlich Mitglied der Schulgemeinde wird, ihm doch die Erfüllung derj. Pflichten gegen dieselbe durch den Art. 78. der Defl. auferlegt worden ist, welche einem Besitzer der vor ihm liegenden bäuerlichen Grundstücke obgelegen haben würden, insofern derselbe zur Schulgemeinde gehörte.

Die R. Reg. wird angewiesen, nach den in dieser Verf. ausgeführten Grundsätzen zu verfahren, und im Falle des Widerspruchs der Betheiligten dieselben zum Rechtswege zu verweisen.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 196.)

β) Ueber die Schulbeiträge der Guts herrschaften für ihre Tagelöhner u. s. §. 33. A. L. R. II. 12. (f. v. S. 319).<sup>1)</sup>

Dazu:

αα) M. des Min. der G., II. u. M. Ang. (v. Kamph) v. 8. Aug. 1830 an die R. Reg. zu Bromberg.

Auf Veranlassung des Ver. der R. Reg. v. 18. Sept. v. J., hat das unterz. Min. über die fortdauernde Gültigkeit des §. 33. A. L. R. II. 12. hinsichtlich der Verpflichtung der Guts herrschaften zur Vertretung ihrer unermögenden Unterthanen bei Aufbringung der zum Unterhalt des Schullehrers erforderlichen Beiträge, mit dem R. Min. des J. Rücksprache genommen. Das letztere hat sich dahin ausgesprochen: daß diese Bestimmung des A. L. R. durch das Ed. v. 9. Okt. 1807<sup>2)</sup> aufgehoben worden sei, und dieser Ansicht muß das unterz. Min. beitreten, da die Vertretung lediglich Wirkung der durch jenes Ed. aufgehobenen Erbunterthänigkeit war. Für arme Eltern schulpflichtiger Kinder muß dagegen der Schulbeitrag, insofern derselbe unerläßlich ist, auf die Weise, wie Arme überhaupt verfassungsmäßig unterstützt werden, aufgebracht werden.

(A. XIV. S. 90.)

Und hiergegen:

ββ) M. des Min. (v. Altenstein) v. 2. Nov. 1837 an die R.

Das unterz. Min. hat sich aus dem von der R. Reg. unter dem 14. Jul. d. J. erstatteten Ver. die Leistungen der Guts herrschaften zu Schulzwecken veranlaßt gefunden, mit dem R. Justizmin. in Schriftwechsel zu treten<sup>3)</sup>, um dessen rechtliche Ansicht darüber zu vernehmen:

ob aus dem §. 33. II. 12. A. L. R. auch nach Aufhebung der Erbunterthänigkeit die subsidiarische Verpflichtung der Guts herrschaft, für den Schulunterricht der Kinder ihrer Tagelöhner und Arbeitsleute zu sorgen und dieselben bei der Errichtung und Unterhaltung ihrer Schulen zu unterstützen, gefolgert werden könne.

Bei den von der R. Reg. in dem ged. Ver. angezeigten Verhältnissen scheint es um so weniger zweifelhaft, und das unterz. Min. ist mit dem R. Justizmin. darin einverstanden, daß die Bestimmung des §. 33. mit dem Verhältnisse der Erbunterthänigkeit nicht in unzertrennlicher Verbindung stehe. Dies ergibt sich zunächst schon aus folgender Vergleichung der gesetzl. Vorschriften.

Der alleg. §. 33. steht in dem genauesten Zusammenhange mit den §§. 121 und 125. II. 7. A. L. R.,

wonach eine jede Guts herrschaft schuldig ist, sich ihrer Unterthanen in nothwendigen Nothfällen werththätig anzunehmen, und besonders für eine geistliche und christliche Erziehung der Kinder ihrer Unterthanen zu sorgen.

Diese gesetzl. Bestimmungen folgen unmittelbar auf solche Vorschriften §. 121

1) Vgl. §§. 56. ff. 46. Schulordn. für d. Prov. Preußen (f. v. S. 113).

2) N. C. C. XII. S. 251. Nabe, Bd. 9. S. 85. Pette u. v. Rönne, des R. Ges. Bd. I. S. 33. Dort heißt es §. 12.: Mit dem Martinitage 1810 hört alle Guts-Unterthänigkeit in Unsern sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martinitage 1810 giebt es nur freie Leute u.

3) Das Schreiben des Just. Min. v. 18. Aug. 1837, dessen Ausföhrung obigem A. wörtlich wiedergegeben wird, ist in den Ergänz. zu §. 33. A. L. R. II. 12. abgedruckt.

121. l. c., welche die Schutzunterthanen, also solche Personen betreffen, sich zu der Guts herrschaft in keinem erbunterthänigen Verhältnisse befinden, sondern nach §. 118. l. c. als Tagelöhner behandelt werden sollen. Der Zusammenhang lehrt, daß die nun folgenden allgem. Pflichten der Guts herrschaft, und insbes. die §§. 122. und 125. auch auf die Schutzunterthanen sich beziehen, und es muß schon daraus gefolgert werden, daß auch noch jetzt, nach erfolgter Aufhebung der Erbunterthänigkeit, die Verpflichtung der Guts herrschaft, für Schulunterricht und für die Erziehung der Kinder ihrer Arbeiter zu sorgen, dauert.

Zu derselben Ueberzeugung gelangt man aber noch durch folgende Betrachtungen.

Nach §. 36. II. 12. A. L. R. müssen die Magistrate in den Städten und Guts herrschaften auf dem Lande bei Bauen und Reparaturen der Schulgebäude, die auf dem Gute oder Kammerei-Eigenthume, wo die Schule sich befindet, gewachsenen oder gewonnenen Materialien, soweit selbige hinreichend vorhanden und zum Bau nothwendig sind, unentgeltlich verabsolgen.

Hier sind also die Guts herrschaften auf dem Lande den Magistraten in den Städten gleichgestellt, und eben diese Gleichstellung lehrt, daß jene Verpflichtung Guts herrschaften und Magistrate von dem Verhältnisse der Erbunterthänigkeit abhängig ist, da die letztere in den Städten niemals existirt hat. Eben diese Guts herrschaften auf dem Lande, welche zur unentgeltlichen Verabsolung der Materialien verbunden, sind dieselben, welche nach §. 33. l. c. ihre Unterthanen beibringung ihrer Beiträge zur Unterhaltung des Ortschaftslehrers unterstützen.

Allerdings ist diese Verpflichtung nur eine subsidiarische, nämlich in sofern, die Hausväter des Ortes, welche die Schulgemeinde bilden, dazu nicht vermögend sind; §. 29. l. c.

Wo aber die letzteren keinen Grund und Boden besitzen, sondern in gutsherrlichen Wohnungen als Einlieger, Dienstleute und Handarbeiter ihr Unterkommen finden, ist der Gutsherr noch überdies im eigentlichen Sinne als oberster Hausvater anzusehen. Auch tritt in einem solchen Falle seine Verpflichtung umkehrter ein, als es eben die ihm zu leistenden Dienste sind, welche die Eltern schulpflichtigen Kinder von den öffentl. Schulanstalten entfernen.

Auch die Analogie, welche die Verpflichtung der Herrschaften für franke Dienstboten darbietet, führt zu demselben Resultate.

Muß selbst eine gewöhnliche Dienstherrschaft, nach §§. 86. 88. und 89. der Landes-Ordn. v. 8. Nov. 1810, in Ermangelung von näher Verpflichteten, für franke Dienstboten sorgen, so liegt auch den Guts herrschaften eine gleiche Verpflichtung für ihre Dienstleute und Einlieger ob, da diese eben um ihrer Dienststellen von allen öffentl. Heilanstalten entfernt leben. Die Verpflichtung der Guts herrschaften, für das leibliche Wohl ihrer Untergebenen zu sorgen, kann aber nicht anders sein, als die Verpflichtung, zu der allgem. Erziehung der Kinder beizutragen; sie ist in dem Verhältnisse selbst so begründet, daß sich die Herrschaften sogar ohne ein Privatabkommen mit den Dienstleuten davon so wenig, als von der Verpflichtung, die Kranken ihrer Untergebenen nicht zu verlassen, entbinden können.

Auch die Verbindlichkeit der Guts herrschaft zur Verpflegung ihrer verarmten Unterthanen ist mit der Erbunterthänigkeit nicht ganz fortgefallen, wie in dem U. d. 5. März 1809, des G. d. v. 9. Okt. 1807 betr., §. 18. genügend ausgeführt worden ist. (Rabe, Bd. 10. S. 46.)

Es ist daher wohl nicht zu bezweifeln, daß die §§. 33. u. 36. II. 12. und 122. u. 125. II. 7. A. L. R. auch nach Aufhebung der Erbunterthänigkeit gegenwärtig volle Gültigkeit haben, und daß in dem speziellen Falle, welcher Veranlassung zu dieser Ausführung gegeben hat, die R. Reg. in solchen Orten, welche bloß aus den in herrschaftl. Häusern wohnenden Einliegern bestehen, die Domänen zur subsidiarischen Unterstützung der zu errichtenden unerläßlichen Schulanstalten anhalten könne. Den Domänen kann dagegen, ohne daß durch die administrativen Verf. aufgehoben werden, der Rechtsweg freigestellt werden.

(A. XXI. S. 997.)

γγ) Nr. 5. des G. R. v. 6. März 1852 (s. u. im 3. Kap.).



f) Die Standesherrn sind von der Beitragspflicht zu den Bedürfnissen der Schulgemeinde ihres Wohnorts nicht erimirt: Erf. des I. Sen. des Ob. Trib. v. 8. Sept. 1851. (Strietherst, Arch. Bd. 3. S. 266.)

5) Schulbeiträge bei Verschiedenheit der Konfession, oder Religion: §. 30. A. L. R. II. 12. (f. o. S. 319).

a) Beiträge zur Unterhaltung katholischer Schulen <sup>1)</sup> bei Uebergang der pflichtigen Besitzung auf Besitzer anderer Religion.

G. M. der Reg. zu Breslau v. 12. Dec. 1832 an sämmtl. Landrathskämter.

Es ist in Frage gekommen, ob, wenn ein katholischer Schullehrer nach den Bestimmungen des kathol. Schul-Regl. v. 18. Mai 1801 §§. 12. und 19. (S. 152) besoldet wird, der von der Gemeinde zu leistende Beitrag in der Art als eine Reallast zu betrachten ist, daß die auf die Besitzungen innerhalb des Schulbezirks repartirten Beiträge auch in dem Falle entrichtet werden müssen, wenn auch die Stellen auf Besitzer anderer Religion gelangen.

In Betreff dieser Frage hat Verschiedenheit der Ansichten stattgefunden. Es haben Veranlassung genommen, darüber an das R. G. Min. der G. U. u. M. Aug. zu berichten, und nachdem uns hierauf die erbetene Entscheidung zugegangen ist, eröffnen wir dem R. landrathl. Amte wegen dieses Gegenstandes Folgendes:

Obige Frage ist mit Rücksicht auf die dabei in Erwägung kommenden Punkte in nachstehender Art zu beantworten:

I. Bei Orten, in denen sich nur eine Schule befindet, müssen, wenn der Lehrer nach den Bestimmungen des kathol. Schulregl. besoldet wird, auch in der Regel die Stellenbesitzer, welche nicht der Religion des Schullehrers angethan sind, zur Besoldung dess. konkurriren, sofern nicht etwa eine andere Festsetzung getroffen ist.

II. Bei Dörfern, in denen schon zur Zeit der Publikation des kathol. Schulregl. zwei Schulen vorhanden waren und es noch sind, wo aber bei einem der Lehrer nach den Bestimmungen des kathol. Schulregl. besoldet ist, und bei der andern nicht, muß die Gehalts-Repartition für den Lehr. derj. Schule, bei welcher die Besoldung des Lehrers nach den Bestimmungen des kathol. Schulregl. erfolgt, nach §. 21. dess. alle 5 Jahre einer Revision, jedoch nur zu dem Behufe unterworfen werden, daß die in Zwischenzeit neu entstandenen Stellen, deren Besitzer von der Religion der betr. Schule sind, nachgetragen werden.

Dagegen muß von jeder einzelnen, in die Gehalts-Repartition des dem angegebenen Schulregl. besoldeten Schullehrers aufgenommenen Besitzung der darauf repartirte Betrag selbst in dem Falle, wenn letztere auf einen Einsassen anderer Religion gelangt, an den Schullehrer jedes bis zu dessen Abgange oder Tode entrichtet werden.

Erst wenn der Schullehrer abgehen sollte, ist eine neue Gehalts-Repartition zu entwerfen, und sind daraus alle diej. Stellen wegzulassen, welche an Besitzer der andern Konfessionen gelangt sind. Findet sich dann, daß die bei der Schule verbleibenden Glaubensgenossen zu arm sind, um dem Schullehrer die reglementsmäßige Besoldung zu geben, so steht ihnen frei, das Schulsystem aufzuheben, und sich zu einer andern Schule zu halten.

III. In Dörfern dagegen, wo bereits zur Zeit der Publikation des kathol. Schulregl. zwei Schullehrer vorhanden waren und es jetzt noch sind, wo bei beiden eine Besoldung nach den Bestimmungen des kathol. Schulregl. eingetreten ist, findet ebenfalls nach Verlauf von 5 Jahren eine vollständige Revision der Gehalts-Repartitionen in Abticht der sich neu getheilten Besitzungen Statt.

Ebenmäßig sind von den in jede Gehalts-Repartition aufgenommenen Besitzungen die darauf berechneten Beiträge, ohne Rücksicht auf die Religions-Veränderung des Besitzers, bis zum Abgange des Schullehrers entrichten.

1) In den letzten Kammerungen hat sich das Streben gezeigt, die Schul-Unterrichtsfonds vollständig auszusondern. Nat. Zeit. 1854. Nr. 191. 197. 198.

Bei dem Abgange des Schullehrers scheiden sodann aus der Repartition der betr. Schule diej. Stellen aus, welche in der Zwischenzeit an Besitzer der andern Konfession gelangt waren. Diese Stellen treten nun zum Schul-Verbande der andern Religion über.

IV. Bei Orten gemischter Religion ohne eigene Schule, wo die evang. Einsassen sich zu einer benachbarten evang. Schule, und die kathol. zu einer benachbarten kathol. Schule halten, ist, je nachdem nur für die eine Schule, oder aber für beide Schulen die Besoldung nach den Bestimmungen des kathol. Schulregl. festgesetzt ist, in ähnlicher Art, wie ad II. und ad III. zu verfahren.

V. In einem Dorfe gemischter Religion, wo der im §. 6. des ged. Schulregl. vorausgesetzte Fall eintritt, haben, wenn die andere Religions-Partei in der Folge eine eigene Schule errichtet haben sollte, die zu dieser Nebenschule gehörigen Stellenbesitzer, der Bestimmung in dem angez. §. des Regl. gemäß, auch zur Besoldung der eigentl. Ortsschule beizutragen, sofern sie nicht ausdrücklich davon entbunden worden sind.

Das R. landrätthl. Amt hat sich die vorstehend bemerkten Grundsätze in allen kommenden Fällen zum Anhalte dienen zu lassen, und nach ihnen zu verfahren.

Es tritt jedoch auch hier und da der Fall ein, daß an einem Orte gemischter Religion ursprünglich keine eigene Ortsschule war, und die Einsassen zu benachbarten Schulen ihrer betr. Konfession geschlagen worden sind, in späterer Zeit aber gelassen worden ist, daß die eine Religionspartei am Orte eine eigene Schule stiftet, und dagegen die Glaubensgenossen der andern Religion nach wie vor der vorigen benachbarten Schule ihrer Konfession zugeschlagen bleiben.

In solchen Fällen ändern vorstehend bemerkte Bestimmungen hinsichtlich des Schulverbandes nichts ab, und muß nur bei der Aufbringung der Besoldung für Schullehrer, sofern letztere nach den Bestimmungen des kathol. Schulregl. besoldet sind, in Betreff der an Glaubensgenossen der andern Religion stehenden Stellen nach den vorstehend entwickelten Grundsätzen verfahren werden.

(N. XVII. S. 397.)

b) Ueber die Beiträge der Juden zu den christlichen Ortsschulen, und die Beiträge der Kommunen zu jüdischen Schulen, die den Charakter öffentlicher Schulen haben, vergl. §§. 63. 87. des G. v. 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden (G. S. 1847. S. 276) unten im 5. Abschn., sowie §. 49. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. o. in Th. I. S. 11).

### III. Eintreibung der Schulabgaben (s. o. S. 760 ad 8.).

Früher war es üblich, daß wenn dergl. Abgaben nicht freiwillig gezahlt wurden, und in dessen Folge exekutivisch beizutreiben waren, den Gerichten, auf Anrufen Seitens der betr. Behörden oder Personen, die Vollziehung der Exekution überlassen blieb: Publ. des D. L. G. zu Köslin d. 8. Sept. 1823 (N. VII. S. 551); R. des Just. Min. v. 5. Juli 1833 (N. XVII. S. 635). Nur bei einzelnen Klassen von Schulabgaben, welche vorzugsweise den öffentlichen Abgaben gleichstellte, wurde eine Ausnahme gemacht, und administrative Exekution nach §§. 36. 42. B. v. 26. Juni 1808 (s. oben in Th. I. S. 268. Note 3.) zugelassen: R. des Just. Min. d. 8. Aug. 1814 (Jahrb. Bd. 3. S. 258. Gräff, Bd. 1. S. 247); R. der K. des J. u. d. P. und der G., II. u. M. Aug. v. 20. Mai 1835 (N. XIX. S. 359).

Gegenwärtig ist die administrative Exekution wegen der Schulabgaben gesetzlich regulirt. Es bestimmte zunächst:

a) die durch G. R. der Min. der G., II. u. M. Aug. und der J. v. 18. Aug. 1835 mitgetheilte R. D. v. 18. Juli 1835:

daß in der Rheinprovinz die rückständigen Schulgelder und alle anderen auf öffentlichen Einrichtungen beruhenden Schulabgaben, nach vorgängiger Fest-

setzung durch den Schulvorstand und den Bürgermeister, im administrativ-exekutiv begetrieben werden. <sup>1)</sup>)

b) Darauf brachte die R. D. v. 19. Juni 1836, betr. die der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, incl. die Forderungen zinalpersonen, folgende hierher gehörige genauere Vorschriften:

- 1) Alle beständige dingliche oder persönliche Abgaben und Leistung an Kirchen und öffentliche Schulen, oder an deren Beamte, we allgem. gesetzlich, oder auf notorischer Orts- oder Bezirksverf henden Verbindlichkeit zu entrichten sind, desgl. die Forderungen Schul- und Erziehungsanstalten an Schul- und Pensionsgeld, bei Säumigkeit der Debiten, sowohl hinsichtlich der laufende aus den letzten zwei Jahren rückständig verbleibenden Beträge vllschen Beitreibung durch die betr. Verwaltungsbehörde.
- 2) Die exekutive Beitreibung wird gehemmt, wenn der in An nommene eine Exemption behauptet, und wenigstens seit zwei l letzten Verfalltermine zurückgerechnet, im Besitze der Freiheit s
- 3) Das rechtliche Gehör bleibt nach Vorschrift des §. 79. ff. A. E. R der B. v. 26. Dec. 1808. §§. 41. u. 42. <sup>2)</sup>) einem Jeden ver aus besondern Gründen die Befreiung von einer solchen Abgab stung geltend machen will, oder in der Bestimmung seines Ant die Gebühr belastet zu sein, behauptet.
- 4) In Betreff der aus besondern Kontrakten oder testamentariße tionen auf Grundstücken haftenden jährlichen Abgaben an i Schulen (§. 430. A. G. D. I. 50.) <sup>3)</sup>) findet die Exekution n statt, es muß vielmehr, wenn sie nicht eingetragen sind, der Bag summarische Prozeß, nach näherer Anleitung der desfalligen g stimmungen, vorausgehen.
- 5) Wegen aller andern Forderungen der Kirchen- und Schulbedien wenn sie mit einem Festsetzungsdekrete versehen sind, der Mand sonst der Bagatell- oder summarische Prozeß, nach Vorschrift 1. Juni 1833 statt.
- 6) Die Forderungen ordnungsmäßig konzesßionirter Privat-, Schul zigungsanstalten an rückständigem durch ihren Einrichtungsplan Schul- und Pensionsgelde, aus dem Zeitraum eines Jahres v chung der Klage zurückgerechnet, dürfen im Wege des Mandatsr gelegt werden.

(G. S. 1836. S. 198.)

In Uebereinstimmung hiermit enthalten

c) die B. wegen exekutivischer Beitreibung der direkten und Steuern und anderer öffentlicher Abgaben und Gefälle in der Rh v. 24. Nov. 1843 (G. S. 1843. S. 351),

d) die B. gleichen Inhalts für die Prov. Westphalen v. 30. : (G. S. 1845. S. 494), und

e) die B. gleichen Inhalts für die östlichen Provinzen mit ßung Neuvorpommerns v. 30. Juli 1853 (G. S. 1853. S. 909) wörtlich gleichlautend folgende Bestimmungen:

§. 1. Nach den Vorschriften dieser B. sind fortan beizutreiben:

- 1) die direkten Steuern ic.; desgl. die für Staats-, Prov., Kreis nal-, Kirchen- oder Schulzwecke ausgeschriebenen Beischläge Steuern;

1) Dazu wurde durch G. R. ders. Min. v. 15. Okt. 1835 (A. XI) daß der Landrath das Exequatur zu dergl. Exekutionen zu erteilen hal

2) Also unter Entrichtung der Abgaben während des Prozeßes, u halt des Rechtes: §. 80. ib. f v. S. 792 sub3. ad B. u. S. 795 sub

3) Vergl. oben S. 268. Note 3.

4) Vergl. S. 773 sub d.

6) diej. öffentlichen Abgaben, welche an Gemeinden, Korporationen, sowie an ständische Klassen zu entrichten, oder als Prov., Kreis, oder Gemeindefiskalen, oder zur Unterhaltung öffentlicher Anstalten aufzubringen sind, als Kommunal-, Kirchen-, Schul- und Armenabgaben u.

§. 2. Das Zwangsverfahren wird von den mit der Einziehung der Steuern u. Gefälle beauftragten Behörden oder Beamten angeordnet, und unter ihrer Leitung durch die ihnen beigegebenen Exekutoren oder diej. Beamten, deren sie sich solcher zu bedienen haben, ausgeführt. Für die Fälle aber, in welchen den erstern keine bestimmte zur Ausführung der Exekution dienende Beamte zugeordnet sind, in welchen die Aufsichtsbehörde selbst die Exekution verfügt, hat diese auch die Behörde oder den Beamten zu bestimmen, von welchem das Zwangsverfahren direkt werden soll.

§. 3. Ueber die Verbindlichkeit zur Entrichtung der geforderten Abgaben und Befugniß zur Anordnung des eingeleiteten Zwangsverfahrens, findet der Rechtszustand, wo er bisher zulässig war, auch ferner statt. u.

Der weitere Inhalt der R. betrifft das Verfahren, insbes. die voraussetzende Mahnung mit achttägiger Frist und die Arten der Exekution, als: Pfändung, Beschlagnahme der Früchte auf dem Felde, sowie der gewonnenen Produkte oder Fabrikate auf den Berg- oder Hüttenwerken; Beschlagnahme der ausstehenden Forderungen; Sequestration oder Verpachtung nach R. O. v. 31. Dec. 1825 §. 12. Lit. b. (G. S. 1826. S. 12); die Subhastation. Sequestration und Subhastation setzen die Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Reg.) voraus, und müssen bei dem kompetenten Gerichte in Antrag gebracht werden.

#### IV. Außerordentliche Einkünfte.

Dieselben bestehen theils in Privatunterstützungen, theils in der den Schulen verheißenen subsidiären Beihilfe des Staats.

##### 1) Privatunterstützungen.

Hierher gehören:

a) die Beträge von Kollekten. Vergl. §. 9. des Gen. Landschulregl. von 1763 (s. oben in Th. I. S. 66) und §§. 38. flg. des Schles. Landeschulregl. von 1765 (s. oben in Th. I. S. 138).

Außer den hier ged. regelmäßigen Schulkollekten kommen auch besondere Kirchen- und Hauskollekten namentlich zu Neu- oder Wiederherstellungsbauten von Schulen vor. Vergl. die G. R. der Min. der G. U. u. M. Ang. und des J. v. 10. Okt. 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 344) und des Min. der G. U. u. M. Ang. v. 8. März 1846 (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 54). Vergl. Kollekten setzen spezielle Bewilligung voraus, und laut letztged. G. R., nach dem Zwecke, zu welchem die Bewilligung erteilt ist, entweder für den Gesamtbau, oder zur Erleichterung einzelner Tragspflichtiger verwendet werden. Das Min. verlangt zu diesem Behuf, daß die Reg. jederzeit in ihren Ver. den Zweck der Kollekte bestimmt. Vergl. auch Erf. des Rhein. Prov. und Kass. Hofes v. 10. Juni 1851 (J. Min. Bl. 1851. S. 255). §. 11. Nr. 4. e. der Instr. v. 31. Dec. 1825 (s. oben in Th. I. S. 259).<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Das Kollektenwesen ist durch Publ. der einzelnen Reg. geregelt: z. B. Preuss. v. 28. April 1818 (A. II. S. 362) u. 1. März 1822 (A. VI. S. 108); Baden v. 24. Juli 1816 (A. II. S. 722); Köln v. 3. Okt. 1818 (A. II. S. 100); Minden v. 19. April 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 125). Vergl. G. R. des Oberkirchenraths v. 14. Juli 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 11), welche eine neue Regulirung des kirchlichen Kollektenwesens einzuleiten scheint.

b) Die Freikure, welche Bergwerkseigenthümer der Schule zu gewähren haben. Hierüber bestimmt §. 134. A. 2. R. II. 16.:

Außer diesen (128 Anthellen oder Kuren) werden ic. wenn die Prov. Gesetz keine Ausnahme enthalten, zwei der Kirche und Schule, unter deren Sprengel die Zeche liegt, ic. beigelegt. <sup>1)</sup>

Für Schlesien schreibt die B. v. 9. März 1830 (S. S. 1830. S. 49) vor, daß die Ausbeute dieser Kirchen- und Schulkure

von den Behörden nach dem jedesmaligen Bedürfnisse für kirchliche und Schulzwecke, auch vorzüglich zum Besten der Berg-Knappschafts-Genossen und deren Kinder, ohne Unterschied der Konfession, auch an solchen Orten zu verwenden, wo der eigentliche Freikau jener Kure nicht stattgefunden hat.

2) Unterstützung von Seiten des Staats. <sup>2)</sup>

Vergl. Art. 25. der Staatsverfassung (s. oben in Th. I. S. 231); die Mittheilungen aus den Staatshaushalts-Etats oben S. 238, 316, in den Schluß des G. R. v. 6. März 1852 im folg. Kap.

## Drittes Kapitel.

### Unterhalt des Lehrers.

#### I. Verbesserung der Schulstellen im Allgemeinen.

In dem Einkommen der Lehrer hat sich von jeher die Unzulänglichkeit der öffentlichen Unterstützung der Volksschule am Schreiendsten zu zeigen gelegt. Wie alt, wie rechtmäßig die diesfälligen Klagen sind, ist schon in dem im allg. Theile enthaltenen geschichtlichen Ueberblicke des Schulwesens dargethan (vgl. z. B. v. S. 16, 63, 234). Hier genügt es, das von uns schon durch die Tabelle der Schullehrergehälte zu vervollständigen, was Harfort, Preuß. Volksschule, S. 47, nach den Angaben des Geh. Rath Dr. Bedeborf mittheilt.

Es sind vorhanden:

1) Ueber die Sorge für diese Freikure bei Vereinigung mehrerer Bergwerke vergl. R. des Kön. Min. v. 31. Mai 1842 in den Ergänz. zu §. 132. A. R. II. 16.

2) Die Beiträge, welche der Staat als Guts herrschaft (Domänenverwalt.) leisten hat s. oben S. 764 sub β. und γγ. und Note 2. ebendas. und S. 794 e., so wie §. 45. der Schulordn. f. d. Prov. Preußen (s. ob. in Th. I. S. 111).

3) Eine Verpflichtung des Staats zu Schulbeiträgen wurde früher in Abrede gestellt. So z. B. im Preuß. Prov. Landtagsabsch. v. 4. Jan. 1830 (A. XIV. S. 236) wo es sub II. 23 heißt: „daß die Unterhaltung der vorhandenen Elementarschulen, sowie die Gründung neuer dergleichen Anlagen, welche Bedürfnis dazu sich ergibt, zu den Obliegenheiten der Kreisgemeinden, mit nach Verschiedenheit der Rechtsverhältnisse, zu den Verpflichtungen der Gutsbesitzer gehört und sich daher der Uebertragung dieser Verpflichtungen auf die gemeine Staatsmittel nicht rechtfertigen lassen würde“; doch wurde auch hier schon für Fälle des nachgewiesenen Bedürfnisses Staatsunterstützung versprochen.



Stadtschullehrerstellen				Landschullehrerstellen			
jährlich:	evang.	kathol.	Summe.	zu jährlich:	evang.	kathol.	Summe.
50 Thl.	68	54	122	unter 10 Thl.	263	60	323
00 "	298	195	493	10—20 "	641	216	857
50 "	447	295	742	20—40 "	1652	635	2287
00 "	506	188	694	40—60 "	2002	824	2826
50 "	443	113	556	60—80 "	2116	841	2957
00 "	344	48	392	80—100 "	1807	1026	2833
50 "	237	24	261	100—130 "	1652	766	2418
00 "	139	19	158	130—150 "	869	283	1152
50 "	108	6	114	150—180 "	794	292	1086
00 "	50	9	59	180—200 "	333	91	424
50 "	35	2	37	200—300 "	652	101	753
00 "	102	2	104	300—400 "	206	10	216
00 "	13	—	13	über 400 "	18	—	18
	2790	955	3745		13005	5135	18140

Diese Tabelle gehört der neuern Zeit, nach 1833, an. Denn damals war das Einkommen eines Landschullehrers im Durchschnitt 78 Thlr., während sich hier diese Durchschnittszahl bereits auf 85 Thlr. 19 Schilling hebt. Hieraus zeigt sich aber zugleich, wie wenig solche Durchschnittszahlen geeignet sind, die Behauptung zu widerlegen, daß für das Leben der Lehrer unzureichend gesorgt sei. Denn, abgesehen davon, daß 85 Thlr. noch unter dem bleiben, was ein Tagelöhner sich mit Handarbeit zu verdienen vermag, so wird selbst diese Durchschnittszahl in der größern Hälfte der Stellen nicht einmal erreicht. 9250 Stellen unter 80 Thlr., und davon viele, die nicht 10, nicht 20 Thlr. bringen! Die Abhilfe, die hiergegen von Seiten der Staatsregierung getroffen ist, bestand weniger in direkter Unterstützung. Sie hat sich meist auf eine eingeschränkte, Minimalsätze für den Lehrergehalt zu reguliren, und die Beschaffung von den Gemeinden oder sonst Verpflichteten zu verlangen. Aber auch jene Regulirung erfolgte nicht allgemein, sondern nur in einzelnen Provinzen. So:

Auch sollen gut dotirte Stellen nicht herabgesetzt werden:

l. des Min. d. G., u. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 18. Mai 1840.

Es sind dem Min. mehrere Fälle bekannt geworden, daß das Einkommen von Schulstellen an Gymnasien, höheren Bürgers-, Stadt- und Landschulen bei Revidirungen willkürlich herabgesetzt und die gemachte Ersparniß zu anderen Zwecken, resp. Verbesserung anderer Lehrstellen an ders. Schule, verwendet worden ist. Da es nun bei einem solchen Verfahren nicht fehlen kann, daß nach und nach die Zahl der besser dotirten Stellen sich sehr vermindern und die Zahl der schlecht, ausgezeichneten und verdienten Schulmännern eine ihren Leistungen entsprechende und vor der dringendsten Noth schützende Stellung zu verschaffen, verschwinden muß, so fordert das Min. die R. Reg. auf, mit Aufmerksamkeit auf diesen Punkt zu achten.

II.

a) in Schlessen durch §§. 10—29. des kathol. Schulregl. von (s. oben in Th. I. S. 151), und deren Ausdehnung auf evang. Schul J. 1829 (s. o. S. 785 Note 1.).<sup>1)</sup>

b) in der Prov. Preußen durch §§. 12—18. der Schulordn. 1845 (s. oben in Th. I. S. 106).

Seitdem wurde angestrebt, das Einkommen der Volksschullehrer einen Minimalbetrag von 100 Thlr. zu erheben, und speziell zu diesem ein Staatszuschuß bewilligt.<sup>2)</sup>

Endlich ist im Art. 25. der Staatsverfassung (s. o. in Th. I. S. den Volksschullehrern „ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen“ verheißen, und die Erfüllung dieses Versprechens, beim Abben des in der Verfassung vorbehaltenen Unterrichtsgesetzes (s. o. in S. 234—236), inzwischen durch das nachstehende R. eingeleitet.

E. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 6. März 1852 an s. R. Reg. (ausschließl. der Prov. Preußen) und an das Prov.-Schulz. zu Berlin, betr. die Regulirung des Einkommens der Elementarstellen.<sup>3)</sup>

Durch die E. Verf. v. 8. Aug. v. J. hatte ich die R. Reg. zur Einreichung eines summarischen Verzeichnisses derj. Elementarlehrerstellen veranlaßt, bei einer Erhöhung des bisherigen Einkommens nothwendig und von den gesetzl. Verpflichteten ganz oder theilweise nicht zu beschaffen sei. Zugleich war Zusammenstellung der in jedem Bezirk für die Unterhaltung der Elementarschulen stehenden gesetzlichen Bestimmungen erfordert.

Die hierauf eingegangenen Berichte veranlassen mich hinsichtlich der Einkommens für die Elementarlehrerstellen zu folgenden Eröffnungen.

In allen Prov. der Monarchie bestehen gesetzliche Bestimmungen, die die Verpflichtung zur Unterhaltung der Elementarschulen und ihrer Lehrer und als solche, welchen die Pflicht obliegt, das Einkommen für die Lehrer zu bringen, die Hausväter des Schulbezirks, die politischen, oder Kirchen-, die Guts- und Gerichtsherrschaften, oder andere Korporationen und P. bezeichnet sind. Durch einige dieser Gesetze ist ein Minimum des Einkommens festgestellt, und sind die einzelnen Theile desselben in bestimmten gegeben. In andern Fällen fehlt es an solchen Bestimmungen über Einkommens. Ueberall aber steht die Verpflichtung, für die Unterhaltung der Schule und des Lehrers zu sorgen, fest, und kommt es nur darauf an, gegen der Verpflichteten nach dem Bedürfniß und nach den verschiedenen Bestimmungen und sie zur Entrichtung derselben anzuhalten. Abgesehen von festem Recht mehr oder minder ausdehnenden Detail-Bestimmungen der Prov. Gesetze, findet dasselbe, als den Staatsbehörden, resp. den R. Reg. j.

keit darauf zu wachen, daß in Ihrem Ressort die Dotationen der Schulen erhalten und Anträge der Privatpatrone, zur Verbesserung anderer Schulen sie zu verkürzen, zurückgewiesen werden.

(Min. Bl. d. i. 1840. S. 230.)

Die gleiche Bestimmung enthalten das Merseburger Publ. v. 13. Mai 1822 Nr. 3. S. 586 und §. 17. der Pr. Schulordn. (s. oben in Th. I. S. 106). Vergl. auch nachstehend das E. R. v. 6. März 1852. sub 2.

Dagegen soll das Einkommen in Vakanzen zur Verbesserung der Details angewendet werden: R. v. 22. Juli 1822 (s. oben S. 446). Hinsichtlich des Einkommens, was aus Staatskassen bezogen wird) schrieb jedoch ein R. v. 23. Okt. 1819 (Reigebaur, S. 213) vor, daß etwaige Ersparnisse in Vakanzen der Staatskasse zu Gute zu berechnen seien.

1) §§. 144 ff. des Entw. z. schles. Prov. R. (s. oben in Th. I. S. 161.)

2) Vergl. Naake pädag. Jahresber. II. (1847) S. 375. III. (1848) S. 37.

3) Vergl. hierzu die Motivirung des Staatszuschusses beim Etat pro 1853 s. o. in Th. I. S. 239, 240.

Klaren Ausdruck in dem A. E. R. Th. II. Tit. 12. §. 9. (f. o. S. 221) Instr. für die R. Reg. v. 23. Okt. 1817. §. 18. pos. d, e, f, g, k.)

auf Grund der bestehenden Gesetzgebung die ältern Schulen sich eine große Anzahl neuer Schulen allmählig gegründet, mit der nöthigen Versehen und zu einem, lange Zeit als befriedigend erachteten Punkt worden ist; hat sich auf diesem Gebiete, hauptsächlich mit hervor- die Klagen über zu geringe Dotation einzelner Elementarlehrerstellen, Ansicht entwickelt, die Besoldungsfrage der Schullehrer bedürfe einer nge Monarchie umfassenden, gesetzl. Regulirung, und es ist, wie ich der R. Reg. ersuchen, nicht zu verkennen, daß die Erwartung einer ngeren Zeit dazu geführt hat, die Anwendung bestehender gesetzl. Ver- ir bessern Dotirung der Lehrerstellen, wo diese nöthig ist, zu un-

stigen, auf abstrakten Theorien beruhenden Erwartungen, welche von neuen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens hier und egt worden sein, können überhaupt nicht weiter in Betracht kommen. jedoch darauf, daß die meisten Bestimmungen über die Höhe des imens aus einer Zeit herrühren, seit welcher sich der Werth des Gel- verringert hat, und seit welcher die Anforderungen an die Zeit und er sich erheblich gesteigert haben, und daß hiernach wirklich die Be- ler Lehrerstellen deren Inhabern nicht mehr ausreichenden Unterhalt ste ich es im Interesse der Lehrer und des Unterrichtswesens für er- zur Erzielung des, überhaupt und nach den obwaltenden Verhältnissen und Erreichbaren erforderlichen und ausführbaren Maaßregeln nicht ehen.

angung eines solchen Zieles bietet aber, wie ich mich nach reiflicher er hier in Betracht kommenden Verhältnisse überzeugt habe, die be- ßgebung nicht nur einen ausreichenden Anhalt, sondern es werden ste Anwendung ders. auch, bei einer allg. Gesetzgebung nicht zu um- prov. Eigenthümlichkeiten nachtheilig berührende Schwierigkeiten ver-

ere daher die R. Reg. hiermit auf, eine neue Regulirung der Gehalts- ei allen denj. Elementarschulen vorzunehmen, welche nach der pflicht- sorgfältiger Erwägung der Lokalverhältnisse gewonnenen Ueberzeugung den betr. Lehrern ein zu ihrem Unterhalt erforderliches Einkommen n. Es ist mit dieser Regulirung sofort vorzugehen und mit denj. Anfang zu machen, welche der Verbesserung ihres Einkommens am stig und durch treue Amtsführung ders. vorzugsweise würdig sind. der bestehenden Gesetzgebung und in Berücksichtigung der von den R. Ber. hervorgehobenen thatsächlichen Verhältnisse mache ich auf fol- Regulirung besonders zu beachtende Gesichtspunkte aufmerksam.

R. Reg. hat überall vermöge des Ihr zustehenden Oberaufsichtsrechts eten gegenüber das Recht zu bestimmen, was und wie viel zur Un- ter Schule und ihres Lehrers erforderlich ist. \*) Es versteht sich von e R. Reg. bei dieser Arbitrirung Sich auf das unerläßlich Nothwen- t und Sich unter Fernhaltung jeder theoretisirenden und nivellirenden uptsächlich an eine Abwägung des nach Gesetz und Observanz bereits Einkommens und des vorliegenden Lokalbedürfnisses hält. Auf der kann aber der Anordnung einer unter Beachtung dieser Gesichtspunkte achteten Erhöhung des Lehrereinkommens weder der Umstand entgegen- en, daß in der bestehenden Prov. Gesetzgebung ein den Betrag der Reg. für erforderlich gehaltenen Lehrerbefoldung nicht erreichendes Mi- seht sei, noch die Verufung auf das in der Votation dem zeitigen r zugesicherte Einkommen. In ersterer Beziehung versteht sich das Reg., zu beurtheilen, ob der geringste Gehaltsatz, welcher zulässig i bestimmten Fall nicht ausreicht, nach den alleg. Gesetzesstellen, von Recht der Oberaufsichtsbehörde aber, neben dem durch die Votation

1. Erl. v. 28. Mai 1845 Nr. 2. (f. o. S. 448).

bestimmten Einkommen dem Schullehrer noch neue Gehaltsbezüge zuzurechnen, zu lagern zu ertheilen und dieselben mit Ausschluß des Rechtsweges durch Grefuthe nöthigenfalls beizutreiben, ist, wie aus dem Urtheil des R. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte hervorgeht, von welchem die R. Reg. zu ihrer Information Abschrift erhält, (Anl. a.) ebenfalls als gesetzlich begründet anerkannt.

2) Die Einrichtung einer neuen Schule kann nur da gestattet werden, wo nach dem Ermessen der R. Reg. ausreichende Dotation nachgewiesen ist. Bis dieser Fall ist, muß dem vorhandenen Bedürfniß durch provisorische Einrichtung mögliche Abhülfe gewährt werden. Das Einkommen bereits bestehender Schulen darf zu Gunsten neu zu errichtender Schulstellen in der Regel nicht, jedenfalls ohne meine Genehmigung, verringert werden.

3) Wo Schulgeld erhoben wird, haben die R. Reg. nach der Instr. v. 2. Okt. 1817 §. 18. pos. f. das Recht, dasselbe festzusetzen und zu reguliren. Ist eine Verbesserung des Lehrereinkommens erforderlich, so wird zunächst um so viel zu einer Erhöhung des Schulgeldes zu schreiten sein, als an vielen Orten die bisherige Festsetzung dess. aus einer Zeit herrührt, in welcher das Geld einen höhern Werth besaß, als ihm gegenwärtig zukommt, die Schuleinrichtungen selbst aber in Voraussetzungen, auf welchen z. B. die Normirung des Schulgeldsages in der Gen. Landschulregl. v. 12. Aug. 1763 beruht, nicht mehr entsprechen. Nach den bestehenden Verhältnissen bildet das Schulgeld eines der naturgemäßeften Elemente der Lehrerbefoldungen und verdient daher im Interesse der Lehrer, wo es schwebende lokale Verhältnisse nicht entgegen stehen, die sorgfältigste Konservirung. Mittellosen Familienvätern kann dadurch die nöthige Rücksicht zu Theil werden, daß für ihre Kinder der sonst feststehende Satz des Schulgeldes ermäßigt wird, wie das in mehreren Gegenden schon bisher mit gutem Erfolge geschieht. Wo ein Schulgeld nicht besteht und den obwaltenden Verhältnissen nach nicht einzuführen ist, oder, wo es zur Erfüllung des Bedarfs nicht ausreicht, sind die allg. an prov. gesetzlichen Bestimmungen (§. 29. ff. A. E. R. II. 12.) über die Verpflichtung zur Unterhaltung der Schulen in Anwendung zu bringen und die erforderl. Beiträge der Verpflichteten danach zu reguliren.

4) Das Schulgeld ist seiner Natur nach eine Remuneration des Lehrers für den von ihm den betr. Kindern ertheilten Unterricht, womit nicht ausgeschlossen wird, daß dass. als ein wesentl. Theil des Lehrereinkommens auch für den Fall entrichtet werden muß, wo schulpflichtige Kinder zeitweise den Unterricht des Lehrers nicht empfangen. Aus diesem Grundsatz folgt,

a) daß der Lehrer der Regel nach Anspruch auf das ganze für seine Schule einkommende Schulgeld hat. Die hier und da den Lehrern auferlegten Abzüge von dem Schulgeld zu Gunsten der Schulkassen, oder zur Befriedigung von Unterrichtsbedürfnissen, für welche die Verpflichteten antworten aufzukommen haben, sind in Bezug auf ihre Begründung einer Prüfung zu unterwerfen, und hat die R. Reg., sofern solche Einrichtungen im terzigen Bez. bestehen, über ihr Fortbestehen, resp. ihre Beseitigung zu berichten.

b) die Fixirung der Lehrer auf ein bestimmtes Maximum an Schulgeld ist im Interesse der erstern beeinträchtigend und der Natur des Schulgeldes widersprechend nicht angemessen; es ist daher auf die Beseitigung dieses Verhältnisses hinzuwirken. Da die Verpflichteten überall für den notwendigen Unterhalt der Lehrer aufzukommen haben, so empfiehlt es sich, um bei etwa eintretender Verminderung der Schülerzahl die Repartition der Schulbeiträge zu vermeiden, die Verpflichteten zu vermögen, daß sie den Lehrern ein Minimum des Schulgeldes garantiren.

c) Wo nicht durch ein Gesetz, wie z. B. das für die linke Rheinseite vorgültige G. v. 11. Floreal X. Art. 4. oder sonst auf rechtsgültige Weise etwas Anderes bestimmt ist, haben die Lehrer Anspruch auf das Schulgeld für alle der Schule zugewiesenen Kinder. Hiernach müssen die dens. seitens etwa für arme Kinder ganz oder theilweise auferlegten Abzüge an Schulgeld in Wegfall kommen, und sind, wenn nicht in ortsüblicher Weise ein anderer Ersatz geboten werden kann, oder der Prov.- u. Gesetzgebung nach ein anderer Verpflichteter hervortritt, die zur Armenpflege Verpflichteten zur Zahlung des Schulgeldes anzuhalten. In gleicher Weise sind die Ausfälle von Schulgeld zu decken, welche aus zeitweiligem, oder dauerndem Unvermögen der zunächst Verpflichteten entstehen.

5) Bei den, von manchen Seiten über die noch fortbauernde Gültigkeit des §. 33. A. E. N. II. 12., durch welchen Guts herrschaften auf dem Lande verpflichtet werden, ihre Unterthanen, welche zur Aufbringung ihres schuldigen Beitrages ganz oder zum Theil auf eine Zeitlang unvermögend sind, dabei nach Nothdurft zu unterstützen, erhobnen Zweifeln, und in Erwartung, daß die Beitragsverpflichtung der Guts herrschaften zur Unterhaltung der Schule durch ein allg. Unterrichtsgesetz, oder durch Prov. Schulordnungen anderweit würde regulirt werden: hat man seit einiger Zeit die gedachte Bestimmung zur Anwendung zu bringen, unterlassen. Hierzu ist fernerhin unter den gegenwärtigen Verhältnissen um so weniger Veranlassung vorhanden, als bereits im J. 1837 der damalige G. Just. Min. sich für die fortbauernde Gültigkeit der erwähnten Bestimmung erklärt hat (A. 1847. S. 197). Die Aufhebung der Gerichtsherrlichkeit, der gutherrlichen Polizei etc. und der damit zusammenhängenden Verpflichtungen (Art. 42. der B. U.) ändert hierin nichts, da der §. 33. A. E. N. II. 12. jene Verpflichtung den Guts herrschaften als solchen, abgesehen von Gerichtsherrlichkeit, Polizei etc. auferlegt. Die K. Reg. hat daher diese Bestimmung unter den in dem R. v. 2. Nov. 1837 (s. oben S. 802) bezeichneten Modalitäten in Anwendung zu bringen, und sind durch den etwa von Guts herrschaften einzuschlagenden Rechtsweg die administrativen Verf. nicht aufzuhalten, wobei es der K. Reg. überlassen bleibt, je nach den Umständen der weiteren Verfolgung des Rechtsweges durch Erhebung des Kompetenz-Konfliktes entgegenzutreten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch Anwendung dieser Grundsätze fast überall, wo ein wirkliches Bedürfnis dazu vorhanden ist, und wo die betr. Lehrer nach Maßgabe meiner G. Verf. v. 22. Jan. v. J. (s. o. S. 483) einer Verbesserung ihrer äußern Lage würdig sind, sich eine angemessene Erhöhung des Lehrereinkommens wird erzielen lassen. Bevor aber nicht durch Anwendung der bestehenden gesetzl. Bestimmungen alle Mittel erschöpft sind, um die Unterhaltung der Schulen seitens der zunächst Verpflichteten sicher zu stellen, verbietet es sowohl die Veranlassung, wie die Rücksicht auf die Lage des Staatshaushaltes, aus allg. Staatsfonds zur Erhöhung der Lehrerbefoldungen diej. Summen zu gewähren, welche bloß in Abmessung der jetzt bestehenden faktischen Verhältnisse und ohne vollständige Berücksichtigung der oben aufgestellten Grundsätze beantragt sind. Erst, wenn durch die jetzt nach den angegebenen Grundsätzen vorzunehmende Regulirung der Lehrergehälter für einzelne Fälle die Nothwendigkeit einer Beihilfe seitens des Staates unter Berücksichtigung aller dabei in Betracht kommenden speziellen Verhältnisse überzeugend nachgewiesen wird, werde ich in der Lage sein, die Bewilligung einer solchen herbeizuführen. Hierauf gerichtete Anträge hat die K. Reg. in der jährlichen Zusammenstellung jedes Jahr bis zum 1. Febr. einzureichen, wobei ausdrücklich bemerke, daß etwa später eingehende Anträge bei der Aufstellung des Budgets für das nächste Jahr keine Berücksichtigung finden können. Zu demselben Termin hat die K. Reg. einen ausführl. Ber. über den Fortgang und die Resultate des Regulirungsgeschäftes in Ihrem Verwaltungsbez. einzureichen, und in demselben die stattgefundenen Erhöhungen des Lehrereinkommens, unter Angabe des Weges, auf welchem sie erzielt worden sind, im Einzelnen und übersichtlich auszuführen. Ueber prinzipielle Schwierigkeiten, die sich etwa bei der Regulirung ergeben sollten, lasse ich dagegen dem sofortigen Ber. der K. Reg. entgegen. Es ist dabei aber sorgfältig zu erwägen, ob diese Schwierigkeiten auch in der That vorhanden sind und nicht vielmehr durch eine richtige Auffassung der gesetzl. Bestimmungen und durch ein praktisch-thätiges Eingehen auf die Sache beseitigt werden können. Dem Bestreben vieler Betheiligten, den oben bezeichneten, allerdings mit mancher Mühe verbundenen Weg zu vermeiden, indem man die ganze Last der Verbesserung des Schullehrer-Einkommens auf die Staatskasse zu legen sucht, ist von der K. Reg. kein Einfluß irgend einer Art auf die Behandlung der Sache zu gestatten, da dies weder gesetzlich begründet noch finanziell ausführbar wäre.

Ich erwarte vielmehr, daß die K. Reg. diese wichtige Angelegenheit in der angeordneten Weise kräftig zu fördern sucht, und wünsche, daß das Regulirungsgeschäft für ihren Bez. im Zeitraum einiger Jahre vollendet sei. Dasselbe ist seitens der K. Reg. für die einzelnen Schulen ex officio aufzunehmen.

Für die Lehrer entstehen durch diese Verf. keine Ansprüche irgend einer Art auf Erhöhung des Einkommens oder einzelner Theile dess., bevor nicht die Regulirung für die betr. Stelle, nach der Reihenfolge, wie sie von der K. Reg. im In-



teresse der Schulaufsicht und unter Berücksichtigung der Lokal- u. Verhältnisse für angemessen erachtet wird, stattgefunden hat.

Anl. a.

Auf den von der R. Reg. zu Liegnitz erhobenen Kompetenzkonflikt in der bei der R. Kreisger. Deput. zu S. anhängigen Prozeßsache der Gemeinde zu S., Klägerin, wider den dortigen Schullehrer M., Beklagter, betr. gewisse mit der Schullehrerstelle verbundene Emolumente, — erkennt der R. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte für Recht:

daß der Rechtsweg in dieser Sache für unzulässig, und der erhobene Kompetenzkonflikt daher für begründet zu erachten. Von Rechts wegen.

Gründe.

Der Schullehrer zu S. hat vermöge seiner Vokation, oder vielmehr nach dem vers. beigefügten Genußzettel, unter andern  $3\frac{1}{2}$  Klafter Brennholz zu beziehen. Außerdem wird von ihm noch besonders Holz zur Einheizung der Schulstube in Anspruch genommen, und verlangt, daß ihm das Deputatholz klein gespalten werde. — Beides hat die Gemeinde geweigert; es ist indeß der Anspruch von der R. Reg. zu Liegnitz anerkannt, und der Kostenbetrag von der Gemeinde für das J. 1847 exekutivisch eingezogen. Gegenwärtig klagt die Gemeinde gegen den Schullehrer M. auf Erstattung der eingezogenen Gelder, nämlich für drei Klafter Holz zum Heizen der Schulstube, Holzspalterlohn und Exekutionsgebühren, sowie auf Befreiung für die Zukunft. — Der Schullehrer M. hat der vorgescherten Dienstherrschaft denunziert, und von der Reg. zu Liegnitz ist unter dem 30. Aug. 1849 ein Kompetenzkonflikt erhoben, welcher für begründet erachtet werden muß. —

Die dem Schullehrer zu S. zu gewährende Besoldung ist, wie die landräthl. Akten ergeben, bereits Gegenstand weitläufiger Verhandlungen gewesen. Schon im J. 1834 wies die Reg. zu Liegnitz auf eine endliche Feststellung ohne Rücksicht auf den Widerspruch der Gemeinde hin; inzwischen beruht der gegenwärtig aufgebende mit der Vokation verbundene Genußzettel von 1836 auf gegenseitigen Uebereinkommen. In dems. sind —  $3\frac{1}{2}$  Klafter Brennholz für den Schullehrer aufgeführt, ohne daß von der Zurichtung des Holzes oder von dem Heizen der Schulstube überhaupt die Rede wäre. — Wegen des Zurichtens des Holzes stand zuerst ein Streit mit den Häuslern in S., diese wurden jedoch nicht für verpflichtet erachtet, und da die Einsieger reglementsmäßig dazu verpflichtet sein sollten, solche aber in S. nicht existiren, so nahm die Reg. an, daß die Gemeinde dafür aufkommen müsse. Ebenso wurde angenommen, daß die Gemeinde, ohne Rücksicht auf das dem Schullehrer zugesagte Deputatholz, das Schullokal heizen müsse, und es wurde bei der Weigerung der Gemeinde auch hierfür der Betrag exekutivisch eingezogen. —

Die Klage der Gemeinde auf Erstattung ist jetzt so angelegt, daß dabei auf die Vokation des Schullehrers Bezug genommen, und angeführt wird, es sei dahin weder das Zurichten des Holzes, noch das Heizen der Schulstube von der Gemeinde observanzmäßig jemals gefordert worden. —

Den erhobenen Kompetenzkonflikt stützt dagegen die Reg. zu Liegnitz darauf:

- 1) daß die Beiträge zur Unterhaltung der Ortschule und des Schullehrers in die Kategorie der Kommunal-Abgaben fallen; —
- 2) daß über die Verpflichtung zur Entrichtung solcher Abgaben, sofern sie nicht Gegenstand eines Streites unter den Kontribuenten wegen behaupteter Exgravation geworden, der Rechtsweg nur dann stattfindet, wenn eine Befreiung auf Grund speziellen Rechtstitels behauptet werde. —

Dabei ist auf das Erkenntniß des Kompetenz-Gerichtshofes in Sachen der Gemeinde zu S. wider den Schullehrer M., ebenfalls Kleinspalten des Deputatholzes betr., Bezug genommen. —

In Uebereinstimmung mit der Reg. zu Liegnitz muß aber rücksichtlich der Kommunal-Beiträge, mit denen die hier in Rede stehende Leistung für den Schullehrer auf einer Linie steht, anerkannt werden, daß der Umfang ders. lediglich den Aufsichtsbehörden festzusetzen ist, ohne daß dagegen der Rechtsweg geltend gemacht werden kann. Wollte man eine Klage gegen den Schullehrer, wie die vorliegende, zugeben, so würde man nach dems. Grundsatz zugeben müssen, daß von der Gemeinde mit dem Dorfhirten und dem Nachtwächter mit dem Schulzen, über die ihnen von den Aufsichts-Behörden ausgesetzte Remuneration im Wege Rechts gestritten werden könne, was niemals zugegeben worden ist. —

Hiergegen wird im vorl. Falle angeführt, daß eine das Rechtsverhältniß regelnde Vokation vorliege, und über die Verpflichtungen der Gemeinde nach dieser Vokation gestritten werde. Wäre dies wirklich der Fall, so würde allerdings der Rechtsweg nicht verschlossen werden können; es wäre alsdann von einem Streit über die durch einen bestimmten Titel begründeten Rechtsverhältnisse die Rede. — Allein die Sache liegt nicht so, vielmehr ist von der Gemeinde etwas neben der Vokation gefordert, womit es keine andere Bewandniß hat, als es mit einer für den Schullehrer beschlossenen Zulage etwa haben würde. In dem R. v. 31. Mai 1847 wird die wegen Zurichtung des Holzes getroffene Anordnung dadurch gerechtfertigt, daß der R. das reglementmäßige Minimum einer Schullehrer-Besoldung noch nicht habe, und in dem R. v. 25. Juli 1847 heißt es wörtlich: „da es sich um eine Verbesserung der Schulstelle handelt, um das reglementmäßige Minimum zu erfüllen, so ist von der Einziehung für die Vergangenheit zu abstrahiren.“ — Hinsichtlich des zweiten Postens, nämlich des Heizens der Schulstube, aber liegt es von selbst vor, daß von einer Leistung neben dem Schullehrer-Gehalte die Rede ist. — 1c.

Berlin, den 29. Juni 1850.

R. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte.

v. Lamprecht.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 42.)

## II. Die Bestandtheile des Lehrergehalts.

### 1) Baares Gehalt.

Dasselbe sollte nach den oben S. 810 angeführten Stellen des kathol. Schulregl. für Schlessen von 1801 und der Schulordn. für die Provinz Preußen von 1845 mindestens 50 Thlr. jährlich betragen. Gegenwärtig muß es bis auf eine auskömmliche Höhe gebracht werden. Die Quellen zur Bestreitung desselben sind das Schulgeld und die Schulbeiträge<sup>1)</sup>, sowie überhaupt die Schuleinkünfte, über welche das vor. Kapitel zu vergleichen.

### 2) Natural-Kompetenzen.<sup>2)</sup>

#### a) Einziehung durch die Gemeinde-Behörde.

α) Das R. des Min. des I. v. 19. April 1846 (im Auszuge im Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 80) erklärt hinsichtlich der Abgaben an Kirchen- und Schulbediente insbes. den Ortsschulzen für verpflichtet, dieselben einzusammeln und abzuliefern, da dergl. Abgaben, welche auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder verfassungsmäßig zu entrichten, nach §. 230. A. L. R. II. 11. und §. 357. A. G. O. I. 50. zu den öffentlichen zu rechnen, und diese nach §. 54. A. L. R. II. 7. vom Schulzen einzusammeln seien.

β) C. R. der Reg. zu Koblenz v. 25. Nov. 1852 an die Landräthe ih-

1) Hierher gehört auch das Hausgenossengeld in den ehemals Sächs. Landes- theilen: Entw. zum Prov. R. §§. 742—745. S. 174.

2) Vergl. das Westpreuß. Prov. R. v. 19. April 1844 (G. S. 1844. S. 109): §. 59. Die unter den Namen Kalende, Vitaltag, Quartalgeld, Personal- bezem, Kirchendezem, kleiner Dezem und Offertorien, bisher üblich gewesenem persönl. Abgaben der Gemeindeglieder an die Geistlichen sind nach der Gewohn- heit jedes Orts zu entrichten.

§. 60. Die Einwohner entrichten diese Abgaben an die Geistlichen derj. Kirche, deren Gemeindeglieder sie sind.

§. 61. Sind jedoch dergl. Abgaben in Reallasten verwandelt, so hat auf deren Entrichtung das Glaubensbekenntniß des Grundbesizers keinen Einfluß.

Dazu: Grf. des I. Sen. des Ob. Trib. v. 5. Aug. 1848: der Ausdruck „Geist- liche“ in den §§. 59. u. 60. umfaßt auch Organisten, Küster und Schullehrer. (Präj. Nr. 2038. Präj. Samml. S. 432). Vergl. auch §§. 802. ff. des Entw. f. Sächs. Prov. R. S. 176.

res Bez., betr. die Einsammlung der Natural-Kompetenzen der Schullehrer durch die Gemeinde-Erheber.

Es sind uns in den letzten Jahren von vielen Lehrern in dem rechtsrheinischen Theile unseres Bez. mehrfache Beschwerden darüber zugekommen, daß die Naturalien, welche sie als Lehrer kompetenzmäßig zu beziehen haben, ihnen theils gar nicht, theils nur sehr unregelmäßig und spät, und in zu geringer Qualität zugehen, sowie daß sie durch administrative oder gerichtliche Vertreibung ders. in bedeutende Kosten und Konflikte mit den Zahlungspflichtigen gerietzen, welche ihrer Stellung und ihrer Wirksamkeit sehr nachtheilig seien. Wir können diese Beschwerden nach unserer Erfahrung, namentlich aus den letzten Jahren, im Allgemeinen nur als begründet anerkennen, und erachten es daher für unsere Pflicht, sowohl im Interesse des Dienstes als auch der verpflichteten Einwohner diesem Uebelstande so viel als nur möglich abzuhelpen. Wenn nun auch die in neuerer Zeit auch von den höchsten Gerichten auf Grund der R. D. v. 17. Aug. 1835 und v. 19. Juni 1836 und der Exekutions-Ordn. v. 24. Nov. 1843<sup>1)</sup> als zulässig anerkannte zwangsweise Vertreibung aller derartigen Rückstände auf administrativen Wege dem betr. Lehrer schließlich zu seinem rechtmäßigen Einkommen verhelfen kann, so erfordert doch das Einschlagen dieses Weges durch den Lehrer öfters erhebliche Vorlagen, deren Ersatz ihm nicht einmal bei zahlungsunfähigen Verpflichteten gewährt werden kann, und bringt ihn in ein so unangenehmes Verhältniß zu Letzteren, daß sich mancher nur sehr ungern oder auch gar nicht zum Betreter dieses Weges entschließt. Es erscheint daher angemessen, daß Mittel und Wege gefunden werden, die Lehrer vor Ausfällen und Nachtheilen dieser Art durch eine die Verpflichteten nicht belästigende, die Erhebung vielmehr erleichternde Weise zu schützen. Dieser Zweck wird vornämlich dadurch erreicht werden, daß die Einsammlung jener Lehrer-Naturalien in ähnlicher Weise wie die Erhebung des Schulgeldes als eine Schul- und Kommunal-Angelegenheit angesehen und behandelt wird, und demnach entweder — wie es an vielen Orten bereits der Fall ist — der Kommunal-Empfänger — und zwar gegen die zuständigen Erhebungsgebühren — mit dem Gemeinde-Rathe unter Zustimmung des Lehrers mit der Erhebung dieser Naturalien an einem den Verpflichteten vorher anzukündigenden Orte und Tage aufträgt werde, daß die dann vorkommenden Rückstände ohne Verzug in Ordnung anschlagt und von dem Kommunal-Empfänger gleich den übrigen Kommunal-Ausgaben nöthigenfalls zwangsweise erhoben werden.

Sie wollen diese für das Gedeihen des Schulwesens und der Amtsfreudigkeit des Lehrers sehr wichtige Angelegenheit in ernstliche Erwägung ziehen, und die betr. Gemeinde-Räthe durch den Bürgermeister, nachdem ders. sich vorher mit dem betr. Lehrer benommen haben wird, zu eingehender Berathung über die Abhülfe dieses Uebelstandes veranlassen, und ihnen zugleich eröffnen lassen, daß wir jedenfalls darauf halten werden, daß das ohnehin in den meisten Fällen nur dürftige Einkommen den Lehrern unverfügt zukomme.

Wenn der Lehrer und der Schulvorstand in einzelnen Fällen darauf antragen sollten, daß die fragl. Naturalien in angemessene und das wirkliche Einkommen der Stelle nicht schmälernde Geldbeträge verwandelt werden, so wollen Sie die Anträge, in so fern sie Ihnen geeignet scheinen sollten, dem Gemeinde-Rath vorlegen lassen.

Sie wollen uns binnen 4 Mon. anzeigen, wo in Ihrem Kreise die vorerwähnten Uebelstände vorkommen, was zu deren Abhülfe geschehen ist, und welche Hindernisse der Abhülfe noch entgegenstehen. Wir geben Ihnen anheim, Ihrem allgem. Ber. besondere Berichte über die bei den einzelnen Schulen ergenommenen und von uns zu genehmigenden Verhandlungen beizufügen oder zuzusenden. Wir haben die Lehrer durch die betr. Schul-Insp. von dem Inhalt dieser Verf. in Kenntniß setzen lassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 11.)

b) Ausschluß von den Ablösungen. (f. v. S. 767 ff.)<sup>2)</sup>

1) Vergl. oben S. 805 sub III. a. und S. 806 sub b. und c.

2) Hinsichtlich der Natural-Deputate der Geistlichen von Domänen rüth schon durch die dem G. R. der Min. der G., u. u. M. Aug. u. d. Fin. v. 19.

c) Unzulässigkeit des Rechtswegs über die Vertheilung von dergl. Schullehrer-Abgaben. Vgl. das Erf. v. 22. Nov. 1851. (f. o. S. 792—793.)

3) Insbesondere Deputatholz.

a) Vergl. §. 12. sub c., §§. 15. 19. des kathol. Schulregl. für Schlesien von 1801 (f. oben in Th. I. S. 152), §. 145. des Entw. zum Prov. f. für Schlessen (f. oben in Th. I. S. 161) und §. 12. sub 2., §§. 14. 15. Nr. 5. u. 6., 46. 47. der Schulordn. für die Prov. Preußen (f. oben Th. I. S. 105, 111).<sup>1)</sup>

b) Anfuhr des Schulholzes.

Publ. der Reg. zu Königsberg v. 13. Mai 1818.

In Bezug auf die Ausführung des Schulholzes, scheinen, sichern Anzeigen folge, mancherlei Unordnungen herrschend zu sein, die auf Vergessenheit früher gangener Anordnungen hindeuten. Wir bringen daher folgendes in Erinnerung, ob setzen für die Zukunft fest: kein Schullehrer darf um der Holzes-Ausfuhr willen Zukunft die Schule aussetzen, sondern diese Angelegenheit nimmt folg. Gang: als betr. Forstamt macht dem K. Intendantur- oder Domainenamte den Anweisungstermin bekannt. Dieses setzt die, welche das Holz anzufahren haben, durch den Schulzen davon in Kenntniß, und hält sie an, daß Holz im bestimmten Termin zuholen, und auf dem Schulhose aufzusetzen. Für die Richtigkeit des Maßes ist der Schulz stehen, denn er übernimmt das Holz in der Forst, und liefert es der Schule ab. Bei der Uebnahme muß ein Mitglied des Schulvorstandes gegen sein. Wird das Holz nicht zur rechten Zeit angefahren, so daß Schulung zu befürchten ist, so beschwert sich der Schullehrer durch die Schulvorstände beim K. Amte. Hilft das nicht, so wendet er sich durch den Pfarrer oder Superint. an die K. Reg. Der Schullehrer selbst mischt sich nicht unmittelbar in die Sache, damit ihm Verdruß und der Schule die unnützen Versäumnisse erspart werden.

(N. II. S. 371.)

c) Verwendung des Deputatholzes.

N. des Min. der G., U. u. M. Ang. (Eichhorn) v. 27. Nov. 1840 i. die K. Reg. zu Oppeln, betr. die Entschädigung der Schullehrer für die Unterhaltung der Adjuvanten und die Verwendung des ihnen zustehenden Deputatholzes.

Auf den Antrag in dem Ver. v. 6. v. Mts., betr. die Entschädigung der Schullehrer für die Unterhaltung der Adjuvanten und die Verwendung des ihnen zustehenden Deputat-Holzes, wird die K. Reg. hierdurch ermächtigt, auch in dem obigen Verwaltungsbez. nach den, in den Erlassen an die K. Reg. zu Breslau 30. Juni 1837 und 18. Juni 1835 (Anl. a. und b.) ausgesprochenen, sich übrigens aus der Fassung des Regl. v. 18. Mai 1801 ergebenden Grundsätzen zu verfahren.

Anl. a.

Das Min. hat über das von Gw. am 28. Dec. pr. a. angebrachte Rekursgesuch gegen die Entscheidung der K. Reg. zu Breslau: „im Betreff des Domi-

ng. 1819 zu Grunde liegende K. D. v. 13. April 1819, sowie durch die K. rf. Min. v. 23. Aug. 1820 die Wiederherstellung als wünschenswerth bezeichnet, ist, wo dieselbe nicht ausführbar, die Geldentschädigung nach den mittleren Markt- und Marktpreisen jedes Jahres bestimmt. Diese B. wurde durch G. N. d. Min. 5. Juni 1821 auf die Natural-Deputate der Schullehrer ausgedehnt. (Reigebaur, S. 141. 142.)

1) Laut einer Bef. der Reg. zu Arnberg v. 5. Aug. 1827 (Amtsbl. 1827. S. 53) existierte dort noch mitunter der Gebrauch, daß die Schulkinder tägl. Beiträge von klein gemachtem Holze zur Heizung der Schulstuben mitbrachten. Dies sollte bge stellt, und von den Landräthen dafür gesorgt werden, daß überall der Bedarf aus dem Gemeindef- oder Schulwalde geliefert, oder das Geld dazu von den Gemeindef- oder Schulkassen, oder durch Repartition auf die Einwohner beschafft werde.

nial-Beitrages zu dem Gehalte des Adjuranten bei der katholischen Schule zu N., den Ver. der ged. Reg. erfordert, muß jedoch Ihre Beschwerde auf den Grund der Bestimmung des §. 29. des kathol. Schul-Regl. v. 18. Mai 1801 zurückweisen.

Dieser §. 29. verordnet allgemein: „wenn die Ansetzung des Adjuranten wegen der Größe der Gemeinde nöthig ist, so tragen die Kosten davon die interessirten Herrschaften und Gemeinden.“

Zu diesen Kosten gehört Alles, was das Gesetz für den Adjuranten bestimmt, folglich auch dessen Beföstigung und Wohnung, die der Schullehrer besetzt, und wofür ihn, wenn sich die Dominien und Gemeinden zu einem Mehreren nicht abeten haben, von der K. Reg. ein Geldquantum bestimmt zu werden pflegt, welches nach Maaßgabe des Grundbesitzes auf Dominien und Gemeinden repartirt wird, und welches je nach den Marktpreisen der verschiedenen Kreise 10 bis 12 Thlr., als dem Werthe der Hälfte der beiden im §. 12. ad b. u. c. des Regl. angeführten Emolumente ungefähr entsprechend, beträgt. Hierbei kann das Min. nur belassen.

Berlin, den 30. Juni 1837.

Min. der G. u. Ang.  
v. Altenstein.

An  
den Gutbesitzer N. zu N., und Abschrift  
an die K. Reg. zu Breslau.

Auf. b.

Der K. Reg. wird auf den Ver. v. 23. v. Mis., betr. die Unzulänglichkeit des zur Heizung der Schulklasse auf dem Lande reglementsmäßig ausgelegten Brennholz-Deputats hierdurch eröffnet, daß die Schullehrer nicht verpflichtet sind, das nach dem kathol. Schul-Regl. v. 18. Mai 1801 ihnen zustehende Holz-Deputat zur Heizung der Schulstube zu verwenden. Wenn dies gleichwohl bisher geschehen ist, so liegt der Grund davon darin, daß die Wohnstube der Schullehrer zugleich Schulstube, oder beide Gemächer so beschränkt waren, daß das reglementmäßige Holz-Deputat für beide ausreichte. Wo dies aber nicht der Fall ist, da ist der Schullehrer berechtigt, daß ihm gesetzlich verheißene Holz-Deputat zunächst zur Befriedigung seines persönlichen Bedürfnisses zu benutzen, und höchstens nur verbunden, den Ueberrest zur Heizung der Schulstube herzugeben.<sup>1)</sup> Ist Mehrersforderniß für die Schulstube muß von der Gemeinde aufgebracht werden, ohne daß es deshalb einer besondern gesetzl. Anordnung bedarf, da es sich hier um ein Mittel handelt, ohne welches der Zweck der Schule nicht erreicht werden kann, und für welches diej. zu sorgen haben, denen die Schule gewidmet ist.<sup>2)</sup>

1) Ein Grf. des Ob. Trib. v. 11. März 1837 (Rechtsfälle Bd. 1. S. 23) welches in der Hauptfrage übereinstimmt, spricht aus, daß der Lehrer über den etwaigen Ueberrest nach Belieben verfügen, und ihn auch verkaufen könne.

2) Im Reg.-Bez. Magdeburg hatte ein Schullehrer bei einem Grweiterungsbaue, wodurch für die Schulstube, statt des früheren mit der Wohnstube gemeinschaftlichen, ein besonderer Ofen hergestellt wurde, durch ein Privatabkommen Holzlieferung Seitens der Gemeinde verzichtet. Die Reg. zu Magdeburg erließ jedoch die Gemeinde hierzu verbunden, und erhob, als diese gegen den Lehrer die Bestreitung der Schulstubeheizung aus eigenen Mitteln klagte, den Kompetenzsenfist, gestützt darauf, daß sie nach §. 9. A. 8. R. II. 12. u. §. 16. lit. d. e. f. g. und k. der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 als Aufsichtsbehörde zu wirken habe, daß das Einkommen des Lehrers nicht unzureichend und dersh. dadurch die Erfüllung seiner Amtspflichten unfähig werde. Der Kompetenzgerichtshof erklärte jedoch durch Erkenntniß v. 25. Juni 1853 den Rechtsweg für zulässig, da letzterweges vertragsmäßige Verabredungen über das dem Lehrer zugewiesene Einkommen der richterl. Kognition entzogen seien. Diese erstreckte sich auf die Frage, ob ein gültiges Vertragsverhältniß vorliege, und welche privatrechtliche Folgen daraus sich für die Kontrahenten ergeben. Hierin werde dadurch, daß ein solcher Vertrag die Subsistenz des Lehrers gefährden möchte, nicht geändert. Durch das richterliche Urtheil über die Existenz und Gültigkeit eines solchen Abkommens werde der Befugniß der Aufsichtsbehörden nicht vorgegriffen, im öffentl. Interesse einzuschreiten, und die Gemeinde, die ihr gegenüber verpflichtet bleibt, für das Schul-



Die Dominien dagegen können dabei nicht in Anspruch genommen werden, weil deren Verpflichtung zur Beisteuer nirgend ausdrücklich festgesetzt worden, und allg. Anordnungen aus der Natur der Verhältnisse aber nicht herzuleiten ist.

Berlin, den 18. Juni 1838.

Berlin, den 18. Juni 1838.

Min. der G. u. Ang.  
Niederlande.

An  
die K. Reg. zu Breslau.  
(Min. Bl. v. L. B. 1840. S. 457.)

d) Statt Klobenholzes müssen Prediger und Schullehrer sich die Lieferung von Knüppelholz gefallen lassen: R. D. v. 11. April 1823 (Reisebaur, S. 143). Vergl. §. 45. Nr. 6. der sub a. alleg. Prov.-Schulordn.

c) Eben so müssen sie die Hälfte in Torf, oder, wenn sie dies nicht wollen, in Gelde nach der Forsttaxe annehmen: R. O. v. 18. Juli 1799 (Rabe, Bd. 5. S. 499. — N. C. C. X. S. 2591.) Diese Geldvergütung soll ihnen auch gewährt werden, wo sie Torf wollen und keiner vorhanden ist: R. O. v. 5. März 1801 (Rabe, Bd. 6. S. 468. — N. C. C. XI. S. 117). Rechtsweg über die Verpflichtung, Torf oder Geld statt des halben Holzdeputats anzunehmen, soll nicht stattfinden: G. v. 3. Okt. 1801 (Rabe, Bd. 6. S. 601. — N. C. C. XI. S. 535). Vergl. die sub a. alleg. Schulordn.

**f) Veräußerung des Folges mit Rohlen:**

**U. R. der Reg.** zu Koblenz v. 15. Febr. 1845 an samml. Landräthe,  
Betr. die Heizung der Schullokale mit Kohlen.

Bei dem Holzmangel, welcher sich auch in mehreren Theilen des hiesigen Bez. zeigt, und mit der Zunahme der Bevölkerung und der Vermehrung der Holzverbrauchenden Gewerke zu wachsen droht, muß seitens der Behörden jeder unnütze Holzverbrauch möglichst verhindert werden.

Hierzu gehört auch das von den meisten Gemeinden des Bezirks zur Heizung der Schulen zu liefernde Material, welches nach den uns vorliegenden Kompetenzen meist nur aus Holz besteht.

Einige Gemeinden haben zwar schon den Anfang gemacht, ihre Schulen mit Kohlen zu heizen, aber die wenigen Fälle dieser Art beweisen, daß dieser Gegenstand von den Ortsbehörden nicht gehörig gewürdigt ist.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß ein Zwang hierbei nicht stattfinden kann, indem immer noch zu berücksichtigen bleibt, ob, abgesehen von dem allgem. Urtheile, auch für die besondern Gründe die Maßregel überhaupt ausführbar und vortheilhaft ist.

In den meisten Fällen läßt sich indessen annehmen, daß da, wo die Kohlen überhaupt zu haben sind, auch ein Vortheil mit dem Tausche der Holz gegen die Kohlenheizung sich herausstellen wird, welcher sehr bald die Kosten der ersten Einrichtung vergüten muß.

Oben so ist nicht aus den Augen zu lassen, daß bei Ausführung der in Rede stehenden Maßregel die Lehrer, welche meistens den Ueberschuß des zur Heizung der Schule bestimmten Materials zu ihrem Zwecken verwendet haben, einen Nachtheil erleiden werden.

Wie erwarten indeß, daß es der Umsicht der Bürgermeister gelingen wird, diese Schwierigkeiten auszugleichen, indem sie die Schöffenträthe dahin zu bestimmen wissen werden, die Lehrer für den Ausfall einigermaßen zu entschädigen, so daß sie um so eher werden eingehen können, als die Gemeindefassen dabei, mit Recht auf die eintretende Ersparniß, keinen Nachtheil erleiden.

Ob. wollen nach diesen allgem. Angaben der Sache näher treten, und über die Verhältnisse es überhaupt zulassen werden, die Schöffenträthe über die Ausführung der erwähnten Maßregel unter Auseinandersetzung des zu erzielenden Zwecks vernehmen lassen.

Verpflichtung Sorge zu tragen, zur nothwendigen Freizung anzuhallen. (Just. Min.  
Juli 1853. S. 363.)

Die Beschlüsse sind demnächst sofort mit den event. abgeänderten Kompetenzen zu unserer Genehmigung vorzulegen, damit die erforderl. Einrichtungen vor Anfang des nächsten Winters getroffen werden können.

Bei Aufstellung aller neuen Kompetenzen ist überall die Kohlenheizung Norm anzunehmen, oder in dem Begleitungsberichte anzuzeigen, weshalb dieselbe nicht hat eingeführt werden können.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 67.)

Vergl. §. 12. c. des sub a. alleg. Schulregl. von 1801.

#### g) Luftheizung.

Gegen die Einführung dieser spricht sich ein Gutachten der R. wissenschaftl. Deputation für das Medizinalwesen v. 10. Juni 1840 aus, dessen Grund das Min. der G., U. u. M. Ang. durch R. v. 26. Jr. 1840 bestimmte, daß die Konstruktion des Hauptgebäudes der v. Grotowfischen Erziehungsanstalt zu Lublinitz, nicht auf Luft-, sondern auf gewöhnliche Ofenheizung zu richten sei. (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 75 ff.)

#### h) Holzanbau auf den Dienstländereien.

G. R. des geistl. Depart. v. 8. Jan. 1801 an sämmtl. Reg. u. Kon.

Das Forstdepartement hat bei Unserm geistlichen Depart. in Antrag getrad daß, um eine größere Holzersparniß zu bewirken, die Kirchen- und Schulbedienten sich bemühen möchten, auf ihren niedrigen und sonst dazu geschickten Dienstländereien, Weiden, Eichen und andere weiche Holzarten successive anzuziehen, um selbst das nöthige Brennholz zu verschaffen und dadurch das ihnen für das Deputatholz gereicht werdende Geldsurregat entweder ganz oder zum Theil zu ersparen. Um ihnen aber bei diesen Anpflanzungen möglichst behülflich zu sein, sollen die Forstbedienten angewiesen werden, ihnen dabei bestens an die Hand zu gehen und den darunter beabsichtigten Zweck erreichen zu helfen. etc.

(N. C. C. XI. S. 17, Nabe Bd. 6. S. 402.)

#### 4) Dienstwohnung.

a) Daß eine Dienstwohnung dem Schullehrer gewährt wird, ist allgemeine Regel. Ausgesprochen ist dieselbe in §. 12. lit. a. des kath. Schulregl. für Schlesien von 1801 (s. c. in Th. I. S. 152) und in §. 12. Nr. 1, §. 14. Nr. 1., §. 15. Nr. 1. der Schulordn. für die Prov. Preußen (s. ob. in Th. I. S. 105, 106).

#### b) Verpflichtung des Lehrers zu kleinen Reparaturen.

a) In Ansehung der Pfarrer und Kirchenbedienten bestimmt das R. R. II. 11.:

§. 784. Die Unterhaltung der Zäune und Gehege, sowie kleine Reparaturen an den Gebäuden müssen die Pfarrer und Kirchenbedienten aus eigenen Mitteln besorgen.

§. 785. Für kleine Reparaturen sind diej. zu achten, die entweder gar keine baaren Auslagen erfordern, oder wo die Kosten, von jeder einzeln genommen, den Pfarrer nicht über 3, und für den Kirchenbedienten nicht über 1 Thlr. betragen.

§. 786. Thüren, Fenster, Ofen, Schlösser und andere dergl. innere Antheile der Gebäude, müssen von dem Miethbraucher, mit eignen Kosten, unter Rücksicht auf den Betrag ders., unterhalten werden.

§. 798. Hat ein Pfarrer oder Kirchenbedienter durch Vernachlässigung kleiner Reparaturen, oder durch schuldbar unterlassene Anzeige eines vorhandenen beträchtlichen Schadens, zur Vergrößerung dess. Anlaß gegeben: so muß die Wiederherstellung auf desselben eigene Kosten geschehen.

β) Die analoge Anwendung dieser Bestimmungen auf Schullehrer sprechen aus:

αα) daß durch die R. D. v. 3. Nov. 1822 bestätigte Regul. des Staatsmin. v. 18. Okt. 1822, wegen Bestreitung der Unterhaltungskosten

den Dienstwohnungen der Staatsbeamten<sup>1)</sup> (mitgetheilt durch G. R. d. Min. des J. und der Fin. v. 27. Febr. 1823. N. VII. S. 2 flg.), welches zunächst im §. 14. erklärt, daß seine Bestimmungen Anwendung finden:

auf Beamte der öffentlichen Unterrichtsanstalten des Staats, sowie auch auf ej. Geistlichen und Schullehrer, welchen der Staat in der Eigenschaft als solche Dienstwohnungen einräumt, jedoch bei diesen mit Rücksicht auf die ihnen zustehende Befreiung von den Kommunal-Abgaben und Lasten;

und weiter verordnet, daß es

§. 17. In Absicht aller Geistlichen und Schulbedienten, welchen von Kommunen und Patronen, in letzterer Eigenschaft auch vom Staate, Dienstwohnungen eingelegt sind, bei den Vorschriften des A. L. R. II. 11. §§. 784. seq. lediglich im Bewenden behält.

ßß) das G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. Nov. 1825, welches eine Nachweisung derj. Beamten einfordert, die nach §. 5. des Regl. v. 18. Okt. 1822 eine Befreiung von Tragung der Unterhaltungskosten ihrer Amtswohnungen in Anspruch nehmen können<sup>2)</sup>, und dabei bemerkt:

1) Zu den von dem Inhaber einer Dienstwohnung gewöhnlich zu unterhaltenen Gegenständen zählt §. 2. dies. Regl.:

- a) die Fensterscheiben, Dafen, Feuerherde und Backöfen;
- b) die Beschläge und Schlösser an Fenstern und Thüren, und das Anstreichen ders.;
- c) das Ausweissen der innern Wände, mit der dazu erforderl. Ausbesserung und das Bemalen und Tapezieren der Stuben, Kammern etc.;
- d) das Fegen der Schornsteine;
- e) die Herstellung aller Beschädigungen, welche durch Muthwillen oder Fahrlässigkeit des Inhabers und seiner Leute veranlaßt worden, und
- f) die Abgaben und Lasten, welche der gewöhnliche Miether zu den kommunalbedürfnissen zu leisten hat. Dient jedoch ein Gebäude nicht allein zur Wohnung, sondern auch zum Dienstlokale, so versteht es sich von selbst, daß für letzteres ein angemessener Theil der Kosten auf die Staatskassen übernommen werden muß.
- g) Gegenstände des Luxus und der Bequemlichkeit hat der Inhaber einer Wohnung, wenn er dergl. angeschafft, überall selbst zu bestreiten.

Hierzu bestimmen:

- 1) A. des Gen. Dir. der Steuern v. 19. Febr. 1839 an die R. Reg. zu Frankfurt, daß zur Unterhaltung der Dafen nur die gewöhnliche Ausbesserung und Reinigung, nicht aber das Umsetzen gehört. (N. XXIII. S. 3.)
- 2) Verf. der Min. des Kriegs, der G. U. u. M. Ang., des J., der Fin., für Handel, Gew. u. öff. Arb. v. 29. Okt. 1851 an die Reg. der Rheinprov., v. Westphalen u. Sachsen, daß die Anschaffung der Stuben- u. Kochöfen (Journaisen) auf Staatskosten zu übernehmen, die Unterhaltung aber den Wohnungsinhabern zur Last zu legen sei. (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 245.)
- 3) G. Erl. der Min. f. Handel, Gew. u. öff. Arb. und der Fin. v. 19. Okt. 1853 (entgegen einem Erl. des Gen. Dir. der Steuern v. 25. Okt. 1851. Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 278), zu §. 2. lit. des Regul:  
 „Hiervon wird die Unterhaltung des Anstrichs der in den Außenflächen und auf den Dächern der Dienstgebäude dem Einfluß der Witterung ausgesetzten Thüren und Fenster ausgenommen, deren Anstrich sowohl auf der äußern als auf der innern Seite vom Staate unterhalten wird, dazu gehören auch die äußeren Vor- oder Doppelfenster.“  
 (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 257.)

2) §. 5. des Regl. gestattet den obersten Verwaltungsbehörden in ihrem Horte Abweichungen vom Regl. nach den verschiedenen Dienstkategorien zu be-

Hinsichts der vom Staate den Geistlichen und Schullehrern als Patron gewährten Dienstwohnungen verweist das ged. Regl. im §. 17. auf das A. L. O. Diese sind sonach zu jener Nachweisung nicht zu bringen. Ferner sollen nach §. 14. die Beamten der öffentl. Unterrichtsanstalten des Staats nach dem in Akk. stehenden Regl. behandelt werden, sowie diej. Geistlichen und Schullehrer, welchen der Staat nicht als Patron die Dienstwohnung gewährt. Hiernach sind also die Lehrer derj. Unterrichtsanstalten, welche vom Staate entweder gar keinen, oder nur einen auf bestimmten Verpflichtungen beruhenden, oder nur zu einzelnen gewissen Ausgaben bewilligten jährlichen Zuschuß erhalten, hierher nicht zu rechnen: vielmehr ist die fragl. Verpflichtung der betr. Beamten nach den Vorschriften des A. L. O. über den Mißbrauch zu beurtheilen.

In Ansehung der sonach hierher gehörigen Beamten bestimmt das Min. in Beziehung auf den §. 5. des ged. Regl. hierdurch, daß es lediglich bei der bish. festgesetzten Norm verbleibt, und eine Abweichung hiervon anzuerkennen, im Veranlassung vorhanden ist. u.

(A. IX. S. 1012.)

yy) Das A. des Min. der G., U. u. M. Ang. v. 9. Dec. 1833 an die R. Reg. zu Gumbinnen, welches in Betreff der Verpflichtung der Pfarrer und Schullehrer, kleine Reparaturen in ihren Dienstgebäuden aus eigenen Mitteln zu bestreiten, für die Prov. Ostpreußen die §§. 734. ff. A. L. O. II. 11. für anwendbar erklärt, da provinzialrechtliche Anordnungen darüber nicht existirten, zugleich aber ausspricht, daß die Anschaffung von Thüren und Fenster, wenn die Reparatur der alten nicht mehr zweckmäßig gefunden wird, nicht in jener Verpflichtung begriffen, sondern es lediglich die Sache derer sei, denen die Baulast obliegt, ihr Recht mit dem Vortheil wahrzunehmen und bei den Kirchen- und Schulvisitationen darauf zu sehen, daß das geschehe, was das Gesetz in Betreff der Reparaturen vorschreibt. (A. XVIII. S. 702.)

dd) Auch in dem durch G. A. der Reg. zu Merseburg v. 28. Dec. 1838 mitgetheilten Vocations-Formular ist die Verpflichtung der Lehrer den kleinen Reparaturen nach den sub a. angef. Vorschriften des A. L. O. ausdrücklich aufgenommen (s. o. S. 451).

γ) Hiergegen enthält das G. A. des Min. der G., U. u. M. (Eichhorn) v. 17. März 1842 an sämmtl. R. Reg. (ausschließl. Köln, Bonn, Trier, Aachen und Trier), betr. die Bestreitung der kleineren Reparaturen an den Dienstwohnungen der Geistlichen, Kirchenbedienten und Schullehrer, die folgende Bestimmung:

3. Was die Schullehrer anbetrifft — sofern dieselben nicht zugleich Kirchenbediente angestellt sind und als solche unter den Bedingungen des §. 1. a. a. O. eine kirchliche Amtswohnung benützen — so ist eine Verpflichtung zu kleineren Reparaturen an ihren Wohnungen aus eigenen Mitteln zu bestreiten ihnen nicht auferlegt. Die §§. 18. u. 19. Th. II. Tit. 12. A. L. O. legen denselben Gebäuden und dem Vermögen der Schulen gleiche Rechte wie den Pfarrern bei, unter besonderer Bezugnahme der §§. 170. u. ff. und §. 192. ff. in A. L. O. Tit. 11. Abschn. IV. (die in den älteren Ausgaben befindliche Begriffsbestimmung in Sect. IX. und in den neueren Ausgaben: Abschn. 9. beruht auf einem falschen Zahlen-Druckfehler).<sup>1)</sup>

Aus dieser Bestimmung kann nicht gefolgert werden, daß den Schullehrern gleiche Verpflichtungen bei Unterhaltung ihrer Wohnungen obliegen sollen, wie den Pfarrern und Kirchenbedienten in Abschn. 10. §. 784. ff. auferlegt ist.

In Ermangelung besonderer Provinzialgesetze oder eines speziellen

stimmten, z. B. wo von dem Bewohner gar keine Reparatur zu bestreiten ist, und dies namentlich bei solchen Beamten, die nur geringe, d. h. unter 200 Th. besoldet sind.

1) Vergl. oben S. 745. Note 1.

titels kann daher nur die Vorschrift des §. 34. Th. II. Tit. 12. zu Grunde genommen und der Schullehrer zur Anwendung gebracht werden, welche die Unterhaltung Schulmeisterwohnungen ohne Einschränkung den zur Schule gewiesenen wohnern als eine gemeine Last auferlegt.

6. In denj. Fällen, in welchen den Geistlichen, Kirchenbedienten oder Schullehrern die Verpflichtung zur Bestreitung der kleinen Reparaturen obliegt, haben geistlichen Obern und Inspekt. darauf zu sehen, daß die Wohnung dem Beständigen im guten Stande überliefert werde, und die Aufnahme eines gehörigen Vergabeprotokolls zu veranlassen.

(Min. Bl. d. i. Bl. 1842. S. 112.)

d) Provinzialrechtliche Bestimmungen über dergl. Reparaturen sind vorhanden

αα) für die Mark Brandenburg: Erf. des I. Sen. des Ob. Trib. v. 1. März 1844.

Die Bestimmung der Konf. Ordn. v. 1573, kraft deren die Dorfeinwohner vor Alters gewesenen Rusterhäuser bauen, bessern und erhalten sollen, ohne der Rathsh. Zuthun, legt ihnen (erstern) die Verpflichtung auf, deren Zustandhaltung weitesten Sinne, mit Einschluß der kleineren Reparaturen, zu bewirken.

(Präj. R. 1432. Präj. Samml. S. 209.)

ββ) für Pommern: das Publ. des Konf. und Schulkolleg. von Pommern v. 6. April 1817 bestimmt, auf Grund allgemeiner Observanz, sowie des R. v. 7. April 1738 und der Konf. Verf. v. 5. März 1801 und 8. April 1812, daß die Reparaturen an Fenstern, Thüren, Feuerherden und dergl., als das Ausweißen der Zimmer, Aus schmieren der Ofen und überhaupt alles daj., was nicht zur Erhaltung der Gebäude an Dach und Fundament gehört, und einzeln nicht 1 Thlr. zu stehen kommt, von den Predikanten und übrigen Kirchen- und Schulbedienten in ihren Amtswohnungen eigene Kosten und unverzüglich bewirkt werden müsse. (A. I. S. 2. 122.)

γγ) für Minden und Ravensberg laut §§. 128. 100—102. des Entw. zum Prov. R. (s. oben in Th. I. S. 205.)

δδ) für Lingen und Teßlenburg laut §. 58. des Entw. zum Prov. R. (s. oben in Th. I. S. 208.)

e) Verbot, die Dienstwohnung zu vermietthen.

Dies ist ausgesprochen:

α) in §§. 13. 14. des oben S. 820 (b. β. αα.) angef. Regul. v. 1. Okt. 1822,

β) in einer B. der Reg. zu Arnberg v. 30. Jan. 1824, wonach eine Vermietzung nur mit Genehmigung der Reg. stattfinden, und der Landrath die Miethfälle anzeigen soll. (Amtsbl. 1824. S. 69. — Fürstenthal, Bd. 1. S. 242),

γ) in einer B. der Reg. zu Münster v. 30. Jan. 1832. (Amtsbl. S. 41. — Fürstenthal, Bd. 1. S. 244.)

d) Feuerversicherung.

Ueber die Feuerversicherung der Schulgebäude selbst s. das folg. Kap. Lehrern ist nur der Beitritt zu einer Mobiliar-Versicherungs-Gesellschaft empfohlen.

E. R. der Reg. zu Marienwerder v. 7. April 1845 an die Kreis-Inspekt. und abschriftl. an die Landräthe, Domainenämter und Maire.

Den Schullehrern, welche ohne ihr Verschulden durch Brandunglück um ihre Wohnungen gekommen und dadurch in eine bedrängte Lage gerathen waren, sind bisher, weil es die dazu zur Disposition stehenden geringen Fonds zuließen, angemessene Unterstützungen bewilligt worden. Es reichen jedoch die uns zu Unterstützungen der Schullehrer überwiesenen, verhältnißmäßig nur geringen Fonds, bei der jährlichen zunehmenden Anzahl der Schullehrer, nicht aus; um daraus auch Beihilfen



an solche Schullehrer zu verabreichen, welche durch Brandunglück eine Einbuße erlitten haben. Auf keinen Fall aber würden dergl. Unterstützungen in einem solchen Betrage gewährt werden können, daß sie für den erlittenen Verlust auch unentfernt entschädigen, vielmehr haben die bisherigen derartigen Unterstützungen immer nur auf eine Beihülfe beschränken können, welche dem von einem solchen Unglück betroffenen Schullehrer das für den Augenblick Nothdürftigste gewährt.

Einen Ersatz für den Verlust ihrer Habe haben daher die durch Brandunglück betroffenen Schullehrer durch jene Unterstützungen nicht gefunden, und sie sind deshalb in solchen Fällen, ungeachtet der Opfer, welche dadurch den zunächst für andere Zwecke bestimmten öffentlichen Funds erwachsen, keinesweges entschädigt worden.

Aus diesen Gründen ist es wünschenswerth, daß die Schullehrer ihr Mobiliar und ihre sonstige Habe bei einer soliden Brandversicherungs-Anstalt versichern.<sup>1)</sup>

Wir veranlassen Ew., die Schullehrer ihres Inspektionskreises hierzu ersichtlich aufzufordern, und sie dabei auf die Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft aufmerksam zu machen, welche sich bereit erklärt hat, die H. Geistlichen, wie Schullehrer des hiesigen Reg. Bez. unter den billigsten Bedingungen unter die Zahl ihrer Mitglieder aufzunehmen. Gleichzeitig wollen Ew. dens. bekannt machen, daß in Zukunft eine Unterstützung, wegen durch Brandunglück erlittenen Verluste, selbst wenn die sonstigen Umstände dafür sprechen sollten, niemals bewilligt werden kann, wenn nicht nachgewiesen wird, daß keine solide Feuer-Versicherungs-Anstalt, des an sie ergangenen Antrags ungeachtet, die Versicherung hat übernehmen wollen.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 65.)

#### 5) Dienstländerei.

a) Die Verleihung von Schulland (Landdotation) ist schon oben abgehandelt (s. o. S. 763 flg.)<sup>2)</sup>

b) Verpflichtung des Lehrers, die Zäune zu erhalten.<sup>3)</sup>

α) §. 784. A. L. R. II. 11. (s. o. S. 820).<sup>4)</sup>

β) §. 801. des Entw. zum Sächs. Prov. R. (s. o. in Th. I. S. 173)

γ) §§. 128. 100. des Entw. zum Mindenschen Prov. R. (s. o. in Th. I. S. 205).

δ) C. R. der Reg. zu Marienwerder v. 31. März 1845 an die Rathen, Domainenämter, Magistrate und Schulinsp., betr. die Umziehung der Schulgärten mit lebendigen Hecken.

Bei dem zunehmenden Mangel an Holz und dem jährlich steigenden Preise desselben, wird die Umzäunung der Schulgärten durch Bretter und Stäbe und die Erhaltung dieser hölzernen meist ungenügenden Verwahrung immer schwieriger, weshalb es nothwendig wird, bei Zeiten auf Mittel Bedacht zu nehmen, um diesem Mangel und dem Bedürfnis einer gehörigen Befriedigung der Schulgärten abzuheffen; nicht zu gedenken, daß die Schullehrer wegen der Unterhaltung des Gartenzauns mit der Gemeinde häufig in Unfrieden leben, jährlich an den Gartenfrüchten durch das die Zäune durchbrechende Vieh Schaden leiden, und so aller Aussicht den Zaun im Winter nicht gegen Diebe schützen, noch weniger die Anlage einer Samen- und Baumschule denken können, sobald der Schulgarten nicht hinreichend gegen das Eindringen des Viehes gesichert ist. Wenn

1) In der Kurmark sind spezielle Mobiliar-Feuersocietäten für die Lehrer errichtet: Regl. über die Errichtung einer Mobiliar-Feuersocietät für die Schullehrer und Küster in der Kurmark v. 25. Jan. 1768 u. v. 24. Dec. 1800 (Rat. Bd. 13. S. 137—469). — Regl. über die Errichtung einer Mobiliar-Feuersocietät der Kurmärkischen Städte-Schulbedienten v. 15. Juli 1779. (Rat. Bd. 1. Abth. 6. S. 376.)

2) Ueber die Benützung des Schullandes vergl. auch S. 534 sub i. h. u. l. S. 693 ff. u. oben 3, h. S. 820.

3) Abweichend im Eichsfeld: s. oben in Th. I. S. 173. Note 1.

4) Vergl. C. B. des Min. der G., u. u. M. Aug. v. 21. Okt. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 324).

wieder der Versuch gemacht worden ist, durch kleine Mauern von Lehm abringen des Viehes in die Schulgärten abzuwehren, so hat sich diese Eins- in praktischer Hinsicht doch nicht überall als haltbar und tauglich heraus und ist um so weniger allgemein anwendbar, als in manchen Gegenden den Lehmmauern erforderliche Lehm nicht vorhanden ist. Dagegen gewährt eine lebendiger Zaune von Weißdorngebüsch, welches überall wächst bekommen ist, eine unzerstörbare, dauerhafte und undurchdringliche Schutz gegen jede Verletzung der Schulgärten, sobald die Weißdornhecken mit Sorg- gelegt und gepflegt werden. Dieser Zweck wird vollständig erreicht, wenn es ihnen ein festes und undurchdringliches Gitter bilden, dessen Rauten einen Abstand von höchstens 6 Zoll haben.

Die einfachste Art, eine solche Hecke anzulegen, ist folgende: Man grabe in der Erde an der inwendigen Seite des Gartenzauns, in einer Breite von mehreren Fuß um, und reinige sie vom Unkraut, besonders von Grasschurzeln. Im Spätherbste sammle man von der reifen Frucht des Weißdorns unter dem Namen der Mehlbeeren — so viel, als man zu gebrauchen will, lege sie in Rinnen einige Zoll tief, dicht am Zaune, jedoch nicht sparsam, sondern so  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Zoll mit lockerer Erde, die man, wenn sie nicht fett ist, einstampfen kann, die jungen Pflanzen kommen alsdann gewöhnlich erst nach dem Winter mit ovalen Samenlappchen zum Vorschein. Will man aber, was vorzuziehen ist, diesen Samen erst im Frühjahr in die Erde legen, so thue man ihn in ein mit lockerer Erde gefülltes hölzernes Gefäß, feuchte die Erde zu einem Brei an, und halte das Gefäß bei öfterem Umrühren an einem warmen Orte, wie z. B. des Winters, damit der Brei nicht gefriere. Die so vorbereiteten Beeren kommen bald auf. Sind die Stämmchen etwa einen Fuß hoch gewachsen, so ziehe sie überflüssigen aus, so daß die stehenden bleibenden einen halben Fuß von einander entfernt sind. Im nächsten Frühjahr schneide man diese  $\frac{1}{2}$  Fuß hoch von der Erde ab, damit sie desto stärker von unten treiben. Binnen 3 Jahren, nach welcher sie stets vom Unkraute reingehalten werden müssen, sind sie hoch genug, um sich zu einem Gitter oder Rautenneze verflechten zu lassen. Man reugt nämlich die Hauptstämme, nachdem man die schwächeren weggeschnitten, in der Mitte rechts und je einen links, längs der ganzen Reihe, und bindet sie da, wo sie einander berühren, mit Weiden unten zusammen. Da wo sie verbunden sind, wachsen sie bald fest zusammen, und binnen einem Jahre bildet die ganze Hecke ein einiges fest verschlungenes Gewebe, dessen Dornen jedem Durchdringen abzuwehren vermögen. Von nun an wird diese Hecke sowohl oben, in einer Höhe von 5 bis 6 Fuß, als auch an den Seiten, mit der Gartenschere regelmäßig geschnitten, so daß sie nur die Dicke eines Fußes behält. Am Boden muß sie vom Unkraute rein erhalten werden. Wo es an Weißdorn fehlt, kann man auch des Schwarzdorns zu diesen Hecken bedienen.

Wer aber keinen Zaun um seinen Garten hat, oder wer den schadhafte Zaun wieder herstellen will, und den Verlust von einigen Fuß Land nicht achtet, der mache außerhalb einen etwa 2 Fuß breiten Graben, und bilde von der äußeren Erde nach innen einen Wall. Diesen Wall bereite er dann eben so, wie oben gelehrt worden; doch sei der Kranz desselben, der den Samen aufnehmen soll, mindestens einen Fuß breit, damit die jungen Pflanzen nach allen Seiten hin Raum für ihre Wurzeln finden. Die aufgewachsenen Pflanzen, vorausgesetzt, daß sie nicht zu dicht stehen, mag er dann nach außen hin durch und in einander wachsen lassen; so werden sie, ohne alle künstliche Hülfe, in Kurzem eine undurchdringliche Wand bilden, welche keiner Ausbesserung bedarf, dauerhafter ist, als die festeste Mauer, und nach einer Reihe von Jahren sogar ein sehr gesuchtes Nutzholz liefert.

Im Ermangelung von Weißdorn, ist auch die Weiß- oder Hainbuche zur Bildung lebendiger Hecken ganz geeignet, und sollen die dazu erforderlichen Pflanzlinge, soweit sie in den nahe gelegenen Königl. Forsten vorhanden sind, zu diesem Zweck daraus verabfolgt werden.

Man nimmt nämlich Pflänzlinge von 4 bis 8 Fuß, die man in Entfernung von 4 bis 6 Zoll neben einander pflanzt. Diese Stämmchen werden bei den Gärten nicht aufrecht, sondern schräg gesetzt, damit die Hecke sofort Festigkeit erlangt. Jedes Stämmchen wird mit einer, in die Erde gesteckten starken Weiden Ruthe versehen, um ihm Festigkeit zu geben. An verschiedenen Stellen, besonders an den Ecken, muß man

dem Schullehrer bei seiner Anstellung berechnet worden ist. Ergiebt sich einer von diesen beiden Fällen, so erhält dadurch die Schulbehörde eine wohlgegründete Veranlassung; die überhaupt nicht eigentlich gesetzliche, sondern vielmehr, wo sie noch besteht, nur aus Billigkeits-Rücksichten connivendo fortgetragene Dotation der Schullehrerstelle mittelst unfixirter Emolumente, als nach der zunehmenden Erfahrung den Zweck verfehrend, ganz aufzuheben, hiermit insonderheit auch die Umgänge des Schullehrers abzustellen, und sein Gehalt, in einem nach billigem Ermessen zu seiner Subsistenz auskömmlichen, jedenfalls aber die bei seiner Anstellung ihm berechneten Summe erreichenden Betrage, nach der gesetzlichen Vorschrift §. 29. seq. Th. II. Lit. 12. des A. L. R. auf feste Beiträge aller Hausväter des Ortes nach Verhältnis ihres Nahrungsstandes zu fundiren. Findet sich hingegen, daß dem Schullehrer auch nach Abrechnung jenes Ausfalles noch ein, den Zusicherungen bei seiner Anstellung in der Gesamt-Summe entsprechendes, und an sich für sich zugleich auch zu seiner Existenz hinreichendes Einkommen verbleibt, was namentlich bei anderweitiger Erhöhung seiner Einnahme durch vermehrtes Schulgeld und dergl. leicht der Fall sein kann, so ist für die Verwaltungs-Behörde kein Grund vorhanden, die Gemeinde zwangsweise zu Prästationen über ihre auf jene Bedingungen zu beschränkende wirkliche Verpflichtung anhalten zu wollen. Es bleibt vielmehr in solchem Falle dem Schullehrer lediglich überlassen, sich entweder mit demjenigen Ertrage seiner Umgänge zu begnügen, welchen ihm die Gemeinglieder durch ihre freiwilligen Gaben gewähren, oder, was bei ehehin auskömmlich dotirten Stellen gar nicht für einen besonders abzuwendenden Nachtheil zu achten ist, den Umgängen seinerseits ganz zu entsagen, letzteres allenfalls um noch gegen eine billige Abfindung in derj. Höhe, wie sie sich auf dem Wege gütlicher Uebereinkunft mit der Gemeinde vermitteln läßt. In dem gegenwärtig vorl. Falle wird der R. Reg. hiernach überlassen, entweder zu einer anderweitigen Regulirung des Gehalts des Schullehrers Einleitung zu treffen, oder, falls die Erste sich hierzu noch nicht geeignet finden sollte, den Beschwerdeführer durch Einleitung der ihm angedrohten Cognition, wobei es übrigens einer besonderen Notiz an ihn nicht notwendig bedürfen wird, kluglos zu halten.

(Meigebaur S. 144.)

### c) Zählgelder.

Daß R. der Min. des J. und der G., U. u. M. Ang. v. 15. Nov. 1819 an die R. Reg. zu Posen (A. III. S. 933) verhiess den Schullehrern, welche durch die im Allg. erfolgte Abschaffung der Zählgelder bei Preisveränderungen an ihrem Einkommen verlieren möchten, ohne einen relationsmäßigen Entschädigungsanspruch an die Gemeinde zu haben, wo wirklich bei dem Just.-Min. einen Ersatz ad dies vitae auszuwirken. Vergl. §. 3. Nr. 5. und §. 39. des Ablösungsges. v. 2. März 1850. (C. 2. 1850. S. 89. 90.)

### d) Gratifikationen.

α) Die Bedingungen, an welche die Gewährung einer Gratifikation geknüpft ist, stellt das

Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 3. Mai 1817, nachdem es vorausgeschickt hat, daß bei der Vertheilung der vom Min. zu diesem Behufe bewilligten Summe nicht, wie früher, außer der Würdigkeit, auch die Art des betr. Lehrers entscheiden solle, in folgender Art zusammen:

Es wird nur allen denj. Landschullehrern eine Gratifikation bewilligt werden, die sich nicht nur durch einen wahrhaft christlichen, musterhaften Lebenswandel auszeichnet, sich dadurch den Beifall ihrer Vorgesetzten, sowie die Achtung und Liebe ihrer Societät in einem vorzüglichen Grade erworben, sondern auch noch nachstehende Bedingungen ganz genau erfüllt haben.

a) Müssen sie den Sommer hindurch mit Ausnahme der Ernteferien ununterbrochen Schule gehalten, diese also erst mit den letzten Tagen des Juli geschlossen und mit den ersten Tagen des Sept. wieder angefangen haben. Selbst wenn sie auch Anfangs nur 20 Schüler in der Sommerschule haben, so muß das gegebene Beispiel gewiß auch alle übrigen Glieder des Schullehrerwesens wegen, ihre schulfähigen Kinder in die Schule zu schicken. Die Behörde

hören werden auch unaufgefordert, ihrer Pflichten eingedenk, den Schulbesuch in den Sommermonaten kräftig zu fördern sich bemühen.

- b) Müssen die Schullehrer der Kirchspiele, in denen die lithauische oder polnische Sprache noch überwiegend ist, für die Verbreitung der deutschen Sprache, deren gute Kenntniß den Einsassen so große Vortheile bringt, eifrigst sorgen, indem es mehrere Schulsocietäten giebt, welche vorzüglich wünschen, daß ihre Kinder zur vollständigen Kenntniß im Sprechen und Schreiben ihrer Muttersprache durch die Schule gebracht werden möchten. Die Schuljugend ist daher durch zweckmäßig eingerichtete Sprech- und Leseübungen unter Anleitung der H. Pfarrer, als Schulinsp. des Kirchspiels, sowie späterhin durch Schreibeübungen mit der deutschen Sprache vollständig bekannt zu machen.
- c) Haben die Schullehrer auch dafür zu sorgen, daß alle Schüler sich im Schreiben und Rechnen, besonders im Kopfrechnen üben, daß daher alle Schreibbücher oder Tafeln haben, um die Uebungen anstellen zu können. Für diej. Schulkinder, deren Eltern zu arm sind, um ihnen Tafeln oder Schreibmaterialien anzuschaffen, muß solches aus der Kirchspielschulkasse, wozu wir die H. Pfarrer, insofern es der Zustand der Kasse erlaubt, hiermit autorisiren, angeschafft werden. Diej. Schullehrer, die eine verhältnißmäßig große Anzahl Schreibeschüler und fertige Rechner bei der Schulvisitation aufstellen können, werden sich einer Gratifikation besonders würdig machen.
- d) Darf hierbei der Unterricht im mehrstimmigen Gesange nach der den Schullehrern in den wöchentlichen Konferenzen zu ertheilenden Anleitung eben so wenig vernachlässigt werden, als der Schulunterricht, wozu wir die unentbehrlichsten Kenntnisse aus der Natur-, Erd- und Menschenkunde nach Wilmsens Kinderfreunde, wenn den Schullehrern darüber in den Konferenzen nicht eine besondere Anleitung ertheilt ist, rechnen, und die Vorbereitung zum künftigen Religionsunterricht durch einen zweckmäßigen Vortrag der bibl. Geschichte nebst Erläuterung der gehörig ausgewählten Sprüche und Liederverse, welche die Schuljugend auswendig zu lernen hat.
- e) Wird es zu unserer besonderen Zufriedenheit gereichen, wenn Schullehrer, welche Gelegenheit gehabt haben, mit der verbesserten Elementarmethode gründlich bekannt zu werden, die Form- und Größenlehre, so wie den Unterricht im Zeichnen, in ihren Schulen auf eine zweckmäßige Art nach den besten, ihnen von den H. Pfarrern zu bestimmenden Lehrmitteln, behandeln werden. So wie wir schon Gelegenheit genommen haben, von Türks Anleitung zum Rechnen für Landschulen den H. Superint. zur Prüfung zu empfehlen, so machen wir sie hierbei auch auf ebendess. angekündigten Leitfaden zur Form- und Größenlehre nochmals aufmerksam.

(N. I. S. 2. S. 139.)

Vergl. auch beim Unterricht im Obstbau die oben S. 701 sub f. gegebenen Bestimmungen.

β) Fonds zu den Gratifikationen.

αα) Ueber die Zuschüsse aus den Centralfonds vergl. die Mittheilungen aus den Staatshaushalts-Etats, s. oben S. 238, 316.

ββ) Ueber die Bewilligung aus städtischen Fonds bestimmt das

St. des Min. des I. u. d. V. (v. Rochow) v. 27. Mai 1840 an den Oberpräs. von Sachsen.

Erw. empfangen in der Anl. die Vorstellung des Magistrats zu N. v. 18. d. R. mit der Bemerkung, daß ich den Widerspruch dess. gegen die Reg. Verf. für unbegründet ansehen muß, da gegen das Verdienst des Lehrers N. an der dortigen Lärgerschule keine Einwendung gemacht worden ist, und es den Vertretern der Stadt (den Stadtverordneten) nicht zu verwehren sein wird, einem verdienstvollen Lehrer ihre Dankbarkeit zu bezeugen.

(Min. Bl. d. i. V. 1840. S. 231.)

γγ) Ueber die Verwendung der Schulgeldüberschüsse dazu erging

das St. R. des Min. der G., U. u. W. Ang. (Eichhorn) v. 27. Jan.

1844 an das K. Prov. Schulkolleg. zu N. und Abschr. an sämmtl. übrige K. Prov. Schulkolleg., sowie an sämmtl. Kons. und Reg. zur Kenntnissnahme und Nachachtung in ähnlichen Fällen.

In dem Ver. v. 22. Nov. pr. hat das K. Prov. Schulkoll. darauf angetragen, die bei der Schulgeld-Einnahme an dem Gymnas. in N. pro 1843 sich ergebenden Ueberschüsse von 310 Thlr. 10 Sgr. unter die Lehrer der Anstalt als außerordentliche Unterstützungen vertheilen zu dürfen.

Diesem Antrage zu willfahren, muß ich jedoch, wie ich dem K. Prov. Schulkolleg. eröffne, Bedenken tragen, da es mir nicht rathlich erscheint, dergl. Ueberschüsse gleich am Jahreschlusse, noch ehe einmal der allg. Rechnungs-Abschluß festgestellt hat, sofort ganz zu verwenden. Ein solches Verfahren ist auch nicht mit den Bestimmungen über das Kassens- und Rechnungswesen entgegen, sondern führt noch den Uebelstand herbei, daß für außerordentliche Fälle im Laufe des nächsten Jahres, wozu namentlich die Unterstützungen zu Waden- und Brunnenfuren gehören, dann bei den Anstalten selbst keine Mittel vorhanden sind, und deshalb stets auf die Centralfonds recurriert wird. Diese Fonds sind jedoch durch Uebernahme jervlaufender Zahlungen in neuerer Zeit fast bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen worden, so daß künftig nur in seltenen, ganz besonders dringenden Fällen eine Beihilfe daraus wird gewährt werden können. Es muß deshalb darauf Bedacht genommen werden, die Mittel der Gymn. und andern Schulanstalten möglichst zusammenzuhalten, und namentlich von den, am Jahreschlusse bei denselben sich ergebenden Ueberschüssen einen angemessenen Theil in das nächstfolgende Jahr zu übernehmen, um daraus theils den im Laufe desselben vorkommenden Verlegenheiten der bei denselben thätigen Lehrer möglichst abzuhefen, theils dringende materielle Bedürfnisse der Anstalten, wozu die etatsmäßigen Fonds nicht ausreichen, zu befriedigen.

Es ist demnach hierbei nach wie vor die Absicht, die Ueberschüsse bei dem Schulgelde zum größeren Theile zum Besten der gering besoldeten Lehrer zu verwenden. Bei den desfalligen Vorschlägen hat das K. Prov. Schul-Kolleg. aber nicht bloß das Dienstalter, sondern auch die mehr oder minder große Würdigkeit und Bedürftigkeit, sowie die Einkommens-Verhältnisse der einzelnen Lehrer in Betracht zu ziehen, was bei dem vorl. Antrage nicht geschehen ist.

Das K. Prov. Schul-Kolleg. hat daher den Antrag hiernach einer noch zu genauen Prüfung zu unterwerfen, und wenn sie erfolgt ist, dens. unter Berücksichtigung der Vorschrift zu wiederholen, daß ein angemessener Theil des Ueberschusses für das laufende Jahr reservirt werde. In Zukunft ist bei ähnlichen Veranlassungen stets nach den angeedeuteten Gesichtspunkten zu verfahren.

(Min. Bl. d. i. V. 1844. S. 34.)

#### e) Diäten und Fuhrkosten.

Für Besorgung auswärtiger Aufträge bewilligte die B. v. 28. Jun 1825 (G. S. 1825. S. 163) den Geistlichen und Schulbeamten Diäten nach folgenden Sätzen:

1) Ein Superint. oder Kreis-Schulinspektor . . . . .	2 Thlr. — Sgr.
2) Ein Professor bei einer Universität . . . . .	2 „ — „
3) Ein Direktor eines Gymnasiums oder Seminars . . . . .	2 „ — „
4) Ein Geistlicher, welcher eine Predigerstelle bekleidet, oder einem solchen gleich zu achten ist . . . . .	1 „ 15 „
5) Ein Lehrer bei einem Gymnasium, Seminare oder höheren Schulanstalt . . . . .	1 „ 15 „
6) Ein Lehrer einer Elementar- oder gemeinen Bürgerschule — . . . . .	20 „
7) Ein geringerer Kirchenbediente . . . . .	20 „

An Fuhrkosten sollten die Beamten der ersten 5 Rangklassen, und die Kreis- und Unterbeamten, deren Diätensatz 2 Thlr. betrug, zu Extrapost berechtigt sein<sup>1)</sup>.

1) Insbes. die Superint. bei Visitationsreisen: K. D. v. 18. Febr. 1825 (A. IV. S. 246), vgl. S. 35. der Schulordn. für die Provinz Preußen (I. Bd. S. 109).



e übrigen aber Personenpost, oder nach Umständen Miethsfuhre liquiren.<sup>1)</sup>

Diese Sätze sind durch den Allerh. Erlaß v. 10. Juni 1848 (G. S. 148. S. 151) umgestaltet worden.<sup>2)</sup> Die Diäten sind erhöht, so daß jetzt 2 Thlr.: 2 Thlr. 15 Sgr., statt 1 Thlr. 15 Sgr.: 2 Thlr., und statt 1 Sgr.: 1 Thlr. gewährt werden. An Reisekosten für Dienstreisen kommen dagegen 7 Sgr. 6 Pf., und bei Unterbeamten 5 Sgr. für die Meile Eisenbahn oder Dampfschiff, nebst 15 Sgr. resp. 10 Sgr. für jedes Zuer-Abgehen<sup>3)</sup>, in Ansatz; außer Eisenbahnen dagegen 15 Sgr. für die Meile.<sup>4)</sup>

Erweisliche größere Reisekosten werden vergütet, die angefangene Viertelmeile wird für eine volle Viertelmeile gerechnet, bei kleinen Reisen unter Meile wird gar Nichts vergütet<sup>5)</sup>, sonst aber wenigstens für eine Meile gezahlt.

#### 7) Gehaltsquittungen.

Quittungen der Lehrer über Schulgeld sind stempelfrei, über sonstige Gehaltszahlungen, wenn der baare Jahresbetrag 50 Thlr. erreicht (§. 8. d. Stempelges. v. 7. März 1822), stempelpflichtig.

Hierüber sind ergangen:

α) G. R. der Reg. zu Potsdam v. 23. Juni 1837 an sämmtl. Curat. und Schulinsp.

Indem wir Ihnen auf vorgekommene Veranlassung bemerkl. machen, daß nach das Min. R. v. 19. Jan. 1824 allg. bestimmt ist,

daß Quittungen über Gehaltszahlungen an Schullehrer stempelfrei sind, wenn die Zahlungen aus den, durch das aufgebrachte Schulgeld gebildeten Kassen geleistet werden, dagegen, wenn die Zahlung aus einer öffentl. Kasse erfolgt, der Stempel zu adhibiren ist,

ben wir Ihnen auf, hiernach bei Verwaltung der Schulkassen und Rechnungslegung über dieselben verfahren zu lassen.

(N. XXI. S. 417.)

β) G. R. der Reg. zu Münster v. 28. Juli 1838 an sämmtl. Landräthe.

Das in Beziehung auf die Erhebung des Schulgeldes durch die Gemeindecassapfänger beobachtete Verfahren, daß nämlich um die den Empfängern aus der Gemeindecasse zu zahlenden Hebe-Prozente in der Rechnung zu belegen, die General-Quittung des Schullehrers über den Betrag des empfangenen Schulgeldes der Gemeinde-Rechnung beigelegt wurde, hat veranlaßt, daß die Schullehrer, die mehr als 50 Thlr. an Schulgeld beziehen, zur Entrichtung des Quittungsstempels haben verpflichtet werden müssen.

Da indeß das Schulgeld eine, in vielen einzelnen Posten zahlbare Entschädigung für Ertheilung des Unterrichts ist, deren jede dem Schullehrer gehört, sobald fällig wird, und vom Lehrer direkt empfangen, nie einen stempelpflichtigen Be-

1) Die R. D. v. 25. Sept. 1841, mitgetheilt durch G. R. des Min. d. G., u. Med. Ang. v. 16. Okt. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 10) gewährt den Konf., Prov.-Schulkolleg. und Reg. beschäftigten Geistlichen und Lehrern die Hälfte für Räte der 4. Rangklasse.

2) Für Hohenzollern durch Erlaß v. 21. Juni 1852 (G. S. 1852. S. 463).

3) Vgl. R. v. 15. Sept. 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 160), G. R. 14. Okt. 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 337) u. G. R. v. 23. Febr. 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 30).

4) Vergl. oben S. 470 sub c. ad β.

5) Auch nicht wenn hin und zurück mehr als  $\frac{1}{2}$  Meile ist: R. v. 4. Jan. 1849 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 7). Entfernungen von Ort zu Ort bei verschiedenen Geschäften werden zusammengezählt: R. v. 5. März 1850 (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 122).

trag erreichen würde, so erscheint es billig, dieselben von der Stempelsteuer in dieser Beziehung zu befreien; und wir setzen daher, im Einverständniß mit dem k. Min. d. G., u. u. Med. Ang., folgendes Verfahren hierunter fest:

1. Vor dem Ablauf eines jeden Schul-Semesters legt der Gemeinde-Empfänger dem Bürgermeister die vom Schullehrer quittirte Hebeliste über das von ihm erhobene und dem Schullehrer gezahlte Schulgeld vor.

2. Auf den Grund dieser quittirten Hebeliste ertheilt der Bürgermeister die Bescheinigung über den Betrag des vom Gemeinde-Empfänger erhobenen und entgegengestellten Schulgeldes.

3. Diese Bescheinigung kommt dann, statt der bisherigen General-Quittung des Lehrers, als Betrag für die dem Empfänger zu zahlenden Hebegebühren in der Gemeinde-Rechnung, so daß es alsdann einer Stempelpflichtigen Quittung des Lehrers nicht weiter bedarf.

(N. XXII. S. 942.)

γ) N. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 10. Juni 1842 an die k. Reg. zu Posen.

Der Ansicht, welche die k. Reg. in dem Ver. v. 13. März c., über die Anwendung des gesetzlichen Stempels zu den Gehalts-Quittungen der Schullehrer, aufgestellt hat, tritt das Min., im Einverständniß mit dem Fin.-Min., bei. Die in Rede stehenden Quittungen sind nur dann ohne Stempel auszustellen, wenn sie über Schulgeld lauten, welches bloß zur Vermeidung von Inkonvenienzen nicht durch den Lehrer selbst eingezogen, sondern von einem bestellten Receptor vernimmt und dem Lehrer ausgehändigt wird. In diesem Falle kommt die Schulgebt-Einnahme nicht in die öffentliche Kasse, es bedarf daher, dem Receptor gegenüber, keiner Quittung auf Stempelpapier. Wo dagegen der Unterhalt des Lehrers durch feste, auf die Hausväter repartirte Beiträge aufgebracht wird, die als Steuern in die öffentliche Kasse fließen, da kann nach der Vorschrift des Stempelges. v. 7. März 1822 die Verwendung des tarismäßigen Quittungsstempels keinem Zweifel unterliegen.

(N. Bl. d. i. B. 1842. S. 265.)

#### 8) Rechtsweg wegen entzogenen Gehaltes.

Im Allgemeinen ist allen Beamten der Rechtsweg wegen entzogener Diensteinkünfte versagt: vergl. das auf Grund einer R. D. v. 7. Juli 1850 ergangene N. des Just.-Min. v. 12. Nov. 1830 (Jahrb. Bd. 36. S. 29. Gräff, Bd. 6. S. 204), sowie das Erf. des Kompetenz-Gerichtshofs v. 24. Juni 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 198).

Ueber Gehaltsforderungen der Schullehrer dagegen, welche auf Vertragsverhältnissen (Vocationen) beruhen, ist der Rechtsweg zulässig. Dies wurde vom Kompetenz-Gerichtshofe ausgesprochen:

α) durch Erf. v. 14. Sept. 1848 (Just. Min. Bl. 1848. S. 358).

Dem Lehrer war durch Errichtung einer zweiten Schulstelle ein Theil des vocationmäßigen Schulgeldes entzogen worden. Er verklagte den Schulvorstand auf dessen Gewährung. Die Reg. erhob Kompetenzförmlich und stützte dens. hauptsächlich auf folgende Argumentation:

Es ist lediglich Sache der Verwaltungsbehörde, zu entscheiden, wie viel Kinder ein Lehrer unterrichten kann, und folgeweise unterrichten darf; — und da ein Theil des Schulgeldes berufsener Lehrer niemals von dens. Kindern, die er nicht unterrichtet, Schulgeld erhalten kann, — so folgt von selbst, daß mit der Frage über die von einem Lehrer möglicherweise zu unterrichtende Schülerzahl auch zugleich über das Recht zum Bezug des Schulgeldes von der Verwaltungs-Behörde entschieden wird. <sup>1)</sup>

Der Kompetenz-Gerichtshof giebt in den Gründen seines Erf. den

1) Vgl. ob. S. 779 Note 3. — Ueber die Befugnisse der Reg. den Schullehrern gegenüber s. ob. S. 792 sub 3. ad a.

ten Vorderfuß zu, mit dem Bemerken, daß sich auch der Antrag des Kl. nicht gegen dens. richte. Hinsichtlich des zweiten Vorderfußes dagegen heißt es:

Es steht noch ganz dahin, ob der zweite Satz, daß nämlich ein Lehrer nur auf das Schulgeld der von ihm selbst unterrichteten Kinder Anspruch machen könne, überhaupt, und namentlich hier dem Kläger gegenüber, der seine Forderung aus einem schriftlichen Vertrage (der Votation) herleitet, zugegeben werden könne? Ueber diese, das Materielle des vorliegenden Rechtsstreits angehende Frage hat kein Gesetz den Administrations-Behörden die Entscheidung beigelegt, die letztere gebührt vielmehr allein den Gerichten etc.

ß) durch Erf. v. 6. März 1852 (Just. Min. Bl. 1852. S. 179).

Die Gründe dess. lauten:

Der Schullehrer L. ist durch die Votation v. 23. Okt. 1839 als Schullehrer zu B. angestellt und diese Votation von der R. Reg. zu Oppeln unter dem 5. Febr. 1840 bestätigt. In dieser Votation und deren Anlage ist speziell verzeichnet, was L. überhaupt und wieviel er von jeder der verschiedenen zu der Schule gelegten Gemeinden erhalten soll; es ist diese Repartition nicht bloß von dem Kommunal- und Schulvorstande der Gemeinde zu S. durch Unterschrift vollzogen, also anerkannt, sondern ausdrücklich auch von der Reg. bestätigt. Hierdurch hat sich daher zwischen dem Schullehrer L. einerseits und der Schulgemeinde S. andererseits ein obligatorisches Rechtsverhältniß gebildet. Daß aber dem L. zustehen muß, daß diesem vertragsmäßig gebildeten Rechtsverhältnisse auf Erfüllung zu klagen und daß hierüber der Rechtsweg zulässig ist, dies kann überall keinem Bedenken unterliegen. Es folgt dies aus dem §. 41. der B. v. 26. Dec. 1808 und findet seine Bestätigung in der R. D. v. 19. Juni 1836<sup>1)</sup>, welche ausnahmsweise in gewissen Fällen als Begünstigung die exekutive Einziehung von Leistungen an Schulbeamte im Administrationswege gestattet, dadurch also die Regel bestätigt, daß hierüber richterliche Entscheidung stattfindet.

Man sich verkennt auch die R. Reg. zu Oppeln die Zulässigkeit des Rechtsweges nicht; sie meint nur, daß dieser in dem vorliegenden Falle wegen besonderer Verhältnisse ausgeschlossen bleiben müsse. Diese besonderen Verhältnisse sollen darin gefunden werden, daß sich die ursprünglich zugelegte und von der Reg. genehmigte Repartition späterhin als unrichtig ergeben habe, es deshalb der anderweitigen Repartition bedürfe und diese nur von der Verwaltungsbehörde zuzulegen sei. In solcher Weise ist aber der Kompetenzkonflikt nicht zu begründen. Die Verwaltungsbehörde hat von ihrer verfassungsmäßigen Befugniß zur Vertheilung der dem Schullehrer zustehenden Emolumente bereits den ihr zustehenden Gebrauch gemacht; sie kann daher nicht befugt sein, unter der Behauptung, daß bei der früher stattgefundenen und genehmigten Vertheilung unrichtig verfahren sei, in das vertragsmäßig erworbene Recht des L. einzugreifen und diesen von der Verfolgung seines Rechts im Wege des Prozesses abzuhalten. Die richterliche Behörde wird und kann begreiflich nur darüber entscheiden, was der Schullehrer L. nach dem durch sie vorgesehene Schulbehörde genehmigten Vertrage von der Gemeinde S. zu fordern habe; die richterliche Behörde kann also dadurch nicht in den Fall kommen, in die Befugnisse der Verwaltungsbehörde einzugreifen.

Hiernach hat daher der von der R. Reg. erhobene Kompetenzkonflikt als ungründet zurückgewiesen werden müssen.

### III. Immunitäten der Lehrer.

#### 1) Klassensteuer.<sup>2)</sup>

Durch die R. D. v. 13. Sept. 1815, 11. März 1816 und 30. Jan.

1) Bgl. o. S. 806.

2) Ueber Grundsteuer s. o. S. 773 sub 4. a. Auch schon in früherer Zeit genossen die Schullehrer Steuerbefreiungen, so z. B. von der Akzise nach dem Akziserogl. v. Mai 1787 Abth. 11. §. 2. (Mabe, Bd. 1. Abth. 7. S. 654), vgl. §§. 761. 52. des Entw. zur Sächs. Prov. R. über die Transteuerfreiheit (s. o. S. 175).

1817 (f. R. v. 27. Febr. 1817. N. L. S. 1. S. 138) wurden die im Jahre 1806 bestehenden Immunitäten der Geistlichen und Schulbeamten hergestellt<sup>1)</sup>, insbes., außer der Befreiung von den Kommunal- und Leistungen, auch die von den Personalsteuern. Das G. v. 1820, wegen Einführung einer Klassensteuer (G. S. 1820. S. 1), von dieser Steuer alle diej. aus, die durch frühere Spezial-Befreiung seit dem Jahre 1815 von den gewöhnlichen Personalsteuern befreit waren. In dessen Folge ist die Klassensteuerfreiheit der Geistlichen und Schullehrer stets anerkannt worden. Doch war dies. auf die Einkommen beschränkt (G. R. v. 30. Dec. 1841. Min. Bl. d. i. S. 35), und kam nur den Lehrern christlicher Konfession<sup>2)</sup>, nicht den Juden, zu Statten. (R. v. 23. Juni 1842. Centralbl. 1842. R. v. 10. Jan. 1848. Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 40.)

Diese Befreiung ist aufgehoben und angeordnet, daß die bisher überhaupt die bisher befreiten Personen, vom 1. Jan. 1850 ab, bestehenden Einschätzungs-Grundsätzen zur Klassensteuer veranlagt werden sollen: G. v. 7. Dec. 1849 (G. S. 1849. S. 436).

In der Folge hat auch die Klassensteuer selbst eine Veränderung erfahren, indem durch das G. v. 1. Mai 1851 (G. S. 1851. S. 1) die Stelle derselben

a) in den nicht mahl- und schachtsteuerpflichtigen Orten Klassensteuer von denj. Einwohnern, deren jährliches Einkommen von 1000 Thlr. nicht übersteigt, und

b) gleichmäßig im ganzen Staate eine klassifizierte Einkommensteuer von allen Einwohnern, deren gesamtes jährliches Einkommen von 1000 Thlr. übersteigt, eingeführt wurde, auf welche letztere in den mahl- und steuerpflichtigen Orten den Kontribuenten jährlich 2 Gute gerechnet werden.

Anträge auf Wiederherstellung der frühern Befreiung der Schulbeamten haben keinen Erfolg gehabt. Vergl. die Verh. Kammer v. 7. Febr. 1852 in Dießterweg, Rhein. Bl. 1852, S. 1. S. 8 flg.

Im Jahre 1851 wurden hiernach die Geistlichen und Schulbeamten folgenden Klassensteuersätzen herangezogen:

7 Geistliche	0 Lehrer zu 144 Thlr.
6	1
120	4
115	33
1292	58
1938	194
1737	429
1390	1169
1110	2716
7443	4159
436	11621
147	1745
129	9088

1) Vergl. auch R. D. v. 21. April 1827 (N. XI. S. 405), welche Vorschriften enthält, und insbes. die Wittwen der Geistlichen und Schulbeamten Befreiung ausschloß.

2) Auch auf bei Gymnas., Progymnas. und höhern Bürgerschulen, am Ende des Probejahrs, beschäftigte Schulamtskandidaten wurde die Befreiung ausgedehnt: G. R. v. 15. Nov. 1845 (N. Bl. d. i. B. 1845. S. 1).

Die Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer bleiben von den durch den 1) persönlichen Gemeindeabgaben hinsichtlich ihres Dienstverdienstes mißbräuchlich befreit, als ihnen diese Befreiung zur Zeit der Verkündung der Gem. D. v. 11. März 1850 zu stand. Geistliche und Schullehrer bleiben von allen persönlichen Gemeindeforderungen, soweit dieselben nicht auf ihnen gehörigen Grundstücken lasten, befreit; Kirchendiener insoweit, als ihnen diese Befreiung zur Zeit der Verkündung der Gem. D. v. 11. März 1850 zu stand.

(G. S. 1853. S. 261 ff.)

Die Befreiung von den Gemeindeforderungen kommt auch emeritierten Geistlichen und Schullehrern hinsichtlich ihres Gnadengehalts zu Statte: A. d. d. Min. des G., U. u. M. Ang., des J. und der Fin. v. 22. Juli 1854 (Staatsabz. 1854. S. 1459.)

4) Indirekte Miethsteuer in Berlin. \*)

Beschluß des Min. des J. (G. v. Minim.) v. 28. Dec. 1843 an den Magistrat zu Berlin, betr. die Befreiung der Schullehrer von der Miethsteuer.

Dem Mag. eröffne ich auf den Bes. v. 5. Sept. d. J., nach dieser Bestimmung mit dem Min. d. G., U. u. M. Ang., daß die gedachte Befreiung in der Maßigkeit der Allerh. D. v. 1. Nov. 1823, außer den öffentlichen Schulen sich nur auf die wirklichen, nicht öffentlichen Elementarschulen beschränkt. In dieser Kategorie müssen aber auch nach der Allerh. D. die konzeßionirten Privatanstalten in der Art gerechnet werden, welche den Mangel an hinreichenden öffentl. Elementarschulen zu ersetzen bestimmt sind, und zwar so lange, bis die Stadtbehörde in der der Art hinreichende Fürsorge für die Elementarschulen getroffen, und das hiesige Schulwesen dem Bedürfnisse der Jugend beiderlei Geschlechts gemäß eingerichtet haben wird.

Hiernach sind folgende Lehrer als von der Miethsteuer befreit anzusehen:

- 1) sämtliche Lehrer an öffentlichen Schulen aller Kategorien;
- 2) die an solchen Schulen in einzelnen Fächern Unterricht ertheilenden Lehrkräfte, insofern sie nach dem Hauptberuf ihres Lebens als Schulmänner betrachtet sind;
- 2) die selbst als Lehrer fungirenden Inhaber konzeßionirter Privatanstalten, welche den Charakter von Elementarschulen haben, so lange jene den Mangel an öffentl. Elementarschulen zu ersetzen bestimmt sind;
- 4) diejenigen Privatllehrer, welche an den zu 3. bezeichneten Privatanstalten Unterricht ertheilen, insofern sie nach dem Hauptberuf ihres Lebens als Schulmänner betrachtet werden können.

(Min. Bl. d. L. B. 1844. S. 5.)

5) Einkünfteversteuerung. \*)

Die Befreiung der Geistlichen, Schullehrer und Künstler von Einkünfteversteuerung wurde, mit Bezug auf ihre Befreiung von Kommunalabgaben, das oben S. 834 sub 1. angef. A. v. 27. Febr. 1817, ausgesprochen.

a) durch A. des Min. des J. u. d. B. v. 21. März 1831 an die Reg. zu Marienwerder (A. XV. S. 109);

b) durch A. dess. Min. v. 26. Dec. 1831 an die K. Reg. zu Berlin (A. XV. S. 777), und

1) Indirekte Abgaben, wie Wahl- und Schlachtsteuer, lassen ihrer Natur nach keine Befreiung zu.

2) Vgl. A. v. 26. Mai 1836 (s. oben S. 304). — Eine neue Abg. der Berliner Miethsteuer ist im Werke, wonach insbesondere der Miethsteuer der den 5. Theil des Gehalts übersteigt, zur Steuer herangezogen werden soll, und zwar mit 6½ Prozent: Staatsanz. 1854. S. 63. — Nat. Zeit. 1853. Nr. 28.

3) Erleichterungen hinsichtlich der Kriegslasten wurden den Elementarschullehrern durch die K. D. v. 10. Juni 1809 und durch das K. d. d. märkischen Reg. v. 27. Nov. 1810 eingeräumt. (Mabe, Bd. 10. S. 116.)



Die Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer bleiben von den direkten<sup>1)</sup> persönlichen Gemeindeabgaben hinsichtlich ihres Diensteinkommens insoweit befreit, als ihnen diese Befreiung zur Zeit der Verkündung der Gem. D. v. 11. März 1850 zu stand. Geistliche und Schullehrer bleiben von allen persönlichen Gemeindebiensten, soweit dieselben nicht auf ihnen gehörigen Grundstücken lasten, befreit; Kirchendiener insoweit, als ihnen diese Befreiung zur Zeit der Verkündung der Gem. D. v. 11. März 1850 zu stand.

(G. S. 1853. S. 261 ff.)

Die Befreiung von den Gemeindelasten kommt auch emeritirten Geistlichen und Schullehrern hinsichtlich ihres Gnadengehalts zu Statten: G. R. der Min. der G., u. u. M. Ang., des I. und der Fin. v. 22. Juli 1854. (Staatsanz. 1854. S. 1450.)

#### 4) Insbes. Miethsteuer in Berlin.<sup>2)</sup>

Bescheid des Min. des I. (G. v. Arnim) v. 28. Dec. 1843 an den Magistrat zu Berlin, betr. die Befreiung der Schullehrer von der Miethsteuer.

Dem Mag. eröffne ich auf den Ber. v. 5. Sept. d. I., nach diesf. Bernennung mit dem Min. d. G., u. u. M. Ang., daß die gedachte Befreiung in Gemäßheit der Allerh. D. v. 1. Nov. 1823, außer den öffentlichen Schulen sich nur auf die wirklichen, nicht öffentlichen Elementarschulen beschränkt. Zu dieser Kategorie müssen aber auch nach der Allerh. D. die konzessionirten Privatanstalten jener Art gerechnet werden, welche den Mangel an hinreichenden öffentl. Elementarschulen zu ersetzen bestimmt sind, und zwar so lange, bis die Stadtbehörde in anderer Art hinreichende Fürsorge für die Elementarschulen getroffen, und das hiesige Schulwesen dem Bedürfnisse der Jugend beiderlei Geschlechts gemäß eingerichtet haben wird.

Hiernach sind folgende Lehrer als von der Miethsteuer befreit anzusehen:

- 1) sämtliche Lehrer an öffentlichen Schulen aller Kategorien;
- 2) die an solchen Schulen in einzelnen Fächern Unterricht ertheilenden Hülfslehrer, insofern sie nach dem Hauptberuf ihres Lebens als Schulmänner betrachtet sind;
- 2) die selbst als Lehrer fungirenden Inhaber konzessionirter Privatanstalten, welche den Charakter von Elementarschulen haben, so lange jene Anstalten den Mangel an öffentl. Elementarschulen zu ersetzen bestimmt sind;
- 4) diejenigen Privatlehrer, welche an den zu 3. bezeichneten Privatanstalten Unterricht ertheilen, insofern sie nach dem Hauptberuf ihres Lebens als Schulmänner betrachtet werden können.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 5.)

#### 5) Ginquartierung.<sup>3)</sup>

Die Befreiung der Geistlichen, Schullehrer und Künstler von Ginquartierung wurde, mit Bezug auf ihre Befreiung von Kommunallasten, erst das oben S. 834 sub 1. angef. R. v. 27. Febr. 1817, ausgesprochen.

a) durch R. des Min. des I. u. d. F. v. 21. März 1831 an die K. Reg. zu Marienwerder (A. XV. S. 109);

b) durch R. dess. Min. v. 26. Dec. 1831 an die K. Reg. zu Königsberg (A. XV. S. 777), und

1) Indirekte Abgaben, wie Mahl- und Schlachtsteuer, lassen ihrer Natur nach keine Befreiung zu.

2) Bgl. R. v. 26. Mai 1836 (s. oben S. 304). — Eine neue Regulirung der Berliner Miethsteuer ist im Werke, wonach insbesondere der Miethsteuerzuschlag, der den 5. Theil des Gehalts übersteigt, zur Steuer herangezogen werden soll, ob zwar mit 6½ Prozent: Staatsanz. 1854. S. 63. — Nat. Zeit. 1853. Nr. 556.

3) Erleichterungen hinsichtlich der Kriegslasten wurden den Geistlichen und Schullehrern durch die R. D. v. 10. Juni 1809 und durch das Girk. der Preussisch-märkischen Reg. v. 27. Nov. 1810 eingeräumt. (Kabe, Bd. 10. S. 116. 477.)

c) durch R. der Min. der G., II. u. M. Ang. (v. Altenstein) u. des L. d. B. (v. Rochow) v. 14. Nov. 1836 an die R. Reg. zu Münster, es heißt:

daß 1) diej. Amtswohnungen der Geistlichen und Schullehrer, welche über-  
t von jener Last befreit werden, auch dann davon befreit bleiben müssen, wenn  
tupniester einen Theil derselben vermieten, oder anderweitig benützen; daß  
jen 2) die den Amtswohnungen der Geistlichen und Schullehrer zugesicherte  
rnung von der Einquartirung nicht auch auf die Miethswohnungen der Lehrer  
ziehen ist.

(M. XX. S. 1064.)

#### IV. Vorrechte bei Exekution wegen Schulden.

Sowie die Abgaben - Befreiungen der Schullehrer dahin zielen, ihnen  
Amteinkommen möglichst ungeschmälert zu gewähren, so nehmen die-  
n auch an den Vorrechten Theil, welche den Beamten überhaupt in-  
ig auf die gegen sie zu vollstreckenden Exekutionen eingeräumt sind, um  
erhöhen, daß sie durch Wegnahme des Gehaltes unfähig zur Erfüllung  
: Dienstpflicht gemacht werden.<sup>1)</sup> Diese Vorrechte sind folgende:

1) bei Auspfändungen müssen ihnen die zur Verwaltung des  
istess erforderlichen Gegenstände, das unentbehrlichste Hausgeräth, Bet-  
auständige Kleider und Wäsche, auch für Frau und unerzogene Kinder  
dürftige Wäsche, Kleider und Betten gelassen werden, sofern nicht die  
uld aus einer unerlaubten Handlung entspringt: Anh. §. 156. 157. bei  
O. A. G. D. I. 24. Auch vom vorhandenen baaren Gelde ist so viel  
Auspfändung nicht unterworfen, als der gesetzlich frei bleibende Theil  
Dienstseinkommens von der Exekution bis zum nächsten Gehaltstermine  
macht: R. D. v. 11. Dec. 1831 (G. S. 1832. S. 2).

2) Bei Gehalts-Beschlagnahmen sollen Beamte das Einkommen  
zu 400 Thlr. ganz, und von dem diese Summe übersteigenden Betrage  
Hälfte frei behalten: §. 160. Anh. z. §. 108. A. G. D. I. c. Dies  
auch für die Kosten der Stellvertretung, die ein im Gehalts - Abzug -  
ihren stehender, dienstunfähig gewordener Beamter bis zu seiner Pen-  
sion zu bestreiten hat: R. D. v. 21. April 1841 (Zust. Min. Bl. 1841.  
82). Dagegen kann wegen Ansprüchen aus unerlaubten Handlungen  
wegen kurrenter öffentlicher Abgaben das ganze Gehalt, wegen Alimen-  
tationen aber, so weit sie vom Tage der Klageanmeldung laufen, die  
te des ganzen Gehalts in Beschlag genommen werden: §§. 168—170.  
zur A. G. D. I. c. Vergl. die Ergänzung zu diesen §§.

3) Auch sind Beamte vom Personalarrest frei: §. 174. Anh. zu  
42. A. G. D. I. c., ausgenommen, wenn sie die Ableistung des Ma-  
tationseides verweigern: R. des Just. Min. v. 20. Aug. 1835 (Jahrb.

1) Auf der andern Seite ist den Beamten bei Strafe der Kassation das leicht-  
ge Schuldenmachen verboten: §§. 363—365. A. L. R. II. 20. B. v. 28. Febr.  
§§. 8—12. (Rabe, Bd. 8. S. 484), R. D. v. 12. Mai 1841 (M. Bl. d.  
1841. S. 202).

Das G. R. v. 21. April 1845 (M. Bl. d. i. B. S. 114) entscheidet auf die  
age, ob es ferner der besonderen Publikation der R. D. v. 21. Nov. 1835  
r der Amtsverschwiegenheit, der R. D. v. 21. Nov. 1836 wegen der Trun-  
it, und der R. D. v. 12. Mai 1841 wegen des Schuldenmachens an die neu  
tellenden Beamten bedürfe, daß dies nicht der Fall sei, bei letzterer nament-  
eshalb nicht, weil ihr Inhalt in das Disziplinalges. v. 29. März 1844 auf-  
nmen sei, daß aber dennoch empfohlen werde, in dazu geeigneten Fällen pro-  
arische Verwarnungen nicht zu versäumen.

Die Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer bleiben von den direkten<sup>1)</sup> persönlichen Gemeindeabgaben hinsichtlich ihres Dienst Einkommens insoweit befreit, als ihnen diese Befreiung zur Zeit der Verkündung der Gem. O. v. 11. März 1850 zu stand. Geistliche und Schullehrer bleiben von allen persönlichen Gemeindebiensten, soweit dieselben nicht auf ihnen gehörigen Grundstücken lasten, befreit; Kirchendiener insoweit, als ihnen diese Befreiung zur Zeit der Verkündung der Gem. O. v. 11. März 1850 zu stand.

(G. S. 1853. S. 261 ff.)

Die Befreiung von den Gemeindelasten kommt auch emeritirten Geistlichen und Schullehrern hinsichtlich ihres Gnadengehalts zu Statten: U. d. Min. der G., U. u. M. Ang., des I. und der Fin. v. 22. Juli 1854. (Staatsanz. 1854. S. 1450.)

#### 4) Inbes. Miethsteuer in Berlin.<sup>2)</sup>

Beschl. des Min. des I. (G. v. Arnim) v. 28. Dec. 1843 an den Magistrat zu Berlin, betr. die Befreiung der Schullehrer von der Miethsteuer.

Dem Mag. eröffne ich auf den Ber. v. 5. Sept. d. I., nach diesf. Bernachung mit dem Min. d. G., U. u. Med. Ang., daß die gedachte Befreiung in Gemäßheit der Allerh. O. v. 1. Nov. 1823, außer den öffentlichen Schulen sich nur auf die wirklichen, nicht öffentlichen Elementarschulen beschränkt. Zu dieser Kategorie müssen aber auch nach der Allerh. O. die konzessionirten Privatanstalten jener Art gerechnet werden, welche den Mangel an hinreichenden öffentl. Elementarschulen zu ersetzen bestimmt sind, und zwar so lange, bis die Stadtbehörde in anderer Art hinreichende Fürsorge für die Elementarschulen getroffen, und das hiesige Schulwesen dem Bedürfnisse der Jugend beiderlei Geschlechts gemäß eingerichtet haben wird.

Hiernach sind folgende Lehrer als von der Miethsteuer befreit anzusehen:

- 1) sämtliche Lehrer an öffentlichen Schulen aller Kategorien;
- 2) die an solchen Schulen in einzelnen Fächern Unterricht ertheilenden Hülflehrer, insofern sie nach dem Hauptberuf ihres Lebens als Schulmänner betrachtet sind;
- 2) die selbst als Lehrer fungirenden Inhaber konzessionirter Privatanstalten, welche den Charakter von Elementarschulen haben, so lange jene Anstalten den Mangel an öffentl. Elementarschulen zu ersetzen bestimmt sind;
- 4) diejenigen Privatlehrer, welche an den zu 3. bezeichneten Privatanstalten Unterricht ertheilen, insofern sie nach dem Hauptberuf ihres Lebens als Schulmänner betrachtet werden können.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 5.)

#### 5) Cinquartierung.<sup>3)</sup>

Die Befreiung der Geistlichen, Schullehrer und Künstler von Cinquartierung wurde, mit Bezug auf ihre Befreiung von Kommunallasten, durch das oben S. 834 sub 1. angef. R. v. 27. Febr. 1817, ausgesprochen.

a) durch R. des Min. des I. u. d. F. v. 21. März 1831 an die R. Reg. zu Marienwerder (N. XV. S. 109);

b) durch R. dess. Min. v. 26. Dec. 1831 an die R. Reg. zu Königsberg (N. XV. S. 777), und

1) Indirekte Abgaben, wie Mahl- und Schlachtsteuer, lassen ihrer Natur nach keine Befreiung zu.

2) Vgl. R. v. 26. Mai 1836 (s. oben S. 304). — Eine neue Regulirung der Berliner Miethsteuer ist im Werke, wonach insbesondere der Miethsantheil der den 5. Theil des Gehalts übersteigt, zur Steuer herangezogen werden soll, und zwar mit 6½ Prozent: Staatsanz. 1854. S. 63. — Nat. Zeit. 1853. Nr. 356.

3) Erleichterungen hinsichtlich der Kriegslasten wurden den Geistlichen und Schullehrern durch die R. O. v. 10. Juni 1809 und durch das Circ. der preuss. märkischen Reg. v. 27. Nov. 1810 eingeräumt. (Rabe, Bd. 10. S. 116. 171.)

c) durch R. der Min. der G., II. u. M. Ang. (v. Altenstein) u. des R. d. B. (v. Rochow) v. 14. Nov. 1836 an die R. Reg. zu Münster, es heißt:

daß 1) diej. Amtswohnungen der Geistlichen und Schullehrer, welche überst von jener Last befreit werden, auch dann davon befreit bleiben müssen, wenn Pächter einen Theil derselben vermietben, oder anderweitig benutzen; daß 2) die den Amtswohnungen der Geistlichen und Schullehrer zugesicherte Befreiung von der Einquartirung nicht auch auf die Miethswohnungen der Lehrer beziehen ist.

(M. XX. S. 1064.)

#### IV. Vorrechte bei Exekution wegen Schulden.

Sowie die Abgaben - Befreiungen der Schullehrer dahin zielen, ihnen Amtseinkommen möglichst ungeschmälert zu gewähren, so nehmen dieselben auch an den Vorrechten Theil, welche den Beamten überhaupt in Bezug auf die gegen sie zu vollstreckenden Exekutionen eingeräumt sind, um zu verhüten, daß sie durch Wegnahme des Gehaltes unfähig zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht gemacht werden. <sup>1)</sup> Diese Vorrechte sind folgende:

1) bei Auspfändungen müssen ihnen die zur Verwaltung des Amtes erforderlichen Gegenstände, das unentbehrlichste Hausgeräth, Beträufliche Kleider und Wäsche, auch für Frau und unerzogene Kinder nöthige Wäsche, Kleider und Betten gelassen werden, sofern nicht die Pfändung aus einer unerlaubten Handlung entspringt: Anh. §. 156. 157. bei 70. A. G. D. I. 24. Auch vom vorhandenen baaren Gelde ist so viel Auspfändung nicht unterworfen, als der gesetzlich frei bleibende Theil des Amtseinkommens von der Exekution bis zum nächsten Gehaltstermine macht: R. D. v. 11. Dec. 1831 (G. S. 1832. S. 2).

2) Bei Gehalts - Beschlagnahmen sollen Beamte das Einkommen zu 400 Thlr. ganz, und von dem diese Summe übersteigenden Betrage die Hälfte frei behalten: §. 160. Anh. z. §. 108. A. G. D. I. c. Dies gilt auch für die Kosten der Stellvertretung, die ein im Gehalts - Abzugs - Verfahren stehender, dienstunfähig gewordener Beamter bis zu seiner Pensionirung zu bestreiten hat: R. D. v. 21. April 1841 (Just. Min. Bl. 1841. 182). Dagegen kann wegen Ansprüchen aus unerlaubten Handlungen oder wegen kurrenter öffentlicher Abgaben das ganze Gehalt, wegen Alimentenforderungen aber, so weit sie vom Tage der Klageanmeldung laufen, die Hälfte des ganzen Gehalts in Beschlag genommen werden: §§. 168—170. Anh. zur A. G. D. I. c. Vergl. die Ergänz. zu diesen §§.

3) Auch sind Beamte vom Personalarrest frei: §. 174. Anh. zu 142. A. G. D. I. c., ausgenommen, wenn sie die Ableistung des Nationalbeitrages verweigern: R. des Just. Min. v. 20. Aug. 1835 (Jahrb.

<sup>1)</sup> Auf der andern Seite ist den Beamten bei Strafe der Kassation das leichtfertige Schuldenmachen verboten: §§. 363—365. A. L. R. II. 20. B. v. 28. Febr. 1794 §§. 8—12. (Rabe, Bd. 8. S. 484), R. D. v. 12. Mai 1841 (M. Bl. d. 1841. S. 202).

Das G. R. v. 21. April 1845 (M. Bl. d. i. B. S. 114) entscheidet auf die Frage, ob es ferner der besonderen Publikation der R. D. v. 21. Nov. 1835 wegen der Amtverschwiegenheit, der R. D. v. 21. Nov. 1836 wegen der Trunksucht, und der R. D. v. 12. Mai 1841 wegen des Schuldenmachens an die neu Stellenenden Beamten bedürfe, daß dies nicht der Fall sei, bei letzterer namentlich deshalb nicht, weil ihr Inhalt in das Disziplinges. v. 29. März 1844 aufgenommen sei, daß aber dennoch empfohlen werde, in dazu geeigneten Fällen präventive Warnungen nicht zu versäumen.

Bd. 46. S. 119. Gräf, Bd. 8. S. 201); wenn sie weder etatemäßig a stellt, noch diätarisch beschäftigt sind, und einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten haben: Erf. des Kammerger. v. 9. April 1851 (Präj. Nr. 1) und wenn es sich, insbes. in Folge der durch die Wechselordn. v. 6. 1849 Art. 1. (G. S. 1849. S. 51. und G. v. 15. Febr. 1850. G. 1850. S. 53) eingeführten allgemeinen Wechselfähigkeit, um Wechsela handelt: Erf. des Kammerger. v. 23. Jan. 1850 (Präj. Nr. 19.).<sup>1)</sup>

## Viertes Kapitel.

### Unterhaltung der Schulgebäude.

Die Vorschriften über Schulbauten sind im Wesentlichen dieselben, die über die geistlichen Bauten. Es muß daher auch hier auf die in Bande vom Kirchenwesen befindliche Darstellung verwiesen werden. Außerdem aber haben die Anordnungen, welche das Verfahren der administrativen und technischen Behörden bei den Bauten betreffen, ihren Platz bei in der 1. Abth. vom 4. Bande des Gesamtwerkes gefunden, welcher unter dem Titel:

die Baupolizei des Preuß. Staats von R. v. Mönne und H. von (Breslau, Alderholz, 1846). 2te Ausg. Breslau. 1854. erschienen ist. Auch hierauf wird, namentlich hinsichtlich des ersten Hauptstückes dieses Kap., welches die Vorbereitung und Ausführung der Bauten zum Gegenstande hat, zurückgewiesen. In den übrigen Hauptstücken den die Bauverpflichtung, die Regulirung des Interimistifikums, die Denunterstützungen und die Feuerversicherung der Schulgebäude abgehandelt.

#### I. Vorbereitung und Ausführung der Schulbauten.<sup>2)</sup>

##### 1) Ressortverhältnisse.

a) Die Regierungen bilden auch in Beziehung auf Schulbauten die Aufsichtsbehörde: §. 18. der Instr. v. 23. Okt. 1817 (s. ob. in Th.

1) Um Wechselarreften vorzubeugen hat die Schuldeput. zu Berlin den Lehrern der dortigen Kommunal- und Privatschulen neuerdings untersagt, bei Schenkungen Wechsel auszustellen. Nat. Zeit. 1854. Nr. 84.

2) Umfassendere Verordn. über das Verfahren in Kirchen- und Schulbauten sind von den einzelnen Reg. erlassen worden; so: von der Reg. zu Marienburg: Publ. v. 15. Jan. 1818 (Amtsbl. Nr. 7.); Gumbinnen: Publ. v. 11. Mai 1818 (N. II. S. 367); Posen: G. R. v. 17. Febr. 1842 (s. o. S. 633); Köslin: Publ. v. 20. Juli 1830 (Amtsbl. 1836. S. 164, Kam. Zeit. S. 717, 757), welches ausführliche Anweisung zur Einrichtung der Lehrzimmer, der Lehrerwohnung und überhaupt zur baulichen Konstruktion der Schulhäuser enthält; Königsberg: Publ. v. 18. Okt. 1818 (N. II. S. 1024); Stettin: Publ. v. 1. Juli 1821 (N. V. S. 360) und v. 16. Febr. 1823 (N. VII. S. 75), auf welche wurde durch G. R. des Min. d. G., u. u. Med. Ang. v. 30. Dec. 1823 verwiesen (N. VII. S. 830); ferner ebenfalls von der Reg. zu Stettin insbes. von der Kirchen- und Schulbauten, bei denen Fiskus konkurriert: Publ. v. 19. Dec. 1823 (N. VII. S. 832), empfohlen durch G. R. des Min. d. G., u. u. Med. Ang. v. 18. März 1824 (N. VIII. S. 154); Liegnitz: G. R. v. 29. Dec. 1822 (N. VI. S. 893); Magdeburg: G. R. v. 29. Mai 1843 (s. u. sub 4.); Münster: Publ. v. 31. Okt. 1817 (N. I. S. 4. S. 101); von dem Konj. zu Köln: Publ. v. 16. Okt. 1817 (N. I. S. 4. S. 104).



) und die Instr. v. 31. Dec. 1825 (N. IX. S. 826), wonach die Abtheilung die Bauten ihres Ressorts zu leiten hat. <sup>1)</sup>

hierzu bestimmte das auf Grund einer R. D. v. 8. Mai 1836 ergangene R. v. 29. Okt. 1836:

i) in allen Fällen, in welchen es nur auf die Regulirung des Interimistisches kommt, und den Interessenten der gerichtliche Rechtsweg vorbehalten ist, solchen und Schulbauten die Abth. der Reg. für die Kirchenverwaltung und Schulwesen ausschließlich zu entscheiden, in allen Fällen dagegen, in welchen eine definitive Bestimmung erfolgen muß, das Plenum zu berathen und zu beschließen (N. XX. S. 814, Baupol. S. 69). <sup>2)</sup>

über die Reg.-Bauräthe vergl. §. 48. der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817. (G. S. 1817. S. 280.)

) Als Organe der Reg. fungiren die Landräthe (s. oben in Th. I. 1), denen insbes. zur Pflicht gemacht ist, bei ihren Bereisungen auf Schul- und Schulgebäude zu achten, geringere Reparaturen sofort anzugehen, und über bedeutendere Anzeige zu machen: Publ. der Reg. zu Reg. v. 31. März 1818. (N. II. S. 69.)

) Die R. Baubeamten haben von Amtswegen und unentgeltlich Schulbaufachen zu bearbeiten, bei denen Fiskus als Patron theilhaftig ist; die Reg. als Aufsichtsbehörde Aufträge erteilt; so bestimmen:

) das durch R. v. 11. Juni 1817 mitgetheilte Schema v. 10. Mai 1817 zur Dienstinstr. für die Landbau-Beamten sub I. e. (Baupol. S. 723. Baupol. S. 131);

) das durch G. des Min. der G., II. u. M. Ang. v. 14. Sept. 1817 mitgetheilte R. des Min. der Fin. u. des Hand. v. 12. Okt. 1817. (G. S. 1817. S. 723. Baupol. S. 131);

) das Publ. der Reg. zu Stralsund v. 10. Okt. 1818. (N. II. S. 69.)

) Höhere Genehmigung ist erforderlich bei Neubauen, welche die Summe von 500 Thlr., und bei Reparaturen, welche die Summe von 500 Thlr. übersteigen. In diesen Fällen sollen auch die Bau-Anschläge der Bau-Deputation (s. γ.) zur Revision eingereicht werden: §. 21. der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817. (G. S. 1817. S. 265.)

hazu:

) R. D. v. 28. Aug. 1836, welche die obige Bestimmung mit dem Zusatz: „ohne Unterschied des Ressorts“ wiederholt. (G. S. 1836. S. 234. l. S. 546.)

) die R. der Min. der G., II. u. M. Ang. und des J. v. 13. Dec. 1843 an das R. Konf. und Prov. Schulkolleg. zu Berlin, und v. 4. April 1844.

Durch die Trennung der Konf. und Prov. Schulkolleg. von den Reg. ist ein Theil der Baufachen auf jene übergegangen, sie sollen aber bei Benutzung der Baubeamten den Reg. Abschrift ihrer diesf. Aufträge mittheilen, und dieselben der Baubeamten durch Vermittelung der Reg. empfangen: Vergl. die Instr. v. 31. Aug. u. 14. Sept. 1826, G. R. v. 3. Okt. 1826 (Baupol. S. 69) und die G. R. v. 20. Dec. 1843 u. 30. März 1845 (ebendas. u. Min. Bl. 1844 S. 30. 1845. S. 57).

Das R. v. 27. Okt. 1838 an die R. Reg. zu Merseburg wiederholte diese Bestimmung in Bezug auf solche Baufachen, in welchen Leistungen des Dozenten oder Forst-Fiskus in Frage kommen, mit dem Bemerkten, daß sich nicht bestimmen lasse, welche Bauangelegenheiten sich zur definitiven Festsetzung eignen (N. XXII. S. 1019, Baupol. S. 69).

Über die Frage der Nothwendigkeit von Kirchen- und Schulbauten ist die Entscheidung der Reg. kein Rechtsweg zulässig: Urk. des Kompetenzger. v. 1. Febr. 1848 (M. Bl. d. i. B. 1848. S. 150).

1837 an die R. Reg. zu Arnberg, wonach sich die R. D. v. 28. Aug. 1836 nur auf diej. Bauten bezieht:

welche von den Reg. veranschlagt und ausgeführt werden, nicht aber auf kirj. welche von den Reg. (und resp. den Kons. u. Prov. Schulkolleg.) nicht veranschlagt und resp. ausgeführt, und zu welchen überhaupt aus Staatskassen keine Zuschüsse gegeben werden.

(Baupol. S. 206, A. XXI. S. 545).

γ) Durch die durch den Allerh. Erlaß v. 14. Jan. 1850 bestätigte B. des Staatsmin. v. 22. Dec. 1849 ist an die Stelle der Ober-Bau-Deputation die Abtheil. für das Bauwesen im Min. für Handel, Gew. und öff. Arb. getreten. (S. S. 1850. S. 13—16.)

2) Anzeige und Untersuchung des Baufalles.

a) Allgemeine Vorschriften.

Die über die Schulbauten im A. L. R. II. 12. enthaltenen Bestimmungen beschränken sich auf die Bauperpflichtung. Hinsichtlich des Verfahrens haben daher von jeher (vergl. die oben S. 838 Note 2. angef. B.) die Vorschriften des 11. Tit. analoge Anwendung gefunden. Dieselben lauten:

§. 699. Für die Unterhaltung der Kirchengebäude und Geräthe müssen die Kirchenvorsteher <sup>1)</sup>, nebst dem Pfarrer vorzüglich Sorge tragen.

§. 700. Bei vorfallenden Bauten und Reparaturen muß dem Patron oder Kirchkollegio jedesmal Anzeige gemacht werden.

§. 701. Wo kein Patron oder Kirchenkollegium vorhanden ist, mögen die Vorsteher kleine Reparaturen, welche zehn Thaler nicht übersteigen, bloß mit Zuziehung des Pfarrers, ohne weitere Rücksrage veranlassen.

§. 702. Ist eine höhere Summe erforderlich, so muß dem Inspektor oder Erzpriester davon Anzeige gemacht werden.

§. 703. Dieser kann, wenn die Kosten unter fünfzig Thalern betragen und er bei angestellter Prüfung kein Bedenken findet, den Bau oder die Reparatur ohne Rücksrage genehmigen.

§. 704. Sollen aber zu einem Baue oder zu einer Reparatur mehr als fünfzig Thaler aus dem Kirchenvermögen verwendet werden, so wird allemal, wenn ein Patron oder Kirchenkollegium vorhanden sind, die Genehmigung der geistlichen Obern erfordert.

§. 705. Diesen muß der Erzpriester oder Inspektor nach angestellter Untersuchung darüber berichten und einen von Sachverständigen aufgenommenen Kostenanschlag beilegen.

§. 706. Ist von einem neuen Anbaue oder von einer Erweiterung der Kirchengebäude die Rede, so muß, ohne Unterschied der Fälle, die Approbation der geistlichen Obern eingeholt werden.

§. 707. Die geistlichen Obern müssen die Nothwendigkeit des Baues prüfen und die Art desselben bestimmen.

§. 708. In allen Fällen, wo über die Nothwendigkeit oder Art des Baues oder der Reparatur, oder wegen des dazu zu leistenden Beitrages unter den Interessenten Streit entsteht, müssen die geistlichen Obern, die Sache gütlich zu reguliren sich angelegen sein lassen.

§. 709. Findet die Güte nicht statt: so müssen sie die rechtliche Entscheidung des Streits an die weltliche Obrigkeit verweisen; zugleich aber festsetzen: wann inzwischen mit dem Bau oder der Reparatur gehalten werden solle.

b) Termine der Anzeige.

Dieselben sind von den verschiedenen Reg. verschieden bestimmt. Insbes. ist bei Bauten, zu denen Fiskus konkurriert, theils wegen der

1) Ueber die Pflicht der Schulvorstände und Schuldeput. für die Unterhaltung der Schulgebäude zu sorgen, vergl. das 1. Kap. des 1. Abschn. insbes. S. 327. 336.

ungen der K. Baubeamten, theils wegen Vorbereitung der Holzlieferung den Staatsforsten<sup>1)</sup>, ihre Beschleunigung in der Art angeordnet, daß in der Regel im ersten Quartale des der Bauausführung vorangehenden Jahres zu erfolgen haben. Vgl. die v. S. 838 in der Note 2. angef. bl. und außerdem: B. der Reg. zu Königsberg v. 24. April 1822, v. Okt. 1830; Merseb. v. 9. Nov. 1827 (Fürstenthal, Bd. 2. S. 140, 184, ); Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 24. Jan. 1838 (Amtsbl. S. 135. n. Zeit. S. 243).

c) **Zuziehung der Interessenten zur Untersuchung.**

α) **Der Mitglieder der Gemeinde.**

Das durch K. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. März 1840 an die K. Reg. zu Oppeln mitgetheilte K. dess. Min. v. Mai 1829 an die K. Reg. zu Gumbinnen bestimmt hinsichtlich kirchlicher Bauten, daß über die Nothwendigkeit, über die Art des Baues und die Beitragspflicht der Gemeinde in ihrer Gesamtheit die Vorsteheritz verhandeln können, ohne daß es der Zuziehung besonderer Gemeindepräsidenten bedarf, daß dagegen, wo die Beitragsverpflichtung der einzelnen Mitglieder der Gemeinde in Frage kommt, jedesmal die ganze Gemeinde in Kenntniß gesetzt werden muß. (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 291.)

Hierzu bemerkt das K. dess. Min. v. 14. Juli 1840 an dies. Reg., allerdings auch Fälle vorkommen können, wo die Zuziehung von Gemeinde-Repräsentanten erforderlich ist. (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 292.)

β) **Der Kirchenvorsteher beim Bau von Schul- und Küsterhäusern.**

αα) K. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 9. Sept. 1839 an die K. Reg. zu Arnberg.

Auf die Anfrage im Ver. der K. Reg. v. 10. v. M., betreff. die Ressortverhältnisse in Küster- und Schulhaus-Bausachen der evang. Gemeinden und die Auslegung der Bestimmungen der Rhein.-Westphäl. Kirchen- und der Verwaltungs- u. über die Leitung und Beaufsichtigung solcher Bauten im dortigen Reg. Bez., w. der K. Reg. eröffnet, daß das Min. sich nicht wohl dazu bestimmen kann, bei solchen Schulbauten, welche zugleich Küstereibauten sind, die kirchl. Behörden ganz nexu zu lassen, weil der von Ihr aus dem §. 561. Tit. 11. Th. II. A. R. R. geleiteten Präsumtion die aus §. 37. Tit. 12. ib. folgende entgegengesetzte Präsumtion jedenfalls wenigstens das Gleichgewicht hält, und daher mindestens für eine Konkurrenz der Kirchen- und Schulvorstände entscheiden muß. Sobald es aber Regulirung eines Interimistitels ankommt, werden sowohl die Kirchen- als die Gemeinde-Repräsentanten Parthei, und gebührt behufs der administrativencheidung dem Landrathe, als Kommissarius der K. Reg., die Instruktion des Min. (A. XXIII. S. 616. M. Bl. d. i. B. 1840. S. 351.)

ββ) K. dess. Min. v. 6. März 1840 an dies.

Hier heißt es, daß das Min. bei dem K. v. 9. Sept. 1839 stehen geblieben und

darauf halten muß, daß das Schulvermögen nur unter Mitwirkung des Kirchenvorstandes von dem Presbyterio verwaltet werde. Auch wo das Schulvermögen, wie anscheinend im vorliegenden Falle, einen integrierenden Theil des Kirchenvermögens bildet, ist die Disposition des Kirchenvorstandes über dasselbe nicht beschränkt, eben so wenig als über das Pfarr- und das Armenvermögen. Eine scheinbare Konfusion des einen mit dem andern ist rechtlich unzulässig, wenn auch Kirchen-, Pfarr- und Schulgemeinde das Subjekt des Eigenthums ist. Es ergibt daher vollkommen begründet, daß bei der Disposition über das Pfarrvermögen der Pfarrer, und bei der Verfügung über das Schulvermögen der Schulvor-

1) Vgl. K. des Min. der Fin. v. 17. Mai 1830 (A. XIV. S. 298, Bau- S. 229).

stand mitwirkt, weil dieser eben den Beruf hat, darüber zu wachen, daß das Schulvermögen bestimmungsmäßig zu den ihm eigenthümlichen Zwecken verwendet werde. 1c.

Zum Schluß wird der Landrath aufgefordert, nunmehr das Intermittikum über den fraglichen Schulbau zu instruiren, wobei die Mitwirkung des Superint. ganz wegfallt. (Min. Bl. d. i. V. 1840. S. 350)

### 3) Bauanschlag.

#### a) Nothwendigkeit der Veranschlagung.

Oeffentliche Bauten, deren Kostenbetrag 50 Thlr. nicht übersteigt, bedürfen keines Anschlags, werden aber von den K. Baubeamten, bei ihrer Anwesenheit an Ort und Stelle, revidirt<sup>1)</sup>: G. R. der Min. der G., u. u. M. Ang., des Land., des J., der Fin. und des Kriegs v. 6. Mai 1825 (N. IX. S. 469), G. R. der Min. der G., u. u. M. Ang. 1c. v. 2. Aug. 1836 (N. XX. S. 721). Vergl. Baupol. S. 207.

#### b) Abfassung des Anschlags<sup>2)</sup>:

##### α) auf möglichst billigen Bau.

G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 18. Febr. 1830 an sämmtl. K. Reg.

Bei mehreren Anträgen um Geld-Unterstützungen für arme Gemeinden zum Aufbau ihrer Schulhäuser ist bemerkt worden, daß die Baukosten immer sehr hoch veranschlagt sind, und in dieser Beziehung die bedrängten Verhältnisse der Gemeinden von den betr. Provinzial-Behörden, insbes. von den Baubeamten, nicht stets gehörig berücksichtigt zu sein scheinen. Abgesehen davon, daß in solchen Fällen die Kräfte der armen Kommunen über die Maßen in Anspruch genommen werden, wenn nicht gar das ganze Bauprojekt an den hohen Kosten scheitert, wird auch die Staatskasse durch höhere Anforderungen mehr belästigt und außer Stand gesetzt, in anderen Fällen verhältnißmäßig mehr leisten zu können. — Um den Gemeinden und Staatskassen bei dem Bau der Schulhäuser jede nur mögliche Erleichterung und Ersparung angedeihen zu lassen, und dadurch die Erreichung des Zweckes möglichst zu fördern, wird die K. Reg. hierdurch aufgefordert, alle derartige Vorher auf das sorgfältigste zu erwägen und bei Aufstellung der Projecte nur auf das nothwendige Raum-Bedürfnis zu rücksichtigen, stets aber eine solche Bauart zu wählen, die in der Nähe vorhandenen billigsten Materialien und niedrigsten Arbeitspreisen entspricht.

(N. XIV. S. 89. Baupol. S. 349.)

#### β) mit Sorgfalt und vollständig, um spätere Abweichungen und Nachforderungen zu verhüten:

G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 14. Aug. 1830 (N. XIV. S. 549. Baupol. S. 210). Vergl. auch die Baupol. S. 209 flg. gegebenen ähnlichen N. anderer Min. und insbes. ebendas. S. 212 die K. L. v. 9. Okt. 1834 wegen des Universitätsgebäudes zu G.

γ) Das G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 1. Jan. 1845 (Min. Bl. d. i. V. 1845. S. 6) macht auf die bei Riegel in Potsdam erscheinenden Entwürfe zu Kirchen, Pfarr- und Schulhäusern aufmerksam, und fordert die Baubeamten auf, den Betheiligten die Einsicht zu gestatten.

δ) Das Original des Anschlags behält der Baubeamte Behufs der Abnahme des Baues: Publ. der Reg. zu Potsdam v. 30. Mai 1817. (N. I. S. 2. S. 47.)

#### c) Superrevision des Anschlags (s. v. S. 839 sub 1. d.).

α) Der Bauanschlag muß vor der Einreichung zur Superrevision von

1) Vgl. unten S. 844 sub 6.

2) Von den oben S. 838 Note 2. alleg. Verordn. vergl. insbes. das K. R. Publ. v. 16. Okt. 1817.

leg. Baurath revidirt sein: G. R. des Min. des J. v. 9. März 1828. N. XII. S. 181. Baupol. S. 220.)

β) Die Einreichung muß möglichst zeitig erfolgen: G. R. des Min. er G., u. u. R. Ang. v. 14. Mai 1836 (N. XXII. S. 336. Baupol. S. 19), und wiederholt durch G. R. des Min. der G., u. u. R. Ang. v. 3. Aug. 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 338).<sup>1)</sup>

γ) Den Berichten, mittelst welcher die Anschläge zu Neubauten von Pfarr- und Schulhäusern eingereicht werden, müssen der Situationsplan, der Erläuterungsbericht des Baubeamten, und vollständige Zeichnungen beifügt, auch muß der Anschlag in calculo festgestellt sein: G. R. des Min. er G., u. u. R. Ang. v. 4. Juli 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 306).

#### 4) Verdingung des Baues.

##### a) Nothwendigkeit derselben.

Sowohl überhaupt bei allen öffentlichen Anschaffungen der Weg der Licititation, und nicht der der Ausführung auf eigene Rechnung, die Regel sein soll (§. 13 der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817., G. S. 1817. S. 48, §. 19. der Instr. für die Ober-Rechn. Kammer v. 18. Okt. 1824, L. IX. S. 11), so ist insbes. für die Bauten der Kirchen und geistlichen Stiftungen durch G. R. v. 29. April 1779 an sämmtl. Inspektoren vorgeschrieben, daß sie

1) allemal mit sicheren Entrepreneuren verbunden und von solchen vollbracht werden sollen.

2) Daß zum Vortheil der geistlichen Rassen allemal in dergl. Bausachen ein fest. Termin zu Verdingung der Reparatur oder des Baues angesetzt, und erst nach dessen Abhaltung, mit demj. Entrepreneur, welcher die besten Bedingungen bietet, und den Anschlag am wohlfeilsten erfüllen will, ein gehöriger Kontrakt geschlossen, und darin die Bezahlung auf gewisse Termine festgesetzt werden soll.

3) Daß die Mag. und Vorsteher, denen ohnehin obliegt, auf die anschlagmäßige Vollführung des Baues zu sehen, niemals den letzten Termin den Entrepreneuren zahlen lassen, bevor nicht der Bau selbst von einem in Pflicht stehenden Baubedienten revidirt, die Tüchtigkeit desselben attestirt, und das Revisionsprotokoll<sup>2)</sup> dem Oberkonsistorio eingereicht worden. (N. C. C. VI. S. 1552. Baupol. S. 351.)

##### b) Wahl unter den Lizitanten.

α) Das R. des Min. des J. v. 15. Dec. 1836 (N. XX. S. 928) entscheidet, daß das Wahlrecht in Städten zwar dem Magistrat, und nicht den Stadtverordneten, zusteht, daß aber der Mag. nicht willkürlich wählen darf, und das allgemeine Urtheil: ein anderer Lizitant sei solider als der Mindestfordernde, nicht hinreichend ist, die Stadtverordneten zur Bewilligung größern Summe zu zwingen.

β) Das G. R. der Reg. zu Magdeburg v. 29. Mai 1843 (Min. Bl. d. B. 1843. S. 190) empfiehlt den Landrätthen, das Licitationsprotokoll durch Vermittelung des Kreis-Baubeamten an die Reg. gelangen zu lassen, mit dieser, wenn er mit dem Landrath übereinstimmend, den Mindestfordernden für solid und sicher hält, demselben sofort provisorisch die Vorbeurtheilung des Baues, Holzempfangnahme u. dergl., übertragen, und so allen Verzögerungen vorbeugen kann.

γ) Ueber die Bedingungen bei Entreprise-Kontrakten über K. oder Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten R. Patronats vergl. das Publ. der Reg. zu Potsdam v. 28. April 1818 (N. II. S. 314. Baupol. S. 234) und

1) Von dem ab. S. 838 Note 2. alleg. Verordn. vgl. insbes. das Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 31. Mai 1818.

2) Vergl. u. S. 844 sub 6.



die übrigen, öffentliche Bauten überhaupt betr. Reg.-Publ. Baupol. S. 235 ff.

Inbesondere wird durch das G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. v. 30. Nov. 1845 (Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 9) empfohlen, die Zahlungstermine geräumig zu stellen, damit Piskus vor Verzugszinsen gesichert bleibe.

d) Von Entreprise-Kontrakten ist 15 Sgr. Vertrags-Stempel, und, wenn zugleich Materialien-Lieferung übernommen ist, außerdem  $\frac{1}{2}$  Proz. des Kaufpreises als Kauf-Stempel zu entrichten, und zwar ausschließlich vom Lieferanten. Vergl. Baupol. S. 242 ff.

e) Auf Lieferungs-Verträge, welche bei der Verwaltung von Instituten, Kirchen und Schulen abgeschlossen sind, erstreckt sich die administrative Exekutions-Befugniß nicht. (§. 42. Nr. 3. B. v. 26. Dec. 1808 vergl. oben mit §. XII. a. der R. O. v. 31. Dec. 1825, s. oben in Th. I. S. 275.) Die Reg. haben daher das Interesse der erwähnten Institute durch besondere Vorkehrung bei Abschließung der Verträge, durch Sicherstellung von Kautionen, Personalstrafen u. s. w. möglichst zu sichern: G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. und des J. v. 2. März 1846. (Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 25.)

5) Ausführung des Baues.<sup>1)</sup>

a) Nach dem Anschläge (s. o. S. 842 sub 3. b. β.).

Laut G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 15. Dec. 1838 dürfen die den Bau leitenden Behörden Veränderungen und Beschränkungen solcher Bauprojekte, die von der R. Ober-Baudirektion (s. o. S. 840 sub 7.) bereits festgesetzt sind, nur nach vorgängigem Beschied mit der letztern sich gestatten. (N. XVII. S. 949. Baupol. S. 350)

b) Ueber die Reihenfolge der einzelnen zum Bau gehörigen Konstruktionen, und die passende Jahreszeit zur Ausführung von Bauten, insbes. neuer Schulen, vergl. Publ. der Reg. zu Münster v. 15. Nov. 1824 (N. VII. S. 974) und der Reg. zu Köln v. 9. Febr. 1825 (N. IX. S. 14) f. auch Baupol. S. 249 ff.

c) Das G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. v. 22. Dec. 1844 (Min. Bl. d. I. B. 1845. S. 9) fordert die Behörden, insbes. die Kantalken auf, die Gemeinden auf gartenmäßige Einrichtung der die Kirchen und andere öffentliche Gebäude umgebenden Plätze hinzuwirken, und hierauf bei Veranschlagung von Neubauten Rücksicht zu nehmen.<sup>2)</sup>

d) Ueber das abgekürzte Verfahren in Prozessen über angefangene Bauten vergl. §. 13. Nr. 7. B. v. 21. Juli 1846 (G. S. 1846. S. 24) und §§. 34—42. A. G. O. I. 42.

e) Bei Gelegenheit eines Kirchenbaues entschied das G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. v. 11. Dec. 1846 (Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 15) daß übrig gebliebenes Material, insbes. altes von dem früheren Gebäude demj. zufalle, der zur Lieferung des Materials verpflichtet sei, im Falle also dem Patron.

6) Abnahme und Revision des Baues. (s. o. S. 842 sub 2.)

a) Das G. R. der Min. des Kriegs, der G., U. u. M. Ang. v. 31. Dec. 1842 (Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 13) bestimmt:

1) §. 757. A. 2. R. II. 11.: Die Aufsicht über den Bau und die Sammlung der Beiträge dazu liegt den Kirchenvorstehern ob. Vergl. unten IV. 3.

2) Von den oben S. 838 Note 2. alleg. Verordn. empfiehlt insbes. das L. der Publ. v. 16. Okt. 1817 bei den Schulhäusern mit der Zweckmäßigkeit des Baues angemessene Schönheit zu verbinden.

daß für die Folge bei den auf Rechnung der gedachten Min. auszuführenden Bauten u. die Revision der Bezirks-Baubeamten nicht weiter erforderlich ist, insofern die Kosten den Betrag von 20 Thlr. nicht erreichen. Baupol. S. 258, vergl. ib. S. 208.)

b) In der Regel genügen Abnahme-Atteste. Vollständige Revisionsprotokolle sind bloß erforderlich, wenn die Kosten 100 Thlr. übersteigen und Mehrausgaben gegen den Anschlag vorgekommen sind: G. R. der Min. der G., II. u. M. Ang., des J. und der Fin. v. 5. Sept. 1828 N. XII. S. 645) u. v. 21. Juni 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 178). <sup>1)</sup> vergl. über Abnahme und Revision der öffentl. Bauten und Baugelderzahlung: Baupol. S. 252 flg., 261 flg.

## II. Bauverpflichtung.

### 1) Der Schulgemeinde.

#### a) Allgemeine Bestimmungen. <sup>2)</sup>

α) §§. 34—38. N. L. R. II. 12. (f. v. S. 319. 320.)

β) Resolution des Min. der G., II. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 8. Juni 1838 an den Gutsbesitzer N. und abschr. an die K. Reg. zu Magdeburg, betr. die Verpflichtung zu Beiträgen für geistl. und Schulbauten.

Das Min. eröffnet Ihnen auf Ihre Vorstellung v. 16. Mai d. J., betr. die Beiträge zu den Schul- und geistlichen Bauten von Seiten der in den Häusern der Guts herrn wohnenden Förster, Meier, Schäfer, Tagelöhner u., daß die Pflicht diesen Beiträgen auf dem kirchl. und resp. Schulverbände beruht, welcher von den Kommunalverbänden wohl zu unterscheiden und unabhängig ist. Die Verpflichtung zur Instandhaltung der kirchl. Gebäude ist eine Parochiallast, mithin eine persönliche, welche jedes zur Kirche gehörige Gemeindemitglied, ohne Rücksicht auf seine sonstige Stellung zur Kommune und zur Herrschaft, trifft.

Dieser Grundsatz ist immer angenommen, und noch neuerlich bei Gelegenheit Beratungen über das Gesetz v. 14. Juli 1836 (G. S. 1836. S. 208) anerkannt worden. In Beziehung auf Schulbauten ist die Vorschrift des N. L. R. II. §. 34. ganz unzweifelhaft, indem dieselbe allen zur Schule gewiesenen Einwohnern des Orts diese Unterhaltung der Schulgebäude auferlegt. Das in Ihrer Vorstellung Angeführte ist nicht geeignet, eine Abänderung des Grundsatzes herbeizuführen.

Denn die Ansicht, daß der Guts- und Dienstherr in seinem Beitrage, den das Gesetz zu Schul- und geistlichen Bauten auferlegt, seine Dienstleute der gegebenen Kategorie schon mit übertrage, ist eine durchaus unbegründete, wie auch das Interesse des Guts herrn, daß die Jugend auf seinen Besitzungen den gehörigen Religions- und Schul-Unterricht von Lastern und von dem Irthum abgehalten werde, kein bloß allgemeines, sondern ein ihn speziell betreffendes Interesse ist. Das Min. kann Ihren Anträgen durch den Erlaß der künftigen Verf. an die K. Reg. zu Magdeburg hiernach nicht willfahren.

(N. XXII. S. 638.)

γ) R. v. 17. Sept. 1838 (f. v. S. 788).

δ) Erl. des I. Sen. des Ob. Trib. v. 23. Okt. 1843. Wenn im §. 34. die Pflicht zur Unterhaltung der Schulgebäude eine gemeine Last

1) Dies R. bestimmt zugleich, daß Bauten, die der Superrevision (f. oben S. 2 sub 3. c.) unterliegen, bevor diese erfolgt ist, nicht begonnen werden sollen. Jedoch in dringenden Fällen eine Ausnahme statt, so ist stets die Aufnahme eines vollständigen Revisionsprotokolls erforderlich, welches, wie das oben S. 843 sub c. γ. angef. G. R. v. 4. Juli 1842 bestimmt, mit Beilagen und Zeichnungen vorzüglich dem Min. d. G., II. u. Med. Ang. eingesendet werden soll.

2) Ueber die Sicherung der Baubeiträge in Dissembrationen f. das oben S. 770 angef. G. R. v. 5. Juni 1848. Ueber die Beiträge der Geistlichen vgl. v. 9. Dec. 1830 (f. v. S. 796 ff.).

aller zu der Schule gewiesenen Einwohner genannt wird, so ist unter der gemeinen Last nicht eine aus dem Gemeinerverbande entspringende zu verstehen, sondern nur eine gemeinsame, welcher alle unterworfen, die in Schule verwiesen. (Präj. Nr. 1356., Präj. Samml. S. 209.)

b) Bildung von Baufonds für Kirchen- und Schulbauten durch fortlaufende Beiträge der Einwohner.

a) G. R. des Min. der G., II. u. R. Ang. (v. Altenstein) v. 10. Febr. 1825 an sämmtl. R. Reg.

In mehreren Ortschaften der Prov. Pommern entrichten die zu baaren Beiträgen bei kirchlichen Bauten verpflichteten Einwohner eine bei jedem nach Verhältniß seiner Beitragspflicht abgemessene fortlaufende Abgabe zur beständigen Konser- vation eines besonderen kirchlichen Baufonds, aus welchem demnachst jene Bauten, wo nicht ausschließlich, doch in vorkommenden Fällen nur mit Zuhilfsnahme eines mäßigen außerordentlichen Zuschusses bestritten werden. Abgesehen von der bedeutenden Erleichterung jener bei plötzlichem Eintritt eines Hauptfalles oft für die Gemeinden sehr drückenden Last durch dergl. allmähliche Aufbringung, gewährt diese zweckmäßige Einrichtung besonders auch noch den wichtigen Vortheil, daß sie zu einmal festgestellten Vertheilungsgrundsätze immer in frischem Andenken erhält, und den sonst häufig darüber entstehenden Streitigkeiten ein für allemal vorbeugt, und ist also wenigstens da sehr wünschenswerth, wo nicht etwa die Existenz eines bedeutenden Kirchenvermögens die Baulast für die Gemeinde in die Ferne stellt.

Wenn gleich ihre Generalisirung auf dem Wege gesetzlicher oder allg. administrativer Verf. manche nicht wohl zu beseitigenden Schwierigkeiten finden würde, so kann sie doch im Wege freier Uebereinkunft unter den Patronen und Gemeinden an vielen Orten sehr leicht und ohne alles Bedenken eingeführt werden, und das Min. empfiehlt demnach hierdurch der R. Reg. angelegentlich, besonders bei Gelegenheit künftiger vorfallender kirchlicher, nicht minder auch solcher Schulbauregulirungen, wo die örtlichen Verhältnisse ähnliche Vortheile erwarten lassen, auf die Disposition der Interessenten zu einer ähnlichen Einrichtung nach Möglichkeit Bedacht zu nehmen.

(N. IX. S. 91.)

β) G. R. der R. Reg. zu Trier v. 16. Nov. 1842. <sup>1)</sup>

Die Ausführung von Schulhausbauten wird häufig zu spät und erst unentbehrlich vor dem dringendsten Bedürfniß eines Neubaus oder einer Erweiterung der Schulkafale in Aussicht genommen und bei uns beantragt, so daß der Beschaffung der Mittel nicht mit derjenigen Rücksicht einer möglichst gleichmäßigen Vertheilung der Lasten, welche ein Haupterforderniß eines wohlgeordneten Gemeindehaushalts ist, rechtzeitig vorgeesehen werden kann. Während eine Gemeinde vielleicht lange Jahre hindurch mit gar keinen Umlagen belastet gewesen ist, müssen für einen Schulhausbau, dessen Nothwendigkeit nicht frühzeitig genug erkannt oder beachtet worden ist, plötzlich so bedeutende Mittel aufgebracht werden, daß dem unvorhergesehenen Bedürfniß nicht anders als mit Aufopferung des zur nachhaltigen Erleichterung der Gemeindelasten bestimmten Grundvermögens abgeholfen werden kann. Wie wir grundsätzlich auch bei anderen Veranlassungen der Vertheilung der Verschulung der Gemeindeländereien, wo nicht die Beförderung der Bodenkultur als ein überwiegendes Interesse geltend gemacht und in jedem einzelnen Fall die wahrscheinliche Erreichung dieses Zweckes nachgewiesen wird, möglichst entgegen zu wirken suchen, so müssen wir auch streng darüber wachen, daß nicht durch Mangel an Umsicht der Gemeindeverwaltung Veräußerungen des Grundvermögens nöthig werden, wo, bei einer rechtzeitigen Heranziehung der Kräfte der Einzelnen für die Gesamtheit, das Vermögen, an dessen Nutzungen der künftigen Generation ein gleiches Anrecht bleiben sollte, erhalten werden könnte. Wir empfehlen daher der besonderen Fürsorge der G. Landräthe, den baulichen Zustand der Schulgebäude ebenso wie das bei anwachsender Bevölkerung vorauszu sehende Bedürfniß

1) In gleicher Weise spricht sich das G. R. der Reg. zu Liegnitz v. 25. Dec. 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 367) aus.

zwanziger Erweiterungen stets im Auge zu haben und die Lokalbehörden in beständiger Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand zu erhalten. Bei einiger Umsicht wird es immer auf mehrere Jahre mit ziemlicher Gewißheit voraus bestimmen lassen, wann die Herstellung neuer Schullokale nöthig werden wird. Es wird dann diesem Bedürfnis durch jährliche Umlagen, wo dies sonst nur die Verhältnisse zulassen, zur Ansammlung eines eigenen Baufonds zu rechter Zeit vorgeesehen werden können, ohne daß es in den meisten Fällen nöthig sein wird, das Grundvermögen der Gemeinde anzugreifen.

Es versteht sich von selbst, daß das Gesagte auch von Kirchen- und Pfarrausbauten gilt.

(Min. Bl. b. i. B. 1842. S. 396.)

γ) Ueber die Befugniß der Kommunen zur Anordnung dergl. fortlaufender Beiträge heißt es bei Gelegenheit einer Beschwerde über einen speziellen Schulhausbau in dem Bescheid des Min. des I., Abth. I. (v. Meining) v. 24. März 1840 an den Grenzaufscher N. und abschr. an die R. leg. zu Minden:

Was aber die Frage anlangt, ob eine Kommune berechtigt sei, für ein fünfziges Bedürfnis, dessen Bestreitung auf einmal ihr zu schwer fallen würde, zu erforderl. Fonds im Voraus nach und nach und durch Vertheilung auf mehrere Jahre in Bereitschaft zu setzen, und deshalb Beiträge von allen Steuerpflichtigen einzuziehen? so kann diese Frage nicht anders als bejahend beantwortet werden. Dasjenige, was nach dem von der R. Reg. bestätigten Kommunalbeschlusse zu dem Zwecke dieser Art in einem Jahre aufgebracht wird, ist dann als laufendes Gemeindebedürfnis zu betrachten, welchem ein Steuerpflichtiger, wegen der Ungewißheit, ob er noch von der künftigen Ausführung Nutzen haben werde, sich zu ziehen eben so wenig berechtigt ist, als er einen Beitrag zu den schon vor seinem Anzuge entstandenen Schulden verweigern kann. Mit demselben Rechte würden die Steuerpflichtigen auch zu einem bereits begonnenen Baue beizutragen sich eignen können, weil es ungewiß wäre, ob sie bei der Vollendung desselben noch der Kommune angehören würden.

(Min. Bl. b. i. B. 1840. S. 81.)

c) Ueber die Verpflichtung zum Bau und zur Unterhaltung der Schulen und Rüsterhäuser disponirt das Ges. v. 21. Juli 1846.

Wir Friedrich Wilhelm etc.

Da die Bestimmungen des A. L. R. im §. 37. Th. II. Tit. 12. wegen des Baues und der Unterhaltung derj. Schulhäuser, welche zugleich Rüsterwohnungen sind, dem mit der Entwicklung des Schulwesens erweiterten Bedürfnisse nicht mehr überall entsprechen, so verordnen Wir auf den Antrag Unseres Staatsmin., nach Anhörung Unserer getreuen Stände und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths für die Landestheile, in welchen das A. L. R. Gesetzeskraft hat, es folgt:

§. 1. Die Bestimmung des §. 37. Th. II. Tit. 12. des A. L. R., nach welcher der Bau und die Unterhaltung derjenigen Schulhäuser, die zugleich Rüsterwohnungen sind, auf eben die Art, wie bei Pfarrbauten vorgeschrieben, zu besorgen ist, soll fortan nur unter nachstehenden Beschränkungen und Maßgaben (§§. bis 6.) zur Anwendung kommen. 1)

§. 2. Einzelne Ortschaften, Gemeinden, Theile von Gemeinden, oder Gutsbesitzerklassen, welche innerhalb der Pfarodie, zu der die Rüsterei gehört, mit Genehmigung der Behörden eine eigene öffentliche Schule haben, sind von Beiträgen derj. Bauten und Reparaturen an dem Schul- und Rüsterhause frei, welche allein durch das Bedürfnis der Schulanstalt veranlaßt werden.

§. 3. Tritt bei dem mit der Rüsterwohnung verbundenen Schullokale das

1) Hiernach sind die durch R. des Min. der G., u. u. Med. Ang. v. 15. März 1838 mitgetheilten R. dess. Min. v. 10. Nov. 1832 u. 6. Mai 1833 (A. XII. S. 346) antiquirt, welche übrigens auch schon die Trennung der Kosten für den Schul- und für den Rüsterbedarf verfügten.

Bedürfniß ein, die Schulstube zu erweitern, oder Räume für neue Schulklassen oder zu Wohnungen für Lehrer zu beschaffen, so können weder die Kirchenschaft, noch der Patron und die Eingepfarrten angehalten werden, die hierzu erforderl. Bauten zu bewirken. In einem solchen Falle sind vielmehr diejenigen, welchen in Ermangelung eines Küsterhauses der Bau und die Unterhaltung einer gemeinen Schule am Orte obliegen würde, verpflichtet, jene Bauten nöthigenfalls durch Herstellung besonderer Gebäude auszuführen, und auch künftig zu unterhalten.

Insbefondere müssen dieselben, wenn ein solcher Erweiterungsbau mit dem bestehenden Schul- und Küsterhause in Verbindung gebracht wird, nach Verhältnis dieses Erweiterungsbauwerks zur Unterhaltung des Schul- und Küsterhauses, sowie im Falle eines Neubaus dieses Hauses zu dessen Wiederherstellung beitragen.<sup>1)</sup>

§. 4. Ist eine Schule in Gemäßheit des §. 101. der Gemeinheitsheilungs-Ordn. v. 7. Juni 1831 mit Land dotirt worden, so sind nur die zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten schuldig, die dem Schullehrer zur Benutzung jenes Landes etwa nöthigen Wirthschaftsräume: als Scheune und Stallung, zu bauen und zu unterhalten.

§. 5. Die der Schulanstalt vorgesetzte Reg. ist befugt, in den Fällen der §§. 2—4. das Beitragsverhältniß der verschiedenen Verpflichteten, bei dem Mangel einer gütlichen Einigung, auf Grund sachverständiger Ermittelungen, durch ein Resolut vorläufig festzusetzen und in Vollzug zu bringen. Gegen diese Festsetzung ist der Rekurs an das Min. der G. u. u. Med. Ang. zulässig. Findet sich ein Theil durch eine solche Entscheidung der Verwaltungsbehörden verletzt, so steht ihm frei gegen den andern Theil auf Entscheidung im Rechtswege anzutragen.

§. 6. Soweit ein Prov. oder ein Lokalgesetz, oder das Herkommen mit dem §. 37. Th. II. Tit. 12. des A. L. R. übereinstimmen, treten auch an ihre Stelle die Vorschriften des gegenwärtigen Ges. §§. 2 bis 5. Jedoch soll da, wo das bisherige, mit der gedachten Vorschrift des A. L. R. übereinstimmende Rechtsverhältniß auf einem besonderen Rechtstitel beruht, durch das gegenwärtige Ges. nicht geändert werden.

Urkundlich ic.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

(G. S. 1846. S. 392.)

2) Der Guts herrschaften und Patrone.

a) §. 36. A. L. R. II. 12. (f. o. S. 319.)

1) Der Plen. Beschl. des Ob. Trib. v. 9. Mai 1842 (Just. M. Bl. 1842. S. 259, M. Bl. d. i. B. 1842. S. 265, Entsch. Bd. 8. S. 149) hatte bereits angenommen, daß die Vorschrift des angef. §. 37. auch auf einen nur für Schulzwecke nothwendig gewordenen Erweiterungsbau des Küster- und Schulhauses Anwendung finde. Das mit Bezug hierauf erlassene G. R. des Min. d. G., u. u. Med. Ang. v. 12. Mai 1844 (M. Bl. d. i. B. 1844. S. 151) erledigt sich durch das neue Ges. Ebenso das R. dess. Min. v. 3. Febr. 1844 an die R. Reg. Potsdam (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 32), so weit es den gedachten Plenarbeschl. betrifft. Dies R. wiederholt zugleich die Entscheidung des R. dess. Min. v. 6. März 1824 (A. VIII. S. 186), wonach dadurch, daß durch die nach der V. v. 2. Mai 1811 (G. S. 1811. S. 193) erfolgende Trennung der Küsterien in Filialkirchen von denen an den Mutterkirchen, das Schulhaus im Filialort zugleich Küsterwohnung wird, der Patron nicht die Verpflichtung überkommt, die Bauten an einem solchen Schul- und Küsterhause nach §. 37. des 12. Tit. beizutragen. Diese Entscheidung gründet sich auf §. 4. der V. v. 2. Mai 1811: „die Verbindlichkeit mancher Tochtergemeinden zur Unterhaltung der Schullehrer- und Küsterwohnungen bei der Mutterkirche beizutragen, wird bei eintretender Separation durch diese gänzlich und auf immer aufgehoben, wogegen die Schullehrer- und Küsterwohnung bei der Tochterkirche durch verhältnismäßige Beiträge aller zu derselben eingepfarrten Dörfer gemeinschaftlich muß unterhalten werden;“ und darauf, daß hier des Patrons gar nicht gedacht wird. Als Motive der angeordneten Separation sind in der V. v. 2. Mai 1811 aufgeführt: Verhütung der Unterrichtsstörung in den Mutterdörfern und Verbesserung der Schulstellen in den Filialdörfern. Vgl. die V. im Kirchenwesen.



**N. des Min. der G., II. u. M. Ang. v. 24. Jan. 1825 an die . zu Potsdam.**

Ansicht der R. Reg. in Ihrem Ber. v. 21. v. M., betr. den Schulhaus-N., daß die im §. 36. Th. II. Tit. 12. des A. L. R. den Guts herrschaf-bergl. Bauten auferlegte Beitragspflicht aus einem voraussetzlichen Oberme oder sonst dergl. dinglichen Rechte derselben an den Grundstücken dernen und aus einem Rechte der letztern auf ähnliche Beiträge zur Unterhal-ter Hofgebäude hergeleitet werden müssen, ist in dem Ges. nicht begründet,erlegt sich vielmehr durch die ganz allgemeine Fassung des §. 36., der so- den städtischen Kammereien bei Unterhaltung der Stadtschulen eine gleiche stung auflegt. Durch die ebilmäßige Regulirung der gutscherrl. u. bäuerl. ißte wird demnach in jener Verpflichtung so wenig etwas geändert, als in tragsfähigkeit, welche augenscheinlich das leitende Prinzip der gesetzli-ungen nächst dem Interesse an dem gemeinsamen Zwecke ist. Ebenso we-et gegen obiges Gesetz, aus den der Reg. schon früher bemerktlich gemach-nden, eine Verufung auf Observanz statt.<sup>1)</sup> Eine Befreiung von jenem: kann vielmehr aus früherer Nichtleistung nur da folgen, wo mit Rücksicht Bestimmungen §§. 543. 544. Th. I. Tit. 9. des A. L. R. und mit Rück-auf, daß hier nur solche Fälle gezählt werden können, wo erweislich Ma-der zum Bau erforderlichen Art auf dem Gute erzeugt waren, die Guts-ft eine förmliche Verjährung nachzuweisen vermag. Es bleibt deshalb zwar af die Reg. in Fällen, wo es sich um Regulirung des Interimistici han-nächst den aus früherem Verfahren unter dens. Interessenten hervorgehenden nd aufrecht zu halten hat, auch überläßt Ihr das Min., nach Anleitung Bemerkungen Selbst zu prüfen, ob Sie der Anforderung der Gemeinde in Einwand der Verjährung entgegenstellen, und es auf einen Prozeß mit r ankommen lassen will, aber Sie hat Sich unter allen andern Umständen n der Vorschrift des §. 36. Th. II. Tit. 12. des A. L. R. zu halten. eige baur, S. 227.)

**Die R. D. v. 14. Juli 1836 bestimmt mit Bezug auf das Regu-Ed. v. 14. Sept. 1811:**

sofern nicht durch Vertrag oder rechtskräftige Entscheidung ein anderes lich festgesetzt worden ist, nach richtiger Auslegung des vorangef. Ed., die rn nicht verpflichtet sind, von den ihnen bei der Regulirung zu ihrer Ent-ng abgetretenen bäuerlichen Grundstücken zu den Bau- und Unterhaltungs-er Kirchen-, Pfarr- und Küstergebäude, sowie der Schulhäuser und Schul-ebäude, Beiträge zu leisten.  
S. 1811. S. 208.)

**E. N. v. 24. April 1842. (f. o. S. 799.)**

**Resol. v. 8. Juni 1838. (f. o. S. 845.)**

**Erk. des I. Sen des Ob. Trib. v. 4. Sept. 1850.** Die Verpflicht-es Guts herrn zur unentgeltlichen Verabsolung der auf dem Gute end vorhandenen Materialien für Schulhausbauten tritt ein, wenn erf. nicht zugleich Inhaber der Gerichtsbarkeit (Gerichtsherr) ist.<sup>2)</sup>  
Bd. 20. S. 385.)

Hinsichtlich der geistlichen Bauten disponirt §. 710. A. L. R. II. 11.: Ansehung der Kosten zum Baue und zur Unterhaltung der Kirchengebäude erträge, rechtskräftige Erkenntnisse, ununterbrochene Gewohnheiten, oder be- Prov. Gesetze, gewisse Regeln bestimmt sind, da hat es auch ferner dabei venden.

I. auch über die Beiträge zu kirchl. Bauten §§. 729. 730. ib. und N. des er G., II. u. Neb. Ang. v. 21. Febr. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840.

In den Gründen wird ausgeführt: daß der Besitz der Gerichtsbarkeit nicht ng der Anwendbarkeit der §§. 22. 31. 33. 36. A. L. R. II. 12. habe

g) Erf. des Ob. Trib. v. 25. Sept. 1837. Die Verpflichtung der Gutsbesitzer aus §. 36. fällt weg, wenn die vorhandenen Materialien zur Bestreitung der eigenen Gutsbedürfnisse, welche vorzugsweise befriedigt werden müssen, nicht ausreichen.<sup>1)</sup>

3) Bauverpflichtung des Fiskus.

a) Feststellung der Verpflichtung.

a) Das Publ. der Reg. zu Breslau v. 16. Nov. 1820 (N. IV. S. 741) bestimmt, daß jederzeit, wenn die Bewilligung von Baubeiträgen des Fiskus beantragt wird, die Verpflichtung dess. aus Verträgen, rechtskräftigen Erkenntnissen, Observanzen oder Prov.-Gesetzen gehörig nachgewiesen, und die betr. Akten und Urkunden eingereicht werden müssen. (Vgl. Baupol. S. 222.)

β) Das G. R. des Min. der G., u. u. M. Aug. v. 18. Jan. 1822 (N. VI. S. 114) giebt den Reg. auf, alle vergl. Ansprüche, die an den Fiskus als Eingepfarrten gemacht werden könnten, zurückzuweisen, und an solche anzuerkennen, wo ders. als Patron konkurriert<sup>2)</sup>, oder wo ein besonderer Rechtsmittel nachgewiesen wird.

b) Bauverpflichtung des Patronats-Baufonds.

α) Durch §. 73. der Reg.-Instr. v. 26. Dec. 1808 (Rab. Bd. 9. S. 448) wurde allgemein angeordnet, daß in den Spezial-Stats eine Veranschlagung für die im Ressort jeder Reg.-Abtheilung vorkommenden Bauten ausgemworfen, und deren Verwendung am Jahreschlusse nachgewiesen werden solle.

β) Ueber die Bestimmung der hiernach für die geistl. und Schulbauten ausgesetzten Fonds sprechen sich aus:

αα) das G. R. des Min. der G., u. u. M. Aug. (v. Altenstein) v. 13. Sept. 1829.

1) Aus den etatsmäßigen für das Kirchen-, Pfarr- und Schulbauwesen ausgesetzten Fonds dürfen einzig und allein nur solche Zahlungen geleistet werden, welche gesetzlich oder vermöge der bestehenden besondern rechtlich. Verbindungen dem Fiskus als Patron oder Grundherrn zur Last fallen; außer den ihm Kosten müssen auch diej. Ausgaben aus diesen Fonds bestritten werden, welche

sein sollen, da die Aufsicht über die Ortsschulen und Sorge für dieselben (Schulpatronat) nicht als Attribut der Jurisdiction in dem von letzterer handelnden Abschnitt 1. N. 2. R. II. 17. aufgeführt sei. Gerichtsobrigkeit sei hier nur eine gemeine Bezeichnung, die sonst die verschiedenen Arten von Gutsbesitzern städtische wie ländliche, in sich begriff und kennzeichnete. Auch sei sie nur getraut, wo es sich um obrigkeitliche Anordnungen handle: §§. 12. 22. 31., während Beiträge in Frage stehen, von „Gutsbesitzern, Magistraten“ gesprochen werde, so daß, wie im §. 729 N. 2. R. II. 11. die Eigenschaft als Gerichtsobrigkeit solchen Leistungen aus dem Vermögen des Gutsbesitzers ganz in den Hintergrund trete. In diesem Sinne habe auch die Aufhebung der städtischen Gerichtsbarkeit durch die St. D. v. 1808 die Städte nicht von dem Unterhalte der Schulen freit, und ebenso der Vorbehalt der Gerichtsbarkeit für den Staat beim Verkauf der geistl. Güter nach der R. D. v. 20. Febr. 1812 in den Verbindlichkeiten des neuen Erwerbers, als Gutsbesitzer und Schulpatron, nichts geändert.

1) Dieses die Erf. der beiden Sen. des D. 2. G. zu Ratibor v. 1. Aug. 1835 u. 28. Jan. 1837 vernichtende Urtheil gründet sich darauf, daß Einschränkungen des Eigenthums auf die dem Verpflichteten am Wenigsten lästige bedeuten: vgl. §§. 757. 806. N. 2. R. II. 11., §. 126. I. 21., §. 226. I. 21.

2) Bei Veräußerung von Domainen sollen nach der R. D. v. 2. Jan. 1812 (G. S. 1812, S. 3, v. Könne, Domainenwesen S. 172) die Patronatsrechte dem Staate vorbehalten, die Patronatslasten aber, nach ihrem jährlichen Durchschnitt veranschlagt, als Kanon auf die Güter gelegt und an die Reg. zum Kirchen- und Schulen-Unterhaltungsfonds gezahlt werden.

den Fällen, wo die freie Verabreichung des Bauholzes aus K. Forsten nach der Lokalität nicht stattfinden kann, zum Ankauf des Holzes aufgewendet werden müssen. — 2) Eine Unterstützung der Gemeinden soll in der Regel nur dergestalt Statt finden, daß ihnen von den zu Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten wirklich zu erborgenden Kapitalien die Zinsen auf einige Zeit aus einem seiner Höhe nach bereits bestimmten Fonds, jedoch nur im Falle erwiesener Hülfesbedürftigkeit, gezahlt werden. — 3) In besonderen Fällen ist das Min. ermächtigt, aus einem seiner Höhe nach auch schon bestimmten Fonds kleine Unterstützungen zuzugestehen; außerdem bleibt die Bewilligung als eine Gnadensache Sr. Maj. dem Könige vorbehalten.

(A. III. S. 721.)

ββ) Das G. R. d. Min. v. 31. Juli 1826 (Reigebaur, S. 229), welches eine Untersuchung der auf den Patronat-Baufonds lastenden Leistungen verlangt, insbes. darüber, ob darunter bloß Patronats-Beiträge, oder auch Leistungen aus besonderen Rechtsmitteln begriffen seien, und ob sich die Behauptung durchführen lasse, daß bei Normirung dieser Fonds das Absehen ausschließlich auf Leistungen der erstern Art gerichtet verblieben sei.

γγ) Das G. R. des Min. des K. Hauses, Abth. 2. (v. Radenberg) v. 27. März 1838 theilt endlich mit, daß durch R. D. v. 20. Febr. 1838 ein außerordentlicher Zuschuß <sup>1)</sup> zum Patronats-Baufonds mit der Maßgabe bewilligt sei.

daß daraus die Kosten aller Kirchen- und Schulbaue ohne Ausnahme bestritten werden müssen, zu denen Fiskus als Patron, als Besitzer von Domainen, als Nachfolger aufgehobener Stifter und Klöster, oder in einer andern Eigenschaft rechtlich verpflichtet ist.

(A. XXII. S. 40.)

γ) Aus den Ersparnissen bei dem Patronats-Baufonds wird ein allgemeiner Geistlicher- und Schul-Bau-Aushülfefonds gebildet: G. der Min. der G., u. u. M. Ang. und der Fin. v. 3. Dec. 1819. (A. III. S. 895.) Vergl. §. 13. des Regul. über das Kassenwesen v. 17. März 1828 (A. XII. S. 290), G. R. des Min. der Fin. v. 9. Jan. 1834 (A. XVIII. S. 30), und G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 12. März 1834 (ib. S. 31).

c) Lieferung von Bauholz. (Vergl. v. Rönne, Domainenwesen, S. 105 flg.)

α) Nachdem die R. D. v. 8. Dec. 1824 bestimmt hatte, daß die Freiholzlieferung zu fiskalischen Bauten aus K. Forsten aufhören, und stattdessen von den betr. Verwaltungsstationen der Taxwerth an die Forstverwaltung bezahlt werden solle, bestimmte das durch G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 3. Febr. 1825 mitgetheilte Schreiben des Fin. Min. v. 7. Jan. 1825, daß bei Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten K. Patronats-Freiholzlieferung, wie bisher, fortdaure <sup>2)</sup>, und nur bei dergl. Bauten andern Patronats die taxmäßige Bezahlung eintrete: (A. IX. S. 92. Bau-pol. S. 223).

1) Fernere Anträge auf Gewährung außerordentlicher Zuschüsse zur Verstärkung der etatsmäßigen Patronats-Baufonds sollen nur bei ganz ungewöhnlichen Ereignissen, auf vollständig überzeugenden Nachweis des Erfordernisses, thunlich berücksichtigt werden: G. R. des Min. d. G., u. u. M. Ang. v. 3. April 1843. (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 125.)

2) Die Baubedienten mußten über die Verwendung der Freihölzer bei dergl. Bauten besondere Holzverwendungsatteste ausstellen und den Forstämtern übergeben: Publ. der Reg. zu Marienwerder v. 30. Jan. 1817. (A. I. S. 1. S. 78, Bau-pol. S. 129.)

β) Die R. D. v. 3. Febr. 1826 stellte die Freiholzlieferung allgemein wieder her; die R. D. v. 11. Aug. 1838 bestimmte aber hinsichtlich der Domainen- und Forstbauten, daß die Freiholzlieferung aufhören, und der Bau-Unternehmer das Holz gegen Larpreis aus den R. Forsten entnehmen solle. Dies ist durch G. R. des Min. der Fin. v. 15. Juni 1848 verallgemeinert, so

daß in Zukunft auch bei allen übrigen Staatsbauten die Verabfolgung des freien Bauholzes aus Staatswäldungen wegfallen, und jede fiskal. Station verpflichtet sein soll, das zu den Bauten ihres Ressorts erforderl. Holz, wie es am theilhaftesten geschehen kann, aus ihren Fonds anzukaufen.

(Min. Bl. d. i. V. 1848. S. 324.)

γ) Schon früher war für den Fall, daß die Natural-Holzlieferung nicht geschehen könne, die Bezahlung des Bauholzes zu geistlichen und Schulbauten nicht dem Forstfiskus, sondern dem Patronats-Bausonds zur Last gelegt: G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 21. Nov. 1839 (M. XXIII. S. 834), G. R. des Min. des R. Hauses v. 20. Nov. 1839 (ib. S. 804).

δ) Da, wo Fiskus als Patron oder Guts herr das Holz zu Schulbauten herzugeben hat, ist darunter nicht das Holz zu Subsellien und andern innern Einrichtungen der Schule begriffen. Hierfür muß ein spezieller Rechtstitel nachgewiesen werden. Vergl. das v. S. 638 Note 1. angef. G. R. v. 22. Juni 1847.

ε) Vergl. R. v. 31. Dec. 1839 mit Anlagen unten S. 854 sub III.

#### 4) Provinzialrechtliche Vorschriften.

a) Für die Prov. Preußen: vergl. §. 245. des rev. Entw. z. Ostpr. Proc. R., f. oben in Th. I. S. 98, §§. 66. 67. des Westpr. Proc. R., f. oben in Th. I. S. 101, §. 37. Nr. 4. §§. 38. ff. der Schulordn. f. d. Prov. Preußen f. oben in Th. I. S. 110.

b) Für die Prov. Brandenburg: vergl. §§. 143—148. des Entw. z. Proc. R., f. oben in Th. I. S. 120 ff., die Abhandlung in Stengel Bd. 13. S. 18 bis 190, Erf. des Ob. Trib. v. 13. Dec. 1847 über den Beitrag der Köpfe und Halbbauern zu Pfarr-, Schul- und Kirchenbauten in der Kurmark (Recht. Bd. 3. S. 220) und Erf. des Ob. Trib. v. 22. Juni 1848 über die Beitragspflicht des Guts herrn zu Schulbauten in der Neumark. (Recht. Bd. 4. S. 173.)<sup>1)</sup>

c) Für die Prov. Pommern: vergl. §. 325. des Entw. z. Prov. R., f. oben in Th. I. S. 127. und Art 4. des Regul. v. 29. Aug. 1831, f. oben in Th. I. S. 129.

d) Für die Prov. Schlesien

α) Ueberhaupt vergl. §. 148. des Entw. z. Prov. R., f. o. in Th. I. S. 163., sowie das Erf. v. 25. Sept. 1837, f. oben in Th. I. S. 161.

β) Im Depart. des ehemal. Ober-Kens. zu Breslau muß der Kirchenpatron observanzmäßig zu Schulbauten, auch wenn das Schulhaus nicht zugleich Kirchwohnung ist, noch einmal so viel beitragen, als jeder andre Grundbesitzer des Sprengels. So erkannt von beiden Sen. des D. L. G. zu Glogau unterm 11. Nov. 1836 und 16. Dec. 1837. (Schles. Arch. Bd. 3. S. 544—551.)

γ) Im Fürstenthum Oels ist kein Prov. G. vorhanden, welches die Pfarren ohne Konkurrenz des Patrons zur Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude verpflichtete: Erf. des II. Sen. des D. L. G. zu Breslau v. 1. März 1835. (Schles. Arch. Bd. 3. S. 409—448.)

δ) Die sogen. v. Stielowsche Observanz im ehemal. Glogauer Kens. Depart. wonach die Geltkosten der geistl. und Schulbauten vom Patron getragen werden

1) Die R. D. v. 11. Juli 1845 (G. S. 1845. S. 486, Min. Bl. d. i. V. 1845. S. 210) die Vermögens-Verwaltung der Kirchen u. nach Märkischem Proc. R. betr., gestattet vermögenden Kirchen, Verwendungen zu Schulhausbauten zu machen.

balb sie nicht aus dem Kirchenärar entnommen werden können, und die Gingesessenen nur Hand- und Spanndienste zu leisten und das nöthige Stroh zu liefern aben, ist durch R. D. v. 10. Dec. 1839 (mitgetheilt durch R. v. 20. Dec. 1839 v. 11. April 1840, Just. Min. Bl. 1810. S. 23, Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 54) als Prov. Observanz reprobiert und nur beim Nachweis als Orts-Gewohnheit zugelassen. Sonst greifen §§. 710. ff. A. L. R. II. 11. Platz. Vergl. hierüber die Ergänzung zum gedachten §.

e) Für die Oberlausitz ist über die Beitragspflicht zur Unterhaltung von Kirchen, Pfarr- und Schulgebäuden die B. v. 11. April 1846 (G. S. 1846. S. 164) ergangen, wonach mit Ausschluß etwelcher Ortsgegewohnheiten §§. 710. bis 756. A. L. R. II. 11. zur Anwendung kommen, der Patron aber stets nur der baaren Geldbeiträge zu leisten hat.

e) Für die Prov. Sachsen:

a) §§. 568—571. des Prov. R. für die Altmark, s. o. in Th. I. S. 164.

β) §§. 339—342. des Entw. für Magdeburg, s. o. in Th. I. S. 168. und ff. des Ob. Trib. v. 9. Sept. 1847 (Rechtsf. Bd. 2. S. 174.)

γ) §. 116. des Entw. für Halberstadt, s. o. in Th. I. S. 171.

δ) §§. 291. 292. des Entw. für Giesfeld, s. o. in Th. I. S. 173.

ε) §. 754. des Entw. für die Sächs. Landestheile, s. o. in Th. I. S. 175, b die ebendas. Note 1. angef. R. D. u. B. v. 11. Nov. 1844. 1)

Dazu Urf. des I. Sen. des Ob. Trib. v. 28. Nov. 1851. Sind verschiedene Dörfer mit verschiedenen Schulen zu einer Parochie vereinigt, so müssen, nach Urf. der B. v. 11. Nov. 1844, die Grundbesitzer sämtlicher Dörfer zu den Unterhaltungskosten sämtlicher Schulen pro rata ihres Grundbesitzes beitragen. (Triethorst's Arch. Bd. 4. S. 134.)

f) Für die Prov. Westphalen: vgl. §. 128. des Mindenschen, §. 58. des Henburgschen, §. 142. des Westphälischen, §. 59. des Siegenschen Prov. R., oben in Th. I. S. 205. 208. 209.

g) Für die Rheinprovinz: vergl. §. 445. des Bergschen Prov. R., s. o. Th. I. S. 204, sowie Nr. 7. der Bergschen Instr. v. 21. Juni 1812, s. o. in Th. I. S. 190. Ferner das (o. S. 789. Note 1. angef.) Publ. der Reg. zu Trier 17. März 1824.

### III. Regulirung eines Interimistikums bei Schulbauten.

1) Anordnung des Interimistikums.

a) §§. 708. 709. A. L. R. II. 11., s. o. S. 840.

b) Eben so bestimmt die durch G. v. 4. April 1805 mitgetheilte R. v. 18. Febr. 1805:

es müsse künftig, wegen der Beiträge der Gingesessenen und Kompatronen, Kirchen- und Pfarr- auch Schulbau nicht aufgehalten, sondern vom Oberamtsvorsteher, wenn Streit darüber entsteht, ein provisorischer Vertheilungsplan bestimmt, und ohne gerichtliches Verfahren exequirt, denen aber, die damit nicht zufrieden sind, der Weg Rechts dagegen nachgelassen werden.

(N. C. C. XI. S. 2933, Rabe Bd. 8. S. 266. Vergl. auch R. des Gen. v. 28. Febr. 1805. ib S. 2897 u. S. 251.)

c) R. des Just. Min. v. 21. Jan. 1817, daß auch bei katholischen Kirchen und Schulbauten das Interimistikum zum Ressort der Reg. gehört. (Arch. Bd. 9. S. 8. — Gräff Bd. 1. S. 226.)

d) Vergl. G. R. v. 29. Okt. 1836 (s. o. S. 839).

1) Die Last wird getheilt, halb auf die Personen, halb auf den Grundbesitz anlagt. Zur Personenhälfte steuert der Rittergutsbesitzer nach der Kopfzahl seiner Familie (über 14 Jahre) zur Grundhälfte wird sein Antheil nach Verhältniß seines Grundbesitzes berechnet, davon aber wieder  $\frac{1}{2}$  abgezogen, so daß er bloß  $\frac{1}{4}$  seines Grundantheils und in keinem Falle mehr als  $\frac{1}{2}$  der Grundhälfte tragen soll.



„Schul-Gezietäten zu vertheilen und einzurichten, wo die Ortschaften es wünschen, oder Lokal-Umstände es nöthig machen.“  
 sondern auch die beschlüssen, nach der Allerh. R. D. v. 18. Febr. 1805. und dem R. des Ober-Konf. v. 4. April 1805 auch für Schulgebäude geltenden Beschlüssen des R. d. R. II. 11. §. 708. ff. wiederholentlich „Ban“ und „Reparatur“ neben einander stellen, und in dieser Zusammenstellung unter ersterem „Ban“ verstanden werden muß, wozu noch kommt, daß in den §§. 708. 709. a. a. D. der oberstehenden Verwaltungsbehörde ausdrücklich das Recht zugesetzt ist, über die Nothwendigkeit und Art auch eines solchen Neubaus zu entscheiden.

Was aber die wiederum zur Sprache gebrachten, von dem Min. der obergeb. Verf. Verf. nach der Gesamtberechnung bewiesenen Vorteile des Subst. v. J. 1793 betrifft, derentwegen es zur einzigen Grundlage jedes zu regulierenden Interimistiums gemacht werden soll, so ist durch sich selbst klar, daß solche Anwendung des Subst. da selbst eine Allerh., bei dem gegenwärtigen Stande der Forst-Oekonomie übrigens wenig wahrscheinliche Entscheidung für die Aufhebung dess. auch auf die Barten seit dem J. 1793 nicht hindern könnte, daß solche meinden, welche etwa die Bestimmungen des §. 86. Th. II. Tit. 12. des R. d. R. vorteilhafter finden, auf Anwendung dieser gegen das Subst. hingewiesen wären, nichts mehr zu erzielen vermöchten, als durch die Befestigung des Interimistiums nach irgend anderen, den besondern jetzmaligen Verhältnissen entsprechenden, solchen Grundsätzen geschieht.

Wie aber die R. Reg. sich hinsichtlich der für das Interimistium anzuwendenden rechtl. Grundsätze durch die Verf. v. 11. Aug. d. J. in irgend einer Weise hat eingeengt finden können, ist nicht wohl abzusehen, da diese Verf. deutlich sagt, daß da, wo sich, wie bei den in Rede stehenden Fällen, von Neubauten kein Verstand herausfindet, das Interimistium nach dem Rechtsgrundsätze festgesetzt werden soll, für dessen Anwendung nach pflichtmäßigem Ermessen der R. Reg. die Lokalumstände mit dem meisten Gewichte sprechen, und mithin namentlich auch bei Verfahren nach dem mehr erwähnten Subst., dessen im Rechtsweg durchgeführte Ausdehnung auf die Neubauten das Min. zwar nicht für zweckmäßig hält, aber keine eigene Entscheidung darüber gegeben hat, keineswegs ausgeschlossen, wo die R. Reg. sich dafür glaubt bestimmen zu müssen.

Das Min. kann diese überall ohne Ausnahme zurrichehende Vorschrift nur an der oten, und hat die R. Reg. hiernach in den vorkommenden Fällen zu verfahren.  
 Berlin, den 28. Dec. 1827.

Min. der G., u. n. Abt. Reg.  
 v. Altenstein.

Anl. c.

In der R. D. v. 15. Febr. 1714 an das Gen. Fin. Direktorium ist die Bestimmung ausgesprochen: denen Kirchen, wie auch zu denen Pfarr- und Schulhäusern, an denen Orten, worüber uns das jus patronatus zusteht, und wegen eigener und der Eingepfarrten Armuth sich selbst nicht helfen können, zum Ban erforderliche Materialien an Holz, Steinen und dergl. ohne Entgelt zu geben, wo auch kein Holz vorhanden, das Geld dazu aus unsern Kammer-Geldern zahlen zu lassen.

Anl. d.

Die R. D. v. 27. Aug. 1717 an die Pommerische Kammer setzt hinzu, daß die bemittelten Kirchen das benötigte Holz zur Hälfte bezahlen, deren aber, bei welchen keine Mittel vorhanden, solches fernerhin frei abgeliefert werden solle, und befahl jedesmal in dergleichen Fällen nach dem Stande der Kirche und deren Vermögen sich zuvörderst genau zu erkundigen, und darüber demselben zu berichten u.

(N. XXII. S. 841.)

d) Nach dem G. R. dess. Min. v. 12. Dec. 1843, betr. die Angelegenheiten des Int. in streitigen geistlichen und Schul-Sachen, hat das Gen. Fin. einstimmig die Ansicht als die richtige erkannt:

daß bei Regul. des Int. die Entscheidung nicht ausschließlich auf die letzten Baufälle beobachtete Verfahren zu gründen sei, daß vielmehr die auf Grund der summarischen Inspektion zu entscheiden haben, wie es die

imäßiger Ueberzeugung den in den allgem. Landesgesetzen und in der besondern Lokalverfassung gegründeten Rechten und Pflichten der Betheiligten, unter Berücksichtigung der faktischen Verhältnisse des besonderen Falls, für entsprechend halten.

Ueber den Standpunkt, den die Reg. bei solchen Regulirungen einzunehmen hat, spricht sich das Min. dahin aus, daß dieselbe nicht, wie der ordentliche Richter, zu befinden hat, auf welcher Seite Recht oder Unrecht, sondern daß sie gerade so stehe, wie bei ihren sonstigen Anordnungen:

Sie wird daher, wo nicht völlig klare und unwiderlegliche Gerechtsame auf einer oder der andern Seite vorliegen, sich vorzüglich an einen ohne kenntliche Zweifel vorhandenen Besitzstand halten, und diesen, als die Vermuthung Rechts in sich tragend, provisorisch aufrecht erhalten. Hierbei ist im konkreten Falle sehr wohl denkbar, daß schon ein letzter Präcedenzfall für sich allein ein solches Zeugniß für einen fehlerfreien Besitzstand ablege, und als hauptsächlich-

Grundlage der provisorischen Festsetzung benutzt werde. Umgekehrt wird aber die Verwaltungsbehörde nicht jeden jüngsten Präcedenzfall als die ausschließliche Norm ihrer Festsetzung gelten lassen können, und insbes. dann nicht, wenn in der Gesamtheit der zur Sprache gebrachten Momente die Ueberzeugung bei ihr heraussteht, daß dieser jüngste Präcedenzfall nicht als zuverlässiges Zeugniß eines ruhigen Besitzstandes, sondern nur als das Produkt zufälliger Umstände angesehen werden kann u.

Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 324.)

### B) Exekution.

N. des Min. des I., Abth. I. (v. Meding) v. 17. Mai 1840 an die Reg. zu Koblenz, betr. das exekutive Verfahren gegen Stadtgemeinden in garten Schulbau-sachen.

Die R. Reg. erhält in der Anl. (a.) Abschrift des heute den Stadtverordneten zu N. wegen des dortigen Schulhausbaues erteilten Bescheides, auf den Ver. v. M. zur Nachricht.

#### Anl. a.

Das Min. des Inn., welches sich aus dem deshalb eingeforderten Berichte der R. Reg. und den damit vorgelegten Akten über die Bewandniß der Sache unterrichtet hat, kann die Beschwerde der Stadtverordneten v. 19. März d. J. über das Verfahren der R. Reg. in der Angelegenheit wegen des dortigen Schulhausbaues, nicht für begründet erachten. Die Stadtverordneten erkennen den Schulhausbau als nothwendig an, leugnen auch nicht, daß die mit der Schulgebelde identische Stadtgemeinde die Kosten dess. zu bestreiten verpflichtet ist. Gleichwohl sind durch Einwendungen und Widersprüche die Verhandlungen seit acht Monaten aufgehalten worden, ohne daß in der Sache zur Erreichung des Zweckes irgend etwas Wesentliches geschehen wäre. Die R. Reg. ist daher, da es sich hier um die Erfüllung einer ganz unzweifelhaften Pflicht der Stadt handelt, ganz unzweifelhaft berechtigt, diese durch die erforderl. Exekutionsmaaßregeln erzwingen, und ihrer Wahl entweder gegen die betheiligten Magistratsmitglieder und Stadtverordneten, je nachdem die eine oder die andere dieser Behörden die Verzögerung verursacht, mit Exekutionsmaaßregeln vorzuschreiten, oder auch den Bau selbst auf Kosten der Stadt ausführen zu lassen, und diese Kosten demnächst durch Exekution der bereitesten Kammereimittel wieder einzuziehen.

Die R. Reg. wird nun der Stadt eine anderweite kurze Frist zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeit setzen, und wenn diese solche wieder vorübergehen läßt, mit Exekutionsmaaßregeln vorschreiten. Sollte übrigens die Stadt glauben, daß der Bau sehr angeordnet werden, als das Schulbedürfniß erheischt, so bleibt ihr anstandslos, sich mit ihrer Beschwerde an das R. Min. des G. u. d. Ang. zu wenden, welches hierüber zu entscheiden kompetent ist. Dasz., was dieses festsetzt, aber demnächst auch ohne Bewilligung der Stadtverordneten beschafft werden kann, v. N. Koblenz, den 17. Mai 1840.

An  
Stadtverordneten zu N.

Min. des Inn. Erste Abth.  
v. Meding.

Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 231.)

...um die ungeklärte Ausführung des Vandes zu dem  
kommt es nicht mehr auf die Ausführung des Vandes an, da  
bei ist, sondern auch auf die Wiedererstattung eines zur Verkre-  
feten Vorschusses, worüber, wie in jeder andern Privatfache,  
steht. Es bedarf auch keiner Intervention der Kläger als Kor-  
als solche aufzutreten, nichts für die Korporation fordern, vielmehr  
rechtlige erstattet verlangen was sie verschuldwisse gezahlt ha-  
daher zuzulassen und hiernach das L. u. Et. Met. zu Galbe  
(N. XX. S. 355, Jahrb. Bd. 47. S. 534, Gröff Bd.

b) Der Rechtsweg findet jedoch nur gegen die Int.  
auf die Beitragspflicht, nicht aber gegen die Reg. hinsch-  
trägen zu Grunde liegenden Zuthellung eines Quis zu  
Schulsozialität statt.

Resolution des Min. v. 8. Jan. 1838 an den  
nigsberg in Pr.

Auf die Vorstellung v. 19. Okt. v. J. wird Ihnen, in  
dem R. Min. der G. U. und R. Ang. hierdurch eröffnet, da  
das vorliegende R. D. L. G. zur Einleitung der von Ihnen  
in Vertretung der R. Reg., angezeigten Klage anzuwei-  
nicht Statt gegeben werden kann, da dem Antrage,

daß Kielus vernichtet werde, das Ihnen zugehörige  
sozialität Sch., wozu es seit unendlichen Zeiten gehört  
der §. 18. Nr. k. der Instr. v. 23. Okt. 1817. entgegen ist  
ohne höhere Genehmigung freisteht, Schulsozialitäten ein-  
vertheilen, wo die Ortsschaften es wünschen; oder Lokalan-  
machen.

Es bleibt daher, wie Ihnen in der Verf. des vorliegenden  
Jan. v. J. bereits zu erkennen gegeben worden, nur der We-  
dem der R. Reg. vorgesetzten Min. offen, sowie es sich von  
Ihnen unbenommen ist, Ihre Rechte auf Befreiung von Bei-  
des in Kielu. G. zu ersuchenden Schulgebäudes, in Gemäß-  
Dkt. v. 28. Febr. 1805 und der §§. 240. 708. 709. 751  
Th II des R. D. L. gegen die Abgaben bei dem Ankauf d.

u Kirchen-, Pfarr- und Schulzwecken sind zwei ausführliche B. er-  
n:

a) G. R. der Min. der G., u. u. M. Ang. und der Fin. v. 2. Nov.  
(N. XXI. S. 961—967).

b) G. R. ders. Min. v. 12. Sept. 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S.  
'3),

nach welchem letztern insbesondere der Landrath seine Ermittlungen  
die Nothwendigkeit des Baues- und den Raum- und Geldbedarf der  
einzureichen, und diese demnächst von dem Bezirks-Baubeamten einen  
nüberschlag, zu welchem Anleitung und Muster mitgetheilt werden,  
arbeiten zu lassen hat. Auf Grund dieser Vorarbeiten richtet sodann  
Reg. ihren Antrag an das Min.

2) Bewilligung von Gnaden-Unterstützungen.

a) Vergl. G. v. 13. Sept. 1829 (f. o. S. 850 — 851).

b) Das G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 24. Aug. 1823  
VII. S. 626) erklärt es auf Grund einer R. D. v. 14. Juli 1826 für  
wendig, solche Unterstützungen zu geistlichen und Schulbauten zu be-  
rsten, und die gesetzlich Verpflichteten, nicht aber die Staatskasse, in  
auch zu nehmen.

c) Das G. R. ders. Min. v. 20. Dec. 1823 (N. VII. S. 841) be-  
t bei dergl. Unterstützungen zu geistlichen und Schulbauten (Kolleg-  
und Natural-Bewilligungen eingeschlossen), daß die verpflichtete Ge-  
e

ie Gnadenbewilligung nicht eher überwiesen erhalte, als bis dies. zu Proto-  
koll, daß sie die betr. Bewilligung, als im Wege der Gnade erfolgt, aus-  
ch anerkannt. <sup>2)</sup>)

f) Die Ausführung der Bauten, zu denen Gnaden-Unterstützungen  
legt sind, muß genau nach dem Anschlage und unter Zuziehung von  
Baubeamten erfolgen. Dies bestimmen:

g) G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 19. Jan. 1827 (N.  
- 101), wonach das Gnadengeschenk nicht eher ganz ausgezahlt wer-  
n, als bis die bestimmungsmäßige Verwendung gesichert ist.

h) R. der Min. der G., u. u. M. Ang., des J. und der Fin. v. 20.  
1830 (Acta des R. Fin. Min., Abth. für Hand., Fin. u. Bauwesen,  
Nr. 24. vol. II. f. Kirchenwesen), wonach die R. Baubeamten bei  
Bauten die Anschläge aufstellen oder doch an Ort und Stelle revi-  
sollen.

i) G. R. der Reg. zu Frankfurt v. 8. März 1835 (N. XIX. S. 995),  
h die Reg. den Bauinspektor von erfolgten Gnadenbewilligungen zu  
richtigen hat, damit ders., wie bei fiskalischen Patronatsbauten, die  
ht führe, und Abweichungen vom Anschlage verhindere.

j) Bef. der Reg. zu Merseburg v. 20. Okt. 1842 (Min. Bl. d. i. B.  
S. 368), welche die Ausführung von dergl. Bauten ausführlich re-  
and insbes. die Kirchen- und Schulvorsteher verpflichtet, den die Auf-

) Vergl. oben S. 807 sub IV. 1. a.

) Das Original des Protokolls kommt zu den Akten der Reg., beglaubigte  
ist in das Kirchen-Archiv. — Laut G. Verf. der Reg. zu Minden v. 20.  
1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 456) hat indeffen die Oberrechnungs-  
bestimmt, daß zu obigem Behufe das Anerkenntniß gleich in duplo auf-  
zuzeichnen, und das Protokoll über Niederlegung des einen Exemplars im Kirchen-  
mit dem andern der Reg. bei Beantragung der Zahlung eingereicht werde.  
Ber die Feuerversicherung als Bedingung f. u. sub V.

sicht führenden Baubeamten (welches in Städten auch der etw. examinierte Stadtbaumeister sein darf), von wichtigen Bauarbeiten, Fundamentgräben, Auführung der Etagenmauern, Dacheindeckung u., Nachricht zu geben.

e) C. R. der Min. der Fin. und der G., u. u. M. Ang. v. 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 283), welches die anschl. führung als Bedingung der Bewilligung bezeichnet, von der Genehmigung abgewichen werden dürfe, und anordnet, daß Gemeinden bekannt gemacht, die Zahlung des Geschenks, w. nach der Bauabnahme verschoben und der Bezirks-Baubea. Revisionen, Abstellung und Anzeige von Abweichungen veran.

## V. Feuerversicherung der Schulgebäude

### 1) Nothwendigkeit der Versicherung.

a) Eine durch C. R. v. 27. Febr. 1836 (A. XX. S. 2) C. Erlaß des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 16. Jan. 1844 (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 30) mitgetheilte R. D. v. 23. Jan. 1836 Einfassen zu genügender Versicherung ihrer Häuser gegen Feuer dem Bemerken auf, daß bei etwaigem Feuerschaden keine Unterstützung aus Staatsfonds zu erwarten sei. Die letztged. der G., u. u. M. Ang. erklärt dies auch für Kirchen- und für anwendbar.

b) Die B. der Reg. zu Erfurt v. 26. Dec. 1843 (Min. 1843. S. 326) <sup>1)</sup> macht Gemeinden und Patrone auf die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Versicherung ihrer geistlichen und gegen Feuergefahr aufmerksam, mit dem Bemerken, daß Feuerschaden keine Gnadenunterstützung zu gewärtigen, und überhaupt bei jedem Bau von der Feuerversicherung desselben Gebrauch zu machen sein solle.

### 2) Wahl der Versicherungs-Gesellschaft.

a) Fiskalische und andere Gebäude, deren Verwaltung von Behörden ressortirt, sollen in der Regel nur bei den durch Landesbegründeten provinziellen Societäten versichert werden: Beschl. min. v. 13. Okt. 1846 (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 251), C. R. der G., u. u. M. Ang. v. 8. Jan. 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 254).

b) Bei geistlichen und Schulgebäuden landesherrlichen oder denen Fiskus keine Baubeiträge leistet, sowie bei dergl. Gebäuden, deren Patronats ist die freie Wahl der Feuerversicherungs-Gesellschaft beschränken: C. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 4. Jan. 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 254).

### 3) Zahlung der Feuerversicherungs-Beiträge.

Das R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 7. Jan. 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 689) bestimmt, allerdings zunächst für Kirchen, daß aus dem Baufonds Zuschüsse zu den Feuerversicherungs-Beiträgen in dem Verhältnisse gegeben werden können, als Fiskus verpflichtet ist zu leisten.

---

1) Dieselbe ist, wie aus dem C. Erl. v. 16. Jan. 1844 (s. a. u.) auf Grund eines Min.-R. v. 2. Aug. 1843. erlassen.



## Fünftes Kapitel.

### Stats- und Rechnungswesen. <sup>1)</sup>

#### I. Pflichten der Lokalbehörden.

##### 1) Allgemeine Vorschriften.

Die Aufstellung der Stats für jede einzelne Schule, und die Führung der Rechnungen ist zunächst die Pflicht der Lokal-Aufsichtsbehörden, oder aus ihrer Mitte speziell designirten Schulrendanten. Vergl. hierüber im 1. Abschn. zusammengestellten Vorschriften, insbes. v. S. 323, 43, sowie im 1. Kap. dieses Abschn. v. S. 751. Ueber die Ein- und Ausgabe der Rechnung s. v. S. 356.

Die Rechnungen sind bei Gelegenheit der Schulvisitationen (s. oben v. S. 365) von den Kreis-Schulinsp. durchzugehen. Außerdem sollen die Rechnungen der Kirchen-, Schul- und Stiftungsfonds von den betr. Vorständen wenigstens einmal und unvermuthet revidirt werden: Publ. der K. Reg. zu Arnberg v. 20. April 1824 (A. VIII. S. 413).

##### 2) Insbesondere bei städtischen Schulen ist

a) die Trennung der Schulkassen von andern städtischen Fonds angeordnet: A. v. 27. Nov. 1823 (s. v. S. 333). Sie sollen unter besonderer Verwaltung geführt, die Resultate dieser Verwaltung aber sowohl in die städtischen Hauptetat als auch in die Hauptrechnung durchlaufend aufgenommen werden: G. A. der Reg. zu Königsberg v. 11. Mai 1838. (S. 941.)

b) Ueber die Konkurrenz der Stadtverordneten bei Festsetzung der Schul-kassen-Stats disponiren

c) das A. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Altenstein) und des v. P. (v. Rochow) v. 31. Jan. 1835 an die K. Reg. zu Magdeburg, wo es heißt:

„Ist bei der vorliegenden Frage zuerst ein Unterschied zu ziehen zwischen A. L. R. Th. II. Tit. 12. §. 12. so benannten gemeinen, d. h. zum Unterrichte in Elementar-Kenntnissen bestimmten öffentl. Schulen und den im §. 54. bezeichneten gelehrten oder sonstigen höhern Lehranstalten. Nur die ersteren, d. h. die Elementarschulen, müssen für die betr. Orter oder Bezirke aus einer gesetzlichen und allgem. gesetzl. Verpflichtung unterhalten werden, und es findet in ihnen nur das Verhältniß der Zugehörigkeit bestimmter Schulgemeinden statt. Die Anlegung höherer, in ihrem Zwecke über die gewöhnl. Elementar-Bildung hinaus gehender Schulanstalten kann an und für sich keine Orts- oder Schul-gendthigt werden, sondern es bleibt die Errichtung solcher Institute von der Veranstaltung der Staatsbehörde, oder freiwilliger alsdann auch noch an andere Genehmigung des Staates gebundener Stiftung Seitens der Kommune oder anderer Personen, abhängig. Ist aber, namentlich von einer Kommune eine solche höhere Schule aus freiwilligem Entschlusse einmal errichtet, so ist sie nach der eben alleg. und den weiter folgenden B. im A. L. R. Th. II. §. 54. seq. als ein selbstständiges Institut, unter Aufsicht und Direktion der Staatsbehörde, und mit eigenem Korporations-Rechte. In Folge des letzteren kann die Wiederaufhebung einer solchen Schule nicht nach Willkühr der Kommune, sondern gemäß der gesetzl. Vorschrift, A. L. R. Th. II. Tit. 6. §. 180. vorzunehmen, und wiederum einzuholender Staats-Genehmigung geschehen. Die in solchem

---

<sup>1)</sup> Ueber Festsetzung und Erlass der bei Kassen- und andern Verwaltungen vorkommenden Defekte disponirt die B. v. 24. Jan. 1844. (G. S. 1844, S. 52.)

ständigen Geseßungen angeordneten Mitgliedern der Schul werden, welche letztere im Rechtsbegriffe sowohl, als in häufiger ihrer Abgrenzung, eine von der Ortsgemeinde verschieden zu sein ist. So als: nach gemeinrechtlicher Einrichtung besonders Gemeinden, und eines auf Beiträge der zu ihnen gehörenden Unterhalten der Schule wirklich besteht, können keine diesfällige die Ortsgemeinde, als solche, gemacht werden, und tritt a Rücksichten etwa einmal der Fall ein, daß für eine solche Sch nachweisliche Anwendung aus Kommunalmitteln in Anspruch gehört dies denj. Angelegenheiten, wo nach richtiger Ausführung zu Magdeburg die eigene Kompetenz der Stadtverordneten zur Beschlußnahme, nach §. 114. der rev. St. O. statthabende gemeinrechtliche Anordnung wegen Unterhaltung der Stadt nach der eigenen Disposition des §. 29. l. c. nur als eine für solche Fälle ein, wo dem Bedürfnisse nicht schon durch an Einrichtungen vorgesehen ist. In den Fällen dieser letzteren, andern auch, wenn eine Stadt-Gemeinde, statt der Steueranlei Gemeinden, die Unterhaltung auch ihrer Elementarschulen, ganz die verfassungsmäßige eigene Einnahme der Schulen nicht ihren Kommunalfonds übernommen hat. In solchem Falle ist dasselbe Verhältniß, wie vorbemerktenmaßen bei den von ein leten höheren Schulanstalten ein, mit der Maßgabe nur, daß niger die Existenz einer Rechtsverbindlichkeit der Gemeinde im der rev. St. O. sich in Streit ziehen läßt; da es sich hier um für deren Anlage und Unterhaltung nach dem Localbedürfnisse andern Weise einmal, unabhängig von eigener Willkür der werden muß. u.

(N. XIX. S. 164.)

ß) der Erlaß v. 28. Mai 1845 (f. a. S. 448).

3) Ueber die Verwendung von Schulgeld-Überschüssen  
R. v. 27. Jan. 1844 (f. a. S. 829 — 830).

4) Ueber die Verwendung des aus Staatskassen  
Einkommens bei eintretender Vakanz bestimmt

dabei durchaus keine Rücksicht auf ein wirklich obwaltendes Bedürfnis, auf Wohlhabenheit der Gemeinde u. s. w. möglich ist. Unter diesen Umständen ist es daher angemessener, es bei der allgem. Regel zu belassen und dergl. etwa eintretende Ersparnisse den Staatskassen zu Gute zu berechnen, wonach die Reg. sich zu achten hat.

(Meigebaur, S. 213.)

## II. Pflichten der Regierungen.

1) Allgemeine Vorschriften: §§. 18. 19. der Reg. Instr. v. 23. Oct. 1817 (s. oben in Th. I. S. 270, 271). Vergl. in der Instr. v. 31. Dec. 1825 zu Abschn. II. B. „Etats und Rechnungssachen“ (N. IX. S. 828), sowie die Instruktion für die Ober-Rechnungskammer v. 18. Dec. 1824. (N. IX. S. 2 flg.)

2) Aufsicht über die Etats und Rechnungen der einzelnen Schulen.

a) Das Schreiben der Min. der G., II. u. M. Aug. (v. Altenstein) und des J. u. d. B. (v. Rochow) v. 31. Jan. 1835 an den R. Geh. Staatsmin. v. Klemm zu Magdeburg legte den Reg. hinsichtlich der Schulen, bei denen sie nicht selbst die Etats aufzustellen und die Rechnung abzunehmen haben, die Bestätigung und Superrevision der Etats und Rechnungen bei.

b) Dagegen bestimmt das R. der Min. der G., II. u. M. Aug. (Eichhorn) und des J. (v. Batow) v. 14. Sept. 1844 an die R. Reg. zu N., betr. die Ausübung des landesherrl. Obergerichtsrechts über das städtische Schulwesen:

— Was aber sodann die Ausübung des landesherrl. Obergerichtsrechts über das dortige Schulwesen betrifft, so ist zwar gegen das Verfahren, welches bisher in Ansehung der nicht unter der Aufsicht und dem Patronat des Magistrats stehenden Schulen beobachtet werden, nichts zu erinnern, da diese Schulen resp. eigenes Vermögen besitzen oder Zuschüsse vom Staate empfangen, unter diesen Voraussetzungen aber die Art und Weise der Ausübung des Obergerichtsrechts in Ansehung entspricht, welche seitens des R. Staatsmin. in dieser Beziehung festgestellt und von des Königs Maj. Allerh. ausdrücklich gebilligt worden sind.

Dagegen ist die R. Reg. in Ansehung der übrigen Schulen, welche kein eigenes Vermögen besitzen, sondern von der städtischen Gemeinde und aus der sogenannten Schulkasse unterhalten werden, zu bemerken gegangen, wenn Sie bisher die Etats für diese Kasse festgestellt, auch die Rechnungen darüber Ihrer Superrevision unterzogen und die Etats jährlich der Ober-Rechnungskammer vorgelegt hat.

Denn die sog. Schulkasse ist, wie schon oben erwähnt, in der That nichts weiter, als eine Filialkasse der Kammereikasse und die Kommune kann danach in Ansehung ders. keiner strengeren Beaufsichtigung unterzogen werden, als hinsichtlich ihrer sonstigen Kommunal-Verwaltung; namentlich hat die Unterrichtsbehörde sich gar keine Veranlassung, von der speziellen Vermögensverwaltung nähere Kenntniss zu nehmen, sondern ihr Interesse beschränkt sich darauf, die innere Verfassung der Schule, den Lehrplan, das Lehrer-Personal u. zu beaufsichtigen nur, soweit die Etats und Rechnungen auch auf die innere Verfassung Einfluß haben und resp. darüber Aufschluß geben, kann deren Einsendung von der Unterrichtsbehörde gefordert werden und für dieselbe von Nutzen sein. Zu dem angegebenen Zwecke ist es aber vollkommen genügend, wenn der dortige Magistrat die ersten Einrichtungspläne der unter seinem Patronat stehenden, aus der Schulkasse unterhaltenen Schulen vorlegt und jährliche Rechnungsertrakte einreicht.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 287.)

c) Die gleiche Entscheidung giebt das G. R. d. Min. v. 23. Dec. 1845, betr. die Ausübung der landesherrl. Obergerichts- und Rechnungswesen der städtischen Kirchen, Schulen und Stiftungen, mit der Maßgabe, daß die Rechnungsertrakte jährlich oder in mehrjährigen Perioden eingereicht werden können. (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 7.)

3) Einsendung von Etats und Finalabschlüssen an das Min.

a) G. R. des Min. der G. U. u. M. Ang. (v. Altenstein Sept. 1825 an sammtl. R. Reg. und Kons., betr. die Einsendungen-, Schul- und Instituten-Etats. (A. IX. S. 1009.)

Dazu:

G. R. d. Min. v. 16. Aug. 1839.

Das Min. will das R. Kons. (Prov. Schulkolleg., die R. Reg.) v. schriftl. Einreichung solcher Etats von Schulanstalten u., welche bisher (vers.) vollzogen worden sind, für die Zukunft ganz entbinden; fordert dagegen auf, die bestimmungsmäßig der R. Staatsbuchhalterei <sup>1)</sup> einz. Abschriften dieser Etats pünktlich einzureichen, damit das Min. in vorl. Fällen mit Sicherheit darauf rechnen kann, solche von dieser Behörde z. mitgetheilt zu erhalten.

(A. XXIII. S. 620.)

b) G. R. d. Min. v. 16. Dec. 1833 an sammtl. R. Reg., Anfertigung der an das erstere einzureichenden Finalabschlüsse i. Hauptkassen. (A. XVII. S. 946.)

c) G. R. d. Min. v. 16. Aug. 1839 an sammtl. R. Reg., Siftirung der Quartal-Extrakte von der geistl., Unt.- und Med. tung, und die Einreichung der Jahres-Abschlüsse. <sup>2)</sup> (A. XXIII.

## Fünfter Abschnitt.

### Nebenanstalten der Volksschule.

Die Nebenanstalten der Volksschule sind theils solche, welche Ergänzung dienen, theils solche, welche für einzelne Kategorien i. d. an die Stelle der gewöhnlichen Elementarschule treten, und zu ersetzen bestimmt sind. Zu den erstern gehören die Kleinkinder- und die Fortbildungs-Anstalten, zu den letztern alle d. Einr. welche die Sorge für Waisen und Arme, für sittlich verwahrloste für Blinde und Taubstumme hervorgerufen hat. An diese reihen sich besondern jüdischen Schulen an.

Die Einwirkung des Staats hat sich in diesen Beziehungen u. umfassende Organisationen gerichtet, sondern fast Alles der Thätigk. Privaten und Gemeinden überlassen, und nur durch spezielle Maßnahmen fördernd oder abwehrend, eingegriffen.

Die folgende Darstellung muß sich daher auf die Zusammenfassung der vorhandenen Einzelbestimmungen beschränken.

1) Diese durch R. D. v. 29. Mai 1826 (G. S. 1826. S. 45) an d. d. fröheren Generalkontrolle getretene Centralbehörde ist durch die R. L. d. Juli 1844 (G. S. 1844. S. 265) aufgehoben, und ihr Geschäftskreis i. d. Min. übertragen worden.

2) Von Gymnas., Progymnas. und Sem., welche Staatszuschüsse empfangen müssen besondere Filialabschlüsse vorgelegt werden: G. R. des Min. d. Med. Ang. v. 25. Juli 1843 an sammtl. Prov. Schulkolleg. (Min. Bl. 1843. S. 258.)

## I. Kleinkinder-Bewahr-Anstalten. <sup>1)</sup>

Anlegung und Beförderung von dergl. Anstalten.

§. 3. sub I. des Kleveschen Regl. v. 10. Mai 1782 (s. oben in S. 182).

E. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Kampf) v. 24. Juni 1821 sammtl. R. Reg. <sup>2)</sup>

Vorsteher der Londoner Klein-Kinder-Schulen, S. Wilberspin, hat über seinen Namen und die frühzeitige Erziehung der Kinder eine Schrift herausgegeben, die 1823 die dritte Auflage erlebt hat, und von Joseph Werthheimer in 1826 ins Deutsche übersetzt ist. Das Min. beauftragt die R. Reg., zur Empfehlung dieser wichtigen Schrift, welche nicht nur durch ihre pädagogischen Winke für die Behandlung und den Unterricht der Kinder nützlich werden, sondern auch Menschenfreunde, Kommunal-Behörden, Schul-Inspekt. u. veranlassen kann, in ihren Orten ähnliche Kleinkinderschulen einzurichten, auf jede zweckdienliche Weise hinzuwirken. Zugleich kann das Min. der G., U. u. M. Ang. nicht dringend genug empfehlen, auch in dem dortigen Reg. Bez. auf die Errichtung solcher Kleinkinderschulen Bedacht zu nehmen, da sie dem Uebel der Verwilderung der Kinder der Armen im Ursprunge begegnen, und jedenfalls noch erfolgreicher wirken werden, als die zur Versittlichung verwahrloster Kinder in einigen Orten gegründeten wohlthätigen Anstalten es ihrer Natur nach

XI. S. 670.)

B. der Reg. zu Liegnitz v. 5. Juli 1848.

Wegen der oft so mangelhaften häuslichen Erziehung der Kinder, besonders jener arbeitenden Volksklassen und hier namentlich derer, welche die Schule noch nicht besuchen, geschieht es nur zu häufig, daß die Kleinen aus Mangel an Aufsicht und Verwilderung anheimsinken, daß sie sich selbst körperlich beschädigen und den übrigen oder anderen Personen zu Schaden gereichen. Diesen Uebeln im Ursprunge schon am sichersten durch die Errichtung von Kinderbewahr-Anstalten begegnet werden, auf welche wir bereits in früheren Jahren schon die Aufmerksamkeit der H. Geistlichen per Circ. hingelenkt haben.

Sind in unserem Verwaltungsbez. durch den Zusammentritt edler Menschen auch bis jetzt an ungefähr 10 Orten, darunter auch in zwei ländlichen Gemeinden, solche Anstalten entstanden, in denen Kinder vom vollendeten zweiten bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre zweckmäßig beaufsichtigt, geleitet und beschäftigt werden, so ist den Kinderbewahr-Anstalten wegen ihres so augensichtlich wohlthätigen Einflusses eine weitere Verbreitung, nicht bloß in den Städten, sondern auch in den Dörfern zu wünschen, und wir halten uns für verpflichtet, diese Anstalten durch unsere und schützenden Liebe von Neuem zur Sprache zu bringen und auf die Vortheile derselben hinzuweisen. Diese Vortheile bestehen darin, daß die Kinder ihrem Gewerbe nachgehen müssen, dies unbesorgt um ihre kleinen Kinder thun können und nicht genöthigt sind, dieselben, wie so häufig geschieht, dem Zufall und somit, wie die Erfahrung lehrt, vielen Unglücksfällen auszuweichen, oder ihre größeren Kinder der Schule zu entziehen, damit

über Krippen oder Säuglingsbewahr-Anstalten vgl. G. v. Salviati, Krippenbewahr-Anstalten, übersichtl. dargestellt, nach Geschichte und Zweck, Wirkung und Wirkung. Berlin 1852. und Rhein. Bl. 1852. Bd. 46. S. 217. Wiederholt durch B. der Reg. zu Breslau v. 19. Febr. 1828 (Amtsbl. S. 100), Simon, Schulrecht u. v. Schlesien S. 100), Publ. der R. Reg. zu v. 18. Jan. 1828 (M. XII. S. 108) und B. der Reg. zu Posen v. 19. Febr. 1844 (M. XVIII. S. 498). Eine allgemeine Empfehlung zur Förderung solcher Vereine, insbes. zur Erziehung verwahrloster Kinder und zu Kleinkinderschulen enthält das E. R. der Min. d. G., U. u. Med. Ang. und d. M. v. 18. Febr. 1844 (M. Bl. d. i. B. 1844. S. 143). Vgl. auch die Grundriss der Rhein. Westph. evang. Diakonissen-Vereine (bestätigt durch R. D. v. 1846) §. 2. (M. Bl. d. i. B. 1847. S. 76.)



ſie die Kleinen warten, was noch dazu in mehrfacher Hinſicht große Nutzen hat. Auch dürfte es als ein wahrer Segen zu betrachten ſein, da genannten Anſtalten die Kinder unmoralischer Eltern den nachtheiligen Einflüſſen mehr entzogen, dem Schmutze und der Rohheit entwöhnt, verderblichen Betteln abgehalten — und daß die Kinder aller Eltern ſittlich in die Schule am angemefſten vorbereitet werden.

Da die Kinderbewahr-Anſtalten keinen eigentlichen Unterricht erteilen, da ſie nur durch Anſchau- und Sprechübungen, durch Erzählungen und Lefebüchlein, durch Gewöhnung an Sitte und Ordnung, durch das heime Leben mit Altersgenoſſen, durch Spiel und körperliche Bewegung, freier Luſt, die Kinder angenehm zu beſchäftigen und geiſtig zu wecken; ſo bedarf es nur eines etwas geräumigen Lokals, eines freien, eines mäßigen Apparates von Beſchäftigungsmitteln (ein Haufen geſchle und einige größere und kleinere Brettchen reichen für den Anfang ſchon einer kinderfreundlichen, verſtändigen Perſon, die vom Schulrevisor oder leicht inſtruiert und von dieſen oder von anderen Vereinsgliedern beſichtigt werden kann. Auf dem Lande wird eine anſtändige Wittwe oder eine unverheirathete Perſon oder ein älteres, minder beſchäftigtes Ehepaar zur Beaufſichtigung der kleinen Kinder der ganzen Gemeinde aufzuſuchen ſein. Wird irgend eine größere Stube in einem mit einem Hofe oder Garten Hauſe zu beſchaffen ſein. Wir zweifeln nicht, daß da, wo Geiſtliche, Ortsvorſtände ſich für die gute Sache mit einander vereinigen, auch zur Unterſtützung ſich finden werden, ſo daß wenigſtens hin und wieder Anfang mit dieſer Einrichtung, die ſich ſelbſt mehr und mehr empfiehlt, gemacht werden kann.

Wir fordern die H. Superint., Kreis-Schulinspekt., Schulrevisoren, Lehrer auf, nach Kräften für die Errichtung der Kinderbewahr-Anſtalten zu wirken, erwarten auch von den H. Landrätthen, Magiſtraten, Guts herrſchaften vorſtänden bereitwillige Unterſtützung der ſo wohlthätigen Maßregel ſchließlich die H. Superint. und Kreis-Schulinsp. an, in ihren Begleitenden Oſterprüfungs-Protokollen anzuzeigen, was etwa in der fraglichen Gemeinde geſchehen iſt. Wie bald ſich aber überhaupt an einem Orte ein ſolches geſtaltet hat, erwarten wir ſofort die Einſendung der Statuten zur Begutachtung. Daß den von uns anerkannten Vereinen für Gründung und Beaufſichtigung der Kinderbewahr-Anſtalten höheren Orts bereits Portos und Gebühren ſtanden iſt, bringen wir zugleich hiermit in Erinnerung.

(Min. Bl. d. i. V. 1848. S. 223.)

d) Schließung der ſogen. Kindergärten nach Fröbel'schem System.

N. der Min. der G., II. u. M. Aug. (v. Raumer) und v. Manteuffel) v. 7. Aug. 1851 an die K. Reg. zu N. N.

Auf den Ver. v. 27. Mai d. J. billigen wir die von der K. Reg. zur Schließung des ſ. g. Kindergartens, der in N. nach Fröbel'schem System gegründet war. Wir veranlaſſen die K. Reg., die N. auf die hier angelegte Vorſtellung vom Monat Juni d. J., worin ſie um Genehmigung zur Schließung des Kindergartens bittet, ablehnend zu beſcheiden. Gleichzeitig empfehlen wir der K. Reg., über die Errichtung ähnlicher Privatanſtalten in Zukunft eine recht ſtrenge Kontrolle auszuüben.

An ſämmtl. übrige K. Reg. Abſchrift zur Kenntnißnahme und Begutachtung. Wie aus der Broſchüre: „Hochſchulen für Mädchen und Kindergärten nach Fröbel“ erhellt, bilden die Kindergärten einen Theil des Fröbel'schen Systems, das auf Heranbildung der Jugend zum Atheismus berechnet iſt, welches nach Fröbel'schen oder ähnlichen Grundſätzen errichtet werden können daher nicht geduldet werden. 1)

(Min. Bl. d. i. V. 1851. S. 182.)

1) Vergl. zur Sache Friedr. Fröbel's in den Rhein. Bl. 1853. S. 325.

## 2) Aufsicht.

### a) Der Regierung.

M. des Min. der G., II. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 13. März 39 an das K. Schulkolleg. der Prov. Brandenburg.

Dem K. Prov. Schulkolleg. wird auf Seinen Ver. v. 22. Jan. d. J. eröffnet, daß Ihm die Aufsicht über die Kleinkinder-Bewahranstalten allerdings insofern teilt, als dasselbe für Berlin die Stelle der Reg. vertritt, indem diese Anstalten, wenn sie als zu den Erziehungsanstalten, oder in die Kategorie der milden Stiftungen gehörend betrachtet werden, nach der Instr. v. 23. Okt. 1817 unter die Aufsicht der Reg. gestellt sind. Auch die Verwaltung der Fonds jener Anstalten ist dem K. Prov. Schulkolleg. nicht entzogen, da die Oberaufsichts- Behörde in sehen muß, daß eine zweck- und vorschriftsmäßige Verwendung der Fonds allgemeinen stattfinde, zu welchem Ende sie Visitationen vorzunehmen und die Ablegung jährlicher Uebersichten der Fonds zu fordern so berechtigt wie verpflichtet ist.

(M. XXIII. S. 111.)

### b) Der Ortsschulbehörden.

α) §. 11. der Instr. v. 31. Dec. 1839 (f. v. S. 294).

β) Erlaß des Min. der G., II. u. M. Ang. (Gichhorn) v. 30. Jan. 41 an den K. Oberpräs. der Prov. Westphalen, betr. die Anstellung von Lehrerinnen bei den Kleinkinder-Warteschulen.

E. G. erwiedere ich auf den gef. Ver. v. 3. d. M. erg., daß der §. 11. der Instr. v. 31. Dec. 1839 allerdings nur von solchen Warteschulen zu verstehen ist, Personen auf ihre eigene Rechnung und unter alleiniger Verantwortlichkeit zu gründen beabsichtigen. Schulen der Art werden aber in der Regel von Vereinen oder von Behörden angelegt und stehen unter der unmittelbaren Aufsicht und Leitung derselben. Es ist daher auch keinem Bedenken unterworfen, bei diesen Schulen unverheirathete, wohl qualifizierte Lehrerinnen anzustellen, und da nicht diese, sondern die die Schulen gründenden Personen, nach Befinden der Umstände, die maßgebend zur Anlegung der Schule nachzusuchen haben, so bedarf es keiner Denotation des gedachten Paragraphen.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 63.)

## 3) Korporationsrecht.

a) Hierüber sprach sich, zunächst mit Bezug auf Kranken- und Sterbehäuser, das E. M. des Just. Min. (Muppenthal) v. 9. Sept. 1844 folgendergestalt aus:

Sie fallen unter den Begriff derj. Institute, von denen der §. 42. Tit. 19. II. des A. L. R. sagt:

„die vom Staate ausdrücklich oder stillschweigend genehmigten Armen- und andere Versorgungs-Anstalten haben die Rechte moralischer Personen“

Es kann daher in Ansehung ihrer, sobald sie unter Genehmigung der ressort- zugehörigen dazu ermächtigten Behörden gebildet sind, nicht noch der speziellen Verleihung von Korporationsrechten bedürfen, um sie zu befähigen, vor Gericht, beim Rathenbuche und sonst nach außen hin, in der Eigenschaft juristischer Personen aufzutreten.

Dagegen liegt es hiernach in der Natur der Sache, daß die in Rede stehenden Kranken-, Sterbe- und ähnlichen Anstalten, gleich anderen milden Stiftungen, Armen- sonstigen Versorgungsanstalten, zu ihren gerichtlichen Geschäften nach §. 34. 1. Th. I. der A. O. D., §. 43. Tit. 19., §. 217. Tit. 11. Th. II. A. L. R. Mitwirkung der Aufsichtsbehörde bedürfen, der sie ressortmäßig untergeordnet sind.

Eine Autorisation dieser Behörde zu dem vorzunehmenden Geschäfte, und eine Genehmigung ders., daß die für das Institut auftretenden Personen verfassungsmäßig befugt sind, dasselbe zu vertreten, muß daher in solchen Fällen jedesmal beachtet werden.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 285.)

Dazu:

Erlaß des Min. des J. (Bode) v. 4. Nov. 1844 an den R. Oberpräf. der Prov. Westphalen (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 302), welcher die vorstehend ausgesprochenen Grundsätze auch auf Kleinkinder-Bewahr-Anstalten, Frauenvereine zu milden Zwecken u. für anwendbar erklärt.

b) Besondere Verleihung von Korporationsrechten an einzelne Anstalten:

α) an die Berliner Kleinkinder-Bewahr-Anstalten Nr. 8. 9. 10. 11. 18. 20. u. 26. <sup>1)</sup>

R. D. v. 3. Juli 1842 (mitgetheilt durch R. der Min. der G., II. u. M. Ang., der Fin. und des J. v. 9. Aug. 1842 an den R. Oberpräf. in Prov. Brandenburg).

Auf den über die in der wiederbeigefügten Eingabe des Vereins, Vorstands der darin bezeichneten Kleinkinder-Bewahranstalten in Berlin von den Min. der geistl. u. Ang., der Fin. und des J. am 7. Juni c. erstatteten Ber. will Ich in Verfolg der D. v. 15. Mai 1838, durch welche das Statut ders. mit Beilegung von Korporationsrechten vollzogen ist, den Einzelnen dieser Bewahranstalten im Besitze von Grundstücken und Kapitalien die Korporationsrechte zugesetzen, wodurch sich der angeregte Zweifel erledigt, sowie es auch bei der nach Meiner D. v. 21. April 1841 <sup>1)</sup> allgemein feststehenden Stempelfreiheit der gedachten Anstalten im Bewenden hat.

Peterhof, d. 3. Juli 1842.

Friedrich Wilhelm.

An

die Staatsmin. Gichhorn, Bodelschwingh

und Gr. v. Arnim.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 342. Just. M. Bl. 1842. S. 295.)

β) an den Verein für die Kleinkinder-Bewahr-Anstalten in Brandenburg: R. D. v. 28. Febr. 1842 (u. 4. a. β.).

4) Immunitäten.

a) Stempel- und Gebührenfreiheit. (s. o. S. 777.)

α) G. R. des Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 30. April 1841 an sämmtl. R. Prov. Steuer-Direktoren.

Des Königs Maj. haben, mittelst Allerh. R. D. v. 21. d. M. sämtlich von der Reg. genehmigten Vereinen für die Kleinkinderbewahr-Anstalten die Stempelfreiheit in gleichem Umfange, wie den öffentl. Schulen zuzugestehen gerath (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 140.)

β) R. D. v. 28. Febr. 1842 (mitgetheilt durch G. R. der Min. des J. u. d. B., der G., II. u. M. Ang. und der Fin. v. 6. Mai 1842 an sämmtl. R. Reg.).

Auf Ihren gemeinschaftl. Ber. v. 3. v. M. ermächtige Ich Sie zur Genehmigung der zurückgehenden Statuten des Vereins für die Kleinkinder-Bewahranstalten in Brandenburg unter dem vorgeschlagenen Vorbehalte zu den §§. 11. 18. und bewillige dem Verein Korporationsrechte, insoweit er deren zur Erwerbung von Grundstücken und Kapitalien auf seinen Kollektiv-Namen bedarf, auch Stempel- und Gebührenfreiheit in gleichem Umfange, wie sie den öffentl. Schulen zustehen. Gleichzeitig setze Ich hiermit fest: daß allen bereits bestehenden, zur Genehmigung der Reg. noch zu errichtenden Kleinkinder-Bewahranstalten

1) Vgl. oben S. 372 Note. 1830 wurde die erste dergl. Anstalt in Berlin gegründet. Sie haben einen Centralfonds, 1840: 2190 Thlr., jetzt: 12700 Thlr., der im Depositorio des Mag. verwaltet wird. Nat. Zeit. 1854. Nr. 397.

2) s. im Texte 4. a. α.

Lebührenfreiheit in gleichem Umfange, wie den öffentl. Schulen, zu Theil werden soll.

Berlin, d. 28. Febr. 1842.

Friedrich Wilhelm.

An

Staatsmin. Müller, v. Rochow, Gr. v. Alvensleben und Gichhorn.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 200. Just. M. Bl. 1842. S. 95.)

b) Grundsteuerfreiheit. (f. o. S. 773 ff.)

R. des Gen. Dir. der Steuern (Rühne) v. 27. Juni 1843 an die Reg. zu Aachen.

Auf den Ver. v. 9. d. M. wird die R. Reg. autorisirt, die vom dortigen Kreis zur Beförderung der Arbeitsamkeit, zu Bewahranstalten für kleine Kinder gekauften Lokale, sofern sie nicht einzelne Zimmer, sondern selbstständige Gebäude sind, und so lange sie ausschließlich zu diesem Zwecke dienen und benutzt werden — in die Kategorie der im §. 14. des G. v. 21. Jan. 1839 sub 2. erwähnten Gebäude (Armenhäuser) <sup>1)</sup> gehörig — grundsteuerfrei zu stellen.

(M. Bl. d. i. B. 1843. S. 317.)

c) Portofreiheit. (f. o. S. 775.)

Bef. des Oberpräs. von Pommern (v. Bonin) v. 7. Jan. 1848, betr. Bewilligung der Portofreiheit für wohlthätige Vereine.

Im Auftrage der H. Min. der geistl. u. Ang. und des J. bringe ich hierdurch zur öffentl. Kenntniß, daß auf Anordnung des H. Gen. Postmeisters von Preußen künftig bei Bewilligung von Portofreiheit für Vereine, welche die Abhülfe aus der Vernachlässigung der Jugend in den niedern Volksklassen, dem Pauperismus, der Hilflosigkeit entlassener Sträflinge u. erwachsenden Uebel bezwecken, folgende Normen maßgebend sein werden:

1) Die Portofreiheit wird für Zwecke der in Rede stehenden Art in der Regel nur für briefliche Mittheilungen, gedruckte Berichte und für milde Geldbeiträge bewilligt werden.

2) Die Bewilligung wird, je nach dem genau festzustellenden Bedürfnisse und nach Maßgabe der sonstigen Verhältnisse, für den ganzen Staat, oder für gewisse Bezirke, z. B. Prov., Reg. Bez., Kreise u. s. w. und entweder für alle innerhalb festgesetzten Grenzen im Interesse des Vereins von demselben abzusendenden, oder an denselben eingehenden Gegenstände, oder für gewisse Versendungen zwischen Vereinen und bestimmten Korrespondenten, gelten.

3) Als Bedingungen gilt der Vorbehalt des Widerrufs und daß die nicht mit Post besicherten Briefe und Adressen offen, oder unter Kreuzband, versendet werden.

4) Die Anträge auf Gewährung von dergl. Portofreiheiten sind an den H. Gen. Postmeister zu richten und müssen von den betr. Prov. Behörden unter genügender Begründung befürwortet sein.

Wenn die Portofreiheit für einen Verein erbeten wird, dessen Statuten der Genehmigung durch des Königs Maj. oder der Centralbehörden bedürfen, so ist der Antrag auf Bestätigung der Statuten gleichzeitig mit an das Post-Departement zu richten.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 79.)

## II. Fortbildungs-Anstalten. <sup>2)</sup>

Daß die Kirchen-Katechisationen früherer Zeit (vergl. §. 6. des Gen.

1) Auch nach dem G. v. 24. Febr. 1850, die Aufhebung der Grundsteuer-Erleichterungen betr. (G. S. 1850. S. 63) §. 2. lit. g., bleiben „Armen- und Krankenhäuser, Besserungs-, Aufbewahrungs- und Gefängnis-Anstalten“ grundsteuerfrei.

2) Spezielle Anstalten für die Fortbildung in einzelnen Berufsfächern, wie Handwerks-, Ackerbauschulen u. dergl. werden in der folg. Abtheilung erwähnt.

Landes-Schulregl. von 1763, s. oben in Th. I. S. 65 und das oben S. 654 angef. U. d. Reg. zu Stettin v. 7. Sept. 1828) nicht ausreichen, um den Schulunterricht zur wahren Vorbereitung auf das Leben zu ergänzen, ist längst anerkannt. Von jeher ist deshalb die Errichtung von Sonntagschulen oder Fortbildungs-Anstalten für die aus der Schule entlassene Jugend anempfohlen worden.

1) Dergl. ältere Verordnungen sind:

- a) der oben erwähnte §. 6. des Regl. von 1763;
- b) §. 6. des IV. Abschn. vom Klevischen Regl. von 1782 (s. oben in Th. I. S. 186);
- c) §. 40. des katbol. Schulregl. für Schlesien von 1801 (s. oben in Th. I. S. 156);
- d) §. 17. der Gumbinner Instr. für Lehrer v. 18. Nov. 1829 (s. S. 466 ff.).

2) Neuere Verordnungen.

Auch diese enthalten, so weit sie bekannt sind, nur die allgemeine Empfehlung von derartigen Einrichtungen. In den Sammlungen finden sich die nachstehenden:

- a) U. d. Reg. zu Marienwerder v. 26. Juli 1832 an sämmtl. Superint. und Schulinsp., betr. die Errichtung von Sonntagschulen auf dem Lande.

Die Prov. Stände des 4. Preussischen Landtages haben bei des Königs Maj. darauf angetragen, auf dem Lande Sonntagschulen in der Art einzuführen, daß die Lehrer gehalten werden, sonntäglich nach Beendigung des Gottesdienstes zwei Stunden hindurch, und zwar für Knaben und Mädchen jeden Sonntag abwechselnd den Knaben und Mädchen von der Konfirmation ab bis zum zurückgelegten 17. Lebensjahre unentgeltlich Unterricht zu ertheilen, und zwar mit ihnen die gehaltenen Predigt und andere Religions-Gegenstände durchzugehen, und Uebungen im Les- und Schreiben und Rechnen anzustellen.

Des Königs Maj. haben in dem Allerh. Landt. Absch. diesen Antrag zu nehmigen geruht <sup>1)</sup>, und wir fordern Ew. daher auf, in allen Schulen Ihres Inspektions-Kreises auf dem Lande Sonntagschulen in der vorgeschriebenen Anstalt zu lassen.

Wie bereits des Königs Maj. angedeutet haben, können Zwangsmassregeln hier nicht zum Ziele führen, vielmehr sollen die H. Geistlichen angewiesen werden, in ihren Gemeinden auf angemessene Art dahin zu wirken, daß dergl. Sonntagschulen errichtet, und von den Knaben und Mädchen in dem bezeichneten Alter besucht werden, und demnächst sind die H. Pfarrer und die Schullehrer mit weiterer Anweisung über den zu ertheilenden Unterricht und die Gegenstände, die hierbei vorzüglich zu berücksichtigen sind, zu versehen, und darauf hinzuweisen, daß bei der Einrichtung der Sonntagschulen der doppelte Gesichtspunkt im Auge zu behalten ist, einmal, das während der eigentl. Schulzeit Versäumte nachzuholen, und zweitens das in der Volksschule Erlernte vor dem Vergessen zu bewahren. Auch kann die Sonntagschule dazu benutzt werden, die reifere Jugend über mancherlei Gegenstände ihres künftigen Berufes, theils zur Verhütung des Schadens und Unglücks, theils zur Erzielung bürgerlicher Wohlfahrt zu belehren, und sie unter Vorhebung der Vorzüge der vaterländischen Staatsverfassung, über Landes- und obrigkeitliche Verordnungen, deren Zwecke und Nothwendigkeit, über die Pflichten gegen das Vaterland, dessen Oberhaupt und die Staatsbehörden zu unterrichten und aufzuklären.

(N. XVI. S. 943.)

Ueber Fortbildung der Lehrlinge vgl. oben S. 616 ff. Die Verbreitung von landwirthschaftlicher Schriften ordnet das U. d. Reg. zu Königsberg v. 11. Aug. 1833 (N. XVII. S. 674) an. Ueber Volksbibliotheken, insbes. in Preussen vgl. Nat. Zeit. 1853 Nr. 547. Weil, s. auch Partort S. 65. 75 ff.

1) Landt. Absch. v. 3. Mai 1832. II. 34. (N. XVI. S. 533).



1) G. R. der Reg. zu Magdeburg v. 9. Aug. 1843 an die Super., betr. die Fortbildungs-Anstalten für die der Schule entwachsene

wird bei der fortschreitenden Bildung unseres Volkes immer allgemeiner, unter den Landbewohnern und den Einwohnern kleinerer Städte anerkannt, mit wünschenswerth und nöthig es ist, daß die nur in Volksschulen gebildete nicht nur die erlangten dürftigen und im späteren Leben so leicht wieder gehenden Kenntnisse und Geschicklichkeiten sich bewahre, sondern auch auf zweckmäßige, das wahre Bedürfnis beachtende Art weiter geführt werde, und es deshalb auch in unserer Provinz schon viele Geistliche im Vereine mit Schullehrern diesem Bedürfnisse dadurch zu genügen angefangen, daß sie wöchentlich, gewöhnlich Sonntag Nachmittags, oder in Winterabenden, einige Stunden der Schule bereits entwachsenen Jugend ihres Orts gewidmet haben, um dem Abwischen des Erlernten vorzubeugen, und dieselbe in den für das Leben nöthigen nützlichen Kenntnissen und Geschicklichkeiten weiter zu führen, und dadurch zur geistigen heranwachsende Jugend in näherer Verbindung mit sich und sich selbst zu erhalten, noch über die Schulzeit hinaus auch auf religiöse und sittliche Bildung einzuwirken. Die Verdienstlichkeit solcher Bemühungen leuchtet zu sehr ein, als daß wir erst auf dieselbe aufmerksam machen

Es bietet sich hier ein weites Feld der segensreichsten Wirksamkeit dar, es ist höchst wünschenswerth, daß möglichst viele Geistliche und Lehrer bereits es unverkennbaren Bedürfnisses der Jugend ihres Ortes, zu dessen Befriedigung sich nicht leicht eine andere Gelegenheit findet, sich annehmen mögen.

Wir empfehlen Ew. rc. vertrauensvoll diese Angelegenheit und ersuchen Sie, Geistlichen und Schullehrer Ihrer Diözes ermunternd auf dieselbe hinzuwirken und am Ende des Jahres darüber zu berichten, welchen Erfolg diese Aufgabe gehabt hat, künftig aber in Ihren Kirchenvisitationsber. jederzeit anzugeben, ob sich in der Parochie Fortbildungsanstalten für die der Schule entwachsende befinden, wie dieselben eingerichtet, und in wie weit Geistliche und Lehrer in denselben thätig sind.

Lin. Bl. d. i. B. 1843. S. 236.)

1) G. R. des Min. der G., H. u. M. Ang. (Gleichhorn) v. 20. April an sämmtl. R. Reg.

Durch die G. Verf. v. 31. Mai 1844 (ungedruckt) hatte ich die Aufmerksamkeit der R. Reg. auf die Zweckmäßigkeit sog. Fortbildungsschulen für die aus der Volksschule entlassene Jugend gelenkt und die Theilnahme derselben für Grund und Weiterentwicklung derartiger Anstalten in Anspruch genommen. Aus gleichem über den gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit in den verschiedenen Verwaltungsbez. erforderten und nunmehr sämmtlich eingegangenen Ber. habe

Genugthuung ersehen, wie die R. Reg. überall in richtiger Würdigung des wahren Bedürfnisses und des wohlthätigen Einflusses, welcher durch derartige Anstalten auf die heranwachsende Jugend geübt werden kann, es sich haben lassen, das Interesse der zunächst zur Mitwirkung berufenen und thätigen Personen für diese Ang. zu erwecken, und wie in den meisten Bez. durch die Theilnahme, besonders der Pfarrer und Schullehrer, wenigstens Anfänge vorhanden sind, welche sowohl, was die weitere Ausbreitung solcher Anstalten, als auch deren Vervollkommenheit betrifft, zu erfreulichen Erwartungen berechtigen.

Indem ich gern meine Anerkennung für diese Bestrebungen ausspreche, beziehe ich hinsichtlich der ferneren Behandlung dieser Angelegenheit Folgendes.

So die gewerblichen und anderen Lebensverhältnisse der Bewohner, namentlich in den Städten, für künftige Handwerker und Gewerbetreibende eine weitere Ausbildung, als sie die Elementarschule gewähren kann, besonders in technischen Fächern wünschenswerth machen, kann nach den vorliegenden Resultaten auch das Interesse der theilnehmenden Eltern und Meister für die Einrichtung von Fortbildungsschulen für Lehrlinge und Gesellen als vorhanden angenommen werden, und es nur darauf ankommen, fähige und wohlgesinnte Männer zur Leitung und Abhaltung solcher Schulstunden zu bewegen, wie es auch nicht schwer fallen wird, die theilnehmenden selbst und durch hülfsreiche Mitwirkung der städtischen Behörden die nöthigen Mittel zu beschaffen, welche zur Fortführung dieser Anstalten erforderlich sind.

Größere Schwierigkeiten sind dagegen den K. Reg. bei Errichtung von Fortbildungsanstalten auf dem Lande und überhaupt für den j. Theil der Bevölkerung entgegengetreten, dessen künftige Lebens- und Berufsverhältnisse eine materiell weitergehende Bildung nicht als unbedingt erforderlich erscheinen lassen. Die Erfahrung hat jedoch bewiesen, daß es auch unter diesen Verhältnissen nur des geeigneten Anlasses, sowie einer den wahren Bildungsbedürfnissen der erwachseneren Jugend entsprechenden Gestaltung der diesfälligen Einrichtungen bedarf, um ein nachhaltiges Interesse auch der untern Volksklassen für Weiterbildung zu erzeugen und einen wohlthätigen, über die Schule hinausgehenden Einfluß auf die Jugend hermöglich zu machen. Nur da, wo die sog. Sonntags- oder Abendschulen ihre Aufgabe einzig darin setzen, in schulgemäßer Weise Nachhülfeunterricht in den Elementarkenntnissen zu erteilen, wird es schwer fallen, die erforderliche Theilnahme der Jugend und des Volkes überhaupt hervorzurufen. Es und für sich dürfte schon vorausgesetzt werden können, daß bei der jetzt durchgehenden Vervollständigung der Schullehrer und bei dem regelmäßigeren Schulbesuche, insofern der Lehrplan der Elementarschulen sich auf das Nothwendige beschränkt, und dieses in einer zweck- und naturgemäßen Form gelehrt wird, die mit dem 14. Lebensjahre aus der Schule entlassenen Kinder dasjenige Maas von Kenntnissen und Fertigkeiten sich angeeignet haben, welches für ihren künftigen Lebensberuf erforderlich ist. Wo dieses noch nicht der Fall sein sollte, wird zwar auf die Einrichtung eigentlicher Nachhülfschulen Bedacht zu nehmen sein; die K. Reg. werden aber auch durch solche Erscheinungen sich veranlaßt sehen müssen, die Ursachen des mangelhaften Erfolges des Elementarunterrichtes in den Elementarschulen selbst allmählig zu beseitigen. Wenn hiernach bei vorausgesetzter zweckmäßiger Einrichtung in Elementarschulen die Nothwendigkeit eines Nachhülfeunterrichtes in den Unterrichtsgegenständen der Elementarschule nur als Ausnahme betrachtet werden kann; so ist doch weder mit dem 14. Lebensjahre die Bildung der Jugend überhaupt als abgeschlossen anzusehen, noch ist zu verkennen, daß gerade von dieser Zeit an ein erhöhter Einfluß auf deren religiöses und sittliches Leben in der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinschaft dringend wünschenswerth ist. Um diesen Einfluß zu gewinnen, scheint aber nach den bisherigen Erfahrungen ein bloßer Nachhülfeunterricht in den Elementarkenntnissen keinen ausreichenden Anknüpfungs- und Anhaltspunkt darzubieten, es wird vielmehr für diesen Zweck darauf ankommen, den bei den Einrichtungen nach ihrem Inhalt und ihrer Form eine weniger streng schulmäßige, sondern mehr eine dem Standpunkte der schon erwachseneren Jugend angemessene, freie Gestaltung zu geben. Dieser Ansicht entsprechend, haben sich nach den Befehlen der K. Reg. in einzelnen Orten Jünglingsvereine, Lese- oder Gesangsvereine gebildet, welche wöchentlich ein- oder mehreremal zusammenkommen, um unter Leitung und Vorsteher ihre Weiterbildung in einem oder dem andern Gegenstande durch Vorträge, Vorlesen und gemeinsame Uebungen zu fördern. In andern Orten sind Bibel- und Missionsstunden benutzt worden, um einen Anfangspunkt für eine Ausdehnung auf andere Gegenstände sich erstreckende Belehrung zu bilden. Wo erst solche Anfänge vorhanden sind, wird es nicht schwer fallen, den Kreis allmählig zu erweitern und in denselben Bibelfkenntniß, Naturkunde, vaterländische Geschichte, volksthümliche Literatur, Gesang und ähnliche, die reifere Jugend interessirende Gegenstände zu ziehen. Zu gleicher Zeit wird sich aber auch die Gelegenheit zur Befestigung und Erweiterung der Elementarkenntnisse im Lesen, Rechnen, Schreiben und in der Anfertigung von Aufsätzen ungesucht mit diesen Beschäftigungen verbinden lassen.

Es können zwar derartige Vereine und Einrichtungen nicht durch administrative Anordnungen und Verfügungen an die Behörden in das Leben gerufen werden; es liegen aber in der gegenwärtigen Zeit und in dem Volke selbst so viele Elemente und Anknüpfungspunkte zu dergl. Bestrebungen, daß es meistens in der geeigneten persönlichen Anregung und Einwirkung wohlgefunter Männer bedarf, um das gewünschte Ziel zu erreichen. In dieser Beziehung werden die Depart., namentlich die geistlichen und Schulräthe der K. Reg. durch ihre Kommunikation mit den Landrätthen, Ortsbehörden, Pfarrern und Schullehrern eine Gelegenheit haben, fördernd auf diese, für die allgem. Volksbildung so wichtige Angelegenheit einzuwirken und den guten Willen der Betheiligten zu wecken und richtig zu leiten.

Indem ich daher Deren Einsicht und Theilnahme diese Sache dringend

erhole, will ich zu Ende des Jahres 1847 den weitem Ber. der K. Reg. über die Erfolge der diesfälligen Bemühungen und die von Ihr gemachten Erfahrungen ersenden.

Wenn es sich von selbst versteht, daß für diese Zwecke der Volksbildung kein Mangel irgend einer Art eintreten kann, im Gegentheil die freiwillige Theilnahme des Volkes schon als ein wesentlicher Erfolg dieser Bestrebungen angesehen werden muß, so sehe ich mich doch durch die Ber. mehrerer K. Reg. veranlaßt, noch ausdrücklich zu bemerken, daß auch für die sogen. Nachhülfs- und Sonntagschulen, nicht lokale Bestimmungen Anders anordnen, kein durch Versäumnisstrafen ausübender Zwang stattfinden kann.

Schließlich bemerke ich, daß ich unter abschriftl. Mittheilung dieser Berf. die Gen. Superint. veranlaßt habe, ihre Theilnahme ebenfalls dem beregten Gegenstande, namentlich durch geeignete Einwirkung auf die Superint. und Pfarrer, zuwenden.

(M. Bl. d. i. B. 1846. S. 56.)

### III. Anstalten für Waisen und arme Kinder.<sup>1)</sup>

#### 1) Allgemeine Vorschriften.

Dergl. Anstalten gehören zu den Armenanstalten, von denen eine besondere Abth. vom VII. Theile des Gesamtwerks handelt, auf welche hier verwiesen wird.

#### a) Aufsicht.

##### α) §§. 32—41. N. R. R. II. 19.

§. 32. Armenhäuser, Hospitäler, Waisen- und Findel-, Werk- und Arbeitsanstalten stehen unter dem besonderen Schutze des Staats.

§. 33. Werden dergl. Anstalten von Neuem errichtet: so muß das Vorhaben dem Staate zur Prüfung der Grundsätze ihrer Veranlassung angezeigt werden.

§. 34. Doch sollen diejenigen Behörden, denen diese Prüfung nach den verschiedenen Verfassungen in den Prov. obliegt, nur in Fällen, wo die Ausführung der Verordnungen des Stiflers unmöglich oder gar schädlich sein würde, dieselben ablehnen berechtigt sein.

§. 35. Außerdem kann jeder Stifter die innere Einrichtung solcher Anstalten, die Aufsicht über dieselben, die Bestellung der Verwalter, die Revision und Abnahme der Rechnungen, nach Gutbefinden anordnen.

§. 36. So weit der Stifter nichts verordnet hat, gebühren alle diese Befugnisse dem Staate.

§. 37. Auch solche Anstalten, denen in der Stiftungsurkunde, oder sonst, eine Aufsicht vorgesetzt sind, bleiben dennoch der Oberaufsicht des Staats unterworfen.

§. 38. Diese Oberaufsicht schränkt sich aber nur darauf ein, daß nach den Gesetzen des Staates ausdrücklich oder stillschweigend genehmigten Verordnungen des Stiflers verfahren werde, und nichts einschleiche, was dem allgem. Endzwecke solcher Anstalten zuwider sei.

§. 39. Der Staat ist also berechtigt, Visitationen bei dergl. Anstalten zu veranstalten, und die vorgefundenen Mißbräuche und Mängel, obigen Grundsätzen (§. 38.) gemäß, zu verbessern.

§. 40. Ueberhaupt muß der Staat darauf sehen, daß die Einkünfte der Armen- und anderer Versorgungsanstalten, zweck- und vorschriftsmäßig verwendet werden.

§. 41. Wird wegen veränderter Umstände die in der Stiftungsurkunde vorgesehene Verwendungsart unmöglich oder gar schädlich: so muß der Staat die Einnahmen und Einkünfte einer solchen Anstalt zu einem anderen, der wahrscheinlichen Absicht des Stiflers so viel als möglich gemäßen, Gebrauche widmen.

β) G. R. des Min. der G., u. u. M. Aug., Unter-Abth. (v. Ramph)

1) Im Allg. wird jetzt dem System, solche Kinder in Familien unterzubringen, der Vorzug vor ihrer Vereinigung in besonderen Anstalten gegeben.

an sämmtl. K. Reg. und das K. Konf. zu Berlin, betr. die Oberaufsicht auf die Waisenhäuser.

Da nach Uebereinkunft mit dem K. Min. d. J. die Oberaufsicht auf die Waisenhäuser in der Monarchie an das unterz. Min. übergegangen; so wird die K. Reg. hierdurch aufgefordert, eine Nachweisung über alle im dortigen Reg. Bez. befindlichen Anstalten dieser Art, mit Angabe des Ortes, wo sie sich befinden, der Zahl der Waisen, des Lehr- und Aufsichts- und Dienst-Personales, der Fonds, aus welchen sie unterhalten werden, und der inneren Einrichtung baldmöglichst und spätestens binnen 3 Monaten einzureichen.

(N. VIII. S. 1100.)

γ) Das G. R. des Min. des J. u. d. P. v. 17. Juli 1840 (M. Bl. d. i. B. 1840. S. 375) macht den sämmtl. Oberpräf. bekannt, daß durch K. D. v. 30. Juni 1840 für Berlin die Einführung polizeilicher Konfession zur Aufnahme von Haltekindern genehmigt, und der Min. anzuordnen sei, die gleiche Einrichtung überall, wo das Bedürfniß vorhanden, zu treffen.

b) Neußere Rechte.

§§. 42—49. N. L. R. II. 19.

§. 42. Die vom Staate ausdrücklich oder stillschweigend genehmigten Armen- und andere Versorgungsanstalten haben die Rechte moralischer Personen.

§. 43. Ihr Vermögen hat die Rechte der Kirchengüter. (Tit. 11. Abschnitt 4.)<sup>1)</sup>

§§. 44—48., welche von Schenkungen und Vermächtnissen handeln, sind durch das G. v. 13. Mai 1833 ersetzt (s. oben S. 748 ff.).

§. 49. Unvermögenden Verwandten ders., welche milde Stiftungen errichten haben, kommt auf den Genuß ders. ein vorzügliches Recht zu.

c) Successionsrecht in den Nachlaß der verpflichteten Personen.

§§. 50—75. N. L. R. II. 19.

§. 50. Auf den eigenthümlichen freien Nachlaß solcher Personen, die in öffentl. Anstalt zur unentgeltl. Verpflegung aufgenommen worden, und in der Verpflegung gestorben sind, hat die Anstalt ein gesetzliches Erbrecht.

(Die folgenden §§. enthalten genaue Bestimmungen über dieses Erbrecht, welches sich auf den ganzen Nachlaß mit Ausschluß des Pflichttheils ehelicher Kinder, von Waisenhäusern speziell disponiren und nachstehende drei §§.

§. 56. Wenn aber Kinder, die in einem Waisenhanse erzogen worden, nach dem sie aus dems. herausgekommen sind, und entweder auf ein Handwerk gehen oder ihnen andere Gelegenheit zu ihrem weiteren Fortkommen angewiesen werden vor zurückgelegtem 24. Jahre verstorben sind: so verbleibt dem Waisenhanse, bei erfolgtem Austritte ungeachtet, sein Erbrecht.

§. 57. Doch erstreckt sich in diesem Falle das Erbrecht nur auf dasjenige Vermögen, welches ein solches Kind mit in das Waisenhaus gebracht hat, welches ihm, während seiner Verpflegung durch dasselbe, noch vor seinem Tode zugefallen ist.

§. 58. Hat eine im Waisenhanse erzogene Frauensperson sich verheiratet, so fällt, wenn auch dieselbe vor erlangter Volljährigkeit verstorben wäre, das Erbrecht des Waisenhanse ganz hinweg.

d) Die innere Verfassung von dergl. Anstalten richtet sich nach §. 76. flg. a. a. O. nach den vom Staate vorgeschriebenen und genehmigten Ordnungen.

e) Vorsteher und Verwalter sind nach §§. 80. flg. a. a. O. als Beamte des Staats anzusehen.<sup>2)</sup>

1) Vgl. Kap. 1. des vor. Abschn. (s. oben S. 745 ff.)

2) Die Anstalt hat im Vermögen ihrer Verwalter das Vorrecht der 1. Klasse.

f) Die aufgenommenen Personen sind der Hausordnung und Zucht innerhalb der Grenzen bloßer Züchtigung) unterworfen, können außerdem mit Genehmigung der Obrigkeit fortgeschafft werden, und müssen, wenn sie unentgeltlich aufgenommen sind, häusliche, sowie für den Versuch der Anstalt nach Kräften auch andere Arbeiten leisten. (§§. 84. flg. a. D.)

2) Förderung von Waisen- und Armenschulen, nach dem Muster der Treskowschen Anstalt zu Friedrichsfelde.

E. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 17. Nov. 23 an sammtl. R. Reg.

Von der in Friedrichsfelde bei Berlin seit einem Jahre bestehenden, von dem eigen Gutsbesitzer v. Treskow auf seine Kosten gegründeten und größtentheils nach den Grundsätzen der Fellenberg'schen Armenschule zu Hofswyl eingerichteten Anstalt, welche den Zweck hat, hilfbedürftige, verwaisete Knaben zu gesunden, thätigen und arbeitsamen Menschen zu erziehen, hat der erwähnte zc. v. Treskow, wie das Min. in Erfahrung gebracht, die R. Reg. bereits unmittelbar durch Uebersendung des von ihm herausgegebenen ersten Jahresber. über die Friedrichsfelder Anstalt in nähere Kenntniß gesetzt.

Das Min. findet sowohl die Absicht als auch im Wesentlichen die Einrichtung des Instituts so löblich und nützlich, daß es die Nachahmung eines so rühmlichen Beispiels angelegentlich wünschen muß, und daher der R. Reg. hierdurch empfiehlt, die Bildung ähnlicher wohlthätiger Institute in ihrem Bezirke möglichst zu befördern.

(N. VII. S. 852.)

3) Bestätigungen, Statuten und Nachrichten von einzelnen Anstalten.

Hievon sind nachstehende in den Sammlungen zur Publikation geeignet:

- a) Nachricht von der Erziehungs-Anstalt im Waisenhaus zu Halle: Publ. des Konf. zu Münster v. 26. Sept. 1824. (N. VIII. S. 820.)
- b) Grundgesetz für das am 1. Jan. 1822 eröffnete Civil-Waisenhaus in Potsdam v. 12. Juni 1822 und Allerh. Bestätigung dess. v. 21. Jan. 1825. (N. IX. S. 120.)
- c) Statuten des Frauen-Vereins in Koblenz zur Erziehung und zum Unterrichte armer oder verlassener Kinder weiblichen Geschlechts, sowie zur Unterstützung dürftiger Personen, mit Bestätigung der Min. d. G., u. u. M. Ang. und des J. v. 16. Juni 1826. (N. XI. S. 116.)
- d) Statuten des Vereins zur Erziehung verwahrloster und verwaiseter Kinder in Marienwerder v. 19. Mai 1828. (N. XII. S. 723.)
- e) Grundgesetz der Versorgungs-Anstalt für die verwaiseten Söhne der Bürger, Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, der Elementarlehrer in den Städten und auf dem Lande, sowie der niedern Staats- und Kommunalbeamten zc. in der Prov. Brandenburg („Waisenhaus für die Prov. Brandenburg zu Klein-Glienitz“) mit der Bestätigungs-R. D. v. 15. April 1832. (N. XVII. S. 406.)
- f) Statuten des Vereins zur Erziehung armer Kinder auf der Insel Rügen v. 3. Juni 1845, mit R. D. v. 3. Aug. 1846, betr. die Verleihung von Korporationsrechten an den Verein, mitgetheilt durch Erlass der Min. der G., u. u. M. Ang. und des J. v. 14. Sept. 1846 an den Oberpräf. von Pommern. (N. XL. d. i. B. 1846. S. 156.)
- g) Die gegenwärtige Einrichtung der Lindow und Drange-Waisen-Stiftung, nach dem vom Min. d. G., u. u. Med. Ang. im Auftrage Sr. Maj. des Königs bestätigten Statut v. 10. Juli 1845: Bef. des R.

§. 82. dies. T. bloß vom Vorrecht der 5. Klasse spricht, kann dem §. 405. G. D. L. 50. und dem Prinzip im §. 43. d. T. gegenüber, nur als Redaktions-Fehler erscheinen.



Schulkolleg. der Prov. Brandenburg v. 12. Febr. 1847. (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 86.)

h) Einrichtung der K. Waisen- und Schulanstalt zu Bunzlau, die sowohl Erziehungs- als Lehranstalt ist, und in letzterer Hinsicht ihre Schüler bis Obertertia der Gymnas. vorbereitet: Bes. des Prov. Schulkolleg. zu Breslau v. 27. Jan. 1846. (Amtsbl. 1846. S. 50—55.)

i) Bewilligung von 600,000 Thlr. für die Oberschlesischen Typhus-Waisen aus dem Nothstande 1847/48: G. v. 13. Juni 1851 (f. o. S. 241 im Ges. pro 1842 sub 11.).

4) Ueber die Anstalten für Militär-Kinder und Waisen, insbes. das Militär-Waisenhaus zu Potsdam, das Filial dess. zu Preßsch, sowie über das Militär-Knaben-Erziehungs-Institut zu Annaburg, das Militär-Knabenhaus zu Stralsund, und die Fürsorge für kathol. Militär-Waisenmädchen nach dem G. Erl. v. 15. Mai 1850 (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 159) sind die Vorschriften über die Sorge für die Militär-Hinterbliebenen im XIII. Theile des Gesamtwerkes zu vergleichen.

#### IV. Sorge für verwahrloste Kinder.

1) Nachweisungen über die von Personen jugendlichen Alters verübten Verbrechen.

a) Das G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. 30. Nov. 1825 lenkte zuerst die Aufmerksamkeit auf die jugendlichen Verbrecher, und verpflichtete die Reg., um der Quelle des Uebels auf die Spur zu kommen, und Veranstaltungen zur Besserung treffen zu können, vierteljährlich Nachweisungen über dergl. Verbrechen einzusenden. (A. II. S. 1038.)

b) Mit Bezug hierauf wies

α) das G. R. des Just. Min. v. 6. März 1826 die Berichte an, die Reg. von den betr. Fällen Nachricht zu geben (A. X. S. 95);

β) das G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. v. 11. Juli 1826 stellte, unter Bestimmung eines halbjährlichen Termins, ein ausführliches Schema zu diesen Nachweisungen auf (A. XII. S. 720);

γ) das G. R. dess. Min. v. 28. Okt. 1839 forderte wiederholt die Aufmerksamkeit und vollständiger Ausarbeitung der Nachweisungen an. (A. XXIII. S. 881.)

c) Diese periodischen Nachweisungen sind abgeschafft durch G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Radenbergh) v. 14. Febr. 1849 an sämtliche K. Reg. und das Pol. Präf. zu Berlin.

Durch die Verf. v. 30. Nov. 1825 sind sämtl. K. Reg. und das hiesig. Pol. Präf. veranlaßt worden, jährlich eine detaillierte Nachweisung der in dem Verwaltungsbez. von noch im jugendlichen Alter befindlichen Personen verübten Verbrechen anzufertigen und hierher einzureichen.

Unter den damaligen Verhältnissen hatte diese Anordnung nicht sowohl den Zweck, ein zu Vergleichen geeignetes, statistisches Material zu beschaffen, als bei dem damals noch vorhandenen großen Mangel an Schulen, und namentlich an Erziehungs- und Besserungs-Anstalten für verwahrloste Kinder, das Min. auf den diesfälligen Mangel in den einzelnen Bezirken aufmerksam zu machen, und den Stand zu sehen, auf Mittel zur Abhülfe Bedacht zu nehmen.

Dieser Zweck ist gegenwärtig größtentheils, jedenfalls soweit erreicht, als jährlich einzureichenden, jeden einzelnen Fall aufführenden Listen nicht mehr Bedürfnis sind. Da dies. nach der Aeußerung des G. Min. des J. auch seitens des statistischen Büreaus entbehrt werden können, so will ich die K. Reg. von jetzt an von der Einreichung der gedachten Listen entbinden.

Ich darf indessen voraussetzen, daß die K. Reg. auch nach Wegfall der mir einzureichenden Nachweisungen in Ihrer Aufmerksamkeit auf die Sache steht und in Ihrer Fürsorge für die Erziehung und Besserung der betr. Personen rät.

lassen wird, und veranlasse dies. noch ausdrücklich, über besonders hervortretende und außerordentl. Maaßregeln erfordernde Fälle, sowie dann an mich zu berathen, wenn die vorhandenen Besserungs- und Erziehungsanstalten dem sich herstellenden Bedürfnis nicht mehr genügen sollten.

(Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 45.)

2) Ueber die Maaßregeln zur Besserung verwahrloster Kinder ergingte ausführliche Belehrung durch nachstehende Erlasse:

a) G. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Altenstein) v. Okt. 1826 an sammtl. R. Reg., Konf. und Prov. Schulcolleg., betr. Verhütung von Verbrechen und geheimen Sünden im jugendlichen Alter.

Die numehr von fast sammtl. R. Reg. eingegangenen Nachweisungen der von ihnen im jugendl. Alter begangenen Verbrechen geben dem Min. zu folgenden Bemerkungen Veranlassung,

Bei Einforderung dieser Nachweisungen hat das Min. keinesweges nur die Pflicht gehabt, sich in den Besitz von Notizen zu setzen, um daraus eine vergleichende Zusammenstellung der einzelnen Prov. hinsichtlich der Moralität der Jugend, einen Maaßstab für die Beurtheilung des Fortschrittes oder Rückganges in dieser Beziehung zu erhalten, sondern der unmittelbare und nächste Zweck ist gewesen, die einzelnen Fälle selber und das rücksichtlich ihrer von den Behörden achtete Verfahren näher und möglichst genau kennen zu lernen.

Ob in andern Zeiten solche Verbrechen öfter oder seltner vorgekommen sind, ist keiner Nachforschung; genug, daß sie in gegenwärtiger Zeit nur allzuhäufig zeigen. Wenn nicht bloß Betrug, Diebstahl und Kirchenraub, sondern Mord, Mordstiftung, Sodomitie und Selbstmord wiederkehrende Erscheinungen sind, wenn gewisse Provinzen und Gegenden diese, in andern aber wieder andere Verbrechen vorzugsweise unter der Jugend zum Vorschein kommen, so erfordern solche Erscheinungen die höchste Aufmerksamkeit, damit theils den Quellen nachgespürt, diese verstopft, theils der Ansteckung vorgebeugt, theils endlich die frühe verurtheilten Unglücklichen selbst wo möglich von der Bahn des Lasters und Verbrechens zurückgebracht werden.

Auf den lezt erwähnten Zweck hat sich in der neuesten Zeit die Fürsorge der Privat-Personen und Vereine mit besonderer Theilnahme gelenkt, wovon die immer mehrende Anzahl von Rettungsanstalten Zeugniß giebt; auch bei den öffentl. Straf- und Besserungshäusern sind Schulen und Erziehungs-Anstalten neu errichtet, oder erweitert, oder zweckmäßiger eingerichtet worden, und endlich sind auch da schon bestehende Waisenhäuser vorzugsweise der verwahrloseten und verirrten Jugend eröffnet worden. <sup>1)</sup>

1) Vergl. den 2. Preuß. Prov. Landtags-Absch. v. 17. März 1828. B. 41.:

Bei Erwägung des Antrags auf Errichtung von Erziehungs-Anstalten für sittlich verwahrlosete Kinder, sind jugendliche Verbrecher, welche der erkennende Richter zur Strafe in Straf- und Besserungs-Anstalten verweist, von solchen Kindern zu unterscheiden, welche bloß sittlich verwahrlost sind, und deshalb von andern Kindern getrennt und einer besonders strengen Erziehung unterworfen werden müssen. Für jene, die jugendlichen Verbrecher, ist bereits in Preußen durch die mit den Anstalten zu Graudenz und Lapiau verbundenen Schulanstalten gesorgt. Es kommen daher jetzt nur die verwahrloseten Kinder in Betrachtung, welche entweder elternlos, oder den Eltern aus gesetzlichen Gründen entröhrt sind, und die deshalb der öffentl. Fürsorge anheimfallen.

Da aber durch Einrichtung einer Erziehungs-Anstalt für Kinder dieser Art in Kommunen die Sorge für dieselben abgenommen oder erleichtert werden, so ist darin die Erziehung solcher Kinder geschehen soll, die keiner Gemeinde angehören, so fallen die Unkosten sowohl der Einrichtung als der Unterhaltung einer solchen Anstalt lediglich der Provinz, die ihre Landarmen-Fonds dazu beisteuern kann, zur Last, indem auch unsere andern Prov. dergl. Kosten für Prov. Anstalten übertragen müssen.

Zur Erleichterung der Einrichtung und Unterhaltung sind Wir aber nicht

Bei solcher Vermehrung der Besserungs-Anstalten wird auch doppelt so viel Aufmerksamkeit nöthig, daß ihr Zweck wirklich erreicht, und daß dazu die besten und wirksamsten Mittel angewendet werden, damit nicht Ungeschick oder ständiger Eifer oder wirkliche Verkehrtheit sich der Ausführung bemächtigt, die gehofften wohlthätigen Wirkungen vereitelt, oder gar statt der Besserung Häuser, Wohnstätten und Fortpflanzungsorte der Untugend und des Elends stiften werden.

Die betrübenden Erfahrungen, welche darüber gemacht sind, legen die nöthigste und sorgfältigste Wachsamkeit auf, und erheischen vor allen Dingen eine bestimmte Verständigung über die Mittel und Einrichtungen, durch welche der wohlthätige Zweck jener Anstalten am sichersten erreicht werden muß.

Es kann dabei für jetzt auf sich beruhen, ob es nicht überall ratsam wäre, die Anstalten, worin wirkliche junge Verbrecher, welche Strafe verwirkt und aufbewahrt werden, von denjenigen, worin bloß Verwahrlosete oder solche, welche Strafe bereits abgedient haben, der Besserung und Erziehung wegen aufzunehmen, äußerlich zu trennen, da, bis auf das Maaß der Freiheit, welches ihnen bei Häusern verstattet wird, die innere Einrichtung und Behandlungsart wesentlich verschieden sein kann. Die Erziehung der Jugend beruht auf bestimmten Grundregeln, und die Beschränkung der Freiheit, sowie die Disziplin und Strafen, müssen sich auch bei den verstorbenen Individuen immer nach denselben, was richtige Grundsätze der Erziehung hierüber an die Hand geben, in den hiernach nothwendigen Schranken halten. Wäre der Grad der Unwissenheit und der Bössartigkeit der Individuen so groß, daß mit diesem Maaße nicht auszukommen wäre, so würde allerdings keine Erziehung stattfinden können. In einem solchen Fall wird nicht leicht vorkommen. In einem solchen aber würde eine Anstalt ankommen, durch eigentliche Zwangs- und Straf-Anstalten einen Zustand herzustellen, wo die Erziehung eingreifen kann. Es ist wichtig, daß die Anstalt nicht in eine Zwangs- und Strafanstalt ausarte, und daß man bei Zwangs- und Strafanstalten nicht Erziehung erwarte. <sup>1)</sup>

Es kommt bei der Einwirkung auf die unglücklichen Geschöpfe, welche in diese Anstalten anheim fallen, zuerst darauf an, daß sie gleichsam in eine neue Welt versetzt werden, in welcher sie von ihren bisherigen Gewohnheiten wieder finden, sondern wo allenthalben Ordnung, Regelmäßigkeit, Ruhe und Reinlichkeit ihnen entgegen tritt, wo Beschäftigung mit Unterweisung verbunden, und immer etwas Nützliches oder Nothwendiges vorgenommen wird, wo man alle ihre Handlungen und Reden beobachtet, und ihr ganzes Leben fortwährend beaufsichtigt, wo sie der Freiheit nur in dem Maaße mehr werden, als sie sich ihrer würdig machen, und wo endlich allenthalben Antheil, Liebe unverkennbar sind, Ernst und Strafe aber als die nothwendigen Folgen der eigenen Handlungen und als eine unvermeidliche Erfüllung der Gerechtigkeit erscheinen.

abgeneigt, der Prov. das Gebäude des Klosters Jakobsdorf fürs Errichtung einer solchen Anstalt unentgeltlich zum Eigenthum, so wie im Fall, daß die Zwecke der Forst-Verwaltung solches gestatten, auch die fern Landtags-Kommissarius näher bezeichneten nahe bei Jakobsdorf Forstländereien von resp. 73 und 28 Morgen 80 □ Ruthen Preuss. geod. zur Forst-Kasse fließenden angemessenen noch zu ermittelnden Zins, in der Höhe zu überlassen, wenn Unsere Prov. Stände die übrigen Einrichtungs- und Erhaltungskosten übernehmen. 1c.

(N. XII. S. 26.)

Der 3. Landtags-Absch. v. 9. Jan. 1830. I. 5. bezeichnet den Vorfall, daß die Prov.-Stände die Einrichtungs- und Erhaltungskosten einer besondern Anstalt nicht übernehmen wollen, als erledigt. (N. XIV. S. 227.)

Vergl. auch unten S. 888. Note 1.

1) Auch in den Strafanstalten sollen jugendl. Verbrecher von älteren abgesondert gehalten, und in Elementar-Schulkenntnissen und der Religionslehre fähig unterrichtet werden: R. des Min. des J. v. 10. Febr. 1832, den 6. März 1832, mitgetheilt durch R. des Just. Min. v. 14. dess. Mts. (Jahrb. Bd. 39. Gräff Bd. 7. S. 59.)

In genauester Uebereinstimmung mit dieser Disziplinar-Behandlung muß aber auch der eigentliche Unterricht stehen, und das nämliche Ziel verfolgen. Nicht auf bloßes Mittheilen und Einprägen von Kenntnissen und Geschicklichkeiten, darf es ausschließlich abgesehen sein, sondern zugleich auf Entwicklung der Selbstthätigkeit auf Erregung der Lust an nützlicher Einsicht und ganz besonders auf Erhellung der bei so verwahrloseten Geschöpfen immer höchst verworrenen und dunklen Begriffe, und folglich auf allmähliche Gewöhnung an ein besonnenes klares und gerichtiges Denken und Urtheilen.

Wenn nun aber endlich bei einem lasterhaften und verderbten Menschen an eine Umkehr und Besserung nicht eher zu denken ist, als bis die Gesinnung und der Entschluß dazu in ihm gegründet ist, und wenn dieser nicht eher erwartet werden kann, als bis das Gefühl des Abscheues gegen die früheren Vergehungen lebendig geworden ist, und wahre Reue empfunden wird, und wenn diese Reue reu dann von echter Art ist, sobald sie nicht ihren Grund in den äußern Folgen der Sünde hat, sondern in dem Schmerze, den Willen Gottes verletzt zu haben; folgt daraus auch die Nothwendigkeit, es zuletzt auf Bewirkung einer solchen Reue, und auf die daraus hervorgehende Gesinnung der Gottesfurcht und Frömmigkeit anzulegen.

Sehr unweise und verkehrt würde man jedoch verfahren, wenn man diese Aufregung als das. betrachten wollte, worauf hingewirkt werden soll, zuerst sich zunächst bei denen, deren Besserung man beabsichtigt. Man wird sich vielmehr im Anfange begnügen müssen, ihnen nur die Gelegenheit zur Sünde zu beschaffen, sie so nach und nach davon zu entwöhnen, und sie dagegen erst in einigen Stücken zur Ordnung und Gesetzmäßigkeit anzuhalten. Hat man es so weit gebracht, dann darf man mit den Anforderungen steigen, sie zur Pflichterfüllung immer mehr antreiben, diese ihnen lieb zu machen suchen, ihnen Freude am Gelingen einflößen, Muth und Vertrauen in ihnen erwecken und so die Fähigkeit des festen Entschlusses wieder in ihnen hervorrufen. Dann erst ist es Zeit, sie auf eine Vergleichung ihres gegenwärtigen Zustandes mit dem früheren hinzuleiten, und vielmehr sie werden von selbst dahin geführt werden; und nun kann auch die wahre Reue erst zum Vorschein kommen, diejenige, welche ächte Früchte der Buße bringt, und welcher auch der Trost der Versöhnung und die Gewißheit der Wiederherstellung nicht fehlt. Wer es aber umgekehrt anfangen, und gleich Reue und Reue verlangen, wer wohl gar statt der Milde und Nachsicht, deren Bedürfte so sehr bedürfen, Ungeduld und Strenge beweisen, und durch äußere Gewalt zwingen wollte, was doch nur aus innerer Freiheit entspringen kann, der würde das Uebel nur ärger machen, und zu den vorhandenen Untugenden noch die größte hinzufügen, nämlich Heuchelei der Frömmigkeit. Und hier ist eine große Gefahr vorhanden, und die sorgfältigste Wachsamkeit nöthig, wie dies durch die Geschichte anderer älteren Anstalten und durch neuere Erfahrungen hinlänglich bewiesen wird.

Das Min. kann nicht dringend genug die Aufmerksamkeit der R. Reg. auf diesen Gegenstand lenken, und ihnen nicht bloß genaue Aufsicht auf die Behandlungsart in denj. Besserungs-, Erziehungs- und Waisenhäusern zur Pflicht machen, die ihrer Obhut anvertraut sind, sondern auch empfehlen, in dieser Hinsicht auf etwa von Privat-Personen oder Vereinen gestifteten oder noch zu stiftenden Anstalten denj. Einfluß auszuüben, welcher ohne die selbstständige Wirksamkeit jener Personen zu beschränken, oder ihren wohlgemeinten Eifer zu lähmen, durch Anreiz, Rath, Fürsorge und Förderung irgend gewonnen werden kann.

Wo es aber an dergleichen Anstalten überall noch fehlen sollte, oder wo eine zweckmäßige und nachtheilige allzugenaue Verbindung mit den Straf-Anstalten der Erwachsene Statt finden möchte, oder wo Waisenhäuser ohne Verlegung der Pflicht ihrer Stiftung für diese wohlthätigen Zwecke eingerichtet werden können, erwartet das Min., daß die R. Reg. das nach Zeit, Ort, Umständen und Personlichkeiten Angemessenste veranlassen, und den gegebenen Andeutungen gemäß die Vermehrung der Besserungs-Anstalten und ihre erforderliche Einrichtung sich mit besonderem Eifer gern angelegen sein lassen werden. 1)

1) Wo verwahrlosete Kinder nicht in Besserungsanstalten untergebracht werden können, soll die Kontrolle ihres Betragens nicht allein von der Polizei, sondern von den Pfarrern und Schulvorständen, oder von den dazu sich bildenden

Außer und neben der Sorge für die Mittel zur Besserung und Erziehung verwahrloster und gefallener Kinder muß aber auch eine gleiche Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, daß die Quellen der Verwilderung und des Verderbens unter der Jugend erforscht und verstopft werden.

Nach den, dem Min. vorliegenden Erfahrungen und Notizen haben diese traurigen Verirrungen vornehmlich in folgenden Umständen und Anlässen ihren Ursprung:

- 1) in dem Unglücke der unehelichen Geburt, wodurch die Kinder der strengeren väterlichen Aufsicht und Erziehung beraubt, einer leichtsinnigen oder unverständigen Mutter überlassen, der Armuth und oftmals der Verachtung hingegeben sind, und daher leichter verwildern und verderben;
- 2) in den schlechten Beispielen der Eltern, die durch Wort und That ihre Kinder zum Bösen reizen, und oft zu wirkliche Verbrechen anleiten;
- 3) in Vernachlässigung des Schul- und besonders des Religions-Unterrichts, welche hier und da in der schlechten Beschaffenheit der Schule und des Unterrichts, so wie in der Sorglosigkeit der Lehrer und Geistlichen häufiger aber in Verwahrlosung und üblem Willen der Eltern und Angehörigen ihren Grund hat; aber auch nicht selten durch
- 4) vagabondirende Lebensweise bewirkt wird, wobei kein ordentlicher Unterricht in Schule und Kirche Statt finden und kontrollirt werden kann, daneben schlechte Beispiele in den Bettlerherbergen gesehen werden, mit zu einer geregelten Thätigkeit alle Gelegenheit und Ermunterung fehlt;
- 5) in dem frühen Hingeben der Kinder zu Diensten besonders Hirten- und Diensten, wo entweder im Hause verderbenes erwachsenes Gesinde mit deren Sittenlosigkeit, oder auf dem Felde die Langeweile und Verführung zur Verletzung der Unschuld zu groben fleischlichen und andern Lastern und Verbrechen hinführen, und der Unterricht, wenn auch nicht ganz, doch größtentheils, wenigstens zur Sommer- und Herbstzeit versäumt wird. Gewissermaßen gehört hierher das Austhun der Kinder zu Fabrikarbeitern, wobei nicht nur alle die Nachtheile zu besorgen sind, die das Zusammensein mit rohen und sittenlosen Erwachsenen, so wie die Versäumnisse der Schule mit sich führt, sondern auch der Gesundheit des Leibes oft unabwehrlicher Schaden zugefügt, und durch die fortwährenden mechanischen Beschäftigungen zugleich die Geistesfähigkeit gelähmt und abgestumpft wird. Endlich
- 6) in der Verführung zu den geheimen Sünden der Unkeuschheit, wodurch die Kräfte des Leibes und der Seele zerstört, die edleren Triebe erstickt, Trägheit, Unlust und Unstetigkeit erzeugt, und vor allen Dingen Offenheit und Wahrhaftigkeit des Wesens benommen werden.

Die traurigen Beweise, durch welche die unglückliche Verbreitung dieser Pest des jugendlichen Alters außer Zweifel gesetzt wird, fordern dringend zur Abhülfe auf.

Was nun die Mittel betrifft, durch welche die hier angegebenen Quellen der Verbrechen im jugendlichen Alter möglichst verstopft werden können: so ist es am folgenden zunächst die zweckdienlichsten zu sein:

ad 1) daß unehelichen Kindern nach Th. II. Tit. 2. §. 614. des A. L. R. überall Vormünder und zwar solche bestellt werden, von dem Einsicht und Rechtschaffenheit sich erwarten läßt, daß sie sich wirklich um die Erziehung ihrer Mündel nach Pflicht und Gewissen bemühen können und werden, sowie auch, daß ihre thätige Einwirkung vornehmlich in Beziehung auf das Anhalten der Pflegebefohlenen zur Schule ernstlich in Anspruch genommen werde;

ad 2) daß offenbar schlechten Eltern, wenn die Ermahnungen der Geistlichen und die Drohungen der Polizei-Obrigkeiten nicht fruchten, mit der gesetzlichen Vorschrift, A. L. R. Th. II. Tit. 2. §. 90. ff.) die Erziehung genommen und, wo immer möglich, die Kinder in gute Familien oder gute Anstalten untergebracht werden;



- 3) daß nicht nur die bestehenden Vorschriften wegen regelmäßigen Schulbesuchs durch Mitwirkung aller konkurirenden Personen und Behörden streng durchgeführt, sondern auch ernstlich darauf gehalten werde, daß die Geistlichen den ihnen obliegenden Religions-Unterricht, namentlich die Evangelischen den Konfirmanden-Unterricht pflichtmäßig besorgen. Bei den hierüber bestehenden bestimmten Vorschriften bedarf es nur der fortgesetzten Wachsamkeit, daß denselben überall nachgelebt, Nachlässigkeiten aber nicht geduldet, sondern unnachlässig gerügt und bestraft werden;
- 4) daß vagabundirende Personen, wo sie betroffen werden mögen, sofort aufgegriffen und in die Landarmenhäuser gebracht, deren Kinder aber unterrichtet und zur Thätigkeit überhaupt angehalten werden;
- 5) daß das Viehhüten durch Kinder, den bestehenden V. gemäß, nicht geduldet, in allen Fällen aber und mit besonderer Wachsamkeit auf die in Dienste gegebenen oder zu Fabrikarbeitern benutzten Kinder die Bestimmungen der §§. 43—46. Tit. 12. Th. II. des A. L. R. streng gehalten werden, wobei das Min. noch bemerkt, daß baldigst über die Benützung der Kinder zu Fabrikarbeiten noch besondere Vorschriften werden erlassen werden, und endlich
- 6) daß die rechten Mittel zur Ausrottung der geheimen Sünden, besonders zur Verhinderung der Ansteckung und zur Vesserung der unglücklich Verirrten angewendet werden. Aus der Natur der Sache geht hervor und die Erfahrung hat es hinlänglich bestätigt, daß, wo diese Laster vor der heranahenden Entwicklung der Mannbarkeit sich zeigen, immer und nur mit den allerseltensten Ausnahmen, Verführung ihre Quelle ist. Es bedarf daher vor allen Dingen der Mittel zur Verhütung der Ansteckung. Wo diese freilich in häuslichen Verhältnissen ihre Ursache hat, da ist wenig auszurichten, desto mehr aber kann in Schulen, und besonders in Erziehungshäusern gethan werden. Unaufgebrochene Wachsamkeit, Verhinderung des heimlichen Zusammenseins, strenges Halten auf Schaamhaftigkeit in Wort und That und unnachlässige Strenge, wo sie verletzt wird, werden ihre heilsamen Dienste nicht versagen.

Viel schwieriger jedoch ist die Entdeckung des Lasters bei den schon gefallenen oder verführten Einzelnen, und es erfordert nicht geringe Erfahrung, Menschenkenntniß und Weisheit, um hier die rechten Maßregeln nicht nicht zu verfehlen. Zu welchen Mißgriffen ein liebloser oder ungeduldiger oder unverständiger Eifer verleiten, und in welcher Art ein unweises Benehmen seinen Zweck zerstören, statt Offenheit und Reue, Verstocktheit und Hartnäckigkeit hervorbringen, oder gar bei ungegründetem Verdachte die Reinheit trüben, die Schaamhaftigkeit verletzen, und gerade zur Bekanntschaft mit denjenigen Sünden führen, die vermeintlich gehoben werden sollen, darüber liefert die Geschichte der neueren Pädagogik höchst traurige und fast unbegreifliche Belege.

Es kann die Absicht dieser Verf. nicht sein, und ist überall unmöglich, einen näher bezeichnen zu wollen, welches in jedem einzelnen Falle ganz aus der Sündlichkeit des Lehrers oder Geistlichen und des einzelnen Kindes, aus dem Mangel und der Liebe, welche jener einzusößen und dieses zu hegen vermag, aus individuellen Verhältnissen und augenblicklichen Veranlassungen hervorruß; und nur im Allgem. kann hier angedeutet werden, daß alle Mittel der Schutzwehr als der Besserung nicht bloß von äußerlicher Beschaffenheit, vorzugweise auf das Innere, auf Erregung und Befestigung der sittlichen gerichtet sein müssen.

Wenn schon der eigene unsträfliche Wandel des Lehrers, seine Züchtigkeit in Wort und That, und sein unverholener Abscheu gegen alle Unreinheit und Selm nicht verfehlen werden, ähnliche Gesinnungen in seinen Schülkindern zu erwecken; so stehen ihm außerdem die mannichfaltigsten Gelegenheiten und Mittel zu Gebote, auf unmittelbarem Wege und zwar nicht in ungewissen Andeutungen, sondern in klaren und bestimmten Aeußerungen auf Schaamhaftigkeit, Zucht und Keuschheit zu wirken, und die Gesinnung und den Entschluß der Keuschheit herbeizuführen. Antheil und Liebe werden ihm Neigung und Vertrauen erwerben,

und so wird er auch im Stande sein, die Einzelnen nach ihren Verhältnissen zu behandeln, die Reinen und Unverdorbenen zu bewahren und zu befehlen, die Leichtfertigen und Schwankenden zu warnen und zu ermahnen, und neu wieder aufzurichten und zu leiten. Vor allen andern aber haben wir bei dem Religions-Unterrichte, bei der Vorbereitung zur Konfirmation, bei der Ausübung spezieller Seelsorge Anlaß und Pflicht zu der allseitigsten Einwirkung.

Das Min. hat hier nur im Allgem. die Aufmerksamkeit der R. Reg. auf den höchst wichtigen Gegenstand lenken wollen. Was in jedem ein Bez. nach der etwa schon vorhandenen Kenntniß von dem Umfange des Verbrechens, dem Sitz des Uebels zu thun sein wird, oder in welcher Art die Nachforschungen erst noch angestellt werden müssen, und welche besondere Organe zur Abhülfe in Wirksamkeit zu setzen sind, das muß dem vollen und vorsichtigen Ermessen jeder R. Reg. um so mehr überlassen werden, als sich erwarten läßt, daß dies. nicht bloße generelle B. und Girk., nur ein unnöthiges Aufsehen gemacht, und das Mißtrauen der Eltern gegen die Schulen gelenkt werden müßte, sondern durch spezielle Einwirkung, nach Rücksprache mit erfahrenen Geistlichen und Schulmännern, und bei der bei den Schulrevisionen von dem Schulrathe nach Befinden der betreffenden Maaßregeln das Nöthige und Angemessenste werde veranlaßt werden.

Ueberhaupt aber muß, auch in Beziehung auf die übrigen in die That gemachten Quellen der frühen Verderbtheit und auf die angelegentlichsten Mittel, hier noch ausdrücklich bemerkt werden, daß das Min. nur die Hauptursachen anführen, und wie sie zu beseitigen werden müssen, zu zeigen. Wenn sonstige Anlässe in den Verhältnissen der Familien und in speziellen Umständen zu suchen sind, woher namentlich Gegenstände dieser, in andern andere Verbrechen häufiger vorkommen, Maaßregeln der Abhülfe dagegen angewendet werden müssen, das ist der Beurtheilung einer jeden R. Reg. nach den deshalb veranlaßten Nachforschungen überlassen bleiben, und das Min. wünscht die Resultate, zu welchen dies. gelangt sein wird, so ausführlich wie möglich gesetzt zu werden.

Unabhängig aber von den bisher erörterten abgemeinern Maaßregeln von der Sorge für die Mittel und Anstalten zur Besserung und Verwahrung der Kinder und von der Ermittlung und Hemmung des frühen Verderbens, muß nun auch in jedem einzelnen Falle geschehen, damit neben dem besondern Zwecke der Behandlung des jedesmaligen Individui auch der allgemeinere, dem Verderben überhaupt Einhalt zu thun, möglichst erreicht werden könne.

Es reicht daher nicht hin, für die jungen Verbrecher und Uebeltäter auf zweckmäßige Weise dahin zu sorgen, daß das früher Versäumte möglichst geholt, sie selbst in günstige Verhältnisse unter redliche Vormünder zu setzen, oder in gute Anstalten gebracht und in guter Aufsicht gehalten werden, sondern es muß auch in jedem einzelnen Falle genau nachgeforscht werden, welcher Schuld etwa Eltern, Pflege-Eltern, Angehörige, Dienstherrschaften, Lehrer, Geistliche und Behörden durch Nachlässigkeit ihrer Pflichten oder durch Fahrlässigkeit in der Aufsicht schuldig gemacht haben, um, wenn sich dergl. ergibt, die Schuldigen zu der Verantwortung entweder selber zu ziehen, oder durch die nöthigen Anordnungen zu lassen.<sup>1)</sup>

Wie ein solches Verfahren, wenn es unausgesetzt beobachtet wird, sich selbst wirksam sein, und die Wachsamkeit verpflichteter Personen, des Geistlichen und des Lehrstandes und der Behörden, mindestens um die Aufmerksamkeit zu erregen, rege erhalten, und mithin schon als Vorbeugungsmittel

1) Durch R. des Min. des Inn. v. 10. März 1841 wurde die Provinz Danzig für befugt erklärt, gegen einen Vater, der den Unterhalt seiner Kinder vernachlässigte, und sie dadurch zum Vagabundiren veranlaßte, nach §. 11. 19. Arbeitshaus in Anwendung zu bringen. (Min. Bl. v. i. S. 66.)

muß; so giebt auch diese spezielle Nachforschung wiederum Gelegenheit, den Ursachen und Anlässen zu den Vergehungen junger Personen überhaupt auf die Spur zu kommen, und darnach allgemeinere Maaßregeln der Abhülfe zu nehmen. Aus diesem Gesichtspunkte hauptsächlich muß die General-Verf. v. 30. Nov. v. J. und die darin angeordnete Einreichung der vierteljährigen Nachweisungen betrachtet werden. 1c.

(Der Schluß des R. betrifft die sub 1. gedachten Nachweisungen, zu denen ein neues Schema gegeben werden wird.)

(A. X. S. 1046.)

b) G. R. d. Min. v. 11. Juni 1828 an sammtl. R. Reg. und das Konf. und Prov. Schulcolleg. zu Berlin, betr. die Rettung und Besserung verwahrloster Kinder und jugendlicher Verbrecher. 1)

Das Min. findet es in der gegenwärtigen Zeit, wo die Angelegenheit der Rettung und Besserung verwahrloster Kinder und jugendlicher Verbrecher so viel Theilnahme gefunden, und eben deshalb einen so erfreulichen Fortgang gewonnen hat, besonders angemessen, den wohlthätigen Bemühungen der Behörden durch einige zweckdienliche Bestimmungen noch zu Hülfe zu kommen, so wie ihre Aufmerksamkeit auf einige wesentliche Förderungsmittel und Gesichtspunkte hinzulenken.

- 1) Alljährlich soll in der sogen. Schulpredigt am Michaelisfeste von den Predigern die Thatsache, daß in den verschiedenen Prov. des Preuß. Staats noch immer so viele Kinder den Kriminal-Gerichten in die Hände fallen, daß für deren Bewahrung, Rettung und Besserung noch so viel zu thun übrig bleibe, erwähnt, und die Abstellung dieses traurigen Uebelstandes als eine Angelegenheit der Menschheit, insbes. aber als eine Gelegenheit zu Erweisung der wahrhaft christlichen Liebe dargestellt werden. Es wird hierüber das Nähere noch durch eine besondere Verf. erlassen werden.
- 2) Es ist besonders wichtig und nöthig, dahin zu wirken, daß sich allmählig überall freie Vereine für die Sache bilden, wie zu Berlin, Posen, Posen, Memel, Gerauen 1c. schon bestehen, und zu Düsseldorf sich auch ein solcher für die sittliche Verbesserung der Gefangenen gebildet hat. (s. Beckedorff's Jahrb. Bd. V. S. 38 1c. 87 1c.) Auf diesem Wege werden sich allmählich auch durch freiwillige Beiträge Fonds bilden, welche bei Unterbringung, Freisprechung 1c. der verwahrloseten Kinder die nöthigen Mittel darbieten, deren Mangel der Sache oft so bedeutende Hindernisse in den Weg legt.
- 3) Eben so, oder wohl noch mehr förderlich, als die Bildung dieser Vereine, wird das unablässige, aufmerksame Bemühen, solche einzelne Personen aufzufinden, und in das Interesse zu ziehen, welche einer lebendigen und dauernden Theilnahme und Hingebung für die Sache fähig sein möchten, wirken. Zu solchen sind insbes. und vor allen zu rechnen:
  - A. menschenfreundlich und christlich gesinnte Werkmeister, welche verwahrlosete Knaben in der Werkstatt neben sich, in Liebe und Ernst, zu werthwürdigen Bürgern, Menschen und Christen bilden; oder
  - B. eben solche Hausfrauen, welche im Hause und in der Wirthschaft, in der Wohnstube und in der Küche, an verwahrloseten Mädchen um Christi und Gotteswillen treue Mutterliebe üben, und sie zu Gott und Menschen wohlgefälligen Jungfrauen und Frauen aufziehen.

1) Durch R. v. 8. Jan. 1829 und 8. April 1831 (Meigebaur, S. 114, 115) befiel das Min. d. G., u. u. M. Ang. den Reg. die Jahrbücher der Straf-Besserungs-Anstalten, Erziehungs-Häuser, Armenhäuser 1c. von Dr. med. Rif. Julius, Berlin, Gießen 1c. Eben so durch G. R. v. 21. Aug. 1829 (XIII. S. 551): Nistelhuber, über die Nothwendigkeit der Errichtung von Erziehungs- und Erziehungs-Anstalten für sittlich verwahrlosete Kinder, nebst Anleitung, dergl. Institute zu errichten und zu verwalten. Stuttg. u. Tüb. Gotta. Mit d. G. R. wurde den Reg. eine vom Bischofe zu Trier an seine Pfarrer gerichtete diesf. Ermahnung, und der erste Ber. über die in Zeitz bestehende Lehr- und Erziehungsanstalt für jugendliche Verbrecher mitgetheilt.

- 4) Auch durch Ausarbeitung und Ausbreitung geeigneter Druckschriften kann für den betr. Zweck viel gewirkt werden. Beispiele echter Begrüßung und rühmlicher Thätigkeit von Menschenfreunden würden auf der einen, merkwürdige und erfreuliche Fälle von gelungenen Rettungen auf der andern Seite einfach, aber dennoch lebendig und kräftig darstellen sein. Einen bedeutenden Vorrath von Stoff würden zu diesem Behuf die kleinen Schriften, Nachrichten u. des verstorbenen Hofraths Fall, in Weimar, sowie die gedruckten Jahresber. der Anstalten zu Berlin, Erfurt u. (s. Beckedorff's Jahrb. Bd. V. Hft. 1.) liefern. Eine andere Art von Volksschriften könnte besonders auf Entdeckung und Vertilgung des Uebels durch Belehrung der bessern Eltern berechnet werden, und gleichsam Verhaltensregeln für dieselben bei den gewöhnlichen moralischen Kinderverbrechen enthalten. Es fehlt freilich zur Zeit noch an einer echten im christlichen Geiste abgefaßten, kurzen und einfachen Anweisung für rechtschaffene Eltern zur Bewahrung ihrer Kinder. Eine solche Schrift müßte überall unentgeltlich für die Begehrenden bei den Ortsgemeinden u. zu haben sein.
- 5) Bei der so wichtigen Unterbringung der Kinder, oder bei der Versetzung ders. in neue, sie umbildende und neuschaffende Lebens-Verhältnisse, in denen das sittliche Gefühl, der Trieb zu geordneter, nützlicher Thätigkeit u. wieder erwachen soll, sind gewisse besondere Rücksichten zu nehmen, deren Nichtbeachtung nur zur Nichterreichung des guten Zweckes führen wird. Wo möglich sollen Kinder dieser Art in die einfachsten und natürlichsten Lebensverhältnisse bei dem Landbau, der Gärtnerei, den Handwerken u. aber in der Regel nie in Fabriken untergebracht werden. Alle ungesunden Gegensätze gegen die vorige Lebensweise sind zu vermeiden, alle Gelegenheiten zur Erneuerung oder traurigen Nachwirkung des vorigen Zustandes des möglichst abzuschneiden. Der Vagabonde ist z. B. nicht in eine Mauern, in eine zu beschränkte Lage, der Dieb nicht zu einem großen Landherrschaft, der durch Unkeuschheitsünden geschwächte nicht zu einer hohen Profession zu bringen. Aber Alle sind möglichst aus der vorigen ungesunden Umgebung zu versetzen, und durch solche Versetzung zum Wachsthum und Leben zu fördern.
- 6) Noch mehr aber als auf die, dem Verbrecher nachfolgende Versetzung in die Verstrafung ist auf die vorläufige Bewahrung und Verhütung, Sorgsamkeit, Mühe und Fleiß zu verwenden. Das verhütende (präventive) Verfahren kann, wie in der allgem. Erziehungs- und Menschenkenntnis-Lehre, so auch in dieser besondern Angelegenheit, nicht dringend genug empfohlen werden. So sollten in jeder Gemeinde diese Kinder, deren Abwesenheit schon eine Erbschaft gewisser, fast unheilbarer moralischer Gebrechen voraussetzen läßt, oder, welche ihrer Lage, Umgebung und Erziehung nach voraussichtlich dem Kriminal-Richter über kurz oder lang in die Hände rathen müssen, bei Zeiten scharf ins Auge gefaßt und bevormundet werden. Geistliche und Schullehrer sollten, außer der obrigkeitlich angetragenen polizeilichen Aufsicht, noch beauftragt werden, Verzeichnisse solcher Kinder anzufertigen, um dieselben nach Umständen der Polizei-Behörde, der Justiz-Direktion u. einzureichen.
- 7) Wo die Eltern jugendlicher Verbrecher an dem sittlichen Verderben der augenscheinlich große Schuld haben, oder wohl gar selbst die Verführer waren, ist es wichtig, daß diese die größere Strafe erleiden. Oben sind alle der Verführung von Kindern überführte Erwachsene, oder die, welche durch öffentliche grobe Verletzung der allgem. Zucht mit den Kindern ein schändliches und schädliches Aergerniß gegeben haben, nach der ganzen Strenge der Gesetze zur Strafe gezogen werden. Es ist wichtig, daß durch abschreckende Beispiele die Aufmerksamkeit auf solche Fälle mehr geschärft, und das allgemeine Gefühl der Schändlichkeit der Strafbarkeit recht lebendig werde.
- 8) Bei den schon verhafteten Kindern verdient eine vorzügliche Aufmerksamkeit die Beschäftigung während der Haft, daß sie nicht durch Mühsal und schlechte Gesellschaft noch schlechter, sondern zu einer angenehmen Thätigkeit, Arbeit, zum Lesen der heiligen Schrift und guter Bücher,

fern sie lesen können, angehalten werden. In Betreff der unbeschulten Kinder dieser Art, verdient die Einrichtung der Besserungs-Anstalt zu Graubenz, in welcher sich eine Hauschule befindet, deren Lehrer den zur Haft gebrachten Kindern einen angemessenen Unterricht erteilt, besonders Nachahmung. Auch möchte die dortige Einrichtung, daß der Gefangene durch Reue, Besserung, Wohlverhalten, Fleiß, seine Lage verbessere, mehr Freiheit gewinnen, die Zeit seiner Gefangenschaft sogar abkürzen kann, auf jugendliche Verbrecher vorzüglich Anwendung finden. (s. Weddendorff's Jahrb. Bd. V. S. 113. 1c.)

2) Wo mehrere verwahrloste Kinder in einem kleineren Kreise untergebracht sind, ist eine allsonntägliche Versammlung in einem Waterhause mit dem Zwecke der gemeinschaftl. Erhebung und Erbanung sehr zu empfehlen.

3) In Betreff der in Fabriken arbeitenden, und in dieser Stellung nicht selten allerhand nachtheiligen Einwirkungen ausgesetzten Kinder, behält das Min. sich die nöthigen Eröffnungen für ein nachfolgendes Girk. vor.

(N. XII. S. 716.)

c) Insbes. die Beförderung der Vereine zur Besserung verwahrloster der wurde empfohlen durch G. N. v. 15. Febr. 1844 (s. oben S. 865 z. 1.), vergl. auch S. 869 sub c. 1)

3) Ueberweisung jugendlicher Verbrecher an dergl. Vereine oder geeignete Privatpersonen.

Allerh. Erl. v. 4. Dec. 1852.

Auf den Ver. v. 25. Nov. d. J. will Ich genehmigen, daß die durch das Urtheil des Schwurgerichts zu Münster unter d. 14. Okt. v. J. freigesprochene, in eine Besserungs-Anstalt unterzubringende Maria M. zu A. der Fürsorge des Hr. Lengerich bestehenden christlichen Vereins für verwahrloste Kinder an der Unterbringung in eine Besserungs-Anstalt überwiesen werde.

Zugleich will Ich Sie, den Min. des J. autorisiren, in ähnlichen Fällen, nach §. 42. des Strafgesetzbuchs 2) die Unterbringung eines Angeschuldigten in eine Besserungs-Anstalt angeordnet ist, statt einer derartigen Unterbringung die Ueberweisung an Privatvereine oder an geeignete und zuverlässige Privatpersonen derselben Beschränkung, die das Gesetz für die Detention in einer Besserungs-Anstalt anordnet, zu genehmigen.

Charlottenburg, den 4. Dec. 1852.

Friedrich Wilhelm.

Simons. v. Westphalen.

An

Just. Min. und den Min. des J.

Vorstehender Allerh. Erlaß wird sämtlichen Gerichten und Beamten der Staatsanwaltschaft hierdurch zur Kenntniß und Nachachtung mitgetheilt.

Berlin, den 8. Jan. 1853.

Der Justiz-Minister

Simons.

(Just. Min. Bl. 1853. S. 38, Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 51.)

1) Eine ähnliche Empfehlung enthält das G. N. der Reg. zu Gumbinnen v. Mai 1842, welche zugleich die Statuten des Insterburger Vereins zur Sorge für die entlassenen Gefangenen und verwahrlosten Unmündigen, so wie Erboten aller Art v. 18. Jan. 1842 mittheilt. (Min. Bl. d. i. B. 1842. 310—314.)

2) §. 42, des Strafgeb. v. 14. April 1851 lautet:

Wenn ein Angeschuldigter noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet hat, und festgestellt wird, daß er ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, so soll freigesprochen, und in dem Urtheile bestimmt werden, ob er seiner Familie überwiesen oder in eine Besserungsanstalt gebracht werden soll.

In der Besserungsanstalt ist ders. so lange zu behalten, als die der Straf-Anstalt vorgesetzte Verwaltungsbehörde solches für erforderlich erachtet, jedoch nicht über das zurückgelegte 20. Lebensjahr hinaus.

(G. S. 1851. S. 109.)



V. Taubstummen-Anstalten.<sup>1)</sup>

1) Bevormundung der Taubstummen: §§. 15—18. 348. 818—820. R. R. II. 18.

2) Ermittlung der Zahl der Taubstummen.

U. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 12. Juli 1832 an die K. Reg. in Potsdam und abschriftl. an sämmtl. übrige K. Reg.

Das Min. genehmigt auf den Ber. der K. Reg. v. 19. April d. J., daß die Taubstummen in der einzureichenden Nachweisung nach dem Geschlecht und in nach 4 Classen, als: 1) Kinder vor vollendetem 5. Lebensjahre; 2) nach dem 5. aber vor vollendetem 15. Lebensjahre; 3) nach dem 15., aber vor vollendetem 30. Lebensjahre; 4) nach vollendetem 30. Lebensjahre; aufgeführt werden dürfen. (M. XVI. S. 663.)

3) Unterricht der Taubstummen in besondern Anstalten, Seminarschulen<sup>2)</sup> oder durch einzelne Lehrer.

a) U. R. des Min. v. 14. Mai 1828 an sämmtl. K. Konf. und Prov. Schulleg., betr. die Verbreitung des Taubstummen-Unterrichts.

Die große Menge von Taubstummen, welche zwar noch im bildungsfähigen Alter, aber in den wenigen vorhandenen Taubstummen-Anstalten nicht mehr unterzubringen sind, so wie der übergroße, im Buchstaben begriffene Andrang zu vielen Instituten, hat das Min. veranlaßt, auf umfassende und durchgreifende Maassregeln zum Besten dieser Unglücklichen Bedacht zu nehmen. Nach den angestellten Untersuchungen und eingegangenen Ber. sind in den K. Landen gegenwärtig über 8000 Taubstumme vorhanden, und unter diesen über 1700 noch im bildungsfähigen Alter. Von den letztern sind aber in den sämmtlichen öffentl. und Priv.-Instituten nur höchstens 120 als noch nicht der zehnte Theil untergebracht. Die Vermehrung der Institute nach Bedürfnis ist schon darum nicht ausführbar, weil die kostspielige Unterhaltung der Zöglinge in selbigen die Kräfte der meisten Lehrer und selbst des Staats übersteigen würden.

Das Min. findet es daher angemessen, einen neuen Weg einzuschlagen, wo auch die Fortschritte des Zeitalters in der Taubstummen-Bildung auffordern, man den Taubstummen-Unterricht nicht mehr als eine geheime, sehr complicirte und schwierige Kunst, sondern als eine zwar eigenthümliche, auf die besondere nachhafte Beschaffenheit des Schülers berechnete, aber mit jeder andern pädagogisch begründeten, naturgemässen Unterrichtsmethode sehr verwandte Lehr- und Erziehungsmethode betrachte, und das Zusammenleben von taubstummen mit hörenden und sprechenden Kindern nicht nur für zulässig, sondern sogar für wünschenswert zu mehr sachförderlich erkläre, als das beständige Zusammenleben und Zusammenwohnen von bloß Taubstummen mit einander in den Instituten, welche letztern als Centralpunkte für die weitere Ausbildung und Entwicklung dieses besondern Zweiges der Gesamtbildung allerdings ihren besondern und hohen Werth haben.

Schon früher war der Just.-Min. autorisirt, nach der R. D. v. 19. J. 1825 dem betr. Berliner Vereine, und nach der R. D. v. 2. Dec. 1846 dem betr. Verein jugendliche Verbrecher zur Besserung statt Strafvollstreckung zu überweisen: Allgem. Verf. des Just. Min. v. 20. Jan. 1847 (Just. Min. S. 1847. S. 28, Min. Bl. d. J. 1847. S. 7.). Auch für die Rheinprovinz dasselbe bestimmt durch die R. D. v. 22. Juni 1839, betr. die Abänderung d. Art. 66. des Rhein. Strafges. (M. S. 1839. S. 222.)

1) Vergl. v. Rönne und Simon, Medizinalwesen des Fürst. Elect. Preuss. Oberholz. 1846. Bd. II. S. 469. ff.

2) In dem U. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. v. 22. Febr. 1850, welche von der Reg. Jahresverzeichnisse der in ihren Bez. vorhandenen taubstummen Personen und Anstalten verlangt, wird laut des Schemas ausdrücklich die Einrichtung der Blinden- und Taubstummen-Anstalten gefordert. (Min. Bl. d. J. 1850. S. 6 u. 7.)

3) Ueber die Taubstummenschulen bei Sem. vgl. das Verzeichniss S. 887.

Unter den obwaltenden Umständen ist es nun die Aufgabe, die Fähigkeit, Taubstumme zu unterrichten, bald möglichst allgemeiner zu verbreiten und den Taubstummen in größerer Zahl, wo möglich auch auf einfachere als bisher, ohne außerordentliche Maßnehmungen, als weite Reisen, Aufwender Pensionen u. zu helfen. Für die Lösung dieser Aufgabe ist es erwünschenswerth, daß baldmöglichst in jedem Schul-Inspectionskreise ein vorhanden sei, welcher die Taubstummen seines Wohnortes und der nächstgelegend zu unterrichten im Stande sei. Dieser Zweck wird am sichersten werden, wenn an jedem Schullehrer-Seminar ein Lehrer angestellt wird, Unterweisung und Behandlung der Taubstummen in einem der vorhandenen gründlich erlernt hat, eine Anzahl ders. in der mit dem Sem. verbundene Übungsschule fortbauend unterrichtet, und dabei zugleich die für die Sache zutreffenden, fähigern und verständigern Seminaristen mit der Methode des Taubstummen-Unterrichts theoretisch und praktisch bekannt macht. Auf diese Weise wird vielleicht in einem Jahrzehend bewirken lassen, daß in allen Prov. der Mos., ohne unverhältnißmäßige und unerschwingliche Kosten für die Bildung tüchtlichen Taubstummen in der Nähe, oder selbst an Ort und Stelle gesorgt, der jetzige meist vergebliche Andrang zu den Instituten beseitigt wird. Auf Antrag des Min. haben des Königs Maj. zur Vorbildung solcher Lehrer, die Methode des Taubstummen-Unterrichts an den hierzu bestimmten Anstalten und namentlich in Berlin, erlernen, und hiernächst bei den Prov. Schul-Sem. wieder lehren sollen, eine angemessene Summe auf 6 Jahre Allergn. Aligen geruht. Nach den bisher getroffenen Einleitungen ist es möglich, die Vorbildung mit Ostern des laufenden J. zu eröffnen. Das Min. hat die nach und nach alle Prov. mit vorgebildeten Lehrern zu versorgen, zuvörderst besonders diejenigen, in welche das Bedürfnis am größten ist, und keine vorhanden sind.

Das Min. beauftragt das K. Kons. und Prov. Schulkoll. hierdurch, den Sem. ihres Bez. vollständige Kenntniß von den vorstehenden Eröffnungen zu geben, mit dies. bei ihren Einrichtungen, Vorschlägen zu Anstellungen von Sem. u. darauf vorläufig Rücksicht nehmen können. Ganz besonders muß das wünschen, daß ihnen die Sache, der Wahrheit gemäß, so dargestellt werde, daß allerdings mit mancherlei Aufgaben schon versehenen Sem. Anstalten und durch die beabsichtigte Einrichtung nicht eine neue große Last aufgelegt solle, sondern daß hier vielmehr nur die Rede von der besondern Beschäftigung eines einzelnen Lehrers und von einigen besondern Einrichtungen in der Volksschule sei. Auch ist es nicht die Meinung, daß alle Seminaristen, sondern nur solche, die für den Taubstummen-Unterricht geeignet, ja gleichsam geeignet scheinen, damit bekannt gemacht werden sollen. Uebrigens hofft das Min. dieser Einrichtung einen wesentlichen allgem. Gewinn für das Sem.-Wesen zu bringen, und einen höchst vorteilhaften Einfluß ders. auf das Ganze der Lehrtätigkeit, indem die erforderl. genaue Beobachtung des Taubstummen, die Aufsuchung der Mittel, seinem Geiste beizukommen, und die durchaus sinnreiche, aber auf Anschauung gegründete Lehrart auf einer eigenthümlichen und höchst fruchtbaren Weise zugleich in die Tiefe menschlicher Natur und Bildung einführt. (Legebaur, S. 246.)

) G. R. des Min. v. 29. Nov. 1828.

Nach den Allergn. Absichten Sr. K. Maj. sollen die für den Unterricht der Taubstummen vorgebildeten Lehrer in allen Prov. des Preuß. Staats baldmöglichst ihre angemesse und nützliche Wirksamkeit treten. Das Min. hat deshalb für keine vollkommen bestimmte und beschränkte Form festgesetzt, wenn auch es beabsichtigt desselben allerdings dahin geht, kleine Schul-Abtheilungen von Taubstummen Kindern bei den Sem. (in deren Übungsschulen) einzurichten, und also die vorgebildeten jungen Lehrer zunächst und vorzugsweise an denselben anzustellen. In solchen Gegenden aber, wo das Bedürfnis eines geschickten Taubstummen-Lehrers besonders drückend gefühlt wird, wo das vorhandene Sem. nicht einem Taubstummen-Lehrer versehen ist, oder wo an dem Orte des Sem. Gelegenheit zu billiger Unterbringung von ärmeren taubstummen Kindern nicht besteht, will das Min. auch der einen oder der andern Land- und Stadtschule einen der für den Taubstummen-Unterricht vorgebildeten jungen Männer

überlassen. Dieselben möchten zu einer solchen Anstellung um so mehr geneigt sein, da mehrere zuvor ihre Bildung in guten Sem. genossen, dort schon als Lehrer mitgearbeitet, und hier in Berlin durch Benutzung von naturwissenschaftlichen und andern Vorträgen zu ihrer höhern Ausbildung Gelegenheit gefunden haben. Das Min. veranlaßt die R. Reg. hierdurch, von geeigneten Bakanzan Anzeige zu machen, wobei die anderweitig noch nöthigeifikation des Anzustellenden, die Ansprüche, welche für andere Unterrichtsfächer ihm noch gemacht werden, so wie Gehalt und Emolumente der erledigten genau anzugeben sind, damit bei der Wahl des Subjekts darauf die nöthige Rücksicht genommen werden könne.

(A. XII. S. 1015.)

c) R. der Min. der G., II. u. M. Ang. und des J. v. 12. Aug. II (f. o. S. 564).

d) Ueber die Methode des Unterrichts vergl. G. R. des Konf. u. Schulkolleg. der Prov. Brandenburg v. 31. Dec. 1834 (A. XVII. S. 102) und G. R. des Min. der G., II. u. M. Ang. v. 18. März 1835 (A. III. S. 136), abgedruckt im Medizinalwesen, Bd. II. S. 470 flg.

4) Die einzelnen Taubstummen-Anstalten.

Die Bestimmungen, auf welchen die Gründung derselben beruht, in v. Rönne's und Simon's Medizinalwesen, Bd. 2. S. 475 flg., gedruckt. Sie werden daher hier bloß allegirt.

a) In der Prov. Preußen. Außer der R. Anstalt in Königsberg, bei Sem. zu Marienburg und Angerburg: 3. Prov. Landt. Absch. v. 9. Jan. I. 6. (A. XIV. S. 228), 4. Prov. Landt. Absch. v. 3. Mai 1832. I. 4. (A. I. S. 537.)

b) In der Prov. Posen. Beim Sem. zu Posen: 2. Prov. Landt. Absch. v. 14. Febr. 1832. I. 7. (A. XVI. S. 295), 3. Prov. Landt. Absch. v. 29. Jan. 1835. I. 5. (A. XXI. S. 819), R. des Min. der G. II. u. M. Ang. v. 6. Dec. 1835 mit Regl. v. 12. Nov. 1835.

c) In der Prov. Brandenburg. R. Anstalt in Berlin: R. des Min. der G. II. u. M. Ang. v. 3. Nov. 1825 mit Regl. v. 26. April 1825, Publ. Schulkoll. v. 10. Jan. 1828 (A. XII. S. 117), Bef. dess. v. 26. Aug. 1828 (A. XX. S. 920), Bef. dess. v. 25. Febr. 1839 (A. XXIII. S. 379), Bef. v. 23. Mai 1840, Bef. dess. v. 31. März 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 153); Unterricht bei Seminaren: 4. Landt. Absch. v. 27. April 1832 I. 1. (A. XVI. S. 524.)<sup>1)</sup>

d) In der Prov. Pommern. Beim Sem. zu Stettin: 5. Prov. Landt. Absch. v. 23. Mai 1835. I. 3. (A. XX. S. 460.)

e) In der Prov. Schlesien. Anstalten zu Breslau, Liegnitz und Ansbach: Publ. der Reg. zu Liegnitz v. 23. März 1822 (A. VI. S. 122), 5. Landt. Absch. v. 20. Nov. 1838 I. 15. (Bergius, S. 625), u. dazu der in der Kam. Zeit. 1838 S. 671 abgedruckte Erlaß des Oberpräf., Privatverein für Unterricht und Erziehung taubstumm geborener Schüler: Statut auf Grund der R. O. v. 26. Dec. 1836, genehmigt durch R. des Min. der G. II. u. M. Ang. v. 13. Juni 1837.

f) In der Prov. Sachsen. Bei den Seminaren: 1. Landt. Absch. v. 11. Mai 1827. I. 11. (A. XI. S. 331), 2. Landt. Absch. v. 24. Oct. 1828. II. 1. (A. XII. S. 895)<sup>2)</sup>, 5. Landt. Absch. v. 31. Dec. 1838. II. 4. (Bergius S. 639)

1) Die durch die beiden R. O. v. 8. Juni 1846 bestätigten Regulare für das Landarmenwesen der Niederlausitz v. 17. Mai 1846. S. 5. lit. e., u. für den Rottkuser Kreis v. gleichen Tage, S. 2. Nr. 4., legen dem Landarmenwesen bewilligten Zahlungen zur Ausbildung taubstummer oder verwahrloster Kinder auf. (G. S. 1846. S. 253. 259.)

2) Hiernach soll insbesondere die zur Unterhaltung der Taubstummenanstalten von den Ständen bewilligte Summe von jährlich 1000 Thlr. als allgem. Beitrag der Prov. auf sämtliche Kreise nach der Seelenzahl vertheilt, dagegen der Kostenbetrag für unvermögende Zöglinge von den Kreisen, denen sie angehören, zu



(v. Ramm) v. 15. Mai 1830 an das K. Prov. Schulkolleg. zu Magdeburg.

Da die A. R. D. v. 16. Juni 1817 sich ganz allg. dahin ausspricht, taubst. Künstlern und Handwerkern, die einen Taubstummen als Lehrling annehmen und auslehren, eine Prämie von 50 Thln. zu Theil werden soll, so kann nach dieser Allerh. Bestimmung kein Unterschied darin beruhen, ob die Annahme und das Auslehren eines Taubstummen von Seiten eines Künstlers oder Handwerkers auf Veranlassung eines Taubstummen-Instituts oder aus andern Beweggründen geschieht, und findet dies unzweifelhaft auch Anwendung auf die Zöglinge in den errichtenden Taubstummen-Instituten bei den Sem. der dortigen Prov.

(A. XIV. S. 411.)

γ) C. R. des Min. für Handel, Gew. u. öff. Arb. (v. d. Seyd.) v. 24. Febr. 1852 an sämmtl. K. Reg. und das Pol. Präf. zu Berlin.

Es sind in neuerer Zeit mehrfach Anträge auf Bewilligung der durch den Allerh. Erl. v. 16. Juni 1817 in Aussicht gestellten Prämie für die Ausbildung taubstummer Mädchen in weiblichen Handarbeiten, insbes. im Zuschneiden und Nähen weiblicher Kleidungsstücke eingegangen, welche in Berücksichtigung der, in jener Allerh. Bestimmung enthaltenen Voraussetzung nicht immer genehmigt werden konnten. Da hiernach die Prämie von 50 Thln. denj. Künstlern und Handwerkern, welche einen Taubstummen als Lehrling annehmen und auslehren, zu Theil sein soll, so kann die Prämie für die Ausbildung weiblicher Taubstummen in der vorstehend bezeichneten Handarbeit nur von denj. Schneidermeistern in Anspruch genommen werden, welche zum Halten von Lehrlingen gesetzlich befugt sind, und welche durch Vorbringung glaubwürdiger Atteste darthun, daß die Taubstumme in Folge der erteilten Anweisung die erforderl. Fertigkeiten und Kenntnisse erworben habe, um durch Ausübung des erlernten Gewerbes ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Die K. Reg. hat sich bei Prüfung der bei Ihr eingehenden derartigen Anträge nicht nur selbst hiernach zu achten, sondern auch die Vorsteher der Taubstummen-Anstalten von diesen Bestimmungen in Kenntniß zu setzen, damit dieselben bei Unterbringung taubstummer Mädchen hierauf die erforderliche Rücksicht nehmen.

(Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 92.)

δ) C. R. des Min. v. 5. Nov. 1853 an sämmtl. K. Reg.

Durch Allerh. Erl. v. 16. Juni 1817 ist „denj. Künstlern und Handwerkern, die einen Taubstummen als Lehrling annehmen und auslehren“, eine Prämie von 50 Thln. in Aussicht gestellt. — Ueber die Anträge auf Bewilligung derselben ist bisher auf vorgängigen Ver. der Prov. Behörden von dem Min. für H. u. Gew. u. öff. A. entschieden worden. Zur Vermeidung des hierdurch hervorgehenden erheblichen, mit dem Gegenstande außer Verhältniß stehenden Schandewerks will ich die Entscheidung über die aus dem dortigen Verwaltungsbezirk eingehenden Gesuche dieser Art v. 1. Jan. f. J. ab der K. Reg. übertragen<sup>1)</sup> und dieselbe ermächtigen, die Prämien vorschussweise aus ihrer Hauptkasse zu zahlen und die gezahlten Beträge am Jahreschlusse zur Erstattung zu liquidiren. — Bei der Prüfung der Anträge hat sich die K. Reg. folgende bis jetzt schon bestehende Grundsätze als Richtschnur dienen zu lassen:

Durch den erwähnten Allerh. Erl. hat den betref. Lehrmeistern ein Anspruch auf Zahlung der Prämie nicht gewährt werden sollen. Die Prämie ist nur dann zu bewilligen, wenn die Bedingungen vorhanden seien, von denen die Bewilligung derselben abhängig gemacht worden, ist lediglich von den Verwaltungs-Behörden zu entscheiden, welche in den Lehrkontrakten oder sonst erteilte Zusicherungen in keiner Weise

1) Laut C. R. der Reg. zu Koblenz v. 24. Juni 1853 hatte daselbst die Bewilligung der Prämie selbst vorbehalten, und sollten deshalb Verordnungen darüber Seitens der Lokalbehörden vermieden werden. (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 190.)



lebend sein können. Hierbei ist der Gesichtspunkt festzuhalten, daß die Absicht der Vertheilung der Prämie nicht dahin gegangen ist, solche ohne Unterschied alle Jedem, der sich mit der Ausbildung eines Taubstummen befaßt, zu Theil zu lassen, sondern daß dadurch die Unterbringung Taubstummer bei solchen Lehrern und Künstlern hat begünstigt und erleichtert werden sollen, welche Taubstummen in dem Verhältnisse eines Lehrmeisters zu einem Lehrlinge zu nehmen und nicht allein für seinen Unterhalt sorgen, sondern auch bei seiner eigenen Ausbildung Opfer bringen, indem sie den Lehrling für ihre Rechnung anstellen lassen und den Verlust an Material und Arbeitszeit tragen, welcher bei Ungeschicklichkeit des Schülers unvermeidlich ist. Die Prämie muß daher verwendet werden, wenn der angebliche Lehrmeister den Taubstummen nur als Lehrer ein Honorar unterrichtet und weder für den Unterhalt des Lehrlings noch die Gewährung des Arbeits-Materials Sorge getragen hat, sowie auch da, wo das Vorhandensein eines Lehrverhältnisses, wie es oben dargelegt worden, einmals stipulirt und gezahlt worden ist. —

Der Taubstumme muß ferner in einer Kunst oder einem Handwerke und vollständig, d. h. soweit ausgebildet sein, daß er sich in seinem Fache selbst zu seinem Lebensunterhalt zu verschaffen vermag. Stirbt er, bevor er eine Ausbildung erlangt hat, so kann die Prämie nicht bewilligt werden. Die Ausbildung in rein mechanischen Fertigkeiten, z. B. im Nähen, Stricken, Seidenweben, Cigarrendrehen etc. oder in einzelnen Operationen der Fabrication z. B. in der Färberei etc. genügt zur Erlangung der Prämie nicht; ebenso wenig die Ausbildung für solche Beschäftigungen, von denen sich nicht annehmen läßt, daß sie dauernd und regelmäßigen Erwerb sichern, z. B. das Fertigen von Dampfschiffen. — Für das Auslehren taubstummer Frauen und Mädchen ist die Belohnung nur denjenigen Schneidermeistern zuzugestehen, welche zum Halten von Lehrlingen befugt sind (cf. G. Verf. v. 24. Febr. 1852).

Der Nachweis der erfolgten Ausbildung muß durch Atteste der Kommunal-Orts-Polizei-Behörden oder aber durch Bescheinigungen glaubwürdiger Sachverständigen, bei den im §. 23. der V. v. 9. Februar 1849 aufgeführten Handwerksämtern durch das Zeugniß über die zurückgelegte Gesellenprüfung geführt werden. Ausländische Lehrmeister und diejenige Verwandten, welche nach Vorschrift der §§. 14—16. 3. II. A. u. N. die Pflicht zur Alimentation haben, und mit der das Fortkommen des Taubstummen zu sorgen verbunden sind, haben keinen Anspruch auf die Prämie.

Ob der Lehrling weiblichen oder männlichen Geschlechtes, ob er taubstumm von Geburt an oder es erst später geworden ist, macht keinen Unterschied. Er muß aber wirklich taubstumm sein, was durch das Attest eines Medizinal-Beamten darzuthun bedarf. Leidet er nur an Schwerhörigkeit und an Fehlern in den Sprach-Organen, so kann die Prämie nicht gewährt werden etc.

(Min. Bl. d. i. V. 1853. S. 268.)

a) G. R. des Min. des I. (v. Schuckmann) v. 29. Aug. 1826 an all. R. Reg., das Pol. Präf. und die Min. Baukommission zu Berlin, die Zahlung der Prämie.

Der R. Reg. wird mit Bezug auf die G. Verf. v. 8. Juli 1817 eröffnet, daß einer neueren Bestimmung die durch die A. R. D. v. 16. Juni 1817 ausgegebene Prämie von 50 Thln. aus dem Fonds des Titels Insgemein des Etats für Gewerbe und Bauwesen erfolgen soll.

(A. X. S. 811.)

## VI. Blinden-Anstalten.

1) Unterricht der Blinden in den Ortsschulen: R. v. 12. Aug. 1847 (S. 564) und Bef. v. 8. April 1853 (S. 565).

2) Besondere Blinden-Anstalten.

Nach dem in v. Rönne's u. Simon's Medizinalwesen, Bd. 2. S. 486, theilten Schreiben des Min. der G., II. u. M. Ang. v. 8. Dec. 1838 an das d. ausw. Ang. bestanden damals in Preußen nur zwei vollständig organisierte Blindeninstitute, zu Berlin und Breslau, und ein kleineres zu Halle. Seit-

dem haben sich dergl. Anstalten, insbes. die Blinden-Versorgungs-Anstalten, vermehrt. An Veröffentlichungen über einzelne derselben sind in den Sammlungen die nachstehend aufgeführten vorhanden:

a) über die K. Blinden-Anstalt zu Berlin: Publ. des Schulkolleg der Prov. Brandenburg v. 10. Jan. 1828 (N. XII. S. 120), und R. d. Min. der G., II. u. M. Ang. v. 7. Mai 1840 mit Bef. des Schulkolleg v. 18. Mai 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 232);

b) über die v. Bindsche Prov. Blinden-Anstalt für die Prov. Westphalen: das durch R. D. v. 8. Dec. 1851 bestätigte, vom Oberpräf. v. term 31. Jan. 1852 bekannt gemachte Statut. (Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 22.)

3) Versagung von Prämien für die Auslehrung von Blinden. R. des Min. des J. (v. Schumann) v. 27. April 1827 an die Reg. zu Merseburg.

Von den Min. des J. und d. G., II. u. M. Ang. ist übereinstimmend festgesetzt worden, daß für die Auslehrung erblindeter Individuen Prämien zuzusprechen oder zu ertheilen um deswillen keine Veranlassung vorhanden sei, weil dergl. Unglückliche bei dem Mangel des Gesichts, Sinnes nur in seltenen Fällen ihr Fortkommen unter Fremden finden, und sich daher mehr zur Unterbringung in Familien eignen etc.

(N. XI. S. 473.)

## VII. Jüdische Schulen.

Die früher geltenden B. über das jüdische Schulwesen sind in dem 3. Bande dieses Theiles vom Gesamtwerke „die Verhältnisse der Juden in den sämtl. Landestheilen des Preuß. Staats von v. Ottonne und Simon“, Breslau, Adersholz, 1843, S. 158—191 zusammengestellt.

• Bereits im Jahre 1847 wurden dieselben antiquirt, und durch G. v. 23. Juli 1847, über die Verhältnisse der Juden, ersetzt. Dasselbe enthält in den §§. 60—67. folgende Bestimmungen über das jüdische Schulwesen.<sup>1)</sup>

§. 60. In Bezug auf den öffentl. Unterricht gehören die schulpflichtigen Kinder der Juden den ordentl. Elementarschulen ihres Wohnorts an.

§. 61. Die Juden sind schuldig, ihre Kinder zur regelmäßigen Theilnahme an dem Unterrichte in der Ortsschule während des gesetzl. vorgeschriebenen Alters anzuhalten, sofern sie nicht vor der Schulbehörde sich ausweisen, daß ihre Kinder anderweitig durch häusliche Unterweisung oder durch ordentl. Besuch einer andersvorschriftsmäßig eingerichteten öffentl. oder Privat-Lehranstalt einen regelmäßigen und genügenden Unterricht in den Elementarkenntnissen erhalten.

§. 62. Zur Theilnahme an dem christl. Religions-Unterrichte sind die jüdischen Kinder nicht verpflichtet; eine jede Synagogen-Gemeinde ist aber verpflichtet, solche Einrichtungen zu treffen, daß es keinem jüdischen Kinde während des schulpflichtigen Alters an dem erforderl. Religions-Unterrichte fehlt.

Als besondere Religionslehrer können nur solche Personen zugelassen werden, welche zur Ausübung eines Elementarschul-Amtes vom Staate die Erlaubnis erhalten haben.

§. 63. Zur Unterhaltung der Ortsschulen haben die Juden in gleichem Maße und in gleichem Verhältnisse wie die christl. Gemeindeglieder den Gesetzen und stehenden Verfassungen gemäß beizutragen.

§. 64. Eine Absonderung von den ordentl. Ortsschulen können die Juden der Regel nach nicht verlangen; doch ist ihnen gestattet, in eigenem Interesse Grund diesfälliger Vereinbarungen unter sich mit Genehmigung der Schul-

1) Ueber die Befähigung der Juden zu Lehrerstellen an christl. Schulen S. 441. 404.

örden Privat-Lehranstalten nach den darüber bestehenden allgem. Bestimmungen einzurichten. Ist in einem Orte oder Schul-Bezirk eine an Zahl und Vermögensmitteln hinreichende christliche und jüdische Bevölkerung vorhanden, um auch für die jüdischen Einwohner ohne deren Ueberbürdung eine besondere öffentliche Schule anlegen zu können, so kann, wenn sonst im allgem. Schul-Interesse Gründe dazu vorhanden sind, die Absonderung der Juden zu einem eigenen Schulverbande auf den Antrag des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde angeordnet werden.

§. 65. Die Reg. <sup>1)</sup> hat in solchem Falle über die beabsichtigte Schultrennung und den dazu entworfenen Einrichtungsplan die Kommunal-Behörde des Orts und die übrigen Interessenten mit ihren Erklärungen und Anträgen zu vernehmen.

§. 66. Ergiebt sich hierbei ein allseitiges Einverständniß über die Zweckmäßigkeit der Schulabtrennung und über die Bedingungen der Ausführung, so ist die Reg. befugt, die entsprechenden Festsetzungen und Einrichtungen unmittelbar zu treffen.

Im Falle obwaltender Differenzen bleibt die Entscheidung dem Min. d. geistlichen u. Ang. vorbehalten.

§. 67. Eine nach §§. 64—66. errichtete jüdische Schule hat die Eigenschaften und Rechte einer öffentl. Schule. <sup>2)</sup> Insbes. gelten dabei folgende nähere Bestimmungen:

1) In Berlin sind die Funktionen der Reg., was die Kultus- und Unterrichts-ang. der Juden anlangt, dem Pol. Präsl. übertragen: R. D. v. 17. Jan. 1848 R. Bl. d. i. B. 1848. S. 40).

2) Hierzu:

a) R. der Min. des J., der Fin. und der G., u. u. R. Ang. v. 10. Jan. 1848, wonach aus der Beilegung der Eigenschaft einer öffentl. Schule nicht folgt, daß die Lehrer an der jüd. Schule auf das den christl. Lehrern verliehene Vorrecht der Befreiung von öffentl. und Kommunalabgaben Anspruch haben. (R. Bl. d. i. B. 1848. S. 40. 41).

b) Bescheid des Min. der G., u. u. Med. Ang. (Gr. v. Schwerin) v. 26. Okt. 1848 an die Mitglieder der israelit. Lehrerkonferenz zu Krefeld, betreff. die amtliche Stellung der jüdischen Lehrer.

Den H. Mitgliedern der israel. Lehrerkonferenz erwidere ich auf die Eingabe v. 5. d. M., daß es wegen der amtl. Stellung der jüd. Lehrer an öffentl. u. Privatschulen, nach dem bereits ausgesprochenen Grundsatz der gleichen Theilnahme aller Unterthanen des Staats an dem Genuße der staatsbürgerl. Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß ders., insofern einer weiteren Bestimmung nicht bedarf, als der amtliche Charakter der jüdischen Lehrer sich wie bei allen übrigen Lehrern nach dem Charakter der Anstalt richtet, an welcher sie fungiren, und sie danach entweder öffentl. Lehrer an Staats- oder an Kommunal- oder Lehrer an Privatschulen sein werden. Dieses Verhältniß bestimmt zugleich, aus welchen Rassen sie ihre Besoldung zu beziehen haben. Was die übrigen von den H. Bittstellern vorgetragenen Wünsche wegen Errichtung von besonderen Konfessionschulen und wegen Prüfung der jüd. Lehrer betrifft, so muß die desfallige Bestimmung der künftigen Gesetzgebung vorbehalten bleiben.

(R. Bl. d. i. B. 1848. S. 155.)

c) Bescheid des Min. d. G., u. u. Med. Ang. (v. Ladenberg) v. 21. Okt. 1848 an den jüd. Lehrer N., betr. die Zulassung zu den angeordneten Lehrerkonferenzen

Auf die Eingabe v. 6. d. M. eröffne ich Ihnen, daß zu den angeordneten Lehrerkonferenzen, ihrer Bestimmung und der Natur der Sache nach, nur die Lehrer an öffentl. Schulen haben berufen werden können. Hiernach war Ihre Nichtzulassung zu der dort stattgefundenen Konferenz gerechtfertigt. Da die an öffentl. Schulen angestellten jüd. Lehrer aber von jenen Konferenzen nicht ausgeschlossen waren, so liegt um so weniger Veranlassung vor, nach Ihrem Antrage noch besondere Konferenzen der jüd. Lehrer zusammenzuberufen, als bei der bevorstehenden Reorganisation des Volksschulwesens, sofern ein besonde-

- 1) Die Unterrichtssprache in einer solchen Schule muß die deutsche sein.
  - 2) Die Errichtung und Unterhaltung dieser Schule liegt in Ermangelung einer anderweitigen Vereinbarung den jüdischen Einwohnern des Schulbezirks allein ob. Die Aufbringung der erforderlichen Kosten wird nach Maßgabe der Bestimmung des §. 58. bewirkt.
  - 3) Wo die Unterhaltung der Ortsschulen eine Last der bürgerl. Gemeinde ist, haben die Juden im Falle der Errichtung einer eignen öffentl. Schule eine Beihilfe aus Kommunalmitteln zu fordern, deren Höhe, unter Berücksichtigung des Betrages der Kommunalabgaben der jüdischen Einwohner, in aus den Kommunkassen für das Ortsschulwesen sonst gemachten Verwendungen und der Erleichterung, welche dem Kommunalschulwesen aus der Vereinigung der jüdischen Kinder in eine besondere jüdische Schule erwächst, zu bemessen, und in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung von der Min. der geistl. u. Ang. und des J. festzusetzen ist.
  - 4) Die Juden werden, wenn sie eine öffentliche jüdische Schule unterhalten, sowohl von der Entrichtung des Schulgeldes, als auch von allen unmittelbaren, persönlichen Leistungen zur Unterhaltung der ordentlichen Ortsschulen frei.
  - 5) Der Besuch der öffentlichen jüdischen Schulen bleibt auf die jüdischen Kinder beschränkt.
- (G. S. 1847. S. 275)

Die V. v. 6. April 1848 (G. S. 1848. S. 89) §. 5. erklärte die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte für unabhängig vom religiösen Glaubensbekenntnisse.

Der Art. 11. der Verf. v. 5. Dec. 1848 (G. S. 1848. S. 376) wiederholte diese Bestimmung, welche sich auch im Art. 12. der Verfassung v. 31. Jan. 1850 (s. v. S. 441) erhalten hat. Dagegen kannte die Verfassung v. 5. Dec. 1848 nur allgemeine Volksschulen, und lediglich hinsichtlich des Religionsunterrichts eine Einwirkung der betr. Religionsgesellschaften (Art. 21., s. oben S. 226), so daß auch

das G. R. des Min. der G., u. u. M. Ang. und des J. v. 1. Dec. 1849 an sammtl. R. Reg., betr. die Verhältnisse der Juden (M. B. d. i. B. 1849. S. 129)

unter Nr. 3., das Unterrichtswesen der Juden anlangend, nur die §§. 61. und 63. des G. v. 23. Juli 1847 als ferner anwendbar bezeichnet.

Die Verfassung v. 31. Jan. 1850 hat dagegen in den Art. 21. (s. v. in Th. I. S. 223) die möglichste Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse bei der Schuleinrichtung aufgenommen, so daß ihr zu Folge auch ferner besondere jüdische Schulen vorhanden sein werden, nur mit dem Unterschiede, daß sie gegenwärtig, laut Art. 12. und 25. der Verfassung, als öffentliche Schulen von der Gemeinde in gleicher Weise unterhalten werden müssen, wie die christlichen Schulanstalten.

---

res Interesse der jüd. Schulen vorliegen sollte, dieses auf dem verfassungsmäßigen Wege seine Vertretung finden wird.

(M. Bl. d. i. B. 1848. S. 273.)

## A n h a n g.

---

### Die drei Regulative vom 1., 2. und 3. Okt. 1854 über die Richtung des evang. Seminar-, Präparanden- und Clemen- tarschul-Unterrichts.

Schon in dem geschichtlichen Ueberblick des Erziehungswesens (s. ob. Th. I. 30) sind die beiden Hauptrichtungen unterschieden worden, in welche die neue Pädagogik auseinander geht. Dort wurde der Kampf zwischen der rationalen und orthodoxen Schule im Allgemeinen noch als unentschieden dargeboten, zugleich jedoch nicht verkannt, daß in den bestimmenden Kreisen die Waagschale zu Gunsten der Letztern sinke. Gegenwärtig ist nun in diesem Sinne für Preußen ein ausdrücklicher, definitiver Abschluß der Erziehungssache, so weit ein solcher in dem Bereiche der Regierung liegt, durch drei Regulative erfolgt, welche das Min. der G., H. u. N. Ung. unterm 1., 2. u. 3. Okt. 1854 über den Unterricht in den Seminarien, über die Vorrichtung von Seminar-Präparanden und über den Unterricht in der Volksschule erlassen hat.<sup>1)</sup>

Während Pestalozzi, der Gründer der rationalen Schule, sein Ziel in der Entwicklung der geistigen Kräfte des Kindes zu künftiger freier Selbstbetätigung sah, geht durch die ged. drei Regulative die bewußte, direkt entgegengesetzte Absicht, vor Allem den Geist mit dem bestimmten Dogma der Kirche des Staates zu erfüllen und die Schule auf den hierdurch bedingten Unterrichtskreis möglichst einzuschränken.<sup>2)</sup>

Diese drei, erst im Laufe des Druckes erschienenen Regulative, waren dem Volksschulwesen als Anhang anzureihen und es entstand hierdurch die Pflicht, sie durch Hinweisung auf die entsprechenden Stellen und Seiten des Werkes mit demselben in volle Verbindung zu bringen. Dies war um so leichter, als ihre Tendenz keine neue, sondern dieselbe war, die seit geraumer Zeit die staatliche Leitung des Erziehungswesens durchzuführen und eine große Anzahl von einzelnen Verordnungen hervorgerufen hatte.

Jetzt ist das Vereinzelte in ein System zusammengefaßt und ihm ein allgemeiner Ausdruck verliehen worden, der eben als solcher in der Haupt- und nur als Ergänzung und Verdeutlichung des im Werke Gegebenen zu verstehen ist, und nur selten als dessen Modifikation oder Aufhebung erscheint. Es ist übrigens festzuhalten, daß die drei Regul. sich bloß auf das evangelische

---

1) Sie sind zusammen herausgegeben vom Geh. Reg. Rath F. Stiehl, Berl. M. Herz (Bessersche Buchh.) 7½ Sgr. Auch abgedr. im Staatsanz. pro 1854.

2) Ob die Feststellung des Unterrichtskreises der Volksschule nicht dem vorerwähnten Unterrichtsgesetze (s. ob. in Th. I. S. 233 — 236) hätte vorbehalten werden sollen, ist eine nicht zweifelhafte Frage. Nach der gegenwärtigen Lage der Sache würde eine rechtliche Beurtheilung der drei Regulative von der Interpretation des §. 46 A. L. R. II, 12 (s. ob. S. 320) ausgehen haben.



Volksschulwesen beziehen. Ob für das kathol. ähnliche Vorschriften muß abgewartet werden.

I. Was das erste Regul. für die Seminarien anlangt, so betr. Abschnitte (s. oben S. 386 folg., 407) kein älteres derartige mitgetheilt worden, weil ein allgemein gültiges nicht vorhanden, u. der speciellen durch Aufnahme in die amtlichen Sammlungen eine gewisse Bedeutung beigelegt war. Dies Regul. dient also ganz zur Ausfüllung einer Lücke. Es lautet wie folgt:

Regul. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 1854 für den Unterricht in den evang. Schullehrer-Seminarien der Mon.

Den Schullehrer-Sem. der Mon. ist seit längerer Zeit, was die Ausdehnung und die Form des von ihnen zu ertheilenden Unterrichts, Erzielung der für ihre Zöglinge nöthigen Unterrichtsfertigkeit betrifft, ein freier Spielraum der Entwicklung gestattet worden. Die Grundlage der Entwicklung war im Wesentl. gegeben durch das für das evang. Sem. in Mörs bei seiner Errichtung erlassene Regl., welches sich in den Jahrbüchern des Preuß. Volksschulwesens (1. Bd. 2. Aufl. S. 152 — 153) druckt findet.

Die in jener Weise für eine Vielseitigkeit und eine gewisse Methode des Elementar-Unterrichts erzielten günstigen Resultate sind in der That für das Schulwesen überhaupt nicht zu verkennen; auf der andern Seite machen sie selbst es aber ebenso möglich, wie die aus der seitherigen methodischen Entwicklung der einzelnen Anstalten für den Elementar-Unterricht sich ergebenden Schwankungen und Gefahren der Abirrung es auf der andern Seite mit Nachdruck fordern, daß für den Unterricht der Sem. auf Grund der gewonnenen Erfahrungen gemeinsame Normen aufgestellt werden, innerhalb deren jeder berechtigten Eigenthümlichkeit hinreichender Raum zur Weiterentwicklung und Weiterbildung verbleibt.

Die Aufstellung solcher Normen ist seit längerer Zeit theils durch die Gutachten der Prov. Behörden, theils durch die Organisation, welche den Seminarien der Mon. gegeben wurde, theils durch das erfolgreiche Wirken einzelner Sem. und ihrer Lehrer auf verschiedenen Gebieten des Unterrichts vorbereitet worden. Sie erscheint gegenwärtig um so mehr geboten, als der Einfluß des oben erwähnten Regl. auf den verschiedenen Gebieten des Unterrichts, Wissenschaft, Staat und Kirche tiefgreifende Entwicklungen stattgefunden haben, deren Einfluß auf den Volksunterricht und auf die Anforderungen an denselben eine Feststellung erheischen, durch welche Abgelebtes und Irriges ausgeschieden und Berechtigtes zur Gestaltung gelangen kann.

Die confessionellen, provinziellen und sonstigen Besonderheiten des Unterrichts sprechen ebenso, wie die bewährten Grundsätze der Preuß. Unterrichtsverwaltung gegen Aufstellung eines unbedingten allg. Lehrplans zur mechanischen Nachahmung bis ins Detail.

Im Folgenden aber werden unter Berücksichtigung der seither in der Entwicklung der Sem. hervorgetretenen Ergebnisse, sowie der Ansprüche, die an die Sem., als die unmittelbaren Pflanzstätten der Volksbildung, gestellt sind, für die Aufgabe und Richtung des Sem.-Unterrichts die Grundsätze aufgestellt, welche fortan für die innere Gestaltung der Sem., ihre Verwaltung und Leitung maßgebend sein müssen. Sie sollen in Festhaltung der Aufgabe der Elementarschule das für den angehenden Elementarlehrer nöthwendige und ausreichende Maas der Seminarbildung feststellen, welches von den Sem. als das festgestellte Ziel ihrer Thätigkeit zu erfüllen ist. Die Grenzen dieser Aufgabe sind der Regel nach nicht zu überschreiten, jedenfalls nicht eher, als das zunächst festgestellte Gebiet der Bildung vollständig durchdrungen, und dessen Inhalt zum wirklichen geistigen Leben der Zöglinge geworden ist. Zu solchen Abweichungen ist die Genehmigung des Min. erforderlich.

#### I. Allgemeine Bestimmungen.

Zunächst ist unter Berücksichtigung der factisch bestehenden Verhältnisse nur kurze Zeit, welche den Sem. zur Bildung ihrer Zöglinge gewährt

und des Maasses der Vorbildung, mit welcher die letzteren eintreten, als erste unter allen Umständen zu lösende Aufgabe des Sem.-Unterrichts die anzusehen, durch dens. und durch Benützung der mit den Sem. verbundenen Übungsschule die angehenden Lehrer zum einfachen und fruchtbringenden Unterricht in der Religion, im Lesen und in der Muttersprache, im Schreiben, Rechnen, Singen, in der Vaterlands- und Naturkunde — sämtliche Gegenstände in ihrer Beschränkung innerhalb der Grenzen der Elementarschule — theoretisch und praktisch gelehrt werden. Die unbedingte Erreichung dieses Ziels darf nicht in Frage gestellt oder behindert werden durch den Versuch einer wissenschaftl. Behandlung einzelner Disciplinen, welche mit jener nächsten Aufgabe der Sem. in keinem unmittelbaren Zusammenhange stehen, welche für allgemeinere Bildungszwecke zwar wünschenswerth und nützlich, für den Elementarlehrer als solchen aber nicht unerforderlich sind, und hinsichtlich derer das Seminar sich daher darauf zu beschränken hat, durch elementarische Grundlegung und Behandlung der Anfangsgründe, Reigung und Befähigung zum weiteren Studium zu erzeugen.

Nicht diejenige Bildung, welche in einzelnen Fällen von einem Lehrer für eine einzelne Stadtschule gefordert werden mag; sondern die Bildung und das Können, das Schulhalten in der gewöhnl., aus Einer Klasse bestehenden Elementarschule von dem Lehrer erfordert, ist die an allen Zöglingen zu erreichende Aufgabe des Sem.

Für beide Arten von Schulen ist dasselbe Maass methodischer und formeller Ausbildung des Lehrers erforderlich; durch Anlagen und sonstige Verhältnisse begünstigt. Schulamts-Kandidaten werden vor oder nach ihrer Seminarzeit Gelegenheit materiell den Kreis ihrer Kenntnisse zu erweitern.

Die tüchtige und wohlbegründete Vorbildung für das beschränkte Gebiet der Elementarschule wird auch den für höhere Stufen des Unterrichts Bestimmung zu Gute kommen; eine vorzugsweise Berücksichtigung der letztern und ihrer Ausbildung bei dem Sem.-Unterricht würde aber das ganze Schulwesen der Gefahr der Vernachlässigung und der Versäumnis des Nothwendigen aussetzen.

Es ist in Seminarien mehrfach zur Geltung gekommene Streben, möglichst den Kreis des Wissens zu ziehen, eine vielseitige allgemeinere Bildung anzustreben, das eigentlich Elementarische in Stoff und Methode als sich von selbst ergebend vorauszusetzen, widerspricht auf das Bestimmteste dem Zwecke der Seminarbildung. Es muß vielmehr das Unterrichtsmaterial der Elementarschule als ein nach allen Beziehungen zu Durchbringendes und Herrschendes das nächste Gebiet des Sem.-Unterrichts bilden, welches soll die Übungsschule, zumal im letzten Jahre, der eigentliche Mittelpunkt des Sem.-Unterrichts werden.

Nach genügt es nicht, daß der Seminarlehrer die betr. Gegenstände vorgetragen, entwickelt und gelegentlich wiederholt habe; sondern es müssen Resultate des Unterrichts gezogen und bei den Zöglingen in der Art befestigt werden, daß sie Stande sind, selbstständig und ohne Hülfe dasjenige, was sie gelernt haben, anzugeben, und von demselben in der Übungsschule unmittelbare Anwendung zu machen.

Hätten es Zeit und Verhältnisse eines Sem., unter Festhaltung des hierin bestimmten Ziels noch weitere Kreise des Unterrichts zu beschreiten, so ist hierzu ein Erlaubniß erforderlich.

Alle Sem. der Mon. haben bereits eigene Übungsschulen. Wo die eine oder andere noch nicht einen selbstständigen Lehrer besitzen sollte, der ebenso im Bereich des Unterrichts und im Schulhalten überhaupt muster- und maßgebend, zeitlich allg. gebildet und befähigt wäre, daß er mit dem Sem.-Unterricht selbst eine ergänzende Wechselwirkung treten könnte; da ist auf die Anstellung eines solchen Bedacht zu nehmen. 1)

Die Übungsschule muß der Mittelpunkt sein, um den sich ein großer Theil des Sem.-Unterrichts in den beiden letzten Jahren lebendig gestaltet. Es wird

---

Das ob. S. 387 gegebene, dem Schulkalender pro 1854 entnommene Verzeichniß führt Übungsschulen nur bei der Minderzahl der Sem. auf.

dieses ein geeignetes Mittel sein, um den Sem.-Unterricht vor Abfließen zu bewahren und die Zöglinge sofort zur praktischen Anwendung des theoretisch Erlernten anzuleiten.

Zu dem Ende muß sie die musterhafte Einrichtung einer gewöhnlichen Elementarschule haben, und in ihrer Einrichtung es möglich machen, Zöglinge die richtige Anschauung von dem Unterricht in einer ein- und mehrklassigen Schule erhalten können.

Wenn die Verhältnisse es mit sich bringen, daß ein Sem. eine mehrklassige Schule zu versehen, oder daß dasselbe neben der Übungsschule noch eine Muster-Klasse oder Schule hat; so mag eine anderweitige äußere Einrichtung fortbestehen, die Benutzung der Schule ist aber dem Zweck und Interesse des Sem. gemäß zu gestalten.

In der Übungsschule werden die Zöglinge jedenfalls schon vom 2. Jahre an zuhörtend und in äußeren Dingen dienstleistend, und im 3. Jahre unter Aufsicht und Aufsicht des Lehrers unterrichtend beschäftigt, wobei die Einwirkung des Sem. und der Seminarlehrer auf den Unterricht in der Übungsschule vorausgesetzt nicht ausgeschlossen wird, daß auch diese in den ihnen zugetheilten Klassen nöthigen Veranschaulichungen und Übungen theils mit kleineren Abtheilungen Schüler, theils in der Übungsschule anstellen, jedenfalls auch von Zeit zu Zeit Musterlektionen abhalten. Selbst für den Fall, daß diese Zöglinge nicht in der Übungsschule fungiren könnten, sind sie in jedem der ihnen übertragenen Unterrichtsgegenstände mindestens 4 Wochen andauernd zu beschäftigen.

Der letzte Zweck des Sem.-Unterrichts ist nicht, daß der Zögling lerne, sondern daß durch das im Unterricht vermittelte Lernen und Gelernte Leben gelte und der Zögling seinem Berufe gemäß herangebildet werde zu einem Leben für evang. christliche Schulen, welche die Aufgabe haben, mitzuwirken, daß die Jugend erzogen werde in christlicher, patriotischer Gesinnung und in häuslicher Tugend.

Von diesem Standpunkte aus hat in den nachfolgenden Bestimmungen die Aufgabe der Sem., während das Lern- und Wissensgebiet in seiner Ausdehnung auf das Nothwendige beschränkt werden ist, für dieses Gebiet aber Klarheit des Verständnisses und Sicherheit des Besizes gefordert, eine tiefere, die ganze Persönlichkeit des künftigen Lehrers nach allen Lebensrichtungen hin erfassende werden müssen.

Der Unterrichtsstoff, in seinen christlichen, nationalen und vernünftlichen Beziehungen ist so zu behandeln, daß er die ganze Anschauungsweise durchdringt, einen Einfluß auf das gesamte Geistesleben erhebt, neben Erweiterung der Bildung und Schärfung des Urtheils auf Herz und Charakter bildend einwirkt. Durch diesen Zweck wird die Gestaltung des Unterrichts nach zwei Richtungen wesentlich bedingt: zunächst daß der concentrirt und zusammengehörige Zweige desselben unter sich und zu der schaftl. Bildungsaufgabe in die richtige Beziehung gesetzt werden: wie die Nothwendigkeit folgt, daß Zusammengehöriges, so weit wie möglich, demselben Lehrers liege. Als Regel in dieser Beziehung ist anzusehen: Unterricht in der Religion, Schulkunde und Geschichte einem Lehrer, deutsche Sprache und Lesen; sowie im Rechnen, Raumlehre, Schreiben je einem andern übertragen, und daß der Musikunterricht vereinigt sei. —

Was die Form des Unterrichts angeht so soll dieselbe zunächst in ihrer Beziehung mustergebend sein: die Zöglinge der Sem. sollen den Lehrer zu betrachten, welche liebevoller Ernst und theilnehmende Leistung schon in ihrer Vorbereitung gewöhnen soll, die ihnen später als Christenkindern ihrem Heiland in Liebe und Treue zuzuführen, und in der Werkstätte des göttlichen Geistes erkennen und verehren zu lernen. Selbstüberhebung wird daher dem Seminarlehrer eben so fern Förderung der Eitelkeit auf menschliches Wissen.

Weiter muß der Sem.-Unterricht im Ganzen nach der Form gegeben werden, welche die Behandlung des Stoffes in der Elementarschule erfordert. Es muß die Form nach allen Seiten in strenger Festhaltung des Gedankens

ten zum weiteren Fortschreiten richtig benutzend, Schwierigkeiten vermittelnd, fehlerhafte Auffassungen berichtend, geistige Zucht üben und, indem der Lehrer in seiner mittheilenden Thätigkeit mehr zurücktritt, die Selbstthätigkeit der Schüler anregend in Anspruch nehmen.

Hiernach sind in allen Lektionen rasches und sicheres Auffassen der neuen oder vorgetragenen Gedanken, klares und sicheres Verstehen, einfaches, richtiges Wiedergeben, also Übung im Verstehen, Denken und Sprechen stets im Vordergrund stehende Gesichtspunkte. Uebermaß des Mitzutheilenden, ohne gleichzeitige Verarbeitung und Entwicklung der Individualität hindern, die Produktivität abschwächen und das gesunde Urtheil gefangen nehmen.

Wo irgend möglich, ist dem Unterricht ein geeignetes Lehrbuch oder ein Leitfaden zu Grunde zu legen. Aufgabe des Lehrers ist es, den Inhalt desselben zu klären, zu befestigen und durch Verständnis nach allen Seiten hin förderbar für den Elementarunterricht zu machen; nicht aber, dasselbe als Gegenstand der Kritik zu machen, und neben demselben, oder abgesehen von demselben, ein anderes System vorzutragen.

In denjenigen Fällen, in welchen zur Zeit noch kein Lehrbuch angewendet werden kann, soll sich der Lehrer auf die schriftl. Mittheilung bestimmter Sätze, auf deren Verstandung und Befestigung durch den mündl. Unterricht zu beschränken.

Als Diktiren, oder Ausarbeitenlassen weitläufiger Hefte ist nicht zu gestatten. Es besonders zweckmäßig empfiehlt es sich, die Zöglinge auf geeignete Abschnitte des Unterrichts in einzelnen Fächern sich aus passenden Lehrmitteln so vorzubereiten, daß sie den betr. Gegenstand selbstständig vortragen und nur der Uebersetzung und Korrektur des Lehrers bedürfen. —

In jedem der beiden unteren Kurse sind wöchentlich höchstens 28, für den Kursus 15 Lehrstunden, <sup>1)</sup> mit Ausschluß des Unterrichts im Turnen und Gartenbau, sowie der Beschäftigung in der Übungsschule, anzusetzen. Wo es nöthig wird, ist die Ausdehnung des Unterrichtsstoffes zu beschränken und die Verarbeitung und selbstständige Aneignung desselben zu fördern.

In jedem Kursus ist der Unterrichtsstoff in bestimmte Abschnitte zu theilen, und in jedem der letzteren ein bestimmtes Zeitmaß festzusetzen, wobei den angeordneten Repetitionen genügender Raum zu gestatten ist.

Wöchentlich werden von jedem Lehrer die durchgearbeiteten Pensas niedergelegt; und ist die diesfällige Nachweisung von dem Dir. bei den anzustellenden mündl. oder Tertialprüfungen, sowie bei außerordentlichen Revisionen als Anhalt zu nehmen.

In mindestens Einem Tage in jedem Monate fällt der gesammte Unterricht aus, und sind die Zöglinge anzuleiten, die freien Tage selbstständig und zu zusammenfassenden Repetitionen und größeren Arbeiten zu benutzen.

## II. Einzelne Unterrichtsfächer.

Was bisher an einzelnen Sem. noch unter den Rubriken Pädagogik, Didaktik, Katechetik, Anthropologie und Psychologie u. s. w. etwa gelehrt wurde, ist von dem Lektionsplan zu entfernen, und statt dessen für jeden Kursus wöchentlich zwei Stunden „Schulkunde“ anzusetzen.

Im dem Sem. ist kein System der Pädagogik zu lehren, auch nicht in popularisirter Form.

Der Unterricht über Schulkunde hat sich vor Abstraktionen und vor Definitionen sorgfältig zu bewahren und möglichst praktisch und unmittelbar zu gestalten. Der angehende Lehrer soll durch diesen Unterricht die für ihn erforderl. pädagogische Bildung erlangen und befähigt werden, sich selbst und Andere über das Wesen und die Aufgabe seines Berufs bewußte und klare Rechenschaft zu geben. In einfachem und bestimmtem Bild von der evang. christl. Schule nach ihrer Entstehung und Ausbildung, nach ihrem Verhältniß zu Familie, Kirche und Staat zu handeln, wobei die einflußreichsten Schulmänner, namentlich seit der Reformation, zu erwähnen, und deren Einwirkung auf Gestaltung des Elementar-Schulwesens ihre Darlegung finden können; sowie eine Charakteristik des Lehrers nach christl. und sittl. Standpunkt zu geben, wird eine angemessene Aufgabe für

eigenen Ausbildung als Lehrer gegeben wird, und was seine unmittelbare Anwendung und Wiederholung in der Elementarschule zu finden hat.

In dieser Beziehung wird ein enges Anschließen an die mit zu veröffentlichenden Grundzüge für die Einrichtung und den Unterricht in Elementarschulen und eine umsichtige und praktische Benützung der Lehr- und Schüler der Sem. vor dem Irrthum bewahren, daß Regul. für den Umfang des Sem.-Unterrichts aufgestellten Forderungen ihre Anwendung auf die Elementarschule und den Unterricht der S finden könnten.

Die bisher in den meisten Sem. unter dem Titel „Methobik“ Veran- legung der Methode aller Elementar-Unterrichtsfächer hat zur Lösung die künftigen Schullehrer zur Aneignung einer sicheren und leicht- Behandlung des Unterrichts zu führen, wenig beigetragen.

Die unmittelbare Anweisung zu einer guten Methode muß aus dem Unterricht eines jeden Lehrers selbst ergeben bereits bemerkt, der Sem.-Unterricht im Ganzen nach dens. Grund- seinen begründeten Abschnitten theilweise selbst in der Form gegeben die Behandlung dess. Gegenstandes in der Elementarschule fordert.

Die Aufgabe des betr. Fachlehrers ist hierbei, die Methode bei- richt zum klaren Verständniß der Zöglinge zu bringen und dafür die letzteren in der Übungsschule zur praktischen Beherrschung derse-

Der Unterricht in der Schulkunde ist daher in diesem Theile- schränken, daß der Zusammenhang erläutert wird, in weld- geln der Fächer der Elementarschule unter einander, z- ziehung, in welcher sie zu dem Gesamtzweck der durch zu bewirkenden Erziehung und Bildung stehen.

Soweit in der Schulkunde auch die Erziehungslehre zu behand- Begriffe „Erziehung und Schulerziehung“ nicht mit einander zu ver- in einander aufgehen zu lassen.

Was die Erziehung im Allg. betrifft, so wird für den künftige- lehrer eine Zusammenstellung und Erläuterung der in der heil. Schr- hierher gehörigen Grundsätze ausreichen. Die Lehre von der Sünd- Süßbedürftigkeit, von dem Gesetz, der göttlichen Erlösung und heil- Pädagogik, welche zu ihrer Anwendung für den Elementarlehrer nur- sätze aus der Anthropologie und Psychologie bedarf. Das Sem. hat



mit den factischen Zuständen des Volkslebens und der Elementarschule in einem lebendigen Zusammenhang erhalten.

Einstweilen werden den Sem. mit Ausschluß des methodischen Theiles die *Lehren und Erfahrungen für christliche Armenschullehrer* vom Insp. Zeller in *Angen* anzupfehlen sein; die Seminarlehrer aber werden es sich angelegen lassen, das in einzelnen Schriften von Kellner, Goltzsch, Grube, Palmer u. A., *insbes.* in mehreren Zeitschriften, namentlich dem *Brandenburger Schulblatt* und *Süddeutschen Schulboten* zerstreute, hieher gehörige Material zu sammeln und Anwendung zu bringen. <sup>1)</sup>

2. Der in den Sem. vielfach unter dem Namen „christliche Lehre“ ertheilte Religions-Unterricht, welcher künftig in dem Lektionsplan als „Katechismus-Unterricht“ aufzuführen ist, hat vornehmlich die Aufgabe, durch ein *reines und tiefes Verstandniß* des göttlichen Wortes auf der Grundlage des evang. Lehrbegriffes der eigenen religiösen Erkenntniß der *Zöglinge* Richtung und Halt, und indem er sie durch jenes Verstandniß sich selbst und ihr Verhältniß zur göttl. Heilsordnung kennen läßt, für ihr ganzes christl. Leben die richtige Grundlage schaffen.

Derselbe wird in dieser Ausdehnung und in der durch seine Zwecke bedingten *Art* in der Elementarschule nicht vom Lehrer wieder ertheilt werden und ist *als* hinsichtlich seiner Gränzen und seiner Methode nicht den Beschränkungen Rücksichten unterworfen, wie die meisten anderen, in der Elementarschule *stetig* vorkommenden Gegenstände des Sem.-Unterrichts. Bei dem Einfluß, welchen gerade dieser Unterricht auf das ganze geistige Leben des Lehrers mittelbar auf den in der Elementarschule zu ertheilenden Religions-Unterricht *haben* soll, kommt es, abgesehen von der ihm innewohnenden Ueberzeugungskraft, *me* und Eindringlichkeit, besonders darauf an, daß durch ihn sichere und *lebende*, mit dem Lehrbegriff der Kirche übereinstimmende *Res.* *ate* der christl. Erkenntniß erzielt werden.

Es versteht sich von selbst, daß die nächste Unterlage dieses Unterrichts die *den* Volksunterricht bestimmten symbolischen Bücher der evang. Kirche, der *he* *Katechismus* Lutheri, beziehungsweise der *Heidelberger Katechismus*, bilden müssen.

Da aber jedenfalls der erstere eine ausführlichere Entwicklung und Erweiterung für den vorliegenden Zweck erheischt, so ist vielfach dieses Weitere dem *rag* des Lehrers und der freien Verarbeitung der *Zöglinge* überlassen worden. Auch nicht bei diesem Verfahren unter Umständen ein zu weiter Spielraum *le* nicht mehr berechnete Subjektivität des Lehrers zu befürchten wäre, so ist *sch* keinesfalls zu vermeiden, daß auch die von ihm richtig vorgetragene Lehre *leher* Weise so vielfach irthümlich, oder halbwahr aufgefaßt und weiter ge- *n* wird, als *Zöglinge* seinen Unterricht empfangen.

Es ist daher erforderlich, dem Religions-Unterricht in den Sem. einen Zeit- *zu* Grunde zu legen, welcher dasj. vollständig enthält, was künftigen Schul- *in* bestimmter Fassung zu wissen nothwendig ist. Aufgabe des Lehrers ist *im* Inhalt dieses Zeitfadens zu erläutern, zum vollen Verstandniß der *Zöglinge* *ringen* und zu ihrem freien geistigen Eigenthum zu machen, ohne daß es *ter* materieller Huthaten von seiner Seite bedürfe.

Nach vorher eingeholtem Gutachten des Evang. Oberkirchenraths wird daher *sch* bestimmt, daß zu diesem Behufe der zu *Barmen* erschienene:

„Kleine Katechismus Lutheri als Grundlage einer ausführl. Unterweisung im Christenthum“

in evang. Sem. eingeführt und in der angegebenen Weise als Handbuch für *Unterricht* in der christl. Lehre benutzt werde, wobei es sich von selbst versteht, *er* Gebrauch des *Heidelberger Katechismus* da Statt findet, wo die *confessio-* *Verhältnisse* seine Anwendung bedingen.

Ueber den engeren Kreis seiner unmittelbaren Thätigkeit in der Schulklasse *er* wird von dem evang. Schullehrer mit Recht eine warme und thätige

1) Das K. v. 7. Aug. 1833 (s. ob. S. 408) ist hierdurch antiquirt.

die vorzüglichsten Ausgänge, und die erfolgreichsten Anhaltspunkte um den künftigen Lehrer für eine freie hingebende Theilnahme dem Gebiete der christl. Bestrebungen für Heiden-, Mission, für Armen- und Verlassenen-Pflege und dergl. mit der erforderl. Einsicht und Liebe auszurüsten.

In letzterer Beziehung wird weniger eigentlicher Unterricht, in die Kenntniß der thatsächl. Verhältnisse und Zustände durch die dahin einschlagenden Schriften und Verwendung derselben für die sowie Uebung und praktische Betheiligung an der Ausbetr. Ideen der Weg sein, welchen die Sem. einzuschlagen haben, auch nur erwünscht sein kann, wenn die Sem. als solche lebendige der Vereine für Mission und verwandte Bestrebungen.

So lange Behufs der Einführung in die Zustände des kirchl. Lebens angegebenen Grundsätzen ein besonderer Leitfaden noch nicht vorhanden, die Galmer Kirchengeschichte, sowie die Geschichte der christl. Leipoldt zu theilweiser Erreichung des Zweckes mit Nutzen gebraucht.

Wenn nach diesen Gesichtspunkten der Religions-Unterricht soweit er vorzugsweise die eigene, christl. Bildung der Zöglinge zweckmäßig eingerichtet und in dies. Gränzen zurückgeführt ist, der Sem.-Unterricht wirklich durchdringen und ausfüllen kann; so wird es ankommen, diesen Unterricht zu der Aufgabe und zu den Grundsätzen des Religions-Unterrichts in der Elementarschule, sowie zu dem Inhalt des evang. christl. Volkslebens in eine unmittelbare Beziehung zu setzen, als es vielfach bis jetzt der Fall war.

Zu dem Ende haben sich die Sem. selbst die der Elementarschule und ihr erreichbare Aufgabe im Religions-Unterricht klar zu machen und ihren eigenen Unterricht demgemäß einzurichten.

In dieser Beziehung ist zunächst festzuhalten, daß eine systematische Darstellung der christl. Lehre, sei es in Entwicklung des dogmatischen Lehrinhalts des Katechismus, sei es in selbstständiger katechetischer Darstellung einzelner Lehrpunkte und Bibelstellen, nicht Aufgabe des Elementar-Unterrichts ist. Der Katechismus-Unterricht der Elementarschule soll vielmehr in der Art vorzubereiten, daß durch eine einfache katechetische

ist vielmehr von dem betr. Seminarlehrer mit den Schülern vorbildlich, Elementarschule Anschauung und Muster gebend, durchzuarbeiten.

Das Feld, auf welchem die Elementarschule ihre Aufgabe, das christl. er ihr anvertrauten Jugend zu begründen und zu entwickeln, hauptsächlich hat, ist nach der Natur des Elementar-Unterrichts und nach Maßgabe der Seminarlehrer in der Regel erreichbaren Bildung, die biblische Geschichte.

Unter der Voraussetzung, daß der Unterricht in der biblischen Geschichte seine weder in moralische Anwendung, noch in die Abstraction dogm. Lehrbegriffe setze, vielmehr die Kinder zu einem sichern Verständnis und zu einer innigen, gläubigen Aneignung der Thatfachen bibl. Geschichte des auserwählten Volkes und des ganzen Menschengeschlechtes zu führen, und sie aus ihnen die ewig gültigen Anschauungen von den höchsten göttl. und menschlichen Dingen zu lehren suche; ergiebt es sich als nothwendig, daß jede einzelne Geschichte, wie sie in den Historien- und biblischen Lese-Büchern, namentlich Bahn, <sup>1)</sup> Preuß und Otto Schulz, zweckmäßig mit den Worten der Bibel dargestellt worden, nach den obigen Gesichtspunkten im Sem.-Unterricht mit Schülern durchgegangen wird, und daß diese, indem sie so die einzelnen und persönl. Beziehungen des religiös-christl. Lebens an der Hand des Textes mit erleben und durchleben, zu einer anschaulichen und unmittelbaren Aneignung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten desselben geführt werden.

Besondern ist zu fordern, daß jeder angehende Lehrer im Stande sei, die bibl. Historien in der für die Elementarschule gehörigen Form frei und lebendig zu erzählen; daß er angeleitet werde, jede dieser Historien in ihren Ursachen und mit Rücksicht auf den Gesamtzweck des bibl. Geschichts-Unterrichts angemessen und fruchtbar zu behandeln, und den letzteren mit den christl. Festjahren in enge Beziehung zu setzen, um in dieser Weise die Verbindung der Schule mit dem gottesdienstl. Leben und eine bewußte Theilnahme der Kinder an demselben zu vermitteln, wobei besondere Rücksicht auf die für die verschiedenen Alters- und Entwicklungsstufen der Kinder auszuwählenden Historien zu nehmen ist.

Ein genaues Kenntniß der in den betr. Historienbüchern enthaltenen bibl. Geschichte, sowie die Fertigkeit, sie frei erzählen zu können, wird fernerhin unerlässliche Bedingung für die Aufnahme in ein Seminar sein müssen. <sup>2)</sup>

Im 1. Jahr des Sem.-Unterrichts wird alsdann, was den Religions-Unterricht, hauptsächlich auf eine ganz ins Einzelne gehende, nicht nur lebendig und das eigene religiöse Leben erbauende, sondern auch eine anschauliche Aneignung der Grundwahrheiten des christl. Lebens erzielende Behandlung der bibl. Geschichte in der Art zu verwenden sein, daß, wenn im 2. Jahre der Katechismus-Unterricht ein klares Verständniß des christl. Glaubens-Inhaltes, wie ihn die Kirche bekennet, geschaffen und befestigt hat, im 3. Jahre der eigene Unterricht in der Übungsschule dem Seminaristen Gelegenheit giebt, sich unter Leitung und Korrektur des betr. Lehrers auch praktisch in der Ertheilung des elementaren Religions-Unterrichts zu vervollkommen.

Insichtlich des Bibellebens sind in der Elementarschule, immer mit Ausnahme des Kirchenjahrs, die sonntäglichen Evangelien und Episteln, und außerdem den reiferen Schülern im Zusammenhang Psalmen, prophetische Bücher und testamentliche Briefe zu lesen. <sup>3)</sup>

Um den Lehrer für diesen Unterricht vorzubereiten, wird das Sem. zweckmäßig eine Anordnung, Auswahl und Behandlung des Stoffes des Bibellebens mit Schülern zu betreiben haben.

Seinen tägl. Morgen- und Abend-Andachten wird außerdem die Vision in geordneter Reihenfolge der Lesestücke eine bleibende Erinnerung einnehmen, in welcher Beziehung Anschluß an die Werderschen Bibeln und an den Bahnschen Bibel-Kalender zu empfehlen ist.

Schon empfohlen durch G. R. v. 27. Sept. 1837 (s. ob. S. 657).

Bergl. das nachstehende Regul. v. 2. Okt. 1854.

Bergl. G. R. v. 7. Apr. 1825 ob. S. 655.

Wo es noch nicht der Fall, ist außerdem das Fernen und Erklären eines Wochenspruches in Verbindung mit der Morgen-Andacht, oder mit der Religionsstunde einzuführen.

Die seither vielfach in den Sem. als abgesonderter Unterrichtsgegenstand behandelte sogenannte „Bibelkunde“ oder „Einleitung in die heil. Schrift“ ist künftig von dem Lektionsplan ders. zu entfernen.

Was zum Verständniß der bibl. Bücher an historischen, antiquarischen und sonstigen Erläuterungen für den Zweck der Elementarlehrebildung erforderlich, ist bei Behandlung der bibl. Geschichte und beim Bibellesen den Schülern gelegentlich mitzutheilen. Der Unterricht hat sich aber hierbei überall auf das Nothwendige und auf feste Resultate zu beschränken und über dem Wissen um äußerliche Dinge die Einführung in das Verständniß des religiösen Inhalts und des inneren Lebens nicht zu verabsäumen.

Zu Privatlektüre können zweckmäßig benutzt werden: das gelobte Land u. Völkler, die Kalmer bibl. Geographie, bibl. Naturgeschichte und das ebenfalls erschienene Handbüchlein biblischer Alterthümer.

Neben dem bibl. Geschichts-Unterricht und der Einführung in den Inhalt der Bibel überhaupt hat die Elementarschule die Aufgabe, dem Gedächtnis und dem Verständniß der Kinder eine Anzahl von Bibelsprüchen, Kirchenliedern, sowie der für das persönl. Bedürfnis und die Theilnahme am gottesdienstlichen Leben erforderlichen Gebete zu übergeben, ihre Schüler auch zu einer bewußten Theilnahme an dem letzteren vorzubereiten.

Die Erklärung der betr. Bibelsprüche und Kirchenlieder wird im 1. Jahr des Sem.-Kursus zweckmäßig neben dem bibl. Geschichts-Unterricht hergehen, um in dieser Beziehung für die Elementarschule vorbildlich zu sein, sich im Besontl. an die verschiedenen Zeiten des Kirchenjahres anschließen.

Hiermit ist auch die Gelegenheit geboten, die Bedeutung und den Zusammenhang der einzelnen Abschnitte des Kirchenjahres und seiner Feste dem Verstand der Schölinge so nahe zu legen und sie in das Verständniß der feststehenden religiösen Theile des öffentl. Gottesdienstes so einzuführen, wie es die Theilnahme an dem kirchl. Leben erfordert, und wie allein die Elementarschule präparirt das Leben in der kirchl. Gemeinschaft erziehen kann.

In dem 2. Jahre des Sem.-Kursus wird die Erklärung der Bibelsprüche nach einer andern Richtung, und zwar in Verbindung mit dem Katechismus-Unterricht, dahin fortgesetzt, daß dieselben als Beweisstellen der christl. Lehre zur Erläuterung und Anwendung finden.

Die Kirchenlieder sind überall in möglichst engem Anschluß an den reinen Text zu lernen und ist dem Unterricht zu Grunde zu legen eine Auswahl Sammlung

„Geistliche Lieder für Schule und Haus, nach den Original-Texten u. Melodien Nicolai'sche Buchhandlung,“

oder

„Geistliche Lieder für Kirche, Schule und Haus. Herausgegeben v. L. v. Stolzenburg. Bunzlau 1852.“

Der Umsicht des betr. Seminarlehrers muß es überlassen bleiben, wie die künftigen Lehrer mit den Abweichungen des Textes der Kirchenlieder bekannt zu machen und, wie dieselben in den verschiedenen Gesangbüchern des Bez. der Prov. vorkommen. —

Dem nach diesen Grundzügen eingerichteten Religions-Unterricht wird es nur möglich werden, für die Elementarschule formell vorgebildete und überaus gabe klar bewußte Lehrer heranzuziehen, in diesen selbst eine ausreichende bestimmte Erkenntnis des Wortes, der Lehre und des Lebens der evang. Kirche zu gründen; sondern er wird auf diesem Grunde auch ein gottesdienstliches Leben der Schölinge anbahnen können, das den Erziehungsgang Gottes von Sünde bis zur Rechtfertigung durch den Glauben, der in der Liebe thätig jeden Einzelnen an sich erfahren und in sich nachleben läßt.

Dazu gehört, daß sich das ganze Leben im Sem. unter die Aufsicht

1) Vergl. G. R. v. 1. Sept. 1842 oben S. 656 u. das G. R. v. 1. 1844 Nr. V. ob. S. 667.

Wortes und Geistes stellt, daß aus der Fülle der Gnadenmittel Lehrern und Schülern fleißig und treu geschöpft, im Ganzen evang.-christl. Lebensgemeinschaft dargestellt wird.

### 3. Unterricht im Lesen und in der deutschen Sprache.

In Bezug auf allgemein menschliche und volksthümliche Bildung dem gen. Unterricht für Elementarschule und Sem. eine wesentl. Bedeutung legen. Die eigene Bildung des Lehrers stellt auch bei diesem Unterricht ähnlich des Materials weitergehende Forderungen, als das Bedürfnis der Elementarschule.

In der Elementarschule soll die Jugend möglichst rasch zur fertigen Anwendung wichtigsten Bildungsmittels, des Lesens von Gedrucktem und Geschriebenem, erzt; weiter während der ganzen Schulzeit im richtigen und ausdrucksvollen des Inhaltes, wie ihn Bibel, Gesangbuch und Kinderfreund bieten, geübt n. Sie soll diesen Inhalt so verstehen und fassen lernen, daß sie ihn sprachgedankenrichtig wiedergeben im Stande ist; sie soll in ihrem Anschauungs- liegende, so wie für den gewöhnl. Verkehr des bürgerl. Lebens nicht zu ent- rde Gedanken orthographisch und flüchtig niederschreiben können.

Abgesonderte Betreibung der deutschen Grammatik ist von der Elementar- ausgeschlossen.<sup>1)</sup>

Der künftige Lehrer ist zur Ertheilung des Lese- und Sprach-Unterrichts in Elementarschule befähigt, wenn er die Bibel und das Lesebuch richtig zu be- in versteht.

Es ist bisher in den meisten Sem. nicht genug geschehen, um die künftigen zur sichern Anwendung einer bestimmten. einfachen Leselehrmethode zu r, und diese Versäumnis ist ein Hauptgrund, warum in den Schulen noch r der Lese-Unterricht vielfach nach einem geistlosen und unpraktischen Mecha- is betrieben wird, und erst nach Jahren, oft gar nicht, erreicht, was die An- ung einer richtigen Methode in Monaten muß erreichen lassen, nämlich itigkeit im mechanischen Lesen.

In dieser Beziehung genügt weder die Besprechung einer oder mehrerer Theo- des Leseunterrichts, noch die von jedem Zögling in der Übungsschule anzu- the Beschäftigung mit dem Lesen; sondern es sind mit den Seminaristen des Ren Kursus selbst praktische, bis in das kleinste Detail gehende Übungen senlehren vorzunehmen, von denen nicht eher abzulassen ist, bis das richtige ihren bei Jedem zum freien Eigenthum geworden ist. Hiermit ist die Anwei- zur Einübung der Orthographie und die Mittheilung des für den Lehrer aus lantlehre zu wissen Nöthigen zu verbinden.

Eine bestimmte Methode des Lesenlehrens vorzuschreiben, erscheint mit Rück- auf mehrere, seit einigen Jahren zu Tag getretene, noch nicht allseitig aus- dete und erprobte Versuche jetzt noch nicht an der Zeit. Es darf erwartet en, daß aus den Sem. selbst in Berücksichtigung der angegebenen Gesicht- le und des Bedürfnisses, namentlich der mehrklassigen Elementarschule, sich ein llg. Anwendung geeignetes Lehrverfahren herausbilden wird, in welcher Be- ng den Provinzialbehörden sorgsame Beobachtung der vorhandenen und noch wartenden Entwicklung anempfohlen wird.

Weiter ist in Verarbeitung des für die Elementarschule bestimmten Lesebuchs unmittelbare Bedürfnis der Schule mehr zu berücksichtigen, als es seither ins geschehen ist. Es genügt nicht, die Seminaristen überhaupt in der Erklä- des Lesestoffs und dessen Benutzung für den deutschen Sprachunterricht in Voraussehung zu unterweisen, daß sie später jedes für die Elementarschule nete Lesestück fruchtbar behandeln könnten. Es muß vielmehr gerade das n Elementarschulen der Prov. eingeführte Lesebuch in der Art nicht bloß in übungsschule, sondern im Sem.-Unterricht selbst verarbeitet werden, daß in Behandlung der betr. Lesestücke die Zöglinge praktisch unterwiesen werden, wie eselben später selbst in der Elementarschule behandeln sollen.

Wenn zu diesem Behuf auch für jetzt noch kein allg. einzuführendes Schul- ch vorhanden ist, so muß wenigstens für die Übungsschulen der evang. Sem.

1) Vergl. die ob. S. 661 flg. gegebene Vorschriften über Sprach- Lese- und ib-Unterricht.



jeder Prov. ein gemeinsames Lesebuch eingeführt und zu dem angegebenen Zweck benutzt werden. Es ist ein solches Lesebuch zu wählen, von dem zu wünschen und zu erwarten ist, daß es allmählig in sämtl. Elementarschulen der Prov. Eingang finden wird. <sup>1)</sup>

Die angegebene Behandlung des Schullesebuchs bildet ebenfalls das Besondere der Unterklasse.

Für dieselbe gehört außerdem noch und findet ihre praktische Anwendung bei den Leseübungen die Einführung in die deutsche Grammatik, wobei der Gesichtspunkt festzuhalten, daß dieser Unterrichtsgegenstand theoretisch nicht in der Elementarschule wiederkehrt. Mit Ausschluß der sogen. philosophirenden allg. Grammatik wird unter Behandlung der Lehre vom einfachen Satz und dessen Erweiterung, der Ordnung und Verknüpfung der Satzglieder, der Verwandlung des Satzausdruckes und der Satzglieder zugleich das Nothwendige von den Wortklassen, ihrer Eintheilung und Umwandlung zu dem Zweck mitgetheilt, daß die Zöglinge im Stande sind, in Anwendung einer einfachen grammatischen Terminologie Sätze des Lesebuchs genau zu analysiren. Dabei ist stets Rücksicht auf Orthographie und Interpunktion zu nehmen und Anleitung zu geben, wie das Analysiren der Sätze nicht Selbstzweck ist, sondern zur Erleichterung eines richtigen Verständnisses des Inhaltes angewendet ist.

Bis ein für die besondern Bedürfnisse des Seminars geeignetes Lehrbuch vorhanden ist, werden die nothwendigen Terminologien und Definitionen von den betr. Lehrern selbst gegeben, oder der Unterricht an kleinere Sprachlehren, wie von Monnig, oder von Bohm und Steinert und ähnl. angeschlossen werden. Für die Behandlung des Sprach-Unterrichts überhaupt aber wird der Seminarlehrer manche geeignete Weisung in den betr. Schriften von Wackernagel, Schönbach und Otto finden.

In den beiden oberen Klassen des Sem. ist der deutsche Sprach-Unterricht nach folgenden Gesichtspunkten zu betreiben.<sup>1)</sup>

Unter Anwendung der in der Unter-Klasse erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten, im unmittelbaren Anschluß an das Lesebuch und unter steter Berücksichtigung des mündl. und schriftl. Gedankenausdruckes bezweckt derselbe, das Verständniß des für den Bildungsstandpunkt des Elementarschülers und für die Verhältnisse des Volkslebens geeigneten Sprachinhaltes einzuführen.

Das Eindringen in den Inhalt ist die beste Vorbereitung für ein richtiges und gutes Lesen. Die Fertigkeit, schwierige Stücke richtig und gut zu lesen, ist aber einen ziemlich sichern Maßstab zur Beurtheilung der formellen Schulbildung des Seminaristen ab.

Unter den vorhandenen Lesebüchern ist das „deutsche Lesebuch von Philipp Wackernagel“ <sup>2)</sup> vorzugsweise geeignet, um während des Seminarfursus die Betrachtung und das Verständniß der Sprache wie das Eingehen auf einen würdigen, ihren Bildungsbedürfnissen entsprechenden dem Volksleben nicht fern stehenden Inhalt anziehend und erfolgreich zu vermitteln. Dasselbe ist überall bei evang. Sem. einzuführen.

Aus diesem Lesebuch werden für jede Seminar-Klasse eine Anzahl prosaischer und poetischer Sprachstücke ausgewählt, welche den Normalstoff für den deutschen Sprach-Unterricht bilden und nach allen Beziehungen zum vollen Verständniß zu verarbeiten und zum selbstständigen Eigenthum zu bringen sind.

Das Auffassen, sprachliche und sachliche Verstehen und das Wiedergeben der Sprachstücke bedingt das wiederholte Vorlesen, Lesenlassen, Besprechen und Versuche im unveränderten und veränderten mündl. und schriftl. Reproduziren derselben.

Innerhalb dieses bestimmt abgezwigten Materials, bei dessen Auswahl nur die Berücksichtigung des Aufsteigens vom Leichteren zum Schwereren und sprachl. Besonderheiten, sondern auch die Rücksicht auf Anschließen des Schülers

1) Ueber Schullesebücher vgl. ob. S. 647.

2) Vgl. ob. S. 665.

dem sonstigen Unterricht nach seinen verschiedenen Stufen vorwaltenden und maßgebend sein muß; wird für Lehrer und Schüler die geeignetste Art geboten sein, die Kunst der Koncentration des Elementar-Unterrichts zu bringen. Innerhalb dieses Gebietes muß ohne weiteren theoreti- schen Unterricht über etymologische, synonymische, lexikologische und metrische Kenntnisse für den Elementarlehrer erforderliche Sprachverständnis und die ihm Sprachfertigkeit erzielt werden. Daneben wird der übrige Inhalt des Unterrichts in zweckmäßiger Aufeinanderfolge mehr kursorisch gelesen, ohne daß die Schüler in das Verständnis dess., und die Fertigkeit, sich über das Gelesene zu äußern, verabsäumt wird.

Dem unteren und mittleren Kursus schließen sich die Aufsätze überall an; in der Ober-Klasse können dieselben außerdem in selbstständiger Bearbeitung einzelner Theile aus den anderen Unterrichtsdisciplinen und in Beantwortung von Fragen, die den Lehrerberuf angehen, bestehen; auch ist hier Anleitung der dem Lehrer nothwendigen amtlichen und geschäftlichen schriftlichen Darstellung.

Dem deutschen Sprachunterricht ist die Privatlektüre in einen geordneten Zusammenhang zu bringen.

Für jeden Kursus ist eine geeignete Auswahl von Schriften zu treffen, und der Zögling zu gewissen Zeiten über die Benutzung und das Verständnis der Privatlektüre bezeichneten Schriften dem Lehrer Rechenschaft zu geben. Abgesehen von der dadurch für die Seminaristen bezweckten Sprach-, Gemüths- und Charakterbildung ist bei Auswahl der betr. Schriften und bei der Anleitung zum Lesen auch der Einfluß zu würdigen, welchen die künftigen Lehrer über die Grenzen der Elementarschule hinaus auf die Bildung und Gesittung der Schüler üben können.

Zu schließen von dieser Privatlektüre muß die sogen. klassische Litteratur gehören; dagegen findet Aufnahme, was nach Inhalt und Tendenz kirchliche und christliche Sitte, Patriotismus und sinnige Betrachtung der Natur zu fördern und nach seiner volksthümlich anschaulichen Darstellung in Kopf und Herz der Schüler überzugehen geeignet ist. Die Auswahl mag nach provinziellem Verschieden getroffen werden; im Allg. wird sie sich überall zweckmäßig auf die Lebensbeschreibungen Luthers von Matthesius und Wildenhahn, Melander und Valerius Herberger, Paul Gerhardt und Jakob Spener von Wildenbrandt, Berlin von Schubert, des evang. Jahrbuchs von Piper, des Beiblattes zu den Blättern des rauhen Hauses, der Erzählungen und Biographien von Schertel, der Volkschriften von Horn, Gottlieb, Ahlhelm, Nebenbacher, Stöber, Erschriften von Barth, der Märchen der Gebrüder Grimm, der Schriften von Büchtemann, Krummacher und Hebel, der vaterländischen Lebensbilder von Wernicke, des Vaterlandes von Curtmann, der Germania von Vogel, des Preussenspiegel von Müller, der Geschichte der Französischen Revolution und der Kriege von Jahn, der Länder-, Natur- und Reiseschilderungen von Kahl, Grube, Zimmermann u. A. treffen lassen.

Der Gebrauch des Wackernagelschen Lesebuchs, wie die Regelung der Privatlektüre bietet Veranlassung und Gelegenheit, die Zöglinge ohne Betreibung der Kirchengeschichte mit demj. bekannt zu machen, was ihnen aus der Geschichte der National-Litteratur und aus dem Leben und der Zeit ihrer Repräsentanten zu entnehmen ist.

Den Zöglingen des obersten Kursus ist in Rücksicht auf den Kirchendienst besonders eine Anleitung zum würdigen Vorlesen von Predigten und Abschnitten der Schrift zum gottesdienstlichen Gebrauch zu ertheilen.<sup>1)</sup>

Unterricht in Geschichte und Geographie. Beide Fächer sollen in ihrem Mittelpunkt das Vaterland haben, und soll der Unterricht in Geschichte sich auf den in der Geographie stützen und auf dens. zurückbeziehen. Vielfältige Beobachtungen und Untersuchungen haben ergeben, daß Unterricht in der allgemeinen Weltgeschichte nicht mit dem erwarteten Erfolg in den Schülern eingebracht werden kann, vielmehr Unklarheit und Verwirrung erzeugt, und ihm Wichtiges versäumt wird.

---

<sup>1)</sup> Ueber die Pflicht des Lehrers, den Geistl. zu vertreten, s. ob. S. 490.

Das Studium der allg. Weltgeschichte erfordert gründliche Vorkenntnisse an anderen Gebieten des Wissens, welche den Zöglingen der Sem. abgehen. Solan kann aber derselbe nicht sofort in chronologischer oder ethnographischer Methode betrieben werden; es sind vielmehr dazu grundlegende, vorbereitende Kräfte nötig, die in der Präparandenbildung nicht durchgearbeitet werden können. Es ist also auch nicht möglich, daß Seminaristen, welche der elementarischen Grundlagen und Anschauungen für den Geschichts-Unterricht entbehren, während des Zeitraums von zwei bis drei Jahren in einigen wöchentlichen Stunden die allg. Weltgeschichte so verarbeiten können, daß daraus ein wahrer und bleibender Vortheil für die Bildung und für die Elementarschule entspringe.

Dagegen muß es als eine wichtige Aufgabe der Schullehrer angesehen werden, bei dem heranwachsenden Geschlecht und in ihrer Umgebung Kenntniß der vaterländischen Erinnerungen, Einrichtungen und Personen aus der Vergangenheit und Gegenwart, und damit Achtung und Liebe zu der Herrscherfamilie vermitteln zu helfen.

Es ist daher in den Sem. zunächst die deutsche Geschichte, mit vorzugsweiser Berücksichtigung der preussischen, resp. Provinzial-Geschichte, <sup>1)</sup> in gründlicher und warmer Behandlung in der Art zu betreiben, daß durch sie ebensoviel elementarische Vorbildung in der Auffassung geschichtlicher Thatsachen und Zustände auch behufs Vorbereitung der Zöglinge zum weiteren Betreiben der Geschichte nach der Seminarzeit, als namentlich Kenntniß und Verständniß unserer vaterländischen Einrichtungen, Zustände, der in ihnen wirkenden Personen und ihrer Thaten erzielt wird.

Da ein weiteres, als dieses Ziel zu erreichen, über die Kraft der Sem. hinausgeht, so kann allg. Weltgeschichte als ein besonderes Unterrichtsfach in ihnen fernerhin nicht betrieben werden; es sind vielmehr die unentbehrlichsten Mittelungen aus ihr theils an die biblische, theils an die deutsche Geschichte anzuknüpfen, theils, wo es Verhältnisse und Zeit gestatten, in Biographien einzelner epochemachender Männer und in Schilderungen solcher Begebenheiten zusammenzufassen. Ueberall aber muß die kulturgeschichtliche Rücksicht vorwalten und die Auffassung der Geschichte vom christl. Geist und Bewußtsein durchdrungen und getragen werden.

Der vaterländische Geschichts-Unterricht ist zugleich mit dem Leben und Anschauungsweise des Volkes in fruchtbare Verbindung zu setzen, und sind in demselben ebensoviel die vaterländischen Gedenk- und Erinnerungstage besonders hervorzuheben und als Anknüpfungspunkte zu benutzen, wie die Zöglinge auch mit den für das Volk und seinen Gesang sich eignenden besten Erzeugnissen der patriotischen Poesie nach Text und Melodie bekannt zu machen sind. Der Unterricht in der deutschen Sprache im Gesang tritt hierbei in unmittelbaren Dienst des vaterländischen Geschichts-Unterrichts.

Bei dieser Gelegenheit wird die bereits bei einigen Seminarien bestehende Feier der vaterländischen und der evangelisch-kirchlichen Gedenkstage, soweit letztere nicht bereits in dem Organismus des Kirchenjahres enthalten sind, zur Nachahmung empfohlen.

Als solche Tage können für alle evang. Sem. der 18. Jan., der 18. Febr., der 18. und 25. Juni, der 3. Aug., der 15., 18. und 31. Okt., der 10. Nov. bezeichnet werden, ohne daß die Erweiterung dieser Zahl nach provinziellen Rücksichten ausgeschlossen wäre. <sup>2)</sup>

1) In den Typhuswaisenanstalten Schlesiens war die Provinz beim Unterricht als „Vaterland“ bezeichnet worden. Die Reg. zu Breslau hat dies gemißbilligt, weil dadurch Engherzigkeit und Beschränktheit der Auffassung genährt werde. Die Lehrer hätten daher beim geogr. u. geschichtl. Unterricht Preußen als ihr Vaterland, Schlesien aber als heimatliche Provinz zum Bewußtsein zu bringen. Nr. 36 1854. Nr. 515.

2) 18. Jan. 1701: Krönungstag; 18. Febr. 1546: Dr. Mart. Luther geb.; 18. Juni 1815: Schlacht bei Belle-Alliance; 3. Aug. 1770: Friedr. Wilhelm II. geb.; 15. Okt. 1795: Königs Geburtstag; 18. Okt. 1813: Schlacht bei Leipzig; 31. Okt. 1517: Reformation; 10. Nov. 1483: Luther geb. — Vergl. st. E. T.

e Feier kann in der Art stattfinden, daß zu geeigneter Stunde unter Theilnahme sämtlicher Zöglinge und Lehrer bezügliche Gesänge, an den kirchl. Tagen, an den vaterländischen Volkslieder, ausgeführt und betr. geschichtliche Lagen gemacht werden.

wird sich empfehlen, für die letzteren eine bleibende, auch zum Uebergang weitere Volkseleben geeignete Form festzustellen.

lange noch kein nach den angegebenen Gesichtspunkten ausgearbeitetes, andere Bedürfnis der Sem. befriedigendes Lehrbuch der vaterländischen Geographie vorhanden ist, werden die betr. Lehrer auf Sammlung, Sichtung und volkstümliche Verarbeitung des Materials aus Lehrbüchern und Biographien anzuweisen, und sich der Auffassung der Geschichte auf Dittmar's Lehrbuch der deutschen Geschichte hinzuweisen sein.

ie der Unterricht in der Geschichte sich auf die beiden obersten, so beschränkt der Unterricht in der Geographie auf die beiden untersten Kurse.

is hierin in jedem Sem. erreicht werden muß, ist Folgendes: Verständniß des Globus und der Karte; Kenntniß der Weltmeere mit ihren Inseln und Inselgruppen, sowie der Erdtheile im Allg. nach ihrer Lage, Gestalt, Größe, Bevölkerung nach ihren Naturprodukten, Gebirgen und Flüssen, ihrer Eintheilung im Allgemeinen und die Haupt- und bedeutendsten Handelsstädte derselben. Hierbei tritt in den Vordergrund und wird Deutschland in physischer und politischer Hinsicht in der Art behandelt, daß bei der Beschreibung des engeren Vaterlandes, resp. der einzelnen Provinz, deren Besonderheiten, was Natur, Industrie, und staatliche Einrichtungen betrifft, ihre Berücksichtigung finden.

der mathematischen Geographie ist das Nöthigste von der Gestalt und mathematischen Eintheilung der Erde, ihrer Größe, Bewegung um ihre Axe und um die Sonne, und von den daraus sich ergebenden Erscheinungen, von dem Bau der Fixsterne, Sternbildern, Planeten, Kometen und Trabanten mitzutheilen.

Lehrbuch in der Geographie kann einstweilen der Leitfaden von Voigt sein, welcher in der hier bezeichneten Beschränkung mit Auswahl zu gebrauchen für die Sem. welchen Zeit und Verhältnisse weitere Grenzen zu ziehen, jedenfalls ausreichendes Material darbietet.

n vorzugeweise an den geographischen Unterricht zu stellenden Anforderungen. Anschaulichkeit wird nicht nur durch stete Benutzung des Globus und der Karten genügt; der Unterricht muß auch überall durch Mittheilung charakteristischer Schilderungen u. Bilder, wie sie sich in den Büchern von Vogel, Kobl, Zimmermann u. A. finden, lebendig gemacht und zum selbstbaren Verständniß gebracht werden.

Naturkunde. Während der beiden ersten Jahre ist in wöchentlich 2 Stunden die Naturgeschichte in der Art zu behandeln, daß die wichtigsten einheimischen Pflanzen und Thiere nach ihren charakteristischen Merkmalen als Repräsentanten von Gattungen und Geschlechtern zur Anschauung gebracht und beschrieben, Charakterisirung der wichtigsten ausländischen, indem dieselben mit jenen verglichen werden, hier angereicht, und in dieser Weise, ohne daß ein Anschluß an ein wissenschaftl. System und seine Klassifikationen erforderlich wäre, übersichtliche Gruppen gebildet werden. Abgesondert wird eine populäre Beschreibung des menschl. Körpers gegeben.

is namentlich die Pflanzenkunde betrifft, so soll eine sichere Grundlage zu Weiterstudien geschafft und müssen die Zöglinge befähigt werden, mit Hilfe eines geeigneten Leitfadens die bedeutendsten einheimischen wildwachsenden Pflanzen nach ihren charakteristischen Merkmalen selbst zu erkennen, zu bestimmen und anschaulich zu beschreiben.

er Unterricht in der Mineralogie ist auf Kenntniß der hauptsächlich einheimischen Mineralien und Steinarten, sowie auf ihre Benutzung zu beschränken.

is auch für diesen Unterricht religiöse Richtung und Haltung nothwendige Bedingung ist, bedarf keiner näheren Erwähnung. Die Zöglinge sollen eine vollständige Freude an der Natur und an Beschäftigung mit derselben zu haben. Dabei soll sich der Unterricht für das praktische Leben nützlich erweisen, weshalb dieselbe vielfache Beziehung auf Ackerbau, Handel, Industrie zu nehmen hat.

Die Naturlehre sind im 2. oder 3. Kursus ebenfalls 2 Stunden

wöchentlich bestimmt. Die Behandlung ist überall nur eine elementare der Erscheinung oder dem Versuche das betreffende Gesetz ohne Fassung und dießfälligen Beweis zum Verständniß gebracht wird. In der Vor- und Einführung der „Grundzüge der Physik von Rüger“ müssen bei den die im gewöhnl. und gewerbl. Leben am meisten benutzten Instrumente und Maschinen, wie Pendel, Hebel, Rolle, Flaschenzug etc., Wasserraupen, Barometer und Thermometer, die von der Wärme, Elektricität, Magnetismus, dem Lichte etc. bedingten Erscheinungen ihre Veranschaulichung finden.

Für den Unterricht in der Naturgeschichte können einstweilen und Leitfäden von Schubert, Schilling und Scholz zweckmäßig benutzt werden. Hinsichtlich des Unterrichts in der Geschichte, Geographie und seiner Vertheilung in der Elementarschule ist noch zweierlei zu berücksichtigen.

Erstens soll in diesen Fächern überall das Vereinzeln und Zerstückeln des Unterrichtsmaterials möglichst vermieden, jedenfalls dafür gesorgt werden, daß das Vereinzelte seine organische Zusammenfassung und den eigentlichen Charakter, Landschafts- und Naturbildern ein solches geben. Zweitens soll der Unterricht sich selbst solcher Hülfsmittel zu bedienen, auch die Schüler anzuweisen, aus dem empfangenen Unterricht so zu lernen.

Sodann ist festzuhalten, daß die in Rede stehenden Unterrichtsfächer sehr seltenen Fällen auf dem Lektionsplan der Elementarschule ihre Stellung und keinenfalls eine mehr oder minder systematische Behandlung finden werden. Zum Theil wird hier das unmittelbare Leben die geeigneten Punkte bieten, wie z. B. in der Geschichte die vaterländischen Gedenk- und Feiertage, in der Naturkunde der Feld- und Gartenbau, der Wechselzeiten, Naturerscheinungen etc. Als das erwünschte Ziel ist aber auch ein Schullesebuch hergestellt worden, dessen lebensvolle und charakteristische Schilderungen das ausreichende Material für den ergänzenden Unterricht des Lehrers bieten. Auch wenn ein Buch in dieser Vollendung noch nicht vorhanden, wird doch das in der Uebung eingeführte Lesebuch im Zusammenhang mit den vorher angeführten Gruppierungen und Zusammenstellen von lebensvollen Bildern genügend bieten, den künftigen Elementarlehrer zu dieser für die Elementarschule nöthigen Urtheilung des sogenannten Realunterrichts anzuweisen.

6. Rechnung und Raumlehre. Für diese Fächer sind in den unteren Kursen je drei, im oberen Kursus eine Stunde anzusetzen.

Wie neben der wissenschaftl. Arithmetik praktisches Rechnen in den Seminarunterricht in den Vordergrund tritt, ebenso muß ein Unterricht werden, auf welchem die Seminaristen ohne Anwendung der Wissenschaft aber gründlich mit den geometrischen Figuren, sowohl ebenen wie räumlichen, ihren wichtigsten Eigenschaften und mit den Gründen bekannt gemacht werden, welchen ihre Ausmessung und Berechnung beruht.

Der Zahlenkreis von 1—100 in seinen verschiedenen Abstufungen und Erweiterungen für das schriftl. Rechnen wird ohne neuen Anspruch auf Vollständigkeit und Operationsfertigkeit der Seminaristen, aber in methodischer Vollständigkeit übereinstimmend mit dem Verfahren der Elementarschule gründlich durchgenommen, und hinsichtlich der Fertigkeit, die Zahlen zu gebrauchen, zu können, zum unverlierbaren und stets bereiten Eigenthum gemacht.

Während die letztere Forderung auch für alle fernere Stufen gilt, tritt die neue hinzu, daß die Zahlkraft der Schüler geübt und geübt werden, auf angewandten Aufgaben die Fertigkeit, die zusammengehörigen Zahlenverhältnisse mit gesundem Urtheil rasch und sicher zurecht zu legen und erzielt werden, zu welchem Zweck auch, wo Zeit und Verhältnisse es erlauben, die Lösung algebraischer Aufgaben auf arithmetischem Wege mit Nutzen werden kann. Bei den mannigfaltigsten Uebungen der Schüler überall ein Verfahren als das für die Elementarschule geeignetste



ten, damit hier nicht Sicherheit einer unfrüher machenden Vielseitigkeit nachgeprüft werde.

Was die Form betrifft, so ist das Gebiet des Rechnen-Unterrichts vorzugsweise geeignet, um im natürlichen und sichereren Schluß zu üben, und an einen lebendigen und schlagenden Ausdruck des Errechnens zu gewöhnen.

Eine weitergehende Ausbildung der Seminaristen — nicht zum Gebrauch in der Schule, sondern zur eigenen Förderung — etwa bis zur Verhältnißrechnung, zu Decimalzahlen, dem Ausziehen der Wurzeln kann ausnahmsweise von der Prov.-Behörde gestattet werden, jedoch nur da, wo die Verhältnisse des Sem. und der Provinz dazu entscheidenden Anlaß bieten.

Mit Rücksicht auf die vielen vorhandenen guten Lehrbücher und Leisfäden für den Unterricht im Rechnen und in der Raumlehre, kann bei der Auswahl eines Buches für die einzelnen Sem. den Wünschen des betr. Lehrers und den lokalen Verhältnissen ein größerer Spielraum gestattet werden, als es bei anderen, stillosen und halt habenden Disciplinen zulässig ist.

7. Der Schreibunterricht ist vorzugsweise nach den beiden Gesichtspunkten zu betreiben, daß die Zöglinge selbst sich eine einfache und geläufige Handschrift aneignen, dann aber befähigt werden, in regelrechter und schöner Form die einzelnen Schriftzüge in methodischer Aufeinanderfolge vorzuschreiben.

Die auf beide Zwecke bezüglichen Uebungen gehen in den beiden untersten Klassen neben einander; für den obersten Kursus genügt es, daß die Zöglinge selbst eine Probefchrift anfertigen. Zur Ausbildung der eigenen Handschrift ist das Takt Schreiben angemessen in ders. Weise zur Anwendung gebracht, wie selbe in der Elementarschule an seinem Orte ist.

Sämmtliche von den Zöglingen anzufertigenden schriftl. Arbeiten sollen übrige Uebungen und Breben im Schönschreiben sein, und ist dieses Mittel zu nutzen einer geistigen Disciplin nachhaltig zu handhaben.

Mit den Uebungen im Vorschreiben ist die Methodik des Schreib-Unterrichts zu verbinden, und eine bis in das Einzelne gehende praktische Anleitung des Lehrenden zu geben.

8. Der Zeichnen-Unterricht im Sem. ist auf Anleitung zur Darstellung einfacher räumlicher Gegenstände in einer Linearzeichnung zu beschränken.

Zuvörderst muß eine Zeichnung verstehen, dann ausführen gelehrt werden; v. die Anlagen fehlen, ist durchweg die Benutzung mechanischer Hilfsmittel zu halten. Der Unterricht im Zeichnen kann mit dem in der Raum- und Formenlehre in angemessener Verbindung gesetzt werden, und ist mit Ausschluß künstlerischer Darstellung möglichst bald zur Fertigkeit in Darstellung einfacher Naturkörper, Grund- und Aufrisse, wie sie das Bedürfnis des praktischen Lebens erheischt, zu fördern.

Der Zeichnen-Unterricht findet nur in den beiden unteren Kursen, höchstens zwei Stunden wöchentlich statt.

9. Die Musik wird in dem Sem. zunächst geübt zur Förderung seiner geistl. und sittl. Lebenszwecke. Durch den Unterricht in der Musik sollen aber gleich künftige Gesanglehrer für die Elementarschule, Kantoren und Organisten für den Kirchendienst vorgebildet werden. Das Gebiet dieses Unterrichts ist also überall ein ernstes, sittlichen Zwecken dienendes, großes, edles ein heiliges. Die Kunst ist im Sem. nirgends Selbstzweck. Hiermit ist die Methode und der Auswahl des Stoffes der Weg vorgezeichnet.

Der Unterricht im Violinspielen in streng gehaltener methodischer Aufeinanderfolge der elementarischen Uebungen soll die musikalische Ausbildung im 3. fördern und hat sein nächstes Ziel erreicht, wenn die Zöglinge die für die Schule gehörigen Melodien sicher und dirigierend verspielen können. Für das Concert berechnetes Geigenspiel gehört nicht in den Kreis des Sem.-Unterrichts.<sup>1)</sup>

Die weit Übung in dems. behufs musikalischer Aufführungen seitens des Sem. einzelnen begabteren Schülern, jedoch stets unter Leitung des Musiklehrers, zu halten, wird in jedem einzelnen Fall sorgfältiger Erwägung unterliegen. Derartige musikalische Aufführungen sollen den sittl. Erziehungszwecken der Anstalt dienen und nicht den Charakter öffentlicher Produktionen annehmen.

1) Vgl. G. R. v. 2. Juni 1824. ob. S. 409.

Der Unterricht im Klavierspiel steht in enger Verbindung mit dem Unterricht in der Harmonielehre und bereitet für das Orgelspielen vor. Diesen Zweck entsprechende Auswahl ernstlicher und geübter Übungsstücke sowie strenge Schule sind die vornehmlich festzuhaltenden Gesichtspunkte.

Orgelspiel.<sup>1)</sup> Was das Technische anlangt, so sind nach einer guten Orgelschule, als welche die von W. Schüpe anzusehen ist, die erforderlichen Manuals- und Pedal-Übungen unter Anwendung richtiger Applikatur möglichst gründlich vorzunehmen, aber zu beschleunigen, um die Zöglinge sobald wie möglich zum Einüben von Choralmelodien zu befähigen.

Bei entschieden mangelnder Anlage kann der Sem.-Dir. von der Theilnahme am Unterricht im Orgelspiel dispensiren.

Mit den am Unterricht Theilnehmenden ist aber die Aufgabe zu lösen, daß jeder am Ende des Seminarfursus mindestens die folgenden 50 mit Rücksicht auf gottesdienstliche und musikalische Bedürfnisse ausgewählten Choralmelodien so bestimmt und sicher eingeübt hat, daß er unter Zuhilfenahme des Choralbuchs in diesen Melodien den Kirchengesang der Gemeinde leiten kann.

1. Ach Gott und Herr. 2. Allein Gott in der Höh' sei Ehr'. 3. Alle Menschen müssen sterben. 4. An Wasserflüssen Babylon. 5. Auf meinen lieben Gott. 6. Aus meines Herzens Grunde. 7. Aus tiefer Noth schrei ich zu dir. 8. Christus der ist mein Leben. 9. Dir, dir Jehova will ich singen. 10. Ein' feste Burg ist unser Gott. 11. Eins ist Noth; ach Herr dies Eine. 12. Erschienen ist der herrlich Tag. 13. Es ist das Heil uns kommen her. 14. Es ist gewißlich an der Zeit. 15. Freu dich sehr, o meine Seele. 16. Gelobet seist du Jesus Christ. 17. Gott des Himmels und der Erden. 18. Herr Gott dich loben wir. 19. Jesu Christ, dich zu uns wend. 20. Herzliebster Jesu, was hast Du verbrochen. 21. Herzlich thut mich verlangen. 22. Ich dank' dir schon durch deinen Tod. 23. Jesu, meine Freude. 24. Jesus, meine Zuversicht. 25. Komm' heiliger Geist, erfüll' die Herzen. 26. Komm' heiliger Geist, Herr Gott. 27. Liebster Jesu, wir sind hier. 28. Lobe den Herrn, den mächtigen König. 29. Lobt Gott, ihr Engel alle zugleich. 30. Mach's mit mir, Gott nach deiner Güte. 31. Nun dankt alle Gott. 32. Nun laßt uns Gott, dem Herrn Dank sagen. 33. Nun laßt uns Seel' den Herren. 34. Nun ruhen alle Wälder. 35. O daß ich tausend Zungen hätte. 36. O Gott, du frommer Gott. 37. O Lamm Gottes, nimm von uns. 38. Schmücke dich, o liebe Seele. 39. Sollt ich meinem Gott nicht danken. 40. Straf mich nicht in deinem Zorn. 41. Valet will ich dir geben. 42. Vom Himmel hoch, da kam ich her. 43. Von Gott will ich nicht lassen. 44. Wach auf, ruft uns die Stimme. 45. Was Gott thut, das ist wohlgethan. 46. Was mein Gott will, gescheh' allezeit. 47. Werde munter, mein Gemüthe. 48. Wie nur den lieben Gott läßt walten. 49. Wie schön leucht' uns der Morgenstern. 50. Wir glauben All' an einen Gott.

Nach welchem Choralbuch diese 50 Melodien eingeübt werden sollen, wird demnächst besondere Bestimmung erfolgen, wie auch, sobald es die Bedürfnisse gestatten, für alle evang. Sem. der Mon. ein und dasselbe Choralbuch. Die Vorbereitung zum Organisten- und Kantordienst bestimmt werden soll, zunächst in die Ausübung dieses Dienstes wieder Bewußtsein der Gemeinamen, Zurückdrängung der subjektiven Willkür, Unterordnung unter die bewährte Einheit, und dadurch allmählich in die kirchl. Gemeindegesang Sicherheit und Freudigkeit an dem festeren Besitze gelange.

Nach diesem Gesichtspunkt ist schon jetzt immer mehr und nachhaltiger der Unterricht im Orgelspielen zu gestalten und die Aufgabe des künftigen Organisten mehr in das sichere und bewußte Wiedergeben des Bewährten und in frühzeitige Anerkennung Stehenden, als in die Fähigkeit, selbst Neues zu bilden und Wege zu gehen, zu setzen.

Der Unterricht im Orgelspiel erstreckt sich über die beiden obersten und letzten Jahre müssen die Zöglinge Gelegenheit erhalten, sowohl in den Sem.-andachten, wie bei dem öffentl. Gottesdienst den Gemeindegesang mit der Orgel zu begleiten.

1) Vgl. G. R. v. 13. April 1842. ob. S. 408.

ang. Im ersten Jahre wird eine Unterrichtsstunde genügen, um durch a. Gehör- und Treßübungen, sowie durch die rhythmischen und dynamischen Übungen, welche sämmtlich in eine angemessene Verbindung mit dem in der Harmonielehre zu setzen sind, die Stimme auszubilden und für reinen und würdigen Chorgesang eine feste Grundlage zu schaffen. Eine zweite Stunde dient, zur Einübung einstimmiger Choräle und eins- und zweistimmiger Lieder.

beiden obern Kurse sind in zwei Gesangstunden wöchentlich kombinirt, so daß ausgeschlossen ist, daß unter Umständen an deren Uebungen auch schon der unterste Kursus Theil nehmen können.

den kirchl. Gesang betrifft, so ist der einstimmige Choral nach Melodien in den Vordergrund zu stellen; die letztern sind durch eine Analyse zum klaren Verständniß zu bringen, und sind die Zöglinge zu ermahnen und würdigen Vortrag von mindestens 60 Melodien ohne Hülfe des Organisten zu führen, wobei jeder Einzelne in seiner Eigenschaft als Sänger auszubilden ist. Hierbei versteht es sich von selbst, daß die Belehrungen über etwa zu beachtende provinzielle Abweichungen von der Regel, über Einübung und Leitung der Melodie in der Schule und der Gegenwart gegeben werden.

Dem neben dem Choral zu pflegenden Figuralgesang fordert der liturgische Gesang besondere Beachtung. Je weniger das gottesdienstliche Leben der Kirche auf diesem Gebiete schon als ein abgeschlossenes angesehen werden kann, um so mehr muß an die Sem. und ihre betr. Lehrer die Anforderung gestellt werden, daß sie durch eine innige Theilnahme an dem Leben der Kirche überhaupt für das Verständniß und die Befriedigung der hier zu Tage tretenden Bedürfnisse offenes Auge behalten. Für jetzt können die liturgischen Gesänge der A. Hof- und Domkirche zu Berlin, herausgeg. von Fr. A. Strauss, einen zweckmäßigen Anhaltspunkt bieten. Hierin ist auch die noch nicht vollständig gelöste Frage über den rhythmischen Choralgesang zu

geistl. Chöre, Motetten, Hymnen und Psalmen u. älterer und neueren, wie sie sich in den bekannten Sammlungen von Hienrich, Erf und Job u. A. finden, werden in ihrer möglichst vollendeten, dem geistigen Inhalt entsprechenden Ausführung ebenso zur Ausbildung des musikalischen Geschmacks der Zöglinge dienen, wie sie dieselben mit der richtigen Führung des Männerchors, als des geeignetsten Mittels zur äußern Hebung des Gottesdienstes, bekannt machen können.

Dieselben Sammlungen gestatten auch die nöthige Auswahl für weltliche Gesänge, unter denen das deutsche Volkslied in seiner edelsten Auf- und die patriotischen Lieder vorzugeweise die Berücksichtigung zu erfordern, daß theils das gemeinsame Leben der Zöglinge in der Anstalt durch Gesänge getragen und durchdrungen werden kann, theils das Material vorhanden ist, um später durch die Schule und Gesangsvereine dem Gemeinen, den Kranken und Schwächlichen im Gesange mit Erfolg entgegenzutreten zu können.')

Diese Zwecke ergeben als nothwendig, daß bei Auswahl der Gesangstücke nicht nur die musikalische, sondern auch die pädagogische Rücksicht in Betracht zu ziehen ist. Deshalb neben dem Musiklehrer auch der Dir. des Sem. diesen Aufgaben eine besondere Theilnahme zuzuwenden hat, wie es sich von selbst versteht, daß die Aussprache des Textes der zu singenden Lieder in dem deutschen Sprach-Unterrichte Berücksichtigung in Anspruch nimmt.

Harmonielehre und Methodik des Gesangs-Unterrichts. Der Unterricht in der Harmonielehre hat sich im Allg. vor dem Irrthum zu bewahren, die Aufgabe des Sem. seine Zöglinge zur selbstständigen Komposition zu ermahnen.

Der nächste Zweck dieses Unterrichts kann nur der sein, sämmtliche Zöglinge zum Verständniß eines in ihrem Bereich als Organisten und Gesangs-Elementarschulen fallenden Musikstückes zu fördern und sie eine angemessene Auffassung edler und richtiger Harmonie- und Tonanschauungen fassen und be- zu lehren. Die Einführung in die Choralfiguration und in die Instru-

mentationslehre, sowie in die freie Erfindung von Choralvorspielen über der Gränze desj., was das Sem. an seinen Zöglingen erreiche.

Der Unterricht ist nie blos theoretisch zu halten, vielmehr muß zur praktischen Ausübung und Anwendung des Vorgetragenen angeregt werden.

Vierwöchentliche, auf die drei Kurse zu vertheilende Unterricht aus, um neben der Harmonielehre noch eine theoretische Anleitung theilung des Gesang-Unterrichts in der Elementarschule. Hierbei ist in Berücksichtigung des vorhandenen Bedürfnisses und Verhältnisse ein besonderes Gewicht auf den Lehrgang zu legen, Kinder ohne Kenntniß der Noten zur Fertigkeit im einstimmigen Singen und Volksliedern geführt werden können, ohne die Einführungsmethode des Gesang-Unterrichts nach Noten anzuschließen. Beide Theile ihre praktische Anwendung in der Übungsschule.

10. Die in den Seminarien zu betreibenden Turnübung gleichmäßig die körperliche Kräftigung und Gewandtheit, Herrschaft und seine Organe, Stärkung des Muthes und der Entschlossenheit, wie an Präzision, Unterordnung und Gehorsam auf das Wert ins Auge gefaßt werden durch umsichtige Anwendung des Ling'schen und des Systems die angehenden Lehrer eine sehr zweckmäßige Anleitung erhalten. Die Spiele der Schulkinder zu organisiren und unter günstigen Verhältnissen dazu beizutragen, daß diese sich als die Jugend eines tapfern Volkes fühlen und den entsprechenden Tugenden desselben nachstreben.

11. Die Betreibung von Gartenbau, Obstbaumzucht, <sup>1</sup> Bau <sup>2</sup>) und von Handarbeiten <sup>3</sup>) soll mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Schullehrer und auf ihre Beziehungen zum eigenen zu den Beschäftigungen der Bevölkerung, mit welcher sie sich innig verbinden sollen, in keinem Sem. fehlen. Die Einrichtung dieser Beschäftigung aber von lokalen Verhältnissen abhängig bleiben.

Wenn die Bestimmungen dieses Regul. einen dreijährigen Kursus so muß es hinsichtlich derj. Seminarien, wo die Verhältnisse eine zweitheilige des Unterrichts gestatten oder nöthig machen, den Prov. Behörden überlassen, vornehmlich auch mit Rücksicht auf die den aufgenommenen bewohnende Vorbildung, diej. Kombinationen der für drei Kurse gegebenen eintreten zu lassen, welche die Umstände nothwendig machen.

Mit Zuversicht kann erwartet werden, daß unter Anwendung der Grundsätze die Sem. ihren wahren Beruf immer bestimmter und erfüllen werden. Unpraktische Reflexion, subjektives, für einfacher und gesunder Volksbildung erfolgloses Erperiment wird ihnen fern bleiben. Unter Festhaltung des christlichen Lebens und Disciplin werden sie immer vollständiger sich ausbilden, was sie sein müssen: Pflanzstätten für treue, verständige, dem Leben des Volkes nahe stehende, die sich in Selbstverleugnung und um Gotteswillen wachsenden Jugend in Liebe anzunehmen, Lust, Befähigung haben.

(Staats-Anz. 1854 Nr. 258 — 261., Min. Bl. d. i. B. 11 Nr. 232.)

II. Die Vorbildung junger Leute für das Seminar theils durch einzelne Präparandenlehrer, theils in besondern Anstalten. Die hierüber ergangenen größtentheils provinziellen Verordnungen sind v. S. 391 flg. zusammengestellt. Durch das neue Regul. erlitten, soweit eine Modifikation, als dasselbe sich gegen die geschlossenen

1) Ueber das Turnwesen s. ob. S. 705 flg. Das G. R. v. 18 ist auch 1854 durch Bef. vom 15. Juli republizirt, mit demselben Bemerkung Staats-Anz. 1854 Nr. 169.

2) Vgl. ob. S. 409 693 flg.

3) Vgl. ob. S. 534.

4) Vgl. ob. S. 688.

den Anstalten entspricht, und in einzelnen Unterrichtszweigen andere, zum Theil geringere Anforderungen stellt, als früher. In ihren übrigen Theilen bleiben jene ältere V. nach wie vor anwendbar, und auch da, wo sie mit dem neuen Regul. übereinstimmen, zu dessen Erläuterung von Interesse. Das neue Regulatio lautet:

Regul. des R. der G., U. u. R. Ang. (v. Raumer) v. 2. Okt. 1854 für die Vorbildung evangelischer Sem. Präparanden.

Im Anschluß an das Regul. v. 1. d. R. für den Unterricht in den evang. Schullehrer-Sem. wird hierdurch hinsichtlich der Vorbereitung der Präparanden für diese Sem. Folgendes bestimmt:

Wenn der künftige Schullehrer einen Theil seiner Vorbereitungszeit für das Schulamt der Regel nach in engerer, für Unterricht und Erziehung berufsmäßig geordneter Lebensgemeinschaft zubringt, so ist doch die hiermit verbundene größere oder geringere Abgeschlossenheit nach Außen nicht über die Seminarzeit hinaus auszudehnen. Nach Maßgabe dieses Grundsatzes wird auch fernerhin die Regierung seine geschlossenen Präparanden-Anstalten einrichten, sondern rechnet nach wie vor hinsichtlich einer zweckmäßigen Vorbildung für das Sem. auf die freiwillige Thätigkeit der Geistlichen und Lehrer.<sup>1)</sup>

Diese Thätigkeit fordert aber in ihrem eigenen und im Interesse der Sem. eine Organisation und Leitung, die zweckmäßig und erfolgreich nur von den R. Reg. geübt werden kann. Dieselbe wird sich nach den verschiedenen Zeit- und persönl. Verhältnissen in den einzelnen Reg. Bez. verschieden gestalten; im Allg. aber werden folgende, durch die Erfahrung bewährte Grundzüge zur Ausführung zu bringen sein.

Auf Grund ihrer eigenen und der Erfahrung der betr. Sem. Dir. bezeichnet die R. Reg. durch das Amtsb. d. j. Lehrer ihres Bez., welche zur Vorbereitung von Präparanden bereit sind und dazu für befähigt erachtet werden.

Als besonders günstig wird der Fall zu betrachten sein, wo zugleich der Orts-Inspektor zur Ertheilung des Religionsunterrichtes an die Präparanden, überhaupt zur Theilnahme an ihrer Vorbildung bereit und geeignet ist. Jedenfalls steht die Präparandenbildung überall unter der Aufsicht der Lokal- und Kreis-Schulinsp. Die letzteren haben bei ihren jährl. Schulkonferenzen von der Thätigkeit der betr. Präparandenlehrer und von den Leistungen der Präparanden persönliche und eingehende Kenntnis zu nehmen, auch darüber der R. Reg. Bericht zu erstatten.<sup>2)</sup>

Die Reg. Schulräthe und Sem. Dir. werden bei ihren Schulreisen<sup>3)</sup> der Präparandenbildung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden; die letzteren auch vom Standpunkt des Sem. aus und in seinem Interesse den Präparandenlehrern ihrem Rathe zur Seite treten, wie es denn andererseits zu wünschen ist, daß Präparandenlehrer mit dem Unterrichtswesen des Sem., für welches sie Schül. vorbereiten, durch eigene Anschauung bekannt seien.

Die Präparandenlehrer sind wegen der äußeren Anforderungen hinsichtlich des Alters, der Gesundheit und der nöthigen Mittel, welche für den Eintritt in die Sem. gelten<sup>4)</sup>, mit Hinweisung zu versehen, damit sie bei Annahme von Präparanden denselben gemäß verfahren können.

1) Die Vorbildung der Seminaristen durch einzelne Geistliche und Lehrer liegt in der Anw. v. 29. Mai 1829 (s. ob. S. 392) zu Grunde, und wurde durch R. v. 9. Juli 1852 (s. ob. S. 399) aufs Neue empfohlen. Auch die Instr. Reg. zu Oppeln v. 15. Nov. 1850 (s. ob. S. 399), welche jedoch nur luth. u. untr. Präparanden betrifft, beruht auf demselben Grundsatz.

2) Vergl. §§. 15. und 17. der Anw. v. 29. Mai 1829 (s. oben S. 396). Die Stelle Antr. des Berichts über die Präparanden angegeben werden. Uden §§. 20. 21. der Instr. der Reg. zu Oppeln (s. oben S. 402).

3) §. 42. der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 (s. oben S. 272) und die G. R. 20. Aug. 1840 (s. oben S. 369).

4) Vergl. oben S. 389. 403.



In dieser Weise werden sie sich nach einem bestimmten eigentl. Unterricht vorbereiten und zu ausgedehnter, ge- wie zur schriftl. Darlegung über das Verständniß des Geles- Indem die Präparanden so im Wesentlichen das Mate- selbst herbeischaffen, werden zwei tagl. eigentl. Unterrichtsstu- Erreichung des Zweckes ihrer Weiterbildung ausreichen. Auf dann aber auch diesen. geistige Energie zu verwenden, von 1 nothwendige nothwendige formelle Bildung des Zögling, und sicheres Auffassen, klares Denken und Ver- danken und einfaches, richtiges Sprechen betri- den muß.

Wie die Präparanden als Glieder der Familie des ei- gentl. Pflegebefohlenen die sittl. Beziehungen des Lehrers durch unmittelbare Anschauung und Gewöhnung kennen und so werden sie die andere Seite des Lehrer-Berufes durch ihre ten und geleiteten Gehülfsdienst in der Schule verstehen Selbstständige Arbeit des Präparanden in der Schule muß ständen, auch im wohlverstandenen Interesse seiner Vorbi- bleiben.<sup>4)</sup>

Was die Unterrichtsertheilung betrifft, so werden Regl. für den Sem. Unterricht gegebenen allg. Bestimmungen den Gegenstand des Unterrichts bedingten Modificationen 1 Präparanden-Unterricht ihre Anwendung finden müssen.

Die positiven, von dem Unterricht zu fordernden Erge- den nachfolgend aufgestellten Anforderungen entnehmen, vor- künftighin die Aufnahme in die Schullehrer-Se- macht wird.

1. Religion.<sup>4)</sup> Der Präparand soll den kleinen- theri, beziehungsweise den Heidelberger Katechismus, mit richtiger Betonung und angemessenem Ausdruck hersagen, ständniß sichere Auskunft geben und von dem Verständniß de- schenschaft ablegen können, daß er im Stande ist, die einzelne- ren Worten nach seiner Auffassung wiederzugeben.

Eine systematische Kenntniß der christl. Lehre ist nicht zu erwarten, daß der Präparand der evang. Heilslehre, wie einen guten Konfirmanden-Unterricht eingeführt, in derselber

1. daß er über Gesetz und Evangelium in elementarer Weise, im Anschluß Katechismus, klare Auskunft geben kann.

Erlangung dieser Befähigung wird wesentlich erleichtert und gefördert wenn die zu memorirenden Bibelsprüche nach einem zweckmäßig geordneten Buch, etwa dem von Theel zu dem kleinen Katechismus Lutheri, gegeben werden.

betreffenden Sprüche müssen sicher gewußt und ihrem Wortinhalt nach richtig sein.

Es gilt von den Perikopen des evangelischen Kirchenjahres, wenigstens Evangelien, den messianischen Weissagungen und den Psalmen 1. 8. 14. 23. 32. 50. 51. 84. 90. 103. 104. 121. 126. 128. 137 und 139.

Die Aufnahme in das Seminar ist die Kenntniß von 50 Kirchenliedern, welche nach den „geistlichen Liedern für Kirche, Schule und Haus“ von Anders und Stolzenburg“, oder sonst nach dem Urtext zu memoriren.

Die 50 Lieder können mit Berücksichtigung der prov. Eigenthümlichkeiten der Verhältnisse aus der folgenden Zusammenstellung ausgewählt werden:

1. Mit Ernst ihr Menschenkinder. 2. Wie soll ich dich empfangen. 3. Dies ist das Wort, den Gott gemacht. 4. Gelobet seist du Jesus Christ. 5. Lobt Gott, ihr Engeln alle zugleich. 6. Nun laßt uns gehn und treten, mit Singen. 7. Ein Kind geht und trägt die Schuld. 8. Herzliebster Jesu, was hast du verbrochen. 9. O Haupt voll Blut und Wunden. 10. O Lamm Gottes, unschuldig. 11. Nimm dich hier dein Leben. 12. Halt im Gedächtniß Jesum Christ. 13. Jesu, mit ihm auch ich. 14. Jesus meine Zurecht. 15. Wach auf, mein König. 16. Ach, wunderbar, großer Siegesheld. 17. Auf der Himmelfahrt allein. 18. Komm, Heiliger Geist, Herre Gott. 19. Nun danket alle Gott. 20. O heiliger Geist, sehr bei uns ein. 21. Alles in der Höh' sei Ehr. 22. Wir glauben All an Einen Gott. 23. Ach, deine Gnade. 24. Eine feste Burg ist unser Gott. 25. Erhalt' uns, Herr, bei deinem Wort. 26. Es wolle Gott uns gnädig sein. 27. Wach auf, du Schlafender. 28. Liebster Jesu, wir sind hier. 29. Schmücke dich, o Herr. 30. Herr Jesu Christ, dich zu uns wend'. 31. Ich habe nun den Tod gefunden. 32. Allein zu Dir, Herr Jesu Christ. 33. Aus tiefer Noth ruf ich zu dir. 34. Es ist das Heil uns kommen her. 35. Nun freut euch, lieben Christen g'mein. 36. Wie wohl ist mir, o Freund der Seelen. 37. Eins ist unser Gott. 38. Meinen Jesum laß ich nicht, weil er sich. 39. Wie steht der Morgenstern. 40. Wollt ihr wissen, was mein Preis. 41. Ein Herz, Herr, schaff in mir. 42. Fahre fort, Zion. 43. Mache dich, mein König. 44. Wir nach, spricht Christus, unser Held. 45. O Gott, du frommer Gott. 46. Dir, dir Jehovah, will ich singen. 47. Lobe den Herrn, meine Seele. 48. Nun danket Alle, Gott. 49. O daß ich tausend Zungen hätte. 50. Sei Lob und Ehr dem höchsten Gut. 51. Sollt ich meinem Gott nicht danken. 52. Wenn ich, o Schöpfer, deine Macht. 53. Wie groß ist des Allmächtigen Rath. 54. Ich singe dir mit Herz und Mund. 55. Auf Gott und nicht auf Rath. 56. Alles ist an Gottes Segen. 57. Befehl du deine Wege. 58. Ich will alle meine Thaten. 59. Ist Gott für mich, so trete gleich. 60. Von Gott laß ich nicht lassen. 61. Warum sollt' ich mich denn grämen. 62. Was ist das wohlgethan. 63. Was mein Gott will, das g'scheh' allzeit. 64. In wir in höchsten Nöthen sein. 65. Wer nur den lieben Gott läßt walten. 66. Gott des Himmels und der Erden. 67. Mein erst Gefühl sei Preis. 68. Morgenglanz der Ewigkeit. 69. Wach auf, mein Herz und singe. 70. Ruh'n alle Wälder. 71. Werde munter mein Gemüthe. 72. Alle Menschen sterben. 73. Christus, der ist mein Leben. 74. Jerusalem, du hochgepriesene Stadt. 75. Mitten wir im Leben sind. 76. Nun laßt uns den Leib beschneiden. 77. O wie selig seid ihr doch, ihr Frommen. 78. Valet will ich dir gesungen. 79. Wachet auf, ruft uns die Stimme. 80. Herr Gott, dich loben wir.

biblischen Historien Alten und Neuen Testaments müssen in der

Kenntniß von Kirchenliedern war schon früher erfordert (s. oben S. 393. auch oben S. 667).

Fassung, wie sie in dem, in dem betr. Sem. eingeführten Historienbuche enthalten sind, erzählt werden, und muß der Präparand über ihr Wort- und Sachverhältniß Rechenschaft geben können.<sup>1)</sup> Daneben sind diese bibl. Geschichten in der Bibel selbst nachzulesen, und ist auf diese Weise Bekanntschaft mit der Eintheilung und dem Inhalt der einzelnen bibl. Bücher zu erzielen.

Die Einführung in das Verständniß des Kirchenjahres und des Gottesdienstes läßt sich zweckmäßig mit dem Unterricht in der bibl. Geschichte, dem Lernen der Psalmen und Kirchenlieder verbinden.

2. Lesen, deutsche Sprache und Schreiben. Der Präparand soll aus dem Schullesebuch ein Stück fertig, lautrichtig, ohne Dialekt und sinnrichtig lesen und den Gedankengang des Gelesenen mit seinen eigenen Worten wiedergeben können.<sup>2)</sup>

Ein einfacher Aufsatz, Beschreibung oder Erzählung muß orthographisch richtig und ohne grobe sachliche und grammatische Fehler geschrieben werden können.

Bei der Analyse eines einfachen erweiterten Satzes wird von dem Präparanden die nöthige Bekanntschaft mit den Satztheilen, den Wortarten und der Formwandlung verlangt.

Aus dem Lesebuch muß eine Anzahl prosaischer und poetischer Lesestücke memorirt sein, wozu sich namentlich Fabeln, Sprichwörter und vaterländische Erzählungen eignen.<sup>3)</sup>

Klarheit und Einfachheit des mündlichen und schriftlichen Ausdrucks, namentlich die Fertigkeit, seine Gedanken zusammenhängend auszusprechen, ist eine für alle Unterrichtsfächer zu stellende Forderung.

Der Präparand soll eine deutliche und sichere Handschrift besitzen.

3. Rechnen, Formenlehre und Zeichnen. Genaue Kenntniß des Zahlensystems und Anwendung dess. auf die Grundrechnungsarten, Fertigkeit im Addiren, sowie im Angeben der Produkte der Zahlenreihen von 1—20, der Grundfaktoren größerer Zahlen und der Kennzeichen der Theilbarkeit der Zahlen wird ein Beweis sein, daß für ein methodisches Fortschreiten im Rechnen ein gemessener Grund gelegt worden ist. Dabei muß die sichere und rasche Auflösung von Aufgaben des Bruchrechnens und aus dem bürgerlichen Leben, soweit letztere durch Schlüsse ohne Kenntniß der Proportionslehre erfolgen kann, unter Kenntniß der Gründe des eingeschlagenen Verfahrens erwartet werden.<sup>4)</sup>

In der Formenlehre und im Zeichnen genügt es, daß der Präparand die geometrischen Hauptkörper kennt und zu beschreiben versteht, Linien, Winkel und Flächen mit freier Hand darstellen kann, und im Gebrauch des Zirkels, Lineals und Maßstabes geübt ist.

4. Was die sogenannten Realien anbetrifft, so genügt hinsichtlich der Ausdehnung des Wissens eine Bekanntschaft mit demj., was hierüber gute Schulbücher, wie das von Theel und Anderen enthalten.<sup>5)</sup>

Für den Unterricht in der Geographie werden methodisches Betreiben der Heimathskunde die nöthige Unterlage, für den in der Naturgeschichte Beschreibungen von einheimischen Pflanzen und Thieren zweckmäßige Vorbereitung zu währen.

Kenntniß der vaterländischen Geschichte wird das thatsächliche Leben in der Familie und Schule, sowie Privatlektüre fördern.

Für den Geist und die ganze Richtung aber, in welcher die gen. Fächer

1) Dies ist im voranstehenden Regul. sub II. 2. als „unerläßliche“ Bedingung für die Aufnahme in ein Sem. bezeichnet. In den älteren B. (z. B. d. S. 398) wird verlangt, daß die Kenntniß der bibl. Geschichte sich auf Witellengründe. s. auch o. S. 400. §. 10. A. der Instr. d. Reg. zu Dypeln.

2) In den älteren B. wird Kenntniß „aller deutschen Schrift- und Wortarten, auch der lateinischen“ gefordert (s. o. S. 393).

3) Vergl. ob. S. 398, wo von „ausdrucksvollem Vortrage auswendig gelernter geeigneter Lesestücke“ die Rede ist.

4) Die älteren B. forderten mehr: §. 6. Nr. 3. der Anw. v. 29. Mai 1829 (o. S. 393). Vergl. auch §. 10. C. der Dyp. Instr. (o. S. 401.)

5) Vergl. §. 6. Nr. 5. der Anw. v. 29. Mai 1829 (o. S. 393), und §. 10. D. der Dyp. Instr. (o. S. 401.).

streben sind, wird der Präparandenlehrer aus den betr. Abschnitten des Regul. in den Unterricht in den Schullehrer-Sem. Anweisung entnehmen können. (Nr. 4. und 5.)

5. Musik. 1) Der Präparand soll im Singen nach Noten geübt sein und für jedes Sem. zu bestimmende Chormelodien richtig vortragen können.

Auf der Geige soll er Tonleitern und leichtere Musikstücke spielen.

Für das Klavier wird richtiges und gewandtes Spielen sämtlicher Tonleitern und der Vortrag eines vorher eingeübten, selbstgewählten Musikstückes, sowie die Fertigkeit, leichtere Sachen vom Blatt zu spielen, verlangt.

Für die Orgel ist die verständige Ausführung der Elementarübungen in der schäpesschen Orgelschule als genügend anzusehen.

Die gen. Forderungen an die Praxis schließen auch das in sich, was hinsichtlich der Theorie der Musik für den Eintritt in das Sem. erforderlich ist.

Wo die Verhältnisse es gestatten, in der Bildung der Präparanden über das hier gestellte Minimum der Anforderungen für die Aufnahme in das Sem. hinauszugehen, da ist die weitere Thätigkeit keinesfalls auf ein Vorausnehmen des im das Sem. gehörigen theoretischen Unterrichts über methodische und didaktische Dinge, oder auf ein Betreiben von encyclopädischem Vielerlei zu richten; um so weniger, als gerade durch diese Bestimmungen es erzielt werden soll, daß die Präparanden ihren Geist mit würdigem, dem künftigen Lehrberuf entsprechenden Inhalt reichern und durch dessen klare Verarbeitung die nothwendige formelle Bildunglangen sollen. Weiter vorhandene Zeit und Kraft wird also zweckmäßig auf noch künftige Durcharbeitung des hier vorgeschriebenen Unterrichtsstoffes, oder auf weitere Ausdehnung der gezogenen Grenzen, jedoch innerhalb der angegebenen Unterrichtsgegenstände, zu verwenden sein.

Von der Erfüllung der hiermit über die Präparandenbildung gegebenen Bestimmungen ist zu erwarten, daß die Sem. Zöglinge erhalten werden, welche bereits mit dem Wesen und der Aufgabe des Lehrerberufes sich Anschauung und Gewöhnung unmittelbar bekannt geworden, zu weiterer Belehrung und Befestigung in ihrem Beruf empfänglich geblieben sind, welche innerhalb der erforderl. Grenzen wirklich für das Sem. vorbereitet, den größten Theil des Materials besitzen und somit den Sem. die diesen in dem betr. Regul. gestellte Aufgabe, im Wissen, Können und Leben klar und bewußt sich gebildete christl. Lehrer für die Schulen zu liefern, in ihrer Erfüllung wesentlich werden erleichtern helfen.

(Min. Bl. v. i. B. 1854. S. 216. Nr. 233.)

III. Betreffs des Unterrichts in der Volksschule hat ein neueres allgemeines Regul. bisher gefehlt. Die hierüber ob. S. 640 flg. und insbes.

653 flg. zusammengestellten Vorschriften waren theils provinziell, theils für einzelne Gegenstände des Unterrichts eingeschränkt. Doch sind sie namentlich in letzterer Hinsicht auch neben dem folgenden neuen Regul. von Bedeutung, da sie viele in das Einzelne gehende Anweisungen geben, während dieses mehr die allgemeinen Gesichtspunkte zusammenfaßt. Da das neue Regulativ im Wesentlichen sich dem General-Landschulregl. von 1763 . 17 — 19 (s. ob. in Th. I. S. 68 flg.) anschließt, und der unter dem Ministerium Wöllners ergangenen Anweisung v. 1794 (s. ob. i. Th. I. S. 78 flg.) sehr nahe verwandt ist, da auch das Princip dieser Verordnungen bis in die neuere Zeit wiederholte Bestätigungen gefunden hat, (vergl. die Warnungen vor Ueberbildung ob. S. 642), so darf es nicht auffallen, daß unter dem im Werke zusammengestellten Vorschriften fast keine als durch das neue Regulativ antiquirt bezeichnet werden konnte. Von seinem Inhalt ist im Regl. neben seiner streng kirchlichen Richtung hervorzuheben, daß es den Unterrichtskreis der Volksschule auf Religion (6 St.) Lesen, deutsche Sprache und Schreiben (12 St.) Rechnen (5 St.) und Gesang (3 St.) einschränkt

und daß es den Realien besondere Unterrichtsstunden nicht anweist, sondern sie nur gestattet. Der Wortlaut dieses Regul. ist folgender:

Grundzüge, betr. Einrichtung u. Unterricht der evangel. einklassigen Elementarschule, v. 3. Okt. 1854.

Durch das Regul. v. 1. d. M. für den Unterricht in den evang. Schullehrer-Sem. der Mon. ist der Vorbildung der Lehrer, mit steter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Elementarschule und des durch sie erreichbaren Zieles der Volkserziehung, Richtung und Maaß vorgezeichnet.

Die in diesem Regul. ausgesprochenen Grundsätze und die zur Befolgung für den Sem.-Unterricht gegebenen Vorschriften werden in den meisten Beziehungen auch für die bereits im Amte befindl. Lehrer Antrieb und Richtschnur sein.

Nach diesem Regul. ergeben sich für die evang. einklassige Elementarschule derj. Unterrichtsbereich und diej. Unterrichtsziele, welche in den folgenden Grundzügen zum Anhalt für die Schulverwaltung und Schulaufsicht, sowie zur Befolgung für die Lehrer niedergelegt sind.

Was die äußere Einrichtung der preussischen Elementarschule, auch namentlich eine Verkürzung der seither üblichen Unterrichtszeit durch Einführung der sogen. Halbtagschule in getrennten Schülerabtheilungen betrifft, so haben umfassende Untersuchungen und sorgfältige Erwägungen dargethan, daß keine Veranlassung vorliegt, in derselben wesentliche und prinzipielle Veränderungen eintreten zu lassen. <sup>1)</sup>

Demgemäß ist bei Neubauten von Schullokallen das Raumbedürfniß nicht nach Maaßgabe getrennter Abth., sondern nach der ganzen Schülerzahl zu messen.

Wo die Anzahl der Schüler über achtzig steigt, oder wo das vorhandene Lokal auch für eine geringere Anzahl von Schülern nicht ausreicht, kann von der Reg. bis zur Anstellung eines 2. Lehrers oder einer Lehrerin und bis zur angemessenen Erweiterung des Schullokals die Trennung der Schule in zwei Abth. ausnahmsweise angeordnet werden. <sup>2)</sup>

Auf den Wunsch der Gemeinde und des Schulvorstandes kann von der Reg. wenn die örtl. Verhältnisse es rathlich erscheinen lassen, und wenn dem Lehrer die erforderl. Tüchtigkeit zuzutrauen ist, die Halbtagschule auf Widerruf gestattet werden.

Wo nach Verkommen und Bedürfniß eine Sommerschule <sup>3)</sup> in getheilten Klassen und mit verkürzter Schulzeit eingeführt ist, hat der Lehrer während dieser Zeit dem grundlegenden und die geistige Thätigkeit entwickelnden Unterricht der Kinder seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit diese für den angestrebten Unterricht im Winter, wo sie mehr auf Uebung und Selbstbeschäftigung angewiesen werden müssen, gehörig vorbereitet werden.

Das aber ist im Allg. als Grundsatz festzuhalten, daß die Schule auch in ihrer äußeren Einrichtung sich, soweit es ihr Hauptzweck gestattet, an das Leben und seinen Bedürfnissen anschließe. Ein starrer Mechanismus, welcher verlangte, daß das gesammte andere Leben sich nach ihm zu richten habe, würde mit den noch nicht zu beseitigenden Bedingungen und faktischen Zuständen des bürgerl. Lebens und der Familie in einen Zwiespalt gerathen, der zuletzt immer das Gedeihen der Schule und ihre Wirksamkeit beeinträchtigte. Die Schule wird unter steter Festhaltung ihrer wesentl. Zielpunkte der Wirklichkeit die gehörende Berücksichtigung zukommen lassen und in Festsetzung ihrer Unterrichtszeiten und Ferien nach Ausdehnung, Tages- und Jahreszeit, soweit es irgend ihr innerer Zweck gestattet, sich den örtl. und einzelnen Bedürfnissen und Verhältnissen nach Möglichkeit anschließen. Die umsichtige und nachhaltige Mitwirkung der Schulbehörde und namentlich des Pfarrers ist dabei von wesentl. Bedeutung.

Für die innere und geistige Thätigkeit der Schule ist in der letzten Zeit ein wichtiger Wendepunkt eingetreten. Die Gedankenbewegung, welche

1) Vgl. über Klassen und Abtheilungen in der Volksschule ob. S. 641, bes. S. Erl. v. 10. Febr. 1852. ob. S. 643.

2) Vgl. ob. S. 632.

3) Vgl. ob. S. 603 seq.



seit längerer Zeit bald in größerer, bald in minderer Klarheit auf dem Gebiete der Volksbildung und Volkserziehung hervortrat, ist in vielen und wichtigen Beziehungen zu einem Abschlusse gediehen.

Es ist daher an der Zeit, das Unberechtigte, Ueberflüssige und Irreführende auszuscheiden, und an seiner Stelle das, nunmehr auch amtlich zur Befolgung vorzuschreiben, was von denen, welche die Bedürfnisse und den Werth einer wahrhaft christl. Volksbildung kennen und würdigen, seit lange als nothwendig gefühlt, von treuen und erfahrenen Schulmännern als dem Volke wahrhaft fremd und als ausführbar erprobt worden ist.

Die Elementarschule war der geistigen Richtung des Jahrhunderts, von welcher sie ihre größere Ausbreitung und ihre Neugestaltung empfangen, gefolgt. Wie aber das gesammte Leben des Zeitalters an einer Grenzlinie angekommen ist, wo ein entscheidender Umschwung nöthig und wirklich; so muß die Schule, wenn sie nicht in Festhaltung eines überwundenen Gegensatzes wirkungslos werden und sterben soll, in die berechtigte neue Bewegung Leben empfangend und fördernd eintreten.

Der Gedanke einer allgemein menschlichen Bildung durch formelle Entwicklung des Geistesvermögens an abstraktem Inhalt hat sich durch die Erfahrung als wirkungslos oder schädlich erwiesen.

Das Leben des Volkes verlangt seine Neugestaltung auf Grundlage und im Ausbau seiner ursprünglich gegebenen und ewigen Realitäten auf dem Fundament des Christenthums, welches Familie, Berufskreis, Gemeinde und Staat in seiner kirchlich berechtigten Gestaltung durchzubilden, ausbilden und stützen soll. Demgemäß hat die Elementarschule, in welcher der größte Theil des Volkes die Grundlage, wenn nicht den Abschluß seiner Bildung empfängt, nicht einem abstrakten System oder einem Gedanken der Wissenschaft, sondern dem praktischen Leben in Kirche, Familie, Beruf, Gemeinde und Staat zu dienen, und für dieses Leben vorzubereiten, indem sie sich mit ihrem Streben auf dasselbe gründet und innerhalb seiner Kreise bewegt. Das Verständniß und die Uebung des dahin gehörenden Inhalts, und dadurch Erziehung ist Zweck; die Methode ist nur ein Mittel, welches keinen selbstständigen Werth hat; die formelle Bildung ergiebt sich durch Verständniß und Uebung des berechtigten Inhalts von selbst; ohne Rücksicht auf den Inhalt oder einen verkehrten Inhalt nachstrebend, wirkt sie schädlich und zerstörend.

Von diesen Gesichtspunkten aus wird es weiterhin für die Elementarschule weniger auf die Ausarbeitung und Anordnung neuer und anderer Lehrgänge ankommen, als vielmehr auf eine richtige Auswahl und feste Begrenzung der Unterrichtsgegenstände, sowie auf eine zweckmäßige Einrichtung der Schule, wie sie in ihrer Bestimmung als Anstalt zur Erziehung der heranwachsenden Jugend begründet ist.

Nach beiden Richtungen hin kommen für die einzelnen Unterrichtsgegenstände folgende Grundzüge zur Anwendung:

#### 1. Religion. 1)

Mit der Konfirmation soll das durch die heilige Taufe der Kirche Christi eingetretene Kind als selbstständiges Glied in die Gemeinde eintreten; die Schule nimmt die theuer erkauften Kinder in sich auf, die ein Recht haben auf alle Gnadengüter der Heilsordnung, um sie zur bewußten Empfangnahme derselben und zum thätigen Leben in ihnen vorzubereiten. Der Lehrer soll geheiligt sein, an Christi Statt zu sprechen: „Laßt die Kindlein zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich.“

Christus ist des Gesetzes Ende; wer an ihn glaubt, der wird gerecht, und das Gesetz ist unser Zuchtmeister auf Christum.

Dies ist die Grundlage, von welcher aus in dem Regul. für den Sem.-Unterricht die biblische Geschichte als das Feld erklärt worden ist, auf dem die evang. Elementarschule ihre Aufgabe, das christl. Leben der ihr

1) Vgl. ob. S. 653 ff. In neuester Zeit hat in Betreff der evang. Kinder, welche Kathol. Ortschulen besuchen, der Oberkirchenrath Veranstellungen gefordert, daß dieselben nicht ohne eine Gegenwirkung den Eindrücken überlassen bleiben, die sie in der fremden Konfessionsschule empfangen. (Nat.-Zeit. 1854. Nr. 517.)  
Schulwesen. II.

anvertrauten Jugend zu begründen und zu entwickeln, hauptsächlich zu lösen hat.

Von da an, wo der dreieinige Gott Himmel und Erde geschaffen, bis dahin, wo der heilige Geist die Jünger ausgerüft, daß sie von dem Herrn jenen lezten, ist die bibl. Geschichte fortlaufend eine Darlegung der Entfaltung des menschl. Herzens und der göttl. Gnade, welche auch heute noch jedes menschl. Herz eben zur Erlösung vorbereiten, erlösen und heiligen muß.

Darum soll ein Christenkind die bibl. Geschichte an und in sich erleben, und dazu soll ihm die Schule verhelfen. Was man erlebt hat, das weiß man und versteht man; darum soll das Kind die bibl. Geschichte verständig erzählen können; und damit es das lerne, soll es ihm der Lehrer vortragen.

Das göttl. Wort hat sich in einem bestimmten Worte offenbart, und darnach soll die bibl. Geschichte mit dem Bibelwort erzählt werden.

Die Bibel aber enthält Much und harter Spruch; und darum sollen die bibl. Geschichten für Kinder in die Form und in den Rahmen gefaßt werden, wie gute Historienbücher enthalten. Nach dieser Fassung erzählt der Lehrer, in der Fassung entwickelt er Wort und Sache, in dieser Fassung lesen die Kinder die Historien nach, erzählen sie wieder und behalten sie als ein künftiges Gedächtniß, was ihnen für die Zeit lebendig wird, für welche es ihnen eben geschrieben ist.

Hiermit ist Verfahren und Ziel für den bibl. Geschichte-Unterricht bezeichnet, damit die Kinder zu einem klaren Verständnis und zu einer gläubigen Aneignung der Thatfachen der göttl. Erziehung geführt werden und aus ihnen ewig gültigen Anschauungen von den höchsten göttl. und menschl. Dingen lernen.

Während für die zwei ersten Schuljahre die Historien von der Einnahme des Sündenfalls, der Sündfluth, Abrahams Berufung und Moiss Entsendung vorzuziehen, aus dem Leben des Heilandes, welche zur Erklärung der christl. Lehre eine Veranschaulichung seiner Gottheit und seiner barmherzigen Liebe dienen und den Stoff darbieten; wird von da ab, wo die Kinder schon fertig werden, die geordnete Reihenfolge eines Historienbuches eingehalten, und nicht in der Verarbeitung, mit welcher seitens der älteren Kinder Nachlesen vollständigen Abschnitte in der heil. Schrift verbunden wird, die ganze Schulzeit durch.

Schon mit den in die Schule eintretenden Kindern werden das Vater unser, der Morgens- und Abends Segen, das Segens- und Dankgebet, die Nachtzeit, eingeübt. Der Vorrath von Gebeten wird dahin erweitert, daß älteren Kinder auch das allg. Kirchengebet und sonstige feststehende Gebete des liturgischen Gottesdienstes inne haben.

Mit dem jedesmaligen Morgengebet der Schule wird das Wochengebet und eines Wochenliedes, in die einzelnen Verrichtungen verbunden, durch welches Verfahren auch die kleineren Kinder dieselben allmählig aneignen.<sup>1)</sup>

Weiter sind für jede Schule mindestens drei Kirchengesänge aus dem Regul. für die Präparandenbildung aufzuführen zu bestimmen, die eingeübt werden müssen.<sup>2)</sup> Das Einprägen der Sprüche kann entweder nach besonderen Spruchbüchern, oder mit dem Erlernen des Katechismus geschehen.

Jeden Sonnabend werden die Perikopen des folgenden Sonntags vorgelesen und nach dem Wortverstande erklärt; wenigstens die Sonntagsperikopen allmählig dem Gedächtniß eingeprägt werden.

Das Vorlesen aus der Bibel erfolgt nur von denjenigen Kindern, welche schon fertig lesen können. Das Bibellezen, abgesehen von den Perikopen, soll

1) Anfang des Unterrichts mit Gesang und Gebet: ob. S. 615. 616. von Wochenprüchen s. ob. in Thl. I. S. 71, von Monatsliedern ob. S. 69. 79.

2) Künftig schon im A. R. v. 1. Sept. 1842 (ob. S. 656) und in der Vers. v. 13. Juli 1844. Nr. V. (ob. S. 667). An die Stelle des dortigen Verzeichnisses tritt jetzt das im voranstehenden Regul. v. 2. Thl. 1841.

lich auf eine von dem Pfarrer zu treffende Auswahl aus den Psalmen, prophetischen Büchern und den neutestamentlichen Briefen.

Der Gemeinde eingeführte Katechismus wird, soweit es die Vorbeurtheile des Katechumenen-Unterricht erfordert, dem Gedächtniß eingeprägt; er soll den Kindern dem Wortinhalt nach verstanden sein und richtig und ausgesprochen werden können.

Der lutherische Katechismus zum Grunde liegt, soll bis zum 10. Jahre der 5 Hauptstücke, und von da ab die der lutherischen Erklärung folgen.

Die Katechisationen über einzelne Lehrpunkte oder Lehrstücke, oder über Abschnitte von dem Unterricht der Elementarschule ausgeschlossen. 1)

Die Hauptaufgabe des Lehrers ist, den auf den beschriebenen Gebieten belehrend zu entwickeln, zum Verständniß und zum Besitz der Kinder zu bringen. Dazu ist weniger die Kunst des sogenannten Sokratifirens, des Fragen und Erzählens, Veranschaulichens, des klaren Zusammenfassens der Lehren, des Abfragens und die Kraft des eigenen Glaubenlebens erforderlich, als die göttlichen Dingen ohne große menschliche Kunst Ueberzeugung und

wöchentlich sechs Stunden für den Religionsunterricht anzusehen, und zu jeder Zeit mit demselben Morgens die Schule zu beginnen oder zu beschließen.

Nicht zweckmäßig erscheint, alle Abtheilungen dem Religionsunterrichte zu hören zu lassen, da stille Beschäftigungen nur aus dem Gebiete des Religionsunterrichts zu wählen.

Die Religionsstunde soll überall durch den gemeinschaftl. Gesang eines geistl. Liedes, durch das einleitende Gebet, welches am Besten der Lehrer durch Hersagen des Wochenspruches und Wochenverses, durch die Fragen des Lehrers und der Schüler neben dem unterrichtlichen den ethischen Charakter an sich tragen. Das soll eine vorzügliche Sorge des Lehrers sein, daß er auch darum und so stets in der Gnade und Gnade bleibe wahrhaft, kräftig und erhaben mit seinen Schülern für sie und mit ihnen beten zu können. Die Freude zu und die Wahrhaftigkeit in der Lehre wird wesentlich ein Maßstab dafür sein, ob der Lehrer ein Recht hat.

Die Erklärung Dr. Luthers zum 4. Gebot auf sich zu beziehen, daß er ein Herr sei, nach Gottes Ordnung und in seinem Auftrage über die Kinder gesetzt, die regiert und erzogen werden sollen. Denn das Leben der christl. Schule, daß sie, gegründet auf Gottes Wort und nicht sich stellend, eine Anstalt ist, die nütze sei zur Lehre, zur Strafe, zur Züchtigung in der Gerechtigkeit, daß ein Mensch Gottes sei zu allem guten Werk geschickt.

Lehrer, die solchen Beruf und solche Verheißung haben, werde an Worte erinnert: „Zum Gottlosen spricht der Herr: was nimmst du meinen Mund und verkündigst meine Rechte, so du doch selbst suchst, daß ich nicht irrsich meine Worte hinter dich?“ aber „Wer an mich glaubt, der wird werden Ströme des lebendigen Wassers fließen.“

Lesen, deutsche Sprache und Schreiben. 2)

Der regelmäßige Schulbesuch muß an jeden Lehrer die Forderung gestellt werden, die Kinder nach Jahresfrist zum einigermaßen selbstständigen Lesen gefördert sind. Die Benutzung einer zweckmäßigen Handzettel, die Anwendung einer guten, einfachen Methode und ein richtig

§. 8. der Anw. v. 1794 (s. o. in Thl. I. S. 84) war die Katechisation „Vorzüglichste“, was der Lehrer thun könne, bezeichnet.

1. die Vorschriften über den Unterricht im Sprechen und Lesen oben und im Schreiben ob. S. 673 ff., welche als Ergänzungen der hier bestimmten Bestimmungen ihre Anwendbarkeit behalten. Die in den älteren Regul., n. Gen.-Landschulregul. v. 1763 §. 19. (s. ob. in Thl. I. S. 69), Anw. v. 1794 §§. 6. 7. und 10. (s. ob. in Thl. I. S. 81) enthaltenen Vorschriften über die Methode dieses Unterrichts haben dagegen nur noch historisches Interesse.

unterricht in Verarbeitung und Aneignung des In-  
der Bibel, dem Katechismus und dem Gesangbuch soll das  
führte Lesebuch werth sein, auch über die Schule hinaus  
eine gesunde Volksbildung zu werden.

Die bedeutenden Entwicklungen, welche seit länger als  
dem Gebiete der Schullesebücher stattgefunden, lassen den  
sich hoffen, wo ein mustergültiges Lesebuch für die Elementar-  
gleich Volksbuch ist, dargestellt sein wird.

Aber auch jetzt schon braucht es keiner Schule an einem  
fehlen. Die Fertigkeit, dessen Inhalt laut- und sinnrichtig  
Verständniß dess. nicht möglich ist, diesen Inhalt klar und auf-  
anzugeben, sich über dens. mit eigenen Worten auszusprechen;  
erzielen, soll der Lehrer als seine Aufgabe im Lese- und  
unterricht der einklassigen Elementarschule ansehen.

Theoretische Kenntniß der Grammatik wird von den Kindern

Da aller Unterricht sich auf Anschauung gründen und in  
Denken und Sprechen üben soll, so ist in der einklassi-  
schule abgesondeter Unterricht im Anschauen, Denken  
nicht an der Stelle.

Für den Schreibe-Unterricht kann nur die Forderung  
daß eine sichere und gefällige Handschrift erzielt wird, daß  
Übung nicht gedankenlos sich selbst überlassen bleiben, und  
Inhalts der Vorschriften, welcher sich leicht dem Gedächtniß  
cher, wie z. B. den Unterricht in den sog. gemeinnützigen  
unterstütze.

Neben dem sogen. Schönschreiben muß Distichschreiben ge-

Für den gesammten Lese- und Schreib-Unterricht sind  
den anzusetzen.

### 3. Rechnen.)

Die Kinder sollen Aufgaben aus dem bürgerl. Leben in  
und gebrochenen Zahlen, soweit dieses innerhalb der vier Grund-  
durch Verstandeschlüsse möglich ist, im Kopfe und schriftlich  
können.

Sobald die nöthige Einsicht in das Zehnersystem und  
wendung dess. erlangt ist, ist hauptsächlich mit angewandt  
dem Lebens- und künftigen Berufskreis der Kinder entnommen  
wobei also die nöthige Rücksicht auf Münzen und Maße

Klares Denken und richtiges Sprechen ist ein wesentlicher formeller Bildungs- bei dem Rechnenunterricht.

Fünf Stunden wöchentlich genügen für diesen Unterrichtsgegenstand.

#### 4. Gesang. <sup>1)</sup>

So gewiß und leicht auch in der Regel das zu erreichen ist, daß die Kinder Noten singen lernen, so soll doch weder, ehe dieses erreicht ist, das Einüben Melodien nach dem Gehör versäumt; noch soll, wo besondere Hindernisse entstehen, durch das Streben nach diesem Ziele die Fertigkeit im Singen über- hintangesezt werden. Unter allen Umständen ist das Aufgabe der Clemen- tule, daß die Kinder bei ihrer Entlassung aus ders. die gebräuchl. Kirchen- viesen und eine möglichst reiche Anzahl guter Volkslieder, wobei besonders Vaterlandslieder zu berücksichtigen sind, einstimmig richtig und fertig singen n, wobei es sich von selbst versteht, daß der Text und das Verständniß dess. i Eigenthum der Schüler geworden ist.

Die Ausführung liturgischer Ehre durch Schulkinder ist wünschenswerth, muß von der Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse abhängig bleiben.

Für den Gesang sind wöchentlich drei Stunden anzusezen, und ist darauf zu n, daß die für den sonntägl. Gottesdienst bestimmte Melodie jedesmal vorher r Schule durchgesungen wird.

Die bisher bezeichneten Unterrichtsfächer nehmen wöchentlich 26 Unterrichts- en in Anspruch. Hiervon werden auf den Mittwoch und Sonnabend je drei, eben der übrigen Wochentage 5 Stunden fallen. Gestatten es die Verhält- ansf die letzteren Tage, wenigstens für die älteren Kinder, 6 Stunden Unter- zu legen, so können noch 3 Stunden für Vaterlands- und Naturkunde eine Stunde für Zeichnen verwendet werden. <sup>2)</sup>

Im Zeichnen ist zunächst nur auf Fertigkeit in Handhabung des Lineals und zes, sowie in der Darstellung einfacher Linearzeichnungen, wie sie das Bedürf- des praktischen Lebens fordert, zu halten.

Sind für Vaterlands- und Naturkunde keine besonderen Stunden zu ermitteln, adet die Mittheilung der auf diesen Gebieten unentbehrlichen Kenntnisse durch äuterung der betr. Abschnitte des Lesebuches statt, wobei nicht aus- lassen bleibt, daß an vaterländischen Gedenktagen <sup>3)</sup> eine oder mehrere für den Unterricht bestimmte Stunden zu Erzählungen seitens des Lehrers, und zum igen und Singen patriotischer Lieder seitens der Kinder, also zu einem zu- das Gemüth und den Willen der Schüler erfassenden Unterricht verwendet m. Ebenso wird es dem das Leben in seinen Bedürfnissen und Erscheinungen htig auffassenden Lehrer bei dem Durchnehmen des Lesebuches in seinen natur- icken Abschnitten nicht an Gelegenheit fehlen, durch unmittelbare Veranschau- ig von Gegenständen und Erscheinungen der Natur in ein Verständniß der en einzuführen, welches die Kinder zur sinnigen Betrachtung anleitet und sich sch nützlich erweist.

Wo besondere Stunden für diese Unterrichtsfächer angesetzt werden können, zwar hinsichtlich des materiellen Wissens der in einem guten Lesebuch gebo- Stoff auch ausreichen; aber es tritt die erwünschte Möglichkeit ein, im Ans- an das Lesebuch durch Gebrauch der Karte, durch Betrachtung von Pflanzen anderen Naturgegenständen, durch ausführlichere Beschreibung und Verglei- den Unterricht in der vaterländischen Geschichte, Erb- und Naturkunde les- voller zu gestalten und die Selbstthätigkeit der Kinder mehr in Anspruch zu en. Namentlich wird aber dem Lehrer Gelegenheit geboten sein, durch le- riges Wort die Jugend einzuführen in die Kenntniß der Ge- hte unserer Herrscher und unseres Volkes, wie der göttl. Leis- , die sich in ders. offenbart, und Herz und Sinn der Schüler Liebe zum König und mit Achtung vor den Gesezen und Ein- tungen des Vaterlandes zu erfüllen. Der Lehrer braucht hier nur die

1) Vergl. die ausführlicheren, aber im Wesentl. übereinstimmenden B. v. Jan. 1828, 12. April 1853 ic. (o. S. 676 ff.).

2) Vgl. o. S. 685. 687., sowie o. S. 471.

3) Vgl. o. S. 718 und die Aufzählung der einzelnen Gedenktage im Regul. Sem. sub II. 4.



Geschichte selbst in Erzählung und Lied reden zu lassen; eigener Rath hat kaum.<sup>1)</sup>

Durch den ganzen, nach diesen Grundsätzen angelegten Schulunterricht zwei Grundsätze als unabänderlich maßgebend: erstens, unter Losfagung von einseitigen Streben nach abstrakter, formeller Denkbildung dem Unterricht Kindes einen berechtigten und würdigen Inhalt zu geben, der in enger und inniger Beziehung zu den großen Bildungsfaktoren, der Kirche, der Gemeinde und dem Vaterlande ausgewählt und verarbeitet wird; und sodann diesen, keinesfalls über die Grenzen eines zu erreichenden vollen Verständnisses aus ausgebreiteten Inhalt die Kraft bis zum Können und zur selbständigen Fertigkeit zu üben.

Die gezogenen Kreise werden überall, auch von dem minder begabten und unter behinderten Verhältnissen der Schüler ausgefüllt werden können; der Inhalt reicht für das wirkliche Bedürfnis im Allg. vollständig aus, ohne dessen Erweiterung unter günstigeren Verhältnissen unmöglich gemacht wäre.

Der so quantitativ richtig beschränkte und qualitativ richtig angemessene Unterrichtsstoff ist nun überall in die nöthige und zulässige Beziehung zu setzen; ein Unterrichtsfach das andere ergänzt und dem Gesamtunterricht dient.

Wo es aus der Kirche, dem Vaterlande und der Natur in das Leben der Kinder den Thatsachen gilt, da geht der Unterricht in Feyer und Betrachtung über, die vorzugsweise das Gemüth, den Willen und Charakter erfasst und die Kinder schon früh sich als Glieder einer von Gott geordneten Gemeinschaft erkennen läßt.

Die hiermit für die einflässige Elementarschule gegebenen Grundsätze in soweit sie Charakter, Richtung und Wesen des Elementar-Unterrichts angehen, überall unverändert auch für die in mehrere neben einander stehende oder aneinander angeordnete Klassen getheilte Elementarschulen ihre Anwendung finden. Für die Anfangs- und zu erweiternden Lektionspläne der letzteren werden sie Grund und Inhalt bieten.

Die zweckmäßige Vertheilung der einzelnen Unterrichtsgegenstände auf gleiche Zeit zu unterrichtenden Abth. der einflässigen Schule hängt von den persönl. Verhältnissen ab.

Regel ist, daß kein Kind, auch das kleinste nicht, ohne Theilnahme an der Übung bleibt, und daß kein Kind in irgend einem Stück unterrichtet wird, ohne daß es nicht demnächst auch zur Übung und selbstständigen Thätigkeit kommt.

Hiermit ist zugleich der Weg angedeutet, wie das für die ungetheilte unentbehrliche Helfersystem von dem unzulässigen, sogen. wechselseitigen Unterricht<sup>2)</sup> zu unterscheiden, von dem Charakter eines Nothbehelfs zu befreien einer festgeordneten Einrichtung der Schule zu machen ist, die auch darin der Familie abspiegelt, daß unter der leitenden Auktorität des Lehrers alle in der Verfolgung eines Zieles wechselseitig geben und empfangen.

Der Lehrer aber wird am höchsten stehen, der täglich der Schule am meisten empfängt, nämlich den Geist der Frömmigkeit, des Gebets, der Liebe und der Gottesfurcht, die mit göttlicher und freudigem Zittern seine und der ihm anvertrauten Kinder Seligkeiten sucht. (Min. Bl. v. i. B. 1854. S. 220. Nr. 234.)

1) Ob das Verbot des G. R. v. 2. Mai 1831 (o. S. 645): 1) Heiten in den Unterricht einzumischen, hierbei noch Platz greift, ersieht man aus den Vorschriften über das politische Verhalten der Lehrer.

2) Vgl. oben in Thl. I. S. 26.

## Nachträge.

u S. 247. Note 2. Der Staatsrath ist am 4. Juli 1854 neu worden. (Staatsanz. Nr. 155. S. 1197.)

u S. 285. Note 1. ist noch die Anordnung zu erwähnen, daß Vornehmern befohlen werden soll, bei Verlust der Duldung ihres Gewerbes, nicht außer dem Hause erziehen zu lassen: Verf. der Reg. zu Danz. 1. April 1824 (N. VIII. S. 530), R. des Min. des J. u. d. F. v. 13. März 1839 (N. XXIII. S. 169).

u S. 289. §§. 1. flg. Im Just. Min. Bl. wird ein Erf. des Obergerichtshofes v. 7. Okt. 1854 mitgetheilt, wonach gegen Verfüge der Polizei-Behörden, durch welche die Haltung einer Privatschule untersagt und die Schließung derselben angeordnet wird, der Rechtsweg offen ist.

u S. 387. Zu Tiefenau bei Marienwerder ist ein neues Seminar zur Ausbildung katholischer, Polnisch redender Lehrer für die Prov. Posen gegründet. (Nat. Zeit. 1854. Nr. 265. Beil.)

u S. 445. Note 1. Das G. v. 10. Juni 1854 deklarirt, daß die Verfassung vom 31. Jan. 1850 einer Wiederherstellung der durch die Gesetzgebung seit Jan. 1848 verletzten Rechte und Vorzüge der mittelbar gewordenen Deutschthümlichen Fürsten und Grafen, so wie ihnen solche auf Grund ihrer früheren Souveränität zustehen und namentlich durch Art. XIV. der Deutschen Bundesverfassung v. 8. Juni 1815, durch Art. 23. u. 43. der Wiener Kongressakte vom Juni 1815 und durch spätere Bundesgesetze zugesichert, und nicht durch nachträgliche Verträge ausdrücklich aufgegeben sind, nicht entgegensteht. (G. S. 1854. S. 363.)

u S. 504. Note 4. Ein R. der Min. des J. und d. Fin. v. 12. Aug. 1854 erklärt das R. v. 9. Aug. 1853 auch für ihre Departementsbeamten, und bestimmt, daß bei Berechnung des abzugsfähigen Gehalts auch bei suspendirten Beamten der §. 160. des Anh. zur N. G. (oben S. 837) zur Anwendung kommen soll, so wie daß laufende Arbeitsbeiträge vorweg von dem im Etat ausgesetzten Gehalt, öffentliche und Wittwenkassen-Beiträge dagegen von der dem Beamten bleibenden Gehaltshälfte abgezogen werden. (Staatsanz. Nr. 214. S. 1618.)

u S. 621. In Folge des G. R. v. 18. Aug. 1853 scharft ein R. des Min. für Handel, Gew. u. öff. Arb., der G., II. u. M. Aug. v. 18. Sept. 1854 wiederholt ein, die Beaufsichtigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken geeigneten Personen, und insbes. bei Mädelein, nicht männlichen Individuen, die unter polizeil. Aufsicht stehen, überlassen zu lassen, Fabrikanten aber, die dawider handeln, durch Verordnungen nach dem Polizeiges. v. 11. März 1850 und entsprechende Exekution zu unterwerfen. (Staatsanz. Nr. 227. S. 1710.)

u S. 725. Durch G. R. des Min. der G., II. u. M. Aug. v. 18. Sept. 1854 werden die sammtl. Reg. autorisirt, die Anschaffung des superint. Wald in Königsberg herausgegebenen Centralblatts für



# I.

## Chronologisches Register.

Verordnungen der Prov.-Behörden sind als solche bezeichnet (Reg. B., Konf. B. u.); G. R., Erlasse u., bei denen eine solche Bezeichnung fehlt, sind von dem Min. ergan- so bei einer R. mehrere Seitenzahlen angeführt sind, wird diejenige, auf welcher sich ruck der B. befindet, vor den bloßen Allegaten durch größeren Druck hervorgehoben.

A. R. R. Th. II. Tit. 12.

- §§. 1., 2., 9—11. . . . . S. 221.
- §§. 3—8. . . . . S. 284.
- §§. 12—53. . . . . S. 318.

### 1557—1816.

Sächs. Gen. Art. . . . .	177.	178
Reg. . . . .		93
Bis. u. Konf. D. . . . .	51 flg.	120
	122. 165.	241
Bis. Absch. . . . .		55
Sächs. Kirchen- u. Schul-		
	D. 174. 177.	178
Sächs. Gen. Art. . . . .		178
Sächs. R. v. 29. März . . . .		177
Sächs. Syn. Dekt. . . . .	177.	178
Sächs. R. v. 12. Dec. . . . .		177
Bis. Reg. . . . .		93
Sächs. R. v. 9. Nov. . . . .		177
Sächs. Erledig. d. Landes-		
	gebr.	177
B. v. 20. Mai . . . . .		55
Sächs. R. v. 23. Febr. . . . .		178
Ed. v. 16. Sept. . . . .		655
Sächs. Syn. Dekt. . . . .	177.	178

1685. Magd. Kirchen-D. v. 13.		
	Nov.	168
— R. v. 13. Nov. . . . .		171
1687. Schulordn. v. 6. Aug. . .		55
— Klev. Kirchen-D. v. 6.		
	Aug.	179
1697. Konf. Ausfchr. v. 13. Juli		654
		722
1700. Dipl. v. 11. Juli . . . .		55
1704. B. v. 4. Aug. . . . .		56
— B. v. 27. Aug. . . . .		55
1706. Konf. v. 24. Okt. . . . .		56
1708. Wittwenkonst. v. 25. April		207
— Ed. v. 25. Aug. . . . .		55
1710. Ed. v. 16. April . . . .		56
1711. R. v. 11. Jan. . . . .		122
— B. v. 28. Okt. . . . .		123
1712. R. v. 11. Mai . . . . .		122
1713. Insp. Presb. Klaff. GYM-		
nas- u. Schul-D. v. 24.		
	Okt. 57 flg.	
1714. R. v. 15. Febr. . . . .		122

# Chronologisches Register.

1723.	W. v. 15. Febr. . . . .	856	1763.	Gen Landtschul . . .	
—	W. v. 5. März . . . . .	60	—	12. Aug. 64 pag.	
—	W. v. 19. Dec. . . . .	124	—	166. 181. 283.	
—	W. v. 31. März . . . . .	61	—	415. 489. 528.	
—	W. v. 14. Mai . . . . .	170	—	560. 575. 583.	
—	nische Kirchen-D. v. 15. Juli . . . . .	210	—	612. 639. 641.	
—	W. v. 27. Aug. . . . .	856	—	657. 673. 730.	
—	25. Sept. . . . .	60. 123	—	807.	
—	W. v. 2. Juli . . . . .	94	1764.	R. D. v. 19. S.	
—	W. v. 30. Sept. . . . .	61. 170. 728	—	Instr. v. 30. Ju	
—	Sächs. H. v. 18. Aug. . . . .	178	—	W. v. 1. Nov. . .	
—	Sächs. Gen. v. 30. Jan. . . . .	178	—	W. v. 3. Dec. . .	
—	W. v. 10. Nov. . . . .	63	—	G. v. 20. Dec. . .	
1723.	W. v. 24. Jan. . . . .	267	1765.	Schles. kath. Sch	
1724.	Sächs. H. v. 15. Dec. . . . .	178	—	3 Nov 131 pag.	
1734.	W. v. 3. April . . . . .	170	—	386. 399. 416.	
1735.	W. v. 6. Juli . . . . .	125	—	561. 583. 603.	
1736.	Test. v. 2. Mai . . . . .	63	—	639. 641.	
—	Wittwenlohn. v. 16. Mai . . . . .	207	1766.	Sächs. Ref. . . .	
—	Princ. regul. v. 30. Juli . . . . .	63	—	Wind. G. v. 26.	
—	94. 442. . . . .	763	1767.	Charta visit. . . .	
—	Konf. v. 1. Aug. . . . .	95	1768.	Regl. v. 25. Jan	
—	Instr. v. 15. Sept. . . . .	126	—	W. v. 31. Dec.	
—	Ed. v. 29. Sept. . . . .	60	1769.	G. v. 1. Jan. . .	
—	W. v. 5. Dec. . . . .	170	—	G. v. 28. Dec. . .	
—	W. v. 15. Dec. . . . .	62	1770.	W. v. 6. Sept. . .	
1737.	W. v. 21. Febr. . . . .	94	—	Feuer-Soz. Reg	
—	W. v. 18. Sept. . . . .	124	1771.	W. v. 11. Jan. . .	
1738.	W. v. 7. April . . . . .	823	—	Sächs. Bef. v. . .	
—	W. v. 28. April . . . . .	95	—	Schul-Rat. v. 11	
—	W. v. 17. Sept. . . . .	63	—	W. v. 14. Nov.	
—	Regl. v. 16. Okt. . . . .	124	1772.	Notiz. W. v. 28.	
—	Ed. v. 15. Nov. . . . .	441	1773.	Sächs. Schul-D.	
1739.	Magd. Kirchen-D. v. 9. Mai . . . . .	168	—	Instr. v. 21. E	
1741.	W. v. 29. Okt. . . . .	96	1774.	W. v. 9. Juli . .	
1742.	Sächs. W. v. 12. Febr. . . . .	178	—	Konf. Instr. v. . .	
—	W. v. 4. Nov. . . . .	127	1775.	W. v. 26. Juni . .	
1743.	Regl. v. 2. Jan. . . . .	96	—	W. v. 6. Juli . .	
1747.	Sächs. Erlaut. v. 16. Jan. . . . .	177	1777.	Sächs. Bef. v. . .	
1750.	Regl. de grav. v. 8. Aug. . . . .	163	1778.	Sächs. Bef. v. . .	
—	Instr. v. 4. Okt. . . . .	63. 242	1779.	G. R. v. 29. W	
—	Wind. Konf. Instr. v. 4. Okt. . . . .	207	—	Regl. v. 15. Ju	
1751.	Magd. Instr. v. 16. Febr. . . . .	170	1781.	W. v. 13. Nov.	
—	Konf. Instr. v. 18. Nov. . . . .	242	1782.	Rev. Schul-Reg	
1752.	W. v. 25. Sept. . . . .	125	—	W. v. 182 pag.	
1753.	G. W. v. 1. Okt. . . . .	120	—	561. 603. 716.	
1754.	Wind. Landtschul-D. v. 6. April 187. . . . .	207	—	Prov. W. v. 7	
—	Sächs. Wind. v. 6. Aug. . . . .	176	—	W. v. 1. Okt. . .	
1755.	Dorf-D. f. Wind. v. 7. Febr. . . . .	208	1783.	W. v. 21. Febr.	
1756.	W. v. 11. Juni . . . . .	207	1786.	W. v. 7. Febr.	
—	Feuer-Soz. Regl. v. 12. Aug. . . . .	472	1787.	Instr. v. 22. Fe	
1760.	Ed. v. 16. Mai . . . . .	491	—	Konf. v. 16. . .	
1763.	Instr. . . . .	131	—	Alte-Regl. v. . .	
—	R. D. v. 20. März . . . . .	130	—	W. v. 26. Sep	
			—	Dörr. Verf. v. . .	
			1788.	G. v. 15. Jan.	
			—	Relig. Ed. v. . .	
			—	G. v. 25. Juli	



3. Münst. Schul. B. v. 10. März	188
G. v. 30. Okt. . . . .	165
G. v. 27. Nov. . . . .	493
G. R. v. 29. Nov. . . . .	798
9. Sächs. R. v. 16. Jan. . . . .	177
Konf. v. 24. Jan. . . . .	122
R. v. 9. März . . . . .	754
Insp. D. v. 16. Juli . . . . .	130
10. Dorfschul. D. v. 26. Febr. . . . .	123
R. v. 14. Mai . . . . .	187
Defl. v. 21. Juni . . . . .	167. 456
R. v. 22. Nov. . . . .	283. 781
1. Fundat. v. 25. Febr. . . . .	554
2. Notif. B. v. 8. Mai . . . . .	101. 115
3. G. v. 4. Sept. . . . .	78
Entsch. d. Ges. Komm. v. 15. Dec. . . . .	755
Anweis. v. 16. Dec. 78 flg. 645. 685. 730. 919. . . . .	641 923
5. R. v. 5. Jan. . . . .	755
G. v. 29. Jan. . . . .	120
G. v. 28. Juli . . . . .	757
6. R. v. 23. Jan. . . . .	784
B. v. 29. Dec. . . . .	785
7. Defl. v. 30. April . . . . .	115
R. v. 4. Sept. . . . .	755
8. R. D. v. 3. Juli . . . . .	89
B. v. 23. Juli . . . . .	89
G. B. v. 30. Dec. . . . .	726
9. Instr. v. 12. Febr. . . . .	359
Sächs. Gen. v. 18. Febr. . . . .	177
Konf. G. v. 7. März . . . . .	438
Sächs. Gen. v. 12. Juli . . . . .	177
R. D. v. 18. Juli . . . . .	819
R. v. 21. Aug. . . . .	461
G. B. v. 31. Aug. 89 flg. 642. 687. . . . .	360 689
B. v. 26. Okt. . . . .	209
R. v. 26. Nov. . . . .	757
R. D. v. 7. Dec. . . . .	521
R. v. 14. Dec. . . . .	759
Regl. v. 26. Juli . . . . .	149. 161
R. v. 10. Okt. . . . .	187. 561
Regl. v. 24. Dec. . . . .	824
G. v. 8. Jan. . . . .	820
G. R. v. 5. März . . . . .	819
Konf. B. v. 5. März . . . . .	823
Schles. kath. Schul. Regl. v. 18. Mai. 149 flg. 321. 363. 415. 441. 453. 528. 533. 534. 536. 561. 567. 602. 603. 611. 629. 632. 641. 647. 659. 689. 716. 763. 780. 785. 799. 810. 820. . . . .	345 532 594 639 733 817 870
Distr. Prov. R. v. 4. Aug. . . . .	97
Münst. B. v. 2. Sept. . . . .	188
G. v. 3. Okt. . . . .	819
Instr. v. 25. Okt. . . . .	756
Anw. v. 1. Nov. . . . .	161

1801. Anw. v. 6. Nov. . . . .	161
— R. v. 21. Nov. . . . .	166
— R. D. v. 31. Dec. . . . .	244
1802. Schr. v. 5. Jan. . . . .	244
— R. v. 18. Jan. . . . .	76
— G. v. 16. März . . . . .	603
— R. v. 26. April . . . . .	461
— Franz. G. v. 1. Mai (11. Flor) 39. . . . .	188
1803. Reichsbep. : Hauptschl. v. 25. Febr. 172. 187. . . . .	188
— Publ. B. v. 24. März . . . . .	164. 173
— B. v. 1. Mai . . . . .	575
— R. D. v. 31. Okt. . . . .	759
— Defl. v. 21. Nov. . . . .	285. 653
1804. B. v. 1. Mai . . . . .	173
— G. v. 14. Juni . . . . .	775
— Regl. v. 8. Aug. . . . .	554
— Neuwied. Landesvergl. v. 14. Aug. . . . .	204
— B. v. 8. Sept. . . . .	461
1805. R. D. v. 18. Febr. . . . .	853
— Sächs. Gen. v. 4. März . . . . .	174
— G. v. 4. April . . . . .	853
— Publ. v. 1. Okt. . . . .	754
— R. D. v. 16. Dec. . . . .	759
— R. D. v. 17. Dec. . . . .	491
1806. R. v. 8. Febr. . . . .	759
— B. v. 28. Febr. . . . .	492. 837
— R. v. 11. März . . . . .	729
— Sächs. R. v. 9. Juni . . . . .	174
— G. v. 28. Aug. . . . .	57
— R. v. 1. Nov. . . . .	748
— B. v. 24. Dec. . . . .	173
1807. Sächs. R. v. 26. Mai . . . . .	177
— Sächs. R. v. 28. Juli . . . . .	177
— Gb. v. 9. Okt. . . . .	769. 802
1808. Warsch. B. v. 12. Jan. . . . .	115
— R. D. v. 28. März . . . . .	521
— St. D. v. 19. Nov. . . . .	329. 333 448. 531
— Publ. v. 16. Dec. 92. 246. . . . .	255 257
— Instr. v. 23. Dec. . . . .	257
— Reg. Instr. v. 26. Dec. . . . .	267 269. 844. 850
— B. v. 26. Dec. . . . .	805
1809. R. D. v. 10. Juni . . . . .	836
— R. v. 29. Sept. . . . .	638
— R. D. v. 27. Nov. . . . .	783
— Defl. v. 11. Dec. . . . .	794
1810. B. v. 9. Jan. . . . .	209
— Publ. v. 14. Febr. . . . .	254
— Gb. v. 12. Juli . . . . .	262. 286. 307 424
— R. D. v. 27. Juli . . . . .	521
— R. v. 2. Aug. . . . .	521
— B. v. 30. Aug. . . . .	754
— R. D. v. 28. Sept. . . . .	160. 763

1810.	B. v. 27. Okt. . . .	247. 520
—	Ed. v. 2. Nov. . . . .	528
—	Gef. D. v. 8. Nov. . . .	803
—	G. v. 27. Nov. . . . .	836
1811.	B. v. 28. März . . . .	520
—	B. v. 2. Mai . . . .	449. 848
—	Instr. v. 26. Juni 304. 332 flg.	343. 448. 559
—	Defl. v. 27. Juni . . . .	778
—	R. v. 1. Juli . . . . .	326
—	Reg. B. v. 13. Juli . . .	332
—	Reg. B. v. 5. Sept. . . .	332
—	Gewerbe: G. v. 7. Sept.	286
—		528
—	R. D. v. 9. Sept. . . . .	760
—	Kult. Ed. v. 14. Sept.	160
—		764. 767. 769
—	G. R. v. 1. Okt. . . . .	760
—	Reg. Bef. v. 1. Nov. . .	332
—	Sächf. Gen. v. 23. Nov.	174
—	Berg. Defr. v. 17. Dec.	189
1812.	R. D. v. 9. Jan. . . . .	850
—	R. D. v. 6. Febr. . . . .	755
—	R. D. v. 20. Febr. . . .	850
—	R. D. v. 11. März . . .	755
—	Ed. v. 11. März . . . .	441
—	Konf. B. v. 8. April . .	823
—	R. Bef. v. 24. April . .	250
—	R. v. 12. Mai . . . . .	754
—	Reg. B. v. 28. Mai . . .	286
—	Regul. v. 30. Mai . . . .	286
—	Berg. Instr. v. 21. Juni	
—		189 flg. 853
—	Ed. v. 30. Juli . . . . .	255
—	R. u. Instr. v. 28. Okt.	
—		321 flg. 451. 547. 559
—	Franz. G. v. 31. Okt. . .	297
—	R. D. v. 30. Sept. . . .	163. 444
—	R. D. v. 5. Nov. . . . .	160. 764
—	G. R. v. 26. Nov. . . . .	517
—	Reg. B. v. 19. Dec. . . .	343
1813.	Reg. B. v. 8. Jan. . . .	293. 343
—	R. D. v. 6. April . . . .	523
—	Reg. B. v. 11. April . .	547
—	R. D. v. 17. Nov. . . . .	771
—	R. v. 25. Nov. . . . .	653
1814.	R. D. v. 19. Jan. . . . .	771
—	Gouv. B. v. 6. Mai . 192 flg.	444
—		
—	R. D. v. 3. Juni . . . . .	250
—	Gouv. B. v. 15. Juli 193 flg.	326. 538. 716. 735
—		
—	R. v. 23. Aug. . . . .	805
—	Publ. B. v. 9. Sept. . .	164
—	Bef. v. 10. Sept. . . . .	255
—	Reg. B. v. 24. Okt. . . .	547
1815.	B. v. 30. April . . . .	115. 201
—		255 flg. 257. 267. 363. 370
—	Pat. v. 22. Mai . . . . .	754
—	Bundes-Akte v. 8. Juni .	927
—	Wien. Kongr.-Akten v. 9. Juni	927

1815.	R. v. 12. Juni. . . .	
—	Ed. v. 21. Juni . . .	
—	R. D. v. 13. Sept.	
—	Rhein. B. v. 6. Dec	
—	R. v. 12. Dec. . . . .	
—	Rhein. B. v. 16. Dec	
1816.	Rhein. B. v. 4. Jan	
—	R. D. v. 11. März	
—	Reg. B. v. 17. April	
—	R. D. v. 27. April	
—	Sächf. Gen. v. 1. M	
—	Reg. B. v. 16. Mai	
—	B. v. 31. Mai . . . .	
—	Konf. Bef. v. 31.	
—		
—	B. v. 30. Aug. . . . .	
—	Reg. B. v. 21. Okt. .	
—	Publ. B. v. 15. Nov.	
—	R. D. v. 5. Dec. . . .	
—	R. D. v. 10. Dec. . . .	
—	R. D. v. 19. Dec. . . .	
—	G. R. v. 31. Dec. . .	

## 1817.

Reg. Publ. v. 6. Jan. . .	75
R. D. v. 10. Jan. . . . .	
Wittwenf. Regl. v. 14. Jan. .	
Reg. Publ. v. 16. Jan. . .	41
R. v. 21. Jan. . . . .	
Reg. Publ. v. 23. Jan. . . .	
R. D. v. 30. Jan. . . . .	77
Reg. Publ. v. 30. Jan. . . .	
Reg. B. v. 16. Febr. . . . .	
Konf. Publ. v. 17. Febr. . . .	
R. v. 27. Febr. . . . .	83
G. R. v. 27. (28.) Febr. . .	77
Konf. Bef. v. 11. März . . .	
B. v. 20. März . . . . .	
Konf. B. v. 27. März . . . .	
Konf. Publ. v. 6. April . . .	
Reg. B. v. 11. April . 200. 5	
Konf. Publ. v. 20. April . . .	
Reg. v. 24. April . . . . .	
Reg. Publ. v. 3. Mai . . . .	
R. D. v. 4. Mai . . . . .	
Reg. Publ. v. 8. Mai . . . .	
Reg. Publ. v. 16. Mai . . .	51
R. v. 27. Mai . . . . .	
Reg. Publ. v. 30. Mai . . . .	
R. v. 11. Juni . . . . .	
R. D. v. 16. Juni . . . . .	81
Reg. B. v. 18. Juni . . . .	
B. v. 20. Juni . . . . .	762. 771
G. R. v. 28. Juni . . . . .	
Instr. v. 30. Juni . . . . .	
R. v. 8. Juli . . . . .	
Reg. Publ. v. 10. Juli . . . .	
R. v. 31. Juli . . . . .	
R. v. 2. Aug. . . . .	

Publ. v. 5. Aug. . . . .	583
Publ. v. 9. Aug. . . . .	689
Publ. v. 1. Sept. . . . .	736
F. Stat. v. 4. Sept. . . .	171
Publ. v. 4. Sept. . . . .	780
Publ. v. 9. Sept. . . . .	826
2. Sept. . . . .	551
Publ. v. 6. Okt. . . . .	456. 827
Publ. v. 9. Okt. . . . .	791
2. Okt. . . . .	839
Publ. v. 16. Okt. 838. 842.	844
Für die Reg. v. 23. Okt. .	222.
261. 266. 267 ff., 274. 276.	
444. 460. 464. 520. 642.	
751. 779. 838. 863. 915	
Für die Konf. v. 23. Okt. .	222.
239 ff., 262 ff., 386. 642.	647
Für die Ob. Präf. v. 23. Okt.	257
Publ. v. 30. Okt. . . . .	674
Publ. v. 31. Okt. . . . .	838
3. Nov. . . . .	250
Publ. v. 8. Nov. . . . .	442
Publ. v. 22. Nov. . . . .	265
Publ. v. 25. Nov. . . . .	411
Publ. v. 25. Nov. . . . .	655
Publ. v. 5. Dec. . . . .	265. 618
Publ. v. 6. Dec. . . . .	715
Publ. v. 13. Dec. . . . .	682
Publ. v. 24. Dec. . . . .	265

## 1818.

Publ. v. 8. Jan. . . . .	715
Publ. v. 15. Jan. . . . .	838
Publ. v. 9. Febr. . . . .	757. 760
Publ. v. 25. Febr. . . . .	760
Publ. v. 4. März . . . . .	757
F. D. v. 9. März . . . . .	657
D. v. 16. März . . . . .	433
Publ. v. 23. März . . . .	367. 604
Publ. v. 31. März . . . .	839
Publ. v. 8. April . . . . .	728
R. v. 21. April . . . . .	433
Publ. v. 28. April . . . .	807. 843
Publ. v. 13. Mai . . . . .	817
Publ. v. 23. Mai . . . . .	255
Publ. v. 31. Mai . . . . .	838. 843
Publ. v. 6. Juni . . . . .	756. 760
Publ. v. 12. Juni . . . . .	345. 366
Publ. v. 8. Juli . . . . .	779
F. D. v. 8. Juli . . . . .	736
Publ. v. 24. Juli . . . . .	807
Publ. v. 8. Aug. . . . .	760
Publ. v. 11. Aug. . . . .	286
Publ. v. 25. Aug. . . . .	736
Publ. v. 26. Aug. . . . .	337. 343
R. v. 2. Sept. . . . .	433
Publ. v. 10. Sept. . . . .	286

G. R. v. 14. Sept. . . . .	839
Reg. Publ. v. 30. Sept. . .	457. 636
Reg. Publ. v. 3. Okt. . . .	807
Reg. Publ. v. 10. Okt. . . .	839
Reg. Publ. v. 17. Okt. . . .	736
Reg. Publ. v. 18. Okt. . . .	760. 838
Konf. B. v. 29. Okt. . . . .	539

## 1819.

Reg. B. v. 5. Jan. . . . .	594
R. D. v. 11. Jan. . . . .	250
Reg. B. v. 17. Febr. . . . .	594
R. v. 23. Febr. . . . .	810. 882
Reg. Publ. v. 24. Febr. . .	693. 699
Reg. Publ. v. 3. März . . .	693. 699
Reg. Publ. v. 12. März . .	693. 699
Instr. v. 13. März . . . . .	328
Reg. B. v. 18. März . . . .	752
Reg. B. v. 21. März . . . .	604
R. v. 30. März . . . . .	433
R. D. v. 13. April . . . . .	817
R. v. 14. April . . . . .	773
R. v. 17. April . . . . .	604
Reg. Publ. v. 20. April . . .	433
Reg. B. v. 23. April . . . .	807
R. v. 10. Mai . . . . .	761
R. v. 15. Mai . . . . .	653
Reg. B. v. 16. Juni . . . . .	612
Reg. Publ. v. 27. Juni . . .	593
R. v. 9. Aug. . . . .	540
Kamm. Ger. Publ. v. 9. Aug. .	697
G. R. v. 19. Aug. . . . .	816
Reg. Publ. v. 22. Aug. 585. 636.	638
R. v. 8. Okt. . . . .	416
Reg. Publ. v. 30. Okt. . . .	416
Reg. Publ. v. 3. Nov. . . . .	615
R. D. v. 12. Nov. . . . .	705
R. D. v. 15. Nov. . . . .	552
R. v. 15. Nov. . . . .	828
Instr. v. 18. Nov. . . . .	256
G. v. 18. Nov. . . . .	705
G. v. 3. Dec. . . . .	851
R. v. 6. Dec. . . . .	510

## 1820.

G. v. 2. Jan. . . . .	705
R. D. v. 17. Febr. . . . .	761
R. D. v. 18. Febr. . . . .	830
Reg. B. v. 24. Febr. . . . .	699
R. D. v. 4. März . . . . .	474
R. v. 11. März . . . . .	474
R. v. 16. März . . . . .	705
G. R. v. 23. März . . . . .	705
R. D. v. 17. April . . . . .	527
Reg. B. v. 23. April . . . .	612

Reg. Publ. v. 13. Mai 586. 633. 725.	810
Instr. v. 30. Mai . . . . .	445
G. v. 30. Mai . . . . .	788
Kass. St. G. v. 30. Mai . . . . .	834
Kurhess. B. v. 17. Juni . . . . .	686
Reg. Publ. v. 20. Juli 300. 568. 598.	782
Staatsmin. B. v. 31. Juli . . . . .	287
R. v. 23. Aug. . . . .	817
Reg. B. v. 10. Sept. . . . .	756
R. v. 12. Sept. . . . .	788. 793
Ob. Pr. Publ. v. 5. Okt. . . . .	287
Ob. Pr. Publ. v. 9. Okt. . . . .	287
Reg. B. v. 16. Okt. . . . .	756
Reg. Publ. v. 26. Okt. . . . .	634. 637
Kurhess. B. v. 6. Nov. . . . .	686
Reg. Publ. v. 16. Nov. . . . .	850
Konf. Bef. v. 18. Nov. . . . .	699
Reg. B. v. 7. Dez. . . . .	693. 700
Reg. Publ. v. 27. Dez. . . . .	553

## 1821.

R. v. 2. Jan. . . . .	754
Ob. Pr. Bef. v. 10. Jan. . . . .	889
R. v. 25. Jan. . . . .	337. 340. 448
R. v. 30. Jan. . . . .	889
G. R. v. 17. Febr. . . . .	740
R. D. v. 6. März . . . . .	462. 511
Reg. B. v. 16. März . . . . .	700. 701
R. D. v. 3. Mai . . . . .	758
R. v. 25. Mai . . . . .	754
Reg. B. v. 26. Mai . . . . .	328
Konf. Publ. v. 30. Mai . . . . .	716
G. R. v. 5. Juni . . . . .	817
Gem. Th. D. v. 7. Juni 160. 764.	772
Ablös. D. v. 7. Juni . . . . .	767
Reg. Publ. v. 11. Juni . . . . .	779
Reg. Publ. v. 16. Juni . . . . .	286
Reg. B. v. 22. Juni . . . . .	755
Reg. Publ. v. 28. Juni . . . . .	927
Reg. Publ. v. 4. Juli . . . . .	838
Reg. B. v. 10. Juli . . . . .	693
Bulle de sal. an. v. 16. Juli . . . . .	278
Reg. B. v. 25. Juli . . . . .	781
Reg. Publ. v. 27. Juli . . . . .	779
R. D. v. 2. Aug. . . . .	742
R. D. v. 23. Aug. . . . .	278
Reg. Publ. v. 27. Aug. 587. 592. 604	604
Reg. Publ. v. 28. Aug. . . . .	328
Reg. Publ. v. 7. Sept. . . . .	604. 629
R. v. 1. Okt. . . . .	762
Reg. B. v. 3. Okt. . . . .	782
Reg. Publ. v. 9. Okt. . . . .	634
R. D. v. 16. Okt. . . . .	554
Reg. B. v. 2. Nov. . . . .	650. 760
R. D. v. 3. Nov. . . . .	802

Regl. v. 7. Nov. . . . .	561
Konf. Publ. v. 16. Nov. . . . .	742
Reg. B. v. 17. Nov. . . . .	674
Konf. Publ. v. 4. Dec. . . . .	286

## 1822.

R. v. 8. Jan. . . . .	287
G. R. v. 14. Jan. . . . .	75
Schulk. B. 18. Jan. . . . .	75
G. R. v. 18. Jan. . . . .	75
Reg. Publ. v. 9. Febr. . . . .	75
Reg. Publ. v. 26. Febr. . . . .	75
G. R. v. 27. Febr. . . . .	75
Instr. v. 1. März 464 ff. 469. 522.	567. 629. 636. 645. 730. 807
Stempel-G. v. 7. März . . . . .	775
Stemp. Tar. v. 7. März . . . . .	239. 548
Regl. v. 21. März . . . . .	68
Reg. Publ. v. 23. März . . . . .	68
G. R. v. 29. März . . . . .	68
G. R. v. 11. April . . . . .	68
R. D. v. 12. April . . . . .	440. 882
Reg. B. v. 24. April . . . . .	68
G. R. v. 27. April . . . . .	68
R. v. 26. Mai . . . . .	75
Reg. Publ. v. 14. Juni . . . . .	75
Publ. v. 26. Juni . . . . .	431
R. D. u. Stat. v. 4. Juli . . . . .	75
G. v. 11. Juli . . . . .	303. 793. 794
R. v. 17. Juli . . . . .	75
R. v. 22. Juli . . . . .	44
R. v. 24. Juli . . . . .	75
G. R. v. 24. Juli . . . . .	75
Reg. Publ. v. 17. Aug. . . . .	75
R. D. v. 18. Aug. . . . .	75
Reg. Publ. v. 28. Sept. 751. 754.	75
Reg. B. v. 30. Sept. . . . .	561
G. R. v. 7. Okt. . . . .	561
Regul. v. 18. Okt. . . . .	820
R. v. 22. Okt. . . . .	75
Reg. Publ. v. 23. Okt. . . . .	75
Reg. Publ. v. 12. Nov. 638. 674.	75
Konf. Bef. v. 19. Nov. . . . .	75
R. v. 24. Nov. . . . .	75
Staatsmin. Befehl. v. 4. Dec. . . . .	75
Reg. B. v. 29. Dec. . . . .	75

## 1823.

Reg. B. v. 4. Jan. . . . .	75
Reg. B. v. 24. Jan. . . . .	75
R. v. 24. Jan. . . . .	75
R. v. 3. Febr. . . . .	75
Reg. Publ. v. 10. Febr. . . . .	75
R. 11. v. Febr. . . . .	75

v. 16. Febr.	838
4. Febr.	554
Febr.	766
23. März	854
April	654
1. April	819
April	779
2. April	328
2. April	363
v. 22. April	567
19. Mai	755
uni	257
uni	764
v. 13. Juni	854
v. 23. Juni	438
1. Juli	674
14. Juli	859
17. Juli	701
Juli	764
14. Aug.	859
Publ. v. 18. Sept.	805
v. 27. Sept.	695. 700
Nov.	756
v. 15. Nov.	844
7. Nov.	875
Nov.	332. 339. 861
15. Dec.	729
v. 19. Dec.	838
10. Dec.	859
10. Dec.	838

## 1824.

Jan.	831
30. Jan.	823
v. 14. Febr.	726
v. 18. Febr.	699
v. 25. Febr.	699
März	848
v. 12. März	551
v. 17. März	659. 789.
	853
18. März	838
28. März	788
1. April	927
13. April	102
v. 20. April	861
28. April	628
20. Mai	422
25. Mai	440
2. Juni	409. 911
1. Juni	606. 631
15. Juni	454
17. Juni	755
Juli	519
12. Juli	440. 458
v. 24. Juli	387
v. 8. Aug.	328. 329
25. Aug.	757

R. D. v. 10. Sept.	759
R. v. 10. Sept.	765
Reg. B. v. 24. Sept.	752
Konf. Publ. v. 26. Sept.	875
Reg. B. v. 28. Sept.	629
G. R. v. 3. Nov.	446. 878
R. v. 4. Nov.	741
R. v. 12. Nov.	764
Reg. B. v. 27. Nov.	630
Reg. Publ. v. 30. Nov.	763
R. D. v. 8. Dec.	851
Konf. Publ. v. 9. Dec.	741
Instr. f. d. D. Rechn. R. v. 18.	
	Dec. 843. 863
G. R. v. 19. Dec.	496

## 1825.

Schr. v. 7. Jan.	851
R. v. 24. Jan.	849
Reg. B. v. 25. Jan.	752
Reg. B. v. 26. Jan.	629
G. R. v. 3. Febr.	851
Reg. Publ. v. 9. Febr.	844
G. R. v. 10. Febr.	846
Reg. Publ. v. 14. Febr.	447
Grf. v. 24. Febr.	756
G. R. v. 28. Febr.	414
R. v. 5. März	787
R. v. 11. März	567
R. v. 19. März	563
Konf. Publ. v. 22. März	415
R. v. 26. März	459
Konf. B. v. 28. März	647
G. R. v. 7. April	655. 903
G. v. 21. April	772
Ex-D. v. 25. April	255
Regl. v. 28. April	888
Pensions-Regl. v. 30. April	540
G. R. v. 5. Mai	842
R. D. v. 14. Mai	470. 561. 596. 730
R. D. v. 21. Mai	547
R. v. 28. Mai	726
Reg. B. v. 20. Juni	752
B. v. 28. Juni	255. 820
G. R. v. 4. Juli	502
G. R. v. 14. Juli	685
Reg. B. v. 15. Juli	752
R. D. v. 19. Juli	886
R. D. v. 29. Juli	555
Regl. v. 9. Aug.	556
R. D. v. 17. Aug.	653
Reg. Publ. v. 3. Sept.	775
R. v. 5. Sept.	766
G. v. 13. Sept.	775
G. R. v. 30. Sept.	864
R. v. 25. Okt.	495
R. D. v. 25. Okt.	543



Reg. Publ. v. 30. Okt.	568. 576 ff., 582. 730. 735. 779. 781
R. v. 3. Nov.	888
G. R. v. 4. Nov.	821
R. v. 26. Nov.	630
G. R. v. 30. Nov.	876
Reg. Publ. v. 5. Dec.	780
Grf. v. 30. Dec.	756
R. D. v. 31. Dec.	259. 261. 263. 265 ff., 267. 269. 272. 273 ff., 464. 763. 807. 844.
Instr. für die Reg. v. 31. Dec.	270. 275 ff., 460. 520. 838. 863
Instr. für die Ob. Präsf. v. 31. Dec.	257 ff., 265. 807

## 1826.

R. v. 24. Jan.	726
Reg. B. v. 2. Febr.	830
R. D. v. 3. Febr.	852
R. v. 22. Febr.	562
Reg. B. v. 3. März	582
G. R. v. 6. März	876
R. D. v. 8. März	507
R. v. 16. März	464
R. v. 18. März	676
Reg. B. v. 20. März	651
Reg. B. v. 22. März	555
G. R. v. 12. Mai	558
R. D. v. 29. Mai	864
Reg. Publ. v. 30. Mai	414
G. R. v. 1. Juni I.	369. 411 ff., 416. 420. 442
G. R. v. 1. Juni II.	414. 416 ff., 420
G. R. v. 10. Juni	359
R. v. 16. Juni	875
R. D. v. 17. Juni	764
G. R. v. 31. Juli	851
R. v. 4. Aug.	798
Regl. v. 28. Aug.	554
G. R. v. 29. Aug.	891
R. v. 31. Aug.	839
G. R. v. 4. Sept.	523
R. v. 14. Sept.	839
Reg. Anw. v. 18. Sept.	359
R. v. 22. Sept.	767
Reg. Publ. v. 23. Sept.	730. 738
Reg. Publ. v. 29. Sept.	561. 567. 570 ff., 582. 583. 602. 735
G. R. v. 2. Okt.	877
G. R. v. 3. Okt.	839
R. v. 8. Okt.	433
R. D. v. 12. Okt.	554
Konf. Instr. v. 14. Okt.	464
Staatsmin. Beschl. v. 1. Nov.	460
Reg. Publ. v. 28. Nov.	733
R. D. v. 11. Dec.	554

## 1827.

R. D. v. 16. Jan.	778
G. R. v. 19. Jan.	880
G. R. v. 29. Jan.	506. 777
Reg. B. v. 9. Febr.	782
R. v. 16. Febr.	538
G. R. v. 17. März	628. 680
G. R. v. 22. März	411. 680
R. v. 24. März	511
G. R. v. 27. März	880
G. R. v. 29. März	438
G. R. v. 16. April	778
R. D. v. 21. April	773. 880
G. R. v. 27. April	688
R. v. 27. April	882
Reg. Publ. v. 27. April	687
Schlesf. Landt.-Absch. v. 17. Mai	888
G. R. v. 28. Mai	778
R. v. 31. Mai	628. 680
Schlesf. Landt.-Abschied v. 2. Juni	540
Reg. Publ. v. 5. Juni	200. 718. 778
R. v. 16. Juni	528
G. R. v. 18. Juni	834. 680
G. R. v. 20. Juni	507
Reg. Publ. v. 20. Juni	778
G. R. v. 24. Juni	880
Reg. B. v. 30. Juni	521. 631. 778
Reg. Publ. v. 9. Juli	561
Reg. B. v. 17. Juli	778
Reg. B. v. 26. Juli	778
R. v. 28. Juli	778
Reg. B. v. 1. Aug.	778
Reg. B. v. 5. Aug.	778
R. v. 11. Aug.	778
R. v. 17. Aug.	778
Reg. B. v. 17. Sept.	778
Ob. Präsf. Bekanntm. v. 18. Oct.	778
R. D. v. 1. Okt.	778
Ob. Präsf. Bekanntm. v. 11. Okt.	778
G. R. v. 24. Okt.	778
R. D. v. 29. Okt.	433
R. v. 30. Okt.	285. 297. 563
R. D. v. 31. Okt.	778
Reg. B. v. 5. Nov.	778
Reg. B. v. 9. Nov.	778
G. R. v. 21. Nov.	778
G. R. v. 28. Nov.	778
G. R. v. 4. Dec.	778
Reg. B. v. 6. Dec.	778
Pomm. Landt.-Abschied v. 15.	778
Reg. B. v. 17. Dec.	778
Reg. B. v. 24. Dec.	778
R. v. 28. Dec.	778

## 1828.

v. 10. Jan.	888.	892
11. Jan.	428. 676.	925
18. Jan.		805
Jan.		722
Jan.		688
1. Jan.		564
4. Febr.		359
		287
Febr.		276
1. Febr.		865
Febr.		460
März.		200
März.		755
März.		843
März.		851
gs = Absch. v. 17.		
März	877	
irz	289.	345
9. April		633
1. April		564
eil		562
Mai	514.	518
13. Mai	563. 568.	779
		616
Mai.		886
17. Mai.		723
Mai		875
ii.		757
Juni		763
Juni		883
ni		724
Juni		741
ni		827
Juni		763
Juli	328. 515.	560
ff.	583. 594. 602.	603
	612. 616.	629
Juli		876
2. Juli		651
g.		635
Aug.	579.	854
Aug.		276
Sept.	366.	514
Sept.		845
Sept.	654. 722.	870
Sept.		781
Okt.	693. 699. 701.	726
Okt.		602
t.		539
gs = Absch. v. 24.		
Okt.		888
Nov.		887
3. Dec.		568
Dec.		618
gs = Absch. v. 20. Dec.		116

## 1829.

M. v. 2. Jan.		276
G. R. v. v. 5. Jan.	434.	438
M. v. 8. Jan.		883
Schlesf. Landtags-Absch. v. 22.		
Febr.	162. 641.	785
G. R. v. 27. Febr.		534
R. D. v. 23. März		659
Reg. B. v. 9. Mai		701
Instr. f. Gen. Sup. v. 14. Mai		
	277 ff.	365
G. R. v. 19. Mai		693
M. v. 21. Mai		277
M. v. 27. Mai		841
Reg. B. v. 28. Mai		200
M. v. 28. Mai		521
Konf. Anw. v. 29. Mai	389. 391 ff.	
	403.	915
M. v. 29. Mai		704
Reg. B. v. 5. Juni	696.	699
G. R. v. 6. Juni		409
Schult. B. v. 20. Juni	373 ff.	
M. v. 20. Juni	746.	754
M. v. 22. Juni		466
M. v. 25. Juni		735
Reg. B. v. 27. Juni		735
Abt. D. v. 13. Juli		767
Reg. B. v. 25. Juli		534
R. D. v. 10. Aug.		524
G. R. v. 21. Aug.		883
M. v. 27. Aug.		757
Reg. B. v. 31. Aug.		735
R. D. v. 10. Sept.	387. 407.	643
G. R. v. 13. Sept.	850.	859
M. v. 10. Okt.		763
Reg. B. v. 24. Okt.		287
G. R. v. 28. Okt.		502
Instr. v. 6. Nov.		328
M. v. 9. Nov.		521
R. D. v. 12. Nov.		783
Reg. Instr. v. 18. Nov.	442. 466 ff.	
	489. 523. 567. 583. 629.	636.
	638. 641. 645. 685. 730.	735.
		870
M. v. 4. Dec.		524
Ref. v. 12. Dec.		534
Reg. B. v. 20. Dec.		693
M. v. 25. Dec.		413
G. R. v. 28. Dec.		687

## 1830.

Pr. Landtags-Absch. v. 9. Jan.	316
	788. 808. 878. 888
Reg. Ref. v. 9. Jan.	689
M. v. 15. Jan.	303. 462
Staatsmin. Beschl. v. 25. Jan.	783

G. R. v. 26. Jan.	297
G. R. v. 28. Jan.	729
Reg. B. v. 3. Febr.	200
R. v. 4. Febr.	435
G. R. v. 8. Febr.	435. 523
R. v. 9. Febr.	364
Pomm. Landtage: Absch. v. 14. Febr.	595. 788
G. R. v. 18. Febr.	842
G. R. v. 20. Febr.	435
Reg. B. v. 25. Febr.	697
Schr. v. 27. Febr.	436
R. v. 8. März	802
R. v. 9. März	808
Reg. Publ. v. 15. März	733
Wisl. D. v. 16. März	364. 717. 743
G. R. v. 17. März	436
G. R. v. 31. März	701
G. R. der Schuldep. v. 2. April	304
G. R. v. 5. April	534
R. v. 16. April	657
R. D. v. 27. April	495
Reg. B. v. 27. April	757
R. D. v. 30. April	749
Reg. B. v. 3. Mai	756
R. v. 15. Mai	890
G. R. v. 17. Mai	841
Bers. v. 2. Juli	560
R. D. v. 7. Juli	832
R. v. 19. Juli	552
Reg. Publ. v. 20. Juli	838
G. R. v. 14. Aug.	842
R. v. 20. Aug.	534
G. R. v. 30. Aug.	689
R. v. 30. Aug.	799
Reg. B. v. 1. Sept.	735
Reg. B. v. 24. Sept.	758
Reg. B. v. 27. Okt.	841
G. R. v. 10. Nov.	428
R. v. 12. Nov.	832
G. R. v. 20. Nov.	687
R. v. 20. Nov.	859
G. R. v. 30. Nov.	675
R. v. 9. Dec.	791. 796. 845
R. v. 17. Dec.	778

## 1831.

R. v. 9. Jan.	588
G. R. v. 15. Jan.	782
R. v. 17. Jan.	450
Bers. v. 18. Jan.	560
Reg. Instr. v. 20. Jan.	365
Bef. v. 11. Febr.	640
Konf. B. v. 18. Febr.	684
Reg. B. v. 23. Febr.	735
G. R. v. 2. März	460
Reg. Publ. v. 3. März	733
Reg. B. v. 15. März	742

Rev. St. D. v. 17. März	330. 531
	835. 862
G. R. v. 21. März	405. 673
R. v. 21. März	836
R. v. 29. März	430
R. v. 8. April	883
R. v. 18. April	782. 786
R. D. v. 20. April	506
Präf. Regl. v. 20. April	436
R. v. 24. April	507
R. v. 2. Mai	474
G. R. v. 2. Mai	645. 96
R. v. 7. Mai	437
R. v. 13. Mai	437
R. v. 10. Juni	430
R. v. 25. Juni	706
Reg. Publ. v. 18. Juli	733
G. R. v. 30. Juli	403. 417. 443. 454
Regl. v. 1. Aug.	555
R. v. 3. Aug.	781
R. v. 23. Aug.	552
R. D. v. 24. Aug.	556
Regul. v. 29. Aug.	128 ff. 632. 703
	788. 793. 800
R. v. 19. Sept.	734
Reg. Bef. v. 22. Sept.	608
Regl. v. 14. Okt.	454. 55
R. D. v. 14. Nov.	55
R. v. 17. Nov.	70
R. v. 9. Dec.	80
R. v. 10. Dec.	85
R. D. v. 11. Dec.	80
R. v. 26. Dec.	80
Konf. B. v. 28. Dec.	80

## 1832.

Reg. B. v. 30. Jan.	706
R. v. 10. Febr.	706
Mil. Kirch. D. v. 12. Febr.	278. 361. 706
Reg. Publ. v. 14. Febr.	706
R. v. 14. Febr.	706
Pos. Landtage: Absch. v. 14. Febr.	706
R. v. 20. Febr.	706
R. v. 3. März	706
Pr. Sch. R. Bef. v. 3. März	374. 635. 706
R. v. 6. März	706
G. R. v. 15. März	748
R. v. 2. April	706
R. D. v. 15. April	706
Brandenb. Landtage: Absch. v. 27. April	706
Pr. Landt. Absch. v. 3. Mai	103. 706
Prot. v. 3. Juni	706
Reg. B. v. 20. Juni	706
R. v. 25. Juni	706
Konf. B. v. 27. Juni	706
G. R. v. 12. Juli	706
G. R. v. 15. Juli	706

9. Juli . . . . .	515
ags-Abfch. v. 22. Juli	889
6. Juli . . . . .	870
v. 29. Juli	561. 564
568. 588. 594. 616. 642	
655. 736. 902	
. . . . .	766
Aug. . . . .	454
9. . . . .	527
Sept. . . . .	880
Okt. . 412. 417. 420 ff.	
v. . . . .	847
Nov. . . . .	552
Dec. . . . .	446
2. Dec. . . . .	804

1833.

. Jan. . . . .	512
n. . . . .	754
Febr. . . . .	387. 404
br. . . . .	300. 449. 566
18. Febr. . . . .	743
Febr. . . . .	521
. März . . . . .	343. 366
. März . . . . .	651
ärz . . . . .	774
März . . . . .	527
6. März . . . . .	300
. 28. März . . . . .	552. 612
April . . . . .	100
7. April . . . . .	568
ril . . . . .	759
i . . . . .	847
. 11. Mai . . . . .	758
ai . . . . .	748. 874
ii . . . . .	435
0. Juni . . . . .	604
ni . . . . .	654
6. Juni . . . . .	420. 517
i . . . . .	805
1. Juli . . . . .	562
. Juli . . . . .	426
Juli . . . . .	413
g. . . . .	408. 901
ug. . . . .	459
. Aug. . . . .	788
ug. . . . .	762. 766
ug. . . . .	507. 761
24. Aug. . . . .	870
. Aug. . . . .	512
ug. . . . .	423. 507
11. Sept. . . . .	629
16. Sept. . . . .	366
sept. . . . .	757
Okt. . . . .	754
t. . . . .	339
11. Okt. . . . .	757
17. Okt. . . . .	423

R. D. v. 23. Okt. . . . .	652
Reg. Bef. v. 26. Okt. . . . .	603
G. R. v. 29. Okt. . . . .	535
R. D. v. 5. Nov. . . . .	454
R. v. 8. Nov. . . . .	796
R. v. 10. Nov. . . . .	435
R. v. 11. Nov. . . . .	750
Reg. B. v. 19. Nov. . . . .	717
Reg. B. v. 21. Nov. . . . .	582
Reg. B. v. 24. Nov. . . . .	594
G. R. v. 3. Dec. . . . .	458
R. v. 3. Dec. . . . .	765
R. v. 9. Dec. . . . .	822
R. v. 12. Dec. . . . .	455
R. v. 16. Dec. . . . .	449
G. R. v. 16. Dec. . . . .	664
Reg. B. v. 17. Dec. . . . .	539
G. R. v. 18. Dec. . . . .	844

1834.

G. R. v. 9. Jan. . . . .	851
R. v. 10. Jan. . . . .	307. 527. 553
R. v. 18. Jan. . . . .	761
R. D. v. 1. Febr. . . . .	750
Reg. B. v. 12. Febr. . . . .	616
Reg. B. v. 19. Febr. . . . .	865
Inst. v. 21. Febr. . . . .	328
G. R. v. 24. Febr. . . . .	569
Reg. B. v. 25. Febr. . . . .	606
Reg. B. v. 26. Febr. . . . .	629
Reg. B. v. 27. Febr. . . . .	518
G. R. v. 28. Febr. . . . .	410. 417
Reg. G. v. 1. März . . . . .	702
B. v. 4. März . . . . .	269
G. R. v. 4. März . . . . .	462. 731
G. R. v. 12. März . . . . .	851
R. v. 18. März . . . . .	766
Reg. Publ. v. 22. März . . . .	733
Reg. B. v. 29. März . . . . .	720. 726
Reg. B. v. 5. April . . . . .	750
R. v. 14. April . . . . .	762
G. R. v. 21. April . . . . .	741
G. v. 29. April . . . . .	775
Reg. B. v. 1. Mai . . . . .	532
R. v. 1. Mai . . . . .	766
R. D. v. 19. Mai . . . . .	784
R. v. 20. Mai . . . . .	792
R. v. 26. Mai . . . . .	275
R. v. 29. Mai . . . . .	341
R. D. v. 8. Juni . . . . .	774
R. v. 9. Juni . . . . .	705
R. D. v. 10. Juni 288. 290. 292.	458
R. v. 12. Juni . . . . .	617
R. v. 14. Juni . . . . .	651
B. v. 30. Juni . . . . .	763
Reg. B. v. 4. Juli . . . . .	566
R. D. v. 10. Juli . . . . .	555
Reg. Regul. v. 14. Juli . . . .	375
R. v. 18. Juli . . . . .	375

Konf. Publ. v. 30. Juli	742
R. D. v. 2. Aug.	511
Ob. Präf. B. v. 8. Aug.	436
G. R. v. 21. Aug.	455
R. D. u. Regl. v. 1. Sept. 540.	542
Regl. v. 12. Sept.	555
R. v. 19. Sept.	365
Reg. B. v. 24. Sept.	759
Instr. v. 27. Sept.	362. 784
R. D. v. 9. Okt.	842
R. v. 13. Okt.	510
R. v. 20. Okt.	750
R. v. 27. Okt.	750
Reg. B. v. 10. Nov.	683
Reg. B. v. 13. Nov.	779
Reg. B. v. 9. Dec.	640. 687
R. v. 13. Dec.	455
Reg. Publ. v. 14. Dec.	636
R. D. v. 20. Dec.	512
Gen. G. v. 22. Dec.	775
Westph. Landt. Absch. v. 30. Dec.	704
R. v. 31. Dec.	654
Konf. B. v. 31. Dec.	888

## 1835.

Reg. Anw. v. 1. Jan.	761
R. v. 7. Jan.	860
R. D. v. 11. Jan.	569
G. R. v. 12. Jan.	525
R. v. 31. Jan.	569. 861. 863
R. D. v. 10. Febr.	456
Reg. B. v. 14. Febr.	543
Reg. Instr. v. 28. Febr. 343. 351 ff.	366. 370. 640. 700. 752
G. Berf. v. 28. Febr.	557
Grf. v. 3. März	852
Rhein. Landt. Absch. v. 3. März	889
Rhein. Westph. Kirch. D. v. 5. März	201 ff. 209. 210. 278. 347
	364. 532. 656. 739
R. v. 7. März	642
G. R. v. 8. März	859
R. v. 9. März	750
Reg. B. v. 12. März	755
G. R. v. 18. März	888
R. D. v. 25. März	201
G. R. v. 27. März	729
Konf. B. v. 30. März	490
R. v. 7. April	761
R. v. 14. April	569
G. R. v. 18. April	415. 441
Reg. B. v. 24. April	454
G. v. 25. April	510
Reg. Bef. v. 6. Mai	569
Instr. v. 20. Mai	326. 329
R. v. 20. Mai	805
G. R. v. 22. Mai	410. 525
Pomm. Landt. Absch. v. 23. Mai	571. 594. 602. 888

Instr. v. 25. Mai 337. 338. 340.	
G. R. v. 2. Juni	
R. v. 8. Juni	
G. v. 16. Juni	
R. D. v. 20. Juni	502
Reg. Publ. v. 24. Juni	
R. v. 26. Juni	
R. v. 27. Juni	
Pos. Landt. Absch. v. 29. Juni 115.	
Reg. Publ. v. 11. Juli	
R. D. v. 18. Juli	
G. R. v. 21. Juli	
R. v. 26. Juli	
R. D. v. 8. Aug.	508
R. v. 15. Aug.	
R. v. 17. Aug.	
G. R. v. 17. Aug.	
R. v. 20. Aug.	
R. v. 24. Aug.	790. 793
R. v. 4. Sept.	
R. v. 11. Sept.	
Resol. v. 15. Sept.	
R. v. 17. Sept.	
R. v. 18. Sept.	
G. R. v. 30. Sept.	
Reg. Publ. v. 5. Okt.	
G. R. v. 15. Okt.	
G. R. v. 16. Okt.	
Staatsmin. Bef. u. Regul. v. 8. Okt.	
G. R. v. 6. Nov.	
Instr. v. 7. Nov. 326 ff. 329. 332	
R. D. v. 8. Nov.	
Regl. v. 12. Nov.	
R. D. v. 21. Nov.	461
R. v. 23. Nov.	
G. Schr. v. 25. Nov.	
Pr. Sch. R. G. v. 25. Nov.	
R. v. 8. Dec.	
G. R. v. 17. Dec.	362
G. R. v. 19. Dec.	
Ob. Pr. Instr. v. 20. Dec.	
R. v. 22. Dec.	

## 1836.

Resol. v. 8. Jan.	7
G. R. v. 10. Jan.	
R. v. 23. Jan.	
R. D. v. 23. Jan.	
R. v. 26. Jan.	
Reg. Publ. v. 4. Febr.	
R. v. 19. Febr.	
G. R. v. 24. Febr.	
G. R. v. 27. Febr.	
Reg. B. v. 29. Febr.	
G. R. u. Publ. v. 5. März	
R. D. v. 9. März	
R. v. 15. März	
Reg. Bef. v. 19. März	



R. D. v. 10. April . . . . .	750
R. v. 25. April . . . . .	858
Reg. Publ. v. 27. April . . . . .	779
Resol. v. 28. April . . . . .	794
R. v. 4. Mai . . . . .	791
R. D. v. 6. Mai . . . . .	269
R. D. v. 8. Mai . . . . .	839
G. R. v. 14. Mai . . . . .	843
G. R. v. 16. Mai . . . . .	784
G. R. v. 21. Mai . . . . .	704
R. D. v. 25. Mai . . . . .	255
R. v. 26. Mai . . . . .	304. 836
R. D. v. 26. Mai . . . . .	888
G. R. v. 25. Mai . . . . .	675
R. v. 28. Mai . . . . .	750
G. R. v. 2. Juni . . . . .	750
Reg. B. v. 4. Juni . . . . .	699
R. v. 13. Juni . . . . .	888
G. R. v. 16. Juni . . . . .	750
R. D. v. 19. Juni . . . . .	806. 796
Reg. Bef. v. 22. Juni . . . . .	326
R. v. 27. Juni . . . . .	292
Reg. Bef. v. 28. Juni . . . . .	597
Ob. Pr. Instr. v. 2. Juli 347 ff. . . . .	559
642. 650. 730. . . . .	735
Reg. Bef. v. 6. Juli . . . . .	365
R. v. 12. Juli . . . . .	255
R. D. v. 14. Juli . . . . .	801. 845. 849
Reg. G. Verf. v. 16. Juli . . . . .	344. 370
R. v. 18. Juli . . . . .	628
R. v. 2. Aug. . . . .	842
R. v. 8. Aug. . . . .	654
R. v. 8. Aug. . . . .	758
R. v. 10. Aug. 603. 636. 646. . . . .	722
Ulkoll. Bef. v. 26. Aug. . . . .	888
R. v. 28. Aug. . . . .	839
R. v. 9. Sept. . . . .	326
R. v. 11. Sept. . . . .	852
R. v. 18. Sept. . . . .	726
R. v. 22. Sept. . . . .	675
Reg. Bef. v. 24. Okt. . . . .	687
R. v. 29. Okt. . . . .	839. 853
R. v. 14. Nov. . . . .	837
R. v. 2. Dec. . . . .	441
R. v. 3. Dec. . . . .	553
R. v. 5. Dec. . . . .	776
R. v. 7. Dec. . . . .	100
R. v. 7. Dec. . . . .	640
R. v. 10. Dec. . . . .	371
R. v. 13. Dec. . . . .	371. 839
Ulk. B. v. 14. Dec. . . . .	648
R. v. 15. Dec. . . . .	843
R. v. 24. Dec. . . . .	492. 837
Ulk. B. v. 30. Dec. . . . .	688

## 1837.

R. v. 10. Jan. . . . .	773
R. v. 14. Jan. . . . .	437
R. v. 4. Febr. . . . .	437

G. R. v. 13. Febr. . . . .	538
Reg. B. v. 28. Febr. . . . .	699
Urk. v. 11. März . . . . .	818
Reg. B. v. 13. März . . . . .	410
Konf. B. v. 13. März . . . . .	490
R. D. v. 29. März . . . . .	491
Urk. v. 31. März . . . . .	765
R. v. 4. April . . . . .	839
R. v. 15. April . . . . .	766
Reg. Bef. v. 16. April . . . . .	340
R. v. 24. April . . . . .	262
G. R. v. 24. April . . . . .	649
G. R. v. 29. April . . . . .	764
Instr. v. 6. Mai . . . . .	774
G. v. 8. Mai . . . . .	927
Schulk. B. v. 12. Mai . . . . .	304. 430
R. v. 12. Mai . . . . .	371. 767
Reg. Publ. v. 19. Mai . . . . .	734
Konf. B. v. 29. Mai . . . . .	736. 743
Instr. v. 10. Juni . . . . .	927
Urk. v. 19. Juni . . . . .	765
Reg. B. v. 23. Juni . . . . .	831
Reg. Publ. v. 27. Juni . . . . .	734
R. v. 30. Juni . . . . .	818
G. R. v. 10. Juli . . . . .	491. 496
R. v. 28. Juli . . . . .	792
Konf. B. v. 8. Aug. . . . .	743
G. R. v. 10. Aug. . . . .	558
G. R. v. 11. Aug. . . . .	652
R. v. 18. Aug. . . . .	802
R. v. 21. Aug. . . . .	556
Reg. Publ. v. 25. Aug. . . . .	555
Reg. Bef. v. 18. Sept. . . . .	702
Urk. v. 25. Sept. . . . .	161. 850. 852
G. R. v. 25. Sept. . . . .	579
G. R. v. 27. Sept. . . . .	657. 903
R. v. 30. Sept. . . . .	583. 592
R. v. 18. Okt. . . . .	490
Ob. Pr. Antw. v. 21. Okt. . . . .	371
R. v. 2. Nov. . . . .	802
G. R. v. 2. Nov. . . . .	859
Pos. Landt. Absch. v. 7. Nov. . . . .	116
G. R. v. 17. Nov. . . . .	758
Konf. B. v. 18. Nov. . . . .	490
Reg. B. v. 18. Nov. . . . .	752
Konf. B. v. 2. Dec. . . . .	490
Urk. v. 16. Dec. . . . .	852
Reg. B. v. 21. Dec. . . . .	371
R. D. v. 24. Dec. . . . .	927
Verzeichn. v. 29. Dec. . . . .	745

## 1838.

R. v. 2. Jan. . . . .	415
R. D. v. 24. Jan. . . . .	761
Reg. Publ. v. 24. Jan. . . . .	841
R. v. 27. Jan. . . . .	334. 339
R. v. 29. Jan. . . . .	339
R. v. 2. Febr. . . . .	455
R. D. v. 20. Febr. . . . .	851

R. v. 21. Febr. . . . .	340
R. v. 24. Febr. . . . .	512
R. v. 25. Febr. . . . .	652. 741
Pr. Sch. R. Bef. v. 26. Febr. .	546
G. R. v. 26. Febr. . . . .	927
R. v. 28. Febr. . . . .	767
Sch. R. B. v. 6. März . . . .	397. 916
R. v. 15. März . . . . .	847
Reg. Publ. v. 16. März . . . .	604
Schulkoll. Bef. v. 23. März . .	676
Reg. Bef. v. 27. März . . . .	546
G. R. v. 27. März . . . . .	851
G. v. 31. März . . . . .	771
Dell. v. 3. April . . . . .	772
Reg. B. v. 8. April . . . . .	418. 443
R. v. 19. April . . . . .	741
Reg. B. v. 21. April . . . . .	636. 646
R. D. v. 21. April . . . . .	791
G. R. v. 25. April . . . . .	648
R. v. 25. April . . . . .	744
R. v. 26. April . . . . .	638
Reg. B. v. 28. April . . . . .	451. 822
R. D. v. 4. Mai . . . . .	759
Reg. B. v. 8. Mai . . . . .	646
Pos. Bef. D. v. 9. Mai . . . .	365
R. v. 10. Mai . . . . .	759
Reg. B. v. 11. Mai . . . . .	861
R. D. v. 27. Mai . . . . .	757. 758
Reg. B. v. 28. Mai . . . . .	756
Resol. v. 8. Juni . . . . .	845. 849
Reg. B. v. 10. Juni . . . . .	742
R. v. 11. Juni . . . . .	421. 452
R. v. 18. Juni . . . . .	818
R. v. 26. Juni . . . . .	762
G. R. v. 29. Juni . . . . .	436
G. R. v. 30. Juni . . . . .	652
R. v. 4. Juli . . . . .	268
Reg. B. v. 10. Juli . . . . .	334. 343
G. R. v. 24. Juli . . . . .	757
Reg. B. v. 24. Juli . . . . .	756. 782
Reg. B. v. 28. Juli . . . . .	831
R. v. 31. Juli . . . . .	773
R. D. v. 11. Aug. . . . .	852
Reg. B. v. 15. Aug. . . . .	533
Publ. v. 23. Aug. . . . .	527
Reg. B. v. 23. Aug. . . . .	761
Schulkoll. B. v. 25. Aug. . . .	869
R. v. 31. Aug. . . . .	794
G. R. v. 7. Sept. . . . .	368
R. v. 17. Sept. . . . .	788. 845
R. v. 20. Okt. . . . .	795
R. v. 27. Okt. . . . .	839
Pr. Landt. Absch. v. 28. Okt. .	660
R. v. 4. Nov. . . . .	761
Schles. Landt. Absch. v. 20. Nov.	888
Reg. B. v. 6. Dec. . . . .	791
R. v. 8. Dec. . . . .	891
Regl. v. 12. Dec. . . . .	759
G. R. v. 18. Dec. . . . .	668
Sächs. Landt. Absch. v. 31. Dec.	888

## 1839.

G. v. 21. Jan. . . . .	
R. v. 19. Febr. . . . .	
R. D. v. 23. Febr. . . . .	
Schulkoll. Bef. v. 25. Febr.	
R. v. 2. März . . . . .	
Regul. v. 9. März . . . . .	
Resol. v. 11. März . . . . .	
R. v. 13. März . . . . .	
G. R. v. 20. März . . . . .	
Abh. Landt. Absch. v. 26. M.	
R. D. v. 6. April . . . . .	
Dell. v. 6. April . . . . .	
R. v. 30. April . . . . .	
R. D. v. 9. Mai . . . . .	
G. R. v. 22. Mai . . . . .	
R. v. 23. Mai . . . . .	
Wien. Beschl. v. 27. Mai . . .	
R. v. 30. Mai . . . . .	
Westph. Landt. Absch. v. 8.	759
R. D. v. 22. Juni . . . . .	
R. v. 4. Juli . . . . .	
R. D. v. 9. Juli . . . . .	
R. D. v. 13. Juli . . . . .	
R. v. 16. Juli . . . . .	
G. R. v. 18. Juli . . . . .	
G. R. v. 20. Juli . . . . .	
G. R. v. 24. Juli . . . . .	
G. R. v. 16. Aug. . . . .	
R. v. 23. Aug. . . . .	
R. v. 31. Aug. . . . .	
R. v. 9. Sept. . . . .	
R. v. 14. Sept. . . . .	
Reg. Publ. v. 2. Okt. . . . .	
Kens. B. v. 23. Okt. . . . .	
R. D. v. 27. Okt. . . . .	
G. R. v. 28. Okt. . . . .	
G. R. v. 30. Okt. . . . .	
Staatsann. Beschl. v. 7. M.	
G. R. v. 15. Nov. . . . .	403
G. R. v. 20. Nov. . . . .	
R. v. 21. Nov. . . . .	
G. R. v. 21. Nov. . . . .	
R. D. v. 24. Nov. . . . .	
Reg. Publ. v. 1. Dec. . . . .	
G. R. v. 3. Dec. . . . .	
G. R. v. 9. Dec. . . . .	
R. D. v. 10. Dec. . . . .	
R. v. 20. Dec. . . . .	
Abt. G. v. 22. Dec. . . . .	
Indr. v. 31. Dec. . . . .	288 f.
458. 534. 568. 703. 716	
R. v. 31. Dec. . . . .	

## 1840.

G. v. 2. Jan. . . . .	
R. v. 8. Jan. . . . .	

D. v. 21. Jan.	759
v. 25. Jan.	628
v. 26. Jan.	652
hultoll. B. v. 29. Jan.	389
v. 3. Febr.	759
Bersf. v. 6. Febr.	558
v. 21. Febr.	849
v. 6. März	751. 841
v. 8. März	774
R. v. 18. März	288
v. 19. März	442
R. v. 21. März	688
v. 24. März	847
v. 27. März	841
f. B. v. 2. April	359
v. 9. April	532
v. 10. April	542
v. 11. April	853
R. v. 21. April	727
v. 25. April	453
v. 2. Mai	532
v. 7. Mai	892
R. v. 11. Mai	389. 403
v. 17. Mai	857
R. v. 18. Mai	809
W. Bersf. v. 18. Mai	892
v. 20. Mai	538
Woll. Bersf. v. 23. Mai	888
v. 27. Mai	829
v. 28. Mai	521
v. 30. Mai	339
Publ. v. 1. Juni	328. 465
Instr. v. 1. Juni	332. 342
Sten v. 10. Juni	820
v. 15. Juni	777
v. 16. Juni	766
v. 18. Juni	767. 772
D. v. 18. Juni	767
v. 24. Juni	359
v. 26. Juni	820
v. 30. Juni	791
v. 30. Juni	874
v. 1. Juli	439
v. 3. Juli	772
v. 4. Juli	423
v. 4. Juli	767
v. 10. Juli	288. 297. 321
v. 4. Juli	841
v. 17. Juli	874
v. 19. Juli	553
v. 21. Juli	495
v. 23. Juli	754
v. 25. Juli	531
v. 28. Juli	748. 761
v. 1. Juli	547
v. 1. Aug.	422
v. 10. Aug.	291
v. 3. Aug.	789
v. 6. Aug.	628
v. 19. Aug.	437
v. 20. Aug.	859

R. v. 28. Aug.	298
G. R. v. 30. Aug.	369. 915
R. D. v. 8. Sept.	762
Reg. B. v. 20. Sept.	629
R. D. v. 23. Sept.	272
R. v. 23. Sept.	436
Bersf. v. 26. Sept.	285. 297
Grf. v. 10. Okt.	771
Reg. B. v. 13. Okt.	555
G. R. v. 16. Okt.	291. 424
R. v. 27. Nov.	817
B. v. 30. Nov.	102
R. v. 30. Nov.	762
G. R. v. 6. Dec.	272
R. v. 15. Dec.	295
B. v. 28. Dec.	772

## 1841.

R. v. 30. Jan.	867
R. v. 11. Febr.	292. 506
R. v. 10. März	593. 882
R. v. 12. März	724
G. R. v. 20. März	293
Reg. B. v. 23. März	724
G. R. v. 2. April	460
R. v. 4. April	625
Bersf. v. 10. April	582. 593
G. v. 13. April	769
R. v. 14. April	536
R. D. v. 21. April	837
G. R. v. 30. April	298. 868
R. D. v. 12. Mai	492. 837
Schlesf. Fer. D. v. 4. Juni	629. 612.
	657
R. v. 16. Juni	274. 657
G. R. v. 21. Juni	845
G. R. v. 5. Juli	295. 296
R. D. v. 19. Juli	553
R. D. v. 31. Juli	526
R. v. 31. Juli	748
Rundschr. v. 5. Aug.	647
G. Bersf. v. 11. Aug.	553
G. R. v. 24. Aug.	526
R. v. 28. Aug.	764
R. v. 18. Sept.	298
R. D. v. 25. Sept.	831
G. R. v. 29. Sept.	526
R. v. 30. Sept.	268
R. v. 8. Okt.	765
R. v. 13. Okt.	762
G. R. v. 16. Okt.	831
G. R. v. 21. Okt.	824
R. v. 29. Okt.	652
G. R. v. 31. Okt.	462. 829
Gem. D. v. 31. Okt.	532. 774. 789.
	835
R. D. v. 6. Nov.	757
G. R. v. 4. Dec.	526
G. R. v. 20. Dec.	491. 558
G. R. v. 30. Dec.	834

## 1842.

Stat. v. 18. Jan. . . . .	885
Reg. G. R. v. 26. Jan. . . . .	365
R. v. 28. Jan. . . . .	765
G. R. v. 30. Jan. . . . .	360
R. D. v. 7. Febr. . . . .	553
Reg. B. u. Instr. v. 17. Febr. 633.	838
B. v. 18. Febr. . . . .	511
R. D. v. 28. Febr. . . . .	553. 868
Reg. B. v. 1. März . . . . .	359. 365
R. v. 8. März . . . . .	650. 835
G. R. v. 17. März . . . . .	745. 822
G. R. v. 25. März . . . . .	731
G. R. n. 12. April 289. 294. 297.	298
G. R. v. 13. April . . . . .	408. 912
B. v. 15. April . . . . .	771
G. R. v. 24. April . . . . .	788. 799. 849
Plen. Besch. v. 9. Mai . . . . .	121. 848
Besch. v. 13. Mai . . . . .	340
Reg. B. v. 14. Mai . . . . .	885
R. v. 20. Mai . . . . .	628
Instr. v. 24. Mai 117 ff. 399. 442.	673
R. v. 29. Mai . . . . .	116
R. v. 31. Mai . . . . .	808
R. D. v. 6. Juni . . . . .	706
R. v. 10. Juni . . . . .	832
R. D. v. 17. Juni . . . . .	291
R. v. 23. Juni . . . . .	834
R. v. 24. Juni . . . . .	291
Reg. B. v. 25. Juni . . . . .	846
R. v. 30. Juni . . . . .	717
R. D. v. 3. Juli . . . . .	868
G. R. v. 4. Juli . . . . .	843. 845
G. Verf. v. 13. Juli . . . . .	445
R. v. 25. Juli . . . . .	762
R. v. 8. Aug. . . . .	724. 770
G. R. v. 13. Aug. . . . .	843
G. R. v. 31. Aug. . . . .	763
Reg. B. v. 1. Sept. 640. 645. 656. 904.	922
G. R. v. 12. Sept. . . . .	859
R. D. v. 16. Sept. . . . .	758
Reg. B. v. 17. Sept. . . . .	616
G. R. v. 18. Sept. . . . .	427
R. v. 23. Sept. . . . .	703
G. R. v. 15. Okt. . . . .	295
Reg. Publ. v. 20. Okt. . . . .	859
Hundsch. v. 24. Okt. . . . .	527
Schulk. B. v. 15. Nov. . . . .	671
Reg. B. v. 16. Nov. . . . .	846
Reg. B. v. 19. Nov. . . . .	535
G. R. v. 21. Nov. . . . .	763
B. v. 22. Nov. . . . .	255
Reg. B. v. 23. Nov. . . . .	534
Besch. v. 28. Nov. . . . .	340
G. R. v. 7. Dec. . . . .	299
B. v. 9. Dec. . . . .	263. 266. 269
Reg. B. v. 20. Dec. . . . .	765
R. D. v. 21. Dec. . . . .	527
G. v. 31. Dec. . . . .	302. 539
G. R. v. 31. Dec. . . . .	844

## 1843.

Reg. G. v. 2. Jan. . . . .	727
G. v. 6. Jan. . . . .	593
Reg. B. v. 9. Jan. . . . .	696
R. D. v. 16. Jan. . . . .	521
Ob. Präf. B. v. 28. Jan. . . . .	697
R. v. 2. Febr. . . . .	795
R. v. 4. Febr. . . . .	766
R. v. 8. Febr. . . . .	765
Reg. B. v. 19. Febr. . . . .	687
Reg. B. v. 22. Febr. . . . .	763. 770
G. R. v. 23. Febr. . . . .	826
Grf. v. 6. März . . . . .	174
Reg. B. v. 6. März . . . . .	580. 604. 609.
G. R. v. 8. März . . . . .	644
R. v. 11. März . . . . .	671
R. v. 11. März . . . . .	502
Staatsmin. Besch. v. 15. März . . . . .	521
G. R. v. 19. März . . . . .	360
Grf. v. 30. März . . . . .	771
Schulkoll. Bef. v. 31. März . . . . .	886
G. R. v. 3. April . . . . .	851
G. Verf. v. 7. April . . . . .	412. 421. 422
R. v. 24. April . . . . .	764
R. D. v. 28. April . . . . .	766. 774
G. R. v. 24. Mai . . . . .	521
Reg. B. v. 29. Mai . . . . .	838. 843
R. v. 27. Juni . . . . .	889
R. D. v. 14. Juli . . . . .	536
G. Verf. v. 19. Juli . . . . .	536
R. D. v. 21. Juli . . . . .	537
G. R. v. 25. Juli . . . . .	538
R. v. 2. Aug. . . . .	539
Reg. B. v. 9. Aug. . . . .	571
Reg. B. v. 14. Aug. . . . .	580. 586
G. R. v. 26. Aug. . . . .	591
G. R. v. 1. Sept. . . . .	72
Ob. Präf. Bef. v. 4. Okt. . . . .	684
G. R. v. 7. Okt. . . . .	766
G. R. v. 12. Okt. . . . .	538
R. v. 17. Okt. . . . .	767
Grf. v. 23. Okt. . . . .	768
G. R. v. 5. Nov. . . . .	769
B. v. 24. Nov. . . . .	770
G. R. v. 12. Dec. . . . .	771
G. R. v. 20. Dec. . . . .	772
R. D. v. 22. Dec. . . . .	773
Reg. B. v. 26. Dec. . . . .	774
Besch. v. 28. Dec. . . . .	775
R. v. 28. Dec. . . . .	776

## 1844.

G. R. v. 16. Jan. . . . .	777
G. R. v. 19. Jan. . . . .	778
G. Verf. v. 24. Jan. . . . .	252. 779
B. v. 24. Jan. . . . .	780
G. R. v. 27. Jan. . . . .	821. 822
R. v. 3. Febr. . . . .	781
G. R. v. 7. Febr. . . . .	782

R. v. 15. Febr. . . . .	865. 885
v. 26. Febr. . . . .	793
v. 29. Febr. . . . .	628
Pr. Schr. v. 21. März 694.	700
R. v. 22. März . . . . .	438
B. v. 24. März . . . . .	489
R. v. 24. März . . . . .	709
cipl. G. v. 29. März 491. 510.	837
v. 29. März . . . . .	771
v. 29. März . . . . .	823
Apr. Pr. R. v. 19. April 101.	815
z. Stat v. 19. April . . . .	238
R. v. 22. April . . . . .	711
R. v. 12. Mai . . . . .	848
R. v. 26. Mai . . . . .	756. 757. 758
B. v. 7. Juni . . . . .	628. 725. 726.
v. 14. Juni . . . . .	649. 657
R. v. 18. Juni . . . . .	642
D. v. 3. Juli . . . . .	442
ult. B. v. 13. Juli 661. 674. 904.	
	922. 924
D. v. 19. Juli . . . . .	864
R. v. 27. Juli . . . . .	526
R. v. 27. Aug. . . . .	661. 674
R. v. 9. Sept. . . . .	867
v. 14. Sept. . . . .	271. 863
v. 2. Okt. . . . .	432
v. 14. Okt. . . . .	534. 774
ul. v. 21. Okt. . 589 ff. 602.	742
v. 4. Nov. . . . .	868
D. u. B. v. 11. Nov. . . 175.	853
R. v. 8. Dec. . . . .	734
B. v. 20. Dec. . . . .	453
R. v. 22. Dec. . . . .	844

## 1845.

R. v. 1. Jan. . . . .	842
v. 3. Jan. . . . .	754. 769
v. 13. Jan. . . . .	746. 747
v. 13. Jan. . . . .	771
D. v. 17. Jan. 296. 301. 527.	
	534. 616. 638. 716
v. 6. Febr. . . . .	582. 597. 602
B. v. 6. Febr. . . . .	742
B. v. 15. Febr. . . . .	819
R. v. 16. Febr. . . . .	408
L. v. 1. März . . . . .	527
R. v. 30. März . . . . .	839
B. v. 31. März . . . . .	824
B. v. 7. April . . . . .	823
v. 9. April . . . . .	758
v. 21. April . . . . .	837
28. Mai . 336. 448. 811.	862
v. 3. Juni . . . . .	875
27. Juli 256. 258. 260 ff. 265.	
	273. 363
30. Juni . . . . .	746. 747
30. Juni . . . . .	806
5. Juli . . . . .	770

R. D. v. 6. Juli . . . . .	772
Statut. v. 10. Juli . . . . .	875
R. D. v. 11. Juli . . 756. 760.	852
B. v. 11. Juli . . . . .	769
Gen. Konzeß. v. 23. Juli . 486.	793
Gen. D. v. 23. Juli 531. 774. 789.	835
G. R. v. 24. Juli . . . . .	428
Ob. Pr. B. v. 31. Juli . . . .	591
G. R. v. 10. Okt. . . . .	807
G. R. v. 15. Okt. . . . .	460
G. R. v. 15. Nov. . . . .	834
R. v. 19. Nov. . . . .	295
G. R. v. 30. Nov. . . . .	844
Schulordn. v. 11. Dec. 103 ff. 328. 329.	
	332. 362. 364. 370. 416. 442.
	444. 451. 453. 456. 466. 523. 528.
	542. 550. 552. 554. 560. 572.
	594. 602. 633. 642. 699. 716.
	730. 735. 751. 753. 762. 768.
	782. 788. 793. 799. 805. 810.
	817. 820. 852
G. R. v. 23. Dec. . . . .	271. 863

## 1846.

Schulkoll. Bef. v. 27. Jan. . .	876
Ob. Präf. Bef. v. 29. Jan. . .	387
G. R. v. 31. Jan. . . . .	460
Regul. v. 14. Febr. . . . .	266. 272
R. v. 17. Febr. . . . .	302
R. v. 28. Febr. . . . .	770
G. R. v. 2. März . . . . .	844
G. R. v. 8. März . . . . .	807
G. R. v. 13. März . . . . .	763
G. R. v. 23. März . . . . .	304
B. v. 11. April . . . . .	853
Bef. v. 17. April . . . . .	252
R. v. 19. April . . . . .	815
G. R. v. 20. April . . . . .	871
G. R. v. 24. April . . . . .	748
Regul. v. 17. Mai . . . . .	888
G. R. v. 19. Mai . . . . .	715
R. D. v. 8. Juni . . . . .	888
B. v. 21. Juli . . . . .	844
G. v. 21. Juli . . . . .	121. 865. 847
R. D. v. 3. Aug. . . . .	875
R. v. 14. Sept. . . . .	875
Bank-D. v. 5. Okt. . . . .	758
Staatsmin. Beschl. v. 13. Okt. .	860
B. v. 17. Nov. . . . .	776
R. D. v. 20. Nov. . . . .	865
R. D. v. 2. Dec. . . . .	886
G. R. v. 11. Dec. . . . .	844

## 1847.

G. R. v. 8. Jan. . . . .	860
Reg. Bef. v. 20. Jan. . . . .	413
R. v. 20. Jan. . . . .	886



R. v. 29. Jan.	460
Schulkoll. Bef. v. 12. Febr.	876
R. v. 21. Febr.	296
Grf. v. 28. Febr.	757
R. v. 3. März	658
G. R. v. 4. März	860
R. v. 5. März	300. 566
Reliq. Pat. v. 30. März	484. 773
R. D. v. 30. März	485
G. v. 6. April	510
R. D. v. 19. April	546
Reg. Publ. v. 19. April	807
Schr. v. 21. April	693
R. D. v. 26. April	554
G. R. v. 6. Mai	485
G. R. v. 8. Mai	290. 484
Reg. B. v. 1. Juni	686
R. D. v. 11. Juni	652
Reg. Bef. v. 14. Juni	704
R. v. 21. Juni	114
G. R. v. 22. Juni	628. 852
Schulk. Bef. v. 18. Juli	588
R. D. v. 12. Juli	766
G. R. v. 19. Juli	628
G. v. 23. Juli	441. 446. 567. 748. 805. 892
G. R. v. 24. Juli	290. 486
Reg. Bef. v. 12. Aug.	546
R. v. 12. Aug.	564. 888. 891
G. R. v. 26. Aug.	766
G. R. v. 3. Sept.	710. 728
G. R. v. 4. Sept.	290. 297. 484
Reg. Bef. v. 7. Sept.	704
Grf. v. 9. Sept.	853
Schulk. Bef. v. 16. Sept.	390
G. R. v. 1. Okt.	261. 527
R. D. v. 17. Okt.	438. 459
R. v. 18. Okt.	437. 714
Grf. v. 30. Okt.	795
Feldpol. D. v. 1. Nov.	575
R. D. v. 10. Dec.	244. 252
G. Verf. v. 11. Dec.	459
Grf. v. 13. Dec.	852
G. R. v. 16. Dec.	728

## 1848.

Finanzetat	238
B. v. 6. Jan.	247
Ob. Präf. Bef. v. 7. Jan.	869
R. v. 10. Jan.	893
G. R. v. 12. Jan.	770
Regl. v. 14. Jan.	593
R. D. v. 17. Jan.	893
B. v. 28. Jan.	252
Grf. v. 2. Febr.	839. 858
G. R. v. 16. Febr.	712
R. v. 21. Febr.	520
R. D. v. 29. Febr.	555
Grf. v. 19. März	251

Grf. v. 20. März	291
B. v. 6. April	480. 894
Bef. v. 15. April	252
R. Grf. v. 17. April	296
Grf. v. 26. April	117
Resol. v. 4. Mai	766
R. v. 26. Mai	893
G. R. v. 5. Juni	770. 845
R. Grf. v. 10. Juni	255. 801
R. v. 10. Juni	894
B. v. 14. Juni	597
R. D. v. 14. Juni	758
G. R. v. 15. Juni	892
Grf. v. 22. Juni	852
Grf. v. 25. Juni	251
Reg. B. v. 5. Juli	665
G. R. v. 15. Juli	478
G. Verf. v. 18. Juli	256
R. v. 21. Juli	893
R. Grf. v. 31. Juli	258. 270. 367
Grf. v. 5. Aug.	815
G. R. v. 14. Aug.	743
G. R. v. 26. Aug.	270. 460
G. R. v. 31. Aug.	728
Grf. v. 7. Sept.	790
Grf. v. 14. Sept.	832
R. v. 15. Sept.	531
G. R. v. 19. Sept.	494
R. Grf. v. 9. Okt.	474. 893
G. R. v. 13. Okt.	367
R. v. 14. Okt.	891
G. v. 17. Okt.	59
G. R. v. 19. Okt.	367
B. v. 24. Okt.	597
Grf. v. 8. Nov.	251
G. R. v. 25. Nov.	728
G. R. v. 3. Dec.	461
Staatsverfass. v. 5. Dec.	226. 252. 254. 277. 278. 480. 894
B. v. 5. Dec.	654
G. R. v. 14. Dec.	231. 301
G. R. v. 20. Dec.	478
Deutsche Grundrechte v. 28. Dec.	31
G. Verf. v. 28. Dec.	477
G. R. v. 30. Dec.	478

## 1849.

B. v. 2. Jan.	461. 754. 791
B. v. 3. Jan.	509. 512. 532
R. v. 4. Jan.	891
Wechsel-Ordn. v. 6. Jan.	595
Bef. v. 14. Jan.	252
R. Grf. v. 26. Jan.	252
G. R. v. 30. Jan.	252
G. Verf. v. 7. Febr.	252
G. Verf. v. 13. Febr.	537
R. v. 14. Febr.	876
G. R. v. 14. Febr.	249
R. v. 13. März	249

L. v. 4. Mai	638
L. R. v. 15. Mai	748
L. R. v. 5. Juni	446. 894
Ref. v. 26. Juni	793
L. v. 29. Juni	480
L. v. 9. Juli	748
Disc. B. v. 11. Juli	478. 492. 547
Ref. v. 23. Juli	889
L. R. v. 26. Juli	478
L. R. v. 14. Aug.	269
L. R. v. 14. Aug.	443. 521
L. R. v. 18. Aug.	492
Ref. v. 28. Aug.	771
L. R. v. 6. Sept.	497
L. v. 13. Sept.	537
L. v. 22. Okt.	776
L. v. 24. Okt.	524
L. R. v. 22. Nov.	886
L. v. 7. Dec.	106. 834
Staatsvertr. v. 7. Dec.	210
Grf. v. 21. Dec.	252
Staatsmin. B. v. 22. Dec.	840

## 1850.

Ref. v. 1. Jan.	251. 252
Grf. v. 14. Jan.	840
L. R. v. 17. Jan.	261
Ref. v. 23. Jan.	838
Staatsverf. v. 31. Jan.	232 ff., 252.
	257. 261. 271. 285. 289. 301.
	316. 441. 444. 463. 480. 484.
	508. 510. 524. 560. 659. 769.
	788. 810. 894. 927
Staatsmin. Beschl. v. 12. Febr.	455
L. v. 15. Febr.	838
L. über Grundst. v. 24. Febr.	764.
	774. 869
L. v. 24. Febr.	769
Staatsmin. Beschl. v. 2. März	494
L. G. v. 2. März	303. 761. 762.
	767. 769. 828
L. Theil. G. v. 2. März	762
Lenb. G. v. 2. März	758. 759.
	762. 769. 772
L. v. 3. März	762. 769
L. v. 5. März	831
L. über Mühl. Reall. v. 11. März	762
L. D. v. 11. März	106. 257. 331.
	531. 774. 835. 927
Bez. u. Prov. D. v. 11. März	257
L. v. 11. März	269. 480. 511. 524. 728
L. v. 12. März	210
L. v. 20. März	494
Grf. v. 7. April	478
L. v. 19. April	480
L. v. 28. April	509
Grf. v. 11. Mai	480
L. v. 13. Mai	502 509
L. v. 15. Mai	876

L. v. 18. Mai	504
G. R. v. 18. Mai	835
G. R. v. 10. Juni	495
L. v. 12. Juni	776
G. R. v. 17. Juni	497
Berf. v. 27. Juni	498
Grf. v. 29. Juni	253
Ref. v. 29. Juni	793. 814
Ref. v. 11. Juli	253
G. R. v. 12. Juli	454
Ref. v. 29. Juli	253
G. R. v. 13. Aug.	527
G. R. v. 16. Aug.	498
Grf. v. 4. Sept.	849
Grf. v. 23. Sept.	759
Staatsmin. Beschl. v. 11. Okt.	501
G. R. v. 4. Nov.	501
L. v. 11. Nov.	459
L. D. v. 13. Nov.	768
Reg. Instr. v. 15. Nov.	366. 399 ff.,
	442. 673. 915
Grf. v. 17. Nov.	261
L. v. 20. Nov.	751. 769
G. R. v. 28. Nov.	261. 450. 523
L. v. 2. Dec.	768
Grf. v. 13. Dec.	771
Grf. v. 19. Dec.	251
L. v. 23. Dec.	769
Grf. v. 28. Dec.	793

## 1851.

Staatsmin. Beschl. v. 21. Jan.	487
G. R. v. 22. Jan.	440. 483
G. R. v. 8. Febr.	500
G. R. v. 23. Febr.	831
G. Berf. v. 24. Febr.	531
G. R. v. 5. März	422. 506
Instr. v. 12. März	769
G. R. v. 15. März	487. 492
G. R. v. 1. April	686
L. v. 3. April	769
Grf. v. 9. April	838
Strafgesetzb. v. 14. April	303. 443.
	494. 509. 511. 538. 547. 726.
	729. 885
Einf. G. v. 14. April	511
Klass. St. G. v. 1. Mai	793. 834
Tarif v. 10. Mai	756
G. v. 10. Mai	777. 766
G. v. 12. Mai	528
Grf. v. 12. Mai	746
G. u. Gem. Theil. D. v. 19. Mai	762.
	772
G. R. v. 21. Mai	768
G. R. v. 22. Mai	620
Grf. v. 10. Juni	807
G. Berf. v. 12. Juni	440
L. v. 12. Juni	483
G. v. 13. Juni	876

G. R. v. 18. Juni	769
G. R. v. 23. Juni	768
R. v. 25. Juni	751
R. v. 28. Juni	759
G. R. v. 29. Juni	502. 509
G. R. v. 14. Juli	807
Bersf. v. 16. Juli	462. 531
R. v. 7. Aug.	866
G. R. v. 18. Aug.	713. 914
Bersf. v. 26. Aug.	304
Urf. v. 29. Aug.	652
Urf. v. 8. Sept.	804
Instr. v. 10. Sept.	777
Reg. B. v. 13. Sept.	675
G. R. v. 1. Okt.	346
G. R. v. 7. Okt.	652. 675
Urf. v. 7. Okt.	768
G. R. v. 9. Okt.	624
Urf. v. 21. Okt.	768
R. v. 25. Okt.	821
R. v. 29. Okt.	821
Urf. v. 4. Nov.	768
Reg. B. v. 15. Nov.	725
Urf. v. 22. Nov.	792. 817
Urf. v. 25. Nov.	768
Urf. v. 27. Nov.	772
Urf. v. 28. Nov.	853
R. v. 29. Nov.	769
R. D. v. 8. Dec.	892
Staatsmin. Beschl. v. 21. Dec.	499
R. Urf. v. 29. Dec.	759

## 1852.

G. R. v. 2. Jan.	403. 408. 913
B. v. 7. Jan.	211
G. v. 9. Jan.	558
Regul. v. 31. Jan.	627
Statut v. 31. Jan.	892
G. Urf. v. 10. Febr.	643. 920
G. R. v. 24. Febr.	890
Urf. v. 4. März	768
R. Urf. v. 6. März	253
Urf. v. 6. März	368
G. R. v. 6. März	778. 788. 793. 803. 810 ff.
Urf. v. 6. März	792
Reg. Urf. v. 12. März	626. 618. 629
Sch. Dep. Instr. v. 13. März	381 ff., 514. 645
Reg. Urf. v. 15. März	489. 902
G. v. 17. März	254
G. Urf. v. 17. März	296. 716
Reg. Publ. v. 25. März	770
Urf. v. 16. April	769
G. v. 21. April	275. 763
G. v. 3. Mai	509. 512
Urf. v. 4. Mai	768
Finanzetat u. G. v. 14. Mai	240

G. v. 22. Mai	512
Post-G. v. 5. Juni	776
G. R. v. 17. Juni	759
Urf. v. 18. Juni	768
R. Urf. v. 19. Juni	257. 331
R. Urf. v. 21. Juni	631
Bersf. v. 24. Juni	358. 406
Urf. v. 8. Juli	761. 772
G. R. v. 9. Juli	398. 416. 915
Disc. G. v. 21. Juli	201. 258. 264. 267. 269. 422. 474. 479. 492 ff. 521. 531. 539. 547.
G. R. v. 6. Aug.	526
R. Urf. v. 1. Sept.	499
Urf. v. 7. Sept.	773
G. R. v. 21. Sept.	792
R. Urf. v. 24. Sept.	499
Pr. Sch. R. Bersf. v. 12. Sept.	427
Urf. v. 24. Okt.	594
G. R. v. 28. Okt.	777
Reg. Bersf. v. 16. Nov.	575. 611
Reg. Regul. v. 16. Nov.	569
Reg. B. v. 25. Nov.	815
Urf. v. 26. Nov.	776
R. Urf. v. 4. Dec.	885
Reg. Instr. v. 28. Dec.	546

## 1853.

Finanzetat	25
R. v. 8. Jan.	88
G. Urf. v. 31. Jan.	50
Reg. B. v. 4. Febr.	671. 682. 91
Reg. G. v. 17. Febr.	24
Ob. Präf. B. v. 26. Febr.	680
Urf. v. 5. März	656
Urf. v. 12. März	500. 501
Urf. v. 26. März	505
Reg. B. v. 7. April	760
Reg. Bersf. v. 8. April	565. 691
Schulk. Urf. v. 12. April	679. 684. 925
Regul. v. 14. Mai	321
G. v. 16. Mai	620
G. R. v. 20. Mai	524
G. v. 24. Mai	257. 331. 524. 754. 769
St. D. v. 30. Mai	106. 257. 331. 335. 339. 341. 531. 774. 793. 799. 826
G. v. 31. Mai	531
R. Urf. v. 6. Juni	499
B. v. 6. Juni	766
B. v. 13. Juni	766
Reg. Urf. v. 15. Juni	363
Regul. v. 17. Juni	534
Instr. v. 20. Juni	331. 338. 340. 341. 377
Schul-Dep. B. v. 20. Juni	617
Plen. Beschl. v. 20. Juni	766
Reg. B. v. 24. Juni	800
Urf. v. 25. Juni	815
Urf. v. 1. Juli	651

Grf. v. 11. Juli . . . . .	511
B. v. 30. Juli . . . . .	806
Allg. Verf. v. 9. Aug. . . . .	504. 927
Anw. v. 18. Aug. . . . .	621. 927
Staatsmin. Beschl. v. 23. Aug. . . . .	498
R. v. 25. Aug. . . . .	203. 328
Schulf. B. v. 3. Sept. . . . .	404
G. R. v. 6. Sept. . . . .	769
G. R. v. 19. Okt. . . . .	821
G. R. v. 5. Nov. . . . .	890
R. v. 24. Nov. . . . .	768
Grf. v. 29. Nov. . . . .	304
G. R. v. 29. Nov. . . . .	429
Reg. B. v. 6. Dec. . . . .	647
Bef. v. 8. Dec. . . . .	620

## 1854.

Finanzetat . . . . .	316
G. R. v. 16. Jan. . . . .	776
Reg. B. v. 19. Jan. . . . .	684

G. R. v. 1. Febr. . . . .	482
R. v. 3. Febr. . . . .	770
Grf. v. 7. Febr. . . . .	592
G. v. 13. Febr. . . . .	510
G. R. v. 17. Febr. . . . .	332. 334
Stat. v. 12. März . . . . .	699
R. v. 17. März . . . . .	729
G. R. v. 18. März . . . . .	493
Staatsmin. Bef. v. 6. April . . . . .	768
R. v. 20. April . . . . .	554
G. v. 10. Juni . . . . .	927
R. v. 12. Juni . . . . .	927
Bef. v. 4. Juli . . . . .	927
Bef. v. 15. Juli . . . . .	914
G. R. v. 22. Juli . . . . .	836
R. v. 19. Aug. . . . .	927
G. R. v. 14. Sept. . . . .	927
G. R. v. 18. Sept. . . . .	927
Regul. v. 1. Okt. . . . .	896 ff.
Regul. v. 2. Okt. . . . .	915 ff.
Grundzüge v. 3. Okt. . . . .	919 ff.
Grf. v. 7. Okt. . . . .	927

## II.

## Alphabetisches Sachregister.

## A.

- Abendmahl, Theilnahme der Lehrer, 488.  
 Abgaben-Befreiungen der Schulen, 773.  
 Ablösungen gegen Schulen, Eistirung der Umwandlung der Schulabgaben in Geldrenten, 767. — Freie Vereinbarung, 768. — Exekution wegen der Renten, 769.  
 Adjuvanten, 453.  
 Altdeutsche Tracht, Verbot für Lehrer, 474.  
 Altlutheraner, Unfähigkeit zu evang. Schulämtern, 486. — Schulbeiträge, 793.  
 Altmark, s. Sachsen, Prov.  
 Amnestien, 291. 493.  
 Amts-Anmaßung oder Erschleichung, 443.  
 Amtsbefugnisse, deren Ueberschreitung, 510.  
 Amtsblatt, Mittheilung an Lehrer, 520. — Insertion erledigter Schulstellen, 547. — Einsendung an das Min. der G., u. u. R. Aug., 558.  
 Amtseid der Schullehrer, 454.  
 Amtsentlassung, 547.  
 Amtsentsetzung, 547.  
 Amts-Suspension, s. Suspension.  
 Amtsverschwiegenheit, 464. 837.  
 Amtswohnung, s. Dienstwohnung.  
 Anlagen, öffentliche, Belehrung über deren Erhaltung, 729.  
 Anstellung der Volksschullehrer, provisorische und definitive, 412. 417. 420. 506. 527. — s. Volksschullehrer, Vocation, Wiederanstellung.  
 Anstellungs-Nachweisungen, 460.  
 Arbeitsschulen, 294. 316.  
 Armschulen, 873. 875. — s. Winter.  
 Atteste, zur Aufnahme in das Sem., 389. 393. 403. — zu den und über die Prüfungen für das Schulsach, 417. — s. Schulzeugniß.

- Aufnahme in die Schule, Aufnahmetermin, 567. — Wahl der Schule, 568. — Nachweis der Impfung, 568. — Uneheliche Kinder unter dem Mutternamen, 569. — fremde Kinder, 349.
- Aufnahme in das Sem., 389 ff., 914 ff.
- Aufsicht über die Volksschule. Lokale Aufsichtsbehörden, 321. — Schulvorstände auf dem Lande, 321. — städtische Schuldeputationen, 329. — Spezial-Schulvorstände in Städten, 341. — Bürgermeister, 344. — Geistliche als Lokalspektoren, 344. — s. Lokal-Schulinspektoren. — Kreis-Aufsichtsbehörden, 362. — Schulinspektoren, 363., s. Kreis-Schulinsp. — Schulbereisungen im Sem. Dir., 369. — Landräthe, 370. — Bezirks-Kommissarien in Posen, 371.
- Auseinanderetzung mit dem Amtsnachfolger, 548.
- Ausländer, als Privatlehrer, 291. — Zulassung zu öffentl. Schulstellen, 432. — als Hausirer dürfen die eigenen Kinder mitführen, 629.
- Auspfindung, gegen Schullehrer, 837.
- Auswärtige Grundbesitzer, Befreiung von Schulbeiträgen, 799.

## B.

- Baden und Schwimmen, 715.
- Bank, Belegung von Schulkapitalien bei ders., 758.
- Basedom, 23.
- Baubeamte, Königl., Bearbeitung der Schulbaufachen, 839.
- Baufonds, der Schulgemeinde, Patronats-Baufonds, s. Schulbauten.
- Bauhändler-Dienst von Kindern, Nothschule für dies., 625.
- Baumaterial, übrig gebliebenes, 844. — Lieferung durch Guts herrsch. u. Patrone, 849. — Bauholz durch den Fiskus, 851.
- Baumfrevler, Bestrafung, 726.
- Baumzucht, Beförderung durch die Schule, 693.
- Bauten, s. Schulbauten.
- Begräbnisklassen, 538.
- Behörden für das Unterrichtswesen, 241. — bis zum Jahre 1808, 241. — Geistliche Departements, 242. — Wissenschaftliche Departements, 243. — Franz. Kolonie-Departements, 245. — gegenwärtige Schulbehörden. Centralbehörden, 245. — Min. des I., 246. — Min. der G., u. u. A. Ang., 250. — Ober-Kirchenrath, 253. — Provinzial-Behörden, 255. — Ober-Präsidenten, 257. — Konsistorien, 259. 266. — Schulkollegien, 261. — Regierungen, Kirchen- und Schul-Kommissionen, 266. — General-Intendanten, 276. — Andere geistliche Behörden, 278. — Unter-Behörden, 279. 321.
- Beleidigung, s. Ehrenkränkung.
- Berg, Großherzogth., 188. 204.
- Bergwerke, Beschäftigung von Kindern, 618 ff. — Freikure für Schulen, 86.
- Berlin, Schulwesen, 124. — Gemeindelasten der Privat-Schullehrer, 304. — Schulen und Schulaufsicht, 371. — Sem. für Stadtschulen, 404. — Prüfung und Anstellung der Lehrer, 427. — der Lehrerinnen, 430. — Urlaub nach Berlin, 521. — Kontrolle des Schulbesuchs durch Karten und Renommee, 588. — Miethsteuer der Lehrer, 836. — Verbot, Wechsel anzustellen, 838.
- Beschwerden an die Min. oder an den König, Vorschriften darüber, 254.
- Besitztitel, Berechtigung für Schulen, 754.
- Besserungs-Anstalten, s. Kinder, verwahrloste.
- Bestallung, s. Votation.
- Bezirks-Kommissarien in Posen, Schulaufsicht, 371.
- Bibel, Gebrauch beim Religionsunterricht, 654. 667. 921. 922.
- Biblische Geschichte, 657. 921. 917. 903.
- Blinde, Unterricht in den Ortschulen oder in besondern Anstalten, 891. — Befreiung von Prämien für die Auslehrung von Blinden, 892.
- Brandenburg, Prov., Entwicklung des Unterrichtswesens, 119. — Niederlande, 123. — Berlin, s. d. Seminare, 387.



Branntwein, Abhaltung der Jugend vom Genuß dess., 725.  
 Brennholz, 468., s. Deputatholz.  
 Buchbinder, Verkauf gebundener Schulbücher, 652.  
 Bürgermeister, s. Aufsicht, 344.

## C.

Central-Behörden des Schulw., s. Behörden, 245.  
 Central-Turnanstalt, 713.  
 Civilsupernumerar-Stellen, Qualifikation der Seminaristen, 413.  
 Cholera, Schulbesuch bei Ausbruch ders., 603.

## D.

Darlehen aus Schulvermögen, 756.  
 Denkmale, öffentliche, Belehrung über deren Erhaltung, 729.  
 Deputatholz der Volksschullehrer, Anfuhr, Verwendung, 817. — Surrogate, 819.  
 Deutsche Sprache, s. Sprechen.  
 Diäten, 830.  
 Diakonissen-Verein, 865.  
 Dienstkinder, Schulbesuch, 614.  
 Dienstländerei, s. Landdotation. Unterhalt der Zäune, Anlegung lebendiger Hecken, 824. — Kosten der Grenzerneuerungen, 826.  
 Dienstvergehen der Lehrer und Disziplinarverfahren, 492. — Gerichtliche Untersuchungen, 508.  
 Dienstwohnung, kleine Reparaturen, 820. — Verbot, dieselben zu vermieten, 823.  
 Diebserweg, 29.  
 Dinter's Schullehrerbibel, Mißbilligung des Gebrauchs ders., 650. 657.  
 Dismembrationen, Wahrung des Schulinteresses bei Vertheilung der Abgaben, 769.  
 Dissidenten, als Privatlehrer, 290. — Unfähigkeit zu öffentlichen Schulämtern, 484. — Schulpflicht der Kinder, 566. — Religionsunterricht, 658.  
 Disziplin in der Schule, s. Schulzucht.  
 Disziplinar-Verfahren, s. Dienstvergehen.  
 Disziplinarhöfe, 499.  
 Dramatische Aufführungen durch die Schulkinder, Verbot ders., 728.  
 Drossig, Lehrerinnen-Sem., 405.

## E.

Ehrentränkungen, im Amte verübte, 510. — Schutz gegen Beleidigungen im Amte, 510.  
 Ehrenzeichen, Rückgabe beim Todesfall, 538.  
 Eichsfeld, Fürstenth., s. Sachsen, Prov.  
 Einkommen der Volksschullehrer. Verbesserung, 808. — Regulirung in Folge der Verfassung, 810. — Baares Gehalt. Naturalkompetenzen, 815. — Deputatholz, 817. — Dienstwohnung, 820. — Feuerversicherung, 823. 927. — Dienstländerei, 824. — sonstige Emolumente, Wandeltisch, Neujahrsbesuche, Zählgelder, Gratifikationen, Diäten und Fuhrkosten, 826 ff. — Gehaltsquittungen, 831.  
 Einkünfte, s. Schuleinkünfte.  
 Einquartirung, Befreiung der Lehrer, 836.  
 Einrichtung neuer Schulen, 632.

- Eisenbahnaktien, Ankauf für Schulen, 758.  
 Eltern, Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder, 285. 593. 880. 884. 927. — Selbst-  
 ertheilung des Unterrichts, 300. — Bestimmung der Religion der Kinder,  
 653. — Einmischung in die Schulzucht, 733.  
 Emeritirung, s. Pensionirung.  
 Emolumente, s. Einkommen.  
 Entlassung aus der Schule, Erfordernisse, Prüfung, Entlassungsakt, Schul-  
 zeugniß, 735. s. Konfirmation. — Dispensation rücksichtlich des Alters,  
 743. — während des Konfirmanden-Unterrichts, 744.  
 Erbziinsverleihung von Schulgrundstücken, 761.  
 Erdbeschreibung, s. Geographie.  
 Erledigung des Schulamts, s. Volksschullehrer. Amtsblatt.  
 Erziehung, s. Schulerziehung.  
 Etats- und Rechnungswesen bei Schulen, 861.  
 Examen, s. Prüfungen.  
 Exekution, administrative, wegen Schulabgaben, 805. — aus Lieferungsverträ-  
 gen, 844. — gegen Lehrer wegen Schulden, 837. 927.

## F.

- Fabriken, Schulbesuch der darin beschäftigten Kinder, 618 ff., 927.  
 Fabriksschulen, 623. 624.  
 Familienschulen, 297.  
 Fachtsschulen, 296. 716.  
 Feldarbeit, Verwendung schulpflichtiger Kinder dazu, 603 ff., 626.  
 Ferien, 629. — bei Stadtschulen, 631. — Schulgeld für die Ferienzeit, 761.  
 Feste, s. Schulfeste.  
 Feuerversicherung der Schulgebäude, 756. 860. — s. Mobiliar-Versicherung.  
 Fiskus, Zuschüsse für die Schulen, 238. 316. 808. 813. — Patronat, 445. 446.  
 — Edition der Korrespondenz in Prozessen, 762. — Sicherung vor Bausch-  
 zinsen bei Baukontrakten, 844. — Bauverpflichtung, Patronats, Patronat,  
 850. — Gnadenunterstützung, 858.  
 Flächenraum der Schulzimmer, 634.  
 Fortbildung der Lehrer, 350. — durch Lehrkurse im Sem., 512. — durch  
 Lehrerkonferenzen, 514. — durch Lesevereine, 518. — im Gesang, 519.  
 Fortbildungs-Anstalten für die der Schule entwachsene Jugend, 869 ff.  
 Freie Gemeinden, s. Dissidenten.  
 Freikure für Schulen, 808.  
 Frères ignorantins, s. Schulbrüder.  
 Fröbelsche Kindergärten, Schließung, 866.  
 Fuhrkosten, 830.

## G.

- Garnisonsschulen, 89, 361. — Disziplinar-Behörden über die Lehrer, 498.  
 Gartenarbeit, Vermietzung schulpflichtiger Kinder dazu, 626.  
 Gartenbau, Unterricht in der Schule, 693. 696. — im Sem., 914.  
 Gastwirthe, Verabreichung geistiger Getränke an Kinder, 722.  
 Gebet und Gesang beim Beginn und Ende des Unterrichts, 645. 922.  
 Gebühren, s. Gerichtskosten.  
 Gehalt, s. Einkommen.  
 Gehaltsbeschlagnahme gegen Lehrer, 837.  
 Gehaltszulage, 537. 483.  
 Geistliche, Verhältniß zur Schuldeput., 340., s. Lokal-Schulinspektoren. — Kon-  
 ferenzen mit den Vormündern über die Erziehungsber., 560. — Verantwortlichkeit  
 beim Religionsunterricht, 654. 737. — Heranziehung zu den Schulbeiträgen,  
 796. — Schulpredigt, 66. 883., s. auch 920.

- elder, von Schulen, Aufbewahrung, 753. f. Darlehn.  
 emeinde-Aemter, der Lehrer, 531.  
 emeinde-Auflagen, f. Kommunal-Auflagen. — Seitens der Privat-Schul-  
 lehrer, 303.  
 emeinde-Repräsentanten, Zuziehung bei Bauten, 841.  
 eneral-Superintendenten, f. Behörden, 276.  
 ensdarmrie, Befreiung von Schulbeiträgen, nicht vom Schulgeld, 798.  
 eographie, Unterricht in ders., 687. 925. im Sem., 909.  
 emeinheitstheilungen für Schulen, 762. — Zuziehung der Vorsteher und  
 Patrone, 762. — Bestätigung der Rezepte, 763. — Ausgaben für neue Wege  
 ic. 763. — Sorge für Landdotation der Schulen, 763. — Kosten, 766.  
 erichtskostenfreiheit der Schulen, 777. — der Kleinkinder-Bewahr-Anstal-  
 ten, 868.  
 erichtsobrigkeit, Schulpatronat, 444. 849.  
 esangbuch, Gebrauch in der Schule, 656. 667. 922.  
 esangunterricht im Sem., 408. 911. f. Musik. — in der Schule, 676. 925.  
 Unterstützung des Kirchengesangs, 682. — Verbot illoyaler Lieder, 684. —  
 Notenbücher, 684. — Harmonium, 685. — Schonung des Stimmorgans, 685.  
 eschenke an Schulen, 748—751.  
 eschichte, Unterricht in ders., 687. 925. — im Sem., 907.  
 eschichtlicher Ueberblick über die Entwicklung des Unterrichtswesens, 3 ff.  
 eschworene, Ausschluß der Lehrer, 532.  
 esundheit der Schulgelasse, 633. — der Schulkinder, 646.  
 eworke, geräuschvolle, Farnhaltung ders. von Schulen, 638. — f. Neben-  
 ämter.  
 eworkbesteuer, Befreiung der Lehrer bei Handel mit Schreibmaterial, 835.  
 iftpflanzen, Belehrung darüber, 686.  
 nadenmonat, 551.  
 nadenunterstützung bei Schulbauten, 858.  
 ottesdienst, Theilnahme der Lehrer, 488. — mit der Schuljugend, 489.  
 rammatik, Deutsche, 668. 671. 924. 906.  
 ratifikationen, 483. 701. 828.  
 regoriusfingen, Verbot, 457. 827.  
 renzerneruerungen, Kosten, 826.  
 rubenarbeit, Verbot für Knaben bis zum 13. Jahr, 618.  
 rundsteuer, Befreiung der Schulen, 773. — bei Landdotationen, 766. — der  
 Kleinkinder-Bewahr-Anstalten, 869.  
 utscherrschaften, Schulbeiträge ders., 799. — Bauverpflichtung, 848.  
 ymnastik, f. Turnen.

## S.

- ausländische Arbeiten der Schüler, 645.  
 ausländische Geschäfte, der Lehrer soll die Schuljugend dazu nicht benutzen, 468.  
 alberstadt, Fürstenth., f. Sachsen, Prov.  
 andarbeiten in der Volksschule, 688. 316. 914.  
 auptbuch, 380. 382. f. Listen.  
 ausgeräth, Entfernung aus Schulzimmern, 637.  
 ausirer, Verbot der Begleitung durch schulpflichtige Kinder, 628. — Ausnahme  
 für Ausländer, 629. vgl. 881.  
 auslehrer, 285. 301.  
 ausväter, Verpflichtung ders. zu Schulbeiträgen, 790.  
 ecken, Anlegung lebendiger, 824.  
 eidelberger Katechismus, f. Katechismus.  
 eirathskonsens für Lehrer, 527.  
 erbeiholung der Schullehrer, 456. vgl. 507.  
 ierodord, 685.  
 ohenzollernsche Lande, Verwaltungs-Behörden des Schulwesens, 218.  
 Schulwesen, II.

Holz, s. Deputatholz.

Hütelinder, Schulbesuch, 611.

Hüttenwerke, Beschäftigung von Kindern, 618 ff.

Hypothekarische Eintragung des Besitztums und der Realrechte für Schulen, 754. — Löschung, 757.

### I.

Jagd, Theilnahme der Lehrer, 524.

Jesuitenschulen, 19. 32. 40. 41. 43. 45. 317.

Illiteraten, Zulassung zur Prüfung für städtische Volksschulen, 427.

Immunitäten der Volksschullehrer, 833. — Aufhebung der Klassensteuerfreiheit, 834. — Befreiung von Gewerbesteuer für Handel mit Schreibmaterial, 834. — von den Kommunallasten, 835. — von Miethsteuer, Einquartierung, 836.

Impfung, Nachweis ders. zur Aufnahme in die Schule, 568.

Industrieschulen, weibliche, 702.

Inspektoren, geistliche, 57. 243.

Interimistikum bei Schulbauten, 853. 927.

Inventarium der Schule, 355. 349.

Jubelfeier der Volksschullehrer, 537.

Juden, Zulassung in Sem., 404. — zu Anstellungen im Schulfach, 441. — als Schulpatrone, 446. — Schulpflicht der Judenkinder, 566. — Genehmigung des Grunderwerbs für jüd. Schulen, 748. — Schulbeiträge, 805. — Jüdische Schulen, 892.

Jura minorum, s. Minderjährige.

### K.

Kandidaten des Schulamts, Beaufsichtigung und Verpflichtung zur Arbeit von Schulstellen, 414. — Prüfungen, 415. — Grade der Qualifikation, 415. — Prüfung und Anstellung kath. Kand., 419. — abermalige Prüfung, 421. — provisorische und definitive Anstellung, 412. 417. 420. — Militärdienstzeit, 433. s. Seminare. — Kandidaten des höhern Schulamts, Prüfung für städt. Volksschulen, 424. — Kandidaten der Theologie, als Praktikanten, 299. — praktische Ausbildung in der Pädagogik, 359. — in Schullehrer-Seminaren, 300. — im Prediger-Seminar zu Wittenberg, 360. — Prüfungen im Schulfach, 425. — Vorrecht auf Kirch-Schullehrerstellen im Bez. Gumbinnen, 442.

Kantoren, Prüfung, 428. — Verleihung des Kantortitels, 536.

Kapitalien, Anlegung der Schulkap., 756. — Aufnahme von Kap. für Schulen, 759.

Katecheten, Anstellung solcher in Nebendörfern, 456.

Katechisationsstunden, 65.

Katechismus, Gebrauch beim Religionsunterricht, 923. — der kleine Katechismus Luthers und der Heidelberger, 901.

Katholische Schulen, Schulbeiträge, 804.

Keller unter Schulzimmern, 634.

Kenntnisse, gemeinnützige, Unterricht im Sem., 409. 914.

Kinder, s. Schulpflicht. — uneheliche führen den Namen der Mutter, 569. — Aufsicht der Geistlichen auf deren Erziehung, 582. — Vormünder, 882. — Pflegekinder, 582. 874. — Verwendung schulpflichtiger Kinder zur Arbeit, 603—629. — Sorge für die Gesundheit der Schulkinder, 646. 602. i. 646. Erziehung. — arme, Lehrmittel für diesel., 639. 650. — Schulgeld, 732. — Anstalten für arme Kinder, 873. 875. — verwahrloste, Sorge für ihre Erziehung, 876. — Massregeln zur Besserung, Besserungs-Anstalten, 876.

- Vereine, 883. 885. — Ueberweisung jugendlicher Verbrecher an dieselben, 885.
- Kindergärten, Fröbel'sche, Schließung ders., 866.
- Kirchenbesuch der Schulkinder, 657.
- Kirchendienst der Schullehrer, 465. 473. 490.
- Kirchengefang, Verbesserung, 428. s. Gesangunterricht.
- Kirchenlieder, Auswendiglernen in der Schule, 656. 667. 922. — von Sem.-Präparanden, 917.
- Kirchen- u. Schul-Kommissionen der Reg., 266.
- Kirchen- u. Schulämter, vereinigte, Wahl und Bestellung zu solchen, 261. 449. — Disziplinargewalt über dies., 497. — Urlaub, 522. — Nebengeschäfte, 533.
- Kirchschullehrer-Stellen, Vorrecht der Literaten, 442.
- Klassenabtheilung, 347. 641. 897. 926.
- Klassenbuch, 469. 380. — s. Listen.
- Klassensteuer, als Maassstab für die Schulbeiträge, 793. — Heranziehung der Volksschullehrer, 834.
- Klavierspiel, Unterricht im Sem., 912. 919.
- Kleinkinder-Bewahr-Anstalten, Beförderung, 865. — Schließung der Fröbel'schen Kindergärten, 866. — Aufsicht, Korporationsrecht, 867. — Stempel- und Gebührenfreiheit, 868. — Grundsteuer- und Portofreiheit, 869.
- Kleve, Herzogth., 179. 205.
- Körperhaltung der Schulkinder, 646.
- Kohlenheizung, 819.
- Kollekten für Schulen, 807.
- Kommunal-Auflagen, Befreiung der Schulen, 774. — Kommunalsteuer als Maassstab zu den Schulbeiträgen, 793. — Befreiung der Lehrer, 835.
- Kompatronat des Staats bei Schulen, 445.
- Konduitenlisten über die Lehrer, Abschaffung und Surrogat, 258. 270. 366.
- Konferenzen der Lehrer, 350. 467. 514. — in Berlin, 382.
- Konfirmation, 736. 921. — Konfirmanden-Unterricht, 740. — Prüfung, Konfirmations-Akt und Zeugniß, 742. — Dispensation vom Schulbesuch, 744.
- Konkurs, Vorrechte der Schulforderungen in dens., 772.
- Konsistorien, s. Behörden, 51. 63. 242. 259.
- Korporationsrecht, der Volksschulen, 746. — der Kleinkinder-Bewahr-Anstalten, 867. — der Waisen- und Armenschulen, 874.
- Korvey, Fürstenth., 208.
- Krämerei, Verbot für Lehrer, 536., vgl. 492.
- Krankheiten, als Grund der Schulversäumniß, 602. — ansteckende ib. Schulgeld, 781.
- Kreis-Kommunalfonds, Bewilligungen zu den Schulrevisionen, 792.
- Kreis-Schulinspektoren. Schultabellen, 345. 356. — Visitations-Berichte, 357. — Superintendenten als solche, 363. 467. — Schulvisitationen, 357. 364. — durch General-Superintendenten, 365. — in kirchlichem Charakter, 365. — Berichte, 365. — Konduitenlisten, Abschaffung und Surrogat, 366. — Aufsicht über Nebenschulen in andern Reg. Bez., 368. — Nachweisungen erledigter und wiederbesetzter Schulstellen, 547. — Pflichten bei der Vermögensverwaltung, 751 ff.
- Kreis-Zilgungsklassen, Ankauf von deren Obligationen für Schulen, 758.
- Kriminaluntersuchung gegen Lehrer, 508.
- Krippen, Säuglings-Bewahranstalten, 865.
- Küsterhäuser, Schul- u., s. Schulbauten.
- Kunstreiter, Verbot Kinder mitzuführen, 628.

## L.

- Läuten der Kirchenglocken durch Schulkinder, 647.
- Lagerbücher, s. Schulmatrikel.
- Landdotacion der Schulstellen, 763. — wer dotirt, wann wird dotirt, Deta-



- tion aus Domainen, 764. — Umfang der Dotation, Gebäude; event. durch Rente, 765. — Grundsteuer, 766.
- Land, Ueberweisung zur Baumschule, 697.
- Landrätthe, Schulaufsicht, 358. 370. — insbes. bei Schulversäumnissen, 571. — bei der Vermögensverwaltung, 751 ff. — bei Wauten, 839.
- Landkaster-Schulen, 26.
- Lehrer, Strafe wegen Unzucht mit Schülern, 303. — Turnlehrer, 712. s. Privatunterricht. Volksschullehrer.
- Lehrbücher, 347. s. Schulbücher.
- Lehrerinnen, Prüfung, 428. — Seminar in Droyßig, 405. — Louisensche in Posen, 432.
- Lehrlinge, Schulbesuch, 616.
- Lehrmittel, Ausstattung der Schule, insbes. für arme Kinder, 639. s. Schulbücher.
- Lehrplan für Volksschulen, 347. 641. 920 ff.
- Leibesübungen für die Jugend, s. Turnen.
- Leichen, kontagiöse, Singen der Schulkinder bei dens., 603.
- Lektionsplan, 347. 465. 641. 920 ff.
- Leseunterricht, s. Sprechen.
- Lesevereine der Lehrer, 518.
- Lingen u. Tiedlenburg, 208.
- Listen über die schulpflichtigen Kinder, über Schulbesuch und Schulversäumnisse, 66. 74. 143. 324. 356. 570 ff., 600. 613. 736.
- Literatur u. Quellen, 211. 306.
- Literaten, Prüfung für städt. Volksschulen, 424.
- Lösung von Schulhypothesen, 757.
- Local-Schulinspektoren. Geistliche als solche, 344. 464. 466. 737. — Allgemeine Bestimmungen, 345. — Instr. 347. — Schulberichte, 351. — Schulakten in den Pfarrarchiven, 359, s. Schulakten. Praktische Ausbildung der Kandidaten der Theologie im Schulfache, 359. — Militairgeistliche, 360. — Aufsicht über den Schulbesuch, 571 ff.
- Louisenschule in Posen, 432.
- Lüftung der Schulgelasse, 636. 646.
- Luftheizung, 820.
- Luther, 16. — Luthers Katechismus, 901.

## M.

- Mäßigkeitsvereine, Förderung durch Geistliche und Lehrer, 725. 927.
- Magdeburg, Herzogth., s. Sachsen, Prov.
- Magistrat, Verhältniß zur Schuldeput., 340. — Ausübung des Schulpatronats, 448. — Bestrafung der Schulversäumnisse, 571.
- Mark, Graßsch., 179. 205.
- Matrikel, s. Schulmatrikel.
- Methodik, Unterricht im Sem., 408. 899.
- Miethsteuer der Lehrer in Berlin, 836.
- Militairmusiker, Erlaubniß zum Musikunterricht, Klassensteuer dafür, 295.
- Militairpflicht, deren Ableistung als Bedingung der Anstellung im Schulfache, Dienstzeit, 433. — der Lehrer bei Landwehrübungen, 523. — bei Mobilisirung, 523. — in der Bürgerwehr, 524.
- Militairprediger, Pflichten in Bezug auf den Elementarunterricht der Schulkinder, 361. 739.
- Militairstand, Befreiung von Schulbeiträgen, nicht vom Schulgeld, 798.
- Minden und Ravensberg, 187. 205.
- Minderjährigen, Rechte der, für Schulen, 771.
- Min. der G., u. u. M. Ang., s. Behörden. Zeitungs-Berichte u. Amtsbl. d. daff., 558.
- Missionsvereine, 902.
- Mittelschulen, 307. 424. 233.

Mobiliarversicherung, Beitritt der Schullehrer, 823. 927.

Münster, 188. 208.

Musikalische Prüfung der Lehrer, 428. — Nachbildung, 519. — Unterricht im Sem., 911 ff.

Musikaufführungen, öffentliche, Theilnahme von Seminaristen, 409. — der Lehrer, 525. — Benutzung der Kirchen dazu, 526.

Musikinstitut in Berlin, Aufnahme in dass., 413.

Musiker, umherziehende, Verbot Kinder mitzuführen, 628.

Musiklehrer, 294.

Musikmachen, der Lehrer, 536.

## N.

Naturalkompetenzen der Volksschullehrer, 815.

Naturgeschichte, Unterricht in ders., 685. 925. 909. 918.

Naturhistorische Sammlungen, Anlegung ders., 686.

Nebenämter und Gewerbe, 468. 527. — Gemeindeämter, 531. — Geschworne, 532. — Synodalmitglieder, 532. — Küsternebengeschäfte, 533. — Vormundschaften, 533. — Privatunterricht, 534. — Ackerbau, Seidenbau, 534. — Schankwirthschaft, Krämerei, Musikmachen, 536. — Verkauf von Schreibmaterial, 650. 535.

Nebenanstalten der Volksschule, 864. — Kleinkinder-Bewahr-Anstalten, 865. — Fortbildungs-Anstalten, 869. — Anstalten für Waisen und arme Kinder, 873. — für verwahrloste Kinder, 876. — Taubstumme, 886. 927. — Blinde, 891. 927. — Jüdische Schulen, 892.

Nebenschulen in andern Reg. Bez., Aufsicht der Schulinsp., 368.

Neujahrsgeschenke, 827.

Nichtigkeitsbeschwerde, Einreichung durch Schuldeput., 314.

Niederlausitz, s. Brandenburg.

Niemeyer, Verbot, dessen Lehrbuch des Religionsunterrichts in Schulen zu brauchen, 657.

Noten, Singen nach Noten in Schulen, s. Gesangunterricht.

## O.

Oberkirchenrath, 253.

Ober-Konsistorium, 63. 242. 252.

Ober-Präsidenten, s. Behörden, 257.

Ober-Schulkollegium, 76. 244.

Obligationen der Staatsanleihen von 1848, 1850, 1852 für Schulen, 758. 759.

Obstbau, Unterricht in der Schule, 693. — Ueberweisung von Land zur Baumschule, 697. — Anschaffung guter Sorten, 699. — Nutzungen, 699. — Berichte, 700. — Belohnungen für die Lehrer, 701. — Hülfsbücher, 701. — Unterricht im Sem., 409. 914.

Öfen in Schulzimmern, 634. 821.

Orden, Rückgabe beim Todesfall, 538.

Organisten, Prüfung, 428.

Orgel, Unterricht im Sem., 408. 912.

Orthographie, s. Schreibunterricht.

## P.

Paderborn, Krstth., 208.

Patronat, über Schulen, wer ist Patron, 444. 849. — Ausübung des Patron-

- nats, 446. — bei vereinigten Kirchen- u. Schulämtern, 449. — Aufsicht über die Vermögensverwaltung, 751 ff.
- Patron, Pflichten bei Bauten, 840. 848.
- Patronats-Faunders, fiskalischer, 850.
- Pensionirung, 507, 540. — Lehrer-Pensions-Fonds, 542. — Pensionsverlust, 547.
- Pensionsanstalten, 289.
- Personalarrest, wegen Schulden, unzulässig gegen Lehrer, 837.
- Pestalozzi, 27.
- Pfandbriefe, Ankauf für Schulen, 758.
- Pochwerke, Beschäftigung von Kindern, 618 ff.
- Politische Integrität, als Bedingung der Anstellung im Schulfache, 440. — politisches Verhalten der Lehrer, 474. s. Tagesbegebenheiten. — Verbot für Schüler, an polit. Vereinen oder Versamml. Theil zu nehmen, 728.
- Polnische Sprache, 117. 399. 673.
- Pommern, Prov., Entwicklung des Unterrichtswesens, 124. — Altver- u. Hinterpommern, 127. — Neuvorpommern und Rügen, 128. — Seminare, 368.
- Portofreiheit der Schulen, 775. — der Kleinkinder-Bewahranstalten, 869.
- Portosparung in amtl. Korrespondenz, 777.
- Posen, Prov., Entwicklung des Unterrichtswesens, 115. — Bezirks-Kommissionen, Schulaufsicht, 371. — Seminare, 387. 432.
- Prämien für Ausbildung von Taubstammen in Handwerken oder Künsten, 859. — Versagung ders. für die Auslehrung von Blinden, 892.
- Präparanden, für die Sem., 391. 915 ff. — insbesond. kathol. ultramontane, 399. 927.
- Präzeptoren, s. Kirch-Schullehrer.
- Preußen, Entwicklung des Unterrichtswesens, allgemeine Darstellung, 51.
- Preußen, Provinz, Entwicklung des Unterrichtswesens, 93. — Seminare, 367. — Präzeptoren 442.
- Privatunterricht, 283. — Beaufsichtigung, 284. — Hauslehrer, Privatlehrer und Privatschullehrer, 285. — Instruktion zur Beaufsichtigung der Privatschulen, Privatlehrer, Hauslehrer etc., 288. — Nachweis der Befähigung Erlaubniß ib. 927. — für Dissidenten, 290. — für Ausländer, 291. — für Geistliche und öffentl. Lehrer, 296. 536. — für Gymnasialisten, 296. — für Seminaristen, 297. — Kontrollirung des Privatunterrichts, 300. — Zuziehung der Erlaubniß, 301. 927. — Gemeindefürsorge, 303. — Prüfungen der Privatschüler behufs Erlangung von Schulzeugnissen, 304. — höhere Lehrerschulen, 304.
- Provinzial-Behörden des Schulw., s. Behörden, 255.
- Provinzial-Hilfskassen, Anlegung von Schulkapitalien in dens., 759.
- Provinzial-Schulkollegien, s. Behörden, 261.
- Provinzielle Staatsschuldcheine, Ankauf für Schulen, 758.
- Prozesse der Schulen, 761. — wegen Bauten, 844.
- Prüfungen, in der Volksschule, 350. 716. — zur Entlassung, 735. — zur Konfirmation, 742. — zur Aufnahme in das Sem., 403. — bei Entlassung aus dem Sem. 411. — für das Schulfach, 415. — die erste Prüfung, 416. — insbes. der Nicht-Seminaristen, 416. — Stempel zu den Zeugnissen etc., 417. — die Abstufungen der Zeugnisse, 418. — Zuziehung der höh. Behörden bei Prüfungen kathol. Kandidaten, 419. — die abermalige Prüfung, 420. — Fälle u. Vornahme ders., 420. — Folgen der nichtbestanden Prüfung, 423. — Prüfung für städtische Volksschulen (pro schola), 424. — musikalische Pr., 428.
- Prüfungs-Kommission, zum Volksschullehrer-Examen, 411. — zur zweiten Prüfung der außer der Prov. gebildeten Kant., 422.

## Q.

Quittungen, über den Gehalt des Lehrers, Stempel dazu, 831.

## R.

- Rechnen, Unterricht darin, 673. 924. 910. 918. — Münzvergleichung, 674. —  
Hülfsbücher, 676.
- Rechnungsführung bei der Schulkasse, 356. 861.
- Rechtsweg, wegen Schulabgaben, 792. 795. 806. 814. — wegen entzogenen  
Lehrergehalts, 832. — wegen Nothwendigkeit von Schulbauten, 839. — beim  
Interimistikum, 858. — wegen Untersagung von Privatschulen, 927.
- Reformbestrebungen 1848, 31.
- Regierungen, s. Behörden, 266. — Berichte über Privatschulen, 293. — Be-  
stätigung der Mitglieder der Schuldeput., 334. — Ausübung des Schulpatro-  
nats, 446, 441. — Zeitungsberichte ders., 558. — Autorisation zum Erwerbe  
von Schulgrundstücken, 748. — Ressortverhältnisse bei Schulbauten, 838. —  
Regulirung des Interimistikums, 853. 927. — Schul-Stats- und Rechnungs-  
wesen, 863.
- Regulative, die drei, v. 1., 2. u. 3. Okt. 1854. Anh., 895—926.
- Reinerhaltung der Schulgelasse, 636. 821.
- Reinlichkeit der Schulkinder, 646.
- Religionsunterricht, 348. 653. 737. 921. 901. 916. — Bestimmung der  
Religion der Kinder durch die Eltern, 653. — Pflichten des Pfarrers u. des  
Lehrers, 654. — Hülfsmittel, 655. — Dispensation für Andersgläubige,  
658. 892. — Simultanschulen, 659.
- Rentenbriefe, Ankauf für Schulen, 759.
- Revision der Schulen, jährliche, 352. 346. — Protokoll, 356., vgl. 467. —  
Kosten, 791.
- Revisoren, s. Lokal-Schulinsp.
- Rezepte in Separationen, Bestätigung ders. für Schulen, 763.
- Rheinland u. Westphalen. Entwicklung des Unterrichtswesens, 178. —  
Hsth. Kleve u. Grffsch. Mark, 179. — Hsth. Minden u. Grffsch. Ravens-  
berg, 187. — Bisth. Münster, 188. — Unter der franz. Herrschaft, 188. —  
Großherz. Berg, 188. — Uebergangsperiode. Nieder- u. Mittelrhein. Sou-  
vernementsverordnungen, 192. — Neue Zeit. Rhein. Westphäl. Kirchordn.,  
201. — Westrhein. Landestheile, 203. — Hsth. Berg, 204. — Hsth. Kleve,  
205. — Grffsch. Mark, 205. — Hsth. Minden u. Grffsch. Ravensberg, 205.  
— Hsth. Paderborn, 208. — Hsth. Corvey, 208. — Hsth. Münster, 208.  
— Westph. Standesherrschaften, Grffsch. Lingen u. Tecklenburg, 208. — Hsth.  
Westphalen 209. — Hsth. Siegen, 209. — Seminare, 388.
- Ruhestand, s. Pensionirung.

## S.

- Sachsen, Prov. Entwicklung des Unterrichtswesens, 163. — Altmark, 164. —  
Magdeburg, 167. — Halberstadt, 171. — Eichsfeld, 172. — ehemals zum  
Kgr. S. gehörige Lande, 174. — Seminare, 388.
- Schank- u. Spielstuben, Verbot des Besuchs ders. durch Schulkinder, 722.
- Schankwirthschaft, Verbot für Lehrer, 536.
- Schauspieler, umherziehende, Verbot, Kinder mitzuführen, 628.
- Schießgewehr, Warnung der Schulkinder vor Fahrlässigkeit mit dems., 727.
- Schlesien, Prov., Entwicklung des Unterrichtswesens, 130. — kathol. Schulen,  
131. 149. — Hsth. Schlessen u. Graffsch. Olap, 161. — Seminare, 388.
- Schlittschuhlaufen, 715.
- Schrank in Schulzimmern, 638.
- Schreibebücher, Beseitigung der mit revolutionairen oder unsittlichen Bildern  
versehenen, 675. — Kühnsche Normal-Schr. u. Kirchhoffsches Schulpapier, ib.  
— Verkauf durch Lehrer, 650. 835.
- Schreibunterricht, 673. 923. 911. 918. — Orthographie, 674. 669. —  
Schreibebücher u. Vorschriften, 675.

- Schulabgaben**, s. hypothek. Eintragung, Schulmatrikel, Ablösung, Disemination, Verjährung, Exekution, Konkurs.
- Schulakten u. Nachrichten**, 349. 355. 359.
- Schulbauten**, 348. Vorbereitung u. Ausführung, 838. — Messertverhältnisse, 838. — Anzeige und Untersuchung des Baufalles, 840. — Bauanschlag, 842. — Verdingung des Baues, 843. — Ausführung, Abnahme und Revision, 844. — Bauverpflichtung der Schulgemeinde, 845. — Bildung des Baufonds durch fortlaufende Beiträge, 846. — Unterhaltung der Schulen in Rusterhäusern, 847. — der Guts herrschaften u. Patrone, 848. — des Fiskus, Patronats-Baufonds, 850. — Provinzialrechtl. Vorschriften, 852. — Applikation eines Interimistikums, 853. 927. — Exekution dess., 857. — Vorbehalt des Rechtsweges, 858. — Gnadenunterstützung, 858. — Anerkennung als solcher, Ausführung diesfälliger Bauten, 859. — Feuerversicherung, 860.
- Schulbehörden**, s. Behörden.
- Schulbeiträge**, s. Schuleinkünfte.
- Schulbesuch**, 348. 352. 465. 736. 881. — Allgem. Instr., 570 ff. — Förderung durch Geistl. und Lehrer, 579 ff. 609. — Kontrolle durch Schulleiter, 582, s. Listen; durch Schulbesuchskarten in Berlin, 588. — Verweigerung schulpflichtiger Kinder zur Arbeit, 603—629. — Dispensation während des Konfirmanden-Unterrichts, 744.
- Schulbrüder**, christliche, 40. 43. 45. 317.
- Schulbücher**, Auswahl, 647. — Anschaffung, 650. — insbes. für arme Kinder, ib.; s. auch Lehrmittel. — Verkauf durch Buchbinder, nicht durch Buchdrucker, 652. — in Sem., 906.
- Schuldenmachen**, leichtsinniges, als Grund zur Dienstentlassung, 492, 837.
- Schuldeputationen** in den Städten, 329. — Vorschriften der St. O., hinsichtlich der Verhältnisse, 329. 338. — Zusammensetzung und Geschäftsführung, 332. 339. — Qualifikation zum Vorsteher, 339. — Verhältnis des Magistrats, 340, der Superint. u. Geistl. zur Deput., 340. — Spezial-Schulvorschriften, 341. — Jahresberichte der Deput., 343. 358. — Sie sind öffentl. Behörden, 344. — Aufsicht über den Schulbesuch, 559. 570 ff. — Aufsicht bei der Vermögensverwaltung, 751 ff.; bei Bauten, 810 ff.; beim Rechnungswesen, 861.
- Schuleinkünfte**: Schulgeld, 65. — Erhebung, 779. — Schulgeldträger, 780. — für versäumten Unterricht, 66. 780. — bei Krankheiten, 781. — Befreiung für arme Kinder, 66. 782. — Soldatenkinder, 782. — Schulbeiträge, 784. — lasten auf der Schulschietät, 788. 862. — Ausbringung der Repartition, 790. — insbes. zu Schulrevisionen, 791. — Feststellung durch die Reg., 792. — Vertheilungsmaßstab, 793. — Heranziehung der Staatsbeamten dazu, 793; der Geistlichen, 796, u. Schullehrer, 798. — Beiträge des Militärstandes u. der Gensdarmarie, 798; der auswärtigen Grundbesitzer, 799. — Schulbeiträge der Guts herrschaften, 799; der Standesherren, 804; zu katholischen Schulen, 804; der Juden, 805. 892. — Eintreibung u. Schulabgaben, administrative Exekution, 805. — Kollekten, 807. — Freikure, 808. — Staats-Unterstützung, 808. 813., s. Verjährung, Konkurs.
- Schulergziehung**, allg. Vorschriften, 718. 920. — einzelne Belehrungen u. Verbote, 722. — über Theilnahme an sittengefährl. Vergnügungen, 722. — Straßentumult, 726. — Wegfangen der Eingevögel und Ausnehmen in Vogelnester, 726. — Thierquälerei, 727. — Schießgewehr, 727. — politische Schulaktus, 728. — Erhaltung öffentl. Anlagen und Denkmale, 728.
- Schulbeste**, 718. 925. — in Sem. 908., vgl. 728. 735.
- Schulgärten**, 763 ff. 824.
- Schulgelaß**, Gesundheit, 633. — Flächenraum der Schulzimmer, 634. — Einrichtung zweckmäßiger Schulzimmer, 635. — Reinerhaltung und Lüftung, 635. — Verbot der Benutzung zu anderen Zwecken, 636; zur Hauswirtschaft, 637; zum Seidenbau, zu politischen Versammlungen, zu Waarenniederlagen, 638. — Entfernung geräuschvoller Gewerbe, 638.
- Schulgeld**, s. Schuleinkünfte.
- Schulgemeinde**, 788. 845.



Schulglocken, 640.

Schulhäuser, s. Schulbauten, Schulgelaß.

Schulinspektoren, s. Lokal-Schulinspektoren, Kreis-Schulinsp.

Schulinventarium, Ausstattung der Schule mit Subsellien, Schränken, Wandtafeln, 638; mit Lehrmitteln insbes. für arme Kinder, 639; mit Schulglocken, 640. — Aufzeichnung der Inventariensücke, 640. — s. Inventarium.

Schulkasse, 356. 861.

Schulkataloge, s. Listen.

Schulkommissionen der Reg., 266.

Schulmatrikel, 752.

Schulpflicht, 559. — schulpflichtiges Alter, 560. vgl. 736. 743. — bei Entfernung des Wohnsitzes, 562, 632. — bei Aufenthaltswechsel, 563. 742. — — hinsichtl. nicht vollsinniger Kinder, 564. — Disfidentenkinder, 560. — jüdische Kinder, 566. — Soldatenkinder, 361. — Verwendung schulpflichtiger Kinder zur Arbeit, 603—629.

Schulpredigt, 66. 883.

Schulreglement, General-Land-, 64.

Schulunterricht, s. Unterricht.

Schulvermögen. Äußere Rechte, 745. — Vermögenserwerb. Grundstücke, 747. — Geschenke u. Vermächtnisse, 748—751. — Verwaltung des Vermögens durch die Schulvorstände u. Deput., 751. — Aufzeichnung, 752. — Aufbewahrung von Geldern u. Urkunden, 753. — Hypothekarische Eintragung, 754. — Feuerversicherung, 756. 860. — Kapitalien, 756. — Schulden, 759. — Einziehung der Einkünfte, 760, 778 ff. 815 ff. — Vermietung u. Verpachtung, 760. — Veräußerung von Grundstücken, 760. Vererbpachtungen u. Erbzinsverleihungen, 761. — Prozesse der Schulen, 761. — Vergleiche, 762. — Gemeinheitstheilungen, 762. — Ablösungen, Sistirung der Umwandlung von Schulabgaben in Geldrenten, 767. — Dismembrationen u. Gründung neuer Ansiedelungen, 769. — Besondere Vorrechte, 771. — Rechte der Minderjährigen, Verjährungsfrist, 771. — Vorrechte im Konkurse, 772. — Abgabebefreiungen, 773. — Portofreiheit, 775. — Gerichtskostenfreiheit, 777. — Stempelfreiheit, 778 (s. Stempel). — Etats- u. Rechnungswesen, 861.

Schulversäumnisse, Kompetenz zur Bestrafung, 592. — Anwendung, Höhe u. Verwendung der Strafe, 593. 602. — Umwandlung der Geldstrafe in Gefängniß, 594. — prov. Instr., 594. — erlaubte Schulversäumnis, 602, 647. — bei ansteckenden Krankheiten, 602. — Versäumnisse der Sommer- schule, 605. 613. — Schulgeld, 780. 66.

Schulvisitation, s. Kreis-Schulinsp. u. Generalsuperint.

Schulvorstände, 321. 465. 466. Allgemeine Einführung u. Instr., 321. 326. Bestellung u. Wahl der Mitglieder, 328. — Spezial-Schulvorstände in Städten, 341. — Aufsicht über den Schulbesuch, 559. 570 ff. — Pflichten bei der Vermögensverwaltung, 751 ff. — bei Bauten, 840 ff. — beim Rechnungswesen, 861.

Schulwesen, Preussisches, Allgemeine Grundzüge, 221. — Bestimmungen des N. L. R. 221. der Staatsverfassung, 223. — erste Entwürfe, 223. — Verfassung v. 5. Dec. 1848, 226. — Verfass. v. 31. Jan. 1850, 232. — Statistischer Ueberblick, 236, 318. — Staatszuschüsse, 238, 316. — Behörden, 241. (s. d.)

Schulzeit, 469. 629. 647.

Schulzeugnisse zur Entlassung, 735. — für Privatschüler, 304. — bei Erziehungsberichten, 560.

Schulzucht, s. Schulerziehung. Allg. Vorschriften, 730. — Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, 730. — Störungen der Disciplin durch Eltern oder Angehörige, 733.

Schwimmschulen, 715.

Schulbau, der Lehrer, 534.

Schulstänzer, Verbot Kinder mitzuführen, 628.

Seminare, 386. — Verzeichniß, 387. — Aufnahme in das Sem., 389. — Gesundheitsatteste, 389. — Vorbildung, 391. 915. — Meldung, 403. — Aufnahmeprüfung, 403. — Zulassung von Juden, 404. — Sem. für Stadt-

- schulen in Berlin, 404. — für Lehrerinnen zu Droyßig, 405. — Unterricht im Sem., 407. 896 ff. — Disziplin, 409. — Verweisung u. rigmächtige Entfernung aus dem Sem., 410. — Abgang, 411. — Entlassungsprüfung, 411. — Qualifikation aus dem Zeugniß der Reise, 413. — Aufsicht über abgegangene Seminaristen, 414. — Verpflichtung zur Annahme von Schulstellen, 414. — Ausbildung der Kandidaten der Theologie in Schulfache, 360. — Lehrkurse im Sem. zur Fortbildung der Lehrer, 512. — Turnen, 706. 914. — Portofreiheit, 776. — Taubstummen-Anstalten im Sem., 886.
- Seminar-Direktoren, Schulbereisungen, 369.
- Seminaristen, Vorrecht auf Schulstellen, 442. — Urtheilung von Privatunterricht, 297.
- Separationen, s. Gemeinheitstheilungen.
- Siegen, Fäth., 209.
- Simultanschulen, 659.
- Eingevögel, Abhaltung der Schuljugend vom Wegfangen ders., 726.
- Soldatenkinder, Unterbringung in die Civilelementarschulen, 361. s. Garnisschulen. — Konfirmation, 739. — Schulgeld, 782. — Militairwaisenhäuser u. Erziehungsanstalten, 876.
- Sommerschule, 603 ff. 920. — in kleinen Städten, 606. — Besuch ders., 618. — für Hütekinder, 612.
- Sonntagschulen, 473. 870.
- Sparfassen, Anlegung von Schulkapitalien in dens., 759.
- Spinnschulen, 704.
- Spinnstuben, Verbot des Besuchs ders. durch Schulkinder, 725.
- Sportelfreiheit der Schulen, s. Gerichtskosten.
- Sprechen u. Lesen, Unterricht darin, 660. 923. 905. 918. — praktische Ueü-terung der Lehren der Grammatik, 668. 671. 672. 906. 924. — Aufmerksamkeit auf Stotternde, 673.
- Staatsbeamte, Heranziehung zu den Schulbeiträgen, 793.
- Staatsdiener, mittelbare u. unmittelbare, 462.
- Staatskanzler, 247.
- Staatsrath, 247. 927.
- Staatsschuldscheine, Ankauf für Schulen, 758.
- Staatszuschüsse für das Unterrichtswesen, 238. 316. 808. 813. 927. — in Bauten, 850. 858.
- Stadtschulen, s. Schuldeputation. Bürgermeister, Magistrat, Mittelschulen. Stadtverordnete. Seminar für Stadtschulen, 404. — Lehrerprüfung, 424. — Sommerschule, 606. — Ferien, 631. — Rechnungswesen, 861.
- Stadtverordnete, Mitwirkung bei Anstellung u. Verbesserung städt. Lehrer, 447. — bei Baubewilligungen, 843. — beim Etats- u. Rechnungswesen, 861.
- Standesherrn, Schulpatronat, 445. 927. — Schulbeiträge, 804.
- Stempel, zu Erlaubnißscheinen für Hauslehrer etc., 299. — zu den Attesten. Eingaben, Prüfungszeugnissen der Kandidaten, so wie zu Bestellungen, 417. — zu Vereidigungsprotokollen, 455. — zu Urlaubsgesuchen, 521. — zu Abschieden, 540. — zu Gehaltsquittungen, 831. — zu Entreprisekontrakten, 844.
- Stempelfreiheit der Schulen, 778. — der Kleinkinder-Bewahr-Anstalten, 868.
- Sterbequartal, 551.
- Stimmgabel, Normal-, 408.
- Stimmorgan, beim Gesangunterricht zu schonen, 685.
- Stottern, Heilung dess. durch die Schule, 673.
- Strafanstalten, Unterricht jugendl. Verbrecher in dens., 878.
- Straßentumult, Abhaltung der Schuljugend, 726.
- Subsellien, in Schulzimmern, 637. 638. — Holz dazu, 638. 852.
- Sünden, geheime, Verhütung, 881.
- Superintendent, Verhältniß zur Schuldeput., 340. — Vollziehung der Resolutionen, 454.
- Suspension im Disciplinarverfahren, 504.

## I.

- Tagebuch, 470. f. Listen.  
 Tagesbegebenheiten, Verbot, dies. in den Unterricht einzumischen, 645. 926.  
 Tanzböden, Verbot des Besuchs ders. durch Schulkinder, 722.  
 Tanzlehrer, 294. — Lokal zum Unterricht, 296. — Unterricht an Konfirmanden, 296. 740. — Tanzschulen.  
 Taubstumme, Bevormundung, Ermittlung der Anzahl, Unterricht, 886. — Einzelne Anstalten, 888. 927. — Centralverein, Portofreiheit, 889. — Prämien für Ausbildung von Taubstummen in Handwerken u. Künsten, 889.  
 Thierquälerei, Belehrung der Schuljugend über dies., 727.  
 Töchterschulen, höhere, 304. — Prüfung der Lehrerinnen, 428. — der Vorsteherinnen, 429. — in Berlin, 430. — politische Zuverlässigkeit der Vorsteher, 484.  
 Torfgräbereien, Beschäftigung jugendl. Arbeiter, 618.  
 Torfheizung, 819.  
 Trennung bestehender Schulen, 632.  
 Treskowske Armenschule zu Friedrichsfelde, 875.  
 Trunkenheit, als Grund zur Dienstentlassung, 492. 837.  
 Tumult, f. Straßentumult.  
 Turnen, Unterricht darin bei den Schulen, 705, 914. — Kosten, 710. — Bildung von Turnlehrern, 712. — Verbindung militairischer Uebungen mit dem Turnen, 714. — Andere Leibesübungen, 715. — Turnanstalten für die weibliche Jugend, 715.  
 Turnschulen, 296. 716.

## II.

- Ueberbildung, Warnung vor ders., 642. 896 ff.  
 Ueberfüllung der Schule, 632. 920.  
 Umzugskosten, 507.  
 Unterricht, allg. Vorschriften über Lehrplan, Unterrichtsertheilung, dabei zu beobachtende Rücksicht auf die Gesundheit der Schulkinder, über Schulbücher u. Lehrmittel, 641 ff., 869 ff., 920 ff. — Religionsunterricht, 653. 921. 901. 916. — Sprechen u. Lesen, 660. 923. 905. 918. — Schreiben u. Rechnen, 673. 923. 924. 910. 911. 918. — Gesang, 676. 925. 911. 913. 919. — Naturgeschichte, 685. 925. 909. 918. — Geographie u. Geschichte, 687. 925. 907. 918. — Zeichnen, 925. 911. 918. — Handarbeiten, 688. 914. — Obstbau, 693. 914. — weibliche Industrieschulen, 703. — Spinnschulen, 704. — Turnen, 704. 914. — Verbot den Unterricht auszusetzen, 465. 468.  
 Unterstützung, für Lehrer, 483. — für deren Wittwen u. Waisen, 556. f. Gratifikationen.  
 Unzucht, von Lehrern mit Schülern, Strafe, 303.  
 Urkunden, von Schulen, Aufbewahrung, 753.  
 Urlaub, 520.

## III.

- Wagabundiren der Kinder, 881.  
 Wafanz, Schulwafanz, 538. 810. 862.  
 Veräußerung von Schulgrundstücken, 760.  
 Verantwortlichkeit der Min., 254.  
 Verbrecher, jugendliche, f. Kinder, verwahrloste.  
 Vertheidigung der Lehrer, 454. — bei anderweiter Anstellung, 456.  
 Vereine, Theilnahme der Lehrer, 480. — V. zur Fortbildung der Lehrer, 517. 518. f. Räßigkeitsvereine, Missionsvereine, politische. — wohlthätige, 865.

902. — für Kleinkinder-Bewahranst., 865. — für Waisen- u. Armen-erziehung, 875. — zur Besserung verwahrloster Kinder, 877 ff. 885. — für Taubstumme, 888 889.
- Vererbpaftung von Schulgrundstücken, 761.
- Vergleiche für Schulen, 762.
- Vergnügungen, sittengefährliche, Verbot der Theilnahme Seitens der Schuljugend, 722.
- Verjährungsfrist für Schulen, 771.
- Vermächtnisse an Schulen, 748—751.
- Vermiethung von Schulgrundstücken, 760.
- Verpachtung von Schulgrundstücken, 760.
- Verpfändungen von Schulvermögen, 760.
- Versammlungen, Theilnahme der Lehrer, 480. — insbes. an den allg. deutschen Lehrerversammlungen, 482.
- Versetzung im Disciplinarwege, 495. — als Beförderung, 483. — Umzugskosten, 507. vgl. 531.
- Versiegelung beim Todesfall, 538.
- Verträge der Lehrer über das Schulgeld u. Deputate, 780. 818.
- Vertretung des Lehrers, 463 ff. vgl. 385.
- Verwahrloste Kinder, s. Kinder.
- Verwaltung des Schulvermögens, s. Schulvermögen.
- Viehheuten schulpflichtiger Kinder, 611. 881.
- Violinspiel, Unterricht im Sem., 911. 919.
- Vogelneſter, Abhaltung der Schuljugend vom Ausnehmen ders., 726.
- Votation, Schulbestallung, Formular, 451. — nicht auf bestimmte Frist, 452. — nicht auf Kündigung und allgemein auf den Unterricht in der Ortschaft, 453. — Vollziehung durch Superint., 454. — Stempel, 454.
- Volksschule, Begriff u. Wesen, 307., vgl. 553. 920 ff., 896 ff. — Stellung der Pr. Volksschule zu Staat, Kirche, Gemeinde, 316. — Allgemeine amtliche Bestimmungen A. L. R. II. 12. §§. 12—53., 318. — Staatsverfassung v. 31. Jan. 1850, 320. 232. — Aufsichts-Behörden, 321 ff. — Volksschullehrer, 386 ff. — Schulverbesserung, 558. — Schulpflicht u. Schulpflicht, 559. — Aufnahme in die Schule, 567. — Schullisten, Schulversamml., 570. 592. — Ferien, 629. — Schuleinrichtung, 632. — Schulgeld, 635. — Schulinventarium, 638. — Unterricht, 640. 920. — Schul-Gründungsrecht, 718. — Schulzucht, 730. — Entlassung aus der Schule, 734. — Schulterhaltung 745. — Äußere Rechte, 745. — Vermögenserwerb, 747. — Verwaltung, 751. — Veräußerung, 760. — Prozesse, Vergleiche, Auseinandersetzungen, 761. — Landdotation, 763. — Besondere Vorrechte, 771. — Schuleinkünfte, 778. — Unterhalt des Lehrers, 808. — Etats- u. Rechnungswesen, 861. — Nebenanstalten, 804.
- Volksschullehrer. Ausbildung im Sem., 386. 896 ff. — Prüfungen für das Schulfach, 415. — Wahl u. Bestellung, 67. 432. — Bedingungen der Ableistung der Militairpflicht, 433. — politische Integrität, 440. 453. — Alter, 440.; Religion, 441.; Zustimmung der Reg., in deren Sem. der Lehrling seine Ausbildung erhielt, 441. — Bewerbung, 443. — Schulpatronat, 444. — Votation, 451. — Vereidigung, 454. — Herbeiholung, 456. — Bestellung von Katecheten in Nebendörfern, 456.; von Ausländern, 458. — Stellungs-Nachweisungen, 460. — Rechtsverhältnisse des Volksschullehrers während der Amtsdauer, 349. 351. 461. 881. — Rechtsstellung, hat Rechte und Pflichten der Staatsdiener, 461. — Amtseigenheiten, allg. Instr., 67. 463. 920. — Persönliche Verhältnisse: politisches Verhalten, 474.; kirchliches Verhalten, 484.; Disciplin über Lehrer, 491; gerichtliche Untersuchungen gegen Lehrer, 508; Ueberschreitung der Amtsbesugnisse, im Amte verübte Ehrenkränkungen, 510; Schutz gegen Beleidigungen im Amte, 510; Fortbildung der Lehrer, 512. Mittheilung des Amtsblatts, 520.; Urlaub, 520.; Militairdienst, 523.; Jagdverbot, 524. Theilnahme an Musikfesten, 525.; Heirathskonsens, 527.; Nebenämter u. Gewerbe, 527.; Rantortitel, 536.; Jubelfeier, 537. — Erledigung des Schulamts: durch Tod, 538.; Niederlegung des Amts, 539.; Pensionierung, 540.; Amtsentsetzung im Disciplinar- oder Kriminalwege, 541.

entlassung, 547.; Anzeige der Schulbank und Insertion in das Amtsblatt, 547. — Auseinandersetzung, 548. — Sorge für die Hinterbliebenen: Sterbequartal und Gnadenmonat, 551.; Wittwen- u. Waisenkassen, 552.; — außerordentliche Unterstützung, 556. — Förderung des Schulbesuchs, 579 ff., 609.; der Mäßigkeitsvereine, 725. 927.; Missionsvereine zc., 902. — Unterhalt, 808., f. Einkommen, Immunitäten. — Vorrechte bei Exekution, 837.  
 Vormund, Erziehungs-Berichte, 560. — über unehel. Kinder, 582.  
 Vormundschaften, Uebnahme Seitens der Lehrer, 533.

## W.

Waisenhäuser u. Anstalten. Aufsicht, 873. — Aeußere Rechte, Successionsrecht, innere Verfassung, Vorsteher, 874. — Zucht, Förderung, einzelne Anstalten, 875.  
 Waisenhäuser, stehen bei Ablösungen den Schulen nicht gleich, 768.  
 Waisenkassen, 552.  
 Wandeltisch, Abstellung dess., 826.  
 Wanderlehrer, 317.  
 Wandkarten, Empfehlung von dergl., 688.  
 Wandtafeln in Schulzimmern, 638.  
 Warteschulen, 294.  
 Wechsel, sollen die Volksschullehrer in Berlin nicht ausstellen, 838.  
 Wechselarrest, 838.  
 Weibliche Unterrichts-Anstalten, f. Töchterschulen, Industrieschulen, Turnanstalten, 715.  
 Werthpapiere, Ankauf für Schulen, 758. — Außerkurssetzung, 759. — ausländische, ib.  
 Westphalen, f. Rheinland.  
 Wiederanstellung abgesetzter Lehrer, 495.  
 Wirkschulen, 618.  
 Winkelschulen, Verbot, 283.  
 Wittwenkassen, 552.

## Z.

Zählgelder, 828.  
 Zäune um Dienstland, Unterhaltung ders., 824.  
 Zeichnen, Unterricht, 925. 911. 913.  
 Zeitungsberichte, der Reg. an das Min., 558.  
 Zeugniß, f. Schulzeugniß: Konfirmation.  
 Zucht in der Schule, 313.  
 Züchtigungsrecht, Ueberschreitung dess., 730.



## Verzeichniß einiger Druckfehler.

<b>S.</b>	<b>S.</b>	<b>S.</b>	<b>33.</b>	<b>v. o.</b>	<b>lies</b>	<b>Raassen</b>	<b>Statt</b>	<b>Rassen.</b>
11.	11.	v. u.				Mafame	Statt	Mafaur.
11.	22.	v. o.				Remoriren	Statt	Remoiren.
15.	6.	v. o.				humanistische	Statt	humoristische.
24.	2.	v. o. u.	18.	v. u.	lies	Philantropin	Statt	Philantropie.
—	4.	v. o.			lies	Campe	Statt	Lampe.
26.	4.	v. o.				Benede	Statt	Brucke.
—	7.	v. o.				1770	Statt	1740.
—	11.	v. u.				Altenb.	Statt	Alienb.
29.	37.	v. u.				Plamanns	Statt	Plemanns.
—	35.	v. u.				Jeller	Statt	Joller.
30.	29.	v. u.				Oloberg	Statt	Osberg.
42.	15.	v. u.				Bertreibung	Statt	Verbreitung.
43.	9.	v. u.				war	Statt	vor.
45.	27.	v. o.				Monopol	Statt	Monopal.
46.	4.	v. u.				Losenden	Statt	Lesenden.
131.	6.	v. u.				1713	Statt	1715.
149.	3.	v. u.				26. Juli	Statt	6. Juli.
203.	23.	v. u.				katechetische	Statt	katholische.
207.	14.	v. o.				v. 7. Febr.	Statt	v. 4. Febr.
214.	22.	v. u.				Mager	Statt	Mayer.
216.	27.	v. o.				Mager	Statt	Mayer.
255.	1.	v. u.				Schulunterhalt	Statt	Schulaufsicht.
261.	16.	v. o.				1817	Statt	1847.
263.	8.	v. u.				1852	Statt	1850.
271.	6.	v. u.				1850	Statt	1851.
271.	1.	v. u.				Schulunterhalt	Statt	Schulaufsicht.
284.	18.	v. u.				12. Titel	Statt	11. Titel.
296.	16.	v. u.				17. März	Statt	27. März.
304.	11.	v. u.				4. Abschn.	Statt	2. Abschn.
369.	1.	v. u.				2. Abschn. S. 411.	Statt	III. Abschn.
370.	14.	v. u.				Juli	Statt	Juni.
386.	1.	v. o.				vierten	Statt	zweiten.
386.	2.	v. o.				dritten	Statt	vierten.
422.	10.	v. u.				für einen andern Reg. Bez.	Statt	für einen Reg.
428.	4.	v. u.				Juli	Statt	Juni.
449.	24.	v. o.				Schulpatronen	Statt	Schuhpatronen.
520.	16.	v. u.				276.	Statt	262.
560.	24.	v. o.				hinter S. 320 hinzuzufügen u. S. 285	Note	1.
583.	6.	v. o.				466	Statt	000.
604.	4.	v. o.				604	Statt	182.
606.	1.	v. u.				IV.	Statt	V.
629.	16.	v. u.				S. 575	Statt	565.
640.	4.	v. o.				1842	Statt	1832.
693.	6.	v. u.				1823	Statt	1830.
743.	14.	v. u.				f. auch III. 1.	Statt	f. auch 6.
764.	4.	v. u.				IV.	Statt	VI.
766.	26.	v. u.				IV. 4.	Statt	VI. 4.

- C. 767. 3. 21. v. u. lies 2. März 1850 Statt 2. Mai.  
 „ 782. „ 25. v. u. „ 1829 Statt 1819.  
 „ 823. „ 16. v. u. „ vor Amtsbl. einzuschieben: A. VIII. C. 151.  
 „ 832. „ 22. v. u. „ hinter 7. Juli 1830: A. XIV. C. 722.  
 „ 837. „ 6. v. u. „ 24. Dec. 1836 Statt 21. Nov. 1836.  
 „ 842. „ 13. v. u. „ H. Statt G.  
 „ 859. „ 16. v. o. „ 14. Juli 1823 Statt 14. Juli 1826.  
 „ 863. „ 15. v. o. „ hinter 31. Jan. 1835 einzuschieben: A. XIX. C. 158.  
 „ 864. „ 6. v. o. „ Der hier stehende Text des A. v. 16. Aug. 1839 gehört  
 unter c.  
 „ 873. „ 3. v. u. „ hinter: (v. Ramps) einzuschieben: v. 3. Nov. 1824.
-

---

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

---









